This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

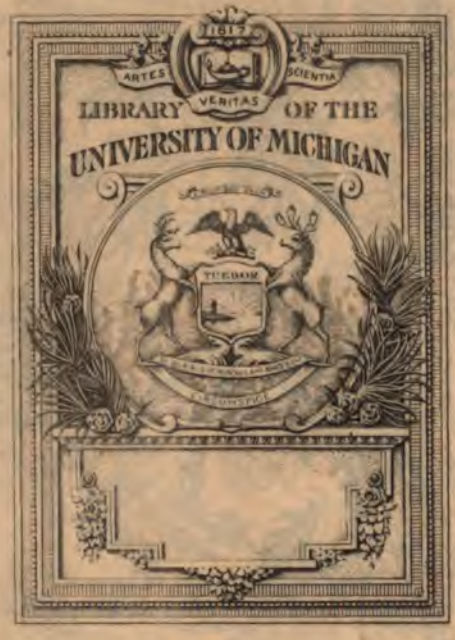
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 794,719


1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN

ALL' GEESTES LICHT, ALL' WETENSMACHT
ZY AANHET ZWOEGEND VOLK GEGEVEN
MARX
GAS EX LIBRIS GAS

HX
6
.N5

Die Neue Zeit.

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens.

Unter ständiger Mitarbeiterschaft

von

A. Bebel, E. Bernstein, Fr. Engels, P. Lafargue, W. Liebknecht,
Fr. Mehring, J. H. Sorge u. A.

redigirt

von

Karl Kautsky.

Zwölfter Jahrgang. Erster Band.

Stuttgart.
Verlag von J. H. W. Dietz.
1894.

Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichniß.

Abhandlungen.

	Seite
Ein Zwischenspiel	1
Moralische und unmoralische Spaziergänge. Von Ed. Bernstein	4 357 396
Der Sozialismus in Frankreich während der großen Revolution. Von C. Hugo. III.	9
Eine Diebskomödie. Von F. Mehring	17
Ein sibirisches Idyll	20
Das dicke Ende	33
Die preußischen Landtagswahlen Von Unus.	37
Chicagoer Weltausstellungsbriefe. Von Adolf Hepner	46 107 176 242
Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und die politischen Parteien in Oesterreich. Von Dr. W. Ellenbogen.	51 86
Die Unruhen in Italien. Von Adam Maurizio	56
Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie. Von Max Schippel	65
Mein Vorschlag und das Resultat der Diskussion darüber. Von Ed. Bernstein	72
Die politischen Parteien in Frankreich und die letzten Wahlen. Von P. Lafargue 81 100	140
Moloch in Nothwehr	97
Ein Vorschlag ur Güte. Von Peter Braun	103
Der Gipfel des Widersinns. Von Max Schippel	115
Ein wenig früh	129
Was wollen die „Modernen" in der Literatur? Von einem Modernen	132 168
Nochmals aus Agrarierland. Von F. Mehring	147
Moloch in Nöthen	161
Der Kölner Parteitag. Von ms.	164
Bauern und Bauernparteien in Galizien. Von Max Zetterbaum	178 211
Zur Kritik des statistischen Materials im „Sozialpolitischen Handbuch". Von Dr. H. Lux	184
Die preußischen Wahlen	193
Die landwirthschaftliche Krisis und die Zollverhandlung mit Rußland. Von Dr. R. Meyer	196
Der Riesen-Ausstand im englischen Kohlengewerbe. Von Ed. Bernstein 204 231	267
Zur Frage der Lohnstatistik. Von ms.	215
Ein Typus	227
Das Silber in den Vereinigten Staaten. Von ms.	237
Der Bimetallismus und die Arbeiter	240
Ein Traumstück. Von F. Mehring	245
Aus einem Lande der ursprünglichen Akkumulation	247
Bet und Bußtage	257
Skizzen zur Tabaksteuer. Von Unus 261 292 324	369
Preußische Gewerbe-Inspektion im Jahre 1892. Von Dr. Max Quarck	276 333
Blinder Taumel	289
Eine materialistische Propagandaschrift. Von Ed. Bernstein	300
Herr v. Mayr und die Reichsfinanzreform. Von ms.	307
Die Börsensteuer und die Sozialdemokratie	321
Das erste sozialdemokratische Bilderbuch. Von C. Erdmann	340
Das Ende der deutschen Schnapsausfuhr. Von ms.	344
In der Schwebe	353
Ein sozialdemokratischer Katechismus. Von Karl Kautsky 361	402
Zur Bewegung der Handlungsgehilfen. Von Alfons Borchardt	376
Junkerliches	385
Aus unserem modernen Kunstleben. Von Fritz Kunert 388	428
Aus dem sogenannten Rechtsstaate	417
Die „Red Van"-Agitation in England. Von C. Hugo	421
Paracelsus. Von eb.	436
Die Helden des Schillerpreises	449
Rußlands landwirthschaftlicher Export. Von Max Schippel	453
Der Kapitalismus fin de siècle. Von Karl Kautsky 457 517	589
Naturwissenschaftliches aus England und Deutschland. Von Edward Aveling	461
Die Statistik der Ehescheidungen. Von J. S.	467
Großfinanz und Preßgewerb	481
Das Sinken der Preise auf dem Weltmarkt	485
Der Bericht der englischen Arbeitskommission über die Arbeiterfrage in Deutschland. Von Ed. Bernstein	493
Die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung in der Schweiz. Von Otto Lang	499
Nochmals Knorr's Katechismus	501
Decadence	513
Probenächte. Von W. Allenstein	526
Ein Konkurrent des Diamanten. Von H. Vogel	529
Nochmals zur Kritik des statistischen Materials im „Sozialpolitischen Handbuch" von Dr. Lux. Von J. S.	533
Seltsame Widersprüche	545
Der jüngste holländische Parteitag. Von H. van Kol	550
Aufhebung des Identitäts-Nachweises. Von Dr. Rudolf Meyer	560
Ein Gewerkschaftskongreß in Oesterreich. Von S. Kaff	562
Die Zigarrenarbeiter-Löhne 1878 und 1893	567
Ein Volksfest der Volksseele	577
Eine russische Konstitution. Von Rezawa	580
Wesen und Entwicklung der Parteien in England. Von Ed. Bernstein	598
Des Neuen Kurses Freud' und Leid	609
Der Agrarier Noth und Glück. Von Dr. Rudolf Meyer	613
Die Aussichten des Sozialismus in Amerika. Von Ad. Hepner 620 646	683
Die Einkommensverhältnisse in Preußen. Von Dr. H. Lux	624
Zur Lage der russischen Fabrikarbeiter. Von Dr. B. Kritschewsky	627
Ein Scherzspiel. Von F. Mehring	629
Preußisch-deutsches Postwesen	641
Die deutsche Ausgabe einer Hauptschrift des Giordano Bruno. Von Ed. Bernstein	652
Die Entwicklung der Schuhmacherei. Von Dionys Zinner	659
Bourgeois-Anarchistisches	673
Landwirthschaftliche Entwicklung und soziale Evolution. Von Dr. Paul Ernst	677
Der Strike als politisches Kampfmittel. Von Ed. Bernstein	689
Die Sozialdemokratie und die Studentenschaft	705
Glossen zu dem Aufsatz „Aus unserem modernen Kunstleben" von Fritz Kunert. Von einem Maler	709
Zur Lage der Bergarbeiter im nordwestlichen Böhmen. Von Franz Till	715
Der Einfluß der Jahreszeit auf die Kriminalität	719
Faustrecht	737
Aufhebung des Identitäts-Nachweises. Von Dr. Rudolf Meyer	741

Seite

Briefe aus England 749
Der Mannheimer Bankkrach. Eine Betrachtung über Kredit- und Wechselwesen. Von L. Gottfried 756
Mancherlei Drähte 769
Bäuerliche Produktiv-Genossenschaften . . 773 814
Die Diamanten-Industrie in Amsterdam. Von H. Polak 780
Lewis H. Morgan 787
Der gerettete Miquel 801
Ein neuer Reformer des „Rechts der Geschlechter" 806
Unterm heiligen Napoleon 811

Literarische Rundschau.

J. Stammhammer, Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus 25
Arthur Gasch, Die Innung im Buchdruckgewerbe 118
Die Prostitution vor dem Gesetz 250
Charles Tétard, Contes populaires 284
E. Philipps, Keine direkten Steuern mehr! . . 285
Georg Brandes, Die Hauptströmungen der Literatur des neunzehnten Jahrhunderts . . . 309
Graf Nikolaus Rehbinder, „Heiliges Rußland erwache!" 311
Emanuel Hans Sax, Gedichte; Im Volkston . 346
Otto Ernst, Gedichte; Neue Gedichte; Aus verborgenen Tiefen 377
Dr. Heinrich Rosin, Minoritätenvertretung und Proportionalwahlen 470
Karl Marx, „Das Kapital." Drittes Buch . . 504
Dr. Emil Hofmann, Die Geschichte der Fabrikgesetzgebung im Kanton Thurgau 505
Gabriel Finne, Die Eule. Schauspiel in einem Akt. 536
Dr. C. Stegemann und Dr. C. Hugo, Handbuch des Sozialismus 605
Socialism, its Growth & Outcome by William Morris and E. Belfort Bax. Von Ed. Bernstein 631
L'Ere nouvelle. Monatsschrift. Von C. Zetkin 664
Otto Julius Bierbaum, Fritz von Uhde . . . 695
Adolphe Tabarant, Petit Catéchisme Socialiste 696
Robert H. Cowdrey, Millionär und Vagabund . 723
Dr. W. Rubens, Das Talmudjudenthum . . . 724
Louis Bridel, Le droit des femmes et le mariage. Von P. Arndt 725
B. Burenin, Das Todtenbein 761
Friedrich Freiherr von Khaunach, Germania und ihre Kinder 793
Bruno Schönlank, Soziale Kämpfe vor dreihundert Jahren 823
Friedrich Althaus, „Römische Tagebücher" von Ferdinand Gregorovius 825
W. Mühlpfordt, Preis und Einkommen in der privatkapitalistischen Gesellschaft 826

Notizen.

Zur Landagitation 26
Unsere Agrarier und die Freizügigkeit . . . 58
Aufsaugung des kleinen und mittleren Grundbesitzes durch den Großgrundbesitz 91
Die Vertheilung der Fabrikunfälle auf die Wochentage 92
Eine ethnologisch interessante Ehesitte 119
Ueber die Zunahme der Kohlenförderung und der Zahl der Kohlenarbeiter 120
Hand- und Maschinenarbeit 155
Die Verminderung der deutschen Bierausfuhr in den letzten Jahren 187
Ueber die Schaffung und Vermehrung eines landwirthschaftlichen Proletariats 252
Die Statistik der Reichstagswahlen von 1893 . 282
Zur Gewerkschaftsdebatte. Von Karl Kautsky 312
Wer unterschiebt? 314
Der deutsche Postverkehr in den letzten zwanzig Jahren 315
Zur Selbstmordstatistik in Deutschland . . . 315
Die Kultur kein Privilegium der Weißen . . 316
Ein letztes Wort 379
Das langsame Tempo des Vordringens der Dampfmaschine in der Landwirthschaft 379
Die Druckerei der „Magdeburger Volksstimme". Von Dr. H. Lux 410
Zur Entschädigung unschuldig Angeklagter und Verhafteter 411
Die Arbeitsinspektoren in den Fabriken und Werkstätten. Von A. Bebel 439
Ein amerikanischer Gouverneur über die Behandlung der Arbeitslosen 441
Zur Entwicklung der Presse 442
Der Zug nach links 470
Die Cholera und ihre Ursachen 473
Die Bierproduktion im Brausteuergebiet . . . 506
Die Unterwerfung der Natur durch den Menschen 507
Zur Geschichte der Körperstrafen in Rußland . 507
Die Druckerei der „Magdeburger Volksstimme". Von Dr. Max Quarck 537
„Wohlthätig ist des Feuers Macht" 538
Die Zahl der Aktiengesellschaften in England . 539
Die Roheisengewinnung in Deutschland . . . 539
„Je mehr sich's ändert, desto mehr bleibt sich's gleich" 635
Zur Steigerung des Bodenertrags 636
Einige Illustrationen zur finanziellen Seite der Homerulefrage 667
Frauenarbeit in Fabriken und Kindersterblichkeit 669
Arbeiterkolonie Neu-Ulrichstein 698
Der russische Handelsvertrag und der Krieg. Von Dr. R. Meyer 726
Vor Zuzug wird gewarnt! Von Dr. Rosengart 728
Die Profitgier unseres Unternehmerthums . . 729
Kann Deutschland ohne Getreidezufuhr vom Auslande existiren? 762
Armuth und Krankheit 763 796
Was eine Parlamentswahl in England kostet . 794
Englands landwirthschaftliche Statistik . . . 827

Feuilleton.

Der Doktor auf Provision. Eine Satire von Gyp. Uebersetzt von Klara Heller . 28 60
Bei einer Tasse Kaffee. Skizze von Emilia Pardo-Bazan. Uebersetzt von Luise Lucca 94
Lebensbilder aus England. Von Andreas Scheu 121 381 413
Alt-Davân. Skizze aus dem sibirischen Leben. Von Wladimir Korolenko 156 188 219 254 286 317 347
Deutsche Geschichte. Von F. Mehring . 443 475
Winter. Novellette von Karl Larsen. Uebersetzt von Ernst Brausewetter 508
Herwegh und die Pariser deutsche Legion 540 573 606 637
Der Tod im Walde. Von Nikolaus Krauß 670 699 731 765 797
Ein denkwürdiger Tag. Von Renato Fucini. Autorisirte Uebersetzung von J. Hänn . . . 828

Nr. 1. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Ein Zwischenspiel.

↗ Berlin, 27. September 1893.

Die raubsüchtige Bourgeoisie kann noch immer nicht die Zeit vergessen, da ihr so wohl war unter Bismarck's verständnißinnigem Regimente, und wenn man ihren brünstigen Versicherungen glaubt, so flattert die deutsche „Volksseele" seit drei Jahren wie eine geängstigte Taube zwischen Berlin und Friedrichsruh, zwischen Potsdam und Varzin, zwischen Güns und Kissingen und wo immer sich jeweilig der gegenwärtige Kaiser und der frühere Kanzler des Deutschen Reiches aufhalten. Welcher Jubel nun aber, soweit der deutsche Geldsack klirrt, als diese Taube vor einigen Tagen einen Oelzweig im Schnabel trug! Sie weinten vor inniger Rührung Ströme von Tinte und Druckerschwärze, alle die guten Patrioten einschließlich der freisinnigen und ultramontanen Rebeller, und die heiter-trockenen Augen, womit die Arbeiterklasse das wunderliche Schauspiel betrachtete, wurde als neuer Beweis ihrer abgrundtiefen Verworfenheit mit sittlicher Entrüstung verzeichnet.

Indessen die „Volksseele" ist ein mythisches Ding, und mythisch war auch der Oelzweig, den die verzückte Phantasie der profithungrigen Klassen in ihrem mythischen Schnabel sah. Seitdem die zwischen Güns und Kissingen gewechselten Telegramme in ihrem Wortlaut bekannt geworden sind, macht die bismärckische Sippe gar lange Gesichter. Ihr Heros ist wieder einmal aufs Trockene gesetzt worden durch denselben neuen Kurs, der angeblich dem großen Diplomaten nicht einmal das Wasser reichen darf. Möglich oder selbst wahrscheinlich, daß der Depesche des Kaisers an Bismarck gar keine kaltblütige Berechnung zu Grunde lag, sondern eine augenblickliche Aufwallung des Gemüths, aber dann wäre nur bewiesen, daß sich mit dem Herzen manchmal eine bessere Diplomatie treiben läßt, als mit dem Kopfe. Der Kaiser, der dem genesenden Todfeinde gastfreundlich die Pforten seiner Schlösser öffnet, und Bismarck, der in mürrischer Verdrießlichkeit ablehnt einzutreten — die verhärtetsten Bismarck-Anbeter können sich keiner Illusion darüber hingeben, wer von beiden den Anderen mattgesetzt hat. Es mag schmerzlich sein, aber weshalb flatterte die „Volksseele" auch gar so ungeberdig? Sie hat nun doch ihr lange ersehntes Theil und wenn sie noch nicht zufrieden sein sollte, so ist ihr wirklich nicht zu helfen.

Im Ernst — es ist ein Beweis mehr für die politische Kurzsichtigkeit der deutschen Bourgeoisie, daß sie an eine politische Versöhnung zwischen dem Kaiser und Bismarck glauben konnte. Die persönliche Annäherung, die sich nunmehr vollzogen hat, war nur möglich, weil eine politische Annäherung so ganz unmöglich ist, und das hat die sozialdemokratische Tagespresse auch sofort hervorgehoben, noch ehe der Wortlaut der Depeschen bekannt war, die zwischen Kaiser und Kanzler gewechselt worden sind. Es ist eine lächerliche Unterstellung, wenn ein nationalliberales Blatt meint, die Sozialdemokratie wolle ihre Angst vor der Rückkehr Bismarck's betäuben, indem sie die Unmöglichkeit dieser Rückkehr behaupte. Mag er doch unsertwegen zurückkehren, wenn er kann und will; wir fürchten das Gespenst so wenig, wie wir je den Mann gefürchtet haben, und als emsiger, die Grundlagen der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung unterminirender Maulwurf ist er uns lieber als der Neue Kurs, der bei allem schätzenswerthen Eifer in diesem Betracht doch nicht ganz so gründliche Arbeit liefert. Aber die ängstlich um den Kaiser und Bismarck flatternde „Volksseele" ist ein lustiges Zwischenspiel in den ernsten Kämpfen der Gegenwart, und wir haben nun einmal unsere Freude an den Kindereien, womit die gewichtigen Staatsmänner der Bourgeoisie sich die Zeit vertreiben, derweil Hannibal schon an die Thore pocht.

Bismarck kehrt nicht zurück, weil seine Politik rettungslos abgewirthschaftet hat, weil kein preußischer König diesem bankerotten Hausmeier mehr seine Krone anvertrauen kann und wird. Das Königthum ist auch eine Klasse, die ihr Bewußtsein, ihre Instinkte, ihre unveräußerlichen Interessen vertritt; es kann untergehen und es ist oft genug untergegangen, aber so lange es noch eine Macht ist, opfert es sich nicht sentimentalen Gefühlen der Dankbarkeit und Verehrung. „Unsere Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntschaft", sagte Bismarck einmal im Reichstage, und wir sind überzeugt, daß er bei der ehernen Konsequenz, die seine Gedanken und Handlungen auszeichnet, auch heute noch dieser Ansicht ist; aber als der junge Kaiser Wilhelm die nähere Bekanntschaft des Systems Bismarck machte, gewann es gar nicht in seinen Augen, sondern er gab ihm aus einem sehr begreiflichen Selbsterhaltungstriebe den „zerschmetternden" Fußtritt. Damit war nicht Alles, vielleicht nicht einmal viel gewonnen, und der Kaiser sagte ja auch selbst gleich nach Bismarck's Sturze mit klarer Erkenntniß der Existenzmöglichkeiten, die der preußischen Monarchie gegeben sind: Alles in Allem werde es im alten Kurse weiter gehen. Aber die Gefährdung der monarchischen Klasseninteressen durch einen größenwahnsinnigen Hausmeier und seine ebenso brutalen wie unfähigen Nepoten war allerdings glücklich beseitigt, und so wenig sich die preußische Monarchie jemals dem Joch des Junkerthums zu entziehen vermocht hat, so wenig wird sich ein preußischer Monarch jemals wieder dem Joche dieses Junkers unterwerfen.

Besäße Bismarck auch nur einen Funken des staatsmännischen Genies, das seine Bewunderer ihm andichten, so könnte er sich über diesen Zusammenhang nicht täuschen. Und fast möchten wir annehmen, daß er sich auch wirklich nicht darüber täuscht. Denn all sein Gebahren nach seinem Sturze wäre völlig unverständlich, wenn er je daran gedacht hätte, wieder zur Macht zurückzukehren. Es mußte ihm jeden Weg dazu, wenn es überhaupt einen solchen Weg gegeben hätte, vollständig verrammeln. Was ihm geschehen war, das hatte er von jeher als das unveräußerliche Recht der preußischen Monarchie gefeiert. Wie oft hatte er die liberalen Häslein gescheucht mit dem Donnerworte: „Der wirkliche faktische Ministerpräsident in Preußen ist und bleibt Seine Majestät der König. Der

königliche Wille bleibt der allein entscheidende. . . . Bei uns in Preußen befiehlt innerhalb des Ministeriums der König und die Minister gehorchen, so lange sie glauben, die Verantwortlichkeit tragen zu können. Können sie das nicht mehr, so ist der Wechsel eines Ministers so schwierig nicht." Und mit wie bitterem Hohne hatte er die Minister überschüttet, die sich in diesen Wechsel nicht sogleich zu finden wußten: „Sie müßten sich einer ungewöhnlich vornehmen Denkart erfreuen, wenn sie Erfolge Derer, die jetzt ihre Posten einnehmen, frei von jeder Mißgunst betrachten oder gar herbeizuführen geneigt sein sollten, und es ist nur menschlich, nur natürlich und gewöhnlich, wenn bloße Durchschnitts-Naturen der Versuchung, den Eindruck hervorzurufen, daß ihr Rücktritt eine unausfüllbare Lücke in die Regierungsmaschine gerissen habe, keine höheren patriotischen Rücksichten entgegenzustellen im Stande sind." Nun erhebt Bismarck für sich gewiß nicht den Anspruch auf eine „ungewöhnlich vornehme Denkart"; so bar jeder Selbsterkenntniß wird er nicht sein. Aber sich drei Jahre lang fast Tag für Tag als „bloße Durchschnitts-Natur" bloszustellen, das würde er doch wohl vermieden haben, wenn er wirklich noch darauf gehofft hätte, in das Palais der Wilhelmstraße zurückzukehren. Wir glauben deshalb, daß es der alte Fuchs ganz ehrlich meint, wenn er die Trauben sauer schilt, die ihm zu hoch hängen.

Es gelüstet ihn nur noch, den Napoleon auf St. Helena zu spielen, die leidende, unterdrückte, verfolgte Unschuld, die für ihre unsterblichen Verdienste um Thron und Vaterland mit beispiellosem Undanke gelohnt worden ist, daneben mit aller Mißgunst einer boshaften und kleinlichen Rachsucht auf die zu schelten, die seine Nachfolger geworden sind. Er, der alles Infamste, was byzantinischer Knechtssinn je aushecken konnte, als eine verdiente Huldigung entgegenzunehmen pflegte, ohne mit der Wimper zu zucken, läßt jetzt durch seine Soldschreiber verbreiten, daß dieser Höfling dem Kaiser gesagt haben soll, mit einem allmächtigen Minister zur Seite würde Friedrich der Große niemals seinen Beinamen erworben haben, und jener Höfling, der Kaiser sei ganz Friedrich der Große, nur daß er dessen Fehler nicht habe. Nun, ohne sonstigen Geschmack für höfische Komplimente, können wir diesem doch ein Körnlein Salzes nicht absprechen. Wenigstens in einem Punkte besitzt der gegenwärtige Kaiser die Fehler des alten Fritz wirklich nicht. Der Philosoph von Sanssouci machte verzweifelt wenig Umstände mit Ministern i. D. oder a. D., die so muckten und rebellirten, wie der Poltergeist im Sachsenwalde; er ließ sie einfach in Spandau einthürmen, oder ihnen gar den Kopf vor die Füße legen. Da ist Kaiser Wilhelm doch viel höflicher und civilisirter. Er lädt den Urheber von tausend Sottisen gegen den Neuen Kurs wie einen gemüthlichen alten Herrn auf seine Schlösser, auf daß er seine kostbare Gesundheit recht pflege und sich dem dankbaren Vaterlande noch lange erhalte. . . . .

Bismarck aber lehnt in knurrigem Tone ab, er scheint zu finden, daß sich die Sitten der preußischen Könige seit dem vorigen Jahrhundert nicht verbessert, sondern beträchtlich verschlechtert haben. Und wer wollte der alten Raketenkiste, die so sorgsam auf die weichen Divans kaiserlicher Prunkgemächer gehoben wird, nicht einiges Mitleid schenken! Der zürnende Napoleon auf seiner einsamen Felseninsel von ganz Europa bewacht, der zürnende Bismarck als geschätzter Ehrengreis sanft gebettet von denen, die er haßt, wie den Tod — es ist wirklich ein halsbrecherischer Kopfsprung von der düstersten Tragik in die heiterste Komik. Und diesen Triumph über Bismarck kann man dem Neuen Kurse schon gönnen, wie wenig man ihm sonst gönnen darf und mag.

Wird die arme „Volksseele“ nun aber wieder wie eine verschüchterte Taube flattern zwischen Berlin und Friedrichsruh? Die Noth unserer Bourgeoisie ist groß, und ihre Illusionsfähigkeit unendlich. So mag es denn wohl sein. Und wenn sie uns öfter einen so kostbaren Witz der Geschichte, wie diesmal, als Oelzweig heimbringt, so haben wir gegen ihre luftigen Fahrten auch gar nichts einzuwenden.

Moralische und unmoralische Spaziergänge.

Von **Ed. Bernstein.**

I. Die ethische Bewegung als Zeiterscheinung.

Die ethische Bewegung, für die in gewissen Kreisen des Publikums unserer Tage so eifrig geworben wird, ist nach ihren Tendenzen bereits so ausführlich und treffend in dieser Zeitschrift besprochen worden, daß sich dem in dieser Hinsicht über sie Gesagten nur wenig hinzufügen ließe. Man kann vielmehr nur wiederholen, daß für die Sozialdemokratie zwar kein Grund vorliegt, sich der Bewegung unbedingt feindselig gegenüberzustellen, aber auch ebenso wenig Grund vorhanden ist, ihr, bei aller Würdigung der guten Absichten Einzelner, mehr als ein recht bedingtes, ich möchte sogar sagen, als ein mit Mißtrauen gepaartes Wohlwollen entgegenzubringen. Wenn bereits die auf die eigenen Erklärungen der Ethiker — wie ich der Kürze halber die Vertreter der Bewegung nennen will — eingeschränkte Analyse dieses Resultat ergab, so führt eine Betrachtung über die Bewegung als Zeiterscheinung zu ganz demselben Resultat.

Sieht man sich die Persönlichkeiten, die vor Allem als treibendes Element der Bewegung gelten können, genauer an und liest man ihre Reden, so überzeugt man sich sehr bald, daß wir es in der Bewegung, soweit zunächst Deutschland in Betracht kommt, in der Hauptsache mit einem Versuche zu thun haben, das durch das Mittel der Moral, bezw. des Moralismus zu erreichen, was dem bürgerlichen Radikalismus auf dem Gebiete der Politik zu verwirklichen nicht gelungen ist. Es sind zum nicht geringen Theil versprengte Reste der bürgerlichen Demokratie, Unzufriedene und Enttäuschte, denen wir da begegnen, und sammt und sonders sind es Leute, die in mehr oder minder ausgesprochenem Gegensatz zur Kirche stehen, wobei unter Kirche hier die Gesammtheit der dem Bibelgott huldigenden Religionsgemeinschaften verstanden ist. Insofern kann man die Bewegung auch als Gegenstück zu den kirchlichen Wiederbelebungs- („Revival“-)Bewegungen auffassen, wie sie sich von Zeit zu Zeit in verschiedenen Ländern unter verschiedenen Formen einstellen, als einen Versuch, die weiland antikirchlichen Bestrebungen des Liberalismus in zeitgemäßer Form wieder aufzufrischen.

Solche bürgerliche Gegenströmung gegen das berühmte und von der Masse der Bourgeoisie acceptirte „Die Religion muß dem Volke erhalten werden“ kann durchaus nicht Wunder nehmen. Sie ist das sehr natürliche Produkt der Erkenntniß von der Vergeblichkeit, den Massen den Glauben an die biblische Weltschöpfungs- ꝛc. Legenden in heutiger Zeit aufzuoktroyiren und durch den Bibelglauben die Massen zur politischen ꝛc. Frömmigkeit zu erziehen. Alsdann aber ist sie auch, und wiederum namentlich in Deutschland, ein Stück nothgedrungener Abwehr gegen den Uebermuth der kirchlichen Parteien, die nicht umsonst zu Gesellschaftsrettern von Natur und Beruf ernannt sein wollen. Die Kirche hat

einen guten Magen und einen noch besseren Appetit. Je mehr man ihr giebt, um so mehr will sie haben. Und so muß, wenn aus irgend welchen Gründen die kirchliche Orthodoxie längere Zeit Oberwasser hat, nothwendig der Moment kommen, wo selbst die zahmsten Bourgeois, sofern sie überhaupt nur noch Sinn und Interesse für Fragen haben, die außerhalb des engsten Klassen- und Kasteninteresses liegen, oder ihre Berufsinteressen in sich der Kirche entgegengesetzte sind, die Geduld verlieren und sich unter irgend einem passenden Banner zum Widerstand gegen die Diktatur von Bäffchen und Talar zusammenschaaren. Ehedem that man das unter dem Motto: „Ecrasez l'infame". Heute ist man bescheidener geworden und wählt als Parole den Kampf für „ethische Kultur".

Das Schlagwort ist aus Amerika importirt, wo schon seit den siebziger Jahren „ethische Gesellschaften" existiren, von denen sich einige direkt Gesellschaften „for ethical culture" nennen, und wo auch die Bewegung selbst gelegentlich so bezeichnet wird.* Dort ist die Bewegung dem Bedürfniß nach einem gesellschaftsfähigen Surrogat für den etwas in Verruf gekommenen Sekularismus entsprungen. Der Letztere, der aus seinem atheistischen Herzen keine Mördergrube machte, war für die Bourgeoisie in Folge dessen etwas zu „roh". Im Lande der Sekten darf man den lächerlichsten Glaubenssätzen huldigen, man wird darum nur um so mehr respektirt; wer sich aber offen heraus zum Atheismus bekennt, wird in der „guten Gesellschaft" entweder als eine Art Straßenräuber oder als halb unzurechnungsfähig angesehen. Ein Atheist ist ein Ungeheuer — ein Mensch, der Gott zu leugnen wagt, muß ein Mensch ohne Moral sein. Was sollten also Diejenigen thun, die nun einmal den Drang in sich spürten, ihre Zweifel an der Wahrheit und Unübertrefflichkeit der biblischen Lehren kund zu thun, dabei aber gar keinen Drang, von der guten Gesellschaft als nicht voll angesehen zu werden? Für sie kam Alles darauf an, dem Kind einen recht unverfänglichen Namen zu geben. Sekularismus — Weltlichkeit — das war zu schroff, zu bestimmt ausgedrückt, darum wählte man lieber die Worte „Moral" und „Ethik". Sie sind die Unverfänglichkeit selber, mit ihnen stößt man Niemand ab, sondern imponirt dem Philister sogar noch. Jemand, der unter dem Banner der Ethik kämpft, braucht, was er auch sonst glaubt oder nicht glaubt, seine Moralität gar nicht erst zu beweisen, sie ist ihm a priori in seinem Titel attestirt. Und so gründete man „ethische" Gesellschaften, Vereine für ethische oder für moralische Bildung. Man thut Niemand Unrecht, wenn man die Stifter und Propagandisten der Bewegung als die Possibilisten des Atheismus bezeichnet.

Aber wie es mit dem Possibilismus gewöhnlich geht, so auch hier. Mit seiner Anpassungstendenz opfert er das, worauf es ankommt, für das, worauf es nicht ankommt. Wenn es den Ethikern mit Einem ernst sein müßte, so doch gerade damit, Charakterstärke, den Muth des Bekennens, zu pflegen und zu

* Uebrigens dürfte „culture" mit „Kultur" kaum richtig übersetzt sein. Das Wort „Kultur" wird im Deutschen in der Anwendung auf Menschen meist für die Bezeichnung eines Zustandes gebraucht, und so will es auch die deutsche „Gesellschaft für ethische Kultur" verstanden wissen; sie erklärt in ihren Statuten, „ethische Kultur" bedeute für sie „einen Zustand, in welchem Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, Menschlichkeit und gegenseitige Achtung walten". Der Engländer und Amerikaner versteht aber sehr oft unter „culture", was wir im Deutschen mit „Bildung" ausdrücken — d. h. er gebraucht das Wort für die Bezeichnung einer Thätigkeit, wie er denn auch Formen eines Zeitwortes „to culture" neben dem Zeitwort „to cultivate" besitzt, so daß „society for ethical culture" einfach mit „Gesellschaft für ethische Bildung" zu übersetzen wäre. Im Endziel läuft es auf das Gleiche hinaus, aber so übersetzt klingt der Titel immerhin etwas weniger gespreizt.

fördern. Was einer glaubt, ist unter diesem Gesichtspunkt sekundär; daß er die moralische Kraft hat, seine Ueberzeugung jederzeit zu vertreten, die Hauptsache. Indem sie nun mit ihren Vereinen die Gegnerschaft gegen die Kirche und den Kirchenglauben in ein möglichst harmloses Gewand kleiden, mögen die Ethiker zwar zeitweise ein verhältnißmäßig großes Publikum finden, aber sie öffnen von Anfang an der Feigheit und Faulheit ein bequemes Hinterthürchen — oder vielmehr ein ganzes Riesenportal. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß man in Deutschland, dem weiland auf seine geistige Freiheit so stolzen Deutschland, von Amerika her die Deckflagge entlehnt, hinter die dort der Atheismus sich steckt, um bei den frömmelnden Yankees kein Aergerniß zu erregen. Gegen den alten Herrgott mit Kanonen aufzufahren, verlangt gewiß Niemand; aber wenn der Sekularismus oder die atheistische Freidenkerei oft genug sich bornirt-sektirerisch geberdete, so bekannten sie wenigstens ehrlich Farbe. Das atheistische Sektirerthum aufgeben, um sich auf die „ethische Kultur" zu verlegen, ist alles Mögliche, nur kein Beweis seiner Ueberwindung.

Denn daß hier, in der Frage der Religion, das Hauptinteresse der Ethiker sich konzentrirt, daß sie es vor Allem auf die Konkurrenz mit der Kirche abgesehen haben, zeigt ein Blick in die erste beste Publikation derselben. Vor uns liegt eine Broschüre: „Die Ziele der ethischen Bewegung" von Dr. Moritz Brasch,* die nach dem Vorwort des Verfassers speziell dem Zweck gewidmet ist, „gegenüber den mannigfaltigen Irrthümern und Entstellungen, denen die ethische Bewegung in Deutschland in der reaktionären Presse ausgesetzt ist, die wahren Ziele, insbesondere auch die idealen Momente derselben dem größeren Publikum darzulegen." Welches sind nun diese wahren Ziele? Auf Seite 24 theilt Herr Dr. Brasch den § 1 der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur" mit, der darüber Auskunft gebe. Er lautet: „Es ist der Zweck der Gesellschaft, im Kreise ihrer Mitglieder und außerhalb desselben als das Gemeinsame und Verbindende, unabhängig von allen Verschiedenheiten der Lebensverhältnisse, sowie der religiösen und politischen Anschauungen, die Entwicklung ethischer Kultur zu pflegen", worauf dann die schon oben erwähnte Erklärung folgt, ethische Kultur bedeute „einen Zustand, in welchem Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, Menschlichkeit und gegenseitige Achtung walten". In diesen Worten, meint Herr Dr. Brasch, stecke „ein ganzes sozialpolitisches Programm". Es thut mir leid, anderer Meinung zu sein. In diesen Worten steckt absolut gar nichts. Bis hierher kann sie Jeder und wird sie Jeder unterschreiben, dem Herr Dr. Brasch sie vorlegt, da Jeder in sie hineinlegen kann, was ihm beliebt: Der Papst in Rom, wie überhaupt jeder Ultramontane, der extremste protestantische Pietist und der radikalste Protestantenvereinler, jeder fortschrittliche Demokrat und jeder konservative Land- oder Fabrikjunker. Frage man z. B. Herrn Stöcker, ob er das Geringste gegen einen Zustand habe, in dem Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, Menschlichkeit und gegenseitige Achtung walten. „Wofür halten Sie mich?" wird er antworten. „Das ist's ja gerade, wofür ich mir den Hals ausschreie. Vor Allem Wahrhaftigkeit — Niemand fühlt mehr als ich, wie noth sie unserer Zeit thut. Und Menschlichkeit? — Jeden Tag predige ich sie — den Juden." König Stumm wird Herrn Dr. Brasch versichern, daß gegenseitige Achtung sein Ideal und im Bereich seines Königreichs, d. h. zwischen ihm und seinen Arbeitern, in idealster Weise verwirklicht sei. Kein ostelbischer Landjunker, dessen Gut nicht eine wahre Herberge der Gerechtigkeit ist. Stöcker wendet sich

* Leipzig, Robert Klaußner, 1893.

nur gegen die schlechten Eigenschaften der Juden, die Herr Dr. Brasch hoffentlich nicht vertheidigen oder beschönigen wird, König Stumm entläßt nur diejenigen Arbeiter, die sich wider die Achtung versündigen, die sie ihm als ihrem natürlichen Vorgesetzten und Fürsorger schuldig sind, und Junker Strudelwitz und Prudelwitz lehnen sich nur dagegen auf, ihren Tagelöhnern ungerechte Löhne zahlen zu sollen. Selbst das „unabhängig von allen Verschiedenheiten der Lebensverhältnisse, sowie der religiösen und politischen Anschauungen" ist nichts der ethischen Bewegung Eigenthümliches. So wie der Satz dasteht, werden ihn vor allen Dingen gerade die Mehrheit der Priester aller Konfessionen und die Mitglieder fast aller bürgerlichen Parteien unterschreiben. Denn davon träumt heut weder ein zurechnungsfähiger Geistlicher, noch ein zurechnungsfähiger Politiker, daß seine Kirche oder Partei es in absehbarer Zeit zur Absorbirung aller übrigen bringen wird. Für Interessen, die so allgemeiner Natur sind, daß das partikulare Kirchen- oder Partei-Interesse dagegen in den Hintergrund tritt, gehen sie heut schon oft genug Hand in Hand, ohne erst der Gesellschaften für „ethische Kultur" zu bedürfen.

Gemeint ist natürlich mit den zitirten Sätzen, wie aus den Erläuterungen des Herrn Dr. Brasch hervorgeht, etwas ganz Anderes, als diese absolute Neutralität. So sagt er einmal: „Aber weisen wir bei dieser Rekonstruktionsarbeit zwei sich uns aufdrängende gefährliche Bundesgenossen energisch zurück: den Militär- und Bureaukratenstaat und die kirchliche Hierarchie." Da wird also doch ein Unterschied in den „Lebensverhältnissen" als trennender Faktor konstituirt. Warum aber, wenn Jedermann „ohne Ansehen der Rasse, der Konfession und des Standes" zur Mitarbeit willkommen ist, gerade die Pastoren und Geheimräthe ausgeschlossen sein sollen, wäre, da es in der Geistlichkeit und unter den gebildeteren Beamten auch Leute giebt, die einen Zustand erstreben, wo „Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit 2c. walten", unbegreiflich, wenn nicht die Sätze etwas bedeuten sollen, was man rund heraus auszusprechen nicht für gut befindet. Aber es ist ein schlimmes Zeichen für eine „ethische" Bewegung, wenn sie gleich damit beginnt, daß zwischen dem, was gesagt, und dem, was gemeint wird, ein klaffender Unterschied besteht.

Uebrigens verflüchtigt sich die Sozialpolitik, von der Herr Dr. Brasch an der zitirten Stelle spricht, weiter hinten in seiner Schrift zur ganz formlosen „Sozial-Ethik". „Das Agitationsprinzip der ‚Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur' wird ein sozial-ethisches, aber kein sozial-politisches sein müssen", heißt es auf Seite 40, nachdem schon auf Seite 26 erklärt wurde, daß unter „sozialpolitisch" nicht Erwägungen über Arbeiterpensionen, Invalidenversorgung und Krankenunterstützung zu suchen seien, und dem obigen Satz folgt die Bemerkung, die Ethiker seien der Ueberzeugung, daß alle sozialpolitischen Reformen in der Luft gebaut sind, so lange sie nicht auf dem Grunde der sozial-ethischen Gesinnung, auf der menschlichen Empfindung beruhen. Das sagen der Stöcker, der Hitze und der Hildesheimer auch, nur daß nach ihnen die sozial-ethische Gesinnung durch die Religion verbürgt sein muß. Dafür, daß er die Ethik aus der positiven Religion herleitet, hat aber der Stöcker zugleich ein positives sozialpolitisches Programm, das trotz seiner Magerkeit immerhin erheblich kräftiger ist, als die moralischen Bettelsuppen im Programm der Sozial-Ethiker — so wie es dasteht. Wenn Professor Tönnies den Vergleich der ethischen Bewegung mit dem Katheder-sozialismus unpassend fand, so hatte er Recht; aber zur Beschwerde hätten die Katheder-sozialisten meines Erachtens eher noch Recht gehabt, als die un-sozialpolitischen Sozial-Ethiker. Die Absichten der Letzteren mögen viel umfassendere,

viel tiefgreifendere sein, aber die sorgfältige Vermeidung alles Konkreten unterscheidet sie sehr unvortheilhaft von jenen. Auch weiß man, daß der Weg zum Mißerfolg mit guten Absichten gepflastert ist.

Ich schreibe dies durchaus sine ira. Ich weiß sehr gut, worin diese Vermeidung aller Bestimmtheit in Bezug auf Religion, Politik, soziale Fragen begründet ist, warum z. B. selbst die Forderung der konfessionslosen Schule in „Veranstaltungen zur Hebung der ethischen Jugenderziehung in allen ihren Stufen und zur Pflege des Wahrhaft-Menschlichen und Menschlich-Gemeinsamen im ethischen Unterricht, unabhängig von den trennenden Lehren der religiösen Konfessionen und der Parteien“ (§ 2 der Statuten) verpantscht ist. Man fürchtet, durch größere Bestimmtheit eine Beeinträchtigung des Zwecks herbeizuführen, zunächst recht viel Mitglieder zu sammeln, und auf das Letztere kommt zunächst Alles an, weil ohne große Mitgliederzahlen die Bewegung von Anfang an verloren wäre. Schön. Aber die natürliche Folge ist, daß die Gesellschaft eine um so gemischtere und unzuverlässigere wird. Was über das Zupfen von moralischem Charpie hinausgeht, wird sie in verschiedene Lager auseinanderlaufen machen.

Die freiwillige Beschränkung auf die Moralisirerei ist fast immer ein Zeichen der Schwäche. In Amerika, wo bis jetzt die politische Arena von zwei Bourgeoisparteien monopolisirt und jede neue Parteibildung, die nicht große, weitverzweigte Interessenverbindungen hinter sich hatte, absolut aussichtslos war, und wo andererseits die religiösen Sekten das geistige Leben überwucherten und eine widerliche Heuchelei heranzüchteten, fand die ethische Bewegung in dieser Thatsache am Ende noch eine gewisse Berechtigung. Aehnlich bis vor Kurzem in England. Sie bedeutete da ein schwächliches Vordringen gegen bestimmte, nach vielen Richtungen hin drückende Traditionen, aber doch ein Vordringen. In Deutschland dagegen mit seinem ausgebildeten Parteiwesen, und wo trotz aller aus oberen Regionen stammenden kirchlichen Pronunziamentos das Volk sich nicht der Kirche zutreiben läßt, bedeutet sie vielmehr einen Rückzug. Die kirchliche Reaktion, soweit sie in Deutschland Erfolge erzielt hat, also im höheren Bürgerthum, der Bureaukratie ꝛc., wird durch sie wenig berührt, sie ist eine politische Erscheinung und daher auch politisch zu bekämpfen. Namentlich das Beamtenthum sammt dem, was mit ihm in Verbindung steht, und das ist in Preußen-Deutschland bekanntlich sehr viel, wird es solange für seine Pflicht halten, sich als kirchlich wohlgesinnt zu bethätigen, als von oben her der Wind nicht in entgegengesetzter Richtung weht wie bisher. Es liegt mir ein böser Vergleich in der Feder, da es aber gar nicht in meiner Absicht liegt, Bosheiten zu sagen, so will ich ihn unterdrücken und nur bemerken, daß, um diesen Wechsel herbeizuführen, ethische Vorträge mir nicht das rechte Mittel erscheinen.

Im günstigsten Falle würden sie immer nur indirekt wirken. Und das mag auch die stille Absicht oder der stille Wunsch vieler Ethiker sein. Indeß gerade darin liegt das Kriterium des Rückzuges, daß man das eigentliche Kampfterrain verläßt und eine gedeckte Position aufsucht, wo man zwar vor den Kugeln des Gegners sicher ist, aber diesem eben nur in der Schußweite dieser Position zu Leibe kann. In den Publikationen der Ethiker fehlt es nicht an Ausfällen gegen Militarismus, Ueberwuchern des Nationalitätsgefühls, Rassenhaß und andere Uebel, die sich in der Politik unserer Tage geltend machen, aber mit vagen Verurtheilungen ist herzlich wenig ausgerichtet — die übergroße Masse der Chauvinisten hüben und der Mordspatrioten drüben schwören nicht deshalb zur Fahne des Chauvinismus, bezw. Mordspatriotismus, weil sie dieselben für etwas

an sich Schönes hielten, sondern im Hinblick auf bestimmte konkrete Thatsachen. Es hilft also nichts, über die Schädlichkeit dieser und anderer Ismen zu argumentiren, sondern es heißt, den bestimmten Thatsachen zu Leibe zu gehen, aus denen sie ihre Nahrung schöpfen, mit anderen Worten, zu den bewegenden Fragen der Politik Stellung zu nehmen. Indem sie das gerade vermeiden, treiben die Ethiker dieselbe Art Beschäftigung, von der schon Lessing Alles, was zu sagen war, aussprach, als er die Unfruchtbarkeit andächtigen Schwärmens, wo gutes Handeln am Platze ist, demonstrirte. Und darin liegt die große Gefahr all dieser ethischen Vereinigungen, daß sie selbst dort, wo es nicht von vornherein bewußte Absicht ist, vom wirklichen Kampf, wie er heute geführt werden muß, zum Kultus beschaulicher Gemeinplätzlichkeit ablenken. Der politische Kampf hat viel Unbequemes und Unangenehmes im Gefolge, da giebt's Püffe von allen Seiten, Reibereien, Feindseligkeiten, Gehässigkeiten, persönliche Enttäuschung und Verbitterung. Die Beschäftigung mit der Moral, das Diskutiren ethischer Probleme ist davon frei — im schlimmsten Falle riskirt man als sonderbarer Schwärmer das geringschätzige Mitleid der Menge sich zuzuziehen, wofür das Bewußtsein, moralisch höher als diese Menge zu stehen, gewöhnlich hinreichende Entschädigung gewährt. Der Politiker hat den ganzen Haß zu gewärtigen, den das verletzte und bedrohte Interesse zu erzeugen fähig ist, der Ethiker unserer Tage kaum ein wenig Zeitungspolemik. Aber nicht die Moralpredigt ist es, die die Gesellschaft vorwärts bringt und sie auf eine Stufe erhebt, wo eine höhere Moral die Beziehungen ihrer Mitglieder zu einander durchdringt, sondern der politisch und ökonomisch geführte Kampf gegen die positiven Einrichtungen und Zustände, deren Reflex das ist, was die Ethiker als „Unnatur, Irreligiosität und Immoralität unserer heutigen Gesellschaft" beklagen. Daß sie sich auf den Kampf gegen diese Abstrakta beschränken, beweist nur, daß selbst die besseren Elemente des Bürgerthums fühlen, wie ihre Klasse aufgehört hat, die politische Führerin der vorwärtsstrebenden Elemente im Volke zu sein.

Der Sozialismus in Frankreich während der großen Revolution.

Von C. Hugo.

III. Claude Fauchet.

„Es gab damals in Paris einen Priester, dessen Stimme das Volk bewegte und entzückte. Sein hoher Wuchs, sein schwarzes Haar waren die eines Kriegers; er hatte den Blick eines Apostels, das Lächeln einer Frau. Wenn er von der Höhe seiner Kanzel die Menge zu Freiheitskämpfen begeisterte, hätte man ihn für einen zweiten Savonarola halten können; und doch verklärte ihn der Widerschein jener Grazie, die in dem heiligen Franz von Sales die Kinder herbeieilen machte und zu den bekümmerten Herzen der Mütter sprach."* Mit diesem sentimentalen Erguß, der durch das ganze Kapitel in überschwellendem Strom fließt, beginnt Louis Blanc seine Charakteristik Cl. Fauchet's. Die gefühlvolle Ueberschwänglichkeit des Abbé war dem kleinen Historiker, der alle wahre und große Leidenschaft auf das Niveau seiner jungferlichen Sentimentalität herunterbrachte, durchaus kongenial, und mit dem Vollgefühl einer empfindsamen Seele

* L. Blanc, Histoire de la Rév. Fr. III, 24.

ſchwelgt er in den tönenden Phraſen von Humanität und Evangelium der Liebe, von Freiheit und Brüderlichkeit, mit denen Fauchet's blühende Beredtſamkeit die Zuhörer des Cercle social berauſcht und entmannt hat. Leider aber ſchweigt ſich Louis Blanc vollſtändig darüber aus, worin die ſoziale Politik unſeres Menſchheitsfreundes beſtanden, obſchon dieſelbe eine Behandlung viel mehr verdient hätte, als die moralphiloſophiſch-religiöſen Sentenzen, bei deren Lektüre man zweifelhaft iſt, ob man ſich mehr über die phantaſtiſche Verſchwommenheit der Idee oder den anſpruchsvollen Bombaſt der Rede wundern ſoll. Trotz Louis Blanc iſt aber Fauchet doch etwas mehr als ein gefühlvoller Kanzelredner, deſſen wohlgeſetzte Perioden ſeinem Auditorium Thränenſtröme entlocken, und wenn er auch einmal gänzlich den Rock des Abbé ausgezogen, ſo reiht er ſich doch als ein nicht unwürdiger Nachfolger an die Schaar ungeiſtlicher Abbés, die ſo bedeutend zur Gedanken-Revolution in den Köpfen der Menſchen (vor 1789) beigetragen haben. Für die Entwicklung des Sozialismus iſt er aber auch noch beſonders dadurch intereſſant, wie er ein Schüler und Verehrer Rouſſeau's und Mably's — ob er Morelly gekannt, wage ich nicht zu behaupten, obwohl eine ganze Reihe von Ideen direkt aus dem Code de la nature entnommen zu ſein ſcheinen — die Konſequenzen Rouſſeau's zieht, ohne zu dem Extrem des reaktionär-kommuniſtiſchen Mably zu gelangen, vielmehr in praktiſchen Vorſchlägen eine vermittelnde Stellung zu finden ſucht.

Claude Fauchet wurde am 22. September 1744 zu Dornes geboren. Begabt und ehrgeizig, trat er in den geiſtlichen Stand ein und wußte ſich früh eine geachtete Stellung zu erringen. Er wurde Abt von Montfort-Lacarre und Prediger des Königs. Als ſolcher hielt er die Leichenrede für den Herzog von Orleans 1785 und ſprach im Jahre 1788 die letzte Predigt beim Roſenfeſt (Fête de la Rosière)* zu Suresnes. Die hier von ihm geäußerten religiöſen und politiſchen Anſichten erſchreckten den Hof ſo, daß Fauchet von der Liſte der Hofprediger geſtrichen wurde. In den von ihm bei den verſchiedenſten Anläſſen gehaltenen Predigten können wir die allmälig ſtets radikaler werdende Entwicklung ſeiner Anſichten verfolgen. Sein Gegenſatz gegen die abſolute Monarchie tritt ſchon in der 1788 gehaltenen Predigt: sur les moeurs rurales zu Tage. Als Ziel des Staates ſtellt er bereits das Glück der Völker hin, das in der nationalen Tugend beſteht. Dieſe ſelbſt aber findet ihre Realiſirung nur durch die Vollendung der ländlichen Sitten. Die nothwendige Baſis für das Glück eines Staates iſt daher das Glück, das Wohlbefinden des flachen Landes, der Bauernſchaft. Jede Politik, die die Throne auf dem Elend der Dörfer aufrichten und die Macht der Regierung durch die Verderbniß der Völker feſtigen will, iſt frevleriſch vor Gott und Menſchen. In Sklaverei und Elend können ſich keine Sitten entwickeln, dazu bedarf es der Freiheit des Volkes und des Schutzes der legitimen Früchte ſeiner Arbeit. Die Sicherheit der Perſonen und Güter wird das Elend, das Fauchet von der Armuth unterſcheidet, aus dem Königreich verbannen. Man ſieht, der Flug ſeiner Beſtrebungen iſt kein ſehr hoher; ſie beſchränken ſich darauf, das extreme Elend, unter dem der franzöſiſche Bauer erdrückt zu Boden ſank, zu mildern und wenn möglich zu beſeitigen. Noch ſieht er in der Armuth, der arbeitſamen und unſchuldigen Armuth, eine der ſchönen Einrichtungen der Vorſehung und die fruchtbare Quelle der ſozialen Tugenden.

* Mit la Rosière wird das junge Mädchen bezeichnet, dem ein Kranz von Roſen als Tugendpreis gegeben wird. Beſonders berühmt war im 18. Jahrhundert das Feſt dieſer Bekränzung in dem Dörfchen Salency, das mit großem Pomp gefeiert wurde.

Neben dieſer ſchwächlichen Halbheit, dem furchtſamen Anfang eines Denkens, das ſich von den überlieferten Vorurtheilen zu befreien beginnt, finden wir einzelne kritiſche Gedanken des beſtehenden Syſtems, die ihn uns auf der rechten Fährte zeigen.

So hatte ſich denn Fauchet ſchon vor der Revolution den Ruf eines radikalen Reformers erworben, ſo daß es uns nicht wundern kann, ihn beim Ausbruch der Revolution und in ihrem Verlaufe in den vorderſten Reihen der Kämpfenden zu finden. Er nahm an der Erſtürmung der Baſtille lebhaften Antheil, und wie ſein ſchmähender Biograph, der Abbé de Valmerſon, Pſeudonym, hinter dem ſich der Abbé Jarry verſteckte, voll Hohn bemerkt, liebte er es, in dem Cercle social „regelmäßig zweimal am Tage einen von Kugeln durchlöcherten Mantel, das Denkmal der Gefahren, die er bei dieſer Belagerung gelaufen, zu zeigen“.* Jedenfalls fehlte es unſerem Abbé nicht an dem gehörigen Maß von Selbſtbewußtſein und er hätte um Alles in der Welt nicht gegen das Wort ſeines Herrn und Meiſters gefehlt und ſein Licht unter den Scheffel geſtellt. Der Tapferkeit ward ihr Lohn. Fauchet erhielt den Auftrag, die beim Baſtilleſturm getödteten Bürger in einer Leichenrede zu feiern. Im Verfolg dieſer Aufgabe machte er die franzöſiſche Freiheit zum Gegenſtand dreier Reden (Trois discours sur la liberté Française 1789), in denen er den Deſpotismus der Könige aufs Energiſchſte angriff und die durch das Evangelium verheißene Freiheit, zu der Alle berufen ſind, verherrlichte. „Das Recht der Unterdrückung“, rief er aus, „gehört nicht dem Cäſar; das Recht der Vertheidigung aber allen Menſchen. . . . Das Recht der Könige erſtreckt ſich nur ſo weit, als die Geſetze es ihnen einräumen und nichts gehört ihnen, als nur durch den öffentlichen Willen, der die Stimme Gottes iſt. Jeſus Chriſtus ſtarb für das Menſchengeſchlecht, indem er für ſein Vaterland ſtarb. Als Feind Cäſars wurde er geopfert. . . . Er hatte ſich gegen die Ariſtokratie ſeiner Nation erhoben: überdenkt dieſe wichtige Wahrheit, meine Brüder. Er hörte nicht auf, die Tyrannen des Volkes, die ungerechten Erpreſſer der Steuern, die Deſpoten des Gedankens, alle Unterdrücker des öffentlichen Unwillens zu reizen. Die erzürnten Ariſtokraten täuſchten das Volk. . . . Die Ariſtokratie hat den Sohn Gottes gekreuzigt.“** Dieſe Verbindung des Evangeliums der Liebe mit der Revolution iſt die Zentralidee, um die ſich alle ſeine Gedanken über Politik und Geſellſchaft bewegen, von der ſie, wie von einer Sonne, ihre charakteriſtiſche Beleuchtung erhalten: „Laßt uns das Evangelium mit der Freiheit vereinen, und unſer Glück wird ſich vollenden.“*** So räumt er, wie ſeine zahlreichen Nachfolger im neunzehnten Jahrhundert, Lamennais u. a. m., der Religion, dem Evangelium der Liebe die wichtigſte Stellung in der Geſammtheit der menſchlichen Beziehungen ein. Während die Philoſophie, deren Werth er durchaus anerkennt, die Rechte des Menſchen und ſeine Pflichten in der Natur und Geſellſchaft aufzeigt, heiligt die Religion dieſe Pflichten und dieſe Rechte, vergrößert ſie noch, durchdringt mit ihnen die Geiſter der Menſchen und erfüllt mit ihnen ihre Herzen. Es iſt die Liebe Gottes, die mit dem göttlichen Feuer der Tugend ſowohl die gewöhnlichen Seelen, wie die erhabenen Genies erfüllen muß, denn das Evangelium iſt uns Eintracht und Einigung. „Jeſus Chriſtus iſt nur die Gottheit, die die Mitbürgerin des Menſchengeſchlechtes geworden iſt.“ (Jésus-Christ n'est que la

---

* Vie de l'Abbé Fauchet par M. l'Abbé de Valmerson. Paris 1791. pag. 25. not. 2.

** Discours sur la lib. franç. 5./VIII. 1789. pag. 7, 8.

*** Troisième discours sur la lib. franç. pag. 17.

divinité concitoyenne du genre humain.*) Um beſſer Propaganda für ſeine Ideen machen zu können, verwandelte Fauchet in Verbindung mit Bonneville die Loge zu den Neun Schweſtern, der er früher angehört hatte, in einen Klub, der am 1. November 1790 als Cercle social oder Assemblée fédérative des amis de la vérité im Cirque du Palais Royal eröffnet wurde. Faſt 5000 Zuhörer hatten ſich im Saale verſammelt, während die Gallerien den Damen eingeräumt waren. Fauchet ſprach die Eröffnungsrede und blieb der leitende Mann und die Seele des ganzen Klubs. Das Organ des Cercle social, die „Bouche de fer", verdankt ſeinen Werth auch nur den von Fauchet gelieferten 25 Reden, in denen derſelbe den Contrat social Rouſſeau's kritiſch behandelt und im Anſchluß daran ſeine Ideen entwickelt. Auf dieſe Beiträge und das von ihm im Jahre 1789 verfaßte Werk „De la réligion nationale" werden wir uns im Folgenden beſchränken und auf ſie unſere Darſtellung des ſozialpolitiſchen Syſtems Fauchet's, ſoweit überhaupt von einem Syſtem die Rede ſein kann, baſiren.

Da Fauchet ſeine Idee im Anſchluß an den Contrat social von Rouſſeau entwickelt und ganz beſonders das Kapitel: Du domaine réel (pag. 25 ff. der Ausgabe von 1762) zum Ausgangspunkt der für uns beſonders wichtigen Vorträge macht, iſt es nothwendig, den Gedankeninhalt dieſes Kapitels hier in Kürze zu ſkizziren.

Jedes Mitglied einer Geſellſchaft, ſo etwa führt Rouſſeau aus, giebt dieſer im Augenblick, wo ſie entſteht, ſich und alle ſeine Güter und Kräfte hin. Ein Staat iſt durch den Geſellſchaftsvertrag Herr der Güter aller ſeiner Angehörigen; anderen Staaten gegenüber wird er Herr eines Gutes durch das Recht des Erſt-Okkupirenden, das aber erſt nach Einrichtung des Eigenthumsrechts ein wahres Recht wird. Dies Okkupationsrecht iſt aber beſchränkt durch folgende Bedingungen: 1. das Land muß unbewohnt ſein; 2. der Staat kann nur die Fläche, die er nöthig hat, in Beſitz nehmen; 3. er kann Beſitz nicht durch eine leere Zeremonie, ſondern allein durch Arbeit und Kultivirung gewinnen, der einzige Eigenthumstitel, der in Ermangelung juriſtiſcher Titel von einem anderen reſpektirt werden muß. — Indem die Gemeinſchaft die Güter der Privatperſonen annimmt, beraubt ſie dieſe derſelben nicht; ſie thut vielmehr nichts Anderes, als daß ſie ihnen den rechtmäßigen Beſitz ſichert und die Uſurpation in ein wirkliches Recht und den Genuß in Eigenthum verwandelt. Die Beſitzer erſcheinen als die „Dépositaires du bien public". In einer Note fügt Rouſſeau noch hinzu, daß der ſoziale Staat nur ſo lange für die Menſchen vortheilhaft iſt, als Jeder irgend etwas und Keiner von ihnen zu viel beſitzt.** Dies und das andere Prinzip, daß die Erde von Natur die reale Domäne des Menſchen iſt, ſtellt Fauchet als die grundlegenden an den Anfang ſeiner Unterſuchungen; an ihnen kann nicht gezweifelt werden. Beide waren in Kraft im goldenen Zeitalter, das nur noch in der Erinnerung des Menſchengeſchlechtes verewigt lebt. In der hiſtoriſchen Zeit aber hat der freigeborene Menſch die Freiheit, die ihm gegeben war, um ſich zur ganzen Höhe ſeines Geſchickes zu erheben, mißbraucht, indem er die heiligen Geſetze der Wahrheit überſchritt und den Ehrgeiz ſeiner Herrſchaft über die Grenzen der Vernunft hinaustrug. Die gerechte Wirkung dieſes Mißbrauchs war, daß anſtatt die wirkliche Domäne ſeiner Genüſſe auszudehnen, er ſie durch die Tyrannei ſeiner Leidenſchaften, die das Maß der angeborenen Neigungen überſchritten, beſchränkt ſehen mußte. Die Mühe begann, aber die Erde war noch

* Second discours sur la lib. franç. pag. 20.

** Rouſſeau, Contrat social: Du domaine réel, 1762, pag. 25.

ſtets die Domäne des Menſchen; ſie erforderte nur eine ſorgfältigere Kultur, um das zum Unterhalt Nothwendige, das ſie früher in freiwilliger Güte geſpendet, zu produziren. Gerade mit der ſteigenden Verfeinerung der Kultur wäre die Aſſoziation der Menſchen nothwendiger geworden, um durch die Vereinigung ihrer Kräfte die Mittel, zum Genuß zu gelangen, zu vermehren. Aber Zwietracht kam in die Vereinigungen der Menſchen: Starke und Schwache; Reiche, die Alles, Arme, die nichts haben, ſchieden ſich von einander. Die Klaſſen entſtanden. Die Domäne der Menge der Menſchen wurde von Wenigen in Beſitz genommen und die Folge davon war, daß alle Laſter und alles Unglück die Menſchen überhäuften. Viele Jahrhunderte lang iſt der Menſch in ſeinem Unglück und ſeiner Erniedrigung verkommen. Jetzt aber iſt die Zeit für ihn gekommen, ſeine ihm geraubte Domäne wieder zu erobern. Die langſam erworbene Wahrheit beginnt ihre lebendigen Strahlen in die Anarchie des Menſchengeſchlechtes hineinzuwerfen. Die Völker ſind in Gedankenverbindung; die Herzen öffnen ſich großen Hoffnungen. Die Freiheit, Sicherheit und Würde des Menſchen ſind anerkannt: jetzt wird es nothwendig, ihm den Genuß ſeiner gemeinſamen Rechte zu ſichern. Es iſt Zeit, daß der Menſch ſouverän ſeinen Fuß auf die Erde ſtellt, daß die Domäne ſeiner Exiſtenz unveräußerlich iſt und er nicht mehr von der Gnade der Tyrannen abhängt, um in ſeinem eigenen Reiche zu leben!

Ein jeder Menſch hat ein Recht auf die Erde und muß zum Eigenthum die Domäne ſeiner Exiſtenz beſitzen, die er durch die Arbeit in Beſitz nimmt. Alle Rechte ſind in einer wohlgeordneten Geſellſchaft in Gemeinſchaft geſetzt; die ſoziale Souveränetät muß die Linien ſo ziehen, daß Alle etwas beſitzen und Keiner zu viel. In dem Geſellſchaftsvertrag, der eine Nation konſtituirt, übergiebt ſich der Menſch gänzlich dem Vaterlande und empfängt Alles von ihm. Ein Jeder liefert ihm ſeine Rechte, Kräfte, Fähigkeiten, Exiſtenzmittel und nimmt Theil an den Rechten, Kräften, Fähigkeiten, Exiſtenzmitteln Aller. Aus dieſer großen Einheit reſultirt eine harmoniſche Macht, eine völlige Sicherheit, die ganze Möglichkeit perſönlicher Genüſſe, die ganze Summe des Glücks, deſſen die Menſchheit fähig iſt, und die vollſtändige Erfüllung der Wünſche der Natur, zum Glück Aller und eines Jeden!

Bevor aber die zur Einrichtung einer ſolchen allgemeinen Aſſoziation nothwendigen und nützlichen Mittel unterſucht werden können, muß die Frage beantwortet werden, ob die Natur des Menſchen überhaupt für eine ſolche Gemeinſchaft geeignet iſt. Die Menſchen ſind ſchlecht, das iſt der Einwand, mit dem man allen ſolchen Vorſchlägen für die Schöpfung eines beſſeren Gemeinweſens ſtets begegnet iſt und begegnen wird. Nirgends aber liegt die Petitio principii klarer zu Tage als in dieſer Behauptung, die von einer infernalen Abſurdität iſt. Die elenden Verhältniſſe, in denen die Menſchheit Jahrhunderte lang gelebt hat, haben ſie ſchlecht und miſerabel gemacht. Trotzdem gilt als das fundamentale Axiom, daß der Menſch von Natur ein liebendes Weſen iſt (être aimant) und nur in der Brüderlichkeit ſein Glück finden kann.

Hier iſt der Punkt, wo Fauchet's Kritik einſetzt. Rouſſeau hat nach ſeiner Anſicht einen fundamentalen Fehler gemacht, indem er behauptete, daß die Gemeinſchaft der Familie die einzige natürliche iſt und es nur iſt bis zur Entwicklung der Kräfte des einzelnen Individuums; daß aber dann der Menſch an einen anderen Menſchen nicht mehr durch die Einrichtung der Natur, ſondern nur durch Uebereinkommen, Kontrakte (conventions) gebunden iſt. Dieſelbe Einſicht, welche Rouſſeau veranlaßte, die Gemeinſchaft der Familie als natürlich

bis zu dem Alter zu betrachten, wo die Fähigkeiten der Menschen entwickelt sind, die Einsicht nämlich, daß die Menschen durch ihr Interesse und ihre Bedürfnisse zum Handeln bewegt werden, hätte ihn auch zu der nothwendigen Folgerung bringen müssen, daß der Mensch niemals aufhört, durch natürliche Bande mit seinen Nebenmenschen verbunden zu sein und daß es die universellen Bande der Natur sind, welche die wahren Beziehungen der Gesellschaft ausmachen. Der Mensch also, bewegt durch sein Interesse und seine Bedürfnisse, kann sein Ziel, sein Wohlergehen niemals allein für sich erreichen und ist daher von Natur und unvermeidlich ein soziales Wesen, das Zoon politikon des Aristoteles.* Es ist für ihn eine Nothwendigkeit, zu lieben; Liebe und Gemeinschaft ist dasselbe. Rousseau hat dies selbst des Oefteren ausgesprochen. Der Mensch ist gut, sagt er, die Menschen sind schlecht! Richten wir also unsere Aufmerksamkeit auf diese konstitutive Güte, durch welche die Natur die Moralität der intelligenten Wesen schafft, und sehen wir, wie alles Gute und alles Böse daherfließt, je nachdem die Menschen in Uebereinstimmung mit dieser Einrichtung der Natur leben oder nicht.

„Der Mensch, wie er von der Natur geschaffen, ist zunächst gut gegen sich selbst und Freund seines Wohlergehens: erstes Gesetz der Güte, erstes Gesetz der Liebe.

„Der Mensch wird hilflos, schwach geboren; er bedarf des Beistandes; er begehrt ihn durch seine Blicke, seine Thränen; er bezahlt ihn durch seine Zärtlichkeiten, sein Lächeln: zweites Gesetz der Güte, zweites Gesetz der Liebe.

„Der Mensch, wenn er nach seiner Anlage stark geworden ist, genügt sich niemals; je mehr Kräfte er hat, desto mehr bedarf er des Beistandes, um sie in ihrer ganzen Ausdehnung zu üben; er vereinigt sich, assoziirt sich; seine Natur zwingt ihn dazu; er empfängt Dienste und leistet sie; es ist nur auf diese Weise, daß er ein Quantum Glück erhalten kann, nach dem er unersättlich giert: drittes Gesetz der Güte, drittes Gesetz der Liebe.

„Das Glücksbedürfniß des Menschen ist aber ungeheuer; um vollständig befriedigt zu sein, würde es nothwendig sein, daß er in Eintracht mit allen Wesen sich befindet, daß er in Willensharmonie mit dem Universum tritt, daß Himmel und Erde sich mit ihm verstehen und daß er in Einheit mit der gesammten Existenz ist: letztes Gesetz der Güte, letztes Gesetz der Liebe.“**

Dies ist also die ganze Serie der Prinzipien der „sociabilité naturelle“, die nicht, wie Rousseau behauptet hat, bei der Gemeinschaft der Familie Halt macht, sondern sich vielmehr von Natur auf die Gemeinde, Nation, das Universum erstreckt. Existenz für sich, Liebe, Sozialität, Freiheit; in diesen vier Worten lassen sich die vier Prinzipien der Güte und Liebe symbolisirend zusammenfassen — sie bilden die Reihe der natürlichen Rechte der Menschen und auf sie hin müssen alle staatlichen Einrichtungen geprüft werden. Diejenige Gesetzgebung wird also die beste sein, durch die die Menschen am meisten vereinigt sind, sich am meisten lieben und zusammen die größte Summe der Güter gewinnen, welche sie in ihrer Vereinigung produziren. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet muß also das heutige entsetzliche System überhaupt nicht als ein solches der Gemeinschaft (société), sondern nur der Entgesellschaftung (insociation) erscheinen, welches alle Menschen von einander getrennt hält, anstatt sie in Liebe zu vereinen.

---

* Vergl. die schöne und geistvolle Ausführung dieses Gedankens bei Morelly, Code de la nature.

** La Bouche de fer 1790, No. XI, pag. 176 ff.

Ein solches System hat keine Existenzberechtigung und muß von Grund aus vernichtet werden.

Leider kann das goldene Zeitalter nicht mehr in seinem primitiven Reichthum erstehen; aber das Zeitalter des guten Mittelstandes (médiocrité), welches ein wenig Gold verschönert, muß endlich beginnen und dem Menschen das thatsächlich mögliche Maß der Genüsse verschaffen, die er zu seinem Glücke bedarf. Durch welche Mittel kann nun ein solches Zeitalter heraufgebracht werden, ohne die Gesellschaft in die Wirren zu stürzen, welche Theilungsgesetze (loix de partage) stets mit sich gebracht haben, und ohne die Neugestaltung der sozialen Ordnung dem Zufall eines vollständigen Umsturzes der Eigenthumsverhältnisse anheimzugeben? Theilungsgesetze haben niemals das erreicht, was man mit ihnen beabsichtigte. Sie machen Reichthum und Armuth nur von Hand zu Hand wechseln, ohne einem jeden Bürger die Unveräußerlichkeit der zum Leben nothwendigen Domäne zu garantiren. Alle geschichtliche Erfahrung beweist diesen Satz. Sparta, welches das erstbeste Land unter eine kleine Zahl bevorrechtigter Familien vertheilte, hielt die besiegten früheren Besitzer und ihre Nachkommen in der drückendsten Sklaverei; Rom, das häufig solche Theilungen veranstaltete, um die gewaltthätige Unzufriedenheit seiner verarmten Volksklassen zu beschwichtigen, ließ Tausende von Menschen in Sklaverei verkommen, ohne jemals „an die universale Ordnung der Vernunft oder die ewigen Rechte der Menschheit zu denken". Die einzige Nation, welche durch ein Gesetz die Domäne ihrer Existenz für unveräußerlich erklärte, war die hebräische, aber auch sie gab ihre Schwachen und Unglücklichen dem Mangel und einer Knechtschaft von fünfzig Jahren anheim. Ein Vorbild für eine zukünftige Gesetzgebung kann also weder im alten Griechenland noch Rom gefunden werden; es existirt allein in der unveränderlichen Natur, der die soziale Ordnung konform sein muß, wenn nicht das Menschengeschlecht auf ewig unglücklich sein soll.

Die Abschwörung der Reichthümer (abjuration des richesses) ist nach Fauchet's Ansicht das Geheimniß der Sitten, die ganze Wissenschaft der Tugend, die ganze Vollendung der öffentlichen Freiheit, das ganze Fundament des Gedeihens der Staaten. Malheur aux riches: das ist die ganze Moral der Freiheit, die ganze Moral des Glücks.* Malheur aux riches und, wie wir ergänzend hinzufügen müssen: malheur à la misère, das sind die breiten Grundprinzipien einer sozialen Gesetzgebung. Die beiden Extreme ausschweifenden Reichthums wie entsetzlichsten Elends müssen fallen; das schwelgende Parasitenthum der Ueberreichen wie das verhungernde der überarmen Bettler und Vagabonden soll verschwinden, um dem gesunden Mittelstand Platz und Entwicklungsfreiheit zu verschaffen.

Die erste Aufgabe der Gesetze ist daher, dafür zu sorgen, daß in der ganzen Ausdehnung des Königreiches Keiner das zur Existenz Nothwendige entbehrt. Zu diesem Zwecke sollen in jedem Kirchspiel, Distrikt, jeder Provinz, ihrer Größe entsprechend, Werkstätten (ateliers de charité) eingerichtet und jeder Arbeiter zu jeder Zeit auf sein Verlangen darin beschäftigt werden. Der in ihnen gezahlte Lohn soll etwas geringer sein, als der den Arbeitern von Privatleuten gezahlte, um so das Zuströmen aller Arbeiter zu ihnen zu verhindern. Die Höhe des Lohnes soll aber den Arbeitern und ihren Familien ein zureichendes Auskommen sichern und daher dem Brotpreis proportional sein. Wenn das Pfund Brot drei Sous kostet, soll er für den Mann 20 Sous, die Frau 15,

* cf. Troisième discours sur la lib. franç., pag. 16.

das Kind 10 betragen, während der von Privatleuten gezahlte etwa 25 Sous für den Mann betragen würde. Durch diese Einrichtung wird eine Proportion zwischen dem Werthe des Korns und dem Werthe der Arbeit festgesetzt, die für ganz Frankreich giltig ist. Steigt der Kornpreis, so steigt der Lohn und umgekehrt. Die Arbeiter in diesen Werkstätten sollen mit produktiven Arbeiten, wie Bau von Straßen, der Kultivation der Gemeindeländereien, dem Anbau wüste liegender Strecken beschäftigt werden. Läßt ein Eigenthümer sein Land unbebaut oder unbearbeitet liegen, so soll er entweder gezwungen werden, es auf seine Kosten in Anbau zu nehmen, oder es soll für zwanzig Jahre an die Gemeinde fallen, um so zu verhindern, daß ein in den Händen von Privaten befindliches Terrain unproduktiv gelassen wird, während die Gemeinschaft es für ihre Zwecke gebraucht. Wenn auf diese Art und Weise einem jeden Menschen das zu seiner Existenz Nothwendige gesichert wird, werden auch die durch das extreme Elend erzeugten Verbrechen aus der Gesellschaft verschwinden; die Laster in den niedrigsten Schichten der Bevölkerung werden den Tugenden weichen und das öffentliche Wohl eine feste unerschütterliche Basis gewinnen. —

Von dem Extrem des Elends muß sich der Gesetzgeber zu dem des Reichthums wenden, um hier in gleicher Weise durch gute und heilige Gesetze die Ausschreitungen und Störungen zu beseitigen. Die erdrückendste Aristokratie der Reichen und die entehrendste Sklaverei des Volkes ist das große Verbrechen, das seine Ursache in der Anhäufung der Vermögen in den Händen weniger Familien hat. Sehr richtig schildert Fauchet die Gefahren für die politische Freiheit des Volkes, die daraus entstehe, daß die Produktionsmittel, sowohl die der Industrie wie des Ackerbaues, in dem Besitz weniger Individuen sind. Wenn das ganze Königreich im Besitz eines Standes von Großgrundbesitzern und Großindustriellen ist, so werden diese in der That die Tyrannen sein, von deren Laune die Geschicke Frankreichs abhängen. Denn wenn auch der König selbst der größte Grundbesitzer ist, so umfassen seine Besitzungen doch nur den fünfzigsten Theil des gesammten Gebietes und seine Macht kann daher nicht mit der des ihm gegenüberstehenden Großgrundbesitzerthums verglichen werden. Abgesehen von dieser Gefahr, mit der jeder Großbetrieb die Freiheit der großen Masse bedroht, sieht aber Fauchet auch im Kleinbetrieb das ökonomisch Vortheilhaftere und bekämpft daher die Ansicht der Oekonomisten, deren den Großbetrieb verherrlichende Doktrin er als die des Bonheur aux riches charakterisirt. „Malheur aux riches“ ist aber die Lehre des Evangeliums und Moral und Oekonomie verlangen in gleicher Weise den Kleinbetrieb. Die Theilung der großen Vermögen muß also das Ziel der Gesetzgebung sein. Ohne irgend einer Person auch nur den geringsten Theil ihres thatsächlichen Eigenthums zu entziehen, glaubt Fauchet durch drei Gesetze die Anhäufung großer Vermögen für die Zukunft unmöglich zu machen.

1. Niemand, der mehr als 50 000 Livres Rente vom Grundbesitz hat, kann mehr Land erwerben.

2. Zwei Ehegatten können zusammen nicht mehr als 50 000 Livres Rente vom Grundbesitz haben.

3. Jede Erbschaft wird in gleichen Theilen unter die Nachkommen vertheilt; sind keine direkten Erben vorhanden, unter die kollateralen Verwandten bis zum fünften Grade. Haben diese bereits die Höchstsumme von 50 000 Livres Rente oder fehlen sie, so fällt die Erbschaft an die Gemeinde.

Von diesen Gesetzen verspricht sich Fauchet eine große Zersplitterung der Vermögen. Das aufgespeicherte Geld würde gezwungen, sich zum Zweck der

besten Ausbeutung der Ländereien über das ganze Land zu verbreiten; der insolente Luxus würde unmöglich gemacht; Monopole könnten sich nicht herausbilden; und durch die unendlich gesteigerte und ausgedehnte Konkurrenz würden Handel, Industrie und Ackerbau belebt und gefördert werden.

Es erübrigt nur noch, in Kürze das Leben Fauchet's zu Ende zu verfolgen. Im Jahre 1791 wurde er zum konstitutionellen Bischof von Calvados erwählt und von den Wählern seines Distrikts als Deputirter sowohl in die Assemblée Législative, als auch 1792 in die Convention geschickt. Die Entwicklung zum Terrorismus machte er nicht mit und stimmte daher auch gegen die Todesstrafe des Königs. Den Jakobinern schon seit dem Cercle social durch sein Agrargesetz, nunmehr durch seine gemäßigteren Anschauungen, denen er im „Journal des Amis" Ausdruck gab, wie seine Freundschaft mit den Girondisten verdächtig, ward er vor das revolutionäre Tribunal gestellt, von diesem zum Tode verurtheilt und mit den Deputirten der Gironde am 31. Oktober 1793 hingerichtet.

Fauchet ist ohne Zweifel eine der bedeutenderen Persönlichkeiten der französischen Revolution. Die wunderbare Verbindung der demokratisch-kommunistischen Ideen des Urchristenthums mit den Lehren eines Rousseau und Mably, die ihn charakterisirt, macht ein Studium seiner Schriften ebenso interessant wie lehrreich für die Geschichte der sozialistischen Ideen.

Eine Diebskomödie.

Berlin, 25. September 1893.

Früher als sonst wohl beginnt in diesem Herbste das Bühnenleben der deutschen Reichshauptstadt. Das Bühnenleben oder auch das Bühnensterben. Denn schon liegt eine ganze Anzahl von Leichen auf den Brettern, und auch das vielgepriesene Schiller-Theater ist glücklich eingesargt, zur glorreichen Blamage der Bourgeoisie, die sich einbildete, wenigstens noch einen dramaturgischen Vorstoß ins Land des Proletariats wagen zu dürfen. Nach mancherlei Fehlschlägen ist aber doch ein Silberblick über der bürgerlichen Bühne aufgeleuchtet: im „Biberpelz", einer „Diebskomödie" von Gerhart Hauptmann, die am 21. ds. Mts. zum erstenmale auf dem Deutschen Theater aufgeführt wurde.

Es ist nicht die erste Komödie des jungen Dichters: vor zwei Jahren erlebte bereits sein „Kollege Crampton" auf demselben Theater eine Reihe von Aufführungen. Doch war dies Stück kaum mehr als der mit raschen Strichen hingeworfene Charakterkopf eines genialen Trunkenbolds von Künstler; es stand und fiel mit der Frage, ob der Held einen kongenialen Darsteller fand. Das Drum und Dran war eine alltägliche, oberflächlich hingewischte Liebesgeschichte, und der rührsame Ausgang des Stückes brach dem wilden Humor, womit es angelegt war, sozusagen die Spitze ab. Ohnehin sind alkoholische Exzesse in der Dichtung unerträglicher, als — unter Umständen — im Leben; wenigstens für unseren vielleicht sehr zurückgebliebenen Geschmack gehören bei der entschiedensten Vorliebe für einen guten Männertrunk die genialen Süffels oder versoffenen Genies doch einer sehr vergangenen Periode an. Und wenn „Kollege Crampton" in Georg Engels vom Deutschen Theater nicht eben einen kongenialen Darsteller gefunden hätte, so würde er kaum jemals das Licht der Lampen erblickt haben.

Diesen ersten Versuch im Lustspiel hat Gerhart Hauptmann nun glücklich überholt. Der „Biberpelz" ist endlich einmal eine Komödie im alten und echten Sinn des Wortes: eine lachende Geißelung der verkehrten Welt, worin wir leben und weben, dabei ganz frei von des spintisirenden Gedankens Bläße, ganz frei von den

das Kind 10 betragen, während der von Privatleuten gezahlte etwa 25 Sous für den Mann betragen würde. Durch diese Einrichtung wird eine Proportion zwischen dem Werthe des Korns und dem Werthe der Arbeit festgesetzt, die für ganz Frankreich giltig ist. Steigt der Kornpreis, so steigt der Lohn und umgekehrt. Die Arbeiter in diesen Werkstätten sollen mit produktiven Arbeiten, wie Bau von Straßen, der Kultivation der Gemeindeländereien, dem Anbau wüste liegender Strecken beschäftigt werden. Läßt ein Eigenthümer sein Land unbebaut oder unbearbeitet liegen, so soll er entweder gezwungen werden, es auf seine Kosten in Anbau zu nehmen, oder es soll für zwanzig Jahre an die Gemeinde fallen, um so zu verhindern, daß ein in den Händen von Privaten befindliches Terrain unproduktiv gelassen wird, während die Gemeinschaft es für ihre Zwecke gebraucht. Wenn auf diese Art und Weise einem jeden Menschen das zu seiner Existenz Nothwendige gesichert wird, werden auch die durch das extreme Elend erzeugten Verbrechen aus der Gesellschaft verschwinden; die Laster in den niedrigsten Schichten der Bevölkerung werden den Tugenden weichen und das öffentliche Wohl eine feste unerschütterliche Basis gewinnen. —

Von dem Extrem des Elends muß sich der Gesetzgeber zu dem des Reichthums wenden, um hier in gleicher Weise durch gute und heilige Gesetze die Ausschreitungen und Störungen zu beseitigen. Die erdrückendste Aristokratie der Reichen und die entehrendste Sklaverei des Volkes ist das große Verbrechen, das seine Ursache in der Anhäufung der Vermögen in den Händen weniger Familien hat. Sehr richtig schildert Fauchet die Gefahren für die politische Freiheit des Volkes, die daraus entstehe, daß die Produktionsmittel, sowohl die der Industrie wie des Ackerbaues, in dem Besitz weniger Individuen sind. Wenn das ganze Königreich im Besitz eines Standes von Großgrundbesitzern und Großindustriellen ist, so werden diese in der That die Tyrannen sein, von deren Laune die Geschicke Frankreichs abhängen. Denn wenn auch der König selbst der größte Grundbesitzer ist, so umfassen seine Besitzungen doch nur den fünfzigsten Theil des gesammten Gebietes und seine Macht kann daher nicht mit der des ihm gegenüberstehenden Großgrundbesitzerthums verglichen werden. Abgesehen von dieser Gefahr, mit der jeder Großbetrieb die Freiheit der großen Masse bedroht, sieht aber Fauchet auch im Kleinbetrieb das ökonomisch Vortheilhaftere und bekämpft daher die Ansicht der Oekonomisten, deren den Großbetrieb verherrlichende Doktrin er als die des Bonheur aux riches charakterisirt. „Malheur aux riches“ ist aber die Lehre des Evangeliums und Moral und Oekonomie verlangen in gleicher Weise den Kleinbetrieb. Die Theilung der großen Vermögen muß also das Ziel der Gesetzgebung sein. Ohne irgend einer Person auch nur den geringsten Theil ihres thatsächlichen Eigenthums zu entziehen, glaubt Fauchet durch drei Gesetze die Anhäufung großer Vermögen für die Zukunft unmöglich zu machen.

1. Niemand, der mehr als 50 000 Livres Rente vom Grundbesitz hat, kann mehr Land erwerben.

2. Zwei Ehegatten können zusammen nicht mehr als 50 000 Livres Rente vom Grundbesitz haben.

3. Jede Erbschaft wird in gleichen Theilen unter die Nachkommen vertheilt; sind keine direkten Erben vorhanden, unter die kollateralen Verwandten bis zum fünften Grade. Haben diese bereits die Höchstsumme von 50 000 Livres Rente oder fehlen sie, so fällt die Erbschaft an die Gemeinde.

Von diesen Gesetzen verspricht sich Fauchet eine große Zersplitterung der Vermögen. Das aufgespeicherte Geld würde gezwungen, sich zum Zweck der

besten Ausbeutung der Ländereien über das ganze Land zu verbreiten; der insolente Luxus würde unmöglich gemacht; Monopole könnten sich nicht herausbilden; und durch die unendlich gesteigerte und ausgedehnte Konkurrenz würden Handel, Industrie und Ackerbau belebt und gefördert werden.

Es erübrigt nur noch, in Kürze das Leben Fauchet's zu Ende zu verfolgen. Im Jahre 1791 wurde er zum konstitutionellen Bischof von Calvados erwählt und von den Wählern seines Distrikts als Deputirter sowohl in die Assemblée Législative, als auch 1792 in die Convention geschickt. Die Entwicklung zum Terrorismus machte er nicht mit und stimmte daher auch gegen die Todesstrafe des Königs. Den Jakobinern schon seit dem Cercle social durch sein Agrargesetz, nunmehr durch seine gemäßigteren Anschauungen, denen er im „Journal des Amis" Ausdruck gab, wie seine Freundschaft mit den Girondisten verdächtig, ward er vor das revolutionäre Tribunal gestellt, von diesem zum Tode verurtheilt und mit den Deputirten der Gironde am 31. Oktober 1793 hingerichtet.

Fauchet ist ohne Zweifel eine der bedeutenderen Persönlichkeiten der französischen Revolution. Die wunderbare Verbindung der demokratisch-kommunistischen Ideen des Urchristenthums mit den Lehren eines Rousseau und Mably, die ihn charakterisirt, macht ein Studium seiner Schriften ebenso interessant wie lehrreich für die Geschichte der sozialistischen Ideen.

Eine Diebskomödie.

Berlin, 25. September 1893.

Früher als sonst wohl beginnt in diesem Herbste das Bühnenleben der deutschen Reichshauptstadt. Das Bühnenleben oder auch das Bühnensterben. Denn schon liegt eine ganze Anzahl von Leichen auf den Brettern, und auch das vielgepriesene Schiller-Theater ist glücklich eingesargt, zur glorreichen Blamage der Bourgeoisie, die sich einbildete, wenigstens noch einen dramaturgischen Vorstoß ins Land des Proletariats wagen zu dürfen. Nach mancherlei Fehlschlägen ist aber doch ein Silberblick über der bürgerlichen Bühne aufgeleuchtet: im „Biberpelz", einer „Diebskomödie" von Gerhart Hauptmann, die am 21. ds. Mts. zum erstenmale auf dem Deutschen Theater aufgeführt wurde.

Es ist nicht die erste Komödie des jungen Dichters: vor zwei Jahren erlebte bereits sein „Kollege Crampton" auf demselben Theater eine Reihe von Aufführungen. Doch war dies Stück kaum mehr als der mit raschen Strichen hingeworfene Charakterkopf eines genialen Trunkenbolds von Künstler; es stand und fiel mit der Frage, ob der Held einen kongenialen Darsteller fand. Das Drum und Dran war eine alltägliche, oberflächlich hingewischte Liebesgeschichte, und der rührsame Ausgang des Stückes brach dem wilden Humor, womit es angelegt war, sozusagen die Spitze ab. Ohnehin sind alkoholische Exzesse in der Dichtung unerträglicher, als — unter Umständen — im Leben; wenigstens für unseren vielleicht sehr zurückgebliebenen Geschmack gehören bei der entschiedensten Vorliebe für einen guten Männertrunk die genialen Süffels oder versoffenen Genies doch einer sehr vergangenen Periode an. Und wenn „Kollege Crampton" in Georg Engels vom Deutschen Theater nicht eben einen kongenialen Darsteller gefunden hätte, so würde er kaum jemals das Licht der Lampen erblickt haben.

Diesen ersten Versuch im Lustspiel hat Gerhart Hauptmann nun glücklich überholt. Der „Biberpelz" ist endlich einmal eine Komödie im alten und echten Sinn des Wortes: eine lachende Geißelung der verkehrten Welt, worin wir leben und weben, dabei ganz frei von des spintisirenden Gedankens Bläße, ganz frei von den

Mitteln und Mittelchen des hergebrachten Komödien-Apparats. Der Dichter bewegt seine heitere Welt selbst ohne den obligatorischen Drehzapfen der Geschlechterliebe. Ein bischen dünn und dürftig mag der Vorwurf wohl noch sein, aber der „Biberpelz" ist ja auch erst ein Anfangsschritt auf der Bahn des wahren Lustspieldichters, dem Platen den Beruf zuweist,

Volk und Mächtige zu geißeln, ein gefürchtet Haupt im Staat.

So klein der Ausschnitt des Lebens sein mag, den uns der Dichter bietet, so sehr es sich für Hauptmann nur um die Verspottung eines schließlich ziemlich harmlosen Zusammenstoßes mit der Polizei handeln mag, so läßt er in dem winzigen Einzelfalle doch den ganzen komischen Widersinn eines Gemeinwesens aufquellen, das die Guten schützen und die Schlechten strafen will, aber thatsächlich die Guten straft und die Schlechten schützt.

In ihrer schablonenhaften Weise fühlt sich die bürgerliche Kritik ohne Ausnahme durch Hauptmann's „Biberpelz" an Kleist's „Zerbrochenen Krug" erinnert; ja, einzelne kühne Geister gehen so weit, auf ein mehr oder minder verhülltes Plagiat anzuspielen. Thatsächlich besteht die ganze Aehnlichkeit darin, daß beide Dichter versucht haben, das deutsche Lustspiel aus der Misere des alltäglichen Philisterklatsches herauszuheben und in den staatlichen Zuständen den komischen Widerstreit zwischen dem, was sein sollte und dem, was ist, aufzusuchen. Kleist hat vielleicht — wir können diese Frage hier nicht eingehend untersuchen — ein größeres Maß komische Kraft aufzuwenden gehabt, aber deshalb ist es nicht minder ungerecht, ihn als Meister und Hauptmann als einen womöglich noch perfiden Schüler hinzustellen. Die bürgerliche Kritik lernt eben nie, beim ästhetischen Urtheile den sozialen Untergrund aller Dichtung in gebührenden Anschlag zu bringen. Kleist lebte in einer so trostlos eingeengten Zeit, daß er die Handlung seines Lustspiels nach Holland verlegen mußte. Sein grimmiger Spott über die patriarchalische Gerichtsbarkeit kam ihm selbst kaum zu halbem Bewußtsein und war sogar einem Mann, wie Goethe, ganz unverständlich. Sein Lustspiel blieb einsam in der deutschen Literatur und von Kleist galt nicht minder als von Platen selbst:

Größres wollt' er wohl vollenden, doch die Zeiten hindern es.
Nur ein freies Volk ist würdig eines Aristophanes.

In den neunzig Jahren seit dem Erscheinen des „Zerbrochenen Kruges" sind wir nun freilich noch kein „freies Volk" geworden, aber etwas freieren Spielraum hat der Komödiendichter doch trotz aller Theaterzensur, und so geht Hauptmann der preußischen Polizei resoluter zu Leibe, als Kleist der holländischen Justiz zu Leibe ging. Wie immer es um die individuelle Begabung der beiden Dichter stehen mag, der „Biberpelz" selbst ist an komischer Kraft dem „Zerbrochenen Krug" überlegen und Hauptmann begeht wahrhaftig kein Plagiat an Kleist, wenn die preußische Polizei heute noch ebenso lustige oder gar lustigere Böcke schießt, als die holländische Justiz vor hundert Jahren.

Zwischen den Gestalten und Situationen der beiden Lustspiele besteht nicht die geringste Aehnlichkeit. Der „Biberpelz" würde geradeso da sein wie er ist, auch wenn der „Zerbrochene Krug" niemals gewesen wäre. Die Komödie spielt „irgendwo um Berlin" zur „Zeit des Septennatskampfs". Damals lebte der Dichter in dem Vororte Erkner an der Oberspree und er soll, weil er reichsfeindliche Zeitungen hielt und auch sonst nicht den nöthigen Hurrah-Patriotismus entwickelte, des Verdachts verdächtig geworden sein. In einer Nebenfigur seiner Komödie, dem von der Ortspolizei verfolgten „Demokraten" Fleischer, scheint er sich selbst gezeichnet zu haben; eben deshalb ist diese Figur wohl blasser herausgekommen, als die übrigen Gestalten des Stücks. Denn diese Gestalten alle sind aus ganzem Holze geschnitzt, von köstlicher Lebenswahrheit durchweg. Der mordspatriotische, schneidige Amtsvorsteher, der für die höchsten Güter der Nation kämpft und beständig auf Majestätsverbrecher fahndet, aber dabei den einfachsten Pflichten seines Amtes nicht nachzukommen versteht, dann seine polizeilichen Gehilfen, die devote Schreiberseele und der

jämmerlich besoldete Amtsdiener, der in stillem Suff sein häusliches Elend verdufelt und für ein Glas Grog unwissentlich den Dieben bei ihren nächtlichen Diebszügen mit der Laterne leuchtet, nicht zu vergessen des freiwilligen Denunzianten, der von allerlei Hochstapeleien lebt und dem, der nicht schnell genug sich begaunern läßt, eine Majestätsbeleidigung an den Hals hängt. Dann die Gruppe der Gegenspieler: die Diebsfamilie Wolff und ihre Anhängsel, hier alle überragend und überhaupt wohl die prächtigste Figur der Komödie Mutter Wolff, eine fleißige, tüchtige und im Grunde auch ehrliche Person, nur daß ihre Ehrfurcht vor dem bürgerlichen Eigenthumsbegriff etwas mangelhaft entwickelt ist. Sie arbeitet als Waschfrau für zwei und möchte es gern zu was in der Welt bringen, aber mit ihrem schlagenden Mutterwitze erkennt sie, daß sie mit ihrer Hände Arbeit nicht vom Flecke kommt. Sie regiert dreist und gottesfürchtig ihr Haus und hält ihre Töchter zur Kinderlehre an; Stehlen ist ihr eine Sünde, aber so'n Bischen Wildern und Mausen bei Leuten, denen es auf eine Fuhre Knüppelholz und einen Biberpelz nicht weiter ankommen kann, ja da läßt sie mit sich reden. Mit einem Wort: eine lustige, sympathische und schließlich auch ehrliche Spitzbübin, wie sie aus dem Leben und aus der Literatur ganz verschwunden sind, seit das Eigenthum mehr und mehr zum Palladium des sittlichen Staates erwuchs, und wie sie nunmehr, je mehr dies Palladium zu wackeln beginnt, wieder auftauchen. Eine dritte Gruppe bilden dann der Doktor Fleischer und der Hausbesitzer Kruser; jener ist, wie gesagt, etwas undeutlich gezeichnet, aber dieser steht nahezu ebenbürtig neben dem Amtsvorsteher v. Wehrhahn und Mutter Wolff: ein freisinniger Philister, der sich mit Räsonniren bei der Polizei mißliebig gemacht hat und, weil sie ihm nun nicht schnell genug zu seinen gestohlenen Kieferknüppeln und Biberpelzen hilft, wie ein angeschossener Eber tobt, in seinen heiligsten Eigenthumsgefühlen verletzt.

Die Fabel der Komödie ist denkbar einfach und ergiebt sich von selbst aus den Charakteren der Personen. Wie der Amtsvorsteher hinter den Hochverräthern Fleischer und Krüger herjagt und dabei immer über die Diebe stolpert, ohne sie je trotz aller Beschwerden des Bestohlenen und trotz aller handgreiflichsten Indizien zu entdecken, das führt zu einer übersprudelnden Fülle komischer und völlig ungezwungener Szenen. Zweimal tobt die wilde Jagd, in den beiden ersten Akten um die gestohlene Fuhre Holz, in den beiden letzten um den gestohlenen Biberpelz, beide Mal mit dem gleichen Mißerfolge. Die Komödie schließt damit, daß der Amtsvorsteher der Mutter Wolff auf die Schulter klopft: „So wahr es ist, wenn ich hier sagte: die Wolffen ist eine ehrliche Haut, so sage ich Ihnen mit gleicher Bestimmtheit: Ihr Doktor Fleischer, das ist ein lebensgefährlicher Kerl." Worauf die gutmüthige Diebesmutter: „Da weeß ich nu nich . . ." Gegen diesen Schluß und überhaupt gegen die Komposition der Komödie hat die bürgerliche Kritik mancherlei auf dem Herzen, das sich wohl der Prüfung verlohnt. Sie klagt den Dichter des Verraths an den „ewigen Kunstgesetzen des Dramas" an, weil sein Stück sich im Kreise herumbewege, weil es zweimal hinter einander dieselben Vorgänge wiederhole und doch zu keinem Schlusse komme; ebensogut hätten drei Diebstähle der Mutter Wolff zu sechs oder vier zu acht Akten verarbeitet werden können und so ins Endlose. Und gewiß, in Wirklichkeit wird sich diese Diebskomödie wohl ins Unendliche fortspinnen. Aber auf der Bühne war der zweimalige Diebstahl gerade genug, nicht zu viel und nicht zu wenig. Nicht zu viel, denn zweimal mußten wir die Geschichte schon erleben, um die unergründliche Bornirtheit des loyalen Patriotismus zu erschöpfen und zudem hatte der Dichter durch fesselnde Details für hinreichende Abwechslung gesorgt. Nicht zu wenig, denn einer weiteren Erleuchtung bedürfen wir freilich nicht, und jedes gute Ding will sein Ende haben. Und was den Schluß anbetrifft — je nun, welchen anderen Schluß soll die Komödie haben, als daß der Amtsvorsteher v. Wehrhahn in seiner hoffnungslosen Schneidigkeit so weiter wurstelt, wie er bisher gewurstelt hat? Soll etwa der Landrath oder Regierungspräsident auf der Bildfläche erscheinen, um ihn abzusetzen, Mutter Wolff ins Zuchthaus zu sperren und dem Rentier Krüger wieder den Glauben an irdische Gerechtigkeit beizubringen? Als ob

die preußischen Landräthe und Regierungspräsidenten etwas Besseres als Wehrhahns in höherer Potenz wären! Eine Komödie, die ihrer Zeit Gebrechen lachend straft, darf gar nicht solchen Schluß haben, wie ihn die bürgerliche Kritik am „Biberpelz" vermißt — trotz klassischer Komödien, wie Lessing's Minna und Molière's Tartüffe. König Friedrich als deus ex machina am Schlusse der Minna war auch nur satirisch gemeint, und wenn Molière am Schlusse des Tartüffe den Dragonaden-Ludwig feierte:

Nous vivons sous un prince ennemi de la fraude
Un prince dont les yeux se font jour dans les coeurs,

so hatte er dazu zwar gute, aber ganz gewiß keine künstlerischen Gründe. Seien wir doch froh, daß wir auf solch Brimborium endlich verzichten dürfen!

Schließlich ist der Kummer der bürgerlichen Kritik über den mangelnden Schluß des „Biberpelzes" auch nicht sowohl ästhetischen als sozialen Ursprungs. Die ganze Komödie ist ihr unheimlich, und sie ist darin nur das getreue Echo der bürgerlichen Welt. Das Premierenpublikum nahm die ersten Akte des Stücks sehr freundlich auf; es hatte lebhaftes Gefallen an der drastischen Komik und dachte wohl, daß die Diebe schließlich an den Galgen kommen würden. Als die Dinge aber nun so ganz anders kamen und aus der harmlosen Posse sich eine bitterböse Satire entwickelte, da schlug die Stimmung sofort um, und der „Biberpelz" hat schwerlich ein langes Leben auf der bürgerlichen Bühne zu erwarten.

Gespielt wurde die Komödie vortrefflich, am ehesten ließ noch Georg Engels insofern zu wünschen übrig, als er den Amtsvorsteher v. Wehrhahn zu karrikirt gab, karrikirter jedenfalls, als ihn der Dichter gezeichnet hat. Einen großen Dienst erwiesen alle Schauspieler dem Publikum und nicht minder dem Poeten dadurch, daß sie ihre Rollen je nachdem hochdeutsch oder in verschieden abgestuften Färbungen des berlinisch-märkischen Dialekts sprachen, nicht aber in jener bunten Musterkarte von Dialekten, in denen Hauptmann sein Stück geschrieben hat. Er läßt eine so echte Spreepflanze, wie Mutter Wolff, in schlesischem, eine in ihrer Art nicht minder echte Spreepflanze, wie den Rentier Krüger, in sächsischem Dialekte sprechen, den er noch dazu gar nicht beherrscht. Wir wollen dem Dialekte gern alle Rechte gönnen, die er irgend beanspruchen kann; es giebt Dinge, die sich nur im Dialekte sagen lassen, weil sie nur im Dialekte gedacht werden können. Aber die Art, wie die heutigen Naturalisten jeder beliebigen Person jeden beliebigen Dialekt anhängen und so aus lauter Streben nach „Natur" zur greulichsten Unnatur kommen, artet nachgerade in groben Unfug aus. Gerhart Hauptmann mindestens, der es doch wahrhaftig nicht nöthig hat, sollte auf solche Kinkerlitzchen verzichten.

F. Mehring.

Ein sibirisches Idyll.

In Folgendem veröffentlichen wir den Brief eines nach Sibirien Verbannten, den uns der Adressat zur Verfügung gestellt hat, veranlaßt durch die famosen Artikel, die Professor Joest in der Harden'schen „Zukunft" über die Lage der politischen und gemeinen Verbrecher in Sibirien veröffentlicht hat, und die Kritik, die wir in der „Neuen Zeit" daran übten.

Wir geben diesem Schreiben um so lieber Raum, als es uns einen Verbannungsort kennen lehrt, der bisher noch kaum beschrieben worden — Kennan ist nicht bis nach Kolimsk gedrungen, das im äußersten Nordosten Sibiriens liegt, an der Tschuktschen-Halbinsel, wo nach Daniel „am 20. Juli noch kein Zeichen von Sommer bemerkbar ist und am 20. August schon wieder Winter eintritt", einen Ort, so entfernt von der Zivilisation, daß der vorliegende Brief ein Jahr

brauchte, um in die Hände des Adressaten zu gelangen. Wir legen aber dem Schreiben auch deshalb besonderen Werth bei, weil es nicht eine tendenziöse, einseitige Anklageschrift ist, sondern der schlichte, nicht für die Oeffentlichkeit bestimmte Bericht eines Freundes an einen anderen Freund, der Alles mittheilt, was ihm bemerkenswerth dünkt; eines reifen Mannes, der bedürfnißlos gemacht worden ist durch langjährigen Aufenthalt in russischen Kerkern und in Sibirien, wohin er nun zum zweiten Male administrativ verschickt worden ist, ohne gerichtliches Urtheil; eines Mannes, der nicht klagt und jammert, der sich in sein Schicksal zu finden sucht, so gut es geht.

Im Uebrigen spricht der Brief für sich selbst.

Sredniekolimsk, 5. Mai 1891.

Kolimsk ist bedeutend besser, als Werchojansk, obwohl freilich viel schlimmer als das unscheinbarste unserer Dorfnester. In allen Beziehungen, außer der materiellen, ist hier das Leben besser. In materieller Beziehung aber ist es hier schlimmer nicht so sehr in Folge des Geldmangels, als hauptsächlich in Folge des Mangels an dem nöthigen Lebensbedarf. Der hiesige Bezirk ist äußerst arm und auf keine Weise im Stande, eine solche Menge (45 Personen) neuhinzugekommener Leute zu ernähren. Ein weiterer Fluch ist, daß es hier keinen Markt giebt, wo man die nöthigen Lebensmittel nach Bedarf kaufen könnte (Fleisch, Fisch, Schmalz, Holz, Butter), sondern es muß Alles auf Bestellung gekauft werden, d. h. vor einer geraumen Frist (ein Jahr und mehr) muß die Lieferung jedes bestimmten Gegenstandes bei den Jakuten bestellt werden, wobei im Voraus Geld ausgezahlt werden muß. Da wir aber kein vorräthiges flüssiges Kapital haben, so sind wir gezwungen, um den Jakuten Geld im Voraus zahlen zu können, zum Kredit unsere Zuflucht zu nehmen, d. h. wir nehmen bei den Kaufleuten Waaren auf Kredit (Ziegelthee und Tabak) und machen mit diesen Waaren unsere weiteren Operationen (die Einheimischen legen überhaupt nicht viel Werth auf baares Geld); den Kaufleuten zahlen wir später, nachdem wir die Staatsunterstützung erhalten haben. Billig kommt uns diese Kreditgewährung selbstverständlich nicht zu stehen. Außerdem haben wir vielfach Verluste in unseren Geschäften mit den Jakuten: entweder bringen diese die bei ihnen bestellten Produkte gar nicht, oder sie liefern dieselben nicht zu dem versprochenen Termin ab. In Folge dessen ist unsere Existenz hier ganz unsicher, d. h. wir wissen nur, was wir im gegebenen Moment vorräthig haben, können aber gar nichts darüber sagen, womit wir etwa zwei Wochen später unsere Existenz fristen werden. Wenn wir nun aber dennoch nicht im buchstäblichen Sinne des Wortes hungern, so ist dies nur dem Umstande zu verdanken, daß wir eine Artel gebildet haben und daß wir selbst Lebensmittel produziren. Alle (eine paar Personen ausgenommen) bilden eine gemeinsame Artel, die ihren „Wirth" hat, der sämmtliche Geschäfte leitet, d. h. er allein verkehrt mit den Kaufleuten, macht Einkäufe bei den Jakuten, sorgt für den gesammten allgemeinen Bedarf. Hätten wir keine Artel, d. h. führte jeder eine eigene Wirthschaft, dann würde erstens eine fürchterliche Konkurrenz unter uns selbst entbrannt sein, indem jeder bestrebt wäre, diesen oder jenen jakutischen Unternehmer für sich selbst zu gewinnen, in Folge dessen die Preise der nothwendigen Gebrauchsmittel bis zu unglaublicher Höhe gestiegen wären (auch jetzt schon, während der drei bis vier Jahre, seitdem diese Gegend zum Verbannungsort gemacht worden ist, haben sich die Preise der nothwendigsten Lebensmittel auf das Zwei- bis Dreifache gehoben, weswegen die Einheimischen selbstverständlich keine besondere Dankbarkeit für uns empfinden — aber, in welcher Weise sind wir denn daran schuld? . . .); zweitens aber ist hier, in Folge der Abwesenheit eines Marktes, zum Kaufen ein besonderes Verständniß erforderlich: man muß es verstehen, mit den Jakuten zu verkehren, man muß wissen, wem von ihnen Glauben geschenkt werden kann, wo sie zu finden sind, man muß in die Tundra (Steppe) fahren zu den Tschuktschen, um Hirsche einzukaufen u. s. w., u. s. w. Gäbe es keine Artel, dann

wäre es so, daß die Einen, die geschickter sind, Alles bekommen hätten, die Anderen aber gänzlich dem Hunger preisgegeben wären. Jetzt aber hat unser „Wirth" schon Bekanntschaften und die nöthigen Kenntnisse und eine gewisse Erfahrung in diesen Geschäften — also sorgt er auch für Alle gleich. Unsere zweite Stütze sind unsere eigenen Produkte: Wir fangen Fische in Netzen, fällen Holz und betreiben theilweise Milchwirthschaft. Voriges Jahr z. B. hatten wir ein Netz und haben damit ca. 300 Pud (4900 Kilogramm) Fische gefangen; dieses Jahr werden wir sogar zwei Netze haben. Natürlich hat dies für uns eine immense Bedeutung. Dasselbe gilt von den Kühen, deren wir in diesem Sommer sechs bis sieben haben werden, folglich wird es genug Milch geben. Was das Holzfällen anbetrifft, so ist dies zwar in pekuniärer Beziehung nicht besonders vortheilhaft, aber durchaus nothwendig, weil der Winter hier fast nicht aufhören will, so daß es absolut unmöglich ist, die nöthige Gesammtmenge Holz auf Bestellung zu erlangen: es mangelt an Arbeitshänden, die bereit wären, sich zu vermiethen, — folglich, wenn wir nicht aus dem eigenen Holzfällen eine gewisse Quantität Holz vorräthig hätten, dann ginge es uns sehr schlecht. Zum Fischfang muß man 50—100 Werst (53—106 Kilometer) aus der Stadt hinausfahren. Sobald der Fluß (die Kolima) seine Eisdecke gebrochen hat und wieder in Bewegung kommt, begeben sich dorthin einige der Unserigen in Gesellschaft eines oder zweier Jakuten und verbleiben dort bis spät in den Herbst hinein. Wald giebt es hier in der Nähe auch nicht, um Holz muß man 15 Werst (16 Kilometer) fahren, hauptsächlich im Winter (Sommerwege giebt es hier keine, außer dem Wasserweg, und von Rädern hat man keine Vorstellung). Selbstverständlich sind diese Arbeiten sehr schwer und nicht jeder ist im Stande, sie zu leisten. Wir haben einige kräftige Leute unter uns (leider gehöre ich nicht zu dieser Zahl), die sich sozusagen der Artel hingeopfert haben! Ohne Artel wären auch diese Arbeiten unmöglich, weil die Netze und Pferde (zum Holzfahren) sehr theuer sind, so daß nur die Artel dazu eine ausreichende Kaufkraft besitzt. Die übrigen Mitglieder der Artel leisten auch, was nur in ihren Kräften steht, für die Artelwirthschaft. Im Sommer will ich das Sammeln von Beeren: Preißelbeeren, Heidelbeeren, rothe Johannisbeeren, von wild wachsenden Zwiebeln und Ampfer in großem Umfange organisiren. Bei dem völligen Mangel an Gemüse und Gewürzen wäre es für uns sehr nützlich, wenn es gelänge, einen großen Vorrath dieser Gegenstände für den Winter zu sammeln. Im Sommer müssen wir noch zum Fluß, zur Fischfangshütte, fahren, um die Ausbeute des Fischfangs abzuholen; während dieser Zeit repariren wir auch unsere Häuser. Die Artel führt auch eine gemeinsame Küche, wir kommen zu unseren Mahlzeiten Morgens, Mittags und Abends im gemeinsamen Speisezimmer zusammen. Das Kochen besorgt unsere Köchin, außerdem hat jeder der Reihe nach Tagesdienst in der Küche. Unsere Hauptnahrung bildet das Fleisch (hauptsächlich Hirsch- und Pferdefleisch, selten Kuhfleisch), in geringen Quantitäten Mehl und Gerstengraupen, Milch und Fisch. Ausgiebige Nahrung haben wir im Herbst, da es zu dieser Zeit viel Fleisch und Fische giebt; erträglich ist es noch im Sommer (Milch und Fisch), dafür ist es aber schlimm im Frühling (März bis Juni), wenn der Fischvorrath zu Ende und Fleisch schwer zu erlangen ist. Dann leben wir von der Hand in den Mund, d. h. gelingt es unserem „Wirth", irgendwo für viel Geld ein Pferd zu kaufen — so essen wir uns eine Woche lang am Pferdefleisch satt; gelingt es ihm dann, einige Pud Roggenmehl zu erlangen — so beginnt die „Mehlordnung". Alles wird in „Rationen" vertheilt — mehr bekommst du nicht, ob du auch aus Leibeskräften heulst! Man kann es aber auch nicht anders — sonst bist du heute satt und morgen mußt du hungern. Nur zur Zeit des Fischfanges können wir uns nach Belieben satt essen — da giebt es keine „Rationen" mehr. Ueberdies ist unsere Speiseordnung noch größeren Schwankungen unterworfen, als der russische Rubelkurs. Sie hat sich z. B. während meiner Anwesenheit hier, während eines Monats, schon mehrmals geändert. Anfangs gab es per Person und Tag 3 Pfund Fleisch, ¼ Pfund Roggenmehl und ⅕ Pfund Gerstengraupen (russisches Maß, gleich 1200 Gramm Fleisch, 100 Gramm Roggenmehl und

50 Gramm Graupen); jetzt aber giebt es blos 1½ Pfund Fleisch (600 Gramm) und 1 Pfund Mehl (400 Gramm). Scheinbar müßte diese Quantität Nahrung vollkommen genügen, aber zum Unglück entwickelt sich (in diesem Klima) der Appetit! Dann die gänzliche Abwesenheit von Gemüsen, Zucker, Gewürzen, Fett, Butter und die daraus resultirende Eintönigkeit der Nahrung — wenn dadurch auch die Nahrhaftigkeit der Speisen nicht vermindert wird, so leidet doch darunter die Sättigung. Außerdem sind wir ja Alle russische Leute, also hauptsächlich an Brot gewöhnt, so daß ohne Brot uns keine Mahlzeit sättigen kann. Dazu ist jetzt das Fleisch sehr mager, und Butter und Fett können wir nicht bekommen: erstere ist sehr theuer (80 Kopeken bis 1 Rubel das Pfund*) und ist in einer größeren Quantität nirgends zu erhalten; das Fett aber, so viel wir nur erlangen können, müssen wir für Kerzen verbrauchen.

Ich komme zu einem der wundesten Punkte unserer Existenz — dem Mangel an „Licht". Der Winter nimmt hier kein Ende, die Nacht dauert mehrere Monate hindurch buchstäblich ohne Unterbrechung, d. h. die Sonne geht gar nicht auf, obwohl es während zwei bis drei Stunden eine Art Dämmerung giebt. Du kannst Dir nun vorstellen, wie viel Kerzen nöthig sind für 45 „Europäer", d. h. für Leute, die doch nicht an die absolute Dunkelheit gewöhnt sind, und die sich auch manchmal das Vergnügen des Bücherlesens zu gestatten pflegen, was doch absolut unmöglich ist ohne Licht — und woher sollen so viele Kerzen genommen werden? Wir kaufen auch so bei den Kaufleuten sämmtliche Kerzen, die sie bringen, wobei wir in dieser Beziehung nicht sparen, zahlen dafür wahnsinnige Summen (1 Rubel bis 1 Rubel 20 Kopeken für 1 Pfund Stearinkerzen und 60—80 Kopeken für Talglerzen**) dafür. Außerdem gießen wir uns selbst Kerzen, aber das genügt Alles nicht. Die Sache ist die, daß die Einheimischen gar keine Kerzen gebrauchen (statt dessen brennen sie Kienspähne oder die Thranlampe), weswegen die Kaufleute sehr wenig mitbringen; Talg ist auch schwer in genügenden Quantitäten zu erlangen. Voriges Jahr z. B. kam es so weit, daß in dieser stockfinsteren Nacht jeder nur ⅓ Kerze bekam!*** Dieses Jahr wird es übrigens vielleicht keinen solchen Mangel an Licht geben, weil wir viel Fett bestellt haben, und wenn die Bestellungen nur einigermaßen reell ausgeführt werden, so wird es genug Kerzen geben.

Mit der Wohnungsfrage steht es vorläufig ziemlich erträglich. Fertige Wohnungen giebt es hier freilich keine, aber es fanden sich einige zerfallene Häuser, die wir reparirt haben und jetzt für eine geringe Entschädigung benutzen. Wir haben uns jeder besonders eingerichtet, nicht mehr als zwei in einer Wohnung. Außerdem haben wir ein sehr großes Haus (das größte und beste in Kolimsk) gemiethet, wofür wir jährlich 100 Rubel zahlen. In diesem Haus befindet sich das Speisezimmer, allerlei Wirthschaftsräume, Speicher ꝛc. und es bleiben noch einige reine Zimmer übrig.

Was nun die „Luxus"-Artikel anbetrifft, so werden viele von ihnen, die man bei uns sonst fast als unentbehrliche Gegenstände betrachtet, wie z. B. Pfeffer, Essig ꝛc., gar nicht eingeführt, und die anderen sind so theuer, daß wohl Rothschild selbst sie hier nur bei den seltensten Festen gebrauchen könnte! Hier sind z. B. einige Preise: 1 Pfund Zucker kostet 1 Rubel bis 1 Rubel 20 Kop. (2 Mark 10 Pfg. bis 2 Mark 42 Pfg.), 1 Pfund gewöhnliche Seife 1 Rubel (2 Mk. 10 Pfg.), 1 Pfund Tabak der schlechtesten Sorte 1 Rubel 40 Kop. (2 Mark 95 Pfg.), 1 Pfund türkischer Tabak 3 Rubel (6 Mark 30 Pfg.), 1 Bogen Zigarrettenpapier 15 Kop. (30 Pfg.), 1 Schachtel Schwefelhölzer 4 bis 5 Kop., 1 kleine Theetasse sammt Untertasse (die einfachste Sorte) 1 Rubel 50 Kop. (3 Mark 15 Pfg.), 1 Pud† schönes Weißmehl

---

* 100 Gramm für 42—53 Pfennig. Anm. d. Uebers.

** 2 Mark 10 Pfg. bis 2 Mark 42 Pfg. bezw. 1 Mark 20 Pfg. bis 1 Mark 60 Pfg. Anm. d. Uebers.

*** Wohl für 24 Stunden. D. Uebers.

† 1 Pud = 16,38 Kilogramm. D. Uebers.

40 Rubel (84 Mark, das Kilogramm also über 5 Mark 20 Pfg.), und alles Weitere in demselben Verhältniß.*

Manufakturwaaren können schon gar nicht in Betracht kommen. Aber auch zu diesen schrecklichen Preisen kann man alle diese Gegenstände nur in sehr beschränkten Quantitäten erhalten. Und wenn wir sie in nur einigermaßen ausreichenden Mengen konsumiren wollten, so würden wir erstens unser ganzes Jahreseinkommen in einem Monat vergeuden; zweitens würde der ganze Vorrath an diesen Waaren in einem Monat erschöpft sein und drittens würden die Preise auf das Dreifache steigen. Hiesige Produkte sind nicht besonders theuer. So kaufen wir 1 Pud Roggenmehl bei den Kosaken für 6 bis 7 Rubel, 1 Pud Fleisch durchschnittlich für 2 bis 3 Rubel, 1 Pud Fisch für 1 bis 2 Rubel. Die Fische sind hier sehr schmackhaft und man bereitet aus ihnen die verschiedensten Gerichte. Das Schlimme ist, daß auch die billigen Produkte nur in ungenügenden Quantitäten zu haben sind.

Zum Schlusse dieses „materialistischen" Theils meines Briefes will ich Dir noch sagen, daß wir dieses Landgebiet ganz und gar ruiniren werden, wie sachkundige Leute behaupten, wenn wir hier noch einige Jahre verbleiben, d. h. wir werden im buchstäblichen Sinne dieses Wortes den gesammten Viehstand aufessen (der außer den Fischen den ganzen Reichthum dieses Gebiets ausmacht)! ... Das Geld aber, welches wir statt des Viehes hinterlassen, bringt keinen Nutzen und kann auch keinen bringen, weil es unverzüglich von den Jakuten und Tschuktschen für Branntwein ausgegeben wird (3 Rubel die Flasche des abscheulichsten Fusels) und für Tabak, und es kann auch von ihnen hier zu keinem anderen Zweck verwendet werden. Obwohl es im Kreis Kolim überhaupt wenig Vieh giebt, so könnte doch der Viehstand allmälig wachsen, weil die hiesigen Einwohner sehr wenig Fleisch verbrauchen, indem sie zur Zeit des Fischfangs sich von den Fischen nähren, und während der übrigen Zeit buchstäblich hungern (die hiesigen Flüsse und Seen sind wohl mit Fischen überfüllt, aber die Einheimischen können nie einen für das ganze Jahr ausreichenden Fischvorrath bilden, weil es ihnen an Arbeitshänden mangelt, weil sie keine ausreichende Menge der kostspieligen Geräthe für den Fischfang besitzen und weil sie es nicht verstehen, die Fische gut einzusalzen). Außerdem werden hier sehr viele Hunde gehalten, welche statt der Pferde dienen, und die auch mit Fischen ernährt werden müssen. Wir aber wollen doch nicht hungern und verzehren deshalb unbarmherzig das Vieh, soweit wir es nur erlangen können! Nichtsdestoweniger scheint unsere Anwesenheit hier noch lange währen zu wollen: wenn auch die Einen nach Abbüßung ihrer Strafe wegreisen, so kommen stets ihrer noch mehrere nach.**

Verzeih', daß ich dem „rohen Materialismus" so viel Platz eingeräumt habe: das ist eben der Fluch, darin besteht eben die tiefe Herabwürdigung unserer Existenz hier, daß dieser rohe Materialismus über alle sonstigen Interessen herrscht, daß er entschieden alles Andere verdrängt! ... Ist denn das nicht tief tragisch, daß junge, daß intelligente Leute, die sich ehemals nach dem Lichte sehnten, die in die Höhe strebten, nun gänzlich von der einen Frage absorbirt werden, ob sie morgen genug zu essen haben werden, der Magenfrage im brutalsten und buchstäblichsten Sinn dieses schrecklichen Wortes! ... Aber die stete Nichtbefriedigung dieses dringendsten Bedürfnisses, noch mehr das Bewußtsein, daß du mehr als die bestimmte „Ration" nicht erhalten wirst, und hauptsächlich die Abwesenheit jedes anderen Interesses lenken alle Gedanken der Menschen nach dieser Richtung hin. ...

---

* Die Verbannten im Departement Jakutsk bekommen von der Regierung 18 Rubel im Monat, dürfen aber dann unter keinen Umständen etwas von zu Hause erhalten, sonst wird ihnen die Unterstützung entzogen. D. Uebers.

** Der Ispravnik von Kolim ersuchte die Regierung, die Verbannung nach Srednie-Kolimsk einzustellen, weil sonst eine buchstäbliche Hungersnoth drohe. Aber der Despotismus kennt keine logischen Gründe und so wird die Verbannung nach Kolimsk fortgesetzt. D. Uebers.

Literarische Rundschau.

J. Stammhammer. **Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus.** Jena, Gustav Fischer, IV, 303 S. 10 M.

Welch' gewaltige Geistesbewegung der Sozialismus bedeutet, davon ist ein äußerliches Kennzeichen der Umfang, den seine Literatur angenommen hat. Einen Begriff von diesem Umfang giebt vorliegendes Werk, welches auf den 269 Seiten seines Namenkatalogs auf der Seite etwa 30 Schriften, also im Ganzen ungefähr 8000 Schriften verzeichnet.

Und dabei ist das Verzeichniß, das uns Stammhammer giebt, nichts weniger als vollständig. Wohl versichert uns der Verfasser, daß er in 15jähriger mühevoller Arbeit nicht nur „alle ihm zugänglichen speziellen Vorarbeiten benutzt, sondern auch die viele hundert Bände umfassenden allgemeinen bibliographischen Werke Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens und die Kataloge zahlreicher Bücherſammlungen, insbesondere der sozialökonomischen Fachbibliotheken, einer genauen Durchsicht unterzogen" hat. Aber trotz dieses Fleißes sind dem Verfasser eine ganze Reihe sozialistischer Autoren völlig entgangen, die keineswegs zu den Verschollenen gerechnet werden dürfen. Einige Stichproben haben genügt, uns zu zeigen, daß folgende wohl ziemlich bekannte Autoren in der Bibliographie gänzlich fehlen*: Victor Adler, P. Axelrod, Ed. Bernstein, S. Borkheim, Karl Bürkli, Eccarius, Geib, Plechanow, B. Schönlank, J. B. v. Schweitzer, W. Wolff und endlich — unglaublich aber wahr! — **Tschernischewsky!!** Den Namen dieses Mannes sollen sogar viele Leute kennen, die nicht in fünfzehnjähriger mühevoller Arbeit alle wichtigen sozialpolitischen Kataloge und Bibliotheken durchstöbert haben.

Die Liste der sozialdemokratischen Zeitungen ist womöglich noch lückenhafter, als die der Autoren. Von den österreichischen haben wir keine einzige, weder aus der Gegenwart noch aus der Vergangenheit, verzeichnet gefunden. Es scheint fast, als schämte sich Herr Stammhammer, auch nur die leiseste Bekanntschaft mit den geistigen Erzeugnissen der österreichischen Sozialdemokratie an den Tag zu legen. Von „Sozialdemokraten" kennt er nur den in Zürich, später London herausgegebenen, die Lassalleanischen Publikationen dieses Namens sind ihm unbekannt geblieben; den „Vorwärts" kennt er, ignorirt aber das Sozialistengesetz, und läßt ihn von 1876 bis jetzt ununterbrochen erscheinen. Daß er von Zeitungen, wie der „Nordstern" oder gar der „Northern Star", das Organ der Chartisten, keine Notiz nimmt, wird uns nicht weiter Wunder nehmen.**

Vielleicht am deutlichsten tritt die Lückenhaftigkeit der Zusammenstellung bei den Kongreß-Protokollen zu Tage. Da werden nur ein paar erwähnt, die dem Verfasser gerade unter die Finger kamen, ohne jedes System. Die Protokolle der

---

* Zu bemerken ist dabei, daß die Bibliographie nicht blos größere Werke, sondern auch Broschüren, Abhandlungen in Zeitschriften, ja Flugblätter umfaßt.

Daß der Verfasser Leute wie Amersin nicht kennt, wollen wir ihm nicht weiter verübeln, obwohl er als Oesterreicher dessen Utopie kennen könnte, die in der Mitte der siebziger Jahre in Graz erschien und nicht völlig unbemerkt vorüberging (s. Amersin, Das Land der Freiheit, ein Zukunftsbild, Graz 1874).

Weniger entschuldbar ist es, wenn ein Mann wie John Bellers übersehen wurde, ein englischer Utopist aus dem Ende des 17. Jahrhunderts, bemerkenswerth nicht nur durch seine ökonomischen Einsichten, sondern auch dadurch, daß er der erste war, der einen praktischen Plan zur Gründung einer sozialistischen Kolonie entwarf und auch ins Werk zu setzen suchte (vergl. dessen Proposals for raising a Colledge of Industry etc., London 1696).

** Daraus, daß manche fast völlig verschollene Zeitschriften in der Bibliographie fehlen, wie etwa die fourieristische Monatsschrift „Promethean", die 1842 von Goodwin Barmby in London herausgegeben wurde, machen wir Herrn Stammhammer natürlich ebenso wenig einen Vorwurf, wie aus seinem Uebersehen manches verschollenen Autors. Aber was man verlangen darf, ist Vollständigkeit der bekannteren und der historisch bedeutenden Schriften.

Kongresse von Wyden und Kopenhagen werden z. B. verzeichnet, nicht aber das von St. Gallen, u. s. w.

Diese Lücken sind um so befremdlicher, als sie zum großen Theil mit leichter Mühe hätten beseitigt werden können. Schon die Benutzung des Schriftenverzeichnisses der Buchhandlung des „Vorwärts" hätte zur Ausfüllung einiger erheblichen Lücken beigetragen.

Trotzdem wird die vorliegende Bibliographie zu einem unentbehrlichen Handbuch für jeden werden, der sich mit Sozialwissenschaften beschäftigt. Das Ganze ist keine systematisch zusammengestellte Sammlung, sondern ein bunter Raritätenkasten, aber einer, der eine schwere Menge der seltensten Stücke enthält. Das Buch weist uns auf zahlreiche Schriften hin, die schwer zugänglich, oft nicht einmal mehr dem genauen Titel nach bekannt oder ganz verschollen sind und die doch historische Bedeutung gewonnen haben. Deren Zusammenstellung ist um so wichtiger, als in der Jugend des Sozialismus die öffentlichen Bibliotheken noch achtlos an seiner Literatur vorübergingen, indeß seine Jünger diese Literatur nur zu verbreiten, nicht auch zu sammeln suchten. Auf diese Weise ist z. B. das meiste authentische Material über die Chartistenbewegung verloren gegangen. Jetzt heißt es, mühsam die zerstreuten Reste wieder zusammenzutragen.

Die vorliegende Bibliographie ist entschieden ein nützliches Werk. Aber freilich, ein wenig mehr Mühe und Sorgfalt hätten genügt, sie noch nützlicher zu machen.

K. K.

Notizen.

Zur Landagitation. In Heft 49 des vorigen Jahrgangs der „Neuen Zeit" wird der Mangel an Studienmaterial für die ländliche Bewegung beklagt. Wenn man das bescheidene Material, das uns die amtlichen Erhebungen, die Berichte der Fabrikinspektoren u. ähnl. für die Arbeiterbewegung im engeren Sinne liefern, und wenn man beobachtet, welch' geringfügige Rolle dieses Material in dieser Bewegung nur spielen kann, welch' nebensächliche Rolle es auch in der That nur spielt, — so ist der Wunsch nach „Material" für die Landbewegung nicht recht verständlich. Das Material für die Arbeiterbewegung sind die Arbeiter, für die Landbewegung die Bauern, — die sind zu bearbeiten, nicht die Bücher! Was hatte denn Lassalle? Sein „ehernes Lohngesetz"! Keine sozialen Enqueten, keine Jahresberichte der Fabrikinspektoren, er nahm sich die Arbeiter vor. Die haben auch bis auf den heutigen Tag das beste Material geliefert zur Ausbreitung der Bewegung, indem sie der Presse die täglichen Mittheilungen lieferten, sich zu Verbänden zusammenschlossen und handelnd auf der Bildfläche erschienen, — wie 1889 noch die Bergleute. Auf dem Lande liegen freilich die Dinge so, daß die Sache nicht in derselben Weise gehen kann und wird. Aber das darf durchaus nicht vergessen werden, — die Bauern sind zu bearbeiten, nicht die Bücher! Ohne eine anschauliche Kenntniß der ländlichen Verhältnisse, wie wir sie von den Arbeiterverhältnissen in der Industrie alle haben, geht das freilich nicht. Wer diese anschauliche Kenntniß nicht hat — etwa nur Salzkartoffeln deutlich von Pellkartoffeln und pommes frittes unterscheiden kann — der wird auch aus Büchern wenig nehmen. Wer aber von Auge zu Auge und von Mund zu Mund den Bauer und seine Lage kennt, selbst ein Kind des platten Landes ist oder viel mit Landleuten verkehrt und dadurch einen Einblick in ihre Lage gewonnen hat, der wird im schlimmsten Falle auch ohne die bei dem biederen Landmann nicht sehr hochgeschätzte Bücherweisheit zurecht kommen. Bringt man ihm eine lange Zahlenreihe, protzt man mit komplizirten Berechnungen, tiefdurchdachten Betrachtungen vor ihm auf, so hat man seine Sache schon verspielt. Man muß ihm Sachen bringen, die ihm sofort einleuchten; für ihn ist simplex sigillum veri. Was er ohne viel Auseinandersetzens (Krimskrams sagt er, und mag es die schönste dialektische Architektonik aufweisen) einsieht, — damit ganz allein macht man auf dem Lande Eindruck. Die Thatsachen, um die es sich für die Landbewegung handelt, sind dem Bauer sehr wohl bekannt, unsere Aufgabe ist es, ihn sie erkennen

zu lehren. Mit Dingen, die weit hergenommen sind, und um solche würde es sich sehr häufig in der so heiß ersehnten „Literatur" handeln, darf man dem Bauersmann nicht gezogen kommen. Was der Bauer nicht kennt, das fr—ommt ihm nicht; was er nicht ohne weiteres begreift, das erscheint ihm paradox. Was man ihm bringt, muß er „eigentlich immer schon selbst gedacht haben", — d. h. er muß es immer schon ungefähr empfunden haben, nur daß er es nicht weiter überdacht hat.

Wer in die Landbewegung eintritt, der muß es sich vor Allem aus dem Kopf schlagen, als seien die „allgemeinen Wahrheiten", die für die Verhältnisse der Industrie ihre Geltung und für die Arbeiterbewegung im engeren Sinne ihren Werth haben, aufs Land und seine Verhältnisse anwendbar, oder höchstens geringe „Modifikationen" angebracht. Was wirklich dort und hier ebenmäßig seine Geltung behauptet, läßt sich vielleicht in die wenigen Worte zusammenfassen, daß die herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnisse vom Uebel sind und durch unsere Ordnung ersetzt werden müssen. Fehlsam ist es z. B., sich den Kleinbauer in dem Konkurrenzverhältniß zum Großlandwirth zu denken, wie den Kleingewerbetreibenden zum Großfabrikanten. Nichts lächerlicher also, als dem Bauer beweisen wollen, daß er mit dem Großbesitzer nicht konkurriren könne, wie das zuweilen vorkommt, — was dann dem Bauer sehr „spanisch" vorkommt.* Der Bauer will ja gar nicht konkurriren. Er verlangt auch keine Rente von seinem Besitz, wenn er nur bei harter Arbeit sein täglich Brot erschwingt, so ist er glücklich und zufrieden. Dieser Zustand „verdammter Bedürfnißlosigkeit" kann durch die besten, landwirthschaftlichen Erhebungen, durch die saftigsten Zahlenreihen nicht beseitigt werden. Vor Allem wären somit die offenbaren Bedrückungen, Uebervortheilungen und Zurücksetzungen ins rechte Licht zu rücken, denen der kleine Mann auf dem Lande ausgesetzt ist, in seinem Gemeinde-Stimmrecht, in seiner Steuerpflicht und sonstigem. Das Dreiklassensystem, in den westlichen Provinzen noch durch hohen Zensus und öffentliche Abstimmung gekrönt, giebt den Wohlhabenden die Gemeindeverwaltung in die Hand, deren fürnehmstes Bestreben dahin geht, Andere für sich zahlen zu lassen (vgl. Rud. Gneist, Selbstverwaltung der Volksschule, S. 79. Berlin, bei Springer). Das ist so bei der Zahlung des Schuldgeldes, bei der Abgabe für den Gemeindestier, Hirten, Feldhüter, Nachtwächter u. s. w. So werden denn nicht alle Gemeindebedürfnisse nach der Einkommensteuer aufgebracht, sondern für eine Anzahl, die in der Zwerghaftigkeit der ländlichen Gemeindehaushaltung sehr ins Gewicht fällt, ist wieder ein besonderer Vertheilungsmaßstab angesetzt. Es wird etwa der Hausstand (Nachtwächterlohn), der Viehstand (Stiergeld), Zahl der schulpflichtigen Kinder (Schulgeld) zur Grundlage der gemeindlichen Besteuerung genommen, statt des Einkommens, so daß also diese Sonderabgaben allesammt darauf hinauslaufen, die größeren Einkommen zu entlasten oder gar gänzlich zu befreien. Von dem Pferdestand des Großbauern wird kein „Stiergeld" entrichtet, wohl aber von der Armeleutskuh. Die angeblichen „besonderen, lokalen Verhältnisse", womit derartige Sonderabgaben begründet zu werden pflegen, haben die absonderliche „Besonderheit", daß sie überall da sind, überall dieselben sind, — überall eine feststehende Redensart des die Steuer einführenden Gemeindebeschlusses bilden. Das ist eine Wahrheit, die überall mit Erfolg verwendet werden kann. Wer die Verhältnisse seiner Gegend nun genauer durchforscht, der wird leichtlich noch etwas dazu finden, was den Leuten ebenso a priori klar wird, — wenn es ihnen nur einmal gesagt wird. Hierher gehören Wege- und Brückenbauten auf Gemeinderechnung, aber zum Vortheil der reichen Waldbesitzer oder zum Nutzen des Forstfiskus u. A.

In Weingegenden ist dem Bauern (Winzer) sogleich einleuchtend (er weiß es „eigentlich" schon längst), daß er keinen Wein im nennenswerthen Maße „verbessern" kann. Oft hat er die Trauben schon am Stocke dem Produktenhändler verkauft, dem er für Brot, Kaffee, Kattun verschuldet ist; oder aber er verkauft den Most, um möglichst bald Geld zur Bezahlung seiner Schulden zu erhalten. Er erhält auf

* Man sehe z. B., was in dieser Hinsicht Paul Ernst auf S. 591 des vorigen Jahrgangs der „Neuen Zeit" über die Mezzadria schreibt, und auf S. 619. Auch R. Meyer und Schippel haben diesen Umstand mehrfach mit gutem Grund hervorgehoben.

jeden Fall nur einen geringen Betrag für sein Erzeugniß, den Vortheil vom Zoll hat also der Weinhändler. Ein Weinhändler, der nationalliberale Abgeordnete Buhl, ist denn auch der Erfinder des Traubenzolls gewesen. Der Weinhändler hat den Zoll nöthig, damit sich die verschiedenen Sorten der Weinveredelung: Gallisiren, Chaptalisiren, Verzuckerwässern ꝛc. ꝛc. rentiren! — Der unverschuldete Kleinwinzer, der nur beim Bau von Qualitätsweinen bestehen kann (nur bei dieser Betriebsweise kann er mit einiger Sicherheit seinen Tagelohn und, wenn's gut geht, Grundrente herausschlagen), hat dagegen billigen Auslandswein, besonders aus Italien, nöthig zum Verschneiden, d. i. zur rationellen Mischung verschiedener Weine; — und ihn schützt der Zoll davor, daß er durch einen ausgedehnten Bau von Qualitätsweinen den feinen französischen ꝛc. Marken, die wieder die Domäne des Weinhändlers bilden, Konkurrenz machen könnte. Winzervereine wissen davon zu erzählen! So hat Herr Buhl für den kleinen Winzer gesorgt.

Hat man einmal mit solchen Wahrheiten das Ohr der Leute gewonnen, so mag man weiter gehen; Verschuldung, Zinsfrohndschaft und Wucher kommt an die Reihe, Militarismus, Schutzlosigkeit des Bauern gegen Viehsterben, Hagelschaden ꝛc. Sie hören dann vielleicht auch auf einige Zahlen, und man darf endlich sogar über die „verdammte Bedürfnißlosigkeit" einige Bemerkungen machen.

Wer die Artikel, die in der „Neuen Zeit" und der Berliner „Volkstribüne" über unseren Gegenstand gestanden haben, gelesen und das darin beigebrachte Material wirklich verdaut hat, der wird schon über ein beträchtliches Sümmchen Agrarkenntniß zu jenem Zwecke verfügen. Wer mehr thun will, für den haben die Schriften des Vereins für Sozialpolitik, die staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen, herausgegeben von Schmoller, und das Handbuch von Conrad und Lexis (siehe „Neue Zeit", voriger Jahrgang, S. 210) kostbaren Stoff zusammengetragen — Notabene, wenn diese Sachen gekauft werden! Sie sind freilich sehr theuer. Das eine oder andere könnte aber bei gutem Willen wohl erschwungen werden.

Aber das habe man allemal vor Augen: die Literatur setzt eine gewisse anschauliche Kenntniß der Dinge voraus, ohne die es schlechterdings nicht geht, und die durch die eifrigsten Lesungen nicht zu erwerben und durch keinen Bücherkram zu ersetzen ist.

Wolfenbüttel. P. B.

Feuilleton.

Der Doktor auf Provision.

Eine Satire von **Gyp.** Uebersetzt von **Klara Heller.**

Der gelehrte Doktor Rappaß, fünfzig Jahre; untersetzt, stark, blühendes Aussehen, zwinkernde Augen, zusammengekniffener Mund, glatte, dicht am Kopf anliegende Ohren, feine Hände, enorme Füße; ein sehr begabter Chirurg. Zählt unter die „Fürsten der Wissenschaft", unter diejenigen, von denen die Zeitungen nur immer als von dem „gelehrten Doktor so und so" sprechen.

Doktor Déchar, vierzig Jahre; groß, mager, schlaffe Züge, gefurchte Stirne, sehr sanfter Blick, weißes Haar, wulstige Lippen, elegante Körperhaltung, nachlässige Kleidung. Sehr gediegenes Wissen. Ein Arzt des Stadtviertels.

I. Nach der Operation.

(Die beiden Aerzte gehen die Stiege eines schönen Hauses in der Rue de Monceau hinab.)

Dr. Déchar. Ach!... bin ich froh, daß das vorbei ist!

Dr. Rappaß (seine Handschuhe anziehend). Warum?

Dr. Déchar (erstaunt). Aber... weil der Kranke derart schwach war, daß ich glaubte, er werde noch während der Operation sterben.

Dr. Rappaß. Auch ich fürchtete es!

Dr. Déchar. Wirklich? Und doch haben Sie ohne Zögern erklärt, daß eine Operation vorgenommen werden müsse.

Dr. Rappaß. Gewiß! Man muß immer operiren, sonst reut es einen (er bleibt stehen, um seine Handschuhe zuzuknöpfen); man sagt sich: „Wenn ich frisch drauf losgeschnitten hätte, wäre der Kranke geheilt worden."

Dr. Déchar (schüchtern). Es kann aber auch geschehen, daß man sich das Gegentheil sagen muß.

Dr. Rappaß. Oh! das Gegentheil, das sagt man sich überhaupt nicht!

Dr. Déchar. Ah!

Dr. Rappaß (schaut sich um). Schönes Haus! Die Leute wohnen ja recht nett ... ich hätte eine größere Summe verlangen sollen! Daran sind aber auch nur Sie schuld! Warum haben Sie mich gebeten, die Sache für sechstausend Francs zu thun?

Dr. Déchar. Weil ... weil die Mutter des jungen Mannes mir sagte, daß sie nicht mehr geben könne.

Dr. Rappaß. Das sagt man immer! Wenn's aber dann mit dem jungen Herrn zu Ende geht, giebt man, was verlangt wird. Ich war ein Narr, Ihnen zu glauben.

Dr. Déchar (außer Fassung). Es thut mir wirklich sehr leid, daß ...

Dr. Rappaß. Uebrigens verlieren Sie ja gerade so dabei, wie ich.

Dr. Déchar (erstaunt). Ich verliere dabei! ... ich?

Dr. Rappaß. Gewiß! (Sie kommen in die Straße.) Steigen Sie doch in meinen Wagen ein ... wir werden unsere Rechnung machen.

Dr. Déchar (ganz verwirrt). Unsere Rechnung?

Dr. Rappaß (fortfahrend). Ihr Wagen kann ja hinten nachfahren. (Er schaut auf die Straße hinaus.) Ei! Sie haben keinen Wagen mehr?

Dr. Déchar (verlegen). O ja, aber ... meine Frau ...

Dr. Rappaß. Bedient sich seiner! ... gewiß! ... und da gehen Sie dann zu Fuß?

Dr. Déchar. Ich nehme meistens eine Droschke.

Dr. Rappaß. Das ist so ziemlich dasselbe!

Dr. Déchar (beiseite.) Das finde ich nicht!

Dr. Rappaß. Jedenfalls ist das nur ein Grund mehr, daß Sie mit mir zusammen fahren. (Er öffnet den Wagenschlag und läßt Dr. Déchar, der sich in Danksagungen erschöpft, einsteigen.) Wohin fahren Sie?

Dr. Déchar (schüchtern). Aber ... ich ... wo Sie hinfahren.

Dr. Rappaß. Ich fahre zum Herzog von Granton.

Dr. Déchar. Ich auch! (Bewegung des Dr. Rappaß.) Das heißt, ich fahre nur bis zu dem Thore ... ich werde mit Ihnen zugleich absteigen. (Eine Pause.) Um wie viel Uhr werden Sie morgen unseren Patienten besuchen?

Dr. Rappaß. Unseren Patienten? Ja richtig, Sie haben Recht ... ich muß ihn besuchen ... wenigstens morgen (mürrisch), das ist aber ärgerlich!

Dr. Déchar (flehend). Oh! theurer Meister! Sie werden ihn besuchen, nicht wahr?

Dr. Rappaß. Morgen um fünf Uhr ... ich muß wohl; eine Visite ist unumgänglich nothwendig.

Dr. Déchar (erschreckt). Eine einzige nur? ... die Mutter möchte ...

Dr. Rappaß. Nun, was ist's denn mit der Mutter? Sie wird doch nicht etwa denken, daß ich dem Burschen alle Morgen seinen Kaffee bringen soll?

Dr. Déchar (bestürzt). Aber ...

Dr. Rappaß. Es ist schon anständig genug gewesen, daß ich die Operation zu so ermäßigtem Preise überhaupt vornahm.

Dr. Déchar. Zu ermäßigtem Preise?

Dr. Rappaß. Jawohl, zu ermäßigtem Preise! Wer wird denn solche Operationen für sechstausend Francs machen!

Dr. Déchar. !!!!!!

Dr. Rappaß. Gestern habe ich ganz dieselbe um zehntausend Francs gemacht. Das lasse ich mir gefallen! Da denke ich aber auch daran, nachzusehen, ob der Kranke ... (er macht eine Geste).

Dr. Déchar (mit Interesse). Ah! Ist vielleicht ...

Dr. Rappaß. Ja ... ich glaube, daß dies gestern der Fall war. Es war unmöglich, ihn wieder ins Leben zu rufen! X. ließ mich holen; er hatte die Narkose vorgenommen ... dann, als ich sah, daß der Kranke wie eine Ratte schlief, sagte ich mir ... er hat ihm zu viel eingegeben.

Dr. Déchar (ergriffen). Oh!

Dr. Rappaß. So etwas kommt alle Tage vor!

Dr. Déchar (schüchtern dagegen protestirend). Aber ...

Dr. Rappaß. Oder doch wenigstens sehr häufig ... solche kleine Unfälle müssen ja hie und da vorkommen!

Dr. Déchar (bestürzt). Ist das sehr nothwendig?

Dr. Rappaß. Nothwendig ist nicht das richtige Wort ... aber schließlich, es kommt vor, da kann man nichts machen! (Eine Pause.) So, mein lieber Déchar, jetzt müssen Sie wieder zu Fuß gehen? Frau Déchar benützt also den Wagen? Das versteht sich übrigens von selbst! Eine so hübsche Frau könnte man mit gutem Gewissen nicht zu Fuß gehen lassen ... das wäre anstößig (lachend) und gefährlich! Denn ich muß sagen, Ihre Frau ist verblüffend schön, mein lieber Freund!

Dr. Déchar (erstaunt). Sie kennen sie?

Dr. Rappaß (neckend). Ich kenne sie. Ohne sie zu kennen ... kenne ich sie vom Sehen sehr gut und vom Hörensagen ein wenig.

Dr. Déchar (beunruhigt). Vom Hörensagen?

Dr. Rappaß (gutmüthig). Ja wohl! Ein so reizendes Geschöpf bleibt nicht unbemerkt, nicht wahr? Man sieht sie ... man frägt, wer sie ist ...

Dr. Déchar. Ja ...

Dr. Rappaß. Und wenn man das einmal weiß, beschäftigt man sich mit ihr ... (Bewegung des Dr. Déchar) das heißt, mit ihren Neigungen und Gewohnheiten.

Dr. Déchar (immer mehr und mehr beunruhigt). Warum mit ihren Gewohnheiten?

Dr. Rappaß. Nun, um in Erfahrung zu bringen, wo man sie treffen kann ...

Dr. Déchar (ganz vernichtet). Was sagen Sie?

Dr. Rappaß. Ich sage, wenn man eine sehr hübsche Frau wiedersehen will ... (Bewegung) nur von Weitem, seien Sie ruhig! ... so sucht man in Erfahrung zu bringen, was sie macht, wohin sie geht, kurz, man trachtet ihr zu begegnen. Das ist doch ganz natürlich?

Dr. Déchar. Und Sie haben Frau Déchar begegnet?

Dr. Rappaß. Begegnet ist nicht das richtige Wort ... bemerkt wäre hier richtiger. Mein Gott, ja ... ich habe das Vergnügen gehabt, Frau Déchar manchmal in der Oper in ihrer Loge zu bemerken und zwar immer am Montag. Dies ist wohl ihr jour, nicht wahr?

Dr. Déchar (lebhaft). Meine Frau hat keine Loge. Sie geht immer in diejenige ihrer Freundin, meine bescheidene Stellung würde mir nicht erlauben . . .

Dr. Rappaß (gutmüthig, mit Interesse). Wie, wie . . . Ihre bescheidene Stellung? Es geht also nicht recht mit den Kunden?

Dr. Déchar. Mein Gott, ich bin ja gewiß sehr beschäftigt . . . zu sehr sogar, denn es giebt Tage, wo ich hundemüde bin, aber meine Kunden sind aus den unteren Klassen . . . ich werde sehr schlecht gezahlt, oft gar nicht . . . ich werde selten zu Kranken gerufen, wie derjenige, den Sie soeben operirten . . . es bedurfte eines Zufalls . . . ich ging vorüber . . . ich machte den ersten Verband . . . und da der Hausarzt gerade auf der Badereise war, wünschte der junge Mann mich zu behalten.

Dr. Rappaß. Sie bewohnen ja aber doch ein sehr elegantes, schönes Stadtviertel.

Dr. Déchar. Ja, aber andere Aerzte bewohnten es vor mir, und die haben die schönen Kunden.

Dr. Rappaß. Desto schlimmer! desto schlimmer! Man braucht immer Geld. Ueberhaupt, wenn man eine junge Frau hat. Die Jugend giebt gern Geld aus, und sie hat Recht. Haben Sie Kinder?

Dr. Déchar (traurig). Nein!

Dr. Rappaß. So ist es recht! Sie sind ein kluger Mensch. Kinder kosten Geld . . . ich weiß davon ein Lied zu singen . . . nicht daß ich welche hätte! Ach! nein! aber ich habe Neffen und ich weiß, was für Annehmlichkeiten sie meiner Schwester verschaffen! Wie viel verdienen Sie denn jährlich?

Dr. Déchar (die Augen niederschlagend). Zwanzig- bis fünfundzwanzigtausend Francs.

Dr. Rappaß. Zum Teufel auch! Das ist wenig! Womit wollen Sie da die Kleider Ihrer Frau bezahlen?

Dr. Déchar (aufs Aeußerste bestürzt). Wie, die Kleider meiner Frau? Aber davon leben wir ja!

Dr. Rappaß. Unsinn! Dabei fällt mir übrigens ein, ob wir nicht unsere Rechnung ordnen sollten, bevor wir noch beim Herzog ankommen?

Dr. Déchar. Aber was für eine Rechnung denn? Sie haben da ein Wort ausgesprochen, das ich mir nicht erklären kann. (Beunruhigt.) Sollte ich Ihnen etwas schuldig sein?

Dr. Rappaß (nimmt aus der Seitentasche seines Ueberziehers seine Brieftasche heraus). Im Gegentheil, ich bin Ihnen noch . . . (er zählt die sechs Tausendfrancs-Noten, die er soeben erhalten hat und zieht zwei davon heraus, die er dem Dr. Déchar übergiebt) das hier schuldig.

Dr. Déchar (gerührt). Mir? Mir sind Sie das schuldig? Mir?

Dr. Rappaß. Ja natürlich, Sie ließen mich doch rufen.

Dr. Déchar. Ja . . . aber . . .

Dr. Rappaß. Nun also, mein Lieber, ich habe wie die meisten meiner Kollegen die Gewohnheit, das Drittel der Summe demjenigen zu geben, durch den ich sie verdient habe. Das ist doch nur recht und billig, wie mir scheint!

Dr. Déchar (verlegen). Aber . . . ich habe manchmal in ernsten Fällen den Herrn Dr. X., den Herrn Dr. K., den Herrn Dr. B. rufen lassen, und niemals . . .

Dr. Rappaß. Ei nun! Das beweist nur, daß sie Geizhälse sind!

Dr. Déchar (die Noten immer hin- und herdrehend). Wirklich, ich weiß nicht, ob . . .

Dr. Rappaß (seine Brieftasche einsteckend). Machen Sie doch keine Geschichten, mein Lieber! Sie würden mich sehr erzürnen! Und wenn Sie mich dann ein andermal rufen ließen ... würde ich nicht mehr kommen! Geschäfte mache ich immer gern rasch ab. Ich will mich nicht gern stören lassen und meine Zeit verlieren, wie es heute der Fall war.

Dr. Déchar (beiseite). Das nennt er seine Zeit verlieren! Sechstausend Francs für eine Stunde! Potztausend!

Dr. Rappaß (fortfahrend). Aber ich wünsche Niemandes Schuldner zu sein. (Zum Dr. Déchar, der noch immer die zwei Tausendfrancs-Noten hin- und herdreht.) Stecken Sie das doch ein!

Dr. Déchar (steckt das Geld in seine Tasche). Ich bin wirklich ganz verwirrt über ...

Dr. Rappaß. Worüber? Darüber vielleicht, daß Sie das, was Ihnen zukommt, nehmen? Ich habe übrigens ganz sonderbare Kollegen! Das setzt mich auch gar nicht in Erstaunen!

Dr. Déchar. — — — — — —

Dr. Rappaß. Es ist unnütz, ihnen zu sagen ... mit einem Wort, ihnen beizubringen, was chic und Brauch ist. Sie sind im Stande, einen Skandal herbeizuführen und zu schreien, daß wir den Stand korrumpiren.

Dr. Déchar. — — — — — —

Dr. Rappaß. Es thut mir übrigens sehr leid, daß Sie nur so eine kleine Summe erhalten haben.

Dr. Déchar (beiseite). Das nennt er eine kleine Summe ... und ich muß mich zwei Monate müde laufen, um das zu verdienen!

Dr. Rappaß (fortfahrend). Aber, wie ich Ihnen eben sagte, liegt an Ihnen ein wenig die Schuld. Wenn ich anstatt sechstausend Francs zehntausend verlangt hätte, wäre Ihre Prov ... (sich verbessernd) Ihr Antheil ein größerer gewesen. Ich hoffe, daß wir ein andermal glücklicher sein werden?

Dr. Déchar. — — — — — —

Dr. Rappaß. Es giebt manchmal sehr schwere Operationen, und demgemäß auch sehr theure. So ließ mich neulich dieser Tölpel von einem C. — Sie kennen ihn ja, den kleinen C. — zu einem seiner Patienten rufen, einem jungen Mann, der in der Reitschule vom Pferde gestürzt war. Ein tüchtiger Fall! Schädelbruch, Knochenbruch, Gehirnquetschung ... und Alles, was mit dabei verbunden ist! Der kleine C. hatte zwar große Lust, die Operation selbst vorzunehmen ... er hält sich zu Allem fähig, der kleine Kerl. ... Aber die Eltern hatten kein Vertrauen zu ihm, und C. ließ mich rufen. Ich habe die Operation gemacht ... der Kerl hatte eine robuste Natur ... er hat's ausgehalten! Ich habe fünfzehntausend Francs verlangt ... die Eltern haben mir die begehrte Summe in einem starken Couvert geschickt. Ich hätte mehr verlangen sollen!

Dr. Déchar. — — — — — —

Dr. Rappaß. Kurz, ich habe C. sechstausend Francs gegeben ... der, wenn er selbst die Operation gemacht hätte, gewiß nicht gewagt haben würde, so viel zu verlangen! Er hat also noch dabei gewonnen, indem er mich rufen ließ. (Der Wagen bleibt stehen.)

Dr. Déchar (mechanisch). Das ist klar! (Sie steigen aus.)

Dr. Rappaß (in das Haus eintretend). Wenn Sie mich brauchen ... ich stehe zu Ihren Diensten! Sie werden immer dabei gewinnen, und Ihre Patienten vielleicht manchmal auch ... man kann's nicht wissen! (Schluß folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 2. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Das dicke Ende.

✓ Berlin, 4. Oktober 1893.

Der Hurrah-Patriotismus, der im vergangenen Sommer die Militärvorlage bewilligte, fängt an, in das Stadium des Katzenjammers zu treten. Die Frage, wer den kostspieligen Spaß bezahlen soll, rückt mit jedem Tage ihrer Entscheidung näher, und die besitzenden Klassen gerathen gemach aus dem holden Wonnetaumel des patriotischen Einklangs in eine wilde Katzbalgerei über jene Frage. Zwar daß sie selbst nicht zahlen wollen, versteht sich für alle bürgerlichen Parteien von selbst, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, aber innerhalb dieses allgemeinen Rahmens heldenmüthiger Entsagung bleibt doch noch eine Menge diffiziler Punkte übrig, wegen deren es sich schon lohnt, den Schweiß der Edeln zu vergießen.

Am wenigsten Kopfzerbrechen macht der bürgerlichen Welt dabei noch das im Sommer abgelegte Gelöbniß, daß diesmal nicht die arbeitenden Klassen die Zeche bezahlen sollen. Wenn freilich irgend welcher Verlaß auf feierliche Versprechungen hochangesehener Minister und Parlamentarier sein soll, dann müßte jeder Gedanke an eine Besteuerung von Artikeln des Massenverzehrs mit inbrünstigem Abscheu von Regierung und Reichstag zurückgewiesen werden. Aber wir bringen es kaum übers Herz, im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte an das überlebte Wort zu erinnern, daß Versprechen und Halten eigentlich einerlei sein sollten. Hier zu Lande ist es von jeher zweierlei gewesen; seit hundert Jahren und länger ist jede Vermehrung der preußischen Steuern als „Reform" eingeläutet worden, um angeblich die Armen auf Kosten der Reichen zu entlasten, und es wäre unbillig, dem Neuen Kurse den Verzicht auf so ehrwürdige und liebe Gewohnheiten der ältesten Kurse zuzumuthen.

Wer es wissen wollte, konnte es schon im Sommer wissen, daß von all jenen feierlichen Versprechungen nichts gehalten werden würde. Die klassenbewußten Arbeiter haben es auch gewußt und demgemäß ihre Wahl getroffen; mit denen aber, die nicht alle werden, braucht man gar nicht so viel Mitleid zu haben. Es giebt in allen Dingen eine Grenze, und so auch im Sich-nasführen-lassen; einmal, zweimal, oder unsertwegen auch ein halb Dutzend Mal mag ein guter Mensch und schlechter Musikant betölpelt werden, aber wenn er dann noch immer

nicht kurirt ist, so ist ihm wirklich nicht zu helfen. Das Maß sittlicher Entrüstung, das die freisinnige Presse über den „Wortbruch“ ausschüttet, der in der sogenannten Deckungsfrage begangen werden soll, vermögen wir nicht mobil zu machen: schon deshalb nicht, weil eben diese Presse ein noch zehnmal stärkeres Halloh erheben würde, wenn die Kosten des neuen Militärgesetzes wirklich auf die „starken Schultern“ abgewälzt, also etwa durch eine Reichseinkommensteuer aufgebracht werden sollten. Das einzige Bischen wirklicher Steuerreform, das Herr Miquel etwa vollbracht hat, die stärkere Heranziehung der besitzenden Klassen zur preußischen Einkommensteuer, fand auf liberaler Seite denselben und vielleicht einen noch lärmenderen Widerstand, als auf konservativer, und man wird sich noch erinnern, welche Fülle von Schleichwegen die „Freisinnige Zeitung“ zu entdecken wußte, um den Zweck der Selbsteinschätzung zu vereiteln.

Für politische Sentimentalitäten sind die Zeiten zu ernst, und statt die kleinen Leute zu bejammern, die ihr Vertrauen auf die bürgerliche Gesellschaft einmal wieder so bitter büßen sollen, muß man ihnen sagen: ihr selbst habt es nicht anders gewollt, denn weshalb habt ihr euch bei den Wahlen zur bürgerlichen Gesellschaft bekannt? Macht doch dem Wolfe keinen Vorwurf daraus, daß er Schafe frißt; hört lieber selber auf, euch in den Rachen des Wolfes zu liefern, und ihr werdet mit heilen Gliedern davonkommen. Es giebt nur eine Partei, die der Belastung des Massenverzehrs einen unbeugsamen Widerstand entgegensetzt, und das ist die Sozialdemokratie; wer im vergangenen Sommer seine Stimme nicht für einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben hat, der muß es sich jetzt auch gefallen lassen, daß ihm sein Glas Bier oder seine Pfeife Tabak vertheuert wird. Mit den Schuldigen leiden allerdings auch die Unschuldigen, aber da sie bei Zeiten wußten, was kommen würde, so lamentiren sie jetzt auch nicht lange, sondern suchen durch Aufdeckung dessen, was ist, die gründliche Abwirthschaftung der bürgerlichen Gesellschaft zu beschleunigen. So wie es gekommen ist, so mußte es kommen. Alles was im vergangenen Sommer über die Abwälzung der neuen Militärlasten auf die „starken Schultern“ geschwatzt wurde, war blauer Dunst, und wer sich von diesem blauen Dunst hat blenden lassen, der mag sich jetzt gefälligst selbst anklagen und sich nicht des Todes darüber verwundern, daß die Wölfe, so lange sie Schafe finden, auch Schafe fressen und sich nicht freiwillig zum Hungertode verurtheilen.

Aber bei aller Einstimmigkeit der besitzenden Klassen darüber, daß sie selbst nicht die neuen Steuern tragen wollen, gehen sie doch sehr weit auseinander in der Frage, wie die Massen am bequemsten geschoren werden können. Es giebt nicht allzuviele Gegenstände des Massenverzehrs, und darunter sind nur wenige, bei denen der Bogen nicht schon bis zum Zerspringen gespannt ist: welcher dieser wenigen Gegenstände aber bluten soll, das ist eine Frage, die unmittelbar zwar nur die arbeitenden Klassen ans Messer liefert, aber mittelbar doch auch für die besitzenden Klassen von wesentlicher Bedeutung ist. Es spielen da die mannigfachsten Interessen durcheinander: Interessen der Klassen, Interessen der Staaten, Interessen der Parteien und auch Interessen der Personen. Die da geschoren werden sollen, haben wenigstens noch den melancholischen Genuß, sich daran zu ergötzen, wie die, die da scheeren wollen, sich gegenseitig auf allerlei krummen Schlichen ertappen. So wird der lodernde Feuereifer, womit die „Kreuzzeitung“ im Interesse der westfälischen Tabakfabrikation und der darin beschäftigten Arbeiter gegen die Tabakfabrikatsteuer ins Feld zieht, von Herrn Miquel's Organ mit der Glosse beleuchtet, daß Freiherr von Hammerstein in Herford-Halle zum Reichstage gewählt worden sei, nachdem ihn sein früherer

Wahlkreis im Stiche gelassen habe, und daß Herr Stöcker sein Bielefelder Mandat in den nächsten Wochen gegen einen starken Angriff zu vertheidigen haben werde. Dank vom Hause Oesterreich! kann diesmal die „Kreuzzeitung“ sagen, die mehr als jedes andere Blatt Herrn Miquel zum genialen Finanzkünstler aufzupuffen bemüht gewesen ist. Aber mit noch schwererem Geschütze fällt ihr die „Post“ in die Flanke, mit der zerschmetternden Argumentation: Tabak oder Branntwein, das ist die Frage! Alles was drum und dran hängt, Börsensteuer, Lotteriestempel, Weinsteuer, ist ein Brimborium, bestimmt, den Massen ein wenig Sand in die Augen zu streuen; es bringt nicht viel und jedenfalls lange nicht genug, um auch nur die Kosten der Militärvorlage zu decken, geschweige denn „eine Finanzreform in großem Stile“ zu ermöglichen; wer aber den Tabak ablehnt, der ruft die Gefahr hervor, „daß der Branntwein wieder ernstlich in Betracht kommt“ und „das sollte man im Interesse der Landwirthschaft vermeiden“. Mit anderen Worten: Hütet euch, ihr Junkerlein von der „Kreuzzeitung“, daß ihr nicht aus persönlichem Ehrgeiz die Klasseninteressen des Junkerthums verletzt! Und der Wink mit dem Zaunpfahl wird seine Wirkung thun oder hat sie schon gethan.

Dies ist eine Probe unter vielen aus dem Tohu Wabohu, das in der bürgerlichen Presse über die Reichssteuerfrage herrscht. Urtheilt man nach dem äußeren Anscheine, so sollte man meinen, aus diesem Wirrwarr gebe es keinen Ausweg; der ganze Lärm werde ausgehen wie das Hornberger Schießen. Selbstverständlich wäre das aber ein allergröblichster Irrthum. Denn erstens *müssen* die neuen Steuern geschafft werden und zweitens *wollen* die besitzenden Klassen sie nicht auf ihre „starken Schultern“ nehmen. Bleibt also als Drittes nur übrig, daß sich irgend eine Reichstagsmehrheit über irgend einen Artikel des Massenverzehrs einigt, aus dem jährlich noch ein halbes Hundert Millionen Mark mehr herausgeschlagen werden kann. Und wir glauben, daß Herr Miquel ganz auf der richtigen Spur ist, wenn er es auf den Tabak abgesehen hat. Er ist nicht das, was die bürgerliche Presse einen genialen Staatsmann zu nennen pflegt; er kann auch nicht mehr, als der gescheidteste Finanzkünstler der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt noch kann: nämlich um ein großes Loch in ihrem Geldbeutel zu stopfen, ein noch weit größeres Loch in ihre Fundamente schlagen. Aber aus seiner kommunistischen Jugendzeit hat sich Herr Miquel einen scharfen Blick für die Machtverhältnisse der einzelnen Klassen gerettet, und er versteht es in seiner Art vortrefflich, die Dinge von vornherein so zu lenken, wie sie sich unter minder scharfsichtigen Finanzministern nur unter unendlichem Aechzen und Krächzen zurechtzuschieben pflegen. Von den drei morceaux de resistance, wie die „Post“ so schön sagt, von den drei Gegenständen des Massenverzehrs, die für eine dem Appetit Molochs angemessene Anzapfung herhalten können: Bier, Branntwein und Tabak, ist diesem noch am leichtesten beizukommen. Gegen die Erhöhung der Biersteuer erhebt sich der zweitgrößte Bundesstaat, und der Reichskanzler hat sich der bayerischen Regierung bereits verpflichtet, auf diese „Reform“ zu verzichten. Einer Regierung läßt sich aber, schon im gemeinsamen Herrschaftsinteresse, nicht so leicht ein X für ein U machen, wie annoch gläubigen Wählermassen. Zudem hat Bruder Preuß allen Anlaß, sich in Süddeutschland nicht gar zu unbeliebt zu machen, und wenn an der Weinsteuer als einer „Luxussteuer“ nebenbei festgehalten werden soll, so setzt es jenseits des Mains schon genug böses Blut. Vor dem Branntwein aber steht das preußische Junkerthum mit gezücktem Schwert für Gott, König und Vaterland, und der Neue Kurs scheut aus guten Gründen, mit dieser Klasse, die ihm schon wegen des russischen Handelsvertrags

das Leben so sauer macht, in einer Kardinalfrage anzubinden. Bleibt also nur der Tabak, bei dessen höherer Belastung in erster Reihe Hekatomben von kleinen Leuten abgeschlachtet werden, die nach altem Rechte der misera contribuens plebs klanglos zum Orkus hinabgehen mögen.

So steuert Herr Miquel denn auf die Tabakfabrikatsteuer los, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat eben einige Grundzüge seines Planes veröffentlicht. Ueber den wichtigsten Punkt der ganzen Frage, die Höhe der Steuersätze, schweigt sich die offiziöse Zeitung noch fürsichtiglich aus, dagegen sucht sie die traurige Bescheerung dadurch in günstigeres Licht zu stellen, daß sie eine möglichst gelinde Handhabung der Kontrolle und eine Abstufung der Steuersätze nach der Qualität verheißt, so daß die besseren Tabake mehr, die schlechteren weniger bluten sollen. Mit beiden Trostgründen ist es nun aber ungefähr eben so weit her, wie mit dem im vergangenen Sommer abgelegten Gelöbniß, daß die arbeitenden Klassen nicht die Kosten der Militärvorlage tragen sollen. Eine Kontrolle der Tausende von Kleinbetrieben, die noch in der Tabaksfabrikation bestehen, ist gar nicht möglich, wenn nicht die Verwaltungskosten ins Unermeßliche steigen sollen, und ebenso unmöglich ist die Abstufung der Steuersätze nach der Qualität, wenn die Verwaltung nicht in einem ganz aussichtslosen Kampfe mit massenhaften Unterschleifen unterliegen will. Darüber lassen die Erfahrungen, die mit der Tabakfabrikatsteuer in Rußland gemacht worden sind, nicht den geringsten Zweifel. Wer mit der Bewilligung der Tabakfabrikatsteuer einmal A gesagt hat, der muß auch B sagen zu dem faktischen Monopol einer Minderzahl von reichen Tabakfabrikanten und C zu dem gleichen Steuersatze ohne Rücksicht auf die Qualität, also zur leichteren Belastung der starken Schultern auf Kosten der schwachen.

Sehr viel klarer und verständiger, als Herr Miquel in der offiziösen Presse, hat eine Versammlung von Tabakarbeitern, die am vergangenen Sonntag hier stattfand, die Tabakfabrikatsteuer in ihren sozialpolitischen Wirkungen gekennzeichnet. Diese Steuer wird die Tabakfabrikate erheblich vertheuern und damit besonders den Verbrauch von Zigarren wesentlich einschränken. Sie wird die in der Tabakfabrikation noch zahlreich vorhandenen Kleinbetriebe sowohl durch die Vertheuerung des Produkts als auch durch die mit ihr nothwendig verbundene, äußerst komplizirte und belästigende steueramtliche Kontrolle gegenüber dem Großbetriebe ganz konkurrenzunfähig machen und zu Grunde richten. Sie wird mindestens fünfzigtausend in der Tabakindustrie beschäftigte Arbeiter erwerbslos und dem noch verbleibenden Reste die ohnehin schon äußerst ungünstigen Lohn- und Erwerbsverhältnisse geradezu unerträglich machen. Alles das stimmt aufs Haar, aber gerade weil die Tabakfabrikatsteuer den arbeitenden Klassen am wehesten thut, ist sie am aussichtsreichsten für die offizielle Sozial- und Steuerreform.

Ein altväterisches Sprichwort sagt: das dicke Ende kommt nach, aber für neudeutsche „Genialität" scheint diese hausbackene Weisheit nicht mehr zu gelten. Für jedes Loch, das Herr Miquel zustopft, reißt er ein weit größeres Loch in den zerschlissenen Mantel der kapitalistischen Gesellschaft, und dabei schafft er so seelenvergnügt, als legte er den Grundstein zu einer Pyramide, die vierzig Jahrhunderte überdauern soll. Ein Optimismus, der unbegreiflich sein würde, wenn er sich nicht häufig genug in der Geschichte an den Finanzmännern untergehender Staaten als eigenthümliches Kennzeichen fände!

Die preußischen Landtagswahlen.*

Bernstein schlägt vor (Nr. 52 des vorigen Jahrgangs), die Sozialdemokratie solle versuchen, in den preußischen Landtag, d. h. in das Abgeordnetenhaus einzudringen. Da heißt es, zunächst darüber klar zu werden, welche Hindernisse denn dem entgegenstehen?

Das Dreiklassen-Wahlsystem, aber dies nicht allein. Um das Dreiklassensystem gruppiren sich, theilweise mit demselben geistig verwandt, theilweise durch dasselbe direkt bedingt, eine Anzahl anderer Mißstände — Mißstände selbstverständlich vom sozialdemokratischen Standpunkte aus — die gar nicht zu verachten sind.

Da ist z. B. das Erforderniß des dauernden Aufenthaltes des Wählers am Wahlorte.** Bei der großen Fluktuation der Arbeiterbevölkerung annullirt dies thatsächlich das Wahlrecht einer bedeutenden Zahl der Arbeiterschaft.

Dann die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe. Die abgegebene Stimme wird feierlich protokollirt. Wir wissen, wie sehr die Gegner bestrebt sind, auch bei der geheimen Reichstagswahl eine Kontrolle der Stimmabgabe durchzuführen. Hier ist nun der wirthschaftlich abhängige Arbeiter dem Kapitalisten vollkommen ausgeliefert. Wahlbeeinflussungen der allerschlimmsten Art sind dadurch Thür und Thor geöffnet. Wie das gemacht wird, erhellt zur Genüge aus den Berichten der Wahlprüfungs-Kommissionen des Abgeordnetenhauses. Aus diesen Berichten ersieht man auch, daß jeder Protest dagegen beim Abgeordnetenhause nur unnütze Zeitvergeudung ist.***

---

* Da wir die Diskussion über dieses Thema noch vor dem Zusammentritt des Parteitags zu einem gewissen Abschluß bringen wollen, ist es uns unmöglich, sämmtliche darüber eingegangene Artikel zu veröffentlichen. Wir werden im nächsten Heft noch einem Gegner der Betheiligung an den Landtagswahlen das Wort ertheilen und Bernstein auf die gegen ihn erhobenen Einwürfe erwidern lassen. Die Redaktion.

** Nicht nur ist das preußische Wahlsystem „das elendeste aller Wahlsysteme", sondern die preußische Wahlgesetzgebung ist auch die verworrenste aller Gesetzgebungen. Maßgebend in dieser Beziehung sind die Verfassungsurkunde von 1850 (mit einigen Aenderungen) und das Gesetz von 1849 (über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer). Das Gesetz von 1849 bestimmt: „§ 8. Jeder selbständige Preuße .... ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler. ...." Dagegen die Verfassung: „Art. 70. Jeder Preuße, welcher .... in der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Befähigung zu den Gemeindewahlen besitzt, ist stimmberechtigter Urwähler." (Uebrigens, als ob es Wähler geben könnte, die nicht stimmberechtigt wären! Gebratener Braten, kuhlederne Kuhhaut, eloquente Eloquenz!) Da aber nach der neuesten Gemeindeordnung das „Gemeinderecht" (Wahlrecht und das Recht, ein Gemeindeamt zu bekleiden) Derjenige besitzt, „welcher .... seit einem Jahre in dem Gemeindebezirke seinen Wohnsitz hat", so dürfte dies auch für die Landtagswahlen gelten. Allein der Artikel 115 der Verfassung bestimmt, daß bis zum Erlasse eines Wahlgesetzes die Verordnung von 1849 in Kraft bleiben soll, und ein solches Wahlgesetz ist noch nicht erlassen worden. So bleibt also demnach doch nur die sechsmonatliche Frist!

*** Kennzeichnend in dieser Beziehung ist der Fall Hummell. Die Wahl des Landtagsabgeordneten Stöve war beanstandet. Unter Anderem wurde im Wahlprotest behauptet, „im dritten Wahlbezirke habe der Maschineninspektor Hummell, dem die ganze Werkstatt unterstellt sei, selbst am Wahltische gesessen und eine Liste über die in der Werkstatt beschäftigten Urwähler geführt. Jeder Arbeiter habe einen Vermerk erhalten: habe er gefehlt, ein Kreuz, habe er gegen Hummell gestimmt, einen rothen Strich. Hummell sei auf das Unpassende

Dazu kommt noch, daß der Protokollführer und die Beisitzer vom Wahlvorsteher ernannt werden (wie auch bei der Reichstagswahl). Der Wahlvorsteher steht aber unter dem Einfluß der Kapitalisten oder Junker, wie jeder Andere, oder er gehört selbst zu diesen. Dadurch wird die ganze Wahloperation in die Hände der oberen Klassen gelegt, was bei der Oeffentlichkeit der Wahl besonders schlimme Folgen haben muß.

Ein weiteres Uebel ist, daß die Urwahlbezirke nichts Festes sind, sondern jeweilig von der Ortsbehörde eingetheilt werden und umgetheilt werden können. Bei dem Dreiklassensystem kann man aber auf diese Weise durch ein einfaches mathematisches Spiel das Wahlresultat nach einer im Voraus bestimmten Richtung verschieben.

Doch im Vordergrund des Ganzen steht das Dreiklassen-Wahlsystem selbst. Seine Wirkung ist eine mannigfaltige, je nach der Vertheilung des Einkommens in der betreffenden Gegend, also nach der größeren oder geringeren Konzentration des Kapitals, und nach der Eintheilung der Urwahlbezirke. Doch seine allgemeine Tendenz geht dahin, die ersten zwei Klassen in eine Domäne des Kapitals zu verwandeln.

Inwiefern ist das „gemeine Volk" jetzt schon aus den ersten zwei Abtheilungen ausgeschlossen? Dies ist schwer zu bestimmen, allein als Beispiel in dieser Beziehung möge die Stadt Köln dienen, für welche bei der Berathung des Miquel'schen Einkommensteuer-Gesetzes die parlamentarische Kommission eine Uebersicht der Urwahlbezirke mitgetheilt hat. Es sind angegeben die Zahl der Wähler jeder Abtheilung in jedem Bezirk und der Steuerbetrag, den je der letzte Wähler der Abtheilung I und der Abtheilung II in dem Bezirk zahlt. Mit Zuhilfenahme des Steuertarifs läßt sich nun das Einkommen dieses letzten Wählers ermitteln. Auf diese Weise kommen wir zu folgender Zusammenstellung:

Nummer	Der letzte Wähler hat ein Einkommen von Mark	Zahl der Bezirke	
		I. Abtheilung	II. Abtheilung
1	über 9500	76	15
2	6000—9500	30	22
3	4200—6000	15	32
4	3000—4200	15	25
5	2100–3000	11	31
6	1500—2100	1	13
7	1000—1500	—	8
8	900—1000	—	2
	Ueberhaupt	148	148

seines Verhaltens ohne Erfolg aufmerksam gemacht worden, die von Hummell abhängigen Arbeiter seien durch diese drückende Kontrolle eingeschüchtert worden und haben gegen ihre Ueberzeugung gewählt".

Darauf fällte die Wahlkommission folgendes salomonische Urtheil: „Die Beweisaufnahme hat zwar ergeben, daß Hummell als Mitglied des Wahlvorstandes eine zu den Akten überreichte Liste geführt hat, in welcher er bei dem Namen eines jeden Urwählers notirt hat, ob und bezw. wie derselbe gestimmt hat; es ist jedoch nicht erwiesen worden, daß die Wähler sich durch diese Kontrolle haben einschüchtern lassen. Immerhin erachtete die Kommission das Verfahren des Hummell als ungehörig, weil er die Zeichen mit verschiedenfarbigen Stiften und in einer den an den Wahltisch tretenden Urwählern sofort bemerkbaren Weise gemacht hat." Wir sehen, sie haben Humor, diese hohen Herren!

Da das Einkommen eines Arbeiters selten 900 Mark übersteigt, so ist die Arbeiterschaft aus den ersten zwei Abtheilungen gänzlich ausgeschlossen. In der Abtheilung II werden die letzten Rubriken unter Nummer 6, 7, 8 wohl dem niederen Kleinbürgerthum angehören, während die ersten Nummer 1 und 2 kapitalistisch sein werden. Man beachte, daß die angegebenen Einkommen die des jedesmaligen letzten Wählers sind, also werden in jeder Abtheilung noch bedeutend höhere Einkommen als das dieses Wählers vertreten sein. Deshalb kann man auch nach der angegebenen Tabelle die Stellung der mittleren Gruppen (Nummer 3, 4, 5) der Abtheilung II nicht gut bestimmen. Es lassen sich aber weitere Resultate gewinnen, wenn man dem Einkommen des letzten Wählers der Abtheilung II das Einkommen des letzten Wählers der Abtheilung I desselben Wahlbezirks gegenüberstellt und auf diese Weise den Spielraum, innerhalb dessen sich die Einkommen der Abtheilung II bewegen, begrenzt. Wir bilden für die Nummer 3, 4, 5 der Abtheilung II folgende Uebersicht:

	Es haben die Wähler ein Einkommen von Mark		In Bezirken (Zahl der Bezirke)
	Untere Grenze	Obere Grenze	
a	2100—3000	3000—4200	8
b	3000	4200	1
c	2100—3000	4200—6000	12
d	2100—3000	6000—9500	2
e	3000—4200	6000—9500	17
f	4200—6000	6000—9500	9
g	2100—3000	9500	9
h	3000—4200	9500	7
i	4200—6000	9500	23
		Zusammen	88

Die Rubriken i und h sind offenbar kapitalistisch; weniger sicher, aber doch wahrscheinlich, gilt das auch hier für die Rubrik f; der Charakter der Rubrik g hängt von der geringeren oder stärkeren Vertretung der unteren Sätze ab — hier kämpft das besser situirte Kleinbürgerthum mit dem Kapital; in den Rubriken e und d derselbe Kampf, doch mit einem sehr wahrscheinlichen Uebergewicht des Kleinbürgerthums; die übrigen Rubriken gehören unbestritten dem Kleinbürgerthum. Hier sind auch die liberalen Berufsarten am meisten vertreten und zwar mit einer stärkeren Besetzung der kleineren Einkommensstufen.

Was die Abtheilung I in der ersten Tabelle anbetrifft, so ist unseres Erachtens in ihr nur die Rubrik 6 mit einem gewissen Recht dem Kleinbürgerthum zuzuzählen; die Rubrik 5 weist zwar auch als niedrigsten Satz ein kleinbürgerliches Einkommen auf, allein da in derselben Abtheilung auch die höchsten Einkommen der bezüglichen Wahlbezirke enthalten sind, so muß diese Rubrik als eine ungewisse bezeichnet werden. Die Rubriken 1, 2, 3, 4 bezeichnen wir als kapitalistisch (wir haben diesmal auch die Rubriken 3 und 4 hinzugezählt, eben in Anbetracht der Vertretung der höchsten Einkommen).

Als Ergebniß unserer Untersuchung können wir nunmehr folgende Tabelle aufstellen:

Vertheilung der Urwahlbezirke der ersten und zweiten Abtheilung nach der dominirenden Besitzgruppe:

Kapitalisten		Besseres Kleinbürgerthum		Niederes Kleinbürgerthum		Ungewiß	
I. Abth.	II. Abth.	I. Abth.	II. Abth.	I. Abth.	II. Abth.	I. Abth.	II. Abth.
(Nr. 1) 76	(Nr. 1) 15	(Nr. 6) 1	(a) 8	—	(Nr. 6) 13	(Nr. 5) 11	(g) 9
(Nr. 2) 30	(Nr. 2) 22	—	(b) 1	—	(Nr. 7) 8	—	—
(Nr. 3) 15	(i) 23	—	(c) 12	—	(Nr. 8) 2	—	—
(Nr. 4) 15	(h) 7	—	(d) 2	—	—	—	—
—	(f) 9	—	(e) 17	—	—	—	—
Zus. 136	76	1	40	—	23	11	9

Jede Abtheilung wählt ein Drittel der Wahlmänner. Angenommen, daß die Wahlbezirke alle gleich groß sind, so können wir die Zahl der Wahlmänner jeder Abtheilung jedes Wahlbezirks mit derselben Größe, etwa 1, bezeichnen. Im Ganzen wären nach dieser Annahme in Köln zu wählen $148 \times 3 \times 1 = 444$ Wahlmänner, und in den ersten zwei Abtheilungen zusammen 296. Davon wählen die Kapitalisten 212. Sie haben also zwar die erdrückende Majorität in der ersten und zweiten Abtheilung, aber keineswegs die absolute Mehrheit *sämmtlicher Wahlmänner*. Als Gegengewicht wirkt die *dritte* Abtheilung. Diese wird gefüllt durch das *Arbeitervolk*. Wohl kommen hier noch einige versprengte Theile der oberen Klassen hinzu, aber da innerhalb jeder Abtheilung die Majorität entscheidet, so ist der Einfluß dieser Elemente bei einer nur einigermaßen bedeutenden Wahlbetheiligung der Arbeiter gleich Null.

Die Situation ist die:

Kapitalisten	212
Kleinbürgerthum	64
Ungewiß	20
Arbeiter	148
Absolute Mehrheit	223

Alles in Allem zeigt unser Beispiel, daß das „gemeine Volk" aus den ersten zwei Klassen noch nicht ganz verdrängt ist. Als Kleinbürgerthum ist es noch in beiden Abtheilungen vertreten. Im Allgemeinen ist die Stellung des Kapitalistenthums ziemlich fest, dasselbe beherrscht aber doch noch nicht ausschließlich die Situation. Das Kleinbürgerthum kann keine selbständige Rolle spielen — wenn die Arbeiter als besondere Partei an den Wahlen theilnehmen. In solchem Falle gilt es einen Kampf zwischen Arbeiterthum und Kapitalistenthum, wobei die Kleinbürger das Zünglein der Waage halten. Wenn aber die Arbeiter am Wahlkampf *nicht* theilnehmen, dann kommt in der *dritten* Abtheilung das Kleinbürgerthum zur Geltung; auch die Klientel des Kapitalistenthums erhält dann dort eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Wenn die Kleinbürger keine geschlossene Partei bilden, dann haben die Kapitalisten gewonnenes Spiel. Doch wenn sie sich organisiren, können sie wohl den Wahlkampf aufnehmen. Darum haben hier die Antisemiten einen fruchtbaren Boden, wenn die Sozialdemokratie nicht dazwischenkommt. Thut sie es, so kann das Kleinbürgerthum nichts machen, ohne ihre Beihilfe.

Das Dreiklassen-Wahlsystem ist seinem ganzen Wesen nach ein Kompromißsystem. Seine Tendenz ist wohl die, eine ausschließliche politische Domäne der Reichen zu schaffen, allein so lange es noch einen Mittelstand giebt, ist dieser Effekt

nicht erreicht. Es ist ein feiges System. Es fürchtet die kapitalistische Uebermacht und es fürchtet die proletarische Uebermacht — darum beruht es weder auf dem demokratischen Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts, noch auf einem streng durchgeführten Zensus, der das Proletariat gänzlich ausgeschlossen hätte. Statt eine Partei des Mittelstandes zu bilden, erreicht es damit, daß es gerade der Mittelstand ist, der den Kürzeren zieht, wenn sämmtliche Parteien an der Wahlbewegung energisch theilnehmen. Darum beruht es schon in seiner Anlage auf Kompromissen. Nur durch die schwache Betheiligung bei den Wahlen und dadurch, daß die stärkste Partei Deutschlands, die Sozialdemokratie, überhaupt darauf verzichtet, an diesen Wahlen theilzunehmen, wird es bedingt, daß die konservative Herrschaft im Abgeordnetenhause so ganz unangefochten fortdauert.

Auf der Erkenntniß dieser Sachlage beruht nun der Bernstein'sche Vorschlag. Derselbe hat schon mehrere Entgegnungen gefunden: im „Vorwärts" und in der „Neuen Zeit" im Mehring'schen Brief. Beide enthalten viel Beachtenswerthes, nur scheint uns Mehring im Wesentlichen Bernstein mißverstanden zu haben. Mehring sucht mit viel Witz zu beweisen, daß die freisinnigen Politiker auf keine Weise in der Welt gebessert werden können, daß also die Wahl eines Freisinnigen keine kulturelle Errungenschaft sei. Nichts lag aber Bernstein unseres Erachtens ferner, als dies annehmen zu wollen. Er will nicht den Freisinnigen Muth und sozialpolitische Weisheit einflößen, sondern einfach ihre Nothlage ausnutzen, um Sozialdemokraten durchzubringen. Der Teufel frißt nur in der Noth Fliegen, nur in der Noth entschließen sich die Freisinnigen, Sozialdemokraten zu wählen — gewiß, aber darauf kommt es eben an, ihnen eine solche Noth zu schaffen, — ihnen Daumschrauben aufzulegen, ihnen auf die Hühneraugen zu treten. Es handelt sich darum, einige der Freisinnigen beim Schopf festzuhalten und sie erst dann freizulassen, wenn die freisinnige Partei sie durch die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten einlöst. Ja, die Sozialdemokratie soll sogar dem Freisinn zu einigen Mandaten mehr verhelfen, aber nicht weil sie von den auf diese Weise gewählten Freisinnigen besondere Heldenthaten erwartet, sondern wieder nur, um als Tausch auch ihrerseits die freisinnige Unterstützung zu erhalten.

Eine andere Frage ist die, ob nicht die Sozialdemokratie dabei von den Freisinnigen geprellt werden würde. Unmöglich ist dies freilich nicht, allein gerade die Unvollkommenheiten des Wahlsystems kommen hier der Sozialdemokratie zu Gute. Nicht etwa daß, wie Bernstein meint, die Wahlmänner radikaler wären, als die Wählermasse — vielmehr scheint uns in dieser Beziehung, was die bürgerlichen Parteien anbetrifft, Mehring Recht zu haben, der das Gegentheil behauptet. — Zu Gute kommt der Umstand, daß die eigentliche Wahl, die Abgeordnetenwahl, durch eine relativ geringe Zahl von Personen geschieht, deren Verhalten sich leichter im Voraus bestimmen läßt, und daß die Wahl eine öffentliche ist, also eine vollkommene Kontrolle erlaubt. Es ist etwas Anderes, wenn bei der Reichstagswahl von einer Partei eine Parole ausgegeben wird, und die Wählerschaft diese Parole nicht befolgt, denn da handelt es sich um die Massen, nämlich um die undisziplinirten Massen einer bürgerlichen Partei, deren Verhalten schwer zu bestimmen ist, auch kann bei der Stichwahl noch die bis dahin indifferente Masse in den Kampf eingreifen. Bei der Landtagswahl aber läßt sich von dem Moment an, wo die Wahlmänner gewählt sind, das Resultat in allen seinen Eventualitäten voraus berechnen, das Verhalten fast jeder einzelnen Person bestimmen und kontrolliren. Bei einer Reichstagsstichwahl werden Beschlüsse meistens nur von einem unbedeutenden Theil der Wählerschaft in einer Versammlung gefaßt, darum bürgt auch nur Weniges dafür, daß diese Beschlüsse

ausgeführt werden. Bei einer Landtagswahl ist es aber möglich, sämmtliche Wahlmänner einer Partei zu versammeln, also sämmtliche dabei mitwirkende Personen, und wenn diese Versammlung einen Beschluß faßt, der sich auf sie selbst bezieht und von dem sie weiß, daß seine Durchführung sich genau verfolgen läßt, so ist man wohl berechtigt, anzunehmen, daß dieser Beschluß wirklich ausgeführt sein wird. Außerdem, da die Wahl eine öffentliche, so kann ihr Verlauf kontrollirt werden und im extremsten Fall das Verhalten der Sozialdemokratie noch am Wahltage selbst geändert werden, je nach dem Verhalten ihrer Gegner oder ihrer momentanen Verbündeten.

Der „Vorwärts" frägt: „Sollen unsere Wahlmänner damit drohen, für die Konservativen zu stimmen, wenn der Freisinn ihnen keine Zugeständnisse macht? Solche Drohungen wirken doch nur, wenn man an ihren Ernst glaubt; und wer von uns würde mit ihrer Verwirklichung Ernst machen wollen?" Aber der „Vorwärts" sagt selbst an anderer Stelle: „Je stärker wir werden, desto mehr bedeutet unsere Stimmenthaltung weiter nichts, als daß wir den Konservativen zu Siegen verhelfen." Man braucht also gar nicht zu drohen, für den Konservativen zu stimmen, um den Freisinnigen Furcht einzuflößen, es genügt die Drohung der Wahlenthaltung.

Es steht aber im Falle eines Wahlbündnisses für den Freisinn gar nicht ein Verlust in Frage, sondern der Gewinn einiger Mandate, wofür er seinerseits der Sozialdemokratie einige konservative Wahlkreise ausliefern muß — wird der Freisinn dieses Geschäft wagen? Warum denn nicht?! Man sagt allerdings, der Freisinn werde durch die Wahlbetheiligung der Sozialdemokratie sogar in eine besonders günstige Lage gebracht, indem er zwischen einem konservativ-liberalen Kartell und einem freisinnig-sozialdemokratischen Bündniß wählen kann, und folgert daraus, daß er das Erstere vorziehen wird. Jedoch gesetzt, die Konservativen, in ihrer Angst vor dem Ansturme der Sozialdemokratie, entschließen sich, den Freisinnigen einige Wahlkreise freiwillig abzutreten, wenn diese nur ihr Bündniß mit der Sozialdemokratie lösen, was erfolgt dann? In dem Moment, wo dies geschieht, proklamirt die Sozialdemokratie Wahlenthaltung. Die Situation ändert sich, die Konservativen bekommen auf der ganzen Linie das Uebergewicht über die Freisinnigen, und daß sie sich in diesem Falle den Teufel um ihre eben mit dem Freisinn eingegangene Vereinigung kümmern und die Freisinnigen aufs Haupt schlagen werden, liegt auf der Hand.

Das ist eben die gute Wirkung des Dreiklassensystems, daß es zunächst die politische Macht des Mittelstandes bricht, indem es ihn aus den ersten zwei Klassen zum großen Theil hinausdrängt und in der dritten der zahlenmäßigen Uebermacht des Proletariats ausliefert. Für den Freisinn handelt es sich nicht darum, ob er mit den Sozialdemokraten oder mit den Konservativen siegen soll, sondern ob er mit der Sozialdemokratie siegen, oder ohne die Sozialdemokratie fallen soll. Die Konservativen brauchen die Hilfe des Freisinns nicht, denn sie haben die übergroße Mehrheit in der ersten und zweiten Abtheilung, folglich würden sie auch bei Wahlenthaltung der Freisinnigen über die Sozialdemokratie siegen — nur ein Bündniß zwischen Freisinn und Sozialdemokratie kann ihnen gefährlich werden.

Wenn es der Sozialdemokratie gelungen wäre, in einer bedeutenden Zahl von Wahlkreisen wenigstens die große Mehrheit der Wahlmänner der dritten Abtheilung zu stellen, dann könnte sie unseres Erachtens wirklich darauf rechnen, einige Landtagsmandate zu erobern. Aber inwiefern wird sie es thun können?

Der „Vorwärts" zweifelt sehr berechtigterweise an dem Erfolg.

Das Dreiklassensystem steht dabei zwar nicht mehr im Wege, im Gegentheil, es ist sogar nützlich, indem es wenigstens einen Theil der Gegner in den ersten zwei Klassen absorbirt, dagegen — der ganze Wahlmodus, worauf auch der „Vorwärts“ verweist. Wir haben diese Mißstände des Wahlverfahrens schon Eingangs erwähnt. Es wird dem Arbeiter schwer fallen, vor seinem Fabrikanten oder Werkmeister, der im Wahlbureau sitzt, seine sozialdemokratische Stimme zu Protokoll zu geben. Man bedenke, daß wenn die Sozialdemokratie sich in Preußen allgemein an der Landtagswahl betheiligt, sie eben dadurch das geheime Wahlverfahren der Reichstagswahl für Preußen zu nichte macht.

Wenn aber der Versuch unglücklich ausfällt, was wird die Folge sein? Ebenso wie ein mißlungener Strike, wirkt eine mißlungene Wahl demoralisirend. Es schwindet das Vertrauen in die eigenen Kräfte, eine Enttäuschung tritt ein, Zweifel an der Richtigkeit der eingeschlagenen Taktik entstehen. Material zu Enttäuschungen wird es aber übergenug geben, zumal man die Resultate der Landtagswahl unwillkürlich an dem Maßstab der großartigen Erfolge der Reichstagswahl messen würde. Auch würde das Ansehen der Partei unter einem unbefriedigenden Ausfall der Landtagswahl-Betheiligung leiden.

Unter solchen Umständen ist die Frage nur allzusehr gerechtfertigt: Zu welchem Zweck denn all das? Was kann dadurch erreicht werden?

Daß der Landtag ein „Parlamentsleichnam“ ist, das mag wohl hingehen, nämlich in dem Sinne, daß jetzt, bei der schwachen Wahlbetheiligung, das Abgeordnetenhaus nichts weniger als eine Volksvertretung sei. Dennoch aber ist der Landtag eine kräftige Institution mit einer sehr ausgedehnten Machtsphäre. Eben daß er die „Popularität“ entbehren kann, macht ihn stark. Wir verweisen auf die treffenden Ausführungen Bernstein's. Was der Landtag leisten kann, das hat er eben durch die Einkommensteuer-Gesetzgebung gezeigt. Die Finanzen, das Justizwesen, die innere Verwaltung, das Volksschulwesen liegen gesetzgeberisch in der Machtsphäre des Landtags, wie überhaupt die ganze Gesetzgebung Preußens. Außerdem kann er Untersuchungs-Kommissionen ernennen, Minister zur Verantwortung ziehen ꝛc. Man sagt, die Politik des Landtags richte sich nach der Politik des Reichs. Mag sein, aber jedenfalls auf eine sehr sonderbare Weise: je mehr die Demokratie im Reichstage vordringt, desto reaktionärer wird der Landtag. Das allerdings diesmal niedergeworfene, aber noch keineswegs abgethane Zedlitz'sche Volksschulgesetz zeigt dies zur Genüge. Es wäre auch ein Wunder, wenn die Reaktionäre ihre Macht im Landtag nicht dazu verwenden wollten, den demokratischen Tendenzen im Reich entgegenzuwirken.

Kann man aber wirklich die Reaktion im Landtag selbst besiegen? Bernstein denkt bekanntlich sogar daran, den Bundesrath auf diese Weise zu beeinflussen. Wir glauben, da hegt Bernstein allzu optimistische Hoffnungen. Diese Hochburg der Reaktion hat ja außer dem Wahlsystem des Abgeordnetenhauses noch eine viel wichtigere Stütze: das Herrenhaus. Und kein Beschluß des Abgeordnetenhauses ist giltig ohne Zustimmung des Herrenhauses. Man hat also gegen sich nicht nur das Dreiklassensystem und den Wahlmodus, sondern noch das Zweikammersystem.

Demnach hat unseres Erachtens der Landtag für die Arbeiterschaft nur die Bedeutung als Agitationsstätte und Agitationsgegenstand. Auch dies ist nicht zu unterschätzen, und hätte das deutsche Proletariat keine andere Möglichkeit, sich politisch zu bethätigen, so hätte es sicher seine Hauptkraft hierher gerichtet. Allein es ist für die politische Bethätigung des Proletariats ein weites Feld eröffnet im Reich, auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts,

und neben dieser Bethätigung wird und muß die Betheiligung an den Landtagswahlen für die Arbeiterschaft eine höchst unbedeutende Rolle spielen.

Aber eine sehr große Bedeutung hat die Landtagswahl, und darauf wollen wir ganz besonders aufmerksam machen, für die Agitation unter den Bauern.

Die Bauern können sich unmöglich in demselben Grade für die Reichstagswahlen interessiren wie die Arbeiter. Die Arbeiterschutzgesetzgebung berührt sie nicht und die indirekten Steuern haben für die Bauern eine weitaus geringere Bedeutung als für die Arbeiter. Dagegen machen sich allen preußischen Bauern viel mehr die direkten preußischen Steuern fühlbar — noch unlängst lastete auf ihnen die Grundsteuer; auch liegt die gesammte Agrarpolitik in den Händen des Landtags, und der Landtag ist es, der gesetzgeberisch die Gemeindeverwaltung und Gemeindebesteuerung regulirt; nicht zu verachten ist ferner, daß die Domänenverwaltung Preußens unter der Kontrolle des Landtags steht. Folglich knüpfen den Bauern viel mehr Interessen an den Landtag als an den Reichstag.

Gewiß, die hauptsächliche Aufgabe der Sozialdemokratie ist die Aufklärung der Massen. Aber nicht nur darin besteht ihre Thätigkeit, sondern auch in der Organisation und in der politischen Schulung der Massen. Uebrigens scheint es uns, daß eine strenge Scheidung zwischen politischer Bethätigung und Aufklärung sich nicht einmal durchführen läßt. Die Aufklärung der Massen kann nicht schulmäßig betrieben werden. Man kann nicht die Massen nach einem Buche lehren, die Aufklärung der Massen geschieht durch die Praxis, durch die politische Bethätigung, durch den sozialen Kampf. Hier lernen sie ihre Gegner und ihre eigene gesellschaftliche Stellung kennen und werden durch den Kampf immer weiter getrieben auf dem Wege zur sozialen Revolution.

Um die Bauern aufzuklären, um sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen, muß man sie mit in die politische Agitation hineinziehen. Aus dem Vorhergehenden ergiebt sich aber, daß man durch den Landtag viel mehr Anknüpfungspunkte mit den Bauern erhält als durch den Reichstag. Wäre die Sozialdemokratie im Landtag vertreten, so hätte sie eine fortwährende politische Verbindung mit den Bauern unterhalten können, ebenso wie sie es jetzt durch Vermittlung des Reichstags mit den Arbeitern thut. Sie hätten tausend Gelegenheiten gehabt, für die Interessen des Bauernthums einzutreten und im Kampfe mit der agrarisch-kapitalistischen Sippschaft hätte sie die Aufmerksamkeit des Bauernthums auf sich gelenkt und sein Interesse an sich geknüpft. So aber geht jetzt diese Gelegenheit verloren. So wichtige, besonders für den Bauern wichtige Angelegenheiten, wie die Abschaffung der Grundsteuer, die Einkommensteuer-Reform, die Erbschaftssteuer, die Gemeindeordnung passirten den Landtag, ohne von der Sozialdemokratie für die Bauernagitation recht ausgenutzt werden zu können.

Ihre Anhängerschaft hat die Sozialdemokratie auf dem flachen Lande hauptsächlich unter dem Kleinbauernthum. Allein das Kleinbauernthum macht nach der Aufnahme von 1882 86,7 Prozent der Landbevölkerung aus (Besitz bis 10 Hektar), und in den Gegenden, wo der Großgrundbesitz noch nicht sehr entwickelt ist, ist das Kleinbauernthum thatsächlich ausschlaggebend bei den Landtagswahlen. Wenn es der Sozialdemokratie gelungen wäre, das Kleinbauernthum zu gewinnen, dann könnte sie im Landtag sogar als eine ansehnliche Macht erscheinen.

Aber in der Politik giebt es, wie überall, lauter Wechselwirkungen. Um in den Landtag in bedeutender Zahl hineinzudringen, muß man vorerst das Kleinbauernthum erobern, und das Kleinbauernthum erobert man am besten — durch den Landtag. Allein, das Bauernthum zu gewinnen, ist schon für sich eine wichtige Sache, denn hat man das Bauernthum, so hat man auch den Reichstag.

Dies Alles sind, unserer Meinung nach, Erwägungen, die wohl in Betracht gezogen werden müssen bei der Entscheidung der Frage, ob die Sozialdemokratie sich an den Landtagswahlen betheiligen soll.

Die wichtigsten Bedenken gegen die Landtagswahl sind wohl die prinzipieller Natur, wie sie Paul Singer im zweiten „Vorwärts"-Artikel zusammengefaßt hat. Jedoch von einem eigentlichen prinzipiellen Verstoß kann hier wohl gar nicht die Rede sein. Gesetzt, es herrschte auch für den deutschen Reichstag dasselbe Dreiklassen-Wahlsystem, würde sich denn da die Sozialdemokratie an den Wahlen nicht betheiligen? Würde sie auf jegliche politische Thätigkeit verzichten? Gewiß nicht. Aber wenn die Betheiligung an der Wahl ein prinzipieller Verstoß wäre, so müßte er es unter allen Umständen sein. Also glauben wir, daß man nicht den Satz aufstellen kann: „Die Betheiligung der Sozialdemokratie an irgend einer Wahl muß die Möglichkeit zur Voraussetzung haben, selbständig, aus eigener Kraft, ohne fremde Hilfe eine sozialdemokratische Vertretung in der betreffenden Körperschaft zu schaffen."

Worauf es ankommt, ist, ob sich eine grundsätzliche sozialdemokratische Agitation bei den Landtagswahlen durchführen läßt. Dies ist, glauben wir, das springende Moment in der ganzen Sache.

Die Landtagswahl zerfällt in zwei getrennte Akte: Wahl der Wahlmänner und Wahl der Abgeordneten.

Beim ersten Theil, bei der Wahl der Wahlmänner, sehen wir keinen Grund, weshalb hier die Agitation weniger prinzipiell ausfallen sollte, als bei der Reichstagswahl. Weil man nicht die Aussicht hat, durch eigene Kräfte einen Abgeordneten durchzubringen? Aber die Sozialdemokratie stellt doch auch Zählkandidaturen auf, und dies stört den prinzipiellen Charakter des Wahlkampfes nicht. So wird es auch bei der Landtagswahl sein. Aber gerade auf diesen ersten Akt des Wahlverfahrens kommt es an, denn hier handelt es sich um die Massen und um die Agitation unter den Massen.

Beim zweiten Akt kommt die beschränkte Zahl der gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner in Betracht, wir können wohl sagen, die Auserwählten, in dem Sinne, daß dies Diejenigen sind, die sich politisch am meisten zurechtfinden, am meisten bethätigen, deren Ansichten klarer und schärfer ausgeprägt sind. Sollen diese nun in Verwirrung gebracht werden können durch die Kompromißbildung? Auch bei den Reichstagsstichwahlen giebt es ja Gelegenheiten, wo Sozialdemokraten für bürgerliche Kandidaten stimmen! Ja, meint Singer, aber mit einem gewissen Unterschied: dort geschieht es aus freien Stücken und gewissermaßen, um, das Schlimme wählend, das Schlimmste zu vermeiden, um Beelzebub durch den geringeren Teufel hinauszutreiben, während hier ein Tauschgeschäft eingegangen wird. Auch wir sehen diesen Unterschied, doch erscheint er uns anders: in dem einen Fall werden sozialdemokratische *Massen* dem Gegner zugeführt, und das Resultat ist, daß *dieser Gegner gewählt wird*, in dem anderen stimmen sozialdemokratische *Vertreter* für einen Gegner, um dadurch einen *Sozialdemokraten* durchzubringen — thatsächlich gelten hier sämmtliche von sozialdemokratischen Wahlmännern abgegebenen Stimmen einzig und allein für die *Sozialdemokratie*. Dies ist es, was die sozialdemokratischen Wahlmänner klar erkennen müßten. Wenn es Recht ist, einen Gegner zu wählen, um nur einen noch schlimmeren Gegner zu vermeiden, so ist es doch desto mehr Recht, für einen Gegner zu stimmen, damit ein Sozialdemokrat gewählt werde.

Daß hier und dort, an manchem einzelnen Ort, Ungeschicklichkeiten begangen werden können, wie eben auch bei einer Reichstagswahl, vielleicht hier mehr als

dort, ist nicht zu leugnen. Allein darin liegt eben die Stärke der Sozialdemokratie, daß für sie nicht das Lokale, sondern das Allgemeine ausschlaggebend ist — nur auf diese Weise kann ein grundsätzlicher Wahlkampf geführt werden — und so wird sie es auch bei der Landtagswahl machen können wie bei der Reichstagswahl. Bei der Landtagswahl sogar noch mehr, denn hier ist für den Erfolg der Sozialdemokratie ausschlaggebend nur die allgemeine Situation nach der Wahl der Wahlmänner. Der einzelne Wahlkreis kann hier in Bezug auf das Erlangen der Mandate nichts machen, sondern Alles hängt ab von der allgemeinen Taktik der Partei.

Die Sozialdemokratie könnte sich an der Landtagswahl betheiligen, auch ohne an das Erlangen von Mandaten zu denken. Wenn sich die sozialdemokratischen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl der Stimmabgabe enthielten, so wäre das ein viel stärkerer Protest als jetzt, da die Sozialdemokratie an den Wahlen gar nicht theilnimmt. Jetzt wird die nöthige Zahl von Wahlmännern auch ohne die Sozialdemokratie gewählt, und wenn die Masse der dem Wahlakt Fernbleibenden auch groß ist, so wirkt das nicht sehr. Giebt es doch bei allen Wahlen eine indifferente Masse. Wenn aber die Wahlmänner sich der Wahl enthalten, dann bildet dies eine Lücke, die durch keinen Kleister mehr zuzuschmieren ist. Und dann, warum soll sich denn die Sozialdemokratie die gute Gelegenheit einer Wahlkampagne entgehen lassen?

Auch wenn man von vornherein Kompromisse ins Auge faßte, würde doch das Resultat der Wahl in der großen Mehrzahl der Wahlkreise nur das sein, daß der Sozialdemokratie nichts als die Wahlenthaltung der Wahlmänner bliebe. Der Protest gegen „das elendeste aller Wahlsysteme“ wäre also auch dann wenigstens nicht minder stark, als jetzt. Und wenn dann noch dazu kommen sollte, daß man eine Anzahl freisinniger Mandate in den Händen hat, soll man dann die Kerle ganz ungeschoren laufen lassen?!

Es ist Sache des Parteitages und der Parteivertretung, zu entscheiden, welche Taktik einzuschlagen ist. Angeregt durch den Bernstein'schen Artikel und die sich daran knüpfende Diskussion, bemühten wir uns, dasjenige darzulegen, was uns als das Richtige erscheint. Wenn unsere Erörterungen auch nur in etwas zur Klärung der Sache beitragen, so ist dies auch alles, was wir bezweckt haben.

Unus.

Chicagoer Weltausstellungs-Briefe.

Von **Adolf Hepner** (St. Louis).

I. 7. September 1893.

Sie schreiben mir unterm 22. August:

„Hätten wir eine Ahnung gehabt von Ihrer Absicht, nach Chicago zu gehen, würden wir Sie von vornherein gebeten haben, auch für uns zu berichten. Vielleicht senden Sie uns an Stelle des Berichts ein Stimmungsbild, das Ihre Eindrücke schildert? Das kann man wohl auch in der Ferne schreiben.“

Jawohl, aber es ist viel schwieriger, als unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschauten — zumal wenn man, wie ich es für die von mir redigirte Zeitung (das „St. L. Tageblatt“) gethan, bereits ein Dutzend Spalten über den Gegenstand geliefert hat und sich scheut, sich selber abzuschreiben.

In anderthalb Wochen gehe ich nochmals nach Chicago; da sende ich Ihnen tagtäglich meine Ausstellungs-Notizen, die Ihnen einen ungefähren Ueberblick des Ganzen gewähren mögen.

Ich wäre schon heute abgereist, wenn meine Berufspflichten es gestatteten. Aber Sie kennen ja das Los eines armen Arbeiterzeitungs-Redakteurs, der wie ein Sklave an sein Schreibpult gefesselt ist, weil das Budget keine ausreichende Hilfsmannschaft zuläßt. Dabei kann ich noch von Glück reden, daß ich nie in Amerika einen halben Tag bettlägerig gewesen; denn auch dazu hat unsereiner keine Zeit und keine — Erlaubniß.

Warum ich nun trotz alledem, trotz der Schwierigkeiten, die sich mir entgegenstellen — nochmals die Weltausstellung besuchen will, werden Sie gewiß fragen, da ich doch schon zwei Wochen dortgewesen?

Einfach, weil ich mich in vierzehn Tagen nicht *sattsehen* konnte — übrigens länger als zwei Wochen die Strapazen dieser Ausstellung Niemand ertragen kann — und ich mit dem festen Vorsatz abreiste, wiederzukommen, um all die Schönheit, ehe sie stirbt, noch einmal zu umarmen.

Während dieser zehn Wochen seit meiner Rückkehr von Chicago ist die Hälfte meines Sinnens und Trachtens auf die „World's Fair" (den Weltjahrmarkt) gerichtet gewesen — nicht lediglich deshalb, weil Neu- und Wißbegierde mich reizt, die vielen, hunderterlei Details dort kennen zu lernen, zu deren Studium ein vierzehntägiger Besuch nicht ausreicht — sondern weil vor Allem die *Sehnsucht nach der unvergleichlichen, mannigfaltigen Schönheit* mir keine Ruhe läßt.

Wenn ich hier von Schönheit spreche, meine ich nicht die Einzel-Ausstellungen; die „Exhibits" (die ausgestellten Gegenstände) überhaupt nicht; sondern das *Gesammt-Arrangement dieser Kolossal-Welt-Neustadt*, dieses Paradieses märchen-, zauber- und feenhafter Mammuth-Palastringe und stilvoller Staatshäuser-Straßen mit ihren Lagunen, Bassins, Fontänen, Garten- und Parkanlagen, ihren Prachtfacaden, Kolonnaden, Arkaden, Peristylen, Denkmälern, Säulen, Domen, Kuppeln, Thürmen und dem — großen, weiten Michigan-See.

Alle Ausstellungsbesucher, die ich bisher gesprochen, und alle wohlwollenden Berichterstatter, die ich gelesen, waren in Verlegenheit, den Supersuperlativ sprachlich angemessen auszudrücken, in welchem sie ihre Gefühle, ihr Entzücken, ihre Be- und Verwunderung ob der Schönheit des Ausstellungs-Ensembles, hauptsächlich des *äußeren*, gern kundgegeben hätten.

Alle sonst diesbezüglich gebräuchlichen Adjektive und adjektivischen Redensarten sind hierbei verbraucht worden, ohne im Entferntesten das zu treffen, was der Redende oder Schreibende beabsichtigte. „Magnificent" (prächtig und herrlich), „grand" (großartig), „you never saw and you will never see such alike" (das hast Du nie gesehen und wirst Du nie wieder sehen) oder „it cannot be described at all" (es läßt sich überhaupt nicht schildern) und dergleichen mehr. Auch in deutschländischen Zeitungen und Zeitschriften bin ich dem Geständnisse: „Das läßt sich nicht beschreiben; man muß es selber sehen, um es zu fassen" mehrfach begegnet.

Kurz ehe ich nach Chicago ging, begegnete ich einem Herrn, der eben von da gekommen war.

„Nun, wie war's?" fragte ich.

„Ich schäme mich eigentlich, laut darüber zu sprechen", erwiderte er. „Denn der Eindruck auf mich war ein so gewaltiger, daß noch die Erinne-

rung mich in eine Stimmung der Rührung versetzt und ich besorge, ausgelacht zu werden."

Dieser Mann kam, wie ich mich nur zu bald persönlich überzeugte, der Wahrheit ziemlich nahe in seiner indirekten Definition der Schönheit des Ausstellungs-Ensembles.

Ein Rundgang um den oblongen „Court of Honor" (Ehrenhof), in welchem die majestätischen zehn Hauptpaläste der „Weißen Stadt" sich um ein Bassin und verschiedene Anlagen gruppiren — beiläufig ein Weg von mindestens dreißig Minuten, wenn man schauen und genießen will — muß auch einen für das Erhabene sonst unempfänglichen, den blasirtesten Menschen in eine heilige, geweihte Stimmung versetzen — insbesondere wenn all diese „Bräute im weißen Brautstaate" — wie ich beim ersten Anblick der Paläste sie jauchzend taufte — in der späteren Nachmittagssonne ihre duftige Tüll-Toilette mit dem glänzenden Atlaskleide vertauschen.

Schade, wie schade, daß Brautküsse salzig schmecken!

Da bin ich nun — ohne es eigentlich zu wollen — in das „Stimmungsbild", das Sie verlangten, hineingerathen, aber Ihrem Verlangen nicht völlig gerecht geworden, wie ich mich bald überzeugte. Denn auch ich ging — wie alle Anderen — einer angemessenen Definition der Schönheit der Weltausstellung aus dem Wege.

Wenn auch kein absoluter Maßstab für Schönheit vorhanden, so muß sich doch ein relativer finden lassen, mittels dessen wir uns über den Ozean hinüber verständigen könnten.

Wenn wir uns auf die Alltags-Beiwörter „packend", „ergreifend", „rührend", „unsagbar", „unglaublich" einlassen wollten, kämen wir in der Verständigung um keinen Schritt weiter; weit ausdrucksvoller wären, im Vergleich mit jenen Adjektiven, die Schlagwörter der trivialen Umgangssprache: „Ich stand da — ganz paff!"

Ich habe ein wenig darüber nachgedacht und glaube der Erste zu sein, der hiermit eine halbwegs zutreffende Definition von der Schönheit der Chicagoer Weltausstellung zum Besten giebt.

Konzentriren Sie einmal, meine Leser und Leserinnen, gedanklich in sich die Vorstellung der Genüsse, der Entzückens-Empfindungen und des Glücksgefühls, der geistigen Erhebung, der seelischen Wohligkeit und des Sinnenrausches — konzentriren Sie einmal gedanklich in sich die Gesammtsumme all dieser Momente, die auf Sie und in Sie eindringen würden, wenn Sie im Stande wären — hinter- oder nebeneinander — Folgendes zu leisten oder zu erleben oder zu genießen, was Ihnen nur im Laufe vieler Jahre möglich gewesen:

1. Lektüre von Paul Heyse's zwei Hauptromanen; von Keller's „Grüner Heinrich" und Hamerling's „Aspasia".

2. Eine Elbfahrt durch die Sächsische Schweiz und eine Rheinfahrt von Koblenz bis Mainz.

3. Ein Bayreuther Festspiel-Zyklus und ein Theater-Zyklus der ersten Darsteller-Größen.

4. Eroberung des „Schatzes".

5. Heine's Lyrik und Reisebilder.

6. Wanderung durch die Museen von Paris und Wien oder von Berlin und London.

7. Ein Stück Schweizer oder Tiroler Alpen.

8. Lassalle's zündendste Broschüren, wie „Die Wissenschaft und die Arbeiter".

9. Ein Gesellschafts-Frühstück im Parke eines von Naturschönheiten umgebenen Badeortes nach längerer Morgenpromenade.

10. Spritztour durch den Thüringer Wald oder den Harz.

Denken Sie sich also, diese zehn Genüsse könnten gleichzeitig auf Sie einwirken, in ihrem Gesammtfazit, in ihrer Totalität, in ihrer und in Ihrer Frische — dann haben Sie eine Vorstellung davon, was für ein kluges oder ungescheidtes Gesicht Sie machen würden, wenn Sie urplötzlich in die „Fair Grounds“ (auf den Ausstellungsplatz) von Chicago versetzt würden.

Damit wollte ich sagen, daß die vielseitige, massenhafte Schönheit dieser Ausstellung den ganzen Menschen überwältigt, alle seine Sinne, nicht blos das Auge fesselt; denn sie ist schön nicht blos in der einfach-ästhetischen Bedeutung des Wortes, sondern *Καλὸν ἀγαθόν*, der Inbegriff alles Guten und Schönen zugleich.

Um nur ein Beispiel des Effekts dieser „show“ (Ausstellung) auf die Menschen anzuführen:

Unzählige Tausende reisen mit gefüllter Tasche in der Absicht hin, recht toll zu leben — wie auf einem „Welt-Jahrmarkt“, wo man vielleicht ungekannt ist. Ich bin aber auf meinen vierzehntägigen Wanderungen in den „Fair Grounds“ keinem einzigen Betrunkenen begegnet. Die unanständigsten Menschen empfinden eine heilige Scheu vor Ausschreitungen Angesichts solcher Offenbarung hehrer Majestät, wie sie aus diesem gewaltigen Lehrzyklus der Schönheit und künstlerischen Zivilisation in jedes Gemüth, in jedes Herz hineintönt.

So lange Amerika zu den Kulturnationen gehört, gab es noch keine Menschen-Ansammlungen des zehnten oder hundertsten Umfanges von dieser, wo ein so netter, honnetter, liebenswürdiger und menschlicher, feiner Ton allenthalben herrschte, wie im Gebiete dieser „Fair Grounds“.

Mehrere Regimenter Soldaten von der regulären Armee üben den Polizeidienst aus — schmuckgekleidete, freundliche junge Leute, die den Fremden hundertmal in einer Stunde auf Alles und Jedes geduldig Rede stehen, ohne zu ermüden, gefällig weit über ihre Dienstpflichten hinaus — ohne „Trinkgeld“. Wer wenig Ortssinn besitzt, findet sich nämlich Tage lang nicht auf dem Platze zurecht; wenn Sie aus einer anderen Seite eines Gebäudes heraustreten als der, durch die Sie eintraten, sieht die Ausstellungs-Welt wieder verschieden aus; wer nun sich aus der Situationskarte nicht zu orientiren versteht und nicht fragen will, wo er sich befindet, sondern es vorzieht, um die Gebäude herumzugehen, verläuft den größten Theil seiner Zeit.

Man beachte in dieser Beziehung die Dimensionen folgender sechzehn Hauptpaläste, die sämmtlich freiliegen und allenthalben Ein- und Ausgänge haben:

Industrie-Gebäude: 1687 Fuß lang und 787 breit; 30½ Acker Landes.

Administrations-Gebäude: 262mal 262; 1,6 Acker.

Bergwerks-Palast: 350mal 700; 5,6 Acker.

Elektrizitäts-Palast: 345mal 690; 5,5 Acker.

Transportations-Palast und Annex: 256mal 900 und 425mal 900; zusammen 14,4 Acker.

Kunstgallerie und Annex: 120mal 300 und 320mal 500; zusammen 4,8 Acker.

Obst- und Gartenbau-Ausstellung: 250mal 998 und 27mal 100; zusammen 6,2 Acker.

Maschinen-Palast mit Annex: 492mal 846 und 490mal 461; zusammen 15,8 Acker; hierzu noch 2,1 Acker für Betriebshaus, Pumpwerke und Reparatur-Werkstätte.

Landwirthschaftlicher Palast mit Annexen: 500mal 800, 300mal 550 und 125mal 450; zusammen 14,3 Acker.

Ver. Staaten-Regierungs-Ausstellungs-Palast: 345mal 415; 3,3 Acker.

Frauen-Palais: 199mal 388; 1,8 Acker.

Fischerei-Ausstellung: 165mal 365, mit einem Annex von 135 im Durchmesser; 2,2 Acker.

Illinoiser Staats-Palais: 16mal 450; 1,7 Acker.

Holzausstellungs-Gebäude: 208mal 528; 2,5 Acker.

Kalifornisches Staats-Gebäude: 144mal 435.

Anthropologisches Gebäude: 255mal 415.

Zu und aus jedem dieser Gebäude führen viele, viele Ein- und Ausgänge; man gelangt daher, wenn man planlos dahinschreitet, sehr leicht in Gegenden, die einem noch fremd sind, und findet sich erst nach fünf bis zehn Minuten langem Suchen wieder heraus und an der Stelle, die zu erreichen man beabsichtigte.

Dasselbe passirt einem, wenn man durch die Straßen wandelt, die von den „Staaten-Häusern" gebildet werden, den Palais der 42 Staaten der Union, der südamerikanischen, der europäischen und einiger asiatischen Reiche. Dazwischen die Unzahl großer, herrlicher Palast-Pavillons (in allen nur denkbaren Baustilen) von großen in- und ausländischen Firmen, von amerikanischen Eisenbahnen, Vereinigungen, Fabrikanten, Gesellschaften, Instituten; ferner über ein Dutzend großer Restaurants- und Café-Gebäude (wie das Kasino von 120mal 250 Fuß) — Notabene selbständige Restaurants außerhalb der Ausstellungs-Paläste, in welch letzteren sich Cafés, Lunchrooms (Imbißräume), Restaurants in großer Anzahl befinden, und zwar etliche mit 500 Gedecken. Im „Kasino" waren, als ich es besuchte, 1500 Gedecke zur Table d'hôte bereit, die nur einen Dollar kosteten.

Für einen Dollar kann man beiläufig überall auf dem Ausstellungsplatze anständig essen — deutsch, französisch, amerikanisch, wie einer will. In den Lunchräumen zahlt man 5 Cents für Bier, im Restaurant 10 Cents; nur das importirte Bier wird an manchen Stellen zu theuer verkauft (25 Cents ein großes Glas).*

Das Märchen von den „hohen Preisen" in Chicago habe ich im Juni bereits an anderer Stelle in seinen Einzelheiten blosgelegt. Es genüge daher hier, zu sagen, daß ich — und unzählige Tausende mit mir — für einen Dollar den Tag ein ganz nettes Zimmer in einem anständigen Logirhause in der Nähe der Ausstellung hatte, Morgens und Abends in der Nähe für einen halben Dollar gutes Essen fand (im Abonnement viel billiger) und im Ganzen mit vier bis fünf Dollars den Tag durchaus komfortabel ausgekommen bin. Allerdings besitze ich den Journalisten-Freipaß, der jedoch nicht für die „Side-shows" (die Neben-Attraktionen) von „Midway Plaisance" gilt, dem Internationalen Vergnügungsplatz, den man euphemistisch den „ethnologischen Theil der Ausstellung" nennt. Ich komme später hierauf noch zurück.

So — nehmen Sie dies als ersten Theil meiner Einleitung. Ehe ich abreise, schicke ich noch einen Brief, und dann bekommen Sie von Chicago aus ein halbes Dutzend tägliche, frische Rundgang-Notizen.

---

* 1 Dollar ungefähr gleich 4 Mark, 1 Cent gleich 4 Pfennig.

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und die politischen Parteien in Oesterreich.

Von Dr. W. Ellenbogen.

Die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in Oesterreich ist so alt wie die österreichische Arbeiterbewegung. Schon in der Wiener Mairevolution des Jahres 1848 waren die Arbeiter ihre energischsten, ihre eigentlichen Vertreter. Aber von da an trat sie von der politischen Tagesordnung bis zur zweiten Hälfte der Sechziger Jahre zurück, wo die beginnende proletarische Bewegung in dem Statut des 1867 gegründeten Arbeiterbildungsvereins das „Bestreben, mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes mit Diätenbezug einzutreten" zum Ausdruck brachte. Damals erklärte zwar der Liberale Giskra, daß das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich niemals durchgeführt werden könne (offenbar aus demselben Grunde, aus dem derselbe erklärte, daß die soziale Frage bei Bodenbach aufhöre) und daß es „nur für Vagabunden, Bediente, Tagwerker wünschenswerth" sei, aber das hinderte nicht, daß die Forderung auf allen „Arbeitertagen" erhoben wurde, und daß die Arbeiterschaft zu allen Wahlreformen unter Betonung des „Festhaltens am allgemeinen Wahlrecht" Stellung nahm. Bekannt ist die große Demonstration, welche die Wiener Arbeiter am 13. Dezember 1869 auf dem Paradeplatz vor dem Abgeordnetenhause veranstalteten, um unter anderen Forderungen namentlich auch die des allgemeinen Wahlrechts zur Geltung zu bringen.

Trotzdem war eine eigentliche auf die Eroberung des Wahlrechts gerichtete Bewegung nicht vorhanden. Ja zu Ende der Siebziger Jahre machte sich in der Arbeiterschaft eine nicht unbeträchtliche Gegenströmung gegen das allgemeine Wahlrecht geltend, die sich in der radikalen und anarchistischen Strömung des Anfangs der Achtziger Jahre noch so sehr steigerte, daß eine allgemeine, mehr oder minder starke, skeptische Kühle gegen den Werth dieses Rechtes zurückblieb. Erst der Parteitag von Hainfeld (Ende 1888) machte auch hier den Zweifeln ein Ende, und die Forderung wurde endgiltig ins Programm der Partei aufgenommen. Bei der zweiten Maifeier (1891) wurde sie neben dem Achtstundentag zum Inhalt der Demonstration gemacht. Aber erst der 1. Mai 1893 bedeutet einen entscheidenden Punkt in der Stimmrechtbewegung. Hier beginnt der eigentliche Kampf um das allgemeine Wahlrecht, und zwar sofort mit einer Intensität, welche die an entschiedenes Vorgehen nicht gewohnte öffentliche Meinung in Oesterreich erheblich überraschte und erschreckte.

Wie kam gerade der 1. Mai 1893 zu solcher Bedeutung? Die Erklärung liegt in der Entwicklung der Partei im Zusammenhalt mit den politischen Zuständen Oesterreichs.

Die feige Unzulänglichkeit des liberalen Bürgerthums hat in Oesterreich einen Regierungsabsolutismus sich entwickeln lassen, der für andere konstitutionelle Staaten einfach undenkbar ist. Die liberale Partei, die 1867 ein Vereins- und Versammlungsgesetz geschaffen und es kaum drei Jahre später mit eigenen Füßen zertreten hat, blos weil die Arbeiter davon Gebrauch machen wollten, die dadurch und durch die Schaffung des Ausnahmegesetzes den Geist der österreichischen Exekutive in die Bahn der haarsträubendsten Beamtenwillkür gelenkt hat, ist die Schöpferin jener Zerrüttung der öffentlichen Zustände, deren Bilanz nunmehr Graf Taaffe zieht. Graf Taaffe fungirt als Versöhnungsminister schon 15 Jahre, ohne daß auch nur eine einzige Partei mit ihm zufrieden wäre, ohne daß er

etwas Anderes erzielt hätte, als die erbittertste Unversöhnlichkeit der Parteien. Ja, als er im letzten Februar ein Regierungsprogramm ausarbeitete, wurde dieses von allen Parteien geradewegs zurückgewiesen, was nicht hindert, daß er sein Regiment gemüthlich weiter führt! Natürlich bleibt ihm aber unter solchen Umständen nichts übrig, als eine Politik des „Fortfrettens", eine Politik von Fall zu Fall, besser von Einfall zu Einfall, oder von Zufall zu Zufall, und das Resultat dieser grundlosen Zufallspolitik ist selbstverständlich die vollendete Paschawirthschaft, die sich bis auf den letzten Bezirkshauptmann und Gendarm herunter erstreckt, deren Jeder in seinem Wirkungskreise sein Privatpaschalik besitzt. Hier verbietet ein Bezirkshauptmann einem Verein, dessen Statuten er selbst bestätigt hat, eine Versammlung, weil seine Statuten noch nicht bestätigt seien, dort erklärt ein Gendarm bei der Auflösung einer gesetzlich unauflösbaren Versammlung: „Wir Gendarmen brauchen uns an die Gesetze und Vorschriften nicht zu halten!", die Wiener Polizeidirektion behält einen freigesprochenen Arbeiter noch 11 Tage nach seinem Freispruch in Haft u. s. w.* und diese Zustände der „totalsten öffentlichen Unsicherheit"** sind so kraß, daß der Regierung nichts übrig blieb, als sie in öffentlicher Parlamentssitzung zuzugeben und die Ertheilung von „Rechtsbelehrungen" an die betreffenden behördlichen Organe zu versprechen.

Selbstverständlich wenden sich diese Rechtsungeheuerlichkeiten fast ausschließlich gegen die Arbeiterschaft und erst in zweiter Linie gegen jene parlamentarischen Parteien, die sich in die Schacherpolitik Taaffe's nicht einlassen wollen. Die vormärzliche politische Grabesruhe, die von der Regierung gewünscht, von der im Geschäftemachen aufgehenden Bourgeoisie nicht gestört wird, wird allein von der organisirten Arbeiterschaft und zur Noth noch von den Jungtschechen und Antisemiten durchbrochen. Aber so lange die Arbeiterpartei klein war, konnte die behördliche Willkür, die das politische Rechtsminimum zur absoluten politischen Rechtlosigkeit macht, auch nur in Einzelfällen zum Bewußtsein kommen. Der 1. Mai 1890 jedoch hatte einen gewaltigen Anstoß zur Parteientwicklung gegeben. Organisation auf Organisation entstand, die Industriezentren bedeckten sich mit einem Netze von Bildungs-, Fach- und politischen Vereinen. Die Partei wuchs so rapid, daß schon 1892 eine völlige Umgestaltung ihrer Organisation auf der Basis der nicht mehr zu umgehenden breitesten Oeffentlichkeit nothwendig war. Bei dieser Riesenentfaltung ergaben sich Tausende von Konflikten mit den Behörden. Die Auflösungen von Vereinen und Versammlungen, die Verbote der Gründung der ersteren und der Abhaltung der letzteren unter den nichtigsten, albernsten und widersinnigsten Vorwänden, die unaufhörlichen Konfiskationen von Arbeiterblättern, die fortwährenden Bestrafungen wegen Kolportage, vor Allem aber die unerhörten Brutalitäten in der Behandlung von Strikenden, die geradezu als Verbrecher behandelt, als Vagabunden abgeschoben werden; deren Konsumvereine man erbricht, um mit den darin aufgespeicherten Waaren die zu ihrer Niedermetzelung herbeigerufenen Soldaten zu regaliren (Voitsberg, Köflach); die man in wilder Razzia wie Bestien durch Wälder und Felder mit gefälltem Bajonett verfolgt; in deren Mitte der Herr Statthalter Graf Thun mit umgeschnalltem Revolver (!) erscheint (Kladno) — alle diese Gesetzes- und Rechtsverletzungen häuften sich in demselben Grade, als die Partei an Umfang zunahm. So kam die Rechtlosigkeit

* Vergl. „Aus der Spezialdebatte des Abgeordnetenhauses für 1893". Verlag der „Arbeiterzeitung". Desgl. die Reden Kronawetter's und Pernerstorfer's.

** Abgeordneter Graf Kaunic (Jungtscheche) im Abgeordnetenhause des österreichischen Reichsraths.

auf dem Gebiete der Vereins-, Versammlungs-, Preß- und Koalitions-„Freiheit" einer mit jedem Tage wachsenden Arbeitermasse zum Bewußtsein. Das Bedürfniß nach einer Einflußnahme auf die Gesetzgebung und auf die Kontrolle der Gesetzesdurchführung mußte um so stärker werden, als es gerade die Brandmarkung der Gesetzesverletzungen seitens der Behörden durch die befreundeten Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter, sowie einige Jungtschechen im Abgeordnetenhause war, die stellenweise erträgliche Besserungen herbeigeführt oder doch mindestens die Regierung und ihre Beamten der öffentlichen Verachtung preisgegeben und somit der maßlos gebüttelten Arbeiterschaft einige Genugthuung verschafft hatte.

Andererseits war das österreichische Proletariat seit jeher durch eine starke Demonstrationsfreudigkeit ausgezeichnet, was unter den angeführten politischen Zuständen nur zu begreiflich erscheint. Für Länder, in denen der Arbeiterschaft politische Rechte zur Benützung offen stehen, mag Genosse Bebel mit der in seinem Artikel über die Maifeier und ihre Bedeutung (Neue Zeit XI 1, S. 437 ff.) ausgesprochenen Ansicht Recht haben, Demonstrationen seien ein bloßes Agitationsmittel. Wie steht das aber in Oesterreich? Die Rechtlosigkeit auf anderen Gebieten ist die Analogie, man kann wohl auch sagen die Folge der Wahlrechtlosigkeit. Das österreichische Wahlsystem ist der brutalste Ausdruck der bürgerlichen Klassenherrschaft und zugleich der geschichtlichen Rückständigkeit der österreichischen Bourgeoisie. Von den 5 700 000 Männern über 24 Jahren sind nur 1 700 000, also bedeutend unter einem Drittel, wahlberechtigt. Aber auch innerhalb der Gruppe der Wahlberechtigten ist der politische Einfluß verschieden, indem die Wähler aus Großgrundbesitz und Großkapital eine weit bedeutendere Macht haben als Stadt- und Landwähler.* Auf einen Abgeordneten entfallen im Durchschnitt:

im Großgrundbesitz	63	Wähler,
in den Handelskammern	21	"
" " Stadtwahlbezirken	2592	"
" " Landwahlbezirken	10918	"

Da aber diese Durchschnittszahlen stellenweise große Modifikationen erfahren, so kommt es dahin, daß z. B. 9 bukowinensische Großgrundbesitzer oder böhmische Fideikommissare dieselbe politische Macht haben wie 26 929 Stanislauer Wähler, oder, wenn man die Nichtwahlberechtigten hinzuzählt, wie 300 685 Stanislauer Einwohner!** An brutaler Verweigerung politischen Einflusses steht somit Oester-

* Die Wähler sind in Oesterreich in Wählerklassen (Kurien) eingetheilt, deren jede eigene Abgeordnete wählt. Es werden in das Abgeordnetenhaus entsendet

von der Wählerklasse des Großgrundbesitzes	85	Abgeordnete
" " " der Handelskammern	21	"
" " " der Städte, Märkte und Industrieorte . .	118	"
" " " der Landgemeinden	129	"

Man vergleiche darüber die jüngst erschienene treffliche Broschüre von Dr. V. Adler, „Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Oesterreich", 68 S., 20 kr., eine Broschüre, die viel mehr bringt, als sie verspricht: sie giebt uns nicht blos eine ausführliche Darstellung der Entwicklung und des Mechanismus des unsinnigen österreichischen Wahlrechts, belegt mit einem reichen statistischen Material, sowie eine Reihe von Auseinandersetzungen über die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts im Allgemeinen, sie gewährt uns auch zahlreiche Einblicke in das ganze österreichische Regierungssystem. Wir können die Broschüre Jedem, der sich für die Frage des allgemeinen Wahlrechts, und Jedem, der sich für österreichische Verhältnisse interessirt, auf das Beste empfehlen. D. Red.

** V. Adler: Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Oesterreich, S. 28 ff. Wir finden in dieser Broschüre noch eine Fülle ähnlicher Zahlen. W. E.

reich mit seinem Wahlgesetz noch unter dem verrufenen preußischen Dreiklassenwahlsystem, und es bedeutet in höherem Grade als dieses eine unerhörte Privilegirung mit politischen Rechten auf der einen, eine unerhörte Rechtsvergewaltigung auf der anderen Seite. In Oesterreich also, wo Großgrundbesitz und Bürgerthum allein Rechte, die besitzlosen Klassen aber das leere Zusehen haben, ist die Demonstration seit jeher eine ausgesprochene und sehr wirksame Form des unmittelbaren Kampfes gewesen. Allerdings ein Hauptgrund für die Grandiosität der österreichischen Maifeier.

Halten wir nun diese Ausnahmestellung des Proletariats mit dem unaufhörlichen Wachsthum der Sozialdemokratie zusammen, so begreift sich, daß mit der Erkenntniß der Nothwendigkeit politischer Rechte mit jedem Tage die Kampfbereitschaft steigen mußte. Es bedurfte nur eines äußeren Anlasses, den Kampf losbrechen zu lassen. Und dieser äußere Anlaß war der Sieg der belgischen Arbeiter im April dieses Jahres.

Generalstrike — Straßenkampf — Eroberung des allgemeinen Wahlrechts! In allen Maiversammlungen entfesselte das Wort „Belgien" stürmischen Jubel. Und am 1. Mai erschollen beim Ausmarsch aus dem Prater aus hundertfünfzigtausend Kehlen die Rufe: Hoch Belgien! Hoch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht! Eine spontane Massendemonstration, wie sie Wien noch nicht gesehen! Für jeden Parteigenossen war es an diesem Tage klar, daß jetzt „auch bei uns an die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts geschritten werden müsse."

Die Aktion wurde denn auch sofort in größtem Stile begonnen. Schon am 1. Mai selbst hatten die Genossen Galiziens eine „Volksabstimmung" eingeleitet, bei welcher in Lemberg 15 000, in Krakau über 6000 rothe Stimmzettel abgegeben wurden mit der (polnischen) Inschrift:

> Ich fordere das allgemeine, geheime direkte und gleiche Wahlrecht für jeden Bürger des österreichischen Staates ohne Unterschied des Geschlechtes vom 21. Lebensjahre angefangen.
>
> Am 1. Mai 1893.
>
> .....
> (Eigenhändige Unterschrift.)

Auf eine von der Parteivertretung an die Landesorganisationen gerichtete Aufforderung hin begann im ganzen Reiche eine Volksversammlungskampagne.

Dieselbe wurde durch die Verbreitung eines Flugblatts in beinahe einer halben Million Exemplaren über ganz Oesterreich eingeleitet, ein glänzendes Zeugniß für die Exaktheit, mit der die Parteiorganisation arbeitet, wenn man die Kürze der Zeit und den Kolportageparagraphen* in Erwägung zieht.

Wie groß die Intensität der Wahlrechtsbewegung ist, geht aus folgenden Daten hervor, die aus den Antworten der Leiter der verschiedenen Landesorganisationen auf direkt an sie gerichtete Anfragen zusammengestellt und vor-

---

* Gemeint ist der § 23 des Preßgesetzes, der das Verkaufen und Verbreiten von Druckschriften außerhalb der „hierzu ordnungsmäßig bestimmten Lokalitäten", namentlich auf den Straßen und an öffentlichen Orten, verbietet. Oesterreich ist das einzige Land in Europa, welches ein derartiges Verbot der Kolportage kennt. Selbst in Rußland herrscht in dieser Beziehung mehr Freiheit. Vergleiche darüber die instruktive Broschüre von Dr. V. Adler: „Der Paragraph 23 des österreichischen Preßgesetzes", Wien 1891. D. Red.

sichtigerweise durchaus zu niedrig sind. Nicht inbegriffen sind hiebei einige tschechische Organisationen und die tirolische und südböhmische Landesorganisation, weil von diesen bis heute keine Antwort eingelangt ist. In der Zeit vom 1. Mai bis zum 15. September wurden in den übrigen Organisationen 403 Versammlungen einberufen. Von diesen 403 Versammlungen wurden 94 unter freiem Himmel abgehalten, 9 Versammlungen wurden behördlich aufgelöst, die Abhaltung von 67 von vornherein untersagt. Von den genannten Meetings waren 14 von mehr als 10000, 3 von 20000, 1 von mehr als 25000 und 2 in Wien von ca. 50000 Personen besucht. Die meisten dieser Versammlungen wurden mit dem Absingen einer eigens gedichteten „Wahlrechtsmarseillaise" geschlossen.

Damit ist aber die Riesenarbeit noch lange nicht charakterisirt. Der Hauptantheil an derselben fällt den kleinen vorbereitenden Versammlungen auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes zu, die von den unermüdlichen Vertrauensmännern in den entferntesten Bezirksorganisationen, in Landstädtchen und Gebirgsdörfern von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatt zu Werkstatt zu Dutzenden und Hunderten abgehalten werden unter fortwährender Gefahr der Maßregelung durch Unternehmer oder Polizei. Auch wird die Bedeutung dieser Zahlen erst dann richtig verstanden, wenn man erwägt, daß daneben alle übrige Organisationsarbeit ungestört ihren Fortgang nahm.

In Prag und Brünn provozirte die Behörde, die sich dort an den Gedanken der Gesetzlichkeit absolut nicht gewöhnen kann, blutige Krawalle, indem sie die Meetings untersagte und die zu denselben hinausziehenden Arbeiter mit blanker Waffe angriff. An beiden Orten wurden die Büttel mit blutigen Köpfen heimgeschickt, so daß am nächsten Tage in Prag 54 Wachleute — ihre Stelle niederlegten. In Wien hingegen, wo die Organisation selbstverständlich am stärksten entwickelt ist, ertrotzte am 9. Juli das Proletariat für seine Versammlung den Arkadenhof des Rathhauses, und da die dort versammelte Menge trotz Konsignirung der gesammten Garnison in den Kasernen und des gesammten verfügbaren Wachpersonals im nahen Landesgerichtsgebäude vollkommen friedlich demonstrirte, so endeten jene Attentate auf das Versammlungsrecht in Böhmen und Mähren mit einer kolossalen Blamage der Statthalter von Prag und Brünn, die dadurch nur erhöht wurde, daß der Letztere ein Massenmeeting auf einem Platze mitten in Brünn schließlich doch gestatten mußte.

Der 9. Juli bedeutete somit einen Sieg, den die Wiener Arbeiterschaft für das Proletariat von ganz Oesterreich erobert hatte. Die moralische Wirkung dieses Sieges war großartig. Nicht nur, daß der gesammten Bourgeoispresse, die sich bis dahin gewissenhaft des Todtschweigens der Wahlrechtsaktion beflissen hatte, auf einmal die Zunge gelöst war, und daß sogar die halb- und hochoffiziösen Journale zur Wahlrechtsfrage Stellung nehmen mußten, sondern es war mit einem Male wie eine Erleuchtung über die brutalsten Gesetzesverächter im Beamtenrock gekommen: Selbst an Orten, wo man es bis dahin nicht für möglich gehalten hätte, wurden Volksversammlungen unter freiem Himmel gestattet, bis auf Prag, wo man schon damals die Eventualität eines Ausnahmszustandes ins Auge gefaßt zu haben scheint, und zwar nicht in letzter Linie wegen des energischen Vorgehens der tschechischen Sozialdemokraten in der Wahlrechtfrage. Das allgemeine Wahlrecht war auf die politische Tagesordnung gesetzt, alle Parteien und alle Abgeordneten, ja — unerhört! — sogar die Regierung formulirten ihre Stellung dazu!

(Schluß folgt.)

Die Unruhen in Italien.

(20. bis 28. August.)

Von **Adam Maurizio.***

Auf die Nachricht von den traurigen Ereignissen in Aigues-Mortes kamen in Italien patriotische antifranzösische Kundgebungen vor, welche, von der Regierung gewollt und unterstützt, ihrer antifranzösischen Dreibundspolitik eine allgemeine öffentliche Sanktion ertheilen sollten. Die Kundgebungen hatten von Anfang an einen provokatorischen Charakter, so daß man glaubte, jeden Augenblick eine Kriegserklärung gewärtigen zu müssen. In Rom waren es Polizeiagenten, welche am energischsten „Nieder mit Frankreich“ riefen, es war ferner die deutsche Kolonie, welche in ihrer reichstreuen Haltung auch die italienische Armee „nach Paris“ ziehen lassen wollte.** Es wurde hervorgehoben, daß die Manifestanten lauter anständige, gutgekleidete Personen seien. Ein großer Theil gehörte „den besten Kreisen der Gesellschaft“ an. Und wirklich mußten diese Personen das Vertrauen der Regierung in nicht geringem Maße besessen haben, denn der unerhörte Angriff auf das französische Gesandtschaftsgebäude in Rom, Angriffe auf die französischen Konsulate in den größeren Städten, die Zertrümmerung französischer Aushängeschilde der Kaufläden im ganzen Lande geschahen unter dem wachsamen Auge der Polizei, mit ihrer einmüthigen Zustimmung. Von einem chauvinistischen Taumel erfaßt, schien ganz Italien den Bankschwindel, die im eigenen Lande gemordeten Arbeiter und Bauern, alle elenden Streiche der „konstitutionellen“, am Ruder befindlichen Demokratie vergessen zu haben.

Die Armee war kriegsbereit, wenn man den selbstbewußten Worten der „Italia militare“, dem persönlichen Organ des Kriegsministers, Glauben schenken darf: wir sind stark genug, Frankreich zur Rechenschaft zu ziehen; „die Armee ist bereit, schlagfertiger denn je.“ Der Kriegsminister Pelloux versicherte einigen Journalisten auf Ehrenwort, „daß der Zustand der Armee nie ein besserer war als heute“. Der Konseilpräsident seinerseits telegraphirte an die Präfekten des Königreichs: „date libero sfogo all' entusiasmo popolare“ — lasset dem Enthusiasmus des Volkes freien Spielraum. Der Enthusiasmus tobte sich vandalisch aus. Der Weisung des Ministers entsprachen auch die offiziösen Zeitungen. „Es ist nicht möglich, daß die Gefühle der Staatsbeamten andere seien, als diejenigen der italienischen Bevölkerung.“ („Pungolo.“) „Und diese Manifestationen sollen andauern, sich verbreiten, sie sollen noch allgemeiner, nachdrücklicher und imposanter werden ... mit einem Schlag verschwinden die Sophismen, durch welche die Franzosenfreunde und Oekonomisten die öffentliche Meinung Italiens beherrschten.“ („Mattino.“) Dies war der Abschluß des ersten und zweiten Tages der Unruhen.

Bald fand jedoch ein Umschwung statt. Es mischten sich unter die Manifestanten „zweifelhafte“ und wohl minder gut genährte Individuen, die diesem unsinnigen Ausbruch des Chauvinismus ein Ende machten. Die patriotischen Skandalmacher fanden sich Leuten gegenübergestellt, die näherliegende Wünsche verwirklichen wollten; man rief: „Nieder mit Giolitti! Nieder Ratazzi, nieder die Ausbeuter, nieder die Bankdiebe! Es lebe Frankreich!“ Es befanden sich unter ihnen Republikaner aus dem Kleinbürgerthum, sozialistische Arbeiter; im Ganzen jedoch eine Menge ohne

* Ist uns auch vorliegender Artikel verspätet zugegangen, so geben wir ihm doch gern Raum, da er auf verschiedene Seiten der so wichtigen Vorgänge, die sich Ende August in Italien abgespielt haben, neues Licht wirft. Die Redaktion.

** Die Militärmusik wurde auf der Piazza Colonna gezwungen, den italienischen Königsmarsch, das deutsche „Heil dir im Siegerkranz“ — und die Garibaldi-Hymne nach einander zu spielen. Der Refrain der letzteren lautet: Gehe fort, Fremder, von Italien. In der dritten Strophe heißt es: Der deutsche Stock soll nicht länger herrschen über Italien, das Volk Roms ist nicht für das Joch geboren, wir dulden nicht länger Fremde und Tyrannen u. s. f. Das Lied der nationalen Freischaarenzüge im Dienste des Dreibundes ist eine Geschmacklosigkeit, die nur der „deutschen Kolonie“ in den Sinn kommen konnte.

bestimmte Parteifärbung und Führung, welche die Demonstranten angriff und sie stellenweise auch verjagte. Ihr schlossen sich bald Anarchisten an, die, wie gewöhnlich, wo sie auftraten, Alles verdarben. Giolitti, der die Ausführung seiner Befehle selbst mit ansehen wollte, mußte, von den Ferien zurückkehrend, einen Umweg nehmen, um Rom zu erreichen. Er kam incognito, denn sonst hätte er sich vor Thätlichkeiten kaum schützen können. Vor seiner leeren Wohnung wurde in lebhafter Weise demonstrirt, ebenso vor denjenigen der anderen Minister. Die arme Bevölkerung des Trastevere zog über den Tiber und baute in den Straßen Barrikaden. Der Kampf um die Barrikaden dauerte zwei Tage lang und setzte sich nach deren Einnahme in den offenen Straßen fort. Aehnlich ging es in allen größeren Städten zu und die Präfekturen erhielten nun den Befehl, „jede weitere Manifestation zu verhindern".

So lange es sich darum gehandelt hatte, die kriegerische Stimmung zu schüren, konnten alle französischen Firmentafeln zerschlagen und Tramway-Waggons verbrannt werden, ohne daß die Polizei es für nöthig fand, einzugreifen. Jetzt aber galt es, einer anfangenden revolutionären Bewegung Herr zu werden. Als die Haltung der Demonstranten immer drohender wurde, erging ein dritter Befehl an die Präfekten: „Unterdrückt energisch und um jeden Preis jede Demonstration." — Die Polizei befolgte diese Befehle so nachdrücklich, daß sie nunmehr einen fünf Tage lang währenden wirklichen Aufstand in Neapel hervorrief. „Seit fünf Tagen befindet sich Neapel im Aufstande: die Straßen und Plätze, die öffentlichen Gebäude sind vom Blute befleckt. Man kämpft, verwundet, tödtet; die Schutzleute tragen keine Nummern auf dem Kragen, um nicht erkannt zu werden und um unbestraft zu bleiben. Man schießt von den Fenstern der Regierungsgebäude auf das unbewaffnete Volk, man erschießt Frauen und Kinder. Noch gestern wurde ein elfjähriger Knabe durch einen Revolverschuß getödtet und das blutige arme Körperchen in Prozession durch die Straßen getragen." (Die ministerielle „Tribuna" vom 26. August.) Ueber den letzten Vorfall berichtet „Corriere di Napoli": „Das, was wir erzählen werden, könnte als eine blutige Szene des Mittelalters erscheinen, und doch ist unsere Erzählung blos ein schwacher Schatten der ergreifenden Wahrheit. Da die Menge es so beschlossen hatte, wurde die kleine Leiche in trauriger Prozession durch die Straßen getragen. Der Eindruck dieses Umzugs war tief, unbeschreiblich. Auf einem Balkon brach eine Frau in Thränen aus, eine andere warf von oben ein kleines Kissen herab. Die Zurufe der auf etwa 10 000 Köpfe angewachsenen Menge erregten die Polizisten. Sie unternahmen einen wüthenden Angriff, um in den Besitz der Leiche zu gelangen. Es entspann sich ein heißer Kampf, an welchem die Truppen theilnahmen, doch trotz der Revolverschüsse und Säbelhiebe siegte die Menge und zog weiter durch die zur Seite gedrängten Reihen der Soldaten." Die Menge blieb vor der Präfektur stehen, drang ins Regierungsgebäude ein, ohne auch nur einen höheren Beamten anzutreffen, und trat darauf den Rückzug an. „Das plötzliche Auftauchen von Truppen rief eine allgemeine Panik hervor, aber die Menge wurde beruhigt und gerührt, als die Truppen auf den Trottoirs sich aufstellten und die Waffen präsentirten." Von diesem Ereignisse an gehörte die größte Stadt Italiens den antiministeriellen Demonstranten. Noch mehrere derartige wenn auch minder bedeutende Momente ereigneten sich in den fünf Tagen des Aufstandes von Neapel.

Die gegen die Auswüchse des offiziellen Chauvinismus gerichtete Manifestation kehrte sich, nachdem sie der patriotischen Schreier Meister geworden, gegen die Polizeiorgane, wobei das eigentliche Motiv der Bewegung immer wieder zum Vorschein kam. Es muß hervorgehoben werden, daß die Sprache der oppositionellen liberalen und konservativen Blätter den oppositionell-demokratischen an Schärfe in nichts nachstand. In dem Bedauern über die Vorfälle in Mailand, Genua, Palermo, Rom und Neapel waren wohl alle einig, doch je nach ihren Stellungen in verschiedenem Maße. Während die „Tribuna" nicht so sehr die blutigen Ereignisse beklagte, als darüber jammerte, daß „die zum Schutze der öffentlichen Ordnung bestellten Organe unverläßlich sind, die Befehle sich nicht einheitlich für ganz Italien zur Ausführung bringen lassen", daß die Polizei mit einem Worte nicht genug gedrillt ist, um sich

eines delikaten Auftrags mit dem nöthigen Takt zu entledigen, während Crispi es bedauert, daß man eine so schöne Gelegenheit zur Kriegserklärung vorbeigehen ließ, und sich mit seinem Plan der militärischen Ausbildung der Nation durch obligatorische Schützen- und Turnvereine der Bourgeoisie zum Nachfolger Giolitti's empfiehlt, sagt die konservative „Fanfulla“: „Wenn Italien nicht unter Serbien stehen soll, muß das Ministerium Giolitti vor den Schranken des Gerichts sein Ende nehmen. Es ist unvermeidlich, es ist unumgänglich nöthig, daß es in den Anklagezustand versetzt wird. Bis vor einigen Tagen war dies ein Ministerium, geziert mit einigen Diebsministern, wie die gerichtlichen Dokumente bewiesen. Jetzt haben wir auch Mordminister. Das Unglück Italiens wollte es so. Aber die Gerechtigkeit muß und wird sich Bahn brechen.“ So der Universitätsprofessor Hugo Mazzolla in der „Fanfulla“. In gleicher Weise äußerten sich andere Blätter; man verlangte unter dem Titel Warschau-Neapel eine europäische Intervention, nannte Giolitti „die Hyäne von Palazzo Braschi“ und dergleichen mehr. Im Uebrigen begab sich die Opposition sammt ihren Drohungen bald zur Ruhe, was ihr durch einen Kunstgriff Giolitti's sehr erleichtert wurde. Dieser wollte nämlich in ganz Italien „700 Anarchisten“ verhaften lassen, und versuchte den ganzen Skandal den Sozialisten und Anarchisten in die Schuhe zu schieben, was nebenbei gesagt mißlang. Es ließen sich keine 700 seiner Obhut bedürftigen Anarchisten auffinden, und die Sozialisten hatten sich zwar energisch gegen die chauvinistische Hetze verwahrt, aber waren der unerwarteten spontanen Erhebung des Volkes meistens fern geblieben.

Die Sozialisten stellten blos fest, daß das barbarische Vorgehen der Polizei nicht der erste Schuldposten dieser von den Banken unterhaltenen Regierung sei; sie zogen den Vergleich zwischen den jetzigen Vorfällen und denjenigen in Conselice und Caltavuturo und konstatirten, daß die Bourgeoisie, welche die Arbeiter im eigenen Lande kaltblütig niederschießen läßt, wenn sie Ausbeutung und Mißhandlung nicht ruhig sich gefallen lassen — daß diese Bourgeoisie kein Recht hat, über die französischen Arbeiter von Aigues-Mortes entrüstet zu thun.

Das Fazit der Unruhen ist ein höchst erfreuliches. Ganz Italien hat dem Versuch, es gegen eine benachbarte Nation zu hetzen, ein glänzendes Fiasko bereitet. Die systematische Aufwieglung des Volkes, die militärische Schulung, die Popularisirung kriegerischer Unternehmungen durch eine servile monarchische Belletristik, die dreißig Jahre eines verlogenen demagogischen Regierungssystems — das Alles hat das Volk nicht bewegen können, sich ohne Widerspruch einen Krieg auf den Hals zu laden. Im Falle einer wirklichen Provokation zum Kriege dürfte das italienische Volk seinen Willen noch energischer kundgeben. Die letzten Aeußerungen einer unverfälschten Volksbewegung waren ein Vorspiel dessen, was in ernsteren Zeiten geschehen könnte, sie sind in gewissem Sinne eine Garantie des Friedens. Ihre Wirkung wird diejenige der Schritte Giolitti's, die er nach dem mißlungenen Streich unternahm, überleben. In blinder Wuth ließ Giolitti einige Tausende (in Neapel allein 1800 Personen) zu vorläufiger Orientirung über die zu erwartenden Gefahren ins Gefängniß werfen, und er trägt sich mit dem Gedanken der Gründung einer Strafkolonie für politische Verbrecher in den italienischen Besitzungen Afrikas. Die mit Hilfe einer nationalen Revolution erstandene und durch die revolutionäre Phrase bis zur Stunde herrschende italienische Bourgeoisie will eben über eine Monarchie comme il faut verfügen. Wir werden sehen, wie weit sie damit kommt!

Notizen.

Unseren Agrariern haben die Zustände, die der Heinzeprozeß enthüllte, vielfach einen willkommenen Anlaß geboten, ihren Beutelschmerzen gegen die Freizügigkeit Luft zu machen. Die „Kreuzzeitung“ sah den verhaßten Städten mit ihren höheren Löhnen und ihrer Steigerung der Lebensansprüche der Arbeiter schon die Verpflichtung auferlegt, jeden Zuwanderer wieder nach Ostelbien zurückzuspediren, der in der Stadt nicht von vornherein eine, allen möglichen hygienischen und

moralischen Forderungen entsprechende Wohn- und Schlafstätte für sich und seine Familie nachweisen könne. Die Heuchelei dieses Verlangens ist oft genug dargelegt worden: die Junker wünschen für die Städte eine bessere Wohnungspolizei, damit sie selber in ihren elenden Kathen auf dem Lande die Arbeiter um so leichter und länger festhalten können. Aus allen Ecken Deutschlands besitzen wir heute schlagende Zeugnisse dafür, daß gerade auf dem Lande das scheußlichste Zusammenpferchen von Menschen Hand in Hand geht mit der scheußlichsten moralischen Verwilderung.

Eben liefert Herr Pastor Wittenberg wieder von dem Dorado der christlich-konservativen Landlords, von Neuvorpommern und Rügen, wo es nur Großgrundbesitz giebt, eine Schilderung, die in ihrer Art auch beweist, daß es hinter den pommerschen Adelssitzen kaum besser aussieht wie hinter der Elisabethkirche in Berlin.*

Wittenberg führt an, daß in den Regierungsbezirken Cöslin und Stettin, besonders aber Stralsund, die Zahl der unehelichen Geburten eine „erstaunliche Höhe" zeige. „Man wird geneigt sein, die Schuld bei dem Hofegängerwesen zu suchen." Sehr häufig werden Arbeiter zur Hofgängerhaltung verpflichtet, deren ganze Wohnung in einer Stube, einer Kammer, einer Küche, einem Vorraum und einem Hausboden besteht. „Wenn nun der Arbeiter außer dem Hofgänger heranwachsende Söhne und Töchter hat, wie soll er die Schlafstellen vertheilen? Behält er für sich und seine Frau die Stube als Schlafraum und giebt er dem Hofgänger resp. der Hofgängerin eine eigene Kammer, so bliebe für seine Kinder nur noch der Boden. . . . Die Söhne kann er doch nur während des Sommers auf dem Boden schlafen lassen; im Winter muß er sie wohl oder übel in seine eigene Stube nehmen." Die Tochter zu der Hofgängerin zu legen, hat auch seine Gefahren, da die Hofgängerin, die heute infolge des Dienstbotenmangels sehr unabhängig dasteht, für sich — genau wie das „Fräulein" der Berliner Aftermiethe — alle möglichen geschlechtlichen Freiheiten beansprucht, bei deren Ausübung die heranwachsende Tochter sicherlich nicht Zuschauerin sein soll. „Der Arbeiter muß zu manchem ein Auge zudrücken, was er unter anderen Umständen nicht leiden würde, z. B. mit seiner Frau von seiner Stube aus es oft genug ruhig mit anhören, wie die Hofgängerin in der nebenan liegenden Kammer allnächtlich einem Knechte Zusammenkünfte gewährt, muß es auch dann mit anhören, wenn er etwa durch die Enge der Wohnung gezwungen ist, seine eigene Tochter in der Kammer der Hofgängerin schlafen zu lassen und sie als Zeugin der Unzucht jener weiß. . . . Bei so beschränkten Wohnungsverhältnissen lernen die Leute nur gar zu leicht, auf dergleichen sittliche Rücksichtnahmen zu verzichten, und schließlich schläft alles durcheinander, wie es eben kommt. Gerichts- und Schwurgerichtsverhandlungen haben manche geradezu schauerlichen Dinge zu Tage gefördert, die sich aus zu engem Beieinanderwohnen ergeben hatten." Es wäre nichts gerechtfertigter — fügt Herr Pastor Wittenberg hinzu, und das klingt fast wie eine Malice gegen die ihm sonst nahestehende Kreuzzeitung — „es wäre nichts gerechtfertigter, als ein Gesetz, welches die Haltung von Hofgängern verböte, sobald nicht mindestens eine Stube und zwei Kammern als Schlafräume vorhanden sind"!

Daß Herr v. Schalscha mit seinem Ammenwitze sehr im Irrthum ist, wenn er die vom Gutsherrn so lange beschirmte Unschuld vom Lande erst in der Stadt die Sünden dieser Welt kennen lernen läßt, gesteht unser Gewährsmann ganz unumwunden zu, denn unter dem Gesinde auf den ritterlichen Höfen „herrscht eine noch größere Unsittlichkeit. Den nächtlichen Verkehr auf den Schlafstuben der Haus- und Wirthschaftsmädchen nehmen die Knechte fast wie ein stillschweigendes Recht in Anspruch. . . . Mir wurde vor Jahren ein Vorkommniß mitgetheilt, von welchem der Erzähler behauptete, es sei wirklich wahr. Ich lasse das dahingestellt; aber wenn auch vielleicht erfunden, so ist es doch so charakteristisch für unsere Verhältnisse, daß ich es hier wiedergebe: Ein Landwirth ließ die Haus- und Wirthschaftsmädchen

* Pastor H. Wittenberg, Die Lage der ländlichen Arbeiter in Neuvorpommern und auf Rügen. Leipzig 1893.

in dem Gutshause eine Treppe hoch schlafen. Da das Haus des Abends regelrecht verschlossen wurde, so hatten die Knechte keine Möglichkeiten, Nachts zu ihren „Bräuten" zu kommen. In Folge dessen wollte bald Niemand mehr auf dem Hofe dienen. Dem Schaden ist abzuhelfen, dachte der Wirth, und ließ oben eine Thür durchbrechen und außen eine Treppe an das Haus bauen. Und siehe da: dem Schaden war wirklich abgeholfen." Sollte es in Schlesien anders sein, wo die Riesensemmeln des Herrn v. Schalscha wachsen? —ms.

Feuilleton.

Der Doktor auf Provision.

Eine Satire von **Gyp.** Uebersetzt von **Klara Heller.**

(Schluß.)

II. Im Hause des Dr. Déchar.

Ein großer, aber mit sehr schäbiger Eleganz möblirter Salon. Auf einer goldbronzenen Pendeluhr die drei Grazien, zu der Pendeluhr passender Zierrat und Leuchter; grüne, welke, verstaubte Pflanzen; Visitkarten in einem bronzenen Behälter; schwarze, mit gelbem Damast überzogene Möbel.

Frau Déchar, 28 Jahre; groß, rosiger Teint, blaue Augen, schwarze Haare, außerordentlich hübsch; zitrongelber Frisiermantel, Gürtel aus weißem Stoff. Sie liest beim Kamin.

Dr. Déchar (eintretend). Brrr! Draußen ist's aber gar nicht warm! (Er legt seinen Hut auf den Tisch und umarmt seine Frau.) Guten Abend, meine Theure! (Frau Déchar rührt sich nicht und liest ruhig weiter.) Ich bin wie gerädert! (Er setzt sich auf einen Fauteuil ihr vis-à-vis und stellt seine Füße so, daß die Fußsohlen nahe dem Feuer sind und zu rauchen anfangen.)

Frau Déchar (die Nase rümpfend). Glaubst Du, daß dieser Geruch sehr angenehm ist? (Sie nimmt ihr Buch wieder zur Hand.)

Der Doktor. Entschuldige! Ich bitte Dich vielmals um Verzeihung ... (Er steht auf.) Ich werde meine Pantoffeln anziehen.

Frau Déchar (ohne von ihrem Buch aufzusehen). Du wirst besser daran thun, Dir gleich für diesen Abend Lackschuhe anzuziehen.

Der Doktor (beunruhigt). Für diesen Abend?

Frau Déchar. Weil wir in die Oper gehen.

Der Doktor (verblüfft). Wir gehen in die Oper? Ich glaubte, daß es immer am Montag sei, wo Du ... und überdies habe ich ...

Frau Déchar. Montag nimmt mich Genofeva mit ... und die ladet Dich nicht ein!

Der Doktor. Ich glaubte auch ...

Frau Déchar. Heute bietet mir Frau von Santander einen Sitz an ... und Dir auch.

Der Doktor. Frau von Santander ... wer ist denn das?

Frau Déchar. Jetzt kennst Du aber nicht einmal mehr Deine Kunden!

Der Doktor. Meine Kunden? ... Frau von Santander! ... aber Du träumst.

Frau Déchar (ihm eine Karte herüberreichend, indem sie die Achseln zuckt). Gut! ... ich träume!

Der Doktor (lesend). Herr und Frau Grodo von Santander erlauben sich, Herrn Dr. Déchar sammt Frau Gemahlin ... Wie! Frau Grodo heißt jetzt Santander? ... Das konnte ich doch nicht errathen! ... Herr und Frau Grodo von Santander ... Das hat Chic! (Er lacht.)

Frau Déchar (empfindlich). Das ist außerordentlich spaßig!

Der Doktor. Ob das spaßig ist! ... Seit fünfzehn Jahren behandle ich Frau Grodo, die niemals Santander hieß, und auf einmal ändert sie den Namen ... und zu gleicher Zeit kommt ihr der Gedanke, uns in ihre Loge einzuladen.

Frau Déchar. Ein guter Gedanke!

Der Doktor. Das finde ich nicht!

Frau Déchar. Du bist sehr liebenswürdig! Alles, was mich unterhält, langweilt Dich!

Der Doktor. Mein liebes Kind, hier handelt es sich nicht um das, was Dich unterhält oder mich langweilt ... es handelt sich um das, was man thun und was man nicht thun kann.

Frau Déchar. Ich verstehe Dich nicht.

Der Doktor. Ich werde trachten, mich verständlich zu machen. Eine Frau Deines Standes geht nicht in die Loge der Frau Grodo ... von Santander ... und ich verstehe nicht, wie sie es wagen konnte, uns einzuladen, in ihre Loge zu gehen!

Frau Déchar. Ich habe ihr gesagt, daß ich die Oper vergöttere.

Der Doktor. Du? Du hast also mit ihr gesprochen? ... aber wo denn?

Frau Déchar. Nun, zuerst hier, als sie Dich einmal konsultiren kam, und dann bei ihr ... sie hatte mich gebeten, sie zu besuchen.

Der Doktor. Warum hast Du mir das nie gesagt?

Frau Déchar. Weil Du mich nie darum gefragt hast. (Sie nimmt ihr Buch wieder zur Hand. Stillschweigen.)

Der Doktor (schüchtern). Bist Du böse?

Frau Déchar. Ich soll vielleicht noch entzückt sein, nicht wahr? Ich führe ja ein so angenehmes Leben, habe so viel Gelegenheit, mich zu zerstreuen, daß es mir natürlich Vergnügen macht, wenn ich zusehen muß, wie die paar Gelegenheiten, die sich mir bieten, mir auch noch entgehen!

Der Doktor. Schau, meine Liebe ...

Frau Déchar. Wenn ich noch, um mich dafür zu entschädigen, ein gemüthliches, behagliches Heim hätte ... aber (sie betrachtet den Salon) ... Brrr!

Der Doktor. Ich versage Dir doch nur wenig.

Frau Déchar. Weil ich nichts von Dir verlange! Du könntest mir das, was ich wünsche, nicht geben, Du verdienst erbärmlich wenig ... gerade genug, daß wir nicht Hunger leiden müssen.

Der Doktor. Du übertreibst.

Frau Déchar. Schwerlich! Wenn ich denke, daß ich seit mehr als einem Jahre schon gerne eine Boa aus Fuchspelz möchte ... weil doch Alles, außer mir, eine trägt!

Der Doktor. Meine Theure, als ich sah, daß Du eine Boa wünschtest, habe ich mich erkundigt, was die kosten könne ... das kostet fünfzehnhundert Francs ... eine hübsche Summe! Bis heute konnte ich nur die Hälfte davon zurücklegen. Wenn ich nur ein wenig Glück habe, wenn ... (Er erinnert sich plötzlich an die zweitausend Francs des Dr. Rappaß.) Ah! Du sollst Deine Boa haben! (Er zieht aus der Tasche die zwei Tausendfrancs-Noten heraus.)

Frau Déchar (höchst erstaunt). Hast Du Jemanden ausgeplündert?

Der Doktor. Denk' Dir nur ... Rappaß gab mir das Geld. Dieser Dummkopf von einem Rappaß, den ich zu dem jungen Mann in der Rue de Monceau rufen ließ ... Du weißt doch?

Frau Déchar. Ja! ... Und? ...

Der Doktor. Nun, es mußte eine Operation vorgenommen werden. Rappaß hat dieselbe in drei Stunden gemacht ... und der arme Kerl wäre uns bald unter den Händen gestorben.

Frau Déchar. Das ist mir ziemlich gleichgiltig ... und was geschah dann?

Der Doktor. Dann gingen wir zusammen weg und Rappaß sagte zu mir: „Steigen Sie doch in meinen Wagen ein, wir werden unsere Rechnung begleichen." Ich steige ein ... und er giebt mir von den sechstausend Francs, die er soeben erhalten hat, zweitausend, indem er zu mir sagt: „Ich gebe immer das Drittel der Summe dem Arzte, durch den ich sie verdient habe." Ich wollte sein Geld nicht nehmen. ...

Frau Déchar (zwischen den Zähnen). Dummkopf!

Der Doktor. Möglich! ... Ich habe aber über die Art, die Heilkunst auszuüben, andere Gedanken!

Frau Déchar (nachdenklich). Und er giebt immer das Drittel der Summe, die er erhält? ... selbst wenn es eine große Summe ist?

Der Doktor. Immer! ... So hat er mir zum Beispiel erzählt, daß C. ihn neulich zu einem Burschen rufen ließ, der in der Reitschule abgestürzt und auf den Kopf gefallen war, und dessen Verwundung eine Schädel-Operation erforderte ... er hat sie gemacht ... sie ist ihm gelungen. Die Eltern gaben ihm fünfzehntausend Francs, wovon er dem C. fünftausend übermittelt hat.

Frau Déchar. Doktor C. weiß sich eben umzuthun.

Der Doktor. O! was das betrifft!

Frau Déchar. Nicht Jedermann kann das von sich sagen!

Der Doktor (lächelnd). Das geht mich an, wie?

Frau Déchar. Wie Du willst.

Der Doktor. O, ich weiß, daß ich bei Dir nicht im besten Lichte stehe! Doch lassen wir das! ... (Sich über seine Frau neigend.) Küsse mich! (Sie rührt sich nicht.) ... Nun ... Für die Boa?

Frau Déchar. Anstatt an Dummheiten zu denken ...

Der Doktor. Du nennst das Dummheiten? ... Du?

Frau Déchar (fortfahrend). Würdest Du besser daran thun, nachzudenken, ob sich unter Deinen Patienten keiner finden läßt, an dem man eine Operation vornehmen könnte ... eine theure Operation ...

Der Doktor. Meine Liebe, Du wirst die Güte haben, meine Patienten in Ruhe zu lassen und Dich nicht mehr mit ihnen zu beschäftigen!

Frau Déchar. Ich werde mich damit beschäftigen, wenn es mir gefällt! ... Ach! bildest Du Dir vielleicht gar ein, daß, wenn sich Dir eine sichere und leichte Gelegenheit bietet, Geld zu verdienen ... viel Geld zu verdienen ... Du diese Gelegenheit unbenützt vorübergehen lassen wirst? ... O nein! denn wenn Du keine Patienten, keine Konsultationen, kurz, gar nichts mehr hättest, so würde ich unter dieser ärmlichen Lebensweise leiden, die ich doch nur Dir verdankte ... denn ein Anderer hätte sich geschickt in die Verhältnisse zu schicken gewußt. Ich würde darunter leiden, meine Schönheit schwinden zu sehen, ohne daß Jemand etwas davon gehabt hätte.

Der Doktor (bestürzt). Aber, meine Theure ...

Frau Déchar. Ich brauche Dein „Aber, meine Theure" nicht ... ich bin dessen satt! Dank Dir habe ich mein Leben verfehlt ... nämlich dasjenige Leben, für das ich geboren war.

Der Doktor. Aber, mein liebes Kind, ich habe Dich ja nicht gezwungen, mich zu heirathen! Ich habe Dich genommen ...

Frau Déchar. Ohne Mitgift! Das wolltest Du sagen, nicht wahr?

Der Doktor. Nein, nicht das! ... Ich will Dich nur daran erinnern, daß ich Dir, als ich um Deine Hand warb, sagte, daß ich ohne Vermögen, ohne Stellung, ohne Praxis, aber nicht ohne Wissen sei! Daß ich weder ein Charlatan, noch ein Betrüger wäre, und daß ich niemals das eine noch das andere werden würde.

Frau Déchar. Ich weiß es ... und dann?

Der Doktor. Dann sagte ich Dir, daß ich gegen zehntausend Francs verdiene und daß es mir vielleicht eines Tages gelingen werde, dreißigtausend zu verdienen. Ich habe Dich nicht getäuscht! Wir sind nun sechs Jahre verheirathet und ich verdiene fünfundzwanzigtausend Francs.

Frau Déchar. Wo willst Du damit hinkommen?

Der Doktor. Dahin ... Ich werde meinen Beruf nach bestem Wissen und Gewissen ausüben ... ohne Betrügereien und Schurkereien. ... Jetzt weißt Du's!

Frau Déchar. Wohlan! Ich habe diese jämmerliche Existenz, die mich oft in Versuchung brachte, laut aufzuschreien und mit dem Kopf an die Wand anzurennen, ertragen ... weil ich keinen anderen Ausweg sah! ... Heute, wo ich weiß, daß Alles geändert werden kann, daß das Leben, wenn auch nicht gut, so doch wenigstens besser werden kann, weigere ich mich, einer Laune zu gehorchen ...

Der Doktor. Einer Laune, ist gut gesagt! ... wenn meine Ehre, meine Doktorwürde auf dem Spiele steht.

Frau Déchar. Oh, nur keine Phrasen! ... und höre mich wohl an! Wenn Du das Anerbieten des Doktor Rappaß nicht annimmst, so kehre ich zu meinen Eltern zurück.

Der Doktor (niedergeschmettert). Zu Deinen Eltern? ... in dieses Loch ohne Licht und Luft?

Frau Déchar. Jawohl, in dieses Loch ohne Licht und Luft. Aber beruhige Dich, mit meinem hübschen Gesicht werde ich dort nicht versauern.

Der Doktor. O!!! so mit mir zu sprechen! ... mir so abscheuliche Dinge zu sagen! ... wenn auch nur im Spaß!

Frau Déchar. Im Spaß? ... Ach! Du glaubst, daß ich spaße?

Der Doktor. Wenn Dir noch wirklich etwas fehlen würde? ... Aber nein! ...

Frau Déchar. Wirklich! ... ich habe ja Stiefeletten und sogar Handschuhe! ... Herz, was verlangst Du noch mehr? ... (Eine Pause.) Und es wäre doch so einfach, wenn Du anstatt Dich zu ereifern, hübsch artig mit mir zusammen ein Mittel suchen würdest, wie sich die Dinge am Besten ordnen lassen.

Der Doktor. — — — — — —

Frau Déchar. Wenn Du zum Beispiel nachdenken würdest, wie ich Dich soeben darum bat, ob keiner Deiner Patienten den Doktor Rappaß braucht. Nun, was ist denn da so Außergewöhnliches daran? Was ist's mit dieser jungen Frau, die Du seit einem Jahre behandelst, die eine Lähmung hatte ...

Der Doktor. Ach was! ich habe sie zum Doktor Liebermann geschickt, der hat sie im Handumdrehen geheilt, durch Elektrisiren, durch Massage, so wie man eben derlei Kranke heilt.

Frau Déchar. Ach, desto schlimmer! Und der alte Marquis, der mit dem Stein behaftete? ... den kann man doch von Doktor Rappaß operiren lassen?

Der Doktor. Erstens, wenn ich ihn schon operiren ließe, würde das nicht durch Rappaß, sondern durch einen Spezialisten geschehen, und zweitens ist der Unglückliche nicht im Stande, eine Operation zu ertragen.

Frau Déchar. Das macht doch nichts! Ob er jetzt auf die oder die Art stirbt; denn sterben muß er doch, also ... übrigens laß uns etwas Anderes suchen! ... (erleuchtet) Ah, ich hab's!

Der Doktor. Was?

Frau Déchar. Der Kutscher der Herzogin! Dieser Mensch, der einen Hufschlag auf den Kopf bekommen hat!

Der Doktor. Nun, was ist's mit dem?

Frau Déchar. Nun, da hast Du ja jetzt die Operation um fünfzehntausend Francs! Du weißt ja, wie enorm reich die Herzogin ist! Was ist das also für sie? Umsomehr, da sie viel auf ihren Kutscher hält.

Der Doktor. Gewiß hält sie auf ihn! ... aber da er sich wieder herausgearbeitet hat ...

Frau Déchar. Das weißt Du nicht!

Der Doktor. Wie, ich weiß es nicht? Ich habe ihn doch noch besucht, bevor ich heimkehrte.

Frau Déchar. Du selbst sprachst doch von einer Operation!

Der Doktor. Ja! ... Weil während der ersten fünf oder sechs Tage die Entleerung der Geschwulst nicht erfolgen wollte ... ich fürchtete eine Blutergießung in die Hirnschale ... aber Gott sei Dank ist davon keine Rede mehr!

Frau Déchar. Rufe doch dessen ungeachtet Rappaß, er wird schon sehen!

Der Doktor. Niemals! Er wäre im Stande, eine Operation vorzunehmen!

Frau Déchar (aufstehend und sich auf die Armlehne des Fauteuils ihres Mannes setzend). Ich bitte Dich darum!

Der Doktor (ein wenig wegrückend). Aber nein ... das ist nicht möglich!

Frau Déchar (schmeichelnd). O doch!

Der Doktor. Der Mann könnte daran sterben.

Frau Déchar (ihre Arme um den Hals des Doktors schlingend). Schau! Du tödtest ja so Viele für nichts. Du kannst auch einmal einen tödten, um mir ein Vergnügen zu machen!

Der Doktor (ganz verstört, sie zurückzustoßen suchend). Aber ... Du bist grausam ... grausam. ...

III. Acht Tage später.

Frau Déchar (zum Doktor, der verwirrt eintritt und sich, ohne etwas zu sprechen, niedersetzt). Nun, was ist's ... mit der Operation?

Der Doktor. Der Mann ist todt! ... (Er verbirgt das Gesicht in den Händen und schluchzt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 3. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie.

Von Max Schippel.

In der Nr. 225 des „Vorwärts“ (vom 24. September) habe ich sofort nach der Veröffentlichung des Bernstein'schen Vorschlages die Gründe darzulegen versucht, die mir gegen unsere Betheiligung, wenigstens an den nächsten Landtagswahlen in Preußen, zu sprechen scheinen.

Heute ist die Nichtbetheiligung eine ausgemachte Sache. Um so ruhiger läßt sich da das Für und Wider in dieser Frage erörtern, die in der That eingehender besprochen zu werden verdient, als es bislang üblich war. Ich nehme daher die Diskussion auch hier nochmals auf, selbst auf die Gefahr hin, dem Leser der „Neuen Zeit“ Einiges zu wiederholen, was er in dem „Vorwärts“-Artikel schon gesagt fand.

Ich ziehe es auch hierbei vor, dem Bernstein'schen Vorschlag und dem ebenfalls äußerst beachtenswerthen Artikel in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ nicht Schritt für Schritt nachzugehen, sondern mehr selbständig meine Anschauungen in dieser Frage zu entwickeln. Es wird dem Leser ein Leichtes sein, die abweichenden Meinungen von Bernstein und Unus damit zu vergleichen und selber zu entscheiden.

Nur ein paar Worte im Voraus!

Ich stimme dem Genossen Unus vollständig zu, wenn er auf die wichtigen Kompetenzen der Landesgesetzgebungen hinweist, und ich betone unten deren Wichtigkeit selber nochmals. Aber ich halte es für falsch, daß darum den Wahlen zu den Landtagen eine entsprechende Bedeutung zukomme. Thatsächlich macht der Wind im Reiche ganz wesentlich das Wetter in Preußen. Unus hat mich vollständig mißverstanden, wenn er meine Aeußerung im „Vorwärts“: „die preußische Regierung ist viel mehr ein Produkt der Reichspolitik wie der Parteiverhältnisse im Landtage“ mit der Bemerkung begleitet: „Man sagt, die Politik des Landtags richte sich nach der Politik des Reichs. Mag sein, aber jedenfalls auf eine sehr sonderbare Weise: je mehr die Demokratie im Reichstag vordringt, desto reaktionärer wird der Landtag. Das Zedlitz'sche Volksschulgesetz zeigt dies zur Genüge.“ Ja, was beweist gerade das Schicksal des Zedlitz'schen Entwurfes? Die preußische Regierung war dafür, die Mehrheit des preußischen Landtags

war dafür, und Landtag wie Landesregierung kapitulirten — vor der Gegenbewegung im Reiche, besonders auch im Süden, die äußerlich ihren Gipfelpunkt in der bekannten Reichstagsrede des Herrn v. Bennigsen hatte. Ohne Unterschätzung dessen, was der Landtag nach seiner Zusammensetzung zu thun *berechtigt* wäre, soll man doch auch nicht überschätzen, was er, trotz seiner Zusammensetzung, in Wirklichkeit thun *kann*.

Und wie so der Einfluß auf die preußische Politik gar nicht zusammenfällt mit dem Einfluß auf den preußischen Landtag, so hängt auch unsere Agitation in Landtagsfragen von der Zugänglichkeit der Landtags-Rednertribüne viel weniger ab, als Unus zu glauben scheint. „Das Kleinbauernthum" — schreibt er — „erobert man am besten durch den Landtag." Das heißt denn doch die immerhin recht äußerlichen Anstöße, welche die parlamentarische Thätigkeit der Agitation unter der Masse giebt, viel zu hoch schätzen und die viel stärkere Triebkraft und die entscheidenden Funktionen, welche der Presse, den Versammlungen und Organisationen zufallen, viel zu sehr übersehen. Es verlohnt sich wohl später einmal, eingehender hierüber zu sprechen. Für heute nur ein paar Beispiele. Wann war die Agitation gegen die Militärvorlage, auch in unseren Kreisen, stärker — als die Vorlage bekannt ward und *ehe* der Reichstag zusammentrat oder *nach* Eröffnung des parlamentarischen Redeturniers? Die Agitation gegen die Tabaksteuer wird, wenn es so weiter geht, wahrscheinlich längst ihren Höhepunkt überschritten haben, wenn die parlamentarische Agitation erst beginnt. Und so würde es wohl mit der Agitation unter den Bauern auch ganz gut ohne besondere Staatsaktionen im preußischen Landtage gehen, wenn die Sache nicht ganz wo anders ihren Haken hätte. Und wiederum: so lange das Letztere gilt, würde uns auch die Vertretung im Landtag nicht vom Flecke bringen.

Ich betrachte also die ganze Angelegenheit mit viel größerem Gleichmuth wie die Genossen Bernstein und Unus.

* * *

Daß unsere Parteigenossen die der Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten verbliebene Thätigkeit im Allgemeinen nicht unterschätzen, wird durch ihre lebhafte Theilnahme an den Landtagswahlen in den verschiedensten Mittel- und Kleinstaaten bewiesen. Es wäre in der That auch widersinnig, wenn wir Einfluß — wenn auch oft nur mittelbaren, agitatorischen Einfluß — in den unteren Instanzen der Gemeinden und anderer wirthschaftlich-politischer Organisationen erstrebten, dagegen die maßgebenden und entscheidenden oberen Instanzen der Landesgesetzgebung und -Verwaltung als für uns bedeutungslos auf unserem Vormarsch ganz bei Seite liegen lassen wollten. Selbst die wichtigsten Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung sind in ihrer Durchführung den Landesstellen anvertraut: so die Ausbildung der Fabrikinspektion, einer der unentbehrlichsten Voraussetzungen jedes wirksamen Arbeiterschutzes. Die einzelstaatlichen Vereinsgesetze und ihre polizeiliche Handhabung durchkreuzen überall das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter. Die Schulgesetzgebung ist für das Proletariat gewiß nicht ohne Bedeutung. Die Vertheilung der Gesammtsteuerlast wird durch die Einzelstaaten fast ebenso sehr mitbestimmt wie durch das Reich. Die staatliche Eisenbahnpolitik kann in Absperrung nach außen und Günstlingswirthschaft nach innen ebenso viel leisten, wie Reichsschutzzölle und -Liebesgaben es gethan haben; Preußen mit seinen weiten Grenzen und seinem ausgedehnten Bahnnetz ist hier tonangebend für alle anderen deutschen Länder. Wenn irgendwo die Behandlung des öffentlichen Grundbesitzes eine große soziale Rolle spielen kann, dann gerade in Preußen mit seinen ungeheuren Domänen, besonders im Osten. Ein ent-

wickeltes Gemeindeleben auf dem Lande ist in vielen Theilen, gerade Preußens, eine Vorbedingung zur Weckung des ersten Selbständigkeitsgefühls unter den kleinen Leuten. Die ganze Agrarpolitik, soweit sie über Zoll- und Verbrauchssteuer-Maßregeln hinausgeht, ist vorwiegend Landessache. Und die Regelung des Arbeitsrechtes für die Landwirthschaft steht vollends ausschließlich den Einzelländern zu; selbst die Eroberung des Koalitionsrechtes für die Landarbeiter würde sich durch Reichsgesetz erst nach Erweiterung der Reichsverfassung vollziehen können. Auch hier wäre es hauptsächlich Preußen, mit dem man sich auseinanderzusetzen hätte.

An Stoff für Anregungen und Agitationen fehlt es somit im preußischen Landtage am allerwenigsten, und die Richtung, in der sich die Politik hier bewegt, kann uns so wenig gleichgiltig sein wie die Richtung der Reichspolitik.

Es ist aber nicht nur falsch, wenn man die Landtagswahl-Entscheidung als etwas für uns Gleichgiltiges ansieht. Es ist weiter kurzsichtigste Verblendung, wenn man meint: weil wir uns in Preußen der Landtagswahl-Betheiligung enthalten, enthalten wir uns auch jeder Einflußnahme auf die Parteizusammensetzung des Landtags. Das wäre richtig, wenn wir den bürgerlichen Parteien rechts und links etwa die gleichen Wählermassen entzögen. Wir wären nur dann wirklich eine uninteressirte neutrale Macht, wenn sich auf unser Gebiet die Deserteure der beiden kriegführenden Armeen in gleicher Zahl flüchteten. Wir sind aber nicht uninteressirt, wir helfen die Wahlentscheidung ganz wesentlich mitbestimmen, wenn wir durch den Fortgang unserer Agitation auf der einen Seite eine immer massenhaftere Fahnenflucht hervorrufen, auf der anderen Seite jedoch die Gegenparteien ziemlich ungeschwächt lassen, da sich unser Einfluß weniger in ihre Reihen hinein erstreckt. Die scheinbare Neutralität bei den Wahlen wird dann thatsächlich zur Parteinahme und sie wird, wie die Dinge liegen, mit dem Wachsthum unserer Anhängerschaft immer mehr zu einer Schwächung des bürgerlichen Radikalismus und so zu einer Unterstützung der Konservativen. „Je stärker wir als Partei werden, desto weniger bedeutet unsere Stimmenthaltung, daß die gegnerischen Parteien sich selber überlassen sind, ohne daß zwischen ihnen durch unseren Einfluß irgend eine Kräfteverschiebung zu Gunsten der einen oder anderen Seite stattfände. Denn thatsächlich haben wir die zahlreichste Anhängerschaft stets in den Bezirken geworben, die einst als Domäne des Liberalismus galten; die Brennpunkte des fortgeschrittensten industriell-städtischen Lebens sind überall zuerst von oppositionell-liberalen und dann von proletarisch-oppositionellen Strömungen beherrscht. Aber wenn so der bürgerliche Radikalismus meistens unsere Vorfrucht war, und wenn wir unsere Haupterfolge errangen, indem wir gerade dem Freisinn, und oft ausschließlich demselben, Schaaren seiner Anhänger entführten — so bedeutet unsere absolute Stimmenthaltung thatsächlich immer mehr, daß wir zwar bereit sind, den Freisinn mehr und mehr zu schwächen, daß wir jedoch keinerlei Neigung verspüren, die Truppen, die wir ihm abspenstig gemacht haben, nun selbst gegen den altpreußischen Konservativismus zu verwenden. Je stärker wir werden, je mehr wir dem Freisinn Anhänger entziehen, desto mehr bedeutet unsere Stimmenthaltung weiter nichts, als daß wir den Konservativen zu Siegen verhelfen. Die direkte Nichtbetheiligung ist indirekt eine immer stärkere Wahlbeeinflussung."

Die Frage steht also gar nicht so: sollen wir durch unsere Nichtbetheiligung bei den Wahlen die Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhause sich selber überlassen oder sollen wir sie durch unsere Wahlbetheiligung zu ändern suchen — die Frage ist in Wahrheit: sollen wir durch unsere Nichtbetheiligung die Konservativen stärken oder sollen wir durch unsere Wahlbetheiligung gegen diese Partei mobil machen?

Nun wäre bei gleichem Wahlrecht — allgemein ist es ja auch in Preußen — diese Frage sehr einfach zu entscheiden und schon längst entschieden. Wir würden überall die Rechte bekämpfen, indem wir zunächst unsere eigenen Kandidaten durchzubringen suchen, und wir würden dann bei Stichwahlen zwischen anderen Parteien überall durch aktive Betheiligung das größere Uebel zu verhindern streben, das durch unsere Nichtbetheiligung thatsächlich mehr und mehr obenauf kommen würde. Die Passivität bei Reichstagsstichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien ist heute ein vollständig überwundener Standpunkt in unserer Partei. Es hat sich hier immer deutlicher gezeigt, daß Stimmenthaltung wohl noch immer proklamirt, aber immer weniger durchgesetzt werden kann. Die Massen haben, sowie es auf sie ankam, sowie wir also eine starke Partei wurden, ganz richtig empfunden, daß ihre Passivität den Folgen nach nichts wäre wie eine Aktion zu Gunsten der bornirtesten Reaktion.

Bei der Dreiklassenwahl (zum Landtage, nicht zu den Gemeindevertretungen) liegen jedoch die Dinge ganz anders. Wir können Wahlmänner durchsetzen in der dritten Abtheilung; diese haben dann jedoch mit der doppelten Zahl von Wahlmännern der beiden ersten Klassen zusammenzutreten; sie werden mit ihren Stimmen stets in der Minorität bleiben. Von zufälligen Ueberrumpelungen abgesehen, die bei der Generalschwänzerei auch der bürgerlichen Wähler vielleicht hier und da glücken könnten, ist somit bei den preußischen Landtagswahlen von vornherein jede Möglichkeit ausgeschlossen, aus unserer eigenen Kraft sozialdemokratische Kandidaten durchzubringen.

Es blieben für eine Wahlbetheiligung nun noch zwei Wege. Entweder wir lassen die eigenen Kandidaten ruhig ausfallen und machen es von vornherein wie bei den Reichstags-Stichwahlen, bei denen durch die ersten Wahlentscheidungen unsere Kandidaten ausfielen: wir — das heißt hier: unsere sozialdemokratischen Wahlmänner — stimmen für das kleinere und gegen das größere Uebel. Oder: wir handeln; wir erklären, nur dann für andere Parteien den Ausschlag zu geben, wenn sie in verschiedenen Wahlkreisen einen hinreichenden Theil ihrer Wahlmänner der oberen Klassen zur Abstimmung für unsere Kandidaten verpflichten.

Ein solches Verfahren würde offenbar himmelweit über unsere Stichwahlpraxis im Reiche hinausgehen. Es stände etwa auf derselben Stufe, als wenn wir bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten nur dann — sagen wir: für den Freisinn, gegen die Konservativen — eintreten wollten, wenn der Freisinn uns bei unseren sonst aussichtslosen Stichwahlen in anderen Kreisen zu unterstützen verspricht. Eine solche Praxis ist bisher bei Reichstags-Stichwahlen noch niemals befolgt worden und es hat sie hier auch noch Niemand in Vorschlag gebracht. Hält man das, was jetzt für die preußischen Landtagswahlen angeregt wird, für politisch klug und richtig, dann mache man auch Ernst mit den Konsequenzen und empfehle die gleiche Praxis auch für die deutschen Reichstagswahlen. Schrickt man jedoch hier davor zurück, so werden es wohl auch gute Gründe sein, die für Preußen ein solches Verfahren verbieten.

Gleich von vornherein ruht es auf sich völlig widersprechenden Berechnungen. Wenn wir bereit sind, für den Freisinn zu stimmen, so thun wir es aus eigenem Interesse. Wie können wir für die Wahrnehmung der eigenen Interessen Gegenleistungen von Anderen beanspruchen? Und wenn wir sie beanspruchen könnten, wie könnten wir sie erzwingen? Sollen wir dem Freisinn drohen, daß wir — wenn er uns keine Mandatszugeständnisse macht — für die Konservativen den Ausschlag geben würden (direkt oder indirekt, durch Stimmabgabe für die

konservativen Kandidaten oder durch Wahlenthaltung)? Solche Drohungen wirken doch nur, wenn man an ihren Ernst glaubt, und wer von uns glaubt, unsere Wahlmänner könnten in der vor ihnen liegenden Situation damit Ernst machen! Sie würden in der Falle festsitzen und wir hätten ihnen selber die Falle gestellt. Wir kommen — auch die Ausführungen von Unus in voriger Nummer haben mich zu keiner anderen Ansicht bringen können — mit dem Handelsprinzip nicht weiter wie ohne dasselbe.

Welche Gefahr der allgemeinen Parteikorruption hieße es aber heraufbeschwören, wenn wir allerorts unsere Parteigenossen aufrufen wollten, mit dem Fordern und Bieten zu beginnen und für die Partei nach Kräften Mandate herauszuschlagen! Welche Hoffnungen würden wir wecken und welche Enttäuschungen würden uns verbleiben! Und wenn wir unsere Genossen nicht gerade als Engel ansehen wollen: zu welchen kleinlichen Gehässigkeiten und politischen Unklugheiten gegen andere Parteien würden diese Enttäuschungen führen und in welcher Fluth von gegenseitigen Vorwürfen über Prinzipienverstöße und Würdelosigkeit und von allseitigen Verdächtigungen würden sie enden. Ich stehe sonst nicht immer auf dem Standpunkt des Singer'schen Artikels im „Vorwärts" (Nr. 227), aber hier gebe ich Singer unbedingt recht, wenn er schreibt: „Die Taktik, die von Bernstein empfohlen wird, müßte die Partei korrumpiren und eine, selbstverständlich von Bernstein nicht gewollte Verwässerung der sozialdemokratischen Agitation zur Folge haben. Das Mandat einmal, auch um den Preis eines Kompromisses, als erstrebenswerth hingestellt, zwingt Rücksichten auf, bei denen die Agitation und die Propagirung unserer Ziele unbedingt Schaden leiden muß.... Wie soll die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten energisch und zielbewußt ausgeübt werden, wenn der Boden, dem die Mandatsinhaber entwachsen, von der Bourgeoisie bereitet ist? Was können sozialdemokratische Abgeordnete, die das Produkt bürgerlicher Wahlstimmen sind, im preußischen Landtage leisten?"

So bliebe neben der Wahlenthaltung nur eine Form der Wahlbetheiligung denkbar: Stimmabgabe für die bürgerliche Opposition, wie bei denjenigen Reichstags-Stichwahlen, bei denen wir mit eigenen Kandidaturen ebenfalls nicht in Frage kommen. Ich bemerke hier auch gleich, daß wo man meines Wissens in Parteikreisen jemals die Wahlbetheiligung erwogen hat, sie immer nur in dieser Form gedacht wurde — besonders in den Wochen des Streites um die Schulreform in Preußen.

Daß gegen eine solche Taktik an sich nichts einzuwenden ist, muß Jeder ohne Weiteres zugestehen, der unser Verhalten bei den Reichstagswahlen billigt. Es handelt sich hier immer nur um eine einfache Prüfung der augenblicklichen Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens. In wenigen Jahren kann sich hier Vieles ändern und es kann dann auch ein anderes Verhalten geboten erscheinen.

Ich glaube nun nicht, daß bei uns auf irgend welcher Seite Lust vorhanden ist, für eine liberale Majorität, wie sie heute in Preußen allenfalls denkbar wäre, auch nur einen Finger zu rühren. Eine liberale Opposition, schwach aber doch nicht bedeutungslos, ist für uns heute das erreichbare Beste, weil sie um so rücksichtsloser und demagogischer auftritt, je weniger sie an Regierungsfähigkeit denken kann. Sollen wir auch noch helfen, das bischen Richter'scher Demokratie zu verbiermeyern? Es bleibt einmal in Preußen-Deutschland dabei: je mehr Liberale, desto weniger Liberalismus. Der bürgerliche Liberalismus in der ohnmächtigen Opposition ist Herr Richter, in seiner Art ein ganzer Mann und für unsere Agitation von unschätzbarster Bedeutung. Der

bürgerliche Liberalismus in der parlamentarischen Mehrheit, ja schon in der Hoffnung darauf, ist Herr Rickert, und in der Regierung ist er Herr Miquel. Es ist vorläufig besser, ihn nicht regierungsfähig zu machen und dafür lieber unserer eigenen Agitation die Freiheit einer kräftigen Offensive nach allen Seiten zu wahren, die für unser Fortschreiten mehr werth ist wie alle kleinen Fortschritte, die ein liberaleres Parlament in Preußen vielleicht bewirken könnte.

Herr Dr. Arons scheint freilich zu meinen, durch die Verpflichtung der von uns zu unterstützenden Kandidaten auf das Reichstagswahlrecht würden wir große Erfolge erzielen. Diese Anschauung wird schon dadurch verdächtig, daß sie ganz folgerichtig dazu führt, daß es als „gleichgiltig" betrachtet werden soll, „ob es sich um Freisinnige, Ultramontane oder Antisemiten handelt". Ja, warum nicht auch um Konservative? Ich will ganz offen gestehen, daß ich als Stockkonservativer ohne jedes Bedenken und mit heimlichem Schmunzeln die recht vollwichtigen sozialdemokratischen Stimmen gegen das leere Versprechen einer Wahlreform eintauschen würde. Was kann man unter dem Schutze des Herrenhauses und der preußischen Regierung mit größter Gewissensruhe nicht Alles auf sich nehmen? Wir müßten diese Leute ernst behandeln, um ihnen unsere Wähler zuzuführen, und sie würden sich untereinander anlachen wie die Auguren, weil der blöde Hödur ihnen noch immer Vertrauen und Glauben schenkt und von uns wohl gar dazu angehalten wird.

Und wie sollten wir, ohne daß die Massen für unsere Wahlparole wirklich Feuer fingen, die Hindernisse des preußischen Wahlsystems auch nur in der dritten Klasse nehmen können? Ich habe seiner Zeit (in dem „Vorwärts"-Artikel) natürlich nie auch nur einen Augenblick daran gedacht, daß unsere Genossen sich um ein offenes und öffentliches Bekenntniß zur Sozialdemokratie herumdrücken sollten. Aber wenn man von ihnen verlangen will, sie sollen — besonders draußen in der Provinz, in den kleinen, durchschnittlich etwa 1500 Einwohner zählenden Urwahlbezirken und Gemeinden — vor Behörde und Unternehmerschaft ihre Parteiangehörigkeit offiziell zu Protokoll geben und dabei auch noch einen Arbeitstag opfern,* so soll man triftigere Anlässe dazu haben wie leere Scheinhoffnungen, die zu zerstören, aber nicht die zu wecken unsere Aufgabe ist.

Das Alles sind für mich Erwägungen, die es mir unwahrscheinlich machen, daß wir — wie die Dinge liegen — es auch nur in der dritten Abtheilung zu ansehnlichen Minoritäten bringen. In einigen Großstädten vielleicht, aber gerade hier ist meist der Gegensatz zum bürgerlichen Freisinn besonders zugespitzt; letzterer erscheint, mit Recht oder nicht, gerade hier oft als der Hauptfeind, und gerade hier sollen mit einem Male die Bündnisse wirksam werden. Selbst in den Großstädten würde dieses Verfahren also versagen. Auf dem Lande aber, wo wir auch bei den Reichstagswahlen in der Minorität bleiben, würde die öffentliche Wahl den Gegnern den Sieg selbst in der dritten Abtheilung leichter wie je machen; die Gegner könnten leichter alle sonst Fehlenden heranholen, weil ein Bekenntniß zum konservativen Fähnlein Niemandem schaden kann; wir würden auf dem Lande unsere Wähler um so schwerer heranbringen. Kurzum, selbst in der dritten Abtheilung würden wir zu Ergebnissen gelangen, die unseren Genossen nach dem Eindrucke der Reichstagswahlen die schwersten Enttäuschungen

* „Früh zur bestimmten Stunde treten am Wahltage sämmtliche Wähler zusammen, um einer stundenlangen Geduldsprobe unterworfen zu werden; sie werden der Reihe nach aufgerufen, um vorzutreten und abzustimmen; Jeder muß bis zum Schlusse der Wahlhandlung ausharren, um eine etwa nothwendig werdende engere Wahl gleich mit erledigen zu helfen. Bei den Stadtverordnetenwahlen ist das eben Alles ganz anders."

bereiten müßten. Was der Genosse Unus aber vollends über unsere Einflußnahme auf die zweite Abtheilung vorbringt, ist selbst für Köln eitel Spekulation, da, wenn wir nicht irren, die angeführte Statistik nur diejenigen Aenderungen in Rechnung zieht, die durch die neuen Steuersätze in Preußen hervorgerufen werden, aber nicht die vielfach (gerade am Rhein) viel wichtigeren Verschiebungen durch die Selbstdeklaration der Einkommen, deren Resultate damals noch gar nicht zu übersehen waren.

Ich wiederhole also: Der praktische und agitatorische Einfluß einer anderen Zusammenstellung des preußischen Landtages soll nicht bestritten werden und ist nicht zu bestreiten. Eine Verschiebung der Parteiverhältnisse könnte erreicht werden einmal durch Schaffung einer eigenen sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhause. Dieser Weg ist, wohl für immer, unter dem Dreiklassensystem ungangbar, weil er in den einzelnen Wahlkreisen ein Handeln und Feilschen mit den anderen Parteien voraussetzt, daß dadurch die Korruption in der Partei an allen Ecken und Enden großgezogen würde und auch der sozialdemokratischen Zwitterfraktion die Freiheit der Bewegung von vornherein unterbunden wäre. Wenn das Spiel bei den Wahlen gut war, so muß man auf seine Wiederholung rechnen und Rücksichten nehmen, die uns sonst mit Recht fern liegen. Einfach aber unsere Stimmen für andere Parteien in die Wagschale zu werfen, das geht einmal den Massen mit ihrem starkentwickelten Parteistolz wider den Mann, und wiederum mit Recht. Und dann wüßten wir wirklich nicht, für welche Partei oder ernstgemeinte Parteiforderung wir diese mehr wie christlich-demüthige Selbstentsagung heute anrathen sollten. Was wir thun würden, wenn wir heute noch in den alten Konfliktsjahren steckten, steht auf einem ganz anderen Blatte, aber in eine ähnliche Situation werden uns vorläufig weder die Regierungen noch die Parteien bringen.

Die politische Mikrologie sieht schließlich an allen heutigen Parteien tausenderlei Einerseits-Andrerseits; gerade wir Details-studirenden Stubenhocker erblicken die Dinge zu leicht wie durch ein Vergrößerungsglas. Die Massen sehen wohl manche Einzelheiten zu klein oder gar nicht, dafür aber oft die großen Umrisse um so richtiger. Sie verlangen klare, einfache Stellungnahme für oder gegen; und wer hier die scharfen Grenzlinien verwischt, bricht der Agitation unter den Massen das Rückgrat. Auf diese Klippe würden wir mit vollem Dampfe zusteuern, wenn wir heute die verblüffende Schwenkung und Parteiverbrüderung vornähmen, die uns der Genosse Bernstein anräth.

Niemand kann voraussagen, wie sich in Preußen die Stellung der bürgerlichen Opposition entwickeln wird und darum läßt sich auch über unsere spätere Stellungnahme zu den preußischen Landtagswahlen nichts prophezeien. Solange die Verhältnisse so liegen wie heute, ist und bleibt die Wahlenthaltung der einzige gangbare Weg für die Sozialdemokratie in Preußen.*

---

* Um keinerlei Mißdeutung aufkommen zu lassen, bemerke ich, daß in dem „Vorwärts"-Artikel die Schlußworte („Grundsätzlich . . . . Kompromißpolitik") nicht von mir herrühren, sondern (wie vorher eine kurze Zwischenbemerkung über „unübersteigliche prinzipielle Bedenken") Zuthat der Redaktion sind. Eigentlich lautete der Schluß: „Ueberlassen wir also vorläufig den preußischen Landtag weiter . . . der allgemeinen Mißachtung. . . . Für die Zukunft wird es sich allerdings empfehlen, zu erwägen, ob wir uns nicht in anderer Weise für spätere Wahlen rüsten sollen. Die Diskussion darüber aber sollte man ruhig vertagen — bis nach den Wahlen."

Mein Vorschlag und das Resultat der Diskussion darüber.

Replik und Zusammenfassung.*

Von **Ed. Bernstein.**

Es ist nun wohl an der Zeit, daß zu den Debatten, die mein in Nr. 52 des abgelaufenen Jahrganges der „Neuen Zeit" entwickelter Vorschlag hervorgerufen, ich selbst als „Antragsteller" das Wort ergreife, um etwaige Mißverständnisse und mir unbegründet erscheinende Einwände zu widerlegen und, unter Würdigung des sonst gegen ihn Vorgebrachten, das Resultat der bisherigen Debatte zu ziehen.

Hält man sich an den rein äußerlichen Erfolg, so bin ich natürlich mit meiner Anregung gehörig abgefallen. Die übergroße Mehrheit der in der Presse unserer Partei zum Abdruck gelangten Stimmen hat sich von vornherein entschieden dagegen, eine Minderheit, die sich auf die sachliche Untersuchung der Frage einließ, das von mir angeregte Vorgehen für unzweckmäßig oder aussichtslos erklärt, und nur eine einzige Stimme — der mir unbekannte Verfasser des mit „Unus" unterzeichneten Artikels in der vorigen Nummer der „Neuen Zeit" — ist zu einem meinem Vorschlage wenigstens theilweise günstigen Resultat gelangt.

Ich müßte lügen, wenn ich sagen wollte, daß ich mit dieser Aufnahme meiner Anregung in der Partei zufrieden sei. Aber ich kann, ohne einer Empfindung Ausdruck zu geben, die ich nicht habe, hinzufügen, daß sie mich durchaus nicht entmuthigt hat. Ich wußte, als ich meinen Artikel schrieb, daß ich gegen eine Auffassung zu Felde zog, die bei der Mehrheit meiner Genossen so fest eingewurzelt ist, daß sie Gefühlssache bei ihnen geworden. Und mit dem Gefühl ist immer schwer kämpfen. Aber wenn ich auch nicht zu den Mehrheitsverächtern gehöre, so bin ich doch nicht Erfolgsmensch genug, durch die Befürchtung, zunächst mit meiner Ansicht in absoluter Minderheit oder auch ganz vereinzelt dazustehen, mich abhalten zu lassen, für das einzutreten, was ich für gut und zweckmäßig halte. Auch kam es mir ja nicht nur darauf an, im Falle der Anerkennung der von mir pro Betheiligung entwickelten Gründe eine solche zu erzielen, sondern auch darauf, zu bewirken, daß die Frage überhaupt einmal von Grund aus diskutirt werde, anstatt mit ein paar Schlagworten bei Seite geschoben zu werden. Und dies Resultat ist wenigstens zum Theil bereits erreicht, und würde noch in weit höherem Grade erreicht worden sein, wenn nicht zwei Faktoren dagegen gewirkt hätten.

Zunächst hat die Redaktion des Zentralorgans der Partei, das ja der eigentliche Tummelplatz der Diskussion hätte sein müssen, sich derselben entschieden abweisend gegenübergestellt; sie scheint nicht nur meinen Vorschlag selbst für verwerflich, sondern sogar seine Diskussion im gegenwärtigen Moment für durchaus

* Im Begriff, diesen Artikel zur Post zu geben, erhalte ich noch durch die Freundlichkeit Schippel's dessen für die „Neue Zeit" bestimmte Widerlegung meines ersten Artikels. Leider ist es nun nicht mehr möglich, auf sie in dieser Replik noch einzugehen. Diese ist ohnehin länger ausgefallen, als sie sollte, und doch habe ich noch Vieles, was ich zum Thema zu sagen hatte, für eine andere Gelegenheit bei Seite gelegt. Immerhin sind einige der von Schippel schon im „Vorwärts" geltend gemachten und hier nur näher ausgeführten Gegenargumente bereits von mir berücksichtigt worden und ich glaube, es sind dies die wichtigsten. Ed. B.

zweckwidrig zu halten, eine Ansicht, die ich natürlich nicht theile, die ich ihr aber nicht nehmen kann und die sie denn auch mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht hat.* Und ich gebe mich gar keiner Täuschung darüber hin, daß sie in dieser Auffassung die große Mehrheit der Genossen umsomehr auf ihrer Seite hatte, als zweitens mein Vorschlag in einem sehr wichtigen Punkte in einem Sinne aufgefaßt worden ist, der ihn in der That den Genossen als indiskutabel erscheinen lassen mußte.

Es war mir zunächst unfaßbar, wie u. A. Genosse Singer zu der in Nummer 227 des „Vorwärts" geäußerten Ansicht kommen konnte, ich hätte der Partei einen „Tauschhandel" in dem Sinne zugemuthet, daß „die sozialdemokratischen Wahlmänner in Berlin für einen Freisinnigen, in Königsberg für einen Konservativen, in Hannover für einen Nationalliberalen und in Köln für einen Ultramontanen" zu stimmen hätten, „nur um in diesen Städten ein Landtagsmandat zu ergattern". Mit keinem Worte habe ich eine derartige Idee geäußert, sie steht vielmehr durchaus im Widerspruch mit der Tendenz meines Artikels, wie er unter Anderen von Schippel in dessen, in Nummer 225 des „Vorwärts" veröffentlichten Gegenartikel und ebenso von Mehring auch richtig verstanden worden ist. Vielleicht aber hat gerade Schippel, wenn auch unfreiwillig, dadurch das Mißverständniß hervorgerufen, daß er die Frage aufwarf, ob ich die Verantwortung dafür übernehmen wolle, wie die sozialdemokratischen Wahlmänner „hier mit den Freisinnigen, dort mit den Klerikalen oder Antisemiten oder Welfen" paktiren werden. Er nennt da zwar nur Parteien, die der feudal-kapitalistischen Landtagsmehrheit mehr oder minder oppositionell gegenüberstehen, aber die Zusammenstellung mag bei solchen, die meinen Artikel nur flüchtig gelesen, die Vorstellung erweckt haben, ich redete einem Paktiren mit allen möglichen Parteien, sobald und wo dadurch immer nur Mandate „ergattert" werden könnten, das Wort.

Wie wenig mir Derartiges in den Sinn kam, zeigen die von mir zur Illustrirung meines Gedankens gewählten Beispiele. Nirgends ist da von einem Zusammengehen mit dem konservativ-nationalliberalen Kartell die Rede, sondern nur davon, daß ein Eingreifen unserer Partei in die Landtagswahlen hier die Freisinnigen zwingen würde, uns *oder* jenem ein Mandat abzutreten, dort die Möglichkeit eröffnete, an die Stelle von zwei Kartellleuten einen Sozialdemokraten und einen Freisinnigen in den Landtag zu bringen. Gerade deshalb geschah es, daß ich, die letzten Wahlziffern zu Grunde gelegt, Berlin als kein günstiges Beispiel bezeichnete, weil dort die Freisinnigen 1888 immer noch über eine Majorität verfügten, die ihnen selbst bei Wahlenthaltung seitens der etwa durchzubringenden sozialdemokratischen Wahlmänner den Sieg über die Konservativen ꝛc. sichern würde. Bei einem Verhältniß: 535 freisinnige, 359 konservative ꝛc. und 200 sozialdemokratische Wahlmänner könnten wir die Freisinnigen allerdings nur dann zur Abtretung eines Mandats an die Sozialdemokratie *zwingen*, wenn wir uns entschlossen zeigten, andernfalls Mann für Mann für die Konservativen ꝛc zu stimmen. Aber die Wahlziffern werden sich diesmal in Berlin wohl ebenfalls in der Richtung derjenigen Wahlkreise verschieben, wo die bloße Wahlenthaltung

* In der Einleitung zum Artikel Singer's in Nr. 227 des „Vorwärts" erklärt sie, denselben neben dem in Nr. 225 veröffentlichten Artikel noch zum Abdruck zu bringen, „um mit der Frage vollständig aufzuräumen". Es ist auch nur noch ein Artikel, der an den meinen anknüpft, im „Vorwärts" erschienen, und dieser wohl nur, weil er einen — von der Redaktion übrigens gleichfalls zurückgewiesenen — neuen Vorschlag entwickelte. Ich komme auf denselben weiterhin im Text zurück.

der Sozialdemokraten genügt, die Freisinnigen in Minorität zu bringen, resp. zu belassen. Diese Wahlkreise aber bilden schon jetzt die überwiegende Mehrheit der von uns eventuell in Betracht zu ziehenden.

Nun habe ich, um noch Eines in Bezug auf diesen Punkt zu erwähnen, wohl auch meinerseits damit einen Fehler begangen, daß ich für die von mir angeregte Ausnutzung des bei den preußischen Landtagswahlen herrschenden Wahlmodus die Bezeichnung Kompromiß gebrauchte. Es geschah mehr aus Protest gegen den Fetischismus der Worte, als weil die Sache selbst diesen Ausdruck erheische. Aber man kann nicht gut gegen zwei Dinge in einem Athemzuge ankämpfen, und ich hätte vor Allem bedenken sollen, daß unter dem Worte Kompromiß eine ganze Reihe von Methoden der Thätigkeit verstanden werden, und es schon deshalb sich empfahl, für das, was ich im Auge hatte, einen präziseren, jedes Mißverständniß und jede Mißdeutung ausschließenden Ausdruck zu wählen. „Unus“ bezeichnet das, was ich will, etwas drastisch, aber in der Sache sehr zutreffend, wenn er sagt, es handle sich darum, den Freisinnigen „Daumschrauben aufzuerlegen“. In der That, so gemein und verwerflich die Erpressung im Verhalten der Individuen zu einander ist, so berechtigt, ja, so geboten ist sie im Kampf der Parteien. Den Druck, den man durch die gegebenen Mittel im Stande ist auszuüben, mit derjenigen Energie auszuüben, die das erstrebte Ziel, die zu wahrenden Interessen am wirksamsten fördert, ist Pflicht, die Vernachlässigung der gegebenen Mittel Pflichtverletzung.

Für mich steht und fällt die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen mit der Frage, ob wir in der Lage sind, durch dieselbe die Interessen des Proletariats und unserer Partei nennenswerth, resp. im Verhältniß zu den aufzuwendenden Opfern, zu fördern. Das ist nun selbst eine Frage, deren Beantwortung von einer Reihe thatsächlicher Faktoren abhängt, und ich will gern zugeben, habe auch von vornherein zugegeben, daß ich in Bezug auf verschiedene derselben aus der Ferne kein maßgebliches Urtheil abgeben kann. Selbstverständlich das Wort maßgeblich so zu verstehen, wie man überhaupt von dem maßgeblichen Urtheil eines Einzelnen sprechen kann.

Gerade in dieser Hinsicht ist mir aber sehr wenig von Belang entgegengehalten worden. Das Schwerwiegendste ist meines Erachtens, was Schippel über den Ausübungsmodus des Landtagswahlrechts mitgetheilt hat. Es war mir das zwar nicht unbekannt, aber ich erkenne rückhaltlos an, daß die Umständlichkeit des Wahlaktes unsere Aussichten recht sehr beeinträchtigt. Aber nach dem, was unsere Genossen bei ähnlichen Gelegenheiten geleistet, — und ohne das vor Augen, würde ich gar nicht den Muth zu meinem Vorschlag gehabt haben — glaubte und glaube ich, daß eine genügende Anzahl von ihnen auch diese Schwierigkeit überwinden würden. Trifft diese Umständlichkeit des Wahlaktes doch nicht die Arbeiter allein. Sie ist ja der Grund, weshalb selbst in Zeiten hochgehender politischer Erregung, und schon als es noch keinen Reichstag gab, die dritte Wählerklasse eine so geringe Wahlbetheiligung an den Tag gelegt hat, und weshalb selbst Elemente, deren prinzipieller Widerwille gegen das Dreiklassenwahlsystem gering ist, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Ich möchte sagen, es ist auf Wahlenthaltung berechnet. Auf jede Zahl sozialistischer Arbeiter, denen in Folge ökonomischer Abhängigkeit es einfach unmöglich ist, ihr Urwählerrecht auszuüben, kommt eine nicht viel geringere Zahl bürgerlicher und kleinbürgerlicher Wähler, die es aus bloßen Bequemlichkeitsgründen nicht ausüben mögen. Die Frage ist also, ob der Prozentsatz sozialistischer Arbeiter, Kleinhandwerker, Geschäftsleute 2c., die das Wahlrecht auszuüben vermöchten, groß

genug ist, trotz alledem die Gegner zu schlagen, und diese Frage kann natürlich nur im Lande selbst beantwortet werden.

Der zweite Einwand, daß in den verschiedenen Wahlkreisen Bündnisse verschiedener Art eingegangen werden möchten, ist damit zu widerlegen, daß eine ähnliche Maxime wie die vom Parteivorstand bei der letzten Reichstagswahl mit Bezug auf die Stichwahlen verkündete, dem mit Leichtigkeit einen Riegel vorschieben würde. „Aber dann marschiren wir mit gebundener Route, und der Freisinn hätte uns in der Hand, statt wir ihn" — wirft Schippel weiter ein. Durchaus nicht. Der Freisinn würde blos vor die Alternative gestellt, entweder uns einen Sitz abzutreten oder sich selbst zu köpfen. Ob er das Letztere nun auf die Weise macht, daß er den Tugendhaften spielt und von den Konservativen sich überstimmen läßt, — was, bei Ablehnung eines Bündnisses mit diesen, das Resultat der Wahlenthaltung der sozialdemokratischen Wahlmänner sein würde — oder mit den Konservativen die beiden Mandate theilt, d. h. sich eine Stimme erbettelt, deren praktischer Werth im Landtag gleich Null wäre, weil bei allen Fragen, woran ihm etwas liegt, die Stimme seines Abgeordneten durch die des Agrariers ꝛc. annullirt würde: welche von beiden Arten der Selbstabthuung er wählt, können wir getrost ihm überlassen — ich glaube nicht, daß er uns für diese Freiheit der Entschließung sehr dankbar sein würde.

Kurz, es ist gar keine Rede davon, daß wir uns aus der Hand geben sollen, und auch gegen eine Prellerei giebt es ein Mittel, sich zu schützen. In dieser Hinsicht ist sogar, wie ich schon in meinem ersten Artikel bemerkte, gerade die Oeffentlichkeit der Wahl ein Vortheil, und „Unus" hat dies sehr gut näher begründet. Wenn er sich dabei insofern gegen mich wendet, daß er es für einen Irrthum meinerseits erklärt, anzunehmen, die freisinnigen Wahlmänner seien „radikaler" als ihre Wähler, so erlaube ich mir, ihm zu erwidern, daß ich so etwas gar nicht angenommen habe. Ich habe nur gesagt, und dabei bleibe ich, daß die Wahlmänner im Ganzen — es giebt natürlich auch da Ausnahmen — im Gegensatz zu der Wählermasse die eigentlichen Politiker sind, und daß man von ihnen daher bei den bürgerlichen Parteien immerhin etwas mehr politischen Blick erwarten könne, als von jenen. Ob sie „radikaler" sind oder nicht, das wird sich wohl je nach den Klassen, dem Charakter des Wahlkreises (ländlich oder städtisch, Osten oder Westen ꝛc.) sehr verschieden gestalten. Hier will ich gleich gegen Mehring einflechten, daß ich den Ausspruch, den Ziegler 1848 über die Fälschung des Volkswillens durch den indirekten Wahlmodus gethan, und den Bismarck in der Reichstagssitzung vom 28. März 1867 fast wörtlich wiederholt hat, gern gelten lasse. Aber es handelt sich für mich auch nur darum, was wir trotz dieses Umstandes mit ihm auszurichten vermögen. Ziegler, der 1848 als Demokrat den Begriff Volk noch im Sinne einer Einheit nahm, von der heute nicht mehr die Rede ist, hat in der Konfliktszeit sich doch auf Grund des von ihm gehaßten Wahlrechts wählen lassen, weil die „Fälschung" damals die Wahl von Demokraten nicht verhinderte, und Bismark hat später das „elendeste Wahlrecht" beibehalten, weil es nunmehr in seinem Sinne fälschte. Ich wiederhole deshalb, die stärkste Bekämpfung desselben, da wir es doch nicht mit Gewalt stürzen können, scheint mir die, zu verhindern, daß es nach wie vor im Sinne der heute die Macht ausübenden Parteien fälscht, resp. es — wenn wir dazu im Stande sind — der Abwechslung halber einmal in unserem Sinne „fälschen" zu machen.

Nun wendet man mir ein, der preußische Landtag sei für uns doch im Ganzen eine recht gleichgiltige Körperschaft — Hekuba in des Wortes trojanischster

Bedeutung. — Einen „Parlamentsleichnam“ nennt ihn Schippel im „Vorwärts“. Ich wollte, es wäre so. Es ist aber nicht so. Gewiß, allmächtig ist der Landtag nicht, der durch das allgemeine Wahlrecht im Reichstag zum Ausdruck kommenden Strömung kann auch er sich nicht ganz entziehen. Aber er kann ihr doch, wie jetzt eben die von ihm fabrizirte „Wahlreform“ gezeigt, recht erhebliche Obstruktion entgegensetzen. Und diese Obstruktionsthätigkeit, die sich aber keineswegs nur passiv äußert, wollen wir doch lieber nicht unterschätzen. Ich habe schon erwähnt, daß der Landtag über die Volksschule und das ganze Unterrichtswesen in Preußen zu bestimmen hat. Uns hat auf das Justizwesen, die innere Verwaltung, die Finanzen 2c. verwiesen. Ich will noch Eines, und es ist sicher nicht das Kleinste, hinzufügen: die Bestimmung über die rechtlichen und ökonomischen Verhältnisse von mehreren Hunderttausend staatlich angestellter Arbeiter. Das Alles macht der „Leichnam“ jetzt in der Stille ab, und seine agrarisch-plutokratische Mehrheit macht sich gar nichts daraus, wenn diesmal eine noch geringere Wahlbetheiligung das Abgeordnetenhaus auf den „Tiefstpunkt der öffentlichen Meinung“ herabdrückt. Dieses Gegentheil von Hochachtung ist ihr Lebenselement; ihre Befugnisse, und darauf kommt es an, bleiben ihr doch.

„Der .... Landtag tritt morgen zusammen. Eine neue Epoche desselben beginnt mit dem Eintritt zweier neuer Parteien, der proletarischen sozialdemokratischen und der kleinbäuerlichen Bauernbündler. An die Stelle der kirchenpolitischen Zänkereien werden Debatten treten über die Forderungen der Arbeiterklasse und über die gegen die Organisationen der Arbeiterklasse geübte polizeiliche Willkür. All' die elenden Machenschaften .... werden nicht verhindern können, daß nunmehr auch die Interessen des Proletariats im ... Landtag gewahrt werden.“

Wo steht das? In der Politischen Rundschau der Nr. 228 des „Vorwärts“ d. d. 28. September 1893. Es ist von dem bayerischen Landtag die Rede, in den jetzt, trotzdem das Wahlrecht ein indirektes ist, fünf Sozialdemokraten eingezogen sind. Sie werden dort den Himmel nicht stürmen, aber daß ihr Eindringen in den bayerischen Landtag, der doch wirklich nicht viel besser ist als der preußische, für die Arbeiterklasse nützlich sein kann und wird, darin stimme ich mit dem „Vorwärts“ überein. In der gleichen Nummer des „Vorwärts“ wird die Wahl eines Sozialdemokraten in den oldenburgischen Landtag, zu dem ebenfalls indirekt gewählt wird, konstatirt und hinzugefügt, daß die oldenburgische Sozialdemokratie auf diesen „großen Erfolg“ ihres ersten Eintretens in den Wahlkampf „stolz“ sein könne. Auch in den folgenden Nummern des „Vorwärts“ wird dieses Eintreten von Sozialisten in die genannten Landtage, sowie ein Sieg bei der ebenfalls indirekt vor sich gehenden hessischen Landtagswahl gefeiert. „Die Fünf“, schreibt die Redaktion in ihrer Nummer vom 30. September mit Bezug auf die in Bayern gewählten Genossen, „die Fünf werden den Trotz der Landtags-Philister schnell zu brechen wissen.“ Und da sagt man mir, mein „Optimismus“ erkläre sich daraus, daß ich im Ausland sitze und von den Dingen in Deutschland nichts verstehe!

Gewiß entgeht Einem im Ausland Vieles, und ich habe schon erwähnt, daß ich dies auch in meinem ersten Artikel gleich eingeräumt habe. Indeß auch der mitten im Kampf Stehende ist zuweilen Täuschungen ausgesetzt. Die Proportionen verschieben sich, wenn man die Dinge aus unmittelbarer Nähe betrachtet. Ein Meinungsaustausch zwischen den die Dinge vom Ausland her Verfolgenden, denen doch die Erfahrungen des Auslandes zur Seite stehen, und den im Lande Wirkenden kann also auch von Vortheil sein, und mehr prätendirte mein Artikel nicht. Uebrigens etwas besser, als man gemeint hat, glaube ich die Dinge in

meiner Heimath doch zu verstehen. Wenn z. B. Mehring mir halb vorwurfsvoll, halb entschuldigend entgegenhält, ich sähe das bürgerliche Parteiwesen noch zu sehr in dem Lichte, wie ich es gesehen, als ich noch in Deutschland lebte, so erlaube ich mir, ihm darauf zu erwidern, daß ich mein engeres Vaterland mit Ansichten über die dortigen bürgerlichen Parteien verließ, die eher noch ungünstigere waren, als die von ihm in der „Neuen Zeit" entwickelten, da mir eben Manches zur Erklärung des Verhaltens derselben noch entging, was er in dieser Zeitschrift an Hand der Geschichte Preußens in vortrefflicher Weise dargelegt hat. Was speziell den Berliner fortschrittlichen Freisinn anbetrifft, so habe ich dessen liebenswürdigere Seiten zu einer Zeit am eigenen Leibe kennen gelernt, wo Eugen Richter schon oder noch, wie man's nimmt, das Zusammengehen aller „Ordnungsparteien" gegen die Sozialdemokratie predigte. Selbst die Persönlichkeit, die Mehring mir als Typus entgegenhält, Herrn Otto Hermes, habe ich als Gegner in Versammlungen schätzen zu lernen Gelegenheit gehabt, und Mehring darf überzeugt sein, es war nicht gerade Bewunderung, was die Form und der Inhalt der Hermes'schen Reden gegen unsere Partei mir abnöthigten. Herr Hermes kann unmöglich heute protziger gegen uns auftreten als damals, wo seine Partei wenigstens im Berliner Bürgerthum das große Wort führte. Indeß auch die besseren Führer der Fortschrittler, Waldeck, Hoverbeck, der alte Klotz ꝛc., haben mir als Politiker durchaus nicht imponirt. Daß sie in jener Blüthezeit etwas kräftiger auftraten, als heute der Freisinn thut, lag in der Natur der Verhältnisse, sie hatten eben die Mehrheit der politischen Elemente des Landes hinter sich. Es ist ein sehr einfaches Rechenexempel, was aus einer bürgerlich radikalen Partei werden muß, wenn ihr der proletarische Rückhalt und die energischsten Elemente des Kleinbürgerthums verloren gegangen. Ich habe 1874 im Reichstag Hoverbeck, noch einen der Besseren, zusammenknicken und ruhig kleinbeigeben sehen, als Lasker — ich glaube, es war beim Preßgesetz — den Fortschrittlern drohend erklärte, wenn sie nicht aufhörten, die politischen Catone zu spielen und die Nationalliberalen für alle Zugeständnisse gegenüber der Regierung verantwortlich zu machen, dann würden die Letzteren einmal striken und ihnen, den Fortschrittlern, die Verantwortung für das eventuelle Nichtzustandekommen des Gesetzes zuschieben. Kurz, ich habe gar keine Illusionen über die Natur des Freisinns, sondern beurtheile ihn lediglich aus der Situation heraus, in der er sich als die Partei des Freihandels und gewisser liberaler Ueberlieferungen befindet. Daß er nur aus Leuten à la Hermes besteht, behauptet auch Mehring nicht, und daß alle Parteien, die bürgerliche Demokratie von ehedem eingeschlossen, ihre Hermesse hatten bezw. haben, wird er mir ebenfalls zugeben. Ich kenne Herrn Paul Förster nicht, wohl aber sein Programm, und darnach wird es mir recht schwer zu glauben, daß es wirklich nur Ideologien des gelehrten Schulmeisters sind, die ihn von uns trennen. Wie dem aber auch sei, Ideologen und anständige Leute giebt es wohl in allen Parteien, selbst im deutschen Freisinn.

Lassen wir also die Moral und bleiben wir bei der Politik. In einem „ff." gezeichneten Artikel der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" gegen meinen Vorschlag schreibt der Verfasser, „alle Einsichtigen" ständen auf dem Standpunkt des „Vorwärts", daß es um so besser sei, je weniger von der „Richter'schen Garde" in den Landtag kommen. „Desto geärgerter nimmt der große Irrlehrer dort Platz und desto bissiger ist seine Opposition der Reaktion gegenüber." Ich bin einsichtslos genug, diese Theorie für falsch zu halten, und glaube behaupten zu dürfen, daß sie auch nicht dem Standpunkt Schippel's entspricht, auf dessen Artikel im „Vorwärts" „ff." sich beruft. Schippel sagt

nur, daß Richter in der Opposition uns nützlicher sei, als Rickert in der Regierung. Nun ist ja aber auch gar nicht anzunehmen, daß unser Eintreten in die Landtagswahl die Freisinnigen gleich in die Mehrheit bringen würde. Ich sprach nur von einer wesentlichen Verschiebung der Parteiverhältnisse im Landtage. Zur Regierungspartei werden oder würden wir den Freisinn nicht machen, eventuell sähe ich aber selbst darin kein Uebel. Dann hätten wir in den Agrariern ꝛc. eine Oppositionspartei von zehnmal mehr Schneid als ein ganzes Schock Eugen Richter. Indeß, so steht die Sache nicht, und daß eine numerische Stärkung des Freisinns als Oppositionspartei uns schaden sollte, vermag ich durchaus nicht einzusehen.

Ob Eugen Richter geärgerte oder vergnügte Opposition macht, kann uns sehr gleichgiltig sein. Soweit sie uns interessirt, kommt es nur auf die Kraft derselben an, und die ist nicht Sache der Laune. Sie hängt davon ab, wie stark eine Partei im Hause ist, und welches die Elemente sind, auf die sie sich im Lande stützt. Und nun will ich Eines bemerken. Es ist noch gar nicht lange her, daß die Parteileitung die Parole ausgab, bei den Stichwahlen zum Reichstage unter bestimmten Bedingungen für Freisinnige, Demokraten ꝛc. zu stimmen, in der von mir durchaus getheilten Erwägung, daß das Interesse der deutschen Arbeiter und der Sozialdemokratie eine Stärkung der bürgerlichen Opposition wünschenswerth macht, daß dieselbe zugleich eine Stärkung unserer Position bedeutet. War das richtig, so kann es nicht prinzipiell falsch sein, eine Taktik vorzuschlagen, die eventuell so und so viele Sozialisten und außerdem so und so viel mehr bürgerliche Oppositionselemente in den Landtag bringen würde.

Ich kann auch nicht zugeben, daß — wie Singer meint — der Klassencharakter unserer Bewegung „abgeschwächt", unsere Agitation „verwässert" würde, wenn die Partei im Sinne meiner Ausführungen vorginge. Haben die „ehernen Prinzipien der Sozialdemokratie", die Singer anruft, nicht darunter gelitten, daß wir — nicht erst bei der letzten Wahl, sondern seit Jahr und Tag — bei Stichwahlen für Nicht-Sozialisten, für nicht-proletarische Parteien stimmten, sobald nach unserer Ansicht die von uns verfochtenen Interessen es erheischten, so würden sie auch nicht daran zu Grunde gehen oder dadurch geschädigt werden, wenn wir den politischen Bedingungen unserer Unterstützung noch die anfügen, uns in den betreffenden Wahlkreisen das eine der Doppelmandate abzutreten, die uns beim allgemeinen Wahlrecht, das die Freisinnigen auch für den Landtag zu wollen behaupten, ohnehin zufielen, von allgemeinen Wahlrechts wegen uns gehörten. Wir geben damit kein Titelchen unserer Bestrebungen auf, verleugnen kein Jota unseres Programms und verletzen kein zukünftiges oder gegenwärtiges Interesse der Arbeiterklasse, machen unsere Abgeordneten in keiner Weise von den Freisinnigen abhängig.

Ich habe schon gesagt, daß es mir gleich ist, wie man das Ding nennt, daß es mir allein auf die Wirkung ankommt. Weil nun aber das Wort „Kompromiß" gefallen ist, so sei mir erlaubt, ein Beispiel anzuführen, wie leicht es ist, tugendhaft allen Kompromissen abzuschwören, und wie schwer, dieses Gelübde unter allen Umständen zu halten.

Bekanntlich hat sich auf dem Züricher internationalen Kongreß Niemand schroffer gegen alle Kompromisse und Alliancen mit bürgerlichen Parteien erklärt, als die Delegirten der holländischen Sozialdemokratie. Sie wollten selbst von der Einschränkungs-Klausel der betreffenden Resolution nichts wissen, weil sie in ihr eine Hinterthür erblickten. Nun, in Nr. 38 der sozialdemokratischen Amsterdamer „Nieuwe Tijd", d. d. 23. September 1893, lese ich:

„Bei den letzten Gemeinderathswahlen haben unsere Leute sich hier und da mit anderen Minderheiten verbunden, um einen Kandidaten durchzubringen, der höchstens ein „Stimmrechtsmann", nicht einmal ein Parteigenosse war. Und die Partei hat dazu geschwiegen, trotzdem wir gegen Kompromisse sind. Man hat sich sicherlich aus taktischen Gründen nicht in Sachen einmischen wollen, die hauptsächlich von denen beurtheilt werden können, die mit den lokalen Verhältnissen bekannt sind und daher besser wissen können, inwiefern selbst solches Wirken revolutionäre Propaganda genannt werden kann."

Mit anderen Worten, auch die keuschen Holländer haben Kompromisse gemacht. Zwar „nur ganz kleine", aber doch Kompromisse. „De Nieuwe Tijd" meint, die deutsche Partei dürfe solche Ketzereien weniger durchschlüpfen lassen als die holländische, weil sie größer sei. Aber es ist nicht die Größe der Partei, die da entscheidet, sondern die Frage, welche Mittel ihr sonst zu Gebote stehen, einen für wichtig genug erkannten Zweck zu erreichen.

Was können wir mit Bezug auf die Landtagswahlen thun, wenn von dem, was ich angeregt, abgesehen wird? Dr. Leo Arons hat im „Vorwärts" vorgeschlagen, die Partei solle für sich auf die Erlangung von Mandaten verzichten, aber wählen und für solche Kandidaten stimmen, die sich verpflichten, in der nächsten Session einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts einzubringen, resp. zu unterstützen. Ich glaube, daß dieser Vorschlag sich von meinem nur darin unterscheidet, daß er gerade das preisgiebt, was mir als das Wesentlichste bei der Sache erscheint. Mir liegt vor Allem daran, unter Ausnutzung der derzeitigen Parteiverhältnisse das Dreiklassen-Wahlrecht zu durchbrechen, uns trotz seiner eine Position im Landtag zu erobern. Was Dr. Arons will, würde eine Wahlrechtsdebatte im Landtag, wie sie schon öfter da war, im günstigsten Falle einen Beschluß in unserem Sinne herbeiführen, dem jedoch Regierung und Herrenhaus keine Folge geben würden; und damit wäre es vorbei, denn auf einen Verfassungskonflikt würden es die Elemente, mit denen wir da zu thun haben, nun doch nicht ankommen lassen. Und warum auf eine direkte Vertretung der Arbeiter im größten deutschen Landtage verzichten? Was Arons will, würde nur um so sicherer erreicht werden, wenn eine tüchtige Anzahl Sozialdemokraten als antreibendes und kontrollirendes Element mit in den Landtag einrückten. Auch scheint es mir eine bessere Probe für den guten Willen der zu wählenden Freisinnigen ꝛc., wenn man ihnen gleich bei der Wahl selbst einen Beweis desselben abverlangt. Und schließlich braucht der Arons'sche Vorschlag, da er eine Agitation auf der ganzen Linie implizirt, noch mehr Vorbereitungen als der meinige, der nur auf jene Wahlkreise berechnet ist, wo die Sozialdemokraten gut organisirt sind.

Man hat mir vorgeworfen, mit meinem Vorschlag zu spät herausgekommen zu sein. Ich erkenne an, daß die Zeit zur Verständigung über eine so neue Idee und eventuell zur Ausführung derselben sehr kurz war, aber ich befand mich in einer Zwangslage. Der Gedanke war mir selbst erst nach dem Züricher Kongreß gekommen, gerade die dort erfolgten Deklamationen gegen alle und jede Kompromisse hatten mich zum Nachdenken über den Gegenstand angeregt. Was sollte ich nun thun? Fünf Jahre sind eine lange Zeit, und es kann sich bis 1898 mancherlei ereignen, das es recht wünschenswerth erscheinen läßt, auch im preußischen Landtag eine Position zu besitzen. So blieb mir nichts übrig, als mein Sprüchlein zu sagen und es der Prüfung der Genossen zu überlassen, ob und inwieweit sie zur Zeit in diesem Sinne agiren können oder wollen. Es wäre doch zu absurd gewesen, erst die Wahl abzuwarten und post festum zu

sagen: Seht, das hätten wir thun können, wenn wir nur gewollt hätten. Schaden konnte aber mein Artikel auf keinen Fall etwas, er hat eine Frage in Fluß gebracht, die wir früher oder später doch werden aufnehmen müssen.

Man will nun die Landtagswahlbewegung zu einer großen Protestagitation gegen das Wahlsystem und zu einer Agitation für Wahlenthaltung benutzen. Gegen die Erstere habe ich sicherlich nichts, sie wird, abgesehen davon, daß wir eine Reihe sehr gut besuchter Versammlungen haben werden, nicht viel nutzen, kann aber auf keinen Fall schaden. Von der Wahlenthaltungs-Agitation dagegen verspreche ich mir gar nichts. Erstens nehmen unsere Leute auch ohne diese nicht an der Landtagswahl theil, und zweitens würden von Leuten, die sonst wählen würden, gerade die sich enthalten, die etwa noch gegen die agrarisch-plutokratische Mehrheit oppositionell stimmten. Der Effekt würde sich nicht gegen das Wahlsystem richten, sondern dessen beabsichtigten Effekt verstärken. Es dadurch stürzen zu wollen, scheint mir ein sehr unpraktischer Weg. Eine Wahlenthaltungs-Agitation hätte für mich nur dann einen Zweck, wenn die Möglichkeit gegeben wäre, durch sie das Zustandekommen mindestens einer größeren Anzahl von Wahlen überhaupt zu verhindern.

So wird es mit Bezug auf den preußischen Landtag, wenn nicht vorher unvorhergesehene Ereignisse eine Aenderung erzwingen, weitere fünf Jahre beim Alten verbleiben. Ich kann nur wiederholt mein großes Bedauern darüber ausdrücken. Ich gehöre gar nicht zu denen, die für die Thätigkeit in den Parlamenten besondere Vorliebe empfinden, sondern lege mindestens ebenso großen Werth auf die außerparlamentarische Aktion der Arbeiter, und bin sogar, was gewisse Arten der „Selbsthilfe“ anbetrifft, vielleicht ebenso ketzerisch gesinnt als in der Frage der Kompromisse. Ich begrüße es denn auch mit großer Freude, daß vielfach eine energischere Agitation für die Gewerkschaften ins Werk gesetzt wird und wünsche derselben von Herzen jeden möglichen Erfolg. Aber ich verhehle mir nicht, daß auch hier der deutschen Arbeiterschaft große Schwierigkeiten im Wege stehen, die um so schwerer zu überwinden sind, als sie aus der Natur der Dinge hervorgehen, nicht von dem Willen Einzelner abhängen. Darum hätte ich gewünscht, daß wir die Gelegenheit, auf dem ersterwähnten Felde neue Positionen für die Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen zu gewinnen, uns nicht hätten entgehen lassen.

Indeß, gut Ding will Weile haben. Die Partei wird das Verpaßte auf andere Weise gut zu machen suchen, und wenn der Gang der Ereignisse nicht bis dahin diesen und andere, denselben Gegenstand betreffende Vorschläge überflüssig macht, so wird nichts übrig bleiben, als in fünf Jahren, dann aber natürlich zur rechten Zeit, die Frage von Neuem zu prüfen. Vielleicht wird dann ein besserer Weg als der meine gefunden, vielleicht aber mag auch dem Anarchisten, der mich der Partei die Laterne in den „Kompromißstall“ vorantragen läßt, die Genugthuung werden, ausrufen zu dürfen: O mein prophetisches Gemüth!

Nicht darauf kommt es an, wie eine Sache heißt oder aussieht, sondern wie sie *wirkt*. Und was den Einfluß der Arbeiterklasse erhöht und damit ihr Selbstbewußtsein hebt, das ist, ob es in Parlamenten oder außerhalb der Parlamente geschieht, revolutionär.

Die politischen Parteien in Frankreich und die letzten Wahlen.*

Von **Paul Lafargue.**

Die Wahlen von 1893 bewirken keine wesentliche Aenderung in der regierenden, den Interessen der Kapitalistenklasse völlig ergebenen Majorität; aber sie werden eine tiefgehende Veränderung der politischen Lage nach sich ziehen.

I. Die monarchistischen Parteien.

Die monarchistischen Parteien rechneten darauf, daß die Wahlen sie verstärkt in die neue Kammer senden würden. Sie gehen aus dem Wahlkampfe zerrüttet und aufs Haupt geschlagen hervor. Die Wahlen von 1893 sind der letzte Sieg der französischen Republik über die Monarchie, die für Frankreich nur noch eine Erinnerung aus vergangenen Zeiten ist.

Trotz der Fortschritte des republikanischen Gedankens hatten die Monarchisten nicht alle Hoffnung verloren, wieder ans Ruder zu kommen.

Nach dem Zusammenbruch von 1870/71 glaubten die Prinzen von Orleans, daß ihre Stunde gekommen sei. Die Präsidentschaft der Republik war ihrem alten Diener Thiers zugefallen, der ihnen helfen sollte, den Thron wieder aufzurichten. Aber sie kannten den eitlen kleinen Politiker sehr schlecht, der sich glücklich fühlte, nachdem er so lange der erste Minister des Königs gewesen, nicht blos erster Minister, sondern auch Präsident der Republik sein zu dürfen. Und da er gleichzeitig ihr größter Schuft war, personifizirte er in seinem grotesken Ich das Mysterium der Dreieinigkeit in einer Weise, von der sich die katholischen Theologen nichts träumen ließen.

Um die Unterstützung der orleanistischen Deputirten zu erlangen, versprach Thiers den Prinzen Alles, was sie wollten; er schmeichelte ihnen und übergab ihnen militärische Kommandos, lockte sie aber dabei in die tückischste Falle, die ein Bourgeoisgehirn ersinnen kann; er ließ ihnen vom Parlament ein Geschenk von 40 Millionen Franken zuerkennen als Entschädigung für die Verluste, die ihnen die Revolution von 1848 gebracht hatte. Die edlen Herren, die am liebsten ein Ei scheren würden, ehe sie es verzehren, verschlangen gierig die Lockspeise, die ihr verrätherischer Diener ihnen reichte, und sackten freudig die Millionen ein, ohne sich darum zu kümmern, daß die öffentliche Meinung voll Entrüstung war über eine königliche Familie, welche damals, als Frankreich aus tausend Wunden blutete, den richtigen Zeitpunkt für gekommen erachtete, den Staatsschatz unbarmherzig zu plündern.

Um seine Macht zu befestigen, suchte der tückische Greis auch die Legitimisten zu gewinnen, die in großer Zahl in die „unauffindbare" Kammer von 1871 gekommen waren, nachdem man sie vierzig Jahre lang auf der politischen Bühne nicht mehr gesehen hatte. Er spiegelte ihnen eine neue Restauration des Königthums in der Person des letzten Abkömmlings der legitimen Könige vor, des impotenten Grafen von Chambord. „Zügelt eure Ungeduld", sagte er ihnen, „die Macht fällt dem Weisesten zu. Wir wollen eine Republik ohne Republikaner machen. Folgt meinem Beispiel, bemächtigt euch aller politisch

* Wegen Raummangels verspätet. Die Redaktion.

wichtigen Stellen; habt ihr alle Plätze in der Staatsverwaltung besetzt, dann könnt ihr den Staatsstreich machen."

In gleicher Weise liebäugelte Thiers mit den Bonapartisten, die unter den Flüchen der Bevölkerung zusammengebrochen waren. Der Republikaner Rouher und seine Freunde sprachen von der Konfiskation ihrer Güter als Beitrag zur Zahlung der Kriegskosten; sie wollten die Bonapartisten aus der Kammer ausschließen: Thiers wußte es zu hindern. Man hatte Rouher, den Vizekaiser, verhaftet; Thiers ließ ihn unter vielen Entschuldigungen frei.

Die dritte bürgerliche Republik, die hervorgegangen war aus der furchtbarsten Katastrophe, welche Frankreich seit Waterloo durchgemacht, und die unerhörte Schwierigkeiten auf ihrem Wege fand, behauptete sich nur durch den gierigen und erbitterten Wettbewerb der drei dynastischen Parteien, die sie bekämpften. Aber dem parlamentarischen Taktiker, der den Präsidentenstuhl innehatte, lag nicht das Gedeihen der Republik am Herzen; ihm handelte es sich blos um die Befestigung seiner Autorität als ihr Präsident, wenn er die Gelüste der monarchistischen Parteien anstachelte und eine nach der anderen zur Stütze seiner Stellung benützte, die, wie er ihnen sagte, doch nur eine ephemere und vorübergehende sei.

Die Bonapartisten wurden vom politischen Terrain weggefegt, als ein Zulukrieger den jungen Prinzen Napoleon tödtete (1879). Dieser hatte sich nach Südafrika begeben, um dort Lorbeeren zu ernten, wodurch er, wie man behauptet, die Hand einer der Töchter der Königin von England zu gewinnen hoffte. Ein Syndikat von Londoner Bankiers soll nach vertrauenswürdigen Mittheilungen bereit gewesen sein, ihm fünfzig Millionen zur Inszenirung einer Wiederholung des zweiten Dezembers zur Verfügung zu stellen. Der Zulukrieger, der mit seiner Assagai den kleinen Napoleon tödtete, rächte nicht nur den Negerhelden Toussaint Louverture — den der Großonkel, der Konsul Bonaparte, verrätherischerweise von Martinique gewaltsam hatte fortführen und elend im Fort Joux umkommen lassen —, er zerstörte auch die Hoffnungen der Bonapartisten.

Inzwischen waren auch die Hoffnungen der Legitimisten sehr gedämpft worden. Diese hatten sich schon dem Siege sehr nahe gesehen; sie waren zahlreich in der Kammer vertreten, sie hatten das Ministerium besetzt, sie waren überzeugt, den Marschall Mac Mahon in der Hand zu haben, den „loyalen Degen" des Herrn Thiers, der diesen höchst illoyal in der Präsidentschaft ersetzt hatte, als die Monarchisten den ihnen unbequem gewordenen Präsidenten gestürzt hatten (Mai 1873). Kurz, die Legitimisten meinten eine Zeitlang, sie hätten nur zu wollen, um ihr Ziel zu erreichen.

Der jüngst verstorbene General Miribel erhielt vom Kriegsminister General Rochebouet den Auftrag, einen Staatsstreich vorzubereiten, obwohl Mac Mahon Befürchtungen über den Ausgang geäußert hatte. Man versichert, der Graf von Chambord sei damals persönlich nach Paris gekommen, um sich von der Lage zu überzeugen. Wäre der letzte Sprößling der älteren Linie der Bourbonen ein Mann der That gewesen, wie sein Ahne Heinrich IV., und nicht ein kläglicher Wicht, die Republik hätte sich damals unzweifelhaft in der ernstesten Gefahr befunden, durch einen Staatsstreich gestürzt zu werden. Aber der Klumpfuß des Grafen Chambord hinderte ihn, zu Pferde zu steigen, und als echter Bourgeoisprätendent hätte er sich's wohl gefallen lassen, zum König ausgerufen zu werden, aber ohne dabei auch nur ein Härchen zu riskiren.

Inmitten dieser monarchistischen Intriguen, die sich gegenseitig durchkreuzten und durch ihre Feindseligkeiten wie durch die Unfähigkeit der royalistischen Führer

sich gegenseitig aufhoben, blieb die Republik aufrecht bestehen und kräftigte sich schon allein durch ihr Bestehen. Gambetta, den Thiers als wüthenden Narren behandelt hatte, weil er, um Frankreich nicht zerstückeln zu lassen, für die Fortsetzung des Krieges eingetreten war, der aber schließlich Thiers' Schützling wurde, war der Mann des Tages und das anerkannte Haupt einer im Lande mächtigen republikanischen Partei: er durfte damals Mac Mahon sein berühmt gewordenes „se soumettre ou se demettre" (sich unterwerfen oder abdanken) zurufen. Der Marschall, der auf seinen großen Säbel geschworen hatte: „er sei nun einmal Präsident und er bleibe es", mußte trotzdem abdanken und zwar nach den Wahlen von 1877.

Die auf der Wahlstatt geschlagenen Monarchisten zogen sich zurück und überließen den Republikanern das Feld, die sich nun der politischen und administrativen Posten im Lande zu bemächtigen begannen und die Formel Thiers' umstürzten, indem sie eine Republik mit Republikanern machten.

Der Tod des Grafen von Chambord (1883), der nur Don Carlos den Straßenräuber und irgendwelchen unbekannten Abkömmling der spanischen Bourbonen als Erben seiner Ansprüche hinterließ, hatte eine gewisse Einigung im Lager der Monarchisten zur Folge, sie schaarten sich nun wohl oder übel um die orleanistischen Prinzen. Aber diese Vereinigung der monarchistischen Kräfte, die vor 1875 hätte gefährlich werden können, brachte nur mehr die eine relative Gefahr mit sich, die republikanische Regierung an der Verwirklichung von Reformen, soweit sie solche geplant hatte, zu hindern. Die ganze Aktion der jetzt geeinigten Monarchisten beschränkte sich auf Rekriminationen und parlamentarische Schachergeschäfte: sie erhielten für sich und die Ihren reichliche Begünstigungen von den republikanischen Ministern, die zur Festhaltung ihrer Portefeuilles der royalistischen Stimmen bedurften. Sie wurden dick und fett dabei und freuten sich dieses trägen und einträglichen Lebens, als der Boulangismus in die Höhe kam.

Sie waren über diese außerordentliche Bewegung, welche die Republik gefährdete, ebenso erstaunt, als die Opportunisten über diesen Ausbruch allgemeiner Unzufriedenheit entrüstet waren: diese ausgezeichneten Politiker können noch heute nicht begreifen, daß zur Zeit, als sie Frankreich einzig zu Gunsten ihrer eigenen Interessen regierten, es noch Leute gab, die unvernünftig genug waren, mit ihrem Schicksal nicht zufrieden zu sein. Die Monarchisten waren nicht faul und wußten gleich, welchen Gewinn für ihre Politik sie aus dem Boulangismus schlagen konnten: sie schaarten sich um den General, sie machten sich ihn streitig, indem jede Partei ihn für sich allein haben wollte. Die Bonapartisten versprachen ihm Millionen, von denen er niemals einen Heller zu sehen bekam; die Orleans wußten den Werth des Geldes zu schätzen, das einen Abenteurer, der mehr nach Genüssen als nach Macht dürstete, zu fesseln vermochte und sie öffneten ihm ihre Börsen und namentlich die ihrer Anhänger. Boulanger, der großmüthigst all diese Großmuth hinnahm, schöpfte die Millionen aus diesem Brunnen, ohne sie zu zählen. Aber auch dieser Cäsar einer kapitalistischen Republik hatte kein größeres Bedürfniß als der Graf von Chambord, seine kostbare Haut für seine Sache zu Markt zu tragen: bei der ersten Drohung Constans', ihn als Aufrührer gefangen zu setzen, fuhr er nach Brüssel ab und zwar ohne Retourbillet.

Das boulangistische Abenteuer bedeutete eine arge Bloßstellung der monarchistischen Parteien, die wie alle oppositionellen Parteien es liebten, sich als die Anwälte der öffentlichen Moral aufzuspielen. „Haltet den Dieb!" hatten Boulangisten, Royalisten und Imperialisten bei den Wahlen von 1889 gerufen: mit

demſelben Kampfgeſchrei wollten ſie es auch 1893 verſuchen, ohne ſich darum zu kümmern, in welch traurigen Ruf ſie durch die Moralhelden der Boulanger'ſchen Bande gelangt waren.

Die Panama-Affaire bot ihnen den beſten Anlaß zu einem neuen Ausbruch moraliſcher Entrüſtung. Nachdem ſie die nöthigen Maßregeln getroffen, um jeden Beweis einer panamiſtiſchen Beſtechung von Mitgliedern der Rechten bei Seite zu ſchaffen, wurde der boulangiſtiſche Monarchiſt Delahaye damit betraut, die Skandalbüchſe zu öffnen. Die hervorragendſten Republikaner Rouvier, Clémenceau, Freycinet, Roche, Floquet ꝛc. ꝛc. wurden angeklagt, aus den Kaſſen dieſer Finanzgeſellſchaft Geld für ihre perſönlichen und ihre politiſchen Zwecke entnommen zu haben. Dies war jedoch nur der Anfang: ganz laut beſprach man in den Couloirs der Kammer, daß nach dem Panama der Crédit Foncier an die Reihe käme und daß man noch viel abſcheulichere Dinge enthüllen werde; doch blieb es bei der Drohung, die Monarchiſten fürchteten wohl, bei der Geſchichte auch ihre eigenen Anhänger von der Rechten in die Tinte zu bringen.

Die tugendhaften Denunzianten witterten jedoch, daß dieſe Schauſtellung des kapitaliſtiſchen Unflaths und dieſe Herabſetzung der politiſchen Bourgeoisparteien hauptſächlich den Sozialiſten zu Gute käme, darum bewerkſtelligten ſie mit Hilfe der boulangiſtiſchen Patrioten Millevoye und Déroulède den Streich mit den Norton'ſchen Papieren. Nicht nur Rochefort, Clémenceau, Burdeau und andere Republikaner wurden angeklagt, im Solde der engliſchen Geſandtſchaft zu ſtehen, ſondern auch Guesde und Lafargue verdächtigte man, Verhaltungsmaßregeln aus Berlin zu bekommen; auch ſollten alle Strikes der letzten dreizehn Jahre in Frankreich und Belgien durch Gelder aus dem Welfenfonds unterſtützt worden ſein. Das lächerliche Fiasko der Norton'ſchen Papiere iſt bekannt; es hat ihre Urheber Déroulède und Millevoye politiſch getödtet und ihren Fabrikanten, Herrn Ducret, in das Gefängniß gebracht. Herr Ducret war Mädchen für Alles bei Conſtans, der, als Beſchützer der Royaliſten, mit ihnen die Wahlen vorbereitete.

Inzwiſchen waren die Ereigniſſe den Arrangeuren des Panama-Skandals über den Kopf gewachſen. Ihre Anklagen panamiſtiſcher Korruption konnten ſich nicht auf die Politiker der republikaniſchen Partei beſchränken; ſie überſchwemmten die Ufer des Parlaments und bei jeder neuen Enthüllung zeigte ſich's, daß der Panama-Bazillus alle Kreiſe der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft gleichmäßig infizirt habe. Man erfuhr, daß die geſammte Preſſe, ohne Unterſchied der politiſchen Färbung, ſich für das Lob des Panama-Schwindels fette Summen hatte bezahlen laſſen. Der „Temps", das Organ der ſtrengen reinen Republikaner, der „Figaro", das in der guten Welt ſo ſehr geſchätzte Blatt, das „Petit Journal", die Wonne der Portiers, „l'Univers", das Unterhaltungsblatt der Sakriſteien, und die ſechzig „Semaines religieuses", die von Prieſtern unter der Aufſicht von Biſchöfen herausgegeben werden — ſie alle waren vertreten. Man erfuhr, daß die Prieſter und Vikare Agenten der Geſellſchaft geworden waren und zwanzig Francs für jede verkaufte Aktie bekommen hatten, und daß ſie, ſtatt die Gläubigen ins Paradies zu bringen, deren Geld in die Hölle des Panama gebracht hatten: daß der Vatikan ſelber in Panama-Aktien ſpekulirt und durch eine mißglückte Spekulation auf einmal eine Million vom Peterspfennig verloren hatte. Kurz, der Panama-Koth beſpritzte die ganze Kapitaliſtenklaſſe und man fragte ſich zum Schluſſe, ob denn die Männer, die man von der Tribüne der Kammer herab ſo heftig angeklagt hatte, wirklich die größten unter allen dieſen Spitzbuben waren.

Doch bildeten die Panama-Skandale nicht die einzigen Waffen der Monarchisten gegen die Republik; sie hatten eine noch viel tückischere geschmiedet. Sie waren überzeugt, daß sie nicht siegen könnten, wenn sie die Republik offen angriffen. Daher suchten sie sich in sie einzuschleichen und wählten dazu den Moment, wo sie die Republik in der Person ihrer bekanntesten und geachtetsten Führer in den Panama-Koth gezerrt hatten. Sie waren entschlossen, Thiers' Rath zu befolgen, in die Republik einzutreten und sich aller politischen Aemter zu bemächtigen, indem sie ihre weiße Fahne einsteckten und sich als Republikaner erklärten. Diese jesuitische Taktik wurde ihnen von Leo XIII. eingegeben.

Das erste Resultat dieses hinterlistigen Vorgehens war die Uneinigkeit im monarchistischen Lager, das der Tod der bonapartistischen und legitimistischen Prätendenten kaum geeinigt hatte; die Monarchisten spalteten sich in Ralliirte oder Resignirte, wie man sie spöttisch nannte, und in Intransigente, Unversöhnliche, die behaupteten, das Monopol für politische Freimüthigkeit und Ehrlichkeit zu besitzen. Es entspann sich unter ihnen ein Bruderkrieg. Es regnete von jeder Seite Beleidigungen und Verleumdungen. Um den Lesern einen Begriff von der Anmuth ihrer Polemik zu geben, zitiren wir folgende Stelle aus dem „Alerte", dem Organ der monarchistischen Intransigenten:

„Wir sagten den Republikanern: die Ralliirten sind Hanswurste, und die Republikaner, die ausnahmsweise einmal unserer Meinung waren, haben uns im Chor geantwortet: Natürlich sind es Hanswurste! Die de Mun, Piou, Freschevillе, Montsaulnin und wie sie alle heißen, sind in der jämmerlichen Situation einer Dirne, die man um den Preis für ihre Entehrung geprellt hat. Sie sind in jener Situation, von der die Damen vom Boulevard in ihrer Sprache sagen, man habe sie betrogen: qu'on leur a posé un lapin."

Die „Libre Parole", jenes Blatt, welches die Jesuiten von dem antisemitischen Juden Drumont herausgeben lassen, erklärte, „der Papst habe die konservative Partei vernichtet" und bedrohte ihn mit „dem eisernen Fehdehandschuh von Nogaret" .... „vielleicht wird er von einem jener vatikanischen Priester, welche Delegirte der italienischen Freimaurer sind, an der Nase geführt, was bei seinem Alter ja verzeihlich ist".

Die päpstliche Politik durch Freimaurer inspirirt — welcher Greuel!

Jedenfalls profitirten die Opportunisten von dieser Politik, sind sie doch fast Alle Freimaurer; denn auch während der Wahlen setzte sich der Krieg zwischen ralliirten und intransigenten Monarchisten immer erbitterter fort. Die Royalisten vergaßen ihren Haß gegen die Republikaner, um sich untereinander zu zerfleischen, und nur den Intransigenten ist es zu danken, wenn die Häupter der Ralliirten de Mun, Piou, de Camarzelle, Lecourt u. a. nicht gewählt wurden, während wieder Cassagnac und andere Intransigenten ihre Wahlniederlage den Ralliirten zuschreiben dürfen.

Die monarchistischen Parteien, welche so lange und so weise Vorbereitungen für diese Wahlschlacht getroffen hatten, gehen nun ihrer Führer beraubt und bedeutend vermindert aus derselben hervor. Sie kehren in die neue Kammer nur 73 Mann stark zurück, davon sind 35 Ralliirte; sie sind so zersplittert und so wenig angesehen, daß sie keinen beachtenswerthen Faktor mehr im politischen Leben Frankreichs bilden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und die politiſchen Parteien in Oeſterreich.

Von Dr. W. Ellenbogen.

(Schluß.)

Bei den ausländiſchen Genoſſen ſcheint die Meinung vorzuherrſchen, als wäre das öſterreichiſche Proletariat eine politiſch gänzlich ſich ſelbſt überlaſſene Maſſe, ſo daß es hier der Sozialdemokratie leicht ſei, durch bloße Demonſtrationen die Maſſen zu gewinnen. Dem iſt nun nicht ſo. Vor allem war die Kirche ſeit jeher im Beſitze der bäuerlichen Bevölkerung, und ſie tritt energiſch den Verſuchen der Sozialdemokratie, dort einzudringen, entgegen. Die Kirchenbeſucher bilden die Volksverſammlung, die Kanzel die Rednertribüne der Klerikalen. Ja, wo es nicht anders geht, nimmt der Klerikalismus die Manieren des ihm ſonſt nicht durchwegs ſympathiſchen chriſtlichen Sozialismus an und gründet katholiſche Geſellenvereine, mit dem eigentlichen Zwecke, die ſozialdemokratiſchen Teufel aus den Köpfen zu treiben. Der Erfolg derſelben iſt nun freilich ſehr problematiſch. Sehr häufig werden gerade dadurch dieſe katholiſchen Geſellen erſt recht auf die Sozialdemokratie aufmerkſam gemacht, und der Geſellenverein wird theils durch Agitation unter den Mitgliedern, theils indem eine größere Zahl von Genoſſen eintritt, in einen ſozialdemokratiſchen Arbeiterbildungsverein umgewandelt. Wenn es nun gar dahin kommt, daß ſogar Bauern an der Maifeier ſich betheiligen, ſo iſt das ein ſo deutliches Anzeichen des Schwindens des kirchlichen Einfluſſes, es illuſtrirt die Unaufhaltſamkeit des Vordringens der Sozialdemokratie ſo prägnant, daß uns ſofort der Ausſpruch des klerikalen Abgeordneten Ebenhoch begreiflich erſcheint, er ſei gegen das allgemeine Wahlrecht, trotzdem dadurch die klerikale Partei an Stimmen gewinnen würde, weil ſeine Ertheilung „den letzten Schritt zum ſozialdemokratiſchen Zukunftsſtaat“ bedeute.

Ein anderer Konkurrent in der Eroberung des Proletariats iſt der chriſtliche Sozialismus. Dieſe Partei entwickelt gerade in neuerer Zeit eine äußerſt rührige agitatoriſche Thätigkeit. An ihrer Spitze der unermüdliche Lueger, ein mit allen Salben geſchmierter, geriebener „Volksmann“ ohne rechte innere Ueberzeugung und ohne die geringſte ökonomiſche Durchbildung, ein Mann, dem kein Mittel der raffinirteſten Demagogie zu ſchlecht iſt, und der daher mit der Kraft ſeiner im urwüchſigen Volkston vorgetragenen Phraſeologie die indifferenten Maſſen, namentlich das blödſinnige Urwienerthum zu frenetiſchem Beifall hinreißt, ferner der hochgeborne Prinz Liechtenſtein, deſſen zum Volke herabgeſtiegene Erſcheinung allein ſchon ein Agitationsmittel iſt, reiſen ſie von Stadt zu Stadt, ohne freilich in der Regel mehr als das ohnehin ſchon zu ihnen gehörige Kleinbürgerthum zu gewinnen. Ihr Anhang unter dem Proletariat iſt nur in Wien etwas größer, was ſich aus der Rapidität der Proletariſirung des Wiener Kleinbürgerthums erklärt, und ihre unermüdliche Agitation macht ſie hier für den Augenblick zu einem, wenn auch nicht gefährlichen, ſo doch auch nicht zu unterſchätzenden Gegner, ſo gründlich ſie auch ſonſt den Boden für die Sozialdemokratie aufackern. Die Frage des allgemeinen Wahlrechts dürfte ihnen aus Parteirückſichten unangenehm werden. Lueger hat ſich — mehr demagogiſch als demokratiſch — für daſſelbe erklärt, Liechtenſtein, der Hochtory, hat ſehr laut geſchwiegen. Vielleicht bewirkt dieſe Frage die Trennung eines linken chriſtlich-ſozialen Flügels von einem rechten.

Aber auch die radikal-nationalen Parteien werben um die Gunst des Proletariats. Je mehr sie durch eine alberne Politik von oben in den Radikalismus hineingetrieben werden, desto tiefere Wurzeln suchen sie in den unteren Volksschichten zu fassen. Daher die angestrengten Versuche der Jungtschechen, eine nationale Arbeiterpartei zu schaffen, daher ein ähnliches Bemühen von Seite Schönerer's unter den niederösterreichischen Bauern und Arbeitern und der Gefühls-Sozialismus einiger radikalen Jung-Deutschösterreicher.

Da Schönerer's extremer Autokratismus sich mit dem Wesen einer großen Partei nicht verträgt, so kommen trotz der Entschiedenheit und Schärfe seiner Agitation nur die Jungtschechen in Betracht. Sie sind die fortgeschrittenste unter allen parlamentarischen Parteien. Ihr Radikalismus ist temperamentvoll und entschieden, zum großen Theil auch ehrlich, ihre Agitation energisch, unermüdlich und unerschrocken. Sie sind durch diese in Oesterreich nicht landesüblichen Eigenschaften eine bürgerliche Volkspartei und eine wirkliche Gefahr für die Privilegien des böhmischen Großgrundbesitzes geworden. Ihr Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts war bei seiner Einbringung gewiß durchaus ernst gemeint, ja nothwendig, weil sie nach Niederwerfung des Alttschechenthums sich nur durch entschieden volksfreundliche Maßnahmen im Volke behaupten konnten, auch glaubten Einige von ihnen thatsächlich der Ausbreitung ihrer Nationalität damit zu dienen (erwartet doch Abg. Spindler, daß durch das allgemeine Wahlrecht Wien zu einer tschechischen Stadt würde!), und last not least hofften sie die Arbeiterschaft damit zu kaptiviren, eventuell sogar der Sozialdemokratie den Boden abzugraben. In dieser letzteren Hoffnung sehen sie sich nun allerdings getäuscht, die tschechischen Sozialdemokraten haben ihren Liebeswerbungen wiederholt mit Hohn und Spott geantwortet und nach ihrer tschechisch-nationalen Arbeiterpartei kräht kein Hahn mehr. Sie beginnen zu merken, daß das allgemeine Wahlrecht für noch so radikale, aber bürgerliche Parteien denn doch eine höchst zweifelhafte Sache ist, und es machen sich schon einige Unkenrufe aus ihrem Lager bemerkbar. Der nunmehr verhängte Ausnahmszustand macht es ihnen nun freilich unmöglich, von dieser Forderung zurückzutreten, wollen sie nicht jeden Boden in der tschechischen Bevölkerung verlieren. Ob sie aber, wie sie den Anlauf genommen haben, die kommende Parlamentssession benützen werden, um ihren eigenen Antrag wenigstens zur ersten Lesung zu bringen, erscheint sehr zweifelhaft. Sie werden den Ausnahmszustand eher zu heftigen Nationalitäts- und Staatsrechts-Debatten benützen.

So ganz allein steht also die Sozialdemokratie mit der Agitation im Proletariat in Oesterreich nicht da, wie Genosse Bebel in seinem Artikel über die Maifeier noch meinte. Aber freilich ist es richtig, daß gerade die stärksten politischen Parteien sich am wenigsten um die Arbeiterschaft kümmern: Liberale und Polen.

Der österreichische Liberalismus! Welch ein unerschöpfliches Kapitel von politischer Faulheit und Feigheit, von Byzantinismus und Heuchelei, von niedriger Profitgier und gemeinem Volksbetrug! Zu faul, ihre wirthschaftliche Macht auszunützen und zu feige, ihr eigenes Programm durchzuführen, haben die Liberalen auf der einen Seite die Stärkung der Regierungsgewalt und die Diskreditirung des Parlamentarismus auf dem Gewissen, auf der anderen haben sie sich selbst bedingungslos der Reaktion ausgeliefert. Naturgemäß haben sie damit im Volke jeden Boden verloren, und ihre Mißwirthschaft während ihres 18jährigen Regiments, der Banken- und Gründungsschwindel, sowie die Einführung des politischen Vergewaltigungssystems gegen jeden Gegner, ihre ganze

niedrig boshafte, heuchlerische Kampfesweise haben ihnen so viele erbitterte Feinde gemacht, daß sie gegenwärtig die verhaßteste politische Partei Oesterreichs sind. Das Schicksal der Alttschechen steht drohend vor ihnen. Schon haben sich die radikaleren deutschen Elemente abgelöst. In allen ihren Wählerversammlungen tauchen lästige Mahner zu entschiedenerem Vorgehen auf. Sie müssen etwas thun, um wieder populär zu werden. Und schwer und träge, wie sie schon sind, rücken auch sie dem Gedanken der Erweiterung des Wahlrechts näher. In erster Linie sind es aber wirthschaftliche Gründe, die sie dazu veranlassen. Gerade die Fabrikanten waren es, die in der letzten Gewerbe-Enquête und die noch jüngst in ihrem Organ, der „Deutschen Zeitung", für das allgemeine Wahlrecht mit soviel Lebhaftigkeit, als man von einem österreichischen Liberalen billig verlangen kann, eintraten. Dieser Anfall von Fortschrittlichkeit erklärt sich einfach dadurch, daß die letzten Maibewegungen mit den zahllosen Gruppen- und Massenstrikes, mit den fortwährenden Massenaufwühlungen, die darauf folgten, ihnen die Ruhe des Geschäfts störten, und sie nun hoffen, daß durch das allgemeine Wahlrecht der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vom ökonomischen auf das politische Gebiet werde übertragen, abgelenkt werden. Daher auch das Zetergeschrei der „Deutschen Zeitung", als unlängst in einer Volksversammlung das Wort „Generalstrike" ausgesprochen wurde. So sehr aber die liberalen Fabrikanten zum allgemeinen Wahlrecht rathen, so sehr fühlen die liberalen Politiker, daß eine Popularisirung des Wahlrechts für die Partei eine Lebensgefahr wäre. Unter allerlei Vorwänden der nichtigsten und verlogensten Natur suchen sie sich daher um die Allgemeinheit und Gleichheit des Wahlrechts herumzudrücken, und sehr ungelegen kommt es ihnen, daß das Enfant terrible „Deutsche Zeitung" in alle Welt hinausquiekt, das allgemeine Wahlrecht sei eine alte Forderung des Liberalismus. Sie sprechen von der politischen Unreife des Volkes — die Liberalen! Sie fürchten eine Einschränkung des nationalen Besitzstandes und damit eine Beeinträchtigung der kulturellen Bedeutung der Deutschen in Oesterreich — die Kulturmission der Liberalen! Sie fürchten eine Ueberhandnahme der Reaktion — die Liberalen!

Die Unmöglichkeit, das allgemeine Wahlrecht brutal zu verweigern, und die noch größere Unlust, es zu ertheilen, drängt die Liberalen in eine Enge, aus der sie mit Hilfe von echt liberalen Auskunftsmitteln zu schlüpfen suchen. Solche Mittel sind die Arbeiterkammern des Herrn von Plener, in ihrer unfertigen, reaktionären, stellenweise einfach unmöglichen Form ganz das Machwerk eines Mannes, „der eine große Zukunft — hinter sich hat", oder die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts auf die großen Städte mit der fein ausgeklügelten Absicht, den Antisemitismus mit Hilfe des Proletariats zu überwinden — utile cum dulci — oder endlich die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Kranken- und Unfallversicherungspflichtigen, ein Vorschlag, der angeblich vom Abgeordneten Baernreither herrührt. Nach dem letzten Bericht des Ministeriums des Innern über die Krankenversicherung zählen die 2822 Arbeiter-Krankenkassen Oesterreichs 1 666 790 Mitglieder. Der Vorschlag schiene also nicht so übel, es würde das eine Verdoppelung der Zahl der Wahlberechtigten bedeuten und würde gerade die industriellen Arbeiter stark begünstigen. Aber der dieser Erweiterung des Wahlrechts zu Grunde liegende Gedanke ist die Schaffung einer neuen Wählerklasse, einer neuen Kurie, einer Arbeiterkurie, die ihre besonderen Abgeordneten zu wählen hätte, getrennt von der übrigen Bevölkerung, also nichts als eine Umschreibung der Arbeiterkammern. Es ist die blasse Furcht vor dem Wahlkampf, es ist die Todesahnung des Liberalismus, die aus dieser Einzwängung in Kurien heraus-

ächzt. Alle, besonders die Arbeiter, mögen hübsch unter sich bleiben. Eine Wahlschlacht bedeutet bei der politischen Trägheit der Liberalen einen enormen Mandatverlust, und daß dies das einzige Leitmotiv der liberalen Wahlrechtspolitik ist, haben erst jüngst einige der Herren mit trockener Unverfrorenheit, manche auch unter der Formel: „Der nationale Besitzstand soll erhalten werden", herausgesagt.

Da es der Arbeiterschaft jedoch gerade auf den Kampf ankommt, da sie eine Bewegung erzeugen, nicht die alte österreichische politische Versumpfung fortdauern lassen will, so müßte sie, wenn sie überhaupt auf Abschlagszahlungen sich einließe, schon aus diesem Grunde allein alle diese Vorschläge ablehnen.

Sehen wir aber von dieser nothwendig prinzipiellen Haltung der Arbeiterschaft ab, so hätte der Baernreither'sche Vorschlag auch noch den Vorzug eines inneren Widerspruchs in sich, der schließlich zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts führen müßte. Indem er nämlich unmittelbar an das heutige Zensuswahlsystem, das nach unten mit dem Wahlrecht der „Fünfgulden-Männer" abschließt, das Wahlrecht der Besitzlosen roh anknüpft, läßt er zwischen diesen beiden die breite Schichte der Steuerzahler unter fünf Gulden wahlunberechtigt stehen. Unsere österreichischen Politiker würde nun ein solcher Widersinn nicht weiter geniren, aber daß die so unbillig Ausgeschlossenen auf das ihnen zugefügte Unrecht aufmerksam werden und Lärm machen, dafür würden schon die Sozialdemokraten und vielleicht noch mehr die Christlich-Sozialen, die Vertreter des Kleingewerbestandes, sorgen.

Von den Polen ist nichts zu sagen, als daß sie unter allen Umständen, wie sie seit jeher für jede Vergewaltigung der unteren Volksschichten, wie überhaupt für jede reaktionäre Maßregel eingetreten sind, gegen das allgemeine Wahlrecht stimmen werden: Jene zwei oder drei von ihnen, die sich ihren Wählern gegenüber auf dasselbe verpflichtet haben, wird schließlich die „Parteidisziplin" bei der Abstimmung in die Couloirs verdrängen.

Und die Regierung? Am Tage der Rathhausversammlung lanzirte sie in ein mit ihr in Verbindung stehendes Blatt die Parole: „Arbeiterkammern". Seither sangen die offiziösen Blätter diesen Refrain wiederholt im Chore. Welche Auffassung diese Kreise von dem Wahlrecht des Proletariats haben, geht aus folgenden Worten des offiziösen „Fremdenblatt" hervor:

„Ist der Zweck der Arbeiterschaft auf eine Vertretung ihrer Interessen gerichtet, dann reichen neun Vertreter* vollkommen aus. Gehen aber ihre Ziele weiter, wollen sie zugleich politischen Einfluß erringen und die Macht der Zahlen in die Wagschaale unserer Verhältnisse werfen, dann treten sie als eine politische Gegenpartei auf und einer solchen werden ohne Noth und ohne Zwang keinerlei Konzessionen gewährt."

Damit übergeben wir ohne weitere Bemerkung das österreichische Regierungsorgan und seine Zuhälter dem internationalen Gelächter.

Wie in Allem, so ist auch in der Frage der Arbeiterkammern die Haltung der Regierung, wahrscheinlich ihr selbst am meisten, unklar.

Sicher scheint nur das Eine zu sein, daß wenn Graf Taaffe einer Erweiterung des Wahlrechts zustimmt, er dies nur in der Absicht thut, die Macht der großen Parteien, insbesondere der „Vereinigten Linken", durch Heranziehung einer neuen zu brechen. In diesem Sinne müßte er dann die Schaffung einer neuen

* Nach dem Vorschlag des Herrn Plener sollten 26 Arbeiterkammern eingerichtet werden, die zusammen ganze neun Abgeordnete wählen dürften. Vergl. die schon erwähnte Broschüre über das allgemeine Wahlrecht von V. Adler, S. 65, sowie desselben „Die Arbeiterkammern und die Arbeiter", Wien 1886. Die Redaktion.

Kurie perhorresziren und die Arbeiterwähler direkt den Städte- und Landwählern anreihen, was, wie schon gesagt, speziell für die Liberalen, die einen ernsten politischen Kampf nicht gewohnt sind, eine bedeutende Gefahr wäre, um so mehr, als bisher gerade die industriellen Zentren ihre Wahldomänen waren.

Die Verzweiflungshandlungen des Ministeriums, Ausnahmszustände in halber und voller Form, Ueberhandnehmen der Polizeigewalt auch in Wien, neuestens sogar die Drohung mit dem Ausnahmszustand für Wien u. s. w., deuten auf den vollständigen Bankerott der Politik des Fortwurstelns hin, der in nicht allzu ferner Zeit wird eintreten müssen. Dann aber ist ohne eine wurzelhafte Regeneration des Parlaments ein Fortkommen nicht möglich. Dann wird das allgemeine Wahlrecht nicht mehr zu umgehen sein.*

Es ist keine beneidenswerthe Stellung, die das österreichische Proletariat in diesem Kampfe inne hat. Nicht gegen waffenfähige, kampffrohe Feinde hat es zu streiten, sondern gegen die stupide, feige, klotzige Indolenz einer durch und durch faulen herrschenden Klasse. Eine tödtlich ermüdende geschichtliche Aufgabe! Aber die bisher entwickelte Energie der Wahlrechts-Bewegung beweist, daß hinter dem heißen Wunsch nach einer Aenderung der Zustände weder der Wille noch die Kraft zum Handeln zurücksteht. Die Bekundung der Solidarität des internationalen Proletariats in Zürich gerade mit Bezug auf die österreichische Wahlrechts-Frage hat das Selbstvertrauen der österreichischen Arbeiter gehoben, und in dem Riesenkampf, der ihnen bevorsteht und den sie ganz allein auszukämpfen haben, kennen sie nur mehr eine Losung: Vorwärts!

---

* Seitdem dies geschrieben worden, hat bekanntlich Graf Taaffe alle Welt durch einen Staatsstreich, den Antrag einer Wahlreform überrascht, den er bei dem Zusammentritt des Reichsraths dem Hause vorlegte. Die Ausführungen unseres Herrn Mitarbeiters werden dadurch in manchem Punkt überholt, im Wesentlichen aber bestätigt.

Diese Wahlreform bedeutet nichts weniger als die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts. Aber, wenn man von der Beibehaltung der Wahlkurien absieht, ist sie eine Abschlagszahlung darauf, die unsere Genossen vorläufig wohl akzeptiren dürften.

Sie haben damit einen Erfolg errungen, auf den sie stolz sein dürfen, der sich den bedeutendsten Siegen der internationalen Arbeiterbewegung würdig anreiht.

Bei der Ausarbeitung der Einzelbestimmungen des neuen Wahlrechts, das jetzt den Völkern Oesterreichs gewährt werden soll, waren für die Regierung sicher eine Reihe von Gründen kleiner und kleinlicher Augenblickspolitik maßgebend. Aber im Wesentlichen ist diese Vorlage ein Ergebniß des Drucks, den das organisirte Proletariat auszuüben gewußt hat. Nachdem es den „eisernen" Bürgermeister von Wien zu Paaren getrieben, hat es auch den kautschukenen Ministerpräsidenten gemeistert, was bisher noch keiner der parlamentarischen Parteien gelungen ist.

Seit dem Jahre 1848 ist der jetzige Antrag einer Wahlreform die erste große Konzession, die in Oesterreich eine Volksbewegung der Regierung abgezwungen hat, ohne daß diese vorher durch eine militärische Niederlage geschwächt worden war, ohne ein Solferino oder Königgrätz. Eine neue Aera hat damit für das politische Leben Oesterreichs begonnen. Dank der Sozialdemokratie hat seine Stagnation ein Ende.

Wohl ist die Wahlreform noch nicht zum Gesetz geworden. Die großen politischen Parteien wenden sich dagegen. Allen voran gehen die Liberalen mit einer Schamlosigkeit, die nur noch von ihrer Feigheit übertroffen wird. Aber sie werden damit nicht die Verwirklichung der Wahlreform hindern, sondern nur bewirken, daß sie an dem Tag, an dem diese Gesetz wird, aufhören zu existiren.

Unsere tapferen Genossen in Oesterreich sind schon mit ganz anderen Gegnern fertig geworden. Wir rufen ihnen ein herzliches Glückauf zu, Glückauf zum Sieg! Glückauf zu neuem Kampf! Die Redaktion.

Notizen.

Auffaugung des kleinen und mittleren Grundbesitzes durch den Großgrundbesitz. (Nach einem alten Aktenstück.*) Nach Beschluß der Herrenhaussitzung vom 10. Mai 1859 veranstaltete die preußische Regierung im Jahre 1860 eine eingehende Enquete über die Bewegung der spannfähigen** bäuerlichen Nahrungen in 7 Provinzen. Die Untersuchung in Posen erstreckte sich auf die Jahre 1823—1859; die Erhebungen in den anderen 6 Provinzen: Pommern (exkl. Stralsund), Preußen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen und Westphalen auf den etwas längeren Zeitraum vom Jahre 1816—1859.

Die Ergebnisse der Enquete, welche nach der Ansicht des preußischen statistischen Bureaus als zuverlässig anerkannt werden können, gestalteten sich folgendermaßen Die Zahl der spannfähigen bäuerlichen Nahrungen sank***

von 354 610 Höfen mit 35 260 084 Morgen am Ende des Jahres 1816
auf 344 737 " " 33 498 433 " " " " " 1859

Sie hat also um 9873 Höfe und 1 761 641 Morgen abgenommen.

Den interessantesten Theil der Denkschrift bilden ohne Zweifel diejenigen Abschnitte†, die die Frage beantworten: „Welchen Einfluß übte der freie Verkehr zwischen spannfähigen bäuerlichen Besitzungen und anderen Arten des Grundbesitzes (nicht spannfähige Bauern, ritterlicher Grundbesitz ꝛc.) auf den spannfähigen Grundbesitz aus?"

Im Allgemeinen wurden durch den freien Verkehr von der Gesammtfläche des spannfähigen bäuerlichen Grundbesitzes 8 231 922 Morgen = 23,91 Prozent in Bewegung gesetzt.

Davon verblieben 4 381 319 = 53,2 Prozent des in Bewegung gesetzten Bodens im Besitze der spannfähigen Bauernschaft, dagegen gingen 2 806 122 Morgen = 34,1 Prozent den spannfähigen Nahrungen verloren.

Besonders interessant gestaltet sich der Vergleich der Resultate des freien Verkehrs zwischen dem spannfähigen bäuerlichen Grundbesitz und den Rittergütern. Die spannfähigen Bauern haben nämlich in dem betreffenden Zeitraum:

Provinz	An die ritterlichen Güter veräußert	Von den ritterlichen Gütern erworben	Somit bleibt Verlust
	Morgen	Morgen	Morgen
Pommern (exkl. Stralsund)	180 869	34 764	146 105
Preußen	337 164	90 133	247 031
Posen	104 521	35 162	69 359
Schlesien	130 654	61 151	69 503
Brandenburg	141 584	49 622	91 962
Sachsen	72 111	25 660	46 451
Westphalen	46 697	14 039	32 658
Zusammen	1 013 600	310 531	703 069

* Denkschrift des preußischen landwirthschaftlichen Ministeriums, veröffentlicht in der Zeitschrift des preußischen statistischen Bureaus vom Jahre 1865, Seite 1—32.

** Unter einer „spannfähigen Nahrung" versteht die Denkschrift einen Landbesitz, dessen Minimalgröße in verschiedenen Provinzen (durchschnittlich zwischen 20 und 40 Morgen variirte und welcher mit dem Besitze von mindestens zwei Pferden, Kühen oder Ochsen verbunden war; in einzelnen Orten galt mitunter auch das Vorhandensein eines Arbeitsthieres als genügend.

*** 3. Abschnitt der Denkschrift.

† 3. und 7. Abschnitt.

In sämmtlichen Provinzen wurde also den spannfähigen Bauern ein Theil ihres Grundbesitzes von den Rittergutsbesitzern abgezwackt, indem etwa 12 Prozent des in Bewegung gesetzten Bodens in ihre Hände übergingen. Ziehen wir nun in Betracht, daß die spannfähigen Bauern dem mittleren Grundbesitz angehörten, der von den Rittergutsbesitzern weniger zu leiden hatte, als der kleine, so können wir uns sehr leicht einen Begriff davon bilden, wie viel Boden der nicht spannfähigen Bauern von der edlen Junkerschaft geraubt wurde. Leider giebt die Denkschrift, die sich nur mit den spannfähigen Nahrungen beschäftigt, über die Bewegung des nicht spannfähigen bäuerlichen Grundbesitzes keinen Aufschluß. J. S.

Die Vertheilung der Fabrikunfälle auf die Wochentage. Im letzten Berichte der schweizerischen Fabrikinspektoren über ihre Amtsthätigkeit in den Jahren 1890 und 1891 veröffentlicht der Fabrikinspektor des ersten Kreises, Herr Dr. Schuler in Mollis (Kanton Glarus) eine interessante Untersuchung über die Vertheilung der Fabrikunfälle auf die verschiedenen Wochentage. Wir wollen gleich zu Anfang bemerken, daß diese Untersuchung sich nicht auf das ganze Gebiet der Schweiz erstreckt, sondern nur auf den ersten Inspektionskreis, also auf denjenigen des Herrn Schuler.

Man hat schon oft versucht, aus der Art, wie sich die Unfälle auf die verschiedenen Wochentage vertheilen, Schlüsse auf deren Ursachen zu ziehen. Versuchsweise hat Herr Schuler diese Untersuchung mit den 1890er Verletzungen vorgenommen. Es vertheilten sich die Fälle folgendermaßen, wobei unter Sonntag auch diejenigen mit ungenauem Datum oder haftpflichtige Gewerbekrankheiten gezählt sind.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Total
Fälle:	984	900	829	869	824	937	129	5472
Prozent:	18,0	16,5	15,2	15,9	15,0	17,1	2,3	100,0

Wie sofort ersichtlich, ist der Montag am stärksten belastet, zieht man aber in Betracht, daß am Samstag — mit wenigen Ausnahmen — die Arbeitsdauer, also die Zeit der Gefährdung, nur $^{10}/_{11}$ so lang ist, als an anderen Tagen, käme der Samstag am schlimmsten weg. Stellt man die erste und zweite Hälfte einander gegenüber, so kommt man nicht zu dem erwarteten Resultat, daß die in der zweiten Hälfte eintretende Ermüdung eine vermehrte Zahl von Unfällen herbeiführe, denn während sie 48 Prozent der Gesammtzahl aufweist, ergeben sich für die erste Hälfte 49,7 Prozent. Es geht aber nicht an, aus diesen allgemeinen Zahlen bestimmte Schlüsse zu ziehen. In der That stellt sich die Sache schon bedeutend anders, wenn nur eine Scheidung der Unfälle der Fabrikarbeiter von denen der anderen der Haftpflicht unterstellten Industrien vorgenommen wird.

Fabrikunfälle	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Total
Zahl:	498	480	451	467	461	505	54	2916
Prozent:	17,2	16,5	15,3	16,1	15,8	17,3	1,8	100,0
Andere Unfälle								
Zahl:	486	420	378	402	363	432	75	2556
Prozent:	19,0	16,4	15,0	15,6	14,2	16,9	2,9	100,0

Bei den Nichtfabrikarbeitern, fast ausnahmlos männlichen Personen (Bau-, Straßen-, Eisenbahnarbeiter, Fuhrleute u. dergl.) ist der Montag der unfallreichste Tag; seine Unfallzahl überragt um ein starkes Sechstel die der anderen Tage, der Samstag gestaltet sich relativ erheblich besser. Bei den Fabrikarbeitern dagegen stellt er sich weitaus am schlimmsten, namentlich wenn man seine kürzere Arbeitszeit in Betracht zieht. In der ersten Gruppe kommen 50,4 Prozent auf die drei Tage der ersten Wochenhälfte, nur 46,7 Prozent auf die drei der zweiten; bei den Fabrikarbeitern beginnt das umgekehrte Verhältniß sich einzustellen. Verfolgt man die Sache näher nach den einzelnen Industriegruppen, so gewinnt man noch auffallendere Zahlen. Die gesammte Textil- und Bekleidungsindustrie mit 34 Prozent erwachsenen

männlichen und 66 Prozent weiblichen Arbeitern und Leuten unter 18 Jahren weist folgende Ziffern auf:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Total
Fälle:	99	104	103	101	119	137	15	678
Prozent:	14,6	15,3	15,2	14,9	17,6	20,2	2,2	100,0

Also 45,1 Prozent für die erste und 52,7 Prozent für die zweite Halbwoche. Der Montag ist hier der günstige Tag geworden. Zerlegt man die Zahlen weiter, indem man sie für die männlichen Personen über 18 Jahren und für den Rest der Arbeiterschaft besonders berechnet, so zeigt sich folgendes Bild:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Total	
männlich über 18:	64	71	62	64	69	76	11	417=61,5%	} aller Unf.
Prozent:	15,4	17,0	14,9	15,4	16,5	18,2	2,6	100,0	
weibliche und jugendliche:	35	33	41	37	50	61	4	261=38,5%	
Prozent:	13,4	12,6	15,7	14,2	19,2	23,4	1,5	100,0	

Während also die weiblichen und jugendlichen Arbeiter ein beständiges Steigen der Unfallszahlen mit einem außerordentlich hohen Maximum am Samstag aufweisen, besteht letzteres auch bei den Männern, aber auch ein zweites am Dienstag. Bei ihnen ist die erste Wochenhälfte mit 47,3, die zweite mit 50,1 Prozent belastet, bei den Frauen und jugendlichen Arbeitern mit 41,7 und 56,8 Prozent.

Betrachtet man die Unfälle der Lebensmittelindustrie, der chemischen Industrie, der Papierfabrikation und der polygraphischen Gewerbe mit gleicher Trennung der Arbeiterschaft in zwei Gruppen, so erhält man:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Total
Männer:	63	43	41	52	48	38	18	303
Prozent:	20,8	14,2	13,5	17,2	15,8	12,6	5,9	100,0
Fr. u. Jgd.:	6	2	7	9	5	10	0	39
Prozent:	15,4	5,1	18,0	23,1	12,8	25,6	0	100,0

Faßt man endlich den Rest unserer Fabrikindustrie, Holzbearbeitung, Metall- und Maschinenindustrie und die Industrie der Erden und Steine zusammen, so ergiebt sich:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Total
Fälle:	330	331	300	305	289	320	21	1896
Prozent:	17,4	17,4	15,9	16,1	15,2	16,9	1,1	100,0

Auch hier, wo die Arbeiterschaft in ihrer ungeheuren Mehrzahl aus Männern sich zusammensetzt, beobachtet man dasselbe, wie bei unserer zweiten großen Industriegruppe: Maxima am Montag, zum Theil auch noch am Dienstag. Ein mäßigeres Anschwellen der Zahl erfolgt hier am Samstag, während es bei der vorigen Hauptgruppe gar nicht wahrzunehmen ist. Wohl aber ist es dort sehr ausgesprochen, wenn nur die, allerdings sehr kleine Zahl der verletzten Frauen und jungen Leute berücksichtigt wird, während bei diesen der Montag gar keine besonders unheilvolle Rolle spielt.

Sind nun die vorliegenden Zahlen derart, daß zuverlässige Schlüsse darauf sich stützen könnten? Das darf bei den relativ kleinen Ziffern wohl kaum behauptet werden; aber sie sind auffällig genug, daß eine weitere Fortsetzung der Untersuchung sehr wünschbar erscheint.* Die Frage, warum der Montag so unheilvoll sei, theil-

* Im Wiener „Arbeiterschutz" vom 1. September finden wir einen interessanten Artikel über vorliegendes Thema, in dem nachgewiesen wird, daß die Erfahrungen in Oesterreich und Deutschland den Ergebnissen der Schuler'schen Untersuchungen direkt zuwiderlaufen. Entweder sind daher die Ziffern, mit denen Dr. Schuler hantirt, zu klein, um bestimmte Schlüsse zuzulassen, oder es herrschen in dem von Dr. Schuler untersuchten Gebiete eigenartige Verhältnisse. Die Redaktion.

weise auch der Dienstag, beantwortet Fabrikinspektor Schuler durch den Hinweis auf die Alkoholwirkung. Wo der Alkohol am Montag bei Anlaß des Blaumachens im Uebermaß genossen wird, machen sich seine Folgen selbstverständlich am Dienstag spürbar. Für Arbeiter, die dem Alkoholgenuß weniger ergeben sind, namentlich für Frauen und Kinder, ist der Montag eher ein unfallarmer Tag. Bei den Frauen und jugendlichen Arbeitern der Textilindustrie steigt die Zahl der Unfälle mit dem Vorrücken der Woche. Es bleibt hier wohl kein anderer Erklärungsgrund, als die zunehmende Ermüdung und Erschlaffung der Aufmerksamkeit. Aber am Samstag macht die Unfallzahl einen zu großen Sprung nach aufwärts, als daß diese Erklärung ausreichen sollte. Es kommt hinzu, daß bei jeder Industrie, bei jedem Geschlecht am Samstag eine Zunahme mit aller Deutlichkeit sich herausstellt. Der Samstag ist aber auch der Tag, wo in der Regel — und oft an laufenden Maschinen! — geputzt wird, wo der Arbeiter eilt, zuweilen auch gedrängt wird, noch dies und jenes fertig zu machen. Wir werden nicht fehl gehen, wenn wir das Samstagsmaximum zum Theil auch, in vielen Fällen sogar ausschließlich, hierauf zurückführen.

Hans Schmid.

Feuilleton.

Bei einer Tasse Kaffee.

Skizze von **Emilia Pardo-Bazan.**

Autorisirte Uebersetzung aus dem Spanischen von Luise Lucca.

Dem in silbernen Mokka-Schaalen servirten schwarzen Kaffee entströmte würziges Aroma, die Diener hatten sich, nachdem sie ihn servirt, diskret zurückgezogen; der Marquis zündete sich nun eine Havanna an, schenkte sich, als kräftiger Trinker, noch Chartreuse ein und wandte sich an den Professor der Nationalökonomie, der eben damit beschäftigt war, die Dosis Zucker in seiner Tasse zu verrühren, mit der Frage: „Was halten Sie von der berühmten Lehre von Malthus?"

Der Professor hob das Haupt empor und indem er langsam, gemessen, mit dem vergoldeten Löffelchen die bereits durchtränkten Stücke Zucker verrührte, erwiderte er, die Lippen ausdrucksvoll zusammenziehend, mit nicht gerade perfekter Aussprache des Englischen: „Moral restraint. . . . Verhängnißvoll für das Leben der Nationen! Ein veralteter Irrthum, heutzutage diskreditirt. . . . Fragen Sie nur einmal den Sennor Samaniego de Quires, den so würdigen Vertreter der Republik von Neu-Sevilla, ob er mit Malthus und seiner Schule sympathisirt."

„Je nachdem", erwiderte der amerikanische Gesandte, die bereits bis zum Munde hinangehobene Tasse Kaffee aus Höflichkeit zurückhaltend, um allsogleich zu antworten: „Ich bin ein Anhänger der Malthus'schen Theorie für Europa und ein Gegner für Amerika. Wir drüben verfügen über enorme Strecken fruchtbarsten Bodens, haben das Land von Eisenbahnen durchzogen, die Küsten mit herrlichen Häfen besetzt. Uns fehlt es jetzt nur an Händen, um aus dem Allem Kapital zu schlagen, und es wäre uns erwünscht, daß der mexikanische heilige Uhu, der, unserer indianischen Mythologie nach, Menschen-Saaten über den Erdboden ausstreut, hinter jedem Strauch einen Menschen hervorwachsen ließe."

„Ich stellte Ihnen diese Frage nicht ohne einen mir nahegehenden, besonderen Grund" — bemerkte der Marquis. „Ich wollte Ihre Meinung hören, um meine eigene zu bilden, in Betreff einer Frau, welche zu lebenslänglichem Kerker verurtheilt wurde, und von der ich nicht zu sagen wüßte, ob sie die sträflichste oder die unglücklichste Kreatur der Welt ist."

„Ja, was ist's mit dieser Frau?“ frugen einstimmig, mit dem Interesse, das jederzeit die Ankündigung eines Dramas erregt, sämmtliche Gäste des Marquis.

„Sie werden wohl davon in den Zeitungen gelesen haben, doch solche kurzgefaßte telegraphische Notizen hat man am nächsten Tage vergessen, es sei denn, daß man sich, wie es mir geschah, durch den tiefen Eindruck, den sie auf Einen beim Lesen machen, veranlaßt fühlt, nach näheren Details zu forschen, und daß, wenn diese erforscht sind, die gräßliche Geschichte, als Problem, als Gewissensfrage, als Zweifel, in der Seele haften bleibt. Hören Sie nun. Sollte Ihnen der Fall schon bekannt sein, so wollen Sie es mir nur sagen, doch jedenfalls möchte ich mir die Ansicht der Herren über ihn erbitten, um durch Ihr einsichtsvolles Gutachten auf die richtige Fährte geleitet zu werden.

„In einer der am meisten verwahrlosten, verkommensten Vorstädte dieses Madrid, in welchem so viel Elend sich verbirgt, lebten in einer schlechten Dachkammer ein Paar arme Schlucker, er Gasarbeiter, sie eine Tochter der Schande. Der Mann hatte eine Zeit über regelmäßige Arbeit, so daß sie zu essen, ja selbst ein wenig darüber hatten. Doch es kamen die Kleinen, und zwar in gedrängterer Aufeinanderfolge als die Laibe Hausbrot. Da hieß es nun tüchtig arbeiten. Allein der Mann wurde schwach, die Frau erschöpfte sich, indem sie die Kinder nährte. Das ewige Einerlei, das sich an Hunderttausenden von Beispielen wiederholt. Entmuthigung tritt ein, Apathie folgt ihr auf dem Fuße. Der Apathie entreißt man sich, indem man sich dem Trunke ergiebt, vom Trinken kommt es zum Hungern, vom Hungern zu Hallucinationen, und von da aus schließlich zum Unfrieden und zur Trennung. Bei Nacht und Nebel verließ der Arbeiter seine erbärmliche Wohnstätte, seinem Sterne fluchend, schreiend, daß Derjenige, der heirathe, ein Vieh sei, ein doppeltes Vieh, wer Kinder auf die Welt setzt, und der sie erhält, ein drei- und vierfaches Vieh; schwörend, daß der jüngste Tag kommen müßte, ehe er sich wieder in so einen Käfig begäbe. Die Frau blieb verlassen mit ihren fünf Kindern zurück, das älteste ein Mädchen von zehn Jahren, der jüngste Kleine elf Monate alt. Nun hieß es Arbeit suchen, doch wie sollte sie das, konnte sie sich ja doch schwer von den Kindern, zumal von dem jüngsten Kinde, entfernen. Und es finden sich auch nicht so leicht Häuser, in denen man ein solches in Lumpen einhergehendes, ausgehungertes Geschöpf, das Weib eines rohen Trunkenboldes, zur Aushilfe oder als Wäscherin aufnehmen würde. Die einzige Arbeit, welche sich ihrer Aussage nach für sie fand, war, auf der Landstraße Knochen, Lumpen, Mist zusammenzuscharren, womit sie ein paar Pfennige im Tag verdiente. Doch es kam ein nasser, rauher Winter, und so blieb diese Einnahme aus, da ja der Regen der Feind des Lumpensammlers ist. Es wird ihm seine Waare für nichts abgeschwatzt. So verlief eine Woche, innerhalb welcher es anfing, am Nöthigsten für die Kinder zu fehlen. Auch für den Säugling fehlte es an Milch, er weinte die ganze Nacht hindurch, am leeren Busen zerrend. Der Bäcker, dem man bereits siebzehn Pesetas schuldete, verweigerte hartnäckig jeden weiteren Kredit. Die Gesellschaft des hl. Vinzenz half mit einer Unterstützung aus, und nachdem diese aufgezehrt war, stellten sich der Hunger, die Hilflosigkeit wieder ein.

„Den Abend vor dem Fest der heiligen drei Könige ging die Frau aus — und verkaufte ihre einzige Kostbarkeit, eine kleine, sehr schöne weiße Ziege, wofür sie einige Realen erhielt. Sie begab sich damit auf den Markt, kaufte einige herrliche, heilige drei Könige zu Pferd, mit Stern und Krippe, füllte sich die Taschen mit verzuckerten Nüssen und steckte eine Flasche Wein unter den Arm. Auch Brot, Erbsen, Pökelfleisch brachte sie mit heim. Sie bereitete ein Mahl

und die Kinder, außer sich vor Freude, verzehrten, nachdem sie viel mit den heiligen Königen gespielt hatten, das Naschwerk wie die anderen Speisen, begaben sich dann, völlig gesättigt, zu Bette und schliefen auf der Stelle ein. Auch die Mutter ließ sich Fleisch und Wein schmecken. Nachdem sie sich mit Speise und Trank gekräftigt, fühlte sie die Milch wiederkommen. Sie that ihr Kleid auf und gab dem Kleinen zu trinken. Als sie ihn so satt sah, daß er die Augen schloß, faßte sie ihn fest um den Hals und erdrosselte ihn. Sie begab sich dann zu dem schlechten Strohsack, auf dem beisammen drei der Kinder, das zu drei, das zu sechs und das zu neun Jahren schliefen; dem dreijährigen preßte sie den Hals zusammen, bis er erstickte, desgleichen dem sechsjährigen. Doch der älteste Knabe erwachte und wehrte sich, als er die Hand der Mutter am Halse fühlte, wie ein kleines wildes Thier. Er biß, sprang auf, versetzte ihr Fußtritte, wollte nicht sterben. Der Mutter gelang es, ihn mit dem Kopfe an die Wand zu stoßen, und nachdem sie ihn also betäubt, zu erwürgen. Darauf wendete sie sich um und gewahrte das älteste Kind, ein zehnjähriges Mädchen, auf seinem Strohsacke, in die Höhe gerichtet, die Augen in Entsetzen aufgerissen, schreiend, um Erbarmen flehend. Auf dem Kissen lagen noch die heiligen Könige aus Lebkuchen. „Täubchen", sagte die Mutter zu ihr, sich ihr nähernd, „Dein Vater hat uns verlassen, Deine Geschwister hab' ich in eine bessere Welt geschickt und ich selbst werde diesen Weg gehen, ich kann nicht länger die Last schleppen. Möchtest Du allein in dieser traurigen Welt bleiben?" Und das Kind streckte, überzeugt, seinen Hals hin und ließ sich erwürgen, ohne sich zu wehren. Todt hatte es einen milden und beinahe einen glücklichen Ausdruck. — Die Mutter verhüllte die fünf Geschöpfchen mit etlichen Lumpen und mit den Decken, heizte den tragbaren Ofen, schloß die Fenster, legte sich auf das Bett und harrte des Todes. Aber die Nachbarn hatten den Kleinen und das Mädchen schreien gehört. Als sie nun auch Kohlenrauch gewahrten, wurden sie argwöhnisch und erbrachen die Thüre. Die Mutter wollte sich den Tod geben, doch begleitet von einer drohenden, fluchenden Menge brachte man sie in das Gefängniß, und in Zweifel darüber, ob ihr Selbstmordversuch fingirt gewesen oder nicht, wollte man sie weder zum Tode verurtheilen, noch freisprechen. So verurtheilte man sie denn zu lebenslänglichem Kerker."

Im ersten Augenblicke kommentirte Niemand die Erzählung des Marquis. Endlich brummte der Professor der Nationalökonomie schulmeisterlich vor sich hin: „Das Betragen dieser Frau ist nicht zu begreifen. Warum hielt sie das Geld, welches sie für die Ziege erhalten, nicht zusammen, statt es in Lebkuchenfiguren, in Sternen von Glanzpapier zu verschwenden? Der Arme ist eben unbedacht. O, wenn wir ihm die Tugend der Sparsamkeit beibringen könnten, welch ein Element der Beglückung wäre dies für die Menschheit."

„Sie würden also", frug der Marquis, „diese Frau ins Zuchthaus geschickt, nicht freigesprochen haben?"

„Sicherlich!" rief der Interpellirte aus, die Sohlen seiner Stiefel an das Gitter des Kamins lehnend. —

Briefkasten.

A. C., Amsterdam. Ihrem Zwecke entspricht am besten der Essay „Ueber den historischen Materialismus" von Fr. Mehring, veröffentlicht als Anhang zu dessen „Die Lessing-Legende". Darin finden Sie auch zahlreiche Literaturangaben. Besonders wichtig für Ihr Thema sind die Schriften von Fr. Engels: „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft" und „Ludwig Feuerbach".

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 4. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Moloch in Nothwehr.

↙ Berlin, 18. Oktober 1893.

Zu den Schattenseiten des deutschen Militarismus gehört die Blödigkeit jedenfalls nicht. Während die innere Politik des Reichs sich vollständig festgefahren hat auf der Frage, wie und woher die Mittel für die neueste Vermehrung des Heeres beschafft werden sollen, amüsirt sich Moloch mit Heldenthaten, die er in angeblicher Nothwehr verübt haben will. Einerseits in Nothwehr gegen die seine Jungfräulichkeit bedrohende Sozialdemokratie, anderseits in Nothwehr gegen die bürgerliche Justiz, die ihn nicht genugsam gegen frevelhafte Angriffe schützt.

In dem ersten dieser beiden Fälle handelt es sich um den bayerischen Lieutenant Hofmeister, der seine Untergebenen zu sozialdemokratischen Anschauungen verführt haben sollte. Nach halbjähriger qualvoller Untersuchungshaft ist er freigesprochen, aber deshalb ist das junge Menschenleben nicht weniger zerbrochen worden, denn ein Wiedereintritt in den militärischen Dienst ist — „natürlich", wie die bürgerlichen Blätter sagen — für einen Menschen, der überhaupt einmal unter einem so greulichen Verdachte gestanden hat, ein- für allemal ausgeschlossen. Was Hofmeister eigentlich gesündigt haben soll, außer daß er mit seinen dienstlichen Untergebenen außerhalb des Dienstes freundlich und menschlich verkehrt hat, ruht unter den dichten Schleiern des militärischen Gerichtsverfahrens. Obschon dies Verfahren in Bayern das Prinzip der Oeffentlichkeit kennt, hat man den Fall Hofmeister hinter verschlossenen Thüren verhandelt, und es wird heute noch, nach mehr als einer Woche, in den Blättern darüber gestritten, weshalb Hofmeister eigentlich freigesprochen worden ist, ob wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit, oder aber, weil ihm wirklich gar nichts nachgewiesen werden konnte.

Eine allzu große Wichtigkeit möchten wir dieser Frage allerdings nicht beilegen. Man braucht sich doch nicht geflissentlich über das Wesen der militärischen Gerichtsbarkeit zu täuschen, die ihrerseits ja nie aus ihrem Herzen eine Mördergrube gemacht hat. Wäre dem Lieutenant Hofmeister irgend eine sozialdemokratische Propaganda nachzuweisen gewesen, so hätten die Nürnberger oder diesmal die Würzburger ihn gehängt, da sie ihn einmal hatten, gleichviel wie es sonst um seine geistige Zurechnungsfähigkeit bestellt sein mochte. War ihm aber gar nichts

nachzuweisen, als daß er mit seinen dienstlichen Untergebenen freundlich und menschlich verkehrt hatte, so konnte das unmaßgebliche Gutachten irgend eines unmaßgeblichen Arztes dem militärischen Gerichtshofe das am Ende doch peinliche Geständniß ersparen, daß ein Mensch einzig um seiner Menschlichkeit willen lange Monate hindurch in qualvoller Weise gefoltert worden war. Nach der ganzen Lage der Dinge kann es sich bei der Frage, weshalb Hofmeister freigesprochen worden ist, nur um eine façon de parler handeln. Daß er freigesprochen worden ist, genügt vollständig als Beweis dafür, wie leichtherzig Moloch mit Menschenleben spielt.

Der andere jener beiden Fälle hat zum Schauplatze die Reichshauptstadt und zum Beweisthema den Mordversuch als militärrechtliche Ergänzung der bürgerlichen Justiz. Vor einiger Zeit hatte das sozialdemokratische Organ für Brandenburg a. H. der Tochter eines daselbst garnisonirenden Generalmajors zärtliche Beziehungen zu dem Burschen ihres Vaters nachgesagt. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß in diesem ausnahmsweisen Falle die schlechten Sitten der bürgerlichen Presse ein wenig auf das proletarische Organ abgefärbt hatten, denn ein seiner Natur nach so durchaus privates Verhältniß gehörte gewiß nicht in die Oeffentlichkeit. Natürlich sprechen wir diesen Tadel nur um unsertwillen aus, und nicht etwa, um den Entrüstungstiraden der bürgerlichen Presse irgend ein Zugeständniß zu machen. Die hat in ihrer großen Mehrzahl jahraus jahrein über die privaten Verhältnisse der sogenannten „Arbeiterführer" so viel gelogen, daß sie übergenug damit zu thun hat, vor ihrer eigenen Thüre zu kehren. Ohnehin sorgte die bürgerliche Justiz rechtzeitig dafür, daß die verletzte Ehre des Generalstöchterleins an dem sozialdemokratischen Redakteur mit mehrmonatlichem Gefängniß gesühnt wurde, und mit dieser Genugthuung konnte sich die junge Dame allermeist darüber trösten, daß ihr eine von ihrem Klassenstandpunkte aus so beklagenswerthe Geschmacksverirrung nachgesagt worden war.

Nun hatte das „Berliner Tageblatt" die Notiz übernommen, und diesem Klatsch- und Skandalblatt, das sonst alle Eiterbeulen des Gegenwartsstaats als lauter Schönheitspflästerchen zu verherrlichen bestrebt ist, vorausgesetzt, daß es sie als pikanten Klatsch breit treten kann, standen selbstverständlich nicht die entschuldigenden Momente zur Seite, wie dem Brandenburger Parteiblatte. Gleichwohl kam es bei der bürgerlichen Justiz mit einer Geldstrafe davon, und damit wäre die Sache erledigt gewesen, wenn der angeklagte Redakteur des „Berliner Tageblatt" nicht einen — vom Gerichtshof als unerheblich abgelehnten — Antrag auf Beweisaufnahme gestellt hätte. Möglich oder selbst wahrscheinlich, daß er diesen Antrag nicht im Bewußtsein seiner Unschuld, sondern auf gut Glück stellte, in der Hoffnung, daß bei einer gründlichen Erörterung des Falles doch etwas für die Klatsch- und Skandalbedürfnisse seines Blattes abfallen würde. Jedenfalls machte er aber nur von einem Rechtsmittel Gebrauch, das jedem Angeklagten gesetzlich frei steht. Indessen nach Molochs Ansicht beging er damit ein todeswürdiges Verbrechen. Denn eines schönen Morgens erschien besagter Generalmajor bei dem Redakteur des „Berliner Tageblatt" mit einem geladenen Taschenpuffer und stellt an ihn die liebenswürdige Aufforderung, daß er sich schriftlich wegen jenes Antrages auf Beweisaufnahme für einen ganz gemeinen Schuft erklären oder aber sich über den Haufen schießen lassen solle. Und als der Ueberfallene sich weigerte, das moralische Harikiri an sich selbst zu vollziehen, schoß und traf der Generalmajor wirklich, wenn auch glücklicherweise nur mit einem pickwickischen Revolver, denn der Angeschossene kam mit leidlich heiler Haut und ganz heilen Gliedern davon.

Abgesehen von diesem mildernden Umstande, handelt es sich bei der ganzen Affäre um weiter nichts als um einen feigen Mordversuch. Wir verstehen glücklicherweise die preußische Offiziersehre nicht und haben auch nicht die geringste Neigung, sie verstehen zu lernen, aber wenn sie wirklich in dem bewaffneten Ueberfall eines nichts ahnenden und wehrlosen Menschen eine heldenhafte oder auch nur männliche That sieht, so kann sie uns aufrichtig leid thun. Es ist schwer, sich von dem Redakteur des „Berliner Tageblatt" übertreffen zu lassen, aber jener Generalmajor hat die schwierige Aufgabe glänzend gelöst. Selbst wenn er mit der Pistole in der Hand ein entehrendes Selbstbekenntniß von seinem Opfer erzwungen hätte, würde er noch immer im Hintertreffen bleiben. Denn schließlich ist es die Privatsache jedes Menschen, wie er sich gegen einen räuberischen Ueberfall, gleichviel ob es sich um den Raub von Ehre oder Eigenthum handelt, schützen kann oder will, während die widerrechtliche Erpressung unter allen Umständen eine schimpfliche Handlung ist. Die gutgesinnte Presse höhnt soviel über „amerikanische Sitten", über Revolverschüsse als Erwiderungen auf Angriffe in Zeitungen, aber hier liegt viel Schlimmeres vor. Der Generalmajor hatte den Weg der bürgerlichen Justiz beschritten und von ihr alles Recht erhalten, was er beanspruchen konnte; einzig wegen des Gebrauchs eines gesetzlichen Rechtsmittels überfiel er einen Menschen mit kaltblütiger Ueberlegung aus dem Hinterhalte, dem ersten besten Räuber nur darin ungleich, daß er nicht die Börse oder das Leben, sondern die Ehre oder das Leben forderte.

Freilich eine Entschuldigung hat er noch und eine sehr triftige dazu: daß sich nämlich die bürgerliche Gesellschaft dergleichen Attentate ruhig bieten läßt. Nur einige wenige Blätter, wie die „Nation", haben den Muth gehabt, die Sachlage leidlich richtig zu zeichnen. Die große Masse der bürgerlichen Presse zeigt sich so erbärmlich, wie immer, wenn sie mit Moloch einen ernsthaften Tanz riskiren soll. Das „Berliner Tageblatt" selbst kriecht winselnd zu Kreuz vor dem Attentäter, und die „Freisinnige Zeitung" findet, daß die Sache gar kein öffentliches Interesse habe. Das sind schon die richtigen Helden! Ja, wenn einmal einem klassenbewußten Arbeiter die Galle überliefe und er züchtigte einen Redakteur derjenigen Presse, die täglich so viel ungewaschenes und verleumderisches Zeug über seine Partei verbreitet, auch nur mit einer nichts weniger als lebensgefährlichen Backpfeife, so würde des Mordspektakels kein Ende sein von Memel bis Saarbrücken. Aber über den Mordversuch eines Offiziers, der den Gebrauch eines gesetzlichen Rechtsmittels mit dem Revolver ahndet, kräht kein Hahn oder doch so gut wie kein Hahn. Mag das „Berliner Tageblatt" selbst unter seines Gleichen noch so wenig geachtet sein, mag der Offizier noch so sehr unter dem beherrschenden Einflusse der korrupten Anschauungen von Offiziersehre gestanden haben, mag der Bedrohte ursprünglich noch so sehr im Unrechte, der Bedroher noch so sehr im Rechte gewesen sein: Alles das ist vollkommen gleichgiltig gegenüber dem Prinzip, das hier ins Spiel kommt und von der bürgerlichen Klasse immer schmählich preisgegeben wird.

Je jammervoller diese Haltung ist, um so üppiger entfaltet sich der Militarismus. In bezeichnendem Gegensatze zu der qualvollen Untersuchungshaft Hofmeister's spaziert der mordlustige General auf freiem Fuße umher; konservative Vereine feiern ihn als Helden und die militaristische Presse rechtfertigt sein feiges Attentat als „Nothwehr im Geiste des Rechts." Mit diesem geflügelten Worte ist Moloch freilich so üppig geworden, daß es ihm auf die Dauer am Ende doch nicht gut bekommen könnte. Wird der hier besprochene Mordversuch gerechtfertigt als „Nothwehr im Geiste des Rechts", so trifft dieselbe Rechtfertigung

noch tausendmal eher zu auf einen Arbeiter, der einen ihn aus politischen Gründen auf die Straße werfenden Unternehmer einfach niederschlüge, oder auf einen Soldaten, der einen ihn mißhandelnden Vorgesetzten über den Haufen schösse wie einen tollen Hund, oder einen unschuldig Verurtheilten, wie es deren heute so viele giebt, der den ihn verurtheilenden Gerichtshof mit einer Dynamitpatrone in die Luft sprengte. Es giebt der Kombinationen geradezu unzählige, in denen die Durchführung von Molochs preiswürdigem Grundsatze unter den heutigen Verhältnissen die unerfreulichsten Konsequenzen für die herrschenden Klassen nach sich ziehen müßte. Wir wissen nun zwar wohl, was diese Klassen hierauf antworten werden. Sie werden sagen: Wer behauptet denn auch, daß einem Arbeiter oder einem Soldaten billig sein soll, was einem Generalmajor recht ist? Aber das offene Bekenntniß dieses Grundsatzes hat doch auch wieder seine Schattenseiten, und wer immer den famosen Satz von der „Nothwehr im Geiste des Rechts" in diesem Zusammenhange erfunden hat, der hat sich eigentlich keine Sicherheitsprämie um die heutige Gesellschaft verdient.

Wir sagen: in *diesem* Zusammenhange, denn freilich giebt es auch eine „Nothwehr im Geiste des Rechts", die sich als solche über den Buchstaben des Gesetzes wegsetzen darf und wegsetzen muß. Es sei nur an die Kämpfe der Arbeiterklasse unter dem Sozialistengesetze erinnert. Aber wie diese Kämpfe sittlichen Gründen entsprangen, so gebrauchten sie auch nur sittliche Waffen; mörderische Anfälle und räuberische Erpressungen haben niemals zu ihrem Rüstzeug gehört. Dagegen werden so erfreuliche Kampfmittel heute von denselben Blättern gefeiert, die über den Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz in ewigen Weinkrämpfen lagen. Man möchte fragen: haben diese Blätter denn kein Gedächtniß oder haben sie kein Schamgefühl mehr? Doch braucht man ihnen gar nicht zu nahe zu treten, um eine überzeugende Erklärung der Sachlage zu finden. Sie besitzen kein Vertrauen mehr in die eigene Kraft, und so verblenden sie sich gern oder ungern gegen die Sittlichkeit in den Reihen der Gegner und gegen die Unsittlichkeit in den eigenen Reihen: dort bis zur Beschimpfung der Ueberzeugungstreue, hier bis zur Verherrlichung des Mordversuchs.

Die politischen Parteien in Frankreich und die letzten Wahlen.

Von **Paul Lafargue.**

II. Die Opportunisten.

In der neuen Kammer zählt die Republik 491 Deputirte, welche die verschiedenen Fraktionen der republikanischen Partei repräsentiren. (Die Resultate der Wahlen in den sieben kolonialen Wahlbezirken sind zur Stunde, wo wir dies schreiben, noch nicht bekannt.) Davon sind 309 Opportunisten, 117 Radikale und 65 radikale Sozialisten und reine Sozialisten.

Der Sieg der Republikaner ist ein vollständiger; sie sind 491 gegen eine Handvoll Monarchisten, deren Zahl sich während der Legislaturperiode noch verringern wird. Dieser Sieg ist um so bedeutender, als den Monarchisten kein Mittel zu schlecht war, die Wählerschaft zu täuschen, indem sie sich den Wählern unter der Maske von Republikanern vorstellten, zugleich aber die republikanischen Parteien herabsetzten. Daß diese den niederschmetternden Enthüllungen des Panama-Skandals widerstanden haben, unter denen jede andere Regierung

zusammengekracht wäre, diese Thatsache allein beweist, wie tief die republikanische Idee im Lande wurzelt. Man kann sagen, Frankreich habe aufgehört monarchisch zu sein, und die Republik, die zu Ende des vorigen Jahrhunderts durch eine Ueberraschung ins Leben trat und die man 1848 wieder einzuführen versuchte, ist nun die einzige dem französischen Volke zusagende Regierungsform.

Die Opportunisten sind am zahlreichsten in der neuen Kammer vertreten. Es kann in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht anders sein: sie stehen über und außerhalb allen politischen Parteiprinzipien; als die echten Vertreter der kapitalistischen Masse schaaren sie sich um die eben bestehende Regierung, sei es was immer für eine, nur auf Wahrung ihrer Klasseninteressen bedacht. Der größte Theil der Opportunisten ist nur deshalb republikanisch gesinnt, weil die Republik eben die herrschende Regierungsform ist; sie wären ebenso feurige Monarchisten, wenn morgen der Thron wieder aufgerichtet würde; sie haben nur den einen Gedanken, die politische Macht zur Vergrößerung ihrer eigenen Vermögen und derjenigen ihrer Spießgesellen auszunützen. Die Republik ist ihr Besitzthum und sie finden es selbstverständlich, daß sie nicht für die Anderen existirt.

Die Opportunisten beherrschen die Republik nun seit fünfzehn Jahren und, um wieder gewählt zu werden, haben sie alle Einschüchterungs- und Korruptionsmittel angewendet, deren immer eine Regierung nur fähig ist: außerdem besitzen viele von ihnen einen großen, lokalen Einfluß als Großindustrielle, Großgrundbesitzer oder reiche Bankiers. Kurz, sie sind Alle offizielle Kandidaten, oft durch ihre ökonomische Stellung dazu bestimmt.

Die politische Idee, welche Gambetta und seine Umgebung beherrschte, war, die Leute zu gewinnen, die einen ausschlaggebenden ökonomischen Einfluß übten. Er dachte, man könne nur mit Hilfe der Reichen regieren und sprach es ganz laut aus, daß die einzig möglichen politischen und sozialen Reformen jene seien, zu denen sich die Reichen verstünden. Und da das Wort Republik die Kapitalisten tödtlich erschreckte, für sie gleichbedeutend war mit Aufhebung der Bezahlung der Rentenkoupons,* Arbeiterschutz, Hinderniß ihrer weiteren Bereicherung, Gütervertheilung und anderen furchtbaren Dingen, mußte man ihnen gleich beweisen, daß die republikanische Regierung im Gegentheil diejenige sei, die am besten ihren Interessen dienen könne, denn sie sollten ja selber diese Regierung bilden statt eines Königs oder Kaisers, der ein von dem ihrigen abweichendes dynastisches Interesse zu vertheidigen hätte.

Gambetta's erste Sorge war es, sich mit der Finanz, der ersten kapitalistischen Großmacht, auf guten Fuß zu stellen. Er stellte den Staatsschatz zu ihrer Verfügung. Zur Feier des Beginns seiner Herrschaft schenkte er ihnen 1878 eine halbe Milliarde, die zur Verstaatlichung von Eisenbahnen dienen sollte, welche durch die betrügerische Gebarung ihrer Erbauer und Verwalter halb ruinirt waren. „Es handelt sich um die Wiederherstellung von Ruinen", sagte die „République française", das Leiborgan Gambetta's, „man muß der Beunruhigung der Aktionäre und Theilhaber an allen diesen unglücklichen Unternehmungen endlich ein Ziel setzen und diese vom Untergange bedrohte halbe Milliarde retten". Freycinet, der Helfershelfer Gambetta's, der später durch den Panama-Skandal so schwer kompromittirt werden sollte, war es, der die Verstaatlichung vorschlug und als Minister der öffentlichen Arbeiten damit betraut wurde: Er überzahlte

* Um die Befürchtungen zu zerstreuen, welche die Revolution von 1848 in die Seele der Kapitalisten gesäet hatte, ließ die provisorische Regierung von 1870 die Staatsrente um einen Monat früher ausbezahlen, als sie fällig war, während sie die Rückzahlung der in die Sparkasse eingelegten Gelder hinausschob.

ums Zwei- und Dreifache den Werth dieser schlecht gebauten Eisenbahnen und eines total defekten rollenden Materials. Das war ein guter Anfang: die mißtrauischen Finanzgrößen hatten vor den in dem Ruf der Strenge stehenden Republikanern zuerst Angst gehabt — nun sahen sie sofort, daß man unter dem Szepter der opportunistischen Republik noch unverschämter stehlen dürfe als unter dem Kaiserreich. Dieser Anfang ließ ein Panama und all die anderen finanziellen Raubzüge, durch welche die dritte Bourgeois-Republik glänzte, voraussehen.

Aber zu seinem Unglück hatte Gambetta noch andere politische Ideen außer der Bereicherung der Kapitalisten. Während er, um sich der Hilfe der Finanzkräfte zu versichern, ihnen eine halbe Milliarde hinwarf, wollte er ihnen höchst unverschämterweise gleichzeitig eines ihrer mächtigsten Ausbeutungs- und Bereicherungsmittel nehmen — die Eisenbahnen. Nicht blos die verkrachten, sondern auch die rentirenden sollten verstaatlicht werden. Kaum hatten Rothschild und die Finanzwelt Witterung von diesem Plan bekommen, als schon der Krieg begann. Ferry, der sich vor dem Diktator nicht hatte beugen wollen, wurde ihr Werkzeug, um gegen ihn vorzugehen. Gambetta starb noch früh genug, um den Zusammenbruch seines Projekts und den Verrath seiner Anhänger nicht mehr erleben zu müssen. Kaum war er todt, als sie sich um seinen Feind Ferry schaarten; und nun war keine Rede mehr davon, den Kapitalisten die Eisenbahnen zu entreißen, nun hieß es blos Geschäfte machen.

Gambetta hatte aus Berechnung und aus Unfähigkeit den politischen Werth seiner eigenen Partei geschwächt. Als einzige Aufgabe hatte er ihr den Kampf mit dem Klerus gestellt und hatte so unter der Hand den Feind gestärkt, den er zu bekämpfen vorgab. Die Herren Freidenker à la Gambetta und Paul Bert, die täglich in ihren Reden und Schriften einen Pfaffen auffraßen, votirten dem Pfaffenthum, um es noch fetter zu machen, Millionen in dem erhöhten Kultus-Budget. Der Kulturkampf sollte nur ein Mittel sein, die Masse, die bei einem Krieg gegen die Pfaffen immer gern dabei ist, zu unterhalten und von der Vertretung ihrer wirklichen Interessen abzulenken. „Es giebt keine soziale Frage", hatte der dicke Gambetta verkündet, nachdem er sich seinen fetten Wanst bis zum Platzen gefüllt hatte. So machte sich denn dieser Vitellius (Maret hatte ihm in der Kammer laut diesen Beinamen gegeben) gründlich unpopulär und hinterließ diese Errungenschaft den Opportunisten als Erbstück: sie bemühten sich redlich, dieselbe noch zu vergrößern.

Während der fünfzehn Jahre ihrer Herrschaft sind die Opportunisten ihrem Ursprung nicht untreu geworden; sie haben Frankreich nur zur Befriedigung ihres niedrigen Egoismus, ihrer lächerlichen Eitelkeit und ihres unersättlichen Heißhungers nach Reichthum regiert. Sie haben Anleihe auf Anleihe gehäuft und dieselben mit einer Sorglosigkeit und Unvorsichtigkeit verschleudert, die ebenso sträflich als blödsinnig war; sie haben die Lasten des Budgets derart vermehrt, daß der französische Bürger sich rühmen kann, der meistbesteuerte Mensch der Welt zu sein; sie haben Frankreichs Vermögen und Armee zu Kolonial-Expeditionen mißbraucht, die nichts als finanzielle Spekulationen waren; sie haben sich jeder Sozialreform widersetzt; durch volle zehn Jahre machten Senat und Kammer einander die Ehre streitig, das Gesetz gegen die Nachtarbeit der Frauen zurückgewiesen zu haben, und als sie, endlich müde geworden, das Gesetz votirten, welches für die Frauenarbeit einen elfstündigen Normalarbeitstag festsetzte, wurde es nicht durchgeführt, obgleich es seit November 1892 in Kraft ist; als Gegenleistung aber haben sie den Kapitalisten die ganze Macht des Staates zur Verfügung gestellt, um deren raschere Bereicherung zu ermöglichen und um die Ausbeutung der arbeitenden Klasse noch zu verstärken; und obgleich Gambetta unter

dem Kaiserreich gegen das Eingreifen des Heeres bei Streiks protestirt hatte, haben sie dennoch bei jeder Gelegenheit die Soldaten und Offiziere der Nation schleunigst in Wachthunde der Kapitalisten verwandelt; und sie haben in Fourmies die Arbeiter-Metzeleien wiederholt, die das Kaiserreich in St. Aubin und in La Ricamerie beging. Sie haben mit einem Wort den Kapitalisten bewiesen, daß man unter der opportunistischen Republik noch besser sich bereichern und die Arbeiter bedrücken könne, als unter irgend einer monarchischen Regierung. (Schluß folgt.)

Ein Vorschlag zur Güte.*

Von **Peter Braun.**

Ohne Zweifel wird Jeder Bernstein und Mehring für die Beleuchtung Dank wissen, die sie in der „Neuen Zeit" der Frage haben angedeihen lassen,** ob wir uns an der preußischen Landtagswahl betheiligen sollen oder ob nicht. Ich setze voraus, daß dem Leser jene beiden Beiträge noch in ihren Einzelheiten gegenwärtig sind, wenn ich in dieser anspruchslosen Nachlese den Versuch mache, die Streitfrage einer vielleicht befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Vorweg nur soviel: An der augenblicklich vor sich gehenden preußischen Landtagswahl können wir aus zwei Gründen nicht theilnehmen; erstens, weil wir nicht darauf vorbereitet sind, zweitens, weil wir sehen wollen, wie sich das neuerdings verschlechterte preußische Wahlgesetz, zustande gekommen kraft der Dummheit des genasführten Zentrums und der Unfruchtbarkeit des linken Liberalismus, für dieses sein eigenes Zustandekommen rächt! Dadurch ist indeß der Gegenstand für uns nicht erledigt; nicht einmal vertagt! Würde es mir nämlich gelingen, die Nothwendigkeit einer Betheiligung, wenn auch erst an der nächsten Wahl, darzuthun, so müßten wir von nun an einer Anzahl öffentlicher Dinge eine Antheilnahme schenken, die ihnen vielleicht bis zur Stunde nur in unzulänglicher Weise zu Theil geworden ist. Wir pflegen sonst schon die Wahlen von langer Hand her vorzubereiten, weil Wählermassen, auf die wir zählen wollen, schon längere Zeit vorher gewonnen sein müssen. Bezüglich der preußischen Landtagswahl aber lägen, wenn ich mit meiner Ansicht recht behalte, noch besondere Gründe zu ungesäumter Thätigkeit vor. —

Für Mehring scheidet die Möglichkeit ganz aus der Betrachtung aus, daß wir durch ein Einvernehmen mit oppositionellen, bürgerlichen Parteien eine Anzahl von Abgeordneten unserer eigenen Partei durchbringen könnten. Gelänge es trotzdem — und ich halte es mit Bernstein, dem es wahrscheinlich dünkt, — so würden wir zwar, wie ich gegen Mehring einräume, auf jeden Fall von der unterstützten Partei übervortheilt werden. Wir würden ihr mehr geben müssen, als sie uns. Indessen könnte das Wenige, was uns zufallen würde, doch vielleicht werthvoll genug sein, um uns das Mehr, was uns entgangen, verschmerzen zu lassen. Von einer „Prellerei", über die wir Reue und Leid erwecken müßten, könnte erst die Rede sein, wenn die bürgerlich oppositionellen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl die Zusage ihrer Wahlleitung zu Wasser machen würden. Bernstein schon weist darauf hin, daß wir bei der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Wahl diese Biedermänner denn doch von Angesicht zu Angesicht kennen lernen

* Der Vorschlag scheint uns wichtig genug, daß wir durch dessen Veröffentlichung die Diskussion über das Thema der preußischen Landtagswahlen nochmals eröffnen. D. R.

** Die Ausführungen von Unus und Schippel und der zweite Artikel von Bernstein waren dem Verfasser zur Zeit der Abfassung vorliegender Zeilen noch nicht bekannt. D. R.

würden; ich glaube, daß wir das nächste Mal um so sicherer den Vortheil von einem solchen Umfall hätten, als er uns nicht einmal bei der heimlichen Reichstagswahl entgeht. Ich kann mir nur einen einzigen Fall denken, wobei unser ewiges Seelenheil gefährdet wäre. Es wäre dieser, daß wir unsere Wahlmänner für bürgerliche Oppositionsleute in dem einfältigen Vertrauen stimmen ließen, sie würden dadurch zu einer uns zusagenden Haltung im Landtage gestimmt! Die einzige Gegenleistung, die wir für die Stimmen unserer Wahlmänner annehmen könnten, aber auch zu erzwingen suchen müßten, wäre die Abtretung von Landtagssitzen, sei es in demselben, sei es in einem anderen Wahlkreise. Für die Thätigkeit im Landtag behielten dabei die unterstützten Abgeordneten freie Hand, — eine freiwillige „Miethstruppe", mehr oder weniger zuverlässig, wie es eben Miethstruppen zu sein pflegen.

Von einem „Gewinn", werthvoll genug, um sich den Fährlichkeiten auszusetzen, die bei der erfahrungsmäßigen Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Oppositionsparteien schon gleich in einem Umfall ihrer Wahlmänner fühlbar werden könnten, — von einem solchen Gewinn könnte nun keine Rede sein, wenn unsere Vertreter im preußischen Landtage keine Thätigkeit fänden. Mehring sagt es. Ihm ist das preußische Abgeordnetenhaus nichts als ein „Tummelplatz plutokratischer Geschäfte", und es kann uns nicht im Traume einfallen, „in diesem verzwickten Schachspiele der ausbeuterischen Interessen hier oder dort die Steine schieben zu helfen". Auf der einen Seite die Schlotgewaltigen des Westens, auf der anderen die „Freiesten des Landes", Ostelbiens altangesessene Junker, sich um die Beute raufend und balgend; dazwischen die Mannen Richter's und Lieber's, nach Bedarf hier oder dort hilfbereit einspringend, — wäre es so, wahrlich, wir hätten nichts in einer Versammlung zu suchen, wo jeder dem gemeinen Wohl dienende Gedanke wie ein verlaufenes Hinkel im Gewirr des feilschenden Marktes niedergetreten würde! Es wäre aber dann auch unverständlich, wie wir im Süden des Reichs dazu kämen, an den Landeswahlen und an den Verhandlungen der Landesvertretung theilzunehmen, wo doch die Sache ebenso läge. Das bischen Reservatrecht macht selbst in München den Kohl nicht fett, — und nun gar in Karlsruhe und Darmstadt!

Schon bei dem *Unterrichts- und Erziehungswesen*, von Bernstein als *Beispiel* einzelstaatlicher Alleinbethätigung genannt, dürften die grundsätzlichen Gedanken *überragen*, ausbeuterische Interessen allerhöchstens ganz nebenbei in Frage kommen. Würde der Reichstag das ganze Bündel, das verfassungsmäßig „der Gesetzgebung und Beaufsichtigung des Reichs" zufällt, ausgreifend auf sich nehmen, so möchte den Einzellandtagen *einzig und allein* die Kirchen- und Schulpolitik verbleiben. Das preußische Enteignungsgesetz von 1874 hätte auf Grund der Verfassungsänderung vom 13. Dezember 1873 („gesammte bürgerliche Recht") vor den Reichstag gebracht und als Reichsgesetz verkündet werden können, ebenso die preußische Vormundschaftsordnung. Auch die Gesindeordnung würde vor den Reichstag gehören. An diesen und so manchen anderen Sachen haben bislang ausschließlich die Einzellandtage ihre Kraft geübt, und können es auch fürderhin, so lange keine Reichsgesetze darüber bestehen. Dem Stoffbedürfniß der Einzellandtage kommt fortwährend die Reichsgesetzgebung weit entgegen, indem sie, wenn eine wichtigere Frage angeschnitten wird, fast regelmäßig Einzelheiten oder auch ganze Gebietstheile bereitwilligst der Landesgesetzgebung zuweist. So wird mit dem bürgerlichen Gesetzbuch zwar eine Grundbuchordnung vorgelegt werden, aus dem Erbrecht des Hauptbuchs ist aber nach dem veröffentlichten Entwurf die *bäuerliche Erbfolge* ausgeschieden und somit landesgesetzlich zu regeln. Auf diese Weise ist eine stattliche Anzahl gesetzgeberischer Stoffe in den

Händen der Einzellandtage verblieben: Gemeindeverfassung (einbegriffen die Steuerregel, die Verwaltung des Gemeindevermögens, zumal der Waldungen), allgemeine Landesverwaltung, Anstellung und Vorbildung der Beamten, Disziplinargesetze, Verfassung und Verfahren der Verwaltungsgerichte (einschließlich der Wahl ihrer Mitglieder), — kurzum die gesammte Gliederung und Zuständigkeit der Behörden; Enteignung und Wegebau; Forstdiebstahl, Feld- und Forstpolizei, Fischerei und Jagdpolizei; Zusammenlegung der Grundstücke; Land-, Wald- und Wiesengenossenschaften; Landes-Stempelabgaben und direkte Steuern; Vereinsgesetz; Gesindeordnung; Bergwesen. Vom ausschließlichen Standpunkt der Fabrikbevölkerung aus mögen diese Dinge zum großen Theil nicht von greifbarem Alltagsnutzen sein; — welches von ihnen aber wäre ihr grundsätzlich gleichgiltig? Nun zieht uns in neuerer Zeit unser Herz aber mehr und mehr auch zur bergmännischen und bäuerlichen Bevölkerung hin, für die gerade die aufgezählten Angelegenheiten von schwerstwiegender Bedeutung sind. Von so schwerwiegender Bedeutung zwar, daß daneben für sie die Angelegenheiten der Reichsgesetzgebung kaum ins Gewicht fallen. Wäre die Langsamkeit, mit der wir in die Land- und Bergbevölkerung eindringen, nicht zum guten Theil auch darauf zurückzuführen, daß wir bis heute und noch auf einige Zeit im Landtag nichts zu sagen haben, ja uns nicht einmal darauf einrichten, dort Einfluß zu gewinnen?

Zur Weiterspinnung dieses Gedankens möchte ich mit wenigen Silben auf die Kirchen- und Schulpolitik zurückkommen dürfen. Ist es doch sicher, daß in Bälde ein je nachdem umfassendes oder auch lückenhaftes Schulgesetz dem preußischen Landtag zugehen wird. Das Zentrum wird nicht ermangeln, seine gewohnten, theilweise immerhin berechtigten Anstürme gegen die Trümmer der Maigesetzgebung zu erneuern. Wie, wenn wir bei diesen Gelegenheiten unsere leitenden Gedanken zum Fenster des Hauses hinaus darlegen könnten? Es wäre keineswegs überflüssig! Die guten Leute, zumal auf dem Lande, denen durch ultramontane Winkelblättchen beider Konfessionen die märchenhaftesten Sachen über unsere Religions- und Kirchenfeindschaft aufgetischt werden, würden einmal in eben diesen Winkelblättchen jene unsere Bösartigkeit ihrem ganzen abschreckenden Umfange nach kennen lernen. Schwerlich haben es unsere Genossen in Baden zu bedauern gehabt, daß vor etwa zwei Jahren die Bevölkerung aus den Karlsruher Kammerverhandlungen ersah, wie unsere beiden Abgeordneten, voran der „freche Gottesleugner" Dr. Rüdt, genau so für die öffentlich-rechtliche Stellung der katholischen Religionsgemeinschaft, namentlich ihr Besteuerungsrecht, eintraten, wie der ultramontane „Löwe von Zähringen", Pfarrer Th. Wacker.

Dies Alles vor Augen gehalten, kann nur noch ein Grund für unsere Enthaltsamkeit angeführt werden: die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Urwahl und die Gefährdung ihres Brotes, der sich die meisten Fabrikarbeiter aussetzen würden, wenn sie offen für einen sozialdemokratischen Wahlmann stimmen — ein Umstand, der, so lange wir außerhalb der Fabrikbevölkerung nicht bedeutende Fortschritte gemacht haben, uns von vornherein auf sündhafte Kompromisse anweisen würde, bei denen unsere Seele Schaden nähme.

So liegt die Sache heute. Wir können im Süden in die Landeswahlbewegung eintreten, wo die geheime Abstimmung auch für Landeswahlen eingeführt ist. In Preußen können wir nicht, aber auch nur einstweilen nicht. Nondum! sagten auch die verbitterten preußischen Demokraten von Anno dazumal. Wir üben die Philosophie der sauren Trauben, weil die Trauben wirklich noch nicht reif sind. In fünf Jahren kann sich manches ändern. Im Wege der Reichsgesetzgebung kann das Landeswahlrecht günstiger gestaltet werden, der Landtag

würden; ich glaube, daß wir das nächste Mal um so sicherer den Vortheil von einem solchen Umfall hätten, als er uns nicht einmal bei der heimlichen Reichstagswahl entgeht. Ich kann mir nur einen einzigen Fall denken, wobei unser ewiges Seelenheil gefährdet wäre. Es wäre dieser, daß wir unsere Wahlmänner für bürgerliche Oppositionsleute in dem einfältigen Vertrauen stimmen ließen, sie würden dadurch zu einer uns zusagenden Haltung im Landtage gestimmt! Die einzige Gegenleistung, die wir für die Stimmen unserer Wahlmänner annehmen könnten, aber auch zu erzwingen suchen müßten, wäre die Abtretung von Landtagssitzen, sei es in demselben, sei es in einem anderen Wahlkreise. Für die Thätigkeit im Landtag behielten dabei die unterstützten Abgeordneten freie Hand, — eine freiwillige „Miethstruppe", mehr oder weniger zuverlässig, wie es eben Miethstruppen zu sein pflegen.

Von einem „Gewinn", werthvoll genug, um sich den Fährlichkeiten auszusetzen, die bei der erfahrungsmäßigen Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Oppositionsparteien schon gleich in einem Umfall ihrer Wahlmänner fühlbar werden könnten, — von einem solchen Gewinn könnte nun keine Rede sein, wenn unsere Vertreter im preußischen Landtage keine Thätigkeit fänden. Mehring sagt es. Ihm ist das preußische Abgeordnetenhaus nichts als ein „Tummelplatz plutokratischer Geschäfte", und es kann uns nicht im Traume einfallen, „in diesem verzwickten Schachspiele der ausbeuterischen Interessen hier oder dort die Steine schieben zu helfen". Auf der einen Seite die Schlotgewaltigen des Westens, auf der anderen die „Freiesten des Landes", Ostelbiens altangesessene Junker, sich um die Beute raufend und balgend; dazwischen die Mannen Richter's und Lieber's, nach Bedarf hier oder dort hilfbereit einspringend, — wäre es so, wahrlich, wir hätten nichts in einer Versammlung zu suchen, wo jeder dem gemeinen Wohl dienende Gedanke wie ein verlaufenes Hinkel im Gewirr des feilschenden Marktes niedergetreten würde! Es wäre aber dann auch unverständlich, wie wir im Süden des Reichs dazu kämen, an den Landeswahlen und an den Verhandlungen der Landesvertretung theilzunehmen, wo doch die Sache ebenso läge. Das bischen Reservatrecht macht selbst in München den Kohl nicht fett, — und nun gar in Karlsruhe und Darmstadt!

Schon bei dem *Unterrichts- und Erziehungswesen*, von Bernstein als *Beispiel* einzelstaatlicher Alleinbethätigung genannt, dürften die grundsätzlichen Gedanken *überragen*, ausbeuterische Interessen allerhöchstens ganz nebenbei in Frage kommen. Würde der Reichstag das ganze Bündel, das verfassungsmäßig „der Gesetzgebung und Beaufsichtigung des Reichs" zufällt, ausgreifend auf sich nehmen, so möchte den Einzellandtagen *einzig und allein* die Kirchen- und Schulpolitik verbleiben. Das preußische Enteignungsgesetz von 1874 hätte auf Grund der Verfassungsänderung vom 13. Dezember 1873 („gesammte bürgerliche Recht") vor den Reichstag gebracht und als Reichsgesetz verkündet werden können, ebenso die preußische Vormundschaftsordnung. Auch die Gesindeordnung würde vor den Reichstag gehören. An diesen und so manchen anderen Sachen haben bislang ausschließlich die Einzellandtage ihre Kraft geübt, und können es auch fürderhin, so lange keine Reichsgesetze darüber bestehen. Dem Stoffbedürfniß der Einzellandtage kommt fortwährend die Reichsgesetzgebung weit entgegen, indem sie, wenn eine wichtigere Frage angeschnitten wird, fast regelmäßig Einzelheiten oder auch ganze Gebietstheile bereitwilligst der Landesgesetzgebung zuweist. So wird mit dem bürgerlichen Gesetzbuch zwar eine Grundbuchordnung vorgelegt werden, aus dem Erbrecht des Hauptbuchs ist aber nach dem veröffentlichten Entwurf die *bäuerliche Erbfolge* ausgeschieden und somit landesgesetzlich zu regeln. Auf diese Weise ist eine stattliche Anzahl gesetzgeberischer Stoffe in den

Händen der Einzellandtage verblieben: Gemeindeverfassung (einbegriffen die Steuerregel, die Verwaltung des Gemeindevermögens, zumal der Waldungen), allgemeine Landesverwaltung, Anstellung und Vorbildung der Beamten, Disziplinargesetze, Verfassung und Verfahren der Verwaltungsgerichte (einschließlich der Wahl ihrer Mitglieder), — kurzum die gesammte Gliederung und Zuständigkeit der Behörden; Enteignung und Wegebau; Forstdiebstahl, Feld- und Forstpolizei, Fischerei und Jagdpolizei; Zusammenlegung der Grundstücke; Land-, Wald- und Wiesengenossenschaften; Landes-Stempelabgaben und direkte Steuern; Vereinsgesetz; Gesindeordnung; Bergwesen. Vom ausschließlichen Standpunkt der Fabrikbevölkerung aus mögen diese Dinge zum großen Theil nicht von greifbarem Alltagsnutzen sein; — welches von ihnen aber wäre ihr grundsätzlich gleichgiltig? Nun zieht uns in neuerer Zeit unser Herz aber mehr und mehr auch zur bergmännischen und bäuerlichen Bevölkerung hin, für die gerade die aufgezählten Angelegenheiten von schwerstwiegender Bedeutung sind. Von so schwerwiegender Bedeutung zwar, daß daneben für sie die Angelegenheiten der Reichsgesetzgebung kaum ins Gewicht fallen. Wäre die Langsamkeit, mit der wir in die Land- und Bergbevölkerung eindringen, nicht zum guten Theil auch darauf zurückzuführen, daß wir bis heute und noch auf einige Zeit im Landtag nichts zu sagen haben, ja uns nicht einmal darauf einrichten, dort Einfluß zu gewinnen?

Zur Weiterspinnung dieses Gedankens möchte ich mit wenigen Silben auf die Kirchen- und Schulpolitik zurückkommen dürfen. Ist es doch sicher, daß in Bälde ein je nachdem umfassendes oder auch lückenhaftes Schulgesetz dem preußischen Landtag zugehen wird. Das Zentrum wird nicht ermangeln, seine gewohnten, theilweise immerhin berechtigten Anstürme gegen die Trümmer der Maigesetzgebung zu erneuern. Wie, wenn wir bei diesen Gelegenheiten unsere leitenden Gedanken zum Fenster des Hauses hinaus darlegen könnten? Es wäre keineswegs überflüssig! Die guten Leute, zumal auf dem Lande, denen durch ultramontane Winkelblättchen beider Konfessionen die märchenhaftesten Sachen über unsere Religions- und Kirchenfeindschaft aufgetischt werden, würden einmal in eben diesen Winkelblättchen jene unsere Bösartigkeit ihrem ganzen abschreckenden Umfange nach kennen lernen. Schwerlich haben es unsere Genossen in Baden zu bedauern gehabt, daß vor etwa zwei Jahren die Bevölkerung aus den Karlsruher Kammerverhandlungen ersah, wie unsere beiden Abgeordneten, voran der „freche Gottesleugner" Dr. Rüdt, genau so für die öffentlich-rechtliche Stellung der katholischen Religionsgemeinschaft, namentlich ihr Besteuerungsrecht, eintraten, wie der ultramontane „Löwe von Zähringen", Pfarrer Th. Wacker.

Dies Alles vor Augen gehalten, kann nur noch ein Grund für unsere Enthaltsamkeit angeführt werden: die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Urwahl und die Gefährdung ihres Brotes, der sich die meisten Fabrikarbeiter aussetzen würden, wenn sie offen für einen sozialdemokratischen Wahlmann stimmen — ein Umstand, der, so lange wir außerhalb der Fabrikbevölkerung nicht bedeutende Fortschritte gemacht haben, uns von vornherein auf sündhafte Kompromisse anweisen würde, bei denen unsere Seele Schaden nähme.

So liegt die Sache heute. Wir können im Süden in die Landeswahlbewegung eintreten, wo die geheime Abstimmung auch für Landeswahlen eingeführt ist. In Preußen können wir nicht, aber auch nur einstweilen nicht. Nondum! sagten auch die verbitterten preußischen Demokraten von Anno dazumal. Wir üben die Philosophie der sauren Trauben, weil die Trauben wirklich noch nicht reif sind. In fünf Jahren kann sich manches ändern. Im Wege der Reichsgesetzgebung kann das Landeswahlrecht günstiger gestaltet werden, der Landtag

kann auch selbst die geheime Wahl für dieses Wahlrecht einführen. Beides ist möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich.* Eher noch haben wir in Folge der Gährungen in den bürgerlichen Parteien Zuzug zu erwarten, der uns bei der Landeswahl zu Statten kommen könnte. Und darauf müssen wir uns in der That einrichten, dürfen keinen Tag die Hände in den Schooß legen. Vornehmlich handelt es sich hier um die bäuerliche Bevölkerung. Der Kleinbauer nennt zwar oft nur einen Scheinbesitz sein eigen. „Was bleibt, ist zum Erbarmen fast: Aufs Gütlein drückt die schwere Last der Briefe, welche darauf liegen." (Theod. Curti.) Gleichwohl ist er nicht in dem Sinne verhabenixt, wie der Fabrikarbeiter. Was wir diesem vielleicht nicht ansinnen können: in öffentlicher Wahl für Leute aus unseren Reihen zu stimmen, — das können wir allerdings vom Kleinbauern verlangen. Er wagt nichts oder wenig, denn so kärglich auch der spröde Boden ihm lohnt, den er im Schweiße seines Angesichtes baut — er ist dabei wenigstens von keines Menschen Gnade abhängig. Möglich, daß ihm der Wucherer sein Gütchen zwangsweise zu versteigern sucht und Manche dadurch eingeschüchtert werden. Aber ich glaube nicht, daß es Viele sein können, denn dadurch pflegt sich das Habenixthum des Landes über die eigene Habenichtigkeit zu erheben, daß sein Trotz größer ist als seine Schulden. Die Bauern sind zudem nicht so dumm, als sie vielfach dafür ausgegeben werden. So werden sie sich denn wohl sagen, daß sie sich mit der erzwungenen Abstimmung nur eine Galgenfrist erkaufen würden und nun erst recht für den selbst Erkorenen stimmen. Wie hätten denn sonst die Antisemiten bei den Bauern auf Stimmen zu rechnen? Im schlimmsten Fall werden uns die Stimmen, die uns bei der Landtagswahl entgehen, auch bei einer Reichstagswahl willkommen sein. Denn nach dem, was ich über die Angelegenheiten gesagt habe, womit sich die Landesgesetzgebung befaßt, kann ich mir auch für die Reichstagswahl nur dann einen Erfolg von der Landagitation versprechen, wenn in unserem ganzen Verhalten den Bauern gegenüber die Dinge vorgeschoben werden, auf die es für die Landeswahlbewegung ankommt. Was gemeinhin bei der Landagitation vermißt wird, das ist der Anknüpfungspunkt; es fehlt an einer Stelle, wo der Hebel angesetzt werden könnte.

Wie wir gesehen haben, begreift die Landesgesetzgebung auch das Bergwesen in sich; ist für die Gewinnung der bergmännischen Bevölkerung die Beschäftigung mit den Fragen dieses Gebietes unentbehrlich, so kann man wenigstens den Vorwurf nicht erheben, daß es unsere Agitation hieran habe fehlen lassen. Hat sich aber vor den Leuten jemals die Aussicht aufgethan, ihre Forderungen durch Abgeordnete unserer Partei im Abgeordnetenhaus vertreten zu sehen? Nein! und sie scheint sich auch heute noch nicht vor ihnen aufthun zu sollen. So konnten denn ultramontane und andere gegnerische Abgeordnete bei Berathung des preußischen Berggesetzes und hie und da bei Berathung des Voranschlags der Bergverwaltung (des „Bergetats") billige Lorbeeren pflücken, denn es war Niemand von uns da, der mit ihnen um den Preis gerungen hätte. Wer dürfte bestreiten,

* Das Zentrum, ohne dessen entschiedenes Eintreten eine Aenderung nicht zu erwarten ist, war vor etlichen Jahren im Reichstag vor die Frage gestellt, durch eine Ergänzung der Reichsverfassung eine Aenderung des Landeswahlrechtes herbeizuführen; es handelte sich hauptsächlich um Mecklenburg, wo noch nicht einmal das allgemeine Wahlrecht gilt. Windthorst, von seinem streng föderalistischen Standpunkt aus, half die Sache begraben. Die Erfahrungen, die das Zentrum mit den neuesten Verschlechterungen des preußischen Landeswahlrechtes machen dürfte, könnten es ihm immerhin nahe legen, künftig im Reichstag minder ablehnend aufzutreten. Was sind schließlich die schönsten Grundsätze, sobald es sich um Sein und Nichtsein handelt! So undenkbar wäre eine Aenderung von Reichswegen also nicht.

daß dies in den Kreisen der Bergleute nicht gegen uns nachgewirkt hätte und — wenn keine Aenderung eintritt — noch weiterhin schädlich nachwirkt?! Der Bergmann kann unmöglich sich's an der Aussicht genügen lassen, daß auch einmal der Tag kommen könnte, wo der Reichstag das Berggesetz in die Hand nimmt. Heute noch hat es der Landtag in Behandlung und kurirt, man weiß ja wie, an dem armen Bergmann herum. So müssen wir also auch der Bergbevölkerung wegen an die Aufgabe herantreten, und wäre es nur, um erst bei der Reichstagswahl zu ernten. Dabei wäre es nicht einmal nothwendig, daß es in allen Bergrevieren schließlich zur Aufstellung von Landtagsabgeordneten unserer Farbe käme. Wo aber die Leute stramm zusammengefaßt sind, da wäre der Fall gegeben, denn hier liefe Keiner Gefahr, da sich ihr alle Wähler aussetzten! Zweifelsohne wird, sobald wir einmal ein derartiges Vorgehen ernstlich ins Auge fassen, die Bergarbeiterbewegung ein ganz anderes Gesicht zeigen! Haben wir aber einmal in Landkreisen und Bergrevieren Wahlbewerber aufgestellt, dann dürfte auch die Fabrikbevölkerung nicht zurückbleiben! Dann hieße es: das Ganze vorwärts!

Ob und inwieweit ich mit den Ansichten, die ich hier der Beurtheilung der Genossen unterbreite, auf ihre Zustimmung rechnen darf, — ich weiß es nicht. Finde ich sie, so wäre es an der Zeit, in unserer Presse die Angelegenheiten der Landesgesetzgebung mit einiger Aufmerksamkeit zu verfolgen und auf das Ziel, uns die Pforten des Abgeordnetenhauses zu eröffnen, mit vollem Dampf loszufahren. Der Angelegenheiten der Landeskultur und der Selbstverwaltung zumal müßten wir uns der Bauern halber ganz anders als bisher annehmen. Die Lokalpresse dürfte sich keine der vom erhabenen Standpunkt des beschränkten Philisters aus oft kleinlich aussehenden Beschwerden entgehen lassen, wie sie in den Landgemeinden in Folge des Eigensinnes der Forstbeamten, der Aufsichtsbehörden, oft sogar herrschsüchtiger Schreiber erwachsen. Nicht zum wenigsten dem Eifer, womit das Zentrum in besseren Tagen, zu Majunke's Zeit, sich derartiger Sachen in seiner Presse wie auch im Abgeordnetenhause annahm, hatte es seine Erfolge auf dem Lande zu verdanken! Im preußischen Landtag werden heute derartige „Plackereien" dadurch erledigt, daß sie als „zur Verhandlung im Plenum ungeeignet" bezeichnet werden und dann selbstredend unter den Tisch fallen. Es ist ja keine Partei mehr da, die ein Interesse daran hätte, sich dieser „bäuerlichen Quertreibereien" anzunehmen! Treten wir in die Lücke! Zeigen wir einstweilen dem Bauern wenigstens in unseren Blättern, daß wir es wollen, daß wir in seinen Anliegen Bescheid wissen! Lassen wir den Bauern merken, wo die „rechte Schmiede" ist, die sich seiner öffentlich annimmt! Hat er einmal den Weg zu dieser Schmiede gefunden, so werden wir nicht mehr über „Mangel an Material" für die Landbewegung seufzen hören, — das Material kommt dann zu uns!

Chicagoer Weltausstellungs-Briefe.

Von **Adolf Hepner** (St. Louis).

II.

Am 24. Februar 1890 beschloß der Kongreß der Vereinigten Staaten nach langem Kampfe von Parteien und Ortsinteressen-Vertretungen, die Columbische Weltausstellung — welche ursprünglich für das Jahr 1892 gedacht war — der Stadt Chicago zu übergeben.

Um die Ehre hatten sich gestritten: Chicago, New York, die Landesregierungs-Hauptstadt Washington und St. Louis. Erst in der achten Abstimmung des

Repräsentantenhauses fiel die Entscheidung: Chicago 157 Stimmen, 107 New York, 25 St. Louis und 18 Washington.

Chicago hatte sich am energischsten darum beworben, dreiviertel Jahr lang mit bewundernswerthem Eifer und unter ungeheurem Kostenaufwand der Großkaufmannschaft die Agitation betrieben, durch Komites, die nach dem Süden und Osten reisten, das Kapitol in Washington belagerten, und durch die Presse der Stadt, wie theilweise des Landes.

Seine Vorzugsansprüche begründete Chicago mit Recht darin: erstens daß seines Sees kühlende Brisen den amerikanischen Sommer erleichtere — während in den anderen drei Städten die Besucher des Ausstellungsplatzes das Vergnügen theilweise mit den Leiden unerträglicher Hitze zu bezahlen hätten; zweitens daß Chicago, als das schnell emporgeblühte Industrie- und Handelszentrum des großen Nordwestens, als Emporium der bedeutendsten Landwirthschaftsinteressen Amerikas (in Ackerbau wie Fleischprodukten), von fast allen Enden des Landes leichter zu erreichen, als irgend eine der drei anderen Städte, die „Weltausstellung bekommen" müsse als Belohnung für sein rapides Wachsthum und zum Zwecke der Befestigung seiner Inlandmarkt- und Weltmarkt-Interessen.

New York, die „Empire City" mit ihren tausend Millionären im Börsen-, Bank-, Versicherungs-, Export-, Import-, Schiffahrts-, Eisenbahn-, Grundeigenthums-, Fabrikations-, Großhandels- und Zeitungsgeschäft — New York spöttelte über Chicagos Bemühen, die „Weltausstellung zu bekommen", und that in seiner Siegeszuversicht nicht das Geringste, um die Konkurrenz zu überwinden.

New York glaubte, es beherrsche noch das Land, wie ehedem — und sei in dem Maße identisch mit Amerika, wie Paris Frankreich bedeute. New York findet sich nicht in den Gedanken hinein, daß eine Verschiebung der Gewalten begonnen hat und das mächtige, kühn aufstrebende Chicago ihm seinen Rang in gewissen Beziehungen streitig machen könnte; daß Chicago sich in noch vergrößerten Proportionen entfalten und dann zu New York verhalten könnte, wie Manchester zu Liverpool.

Vorläufig freilich ist New York noch die Geldtasche der amerikanischen Handelswelt. Nach dem letztwöchigen Clearinghaus-Ausweis betrug der Clearing-Umsatz in New York 410 Millionen Dollars, in Chicago 73 Millionen, in St. Louis 17½ Millionen, im ganzen Lande inkl. New York 733 Millionen. Dies zeigt ungefähr die finanzielle Bedeutung der „Empire City" für das Land, welche ihm Chicago allerdings noch nicht streitig machen kann; aber Chicago arbeitet jetzt mit Macht auf seine Unabhängigkeit von New York in Ein- und Ausfuhr hin, und ist dies zuwege gebracht, dann fällt auch ein Theil des immensen New Yorker Bank- und Börsengeschäfts (dessen Größe aus dem Clearinghaus-Ausweis erhellt) für Chicago ab.

An Seelenzahl wird Chicago jedenfalls in wenigen Jahren New York erreicht haben.

Genug, New York mit seinem großen Portemonnaie, von dem zeitweilig alle Banken des Landes abhängig sind — wie jüngst in der Finanzkrise des Landes — hielt es für absolut unmöglich, daß die Nation sich für eine andere Stadt, als die große, schöne und reiche des Kosmopolitismus als Weltausstellungsplatz erklären könne und legte getrost ihre Hände in den Schooß. Die Chicagoer aber waren emsig wie die Bienen und bearbeiteten die öffentliche Meinung des Westens und Südens so nachdrücklich und so überzeugend, daß es schon bei der ersten Abstimmung den Sieg errungen hätte, wenn nicht St. Louis ein paar

Dutzend Kongreßleute von Missouri und Nachbarstaaten in den thörichten Traum gewiegt hätte, St. Louis sei der „beste Platz".

Washington — die schönste Stadt des Landes — pochte einzig und allein auf ihre Schönheit; aber man konnte ihr nachweisen, daß ihre Verwaltung womöglich noch korrupter sei, als die von New York und Chicago zusammen, und so mußte die „Schöne" sehr bald ihren Ehrgeiz aufgeben.

Die Wahrheit ist, daß nur New York und Chicago im Stande waren, ein Riesenwerk, wie diese Columbische Ausstellung, in drei Jahren fertigzustellen; weder die Beamten- und Notablenstadt Washington, noch das zum großen Theil kleinbürgerliche St. Louis hätte dies fertig gebracht.

Geld genug wäre auch anderwärts zu besagtem Zwecke geflossen, aber nur Chicago besaß, außer New York, die geschäftliche Energie zur Ausführung solcher Riesenarbeiten in so kurzer Zeit.

Am 24. Februar 1890 wurde — wie gesagt — Chicago als Ort der Ausstellung bestimmt, mit der Aufgabe, den Platz für selbige herzugeben und einen Garantiefonds von zehn Millionen nachzuweisen. Fünf Millionen steuerte die Stadt Chicago bei, fünf Millionen wurden in Aktien der „Worlds Columbian Exposition" (Columbische Weltausstellung) unter den Geschäftsleuten und Korporationen Chicagos untergebracht. Später gab der Kongreß noch 2½ Millionen Dollars in fünf Millionen Halbdollars, als Souvenirs geprägt, welche auf der Ausstellung à 1 Dollar verkauft werden. An dieses Geschenk knüpfte der Kongreß allerdings die berüchtigte Bedingung der Sonntags-schließung, welche der Ausstellung mehr Millionen Dollars Einbuße gekostet hat, als jenes Geschenk ausmacht. Allerdings ist nach langem Hin- und Herzerren vor den Gerichten schließlich die Partei des Offenhaltens am Sonntag Sieger geblieben, aber von praktischem Nutzen war es nicht. Denn die Regierung bestand auf Sonntags-Schließung ihres eigenen Gebäudes, und diesem Beispiele folgten viele Einzelstaaten und Aussteller — so daß man am Sonntag nur eine halbe Ausstellung vorfindet und sich allenthalben über die Vorhänge und Thürverschlüsse zu ärgern hat. Der Sonntagsbesuch deckte daher manchmal nicht die Regiekosten des Tages (von 17000 Dollars); die letzteren sind freilich jetzt um mehrere Tausend Dollars reduzirt; trotzdem hat die Ausstellung am Sonntag nur eine sehr geringe Reineinnahme. Nicht mehr als 34835 Besucher bezahlten am letzten Sonntag den Eintritt, am vorletzten nur 25950.

Die ursprüngliche Berechnung der Direktion ging aber dahin, daß die 26 Sonntage — durch den Massenbesuch der Arbeiterbevölkerung der Millionenstadt und der volkreichen Umgebung — je 150000 Dollars Entree (300000 Besucher) einbringen würden, zusammen nahe an vier Millionen Dollars, und einschließlich der Prozente, welche die Restaurants, Verkehrsläden und Vergnügungsplätze der Midway Plaisance an die Ausstellung zu entrichten haben, ca. sechs Millionen.

Diese mit Recht erwarteten Sonntags-Einnahmen von sechs Millionen Dollars hat die Ausstellung durch die amerikanische Sonntags-Muckerei eingebüßt.

Allerdings zählte man vor sechs Wochen 30—40000 Arbeitslose in Chicago, und dieser Faktor ist bei dem Ausfall des Sonntagsbesuchs nicht außer Acht zu lassen. Aber — auch wenn keine Industriekrisis (wir werden später auf sie zurückkommen) das Land überrascht hätte, würde der Sonntagsbesuch doch nicht weit erheblicher gewesen sein; denn die Ausstellung ist am Sonntag dermaßen verstümmelt, daß Jeder, der seinen Eintritt bezahlt hat, sich getäuscht findet, empört ist und Andere vor dem „Reinfall" warnt.

Und der langwierige Kompetenz- und Gerichtsstreit über das Sonntags-Offenhalten an sich hat der Ausstellung monatelang viele Besucher von auswärts ferngehalten, welche nur auf eine halbe Woche hingehen konnten, sagen wir, vom Samstag bis Montag am besten Zeit hatten, in Chicago zu weilen.

Nun, da die Ausstellung am Sonntag „gesetzlich" offen ist, die Leute aber zum Theil dupirt sind, wenn sie hingehen, erscheint die Sache schlimmer als zu Anfang, da die Thore geschlossen waren und Jedermann wußte, woran er ist.

Der Streit um das Offenhalten hat überdies das öffentliche Interesse so sehr in Anspruch genommen, daß viele Mucker unter den Kirchenanhängern aus Ranküne oder aus Unwillen der Ausstellung fernblieben, um sie zu Schanden werden zu lassen. Zu einem offenen, regulären Boykott — wie er angedroht war — ist es zwar nicht gekommen; aber ein stiller hat sich ganz von selbst in vielen, vielen Frömmlerkreisen während der ersten Monate fühlbar gemacht und ist erst jetzt verschwunden, nachdem die Mucker sahen, daß die verstümmelte Sonntags-Ausstellung doch kein großes Publikum heranzuziehen vermag.

Welche Wandlungen hat die Ausstellungs-Sonntagsfrage hier durchzumachen gehabt!

Die Verwaltung der Ausstellung besteht aus zwei Theilen: einer Lokalkommission, mit der Exekutive, und einer Nationalkommission.

Die Lokalkommission mit der Exekutive vertritt die Aktionäre und die Stadt Chicago; die Nationalkommission ist zusammengesetzt aus 94 Mitgliedern, die von den Gouverneuren der 42 Staaten und der fünf Territorien (je zwei von jedem) ernannt sind und zehn vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannten Mitgliedern.

Diese zwei Behörden mit verschiedenen Funktionen vertreten verschiedene Interessen.

Die Lokalkommission repräsentirt die zehn Millionen Chicagoer Anlagekapital, nebst der schwebenden Schuld, die dann noch hinzukam. Sie wollte offenen Sonntag, um ihr Geld, bezw. das Geld ihrer Stadt gesichert wissen oder retten; das geschah am besten durch einen offenen Sonntag.

Die Nationalkommission dagegen bestand aus lauter Leuten, die kein direktes, finanzielles Interesse an der Ausstellung hatten oder vertraten, sondern nur die „Ehre und das Ansehen der Nation", und das ist in ihren Augen die Gottheiligkeit, der „Amerikanische Sabbat".

Ein großer Theil der Nativistischen Presse unterstützte die Sabbaterie, betonend, daß die Columbische Feier eine „echt amerikanische" sein müsse, frei von „foreign ideas" (ausländischen Ideen), wie der Entheiligung des Sabbats durch Geschäft oder geräuschvolles Vergnügen in der Ausstellung. Einige kamen gar mit dem Plane, am Sonntag auf der Ausstellung lediglich Gottesdienste abzuhalten unter Herbeiziehung der bedeutendsten Prediger des Landes.

Ein deutsches Mitglied (aus Jowa) in der Lokalkommission, Herr Eiböck, gab sich redlich Mühe, im Spezialkomite wie im Plenum die Sonntagsfrage in vernünftigem Sinne zum Austrag zu bringen; eine ansehnliche Minorität, die — wenn etliche Sabbatarier abwesend waren — Majorität wurde, hatte er bereits für sich gewonnen, da bekam dieselbe wieder Angst vor dem heimischen einflußreichen Kirchenanhang und nun versuchte man die Verantwortung von sich auf Andere zu schieben. Das Spezialkomite der Nationalkommission versteckte sich hinter dem Plenum, das Plenum hinter dem Spezialkomite, und die Lokalkommission, die nicht gern das Odium allein auf sich nehmen mochte, verlor gleichfalls den Muth, energisch in der Frage aufzutreten und

ihren früheren Standpunkt zu vertreten, daß der Jackson Park (der Ausstellungsplatz) Eigenthum der Stadt Chicago sei, daher ihre Vertreterin, die Lokalkommission, das alleinige Recht habe, ihn am Sonntag zu schließen oder offen zu halten.

Ueber diese Verhandlungen verging mehr denn ein Jahr und die zehn Millionen Dollars waren beinahe verbraucht (in den Bauten, Einrichtungen, Vorbereitungen ꝛc., die wir nachher berühren werden). Die Ausstellungsbehörde mußte sich an den Kongreß um ein Darlehen resp. ein Geschenk von fünf Millionen wenden. Da war es denn den Sabbatariern ein Leichtes, den Kongreß zu veranlassen, in die Schenkungsakte die Klausel des Verbots der Sonntags-Ausstellung hineinzusetzen. Amerikanische Kongreßleute, auch wenn sie persönlich Freidenker sind, giebt es nicht viele, welche öffentlich gegen die Kirchenfrömmigkeit ihre Stimme zu erheben wagen; denn Kirchenbruder zu sein, gehört in Amerika zum feinen Ton.

Der Kongreß bewilligte keine fünf Millionen Dollars, denn die östlichen Abgeordneten waren Chicago nicht so wohlwollend, sondern (wie wir oben sahen) nur fünf Millionen Halbdollars (Souvenir-Prägungen) und zwar unter obgedachtem Sonntagsverbot.

Die Sonntagsheiliger frohlockten und die Lokalkommission fügte sich in ihrer Geldnoth. Als der letzte Rest der Souvenirs jedoch zu Beginn der Ausstellung (oder kurz zuvor) abgeliefert werden sollte, besann sich der Schatzsekretär, daß die Vereinigte Staaten-Regierung, welche offiziell die Einladungen an die Regierungen des Auslandes zur Betheiligung der Nationen erlassen hatte, für die Kosten der ausländischen Preisjury-Mitglieder verantwortlich sei; sie behielt daher von den $2\frac{1}{2}$ Millionen Dollars so viel zurück, als jener Betrag ausmachte, etwa 6—700 000 Dollars.

Nun sagte die Lokalkommission in Chicago:

„Die Regierung hat ihren Vertrag nicht innegehalten; sie weigert sich, uns die vollen $2\frac{1}{2}$ Millionen auszuzahlen; mithin sind auch wir von der Klausel, betreffend Sabbat-Ausstellungsverbot, entbunden; die Summe, die wir von der Regierung bis jetzt erhalten, geben wir ihr gelegentlich zurück. Der Vertrag ist null und nichtig geworden durch den Vertragsbruch der Regierung."

Das war durchaus juristisch richtig — aber da die Ausstellungsbehörde nicht der Regierung das Geschenk sofort zurückgeben konnte — lachte man über den „Kniff" — amerikanisch „Trick" — der Lokalkommission.

Chicago jubelte; ein Aktionär verlangte von einem Richter einen Mandamusbefehl an die Ausstellungsbehörde, die Thore am Sonntag zu öffnen; Lokaldirektor Higginbotham wie der Generaldirektor Davis folgten gern und nun begann das verzwickte Prozessiren zwischen der Regierung und den Sabbatariern einer- und der Lokalkommission andererseits. Im Laufe des Prozesses ließ man die Hauptfrage bei Seite und stritt sich um „Technikalien", Form- und Kompetenzfragen, die endlich in letzter Instanz vom Chef des Vereinigten Staaten-Obergerichts, Herrn Fuller, der glücklicherweise ein Chicagoer ist, zu Gunsten der Lokalkommission entschieden wurden. Dann wurden andere Nebenfragen so gedreht und gewendet, von einer Instanz in die andere getragen, daß die Schlußentscheidung erst Ende Oktober oder Anfang November herauskommen kann. Um Ihnen diese Prozeduren zu schildern, bedürfte es eines besonderen Aufsatzes; es genüge daher zu sagen, daß das Offenhalten der Ausstellung am Sonntag noch nicht prinzipiell entschieden ist und vor Schluß der Ausstellung nicht entschieden werden wird oder kann.

Neben der Sonntagsmisère gab es noch andere Faktoren, welche die Ausstellung anfangs schädigten.

Der Mai war in Chicago kalt und regnerisch — das verhinderte von vornherein starken Fremdenbesuch. Dann erfuhr man, daß viele, viele Aussteller vor Mitte Juni kaum mit ihren Einrichtungen fertig sein werden. Und so war es auch. Aber selbst der Juli — auf den man so große Hoffnungen setzte, weil da die Schulen Ferien haben und der Familien-Massenbesuch am Platze war — erwies sich nicht als Erfolg; erst Mitte August stieg die Zahl der Fremden und zu Ende August erreichte sie die gewünschte Höhe, die bis dato fortschreitend gewachsen ist.

Es betrug die Anzahl der zahlenden Besucher bis 12. September:

Im Monat Mai	1 050 037
Im Monat Juni	2 675 113
Im Monat Juli	2 760 263
Im Monat August	3 515 493
Vom 1. bis 12. September	1 757 121
Gesammtbesuch bis 12. September . . .	11 758 027

Hieraus ist zu ermessen, daß der bezahlte Ausstellungsbesuch bis zum 31. Oktober etwa die Ziffer von zwanzig Millionen erreichen wird — auf die Freibillete und deren Mißbrauch kommen wir ein andermal zurück. Zwanzig Millionen Besucher sind gleich zehn Millionen Dollars Entree-Einnahme. Hierzu kommen sieben Millionen Dollars Einnahmen aus den Prozenten der Restaurants, Cafés, Verkaufsläden und Midway Plaisance-Vergnügungen, so daß das Defizit, wenn wirklich eines bleibt, die Aktionäre nicht berühren, sondern nur die Rückerstattung der Schenkungen (der Stadt oder der Regierung) verhindern wird.

Die ursprüngliche Schätzung, welche man in Chicago im Vergleich mit den früheren Weltausstellungen gemacht hat, ist die folgende:

Ausstellung zu	Ausdehnung	Quadratfuß unter Dach	Besucher-Zahl	Tagedauer	Einnahmen	Garantie	Kosten
	Acres				Dollars		Dollars
London 1857 . .	21½	700000	6039196	144	1780000	Britische Regierung	—
Paris 1855 . . .	24½	1866000	5162330	200	6441200	Französ. Regierung	5000000
London 1862 . .	23½	1291800	6211103	121	1644260	Englische Regierung	2300000
Paris 1867 . .	87	3371904	10200000	217	2103675	Französ. Regierung	—
						Dollars	
Wien 1873 . . .	280	2963421	7254687	186	6971832	4500000	7850000
Philadelphia 1876	236	1688858	9910996	159	3813724	2510000	—
Paris 1878 . . .	100	1858778	16032725	191	2531650	2250000	—
Paris 1889 . . .	173	1000000	28149353	183	8300000	3600000	6500000
Chicago 1893 . .	1037	5000000	35000000	183	c.25000000	19500000	18750000

Die Besucherzahl von 35 Millionen kann allerdings nicht mehr erreicht werden; denn es fehlen die erwarteten sieben Millionen Sonntagsbesucher der 26 Sonntage, und eine Million Amerikaner, die sonst eine Woche in Chicago

gewesen — also der Ausstellung sieben Millionen Besuche gemacht hätten, ist ferngeblieben und wird fernbleiben, theils in Folge der industriellen Krisis der letzten Monate, theils in Folge der Weigerung der Eisenbahnen, billige Rundreisebillets für die Ausstellungsfahrt auszugeben.

Sie müssen bedenken: die Vereinigten Staaten sind neunmal so groß wie Deutschland; der Staat Texas allein kommt an Flächeninhalt neun Zehnteln von Deutschland gleich. Bei solchen Entfernungen spielt das Eisenbahnbillet eine Rolle. Erst seit Kurzem haben die meisten Bahnen die Fahrpreise nach Chicago um ein Drittel ermäßigt. Aber hierzu bedurfte es einer monatelangen Pression durch die Presse. Die Bahnen haben auch bei mäßigstem Besuch der Ausstellung so vorzügliche Geschäfte gemacht, daß sie sich zu keiner Preisreduktion verstehen wollten. An der Nation liegt diesen Korporationen, welche ihr Hunderte von Millionen an Acker Land und baaren Dollars gestohlen und geraubt haben, selbstverständlich nichts.

Die Ausstellungsdirektion hatte es vernachlässigt, rechtzeitig, vor Jahr und Tag, diesbezügliche Abkommen mit den Bahnen zu treffen, weil sie dachte, daß die „Konkurrenz" die Preise heruntertreiben würde. Aber da hatte sie sich gründlich verrechnet. Die Raubgesellschaften vereinigten sich in dem Beschlusse, die Nation nach Möglichkeit zu schröpfen, als sie sahen, daß die Ausstellung so überaus herrlich wurde, daß jeder Amerikaner, der irgendwie kann, doch nach Chicago gehen muß — gleichviel, wie hoch der Billetpreis der Bahn. Es läßt sich leicht nachweisen, daß — auch wenn die Besuchsfrequenz der Ausstellung bis Schluß (31. Oktober) dieselbe bleibt, wie in den letzten drei Wochen — im Ganzen nur zwei Millionen Bewohner der Vereinigten Staaten (abgesehen von der Bevölkerung von Chicago und Umgegend) die „Worlds Fair" gesehen haben, d. i. zirka 1 auf 24 erwachsene Amerikaner.

Hiermit ist angedeutet, wie wenig eine solche Ausstellung ihren Beruf erfüllt. Der Prozentsatz Derer, welche die Güter und Reichthümer erzeugen, am Ausstellungsbesuch mußte naturgemäß verschwindend gering bleiben, auch wenn keine Industriekrisis wüthete und die Eisenbahnen mäßige Fahrpreise bewilligt hätten.

Hierzu kommt, daß außerhalb der gebildeteren Kreise gar keine genaue Kenntniß von der Größe und Schönheit der „Worlds Fair" vorhanden ist. Denn nur einige namhafte Zeitungen außerhalb Chicagos haben lesenswerthe, eingehende Spezialberichterstattung.

Die amerikanische Presse hat es verabsäumt, Fachmänner für die Spezialitäten der „Worlds Fair" zu Berichterstattern zu nehmen, resp. das Preßbureau der Ausstellungsbehörde, das so viele faule Sinekuristen angestellt und wohlhabend gemacht hat — aber nicht auf ehrliche Weise — hätten für gute Detailberichterstattung sorgen müssen.

Die deutschamerikanische Presse behilft sich fast ausschließlich mit dem Abdruck der täglichen Ausstellungsreports und der von Fachmännern geschriebenen Spezialartikel der „Illinois Staatszeitung" in Chicago, sowie der vorzüglichen kritischen Aufsätze des Professors Julius Lessing von Berlin in der „Berliner Nationalzeitung".

In der That, daß uns Berlin Herrn Lessing geschickt hat, wissen wir Alle zu würdigen. Er ist zweifellos der sachkundigste Ausstellungskritiker in der „Weißen Stadt".

In obiger „Schätzungstabelle" der Ausstellung waren auch die „Kosten" angedeutet (18 750 000 Dollars).

Das genauere Ausgaben- und Einnahmen-Konto lautete am 1. September wie folgt:

Ausgaben:

Baukosten	18 797 976,36	Dollars
Permanente Organisation	5 643 718,06	"
Temporäre Organisation	90 674,97	"
Zusammen	24 532 369,39	Dollars

Einnahmen:

An der Kasse	5 141 555,51	Dollars
Konzessionen	1 757 067,05	"
Vermischtes	577 948,37	"
Zinsen	95 519,70	"
Halbdollar-Souvenirs	2 433 257,28	"
Aktien	5 599 575,—	"
Die Stadt Chicago	5 000 000,—	"
Schuldbonds	3 555 600,—	"
Netto-Schulden	371 845,88	"
Zusammen	24 532 369,39	Dollars

In der ersten Hälfte des September sind die Schuldbonds bis auf 1 700 000 Dollars getilgt worden; die Netto-Schuld wurde vollständig abgetragen. Die Schuldbonds werden also in einigen Wochen eingelöst sein.

Die im vorigen Artikel aufgezählten acht Hauptgebäude der Ausstellung im „Ehren-Hof" kosteten acht Millionen Dollars — darunter das größte, der Industrie-Palast, 1 700 000 Dollars. Derselbe erforderte 17 Millionen Fuß Holz, 12 Millionen Pfund Stahl und 2 Millionen Pfund Eisen, 40 Waggonladungen Glas zum Oberlicht.

Die Herstellung des Jackson Park als Ausstellungsplatz hat allein über fünf Millionen Dollars gekostet u. s. w.

Die Baukosten stellten sich sehr hoch, zum Theil dadurch, daß man viel Ueberzeit- und immer Sonntagsarbeit zu erhöhtem, resp. doppeltem Preise brauchte, um fertig zu werden. Und die Vorarbeiten verschlangen Hunderttausende durch die Reisen der vielen Kommissäre ins Ausland, um letzteres ebenfalls zur Beschleunigung der Arbeiten anzuhalten. Amerikanische Politiker reisen nicht „billig"; sie halten es für Sünde, eine fünf Cents-Straßenbahn zu benutzen anstatt einer fünf Dollars-Kutsche, wenn es nicht aus ihrer Tasche geht.

Die offiziellen Ausstellungsgebäude allein (inkl. der Herstellung des Platzes, der Organisation und Administration) haben viel über zwanzig Millionen Dollars gekostet.

Die Einzelstaaten der Union haben für ihre Staatshäuser, Vertretung und eventuell Separat-Ausstellungen in ihren Palais sechs Millionen bewilligt; das Ausland ebenfalls zusammen sechs Millionen, am meisten Deutschland: 800 000 Dollars, dann kommt Frankreich mit 733 000 Dollars, Japan mit 630 000 Dollars und Brasilien mit 600 000 Dollars; England nur 291 000 Dollars, Oesterreich nur 102 000.

Deutschland steht — wie Sie bereits wissen — in der Ausstellung obenan durch seine Systematik. Aber Frankreichs Ausstellung ist nicht minder schön. Wir werden später sehen, wie es kam, daß Frankreich trotzdem hier so wenig Furore gemacht hat.

Dies zur Einleitung.

Der Gipfel des Widersinns.

Von **Max Schippel.**

„Mich dünkt, daß einen Esel ich geliebt", meint Titania bei ihrem Erwachen. Was unsere verehrten preußischen Landtagsvertreter denken mögen, wenn sie heute die Folgen ihrer Zustimmung speziell zu den Huene'schen Wahlreformvorschlägen im Lichte der Statistik sehen, wissen wir nicht. Sehr gehoben werden sie sich auch nicht fühlen; schreibt doch eben die „Nationalzeitung": „Man weiß nicht, ob man lachen oder sich erbittert abwenden soll."

Wie immer, hatte es allerdings der Landtag „gut gemeint", als er die einheitliche Abtheilungsbildung für ganze Gemeinden aufhob und jedes Häuserviertel (jeden Urwahlbezirk von etwa 1500 Einwohnern) seinem besonderen Schicksal bei der Steuerdrittelung überließ. Der Krösus, der durch Selbstdeklaration und Steuerprogression schärfer zu den direkten Steuern herangezogen wird, sollte nur in seiner nächsten Nachbarschaft die Abtheilungsbildung, freilich mehr denn je, verpfuschen, aber nicht für die ganze Gemeinde die Steuerbeträge in die Höhe treiben, bei denen sich die Schafe in Klasse I und II von den Böcken in Klasse III scheiden. Bereits die alte Art der Abtheilungsbildung hatte von jeher gerade hier einen starken Stich in das unfreiwillig Komische gezeigt, und diesmal wäre es noch besser gekommen. So sicherte man sich lieber gleich einen vollen Lacherfolg, indem man den neuen Bahnen folgte, die der geniale Urheber der lex Huene wies.

Wie war es früher? Wenn die Abtheilungsbildung für die ganze Gemeinde vollzogen und — beispielsweise — festgesetzt war, daß die erste Klasse bei tausend Mark Steuern beginnen sollte, so konnte es sich leicht ereignen, daß in einem proletarischen Urwahlbezirk derselben Gemeinde gar kein Steuerzahler erster Klasse und damit überhaupt kein Wähler der ersten Abtheilung vorhanden war — aber die erste Abtheilung des Bezirks mußte soundsoviel gewählte Wahlmänner stellen. Gewählte und doch keine Wähler! Man mußte so wohl oder übel die Steuerzahler im Bezirk für sich dritteln, auch wenn dann der Steuerzahler, der nach dem allgemeinen Gemeinde-Würdigkeitstarif zur rechtlosen dritten Klasse gehörte, mit einem Male in dem Ausnahmebezirk in die privilegirte erste oder doch in die zweite Klasse aufrückte. So liefert die ältere preußische Statistik — später verzichtete man überhaupt auf genauere Wahlaufnahmen — Beispiele, wie man nach der allgemeinen Klassifikation in der Gemeinde mit 69 Thaler Steuern schon zur dritten Abtheilung verdammt sein sollte; aber in einem Bezirk wären dann Wahlen in der ersten und zweiten Abtheilung gar nicht möglich gewesen; ein Wähler kann zwar in Preußen eine Abtheilung bilden und ein paar Wahlmänner ernennen, es war aber weder für die erste noch für die zweite Klasse ein genügender Steuerzahler aufzutreiben. Man drittelte also in unserem Falle von Neuem und nun wurden schon die Neunthalermänner zu den Ehren der ersten Klasse emporgehoben. In diese fatale Lage, in einzelnen Gemeindebezirken die allgemeine Gemeindeschablone durchbrechen zu müssen, wäre man nach der Miquel'schen Steuerreform noch viel öfter gerathen: je höher der Steuersatz, mit dem die erste oder die zweite Steuerabtheilung abschloß, desto wahrscheinlicher, daß man in einer ganzen Reihe von Stadtvierteln Wähler erster und zweiter Abtheilung nicht fand, und doch mußte man nach wie vor die Wahlmänner haben. Auch aus diesem Grunde war man im Landtag genöthigt, die einzelnen Urwahlbezirke je nach ihrer Façon wählen zu lassen. Was früher Ausnahme war, machte man nun zur Regel, weil die alte Regelung

doch überall versagen mußte. Die Folge ist, daß Preußen in der nächsten Wahlstatistik — sie soll nun wieder sorgsamer gepflegt werden — als eine wahre Musterkarte voll der grellsten Wahlrechts-Widersprüche erscheinen wird.

Für Berlin, das nunmehr 1093 Urwahlbezirke zählt, ist das heute schon aus der Magistratsbekanntmachung vom 11. Oktober nachzuweisen. Es ist uns nicht gelungen, unter den 1093 Bezirken auch nur zwei von gleicher Klassenabgrenzung zu entdecken; schließen einmal irgendwo die dritten Abtheilungen mit gleichen Steuersummen ab, dann fangen sicher die ersten Abtheilungen mit anderen Steuerbeträgen an, und umgekehrt. Es ist ein tolles Würfelspiel des Zufalls, das den Grad des Wahlrechts bestimmt. Ein Millionär, der aus alter Anhänglichkeit ruhig in seiner einst freiliegenden Villa wohnen bleibt, während rings um seinen Park herum eine proletarische Vorstadt in die Höhe schießt, drückt fast alle Nachbarn, die sonst die erste und zweite Klasse füllen würden, zur zweiten und dritten Klasse herab. Die Anlage von ein paar großen Hinterhäusern hinter den Vordergebäuden kann die ganze politische Klassenschichtung des Viertels über den Haufen werfen. In der Nachbarschaft des Herrn v. Bleichröder kann man eine absolute Null, in der Gartenstraße, bei gleichem Einkommen, der absolute Alleinherrscher in der ersten Klasse sein. Hat der Mensch Glück, so kann er, wie uns die vorliegende Liste zeigt, schon mit zwölf Mark in der ersten Abtheilung wählen. Ist er ein politischer Pechvogel, so wird er mit mehr wie 10 000 Mark Steuern immer noch unter allerhand Krethi und Plethi und preußischen Staatsministern in der dritten Klasse sitzen bleiben.

Sehen wir einmal näher zu! Dabei bemerken wir gleich, daß wir die Abtheilungsliste nach dem Abdruck in den Beilagen der „Nationalzeitung“ (vom 15. Oktober) benutzen, so daß, wie immer bei Tageblättern, vielleicht hier und da ein Druckfehler sich bemerkbar machen könnte. An dem Gesammtbild kann das nichts ändern und die hier wirklich zitirten Zahlen haben wir nochmals mit der Bekanntmachung im offiziellen „Gemeindeblatt“, das uns eben in letzter Stunde zuging, verglichen.

Man kann in Berlin mitunter schon mit wenigen Mark Steuern zur zweiten Abtheilung gehören, so

mit **6 Mark** in folgenden 12 Bezirken: 370 Sorauerstraße,* 385 Forsterstraße, 508 Langestraße, 577 Friedrichsfelderstraße, 602 Memelerstraße, 695 Hirtenstraße, Weydingerstraße, 838 Danzigerstraße, Prenzlauer Allee u. s. w., 860 Putbuserstraße, 909 Borsigstraße, 1042 Adolfstraße, Gerichtstraße u. s. w., 1052 Christianastraße, Schulstraße u. s. w., 1068 Cöslinerstraße;

mit **9 Mark** in 26 Bezirken (204, 324, 340, 359, 365, 367, 368, 374, 375, 576, 578, 583, 789, 797, 863, 864, 877, 883, 893, 898, 943, 985, 1053, 1055, 1061, 1073);

mit 11 Mark im 984. Bezirk;

mit 12 Mark in 33 Bezirken (343, 361, 371, 382, 387, 391, 537, 556, 581, 658, 791, 799, 839, 849, 852, 854, 855, 856, 859, 861, 862, 878, 891, 911, 942, 944, 987, 988, 1057, 1064, 1079, 1081, 1087);

mit 14 Mark in 1 Bezirk (373).

Man gehört sogar schon zur ersten Klasse

mit 12 Mark in 1 Bezirk (860 Putbuserstraße);

mit 20 Mark in 1 Bezirk (385 Forsterstraße);

mit 26 Mark in 4 Bezirken (508 Langestraße, 602 Memelerstraße, 838 Danzigerstraße, 909 Borsigstraße);

mit 27 Mark in 1 Bezirk (695 Hirtenstraße, Weydingerstraße).

---

* Es handelt sich meist nur um Theile der Straßen. Ich lasse die Hausnummern weg.

Aber auf der anderen Seite steckt man in 36 Bezirken mit mehr wie 1000 Mark Steuern noch in der dritten Klasse, im 58. Bezirk (Königgrätzerstraße, Voßstraße, Wilhelmstraße) gar noch mit mehr wie 10000 Mark, im 564. Bezirk (Andreasstraße 7—13 und 69—75, Langestraße 28) mit mehr wie 13000 Mark. Die zweite Abtheilung schließt hier mit 10546 und 13884 Mark Steuern ab. Kann man in der Putbuserstraße mit 12 Mark zur ersten Klasse wählen, so am Zietenplatz (59. Bezirk) erst mit 73540 Mark, in der Königgrätzer- und Voßstraße (57. und 58. Bezirk) zum Theil erst mit 47912 und 33518 Mark.

Wer also beispielsweise 36 Mark Steuern zahlt, wählt in der ersten Abtheilung, wenn er etwa in der Putbuser- oder Forster- oder Hirtenstraße oder in einem der hier in Betracht kommenden 11 Bezirke wohnt — in der zweiten Abtheilung, wenn etwa in einem Viertel mittleren Wohlstandes — oder in der dritten Abtheilung in einer Unmenge von Straßen. Andererseits kann auch, wer über 1000 Mark Steuern zahlt, je nach der Umgebung, allen drei Klassen zugetheilt sein. Das Milieu thut auch hier Alles; insofern hat das preußische Wahlrecht auch einen Stich in das Moderne.

Auch der Anfangsbuchstabe des Namens ist in Preußen wichtig für die politischen Rechte. Oft werden die gleichen Steuerzahler verschiedenen Klassen zugetheilt, je nachdem sie Hans oder Kunz heißen. „Die Abtheilung schließt mit dem Anfangsbuchstaben . . .“ lautet eine Rubrik der Magistratsbekanntmachung.

In derselben Straße kann man je nach der Hausnummer in die verschiedensten Abtheilungen verschlagen werden. So schließt in der Borsigstraße

Nummer	die 1. Abtheilung mit	die 2. Abtheilung mit
1— 7	26 Mark	6 Mark
8—10	262,90 „	33 „
11—14	280 „	12 „
15—25	146 „	21 „
26—27	280 „	12 „
28—31	382 „	36 „

Oder in der Gartenstraße schließt

Nummer		die 1. Abtheilung mit	die 2. Abtheilung mit
1	(906. Bezirk)	1188 Mark	192,50 Mark
2— 16	(907. „)	2899 „	298 „
17— 24	(908. „)	334,70 „	36 „
25— 27	(904. „)	454,80 „	118 „
28— 35	(905. „)	408,80 „	68 „
36— 40	(894. „)	444 „	46 „
40a- 48	(896. „)	4504 „	265 „
49	(899. „)	459,80 „	26 „
50— 58	(895. „)	410,90 „	60 „
59— 75	(890. „)	291 „	31 „
76— 78	(891. „)	212,90 „	12 „
79— 80	(939. „)	288 „	36 „
81— 85	(940. „)	3989,50 „	203,40 „
86— 93	(939. „)	288 „	36 „
94— 95	(891. „)	212,90 „	12 „
96—117	(895. „)	410,90 „	60 „
118—125	(896. „)	4504 „	265 „
126—144	(894. „)	444 „	46 „
145—151	(905. „)	408,80 „	68 „
152—155	(904. „)	454,80 „	118 „
156—166	(908. „)	334,70 „	36 „
167—177	(907. „)	2899 „	298 „
178	(906. „)	1188 „	192,50 „

Breitestraße und Köllnischer Fischmarkt umfassen zusammen wenige aneinanderstoßende Häuser. Die „Vossische Zeitung", die dort domizilirt, hat eben herausgefunden, daß man mit 147 Mark Steuern in der dritten Klasse bleibt, wenn man Breitestraße 7 wohnt, Breitestraße 8 dagegen in die zweite Klasse avancirt, und daneben am Köllnischen Fischmarkt sogar zur ersten Abtheilung aufrückt. Graf Caprivi ist mit 54 000 Mark Gehalt Mitglied der dritten Abtheilung, denn er gehört zu dem bereits erwähnten 58. Bezirk, der mit 33 518 Mark Steuern in der ersten, mit 10 546 Mark in der zweiten Abtheilung schließt.

Es geht jetzt ein endloses Gegacker durch die Presse aller Parteien; man weiß in der That nicht, soll man „lachen oder sich erbittert abwenden", denn man kann nicht herausfinden, wie dieses Glückspiel die eigenen Parteianhänger in ihrem Wahleinfluß hinauf- oder herabgesetzt hat. Wer ist der Unheimliche in Königsberg, der in seinem Urwahlbezirk bei 48 Mark Steuern ganz allein die Wahlmänner der ersten Abtheilung ernennt? Wenn es nun ein Sozialdemokrat wäre und — strikte? Und wenn in einem anderen Königsberger Bezirk die erste Abtheilung wiederum einem Einzigen ausgeliefert ist, der hier aber 20 232 Mark Steuern zahlt, wer ist das nun wieder? Vielleicht ein Kornjude, der bedenklich an Börsenliberalismus krankt? Oder hat hier ein Agrarier alle Anderen überflügelt, die sonst, wie in ganz Königsberg so auch in diesem Bezirk, von 296 Mark Steuern ab in der ersten Abtheilung saßen? Eine Menge Wähler sind überall aus der ersten und zweiten in die dritte Klasse herabgesetzt worden; wie wird das auf die politische Färbung der oberen Klassen wirken, liberalisirend oder konservativ? Eine Masse Wähler sind aber auch heraufgesetzt worden. Welche Tendenz wird überwiegen?

Vielleicht weiß man das noch nicht einmal nach den Wahlen, denn die meisten Wahlberechtigten werden gar nicht Farbe bekennen.

Wie aber die Masse der Bevölkerung über das ganze preußische Wahlsystem denkt, das wird sie nach den Wahlen bekennen und, wie wir hoffen, so laut und eindringlich, daß Preußen sehr bald vor einer wirklichen Wahlreform stehen wird.

Literarische Rundschau.

Arthur Gasch, **Die Innung im Buchdruckgewerbe.** Wirthschaftsgeschichtliche Beleuchtung der Motive und Aussichten für ihre Regeneration nebst einem Blick auf die Stellungnahme der Gehilfen zur Innung. Leipzig-Reudnitz 1893. Preis 1 Mark.

Die Schrift bietet viel mehr, als man nach ihrem Titel vermuthet: eine äußerst lehrreiche und anschauliche Geschichte der Entwicklung der Produktionsbedingungen im Buchdruck und Buchhandel, des Aufwachsens und der Ausbreitung der kapitalistischen Organisation, von dem Emporkommen des kapitalistischen „Verlags" an, der die kleinen Produzenten zuerst unter ein fremdes Joch bringt, bis zum ausgebildeten fabrikmäßigen Großbetrieb, der Hunderte von proletarischen Arbeitskräften einem großen Produktionsorganismus unmittelbar einverleibt. Die Aenderung der gewerblichen Verfassung, der Untergang der alten Innungen, der allmälige Sieg der liberalen Wirthschaftsforderungen wird dann ganz treffend als Resultat dieser und der allgemeinen ökonomischen Entwicklung dargestellt. Wir können diesen, den Haupttheil der Schrift, hier nicht weiter erörtern; wir möchten nur den Wunsch

aussprechen, daß das, was hier ein Buchdrucker für sein Gewerbe geleistet hat, in anderen Gewerken auch versucht werden möchte. Die allgemeinen ökonomischen Entwicklungsgesetze werden leichter begriffen werden, wenn man sie durch die Entwicklungsgeschichte der einzelnen Gewerbe zu konkreter Anschauung bringt. Auch für die gewerkschaftliche Agitation sind solche Darstellungen von großem Werth.

Die neueren Innungsbestrebungen der Prinzipale im Buchdruckgewerbe fertigt Gasch dann treffend ab. Er weist mit Zahlen an einzelnen Innungen nach, wie bei dem abgestuften Stimmrecht die kleinen Unternehmer den großen mit gebundenen Händen ausgeliefert sind — in denselben Innungen, welche gerade die Kleinen vor den Großen retten sollen. „Deshalb kommt das Großkapital von seiner Oppositionsstellung gegen die Innungen immer mehr zurück, nachdem es erkannt hat, daß dieselben seiner Sache nicht im Geringsten gefährlich werden können; ja es hegt sogar die Hoffnung, vermöge der Innung nach seinem Geschmack auf die irregulären Kleinen disziplinarisch einzuwirken, sie an gewisse Vorschriften zu binden, denen es selbst nicht entweichen kann, während es die vortheilhaften Geschäftsgrundsätze, die ihm eigen sind, in keiner Weise preisgiebt. So schließt das Großkapital mit dem Innungsprinzip auf folgender Basis Frieden: 1. daß es selbst in der Innung die Oberhand behält und so sich jeden Zwang und jede Beeinträchtigung durch die Kleinen fernhält, 2. letztere vielmehr dirigirt, 3. sich ihre Bundesgenossenschaft gegen die Gehilfen sichert, 4. mittels der Innung das Gewerbe möglichst gegen neue Geschäftserrichtungen absperrt. Bis jetzt hat die pfiffige Politik bei den Kleindruckern nach Wunsch verfangen." — Die Forderungen einzelner Innungen und Innungskonferenzen und -Programme, die Praktiken, besonders die Lehrlingszüchtereien gerade vieler Innungsmeister sind bei Gasch eingehend besprochen. Sonst von ganz verschiedenen Interessen auseinander und gegeneinander getrieben, glauben die großen wie die kleinen Unternehmer in den Innungen ein gemeinsames brauchbares Kampfmittel gegen die Arbeiter und deren Selbstverwaltungs-Organisationen gefunden zu haben. Es ist kein Zufall, daß die Innungsbewegung nach dem letzten Neunstundenkampfe plötzlich wieder lebhafter wurde, während sie eine Zeit lang sehr rückläufig geworden war. Den Gehilfen giebt Gasch zum Schluß den Rath: „Wo den Gehilfen die Wahl eines Innungsausschusses zugemuthet wird, gebietet sich die Ablehnung der Wahl. Sollten taktische Gründe für die Vornahme derselben sprechen (dieser Fall wird unseres Erachtens oft eintreten. —ms.), so wären energische Gehilfen in unabhängiger Stellung zu wählen, die alle schädlichen Machenschaften verhindern. . . . Gegen die Innungsschiedsgerichte ist dasselbe Verfahren, wie gegen die Gesellenausschüsse einzuschlagen: Nichtwahl der Beisitzer, zwingendenfalls Leute mit Rückgrat."

Wir hoffen, daß die Schrift die ihr gebührende Beachtung auch außerhalb der Buchdruckergewerkschaft finden wird. —ms.

Notizen.

Eine ethnologisch interessante Ehesitte herrscht noch jetzt unter den Juden. Die Braut und die Mutter des Bräutigams dürfen nie denselben Namen haben. Heißen z. B. diese beiden Personen Chawa (Eva), so darf der junge Mann dieses Mädchen nicht heirathen. Hingegen ist die Gleichnamigkeit auf männlicher Seite (Bräutigam und Vater der Braut) kein absolutes Ehehinderniß. — Die das jüdische Leben regelnden Gesetzbücher sind bekanntlich sehr zahl- und umfangreich. („Wenn alle Wälder Federn wären, die Weltmeere Tinte und die sieben Himmel Pergamente, hätte man vielleicht die Thora beschreiben können", sagt der Talmud.) Und dennoch findet sich in denselben nichts, was dieser mit heiliger Scheu beobachteten Ehesitte auch nur den geringsten Stützpunkt geben könnte. Fragt man nach dem Grunde dieses seltsamen Gebrauchs, so erhält man die Antwort: Es geschähe sonst Unglück in der Familie, Krankheit und Tod würde sie heimsuchen!

Meines Erachtens haben wir es hier mit einer uralten Gentilsitte zu thun; allerdings nur mit deren Formel, da die Grundlagen der jüdischen Gens schon in der biblischen Zeit zerstört waren. Sehen wir uns die Definition des Begriffs Gens näher an: Eine Gens ist eine Gesammtheit von Blutsverwandten, die von einem gemeinsamen Urahnen abstammen, durch einen Gentilnamen bezeichnet sind und durch Bande des Bluts zusammengehalten werden (Morgan). Der beste Beweis der Zugehörigkeit zur Gens war der gemeinsame Name. Ferner wissen wir: a) daß ursprünglich die Abstammung in der Mutterfolge gegolten hat, b) daß eine Heirath innerhalb der Gens verboten war, d. h. männliche und weibliche Personen desselben Namens durften einander nicht heirathen. Nichts Anderes besagt die Formel der uns interessirenden Ehesitte, die sich durch Zehntausende von Jahren fortgepflanzt hat, trotzdem ihr Inhalt längst entschwunden ist. Denjenigen, der die ungeheure Macht der Gentilordnung kennt, wird dies nicht befremden. Daß die besprochene Ehesitte sich nur auf weiblicher Seite geltend macht, ist aus der Mutterfolge zu erklären, die auch bei der semitischen Gens ursprünglich geherrscht hat (s. Morgan, Urgesellschaft, S. 310). — Aber noch eins zeigt uns diese Sitte: die Gentilordnung hatte den Zweck, den degenerirenden Folgen der Inzucht vorzubeugen, denn der traditionelle Grund lautet, eine solche Ehe könnte Krankheit und Tod zur Folge haben.

M. Beer.

Ueber die Zunahme der Kohlenförderung und der Zahl der Kohlenarbeiter in den Jahren 1886 bis 1892 veröffentlicht die vom Arbeitsdepartement des englischen Handelsamts herausgegebene „Labour Gazette“ folgende Statistik.

Jahr	England und Wales		Schottland	
	Zahl der beschäftigten Personen	Zahl der geförderten Tonnen	Zahl der beschäftigten Personen	Zahl der geförderten Tonnen
1886	450 297	137 039 441	68 809	20 373 478
1887	454 253	140 520 132	71 175	21 484 976
1888	464 905	147 524 211	69 261	22 319 104
1889	490 176	153 596 360	72 808	23 217 163
1890	532 665	157 233 432	79 796	24 278 599
1891	562 608	160 919 279	85 100	25 424 166
1892	574 454	154 483 067	89 008	27 191 923

Danach hat die Zahl der beschäftigten Personen im Verhältniß stärker zugenommen als die geförderte Kohlenmenge. Sehen wir ab vom Jahr 1892 mit einem absoluten Rückgang der Kohlenförderung, der wohl zum wesentlichen Theil auf Rechnung des großen Ausstandes in Durham zu setzen ist, so ist in den sechs Jahren von 1886 bis 1891 in ganz Großbritannien die Kohlenförderung um 17,8 Prozent, die Belegschaft der Kohlengruben dagegen um 27,8 Prozent gestiegen, die Förderung pro Mann um nahezu sechs Prozent zurückgegangen. Indeß stellt sich bei näherer Besichtigung heraus, daß von 1886 bis 1888 zunächst noch die Förderung im stärkeren Prozentsatz steigt als die Zahl der Belegmannschaft: von 1886 bis 1888 nimmt die Letztere um 14 612 Personen, die Förderung um 10 384 770 Tonnen, von 1888 auf 1889 bei einer Vermehrung der Belegschaft um 25 271 Personen die Förderung nur um 6 072 149 Tonnen zu. Die Erklärung dieser Erscheinung liegt darin, daß 1888 die große Bergarbeiterföderation in Aktion tritt und durch einheitliches und kraftvolles Vorgehen eine vierzigprozentige Erhöhung der bis dahin von Jahr zu Jahr zurückgegangenen Löhne durchsetzt, damit zugleich aber der Ueberzeitarbeit und Arbeitstreiberei im Bereich ihres Einflusses ein Ende macht.

Diese stillen Zahlen sind vortrefflich geeignet, den jetzigen Riesenausstand im Föderationsdistrikt zu beleuchten. Der Unternehmerverband verlangt Reduktion der Löhne um 25 Prozent, um — die Ueberproduktion zu bekämpfen. Thatsächlich würde

natürlich die Lohnreduktion die Ueberproduktion noch vermehren. Der wirkliche Zweck ist oder war: den Bergarbeiterverband zu sprengen und nebenbei durch den provozirten Ausstand — denn die Unternehmer wußten sehr gut, daß die Arbeiter der Reduktion den äußersten Widerstand entgegensetzen würden — eine Menge kleinerer Gruben, deren Konkurrenz die großen in ihren Manövern stört, zu ruiniren. Das Erstere ist nicht gelungen und wird nicht gelingen, die Arbeiter halten mit bewundernswerther Zähigkeit an der Föderation fest und gehen selbst auf das Angebot nicht ein, mit zehnprozentiger Lohnreduktion anfangen zu dürfen, weil sie wissen, daß dies nur der erste Schritt auf einer Bahn wäre, die sie zurück zu den unerträglichen Verhältnissen von 1888 führen würde. —eb.

Feuilleton.

Lebensbilder aus England.

Von **Andreas Scheu.**

I. „Bank-Feiertag."

Wie befremdlich das klingt! Die Begriffe von „Bank" und „Feiertag" in ein Wort zusammengekoppelt! Sollte das ein Tag sein, an dem in dem Zusammenscharren und Aufspeichern von Gold und Werthzeichen eine Pause gemacht wird? Mit nichten! — Der Prozeß ist so rastlos, wie die Sucht des persönlichen Gütererwerbs, dem er seine Entstehung verdankt. Der Bankfeiertag ist blos ein Versuch (und zwar von Seiten des manchesterlichsten aller Nachtwächterstaaten), die Massenzirkulation von Geld- und Kreditzeichen auf vierundzwanzig Stunden lang ins Stocken zu bringen, um dadurch der handelsindustriellen Thätigkeit des Volkes einen offiziellen Ausschnaufungstag zu gewähren, der frei ist von kirchlicher Bevormundung und scheinheiliger Heuchelei.

Es ist höchst selten, daß in England der Staat dem Volke, als einem kollektiven Begriffe, gegenüber eine Verpflichtung empfindet; allein die Einrichtung des Bankfeiertages war, ebenso wie die des arbeitsfreien Samstag Nachmittags, eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden. Seitdem die Reformation und die Herrschaft ihrer puritanischen Gewalthaber dem englischen Volke seine sonntäglichen Freuden geraubt und in ihm den Sinn für Lust und Fröhlichkeit zu ersticken gesucht hatte, gab es in England und Schottland keine Feiertage mehr, die zugleich Erholungs- und Freudentage gewesen wären. Der englische Sonntag mag ein Ruhetag sein, ein Festtag oder Erholungstag ist er nicht. Es ist ein Tag, an dem nicht blos alle Vergnügungsorte, sondern auch alle Museen, Bildergallerien und Kunstsammlungen geschlossen, an dem alle öffentlichen Aeußerungen von Freude und Frohsinn strenge verpönt sind. Blos die Kirchen und die Trinkhäuser sind an diesem Tage abwechselnd geöffnet, des geistigen und körperlichen Labsals der Massen wegen. Die Bibel und das Bier, der Pfaffe und der Schenkwirth haben am Sonntag ihren Erntetag, zum Schaden und zur Verkümmerung der gläubigen und durstigen Volksmenge.

Die schrecklichen Folgen jener unheiligen Bundesgenossenschaft für das Volkswohl machten sich seit Langem in einer Weise geltend, welche die Denkenden der Nation mit tiefer Besorgniß erfüllen mußte. Es entstand eine Bewegung unter ihnen, welche nach langer, beharrlicher Anstrengung es endlich dahin

brachte, daß im Jahre 1871 das Parlament die Einrichtung der öffentlichen Bankfeiertage gesetzlich durchführte. Ostermontag, Pfingstmontag, der erste Montag im August und der 26. Dezember (sofern derselbe auf einen Wochentag fällt) sind die vier Tage des Jahres, an denen der Britte „von Rechtswegen" seinem Hang, seinem Verständniß und seinen Mitteln entsprechend sich unterhalten darf, und er macht von dieser Erlaubniß auch den ausgiebigsten (wenn auch nicht immer den weisesten) Gebrauch.

Der englische „Bankfeiertag" ist ein Tag, an dem alle Geschäfte des Landes feiern, mit Ausnahme derer, die dem öffentlichen Verkehr, dem Menschenumsatz und der Menschenlabung zu obliegen die Wahl oder die Pflicht haben. Das Parlament, die Schule und die Kirche sind geschlossen; die Theater und Singspielhallen, die Spirituosenschänken und Vergnügungspaläste sind hingegen weit offen für Alle, so da mühselig und beladen sind und sich für ihr Geld erquicken wollen. Und deren Zahl ist Legion. Die öffentlichen Parkanlagen, Wiesen- und Haidenflächen im Umkreise Londons sind dicht bevölkert von den feiernden Armen nicht blos, sondern auch von Solchen, die sich durch das Anschauen von des Volkes urwüchsiger Lust ergötzen wollen.

Eine der öffentlichen Lungen des Südostens von London, und zwar eine der gesündesten, ist Blackheath (Schwarze Haide),* eine sandige Hochebene, die sich am südlichen Themseufer, zwischen Greenwich und Woolwich, etwa zweihundert Fuß über die Meeresfläche erhebt und reich ist an schönen Ausblickspunkten und an mächtigen historischen Anklängen einer sagenhaften Vergangenheit. Das moderne Blackheath ist eine sattgrüne Wiesenfläche von etwa viermeiliger Ausdehnung, die vom Westen her durch Deptford, vom Norden durch Greenwich und die Themse, vom Osten durch die Villen von Kidbrook mit Shooters Hill (Schützenhügel), und vom Süden durch Lewisham begrenzt wird. Im Laufe der Zeit haben sich diese Vororte Londons immer zudringlicher gegen die Schwarze Haide ausgedehnt, so zwar, daß es nöthig wurde, die Grenzen der letzteren gesetzlich festzustellen. Gegen Norden hin war diese Grenze längst festgestellt durch den altkonservativen Park von Greenwich mit seiner unbeweglichen königlichen Sternwarte; vom Osten her aber, wo die Villen der Noblesse dorée sich zwischen die Haide und den Schützenhügel hineingepflanzt, ist der dem Volke gehörige Raum noch des Weiteren durch einen Rennplatz eingeschränkt, wo die Privilegirten des Müßiggangs sich zuweilen auf hohem Rosse tummeln. Das Uebrige ist flacher Wiesengrund, unterbrochen von haidekrautüberwucherten Bodensenkungen, durchschnitten von Straßen und Fußpfaden und geschmückt mit Teichen und Pfützen, in deren getrübten Fluthen die maulkorblosen Hunde der Gegend sich platschend erfrischen.

Diese frische, grüne Haide ist nun öffentliches Eigenthum. An Wochentagen, und besonders an Samstag Nachmittagen, ist sie dicht belebt von Männern, Jünglingen und Knaben aller Stände, die hier ihre „Sports" betreiben und sich mit „Cricket", „Fußball" und „Golf" kräftigen und belustigen.

Heute aber ist Pfingstmontag, d. h. Bankfeiertag, und an diesem Tage gehört Blackheath nach dem durch ungestörten Gebrauch erworbenen Rechte ausschließlich dem Volke der unteren Klassen, dem Bodensatz der modernen Gesellschaft, zur Ergötzung, und die Sportsleute haben sich mit charakteristischer Selbstverständlichkeit der Gebrauch-Satzung unterworfen und dem übelriechenden Plebs das Feld geräumt.

* Ursprünglich Bleak-heath, kalte, rauhe Haide.

Es ist sechs Uhr Morgens. Die Sonne strahlt vom wolkenlosen Himmel auf die Grasfläche hernieder, in der die glitzernden Thautropfen gemach verdampfen. Es verspricht ein heißer Tag zu werden, trotz des sanftfächelnden Ostwindes, der mit seiner Kühle die perlenden Stirnen der Männer erfrischt, die da seit Morgengrauen sich regen und mit den Vorbereitungen für die Geschehnisse des Tages beschäftigt sind.

Die breite Heerstraße, die, von Dover nach London laufend,* die Haide durchschneidet und sie in eine nördliche und südliche Hälfte theilt, ist bereits dicht besät mit Gefährt und Gerümpel aller Art. Von Deptford, Greenwich und Woolwich her sind die „Costers", die Lebensmittelhändler, die Tingl-Tangl-Männer und Gaukler jeglicher Gattung herbeigeeilt, um die Ausbeute des Volksfeiertages einzuleiten. Sie bringen ihre Gerüstpfosten, Ständer, Segeltücher und Waarenvorräthe zumeist auf kleinen, überladenen Karren, die von altersgrauen, geschundenen Eseln herbeigeschleppt werden, und der Platz, auf dem sie stehen bleiben, gehört ihnen unbestritten und unbesteuert für den Tag.

Da ragen bereits etliche blau und roth bestrichene Gerüste empor, in welche soeben Schaukelstühle gehängt werden; dort werden Pfähle eingeschlagen und Segeltücher gespannt zum Kugelfang beim Kokosnußwerfen; hier werden, ohne Schonung des Wiesengrundes, Schießstätten und Karoussels errichtet, und dort werden Feuer angezündet, um Kochwasser zu hitzen. Hier fängt man schon an, Brot, Obst und Zuckerwerk auszulegen, und da sind auch schon die Italiener mit ihren häßlich bemalten Karrenkasten, die sogenannte „gefrorene Sachen" enthalten. Da das Feilbieten berauschender Getränke im Freien nicht erlaubt ist, so haben die Verkäufer von Fruchtwassern und Limonaden Aussicht auf ein Riesengeschäft. Hier sind auf einem Karren verschiedene bemalte Fässer aufgestellt, die, nach ihren Aufschriften zu schließen, auch verschiedene „erfrischende" Getränke enthalten sollen. Ein Mann ist eben daran, mit einem Eimer aus der steinernen Pferdetränke an der Straße Wasser zu schöpfen und es durch einen Trichter in die erwähnten Fässer zu gießen. Die Salze und anderen Lösungsstoffe sind wohl schon drinnen, und die „Erfrischung" ist somit bereit, das durstige Volk zu laben. — Was wollt ihr? Der Menge schmeckt's; sie ist nicht kritisch; besonders nicht, wenn sie sich unterhält, und selbst für die primitivste Labung zahlt sie baar. Ueberdies steht auch noch ein Konstabler in der Nähe und sieht dem Vorgang mit dem größten Gleichmuth zu — nicht weil ihm das Gebahren löblich oder gesetzlich scheint, sondern weil er an dergleichen gewöhnt und der Meinung ist, es sei „nicht sein Geschäft", da einzuschreiten.

* * *

Es ist Mittag geworden.

Die Sonne brennt hoch vom Süden her auf die Wenigen, die auf der Haide sind und in ihrem Brande ausharren müssen, weil sie ein Geschäft zu verfolgen oder ein Eigenthum zu bewachen haben. Die Uebrigen haben sich hinter die hohen, rothglühenden Mauern von Greenwich Park zurückgezogen, um dort im Schatten der ehrwürdigen, hundertjährigen Riesenbäume Mittagsruhe zu halten. Es sind das zumeist Solche, die von den umliegenden Distrikten herbeigewandert sind und mit ihren Familien zugleich den Proviant gebracht haben. Links und rechts von der Hauptallee sind die schwellenden Rasen bedeckt von lachenden, picknickenden oder schlafenden Gruppen, die sich in unbewußter Zwanglosigkeit bewegen — oder nicht bewegen. Sobald der fleischliche Inhalt

* Ein Theil der Straße, welche die Römer von Dover nach Chester gebaut.

eines Proviantpackets erledigt ist, wird das Wickelpapier den „luftigen Winden“ preisgegeben, die es aber nicht nach den „Ufern des Ganges“ tragen, sondern an Ort und Stelle von Rasen zu Rasen jagen. Und sobald eine Flasche geleert ist, wird sie in Scherben geschlagen ohne Rücksicht auf Solche, die sich gleichfalls gern niederlassen möchten, wenngleich nicht auf gebrochenes Glas. Allein in seiner Freiheit übersprudelndem Bewußtsein fühlt der britische Insulaner etwas wie: „Der Mensch — das bin ich!“ Und: „Nach mir die Sündfluth — oder der Besen!“ Und nach der Sättigung ein Schläfchen, am liebsten in Liebchens Arm oder in einer Stellung, in der man dem schönen Park und seinen phlegmatischen Hütern den ungenirten Rücken kehrt.

Wie bei allen Festen, so ist auch hier das Volk „gemischt“: Nicht Alle liegen im Grase, nicht Alle essen, trinken und lärmen oder verunglimpfen das herrliche Grün der Parkanlagen. Da ist z. B. eine förmliche Kinderwagenburg nebst der dazu gehörigen sanften Weiblichkeit sowie einer Anzahl junger Männer, die den Schönen manche ungeschlachte Aufmerksamkeit erwiesen; da steht eine Gruppe von Bürgern um die königliche Sternwarte herum, die Meisten ihre Taschenuhren in der Hand haltend und ihre eigene Zeit mit der offiziell maßgebenden Uhr vergleichend, deren eiserne Zeiger vom astronomischen Hauptquartier sekundenweise elektrisch bewegt werden. Wieder Andere studiren den öffentlichen Barometer, oder ziehen ihren Zollstab aus der Tasche, um ihn mit dem stählernen „British Yard“, dem gesetzlichen Maße, das an der Außenseite der Sternwarte-Mauer angebracht ist, zu vergleichen. Auch von Radfahrern giebt es eine schwere Menge hier. Sie jagen gewöhnlich von der Haide her die Hauptallee herunter, um ihre Uhr zu richten und sich in dem herrlichen Ausblicke, den das Plateau der Sternwarte bietet, zu kühlen und auszuruhen.

Tief zu unseren Füßen, am südlichen Ufer der Themse, liegt Greenwich mit seiner Matrosenschule, mit seiner monumentalen Marine-Akademie, die ehemals das Hospizium und noch früher das Lustschloß altenglischer Könige gewesen. Hier macht der Fluß die plötzliche, hufeisenförmige Biegung nach Süden, durch welche die sogenannte „Hunde-Insel“ entstanden ist. Wie ein riesiges, glitzerndes Silberband schlingt sich der Fluß von Westen her nach der See und wir können seinen Lauf auf Meilen hinaus ins Auge fassen, sofern der Wald von Segeln, Masten und Schloten ihn unserem Blicke nicht entzieht. Die Surrey and Commercial-Docks im Westen, die West-India-Docks im Norden und die Viktoria and Albert-Docks im Osten liegen klar vor uns, allerdings nicht so fieberhaft lebendig wie an Werktagen, sondern lautlos und wie traumbefangen. Darüber hinaus, nach dem Norden hin, streckt sich die endlose Häuserwüste der Londoner Proletarierbezirke des Ostens, von East und West Ham, Stratford, Bethnal Green und Homerton, deren rußgeschwärzte Gebäude und himmelthürmende Schlote zwar keinen malerischen, aber doch einen eindrucksvollen, imposanten Hintergrund bilden.

Wir drehen diesem Bilde mit seinem Untergrunde menschlicher Zwangsarbeit und übermenschlicher Duldung den Rücken und gehen wieder nach Blackheath hinaus. Hier hat sich indessen das Feiertagstreiben entwickelt und breitgemacht. Von allen Seiten, in hellen und in dunklen Schaaren zieht das Volk herbei mit Weib und Kind und Kegel, mit Zieh- und Mundharmonika, mit Pfeifen und Trommeln, mit Johlen, Lachen und Lärmen. Die Schaukeln und Karoussels fliegen, die Dampforgeln grunzen und trompeten, die Schießstätten krachen, die Händler und Standhälter schreien und kreischen sich heiser, kurz, die Elemente der unbeschränkten Konkurrenz und des ausgelassenen Vergnügens sind hier im lauten, unharmonischen Gemisch vereinigt.

Zur Rechten und Linken des Greenwich Park-Einganges ist für die Unterhaltung der Jungen und Jüngsten der Generation Sorge getragen. Auf der Westseite, am Ufer eines kleinen Teiches, der mit zwei Miniatur-„Inseln" geschmückt ist, werden Kinder-Kaleschen, mit Ziegen bespannt, sowie gesattelte Esel vermiethet, zum Zwecke von Vergnügungstouren um die ornamentale Hundeschwemme herum, für die Sprößlinge derer, die sich die Ausgabe von drei Pence (25 Pfennig) für den Spaß gestatten können. Diesem Unternehmen gegenüber, auf der östlichen Seite des Parkeinganges, ist der Lehr- und Laufburschen gedacht, die da heute leibhaftige Pferde reiten dürfen. Den Vergnügungskandidaten wird aufs Roß geholfen; sie klammern sich an dessen Hals; ein Prügelhieb auf das Hintertheil des ausrangirten Karrengauls, ein heiserer Schrei des Treibers — und los geht's im wilden Galopp die Parkmauer entlang und wieder zurück, den ganzen Ritt von fünf Minuten für die unglaublich geringe Summe von drei Pence! — Wie da die Ersparnisse fliegen! —

„Einen Preisschuß, mein Herr?" ruft eine Stimme, die einmal weiblich gewesen sein mag. Hier ist ein Schießstand, d. h. eine eiserne Röhre, die, etwa zwölf Meter lang, auf 1½ Meter hohen Stützen horizontal über dem Wiesengrund befestigt ist. Am Mundstück, d. h. an dem Ende, wo man hineinschießen soll, ist der Durchmesser etwa zwei drittel Meter; am anderen, durch die transparente Scheibe geschlossenen Ende, ist der Durchmesser geringer. Die Scheibe muß also Jeder, auch der Freudetrunkenste, treffen, sobald er überhaupt in die Röhre hineinschießt; wer aber mehr thut als das, und mit seinem Schusse in das Zentrum sich verirrt, der „gewinnt einen Preis", d. h. einen jener bunten, mit haarsträubenden Schnörkeln beklexten Krüge, die neben dem Schießstand auf einem großen Brett zur Schau genagelt sind. „Weit entfernt, ist gut vor'm Schuß!" — Wir rathen Jedem (der kein Ausbeuter ist), diesen Scheibenzentren mit den verlockenden Preisen aus dem Wege zu gehen. —

Wir thun es selber — so gut es eben geht — denn jetzt hat das Gewühl in der Hauptverkehrsader der Haide seinen Höhepunkt erreicht. Das ist ein Feilschen und Kreischen, ein Drängen und Stoßen, ein Zerren und Stehenbleiben, ein Trampeln und Getretenwerden, daß einem die „Feststimmung" förmlich abhanden kommt, und man sich geneigt fühlt, in gelinde Verwünschungen auszubrechen. Besonders die Buben sind ausnahmsweise provozirend mit ihren Knallbändern und Parfümspritzen, die sich truppenweise ins Gewoge stürzen, dort „Verstecken" spielen und die friedlichst Gesinnten mit der ganzen Ursprünglichkeit ihres Jugendübermuthes anrempeln. Doch werden ihre Streiche von dem fröhlichen Gemische des eingeborenen Proletarier- und Philisterthums gleichmüthig ertragen, und wenn man unter den Angeheiterten ist, so muß man mit ihnen lachen, wenngleich es einem nicht so recht vom Herzen kommt. Und wir, die wir mit wachen Sinnen durch diesen Trubel schreiten, merken so Vieles, was uns traurig stimmen muß. Da sind die Schaaren Derer, die in ihren beschmierten, abgeschabten Arbeitskleidern herumgehen, weil sie sich keines Festtagsanzuges rühmen können; sie bilden in der That die Mehrheit dieser Menge. Und dazwischen schleppen sich die losen Gruppen Jener durch, die weder Arbeit noch Arbeitskleider haben; die fast immer in ihren Lumpen und nur selten in einem Bette schlafen; hagere, ausgemergelte Gestalten beiderlei Geschlechts, mit fahlen, ungewaschenen Gesichtern, glotzenden Augen und rohen, unflätigen Zungen, Bilder des Elends und der Verkommenheit, wie man sie nur in England, dem Musterlande der industriellen Wirthschaftsordnung, begegnen kann. Dazwischen Kleinkrämer, Pferdemenschen, Lustdirnen, Bauernfänger, Ladenmädchen, Taschendiebe, Dienstmädchen und Soldaten.

Die Letzteren mit ihrem frischen Blut, mit ihrer strammen Haltung und ihrem schwingenden Gang, mit ihrer dunkelblauen Jacke und dem kühn gestülpten Käppi; mit ihrem geölten Scheitel und dem glatten, rosigen Gesicht, mit den Spazierstöckchen und klingenden Sporen sind wahrhaftige Lichtpunkte in diesem Bilde.

Doch hier wird uns das Gebalg, der Lärm, die Hitze — und der Geruch zu stark, und wir bahnen uns den Weg aus der staubigen Straße ins Bereich des Grünen. Hier produzirt sich ein Gaukler vor einem leicht befriedigten Zuschauerkreis. Ein alter Mann mit weißem Haar und Bart, zeigt er, wie man etliche kleine Kartoffeln unter einem Zinnbecher verschwinden lassen kann. Dann läßt er ein paar schwere Messer durch die Luft kreisen und zeigt endlich eine faustgroße, rohe Kartoffel vor, mit der er Wunderbares zu thun verspricht — wenn erst ein Schilling in seinen Hut geworfen wird, gleichviel, ob aus einem Silberstück oder zwölf Kupfern bestehend. „Denn", sagt er, „so oft ich dieses Kunststück mache, riskire ich mein Augenlicht." Die verlangten zwölf Pence sind nun allerdings nicht so schnell zu handen, als man aus der Neugier der versammelten Gesichter schließen möchte. Allein der markterprobte Künstler besteht auf seinem Tribut, und so werden ihm die Münzen denn gemach und zögernd zugeworfen. Dann, nachdem er — „im Falle eines Unglücks" — seine überlebende Familie dem Wohlwollen seiner Zuschauer empfohlen hat, wirft er die Riesenkartoffel hoch in die Luft, so hoch, daß man sie fast aus dem Gesicht verliert, und läßt sie dann auf seine Stirne herunterplatzen, wo sie in hundert kleine Stückchen zerschellt. — Wer möchte das für einen Schilling thun? — Allein die Kunst — sie geht nach Brot und ist an die Rohheit der — Kartoffeln gewöhnt! —

Hier wird mit Holzkugeln nach Kokosnüssen geworfen, die auf Steckengerüste gespießt sind, und die Soldaten — zumeist Artilleristen von Woolwich — halten eine reiche Ernte. Ein sonor-monotones, disharmonisches Gebrumme dringt an unser Ohr. Wir blicken auf und sehen zu unserer Linken ein hübsches Bild.

Auf dem grünen Rasen liegen zwei gekreuzte Schwerter, deren Bronzegriffe im Strahl der westlichen Sonne blitzen. Darüber hin tanzt die Gestalt eines jungen Mädchens in der Tracht des schottischen Hochlands, in dunkler Jacke, den Plaid über die Schultern geworfen, im Tartan-Kilt und in kreuzweise gebänderten schottischen Wollstrümpfen. Sie ist schlank, von hübschem, blassem Gesicht und dunklen Augen. Ihr kastanienbraunes Haar quillt dicht und lockig unter der lichtblauen Tam o Shanter-Mütze hervor, die ihr tief im Nacken sitzt und deren Bänder im Winde fliegen. Ihre Haltung ist die einer Tanne und ihre Bewegung voll von gemessener Anmuth. Ihr zur Rechten, im Hintergrunde, und gleichfalls in der malerischen Tracht seiner Heimath, steht ein alter Schotte, hoch, stark und breit, mit weißwallendem Bart und Haupthaar, und bläst den Dudelsack für sein Kind. Die Zuschauer stehen dicht, aber in respektvoller Entfernung, und bewachen mit fast athemloser Spannung jeden Schritt der jungen Tänzerin. Das Arbeitervolk Englands weiß einen guten „Schritt-Tanz" zu schätzen, ebenso wie ein schönes Pferd oder einen gewandten Boxer, und die Kupfermünzen fallen schnell und dicht.

„Ah", hören wir jetzt eine Stimme zu unserer Linken, „was gäbst denn, Millie, wenn D' so tanzen könnt'st?"

Der Sprecher ist ein junger Mann, dessen festliche Stimmung bereits so weit vorgeschritten ist, daß er den Federhut seiner Schönen auf dem Kopfe trägt, und ihr dafür den seinigen aufgesetzt hat. Er ist klein, blond, überhitzt, im besudelten Sonntagsstaat, und gehört augenscheinlich der Arbeiterklasse an. Die Angeredete ist ein Mädchen von voller Statur, mit stark geröthetem Gesicht,

dunkelhaarig und von dicken Lippen. Sie trägt ein schwarzes Sammtkleid mit bestaubter Schleppe, eine braune Boa um die Schulter und den steifen Filzhut ihres Verehrers im Nacken.

Sie ist über die Anfrage nicht sehr erbaut. „Was ich thät'? — Hm, vielleicht thät' ich mich um ein'n andern Liebhaber umsehn!"

Die Umstehenden lachen, aber der junge Galant merkt es nicht, denn seine Aufmerksamkeit ist von der Tänzerin, deren Erscheinung er mit bewundernden Blicken verschlingt, völlig in Anspruch genommen.

„Nun", sagt seine Begleiterin, „was gaffst sie so an? Du schaust Dir ja die Augen aus! Komm weiter (ihn beim Arme fassend), Du Tölpel, was verstehst denn Du vom Tanzen!"

Nur mit großem Widerstreben läßt der junge Kunstkenner sich seiner Augenweide berauben und aus dem Gedränge ziehen.

„Hast an einem Mädl nicht genug", fährt seine Schöne fort, „oder bin ich Dir zu viel? ... Ich kann schon gehn. ..."

„Sei nicht so dumm", erwidert er, „man wird doch noch schauen dürfen? ... Darf doch die Katz die Königin anschau'n!"

Das Argument ist unwiderleglich. Das Mädchen lacht und geht am Arme ihres Jünglings weiter. Doch nur auf wenige Schritte. Sie ist eines Springseils gewahr geworden, das von zwei Männern über einem Trittbrette geschwungen wird. Rasch nimmt sie ihre Schleppe über den Arm, springt mit einem Satze auf das Brett, schließt die Beine aneinander und hüpft auf den Zehenspitzen immer auf demselben Flecke, während das Seil im Kreise über ihrem Haupt und unter ihren Füßen geschwungen wird. Harry, ihr Galant, sieht ihr mit grinsender Befriedigung zu. Das ist zwar nicht so fein und ungewöhnlich wie der schottische Schwerttanz, aber es ist echt einheimische Kunst. Jetzt hat sich Millie's Fuß in dem Seil gefangen und damit ist die Pennytour zu Ende. Harry bezahlt und das Pärchen wandert weiter.

„Weißt was", sagt Harry nach einer kleinen Pause, „mir ist's hier zu staubig. Gehn wir 'nüber zum ‚Grünen Mann' nach Greenwich auf eine Maß Bier."

„Ist einmal eine Idee von Dir", sagt Millie, die kaum ihren Athem wiedergefunden, und die Beiden schlagen ihren Weg quer über die Wiese ein. Ein wenig aus dem Gedränge, läßt sie seinen Arm los, nimmt ihr Kleid mit beiden Händen etwas hinauf und tänzelt vor ihrem Ritter her, den Refrain des Gassenhauers trällernd:

„Wenn ich ihn nur im Rücken fassen könnte,
Ich gäb' ihm schon: Ta-ra-ra-bum-di-eh!"

Harry stimmt ein oder vielmehr krächzt dazwischen, hinter ihr her tänzelnd und gleich ihr seine Rockschöße erhebend.

Jetzt überschreiten die Beiden die breite Heerstraße, auf der vor fünfhundert Jahren Wat Tyler seine aufrührerischen Bauernschaaren gegen London führte.

Am westlichen Ende der Greenwich-Park-Mauer angelangt, vermißt die tänzelnde Dame ihren Sekundanten. Sie wendet sich um und sieht ihren Harry abermals festgewurzelt nach einer Erscheinung starren. „Ja, was gafft er denn schon wieder?" ruft sie aus, der Richtung seines Blickes folgend. Da sieht sie an der Ecke der Parkmauer, am Beginne einer Kastanien-Allee, eine dichte Menschenmenge stehen, aus deren Mitte, etwas erhöht, die Gestalt einer laut sprechenden, jungen Frau hervorragt. „Nun aber .... ein Frauenzimmer .... so was ist mir aber doch noch nicht ...."

Harry ist inzwischen mit offenem Munde der versammelten Menge näher getreten, was Millie veranlaßt, gleichfalls herbeizueilen. „Komm her", ruft sie ihm zu, „was siehst denn da! Ein Weibsbild wie jedes andere; komm 'ran, zum ‚Grünen Mann!'"

Harry ist eben daran, dem Rufe seiner Gefährtin Folge zu leisten, als ihm eine Stimme aus der versammelten Menge zuruft: „Hollah, Harry, da bist Du ja! Und wo bist denn Du gewesen, Du siehst ja sauber aus!" Es ist die Stimme eines Werkstattgenossen, eines jener ungelernten Arbeiter Süd-Londons, die den heutigen Tag gewählt haben, um eine Demonstrationsversammlung zu Gunsten ihrer Kandidatin für den Armenväter-Ausschuß von Greenwich abzuhalten. Der Erfolg ist sichtbar, das Gedränge groß. Millie erkennt die Gefahr, die ihrem Erfrischungsbedürfnisse droht und tritt ihrem Harry näher, ihn am Arme fassend. „Komm weiter, sag' ich, Du Tropf; das Ding geht Dich ja gar nichts an!"

Aber Harry scheint sich von dem Magnete der Kameradschaft und der sprechenden Frau angezogen zu fühlen. Er schwankt sichtlich und wendet sich entschuldigend zu seinem Werksgenossen: „Ja, siehst, Bill, ich wär' schon kommen; aber die Millie da .... die fürcht' sich ...."

„Halt's Maul, Du Tölpel", schreit Millie zornentbrannt dazwischen, „und komm 'ran, auf der Stell .... sonst geh' ich allein!" Und sie paßt die That dem Worte an und schreitet in der Richtung des ‚Grünen Mannes' aus. Harry zögert noch; fast möcht' er bleiben. Da macht ihn Bill darauf aufmerksam, daß er den Federhut seiner Gefährtin auf dem Kopfe habe, was ihn veranlaßt, unter dem Gelächter der Zunächststehenden seiner fliehenden Schönen nachzusetzen....

Die blasse, dunkelhaarige Frau aber, die inmitten der Versammlung auf einem Baumstumpf steht, spricht fort mit strahlenden Augen und zündenden Worten. Die sie Umstehenden sind zumeist Gasarbeiter und Taglöhner von Greenwich und Arbeiter der Marine-Proviant-Depots von Deptford. Sie zeigt ihren Zuhörern, wie sie bisher die Beute Derer gewesen, die das Gold und die Bildungsmöglichkeit für sich und die Ihrigen mit Beschlag belegt; sie zeichnet ein ergreifendes Bild von der Lage der Armen und macht ihnen begreiflich, daß es ihre Pflicht sei, sich ihrer Haut zu wehren, und das Interesse des werkthätigen Volkes in Acht zu nehmen. Sie erklärt sich bereit, das Amt im Armenväter-Ausschusse anzunehmen, wenn man sie durch rege Theilnahme am öffentlichen Leben stützen wolle.

Und die Mehrzahl der Umstehenden folgt ihren Worten mit steigendem Interesse. Man sieht manches grobe, ausdruckslose Gesicht lebendig werden. Ein Strahl des Geistes der neuen Zeit ist auf sie gefallen und hat sie verklärt. Sie lauschen mit vorgestreckten Hälsen, mit gierigen Blicken, und aus der stimmgeweckten Brust herauf klingt es wie das Gemurmel der Rührung und des Beifalls.

Und während die Sonne sich senkt und im Scheiden das Laub der Bäume vergoldet; während von der Haide der gedämpfte Schall des Festlärmes herüberklingt, schließt die Rednerin mit den Worten:

„Langsam nur bricht sich die Erkenntniß Bahn und schwer ist unsere Aufgabe, das Zerbrechen des Gleichmuths der Massen. Doch wollen wir die erhobene Hand nicht sinken lassen, und unermüdlich weiter arbeiten an der Verbrüderung aller Derer, die da mühselig und beladen sind, bis das Elend und die Noth des Volkes ein Märchen vergangener Zeiten geworden sind!"

Die Hände klatschen und der Menschenknäuel löst sich auf. Wir aber wenden unsere Schritte heimwärts, im Herzen den Hoffnungsfunken nährend, der uns am Leben und an der Freiheitsarbeit hält.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bakler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 5. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Ein wenig früh.

↗ Berlin, 25. Oktober 1893.

Seit einiger Zeit häufen sich in der Presse die Nachrichten von Strafanträgen, die der Reichskanzler gegen Preßorgane wegen Beleidigung seiner amtlichen Thätigkeit gestellt hat. Damit geht von dem Bischen grönländischen Sonnenscheins, das der Neue Kurs gegenüber dem alten darstellt, abermals ein gutes Stück flöten. Ja, wenn die Sache sich so weiter entwickelt, wie sie in den letzten Wochen angefangen hat, so muß man sich mit der betrübenden Thatsache abfinden, daß es der gegenwärtige Reichskanzler zwar noch nicht quantitativ, aber doch qualitativ ärger treibt als sein Vorgänger. Denn Bismarck fing nicht im dritten oder vierten, sondern erst im achten oder zehnten Jahre seiner Ministerthätigkeit mit dem Absenden seiner lithographirten Strafanträge an, und dann hatte er — aus den triftigsten Gründen freilich — ganz andere Angriffe zu bestehen, als Graf Caprivi bisher zu bestehen gehabt hat.

Auf der anderen Seite mag man dem gegenwärtigen Reichskanzler zu Gute halten, daß er wohl mehr der Noth, als dem eigenen Triebe gehorcht hat, als er eine bestimmte Serie seiner Strafanträge unterzeichnete. Wir meinen die gegen die bismärckische Presse gestellten. Der Klatschkrieg, der von dieser Seite gegen den Grafen Caprivi geführt wurde, war unanständig genug, um von dem Angegriffenen mit dem — diesmal berechtigten — Schweigen der Verachtung beantwortet zu werden, und wenn der Reichskanzler bisher jeden Schrotschuß für zu schade hielt, um ihn unter die aus Friedrichsruh gefütterten Spatzen abzufeuern, so hat er damit vor dem öffentlichen Urtheile ganz gut abgeschnitten. Aber vielleicht nicht ebenso gut vor der Medisance höfischer Kreise, und es ist wohl denkbar, daß Graf Caprivi einem für ihn unwiderstehlichen Willen nachgeben mußte, als er mit papierenen Strafanträgen den lästigen Wespenschwarm zu scheuchen begann. In diesem Falle mag das gewählte Mittel auch wohl dem erstrebten Zweck entsprechen, denn Kurage ist niemals das Erbtheil des Hauses Bismarck oder seiner literarischen Heloten gewesen, und wir haben Proben genug davon, daß wenn der blaue Heinrich oder der Rumfutsch von Plötzensee so einem bismärckischen Beckenschläger in die Perspektive treten, die Becken ungleich gedämpfter erklingen. Diese Leute haben ja auch nicht einmal den wohlfeilen Trost, sich als verfolgte Märtyrer aufzuspielen, denn was ihnen jetzt passirt,

ist ein harmloses Kinderspiel gegen das, was ihr bewunderter Götze zur Zeit seiner Allmacht jeder aufrechten Ueberzeugung in Deutschland zuzufügen beflissen war.

Gleichwohl hat der Reichskanzler schon mit diesen Strafanträgen einen abschüssigen Weg betreten, und nicht nur sich selbst, sondern auch dem allgemeinen Wohle geschadet. Ein Politiker, der die Hilfe des Strafrichters gegen die Kritiker seiner Politik anruft, hat allemal verlorenes Spiel, und die Preßfreiheit ist ein allgemeines Gut, auf das der Sünder den gleichen Anspruch hat, wie der Gerechte. Die giftige Befehdung von Friedrichsruh her mag dem Neuen Kurse bei Hofe und bei den herrschenden Klassen geschadet haben; den Massen bestätigte sie wenigstens, daß dieser Kurs, wie schlechte Politik er sonst immer treiben mag, so doch wenigstens keine persönliche Interessenpolitik treibt. Der Reichskanzler wäre ein schlechter Rechner, wenn er diesen Ruhm leichten Herzens dahingäbe. Allzu große Schätze an politischem Ansehen hat er ohnehin nicht zu verschwenden; das Erwürgen des freien Wortes, wie es im „Staate der Intelligenz“ von Altersher unlösliche Sitte ist, hat auch unter seinem Regimente wacker fortgewurstelt. Aber die, um mit Bucher zu sprechen, „Tausende von Injurienprozessen mit der Verschwendung und Prostituirung von richterlichen Arbeitskräften, mit dem Aufwand an Zeit und Kosten, mit ihrer Saat von Erbitterung“ hat er sich bisher sparen zu sollen geglaubt. Und wenn er nunmehr aus dieser Zurückhaltung heraustritt, so betritt er eine verhängnißvolle Bahn, gleichviel ob er sich die ersten Schritte noch mit dieser oder jener Selbsttäuschung erleichtern mag.

Er hat sich nun aber auch gar nicht auf die gerichtliche Abwehr bismärckischer Geifereien beschränkt, sondern obendrein gegen antisemitische und sozialdemokratische Blätter verschiedene Strafanträge gestellt. Es fällt uns auch hier nicht ein, den thatsächlich vorhandenen, sehr beträchtlichen Unterschied zu einem strafrechtlichen Unterschiede zu machen und also etwa zu sagen: der sozialdemokratischen Kritik des Neuen Kurses darf nicht recht sein, was den antisemitischen Schimpfereien am Ende billig sein mag. Wir kennen in der zeitgenössischen Literatur nicht leicht etwas Abgeschmackteres, als die antisemitischen Bilderbogen, gegen die der Reichskanzler seine Pfeile versendete, aber ein Recht zu leben hat auch dies alberne Zeug, und wenn der erste Minister des Deutschen Reichs sich dadurch gekränkt fühlen kann, so hat es sogar ein doppeltes Recht zu leben. Es kann dann das günstige Vorurtheil für sich geltend machen, daß es doch irgendwo an einen faulen Fleck gerührt haben müsse; wie wäre sonst zu erklären, daß sich der leitende Staatsmann durch solche faden Bilderchen und Späßchen beleidigt fühlen kann? Und hier greift der Reichskanzler mit seinen Strafanträgen denn auch schon in ein Wespennest. Die antisemitischen Fanatiker fürchten Plötzensee nicht, und Herr Ahlwardt wird die Reklame zu schätzen wissen, die Graf Caprivi für ihn macht. Mag dem Reichskanzler dafür der Beifall sogenannt „freisinniger“ Organe gespendet werden: dieser Beifall war von jeher die Begleiterscheinung jeder großen Thorheit, und als solche wird er sich auch diesmal bewähren.

Die grundsätzlich wichtigste Bedeutung aber kommt den Strafanträgen zu, die Graf Caprivi gegen die sozialdemokratische Presse gestellt hat: die grundsätzlich, wenn auch nicht die thatsächlich wichtigste Bedeutung. Die Arbeiterblätter werden diese Last zu ihren anderen Lasten tragen; nicht um Haares Breite wird sich deshalb ihre Taktik ändern, oder doch nur so ändern, daß auf den gröberen Klotz ein um so gröberer Keil gesetzt wird. Der Ex-Jesuit Graf Hoensbroech behauptet eben in den „Preußischen Jahrbüchern“, daß die sozialdemokratische Presse bereiter als jede andere Parteipresse sei, die Person des

Gegners anzugreifen, zu verdächtigen, zu verunglimpfen, aber damit ist höchstens der Unterschied zwischen Jesuiten und Ex-Jesuiten aufgedeckt, der darin besteht, daß jene wenigstens halbwegs schlau, diese aber nur ganz dumm zu lügen verstehen. Thatsächlich hat die sozialdemokratische Presse die Anläufe des Neuen Kurses zu einer etwas loyaleren Behandlung der Arbeiterklasse, soweit sie ehrlich gemeint waren, mit aller Loyalität betrachtet, und den guten Willen der Personen anerkannt, wo er nur immer anzuerkennen war. Auf die sachliche Kritik des Systems durfte und konnte sie deshalb freilich nicht verzichten, und wenn diese Kritik jetzt durch die Strafanträge des Reichskanzlers als eine persönliche Kränkung geahndet werden soll, so ergiebt sich daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung, daß es mit der Ehrlichkeit jener Anläufe nicht besonders weit her war. Dies giebt den Strafanträgen des Reichskanzlers gegen sozialdemokratische Blätter ihre grundsätzliche Bedeutung, so gering immer, um es noch einmal zu wiederholen, ihre thatsächliche Bedeutung sein mag. Wir trauen dem Grafen Caprivi gern so viel staatsmännische Einsicht zu, daß er sich keinen Augenblick der Illusion hingeben wird, er werde mit seinen Strafanträgen gegen sozialdemokratische Blätter mehr erreichen, als Bismarck auf dem gleichen Wege erreicht hat. Er bindet sich nur selbst eine Ruthe und verkümmert sich den halbwegs leidlichen Abgang, den er sonst von der politischen Bühne nehmen könnte.

Und vieles deutet darauf hin, daß der Reichskanzler, der „kein Ar und keinen Halm" besitzt, demnächst einem Gewaltstoße des junkerlichen Großgrundbesitzes erliegen wird. Gerade seine besseren Gesinnungen haben ihn der feudalen Sippe verhaßt gemacht, aber Sentimentalität zählt in der Politik nicht mit, und wiederholt hat sich der Reichskanzler von diesen Gegnern in einer mehr den Spott, als das Mitleid wachrufenden Weise matt setzen lassen. So beim Scheitern des Volksschulgesetzes, wo er, statt wie der Kultusminister Zedlitz die Konsequenzen der politischen Lage zu ziehen und abzutreten, sich den Kern seiner Macht, das preußische Ministerpräsidium, entwinden und einem dreimal destillirten Junker, dem ersten Handhaber des Sozialistengesetzes, zufallen ließ; so auch bei der Militärkrise im vergangenen Sommer, wo er bei halbwegs geschickter Taktik mit Hilfe des umfallüsternen Freisinns das Militärgesetz hätte friedlich unter Dach und Fach bringen können. Statt dessen betrieb er die „verfluchte Handelei" so ungeschickt, daß es, nicht ohne kräftige Mitwirkung der Junker, zu Neuwahlen kam, in denen die freihändlerisch-freisinnigen Elemente, die Stützen des Grafen Caprivi gegenüber dem schutzzöllnerischen Feudalismus, völlig zerschmettert wurden. Augenblicklich arbeitet in den Wahlen für den Landtag das ganze preußische Beamtenthum, unter wohlwollendem Schweigen des Ministerpräsidenten, für die junkerlichen Kandidaten, die dem Reichskanzler Kampf auf Leben und Tod geschworen haben, und die vor einigen Tagen unvermuthet erschienene offiziöse Notiz, daß keinerlei Ministerkrise bestehe, sah ganz so aus, wie ein Schatten, den kommende Dinge vorherwerfen. Graf Caprivi hat mehr als einmal den drohenden Sturm beschworen durch eine wenig erhebende Nachgiebigkeit gegen das Junkerthum, aber mit dieser Taktik kann er doch nur von der Hand in den Mund leben, und wenn es schwer abzusehen ist, wie der feindliche Zusammenstoß zwischen ihm und dem agrarisch-junkerlichen Lieblingspaare Eulenburg-Miquel vermieden werden soll, so besteht nirgends ein Zweifel darüber, daß, wenn dieser Zusammenstoß kommt, der Reichskanzler unterliegen muß und wird.

Die Neue Aera war ungefähr ebenso lange am Ruder, wie gegenwärtig der Neue Kurs am Ruder ist, als Ludwig Walesrode zwei offene Briefe an den Grafen Schwerin richtete, die heute gar lehrreich zu lesen sind. Es fehlt uns

an Raum, sie völlig abzudrucken; wer sie gründlich studiren will, findet sie im Jahrgange 1861 der „Demokratischen Studien“. Wir geben hier nur einige Sätze wieder: „Exzellenz! Ich spreche von der Geschichte Ihres Ministeriums als von etwas bereits Abgeschlossenem. Und das ist sie in der That. Sie sind nicht mehr in der Lage, noch ein Kodizill zu Ihrem politischen Testamente zu machen.... Was man von Ihnen erwartete, beruhte auf keiner unbescheidenen Zuversicht zu Ihrer staatsmännischen Weisheit, auf keiner Ueberschätzung Ihres Charakters. Niemand versah sich zu Ihnen, daß Sie Preußen eine großartige Politik geben könnten.... Die freudige Genugthuung, mit der Deutschland und Preußen Sie empfing, galt lediglich dem seit lange nicht erlebten Schauspiele, einen *ehrlichen* Mann an der Spitze der Staatsverwaltung zu sehen.... Und dennoch haben Sie die Erwartungen Preußens und Deutschlands getäuscht. Ihre Ministerregierung war keine Neue Aera — sie war blos ein Amendement zur Regierung Manteuffel. Was haben Sie gethan, um der Welt zu beweisen, daß Sie die Gewaltthaten verabscheuen, welche Ihr Vorgänger zum Regierungssystem erhoben hatte? Welche Sühne boten Sie dem preußischen Volke für sein zehn Jahre gehöhntes und geschändetes Recht? Welche Garantie für die Nimmerwiederkehr solcher Zustände?... Doch es ist nicht zu leugnen, daß unter Ihrem Ministerium Manches in Preußen besser geworden. Um so schlimmer! muß man sagen. In einem Staate, in welchem das lang unterdrückte Recht proklamirt wird, da soll es nicht *besser* werden, sondern *gut*, d. h. *anders*, weil es eben kein Mittelding, keinen neutralen Boden, kein Kompromiß geben darf zwischen Recht und Unrecht. Sie haben hie und da Mißbräuche beseitigt, nicht den Mißbrauch, nicht die Missethäter. Unter Manteuffel wurde das Böse verübt aus ministerieller *Willkür*, unter Schwerin das Gute, konsequenz- und prinzipslos, aus ministeriellem *Gutdünkel*....“ Wir müssen abbrechen, so brennend die Farben sind, mit denen Ludwig Walesrode vor dreißig Jahren die preußische Militär- und Polizeiwirthschaft — von heute geschildert hat. Schon aus den wenigen Sätzen, die wir wiedergegeben haben, springt die unheimliche Aehnlichkeit zwischen der Neuen Aera und dem Neuen Kurse in die Augen, mit dem einen kleinen Unterschiede, daß Graf Schwerin dem beredten Kritiker seines Systems keinen Injurienprozeß an den Hals gehängt hat.

In diesem zarten Punkte stellt das System Caprivi nicht einmal mehr ein Amendement zum System Bismarck, sondern übernimmt es mit Haut und Haaren. Ein wenig früh, wie wir sagten, oder auch, wie Graf Schwerin am Ende gesagt hätte: ein wenig spät. Er verschmähte es, von den Gerichten zum Abschiede die Anerkennung zu erlangen, die er von der Geschichte zu erlangen nicht fähig gewesen war, und darin bewährte er sich noch als ein für preußische Verhältnisse außerordentlich erleuchteter Staatsmann.

Was wollen die „Modernen“ in der Literatur?

Von einem Modernen.

Als im Anfang der achtziger Jahre in ersten unscheinbaren Anfängen eine revoltirende Bewegung in der deutschen Literatur sich bemerkbar machte, zeigte sich natürlich zugleich die unvermeidliche Begleiterscheinung jeder Revolution und Reaktion, die Maßlosigkeit der Heißsporne. Ohne jenes Plus von leidenschaftlicher Energie, das Uebertreibungen und Maßlosigkeiten erzeugt, vollzieht sich keine bedeutende Umwälzung im Leben der Völker und der Menschheit; es ist

die alte Weisheit, daß man einen krummen Stab nach der anderen Seite biegen muß, wenn man ihn geradebiegen will. Nicht aber der schlaue krämerische Grundsatz, daß man das Doppelte verlangen müsse, um das Einfache zu erlangen, ist es, der die Forderungen heißköpfiger Revolutionäre überspannt, sondern es ist der naive, einseitig-große, feurige Haß gegen das Veraltete und die naive, einseitig-große feurige Liebe für das in Begeisterung angeschaute neue Ideal. Nicht die unerfreulichsten Blätter der Geschichte sind es, auf denen jener Haß und jene Liebe sich mit flammenden Lettern eingezeichnet haben, und nicht immer die erfreulichsten sind es, auf denen die „wohlerwägende“ und „rechnungtragende“ Mittelmäßigkeit mit sauberen Ziffern ihre Handelserfolge verzeichnet.

Man kennt das schöne Witzwort von der Hekatombe des Pythagoras. Als Pythagoras seinen berühmten Lehrsatz gefunden hatte, opferte er den Göttern hundert Ochsen. Seitdem zittern alle Ochsen, wenn eine neue Wahrheit ans Licht kommt. Das ist natürlich auch so auf dem Gebiete der Kunst, es ist überhaupt überall so. Daß unsere Literatur sich im Zustande der Stagnation, ja, daß sie sich in einem traurigen Rückgange befinde, das war die bittere Wahrheit, die jene Neuerer aussprachen. Einer unserer hervorragendsten Kunstkenner, ein Mann, auf dessen Urtheil man mit Recht großes Gewicht legt, äußerte vor einiger Zeit im Gespräch mit mir: „Vor zehn Jahren mußte man sich schämen, wenn man mit einem deutschen Buche in der Hand betroffen wurde.“ Das ist natürlich etwas hyperbolisch ausgedrückt, im Wesentlichen aber durchaus zutreffend. Und ungefähr sagten das die Revolutionäre der Literatur zu Anfang der achtziger Jahre auch, nur mit ein wenig anderen, namentlich gröberen Worten. Es war aber kaum Jemand da, der die oft recht ungenießbare Hülle der neuen Kunstprinzipien von diesen trennte; aber den Unsinn, von dem viele der sogenannten „Jüngeren“ allerdings ein hübsches Quantum produzirten, tischte man in den Zeitungen auf zum Gaudium all derer, die sich über nichts so innerlich freuen können, als wenn es mit einer neuen Idee wieder einmal nichts ist und also der fällige Schein, auf dem ihr Debet verzeichnet steht, prolongirt wird. Brachte aber einer der Jüngeren einmal etwas Gutes, Bedeutendes hervor, so wandte man jenes unfehlbare Mittel an, mit dem man auch das Herrlichste und Schönste unterdrücken und ersticken kann: man schwieg es todt.

Die Literaturreformer der achtziger Jahre, gewöhnlich die Jungen, Jüngsten, Jung-Deutschland, von guten Freunden auch wohl Grün-Deutschland genannt, waren zunächst nicht in hervorragendem Maße produktiv; sie beschränkten sich mehr oder weniger auf allgemeine ästhetisch-kritische Erörterungen. Natürlich entging ihren Gegnern diese schwache Seite nicht. Man forderte die Jungen auf, doch einmal hinter der sicheren Schutzwehr fester und steifer Behauptungen und billiger Theorien herauszutreten und sich mit einer künstlerischen That auf den Plan zu wagen, an einer imponirenden Schöpfung zu zeigen, was man sich unter der „neuen Richtung“ denn eigentlich denke. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Jungen auf diese Herausforderung die Antwort zunächst in fast allen Fällen schuldig blieben. Was sie hervorbrachten, zeugte zwar oft von mehr als gewöhnlichem Talent, war aber doch nicht gewaltig genug, um ein machtvoll-zwingendes Zeugniß abzulegen für die neue literarische Heilslehre. Noch ein Anderes kam hinzu, was die Jungdeutschen hinderte, schnell in einen guten Kredit zu kommen. Jede Revolution ist zunächst Reaktion; auch die „Neueren“ reagirten, und zwar gegen die Alten, gegen die anerkannten Sterne des Literaturhimmels, gegen die Götzen des literarischen Marktes. Es wurde Sturm gelaufen zunächst gegen die gröber zugehauenen Heiligen der Familienblätter, gegen die Marlitt und ihre fruchtbaren

Harry ist inzwischen mit offenem Munde der versammelten Menge näher getreten, was Millie veranlaßt, gleichfalls herbeizueilen. „Komm her", ruft sie ihm zu, „was siehst denn da! Ein Weibsbild wie jedes andere; komm 'ran, zum ‚Grünen Mann!'"

Harry ist eben daran, dem Rufe seiner Gefährtin Folge zu leisten, als ihm eine Stimme aus der versammelten Menge zuruft: „Hollah, Harry, da bist Du ja! Und wo bist denn Du gewesen, Du siehst ja sauber aus!" Es ist die Stimme eines Werkstattgenossen, eines jener ungelernten Arbeiter Süd-Londons, die den heutigen Tag gewählt haben, um eine Demonstrationsversammlung zu Gunsten ihrer Kandidatin für den Armenväter-Ausschuß von Greenwich abzuhalten. Der Erfolg ist sichtbar, das Gedränge groß. Millie erkennt die Gefahr, die ihrem Erfrischungsbedürfnisse droht und tritt ihrem Harry näher, ihn am Arme fassend. „Komm weiter, sag' ich, Du Tropf; das Ding geht Dich ja gar nichts an!"

Aber Harry scheint sich von dem Magnete der Kameradschaft und der sprechenden Frau angezogen zu fühlen. Er schwankt sichtlich und wendet sich entschuldigend zu seinem Werksgenossen: „Ja, siehst, Bill, ich wär' schon kommen; aber die Millie da .... die fürcht' sich ...."

„Halt's Maul, Du Tölpel", schreit Millie zornentbrannt dazwischen, „und komm 'ran, auf der Stell .... sonst geh' ich allein!" Und sie paßt die That dem Worte an und schreitet in der Richtung des ‚Grünen Mannes' aus. Harry zögert noch; fast möcht' er bleiben. Da macht ihn Bill darauf aufmerksam, daß er den Federhut seiner Gefährtin auf dem Kopfe habe, was ihn veranlaßt, unter dem Gelächter der Zunächststehenden seiner fliehenden Schönen nachzusetzen. . . .

Die blasse, dunkelhaarige Frau aber, die inmitten der Versammlung auf einem Baumstumpf steht, spricht fort mit strahlenden Augen und zündenden Worten. Die sie Umstehenden sind zumeist Gasarbeiter und Taglöhner von Greenwich und Arbeiter der Marine-Proviant-Depots von Deptford. Sie zeigt ihren Zuhörern, wie sie bisher die Beute Derer gewesen, die das Gold und die Bildungsmöglichkeit für sich und die Ihrigen mit Beschlag belegt; sie zeichnet ein ergreifendes Bild von der Lage der Armen und macht ihnen begreiflich, daß es ihre Pflicht sei, sich ihrer Haut zu wehren, und das Interesse des werkthätigen Volkes in Acht zu nehmen. Sie erklärt sich bereit, das Amt im Armenväter-Ausschusse anzunehmen, wenn man sie durch rege Theilnahme am öffentlichen Leben stützen wolle.

Und die Mehrzahl der Umstehenden folgt ihren Worten mit steigendem Interesse. Man sieht manches grobe, ausdruckslose Gesicht lebendig werden. Ein Strahl des Geistes der neuen Zeit ist auf sie gefallen und hat sie verklärt. Sie lauschen mit vorgestreckten Hälsen, mit gierigen Blicken, und aus der stimmgeweckten Brust herauf klingt es wie das Gemurmel der Rührung und des Beifalls.

Und während die Sonne sich senkt und im Scheiden das Laub der Bäume vergoldet; während von der Haide der gedämpfte Schall des Festlärmes herüberklingt, schließt die Rednerin mit den Worten:

„Langsam nur bricht sich die Erkenntniß Bahn und schwer ist unsere Aufgabe, das Zerbrechen des Gleichmuths der Massen. Doch wollen wir die erhobene Hand nicht sinken lassen, und unermüdlich weiter arbeiten an der Verbrüderung aller Derer, die da mühselig und beladen sind, bis das Elend und die Noth des Volkes ein Märchen vergangener Zeiten geworden sind!"

Die Hände klatschen und der Menschenknäuel löst sich auf. Wir aber wenden unsere Schritte heimwärts, im Herzen den Hoffnungsfunken nährend, der uns am Leben und an der Freiheitsarbeit hält.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 5. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Ein wenig früh.

↙ Berlin, 25. Oktober 1893.

Seit einiger Zeit häufen sich in der Presse die Nachrichten von Strafanträgen, die der Reichskanzler gegen Preßorgane wegen Beleidigung seiner amtlichen Thätigkeit gestellt hat. Damit geht von dem Bischen grönländischen Sonnenscheins, das der Neue Kurs gegenüber dem alten darstellt, abermals ein gutes Stück flöten. Ja, wenn die Sache sich so weiter entwickelt, wie sie in den letzten Wochen angefangen hat, so muß man sich mit der betrübenden Thatsache abfinden, daß es der gegenwärtige Reichskanzler zwar noch nicht quantitativ, aber doch qualitativ ärger treibt als sein Vorgänger. Denn Bismarck fing nicht im dritten oder vierten, sondern erst im achten oder zehnten Jahre seiner Ministerthätigkeit mit dem Absenden seiner lithographirten Strafanträge an, und dann hatte er — aus den triftigsten Gründen freilich — ganz andere Angriffe zu bestehen, als Graf Caprivi bisher zu bestehen gehabt hat.

Auf der anderen Seite mag man dem gegenwärtigen Reichskanzler zu Gute halten, daß er wohl mehr der Noth, als dem eigenen Triebe gehorcht hat, als er eine bestimmte Serie seiner Strafanträge unterzeichnete. Wir meinen die gegen die bismärckische Presse gestellten. Der Klatschkrieg, der von dieser Seite gegen den Grafen Caprivi geführt wurde, war unanständig genug, um von dem Angegriffenen mit dem — diesmal berechtigten — Schweigen der Verachtung beantwortet zu werden, und wenn der Reichskanzler bisher jeden Schrotschuß für zu schade hielt, um ihn unter die aus Friedrichsruh gefütterten Spatzen abzufeuern, so hat er damit vor dem öffentlichen Urtheile ganz gut abgeschnitten. Aber vielleicht nicht ebenso gut vor der Medisance höfischer Kreise, und es ist wohl denkbar, daß Graf Caprivi einem für ihn unwiderstehlichen Willen nachgeben mußte, als er mit papierenen Strafanträgen den lästigen Wespenschwarm zu scheuchen begann. In diesem Falle mag das gewählte Mittel auch wohl dem erstrebten Zweck entsprechen, denn Kurage ist niemals das Erbtheil des Hauses Bismarck oder seiner literarischen Heloten gewesen, und wir haben Proben genug davon, daß wenn der blaue Heinrich oder der Rumfutsch von Plötzensee so einem bismärckischen Beckenschläger in die Perspektive treten, die Becken ungleich gedämpfter erklingen. Diese Leute haben ja auch nicht einmal den wohlfeilen Trost, sich als verfolgte Märtyrer aufzuspielen, denn was ihnen jetzt passirt,

ist ein harmloses Kinderspiel gegen das, was ihr bewunderter Götze zur Zeit seiner Allmacht jeder aufrechten Ueberzeugung in Deutschland zuzufügen befliſſen war.

Gleichwohl hat der Reichskanzler schon mit diesen Strafanträgen einen abschüssigen Weg betreten, und nicht nur sich selbst, sondern auch dem allgemeinen Wohle geschadet. Ein Politiker, der die Hilfe des Strafrichters gegen die Kritiker seiner Politik anruft, hat allemal verlorenes Spiel, und die Preßfreiheit ist ein allgemeines Gut, auf das der Sünder den gleichen Anspruch hat, wie der Gerechte. Die giftige Befehdung von Friedrichsruh her mag dem Neuen Kurse bei Hofe und bei den herrschenden Klassen geschadet haben; den Massen bestätigte sie wenigstens, daß dieser Kurs, wie schlechte Politik er sonst immer treiben mag, so doch wenigstens keine persönliche Interessenpolitik treibt. Der Reichskanzler wäre ein schlechter Rechner, wenn er diesen Ruhm leichten Herzens dahingäbe. Allzu große Schätze an politischem Ansehen hat er ohnehin nicht zu verschwenden; das Erwürgen des freien Wortes, wie es im „Staate der Intelligenz“ von Altersher unlöbliche Sitte ist, hat auch unter seinem Regimente wacker fortgewurstelt. Aber die, um mit Bucher zu sprechen, „Tausende von Injurienprozessen mit der Verschwendung und Prostituirung von richterlichen Arbeitskräften, mit dem Aufwand an Zeit und Kosten, mit ihrer Saat von Erbitterung“ hat er sich bisher sparen zu sollen geglaubt. Und wenn er nunmehr aus dieser Zurückhaltung heraustritt, so betritt er eine verhängnißvolle Bahn, gleichviel ob er sich die ersten Schritte noch mit dieser oder jener Selbsttäuschung erleichtern mag.

Er hat sich nun aber auch gar nicht auf die gerichtliche Abwehr bismärckischer Geifereien beschränkt, sondern obendrein gegen antisemitische und sozialdemokratische Blätter verschiedene Strafanträge gestellt. Es fällt uns auch hier nicht ein, den thatsächlich vorhandenen, sehr beträchtlichen Unterschied zu einem strafrechtlichen Unterschiede zu machen und also etwa zu sagen: der sozialdemokratischen Kritik des Neuen Kurses darf nicht recht sein, was den antisemitischen Schimpfereien am Ende billig sein mag. Wir kennen in der zeitgenössischen Literatur nicht leicht etwas Abgeschmackteres, als die antisemitischen Bilderbogen, gegen die der Reichskanzler seine Pfeile versendete, aber ein Recht zu leben hat auch dies alberne Zeug, und wenn der erste Minister des Deutschen Reichs sich dadurch gekränkt fühlen kann, so hat es sogar ein doppeltes Recht zu leben. Es kann dann das günstige Vorurtheil für sich geltend machen, daß es doch irgendwo an einen faulen Fleck gerührt haben müsse; wie wäre sonst zu erklären, daß sich der leitende Staatsmann durch solche faden Bilderchen und Späßchen beleidigt fühlen kann? Und hier greift der Reichskanzler mit seinen Strafanträgen denn auch schon in ein Wespennest. Die antisemitischen Fanatiker fürchten Plötzensee nicht, und Herr Ahlwardt wird die Reklame zu schätzen wissen, die Graf Caprivi für ihn macht. Mag dem Reichskanzler dafür der Beifall sogenannt „freisinniger“ Organe gespendet werden: dieser Beifall war von jeher die Begleiterscheinung jeder großen Thorheit, und als solche wird er sich auch diesmal bewähren.

Die grundsätzlich wichtigste Bedeutung aber kommt den Strafanträgen zu, die Graf Caprivi gegen die sozialdemokratische Presse gestellt hat: die grundsätzlich, wenn auch nicht die thatsächlich wichtigste Bedeutung. Die Arbeiterblätter werden diese Last zu ihren anderen Lasten tragen; nicht um Haares Breite wird sich deshalb ihre Taktik ändern, oder doch nur so ändern, daß auf den gröberen Klotz ein um so gröberer Keil gesetzt wird. Der Ex-Jesuit Graf Hoensbroech behauptet eben in den „Preußischen Jahrbüchern“, daß die sozialdemokratische Presse bereiter als jede andere Parteipresse sei, die Person des

Gegners anzugreifen, zu verdächtigen, zu verunglimpfen, aber damit ist höchstens der Unterschied zwischen Jesuiten und Ex-Jesuiten aufgedeckt, der darin besteht, daß jene wenigstens halbwegs schlau, diese aber nur ganz dumm zu lügen verstehen. Thatsächlich hat die sozialdemokratische Presse die Anläufe des Neuen Kurses zu einer etwas loyaleren Behandlung der Arbeiterklasse, soweit sie ehrlich gemeint waren, mit aller Loyalität betrachtet, und den guten Willen der Personen anerkannt, wo er nur immer anzuerkennen war. Auf die sachliche Kritik des Systems durfte und konnte sie deshalb freilich nicht verzichten, und wenn diese Kritik jetzt durch die Strafanträge des Reichskanzlers als eine persönliche Kränkung geahndet werden soll, so ergiebt sich daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung, daß es mit der Ehrlichkeit jener Anläufe nicht besonders weit her war. Dies giebt den Strafanträgen des Reichskanzlers gegen sozialdemokratische Blätter ihre grundsätzliche Bedeutung, so gering immer, um es noch einmal zu wiederholen, ihre thatsächliche Bedeutung sein mag. Wir trauen dem Grafen Caprivi gern so viel staatsmännische Einsicht zu, daß er sich keinen Augenblick der Illusion hingeben wird, er werde mit seinen Strafanträgen gegen sozialdemokratische Blätter mehr erreichen, als Bismarck auf dem gleichen Wege erreicht hat. Er bindet sich nur selbst eine Ruthe und verkümmert sich den halbwegs leidlichen Abgang, den er sonst von der politischen Bühne nehmen könnte.

Und vieles deutet darauf hin, daß der Reichskanzler, der „kein Ar und keinen Halm“ besitzt, demnächst einem Gewaltstoße des junkerlichen Großgrundbesitzes erliegen wird. Gerade seine besseren Gesinnungen haben ihn der feudalen Sippe verhaßt gemacht, aber Sentimentalität zählt in der Politik nicht mit, und wiederholt hat sich der Reichskanzler von diesen Gegnern in einer mehr den Spott, als das Mitleid wachrufenden Weise matt setzen lassen. So beim Scheitern des Volksschulgesetzes, wo er, statt wie der Kultusminister Zedlitz die Konsequenzen der politischen Lage zu ziehen und abzutreten, sich den Kern seiner Macht, das preußische Ministerpräsidium, entwinden und einem dreimal destillirten Junker, dem ersten Handhaber des Sozialistengesetzes, zufallen ließ; so auch bei der Militärkrise im vergangenen Sommer, wo er bei halbwegs geschickter Taktik mit Hilfe des umfallüsternen Freisinns das Militärgesetz hätte friedlich unter Dach und Fach bringen können. Statt dessen betrieb er die „verfluchte Handelei“ so ungeschickt, daß es, nicht ohne kräftige Mitwirkung der Junker, zu Neuwahlen kam, in denen die freihändlerisch-freisinnigen Elemente, die Stützen des Grafen Caprivi gegenüber dem schutzzöllnerischen Feudalismus, völlig zerschmettert wurden. Augenblicklich arbeitet in den Wahlen für den Landtag das ganze preußische Beamtenthum, unter wohlwollendem Schweigen des Ministerpräsidenten, für die junkerlichen Kandidaten, die dem Reichskanzler Kampf auf Leben und Tod geschworen haben, und die vor einigen Tagen unvermuthet erschienene offiziöse Notiz, daß keinerlei Ministerkrise bestehe, sah ganz so aus, wie ein Schatten, den kommende Dinge vorherwerfen. Graf Caprivi hat mehr als einmal den drohenden Sturm beschworen durch eine wenig erhebende Nachgiebigkeit gegen das Junkerthum, aber mit dieser Taktik kann er doch nur von der Hand in den Mund leben, und wenn es schwer abzusehen ist, wie der feindliche Zusammenstoß zwischen ihm und dem agrarisch-junkerlichen Lieblingspaare Eulenburg-Miquel vermieden werden soll, so besteht nirgends ein Zweifel darüber, daß, wenn dieser Zusammenstoß kommt, der Reichskanzler unterliegen muß und wird.

Die Neue Aera war ungefähr ebenso lange am Ruder, wie gegenwärtig der Neue Kurs am Ruder ist, als Ludwig Walesrode zwei offene Briefe an den Grafen Schwerin richtete, die heute gar lehrreich zu lesen sind. Es fehlt uns

an Raum, sie völlig abzudrucken; wer sie gründlich studiren will, findet sie im Jahrgange 1861 der „Demokratischen Studien“. Wir geben hier nur einige Sätze wieder: „Exzellenz! Ich spreche von der Geschichte Ihres Ministeriums als von etwas bereits Abgeschlossenem. Und das ist sie in der That. Sie sind nicht mehr in der Lage, noch ein Kodizill zu Ihrem politischen Testamente zu machen.... Was man von Ihnen erwartete, beruhte auf keiner unbescheidenen Zuversicht zu Ihrer staatsmännischen Weisheit, auf keiner Ueberschätzung Ihres Charakters. Niemand versah sich zu Ihnen, daß Sie Preußen eine großartige Politik geben könnten.... Die freudige Genugthuung, mit der Deutschland und Preußen Sie empfing, galt lediglich dem seit lange nicht erlebten Schauspiele, einen *ehrlichen* Mann an der Spitze der Staatsverwaltung zu sehen.... Und dennoch haben Sie die Erwartungen Preußens und Deutschlands getäuscht. Ihre Ministerregierung war keine Neue Aera — sie war blos ein Amendement zur Regierung Manteuffel. Was haben Sie gethan, um der Welt zu beweisen, daß Sie die Gewaltthaten verabscheuen, welche Ihr Vorgänger zum Regierungssystem erhoben hatte? Welche Sühne boten Sie dem preußischen Volke für sein zehn Jahre gehöhntes und geschändetes Recht? Welche Garantie für die Nimmerwiederkehr solcher Zustände? ... Doch es ist nicht zu leugnen, daß unter Ihrem Ministerium Manches in Preußen besser geworden. Um so schlimmer! muß man sagen. In einem Staate, in welchem das lang unterdrückte Recht proklamirt wird, da soll es nicht *besser* werden, sondern *gut*, d. h. *anders*, weil es eben kein Mittelding, keinen neutralen Boden, kein Kompromiß geben darf zwischen Recht und Unrecht. Sie haben hie und da Mißbräuche beseitigt, nicht den Mißbrauch, nicht die Missethäter. Unter Manteuffel wurde das Böse verübt aus ministerieller *Willkür*, unter Schwerin das Gute, konsequenz- und prinzipslos, aus ministeriellem *Gutdünkel*....“ Wir müssen abbrechen, so brennend die Farben sind, mit denen Ludwig Walesrode vor dreißig Jahren die preußische Militär- und Polizeiwirthschaft — von heute geschildert hat. Schon aus den wenigen Sätzen, die wir wiedergegeben haben, springt die unheimliche Aehnlichkeit zwischen der Neuen Aera und dem Neuen Kurse in die Augen, mit dem einen kleinen Unterschiede, daß Graf Schwerin dem beredten Kritiker seines Systems keinen Injurienprozeß an den Hals gehängt hat.

In diesem zarten Punkte stellt das System Caprivi nicht einmal mehr ein Amendement zum System Bismarck, sondern übernimmt es mit Haut und Haaren. Ein wenig früh, wie wir sagten, oder auch, wie Graf Schwerin am Ende gesagt hätte: ein wenig spät. Er verschmähte es, von den Gerichten zum Abschiede die Anerkennung zu erlangen, die er von der Geschichte zu erlangen nicht fähig gewesen war, und darin bewährte er sich noch als ein für preußische Verhältnisse außerordentlich erleuchteter Staatsmann.

Was wollen die „Modernen“ in der Literatur?

Von einem Modernen.

Als im Anfang der achtziger Jahre in ersten unscheinbaren Anfängen eine revoltirende Bewegung in der deutschen Literatur sich bemerkbar machte, zeigte sich natürlich zugleich die unvermeidliche Begleiterscheinung jeder Revolution und Reaktion, die Maßlosigkeit der Heißsporne. Ohne jenes Plus von leidenschaftlicher Energie, das Uebertreibungen und Maßlosigkeiten erzeugt, vollzieht sich keine bedeutende Umwälzung im Leben der Völker und der Menschheit; es ist

die alte Weisheit, daß man einen krummen Stab nach der anderen Seite biegen muß, wenn man ihn geradebiegen will. Nicht aber der schlaue krämerische Grundsatz, daß man das Doppelte verlangen müsse, um das Einfache zu erlangen, ist es, der die Forderungen heißköpfiger Revolutionäre überspannt, sondern es ist der naive, einseitig-große, feurige Haß gegen das Veraltete und die naive, einseitig-große feurige Liebe für das in Begeisterung angeschaute neue Ideal. Nicht die unerfreulichsten Blätter der Geschichte sind es, auf denen jener Haß und jene Liebe sich mit flammenden Lettern eingezeichnet haben, und nicht immer die erfreulichsten sind es, auf denen die „wohlerwägende“ und „rechnungtragende“ Mittelmäßigkeit mit sauberen Ziffern ihre Handelserfolge verzeichnet.

Man kennt das schöne Witzwort von der Hekatombe des Pythagoras. Als Pythagoras seinen berühmten Lehrsatz gefunden hatte, opferte er den Göttern hundert Ochsen. Seitdem zittern alle Ochsen, wenn eine neue Wahrheit ans Licht kommt. Das ist natürlich auch so auf dem Gebiete der Kunst, es ist überhaupt überall so. Daß unsere Literatur sich im Zustande der Stagnation, ja, daß sie sich in einem traurigen Rückgange befinde, das war die bittere Wahrheit, die jene Neuerer aussprachen. Einer unserer hervorragendsten Kunstkenner, ein Mann, auf dessen Urtheil man mit Recht großes Gewicht legt, äußerte vor einiger Zeit im Gespräch mit mir: „Vor zehn Jahren mußte man sich schämen, wenn man mit einem deutschen Buche in der Hand betroffen wurde.“ Das ist natürlich etwas hyperbolisch ausgedrückt, im Wesentlichen aber durchaus zutreffend. Und ungefähr sagten das die Revolutionäre der Literatur zu Anfang der achtziger Jahre auch, nur mit ein wenig anderen, namentlich gröberen Worten. Es war aber kaum Jemand da, der die oft recht ungenießbare Hülle der neuen Kunstprinzipien von diesen trennte; aber den Unsinn, von dem viele der sogenannten „Jüngeren“ allerdings ein hübsches Quantum produzirten, tischte man in den Zeitungen auf zum Gaudium all derer, die sich über nichts so innerlich freuen können, als wenn es mit einer neuen Idee wieder einmal nichts ist und also der fällige Schein, auf dem ihr Debet verzeichnet steht, prolongirt wird. Brachte aber einer der Jüngeren einmal etwas Gutes, Bedeutendes hervor, so wandte man jenes unfehlbare Mittel an, mit dem man auch das Herrlichste und Schönste unterdrücken und ersticken kann: man schwieg es todt.

Die Literaturreformer der achtziger Jahre, gewöhnlich die Jungen, Jüngsten, Jung-Deutschland, von guten Freunden auch wohl Grün-Deutschland genannt, waren zunächst nicht in hervorragendem Maße produktiv; sie beschränkten sich mehr oder weniger auf allgemeine ästhetisch-kritische Erörterungen. Natürlich entging ihren Gegnern diese schwache Seite nicht. Man forderte die Jungen auf, doch einmal hinter der sicheren Schutzwehr fester und steifer Behauptungen und billiger Theorien herauszutreten und sich mit einer künstlerischen That auf den Plan zu wagen, an einer imponirenden Schöpfung zu zeigen, was man sich unter der „neuen Richtung“ denn eigentlich denke. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Jungen auf diese Herausforderung die Antwort zunächst in fast allen Fällen schuldig blieben. Was sie hervorbrachten, zeugte zwar oft von mehr als gewöhnlichem Talent, war aber doch nicht gewaltig genug, um ein machtvoll-zwingendes Zeugniß abzulegen für die neue literarische Heilslehre. Noch ein Anderes kam hinzu, was die Jungdeutschen hinderte, schnell in einen guten Kredit zu kommen. Jede Revolution ist zunächst Reaktion; auch die „Neueren“ reagirten, und zwar gegen die Alten, gegen die anerkannten Sterne des Literaturhimmels, gegen die Götzen des literarischen Marktes. Es wurde Sturm gelaufen zunächst gegen die gröber zugehauenen Heiligen der Familienblätter, gegen die Marlitt und ihre fruchtbaren

Schwestern, dann gegen die künstlicher geschnitzten Hermen Georg Ebers, Felix Dahn, Fr. Bodenstedt, Julius Wolff und andere milchhaarige Poeten. Dabei stieß man dann auch wohl zuweilen auf ganz reputirliche, verdienstliche Heilige, die sich nicht so leicht vom Sockel werfen ließen, und erbost warf man alsdann mit Steinen oder wohl gar mit Koth. Es darf unverhohlen zugestanden werden, daß sich unter diesen Jüngstdeutschen viele windige, hohlköpfige und unfläthige Gesellen fanden, die im ganz berechtigten Bewußtsein ihrer künstlerischen Nichtsnutzigkeit mit den Talenten ihrer Lunge und ihres Mundwerks wucherten.

Man kennt eine Art von Menschen, die bei öffentlichen Schauspielen plötzlich im Volksgedränge auftaucht, sich mit den Ellenbogen einen Weg zu den besten Plätzen bahnt und dann, von anständigen Leuten auf ältere und redlich erworbene Rechte aufmerksam gemacht, mit irgend einer verblüffenden Unverschämtheit antwortet. Man nennt das „sich eine Stellung erobern"; auch in der Literatur nennt man es so. Und es giebt Lungen von so gewaltiger Kraft und Sprechwerkzeuge von so erstaunlicher Elastizität, daß sie für eine ganze Lebenszeit ausreichen. Das Ende dieser Berühmtheiten freilich konstatirt der Arzt auf dem Todtenschein; Dank einem weisen Naturgesetze ist auch den leistungsfähigsten Lungen und den ausgedehntesten Sprechwerkzeugen Unsterblichkeit nicht verliehen. Manchen Vertretern dieser anmuthigen Spezies unter den „Neueren" gelang es, sich Jahre lang dadurch staunende und verblüffte Zuhörer zu schaffen, daß sie mit der Heiterkeit eines unbesorgten Gewissens auf Alles schimpften, was nicht von heute war; das gewann ihnen aber die Herzen der vornehmer angelegten Naturen natürlich nicht. So berechtigt im Ganzen eine scharfe Kritik von überschätzten Literaturgrößen wie Paul Heyse, Friedrich Spielhagen und Gottfried Keller sein mochte, so widerwärtig mußten die end- und maßlosen, rüden Ausfälle gegen diese Männer berühren, die immerhin in künstlerischer Beziehung weit mehr geleistet hatten, als dem Verständniß dieser Maulhelden zugänglich war.

Die Flegeljahre der „neuen Richtung" scheinen heute glücklich überwunden zu sein und, was vor Allem erfreulich ist: die Zeit der ernsthaften und Achtung erzwingenden Leistungen hat begonnen. Ich will übrigens hier nachträglich darauf hinweisen, daß eine neue geistige Strömung immer zunächst mehr kritisch als produktiv ist, und daß es eine sehr billige und doch höchst unbillige Art der Opposition ist, jedem Vertreter einer neuen Idee mit der Forderung vor die Brust zu springen, er solle das Getadelte selbst und zwar schleunigst besser machen. Die Gabe der Kritik und die Gabe der Schaffenskraft sind fast immer auf verschiedene Menschen und auf verschiedene Epochen vertheilt. Darum ist es auch z. B. ein so schlechter Einwand gegen die Sozialdemokratie, daß sie Utopien anstrebe. „Alle Ideale sind Utopien", sagt Renan, und alle Ideale sind von den „praktischen Leuten", die daran zu erkennen sind, daß sie sich immer selbst als solche bezeichnen, als unrealisirbar hingestellt worden. Als der liebe Gott seinen Knecht Moses aufforderte, die Juden aus Aegypten zu führen, da suchte Moses ihn mit allen Gründen davon zu überzeugen, daß diese Idee unrealisirbar sei. Aber der liebe Gott ließ sich nicht irre machen; er hatte eben einen weiteren Blick und war überhaupt eine genialere Natur als Moses.

Man verzeihe diese zur Sache gehörende Abschweifung, nach der ich nun auch sofort zur Beantwortung der Frage kommen werde: „Was wollen die ‚Modernen' in der Literatur?"

Wir werden uns zu fragen haben: Was erstreben die „Modernen" mit Rücksicht auf den Inhalt des dichterischen Kunstwerks, was erstreben sie mit Rücksicht auf dessen Form?

Man braucht mir hier nicht einzuwerfen, daß man dem Kunstwerk nicht die Form abziehen könne, wie der Wurst die Haut; denn ich weiß das selber. Ich werde mir das bei den folgenden Ausführungen auch gegenwärtig halten. In der Kunst ist jede Stofffrage in gewissem Belang auch eine Formfrage und umgekehrt. Aber es giebt Fragen, die ganz vorwiegend den Stoff, den Inhalt betreffen, und es giebt solche, die ganz vorwiegend die Form angehen. An den Mystizismus eines nothwendigen Zusammenhanges zwischen Stoff und Form, an das Dogma, daß jeder Stoff seine ihm allein adäquate Form habe, wie es die Romantiker, allen voran Fr. Schlegel, dozirten, glaubt kein Mensch mehr. Aber kommt denn der Inhalt überhaupt in Betracht? Ist nicht beim Kunstwerk die Form alles und der Inhalt nichts? Eine beträchtliche Gruppe der Neueren ist fanatisch formalistisch und der Ansicht, daß die Wahl des Stoffes vollkommen gleichgiltig sei, daß es einzig auf seine künstlerische Behandlung ankomme. Einer meiner Freunde, ein vorzüglicher Lyriker, und mit ihm manche ästhetische Gesinnungsgenossen möchten in helle Verzweiflung gerathen, wenn ihre Leser ihnen immer wieder mit der lernbegierigen Frage kommen: „Was wollen Sie damit sagen?“ Diese Leser wollen in jedem Gedicht, in jeder Novelle, in jedem Drama einen runden, blanken, glatt herausschälbaren Gedankenkern, eine Lehre, eine Moral, einen Merksatz finden, etwa wie in einer Gellert'schen Fabel. Gellert'sche Fabeln geben immer ein rundes Fazit, dafür haben sie aber auch trotz mancher geistreichen und witzigen Feinheiten das keineswegs berauschende Parfüm eines Schulrechenbuchs. Auch Rechenaufgaben können geistreich und fein, ja sogar witzig sein; aber sie sind deshalb noch keine poetischen Meisterwerke. Die Forderung einer gedanklichen Pointe bei Allem und Jedem, was der Dichter uns bietet, kann sich zu einer unerträglichen Pedanterie steigern. Es giebt Leute, die durchaus aus jedem Gedicht einen Knallbonbon machen müssen, der einen wohlweisen Spruch enthält. Ich entsinne mich noch immer mit Vergnügen der Szene, wie einer unserer bedeutendsten modernen Dichter mir erzählte: „Denken Sie sich, man hat in meinem Gedicht eine tiefsinnige Allegorie gefunden! Ach — und ich armes Schaf — daran hab' ich ja gar nicht gedacht.“ Ein Poet, dessen größte Stärke vielleicht eine üppig blühende, kraftvolle Phantasie und eine überwältigend anschauliche, wunderbar plastische Wiedergabe des in der Einbildung Gesehenen ist, malt uns etwa mit zwingender, sinnlicher Deutlichkeit ein Stück Herbsthimmel, eine Heide im Nebel oder im Sonnenbrand, eine Weide mit Kühen, oder er schwingt sich gar zum Sirius, zum Aldebaran hinauf und zaubert mit den Farben eines Böcklin die träumend geschauten Gefilde dieser Sterne vor unseren Blick. Wollen wir etwa nicht genießen, wollen wir nicht genießend uns freuen? Wollen wir etwa den Dichter fragen: Was können wir aus Deiner Landschaft auf dem Aldebaran für unseren Hausbedarf lernen? Oder wollen wir ihm etwa, wenn er über die im Mondlicht flimmernden Grabsteine phantasie-entstiegene Gespenster huschen läßt — wollen wir ihm etwa freundlichst die Hand drücken dafür, daß er so wirksam Propaganda mache für die Feuerbestattung? Oder wollen wir ihm gar ins Konzept fahren mit der Drohung, ihn beim Innungsmeister verklagen zu wollen, weil er dem Maler ins Handwerk pfusche, weil er die Grenzen zwischen Malerei und Poesie verkenne? Was ein Künstler schaffen *kann*, das *darf* er schaffen, und man kann mit Variirung eines Voltaire'schen Wortes vom Dichter sagen: Alle Kunstgattungen sind ihm erlaubt, ausgenommen die, von denen er nichts versteht. Die Zeiten der Zunft sollten auch für den Dichter vorüber sein und man sollte ihn nicht mit der banalen Mahnung belästigen, er dürfe keine Ballschuhe machen, weil er nur die Berechtigung für Reitstiefel habe.

Man halte sich überzeugt: hätte Lessing statt des langweiligen Herrn von Haller mit seiner Herbariumpoesie unsere neueren und neuesten Schilderer mit ihrer gerade im Punkte des sinnlich prägnanten Ausdrucks erheblich vorgeschrittenen Technik vor Augen gehabt, er hätte die Erlaubniß zu poetischen Schilderungen nicht auf Homer und dessen Nachahmer beschränkt, er hätte nicht die dringende Forderung gestellt, das Nebeneinander in ein Nacheinander, das Sein in ein Geschehen aufzulösen, eine Forderung, die doch nur auf ein schickliches und unauffälliges Unterbringen, auf Vertheilen und Verbergen der gefürchteten Beschreibung hinauskommt, sondern er hätte eine innige Verquickung der zu schildernden Erscheinung mit ihrem seelischen Reflex verlangt; denn erst diese innige Vermählung der Erscheinung mit der im Dichter durch die Erscheinung erzeugten Stimmung macht die Schilderung anschaulich und erhebt das eingebildete Sehen zu einem intensiven Kunstgenuß.

Allerdings werden solche Schöpfungen zunächst kein großes Publikum finden. Einen großen Gedanken erfassen, sich von ihm erheben, sich von ihm fortreißen zu lassen durch den Flügelschlag begeisterter Rhythmen: dazu sind zwar bei Weitem nicht alle Menschen fähig; aber Schiller's Gedichte haben doch ein großes Publikum, auch wenn man von den großen Kindern absieht, die nur an dem rhythmischen Pathos seiner Verse ein sinnliches Vergnügen haben. Die Stimmungen, die aus Handlungen und Gedanken fließen, mit Handlungen und Gedanken sich verknüpfen, kurz: die Stimmungen der bewegten Welt kennt selbst das weniger kultivirte, ja rohere Innenleben. Aber für die Stimmung des Seins (wenn ich so sagen darf), für die Stimmung der ruhenden Erscheinung und für ihre stillen, seligen Freuden sind nur Wenige empfänglich. Nur Wenige finden im Wipfelgewirr eines Baumes etwas wie eine Stunde des Glücks, in ziehenden Nebeln über der Wiese etwas wie verzehrende Sehnsucht, auf dem goldenen Kamm einer Wolke etwas wie ewigen Sonntag. Nur Wenige giebt es, die Jahre lang denselben einförmigen Heckenweg zu ihrem Spaziergang wählen; sie sind raffinirte Genüßlinge: sie wollen immer Neues finden und empfinden, und ihnen bietet sich wirklich immer Neues dar. Diese Menschen wissen, daß der Genuß landschaftlicher Schönheit und der Naturgenuß zwei verschiedene Dinge sind; sie bedauern den, der da meint, er müsse in die Alpen und nach Italien reisen, um die Natur zu genießen, und sie lesen Dichtungen selbst auf die Gefahr hin, daß sie keinen Gedankenkern enthalten. Und solchen Dichtungen das Heimathsrecht in der Literatur zu erstreiten, ist u. A. ein Bestreben der „Modernen", wobei nicht verschwiegen werden soll, daß allerdings schon ein älterer Moderner, eine gewisse Weimarische Exzellenz nämlich, eine große Anzahl solcher, nebenbei bemerkt, nicht übel gerathener Gedichte verfaßte.

Freilich sind manche unserer Neueren schon bei diesem Bestreben in das andere Extrem verfallen: sie sehen in jedem Dichter, der über Gedanken verfügt, einen klapperdürren Dozenten oder möchten ihn wenigstens als solchen hinstellen. Der Vater dieses Gedankens ist gewöhnlich der Wunsch, die mit Denkkraft gesegneten Poeten möchten ebensolche Nichtse sein wie sie selbst, und da dieser Gedanke ein einziges Kind ist, so wird er besonders gehätschelt. Das Absurde dieser Meinung bedarf keiner langen Erörterung. Wenn auch der herrlichste Gedanke an sich niemals ein Kunstwerk sein kann, vielmehr schon im Entstehen mit seiner Form zum organischen Ganzen des Kunstwerks erwachsen muß, so ist doch eben der Gedanke der höchste Vorwurf, der eigentliche Stoff der Dichtkunst. Das Mittel dieser Kunst ist die Sprache, und was drückte denn auch die Sprache

Anderes aus als Urtheile, als Gedanken? Auch die Stimmung ist ja nichts Anderes als ein embryonales Urtheil, ein keimender Gedanke.* Und auch der gedankenfeindlichste Poet kann, so lange er sich der menschlichen Sprache bedient, schlechterdings nicht umhin, Gedanken auszusprechen, so genant ihm das auch sein mag. Es ist aber ganz allein seine Sache, wenn diese Gedanken ledern und ungenießbar sind, und die Gedanken können durchaus nichts dafür, wenn sie der selige Noah schon vor seinem Einzug in die Arche gehabt hat. Ein großes dichterisches Können kann niemals würdiger verwandt werden als an einen großen Gedanken. Das weiß und fühlt auch jeder Dichter von Bedeutung. Aber die Halb- und Vierteltalentchen wissen das nicht, weil sie eben nicht erfahren haben, daß ein großer Gedanke eine gewaltige kunstschöpferische Kraft ausströmt. Ein

* Stimmung ist die Gesammtwirkung mehrerer, meistens zahlreicher gleichzeitig im Bewußtsein zusammentreffender Empfindungen oder Vorstellungen. Immer, wenn eine größere Zahl von Empfindungen oder Vorstellungen mit geringer, aber ungefähr gleichmäßiger Deutlichkeit in unserem Bewußtsein gegenwärtig ist, entsteht Stimmung. Bekanntlich hat jedes Stückchen Welt seine Stimmung, jede Landschaft, jede Stube, jeder Hühnerstall, jede Rumpelkammer. Wenn ich in meiner Stube die Stühle anders stelle, ist die Stimmung verändert. Selbst eine kahle Wand hat verschiedene Stimmungen, je nachdem sie halb oder viertel von der Sonne beschienen wird. Sobald *eine* Vorstellung zur vollen Klarheit erhoben wird, verdunkeln sich alle anderen, und die Stimmung ist vorbei. Wenn wir verhindern wollen, daß irgend eine der Vorstellungen klar werde, wenn wir vielmehr die Gesammtwirkung *aller* Vorstellungen als Stimmung erhalten resp. diese Gesammtwirkung erst erzeugen wollen, pflegen wir uns bewußt in eine Art rezeptiver Passivität zu versetzen, die sich zuweilen auch äußerlich in ruhender Stellung des Körpers, Hintenüberneigen des Kopfes, theilweisem Schließen der Lider ꝛc. äußert. Und wenn einmal (wenigstens annähernd) dieselben Empfindungen oder Vorstellungen in derselben Gruppirung und Abtönung in meinem Bewußtsein zusammentreffen, dann habe ich Stimmungserinnerungen, jene dem stillen Selbstbeobachter bekannten Momente, in denen man sich sagt: „Ganz genau denselben Eindruck hat schon einmal eine Umgebung auf dich gemacht; in genau derselben Stimmung hast du einmal irgend etwas gesagt oder gethan“ (unter Umständen reproduzirt man sogar mit Hilfe der Stimmung die betreffenden Worte oder Handlungen). Bekanntlich sind wir bei jedem Seelenphänomen sowohl rezeptiv als produktiv. Der produktive Theil der Stimmung ist nun nichts Anderes als die fortwährende abstrahirende Thätigkeit unserer Seele, das unablässige Bestreben in uns, alle, auch die heterogensten Dinge, „unter einen Hut“, will sagen unter einen Begriff zu bringen. Urtheile, und am letzten Ende: Begriffe bilden ist die eine, große Sehnsucht unserer Seele. Auch die reine Stimmung ist also wie alle Poesie: Betrachtung eines Weltausschnittes unter höheren Gesichtspunkten. Bei der unendlichen Zahl der möglichen Stimmungen ist es nun selbstverständlich ausgeschlossen, daß sich alle zu Urtheilen oder gar Begriffen verdichtet hätten und daß man alle benennen könnte. Und wo sie sich in Urtheile oder Begriffe fassen lassen, da fallen diese natürlich höchst allgemein und roh aus; sie enthalten nur die allergröbsten, vielen Stimmungen gemeinsamen Merkmale. Darum kann der Dichterling, der Stimmungen aufzählt, benennt und beschreibt, der sie aber nicht von Neuem *erzeugt*, keine künstlerische Wirkung ausüben. Die Stimmung wiedererzeugen aber, d. h. die charakteristischen, wesentlichen Vorstellungen in möglichster Kürze, in richtiger Abstufung in uns reproduziren, so daß wir die Stimmung einer angeschauten Wirklichkeit zu genießen vermeinen, dabei das Unwesentliche und Stimmungsfremde sauber trennen vom Wesentlichen und Stimmungseigenen: das Alles ist ein ausgesprochen *intellektuelles* Geschäft; das Gefühl wirkt nur unterstützend, die produktive Energie erhaltend, steigernd; aber es ist nicht selbst produktiv. Freilich ist bei jenem intellektuellen Geschäft das Unbewußte, die „Intuition“ sehr stark betheiligt, gerade so stark wie beim — — Denken. Auch die Stimmungsdichter müssen intelligente Leute sein, und Goethe und Uhland wären nicht so große Lyriker geworden, wenn sie „so dumm gewesen wären wie Heldentenöre“.

kleines Feuer bläst der scharfe Wind der Gedanken aus, und es mag wohl öfter vorkommen, daß ein starker Verstand ein schwaches Talent erdrückt. Aber ein hinreichendes Feuer in unserem Innern entfacht der Sturm der Gedanken zur hoch auflodernden, geschäftigen Gluth der Esse, in der das Kunstwerk geschmiedet wird mit wuchtiger Kraft, unter hellen Klängen und sprühenden Funken.

Da also der Inhalt doch nichts so Gleichgiltiges am Kunstwerk ist, werden wir uns ein wenig mit ihm befassen dürfen. Gerade mit Rücksicht auf den Stoff der Dichtung stellen viele Realisten und Naturalisten ihre radikalsten Forderungen auf, und auf diesem Gebiete werden sie am entschiedensten bekämpft.

Am häufigsten müssen sie den Vorwurf hören, daß sie nur die Nachtseiten des Menschen und der menschlichen Gesellschaft, nur das Düstere, Häßliche, Widerwärtige, ja Ekelhafte darstellten oder doch bei solchen Stoffen mit besonderem Behagen verweilten. Als ihr Meister und Führer auf diesem Gebiete wird dann Zola hingestellt und der ganzen Bewegung die menschenfreundliche Absicht insinuirt, den Sinn für alles „Schöne, Gute, Ideale" zu untergraben und den Triumph einer frechen Sinnlichkeit, überhaupt einer möglichst gründlichen und Alles umfassenden Gemeinheit einzuleiten.

Man darf unbedenklich zugeben, daß eine große Zahl moderner Schriftsteller thatsächlich die düsteren und widerwärtigen Stoffe über alle Gebühr, ja zum Theil ausschließlich in den Vordergrund stellt und daß in dieser Hinsicht grobe literarische Sünden begangen worden sind und noch begangen werden. Selbstverständlich rede ich hier nur von solchen Dichtern und Schriftstellern, deren mehr oder minder unreife und ungenießbare Produkte doch einer redlichen künstlerischen Absicht entsprungen sind. Die Leute, die sogenannte „pikante" Stoffe behandeln, um Geld in ihren Beutel zu bringen, gehören sammt ihren Verlegern und Verkäufern nicht in die Literatur und können uns hier also nicht beschäftigen. Jene ehrlichen Fanatiker der Trübsal und Finsterniß aber, jene unermüdlichen Forscher nach menschlicher Kleinheit, Erbärmlichkeit und Verworfenheit sind gelehrige Schüler ihrer abgöttisch verehrten Propheten Schopenhauer und Nietzsche.

Unmöglich darf ich meine Leser durch einen Exkurs über diese beiden Philosophen ermüden; aber einige Worte muß ich wenigstens über den Letztgenannten verlieren, zu dem eine beträchtliche Anzahl der Modernen, namentlich soweit sie Kritiker und Theoretiker sind, wie zu einem literarischen Messias emporblicken. Trotzdem Nietzsche auf Schopenhauer mit ziemlicher Geringschätzung herabsieht — für Nietzsche hat es ja überhaupt bis jetzt kaum mehr als ein halbes Dutzend bedeutender Menschen gegeben — berührt er sich doch in vielen praktischen Konsequenzen seiner Philosophie auf das Innigste mit dem Frankfurter Pessimisten. Beide sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß es einige wenige — sehr wenige — Elitemenschen giebt, daß die übrige ungeheure Menge nur auf den Rang von dummen und blinden Herdenthieren Anspruch machen kann und daß das einzig Erfreuliche und Ersprießliche, was jene Elitemenschen auf dieser miserablen Welt aufstellen können, darin besteht, sich selbst zu genießen, sich an der eigenen, einsamen Genialität und sittlichen Vornehmheit zu erfreuen. Die beiden Männer unterscheiden sich freilich auf das Schärfste dadurch, daß Schopenhauer ein konsequenter Denker ist, während Nietzsche die methodischen und vermeintlich konsequenten Denker verhöhnt, sich gleich darauf selbst auf das Schließen und Folgern verlegt und dabei kläglich Fiasko macht. Er ist kein Denker; er hat nur Einfälle. Köstliche, wunderbare Einfälle oft. Einfälle von großartiger Genialität, von durchbohrendem psychologischem Tiefblick, und wo er nicht abstrus

und konfus wird, giebt er diese Einfälle in herrlicher Sprache; seine Aphorismen sind zum großen Theile Meisterwerke des Stils. Er und Schopenhauer sind überhaupt ein Paar Geister, die zu beurtheilen ein fader, schnellfertiger Optimismus sich nicht immer wieder erdreisten sollte. Den Leuten ist es ernst gewesen um ihre Kopfarbeit, und sie sind dem Wahlspruch des einen von ihnen: Vitam impendere vero unter inneren Kämpfen gefolgt, von denen der Optimismus der gesegneten Mahlzeiten sich nichts träumen läßt. Aber die Philosopheme Nietzsche's als eine Philosophie akzeptiren und in seinem grellsten Wahnwitz Methode finden zu wollen: das freilich konnte nur eine Art von Geistern unternehmen, deren selbständige Kraft sich auf ein bescheidenstes Minimum beschränkt. Von jener vorerwähnten großen Ungleichheit der Menschen ausgehend, bezeichnet es Nietzsche bekanntlich als eine ungeheure Ungerechtigkeit, als eine bodenlose Tyrannei gegen den besten Theil der Menschheit, als einen Ausfluß stumpfsinniger Demokratisirungswuth, wenn man an alle Menschen den Maßstab einer Moral lege, alle Menschen denselben sittlichen Gesetzen unterwerfe. Das Hauptcharakteristikum seiner Weltanschauung ist der verwegenste Aristokratismus. Wie es Herrennaturen und Sklavennaturen giebt, so giebt es eine Herren- und eine Sklavenmoral. Diese, die Moral der Schwachen, Elenden, Leidenden, Unterdrückten, die als höchste Tugenden die allgemeine Nächstenliebe, das Mitleid, das Erbarmen, die Hilfsbereitschaft, die Demuth preist, ist darauf angelegt, das schlechte Menschenmaterial nach Kräften zu stützen und zu erhalten gegenüber der souveränen Gewalt der Herrennaturen. Und diese Sklavenmoral mit ihrem Gut und Böse wolle man den Kraftmenschen, den Vollmenschen, den Herrenmenschen aufzwingen, um sie herabzuziehen zum allgemeinen Mittelmaß oder Krüppeldasein. Jene Herrenmenschen aber hätten das Bestreben und auch den heiligen Beruf, in sich selbst die Blüthe der Menschheit zu erhalten und ihre kraftvollen Begierden und Leidenschaften nicht einzwängen zu lassen in das Prokrustesbett einer allgemein giltigen Moral. Die Absolutheit der Moral bekämpft Nietzsche mit nie rastendem, erbittertem Eifer; „gut" und „böse" seien relative Begriffe; was der freien Entfaltung der besten Menschenexemplare, der Herrennaturen diene, das sei gut, was das schlechte, werthlose Menschenmaterial zu erhalten bezwecke, sei schlecht. Und in diesem Sinne seien die moralischen Begriffe umzumünzen oder, wie er sich ausdrückt, umzuwerthen. Die schlechtere Menschensorte sei dazu da, von der edleren gebraucht und verbraucht zu werden. Es ist durchaus keine Vergröberung, kein plumper Mißverstand, sondern eine vollkommen folgerichtige Ergänzung von Nietzsche's philosophischer Mosaik, wenn man an das Ende seiner Ethik eine Verherrlichung des Verbrechens setzt, nicht zwar des schleichenden, lauernden, heimlichen Verbrechens, sondern des offenen, brutalen, souveränen Verbrechens. Nun ist es aber ungemein interessant, zu beobachten, wie unser berserkernder Philosophus vor dieser Konsequenz mit einem Male abschnappt. Das Verbrechen verabscheut er, und mit maßlosem Hohn überschüttet er gerade die, die einer milderen, menschlichen Auffassung von Verbrechen und Verbrechern das Wort reden. Wie also übt denn nun der Elitemensch seine Herrenrechte aus? Was charakterisirt überhaupt den Kraftmenschen? Das erfahren wir nicht. Wohl redet der geniale philosophische Schriftsteller ein Langes und Breites von einer Scham, die den Herrenmenschen kennzeichne, von einer hypersensitiven, mimosenhaften Dezenz des Seelenlebens, die eine grenzenlose Scheu empfindet, sich mit Gemeinerem gemein zu machen und ihre einzige Zuflucht vor der plumpen, zudringlichen Welt in der Einsamkeit findet. Der titanische Kraftmensch schrumpft also plötzlich zusammen zum

überzarten Sonnentaugewächs; aber eine klare Vorstellung empfangen wir überhaupt nicht. Die Philosophie Nietzsche's läuft auf eine bis ins Endlose fortgesetzte psychologische Selbstzerfaserung hinaus, bei der uns zwar oft abgründige Tiefen der menschlichen Seele aufgedeckt werden, in der man aber eben so oft mit heimlichem Schauder die Minirarbeit des Wahnsinns erkennt. Wohl selten hat sich in den Werken eines Schriftstellers so deutlich die Katastrophe seines Seelenlebens angezeigt wie in denjenigen Nietzsche's.

Der Flügel der Hoffnung ist es, der uns über Kleinheiten und Kümmernisse der Außen- und Innenwelt hinwegträgt zu neuen Thaten und Gedanken. Schopenhauer und Nietzsche hatten keine Hoffnung, aus dem Meer des Irrthums und der Schlechtigkeit, von dem sie sich umgeben wähnten, aufzutauchen. Sie sahen keinen Ausgang aus der Welt ihres Zeitalters, und diese war ihnen ein Gefängniß. Schopenhauer untersuchte mit kaltblütiger Ruhe die Riegel und Gitterstäbe dieses Gefängnisses, verwarf mit beißendem Spott die Hoffnung auf ein Entkommen und zog sich resignirt in die Einsamkeit seiner Zelle zurück, um der stillen Freude an seinen Gedanken zu leben. Nietzsche rüttelt an den eisernen Stäben mit dem leidenschaftlichen Ungestüm des Kraftmenschen; er will hinaus um jeden Preis; er will das Gefängniß dieser Welt zertrümmern durch eine gewaltsame Moral — und er sinkt kraftlos zurück in die Ohnmacht des einsam brütenden Wahnsinns.

Und an ihren Leiden und ihren Gedanken nahm eine große Zahl ihrer Zeitgenossen theil, ein Geschlecht, das ohne Hoffnung war wie sie, voll flügellahmer, unproduktiver Skepsis und voll von jener müden Resignation des laissez faire, laissez aller. Der Theil der Gesellschaft, der in Schopenhauer seinen Katzenjammer erlebte, erfuhr in Nietzsche sein Delirium.

Diese beiden Philosophen also sind es, an die sich die Pessimisten unter den modernen Schriftstellern und Dichtern anlehnen. Und wenn sie die Welt und die Menschheit in schwarzen und grauen und schmutzigen Farben malen, so rechtfertigen sie ihre künstlerische Thätigkeit durch den Grundsatz: „Wir bieten in unseren Werken die Wahrheit, und nur die Wahrheit ist schön.“ (Schluß folgt.)

Die politischen Parteien in Frankreich und die letzten Wahlen.

Von **Paul Lafargue.**

III. Die radikale Partei.

Während der Herrschaft der Opportunisten hatte der kapitalistische Weizen geblüht. In allen Produktionszweigen hatte die Großindustrie Eingang gefunden, sie entwickelte sich immer weiter und expropriirte die Handwerker und die kleinen Industriellen ihrer technischen Fertigkeit und ihrer Werkstätten; zu Hunderten und Tausenden pferchte sie die Proletarier in die Fabriken ein und beugte sie unter das harte Joch der kapitalistischen Ausbeutung; der zentralisirte Handel dehnte sich immer mehr aus, verschlang die kleinen Budenbesitzer und verwandelte sie zu Sklaven in den großen Magazinen; der Großgrundbesitz erweiterte sich auf Kosten der Kleinbauern, deren Vorfahren jenen Boden urbar und fruchtbar gemacht hatten, von dem sie nun vertrieben wurden. Der von den Produzenten geschaffene und ersparte gesellschaftliche Reichthum häufte sich in den gierigen und

räuberischen Händen einiger weniger kosmopolitischer Finanzgrößen an. Hatten sich die Kapitalisten auch mit dem gefürchteten republikanischen Regime ausgesöhnt, so wuchsen dafür bei den anderen Klassen die Unzufriedenheit, die Noth und das Elend.

Alle diese Unzufriedenen setzten nun ihre Hoffnung auf die radikale Partei: war nur diese einmal am Ruder, so mußten alle so dringend nothwendig gewordenen sozialen Reformen durchgeführt werden.

Die radikale Partei hatte sich zu bilden begonnen, ehe die Amnestie den Besiegten der Kommune (1880) die Bildung einer sozialistischen Partei gestattet hatte; sie hatte sich geschickt der Arbeiterbewegung bemächtigt, die ihre ersten schüchternen Lebenszeichen nach der Wiener Weltausstellung von 1873 kundgab und kündigte sich nun als die Ausführerin aller Reformen an, welche die Republikaner versprochen und die Opportunisten nicht verwirklicht hatten. Ihre Führer rekrutirten sich aus jenen Männern, die unter dem Kaiserreich durch ihre republikanische Unversöhnlichkeit sich hervorgethan hatten, und aus den Jungen, die unter den Fittigen der „Justice“ eben erst in das politische Leben eingetreten waren.

Clémenceau, der populäre Erwählte des Montmartre, übernahm die Führung der Partei, deren Entwicklung genau derjenigen ihrer jungen Lieutenants glich: nachdem sich diese ihre ersten Lorbeeren in der „Justice“ verdient und unter ihrer Aegide sich eine politische Stellung geschaffen hatten, verließen sie ihren Führer und gingen zu den Opportunisten über, die denn auch die ganze radikale Partei auffangen sollten.

Ihrer ganzen Zusammensetzung und Führung nach konnte die radikale Partei keine Zukunft haben: ohne Verständniß für die Forderungen der Gegenwart hatte sie als einziges Ziel die Verwirklichung eines veralteten Programms, das nichts als einige politische Reformen enthielt; sämmtliche Radikale, von ihrem großen Führer angefangen, bildeten sich nämlich ein, daß die Erreichung einiger bürgerlicher Freiheiten, wie die Preß- und Versammlungsfreiheit, und einiger anderer Reformen, die sich ihnen von selbst trotz der Abneigung ihrer Führer aufdrängten, Alles sei, was man von einer Republik erwarten dürfe.

Daher kann man sich nichts Erbärmlicheres vorstellen, als die radikale Opposition. Clémenceau verschwendete seine Kräfte daran, seine Gegner zur Macht zu bringen, um sie dann zu stürzen; er war es, der Gambetta zwang, die Stellung eines Ministers zu acceptiren, indem er ihm vorwarf, er sei ein „geheimer Diktator“, damit er als Minister seine Unfähigkeit und Ohnmacht zeige. Einem Politiker der opportunistischen Republik spielt man den schlimmsten Streich, wenn man ihn in die Regierung bringt. Gelangt er ins Ministerium, so wird seine erste und wichtigste Beschäftigung die sein, den Konservativen und Reaktionären Anstellungen zu geben und zu beweisen, daß er ein Mann der Ordnung sei, abhold allen Reformen, die den Privilegien der Kapitalistenklasse Abbruch thun könnten. Je radikaler er sich in der Opposition geberdete, desto reaktionärer wird er, sobald er am Ruder ist.

Den Radikalen ging es nun auch so. Der Boulangismus brachte sie in die Regierung. Als Lockroy, Floquet und die Anderen Minister wurden, zeigten sie nicht nur die Unfähigkeit, die politische Krisis zu beenden, zu deren Entstehung sie selbst durch ihre unverbesserlichen Fehler und ihre Unfähigkeit zu Reformen so viel beigetragen hatten, sondern es schien ihnen sogar ein Vergnügen zu machen, die Arbeiter zu enttäuschen, ihnen alle Hoffnungen zu nehmen, welche diese auf den guten Willen der Radikalen gesetzt hatten, ihnen wenigstens den Anschein einer Befriedigung ihrer Forderungen zu gewähren. Mitten in Paris ließ Floquet die strikenden Erdarbeiter ebenso ungesetzlich auseinanderjagen, wie es Ferry im entlegensten Winkel der Provinz gethan hatte. Unter seiner Regie-

rung durfte man nicht einmal den Todten ungestört seine Sympathie bezeugen: der Zug der 100 000 Menschen, die Eudes, dem General der Kommune, ruhig das Geleit auf den Friedhof gaben, wurde in rohester Weise von der Polizei angegriffen und zerstreut. Bis dahin hatte sich die radikale Presse die Gunst und das Geld des Publikums zu gewinnen gewußt, indem sie die Gewaltthätigkeiten der Polizei aufdeckte und die Lockspitzel brandmarkte; nun aber, da sie zur Macht gelangt waren, nahmen die Radikalen die Polizisten in Schutz und ermuthigten sie noch, indem sie ihre Mißgriffe unbestraft ließen und Diejenigen belohnten, die den öffentlichen Unwillen erregt hatten. Als festeste Stütze der kapitalistischen Ordnung und ihrer Ministerposten erschien ihnen die Polizei unverletzlich und heilig.

Trotzdem war die Gelegenheit für die Radikalen günstig. Die boulangistische Bewegung hatte eine derartige Verwirrung in den Regierungskreisen angerichtet, daß man nur zu verlangen brauchte, um die größte Bewegungsfreiheit zu erlangen. In diesem kritischen Augenblick gab es nur einen Weg, die allgemeine Begeisterung für den General abzukühlen, diesen selbst in den Hintergrund zu drängen: man mußte offen den Weg der Reformen einschlagen und alles Mögliche zu thun versprechen, um die allgemeine Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Sie hüteten sich indeß wohl davor, denn sie fürchteten, die Kapitalisten könnten mißtrauisch werden; sie dachten nur daran, die boulangistische Bewegung zu unterdrücken und verfügten Gewaltmaßregeln, die sämmtliche aufs Lächerlichste scheiterten. Floquet glaubte als großer Held dazustehen, wenn er sich mit Boulanger duellirte, und als großer politischer Taktiker, wenn er die Kasse der geheimen Fonds leerte und die Unterstützung der Panama- und anderer Finanzgesellschaften annahm, um es dem General in Bezug auf die Wahlausgaben gleich zu thun. Hatte er ihn schon auf dem Kampfplatz gefehlt, so mißlang es ihm auch, ihn in der Wahlschlacht zu besiegen. Nach diesem doppelten Mißerfolg mußte er seinen Platz an Constans abtreten. Noch vor der Abdankung ihres Führers hatten die Radikalen, in der Erkenntniß ihrer Unfähigkeit, mit Boulanger fertig zu werden, sich mit den Opportunisten vereinigt und eine einzige Partei mit ihnen gebildet: Clémenceau und Ferry umarmten einander. Die Radikalen rechneten sich's auch zur Ehre, in den verschiedenen, sogenannten Konzentrationsministerien, die sich von 1889 an folgten, vertreten sein zu dürfen, um die Verantwortlichkeit für die opportunistischen Fehler, Mißgriffe und Verbrechen auf sich zu nehmen. Die radikale Partei war todt.

Die Radikalen sangen, an Servilismus mit den Opportunisten wetteifernd, das Lob Constans', des großen Mannes, des Ueberwinders des schrecklichen Generals, der 1889 so zynisch das allgemeine Stimmrecht korrumpirt hatte, der dieselben Mittel 1893 wieder anwenden wollte, um in die Kammer wieder die ganze Meute der opportunistischen und radikalen Abgeordneten hineinzubringen, die alle in demselben Panama-Kothe wateten.

Millerand war der erste und einzige Radikale, der den Mörder von Fourmies ins Gesicht anzugreifen wagte und ihn in einer öffentlichen Versammlung zu Lille 1891 gelegentlich der Wahl Lafargue's einen Blutsauger nannte.

In Wahlzeiten hatten sich die Radikalen als Sozialisten verkappt, um die Arbeiterstimmen zu gewinnen; 1885 hatten sie sogar, nachdem sie Vaillant und Eudes als revolutionäre Sozialisten von der Kandidatenliste gestrichen hatten, Basly und Camélinat daraufgesetzt, um sich den Wählern als Beschützer der vernünftigen und gemäßigten Arbeiter vorzustellen. Aber kaum waren sie gewählt, als sie schon ihre sozialistischen Masken ablegten und ihren Krieg gegen den Sozialismus wieder aufnahmen. Millerand machte sich von der

weihrauchschwingenden Bande los, die Constans beräucherte, und näherte sich der marxistischen Arbeiterpartei, die Boulangisten und Opportunisten gleichmäßig bekämpft hatte. Millerand war in der letzten Kammer allein oder fast allein, doch war die Bildung einer neuen radikalen Partei ein so allgemeines Begehren, daß er bald eine wohl verdiente Popularität im Lande erlangte, was er mehr seinem anständigen Auftreten und seinen Sympathien für die Sozialisten verdankte, als seinem Programm; in diesem forderte er nichts, als daß man den Finanzmännern die Eisenbahnen, die Bergwerke und die Bank von Frankreich zu Gunsten des Staates nähme.* Dieses Programm ist eigentlich nur dasjenige Gambetta's, um ein Weniges erweitert, und es wird das Schicksal haben, das ihm Lafargue am 19. Februar 1893 in der Kammer vorhersagte: „So lange ihr nicht das Lohnsystem abschafft, werdet ihr den Geldadel nicht treffen und nicht niederwerfen. Er wird immer euer Herr sein. Trotzdem ich mich dem Vorschlag des Herrn Millerand anschließe, muß ich es dennoch unseren Kollegen gegenüber aussprechen, daß er ungenügend ist, daß es sich nicht allein darum handelt, die großen Banken zu bekämpfen, sondern daß man auch die Ausbeutung der arbeitenden Klasse bekämpfen muß. Erst wenn ihr das Lohnsystem abgeschafft habt, erst wenn ihr den Arbeitern Frankreichs alle industriellen Werkzeuge wiedererstattet habt, die sie geschaffen haben, erst wenn ihr ihnen all das Kapital zurückerstattet habt, dann erst könnt ihr die Finanzgrößen beugen."

Die Opportunisten sind aus dem Wahlkampf mit allen ihren Führern hervorgegangen; durch das allgemeine Stimmrecht sind Rouvier, Reinach, Roche und Konsorten für unschuldig erklärt worden, obgleich sie zu den im Panama-Skandal am meisten Blosgestellten gehörten; während die Radikalen, wenn sie auch noch ebenso zahlreich vertreten sind wie in der früheren Kammer, doch ebenso wie die Monarchisten ihre hervorragendsten Führer verloren haben: Clémenceau, Floquet, Maujan. Die Panama-Skandale, welche die Royalisten gegen die Republikaner ausspielten, übten wenigstens bei den Wahlen fast gar keinen Einfluß auf die Departements, während sie aufs Nachhaltigste auf die Pariser wirkten: das zeigte die Niederlage der Radikalen, die im Seine-Departement aufgestellt waren, und die Wahl der Sozialisten und der sozialistischen Radikalen, der Anhänger jener von Millerand eingeschlagenen Richtung. Diese sozialistischen Radikalen, die, nur etwa dreißig an der Zahl, mit Goblet und Millerand gehen, sind dazu bestimmt, der führerlosen radikalen Partei neue Häupter zu geben.

IV. Die sozialistische Partei.

Man hat den Boulangismus mit Recht den Fachverein der Mißvergnügten genannt; er konnte nur dadurch entstehen, daß alle politischen Parteien die Hoffnungen enttäuscht hatten, die man auf sie gesetzt hatte, und daß die noch zu junge sozialistische Partei in Paris und in einigen Provinzen durch innere

* Hier folgt das Programm Millerand's, das er am 19. Februar 1893 der Kammer vorlegte; es trug die Unterschriften von Jaurès, Lafargue, Jourde, Duinay, Baudin, Hovelaque, Boyer: Die Kammer, überzeugt davon, daß das einzige Mittel, die republikanischen Einrichtungen und Gesetze vor der Wiederkehr reaktionärer Störungen zu schützen, in der Durchführung großer politischer und sozialer Reformen besteht, die unumgänglich nothwendig geworden sind, wie: die demokratische Revision der Verfassung von 1875, tiefgehende Veränderungen in der Lage der arbeitenden Klassen in Stadt und Land, in unserer Wirthschaftsgesetzgebung und in unserem Steuersystem, sowie endlich die Zurücknahme des Nationaleigenthums, der Bank von Frankreich, der Bergwerke und der Eisenbahnen von der großen Finanz, geht zur Tagesordnung über! Dieser Antrag hat nur 73 Stimmen auf sich vereinigt.

Streitigkeiten gespalten war und weder Verbreitung besaß, noch jenen Leuten genügte, die nach einer Partei verlangten, die bereit sei, sofort die Regierung zu übernehmen, um zur Verbesserung ihrer Lage irgend welche Reformen durchzuführen. Keiner unter diesen Leuten vermochte recht zu sagen, wie ihm geholfen werden solle, sie litten eben, das war Alles, was sie wußten, und wie wahre Gläubige erwarteten sie den Messias.

Dieser Messias bot sich ihnen nun in Gestalt eines Generals, den der Sieg zwar nicht gekrönt, der aber doch durch seinen Republikanismus in der radikalen Partei und durch verschiedene dem gemeinen Soldaten nützliche Reformen im Lande eine gewisse Volksthümlichkeit gewonnen hatte; denn eben diese Reformen hatten seinen Namen bis in die versteckteften Dörfchen getragen. Die modernen Heere sind eines der ausgedehntesten Mittel, mit dem ganzen Lande in Verbindung zu treten, denn wo die verbreitetste Presse nicht hingelangt, da kommen die Briefe des Soldaten im Dienste hin oder seine Erzählung, wenn er heimkehrt.

Doch seit 1889 macht der Sozialismus, der während der boulangistischen Krise eine Zeit des Stillstandes durchzumachen hatte, Riesenfortschritte. Die verschiedenen Maifeiern, die hirnlose Angst, welche diese internationalen Kundgebungen den herrschenden Klassen einflößen, die fast übernatürlichen Hoffnungen, die sie in den Herzen der Enterbten erwecken, die unaufhörlichen Diskussionen, die sie in der Presse verursachen, die Entfaltung militärischer Macht, die sie nothwendig machen; der Massenmord von Fourmies, der die Entrüstung des ganzen Landes wachrief; die darauffolgende Wahl Lafargue's; die Gemeinderathswahlen von 1892, die den Sozialisten so viele Sitze brachten; der Strike von Carmaux, der die Gefahren zeigte, mit welchen das allgemeine Stimmrecht von den Kapitalisten bedroht war; der Kongreß von Lyon 1891, der der marxistischen Arbeiterpartei ihr Programm für die Gemeindewahlen gab; der Kongreß von Marseille 1892, auf dem zum ersten Mal ein Programm für landwirthschaftliche Reformen aufgestellt wurde, die den wirklichen Landbebauern zu Gute kommen sollten und nicht den Großgrundbesitzern von der Landwirthschaft, die nur die Grundrenten kennen, die sie den ländlichen Arbeitern erpressen, der Panama-Skandal — alle diese Erscheinungen und andere von geringerer Wichtigkeit ließen die sozialistische Partei aus dem Hintergrund hervortreten, in dem sie bis jetzt thätig gewesen war, und ließen sie der Nation als die einzige Partei erscheinen, welche Heilmittel für die Uebel der Gesellschaft vorzuschlagen und anzuwenden wußte und die Hoffnungen erfüllen sollte, die man in die radikale Partei und in Boulanger gesetzt hatte.

Die soziale Frage, die Gambetta zu lösen glaubte, indem er sie verneinte, welche die Opportunisten und Radikalen nicht kannten, welche zu Boulanger's Zeiten in so absurder Gestalt auftrat, heute stellt sie sich in ihrer logischen Form dar und von den sozialistischen Parteien erwartet man die Lösung.

Zu den Sozialisten wendet sich Stadt und Land, und wenn sie bei den letzten Wahlen nicht mehr Sitze eroberten, so muß man dies zunächst dem Umstand zuschreiben, daß ihre Zahl für die Propaganda und den Wahlkampf noch eine zu geringe ist.*

* Die Anarchisten, deren Dummheit noch größer ist als ihre Gemeinheit, entleeren ihre Verwünschungen, Verleumdungen und Beschimpfungen über dem Haupte der von den Sozialisten gewählten Führer: wenn man ihnen glaubte, so sind nur diese Führer, indem sie die revolutionäre Begeisterung ertödten, daran schuld, daß der anarchistische Kommunismus — zwei Worte, die sich schreiend widersprechen — noch nicht eingerichtet ist

Ueberall verlangte man Kandidaten vom Nationalrath der Arbeiterpartei; man mußte sie von Paris schicken oder sie aus einzelnen Departementsstädten versetzen, wo sie zu sehr in lokale Streitigkeiten verwickelt waren und zu viele persönliche Feindschaften hatten, um daselbst als Kandidaten aufgestellt zu werden. Diese fremden, am Ort ungekannten Kandidaten hatten gegenüber ihren Konkurrenten einen schweren Stand; diese waren meist vom Wahlort gebürtige oder durch ihre ökonomische oder öffentliche Stellung wohlbekannte Leute: trotz dieses Nachtheils sind doch die von Paris oder anderswoher gesandten Kandidaten, wie Duc Quercy in Decazeville, Roussel in Fourmies, Charpentier in St. Etienne entweder gewählt worden oder haben doch eine so starke Minorität erlangt, daß ihre Gegner in die Stichwahl kamen.

Die marxistische Arbeiterpartei hatte allein 91 Kandidaten in 31 verschiedenen Departements aufgestellt. Sie vereinigte auf deren Namen 246 000 Stimmen; beim ersten Wahlgang eroberte sie 4 Sitze und erlangte 17 aussichtsvolle Stichwahlen, im zweiten gewann sie weitere 8 Sitze. Ohne die Perfidie der Opportunisten wären noch mehr gewählt worden: um Lafargue's Wiederwahl zu verhindern, hatte die Regierung seinen früheren Wahlbezirk um sechzehn ländliche Distrikte vermehrt, die seinem klerikalen Gegner die Majorität verschafften; trotzdem erlangte er diese erst beim zweiten Gang und da erst dank den opportunistischen Republikanern, die lieber für einen Monarchisten als für einen Sozialisten stimmten. In Narbonne, Cambrai, Pas de Calais, le Tarn, l'Aveyron ꝛc. mußten die Herren Republikaner und opportunistischen Freidenker gemeinsame Sache mit den Katholiken und Royalisten machen, um Ferroul, Marliot, Delcluze, Serre, Duc Quercy ꝛc. zu schlagen.

Alle sozialistischen Parteien zusammengenommen haben mehr als 600 000 Stimmen auf sich vereinigt und 30 Deputirte durchgebracht, unter denen mancher wohlbekannte Name, wie Guesde, Vaillant, Jourde, Baudin, Chauvin ꝛc. Diese werden nicht nur in der Kammer thätig sein, sondern die Entwicklung des Sozialismus im Lande mächtig fördern, und dadurch die Wahlen von 1898 vorbereiten, die dem Sozialismus Gelegenheit geben werden, seine Kraft voll zu entfalten.

Was für die Wahlen von 1893 besonders charakteristisch ist, ist die Stimmenzahl, welche die Sozialisten zum erstenmal in jenen ländlichen Bezirken erreichten, in welche nach den Behauptungen der tiefsinnigen kapitalistischen Politiker der Sozialismus nie vordringen konnte, und der Sieg der Sozialisten in Paris, der festen Burg des Radikalismus. Die bekanntesten radikalen Führer wie Floquet, Maujan, Mathé, Pichon u. A. sind durch gänzlich Unbekannte, durch Arbeiter ersetzt worden.

Nach dem Panama-Skandal glaubten die Politiker an den Sieg der Sozialisten; ihr schlechtes Gewissen ließ sie ihn noch größer erwarten, sowie ihr geringes Zutrauen in den Bestand der kapitalistischen Herrschaft ihnen schon bei

und daß die kapitalistische Gesellschaft, deren Stützen sie sind, noch nicht gestürzt ist. Woran es jedoch in Frankreich fehlt, das sind Männer, die die Führung der Bewegung übernehmen könnten: die Masse der Arbeiter ist durch die ökonomischen Ereignisse genügend vorbereitet, es handelt sich nur mehr darum, sie zu organisiren und ihnen das zu erstrebende Ziel zu weisen. Ueberall, wo sich Männer fanden wie Dormoy in Montluçon, Delcluze und Salembier in Calais, Pédron in Troyes, Lavigne in Bordeaux, Delory in Lille, Carrette in Roubaix ꝛc., um die Verantwortlichkeit und Gefahr des Führerthums auf sich zu nehmen, da giebt es heute eine wohlorganisirte proletarische Elite, die gegen die kapitalistische Gesellschaft auftritt, während überall sonst die führerlosen unorganisirten und ihrer Rechte sich nicht bewußten Arbeiter den Bourgeois-Politikern zur Beute werden.

der bloßen Ankündigung einer internationalen Mai-Kundgebung die tollste Furcht vor einer sozialen Sintfluth eingejagt hat. Sie waren schon auf eine große Anzahl von Sozialisten in der neuen Kammer gefaßt gewesen und als sie nun nur dreißig kommen sahen, empfanden sie eine solche Erleichterung, daß sie alle ihre Furcht vergaßen, verächtlich thaten und die Bedeutung der sozialistischen Minorität herabsetzten. Aber ihre Beruhigung war von kurzer Dauer: sie brauchten nur ein wenig nachzudenken und die Gefahren ihrer Situation wurden ihnen sofort klar, denn die Sozialisten haben, indem sie auf das flache Land vordrangen und von Paris Besitz ergriffen, Frankreich an Kopf und Leib gepackt.* Das sozialistische Paris erschreckt sie. „Frankreich kann man nicht ohne Paris regieren", sagte Gambetta. In der That ist das Losungswort für das ganze Land immer von Paris ausgegangen. In Paris haben vor einem Jahrhundert die Volksbewegungen begonnen, welche Throne gestürzt und neue Klassen zur Herrschaft gebracht haben. Paris machte die Revolutionen und die Provinz genehmigte das Geschehene. Etwas geschwächt ist die führende Gewalt der Pariser Bevölkerung wohl geworden durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktion und der Schaffung so vieler industrieller Städte, die durch die Ansammlung von tausenden und hunderttausenden Proletariern zu revolutionären Zentren wurden; allein Paris ist und bleibt dennoch schon durch seine historische Vergangenheit und als Sitz der Regierung das Haupt des Landes, die feste Burg, deren sich alle Parteien bemächtigen müssen, welche Frankreich regieren wollen. Thiers und die Versailler hatten dies gut verstanden, als sie die Kammern und die Regierung nach Versailles verlegten; Napoleon III. hatte es gewußt, als er Paris demolirte und es mit seinen strategischen Linien durchzog, um mit Leichtigkeit jede revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, und als er alle Industrien und die dazu gehörige Arbeiterbevölkerung außerhalb der Befestigungen zu treiben versuchte. Hausmann war beauftragt, die Hauptstadt der Revolutionen in eine Stadt des Vergnügens und in die Hauptstadt der Ausschweifungen zweier Welten zu verwandeln.

Der Erste, der nach den Wahlen wieder Furcht kriegte, war der „Temps", der wachsamste und zynischste Landsknecht der kapitalistischen Privilegien; er wies auf die sozialistische Gefahr hin, welche durch die Generalstrikes der Bergarbeiter von England, Frankreich und Belgien noch drohender gestaltet werde. Während die Politiker davon sprachen, die sozialistische Bewegung durch Ausführung von wirklichen oder scheinbaren Reformen zu entwaffnen, begann der „Temps" ein großes Geschrei zu erheben, in welches der „Siècle", den Yves Guyot leitet, die „Lanterne" und der „Radical", diese freidenkerischen Organe der radikalen Bourgeois, der „Soleil", das Journal der Orleanisten, die „Libre Parole", das Jesuitenblatt, und die ganze Meute der anderen Journale mit einstimmten; sie verleumdeten die Sozialisten als vaterlandslose Internationale, die sich ans Ausland verkauft hätten, um Frankreich zu ruiniren. Als Vorwand zu diesen Schmähungen nahmen sie die 2500 Francs, welche die marxistische Partei von ihren sozialdemokratischen Brüdern in Deutschland erhalten hatte.

Unter ihren lügnerischen Federn wuchs dieser Betrag zu mehreren Hunderttausenden an; jeder der 91 Kandidaten der Partei sollte 2500 Francs bekommen

* Herr Maujan, dem der kapitalistische Gott, um ihn für seine Wahlniederlage zu trösten, die Gabe der Prophezeiung verliehen hat, ruft im „Germinal" zornentbrannt aus: „Die kollektivistische revolutionäre Partei triumphirt in Paris durch die Hilfe der früheren Boulangisten und der Konservativen, welche alle Dummköpfe in ihren Schlamm gedrängt haben. In vier Jahren wird die Hauptstadt unseres Landes ganz den Internationalen gehören." Arme Kassandra!

haben, um die Wahlkosten zu bestreiten. Sie verlangten mit großem Geschrei die Ungiltigkeitserklärung aller dieser Mandate. „Wir wollen keine Herren ohne Land in unserer Kammer", bellte der Jude Meyer in der „Lanterne", und Rochefort bellte ihm nach.

Der lärmende, verleumderische Feldzug, den man während der Wahlen gegen die preußischen Kandidaten, wie man die Sozialisten nannte, geführt hatte, hinderte diese nicht, 300 000 Stimmen zu erobern, und scheiterte somit kläglich an der ungläubigen Gleichgiltigkeit des Publikums. Wir haben keine Angst vor dem Wiederbeginn dieser Hetzereien in der Kammer; sie würden nur unseren Genossen Gelegenheit geben, auf der Rednertribüne die Grundsätze des Internationalismus darzulegen und in die konfusen Köpfe dieser patriotischen Ausbeuter die Erinnerung an das Benehmen der deutschen Sozialisten während und nach dem Krieg von 1870/71 zurückzurufen.

Dieser lügnerische, ehrabschneiderische und auf die Einschüchterung berechnete Feldzug deutet an, daß die zur Regierung des Landes berufenen Herren ebenso wie ihre Vorgänger während der boulangistischen Krise durchaus nicht an Reformen oder an die Beruhigung der unzufriedenen Gemüther denken; im Gegentheil, sie werden ihre unfruchtbaren parlamentarischen Intriguen wieder aufnehmen und die Verschleuderung des Nationalschatzes und die panamistischen Mogeleien mit den kosmopolitischen Bankiers fortsetzen, jenen Bankiers, welche thatsächlich die kapitalistischen Länder regieren, welche die Fäden halten, an denen sie die Bourgeoisdeputirten wie Drahtpuppen tanzen lassen. Diese Großsprecher möchten gern Bismarck spielen, um die Sozialisten zu erschrecken, doch ihre zitternden Hände sind zu schwach für die brutale Gewalt, die sie gerne angewendet sähen.

Um so besser. Die Fehler, Laster und Verbrechen einer absterbenden Klasse sind dem Fortschritt nützlicher, als ihre Tugenden und ihre Gerechtigkeit.

Nochmals aus Agrarierland.

Von **F. Mehring.**

Vor zwei Jahren sandte ich der „Neuen Zeit" aus einem sommerlichen Ferienaufenthalte in Stolpmünde einen Aufsatz „Aus Agrarierland", eine kleine Skizze von Land und Leuten im sogenannten Rügenwalder Amte. Als ich vergangenen August wieder einige Wochen in der alten Heimath verlebte, suchte ich mich in erster Reihe zu orientiren über „das nahende Ende des landwirthschaftlichen Großbetriebs", das Rudolf Meyer inzwischen in der „Neuen Zeit" beleuchtet hat. Seine Aufsätze hatten mich im höchsten Grade angeregt, aber nicht in jedem Punkte überzeugt. In zwei Punkten hat inzwischen N. L. Herrn Meyer's Beweisführung bereits angefochten: in der Frage des Lagerkorns und in der Frage, ob der ostelbische Landarbeiter für die landwirthschaftliche Maschinenarbeit fähig sei oder nicht. In der Frage des Lagerkorns so gründlich, daß Herr Meyer sich in seiner Replik nur noch — mit Recht und mit Unrecht — auf Mißverständnisse zurückzieht, die er von N. L. zu befahren gehabt habe. Mit Recht, denn thatsächlich sieht er die Ursache des Lagerkorns ja auch nicht in dem landwirthschaftlichen Großbetriebe als solchem, sondern in dem Raubbau, der auf den ostelbischen Latifundien mit der künstlichen Düngung getrieben wird. Mit Unrecht, denn er spricht allerdings von dem „nahenden Ende des landwirthschaftlichen Großbetriebs", wo er doch nur das nahende Ende des preußischen

Junkerbetriebs meint. Hätte er in dieser Beziehung klarer und schärfer unterschieden, so würde er von vornherein einen großen Theil der Einwände entwaffnet haben, die sich gegen seine sonst so vortrefflichen Aufsätze geltend machen lassen.

Einen großen Theil, aber freilich alle auch nicht. Namentlich jene zweite, von N. L. angefochtene, aber auch nur mehr oberflächlich gestreifte Behauptung, daß nämlich die ostelbischen Landarbeiter zu sehr „Elendsprodukte" seien, um noch Arbeit mit Feldmaschinen leisten zu können, ist durchaus hinfällig. Die ungeheure Wichtigkeit dieser Frage braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden; hätte Herr Meyer Recht, so könnten wir mit der proletarischen Bewegung ruhig für einige Jahrzehnte einpacken. Nun wäre die Wahrheit natürlich deshalb nicht weniger Wahrheit, weil sie uns unbequem wäre; ich hebe diesen Gesichtspunkt auch nur hervor, weil er uns veranlassen muß, Herrn Meyer's kühne Behauptung gründlich zu prüfen, ehe wir sie als richtig anerkennen. Und deshalb suchte ich mich diesen Sommer praktisch über sie zu orientiren, soweit das in einigen Ferienwochen und auf ein paar Quadratmeilen möglich war. Immer sind meine kleinen Studien noch gründlicher, als Herrn Meyer's Berufung auf einen „alten Praktiker" oder gar auf Immermann's Hofschulzen, den er gegen N. L. vorführt als Beweis dafür, daß die Landarbeiter vor so und so viel Jahrzehnten geschickter und kräftiger gewesen seien, als heute. Mir haben einige Dutzend von „Praktikern", Gutsherren, Domänenpächter, Inspektoren, in aller Ausführlichkeit dargelegt, daß die Ungeschicklichkeit der Arbeiter nicht im Entferntesten ein Hinderniß für die Benutzung von landwirthschaftlichen Feldmaschinen sei; den zweischarigen Pflug, auf den sich Meyer mehrmals bezieht, habe ich von so und so viel Knechten mit aller Leichtigkeit führen sehen und mit Immermann's Hofschulzen habe ich auf seinem eigenen Hofe gesessen, d. h. mit einem Lehnschulzen in einem der sogenannten Hagen-Dörfer, der mit Ambos, Hammer und Zange just so gewandt hantirte, wie sein dichterisches Ebenbild. Aber das Gut dieses Bauern wird unter Brüdern auf 150- oder 200 000 Mark geschätzt, und man darf doch nicht reiche Bauern von ehedem und heute zum Vergleiche heranziehen, wenn man sich darüber klar werden will, ob der Landproletarier in Geschicklichkeit und Kraft zurückgekommen ist oder nicht.

Herr Meyer steht in erster Reihe unter den lebenden Schriftstellern, soweit es auf die praktische und theoretische Kenntniß des Agrarwesens ankommt, aber er versteht sich so wenig wie sein Freund und Lehrer Rodbertus auf die soziale Psychologie der arbeitenden Klassen und auch nicht auf die soziale Geschichte des preußischen Staats. Wir Ostelbier leiden ja Alle mehr oder weniger an dem, was Engels — etwas unhöflich für uns arme Kerle, aber doch nicht unrichtig — die „preußische Lokalbornirtheit" nennt, und so wenig Herr Meyer mit den hohenzollern'schen Geschichtsfälschern zu thun hat, so trefflich er gerade in seinen hier besprochenen Aufsätzen die wahre soziale Bedeutung der friderizianischen Gemeintheilungsgesetze dargelegt hat, so befindet er sich doch in einem schweren Irrthum, wenn er meint, daß der preußische „Racker von Staat" — ein beiläufig nicht von Friedrich Wilhelm I., sondern von Friedrich Wilhelm IV. geprägtes Wort — sich niemals die Klassen habe über den Kopf wachsen lassen, daß er mit den märkischen und pommerschen Junkern fertig geworden sei. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Dieser Staat hat sich immer die besitzenden Klassen über den Kopf wachsen lassen, er ist niemals mit den Junkern fertig geworden. Herr Meyer spricht von dem „angeblich schwachen" Könige Friedrich Wilhelm III., der doch den bornirten Widerstand der Junker gegen die Bauern-

emanzipation gebrochen habe. Ja, aber er könnte doch wissen, daß dieser König wirklich ein so unglaublicher Schwächling war, daß er von den Stein und Scharnhorst in wahrhaft tragikomischer Weise an den Haaren herbeigeschleift werden mußte, ehe er der Bauernemanzipation zustimmte und noch dazu nur in einer Form zustimmte, die den Junkern, wie ja auch Herr Meyer anerkennt, den Löwenantheil an der berühmten „Reform" sicherte. Aber es kommt gar nicht einmal auf die Personen an. Kaiser Wilhelm II. ist bei seinen rühmlichen Bemühungen um den gesetzlichen Arbeiterschutz nicht einmal mit der Bourgeoisie fertig geworden, die in Preußen politisch doch so viel ohnmächtiger ist, als das Junkerthum, und mit den Junkern würde er erst recht nicht fertig werden, wenn er mit ihnen anbinden wollte. Nein, wenn die preußische Monarchie mit den Latifundien der Junker aufräumen soll, so können wir bis zum St. Nimmerleinstag warten; lieber verlassen wir uns auf die „Elendsprodukte" von ländlichen Arbeitern.

Es fällt mir natürlich nicht ein, das Elend der ostelbischen Landproletarier bestreiten oder beschönigen zu wollen; vor zwei Jahren habe ich selbst es an dieser Stelle ungeschminkt geschildert. Der Unterschied ist nur der, daß Meyer sagt: die Klasse der ostelbischen Landarbeiter ist in einer absteigenden Bewegung; sie ist durch lange Arbeitszeit und schlechte Kost aus einem gewissermaßen goldenen Zeitalter so herabgedrückt worden, daß sie an Geist und Körper verkommt; sie ist deshalb den technischen Anforderungen eines landwirthschaftlichen Großbetriebs, der auf der Höhe der Zeit steht, nicht mehr gewachsen. Wogegen ich behaupten möchte: die Klasse der ostelbischen Landarbeiter ist in einer aufsteigenden Bewegung; sie fühlt endlich ihr Elend, das seit Jahrhunderten so ziemlich immer dasselbe gewesen ist, und sie tritt in die ersten Stadien ihres Emanzipationskampfes; dadurch wird sie aber immer tüchtiger für die technischen Anforderungen des landwirthschaftlichen Großbetriebs, so sehr sie ökonomisch, durch das Streben nach höherer Lebenshaltung, dem zurückgebliebenen Junkerbetriebe das Dasein erschweren mag. Herr Meyer behauptet: „Der hörige Bauer, Büdner und Kossäth erzeugte noch maschinenarbeitsfähige Kinder, der Nachfolger dieser vom Rittergutsbesitzer großentheils gelegten, abgemeierten Volksklassen thut es nicht." Er zitirt dann Thaer und Goltz als Autoritäten dafür, daß die seit 1807 frei gewordenen Lohnarbeiter und auch die erste Generation ihrer Nachkommenschaft besser gearbeitet haben als die früheren Fröhndner, und führt diese Erscheinung darauf zurück, daß vor neunzig Jahren der hörige Bauer sehr kräftig gelebt habe. Hühner hätten ihm reichlich Eier geliefert, Gänse und Enten Sonntagsbraten, die Schweine Fleisch für jeden Tag und zwei bis drei Familien hätten zusammen eine Kuh geschlachtet. Der preußische Bauer habe viel einfache, aber nahrhafte Kost genossen und „verflucht wenig" gearbeitet, deshalb habe er Kinder erzeugt, die körperlich und geistig gesund gewesen seien und große Rekruten geliefert hätten. Aber von der zweiten Generation der Instleute an habe sich die Kost verschlechtert und nun könnten die Instleute keine maschinenarbeitsfähigen Kinder mehr erzeugen. Herr Meyer verbittet sich die „platten Witze", die N. L. über dies „Problem der Kindererzeugung" gemacht haben soll, aber ganz ernsthaft kann man seinen historischen Abriß doch wohl nicht nehmen. Die Frohnbauern arbeiteten „verflucht wenig", aber sie erzeugten wegen guter Kost arbeitsfähige Kinder, während diese arbeitsfähigen Kinder zwar besser arbeiteten als ihre Väter, aber wegen schlechter Kost arbeitsunfähige Kinder erzeugen. So daß die Frohnbauern zwar nicht durch die Kraft ihrer Hände, aber doch durch die Kraft ihrer Lenden der Menschheit etwas nützten, während

die heutigen Landarbeiter es sowohl an der Kraft der Hände, wie der Lenden fehlen lassen.

Thatsächlich ist das Wohlleben der preußischen Frohnbauern eine Phantasmagorie, für die Herr Meyer auch nicht die Spur eines urkundlichen Beweises erbringen kann. Daß der friderizianische Bauer Sonntags ein Huhn im Topfe oder gar eine Gans in der Pfanne gehabt haben soll, hat noch nicht einmal die ausschweifendste Phantasie der Friedrich-Mythologen zu behaupten gewagt. Ueber die unbeschreiblich jammervolle Lage der preußischen Hörigen im vorigen Jahrhundert habe ich in der Buch-Ausgabe meiner Lessing-Legende aktenmäßiges Material beigebracht, und ich will mich hier nicht wiederholen. Aber da Herr Meyer die animalische Kost so sehr betont, so will ich doch aus einem zeitgenössischen Schriftsteller noch das bezeichnende Detail anführen, daß den preußischen Hörigen des vorigen Jahrhunderts das Fleisch von krepirten Thieren als Delikatesse galt. „Verflucht wenig" arbeiteten sie freilich, aber keineswegs weil es ihnen so gut ging, sondern weil die scheußliche Frohnarbeit sie völlig entnervte. Und wir brauchen aus Thaer und Goltz gar nicht erst zu lernen, daß der freie Arbeiter intensiver arbeitet, als der Frohnarbeiter. Indessen die bei der Emanzipation über den Löffel balbirten Proletarier hatten nichts von ihrer besseren Arbeit, und ihre Lebenshaltung blieb, namentlich auch was die Kost anbetrifft, so ziemlich dieselbe. In den Jahren 1816 bis 1858 vermehrten sich die Menschen im preußischen Staat von 1000 auf 1712, das Rindvieh von 1000 auf 1367, die Schweine auf 1725, was allerdings die Ausführungen des Herrn Meyer insofern zu unterstützen scheint, als das wichtigste Nahrungsthier der Zahl nach beträchtlich zurückgeblieben ist. Allein berücksichtigt man die Verbesserung der Rindvieh-Rassen, so ist der Fleisch- und Milchkonsum in diesen vierzig Jahren nach der Annahme des Statistikers Engel auf den Kopf der Bevölkerung derselbe geblieben. Die Instleute, welche die heutigen Landarbeiter gezeugt haben, sind nicht besser und nicht schlechter genährt gewesen, als die Hörigen, die jene Instleute erzeugten.

Ganz ähnlich steht es mit der langen Arbeitszeit, welche die ländliche Arbeiterklasse so heruntergebracht haben soll. Für die Hofdienste der Hörigen gab es gar keine Grenze, als höchstens platonische Klagen des Königs Friedrich über „die schweren und ganz unerträglichen Dienste, bei denen vor den Bauern sein gänzlicher Verderb augenscheinlich herauskommt". Die Hörigen mußten häufig ihr Bischen eigenen Ackers in mondscheinhellen Nächten bestellen. Diese Art Nachtarbeit kennt der heutige Landarbeiter doch nicht mehr, eben so wenig die Sonntagsarbeit, es sei denn in drängender Erntezeit für doppelten Lohn. An und für sich hat ja die Frage des Arbeitstages für den ländlichen Arbeiter nicht dieselbe hohe Bedeutung, wie für den industriellen Arbeiter. Im Winter ist der achtstündige Arbeitstag von selbst gegeben, im Sommer und gerade in den heißen Wochen der Ernte schaffen die Landarbeiter nicht ungern, da sie am reichlicheren Ertrage der Ernte insofern betheiligt sind, als sie eine bestimmte Quote des Erdrusches als Dreschlohn erhalten und dieser Lohn einen wichtigen Theil ihres Einkommens bildet. Um so höher ist es aber anzuerkennen und ein um so schlagenderes Zeichen ihres erwachenden Klassenbewußtsein bildet es, daß sie in den Kampf um den Arbeitstag eingetreten sind. In der letzten Rede, die der alte Moltke im Reichstage hielt, erwähnte er, daß auf dem Lande die Uhren bekanntlich immer vorgingen, und das hohe Haus freute sich unbändig über diesen anmuthigen Scherz. Thatsächlich war damit aber nur eine, gewerbsmäßig von den Großgrundbesitzern an den ländlichen Proletariern verübte Gaunerei erwähnt.

Da das Ende des Arbeitstages durch den Sonnenuntergang gegeben ist, so wird die Gutsuhr vorgestellt, um Morgens noch ein halbes oder ganzes Stündchen mehr Arbeitszeit zu ergattern. Ich kenne nun Fälle, wo die Arbeiter eines Guts sich so lange die Pfennige am Leibe abknapsten, bis sie in der Stadt eine richtig gehende Uhr kaufen konnten, mit deren Hilfe sie die genaue Innehaltung der Arbeitszeit kontrollirten. Ich kenne auch Fälle, wo die gesammte Arbeiterschaft eines Guts gekündigt hat, weil der Besitzer nicht von seiner Gaunerei lassen wollte. Statt der einstündigen haben die ländlichen Proletarier sich wohl überall schon die anderthalbstündige Mittagspause erkämpft, dazu eine je halbstündige Frühstücks- und Vesperpause. Genug, so unmenschlich lange die Arbeitszeit auf dem platten Lande vielfach noch ist, eine gewisse Besserung ist auch hier eingetreten.

So viel über die beiden Gründe, durch die Herr Meyer die geistige und körperliche Verkommenheit unserer ländlichen Arbeiter zu beweisen sucht. Ich verwahre mich nochmals dagegen, die elende Lage dieser Proletarier irgend beschönigen oder gar die sehr gerechten Anklagen entkräften zu wollen, die Herr Meyer gegen die Junker in diesem Betracht erhebt. Ich behaupte nur, daß sich aus der ländlichen Arbeiterklasse eine wachsende Reaktion gegen jahrhundertlange Mißhandlung geltend zu machen beginnt, daß unser ostelbisches Landproletariat sich aus der geistigen und körperlichen Verkommenheit, in die es gewaltsam gedrängt worden ist, kräftig emporarbeitet. Man wird nicht leicht einen Großgrundbesitzer finden, der nicht über die „Verschlechterung der Leute“ klagte, der sich nicht bitterlich darüber beschwerte, daß sie „gar keine Anhänglichkeit an die Herrschaft“ mehr hätten, daß „dies Volk immer fauler und unverschämter“ würde und so weiter. Nun weiß ich nicht, ob Herr Meyer solche Jeremiaden, in denen sich „alte Praktiker“ besonders gern gefallen, wörtlich nimmt; nach allen Gesetzen der sozialen Psychologie sind sie einzig ein Beweis dafür, daß die ländliche Arbeiterklasse sich ihrer Klasseninteressen bewußt zu werden anfängt. Ich habe mit Hunderten von Landarbeitern verkehrt und kann nur sagen, daß sie sich in zwanzig Jahren ganz erstaunlich entwickelt haben. Es sind körperlich sehr rüstige und geistig ganz geweckte Leute, die sehr gut wissen, wo sie der Schuh drückt, die auf das ganze „patriarchalische Verhältniß“ einfach pfeifen und sich immer klarer darüber werden, daß sie als Ausgebeutete ihren Ausbeutern jeden Schritt breit streitig zu machen haben. Natürlich darf man sie nicht mit den vorgeschrittenen Arbeitern unserer großen Industrieplätze vergleichen; namentlich von der Bedeutung des politischen Kampfes haben sie gar keine oder höchst verworrene Begriffe; bei den Reichstagswahlen lassen sie sich immer noch herdenweise an die Urne treiben, um die Zettel hineinzustecken, die ihnen in die Hand gedrückt werden. Aber man übersehe auch nicht die Wirkungen der geistigen Isolirung und namentlich der scheußlichen Rechtlosigkeit, worin sie leben; ich erinnere an die berüchtigte Gesindeordnung, die einem Sklavenstaate besser zu Gesichte stehen würde, als einem sogenannten Rechtsstaate, ferner an die Polizeigewalt, die den Grundherren durch die Kreisordnung nur nominell, aber nicht thatsächlich genommen ist und die von ihnen in der unbedenklichsten Weise gemißbraucht wird, um ihre „Autorität“ als „Patriarchen“ aufrechtzuerhalten, endlich an das strafrechtliche Verbot der Koalition. Diese Zustände, die den Emanzipationskampf des ländlichen Proletariats ungemein langwierig gestalten, verursachen in erster Reihe die Ab- und Auswanderung gerade auch der kräftigsten, muthigsten und deshalb ungeduldigsten Elemente. Aber was die ländliche Arbeiterklasse dadurch auf die eine Weise verliert, gewinnt sie doch wieder auf die andere Weise. Die Ab- und

Auswanderung verursacht einen Arbeitermangel, der zwar nicht so groß ist, wie die Grundherren behaupten, aber doch groß genug, um den ländlichen Arbeitern freieren Ellbogenraum zu verschaffen. Vor zwanzig Jahren noch wurde jeder „widerspenstige" Arbeiter mit dem Stocke traktirt oder über den Haufen in die Mistpfütze geritten. Jetzt wagt kein Gutsherr und auch keiner seiner Kulitreiber mehr, einen Arbeiter körperlich zu mißhandeln auf die Gefahr hin, daß ihm am nächsten Oktober die ganze Tagelöhnerschaft kündigt oder daß ihm gar auf frischer That Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Dieser eine Zug ist für jeden, der sich einigermaßen auf die soziale Psychologie der arbeitenden Klassen versteht, schon Beweises genug, daß sich das ostelbische Landproletariat nicht in ab-, sondern in aufsteigender Bewegung befindet.

Herr Meyer hat vortrefflich nachgewiesen, daß und weshalb die Klasse der ostelbischen Grundbesitzer zum intensiven nicht blos Hof-, sondern auch Feldmaschinen-Betriebe übergehen muß, wenn sie nicht untergehen will. Aber wenn sie auf diesem Wege nicht vorwärts kommt, so trägt nicht die technische Unfähigkeit der Landarbeiter die Schuld daran, sondern ein ganz anderes Verhältniß. Das „Ende" des „landwirthschaftlichen Großbetriebs" naht östlich der Elbe, nicht weil er Großbetrieb, sondern weil er nicht genug Großbetrieb ist. Die „Noth der Landwirthschaft" ist ja nicht Chimäre in dem Sinn, wie die freisinnige Flachköpfigkeit meint; das Sekttrinken der Junker u. s. w. mag nebensächlich mitspielen und etwas mehr noch ihr Verharren in zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Vorurtheilen: das Entscheidende ist doch immer, daß der ostelbische Großgrundbesitz überwiegend aus mittelgroßen Gütern besteht, die für einen zeitgemäßen Feldmaschinenbetrieb nicht kapitalkräftig genug sind und auf denen sich ein solcher Betrieb auch gar nicht lohnen würde. Die Stunde dieses junkerlichen Großbetriebs hat längst geschlagen, und die Gnadenfrist, die er sich durch die Schnapsbrennerei gesichert hatte, läuft auch ab. Da diese angenehme Klasse des felsenfesten Glaubens lebt, daß ohne sie die gesittete Menschheit nicht eine Stunde existiren kann, so fordert sie mit gutem Glauben ihre künstliche Aufrechterhaltung durch Getreidezölle, Exportprämien, Liebesgaben ꝛc., und der kapitalistische Liberalismus, der, wo er nur immer das Kreuz kriegen kann, sich auch reichlich damit zu segnen weiß, braucht sich über die junkerliche Unersättlichkeit nicht gar so sehr zu erhitzen. Das Proletariat dagegen, das jede Klassenherrschaft verwirft und in der Junkerklasse mit Recht seinen — in Deutschland — mächtigsten und deshalb gefährlichsten Feind sieht, hat alles Recht, die Exportprämien, Getreidezölle, Liebesgaben ꝛc. bei ihrem richtigen, preßgesetzlich freilich unnennbaren Namen zu nennen und in jeder Weise den ökonomischen Ruin des Junkerthums zu beschleunigen.

Und ökonomisch thut das vor Allem die ländliche Arbeiterklasse: ökonomisch, wenn auch nicht technisch. Wo das Junkerthum kapitalkräftig genug ist, einen intensiven Maschinenbetrieb anzuwenden, da scheitert es nicht im Entferntesten an der Unfähigkeit der ländlichen Arbeiter. Vor zwei Jahren schilderte ich an dieser Stelle die verfallenen Zustände einer großen Herrschaft, deren Besitzer, ein Zaunjunker des alten Schlages, nach Urväterweise wirthschaftete. Inzwischen hat die Herrschaft in Folge Erbganges ihren Besitzer gewechselt, und die Familie sucht mit aller Kraft den Besitz zu erhalten. Und wie hat sich in so kurzer Zeit das Bild verändert, obgleich das Proletariat auf dieser Herrschaft ausnahmsweise verelendet war! Die halsbrechenden Wege haben sich in glatte Lehm-Chausseen verwandelt; die unter Wasser stehenden Aecker sind nunmehr drainirt oder werden drainirt, und auf dem Felde sah ich eine Lokomobile arbeiten,

die eine Dreschmaschine regierte und einen Elevator, der das gedroschene Stroh gleich in Miethen setzte. Natürlich bildet ein solcher Fall das Tagesgespräch ein paar Meilen in der Runde, aber niemals hörte ich die Frage erörtern, ob die neue Wirthschaftsmethode an der Unfähigkeit der Arbeiter scheitern werde, sondern stets nur die Frage, ob die Familie kapitalkräftig genug sei, um die Sache durchzuhalten. Und wo immer ich die von Herrn Meyer aufgeworfene Frage irgend welchen Praktikern vorlegte, erhielt ich zur Antwort: „Gewiß können die Kerle Feldmaschinenarbeit leisten, so gut wie Hofmaschinenarbeit, aber sie wollen nicht. Sie gönnen der Herrschaft ja nicht mehr das Schwarze unterm Nagel. Sowie wir ein bischen rationeller wirthschaften, kommen sie gleich mit neuen unverschämten Ansprüchen. Wir sollen uns die Seele aus dem Leibe schuften, damit die Bande herrlich und in Freuden lebt." Aus dem Junkerlichen ins Deutsche übersetzt heißt das: die Landarbeiter sind technisch vollkommen fähig für den Großbetrieb, aber ihr beginnender Emanzipationskampf beschleunigt den ökonomischen Ruin des junkerlichen Großbetriebs. Und so liegen die Dinge auch in der Wirklichkeit.

Mit dem ostelbischen Junkerthum geht es unaufhaltsam bergab. Der Große Generalstab und die preußische Monarchie werden es freilich nicht vernichten, so wenig wie die liberalen Schreihälse es vernichtet haben. Aber die ökonomische Entwicklung vernichtet es, und die Junker sind sich als eine seit Jahrhunderten herrschende Klasse sehr klar über die drohende Gefahr. Wo sind die Zeiten hin, als Thadden-Trieglaff auf einer Generalversammlung der pommerschen ökonomischen Gesellschaft in Köslin sagte: „Die Zeitungsschreiber sind unermüdlich bemüßigt, um uns bald die Jurisdiktion, bald die Polizei, bald das Kirchen- und Schulpatronat zu nehmen und auf jegliche Weise unsere Landstandschaft einzuengen, um uns womöglich lediglich auf die Gesellschaft der grasfressenden Thiere zu beschränken. Nicht etwa mit Vieren zu fahren, sondern auf allen Vieren zu kriechen, das ist es, was unsere Gegner uns zugedacht haben." Heute suchen die Junker schon „auf allen Vieren" ihre Deckung hinter der „Gesellschaft grasfressender Thiere". Wenn neulich ein Geistlicher auf einem antisemitischen Parteitage sagte, bei den nächsten Reichstagswahlen würde ganz Hinterpommern antisemitisch wählen, so war das eine unzulässige Verallgemeinerung örtlicher Zustände. Thatsächlich liegt die Sache so, daß jetzt noch das Landproletariat kein klares Bewußtsein von der Bedeutung des politischen Kampfes hat; es läßt sich noch von den Junkern gängeln, höchstens daß in diesem Gutsbezirke drei, in jenem Bauerndorfe sieben, in einem Fischerdorfe vielleicht zehn proletarische Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben werden. In der bäuerlichen Klasse wählt aber erst der ganz abgewirthschaftete Büdner und Kossäth antisemitisch, der noch leistungsfähige, obwohl auch vielfach unzufriedene Bauer wählt dagegen freisinnig. Die politische Taktik der Junker geht nun dahin, die wohlhabenden Bauern wieder an ihre Fahne zu fesseln durch Einräumung eines freilich mehr scheinbaren als wirklichen Antheils an der Herrschaft. Daher das immer stärkere Anwachsen der bäuerlichen Kandidaten für die Wahlen zum Land- und Reichstage. Vor zwei Jahren glaubte ich an dieser Stelle noch darüber scherzen zu dürfen, daß Herr v. Below-Saleske sich damals erbot, sein Landtagsmandat für den Kreis Stolp einem Bauern abzutreten. Inzwischen hat er seine Absicht bereits ausgeführt, und für die bevorstehenden Landtagswahlen werden von den drei Mandaten für Stolp zwei an Bauern und nur eines noch an einen Junker fallen; nicht anders glaubt die konservative Partei eine ihrer ältesten und befestigtsten Burgen halten zu können. Bei den

letzten Reichstagswahlen ist in Stolp der konservative Bauernkandidat vor dem freisinnigen Bauernkandidaten gerade nur mit fünf Stimmen Mehrheit im Vorsprung geblieben. In dem benachbarten Kreise Schlawe ist noch ein Junker knapp durchgekommen, aber auf den reichen Hagen-Dörfern an der Ostseeküste und auch sonst in Bauerndörfern war ihm ein freisinniger Butterhändler aus Rügenwalde dicht auf den Fersen, und es steht heute schon fest, daß bei den nächsten Wahlen zum Reichstage kein Junker mehr von der konservativen Partei aufgestellt werden wird. Noch aus anderen hinterpommerschen Kreisen werden Bauernkandidaturen gemeldet, und dies taktische Manöver der Junker ist auch gar nicht so unschlau. Etwas besser verstehen sie sich schon auf die „Volksseele", als die fortschrittlichen Protzen in Berlin, die vor einem Menschenalter allemal lieber eine bürgerliche Intelligenz hundertundelften Ranges, als ein Mitglied der ihnen damals noch so anhänglichen Arbeiterklasse ins Parlament schickten. Aber natürlich — ein dürftiges Palliativmittel bleibt dieser Bauernfang doch nur, und wo der schon vollständig ruinirte Kleinbauer überwiegt, wie in den elenden Sandlöchern des Kreises Neustettin, da verfangen solche Mittelchen nicht mehr, da ist der Antisemitismus obenauf und bestellt den Acker für die Sozialdemokratie. Und sobald erst das ländliche Proletariat die Bedeutung des politischen Kampfes begriffen haben wird, hat die Junkerherrlichkeit auch politisch den Todesstoß erhalten, wie jetzt schon ökonomisch.

Mit den Junkern gehen aber auch die Pfaffen dahin, und man thäte ihnen nur einen Gefallen, wenn man noch mit großem Lärm gegen den Kirchenglauben ins Feld rücken wollte. Das stirbt ganz von selbst ab. Was man „Gottes Wort vom Lande" zu nennen pflegte, giebt es gar nicht mehr; diese alten, gemüthlichen Herren, die meist polizeiwidrig beschränkt, aber bei allem orthodoxen Eifer doch gutmüthige Leute waren und Freud' und Leid mit ihrer Gemeinde theilten, sind ausgestorben. Was an ihre Stelle getreten ist, ersetzt sie nicht: junge städtische Herrchen, womöglich Reservelieutenants, die bei der Ueberproduktion der bürgerlichen Intelligenz sich auf die „geistliche Karriere" geworfen haben, weil hier noch am schnellsten vorwärts zu kommen war. Sie kümmern sich um ihre Gemeinde so wenig, als sie von ihrer Gemeinde geachtet werden. Einen schweren Schlag hat auch das Zivilstandsgesetz der protestantischen Geistlichkeit der ostelbischen Landstriche versetzt. Es nahm ihr die letzte sozial nützliche Funktion, denn mit ihrer Schulaufsicht richtet sie nichts als soziale Verwüstung an. Im Ganzen und Großen beobachtet die ländliche Bevölkerung noch die kirchlichen Gebräuche, aber geistliche Mucken läßt sie sich nicht mehr bieten. In einer Stadtkirche des Gebiets, von dem ich hier schreibe, wurde noch vor zehn Jahren das Altarbild bei der Einsegnung einer „gefallenen" Braut verhüllt; heute breitet dieselbe Kirche all ihre Kleinodien bereitwilligst vor der „gefallensten" Braut aus, vorausgesetzt, daß diese ihre Ehe noch kirchlich einsegnen lassen will. Die thönernen Füße dieser Kirche können keinen harten Stoß mehr aushalten.

Doch damit bin ich schon über die Grenze gegangen, die ich diesen Ausführungen gesteckt hatte. Es kam mir hier nur darauf an, die pessimistische Ansicht des Herrn Meyer über die geistige und körperliche Verkommenheit unseres ländlichen Proletariats zu bekämpfen, und ich hoffe, sie in den Augen unbefangener Urtheiler einigermaßen erschüttert zu haben.

Notizen.

Hand- und Maschinenarbeit. Die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit macht besonders in der Textilindustrie reißende Fortschritte. Während z. B. in den Lausitzer Bezirken Zittau und Reichenau in der Wollen- und Halbwollenweberei 1872 2800 mechanische und 1200 Handstühle vorhanden waren, zählte man deren 1879 3600 resp. 800. Innerhalb sieben Jahren vermehrte sich die Zahl der mechanischen Stühle um 800 und verminderte sich die Zahl der Handstühle um 400. In den Städten Crimmitzschau und Werdau, den Hauptsitzen der Buckskins-Fabrikation, waren 1872 erst 140 mechanische Stühle aufgestellt, während man jetzt deren 1550 zählt. Die 1872 noch vorhandenen 1550 Handwebstühle sind vollständig verdrängt worden. In und für Reichenbach waren für die flanellartigen Waaren 1872 zirka 2000 Handstühle und 200 mechanische Stühle beschäftigt, 1892 dagegen 2500 Hand- und 1200 mechanische Stühle. Ausnahmsweise hat hier bei Versechsfachung der mechanischen auch eine Vermehrung der Handstühle um 20 Prozent stattgefunden. Die Zahl der mechanischen Webstühle im Greiz-Geraer Distrikte wird mit über 30000 und diejenige der Handstühle mit 5000 angegeben. Während man in der Woll- und Halbwollenweberei in ganz Sachsen 1846 erst 150, 1861 3315 und 1875 17045 mechanische Webstühle zählte, giebt es deren jetzt über 32000.

In der Baumwoll- und Leinenindustrie der Lausitz waren beschäftigt:

	Handstühle		Mechanische Stühle	
	in Leinenweberei	in Baumwollweberei	in Leinenweberei	in Baumwollweberei
1872 . .	20100	5800	1275	
1892 . .	6000	9000	2200	10000

Gegenüber dem rapiden Rückgang der Handstühle der Leinenweberei weisen diese Zahlen fast eine Verdoppelung der Handstühle der Baumwollweberei, dagegen aber eine Verzehnfachung der in beiden Webereizweigen aufgestellten mechanischen Stühle auf.

Auch in der Sammt- und Seidenindustrie ist der Handstuhl schon stark verdrängt worden. Nach dem für 1892 erstatteten Geschäftsberichte der Krefelder Handelskammer wurden in der Sammtindustrie gezählt:

	1889	1890	1891	1892
Handstühle	7448	6229	3351	2850
Mechanische Stühle . .	2214	2907	2425	2022

und in der Seidenindustrie:

	1889	1890	1891	1892
Handstühle	15118	14263	11650	10173
Mechanische Stühle .	2270	2484	2681	2571

Der Rückgang der Webstühle berührt in der Sammtindustrie allerdings beide Stuhlarten, jedoch mit dem Unterschiede, daß von 1889 bis 1892 die Handstühle fast um ein Drittel, die mechanischen Stühle dagegen nur um 200 zurückgegangen sind. In der Seidenindustrie steht sogar der Verminderung der Handstühle um ein Drittel die Vermehrung der mechanischen Stühle um 300 gegenüber. Im Uebrigen sind beide Textilzweige, wie die Zahlen erkennen lassen, in sehr schlechter Situation, die sich am besten in der Reduktion des Produktionswerthes von 85 Millionen Mark im Jahre 1889 auf 70,98 Millionen Mark 1892 offenbart.

In der schweizerischen resp. zürcherischen Seidenindustrie ist nach der dem Berichte für 1892 beigelegten Statistik der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft die Zahl der Handstühle von 30398 im Jahre 1881 zurückgegangen auf 20977 im Jahre 1891. Die Handstühle werden ausschließlich hausindustriell beschäftigt. Die Zahl der mechanischen Webstühle betrug 1881: 3151 und 1891: 7173; dort ein Rückgang um ein volles Drittel, hier mehr als Verdoppelung.

Die Zahl der Firmen und Arbeiter und Angestellten, sowie die Summe der gezahlten Arbeitslöhne betrugen:

	1881	1885	1889	1891
Firmen	134	143	133	130
Arbeiter und Angestellte .	50 276	42 350	46 585	45 383
	Franken	Franken	Franken	Franken
Arbeitslöhne und Gehälter	20 480 103	19 445 463	21 229 320	19 849 982

Der verarbeitete Rohstoff stieg von 1 016 990 Kilo 1881 auf 1 352 583 Kilo im Jahre 1891, die Meterzahl der produzirten Waaren von 28 421 263 Meter im Jahre 1881 auf 29 894 449 im Jahre 1891.

Die Vermehrung der Produktion bei gleichzeitiger Verminderung der menschlichen Arbeitskräfte tritt hier deutlich zu Tage. D. Z.

Feuilleton.

At-Daván.*

Skizze aus dem sibirischen Leben.

Von **Wladimir Korolenko.**

I.

„Hu—u—u! ist das ein Weg!“ sagte mein Reisegefährte, Michael Iwanowitsch Kopylenkow, „der allerverfluchteste Weg, es kann keinen schlechteren mehr geben . . . ist das wahr oder nicht?“

Leider sprach Michael Iwanowitsch die reinste Wahrheit. Wir fuhren unten im Flußbett der Lena. In ihrer ganzen Breite ragten ungeheure Eisschollen, hier zu Lande Toroßja genannt, empor, welche der reißende, wüthende Strom zur Herbstzeit im Kampfe mit dem furchtbaren sibirischen Frost aufeinander geschleudert hatte. Allein der Frost blieb zuletzt dennoch Sieger. Der Fluß erstarrte und nur die gigantischen Toroßja, das ganze Chaos ungeheurer Eisblöcke, welche wüst durcheinander gehäuft, untereinander geschoben oder auf unbegreifliche Weise empor geschleudert worden waren, blieb als stummer Zeuge des titanischen Kampfes zurück. Hie und da gähnten noch lange, niemals zufrierende Eisspalten, durch welche kochend und brausend des Flusses heftige Strömungen schossen. Darüber wiegten sich schwerfällig kalte Dampfballen und es sah aus, als ob in den eisfreien Löchern und Klüften in der That siedendes Wasser aufwalle.

Zu beiden Seiten dieses seltsamen Eisfeldes aber standen die schweigenden, ungeheuren Uferberge der Lena. Spärliche Lärchenwaldung heftet sich an die Abhänge, ihre Wurzeln weit auseinander breitend, allein das Gestein läßt ihr Wachsthum nicht zu und so sind die Abhänge durchwegs dicht mit Baumkadavern besät. Näher zu uns sehen wir schneebedeckte Baumleichen mit ihren aus dem Boden gerissenen, förmlich krampfhaft zusammengezogenen Wurzeln. Weiter hinauf verschwinden diese Einzelheiten, aber gegen den Gipfel des Gebirges zu sind die Abhänge mit Windbruch bedeckt, wie mit einem dichten Netze. Die umgefallenen Bäume erscheinen wie unzählige Nadeln, ähnlich dem Nadelgewirr eines Fichtenwaldes, und dazwischen kriechen noch lebendige, ebenso starre, ebenso dünne und

* At-Daván ist eine Poststation an der Lena, ungefähr 300 Werst oberhalb Jakutsk.

elende Lärchenbäume hinan, die ihr Glück auf dem Leichenfelde ihrer Voreltern versuchen. Nur auf dem geraden Bergrücken wird der Wald mit einem Male dichter und zieht sich wie ein langer, dunkler Trauerrand über dem weißen Abhang des Ufers dahin.

So geht es zehn, so geht es hundert Werst fort. Eine ganze Woche schon treibt unser Schlittenwägelchen, ein armseliger Punkt, zwischen den Eisbergen dahin und schaukelt genau so, wie ein kleines Boot auf stürmischem Meere. Eine ganze Woche schaue ich auf den Streifen bleichen Firmaments zwischen den hohen Ufern, auf die weißen Abhänge mit ihrem Trauerrande, auf die Schluchten, welche sich geheimnißvoll irgendwoher aus den tungusischen Wüsteneien in die freie Weite des großen Stromes durchgewunden haben, auf die kalten Nebel, welche sich endlos hinziehen, sich zusammenwickeln und wieder auseinander rollen, sich in den, durch die Felsen gebildeten Windungen zusammenpressen und lautlos in die Schründe und Schluchten hineinziehen, als wäre es eine gespenstische Armee, die sich in die Winterquartiere vertheilt. Die Stille bedrückt die Seele. Nur von Zeit zu Zeit dröhnt plötzlich mit schwerem Stöhnen das krachende Eis, zischt auf gleich einem vorüberfliegenden Geschoß, gleich einem Kanonenschuß ertönt das Echo, es dringt weithin zurück in die von uns verlassenen, öden Windungen der Lena, tönt noch lange in dumpfem Widerhall und erstirbt endlich, noch immer die Einbildungskraft mit plötzlich auftauchenden, seltsamen, fernen Klagetönen erschreckend. . . .

Mir war traurig zu Muthe. Mein Gefährte war abgemattet und nervös. Unser Schlitten neigte sich jeden Augenblick von einer Seite auf die andere und mehr als einmal wurde er ganz umgeworfen. Dabei geschah es, zu Michael Iwanowitsch's Verdruß, immer gerade so, daß wir unabänderlich nach seiner Seite hin umwarfen. Dies geschah ganz natürlich, dennoch verursachte es ihm großen Unmuth. Wäre es jedoch anders vor sich gegangen, so hätte mir eine große Gefahr gedroht, umsomehr, als er bei solchen Gelegenheiten nicht die geringsten Anstrengungen machte. Er pflegte da nur zu gröhlen und sich heftig an den Kutscher zu wenden:

„Heb' auf!"

Der Fuhrmann hob uns dann, wie schwer es auch war, in die Höhe und wir fuhren weiter.

Mir schien, als trenne mich schon der Zeitraum eines Monats von Jakutsk, von wo wir doch erst vor sechs Tagen fortgefahren waren, und der Zeitraum fast eines ganzen Lebens von unserem nächsten Reiseziel Irkutsk, bis wohin wir noch mehr als zweitausend Werst zurückzulegen hatten.

Wir fahren langsam: Anfangs hatte uns wüthendes Schneetreiben zurückgehalten, jetzt hält uns Michael Iwanowitsch zurück. Die Tage sind kurz, aber die Nächte sind hell; der Vollmond blickt ab und zu durch den frostigen Nebel und die Pferde können auf dem schmalen, ausgefahrenen Wege der Toroßja nicht abschweifen. Und doch, haben wir einmal zwei oder drei Poststationen zurückgelegt, so beginnt mein Gefährte, ein weichlicher, schwammiger kleiner Krämer, sich in der nächsten Station sofort gründlich vor dem Kamin oder eisernen Ofen auszukleiden, indem er ohne Umstände alles überflüssige und sogar auch nicht überflüssige Gewand ablegt.

„Was treibt Ihr", versuche ich bei solchen Gelegenheiten zu protestiren, „eine Station könnte man heute noch . . ."

„Wozu so närrisch jagen", antwortet Michael Iwanowitsch. „Mit Thee will ich mir erst gütlich thun und dann — aufs Ohr!"

Auswanderung verursacht einen Arbeitermangel, der zwar nicht so groß ist, wie die Grundherren behaupten, aber doch groß genug, um den ländlichen Arbeitern freieren Ellbogenraum zu verschaffen. Vor zwanzig Jahren noch wurde jeder „widerspenstige“ Arbeiter mit dem Stocke traktirt oder über den Haufen in die Mistpfütze geritten. Jetzt wagt kein Gutsherr und auch keiner seiner Kulitreiber mehr, einen Arbeiter körperlich zu mißhandeln auf die Gefahr hin, daß ihm am nächsten Oktober die ganze Tagelöhnerschaft kündigt oder daß ihm gar auf frischer That Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Dieser eine Zug ist für jeden, der sich einigermaßen auf die soziale Psychologie der arbeitenden Klassen versteht, schon Beweises genug, daß sich das ostelbische Landproletariat nicht in ab-, sondern in aufsteigender Bewegung befindet.

Herr Meyer hat vortrefflich nachgewiesen, daß und weshalb die Klasse der ostelbischen Grundbesitzer zum intensiven nicht blos Hof-, sondern auch Feld-maschinen-Betriebe übergehen muß, wenn sie nicht untergehen will. Aber wenn sie auf diesem Wege nicht vorwärts kommt, so trägt nicht die technische Unfähigkeit der Landarbeiter die Schuld daran, sondern ein ganz anderes Verhältniß. Das „Ende“ des „landwirthschaftlichen Großbetriebs“ naht östlich der Elbe, nicht weil er Großbetrieb, sondern weil er nicht genug Großbetrieb ist. Die „Noth der Landwirthschaft“ ist ja nicht Chimäre in dem Sinn, wie die freisinnige Flachköpfigkeit meint; das Sekttrinken der Junker u. s. w. mag nebensächlich mitspielen und etwas mehr noch ihr Verharren in zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Vorurtheilen: das Entscheidende ist doch immer, daß der ostelbische Großgrundbesitz überwiegend aus mittelgroßen Gütern besteht, die für einen zeitgemäßen Feldmaschinenbetrieb nicht kapitalkräftig genug sind und auf denen sich ein solcher Betrieb auch gar nicht lohnen würde. Die Stunde dieses junkerlichen Großbetriebs hat längst geschlagen, und die Gnadenfrist, die er sich durch die Schnapsbrennerei gesichert hatte, läuft auch ab. Da diese angenehme Klasse des felsenfesten Glaubens lebt, daß ohne sie die gesittete Menschheit nicht eine Stunde existiren kann, so fordert sie mit gutem Glauben ihre künstliche Aufrechterhaltung durch Getreidezölle, Exportprämien, Liebesgaben ꝛc., und der kapitalistische Liberalismus, der, wo er nur immer das Kreuz kriegen kann, sich auch reichlich damit zu segnen weiß, braucht sich über die junkerliche Unersättlichkeit nicht gar so sehr zu erhitzen. Das Proletariat dagegen, das jede Klassenherrschaft verwirft und in der Junkerklasse mit Recht seinen — in Deutschland — mächtigsten und deshalb gefährlichsten Feind sieht, hat alles Recht, die Exportprämien, Getreidezölle, Liebesgaben ꝛc. bei ihrem richtigen, preßgesetzlich freilich unnennbaren Namen zu nennen und in jeder Weise den ökonomischen Ruin des Junkerthums zu beschleunigen.

Und ökonomisch thut das vor Allem die ländliche Arbeiterklasse: ökonomisch, wenn auch nicht technisch. Wo das Junkerthum kapitalkräftig genug ist, einen intensiven Maschinenbetrieb anzuwenden, da scheitert es nicht im Entferntesten an der Unfähigkeit der ländlichen Arbeiter. Vor zwei Jahren schilderte ich an dieser Stelle die verfallenen Zustände einer großen Herrschaft, deren Besitzer, ein Zaunjunker des alten Schlages, nach Urväterweise wirthschaftete. Inzwischen hat die Herrschaft in Folge Erbganges ihren Besitzer gewechselt, und die Familie sucht mit aller Kraft den Besitz zu erhalten. Und wie hat sich in so kurzer Zeit das Bild verändert, obgleich das Proletariat auf dieser Herrschaft ausnahmsweise verelendet war! Die halsbrechenden Wege haben sich in glatte Lehm-Chausseen verwandelt; die unter Wasser stehenden Aecker sind nunmehr drainirt oder werden drainirt, und auf dem Felde sah ich eine Lokomobile arbeiten,

die eine Dreschmaschine regierte und einen Elevator, der das gedroschene Stroh gleich in Miethen setzte. Natürlich bildet ein solcher Fall das Tagesgespräch ein paar Meilen in der Runde, aber niemals hörte ich die Frage erörtern, ob die neue Wirthschaftsmethode an der Unfähigkeit der Arbeiter scheitern werde, sondern stets nur die Frage, ob die Familie kapitalkräftig genug sei, um die Sache durchzuhalten. Und wo immer ich die von Herrn Meyer aufgeworfene Frage irgend welchen Praktikern vorlegte, erhielt ich zur Antwort: „Gewiß können die Kerle Feldmaschinenarbeit leisten, so gut wie Hofmaschinenarbeit, aber sie wollen nicht. Sie gönnen der Herrschaft ja nicht mehr das Schwarze unterm Nagel. Sowie wir ein bischen rationeller wirthschaften, kommen sie gleich mit neuen unverschämten Ansprüchen. Wir sollen uns die Seele aus dem Leibe schuften, damit die Bande herrlich und in Freuden lebt." Aus dem Junkerlichen ins Deutsche übersetzt heißt das: die Landarbeiter sind technisch vollkommen fähig für den Großbetrieb, aber ihr beginnender Emanzipationskampf beschleunigt den ökonomischen Ruin des junkerlichen Großbetriebs. Und so liegen die Dinge auch in der Wirklichkeit.

Mit dem ostelbischen Junkerthum geht es unaufhaltsam bergab. Der Große Generalstab und die preußische Monarchie werden es freilich nicht vernichten, so wenig wie die liberalen Schreihälse es vernichtet haben. Aber die ökonomische Entwicklung vernichtet es, und die Junker sind sich als eine seit Jahrhunderten herrschende Klasse sehr klar über die drohende Gefahr. Wo sind die Zeiten hin, als Thadden-Trieglaff auf einer Generalversammlung der pommerschen ökonomischen Gesellschaft in Köslin sagte: „Die Zeitungsschreiber sind unermüdlich bemüßigt, um uns bald die Jurisdiktion, bald die Polizei, bald das Kirchen- und Schulpatronat zu nehmen und auf jegliche Weise unsere Landstandschaft einzuengen, um uns womöglich lediglich auf die Gesellschaft der grasfressenden Thiere zu beschränken. Nicht etwa mit Vieren zu fahren, sondern auf allen Vieren zu kriechen, das ist es, was unsere Gegner uns zugedacht haben." Heute suchen die Junker schon „auf allen Vieren" ihre Deckung hinter der „Gesellschaft grasfressender Thiere". Wenn neulich ein Geistlicher auf einem antisemitischen Parteitage sagte, bei den nächsten Reichstagswahlen würde ganz Hinterpommern antisemitisch wählen, so war das eine unzulässige Verallgemeinerung örtlicher Zustände. Thatsächlich liegt die Sache so, daß jetzt noch das Landproletariat kein klares Bewußtsein von der Bedeutung des politischen Kampfes hat; es läßt sich noch von den Junkern gängeln, höchstens daß in diesem Gutsbezirke drei, in jenem Bauerndorfe sieben, in einem Fischerdorfe vielleicht zehn proletarische Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben werden. In der bäuerlichen Klasse wählt aber erst der ganz abgewirthschaftete Büdner und Kossäth antisemitisch, der noch leistungsfähige, obwohl auch vielfach unzufriedene Bauer wählt dagegen freisinnig. Die politische Taktik der Junker geht nun dahin, die wohlhabenden Bauern wieder an ihre Fahne zu fesseln durch Einräumung eines freilich mehr scheinbaren als wirklichen Antheils an der Herrschaft. Daher das immer stärkere Anwachsen der bäuerlichen Kandidaten für die Wahlen zum Land- und Reichstage. Vor zwei Jahren glaubte ich an dieser Stelle noch darüber scherzen zu dürfen, daß Herr v. Below-Saleske sich damals erbot, sein Landtagsmandat für den Kreis Stolp einem Bauern abzutreten. Inzwischen hat er seine Absicht bereits ausgeführt, und für die bevorstehenden Landtagswahlen werden von den drei Mandaten für Stolp zwei an Bauern und nur eines noch an einen Junker fallen; nicht anders glaubt die konservative Partei eine ihrer ältesten und befestigtsten Burgen halten zu können. Bei den

letzten Reichstagswahlen ist in Stolp der konservative Bauernkandidat vor dem freisinnigen Bauernkandidaten gerade nur mit fünf Stimmen Mehrheit im Vorsprung geblieben. In dem benachbarten Kreise Schlawe ist noch ein Junker knapp durchgekommen, aber auf den reichen Hagen-Dörfern an der Ostseeküste und auch sonst in Bauerndörfern war ihm ein freisinniger Butterhändler aus Rügenwalde dicht auf den Fersen, und es steht heute schon fest, daß bei den nächsten Wahlen zum Reichstage kein Junker mehr von der konservativen Partei aufgestellt werden wird. Noch aus anderen hinterpommerschen Kreisen werden Bauernkandidaturen gemeldet, und dies taktische Manöver der Junker ist auch gar nicht so unschlau. Etwas besser verstehen sie sich schon auf die „Volksseele", als die fortschrittlichen Protzen in Berlin, die vor einem Menschenalter allemal lieber eine bürgerliche Intelligenz hundertundelften Ranges, als ein Mitglied der ihnen damals noch so anhänglichen Arbeiterklasse ins Parlament schickten. Aber natürlich — ein dürftiges Palliativmittel bleibt dieser Bauernfang doch nur, und wo der schon vollständig ruinirte Kleinbauer überwiegt, wie in den elenden Sandlöchern des Kreises Neustettin, da verfangen solche Mittelchen nicht mehr, da ist der Antisemitismus obenauf und bestellt den Acker für die Sozialdemokratie. Und sobald erst das ländliche Proletariat die Bedeutung des politischen Kampfes begriffen haben wird, hat die Junkerherrlichkeit auch politisch den Todesstoß erhalten, wie jetzt schon ökonomisch.

Mit den Junkern gehen aber auch die Pfaffen dahin, und man thäte ihnen nur einen Gefallen, wenn man noch mit großem Lärm gegen den Kirchenglauben ins Feld rücken wollte. Das stirbt ganz von selbst ab. Was man „Gottes Wort vom Lande" zu nennen pflegte, giebt es gar nicht mehr; diese alten, gemüthlichen Herren, die meist polizeiwidrig beschränkt, aber bei allem orthodoxen Eifer doch gutmüthige Leute waren und Freud' und Leid mit ihrer Gemeinde theilten, sind ausgestorben. Was an ihre Stelle getreten ist, ersetzt sie nicht: junge städtische Herrchen, womöglich Reservelieutenants, die bei der Ueberproduktion der bürgerlichen Intelligenz sich auf die „geistliche Karriere" geworfen haben, weil hier noch am schnellsten vorwärts zu kommen war. Sie kümmern sich um ihre Gemeinde so wenig, als sie von ihrer Gemeinde geachtet werden. Einen schweren Schlag hat auch das Zivilstandsgesetz der protestantischen Geistlichkeit der ostelbischen Landstriche versetzt. Es nahm ihr die letzte sozial nützliche Funktion, denn mit ihrer Schulaufsicht richtet sie nichts als soziale Verwüstung an. Im Ganzen und Großen beobachtet die ländliche Bevölkerung noch die kirchlichen Gebräuche, aber geistliche Mucken läßt sie sich nicht mehr bieten. In einer Stadtkirche des Gebiets, von dem ich hier schreibe, wurde noch vor zehn Jahren das Altarbild bei der Einsegnung einer „gefallenen" Braut verhüllt; heute breitet dieselbe Kirche all ihre Kleinodien bereitwilligst vor der „gefallensten" Braut aus, vorausgesetzt, daß diese ihre Ehe noch kirchlich einsegnen lassen will. Die thönernen Füße dieser Kirche können keinen harten Stoß mehr aushalten.

Doch damit bin ich schon über die Grenze gegangen, die ich diesen Ausführungen gesteckt hatte. Es kam mir hier nur darauf an, die pessimistische Ansicht des Herrn Meyer über die geistige und körperliche Verkommenheit unseres ländlichen Proletariats zu bekämpfen, und ich hoffe, sie in den Augen unbefangener Urtheiler einigermaßen erschüttert zu haben.

Notizen.

Hand- und Maschinenarbeit. Die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit macht besonders in der Textilindustrie reißende Fortschritte. Während z. B. in den Lausitzer Bezirken Zittau und Reichenau in der Wollen- und Halbwollenweberei 1872 2800 mechanische und 1200 Handstühle vorhanden waren, zählte man deren 1879 3600 resp. 800. Innerhalb sieben Jahren vermehrte sich die Zahl der mechanischen Stühle um 800 und verminderte sich die Zahl der Handstühle um 400. In den Städten Crimmitzschau und Werdau, den Hauptsitzen der Buckskins-Fabrikation, waren 1872 erst 140 mechanische Stühle aufgestellt, während man jetzt deren 1550 zählt. Die 1872 noch vorhandenen 1550 Handwebstühle sind vollständig verdrängt worden. In und für Reichenbach waren für die flanellartigen Waaren 1872 zirka 2000 Handstühle und 200 mechanische Stühle beschäftigt, 1892 dagegen 2500 Hand- und 1200 mechanische Stühle. Ausnahmsweise hat hier bei Versechsfachung der mechanischen auch eine Vermehrung der Handstühle um 20 Prozent stattgefunden. Die Zahl der mechanischen Webstühle im Greiz-Geraer Distrikte wird mit über 30000 und diejenige der Handstühle mit 5000 angegeben. Während man in der Woll- und Halbwollenweberei in ganz Sachsen 1846 erst 150, 1861 3315 und 1875 17045 mechanische Webstühle zählte, giebt es deren jetzt über 32000.

In der Baumwoll- und Leinenindustrie der Lausitz waren beschäftigt:

	Handstühle		Mechanische Stühle	
	in Leinenweberei	in Baumwollweberei	in Leinenweberei	in Baumwollweberei
1872 . .	20100	5800	1275	
1892 . .	6000	9000	2200	10000

Gegenüber dem rapiden Rückgang der Handstühle der Leinenweberei weisen diese Zahlen fast eine Verdoppelung der Handstühle der Baumwollweberei, dagegen aber eine Verzehnfachung der in beiden Webereizweigen aufgestellten mechanischen Stühle auf.

Auch in der Sammt- und Seidenindustrie ist der Handstuhl schon stark verdrängt worden. Nach dem für 1892 erstatteten Geschäftsberichte der Krefelder Handelskammer wurden in der Sammtindustrie gezählt:

	1889	1890	1891	1892
Handstühle	7448	6229	3351	2850
Mechanische Stühle . .	2214	2907	2425	2022

und in der Seidenindustrie:

	1889	1890	1891	1892
Handstühle	15118	14263	11650	10173
Mechanische Stühle .	2270	2484	2681	2571

Der Rückgang der Webstühle berührt in der Sammtindustrie allerdings beide Stuhlarten, jedoch mit dem Unterschiede, daß von 1889 bis 1892 die Handstühle fast um ein Drittel, die mechanischen Stühle dagegen nur um 200 zurückgegangen sind. In der Seidenindustrie steht sogar der Verminderung der Handstühle um ein Drittel die Vermehrung der mechanischen Stühle um 300 gegenüber. Im Uebrigen sind beide Textilzweige, wie die Zahlen erkennen lassen, in sehr schlechter Situation, die sich am besten in der Reduktion des Produktionswerthes von 85 Millionen Mark im Jahre 1889 auf 70,98 Millionen Mark 1892 offenbart.

In der schweizerischen resp. zürcherischen Seidenindustrie ist nach der dem Berichte für 1892 beigelegten Statistik der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft die Zahl der Handstühle von 30398 im Jahre 1881 zurückgegangen auf 20977 im Jahre 1891. Die Handstühle werden ausschließlich hausindustriell beschäftigt. Die Zahl der mechanischen Webstühle betrug 1881: 3151 und 1891: 7173; dort ein Rückgang um ein volles Drittel, hier mehr als Verdoppelung.

Die Zahl der Firmen und Arbeiter und Angestellten, sowie die Summe der gezahlten Arbeitslöhne betrugen:

	1881	1885	1889	1891
Firmen	134	143	133	130
Arbeiter und Angestellte .	50 276	42 350	46 585	45 383
	Franken	Franken	Franken	Franken
Arbeitslöhne und Gehälter	20 480 103	19 445 463	21 229 320	19 849 982

Der verarbeitete Rohstoff stieg von 1 016 990 Kilo 1881 auf 1 352 583 Kilo im Jahre 1891, die Meterzahl der produzirten Waaren von 28 421 263 Meter im Jahre 1881 auf 29 894 449 im Jahre 1891.

Die Vermehrung der Produktion bei gleichzeitiger Verminderung der menschlichen Arbeitskräfte tritt hier deutlich zu Tage. D. Z.

Feuilleton.

At-Daván.*

Skizze aus dem sibirischen Leben.

Von **Wladimir Korolenko.**

I.

„Hu—u—u! ist das ein Weg!“ sagte mein Reisegefährte, Michael Iwanowitsch Kopylenkow, „der allerverfluchteste Weg, es kann keinen schlechteren mehr geben . . . ist das wahr oder nicht?“

Leider sprach Michael Iwanowitsch die reinste Wahrheit. Wir fuhren unten im Flußbett der Lena. In ihrer ganzen Breite ragten ungeheure Eisschollen, hier zu Lande Toroßja genannt, empor, welche der reißende, wüthende Strom zur Herbstzeit im Kampfe mit dem furchtbaren sibirischen Frost aufeinander geschleudert hatte. Allein der Frost blieb zuletzt dennoch Sieger. Der Fluß erstarrte und nur die gigantischen Toroßja, das ganze Chaos ungeheurer Eisblöcke, welche wüst durcheinander gehäuft, untereinander geschoben oder auf unbegreifliche Weise empor geschleudert worden waren, blieb als stummer Zeuge des titanischen Kampfes zurück. Hie und da gähnten noch lange, niemals zufrierende Eisspalten, durch welche kochend und brausend des Flusses heftige Strömungen schossen. Darüber wiegten sich schwerfällig kalte Dampfballen und es sah aus, als ob in den eisfreien Löchern und Klüften in der That siedendes Wasser aufwalle.

Zu beiden Seiten dieses seltsamen Eisfeldes aber standen die schweigenden, ungeheuren Uferberge der Lena. Spärliche Lärchenwaldung heftet sich an die Abhänge, ihre Wurzeln weit auseinander breitend, allein das Gestein läßt ihr Wachsthum nicht zu und so sind die Abhänge durchwegs dicht mit Baumkadavern besät. Näher zu uns sehen wir schneebedeckte Baumleichen mit ihren aus dem Boden gerissenen, förmlich krampfhaft zusammengezogenen Wurzeln. Weiter hinauf verschwinden diese Einzelheiten, aber gegen den Gipfel des Gebirges zu sind die Abhänge mit Windbruch bedeckt, wie mit einem dichten Netze. Die umgefallenen Bäume erscheinen wie unzählige Nadeln, ähnlich dem Nadelgewirr eines Fichtenwaldes, und dazwischen kriechen noch lebendige, ebenso starre, ebenso dünne und

* At-Daván ist eine Poststation an der Lena, ungefähr 300 Werst oberhalb Jakutsk.

elende Lärchenbäume hinan, die ihr Glück auf dem Leichenfelde ihrer Voreltern versuchen. Nur auf dem geraden Bergrücken wird der Wald mit einem Male dichter und zieht sich wie ein langer, dunkler Trauerrand über dem weißen Abhang des Ufers dahin.

So geht es zehn, so geht es hundert Werst fort. Eine ganze Woche schon treibt unser Schlittenwägelchen, ein armseliger Punkt, zwischen den Eisbergen dahin und schaukelt genau so, wie ein kleines Boot auf stürmischem Meere. Eine ganze Woche schaue ich auf den Streifen bleichen Firmaments zwischen den hohen Ufern, auf die weißen Abhänge mit ihrem Trauerrande, auf die Schluchten, welche sich geheimnißvoll irgendwoher aus den tunguſischen Wüſteneien in die freie Weite des großen Stromes durchgewunden haben, auf die kalten Nebel, welche sich endlos hinziehen, sich zusammenwickeln und wieder auseinander rollen, sich in den, durch die Felsen gebildeten Windungen zusammenpressen und lautlos in die Schründe und Schluchten hineinziehen, als wäre es eine gespenstische Armee, die sich in die Winterquartiere vertheilt. Die Stille bedrückt die Seele. Nur von Zeit zu Zeit dröhnt plötzlich mit schwerem Stöhnen das krachende Eis, zischt auf gleich einem vorüberfliegenden Geschoß, gleich einem Kanonenschuß ertönt das Echo, es bringt weithin zurück in die von uns verlassenen, öden Windungen der Lena, tönt noch lange in dumpfem Widerhall und erstirbt endlich, noch immer die Einbildungskraft mit plötzlich auftauchenden, seltsamen, fernen Klagetönen erschreckend. . . .

Mir war traurig zu Muthe. Mein Gefährte war abgemattet und nervös. Unser Schlitten neigte sich jeden Augenblick von einer Seite auf die andere und mehr als einmal wurde er ganz umgeworfen. Dabei geschah es, zu Michael Iwanowitsch's Verdruß, immer gerade so, daß wir unabänderlich nach seiner Seite hin umwarfen. Dies geschah ganz natürlich, dennoch verursachte es ihm großen Unmuth. Wäre es jedoch anders vor sich gegangen, so hätte mir eine große Gefahr gedroht, umsomehr, als er bei solchen Gelegenheiten nicht die geringsten Anstrengungen machte. Er pflegte da nur zu gröhlen und sich heftig an den Kutscher zu wenden:

„Heb' auf!"

Der Fuhrmann hob uns dann, wie schwer es auch war, in die Höhe und wir fuhren weiter.

Mir schien, als trenne mich schon der Zeitraum eines Monats von Jakutsk, von wo wir doch erst vor sechs Tagen fortgefahren waren, und der Zeitraum fast eines ganzen Lebens von unserem nächsten Reiseziel Irkutsk, bis wohin wir noch mehr als zweitausend Werst zurückzulegen hatten.

Wir fahren langsam: Anfangs hatte uns wüthendes Schneetreiben zurückgehalten, jetzt hält uns Michael Iwanowitsch zurück. Die Tage sind kurz, aber die Nächte sind hell; der Vollmond blickt ab und zu durch den frostigen Nebel und die Pferde können auf dem schmalen, ausgefahrenen Wege der Toroßja nicht abschweifen. Und doch, haben wir einmal zwei oder drei Poststationen zurückgelegt, so beginnt mein Gefährte, ein weichlicher, schwammiger kleiner Krämer, sich in der nächsten Station sofort gründlich vor dem Kamin oder eisernen Ofen auszukleiden, indem er ohne Umstände alles überflüssige und sogar auch nicht überflüssige Gewand ablegt.

„Was treibt Ihr", versuche ich bei solchen Gelegenheiten zu protestiren, „eine Station könnte man heute noch . . ."

„Wozu so närrisch jagen", antwortet Michael Iwanowitsch. „Mit Thee will ich mir erst gütlich thun und dann — aufs Ohr!"

Essen, sich mit Thee „gütlich thun“ und schlafen — dies Alles vermochte Michael Iwanowitsch in erstaunlichem Maße zu vollbringen und dies Alles vollbrachte er mit Akkuratesse, mit Liebe, ja geradezu mit Andacht. Gleichwohl entwickelte er auch andere Standpunkte.

„Das Volk hier“, sagte er geheimnißvoll, „ist außerordentlich auf eine Kopeke lüstern; ach Du mein Brüderchen! ein schrecklich armes Volk, drum ist es toll nach dem Golde.“

„Nun, das Gold ist ja weit weg, auch hört man über die hiesige Gegend nichts dergleichen.“

„Wie aber, wenn sie uns, Dich und mich, berauben? Da wirst Du's schon hören, aber zu spät ... Narr!“ fügte er in rasch aufloderndem Zorne hinzu, „weißt Du denn nicht, was das für ein Land ist, weißt Du's nicht? Das ist Dir ja gar nicht Rußland! Ein Abgrund ist's, ein Eisloch, eine Wüste ... ein Ort des Verderbens.“

Ueberhaupt flößte die hiesige Gegend Michael Iwanowitsch nichts Anderes ein, als Abscheu und Ekel. Nichts hier, von der düsteren Natur und den Menschen angefangen, bis herab zu den vernunftlosen Wesen, entging seiner beißenden Kritik. Er kannte nur eins: hier kann man, wenn's einem „glückt“, schnell und reichlich zu etwas kommen (in Einem Tage kannst Du da ein Mensch werden); und deshalb lebte er schon einige Jahre hier, scharf nach einer „Gelegenheit“ auslugend und unentwegt nach einem gewissen Ziele strebend, nach dessen Erreichung er die Absicht hatte, in „seine Gegend“, irgendwo in der Nähe von Tomsk, zurückzukehren. In dieser Hinsicht erinnerte er an einen Menschen, welchem man vorgeschlagen hatte, gegen eine gewisse Belohnung bei starkem Froste nackt eine Strecke zu durchlaufen. Michael Iwanowitsch hat eingewilligt, und nun läuft er ächzend und sich krümmend seinem Ziele entgegen. Nur ankommen will er, nur etwas erwischen, dann aber ... „kann sie meinetwegen zum Henker gehn, diese ganze dem Verderben geweihte Gegend“ — Michael Iwanowitsch wird ihr nicht nachweinen.

Im gegenwärtigen Augenblicke war er, scheint es, dem Ziele bedeutend näher gerückt und war möglicherweise eben deshalb so sehr nervös: wie nun, sagt er, wenn eben jetzt ihm Jemand das Erschnappte entrisse? ... Michael Iwanowitsch, über den ich viele Berichte gehört hatte, welche seinen, bei Beginn seiner hiesigen Laufbahn bis zur Frechheit gehenden Unternehmungsgeist im grellsten Lichte hervorhoben, Michael Iwanowitsch war jetzt furchtsam wie ein Weib und ich war deshalb genöthigt, höchst langweilige Abende und lange Nächte auf den öden Stationen der düsteren, menschenleeren Lena zu verbringen.

II.

An einem solchen frostigen Abend wurde ich durch einen Ausruf Michael Iwanowitsch's aufgeweckt. Es zeigte sich, daß wir beide im Schlitten eingeschlafen waren, und als wir erwachten, sahen wir uns auf dem Eise am steinigen Ufer, an einer vollkommen menschenleeren Stelle. Die Schlittenschelle war nicht zu hören, das Schlittenwägelchen stand unbeweglich da, die Pferde waren ausgespannt, der Fuhrmann war verschwunden und Michael Iwanowitsch rieb sich in Schrecken und Verwunderung die Augen.

Bald jedoch ward unsere Ungewißheit aufgeklärt. Ich besah mir den glatten Uferabhang, der sich wie eine Wand in die Ferne verlor und im Strahl des Mondes leuchtete. Unweit von uns verschwand ein Fußpfad im Felsengeklüfte und gerade über unserem Kopfe erhob sich das hohe Kreuz eines jaku-

tischen Grabhügels. Obwohl nun in dieser Gegend ein Grabhügel am Flußufer, sei es auch noch so öde, keine Seltenheit ist, da der Jakute trachtet, sich unfehlbar auf eine Anhöhe, an einem Wasser oder an solchen Orten zur ewigen Ruhe hinzulegen, wo sich große Räume und Fernen ausbreiten, so erkannte ich gleichwohl die Station von At-Daván, welche mir schon bei meiner ersten Durchfahrt aufgefallen war. Der rothe Schiefer mit seinen wunderlichen Schichten, welche an fremdartige Schriftzeichen mahnten, der glatte, wie künstlich aufgebaute Abhang des Ufers, die spärlich gesäten Lärchenbäume, der jakutische Grabhügel mit seinem Kreuz und seinen vier Blockwänden und endlich die lange, weiße Rauchdecke, welche stille vom Ufer her über dem Fluß hing, das Alles wurde mir sofort erinnerlich. Hier giebt es keinen Uferweg; das Ufer bildet eine senkrechte Wand und deshalb werden zur Winterszeit die Schlitten auf dem Flusse stehen gelassen, die Pferde aber führt man beim Umspannen direkt auf das Eis. Michael Iwanowitsch beruhigte sich auch bald, umsomehr als auf dem engen Fußpfade schon die Laternen flimmerten.

In einer Minute waren wir droben auf der Station. Im kleinen Stationszimmerchen war tüchtig eingeheizt worden; dem eisernen Ofen entquoll eine trockene Gluth. Zwei Unschlittkerzen, welche in der Hitze heruntergeschmolzen waren, beleuchteten die anspruchslose Dekoration eines halbjakutischen Baues, welcher in eine Poststation umgewandelt worden war. Generäle und Schönheiten hingen da an den Wänden, abwechselnd mit Fahrordnungen und schwarz eingerahmten, dicht mit Fliegen besetzten Kundmachungen über den Postverkehr, die ganze Disposition ließ es indessen deutlich zu Tage treten, daß man auf der Station Jemand erwarte, doch hatten wir keinen Grund, alle diese Vorrichtungen auf unsere Rechnung zu schreiben.

„Sieh' nur, Du mein Brüderchen, wie herrlich!" sagte Michael Iwanowitsch freudig, indem er sich anschickte, schon wieder in den mitgebrachten Reisevorräthen herumzuwühlen. „Das ist ja eine wohlthuende Wärme, hier machen wir schon Halt, hier übernachten wir unbedingt. Heda! wer ist dort, Schreiber! oder wer denn? Ein Samowarchen her und siedendes Wasser zur Fleischklößchen-Suppe . . ."

„Nein, nein, Michael Iwanowitsch", versuchte ich zu widersprechen, „es ist noch zu früh an der Zeit. Wir kommen noch bis zur nächsten Station. Dort kann man dann schon übernachten."

„Pferde, gnädiger Herr, haben wir keine", ließ sich hinter mir eine gebrochen klingende, häßliche und wie eingeschüchterte Stimme vernehmen.

Ich sah mich um. In die Stube trat ein kleines, rundes Männchen von unbestimmbarem Alter. Sein Anzug war ziemlich originell. Ein kurzer Ueberrock, eine gewürfelte Hose, eine Piquéweste, ein Hemd mit Manschetten und einem altmodisch gefältelten Vorhemde, ein farbiges Halstuch mit goldenen Fliegen auf grünem Felde — alles dies, schon ein wenig verblaßt und verlegen, als werde es nur zu gewissen Gelegenheiten getragen, erinnerte an längst vergangene Zeiten. An den Füßen trug der Eintretende schwere Filzstiefel, in Verbindung mit welchen der stutzerhafte „deutsche" Anzug ungemein komisch aussah. Uebrigens war das kleine Männchen sich dieses Kontrastes offenbar nicht bewußt und trat sehr zierlich mit kleinen, gesetzten Schritten auf.

Die Physiognomie des Unbekannten, sowie auch seine ganze Erscheinung hatte etwas Graues an sich, als wäre auch sie etwas Verbrauchtes, Abgetragenes, das jetzt für die Gelegenheit geglättet und gesäubert worden war. In seinem Lächeln, in seinen grauen Augen, im Ton seiner Stimme konnte man den

Anspruch auf eine gewisse Kultur erkennen. Das kleine Männchen wollte gleichsam zeigen, daß es bessere Tage gesehen habe, sich zu benehmen wisse und unter anderen Umständen mit uns auf gleichem Fuße stehen würde; allein bei alledem drückte er sich zusammen und war zaghaft, als habe man ihn gar zu oft niedergedrückt, und als versehe er sich dessen auch von unserer Seite.

„Wieso denn keine Pferde?“ sagte ich, nachdem ich in das Buch hineingesehen hatte, welches augenscheinlich ganz kürzlich auf einer sichtbaren Stelle aufgelegt worden war: „zwei Dreigespanne müssen auf der Station sein.“

„Ganz richtig“, antwortete er unterthänig, „sie sollen da sein ... nur ... eigentlich ... wie soll ich Ihnen, gnädiger Herr, das erklären ...“

Er blieb verlegen stecken.

„Habt Erbarmen mit mir, Ihr Herren Reisenden, fordert nicht“, brachte er plötzlich mit kläglicher und demüthig bittender Stimme hervor.

„Aber warum denn das?“ fragte ich staunend.

„Ach, Ihr! — wahrhaftig!“ mischte sich Michael Iwanowitsch verdrießlich drein, der es indessen schon zuwege gebracht hatte, sogar die Beinkleider von sich abzuthun, „warum und warum?! Ha, wohin eilt Ihr denn so? Die Kinder weinen wohl bei Euch daheim, he? ... Siehst Du, mein Brüderchen, ein Mensch bittet mit Thränen — folglich ist ein Grund vorhanden!“

„Ganz richtig, so ist's, Herr“, sagte freudig der Unbekannte und wendete sich mit einem theilnehmenden Lächeln zu Kopylenkow, indem er an den kurzen Schößen seines Rockes zupfte, „so ist's, Herr, gerade wie Ihr beliebt habt zu bemerken. Werde ich denn die Herren Reisenden zurückhalten? Niemals!“

Das letzte Wort sprach er sogar mit einem gewissen Stolz aus, streckte sich dabei und zog seinen Rock zurecht.

„Nun, meinetwegen“, sagte ich, mich um so lieber drein ergebend, als ich die Unmöglichkeit begriff, meinen so rasch entkleideten Reisegefährten aus dieser warmen Stube in den beißenden Nachtfrost hinauszuziehen, „aber dennoch, klärt uns Eure Ursache auf, wenn es kein Geheimniß ist?“

Jenes theilnehmende Lächeln verklärte das ganze Gesicht des winzigen Männchens. Er bemerkte, daß die Sache in Ordnung kam und war eben im Begriff, mir mit sichtbarer Bereitwilligkeit zu antworten, da plötzlich spitzte er die Ohren. Von außen hörte man, durch das Prasseln im eisernen Ofen hindurch, Glockengeläute.

Die Thüre wurde geöffnet und der Staroſt,* dem Aeußern nach ein Halbjakute, kam vorsichtig in die Stube, schloß sorgfältig die Thüre und sagte:

„Potschta kelle** Wassili Spiridonisch. ...“

„Ah! die Post!“ sagte das alte Männchen beruhigt, „na, bar-antách*** und schnell! ... Ich komme gleich, verzeiht, geehrte Herren ...“

Er ging hinaus. Auf der Station wurde es lebendig, Thüren wurden zugeschlagen, Treppenstufen knarrten, Kutscher schleppten sich mit Koffern und Postsäcken, das unruhige Schellengeklingel der weggeführten, sowie der frisch vorgespannten Pferde drang jedesmal herein, wenn die Thüre geöffnet wurde, Fuhrleute riefen einander in jakutischer Sprache an und schmähten einander im reinsten Russisch, dadurch ihre russische Abstammung bezeugend. ... (Fortsetzung folgt.)

* Staroſt = Oberknecht auf den russischen Poststationen, der die frischen Pferde besorgt.

** Potschta kelle = Die Post kommt (jakutisch).

*** Bar-antách = Mach' fort.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 6. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Moloch in Nöthen.

↗ Berlin, 2. November 1893.

Hochmuth kommt vor dem Fall, und kaum hatte Moloch in den Fällen Hofmeister und Kirchhof dem bürgerlichen Rechtsbewußtsein ein paar seiner beliebten Schläge ins Gesicht gegeben, als er selbst ein paar Ohrfeigen erhielt, von denen ihm denn doch wohl der dicke Kopf einigermaßen dröhnen wird.

Die eine dieser Ohrfeigen ist die Veröffentlichung der amtlichen Statistik über den Ausfall der letzten Reichstagswahlen. Weshalb die offiziellen Statistiker so viele Monate gebrauchten, um die paar Tausend Ziffern zusammenzustellen, liegt nunmehr klar auf der Hand; man scheute sich vor dem zahlenmäßigen Eingeständniß, daß der Militarismus bei der Kraftprobe des vergangenen Sommers doch das Spiel verloren hat. Bei der für ihn günstigsten Berechnung, selbst wenn man, was bekanntlich mit den Thatsachen nicht stimmt, alle antisemitischen, polnischen und freisinnig-wadlstrümpflichen Stimmen ohne Weiteres in sein Konto schreibt, bleibt noch immer die stattliche Ziffer von rund 1 100 000 Stimmen, die mehr gegen, als für ihn abgegeben worden sind. 4 300 000 Stimmen gegen, 3 200 000 Stimmen für ihn — und wie viele dieser Stimmen sind noch dazu mühsam durch die Hungerpeitsche und ähnliche Folterwerkzeuge moderner Kultur erpreßt worden!

Man darf dies Ziffernverhältniß gewiß nicht überschätzen; seiner allzu sanguinischen Auffassung tritt sofort die niederschlagende Thatsache entgegen, daß sich trotz alledem in dem neugewählten Reichstage eine Mehrheit für den Militarismus zusammengefunden hat. Einen Theil der Schuld daran tragen ja freilich äußerliche Umstände, wie die verkehrte Wahlkreisgeometrie, aber eben auch nur einen Theil. Wäre jede der im ersten Wahlgange gegen den Militarismus abgegebenen Stimmen stramm geblieben, so würde der Reichstag trotz alledem ein erfreulicheres Aussehen haben, als er hat. So lange der deutsche Spießbürger im Militarismus den Teufel, im Sozialismus aber den Belzebub sieht, ist ihm eben nicht zu helfen. Aber bei aller kaltblütigen Abwägung der Verhältnisse bleibt es doch eine höchst erfreuliche Thatsache, daß eine starke Mehrheit der Reichstagswähler dem Militarismus eine so unzweideutige Absage gegeben hat. Ein Baum, dessen Wurzeln zu vertrocknen beginnen, kann noch lange durch eiserne Stützen aufrecht erhalten werden, aber gezählt sind seine Tage

dennoch. Und dafür, daß in der Stimmung der Massen kein Rückschlag eintreten, daß ihre Abneigung gegen den Militarismus sich nicht verflachen, sondern vertiefen wird, dürfen wir Moloch ruhig selbst sorgen lassen. Die bevorstehende Reichstagssession wird ja alsbald einen höchst lehrreichen Kursus darüber eröffnen, daß gegen den Militarismus nicht halbe, sondern ganze Feindschaft geboten ist.

Die andere der Ohrfeigen, die das preußische Militärsystem in diesen Tagen einzustecken gehabt hat, ist der Spieler- und Wuchererprozeß in Hannover. Je mehr die antisemitische Presse auf die angeklagten Wucherjuden und die philosemitische Presse auf die als Zeugen erschienenen Junker-Offiziere loshieb, um so leichter konnte die sozialdemokratische Presse das erlösende Wort finden: die Einen sind die Anderen werth. Gewiß, die Angeklagten waren Plünderer und Räuber und das Gericht hat sie, wie eben der Telegraph meldet, auch mit harten Strafen dafür angesehen, aber was sind denn jene Offiziere, die sich wie die Immen sammelten, wenn ihnen zugeflüstert wurde, in diesem Badeorte oder auf jenem Rennplatze sei ein reicher Fabrikant, der gern spiele und immer Unglück im Spiel habe? Daß sie damit die Rolle der betrogenen Betrüger übernahmen, ändert doch nichts an der moralischen Qualität ihrer Handlungsweise und ebenso wenig ändert daran etwas ihr Erscheinen nicht auf der Anklagebank, sondern auf dem Zeugenstande. Jener Berliner Professor der Geschichtswissenschaft, der vor nicht langer Zeit die Vorrechte der preußischen Offiziere damit vertheidigte, daß sie Kameraden des Königs seien, mag heute etwas verwundert dreinschauen. Wie viele dieser „Kameraden des Königs" haben sich in Hannover als Kameraden von Betrügern, Dieben und Zuchthäuslern entpuppt!

Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, soll er wie immer zugedeckt werden; die bürgerlichen Blätter melden allerlei „strenge Maßregeln", die gegen die schuldigen Offiziere ergriffen werden sollen, und wir zweifeln auch gar nicht an den guten Absichten der „maßgebenden" Stellen. Die preußische Heeresverwaltung müßte ebenso thöricht sein, wie sie in ihrer Art gewitzt ist, wenn sie sich über die moralischen und sozialen Konsequenzen des Spielerprozesses täuschen wollte. Sie wird gegen diesen Auswuchs des Militarismus mit demselben Eifer vorgehen, wie gegen die Soldatenmißhandlungen: mit demselben Eifer, aber auch mit demselben Mißerfolge. In der That handelt es sich bei diesen an sich ja sehr verschiedenen Erscheinungen um Früchte desselben Baumes; die moralische Korruption des Offizierkorps, die sich in Hannover aufgethan hat, ist ebenso alt wie die Mißhandlung der Soldaten, und beide haben denselben Geburtstag wie der preußische Militarismus. Man darf sich darüber nicht täuschen lassen durch die zwar nicht kluge, aber pfiffige Taktik der bürgerlichen Blätter, die eine volle Schale sittlicher Entrüstung über die Personen ausgießen, um das System zu vertheidigen. Wir haben keinen Anlaß, die Personen zu vertheidigen, aber wir klagen das System an. Die kastenmäßige Absperrung, die künstliche Aufrechterhaltung des preußischen Offizierkorps als einer bevorrechteten Klasse mit besonderen, höchst seltsamen Ehrbegriffen, das ist der Schuldige, der vor der Geschichte auf die Anklagebank gehört.

Die famose Behauptung des Generals v. d. Goltz, daß die preußische Offiziersklasse sich als Blüthe nationaler Bildung entfaltet habe, ist auch von den preußischen Mythologen als eine unsagbare Lächerlichkeit aufgegeben worden. Diese Klasse entstand vielmehr um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts vornehmlich aus einem junkerlichen Lumpenproletariat, den damals so genannten „Krippenreitern", die, durch den dreißigjährigen Krieg enteignet, plündernd in

der Mark Brandenburg hausten und als Offiziere in dem entstehenden Heere des preußischen Absolutismus unschädlich gemacht wurden. Oder sozusagen unschädlich, denn als Offiziere sogen sie doch nur in anderer Form am Marke des Volkes, wie als „Krippenreiter". Noch hundert Jahre später, um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, war diese Klasse so ungebildet, daß ihr selbst die geringste Schulsprache abging. Berenhorst erzählt davon in seinen berühmten „Betrachtungen über die Kriegskunst" die ergötzlichsten Dinge; als im ersten schlesischen Kriege befohlen wurde in Kolonnen zu marschiren, fragten sich die Offiziere im Vertrauen: „Wat is denn nu Kolunnige?" und trösteten sich damit: „Eh wat! Ik folge op min Voddermann, wo deh hinmarschirt, ick och". Der Zeitvertreib dieser Helden in ihren Garnisonen waren Wein, Weiber und Würfel. Unzählig sind die Kabinetsordres des Königs Friedrich gegen das „Saufen" der Offiziere; von ihrer geschlechtlichen Liederlichkeit mag man sich daraus einen Begriff machen, daß ihre besseren Elemente selbst ein gesetzlich gestattetes Konkubinat als „Reform" verlangten, und ihre Spielwuth hat ihren klassischen Ausdruck literarisch in Lessing's Riccaut, und juristisch in Theil I, Titel XI, § 684 des Landrechts gefunden, der da lautet: „Ermangelt die Einwilligung des Chefs oder Kommandeurs, und der Schuldner ist ein Subaltern-Offizier, so ist der Darlehensvertrag null und nichtig; der Gläubiger hat niemals die geringste Wiederbezahlung zu hoffen, und das wirklich Gegebene fällt, zur Strafe, der Invalidenkasse unwiderruflich anheim!" Eine Gesellschaft „wuchernder Krämer" nannte damals Boyen, der mitten darin lebte, das preußische Offizierkorps.

Auch in den verhältnißmäßig großen Zeiten, die diese Klasse gehabt hat, tritt die rasende Spielwuth als ihr eigenthümliches Laster hervor. Wie im siebenjährigen Kriege, so auch nach Jena, so wieder in den fünfziger Jahren, als die Moltke und Roon das verfallene Heer zu reorganisiren begannen. Nicht die wahrhaft gebildeten Offiziere, wie Scharnhorst, Gneisenau, Boyen, Grolmann oder gar Clausewitz, den die junkerlichen Kriegsknechte nur beachteten, weil seine rothe Nase ihm das rühmliche Zeugniß eines tüchtigen Trinkers auszustellen schien, waren die Helden der widernapoleonischen Kriege, sondern Blücher war es, eine der ärgsten Spielratten, die jemals gelebt haben. „Blüchern" hieß zu seiner Zeit allgemein das Kartenspiel. Seine loyalen Biographen rühmen an ihm schon als heldenmüthige Entsagung, daß er wenigstens im Feldlager keine Karte angerührt habe; gewiß ist, daß er sie sonst immer in der Hand gehabt und dadurch die politischen Interessen des preußischen Staats schwer geschädigt hat. Nach der Einnahme von Paris im Jahre 1815 saß Blücher sofort den ganzen Tag und die halbe Nacht in den Spielhöllen des Palais Royal, während Wellington mit kaltblütigem Geschick berechnende Politik trieb, so daß die Sieger von Waterloo die Dupes der europäischen Reaktion wurden. In welch lieblichen Geruch das deutsche Volk bei den gebildeten Völkern des Westens kam, als sich die fluchende und wetternde Spielratte Blücher als „Held der Nation" in Paris und London präsentirte, kann man bei Beranger und Byron nachlesen.

Bei der Reorganisation des Heeres in den fünfziger Jahren aber war es eine Hauptaufgabe, zunächst ungefähr die Hälfte der preußischen Offiziere aus den Händen der Wucherer zu lösen, in die sie durch ihre Spielwuth gerathen waren. Diese Ziffer giebt Stieber an, und der konnte es wissen. Denn nachdem er durch ein Gewebe von Fälschungen und Meineide in dem Kölner Kommunistenprozesse ein Schuldig von den Bourgeois-Geschworenen erzielt hatte, wurde er als der richtige Mann ausersehen, um durch gesetzwidrige Bedrohung der Wucherer, in deren Händen sich die Hälfte des preußischen Offizierkorps

befand, das gefährdete Vaterland zu retten. Auf Grund jener landrechtlichen Bestimmung konnten die Offizierswechsel zwar ohne Weiteres kassirt werden, aber da die Wucherer diese Gefahr natürlich rechtzeitig berücksichtigt und sich nicht nur Wechsel, sondern auch Ehrenscheine hatten ausstellen lassen, so hätte die Offiziersehre geboten, gleichzeitig alle betheiligten Offiziere über die Klinge springen zu lassen. Es kam darauf an, die Wucherer so zu ängstigen, daß sie sich mit der Rückerstattung der wirklich geliehenen Summen und einem geringen Prozentsatze begnügten, wofür theilweise die königliche Schatulle aufkam, und dafür die Ehrenscheine auslieferten. Man kann sich denken, wie diese patriotische Aufgabe Stieber's Ingenium reizte und wie er durch gesetzwidrige Beschlagnahmen, Verhaftungen u. s. w. die Wucherer so in die Enge trieb, daß sie die gefangene Hälfte des Offizierkorps ihrem eigentlichen Heldenberufe zurückgaben. Als dann Wilhelm Eichhoff seine wuchtigen Angriffe gegen das System Stieber richtete, kam auch diese „friedensrichterliche Thätigkeit", wie ihr Träger selbst sie wohllautend nannte, zur öffentlichen Erörterung, und die Staatsanwaltschaft konnte nicht umhin, gegen Stieber wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt vorzugehen. Der alte Sünder berief sich darauf, auf ausdrücklichen Befehl des Königs Friedrich Wilhelm IV. gehandelt zu haben, und so wurde der Termin der gerichtlichen Verhandlung bis nach dem Tode dieses Fürsten verschoben, da gesetzlich eine einmal erhobene Anklage nicht zurückgezogen werden konnte. Die Verhandlung fand am 11. Februar 1861 statt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten, nachdem Stieber ungemein frech vor Gericht aufgetreten war und nicht nur „die Krone in seinen Prozeß hineingezogen und den König Friedrich Wilhelm IV. litem denunzirt", sondern auch mit krassen Enthüllungen über die „Schulden von Grafen, Prinzen und Fürsten" gedroht hatte. Die Neue Aera stellte das gefährliche Subjekt dann bekanntlich zur Disposition, und es war dem Grafen Bismarck vorbehalten, im Frühjahr 1866 die neu-deutsche Herrlichkeit damit einzuleiten, daß er das System Stieber in voller Glorie wiederherstellte.

Nach diesen flüchtigen historischen Erinnerungen wird man den hannöverschen Spieler- und Wuchererprozeß nicht als etwas Unerhörtes, sondern als eine „berechtigte Eigenthümlichkeit", als „echt preußische Tradition" betrachten müssen. Er mag auch seine neue Seiten haben, die Spielwuth mag scheußlicher und widerwärtiger erscheinen, als früher, aber mein Gott, weshalb sollen preußische Offiziere im industriellen Zeitalter nicht auch industriöse Fortschritte machen? Das Neueste und zugleich Beste an dem Prozesse ist doch, daß die misera contribuens plebs endlich anfängt, sich die Augen zu reiben und wirklich zu erkennen, was hinter der glitzernden Herrlichkeit des Militarismus denn eigentlich steckt, und davon mag Molochs dicker Kopf wohl ein bischen brummen.

Der Kölner Parteitag.

Parteitage werden auch dann immer noch von unschätzbarer Bedeutung sein, wenn bei ihren Verhandlungen, wie vielleicht Mancher achselzuckend meint, „nichts Neues herauskommt".

Je mehr die Arbeiterbewegung sich ausbreitet und alles unsichere Schwanken und Tasten ihrer Jugendzeit abstreift, je mehr die Presse und Literatur zur Entfaltung kommt und sich allen neuauftauchenden Fragen sofort aufklärend und mitentscheidend zuwendet, desto weniger werden Parteitage unserer Bewegung neue große Impulse geben können. Die Zeit, wo man die ganze Parteigeschichte nach

den Parteikongressen abtheilen konnte, ist unter normalen Verhältnissen ein für allemal vorüber.

Dafür sind die Parteitage um so unentbehrlicher geworden, um diejenige engere Fühlungnahme unter den Genossen und diejenige richtigere Anschauung von Personen, Verhältnissen und Stimmungen in der Partei zu sichern, die mit dem Wachsthum der Partei immer mehr verloren zu gehen drohen. Je mehr die Arbeitstheilung auch in der Thätigkeit für die Partei zur Nothwendigkeit wird, je mehr die altübliche Vereinigung von Schriftsteller, Wahlkreisvertreter, Redner am Ort und Wanderagitator auseinanderfällt, weil sie — von einzelnen Ausnahmepersönlichkeiten abgesehen — gar nicht mehr durchzuführen ist, desto drängender wird auch die Nothwendigkeit, über die Strebungen und Strömungen, mit denen man unmittelbar nicht mehr so eng wie früher in Verbindung stehen kann, auf Parteitagen sich zu informiren. Für die Parteigenossen im Lande sind die Kongresse vollends stets eine vortreffliche Schule dafür gewesen, die Parteiverhältnisse nicht aus zu engem Gesichtskreis heraus zu sehen und zu beurtheilen.

Wir halten es daher für durchaus richtig, daß in Köln abermals alle Anträge, die Parteitage erst in längeren Zwischenräumen sich folgen zu lassen, rundweg abgelehnt wurden. Was dem Parteivorstand dadurch — vielleicht — an Arbeit und den Parteikassen an Geld erspart würde, steht in gar keinem Verhältniß zu der Bedeutung der Kongresse für die Parteientwicklung, auch wenn diese Bedeutung mehr und mehr eine indirekte geworden ist und weniger in unmittelbaren Anregungen und Beschlüssen zum Ausdruck kommt.

Das Letztere traf wohl für den Kölner Parteitag zu. Was soll man auch bei einer solchen Gelegenheit Neues sagen über den Antisemitismus oder gar über unsere Parteistellungnahme dazu Neues beschließen? Unsere Stellungnahme zu den preußischen Landtagswahlen war vor dem Kongreß genau so bestimmt entschieden, wie nach demselben. Die Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion (wozu wohl bald auch Referate über die Landtagsthätigkeit treten müßten) wird nach der Art, wie unsere Zeitungen und Versammlungen eben dieses Gebiet kultiviren, nachgerade zu einer Verlegenheit für den Referenten, so daß wohl Niemand etwas dagegen haben wird, wenn man in Zukunft diesen Punkt der Tagesordnung einfach mit einem gedruckten Referat einleitete. Auch über die Behandlung der Maifeier waren die Akten *vor* dem Kongreß bereits geschlossen; was die Partei hier einzig interessirt, ist, was *nachher* noch kommen wird.

So bleiben eigentlich als besonders beachtenswerth von den Punkten der Tagesordnung nur noch übrig: der Bericht des Parteivorstandes, wie er gedruckt vorlag und dann durch Auer mündlich ergänzt wurde — und die Diskussion über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Der gedruckte Bericht des Parteivorstandes ist diesmal eine besonders eingehende und werthvolle Arbeit: er ist durch die Presse jedem Genossen zugänglich gemacht worden und hat hoffentlich auch überall eifrige Leser gefunden. Wir glauben daher, längere Wiedergaben daraus sparen zu können. Nur über den Stand unserer Parteipresse einige Worte!

Es ist schon von dem Referenten auf dem Parteitage darauf hingewiesen worden, wie mit dem rapiden Aufschwung unserer Partei die Agitation durch das gesprochene Wort immer mehr zurückgetreten ist, relativ natürlich, und wie die Presse sich allmälig zu unserer wuchtigsten und entscheidendsten Waffe ausgestaltet hat, im Aufklärungsdienst, in der Vertheidigung, im Angriff, in Allem. Die Massen, welche die Presse Tag für Tag und Woche für Woche erfaßt und geistig

zusammenhält, schult und organisirt, können nicht entfernt mehr von Versammlungen erfaßt, geschweige denn systematisch aufgeklärt und geschult werden. So unvergleichlich und unentbehrlich unter Umständen die Zündkraft des gesprochenen Wortes ist, so sehr ist sie doch für gewöhnlich hinter das andauernde Massenfeuer unserer Presse und Literatur zurückgetreten. Es ist daher eine der erfreulichsten Thatsachen, die der Vorstandsbericht meldet, daß unsere Presse finanziell sich wesentlich gehoben hat. Und es ist weiter eine Thatsache, daß (wenigstens bei der politischen Presse) trotz aller noch vorhandenen Mängel auch geistig eine stetige Hebung des Niveaus unserer Blätter eingetreten ist, zum Theil sicherlich im Zusammenhang mit der finanziellen Kräftigung. Denn wer jemals die Misère eines hoffnungslos ewig zuschußbedürftigen Blattes mit durchgekostet hat, wird wissen, wie lähmend sie auf jede, auch die allernothwendigste inhaltliche Verbesserung und auch auf das ganze Verhältniß zwischen Redaktion und Parteigenossen und damit oft genug auf die ganze Parteibewegung am Orte wirkt. So recht daher der Parteivorstand handelt, wenn er das Eingehen eines einmal vorhandenen Preßunternehmens auch mit den größten Opfern zu verhindern sucht, so sehr ist es Pflicht der Parteigenossen, ihrerseits alle unüberlegten Gründungen zu vereiteln, die, statt unsere Fortschritte zu beschleunigen, unserer Bewegung oft genug wie eine Sklavenkette nachschleifen.

Uebrigens wurde auf dem Kongreß vielfach betont, daß bei der Landagitation — wo sich so Vieles aus der Jugendzeit unserer Bewegung, auch manche Kinderkrankheit wiederholt — das gesprochene Wort noch immer Alles macht. Dabei wird es auch vorläufig bleiben, und schon darum bewegen sich solche Projekte, wie sie auch in Köln wieder auftauchten (wie Schaffung eines Wochenblattes für die Landbevölkerung), auf ganz falscher Fährte. Vorläufig heißt es hier noch: Redner für die Landbevölkerung und Schaffung einer Agitations-Literatur für diese Redner. Beides hat seine außergewöhnlichen Schwierigkeiten, aber mit der Zeit werden auch hier die Hindernisse zu nehmen sein.

Zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen führte in Köln die Gewerkschaftsdebatte. Sie hat vielleicht hier und da einen persönlichen Stachel hinterlassen, aber gerade aus ihr werden unseres Erachtens die politische und die gewerkschaftliche Bewegung großen Nutzen ziehen.

Daß die deutsche Arbeiterklasse in der gewerkschaftlichen Entwicklung weit hinter der politischen zurückgeblieben ist, scheint uns eine ganz unbestreitbare und äußerst bedauerliche Thatsache. Die Zahlen, die man mitunter dagegen — so im Vorstandsbericht und seitens eines Hamburger Genossen in Köln — anführt: daß die Gewerkschaftsorganisationen mehr Mitglieder umschließen, wie die Wahlvereine und sonstigen politischen Organisationen, beweisen sehr wenig, denn für die Gewerkschaften zählen nur diejenigen als aktive Elemente, die wirklich regelmäßig als Mitglieder steuern; für die politische Partei gilt dies viel weniger. Ein Fonds von ein paar hunderttausend Mark ist für die größte Partei ein Schatz; eine mittlere Gewerkschaft wird sich sehr überlegen müssen, ob sie damit, selbst unter günstigen Umständen, einen Kampf zu eröffnen vermag; der letzte deutsche Buchdruckerstrike allein hat $2^1/_4$ Millionen gekostet. Man vergleicht also ganz unvergleichbare Größen, wenn man in solcher Weise das Zurückbleiben der Gewerkschaften zu bestreiten oder doch als weniger bedenklich hinzustellen versucht.

Es ist in Deutschland Alles zusammengekommen, um die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung zu unterbinden. Die große, in manchen Beziehungen ganz einzig dastehende ökonomische Revolution von der Mitte der sechziger bis zur Mitte der siebziger Jahre traf fast überall auf eine ganz unvorbereitete Arbeiter-

schaft, zu einem guten Theil aus handwerkerlich-hausindustriellen Kreisen herstammend, oder wenn auch von Kindesbeinen an schon in großindustriell-proletarischen Verhältnissen emporgewachsen, so doch ohne jede gewerkschaftliche Tradition und Praxis. Trotz des errungenen Koalitionsrechtes und trotz aller energischen Förderung der Gewerkschaften sind die unbestreitbaren Erfolge der siebziger Jahre für die deutschen Arbeiter doch mehr der Gunst des Zufalls wie der Kraft der Organisation zu danken. Das Sozialistengesetz zerstörte dann alle Keime zu einer Höherentwicklung, und als es später nicht mehr in voller Brutalität gehandhabt werden konnte, da trug es wesentlich mit dazu bei, das seltsame Zwittergebilde der politischen Gewerkschaft zu erzeugen, das von den Vertretern der „Lokalorganisation" heute noch als Ideal gerühmt wird, nachdem sich die deutsche Arbeiterklasse für ihre spezifisch politischen Bestrebungen schon längst wieder ihre besondere Organisation hat geben können. Im Rahmen der Gewerkschaften spielte sich damals unter dem Zwange der Handhabung des Ausnahmegesetzes ein großer Theil unserer politischen Bewegung ab, in Berlin z. B. eine Zeit lang die ganze Parteibewegung, soweit sie eine öffentliche war. So wurden die Gewerkschaften, sowie sie wieder aufzuleben begannen, sofort auch wieder künstlich aus ihren eigentlichen Bahnen hinausgedrängt; die Stetigkeit der Entwicklung blieb ihnen auch hier versagt, von dem fortdauernden Kampf der Polizei gegen sie ganz abgesehen. Als sie dann mit dem Falle des Sozialistengesetzes gleichsam sich selber zurückgegeben waren, war die Krisis schon wieder in vollem Ansturme und knickte alle Hoffnungen auf einen Aufschwung. Wie es in solchen Lagen immer geht: da man in Wind und Wetter nicht seinen Mann stellen konnte, so hat man am grünen Tisch gebrütet und gegrübelt über die beste Form der Organisation, man hat auf dem Papier Gebilde geschaffen, die nie lebensfähig sein werden, man hat sich über die nebensächlichsten Dinge ereifert und gestritten, man ist schließlich verdrießlich und mißmuthig geworden und hat in seinem Mißmuth — wie das bei uns so nahe liegt — die politische Partei verantwortlich gemacht und der ungenügenden Pflichterfüllung und auch der stillen Feindseligkeit beschuldigt. In der That ist ja auch die politische Partei mehrfach genöthigt gewesen, einzelnen Gewerkschaften den Weg zu kreuzen. Sie hat warnen müssen vor den fortgesetzten Strikes in einer Periode wirthschaftlichen Niederganges; sie hat Stellung genommen gegen die immer mehr einreißende Praxis, durch Kontrolmarken und ähnliche Einrichtungen der unorganisirten Konsumentenschaft die Lösung derjenigen Aufgaben zuschieben zu wollen, welche die Organisation der Produzenten augenblicklich zu lösen zu schwach ist — eine Praxis, die wie dazu angelegt ist, die Gewerkschaften aus ihrem embryonalen, hilflosen Zustand nicht herauskommen zu lassen. Nimmt man hinzu, daß die lokalen Parteiführer zuweilen in einer Unterschätzung der gewerkschaftlichen Bewegung befangen sind, die an die Zeiten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erinnert, der dereinst alle neben ihm bestehenden Gewerkschaften aufzulösen beschloß, um ganz der „Politik" und der „Staatshilfe" zu leben — so wird man es begreiflich finden können, daß sich allmälig eine starke Spannung zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Führung herausgebildet hat und schließlich unter einigem Blitz und Donner zum Ausbruch kam. Man wird aber andererseits der politischen Führung zugestehen müssen, daß sie bei all den stillen oder offenen Konflikten der letzten Jahre und Monate stets der weitsichtigere Theil war.

Der Kölner Kongreß hat den Parteigenossen „von Neuem die Pflicht" auferlegt, „unermüdlich für die Erkenntniß der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten".

Resolutionen und noch so viel guter Wille können natürlich den Gewerkschaften keine aufsteigende Wirthschaftskonjunktur schaffen oder ersetzen. Aber Manches dürfte sich schon zum Besseren wenden, wenn die Bedeutung der gewerkschaftlichen Aktionen im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse überall ebenso tief empfunden wird wie etwa der Werth der parlamentarischen Aktionen. Denn Anschauungen wie die, daß die ökonomische Höherentwicklung den Gewerkschaften Tropfen für Tropfen die Kraft aus den Adern sauge und sie mehr und mehr zu blutlosen Schemen mache, die keinen wuchtigen Schlag mehr gegen das immer kraftstrotzendere Kapital führen können — oder gar wie die neulich in einem Gewerkschaftsblatt vertretene, daß die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung fördern müsse, damit die Arbeiter recht gründlich dabei hereinfallen und, durch den Hereinfall ernüchtert, sich uns, der Sozialdemokratie, um so freudiger (!) anschließen —, solche durchaus einseitige und direkt widersinnige Anschauungen sitzen hier und da so fest, daß sie noch immer ein starkes Hemmniß für die Entwicklung unserer Gewerkschaften bilden. Die Parteipresse und Parteiliteratur können hier noch vieles Nützliche wirken; noch mehr allerdings unsere Gewerkschaftsführer selber, die doch wahrhaftig nicht erwarten können, daß ihnen die politische Organisation auch noch alle gewerkschaftliche Arbeit abnehme. Bisher war es fast so.

Zwei Resolutionen wären zum Schluß noch zu erwähnen, weil sie demnächst vielleicht einen breiteren Raum in der Parteidiskussion und -Bewegung einnehmen werden: der Beschluß über die Maifeier und der über die Agitation für das Wahlrecht zu den Landtagen.

Die Resolution über die Maifeier erklärt sich grundsätzlich einverstanden mit dem internationalen Beschluß in Zürich, betont aber zugleich die Unmöglichkeit einer umfassenderen Arbeitsruhe bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland und empfiehlt, „daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern". Wie die Dinge in Deutschland liegen, wird der Streit um die Arbeitsruhe hoffentlich erst gar nicht wieder aufleben, der bei seiner stetigen Wiederkehr leicht dazu führen könnte, uns Deutschen die ganze Maifeier zu verekeln und aus einem internationalen Verbrüderungsfest zu einer ewigen Ursache unerquicklicher Streitigkeiten nach innen und nach außen zu machen.

Wie weit die Massen Feuer zu fangen vermögen für die nach einem Vortrage Bebel's ausgesprochene Aufforderung, „in allen Einzelstaaten eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage ... in Angriff zu nehmen" — das wird sich sehr bald zeigen müssen und wir werden öfter Gelegenheit haben, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. —ms.

Was wollen die „Modernen" in der Literatur?

Von einem Modernen.

(Schluß.)

Ohne hier auf die Frage näher einzugehen, ob eine pessimistische Auffassung der Welt alleinigen Anspruch auf Wahrheit habe, wollen wir nur in Kürze erörtern, inwiefern es überhaupt die Kunst mit der Wahrheit zu thun hat. Die Ueberzeugung von einer Wahrheit können wir auf zweifachem Wege erlangen, entweder durch erfahrungsmäßigen Nachweis und logisches Schließen — also auf

wissenschaftlichem Wege — oder durch ein intellektuelles Gefühl. Die Psychologie führt unter den intellektuellen Gefühlen das Wahrheitsgefühl auf, d. i. eine Art vorwegnehmenden Erkennens, welches seinen Gegenstand nicht mit klarem Bewußtsein, sondern blos nach einem allgemeinen Totaleindrucke erfaßt. Darum tritt dieses Gefühl überall da hervor, wo das Denken unvermögend ist, eine sichere, befriedigende Erkenntniß zu erreichen, wo aber gleichwohl das Verlangen besteht, eine bestimmte Ansicht zu gewinnen, z. B. in der Religion. „Wo es uns für eine Ansicht, Behauptung, Entschließung an zureichenden Gründen fehlt, oder wir zwar der Gründe im Allgemeinen (summarisch) uns bewußt sind, ohne sie jedoch insbesondere in konsequenter (logischer) Entwicklung vorbringen zu können, da berufen wir uns auf das Wahrheitsgefühl.“ Wo z. B. eine Versammlung nach zwei streitenden Rednern oder Geschworene nach den Plaidoyers von Juristen sich eine Ueberzeugung bilden sollen, da geschieht dies immer nach dem Wahrheitsgefühl. Es ist schon gar nicht Zeit genug vorhanden, um eine ruhige, wissenschaftliche Prüfung zu ermöglichen. Nun, in der Kunst handelt es sich, soweit überhaupt die Wahrheit in Betracht kommt, immer nur um die Befriedigung des Wahrheitsgefühls, niemals um wissenschaftlich zwingende Nachweise. Man schafft keine Kunstwerke, um die Erhaltung der Kraft nachzuweisen, die Sonne durch das Spektrum chemisch zu untersuchen, die Stammverwandtschaft zwischen Menschen und Affen darzuthun oder die wirthschaftlichen Folgen der Kornzölle wissenschaftlich festzustellen. Wohl aber schrieben Shakespeare, Goethe, Schiller, Anzengruber und Gerhart Hauptmann Tragödien, um uns durch das Gefühl zu überzeugen von der Wahrheit, daß den scheußlichen Undank des Kindes nicht die Schwäche des Alters entschuldigt, daß der nach Wissen und Genuß dürstende Mensch am Ende nur in der helfenden That Befriedigung findet, daß die ewigen Rechte des liebenden Herzens heiliger sind als die Vorurtheile des Standes, daß das Gebot, Vater und Mutter zu lieben und zu ehren, aufgehoben wird durch die Pflichtvergessenheit verworfener Eltern und daß eine schamlose Ausbeutung des Arbeiters durch den Unternehmer sich in nichts von einem fluchwürdigen Verbrechen unterscheidet. Der Dichter, der solche Wahrheiten verkünden will, hat Rechte, die man dem Lehrer der wissenschaftlichen Wahrheit niemals zugesteht. Er darf, ja er muß ein Vorurtheil für seine Wahrheit haben; er darf sie mit leidenschaftlicher Erregung vertreten; er darf unsere Gunst gefangen nehmen durch eine gewinnende, überredende, überwältigende Form. Man sieht also, daß die Kunst nicht dazu gemacht ist, zweifellose Ueberzeugungen zu vermitteln. Jene einzige Wahrheit, die man am Ende alles Vergänglichen erwartet und die jeden Zweifel, jede Ungewißheit heben soll, darf uns nicht in einem fünfaktigen Drama vorgespielt werden, sie muß sich vom Munde lösen in einem Begriff, in einem Wort. Weil aber die Kunst nur an unser Wahrheitsgefühl sich wendet, das immer einen gewissen Rest von Unklarheit bestehen läßt und immer Zweifeln zugänglich bleibt, — deshalb kann es auch keine einzige zulässige Tendenz in der Kunst geben. So lange der Krieg nicht für jeden normalen Menschen theoretisch und praktisch als ein Unsinn erwiesen ist, werden Dichtungen möglich sein, die ihn verherrlichen und die ihn verdammen. So lange die moderne Gesellschaftsordnung nicht für jeden normalen Menschen als zweifellos gemeinschädlich erwiesen ist, werden Dichtungen für und gegen dieselbe möglich sein. Und so lange diese Welt nicht ebenso zweifellos als die beste oder schlechteste aller möglichen Welten erkannt ist, werden Pessimismus und Optimismus in der Kunst ihr Recht behaupten, werden Leibniz und Schopenhauer Gedichte machen dürfen,

vorausgesetzt, daß sie Talent dazu haben. Und auf den Friedensliguisten werden die Gesänge des Schlachtendichters, auf den Freund des Bestehenden die Dichtungen des Sozialisten, auf den Optimisten die Schöpfungen des Pessimisten Eindruck machen können und umgekehrt — es kommt immer nur auf die Kraft des Dichters an.

Also weder eine alte noch eine neue Aesthetik darf uns gebieten: den gottgläubigen oder den republikanischen oder den optimistischen Dichter sollt ihr kaufen, lesen und mit Lorbeeren schmücken; aber dem atheistischen oder dem monarchistischen oder dem pessimistischen geschieht ganz recht, wenn er verhungert.

Und doch giebt es *eine* Wahrheit in der Kunst, die die Modernen immer und immer wieder fordern und die sie zu fordern von Grund aus berechtigt sind. Das ist die Wahrheit der künstlerischen *Mittel*. Leider sind sich viele unserer Modernen in ihrem dunklen Drange nicht bewußt, daß in der Kunst die Wahrheit als *Mittel* viel wichtiger ist denn als Zweck. Es handelt sich hier um die grenzenlos einfache Thatsache, daß, was ich als unwahr empfinde, nicht auf mich wirken kann. Ein Dichter kann eine vollkommen irrige Idee vertreten, eine Idee, die der Wahrheit diametral zuwiderläuft; aber er kann mich erschüttern, überwältigen durch die packende Wahrheit seiner Schilderungen und Gestalten. „Behandelt welche Stoffe ihr wollt und habt Anschauungen, welche ihr wollt; aber lügt und fälscht nicht in euren Mitteln!“ — Das ist das Gebot der gesunden Modernen. Natürlich ist das cum grano salis zu verstehen. In der Kunst und namentlich in der Dichtkunst handelt es sich in allererster Linie um die Reproduktion seelischer Erscheinungen und Vorgänge. Unter den Künstlern ist der seelenkundigste immer der wahrste und deshalb der größte. Der Dichter kann mir eine tiefe psychologische Wahrheit übermitteln durch ein Märchen — ich werde nicht ein solcher Tölpel sein, daß ich ihm bemerke, ein Märchen sei keine Wahrheit. Oder er kann ohne die Absicht einer besonderen Idee und nur dem Zuge der Phantasie sich überlassend, einen Elfentanz vor meinen Augen vorüberziehen lassen; wenn seine erregte Phantasie die Elfen gesehen hat und er mir sie schildert, daß ich sie sehen *muß* — dann ist seine Dichtung seelisch wahr und ich werde ihn nicht darauf aufmerksam machen, daß man bei der letzten Volkszählung keine Elfen entdeckt habe. Aber wenn der Dichter mit dem Anspruch auftritt, er zeichne Menschen und menschliche Dinge — und darauf kommt es ja in den weitaus meisten Fällen an — Menschen und Dinge der realen Welt, Wesen von Fleisch und Bein, Wesen aus meiner Umgebung, Wesen von dieser Erde — dann, bei allen Heiligen der Kunst, sollen es Menschen *sein*, die er auf die Beine stellt, und wenn er solche nicht zu bieten im Stande ist, soll er seine Feder zerbrechen und zu einer nützlicheren Hantirung greifen. Das ist das große Verdienst der „Modernen“, daß sie Sturm gelaufen haben gegen jenen unübersteiglichen Wall von Büchern, in denen Skribenten ohne künstlerische Fähigkeiten und künstlerische Gesinnung ihre Lügen und thörichten Einbildungen ungescheut zu Markte brachten. Ohne künstlerische Gesinnung waren sie; denn sie hatten nicht den Muth, zu erzeugen und zu veröffentlichen, was das Befremden und den Unwillen der Unverständigen erregte, sondern es war ihnen darum zu thun, einem verdorbenen Geschmack zu schmeicheln. Dieser sogenannte „Geschmack“, der mit rohestem Verständniß die Formeln wiederkäute, daß „die Kunst das Schöne bilden solle“ und „daß die Kunst erfreuen und erheben solle“, dieser Geschmack wollte keine wahr gezeichneten Bilder menschlicher Verworfenheit, wollte keine herzzerreißenden Bilder des Elends aus schlesischen Weberbezirken, wollte keine unangenehmen, peinlichen Fragen aufgeworfen sehen. Und darum mußten die Menschen, die weder Engel noch Teufel sind, ersetzt werden durch Engel in

Glacéhandschuhen, die von Edelmuth und Wohlweisheit förmlich troffen, bei jeder Gelegenheit die parfümirtesten Redensarten am Schnürchen hatten und die Welt als ein riesiges Heirathsvermittlungsbureau auffaßten — und durch Teufel, die immer mit funkelnden Augen und knirschenden Zähnen sprachen und mit unbegreiflicher Hartnäckigkeit die kalte Teufelsfaust dazwischenstreckten, wenn ein liebendes Paar die Ringe wechseln wollte. Was diese sogenannten Dichter und Schriftsteller vermochte, ihr trostloses Handwerk unermüdlich fortzusetzen: die Feigheit war es, die sich scheute, auszusprechen, zu vertheidigen oder zu befehden, was rings um sie her Millionen von Herzen durchströmte mit zitternder, fiebernder Erregung, die feige Furcht vor dem Werdenden, dem Unbequemen, Unbeliebten, die die größte Sünde ist: die Sünde wider den heiligen Geist der Erneuerung. Aber vor diesem Geiste hilft kein Ducken und Wegsehen, kein sich blind und taub stellen; man kann ihn nicht todtschweigen, selbst nicht durch den großmächtigen Mund der Presse: eines Sonntags Morgens kommt er mit Brausen vom Himmel auf die Häupter einer Pfingstgemeinde, daß sie beginnt, mit Zungen zu reden. Und was sie redet, klingt vielleicht so: Das Schöne soll die Kunst bilden, erfreuen und erheben soll sie die Herzen, ja wahrhaftig, das soll sie. Aber man geht nicht erhobenen Herzens aus der Bude eines Gauklers, der Menschen verschwinden und Gespenster erscheinen läßt. Die Kunst ist keine Salonmagie. Die Kunst ist wie ihre Schwester, die Natur, nicht ohne Gewitter und Stürme, nicht ohne Gift und Schmutz, nicht ohne Greuel und Entsetzen. Wohl haucht sie uns Tröstungen ins Ohr, die uns Ruhe geben im Sturm und Muth in der Bedrängniß, wohl lockt sie durch leuchtende Farben unseren Blick in erträumte Fernen der Hoffnung. Aber sie sieht sich zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, das Himmelbett der lichtscheuen Trägheit mit rosenrother Seide zu verhängen und dem faulen Genuß die Polster zurechtzurücken zu faulerem Behagen. Was sich in diesem Bette wälzt: das ist der Antichrist der Kunst, der Materialismus. Aber — daß wir uns nur keinen Augenblick mißverstehen: nicht der wissenschaftliche, der philosophische Materialismus ist ein Feind der Kunst, sondern der gemeine, platte Materialismus der Lebensführung, der unser Deutschland erhoben hat zum ersten Bier- und Skatlande der Welt. Die Dialektik dieser praktischen Philosophen ist euch zu Ohren gekommen oft genug. „Der Ernst des Lebens absorbirt unsere ganze Kraft, und nach der Last des Tages bedürfen wir leichter Erholung. Der Mann hat mit Realitäten zu rechnen und poetische Duseleien sind für Tertianer und Backfische.“ Und darum errichten sie einen Biertempel nach dem anderen und erheben ihren Geist in zwölfter Stunde zur Wonne des zwölften Seidels. Keine Speise ist ihnen zu theuer und kein Kleid ihnen zu kostbar; auch wenn im Theater ein blödsinniger Schwank gegeben wird, erscheinen sie im Parket und im ersten Rang; aber wer ihnen zumuthet, für eine ernsthafte Dichtung eine Mark zu opfern, den starren sie an wie einen Verrückten oder sie verklagen ihn auf Beleidigung. Wohl uns, wenn wir erst dahin gekommen sein werden, daß der Deutsche wegen Verschwendung unter Kuratel gestellt wird, wenn er für zwanzig Pfennige einen „Reclam“ kauft. Und wenn sie dennoch einmal ein Buch erwerben zum Hausschatz, so muß es schon etwas zum „Amüsiren“ sein. Vor einem Buch, das sie aufrüttelt, haben sie ein unüberwindliches Grauen, wie der Wasserscheue vor dem Bade, weil es naß ist und kalt und weil der Erquickung ein Frieren und Schaudern voraufgeht. Und wenn diese Menschen schon nicht herauskönnen aus ihrer Haut und ihre Plattheit niemals begreifen wird, wie in der Tragödie das Schicksal den Menschen erhebt, wenn es den Menschen zermalmt, so wollen wir doch Ein-

spruch dagegen erheben, wenn sie in gemüthlicher Frechheit über eine Kunst aburtheilen, die an Herz und Nieren greift. Eine solche Kunst aber wird mit ihrer Riesenfackel hinableuchten in die verborgensten Tiefen unseres Innern und in die schwärzesten Winkel der Welt; sie wird uns zeigen müssen, was herrlich, schön und gewaltig, sie wird uns zeigen müssen, was elend, häßlich und gemein ist. Denn sie ist wahrhaftig nicht dazu da, uns Menschlein galanten Wind vorzumachen und uns eine Welt von Potemkin'schen Dörfern zu errichten. Das Kunstwerk ist ein Schein, aber kein Trug. Daß Gott die Liebe sei für jeden Menschen, daß er keine Verlorenen kenne, die er nicht retten und erheben wolle, daß er seine Sonne scheinen lasse über Gerechte und Ungerechte und daß über einen Verlorenen und Wiedergefundenen mehr Freude sei im Himmelreich als über tausend Gerechte — man soll nicht in die Kirchen und Kapellen gehen, um das mit schwärmender Andacht zu hören, und sich draußen in der Welt mit einfältiger, eingebildeter „Vornehmheit" abwenden von allem Elenden und Gemeinen. Es giebt keine dümmere, possenhaftere Einbildung, als diese vermeintliche Vornehmheit. Es ist noch nie ein Zeichen von Vornehmheit gewesen, den Schmutz auf tausend Schritte Entfernung zu umgehen und dann zu thun, als wüßte man nichts vom Schmutze; aber die ganze Welt mit offenem, hellem Auge betrachten und trotz allen Schmutzes, den man sieht, ja mit dem man in Berührung kommt, sich Herzen und Hände rein erhalten: das ist Vornehmheit. Für die Kunst ist der „niedrigste" und „verworfenste" Mensch so bedeutungsvoll wie der erhabenste und beste; beider kann sie nicht entrathen. Freilich ist aber auch die Kunst keine Lumpensammlerin, die den Kehricht liebt von Berufs wegen. Sie nimmt vom Schlimmen nur, was sie nehmen muß. Die Freude des Künstlers ist es, mit überzeugenden Mitteln herauszugestalten die befreiende Stimmung, die befreiende Idee.

Noch manche Einwände gegen die Modernen könnte ich anführen; es sind recht ergötzliche darunter. Aber sie erledigen sich durch das Gesagte von selbst. Der Einwand z. B., daß man manche moderne Bücher sechzehnjährigen Töchtern nicht in die Hand geben könne, erledigt sich von selbst. Es ist selbstverständlich, daß gereifte Männer und Frauen unter stürmischer Heiterkeit dagegen protestiren, daß man an ihre Lektüre den Maßstab für sechzehnjährige Töchter lege. Oder sollte es nicht für Alle selbstverständlich sein? Ich habe wenigstens biedere Leute sich entrüsten hören über die Unsittlichkeit von Ludwig Fulda's „Sklavin", die wenige Tage später mit vierzehn- und sechzehnjährigen Töchtern ins Theater gingen, um den „Dr. Jojo" zu sehen. Vielleicht war es bei diesen Leuten eine ganz ehrliche, naive Entrüstung. Denn naiv mußten sie sein, das war aus ihrem Verhalten im „Dr. Jojo" ersichtlich. Die latente Satire in dem Stück nämlich empfanden sie nicht; aber die eindeutigen Situationen und Witze belachten sie mit unschuldiger Herzlichkeit.

Eine besondere Betrachtung gebührt noch jener Spezies von literarischen Pessimisten, die sich als Dichter der „Decadence" bezeichnet. Diese leben der mehr oder weniger festen Ueberzeugung, daß sich die ganze moderne Kultur — nicht etwa nur die einer bestimmten Gesellschaftsklasse, z. B. der bürgerlichen — im Stadium des Niederganges befinde und allerorten die Symptome der Fäulniß, des Absterbens zeige. Sie fühlen sich etwa als eine Brigade Bredow, die einen Todesritt von Mars la Tour machen muß, um der nachkommenden neuen Epoche einen früheren Sieg zu ermöglichen, und so verlieben sie sich förmlich mit der Inbrunst von Märtyrern in alle Nervositäten und Perversitäten, die das Zeitalter bietet. Da sie aber grundsätzliche Pessimisten sind

und sich allen geistigen und materiellen Dingen dieser Welt ausschließlich kritisch gegenüberstellen, so machen sie sich über die kommende neue Kultur durchaus keine Gedanken und belächeln in den besuchtesten Nachtcafés der Großstädte bei Zigarretten und Liqueuren mit unsäglicher Verachtung allen Positivismus und alle Fortschrittsgedanken als Ausflüsse eines unheilbaren Idiotenthums. Die meisten von ihnen sind lächerliche Gesellen, lächerlich vor Allem durch den Mischmasch von Anschauungen, den sie in ihren kritischen Köpfen beherbergen. Sie haben einen schlaffen Ekel vor der Welt und liegen vor der „Natur“ auf dem Bauch und winden sich vor ihr in konvulsivischer Bewunderung; sie markiren vor dem geschlechtlichen Genuß einen vornehmen Abscheu und laufen jeder Schürze nach, reden überhaupt dem freiesten und fröhlichsten, sinnenwüthigsten Weltgenuß das Wort; sie verachten die Menschen, möchten sie trotzdem als „Herrenmenschen“ mißbrauchen und predigen begeistert die Rechte des Individuums. Schopenhauer, Stirner und Nietzsche vereinigen sich in ihren Köpfen zu einem fidel-sentimentalen Konvivium. Ja, da der Widerspruch bei ihnen nun einmal Trumpf ist, so kommen einige sogar zu der erstaunlich positivistischen Ansicht, die menschliche Natur zeige in den nervösen und perversen Regungen der Decadents das Bestreben, sich zu erweitern, die sensitiven Kräfte des Menschen zu erhöhen und auszudehnen. Die Natur giebt aber ihre Stellung zu dieser Ansicht sehr deutlich dadurch zu erkennen, daß sie Ueberreizung, Verkehrtheit und Verderbtheit der Nerventhätigkeit mit Impotenz belohnt, und die Impotenz wird man wohl kaum als Erhöhung und Verfeinerung der menschlichen Kräfte bezeichnen können. Einige wenige von den Decadents, aber nur sehr wenige, sind ehrlich unglücklich; sie fühlen sich in der Welt wie in einer Mausefalle und vergessen in ihrer Kümmerniß auch, an dem aufgehängten Speck zu schnuppern. Für die Literatur haben die Decadents immerhin die Bedeutung, daß sie als Spezialisten gewisse seltene und wenig gekannte Sensationen durch den genauen künstlerischen Ausdruck festhalten, und das heißt ohne Zweifel die Kunst bereichern. Aber eine Kunst werden sie uns trotz aller großmäuligen Versprechungen erst dann geben, wenn sie gemerkt haben, daß ja alle Kunstübung unverbesserlicher menschlicher Positivismus ist, daß es also nichts hilft, sich auf den Kritizismus beschränken zu wollen, ja daß man nicht das kleinste Bischen Kritik üben kann, ohne seine positiven Maßstäbe in der Tasche zu haben. —

Was der Dichter will: die Idee, die ihm vorschwebt, die Stimmung, in der er sie einführen will, die Charaktere, die er zu ihren Trägern bestimmt hat: kurz, die Summe seiner Intentionen bildet den Inhalt der Dichtung. Die Summe der sprachlichen Mittel aber, mit denen er seine Absichten wirklich an uns bringt, bildet die Form. Kurz, aber weniger genau könnte man sagen: Was er erstrebt, ist Inhalt; was er leistet, ist Form. Der Stümper bleibt in der sprachlichen Wiedergabe weit hinter seinen Absichten zurück und giebt sich der Täuschung hin, er habe wirklich gesagt, was er sagen wollte, während wir beim besten Willen nicht hinter seine vielleicht ganz redlichen Absichten kommen. Wenn er uns schnöder Weise zehnmal versichert hat, daß er seine Liebste liebt, glaubt er die süße Ueberfülle seines Herzens in unseren Busen ausgeschüttet zu haben. Bei dem starken Talent aber erkennen wir gewöhnlich selbst in der schlechteren Form die besseren Intentionen; man kann den dunklen Theil dieser Intentionen finden, wie man bei genauerem Hinsehen den unbeleuchteten Theil der Mondscheibe finden kann. Das gilt nicht nur von den Gedanken und Charakteren; auch rudimentär gebliebene Stimmungen kann man sich ergänzen. Aber es kommt immer darauf an, wie weit der Dichter uns durch sprachliche Leistungen entgegenkommt. Nur

um rein sprachtechnische Dinge handelt es sich für mich, wenn von der poetischen Form die Rede ist.

Die Form anlangend, fordern die Modernen Originalität und vollste Angemessenheit des Ausdrucks, d. h. vollkommene Erschöpfung des Gedankens oder der Stimmung durch das Wort; wo dieses umschreibend ausfällt, demnach höchste Anschaulichkeit in den Figuren und Tropen. Prüderie, Zimperlichkeit und falsche Vornehmthuerei sollen nichts mehr zu bedeuten haben. Das zu fordern, bedeutet nun nicht viel; denn gefordert hat man es oft. Aber die Modernen leisten auch, was sie fordern, und das ist ihr großes Verdienst. Von der Bewegung der Modernen her datirt eine Naturfrische, eine erquickende, überraschende Eigenart und Größe des Ausdrucks, wie sie der vorhergehenden Epoche gänzlich abhanden gekommen war. Daß dabei zuweilen über die Schnur gehauen wird, und zwar am stärksten von den schwächsten Talenten, daß nach Originalität, nach saftigen und brüskirenden Hyperrealismen gehascht wird, versteht sich von selbst und ändert nichts an der Vorzüglichkeit des neuen Strebens. Ein glückseliges Gefühl der Freiheit, der Souveränität ist wieder über die Poeten gekommen; sie empfinden sich wieder als etwas Ganzes, nicht mehr als Eunuchen. Freilich lastet die feiste Hand unserer polygamistischen Moralbürger noch schwer genug auf dem Dichter, dem Künstler, und wie sehr gerade die Gebote der Prüderie dazu beitragen, den Künstler, der um Brot arbeiten muß, zu vernichten, davon macht der Laie sich selten eine hinreichende Vorstellung. Ein Dichter faßt etwa eine gewaltige, ihn ganz beherrschende künstlerische Idee; jeder Nerv an ihm ist in heftiger Erregung; jene große Stunde begnadet ihn, wo Alles zu gelingen, wo sein Genius allmächtig scheint; von allen Seiten strömt sie herbei, die unendliche Gabe; er will eine derb-kräftige, eine urfrische Gestalt, oder er will eine brutale, rohe, gemeine Natur zu künstlerischem Leben erwecken; er ist glückselig; denn er findet den rechten Ausdruck, er findet die Form, in der sich diese Gestalt geben muß — ja — aber er *darf* nicht! — Er muß eine glühend sinnliche Natur gestalten; er fühlt's: es würde ihm gelingen, diese Natur sich mit hinreißender Kraft vor dem Leser ausleben zu lassen — ja — aber er *darf* nicht! — Ihn durchzuckt ein erhabener, herrlicher Gedanke; er findet dafür ein stark erotisches, wunderbar treffendes Bild — es würde eine Freude für Götter geben, wenn er's schreiben könnte — ja, er *kann* es — aber er *darf* nicht! Denn Herr Piepmeier nebst Frau und Töchtern würden Aergerniß nehmen daran!

Der künstlerische Genius, der sich an diversen dicken Wänden den Kopf und die Flügel gestoßen hatt, fällt endlich glatt auf den Boden wie eine arme Fledermaus. Die Kunst hat ihren souveränen Kopf; sie malt nicht kurz resignirt eine Pastorstochter, wenn es nun einmal keine Sudermann'sche Regine sein kann; sie ist eine Königin: sie herrscht — oder sie nimmt den Schleier.

Wie schon bemerkt, bedeuten die formalen Extravaganzen Einzelner nichts für die Sache; wohl aber bedarf ein viele Moderne beherrschender prinzipieller Irrthum einer prinzipiellen Berichtigung. Eine bedenkliche Anzahl namentlich von *lyrischen* „Neutönern" ist nämlich allen Ernstes der Ansicht, daß eine möglichst große Summe von plastischen und drastischen, wohlgelungenen Bildern und Wortbildungen eine realistische Form bedeute. Sie glauben durch Bilder ein Bild, durch Stimmungen eine Stimmung erzeugen zu können. Seltsame Ironie des Schicksals, daß gerade die Modernen, die mit Recht der bloßen Rhetorik zu verwehren suchen, daß sie sich für Poesie ausgebe, daß gerade sie von Neuem das Rhetorische mit dem Poetischen verwechseln mußten! Denn auch die glücklichsten und frappantesten Tropen sind doch nur rhetorischer Schmuck; sie sind an

sich sehr schön: sie erwecken vorzügliche Augenblicksstimmungen; sie heben durch Veranschaulichung die Klarheit der Vorstellungen; sie steigern die Aufmerksamkeit und die Produktivität im Leser — aber mit dem allem ist der Dichter noch weit entfernt, mit der Dichtung als solcher eine Wirkung, eine Totalwirkung erzielt zu haben. Von der beabsichtigten Stimmung des Ganzen muß jedes Wort imprägnirt sein, und dazu genügen nöthigenfalls die einfachsten, gebräuchlichsten Worte. Goethe's „Fischer“, ein Stimmungsgedicht, wie es wunderbarer nie geschaffen worden, enthält nicht ein einziges ungewöhnliches Bild, von ungewöhnlichen Wörtern nur die Wörter „wellenathmend“ und „feuchtverklärt“, von ungewöhnlichen Wendungen nur die eine: „Die Fluth theilt sich empor“. Und wer glaubt denn nun, daß diese (an sich vortrefflichen) Momente den Werth des Gedichtes ausmachen? Liegt nicht der Reiz dieser Schöpfung in dem sanftbewegten, ruhig athmenden Fluß der Worte, der gerade so geheimnißvoll befängt wie die kommende und fliehende Fluth? In solchen Gedichten hat jede Zeile Theil an der Stimmung, und diese wächst mit jeder Zeile unmerklich, aber stetig; ohne Unterbrechung fortschreitend, langsam wachsend und immer wachsend, ergreift sie Besitz von unserer Seele, wie Morgenlicht oder Abendschatten über Feld und Flur greifen. Schon im ersten Vers eines solchen Gedichtes umspült die Stimmung unseren Fuß; ungesehen und unversehens wächst sie von Zeile zu Zeile, bis wir, halb gezogen, halb hinsinkend, ihr ganz verfallen und in ihr untergehen.

„Wie Du sagst, mein Herr und König,
Steht vor Dir Bertran de Born,
Der mit einem Lied entflammte
Perigord und Ventadorn,
Der dem mächtigen Gebieter
Stets im Auge war ein Dorn,
Dem zuliebe Königskinder
Trugen ihres Vaters Zorn.

Deine Tochter saß im Saale
Festlich, eines Herzogs Braut,
Und da sang vor ihr mein Bote,
Dem ein Lied ich anvertraut,
Sang, was einst ihr Stolz gewesen,
Ihres Dichters Sehnsuchtlaut,
Bis ihr leuchtend Brautgeschmeide
Ganz von Thränen war bethaut.“

Wo ist hier ein kühner Tropus, ein frappanter Neologismus? An keiner Stelle stocken wir mit einem „Ah!“ der Bewunderung; aber wer kann sich dem Eindruck dieses herrlich anschwellenden, kraftvoll zusammengerafften Stolzes entziehen und wem bezeugt sich in dem wundervollen Klang dieser Verse nicht die siegesgewisse Zauberkraft des Sängers, dessen Geist den gerechtesten Zorn bezwingt? Ist nicht diese kontinuirliche, sanft, sicher und gewaltig ergreifende Art der Wirkung deutlich zu ihrem Vortheil unterschieden von dem ruck- und stoßweisen Effekt einzelner, ostentativer Metapheren? Jene Wirkung des Ganzen soll das Ziel des Dichters sein; bei der Jagd nach „originellen Bildern und Vergleichen“ kommen aber fast regelmäßig Gedichte heraus, die vielleicht eine große Zahl von herrlichen Oasen aufweisen, im Ganzen aber doch — Sandwüsten sind.

Wir haben gesehen, daß den Bestrebungen der Modernen manche Unklarheit und Verworrenheit anhaftet. Ich hoffe aber gezeigt zu haben, was die klaren und zielbewußten Köpfe unter ihnen wollen: Wahrheit und über-

zeugende Anschaulichkeit in allen künstlerischen Mitteln, also keine Prüderie, keine feige, unkünstlerische Unterwerfung unter den banalen Modegeschmack, keine abstrakte Rhetorik. Das Kunstwerk ein Schein — selbstverständlich — aber kein Betrug. Daß die Sonne über unseren Häuptern dahinziehe von Osten nach Westen, ist Schein. Wir glauben, sie bewege sich, und wir sind es, die da wandeln. Wir glauben, das Kunstwerk führe eine Außenwelt an uns vorüber, und doch ist alle Bewegung, aller Wandel und Wechsel der Gestalten in uns. Aber die Kunst und die Sonne betrügen uns nicht. In vollem Maß empfangen wir ihren wechselnden Segen: den leuchtenden Strahl des Tages, der starkes, fruchtbares Leben aus der Erde lockt, den Frieden und die Freude der Nacht, die das bunte Heer der Träume weckt.

Chicagoer Weltausstellungs-Briefe.

Von **Adolf Hepner** (St. Louis).

III.

8. Oktober.

Vor vierzehn Tagen kehrte ich von meiner zweiten Chicago-Reise zurück — und erst heute bin ich im Stande, meine Briefe an die „Neue Zeit" fortzusetzen. Eine volle Woche dauert es, ehe man sich wieder völlig gesammelt und von den Strapazen der Ausstellung erholt hat; eine zweite Woche bedurfte ich, um unter dem Drucke der journalistischen Alltagsgeschäfte Muße und Ruhe für diese Plauderei zu finden.

Mein Vorsatz, Ihnen täglich Notizen zu senden, scheiterte — wie mancher gute Vorsatz manches viel besseren Menschen schon — an der Unzulänglichkeit von Kraft und Zeit. Ich überzeugte mich bald, daß ich ins Jahr 1894 hineinschreiben müßte, wollte ich meine Notizen für Sie zu brauchbaren Abhandlungen ausarbeiten. Wer diese Weltausstellung auch nur in Umrissen beschreiben will, muß ein Buch herausgeben — ein paar Aufsätze reichen nicht aus. Außerdem gehört ein hunderttägiges Studium zur sachgemäßen Kenntnißnahme der wichtigeren Ausstellungsobjekte.

Ich will es nur von vornherein gleich eingestehen, daß ich diesmal — bei meinem zweiten Besuche — mehr Ausstellungs-Bummler (im besseren Sinne des Wortes) als -Forscher gewesen bin. Denn die Garten- und Blumenanlagen waren im September ungleich prächtiger und reichhaltiger, als im Juni; der Aufenthalt draußen gefiel mir daher so außerordentlich, daß ich den Besuch in den Gebäuden möglichst abzukürzen suchte. Sogar die Gartenbau-Ausstellung um die „Horticulture-Hall" herum, in weiter Ausdehnung an den Längsfronten derselben, wie die Blumenanlagen auf der „Bewaldeten Insel" (Wooded Island), erschienen mir diesmal viel lohnender, als die Massenausstellung im Gartenbau-Palaste selbst.

In letzterem haben Deutsche ein „Palmenhaus" à la Charlottenburg und Frankfurt nur ungern vermißt, obschon an Palmen wahrlich kein Mangel ist. Dem Amerikaner (besonders dem südlichen) sind eben Palmen keine so vornehme Rarität, daß er ihnen — wie der Deutsche — einen besonderen Kultus einrichten sollte. Dafür ist der Deutsche durch massenhafte Ausstellung der nord- und südamerikanischen Gesammtgärtnerei, namentlich durch Mustersammlungen tropischer Gewächse aller Art (letztere zum Theil in den Staaten-Häusern Südamerikas) reichlich entschädigt worden. Den Spezialisten der amerikanischen Kunst- und

Handelsgärtnerei ward hier mit Recht ein weiter Spielraum gewährt. Da sind lange Beete mit ungemein hohen, blühenden Cannas an der Längsfront des Gartenbau-Palastes zu sehen; innerhalb wie außerhalb des Gebäudes allumfassende Cacteen-Kollektionen, mit Stangen-Exemplaren von etwa zwanzig Fuß Höhe; Beete mit dreißig verschiedenen „Immergrün-", andere mit dreißig diversen Juniper-Arten u. s. w.

Deutschlands Gartenflora ziert nicht zum Wenigsten das „Wooded Island"; Maienblumen und Rosen in die Menge.

Ueber den deutschen Theil der Ausstellung hier speziell zu berichten, ist wohl überflüssig, da jeder Leser der „Neuen Zeit" vermuthlich aus der heimischen Tages- oder illustrirten Wochenschrift-Literatur das Wichtigste davon erfahren hat.

Wahr ist, daß Deutschland in jeder Beziehung brillant vertreten ist, in fast allen Branchen mit systematischer Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit — in Konsumartikeln wie in der Luxusindustrie, in der Maschinenhalle wie im Kunstpalast, in der Elektrizität wie im Bergbau, im Unterrichtswesen wie im Wein- und im Frauenpalast ꝛc., kurz in allen Zweigen der Ausstellungsfähigkeit.

Wohl keine Nation hat sich so viele Mühe gegeben, ihre Ausstellung so perfekt vorzuführen, wie die deutsche. Reichskommissar Wermuth hat sogar den einzigen vernünftigen, lesbaren Katalog geliefert (in deutscher, wie in englischer Sprache), mit historisch-statistischen Einleitungen zu jeder Ausstellungs-Branche, welche den Katalog zu einem werthvollen Informations- und Nachschlagebuch über Deutschland für Amerika machen.

Ich habe indeß nicht gesehen, daß dieser Katalog Deutschlands viel gekauft wird. Es giebt sehr wenig Leute, die sich mehr als einen „Guide" (Führer) für 25 Cents anschaffen, oder im besten Falle einen „offiziellen Katalog" — eine langweilige Nomenklatur ohne allen Werth. Vor drei Monaten empfahl ich (in der „Illinois Staatszeitung") dem Reichskommissar, die englische Ausgabe des deutschen Katalogs durch den hiesigen Buchhandel zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und tausend Exemplare an die Presse zu versenden. Mir ist jedoch nicht bekannt, ob ein Schritt in dieser Richtung erfolgt ist.

Die Deutschen Amerikas sind ob des glanzvollen Ergebnisses der Betheiligung ihres alten Heimathlandes an der Ausstellung ganz besonders entzückt, weil sie glauben, daß durch diese Entfaltung von Schätzen und Künsten Deutschland — und damit seine Söhne hierzulande — in den Augen Amerikas gewachsen sei.

Diese Ansicht ist so allgemein, daß man Gefahr läuft, geächtet zu werden, wenn man sie logisch zu prüfen versucht.

Lassen Sie sich daher von mir sagen: Der Amerikaner ist auf Amerika so eingebildet, daß er — auch wenn Sie ihm nachweisen könnten, ganz Deutschland sei im Großen ein Paradies, wie diese „Worlds Fair" im Kleinen — dennoch auf Deutschland und ganz Europa „pfeifen" würde. Unter dem „Amerikaner" verstehe ich natürlich den Durchschnittsmenschen, der nicht auf dem europäischen Festlande studirt hat.

Obschon England sich nur sehr mäßig — um nicht zu sagen lumpig — an der Ausstellung betheiligt hat, so verschwindend unbedeutend, daß kaum Einer etwas gesehen hat, was ihn an England erinnert — wird doch kein Amerikaner so thöricht sein, zu denken, England stehe hundert Jahre hinter Deutschland zurück, weil es von den tausend schönen, merkwürdigen Dingen, die Deutschland hier vorführte, nichts hergebracht hat.

Wir sehen reiche Leute, die eine Taschenuhr für 300 Dollars an einem Bändchen für 25 Cents tragen und wieder Andere, deren schwere goldene Kette

nicht ahnen läßt, wie gering ihr sonstiger Reichthum ist, resp. wie hoch ihr Schulden-Defizit.

Deutschlands Ausstellung ist reich, hübsch, allumfassend, allen Wünschen und Anforderungen entsprechend, aber beweist nichts für den „Nationalwohlstand", sondern zeigt uns nur Deutschlands „Sonntags-Staat", beziehentlich wie schön es um das Vaterland bestellt wäre, wenn dort eine andere Ordnung der Dinge herrschte.

Und dies gilt von jedweder Ausstellung.

Auch Rußland zeigt sich hier auf einer hohen Stufe des Kunstgewerbes — und doch wissen wir Alle, wie es im Allgemeinen und im Besonderen dort aussieht. Wer die kunstgewerbliche Ausstellung Rußlands im hiesigen Industriegebäude sieht und die russischen Volkszustände darnach beurtheilen wollte, würde eben so fehlschießen, wie Einer, der die russische Volksbildung mit dem Lerneifer der dortigen Universitäts-Jugend verwechselte.

Man kann also niemals — und das ist das Peinliche all dieser Waaren-Ausstellungen — den Gedanken los werden:

„Humbug, Täuschung, Trug! So sieht es nicht bei euch oder bei uns aus! Das sind Illusionen! Ihr führt uns irre! Ihr verschweigt die Wahrheit und verkehrt sie oft ins Gegentheil!"

Bei der deutschen Gesammt-Ausstellung der thüringischen Spielzeug- und Weihnachts-Industrie — die aus den Händchen kleiner Kinder trostlos-armer Leute kommt — möchte man laut protestiren gegen die falsche Voraussetzung des „Industrie-Kampfes", daß ein Wettstreit von Männern in der Kunst des Gewerbes sich präsentire.

Dieselbe Verschweigung und Verheimlichung der Wahrheit finden wir in den Massenausstellungen des Bergbaues und des Eisenbahnbetriebs aller Länder — wir sehen, was ge- und wie viel befördert wird, erfahren aber nicht, wie viele Menschenleben diese Arbeit gekostet hat.

Bauern und Bauernparteien in Galizien.

Von **Max Zetterbaum.**

Der Bauer wird nunmehr ein Faktor der revolutionären Bewegung. Er war in diesem Jahrhundert bisher das Bollwerk der Reaktion, er lieferte und liefert in die Parlamente stockkonservative Vertreter und bildete das feste Rückgrat des Militarismus. In Folge dessen erfreute er sich von Seiten vieler Sozialisten keiner günstigen Beurtheilung. Andererseits bauen die bürgerlichen Klassen auf des Bauern „antikollektivistischen Schädel" ihr letztes Bischen Zuversicht. Diese Anschauungen hatten und haben noch theilweise ihre volle Berechtigung. In erster Reihe wirkt hier der Aufenthalt auf dem Lande. Die Existenz des Bauern, seine Ernte ist abhängig von den launischen, von ihm unkontrollirbaren, unverstandenen, ihn beherrschenden Naturgewalten; er lebt in fortwährender Furcht und Hoffnung, den Quellen des Aberglaubens und religiöser Wahnvorstellungen; ein Sklave der Scholle, lebt er in fortwährender Unwissenheit. Zweitens, sein Interesse war immer dem der Städter entgegengesetzt; er strebte naturgemäß hohe Lebensmittelpreise an; er war ein Feind des Liberalismus, des Kapitals, der Geldwirthschaft und daher auch der von denselben vertretenen Freiheiten, weil diese ihn der Verschuldung preisgaben, ihn zinspflichtig machten und alle seine

Verhältnisse revolutionirten; er war der Feind der Arbeiter, weil man ihm einredete, der besitzlose Arbeiter wolle ihm seine Parzelle rauben und ihn an die Luft setzen.

Aber sein Grundbesitz schwindet immer mehr, er theilt ihn unter seine Söhne, und der Antheil des Einzelnen reicht nicht mehr zur Existenz hin; sein Grund wird vom Großgrundbesitzer aufgesogen, und gleichzeitig wälzt der kapitalistische Staat alle seine Lasten in direkter und indirekter Weise auf Bauern und Arbeiter, so daß der Bauer das Getreide, das er anbaut, nicht mehr zur Erhaltung seiner Familie und zur Befriedigung seiner Bedürfnisse, sondern zur Zahlung der Steuern und anderer Umlagen verwenden muß. In Folge alles dessen wird der Bauer immer häufiger gezwungen, um den fehlenden Hausbedarf zu decken, sich als Lohnarbeiter bei einem Gutsherrn zu verdingen, wo ihm alle Schmach und Mühsal und alle Kränkungen des elendesten Proletarierlooses zu Theil werden; im Laufe dieser Entwicklung muß nothwendigerweise früher oder später bei dem Bauern der Gedanke auftauchen, daß auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung für ihn keine Rettung mehr vorhanden und daß er bei ihrem Fortbestehen unvermeidlich dem Untergange geweiht sei. Da die Rückkehr in die früheren Zeiten unmöglich ist und das ganze Wesen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ihm nur Unheil bringt, so geht sein Interesse nothwendigerweise über die gegenwärtige Gesellschaftsform hinaus und seine Interessen werden nach und nach mit denen des Proletariats identisch. Während der gegenwärtige ökonomische Prozeß den Bauern für die Ideen der Sozialdemokratie reif machte, ist die Sozialdemokratie, nachdem sie die Städte erobert, zur Einsicht gekommen, sie werde nicht früher zum endgiltigen Besitze der politischen Macht und daher zur Verwirklichung ihrer Ziele gelangen, bis sie nicht das Land gewonnen und so die Wurzel des Militarismus abgegraben hat. Daher wurde in Halle der Beschluß gefaßt, die Agitation aufs Land hinauszutragen, demgemäß veranstalten auch die österreichischen Sozialisten Versammlungen, die sich mit der Lage nicht blos der Arbeiter und Kleingewerbetreibenden, sondern auch der Bauern befassen, daher hat der französische Kongreß zu Marseille ein ländliches Programm aufgestellt. Die Bewegung wird dadurch nicht — wie einige Unabhängige meinen — verflacht werden, denn für die Bauern giebt es auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung absolut keinen Halt mehr und die Führung im Kampfe gegen die heutige Gesellschaft wird nothwendigerweise stets bei dem industriellen Proletariat bleiben.

Aber es giebt auch industriearme Länder, wo in Folge der Einwirkung des Kapitalismus die Daseinsbedingungen unerträglich werden, ehe noch dahin die Kunde von einer sozialistischen Bewegung gedrungen ist und wo die Menschen rohe, versklavte Analphabeten sind, die schweigend alle Unbill und alles Ungemach lange ertragen. Dort nimmt der Protest gegen das Elend gar verschiedenartige Formen an. Bei den ruthenischen Bauern nahmen in früheren Jahrhunderten die Proteste gegen das Elend die Form von Revolten an; im Zeitalter des Kapitalismus und der omnipotenten Staatsgewalt, wo die Bauern instinktiv fühlen, eine Revolte sei von vornherein aussichtslos, greifen sie zum letzten Mittel, das sie vielleicht vor dem Elende schützen könnte, sie verlassen die Stätte des Elends, ihre Heimath, ihren Boden, ihr Eigenthum. Eine solche Auswanderung im großen Stile fand im August und September 1892 in Ostgalizien statt. 30 000 Menschen wanderten im Laufe einiger Wochen aus, Männer mit Weibern und Kindern, viele auch mit ihren Eltern. Alle gingen nach Rußland. Es hieß, der Zar, der die Deutschen und die Juden vertrieben habe, vertheile deren Land unter die Bauern; jede Familie erhalte 20 bis 30 Joch Feld.

Vergebens erließen die Behörden Auswanderungsverbote, vergebens stellte man längs der Grenze einen Militärkordon auf und ebenso vergeblich war die Einkerkerung vieler Auswanderer. Die Bauern schlichen im nächtlichen Dunkel durch das Wasserschilf über die Grenze. Und eine Million wäre nachgefolgt, wenn die Ausgewanderten in Rußland Aufnahme und Boden gefunden hätten. Aber sie fanden dort nichts als den Hunger, und so mußten sie größtentheils in ihre Heimath zurückkehren. Die ökonomischen Prozesse jedoch, welche die Auswanderung verursacht haben, wirken auch fernerhin in unverminderter Stärke, und es wird von Interesse sein, die Agrarverhältnisse der Kleinbesitzer eines Landes, in welchem jährlich 50 000 Menschen an Hunger sterben, einer kurzen Betrachtung zu würdigen.

I.

Das Land Galizien umfaßt einen Flächenraum von 78 497 Quadrat-Kilometern* mit einer Bevölkerung von 6 578 364 Köpfen; es entfallen durchschnittlich auf einen Quadratkilometer 84 Personen. Nach der Volkszählung vom Jahre 1880 waren in der Landwirthschaft thätig 77,87 Prozent der gesammten Einwohnerzahl, im Hütten- und Bergwesen und in der Industrie 11,74 Prozent, im Handel und Kreditwesen 4,22 Prozent, in Berufen, die höhere Schulbildung erfordern, 2,65 Prozent, in Erziehungs- und Wohlthätigkeitsanstalten 0,15 Prozent, beim Sicherheitsdienste 1,16 Prozent; Hauseigenthümer und Rentiers waren 1,96 Prozent, unbekannter Beschäftigung 0,25 Prozent. Das Land ist daher ein Ackerbauland im eminenten Sinne des Wortes. Nach einer Statistik vom Jahre 1875 betrug der gesammte der Agrikultur gewidmete Boden 13 640 554 Joch (ein Joch = 0,5755 Hektare), wovon 5 773 009 Joch (42,36 Prozent) dem Großgrundbesitze, 7 855 992 Joch (57,64 Prozent) den Kleinbesitzern, den Bauern, gehörten. Auch in Galizien konzentrirt sich der Großgrundbesitz in einer immer geringeren Anzahl von Händen, während anderseits der kleine Grundbesitz immer mehr zersplittert und in Folge dessen existenzunfähig wird. Es betrug nach J. Franko im Jahre 1819 die Zahl der Großgrundbesitzer 8448, es entfielen durchschnittlich auf einen Großgrundbesitzer 683,36 Joch; im Jahr 1859 war die Zahl der wirklichen Großgrundbesitzer 4500 mit einem durchschnittlichen Besitze von je 1185 Joch; im Jahre 1876 beträgt die Anzahl der Großgrundbesitzer 2086 und es entfallen auf einen Großgrundbesitzer 2397 Joch. Die Zahl der Großgrundbesitzer verminderte sich in den Jahren 1819—1859—1876 im Verhältnisse wie 100 : 46,36 : 24,69, während gleichzeitig der Umfang des durchschnittlich einem Großgrundbesitzer gehörenden Bodens gestiegen ist im Verhältniß von 100 : 173,24 : 350,44.

Kleinbesitzer gab es im Jahre 1819 519 592, es entfielen auf einen Bauern 14 Joch; im Jahre 1859 gab es 793 970 kleinere Grundbesitzer mit einem durchschnittlichen Besitz von 9,35 Joch auf einen Bauern; im Jahre 1883 betrug ihre Anzahl schon 1 408 000, heute wohl 1 500 000, somit entfallen auf auf einen im Durchschnitte 5¼ Joch.

In manchen Bezirken ist der Durchschnitt noch geringer als 5¼ Joch. In den von der Auswanderung ergriffenen Bezirken betrug der Durchschnitt im Jahre 1892: im Borschtschower Bezirk 2,96 Joch, im Zaleschtschiker Bezirk 3,10 Joch, in dem von Husiatyn 3,47 Joch, im Tarnopoler 3,78 Joch, im Trembowlaer

* Die in Folgendem gegebenen Ziffern sind entnommen aus: Prof. Tad. Pilat: Die Auswanderung im Lichte der Statistik. J. Franko: Der galizische Großgrundbesitz (beide polnisch). Nawrocki: Was kostet uns die Propination (ruthenisch); Jahrbuch der Statistik für Galizien 1889.

3,80 Joch, im Tschortkower 3,95 Joch, im Zbarazer 4,14 Joch, im Skalater 4,17 Joch.

Es tritt daher als erstes Kennzeichen der Agrarverhältnisse in Galizien die relative Uebervölkerung hervor, indem bei derselben Bodenfläche ohne Erhöhung der Produktivität die Bevölkerungszahl bedeutend gestiegen ist. Die Klagen über die Unzulänglichkeit des Bodens ertönen allerorten; „wo im Jahre 1848 zur Zeit der Auflösung des Unterthanenverhältnisses sich Gütchen von 3 Joch fanden, befinden sich jetzt einzelne Beete, die einzelnen Besitzern gehören." Dabei hat die Produktivität des Bodens nicht nur nicht zugenommen, sondern sie ist in vielen Orten zurückgegangen. Die den Bauern gehörigen Aecker werden auf die primitivste Art bewirthschaftet. In erster Reihe lassen die zerstückelten Parzellen keine rationelle Kultur zu; es fehlen ferner den Bauern die nöthigen Mittel, um entsprechenden Samen oder Dünger anzukaufen, es mangelt ihnen an modernen verbesserten Werkzeugen, daher wird Alles mit der eigenen Hand oder mit hölzernen Werkzeugen besorgt. Der Bauer kann die Getreideart nicht nach dem Bedürfnisse des Bodens, sondern er muß sie nach dem seines Hausbedarfes wählen, was den Boden bedeutend verschlechtert. Kauft er, was sehr selten geschieht, Kunstdünger, so muß er ihn beim jüdischen Händler kaufen, der ihm eine niedere Qualität liefert, die den Ertrag gar nicht vermehrt und ihn obendrein in eine Geldschuld stürzt, die für ihn — wie wir weiter sehen werden — verhängnißvoll werden kann. Hat er eine Kuh oder ein Pferdchen — von Pferden kann man kaum reden, so klein und unscheinbar sind die Bauerngäule — so muß er für Weide sorgen. In früheren Zeiten hatten die Bauern das Recht der Weide und des Holzsammelns auf gutsherrlichen Weiden und Wäldern. Die Aufhebung dieser Berechtigung war für die Bauernschaft eine wahre Kalamität. 32000 Prozesse strengten die Bauern an und alle wurden verloren. Auf fünfzehn Millionen belaufen sich die Kosten dieser Prozesse. In Folge des Verlustes der Weide schwindet mit der Zeit der Viehstand des Bauern. Als vor einigen Jahren in Folge einer Dürre eine Mißernte eingetreten war, und kein Heu für die Thiere, kein Futter vorhanden war, da spielten sich unter den dem Hungertode unter entsetzlichen Qualen verfallenden Thieren noch herzzerreißendere Szenen ab, als unter den hungernden Menschen. Die Bauern trieben ihre Thiere weit von den Ställen weg, weil sie nicht das Herz hatten, den langen Todesqualen derselben zuzuschauen.

Der galizische Bauer baut selten Weizen, häufiger Roggen, gewöhnlich Kartoffeln und Kukurutz (Mais). Wenn die Ernte herannaht und er seinen Ertrag eingesammelt hat, so muß er in die Stadt fahren, um das Getreide zu verkaufen. Er verkauft jedoch dasselbe nicht direkt an den Großhändler zum Tagespreise, sondern er fällt in die Hände kleiner, gewissenloser Zwischenhändler, die so viel Solidarität besitzen, daß ihre Konkurrenz fortwährend nur in der Richtung der Erniedrigung des Preises sich bewegt. Es existiren also in Wahrheit die Preise des Weltmarktes für den Bauern niemals. Der Zwischenhändler weiß, daß der Bauer nicht jeden Tag in die Stadt fahren kann, daß er baares Geld zur Zahlung von Steuern und anderer Lasten bedarf, daß er sich ihm gegenüber in einer Nothlage befindet und er beutet dieselbe gründlich aus. Der Bauer wird nicht nur am Preise, sondern auch an der Wage geprellt. Vergebens remonstrirt er, vergebens schüttet er das Getreide in die Säcke zurück, er muß sich fügen, denn bei dem anderen Händler erwartet ihn dasselbe Schicksal. Diese Thatsachen allein, die Art des Verkaufes, die Art, wie er um das im Schweiße des Angesichts Erworbene geprellt wird, sind schon im Stande den Bauern zu ruiniren.

Sehen wir zu, wie hoch sich bei einem Besitze von 5¼ Joch der Ertrag des Bauern in Geld beläuft. Es betrug nach den Berichten des Ackerbauministeriums der Werth der gesammten galizischen Bodenproduktion

im Jahre 1884	374 048 507	Gulden
" " 1885	332 611 498	"
" " 1886	335 325 193	"
" " 1887	316 945 592	"
" " 1888	296 582 793	"
" " 1889	233 599 396	"

Es betrug daher durchschnittlich der aus einem Joche erzielte Marktpreis der Produkte:

im Jahre 1884	48,095	Gulden
" " 1885	42,08	"
" " 1886	42,67	"
" " 1887	40,33	"
" " 1888	37,78	"
" " 1889	30,17	"

Die Bodenerträge werden also immer geringer. Doch wollen wir hier nicht weiter darauf eingehen. Der durchschnittliche Erlös aus einem Joch in diesen sechs Jahren betrug 40⅑ Gulden. Bei der Thatsache jedoch, daß die gutsherrlichen Grundstücke in Folge intensiverer Wirthschaftsweise ein größeres Erträgniß liefern als die bäuerlichen, daß die aus Gutsherren bestehende Landwirthschaftliche Gesellschaft den durchschnittlichen Ertrag aus gutsherrlichen Grundstücken auf 50, den der Bauerngüter auf 36 Gulden per Joch berechnet, können wir letztere Zahl als die höchste Ertragsziffer bei Bauerngütern annehmen. Bei 5¼ Joch à 36 Gulden ergiebt sich als durchschnittlicher Erlös aus dem Gute 189 Gulden; dazu kommt der Erlös aus der Milch und den Hühnereiern. Das Gesammteinkommen eines Bauern beziffert sich also durchschnittlich auf etwas über 200 Gulden, und es hat die Tendenz, immer geringer zu werden. Die Lasten dagegen sind ungeheuer und in rascher Steigerung begriffen.

Neben den Produktionskosten kommen namentlich in Betracht die Ausgaben für Wucherzinsen und Steuern. Die einen wie die anderen sind nicht gering. Es betrug die hypothekarische Verschuldung des kleinen Grundbesitzes im Jahre 1868 465 513 Gulden, im Jahre 1878 15 155 479, und zehn Jahre später, im Jahre 1888, schon 43 155 479. Gegenwärtig muß sie mindestens 55 Millionen betragen, und wenn wir die in den Pfandbüchern nicht ausgewiesenen Schulden in dem Betrage der Hälfte der Hypothekarschulden zu den anderen hinzurechnen, so erhalten wir eine Summe von 82 Millionen, welche auf dem kleinen Grundbesitze lastet.

Zur Kennzeichnung der Verhältnisse, der Verarmung des Bauernstandes einerseits, des beispiellosen Wuchers anderseits, mag hier hervorgehoben werden, daß die amtliche Statistik eine Reihe von Fällen anführt, in welchen Bauerngüter in Folge der Unmöglichkeit der Abzahlung von Schuldbeträgen von ein bis fünf Gulden versteigert wurden. Im letzten ausgewiesenen Jahre z. B., im Jahre 1883, erfolgte die Versteigerung von Anwesen: in Makow wegen zwei Gulden, im Wadowitzer Bezirk wegen zwei Gulden, in Sandowa-Wischnia wegen zwei Gulden, im Brodyer Bezirk wegen einem Gulden, im Mielnitzer wegen einem Gulden, in Trembowlaer wegen drei Gulden u. s. w. Wegen solcher kleinen Schulden gehen eine Anzahl von Bauernwirthschaften zu Grunde, werden Bauern in die Reihen der besitzlosen Proletarier hinabgestoßen. Von den Banken haben

an diesem Güterabschlachtungsgeschäft den größten Antheil die Bank für Bauernkredit mit 29,8 Prozent aller Versteigerungen, von den Privatgläubigern christliche mit 16,8 Prozent, jüdische mit 40,6 Prozent aller Versteigerungen.

Als zweite Last, die ebenfalls vor allen anderen und in baarem Gelde entrichtet werden muß, erscheinen die Steuern. Auf diese näher einzugehen, würde hier zu weit führen. Es ist ihrer eine Legion, direkte und indirekte Steuern, Staatssteuern, Bezirkssteuern, Gemeindesteuern, Schulsteuern, Kirchensteuern, Stempel und Notare bei Besitzwechseln, Gebühren für den Geistlichen bei Trauungen, Taufen, Begräbnissen, Steuern auf Salz, Tabak, Licht, Schnaps u. s. w., so daß das Bischen Getreide des Bauern kaum alle diese Lasten deckt und er, um selbst zu leben, Arbeit suchen muß, Proletarier wird. Wenn also der gesammte dem kleinen Grundbesitz gehörige Boden unter Alle gleich vertheilt wäre, wenn Jeder 5¼ Joch hätte, würde kein einziger Bauer im Stande sein, vom Ertrag seines Gutes zu leben, würden alle ohne Ausnahme Lohnarbeiter werden müssen. In Wirklichkeit ist die Vertheilung eine andere. In jedem Dorfe sind einige Bauern vorhanden, die sogar 50 Joch besitzen, eine kleine Anzahl besitzt 7 bis 20 Joch, den Rest bilden die kleineren Besitzer von meist nur 1 bis 3 Joch und besitzlose Arbeiter. Lehrreich ist es, daß auch im Gebiete des kleinen Grundbesitzes die ökonomischen Bewegungsgesetze mit seltener Strenge walten; die Kleinen werden kleiner, die Großen größer, d. h. die Zahl der kleinen Besitzer wächst, die der Großen vermindert sich. Folgende Tabelle zeigt diese Bewegung. Es betrug im Tarnopoler Kreise, dem Herde der gegenwärtigen Auswanderungsbewegung, die Zahl der bäuerlichen Besitzer

mit einem Besitz von	im Jahre 1820	im Jahre 1852	Zunahme resp. Abnahme
weniger als 2 Joch	10 574	22 347	+11 773
mehr als 2 bis 5 "	5 403	8 310	+ 2 907
" " 5 " 10 "	23 725	26 159	+ 2 434
" " 10 " 20 "	17 070	17 830	+ 760
" " 20 " 50 "	4 204	4 086	— 118
" " 50 " 100 "	145	127	— 18
" " 100 "	66	59	— 7
	61 187	78 918	17 731

Die Zahl derer, die weniger als 2 Joch haben, die Proletarier sind, hat sich im Laufe von 30 Jahren mehr als verdoppelt, während die Zahl der mittleren Besitzer über 20 Joch erheblich zurückgegangen ist. Der Mittelbauer wird zerrieben, der kleinere dann proletarisirt. Den Stand der gegenwärtigen Besitzvertheilung zeigt folgende Tabelle. Es waren im Skalater Bezirke, in einem der Auswanderungsbezirke, von 20 277 selbständigen Bauerngütern solche, die

weniger als 1 Joch hatten:	6494	oder	32,03	Proz.	der Gesammtzahl
mehr als 1 bis 3 " "	5644	"	27,83	"	" "
" " 3 " 5 " "	2224	"	10,97	"	" "
" " 5 " 10 " "	3891	"	19,19	"	" "
" " 10 " 15 " "	1019	"	5,02	"	" "
" " 15 " 20 " "	561	"	2,77	"	" "
" " 20 " 25 " "	154	"	0,76	"	" "
" " 25 " 50 " "	201	"	0,99	"	" "
" " 50 " "	89	"	0,44	"	" "

Die ersten drei Kategorien mit einem Besitze bis 5 Joch, die also thatsächlich Proletarier sind, bilden 70,83 Prozent, die von 5 bis 25 bilden

27,74 Prozent, zur Kategorie über 25 Joch gehören 1,43 Prozent aller Wirthschaften. Wir theilen ferner noch eine von Dr. Danilowicz zusammengestellte Tabelle über die Besitzvertheilung des Dorfes Petrov mit, das weit vom Auswanderungsrayon liegt und typisch ist.

Besitzer	a Bis. ½ Joch	b Von ½—1	c 1—2	d 2—3	e 3—5	f 5—10	g 10—15	h 15—20	i 20—25	j Zusammen
Die Anzahl der besitzenden Familien . . .	36	16	19	24	51	62	7	1	2	208 Bauern
Die Anzahl der Köpfe in diesen Familien .	160	63	75	97	258	301	32	8	6	1000 Köpfe
Es entfällt auf diese Kategorie Feld . .	18	16	38	60	230	496	100	16	46	1026 Joch

Es besitzen also auf 1000 Personen 653 (a—e) eine Fläche von 362 Joch: es entfällt daher auf jede Person ein halbes Joch. 301 Personen (f) besitzen 496 Joch oder durchschnittlich kommt 1,64 Joch auf einen Kopf und nur 46 Seelen oder 10 Familien sind Mittelbauern, die auch noch hart arbeiten und kämpfen müssen, um ihre Existenz ärmlich von ihrem Boden zu gewinnen.

Professor Pilat zählt ferner 22 Gemeinden aus dem Auswanderungsgebiete auf, in denen die Anzahl derer, die 1 Joch besitzen und ein Einkommen von nur 10 Gulden jährlich aufweisen, 85 bis 50 Prozent aller Besitzer in der Gemeinde bilden. Die Bauernschaft Galiziens muß also, um das Dasein zu fristen, sich in ihrer überwiegenden Mehrheit zur Lohnarbeit verdingen, die Mehrzahl der Bauern sind nothwendig Lohnarbeiter. (Schluß folgt.)

Zur Kritik des statistischen Materials im „Sozialpolitischen Handbuch"

Von **Dr. H. Lux.**

In dem Vorwort zu meinem Handbuch erklärte ich, daß „ich für thatsächliche Berichtigungen oder Bereicherung des Materials immer dankbar sein würde". Ein Buch, das zu einer brauchbaren Waffe in der Hand des Agitators werden soll, muß vor Allem erst durch die Erfahrung erprobt werden, und da es weiterhin von vornherein erklärlich ist, daß bei dem umfänglichen Material, das das Handbuch sich zu geben bemüht, eine einzelne Person nicht absolute Garantie für vollständige Abwesenheit von Druck-, Schreib- und Rechenfehlern übernehmen kann, so bin ich eben auf die gütige Mitwirkung von Genossen allerwärts in Bezug auf Berichtigungen angewiesen.

In diesem Sinne hat auch Herr J. S. in der „Neuen Zeit" Nr. 50 1892/93 Kritik an dem statistischen Material geübt. Da diese Kritik jedoch dem „Handbuch" Fehler unterschiebt, die thatsächlich nicht in demselben enthalten sind, so muß ich im Interesse der Benützer des „Handbuchs", obwohl ich sonst kein Freund von Antworten auf Kritiken bin, die irrthümlichen Berichtigungen richtig stellen.

Zunächst die Zahlen im Kapitel „Das Verbrechen". Sämmtliche Zahlen des „Handbuchs" sind richtig und geben das wieder, was sie geben sollen, nämlich die Zahl der verurtheilten Personen und nicht, wie Herr J. S. meint, die Zahl der bestraften Handlungen. Es ist in der Methode der Kriminalstatistik begründet, daß von den beiden Zahlenreihen: „Die Verbrecher" und „Die Verbrechen" die erstere eine geringere Zahl von unkontrollirbaren Momenten enthält als die

letztere. So bleibt es zum Beispiel häufig ganz dem richterlichen Ermessen anheimgestellt, bei mehreren Delikten derselben Person eine fortlaufende Reihe von Handlungen, also nur ein einziges Delikt, oder mehrere getrennte Handlungen anzunehmen. Wenn man deshalb das Verbrechen in Abhängigkeit von anderen sozialen Erscheinungen bringt, wird man immer die Zahl der verurtheilten Personen und nicht die strafbaren Handlungen in Betracht ziehen. Dazu kommt noch, daß man nur bei der Betrachtung der einzelnen Individuen die rein persönlichen Momente in die Beobachtung mit hineinziehen kann.

Das ist auch im „Sozialpolitischen Handbuch" geschehen. Nur die Kolumnenüberschriften an einigen Tabellen und da und dort eine etwas laxe Ausdrucksweise im Text haben Herrn J. S. irregeführt. Ein aufmerksamerer Leser konnte dagegen durchaus nicht irregeführt werden. Durch das ganze Kapitel hindurch ist das einzelne verbrecherische Individuum in den Vordergrund der Betrachtung gestellt worden, bei der Erläuterung der Tabellen ist es ebenfalls klar ausgesprochen, daß es sich immer nur um die Zahl der verurtheilten Personen handelt. Z. B. Seite 147: „52 Verurtheilungen auf 10000 über 12 Jahre alte Einwohner"; Tabelle 151; die Marginalnote auf Seite 149 ꝛc. ꝛc.

Anders steht es jedoch mit der Kritik an den von Professor Mischler (Archiv für soziale Gesetzgebung ꝛc., Band II) übernommenen Zahlen. Herr Professor Mischler hat hier thatsächlich einen groben Fehler gemacht, den ich aber nicht selbst ermitteln konnte, da mir die Kriminalstatistik für 1886 nicht in der Quelle zugänglich war.

Bezüglich der Einwendungen des Herrn J. S. über mein Zahlenmaterial im Kapitel „Vernichtung der Kleingewerbe" habe ich zunächst zu bemerken, daß es mir sehr wohl bewußt ist, mit der Gewerbezählung von 1875 und der Berufszählung von 1882 Zahlen miteinander in Parallele gestellt zu haben, die streng genommen miteinander nicht vergleichbar sind, da die beiden Erhebungen vielfach nach verschiedenen Gesichtspunkten vorgenommen worden sind. Aber gerade zu diesem Zweck habe ich in diesem Kapitel eine Methode zur Anwendung gebracht, die nach Möglichkeit diese Unterschiede in den beiden Erhebungen eliminirt. Es kommt mir darauf an, die Vernichtung der Kleinbetriebe darzulegen und da habe ich das Hauptaugenmerk auf die industriellen Betriebe, nicht aber auf das Lootsenwesen, auf gewerbsmäßige Thierzucht ꝛc. zu lenken. Für die industriellen Betriebe aber ist meine Methode und ebenso das Zahlenmaterial korrekt und einwandsfrei. Man darf eben nicht außer Acht lassen, und das kann man schon von einem Kritiker verlangen, daß es sich hier naturgemäß nur um möglichst exakte Schätzungen handeln kann. So ist auch der Schätzungswerth Seite 256 des „Handbuchs" richtig, daß die Zunahme der Gewerbebetriebe von 1875 bis 1882 11,4 Prozent betrug, obwohl in den Zahlen für 1875 einige Berufsarten — übrigens zahlenmäßig ohne großen Belang — nicht einbegriffen sind, die 1882 mitgezählt wurden. Ein Fehler, der außerdem dadurch wieder kompensirt wird, daß für die Berufszählung von 1882 weit strengere Gesichtspunkte bei der Unterscheidung von Haupt- und Nebenberufen zur Anwendung kamen als 1875.

Was nun die an einzelnen Zahlen geübte Kritik anbetrifft, so beanstandet zunächst Herr J. S. Seite 721 der „Neuen Zeit", Zeile 4 von unten, die Zahl der Großbetriebe für 1875, die ich auf 84195 bezifferte. Dieser Werth ist mit ziffermäßiger Treue dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" 1880, Seite 45, entnommen. Damit sind auch die an den angeblichen Fehler geknüpften Bemerkungen des Herrn J. S. Seite 722 der „Neuen Zeit" hinfällig. — Herr J. S. hat dann weiter die Freundlichkeit, mich auf einen Abschreibfehler: 43943 anstatt 440603 Kleinbetriebe („Handbuch" Seite 260, Zeile 5 von unten) aufmerksam zu machen. Dieser Hinweis tritt so auf, daß der harmlose Leser glauben könnte, durch diesen Abschreibfehler werden nun auch die ganzen Schlußfolgerungen über den Haufen geworfen. Thatsächlich findet sich dieser Irrthum in einer Fußnote, die auch ganz fehlen könnte, ohne daß an dem Werth des Ganzen auch nur das Geringste geändert würde.

Beiläufig macht mich Herr J. S. noch auf einen Rechenfehler, Seite 269 des Handbuchs, aufmerksam. „Wäre es richtig", heißt es bei Herrn J. S., „daß die Mehrwerthrate von 0,85 auf 0,65 gesunken ist (vergl. „Neue Zeit", Jahrgang X, 2. Band, Seite 693) so betrüge die Abnahme nicht 18,8 Prozent, sondern 23,5 Prozent". — Auch hier liegt nicht ein Rechen-, sondern ein Druckfehler vor. Die Prozentzahl 18,8 ist richtig, dagegen muß es heißen die Mehrwerthrate sank von 0,85 auf 0,69 (vergl. G. E. Stiebeling, „Werthgesetz und Profitrate"). Seite 258 Zeile 16 von oben beziffere ich für die Textilindustrie den prozentualen Personenzuwachs per Großbetrieb auf 22,7; Herr J. S. rechnet mir eine Abnahme von zirka 9 Prozent vor. Herr J. S. hat sich verrechnet und zwar recht gehörig, während auf meinen Theil nur ein sehr kleiner Irrthum fällt. Nach dem „Statistischen Jahrbuch" 1880, Seite 41, waren 1875 in der Textilindustrie 9532 Großbetriebe mit 413 748 Personen vorhanden, per Betrieb also: 43,4; 1882 dagegen 51,6 Personen per Betrieb, da 9141 Großbetriebe mit 469 516 Personen vorhanden waren, das giebt aber einen thatsächlichen Zuwachs von 8,2 Personen per Betrieb oder zirka 19 Prozent.

Recht dagegen hat Herr J. S. bezüglich der Tabellen über die erhöhte Sterblichkeit in Belgien in Folge Theuerung, welche ich der „Revue socialiste" entnommen hatte; die Tabelle ist thatsächlich unbrauchbar, — aber auch hier ändert diese Tabelle nicht das Geringste an dem Tenor des ganzen Abschnitts, denn unmittelbar darauf folgt die von mir selbst berechnete Tabelle für Deutschland und die zitirten belgischen Zahlen haben nur episodäre Bedeutung. —

Einen sehr charakteristischen Fehler, oder eigentlich gleich zwei, habe ich aber nach Herrn J. S. bei der Berechnung der Unfallshäufigkeit begangen. Herr J. S. schreibt:

„Die ganze Berechnungsart erscheint uns durchaus verfehlt. Während der Zeit von 12 bis 1 Uhr Nachmittags wird in dem überwiegend größten Theile der Fabriken nicht gearbeitet. Dasselbe, wenn auch in geringerem Maße, gilt für die Zeit von 6 bis 7 Uhr Morgens, besonders im Winter. Wollte also der Verfasser einen den Titel „Normal" verdienenden Durchschnitt erhalten, so mußte er nicht die Zeit von 6 bis 8 Uhr Morgens und 12 bis 2 Uhr Nachmittags, sondern von 7 bis 9 Uhr Morgens und 1 bis 3 Uhr Nachmittags in Betracht ziehen."

Max Schippel hat „Neue Zeit" 1890/91 I, Seite 385, die Berechtigung dieser Schätzungsweise eingehend begründet. Schippel schreibt dort: „Man könnte einwenden, daß selbst unter unserer Voraussetzung die Zahl 600 (ich habe durch Einbeziehung der Unfälle der ersten Nachmittagsstunden 640 geschätzt) zu niedrig gegriffen sei, da wir die Stunde von 6 bis 7 Uhr mit in den Durchschnitt einbeziehen, von 6 bis 7 Uhr aber noch nicht Alles arbeitet. Dafür haben wir aber auch einen viel höheren Durchschnitt genommen, wie ihn die erste Stunde zeigt (600 statt 435, bezw. 640 statt 435) und ferner die Zeiträume mit Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause, ferner auch die Abendstunde von 6 bis 7 Uhr voll gerechnet. Wenn man weiter bedenkt, daß die erste Morgenstunde gerade in gefährlichen Betrieben eine der letzten Stunden der Nachtschicht ist und ihre Unfallszahl dadurch sicherlich gesteigert wird, so wird unsere Schätzung kaum als zu günstig erscheinen." — Das ist der eine „charakteristische" Fehler, den mir Herr J. S. vorwirft, nun der zweite: „In den betrachteten 13 Arbeitsstunden ereigneten sich aber nicht 8320 Unfälle, wie es diese (von mir aufgestellte) Norm verlangte, sondern 13 396, das sind 37,9 Prozent Unfälle mehr", so sage ich Seite 76 des „Handbuchs". Herr J. S. rechnet mir aber Seite 723 der „Neuen Zeit" vor: „Beträgt die Norm 8320, die thatsächliche Zahl der Unfälle aber 13 396, so ist dies kein Mehr von 37,9 Prozent, sondern ein Mehr von etwa 61 Prozent." Hätte Herr J. S. meine Auseinandersetzungen und den Zweck meiner Berechnung verstanden, so hätte er selbst einsehen müssen, daß ich Recht habe, er aber Unrecht. Ich will aus der Zahl der bei 11½stündiger Arbeitszeit vorkommenden 13 396 Unfälle und aus der „Norm" von 8320 schätzen, um wie viel die Arbeitszeit abgekürzt werden müßte, um die Unfälle aus physischer Abspannung unmöglich zu machen. Der Ausgangspunkt ist also die Zahl 13 396, ebenso wie die Arbeitszeit

von 11½ Stunden, von **13396** habe ich also die Prozentzahl zu berechnen und nicht von 8320, wie mir Herr J. S. vorrechnet. Oder um die Sache noch etwas klarer zu machen: 13396 Unfälle verhalten sich zu 11½ Arbeitsstunden wie die taxirte Norm von 8320 Unfällen zu der gesuchten Zeit

$$\frac{13396}{11{,}5} = \frac{8320}{x}$$

$$x = 7{,}14 \text{ Stunden.}$$

So zu lesen Seite 77 des „Sozialpolitischen Handbuchs".

Notizen.

Die Verminderung der deutschen Bierausfuhr in den letzten Jahren. Eine Reihe von interessanten Mittheilungen über diesen Gegenstand enthält das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahr 1892. Nach dessen Angaben betrug:

Im Jahre	Die Biereinfuhr Tonnen	Die Bierausfuhr Tonnen	Mehr-Ausfuhr Tonnen
1880	12 070	106 561	94 491
1881	12 032	121 744	109 712
1882	12 761	128 547	115 786
1883	13 537	133 209	119 672
1884	13 645	143 327	129 682
1885	13 163	160 659	147 496
1886	15 599	129 840	114 241
1887	16 865	131 476	114 611
1888	18 628	124 448	105 820
1889	23 891	90 145	66 254
1890	27 061	77 685	50 624
1891	33 195	74 028	40 833
	Werth in 1000 Mark:		
1880	2 535	19 181	16 646
1881	2 527	21 914	19 387
1882	2 552	20 568	18 016
1883	2 707	22 645	20 938
1884	2 866	21 499	18 633
1885	2 764	24 099	21 335
1886	3 276	19 476	16 200
1887	3 542	19 721	16 179
1888	3 912	18 667	14 755
1889	5 495	18 930	13 435
1890	7 085	14 735	7 650
1891	5 010 (?!)*	13 625	8 615 (?!)*

Vom Jahre 1880 bis 1885 machte sich eine rasche Steigerung der Ausfuhr bemerkbar. Das Mehr an Ausfuhr stieg von 94 491 Tonnen im Jahre 1880 auf 147 496 Tonnen im Jahre 1885, also um etwa 56 Prozent. Seit dem Jahre 1885 trat aber ein entgegengesetzter Prozeß zu Tage. Die Einfuhr, die während der Jahre 1880—1885 fast konstant blieb, stieg nun sehr rasch, von 13 163 Tonnen im Jahre 1885 auf 33 195 Tonnen im Jahre 1891, also um mehr als 150 Prozent. Dagegen sank die Ausfuhr von 160 659 Tonnen im Jahre 1885 auf 74 028 Tonnen im Jahre 1891, das heißt um mehr als die Hälfte.

* Hier muß wohl ein Fehler vorliegen!

Noch interessanter gestaltet sich dieses Resultat, wenn wir die Abnahme des Ueberschusses der Ausfuhr über die Einfuhr der betreffenden Jahre vergleichen. Dieser Ueberschuß verminderte sich von 147 496 Tonnen im Jahre 1885 auf 40 833 Tonnen im Jahre 1891, sank also auf fast ein Viertel des Ueberschusses im Jahre 1885.

Als Hauptursache dieser riesig raschen Verminderung der Ausfuhr muß ohne Zweifel die Abnahme des Konsums des deutschen Bieres in Frankreich gelten.

Im Anfange der achtziger Jahre war Frankreich der Hauptkonsument im Ausland. Es gingen nämlich im Jahre 1880 46 832 Tonnen Bier, d. h. fast 44 Prozent der Gesammtausfuhr, nach Frankreich. Am Ende der achtziger Jahre haben sich die Verhältnisse ganz geändert, indem die Ausfuhr nach Frankreich im Jahre 1890 nur noch 19 326 Tonnen, also blos zwei Fünftel von der des Jahres 1880 betrug.

Ob diese Abnahme des Konsums des deutschen Bieres in Frankreich die Folge einer, der deutschen Ausfuhr ungünstigen französischen Zollgesetzgebung, oder Folge der Entwicklung einer eigenen mächtigen Bierindustrie ist, oder ob endlich diese Erscheinung den ungünstigen Produktionsbedingungen (Gerstenzoll!?) in Deutschland selbst zugeschrieben werden muß, bedarf einer eingehenden Untersuchung. Für dieses-mal begnügen wir uns nur mit der Feststellung der Thatsache, daß die Ausfuhr des deutschen Bieres nach Frankreich ungemein rasch gesunken ist.

Was nun die rasche Steigerung der nach Deutschland eingeführten Biermenge betrifft, so ist diese der raschen Zunahme der Einfuhr aus Oesterreich zuzuschreiben. Dieselbe stieg von 10 744 Tonnen im Jahre 1880 auf 24 657 Tonnen im Jahre 1890, also um mehr als 130 Prozent, und betrug im Jahre 1890 über 90 Prozent der Gesammteinfuhr nach Deutschland, ein interessanter Beweis für die raschen Fortschritte der österreichischen Bierindustrie in den letzten Jahren.

Von Ländern, die neben Frankreich noch als bedeutende Konsumenten des deutschen Bieres gelten können, verdienen erwähnt zu werden:

Holland, das	1677	Tonnen	im Jahre	1880	und	4787	Tonnen	im Jahre 1890
Schweiz, die	7581	"	"	1880	"	7298	"	" 1890
Belgien, das	6405	"	"	1880	"	7323	"	" 1890

eingeführt hat. J. S.

Feuilleton.

At-Daván.

Skizze aus dem sibirischen Leben von **Wladimir Korolenko.**

Deutsch von **Norbert Hoffmann.**

(Fortsetzung.)

III.

Nach einigen Minuten trat nicht, sondern rannte in die Stube ein mittelgroßer Mensch, angethan mit einem stark abgetragenen Kommißmantel, den Kopf in eine jakutische Klappen-Pelzmütze und ein darum gewickeltes Tuch eingehüllt. Er lief so eilig herein, als ob ihn Jemand verfolge, und geradeaus auf den eisernen Ofen zu.

Nachdem er den Mantel abgeworfen hatte, stand er in einem dünnen Kaninchenpelzchen da, das einer Weiberjacke sehr ähnlich war. Als er auch dieses abgelegt hatte, zeigte sich eine alte, unter den Achseln zerrissene Postamts-Montur.

In der That war es der Postillon, der sich so eilfertig vor dem Froste flüchtete, welcher im Laufe der langen Poststrecke offenbar einen glänzenden Sieg über ihn davon getragen hatte. Der arme junge Mensch riß sich die gefrorenen Kleidungsstücke vom Leibe, als säße ein ganzer Bienenschwarm darin, und ehe

er noch die Pelzmütze sammt dem Halstuch abnahm, schleuderte er die Filzstiefel von den Füßen und stellte sie mit den Sohlen an den Ofen. Das Abnehmen der Halsbinde brauchte mehr Zeit. Die Eingeborenen, Jakuten und Kalmüken, tragen weder Schnurrbart noch Backenbart; dies ist schon in ihre ästhetischen Gewohnheiten eingedrungen, erklärt sich jedoch durch die rein klimatischen Verhältnisse. Der arme Teufel von Postillon that sich offenbar auf diese Schönheitsattribute etwas zu Gute, und nun hatten sich sowohl das schüttere Backenbärtchen, als auch das ebenso spärlich gesäte Schnurrbärtchen, womit er vielleicht bei irgend einer zugereisten Schönen aus der Familie eines wohlhabenden Ansiedlers etwa in Kiremsk eine Eroberung gemacht hatte, in einen einzigen Eiszapfen verwandelt, welcher seinen Kopf mit der Pelzmütze und dem Halstuch in Eins verband. Es brauchte nicht wenig Zeit, bis der Repräsentant des Postamtes, nachdem er den Kopf nahezu in die Flammen gesteckt und den vereisten Bart mit halb erfrorenen Fingern auseinander geknetet hatte, in seiner natürlichen Gestalt sichtbar wurde: ein junges, jedoch bedeutend abgemagertes Gesicht, unruhige und doch schwermüthige Augen, eine ängstliche Beweglichkeit in der ganzen Gestalt, die da in kurzer, enger, an den Näthen klaffender Montur und in Hasenhaarstrümpfen vor uns stand.

„Tsche!“ räusperte er sich, „tymny bert,* moros ulachán . . . erlaubt ein Schnäpschen, ihr Herren!“

„Bediene Dich“, sagte Kophlenkow gutmüthig, „bist ein armer Teufel!“

Die Augen des jungen Menschen fingen wieder an, gleichsam furchtsam zu blinzeln. Das kühle Mitleid des Kaufmanns erinnerte ihn nur noch schneidender an die Kälte des Weges, und das hinuntergeschluckte Schnäpschen glitt ihm sicherlich wie ein Eiszapfen durch den Hals. In Folge dessen füllte er sich ein zweites Gläschen an und sandte es dem ersten nach. Da begann der furchtsame Ausdruck aus dem Gesichte des armen Burschen zu schwinden.

„Wahr ist's“, sagte er, „ein Hundeleben . . . ja, und Fröste giebt's . . . zum Staunen . . .“

„Das Gewand auf Dir ist gehörig schäbig, nicht für die hiesige Gegend.“

„Das Gewand geht noch an. Uebrigens . . . mit acht Rubeln kannst Du keinen Stutzer spielen.“ —

Die Post durchläuft diese ungeheure Strecke einmal in der Woche. Im Winter legt sie den Weg von dreitausend Werst** in neunzehn Tagen zurück, zur Sommerszeit dauert dies natürlich länger. Im Herbst und im Frühling, wenn die Lena entweder noch nicht ganz erstarrt ist, oder sich schon zu rühren beginnt und das Eisrinnen das Fortkommen der Boote hemmt, wird die Post in Quersäcken zu Pferde weiter befördert. Eine ganze Karawane von Saumpferden windet sich dann zwischen dem Flusse und dem steinigen Gebirge hindurch, bald bis an den Bauch im Wasser irgend einen herausragenden Felsblock umgehend, bald auf steinigen Saumpfaden kletternd, bald auf hohen Kämmen auftauchend, nahezu an die Wolken ragend. Es ist schwer, sich irgend ein Geschäft vorzustellen, das mehr Ausdauer, Geistesgegenwart, Geduld und Gesundheit in Anspruch nähme.

Dreitausend Werst! —

Auch die Fuhrleute haben's schwer, aber diese kehren nach Hause zurück und verschnaufen, während sie die selten eintreffenden Passagiere erwarten, ruhen manchmal sogar bis zur nächsten Post aus, während der Postillon immer wieder

---

* Tymny bert ꝛc. = sehr kalt, großer Frost.

** Eine Werst etwas über ein Kilometer.

auf dem Sattel gerüttelt oder auf der stürmischen Woge des ungeheuren Stromes geschaukelt wird, oder, zwischen Lederkoffer eingekeilt, auf dem Schlitten erstarrt, und das Alles bei gewöhnlichen Dienstgebühren. . . . Freilich hat der Postillon auch Nebeneinkünfte. In Irkutsk versorgt er sich mit einem Fäßchen billigen Branntweins, welchen er auf den Stationen den Schreibern und Fuhrleuten verkauft; er kauft die neuesten Kalender und nimmt ein Paket schlechter Holzschnitte in Kommission. Alle Kunstwerke, welche so reichlich die Wände der Stationsgebäude schmücken, verdanken es ihm, in so ferne Gegenden gelangt zu sein. Er veredelt die ästhetischen Anschauungen der halbjakutischen Posthalter, indem er die Holzschnitte preisgekrönter Schönheiten an den Wänden installirt, er trägt zur Popularität der Generale bei, er ist es auch, der sie pensionirt, indem er die alten Helden gegen die neuesten vertauscht.

Indessen verbessert diese nützliche Thätigkeit gar wenig das Loos des armen Teufels von Postillon, und wenn er in seinem schlechten Rock in der furchtbaren Kälte am Leben bleibt, so schreibt er dies hauptsächlich, ja ausschließlich dem Branntwein zu, wovon er auf jeder Station eine ungeheure Menge ohne irgend welche wahrnehmbaren Folgen austrinkt; und gut ist's, daß er ihn billig bekommt und einen kleinen — unter diesen Umständen freilich genug unschuldigen — Gewinn daraus zieht. Durch ihn hauptsächlich erfährt diese Strecke von dreitausend Werst mit ihren fast alleinigen Bewohnern, den Stationshältern, die Neuigkeiten, welche sich in der weiten Welt zutragen.

Ein solcher Träger von Postnachrichten stand also jetzt an dem eisernen Ofen, mit vor Kälte zusammengezogenen Beinen, die Hände gegen die Flamme streckend und gierige Blicke auf unsere Flaschen werfend.

„Ah! da habt Ihr Cognac? ein Cognacchen vertrage ich noch", sagte er plötzlich mit einer schüchternen Zutraulichkeit, lief auf den Tisch zu, schenkte ein, stürzte das Getränk hinunter und lief abermals zum Feuer, immer mit demselben Ausdruck eines vor innerem Frost erzitternden Menschen.

„Hör' einmal, Postmann, laß uns ein wenig mit Thee uns gütlich thun", schlug Kopylenkow vor.

„Geht nicht, geehrte Herren — habe Eile. Höre Bursche", wendete er sich kameradschaftlich an den eben eintretenden Schreiber, „sieh Dich vor! Er kommt ja nun."

Das alte Männchen seufzte auf.

„Wie Gott will! Wir warten schon lange, wäre es nur schon endlich einmal . . ."

„Jetzt mach' schnell, ich möchte so schnell als möglich davon, um ihm nicht in den Weg zu kommen . . ."

„Ach nein! Du entgehst ihm nicht, er holt Dich ein! Du kannst froh sein, wenn er irgendwo auf dem Wege . . ."

„Was geht denn Dich das an?"

„Ja, weit vom Ziel ist gut vor'm Schuß! Aber hör' Bursch, Du hast ja das gehört von der Klage . . ."

„Nun?"

„Nun, sie sagen, er ist bös geworden . . ."

„Vielleicht erbarmt sich Gott . . . wir haben nicht geklagt."

„Ja, von wem sprecht Ihr denn", fragte Kopylenkow.

„Von Arabyn, dem Kurier . . . jetzt kommt er von Wjerchojansk zurück."

„So, so, so! darum also sind bei Dir keine Pferde zum Vorschein gekommen? Verstehe! Wir aber hätten Dir da plötzlich die letzten Pferde genommen."

„Vollkommen richtig, Herr. . . . Urtheilt selbst: er kommt her und ich verkünde ihm mit einem Male: es sind keine Pferde da! Was geschieht? . . . Da muß er dann hier übernachten! . . .“

Kopylenkow lachte auf.

„Na, er frißt Dich wohl über Nacht sammt Deinem Wammse auf, Brüderchen!“

Auch der Postillon lachte auf, den Kopf heftig zurückwerfend. Das alte Männchen bemühte sich zu lächeln, aber dies geschah eigentlich aus Höflichkeit. Seine Augen sahen nachdenklich aus.

„Weiß Gott, weiß Gott . . . das letzte Mal hat uns die Himmelskönigin beschützt . . . doch hat er mich ein Rindvieh geheißen . . .“

„Er hat Euch beehrt?“

„Ja, Herr. Was ist daran? . . . Freilich, in früheren Zeiten, als ich noch den Rang eines Amts-Sekretärs inne hatte, da hätte ich beleidigt sein dürfen. Nun, in meiner jetzigen nichtigen Stellung bin ich verpflichtet, auch das zu ertragen. . . . Ihr habt beliebt, ein Samowarchen anzuordnen?“ sagte er, sich plötzlich besinnend. „Ach, mein Gott, was bin ich doch . . . gleich wird's fertig sein, wir haben zwei Samowari. Wenn er zufällig angefahren kommt, so geben wir ihm auch einen . . . Gleich . . .“

IV.

Nach einigen Minuten brachte ein noch nicht altes und ziemlich hübsches Frauenzimmer, bei dessen Erscheinen der Postillon abermals den Kopf zurückwarf und in seiner abgerissenen Weise auflachte, während der Schreiber in einer eigenen Weise ernst wurde, einen kleinen Samowar herein und begann Alles für den Theetisch vorzubereiten.

Wir forderten den Alten sowie den Postillon auf, den Thee mit uns zu trinken. Der Letztere lehnte ab und begann seine noch nicht völlig trocken gewordenen Kleidungsstücke ebenso schnell wieder anzulegen, als er sie von sich geworfen hatte. Der Schreiber versuchte es auch anstandshalber, abzulehnen, nahm unsere Einladung jedoch offenbar geschmeichelt an, als wir sie wiederholten.

„Mit großem Vergnügen nehme ich an der Gesellschaft theil“, sagte er, und nachdem er alle Knöpfe seines Rockes zugeknöpft und mit der Hand die Stuhllehne ergriffen hatte, sagte er mit einer Verbeugung: „In diesem Falle habe ich die Ehre, mich Ihnen vorzustellen: Kruglikow, Wasili Spiridonitsch, ehemaliger Amtssekretär.“

„Sehr erfreut, die Bekanntschaft zu machen.“

„Das heißt also, daß Sie Staatsbeamter waren?“ fragte Kopylenkow.

„So ist's, mein Herr, im Kommissariat, bei der Marine, mein Herr.“

Der Postillon hatte sich angekleidet, reichte uns Allen zum Abschied die Hand, sagte noch einmal: „Ach, was habt Ihr für guten Branntwein; ich nehm' noch einmal davon“ — nahm ein Gläschen und lief dann eilig in den Frost hinaus. Ich kleidete mich an und ging ihm nach. Man mußte bis zum Abhang bei dem Grabmal mit dem geneigten Kreuz gelangen, um die Post unten zu erblicken.

Der mit weißen Eisblöcken ganz verrammte Fluß blitzte leicht auf unter dem silbernen, schwermüthigen Licht des Mondes, der über den Bergen stand. Vom jenseitigen Ufer, das ungefähr vier Werst entfernt war, legte sich ein dichter, unbegrenzter Schatten darüber, in der Ferne sah man undeutlich die waldbedeckten Berge des Flußgestades sich immer weiter und weiter hinziehen, die

leichten Windungen der Lena begleitend. . . . Mir wurde das Herz schwer und traurig beim Anblick dieser ungeheuren Eiswildniß.

Die Post, drei Trojki, setzte sich in Gang, die Schellen begannen plötzlich laut und wirr unten zu klingeln, als wollte eine die andere ermuthigen. Drei schwarze Flecken, gleich phantastischen, seltsam zusammengesetzten Thieren bewegten sich auf dem Schnee dahin und tauchten zwischen den Eisbergen auf, allmälig kleiner und kleiner werdend. Sie waren schon verschwunden, ihr Geläute aber blieb immer noch gleich hell in der frostigen, gleichsam gläsernen Luft. Jedes Glöckchen sprach seine eigene Sprache; die Entfernung verminderte nur die Kraft, aber nicht die Helle des Tons. Dann schwand plötzlich Alles dahin, nur die Toroßja, die Eisblöcke, blitzten in phantastischem Chaos, die Ufer schliefen in tiefem Schatten und unbestimmte, traumhafte Töne zogen in der Ferne dahin.

Fast die ganze Bewohnerschaft der Station hatte der Abfahrt der Post beigewohnt. In dem armseligen At-Daván, diesem Felsennest, war dieses Vorbeifliegen der selten auftauchenden Post ein Ereigniß. Allein die Station erwartete, und zwar mit Qualen, noch ein anderes Ereigniß.

Als die Post dem Auge entschwunden und das Glockengetön verstummt war, kam ein Trupp Fuhrleute, welche stille vom Flußufer heraufstiegen, an mir vorüber. Sie sprachen jakutisch untereinander und es war mir schwer, etwas aus ihren leisen Reden zu entnehmen. Ich begriff jedoch, daß sie nicht über jene sprachen, welche fortgefahren waren, sondern über irgend Jemand, der von oben herabkommen sollte. Dabei berührte der Name des „Arabyn-Tojon" ein- bis zweimal mein Ohr.

Ich blieb noch am Flußufer, von schwermüthigem Träumen gebannt, stehen. Die Luft war regungslos und von einer durchsichtigen, kristallischen Helle, von keinem Laute bewegt, sondern gleichsam in angstvoller Erwartung erstarrt. . . .

Aber irgendwo krachte das Eis und die frostige Nacht erbebte in klagendem Stöhnen. Ein Stein löste sich unter meinen Füßen — und aufs Neue erfüllte sich die lautlose Stille mit endlosen, hart und scharf widerhallenden Tönen, die gleichsam Ruhe suchen und sie nicht finden können.

Der Frost wurde immer stärker. Aus dem Stationsgebäude, das zur Hälfte aus einer Jurte* und nur zur Hälfte aus russischem Blockbau bestand, leuchteten die Feuer. Aus dem Rauchfang über der Jurte wirbelte eine ganze Funkengarbe in die Luft empor und ein dichter, weißer Nebel zog Anfangs in die Höhe, neigte sich dann dem Flusse zu und zog sich weit hin, bis gegen dessen Mitte. Die in die Fenster eingesetzten Eisscheiben schienen, von dem vielfarbigen Lichte der Flammen übergossen, selbst zu glühen.

Ich überschaute noch einmal das mich umgebende Bild voll überwältigender Melancholie und kehrte in das Stationsgebäude zurück. (Fortsetzung folgt.)

* Jakutische Zelthütte.

Druckfehler-Berichtigung. Der Druckfehlerteufel hat unsere Abwesenheit während des Kölner Parteitags benutzt, einige störende Druckfehler einzuschmuggeln, namentlich in den Artikel von Lafargue über die politischen Parteien in Frankreich. Die meisten haben unsere Leser wohl selbst korrigirt. Hier sei nur noch darauf hingewiesen, daß es Seite 143, Anmerkung, Zeile 9 von unten, Dumay heißen muß statt Duinay; und daß auf S. 144, Zeile 21 von unten, nicht von „Großgrundbesitzern von der Landwirthschaft, die nur die Grundrenten kennen", die Rede ist, sondern von „Großgrundbesitzern, die von der Landwirthschaft nur die Grundrenten kennen".

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Nr. 7. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Die preußischen Wahlen.

↗ Berlin, 8. November 1893.

Das preußische Abgeordnetenhaus ist aus den neuen Wahlen so hervorgegangen, wie es nach den Verschönerungen des Wahlsystems und der matten Wahlbewegung erwartet werden mußte. Das Ideal der Landrathskammer von 1855 bis 1858 ist jetzt so ziemlich erreicht, vielleicht sogar übertroffen. Damals gab es wenigstens noch eine Linke von 32 Mitgliedern, der die katholische Fraktion von 51 Mitgliedern in allen Verfassungsfragen zur Seite stand, und sie zählte in ihrer Mitte ein paar bürgerliche Demokraten, wie Harkort, und Liberale von Ansehen und Talent wie Bockum-Dolffs. Jetzt ist die Linke auf 20 Mitglieder zusammengeschmolzen, fast ausschließlich politische Mumien, von denen nicht einmal erwartet werden kann, daß sie der bürgerlichen Opposition an moralischem Gewichte geben, was ihr an ziffernmäßiger Stärke abgeht.

Daß diese sogenannte „Volksvertretung“ noch über viele wichtige Dinge befinden kann, die das Volk sehr nahe angehen, ist leider wahr. Man muß sich auf arge Beschlüsse gefaßt machen, und es ist unseres Erachtens ein geringer Trost, daß den beiden konservativen Parteien einige Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen. Das Mindermaß ist so unbedeutend, daß von den Nationalliberalen einer- oder von den Ultramontanen andererseits jederzeit die nöthigen Hilfsmannschaften zu haben sein werden. Für die Regierung ist es gewiß ein Vortheil, daß sie sich der konservativen Partei nicht auf Gnade und Ungnade zu ergeben braucht. Bei einigermaßen geschickter Taktik kann sie sich zwischen einer konservativ-nationalliberalen und einer konservativ-ultramontanen Mehrheit ziemlichen Spielraum schaffen. Aber für die Massen des Volks kommt darauf wenig an. Ihr Rücken wird immer der grüne Tisch sein, auf dem das Würfelspiel der plutokratischen Interessen, sei es nun so oder so, entschieden wird.

Trotz alledem hat der Kölner Parteitag das Richtige getroffen, indem er jede Betheiligung der Arbeiterklasse an diesen Wahlen verwarf und dafür eine kräftige Agitation gegen das Dreiklassen-Wahlsystem beschloß. Was bei einem etwaigen Kompromiß mit der freisinnigen Partei herausgekommen wäre, davon haben die Berliner Wahlen ein recht drastisches Beispiel gegeben. In der hiesigen Wählerschaft ist seit lange eine sehr starke Strömung rege gegen die Art, wie Herr Eugen Richter die Landtagsmandate an seine unfähigsten Satelliten vertheilt.

Es handelt sich dabei um gar keine politischen Meinungsverschiedenheiten, sei es auch nur in der leisesten Abtönung; die Verfechter des „frischen Bluts“ sind dem „großen und unersetzlichen Volksmanne“ auf Tod und Leben ergeben; sie schämen sich nur ein Bischen seiner „kleinen Schwäche“, nichts als abhängige Kreaturen um sich dulden zu können; sie möchten ein paar Leute ins Abgeordnetenhaus schicken, die ein wenig mehr als bloße Statisten sind. Gewiß ein bescheidener Ehrgeiz! Die Geschichte spielt nun schon zehn oder bald zwanzig Jahre, und diesmal war die Opposition so stark, daß sogar Herr Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ den einen oder den anderen seiner Invaliden stillschweigend unter den Tisch fallen ließ. Darob großer Jubel in allen Bier- und Weinhallen, in denen die Männer des „frischen Bluts“ so tapfer die Faust in der Tasche ballten. Aber der biedere Vater der Spar-Agnes zeigte ihnen alsbald, daß er mit dem „elendesten Wahlsysteme“ ebenso gut zu operiren weiß, wie Eulenburg oder Puttkamer. Die Urwähler konnten wählen, wen sie wollten, aber dem „souveränen Wahlmannskörper“ durfte das „gesetzliche Recht“ nicht genommen werden, die Abgeordneten zu ernennen. Alles im Namen der heiligen Demokratie! Herr Richter weiß recht gut, daß die Wahlmänner in ihrer Masse stets beschränkter sind, als die Urwähler in ihrer Masse. Im Wahlmannskörper namentlich des ersten hiesigen Landtagswahlkreises strich sich das „frische Blut“ heraus wie ein seidenes Tuch, aber dann kam der alte, ehrwürdige Virchow, ein ausgezeichneter Gelehrter, aber ein Politikus, wie er nicht im Buche steht, und klagte wehmüthig über den „Undank“ gegen „so altbewährte, treue, zuverlässige Männer“. Und siehe da! Die alte Garde wankte wieder wohlgemuth in den Saal am Dönhofsplatze, Haupt bei Haupt, und ohne daß einem dieser Häupter auch nur durch eine starke Minderheit ein Haar gekrümmt worden wäre.

Gesetzt nun, die Arbeiter hätten sich an den hiesigen Wahlen betheiligt, so wäre ihnen der gleiche oder ein noch ärgerer Possen gespielt worden. Man spreche nicht von Vorsichtsmaßregeln! Hätten die Arbeiter die von ihnen gewählten Wahlmänner noch so fest verpflichtet, so wären diese Wahlmänner doch immer in der Minderheit gewesen! Und hätten sie mit der Leitung der freisinnigen Partei noch so bindende Abmachungen getroffen, so wäre Herr Eugen Richter ein viel zu guter Demokrat gewesen, um den „freien Wahlmännern“ ihr „gutes Recht“ zu verkümmern. Sagt man aber: Einmal geprellt und nicht wieder! — so antworten wir: Weshalb denn überhaupt einmal geprellt? Die Sache ist die, daß die Freisinnigen oder mindestens ihre große Mehrheit im Grunde ihres Herzens mit dem Dreiklassen-Wahlsystem, bei dem so schön gemogelt werden kann, ebenso wenig brechen mögen, wie die Reaktionäre. Könnten sie es so umgestalten, daß nicht mehr der Großgrundbesitz, sondern das Großkapital die Sahne von der Milch schöpfte, so würden sie sich die Hälse wund schreien nach einer „Reform“. Aber wenn es sich um das allgemeine Wahlrecht handelt, so schlägt das gemeinsame Interesse der besitzenden gegenüber den arbeitenden Klassen immer wieder durch. In dieser Beziehung sind die hiesigen Wahlvorgänge sehr lehrreich und deshalb haben wir länger bei ihnen verweilt, als der häusliche Streit des Freisinns um „frisches Blut“ sonst lohnen würde. Man muß die Thatsache festnageln, daß die Freisinnigen es glücklich verstanden haben, das elendeste aller Wahlsysteme noch ein wenig elender zu machen, indem sie die Urwähler noch mehr entmündigten, als sie durch das System selbst schon entmündigt worden sind.

Hat somit der Kölner Parteitag das Richtige getroffen, indem er die Betheiligung an den preußischen Wahlen verwarf, so hat er nicht weniger das

Rechte getroffen, indem er eine kräftige Agitation gegen das Dreiklassen-Wahlsystem beschloß. Das eine Gute hat die traurige Wahlbewegung gehabt, daß sie einer solchen Agitation die Wege ebnete, ein Vortheil, der beiläufig zum großen Theile verloren gegangen sein würde, wenn sich die Arbeiter an der Wahl betheiligt und einiges Leben in die Bude gebracht hätten. Das blamable Schauspiel dieser Wahlen ohne Wähler, die heftigen Faustschläge, die dieses Wahlrecht namentlich seit seiner Verschönerung allen Begriffen von Recht versetzt, macht sogar den Philister rebellisch. Natürlich überschätzen wir diesen Unmuth nicht, um so weniger, als er keineswegs den lautersten Beweggründen entspringt. Nicht sowohl, daß die Massen noch rechtloser gemacht worden sind, ärgert den Geheimrath und den wohlhabenden Krämer, als daß jener mit seinem Kanzleiboten und dieser mit seinem Hausknecht in derselben Plebs zusammengewürfelt wird, oder daß gar, je nach dem Wohnorte, der Kanzleibote und der Hausknecht in der ersten Klasse wählen, sie selbst aber in der dritten. Indessen ganz unterschätzen möchten wir doch auch diese „öffentliche Meinung" des Philisters nicht. Sie ist unter Umständen, wie Lassalle einmal ausführte, eine gewisse Macht, und in dem vorliegenden Falle wird die Mißstimmung der Spießbürger wenigstens den Halt entwurzeln, den sonst jedes politische Unrecht an ihrer trägen Lethargie besitzt.

Um so stärker müssen dann die Stöße wirken, die von den arbeitenden Klassen gegen das preußische Wahlsystem geführt werden. Der beste Theil der Arbeit wird dabei der sozialistischen Presse zufallen, denn mehr als Proteste und Protestversammlungen muß die einschneidende und unerbittliche Kritik der Landtagsbeschlüsse helfen. An dem nöthigen packenden Stoffe wird es die neue Landrathskammer nicht fehlen lassen; es war noch immer die Art der Junker, Pfeifen zu schneiden, wenn sie im Rohre saßen. Und dabei wird sich noch der außerordentliche Vortheil ergeben, daß die Kritik des Landtags nach Lage seiner Befugnisse der sozialistischen Landagitation ungleich mehr praktische Handhaben bieten wird, als die Kritik des Reichstags. Vielleicht ist dies sogar, wenn nicht der einzige, so doch der breiteste Weg, der zum Verständniß des ländlichen Proletariats für seine Klasseninteressen führt. Der preußische Landtag darf nicht mehr wie ein Veilchen im Verborgenen blühen. Fällt das elektrische Licht einer ausdauernden Agitation auf den düsteren und engen Saal der preußischen Geldsackvertretung, so werden die Junker bald zu ihrer unangenehmen Ueberraschung sehen, daß sich im Dunkeln doch nicht ganz so gut munkeln läßt, wie sie nach den Triumphgesängen ihrer Presse heute noch zu glauben scheinen.

Einem konsequenten Ansturme der Arbeiterklasse kann der morsche Rumpelkasten des preußischen Parlamentarismus auf die Dauer nicht widerstehen. Es gehört zu den mittelbaren, aber deshalb nicht unwesentlichen Folgen der sozialdemokratischen Agitation, daß heute keine der bürgerlichen Parteien mehr ganz ohne jede Fühlung mit den Massen bestehen kann. Und wären die Pfiffikusse der Grundrente und des Kapitalprofits nicht gar so unfähig, über ihre Nasenspitzen hinwegzusehen, so würden sie selbst das preußische Wahlsystem, das sie von den Massen absperrt, als ein Danaergeschenk zurückweisen. Sie werden dadurch verleitet, eine Klassenpolitik zu treiben, deren brutale Eigensucht auch dem leider nur allzu großen Theil der arbeitenden Klassen, der heute noch von ihnen geführt oder vielmehr genasführt wird, schließlich die Augen öffnen muß. Diesen Prozeß zu beschleunigen, wird die Sache der proletarischen Agitation gegen das preußische Wahlsystem sein. Und es müßte mit unrechten Dingen zugehen, wenn auf diesem Wege die Geldsackpatrioten des preußischen Landtags nicht mürbe gemacht werden sollten. Ueber kurz oder lang, vermuthlich aber eher über kurz

als über lang, wird ihnen so viel Dialektik eingepaukt sein, um zu erkennen, daß es auf dem heutigen Stande der ökonomisch-politischen Entwicklung doch gewisse Dinge giebt, die sich die Massen nicht mehr bieten lassen, auch die Massen nicht, die bisher von gleißenden Vorspiegelungen noch immer bethört worden sind. Und sollten sie wirklich die Politik der Verzweiflung treiben und an Rechten, die nicht nur von dem klassenbewußten, sondern von dem Proletariat überhaupt als schnödestes Unrecht erkannt werden, um so krampfhafter festhalten, nun, so wird die sozialdemokratische Agitation gegen das preußische Wahlsystem erst recht ihre Wirkung gethan haben. Je verbissener das Va-Banque-Spiel der herrschenden Klassen, um so näher ihr gründlicher Krach.

In dem Beschlusse des Kölner Parteitags hat der Streit über die Betheiligung an den Landtagswahlen wohl die richtigste oder vielmehr die einzig richtige Lösung gefunden. Er giebt beiden Theilen ihr Recht: denen, welche die wichtige Frage angeschnitten haben und denen, die eine Betheiligung der Arbeiterklasse für unrichtig hielten. Und günstig genug fügt es sich, daß die Landtagswahlen gar so schlecht ausgefallen sind. Man brauchte es nicht aus pessimistischer Bosheit zu wünschen, aber Dingen, die einmal geschehen und nicht mehr zu ändern sind, muß man die beste Seite abzugewinnen suchen. Was wäre denn viel für die Arbeiter gewonnen, wenn auf der Linken dieses Abgeordnetenhauses vierzig Männer statt zwanzig Mumien säßen? Je schwächer der preußische Landtag, um so sicherer ist er zu treffen. Eine fröhliche Jagd soll es werden, „eine Lustjagd, wie wenn Schützen auf der Spur dem Wolfe sitzen". Wir wollen das Fell des Wolfes zwar nicht theilen, ehe wir ihn erlegt haben, aber wenn alles geht, wie es gehen soll und auch gehen kann, dann wird der Novembertag, der am Ende des neunzehnten Jahrhunderts noch einmal das fossile Gespenst einer preußischen Landrathskammer aus dem Grabe rief, einst roth angestrichen werden in der Geschichte der Sozialdemokratie.

Die landwirthschaftliche Krisis und die Zollverhandlung mit Rußland.

Von Dr. **Rudolf Meyer.**

Während der Verhandlungen zwischen den deutschen und russischen Zollbevollmächtigten machen die Agrarier ganz begreiflicher Weise verzweifelte Anstrengungen, um eine gleiche Zollbehandlung der Russen beim Getreideimport zu verhindern, wie sie Oesterreicher und Amerikaner erfahren. Russischer Weizen und Roggen soll mindestens 5 Mark Zoll pro 100 Kilo zahlen, während solches Getreide aus jenen anderen beiden Reichen nur $3\frac{1}{2}$ Mark Zoll zahlt. Darum tost der Kampf, darum ruft Herr von Wangenheim: „Weg mit Caprivi!" Die Franzosen würden sagen: Dies Spiel ist die Kerze nicht werth, die man während desselben verbrennt. Ich will hier den Nachweis zu führen versuchen, daß es den meisten Agrariern gar nichts nutzen würde, wenn sie dies durchsetzten, ja, daß auch der Zoll von $3\frac{1}{2}$ Mark, obschon er reichlich ein Drittel vom Werth beträgt, den wirthschaftlichen Untergang der Majorität der norddeutschen Großgrundbesitzer nicht verhindern kann, daß er aber ihren Gläubigern, und vor allen den Hypotheken-Aktien-Banken, deren Aktionären und Gläubigern, den Pfandbriefsbesitzern, nutzt, daß also die Agrarier, indem sie für sich zu kämpfen glauben, thatsächlich für ihre Gläubiger kämpfen!

Ich werde zu dem Zweck einen Blick auf Vorgänge werfen, welche sich vor sechzig bis siebzig Jahren im selben Norddeutschland abspielten und welche mit den jetzigen eine große Aehnlichkeit haben. Es gab damals wie heute eine Grundbesitzkrisis, die damals wie heute ihren Grund in Preisschwankungen der Landwirthschaftsprodukte hatte. Die Preisangaben werde ich im zehnjährigen Durchschnitt für 1000 Kilo oder eine Tonne Weizen in Berlin bis 1858, von da im Durchschnitt in Preußen, seit Beruhigung der Zustände nach dem siebenjährigen Kriege mittheilen. Aehnlich verhält sich die Preisbewegung der übrigen landwirthschaftlichen Produkte. Ich habe dabei den Berliner Scheffel zu 85 Zollpfund oder 42,5 Kilo und 10 alte Silbergroschen auf 1 Mark gerechnet.

1000 Kilo Weizen kosteten danach:

Zehnjährige Perioden:

1769—1778	122 Mark		
1779—1788	112 „		
1789—1798	132 „		
1799—1808	**230** } 211 Mark		
1809—1818	193 }		
1819—1828	125 Mark	Preise in England: 1821—1830	266 Mark
1829—1838	145 „	1831—1840	254 „
1839—1848	177 „	1841—1850	240 „
1849—1858	206 „	1851—1860	250 „
1860—1869	205 „	1861—1870	248 „

Fünfjährige Perioden:

1871—1875	**235** } 223 Mark	1871—1875	246 } 226 Mark
1876—1880	211 }	1876—1880	207 }
1881—1885	189 } 179 „	1881—1885	180 } 161 „
1886—1890	169 }	1886—1890	143 }
1893	circa 140—150 „	1893	circa 116 Mark.

Wir sehen in dieser Tabelle einen Ausgangspunkt in 1779—1788 mit einem Preise von 112 Mark, nachdem der Ackerbau sich von den Folgen des Krieges erholt hatte und reichlich Getreide lieferte. Von dem aus verdoppelt sich der Preis in der Zeit der Kriege gegen Napoleon I. und bleibt auch in der fast ganz kriegerischen folgenden Dekade sehr hoch. In der nächsten Friedensdekade von 1819—1829 fällt der Preis fast auf das Niveau der Zeit nach dem siebenjährigen Kriege, auf 125 Mark. In diese und die folgende Dekade fällt die erste Agrarkrisis unseres Jahrhunderts. Mit dem Steigen der Kornpreise waren die Güterpreise und Pachten gestiegen. Ein Gut in Pommern, daß im Jahre 1752 für 12150 Thaler verkauft war, brachte 1789 18300 und 1798 30000 Thaler. Seit 1780 funktionirte in Pommern die Landschaft, ein genossenschaftlich-ständisches Hypothekar-Kredit-Institut. Es wurden manche Güter zu steigenden Preisen verkauft und zum Theil blieben die Käufer einen Theil der Anzahlung schuldig. Allein der Verkehr in Gütern war doch noch sehr erschwert, da nur Adelige Rittergüter erwerben konnten; als seit 1807 auch Bürgerlichen das erlaubt war, entstand ein regerer Besitzwechsel.

Als nun die Preise nach Beendigung der Kriege, seit 1818, auf das Niveau der Zeit nach dem siebenjährigen Kriege, auf circa 125 Mark fielen, konnten viele Gutsbesitzer ihre Zinsen und Abgaben nicht zahlen. Bis 1823 passirte die Sache noch, denn im Jahre 1819 kostete Weizen 181 Mark und sank langsam bis auf 127 Mark in 1823, fiel aber 1824 auf 80 Mark! So niedrig hatte er seit 50 Jahren nicht gestanden. Die Rittergutsbesitzer hatten damals noch viel größeren politischen Einfluß als heute und setzten im Jahre 1825 die Einführung eines

Schutzzolles von circa 12½ Mark pro 1000 Kilo, etwa 15 Prozent vom Werth, durch. Heute, bei 35 Mark, beträgt der Zoll etwa 30 Prozent vom Werth. Wenn sich nun auch allmälig in dem Jahrzehnt 1829—1838 der Preis auf 145 Mark im Durchschnitt hob, so konnte er doch solche Gutsbesitzer nicht retten, welche auf Grund der Preise der früheren Jahrzehnte, d. h. 193 resp. 230 Mark, gekauft oder im Erbgange angenommen hatten. Die Landschaften sequestrirten etwa ein Fünftel bis ein Viertel aller beliehenen Güter, deren Besitzer die Zinsen nicht zahlen konnten. Der Staat gestattete den Besitzern und diesen Hypothekarinstituten zeitweise Indulte oder Moratorien, das heißt Aufschub der Verpflichtung zum Zinszahlen, die in West- und Ostpreußen bis 1832 verlängert wurden. Es half Alles nichts. Viele, viele Güter kamen unter den Hammer und wurden zu so niedrigen Preisen losgeschlagen, daß die Landschaften nicht ihre erste Hypothek, die doch innerhalb zwei Dritteln einer sehr vorsichtigen Taxe sich bewegte, gedeckt erhielten. Da der Staat die Rittergutsbesitzer nicht retten konnte, so rettete er wenigstens die damaligen Hypothekar-Anstalten, die Landschaften. Die ostpreußische Landschaft sequestrirte 1826 154 Güter und verkaufte 1826 85 und 1829 98, zusammen 183 Güter, wobei sie eine Million Thaler verlor. Um sie nicht insolvent werden zu lassen, schenkte ihr der Staat diese Summe.

Das Resultat ist: Zu Beginn des Jahrhunderts hat es zwanzig „fette" Jahre für die Gutsbesitzer gegeben, in denen der Weizenpreis auf 211 Mark, circa 100 Mark oder 90 Prozent über dem Grundpreis von 112 bis 122 Mark stand. Die folgende Dekade fällt der Weizenpreis um fast dieselben 100 Mark. Nun sollte man meinen, das könne den Grundbesitzern nichts schaden, sie mußten sich 1819—28 eben so wohl befinden, wie 1769—78. Aber weit gefehlt! Anstatt daß sie in den fetten zwanzig Jahren 1799—1818 viel Geld gespart hätten, haben sie viele Schulden gemacht und sehr viele von ihnen verlieren ihre Güter durch Zwangsverkauf. Leider hat man keine Statistik darüber. Und der Staat rettet sie nicht, trotz Schutzzoll und Moratorium, nur die Hypothekar-Anstalten rettet er!

Nur das Interesse der Pfandbriefinhaber, der Gläubiger zur ersten Hypothek vermochte er damals sicher zu stellen. Bismarck griff einmal in der Zeit, als die Konservativen noch mit ihm schmollten, einen der Ihrigen, den Herrn von H. indirekt an, indem er über die Katastrophe sprach, welche 1820—1830 über die damaligen adeligen Gutsbesitzer gekommen sei, und in welcher nicht wenige „Schäfer" Güter gekauft hätten. Es war allgemein bekannt, daß auch der Großvater des Herrn von H. ein Hirt gewesen war. Die Schäfer waren damals meist die Pächter der Schafherden. Die Pacht pflegte 16 Groschen = ⅔ Thaler = 2 Mark pro Schaf zu betragen. Während Getreide im Preise sank, stieg Wolle und die Schäfer lebten einfach. Sie liehen ihren Gutsherren allmälig Geld und kauften sie schließlich aus. Welch ein Wechsel im Grundbesitzerstande damals vor sich gegangen ist, kann nur aus Folgendem geschlossen werden: Vor 1807 gab es in Pommern circa 1300 Güter, die fast alle Adeligen gehörten. Durch Abzweigen von Vorwerken und Zusammenlegen von Bauern- und Büdnergrundstücken hat sich die Zahl der Güter auf 1820 im Jahre 1855 und 2614 um 1893 vermehrt, die Zahl der Betriebe über 100 Hektar sogar auf 2876 im Jahre 1882. Aber Adelige besaßen 1855 nur noch 60 Prozent aller Güter und 1893 nur noch 41 Prozent. Den Hauptschlag hat der grundbesitzende Adel in jener Zeit von 1820—1830 erfahren.

Nun wenden wir uns der gegenwärtigen Krisis zu! Wenn wir von 1828 oder 1830 ausgehen, von dem Grundpreis, der sich nach dem siebenjährigen

Kriege gebildet hatte, 125 Mark pro 1000 Kilo Weizen, so sehen wir ihn allmälig so hoch steigen, wie er in den Kriegen gegen Napoleon I. war. Dies Maximum von 235 Mark erreicht er in dem auf den Krieg gegen Napoleon III. folgenden Lustrum 1871—1875. Seit Beginn des Jahres 1875 sinkt der Preis — wenn auch noch einzelne Jahre höhere Preise zeigen — ununterbrochen bis jetzt. Bestünde der Kornzoll von 35 Mark pro 1000 Kilo nicht, so würde der Weizenpreis in Berlin 1893 circa 105—115 Mark oder niedriger als in 1819—1828 stehen. Die Kornzölle haben in den dreizehn Jahren 1881—1893 den deutschen Kornpreis künstlich über dem in England geltenden Weltmarktpreis gehalten, wie man aus der Tabelle sieht. In fünfzehn Jahren wechselt jeder Großgrundbesitz im Durchschnitt einmal seinen Besitzer. Fast alle jetzigen Grundbesitzer haben also ihren Besitz in einer Periode (der der letzten dreizehn Jahre) übernommen, in der die Preise des Getreides, also auch die Güterpreise, künstlich erhöhte waren. Alle diese Gutsbesitzer haben die Güter zu Preisen übernommen, welche auf Grund von Kornpreisen berechnet waren, die viel höher sind als der 1893er, der 140 bis 150 Mark beträgt, Dank dem Zoll von 35 Mark. Daraus ist klar, daß die Güter, selbst wenn der Schutzzoll von 35 Mark bliebe, jetzt weniger werth sein würden, als sie früher werth waren, da sie von den jetzigen Besitzern übernommen wurden. Alle diese Besitzer haben also Kapital verloren. Sie würden sogar noch Kapital verloren haben, wenn sie noch den Zoll von 50 Mark hätten, denn selbst wenn wir den Preis des Jahres 1893 um 15 Mark erhöhen, so erreicht er nur 155—165 Mark, immer noch weniger als in den zwanzig vorhergehenden Jahren. Wenn kein Kornzoll eingeführt worden wäre, würde der Weizenpreis in Deutschland und England etwa derselbe gewesen sein, also 18—20 Mark niedriger seit dreizehn Jahren, als er wirklich war. In Folge dessen würden die Güter von den gegenwärtigen Besitzern, soweit sie seit dreizehn Jahren in Besitz kamen, zu erheblich billigeren Preisen übernommen worden sein, und sie hätten heute nicht soviel Kapital an ihnen verloren, wie sie wirklich verloren haben. Der Kornzoll hat ihnen also allerdings eine erhöhte Einnahme gewährt, ihnen aber nun einen so großen Kapitalverlust bereitet, daß sie schlechter daran sind, als wenn sie die Zölle niemals gehabt hätten. Auch die jetzigen Zölle haben noch fortwährend dieselbe Wirkung, und wenn der Weltmarktpreis des Korns, oder sein Preis in England, sich nicht heben sollte, werden die Gutsbesitzer gerade um so viel mehr Kapitalverlust haben, als dem höheren Einkommen entspricht, das sie dem Kornzoll jetzt verdanken. Je höher der Kornzoll ist, desto tiefer wird dann der Fall des Grundwerths schließlich sein, also der Kapitalverlust der Grundbesitzer und oft schon ihrer Gläubiger.

Trotz der Kornzölle wirthschaften die Grundbesitzer schon seit zwanzig Jahren mit Verlust, soweit sie zu damals üblichen Gutspreisen, die auf den hohen Kornpreisen der früheren Zeit beruhen, gekauft oder geerbt haben. Ich will ein Beispiel aus dem Leben anführen. Vor dreißig Jahren erbte Jemand ein Gut mit 10 000 Mark Grundsteuerreinertrag. Meitzen sagt in seinem guten Werk über die preußische Grundsteuerregulirung, daß der wirthschaftliche Reinertrag eines Gutes Anfangs der sechziger Jahre etwa doppelt so groß war, als der zur Grundsteuer eingeschätzte Reinertrag, und daß der Verkaufspreis der Güter fünfzig bis sechzig Mal den letzteren zu betragen pflegte. Das Gut hatte vor dreißig Jahren 150 000 Mark Schulden und wurde von zwei Brüdern geerbt, wovon einer es übernahm und dem ausscheidenden Bruder 200 000 Mark Kapitalabfindung eintragen ließ. Der wirthschaftliche Reinertrag betrug 20 000 Mark,

das Doppelte des Grundsteuerreinertrages, der Werth des Gutes das Fünfundfünfzigfache. Auf Grund eines Getreidepreises von circa 205 Mark, der eine Dekade vor diesem Besitzwechsel in Geltung war, wurde das Gut also auf 550 000 Mark Kapitalwerth geschätzt, von welchem dem Besitzer 200 000 gehörten, 350 000 aber Schulden waren. Bis 1873 ging es bergauf. Das Gut brachte das Dreifache des Grundsteuerreinertrages, 30 000 Mark, und konnte für 720 000 Mark, das Zweiundsiebzigfache desselben verkauft werden. Von da ab, als der Weizen 235 Mark pro 1000 Kilo kostete, ging der wirthschaftliche Reinertrag herab und beträgt in den letzten Jahren nur noch 15 000 Mark, das Anderthalbfache des Grundsteuerreinertrages. Der Verkaufspreis würde höchstens 400 000 Mark, das Fünfundzwanzig- bis Dreißigfache des Grundsteuerreinertrages betragen. Aber seit 1873 sind successive 150 000 Mark Schulden gemacht worden, so daß die Gesammtsumme der darauf lastenden Schulden 500 000 Mark beträgt, und man sieht, daß beim Zwangsverkauf, wenn dabei sogar der volle Werth erzielt würde, nicht nur der jetzige Besitzer, sondern auch ein Theil der letzten Hypothekeninhaber leer ausgehen würden. Diesem Besitzer ist nicht mehr zu helfen, selbst wenn der Kornzoll auf 50 Mark, wie er seit 1887—92 war, erhöht würde. Wie kann nun ein so überschuldeter Gutsbesitzer noch weiter existiren? Nun, erstens ist etwas Wald da, der wird ausgeholzt, dann borgen kleine Wucherer noch zu acht oder mehr Prozenten, endlich, weil viele Grundbesitzer in ähnlicher Lage sind und die letzten Gläubiger recht gut wissen, daß sie ganz ausfallen würden, wenn sie die Subhastation beantragten, so stunden sie die Zinsen. Selbst in krisislosen Zeiten gehen in der Regel bei Subhastationen die letzten Gläubiger leer aus. In den Ländern Cisleithaniens, außer Küstenland, Tirol und Vorarlberg, wurden von 1868—90 circa 189 000 Grundstücke zwangsweise verkauft, auf die 689 Millionen Gulden Schulden eingetragen waren, wovon 297 = 43 Prozent ungedeckt ausfielen. Schlimmer aber war das Verhältniß bei den hierunter befindlichen subhastirten 806 „landtäflichen“ oder großen Gütern. Auf diese waren 68 Millionen Mark eingetragen, wovon 32 Millionen oder 47 Prozent ungedeckt zu Ungunsten der Gläubiger ausfielen. Wie viele eingetragene Schulden würden ausfallen, wenn gleichzeitig viele Güter subhastirt würden? Dann würden wohl sogar hie und da Theile der ersten Hypotheken, welche den Banken oder Landschaften gehören, ausfallen oder die Güter würden von den Hypothekenbanken erworben werden müssen, wie in der Krisis von 1820—30. Schon berichtet die „Frankfurter Zeitung“, daß Einzelne derselben an der Börse die von ihnen ausgegebenen Pfandbriefe selbst aufkaufen, um ihren Kurs zu halten. Im Großen und Ganzen scheint uns, daß ein großer Theil der Großgrundbesitzer des Ostens bereits so weit verschuldet ist, daß der Kornzoll nur mehr noch ihren Gläubigern eine gewisse Deckung gewährt.

Die Agrarier hören nicht auf, dem Reichskanzler seine Unwissenheit in agrarischen Angelegenheiten vorzuwerfen, weil er selbst kein Ar Land besitze. Es giebt die Gutsbesitzer-Adreßbücher von Ellerholz, worin alle größeren Güter, ihr Landumfang, Grundsteuerreinertrag und der Name des Besitzers eingetragen ist. Die Regierung braucht nur die Hypothekenämter anzuweisen, hierneben die auf jedes Gut eingetragenen Hypotheken und deren Jahreszinsen einzutragen, was in vier Wochen geschehen kann. Dann würde der Reichskanzler sehen, wie wenige Gutsbesitzer er durch einen Zoll von 35 Mark noch solvent erhält und in wie viel mehr Fällen derselbe nur noch die Gläubiger schützt.

Er würde finden, daß ein Theil dieser Gutsbesitzer auch ganz gut ohne jeden Zoll bestehen kann, soweit er ganz unverschuldet ist oder soweit er Latifundien von

Tausenden von Hektaren besitzt, daß aber die Mehrzahl der Gutsbesitzer durch keinen Zoll, weder durch einen von 35, noch von 50 Mark, mehr zu retten ist.

Er würde auch sehen, daß die Katastrophe erheblich nur den Nordosten Deutschlands bedroht. Zum Beweise theile ich eine tabellarische Uebersicht der landwirthschaftlichen Betriebe Deutschlands im Jahre 1882 mit.

Landwirthschaftliche Betriebe 1882. Fläche in 100 Hektar, Zahl 100.

Provinz	Zahl der Betriebe	Landwirthschaftliche Gesammtfläche 100 Hektar	Betriebe bis 10 Hektar		Betriebe von 10 bis 100 Hektar		Betriebe über 100 Hektar		
			Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl voll	Fläche 100 Hekt.	% Fläche
Ostpreußen	1882	24161	1433	2482	416	12352	3199	9327	39
Westpreußen	1340	16101	1076	1680	239	6834	2440	7586	47
Brandenburg . . .	2611	22349	2180	3491	408	10734	2202	8121	36
Pommern	1693	19883	1425	2258	237	6207	2876	11417	57
Posen	1658	20479	1329	2498	300	6641	2724	11339	55
Summa A	9184	102973	7443	12409	1600	42768	13441	47790	46
Schlesien	3666	25519	3197	7268	439	9470	2880	8780	35
Sachsen	2856	17165	2503	3952	336	8586	1573	4625	27
Summa B	6522	42684	5700	11220	775	18056	4453	13405	
Summa A	9184	102973	7443	12409	1600	42768	13441	47790	
A+B	15706	145657	13143	23629	2375	60824	17894	61195	42
Deutschland	52763	318689	45973	89230	6539	151596	24991	77862	24
Deutschland—(A+B)	36957	173032	32830	65601	4164	90772	7097	16667	
Beide Mecklenburg .	1107	10482	993	913 9%	98	3275 31%	1525	6294	60
Deutschland—(A+B+ Mecklenburg) . .	35850	162550	31847	64688	4066	87497	5572	10373	
Prozent	100	100	88	39	11	54	0,16	7	7
A+B+Mecklenburg .	16813	156139	14136	24542	2473	64099	19419	67489	
Prozent	100	100	84	15	14	41	1,2	44	44

Man sieht, Deutschland zerfällt seinen sozialen ländlichen Betriebsverhältnissen nach in zwei fast gleich große Theile, wovon der südwestliche 16, der nordöstliche 15½ Millionen Hektare landwirthschaftlicher Fläche umfaßt. In dem ersteren Theil nehmen die großen Betriebe über 100 Hektar nur 7 Prozent der Gesammtfläche ein, im Osten 44 Prozent und in Mecklenburg gar 60 Prozent! Da nun der Nutzen aus den Kornzöllen mit der Größe der Betriebsfläche, weil mit dem Quantum des für den Markt erzeugten Getreides, wächst, so ist ersichtlich, daß der Osten sehr viel mehr Nutzen aus den Getreidezöllen zieht als der Westen, daß diese also einen Interessengegensatz zwischen beiden Gruppen schaffen.

Man wird sagen müssen, daß der Osten eine sehr ungesunde soziale Struktur zeigt, insbesondere in den fünf östlichsten Provinzen Preußens und den beiden Mecklenburg, in denen von der landwirthschaftlichen Gesammtfläche von 11345000 Hektar rund die Hälfte auf Großbetriebe kommt. Nehmen wir an, daß alle Betriebe über 10 Hektar Nutzen von den Kornzöllen haben, kleinere aber so gut wie keinen, so sehen wir, daß die kleinen Betriebe im Osten (ohne

Schlesien und Sachsen) nur ein Neuntel der Fläche okkupiren, im Westen aber (auch ohne Schlesien und Sachsen, die einen Uebergangscharakter tragen) 39 Prozent, so ist es klar, daß der Westen höchstens zu 61 Prozent, der Osten aber zu 89 Prozent *seiner* Fläche vom Kornzoll profitirt. Etwas Anderes ist es bezüglich der Gesammtfläche. Alle Betriebe über 10 Hektar nehmen im Osten 13157000, im Westen 9786000 Hektar ein, der Osten nimmt also etwa $1\frac{1}{3}$ so viel aus den Getreidezöllen ein, als der Westen. *Getragen* aber werden diese Zölle von der Bevölkerung nach der Kopfzahl. Und wie steht es damit? Die sieben östlichen Provinzen Preußens und beide Mecklenburg, der *Osten*, hatten 1890 16688000 Einwohner, der Westen 32740000, gerade doppelt so viel. Der Westen trägt also den doppelten Beitrag zur Preiserhöhung des Getreides mittels der Zölle bei. Sogar die ländliche Bevölkerung (in Orten unter 2000 Einwohnern) ist im Osten nur 10671000, im Westen 17503000, so daß davon im Osten auf 1 Hektar landwirthschaftlicher Fläche nur 0,7 Kopf, im Westen 1,07 Kopf, überhaupt aber von der Gesammtbevölkerung im Osten 1, im Westen 2 Köpfe kommen. Der Westen zahlt also doppelt so viel Kornzoll als der Osten.

Das sind doch offenbare Mißverhältnisse, aber sie liegen nicht in der sozialen Struktur des Westens, sondern des Ostens, die sich noch immer mehr verschlechtert, denn daselbst nimmt in sehr vielen Landkreisen die Bevölkerung sogar ab! Kann es nun eine richtige Politik sein, einen ungesunden sozialen Zustand des Ostens durch eine das ganze deutsche Volk bedrückende Kornzollpolitik aufrecht zu halten? Die Entvölkerung des Ostens und das enorme Ueberwiegen der großen Wirthschaften daselbst ist von den Vorgängern der jetzigen Gutsbesitzer durch Legen oder Auskaufen der Bauern und Zusammenziehen der Aecker in Großgrundbesitz verschuldet. Das haben ihre Nachfolger nun zu büßen, deren Betriebe nicht mehr rentiren, und welche auch nicht mehr genug Landarbeiter bei sich finden, sondern sie aus Rußland beziehen müssen. Soweit sie aber bis etwa zur Hälfte des Werthes, den der Besitzer nach der üblichen Berechnung bei der Besitzübernahme zahlte, verschuldet sind, kann der Kornzoll sie gar nicht mehr retten, sind sie rettungslos doch zum Bankerott verurtheilt. Wenn der Reichskanzler eine Verschuldungsstatistik in der Weise publizirte, wie ich sie oben vorschlug, so würde man die Zahl der schon überschuldeten Besitzungen, deren Besitzer durch Kornzölle nicht mehr zu retten sind, kennen, auch die Zahl der Latifundienbesitzer, welche die Kornzölle zur Fortexistenz nicht gebrauchen, und man würde die verschwindend kleine Zahl von Großgrundbesitzern ermitteln, welche durch die Kornzölle faktisch vom Ruin gerettet werden können. — Dies könnte besser auf andere Weise erreicht werden, als durch Kornzölle.

Je klarer diese Verhältnisse durch eine so leicht anzufertigende Statistik gemacht werden können, desto gerechter wird man auch gegen die „Agrarier" werden, und man wird aufhören, von der „wüsten Begehrlichkeit" derselben zu sprechen, weil man einsehen wird, wie bitter die Noth ist, in der so viele von ihnen drin stecken, wie viele von ihnen so sehr zu beklagen sind!

Was soll ein Gutsbesitzer mit Frau und Kindern anfangen, wenn er sein Gut verliert und kein Kapital rettet? Diese wirklich schreckliche Aussicht ist es, welche den leidenschaftlichen Kampf so vieler dem Bankerott nahen Rittergutsbesitzer gegen den Abschluß eines Handelsvertrags mit Rußland erklärt.

Ich habe schon früher in der „Neuen Zeit" gesagt, es würde besser sein, wenn der Staat jene Großgrundbesitzer auskaufte, welche ohne Kornzölle nicht bestehen können, und wenn er dann successive alle Schutzzölle, auch die industriellen,

aufhöbe. Die Reichsregierung würde dadurch unserer Industrie leichteren Zugang zu jetzt fast verschlossenen Märkten erhandeln. Nachdem sich nun herausgestellt hat, daß die Kornzölle in gegenwärtiger Höhe, und meiner Ueberzeugung nach auch, wenn gegen Rußland die Kampfzölle bestehen blieben, einen großen Theil der Rittergutsbesitzer des Ostens vom Untergang nicht retten können, so komme ich auf diesen Vorschlag zurück, will ihn aber etwas verbessern.

Der österreichische Ackerbauminister hat eine Landgemeindeordnung und ein Rentengütergesetz dem Parlament vorgelegt. Danach sollen alle Grundbesitzer eines Landes — wir würden sagen, einer Provinz — zu einer Zwangsgenossenschaft vereinigt werden, welche neben anderen Aufgaben auch die haben soll, in Subhastation gerathene Grundstücke anzukaufen, wenn der gebotene Kaufpreis nicht den Werth der Gebäude und des Inventars, sowie den 20fachen Grundsteuerreinertrag erreicht. In einzelnen Ländern kann bestimmt werden, daß die Zwangsgenossenschaft auch mehr zahlt, bis zum Betrage des 25fachen Grundsteuerreinertrags. Die erworbenen Grundstücke sollen dann als Rentengüter wieder veräußert werden, in erster Linie an die früheren Besitzer oder Witwen und Kinder, sofern darunter sich zum Betrieb der Landwirthschaft geeignete Personen befinden.

Die ungarische Regierung hat vor einem Jahre bereits ein Rentengütergesetz vorgelegt, demzufolge der Staat derartige Grundstücke erwerben darf, die entweder in Bauernhöfe zerlegt und an Rentenbauern verkauft, oder im Ganzen an verarmte Mitglieder der sogenannten Gentry verpachtet werden sollen. Beiden Gesetzentwürfen liegt der humane Gedanke zu Grunde, die Familien verarmter Großgrundbesitzer nicht ganz verkommen zu lassen.

Es ist eine Aufgabe der preußischen Regierung, über ein ähnliches Auskunftsmittel nachzudenken und sich schlüssig zu machen, bevor die, wie mir scheint, nahe Grundbesitzkrisis mit ihren zahlreichen Subhastationen eintreten wird, welche meiner festen Ueberzeugung nach ein Kornzoll von 35 oder sogar von 50 Mark gar nicht verhindern kann, falls der Weltmarktspreis des Getreides nicht erheblich steigt.

Ist dafür Aussicht vorhanden? Aus der wirthschaftlichen Evolution keine, aus der politischen möglicherweise, aber auch in diesem Falle wohl nur eine zeitweise und vorübergehende.

In einem von mir soeben publizirten Buch „Der Kapitalismus fin de siècle“ habe ich weitläufig auseinandergesetzt und kann das hier aus Rücksicht auf den Raum dieser Zeitschrift nicht wiederholen, daß der gegenwärtige Preisdruck des Getreides nicht mehr durch die Konkurrenz Rußlands und Nordamerikas, sondern der Länder mit warmem Klima, Südamerika, Australien und Indien, veranlaßt wird, deren Konkurrenz von Jahr zu Jahr größer wird. Nach zuverlässigen Berechnungen können diese Länder, weil sie billigere Produktionskosten haben, jetzt schon den Meterzentner Weizen für 10 bis 12 Mark in europäische Häfen abliefern; und da ihre Transportverhältnisse noch ziemlich theuer sind, sich bei wachsendem Export ermäßigen dürften, so wird man wohl annehmen können, daß sie mit der Zeit sogar noch billiger werden liefern können.

Politische Ereignisse können die Produktionskraft nicht blos dieser, sondern auch der alten Konkurrenzländer lähmen; die Revolution in Argentinien kann zu einem Zustand der Anarchie führen, in dem kein Export mehr möglich ist; die Vereinigten Staaten von Amerika können in Folge der Gegensätze, welche dort jetzt in der Silberfrage existiren, ebenfalls in Anarchie gerathen; die Engländer können Indien verlieren und wer weiß, was dann dort geschieht. Das Alles sind Möglichkeiten, welche die wirthschaftliche Entwicklung jener Länder stören

oder zum Stillstand bringen können. Geschieht dergleichen aber nicht, so sehe ich keinen Grund für ein erhebliches und dauerndes Steigen der Getreidepreise auf dem Weltmarkt. Ich will dabei daran erinnern, daß die Landschaften vor 100 Jahren, wenn sie ein Gut beliehen, einen Preis pro 1000 Kilo Weizen von 54 Mark in Hinterpommern, 60 Mark in Vorpommern, 65 Mark in der Neumark und 84 Mark in Westpreußen — von wo der Transport nach England billig war — ihrer Gutswerthtaxe zu Grunde legten. Bei solchen Preisen warfen die Güter Grundrente ab, aber sie waren kleiner und zahlten die geleistete Landarbeit fast ganz in Naturalien oder in Ueberlassung von Acker. Ich vergesse dabei nicht die seither vorgegangene Veränderung im Geldwerth, die zum Theil wieder durch Vermehrung der Erntemassen vom Grundbesitz kompensirt wird. Landwirthschaft wird man auch bei einem Weizenpreise von 10 bis 12 Mark pro Meterzentner treiben können, aber Regiewirthschaft auf Latifundien mit aus Rußland importirten Saisonarbeitern kaum auf die Dauer. Aber welches Interesse haben neunundneunzig Hundertstel der Bevölkerung Deutschlands, ein so unsinniges System durch Kornzölle aufrecht zu erhalten, wie es die Grundbesitzvertheilung des Ostens aufweist. Dies System sollte, je eher, desto besser, geändert, aber doch um keinen Preis künstlich gestützt werden! Denn wenn man der Sache auf den Grund geht, wird man es als eine agrarische Anmaßung bezeichnen müssen, daß einige Tausend Rittergutsbesitzer des Ostens das ganze deutsche Volk mit einer indirekten Steuer belasten, weil sie, bei dem System von Großgrundbesitz, das die Herz- und Ruchlosigkeit ihrer Vorfahren gegen die Bauern und Büdner geschaffen hat, nun nicht mehr genügend Grundrente erzielen können. Hohe Grundrente ist kein Staatsinteresse, noch weniger eine Anhäufung von Latifundienbesitz, der das Land entvölkert. Und zudem ist der Staat ohnmächtig, die meisten der jetzigen Großgrundbesitzer zu schützen, er schützt hauptsächlich die Hypotheken-Aktien-Banken und hilft ihnen, die subhastirten Großgrundbesitzer auszukaufen, ohne daß sie selbst dabei zu Grunde gehen. Das hat Rodbertus mit Trauer geahnt und zu vermeiden gesucht. Aber die Regierung hat seine Rathschläge nicht befolgt. Und so wird es bald kommen, daß die Söhne und Enkel der Expropriateurs der Bauern und Büdner ihrerseits expropriirt werden durch die Hypotheken-Aktien-Banken, durch das anonyme, souveräne Kapital!

Der Riesen-Ausstand im englischen Kohlengewerbe.

Seine Ursachen, sein Streitobjekt und seine Begleiterscheinungen.

Von **Ed. Bernstein.**

Ein Ausstand, wie er in Bezug auf die Zahl der betheiligten Arbeiter in der Geschichte der Arbeiterbewegung seines Gleichen nicht findet, spielt sich seit mehr als drei Monaten in England ab. Mehr als 300 000 Arbeiter sind direkt an ihm betheiligt, weitere 250 000 Arbeiter der gleichen Industrie an ihm mitinteressirt, und die Zahl der Arbeiter anderer Industrien, die durch ihn in Mitleidenschaft gezogen werden, beträgt gleichfalls mehrere Hunderttausend. Alles das, wenn wir uns nur auf England beschränken. Aber der Ausstand hat nicht verfehlt, auch auf andere Industrieländer zurückzuwirken, ohne freilich dort eine tiefere Bewegung hervorzurufen. In England, resp. in Großbritannien selbst ist er ein Ereigniß von nationaler Bedeutung, und das Scheitern der zuletzt (am 3. und 4. November) abgehaltenen Konferenz zwischen den Vertretern der Unternehmer und denen der Arbeiter wird von den mir vorliegenden Blättern

als eine nationale Katastrophe bezeichnet. In der That bedeutet es eine Summe von Entbehrung und Verlusten, wie sie sonst nur Kriege, Seuchen oder auf weite Gebiete sich erstreckende Unbilden der Witterung im Gefolge haben. Fordert schon um dieser Ausdehnung willen der Ausstand unser Interesse heraus, so auch nicht minder um der Natur der Fragen willen, die er entscheiden soll, wie wegen der Art, wie er durchgefochten wird, und des Verhaltens der übrigen Bevölkerung ihm gegenüber.

I. Allgemeines über die Verhältnisse der englischen Kohlenindustrie.

Die im Kohlenbau Großbritanniens beschäftigten Arbeiter, deren Zahl sich im Jahre 1892 auf 663 462 belief, sind, von unbedeutenden Sondervereinigungen abgesehen, folgendermaßen organisirt:

1. Verschiedene Grafschaftsverbände in Schottland. Die Gesammtbelegschaft Schottlands ist 88 000, davon sind etwa 10 000 Mitglieder von Verbänden, die der „Bergarbeiter-Föderation von Großbritannien" beigetreten sind.

2. Die Verbände von Durham und Northumberland. Beide Grafschaften, als „Nationale Assoziation der Bergarbeiter" selbständig organisirt, waren einige Monate vor Beginn des Ausstandes der „Bergarbeiter-Föderation" beigetreten, haben sich aber ihrer Aktion nicht angeschlossen. Zahlende Mitglieder dürfte die Union nicht mehr als 50 000 haben, doch erstreckt sich in wichtigen Lohn- ꝛc. Fragen ihr Einfluß auf die ganze Belegschaft des Distrikts, die rund 101 000 Köpfe zählt.

3. Die Föderation von Südwales und Monmouthshire. Die Belegschaft des Distrikts beträgt etwa 88 000, davon gehören zirka 23 000 der „Bergarbeiter-Föderation" an, die übrigen der Südwales und Monmouthshire Kohlenarbeiterföderation. Diese letzgenannte Organisition ist eine ziemlich lose, sie findet ihren Zentralpunkt in der Vereinigten Kommission („Joint Committee"), die zur Regelung der im Distrikt geltenden „gleitenden Lohnliste" gebildet ist.

4. Die Bergarbeiter-Föderation von Großbritannien („Miners Federation of Great Britain"). Außer den ihm angehörenden Minoritäten in den vorgenannten Distrikten zählt dieser Verband gegen 160 000 Mitglieder, die sich auf die drei Grafschaften Nord-Englands: Cumberland, Lancashire und Yorkshire, die Kohlendistrikte von Nord-Wales und die Kohlendistrikte der sechzehn Grafschaften Mittel-Englands, der sogenannten „Midlands", vertheilen. Die Belegschaft in diesen Distrikten beträgt rund 360 000 Köpfe, und auch die große Mehrheit der nicht formell zur Föderation zählenden Arbeiter folgen in wichtigen Fragen der von ihr ausgehenden Parole. Es werden denn auch allgemein die hier aufgezählten Grafschaften als die „Föderationsdistrikte" bezeichnet. Obwohl sich auch andere Verbindungen Föderationen nennen, ist doch die Bergarbeiterföderation von Großbritannien schlechtweg die Föderation, und wo in der Folge das Wort ohne Zusatz gebraucht wird, immer sie gemeint.

Das Gebiet der Föderation nun ist, mit unwesentlichen Ausnahmen, das des Ausstandes, oder richtiger des Ausschlusses. Der im Anfang des Konflikts von der Föderation unternommene Versuch, die anderen Distrikte mit in den Kampf hineinzuziehen, scheiterte hauptsächlich an dem Widerstand, den die Leiter der dortigen Verbände ihm entgegensetzten. In Südwales versuchten Anfangs August die Schlepper zu Gunsten einer größeren Lohnerhöhung, als das Komite für die gleitende Lohnliste vereinbart, zu striken, und ein Theil der Häuer zeigte sich mit ihrem Vorgehen einverstanden. Aber der Mangel einer leistungsfähigen Kampforganisation und die Gegenagitation der dem Joint Committee (s. oben) angehörenden Führer führte binnen vierzehn Tagen einen Zusammenbruch der

Bewegung herbei. In Durham und Northumberland, wo kurz vorher durch Urabstimmung, offenbar gegen den Wunsch der Führer, der Anschluß an die Föderation beschlossen worden war, folgte man zwar der Weisung, eine Lohnerhöhung zu verlangen, die den seit 1891 dort eingetretenen Lohnreduktionen gleichkam, lehnte es dagegen ab, für die Forderung in Ausstand zu treten, und erhielt denn auch von den Unternehmern abschlägigen Bescheid. Es fand zweimal Urabstimmung über die Frage statt. Das erste Mal ließen die Leiter der Assoziation nach Sektionen („Lodges") abstimmen, und da war die Mehrheit, die gegen den Ausstand entschied, eine ganz überwältigende, wahrscheinlich weil die Masse der kleineren Sektionen bedingungslos dem Rath der Führer der Assoziation folgten. Eine zweite, auf Verlangen nach Köpfen vorgenommene Abstimmung ergab:

	Für den Ausstand	Gegen den Ausstand
Northumberland	6 043	7 694
Durham	20 782	19 704

Wie man sieht, war in Durham sogar die Mehrheit für den Strike, da aber zur Proklamirung desselben Zweidrittheils-Mehrheit erforderlich ist, galt der Vorschlag trotzdem als abgelehnt.

Es ist unzweifelhaft, daß das Resultat ein anderes gewesen wäre, wenn die Leiter der Assoziation nicht in ihrem Zirkular den Mitgliedern zu beweisen gesucht hätten, daß der Strike um eine Lohnerhöhung eventuell zu einer Lohnherabsetzung führen werde. Da Durham erst voriges Jahr einen mit ungemein großen Opfern verknüpften Strike mit ziemlichem Mißerfolg durchgemacht, wirkte dieser Vorhalt um so mehr. Zwischen der ersten und zweiten Abstimmung hatte in London eine Delegirtenkonferenz der Bergarbeiterföderation stattgefunden, auf dieser waren die Delegirten aus Durham in Hinblick auf die dort erfolgte Ablehnung der vorgeschlagenen gemeinsamen Aktion nicht zugelassen worden, und auch das hat, so sachlich berechtigt es war, die zweite Abstimmung ungünstig beeinflußt. In Northumberland lehnte die Mehrheit der Sektionen sogar die Erhebung einer Extrasteuer behufs Unterstützung der Föderation während des Ausstandes ab.

Ueber die Motive, welche das Verhalten der Führer der Bergarbeiter dieser beiden Grafschaften bestimmten und bestimmen, ist es zwecklos, Betrachtungen anzustellen. Begründet haben sie dasselbe theils damit, daß die Föderation bei früheren Gelegenheiten gleichfalls nicht mitgestrikt habe, und theils mit Hinweisen auf die Unmöglichkeit, die Gesetze der politischen Oekonomie umstoßen und die Löhne von der Bewegung der Preise unabhängig machen zu wollen. Durham und Northumberland halten bekanntlich auch an dem Dogma fest, daß die staatliche Festsetzung des Achtstundentages gegen die unantastbaren Gesetze der politischen Oekonomie verstoße und eine unwürdige Bevormundung freier Männer sei. Nicht unwürdig freier Männer hat man es dagegen in diesen beiden Grafschaften gefunden, nun Extraschichten zu arbeiten und damit die Situation für die zur Föderation gehörenden Kameraden nach Möglichkeit zu verschlechtern, und den Gesetzen der freien Konkurrenz entsprach es ganz ohne Zweifel.

Etwas besser haben sich die Schotten gehalten, deren Produktion zudem den englischen Kohlenmarkt fast nur indirekt beeinflußt.

Als Ausstand ist die Bewegung somit auf das Föderationsgebiet beschränkt geblieben. Das repräsentirt nun aber, wie wir gesehen haben, etwa drei Fünftel der Kohlenarbeiter von Großbritannien und, da Wales und Durham einen Theil ihrer Förderung exportiren, Schottland vorwiegend für den heimischen Bedarf arbeitet, einen noch größeren Theil des Kohlenbedarfs von England. Im vorigen Jahre entfielen von den 154,5 Millionen Tonnen der englischen Kohlenförderung

über 97 Millionen Tonnen auf das Föderationsgebiet. Kein Wunder, daß der Ausstand schließlich trotz der eifrigen Förderung in Südwales und den beiden nordöstlichen Grafschaften einen intensiven Kohlenmangel herbeigeführt hat. Weniger einleuchtend aber ist, wie trotz der Erleichterung des Marktes die vereinigten Grubenbesitzer auch heute noch auf einer Lohnherabsetzung bestehen können. Bevor wir indeß darauf eingehen, seien erst noch der Föderation und ihrer bisherigen Wirksamkeit einige Worte gewidmet.

Die Föderation ist, wie schon wiederholt mitgetheilt worden, noch jungen Datums. Ihre Gründung fällt in das Jahr 1888. Natürlich gab es in ihrem Gebiet schon vorher Organisationen von Kohlenarbeitern, und sehr leistungsfähige obendrein. Der Verein der Bergarbeiter von Yorkshire z. B. konnte sich schon 1873 ein Amtsgebäude — es befindet sich in Barnsley — errichten, das gegen 250 000 Mark gekostet hat. Aber diese Organisationen waren auf bestimmte Grafschaften oder Distrikte beschränkt, und desgleichen die meisten Lohnkämpfe, die deshalb auch oft genug ungünstig ausfielen. Namentlich in den achtziger Jahren schienen alle Versuche der Aufbesserung der Löhne vergeblich. Die Preise und mit ihnen die Löhne fielen rapide. Den Fall der Preise veranschaulicht am besten folgende Gegenüberstellung. Es betrug im Gebiet des Vereinigten Königreichs:

Jahr	die Kohlenförderung in Tonnen:	der Werth derselben in Pfd. Sterling:
1880	146 818 000	62 395 000
1881	154 184 000	65 528 000
1887	162 120 000	39 093 000
1888	169 935 000	42 971 000

Der Tiefststand ist im Jahre 1887 erreicht. Während 1880 die Tonne Kohlen einen Werth von rund 8,5 Schillingen repräsentirt, ist ihr Werth im Jahre 1887 nur noch 4,82 Schillinge. Im Jahre 1888 sind die Preise ein wenig gestiegen — die Tonne gilt 5,06 Schillinge — aber, wie immer, blieben die Löhne zurück. Sie waren auf einer Stufe angelangt, daß die Arbeiter kaum das nackte Leben fristen konnten. Es ist schwer, ganz unbestrittene Ziffern darüber beizubringen, aber die Thatsache, daß während des jetzigen Ausstandes die Rückkehr zu den Löhnen von 1888 überall von den Bergarbeitern als eine Art Pest erklärt wurde, die man um jeden Preis verhindern müsse, daß die Parole „lieber gleich verhungern als zum damaligen Elend zurückkehren", stehender Refrain aller Bergarbeiterversammlungen war, spricht allein genug.

„Als wir von Ihnen Lohnaufbesserungen verlangten", sagte Pickard in der Freitagskonferenz zu den Vertretern des Unternehmerverbandes, „war es zu einer Zeit, wo, wie unsere Leute wissen, die Kinder der Bergarbeiter halb verhungert herumliefen, beinahe so schlecht daran waren, wie jetzt. Ich bin überzeugt, es würde jedem das Herz brechen, mitanzusehen, was sich von 1885 bis zum Ende 1887 und 1888 abspielte. Ich hatte Zusammenkünfte mit verschiedenen Leuten in Yorkshire, sie wußten nicht, was zu thun, und sagten: ‚Du mußt etwas für uns thun.' Ich sagte, ich würde mein Bestes thun, wir verlangten dann diese Aufbesserungen und erhielten sie."

Herr Hewlett (ein Unternehmer): „Ich spreche in der Abwesenheit anderer Herren, aber erkläre, daß wir sie ohne Widerspruch bewilligten."*

Pickard: „Wir erhielten sie — ich will nicht sagen, wie — aber wir erhielten sie, in der Regel auf dem Wege gegenseitiger Verständigung."

* In Yorkshire und Derbyshire allein fanden 1888 über 60 Strikes behufs Lohnerhöhung statt. Mit der Bereitwilligkeit der Grubenbesitzer, von der steigenden Konjunktur ihren Arbeitern etwas zu Gute kommen zu lassen, ist es somit im Ganzen nicht allzuweit her. Siehe über diesen Punkt weiter unten.

Dieses kurze Zwiegespräch zeigt, daß selbst die Unternehmer nicht bestreiten, daß die Löhne 1888 miserabel waren. Es ist wichtig, das zu konstatiren, weil die kapitalistische Presse beständig darauf herumreitet, daß die Löhne bis jetzt 40 Prozent über dem damaligen Satz standen, und es als die höchste Unvernunft und Unbilligkeit der Arbeiter bezeichnet, diesen jetzigen Status als den Minimumsatz betrachten zu wollen. Vierzig Prozent über den Satz von 1888 — „wie können die Arbeiter nur verlangen, daß so etwas ewig andauern soll", denkt und sagt der Philister.

Es klingt allerdings nicht übel, 40 Prozent Aufschlag. Kein Mensch hat sich aber die Mühe genommen, festzustellen, wie es seit 1888 um die Profite der Unternehmer gestanden. Und doch ist dafür ziffermäßiges Material vorhanden. Die Jahresberichte des Handelsamts („Board of Trade") stellen auf Grund der Berichte der Handelskammern ꝛc. über die faktisch gezahlten Preise den Werth der Ausbeute jedes Jahres fest; auf Grund ihrer hat man also die zuverlässigste Handhabe, zu ermitteln, wie viel in jedem Jahre pro Tonne mehr oder weniger gezahlt wurde. Die Berichte liegen bis 1892 inkl. vor und die Vergleichung bietet folgendes interessante Bild:

Jahr	Förderung in Tausenden Tonnen	Vom Board of Trade festgestellter Werth in Tausenden Pfd. Sterl.	Erlös pro Tonne in Schillingen	Proportion gegen 1888
1888	169 935	42 971	5,06	
1889	176 916	56 175	6,35	+ 25,5 Proz.
1890	181 617	74 954	8,26	+ 63 „
1891	185 479	74 100	7,99	+ 57 „
1892	181 785	66 050	7,26	+ 44 „

Wir haben vorher gesehen, daß schon 1888 eine kleine Preisaufbesserung gegen 1887 stattgefunden, nämlich um netto 5 Prozent. (In der 1891 erschienenen Schrift der Kgl. Preuß. Bergräthe Nasse und Krümmer über die auf einer Studienreise ermittelten Thatsachen über die Bergarbeiterverhältnisse in Großbritannien wird die Preisbewegung pro Tonne Kohlen von 1887 bis 1889 wie folgt dargestellt: 4 Schilling 9,87 Pence — 5 Schilling 0,7 Pence — 6 Schilling 4,3 Pence, was genau mit den vorstehenden Dezimalziffern übereinstimmt.) Von diesem Aufschlag um 5 Prozent bekamen die Arbeiter nichts. Erst von 1888 ab heben sich, unter der Aktion der Bergarbeiterföderation, die Löhne. Aber nur langsam, in Dosen von 5 und 10 Prozent, die so vorsichtig wie möglich bewilligt werden. Als dann im Laufe des Jahres 1890 die Arbeiter es endlich bis zu den berühmten 40 Prozent über das Niveau von 1888 gebracht haben — wie stehen da die Unternehmer? Sie erhalten für die Tonne Kohlen 63 Prozent mehr als 1888 und 71¾ Prozent mehr als 1887. Nicht viel geringer war das Plus, das sie im Jahre 1891 erzielten. Die Arbeiter aber ließen es für sich bei den 40 Prozent bewenden. Hören wir darüber wieder Pickard in der Konferenz mit den Unternehmern:

Pickard: „Als wir unsere 40 Prozent bekommen, sagte ich Ihnen in einer Zusammenkunft, in der Herr Ellis oder Herr Barnes Vorsitzender war, daß wir nun Halt machen würden. Wir würden nicht noch mehr fordern. Was Sie über die Preise erzielten, darauf sollten Sie ein Recht haben, und wir würden keine Lohnerhöhung verlangen. Wir sagten Ihnen das ganz ohne Umschweife."

J. D. Ellis (Unternehmer): „Ich habe es gehört, aber ich war nicht Vorsitzender."

Pickard: „Der Vorsitzende sagte: ‚Wollen Sie das durchsetzen?'"

J. D. Ellis: „Daran erinnere ich mich nicht."

Pickard: „Er sagte: ‚Wollen Sie das durchsetzen?'"

Hewlett (Unternehmer): „War es nicht auf zwölf Monate beschränkt? So ist es mir in der Erinnerung. Es sollte keine weitere Lohnerhöhung in jenem Jahre stattfinden. Ich kann mich nicht an ein darüber hinausgehendes Versprechen oder Abmachen erinnern."

Pickard: „Ich will Ihnen sagen, wie es abgemacht wurde: ‚Wenn nicht die Preise einen sehr hohen Stand erreichen'. Eine unbegrenzte Verpflichtung wurde nicht eingegangen. Wie Sie wissen, stiegen die Preise weiter, und als unsere Leute die Zeitungsberichte darüber lasen, wollten sie mit weiteren Lohnforderungen vorgehen, wir aber sagten: ‚Nein, wir haben den Unternehmern versprochen, solange nicht die Preise einen sehr hohen Stand erreichen, keine weitere Lohnsteigerung zu verlangen.' Wir ließen da Halt machen."

Man sieht, wenn auf irgend einer Seite der Grundsatz: Leben und leben lassen, beobachtet wurde, so auf Seiten der Arbeiter. Sie gaben sich mit den 40 Prozent Aufschlag zufrieden, während die Unternehmer für die produzirte Kohle bis zu 70 Prozent und darüber mehr als 1887 erhielten. Es wurden enorme Profite gemacht. Als Pickard in der letzten Konferenz den Unternehmern sagte: „Sie können nicht erwarten, zu jeder Zeit 30, 40 und 50 Prozent Dividende erklären zu können, wie dies mehrere von Ihnen gethan", fand er keinen Widerspruch. Dabei ist noch zu bemerken, daß die 40 Prozent Lohnerhöhung nicht einmal ebenso viel Mehrverdienst für den Mann bedeutet haben. Eine ganze Reihe von Extra-Auslagen für allerhand Hilfsarbeiten ꝛc., die die Bergarbeiter vordem ganz oder theilweise vergütet erhielten, sind gleichzeitig mit dieser Erhöhung auf sie abgewälzt worden. Die 40 Prozent Zuschlag berechnen sich auf die Tonne geförderter Kohle, aber heute muß der Häuer die Aufsetzung der Stützpfeiler, das Legen der Fahrgeleise für die Transportwägen, das Aushauen der Gewölbedecke (in den Midlands liegen die Flötze oft sehr schmal, so daß für die Pferde eine breite Rinne in die Decke des Ganges gehauen werden muß), das Ausschöpfen angesammelten Wassers ꝛc. selbst besorgen, bezw. besorgen lassen und ebenso die Patronen und das Schärfen der Piken ꝛc. aus seiner Tasche bezahlen. Bei den Angaben der Unternehmer über die von ihnen gezahlten Schicht- oder Tagelöhne wird das natürlich außer Betracht gelassen, und ferner wird nicht gesagt, daß der bequemen Abrechnung wegen oft die Ausbeute zweier Schichten als die einer Schicht angesetzt wird. So sind dem Publikum über den Verdienst der Arbeiter die übertriebensten Vorstellungen beigebracht worden, man hört fortwährend von 7 Schilling und mehr Verdienst pro Tag und 2 Pfund Sterling und mehr die Woche, während thatsächlich der Durchschnittsverdienst eher unter als über 20 Schilling die Woche ist. Herr Giffen, jedenfalls kein Schwarzfärber, was Arbeiter-Einkommen anbetrifft, giebt diesen Betrag als den der Wirklichkeit am nahekommendsten an, während von Arbeitervertretern sogar behauptet worden ist, daß der Netto-Verdienst im Durchschnitt 16 Schilling die Woche nicht übersteigt. Indeß selbst wenn wir annehmen, daß dies nach unten übertrieben ist, und uns an Giffen's Zahlen halten, wird Niemand behaupten können, daß die Bergleute für ihre sehr widerwärtige und gefahrbringende Arbeit zu hoch bezahlt werden.

Und ebenso bleibt, wenn wir die Frage der in Wegfall gekommenen Extravergütungen ganz bei Seite lassen, die Thatsache bestehen, daß bis Ende vorigen Jahres die Arbeiter erheblich weniger Zuschlag auf die Tonne geförderter Kohle erhielten, als die Unternehmer im Verkauf erzielten, daß die Unternehmer eine ganze Reihe von Jahren hindurch hohe Extraprofite erzielt haben, denn nirgends ist behauptet worden, daß sie etwa 1887 und 1888 mit Verlust gewirthschaftet hätten. Sie haben jedenfalls genug verdient, um im Nothfall eine Weile zusetzen zu können.

Es ist nun richtig, daß die Preise im Engros-Geschäft im Frühjahr dieses Jahres weiter zurückgegangen sind. Ein relativ milder Winter und der schlechte Gang der Geschäfte in verschiedenen Kohle verwendenden Industrien haben den Absatz erschwert, während in den verflossenen Jahren eine nicht geringe Anzahl neuer Gruben eröffnet worden ist. In Heft 3 der „Neuen Zeit" ist gezeigt worden, um wie viel seit 1886 die Zahl der Kohlenarbeiter in Großbritannien zugenommen hat, und der Uebersicht halber seien die Gesammtziffern hier wiederholt:

Jahr	Zahl der beschäftigten Arbeiter	Summe der geförderten Tonnen in Tausenden
1886	519 106	157 413
1887	525 428	162 013
1888	534 166	169 843
1889	562 984	176 813
1890	612 461	181 512
1891	647 708	185 373
1892	663 462	181 675

Wie schon an angegebener Stelle ausgeführt, hat seit 1888 die Förderung nicht in gleichem Verhältniß mit der Zahl der mehr eingestellten Arbeiter zugenommen. Außer dem dort dafür angeführten Grunde, daß in Folge der besseren Lohnsätze die Arbeiter weniger intensiv gearbeitet haben, ist auch noch der Umstand dafür verantwortlich zu machen, daß während dieser Jahre günstiger Konjunktur eine große Anzahl Gruben in Betrieb gesetzt wurden, deren Betrieb sich vorher, weil mehr Arbeit erfordernd als der anderer Gruben, nicht bezahlt hatte. Der absolute und relative Rückgang der Förderung von 1891 auf 1892 erklärt sich aus dem großen Strike im Durham-Revier im vorigen Jahre. In den ersten Monaten 1893 dagegen nahm die Förderung wieder so zu, daß Anfang Juni in der That der englische Markt mit Kohlen überfüllt war.

Was thaten nun die Unternehmer? In Durham ist den Arbeitern durch den vorjährigen Strike eingeprägt worden, daß die Löhne unfehlbar den Preisen folgen müssen — wenigstens dann, wenn die letzteren abwärts gehen — in Northumberland ist es ihnen gar nicht erst beigekommen, sich dieser ökonomischen Doktrin zu widersetzen, in Süd-Wales sorgt die gleitende Lohnliste für diese Anpassung, nur im Gebiet der Föderation hatten die Arbeiter und ihre Führer erklärt, daß sie die jetzigen Löhne als Minimallöhne betrachten, unter die nicht heruntergegangen werden dürfe. Es seien die niedrigsten Löhne, bei denen sich einigermaßen leidlich leben lasse, und die Bekämpfung der Ueberproduktion dürfe auf keinen Fall durch Reduktion der Löhne geschehen. Die Föderation ist eine Kampfesorganisation, vorzüglich organisirt und disziplinirt, man mußte von ihrer Seite des verzweifeltsten Widerstandes gewärtig sein.

Im vollen Bewußtsein dessen traten die vereinigten Unternehmer des Gebietes der Bergarbeiter-Föderation mit einem Begehren an die Arbeiter heran, wie es so maßlos in keinem anderen Distrikt gestellt worden war. Die Arbeiter sollten 25 Prozent von dem Aufschlag, den sie 1888—90 erkämpft, fallen lassen, das heißt also gleich in eine 18prozentige Reduktion der derzeitigen Löhne willigen. Es war vorauszusehen, daß sich die Arbeiter, die selbst nie mehr als 10 Prozent Lohnerhöhung auf einmal verlangt, darauf nicht einlassen würden, und so hieß die Forderung einfach die Provozirung des Ausstandes. Was die Unternehmer wollten, war Ausstand und Reduktion der Löhne. Für den Ersteren wählten sie den besten Moment, das heißt den besten für sie: die Sommermonate, wo der Absatz am flauesten ist. Am 30. Juni verkündeten sie, daß

vom 28. Juli ab alle Gruben geschlossen werden würden, wo die Arbeiter sich weigerten, die vorgeschlagene Lohnreduktion zu acceptiren. Kein Zweifel, Niemand würde mehr enttäuscht gewesen sein, wenn die Arbeiter auf die Lohnreduktion widerstandslos eingegangen wären, wie die Unternehmer. Sie hatten mit Gasgesellschaften, Eisenbahnkompagnien ꝛc. Lieferungskontrakte abgeschlossen, die nur einen Sinn hatten, wenn der Ausstand, der die Lieferungspflicht unterbricht, Thatsache wurde, so niedrig waren die angesetzten Preise. (Fortsetzung folgt.)

Bauern und Bauernparteien in Galizien.

Von **Max Zetterbaum.**

(Schluß.)

Landarbeiter zu sein, ist, wie bekannt, kein beneidenswerthes Loos, am wenigsten in Galizien. In früheren Zeiten war die Zahl der Landarbeiter eine viel geringere. Der Bauer konnte noch von seinem nicht getheilten, mit Steuern und Hypotheken nicht belasteten Boden leben: das Angebot der Arbeitskräfte war geringer. Auf den Gutshöfen bediente man sich ausschließlich der Handarbeit und keiner Maschinen oder verbesserter Werkzeuge; die Nachfrage nach Arbeitern war eine größere; in Folge dessen ein relativ höherer Arbeitslohn. Heute ist in Folge der Proletarisation des Bauernstandes das Angebot größer, in Folge der Einführung verbesserter Werkzeuge und der Maschinen die Nachfrage geringer geworden. Es kommt daher vor, daß, während man auf einem Gutshofe zur Zeit der Ernte 300 Arbeiter bedarf, 600 bis 700 erscheinen. Um nur angenommen zu werden, verpflichten sich die Arbeiter, manche Leistungen unentgeltlich zu verrichten, z. B. das Heusammeln, die Bedienung der Maschinen, das Fahren nach der Mühle u. s. w. Viele müssen die Aufseher und kleineren Gutsbeamten in der Schenke regaliren, wodurch wieder ein Theil des äußerst geringen Lohnes verloren geht.

Als ein Gutsbesitzer erklärte, er werde für das Kartoffelausgraben jeden zehnten Scheffel zahlen und jeden Abend dem Arbeiter seinen bei Tag erarbeiteten Antheil ausfolgen, meldeten sich am ersten Tag gegen 700 Arbeiter, am zweiten gegen 900, am dritten über 1000. Aus einem anderen Bezirk wird berichtet, daß die Weizenernte in anderthalb, die Roggen- und Haferernte in zwei Tagen beendigt worden ist. Im Zbarazer Bezirk haben alle Höfe die Ernte in drei, vier Tagen beendigt. In manchen Gegenden, wo man über „Mangel" an Arbeitern klagt, wird dieser Mangel durch Hunderte aus anderen Gegenden gebrachte Arbeiter beseitigt. Daß der Lohn unter solchen Umständen nicht hoch sein kann, ist klar. In Zeiten der Ernte, wenn man den Arbeiter braucht, beläuft er sich auf 30, in Gegenden, wo weniger Arbeiter sind, bis auf 45 Kreuzer täglich. Jedoch wird derselbe nur den Taglöhnern während der Erntetage gezahlt und die Gutsherren sind bestrebt, die Zahl dieser Arbeiter auf ein Minimum zu reduziren. Nach abgelaufener Erntezeit beläuft sich der Lohn auf 20 bis 25 Kreuzer bei Männern, 12 bis 15 bei Frauen. Sie dürfen nicht allzu oft ausruhen, weil sonst die Peitsche des Verwalters auf sie herunterfauft. Die Arbeitszeit beginnt um 5, 1/2 6 Uhr früh und dauert bis nach Sonnenuntergang. Um 12 oder 1/2 1 Uhr ist eine Stunde Ruhe und Zeit für die Einnahme des „Mittagmahls" (Brot und Zwiebel).

Eine andere Lohnform ist der Lohn in einem aliquoten Theil der gesammelten Garben. Diese Lohnform in natura trägt ein feudales Gepräge

an sich, ist aber für Viele vortheilhafter als der Geldlohn. Insbesondere ziehen sie die Gebirgsbewohner vor, weil sie das auf dem Gutshofe gedroschene Getreide mit in die Berge nehmen, wovon sie dann im Winter leben. Im Auswanderungsgebiete, in Ostgalizien, wird die vierzehnte bis zur siebzehnten Garbe gezahlt, im Südosten und in der Bukowina die elfte oder zwölfte.

In einem an der Grenze von Galizien und der Bukowina gelegenen Gutshofe weckte mich an einem schönen Sommermorgen 1892 ein Geschrei und Gemurr, welches auf dem Hofe ertönte, aus dem Schlafe. Als ich in den Hof hinaustrat, standen dort gegen hundert Bauern, die mit dem Gutsherrn sich lebhaft auseinandersetzten. Nach langen, planlosen Reden trat ein zwanzigjähriger Bursche hervor, augenscheinlich der Redebegabteste unter all den Männern und Greisen, und begann auseinander zu setzen, daß sie gegen die Lohnherabsetzung von der elften auf die zwölfte Garbe protestirten, es sei schon bei der elften der Lohn niedrig und schwer zu leben, bei der zwölften würden sie ganz und gar zu Grunde gehen, und Schmerz und Verzweiflung und Zustimmung zu den Worten des Jünglings malten sich auf allen Gesichtern. Der Gutsbesitzer beharrte jedoch bei seinem Willen. Den Bauern blieb nichts übrig, als sich zu unterwerfen, und laut murrend und klagend mußten sie um die zwölfte Garbe arbeiten gehen. Selbst bei einer schwachen Organisation wäre ein Strike sofort entstanden.

Es verstehen jedoch die Gutsherren auch auf eine andere Weise billige Arbeitskräfte zu erlangen. Ein Bauer soll Steuer zahlen oder ein Ferkel kaufen, oder etwas Anderes; er kommt zum Gutsbesitzer und leiht 10 bis 20 Gulden, um sie „abzuarbeiten", oder wie man es im Gutshofe nennt, er leiht drei bis fünf Arbeitsmonate. Er hat das Geld verbraucht und dann muß er einige Monate Frohndienste leisten. Ein solches Darlehen bietet eine der gefährlichsten Wucherformen dar. Es ist der Wucher mit der menschlichen Arbeitskraft. Es werden vier Gulden einem Monate Arbeit gleichgesetzt. Es wird auch jede Leistung der Bauern auf einem solchen Gutshofe in Arbeitstage und Arbeitsmonate umgerechnet. Ein Gutsherr, welcher 50 bis 60 Bauern kleinere Summen geliehen hat, erhält so auf eine billige Weise Arbeiter, die thatsächlich durchschnittlich um einen Lohn von 12 bis 15 Kreuzer täglich arbeiten. Viele kleinere Gutsherren oder Meierhofeigenthümer, meist Juden, verstehen die Ernte ganz umsonst einzusammeln. Sie leihen vielen Bauern je einige Liter Mehl oder Salz, oder gestatten ihnen eine Zeitlang, ihr Vieh auf ihrem Grund und Boden weiden zu lassen, wofür die Bauern dann arbeiten müssen. Von diesem Wucher giebt es viele Arten. Es kommt z. B. auch vor, daß die Eltern eine Summe Geldes leihen, z. B. 12 bis 15 Gulden, und dafür ihre arbeitsfähigen Kinder auf einige Monate verdingen. Heirathet inzwischen der zur Arbeit verpflichtete Sohn oder die Tochter, so schicken die Eltern für den Rest der Zeit den Bruder oder die Schwester.

Die zweite Kategorie von Landarbeitern bilden die Knechte, die auf ein oder mehrere Jahre gedungen werden. Ihr Lohn beträgt 20 bis 35 Gulden jährlich sammt Kost — und Prügeln. Die Kost ist die denkbar elendeste: eine besondere, schlechte Art von Roggenbrot aus nicht vollständig gemahlenem Mehle oder aus Mais, hierzu Barschtsch (Krautsuppe) oder Kraut; Sonntags vielleicht Sauermilch. Jahraus, jahrein ist das ihre Nahrung. Sie wohnen in einer gemeinsamen Hütte und der Gutsherr verfügt über sie vollständig. Analphabeten, ohne Kenntniß der Welt, oft sogar in religiösen Sachen indifferent, sind sie nichts als belebte Sachen, gleich dem Vieh. Sie bilden einen integrirenden Bestandtheil des Gutsinventars. Eine besondere Abart der Knechte sind diejenigen,

die mit Weib und Kindern gegen eine bestimmte Anzahl von Metzen Getreide und einigen Gulden in kleinen verfallenen Lehmhütten untergebracht werden, in welchem Falle die ganze Familie Frohndienste leistet.

Empfindlich für alle Bediensteten ist das Strafsystem. Bei dem vollständigen Mangel an Selbstgefühl bei den Knechten ist Prügeln die willkommenste Strafe. Unangenehm ist ihnen die Geldstrafe oder der Schadenersatz, wie es die Gutsherren nennen. Ich selbst war voriges Jahr Zeuge der Verhängung einer solchen Strafe. Ein achtzehnjähriger Hirtenjunge hatte durch Zufall den Fuß eines Ochsen beschädigt. Dieser mußte einige Tage im Stalle ruhig liegen, wurde aber nach erfolgter Heilung wieder völlig arbeitstüchtig. Sofort jedoch nach erfolgter Beschädigung traten im Hause des Gutsherrn die herbeigerufenen Schätzungsleute des Ortes zusammen, konstituirten sich selbst als Schiedsgericht und verurtheilten den Jungen, trotz seines und seines Vaters Weinen zu einer Zwangsarbeit von dreieinhalb Monaten. Der Gutsherr verlangte dringend sechs Monate.

Die Knechte und Arbeiter werden als Dienstboten angesehen und unterstehen daher der Gesindeordnung. Die Behörden bringen daher oft Arbeiter, die aus irgend einem Grunde die Arbeit verlassen haben, zwangsweise mit Gendarmen zur Arbeit wieder zurück.

Von der Lebenshaltung der Landbevölkerung kann man sich leicht eine Vorstellung machen. Die Bauern schlafen oft mit Typhuskranken in demselben Zimmer. Sie halten sich für niedrig geborene Menschen. „Fleisch, Eier und Butter als gewöhnliche Nahrung scheinen ihnen nur für Herren (Polen) und Juden zu existiren, Kartoffeln dagegen dünken ihnen die beste Nahrung für sie selbst. Jedes Kartoffelgraben bildet den Anlaß zu einem Familien-Festessen." (Zuschrift an das „Dilo" 1892.)

II.

Unwissenheit und Aberglaube sind nothwendig die Folge solcher ökonomischen Verhältnisse. Die Landbevölkerung befindet sich daher politisch ganz in den Händen der Geistlichen und der Gutsherren. Bei dem in Oesterreich herrschenden Wahlsystem hat die Landbevölkerung überdies kein direktes Wahlrecht, sondern die „Steuerzahler" auf dem Lande wählen Wahlmänner, welche erst den Abgeordneten wählen. Die Landbevölkerung wählt durchgehends konservative Abgeordnete. Doch ist in Galizien zu unterscheiden zwischen Polen und Ruthenen; jede dieser Nationen nimmt die Hälfte des Landes ein, die Polen West-, die Ruthenen Ostgalizien. In letzterer Zeit macht sich unter der polnischen bäuerlichen Bevölkerung eine Bewegung bemerkbar, welche jedoch im bekannten pseudopatriotischen und konservativen Fahrwasser läuft und für die Bauern außer lächerlichen Kleinlichkeiten hauptsächlich billigen Kredit und viel Religion fordert.

Bedeutender und von größerer Tragweite ist die ruthenische Bauernpartei. Sie ist im Jahre 1890 entstanden und stellte sich in schroffen Gegensatz zu den übrigen ruthenischen Parteien, zu der alt- und jungruthenischen Partei. Die alt-, sowie die jungruthenische Partei haben alle möglichen Programme, nur kein wirthschaftliches. Das Programm der Altruthenen besteht in der Propagirung des Anschlusses an das zarische, orthodoxe Rußland und in der Leugnung einer besonderen ruthenischen Nationalität; das Programm der Jungruthenen, das ist der ruthenischen Beamtenklasse und sonstiger „Intelligenz", besteht in der Loyalität gegenüber Oesterreich und Hervorhebung der Besonderheit der ruthenischen Nation; außerdem führen diese beiden Parteien noch erbitterte Streitigkeiten über die ruthenische Orthographie. Im Gegensatze zu diesen Kleinlichkeiten stellt die

radikale Partei ein politisches und wirthschaftliches Programm auf. Das Programm zerfällt in ein Maximal- und ein Minimalprogramm. Das Maximalprogramm fordert die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das Minimalprogramm, in seinen politischen Forderungen ebenfalls im Wesentlichen der Sozialdemokratie entlehnt, weist auch besondere bäuerliche Postulate auf, so z. B. einen Abschnitt „über die Mittel, der Proletarisation des Bauernstandes entgegenzuwirken", worunter auch die Forderung einer Heimstättengesetzgebung figurirt. Wir erfahren ferner, daß die Partei unter Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Uebernahme derselben durch die Gemeinden versteht und daß sie den Ankauf von Grund und Boden von Seiten der Gemeinden unterstützen will; die Partei erklärt ferner, sie sei eine nationale Partei, eine ruthenisch-radikale (-ukrainische) Bauernpartei; die Klasse, auf welche sie sich stützt und deren Interessen sie ausschließlich im politischen Tageskampfe vertritt, sind die Kleinbauern.

Die Unreife des Programms in manchen Punkten fällt um so mehr auf, als manche der Führer dieser Partei zielbewußte Männer sind. Die Ursache liegt im Wesen der Dinge. Wenn auch die Führer auf der Höhe der modernen Bildung stehen, so haben sie doch nur mit den rohen, wenn auch bedrückten Bauernmassen zu thun. Sie stellten sich daher — wie sie erklären — auf den Boden der thatsächlichen Verhältnisse und nahmen Punkte ins Programm auf, die dem Bauern verständlich sein und auf ihn eine Zugkraft ausüben sollten. Die Gründer der Partei sind in ihrer Mehrheit theoretische Sozialisten. In erster Linie muß man nennen Iwan Franko und Michailo Pawlyk, zwei Bauernsöhne, der erste ein ausgezeichneter Dichter, der auch schwungvolle Proletarierlieder geschrieben hat, der zweite ein tüchtiger Publizist. Beide waren vor fünfzehn Jahren überhaupt die ersten in Galizien, welche die Lehren des Sozialismus verkündeten. Sie standen allein, ihre literarischen Unternehmungen scheiterten, sie mußten oft in den Kerker wandern, aber sie blieben ungebeugt. Sie standen damals in Verbindung mit Dragomanoff (dieser war früher Universitätsprofessor in Kiew, lebte dann in Genf im Exil und wurde vor einigen Jahren nach Sophia als Professor berufen), der den größten Einfluß auf sie ausübte und sich noch heute einer großen Autorität bei ihnen erfreut. Aber erst vor drei oder vier Jahren gelang es einigen anderen hinzugekommenen Männern, die von Franko und Pawlyk inaugurirte Bewegung in ein praktisches Fahrwasser zu bringen. Sie faßten Fuß in den Bezirken von Kolomea, Kossow und Sniatyn, und die Bewegung beginnt langsam sich auch weiter auszubreiten. Im Verein mit manchen sozialistischen Elementen der Universitätsjugend konstituirten sich die wenigen Männer als „radikale Partei". Sie stützen sich, wie oben erwähnt, auf die Kleinbauern, da die Knechte nach ihrer irrigen Ansicht auf einem zu tiefen Kulturniveau stehen, so daß ihnen jede Agitation unter diesen vorläufig aussichtslos erscheint.

Die Agitation richtet sich in erster Reihe gegen die Geistlichkeit und gegen die Regierung. Die Radikalen, durchwegs Atheisten, greifen nicht religiöse Institutionen an, sie erklären die Religion für eine Privatsache und predigen den Bauern Toleranz gegen Andersgläubige. Sie sind nur gegen die hohen Taxen, welche die Geistlichkeit bei den Bauern erhebt, und gegen die Bevormundung der Bauern. Sie berufen sich auf das noch gegenwärtig in Rechtskraft stehende Patent Kaiser Josefs II., welches die Gebühren für die religiösen Zeremonien auf höchst geringe, wenige Kreuzer nicht übersteigende Beträge festsetzte, anstatt der üblichen vielen Gulden. Sie haben dadurch einen auf materiellen Interessen gegründeten Gegensatz zwischen Bauern und Geistlichkeit geschaffen, einen Gegensatz,

welcher zur Diskreditirung der Geistlichkeit und damit auch der religiösen Institutionen führt und so die Bahn allen freien Ideen, aller Lossagung von religiöser und staatlicher Autorität frei macht.

Von der Regierung verlangen sie die Erfüllung des Minimalprogramms und in erster Reihe die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes. Sie haben es verstanden, den Bauern die Ueberzeugung beizubringen, daß mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes sich ihre Lage erheblich verbessern wird. Die Partei selbst betrachtet sich als Uebergangsstufe zur konsequenten Sozialdemokratie. Sie arbeiten ihr auf mannigfache Weise vor. In erster Reihe haben sie das Schlagwort ausgegeben, Weiden und Wälder waren Gemeineigenthum und sollen es wieder werden. Die Weiden und die Wälder befinden sich fast ausschließlich im Besitze der Großgrundbesitzer, und die Bauern, denen einst Rechte auf dieselben zustanden, leiden unter dem gegenwärtigen Zustand in mannigfacher Weise. Zweitens treten sie für einen Minimallohn auf größeren Grundstücken ein, welche schon zehn bis zwanzig Arbeiter beschäftigen, wodurch auch die Knechte und anderen besitzlosen Taglöhner langsam in die Bewegung hineingezogen werden. Drittens vertreten sie den Gedanken der Nationalisation von Grund und Boden in einer den Bauern bei ihrem jetzigen Eigenthumsbegriffe zugänglichen Weise. Sie sagen, der Staat soll die Großgrundbesitzer gegen entsprechende Entschädigung in der Form der Emission von Rentenbriefen expropriiren und den Boden den Gemeinden zuweisen, welche ihn mit Zuhilfenahme der Errungenschaften der modernen Agrikultur bebauen und den Ertrag unter ihren Mitgliedern vertheilen sollen. Parzellirt darf dieser Boden nicht werden. So unzulänglich auch dieser Plan ist, so hat er doch den großen Vortheil, den Bauern — und den Gutsherren verständlich zu sein. Letztere betrachten nämlich den Sozialismus noch als eine Utopie, die sie wenig beunruhigt, während die Expropriirung gegen Entschädigung in dieser Form ihnen möglich erscheint, sie schreckt und ihren Widerstand reizt.

Wenn die radikale Bauernpartei die Bauern zu einer gewissen politischen Reife erhoben haben, wenn anderseits die vollständige Proletarisirung der Bauernschaft noch mehr fortgeschritten sein wird, dann wird die ruthenische radikale Bauernpartei sich in eine sozialdemokratische umwandeln, oder wenn sie diesen Umwandlungsprozeß nicht selbst vollzieht, wird nothwendig aus den Verhältnissen eine sozialdemokratische Partei unter dem großen ländlichen Proletariat von selbst entstehen.

Die Entwicklung zum Sozialismus geht mit Riesenschritten vorwärts, sogar im äußersten Osten des Ostreichs.

Zur Frage der Lohnstatistik.

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. Jahrgang 1893, 3. Heft: Erhebungen über Arbeitslöhne in Deutschland.

Dr. Viktor Böhmert, Der gegenwärtige Stand und die neuen Aufgaben der Lohnstatistik (Separat-Abdruck aus der Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Bureaus). Dresden 1892.

Dr. Fr. Wörishoffer, Zur Frage der Lohnstatistik (Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. Tübingen 1893, 3. Heft).

Altonaer Arbeiterstatistik. Veranstaltet durch das Königliche Kommerz-Kollegium zu Altona. I. Altonaer Arbeitslöhne 1891. Hamburg 1893.

Der Aufsatz aus dem Statistischen Reichsamt spricht von „größeren, etwa für das Reich zu organisirenden amtlichen Erhebungen" über Löhne und will eine Uebersicht derjenigen Lohnaufnahmen geben, die als beachtenswerthe Vorläufer umfassen-

derer und besserer Untersuchungen in Betracht kommen könnten. Man scheint also seitens des Reiches die alte Passivität auf diesem Gebiet aufgeben zu wollen — denn die Kommission für Arbeiterstatistik ist bisher in ganz anderer Richtung thätig gewesen. Um so größere Beachtung verdienen im Augenblick die oben genannten Arbeiten.

* * *

Das Statistische Reichsamt führt zunächst die bisherigen amtlichen Lohnstatistiken auf, d. h. die Untersuchungen, die von Behörden des Reichs und einzelner Bundesstaaten oder von städtischen Aemtern ausgegangen sind. Hierher gehören in erster Linie die Veröffentlichungen der staatlichen Bergwerks-, Eisenbahn-, Post- und Forstverwaltungen.

Die Bergwerksverwaltung fordert in Preußen seit 1872 periodische Nachweisungen über die gezahlten Arbeitslöhne ein, jedoch erst seit 1887/88 nach einheitlichem, Vergleiche ermöglichendem Plan. In den übrigen Bundesstaaten, wo der staatliche Bergbau nicht die Bedeutung hat wie in Preußen, ist die Statistik weniger eingehend; vereinzelte Angaben liegen für Baden und Hessen vor; ausführlichere für Sachsen.

Die Eisenbahnverwaltungen, die staatlichen wie die der Privatbahnen, benutzen seit 1880 ein Normalbuchungsformular, dessen Nachweise im Reichseisenbahnamte bearbeitet und jährlich veröffentlicht werden. „Die Anfänge einer Lohnstatistik sind hierin insofern vorhanden, als die Zahl der bei den einzelnen Bahnen beschäftigten Arbeiter in ihrer Jahresdurchschnittszahl und die Gesammtsumme der im Jahre ausgezahlten Löhne angegeben werden." Daneben liegen noch besondere Ausweise von den meisten bedeutenderen Verwaltungen vor; für Württemberg, Baden, Sachsen, Elsaß-Lothringen und Oldenburg mit genauerer gruppenweiser Scheidung der Arbeiter nach ihrer Beschäftigungsart.

Die Postverwaltungen (das Reich, Bayern, Württemberg) haben bisher keinerlei Lohnstatistik publizirt.

Für die preußischen Forstarbeiter ist 1883, angeregt durch die Holzzollfrage, eine einmalige Ermittlung über die Höhe der Tagelöhne in den einzelnen Oberförstereien (in je einem Jahrzehnt der Zeit 1800—1880) veröffentlicht worden. Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen veranstalten alljährlich Ermittlungen; Hessen that es 1879/80 bis 1884/85.

Dazu haben sich die Behörden mit lohnstatistischen Erhebungen zu befassen bei den durch unsere Arbeiterversicherung vorgeschriebenen Festsetzungen der ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter. Etwas Aehnliches bietet seit 1868 alljährlich Baden in seinen Uebersichten über die durchschnittlichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter, Waldarbeiter, Knechte und Mägde. Ferner enthalten Lohnuntersuchungen die Reichsenqueten von 1878 über die Tabak-, Eisen- und Textilindustrie und die spätere Reichsenquete von 1887 über die Wäschefabrikation und Konfektionsbranche. Die Fabrikinspektoren-Berichte bieten zuweilen lohnstatistisches Material, aber kein periodisch und in regelmäßiger Form wiederkehrendes. Die Arbeiten Wörishoffer's sind als die bedeutsamsten bekannt.

Von städtischen statistischen Aemtern haben Berlin und Breslau Erhebungen ins Werk gesetzt, letzthin auch München. Die Handelskammer-Berichte gewähren auch einige Ausbeute, in umfassenderem Maße neuerdings Halberstadt.

Für die Landwirthschaft verzeichnet das Reichsamt weiter nichts wie die Ermittlungen des Kongresses deutscher Landwirthe aus dem Jahre 1873 (unter der Leitung des Professors v. d. Goltz), die letzte Enquete des Vereins für Sozialpolitik (1891/92) und eine Erhebung für Bayern aus dem Jahre 1878: auf Veranlassung des bayerischen Finanzministeriums sollten die landwirthschaftlichen Vereine die Jahresverdienste der ständig beschäftigten männlichen und weiblichen Tagelöhner bestimmen.

Von Lohnstatistiken der Arbeiterorganisationen selber erwähnt das Reichsamt: die periodischen Erhebungen der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine seit 1880, die Statistik der Drechsler von 1890/91, der Maurer von 1890, der Zimmer-

leute von 1888 und 1889, der Tischler von 1889 und 1891, der Bildhauer von 1886 und 1891, der Maler von 1890, der Buchbinder für 1891/92 — endlich die Bäckerenqueten von Bebel und aus Bremen und München, die Müllerenquete von Käppler.

Schließlich wird angeführt die statistische Thätigkeit der Unfallberufsgenossenschaften, besonders die selbständig unternommene Statistik der Buchdrucker und die Veröffentlichung des Berliner Statistischen Amtes über das berufsgenossenschaftliche Material aus der chemischen Industrie und der Feinmechanik.

Meist sind den Aufzählungen des Reichsamts kurze Bemerkungen über die Methode der Erhebungen und Berechnungen beigefügt, mitunter auch einige summarische Auszüge aus den Ergebnissen, die freilich bisher sehr dürftiger Art geblieben sind.*

* * *

Hauptsächlich mit der Methode der Lohnstatistik beschäftigt sich die Böhmert'sche Arbeit. Böhmert hat sich früher schon oft darüber ausgesprochen, zuletzt erst wieder vor dem Internationalen Statistischen Institut in Wien 1891. Seine Abhandlung über die „Statistik des Arbeitslohnes" im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" gewährt die beste Uebersicht über das bisher Geleistete und die Kontroversen auf diesem Felde. Der oben angeführte Aufsatz, vielfach eine Ergänzung hierzu, kritisirt zunächst einige der neuesten Lohnaufnahmen, besonders die Angaben seitens der Unternehmer von „durchschnittlichen" Wochenlöhnen, die dann zu wirklichen Jahresverdiensten der Einzelarbeiter aufgeblasen werden. „Eine Hauptursache der Irrthümer, welche über die Höhe der Löhne verbreitet sind, ist die früher ganz übliche Frage nach Durchschnittslöhnen in gewissen Industrien oder Gegenden. Man erhält offenbar ein ganz falsches Bild der wirklichen Sachlage, wenn man Arbeiter verschiedener Gegenden oder Erwerbszweige oder Arbeiterkategorien miteinander zusammenwirft. Wenn man z. B. den 12 Mark betragenden Wochenlohn von Tagelöhnern und Handlangern in einer Maschinenfabrik mit dem Lohne von Maschinenschlossern, die 30 Mark erhalten, zusammenwirft, so erhält man bei Berechnung des Durchschnitts der Löhne von Handlangern und Schlossern einen Lohnsatz von 21 Mark, der in Wirklichkeit für die Betheiligten gar nicht existirt. Der ungelernte Arbeiter wird den Durchschnitt schwer erreichen und der Schlosser weit darüber hinausgehen. Ein Fabrikant kann hohe Durchschnittslöhne ganz nach Belieben angeben, ohne eigentlich die Unwahrheit zu sagen, wenn er z. B. die ganz niedrig bezahlten jugendlichen oder gebrechlichen oder weiblichen Arbeiter wegläßt und nur die normalen, kräftigen, erwachsenen Arbeiter bei der Berechnung des Durchschnitts berücksichtigt.... In solchen Fabriken, welche auch gebrechliche und nur halb erwerbsfähige Personen beschäftigen, können Jahreslöhne von 300 und weniger Mark vorkommen. Bei solchen wohlwollenden Fabrikanten kommen vielleicht niedrige Durchschnittslöhne vor, während strenge Fabrikanten, die alle schwachen und alten Leute abweisen, mit hohen Löhnen glänzen. Nur die Kenntniß der individuellen Verhältnisse kann hier zur Wahrheit führen. — Ein zweiter grober Irrthum wird dadurch herbeigeführt, daß man nach Tages- oder Wochenlöhnen fragt, anstatt nach Jahreslöhnen. Es giebt viele Industrien, die ihre Arbeiter überhaupt nur mehrere Monate im Jahre tüchtig beschäftigen und ihnen in dieser flotten Zeit hohe Löhne zahlen, während die Arbeiter, wenn die Saison vorüber ist, niedrig ausgelohnt werden. Wenn man nun in der sogen. schlechten Jahreszeit, in der saison morte, die Löhne erhebt, so erhält man niedrige, umgekehrt hohe Löhne; aber auch die Industrien, welche ihre Leute das ganze Jahr über beschäftigen, haben oft recht schlechte Zeiten, strengen dafür aber in flotten Zeiten zuweilen ihre Arbeiter übermäßig an. — Ferner wechseln viele Arbeiter mit den Beschäftigungen. Die Weber der sächsischen Lausitz könnten mit ihren niedrigen Löhnen gar nicht bestehen, wenn sie nicht im Sommer und Herbst als Maurer oder Zimmerleute oder in der Ernte als ländliche Arbeiter zuweilen

* Auffällig ist, daß das Reichsamt die Statistik der Monatsheuern der Matrosen gar nicht erwähnt, die es doch selber seit 1874 regelmäßig veröffentlicht.

hohe Löhne verdienten. Wenn man sie im Winter als Weber zählt und ihre Löhne ermittelt, sind sie ganz niedrig bezahlte Weber, dagegen im Sommer leidlich bezahlte Maurer. Man muß daher die Jahrestage der wirklichen Beschäftigung zur Grundlage der Berechnung nehmen — oder darf überhaupt nur solche Angaben berücksichtigen, welche sich auf Arbeiter mit wirklicher voller Jahresarbeit beziehen."

Auch sonst enthält die Böhmert'sche Arbeit vieles Richtige und Beachtenswerthe, auch Entwürfe von Zählkarten, einmal für Arbeiter, dann für Betriebe. Die ganz vorzüglichen „Lohnstatistischen Untersuchungen in der Zigarrenfabrikation" von Alban Förster (Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Bureaus 1892, Heft 1 und 2, auch separat erschienen) wenden dann die durch Böhmert vorgezeichnete Methode, freilich auf ein sehr kleines Gebiet, an.

* * *

Hauptsächlich gegen die Forderung Böhmert's und des Internationalen Statistischen Instituts, aus den Lohnbüchern der Unternehmer die „Jahresverdienste" der einzelnen Arbeiter zu ermitteln, wendet sich der Aufsatz von Wörishoffer, unseres Erachtens im Wesentlichen durchaus richtig. Denn thatsächlich führen die Arbeiter selber zwar über ihre Lohneinnahmen nicht genügend Buch; die Masse der Arbeiter würde in die größte Verlegenheit gerathen, wenn sie für ein volles Jahr, Woche für Woche wechselnd, ihre Löhne auf Heller und Pfennig genau angeben sollte; an die Stelle „wirklicher" Löhne würden massenhaft mehr oder weniger richtige, runde Schätzungen treten, die man gerade vermeiden will. Aber wenn man sich andererseits an die genau geführten Lohnbücher der Unternehmer hält: aus dem Lohn, den ein Arbeiter innerhalb eines Geschäftsjahres bei einem Unternehmer, innerhalb eines Betriebes wirklich bezogen hat, erfährt man ebenfalls noch gar nicht das wirkliche Jahres-Lohneinkommen des Arbeiters. Was wissen wir vom „wirklichen" Jahresverdienst des A., wenn wir aus den Büchern des Unternehmers U. für ein Jahr genau ausgezogen haben: Schlosser A. arbeitete 26 Wochen mit genau 520 Mark Gesammtverdienst? War A. die übrigen 26 Wochen des Jahres arbeitslos? Darüber weiß der Fabrikant nichts, seine Buchführung erst recht nicht. Vielleicht ist A. die 26 Wochen bei einem zweiten Unternehmer B. thätig gewesen, mit demselben Gesammtlohn. Der „wirkliche Jahresverdienst" wäre dann nach den Büchern der Fabrik 520 Mark gewesen, der allein wirkliche jedoch gerade das Doppelte. Wollte man nun — wie Böhmert das zum Theil thut —, weil man dem Arbeiter in seinem Betriebswechsel nicht folgen kann, nur diejenigen Arbeiter in die Lohnstatistik aufnehmen, die das ganze Jahr bei demselben Unternehmer in Stellung geblieben sind, so würde man allerdings für diese Arbeiter durch die Buchauszüge die wirklichen Verhältnisse feststellen, z. B. daß im Jahre 1892 B. 273 Tage für insgesammt 945 Mark gearbeitet hat, 60 Tage aber durch Sonn- und Feiertage, 10 Tage durch Krankheit, 14 durch Inventur u. s. w. verlor. Aber oft, in manchen Gewerben und Gegenden sogar meistens, sind solche Arbeiter, die das ganze Jahr über in einem Betriebe bleiben, Ausnahmen; ihre Löhne geben am allerwenigsten ein Bild der allgemeinen Lohnverhältnisse. Wir halten es daher mit Wörishoffer für ganz irreführend (wie Böhmert oben sagt), „nur solche Angaben zu berücksichtigen, welche sich auf Arbeiter mit voller Jahresarbeit beziehen".

Der Altonaer Bericht kommt in seiner Einleitung zu einem ähnlichen Urtheil. „Gewiß" — heißt es da — „ist es verkehrt, die Löhne einzelner Tage oder Wochen zu ermitteln; vielmehr muß unter allen Umständen für jeden Arbeiter der Lohnbetrag eines größeren Zeitraumes ermittelt werden. Aber dies wird meist kein ganzes Jahr sein können, sondern nur derjenige Zeitraum, während dessen der Arbeiter bei einem und demselben Unternehmer gearbeitet hat. Nun arbeitet allerdings stets ein Theil der Arbeiterschaft während des ganzen Jahres bei einem und demselben Unternehmer, aber dieser Theil enthält in der Regel den besten, daher auch bestgelohnten Bestandtheil, den „Stamm" der Arbeiterschaft. Wollte man diesen von den fluktuirenden Arbeitern, die während eines Jahres bei mehreren Unternehmern beschäftigt

waren, absondern, so würde man zu ganz unrichtigen Resultaten gelangen. Jahresverdienste kann man also nicht erheben; aber der Zweck, den Böhmert mit ihnen erreichen will, wird auch schon dadurch erreicht, daß der Lohnbetrag für den ganzen Zeitraum ermittelt wird, in dem der Arbeiter an einer Stelle gearbeitet hat." — Das Letztere halten wir nun freilich auch wieder für unzutreffend.

* * *

Unseres Erachtens lehren alle diese Diskussionen und auch die Erörterungen über die Ausnutzung des deutschen Berufsgenossenschafts-Materials, daß man auf dem Gebiete der Lohnstatistik überhaupt nicht schablonenhaft einförmig vorgehen kann und daß man besonders zwei Seiten auseinanderzuhalten und ganz verschieden anzufassen hat: die Lohnfeststellungen, die mehr Produktions- und Produktionskostenstatistik sind, und diejenigen, die mehr Einkommensstatistik sein wollen.

Die ersten werden sich mehr an die Unternehmer halten müssen und ihre Ergebnisse werden zwar weniger zeigen, wie der Einzelarbeiter bei seinem Jahresabschluß ökonomisch dasteht, dagegen um so genauer: was im Allgemeinen der Preis einer Stunde Schlosser-, Tischler-, Maurer-Arbeit ist, von Männern, Frauen, Kindern, von gelernten und ungelernten Arbeitern, je nach den verschiedenen Gegenden, Betriebsarten, wie rasch der Stellenwechsel sich vollzieht, wie Stück- und Zeitlohn, kürzere und längere Arbeitszeit, Saison und todte Zeit den Wochenlohn beeinflussen. Daß solche Feststellungen von eminentester Wichtigkeit sind, auch für die gewerkschaftlichen Kämpfe, wird Niemand bezweifeln, und darum hoffen wir auch noch immer, daß das statistische Material der Berufsgenossenschaften nicht unbenützt liegen bleiben wird.

Freilich, will man erfahren, wie die von den Unternehmern U., V., W. angegebenen Jahreslöhne sich etwa zusammensetzen zum Jahreseinkommen des einen Arbeiters A., der der Reihe nach (mit oder ohne zwischenliegende Stellenlosigkeit) bei allen dreien im Laufe des Jahres in Stellung war — so lassen einen die Bücher der Unternehmer und die Ausweise der Berufsgenossenschaften trotz ihrer sonstigen Vorzüge vollständig im Stich, und man wird sich an die Arbeiter zu wenden haben, in wesentlich anderem Verfahren, weil sie über ihre, wöchentlich und mitunter täglich wechselnden Lohneinnahmen nicht die Buchführung besitzen wie die Unternehmer über ihre Lohnausgaben. —ms.

Feuilleton.

At-Davân.

Skizze aus dem sibirischen Leben von **Wladimir Korolenko.**

Deutsch von **Norbert Hoffmann.**

(Fortsetzung.)

V.

Im Knechtezimmer gähnte die Gluth eines ungeheuren, aus Lehm dicht zusammengefügten Kamins gleich dem Feuerschlunde eines sagenhaften Thieres mir entgegen. Das Feuer wurde mit unglaublicher Kraft in den Rauchfang gerissen, ein förmlicher Strom von Flammen ergoß sich nach oben. Die geneigten Jurtenwände erschienen bald enge zusammengerückt, von purpurnem Widerschein eingefaßt, bald versanken sie, kaum mehr sichtbar, in Dämmerung; dann erschien die Jurte wie eine ungeheure Höhle mit dunklen Gewölben. Eine Gruppe feuriger Gestalten, gleichsam erst aus glühendem Metall gegossen, schloß sich im Halbkreis um den Kamin. In der Mitte saß, gedankenvoll auf das Feuer

ſtarrend und das Kinn mit der Hand ſtützend, ein junger Knecht der Station, mit ſcharfen fremdländiſchen Zügen, ein Repräſentant jenes ſeltſamen, halbjakutiſch gewordenen Volkes, das ſich an der mittleren Lena angeſiedelt hat. Aus ſeiner Kehle ergoſſen ſich, mit dem Ziſchen und Praſſeln der Flammen zuſammenfließend, bald langgezogene, bald krampfhaft abgeriſſene Töne. Dies war eine jakutiſche Rhapſodie — eines jener Lieder, in welchen nur ein geübtes Ohr Spuren einer eigenartigen Harmonie entdecken kann.

Wie vielfältig drückt ſich doch die menſchliche Empfindung aus! ... Da aber die Schönheit eigentlich im Gefühl liegt, ſo liegt auch ein Theil Schönheit in dieſem wilden, gurgelnden, abgeriſſenen Heulen, das bald wie Weinen, bald wie Windesbrauſen in wildem Berggeklüfte klingt. ... Es genügte, die erzfarbigen Geſichter dieſer Poſtknechte von At-Daván anzuſehen, um ſich davon zu überzeugen, daß irgend eine ergreifende und Alles abſorbirende Gemüthsbewegung vorhanden war, die in der ſchmutzigen, unfreundlichen Jurte Alles beherrſchte.

Der junge Knecht ſang, während die Anderen lauſchten und den Sänger durch laute, unwillkürliche, kurze Ausrufungen ermunterten. Wir haben unſere aufgeſchriebenen, in Noten geſetzten Lieder, in welchen ſich ein komplizirtes Fühlen in eine feſte Form kriſtalliſirt hat; die wilde Tajga,* die ſteinigen Saumpfade am Ufer der Lena, das finſtere und verödete At-Daván — haben die ihren. Sie ſind nicht aufgeſchrieben, nicht ausgeſtaltet, nicht ſo harmoniſch und ziemlich roh — dagegen aber entſteht jedes von ihnen beim erſten Anſtoß, hallt wider wie die Aeolsharfe mit ihrer unendlichen und nie abſchließenden Harmonie bei jedem Hauch des Höhenwindes, bei jeder Bewegung der urwüchſigen Natur, bei jedem Aufwallen des an Eindrücken ſo armen Lebens. ... Der Sänger ſang vom wachſenden Froſt, davon, daß die Lena erdröhnt, daß die Pferde von der Felswand abgeſtürzt ſind, daß helles Feuer im Kamin brennt, daß ſie, die einander ablöſenden Poſtknechte, ſich zehn Mann ſtark verſammelt haben, daß ſechs Pferde in Bereitſchaft ſtehen, daß At-Daván den Arabyn-Tojon** erwartet, daß vom Norden her, aus der großen Stadt der Schreckensmann herankommt und daß At-Daván erzittert und bebt. ...

Die Sängerſprache der Jakuten unterſcheidet ſich von ihrer Umgangsſprache ungefähr ſo, wie die alte ſlaviſche von der heutigen ruſſiſchen Umgangsſprache. Jene Sängerſprache iſt irgendwo tief im Innern Aſiens entſtanden, von wo die große Völkermiſchung den armſeligen Splitter eines Stammes nach dem fernen Nordoſten geworfen hat. Er bewahrte im Norden die üppigen Bilder und Farben des entfernten Südens. ... Vom Norden aber, von den ſchrecklichen Wintern, in denen das Krachen der Eisſchollen bis zum Donnergetöſe von Kanonen anſchwillt, und der Fall eines Steinchens dröhnt wie eine Lawine, hat das Lied eine angſterfüllte Neigung zu märchenhaften Uebertreibungen angenommen, zu rieſenhaften, Schrecken erregenden Gebilden. Daher rührt es wohl, daß der jakutiſche Iwanuſchka,*** der arme verwaiſte Junge Er-Sogotoch, auf ſeinen mühſeligen Wanderungen hie und da auf ſagenhafte Heldengeſtalten ſtößt, von denen die allerkleinſte über Waden vom Umfang eines alten Lärchenbaumes verfügt, während ihre Augen je fünf Pfund wiegen.

Ich ſtand unbeachtet im Dunkeln und lauſchte dem Liede des Poſtknechts vom Arabyn-Tojon. ... Arabyn, Arabyn! ... Ich hatte ſchon irgendwo dieſen

---

* Undurchdringliche Sumpfwälder des ſibiriſchen Tieflandes.

** Tojon = Herr.

*** Etwa unſer „armer Peter“.

Namen gehört. Es kostete mich eine bedeutende Anstrengung, das Sagenhafte dieser Figur von meiner Vorstellung abzustreifen — so daß unter ihr eine andere Gestalt hervortrat. In Irkutsk, in einem Hause eines Bekannten, hatte ich einige Male, freilich nur flüchtig, einen Kosaken-Fähnrich dieses Namens getroffen. Dies war ein Mensch, der sich durch nichts hervorthat; er war schweigsam, sogar ein wenig schüchtern, von jener besonderen Schüchternheit, durch welche sich krankhaft ehrgeizige Menschen auszeichnen. Ich bemerkte ihn damals kaum, später aber hörte ich, daß er durch irgend etwas die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte und daß man ihn zu besonderen Missionen verwende. Sollte er das sein? Soll er es sein, über den ich auf dem ganzen Wege so viel höre? . . . er, dessen Name in Irkutsk, in der Stadt, kaum hervortrat? Schon zum dritten Male fliegt er nun in der Eigenschaft eines Kuriers die Lena hinab und jedesmal können noch lange nachher die Reden über ihn nicht verstummen. Auf den Stationen benahm er sich immer wie ein Mensch, in dessen alleinige Macht die Pazifizirung eines aufgeregten Landes gelegt worden ist.

Er kam heran wie ein Sturmwind, wüthete, erfüllte Alles mit panischem Schrecken, drohte mit seinen Pistolen und . . . vergaß überall die Gebühren zu bezahlen. Wahrscheinlich war es Dank diesem Verfahren, daß er die erhaltenen Aufträge in Zeiträumen erfüllte, welche die erfahrensten Leute in Erstaunen setzten, wofür die Obrigkeit ihn noch mehr auszeichnete. Das Wort „Kurier" wurde der Beiname und der nahezu ständige Berufsname Arabyn's. Bescheiden und blöde in Irkutsk, war er ein ganz Anderer, sowie er nur aus der Stadt hinausfuhr. Aufrichtig überzeugt sein, daß die eigene Gewalt stärker ist als jedes Gesetz, und sich ganze Wochen lang auf unermeßlichen Gebieten als der alleinige Repräsentant der Gewalt fühlen, dem nicht der geringste Widerspruch begegnet — das kann auch einen stärkeren Kopf verdrehen, als den eines Fähnrichs.

Und dieser war thatsächlich verdreht. Bei seiner letzten Fahrt jagte er durch die dünn gesäeten Städte (Kiremsk, Wjercholensk, Alekma), auf dem Schlitten stehend und eine rothe Fahne über dem Kopfe schwingend. Es war etwas Phantastisches darin. Zwei Dreigespanne flogen dahin wie die Vögel, tödtliche Angst in den Augen; der Kutscher sah aus wie ein Todter, der auf dem Schlitten, die Zügel in der Hand, erstarrt war; der Fahrgast stand da mit funkelnden Augen und schwenkte seine Fahne. . . . Die Stadträthe schüttelten die Köpfe, die Einwohner liefen auseinander. Bei dieser Fahrt hatte Arabyn seinen Pfad mit so vielen umgekommenen Pferden, so viel Wehgeschrei und Klagen bezeichnet, welche sich endlich doch hervorwagten, daß die Postdirektion es für nothwendig hielt, sich einzumischen. Den Begebenheiten voraneilend, will ich hier nur sagen, daß sich um Arabyn's willen zwei Behörden befehdeten, daß die unmittelbar vorgesetzte Behörde des Kuriers genöthigt war, seine Dienste endlich doch abzulehnen, daß er aber, mit vortrefflichen Empfehlungen ausgerüstet, noch weiter nach Osten befördert wurde und zuletzt dort am Amur einen Stationsvorstand mit einem Schuß tödtete. Damals sprach man sogar in Rußland vom „Arabyn-Tojon", und damals erst erkannte man, wie wenig man im Stande ist, Jemand richtig zu beurtheilen, da der berüchtigte Kurier schon vollständig wahnsinnig war. Dies ist die spätere Geschichte des schrecklichen und unglücklichen „Arabyn-Tojon", den man in jener Nacht im fernen At-Davàn erwartete und von dem das traurige jakutische Lied in der Fuhrmanns-Jurte kläglich schnarrte und heulte. . . .

VI.

Im Stationszimmer saß Michael Iwanowitsch in bloßen Unterkleidern am Tische. Kruglikow hatte ihm gegenüber in einer merklich freieren Haltung als früher Platz genommen. Aus der naiven Belebung, welche in den gutmüthig-raubthiermäßigen Augen meines Reisegefährten glänzte, erkannte ich sofort, daß es ihm schon gelungen war, eines jener Gespräche anzuknüpfen, von welchen er ein großer Liebhaber war. Das waren ganz besonders Gespräche, welche sich auf Lebensläufe und Gelderwerb bezogen: wer war es, und auf welche Art hatte er Geld erworben? Alle Details von Erwerbsdramen hatten einen eigenen zauberischen Reiz für ihn. Kruglikow gab ihm diese Details gerne und mit der objektiven Ruhe eines Menschen, der dies Alles von außen, mit dem Auge des bloßen Beobachters betrachtet.

„Also, sagst Du, ist er abgebrannt?“ fragte Michael Iwanowitsch, sich über den Tisch vorneigend.

„Bis auf den Grund, Herr!“ antwortete Kruglikow und blies auf seine Theetasse. „Ganz und gar, Herr, so, daß er, mit Verlaub, im bloßen Hemde blieb, und das war nicht sein.“

„Ach, du mein Brüderchen, was ist da für ein Mensch zu Grunde gegangen!“

„Zu Grunde gegangen? Wieso denn? Warum sollte denn ein solcher Mensch zu Grunde gehen? In einer Gegend wie der hiesigen, mein' ich, und ein solcher Kopf. . . .“

„Wahrhaftig, ein richtiger Spitzbub. Also er hat sich erholt, sagst Du?“

„Ja, und wie erholt, noch dazu!“

„Was Du sagst! Was hat er denn angefangen?“

Kruglikow stellte die Tasse nieder und bog einen Finger ein:

„Das Erste war — er verheirathet sich zum zweiten Mal, heirathet eine Witwe mit einem Kapitälchen. Das Kapital, nehmen wir an, ist unbedeutend. . . .“

„Halt! Du sagst: er heirathet. Ist denn die Erste gestorben?“

„O, die ist frisch und gesund, Herr! Das hat nichts zu sagen.“

„Ei, ei, ei! Nun, und? Was ziehst Du so lange herum, Brüderchen, rede weiter.“

„Nun, Herr, da hat er so kleinweis auf den Minen mit Branntwein zu handeln angefangen.“

„Mit Branntwein! — Ach, was ist das für ein Geschäft? Nein Brüderchen, heute kommst Du mit Branntwein nicht weit. Heut kannst Du Dich beim Schnapsgeschäft ins Loch hineinarbeiten, aber reich wirst Du dabei nicht. Die Zeiten sind vorbei. . . .“

„Ach, nein, entschuldigt Herr, Ihr irrt Euch! Das Schnapsgeschäft ist ganz was Besonderes wenn eben ein Weizchen* dabei ist. . . .“

„Ja, das ist freilich was! Wenn ein geschickter Kerl . . .“

„O, der ist geschickt. Immer kleinweis, immer kleinweis ist er schon zu einem ordentlichen Kopekchen gekommen.“

Michael Iwanowitsch schlug sich mit der Hand aufs Knie.

„Da siehst Du's, Brüderchen! Ein Kopf ist halt ein Kopf. Trink noch“, nöthigte er freundlich, als Herr Kruglikow das leere Glas auf die Untertasse gelegt hatte, zum Zeichen, daß er genug habe, aber noch eins mittrinken würde, wenn man ihn bitte (das Glas umgestürzt aufstellen und ein abgebissenes Zucker-

---

* = Goldsand. Mit Weizchen handeln = heimlich Grubengold von den Minenarbeitern kaufen.

stückchen darauf legen, hieße eine endgiltige Ablehnung). — „Trink! und was die Anstellung anbelangt, sei unbesorgt. Ich werde es schon einrichten, wirst zufrieden sein. Ich liebe die gesprächigen Leute. Sag' mir aber nur die wirkliche Wahrheit, sündigst Du wohl hie und da durch ein Räuschlein?"

Herr Kruglikow sah ihm mit offenem Blicke grade in die Augen und antwortete:

„Ich trinke, Herr ... für einen Trunkenbold oder sozusagen einen Trinker halt' ich mich nicht, aber ich trinke, Herr.... Warum aber trinke ich? — Darum, weil ich in Sehnsucht lebe nach meinem früheren, glücklichen Leben. Da ist z. B. der Iwan Alexandrowitsch, — sicherlich beliebt Ihr ihn zu kennen, er besaß große Fundgruben — der pflegte zu sagen:

„Warum trinkst Du, Kruglikow? Bei Deinem Verstande könntest Du es noch zu Etwas bringen.... Hast eine wunderschöne Schrift, bist anständig equipirt, führst Dich gut ... Du könntest irgend eine Stelle einnehmen, wenn Du nur keinen Trunk anrührtest!"

„Das geht nun einmal nicht, Michael Alexandrowitsch, das Herz läßt es nicht zu", sagte ich darauf.

Herr Kruglikow wurde aufgeregt. Offenbar hatte er vergessen, wem gegenüber und aus welchem Anlasse er sich in solchen Gefühlsergießungen ergehe und, sich in die Brust schlagend, fügte er hinzu:

„Iwan Alexandrowitsch, Du mein Gönner, urtheile nicht! Mein Gott! Pech würde ich ja, verstehst Du, siedendes Pech würde ich trinken, wenn ich mir manchmal dadurch Erleichterung verschaffen könnte — Vergessen meines Kummers! Pech!... Herr du mein Schöpfer! warum hast du mein Geschick in diese gottverlassene Gegend geworfen?... Ein Pud Brot — vier ein halb, Fleisch — acht Rubel! Weder Ruhe noch Nahrung ..."

„Das ist wahr", bekräftigte Michael Iwanowitsch, „die Lebensmittel sind hier theuer, dagegen ist nichts zu sagen."

„Ach nein, das ist es nicht!" sagte plötzlich wehmüthig der kleine Schreiber und tiefe Wehmuth brach in einem tief gepreßten Laut in seiner Stimme hervor, flog über sein Gesicht und veränderte seine ganze ein wenig komische Figur. „Nicht das ist's, Herr!... Das Herz kocht in mir auf, die Gedanken gehen davon unter...."

„Du versinkst in Träume?" unterbrach ihn Michael Iwanowitsch mit einer Art furchtsamer Theilnahme.

„Es kommt vor", gestand Kruglikow finster.

„Ach! Brüderchen, sieh zu, daß Du das ... abthust. Das ist das Allerschlimmste. Das war bei mir auch so, Bruder, von Jugend auf; mit Gewalt hat's mir der selige Vater ausgetrieben. Nach der Verheirathung ist es auch noch vorgekommen, — nein, nein, es vergeht dann schon.... Du siehst nicht die Welt über diesen Gedanken, das ist das Allerärgste!"

„Sicherlich, es giebt nichts Aergeres, glaubt mir: manchmal wachst Du in der Nacht auf, erinnerst Dich. ‚Wo bist Du denn geboren worden, Wassil Spiridonitsch, wo hast Du Deine Jugend zugebracht?... Und jetzt, wo schleppst Du jetzt Dein Leben hin?'... Du horchst, denkst ob es nicht etwa ein Traum ist — nein, kein Traum, Herr.... Der Frost kracht hinter den Wänden, oder der Schneesturm braust.... Du gehst zum Fenster und im Fenster ... eine blinde Eisscheibe. — Du trittst zurück und gleich zum Schrank — — da schenk' ich ein, trinke ..."

„Wird's da leichter?"

„Es giebt einen Druck auf den Kopf, und es betäubt theilweise ... es benebelt; und dann habe ich Angesetzten; der ist stärker ... Aber eine wirkliche Erleichterung finde ich nicht."

„Das ist es ja, so ist's! Wahrlich, es ist besser das Ding aufgeben. Halte Dich an Deine Arbeit, das, Brüderchen, schlägt Dir auch nicht schlimmer auf den Kopf als ein Angesetzter.... Aber sag' mir doch einmal: wofür hat man Dich denn daher gepflanzt?"

Bei dieser Frage, die mit so grober Plötzlichkeit vorgelegt wurde, lief es noch einmal über die ganze Figur des Herrn Kruglikow und abermals verwandelte sich diese und verlor in meinen Augen den Schatten von Komik, der ihr früher angehaftet. Es schien als breche irgend ein Fünkchen aus einer lange erloschenen aber noch nicht erkalteten Feuerstätte hervor.

Er wurde finster, versank in sich, und seine Stimme, als er um die Erlaubniß bat, sich ein Gläschen zu füllen, bekam etwas Stumpfes.

„Ihr erlaubt?"

„Bediene Dich!"

Er schenkte sich ein, schaute gegen das Licht hin ins Gläschen, als suchte er dort Antwort auf die quälende Frage, trank es auf einen Zug aus und sagte:

„Um der Liebe willen, Herr!"

Michael Iwanowitsch sperrte erstaunt den Mund auf. Ich muß gestehen, daß Herrn Kruglikow's Offenbarung, mit so knapper Entschiedenheit ausgesprochen, so unerwartet kam, daß es auch mich trieb, ihn mit Verwunderung anzuschauen. Kruglikow, so schien es, begriff auch selbst, daß er mit seinen Worten eine bedeutende Sensation hervorgerufen habe.

„So sprich doch, Brüderchen, sprich deutlich", sagte endlisch Michael Iwanowitsch verdrießlich.

„Was denn, ich rede die Wahrheit", antwortete Kruglikow, „da ich, rein nur aus Liebe zu einem jungen Mädchen, zweimal auf meinen Vorgesetzten, den Staatsrath Lutkin, mit der Pistole geschossen habe."

Das war nun schon zu viel.

Michael Iwanowitsch wurde zu Stein und schaute seinen Tischgenossen mit sinnlosen, verwirrten Augen an. Er sah aus wie ein Reisender, der, nachdem er eine, zwei Stunden in der Gesellschaft des liebenswürdigsten, wenn auch zufällig angetroffenen Reisegefährten zugebracht hat und von dessen herrlichen Eigenschaften ganz bezaubert worden ist, plötzlich entdeckt, daß da vor ihm niemand anders sitze, als der berühmte Rinaldo Rinaldini.

„Aus der Pistole?" sagte er langsam, zerstreut. — „Wie hast Du das angestellt? Ja, sagst Du in Wahrheit: aus der Pistole?"

„Ganz richtig, Herr; eine Pistole.

„Geschossen?"

„Zweimal."

„Das ist ja, sag' ich Dir Brüderchen, eine solche Sache, so eine ... ja man muß sagen, eine ganz politische Sache."

„Was ist da zu machen! Urtheilt über mich, wie Ihr könnt. Die Liebe, Herr ..."

„Erzählt uns doch, Wassili Spiridonitsch, wie sich diese ganze Geschichte zugetragen hat", wendete ich mich an Kruglikow.

„Ja", unterstützte Kopylenkow meine Bitte, „warum nicht, Brüderchen, erzähle, erzähle, es macht ja nichts! Was ist da noch ... Merkwürdig!"

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 8. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Ein Typus.

↗ Berlin, 15. November 1893.

Unter dem Titel: Sozialliberal! hat der hiesige Privatdozent J. Jastrow vor ein paar Monaten eine ziemlich umfangreiche Schrift als „Weckruf zu den Landtagswahlen“ erscheinen lassen. Die Schrift hat in den liberalen Parteien, für die sie berechnet war, nur beiläufige Beachtung gefunden und auf die Wahlen nicht den geringsten Einfluß geübt. Eine weit lebhaftere Theilnahme ist ihr von der sozialdemokratischen Tagespresse entgegengebracht worden, eine weit lebhaftere, aber sachlich weit auseinander gehende. Während das „Hamburger Echo“ vor diesem „Volksbetruge“ in einem ausführlichen Leitartikel warnt, hat ein anderes, nicht minder namhaftes Parteiorgan Herrn Jastrow mit nahezu überschwänglicher Anerkennung überschüttet.

Nun ist es weder ein Unglück noch ein Wunder, daß zwei sozialdemokratische Parteiblätter in ihrem Urtheile über eine literarische Erscheinung einmal auseinander gehen. Und nicht etwa um in diesem Widerstreite der Meinungen den Schiedsrichter zu spielen, knüpfen wir an ihn an. Vielmehr reizte der Widerspruch selbst uns, die Schrift des Herrn Jastrow zu lesen, und da glauben wir gefunden zu haben, daß es sich doch um eine ernstere und tiefere Frage handelt, als darum, ob dies oder jenes Parteiblatt sich einmal vergriffen hat. Die Schrift des Herrn Jastrow scheint uns ein Typus zu sein für eine ganze Reihe von Erscheinungen, zu denen das deutsche Proletariat über kurz oder lang eine entschiedene Stellung wird einnehmen müssen. Wer die Verhandlungen des Kölner Parteitags aufmerksam verfolgt hat, wird die Frage, die wir meinen, schon mannigfach gestreift finden. Aber freilich nur gestreift, und mehr war zunächst auch nicht möglich. Eine gründlichere Erörterung des Themas muß in der Presse vorangehen, ehe sich etwa ein künftiger Parteitag darüber aussprechen kann.

Verweilen wir zunächst bei der Schrift des Herrn Jastrow! Ihre Tendenz ist rein bürgerlich; sie will der Sozialdemokratie das Wasser abgraben, indem sie dem Liberalismus allerlei sozialreformerische Triebe einpfropft. Ueber die gänzliche Aussichtslosigkeit dieses Beginnens ist weiter kein Wort zu verlieren; die Furcht vor dem Politiker Jastrow kann in keiner Weise unser Urtheil über den Schriftsteller Jastrow beeinflussen. Was nun diesen Schriftsteller anbetrifft, so entwirft er zur Begründung seines Standpunkts ein Programm sozialer Reformen,

das zwar nichts enthält, was in der sozialdemokratischen Presse nicht zehnmal so gründlich und tausendmal so oft gesagt worden wäre, aber das sich sonst ganz leidlich anhört. Wir persönlich betrachten dieses Programm sogar mit wehmüthiger Freude wie ein altes zerschrotenes Schwert, mit dem man vor Zeiten manchen guten Strauß ausgefochten hat. Wir vertraten es so ähnlich unter dem Sozialistengesetze in der „Volks-Zeitung", als man damit, derweil die Arbeiterpresse verboten war, zugleich die Bourgeoisie und die Reaktion im Schach zu halten vermochte, und als man es nur unter den heftigen Denunziationen der „Freisinnigen Zeitung" wie der „Kreuz-Zeitung", unter dem Pfeilregen bismärckischer Strafanträge und unter dem Fallbeile des Sozialistengesetzes vertreten konnte. Aber wir entsinnen uns nicht, damals die Unterstützung des Herrn Jastrow genossen zu haben. Die relative Berechtigung dieser Politik erlosch mit dem Sozialistengesetze, mit dem Wiedererwachen der Arbeiterpresse. Erst an diesem Zeitpunkte veröffentlichte Herr Jastrow eine Broschüre zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, darnach eine zweite Broschüre mit vortrefflichen Nachweisen, wie sich die Bourgeoisie möglichst der schärferen Steuerschraube des neuen preußischen Einkommensteuergesetzes entziehen könne, dann eine dritte Broschüre mit dem herzerquickenden Beweise, daß die deutsche Nation sehr wohl die Steuerlasten des neuen Militärgesetzes tragen könne, und nunmehr diese vierte Broschüre, worin er eine Sozialpolitik vertritt, die unter dem Ausnahmegesetze ganz wohl am Platze war, aber heute gleich deplazirt ist sowohl gegenüber dem Liberalismus, als auch gegenüber dem Sozialismus.

Indessen soll gar nicht verkannt werden, daß Herr Jastrow in seiner neuesten Schrift die ungeheuren Versündigungen des preußischen Staats an den Aufgaben menschlicher Kultur ganz hübsch aufzuzählen weiß. Aber er zieht daraus nur den echt „sozialliberalen" Schluß, daß er auf Seite 121 am Ende seiner Ausführungen dem preußischen Staate mit dem Pathos eines Marquis Posa zuruft: „Du bist Fleisch von unserem Fleisch!" Sehr richtig, Herr Jastrow! Der alte faule Zauber vom Seligwerdenlassen nach eigener Façon wird wieder aufgewärmt, um Preußen als den Staat der religiösen Toleranz zu feiern; das preußische Landrecht, dieser juristisch verwaschene Mischmasch von absolutistischem und feudalem Unrecht, zählt nach Herrn Jastrow „bis heute zu den aufgeklärtesten Gesetzbüchern der Welt"; ja, selbst die materielle Bevorzugung des Großgrundbesitzes beklagt unser Verfasser nicht etwa als ein an den Massen des Volks und namentlich den arbeitenden Klassen begangenes Unrecht, sondern — weil dadurch „die wirthschaftliche Selbständigkeit des schloßgesessenen Adels untergraben" werde, auf der die „kernige Natur der adeligen Gestalten" beruht habe. Der adeligen Gestalten, die „einst auf sich selbst gestellt gewesen" seien und deshalb so viel in der preußischen Geschichte geleistet hätten. Wie ein Historiker — und Herr Jastrow ist sogar Herausgeber der Jahresberichte für Geschichtswissenschaft — dergleichen Sätze aus der Feder bringen kann bei einer auch nur oberflächlichen Kenntniß der preußischen Geschichte, ist für uns ein vollkommenes Räthsel. Aber wir haben weder Lust noch Zeit, darüber nachzugrübeln, und so stellen wir einfach fest, daß die Schrift: Sozialliberal! unter dem Mäntelchen allerlei sozialreformischer Vorschläge den alten Wust der preußischen Geschichtslegende herbeischleppt, der in erster Reihe das Gehirn des deutschen Bürgerthums verkleistert hat und deshalb in erster Reihe vom Sozialismus vernichtet werden sollte.

Nach dieser kurzen Skizzirung dessen, was Herr Jastrow in seiner neuesten Schrift offenbart, brauchen wir kaum noch besonders hervorzuheben, daß wir dem

Urtheile des „Hamburger Echo“ über sie vollständig beistimmen. Höchstens mit der Einschränkung, die auch wohl mit der Ansicht des Hamburger Blattes übereinstimmt, daß wir den „Volksbetrug“ nicht subjektiv, sondern objektiv verstanden wissen möchten. Wir kennen Herrn Jastrow nicht und möchten der Person um so weniger zu nahe treten, als wir uns hier allein mit dem Typus beschäftigen. Aber so viel scheint uns klar zu sein, daß man solche Schriften, wie die seinige, im günstigsten Falle wegen ihrer praktischen Bedeutungslosigkeit vom sozialistischen Standpunkt aus als Kuriosa passiren lassen mag, aber wenn man sich mit ihnen eingehend beschäftigen will, sie kritisch zerfetzen muß. Um so mehr, als der Typus Jastrow sich immer weiter ausbreitet, nicht nur im Politischen und Sozialen, sondern auch im Aesthetischen, im Ethischen, im Religiösen, im Wissenschaftlichen. Auf all diesen Gebieten wird bürgerliches Gepäck unter sozialistischer Marke geschmuggelt. Ein ganzes Lager von Zelten erhebt sich auf der Grenzscheide der bürgerlichen und der proletarischen Welt, aber in diesen Zelten hausen nicht Soldaten, die kämpfen, sondern Marketender, die nach hüben und drüben einen schwunghaften Handel treiben wollen.

In gewissem Sinne mag man diese Erscheinung als einen fortschreitenden Sieg der sozialistischen Weltanschauung auffassen. Genauer ist es jedenfalls, in ihr die fortschreitende Zersetzung der bürgerlichen Welt zu sehen. Mit dem bürgerlichen Latein geht es mehr und mehr zu Ende; wer in der bürgerlichen Welt noch einige Spannen weit über seine Nase zu schauen vermag, weiß auch, daß es mit dem Fortwursteln nicht mehr lange geht. Wenn er konsequent zu denken und zu handeln versteht, so geht er ohne Vorbehalt ins proletarische Lager. Aber konsequentes Denken und Handeln ist im bürgerlichen Lager eine sehr seltene Sache geworden, und die meisten von denen, die den Glauben an den Kapitalismus verloren haben, versuchen einen Kompromiß zwischen Kopf und Magen, zwischen der sozialistischen Ueberzeugung und den kapitalistischen Fleischtöpfen. Nicht als ob wir sagen sollten, daß in jedem dieser Halben grob materielle Beweggründe wirkten! Solche Beweggründe wirken erkennbar vielleicht in keinem von ihnen mit. Der bürgerliche Geist ist unerschöpflich in Finten und Kniffen, um sich die altgeliebte Inkonsequenz in eine niegetrübte Konsequenz umzulügen, und wenn uns die armen Seelen aus diesem Zwischenreiche vorwurfsvoll fragen sollten, wie wir an ihrem guten Glauben zweifeln könnten, so würden wir ihnen antworten: Wir glauben gern, daß Ihr an Euren guten Glauben glaubt. Aber thatsächlich steht deshalb nicht weniger fest, daß nur ihre sozialistische Hälfte das Erzeugniß logischen Denkens und konsequenten Handelns, ihre kapitalistische Hälfte dagegen aus gröberem Stoffe gebacken ist. Und was die einfachste Logik lehrt, das bestätigt die Erfahrung. Fährt einmal ein Windstoß wie das Sozialistengesetz unter jene Marketenderzelte, so kann man Hundert gegen Eins wetten, daß unter hundert vielleicht einer ins proletarische Lager kommt, mindestens neunundneunzig aber spornstreichs ins bürgerliche Lager zurückrennen.

Vergegenwärtigt man sich diese sehr einfache Sachlage, so ist es klar, daß vom sozialistischen Standpunkte die schonungsloseste Kritik dieses Zwischenreichs geboten ist, unsertwegen verbrämt mit ein paar unverbindlichen Komplimenten für die Personen. Die Arbeiterklasse hat nicht das geringste Interesse daran, das zu unterstützen, was einfach darauf hinausläuft, den Lebensfaden der bürgerlichen Gesellschaft noch ein Ende weiter zu spinnen. Der halbe Sieg muß sie vielmehr um so stärker anspornen, den ganzen Sieg zu erringen. Und ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe ist es nicht würdig, von halben Zugeständnissen, die

noch dazu aus zweifelhaften Beweggründen gemacht werden, viel Aufhebens zu machen. Männer, wie Lassalle und Marx und Engels sollten uns zu hoch stehen, als daß wir gleich vor Entzücken taumeln, wenn irgend ein deutscher Professor ihnen eine verstohlene Verbeugung macht. Auch die allzu enge Befassung mit periodischen oder nichtperiodischen Schriften, die unter der hochtönenden, aber unfindbaren Flagge der „reinen Wissenschaft" sich dem ausdrücklichen Bekenntniß sei es zur kapitalistischen, sei es zur sozialistischen Welt entziehen, scheint uns für die Arbeitersache von sehr zweifelhaftem Werthe zu sein. Und niemals haben wir in das gewaltige Halloh über „Denunziation" einstimmen können, wenn in den bürgerlichen Professoren-Zänkereien der eine dem anderen den Vorwurf „marxistischer Ideen" macht. Entweder ist der Vorwurf unberechtigt, und dann ist unsere Sympathie für den Denunzirten gerade dem Denunzianten sehr förderlich. Oder aber der Vorwurf ist berechtigt, und dann mag sich der Beschuldigte doch nur ja zu dem bekennen, was ihm zu so sehr hoher Ehre gereicht. Wir können doch unmöglich, sei es auch nur mittelbar, den famosen Grundsatz unterstützen: Erst die Professur und dann das Prinzip!

Man wird unsere Auffassung hoffentlich nicht dahin mißverstehen, als ob wir eine besonders heftige und übertriebene Vertretung der sozialistischen Sache befürworten wollten. Das hieße aus einer Frage des Prinzips eine Frage des Temperaments machen. Beispielsweise ist das „Hamburger Echo", das die Schrift des Herrn Jastrow so richtig kritisirt hat, im Allgemeinen ruhiger geschrieben, als andere Parteiblätter, die mit lebhafterem Temperament gegen die bürgerliche Welt vorgehen, aber sofort bereit sind, jedem beiläufigen Privatdozenten, der einmal einen mehr oder minder tiefsinnigen Zweifel an den Schönheiten der bürgerlichen Welt äußert, eine Huldigungsadresse zu überreichen. Das menschlich Edle dieser Handlungsweise erkennen wir an, aber wir bezweifeln ihre politische Klugheit. Wir wollen auch gar nicht bestreiten, daß die bürgerliche Wissenschaft, wo sie sich ehrlich als solche giebt, noch Vieles leistet, was wir achten und wovon wir lernen können. Das sollen wir dann auch anerkennen; ein loyaler Kampf, der dem Gegner sein Recht giebt, ist immer wie die ehrlichste, so auch die klügste und namentlich die wirksamste Taktik. Endlich haben wir nichts gegen höfliche und sachliche Diskussion mit halben Freunden und ganzen Gegnern, vorausgesetzt, daß wir die Diskussion stets als ganze Gegner, aber nie als halbe Freunde führen. Wir meinen thatsächlich etwa das, was die Franzosen zusammenfassen in den Satz: On ne peut pas composer avec des principes. Wir wünschen die Gräben des proletarischen Lagers sehr klar und reinlich abgesteckt gegenüber den Marketendern oder gar den Marodeuren der Grenze, die nichts sehnlicher begehren als die Verbürgerlichung, das will sagen die Entkräftung des Sozialismus, und deren unzuverlässige Freundschaft auch nur durch die leiseste Abweichung vom Prinzip noch tausendmal zu theuer erkauft sein würde.

Praktisch ist die Gefahr ja nicht groß oder sie ist eigentlich gar nicht vorhanden. Denn wenn sich das Zwischenreich gar zu mausig machen wollte, so würden die deutschen Arbeiter sehr schnell die nöthige Ordnung stiften. Aber da uns der Typus Jastrow gerade über den Weg lief, weshalb sollten wir ihn nicht ein wenig beleuchten? Interessant genug ist er in seiner Art, und reichlich genug ist die Gattung ja auch vertreten. Er war berufen, aber viele wären auserwählt. Und somit nichts für ungut, Herr Jastrow!

Der Riesen-Ausstand im englischen Kohlengewerbe.

Sein Wesen, sein Streitobjekt und seine Begleiterscheinungen.

Von **Ed. Bernstein.**

II. Lieferungskontrakt und „Living wage".

Ein großer Theil der Debatte, die sich aus Anlaß des Konflikts in der Tagespresse entsponnen hat, dreht sich um die Frage der Lieferungskontrakte. Die Unternehmer und ihre Anwälte suchten mit großer Emphase zu beweisen, daß dieselben eine absolute Nothwendigkeit seien, und es liegt ja auf der Hand, daß nichts für den Leiter eines großen Unternehmens angenehmer ist, als wenn er sich auf längere Zeit durch Vertrag den Absatz des Produkts desselben gesichert hat. Wie aber wirkt das Vertragssystem auf Löhne und Preise? Hier ist ebenso klar, daß bei sinkender Marktkonjunktur die Konkurrenz um Lieferungsverträge, deren Abnehmer ja nur eine Handvoll Monopolisten sind, eine viel intensivere sein wird, als selbst die Konkurrenz auf dem offenen Markt, und daß die Kontraktspreise immer noch unter den Tagespreisen sein, ihnen auf der Bahn abwärts vorangehen werden. Das ist ihre natürliche Tendenz, und sie wird noch in verderblicher Weise verstärkt durch die sogenannte Strikeklausel in den Kontrakten. Auch diese ist auf den ersten Blick nur eine harmlose Sicherstellung des Unternehmerthums gegen Ereignisse, über die er keine Kontrolle hat. Sie besteht in der Stipulation, daß eine ausbrechende Arbeitseinstellung die Lieferungspflicht unterbricht. Nichts möchte legitimer erscheinen als ein solches Abkommen, wie es aber, allgemeine Regel geworden und im Zusammenhange mit den gegebenen Methoden der Lohnregulirung, auf das Geschäft zurückwirkt, darüber mag uns ein englischer Unternehmer Auskunft geben. In einem Gespräch, das ein auf den Schauplatz des Lockout entsandter Emissär des Londoner „Daily Chronicle" vom 6. Oktober dieses Jahres mit Herrn Thomas Bayley, liberalen Abgeordneten für Chesterfield (Derbyshire), hatte, ließ sich der Letztere, der mehrere große Gruben in Derbyshire und Nottinghamshire eignet, auf denen bereits wieder zu den bisherigen Löhnen gefördert wurde, folgendermaßen über diese Frage aus (die Auszeichnungen rühren von uns her):

„Die Sache ist die, daß die Grubenbesitzer, die diese großen Kontrakte eingegangen sind, die Arbeit der Arbeiter verkauft haben, bevor sie sie noch gekauft, und das war entschieden falsch. Viele dieser Kontrakte sind zu lächerlich niedrigen Preisen normirt. Man hat mir mitgetheilt, daß die Leitung der städtischen Gaswerke von Birmingham ihre Kohlen zu so niedrigen Preisen eingekauft hat, wie sie seit zwanzig Jahren nicht vorgekommen."

„Und jetzt möchten die Gruben diese Kontrakte rückgängig machen?" fragte der Berichterstatter.

„Je nun, die Ankündigung von 25 Prozent Lohnreduktion an die Arbeiter war jedenfalls sehr verdächtig. So etwas war noch nie vorher passirt. Wenn die Arbeiter mit Lohnerhöhungs-Forderungen an uns herantraten, so haben sie nie mehr als 10 Prozent für den jeweiligen Zeitpunkt verlangt, und wenn die Unternehmer im Sommer während des flauen Geschäftsgangs, der meiner Ansicht nach nur temporär war, ähnlich vorgegangen wären, wäre es richtiger gewesen. Wie die Dinge liegen, brauchten die großen Unternehmer und die Aktiengesellschaften, namentlich die in Yorkshire, die die Rädelsführer der Bewegung sind, nur die Arbeiter vor die Eventualität dieser riesigen Reduktion zu stellen, um sich für den Moment ihrer Kontraktverpflichtungen zu entledigen und ihre Vorräthe zu einem schönen Preise loszuwerden."

„Wollen Sie damit sagen, daß Diejenigen, mit denen jene Leute Lieferungskontrakte eingegangen, nicht einmal die auf den Grubenhöfen lagernden Kohlen erhielten?"

„Allerdings. Gemäß der Strikeklausel hört die Verpflichtung der Grube mit dem gleichen Tage auf, an dem ein Strike oder Ausschluß anfängt."

„Diese Strikeklausel ist eine recht merkwürdige Erscheinung im industriellen Leben, nicht wahr?"

„Freilich", antwortete Herr Bayley nachdenklich, „sie wirkt als Antrieb auf die Kohlenunternehmer, ihre Kohlen zu Schleuderpreisen zu verkaufen ..."

Im weiteren Verlauf des Interview erklärte Herr Bayley, daß es üblich sei, nicht mehr als höchstens 75 Prozent der Förderung kontraktweise zu verkaufen, um sich, falls die Preise wieder steigen, durch den besseren Verkauf des anderen Theils der Förderung entschädigen zu können. Hoch genug dazu seien — am 6. Oktober! — die Preise längst, die Grubenbesitzer könnten den nächsten Tag wieder anfahren lassen und würden immer noch auf Monate hinaus ein gutes Geschäft machen. Freilich auf Kosten des Publikums, aber jeder Grund, die Einstellung der Betriebe fortdauern zu lassen, sei jetzt fortgefallen.

Diese Angaben sind auch von anderen Kohlenunternehmern bestätigt worden. Unterm 24. Oktober schreibt ein Herr James Chadburn, Mitinhaber eines großen Grubenkomplexes in Lancashire, indem er die ursprünglich von der Bergarbeiterföderation eingeschlagene Taktik, den Ausstand auch auf die Gruben auszudehnen, die keine Reduktion angekündigt, als argen Mißgriff bezeichnet:

„.... Sie (diese Taktik) hat ferner die Kohlenpreise so hoch geschnellt, daß der Lockout (den Anstiftern desselben) hundertmal mehr Profit gebracht hat, als die Weiterförderung gebracht hätte. Sie hat den Lockout sich zahlen gemacht. Als der Kampf ausbrach, hatte die Kohlen- und Eisenkompagnie von Wigan 200000 Tonnen Kohlen lagern, die ihr zu den Nothstandspreisen mindestens 50000 bis 60000 Pfund Sterling Profit gebracht haben müssen; die Abram Kohlenkompagnie hatte 100000 Tonnen, Douglas Bank 100000 Tonnen, und eine andere Firma so viel, daß sie 20000 Pfund Sterling Profit gemacht hat. Thatsächlich haben, soweit die leitenden Mitglieder des Kohlenunternehmer-Verbandes von Lancashire in Betracht kommen, dieselben in den letzten elf Wochen reiche Ernte eingeheimst, und sind jetzt besser im Stande, den Kampf zu führen, als beim Ausbruch desselben. Indem sie ihre Leute herausriefen, haben die Führer der Arbeiter die Kriegskasse der Unternehmer gefüllt."

Herr Chadburn, auf dessen Gruben ebenfalls wieder zu den alten Löhnen gearbeitet wird, erklärte im Uebrigen, auf Seiten der Arbeiter zu stehen. Es sei richtig, daß in der letzten Zeit vor dem Lockout die Preise ruinös gewesen seien, und ohne Lieferungskontrakte könnten größere Gruben nicht betrieben werden. „Aber warum immer zuerst auf die Löhne der Arbeiter loshacken?" Die Prozente der Landlords, die sogenannten „Royalties", brauchten kein Rührmichnichtan zu sein, und so gut die Unternehmer sich verbinden könnten, die Löhne zu drücken, sollten sie sich auch verbinden können, die Preise auf einem gewissen Niveau zu halten.

„Ein Kohlenarbeiter sagte zu mir in seiner rauhen Sprache: ‚Wenn wir zu schmachten haben, soll'n auch alle Betheiligten schmachten', und ich fühlte, daß er Recht hatte. Der Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Arbeiter haben mit voller Ueberlegung sich die Parole gegeben: ‚Sieg oder Tod', und sie werden nicht von ihr lassen. Ich kenne die Leute von Lancashire. .... Sie meinen, die Löhne sollen vor den Preisen kommen, und sie sind im Recht. Die Menschen müssen leben, es ist aber nicht so nothwendig, daß Menschen reich werden."

Benjamin Pickard, der Präsident der Bergarbeiterföderation, hielt in einer Polemik mit Herrn Holiday, dem Leiter der durch den Krawall berühmt gewordenen Grube Ackton Hall bei Featherstone, diesem Herrn vor, daß auf einem „nicht viele Meilen von Featherstone entfernten Kohlenwerk" die Unternehmer ihre Kohlenvorräthe um 6 Schilling 8 Pence pro Tonne höher verkauft haben, als der Preis vor dem Lockout war und dadurch mindestens 14 000 Pfund Sterling profitirten, und daß der Präsident des Unternehmerverbandes in gleicher Weise die von ihm geleitete Gesellschaft um 60 000 Pfund über den alten Preis bereichert habe. Herr Holiday hat zu dieser Herausforderung fein still geschwiegen.

Man wird danach den in der Konferenz vom 3. November erhobenen Einwand des Herrn Ratcliffe Ellis vom Unternehmerbund, daß ihre früher eingegangenen Kontrakte die Herren immer noch verhinderten, angesichts der so hoch gestiegenen Kohlenpreise zu den alten Löhnen anfahren zu lassen, auf seinen wirklichen Werth zurückführen können. Die Herren, die diese Kontrakte eingegangen, haben mit den Arbeitern das famose Spiel gespielt: „Kopf gewinnen wir, Schrift verliert ihr". Sie haben die Zukunft der Arbeiter verkauft in der sicheren Voraussetzung, daß entweder diese sich gezwungen sehen werden, die Lohnherabsetzung zu akzeptiren, oder aber im äußersten Falle der Ausstand die Preise so hoch treibt, daß durch den Mehrerlös aus den Vorräthen — und Vorräthe haben sie alle gehabt, die letzten Wochen vor dem Ausstand wurde überall gefördert, was nur herauszuholen war — sowie aus den nicht in blanco verkauften Kohlen die Verluste aus den zu billigen Lieferungsverträgen doppelt gedeckt würden. Das Letztere ist thatsächlich eingetreten, die Preise sind so hoch, daß selbst Lord Masham, der Besitzer der Ackton Hall Grube, gemeint hat, für den Winter hindurch könnten die alten Löhne fortgezahlt und die Frage, was nach dem 1. April 1894 geschehen solle, nach Wiederaufnahme der Arbeit durch ein Schiedsgericht entschieden werden. Wenn trotzdem die tonangebenden Elemente in den Reihen der koalirten Unternehmer sich noch sträuben, die Arbeiter ohne Sicherstellung einer Lohnreduktion wieder einfahren zu lassen, so vor Allem aus dem Grunde, weil das mindestens einen gewaltigen moralischen Sieg der Bergarbeiterföderation bedeuten und dem Kampf derselben um Festhaltung des jetzigen Lohnes als Minimallohn neue Kraft verleihen würde.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn die Bergarbeiterföderation siegt, sie das ihr während des Lockout verloren gegangene Terrain in Durham, Northumberland und Südwales sehr bald zurück- und neues zuerobern wird. Pickard's bitterer Ausspruch über die Bergarbeiterunion in Durham und Northumberland, daß ihr Zweck nur noch der sei, ihren Mitgliedern zur Annahme einer Lohnreduktion zu rathen, sobald die Unternehmer eine solche verlangen, und ihren Mitgliedern, wenn diese eine Lohnerhöhung verlangen, klar zu machen, daß die Lage des Markts eine solche nicht erlaube — diese drastische Verurtheilung der Politik der von Burt, Fenwick und Wilson geleiteten Union ist, wenigstens was die neueste Zeit anbetrifft, nur zu verdient. Aus den Distrikten der Bergarbeiterföderation sind im vorigen Jahr gegen 60 000 Pfund Sterling — über eine Million Mark! — Strikeunterstützung nach Durham gewandert, und wie die Durham-Leute unter der Wirkung einer geschickt manipulirten Fragestellung seitens ihrer Leiter ihren Dank dafür abgetragen, wurde im ersten Artikel gezeigt. Aber man hat auch gesehen, daß trotz jener Fragestellung die Mehrheit der Durham-Leute dafür stimmten, durch Forderung einer Lohnerhöhung die Aktion der Föderation zu unterstützen, und die Sache nur ins Wasser fiel, weil die Mehrheit nicht groß genug war. Siegt die Föderation jetzt, so erhält die politische Oeko-

das zwar nichts enthält, was in der sozialdemokratischen Presse nicht zehnmal so gründlich und tausendmal so oft gesagt worden wäre, aber das sich sonst ganz leidlich anhört. Wir persönlich betrachten dieses Programm sogar mit wehmüthiger Freude wie ein altes zerschrotenes Schwert, mit dem man vor Zeiten manchen guten Strauß ausgefochten hat. Wir vertraten es so ähnlich unter dem Sozialistengesetze in der „Volks-Zeitung", als man damit, derweil die Arbeiterpresse verboten war, zugleich die Bourgeoisie und die Reaktion im Schach zu halten vermochte, und als man es nur unter den heftigen Denunziationen der „Freisinnigen Zeitung" wie der „Kreuz-Zeitung", unter dem Pfeilregen bismärckischer Strafanträge und unter dem Fallbeile des Sozialistengesetzes vertreten konnte. Aber wir entsinnen uns nicht, damals die Unterstützung des Herrn Jastrow genossen zu haben. Die relative Berechtigung dieser Politik erlosch mit dem Sozialistengesetze, mit dem Wiedererwachen der Arbeiterpresse. Erst an diesem Zeitpunkte veröffentlichte Herr Jastrow eine Broschüre zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, darnach eine zweite Broschüre mit vortrefflichen Nachweisen, wie sich die Bourgeoisie möglichst der schärferen Steuerschraube des neuen preußischen Einkommensteuergesetzes entziehen könne, dann eine dritte Broschüre mit dem herzerquickenden Beweise, daß die deutsche Nation sehr wohl die Steuerlasten des neuen Militärgesetzes tragen könne, und nunmehr diese vierte Broschüre, worin er eine Sozialpolitik vertritt, die unter dem Ausnahmegesetze ganz wohl am Platze war, aber heute gleich deplazirt ist sowohl gegenüber dem Liberalismus, als auch gegenüber dem Sozialismus.

Indessen soll gar nicht verkannt werden, daß Herr Jastrow in seiner neuesten Schrift die ungeheuren Versündigungen des preußischen Staats an den Aufgaben menschlicher Kultur ganz hübsch aufzuzählen weiß. Aber er zieht daraus nur den echt „sozialliberalen" Schluß, daß er auf Seite 121 am Ende seiner Ausführungen dem preußischen Staate mit dem Pathos eines Marquis Posa zuruft: „Du bist Fleisch von unserem Fleisch!" Sehr richtig, Herr Jastrow! Der alte faule Zauber vom Seligwerdenlassen nach eigener Façon wird wieder aufgewärmt, um Preußen als den Staat der religiösen Toleranz zu feiern; das preußische Landrecht, dieser juristisch verwaschene Mischmasch von absolutistischem und feudalem Unrecht, zählt nach Herrn Jastrow „bis heute zu den aufgeklärtesten Gesetzbüchern der Welt"; ja, selbst die materielle Bevorzugung des Großgrundbesitzes beklagt unser Verfasser nicht etwa als ein an den Massen des Volks und namentlich den arbeitenden Klassen begangenes Unrecht, sondern — weil dadurch „die wirthschaftliche Selbständigkeit des schloßgesessenen Adels untergraben" werde, auf der die „kernige Natur der adeligen Gestalten" beruht habe. Der adeligen Gestalten, die „einst auf sich selbst gestellt gewesen" seien und deshalb so viel in der preußischen Geschichte geleistet hätten. Wie ein Historiker — und Herr Jastrow ist sogar Herausgeber der Jahresberichte für Geschichtswissenschaft — dergleichen Sätze aus der Feder bringen kann bei einer auch nur oberflächlichen Kenntniß der preußischen Geschichte, ist für uns ein vollkommenes Räthsel. Aber wir haben weder Lust noch Zeit, darüber nachzugrübeln, und so stellen wir einfach fest, daß die Schrift: Sozialliberal! unter dem Mäntelchen allerlei sozialreformischer Vorschläge den alten Wust der preußischen Geschichtslegende herbeischleppt, der in erster Reihe das Gehirn des deutschen Bürgerthums verkleistert hat und deshalb in erster Reihe vom Sozialismus vernichtet werden sollte.

Nach dieser kurzen Skizzirung dessen, was Herr Jastrow in seiner neuesten Schrift offenbart, brauchen wir kaum noch besonders hervorzuheben, daß wir dem

Urtheile des „Hamburger Echo“ über sie vollständig beistimmen. Höchstens mit der Einschränkung, die auch wohl mit der Ansicht des Hamburger Blattes übereinstimmt, daß wir den „Volksbetrug“ nicht subjektiv, sondern objektiv verstanden wissen möchten. Wir kennen Herrn Jastrow nicht und möchten der Person um so weniger zu nahe treten, als wir uns hier allein mit dem Typus beschäftigen. Aber so viel scheint uns klar zu sein, daß man solche Schriften, wie die seinige, im günstigsten Falle wegen ihrer praktischen Bedeutungslosigkeit vom sozialistischen Standpunkt aus als Kuriosa passiren lassen mag, aber wenn man sich mit ihnen eingehend beschäftigen will, sie kritisch zerfetzen muß. Um so mehr, als der Typus Jastrow sich immer weiter ausbreitet, nicht nur im Politischen und Sozialen, sondern auch im Aesthetischen, im Ethischen, im Religiösen, im Wissenschaftlichen. Auf all diesen Gebieten wird bürgerliches Gepäck unter sozialistischer Marke geschmuggelt. Ein ganzes Lager von Zelten erhebt sich auf der Grenzscheide der bürgerlichen und der proletarischen Welt, aber in diesen Zelten hausen nicht Soldaten, die kämpfen, sondern Marketender, die nach hüben und drüben einen schwunghaften Handel treiben wollen.

In gewissem Sinne mag man diese Erscheinung als einen fortschreitenden Sieg der sozialistischen Weltanschauung auffassen. Genauer ist es jedenfalls, in ihr die fortschreitende Zersetzung der bürgerlichen Welt zu sehen. Mit dem bürgerlichen Latein geht es mehr und mehr zu Ende; wer in der bürgerlichen Welt noch einige Spannen weit über seine Nase zu schauen vermag, weiß auch, daß es mit dem Fortwursteln nicht mehr lange geht. Wenn er konsequent zu denken und zu handeln versteht, so geht er ohne Vorbehalt ins proletarische Lager. Aber konsequentes Denken und Handeln ist im bürgerlichen Lager eine sehr seltene Sache geworden, und die meisten von denen, die den Glauben an den Kapitalismus verloren haben, versuchen einen Kompromiß zwischen Kopf und Magen, zwischen der sozialistischen Ueberzeugung und den kapitalistischen Fleischtöpfen. Nicht als ob wir sagen sollten, daß in jedem dieser Halben grob materielle Beweggründe wirkten! Solche Beweggründe wirken erkennbar vielleicht in keinem von ihnen mit. Der bürgerliche Geist ist unerschöpflich in Finten und Kniffen, um sich die altgeliebte Inkonsequenz in eine niegetrübte Konsequenz umzulügen, und wenn uns die armen Seelen aus diesem Zwischenreiche vorwurfsvoll fragen sollten, wie wir an ihrem guten Glauben zweifeln könnten, so würden wir ihnen antworten: Wir glauben gern, daß Ihr an Euren guten Glauben glaubt. Aber thatsächlich steht deshalb nicht weniger fest, daß nur ihre sozialistische Hälfte das Erzeugniß logischen Denkens und konsequenten Handelns, ihre kapitalistische Hälfte dagegen aus gröberem Stoffe gebacken ist. Und was die einfachste Logik lehrt, das bestätigt die Erfahrung. Fährt einmal ein Windstoß wie das Sozialistengesetz unter jene Marketenderzelte, so kann man Hundert gegen Eins wetten, daß unter hundert vielleicht einer ins proletarische Lager kommt, mindestens neunundneunzig aber spornstreichs ins bürgerliche Lager zurückrennen.

Vergegenwärtigt man sich diese sehr einfache Sachlage, so ist es klar, daß vom sozialistischen Standpunkte die schonungsloseste Kritik dieses Zwischenreichs geboten ist, unsertwegen verbrämt mit ein paar unverbindlichen Komplimenten für die Personen. Die Arbeiterklasse hat nicht das geringste Interesse daran, das zu unterstützen, was einfach darauf hinausläuft, den Lebensfaden der bürgerlichen Gesellschaft noch ein Ende weiter zu spinnen. Der halbe Sieg muß sie vielmehr um so stärker anspornen, den ganzen Sieg zu erringen. Und ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe ist es nicht würdig, von halben Zugeständnissen, die

noch dazu aus zweifelhaften Beweggründen gemacht werden, viel Aufhebens zu machen. Männer, wie Lassalle und Marx und Engels sollten uns zu hoch stehen, als daß wir gleich vor Entzücken taumeln, wenn irgend ein deutscher Professor ihnen eine verstohlene Verbeugung macht. Auch die allzu enge Befassung mit periodischen oder nichtperiodischen Schriften, die unter der hochtönenden, aber unfindbaren Flagge der „reinen Wissenschaft" sich dem ausdrücklichen Bekenntniß sei es zur kapitalistischen, sei es zur sozialistischen Welt entziehen, scheint uns für die Arbeitersache von sehr zweifelhaftem Werthe zu sein. Und niemals haben wir in das gewaltige Halloh über „Denunziation" einstimmen können, wenn in den bürgerlichen Professoren-Zänkereien der eine dem anderen den Vorwurf „marxistischer Ideen" macht. Entweder ist der Vorwurf unberechtigt, und dann ist unsere Sympathie für den Denunzirten gerade dem Denunzianten sehr förderlich. Oder aber der Vorwurf ist berechtigt, und dann mag sich der Beschuldigte doch nur ja zu dem bekennen, was ihm zu so sehr hoher Ehre gereicht. Wir können doch unmöglich, sei es auch nur mittelbar, den famosen Grundsatz unterstützen: Erst die Professur und dann das Prinzip!

Man wird unsere Auffassung hoffentlich nicht dahin mißverstehen, als ob wir eine besonders heftige und übertriebene Vertretung der sozialistischen Sache befürworten wollten. Das hieße aus einer Frage des Prinzips eine Frage des Temperaments machen. Beispielsweise ist das „Hamburger Echo", das die Schrift des Herrn Jastrow so richtig kritisirt hat, im Allgemeinen ruhiger geschrieben, als andere Parteiblätter, die mit lebhafterem Temperament gegen die bürgerliche Welt vorgehen, aber sofort bereit sind, jedem beiläufigen Privatdozenten, der einmal einen mehr oder minder tiefsinnigen Zweifel an den Schönheiten der bürgerlichen Welt äußert, eine Huldigungsadresse zu überreichen. Das menschlich Edle dieser Handlungsweise erkennen wir an, aber wir bezweifeln ihre politische Klugheit. Wir wollen auch gar nicht bestreiten, daß die bürgerliche Wissenschaft, wo sie sich ehrlich als solche giebt, noch Vieles leistet, was wir achten und wovon wir lernen können. Das sollen wir dann auch anerkennen; ein loyaler Kampf, der dem Gegner sein Recht giebt, ist immer wie die ehrlichste, so auch die klügste und namentlich die wirksamste Taktik. Endlich haben wir nichts gegen höfliche und sachliche Diskussion mit halben Freunden und ganzen Gegnern, vorausgesetzt, daß wir die Diskussion stets als ganze Gegner, aber nie als halbe Freunde führen. Wir meinen thatsächlich etwa das, was die Franzosen zusammenfassen in den Satz: On ne peut pas composer avec des principes. Wir wünschen die Gräben des proletarischen Lagers sehr klar und reinlich abgesteckt gegenüber den Marketendern oder gar den Marodeuren der Grenze, die nichts sehnlicher begehren als die Verbürgerlichung, das will sagen die Entkräftung des Sozialismus, und deren unzuverlässige Freundschaft auch nur durch die leiseste Abweichung vom Prinzip noch tausendmal zu theuer erkauft sein würde.

Praktisch ist die Gefahr ja nicht groß oder sie ist eigentlich gar nicht vorhanden. Denn wenn sich das Zwischenreich gar zu mausig machen wollte, so würden die deutschen Arbeiter sehr schnell die nöthige Ordnung stiften. Aber da uns der Typus Jastrow gerade über den Weg lief, weshalb sollten wir ihn nicht ein wenig beleuchten? Interessant genug ist er in seiner Art, und reichlich genug ist die Gattung ja auch vertreten. Er war berufen, aber viele wären auserwählt. Und somit nichts für ungut, Herr Jastrow!

Der Riesen-Ausstand im englischen Kohlengewerbe.

Sein Wesen, sein Streitobjekt und seine Begleiterscheinungen.

Von Ed. Bernstein.

II. Lieferungskontrakt und „Living wage".

Ein großer Theil der Debatte, die sich aus Anlaß des Konflikts in der Tagespresse entsponnen hat, dreht sich um die Frage der Lieferungskontrakte. Die Unternehmer und ihre Anwälte suchten mit großer Emphase zu beweisen, daß dieselben eine absolute Nothwendigkeit seien, und es liegt ja auf der Hand, daß nichts für den Leiter eines großen Unternehmens angenehmer ist, als wenn er sich auf längere Zeit durch Vertrag den Absatz des Produkts desselben gesichert hat. Wie aber wirkt das Vertragssystem auf Löhne und Preise? Hier ist ebenso klar, daß bei sinkender Marktkonjunktur die Konkurrenz um Lieferungsverträge, deren Abnehmer ja nur eine Handvoll Monopolisten sind, eine viel intensivere sein wird, als selbst die Konkurrenz auf dem offenen Markt, und daß die Kontraktspreise immer noch unter den Tagespreisen sein, ihnen auf der Bahn abwärts vorangehen werden. Das ist ihre natürliche Tendenz, und sie wird noch in verderblicher Weise verstärkt durch die sogenannte Strikeklausel in den Kontrakten. Auch diese ist auf den ersten Blick nur eine harmlose Sicherstellung des Unternehmerthums gegen Ereignisse, über die er keine Kontrolle hat. Sie besteht in der Stipulation, daß eine ausbrechende Arbeitseinstellung die Lieferungspflicht unterbricht. Nichts möchte legitimer erscheinen als ein solches Abkommen, wie es aber, allgemeine Regel geworden und im Zusammenhange mit den gegebenen Methoden der Lohnregulirung, auf das Geschäft zurückwirkt, darüber mag uns ein englischer Unternehmer Auskunft geben. In einem Gespräch, das ein auf den Schauplatz des Lockout entsandter Emissär des Londoner „Daily Chronicle" vom 6. Oktober dieses Jahres mit Herrn Thomas Bayley, liberalen Abgeordneten für Chesterfield (Derbyshire), hatte, ließ sich der Letztere, der mehrere große Gruben in Derbyshire und Nottinghamshire eignet, auf denen bereits wieder zu den bisherigen Löhnen gefördert wurde, folgendermaßen über diese Frage aus (die Auszeichnungen rühren von uns her):

„Die Sache ist die, daß die Grubenbesitzer, die diese großen Kontrakte eingegangen sind, die Arbeit der Arbeiter verkauft haben, bevor sie sie noch gekauft, und das war entschieden falsch. Viele dieser Kontrakte sind zu lächerlich niedrigen Preisen normirt. Man hat mir mitgetheilt, daß die Leitung der städtischen Gaswerke von Birmingham ihre Kohlen zu so niedrigen Preisen eingekauft hat, wie sie seit zwanzig Jahren nicht vorgekommen."

„Und jetzt möchten die Gruben diese Kontrakte rückgängig machen?" fragte der Berichterstatter.

„Je nun, die Ankündigung von 25 Prozent Lohnreduktion an die Arbeiter war jedenfalls sehr verdächtig. So etwas war noch nie vorher passirt. Wenn die Arbeiter mit Lohnerhöhungs-Forderungen an uns herantraten, so haben sie nie mehr als 10 Prozent für den jeweiligen Zeitpunkt verlangt, und wenn die Unternehmer im Sommer während des flauen Geschäftsgangs, der meiner Ansicht nach nur temporär war, ähnlich vorgegangen wären, wäre es richtiger gewesen. Wie die Dinge liegen, brauchten die großen Unternehmer und die Aktiengesellschaften, namentlich die in Yorkshire, die die Rädelsführer der Bewegung sind, nur die Arbeiter vor die Eventualität dieser riesigen Reduktion zu stellen, um sich für den Moment ihrer Kontraktverpflichtungen zu entledigen und ihre Vorräthe zu einem schönen Preise loszuwerden."

„Wollen Sie damit sagen, daß Diejenigen, mit denen jene Leute Lieferungskontrakte eingegangen, nicht einmal die auf den Grubenhöfen lagernden Kohlen erhielten?"

„Allerdings. Gemäß der Strikeklausel hört die Verpflichtung der Grube mit dem gleichen Tage auf, an dem ein Strike oder Ausschluß anfängt."

„Diese Strikeklausel ist eine recht merkwürdige Erscheinung im industriellen Leben, nicht wahr?"

„Freilich", antwortete Herr Bayley nachdenklich, „sie wirkt als Antrieb auf die Kohlenunternehmer, ihre Kohlen zu Schleuderpreisen zu verkaufen ..."

Im weiteren Verlauf des Interview erklärte Herr Bayley, daß es üblich sei, nicht mehr als höchstens 75 Prozent der Förderung kontraktweise zu verkaufen, um sich, falls die Preise wieder steigen, durch den besseren Verkauf des anderen Theils der Förderung entschädigen zu können. Hoch genug dazu seien — am 6. Oktober! — die Preise längst, die Grubenbesitzer könnten den nächsten Tag wieder anfahren lassen und würden immer noch auf Monate hinaus ein gutes Geschäft machen. Freilich auf Kosten des Publikums, aber jeder Grund, die Einstellung der Betriebe fortdauern zu lassen, sei jetzt fortgefallen.

Diese Angaben sind auch von anderen Kohlenunternehmern bestätigt worden. Unterm 24. Oktober schreibt ein Herr James Chadburn, Mitinhaber eines großen Grubenkomplexes in Lancashire, indem er die ursprünglich von der Bergarbeiterföderation eingeschlagene Taktik, den Ausstand auch auf die Gruben auszudehnen, die keine Reduktion angekündigt, als argen Mißgriff bezeichnet:

„. . . . Sie (diese Taktik) hat ferner die Kohlenpreise so hoch geschnellt, daß der Lockout (den Anstiftern desselben) hundertmal mehr Profit gebracht hat, als die Weiterförderung gebracht hätte. Sie hat den Lockout sich zahlen gemacht. Als der Kampf ausbrach, hatte die Kohlen- und Eisenkompagnie von Wigan 200000 Tonnen Kohlen lagern, die ihr zu den Nothstandspreisen mindestens 50000 bis 60000 Pfund Sterling Profit gebracht haben müssen; die Abram Kohlenkompagnie hatte 100000 Tonnen, Douglas Bank 100000 Tonnen, und eine andere Firma so viel, daß sie 20000 Pfund Sterling Profit gemacht hat. Thatsächlich haben, soweit die leitenden Mitglieder des Kohlenunternehmer-Verbandes von Lancashire in Betracht kommen, dieselben in den letzten elf Wochen reiche Ernte eingeheimst, und sind jetzt besser im Stande, den Kampf zu führen, als beim Ausbruch desselben. Indem sie ihre Leute herausriefen, haben die Führer der Arbeiter die Kriegskasse der Unternehmer gefüllt."

Herr Chadburn, auf dessen Gruben ebenfalls wieder zu den alten Löhnen gearbeitet wird, erklärte im Uebrigen, auf Seiten der Arbeiter zu stehen. Es sei richtig, daß in der letzten Zeit vor dem Lockout die Preise ruinös gewesen seien, und ohne Lieferungskontrakte könnten größere Gruben nicht betrieben werden. „Aber warum immer zuerst auf die Löhne der Arbeiter loshacken?" Die Prozente der Landlords, die sogenannten „Royalties", brauchten kein Rührmichnichtan zu sein, und so gut die Unternehmer sich verbinden könnten, die Löhne zu drücken, sollten sie sich auch verbinden können, die Preise auf einem gewissen Niveau zu halten.

„Ein Kohlenarbeiter sagte zu mir in seiner rauhen Sprache: ‚Wenn wir zu schmachten haben, soll'n auch alle Betheiligten schmachten', und ich fühlte, daß er Recht hatte. Der Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Arbeiter haben mit voller Ueberlegung sich die Parole gegeben: ‚Sieg oder Tod', und sie werden nicht von ihr lassen. Ich kenne die Leute von Lancashire. . . . Sie meinen, die Löhne sollen vor den Preisen kommen, und sie sind im Recht. Die Menschen müssen leben, es ist aber nicht so nothwendig, daß Menschen reich werden."

Benjamin Pickard, der Präsident der Bergarbeiterföderation, hielt in einer Polemik mit Herrn Holiday, dem Leiter der durch den Krawall berühmt gewordenen Grube Ackton Hall bei Featherstone, diesem Herrn vor, daß auf einem „nicht viele Meilen von Featherstone entfernten Kohlenwerk" die Unternehmer ihre Kohlenvorräthe um 6 Schilling 8 Pence pro Tonne höher verkauft haben, als der Preis vor dem Lockout war und dadurch mindestens 14 000 Pfund Sterling profitirten, und daß der Präsident des Unternehmerverbandes in gleicher Weise die von ihm geleitete Gesellschaft um 60 000 Pfund über den alten Preis bereichert habe. Herr Holiday hat zu dieser Herausforderung fein still geschwiegen.

Man wird danach den in der Konferenz vom 3. November erhobenen Einwand des Herrn Ratcliffe Ellis vom Unternehmerbund, daß ihre früher eingegangenen Kontrakte die Herren immer noch verhinderten, angesichts der so hoch gestiegenen Kohlenpreise zu den alten Löhnen anfahren zu lassen, auf seinen wirklichen Werth zurückführen können. Die Herren, die diese Kontrakte eingegangen, haben mit den Arbeitern das famose Spiel gespielt: „Kopf gewinnen wir, Schrift verliert ihr". Sie haben die Zukunft der Arbeiter verkauft in der sicheren Voraussetzung, daß entweder diese sich gezwungen sehen werden, die Lohnherabsetzung zu akzeptiren, oder aber im äußersten Falle der Ausstand die Preise so hoch treibt, daß durch den Mehrerlös aus den Vorräthen — und Vorräthe haben sie alle gehabt, die letzten Wochen vor dem Ausstand wurde überall gefördert, was nur herauszuholen war — sowie aus den nicht in blanco verkauften Kohlen die Verluste aus den zu billigen Lieferungsverträgen doppelt gedeckt würden. Das Letztere ist thatsächlich eingetreten, die Preise sind so hoch, daß selbst Lord Masham, der Besitzer der Ackton Hall Grube, gemeint hat, für den Winter hindurch könnten die alten Löhne fortgezahlt und die Frage, was nach dem 1. April 1894 geschehen solle, nach Wiederaufnahme der Arbeit durch ein Schiedsgericht entschieden werden. Wenn trotzdem die tonangebenden Elemente in den Reihen der koalirten Unternehmer sich noch sträuben, die Arbeiter ohne Sicherstellung einer Lohnreduktion wieder einfahren zu lassen, so vor Allem aus dem Grunde, weil das mindestens einen gewaltigen moralischen Sieg der Bergarbeiterföderation bedeuten und dem Kampf derselben um Festhaltung des jetzigen Lohnes als Minimallohn neue Kraft verleihen würde.

Es unterstehe keinem Zweifel, daß wenn die Bergarbeiterföderation siegt, sie das ihr während des Lockout verloren gegangene Terrain in Durham, Northumberland und Südwales sehr bald zurück- und neues zuerobern wird. Pickard's bitterer Ausspruch über die Bergarbeiterunion in Durham und Northumberland, daß ihr Zweck nur noch der sei, ihren Mitgliedern zur Annahme einer Lohnreduktion zu rathen, sobald die Unternehmer eine solche verlangen, und ihren Mitgliedern, wenn diese eine Lohnerhöhung verlangen, klar zu machen, daß die Lage des Markts eine solche nicht erlaube — diese drastische Verurtheilung der Politik der von Burt, Fenwick und Wilson geleiteten Union ist, wenigstens was die neueste Zeit anbetrifft, nur zu verdient. Aus den Distrikten der Bergarbeiterföderation sind im vorigen Jahr gegen 60 000 Pfund Sterling — über eine Million Mark! — Strikeunterstützung nach Durham gewandert, und wie die Durham-Leute unter der Wirkung einer geschickt manipulirten Fragestellung seitens ihrer Leiter ihren Dank dafür abgetragen, wurde im ersten Artikel gezeigt. Aber man hat auch gesehen, daß trotz jener Fragestellung die Mehrheit der Durham-Leute dafür stimmten, durch Forderung einer Lohnerhöhung die Aktion der Föderation zu unterstützen, und die Sache nur ins Wasser fiel, weil die Mehrheit nicht groß genug war. Siegt die Föderation jetzt, so erhält die politische Oeko-

nomie der Leiter der Durham- ꝛc. Union einen bedeutenden Stoß, und ebenso die der zur gleitenden Lohnliste schwörenden Führer der südwallisischen Bergleute, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, gegen die „Irrlehre“ zu protestiren, als sei es möglich, die Preise nach den Löhnen zu richten, statt umgekehrt. So erst neulich wieder auf einem großen Meeting in Merthyr geschehen.

Gehen die Absichten der Föderation nun auch nicht so weit, wie da unterstellt, so ist in der That ihr Bestreben, den Minimallohn — nicht jenes Lohnminimum, unter dem überhaupt jede Existenzmöglichkeit aufhört, sondern einen Lohn, der eine Lebensgenuß verleihende Existenz ermöglicht, gegen die Marktkonjunktur sicherzustellen, unleugbar eine arge Versündigung gegen die orthodoxe Oekonomie. Die politische Oekonomie hat sich darein gefunden, daß Arbeiter durch Koalitionen sich einen Antheil an den steigenden Konjunkturen errungen und die Rückwirkung fallender Konjunkturen auf ein gewisses Maß reduzirt haben. Was indeß darüber hinausgeht, ist für sie Wahnsinn, Utopie.

Aber es scheint der Bergarbeiterföderation beschieden zu sein, die so fest eingewurzelte Theorie Lügen zu strafen, und ihr Sieg, an dem kaum noch zu zweifeln ist, mag eine Warnung für diejenigen sein, die allzu geschwind bei der Hand sind, bedingte Wahrheiten zu verallgemeinern. Kein Zweifel, in der Gesellschaft des Privateigenthums und der freien Konkurrenz ist die gesetzliche Fixirung eines Minimallohnes unmöglich. Wird er nicht so niedrig bemessen, daß er jeden praktischen Werth verliert, daß er nur die unterste Grenze der Möglichkeit einer vegetirenden Existenz statuirt, so erheischt er als Zusatz die Garantie der Existenz für alle diejenigen, die zu ihm keine Arbeit finden, und die würde der bürgerlichen Gesellschaft schnell über den Kopf wachsen. Es ist auch fraglich, ob es viele Industrien giebt, wo die Arbeiter im Stande wären, durch Koalition sich einen — sagen wir, anständigen Minimallohn zu sichern, und man kann noch weiter gehen und es ferner als fraglich bezeichnen, ob selbst die Bergarbeiterföderation mit all ihrer vortrefflichen Disziplin und der über alles Lob erhabenen Ausdauer und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder im Stande sein wird, den „Lohn zum Leben“ — „living wage“ — wie ihn die Arbeiter getauft haben, auch für alle Zukunft, die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch beschieden ist, festzuhalten. Aber alle diese Fragen sind kein Grund, nicht mit äußerster Zähigkeit dem Walten der „ehernen Gesetze“ des Kapitals soviel Terrain abzudrängen, als nur irgend abgedrängt werden kann, und zu übersehen, daß der entschiedene Wille der Arbeiter — ihre „Verstocktheit“, wie sich ein Unternehmer ausdrückte — schließlich auch eine ökonomische Kraft ist. Arbeiter vom Schlage derjenigen, die jetzt das Prinzip durchgefochten haben, daß ein „Lohn zum Leben“ die erste Bedingung der Industrie ist, die sind meines Erachtens in der That der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft errichtet werden wird, die werden auch, wenn es sich für nöthig erweisen wird, dafür ihre Kraft in die Wagschale werfen, daß der „living wage“ die erste Bedingung der Gesellschaft überhaupt ist.

Der „Lohn zum Leben“ — Leben in dem entwickelten Sinne von Lebensgenuß — ist der Angelpunkt des jetzigen Kampfes, und die Bergarbeiter haben dem Wort den Phrasenschimmer genommen und ihm eine konkrete Definition gegeben. Vierzig Prozent über den Lohnsatz von 1888 ist der „living wage“. Es ist insofern eine nicht besonders glückliche Formel, als sie viel dazu beigetragen hat, das große Publikum zu Gunsten der Unternehmer irrezuführen; es klang so unvernünftig, in schlechter Geschäftszeit vierzig Prozent über einen Satz haben zu wollen, bei dem man doch schließlich immerhin existirt habe. Arbeiter selbst haben sich ursprünglich mir gegenüber dahin geäußert. Aber die

Bergarbeiter hatten keine andere Wahl, bisher war eben der 1888er Satz der „Standard" — die Basis für die Berechnung der zu machenden Zu- und Abschläge — gewesen, und sie mußten den Vergleichsmaßstab so gelten lassen, um die Sache nicht zu kompliziren. Um so bemerkenswerther, daß trotzdem ein so großer Theil des Publikums sich auf ihre Seite gestellt hat.

Noch vor vierzehn Tagen schrieb der Großindustrielle Lord Masham in einem Brief an das „Daily Chronicle", in dem er sich dagegen verwahrte, Pickard als eine Art Menschenfresser zu betrachten:

„Ich bin der Ansicht, Herr Pickard hat, indem er so lange aushielt, Wunder vollbracht, wenn man in Betracht zieht, daß er von Anfang an keinen Fall hatte, kein Bein, worauf sich zu stützen. (Soll heißen, daß die von Pickard vertretene Sache mit Gründen der Logik gar nicht zu vertheidigen war.) Aber er ist tüchtig dabei unterstützt worden durch den halsstarrigen Willen der Arbeiter mit Bezug auf einen meiner Ansicht nach durchaus hoffnungslosen Kampf, den nämlich, die vierzig Prozent als ein unverkürzbares Minimum anzusehen. Dies ist es, wogegen ich mich wende."

Jetzt hat sich der Sieger von Manningham — Lord Masham, damals noch Mr. S. Cunliffe-Lister, hat vor einigen Jahren eine in seiner großen Sammetfabrik in Manningham bei Bradford ausgebrochene Lohnbewegung siegreich unterdrückt und wurde bald darauf in den Peerstand erhoben — jetzt hat sich der Herr überzeugen müssen, daß der Kampf nicht gar so durchaus hoffnungslos war. Zu der halsstarrigen Weigerung der Arbeiter, unter die vierzig Prozent herunterzugehen, ist eben noch die thatkräftige Unterstützung eines großen Theils des Publikums gekommen.

Ob die Föderation ohne diese Hilfe ihren Kampf hätte siegreich durchführen können, nachdem sie von den anderen Organisationen der Bergleute so schmählich im Stich gelassen worden, darf mit Fug bezweifelt werden. Muth und Ausdauer sind Eigenschaften, die Vieles können, aber sie können nicht Alles. Wenn in der Schlacht das Ausreißen einmal angefangen, dann reißt auch der Muthigste mit aus, und wenn's zum positiven Verhungern kommt, so finden sich unter 300 000 Menschen mit mindestens dreimal so viel Angehörigen doch gar Manche, die dieses Aeußerste nicht abwarten. Aus ihren eigenen Gewerkschaftskassen hätten die Bergarbeiter die Mittel, während vierzehn Wochen den Hunger abzuwehren, nicht aufgebracht, und die ihnen von anderen Gewerkschaften gewordene Unterstützung ist im Ganzen nicht übermäßig reichlich ausgefallen, und auch nur ziemlich langsam eingelaufen. So hat es über dreizehn Wochen gebraucht, bis das Parlamentarische Gewerkschaftskomite einen Aufruf zu Gunsten der ausständischen Bergarbeiter fertig brachte, und wenn zum Glück nicht alle Gewerkschaften auf ihn gewartet haben, bis sie ihren Säckel öffneten, so haben es doch viele gethan, und manche scheinen noch immer im Zweifel, ob sie Grund haben, sich zu einer Extraleistung aufzuschwingen. Die bureaukratischen Mucken sind überhaupt ein wunder Punkt in der englischen Gewerkschaftsbewegung.

Ueberhaupt kann man nicht sagen, daß der Kampf, den die Bergarbeiterföderation geführt, ein reiner Gewerkschaftskampf war. Es war ein ökonomischer — wenn das Wort nicht so oft mißbraucht würde, könnte man sagen, ein sozialpolitischer Kampf, geführt von einer Gewerkschaft, aber durchgeführt mit Hilfe und Inanspruchnahme einer ganzen Reihe nichtgewerkschaftlicher Faktoren. Das spricht sicherlich nicht gegen die Gewerkschaft als solche, denn ohne diese wäre der Riesenkampf gar nicht aufgenommen worden, es warnt nur vor übermäßigem Optimismus mit Bezug auf die Kraft der Gewerkschaft, es zeigt, daß

sich verschiedene Faktoren vereinigen, eine Reihe außer ihr liegender Momente ihr zu Hilfe kommen müssen, um einen solchen Sieg möglich zu machen.

Daß sich die englischen Arbeiter einer Bewegungsfreiheit erfreuen, wie die Arbeiter nirgends auf dem Festlande, ist allein schon bei solchen Anlässen ein nicht gering in die Wagschale fallender Faktor. Nominell ist ja auch in Deutschland das Koalitionsrecht freigegeben, aber mit wie viel Fallstricken hat nicht die Sozialgesetzgebung es umgeben! Wie kann sich der deutsche Arbeiter im Kampfe gegen das Kapital gegen die Verräther aus den eigenen Reihen schützen? Er darf sie ja nicht einmal Verräther nennen, ohne Bestrafung zu gewärtigen. Seit den englischen Arbeitern das Koalitionsrecht zugestanden worden, ist es von der Gesetzgebung Schritt für Schritt erweitert worden, und erst neuerdings wieder ist von der Regierung ein Zusatz zum sogenannten Verschwörungs-Gesetz ausgearbeitet worden, der den Begriff der strafbaren Einschüchterung weiter einschränkt. Die politische Gesetzgebung steht dem englischen Arbeiter in seinem gewerkschaftlichen Kampfe nirgends im Wege, der deutsche aber hat so viel politische Hindernisse zu berücksichtigen, daß seine Umsicht und Thatkraft zum großen Theil dafür in Anspruch genommen wird, selbst wenn es rein gewerkschaftliche Zwecke gilt.

Indeß bis soweit ist die größere Bewegungsfreiheit der Engländer immer erst ein Vorsprung in formeller Hinsicht, der sich zwar gegebenenfalls sofort in einen sehr materiellen Vortheil umsetzt, aber zunächst doch nur im Nichtvorhandensein von Hindernissen besteht. Diesmal stellte sich aber die Sache so, daß während den deutschen Arbeitern selbst in ihren rein gewerkschaftlichen Kämpfen die politische Gesetzgebung und Gesetzhandhabung hindernd in den Weg tritt, den englischen Bergarbeitern von der politischen Seite her ganz erheblicher Vorschub zu Theil wurde.

Man denke, es breche in Deutschland ein Lohnkampf wie dieser englische aus, und ein Mitglied der Regierung geht ins Strikerevier und hielte etwa folgende Rede: Er gratulire den Bergarbeitern zu der von ihnen bethätigten höchsten Form des Muths: geduldige Ausdauer für ein Prinzip, trotz Hungerleidens. Es sei echtes Heldenthum, mit leerem Magen standhaft zu bleiben. Tapferkeit unter solchen Umständen gereiche England zur Ehre. Er bedauere, daß man Truppen in das Revier gesandt und sie seien mit Recht darüber verstimmt gewesen, aber zum Glück seien dieselben bald wieder abbeordert worden. Er halte nichts von dem Gerede von Angebot und Nachfrage. Die alte politische Oekonomie sei die Wissenschaft des Egoismus. Er ziehe industrielle Menschlichkeit vor, wie sie in der Forderung des gerechten „living wage“ formulirt sei, dieser sollte die vornehmste Verpflichtung jedes Unternehmens sein, sonst würde die Arbeit zur Sklaverei. Nach Lohnaufstellungen, die ihm ein Bergarbeiter geliefert, und die sich auf 15 Jahre erstrecken, sei der Durchschnitt noch nicht 24 Schilling die Woche gewesen. Wenn die Dockarbeiter 6 Pence für die Stunde erhielten, müßten die Bergarbeiter mehr haben. Er hoffe, sie würden den Kampf bald zu Ende führen, den sie schon jetzt fast gewonnen.

Alles das ist wörtlich dem Bericht über eine Rede entnommen, die Sir Walter Foster, parlamentarischer Sekretär (d. h. Staatssekretär) des Ministeriums der Lokalverwaltung, am 25. Oktober in Heanor (Derbyshire) gehalten.

Man könnte sagen, das sind alles Redensarten, aber in solcher Situation haben auch diese ihre praktische Bedeutung. Es thut auch nichts, daß Herr Foster Abgeordneter des Kreises ist, in dem er diese Rede hielt, also Rücksicht auf seine Wähler zu nehmen hatte. Es kommt nicht darauf an, welche inneren Motive ihn leiteten, sondern daß er es mit seiner Stellung als Mitglied der Regierung für vereinbar hielt, in einem industriellen Kampf so Partei zu ergreifen.

Daß er und andere Minister ferner größere Beiträge für die Unterstützung der Familien der Ausständischen zahlten, tritt dahinter noch zurück, obwohl es immerhin in Sachsen ꝛc. nicht ebenso ist. Freilich steht dagegen die Handlungsweise des Ministers Asquith, der so schnell mit Absendung von Polizei und Soldaten zur Hand war, sobald nur die reaktionären lokalen Behörden es verlangten. Aber Herr Asquith ist Formalist und beruft sich darauf, daß er gesetzlich verpflichtet sei, den Forderungen der allein verantwortlichen Lokalbehörden zu entsprechen. Auch sollen die vorher zitirten Beispiele nur zeigen, was selbst einzelne Mitglieder des Ministeriums gethan. Daß dieses sammt und sonders sich entschieden auf die Seite der Arbeiter stellen würde, war natürlich ausgeschlossen. Wichen aber schon einzelne seiner Mitglieder von der bisher üblichen Art der Neutralität ab, so war das schließlich doch nur ein unbedeutendes Widerspiel dessen, was in bestimmten Kreisen des großen Publikums für die ausgesperrten Arbeiter geschehen. Das aber, wie überhaupt die Art, wie die Arbeiter ihren Kampf geführt, ist ein Thema, das einen selbständigen Artikel erfordert. Darum für heute nur noch Eines. In letzter Stunde hat die Regierung sich entschieden, Arbeitern und Unternehmern vorzuschlagen, unter dem Vorsitz des Lord Rosebery, der nicht als Schiedsrichter, aber als Rathgeber vermitteln soll, noch einmal zusammenzukommen, um eine Einigung zu versuchen. Wahrscheinlich werden die Arbeiter darauf eingehen, denn Lord Rosebery, der es seinerzeit nicht verschmähte, nach Mitternacht einer Versammlung strikender Kutscher zu präsidiren, genießt großes Vertrauen in Arbeiterkreisen. Aber thatsächlich hat die Vermittlung nur noch den Zweck, den Unternehmern das Geständniß einer Niederlage zu ersparen.

(Schluß folgt.)

Das Silber in den Vereinigten Staaten.

Wir haben die Entwicklung der Silberkrisis bis zur Einstellung der freien Silberprägung in Britisch-Indien verfolgt* und hätten nun dem letzten Akt der großen internationalen Währungsumwälzung: der Aufhebung der Silberankäufe seitens der nordamerikanischen Union, noch eine kurze Darstellung zu widmen.

Die Entscheidung der indischen Regierung gegen die bisherige Silberpolitik fiel am 26. Juni 1893. Auf dem Silbermarkt rief sie zunächst eine maßlose Panik hervor. Von der ganzen Silberproduktion, rund 155 Millionen Unzen jährlich, hatte Indien bisher rund 30 Millionen gebraucht und die Verschließung dieser letzten freien Zufluchtsstätte galt sofort allgemein als der Vorbote der kommenden Aufhebung auch der beschränkten Silberprägung und Silberanhäufung, wie sie in den Vereinigten Staaten noch bestand. Das Barrensilber, das nach dem früher als normal betrachteten französischen Werthverhältniß von 1 : 15½ in London 60 13/16 Pence pro Unze Standardfeinheit gegolten haben würde und das sich im Durchschnitt 1891 immer noch auf 48¾ und 1892 auf 43¾ Pence gehalten hatte, fiel in wenigen Tagen sprungweise von 38 bis auf 30½ Pence, also bis zur Hälfte des früheren Normalstandes herunter.

In den Vereinigten Staaten mußten in jeder Beziehung die Wirkungen der gänzlich veränderten Situation am peinlichsten empfunden werden.

Die Bergwerksbesitzer in Amerika hatten 1892 nicht weniger wie 60 Millionen Unzen Silber auf den Markt geworfen. Bisher schon von der Gesetzgebung der

---

* Vergl. „Neue Zeit" 1892/93, I. Bd. S. 556, II. Bd. S. 534.

Union gehätschelt und verwöhnt, entfalteten sie unter dem Eindruck des ersten Preissturzes sofort eine skrupellose Agitation für neue, weitergehende gesetzliche Maßnahmen zur Ausdehnung des Silberabsatzes und Hebung des Silberpreises; selbst die freie und unbeschränkte Prägung wurde von Neuem verlangt. Eine Reihe von Minen kam gänzlich zum Stillstand, weil die Produktion nicht mehr lohnte; andere wurden vorübergehend geschlossen, um die Folgen der Silberentwerthung doppelt schwer und die Staatsbeihilfe daher doppelt dringlich erscheinen zu lassen. Der Governor Waite von Colorado, dem Hauptsilberlande, sprach auf der Colorado Silberkonvention Anfang Juli von dem Appell an die Waffen, wenn die internationale „Geldmacht" ihre Herrschaft weiter auszudehnen versuche — „und wenn unsere Rosse bis an die Nüstern im Blute waten müßten".

Für die Regierung der Union und die Kreise der hohen Finanz war die Verlegenheit eine ganz andere. Die Bundesregierung hatte erst, nach der Blandbill von 1878, monatlich für 2 bis 4 Millionen Silberdollars geprägt; sie hatte dann, nach der Sherman-Akte von 1890, monatlich 4½ Millionen Unzen Silber aufgekauft, die nicht ausgemünzt zu werden brauchten, für welche aber eine dem Kaufpreise gleiche Summe in einer besonderen Art von Noten mit gesetzlicher Zahlungskraft ausgegeben war. Der ganze Verkehr war mit „silbernem Papiergeld" überfüllt, das allerdings noch stets sein festes Pari gegen Gold bewahrt hatte, das aber sofort die heftigsten Schwankungen befürchten ließ, wenn ein starker Goldabfluß die jederzeitige Volleinlösbarkeit in Gold zu durchbrechen drohte.

In der That hatte der Goldabfluß schon seit längerer Zeit beängstigende Dimensionen angenommen. Die Goldausfuhr überstieg die Goldeinfuhr in dem (mit dem 30. Juni endigenden) Finanzjahr 1892/93 um mehr als 87½ Millionen Dollars. Vom 1. Juli 1890 bis zum 15. Juli 1893 hatte der Vorrath an gemünztem und ungemünztem Gold im Schatzamt um mehr als 132 Millionen Dollars abgenommen, während der Silbervorrath um 147 Millionen angeschwollen war. Bereits am 30. Juni war die wirkliche Goldreserve (der Einlösungsfonds für die Greenbacks) unter die als normal festgesetzte Grenze von 100 Millionen gefallen; es befanden sich zwar in Münzen und Barren noch 188,5 Millionen Gold im Schatzamt, 92,9 Millionen davon bildeten jedoch die Deckung für ausstehende Goldzertifikate. Die amerikanische Goldwährung mit relativ wenig Gold und viel Silber war somit auf dem besten Wege, umzuschlagen in eine Silber-Papierwährung, die nicht blos den Nachtheil gehabt hätte, Nordamerika von der festen Verbindung mit der Währung des Weltmarktes loszulösen.

Auf den 7. August berief der Präsident Cleveland den Kongreß zu einer außerordentlichen Tagung ein. Mit der Uebertreibung, wie sie die Goldmänner ihrerseits auch üben, schob er die in den Vereinigten Staaten eben zum vollen Ausbruch gekommene Krisis den unsicheren Währungszuständen zu. „Unsere unglückliche Wirthschaftslage" — heißt es in seiner Botschaft, wir zitiren sie nach der „Times" — „ist weder das Ergebniß ungünstiger Zeitläufte, noch der Gestaltung unserer normalen Produktionsfähigkeit; auch läßt sie sich nicht auf eine der Heimsuchungen zurückführen, die häufig den Aufschwung und die Wohlfahrt eines Volkes hemmen. Angesichts reicher Ernten und einer vielversprechenden Zukunft ... sind allerorten plötzlich geschäftliches Mißtrauen und Furcht ausgebrochen; viele Geldinstitute haben ihre Zahlungen eingestellt ..., andere Gesellschaften und Einzelunternehmer halten ihr baares Geld fest, das sie sonst auszuleihen sich bemühen; solide Firmen finden zu ihrer Ueberraschung, daß die Sicherheiten, die sie für Darlehen bieten wollen und die bisher genügten, nicht länger angenommen werden. Werthe, an deren Beständigkeit man glaubte,

erweisen sich jetzt als unsicher, und Verluste und Bankerotte sind in allen Geschäftszweigen zu verzeichnen. Ich meine, alles dies ist hauptsächlich der Kongreßgesetzgebung über den Ankauf und die Prägung von Silber seitens der Bundesregierung zuzuschreiben." „Es ist klar" — heißt es an einer anderen Stelle — „daß das in Kraft stehende Silberankaufsgesetz schließlich dahin wirkt, das Gold im Regierungs-Schatzamt ganz durch Silber zu ersetzen und daß dies schließlich zur Zahlung aller Regierungsverbindlichkeiten in entwerthetem Silber führen muß. Dann müssen Gold und Silber sich scheiden (part company) und die Regierung wird scheitern in ihrem alten Streben, beide Metalle auf einem festen Pari zu halten. Ausschließlich auf ein Umlaufsmittel angewiesen, das tief entwerthet wäre gegen das Werthmaß des Weltmarktes, würden wir unseren Platz in der Reihe der führenden Nationen nicht wahren und weiter würde unsere Regierung nicht mehr ihrer Verpflichtung nachkommen können, dem Volke das beste und sicherste Geld zur Verfügung zu halten. . . . Jeder Tag der Säumniß steigert das schon geschehene Unheil und die Verantwortung der Regierung dafür. Was sonst das Volk vom Kongreß erwarten mag, es verlangt zweifellos, daß eine Gesetzgebung, die durch eine dreijährige schwere Erfahrung verurtheilt ist, so bald wie nur möglich aus dem Gesetzbuche gestrichen werde."

Im Repräsentantenhause ging es leidlich glatt, den Interessenring der Silberminenbesitzer lahm zu legen. Nach dreiwöchentlichen Verhandlungen war die Aufhebung der Sherman-Akte mit 239 gegen 110 Stimmen angenommen.

Im Senat hingegen begann das parlamentarische Ränkespiel sich voll zu entfalten, trotzdem auch hier die Demokraten über eine, wenn auch kleine Mehrheit verfügen. Die Drohung mit der Revolution tauchte wieder auf. Eine Fluth immer neuer sogenannter Vermittlungsanträge ließ die Berathungen nie zu Ende kommen. Einen Debatteschluß kennt die Geschäftsordnung des Senats nicht und dem einzigen Zwangsmittel, der Anberaumung einer „permanenten" Sitzung, brachen die Silbermänner in Gemeinschaft mit den noch „Vermittelnden" dadurch die Spitze ab, daß sie, wenn die Abstimmung wirklich endlich drohte, immer und immer wieder das Haus nichtvollzählig machten. Man suchte die Opposition, da es durch Debatteschluß nicht ging, durch Ermüdung zum Schweigen zu bringen; man setzte die Sitzung Tag und Nacht fort; in den Vorzimmern schliefen die Retter des Vaterlandes, um bei einer plötzlichen Allarmirung jederzeit ein vollzähliges Haus zu haben. Aber die Opposition hörte nicht auf zu reden und nach 39stündiger Sitzung kam es doch wieder zur Vertagung. Endlich, nach vollen zwei Monaten, in den letzten Tagen des Oktober, nahm die Qual ein Ende. Alle Silberprägungen und Silberkäufe sind nunmehr aufgehoben — die Erklärung zu Gunsten des Bimetallismus, die dem Senatsbeschlusse noch angehängt ist, hat vorläufig und wohl für immer nichts zu bedeuten. Der Beschluß des Repräsentantenhauses enthielt eine solche Erklärung nicht.

Damit ist neben Indien, der letzten Stätte für freie Prägung, nun auch die nordamerikanische Union, die letzte Stätte für eine wenn auch nicht freie, so doch sehr ausgedehnte jährliche Prägung und Geldverwendung des weißen Metalls, dem Silber verschlossen. Es wird nun, wie die Silbermänner trübsinnig prophezeien, allen Zufälligkeiten des Marktes preisgegeben sein und von den Wellen der Konjunktur auf- und abgeworfen werden.

Bisher hat sich nichts davon gezeigt, der Silberpreis hat eher wieder eine gewisse Festigkeit gewonnen, wenn auch auf tieferem Niveau wie früher. Gerade die ewigen Gesetzgebungs-Experimente und die Erwartungen und Befürchtungen neuer Eingriffe waren es, die bisher den Silbermarkt nie zur Ruhe kommen

ließen. Nun er sich selber wieder überlassen ist, wird es auch mit allen künstlichen Fluktuationen vorüber sein. Eine Reihe von Bergwerken werden freilich als unrentabel verlassen werden. Gerade die ergiebigsten haben aber bei einem Silberpreis von 30 bis 40 Pence ihre Produktion beständig vermehrt und recht anständige Dividenden gezahlt; sie werden für die Preisbildung des Silbers bald ausschließlich maßgebend sein.

Die Umwälzungen in der Silberproduktion haben so zum ersten Male alle ihre Konsequenzen für die Weltwährung entwickelt. Auf dem Weltmarkt herrscht nicht mehr doppeltes Werthmaß, Gold und Silber. Die Silberwährung hat in allen Ländern, die für den Weltmarkt bedeutsam sind, zu bestehen aufgehört; wir haben hier überall nur noch Silbermünzen mit künstlich erhöhtem Goldwerth, silberne Goldzeichen. Das Gold ist zur vollen Weltherrschaft gelangt und mit der alten Silberpolitik der neuen Welt sind auch alle Hoffnungen unserer Silberleute begraben worden. —ms.

Der Bimetallismus und die Arbeiter.

Nachdem das Repräsentantenhaus und der Senat der Nordamerikanischen Union die Aufhebung der Sherman-Bill beschlossen haben, dürfte das Silber aufhören, Währungsmetall in den Kulturstaaten zu sein. Seine letzte Zuflucht, nachdem das Dorado der Silberminenbesitzer, Indien, das Silber-Märchenland par excellence, das weiße Metall von sich gestoßen hat, war die transatlantische Republik. Da jetzt auch diese das Silber geächtet hat, ist die tausendjährige Herrschaft desselben als Zahlungsmittel endgiltig gebrochen. Thatsächlich bedienen sich nur noch die von europäischer Kultur abgeschlossenen Nationen, beispielsweise China, des Silbers als alleinigen Zahlungsmittels. Die Taëls der Chinesen brauchen nicht einmal immer geprägte Münzen zu sein. Es sind dort sogar Silberbarren von mehreren Pfund Gewicht, denen man einen staatlichen Stempel aufgedrückt hat, gesetzliches Zahlungsmittel. Sind wir auch von dieser zopfigen Methode stets weit entfernt gewesen, so ist doch die Zeit noch gar nicht so weit hinter uns, in welcher es schien, als würden unsere junkerlichen Volksausbeuter bei ihrem mächtigen Schutzpatron, dem Fürsten Bismarck, die Vertreibung des Goldes durch das entwerthete Silber durchsetzen. Jetzt erst ist diese Möglichkeit durch die Beschlüsse Indiens und der Vereinigten Staaten endgiltig beseitigt.

Im Nachstehenden soll nun gezeigt werden, welcher Gefahr damit die Arbeiterwelt entronnen ist. Es ist dies um so nothwendiger, als man auch heute noch in den Kreisen der Genossen vielfach der Ansicht begegnet: „Für die Arbeiter wäre es gleichgiltig, zu welcher Währung die herrschenden Klassen sich bekennen, da sie (die Arbeiter) nach der reinen Goldwährung doch nicht minder gründlich, als nach der Doppelwährung ausgebeutet würden."

So richtig der Satz an sich ist, so besteht doch ein großer Unterschied zwischen der Ausbeutung der Arbeiter unter der Herrschaft des Goldes und derjenigen unter der Doppelwährung.

Bei dieser kann die Ausbeutung der Arbeitskraft des Lohnarbeiters noch erheblich gesteigert werden, ohne daß es der Ausgebeutete *sofort* merkt, bei jener kann er wenigstens an einem festen Werthmesser, dem Golde, den Preis seiner Thätigkeit, die er dem Arbeitgeber leistet, messen, ebenso wie den Preis aller Waaren, die er für seinen Unterhalt benöthigt.

Die Agrarier, welche seit Jahrzehnten gegen die Goldwährung Sturm laufen, beabsichtigten damit nämlich nichts weniger als die Einführung eines Zustandes *schwankender Währung*, welcher es gestattet, daß man dem Arbeiter ein Geldzeichen giebt, welches gar nicht mehr die frühere Kaufkraft besitzt.

Das markanteste Beispiel hierfür liefert uns die in Rußland geübte Ausbeutung des Lohnarbeiters. In Rußland, dessen Geld noch schlechter ist, als Silbergeld, bezahlt man mit Papiergeld, dessen Werth beständig wechselt und augenblicklich etwa zwei Drittel des Goldrubels beträgt. Im Auslande ist jede Schwankung des Rubels daran erkennbar, daß man im Welthandel wechselnde Mengen Goldes, resp. Silbers dafür bezahlt. Im Innern des Landes aber werden diese Schwankungen nur in sehr großen Zeiträumen wahrgenommen, denn vor dem Gesetze gilt ein Rubel immer gleich viel, heute so viel wie gestern, wie vor zehn Jahren. Wird nun die Valuta Rußlands auf dem Weltmarkte entwerthet, also fällt der Rubel z. B. von 3,20 Mark auf 2,20 Mark, dann merkt der russische Arbeiter nicht, daß er bei jedem Rubel Lohn um eine Mark zu kurz kommt. Er nimmt seinen Rubel für den aufgedruckten Nominalwerth, ebenso macht es der Bäcker, der ihm das Brot, der Schuster, der ihm die Stiefel liefert. Der Arbeitgeber hingegen sackt den Gewinn von einer Mark ruhig ein, indem er seine um eine Mark billiger hergestellte Waare ins Ausland sendet, von diesem vollwerthiges gutes Geld dafür erhält und das gute Geld sofort gegen das unterwerthige inländische Geld eintauscht, um dann mit gefülltem Beutel den Kreislauf von Neuem zu beginnen.

Steigt der Werth des Rubels in Rußland, so werden die Preise aller Waaren billiger, fällt er, so werden sie höher. Für Waaren, die Rußland aus dem Ausland beziehen muß, treten diese Preisschwankungen des Rubels sofort in die Erscheinung, für in Rußland selbst produzirte Waaren stellen sich die Wirkungen erst in großen Etappen ein und endlich, *am spätesten, erhöht sich der Preis der Arbeit.* Da der Fabrikant oder Landwirth seinem Arbeiter bei fallendem Rubelkurs nominell denselben Lohn wie früher zahlt, so kann er die Waaren, da er doch thatsächlich einen geringeren Lohn zahlt, vermöge der billigeren Arbeitskraft wohlfeiler anbieten, seinen Roggen billiger verkaufen.

Der Arbeiter wird erst sehr spät, nach langer Uebergangszeit, merken, daß man ihn betrügt, indem man ihm ein Geldzeichen mit verminderter Kaufkraft giebt, denn der gleichgebliebene Name wird ihn darüber täuschen, daß er minderwerthiges Geld erhalten habe. Bis der Druck der Verhältnisse dem Arbeiter zum Bewußtsein gebracht hat, wie viel weniger ein Rubel gegen früher bedeute, und bis er im Stande ist, die thatsächliche Lohnsenkung durch Herbeiführung einer entsprechenden Erhöhung des Geldlohnes wett zu machen, verfügt der Unternehmer über billigere Arbeitskräfte.

Diesen Zustand, der in Rußland und Oesterreich eine bei uns noch unbekannte Art der Ausbeutung des Lohnarbeiters durch die Arbeitgeber gestattet, einzuführen, das ist einer der wichtigsten Zwecke aller für die Doppelwährung lärmenden Dunkelmänner. *Schwankende Währung ist ihnen das Mittel zur Erlangung billiger Arbeitskraft und Herstellung billiger Produkte.* Aber von verschlechtertem Gelde würde der Bimetallist auch noch einen anderen Vortheil haben. Seine Schuldenlast würde leichter. Je schlechter das Geld, um so mehr ist sein Besitz an Land in Geld werth, um so größer ist der Unterschied zwischen dem Geldwerth des Gutes und dem Betrag der auf dem Gute lastenden, seiner Zeit in besserem Gelde kontrahirten Schulden und desto geringeren Werth braucht er aufzuwenden, um die Zinsen des geborgten Kapitals zu bezahlen. Die Bestrebungen der Schuldner auf Verschlechterung der Währung sind denn auch so alt wie die Geschichte und lassen sich bis auf die alten Römer und Athener zurückverfolgen.

Indeß ist nach der Einstellung der freien Silberwährung in Indien, nach dem Eintreffen der Bamberger'schen Prophezeiung, daß einst auch die Halbwilden Ostasiens das Silber verleugnen werden, das Zurückgreifen Deutschlands zum Bimetallismus ausgeschlossen. So sehr wir sonst geneigt sind, in Deutschland nichts für unmöglich zu halten, sofern es den Latifundienbesitzern in den Kram paßt, so müssen wir doch bekennen, wollte Jemand heute noch den Versuch wagen, das Silber in seine Rechte einzusetzen, er würde für verrückt erklärt werden. Die erste, wenn nicht die einzige Errungenschaft des Reiches beseitigen, hieße die Großthaten der Schildaer übertrumpfen.

Als das Deutsche Reich aus den französischen Milliarden seine Goldwährung schmiedete, waren 15½ Pfund Silber gleich einem Pfund Gold. Seitdem ist das Silber stetig gefallen. 1880 brauchte man zur Eintauschung eines Pfundes Gold in Silber bereits 18 Pfund Silber, 1885 schon 18,63 Pfund und gegenwärtig sogar 27½ Pfund. Und das Alles seit dem Jahre 1871, bis zu welchem Silber den Werth, den die Gesetze ihm beilegten, fast ohne Schwankungen beibehalten hatte. Selbstverständlich ist die alte Inschrift auf den Thalerstücken: „30 ein Pfund fein" bei dem heutigen Silberpreise eine Ironie.

Man sollte meinen, daß bei diesem Stande der Dinge auch der Blödeste einsehen müßte, daß eine Wiedereinsetzung des weißen Metalls in seine Rechte als Münzmaterie für jeden Kulturstaat unmöglich, ja der Weg zum Staatsbankerott wäre. Indessen, es giebt noch immer Kathedersozialisten und Interessenten, wie Professor Wagner, Kardorff und Genossen, welche nicht müde werden, für die Rehabilitirung des Silbers in die Schranken zu reiten.

Merkwürdigerweise sind das dieselben Elemente, welche durch die künstliche Erhöhung der Lebensmittel und Bedarfsartikel mittels der Schutzzölle die Lebenshaltung des Arbeiters vertheuern und erschweren. Die Entwerthung des Lohnes des Handarbeiters durch schlechtes Geld ist diesen Elementen, Dank der englischen Politik, mißglückt. Wie lange noch wird die Schutzzöllnerei, jene Zwillingsschwester des Bimetallismus, auf ihrem morschen Throne verbleiben?

Chicagoer Weltausstellungs-Briefe.

Von **Adolf Hepner** (St. Louis).

IV.

Was Deutschland ungemein zu Statten kam, war, daß es im Industriepalast — dem größten Ausstellungsgebäude — den meisten Raum und den schönsten Platz erhielt und sich da con amore niederlassen und entfalten konnte, unter Benutzung der schönsten Lichtseiten für den „Knalleffekt": die Ausstellung der königlichen Porzellan-Manufaktur, in Verbindung mit dem sie verherrlichenden, majestätischen Schmiedeeisen-Thore der Firma Armbruster-Frankfurt (letzteres kostet nur 200 000 Mark) und den zwischen beiden aufgestellten Prunk-Ehrengeschenken deutscher Fürsten und Exzellenzen (Bismarck, Moltke ꝛc.).

Von dem künstlerischen Werthe der einzelnen Theile dieses „Exhibits" abgesehen — ist es als großes Dekorationsstück ein Meisterwerk ersten Ranges, das als Ganzes erhalten und in möglichst getreuen Kopien mehreren Museen einverleibt zu werden verdient.

Ein so imposantes Schaustück, wie das Ensemble der königlichen Porzellan-Manufaktur mit seinen effektvollen dekorativen Hilfsmitteln, welche der Architekt und der Maler geliefert, ist wohl im ganzen Jackson-Park nicht zu sehen.

Aber mit dem Mathematiker Euler, nachdem er zum ersten Male einer Oper beigewohnt, könnte man hier fragen: „Was ist damit bewiesen?" Denn nur einige Schritte von dieser unermeßlichen Prachtentfaltung steht die Kollektiv-Ausstellung der Thüringer Kinderspielzeug- und speziell Weihnachtsspielzeug-Industrie, deren Grundlage die infame Kinderausbeutung ist.

Für das Urtheil des amerikanischen großen Publikums war der Effekt der königlichen Porzellan-Manufaktur in ihrer bedeutenden Höherichtung und Breitenausdehnung völlig maßgebend, um zuzugestehen, daß man in Deutschland doch Geschmack und Kenntniß mit der Luxusindustrie vereinige. Es giebt keinen Besucher, der dieses „Exhibit" nicht gesehen; denn seine Lage ist die denkbar

günstigste in dem Riesengebäude, das jeder zuerst und zuletzt aufsucht, in dem aber Vieles in Folge der Massenhaftigkeit der Abtheilungen und Gegenstände unbemerkt bleibt. Kenner freilich haben hier gelernt, Deutschlands Fortschritte zu würdigen nicht nur an dem zauberhaften Reiz dieser königlichen, artistischen captatio benevolentiae, sondern an den verschiedensten Leistungen deutschen Geistes in allen Zweigen menschlicher Thätigkeit: der wissenschaftlichen Bethätigung wie industriellen Verwerthung künstlerischer Fähigkeiten.

Die Luxus-Herrlichkeiten der königlichen Porzellan-Manufaktur hat, wie gesagt, jeder Einzelne der Millionen Besucher staunend bewundert — aber das große Verdienst der Ausstellung des „Geleise-Museums" (des Georgs-Marien-Bergwerks und Hüttenvereins Osnabrück) im Verkehrsmittel-Gebäude (Transportation-Building) ist von verhältnißmäßig Wenigen gewürdigt worden.

Der Zweck dieser systematischen Kollektion typischer Muster sämmtlicher Arten des Eisenbahn-Oberbaus ist jedenfalls, die Amerikaner von ihrem ausschließlichen Holzschwellen-System abzubringen und sie Stahlschwellen einführen zu lassen, resp. der Ausstellerin von Osnabrück einen Markt in Amerika zu eröffnen.

In dieser Beziehung hat jedoch die Ausstellerin, wie ich vermuthe, die Rechnung ohne den Wirth gemacht; sie wird sich vielmehr mit dem Ruhm begnügen müssen, den Amerikanern eine werthvolle Lektion im Eisenbahn-Oberbau ertheilt zu haben.

Der erste Grund meiner Vermuthung erinnert an einen Vorfall, der sich zu Anfang dieses Jahrhunderts in Polnisch Lissa, Provinz Posen, zugetragen. Damals verfügte die preußische Regierung, daß die jüdischen „Cheder"-Lehrer — welche den Judenkindern Hebräisch lehrten — eine Prüfung im Deutschlesen und in den Anfangsgründen der Elementarkenntnisse ablegen sollten. Einem dieser Prüfungskandidaten in Lissa wurde vom Examinator die Frage vorgelegt:

„Wenn ich zu einem Rocke drei Ellen Tuch brauche und die Elle drei Thaler kostet und der Schneiderlohn auch drei Thaler, wie hoch kommt dann der Rock zu stehen?"

Und der Kandidat antwortete:

„Erstens brauche ich keine drei Ellen; zweitens kein so theures Tuch zu drei Thalern die Elle; und drittens bezahle ich den Schneider überhaupt nicht — folglich brauche ich das Exempel nicht zu rechnen."

Als ich in der Ausstellung mich mit dem freundlichen Vertreter des „Geleise-Museums" unterhielt, wies ich ihn darauf hin, daß die amerikanischen Eisenbahnen noch viel zu viel Holz auf ihren Schenkungsländereien (Land-Grants) besitzen, als daß sie vorläufig „zum Stahl greifen" würden. Jener Herr erwiderte: „Das Holz geht aber auch hier zu Ende."

Ich sagte ihm: „Nein! Man hat zwar Wälder abgeholzt im Raubsystem, so daß das Land theilweise unter fürchterlichen Ueberschwemmungen leidet. Man hat das Holz — wenn das eigene verbraucht war — gestohlen, wo es nur zu finden war — trotzdem ist noch genug vorhanden für neue Eisenbahnschwellen. Und so lange die Eisenbahnen das Holz stehlen können, werden sie keinen Stahl kaufen."

Der Herr schüttelte ungläubig den Kopf. Vielleicht belehrt ihn nachstehende Notiz, die ich dieser Tage in einer hiesigen Zeitung (der „America") fand, wie gemüthlich die Eisenbahnen noch zu Holz gelangen:

„Eine wichtige Entscheidung des Oberbundesgerichts. Die Denver und Rio Grande Eisenbahn war von unserer Bundesregierung verklagt worden,

weil sie zum Bau einer Zweiglinie Bauholz und Steine aus Bundesländereien benutzt hatte. Sie berief sich dabei auf ihren Charter (Freibrief), in demselben war ihr nämlich Kraft einer Bewilligung des Kongresses erlaubt worden, zur Vollendung ihres Baues Materialien aus den benachbarten öffentlichen Ländereien zu benutzen. Anfangs hatte sie sich an den Wortlaut gehalten und hatte nur die Wälder und Steinbrüche derjenigen Distrikte benutzt, durch welche die zu erbauende Linie unmittelbar führte. Später aber war sie etwas anmaßender geworden und hatte in einem Theile des Staates Colorado Holz geschlagen, um es in einem anderen, weit entfernteren Theil zu benutzen. Wegen dieses Uebergriffes hatte die Regierung sie durch den Generalanwalt vor dem zuständigen Bundesgerichte verklagen lassen. Das Gericht entschied indessen zu Gunsten der Eisenbahn, weil der Zweck der Bewilligung in die Förderung des Baues im Allgemeinen gewesen sei. Hiergegen appellirte der Generalanwalt an das Oberbundesgericht. Aber das Oberbundesgericht hat die Entscheidung der unteren Instanz dieser Tage bestätigt."

Mein zweiter Grund, daß die Eisenbahnen nur der Hand noch keine Stahlschwellen einführen werden, ist der:

Der Kongreß hat vor einem Jahre ein Gesetz erlassen, wonach die Eisenbahnen innerhalb der nächsten fünf Jahre sämmtliche Lokomotiven und Waggons mit automatischen Kuppelern und den erprobtesten Bremsen versehen müssen. Diese Ausgabe geht dreist in die Millionen von Dollars. (In einem späteren Aufsatze über die amerikanischen Eisenbahnen gedenke ich diesen Gegenstand und seine Veranlassung — die hiesigen Eisenbahn-Unfälle und die Unglücksziffer der Beamten — des Näheren zu besprechen.)

An Stahlschwellen hier ist also vorläufig gar nicht zu denken. Die gutsituirten Bahnen haben noch Holz genug und die zweifelhaften keine Dividenden.

Im Uebrigen wird innerhalb zehn Jahren die amerikanische Eisenbahnfrage eine neue Wendung nehmen durch zwei Umstände:

Erstens das neue, geniale System elektrischer Schnellbahn des Dr. Adams von St. Louis, deren Herstellung nach Erlangung der nach ausständigen Wegerechte und Landschenkungen nur kurze Zeit in Anspruch nehmen wird;

Zweitens die Volksbewegung zu Gunsten der Regierungs-Kontrole des Verkehrswesens. („Control" im englischen, resp. amerikanischen und deutsch-amerikanischen Wortgebrauch bedeutet übrigens nicht, wie in Deutschland, „Oberaufsicht", sondern Dispositionsrecht vermöge des Eigenthumsbesitzes an einer Sache, mindestens Besitz der Mehrheit der Aktien.)

Sobald hier eine respektable unabhängige politische Arbeiterpartei entstanden und im Kongreß vertreten sein wird — sei es unter sozialistischer Führung oder ohne sie — gelangt diese, in den Farmer-Allianzen seit drei Jahren recht populäre Forderung der „Regierungs-Eisenbahnen" an die Oberfläche der politischen Aktion, und sie wird dann eine unerwartet rasche Lösung finden mit Hilfe des neuen Systems der elektrischen Bahnen.

Der gesammte, jetzt über zehntausend Millionen Dollars werthe amerikanische Bahnpark wird dann Eisenplunder, denn kein Stück der jetzigen Bahnen ist für das neue System verwendbar — keine Lokomotive, kein Waggon, keine Schiene und keine Schwelle.

So wird sich das amerikanische Eisenbahn-Monopol-Problem in einer für das Volk sehr befriedigenden Weise lösen — ohne Expropriation der jetzigen Monopolisten und ohne Entschädigung. Man wird die Eisenbahnherren einfach sitzen und ihre „Aktien" als Millionen behalten lassen.

Doch da bin ich wieder von der Weltausstellung abgekommen.

Ein Traumstück.

Berlin, 15. November 1893.

Es thut uns sehr leid um Herrn Gerhart Hauptmann, aber wenn er unter die Räuber der bürgerlichen Kritik gefallen ist, wenn die Börsenpresse ihm jubelnd bescheinigt, er biege endlich in das „Thor der echten und wahren Dichtkunst" ein, so hat er dies Schicksal reichlich verdient mit seinem „Hannele", einem „Traumstück in zwei Theilen", das gestern zum ersten Male auf der Bühne des königlich preußischen Schauspielhauses aufgeführt wurde. Wir sind noch niemals verurtheilt gewesen, einen so großen Mißbrauch eines so großen Talents mit eigenen Augen zu sehen.

Eine Kritik des „Traumstücks" gehört nun freilich zu den halb unmöglichen Dingen. Nicht etwa von dem Standpunkt aus, daß sich über den Geschmack nicht streiten ließe. Da jede Kunst ihre Gesetze hat, so läßt sich über den Geschmack sehr wohl streiten. Worüber sich aber allerdings nicht diskutiren läßt, das ist die Stimmung, die durch unkünstlerische Mittel, durch ein melodramatisches Durcheinander von Musik, Beleuchtungseffekten und bunten Gewändern erzielt werden soll. Es mag Leute geben, die sich dadurch bis zu Thränen rühren lassen, aber es giebt hoffentlich auch noch Leute, die sich mit Widerwillen abwenden, wenn ihnen dergleichen Zeugs als dramatische Kunst aufgeredet werden soll.

Wir sind nicht der Ansicht, daß die Technik des Dramas eine im Wechsel der Zeiten unabänderliche Form ist. Wir haben es gerade an Herrn Hauptmann mit lebhafter Freude anerkannt, daß er wiederholt, so in den „Webern", so auch im „Biberpelz", die herkömmliche und vielfach verknöcherte Form des bürgerlichen Dramas auszuweiten versucht hat. Aber mit der neuen Kategorie des „Traumstücks" verläßt er überhaupt den Boden der dramatischen Kunst. Sie steht und fällt mit der künstlerischen Wiederspiegelung menschlichen Lebens, mit der Entwicklung und dem Kampfe menschlicher Charaktere. Was uns Herr Hauptmann in seinem „Traumstück" bietet, ist dagegen nach einer einleitenden Szene der physische Todeskampf eines Kindes und die Visionen, die diesen Todeskampf begleiten. Von einer dramatischen Handlung ist keine Rede und ebenso wenig von dramatischen Charakteren. Die Engel und Erzengel und abgeschiedenen Geister, die das „Traumstück" beleben, sind keine Menschen, und ebenso wenig ist es Jesus, den der Dichter supranaturalistisch zu begreifen sucht. Wenn die preußische Hofbühne sich so spröde dem Erscheinen verstorbener Hohenzollern auf ihren Brettern widersetzt, nunmehr aber den lieben Herrgott selbst frank und frei zwischen ihren Kulissen deklamiren läßt, so wollen wir nicht leugnen, daß der vielgefeierte „Einbruch des Naturalismus in die starren Schranken der Königlichen Theater" einen Kulturfortschritt anbahnt, mag es auch nur ein Fortschritt in preußischer Kultur sein. Im Wesentlichen aber ist die szenische Verkörperung einer Reihe von Traumvorstellungen keine dramatische Kunst; sie ist ein unkünstlerisches Mißgebilde, das nicht einen Schritt über das bürgerliche Drama hinaus, sondern viele Schritte hinter das bürgerliche Drama zurückgeht.

Wir müssen nun freilich auf den Einwand gefaßt sein, daß der Dichter ja nicht seine Traumvorstellungen gebe, sondern die Traumvorstellungen seiner Heldin, die als solche gar nicht aus dem dramatischen Rahmen herausfielen. Das ist ganz richtig, aber damit verlegt man die Debatte erst recht auf ein für Herrn Hauptmann ungünstiges Gebiet. Wir wollen nicht lange bei einem Mangel verweilen, der weniger die Absicht des Dichters trifft, als die Ausführung dieser Absicht. Einerseits ist die ganze Engelmaschinerie so grob und handgreiflich zugehauen und wurde auch so grob und handgreiflich dargestellt, wie es etwa einer zwölfjährigen Phantasie entsprechen mag; namentlich der Todes-Engel machte mit der steinernen Unbeweglichkeit seines bierfröhlichen Gesichts trotz seiner schwarzen Flügel einen äußerst vertrauenerweckenden Eindruck. Andererseits waren aber die klingelnden Verse, in denen der Herr Jesus die Freuden des Paradieses beschrieb, und die hochstelzige Prosa, in der die „lichten Engel", wir verstanden nicht recht, welche erfreuliche

Aussicht in das Jenseits eröffneten, eine wahre Satire auf eine naive Kinderphantasie. Indessen, wie gesagt, dieser Vorwurf trifft mehr das Können als das Wollen des Dichters, und wir gehen darüber hinweg.

Untersuchen wir nun aber seine Absicht, so müssen wir erstaunt fragen: wie in aller Welt kommt der Dichter dazu, in dem absterbenden Geiste eines verkommenen Proletarierkindes überirdische Phantasien zu entdecken, die in der wohlgegliederten Symmetrie der himmlischen Hierarchie die entsprechenden Vorstellungen eines ergrauten Kirchenvaters beschämen können? In der einleitenden Szene wird uns das Milieu, worin Hannele aufgewachsen ist, nach der bekannten Art der sogenannten „naturalistischen" Dichter geschildert: es ist ein schmutziges Lumpenproletariat, Diebe und Huren, ohne einen Schimmer der menschlichen Würde, die heute in keiner Klasse so reich vertreten ist, wie im wirklichen Proletariat. Gleichviel aber: der Dichter macht einmal diese Voraussetzung; Hannele wächst in einer so infamen Umgebung auf, wird jeden Tag von ihrem Stiefvater blutrünstig geschlagen, muß betteln und hungern oder darf sich höchstens einmal an ein paar kalten Kartoffeln sättigen. Trotzdem sieht sie in ihrer Sterbestunde den Himmel offen, sieht sie das Paradies in denselben glühenden und lebendigen Farben leuchten, mit denen je ein königlich preußischer Hofprediger in der satten Behaglichkeit seiner fetten Pfründe das Jenseits ausgemalt hat, um die hungernde Menschheit über das Diesseits zu trösten.

Wie in der That kommt Hannele dazu? Ein naturalistischer Dichter wird sich ja, wenn er einmal die letzten Phantasien eines sterbenden Proletarierkindes darstellen will, zunächst darüber unterrichten, wie es im Geiste und Gemüthe solcher armen Geschöpfe aussieht. Es giebt darüber eine sehr reichhaltige und zuverlässige Literatur, freilich nicht in unserem gesegneten Vaterlande, aber in anderen Ländern, deren Gesetzgebung es mit der Förderung menschlicher Kultur noch ein wenig ernst nimmt. In den Berichten der englischen Fabrikinspektoren und Untersuchungskommissionen findet sich beispielsweise vollkommen authentisches Material darüber, was sich Proletarierkinder, die unter solchen sozialen Lebensbedingungen aufwachsen, wie Hannele, unter dem Herrn Jesus, unter Engeln und Erzengeln u. s. w. vorstellen. Wir wissen nicht, ob Herr Hauptmann sich die Mühe genommen hat, die thatsächlichen Zustände zu studiren, aus denen er seine Traumvorstellungen ableitet, aber ob er es gethan hat oder nicht: was er uns bietet, schlägt allen Begriffen von Naturalismus einfach ins Gesicht. Man braucht gar kein Poet, man braucht nur ein denkender und fühlender Mensch zu sein, man braucht nur ein wenig Sympathie mit den arbeitenden Klassen und ein wenig Verständniß für ihre soziale Lage zu haben, um sich von Hanneles Todesphantasien unendlich ergreifendere und erschütternde Vorstellungen zu machen, als durch den Klimbim des königlich preußischen Schauspielhauses gestern in den weinerlichsten Mannesseelen der Börse geweckt werden konnte. Dieser Klimbim ist nicht Poesie, nicht Wirklichkeit, auch nicht einmal Mystizismus in dem naiven und sozusagen mittelalterlichen Sinne des Wortes. Er ist höchstens verheuchelter Mystizismus zu Ehren der ausbeutenden und unterdrückenden Klassen.

Als wir kürzlich an dieser Stelle Hauptmann's „Biberpelz" besprachen, wurde von mehreren Seiten, auf deren Urtheil wir Werth legen, unsere Auffassung als etwas zu günstig für die Komödie bestritten. Sollte dem wirklich so gewesen sein, so haben wir jedenfalls nur gefehlt aus Achtung vor Hauptmann's Talent und in dem lebhaften Wunsche, ihn auf dem richtigen Wege zu erhalten, den er mit dem „Biberpelz" betrat. Aus der gleichen Empfindung der Achtung und Sympathie heraus müssen wir heute sagen, daß ein Poet, dem seine Poesie nicht blos ein müßiges Spiel ist, solchen Quark nicht schreiben darf, wie das Traumstück „Hannele".

Ueber die Vorstellung selbst ist natürlich nicht viel zu sagen. Mit dem sterbenden Hannele quälte sich Frau Konrad redlich ab. Die verschiedenen Sorten Engel deklamirten sich, so gut oder so schlecht sie konnten, aus ihrem geisterhaften Dasein heraus. Die Darstellung des Heilands durch Herrn Matkowsky wird von einzelnen „naturalistischen"-Kritikern als nicht hinlänglich „naturwahr" getadelt. Doch begreift der Leser, daß wir diese delikate Frage nicht entscheiden können. F. Mehring.

Aus einem Lande der ursprünglichen Akkumulation.

Der Kapitalismus erzeugt selbst auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung seine eigene gesellschaftliche Gegenmacht, die ihn in seinen Ausbeutungstendenzen hemmt, ihn bekämpft und schließlich vernichtet, die Arbeiterbewegung. Wo aber diese ökonomische Entwicklungsstufe noch nicht erreicht ist, oder auch die Organisation der Arbeiterklasse auf eine Zeitlang durch besonders ungünstige politische Verhältnisse aufgehalten wird, da haust der Kapitalismus ganz schrankenlos und fördert Blüthen zu Tage, so schreckensvoll, so grauenhaft, daß sie selbst einem Proletarier, aber einem kämpfenden und siegreichen Proletarier, wie Bilder aus einer anderen Welt erscheinen. Und doch sind die Zustände überall die gleichen, wo der kapitalistischen Ausbeutung keine Schranken gesetzt sind, auf der ersten Stufe der kapitalistischen Entwicklung, auf der Stufe der ursprünglichen Akkumulation.

Was wir im Folgenden mittheilen, ist die Wiedergabe der Ergebnisse der amtlichen Untersuchung der Lage der Arbeiter bei dem Bau der sibirischen Eisenbahn, die bekanntlich Sibirien seiner ganzen Länge nach zu durchschneiden hat. Der Untersuchung wurde die Strecke von der Stadt Omsk (Sibirien) bis zu der europäischen Grenze (Gouvernement Tobolsk) unterworfen. Der eigentlichen Untersuchung ging eine kleinere voran, die von der ständigen Sanitätskommission der Provinz veranstaltet war, doch die eigentliche Erforschung geschah durch eine besondere, vom Generalgouverneur ernannte Sanitätskommission, die aus mehreren höheren Beamten bestand. Veranlaßt wurde die ganze Erhebung durch die Befürchtungen der Erneuerung der Epidemie, die dort im vorigen Jahr wüthete.

Aus den Berichten dieser beiden Kommissionen wird nun Folgendes mitgetheilt:

„Auf einer Strecke, die 50 Werst (54 Kilometer) lang ist, von der Stadt Omsk bis zum Dorf Kuryansk, sind nur an drei Stellen Baracken zum Uebernachten der Arbeiter errichtet. Diese Baracken sind hölzerne Scheunen, von denen jede höchstens 50 Personen beherbergen könnte, währenddem die Zahl der Arbeiter per Baracke 200 erreicht. Die Baracken sind so gebaut, daß sie weder vor Wind, noch vor Regen und am wenigsten vor Kälte schützen, weshalb es die Arbeiter vorziehen, in von ihnen selbst gebauten, kleinen, in die Erde hineingegrabenen Hütten zu wohnen, die Hundehütten ähnlich sind, in denen es aber wenigstens warm ist, freilich auch feucht. In einigen Baracken giebt es weder Thüren, noch hölzerne Pritschen zum Schlafen (von Betten keine Rede).

„Fünf Werst entfernt vom Dorf Tokuschi arbeiten beim Unternehmer Kusujetzoff auf einer 10 Werst langen Strecke 2000 Arbeiter, für die keine einzige Baracke errichtet ist. In einem mehr befriedigenden Zustande befinden sich die Baracken dort, wo die Arbeiten nicht an Unternehmer vergeben sind, sondern in eigener Regie des Staates betrieben werden.

„Die Arbeiter müssen sich selbst verpflegen, aber in Folge der großen Entfernung von bewohnten Plätzen ist ihnen der Einkauf der Nahrungsmittel meist sehr erschwert; aber auch wo sie Händler in der Nähe finden, haben sie Schwierigkeiten beim Einkauf der Lebensmittel, weil die Lohnzahlung vielfach um eine ganze Woche nach dem Zahltag verschoben wird: so zum Beispiel beim Unternehmer Kusujetzoff. Die Arbeiten waren bei Kusujetzoff, zur Zeit der Besichtigung durch die Kommission, auf eine Strecke von 10 Werst (11 Kilometer) ausgedehnt, dabei gab es auf 2000 Arbeiter nur zwei Aufseher. Deshalb mußten die Arbeiter auf die Lohnzahlung drei bis sieben Tage warten, überdies waren sie gezwungen, zum Zwecke der Lohnzahlung in die Stadt Petropawlowsk zu gehen, eine Entfernung von 15 bis 25 Werst. Eine Menge Arbeiter bekundete vor der Kommission, daß sie seit zwei bis drei Tagen schon nichts gegessen hatten. Beim Brothändler traf hier die Kommission einen Haufen Kleidungsstücke, lauter Pfandstücke für verkauftes Brot. Die Arbeiter besaßen keine Empfangsscheine für die versetzten Sachen, auch wurden die einzelnen Pfandstücke durch nichts von einander unterschieden: es wird wohl schon jeder das Seinige herausfinden, so hieß es!

„Angeblich zum Nutzen der Arbeiter, aber thatsächlich zum Zwecke des Profitmachens, wurden von den Unternehmern neben den Baracken Magazine errichtet, in denen den Arbeitern Brot und gesalzenes Fleisch verkauft wurde. In einer Baracke erwies sich das Roggenbrot, 6 Pud (82 Kilogramm), als schlecht gebacken, zum Essen nicht gut geeignet, mit einem unangenehmen Geruch; es ähnelte mehr einem Lehmklumpen, als Brot. Das gesalzene Fleisch in derselben Baracke war an der Oberfläche schleimig, zum Gebrauch untauglich. In einem anderen Speicher fand man Mehl von schlechter Qualität — in Klumpen. Das Roggenbrot in diesem Speicher war auch von einer sehr schlechten Qualität und schlecht gebacken. Das Hirsenbrot in demselben Speicher ist ganz schwarz, knirscht unter den Zähnen und schmeckt ganz widerlich.

„Gekocht wird in der freien Luft. Die Küche besteht einfach aus Kesseln, die in die Erde hineingegraben sind und unter denen sich eine Oeffnung zum Heizen befindet. Bei der Besichtigung fand man in den Kesseln eine Art chokoladenfarbige Brühe, die, nach Mittheilung der Arbeiter, das Wasser ist, in dem die Nahrung gekocht wird. Dieses Wasser erhält man aus einem Brunnen, der voll Schlamm ist.

„Nicht weit von Petropawlowsk fand die Kommission bei einem anderen Unternehmer 50 Pud (840 Kilogramm) zum Gebrauch gänzlich untaugliches Sauerkraut und 2 Pud verdorbenes Fleisch.

„Um die Arbeiter mit Trinkwasser zu versorgen, befindet sich neben jeder Baracke ein Brunnen. In einem derselben ist das Wasser so bitter, daß man es unmöglich trinken kann, und da es in der Nähe nicht einmal einen Sumpf giebt, so leiden die Arbeiter furchtbar unter dem Wassermangel, so daß ihnen, wie sie sich ausdrücken, vor Durst die Kehle vertrocknet. In einem anderen Brunnen giebt es wenig Wasser und man benutzt das Wasser aus einem Sumpfe; bei der Besichtigung dieses Wassers, das von einem Arbeiter in Fässern gerade vorbeigefahren wurde, erwies es sich als chokoladenfarbig, gänzlich undurchsichtig. An einem anderen Orte fand man das Trinkwasser für die Arbeiter in Petroleumfässern, mit einem starken Petroleumgeruch; in diesem Wasser schwammen ekelhafte Insekten, weshalb der Geschmack desselben von der Kommission nicht bestimmt wurde. Auf der ganzen Eisenbahnbau-Strecke hat es die Administration den Arbeitern selbst überlassen, das Wasser an die Arbeitsstätte zu bringen, die vielfach sieben und mehr Werst von der Wasserquelle entfernt ist. Selten nur kommt auf die Strecke der staatliche Wasserwagen, der aber auch nicht im Stande ist, die genügende Quantität Wasser zu liefern. Wenn zwei bis drei Fässer per Tag für 2000 Arbeiter (wie bei dem Dorf Takuschi) gebracht werden, so ist dies mehr eine formelle Erfüllung des Gebots, als eine wirkliche Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses der Arbeiter. Nirgends hat die Eisenbahnverwaltung für Wasserbehälter gesorgt, die einen genügenden Wasservorrath enthalten könnten, so daß das Wasser, wenn es zugeführt worden ist, sofort von den Arbeitern in die kleineren Gefäße, welche sie selbst besitzen, vertheilt werden muß — wer seinen Wasservorrath ausgetrunken hat, der bleibt folglich ohne Wasser. Weil es in der Nähe der Eisenbahnstrecke keinen See und vielfach nicht einmal Sümpfe giebt, so verschaffen sich die Arbeiter das Wasser aus Löchern, die sie in die feuchte Erde graben."

Als Gegenstück zu dieser sanitären Trostlosigkeit versteht es sich wohl schon von selbst, daß die ärztliche Hilfe sehr mangelhaft organisirt sein muß. „Beim Dorf Tokuschi, wo über 2000 Personen arbeiten, erklärten die Arbeiter vor der Kommission, daß sie kein einziges Mal den Arzt oder seinen Gehilfen, den Feldscheer (Chirurgen) auf der Linie gesehen haben. ... Es giebt hier keine Maßregeln zur Wahrung der gesellschaftlichen Sicherheit (d. h. der sanitären Sicherheit)", sagt der offizielle Bericht. Kein Wunder, daß unter den Arbeitern besonders Fieberkrankheiten furchtbar um sich greifen.

Die Lohnverhältnisse entsprechen den sanitären Verhältnissen.

Es wird durchweg gezahlt für 1 Kubik-Saschene, d. i. 9,7 Kubikmeter ausgegrabener Erde 1 Rubel 10 Kopeken bis 1 Rubel 20 Kopeken, d. i. 2,20 Mark bis 2,40 Mark, wobei der Arbeiter sich selbst verköstigen muß!

Doch davon wird noch abgerechnet bei jenen Arbeitern, die mit den Werkzeugen der Verwaltung arbeiten, und das sind die meisten, 10 Kopeken per Kubik-Saschen — bleibt 2 Mark bis 2,20 Mark für fast 10 Kubikmeter.

Allein glücklich kann sich derjenige Arbeiter preisen, der auch wirklich so viel bei der Auszahlung erhält. Denn die Arbeiter werden bei der Auszahlung auf eine horrende Weise übervortheilt.

Zunächst ist der Arbeiter selbst gar nicht im Stande, zu bemessen, wie viel ihm für seine Arbeit zukommt. „Wir hatten selbst Gelegenheit, der Arbeitsabrechnung beizuwohnen", erzählt ein Mitglied der Kommission: „Die Arbeiter gaben sich alle Mühe, auszurechnen, wie viel Kubik-Saschen sie gefördert hatten, kratzten sich dabei in Verlegenheit den Kopf und konnten doch nicht einmal ungefähr das Ergebniß bestimmen, so daß sie sich schließlich auf das Gewissen des Herrn Aufsehers verlassen haben. Es ist Samstag Abend: in großer Hast manipuliren die Aufseher mit ihren Maßstäben, schreiben eilig die Zahlen in ihre Notizbüchlein ein und laufen von einer Arbeitsstelle zur anderen. Erst im Komptoir, nachdem er das Geld in die Tasche gesteckt hat, grübelt der Arbeiter darüber nach, wie viel er eigentlich erhalten habe."

Wenn schon auf diese Weise Uebervortheilungen der Arbeiter bei der Ablöhnung Thür und Thor geöffnet sind, so begnügen sich die Unternehmer damit doch noch nicht. Die Kommission fand auch, daß die Maßstäbe eigens so eingerichtet sind — zum Theil dehnbar — daß sie das Betrügen der Arbeiter ermöglichen.

Die Kommission berichtet über einen ihr zur Kenntniß gekommenen Fall, wo einem Arbeiter auf diese Weise statt 17 Kubik-Saschen nur 14 berechnet wurden.

Aber nicht einmal zu solchen mehr oder weniger raffinirten Manipulationen brauchen die Unternehmer zu greifen, um an dem knappen Lohn der Arbeiter noch etwas abzuzwacken. Sie zahlen einfach, wann sie wollen und wie viel sie wollen. „Die Kosaken Pletnikoff und Sjedelnikoff wurden von einem Unternehmer beauftragt, eine Erdhütte wegzuräumen, wofür sie 20 Rubel 90 Kopeken bekommen sollten. Nachdem sie diese Arbeit gemacht hatten, erhielten sie vom Unternehmer nur 12 Rubel 75 Kopeken, mit der Motivirung, daß die Herren Ingenieure sich in der Bestimmung der Trace der Eisenbahn getäuscht hätten und diese jetzt geändert werden müsse!"

Begünstigt werden alle diese Machinationen durch den Mangel an irgend welchen Ausweisen über die Arbeiten und die gezahlten Löhne. „Die Arbeiter erklärten, daß der Unternehmer P. sie stark bei der Auszahlung übervortheile. Die Richtigkeit dieser Angaben zu prüfen, war der Kommission unmöglich: die Arbeiter erhielten von P. keine Ausweise, und er selbst macht keine Einschreibungen."

Und gegen all diesen Druck, gegen diese schamlose und brutale Ausbeutung können die Arbeiter nichts machen. Der protestirende Arbeiter steht, wie es im Bericht heißt, vor dem Dilemma: entweder sich unterwerfen oder hinausgeworfen zu werden. „Es giebt hier von Leuten, wie Ihr seid, die schwere Menge, die alle nach Arbeit drängen", sagen die Unternehmer; „Der Hunger ist keine milde Tante" (russisches Sprichwort).

„Der Hunger ist keine milde Tante" — das ausgehungerte russische Bauernthum bildet die proletarische Masse, an der sich der russische Kapitalismus in der Kunst der „ursprünglichen Akkumulation" übt.* h.

---

* Ein sprechendes Gegenstück zu dieser Schilderung bietet uns eine Notiz in der russischen, sehr „gutgesinnten" Zeitung „Nowoje Wremja", die uns ein Leser aus Asien zugesandt hat. Sie lautet:

„Ein den Worten des ‚Juschanin' nach kompetenter Seemann war Augenzeuge des Zusammenstoßes der Dampfer ‚Kotzebue' und ‚Potemkin' auf dem Schwarzen Meere, einem Zusammenstoße, der nur Dank der Selbstaufopferung des Mechanikers des ‚Potemkin' und der Geistesgegenwart seines Kapitäns nicht mit dem Untergange dieses Dampfers gleich der

Literarische Rundschau.

Die Prostitution vor dem Gesetz. Ein Appell ans deutsche Volk und seine Vertreter, von Veritas. Leipzig, Robert Claußner. 36 S. 8°.

„Veritas" — wozu die Anonymität? — ist gegen jede sitten- oder sanitätspolizeiliche Reglementirung der Prostitution, hält ihre Unterdrückung für unmöglich, ihre völlige Freigabe für unthunlich und empfiehlt daher:

1. Aufhebung des Kontrollsystems mit seinen obligatorischen ärztlichen Untersuchungen.

2. Allmälige Schließung der schon bestehenden und Aufhören des Konzessionirens neuer Bordelle.

3. Strenge Bestrafung von Kuppelei und Zuhälterthum.

4. Auferlegung der Alimentationskosten für uneheliche Kinder, sobald die Mutter sich nicht in der Lage ausweisen kann, dieselben zu beschaffen, auf den Vater.

5. Bestrafung desjenigen, der eine Geschlechtskrankheit, an der er leidet, durch Coitus weiterträgt, „ohne Unterschied des Geschlechtes und des Standes", nach § 223 des Reichsstrafgesetzbuches (vorsätzliche Körperverletzung, die mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft wird). Die Verfügung einer Geldstrafe an Stelle der Gefängnißstrafe ist in diesen Fällen unzulässig. Die angesteckte Person ist berechtigt, selbst oder durch den sie behandelnden Arzt den Fall zur Anzeige zu bringen, der Arzt verpflichtet, der Aufforderung zur Anzeige nachzukommen. Falls der der verursachten Ansteckung Beschuldigte leugnet, ist seine zwangsweise ärztliche Untersuchung zu verfügen.

Diese Bestimmungen sind als die Grundlinien eines von der Medizin und Rechtswissenschaft weiter auszubauenden Systems zu betrachten, und „Veritas" glaubt, daß nur durch Befolgung des in ihnen andeutungsweise vorgezeichneten Weges „der Staat der ihm von der sozialen Moral und den Interessen der Gesammtheit gestellten Aufgabe gerecht zu werden vermag: die individuelle Freiheit bis an die Grenze zu schützen, wo das Individuum seine Freiheit dazu mißbraucht, Anderen Schaden zuzufügen".

‚Viktoria' endete. Dieser Augenzeuge erläutert in der obengenannten Zeitung (dem ‚Juschanin') die Ursache dieser Kollision.

„Die Hauptursache derselben, sagt er, sei die allgemeine Krankheit aller industriellen Unternehmungen — die Uebermüdung der Angestellten, die Aussaugung der Arbeiter bis auf ihre letzten Kräfte, bis zur Neige, des Profits halber, was für eine so solide Gesellschaft wie die ‚Russische Gesellschaft für Dampfschiffahrt und Handel' mehr als unverzeihlich ist. Ich bitte Sie, kein Fuhrherr wird es je wagen, seine Knechte, oder auch nur seine Pferde so zu quälen, wie es unsere ‚Gesellschaft für Dampfschiffahrt und Handel' des Profits wegen thut. Ein und dieselbe Besatzung, ein und derselbe Kapitän und seine Gehilfen machen sowohl die Tages-, wie die Nachttouren. Man muß bemerken, daß sowohl die Zahl der Offiziersstellen, wie auch die Stärke der Mannschaft auf den Schiffen eine äußerst beschränkte ist. So findet man auf diesen Dampfern während der Fahrt keinen einzigen überflüssigen Mann: ein jeder hat seine Arbeit, der er unabläßig obliegen muß. Welche Art Arbeit kann demnach unter solchen Bedingungen bei einer Arbeitszeit von fast vierundzwanzig Stunden geleistet werden? Es ist selbstverständlich, daß der Kapitän, seine Gehilfen und die Besatzung über ihre Kräfte arbeiten, übermüdet werden — kann man ihnen unter diesen Umständen einen Fehler oder ein Versehen als Schuld zurechnen? Es ist doch klar, daß Jedermann, mit Ausnahme der ‚profitsüchtigen' Gesellschaft, einsehen wird, daß der geringfügigste Fehler hierbei die furchtbarsten Folgen nach sich ziehen und zehn, ja hundert Menschenleben kosten kann."

Die „Nowoje Wremja" fügt diesem Zitat aus dem „Juschanin" hinzu:

„Es ist klar, daß, wenn die zu Schaden gekommenen Passagiere Schadenersatz von der Gesellschaft verlangen, es für diese vortheilhafter sein wird, die geforderte Summe zu zahlen, als die Zahl ihrer Angestellten zu vergrößern."

Besonders von der fünften Bestimmung verspricht sich „Veritas" sehr viel, sie ist ihm oder ihr „die wichtigste aller Schutzmaßregeln der sexuellen Hygiene", indem sie allein es dahin zu bringen vermöchte, daß syphilitisch Kranke sich veranlaßt fühlen würden, „eine im Interesse der Gesammtheit als unerläßlich zu fordernde Selbstbeherrschung zu üben"; denn diese, die den Geschlechtsgenuß „nur bei dem Bewußtsein völliger (sexueller) Gesundheit sich gestattet", sei allein geeignet, eine Verringerung, vielleicht allmälig völlige Ausrottung der furchtbaren Syphilis-Seuche erzielen zu können. —

„Veritas" scheint nicht zu wissen, daß nach dem Reichsstrafgesetzbuch schon heute, wie die vorsätzliche, so auch die „fahrlässige" Propagirung der Syphilis verfolgt und, je nachdem, mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft werden kann. (Vergl. §§ 223 und 230, sowie die Kommentare von Weiß und Rüdorff.) Allerdings tritt bei fahrlässiger Ansteckung Verfolgung nur auf Antrag des Beschädigten ein, und dies mag mit ein Grund sein, weshalb man nie von Verurtheilungen auf Grund des betreffenden Paragraphen hört. Prostituirte, die unter polizeilicher Kontrolle stehen, werden freilich schon kurzer Hand, sobald sie als krank befunden werden, abgestraft, aber für das übrige Publikum ist der Paragraph todter Buchstabe, theils weil es ihn oder seine Tragweite in dieser Hinsicht nicht kennt, dann aber auch, weil es, soweit es ihn kennt, aus konventionellen Rücksichten keinen Gebrauch davon machen mag. Und das würde kaum wesentlich anders werden, wenn der Paragraph im Sinne von „Veritas" erweitert würde.

Man kann das nicht einmal bedauern, denn die Ungerechtigkeiten der heutigen Kontrollirung der gewerbsmäßigen Prostitution würden nicht nur nicht beseitigt, sondern im Gegentheil noch verschärft werden. Die Prostituirte weiß in den wenigsten Fällen, wem sie die Ansteckung verdankt, die Männer, die zu Prostituirten gehen, können das hundertmal leichter feststellen. Die Prostituirte wird — auch wenn sie durch Leichtsinn Prostituirte geworden — durch die Noth getrieben, ihren Körper ohne Rücksicht auf seinen Zustand zu verkaufen; den Mann, der sie infizirt, leitet in neunundneunzig von hundert Fällen nichts als sein Sinnenkitzel, die Krankheit weiter zu verbreiten. Und gerade er würde fast immer frei ausgehen. Daneben aber würde der Denunziationswuth rachsüchtiger Individuen beider Geschlechter Thür und Thor geöffnet, das Opfer der Verworfenheit Anderer in die Gefahr versetzt, dessen beschuldigt zu werden, was an ihm verbrochen wurde.

Kurz, dieses Mittel würde nichts bessern, aber zusammen mit der Aufhebung der sanitären Kontrolle sehr viel verschlechtern. Dr. A. Blaschko hat in dieser Zeitschrift festgestellt, daß die wöchentliche sanitäre Untersuchung der gewerblichen Prostituirten in Berlin die geschlechtlichen Erkrankungen unter denselben in drei Jahrzehnten von 108 auf 27 Prozent im Jahr herabgesetzt und ebenso die venerischen Erkrankungen in der übrigen Bevölkerung erheblich vermindert hat.* Das ist doch eine Thatsache, über die man sich nicht hinwegsetzen darf. Gewiß, „Veritas", der sich an anderen Stellen seiner Schrift als Sozialist zu erkennen giebt, hat Recht, es widerstrebt dem Gleichheitsgefühl, daß die Frau, die sich verkauft, untersucht werden soll, und der Mann, der sie benutzt, nicht. Aber zwischen diesen Beiden liegt die Sache nicht so gleich, wie er meint. Die gewerbsmäßige Prostituirte, aus welchen Gründen oder Veranlassungen immer sie ihren Beruf ergriffen, treibt ihn nun einmal und geht in derselben Zeit ungleich mehr geschlechtliche Verbindungen ein (in vielen Fällen hundertmal mehr) als der Mann, der sie besucht. Sie ist also in der Lage, entsprechend mehr Personen anzustecken, als dieser. Sie wird auch nicht nur in Rücksicht auf das persönliche Wohl ihrer Besucher untersucht, sondern aus Gründen allgemeiner Hygiene, da diese eventuell den Krankheitsstoff weiter tragen. Es ist ein Stück Ungleichheit in der Behandlungsweise da, aber es ist nicht so groß, als es die bürgerlichen Feinde aller Ueberwachung der Prostitution darstellen, und es erscheint uns viel richtiger, gegen die allgemeine staatsbürgerliche Ausnahmestellung der Prostituirten sich zu wenden, als gegen die sanitätspolizeiliche Ueber-

* Siehe „Neue Zeit", 10. Jahrgang, 2. Band (1891/92), S. 169.

wachung. Mit anderen Worten, diese Letztere ist so einzurichten, daß ihre ganze Handhabung ausschließlich die Form einer hygienischen Maßregel annimmt, sie ist, wie Dr. Blaschko a. a. O. vorschlägt, von den Polizeigebäuden in die Krankenhäuser zu verlegen ꝛc. ꝛc.

Von ebenfalls sehr zweifelhaftem Werth ist die Forderung der strengen Bestrafung von „Kuppelei und Zuhälterthum". Niemand wird Sympathie für die Personen empfinden, die sich diesen Geschäften ergeben, aber unter beide Begriffe läßt sich sehr vieles einreihen, und die rigorose Auslegung derselben läuft in der Praxis auf verstärkte Drangsalirung der Prostituirten hinaus. Wenn man z. B., wie es schon geschehen, die bloße Vermiethung von Zimmern an Prostituirte für strafbare Kuppelei erklärt, so nöthigt man diesen nur die Zahlung einer Risikoprämie an diejenigen auf, die ihnen Unterschlupf gewähren, ausgerottet ist die Prostitution auf diese Weise nicht worden. Aehnlich beim Zuhälterthum.

Genug, die Maßregeln, die „Veritas" vorschlägt, um in der heutigen Gesellschaft die Uebel der Prostitution zu vermindern, wollen uns nicht als sehr zweckmäßig erscheinen. Er hat sich offenbar durch die Schlagworte der Frauenrechtler und der muckerischen Gegner der sanitären Ueberwachung der Prostitution blenden lassen. Dabei steckt ihm aber außerdem der Polizeistaat noch im Blute. Und so nimmt er den Prostituirten, die auch er in ihrer Mehrheit als Opfer der heutigen Wirthschaftsordnung betrachtet, mehr als er ihnen giebt. Er will sie von einer vermeintlichen Ungerechtigkeit befreien und beschwört dafür viele schlimmere Ungerechtigkeiten auf sie herab. So gern wir daher die Herzenswärme, die aus seiner Schrift spricht, anerkennen, können wir doch nur wünschen, daß sein „Appell an das deutsche Volk und seine Vertreter" bei diesen kein Gehör finde. —en.

Notizen.

Ueber die Schaffung und Vermehrung eines landwirthschaftlichen Proletariats durch die preußische Bauernbefreiung haben wir neuerdings, besonders seit Knapp's Vorgang, eine Menge Material erhalten. Einige neue Thatsachen finden wir in den Neumann'schen Aufsätzen „Zur Lehre von den Lohngesetzen" (in Conrad's Jahrbüchern 1892 und 1893).

Nur der „spannfähige" Bauer — und auch dieser nicht immer — wurde bekanntlich durch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung zum freien Landeigenthümer erhoben, wenn auch unter starken Einbußen an Land und Geld. Der „nichtregulirbare" Besitz hingegen stand nach der Deklaration von 1816 in jeder Beziehung schlechter da wie vorher; er wurde wie freies Pachtland behandelt, dessen Eigenthümer der ehemalige Grundherr war, für den nun alle früheren Verbote der Einziehung solcher ländlichen Stellen fielen. Und nicht nur jedes Verbot fiel hinweg, sondern die neugeschaffene Situation schuf auch die denkbar stärksten Anreize, den alten Kleinbauern ihr „Pacht"land zu nehmen: nur als Besitzlose waren sie das immer bereitstehende, widerstandsunfähige Arbeitermaterial, das der Gutsbesitzer für seinen Betrieb brauchte, nachdem ihm die Zwangsarbeit der Hintersassen nicht mehr zur Verfügung stand. „Selten nur" — heißt es 1850 in einem Bericht der Regierung in Marienwerder — „selten nur kommt der Fall vor, daß die nicht regulirungsfähig erachteten Besitzer sich im Besitze der betreffenden Stellen erhalten haben." Auf den bäuerlichen Höfen finden wir bald Schaaren von „Losleuten", die, selber besitzlos, blos zur Miethe wohnen; überall auf den großen Gütern wuchsen neue Insthäuser empor, um das neue Ackerbauproletariat in Beschlag zu nehmen.

Neumann berechnet nach den Angaben, die für einzelne Kreise vorliegen, daß die ganze damalige Provinz Ost- und Westpreußen zwischen 1825 und 1859, also in etwa 35 Jahren, 12—13000 nichtspannfähige Käthner- und Büdnerstellen verloren haben müsse. „Natürlich sind diese Zahlen nicht genau. Es ist ihnen zufolge aber durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Verlust ein noch größerer war, als es

scheint." Die Zahl der Tagelöhner, schrieb Fahrenheid 1839, „ist ins Unglaubliche gestiegen und mit ihnen die Zahl der Armen". Hatte es auf den großen Fahrenheid'schen Gütern und Dörfern im Darkehmer Kreise nach dem Klassensteuer-Ausweis von 1823 im Ganzen 76 Losleute gegeben, so waren ihrer 1835 schon 109 zu dieser Steuer veranlagt. „Und es wurde schon damals der Streit um die Ernährung dieser, als Armer, zwischen den einzelnen Domänen und Kommunen mit etwa denselben Mitteln geführt wie heute."

Gerade mit Bezug auf Ostpreußen meinte dann Schubert 1847: Nun, da in den Höfen der Bauern, wo früher eine Familie gewohnt, nach ihrer Verarmung drei bis vier ihre Unterkunft finden mußten, zeigten sich bedrohliche Folgen. Verarmung erzeugt bei der Bildungsstufe des gemeinen Mannes gewöhnlich Erschlaffung und es folgte der Zustand sorglosen Hineinlebens in den Tag. Die zahlreiche Bevölkerung in den einzelnen Stuben der Bauernhöfe und der vermehrten Eigenkäthner vernichtete die Scham, verhinderte das Aufkommen jeder guten Hauszucht, gewöhnte den abgestumpften Menschen dem thierischen Verlangen der Unsittlichkeit ohne weiteres Bedenken sich hinzugeben.

„Es begann aber auch damals bereits, wie nicht minder leicht erklärlich, jenes Gravitiren der Löhne um den denkbar niedersten Stand, welches Anlaß gab, die „freie Arbeit" zu verwünschen und ihr gegenüber die „geschützte" in eine besonders günstige Beleuchtung zu bringen. Man beachte nur folgende Worte, die, auf ländliche Verhältnisse Ostpreußens zu Anfang dieses Jahrhunderts bezüglich, bereits lebhaft an Kämpfe erinnern, die die Gegenwart bewegen: „Wo früher" — heißt es da (Ostpreuß. Provinzialblätter 1834) — „die Erbunterthänigkeit ... bestand und durch selbige auch eine Verpflichtung auf dem Grundherrn ruhte, für den dauernden nothdürftigen Lebensunterhalt der in seinem Dienst ihre Kräfte verwendenden Arbeiter zu sorgen, glaubt man jetzt durch Aufhebung jenes Verhältnisses dieser Pflicht enthoben zu sein, weil das Gesetz solche nicht mehr befiehlt. Die anscheinend freie Stellung der ländlichen Arbeiter scheint dieses äußerlich zu entschuldigen, indem ja die Letzteren das Recht haben, die Bedingungen und den Lohn für ihre Leistungen mitzubestimmen und sie also selbst für ihr genügendes und ausdauerndes Auskommen sorgen können; sie haben anscheinend nicht nöthig, sich auf zu knappen Lohn einzulassen. Betrachten wir aber die Lage und die Verhältnisse unserer ländlichen Arbeiter näher, so ist dem nicht so.... Die Landwirthe können in der knappen Stellung ihrer Tagelöhner immer über die Grenzen der Billigkeit hinausgehen, ohne darum befürchten zu dürfen, daß nicht Abnehmer ihrer Tagelöhnerstellen da sein werden, und wenn, wie in den letzten zehn Jahren schon der Fall gewesen, hierüber noch gemeinschaftliche Verabredungen ganzer Gegenden stattfinden, nach welchen Keiner über einen einseitig festgesetzten Lohn seiner (?) Arbeit gehen will: so können die Arbeiter hiergegen nichts ausrichten. Sie müssen mit dem zufrieden sein, was man zu bieten gut findet, denn das tägliche Bedürfniß an Obdach und Nahrung treibt sie an, ihr Verhältniß zu nehmen, wie sie es finden. Selbiges steht also, wie früher bei der Erbunterthänigkeit, in der Gewalt ihrer Arbeitgeber, ohne daß diese dafür eine gesetzliche Verpflichtung haben, sie auskömmlich zu stellen, ohne (oder?) dauernd für ihre Beschäftigung zu sorgen. Der Vortheil ist offenbar nach wie vor auf Seiten der Grundbesitzer und Landwirthe."

Die Trennung großer Massen von ihren Produktionsmitteln und die daraus naturnothwendig entspringende Lage der neuen Gesellschaftsschicht tritt auch aus diesen Neumann'schen Mittheilungen in scharfen Umrissen hervor. Und um das Bild zu vervollständigen, wolle man sich erinnern, daß dieselben Gutsherren, die durch „gemeinschaftliche Verabredungen ganzer Gegenden" den Lohn kürzten, ihren Arbeitern ausdrücklich, und natürlich immer gesetzlich, jede gemeinsame Verabredung bei Kerkerstrafe untersagt hatten! —ms.

Feuilleton.

At-Davân.

Skizze aus dem sibirischen Leben von **Wladimir Korolenko.**
Deutsch von **Norbert Hoffmann.**

(Fortsetzung.)

VII.

Herr Kruglikow schlürfte den letzten Schluck Thee hinunter, stürzte das Glas um, legte ein Stückchen Zucker auf den Boden desselben und schob das Ganze von sich weg. Nach diesen Vorbereitungen schenkte er sich ein Gläschen mit Cognac voll und sah abermals durch dasselbe hindurch ins Licht. Ich bedauerte in diesem Augenblick, kein Maler zu sein und die verschiedenartigen Gefühle nicht darstellen zu können, welche gleichzeitig auf dem originellen Gesichte des At-Davân'schen Stationsschreibers zu sehen waren, das von den zerfließenden Unschlittkerzen beleuchtet wurde. Ein rundes Gesicht, aschfarbene, glattgekämmte Haare mit etwas wie einem Schopf vorne, ein in Koteletteform zugestutzter Backenbart, das Kinn ausrasirt. In den grauen Augen, welche aufmerksam durch das Gläschen ins Licht schauten, konnte man sowohl den Vorgeschmack von Befriedigung und den eitlen Stolz des seine Zuhörer interessirenden Erzählers lesen, als auch den aufrichtigen Schmerz eines zerstörten Lebens und brennender Erinnerungen. Er warf den Kopf zurück, schlürfte das Gläschen Cognac bis auf den letzten Tropfen aus, stellte es auf den Tisch, wischte sich den Mund mit einem zerknitterten Foulardtuch ab und begann zu erzählen:

„Die Biographie meines Lebens, geehrte Herren, ist sehr traurig.... Ein fühlender Mensch kann zuletzt Alles begreifen, andere aber lachen.... Uebrigens ist das Alles eins ..."

Er lächelte bitter, immer noch ein wenig gekünstelt — dann fragte er:

„Ist Keiner von Ihnen, geehrte Herren, jemals zufällig in Kronstadt gewesen?"

„Wo ist das?" fragte Kopylenkow.

„In der Nähe von Petersburg, zwei Stunden mit dem Dampfschiff zu fahren, eine Hafenstadt."

„Ich war manchmal dort", sagte ich unwillkürlich.

„Sie waren dort, Herr? In Kronstadt selbst, Herr?" Kruglikow hatte sich schnell nach mir umgewendet und seine Augen funkelten neubelebt.

„Ja, ich bin hingekommen, habe sogar einige Monate dort gelebt."

„Eine herrliche Stadt! Der Hafen, die Festung, die Stadtmauer — ein ‚Fenster nach Europa',* Herr — eine Prachtstadt, Herr, ein Stückchen Sankt Petersburg."

„Ja, eine schöne Stadt."

„Eine herrliche Stadt! Eine zweite solche Stadt, ja wo findet Ihr sie denn? Ich bitte Euch! Und ist es wahr, daß jetzt, wie mir ein durchreisender Offizier gesagt hat, in der Katharinenstraße ein eisernes Pflaster gelegt worden ist?"

„Ja wohl."

„Welche Pracht muß das sein!... Und der Landungsplatz, die Kaufhalle, die Paulsfestung, das Fort Konstantin? ..."

---

* Die Russen nennen Petersburg ein von Peter dem Großen nach Europa durchgebrochenes Fenster.

Er war ganz hingerissen. Auch meine Gedanken versetzten sich im Augenblick von der düsteren Lena fort, nach Kronstadt, wo ich als Student einige fröhliche Monate verlebt hatte.... Auch mich, sowie Kruglikow, hatten Erinnerungen gefangen genommen: es rauschte die Meereswoge, die mit jener der Newa zusammenfloß, es pfiff der Dampfer, der lange Damm erdröhnte unter den Hufen der Wagenpferde, welche die Passagiere der eben angekommenen Dampfer beförderten, Segelboote huschten dahin, Dampfer rauchten.... Weiße Kähne mit gleichmäßig geschwungenen Rudern, schwere Panzerschiffe, der Thurm einer lutherischen Kirche, die Straßen von den Kanälen der Docks durchschnitten, wo mitten unter den Häusern, gleich Walfischen, die weiß Gott wie in die Mitte einer Stadt gekommen waren, ungeheure Seefahrzeuge mit schweren Masten stehen, steinerne Häuser, Boulevards, Kasernen, der Glanz und Luxus des vornehmen Viertels einer Hauptstadt.... Dann abermals — ein Mastenwald auf dem blauen Himmelsgrund, der abschüssige Strand und das Brausen der Meeresbrandung... die blaue Ferne, die aufblitzenden Wogenkämme und die massiven, weit ins Meer hinausgebauten Forts... Wolken, Boote mit weißen Flügeln, ein leichtes Segelboot mit einem stark geneigten Segel, ein schweres Lastboot, das ächzend und knarrend die Wellen theilt und der ferne Qualm eines Dampfers, der dort, weit hinter dem Tolbukiner Leuchtthurm in die blaue westliche Ferne hinaussegelt... nach Europa!...

Diese Phantasmagorie zerstörte zuerst ein neues Donnern des gefrorenen Flusses; wahrscheinlich nahm der Frost gegen die Nacht bedeutend zu. Der Schall war so stark, daß er, obwohl er gemildert war, doch ganz laut durch die Wände des Stationsgebäudes hindurch gehört wurde. Es schien, als flöge irgend ein gigantischer Vogel mit ungeheurer Schnelligkeit unten am Flusse dahin und stöhnte.... Das Stöhnen kommt näher, schwillt an, zieht vorüber und verhallt mit dem schwächer werdenden Sausen der gigantischen Flügel allmälig in der Ferne.

Kopylenkow überflog ein nervöser Schauer, wonach er, wie das oft nach einem Erschrecken zu geschehen pflegt, sich verdrießlich an Kruglikow wandte:

„Nun also, was denn", sagte er ungeduldig, „bist Du aus dieser selben Stadt gebürtig oder woher sonst? Hast angefangen, so rede auch ordentlich weiter."

„Ja, Herr! ich bin von dort gebürtig", antwortete Kruglikow mit Stolz. „Auf der Saidacher Straße habe ich das Licht der Welt erblickt. Belieben Sie die Saidacher Straße zu kennen? Mein Vater besaß in dieser Straße ein eigenes Haus, vielleicht steht es noch heute dort. Mein Vater aber, das muß man sagen, hatte, obwohl er zu den Kommissariatsbeamten gehörte, doch eine einträgliche Stelle und verschaffte begreiflicherweise auch dem Sohne eine ordentliche Karriere. Für die Bildung war er gerade nicht sehr eingenommen und beschränkte sich auf die Anfangsgründe von Lesen und Schreiben; da ich aber selbst ein ordentlicher junger Mensch war, im Dienste sehr brauchbar und bei den Vorgesetzten im Hinblick auf meinen Vater gut angesehen, so stand ich auch, kann ich sagen, auf einer höheren Stufe.... Ja, Herr — nach dem Anfang meines Schicksals konnte man das nicht erwarten, was mich später getroffen hat. Ein heller Morgen und — ein trauriger Sonnenuntergang..."

„Lamentire nicht!" rief Kopylenkow in belehrendem Tone aus.

„Nun also hab' ich Euch gesagt, meine gnädigen Herren, daß mein Vater ein eigenes Haus auf der Saidacher Straße inne hatte. In derselben Straße aber, gegenüber, so ein wenig schräg hinüber, wohnte ein Kamerad meines

Vaters, auch einer vom Kommissariat, der, nachdem er ausgedient hatte, eine andere und noch viel einträglichere Stelle einnahm."

„Was denn für eine?" fragte ungeduldig Michael Iwanowitsch.

„Im Hafen, wo die Ausbesserungen und der Bau neuer Fahrzeuge für die Flotte stattfinden. . . . Der Gehalt war damals nicht besonders groß, sozusagen, aber die Nebeneinnahmen fielen dazumal sehr reichlich aus — es ging von selbst! Ihr könnt es daraus beurtheilen, daß die Leute selten einmal aus der Arbeit gingen, ohne eingewickelt zu sein. . . ."

„Was soll das heißen, weshalb?" fragte, nicht verstehend, Kopylenkow, der, trotzdem er Kenner der allerverschiedensten Erwerbsquellen war, diese Form nicht recht begreifen konnte.

„Das, seht Ihr nun, verhält sich so: Ein Fahrzeug der Kriegsflotte, das ist was Anderes als Eure kleinen Fahrzeuge. Schon das Aeußere: da ist der Panzer, die Takelung und alles Uebrige, aber die innere Einrichtung erst bedarf des theuren und feinen Materials. Was kosten nicht die Pracht, der Glanz, der Komfort, was die Möbel allein! Was liegen in den Materialmagazinen für Stoffe, Lyoner Sammte, englische . . . ganze Berge. . . . Jetzt stellt Euch vor: er muß aus der Kanzlei nach Hause gehen; er legt seinen Rock ab, nimmt ein Stück Seidenstoff, wickelt sich's um den Leib herum, zieht wieder seinen Rock an und geht fort. Kommt er nach Hause, so wickelt ihn seine Frau ab, wie irgend ein Spulchen, — so hat er's also gewonnen!"

„Ein schönes Kunststück! . . . Aber warum erwischt man sie nicht, beim Ausgang, mein' ich?"

„Wieso denn! Die Arbeiter untersucht man natürlich bei den Thüren, mit den Herren aber geht man doch anders um, weil sie Vertrauensposten einnehmen."

„Ja, ja, man kann schon was ausrichten . . . nur muß man gescheidt sein. Wenn einer gierig ist und kein Maß kennt, — der kann schön hineinfallen. Immerhin ist's ja Staatsgut!"

„Seid so gut und fahrt fort", unterbrach ich meinerseits, da ich sah, daß Kopylenkow schon anfing, sich von diesem Gegenstande hinreißen zu lassen.

„Seht Ihr, dieser Kamerad meines Vaters hatte ein Töchterchen, um zwei Jahre war sie jünger als ich, im achtzehnten Jahre stand sie, eine Schönheit! Und gescheidt. . . . Der Vater gewährte ihr Alles und sogar ein Student kam ins Haus, der sich mit ihrem Unterricht befaßte. Sie hatte selbst darum gebeten und so hat es der Vater dem geliebten Kinde nicht abgeschlagen. Es fand sich also ein Student, ein unterrichteter Mensch und gescheidt, und verlangte nicht viel, er lehrte sie . . ."

„Umsonst . . ." unterbrach Kopylenkow.

„Nun, Herr, war ich aber dieses Mädchens, der Rajsa Pawlowna, verlobter Bräutigam. Unsere Eltern waren Freunde, wir waren miteinander aufgewachsen und so hatten es die Väter mitsammen so ausgedacht, daß wir einander unfehlbar heirathen müßten. Auch wir unsererseits waren einander geneigt. Anfangs, wißt Ihr, war's Kameradschaft, wir pflegten miteinander zu spielen; später, da wurde es schon ernster. Von Seite der Eltern gab es kein Hinderniß und so waren wir in beständigem Verkehr miteinander. . . ."

„Da kam's zu einer Sünde?" sagte, der Erzählung vorauseilend, Michael Iwanowitsch.

„Keinerlei Sünde!" lehnte Kruglikow kühl ab, „nicht einmal in Gedanken, wir beide waren die reinen Kinder. Rajsa las gerne, so brachten wir eben damit den größten Theil der Zeit zu. Anfangs waren es verschiedene Helden und Ritter,

die uns interessirten. Wir lasen „Franzil der Venezianer", — eine rührende Geschichte! ... Unsinn natürlich, aber es gefiel uns; zum Beispiel die Markgräfin von Brandenburg, die Prinzessin von Bayern und daneben der wilde Seraskier ... Alles war so geheimnißvoll. ... Erhabene Personen, Herr, die um der Liebe und Treue willen immer zu kämpfen haben, immer dulden müssen. ... Freilich, wir waren junge Köpfe. Ich mußte natürlich meinen Dienst versehen, sie aber tummelte sich im Haushalt herum; sowie sie aber eine freie Minute hatte — schnell in ihr Zimmer, die Füße auf das Ruhebettchen gestreckt, sich in ein Tüchlein gewickelt und gelesen. Gegen Abend komme ich vom Dienst zurück und wir gehen Arm in Arm spazieren. Man weiß ja, was in Kronstadt für Spazierplätze sind: wir gehen auf die Festungsmauer, nach der Kaufmannshalle, schauen auf das Meer hinab. ... Sie erzählt mir da auch, was sie tagsüber gelesen hat. Sie plaudert und plaudert, dann wird sie nachdenklich.

„Siehst Du, Wasjenka", sagt sie, „was es auf der Welt für Liebende giebt. ... So müssen wir auch sein. Könntest Du zum Beispiel in der Versuchung die Treue bewahren? ... Wenn plötzlich so irgend ein wilder Seraskier sich an mich herannachte?"

Nun, ich meinerseits lache natürlich: „Ich kann schon", sage ich, „ich kann schon, aber wir brauchen das nicht, man wird uns vielleicht schon morgen nach dem Gebot der Eltern in der Kirche trauen. ..."

Ich lache, denn, ganz natürlich, ich gehe täglich in die Kanzlei und habe schon Weltkenntniß; sie aber ist ja ein Kind. ...

„Siehst Du dort", sagt sie, „das Segel, dort beim Leuchtthurm?"

„Ich seh's, es kommt ein Schiff aus der Fremde."

„Wie", meint sie, „wenn ein Seeräuber auf diesem Schiffe herankäme: er wirft sich plötzlich auf uns, verbrennt die Stadt, Dich durchbohrt er mit seinem Spieß, mich nimmt er gefangen. ..."

Sie erbebt selber, erschrickt, drückt sich an mich. Nun, ich beruhige sie abermals.

„Was fällt Dir ein, Gott helfe Dir! Das ist ja eine holländische oder englische Brigg mit Wolle beladen. Es gehen nicht wenige solcher Engländer auch jetzt in unseren Gassen herum. Freilich machen sie hin und wieder Lärm, aber dann ist auch die Polizei nicht weit. ..."

„Ja", sagt Rajsa, „unser Leben ist ein ganz anderes, sieh, auch der Student lacht immer, und mir", sagt sie, „ist so eigen trübe zu Muthe", und sie seufzt.

Nun, es kam schon die Zeit heran, da man an die Hochzeit denken mußte. Die Väter fingen an miteinander über die Mitgift Rücksprache zu halten. So und so, hieß es, ist die Liebe — Geschäft aber bleibt doch Geschäft. Einmal sagt mein Vater: Soll geheirathet sein, so soll's bald sein — da ist nichts hinauszuschieben! Ich, sagt er, gebe meinem Jungen sechstausend, wie viel giebst Du Deiner Tochter?

„Ich auch", antwortete Rajsas Vater, „giebst Du sechs, so geb' ich auch sechs."

„Nein", sagt mein Alter darauf, „das ist wenig! Denke selber drüber nach: mein Wassja kann heute oder morgen in eine höhere Rangsklasse versetzt werden, Deine Tochter aber bleibt immer, was sie jetzt ist; wie die Sache steht, wär's für Dich noch wenig zehntausend zu geben."

Ein Wort giebt das andere, sie kommen in Streit. Jener ist ein hitziger Mensch, dennoch war er auf achttausend schon eingegangen, aber mein Vater war

so, als hätte ihn ein Floh ins Ohr gebissen: er besteht auf seiner Forderung und basta. Er pfeift immer dasselbe Lied: er läßt nicht um eine Kopeke nach. Nun da wurde der Andere böse — hatte auch seine Mucken.

„Wenn's so ist", sagt er, „wenn Du Deinen jungen Hund um ganze viertausend über meine Rajsa erhebst, so werd' ich Dir schon zeigen, daß wir Dich nicht brauchen. Einem General geb' ich sie. Sie ist keine Partie für einen Gelbschnabel!"

„Da ist also die Sense auf einen Stein gestoßen", lachte Kopylenkow.

Kruglikow sah ihn mit einer Art Erstaunen an, als habe er nicht gut gehört, und fuhr fort:

„Ach, ach! so hat es also mit leerem Geschwätz angefangen. Es muß hier gesagt werden, daß unser Chef thatsächlich angefangen hatte, ein Auge auf die Rajsa zu werfen. Er war, sagen wir, kein richtiger General, da er noch nicht die Dienstjahre hatte; wir aber in der Kanzlei nannten ihn nicht anders als: Euer Exzellenz. Er selbst hatte es so angeordnet: Für Fremde, sagte er, bin ich vielleicht weniger als Oberst, für meine Untergebenen bin ich ein Gott und ein Zar!"

„Ei, sieh doch; wahrhaftig . . ." warf Kopylenkow abermals hinein.

„Er war schon bei Jahren, ein kinderloser Witwer, und dem Aeußern nach recht widerlich. Wie viel er sich auch um Mädchen aus gleichem Range beworben hatte — Niemand gab ihm seine Tochter. Nun, und da stach ihm die Rajsa in die Augen. Es machte ihm nichts, daß der Vater beim Kommissariat und viel niedereren Ranges war, als er, sie gefiel ihm sehr. Natürlich wußte sie nichts davon, umsoweniger, als ich schon als Bräutigam galt und dem Aeußern nach — 's ist längst vorbei — nicht übel war, wenn auch nicht groß von Wuchs, doch im Gesicht angenehm; ein Schnurrbärtchen, die Haare immer pomadisirt, wie ich auch sonst mich herauszuputzen liebte. . . . Ja, auch ihr Vater hatte anfangs diesen Freier gar nicht beachtet — es war ihm doch leid um die einzige Tochter. Nun aber, wie ihn der Zorn packte, stellte er sich auf die Hinterfüße, fing an zu poltern und verbot mir das Haus — dem General aber machte er Hoffnungen. — Ach! da begann bei uns auf der Saidacher Straße des Generals Kutsche herumzufahren. . . ."

Kruglikow's Augen wurden feucht, der Funke unter der Asche blitzte heller auf. Zu meinem Bedauern begoß er ihn mit einem neuen Gläschen Schnaps. Die Hand, welche das Gläschen emporhob, zitterte heftig, der Schnaps spritzte heraus und tropfte auf seine Piquéweste.

„Er aber kam immer öfter! Er fing schon an zu Fuß hinzugehen und ihr Geschenke zu bringen. Sie, die Rajsa, nahm nichts an, ich aber wußte davon nichts. Ich wagte mich nicht an ihre Schwelle — vor dem Vater hatte ich Angst und vor meinem Chef mußte ich mich hüten. Wie, wenn ich einmal plötzlich hingekommen wäre und er wäre dort gesessen, was hätte ich da gethan? So grämte ich mich ab." (Fortsetzung folgt.)

Mittheilung. Wir werden um Veröffentlichung folgender Zeilen ersucht: Für diejenigen, welche die langen Winterabende dazu benutzen wollen, ihre Kenntnisse um eine interessante Wissenschaft zu bereichern, dürfte die Mittheilung von Interesse sein, daß seitens des Berliner Vereins Stenographenschule unentgeltlich brieflicher Unterricht in Stenographie ertheilt wird. Alles Nähere durch den Vorsitzenden Clausen, Berlin SW., Teltowerstraße 37.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 9. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Bet- und Bußtage.

Berlin, 22. November 1893.

Im Kleinen spiegeln sich die Dinge oft schärfer als im Großen, und eine so „ideelle“ Erscheinung, wie der Bet- und Bußtag, der heute zum ersten Male im nördlichen Deutschland mit Ausschluß von Reuß älterer Linie und Mecklenburg-Strelitz gefeiert wird, enthält gleichsam in der Nußschale die ökonomische Geschichte von Jahrhunderten. Die bürgerlichen Blätter feiern den frommen Tag durch lange Leitartikel voll Salbung und — Profitwuth; seien wir nicht frivoler als sie und geben wir dem Bußtage auch, was des Bußtages ist!

Die Bet- und Bußtage sind thatsächlich eine kapitalistische Erfindung, ein täuschender Ersatz für die vielen fröhlichen Kirchen- und Volksfeste, die der wachsende Hunger nach Mehrwerth den Massen raubte. Nicht aus religiösen Gründen, nicht aus Abscheu vor der Abgötterei, wie die bürgerliche Geschichtsschreibung einschließlich ihrer namentlich von Hellwald vertretenen, scheinbar materialistischen Spielart meint, wurden die mittelalterlichen Heiligenfeste abgeschafft, sondern weil die ausbeuterischen Bedürfnisse des Kapitals gar nicht genug Massen von menschlichem Fleisch und Blut, Hirn und Muskeln und Sehnen zur gründlichen Auspumpung bekommen konnten. Für die Fülle des Lebens, die man den Massen nahm, warf man ihnen dann ein paar Buß- und Bettage hin: Tage der geistigen und leiblichen Zerknirschung, wie sie den Interessen der Ausbeuter und den Stimmungen der Ausgebeuteten entsprach.

Im Preußischen ging diese Entwicklung etwas langsamer vor sich als anderwärts, natürlich nicht aus irgend welcher volksfreundlichen Gesinnung der Herrschenden, sondern weil die ökonomische Entwicklung hier weniger drängte. Die sogenannte „märkische Reformation“ war überhaupt nichts Anderes als eine Generalplünderung der Kirchenschätze durch Joachim II., einen der größten Liederjahne, die je gelebt haben; um sich gleichzeitig katholische Geldquellen, so die gewaltige Tasche Kaiser Karls V. und die auch noch große Tasche des polnischen Königs Sigismund offen zu halten, änderte er am katholischen Kirchenwesen just nur so viel, als nöthig war, um den Schein eines „protestantischen Gottesstreiters“ zu gewinnen und als solcher in die Kirchen- und Klosterkassen einzubrechen. Er ließ also auch die katholischen Feiertage bestehen, zu deren Abschaffung in dem durchaus noch feudalen Lande nichts drängte. Erst als im

Anfange des siebzehnten Jahrhunderts kapitalistisch entwickeltere Landestheile entweder, wie einzelne rheinische Striche, an den Hohenzollernstaat fielen oder, wie das Erzstift Magdeburg, zunächst eine hohenzollernsche Sekundogenitur wurden, ging man ernstlich gegen die Marien-, Apostel- und Heiligenfeste vor. Damals fielen ihrer 54 auf einen Streich, wofür als magerer Ersatz vier Bet- und Bußtage bewilligt wurden.

Einen neuen Anstoß erhielt dieser „reformatorische Trieb" dadurch, daß fremde, namentlich französische und jüdische Kapitalien am Ende des siebzehnten Jahrhunderts in die Mark Brandenburg selbst einwanderten. Von 1696 an wurden die noch übrigen Feiertage nach und nach abgebröckelt, Mariä Lichtmeß, Mariä Heimsuchung, Mariä Verkündigung, Johannis- und Michaelistag, Drei-Königs-Tag u. s. w. Bis dann Friedrich II. in einem Edikte vom 12. März 1754 verfügte, in den beiden evangelischen Kirchen des Landes sollten überhaupt nur noch als Festtage gefeiert werden: Weihnachten, Ostern, Pfingsten, diese drei Hauptfeste an je drei Tagen, Gründonnerstag, Charfreitag, Himmelfahrt, Neujahr und endlich die vierteljährigen Bußtage. Nunmehr war der Kapitalismus in seiner ideologischen Verheuchelung aber schon so weit vorgeschritten, daß er, was thatsächlich eine stärkere Auspressung der Armen war, als eine den Armen bewiesene Wohlthat ausposaunte. Wie Junker Bismarck in unseren Tagen die Sonntagsruhe bekämpfte, weil sie den Arbeitern ein Siebentel ihres Einkommens nehmen würde, so erklärte der „aufgeklärte Despot" Friedrich dazumal, durch Einschränkung der Feiertage müsse den Armen die Gelegenheit gegeben werden, mehr zu verdienen und somit auf einen grünen Zweig zu kommen. In diesen Tricks des Kapitalismus glichen sich die beiden „Genialen" wie ein Ei dem anderen.

Wie für die evangelische, so sorgte Friedrich II. aber auch für die katholische Bevölkerung seiner Staaten. Er verhandelte eingehend mit dem päpstlichen Stuhle über die Verkürzung der katholischen Festtage; wie sehr ihm gerade diese Seite seiner landesväterlichen Fürsorge am Herzen lag, kann man schon aus dem kleinen Zuge abnehmen, daß er es sich ruhig gefallen ließ, in den betreffenden päpstlichen Breves an die katholische Geistlichkeit nicht rex, sondern supremus Dominator Borussiae genannt zu werden. Bekanntlich erkannte die Kurie das preußische, auf einem Raub an der katholischen Kirche begründete Königthum nicht an. Im Einzelnen können wir diese Verhandlungen hier nicht näher verfolgen; genug, in einem Breve vom 28. Januar 1754 willigte Benedikt XIV. unter gewisser Wahrung der kirchlichen Interessen in ungefähr dieselbe Einschränkung der Feiertage für die katholische Kirche ein, die gleichzeitig für die evangelischen Kirchen verfügt wurde. Nach dem Breve sollten alle Sonntage und 16 Festtage gefeiert werden, an 19 Feiertagen aber „zu arbeiten wegen Armuth dispensiret sein, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß die Schuldigkeit an denenselben die heilige Messe anzuhören verbleiben solle". Sechzehn Festtage außer den Sonntagen, das war fast genau dasselbe Maß für die katholische wie für die evangelische Kirche. Freilich blieb noch eine Schwierigkeit, nämlich die Festlegung der evangelischen und katholischen Feiertage durchweg auf dieselben Kalendertage, eine Schwierigkeit, die namentlich bei den Bet- und Bußtagen hervortrat, welche als eine spezifisch protestantische Einrichtung von der katholischen Kirche nicht anerkannt werden konnten. Sie half sich nach Möglichkeit und bis auf diesen Tag damit, die Bet- und Bußtage nicht als solche, sondern als irgend welche Heiligenfeste zu feiern. Zu erwähnen ist übrigens, daß sich die katholische Geistlichkeit, namentlich die niedere, wie so oft, auch diesmal volksfreundlicher erwies als der Papst, woraus sich nicht zum wenigsten die Thatsache erklärt,

daß sie so viel größeren Einfluß auf die Massen gewonnen hat, als die protestantische Geistlichkeit, die selten oder nie volksfreundlicher war als der König. Sie hielt trotz des päpstlichen Breves und des landesherrlichen Gebots an den 19 verbotenen Feiertagen fest, und vergebens machte Friedrich „Unsere Allerhöchste Willensmeinung dahin bekannt, daß an denen dispensirten Feiertagen durchaus keine complette divina weiter gehalten werden, vielmehr die Messe punkt 8 Uhr beendiget sein, die Landeseinwohner aber schuldig sein sollen, absolute zu arbeiten". Auch die Androhung „comminirter Bestrafung sowohl für die renitente Geistliche als auch die Landeseinwohner" half zunächst nichts; erst als die sofortige Amtsentsetzung über jeden Geistlichen verhängt wurde, der sich dem Verbote nicht fügte, wurde allmälig der königlich-päpstliche Wille durchgesetzt.

Dieser hartnäckige Widerstand machte es dem Könige rathsam, den Bogen nicht noch straffer zu spannen, soweit es sich um die katholische Kirche handelte. Aber für seine evangelischen „Unterthanen" ruhte seine landesväterliche Fürsorge nicht. Von den verbliebenen 16 Festtagen strich er am 28. Januar 1773 nicht weniger als die Hälfte: die dritten Feiertage zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten, drei Bußtage, Gründonnerstag und Himmelfahrt. Aber damit war die Grenze des ausbeuterischen Interesses auch erreicht oder selbst schon überschritten. Der Hunger nach Mehrwerth findet seine natürliche Schranke in der Unmöglichkeit, den Mehrwerth überhaupt erpressen zu können. So ungenirt der Kapitalismus mit der Religion umsprang, so wurde er doch bald mit der Nase darauf gestoßen, daß „dem Volke die Religion erhalten werden" müsse. In der Gegenwart ist dieser aus dem antagonistischen Charakter der kapitalistischen Wirthschaftsordnung entfließende Gegensatz mit Händen greifbar, und er tritt auch, wie wir noch sehen werden, an dem heutigen Bet- und Bußtage scharf hervor, aber bis zu einem gewissen Grade machte er sich schon am Ende des vorigen Jahrhunderts geltend. Besonders in dem neu erworbenen Schlesien entstanden nicht ganz unbedeutende Unruhen unter den Bauern, den Webern, auch unter den Breslauer Handwerksgesellen; vor Allem fürchtete man, wie es in einer Kabinetsordre heißt, die Friedrichs Nachfolger im Anfange Januar 1789 an den Feldmarschall Möllendorf richtete, „daß die alte Preußische Tapferkeit mit der bereits so tief gesunkenen Religion am Ende mitsinken werde.... Das fehlte nur noch, daß Ich durch die neumodischen Priester Mir sollte die Armée verderben lassen". Wöllner war gewiß, wie König Friedrich von ihm schrieb, „ein betriegerischer und Intriganter Pfafe", aber daß ein solches Subjekt zur Stellung des leitenden Ministers aufrücken konnte, wurzelte im letzten Grunde doch in der Wendung, welche die ökonomische Entwicklung nahm. Wenn nach Friedrichs eigenem, zwar erfundenen, aber seine Stimmung in den letzten Lebensjahren gut kennzeichnenden Worte mehr Religion ins Land geschafft werden mußte, so war Wöllner der rechte Mann am rechten Platze. Und wenn Friedrich einen feinen kapitalistischen Instinkt mit der Abschaffung der kirchlichen Festtage bewährte, so bewährte Wöllner einen nicht minder feinen kapitalistischen Instinkt, indem er gegenüber der rationalistischen Kritik durch Königliche Kabinetsordre vom 4. März 1789 gerade Christi Himmelfahrt als „für dessen Anhänger und treue Bekenner von vorzüglicher Wichtigkeit" wieder zum kirchlichen Festtage erheben ließ.

Dabei ist es denn geblieben. Das äußere Gerüst der kirchlichen Festtage durfte nicht weiter abgebrochen werden, wenn der Kapitalismus nicht selbst eine seiner Stützen zertrümmern sollte. Sein Hunger nach Mehrwerth war deshalb freilich nicht weniger unersättlich, und so half er sich in ebenso einfacher wie genialer Weise mit der immer stärkeren Einführung der — Sonntagsarbeit. Aber

bei alledem blieb ihm ein kirchlicher Feiertag doch ein schmerzlicher Dorn im Auge; nämlich der Bet- und Bußtag. Er ist allerdings nur der letzte kümmerliche Rest einer Fülle von frohem Leben, aber wozu denn überhaupt ein Festtag, der nicht durch das unbedingte Interesse der besitzenden Klassen geboten ist? Zudem hatte der alte Fritz noch ein menschlich Rühren gespürt, indem er von den früheren vier Bußtagen gerade den Frühlings-Bußtag bestehen ließ, der auf den Mittwoch nach Jubilate, genau zwischen Ostern und Pfingsten fiel. Welch Frevel, den arbeitenden Klassen einen freien Lenzestag zu gewähren, welch schnödester Frevel, dem junkerlichen Großbetriebe so in die Parade zu fahren! Die Junker hatten das dringendste Klassen-Interesse an der Beseitigung des Bußtages, aber sie sind auch die frömmsten Leute im Lande, und nach ihrer erhebenden Ansicht kann ja gar nicht genug gebetet und gebüßt werden. Somit verbanden sie das Nützliche mit dem Angenehmen und schoben der Bourgeoisie den Bet- und Bußtag freundnachbarlich ins Winter-, ins Weihnachts-Geschäft hinüber, wobei noch der für jedes wackere Junkerherz erfreuliche Vortheil abfiel, daß den arbeitenden Klassen ein leuchtender Maitag genommen und ein düsterer Novembertag untergeschoben wurde. Es versteht sich, daß bei diesem junkerlichen Quidproquo die idealsten Beweggründe vorrücken mußten, namentlich eine rührende Pietät gegen die deutsche Einheit, die einen gemeinsamen Bußtag verlange, der sich nur im Winter erreichen lasse. Dank den Weltreichen Reuß älterer Linie und Mecklenburg-Strelitz ist er nicht einmal für das nördliche Deutschland erreicht worden, ohne daß die Junker durch die Verfehlung ihres erhabenen Ziels sich an der Verlegung des Bußtags haben hindern lassen.

Die Bourgeoisie aber, die einmal wieder vom Junkerthum übertölpelt worden ist, schneidet ein süßsaures Gesicht — gemäß den zwei Seelen, die in ihrer Brust wohnen. Soll sie sich ruhig solch schmerzliche Lücke in ihr Weihnachtsgeschäft schlagen lassen, wo die Ausbeutung mit doppelter und dreifacher Dampfkraft betrieben wird? Aber darf sie bestreiten, daß die arbeitenden Klassen wenigstens einmal im Jahre gründlich beten und büßen müssen? Es ist höchst ergötzlich, zu beobachten, wie die frumben Leitartikel der bürgerlichen Presse sich heute schattiren je nach den Interessen, die hinter ihnen stehen. Die „Magdeburgische Zeitung", das führende Blatt der Provinz, in welcher die Interessen der industriellen Bourgeoisie eng mit dem landwirthschaftlichen Betriebe verknüpft sind, jubelt ihre schöne Seele in dem jauchzenden Hymnus aus: „Fürwahr, es giebt nichts Erhebenderes, als den Anblick eines betenden Volkes", während die „Vossische Zeitung", der heute neun bis zehn fette Inseratenbeilagen im Orkus verschwinden, sehr vernehmlich brummt, der Bußtag hätte auf einen Sonntag verlegt, d. h. ganz beseitigt werden müssen. Frömmigkeit sei eine sehr schöne Sache, aber das fromme England habe weniger Festtage als wir. Dabei weiß die Heuchlerin natürlich sehr gut, daß wenn England ein paar Festtage weniger hat, als Deutschland, dafür in England alle Fest- und Sonntage auch für die arbeitenden Klassen Ruhetage sind. Kaum ein anderes bürgerliches Blatt wüthet so grimmig gegen den „englischen Sonntag", als gerade die „Vossische Zeitung", wenn es sich um die gesetzliche Sonntagsruhe der deutschen Arbeiter handelt. . . . .

Der preußische Oberkirchenrath hat angeordnet, am heutigen Tage in allen Kirchen für den inneren Frieden, die soziale Versöhnung und ähnliche schöne Ziele zu beten. Ueber diese Gebete und ihren Erfolg maßen wir uns begreiflicherweise kein Urtheil an. Aber über die Geschichte des Bußtages wissen wir Einiges, und mit diesem Wissen haben wir nicht zurückhalten wollen, um auch an unserem Theile dies preußische Fest zu feiern, wie es fällt.

Skizzen zur Tabaksteuer.

Von **Unus.**

I. Miquel's Politik.

Eine nach der anderen packte Herr Miquel die Steuern aus seinem Sack aus. Zunächst kam die Tabakfabrikatsteuer, dann die Börsensteuer, dann die Weinsteuer; kleinere Steuern, die Frachtbriefsteuer, die Quittungssteuer, trippelten nach.

Die Tabaksteuer guckte zunächst ganz vorsichtig aus den dunklen Tiefen heraus — plumps, lag sie inmitten der erstaunten Menge. Die Presse warf sich begierig auf den leckeren Fraß. Sie kaute und kaute und kaut jetzt noch daran, obwohl sie lange Zeit hindurch nicht einmal wußte, was sie eigentlich im Mundwerk habe — denn man war bis vor Kurzem weder über den Betrag der Steuer, noch über die Steuersätze im Klaren. Allein darauf kommt es zwar Herrn Miquel sehr viel, aber der Presse sehr wenig an. Die Hauptsache ist für die letztere, daß ihre Kiefern arbeiten. Ich glaube, es waren die „Lustigen Blätter", die neulich die hübsche Karikatur gebracht haben: Posadowski dreht die Kurbel einer Wurstmaschine, Herr Miquel steht schmunzelnd daneben und bereitet Würste, lauter „Steuerprojekte", die eins nach dem anderen von einem mageren Hunde, „die öffentliche Meinung", verschluckt werden — schon ist dessen Magen übervoll, aber ununterbrochen strömen neue Wurstmassen aus der Maschine, deren Kübel mit breiiger Masse bis über die Ränder voll ist; noch einen Augenblick, und der Hund erstickt an seinem Fraß. Und das ist eben der „Witz" — daß die öffentliche Meinung des Bürgerthums sich übersättige.

Der Hund wird krepiren, zweifellos. Daß, nachdem jetzt die Militärvorlage angenommen ist, auch die Steuern zu ihrer Deckung geschaffen werden müssen, ist Jedermann klar. Daß diese Steuern keine direkten Einkommenssteuern, sondern indirekte Verbrauchssteuern sein sollen, liegt im Interesse und im Wesen der kapitalistischen Ordnung. Und daß diese Steuern auf den Konsumenten, auf den „kleinen Mann" abgewälzt werden, wer weiß es nicht? Die Zeitungsschreiber selbst wissen dies Alles am besten, und wenn sie sich begegnen, nachdem sie ihre papierenen Donner in die Welt geschleudert, lachen sie über einander. Aber es muß eben der Tam-Tam geschlagen werden. Der „kleine Mann" soll es vernehmlich *hören*, wie seine Interessen gewahrt werden.

Miquel jedoch lacht sich ins Fäustchen darüber, daß die bürgerlichen Schreihälse sich die Backen voll schreien. Er weiß, schließlich müssen sie sich doch fügen, und das Schreien jetzt ist nur ein Kunstmanöver, um die spätere Unterwürfigkeit als eine Ueberzeugungsthat, als eine Fügung vor dem Unvermeidlichen dem glaubseligen Spießer erscheinen zu lassen, der sich jetzt an den Großthaten seiner Getreuen erquickt, um dann desto bereitwilliger — sich den Bauch aufschlitzen zu lassen.

Ueberdies weiß Miquel ganz genau, worauf er zu rechnen hat. Nämlich, er rechnet auf dieselbe parlamentarische Majorität, die die Militärvorlage durchgebracht hat.

Daß mit den widerspenstigen *Sozialdemokraten* in dieser Beziehung nichts anzufangen ist, das weiß er als Staatsminister vielleicht noch besser, wie als gewesener Kommunist. Die Männer des *Zentrums* wären schon unter gewissen Umständen zu haben, allein er weiß, daß diese Braven jetzt zu viele Rücksichten zu nehmen haben, daß sie sich vor ihrer bäuerlichen Wählerschaft ziemlich in Acht nehmen müssen. Dann würde es aber auch das Zentrum über-

haupt nie so billig machen, es braucht Zugeständnisse und kann sehr impertinent sein. Auch wäre es nicht so leicht, mit ihm zu verhandeln, nachdem es soeben von Herrn Miquel selbst im preußischen Landtag auf eine so unangenehme Weise dupirt worden ist. Anders die Agrarier. Sie müßten eigentlich schon aus purer Dankbarkeit für die preußische Steuer- und Wahl-„Reform" Miquel einen Liebesdienst erweisen. Sie erhoben ihn auch zu „ihrem Mann".

Auf die Agrarier, auf die Nationalliberalen und auf den antisemitischen Kleinbürger ist auch der ganze Steuerplan berechnet.

Die Rücksicht auf die Agrarier machte es nothwendig, die neu zu schaffende Steuerlast womöglich in ein solches Gebiet zu verlegen, das die agrarischen Interessen am wenigsten berührt. Bei der intimen Verbindung der einzelnen Produktionszweige, die innerhalb der kapitalistischen Produktion besteht, war dies allerdings eine schwere Aufgabe. Miquel hat sie gelöst, indem er zum Hauptsteuerobjekt den Tabak wählte, so gut, wie sie überhaupt gelöst werden konnte.

Die Zuckerfabrikation, die Branntweinbrennerei, die Bierbrauerei, sie fußen alle in der einheimischen Landwirthschaft, anders die deutsche Tabakindustrie. Die deutschen Tabakfabriken beziehen ca. 60 Prozent des gesammten Rohtabaks, den sie verarbeiten, aus dem Auslande. 1890/91 wurde um 30 Prozent mehr Rohtabak eingeführt, als im Lande selbst gezogen. Dem genau entsprechend ist das Durchschnittsergebniß der letzten 30 Jahre. Nach der Tabakenquete bildet die unter Tabak bestellte Fläche nur 33 Hunderttausendstel (0,00033) des Gesammtareals des Deutschen Reichs.

Die Branntweinsteuer, die Zuckersteuer, die Biersteuer treffen den Landwirth nicht nur als solchen, sondern auch als Schnapsbrenner, Zuckerfabrikanten und Bierbrauer, d. i. als Industriellen, nicht so die Tabaksteuer, denn der Tabakbau ist in Deutschland von der Tabakfabrikation streng geschieden. Die Tabakfabrikation zählte 1877 (nach der Tabakenquete) unter 5774 Betrieben, die mit Gehilfen arbeiteten, nur 40, die wenigstens zum Theil auch selbstgezogenen Tabak verarbeiteten. Im Ganzen wurden 1877 durch sämmtliche Betriebe, mit und ohne Gehilfen, 1 920 490 Zentner Rohtabak verarbeitet, aber nur 3484 Zentner von dieser großen Summe, also ungefähr der 600ste Theil war von den Tabakbearbeitern selbst gezogener Tabak.

Noch wichtiger ist der Umstand, daß der deutsche Tabakbau ein richtiger Parzellenbau ist. Es kommen im Deutschen Reich auf einen Pflanzer durchschnittlich 11 Ar mit Tabak bebauter Fläche. Den größten Durchschnitt hat Mecklenburg mit 32,18 Ar und den geringsten Ostpreußen mit 0,29 Ar auf einen Pflanzer. Der Geldertrag der Tabakernte wird für 1890/91, nach Abzug der Steuer, auf 7,58 Mark von 1 Ar angegeben. Nach der Tabakenquete gab es 1877 unter 100 Tabakpflanzern 51,2, die Tabakbau in steuerfreiem Umfange (unter 6 preußischen Quadratruthen = 8,5 Quadratmeter) trieben, und 48,8, die steuerpflichtigen Tabakbau trieben. Unter diesen Letzteren war das prozentuale Verhältniß so:

8,5	Quadratmeter	bis	10	Ar	. . . . .	35	Prozent
10	Ar	=	20	=	. . . . .	30,9	=
20	=	=	50	=	. . . . .	25,6	=
50	=	=	1	Hektar	. . .	6,2	=
		Ueber	1	=	. . . .	2,3	=

Die Durchschnittsgröße des Betriebes war aber auch bei den Besitzern von über 1 Hektar nur ca. 2 Hektar. Diese hätten also unter den jetzigen Verhältnissen von ihrem Tabakbau im Durchschnitt eine Bruttoeinnahme (exklusive Steuer)

von etwa 1500 Mark. Ihnen gehörten aber nur 19 Prozent der gesammten Tabakbaufläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße des steuerpflichtigen Tabakbaues überhaupt war nach der Tabakenquete 22,9 Ar, die des steuerfreien 0,3 Ar, des gesammten Tabakbaues 11,3 Ar (1890/91 11,16 Ar).

Ueberdies, der Sitz des Tabakbaues befindet sich in den süddeutschen Staaten, vor Allem in Baden, — Ostpreußen und Westpreußen, Pommern und Posen, diese Hochburgen des Agrarierthums, zählen zu den bevorzugten Stammsitzen der Tabakkultur nicht.

So ist denn Alles glücklich zusammengefügt, um das patriotische Agrarierherz hoch zu stimmen. Da die Agrarier dabei nichts verlieren, so können sie Alles „opfern". Der Patriotismus ist gewahrt, die fiskalischen Interessen ebenfalls, und die Agrarier kostet es keinen Pfennig. Wenn Herrn Miquel einmal ein Denkmal gestellt wird, so soll daran auch folgendes Basrelief nicht fehlen: Miquel und die Agrarier sitzen im Indianerkostüm unter der deutschen Eiche und rauchen die Friedenspfeife, daneben in malerischen Gruppen die demüthigen Reihen der geprellten Raucher — Unterschrift:

Miquel rettet den Patriotismus der Agrarier
Anno 1893.

Komplizirter, als die Stellung der Agrarier, ist jene der industriellen Kapitalisten zu der Tabaksteuer. Die Tabakindustrie ist ein sehr bedeutender Produktionszweig, die Tabakindustriellen haben daher einen großen Einfluß, aber so weit reicht derselbe nicht, daß ihr Wille in dieser Frage ausschlaggebend wäre. Hier, wie überall, giebt es nur eine uneinige Einigkeit der Kapitalistenklasse. Wenn es sich darum handelt, zwischen direkter Besteuerung und Verbrauchssteuern zu wählen, wo also der Gegensatz zwischen Kapitalisten und Volk zu Tage tritt, da ist allerdings die Kapitalistenklasse einig; wenn es sich aber um die Frage handelt, welche Verbrauchssteuer gewählt werden soll, da tritt die Uneinigkeit zu Tage, und Jeder sucht den mehr oder weniger bitteren Trunk — denn ganz ohne Störungen verläuft die Einführung oder Erhöhung einer Verbrauchssteuer auch für die Kapitalisten nicht — an seines Nachbars Lippen zu führen.

Wie mächtig auch die Tabakindustriellen sind, so umfaßt die Tabakfabrikation doch nur 5,1 Prozent sämmtlicher Großbetriebe des Deutschen Reichs (mit über 50 Gehilfen, nach der Berufszählung 1882). Dann gehören die Tabakindustriellen mehr zu der Mittelschicht, als zu der haute volée des Großkapitals. Die Tabakfabrikation beschäftigt zwar sehr viele Arbeiter, allein dies nur aus dem Grunde, weil die maschinelle Technik hier noch nicht in dem Grade entwickelt ist, wie in anderen Produktionszweigen. Das Verhältniß der Motorenbetriebe zu den Betrieben mit Gehilfen ist z. B.:

in der Tabakfabrikation	=	3,4	: 100
„ „ Bierbrauerei	=	21	: 100
„ „ Branntweinbrennerei	=	60	: 100
„ „ Zuckerfabrikation	=	98	: 100

Daher kommt es, daß die Tabakenquete nur wenige (3) Fabriken aufführt, deren festes Kapital (Werth der Gebäude und Betriebsinventarien) über eine Million Mark beträgt, das Gros der von der Tabakenquete zur Kenntniß gebrachten Beispiele bewegt sich innerhalb der bescheidenen Summen von 10 000 bis 60 000 Mark, die größeren Betriebe besitzen 80 000 bis 300 000 Mark Grundkapital, und nur einige überschreiten diese Grenze.

Dazu steht die Tabakindustrie so ziemlich abgeschlossen innerhalb der kapitalistischen Volkswirthschaft da. Die Agrarier haben an ihr kein Interesse aus

Gründen, die wir schon in Bezug auf den Tabakbau erörtert haben. Mit den übrigen industriellen Produktionszweigen hat sie sehr wenig Berührung, und im Handelsgewerbe ist es die ganz abgesonderte Schicht der Tabakhändler, die mit ihr in Verbindung steht. Eine Getränkesteuer hätte z. B. den ganzen, im Volke sehr einflußreichen Beruf der Gastwirthe auf die Beine gebracht — etwas Derartiges ist bei einer Tabaksteuer nicht möglich. Tabakbau, Tabakfabrikation und Tabakhandel bilden zusammen ein Ganzes für sich innerhalb der kapitalistischen Produktion.

Es muß anerkannt werden, daß die Tabakindustriellen eine sehr rege Agitation gegen die Tabaksteuer entwickeln, allein es ist charakteristisch, daß die übrigen Kapitalistenkreise bis jetzt diesem Treiben ganz kalt gegenüberstanden. Die Presse geizt diesmal ganz besonders mit jenen so klangvollen und sonst, nämlich wenn sie ein Echo in der Kapitalistenklasse finden, so wirkungsvollen Worten, mit denen sie doch gewöhnlich so gern den Mund voll nimmt, als da sind: „Ruin der nationalen Industrie", „Gefährdung der Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt" ꝛc., und jammert nur um den „kleinen Mann". Aber auch die Tabakindustriellen selbst verweisen nicht so sehr auf die Schädigung der einheimischen Industrie, als auf die Interessen der Konsumenten und der Tabakarbeiter. Wir haben noch nirgends Berechnungen gefunden, inwiefern die deutsche Industrie oder der deutsche Export durch die neue Steuer geschädigt würden, wohl aber, wie viel Arbeiter entlassen werden müßten und wie sehr die Tabakfabrikate vertheuert würden. Und die Tabakindustriellen thun gut daran, das Hauptgewicht ihrer Agitation in die Arbeiterkreise zu verlegen, denn der Werth der deutschen Tabakproduktion ist verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend, der Export ist minim, und hauptsächlich auf der relativ großen Zahl der von dieser Industrie beschäftigten Arbeiter beruht die Macht der Tabakfabrikanten. So possirlich es auch ist, zu sehen, wie die Tabakfabrikanten den Wanderstab der sozialdemokratischen Agitatoren ergreifen und Arbeiter-Protestversammlungen abhalten, so ist dies doch fast das Einzige, was sie thun können.

Aber auch innerhalb der Tabakindustrie selbst giebt es verschiedene Interessentengruppen, so z. B. den Gegensatz zwischen Rauchtabakfabrikation und Zigarrenfabrikation. Beide streiten miteinander um den Konsumenten. Durch die Tabaksteuer wird zwar die Position beider erschüttert, aber die erstere liefert ein viel billigeres Fabrikat und ist deshalb eher im Stande, eine Steuererhöhung zu tragen. Bei der billigsten gangbaren Zigarre, der zu 3 Pfennig, stellt sich der Preis per Pfund auf 2,10 Mark; die verbreitetsten Sorten sind die zwischen 3 bis inklusive 5 Pfennig, das Pfund zu 2,10 Mark bis 3,5 Mark, — die billigste Sorte Tabak kostet (nach der Tabakenquete) 40 Pfennig, die verbreitetsten Sorten kosten zwischen 40 und 70 Pfennig (seit 1879 haben sich die Verhältnisse nicht so geändert, daß man die Zahlen nicht zu einem Vergleiche benutzen könnte). Nach der Einführung der neuen Steuersätze gestalten sich, unter Zugrundelegung der von den Fabrikanten gemachten Berechnungen, die Verhältnisse so:

Zigarrenpreise per Pfund	2,32	bis	4,43 Mark
Rauchtabak	0,53	=	0,78 =

Im ersten Fall müssen 22 bis 97 Pfennig per Pfund mehr bezahlt werden, im anderen 8 bis 13 Pfennig — und darauf, auf den konkreten Zahlenwerth, nicht auf das prozentuale Verhältniß kommt es hauptsächlich an. In dem Konkurrenzkampf, der nach der Einführung der neuen Steuer noch stärker entbrennen wird, hat die Rauchtabakfabrikation eine stärkere Position, als die Zigarrenfabrikation.

Es giebt aber auch einen allgemeinen Konkurrenzkampf innerhalb der Tabakindustrie, wie innerhalb jeder anderen. Daraus folgt, daß die zu erwartende Produktionsverminderung sich *nicht gleichmäßig* über alle Unternehmungen vertheilen wird, sondern die Einen ruiniren wird, währenddem sie manchem Anderen vielleicht sogar noch zu einer größeren Geschäftsblüthe verhilft. Die kapitalkräftigeren *Großproduzenten* aber sind diejenigen, welche die meisten Mittel und Möglichkeiten haben, im Konkurrenzkampfe den Sieg davonzutragen.

Die Kapitalistenklasse wird nicht im Mindesten durch die Jeremiaden der Tabakindustriellen in Aufregung versetzt; aber auch unter diesen Unglückspropheten selbst giebt es gar Manchen, der neben allen lauten Befürchtungen einer allgemeinen Geschäftsstockung auch seine stillen Hoffnungen hegt, daß *er* dabei profitable Geschäfte machen wird.

Bei dem großen Widerstreit der Einzelinteressen, der innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, besonders innerhalb der Kapitalistenklasse selbst herrscht, bei der Zerfahrenheit der kapitalistischen Politik, die unter dem Drucke der Arbeiterbewegung immer verworrener wird, sich jeden Augenblick festrennt, nicht mehr im Stande ist, sich feste Ziele zu setzen, sondern in jedem Falle einfach *den* Ausweg nimmt, den sie gerade findet, das thut, worauf sie durch die Verhältnisse gestoßen wird, werden in der parlamentarischen Vertretung die Interessen einzelner Gruppen, bezw. einzelner Landestheile mißachtet, es wird über sie schonungslos zur Tagesordnung geschritten, es sei denn, daß dies gerade diejenigen Gruppen sind, die momentan das Ruder in der Hand haben, — dann, allerdings, dann kommen sie am ehesten zur Geltung, mögen auch ihre Interessen denen der Allgemeinheit am meisten widersprechen. Dies wird sich diesmal bei der parlamentarischen Behandlung der Tabaksteuer, noch mehr aber bei der *Weinsteuer* zeigen.

An der Weinsteuer sind hauptsächlich die süddeutschen Staaten interessirt und in Preußen das Rheinland, dieser Hort des Zentrums. Hätte Miquel auf das Zentrum bei der Durchführung seiner Steuervorlage gerechnet, er hätte sicher den *Wein* nicht zum Steuerobjekt gewählt. Aber darauf kommt es ihm eben nicht an, sondern hauptsächlich auf die Konservativen und die Nationalliberalen. Er spielt hier das Uebergewicht Preußens den süddeutschen Staaten gegenüber aus, und so lange in den Gefilden der preußischen Junker keine Reben, sondern Runkelrüben wachsen, ist dies eine gute Rechnung.

Die *Börsensteuer* vollends ist dazu gewählt, um dem ganzen unappetitlichen Gericht als demokratische Sauce zu dienen. Es ist der Knochen, an dem der hungrige kleinbürgerliche Wolf sich mattwürgen soll. Es ist die Eselsbrücke für die antisemitischen Maulhelden.

Sie wäre übrigens nicht möglich, wenn der Kapitalismus noch freies Spiel hätte. Aber die Zeiten haben sich eben geändert, der Kapitalismus wird in all seinem Thun und Lassen von der Arbeiterklasse überwacht, er muß sich in Acht nehmen, und so wird er gezwungen, bei jedem neuen Angriff, den er von Staatswegen auf die Taschen des Volkes macht, dem Volke einen *Tribut* zu zahlen.

Wir sehen keinen Grund, weshalb die Kapitalisten, die agrarischen wie die industriellen, die Miquel'sche Steuervorlage zum Fall bringen sollten. Wohl aber giebt es Gründe, weshalb ihnen die Durchführung derselben wünschenswerth erscheinen muß. Diese Gründe sind negativer Natur. Nämlich, wenn diese Steuern abgelehnt werden, *was soll man sonst für welche wählen?* Es ist klar, daß, wenn die Tabaksteuer nicht durchkommt, eine andere Verbrauchssteuer, bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags, gewiß noch weniger Aus-

sichten auf Erfolg hat. Was thun? Die Regierung befindet sich in einer sicheren Lage und kann kaltblütig dem parlamentarischen Spiel zusehen: gehen die neuen Steuern nicht durch, so müssen die Matrikularbeiträge ihr aus der Klemme helfen. Dann wird die Lösung der Steuerfrage den einzelnen Staaten überwiesen. Aber dabei kommen die Kapitalisten viel schlimmer weg, so lange es keine deutsche Reichseinkommensteuer giebt, wohl aber Einkommensteuern in den Einzelstaaten.

Sollten aber die Steuervorlagen, was wir für unwahrscheinlich halten, dennoch scheitern, so müßte dies als ein entschiedener Erfolg der Sozialdemokratie bezeichnet werden. Es könnte nur unter dem Drucke des Volkswillens, aus Furcht vor der Sozialdemokratie geschehen, es wäre also ein weiteres Stück aufgezwungener Sozialpolitik.

Konservative, Reichspartei und Polen, Nationalliberale, Freisinnige Vereinigung und Antisemiten — dies sind die Kräfte, auf die Miquel rechnet, und demgemäß hat er seine Steuervorlagen, so gut es ging, eingerichtet.

Miquel ist der Held des Vereins für Sozialpolitik — man lese nur, wie er angesichts der preußischen Steuerreform von G. Cohn belobhudelt wurde. Jedoch vergebens würde man in seinem Steuerplan nach allgemeinen, „ethischen", finanzpolitischen Gründen suchen. Das Ganze ist nur eine Mache der parlamentarischen Diplomatie. Der einzige finanzpolitische Grundsatz, den man hier eben aufstellen könnte, ist der: diejenige Steuer ist die beste, für die sich in diesem Moment am ehesten eine parlamentarische Mehrheit finden dürfte.

Wie wenig es sich dabei für Miquel um irgend welche Grundsätze handelt, das sieht man am besten an dem Verhältniß zwischen den Zöllen und den Steuern. Die Tabaksteuer als Verbrauchssteuer wird auf die Konsumenten abgewälzt werden. Wollte man dies nun wenigstens einigermaßen einschränken, was vom Standpunkte einer „ethischen" Finanzpolitik ja sehr wünschenswerth ist, so müßte man die Konkurrenz der Einzelfabrikanten unter einander möglichst zu steigern suchen. Zu diesem Zweck wäre eine Verminderung des Fabrikatzolls sehr angebracht, da sie die ausländische Konkurrenz gestärkt und die inländischen Fabrikanten verhindert hätte, die Preise hochzuschrauben. Fiskalische Gründe erfordern wohl, daß der Zoll nicht geringer sei, als die inländische Steuer, denn sonst würde eine Vermehrung des Konsums ausländischer Fabrikate eine Verminderung des Gesammtsteuerertrags nach sich ziehen; aber das Interesse des Fiskus fordert auch nicht mehr als das. Nach dem Miquel'schen Steuerplan ist nun aber das Verhältniß so: Ausländische Zigarren zahlen einen Zoll von 400 Mark per 100 Kilogramm und die inländische Steuer obendrein, inländische nur eine Steuer von 33⅓ Prozent ihres Werthes. 400 Mark Zoll per 100 Kilogramm, das macht per Mille Zigarren, da auf 100 Kilogramm durchschnittlich 14 Mille gerechnet werden (Tabakenquete), 28,5 Mark oder per Stück 2,85 Pfennig. Dieser Zoll macht die Einfuhr billiger Zigarrensorten zur Unmöglichkeit. Die inländische prozentuale Steuer soll nicht nur vom Werth der ausländischen Zigarre erhoben werden, sondern auch vom Zoll selbst, so daß eine solche Zigarre, außer der Inlandssteuer, noch zu zahlen hätte:

1. einen festen Satz = 28,50 Mark pro Mille,
2. davon 33⅓ Prozent = 9,50 " " "

Zusammen 38,00 Mark pro Mille.

Der Fakturawerth, exklusive Steuer, der inländischen 5 Pfennig-Zigarre ist 32,50 Mark pro Mille — also, wenn der Großhändler die ausländische

5 Pfennig-Zigarre selbst geschenkt bekäme, so wäre dies für ihn dennoch ein Nachtheil, denn er hätte an Zoll mehr zu bezahlen, als ihn die ganze in Deutschland produzirte Zigarre kostet. Unter solchen Umständen kann das billige ausländische Fabrikat mit dem inländischen nicht konkurriren. Anders freilich steht es mit den theueren Sorten. Derselbe feste Zollsatz von 400 Mark per 100 Kilogramm, der die verbreitetsten Volks-Zigarren, die zu 3 bis 5 Pfennig, mit 100 Prozent bis 300 Prozent ihrer Gestehungskosten, bezw. mit 60 Prozent bis 100 Prozent ihres Verkaufspreises belastet, beträgt

bei der 9 Pfennig-Zigarre nur 30 Prozent ihres Verkaufspreises,
" " 12 " " " 25 " " "
" " 15 " " " 20 " " "
" " 30 " " " 10 " " " u. s. w.

Der feste Zollsatz ist eine progressive Steuer nach unten. Dies die finanzpolitische Weisheit des Dr. Miquel. Er schont den reichen Konsumenten und liefert den armen der Willkür der Tabakfabrikanten aus.

Aber wie kann man denn im Ernst von einem kapitalistischen Staatsmann grundsätzliche Politik fordern! Wie die kapitalistische Oekonomik nur das Resultat des freien Spiels stygischer Gewalten ist, so auch ihre Politik. Nur die Proletarierklasse, die sich in einem grundsätzlichen Gegensatz zu der kapitalistischen Wirthschaft befindet, ist im Stande, auch grundsätzliche Politik zu treiben. So auch hier, in der Frage der neuen Miquel'schen Steuern.

Für die Sozialdemokratie kommt nicht nur in Betracht, daß die neuen Steuern hauptsächlich Verbrauchssteuern sind. Die Sozialdemokratie hat die Militärvorlage aus prinzipiellen Gründen verworfen, und indem sie jetzt die Steuern verweigert, die berufen sind, dieselbe zu unterstützen, führt sie einfach ihren Kampf gegen den Militarismus weiter.

Der Riesen-Ausstand im englischen Kohlengewerbe.

Sein Wesen, sein Streitobjekt und seine Begleiterscheinungen.

Von **Ed. Bernstein.**

III. Wie der Kampf durchgeführt wurde. Verhalten der Arbeiterschaft, des Publikums, der Unternehmer und der Behörden.

Der Ausstand oder Ausschluß wurde, wie man sich erinnert, dadurch herbeigeführt, daß auf einer am 30. Juni d. J. abgehaltenen Konferenz zwischen den Vertretern der verbündeten Kohlengrubenbesitzer im Föderationsgebiet einerseits und denen der Bergarbeiterföderation andererseits die Unternehmer darauf bestanden, daß die Lage des Kohlenmarktes eine Lohnreduktion — die sie auf 25 Prozent normirten — absolut nothwendig mache. Die Arbeiterdelegirten hatten zugegeben, daß die Lage des Marktes eine ungünstige sei, aber hinzugefügt, daß die Lohnherabsetzung weder an sich gerechtfertigt, noch ein geeignetes Mittel sei, das Uebel zu bekämpfen. Zudem betrachteten sie die jetzigen Löhne als ein Minimum, unter das nicht heruntergegangen werden dürfe, und deshalb habe auch der Vorschlag, die Frage nach der Höhe der Lohnreduktion einem Kollegium von Unparteiischen vorzulegen, keinen Zweck. Dagegen erklärten sie sich bereit, über andere Mittel der Bekämpfung des Uebels — Einschränkung der Produktion ꝛc. — zu verhandeln. Davon hatten aber wieder die Unternehmer nichts wissen wollen, sondern zurückgegeben, es bliebe ihnen dann nichts übrig, als allen ihren Leuten

zu kündigen und nach der Kündigungsfrist nur diejenigen einzustellen, die die 25 Prozent Lohnreduktion akzeptirten. „Dann haben wir also die Schrecken des Krieges vor uns", faßte Pickard, der Präsident der Bergarbeiterföderation, am Schluß der Konferenz das Resultat derselben zusammen. „Nennen Sie es nicht Krieg", antwortete, von dem Wort unangenehm berührt, der Präsident der Unternehmer. Es wurde aber Krieg, Pickard hatte dem Ding den richtigen Namen gegeben. Unmittelbar nach der Konferenz schrieben die Unternehmer die Kündigungen aus, und zwar, da sie auf Grund früherer Abmachungen an eine vierwöchentliche Kündigungsfrist gebunden waren, auf den 28. Juli. Es ist hierbei zu bemerken, daß der Verein der Grubenbesitzer offiziell mit der Sache nichts zu thun hatte, da seine Statuten ihm die Befassung mit Lohnkonflikten verbieten. Aber die maßgebenden Persönlichkeiten im Verein hatten die Sache in die Hand genommen und ein besonderes Komite gebildet, dem sich die übergroße Mehrheit der Grubenbesitzer im Distrikt anschlossen. Nur eine Minderheit, die jedoch in Lancashire und Yorkshire noch nicht zehn Prozent der Gesammtheit betrug, machte nicht mit.

Die Föderation der Arbeiter beantwortete die Kündigungen damit, daß sie am 18. Juli auf einer nach Birmingham einberufenen Konferenz beschloß:

1. Auf keinerlei Lohnreduktion einzugehen. (198 gegen 50 Stimmen, jede Stimme bedeutet 1000 Mitglieder.)

2. Daß alle Distrikte, die in den letzten zwei Jahren Lohnreduktionen erlitten, eine dieser entsprechende Lohnerhöhung verlangen sollen. (199 gegen 50 Stimmen.)

3. Daß diejenigen Gruben im Föderationsgebiet, die keine Kündigung erhalten, ihrerseits zum 28. Juli aufkündigen sollen. (149 gegen 101 Stimmen.)

Die Opposition gegen Punkt 1 und 2 bestand hauptsächlich aus den Delegirten aus Durham, unter der Leitung des Abgeordneten Wilson. Punkt 2 betraf Durham und Northumberland, die seit 1891 15 resp. 16 1/4 Prozent Lohnreduktion erlitten. Gegen Punkt 3 stimmten auch die meisten Delegirten aus den Midlands.

Der Zweck der Beschlüsse war, im ganzen Gebiet der Föderation eine energische, einheitlich geleitete Aktion durchzuführen. Gelang es, auch Südwales, wo die Föderation bereits ein Drittel der organisirten Bergarbeiter zu ihren Mitgliedern zählte, sowie Schottland für den Plan zu gewinnen, so waren folgende zwei Möglichkeiten zu erwarten. Entweder die Unternehmer in den zuletzt aufgezählten Distrikten bewilligten die Lohnerhöhungen, und dann fiel einer der Hauptvorwände, auf welche die koalirten Unternehmer im Föderationsgebiet die Forderung auf Lohnreduktion stützten, dahin. Oder aber — und dies war das Wahrscheinlichere — sie bewilligten nicht. Dann hieß das Ausstand aller Kohlenarbeiter Großbritanniens, sehr baldige vollständige Erschöpfung der Bestände und Heraufgehen der Preise auf einen Stand, der wiederum die Forderung einer Lohnreduktion unhaltbar machte. Gegen den Massenimport ausländischer Kohlen hoffte man die Aktion der Kohlenarbeiter der betreffenden Länder anrufen zu können.

Dieser Feldzugsplan ist nicht zur Verwirklichung gelangt. Er hatte zur Voraussetzung gefüllte Unterstützungskassen, und an denen fehlte es außer im alten Föderationsgebiet fast überall. Namentlich die Distrikte, die unter einer sogenannten gleitenden Lohnliste stehen, erwiesen sich als durchaus widerstandsunfähig. Diese Institution hat etwas ungemein Erschlaffendes. Im ersten Artikel ist bereits ausgeführt (S. 205 und 206), wie schnell Südwales, Durham

und Northumberland abfielen. Hier sei noch illustrirend hinzugefügt, daß Durham am 25. Juli zwar, wozu es verpflichtet war, beschloß, die 15 Prozent Lohnerhöhung, resp. die Rücknahme der ihm im vorigen Jahre auferlegten Lohnreduktion nachzusuchen, aber mit 33 500 gegen 10 400 Stimmen ablehnte, event. dafür zu striken. Natürlich wurde daraufhin das Gesuch abgeschlagen. Northumberland verlangte ebenfalls der Form halber die Zurücknahme seiner Lohnreduktion, wurde aber abgewiesen und beschloß darauf — Mitte August — nicht in Ausstand zu treten. Ebenso wurde beschlossen, keine Extrasteuer zu Gunsten der mittlerweile in Ausstand getretenen Mitglieder der Föderation auszuschreiben. Als Anerkennung für dieses lobenswerthe Verhalten haben dann Ende Oktober, als auf dem Kohlenmarkt schon wochenlang Nothstandspreise herrschten, die Unternehmer huldreichst eine Lohnerhöhung von fünf Prozent bewilligt. Durham, das immerhin etwas mehr Kampfeslust gezeigt (s. S. 206), hatte den gleichen Lohnzuschlag schon Mitte Oktober erhalten, und Ende Oktober erhielten dann noch die „Deputies" (Aufsichtsbeamte) eine kleine Lohnerhöhung.

Im eigentlichen Föderationsgebiet gelangten dagegen* die in Birmingham gefaßten Beschlüsse zunächst zur strikten Durchführung. Auch in den Grafschaften, die gegen Punkt 3 gestimmt, wurde am festgesetzten Tage allen Unternehmern, die nicht selbst gekündigt, die Kündigung eingereicht. Im Ganzen waren Anfang August auf diese Weise rund 300 000 Bergarbeiter mit Familien im Ausstand. Anfang August fand auch der, ebenfalls S. 205 schon erwähnte Versuch der Schlepper einer großen Anzahl Gruben in Südwales statt, eine energische Lohnbewegung ins Werk zu setzen, scheiterte aber am Widerstand anderer, vom Komite der Lohnliste beeinflußter Gruben. Daß hier die Schlepper die führende Rolle übernahmen, erklärt sich aus der Beschaffenheit der Gruben. Dieselben sind relativ geräumig, die Kohlenflötze liegen oft acht Fuß dick, so daß erwachsene Männer mit Pferd und Wagen Arbeiten besorgen können, die anderwärts halbwüchsige Burschen verrichten. Entsprechend sind wiederum die Häuer hier weniger qualifizirt als in den schmalflötzigen Gruben, wie sie in Lancashire, Yorkshire ꝛc. vorherrschen.

Mit dem Fehlschlag der Einbeziehung aller im Kohlengewerbe Englands beschäftigten Arbeiter in den Kampf, war nun auch die mit Punkt 3 der Birminghamer Beschlüsse beabsichtigte Wirkung vollends problematisch geworden. Die Aufrechterhaltung des Generalstrikes im Föderationsgebiet hieß nutzlose Vermehrung der Ausgaben, und schon fingen die Mittel an knapp zu werden.

Mit wie starken Fonds die Föderation den Kampf aufnahm, darüber habe ich keine zuverlässigen Angaben auftreiben können, da ein ständiger Zentralfonds für Strike- ꝛc. Unterstützungen nicht existirt; jede Grafschaft, resp. jede Distriktsorganisation verwaltet ihre derartigen Fonds selbst. Für die Föderationszwecke wird in normalen Zeiten ein Beitrag von einem Penny (8⅓ Pf.) pro Quartal erhoben, was zwar, bei der großen Mitgliederzahl, eine ganz hübsche Summe ergiebt (selbst ohne Durham und Northumberland über 3000 Pfund im Jahr), aber nur zur Deckung der Verwaltungs- und Agitationsausgaben dient. Lokale Ausstände werden theils aus den Grafschafts-, resp. Distriktskassen gedeckt, theils durch Extra-Umlagen. Was nun die einzelnen Grafschaftsverbände anbetrifft, so habe ich da einige Zahlen, und aus denen geht nur soviel hervor, daß die

* Mit Ausnahme von einigen Gruben in Süd-Staffordshire und Ost-Worcestershire, die noch im Föderationsgebiet liegen, aber nicht zur Föderation gehören, sondern ebenfalls eine gleitende Lohnliste haben. Sie repräsentiren etwa 9000 Arbeiter.

vorhandenen Fonds, so respektabel sie an sich waren, doch bei einem Generalstrike schnell aufgezehrt sein mußten. Yorkshire z. B. hatte eine Reserve von rund 160 000 Pfd. Sterling zur Verfügung, resp. 3¼ Millionen Mark. Aber Yorkshire zählt 92 000 Bergarbeiter, von denen 60 000 Mitglieder des Grafschaftsverbandes sind.* Bei zehn Schilling Unterstützung pro Woche und Mitglied waren somit pro Woche 30 000 Pfund erforderlich, und wenn die nicht der Union angehörigen Arbeiter mit dieser gemeinsame Sache machen sollten, mußten sie doch auch irgendwie Hilfe erhalten. Aehnlich stand es in anderen Grafschaften, hier etwas besser, dort etwas schlechter, überall aber waren die Mittel für einen sich länger hinziehenden Generalstrike ungenügend. „Ich glaube und hoffe", schrieb Sam Woods, der Präsident des West-Lancashire-Verbandes und Vizepräsident der großen Föderation, Anfang September, „daß die eine große Lektion, die Führer und Arbeiter aus der jetzigen Situation ziehen werden, die ist (sintemalen wir diesseits des tausendjährigen Reiches diese periodischen Attaken seitens des Kapitalismus nie werden los werden), einen so großen Fond anzulegen, daß die Arbeiter von ihm vier bis fünf Monate leben können, ohne auch nur einen Penny von Außenstehenden in Anspruch zu nehmen." Woods giebt in diesem Schreiben den Betrag der in seiner engeren Organisation zu Anfang des Lockout disponiblen Gelder auf 80 000 Pfd. Sterling an, und daß sie selbst für die Verbandsmitglieder durchaus ungenügend gewesen. Daneben hätten aber noch 15 000 Nicht-Verbandsmitglieder unterstützt werden müssen.

Und doch war der Sommer die günstigste Jahreszeit für die Arbeiter, soweit die Frage der Subsistenz in Betracht kommt. In vielen Gegenden haben die Bergarbeiter kleine Landstücke inne, und die Monate Juli, August und September sind die Monate, wo die meisten Bodenprodukte eingeerntet werden. Ein Korrespondent des „Daily Chronicle", der die ganze Zeit des Ausstandes über in den Kohlenrevieren sich aufhielt, schreibt darüber unterm 17. September aus Nottinghamshire:

> „Ich habe gefunden, daß das System des Bewirthens kleiner Ackerlose den Leuten eine große Hilfe ist. Nottinghamshire ist in dieser Hinsicht besonders günstig situirt, denn die Thäler, die sich den Leen und Ernwasch entlang ziehen, scheinen ziemlich fruchtbar, und ein Arbeiter, der sich seine Quantität Gemüse gezogen und ein oder zwei Schweine gemästet, ist auf längere Zeit gegen absoluten Hunger geschützt. Ich fand die Männer (in den Kohlendörfern) verschiedentlich beschäftigt, einige gruben, andere lasen, wieder andere spielten Fußball. Wie sie über den Lockout denken, mag ein Gespräch zeigen, das ich mit einem strammen jungen Bergarbeiter in Hucknall Torkard hatte. Derselbe war ein Prachtexemplar der neuen Generation, die die Volksschulen heranziehen. Er antwortete auf meine Frage betreffs der Lohnreduktion sofort, dieselbe würde nicht akzeptirt werden — von ihm unter keinen Umständen, da er die Welt vor sich habe — von Anderen nicht eher als bis sie der äußerste Hunger dazu triebe und alle Mittel der Subsistenz, Almosen oder sonstige Hilfe, erschöpft seien. Ich fragte ihn, wie lange das dauern könne. Nun, meinte er, er könne es ohne jede Entbehrung noch acht bis zehn Wochen länger aushalten; Andere, die weniger gut daran seien, würden sich noch sechs bis sieben Wochen durchschlagen." **

---

* Angesichts dieser großen Mitgliederzahl kann man fragen, wieso denn der Fond nicht größer war. Die Antwort ist, daß die Organisation erst seit Gründung der Föderation (1888—89) nach und nach so in die Höhe gegangen. Vorher hatte sie noch nicht 10 000 Mitglieder.

** Dabei war die Unterstützungskasse des Verbandes dieser Grafschaft schon Anfang September erschöpft!

Vielfach kamen den Arbeitern auch ihre lokalen Konsum-Genossenschaften zu Gute. So gehören von 24 000 Bergarbeitern im südlichen Yorkshire etwa 10 000 der Kooperativ-Genossenschaft in Barnsley an, die im August ihre halbjährige Dividende vertheilte — im Durchschnitt 50 Schillinge pro Mitglied, außerdem hatten aber noch viele Mitglieder andere Guthaben bei der Genossenschaft, die sie nun flüssig machten, und weiterhin beschloß dieser Verein am 25. September, wo die Noth sich schon sehr fühlbar machte, während der folgenden vier Wochen je 250 Pfund Sterling (5000 Mark) zur Vertheilung an bedürftige Genossen an die Sektionen zu versenden. Im Ganzen hatte diese Genossenschaft bis Anfang Oktober 2000 Pfund Sterling zu Unterstützungszwecken ausgegeben, eine andere Konsum-Genossenschaft in Yorkshire, die zu Ripley, 1500 Pfund u. s. w. Was von Arbeitergenossenschaften außerhalb der Bergarbeiterdistrikte für die Ausständigen gegeben wurde, ist schwer festzustellen; so sei, da dieser Gegenstand hier einmal berührt, nur noch erwähnt, daß die Engros-Einkaufsgenossenschaft zu Manchester Ende September in Urabstimmung mit riesiger Mehrheit die Liebesgabe von 5000 Pfund Sterling für die Ausständigen bewilligte — 100 000 Mark auf einen Strich. Kurz, was unter anderen Verhältnissen oft nur ein Mittel ist, die Bewegungsfähigkeit der Arbeiter zu hemmen, respektive ihre Löhne niedrig zu halten, war hier, in Verbindung mit kräftigen, sich einer guten Ellenbogenfreiheit erfreuenden Kampfesorganisationen und dem politischen Einfluß, den die Bergarbeiter durch ihr Stimmrecht ausüben, wirklich ein Rückhalt für dieselben, aber im Ganzen doch immer nur innerhalb ziemlich enger Grenzen.

Wir hatten oben gesehen, daß schon auf der Konferenz vom 18. Juli etwa 60, das heißt praktisch 60 000 Stimmen aus dem Föderationsgebiet gegen den Generalstrike abgegeben worden waren. Sie kamen aus den Midlandsdistrikten, wo auch unter den Unternehmern die stärkste Opposition gegen das Vorgehen der Mehrheit des Unternehmerverbandes herrscht, doch hatte sich bei den Arbeitern die Minorität der Mehrheit willig gefügt. Indeß blieben sie der Ansicht, daß der Generalstrike unzweckmäßig und undurchführbar sei, und auf einer am 22. August in London abgehaltenen Delegirtenkonferenz kam die Frage von Neuem zur Abstimmung, wurde aber im Sinne von Birmingham entschieden. Auf dieser Konferenz wurde weiterhin beschlossen, den Unternehmern insoweit entgegenzukommen, daß man sich bereit erklärte, wenn diese zur Aufnahme des Betriebs zu den alten Löhnen bereit seien, von Seiten der Arbeiter keine Lohnerhöhung zu verlangen, bevor die Preise die Höhe von 1890 erreicht. Wie im ersten Artikel dargelegt, standen 1890 die Preise 63 Prozent über dem Status von 1888, und 71¾ über dem von 1887. Die Löhne der Arbeiter waren noch nicht 40 Prozent über denen von 1887/88. Somit blieb den Unternehmern außer dem regulären „geistigen Arbeitslohn" ein Extraprofit von bis zu 1½ Schilling und mehr pro Tonne, bei 180 Millionen Tonnen Förderung also ein Trinkgeld von bis zu 270 Millionen Mark im Jahre zugestanden; sie fanden aber, das sei gar keine der Rede werthe Konzession und lehnten ab.

Angesichts der Unzufriedenheit, die das Festhalten am Generalstrike in den Midlands hervorrief, wurde die Frage schon neun Tage später von Neuem aufgenommen und — am 31. August — beschlossen, sie, sowie das von den Unternehmern inzwischen wiederholte Angebot, den Streit vor ein Schiedsgericht zu bringen, der Urabstimmung der Mitglieder zu unterbreiten. Das Resultat derselben war, daß das Schiedsgericht fast einstimmig verworfen wurde — 145 195 Nein gegen 406 Ja! — während 92 246 gegen 61 496 Stimmen den Generalstrike festgehalten wissen wollten. Die große Masse der Stimmen für denselben

kam aus Lancashire und Yorkshire, und diese beiden Grafschaften bilden an sich schon die Mehrheit in der Föderation. Als der Beschluß bekannt wurde, am 14. September, war mittlerweile der Nothstand in vielen Distrikten so groß geworden, daß selbst eine Reihe der energischsten Führer der Föderation an seiner Durchführbarkeit zu zweifeln begannen. In den Midlands selbst aber drohte die Opposition zur Desertion zu führen. Sie half sich damit, daß sie auf der am gedachten Tage abgehalten Konferenz eine zum Festhalten auffordernde Resolution so zweideutig formulirte, daß man aus derselben mit Sicherheit nur eine Ermahnung herauslesen konnte, in keine Lohnherabsetzung zu willigen. Moralisch war damit der Generalstrike aufgegeben, und bald war er es auch thatsächlich; nachdem schon hier und da Belegschaften, denen die alten Löhne geboten worden, die Arbeit wieder aufgenommen, beschloß am 29. September eine neue Delegirtenkonferenz, die Aufnahme der Arbeit zu den alten Löhnen unter der Bedingung zu gestatten, daß stets alle für ein und dieselbe Firma oder Kompagnie thätigen Arbeiter gleichzeitig anfangen. Diese Bedingung war deshalb nothwendig, weil sonst Kompagnien, die in verschiedenen Distrikten Gruben besitzen, in den einen anfahren lassen und — da schon Nothstandspreise herrschten — gedeckt durch den Mehrerlös aus dem Verkauf der so geförderten Kohlen, in den anderen um so länger die Aushungerungspolitik fortsetzen konnten. Diese Bedingung ist denn auch bis zuletzt mit anerkennenswerther Konsequenz eingehalten worden, und ebenso getreu wurde der zweite Beschluß befolgt, daß Alle, die arbeiten, verpflichtet seien, pro Arbeitstag einen Schilling Unterstützung für die Ausständigen zu entrichten.

Drei Tage nach der vorerwähnten Konferenz traten die Mayors von Sheffield, Leeds, Bradford, Nottingham und Derby zusammen, um zu Gunsten der Wiederaufnahme der Arbeit im ganzen Ausstandsgebiet ihre Vermittlung anzubieten. Auf ihre Einladung fand am 9. Oktober eine von allen Betheiligten beschickte Konferenz in Sheffield statt, und hier machten sie den Vorschlag, es solle, da die Preise nicht sofort fallen dürften, die Arbeit zu den alten Löhnen aufgenommen werden, dagegen mit dem 4. Dezember eine zehnprozentige Lohnreduktion eintreten, und für spätere Fälle ein Einigungsamt gebildet werden. Wären die Unternehmer darauf eingegangen, so hätten sie zum Wenigsten das erreicht, daß das bürgerliche Publikum gegen die den Strike fortsetzenden Arbeiter Partei ergriffen hätte und die Masse der Arbeiterschaft mindestens neutral geblieben wäre. Aber sie fanden das Zugeständniß an die Arbeiter immer noch zu groß und lehnten ab; 15 Prozent sofortiger Reduktion müßten sie mindestens verlangen. Dies zu einer Zeit, wo die Kohlen schon im Londoner Engroshandel mit 28 bis 29 Schillinge die Tonne bezahlt wurden, während der Arbeitslohn für Häuer, Schlepper ꝛc. zusammen pro Tonne auf der Grube sich nach den alten Löhnen auf höchstens 3½ Schillinge stellt! Die Arbeiter ihrerseits erklärten ebenfalls, von dem Grundsatz, daß die alten Löhne für sie Minimallöhne seien, nicht abgehen zu können.

Am 3. und 4. November fand wieder eine Konferenz zwischen Unternehmern und Arbeitern statt, auf der die Ersteren den famosen Vorschlag machten, die streikigen fünfzehn Prozent nach Aufnahme der Arbeit in die Bank einzuzahlen und es vom Spruch eines Schiedsgerichtes abhängig zu machen, ob und wieviel davon den Arbeitern zukomme. Die Vertreter der Arbeiter konnten darauf nicht eingehen, machten aber ihrerseits, unter dem Druck der mittlerweile bei den Ausständigen eingezogenen großen Noth, ein bedeutendes Zugeständniß. Bis zum 1. April solle der alte Lohn fortgezahlt werden, und dann dreißig Prozent über

den Tarif von 1888 den Minimalsatz bilden. Zum Glück lehnten die Unternehmer das ab. Aber beide Theile zeigten doch Kampfesmüdigkeit, und nun sah die Regierung, die schon lange privatim mit Vertretern beider streitenden Theile verhandelt hatte, die Möglichkeit, sich offiziell als Vermittlerin anzubieten. Es erfolgte die Einladung, Lord Roseberry einen Versuch als Friedensstifter machen zu lassen, die auf beiden Seiten angenommen wurde, und am 17. November ist denn in der That unter dem Vorsitz des Genannten der Friede geschlossen worden.

Er bedeutet einen großen Erfolg der Arbeiter. Sie haben darin gesiegt, daß die Arbeit zunächst zu den alten Löhnen aufgenommen wird. Gegenüber ihrem Angebot auf der Konferenz vom 3. und 4. November gehen sie in dem Punkt etwas zurück, daß diese Löhne bedingungslos, statt bis zum 1. April, nur bis zum 1. Februar 1894 gezahlt werden sollen. Das ist indeß praktisch gleichgiltig, da im Winter die Kohlenpreise nicht so tief fallen werden, um eine Reduktion zu rechtfertigen. Die Festsetzung der Löhne nach dem 1. Februar wird einem Einigungskomite überlassen, das aus einer gleichen Anzahl Vertreter beider Parteien bestehen und zuerst am 13. Dezember 1893 zusammentreten soll. Ein unparteiischer Vorsitzender soll in Fällen, wo sonst keine Einigung möglich, die entscheidende Stimme haben. Können sich beide Theile über die Person des Unparteiischen nicht verständigen, so soll der Sprecher des Parlaments einen solchen ernennen.

Der letzte Punkt könnte bedenklich erscheinen, aber selbst Herr Peel wird keine Person ernennen dürfen, die den Arbeitern nicht annehmbar ist. Bei allen solchen Stipulationen kommt es weniger auf den formalen Wortlaut an, als auf den Geist der Ausführung und auf die Kraft Derjenigen, die diese Ausführung überwachen. Einigungskomites sind etwas sehr Altes und haben sich nicht immer sehr günstig für die Arbeiter erwiesen, hier aber, wo eine kampfeserprobte und wohldisziplinirte Arbeiterorganisation auf dem Plane steht, ist nicht zu fürchten, daß das zu wählende Komite sich als ein Mittel erweisen wird, die Arbeiter hinter das Licht zu führen. Selbst wenn die Führer sich schwach zeigen sollten — zu welcher Annahme die Ashton, die Woods, die Pickard und die Heslam keinen Anlaß gegeben — werden die hinter ihnen stehenden Massen sich ihren „living wage“ nicht abdrängen lassen. Haben sie doch, obwohl am Hungertuche nagend, noch kurz vor dem Friedensschluß fast überall das auf der Konferenz vom 3. und 4. November gemachte Zugeständniß verworfen. Die gegebenen Ziffern aus den verschiedenen Urabstimmungen zeigen deutlich, welcher Geist unter den Arbeitern herrscht. Wie das Einigungskomite auf die Dauer wirken wird, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit voraussagen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen zusammenkommt, bedeutet es einen entschiedenen Sieg der Arbeiter.

Dasselbe gilt von dem „living wage“. Klugmeier haben entdeckt, daß derselbe ja gar nichts Anderes bedeutet, als den „natürlichen Arbeitslohn“ Ricardo's, der ja auch ein steigendes Minimum von Komfort in sich begreift. Und formell ist das auch wieder richtig; wer Lust hat, Worten nachzujagen, kann den ganzen Kampf als einen Kampf nicht gegen, sondern für das „eherne Lohngesetz“ bezeichnen und sich einbilden, ihn damit lächerlich zu machen. Aber das ist genau so absurd, wie wenn Anarchisten den Kampf der Arbeiter um das Stimmrecht als einen Kampf um das Recht, seine Herren zu ernennen, bezeichnen. Wie der Kampf geführt und von allen Betheiligten aufgefaßt wurde, war er ein Kampf gegen die Abhängigkeit der Löhne von den Schwankungen der Preise, resp. des Marktes, und insofern, wenn noch nicht der Kampf gegen das Lohnsystem, so doch ein Stück davon. „Aufwärts vom „living wage“ haben wir

nichts gegen eine bewegliche Lohnliste", haben die Vertreter der Bergarbeiter föderation wiederholt erklärt, und wenn das Einigungskomite zu iner solche führt, wird sie auch diesem Prinzip Ausdruck geben.

Freilich, übertreiben darf man sich den Sieg auch nicht. Und man dar auch nicht voreilige Schlüsse aus ihm ziehen. Es geht nicht, von ihm bedingungslo auf den Gewerkschaftskampf überhaupt Schlüsse zu ziehen. Zunächst vergeß man nicht, daß die Kohle ein Produkt ist, in dem England keine nennenswerth Konkurrenz auf dem Weltmarkte hat, und daß denn auch während des Kampfe nicht annähernd die Quantitäten von auswärts her hätten importirt werde können, welche nöthig gewesen wären, um den Bedarf zu decken.* Dies führ zu dem zweiten Punkt, daß die Kohle ein Artikel ist, der nicht nur in jeden Hause gebraucht wird, sondern von dem die ganze riesenhafte sonstige Industri des Landes abhängt. Und drittens wäre dieser Sieg auch ohne die eigenthüm lichen politischen und sozialen Verhältnisse Englands nicht möglich gewesen.

Wir haben oben gesehen, was die Organisationen der Arbeiter geleistet Großes in seiner Art, aber doch durchaus unzulänglich für diesen Riesenkampf Wir haben weiter gesehen, wie ihnen gewisse andere Organe der sogenannte Selbsthilfe zu Gute gekommen. Aber auch diese Quelle versiegte bald. Und es ist schon fraglich, ob man in anderen Ländern Konsumvereinen gestatten würde ihre Fonds zu solchen Zwecken zu verwenden. Drittens wäre noch die Unter stützung der Bergleute durch andere Trade-Unions zu erwähnen. Da ist nu indeß im Ganzen nicht allzuviel geleistet worden. Einzelne Organisationen habe ein oder zweimal namhafte Beiträge bewilligt, aber dann war's vorbei. Da Parlamentarische Gewerkschaftskomite wartete bis Anfang November, ehe es mi einem Aufruf an die einzelnen Gewerkschaften zur Unterstützung der Bergarbeite herausrückte, woran freilich vor Allem seine bureaukratische Verfassung schul ist. „Die Arbeiter im Allgemeinen haben den Bergarbeitern in dem große Kampfe für einen gehörigen Lohn nicht so beigestanden als sie sollten. Wi machen das in Irland in ähnlichen Fällen etwas anders" — schrieb Michae Davitt am 30. September bei Uebersendung eines Beitrages an ein Londone Blatt, und fügte hinzu, daß seit 1890 allein Arbeiter und Pächter Irland durch Selbstbesteuerung über 90 000 Pfund Sterling zu Gunsten ausgetriebene Pächter und politisch gemaßregelter Arbeiter aufgebracht hätten. Aber die reiche Gewerkschaften mochten nicht, wie sie konnten, und die armen konnten nicht, wi sie mochten, und so ist im Ganzen von Seiten der Gewerkschaften im Verhältni vielleicht am wenigsten für die Bergarbeiter geleistet worden. Auf rein gewerk schaftlichem Boden ist dieser Kampf nicht gewonnen worden.

Was den Bergarbeitern neben den angeführten Hilfsmitteln zu Gute kam war ihr politisches Stimmrecht und die politische Verfassung des Landes. I England regiert das Parlament, respektive die Parlamentsmehrheit, und seit di Arbeiter das Stimmrecht haben, hängt die Bestimmung, welche der beiden große Parteien ans Ruder kommen soll, hauptsächlich von ihnen ab. Vor allen Dinge

* Bekanntlich exportirt England Kohle, und es ist interessant, daß der Ausstand auf de Export fast gar nicht eingewirkt hat. So stehen die Monate Oktober 1891, 1892 und 189 mit 2 590 343, 2 538 135 und 2 443 135 Tonnen einander gegenüber. Die Exportkohle wir in Durham und Südwales produzirt, wo nicht gestrikt wurde. Oder vielmehr, dort fi der Strike ins Wasser, weil hauptsächlich für den Weltmarkt produzirt wird. Wie da Bewußtsein, für den Weltmarkt zu arbeiten, die dortigen Arbeiter beherrscht und ih Aktionskraft lähmt, dafür legen die in ihren Versammlungen gehaltenen Reden klassische Zeugniß ab.

bestimmen sie das Schicksal der liberalen Partei, deren Anhang in den Reihen der Besitzenden bedeutend im Schwinden ist. Aber auch die Tories müssen ihnen Rechnung tragen. So hat es denn z. B. kein Grubenbesitzer gewagt, Arbeiter aus den ihm gehörenden Häusern zu exmittiren oder Arbeiter von anderwärts zu importiren. Es hätte das einen Sturm im Lande gesetzt, der den Betreffenden schlecht bekommen wäre. Man nennt oft die englischen Arbeiter gesetzesliebend und sie selbst nennen sich gern so, aber sie stellen auch ihre Ansprüche an das Gesetz und haben Begriffe von Gesetzlichkeit, die den in einem wohlgeordneten Polizeistaat Erzogenen Haarsträuben verursachen könnten. Cowey, einer der Führer der Yorkshire Arbeiter, erklärte, als das Gerücht aufkam, in Yorkshire seien Exmissionen geplant, wiederholt, daß die Arbeiter dann in ihrem Widerstand kein Blutvergießen scheuen würden, und Jeder, der die Verhältnisse kennt, wußte, daß das wahr gemacht worden wäre. Daß die Regierung den Lokalbehörden für die Unterdrückung von Tumulten, die mit Zerstörung von Grubengebäuden 2c. verbunden waren, Polizeiverstärkung und Soldaten schickte, wurde schon genug getadelt; und doch waren dies Tumulte, die von den Führern entschieden desavouirt wurden; Exmissionen zu beschützen hätte die Regierung nun und nimmer gewagt. In dieser Hinsicht waren den Unternehmern geradezu die Hände gebunden.

Dazu kommt, daß eine Anzahl Unternehmer Parlamentarier sind und schon als solche suchen müssen, mit den Arbeitern gut zu stehen. Wir haben schon einen solchen Unternehmer zitirt, den Abgeordneten Bayley, der Chesterfield (Derbyshire) vertritt. Patriarchalismus à la Stumm giebt es in England nicht, dafür hat Herr Bayley mit vier weiteren liberalen Abgeordneten aus Derbyshire der Union der dortigen Bergarbeiter Ende September ein Darlehen von 16 000 Pfund Sterling zur Weiterführung des Kampfes geleistet, respektive für dasselbe garantirt. Der Minister Acland, der einen Yorkshire Wahlkreis vertritt, hat, soweit ich es verfolgen konnte, 4000 Mark für die Bergarbeiter gegeben, es wird aber wohl noch mehr gewesen sein. Herr Mundella hat auch wiederholt Beiträge gezeichnet, desgleichen Sir Walter Forster und Andere. Lord Vernon, ein hervorragender Liberaler, besitzt große Gruben in Lancashire. Er ging in der Lohnfrage mit den verbündeten Unternehmern, setzte aber seinen eigenen Arbeitern je fünf Schilling die Woche Unterstützung aus und stellte ihnen außerdem frei, Kohlen vom Grubenlager und Holz aus seinem Gut für Heizung zu holen. Aehnliche Vergünstigungen gewährte der unionistische Abgeordnete Oberst Seely seinen Arbeitern.

Als in den Ausstandsdistrikten ernsthafte Noth eintrat, bildeten sich überall Hilfskomites für die Familien der Bergarbeiter. Hier kam denselben theils die Konkurrenz der Kirchen zu Gute, theils der Umstand, daß die religiösen Sekten im Norden vielfach wirklich demokratisch sind. Diese und die christlichen Sozialisten der Staatskirche gingen voran und stellten sich an die Spitze der Hilfskomites, und die übrige Geistlichkeit mußte es ihnen nachmachen. Die Kirchen und Kapellen wurden zu sehr materiellen Speiseanstalten, und diese haben unbestritten enorm dazu beigetragen, die Bergarbeiter ihren Kampf austragen zu helfen. Leider fehlt mir der Raum, es in anschaulicher Weise zu schildern, ich muß es an der Feststellung der Thatsache bewenden lassen. Aber es blieb nicht bei den lokalen Hilfskomites. Die Presse verfolgte den Kampf natürlich mit großer Aufmerksamkeit, die Torypresse mit gar nicht oder schlecht verhüllter Feindseligkeit, die offizielle liberale Presse mit wenig oder sehr schmachmüthiger Sympathie, aber einige radikale Blätter mit offener Parteinahme für die Arbeiter. Und diese Blätter fingen an, Sammlungen für die Bergarbeiter zu eröffnen. Trotz schlechter

Geschäftszeit und trotzdem Viele gerade durch den Ausstand auch in ihrem Erwerb getroffen wurden, gingen sehr ansehnliche Beiträge ein. Das „Daily Chronicle“ in London hat 16 000 Pfd. Sterling, das Abendblatt „Sun“ 6—7000 Pfd. Sterling zusammengebracht. Spenden von 100 Pfd. Sterling und darüber waren keine Seltenheiten, Geistliche ließen in den Kirchen nach der Predigt, Lehrer in ihren Schulen für die Bergarbeiter sammeln. Ein Geistlicher, der seine Geldmittel erschöpft hatte, gab Bücher aus seiner Bibliothek zum Verkauf für die Bergarbeiter her, Damen ihre Juwelen. Man muß das anerkennen, schon um sich vor Selbsttäuschungen zu hüten. — So ist es auch nicht richtig, daß ein Damenmeeting in St. James' Hall, das den Frauen und Kindern der Ausgesperrten seine Sympathie ausdrückte, damit genug gethan zu haben glaubte. Diese Damen haben mehrere tausend Mark für die Unterstützung der Frauen und Kinder gesammelt. Der „living wage“ ist eben ein populäres Schlagwort geworden, vielleicht bei Vielen nur für den Moment, aber der Engländer ist schnell bereit, seine Sympathie in klingender Münze zu bethätigen.

Rührend war es, wie sich dies in der Arbeiterklasse äußerte, denn was die großen Gewerkschaften unterlassen hatten, das wurde in Fabriken, Werkstätten, Klubs, Meetings ꝛc. gutgemacht. Indeß das Alles kann hier nur erwähnt, nicht dargestellt werden. Aber auch aus dieser Zusammenstellung schon wird man ersehen, wie viele Faktoren zusammenwirken mußten, den Riesen-Ausstand zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß zu bringen.

Preußische Gewerbe-Inspektion im Jahre 1892.

Von Dr. **Max Quarck.**

Die unermüdliche Kritik, die an der preußischen Fabrikinspektion seit Jahren namens und seitens der Arbeiter geübt worden ist, trägt bereits ihre Früchte. Es ist unverkennbar, daß die „Jahresberichte der Königlich Preußischen Regierungs- und Gewerberäthe und Bergbehörden für 1892. Amtliche Ausgabe“ (Berlin, Verlag von W. T. Bruer, 1893, XLIX und 482 Seiten) einen Fortschritt gegen früher bedeuten. Nachdem das Inspektionspersonal von 1891 auf 1892 um 32 Köpfe, nämlich von 64 auf 96, erhöht worden ist — daß eine solche Uebersicht endlich am Anfang des Berichtsbandes gegeben wird, entspricht ebenfalls einem von uns geäußerten Wunsche —, ist doch etwas frischeres, jüngeres Blut in die alte Institution gekommen; trotz aller Siebung hat man nicht verhindern können, daß neben die alten Gewerberäthe Elemente eingerückt sind, die doch etwas von den sozialen Strömungen unserer Zeit abbekommen haben, und man kann nur wünschen, daß bei dem demnächstigen Abschluß der Beamten- und Bezirksvermehrung diese Entwicklung sich ebenso geltend macht. Natürlich handelt es sich überall nur um ganz zahme Anläufe zur ordnungsliebenden „Sozialreform“. Diejenigen Arbeiter oder gar Sozialdemokraten sind noch nicht geboren, die es auch nur zur Würde eines Assistenten der preußischen Gewerbe-Inspektoren bringen könnten. Aber wer die bisherige Misère der preußischen Fabrikinspektion genauer kennt, der merkt doch hier und da den Unterschied und freut sich, daß jetzt auch einmal in einem preußischen Gewerbe-Inspektionsbericht Stellen vorkommen, wie die aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf (S. 322), wo der Beamte Front gegen eine Agitation der Unternehmer macht, welche sich gegen ihn richtete. Der badische Inspektor wird doch nunmehr nicht der Einzige mehr sein, der dem

Fabrikantenthum die Wege weist. Auch der Aachener Inspektor (S. 372) durchschaut endlich die Gründe der Zurückhaltung richtig, welche die Arbeiter der Inspektion gegenüber vielfach noch beobachten, indem er sagt, daß sie „eine ähnlich kurze Abfertigung, wie sie auf den Polizeibureaus nicht selten sei, befürchteten". Die Mittheilung aus Erfurt (S. 162), ein dortiger Unternehmer habe erklärt, daß jeder Arbeiter entlassen werden würde, der sich beim Gewerbe-Inspektor beschweren oder sich bei ihm Rath erholen würde, zeigt den preußischen Inspektoren wohl mit der Zeit ebenfalls, wo sie ihre Hauptgegner zu suchen haben. Freilich ist einstweilen von Oben durch eine geniale Einrichtung dafür gesorgt, daß die Beamten keinen allzugroßen sozialpolitischen Eifer entfalten können. Wie ein Bleigewicht hängt ihnen die Dampfkesselrevision, die man ihnen bei der „Reform" auflud, an den Füßen. „Die Thätigkeit der Aufsichtsbeamten als Kesselprüfer war eine recht erhebliche; sie beanspruchte voll die Hälfte der Arbeitskraft der Beamten. In einzelnen Sommermonaten überwog die Kesselprüfung" — so schreibt der Beamte für Münster (S. 199). Und noch deutlicher sagt der Inspektor für Kassel (S. 245): „Die Thätigkeit der Gewerbe-Inspektoren wurde durch die Einrichtung ihrer Bureaus, durch die Aufstellung der Kesselkataster und endlich durch die fälligen Kesseluntersuchungen vorwiegend in Anspruch genommen, so daß bisher der eigentliche Fabrikaufsichtsdienst mehr als erwünscht in den Hintergrund getreten ist." Am entschiedensten drückt sich endlich der Düsseldorfer Gewerberath (S. 318) aus: „Eine öftere, insbesondere aber eine eingehendere und gründlichere Handhabung des Fabrikbesichtigungsdienstes wird aber in den meisten hiesigen Inspektionsbezirken in hohem Grade auch durch die große Zahl der unter der Aufsicht der Inspektionsbeamten stehenden Dampfkessel und Dampfgefäße erschwert. Wenn es zu ermöglichen wäre, hier Wandel zu schaffen und die Inspektionsbeamten in einer oder der anderen Art von einem Theil der ihnen jetzt obliegenden Dampfkessel-Ueberwachungsarbeiten zu befreien, so würde dies im Interesse des übrigen Aufsichtsdienstes gewiß freudig zu begrüßen sein." Jetzt müssen die Inspektoren Dampfkesselrevision und Fabrikinspektion meist verbinden (vgl. Bezirk Arnsberg, S. 231), selbstverständlich zum größten Schaden der letzteren. Die einzige Aeußerung einer naiven Beamtenseele aus dem Bezirk Minden (S. 217), die nach der entgegengesetzten Seite geht, sei um des unfreiwilligen Humors willen auch mitgetheilt: „Trotz der kurzen Zeit seit der Errichtung der Gewerbe-Inspektionen ist es den Beamten schon gelungen, sich eine Vertrauensstellung zu erwerben; von größtem Einfluß war hierbei die Kessel-Untersuchungs-Thätigkeit, weil durch das große Interesse, das der Kesselbesitzer für den Zustand seines Kessels hegt, sowie durch die eingehenden Untersuchungsarbeiten des Beamten ein näherer Verkehr zwischen diesem und dem Arbeitgeber, sowie den bei der Untersuchung hilfreichen Arbeitern herbeigeführt wird." Zu der Erkenntniß, daß das „große Interesse" des Unternehmers, welches er naturgemäß für seinen Kessel als Kapitalstück hegt, genau dort aufhört, wo der Arbeiterschutz und seine Kontrolle durch den Beamten beginnen soll, hat sich dieser „Gewerberath" noch nicht durchgerungen. Er steht, wie gesagt, mit seiner Aeußerung auch ganz isolirt da. Die Kritik der Verbindung zwischen Kessel- und Fabrikrevision durch die Beamten selbst überwiegt weitaus, und man kann gespannt darauf sein, wie der preußische Handelsminister sein im Reichstag abgegebenes Versprechen einlöst, jene Verbindung aufzuheben, sobald sich als Folgen derselben Unzuträglichkeiten zeigten.

In der Sache selbst sind die preußischen Aufsichtsbeamten während des Jahres 1892 namentlich durch die Einführung der wenigen neuen Arbeiterschutz-

vorschriften vom 1. Juni 1891 auf die Auswüchse des kapitalistischen Systems im Gewerbeleben hingewiesen worden. In der Schilderung desselben leistet deshalb auch ihre Berichterstattung das verhältnißmäßig Beste. Um so weniger sind sie noch in die wirthschaftliche Existenz des Arbeiters außerhalb der Arbeitsstätte eingedrungen. Hier geben sie sich noch die bedenklichsten Blößen, und deshalb soll im Nachfolgenden die Besprechung der Berichte in die entsprechenden zwei Abschnitte zerlegt werden.

I.

„Unkenntniß der Gesetze schützt nicht." Dieser bekannte Satz der geltenden Rechtslehre, der namentlich gegen die misera contribuens plebs immer mit eiserner Strenge gehandhabt wird, war in Preußen während des Jahres 1892 im Thätigkeitsgebiet der Gewerbe-Inspektion durch stillschweigendes Einverständniß der Behörden den Unternehmern gegenüber so gut wie aufgehoben. In Bayern und Württemberg wie in Sachsen konstatirten wir schon früher etwas Aehnliches; aber das sind ja Länder, in denen eine gewisse „Gemüthlichkeit" und „Schlamperei" sich auch den Behörden mitgetheilt haben soll. Wenn auch der Staat mit der strammsten Bureaukratie dahin gekommen ist, durch seine Aufsichtsorgane an allen Stellen der Gewerbe-Inspektionsberichte verkünden zu lassen, daß man von einem strengen Vorgehen gegen die Unternehmer wegen Vergehen gegen die neuen Arbeiterschutzvorschriften von 1891 vorläufig abgesehen habe, weil jene Vergehen „nur aus Unkenntniß oder falscher Gesetzesdeutung" (S. 67) hervorgegangen seien, so zeigt sich eben einmal wieder, daß die Gefälligkeit des Staates dem Kapitalisten gegenüber ganz unabhängig von irgendwelchen lokalen Gründen ist; sie bildet eine universelle Erscheinung, deren Wirkung sich auch die strammste preußische Bureaukratie nicht entziehen kann. Und so ist denn in allen preußischen Aufsichtsbezirken auf das Mildeste gegen die armen, nichtwissenden Thoren von Unternehmern verfahren worden, meist mit freundlichen Ermahnungen und Vorstellungen, sich doch wenigstens künftig an das Gesetz halten zu wollen. Hin und wieder kommt der rollenwidrige Seitensprung eines Inspektors vor. So schreibt der Breslauer Gewerberath (S. 77), die Vorschriften für Glashütten seien noch nicht überall zur Durchführung gekommen, „weil angeblich die Bestimmungen nicht bekannt waren". Diese leise Kritik eines ganzen Systems durch einen Beamten selbst ist unbezahlbar.

Zunächst kam das neue Verbot der Beschäftigung volksschulpflichtiger Kinder in Frage. In Preußen dauert die Volksschulpflicht in der Hauptsache bis zum 14. Jahre. Es hätten also eigentlich alle Kinder aus preußischen Fabriken und Werkstätten, soweit diese dem Gewerbegesetz und der Inspektion unterstehen, verschwinden müssen. Doch Art. 9 der Novelle von 1891 ist den Unternehmern wiederum entgegengekommen und hat bestimmt, daß für Kinder von zwölf bis vierzehn Jahren, welche vor Verkündung des Gesetzes bereits eingestellt waren, die bisherige Beschäftigung bis zum 1. April 1894 weitergestattet sei. Damit war die auf Entfernung der Kinder gerichtete Aktion der Aufsichtsbeamten von vornherein gelähmt und es ist bei der unzureichenden Hilfe, die sie immer noch durch die Ortspolizeibehörden erhalten, mehr als zweifelhaft, ob auch nur die Einstellung neuer volksschulpflichtiger Kinder einigermaßen verhütet worden ist. Die Statistik der Kinderbeschäftigung für Preußen, die leider auch noch von den Ortspolizeibehörden aufgestellt und in dem vorliegenden Bande selbstverständlich nur für die beiden letzten Berichtsjahre gegeben wird, lautet nach unseren Zusammenstellungen seit ihrem Vorhandensein folgendermaßen:

Im Jahr	männliche	weibliche	Kinder überhaupt
1884	3753	1914	5667
1886	3937	2055	5992
1888	4019	2206	6225
1890	4209	2424	6633
1892	1445	775	2220

Also wohl eine plötzliche, durch die neuen Vorschriften bewirkte Abnahme der Gesammtsumme, die im schönsten Steigen war, von 1890 auf 1892 um zwei Drittel, aber immer noch eine Schaar von 2220 kindlichen Wesen — wenn die Polizei vollständig gezählt hat! — in den Fabriken und Werkstätten. Davon stellt die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, in der Hauptsache wohl die Zigarrenfabrikation (S. 155), allein 838. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe hat auch keine Abnahme um zwei Drittel stattgefunden, sondern nur eine sehr geringe Minderung von 229 im Jahre 1890 auf 182 im Berichtsjahre. Dieses Gewerbe sei also der Aufmerksamkeit der Inspektoren besonders empfohlen, denen man dies freilich wegen des späten Erscheinens der Berichte erst sagen kann, nachdem das laufende Berichtsjahr zu drei Viertheilen herum ist. Daß nämlich irgendeiner der Beamten Zeit oder Lust zur Anstellung der Berechnungen gehabt hat, welche der Berichtsband so konsequent umgeht, ist unwahrscheinlich. Uebrigens zeigt die Bemerkung des Inspektors für Hannover (S. 182), „die Annahme, daß die von jugendlichen Arbeitern und Kindern geleistete Arbeit eine billigere sei, als die der Erwachsenen, treffe, abgesehen von einigen Fällen in der Textilindustrie (!), gegenwärtig nicht mehr zu", wie leicht das sofortige und gänzliche Verbot der Kinderarbeit selbst bei aller Schonung des Unternehmergewinns hätte ausgesprochen werden können; der Inspektor für Liegnitz (S. 93) hält die zarten Kinderhände freilich auch jetzt noch mit den Unternehmern für „sehr begehrenswert". Er verdient sicher, in das Handelsministerium zu avanciren. Aehnlich wie ein süddeutscher Inspektor berichtet derjenige für Posen (S. 67), daß sich „nach den Versicherungen von Schulmännern" die neuen Bestimmungen „bereits in sichtbarer Weise durch den regelmäßigen Besuch der Volksschulen geltend machen". Ganz vereinzelt steht die Angabe des Breslauer Beamten (S. 77) da, daß sich „die Arbeiter" mit der Beschränkung der Kinderbeschäftigung „nicht befreunden" könnten; sie behaupten, „daß ihnen Einnahmequellen entzogen würden, wodurch viele Hausstände in wirthschaftlicher Beziehung zurückgingen". Hier liegt wohl eine unzulässige Verallgemeinerung der Klagen einiger unaufgeklärter Arbeiter vor; die einzig berechtigte Folgerung aus dieser Erscheinung, wie elend nämlich der Verdienst derjenigen Eltern sein muß, die auf die Fortsetzung einer Ausnutzung ihrer Kinder dringen, hat natürlich der Beamte auch nur für seinen schlesischen Bezirk nicht gezogen. Aus ost- und westpreußischen Ziegeleien, aus Zigarrenfabriken, Glashütten und Pappenfabriken des Bezirks Frankfurt a. O., aus Zündholzfabriken und Druckereien des Bezirks Liegnitz, aus Zinkhütten in Oppeln und Fischräuchereien in Schleswig wird übrigens, theilweise mit demselben Hinweis auf die Bedürftigkeit der Eltern, die Weiterbeschäftigung schulpflichtiger Kinder, stellenweise bis tief in die Nacht hinein und für Hundelöhne (60 Pf. pro Woche!), positiv berichtet. Der Arbeiterschutz steht also in Preußen selbst in diesen elementaren Dingen vielfach nach wie vor auf dem bloßen Papiere.

Für die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren hat bekanntlich die neue Gewerbeordnung keine allgemeinen Reformen gebracht; es sind vielmehr nur einige Spezialverordnungen für Spinnereien, Walzwerke u. s. w. nebenher

gegangen, die den gesetzlichen Schutz theilweise sogar abschwächen und ihn nur nach einigen anderen Seiten verstärken. Ueber diese Spezialvorschriften im Allgemeinen wird an der Hand des inzwischen auch erschienenen deutschen Gesammtberichtes gelegentlich einmal kritisch zu handeln sein; sie sind bis jetzt bei der öffentlichen Diskussion des Arbeiterschutzes viel zu sehr vernachlässigt worden. Hier nur Weniges darüber. Bis zum Inkrafttreten der Gewerbenovelle genossen die deutschen Spinnereien die außerordentliche und durch nichts zu begründende Vergünstigung, ihre jugendlichen Arbeiter elf Stunden täglich (statt zehn Stunden normal) beschäftigen zu dürfen. Die Regierung hatte in ihrem Entwurf zur Gewerbenovelle diese Vergünstigung fast vollständig aufrecht erhalten und die Spinnereien in § 139a, Ziffer 2, ausdrücklich als Ausnahmebetriebe genannt, denen dieser Vortheil mit der Maßgabe zu gewähren sei, daß die Beschäftigung junger Leute 64 Stunden wöchentlich nicht überschreite. Auch in der Reichstags-Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes (Aktenstück Nr. 190, Reichstag, 8. Leg.-Per., I. Session 1890/91) wurde von interessirter Seite ausgeführt, daß die elfstündige Arbeitszeit für junge Leute, „welche ausschließlich zur Hilfeleistung bei dem Betriebe der Spinnmaschinen" verwendet würden, im Interesse des Gesammtbetriebes und speziell der erwachsenen Arbeiter erforderlich sei. Gerade die Spinnereien seien weit weniger, wie z. B. die Webereien, in der Lage, in kürzerer Arbeitszeit durch intensiven Betrieb die Leistung auszugleichen. Sie würden durch die Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf elf Stunden umsomehr getroffen, als das Anlagekapital hoch sei. Die Arbeit sei leicht und ergebe viele kleinere Pausen; außerdem sei ja das Zeugniß eines Arztes vor Zulassung erforderlich. Die Vertreter der verbündeten Regierungen traten sehr nachdrücklich für diese Unternehmerargumente ein. Nach ihren Erhebungen waren 1890 in deutschen Spinnereien nicht weniger als 26 452 jugendliche Arbeiter (jetzt 21 065 in der gesammten preußischen Textilindustrie) beschäftigt. In Brandenburg und am Niederrhein wurde eine 13stündige und längere Arbeitszeit in Spinnereien „bei flottem Geschäftsgang" festgestellt. Sanitäre Mißstände hätten sich nicht ergeben. Es fielen die bekannten Schlagworte von der „Vertheuerung der Produktion" und der Benachtheiligung des Inlandes gegenüber dem ausländischen Wettbewerb. Aber alle diese Gesichtspunkte wurden glücklicher Weise vom Reichstag nicht als durchschlagend erachtet. Die Spinnereien hätten sich lange genug des Privilegiums erfreut, so wurde in der Kommission entgegnet, es sei endlich Zeit, dasselbe zu beseitigen. Die Arbeit sei *nicht* leicht; das stete Mitgehen mit der Maschine, der Aufenthalt in einer mit Baumwollstaub und Oeldünsten gesättigten Luft wirke schädigend auf die jugendliche Gesundheit; einem ärztlichen Zeugniß sei kein Werth beizulegen. Man könne deshalb ganz gut von der elfstündigen zur zehnstündigen Arbeitszeit der jungen Leute übergehen. In diesem Sinne fiel denn auch die gesetzliche Regelung aus; und keiner der Nachtheile, die prophezeit worden waren, ist für die Spinnerei eingetreten. Die Inspektoren, die sonst gar schnell bei der Hand sind, die nichtigsten Unternehmerklagen weiter zu geben, haben so gut wie nichts über etwaige Nachtheile zu berichten; die Fabrikanten haben die jugendlichen Hände, als sie nicht mehr so lange wie früher ausgenutzt werden durften, einfach fahren lassen und ältere Personen ohne jeden Verlust eingestellt. So ist sicher die Mittheilung des Düsseldorfer Beamten zu verstehen (S. 323), daß in der Textilindustrie des dortigen Bezirks die Zahl der Jugendlichen von 1891 auf 1892 um 444 Köpfe abgenommen hat, „während die Zahl der Arbeiter überhaupt in den Textilanlagen zum Theil sogar erheblich zugenommen hat". Die

vor einiger Zeit angekündigte, wir wissen nicht ob schon erlassene Verordnung über die Beschränkung der Arbeitszeit für Jugendliche in Spinnereien auf die Zeit bis 5½ Uhr Nachmittags an Vorabenden der Sonn- und Festtage, kann ruhig kommen. Und dasselbe gilt für die wenigen neuen Schutzbestimmungen, die für Jugendliche in Walz- und Hammerwerken auf dem Verordnungswege erlassen wurden. Der Beamte für Trier (S. 360) bläst ja noch in das Horn der Stumm und Konsorten, wenn er darüber jammert, daß die jugendlichen Arbeiter nun weniger eingestellt werden und dadurch „gerade in ihren ‚Flegeljahren' einer geeigneten Zucht und Gewöhnung an Arbeit entgehen", und der für Oppeln (S. 108) unterstützt ihn wacker. Aber der Inspektor für Düsseldorf tritt sehr energisch für die Schutzbestimmungen ein, indem er schreibt (S. 326): „Daß aber auch in Walzwerken eine Kontrolle über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter recht nothwendig ist, dürfte, den gegentheiligen Aeußerungen aus Interessentenkreisen gegenüber, durch die Thatsache bewiesen werden, daß in einem Walzwerke des Bezirks im Monat Juni des Berichtsjahres ein jugendlicher Arbeiter viermal 24 Stunden lang ununterbrochen (!) beschäftigt wurde." Und der Aachener Beamte bemerkt (S. 372), daß in Drahtwalzwerken jetzt gar keine jugendlichen Arbeiter mehr thätig seien, könne mit Rücksicht auf die häufig vorgekommenen Unfälle nur als angemessen bezeichnet werden. Soweit die Spezialverordnungen für jugendliche Arbeiter. Ueber ihren Schutz im Allgemeinen (zehnstündiger Maximalarbeitstag) ist zu berichten, daß er in Hunderten von Fällen übertreten, und daß er in einem einzigen, sehr versteckt mitgetheilten, aber für die lokale Sozialpolitik der Gewerkschaften hochwichtigen Falle um einen Schritt weiter gebildet wurde. Der Inspektor für die Bezirke Merseburg-Erfurt führte auf Grund der §§ 120 ff. der Gewerbe-Ordnung eine polizeiliche Verfügung herbei, nach welcher einer ausbeuterischen Maschinenfabrik auch für ihre Lehrlinge von über 16 Jahren ein zwölfstündiger Maximalarbeitstag vorgeschrieben wurde. Dieser Vorgang sollte die Arbeiter aller Orten zu Anträgen auf ähnliche Maßnahmen anspornen. Im Uebrigen klingt durch den ganzen Berichtsband die trotzige Erklärung der Unternehmer und das Jammerlied „wohlwollender" Inspektoren, daß jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren immer weniger eingestellt würden und nun als Unbeschäftigte jene berühmte „Gewöhnung an die Arbeit" verlören, vulgo der Ausnützung entgingen. Vorläufig werden nun aber nach der Gesammtstatistik noch 103 464 jugendliche Arbeiter in Preußen beschäftigt, gegen 80 164 im Jahre 1884, 78 065 im Jahre 1886, 98 014 im Jahre 1888 und 119 271 im Jahre 1890. Eine Abnahme hat also überhaupt erst seit kurzer Zeit stattgefunden, und die permanente Krisis, in der wir stecken, ist sicher auch nicht ohne Einfluß darauf gewesen. Außerdem ist die Abnahme leider gar keine allgemeine, wovon freilich mit dem Ueberblick über ganz Preußen kaum ein Aufsichtsbeamter etwas weiß. Nimmt man sich nämlich die Mühe, die Statistik der Jugendlichen nach Gewerbegruppen zu bearbeiten und die Ziffern auch aus früheren Jahren zusammenzutragen, so ergiebt sich, daß nicht weniger als sechs große Industriegruppen nicht nur keine Abnahme, sondern eine theilweise sogar ganz erhebliche Zunahme der jugendlichen Arbeit auf ihrem Konto haben. Es wurden beschäftigt an jugendlichen Arbeitern von 14 bis 16 Jahren

in der Industrie der Steine und Erden:

1884	7807
1890	11 990
1892	13 436

in der Maschinen-, Werkzeuge- und Instrumentenherstellung:

1884	5723
1890	10771
1892	10777

in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe:

1884	2099
1890	4228
1892	5093

in der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie:

1884	7875
1890	10857
1892	11214

im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe:

1884	2334
1890	3691
1892	4053

in den polygraphischen Gewerben:

1884	2167
1890	3630
1892	4900

Wo bleibt da, namentlich angesichts der Ziffern in der ersten und vierten der obigen Gruppen, der trotzige Verzicht der Unternehmer auf jugendliche Hände? Wir möchten z. B. dem Inspektor für Hessen-Nassau rathen, auf die Industrie der Steine und Erden in seinem Bezirk ein wachsames Auge zu haben, weil sie die Zahl der Jugendlichen seit 1890 beinahe verdoppelte, und aus demselben Grunde sollten die Inspektoren für Ost- und Westpreußen, Hannover und Westfalen die Buchdruckereien, die Beamten für Brandenburg, Pommern und Schlesien die Holz- und Schnitzindustrie ihrer Bezirke recht aufmerksam kontrolliren. Diese Gegenden und Industrien haben eine theilweise ganz kolossale Zunahme der jugendlichen Arbeit zu verzeichnen, die nicht allein aus der Erweiterung der Statistik auf Werkstätten mit Motoren erklärt werden kann. Wo aber wirklich die Unternehmer das junge Menschenfleisch fahren ließen, da richten sich die Klagen über Verwilderung u. s. w. an die total verkehrte Adresse. Sie sollten an den Staat gerichtet werden, der noch immer keine Mittel dazu übrig hat, die Volksschule zu erweitern, gute obligatorische Fortbildungs- und Gewerbeschulen, sowie Lehrwerkstätten für die 14 bis 18jährigen Leute einzurichten, wie sie unsere „wilden Nachbarn" z. B. in Paris längst haben. Denn daß man auch ältere Leute als 14jährige Jungen noch mit Erfolg in die Industrie aufnehmen kann, zeigt das Seite 168 angeführte Beispiel der Kaiserlichen Werft in Kiel, die junge Leute erst von 16 Jahren ab gewerblich beschäftigt.

(Schluß folgt.)

Notizen.

Die endlich erschienene „Statistik der Reichstagswahlen von 1893" ist von der Tagespresse bereits genügend besprochen und im Auszuge wiedergegeben worden. Eine sehr eingehende Zusammenstellung findet der Leser auch im Anhange der Schrift von Dr. Adolf Braun: Die Parteien des deutschen Reichstages. Wir begnügen uns daher hier mit einer kurzen Uebersicht der Verbreitung der Sozialdemokratie in den einzelnen preußischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten und

mit einem Hinweis auf die ungeheuerlichen Unterschiede in der Bevölkerungszahl der Wahlkreise — Unterschiede, die gerade den rückständigsten Parteien nützen und den fortgeschrittensten schaden.

Wir ordnen die Einzelstaaten und die preußischen Provinzen nach der Wählerzahl und erhalten dann folgendes Bild:

Ziffer in der Reihe der Wahlberechtigten	Ziffer in der Reihe der sozialdemokratischen Stimmen		Wahlberechtigte	Sozialdemokrat. Stimmen am 15. Juni 1893
1	4	Königreich Bayern	1 207 753	125 952
2	6	Provinz Rheinland	1 031 503	103 179
3	7	= Schlesien	864 354	102 023
4	**1**	Königreich Sachsen	744 204	270 654
5	3	Provinz Brandenburg	582 589	127 852
6	5	= Sachsen	569 265	121 676
7	11	= Westfalen	546 626	64 324
8	8	= Hannover	519 979	82 075
9	14	Württemberg	421 743	42 801
10	**20**	Provinz Ostpreußen	377 187	23 336
11	**2**	Stadt Berlin	373 930	151 122
12	12	Provinz Hessen-Nassau	353 446	57 653
13	15	Baden	353 325	37 559
14	**33**	Provinz Posen	326 714	4 953
15	13	Elsaß-Lothringen	325 482	46 186
16	17	Provinz Pommern	309 751	37 318
17	**9**	= Schleswig-Holstein	277 065	75 746
18	**26**	= Westpreußen	274 418	11 770
19	16	Hessen	218 698	37 519
20	**10**	Hamburg	163 551	70 552
21	18	Mecklenburg-Schwerin	132 613	28 930
22	19	Braunschweig	91 502	27 555
23	29	Oldenburg	77 456	9 479
24	24	Sachsen-Weimar	74 192	13 288
25	21	Anhalt	61 169	17 864
26	28	Sachsen-Meiningen	47 101	11 332
27	22	Sachsen-Koburg-Gotha	45 333	15 084
28	23	Bremen	38 902	14 572
29	25	Sachsen-Altenburg	38 317	12 429
30	37	Lippe	27 925	1 201
31	27	Reuß jüngerer Linie	26 466	11 539
32	35	Mecklenburg-Strelitz	22 314	3 300
33	31	Schwarzburg-Rudolstadt	18 965	6 340
34	30	Lübeck	18 743	7 389
35	34	Schwarzburg-Sondershausen	16 789	3 935
36	39	Hohenzollern	14 701	280
37	32	Reuß älterer Linie	14 007	6 041
38	38	Waldeck	11 548	681
39	36	Schaumburg-Lippe	8 666	1 304
		Deutsches Reich	10 628 292	1 786 738

Die Benachtheiligung der Sozialdemokratie durch das heutige Wahlsystem und die Eintheilung der Wahlkreise ist schon oft hervorgehoben worden. Mit nahezu einem Viertel (23,3 Prozent) der abgegebenen 7,67 Millionen Stimmen hat sie doch nur ein Neuntel der Mandate gewonnen. Da die Frage der Neueintheilung der

Wahlkreise wahrscheinlich den Reichstag in dieser Session beschäftigen wird, so stellen wir die einwohnerreichsten und -ärmsten Kreise zusammen.

Auf über 200 000 Einwohner (nach der Zählung vom 1. Dezember 1890) sind 18 Wahlkreise angewachsen, nämlich:

Wahlkreis	mit Einwohnern	Gewählt
1. Kiel-Rendsburg	201 675	Sozialdemokrat
2. Magdeburg	202 234	"
3. Düsseldorf	210 592	Zentrum
4. Beuthen	210 692	"
5. Chemnitz	223 335	Sozialdemokrat
6. Hannover-Stadt	227 029	"
7. Duisburg-Mülheim	237 772	Nationalliberal
8. Elberfeld-Barmen	238 819	Sozialdemokrat
9. Essen	241 709	Reichspartei
10. Dortmund-Hörde	251 900	Nationalliberal
11. München II	273 258	Sozialdemokrat
12. Leipzig-Land	279 718	"
13. Hamburg III	298 433	"
14. Berlin II	324 738	"
15. Teltow-Beeskow	342 934	"
16. Bochum-Gelsenkirchen	353 726	Zentrum
17. Berlin IV	395 101	Sozialdemokrat
18. Berlin VI	487 242	"

Genau zwei Drittel (12) von diesen Riesenkreisen sind also sozialdemokratisch vertreten. Umgekehrt, von den 13 kleinsten Kreisen, die noch weniger als 70 000 Einwohner zählen, ist ein einziger in den Händen der Sozialdemokratie: Reuß älterer Linie. Die kleinsten Wahlkreise im Reiche sind:

Nordhausen	mit 68 837	Einwohnern
Fraustadt-Lissa (Posen 6)	" 67 130	"
Ostprignitz (Potsdam 2)	" 66 834	"
Sigmaringen	" 66 085	"
Deutsch-Krone (Marienwerder 8)	" 65 657	"
Reuß älterer Linie	" 62 754	"
Gebweiler (Els.-Lothr.)	" 62 046	"
Rappoltsweiler (Els.-Lothr.)	" 61 848	"
Löwenberg (Liegnitz 5)	" 61 565	"
Koburg	" 59 287	"
Waldeck	" 57 281	"
Herzogthum Lauenburg	" 48 874	"
Schaumburg-Lippe	" 39 163	"

—ms.

Literarische Rundschau.

Charles Tétard, Contes Populaires. Paris 1893. Bibliothéque de l'Art Social. 132 S. 12°.

Herr Tétard hat mit dieser Sammlung kleiner Erzählungen — um seine eigenen Worte zu gebrauchen — „den Versuch unternommen, dem kindlichen Geist eine neue und von allen rückläufigen Ideen oder Symbolen freie Nahrung darzubieten"; sie sollen „den Anfang einer rückhaltlos sozialistischen Jugendliteratur" bilden.

Derartige Versuche sind schon wiederholt in Deutschland unternommen worden, nur hat man dabei meist die vorgeschrittenere Jugend im Auge gehabt. Die „Contes Populaires" dagegen sind Kindergeschichten, Märchen mit mehr oder minder ausgeprägter sozialistischer Tendenz, vielleicht manchmal für den kindlichen Geist

etwas zu viel oder zu spezielle Tendenz. Womit indeß nicht gesagt sein soll, daß Herr Tétard etwa in den Fehler verfallen sei, die Kinder mit sozialpolitischer Dogmatik heimzusuchen, oder mit ihnen politisch zu kannegießern. Es ist ihm vielmehr das Zeugniß auszustellen, daß er sich im Ganzen innerhalb der Grenzen dessen hält, was Kinder fassen und vertragen können. Aber die sozialistische Moral seiner Erzählungen dürfte meist für ein höheres Alter angemessen sein, als ihre Fabel. Der Jugend, die sich an diesen ergötzt, passen bestenfalls moralische Gemeinplätze — die Jugend, welche die Erstere versteht, verlangt und verträgt schon solideren Unterhaltungsstoff. Beiläufig ist diese Inkongruenz eine Klippe, an der noch die meisten Versuche einer speziell sozialistischen Jugendliteratur gescheitert sind. Sie waren fast immer zu sehr von des Gedankens Bläße angekränkelt und entbehrten jenes Schwunges der Phantasie, der das jugendliche Herz hinzureißen vermag, weshalb sie auch nicht entfernt mit den vorhandenen Volksmärchen und besseren Jugendschriften konkurriren konnten, unter denen es ja nicht an solchen fehlt, deren Moral — selbst vom sozialistischen Standpunkte aus — nichts Bedenkliches für die Jugendwelt enthält. Man soll sich darüber doch keinen Selbsttäuschungen hingeben.

Sonst sind die Tétard'schen Erzählungen im Ganzen recht lebendig gehalten und werden auf Kinder im Alter von etwa zehn Jahren ihren Eindruck nicht verfehlen. Namentlich dürfte die „Geschichte von den drei muthigen Knaben", die ihrer Mutter Hütte gegen die Gendarmen vertheidigen und denen in dem guten Gendarm Brisebois ein Helfer erwächst, sowie die „Erzählung von dem Knaben mit den rothen Augen", der in der Entrüstung über die Ungerechtigkeit, deren Zeuge er ist, plötzlich aus einem verkrüppelten Schwächling zu einem kräftigen, sich gegen die Verüber des Unrechts erhebenden Burschen wird, manches Kinderherz entflammen.

B.

E. Philipps, **Keine direkten Steuern mehr!** Die Nothwendigkeit und Möglichkeit ihrer Beseitigung. Neuwied und Berlin, Heuser's Verlag. 27 S. 8°.

„Zweites Tausend" heißt es auf dem Umschlag des uns vorliegenden Exemplars dieser Broschüre, die als ein Sammelsurium aller möglichen Trugschlüsse über die Steuern und deren Vertheilung bezeichnet werden muß. Als solches hat sie für Leute, die in Arbeitervereinen ꝛc. über dieses Thema zu referiren haben, einen gewissen Werth, denn erstens ist es immer angenehm, die so plausibel scheinenden Argumente für die indirekten Steuern an der Hand eines Anwalts derselben durchgehen zu können, und zweitens ist Herr Philipps oder sein Pamphlet ganz besonders geeignet für diesen Zweck. Denn wo sie nicht ganz offen ausgesprochen — wir könnten auch sagen ausgeplaudert — werden, leuchten die wahren Gründe der Vorliebe aller Reaktionäre für die indirekten Steuern überall bei ihm aufs Deutlichste zwischen den Zeilen hindurch. Schon auf den ersten Zeilen verräth Herr Philipps, weß Geistes Kind er ist, indem er wiederholt von „Unterthanen" des Staates, statt von Bürgern desselben spricht. Dann erzählt er, ein Land könne durch Steuern nicht verarmen, da dieselben nur die für das bürgerliche Leben nothwendige Zirkulation des Geldes befördern und ihre Regulirung erleichtern, und daß das stehende Heer dem Lande „eigentlich gar kein Geld" kostet, mit Ausnahme der geringfügigen, etwa vom Auslande bezogenen Gegenstände für dasselbe. Je mehr Soldaten, Kasernen, Festungen, desto mehr „kommt Geld unter die Leute". Das einzig Schlimme ist, daß dieses „unter die Leute" zu bringende Geld vorher *von* den Leuten geholt wird — nein, das ist nicht das Schlimme, schlimm ist nur, daß es immer noch zum Theil in *direkten* Steuern geholt wird — vermittels der Einkommensteuer, welche als „die denkbar thörichtesten und schädlichste aller Steuerquellen bezeichnet werden muß". Sie übt einen „*lästigen*" und *ungleichartigen* Druck aus, sie „demoralisirt" das Volk und untergräbt den Patriotismus. Und wozu dies Alles? Wenn heute schon die direkten Steuern nur einen ganz geringen Bruchtheil der Mittel des Staatshaushaltes betragen, warum soll das Volk ihretwegen überhaupt „so arg gedrückt und geplagt werden, anstatt die gar nicht drückenden Zölle und indirekten Steuern zu vermehren oder gar .... zu verdoppeln" (S. 14). Man

sieht, Herr Philipps ist radikal und zieht die Konsequenzen der von ihm adoptirten Steuerlehren mit anerkennenswerther Unerschrockenheit. Ganz seelenvergnügt empfiehlt er Wiedereinführung des Zeitungs- und Kalenderstempels und ist überzeugt, daß ein Quittungsstempel von ¼ bis ½ Prozent des Werthobjekts von dem, der Geld ausbezahlt, im Hochgefühl erhaltenen Mammons mit Freuden getragen werden würde. So giebt es tausend liebliche Arten, Geld „unter die Leute" zu bringen, und wenn die Schrift des Herrn Philipps, die das so schön klar macht, nicht noch in vielen, vielen Tausenden von Exemplaren Verbreitung findet, dann thun die staatserhaltenden Organe des Landes einfach ihre Schuldigkeit nicht. Wir empfehlen sie ihrer Beachtung und rathen nur, künftige Ausgaben mit dem Motto zu versehen: „Gott schütze uns vor unseren Freunden!" —eb.

Feuilleton.

Al-Davân.

Skizze aus dem sibirischen Leben von **Wladimir Korolenko.**

Deutsch von **Norbert Hoffmann.**

(Fortsetzung.)

„Eines Tages ging ich an dem Hause vorüber, wo jener Student wohnte — er lebte in einem kleinen Seitenflügel, schrieb Bücher und stopfte Thiere aus. Da hatte er Reiher auf das Fenster gestellt und Möven und ein Fisch hat da seinen Schwanz umgeschlagen, und ein Krebs kriecht herum. — Ein Sonderling! Aber nein, kein Sonderling, man sah eben, daß es ihm so Bedürfniß war. Ich schau also hin, da sitzt er auf der kleinen Stiege und saugt an seinem Pfeifchen. Jetzt, sagt man, ist er schon hoch im Range gestiegen, und immer noch läßt er dieses Pfeifchen nicht aus dem Mund.... Ein seltsames Volk, wahrlich, die gelehrten Leute...."

Kruglikow lächelte still vor sich hin, stand auf, kramte in irgend einer Schatulle in seiner finsteren Kammer herum und brachte ein altes Buch heraus.

„Da", sagte er, „seht her." ... Ich blickte hin und mich umwehte der Duft längst vergangener Zeiten. Es war ein Buch aus den Sechziger Jahren, halb und halb fachwissenschaftlichen Inhalts. Es gehörte durchaus jener Richtung an, die bei uns herrschte, als noch die neue Naturforschung stolz hervortrat, um die Welt zu überwinden. — Die Welt blieb unbesiegt, gleichwohl erwuchsen an dieser Quelle viele junge Triebe. Diese Bewegung hat uns nicht wenig berühmte Namen geschenkt. Einer dieser Namen, wenn auch nicht der allerersten Einer, stand auf dem Deckblatte jenes Buches.

„Er war es, Dmitri Orestowitsch, der dieses Buch verfaßt hat", sagte Kruglikow, indem er das Buch sorgfältig in irgend ein Postblankett einwickelte. Er bewahrte es augenscheinlich mit Stolz, als eine seiner schmeichelndsten Erinnerungen an eine unwiederbringliche Vergangenheit.

„Wie ich nun so bei ihm vorübergehe, höre ich, wie er mich anruft: „Heda! Ihr Herr Venezianer, kommt einmal her!"

Ich komme heran, ich sehe, daß ich es bin, der gerufen wird. Er war ein Schalk.

„Was ist gefällig, Herr?"

„Was ist's, habt Ihr denn die Markgräfin von Brandenburg ganz und gar verlassen? Sie stirbt ja vor Gram." Er schaute mich an, so vom Kopf bis zu den Füßen. „Und wahrlich", sagt er, „sollte man sich um einen so kühnen Helden nicht zu Tode grämen..."

Ich sehe, daß das Spott ist — dennoch war er ein seelenguter Mensch. Rassa hatte ihn anfangs auch sehr gefürchtet, weil bei ihm immer alles spottend und stoßweise herauskam; später aber hat sie ihn sehr gelobt. Ich war nicht beleidigt und sagte zu ihm:

„Was soll ich thun, Dmitri Orestowitsch, sagt es mir."

„Nun und Ihr", sagt er, „wißt es nicht?"

„Nein, ich weiß es nicht."

„Nun, so weiß ich's auch nicht. — Aber dennoch muß ich Euch ausausrichten, daß Rassa Pawlowna Euch heute in der Dämmerstunde bei sich erwartet. Der Vater wird nicht da sein, der wilde Seraskier ist auch nach Rambow abgereist. Lebt wohl!"

„Rathet mir doch, Dmitri Orestowitsch, was ich thun soll!"

„Nein, nein", sagt er, „ich kann Euch in dieser Sache nicht Rathgeber sein. Ich habe der Rassa Pawlowna gerathen, daß sie alle Seraskier sammt allen Venezianern zum Fenster hinauswerfen soll, — sie gehorcht nicht; Euch aber, was soll ich Euch auch rathen . . ."

Da wurde mir, ich muß es gestehen, schwer ums Herz. Sie lachen Dich aus, sagte ich mir. Warum geht es mir denn schlechter als allen übrigen Verlobten? Wie unglücklich bin ich doch: meine Braut hat sich an meinen Vorgesetzten gewöhnt; was kann ich dafür? Dann erinnerte ich mich aber, daß ich Abends hingehen sollte, um Rassa zu sehen, und da wurde ich heiter.

In der Dämmerstunde machte ich mich auf den Weg zu ihr; die alte Wärterin öffnete mir und hielt dann Wache. — Sie hat sich an meinen Hals geworfen, die Rassa Pawlowna, und hat zu weinen angefangen. Ich habe sie angeschaut — habe sie nicht erkannt. Sie war's — und doch wieder nicht. Bleich war sie geworden, mager, die Augen groß, sie blickte ganz fremd. Und eine Schönheit . . . unbeschreiblich! Das Herz hat mir geklopft. Nicht meine Rajinka ist's, eine andere Jungfrau. . . . Sie aber umarmt mich: „Waßja", sagt sie, „theu . . . rer . . ., er . . . sehnter", sagt sie, „Du bist gekommen", sagt sie, „Du hast mich nicht ver . . . gessen, nicht verl . . ."

Mit einem Male drang ein Thränenstrom in Kruglikow's Augen, die Kehle ward ihm von krampfhaftem Schluchzen zusammengepreßt. Er stand auf, trat an die Wand und blieb eine Zeitlang dort stehen, das Gesicht irgend einer Fahrordnung zugekehrt.

Als ich Michael Iwanowitsch ansah, bemerkte ich zu meinem großen Erstaunen, daß die ohnedies verschwommenen Züge dieses nicht sonderlich sentimentalen Menschen auch eine gewisse Weichheit angenommen hatten und daß er gewaltsam mit den Augen zwinkerte. Ich erinnerte mich da seiner Nervosität und mein Erstaunen ging vorüber.

„Das ist schon wirklich", sagte er mit bewegtem Gesichte, „eine rührende Geschichte. . . . Nun aber, schluck' Eins hinunter, Du armer Teufel! Laß gut sein, Bruder, was ist zu thun? Unser Leben, Brüderchen, ist ein Jammerthal. . . ."

Kruglikow kam verschämt herzu, schenkte sich ein, trank aus und wischte sich das Gesicht mit seinem Foulardtuch ab.

„Verzeiht mir, geehrte Herren, ich kann nicht anders. Damals hab' ich zum letzten Mal meine Rassa umarmt. Von dieser Zeit an konnte ich sie nicht mehr mit der Hand erreichen. . . . Die Erinnerung ist ein Heiligthum, Herr. . . . Ich bin nicht würdig . . ."

„Nu, nu", sagte Kopylenkow, um sich gleichsam vor einem neuerlichen Anfall von Rührung zu schützen, „laß das, Brüderchen, laß das, erzähle doch einmal weiter. Was ist da jetzt zu . . ."

„Nun, wir sind diesen Abend bei einander gesessen, und ich habe nicht einmal bemerkt, wie Rajsa Pawlowna sich nach und nach aufgeheitert hat. Das war oft so bei ihr gewesen, wie die Sonne aus den Wolken heraus! . . .

„Genug", sagt sie, „was trauern wir, wie bei einem Begräbniß? Laß es gut sein! Du siehst, es ist nun auch unsere Zeit gekommen! Sei stark, Waßjenka, ich aber ergebe mich nicht! So lange es geht", sagt sie, „werden wir uns alle Mühe geben, und wird's unmöglich — ei — da sieh, was ich heute gekauft habe. . . ."

Sie lacht, nimmt aber aus der Kommode ein kleines Pistolchen heraus, ein ganz kleines Ding — nun aber ist doch immer eine Feuerwaffe kein Spielzeug. Mir ist's in die Füße gefahren. . . . Nun, gegen das Ende des Abends hab' ich dieses Ding von ihrem Tisch weggenommen und ganz heimlich in meine Seitentasche versteckt. Versteckt und auch vergessen und auch sie hat es nicht vermißt. . . . Am nächsten Tage habe ich mir Muth gemacht und bin zum Vater gegangen. Er saß zu Hause und zeichnete Skizzen — man baute eben ein neues Fahrzeug. . . . Wie er mich sieht, wendet er sich ab, schaut mir nicht in die Augen. . . . Ach, er hat's gefühlt, daß er über seinen Hochmuth den Sohn ins Verderben stürzt. Ja, es ist offenbar Schicksal! . . .

„Was willst Du?" sagt er.

Ich fiel auf die Knie. Aber nicht einmal hören wollte er mich! Da bin ich also aufgestanden und habe gesagt:

„Nun, wenn es so ist, gut, ich bin großjährig, ich heirathe ohne Mitgift."

Mein Vater aber, das muß ich bemerken, war sehr gelassen. Einen kurzen Hals hatte der Selige und der Arzt sagte, daß er einmal durch Aufregung ein schnelles Ende finden könnte. Darum hat er es vermieden, zu schreien oder heftig zu zanken. Nur das Gesicht war manchmal blutroth, aber die Stimme hat auch nicht ein wenig gebebt.

„Paß auf", sagt er, „Du bist ein Dummkopf, Waßja, ein richtiger Dummkopf! Redest Dinge, die Du doch nicht thun wirst. . . . Wenn ich aber was sage, so geschieht es auch nach meinem Kopf. Merk' Dir's: mitsammt Deiner Großjährigkeit prügle ich Dich durch wie ein Osterzicklein. . . ."

„Das darf nicht geschehen", sage ich, „ich bin Beamter."

„Glaubst es nicht? Gut."

Er machte das Fenster auf und winkte mit dem Finger. Bei uns im Hofe, in einem Seitenflügel, wohnten zwei Brüder — ausgediente Bombardiere, stramme Kerls; ellenlange Schnurrbärte hatten sie und rothe Gesichter. Schuster waren es; da einen Fleck aufsetzen, dort eine Sohle doppeln oder manchmal auch ein neues Paar nähen, das konnten sie, hauptsächlich aber sich betrinken. Die sind also in die Stube getreten und bei den Thürpfosten stehen geblieben. Sie rührten sich nicht, nur die Schnurrbärte bewegten sie wie Küchenschaben, und lauerten, ob da wohl was für sie abfiele. Der Vater bot Jedem ein Gläschen an.

„Da, meine Herren Bombardiere, da ist fürs Erste ein Schnaps für Euch. Mein junger Hund wird widerspenstig. Könnt Ihr ihn mit meiner väterlichen Hand durchprügeln?"

Da schaute der Jüngere den Aelteren an und dieser antwortete:

„Mit der väterlichen Hand, das können wir immer. Das Gesetz erlaubt es."

„Nun also, behaltet das im Auge für künftige Zeiten. Wenn ich das Signal ausstecke, seid parat. . . . Und jetzt marsch alle Dreie!" (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bahler in Stuttgart.

Nr. 10. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Blinder Taumel.

↗ Berlin, 29. November 1893.

Die vielberühmte „Bekämpfung der Sozialdemokratie“ ist wieder einmal auf die Tagesordnung gesetzt worden durch den vom „Vorwärts“ veröffentlichten Erlaß, den der preußische Minister des Innern an die Regierungspräsidenten gerichtet hat. Das Schriftstück macht den Eindruck einer antiquarischen Kuriosität, bei deren Betrachtung man sich unwillkürlich sagt: merkwürdig, wie so was einmal lebendig sein konnte. Es sind dieselben kümmerlichen Illusionen, mit denen sich vor zwanzig Jahren die herrschenden Klassen über die Bedeutung der anwachsenden Arbeiterbewegung zu beruhigen suchten. Nichts davon fehlt: weder die wohlwollende Behandlung der Arbeiter, noch ihre Bekehrung durch die Presse, noch die Belehrung der irregeleiteten Proletarier durch einsichtige Kameraden, noch endlich die sanfte Anspielung auf den hauenden Säbel und die schießende Flinte; ohne die thut es nun einmal kein richtiger Eulenburg. Wenn man das Alles liest, wie es einen so aus nüchterner Druckerschwärze auf nüchternem Druckpapier anstarrt, so ist der erste Gedanke: ja, wie war es denn nur möglich, daß diese Gespenster einmal leibhaftig umgehen konnten!

Aber der zweite Gedanke ist dann auch: es war nicht nur möglich, sondern die Gespenster wollen noch immer lebendig sein. Dieser Erlaß enthält ja die Blüthe der staatsmännischen Weisheit, die der preußischen Regierung aus dem Verlaufe der letzten Reichstagswahlen erwachsen ist, und da ist nichts leichter, als auf jedes Kompliment an die Adresse dieser Regierung zu verzichten. Sie ist so unbelehrbar wie jede andere, vielleicht unbelehrbarer als jede andere. So gründlich all die schöne Dialektik auszuschwitzen, die ihr das klassenbewußte Proletariat in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes mit fleißigem Bemühen eingepaukt hat, das ist ein wenig arg. Vergebens sucht sich Graf Eulenburg in die wallende Toga der Februar-Erlasse zu hüllen; mit Bonmots von vorgestern macht man keine soziale Politik. Die staatlichen Betriebe sollten Musterstätten sozialer Fürsorge sein; man frage die Arbeiter der Eisenbahn-, die Beamten der Postverwaltung, was aus diesem feierlichen Versprechen geworden ist. Und die preußische Bureaukratie, die solche Schuld auf dem Gewissen hat, ermahnt jetzt salbungsvoll „Arbeitgeber, Vorgesetzte, Prinzipale“, sich mit dem Geiste der Februar-Erlasse zu durchdringen, redet ein Langes und Breites von

gebotener Fürsorge, Pflege persönlicher Beziehungen, Erkenntniß der gemeinsamen Interessen, ethischer Seite — nie ohne dieses! — des gegenseitigen Verhältnisses. Es ist zu — genial.

Solche Leistung einer verknöcherten Bureaukratie geht selbst unserer Bourgeoisie über den Spaß, und die ist doch dümmer als die Bourgeoisie jedes anderen Landes. Wer eines neuen Beweises für diese alte Thatsache bedürfen sollte, der lese die Auslassungen der Bourgeoisblätter über die Rede, worin Exzellenz Miquel sich neulich im Reichstag wegen seiner kommunistischen Jugendsünden rechtfertigte. Es war eine ziemlich verlegene und für einen so geschickten Debatter unbeholfene Rede, aber wer einmal und sei es auch nur als „unreifer Mensch" mit dem kommunistischen Feuer getauft war, dem leuchtet ein kleines Flämmchen auch noch auf greisem Haupt. Dieselben Bourgeoisblätter, die gleich nach dem Kölner Parteitag Herrn Miquel aus eigener Machtvollkommenheit aller Schuld ledig sprachen, wittern jetzt in seiner Rechtfertigungsrede allerlei Teufelsdreck und sehen mit banger Sorge dem löschpapierenen Sozialistentode entgegen, den der preußische Finanzminister, befreit von seinen amtlichen Bürden und erschöpft von der Auspressung des Volkes, in der Muße seines Alters präpariren will. Beispielsweise ist der Leitartikel der „Vossischen Zeitung" über Miquel's Rede einfach unbezahlbar. Das führende Blatt der hiesigen Bourgeoisie schreibt etwa: Was, Hunderte von ökonomischen und philosophischen Werken hat Herr Miquel lesen müssen, um sich von den sozialistischen Irrlehren zu befreien? Aber das ist höchst verdächtig. So viel gelesen hat nach eigenem Geständniß auch Lassalle und dadurch hat er sich gerade so tief in die sozialistischen Irrlehren hineingeritten. Und Herr Miquel meint, die ökonomischen Theorien seien in ewigem Flusse, weil sich in ihnen die wechselnden ökonomischen Zustände wiederspiegelten? Aber das grenzt schon an Hochverrath. Es giebt nur eine ewige ökonomische Wahrheit, sie ist unerschütterlich wie der Grund der Erde in allem Wechsel der Zeiten, und wer die erfahren will, der braucht nicht Hunderte von Büchern zu lesen, sondern nur zwei: Bastiat's Harmonien und Stein's soziales Werk über Frankreich. Wir möchten der „Vossischen Zeitung" rathen, auch noch das Kompendium von Stein zu streichen; es enthält am Ende manche Ketzereien, und erst in der ausschließlichen Beschränkung auf die feile Sophistik des Kapitalismus, die Bastiat in seinem Plagiat an Carey getrieben hat, tritt die strenge Keuschheit, deren sich die deutsche Bourgeoisie auf wissenschaftlichem Gebiet befleißigt, in ihr richtiges Licht.

Herrn Miquel's Rechtfertigungsrede war nur eine Episode in den bewegten Redekämpfen des Reichstags. Das junge Parlament raucht sich recht hübsch an, und wie immer nach neuen Wahlen spürt man in seinen Verhandlungen etwas von dem frischen Lebenshauche der Massen. Die Debatten über die sogenannten „kleinen" Handelsverträge führten mitten in den Todeskampf des preußischen Junkerthums. Die Noth drängt, und die Ritter der Loyalität werfen mehr und mehr die Maske ab, um mit dem „Schwerte in der Faust", wie ihr Hauptorgan sagt, um ihr Leben zu fechten. Wer die historische Entwicklung des preußischen Junkerthums kennt, wird darin nichts Verwunderliches finden; so war seine Art von jeher, und so lange es lebt, wird es von dieser Art nicht lassen. Mit sanften Moralpredigten so wenig wie mit Ausbrüchen sittlicher Entrüstung wirft man eine Geschichte von sechs Jahrhunderten über den Haufen. Auch der Nachweis, daß Getreidezölle ihnen nicht helfen können, wird die Junker nicht bekehren. Eine Klasse, die lange geherrscht hat und nun endlich untergeht, hat noch nie auf irgend einen Strohhalm verzichtet, wonach sie greifen konnte, wie sehr er immer Strohhalm sein mochte. Soweit liegt die Sache ganz klar.

Aber es fragt sich, ob die Junker, die noch immer über sehr große Machtmittel gebieten, zum letzten Mal das Reich unter das Joch ihres ökonomischen Sonderinteresses beugen können. Weit entfernt, so fest zu sein, wie wünschenswerth wäre, war die Haltung des Reichskanzlers in den Debatten über die Handelsverträge doch fester, als man nach früheren Erfahrungen und mancherlei Anzeichen der jüngsten Vergangenheit hoffen durfte. Es ist nicht gerade viel, wenn sich Graf Caprivi auf den Standpunkt stellt, daß der Staat, der ruhig mit angesehen hat und mit ansieht, wie Millionen über Millionen fleißiger Bauern und Handwerker durch die ökonomische Entwicklung ins Proletariat geschleudert werden, die Massen nicht noch mehr auspowern darf, um einige Tausend ausbeuterischer Junker über die ökonomische Entwicklung zu stellen. Aber für preußische Verhältnisse war es doch immer etwas, und mehr noch als durch Caprivi's Reden wird die verhältnißmäßige Festigkeit seiner Stellung durch die anständige Gleichgiltigkeit bewiesen, die er dem gegen ihn geplant gewesenen Attentate bezeigt. Das war früher in Preußen auch nicht Mode, Attentatsversuche gegen Kaiser und Kanzler, und mochten sie noch so läppisch sein oder gar nur in polizeilichen Gehirnen spuken, auf der vierten Seite des „Reichsanzeigers" unter „Vermischtem" zu rubriziren. Namentlich Bismarck konnte ja kaum ein Jahr überstehen, ohne seiner bankbrüchigen Politik durch irgend einen Attentatspektakel wieder auf die Beine zu helfen. In dieser Beziehung ist der neue Kurs ein ganz annehmbares Amendement zum alten Kurse, und auch politisch macht er dabei recht gute Geschäfte.

Aber man darf sich nur ja nicht einbilden, daß die Junker schon ihren letzten Trumpf ausgespielt haben. Jede derartige Täuschung mußte schon durch die Etatsdebatten zerstört werden, die den Verhandlungen über die Handelsverträge auf dem Fuße folgten. Sie enthüllten ein Bild innerer Zerfahrenheit, bei dem jedes wackere Junkerherz vor eitel Lust puppern mußte. Den Preis der noch nicht abgeschlossenen Redeschlacht trug Bebel davon in einer der besten Reden, die er je gehalten hat. Sie war eine furchtbare Anklage gegen das herrschende System, eine Anklage von einer Schärfe und Wucht, die den ganzen Tisch des Bundesraths auf die Beine brachte. Aber weder die seichte Kapitalistenlogik seiner finanziellen, noch der schnarrende Unteroffizierston seiner militärischen Autoritäten vermochte an dem festen Gefüge der Thatsachen zu rütteln, die Bebel zu einem abschreckenden Denkmal des neuen deutschen Reichs aufgeschichtet hatte. Der Eindruck seiner Ausführungen war so groß, daß selbst der sichere und sonst sehr unparteiische Präsident v. Levetzow sich mehrmals in unheimlicher Beängstigung seines Patriotismus gedrängt fühlte, ihm unter nichtigen Vorwänden in die Rede zu fallen. Solche kleinen Künste verfangen aber nichts und können auch nichts verfangen gegenüber der bangen Sorge, die alle „gesellschaft- und staatserhaltenden" Parteien bedrängt und die denn freilich der Rede Bebel's den wünschenswerthesten Resonanzboden gab gegenüber der Frage, was denn nun eigentlich werden solle.

Weder läßt sich das Versprechen der Regierung aus der Welt schaffen, daß die finanziellen Lasten des neuesten Militärgesetzes nicht auf die schwachen Schultern gelegt werden sollen, noch auch läßt sich bestreiten, daß die geplante Wein- und Tabaksteuer den blutenden Massen neue und furchtbare Wunden schlagen wird. Es gäbe nun zwar einen sehr einfachen Ausweg aus dem Dilemma, einen Ausweg, auf den Gerechtigkeit und Logik gleicher Maßen hinweisen: die starken Schultern könnten die Last übernehmen, und was die Wein- und Tabaksteuern nicht leisten dürfen, das müßten Einkommens-, Erbschafts-, Vermögenssteuern

leisten. Aber hierauf, so sagt Herr Miquel, wird sich der Bundesrath nicht einlassen. Indessen ist dem wirklich so? Es wäre insoweit ganz glaublich, als die deutschen Fürsten, deren Beauftragte den Bundesrath bilden, ja immer zu den besitzenden gegen die arbeitenden Klassen gestanden haben, aber es will uns doch schier unglaublich dünken, daß die Fürsten das Wort nicht sollten einlösen wollen, das ihre Bevollmächtigten erst vor wenigen Monaten verpfändet haben, um die Militärvorlage im Reichstage durchzusetzen. Im Uebrigen kommt es durchaus nicht darauf an, worauf der Bundesrath, sondern worauf der Reichstag sich einlassen will. Wenn der Reichstag sich auf die noch härtere Besteuerung der arbeitenden Klassen nicht einlassen will, so muß sich der Bundesrath darauf einlassen, endlich einmal mit der Besteuerung der besitzenden Klassen einigen Ernst zu machen. Es thäte auch sonst gut, wenn der Reichstag den Ansprüchen des Bundesraths bald einmal einen kräftigen Dämpfer aufsetzte. Namentlich das Auftreten der militärischen Bundesbevollmächtigten ruft den Eindruck hervor, als wären den Herren durch den hannöverschen Spielerprozeß noch nicht genug vorjenaische Zustände im deutschen Heere aufgedeckt worden, und als fühlten sie sich berufen, hier ergänzend einzutreten. Die anmaßende Behauptung, daß die Volksvertretung sich nicht in die Angelegenheiten des Heeres mischen dürfe, das aus der Tasche des Volkes lebt, ist vor-jenaisch und nichts weiter.

Die ganze innere Lage hat sich viel zu sehr verwickelt, als daß sich heute schon irgend eine wahrscheinliche Muthmaßung über den ferneren Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen äußern ließe. Diese Unsicherheit mag dann leicht wieder das bedenklichste Zeichen der Lage sein. Ein Staat, in dem blinder Taumel der herrschenden Partei die Dinge entscheidet, ist krank bis auf den Tod. Aber wie blinder Taumel das Schicksal des Militärgesetzes entschieden hat, so wird blinder Taumel auch das Schicksal der Steuergesetze entscheiden. Ein Glück, daß die Mehrheit der Wähler, die ihre Stimmen gegen das Militärgesetz und seine Folgen in die Wagschale geworfen hat, zum großen Theil schon klar sieht, zum anderen Theil wenigstens klar zu sehen beginnt.

Skizzen zur Tabaksteuer.

Von **Anus.**

II. Ein paar Seiten Rechnungen.

Pro memoria.

Wir trauen dem Jammergeschrei der Tabakfabrikanten nicht allzu sehr. Gewiß, die neue Steuer bringt der Tabakindustrie großen Schaden, und der Konsument wird darunter sehr leiden. Ganz sicher setzt sie viele Arbeiter außer Brot, die auch jetzt schon ein elendes Leben führen — aber wenn es die großen Fabrikanten sind, die uns diese Folgen in herzbewegender Weise ausmalen — dann läßt uns das etwas kühl. In ihrem Glück wie in ihrer Noth immer die ökonomischen Feinde des Proletariats, sind sie nicht die Berufensten dazu, seine Interessen zu vertreten.

Die Tabakfabrikanten sprechen jetzt von einem „gänzlichen Ruin" der Tabakindustrie, sie suchen die Sache so darzustellen, als ob nach Einführung der Tabaksteuer ihnen nichts Anderes übrig bliebe, als zum Bettelstab zu greifen oder sich etwa in die v. Bodelschwingh'schen Arbeiterkolonien einschreiben zu lassen. Sie haben ein großes Interesse daran, die Sache möglichst schwarz auszumalen.

Sollte es ihnen auch nicht gelingen, die Steuer abzuwenden, so gelingt es doch sicher, dadurch Stimmung zu schaffen für die spätere Zeit. Dann wird es heißen: „Wir thaten, was wir vermochten. Wir wollten es nicht, wir sträubten uns dagegen, wir drohten, wir prophezeiten — doch es kam. Sauve, qu'il peut!“ Und daraufhin — werden sie die Löhne ihrer Arbeiter reduziren.

Die Sozialdemokratie aber hat ein großes Interesse daran, die thatsächliche Sachlage zu ergründen. Einmal, weil die Tabaksteuer für sie ein Interesse hat nicht blos wegen der fiskalischen Mehrbelastung, sondern auch wegen der sozialen Umänderungen, die sie nach sich ziehen wird; dann aber eben deshalb, weil sogleich nach der Einführung der neuen Steuer sicher ein Ansturm der Tabakfabrikanten gegen ihre Arbeiter und gegen die Konsumenten erfolgen wird.

Wir wollen versuchen, die wirkliche Gestaltung klarzulegen. Vor Allem handelt es sich darum, die Größe der projektirten Mehrbelastung zu bestimmen. Dabei wird sich auch der muthmaßliche Produktionsrückgang abschätzen lassen. Die Fabrikanten rechnen bekanntlich mit 50 Prozent unmittelbarer und 33 1/3 Prozent dauernder Produktionsverminderung.

Das Jahr 1879.

Um den muthmaßlichen Betrag der neuen Steuerbelastung abzuschätzen, muß man vor Allem die mit der Steuerreform des Jahres 1879 gemachten Erfahrungen in Betracht ziehen. Sie bilden die einzige thatsächliche Grundlage, die man für diese Berechnungen haben kann.

Im Erntejahr (1. Juli bis 30. Juni) 1878/79 betrug im Deutschen Reich der Konsum an fabrikationsreifem Rohtabak 2,7 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Am 25. Juli 1879 waren die neuen Zollsätze eingeführt. Der Konsum sank im Erntejahr 1879/80 auf 0,7 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Daraus berechnen nun die Fabrikanten mathematisch ganz richtig einen Konsumrückgang von 74 Prozent. Allein dieses Resultat ist schon auf den ersten Blick sehr befremdend: bedeutete es doch, daß entweder drei Viertel der Zahl aller Raucher aufgehört hatten zu rauchen, oder daß jeder nur ein Viertel der von ihm gewöhnlich verbrauchten Quantität konsumirte, währenddem doch die Tabakvertheuerung durch den neuen Zoll bei Weitem nicht dieses prozentuale Maß erreicht hatte. Und sonderbar! Am 1. Juli 1880 gesellte sich zum erhöhten Zoll noch die erhöhte Inlandssteuer — der Konsum sank aber im Jahre 1880/81 nicht weiter, sondern stieg auf 1,3 Kilogramm pro Kopf.

Die Sache liegt so: Was das „Statistische Jahrbuch“, aus dem alle diese Angaben geschöpft werden, als jährlichen Verbrauch bezeichnet, ist: die Einfuhr und inländische Produktion weniger die Ausfuhr, es ist also in unserem Fall die Menge Rohtabak, welche während des Jahres durch die inländische Industrie für die Bedürfnisse des Landes selbst verarbeitet werden konnte. Wie viel wirklich verarbeitet wurde und wie viel von dieser vermuthlich verarbeiteten Menge an den Konsumenten abgesetzt und von diesem wirklich verbraucht worden ist, das entgeht der Statistik. Wenn nun die Fabrikanten in Folge irgend welcher Umstände eine Zeit lang besonders viel auf Vorrath arbeiten oder auch nur ihre Lagerbestände an Rohtabak vermehren, so steigt die Einfuhr, mit ihr die Menge des in dem betreffenden Jahre quasi verarbeiteten Tabaks und im Zusammenhang damit die auf angegebene Weise berechnete Konsumtion per Kopf der Bevölkerung. Dies war nun thatsächlich der Fall, als im Jahre 1879 die neuen Zoll- und Steuersätze eingeführt werden sollten.

Die Tabakeinfuhr betrug:

In den Jahren			
1861—65	durchschnittlich	29 840 Tonnen	
1866—70	=	36 470	=
1871—76	=	49 846	= (Anschluß Els.-Lothringens)
1876/77		49 677	=
1877/78		76 598	=
1878/79		100 030	=

Die Einfuhr in den Jahren 1877/78 und 1878/79 überstieg um fast 80 Prozent den Durchschnitt. Kein Wunder, daß sie in den zwei nächstfolgenden Jahren enorm sank. Sie betrug:

1879/80	durchschnittlich	12 005	Tonnen
1880/81	=	15 266	=

Wenn man das Jahr 1876/77 als normal annimmt, demnach den wirklichen Bedarf für die nächstfolgenden Jahre auf rund 50 000 Tonnen schätzt, so läßt sich folgende Rechnung aufstellen:

In den Jahren			
1877/78 und 1878/79	wurden mehr eingeführt	76 628	Tonnen
außerdem 1879/80 = 1880/81	zusammen	27 271	=
	Summa	103 899	Tonnen.

Diese 104 000 Tonnen standen also den Fabrikanten zur Verfügung, um in den „mageren" Jahren verarbeitet zu werden, macht pro Jahr etwas über 50 000 Tonnen, also den von uns angenommenen Durchschnitt. Die Vorräthe waren also so groß, daß sie fast allein für volle zwei Jahre ausreichten. Kaum waren sie zu Ende, so stieg schon, im Jahre 1881/82, dem dritten nach Einführung des erhöhten Zolles, die Einfuhr, und das „Jahrbuch" weiß uns wieder eine Vermehrung des „Verbrauchs" auf 1,6 Kilogramm pro Kopf vorzuführen. Diese 1,6 Kilogramm sind übrigens eine sehr interessante Zahl — nämlich genau auf dieser Höhe blieb der Konsum während der letzten drei Jahre vor 1877/78, in welchem Jahre, wie wir gesehen haben, die Fabrikanten, beunruhigt durch die zu erwartende Erhöhung des Zolles, angefangen haben, Vorräthe zu bilden. Ob sich daraus der Schluß ziehen läßt, daß der Konsum durch die erhöhte Steuer gar nicht beeinträchtigt worden sei, werden wir weiter unten sehen. Wir sehen jedenfalls, daß die Berechnungen der Fabrikanten keinen statistischen Halt hinter sich haben. Wir wollen es nunmehr selbst versuchen, zunächst zu bestimmen, ob eine Verminderung der Produktion in Folge der Steuererhöhung eingetreten sei. Daß die Produktion dieselbe bleiben, ja sogar sich absolut vermehren kann, währenddem der Verbrauch, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, eine entgegengesetzte Bewegung durchmacht, ist klar, denn die relative Höhe des Verbrauchs hängt doch auch von der Kopfzahl der Bevölkerung ab, die in einem fortwährenden Wachsthum begriffen ist.

Eine Vorrathbildung kann die Wirkung einer erhöhten Steuerbelastung eine Zeit lang aufhalten, aber nicht auf die Dauer unwirksam machen. Die Vorräthe der Jahre 1878/79 und 1879/80 halfen den Fabrikanten über die nächsten zwei Jahre hinüber, aber vom dritten Jahre an mußte schon die neue Steuerbelastung in vollem Umfange zur Geltung kommen. Wenn wir also die anormalen vier Jahre aus unserer Berechnung ausscheiden, können wir zu einem zuverlässigen Vergleiche gelangen.

Die zur Verarbeitung im Inlande zu Gebote stehende Rohtabakmenge, also Einfuhr und inländische Produktion weniger Ausfuhr, betrug im Deutschen Reich:

In den Jahren	Tonnen	In den Jahren	Tonnen
1861—65 durchschnittlich	47 014	1881/82	73 458
1866—70 "	57 720	1882/83	54 139
1871/72	74 165†	1883/84	60 734
1872/73	107 661	1884/85	69 776
1873/74	71 512	1885/86	64 067
1874/75	68 487	1886/87	70 245
1875/76	68 078	1887/88	72 950
1876/77	69 312	1888/89	66 926
		1889/90	75 904
		1890/91	81 113

† Anschluß Elsaß-Lothringens am 1. Jan. 1872.

Einer besonderen Erklärung bedarf wohl nur die Zahl für das Jahr 1872/73. Es war dies ein zeitweiliger Aufschwung der deutschen Tabakindustrie in Folge des Anschlusses von Elsaß-Lothringen. Die deutschen Tabakfabrikanten glaubten darin ein unerschöpfliches Absatzgebiet erhalten zu haben und in Erwartung der hohen Profite produzirten sie drauf los. Elsaß-Lothringen wurde von den deutschen Tabakfabrikaten, wie es in der Tabakenquete heißt: „förmlich überschwemmt".* Die deutsche Tabakfabrikation stieg plötzlich in einem Jahre um beinahe 50 Prozent. Dementsprechend vermehrte sich die Einfuhr von Rohtabak und auch die einheimische Tabakkultur.

1871/72	gab es in Deutschland	178 591	Tabakpflanzer
1872/73	" " "	200 829	"
1873/74	" " "	214 207	"

Gleichzeitig stieg die unter Tabak bestellte Bodenfläche von 22 673 Hektar auf 30 501 Hektar. Aber dem kurzen Aufblühen folgte ein jäher Absturz, und schon 1874/75 war die Zahl der Pflanzer nur noch 183 555, und die bestellte Fläche betrug nur 22 456 Hektar. Der geschäftliche Ansturm der deutschen Zigarrenfabrikanten auf das Elsaß verlief ungleich weniger siegreich, als der militärische Ansturm des Jahres 1870. Nur die königliche Straßburger Tabakmanufaktur litt empfindlich darunter, aber auch diese erholte sich nachher.

Wenn man nun von dieser Ausnahme absieht, so zeigen die Zahlen vor 1877/78 nur sehr geringe Schwankungen. Man bemerkt gleich, daß der Rohtabakverbrauch ziemlich gleichmäßig auf der Höhe von zirka 70 000 Tonnen stehen bleibt. Der Jahresdurchschnitt der letzten vier Jahre dieser Periode ist 69 347 Tonnen. Die zweite Periode zerfällt in zwei gleich große Theile. Die fünf Jahre 1881/82 bis 1885/86 zeigen einen geringeren Verbrauch, als die nachfolgenden fünf Jahre 1886/87 bis 1890/91; auch schwankt der Konsum in der ersten Hälfte dieses Dezenniums sehr stark, währenddem er in der zweiten Hälfte eine bestimmt zur Geltung kommende Steigerung zeigt. Der Durchschnitt ist:

1881/82 bis 1885/86	jährlich	64 434	Tonnen,
1886/87 " 1890/91	"	72 945	"

Vergleicht man die erste Hälfte der Periode von 1881—91 mit der Periode von 1874—77 so ergiebt sich ein Rückgang des Verbrauchs von Rohtabak um 7 Prozent. Daraus können wir auf einen gleich großen Rückgang der Produktion schließen. Derselbe wurde in der letzten Hälfte der zweiten Periode nachgeholt, und

* Der allgemeine „wirthschaftliche Aufschwung" dürfte wohl auch mit zu dem Anschwellen der Tabakfabrikation 1872/73 beigetragen haben. Die Red.

zwar stellte sich zuletzt eine beachtenswerthe Steigerung der Produktion gegenüber der vorhergehenden Periode heraus.*

Die verminderte Produktion war das Resultat der verminderten Konsumtion — versuchen wir nun, diese letztere zahlenmäßig festzustellen.

Der durchschnittliche Jahreskonsum pro Kopf der Bevölkerung betrug:

1873/74 bis 1876/77 (4 Jahre)	1,6	Kilogramm
1877/78 = 1880/81 (4 Jahre)	1,7	=
1881/82 = 1885/86 (5 Jahre)	1,4	=
1886/87 = 1890/91 (5 Jahre)	1,5	=

Also im Durchschnitt der Zeit unmittelbar vor, während und nach der Einführung der neuen Besteuerung stellte sich sogar, in Folge der großen Vorrathsbildungen, eine anscheinende Zunahme des Konsums heraus! Wir müssen auch diesmal diese Zeit aus unseren Berechnungen ausscheiden, wenn wir die wirkliche Gestaltung der Verhältnisse ermitteln wollen. Dann ergiebt sich eine Konsumverminderung von 0,2 Kilogramm bezw. 0,1 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, d. h. von 12,5 Prozent bezw. 6,2 Prozent gegenüber dem Stand vor 1877/78.

Wir können nun die Ergebnisse unserer Berechnungen folgendermaßen zusammenfassen:

In Folge der Erhöhung des Zolls und der Steuer in den Jahren 1879 und 1880 hat sich die Konsumtion von Tabak, berechnet pro Kopf der Bevölkerung, auf die Dauer vermindert, und zwar in der ersten Zeit um 12,5 Prozent. Diese Verminderung beträgt jetzt noch 6,2 Prozent gegenüber dem Stand vor 1877/78. Dementsprechend verminderte sich auch die Produktion in den ersten Jahren durchschnittlich um 7 Prozent ihres absoluten Betrags. In den letzten Jahren fand eine absolute Vermehrung der Produktion, hauptsächlich in Folge der Vermehrung der Bevölkerung, statt, ihr relativer Betrag ist aber selbstverständlich, gleich der verminderten Konsumtion, geringer als früher.

Herr Miquel fordert!

Miquel berechnet in seinem Entwurf den künftigen Ertrag der Tabakbesteuerung auf 104 Millionen Mark. Der jetzige Ertrag ist ca. 55 Millionen Mark (54,8 Millionen im Jahre 1890/91). Es handelt sich also scheinbar um ein Mehr von 49 Millionen. Der Ertrag der Tabaksteuer nebst Zoll vor 1879 war ungefähr 14 Millionen. Da derselbe, wie eben erwähnt, jetzt 55 Millionen beträgt, so ist der Unterschied 41 Millionen. 41 Millionen mehr hat die Steuererhöhung der Jahre 1879 und 1880 eingebracht und 49 Millionen mehr will diesmal Herr Miquel aus dem Tabak herausschlagen: beide Fälle scheinen sich zu decken, und darauf fußend, daß das Jahr 1879 glücklich vorübergegangen ist, meint manches regierungsfreundliche Genie, die Sache sei gar nicht so arg! Allein abgesehen davon, daß der Mehrertrag der 1879er Steuer- und Zollerhöhung nicht immer 41 Millionen betrug, sondern erst in den letzten Jahren diese Zahl erreichte, nämlich eben seit 1890/91, währenddem er in den Jahren 1881 bis 1885 sich durchschnittlich nur auf 29,5 Millionen bezifferte, und abgesehen von vielen anderen Umständen, so ist die thatsächliche diesmalige Forderung größer, als 49 bezw. 104 Millionen Mark.

Unter Zugrundelegung der im Jahre 1878 für das deutsche Tabakmonopol gemachten Berechnungen läßt sich ausrechnen, daß der Fakturawerth der

* Auch dieses Ansteigen dürfte eine Folge des wirthschaftlichen Aufschwungs sein, der 1889 seinen Höhepunkt erreichte. D. Red.

gesammten in den Verkehr kommenden Tabakfabrikatenmenge wohl 300 Millionen Mark beträgt. Nach den Berechnungen des Tabakvereins ist dieser Werth gleich 302 Millionen Mark. Nach weiteren Angaben der 1879er Kommission vertheilte sich dieser Gesammtwerth auf einzelne Fabrikat-Arten folgendermaßen: Zigarren und Zigaretten 81,5 Prozent des Gesammtwerthes, Rauchtabak 14 Prozent, Kau- und Schnupftabak 1,5 Prozent. Wendet man nun die Miquel'schen Steuersätze an, so gelangt man zu einem Ertrag an Inlandssteuer allein von 117 Millionen Mark. Hierzu künftiger Eingangszoll, berechnet nach der Einfuhr im Jahre 1891, gleich 20 Millionen Mark. Also zusammen **137 Millionen Mark**. Dies die wirkliche Forderung des Herrn Miquel. Er rechnet aber nur mit 104 Millionen, weil er auf einen Rückgang des Konsums gefaßt ist. Andere sind freilich der Meinung, daß er nicht einmal diese Summe erhalten wird, und ein Herr Carl Muhle sen. in Hamburg, Vorsitzender zweier großer Tabakfabrikantenvereine, hat sogar, sich auf seine „langjährige geschäftliche Praxis" berufend, ausgerechnet, daß Miquel überhaupt nur 4 Millionen mehr erzielen wird. Sehen wir zu, wie sich die Thatsachen in der Wirklichkeit gestalten.

Wir beschränken unsere Betrachtungen auf Zigarren und auf Rauchtabak, weil die übrigen Fabrikate, wie dies sich aus Obigem ergiebt, eine sehr unbedeutende Rolle spielen. Wir wählen von den Zigarren die 3 Pfennig- und die 5 Pfennig-Zigarre zur Grundlage unserer Berechnungen. Dies sind unbestreitbar die gebräuchlichsten Sorten.

Die 3 Pfennig-Zigarre. Wir nehmen an, daß dieselbe je halb und halb aus inländischem und ausländischem Tabak besteht.

Vor 1879 betrug der Zoll für Rohtabak 24 Mark von 100 Kilogramm, die Steuer 5 Mark von 100 Kilogramm fabrikationsreifem Rohtabak.* Da die 3 Pfennig-Zigarre ein geringeres Gewicht hat, so können von derselben 20 Mille auf 100 Kilogramm gerechnet werden (nach der Tabakenquete 22000). Es fällt also auf jedes Mille 0,60 Mark Zoll und 0,12 Mark Steuer, zusammen 0,72 Mark. Verkaufspreis 30 Mk. — Steuerbelastung **2,4 Prozent** des Verkaufspreises.

Nach 1879, also jetzt, stellt sich der Zoll auf 2,12 Mark und die Steuer auf 1,13 Mark pro Mille, zusammen 3,25 Mark. Unterschied gegen die Jahre vor 1879 = 2,53 Mark. **Mehrbelastung** gegenüber früher **8,5 Prozent** des Verkaufspreises.

Nach **Miquel's Steuerplan** gestaltet sich die Sache komplizirter. Zunächst wird ein Eingangszoll erhoben von 40 Mark pro 100 Kilogramm, macht in unserem Fall 1 Mark pro Mille. Derselbe wird aber noch mit einem Drittheil seines Betrags versteuert, 0,33 Mark. Im Ganzen 1,33 Mark. Außerdem 33⅓ Prozent des Fakturawerths, ab Steuer. Der jetzige Fakturawerth ist 22,50 Mark, ab 3,25 Mark, bleiben 19,25 Mark. Davon 33⅓ Prozent = 6,42 Mark + die früher ermittelten 1,33 Mark = 7,75 Mark. Unterschied gegenüber jetzt 4,50 Mark, **Mehrbelastung** gegenüber den bestehenden Zoll- und Steuersätzen **15 Prozent** des Verkaufspreises.

---

* Folgendermaßen berechnet: Steuersatz 6 Silbergroschen von 6 preußischen Quadrat-Ruthen = 85 Quadratmeter, also 1 Thaler von 425 Quadratmeter, d. i. 4,25 Ar. Durchschnittsernte 1871 bis 1875 = 17 Kilogramm dachreifen Rohtabaks vom Ar, macht von 4,25 Ar 72¼ Kilogramm. Demnach betrug die Steuer 1 Thaler per 72¼ Kilogramm des dachreifen Rohtabaks. Zur Berechnung des fabrikationsreifen Tabaks wird ein Fünftel des Gewichts abgezogen.

Die 5 Pfennig-Zigarre. Ganz aus ausländischem Tabak. 14 Mille auf 100 Kilogramm. Fakturawerth, inklusive Steuer, 36 Mark. Auf angegebene Art berechnet, erhalten wir:

Vor 1879 — Steuerbelastung . .	3,4	Prozent des Verkaufspreises
Jetzt — Mehrbelastung	8,7	= = =
Künftighin — Mehrbelastung * .	15,5	= = =

Vom Rauchtabak wählen wir als Beispiel die Sorte zu 1,30 Mark das Pfund, nicht weil sie die gebräuchlichste ist, sondern weil sie die billigste Sorte ist von jenen, die nur aus Tabakblättern bestehen. Bei den minderwerthigen Tabaken werden Tabakstengel verwerthet, und dies komplizirt sehr die Rechnung und macht sie unsicher. Wir bemerken aber, daß selbst nach der Annahme der Regierungsvorlage die billigeren Sorten, mit der einzigen Ausnahme der zu 50 Pfennig das Pfund, durch die neuen Steuersätze stärker belastet werden würden.

Der Rauchtabak zu 1,30 Mark das Pfund besteht aus 30 Prozent Import und 70 Prozent inländischem Tabak. Profit der Detailisten 25 Prozent. Die Rechnung stellt sich so:

Vor 1879 — Belastung	4,1	Prozent des Verkaufspreises
Jetzt — Mehrbelastung	18,0	= = =
Künftighin — Mehrbelastung .	39,1	= = =

Stellen wir nunmehr die Resultate unseres Vergleichs zusammen, so erhalten wir folgende Uebersicht:

	Mehrbelastung 1879/80 gegenüber früher:	Nach Miquel's Projekt gegenüber 1879/80:
3 Pfennig-Zigarre . . .	8,5 Prozent	15,0 Prozent
5 = = . . .	8,7 =	15,5 =
Rauchtabak	18,0 =	39,1 =

Es zeigt sich also in dem Miquel'schen Steuerplan eine bestimmte Regel, nämlich daß die fiskalische Mehrbelastung das Doppelte der Mehrbelastung der 79er Steuererhöhung beträgt. Wir wissen nicht, ob dies die vorgefaßte Absicht Miquel's war, allein es kommt sehr deutlich zur Geltung und erleichtert die Berechnung des muthmaßlichen Konsumausfalls.

Wir haben für die Steuererhöhung des Jahres 1879 bezw. 1880 festgestellt, daß in der ersten Zeit eine Konsumtionsverminderung von 12,5 Prozent eingetreten ist. Demnach müßte der diesmalige Konsumtionsrückgang das Doppelte betragen = 25 Prozent. Diese Zahl, gegen die an sich manches einzuwenden wäre, findet ihre Bestätigung durch das Ergebniß einer anderen Berechnungsart. Nämlich, ein Konsumtionsrückgang wird angenommen, weil vorausgesetzt wird, daß der Raucher weder eine schlechtere Zigarre rauchen, noch mehr Geld ausgeben wird. Wenn dies der Fall sein soll, so wird der Gesammtwerth des jährlichen Konsums an Tabakfabrikaten derselbe bleiben wie jetzt. Die Steuer würde also dann nicht 33⅓ ꝛc. Prozent des jetzigen Fakturawerths ausmachen, sondern schon in demselben enthalten sein. Auf diese Weise berechnet, erhalten wir einen künftigen Steuertrag (ohne Zollertrag) von 85 Millionen Mark. Wir setzen also voraus, daß der Konsument auch später genau so viel ausgeben wird, wie jetzt, und gelangen zu dieser Summe. Um den Betrag dieser Summe würde also der künftige Fakturawerth geringer sein. Es macht dies 28 Prozent

* Die Mehrbelastung ist immer, wie oben angegeben, gegenüber der unmittelbar vorangehenden Periode berechnet.

des jetzigen Fakturawerths. Und daß der Fakturawerth um so viel weniger betrage, bedeutet, daß die Produktion sich um so viel vermindert hat bezw. die Konsumtion bei gleicher Kopfzahl. Wir gelangen also zu ungefähr demselben Prozentsatz wie durch die erste Berechnung. Der Unterschied von 3 Prozent erklärt sich zur Genüge dadurch, daß sich wohl Mancher finden wird, der in der Zukunft mehr ausgeben wird, sowie noch mehr Solche, die sich mit einem schlechteren Zeug begnügen, folglich ihren Konsum nicht einschränken werden.

Also 25 Prozent Produktions- bezw. Konsumtionsverminderung! Dementsprechend eine Verminderung des muthmaßlichen Steuertrags von 137 Millionen, die wir früher ausgerechnet haben, auf — 103 Millionen Mark. Wir kommen zu demselben Resultat, wie Herr Miquel.

Mit den fiskalischen Kassandrarufen ist es also nichts, desgleichen mit den Befürchtungen der Tabakfabrikanten eines „gänzlichen Ruins" der Tabakindustrie. Wie es mit derselben sonst stehen wird, behalten wir uns vor, später zu erörtern. Was aber das Fiskalische anbetrifft, so liegt das Schlimmste nicht darin, daß Herr Miquel die erwünschte Summe nicht erhalten wird, sondern gerade darin, daß er sie erhalten wird. Hätte er sie nicht erhalten können, hätte der vielerfahrene Herr Carl Muhle senior Recht, und das Resultat der neuen Steuern wären nur vier lumpige Millionen, dann bräche ja das ganze System sofort in sich zusammen. — Aber Herr Miquel wird seine 104 bezw. 49 Millionen kriegen, die auf die Dauer das Volk belasten werden. Ja, noch mehr, als so viel.

Wir wissen, daß eine Reduktion des Konsums um 12,5 Prozent nur in den ersten fünf Jahren, in denen die Steuererhöhung von 1879 sich hat frei geltend machen können, eingetreten ist, daß sie aber schon in den nächstfolgenden fünf Jahren nur 6,2 Prozent betrug, also wurden 6,3 Prozent von den rückgängigen 12,5 Prozent nachgeholt. Wenn man nun die Analogie mit 1879 weiter führen wollte, so müßte auch diesmal in fünf Jahren 6,3 Prozent nachgeholt werden. Herr Miquel hätte also in fünf Jahren 9 von den 33 Millionen, die er jetzt fallen läßt, nachgeholt, allein in Folge der Vermehrung des Konsums. Hinzu kommt aber noch die Vermehrung der Produktion in Folge der Vermehrung der Bevölkerung. Das von uns ermittelte Verhältniß war so, daß, währenddem die relative Konsumtion in der ersten Fünf-Jahresperiode um 12,5 Prozent zurückgegangen ist, sich die Produktion absolut nur um 7 Prozent vermindert hat, und schon im ersten Jahre der nächsten Periode war auch diese Differenz ausgeglichen. Demnach müßte Miquel in fünf oder sechs Jahren nicht 9, sondern 17 Millionen nachholen. In Wirklichkeit vielleicht noch mehr. Denn, so paradox es auch klingt, so läßt sich doch in Bezug auf die Verbrauchssteuern der Satz aufstellen: je geringer der Konsum und je größer die projektirte Mehrbelastung, desto relativ geringer wird die eintretende Konsumtionsverminderung sein. Die Begründung ist: wenn die Konsumtion schon jetzt ein bescheidenes Maß einhält, so wird es dem Konsumenten desto schwieriger fallen, sich noch weiter zu beschränken — er wird also dann eher an einem anderen Artikel seines Bedarfs sparen, als daß er hier noch mehr entbehren soll. Der Konsumtionsrückgang seit 1879 und die große neue Steuerbelastung sind also willkommene Stützen für das Miquel'sche Vorhaben.

Daß aber Herr Miquel wirklich auf die angegebene Weise spekulirt, ergiebt sich aus folgender Betrachtung.

Wenn man das ganze Miquel'sche Steuersystem beibehält und nur die Steuersätze verringert, und zwar so, daß auf Zigarren und Zigaretten eine Steuer

von 25 Prozent des Fakturawerthes gelegt wird, auf Rauchtabak 40 Prozent, auf Kau- und Schnupftabak 33⅓ Prozent, so erhält man die gewünschten 49 Millionen, wenn die Konsumtion dieselbe bleibt. Die Mehrbelastungstabelle ist aber dann die:

	1879	1894
3 Pfennig-Zigarre . .	8,5 Prozent	6,0 Prozent
5 Pfennig-Zigarre . .	8,7 "	9,1 "
Rauchtabak	18,0 "	16,5 "

Die Mehrbelastung wäre also dann im Allgemeinen eine geringere, als die von 1879. Demgemäß müßte man den in den ersten fünf Jahren zu erwartenden Produktionsrückgang auf etwa 5 bis höchstens 7 Prozent schätzen, macht einen Steuerausfall von 5,1 bis 7,3 Millionen Mark. Die Regierung hätte also in den ersten Jahren statt 49 Millionen etwa 44 oder 42 Millionen Mark, doch wäre dieser Ausfall schnell ausgeglichen. Dies wäre die einfachste Art, die daher auch unter den geringsten Störungen verliefe, auf dem in Aussicht genommenen Wege 49 Millionen Mark zu erlangen. Warum verfährt aber Herr Miquel anders? Der 5 bis 7 Millionen Ausfall in den ersten Jahren wegen? Aber:

1) Warum hat es denn die Regierung so eilig, da ihr doch die Matrikularbeiträge zu Gebote stehen?

2) Braucht ja die Regierung nach ihrer eigenen Angabe gar nicht so viel Geld, und es ist nur die „Finanzreform", welche dieses Mehr erheischt.

3) Ist dies denn die richtige Methode, 5 bis 7 Millionen mehr zu erhalten, daß man zu diesem Zweck 40 Millionen mehr einfordert, von denen 33 verloren gehen, daß man die Mehrbelastung um das Doppelte, ja um mehr als das Doppelte steigert, die Produktion um ein Viertel reduzirt und dadurch die Industrie und den Konsumenten in einem unvergleichbar höherem Grade schädigt, die Erbitterung in viel ausgedehnterem Maße wachsen läßt?

So dumm ist Miquel nicht, und er weiß, womit er zu thun hat. Deshalb hat er statt einer einfachen Steuervorlage eine „Finanzreform" eingebracht. Wozu dient diese Finanzreform? Einfach dazu, den wirklichen Betrag der neuen Steuern zu maskiren. Dies glauben wir klar zu Tage gelegt zu haben.

Warum verfährt aber Herr Miquel so? Eben weil er „ein tüchtiger Finanzminister" ist, und ein solcher weiß, daß in unserer, unter dem Zeichen der Sozialdemokratie stehenden Zeit es immer schwieriger wird, dem Volk neue Steuern aufzuerlegen. Er nützt also die Gelegenheit aus, so lange er sie hat. Durch die Annahme der Militärvorlage haben die herrschenden Klassen der Regierung einen Blankoschein ausgestellt auf neue Steuern. Ein Narr, wer eine kleine Summe hineinschreibt.

Eine materialistische Propagandaschrift.*

Von **Ed. Bernstein.**

„Es gehört heutzutage eine nicht geringe Dosis moralischen und persönlichen Muthes dazu, sich offen als Anhänger der Philosophie des Materialismus oder einer materialistischen Weltanschauung zu bekennen" — so beginnt und motivirt Herr Büchner seine Einführung des vorliegenden Werkes. Angesichts des

* Wilhelm Strecker, Welt und Menschheit. Eine Darlegung der materialistischen Weltanschauung. Nebst einer Einführung von Prof. Dr. Ludwig Büchner. Leipzig, Max Spohr. XV und 243 S. 8°.

„physischen und moralischen Druckes", den die Kirche und der kirchlich beeinflußte Staat ausübten, und der Unwissenheit, Unbildung und geistigen Trägheit der großen Masse des Volkes sei unter den vielen Anhängern jener Auffassung die Zahl derer nur sehr gering, die sich offen als solche zu erklären wagten, und darum müsse jeder Geistesarbeiter, der diesen Muth besitze, mit Freuden begrüßt und ihm jede mögliche Unterstützung gewährt werden.

Die Thatsache, daß die Zahl der Bekenner materialistischer Theorien heute bedeutend geringer ist als die Zahl der Anhänger materialistischer Anschauungen, ist richtig. Falsch ist es aber, nur Staat und Kirche und die Unwissenheit der Masse dafür verantwortlich zu machen. Die Kirche hat in den meisten der modernen Länder kaum noch Macht, das, was Büchner „physischen Druck" nennt, auszuüben, und auch der moralische Druck, den sie auszuüben vermag, ist wenigstens in den Städten nicht gar zu schlimm. Ebenso verbietet der Staat — außer in Rußland — heute Niemand, sich für irgend eine Weltanschauung zu erklären, und wenn er bei Vergebung von Stellungen und Würden die Bekenner positiver Religionen vorzieht, so trifft das erstens nur Diejenigen, die auf solche Stellungen angewiesen sind, und die, so groß ihre Zahl, doch nur einen Bruchtheil der Bevölkerung darstellen, und ist zweitens zum größten Theil heute nur eine sekundäre Erscheinung, nur die Folge davon, daß die Gesellschaftsklasse, die im öffentlichen Leben den Ton angiebt, daß das mindestens mitregierende Bürgerthum diese indirekte Benachtheiligung der Bekenner antikirchlicher Weltanschauungen willig duldet, ja unterstützt. Jedem das Seine; nachdem bereits die Kirche genannt, war neben ihr nicht der kirchlich beeinflußte, sondern der vom Kapitalismus beeinflußte Staat als Hemmschuh der freien Bekennerschaft zu nennen, resp. der Kapitalismus und sein Einfluß.

Es bleibe dahingestellt, ob diese Ignorirung eines so wesentlichen und so notorischen Faktors der rückläufigen Tendenzen unserer Epoche nur auf Vergeßlichkeit beruht oder bewußt erfolgt ist. Selbst im ersteren Fall darf sie einem Mann, der unter den Propagandisten des naturwissenschaftlichen Materialismus eine so hervorragende Stelle einnimmt, wie Herr Professor Büchner, nicht nachgesehen werden. Es stellt der Wissenschaftlichkeit, die er zu vertreten beansprucht, ein bedenkliches Zeugniß aus, wenn schon die ersten Sätze, von Wendungen so zweifelhafter Logik wie „moralischen und persönlichen Muthes" abgesehen, die charakteristischen Erscheinungen der Zeit in verfälschender Verschwommenheit darstellen.

Müssen wir also Herrn Büchner's Ausführungen über den Muth, von dem das vorliegende Buch Zeugniß ablege, als sehr antiquirt zurückweisen, so fällt es uns damit durchaus nicht ein, dem Verfasser desselben das Prädikat moralischen Muthes überhaupt zu versagen. Er riskirte zwar weder die Scheiterhaufen der Kirche, noch die Gefängnisse des Staates, als er es schrieb, aber er unternahm es doch, wider den breiten Strom der sogenannten öffentlichen Meinung zu rudern, und das ist jedenfalls anzuerkennen. Um so mehr, als Herr Strecker sich in seinem Buch von aller Effekthascherei frei zeigt. Es ist durchaus unprätentiös geschrieben, nirgends stoßen wir auf die widerliche Manier der radikalisirenden Schriftstellerei unserer Tage, mit billigen Schlagworten und verblüffenden Paradoxen brilliren zu wollen, wohl aber spricht warme, ehrliche, tiefempfundene Ueberzeugung aus ihm.

Diese Ueberzeugung ist die einer materialistischen Anschauung von Natur und Leben. „Kein Gott, o Mensch, hat dich ins Dasein gerufen; kein guter Genius breitet schützend seine Hand über dein Haupt; keine Vorsehung begleitet dich auf deinen Lebenswegen! Eitler Wahn, widerlegt durch die Erlebnisse jedes

Tages, ist deine ewige Gerechtigkeit, ein Gebilde deiner Phantasie dein ewiges Leben! Vergebens suchst du nach einem höheren Zwecke des Daseins — es hat keine Bestimmung, so wenig wie die ganze Welt selbst" — heißt es in der Einleitung. Dann wird auf das voraussichtliche dereinstige Erlöschen alles Lebens auf der Erde verwiesen, das das Bewußtsein, wenigstens in seinen Werken sich verewigen zu können, beträchtlich reduzirt, sowie darauf, daß selbst der in guten Handlungen, Selbstaufopferung für die Mitmenschen liegende Trost durch die Erkenntniß beeinträchtigt werde, daß auch diese Handlungen der Selbstliebe entstammen, und daß die Freiheit des Willens nur eine Einbildung sei. Auch die Wissenschaft halte für den, der sich ihr widme, Enttäuschung in Bereitschaft. Je weiter und tiefer er in der Zergliederung der Welt und ihres Stoffes vordringe, desto sicherer werde die Ueberzeugung, daß seiner Forschung Grenzen gesetzt seien, die er niemals zu überschreiten im Stande sein wird. — Die Fragen, die sich aus dieser Erkenntniß für die Werthschätzung des menschlichen Lebens und Strebens ergeben, will das Buch des Herrn Strecker zu beantworten versuchen, und diese Antwort oder diese Antworten „gründen sich auf den Glauben an die Wirklichkeit der sinnlichen Welt". Wohl stoße die Untersuchung auf Unerklärliches in der Natur, doch „wo das Wissen uns verläßt, kehren wir zum Glauben zurück und schaffen uns so den Boden, auf dem wir, inmitten des Getriebes der Welt, feste Stellung nehmen. Nur glauben wir nicht an Widersprüche in der Natur; wir vertrauen vielmehr darauf, „daß die nie gestörte Gesetzmäßigkeit, die wir im Bereiche der Erfahrung beobachten, auch außerhalb deren Grenzen ihre Giltigkeit bewahrt" (S. 8).

Aus den zitirten Sätzen ergiebt sich bereits ziemlich bestimmt der prinzipiell naturphilosophische — das Wort nicht im übertragenen Sinne zu verstehen — Standpunkt des Verfassers. Nur das Wort „Glauben" ist hier irreführend, wie wir überhaupt Herrn Strecker den Vorwurf nicht ersparen können, sich nicht immer mit derjenigen Unzweideutigkeit ausgedrückt zu haben, die der Gegenstand seiner Untersuchung erfordert. Wenn er sich, wie er im Vorwort sagt, „aus Achtung vor der Schönheit, der Würde und dem Reichthum unserer Muttersprache" der Fremdwörter möglichst zu enthalten strebte, so haben wir durchaus nichts dagegen einzuwenden, aber dann muß damit zugleich auch in der That dem Reichthum der Muttersprache Genüge geschehen, die für „Hypothese" bessere Worte hat, als das einen ganz anderen Begriff ausdrückende „Glauben". Der Anhänger einer supranaturalistischen Weltlehre „glaubt", die Priester der verschiedenen Religionen lassen heute sämmtlich das von der Wissenschaft Bewiesene mehr oder weniger gelten und sagen mit denselben Worten wie Herr Strecker: „Doch, wo das Wissen uns verläßt, kehren wir zum Glauben zurück." Er aber, und wir müssen ihn da gegen ihn selbst in Schutz nehmen, kehrt in den Kapiteln, die sich mit den Problemen der Entstehung und der Daseinserscheinungen beschäftigen, keineswegs, wo ihn das Wissen verläßt, „zum Glauben zurück", sondern „folgert", „nimmt an" oder sagt gerade heraus: „Das wissen wir nicht". Man könnte nun freilich sagen, die Annahme einer logisch gefolgerten, aber noch nicht positiv bewiesenen und vielleicht nie beweisbaren Thatsache ist so gut ein Glauben, wie die Ueberzeugung von der Richtigkeit der mosaischen Schöpfungsgeschichte oder der Auferstehung Christi nach der Kreuzigung. Indeß thatsächlich ist es nicht dasselbe. Auch wenn in Folge mangelhafter Instrumente weder Galle noch irgend sonst ein Astronom den Planeten Neptun aufgefunden hätte, würde Leverrier's auf Beobachtungen der Bewegungen des Uranus gestützte Annahme, daß jenseits des letzteren noch ein Planet sich befinden müsse, nicht

mit der Annahme, daß die in den Evangelien erzählten Wunderthaten Jesu sich wirklich so zugetragen haben, auf ein und derselben Stufe stehen.

Herr Strecker übt nur verständige Selbstkritik, wenn er — S. 14 — schreibt, daß die materialistische Weltanschauung als geschlossenes System sich nicht immer auf dem Boden feststehender („festgestellter" wäre vielleicht besser gesagt) Thatsachen befinde, aber er macht dem Skeptizismus und den spiritualistischen Theorien eine viel zu weitgehende Konzession, wenn er von einem daher „dem Glauben einzuräumenden Gebiet" spricht und fortfährt: „Der Materialismus glaubt an die objektive Giltigkeit unserer Begriffe von Zeit und Raum; er glaubt an das Atom; er vertraut auf die unwandelbare Wirksamkeit des Kausalitätsgesetzes." Und er beweist gleich hinterher selbst die Zwecklosigkeit dieser schwachmüthigen Ausdrucksweise, wenn er, nachdem er zunächst noch einmal festgestellt, daß der Materialismus von dem durch Erfahrung gewonnenen Wissen ausgehe und das aus der Erfahrung abgeleitete Kausalitätsgesetz zum Angelpunkt habe, fortfährt: „Die Stärke des Materialismus ... liegt in seiner Uebereinstimmung mit den Forderungen des Lebens. Auf dem Gebiete des praktischen Handelns vermögen Skeptizismus und Idealismus ihre Lehren nicht aufrecht zu erhalten; hier müssen sie die Thatsächlichkeit einer außer dem denkenden Geist vorhandenen körperlichen Welt anerkennen und somit die Anwendbarkeit ihrer Lehren im Leben preisgeben.... Wer wird Vorsätze fassen, Pläne machen und zur Ausführung bringen, wenn er an einem ursächlichen Zusammenhang der Vorgänge in der Welt zweifelt? ... Der Materialismus ist eigentlich nur die Uebertragung der Grundsätze, nach denen wir im täglichen Leben urtheilen und handeln, auf die Betrachtung der Welt überhaupt" (S. 14 und 15). Aehnlich, nur präziser und nicht durch fortgesetzte Rückfälle in die metaphysische Denkweise unterbrochen, schrieb Marx schon 1845: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus ... ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird, nicht aber als menschliche sinnliche Thätigkeit, Praxis, nicht subjektiv.... Feuerbach will sinnliche, von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedene Objekte, aber er faßt die menschliche Thätigkeit selbst nicht als gegenständliche Thätigkeit." ... „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage." („Marx über Feuerbach", Anhang zu „Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" von Fr. Engels. Stuttgart 1888.) Kein Mensch hat jemals das Atom gesehen und vermuthlich wird es auch Niemand je zu Gesicht bekommen, aber der Chemiker, der Forscher auf dem Gebiete der physikalischen Erscheinungen ꝛc. legen ihren Experimenten, ihren Demonstrationen, ihren Berechnungen seine Existenz zu Grunde und die Praxis giebt ihnen jedesmal Recht. Da heißt es doch die Sache sehr schief ausdrücken, wenn man von einem „Glauben" an das Atom spricht.

Sehr Anfechtbares enthalten auch die Ausführungen Strecker's über Raum und Zeit, resp. deren Unendlichkeit. Er unterscheidet zwischen der Welt, dem erfüllten Raum, und dem jenseits desselben sich ausdehnenden leeren Raum und spricht nur dem letzteren Unendlichkeit zu. „Die Welt als der erfüllte Raum muß eine Grenze und eine bestimmte Gestalt haben." Es bereite uns gar keine Schwierigkeit, meint Herr Strecker, in einem grenzenlosen Raum uns eine endliche begrenzte Welt zu denken. Das möchten wir bestreiten, die Schwierigkeit nimmt durchaus nicht mit dem stofflichen Inhalt ab, den wir dem Raum geben — der grenzenlose leere Raum kann unseres Erachtens ebenso wenig widerspruchslos

gedacht werden als der unendliche erfüllte Raum. In Bezug auf die Zeit quält sich Herr Strecker ab, in die Frage, wie die Bewegung des die Welt erfüllenden Stoffes ihren Anfang genommen, Sinn hinein zu bringen. Erst von da an, wo solche Bewegung und mit ihr Veränderung der Zustände stattgefunden, gäbe es eine Zeit in unserem Sinne, es sei aber unmöglich, die erfüllte Zeit sich nach rückwärts unendlich vorzustellen, aus dem Unendlichen könne man niemals ins Endliche gelangen, so wenig wie ein bodenloser Schacht jemals ausgefüllt werden könne (S. 26). Hier folgt Herr Strecker, wie es scheint, Dühring, aber nicht zum Vortheil der aufzuklärenden Sache. Wer sagt ihm denn, daß wir uns jetzt im „Endlichen" befinden? Nirgends steht das geschrieben. Und was den „bodenlosen Schacht" anbetrifft, so beliebe nur Herr Strecker einen solchen zu fabriziren und dann zu untersuchen, er wird überall stofflichem Inhalt begegnen, wenn auch nicht gerade im festen Aggregatzustande. Aber er wird es nie fertig bringen, diesen „bodenlosen Schacht" des Inhalts zu entleeren, ihn in einen „leeren Raum" zu verwandeln. Und gerade diese Aufgabe stellt er sich mit seiner Theorie, die „erfüllte" Zeit aus einer unerfüllten — „leeren" — Zeit hervorgehen zu lassen. —

Uebrigens gesteht er wenigstens offen ein, daß, so wie er das Problem stellt, „nur der reine Idealismus" dasselbe zu lösen, nur dieser „die Brücke zwischen Ruhe und Bewegung zu schlagen" vermag, daß ein Uebergang vom Zustand absoluter, seit unendlicher Zeit daseiender Bewegungslosigkeit zu dem der Bewegung ohne Ursache von außen unerklärbar sei; und er wirft seine Behauptung, es müsse die erfüllte Zeit einen Anfang gehabt haben, mit der Schlußbemerkung über den Haufen, wie die nach rückwärts sich dehnende Ewigkeit der Welt zu denken sei, bliebe „für die materialistische Weltbetrachtung eine offene Frage". So machen wir von unserem Rechte Gebrauch und stellen uns vor, daß die Bewegung von jeher da war, ewiger Prozeß ist.

Was Herr Strecker über die muthmaßliche Entstehung der Erde und des Lebens auf derselben sagt, fordert zu keinem nennenswerthen Widerspruch heraus. Wo er zur Menschheit übergeht, stört hin und wieder eine sehr ungeschichtliche Verallgemeinerung, die aber meist nur Folge ist des unüberlegten Gebrauchs von Ausdrücken und Wendungen der Vertreter sehr unmaterialistischer Weltanschauungen. Herr Strecker ist genug Anhänger der Entwicklungstheorie und verfügt über genug anthropologisches Wissen, um nicht die Begriffe der Moral, des Rechts ꝛc. als etwas Gewordenes anzuerkennen, und doch bekommt er es fertig, zu sagen, der ältere Brutus, der über seine eigenen Söhne die Todesstrafe verhängte, weil sie sich in eine Verschwörung gegen den Staat eingelassen, biete zwar ein unübertroffenes und viel bewundertes Beispiel von Gerechtigkeitsliebe, habe jedoch „gegen natürliches und menschliches Gefühl" gehandelt. Aber die sich über Alles hinwegsetzende Liebe eines Vaters zu seinen erwachsenen Söhnen ist zunächst kein „natürliches" Gefühl, und als „menschliches" Gefühl ebenfalls nur besonderen Stufen der Entwicklung eigen. Sehr, sehr viel später noch und auf relativ sehr hohen Stufen der Entwicklung haben Väter ihre Söhne und umgekehrt Söhne ihre Väter der Staatsraison geopfert, wenn auch nicht gerade aus Gerechtigkeitsliebe. An anderen Stellen passirt es Herrn Strecker wiederum, daß er die Dinge etwas gar zu sehr als Naturwissenschaftler beurtheilt. Seine Polemik gegen das Naturrecht ist nur richtig, soweit dasselbe von einem erträumten Naturzustand der Menschheit abgeleitet wird, läßt aber ganz außer Acht, daß im Allgemeinen diese Begründung des Naturrechts längst der Ableitung aus historisch ausgebildeten Rechtsbegriffen gewichen ist.

Wir können jedoch Herrn Strecker nicht in die Details seiner Ausführungen folgen. Die Frage nach der Stellung des Materialismus zu den Zuständen und Vorgängen auf dem Gebiete des Völkerlebens beantwortet er dahin, daß derselbe, „als solcher", als ein System von Anschauungen über Natur und Leben, keine politische Partei bilde, in keiner seine ausgesprochene Vertretung finde. Er zähle wohl in allen Parteien — ausgenommen die kirchlichen — Anhänger, hauptsächlich freilich in den Reihen der freisinnigen Parteien, die sozialistische eingeschlossen. Der Beweis, daß die Uebertragung materialistischer Grundsätze auf das politische Gebiet und ihre logische Weiterbildung zu Folgerungen führen, die mit den Forderungen der letztgenannten Parteien übereinstimmten, ist nicht immer richtig, so wird z. B. Herr Strecker, weil er fast nur vom naturwissenschaftlichen Materialismus ausgeht, hier plötzlich gezwungen, selbst auf die von ihm verworfenen naturrechtlichen Theorien zurückzugreifen, und wenn er meint, daß der Materialismus jedenfalls die Despotie und die absolute Monarchie verwerfen müsse, so vergißt er unter Anderen Hobbes, aber mit den Schluß-Resultaten seiner Untersuchung haben wir keinen Grund, unzufrieden zu sein. Diese laufen direkt und ausgesprochen auf den Sozialismus hinaus.

Ohne sich über den Werth der verschiedenen sozialistischen Theorien auszusprechen, entwickelt Strecker in recht überzeugender Darstellung die Gründe, die nach seiner Anschauung für die sozialistische Reorganisation der Gesellschaft sprechen, und wenn er dabei etwas eklektisch verfährt, so mag das für das Publikum, an das er sich wendet, gerade angemessen sein. Eingehend befaßt er sich mit Bellamy's Utopie und bemerkt in der Kritik derselben ganz richtig, die Ausgestaltung der Verfassung eines kommunistischen Staates werde die Wirkung geschichtlicher Vorgänge sein und könne darum heute nicht vorgezeichnet werden. Was er selbst über den möglichen oder wahrscheinlichen Verlauf der nächsten Entwicklung sagt, ist nicht immer einwandfrei, enthält aber dafür auch manche beachtenswerthe Ausführungen. Ueber die Expropriation der Expropriateurs spricht er sich sehr freimüthig aus, und Proudhon's Phrase, daß der sozialistische Staat die Ausbeutung des Starken durch den Schwachen bedeute, fertigt er gut mit der Erklärung ab, keine Gesellschaftsordnung, die nur einigermaßen den Anforderungen der Vernunft und Billigkeit entspricht, könne in der Zutheilung der Lebensmittel an ihre Mitglieder ausschließlich nach dem Grundsatz „wie die Arbeit, so der Lohn" vorgehen.

In den Schlußabschnitten seines Buches wirft Strecker noch einen Blick auf die muthmaßlichen Aussichten des Menschengeschlechts in einer weiteren Zukunft und geht dann auf die Ethik des Materialismus und seine Beurtheilung des Lebens ein. In ersterer Hinsicht stellt er der Menschheit kein besonders günstiges Prognostikon, er fürchtet die Wirkungen einer eintretenden Uebervölkerung, resp. der Erschöpfung der Schätze des Erdinnern, Probleme, mit Bezug auf die er den Wunsch ausdrückt, daß sich die Weisheit unserer Enkel ihnen gewachsen, erweisen möge, aber auf deren dauernd befriedigende Lösung er wenig Hoffnung zu haben scheint. Noch skeptischer, ja, dem Pessimismus sehr nahe ist seine Beurtheilung des Lebens überhaupt. „Fragt man nach dem Werthe des Lebens überhaupt, so ist meine Ansicht — die ich aber nicht im Namen des Materialismus äußere — daß es allerdings besser wäre, das ganze Menschengeschlecht mit seinen Krankheiten und seinem Tod, seinen Verirrungen und Lastern, seinen Gesetzen und Strafen, mit dem fortwährenden Kampfe der Menschen unter einander und den Qualen, die sie sich gegenseitig zufügen — dieses Menschengeschlecht wäre nie entstanden und das Gleiche gilt für alles Empfindende überhaupt" (Seite 240). Wir seien aber nun einmal da, und da wir obendrein durch fast

übermenschliche Gewalten — die ererbten Naturanlagen ꝛc. — zur Ertragung des Daseins und zur Erhaltung unserer Art genöthigt würden, sei es eine Forderung der Vernunft, dieses Dasein so erträglich als irgend möglich einzurichten, nach der bestscheinenden unter den erreichbaren Lebenslagen zu streben.

„Darum trennt sich der Materialismus immer wieder vom Pessimismus, so sehr auch einzelne Anhänger des ersteren dem letzteren sich nähern mögen.

„Der Materialismus tritt handelnd auf; er sieht bessere Zustände vor sich und arbeitet an deren Herbeiführung. Die Umstände, welche das Loos der Menschheit und der einzelnen Menschen bestimmen, scheiden sich in zwei Arten; deren eine umfaßt übermächtige, fast unberechenbare Naturnothwendigkeiten, die wir im besten Falle mehr oder minder ablenken und schwächen können, denen gegenüber wir aber gewöhnlich ziemlich machtlos sind; die andere Art besteht in menschlichen Einrichtungen und Maßnahmen, deren Beschaffenheit aus menschlichem Willen hervorgeht. Auf diese wendet sich daher hauptsächlich die Aufmerksamkeit des praktischen Materialismus, und durch deren zweckmäßige Gestaltung hofft er das Schicksal kommender Menschengeschlechter bedeutend erleichtern und erheitern zu können. . . .

„In das ungeheuere Trauerspiel, als welches sich die Geschichte der Menschheit darstellt, fällt hier ein heller, warmer, Trost und Erquickung spendender Lichtstrahl. Es ist die Liebe zur Gattung, die in den Menschen mit der Erreichung eines höheren Bildungszustandes erst dumpf und unbestimmt, dann immer klarer und zielbewußter nach Aeußerung ringt, und die unter allen den Verfolgungen und Qualen, welche die Menschen gegenseitig über sich verhängen, doch niemals gänzlich erloschen ist.“ Dieses Gefühl und der Drang, über die Grenzen des eigenen Daseins hinweg zu gleich empfindenden Wesen ferner Zukunft zu reden, in ihrem Bewußtsein und in ihrer dankbaren Erinnerung weiter zu leben, spreche aus den uns überlieferten Denkmälern der Kunst und der Wissenschaft zu uns, „streben daher auch wir — deren gesammte geistige Fähigkeit und deren Kulturgenüsse auf der Arbeit aller vorausgegangenen Menschengeschlechter beruhen — das übernommene Erbe, durch neue Leistungen vermehrt, der Nachwelt zu überliefern, mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß die Errungenschaften menschlicher Arbeit zum Segen ihrer Inhaber sich veredeln, bis übermächtige Ursachen dem ferneren Leben und Gedeihen der Menschheit ein Ziel setzen. Möge uns einst die Anerkennung zu Theil werden, daß wir stets das Beste gewollt und das Möglichste erreicht haben.“

Damit schließt Strecker. Wir haben in dieser Besprechung vorwiegend den Ton auf Punkte gelegt, in Bezug auf die wir von ihm abweichen, und wir müssen hinzufügen, daß wir deren noch mehr anführen könnten. Auch können wir nicht umhin zu bemerken, daß wenn Herr Strecker sich nicht ausschließlich auf den naturwissenschaftlichen Materialismus beschränkte, sondern die ganze materialistische Weltauffassung behandeln wollte, er die materialistische Geschichtsauffassung unter keinen Umständen hätte ignoriren dürfen. Immerhin, als populäre Einleitung in die Prinzipien und die Probleme des Materialismus glauben wir seine Arbeit doch empfehlen zu können. Sie ist durchaus objektiv gehalten und doch von warmer Ueberzeugung durchdrungen, nirgends aufdringlich und doch fast immer anregend, keine Dogmatik, aber eine fesselnd geschriebene Erklärung und Vertheidigung des Materialismus.

Herr v. Mayr und die Reichsfinanzreform.

Dr. Miquel ist gewiß groß in seinen Steuerforderungen, aber Herr v. Mayr ist ihm noch gewaltig über. Der heutige preußische Finanzminister begnügt sich mit neuen hundert Millionen, der ehemalige Unterstaatssekretär thut es nicht unter dem Doppelten.

Im Cotta'schen Verlage hat er eben in einer Zusammenstellung von Aufsätzen (Zur Reichsfinanzreform, 152 Seiten) sein finanzpolitisches Programm entwickelt und es ist wahrhaftig bedauerlich, daß ein so findiger und erfinderischer Kopf noch immer nicht zur rechten Verwendung und Stellung kommen will. Welches Licht steht hier schon seit Jahren unter dem Scheffel! Da ging es unter dem Fürsten Bismarck doch rascher vorwärts: ein paar „Studien" über das Tabakmonopol, und der Münchener Professor hatte sein Glück gemacht. Sehr bald kanzelte er im Reichstage vom Bundesrathstische aus die misera plebs der oppositionellen Abgeordneten in Zoll- und Steuerfragen wie ein Miniatur-Bismarck ab. Doch, leider, auch manchem Reichstreuen verdarb er den Geschmack an der Bismarck'schen inneren Politik durch die Monopol-Zigarren, die er in Straßburg „komponirte". Aber wenn der biedere Bürger diese Kompositionen genoß, wird ihm nicht so ängstlich gewesen sein wie jetzt, wenn er die neueste Mayr'sche Zusammenstellung liest.

Nach Herrn v. Mayr scheint das Steuerzahlen eine der größten Freuden, die uns in diesem irdischen Jammerthale blühen können; nur mit größter Bekümmerniß sieht er die Abgaben, die noch immer unerhoben oder ungenügend entwickelt sind. Es sind deren viel mehr, als man glaubt.

Nur „der Strom der Interessenvertretung" hat bisher „der großen nationalen Aufgabe der Kräftigung unserer Reichsfinanzen ... in einer das öffentliche Pflichtempfinden der Nation untergrabenden Weise entgegengewirkt". Dieser Strom muß nun endlich durch den „Geist patriotischen Gemeinsinns" „eingedeicht" werden. Denn zu sparen ist im Reiche nichts, an dem Militäretat nicht, und die Marineausgaben sind Herrn v. Mayr sogar zu niedrig. „Wer ein richtiges und patriotisches Verständniß für unseres Vaterlandes Weltstellung hat, der wird — so wenig er auch damit zur Zeit noch Aussicht auf allseitigen Beifall hat — zur Ueberzeugung kommen, daß wir diese Stellung nur dann zum Segen unseres Volkes voll werden wahren können, wenn wir auch zur See eine Macht ersten Ranges sind."

Wir brauchen darum, da die Anleihewirthschaft nicht so weiter gehen kann, mindestens zweihundert Millionen neue Steuern jährlich. Allerdings sind „wir als Finanzpolitiker realistisch genug veranlagt, um recht wohl zu begreifen, daß das grundsätzlich zu erstrebende Endziel ... nicht in einem Anlaufe wird erreicht werden können". Die „Ueberführung weiterer Bestandtheile des Volkseinkommens in die Verfügung der Reichsfinanzgewalt" wird daher — leider — nur allmälig erfolgen können. Doch hat Herr v. Mayr neben den Elitesteuern, die zweihundert Millionen bringen sollen, noch allerhand „Reserven" zur Verfügung, so daß man die Empfindung nicht los wird, das „allmälig" gelte nur den Siegen der Reserven.

Zu welchen „Stärkungsmitteln" räth der burschikose Herr v. Mayr nun?

Der Reichsgesetzgebung steht grundsätzlich der „Griff nach jeder Art von Steuern" zu. Eines Eingreifens in das Gebiet der direkten Steuern aber soll sie sich enthalten. Es ist so ziemlich die einzige Enthaltsamkeit, die ihr Herr v. Mayr predigt, der zudem — er hat nicht umsonst als Nationalökonom ein Katheder geziert — die indirekten Steuern einer „sozialpolitischen" Ausgestaltung „sehr wohl zugänglich" findet. Und nun folgt der schier endlose Steuerwunschzettel.

Für die Wehrsteuer kann sich Herr v. Mayr nicht begeistern; wollte man sie doch, dann müßte vor ihr noch die Junggesellensteuer eingeführt werden, denn der „Nichtbesitz von Familienangehörigen" erleichtere die wirthschaftliche Lage der Einzelnen sehr bedeutend. „Auch ist, wenn die Nichtleistung militärischer Dienste als Element der Steuerleistungsfähigkeit betrachtet werden soll, nicht einzusehen, warum die Steuerforderung vor dem weiblichen Geschlechte Halt machen sollte; die Zuge-

hörigkeit zum weiblichen Geschlechte stellt sich, militärisch betrachtet, gerade so dar, wie die Behaftung mit einem körperlichen Mangel, der die Einreihung ausschließt." Die Witze des Herrn Unterstaatssekretärs sind offenbar heute noch nicht besser wie zu der Zeit, da Eugen Richter sie für noch schlechter wie die Mayr'schen Zigarren erklärte.

Bei der Erbschaftssteuer ist unser Quellenfinder „einer ausgiebigeren Nutzbarmachung dieser Steuerquelle nicht abgeneigt", nur sollen die Einzelstaaten hier „sorgsamer ausbauen".

In den Verkehr mit mobilen Werthen — lautet die nächste Aufmunterung — greife die Reichsbesteuerung in Zukunft „noch stärker" ein. „Daß eine höhere Besteuerung des Börsenspielgeschäfts . . . zu erstreben ist, scheint uns zweifellos. Man sollte auch vor den Schwierigkeiten der technischen Durchführung nicht zurückschrecken; Unvollkommenheiten der ersten gesetzlichen Bestimmungen werden im Laufe der Zeit auf Grund der gewonnenen Erfahrungen ausgemerzt werden können. — Noch zweifelloser ist uns die Zweckmäßigkeit einer ausgiebigen Emissionssteuer für die Begebung von und einer höheren Verkehrssteuer für den Handel mit auswärtigen Werthen. — Auch scheint uns der Erwägung werth, in welcher Weise . . . die persönliche Betheiligung der Börsenbesucher als Ausdruck einer eigenartigen Steuerleistungsfähigkeit aufgefaßt werden könnte. — Auch den Lotteriestempel halten wir einer Verdoppelung sehr wohl zugänglich. . . . Wenn irgend etwas als Ausdruck einer besonderen Steuerleistungsfähigkeit angesehen werden kann, so ist es die Thatsache, daß aus dem Einkommen ein Bruchtheil, sei er nun groß oder klein, für das Glücksspiel zur Verfügung gestellt wird. Wenn an diesem Luxusaufwand die Steuerforderung einsetzt, so ist sie wohlberechtigt, und wenn eine Steigerung des öffentlichen Bedarfs eine größere Dringlichkeit der Steuerforderung bedingt, so ist eine Erhöhung des bisherigen Abgabesatzes wohl am Platze." — Die Quittungssteuer möchte Herr v. Mayr als „Reserve" des Reichshaushaltes betrachtet sehen. „Dasselbe befürworten wir bezüglich der Inseratensteuer."

Für das Tabakmonopol schwärmt Herr v. Mayr noch platonisch; das relativ Beste ist heute die Fabrikatsteuer. Nur soll der alte Tabakzoll auch bei Aufhebung der Inlandsteuer in voller Höhe fortbestehen, um so nebenbei „womöglich einigermaßen" die ausländischen Tabake zurückzudrängen. Hundert Mark pro hundert Kilogramm sei als Fabrikatsteuer „viel zu niedrig gegriffen". Hundert Millionen müsse der Tabak bringen, „man geht nicht zu weit" dabei.

„Ohne gleichzeitige Heranziehung der Getränkesteuern aber kann die Reichsfinanzreform nicht durchgeführt werden." — Der Branntwein wird wieder „unter die Reserven einzureihen" sein. — Dagegen ist das Bier „weit unter dem Maß einer sachgemäßen Steuerbelastung" geblieben. Doch durch die „Phantome ökonomischer und sozialer Gefahren" solle man sich von dem löblichen Werke einer stärkeren Anzapfung nicht abschrecken lassen. — Beim Wein sollen die „Spezialitäten" durch eine Flaschensteuer getroffen werden, zu deren Kontrolle Herr v. Mayr einen neuen sinnreichen Patentverschluß komponirt hat. „Die letztere (Steuer) würden wir uns etwa als mittels eines besonderen, über den Flaschenverschluß anzubringenden Stempelstreifens erhoben denken, dessen Anbringung bei allen Flaschen obligatorisch sein müßte." — „Wir tragen aber Bedenken" — fährt der übertrieben gewissenhafte Herr Verfasser fort — „mit einer solchen Spezialitätensteuer die Beihilfe aus dem Bereich der Getränkesteuern für die nächste reformatorische Aktion als erledigt zu erachten. . . . Wir tragen Bedenken, für dieselbe einen höheren Ertrag als etwa zehn Millionen Mark in Aussicht zu nehmen. Mit einem solchen Betrage aber kann das Gebiet der Getränkesteuern seine Verpflichtungen gegenüber der Reichsfinanzreform nicht erledigen. . . . Wir sind der Ansicht, daß schon jetzt eine ausgiebigere Besteuerung des Trinkgenusses im Allgemeinen mittels einer Reichsschanksteuer eintreten sollte. . . . Wir würden empfehlen, einen Betrag von etwa vierzig Millionen festzusetzen."

An den Zucker soll man „nur im Falle der Noth" jetzt schon herantreten, „andernfalls ihn lieber unter den — und zwar bedeutungsvollen (!!) — Reserven

der Reichsfinanzen belassen." Doch befürwortet Herr v. Mayr schon jetzt eine „mäßige" Mehrung", „etwa" von zehn Millionen Mark.

Weiter ist „bei sorgsamem Detailstudium des Zolltarifs" noch manche Position zu entdecken, bei welcher eine Zollerhöhung „versucht" werden kann. Das ist sogar ein „Gebot der Gerechtigkeit und deshalb eine sozialpolitische Nothwendigkeit". Dann ist auch der Boden „günstig" für eine die Luxuszölle ergänzende Luxussteuer. „Die Schaumweinsteuer ist bereits erwähnt. Wir würden z. B. keine Schwierigkeit darin finden, die feineren Seifen und Parfümerien einer Fabrikatsteuer mit Buch- und Stempelkontrolle zu unterwerfen. Weiter könnte erwogen werden, ob etwa für andere Luxusprodukte, z. B. die feinsten Gewebe, gleichfalls die Stempelung in der Fabrik vor Abgabe in den Handel obligatorisch gemacht werden könnte. . . . Zunächst aber wagen wir es nicht, für Luxuszölle und eventuelle Ergänzungen durch innere Luxussteuern mehr als zehn Millionen Mark in Ansatz zu bringen." Equipagen-, Hunde-, Klavier-, Uhren-, Dienerschaftsbesteuerung und Aehnliches würde Herr v. Mayr zunächst den Einzelstaaten und Gemeinden zum Zugreifen empfehlen. „Sollten Zeiten der Noth anbrechen, dann wird allerdings ein Rückgriff auch der Reichsfinanzgewalt angezeigt sein; insofern rechnen wir die Luxussteuern solcher Art unter die Reserven."

Nur bei einem einzigen Genuß und Zeitvertreib des bemitleidenswerthen Reichsbürgers soll sich der Fiskus nicht mit zu Tische setzen, und hier muß etwas Besonderes dahinterstecken: beim Kartenspiel. Herr v. Mayr wird hier plötzlich weichherzig. „Eine Erhöhung des Spielkartenstempels möchten wir nicht befürworten. Zwar würde die Entwicklung dieser Steuereinnahme . . . dafür sprechen; allein der Umstand, daß das Kartenspiel eine, wenn auch nicht gerade nützliche, so doch gern gesuchte und in der Hauptsache Erholung bietende Beschäftigung . . . bildet, spricht dagegen." Herr v. Mayr . . .!

Zum Schlusse nennt das unser sorgender Berather auch noch: nach dem Maße seiner bescheidenen Kräfte gute „Keime" ansetzen, die „sich entwickeln" möchten. Nein, nein, Herr v. Mayr, Sie unterschätzen sich und von Bescheidenheit kann hier gar nicht die Rede sein. Ehre, wem Ehre gebührt und Herr v. Mayr hat heute sicherlich keinen höheren Ehrgeiz wie den — alle diese Steuern zahlen zu dürfen.

Denn an eine Rückkehr zu Amt und Würden denkt er nicht. Erachtet er doch für Abgeordnete die „Unzulässigkeit einer Wiederwahl" für wünschenswerth, weil sie sonst „Wahlsorgen in ihren Redefluß sich mischen" lassen, worunter das „öffentliche Pflichtempfinden" leiden müsse. Herr v. Mayr sagt es zwar nicht ausdrücklich, aber bei ihm als Mann der Konsequenz müssen wir voraussetzen, daß er auch Unterstaatssekretäre z. D. nicht wieder in Dienst sehen will, damit nicht „Karrièresorgen" ungünstig auf ihren Tintenfluß einwirken. —ms.

Literarische Rundschau.

Georg Brandes, **Die Hauptströmungen der Literatur des neunzehnten Jahrhunderts.** Billige Lieferungsausgabe in 14 Lieferungen à 1,50 Mark. Leipzig, H. Barsdorf.

Georg Brandes ist in Deutschland am bekanntesten geworden durch seine Schrift über Lassalle, die zwar dem Bahnbrecher der deutschen Sozialdemokratie nicht entfernt gerecht wird, aber als „literarisches Charakterbild", was sie übrigens auch nur zu sein beansprucht, hohes Lob verdient. Nicht zum wenigsten deshalb hohes Lob verdient, weil ihre Veröffentlichung im Jahre 1877 für einen dänischen Schriftsteller, der sich in seinem Vaterlande durch freimüthig-wackere Gesinnung unmöglich gemacht hatte und nun vorzugsweise auf den deutschen Büchermarkt angewiesen war, etwas verrieth, was sich bei bürgerlichen Literaten allzu selten findet: nämlich Kourage. Vielleicht ist Herrn Brandes diese Herausforderung des deutschen Philisters auch nicht ganz gut bekommen; die in den siebziger Jahren von Strodtmann begonnene Uebersetzung seines literarischen Hauptwerkes blieb damals

mitten in der Veröffentlichung stecken. Möglich auch, daß dies Buch allzu hohe Anforderungen an den denkfaulen Spießbürger stellte oder daß Eins zum Anderen kam. Jedenfalls darf man sich freuen, daß jetzt ein neuer Versuch gemacht wird, die Literaturgeschichte von Brandes in Deutschland einzubürgern.

Sie wirkt wie ein erfrischendes Bad, wenn man aus den Sümpfen der offiziellen Literarhistorie herkommt, wie sie in Deutschland von den Herren Scherer und Genossen betrieben worden ist und noch betrieben wird. Brandes steht durchaus auf bürgerlichem Standpunkte, aber er vertritt ihn nicht in der liebedienerischen und schlafmützigen Art des deutschen Professorenthums, sondern mit der revolutionären Schärfe, die dem jugendkräftigen und thatenlustigen Bürgerthum eigen war. In Dänemark, das zwar nicht die europäische Revolution des achtzehnten Jahrhunderts mitgemacht, aber dafür um so gründlicher die Reaktion des neunzehnten Jahrhunderts miterlitten hatte, waren die „Hauptströmungen der Literatur", als sie vor zwanzig Jahren erschienen, ein Kampfschrei der aufsteigenden bürgerlichen Klasse, und daher erklärt sich der wüthende Haß, den sie erregten und den harmlose literarische Abhandlungen sonst nicht zu erregen pflegen. Ein Echo der großen Aufklärungsliteratur, die für immer eine Zierde des achtzehnten Jahrhunderts bleiben wird, tönt durch das Buch; manche Seite könnte Rousseau, manche Voltaire, manche auch wohl Herder geschrieben haben.

Aber freilich ist Brandes nur ein Spätling der großen Aufklärer, und wie das Bürgerthum in den skandinavischen Ländern erst zur Blüthe kam, als es in den großen Nationen schon zur Rüste ging, so waren die „Hauptströmungen" im Grunde schon überlebt, als sie sich so tapfer Bahn brachen. Als bürgerlicher Schriftsteller bewegt sich Brandes immer auf idealistischem Boden; er behauptet zwar gelegentlich überall ins Leben zurückzugreifen, aber die Erkenntniß, daß sich die literarische Bewegung in letzter Instanz aus der ökonomischen Entwicklung erklärt, ist ihm fremd. Er läßt die literarischen Strömungen, ganz unabhängig von der ökonomischen Dialektik, die sie erzeugt und bewegt, zwischen Deutschland, Frankreich und England hin- und herfluthen und sich gegenseitig beeinflussen. Gleich die ersten Sätze seines Werkes: „Die Franzosen waren es, die am Schlusse des achtzehnten Jahrhunderts die politischen Zustände und die Sitten revolutionirten. Die Deutschen waren es, welche die literarischen Ideen reformirten", enthalten im Keime eine lange Reihe von Mißverständnissen und Widersprüchen. Um den Rückschlag von der bürgerlichen Aufklärung auf die feudale Romantik zu erklären, untersucht Brandes nicht den Rückstoß des feudalen Ost-Europa auf das bürgerliche West-Europa, sondern konstruirt sich eine besondere „Emigranten-Literatur", in die er Rousseau, Goethe, Chateaubriand, Benjamin Constant, Frau v. Staël zusammenpackt. Und da ihm diese verschiedenen Köpfe natürlich immer wieder aus dem gemeinsamen Hute gleiten, den er über sie stülpen will, so hilft er sich mit dem kleinbürgerlichen Einerseits-Andererseits; in der Emigranten-Literatur mischten sich reaktionäre und revolutionäre Elemente, ihre Hauptströmung war reaktionär, aber ihre Unterströmung war revolutionär u. s. w., ähnlich wie er dann die romantische Schule in Deutschland sowohl „eine Art katholischer Renaissance", als auch „verhältnißmäßig freisinnig" nennt. An einer anderen Stelle will Brandes die deutschen Philosophen unter einen Hut bringen und führt aus, „dies große, dunkle, traumreiche und gedankenvolle Deutschland sei in Wirklichkeit ein modernes Indien" und nun geht es in drei mächtigen Sprüngen vorwärts. „Die intuitive Erkenntniß bei Schelling war schon das Ideal der Inder, und wenn Hegel sagt, daß die Erkenntniß des Menschen von Gott Gottes Erkenntniß seiner selbst sei, so ist dieser Glaube an die Gottwerdung jedes einzelnen Individuums durch den abstrakten Gedanken wie aus dem Herzen eines alten Inders entnommen. Was den dritten großen Philosophen des Jahrhunderts, Arthur Schopenhauer, betrifft, so ist er mit vollem Bewußtsein rein indisch, gleichsam ein verspäteter und aus der Heimath verbannter Bewohner des alten Hindostans." Doch es mag an diesen Einzelheiten genug sein.

Wir heben sie hervor, um unseren prinzipiell abweichenden Standpunkt zu wahren, nicht aber, um unser dem Buche gespendetes Lob einzuschränken. Es war

für seine Nation und seine Zeit eine wirkliche That, zwar nur eine bedingte Wahrheit, aber ein unbedingter Fortschritt, und wenn seine idealistische Geschichtskonstruktion manchmal zu etwas barocken Auffassungen führt, so enthält es doch im Einzelnen viel Schönes und Treffendes. Es schmeckt wie feuriger Wein, verglichen mit der faden Limonade der preußischen Literaturgeschichte. Allerdings setzt die genußreiche Lektüre des Werkes eine ziemlich umfassende Kenntniß der deutschen, englischen und französischen Literatur in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts voraus, aber unter dieser Voraussetzung fesselt und spannt sie wie die Unterhaltung mit einem geistreichen, unterrichteten und namentlich tapferen Manne, dem man gern begegnet, auch wo man nicht mit ihm übereinstimmt. F. M.

Graf Nikolaus Rehbinder, **„Heiliges Rußland erwache!"** Erinnerungen aus dem Leben eines russischen Zollbeamten. Leipzig 1892. Max Spohr. 97 S. 8°.

Ein kurzes, sehr pathetisches Vorwort kündet an, daß der Verfasser dieser Anklageschrift gegen die Korruption des Beamtenthums in Rußland bereits im Grabe ruht. Dies im Verein mit der Thatsache, daß die geschilderten Vorgänge nahezu dreißig Jahre zurückdatiren, nimmt ihr nicht unwesentlich von ihrem Werth. Es wird nicht gesagt, warum Graf Nikolaus Rehbinder sie nicht schon zu seinen Lebzeiten publiziren ließ. Er zeigt sich in ihr als höchst loyaler russischer Unterthan, der — ein Deutschrusse und Protestant, bezw. Lutheraner — höchst skandalisirt darüber ist, daß die polnischen Zollbeamten den aufständischen Polen der 1863er Erhebung allerhand Vorschub leisteten. Gegen Polen und Katholiken legt er überhaupt eine ganz besondere Voreingenommenheit an den Tag, die sich um so merkwürdiger ausnimmt, als bei den größten Gemeinheiten, die er erzählt, seine eigenen Standesgenossen und Landsleute in mindestens dem gleichen Verhältniß betheiligt sind als Russen und Polen.

Man ist gegen zur posthumen Herausgabe niedergeschriebene Anklagen mit Recht etwas mißtrauisch. Der Schreiber kann sich da völlig gehen lassen, verschweigen oder verwischen, was er selbst gefehlt, übertreiben, was an ihm gefehlt wurde. Wir müssen es also dahingestellt sein lassen, ob dem Grafen Nikolaus Rehbinder wirklich in jedem Punkte so bitteres persönliches Unrecht geschehen ist als er behauptet. Aber wenn auch nur die Hälfte von dem wahr ist, was er erzählt, so ist's gerade genug. Eine Soldaten- und Beamtennatur, wahrscheinlich auch ein wenig adelsstolz, kommt er als höherer Zollbeamter in eine Grenzstadt an der deutsch-lithauischen Grenze und findet da die schönste Einigkeit zwischen den schmuggelnden Kaufleuten und den Zollbeamten vor. Die Beamten sehen nur, was die Kaufleute sie sehen lassen *wollen*, und werden dafür von denselben so anständig bezahlt, daß selbst die mit einem Gehalt von wenigen hundert Rubeln Angestellten sich Pferd und Wagen halten können. Ihm werden auch schon nach den ersten Tagen von den Vertretern der schmuggelnden Brüderschaft neben sonstigen Emolumenten tausend Rubel monatlich als Fixum für die Schonung seiner Augen angeboten. Statt im Interesse der Fortdauer des idyllischen Verhältnisses darauf einzugehen oder einen kleinen Aufschlag zu verlangen, weist er das Angebot zurück, mit Entrüstung zurück, obwohl ihm betheuert wurde, daß es bei dem Handel mit der größten „Ehrlichkeit" und „Noblesse" zugehe, und er durch Störung desselben die ganze Beamtenschaft unglücklich mache, da keiner von seinem Gehalt leben könne. Erst hält man seine Weigerung für Finesse, dann für Wahnsinn, aber nun er auch in der Praxis Ernst macht, richtet sich der ganze Haß des Städtchens gegen den Störenfried. Man gelobt sich, Alles zu versuchen, um den unehrenhaften Menschen, der ehrliche Leute um ihr Brot bringe, loszuwerden. Und man wird ihn los. Denn — weit entfernt, ihn für seine Ehrlichkeit und seinen Eifer dem Staat gegenüber doppelt zu schützen, finden seine nächsten Vorgesetzten auch, der Kerl müsse weg. Bei den höchsten Beamten aber hat man nur laue Anerkennung für ihn, die auf dem Weg von Petersburg bis zur Grenze total einfriert. Er wird allerhand Kränkungen ausgesetzt, bis ihm schließlich nichts bleibt als seinen Abschied zu nehmen. Gänzlich verarmt kehrt er Ende 1863 in seine frühere Heimath zurück und findet dort eine dürftige Anstellung bei der Accisevertwaltung.

Mehrfache Verwendungen und Eingaben bleiben zunächst erfolglos. Da erhält er Anfang 1864 plötzlich wieder und in den schmeichelhaftesten Ausdrücken eine gutbezahlte Beamtenstelle im Zolldienst angeboten, aber — die Bedingungen sind so gestellt, daß er sie nicht annehmen *kann*, und alle Remonstrationen sind fruchtlos dagegen. Man hatte an höchster Stelle seine Wiederanstellung angeordnet, aber diejenigen, die die Sache zu besorgen hatten, hatten sie so eingefädelt, daß nichts daraus werden konnte, daß er als der Querulant, der „unruhige Kopf" erschien, dem nichts recht sei. Und dabei blieb es. Er fand „sein Dschaggernaut" in der Korruption der Verhältnisse des „heiligen Rußland."

Man kann ihn bedauern, und niemand wird die Korruption, die er schildert, anders finden als werth, daß sie zu Grunde geht. Aber es ist nur ein winziges Stück der Beamtenkorruption, unter der Rußland leidet, und ist auch bei Weitem nicht das Schlimmste. Gegen das System, von dem sie ein natürlicher Auswuchs ist, gegen die *politischen* Zustände, auf denen sie gewachsen ist und aus denen sie ihre Nahrung zieht, findet sich weder in den Memoiren noch im Vorwort eine Silbe. Die *Personen*, die angeklagt werden, sind entweder todt oder doch nicht mehr im Staatsdienst, das *System*, die Beamtendespotie, der Büreaukratismus lebt noch, und wenn nicht andere Kräfte gegen dasselbe kämpften — die Stimme dieses Opfers würde ihm schwerlich die Todesglocke läuten. B.

Notizen.

Zur Gewerkschafts-Debatte. „Der Zimmerer", Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute, bringt in seiner Nummer vom 18. November, auf die ich erst heute durch einen Freund aufmerksam gemacht wurde, einen Artikel „Zur Gewerkschafts-Debatte auf dem Kölner Parteitag", in dem neben Auer und Bebel auch meine Wenigkeit wegen ihrer Auslassungen über die Gewerkschaften angegriffen wird. Es heißt da:

„In seinem Buche ‚Das Erfurter Programm' schreibt er (Kautsky) nämlich: ‚Die bessergestellten, die qualifizirten Arbeiter sind es, denen der Vorkampf im Ringen nach Hebung der Arbeiterklasse zukommt. . . . Und sie haben ihre Streitbarkeit in zahlreichen Kämpfen bewiesen.' Nachdem er dann sehr treffend beschrieben hat, daß der eigentliche Gewerkschaftsdusel sich nicht halten kann, fährt er fort: ‚So gelangt eine der ‚aristokratischen' Arbeiterschichten nach der anderen dazu, ihre Kämpfe gegen die Ausbeutung nicht als Sonderkämpfe zu betrachten, in denen es sich blos um ihre Sonderinteressen handle, sondern als Theile des großen Klassenkampfes, den das gesammte Proletariat führt.' Ueber die Wirkung der Kämpfe, die von qualifizirten Arbeitern geführt werden, auf die unqualifizirten Arbeiter heißt es dann noch: ‚Schon der Anblick der großen Kämpfe der qualifizirten Arbeiter wirkt aufrüttelnd und ermuthigend auf viele ihrer ‚unqualifizirten' Brüder.'

„In seinem Buche ‚Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie' dagegen schreibt derselbe Genosse Kautsky: ‚Die rein ökonomischen Kämpfe betreffen direkt stets nur einen oder wenige Berufe, meist nur die Berufsgenossen einer beschränkten Lokalität, einer Stadt oder Provinz. Jeder dieser Kämpfe ist *für sich allein* noch kein Klassenkampf. Es handelt sich dabei *zunächst* nie um ein Interesse der gesammten Arbeiterschaft, sondern nur um ein Sonderinteresse einer bestimmten Branche. Wo die Arbeiter nicht so weit kommen, sich in einer selbständigen politischen Partei zu organisiren, wo sie auf ihre rein ökonomischen Organisationen, Gewerkschaften und Hilfskassen beschränkt bleiben, da treten nur zu leicht die beruflichen Sonderinteressen in den Vordergrund; das Klassenbewußtsein wird nicht geweckt, ohne dieses ist aber ein wirklich sozialrevolutionäres Wirken unmöglich.'

„Er vergleicht den Gewerkschaftler dann noch mit einem ‚wildgewordenen, revolutionär herumfuchtelnden Spießbürger' und meint dann: ‚Auf die Umgestal-

tung der Gesellschaft im proletarischen Sinne wird sein (des Gewerkschaftlers) Thun ohne Einfluß sein.' Wir finden also, daß Kautsky in seinem ersteren Buche den Standpunkt vertritt, daß der Arbeiter durch seine Thätigkeit innerhalb seiner Gewerkschaftsbewegung zum Revolutionär werden muß und in seinem anderen Buche das genaue Gegentheil behauptet."

So weit der „Zimmerer". Wenn ich nicht irre, hat dessen Redakteur, Genosse Bringmann, denselben Vorwurf gegen mich in Hamburg in einer Volksversammlung erhoben.

Thatsache ist, daß ich weder in meinem „Erfurter Programm" den Standpunkt, „daß der Arbeiter durch seine Thätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zum Revolutionär werden muß", vertreten, noch in meinem „Parlamentarismus" das Gegentheil behauptet habe. So bedingungslos habe ich mich überhaupt nicht ausgesprochen. Ich habe vielmehr in dem einen wie in dem anderen Buche (im „Parlamentarismus" nur in wenigen Sätzen) unter Anderem die Bedingungen untersucht, unter denen die Gewerkschaftsbewegung revolutionär wirken kann. Die Gewerkschaftsbewegung hat sehr verschiedene Seiten und je nach den Umständen entwickelt sie bald die eine, bald die andere mehr. Wie wenig ich im „Erfurter Programm" die Anschauung vertrete, „daß der Arbeiter durch seine Thätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zum Revolutionär werden muß", zeigt schon folgender Satz daraus: „Wo die Gewerkschaftsbewegung zu einer Pflege einseitigen Kastengeistes und zu aristokratischer Abschließung der besser gestellten Arbeiter führt, da trägt sie nicht nur nichts zur Hebung des gesammten Proletariats als Klasse bei, sie ist sogar im Stande, dieselbe zu hemmen und zu verzögern" (S. 213).

Was sage ich nun in meinem „Parlamentarismus"? Die vom „Zimmerer" zitirte Stelle spricht es bereits aus: Das weitaus wirksamste Mittel, um zu hindern, daß die Gewerkschaftsbewegung Kastengeist und aristokratische Abschließung erzeugt, das beste Mittel, um die Sonderkämpfe der Gewerkschaften, die für sich allein noch keine Klassenkämpfe sind, zu Theilen des großen Klassenkampfes des Proletariats zu machen, ist die Organisation der Arbeiter als selbständige politische Partei. Das ist denn doch etwas Anderes, als die mir vom „Zimmerer" unterschobene Anschauung, daß der Arbeiter durch seine Thätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zum Gegentheil eines Revolutionärs werden muß.

Aber freilich, der „Zimmerer" zitirt zum Beweis dafür noch eine kompromittirende Stelle aus meinem „Parlamentarismus". „Er (Kautsky) vergleicht den Gewerkschaftler dann noch mit einem ‚wildgewordenen, revolutionär herumfuchtelnden Spießbürger' und meint dann: ‚Auf die Umgestaltung der Gesellschaft im proletarischen Sinne wird sein (des Gewerkschaftlers) Thun ohne Einfluß sein.'"

Diese Stelle könnte ich allerdings nicht verantworten, sie stände im Widerspruch zum allgemeinen Standpunkt unserer Partei, im Widerspruch auch mit meinem bisherigen Standpunkt in dieser Frage. Zum Glück aber verdankt diese Stelle ihre Entstehung nicht meinem Hirn, sondern dem des Verfassers des Artikels im „Zimmerer". Was ich wirklich geschrieben habe, lautet folgendermaßen: „Der Arbeiter, der sich nicht als Proletarier fühlt, sondern nur als Schriftsetzer oder Hutmacher oder Metallarbeiter, der nur Setzerinteressen oder Hutmacherinteressen oder Metallarbeiterinteressen vertritt, der kann sich dabei auf den verschiedensten Gebieten höchst radikal geberden, etwa wüthender Atheist sein, aber sein radikales Gebahren wird bloßes Kannegießern bleiben, wie das des wildgewordenen, revolutionär herumfuchtelnden Spießbürgers auch. Auf die Umgestaltung der Gesellschaft im proletarischen Sinne wird sein Thun ohne Einfluß bleiben" (S. 134).

Man sieht, von einem Gewerkschaftler ist in dem ganzen Passus keine Rede. Oder meint etwa der Artikelschreiber im „Zimmerer", daß der Arbeiter, der sich nicht als Proletarier fühlt, gleichbedeutend sei mit dem Gewerkschaftler?

Ich habe nicht die Absicht, in die Diskussion über die Gewerkschaften, die schon mehr als nothwendig zu einem bloßen Austausch unfruchtbarer Rekriminationen geworden ist, ein Moment neuer Verbitterung hineinzutragen. Ich nehme an, daß

die Redaktion des „Zimmerer" nicht gefälscht hat, um die „Gewerkschaftler" gegen die „Politiker" aufzuhetzen, sondern daß ihr ein bloßer Lapsus passirt ist. Um so eher darf ich erwarten, daß die Redaktion das anerkennen und es ihren Lesern mittheilen wird. Ich lege zu großen Werth auf die Gewerkschaftsbewegung und auf die Achtung und gute Meinung der „Gewerkschaftler", als daß es mir gleichgiltig sein könnte, ob sie mich für den Urheber der mir unterschobenen geringschätzigen Auffassung des Gewerkschaftskampfes hielten oder nicht.

Sollten noch andere Blätter von der Auslassung des „Zimmerer" Notiz genommen haben, so bitte ich sie, ihren Lesern auch von dieser Berichtigung Mittheilung zu machen.

Stuttgart, 28. November. K. Kautsky.

Wer unterschiebt? Im „Vorwärts" vom 25. Novbr. findet sich folgende Notiz:

„Ein Typus." Unter dieser Spitzmarke wendet sich der Berliner Briefschreiber in dem letzten Hefte der „Neuen Zeit" gegen unseren Artikel „Sozialliberal" in Nr. 246 vom 19. Oktober. Wir halten es für überflüssig, hierauf näher einzugehen und wollen blos feststellen, daß der Artikel des „Vorwärts" bei aller Anerkennung der Jastrow'schen Schrift die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokratie gegenüber dieser Erscheinung aufs Schärfste gewahrt hat.

In dem gleichen Briefe wird gelegentlich der Besprechung der Notiz „Akademisches Denunziantenthum" in Nr. 250 des „Vorwärts" vom 24. Oktober uns unterschoben, daß wir gleich vor Entzücken taumeln, wenn irgend ein deutscher Professor Lassalle, Marx oder Engels eine verstohlene Verbeugung macht. Der Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit" mag das in die Notiz hineingelesen haben, herausgelesen hat dies sicherlich Niemand. Denn in der Notiz ist mit keiner Silbe eine Genugthuung darüber geäußert worden, daß sich der eine oder andere akademische Lehrer sozialistischen Anschauungen nähert, es wurden blos die Herren Schmoller und Oldenburg ob ihrer Denunziationen schroff zurechtgewiesen. Ein weiteres Eingehen auf den Artikel scheint uns nicht erforderlich. —

So der „Vorwärts". Was die Schrift des Herrn Jastrow anbetrifft, so habe ich die Beziehungen des „Vorwärts" zu ihr in folgenden Worten dargestellt: „Während das ‚Hamburger Echo' vor diesem ‚Volksbetruge' in einem ausführlichen Leitartikel warnt, hat ein anderes, nicht minder namhaftes Parteiorgan Herrn Jastrow mit nahezu überschwänglicher Anerkennung überschüttet." Wer den drei Spalten langen Leitartikel des „Vorwärts" vom 19. Oktober gelesen hat, mag selbst entscheiden, ob ich damit zu viel gesagt habe. Nirgends habe ich „unterschoben", daß der „Vorwärts" den Herrn Jastrow als einen „grundsätzlichen" Vertreter der Sozialdemokratie hinstellt. Meine ganze Ausführung richtet sich, wie jeder Leser der „Neuen Zeit" kontrolliren kann, vielmehr dagegen, daß von solchen „Halben", wie dem Verfasser der unter sozialistelnder Maske preußisch-reaktionären Schrift: Sozialliberal! „viel Aufhebens" gemacht wird.

Ein anderer Satz in meinem Artikel lautete: „Und niemals haben wir in das gewaltige Halloh über ‚Denunziation' einstimmen können, wenn in den bürgerlichen Professoren-Zänkereien der eine dem anderen den Vorwurf ‚marxistischer Ideen' macht. Entweder ist der Vorwurf unberechtigt, und dann ist unsere Sympathie für den Denunzirten gerade dem Denunzianten sehr förderlich. Oder aber der Vorwurf ist berechtigt, und dann mag sich der Beschuldigte doch nur ja zu dem bekennen, was ihm zu so sehr hoher Ehre gereicht. Wir können doch unmöglich, sei es auch nur mittelbar, den famosen Grundsatz unterstützen: Erst die Professur und dann das Prinzip!" Ich habe nichts dagegen, daß der „Vorwärts" diese allgemeine Aeußerung auch auf seine Notiz „Akademisches Denunziantenthum" bezieht, aber dann hätte er seinen Lesern auch meine wirkliche Aeußerung über diesen Fall mittheilen und nicht vielmehr eine andere, allgemeine Aeußerung auf die Notiz „Akademisches Denunziantenthum" beziehen sollen. Ich beschränke mich darnach auf die Frage: Wer liest hinein und wer unterschiebt? Der Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit".

Der deutsche Postverkehr in den letzten zwanzig Jahren. Den Mittheilungen des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich" zufolge betrug, pro 100 Einwohner berechnet, die Zahl der:

Im Jahre	eingegangenen Briefsendungen	eingegangenen Pakete ohne Werthangabe	eingegangenen Briefe und Pakete mit Werthangabe
1872/75	1395	110	57
1876/80	1724	142	41
1881/85	2217	174	32
1886	2597	192	25
1887	2737	197	24
1888	2839	202	23
1889	3065	214	24
1890	3319	222	24
1891	3488	229	23

Demnach stieg die Zahl der eingegangenen Briefe pro 100 Einwohner auf mehr als das **Zweieinhalbfache,** die der Pakete ohne Werthangabe auf mehr als das **Doppelte.** Dagegen sank die Zahl der Briefe und Pakete mit Werthangabe auf etwa **zwei Fünftel** der früheren Anzahl herab, welch letztere Erscheinung wohl der größeren Sicherheit des Postverkehrs zuzuschreiben ist.

Eine andere interessante Thatsache, die aus den diesbezüglichen Mittheilungen des Jahrbuchs konstatirt werden kann, ist die starke Verminderung der Zahl der Postreisenden. Dieselbe betrug:

6 767 474	Personen	im	Jahresdurchschnitt	1872/75
4 544 482	"	"	"	1876/80
3 460 412	"	"	"	1881/85
3 376 162	"	"	Jahre	1886
3 245 747	"	"	"	1887
3 209 037	"	"	"	1888
3 219 648	"	"	"	1889
3 171 960	"	"	"	1890
3 238 391	"	"	"	1891

Daß die Ursache dieser Erscheinung die rasche Ausbreitung des Eisenbahnnetzes ist, bedarf keiner Erläuterung. J. S.

Zur Selbstmordstatistik in Deutschland. Den Mittheilungen des neuesten Bandes des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich", Jahr 1893, zufolge betrug in den Städten mit über 15 000 Einwohnern

Im Jahre	die Zahl der Selbstmorde	bei einer Bevölkerung von
1888	2481	10 294 139
1889	2787	10 731 225
1890	2851	11 515 139
1891	3224	12 009 823

Demnach stieg die Zahl der Bevölkerung um etwa **16 Prozent,** die der Selbstmorde um etwa **30 Prozent,** also beinahe doppelt so rasch. Auch ein Kulturfortschritt!

Was dabei am interessantesten erscheint, das ist die Thatsache, daß diese Steigerung der Zahl der Selbstmorde mit derjenigen der Lebensmittelpreise zusammenfiel.

Es betrugen nämlich die Berliner Großhandelspreise in Mark für 1000 Kilogramm:

Im Jahre	Roggen	Weizen	Schlachtvieh (Rinder) pro 100 Kilogramm
1888	134,5	172,2	90,1
1889	155,5	187,7	95,9
1890	170,0	195,4	109,9
1891	211,2	224,2	110,9
Zunahme in Prozent	**57**	**30**	**23**

Daß die rasche Steigerung der Lebensmittelpreise die alleinige Ursache der raschen Zunahme der Zahl der Selbstmörder war, wollen wir nicht behaupten, da jedenfalls auch die sich immer bemerkbarer machende Geschäftsstockung dazu viel beigetragen haben muß. Daß aber diese Erhöhung der Lebensmittelpreise als eine der Ursachen der Steigerung der Selbstmörderzahl mitgewirkt hat, erscheint uns zweifellos. J. S.

Die Kultur kein Privilegium der Weißen. Aus einem „Extra Zensus Bulletin" der Vereinigten Staaten geht hervor, daß die in North Carolina angesiedelten Cherokesen-Indianer von 710 Köpfen im Jahre 1850 sich auf 2885 im Jahre 1890 vermehrt haben. Sie halten zwar unter sich noch etliche ihrer alten Institutionen aufrecht, stehen aber unter keinen Ausnahme-Bedingungen, sondern sind stimmberechtigte und steuerzahlende Bürger von North Carolina und Bürger der Vereinigten Staaten. Außer einem kleinen Beitrag für ihre Schulen erhalten sie keine Staatsunterstützung; sie schaffen sich als Kleinfarmer, Landarbeiter ꝛc. ihren Unterhalt selbst, und ihr Vermögen wird auf 217 Dollars pro Kopf, das Durchschnittseinkommen eines erwachsenen Indianers auf 166 Dollars angegeben. Das ist wenig, aber in den Bergen von North Carolina sind die Löhne überhaupt niedrig, und, heißt es, „die Cherokesen verdienen so viel und leben so gut wie die Weißen ihrer Umgebung. Ihre Schulbildung ist eine ganz leidliche, in ihrer Lebensweise sind sie meist mäßig und im Geschlechtsverkehr zurückhaltender wie ihre weißen Nachbarn. Daß die Indianer übrigens durchaus nicht nur zu untergeordneter zivilisirter Arbeit fähig sind, hat ein junger Vollblut-Indianer Namens Joseph Smith Maylubby bewiesen, der in diesem Jahre auf dem Trinity College in North Carolina den höchsten Preis für Beredtsamkeit — die eine Summe positiven Wissens erfordert — erzielte.

Es gab eine Zeit, wo die Europäer ihre brutale Ausrottung der Indianer mit der Ausrede beschönigten, dieselben seien absolut nicht zu zivilisiren. Es fanden sich auch Leute, dies wissenschaftlich zu beweisen, wie man das Gleiche mit Bezug auf die Neger bewiesen hat, die heute in den Vereinigten Staaten Vertreter aller Wissenszweige unter sich zählen. Ein amerikanischer Schriftsteller, Sam. J. Barrows, der in den Südstaaten der Union längere Jahre sich aufgehalten, hat jüngst in dem „Atlantic Monthly" unter dem Titel: „Was der Neger des Südens für sich selbst thut" sehr interessante Mittheilungen über den geistigen Aufschwung der Negerbevölkerung der Südstaaten veröffentlicht. „Trotz unterdrückenden Wuchers und Erpressungen", schreibt er, „hat der Farbige angefangen, Farmen zu kaufen, Häuser zu bauen, Eigenthum zu erwerben, sich als Gewerbetreibender zu etabliren, die technischen Künste zu erlernen, Erfindungen zu machen und sich den gelehrten Berufen zu widmen. Er erblickt in der geistigen Ausbildung den Weg zum Wohlstand und bringt für sie die größten Opfer. . . ." Zwei junge Negerinnen, die auf der Universität zu Atlanta (Georgia) den Doktorgrad bestanden, waren während ihrer ganzen Studienzeit zum größten Theil von ihrer Mutter erhalten worden, die das Geld am Waschtrog erarbeitete. Die farbige Bevölkerung wendet sehr viel für ihre Armen auf, und der genossenschaftliche Geist äußert sich in der Errichtung von Trade Unions, Baugenossenschaften und Unterstützungsvereinen. Alles das geht zwar langsam, aber stetig vor sich, so daß Herr Barrows den ermuthigendsten Eindruck mit sich nahm. Selbst in der Musik bricht sich ein besserer Geschmack unter den Negern Bahn. Das Banjo verschwindet und Klavier und Harmonium treten an seine Stelle. In Montgomery (Alabama) wird die Anzahl der in Negerhäusern anzufindenden Klaviere ꝛc. auf gegen dreihundert angegeben, und die einzige Person, die Herr Barrows im Süden das Banjo spielen hörte, war ein Weißer in Atlanta.

Solche Thatsachen verdienen um so mehr festgehalten zu werden, als sich gerade heute wieder eine „Wissenschaft" breit macht, deren Tendenz dahin geht, Ausbeutung und Privilegienwirthschaft, da man sie nicht mehr auf ökonomische Nothwendigkeit oder auf religiöse Missionen stützen kann, anthropologisch zu beschönigen.

B.

Feuilleton.

At-Daván.

Skizze aus dem sibirischen Leben von **Wladimir Korolenko.**

Deutsch von **Norbert Hoffmann.**

(Fortsetzung.)

Ich komme nach alledem ins Amt und dort heißt es: der Vorstand hat mich rufen lassen. Ich trete ein. Er sitzt auf einem Stuhl ganz allein im Arbeitszimmer, schaut mich von der Seite an, trommelt mit den Fingern auf den Tisch und schweigt. Nachher dreht er sich um, winkt mich näher zu sich heran und schaut mich wieder an.

„Ihr", sagt er, „führt etwas im Schilde?"

„Ach, verzeihen Eure Exzellenz", antworte ich, „ich diene ja, wie man doch sieht, mit allem Eifer und führe nicht das Mindeste im Schilde. Darf ich . . ."

„Nein", sagt er, „ich bin gar keine Exzellenz . . . thut Euch keinen Zwang an, junger Mann — das ist jetzt so die Mode. Ihr habt, wie es scheint, die Absicht, zu heirathen?"

„Euer Exzellenz", sag' ich, „das ist in meinem Alter und dabei mit Genehmigung der Obrigkeit eine gesetzlich erlaubte Sache. . . ."

„So, so. . . . Und wen habt Ihr im Auge?"

Ich bin verlegen geworden. Er droht mit dem Finger und sagt:

„Ja, siehst Du, Kruglikow, daß Dein Gewissen der Obrigkeit gegenüber nicht rein ist. Gesteh's, Du bist verlegen worden. . . . Laß doch das Mädchen fahren, vergiß es, an sie zu denken, weise jeden Gedanken an sie von Dir", sagt er, „es wird sich ein besserer Bräutigam finden, als Du bist. Allons, vorwärts!"

Da habe ich den Kopf hängen lassen.

„Lange Jahre wünsche ich Eurer Exzellenz. . . ."

Ich trete aus dem Arbeitskabinet hinaus und die Thränen rollen mir nur so herunter. Die ganze Welt war mir verhaßt: hier — war der Chef, kam ich nach Hause — da liefen die Bombardiere aus ihrem Quartier und spähten nach des Vaters Fenster, ob nicht etwa ein Signal ausgesteckt sei. . . . Ich konnte nicht mehr existiren und wußte nicht ein noch aus. Ich kam ganz herunter. Der Vater hat es endlich selber bemerkt und den Kanonieren verboten, mich zu schrecken. Sie waren einmal hervorgelaufen, nach dem Signal zu sehen, da hatte mich ein Zittern befallen, ich war zusammengestürzt und der Schaum war mir aus dem Munde getreten. Nun, da hat der Vater gesehen, daß seine Tyrannei mich zu Grunde richte und hat befohlen, abzulassen; er wurde nachdenklicher und vorsichtiger. Sein Hochmuth aber blieb doch derselbe. . . . Du lieber Himmel! So lange er noch gelebt hat, hat er mich nicht verlassen. Er hat mir dreimal im Jahr geschrieben und mir Geld geschickt. Vor seinem Tode noch hat er mir geschrieben: „Verzeihst Du mir, mein Sohn, daß ich Dich unglücklich gemacht habe?" . . . Gott wird's ihm verzeihen, natürlich. Mir aber, seht . . . mir hat Niemand verziehen. . . ."

„Nun, und?" unterbrach Kopylenkow abermals das schwere, wenn auch nicht lange Schweigen und Kruglikow fuhr in seiner Erzählung fort:

„Mein Feind sieht also, daß ich schwach werde, beschließt, der Sache vollends ein Ende zu machen. So etwa nach einer Woche oder etwas darüber ruft man mich zum Vorstand. Er begegnet mir ernst. „Zieht Euren Ueberrock an!"

Ich habe mich angekleidet. Wir gehen hinaus, er befiehlt mir, in die Kutsche zu steigen. Ich sitze; wir fahren. Am ganzen Wege hat er geschwiegen. Endlich sagt er:

„Wißt Ihr, junger Mann, wohin Ihr fahret?"

„Das kann ich nicht wissen."

„Denkt einmal gut über Euch selbst nach. Davon hängt Eure ganze Zukunft ab. Ich brauche ergebene Unterbeamte; Leute aber, die nicht ergeben sind, die nur an ihr eigenes Vergnügen denken, solche Leute brauche ich nicht, Herr, solche sollen nur abziehen, solche kann man im Dienste nicht dulden, Herr. . . ."

Ich sehe, er ist böse; er zittert förmlich, wie er da in der Kutsche sitzt. Ich aber sitze ihm gegenüber und zittere auch.

„Zu Rassa Pawlowna fahren wir. Bitte sie, mich zu heirathen, rathe es ihr! Du bist ihr Jugendgespiele, sie wird Deinen Rath befolgen. . . . Uebrigens aber macht wie Ihr glaubt, junger Mann — vielleicht habt Ihr was Anderes im Sinn. . . ."

„Ich stehe Ihnen stets zu Diensten, Euer Exzellenz", sag' ich.

Die Leute, welche mich mit ihm aus dem Wagen steigen sahen, haben mir nachher gesagt, mein Gesicht habe gar keine Farbe mehr gehabt. Was ich aber zu dieser Zeit gedacht habe, davon weiß ich gar nichts. Als man mich nach der Verkündigung meines Urtheils wegführte, war mir leichter zu Muthe, glaubt meinem Wort, als in jenem Augenblick. . . .

Nun, wir sind angekommen. Ich erinnere mich jetzt noch genau an Alles; wir treten in die Gaststube ein, uns entgegen aber kommt der Student.

Er erblickt mich und bleibt stehen.

„Aha", sagt er, „so hab' ich mir's gedacht! Das ist mir der rechte Herr Venezianer, da ist nichts zu sagen. . . . Und auch der Seraskier ist da? . . ."

Der General ist ganz grün geworden und hat gesagt — aber nicht laut, damit es Rassa Pawlowna nicht höre:

„Ich bin kein Seraskier, junger Mann, kein Seraſſ—kier, sondern meines Herrn und Kaisers Staatsrath! Bitte, das künftighin nicht zu vergessen, Herrrr!"

Der Student lächelt und sagt: „Meinetwegen Gerichtsrath, oder sonst Einer; ich erlaube mir nur zu bemerken: Ihr beunruhigt Euch ganz überflüssiger Weise. Auf Wiedersehen, meine Herren" — und er ging.

Der General ging auch, in die Wohnung hinein und ich blieb allein in der Gaststube. . . . Nachher, wie viel Zeit inzwischen vergangen sein mag, weiß ich nicht, macht der General wieder die Thür auf und winkt mir mit dem Finger. Ein Schauer ist mir über den Körper gelaufen, als hätt' ich leibhaftig den Tod gesehen; ich stehe vom Stuhl auf und gehe — in die Stube Rassa Pawlowna's. Sie sitzt in einem Armstuhl, hält die Hände vor die Brust, schaut auf die Thür. Sie scheint im Begriff aufzustehen, um auf mich zuzueilen, aber sie kann nicht. Ihre großen, übergroßen Augen schauen mir bis in die Seele hinein. . . . Ach, mein Gott, mein Gott, was bin ich für ein Mensch, für ein unglücklicher Mensch!"

Abermals trat ein kurzes Schweigen ein.

„Seltsam war's", begann nun wieder Wassili Spiridonitsch, „mir kam es wieder vor, als wäre sie es gar nicht, und dann wieder, als stände sie hoch oben auf einem Berge, so daß es schwer war, sie zu sehen. — Sie hat sich in den Stuhl zurückgeworfen, sie schaut, sie wartet, was da geschehen wird. Der General fängt an unruhig, besorgt zu werden, er dreht und wendet sich hin und her, seine Stimme ist fremd und die Augen springen ihm ordentlich aus dem Kopf heraus.

„Da seht Ihr's, Rassa Pawlowna, Ihr habt mir nicht geglaubt, da ist er ja gekommen! Hört ihn doch wenigstens an, den Gespielen Eurer Kindheit.“ Sie erhebt sich abermals zur Hälfte, stützt sich mit den Händen auf das Tischchen, schaut mich an und fragt:

„Nun denn, was ist's, was hattet Ihr mir zu sagen, ich höre....“

Der General hat sich auch umgedreht und schaut mich fest an.

„Kruglikow, Du bist doch als mein Freiwerber hergekommen, ist's nicht so? Warum schweigst Du denn, Lieber? Ist's etwa nicht wahr, was ich sage? Dann willst Du sagen, daß ich Rassa Pawlowna angelogen habe, dann bin ich wohl ein Betrüger. Rede: habe ich die Wahrheit gesagt, oder nicht?

„So ist es, Euer Exzellenz....“

Da, schlagt mich gleich todt, ich weiß nicht, wie ich das gesagt habe. Als hätte ein Anderer aus mir gesprochen und ich hörte zu. Ich meine, der müßte ersticken, der diese Worte gesagt hat, habe sie aber doch gesagt!“

„Wie so denn, Du hast ganz recht gethan“, bemerkte Kopylenkow, der sich beruhigt hatte. „Du hast doch Respekt vor Deinem Vorgesetzten bewiesen.“

Kruglikow schaute abermals verwundert auf, abermals war es, als habe er, von seiner Erzählung ganz eingenommen, nichts gehört, und wendete sich gegen mich:

„Also — ich sagte es!... Der General drehte sich sofort um und küßte ihr die Hand. Sie entzieht ihm die Hand nicht, schaut ihn aber nicht an, sondern deutet mit dem Kopf nach mir.

„Nun, wie ist's, Semjon Semjonitsch, könnt Ihr ihn vielleicht als Lakeien zu Euch nehmen?“ ... Und sie lacht auf.

Der General sieht, daß sie lacht und ist hocherfreut.

„Freilich kann ich es, wenn Ihr, meine Königin, es wollt!“

„Nehmt ihn, aber mit einem Gehalt“, sagt sie, „mit einem Gehalt müßt Ihr nicht — beleidigen....“

„Vortrefflich!“ antwortet der General.

Ich stehe da, höre zu, als wär' nicht von mir die Rede.... Und drin in meinem Kopf sagt es: Geh' gleich in das Vorzimmer. Dort hängt dein Oberrock und im Oberrock ist, in der Seitentasche — Rassa Pawlowna's Pistole. Ich sah es förmlich, wie sie in der Seitentasche schlummert. Wenn nur, denk' ich, der General es nicht bemerkt, wie komme ich aber hinaus?

Ich bin doch hinausgekommen, und durch die Gaststube gegangen, ohne Jemand zu begegnen. Auch im Vorzimmer ist Niemand. Nun rasch hin, zum Kleidergestelle, zum Oberrock, in die Tasche — die Pistole ist da. Die ganze Woche hatte ich sie vergessen, und jetzt erinnere ich mich plötzlich daran.... Hocherfreut nehme ich sie heraus, sehe sie mir an — sie ist geladen, und gehe zurück, stehle mich hinein. Im Gastzimmer liegt ein Teppich, man hört keine Schritte. — Die Thür ist halboffen, doch sieht mich Niemand. Rassa sitzt im Stuhl, das Gesicht mit den Händen bedeckt; der General scharwenzelt herum, redet zu ihr, droht, bittet.... Hätte er sich nur umgedreht, niemals wäre es wohl geschehen. Aber er hat sich nicht umgedreht. Ich blicke hinter der Thür hervor und dann ... auf den Zehen auf ihn zu.... Im nächsten Augenblick hat es Rassa gehört, hat die Hände vom Gesicht weggethan und ist schreckensstarr geworden. Ich aber habe schnell noch zwei Schritte vor gemacht ... wenn sich der General nur nicht umkehrt, denk' ich. Und ... paff, paff in ihn hinein ... Alles von rückwärts.“

„Todt!“ rief, erschreckt auffahrend, Kopylenkow.

„Nein, nicht todt", sagte Kruglikow mit einem Seufzer der Erleichterung; als habe die ganze Erzählung wie eine schwere Last auf ihm gelegen. Durch des Herrn große Barmherzigkeit haben sich die Schüsse als schwach erwiesen und drangen noch dazu in die weichen Theile, Herr.... Er fiel natürlich nieder, schrie, zappelte, stöhnte.... Rajsa stürzte zu ihm, sobald sie aber sah, daß er lebte und nur verwundet war, drehte sie ihm den Rücken. Sie wollte auf mich zugehen, dann wieder sich entfernen, und warf sich endlich in den Stuhl und brach in Thränen aus.

„O Gott", sagte sie, „von rückwärts ... hereingeschlichen ... welche Niedrigkeit...." Immer heftiger und heftiger weinte sie, dann lachte sie wieder.... Ein hysterischer Anfall! Nun kamen auch Leute herbeigelaufen. Das weitere kennt Ihr Euch denken: man hat mich verhaftet."

„Jetzt wollen wir aber Eins trinken!" sagte Kopylenkow. „Ist's nun aus? Das ist wirklich eine schreckliche Geschichte! Ach, Du mein Brüderchen! Und ein verzweifelter Mensch seid Ihr, wahrhaftig ein verzweifelter!... Wie könnt Ihr doch nur...."

„Verurtheilt haben sie mich nach dem alten Gerichtsbrauch, ohne Nachsicht. Vielleicht, daß man jetzt ... meine Seelenqualen in Betracht ziehen würde ... daß ich ein gemarterter Mensch war.... Aber damals war jede Schuld eine Schuld. Ich wurde deportirt. Der Vater alterte damals in einem Jahr um zehn Jahre, er magerte ab, wurde kränklich und verlor seine Stelle, ich aber gehe hier zu Grunde."

„Und Rajsa Pawlowna?"

Herr Kruglikow stand auf, ging in sein Kämmerchen, nahm ein Porträt von der Wand, dessen Rahmen mit sichtbarer Sorgfalt wohl von irgend einem kunstfertigen Ansiedler verfertigt worden war, und brachte es uns. Auf dem nun schon merklich durch die Jahre verblaßten Bilde sah ich eine Gruppe. Ein schönes junges Weib, ein Mann mit scharfen, charakteristischen Gesichtszügen, klug blickenden grauen Augen, die hinter Brillen hervorsahen, und zwei Kinder.

„Wer ist das?"

„Sie ist es, Herr", sagte Kruglikow ehrerbietig. „Und das ist ihr Gemahl, Dmitrij Orestowitsch. Sie vergessen mich nicht, zum neuen Jahr erwarte ich ein Schreiben, Herr. Auch dieses Bildniß haben sie auf meine unterthänige Bitte gesendet; ja, und ... Geld schicken sie zuweilen ... gleichfalls...."

Er sprach ehrerbietig, so, als ob es nicht dieselbe Rajsa gewesen wäre, mit welcher er die Geschichten von den Rensevin'schen Königstöchtern und den venezianischen Franzillos gelesen hätte. Nur als er auf das ältere Mädchen, das schmächtige Kind mit dem blonden Haar und den großen, träumerischen Augen zeigte, da hörte man in seiner Stimme abermals ein leichtes Beben.

„Aehnlich ... wie zwei Tropfen Wasser, ganz die Rajsa Pawlowna, wie sie ein kleines Mädchen war, Herr!"

Er nahm schnell das Bild, nach welchem der neugierig gewordene Kopylenkow sich hinstreckte, trug es in seine Kammer und stand dort lange Zeit an der Wand, so wie früher vor der Fahrordnung.... (Schluß folgt.)

Briefkasten.

An unsere Leser. Wegen Raummangels kann der Schluß des Artikels von Dr. M. Quarck über die preußische Gewerbe-Inspektion 1892 erst im nächsten Heft erscheinen.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 11. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Die Börsensteuer und die Sozialdemokratie.

↗ Berlin, 6. Dezember 1893.

Die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Partei gegen die neue Börsensteuer wird von der bürgerlichen Presse aller Schattirungen zum Gegenstande heftiger Diatriben gemacht. Von der bürgerlichen Presse aller Schattirungen mit Ausnahme vielleicht der eigentlichen Börsenpresse, deren Beifall denn freilich nicht zu den wünschenswerthen Dingen gehört. Aber werthlos, wie er sein mag, ist er um kein Haar weniger werthlos, als das Gerede über die angeblich börsenfreundliche Haltung der Sozialdemokratie. In diesem Gerede spiegelt sich besten Falls die schier unglaubliche Prinziplosigkeit wieder, die in den bürgerlichen Parteien um sich gegriffen hat.

Nichts kann klarer sein, als daß eine Partei, die eine Sache um ihrer selbst willen verwirft, auch die Mittel zur Durchführung dieser Sache verwerfen muß. Der Ertrag der Börsensteuer ist erklärter Maßen zur Deckung der neuen Militärausgaben bestimmt. Somit wenn die sozialdemokratische Partei aus triftigen Gründen das neue Militärgesetz verworfen hat, so ergiebt sich daraus mit logischer Konsequenz, daß sie auch das neue Börsensteuergesetz verwerfen muß. Handelte sie anders, so würde sie wie ein politischer Narr handeln. Hierzu ist sie jedenfalls nicht verpflichtet. Dergleichen Bocksprünge überläßt sie denjenigen bürgerlichen Parteien, die nicht müde werden, sich am Narrenseile führen zu lassen.

Anders läge die Sache, wenn die Börsensteuer eingeführt werden sollte, um drückende Massensteuern zu ersetzen. Für diesen Zweck würde die sozialdemokratische Partei die Börse gern bluten lassen. Das hat sie in Parlament und Presse mit hinreichender Deutlichkeit erklärt. Vorbehaltlich der Einzelheiten natürlich, die, wie in dem vorliegenden Gesetzentwurfe der Quittungsstempel, doch auch wieder eine unerträgliche Belastung des kleinen Massenverkehrs darstellen können. Welches Interesse sollte die Arbeiterklasse daran haben, die Börse zu schonen? Die Börse ist ein nothwendiges Organ, in gewissem Sinne sogar das nothwendigste Organ der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft; auf höchster Stufenleiter prägt sie alle Schwächen und Sünden dieser Gesellschaft aus. Sie ist das größte Schlachtfeld, auf dem sich die besitzenden Klassen um den der Arbeiterklasse ausgepreßten Mehrwerth raufen. Eine Besteuerung der Börse kostet dem Proletariat keinen Pfennig; wenn es eine Lebensmittelsteuer mit der Börsen-

steuer umtauschen kann, so würde es mit Freuden zugreifen. Aber die Arbeiterklasse hat das dringendste Bedürfniß, sich zurückzuhalten, wenn der Militarismus, der ihr ohnehin Mark und Bein aussaugt, aus der Besteuerung der Börse, also aus dem von ihr selbst geschaffenen Mehrwerthe, zu einem noch gefräßigeren Ungeheuer aufgepäppelt werden soll.

Ein Standpunkt, der durchsichtiger wäre, läßt sich kaum denken. Wenn trotzdem auch sogenannte „wohlmeinende" Leute aus der Bourgeoisie über die sozialdemokratische Taktik gegenüber der Börsensteuer den Kopf schütteln, so ist das nur der Konfusion geschuldet, der wir überhaupt die besondere Spezies der „Wohlmeinenden" verdanken. Die Börse mit ihren tausend widerlichen Ausschreitungen bietet ein Bild, das für den „deutschen Idealismus" abschreckend genug ausschaut, und so ist er gleich mit der Berserkerlogik zur Hand, daß wer der Börse bei passender oder unpassender Gelegenheit nicht Eins auswischt, von „deutscher Sittlichkeit" und nun gar von „deutscher Sozialreform" keine blasse Ahnung hat. Aber die „Wohlmeinenden", die so denken und sprechen, übersehen dabei, daß die Börse mit allen ihren noch so scheußlichen Seiten ein Miniaturbild der kapitalistischen Gesellschaft ist, daß sie mit dieser Gesellschaft steht und fällt. Die konsequenten Soldschreiber des Kapitalismus haben in ihrer Weise ganz recht, wenn sie jede Belästigung der Börse verabscheuen als ein Attentat auf die ewigen und heiligen Grundgesetze der Volkswirthschaft Ihr Irrthum besteht nur darin, daß sie eine vorübergehende Phase des historischen Entwicklungsprozesses für den natürlichen Urzustand der gesitteten Menschheit halten. Die sozialistische Auffassung stellt diesen Irrthum richtig, indem sie sagt: mit der kapitalistischen Gesellschaft wird auch die Börse fallen, und indem wir die Axt an die Wurzel dieser Gesellschaft legen, führen wir den konsequentesten, rücksichtslosesten und übrigens einzig erfolgreichen Kampf gegen die Börse. Dagegen vom kapitalistischen Boden aus zwar nicht die Börse, aber ihre Ausschreitungen zu beseitigen, das ist ein ziemlich zweckloser Sport.

Ein ziemlich zweckloser Sport, denn wenn die „Wohlmeinenden" praktische Mittel anzugeben wüßten, wie die Ausschreitungen der Börse einzuengen seien, so ließe sich darüber ja wohl reden. Daß die Todeswehen der vergehenden und damit auch die Geburtswehen der entstehenden Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade abgekürzt werden können, ist schon von Marx hervorgehoben worden. Aber jeder ernsthafte Vorschlag, die Börse zu reformiren, setzt ein Verständniß für den inneren Zusammenhang zwischen der Börse und der kapitalistischen Gesellschaft voraus. Diese Voraussetzung fehlt den „Wohlmeinenden" ganz und gar. Sie möchten die Wirkung, nämlich das Börsenspiel, für ihr Leben gern beseitigen, aber die Ursache, nämlich die kapitalistische Gesellschaft, vertheidigen sie als ein heiliges Palladium. So kommen sie denn mit allerlei äußerlichen Vexationen der Börse angezogen, die den Todeskampf des Kapitalismus nicht erleichtern, sondern so oder so erschweren würden. Und bei solchen Schnurrpfeifereien mitzuthun, hat eine so klare und prinzipienfeste Partei, wie die Sozialdemokratie ist, gar kein Interesse. Am wenigsten in dem vorliegenden Falle, wo die neue Börsensteuer einzig zur Stärkung des Militarismus vorgeschlagen wird, der ohnehin schon mit unerträglicher Wucht auf den arbeitenden Klassen lastet.

Aerger, als mit den „Wohlmeinenden" der liberalen Bourgeoisie, steht es mit den Vertretern der politischen und sozialen Reaktion, die der Sozialdemokratie einen Strick daraus drehen möchten, daß sie die Börsensteuer ablehnt. Mit den sittlichen Tiraden dieser Leute über die Börse ist es nicht weit her. Selbst bei einem in vieler Beziehung so hochstehenden Mann wie Rodbertus kam der Pferdefuß gar zu deutlich zum Vorschein, als er klagte, „daß, während Alles versteuert

ist, selbst der Schatten der Linde, unter der ich Sommers sitze, die Börsengeschäfte steuerfrei sich kobolden dürfen", und als er den Staat aufforderte, sich „gegen diese Debauchen des jüdischen Theils der Gesellschaft" zu ermannen. Rodbertus that diese Aeußerungen in der Kritik eines Gesetzentwurfs über Stempelbesteuerung der Börsengeschäfte, den ihm ein geistreicher Gutsnachbar vorgelegt hatte, und seltsam! dieser Gutsnachbar, der Vater eines gegenwärtigen preußischen Ministers, erschoß sich ein paar Monate darauf wegen nicht einmal sehr bedeutender Verluste, die er in Börsenspekulationen mit „Rumäniern" erlitten hatte. Das kleine Vorkommniß zeigt deutlich, was es mit der sittlichen Entrüstung der Junker über die von der Börse genährte Spielwuth auf sich hat. Ihr Groll gegen die Börse hat einen ganz anderen Ursprung und zwar einen nichts weniger als sittlichen. Sie hassen die Börse wegen einer relativ guten Eigenschaft, wegen des starken Gegengewichts, das sie dem Wucher mit Lebensmitteln bietet. Mit Recht hat Bernstein in diesen Blättern schon vor ein paar Jahren ausgeführt: „Hinter dem Geschrei gegen die Kornbörsen steckt auf Seiten der Grundbesitzerpartei nichts als der fromme Wunsch, den Aufkauf und die Preistreiberei um so ungehinderter ins Werk setzen zu dürfen." Und diese Kastanien dem Junkerthum aus dem Feuer zu holen, hat die Arbeiterklasse wohl keinen Anlaß.

Seitdem der Kapitalismus die Spielwuth entfesselt hat, ist sie unter den Junkern reichlich so feurig angebetet worden, wie unter den Juden. Die adeligen Reiter-Offiziere, die in Hannover dem „ollen ehrlichen Seemann" die Hand drückten, konnten sich sogar auf den „Sonnenkönig" Ludwig XIV. berufen, der in seinem Schlosse zu Versailles vor dem reichen Juden Samuel Bernard den Hut zog. Schon Molière verspottete in seinen Komödien den alten Adel, der die junge Börse zugleich haßte und bei ihr schmarotzte, und wie die vornehmsten Damen des französischen Hofes sich zu den von Rodbertus so oft in börsen-gegnerischem Sinne verwertheten „Mississippi-Geschäften" des Schotten Law drängten, davon hat Lassalle in seinem „Arbeiterprogramm" eine drastische Probe gegeben. Im Preußischen führte Friedrich II. gleich nach seiner Thronbesteigung, als sich die Berliner Börse noch in einem sehr unschuldigen Kindesalter befand, die Spielwuth gesetzlich ein durch die Lotterie, deren Entreprise hohe Hof- und Staatsbeamte, wie die Grafen Eichstädt und Reuß, oder sonstige Adelige, wie der Baron von Geuder, übernahmen. In welchem Umfange sich in unserem Jahrhundert dann der adelige Großgrundbesitz, die Kardorff, Lehndorff, Ratibor, Usest und so weiter an Börsengründungen — und wie unsoliden dazu! — betheiligt hat, das ist noch in allgemeiner Erinnerung. Bei dieser Lage der Dinge wirkt es wirklich etwas heiter, wenn dergleichen Leute jetzt eine sittliche Maske aufstecken und gegen das Börsenspiel als eine Ausgeburt der Hölle eifern — zu eigenem Profit und zur besseren Täuschung der Massen.

Den Gipfel der Dreistigkeit, um einen unerlaubt milden Ausdruck zu gebrauchen, erstiegen in dieser Beziehung während des Sozialistengesetzes gewisse Sophisten und Sykophanten des Junkerthums. Der Hofprediger Stöcker reiste damals im Lande herum mit der geistreichen Behauptung, die „Juden" Lassalle und Marx hätten den lieben Gott und den König angegriffen, um die Aufmerksamkeit der Massen von den Sünden der Börse abzulenken, die sie nie mit einem Worte zu tadeln gewagt hätten, und nach einer dieser tiefsinnigen Offenbarungen erklärte Professor Adolf Wagner, sein braver Bundesbruder verdiene dafür gleich einen Lehrstuhl der Volkswirthschaft an einer deutschen Universität. Ueber den Blödsinn selbst lohnt sich nicht weiter zu reden, und es ist auch anzuerkennen, daß die literarischen Lakaien des Junkerthums seit der Beseitigung des Sozialisten-

gesetzes in ihren Verkündungen etwas vorsichtiger geworden sind. Aber mit der angeblichen Abhängigkeit der Sozialdemokratie von der Börse wird auch jetzt noch in der reaktionären Presse mancherlei Unfug getrieben, und so können diese Krebse wohl einmal auf dem Feuer einiger historischen Erinnerungen gesotten werden, damit sie wenigstens so aussehen, als seien sie roth vor Scham.

Die Börse selbst täuscht sich natürlich keinen Augenblick darüber, wer ihr eigentlicher Todfeind ist. Daher die sonderbare Erscheinung, daß dies revolutionärste Werkzeug zur Umwälzung der heutigen Wirthschaftsordnung sich je länger je reaktionärer geberdet. Aus Angst vor dem Sozialismus duckt sie sich kläglich unter den Militarismus. Wenn Moloch ihr zum Dank für diese Unterthänigkeit am liebsten die Haut über die Ohren ziehen möchte, so mag ihr schon ganz recht geschehen. Aber was geht das die sozialdemokratische Partei an? Will man die Massen durch eine Börsensteuer entlasten, so hat sie wiederholt erklärt, dabei zu sein, aber die Massen noch tiefer zu drücken dadurch, daß sie dem Militarismus gestattet, sich an der Börse oder sonstwo noch fetter zu mästen, das ist gewiß nicht ihre Sache.

Skizzen zur Tabaksteuer.

Von Unus.

III. Die Tabakindustrie.

Der Rohtabakhandel.

Es wird den Fabrikanten sicher gelingen, einen Theil der Steuer auf die Rohtabakhändler abzuwälzen, hinter denen bekanntlich einerseits die inländischen Tabakbauer, andererseits die ausländischen Tabakexporteure stehen. Dies zeigt die Erfahrung seit 1879, denn die Rohtabakhändler vermochten es nicht, die Steuer, bezw. den Zoll in ihrem vollen Betrage dem Tabakpreis anzurechnen. Die Preise auf Zigarrentabak sind, sofern die Steuer, bezw. der Zoll abgerechnet werden, unter dem Drucke der erhöhten Steuerlast, wenigstens für einen längeren Zeitraum nach 1879, gesunken.

Die Zigarrentabakpreise waren pro 100 Kilogramm unverzollt:

	Domingo (Hamburg) Mark	Brasil (Hamburg) Mark	Brasil (Bremen) Mark
1874—1876 durchschnittlich	88,38	137,9	127,38
1877 "	100	122	107,72
1879 erstes Halbjahr (vor Einführung des erhöhten Zolls)	115,3	121,7	104,2
1879 zweites Halbjahr (nach Einführung des erhöhten Zolls)	114,2	115	99,3
1880 erstes Halbjahr (vor Einführung der erhöhten Steuer)	163*	115	96,3
1880 zweites Halbjahr (nach Einführung der erhöhten Steuer)	144,2*	115	87
1881—1885 durchschnittlich	104,1	110,1	84,1
1886—1891 "	91	110,8	104,1
1892 "	80,4	103,7	87,2
1893 (Januar bis inklusive September)	68,3	88,8	77

* Der hohe Domingopreis für das Jahr 1880 erklärt sich durch die ausgezeichnete Ernte des vorhergehenden Jahres, die eine besonders feine Qualität lieferte. Dieses Ernteresultat hat sich schon in den letzten Monaten 1879 geltend gemacht, so daß der von uns

Es hat also ein allgemeiner Rückgang der Preise stattgefunden. Bei dem inländischen Tabak war aber der Preisrückgang ein geringerer und nicht so anhaltend, wie beim ausländischen. Dies zeigt folgende Tabelle:

Preise des Pfälzer Tabaks (Umblatt, Zigarrentabak [Mannheim]) exklusive Steuer:

	pro 100 Kilogr. Mark		pro 100 Kilogr. Mark
1870—1877	93,8	1881—1885	82,7
1879 erstes Halbjahr . . .	91	1886—1891	93,9
1879 zweites Halbjahr . .	121,3	1892	95,3
1880 erstes Halbjahr . . .	123	1893 (Januar bis Septbr.)	100
1880 zweites Halbjahr . .	86,5		

Nach Einführung des Zolles stieg der Pfälzer stark im Preise, doch sank der Preis bedeutend unter das frühere Durchschnittsniveau gleich nach Einführung der Steuer. Dieses Sinken des Preises dauerte bis 1887; 1888 schon hob sich der Preis bis auf sein früheres Niveau (deshalb der hohe Durchschnittspreis 1886—1891) und diese Steigerung dauert bis auf den heutigen Tag, so daß jetzt die Preise, die Steuer abgerechnet, sogar bedeutend höher sind als vor 1879.

Wir wissen, daß in den letzten fünf Jahren der durch die Steuererhöhung bedingte Produktionsrückgang der Tabakfabrikate nachgeholt wurde. Wir können daher als Ergebniß unseres statistischen Ueberblicks hinstellen: Gleichzeitig mit der Produktionsverminderung sanken auch die Preise sämmtlicher Zigarrentabak-Sorten; als dann die Produktion stieg, behielten die ausländischen Zigarrentabake dennoch ihre Preisverminderungs-Tendenz, währenddem der Pfälzer Zigarrentabak in seinem Preise die Steigerung mitmachte.

Daß auch diesmal die fiskalische Mehrbelastung ein Preissinken hervorrufen wird, kann also wohl bestimmt angenommen werden — in welchem Umfange dies stattfinden und wie lange es andauern wird, läßt sich freilich nicht bestimmen. Zu bemerken ist, daß das Belastungsverhältniß zwischen den ausländischen und inländischen Tabaken keineswegs, wie man früher angenommen hat, nach Miquel's Steuerprojekt dasselbe bleibt. Der Zoll, der vom ausländischen Rohtabak gezahlt werden soll, ist verschieden, je nachdem derselbe für Zigarren, Rauch- oder Kau- bezw. Schnupftabak verarbeitet sein wird, weil auf den Zoll noch die Inlandssteuer aufgerechnet wird. Demnach wird der Zoll mit Anrechnung der Steuer betragen: 33⅓ bezw. 66⅔ bezw. 60 Mark pro 100 Kilogramm. Da vom inländischen Rohtabak keine Steuer mehr erhoben

angegebene Durchschnittspreis des zweiten Halbjahres 1879 keineswegs den unmittelbaren Preisrückgang genügend klarlegt. Aber auch die Durchschnitte des ersten Halbjahres geben das genaue Verhältniß nicht an, weil sich ein Preisrückgang schon in den letzten Monaten vor Einführung des Zolles kundgab, bedingt durch das Bestreben der Händler, mit ihren Vorräthen aufzuräumen. Deshalb bringen wir hier zur weiteren Klärung eine Uebersicht der Preisbewegung nach Monaten.

Preise des Domingotabaks (unverzollt, pro 100 Kilogramm).

Im Jahre	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1879 . .	125	125	117	115	115	95	95	95	115	115	115	150
1880 . .	155	165	165	165	165	165	165	165	165	125	125	110
1881 . .	110	110	110	110	110	110	110	110	120	120	120	120
1882 . .	120	120	120	120	120	120	110	110	105	95	95	95

werden soll, so wird der Unterschied der fiskalischen Belastung des inländischen und des ausländischen Tabaks gleich dem angegebenen Zollbetrag sein — dieser Unterschied ist aber jetzt nur 40 Mark.

Wer aber in dieser Begünstigung des inländischen Tabaks das Herankommen einer Blüthezeit für den deutschen Tabakbau sehen wollte, befände sich in einem Widerspruch zu der gesammten bis jetzt mit dem einheimischen Tabakbau gemachten Erfahrung. Das Jahr 1879 brachte eine weit größere Begünstigung des inländischen Tabakbaues (Zoll 85 Mark statt 24 Mark, Unterschied zwischen Zoll und Steuer 40 Mark, früher 19 Mark). Wirklich glaubten damals auch die deutschen Tabakpflanzer, ihre Zeit sei gekommen. Allein man beachte folgende Zahlenreihe:

	Zahl der Tabakpflanzer	Mit Tabak bebauter Boden
1876/77—1879/80 (durchschnittlich im Jahr)	164 025	18 734,7 Hektar
1880/81	221 010	24 259 "
1881/82	246 639	27 248 "
1882/83	215 250	22 243 "
1883/84	202 862	22 068 "
1884/85	187 582	21 091 "
1885/86	175 192	19 529 "
1886/87—1890/91 (durchschnittlich im Jahr)	173 742	19 372 "

Also kurzes Aufblühen — dem auch der Preisniedergang entspricht, der aber länger andauerte — und das schließliche Resultat gleich Null, der Stand von früher ziemlich beibehalten. Gerade so, wie wir es früher bei dem plötzlichen Emporsteigen der gesammten Tabakindustrie anfangs der siebziger Jahre kennen gelernt haben. Dabei sind zwar während dieser Zeit die ausländischen Tabake in ihrem Preise gefallen, aber dieser Preisniedergang hat nicht einmal die Hälfte des Steuerunterschiedes erreicht. Es macht sich hier eben nicht so sehr ein Preisunterschied — der deutsche Zigarrentabak ist ja im Allgemeinen billiger, als der importirte —, sondern ein Qualitätsunterschied geltend. Der deutsche Tabak ist seiner Qualität nach nicht im Stande, eine allgemeinere Verbreitung zu finden.

Sollten sich die Tabakpflanzer durch die Miquel'schen Steuern hinreißen lassen, die Tabakbaufläche zu erweitern, so werden sie damit wohl den Tabakfabrikanten einen Dienst erweisen, selbst aber dabei zum zweiten Mal tüchtig hereinfallen. Eher, als eine Erweiterung des Tabakbaues, ist eine Verminderung desselben in Folge der verminderten Konsumtion zu erwarten.

Nun kehren wir aber zum Tabakfabrikanten zurück. Sein Versuch, die Steuer dem Bruder Rohtabakhändler zum Zwecke der Weiterbeförderung aufzuhalsen, gelingt ihm in einem nur sehr bescheidenen Maße, und so muß er darnach trachten, auf irgend eine andere Weise sein Schicksal zu korrigiren. Da ist es selbstverständlich zunächst der Arbeiter, auf den sein Späherblick fällt.

Die Tabakarbeiter.

In Folge der eintretenden Verminderung der Produktion kommt ein Theil der Arbeiter außer Arbeit — die Reservearmee vermehrt sich und drückt die Löhne, vor Allem in den Branchen, in denen die Arbeiter bisher beschäftigt waren. Eine Verminderung der Produktion bedingt freilich an sich noch keineswegs eine Verminderung der Arbeiterzahl, denn dasselbe Resultat könnte ebenso gut erreicht werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, allein der Kapitalist zieht es vor, einen Theil seiner Arbeiter zu entlassen, weil er weiß, daß er unter diesen Umständen die Löhne der Verbleibenden reduziren kann.

So folgten denn auch der 79er Steuererhöhung sehr bedeutende Arbeiterentlassungen.*

Die Produktionsverminderung ist aber nicht das einzige Mittel in den Händen der Kapitalisten, um die Löhne herabzudrücken. Er sucht auch nach billigeren Kräften.

Da sind zunächst die Frauen. Es wurden in den Betrieben mit Gehilfen beschäftigt:

	Arbeiter** männl. Geschlechts	weibl. Geschlechts
1875	48 895	47 908
1878	50 713	49 180
1882	45 224	45 277

Wir sehen, daß seit 1878 das Verhältniß sich so geändert hat, daß die Frauen, die früher in der Minderzahl waren, 1882 die Ueberzahl erhalten. Sehr bedeutend ist aber diese relative Steigerung der Frauenbeschäftigung nicht, sie ist auch nicht auffällig, steht vielmehr im Einklang mit der schon früher auftretenden Tendenz, wie dies sich aus dem Vergleich der Zahlen für 1875 und 1878 ergiebt. Wenn jetzt die Zeitungen als eine Folge der 79er Steuererhöhung ein besonders starkes Heranziehen der Frauen in die Tabakindustrie bezeichnen, so ist dies nicht ganz richtig. In den letzten Jahren hat wirklich eine große Vermehrung der in der Tabakfabrikation beschäftigten Frauen stattgefunden, doch hauptsächlich in Folge des Verbots der Kinderarbeit.

Ein weiteres Mittel, mit geringeren Löhnen zu arbeiten, findet der Kapitalist in der Hausindustrie. Eine Vermehrung der Hausindustrie tritt von selbst ein, als Folge der Arbeiterentlassungen. Die Arbeiter, die vom Fabrikanten aufs Pflaster geworfen werden und keine Beschäftigung finden, borgen etwas Rohtabak und setzen sich mit ihrer ganzen Familie an die Arbeit, um wenigstens etwas zu verdienen. Als Illustration dazu mögen folgende Zahlen dienen.

Es gab Betriebe

	„Zu Hause für fremde Rechnung"	Darin beschäftigte Personen
1878	3665	6158
1882	6330	8904

Dies bei einer allgemeinen Verminderung der Produktion und der Zahl der Beschäftigten. Selbst eine Vermehrung der „selbständigen" Kleingewerbetreibenden wäre in der ersten Zeit aus denselben Gründen zu erwarten, wenn nicht Miquel's Kontrolvorschriften die Errichtung eines selbständigen Betriebes so sehr erschwerten. Ein derartiges, vom Kapitalismus zur Erwirkung einer Galgenfrist für den verhungernden Arbeiter geschaffenes Kleingewerbe hätte freilich ein ebenso schwieriges und prekäres Dasein, wie das Kleingewerbe überhaupt.

Ein weiteres Mittel, zu billigen Arbeitskräften zu gelangen, ist, die Fabrikation aus den Städten womöglich aufs platte Land zu verlegen. Das Jahr 1879 soll, wie erzählt wird, eine wahre Fabrikantenflucht aufs Land bewirkt haben.

* Die Zahl der in der Tabakfabrikation innerhalb der Fabrikationsräume Beschäftigten betrug im Jahre 1875 110 891 Personen, 1878 119 374 und 1882 110 468. Das Jahr 1882 zeigt eine Verminderung gegenüber 1878 um 7,4 Prozent, genau entsprechend dem von uns früher durch Berechnung des Rohtabakverbrauchs ermittelten Prozentsatz der Produktionsverminderung.

** Giebt man die Gesammtzahl der in der betreffenden Branche Beschäftigten an, also Fabrikbesitzer, Geschäftsleiter ꝛc. inbegriffen, so ändern sich die Verhältnisse — allein es kommt nicht darauf an, inwiefern Frauen Tabakfabriken besitzen, sondern inwiefern sie darin arbeiten.

Statistisch läßt sich dies schwer in seinem vollen Umfange erläutern. Wir sind nur im Stande, einen statistischen Vergleich anzustellen in Bezug auf Berlin bezw. die Provinz Brandenburg, und Königsberg bezw. die Provinz Ostpreußen. Allein da wir es hier mit zwei Orten zu thun haben, die ihrem industriellen Charakter nach grundverschieden sind, und beide Male sich die gleiche Erscheinung zeigt, so sind wir sehr berechtigt, anzunehmen, daß es sich hier nicht um einen Zufall handelt.

Sitz der Betriebe	Zahl der Betriebe mit Gehilfen			Sitz der Betriebe	Zahl der Betriebe mit Gehilfen		
	1878	1882	Differenz		1878	1882	Differenz
Provinz Ostpreußen .	25	21	— 4	Provinz Brandenburg	965	962	— 3
Stadt Königsberg .	12	7	— 5	Stadt Berlin . . .	559	515	— 44
Provinz ohne Königsb.	13	14	+ 1	Provinz ohne Berlin	406	447	+ 41

In beiden Fällen zeigt sich eine Verminderung der Zahl der Betriebe für die ganze Provinz, doch währenddem die Betriebszahl in den Städten sich verringerte, vermehrte sie sich auf dem flachen Lande.

Auf welche Weise auch der Kapitalist dazu kommen mag, die von ihm beschäftigten Arbeitskräfte durch andere billigere zu ersetzen, auf jeden Fall zieht er daraus nicht nur einen unmittelbaren Vortheil, sondern er bewirkt ein allgemeines Sinken der Lohnsätze, wenigstens in seiner Branche. Denn seine früheren Arbeiter, die jetzt arbeitslos werden, vermehren die Reservearmee, die den Lohn drückt.

Mannigfach sind die Wege, die der Kapitalist beschreitet, doch das Ziel ist hier immer dasselbe — die Verkürzung des Arbeitslohnes. Allein die Tabakarbeiter gehören auch jetzt schon zu den am schlimmsten bezahlten Arbeiterschichten, und wo nichts ist, da hat der Kaiser selbst sein Recht verloren. Außerdem macht ja der Lohn nur einen Theil des Produktenwerthes aus, während die Steuer vom vollen Werth des Fabrikats berechnet wird. Vielfach wird der gesammte im Fabrikatwerth steckende Lohn viel geringer sein, als die zu erhebende Steuer. So muß denn der Fabrikant noch nach anderen Mitteln suchen, sich schadlos zu halten. Hier begegnet er dem Konsumenten und seinem Vermittler, dem Tabakfabrikatenhändler. Allein hier hört auch das Einverständniß unter den Fabrikanten selber auf, und es beginnen Hader und Zwist.

Dem Rohtabakhändler und den Arbeitern gegenüber haben die Fabrikanten ein gemeinsames Interesse, denn die billigen Tabakpreise und die geringen Löhne kommen ihnen allen zu Gute. Anders gegenüber dem Konsumenten. Die Konkurrenz zwingt die Fabrikanten, einander zu unterbieten.

Was der Fabrikant weiter erlangt, und er hat noch den weitaus größten Theil der Steuer überzuwälzen, das erlangt er nur in einem bitteren Kampfe mit seinesgleichen. Die Resultate dieses Kampfes haben wir jetzt zu schildern.

Die Tabakfabrikanten unter sich.

Daß im Konkurrenzkampf die Großproduzenten die Kleinproduzenten verdrängen, ist eine allgemeine Erscheinung, die wir hier als solche nicht zu erörtern brauchen. Wir werden uns darauf beschränken, darzulegen, inwiefern dieser Verdrängungsprozeß durch Miquel gefördert würde, sollte sein Steuerprojekt angenommen werden.

Bemerkt sei nur, daß, obwohl der Kleinbetrieb in der Tabakindustrie wenigstens technisch einen sicheren Stand zu haben scheint, weil hier die Handarbeit eine größere Rolle spielt, doch auch auf diesem Gebiet die Zeit des hand-

werksmäßigen Betriebs schon längst vorbei ist. Die Handarbeit ist nur auf einige wenige spezielle Operationen beschränkt, und im Uebrigen herrscht die Maschine. Wohl kann auch jetzt noch ein Tabakarbeiter mit ein paar geringwerthigen Werkzeugen Waaren produziren, allein sein Produkt wird sich mit dem der Fabrik nicht messen können. In den größeren Rauchtabakfabriken ist z. B. die Handschneidelade schon längst verdrängt durch die Schneidemaschine, die unvergleichbar mehr leistet und einen viel gleichmäßigeren Schnitt liefert (Wagner's Technologisches Wörterbuch). War es schon ein Erfolg, als die Röstmaschinen erfunden wurden, die per Stunde etwa 100 Kilogramm Röstprodukt liefern, so giebt jetzt der von der französischen Tabakregie eingeführte Roland'sche Torréfacteur mécanique bei ununterbrochenem Betrieb, der bei den früheren nicht möglich war, fünf Meterzentner Röstprodukt in der Stunde. Aber auch die Zigarre wird nicht mehr blos mit der Hand gemacht, sondern es sind nunmehr Wickelstühle, Zigarrenformen, Kopfformapparate und Schneidemaschinen allgemein in den größeren Fabriken im Gebrauche. Nur die Deckung muß wesentlich noch mit der Hand gemacht werden. Die Spitze oder der „Kopf" bereitet hier die größten Schwierigkeiten für die Einführung der Maschinenarbeit, man sucht sich aber durch die Anwendung papierner oder hölzerner Spitzen zu helfen. Als weitere Illustration zu dem Gesagten möge hier noch erwähnt werden, daß erst neulich die Tabakzeitung von einer neu erfundenen Zigarrettenmaschine berichtete, die in einer Stunde 3500 „tadellos gewickelte" Zigarretten liefert, bei Weitem mehr, als jetzt von einem Arbeiter in einem Tage geschaffen wird; die französische Tabakregie soll dem Erfinder für Ueberlassung des Patents eine enorme Summe gezahlt haben.

Inwiefern die Steuererhöhung des Jahres 1879 eine Konzentration der Produktion bedingt hat, läßt sich statistisch nicht ermitteln. Denn die Berufszählung vom 5. Juni 1882 fand in einer zu kurzen Frist nach Einführung der fiskalischen Mehrbelastung statt (zwei Jahre nach Einführung der Steuer, in dem ersten Jahre, in dem sich ihre Wirkung vollauf geltend machen konnte), als daß diese Konzentration, die doch erst das Resultat der Konkurrenz ist, zum Vorschein kommen könnte. Aus Gründen, die wir früher erörtert haben, ließe sich in der ersten Zeit sogar eine Vermehrung der Kleinproduktion erwarten, und dies ist auch thatsächlich das Ergebniß der Gewerbeaufnahme von 1882. Diesem zeitweiligen Wachsthum mußte ein desto stärkerer Niedergang des Kleingewerbes folgen, der sich aber statistisch nicht bestimmen läßt. Ueberdies konnten die Wirkungen von 1879 bei Weitem nicht so groß sein, als die vermuthlichen Wirkungen des Miquel'schen Steuerprojekts sein werden, das geradezu darauf berechnet zu sein scheint, den Mittelstand zu ruiniren.

Da ist zunächst die Uebergangszeit, eine Zeit großer Schwankungen der Produktion und Konsumtion. Es ist dies für die Industrie die schwierigste Zeit, weil die unsicherste. Wie groß die Schwankungen schon nach 1879 waren, erhellt aus folgender Uebersicht:

Rohtabakverbrauch per Kopf der Bevölkerung:

1881/82 . . .	1,6 Kilogramm	1886/87 . . .	1,5 Kilogramm
1882/83 . . .	1,2 "	1887/88 . . .	1,5 "
1883/84 . . .	1,3 "	1888/89 . . .	1,4 "
1884/85 . . .	1,5 "	1889/90 . . .	1,5 "
1885/86 . . .	1,4 "	1890/91 . . .	1,6 "

Währenddem in den letzten fünf Jahren die Konsumtion sich offenbar auf einer bestimmten Zahl festgesetzt hat, zeigt in den vorangehenden fünf Jahren

jedes Jahr eine andere Zahl, die Produktion fällt und steigt und fällt wieder. Diesmal aber würden die Konsumtions- bezw. Produktionsschwankungen viel größer sein, weil der zu erwartende Konsumtionsrückgang ein größerer ist. Außerdem wurde den Fabrikanten 1879 diese Uebergangszeit erleichtert, weil ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, Vorräthe zu bilden, was jetzt nicht der Fall sein würde. Miquel hat zwar behauptet, das Fehlen einer Nachsteuer 1879 habe eine enorme Steigerung der Produktion bewirkt, der ein desto tieferer Sturz nach Einführung der Steuer folgte. Dies wird aber widerlegt durch die Thatsachen, denn nach der Tabakenquete war im Jahre 1878, dem ersten Jahr der Vorrathsbildung, die Zahl der in der Tabakfabrikation beschäftigten Arbeiter sogar etwas geringer als im Jahre 1877. Also, trotzdem die Tabakeinfuhr des Jahres 1878 um mehr als 50 Prozent jene des vergangenen Jahres überstieg, blieb die Produktion dieselbe. Eine kleinere Steigerung der Produktion mag dann im folgenden Jahre stattgefunden haben, doch gab es für die Fabrikanten keine Veranlassung, die Produktion mit einem Mal sehr zu steigern, wohl aber Gründe, dies nicht zu thun, so z. B. einerseits die Ungewißheit der Gestaltung des Konsums, andererseits die Spekulation auf niedrigere Löhne.

Die Situation während der Uebergangszeit ist also diesmal weit schwieriger, als 1879, und wird durch die Nachsteuer noch besonders erschwert. Es gehört Kapital dazu, um sie aushalten zu können. Dies hat der Handwerker nicht.

Ein weiterer Umstand, der diese benachtheiligt, ist folgender:

Es wird das Bestreben der Fabrikanten sein, durch neue Mischungen eine billigere Zigarre von gleicher Qualität zu Stande zu bringen. Der Tabak gelangt an den Rohtabakhändler nur wenig assortirt.

Nach der Tabakenquete enthielten z. B. 1877 die mit

66,01 Pf. das Pfund deklarirten Brasil in sich Sorten von 12—225 Pf. das Pfund
54,0 " " " " Domingo " " " " 25—150 " " "
51,3 " " " " Kentucky " " " " 17— 85 " " "

Der Großproduzent kauft nun beim Rohtabakhändler ganze Partien zu einem Durchschnittspreis, während der Kleinproduzent den schon vom Rohtabakhändler assortirten Tabak kauft, und zwar in den Sorten, die er gerade braucht. Außerdem produzirt auch der Großindustrielle viel mehr Sorten, als der Kleingewerbetreibende. Für den Großproduzenten handelt es sich nur darum, den Durchschnittspreis des Tabaks in dem Durchschnittspreis der Fabrikate vollkommen zur Geltung zu bringen — er hat dabei die größte Auswahl und die größte Kombinationsmöglichkeit, die dem Handwerker fast gänzlich fehlen.

Daß dem Großproduzenten auf diese Weise der Tabak auch billiger zu stehen kommt, ist klar. Er wird aber nunmehr davon einen doppelten Nutzen haben: einmal die Ersparniß am Preis, dann die Ersparniß an der Steuer, die er in Prozenttheilen des Werthes bezahlt. Dementsprechend wird auch die ungünstige Lage des Kleinproduzenten ihm gegenüber noch ungünstiger. Der Kleinproduzent hielt sich bis jetzt dadurch, daß er sich einen knappen Gewinn bemaß bezw. sich nur auf seinen eigenen Arbeitslohn beschränkte. Jetzt soll der Unterschied in den Produktionskosten, den er auf diese Weise mit knapper Noth ausglich, um ein Drittel bis zwei Drittel seines Betrages durch die Steuer erhöht werden. Der solchermaßen potenzirte Kostenunterschied wird den Gewinn sammt einem Theil des Arbeitslohnes des Kleingewerbetreibenden verschlingen und ihn gänzlich konkurrenzunfähig machen.

Die Steuer vermehrt aber den Kostenunterschied nicht nur um ihren eigenen prozentuellen Betrag, sondern um mehr als das. Da die Steuer vom Fabrikanten

entrichtet wird, so muß er, sofern ihm ihre Bezahlung nicht bis mindestens zu dem Moment gestundet worden ist, wo er vom Händler in Baar ausgezahlt wird, auf dieselbe den Darlehenszins berechnen, den er ja selbst eventuell seinem Gläubiger bezahlen muß — folglich wird der Kostenunterschied vermehrt um den prozentuellen Betrag der Steuer und dann erst noch um den Darlehenszins. Hinzu kommt, daß der kleinere Produzent einen beträchtlich höheren Darlehenszins zahlt, als der Großkapitalist.

Die prozentuale Werthsteuer wirkt wie eine Prämie auf die Großproduktion. Sie verschärft die Unterschiede, die der ökonomisch-technische Entwicklungsprozeß erzeugt, und greift so fein und sicher hinein, daß sie sich auch nicht die kleinste Divergenz entschlüpfen läßt.

Die Benachtheiligung des kleineren Produzenten ist größer bei der Rauchtabakfabrikation, als bei der Zigarrenfabrikation, schon aus dem Grunde, weil der Steuersatz im ersten Fall doppelt so groß ist wie im zweiten. Allein das Kleingewerbe hat gerade in der Rauchtabakfabrikation auch sonst eine schwierigere Situation. Erstens ist hier die Maschinentechnik entwickelter. Zweitens spielt hier die Arbeit eine geringere Rolle. Man braucht, um herzustellen:*

100 Kilogramm	Zigarren	55 Arbeitstage
100 „	Rauchtabak	9 „

Es kommt also bei der Preisbestimmung des Rauchtabaks hauptsächlich auf den Preis des Rohtabaks an, dieser ist aber beim Kleinproduzenten höher. Kann der Kleinproduzent bei der Zigarre noch irgendwie aufkommen, weil er sich mit dem geringsten Ertrag als Arbeitslohn begnügt, so hilft ihm beim Rauchtabak nicht einmal seine Anspruchslosigkeit. Es steht jedoch zu erwarten, daß sich das Verhältniß zwischen Rauchtabakfabrikation und Zigarrenfabrikation zu Gunsten der ersteren verschieben wird. Eine Verschiebung scheint auch als Folge der Steuererhöhung 1879 eingetreten zu sein. Darauf deutet wenigstens die Preisbewegung hin. Während die Preise der Zigarrentabake, wie wir schon gezeigt haben, gesunken sind, stieg der Preis des Kentuckytabaks, der vorzüglich zum Rauchtabak verwendbaren ausländischen Sorte. Wir glauben dies wohl bis zu einem gewissen Grade als Folge der vermehrten Rauchtabakfabrikation betrachten zu dürfen. Die Preise des Kentucky waren (unverzollt):

	per 100 Kilogramm Mark		per 100 Kilogramm Mark
1879 erstes Halbjahr . .	44,5	1881—1885	70
1879 zweites „ . . .	45,8	1886—1891	46
1880 erstes „ . . .	49,8	1892	49,6
1880 zweites „ . . .	54	1893	57

Doch diesmal muß diese Erscheinung viel intensiver auftreten. Denn 1879 wurde der Tabak ohne Unterschied, in welcher Form immer er verarbeitet worden war, gleich belastet; nach dem jetzigen Projekt aber, da die Steuer in Prozenten des Fakturawerthes erhoben wird, der nicht nur den Tabakwerth, sondern auch Arbeitslohn, sonstige Produktionskosten und den Fabrikantengewinn in sich enthält, wird der Zigarrentabak bei Weitem stärker belastet. Der Arbeitslohn, den der Rauchtabakfabrikant bezahlt, wird mit zwei Drittel seines Werthes versteuert; da aber dieser Lohn nur ein Sechstel des Lohnes ausmacht, der in der gleichen Quantität Zigarren steckt, so wird diese Steuer nur 40 Prozent der Summe betragen, die der Zigarrenfabrikant vom Arbeitslohn der gleichen Gewichtsmenge Fabrikate zu entrichten

* Anlagen zum Bericht der Tabak-Enquete-Kommission, Drucksache Nr. 68.

hat, wie eine einfache Rechnung zeigt, die Jeder anstellen kann. Die Qualität des Rauchtabaks wird sich also unter dem Drucke der fiskalischen Belastung bei Weitem nicht so verschlimmern, als die der Zigarren — und dies sichert dem Rauchtabak eine bessere Zukunft, als der Zigarre. Wer da glaubt, es sei eine schwere Sache, vom Zigarrenkonsum zur Pfeife überzugehen, den verweisen wir darauf, daß die Pfeife auch jetzt, selbst in Deutschland, eine weit größere Rolle spielt als die Zigarre. Nur ihrem Werth nach stellt die Zigarre den Rauchtabak in den Schatten, der Quantität nach wird viel mehr Rauchtabak verbraucht, als Zigarren. Nach der Tabakenquete bildete der Rauchtabak im Jahre 1876

in Frankreich 65 Prozent des gesammten Tabakkonsums
„ Oesterreich 76 „ „ „ „
„ Deutschland 63 „ „ „ „

Für viele Arbeiter und besonders Bauern ist die Zigarre nur ein Luxus, den sie sich am Sonntag gestatten, während sie gewöhnlich die Pfeife rauchen. Für diese ist es selbstverständlich äußerst leicht, ihren Zigarrenkonsum zu Gunsten der Pfeife zu beschränken.

Eine solche Aenderung des Verhältnisses bedeutet aber: Verminderung des Produktionswerthes der Tabakindustrie,* Schädigung der Zigarrenindustrie und vor Allem Ruin des Kleingewerbes. Es würde dies aber auch zur Verminderung der Zahl der Arbeiter erheblich beitragen.

Der Ruin der kleineren Betriebe blickt uns auf allen Seiten aus den neuen Zuständen entgegen, die durch die Miquel'sche Fabrikatsteuer geschaffen werden würden. Es ist nur dem entsprechend, daß die Tabaksteuervorlage ihrer ganzen Fassung nach auf die Großproduktion zugeschnitten ist. Dies gilt besonders von den Maßregeln zur Kontrolle.

Die Kontrolle erfordert nicht nur eine komplizirte Buchführung, die allein schon der Handwerksmann nicht bemeistern kann. Sie erfordert eine Ordnung und Genauigkeit des Betriebes, zu der nur die Großindustrie geeignet ist. Wir können uns in Einzelheiten der Kontrollmaßregeln hier nicht einlassen; es genügt, wenn wir sagen, daß ein Tabakstengelchen, welches das Kind des Meisters aus der Arbeitsstube verschleppt hat, dem Meister nach § 47c 2 und § 59 eine Strafe von 1 bis 1000 Mark zuziehen kann.

Was soll nun der durch die Kontrolle bedrängte Handwerker thun? Einen Ausweg hat ihm Miquel frei gelassen: wenn er den Rohtabak vom Fabrikanten bezieht und ihm das Produkt abliefert, untersteht er der Kontrolle nicht. Also, kapitalistische Hausindustrie — dies ist das letzte Wort der Miquel'schen Fabrikatsteuer.

Miquel.

„Dann begriff ich auch sehr bald", sprach Miquel vor dem deutschen Reichstage, „wie innerhalb der bürgerlichen Entwicklung ein Mittelstand, der Kapital und Arbeit in sich vereinigt, geradezu eine Nothwendigkeit ist."** Und so schuf

* Dies würde sich auch fiskalisch fühlbar machen.

** Die köstlichste Blüthe, die Miquel unter dem Gaudium der Nationalliberalen vorgebracht hat, ist vielleicht folgende: „Mir wurde klar, daß die Eigenthumsformen sich geändert haben, das Eigenthum geblieben ist." Was Miquel unter Eigenthum ohne eine bestimmte Form versteht, ist ebenso schwer zu ergründen, wie es schwer ist, den Inhalt eines Buches zu kennen ohne dessen formellen Ausdruck in Wort oder Schrift. Desto eher können wir aber dieses gestaltlose Eigenthum Herrn Miquel schenken. Was die Sozialdemokratie will, ist eben, eine bestimmte Eigenthumsform abschaffen, nämlich das Privateigenthum, oder, wenn man will, sogar nur das Privateigenthum an den Produktionsmitteln.

Miquel die Tabakfabrikatsteuer, deren sicherstes Ergebniß die Zugrunderichtung des Mittelstandes, bezw. seine Umwandlung in kapitalistische Hausindustrie ist!

„Was man in der Jugend wünscht, hat man im Alter die Fülle." Der junge Miquel haßte nichts so sehr, als das Kleinbürgerthum, und der alte kommt in die Lage, demselben einen tüchtigen Stoß zu versetzen. Allein er will es nicht mehr, und doch thut er es. So spielt die Geschichte mit jugendlichen Heißspornen wie mit würdigen Ministern Schabernack.

Der Sozialdemokratie ist der kapitalistische Mittelstand nicht ans Herz gewachsen. Sie hat aber auch keine Veranlassung, dessen Ruin durch gesetzgeberische Maßregeln zu fördern. Wenn die Sozialdemokratie die Klinke der Gesetzgebung in den Händen hätte, so würde sie wohl den Kleinbetrieben ein Ende machen, wo sie technisch überflüssig geworden, aber nicht dadurch, daß sie die Kleingewerbetreibenden, die Personen, ins Elend stürzt.

Preußische Gewerbe-Inspektion im Jahre 1892.

Von Dr. **Max Quarck.**

(Schluß.)

Ungefähr vierzig Jahre nach der Anstellung des ersten preußischen Fabrikinspektors hat nun, wie aus dem Berichtsband für 1892 ersichtlich, endlich auch für diesen Staat eine Zählung der erwachsenen Fabrikarbeiterinnen stattgefunden. Dieselbe ergab in 12 700 Anlagen mehr als eine Viertelmillion beschäftigter Mädchen und Frauen, 105 256 im Alter von 16 bis 21 Jahren, 151 154 von über 21 Jahren, zusammen also 256 410 Köpfe. Den Haupttheil dieser weiblichen Proletarierarmee beschäftigt die Textilindustrie mit 115 534 Köpfen, dann folgt die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 37 045, die Bekleidung und Reinigung mit 22 834, die Industrie der Steine und Erden mit 18 292, sowie die Metallverarbeitung mit 12 063 Köpfen. Daß die Frauenarbeit in solchem Maßstabe auch in die beiden letztgenannten Gewerbegruppen eingedrungen ist, darf als ein charakteristisches Zeichen der kapitalistischen Entwicklung auch in Preußen betrachtet werden, die nach billigen Arbeitskräften selbst für die unpassendsten Beschäftigungen geradezu hungert. Die Maschinenindustrie, für welche jetzt in Preußen „nur" erst 5480 Mädchen und Frauen arbeiten, dürfte, nach den Beobachtungen in Sachsen (vergl. XI. Jahrgang, 2. Bd., S. 79 dieser Zeitschrift) und einigen Andeutungen der preußischen Inspektoren zu schließen, bald nachrücken; so fand der Beamte für Köln-Koblenz (S. 290) „eine ungewöhnliche Beschäftigung weiblicher Arbeiter in einer neuerrichteten Nähmaschinenfabrik, woselbst die Bohr- und Fraismaschinen von Mädchen bedient werden. Die Zurichtungen an diesen Maschinen sind derart, daß die Arbeit nur im Einspannen der Kleineisentheile und Ein- und Aussetzen des Antriebsriemens besteht. Da außerdem die bewegten Theile der Maschinen gut umwehrt sind, auch enganliegende Arbeitskleider benutzt werden, so liegt eine besondere Gefahr in dieser Beschäftigung nicht, wie sie auch keineswegs auf die Gesundheit der Betheiligten schädigend einwirkt. Immerhin jedoch ist dieser Anfang der Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in einer Thätigkeit, für welche sie bisher hierzulande ausgeschlossen war, bemerkenswerth, und eine allgemeine Einführung würde eine empfindliche Herabdrückung des Lohnsatzes für männliche Arbeiter herbeiführen. Die Leistungen der Arbeiterinnen sollen im Uebrigen dieselben sein, wie diejenigen männlicher Personen."

Dieses rheinische Fabrikidyll eröffnet offenbar die richtige Perspektive auf die kapitalistische Zukunft. Wenn die preußische Gewerbe-Inspektionsstatistik die Zählung der weiblichen Arbeiter periodisch wiederholt und nach einigen weiteren Siebenschläferjahren eine regelmäßige Aufnahme der erwachsenen männlichen Arbeiter hinzugefügt haben wird, die trotz dem sächsischen und badischen Beispiele heute noch fehlt, dann — ist die Entwicklung vielleicht schon so weit gediehen, daß den gegenwärtigen Machern der Sozialgesetzgebung die genauere Erkenntniß gar nichts mehr nützt. Einstweilen ist also nur die Thatsache konstatirt, daß das preußische Unternehmerthum bereits eine Schaar von zirka 300 000 weiblichen Wesen, die jugendlichen und kindlichen eingerechnet, zu den bekannten Löhnen beschäftigt, und daß ihm diese weibliche Arbeit so lieb und werth geworden ist, wie irgend etwas; denn der übrige Inhalt der preußischen Gewerbe-Inspektorenberichte läßt sich bezüglich der Arbeiterinnen dahin zusammenfassen: der elfstündige Normalarbeitstag für weibliche Arbeiter hat sich mit der größten Leichtigkeit, selbstverständlich unter Gestattung einer Unzahl von Ausnahmen für das Unternehmerinteresse, auch in Preußen eingeführt.

Eine Sonderstellung nahmen hier nur die Zuckerfabriken ein. Scheinbar schnitt ihnen die neue Arbeiterschutz-Vorschrift so sehr ins Fleisch, daß sie in großem Maßstabe auf die Frauenarbeit gänzlich verzichteten und dafür Männer einstellten. In 21 ost- und westpreußischen Zuckerfabriken zählte der Inspektor 1891/92 noch 703, 1892 dagegen nur noch 260 Arbeiterinnen. 17 Betriebe der gleichen Branche im Bezirk Posen beschäftigten 417 Arbeiterinnen weniger als im Vorjahr, die 50 Zuckerfabriken des Bezirks Merseburg 209 weniger. In Wirklichkeit war aber das Aufgeben der Frauenarbeit kein Zugeständniß an den neuen Arbeiterschutz, sondern dieser gab offenbar nur den letzten Anstoß dazu, daß eine ganz veraltete, technisch längst überholte und nur der Billigkeit der Frauenarbeit halber beibehaltene Arbeitsordnung durch eine bessere und fortgeschrittenere ersetzt wurde; denn der Beamte für Merseburg und Erfurt (S. 157) berichtet, daß der Ersatz weiblicher durch männliche Kräfte in den dortigen Zuckerfabriken „längst geplant" war, und der Inspektor für Oppeln macht (S. 111) folgende charakteristische Mittheilung: „In Folge des Verbots der Nachtarbeit auf den Zuckerböden mußte eine Zuckerraffinerie bedeutende Aenderungen im Betriebe vornehmen, welche nicht nur die Beseitigung der Nachtarbeit, sondern auch eine erhebliche Verminderung der Arbeiterinnen gestatteten und sich in der Folge als eine gewinnbringende Kapitalsanlage erwiesen." Bis zu welchem Grade Frauen in preußischen Zuckerfabriken ausgepowert worden sind, darüber giebt eine Notiz des Breslauer Beamten Aufschluß (S. 78), nach welcher einer Fabrik die Weiterbeschäftigung von Arbeiterinnen bis 1. April dieses Jahres gestattet wurde, weil diese Frauen „ihres hohen Alters wegen eine anderweitige dauernde Beschäftigung nicht sogleich hätten finden können, so daß nicht ausgeschlossen war, daß sie den Armenverbänden der betreffenden Gemeinden zur Last gefallen wären, während andererseits ihre sofortige Entlassung eine für ihre Altersrente nachtheilige Folge hätte ausüben können. . ." Eines Zusatzes bedarf diese Mittheilung nicht.

Im Uebrigen fand sich das preußische Unternehmerthum, natürlich immer aufs „Wohlwollendste" von den Behörden unterstützt durch die Gewährung aller nur denkbaren Ausnahmen, unter dem Zwange des Gesetzes sehr gut mit dem nebenbei ja auch sehr reichlich bemessenen elfstündigen Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen ab. Besonders in der am meisten interessirten Textilindustrie, in welcher den Unternehmern Frauenhände viel zu „begehrenswerth" sind, als daß

die Fabrikanten lange Umstände wegen des elfstündigen Maximalarbeitstages machen sollten, bei dem sie noch genug verdienen. Ebenso führte sich der frühere Arbeitsschluß an den Vorabenden der Sonn- und Festtage ohne besondere Schwierigkeiten ein — wo er nicht umgangen wurde und wo es findige Unternehmer nicht geradezu darauf anlegten, den Uebergang für die Arbeiterinnen so fühlbar als nur möglich zu machen. In letzterer Beziehung enthüllt der Inspekor für Köln und Koblenz (S. 291) recht saubere Dinge. Nachdem er mitgetheilt hat, daß „in den meisten Fabriken, entsprechend der kürzeren Arbeitszeit, den Arbeiterinnen für den Ausfall an Leistung der Tagelohn gekürzt wird, so daß sich für die Arbeitenden immerhin ein fühlbarer Lohnausfall ergiebt", fügt er hinzu: „An einigen Stellen wird unzweifelhaft die Unzufriedenheit der Arbeiterinnen gefliſſentlich durch die Arbeitgeber gesteigert". Das ist des Pudels Kern; wo aber Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen stark genug sind, diese wohlwollenden Bemühungen und ihren Einfluß auf die Lohnhöhe in Schach zu halten, da ist eben der Liebe Mühe umsonst, wie aus mehreren anderen Bezirken berichtet wird. Der Maximalarbeitstag wie der frühere Arbeitsschluß haben nebenbei jene Wirkungen, die jeder Arbeitszeitverkürzung eigenthümlich sind, die im Arbeiterinteresse nur zu begrüßen sind und jetzt schon von einzelnen Beamten erkannt werden: sie sind der schüchterne Anfang einer besseren Regelung der Produktion. So kann der Düsseldorfer Inspektor (S. 329) schreiben: „Es war von Alters her Gebrauch, die Haupterpedition der Waaren auf das Ende der Woche zu verschieben, ja die meisten eiligen Bestellungen lauteten: ‚Versandt spätestens Samstag'. So mußte denn gerade an dem Sonnabend Abend mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet werden. Da jetzt (um diese Zeit) die nöthigen weiblichen Hilfskräfte zum Aufmachen und Verpacken der Waaren fehlen, so verbietet sich diese Arbeitsweise von selbst, und muß der Versandt, gewiß nicht zum Nachtheil Aller, gleichmäßiger als bisher auf sämmtliche Arbeitstage vertheilt werden." Aehnliche Aeußerungen finden sich S. 203 und 204. Außerdem sind im Bezirk Liegnitz, Oppeln, Sachsen, Hannover und wohl auch anderswo statt der Frauen Männer eingestellt worden, ebenfalls eine Wirkung, die einstweilen nicht unwillkommen ist. Am wenigsten scheint sich die Bestimmung bewährt zu haben, daß Frauen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, eine verlängerte Mittagspause verlangen dürfen; diese „Freiheit" war auch hier vielfach gleichbedeutend mit der Freiheit des Verhungerns, weil die Unternehmer Arbeiterinnen mit solchen „Prätentionen" einfach kündigten oder die Arbeiterinnen von vornherein so eingeschüchtert waren, daß sie auf jedes Verlangen nach der verlängerten Mittagspause verzichteten.

Wer es unternehmen wollte, die Ausnahmen und ihre oft sehr fadenscheinigen „Gründe" alle herzuzählen, die von jenen Normalvorschriften durch obere und noch mehr durch untere Behörden gestattet wurden, der könnte einige Hefte der „Neuen Zeit" mit einer kritischen Analyse des „Ausnahmezustandes" im Jahre 1892 füllen, der für die Unternehmer das Umgekehrte von dem bedeutete, was der „Ausnahmezustand" einst für die Arbeiter bedeutet hat. 1 344 109 Ueberstunden wurden an den Wochentagen außer Sonnabend für 11 242 Betriebstage und 43 594 Arbeiterinnen, also für ungefähr den sechsten Theil der Gesammt-Arbeiterinnenzahl, in Preußen bewilligt, und zwar in 903 Fällen durch Verfügungen der unteren, in 172 Fällen durch Verfügungen der oberen Behörden; nur 75 Unternehmeranträge wurden zurückgewiesen. Namentlich die Druckereien zeichneten sich durch einen wahren Heißhunger nach Ueberarbeit für Frauen aus. Peinlich hat es uns berührt zu lesen, daß im Bezirk Magdeburg (S. 142)

diese Begünstigung just von der Druckerei der sozialdemokratischen „Volksstimme“ an Sonnabend Abenden und für eine einjährige Uebergangszeit in Anspruch genommen wurde. Man liest unschwer eine nicht unberechtigte Bosheit aus dem Zusatze des Inspektors heraus: „Die anderen Druckereien des Bezirks haben sich entsprechend eingerichtet; zum Theil haben sie Arbeiter an Stelle der Arbeiterinnen eingestellt.“ Als Kuriosa aus den „Gründen“ der Ausnahmebewilligungen seien noch folgende verzeichnet: Einer Bierbrauerei des Bezirks Wiesbaden (S. 268) wurden „wegen des heißen Wetters und einiger ungewöhnlicher Veranstaltungen von Vereinen“ (!) Ueberstunden für die Arbeiterinnen der Flaschenabtheilung zugebilligt, und die Behörde im Regierungsbezirk Stettin (S. 61) brachte es fertig, den Druck und die Binderei von Bibeln und Gesangbüchern als — Saisonarbeit zu erklären, für welche Ueberarbeit gestattet wurde! Dies Kapitel ist den Freunden unfreiwilligen Humors zu eingehendem Studium zu empfehlen. Der Gedanke, daß solche Ueberarbeit durch Einstellung Arbeitsloser volkswirthschaftlich weit richtiger bewältigt wird, kam nur sehr wenigen Behörden. Andeutungen dahin, daß mit den Ausnahmen nicht so weiter gewirthschaftet werden kann, finden sich in den Berichten aus den Bezirken Breslau (S. 89), Liegnitz (S. 95) und Köln-Koblenz (S. 289); die letztere enthält eine so zutreffende Kritik der ganzen Ausnahmewirthschaft, daß sie zum Schluß wörtlich mitgetheilt sei: „Der Fabrikant kann sich vielfach noch nicht daran gewöhnen, bei Annahme von Bestellungen die Leistungsfähigkeit seines Werkes bei der gesetzlichen Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter zu berücksichtigen. Bei strenger Handhabung der erlassenen Ausführungsbestimmungen hätte fast jede Ueberarbeit versagt werden müssen, da die Häufung der Arbeit in den meisten Fällen durch den Fabrikbesitzer freiwillig herbeigeführt war und sehr wohl von unrichtigem Disponiren gesprochen werden kann, sobald die Größe der Bestellung zur Leistungsfähigkeit bei normalen Arbeitszeiten nicht im richtigen Verhältniß steht. Daß von den Verwaltungsbehörden für die Uebergangszeit die äußerste Rücksicht geübt worden, ist wohl billig zu nennen. Doch dürfte für die Zukunft eine strengere Praxis angezeigt sein.“

Für die erwachsenen männlichen Arbeiter brachte die Gewerbeordnungsnovelle im Jahre 1892 weiter nichts als jenes Monstrum, das der preußisch-deutsche Arbeiterschutz die obligatorische schriftliche Arbeitsordnung nennt. Vorläufig hat diese Neuerung in Preußen, wo die Inspektion sich wegen des Inhalts der Arbeitsordnungen keine grauen Haare wachsen ließ, wie der badische Aufsichtsbeamte (vgl. XI. Jahrg., 1. Band, S. 728 der „Neuen Zeit“), nur die Wirkung gehabt, den ganzen Schmutz niedrigster Fabrikdespotie an die Oberfläche zu werfen, der sich bis Dato in den Werkstätten aufgehäuft hatte und der „gesitteten Welt“, namentlich aber auch der preußischen Bureaukratie genau so unbekannt geblieben war, wie ihn die Arbeiter kannten und fühlten. Bezeichnend dafür ist die Aeußerung des Arnsberger Inspektors (S. 237), der die Unternehmer als die Unbefangenen schildert, welche die Arbeitsordnungen meist nur von einander abgeschrieben hätten, ohne besondere Absichten mit ihren drakonischen Einzelbestimmungen zu verfolgen, Bestimmungen, „welche eher geeignet sind, das frühere Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu lockern, anstatt es weiter zu befestigen.“ Holde Unschuld, die ihren Traum von dem „früheren Einvernehmen“ noch immer nicht fahren lassen kann und erst von dem geschriebenen Buchstaben fürchtet, was die rauhe Praxis längst fertig gebracht hat! Die neuen schriftlichen Arbeitsordnungen bringen eben nur dasjenige zum schriftlichen Ausdruck, was längst barbarischer Gebrauch war: die völlige Versklavung des Arbeiters

im Betriebe, und wenn sich jetzt derselbe Inspektor angesichts des geschriebenen Fabrikdespotenrechts zu Aeußerungen wie „Kautschukparagraphen" und Aehnlichem versteigt, so ist das nachträglich ganz erfreulich, aber eigentlich doch recht betrübend, weil es zeigt, wie weit die preußische Fabrikinspektion hinter der Kenntniß der elementarsten Dinge zurückgeblieben war. Die unglaublichen Freiheitsbeschränkungen, welche die Mehrheit der neuen Arbeitsordnungen den Arbeitern auferlegt und die im preußischen Bericht wenigstens reichlicher als im sächsischen, bayerischen und württembergischen mitgetheilt werden, bieten Stoff zu einer besonderen Abhandlung, die ja wohl auch nicht ausbleiben wird. Die vom neuen Gewerbegesetz vorgeschriebene „Anhörung" der Arbeiter gestaltete sich, wo sie überhaupt beliebt wurde, zur reinen Farce. Schlauköpfe von Fabrikanten in Schleswig (S. 166) brachten ihre Aushänge sogar noch nachträglich „häufig in ganz kleiner, unleserlicher Schrift oder in solcher Höhe an, daß es unmöglich war, sie zu lesen", damit die Arbeiter nicht „über ihre vielen Rechte so eingehend belehrt würden." Die Verwirkung des rückständigen Lohnes bis zum Betrage des durchschnittlichen Wochenlohnes für „Kontraktbruch" des Arbeiters, diese herrliche Errungenschaft von 1891, vergaß natürlich die Mehrzahl der Unternehmer nicht, in den Inhalt der Arbeitsordnung aufzunehmen. Die Gewerbe-Inspektoren waren, selbst wenn sie anders gewollt hätten, mit ihren geringen Befugnissen und dem unvollkommenen Gesetz, welches ja nur eine Prüfung der Arbeitsordnungen auf ihre direkte Ungesetzlichkeit erlaubt, auch diesen Dingen gegenüber ohnmächtig. Und damit kann dieser Theil unserer Betrachtungen über die Thätigkeit der preußischen Gewerbe-Inspektoren im Jahre 1892 stimmungsvoll abgeschlossen werden.

II.

Der Ueberblick über die Art und Weise, wie die preußischen Aufsichtsbeamten die allgemeine wirthschaftliche Lage der ihrem Schutz unterstellten Arbeiterbevölkerung studiren und schildern, wird desto kurzweiliger sein. Diese Kurzweiligkeit ist durch die Berichte der Inspektoren selbst bedingt.

Im fünften Schlußabschnitt seines Berichtes soll jeder Inspektor „wirthschaftliche und sittliche Zustände der Arbeiterbevölkerung, Wohlfahrtseinrichtungen, Verschiedenes" nach dem bureaukratischen Schema behandeln, das seit mehr als zehn Jahren unverändert den Referaten zu Grunde liegt. Wer die Worte dieser Ueberschrift prüfend überliest und die deutsche Sozialreform kennt, braucht nicht lange zu rathen, welcher Gegenstand den verführendsten Zauber auf die preußischen Inspektoren ausübt: die Wohlfahrtseinrichtungen. Das ist ein Lobpreisen, Singen und Sagen von Fabrikküchen, Arbeiterbadeanstalten, Sparkassen, Schlafsälen, Kaffeevertheilungen und Ankleideräumen, daß man sich in einen Kreis fröhlich klatschender Wohlthätigkeitsdamen versetzt glaubt, die ihre Söckchen für Negerkinder stricken. Da tauchen auf einmal die vorher bei Gesetzesübertretungen sorgsam verschwiegenen Namen und Firmen der Unternehmer auf, um in goldenen Lettern am Schlusse des amtlichen Berichts zu prangen. Und selbst die tüchtigeren der Beamten, ebensowenig wie der badische Inspektor, können sich dieser Modesucht entziehen. Sie müssen mitplauschen, denn man hört es ja an gewissen Stellen gar zu gern, und die Schilderung der wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung außerhalb des Paradieses der Fabrikwohlfahrtseinrichtungen, die Schilderung des Lebens und Treibens der Arbeiter daheim kommt natürlich schlecht dabei weg — nein, sie fällt stellenweise vollständig aus. Und daß die Nichterfüllung einer wenn auch amtlichen Pflicht schließlich die bequemste Form der Erledigung ist, das wird gewiß Niemand bestreiten.

Thatsächlich haben die Gewerbe-Inspektoren für Pommern und Hannover im vorliegenden Bande weder über wirthschaftliche Zustände noch über Wohlfahrtseinrichtungen überhaupt etwas zu berichten, und ihr Kollege für Posen läuft ihnen beinahe den Rang insofern ab, als er an der betreffenden Stelle ganze fünf Druckzeilen über einen Wohnungsbauverein und Volksunterhaltungsabende von sich giebt, was für solch' wichtige Dinge doch entschieden etwas wenig ist, freilich immer noch mehr, als gar nichts; und gar nichts hatte dieser Inspektor für die wirthschaftlichen Zustände übrig. Für diese drei preußischen Provinzen gab es also im Jahre des Heils 1892 keine „wirthschaftlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung"; vielleicht eine ganz geschickte Art der Aufsichtsbeamten, durch die Verneinung die Bejahung sehr böser Dinge auszudrücken. . . . Der Breslauer Beamte macht einen schüchternen Anlauf, über drei oder vier Wohlfahrtseinrichtungen zur Hauptsache zu kommen, und bleibt glücklich bei einem Getränk gegen die Cholera stecken. Der Inspektor für Arnsberg wendet ein ganz originelles Verfahren an, um seiner Pflicht der Berichterstattung zu genügen: er giebt zwei kurze Auszüge aus den Statuten und Geschäftsberichten der Spar- und der Baukasse eines großen Werks seines Bezirks — und er hat die „wirthschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung" erschöpft. Anfängern in der Gewerbe-Inspektion bestens zur Nachahmung empfohlen! Die Angaben der Beamten für Trier und Düsseldorf sind reine Bücher über Wohlfahrtseinrichtungen dagegen — aber freilich auch nur über Wohlfahrtseinrichtungen; und was bleibt nun vom ganzen Königreich Preußen übrig? . . .

Nicht viel, vielleicht zwei Dutzend Berichtsstellen, von denen noch fast die Hälfte auf Mittheilungen über die Wohnungsverhältnisse, namentlich die tieftraurigen der Ziegeleiarbeiter (s. S. 54, 64, 178, 214, 228 und 305) entfallen, also auf ein Gebiet, das dem sportsmäßigen Betrieb der Sozialreform auch schon ziemlich nahe liegt. Wenn aber der Rest der Angaben zur wirthschaftlichen Lage der gewerblichen Arbeiter in Preußen während des Jahres 1892 so klein ist und doch einen ganzen Abgrund unermeßlichen Elends vor uns eröffnet, dann sollen diese Daten für dies Mal genügen, um der preußischen Gewerbe-Inspektion wenigstens zu zeigen, was sie zu studiren hätte. Und der Abgrund fürchterlichster Noth klafft auf bei den Worten des Beamten für Frankfurt a. O. und Potsdam (S. 53), „daß die Ernährungsweise selbst unter den besser gelohnten Arbeitern namentlich der Berliner Vororte vielfach eine mangelhafte war, daß die dortigen ledigen Männer häufig keine warme Mittagsmahlzeit hatten und die unverheiratheten Arbeiterinnen Mittags meistens mit Kaffee und Brot sich begnügten". Dem fügt der Inspektor für Oppeln (S. 113) den lakonischen Satz hinzu: „Die Arbeitslosigkeit in dem Industriebezirke war . . . groß." Der Beamte für Schleswig (S. 172—177) schreibt: „Hinsichtlich der Löhne und Arbeitszeiten sind vielfach Veränderungen zu Ungunsten der Arbeiter eingetreten, wohingegen nur in sehr wenigen Fällen die Löhne bei gleichbleibenden Arbeitszeiten etwas erhöht wurden. Mit Verminderung des Lohnes hat nicht selten eine gleichzeitige Betriebseinschränkung durch Verminderung der Arbeiterzahl oder Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden. . . . Die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse hat eine allgemeine Einschränkung erfahren. Theilweise ist sie — „namentlich unter den Gelegenheitsarbeitern der größeren Städte — eine äußerst niedrige". Von einem „Sinken des Arbeitseinkommens der Arbeiterschaft" spricht der Bericht für Köln und Koblenz (S. 292), und im Regierungsbezirk Münster (S. 213) war die wirthschaftliche Lage der Arbeiter bis gegen Mitte des Berichtsjahres „eine recht gedrückte". Diese Berichtsstellen wurden hier zunächst von uns zusammengestellt,

um zu zeigen, zu welcher Deutlichkeit der Ausdrücke die allgemeine Arbeitsnoth eine Anzahl Beamten zwang. Leider stehen aber die Berichtsstellen meist nicht so unzweideutig, frank und frei in dem amtlichen Bande. Und hier haben wir einen der schwersten Vorwürfe gegen eine Reihe der preußischen Gewerbe-Inspektoren zu erheben: aus ihrer ganzen Ausdrucksweise leuchtet wiederholt das Bestreben, in so ernsten Zeiten wie den gegenwärtigen der Wahrheit noch dialektische Vortheile abgewinnen, mit dem „einerseits" und „andererseits" jede Entschiedenheit der Stellungnahme umschiffen und durch Verallgemeinerungen verwischen zu wollen, was, auch nur theilweise zugestanden, die schwerste Anklage gegen die heutigen Zustände bildete. Was soll das Wortspiel der folgenden Sätze aus dem Berliner Bericht heißen, von denen beinahe jeder nachfolgende den vorhergehenden wieder aufhebt und von denen jeder einzelne in der Sprache eines vorsichtigen Prozeßaktenstückes abgefaßt ist? „Aus den Mittheilungen unter I geht hervor", so schreibt der Berliner Beamte (S. 23), „daß die in Fabriken beschäftigte Arbeiterbevölkerung nahezu dieselbe geblieben ist, wie im Vorjahre. Wenn sich hieraus Schlüsse auf die wirthschaftliche Lage ziehen lassen, so ist auch diese nicht wesentlich schlechter geworden. Neuerliche Aeußerungen lassen sogar die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse zulässig erscheinen. Ihnen stehen allerdings sehr zahlreiche Klagen über die große Geschäftsstille gegenüber, denen die Glaubwürdigkeit nicht ganz abzusprechen sein wird. Bei der Besichtigung der Fabriken fällt es auf, daß viele Arbeitsplätze leer sind und daß manche Maschine still steht. Viele Werkstätten ... wurden schwach besetzt gefunden. Im Allgemeinen aber dürften stichhaltige Gründe zu Befürchtungen bezüglich der wirthschaftlichen Lage der Fabrikarbeiterbevölkerung nicht vorliegen. Lohnherabsetzungen in größerem Umfange sind trotz Nachfrage nicht zu meiner Kenntniß gelangt." Das ist keine ernste Berichterstattung, das ist ein Spiel mit Worten! Dasselbe gilt für die Leichtigkeit, mit welcher andere Beamte zwar von Lohnherabsetzungen, aber entweder nur von „geringen" (S. 23, 53, 104), oder von solchen „nicht größeren Umfanges" (S. 274), oder von „zeitweiligen" sprechen (S. 377). Warum werden keine Zahlen gegeben, warum wird das Minus nicht einfach ziffernmäßig mitgetheilt? Dann kommen wieder Andere, die das Weniger an Lohn durch das Sinken der Lebensmittelpreise ausgeglichen erscheinen lassen, und daneben laufen Verallgemeinerungen, welche das Sinken einzelner Lebensmittelpreise scheinbar für das ganze Berichtsjahr in Rechnung stellen, während es erst vom Spätsommer ab datirte (S. 213, 374). Weshalb auch hier keine positiven Berechnungen, weshalb kein Nachweis darüber, daß Lohnverminderung und Preisabschlag in jenem Verhältniß zu einander standen? Die Höhe dieser Berichterstattung wird schlagend gekennzeichnet durch die Thatsache, daß eigentlich nur ein Beamter, derjenige für Oppeln, eine den elementarsten Anforderungen entsprechende Lohnstatistik liefert, die für 1892 absteigende Kurven aufweist, und daß sich der Bericht über den Regierungsbezirk Wiesbaden, an dessen Spitze einer der ältesten preußischen Aufsichtsbeamten steht, durch folgenden Satz auszeichnet: „Die Löhne sind je nach den einzelnen Industriezweigen, nach den örtlichen Verhältnissen und je nachdem die Arbeiter als „gelernte" Arbeiter gelten oder nicht, — — — sehr verschieden." Die Kläglichkeit dieses sozialpolitischen Dilettantismus braucht auch dem Laien durch keinen Zusatz weiter verdeutlicht zu werden.

So sind in schweren, ernsten Zeiten die Berichte derjenigen Staatsbeamten beschaffen, deren Beobachtungen die gesammte innere Politik des größten deutschen Bundesstaates bestimmen müßten. Ob man in Preußen daraus schließen wird,

daß es mit der bloßen quantitativen Aufbesserung der Gewerbeaufsicht, mit der alleinigen Vermehrung des Inspektionspersonals und damit, daß man einige tüchtige Leute als Inspektoren weiter — duldet, nachdem man ihnen auf Veranlassung der Unternehmer Lektionen wegen des Verkehrs mit den Arbeitern ertheilt hat (vergl. Köln), nicht gethan ist? Wir haben einige Verbesserungen im preußischen Gewerbeaufsichtsdienst, welche die äußere Reorganisation unleugbar mit sich gebracht hat, gern anerkannt. Das Gesammturtheil aber muß gerade angesichts des Lärms, der von dienstbereiten Seelen wegen der „Reform" gemacht wird, sehr entschieden abfällig lauten. Wir haben uns im Uebrigen ja den Kopf wegen der Gewerbe-Inspektion nicht zu zerbrechen. Der stetige, lebendige Verkehr mit den Stellen, an welchen alle Seiten des Arbeiterdaseins zur fortwährenden klaren Spiegelung gelangen, erhält uns auf dem Laufenden. Nur soll die Legende sich nicht einnisten, als thue man von jener Seite Alles, was gethan werden könne, und lediglich eine überspannte Kritik verlange Dinge, die erst in langer Zeit geleistet werden könnten. Nein — vom Standpunkt des ordnungsliebenden, bürgerlichsten Sozialpolitikers aus bleibt die preußische Gewerbe-Inspektion als Ganzes, das zeigen ihre Berichte für 1892, tief, tief unter demjenigen, was seit zwanzig Jahren hätte geleistet werden können.

Das erste sozialdemokratische Bilderbuch.*

Von E. Erdmann.

Vor mir liegt ein Buch, dessen Erscheinen ein Ereigniß in der Kinderliteratur bedeutet. Es ist das erste sozialdemokratische Bilderbuch; die erste literarische Gabe der Klasse, welcher die Zukunft gehört, an die Jugend. Völlig abgesehen von seinem künstlerischen Werth oder Unwerth stellt dieses Buch eine politische und geistige That dar. Zum ersten Male erscheint die neue Weltanschauung im Bilderbuch und spricht in schlichter Form zu den Kindern, denen bisher das Gegentheil des hier Dargebrachten als das Erstrebenswerthe und Moralische gezeigt worden war. Der Anfang einer gesunden Jugendliteratur, welche mit dem unwahren, wässerigen Kram der alten Kinderbücher aufräumen will, ist somit gemacht. Es ist dokumentirt, daß die Sozialdemokratie daran geht, auch die direkte Beeinflussung der Kinder in die Hand zu nehmen und die thatsächliche Messung ihrer Kräfte mit dem machtvollen Faktor der alten Jugendliteratur zu beginnen gedenkt.

Bis jetzt waren die Arbeiterkinder in der Jugendbücherwelt übel daran. Nicht nur wehte aus ihr ein Geist, welcher ihrem instinktiven Gefühl zuwiderlief und mit den im elterlichen Hause von ihnen eingesogenen Ideen nicht übereinstimmte, sondern sie spielten auch selbst eine klägliche Rolle darin. Sie und die Ihrigen traten im Ganzen nur als Wesen auf, die unter Voraussetzung eines anspruchslosen, respektvollen Benehmens gegen die „Gebildeten" ein wohlwollend geduldetes Appendix der allein in Betracht kommenden reicheren Klassen ausmachten, denen sie zur Bethätigung ihrer geistigen und moralischen Ueberlegenheit dienen mußten. Hier aber erscheint das Proletariat in den Bilderbüchern zum ersten Male als eine selbständige Welt, die von den anderen Klassen keine Moral zu borgen braucht und des Daseins der Anderen absolut nicht benöthigt.

Angesichts dieser bedeutungsvollen Thatsache kommt der künstlerische Gehalt des Buches erst in zweiter Linie in Betracht. Es ergiebt sich von selbst, daß ein Buch nicht mit dem Maßstabe eines gewöhnlichen Bilderbuches gemessen werden kann, welches eben durch den Umstand, daß den Kleinen zum ersten Male die Welt

* Bilderbuch für große und kleine Kinder. Stuttgart, J. H. W. Dietz. — Unseren Standpunkt in der Frage der Jugendliteratur legen wir in einem Nachwort dar. D. Red.

in sozialdemokratischem Lichte dargestellt wird, die Absicht der Verfasser erfüllt, den Kindern „ein einzig Buch, dann aber auch das beste", auf den Weihnachtstisch zu legen. Unmöglich wäre zu erwarten, daß bei einem so schwierigen Unternehmen gleich auf den ersten Schlag ein tadelloses Kunstwerk herauskäme. An äußerer Ausstattung hat der bewährte Herausgeber das Beste geleistet, was für einen so billig gesetzten Preis irgendwie zu erwarten ist. Die Auswahl des Inhalts vertheilt sich sehr geschickt auf Erzählungen, Märchen, Gedichte und belehrende Stoffe. Sie athmen den Geist der Menschenliebe und Moral. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß ein Hauch von Herbheit über dem Ganzen liegt. Es kann kein harmlos-künstlerischer Genuß aufkommen angesichts der gar zu stark aufgetragenen Nutzanwendungen. Man vermißt die geheime Kraft des Künstlers, welcher seine Werke von dem Geist einer Weltauffassung durchtränkt, so daß sie mit Händen zu greifen ist, ohne daß ihre Grundsätze in klaren Worten direkt ausgesprochen werden. Die Kunst des Geschichtenschreibens für die Kleinen hat die Kreise verlassen, die ihr der Kapitalismus seit lange angewiesen hatte, aber noch fühlt sie sich nicht völlig heimisch in einem Gewand, das zum ersten Male ihr angelegt wird. Doch das wird kommen. Der Weg ist eingeschlagen, welcher allein zu der heilsamen Reformirung unserer Jugendliteratur führen kann. Im Schoße des Volkes nur liegt der goldene Schatz wahrer kindlicher Poesie verborgen. Aus dem Leben des Volkes heraus wird uns jegliche kommende Kunst, der wir mit fester Zuversicht harren, geboren. Und wenn in unserem Bilderbuche eines so gänzlich fehlt, dem in der Beschäftigung mit den Kindern eine so wichtige Rolle zufällt, der feine Geselle Humor, wie er beispielsweise in den „Sprechenden Thieren", dem klassischsten Bilderbuche der Bourgeoisie, in so entzückender Weise auftritt, so können wir das zunächst nur erklärlich finden. In einer Bewegung, die wie die unserige sich unter Kampf und Ringen Schritt für Schritt den Boden erwirbt, ist noch nicht allzu viel Raum für sorglosen Scherz. Vorläufig tritt das köstliche Ziel, das manche unserer Theoretiker uns so verlockend zeigen, wo die Maschinen für uns schaffen, wir aber, in der Erwerbsarbeit auf ein Minimum beschränkt, in der heiteren Sphäre des edelsten Lebensgenusses schwelgen, noch zurück vor dem furchtbaren Ernst, der unsere Existenz auszeichnet, vor der unausgesetzten, strengen Selbstbeobachtung, die unser Kampf und unsere Lebensauffassung von uns fordert. Aber es hat keine Noth! Sobald unsere Bewegung sich mehr und mehr im Volke befestigt, sobald wir nur erst auch in der Kinderliteratur uns einzuleben beginnen, wird die Fülle der Poesie mit Allem, was gerade die Kleinen von ihr zu fordern berechtigt sind, auch auf diesem Gebiete zu uns kommen.

Die Proletarierkinder, welche nach Licht und Poesie hungern, werden fortfahren, uns den Weg zu weisen, den wir einschlagen müssen, um die Töne zu finden, die ihre Herzen treffen. Ihr Gemüth birgt eine solche unendliche Fülle von tiefem Empfinden, daß es uns nicht schwer werden wird, sie tiefer und tiefer zu belauschen, wo wir mit dieser Aufgabe einmal begonnen haben.

Nachwort der Redaktion. Wir huldigen in der Regel dem Grundsatze, Werke, die demselben Verlage entstammen, in dem vorliegende Zeitschrift erscheint, nicht zur Besprechung zu bringen. Diesmal machen wir jedoch eine Ausnahme, weil das behandelte Thema eine eingehendere Erörterung in unserer Presse, so viel wir wissen, noch nicht gefunden hat.

Und doch ist das Interesse dafür ein sehr reges, das beweisen schon die wiederholten Anregungen auf Schaffung einer Jugendliteratur, die auf den letzten Parteitagen gegeben worden sind. Das Bedürfniß nach einer solchen ist ein allgemeines und wohlbegründetes. Eine Partei, der die Zukunft gehört, muß mehr noch als alle anderen auf die heranwachsende Jugend bedacht sein. Und neben dem Schutz der arbeitenden und überhaupt der armen Kinder und neben der Schule kommt da besonders in Betracht die Jugendliteratur. Freilich, die Erörterung und Propagirung unserer Grundsätze kann nicht Aufgabe unserer Jugendliteratur sein. Man verschone die Kindergehirne mit Theorien und Abstraktionen. Auch die einfachsten Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft vermögen sie nur allmälig zu erfassen,

und Sätze müssen sie verstehen lernen, die uns als Gemeinplätze erscheinen. Nur für das Konkrete ist das Kindergehirn empfänglich. Wie die Schule hat auch die Jugendliteratur vornehmlich die Aufgabe, durch die Anschauung und thatsächliche Mittheilungen die Kenntnisse des Kindes zu erweitern, durch das Beispiel seinen Charakter zu beeinflussen. Hauptsächlich ist es letztere Aufgabe, durch die das Interesse der Sozialdemokratie an der Jugendliteratur bedingt wird.

Allerdings, die Ansicht, als könne man den Charakter eines Kindes durch Lehre und Erziehung willkürlich gestalten, kann heute als völlig überwunden angesehen werden. Der Charakter eines jeden Individuums wird bestimmt durch seine natürlichen Anlagen und die Umgebung, in der es sich entwickelt. Aber zu dieser Umgebung gehören nicht blos die Verhältnisse, in denen wir leben, die Personen, mit denen wir verkehren, sondern auch die Verhältnisse und Personen, die wir in unserer Literatur treffen. Das Denken und Fühlen unserer Kinder hängt ab nicht blos von der Gesellschaft, in die sie im Leben gerathen, sondern auch von der Gesellschaft, in die sie in der Literatur gerathen. Das soziale Milieu ist das wichtigere, das entscheidende. Aber auch das literarische ist von Bedeutung, und ist es weniger wichtig, so ist es dafür um so leichter zu ändern und zweckentsprechend zu gestalten.

Wenn wir sagen leichter, so ist das natürlich nur relativ zu verstehen. Es ist leichter, in Gedanken, als thatsächlich unseren Kindern eine gesunde Umgebung zu schaffen; es ist leichter, ein sozialistisches Buch zu schreiben, als eine soziale Reform durchzusetzen — von einer sozialen Revolution gar nicht zu reden. Aber damit ist nicht gesagt, daß man eine gute, zweckentsprechende Literatur aus dem Aermel schütteln oder daß man sie überhaupt willkürlich hervorrufen kann. Auch ihre Schaffung unterliegt bestimmten Bedingungen.

Es erscheint uns sehr wahrscheinlich, daß die Periode des aufstrebenden Proletariats, in der wir leben, nicht ebenso die einer Blüthe der schönen Literatur wird, wie die der aufstrebenden Bourgeoisie war. Wenigstens sprechen die bisherigen Erfahrungen dafür. Das ist unschwer zu verstehen, wenn man bedenkt, daß das Proletariat diejenige Klasse ist, welche durch ihre soziale Lage mehr als jede andere an der Entwicklung eines künstlerischen Empfindens und an künstlerischem Schaffen gehindert wird, während die Bourgeoisie in dieser Beziehung besonders begünstigt ist. Das bischen Muße und alle die geistige Kraft, die dem Proletariat zu Gebote stehen, absorbirt der Kampf, der Klassenkampf; zum Besingen des Kampfes in formvollendeter Weise bleibt weder ausreichende Muße noch Kraft übrig. — Auch die der Bourgeoisie entstammenden Elemente, welche sich dem Proletariat anschließen und in ihm aufgehen, werden fast alle vom Klassenkampf in Anspruch genommen.

Wohl haben wir eine mit dem Proletariat sympathisirende Dichtkunst aufzuweisen, aber sie entstammt der Bourgeoisie, und zwar jenen arbeiterfreundlichen Elementen derselben, die sich vom Klassenkampf des Proletariats fernhalten, in der Regel entweder aus Zaghaftigkeit oder Mißtrauen oder Verständnißlosigkeit. Diese Poesie steht meist auf dem Standpunkt, auf dem die Utopisten und Philanthropen Englands und Frankreichs schon vor hundert Jahren standen. Da sie vom Klassenkampf absehen, erblicken diese Dichter die Arbeiterklasse nicht in ihrem Aufschwung, sondern in hilfloser Verkommenheit; sie erheben sich nicht mit ihr und durch sie, sondern sie lassen sich herab zur Niedrigkeit des Proletariats in überquellendem Mitleid, wie der Gott Mahadöh zur verachteten Bajadere, und heben als „Unsterbliche“

„. . . . verlorene Kinder
Mit feurigen Armen zum Himmel empor“.

Diese Poesie kann große und erhebende Kunstwerke schaffen, aber sie wird immer eine bürgerliche Poesie bleiben, nie eine Kunst des siegreich voranschreitenden, des selbstbewußten, des den anderen Klassen moralisch überlegenen Proletariats sein.

Und die Aussichten auf eine proletarische Kunst bessern sich nicht.

Inter arma silent artes, im Kriegsgetümmel kommt die Kunst nicht zum Wort; je revolutionärer die Zeiten werden, desto schlechter sind die Aussichten der schönen Literatur und der Kunst überhaupt. Sie ging im vorigen Jahrhundert in Frankreich

um so mehr zurück, je näher man der Revolution kam. Nicht aus dem Kampf, erst aus dem Sieg des Proletariats dürfte eine neue Blüthe der Literatur hervorgehen.

Eine gute Belletristik für die Jugend zu schaffen ist aber noch schwieriger, als eine solche für Erwachsene. Neben Phantasie und Gestaltungskraft erfordert sie auch ein tiefes Verständniß der Kindesseele. Wir erwarten daher nicht, wie der Rezensent des Bilderbuchs, daß die Fülle der Poesie auch auf diesem Gebiete bald zu uns kommen wird.

Aber zum Glück ist das auch nicht nothwendig. Wir können uns damit begnügen, sie dort zu suchen, wo sie bereits vorhanden ist. Was unsere Jugendliteratur bieten soll, ist ja nichts Unerhörtes. Das, was unerhört in unserer Bewegung ist, unsere Grundsätze, unsere Ziele, das braucht in der Jugendliteratur nicht abgehandelt zu werden. Sie soll nicht sozialistische Propaganda treiben, sondern Charaktere bilden, sie soll alle jene Keime in den Kindern zu entwickeln suchen, welche die heutige Gesellschaft nur zu leicht verkümmert, den Wissensdrang, die Ueberzeugungstreue, das Verlangen, den Unterdrückten und Schwachen zu helfen, die Selbstlosigkeit gegenüber den Genossen, aber auch das Selbstgefühl dem Feinde und dem Herrn gegenüber, den Haß gegen Unterdrückung und Niedertracht, die Verachtung aller Schmeichelei und Knechtseligkeit.

Die heutige Jugendliteratur, die voll ist von Mordspatriotismus, Byzantinismus und Muckerei, wirkt völlig im gleichen Sinne wie die herrschende Gesellschaft, sie zu bekämpfen ist unsere Aufgabe. Aber das gilt doch nicht von der ganzen bisherigen Literatur. Aus dem Geiste der antiken und der altgermanischen Demokratie ebenso wie aus dem des aufstrebenden revolutionären Bürgerthums ist eine reiche Literatur geflossen, die zahllose Beispiele und Verherrlichungen jener Tugenden bietet, welche man als die Mannestugenden bezeichnet. Aus dieser Literatur, der Sagenwelt und den klassischen Dichtern der verschiedenen Nationen, das Geeignetste zu sammeln und für die Jugend in unserem Sinne zu bearbeiten, das ist eine Aufgabe, die geleistet werden kann und die geleistet werden soll.

Vor Allem aber wären diejenigen Werke der bereits bestehenden Jugendliteratur, die zu klassischen geworden sind, die ewig jung und ewig populär bleiben, vom Robinson Krusoe an, von all dem widerlichen Wust zu reinigen, von dem sie im Laufe der Zeiten überwuchert wurden, von jener Frömmelei und vor Allem von jener Rohheit, die allerdings vornehmlich die neueste Jugendliteratur auszeichnet, die aber auch manchen Werken der älteren nicht fehlt und die deren Reform am dringendsten nöthig macht. Wohl sollen wir unsere Kinder nicht zu Weichlingen erziehen, die jedem Kampf aus dem Wege gehen, im Gegentheil, sie sollen Kämpfer werden, bereit, ihre Persönlichkeit einzusetzen für eine große Sache; aber was manche der heutigen Jugendschriftsteller entwickeln, das ist geradezu ein kannibalisches Behagen am Morden, am Morden von Schwächeren, oft Wehrlosen, namentlich von Wilden und Wild, in allen jenen blödsinnigen überseeischen Jagd- und Raufgeschichten, die unseren Kindern ebenso falsche Anschauungen wie rohe Instinkte beibringen. Vielleicht nirgends hat die Kolonialpolitik größere Verheerungen angerichtet, als in den Köpfen unserer Kinder.

Wenn sich in unseren Reihen Schriftsteller finden, namentlich Pädagogen, die an die Sichtung und Reinigung unserer Jugendliteratur von Rohheit und Gemeinheit, Servilität und Muckerei gehen, so werden sie sich um die heranwachsende Jugend des arbeitenden Volkes und um unsere Sache wohl verdient machen. Und das ist eine Aufgabe, die verhältnißmäßig leicht gelöst werden kann.

Sollten daneben auch begabte Jugendschriftsteller in unseren Reihen erstehen, die unsere Jugendliteratur mit bedeutenden originalen Schöpfungen bereichern, um so besser. Aber wir glauben, die Schaffung einer mit dem sozialistischen Empfinden harmonirenden Jugendliteratur ist zu wichtig, um so wichtiger, je verrohender und abstoßender die bürgerliche Jugendliteratur wird, als daß sie diesem Zufall überlassen werden sollte. Wir sind die Erben einer reichen Vergangenheit: Nützen wir unser Erbtheil aus und passen wir es unseren Zwecken an.

Das Ende der deutschen Schnapsausfuhr.*

Wie anders war es unseren Junkern, als sie noch — halb den normalen Geschäftsgewinn, halb die staatliche Ausfuhrprämie im Sacke — im Jahre über 91 Millionen Liter Branntwein aus Deutschland ausführen konnten! 1882 standen sie auf dem Gipfel ihrer Weltmarktsstellung. Dann ging es reißend bergab und heute müssen sie froh sein, wenn sie für ihr Produkt noch bei den Wilden Afrikas einen spärlichen Absatz finden. Nur der deutsche Markt ist ihnen noch sicher und der deutsche Konsument und Steuerzahler tributpflichtiger denn je.

Die letzte Hoffnung, diesen Zustand geändert zu sehen, nimmt ihnen eben die deutsche Regierung in der Denkschrift, die dem deutsch-spanischen Handelsvertragsentwurf für den deutschen Reichstag beigefügt ist. „Bei den Verhandlungen mit Spanien" — heißt es da — „ist das Bestreben in erster Linie darauf gerichtet gewesen, dem deutschen Sprit das für unsere Landwirthschaft wichtige spanische Absatzgebiet wieder zu eröffnen. Alle auf die Erreichung dieses Zieles gerichteten Anträge und Vorschläge sind aufs Sorgfältigste geprüft worden und haben bei den Verhandlungen volle Vertretung gefunden, wie überhaupt Alles aufgeboten worden ist, um eine befriedigende Lösung dieser Frage herbeizuführen. Leider sind alle Bemühungen an der Wucht der entgegenstehenden thatsächlichen Verhältnisse gescheitert. Die Aufnahmefähigkeit des spanischen Marktes für den deutschen Sprit, welche um die Mitte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte, war um so wichtiger für uns, als Spanien nicht nur ein ausgedehntes, sondern auch nahezu das einzige ausländische Absatzgebiet für deutschen Sprit bildete."

In der That, als in Deutschland der Gesammtexport an Sprit bereits zurückging, nahm Spanien noch immer wachsende Mengen auf. Es konnte die Ungunst der allgemeinen Konjunktur nicht vollständig ausgleichen, aber es linderte doch die Schmerzen unserer preußischen Großgrundbesitzer. Und — wie die Internationalität unseres Wirthschaftslebens manchmal sonderbare Einfälle hat! — eigentlich war es, freilich wider Willen und indirekt, Frankreich, unser angeblicher Todfeind, dem unsere hypernationalen Schnapsbrenner die letzte Verlängerung ihrer Lebensfrist verdanken und das freilich jetzt ebenso sehr die Schuld an dem Ende der deutschen Schnapsausfuhr trägt.

Die Weinernte Frankreichs hatte 1874 70, 1875 sogar 83 Millionen Hektoliter Wein geliefert. Die Reblaus brachte den Ertrag 1876 auf 41, 1881 auf 34, 1886 auf 25 Millionen Hektoliter herunter. Als Hilfsquelle zum Ersatze des Ausfalles diente für Frankreich in erster Linie Spanien mit seinem ausgezeichneten Klima für den Weinbau. Noch 1876 betrug (nach Gwinner**) die französische Einfuhr von spanischem Landwein 303 404 Hektoliter im Werthe von 9 Millionen Pesetas, 1890 dagegen über 8 Millionen Hektoliter im Werthe von 240 Millionen Pesetas, sowie außerdem 93 973 Hektoliter Jerez- und Likörweine im Werthe von 10½ Millionen. „In fünfzehn Jahren hat die Reblaus Spanien drei Milliarden Franken eingebracht."

Schon diese Weinmehrausfuhr bedingte einen erheblichen Spritmehrverbrauch, den Deutschland naturgemäß in erster Linie deckte. Immerhin bleiben folgende Ziffern für die deutsche Gesammtausfuhr von Branntwein und die deutsche Ausfuhr nach Spanien überraschend:

	im Ganzen	nach Spanien
	Millionen Liter	
1882	90,7	18,9
1883	64,3	24,8
1884	74,4	35,3
1885	87,7	51,0
1886	74,6	51,3

* Wegen Raummangels leider verspätet. Der Artikel befand sich bereits vor der ersten Lesung des deutsch-spanischen Handelsvertrags in unseren Händen. D. Red.

** Die Handelspolitik Spaniens, in den „Schriften des Vereins für Sozialpolitik", Bd. 51.

Diese Verschiebungen erscheinen weniger verblüffend, wenn man erfährt, daß sie nicht nur das Ergebniß des Alkoholzusatzes zum spanischen Wein, sondern eines fortgesetzten Betruges gegen die französischen Zollbehörden sind, die hoch zu verzollenden Schnaps fortwährend als niedrig zu verzollenden Wein über die französisch-spanische Grenze hereinlassen mußten. „Seit 1882“ — lesen wir bei Gwinner — „bezahlte der spanische Wein bis zu 15,9 Grad Alkoholgehalt nur zwei Franken Zoll per Hektoliter. Nun unterliegt aber Alkohol in Frankreich einem Zoll von 156¼ Franken per Hektoliter, so daß es nicht nur ein lukratives Geschäft für die französischen Händler war, spanische Weine zu importiren, die neben 10—13 Prozent natürlichem Sprit 2—5 Prozent zugesetzten Alkohol enthalten mochten, sondern es entstand auch ein nicht unbedeutender Import in Spanien hergestellter, künstlicher ‚Weine‘. Ein Hektoliter dieser Fälschungen enthielt außer Wasser und Farbstoff circa 15 Liter Sprit, welche, anstatt (15 mal 1,56¼ =) 23,43 Franken, als Wein nur zwei Franken Abgabe erlegten. Es dauerte einige Jahre, ehe die französische Zollverwaltung diesen Betrug entdeckte. Dann erhob sich ein gewaltiger Lärm und strenge Maßregeln erfolgten, insbesondere ein Zirkular des Zolldirektors Pallain vom 5. März 1888, wodurch denn auch dem Unfug Abbruch geschah. . . . Neben den eigenen Präventivmaßregeln hatte Frankreich auch Vorstellungen bei der spanischen Regierung veranlaßt, in deren Folge durch Gesetz vom 26. Juni 1888 Spanien eine Konsumsteuer von 72 Pesetas per Hektoliter auf importirten sowohl als inländischen Sprit legte.“

Aber nicht nur die Rücksicht auf die möglichste Erhaltung des für Spanien ganz unschätzbaren französischen Weinmarktes, sondern auch das Interesse an der rasch emporgewachsenen eigenen Spiritusherstellung hat Spanien zu seinen Abwehrmaßregeln gegen den ausländischen, das heißt vor Allem: den deutschen Branntwein veranlaßt. Es verarbeitet, besonders seit die französische Weinproduktion sich wieder gekräftigt hat und mehr wie früher geschützt wird, seinen sonst werthlosen Ueberschuß an Wein zu Weinsprit und sucht diesem den Inlandsmarkt gegen jede ausländische Konkurrenz zu sichern. „An diesen Thatsachen“ — meint die Reichsregierung resignirt — „scheitern alle Bemühungen, dem deutschen Sprit das verloren gegangene Absatzgebiet in Spanien wiederzugewinnen. Mußten demzufolge alle hierauf gerichteten Bestrebungen als unbedingt aussichtslos erkannt werden, so hätte es den Boden realer Handelspolitik verlassen heißen, hätte man um der verlorenen Sache unserer Branntweininteressenten willen, so bedauerlich dieser Verlust namentlich auch vom Standpunkte unserer landwirthschaftlichen Interessen aus erscheinen mußte, die Gesammtinteressen aller übrigen an dem Güteraustausch mit Spanien betheiligten deutschen Erwerbszweige aufs Spiel setzen wollen.“

Um der verlorenen Sache unserer Branntweininteressenten willen! Und in der That, wenn die deutsche Branntweinausfuhr bis 1886 trotz des Gesammtrückganges noch immer manche Lichtseite zeigte, so ist seit 1887 Alles Schatten. Die Ausfuhr betrug

	im Ganzen	nach Spanien
	Millionen Liter	
1887	58,3	27,4
1888	32,3	14,3
1889	24,4	13,6
1890	29,8	20,8
1891	15,0	8,8
1892	8,3	0,7

Zur letzten Ziffer kommt die unter dem Freihafen Hamburg nachgewiesene Ausfuhr aus dem deutschen Zollgebiet, die wohl ebenfalls fast ausschließlich nach Spanien weiterging und die gleichfalls eine rapide Abnahme zeigt (1884 21,8, 1885 18,1, 1891 1,1 Millionen Liter).

Es ist also endgiltig vorbei mit den Zeiten, wo Preußen-Deutschland die „Zentral-Schnapsfabrik der Welt“ bildete. Alle Nationen haben mehr und mehr Werth darauf gelegt, ihren Alkohol selber zu produziren; die agrarische Krisis hat

die Absperrung nach außen noch besonders befördert. So brennt und braut man denn überall darauf los, aus Kartoffeln und Getreide und Hülsenfrüchten, aus der Rübenmelasse und den Abgängen des Zuckerrohres, aus Obst und Wein und Weinabfällen, mit den primitivsten Apparaten und in den technisch vollendetsten Großbetrieben. Daß das Reinigungsverfahren allmälig bis zur denkbar höchsten Leistungsfähigkeit entwickelt wurde, hat den Deutschen auf dem Weltmarkt nichts genützt. Und die Russen sind mit ihrer Schnapsausfuhr bankerott, trotzdem sie seit langen Jahren schon von der theuren Getreide- zur billigen Kartoffelbrennerei übergingen.* Der Schnaps hat, wie so mancher Waarenbesitzer auch, seinen kosmopolitischen Charakter abgestreift: er kommt über die Grenzpfähle seiner Heimath nicht mehr heraus. Das schmerzt freilich unsere verwöhnten Agrarier. Aber sie mögen sich trösten; sie werden vom Auslande nur mit den Ruthen gestrichen, die sie selber auf dem heimischen Markte für die ausländische Konkurrenz haben binden helfen. ms.

Literarische Rundschau.

Emanuel Hans Sax, **Gedichte.** Meran, F. W. Ellmenreich's Verlag, 1892. In demselben Verlag erschien gleichzeitig:

Emanuel Hans Sax, **Im Volkston.** Allerhand Verse und G'stanzeln.

Wie kommt Saul unter die Propheten? möchte man verwundert fragen, wenn man den verdienstvollen Verfasser der „Thüringer Hausindustrie" mit zwei schmucken Bändchen Liebeslieder erscheinen sieht. Er selbst sagt darüber:

Komisch sind' ich die Leutchen: Weil ich Gelehrtes geschrieben,
Soll verschlossen mir sein ewig der heitre Parnaß?

Aber es läßt sich wohl noch eine gründlichere Antwort auf jene Frage finden. In jedem echten Historiker steckt ein Stück Poet, und das ist auch in der „Thüringer Hausindustrie" sehr zu spüren. Sie ist unter den neueren Schriften der deskriptiven Nationalökonomie nicht die konsequenteste, aber wohl die genialste, die mit einem Blick oft mehr aus Land und Leuten schöpft, als sich aus einem Dutzend statistischer Ziffern enträthseln läßt. Wie aber solch Stück Poet in einem gelehrten Leibe lärmen und rumoren kann, um sich auf die eigenen Beine zu stellen, die es am Ende doch nicht hat, das hat Niemand hübscher geschildert, als David Strauß in seinen „Literarischen Denkwürdigkeiten".

In Sax ist das Teufelchen rebellisch geworden, als er, leider als Kranker, im südlichen Tirol lebte. Und es rennt wirklich ohne Füße dahin; die Berliner Banausenkritik könnte in ihrer silbenstechenden Manier der Metrik der beiden Büchelchen arge Dinge nachsagen. Das geht über Stock und Stein und manchmal über Knüppeldämme, von denen jede Rippe ihren besonderen Puff bekommt. Aber wenn der Dichter singt:

Zwar bin ich nicht ein Dichtgenie,
Das weiß ich jetzt und immer,
Doch leiht warmblütige Poesie
Meinen Sachen Duft und Schimmer,

* Rußland verbrauchte zur Spiritusgewinnung (Pud):

	Getreide	Kartoffeln
1880/81	55 685 000	52 251 000
1885/86	44 805 000	80 793 000
1886/87	41 008 000	74 854 000
1887/88	48 811 000	86 610 000
1888/89	47 872 000	77 805 000
1889/90	39 180 000	92 618 000
1890/91	40 425 000	85 042 000

1871 verwendete man in Rußland zur Schnapsbrennerei etwa 50 Millionen Pud Getreide und 13 Millionen Pud Kartoffeln!

so malt dieser Vers nicht nur treffend die Form, sondern kennzeichnet auch treffend den Inhalt „seiner Sachen". Man wird in der That warm bei diesem derben Humor, dieser frohen Sinnlichkeit, dieser heiteren und tapferen Philosophie, die wehmüthig-dreist dem Tode ins dräuende Antlitz schaut. Mögen die Verse manchmal wie zerrissene Fetzen flattern: um so praller blickt der kernige Leib des Gedankens hervor. Nicht in ihrer Fassung, aber in ihrem Geiste ist diese Liebeslyrik mit einem echten Blutstropfen Gottfried August Bürger's gefärbt, des allzu Vergessenen, und ein höheres Lob läßt sich ihr nicht leicht spenden.

Inzwischen wollen wir doch auch nicht darüber trauern, daß es nur eine poetische Fiktion ist, wenn der Dichter seine „modrigen Quartanten" ins Feuer wirft, um fortan dem Liede und der Liebe zu leben. F. M.

Feuilleton.

At-Daván.

Skizze aus dem sibirischen Leben von **Wladimir Korolenko.**

Deutsch von **Norbert Hoffmann.**

(Schluß.)

VIII.

Nach alldem konnte sich kein Gespräch mehr entspinnen. Der Wächter brachte eine frische Ladung Holz in den Ofen, in der Jurte der Fuhrleute wurde der ungeheure Kamin gleichfalls mit Holz angefüllt, da man das Feuer die ganze Nacht hindurch unterhielt. Das Holz entzündete sich und das Feuer lohte hoch auf. Durch die halbgeöffnete Thüre sah man die Gestalten der Fuhrleute, wie sie um den Kamin herum auf den Bänken dalagen.

At-Daván bereitete sich zur Nachtruhe vor. Herr Kruglikow räumte uns die Nebenstube ein, wo Kopylenkow auch sofort einschlief. Das Stationszimmer blieb unbesetzt.

„Für Arabyn?" fragte ich.

„Ja", antwortete Kruglikow eigenthümlich mürrisch. Das Frauenzimmer, das uns bedient hatte, schlief wahrscheinlich schon lange, daher hantirte Herr Kruglikow selber herum. Er that Eisbrei in den Samowar, warf Kohlen hinein und stellte ihn für alle Fälle zum Kamin. Darnach fing er an, den Tisch abzuräumen, wobei er, indem er die Flaschen zurechtstellte, nicht versäumte, noch ein Gläschen irgend eines Getränkes hinabzustürzen. Er wurde immer finsterer; es schien jedoch, als habe der Schlaf gar keine Gewalt über ihn gewonnen.

Endlich verstummte Alles in At-Daván. Nur von Zeit zu Zeit hörte man draußen das Krachen des Eises, und in den finsteren Stuben, wo jetzt nur mehr der röthliche Widerschein der Flammen zuckend hin- und herhuschte, vernahm man von Zeit zu Zeit dumpfe Schritte und das Schlürfen von Filzschuhen. Manchmal aber hörte man ein Gläschen ganz leise erklingen und das Gluckseu der hineinquellenden Flüssigkeit.

Herr Kruglikow, den offenbar die aufgewühlten Erinnerungen nicht einschlafen ließen, irrte kummervoll in der Stationsstube umher, bald aufseufzend, bald betend oder irgend etwas vor sich hinmurmelnd. Ich versank in Träume.

— — — — — — — — — — — — — — —

Als ich wieder zu mir kam, war es noch immer tiefe Nacht; dennoch war At-Daván wieder voll Leben, Licht und Bewegung. Draußen hörte man

Schellengeläute, das Zufallen von Thüren — die Fuhrleute rannten umher, hinter dem Hause schnaubten und stampften die rasch herbeigeführten Pferde mit den Hufen im knisternden Schnee, ihre Kummetbögen mit dem Schellengehänge tönten unruhig durch einander und alles dies zog sich, ein lärmender Strom, von der Station gegen den Fluß hin.

In der Nebenstube zündete Herr Kruglikow, ohne sich zu beeilen, die Kerzen an. Das Schwefelhölzchen warf Anfangs einen blauen, geisterhaften Schein um sich, dann entflammte es sich mit einem Male und erleuchtete das Gemach.

Herr Kruglikow erhob es bis zum Docht, zündete die Kerze an und kehrte sich um. Unweit vor ihm stand eine neue Gestalt. Ein Mensch, in einen Rennthiermantel mit Kapuze gehüllt und ganz von Schnee bestäubt. Unter der Pelzkapuze blickten zwei schwarze, etwas schräggeschlitzte Kalmüken-Augen hervor. Ein bleiches Gesicht wurde sichtbar, eine dünne Nase und ein langer, herabhängender Schnurrbart. Ich erkannte die Züge jenes „Arabyn-Tojon", welchen At-Daván mit so stummer Unterwürfigkeit und Angst schon seit mehreren Tagen erwartete. Und gleichzeitig war dies mein Bekannter, der in Irkutsk so unbedeutende und schüchterne Kosaken-Fähnrich.

Anscheinend versprach der Anfang des Besuchs ein glückliches Ende desselben. Arabyn war sehr müde, vielleicht vom Wege oder auch von der Rolle des dräuenden Arabyn-Tojon. . . . Es schien, als wolle er nur einfach Athem schöpfen, sich mit Thee laben und sich aufs Ohr legen. . . . Jetzt stand er da, leicht in sich zusammengesunken, mit verschlafenem Gesichte, das Licht erwartend. Nur von Zeit zu Zeit blitzte in den trüben Augen Ungeduld auf, und noch etwas Anderes. . . . Herr Kruglikow sah jetzt nicht im Geringsten jenem kleinen, unscheinbaren und lächerlichen Menschen gleich, welcher noch gestern unterthänigst gebeten hatte, man möge Mitleid mit ihm haben und keine Pferde verlangen. Jetzt war er mürrisch, ernst und zurückhaltend. Seine Bewegungen waren nicht eilfertig und voll von einer gewissen Entschlossenheit. Er erschien hager und größer. Die gestrige Erzählung, eine große Menge von Branntwein, dessen Dämpfe eben erst in seinem von den alten Erinnerungen erhitzten Kopfe zu wirken begannen, die schlaflose Nacht, alles dies war offenbar nicht ohne Folgen für Herrn Kruglikow geblieben.

„Zum Teufel!" rief Arabyn ungeduldig, „rühr' Dich!"

„Ich bitte unterthänigst, etwas stiller, es sind Reisende hier", antwortete Kruglikow ruhig.

Arabyn nahm seine Mütze ab, und als er sie abgenommen hatte, sah man in seinen schwarzen Augen etwas wie Verblüffung aufleuchten. Gleichwohl trachtete er offenbar noch immer, sich zurückzuhalten.

„Den Samowar!" brummte er, indem er die Pelzhülle abnahm und sich an den Tisch setzte.

„Er ist bereit."

„Pferde . . ."

„Das Fahrgeld, wenn's beliebt."

Arabyn's kurz geschorener Kopf mit den dünnen, mongolisch geformten, etwas abstehenden Ohren wendete sich lebhaft und beunruhigt um. In den Augen flammte schon etwas Stärkeres auf, als einfaches Erstaunen. Er erhob sich und sagte noch einmal:

„Pferde, schnell!"

„Das Fahrgeld, wenn's beliebt", gab Kruglikow noch einmal mit einer Art herausfordernder Ruhe zurück.

In meiner Nähe fing etwas an, sich zu bewegen. Der eben erwachte Kopylenkow bemühte sich, halb auf seinem Bette sitzend, irgend einen Bestandtheil seines Anzugs geräuschlos anzuziehen, und zwar mit einer Miene, als ob in dem Stationsgebäude ein Feuer ausgebrochen wäre. Sein Hals war vorgestreckt und die gutmüthig-pfiffigen Augen leuchteten durch das Halbdunkel in Furcht und Neugierde.

„Nun, da wird's was geben", flüsterte er plötzlich, indem er sich zu mir vorneigte. „Dieser verzweifelte Kruglikow ... merk' Dir's, mein Brüderchen, wir beide haben nichts gesehen, — sonst könnten wir noch als Zeugen 'reinfallen. ..." Jetzt erst, nach diesen Worten, begriff ich die Sachlage. Von Herrn Arabyn, dem bekannten und gefürchteten Arabyn-Tojon das Fahrgeld verlangen, noch dazu in einem so entschiedenen Tone, noch dazu als Bedingung für die Beistellung der Pferde — das war von Seiten des demüthigen, in wilden Felsklüften vereinsamten At-Daván eine unerhörte Frechheit. Arabyn sprang auf, riß zornig seinen Reisesack an sich, zog hastig irgend ein Papier heraus und schleuderte es mit heftiger Geberde Kruglikow zu. Es geschah in einer Weise, daß man sehen konnte, er suche sich, müde und zerschlagen, in gewissen Grenzen zu halten, die Rolle des schrecklichen Arabyn-Tojon falle ihm jetzt, zu so später Stunde, im erwärmten und beleuchteten At-Daván, beschwerlich und unangenehm. Aber er wollte das Fahrgeld doch auch nicht bezahlen, um so weniger, als dieses stille, unterwürfige Gebiet der Lena eine Eigenthümlichkeit hat: zahlt Herr Arabyn in At-Daván, so bricht sein Prestige mit einem Male zusammen, und überall auf einer Ausdehnung von dreitausend Werst werden die Fuhrleute von Station zu Station die Kunde bringen, daß der utachán (große) Arabyn-Tojon sich ergeben hat und zahlt. ... Und überall werden sie von nun an unausbleiblich das Fahrgeld fordern. Er mochte wohl hoffen, daß Kruglikow vergessen habe, wer er sei und daß das Papier ihn daran erinnern werde. Allein es sollte nicht damit abgethan sein.

Kruglikow, noch immer ohne sich zu beeilen, entfaltete das Papier, las es aufmerksam durch, bewegte lange die Augen von Zeile zu Zeile und sagte endlich:

„Hier ist es gesagt: ‚auf ein Viergespann gegen Bezahlung des Fahrgelds'. Und Ihr nehmt sechs Pferde zu zwei Schlitten und wollt nicht das Fahrgeld bezahlen. Das ist ungesetzlich, mein Herr. ..."

Seine Stimme klang immer gleich ruhig, gleichwohl war es, als hätte sie sich in ganz At-Daván verbreitet. Der Lärm, der die Station erfüllt hatte, verstummte, die Fuhrleute drängten sich schüchtern neugierig zur Thüre, welche aus der Gesindestube in die Fremdenstube führte. Kopylenkow hielt den Athem an.

Arabyn fuhr auf, warf einen wüthenden Blick über das ganze Personal, reckte sich, schlug mit der Faust auf den Tisch und über sein Gesicht lief ein unheilverkündender Ausdruck.

„Ruhig!" schrie er, „was ist das ... Aufruhr?"

„Gar kein Aufruhr, Herr ... nach dem Gesetze war das in der That bisher ..."

Kruglikow konnte nicht ausreden. Ein heftiger Schlag warf ihn zu Boden. ... Arabyn war im Begriff, sich auf den Niedergestürzten zu werfen — da lief ich in die Stube und stellte mich vor Arabyn, den mein unerwartetes Erscheinen verblüffte. Dies rettete wahrscheinlich sowohl Kruglikow als auch Arabyn selbst vor den weiteren Folgen seiner Wuth. Sein bleiches Gesicht verzog sich, durch seine Augen irrte etwas Unruhiges, Krankhaftes. Man sah's, es war der Kosaken-Fähnrich, der es auf der Lena vergessen hatte, daß er nur ein Kosaken-Fähnrich sei, und sich schon entwöhnt hatte, sich selbst anders darzustellen,

denn als Arabyn-Tojon, der Mächtige und Schreckliche, der um eine Kopfeslänge über die Thürpfosten der Ansiedelungen an der Lena hinausragt. Und plötzlich versetzte mein Erscheinen ihn nach Irkutsk, in die niedere Stube, wo der Kopf des Fähnrichs noch bei Weitem nicht die Decke erreichte und nicht über Dutzende anderer ganz gewöhnlicher Köpfe hinausragte.

Indessen bemerkte At-Daván weder dieses Stocken, noch diese Gemüthsbewegung. Es hatte nur den Schlag gesehen, sah, daß der Schreiber am Boden lag. Die Thüre der Knechtestube fiel abermals zu, und draußen begann abermals das Hin- und Herrennen. Von unserer Kammer her hörte man das fingirte Schnarchen Michael Iwanowitschs. . . .

Der Aufruhr von At-Daván war niedergeschlagen und Arabyn-Tojon blieb hier derselbe Wuchtige und Schreckliche, den vor wenigen Stunden noch das Lied besungen.

Nach einigen Augenblicken erhob sich Kruglikow vom Boden und meine Augen begegneten sofort den seinigen. In seinen Augen lag etwas so sehr Trauriges, daß es mir ins Herz schnitt — so blickt man nur bei uns in Rußland. . . . Er stand auf, ging nach der Wand, stellte sich hin, mit dem Rücken gegen uns, und bedeckte das Gesicht mit den Händen. Nun war es wieder die gestrige Gestalt, nur noch niedergeschlagener, erniedrigter, trauriger.

Die Frau brachte eilig den Samowar herein und warf dabei ihrem Herrn schnell von der Seite einen traurigen Blick zu. . . . Arabyn setzte sich, schwer athmend, zum Samowar.

„Ich werde Euch lehren rebelliren!“ knurrte er. Das Weitere war schwer zu verstehen. Man hörte jedoch irgend eine Mahnung, die sich auf „Zeugen“ bezog, welchen Herr Arabyn rieth, sich zu allen Teufeln zu packen, und sonst noch einiges in dieser Art.

IX.

Indessen vollendete Michael Iwanowitsch im Halbdunkel unserer Kammer rasch seine Toilette. Nach einigen Minuten erschien er in der Thüre, angekleidet, sich zuknöpfend, hüstelnd und mit dem Bestreben, ein liebenswürdiges Lächeln auf seinem Gesichte hervorzurufen.

Arabyn blickte auf seine unerwartete Erscheinung mit dem Ausdrucke zornigen Nichtbegreifens. Augenscheinlich konnte er nicht sofort fassen, was dieser lächelnde, hüpfende und grüßende Unbekannte wolle; allein das freundliche Lächeln und Grüßen beschäftigte ihn doch und verhinderte ein Aufbrausen seiner noch nicht ganz erloschenen Wuth. Er erhob mit leicht zitternder Hand die Untertasse mit dem heißen Theeglas und verfolgte, zur Seite schauend, Kopylenkow's Benehmen.

„Was wollen Sie?“ sagte er, jedes Wort scharf ausprägend, indem er den Thee auf den Tisch stellte.

Kopylenkow wollte fast anfangen zu zittern, nahm aber sofort wieder die frühere Miene offenherziger Liebenswürdigkeit an.

„Nichts Besonderes, Herr. Meine Hochachtung bezeugen. . . . Sie haben nicht beliebt, mich zu erkennen, wie ich sehe. . . . Bei Lew Stepanowitsch, beim Bergamtsverwalter, wenn Sie sich erinnern wollen, hatten wir ein Gespräch miteinander und sogar ein Geschäftchen, Herr, haben wir gemacht. . . .“

„A—a! . . . Nu, ja“, sagte Arabyn, wieder zum Theeglas greifend. „Jetzt erinnere ich mich.“

„Das ist's, Herr“, meinte erfreut Kopylenkow. „Darf ich Sie aber mit der Frage belästigen, in was für einer besonderen Angelegenheit Sie belieben . . .“

„Das geht Euch nichts an!“

„Ganz richtig“, stimmte Michael Iwanowitsch demüthig zu.

Der arme Teufel konnte es nicht begreifen, daß die bloße Erwähnung Irkutsks, des Bergamtmanns, aller jener gewöhnlichen Geschäfte dem Arabyn-Tojon, welcher gegenwärtig noch ganz in einer epischen Sagenwelt lebte, nicht angenehm sein konnte.

„Ganz richtig“, wiederholte Kopylenkow noch einmal, in Gedanken versunken, und, um die Position zu halten, fügte er hinzu: „Sie beliebten sich hier ein klein wenig zu ereifern ... soeben nämlich, meine ich ... Ach ja, das ist einmal wahr, daß in diesen Gegenden auch ein Engel böse werden muß. Wahrlich!“

Er schielte nach Kruglikow und seufzte:

„Unbildung!“

Aber auch dieses half nicht. Arabyn schenkte ihm keine Aufmerksamkeit, leerte sein Glas, nahm ein Büchlein aus seiner Tasche, schrieb etwas darin ein, kleidete sich darauf rasch an, stürzte nach der Thüre, blieb wieder stehen und sah sich um, ob nicht etwa irgend einer der Knechte dastehe und, nachdem er gleichsam etwas überlegt hatte, schleuderte er plötzlich mit heftiger Geberde Geld in die Stube. Zwei Zettel flatterten in der Luft, das Silbergeld fiel klirrend zur Erde. Arabyn war hinter der Thüre verschwunden und nach einer Minute stürmte das Schellengeläute auf dem Flusse mit rasender Eile am Fuße der Felsen hinein.

Alles das hatte sich so unerwartet und schnell vollzogen, daß wir Alle, die drei sprachlosen Zeugen dieser Szene, nicht sofort verstanden, was das bedeute. Wie immer in Geldangelegenheiten, war jedoch auch hier Kopylenkow der Erste, der sich zurechtfand.

„Gezahlt hat er!“ sprach er mit ungeheurer Verwunderung aus. „Hörst Du, Kruglikow? Das ist ja, sieh' einmal, das Fahrgeld! Eine famose Geschichte!“

Von den Fuhrknechten war jedoch keiner Zeuge der Nachgiebigkeit des schrecklichen Arabyn-Tojon.

X.

Spät am Morgen des folgenden Tages nahmen wir, Kopylenkow und ich, wieder unsere Plätze auf unserem Schlitten ein. Hinter den im Frostnebel bläulich angehauchten Bergen jenseits des Flusses drangen in blassen Streifen die Strahlen der aufgehenden Sonne hervor. Die Pferde stampften und die Knechte vermochten nur mit Mühe das frierende Gespann zurückzuhalten.

In At-Davàn war es traurig, grau und still. Kruglikow, von dem Elend, das gestern über ihn hereingebrochen war, zermalmt, geleitete uns zum Schlitten, gedrückt und traurig, zitternd vor Kälte, Katzenjammer und Gram. Er half Kopylenkow mit einer gewissen kriechenden Aufmerksamkeit auf seinen Sitz, hüllte seine Füße in die Filzdecke ein und zog das Decktuch zurecht.

„Michael Iwanowitsch“, sagte er in sanft bittendem Tone, „seid mir ein Wohlthäter, vergeßt nicht; ein kleines Plätzchen für mich! Von jetzt an kann ich hier nicht mehr bleiben! Ihr habt es selbst gesehen, was für eine Sünde herausgekommen ist. ...“

„Schön, schön, Brüderchen!“ antwortete Kopylenkow ein wenig unwillig.

In diesem Augenblicke sprangen die Knechte, welche die Pferde gehalten hatten, auf die Seite, das Gespann griff aus und wir flogen auf der Eisstraße dahin. Das steile Ufer floh zurück, die nebelumhüllten Bergkegel, welche ich gestern geheimnißvoll und phantastisch im Mondenschein gesehen hatte, näherten sich uns nun düster und kalt.

„Nun, Michael Iwanowitsch", fragte ich, als die Trojka schon in gleichmäßigen Lauf gekommen war, „werdet Ihr ihm eine Stelle verschaffen?"

„Nein!" antwortete Kopylenkow gleichmüthig.

„Aber warum denn nicht?"

„Ein schädlicher Mensch, geradezu gefährlich, ja—a! . . . Ueberlegt Euch mal ein wenig seine Handlungen. Da hat er damals, in diesem Kronstadt dort, dem Chef Respekt erweisen wollen — ja Respekt! Hätte er schlankweg auf das Mädchen verzichtet, sein Leben lang wär' er glücklich gewesen. Giebt's denn wenig solcher Bräute? Eine hätte er abgetreten — eine andere hätte er genommen und basta. Dafür aber wäre er etwas geworden. Nein, das taugte ihm nicht. Respekt hat er ihm gezollt — aus der Pistole! Brüderchen, urtheile selbst, wer kann sich so etwas gefallen lassen? Und was ist das für eine Aufführung, frag' ich . . . heute hat er Euch so respektirt, morgen thut er's mir."

„Aber das ist schon lange her, jetzt ist er nicht mehr derselbe."

„Nein, sag' das nicht! Hättest doch zugehört, wie er gestern mit diesem Arabyn verhandelt hat. . . ."

„Ich hab' es gehört — er hat das Fahrgeld gefordert — das ist seine Pflicht."

Kopylenkow wendete sich verdrießlich zu mir.

„Sieh, bist ein gescheiter Mensch, und verstehst eine einfache Sache nicht. Fahrgeld! . . . Hat er es denn nur ihm allein nicht gezahlt? Sicherlich, so viel tausend Werst er gefahren ist, hat er es wohl nirgends bezahlt; na, grad' ihm soll er's geben, dem großen Herrn!"

„Er ist verpflichtet zu zahlen."

„Verpflichtet! Wer hat ihn dazu verpflichtet, doch nicht Ihr mit Eurem Kruglikow?"

„Das Gesetz!"

„Das Gesetz . . . so, so. — Nun, das Gesetz hat gestern hübsch gewaltet. Ja, wißt Ihr denn auch, was das für ein Wort ist: das Gesetz?"

„Was für eines?"

„Nun, so eins: Einmal sag's und zehnmal behalt's für Dich, bis man Dich fragt. Das Gesetz, nach dem Gesetz! . . . Ein Dummkopf bist Du, für Dich ist das Gesetz nicht da!"

Da ich sah, daß Michael Iwanowitsch anfing sich über alles Maß hinaus zu erzürnen, und fürchtete die Sache ganz und gar zu verderben, versuchte ich es, ihm im Interesse Kruglikow's von einer anderen Seite beizukommen.

„Bedenkt aber doch, Michael Iwanowitsch, daß Ihr es ihm versprochen habt."

„Da hab' ich weiter viel versprochen. . . . Weich bin ich geworden, daher hab' ich versprochen. . . ."

„Heb' auf!" schrie plötzlich Michael Iwanowitsch, da der Schlitten, der von einer schiefen Eisfläche seitwärts geglitten war, abermals umgeworfen hatte und Michael Iwanowitsch sich abermals plötzlich unter mir befand.

Wir mußten aussteigen. Wahrscheinlich war an dieser Stelle der Kampf des Stromes mit dem Froste sehr heftig gewesen: ungeheuere, weiße, Eisblöcke standen rings um uns herum und verdeckten den Ausblick auf den Strom. Nur zu beiden Seiten traten die wilden und in ihrer Größe sogar schrecklichen Berge scharf aus dem Nebel hervor und in der Ferne zog sich über den chaotisch aufeinander gethürmten Eisblöcken eine kaum wahrnehmbare Rauchsäule; das war At-Davân.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 12. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

In der Schwebe.

↗ Berlin, 13. Dezember 1893.

Es war vor nunmehr zwei Menschenaltern. In der berühmten Woche des Juli hatten die Pariser Arbeiter reinen Tisch gemacht mit der verlotterten Dynastie, die nach Waterloo von den verbündeten Bajonetten des reaktionären Europas wiederhergestellt worden war. Indessen die Frucht des Sieges war dem Proletariat durch die Bourgeoisie entrissen worden. Es konnte nicht anders kommen nach Lage der ökonomischen Machtverhältnisse, aber die Arbeiter von Paris, die Arbeiter überhaupt, die arbeitslos, frierend, hungernd die Straßen der großen französischen Städte füllten, hatten begreiflicherweise nur ein mangelhaftes Verständniß für die innere Logik der Dinge. Die Krone, mit der die Bourgeoisie ihren Erwählten geschmückt hatte, saß sehr lose auf dem Birnenkopfe Ludwig Philipps.

Da berief der neue König, neun Monate nach den Julitagen, Casimir Perier, den Chef eines Pariser Bankhauses und den Besitzer der großen Kohlenminen von Anzin, zum verantwortlichen Ministerpräsidenten, verantwortlich vor Allem für Bändigung der „Anarchie". Von seinem politischen Standpunkt aus hätte Ludwig Philipp keine bessere Wahl treffen können. Von seinem politischen, wenn auch nicht von seinem persönlichen Standpunkt aus. Ein beschränkter und düsterer Kopf, aber fanatisch erfüllt von dem Glauben an das heilige Dogma des Kapitalismus, trachtete Casimir Perier allein darnach, das Reich der Bourgeoisie für die Ewigkeit zu gründen. Er verachtete das Amt, wie die Person des Königs; er verschmähte das feige Gewinsel eines Thiers, wie die salbungsvollen Moralpredigten eines Guizot. Den Illusionären des Juli sagte er kaltblütig: „Die Juli-Revolution hat die gesellschaftliche Ordnung nicht umgestoßen, sie hat nur an die politische Ordnung gerührt." Selbst durch eine Revolution zur Macht gelangt, erklärte er mit dreister Stirn: „Jeder Aufstand ist ein Verbrechen, welche Fahne er auch entfalte. Jede Gewaltthat ist eine Anarchie."

Ausgenommen natürlich die Gewaltthaten, von denen der Kapitalismus zehrt. Mit hämischen und kleinlichen Mitteln drangsalirte Casimir Perier die in den Julitagen eroberte Preß- und Vereinsfreiheit und ließ am Jahrestage des Bastillesturms die auf dem Bastilleplatze versammelte Menge durch seine „Knüppeler" (assomoneurs) erst aufreizen und dann niederschlagen. Die Herausgeber der Blätter, die diese staatsretterliche Praxis zu tadeln gewagt hatten, stellte

Casimir Perier wegen Verleumdung vor die Gerichte, aber die Gerichte erklärten sie der Verleumdung für nicht schuldig, und ein republikanischer Abgeordneter warf dem Ministerpräsidenten die Worte ins Gesicht: „Was thut die Polizei? Sie wirbt Vagabunden, freigelassene Galeerensträflinge, rückfällige Verbrecher, denen man Zahlung verspricht.“ Zum Polizeipräfekten von Paris hatte Casimir Perier einen gewissen Gisquet gemacht, einen Kunden seines Bankhauses und übrigens ein anrüchiges Subjekt, das eben die französische Armee bei einer Gewehrlieferung schmählich übers Ohr gehauen hatte. Dagegen setzte er den Präfekten Dumolard, der einen in Lyon ausbrechenden Hungeraufruhr der Weber im letzten Augenblicke noch durch eine glückliche Mischung von Menschenfreundlichkeit und Muth beschwichtigt hatte, augenblicklich ab.

Casimir Perier starb im Mai 1832 an der Cholera, nachdem er wenig über ein Jahr seine famose Staatsrettung betrieben hatte. Aber seine wechselnden Nachfolger setzten mit wechselndem Geschick seine Politik fort und der famose Gisquet blieb an der Spitze der Pariser Polizei. Die Folge waren vierzehn Mordversuche, die in den vier Jahren von 1832 bis 1836 auf den König gemacht wurden. Wie viele davon durch die Polizei veranstaltet waren, um den Philister zu ängstigen und ihre eigene „Wachsamkeit“ ins glorreichste Licht zu stellen, das hat Herr Gisquet in seinen Memoiren, wo er alle vierzehn mit genauer Angabe der näheren Umstände aufzählt, nicht mitzutheilen für gut befunden. Aber mindestens vier kamen zur Ausführung und einer von ihnen gehört zu den furchtbarsten Attentaten in der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Es war die Entladung der Höllenmaschine Fieschi's auf den König und sein Gefolge bei einer Parade am 28. Juli 1835. Mehr als vierzig Opfer blieben auf dem Platze, darunter achtzehn Todte: ein Marschall von Frankreich, ein General, drei Obersten, ein Hauptmann, fünf Nationalgardisten und sieben Zuschauer. Der Attentäter aber waren vier, in höchst charakteristischer Mischung ein Polizeispitzel a. D. (Fieschi), ein Gassenjunge (Boireau), ein leichtfertiger Prahlhans von Krämer (Pepin) und ein düsterer Fanatiker (Morey). Mit Ausnahme Boireau's starben sie auf der Guillotine und — bemerkenswerth genug! — die republikanische Partei der Bourgeoisie, die von ihrer royalistischen Fraktion nicht durch große Prinzipien, sondern durch den Streit um die Beute getrennt war — gehörte doch der Bruder des späteren Juni-Schlächters Cavaignac zu ihren Hauptführern! — feierte den „heiligen Tod des heldenmüthigen Greises Morey“ und schmückte sein Grab mit Immortellenkränzen, bis die Polizei es verhinderte.

Der König aber, der bei dem Attentate leidlichen Muth gezeigt hatte, erklärte gleich darauf in einer Proklamation: „Meine Regierung kennt ihre Pflichten und wird sie erfüllen.“ Was solche Redensarten bedeuteten, wußte man damals schon, wenn man es heute freilich noch viel besser weiß. Das Ministerium Broglie-Guizot-Thiers brachte die Gesetzentwürfe an die Volksvertretung, die unter dem Namen der September-Gesetze berüchtigt geworden sind, das berüchtigtste darunter ein Knebelgesetz für die Presse. Sie sollten das System der von Casimir Perier begonnenen Repressivmaßregeln krönen und die letzten Zugeständnisse beseitigen, die im August 1830 den siegreichen Juli-Kämpfern gemacht worden waren. Etwas Scham besaß die französische Bourgeoisie damals noch; bis in die konservative Presse hinein erhoben sich Stimmen des Protestes. Royer-Collard, der greise Chef der konstitutionellen Doktrine, bestieg zum letzten Male die Tribüne, um vor diesem schmählichen Verrathe zu warnen. Aber es war Alles vergebens. Guizot, der so gern auf seine unwandelbaren Grundsätze

zu pochen pflegte, predigte salbungsvolle Sophismen gegen die Feinde von König, Ordnung und Verfassung, während Thiers, seine ganze Vergangenheit verleugnend, in blinder Angst um die Annahme der Vorlage wimmerte. So wurde sie denn nach vierzehn bewegten Sitzungen genehmigt. Aber es kam so, wie Royer-Collard vorhergesagt hatte. Die September-Gesetze enthoben weder die Polizei der Nothwendigkeit, immer neue Attentate zu fabriziren, noch hinderten sie, daß bei diesem Spiele mit dem Feuer gelegentlich doch eine helle Stichflamme aufloderte. Wohl aber überlieferten sie die Bourgeois-Monarchie Ludwig Philipps dem Ekel und der Verachtung, denen sie denn auch ein Jahrzehnt später elendiglich erliegen sollte. . . .

Weshalb wir diese historischen Erinnerungen hier auffrischen? Nun, eine lange Antwort auf diese Frage ist wohl nicht nöthig. Die Geschichte wiederholt sich nicht, und historische Analogien sind ein zweischneidiges Schwert, das mit aller Vorsicht gehandhabt sein will. Wir möchten dem Casimir Perier der dreißiger Jahre denn doch nicht das Leid anthun, ihn mit seinem knirpsigen Enkel auf eine Stufe zu stellen, dagegen war der Flinten-Skandal des Herrn Gisquet ein harmloses Schäferspiel, verglichen mit dem Panama-Skandal der heutigen französischen Bourgeoisie. Aber wo es sich nicht darum handelt, zwei verschiedene historische Erscheinungen, sondern dieselbe Erscheinung in den verschiedenen Stadien ihrer historischen Entwicklung mit einander zu vergleichen, da hat die historische Analogie ihr gutes Recht, und den entrüsteten Biedermännern von 1893, die von uns ein moralisches und politisches Urtheil über das Bomben-Attentat auf die französische Deputirtenkammer verlangen, halten wir einfach den Spiegel der Geschichte vor und sagen ihnen: Lest in der Attentatsperiode der dreißiger Jahre, was von der Attentatsperiode der neunziger Jahre zu halten ist.

Man glaube nicht etwa, daß die historische Skizze am Eingange dieser Zeilen für einen tendenziösen Zweck zurecht gemacht ist. Sie beruht in jedem einzelnen, thatsächlichen Punkte auf der bourgeois-freundlichsten Darstellung, die wir in der deutschen Geschichtsliteratur von der Monarchie Ludwig Philipps besitzen, auf Karl Hillebrand's französischer Geschichte. Hillebrand war Bourgeois durch und durch; er feiert in Casimir Perier einen „Athleten" und der Himmel weiß was sonst noch. Aber als alter Hegelianer hatte er sich ein Stückchen des deutschen Idealismus von ehedem gerettet, und so viel verstand er noch von historischer Dialektik, daß sich ihm das Lob, das er den Reden und Thaten der französischen Bourgeoisie spenden möchte, unter der Hand in eine höchst bittere Kritik dieser Reden und Thaten verwandelt. Das historische Urtheil über Ursachen und Wirkungen des neuesten Bomben-Attentats steht längst fest, und die Zumuthung, daß die sozialdemokratische Presse über diesen Mordanschlag in Sack und Asche trauern solle, eine Zumuthung, die von dem kleinsten Winkelblättchen der Bourgeoisie bis zu ihrem großen Staatsmann v. Bennigsen im Reichstage mit komischem Pathos gestellt wird, ist ein wenig gar zu naiv. Wir antworten darauf in aller Kürze: Es thut uns gewiß herzlich leid um Euer bischen elendes Leben, und wir wünschen aufrichtig, daß es niemals gefährdet würde, aber mein Gott! unerschöpflich sind unsere Thränendrüsen auch nicht, und wenn Ihr Jahrzehnt um Jahrzehnt dieselben Dummheiten in immer verstärktem Maße macht und nun auch Jahrzehnt um Jahrzehnt dieselben Nackenschläge in immer verstärktem Maße erleidet, so nehmt es uns doch ja nicht übel, aber unsere Phantasie reicht dann wirklich nicht so weit, Euch noch als rührende Opfer einer räthselhaften Schicksalstragödie zu beweinen.

Statt solcher albernen Zumuthungen sollte die Bourgeoisie die gewerkschaftlich und politisch organisirte Arbeiterschaft vielmehr auf dem Prytaneum speisen,

denn ihr allein verdankt sie es, wenn sie noch mit leidlicher Sicherheit für Leib und Leben ihren Ausbeutungsgeschäften nachgehen kann. Sobald der Kapitalismus auf großer Stufenleiter Tausende und Zehntausende und Hunderttausende braver und fleißiger Menschen aus ihrer Arbeit wirft, um sie in das Elend, den Hunger, die Schande zu werfen, erwacht in diesen gewaltsam entmenschten Opfern eine unmenschliche Rachsucht als letztes menschliches Gefühl. Brandstiftungen und gewaltsame Zerstörungen, Mord und Todtschlag sind ihre Waffen. Nun entdeckt der Kapitalismus sehr bald, daß dieser soziale Guerillakrieg für ihn als Ganzes eine sehr vortheilhafte Seite hat, bei aller Unbequemlichkeit für seine einzelnen Träger. Jedes Verbrechen seiner Opfer stellt diese in ein scheußliches Licht, wirft auf ihn selbst den Heiligenschein verfolgter Unschuld. Indessen nicht minder schnell erkennen die ausgebeuteten und unterdrückten Proletarier, daß ihr noch so gerechter, aber blinder Zorn sie auf einen falschen Weg geleitet hat, daß sie nicht die Opfer einzelner böser Menschen oder einzelner schlechter Einrichtungen, sondern die Opfer einer historischen Entwicklung sind und daß demgemäß ihre einzige Rettung darin besteht, als organisirte Masse diese Entwicklung in revolutionärem Sinne zu gestalten. Darnach hören die sozialen Attentate und Verbrechen von selbst auf. Aber hiermit ist der Kapitalismus sehr wenig zufrieden. Sobald seines Herzens angebliches Sehnen endlich erfüllt ist und die proletarische Bewegung den „friedlichen und gesetzlichen Weg" beschritten hat, erkennt er sehr gut, daß es sich für ihn um Kopf und Kragen handelt. Er sucht mit aller Gewalt den „gewaltsamen" Zustand aufrecht zu erhalten, bei dem ihm doch noch so behaglich war und auch noch sehr behaglich sein konnte. So entstehen förmliche Attentats-Fabriken der heiligen „Ordnung", wie wir deren unter Louis Philipp und Louis Napoleon in Frankreich, unter Bismarck und Puttkamer in Deutschland haben arbeiten sehen. Sie verbinden das Angenehme mit dem Nützlichen, indem sie die Vortheile des anfänglichen proletarischen Guerillakriegs für den Kapitalismus ohne die Gefahren für seine einzelnen Träger sichern oder doch zu sichern bemüht sind. Denn ganz läßt es sich ja nicht vermeiden und ganz ist es auch noch niemals vermieden worden, daß ein besonders fanatisches oder auch ein besonders verlumptes Individuum aus der schon verelendeten, aber noch nicht organisirten Arbeitermasse die politische Attentatsspielerei ernst nimmt. Frei von aller Sentimentalität, wie der Kapitalismus nun einmal ist, kümmert er sich wenig darum, ob der Kapitalist Hinz oder Kunz gelegentlich daran glauben muß, wenn er nur sich selbst, den Kapitalismus, noch eine Weile retten kann.

Was wir hier in den allgemeinsten Zügen zu entwickeln gesucht haben, das ist auf einer gewissen Stufe der kapitalistischen Entwicklung überall eingetreten, nicht blos in Frankreich und Deutschland, sondern auch in Belgien, Italien, Spanien, ja selbst in England und in den Vereinigten Staaten. Man erkennt nunmehr auch, wie wenig damit gesagt ist, wenn die Bourgeois-Blätter auf unsere, nach jedem Attentat selbstverständliche Frage: Wo steckt die Polizei? mit sittlicher Entrüstung auf dies oder jenes ernsthafte Attentat hinweisen. Diese Ausnahmen bestätigen ja eben die Regel oder sie sind, noch genauer, die besondere Regel in der allgemeinen Regel. Glücklicher Weise ist aber auch diese Regel nur ein vorübergehendes Stadium in dem Kampfe zwischen Arbeit und Kapital. Je allgemeiner und fester das Proletariat sich organisirt, um so leerer wird das Geklapper der kapitalistisch-polizistischen Attentatsmühlen. In Deutschland, wo das Proletariat am besten organisirt ist, war selbst unter dem Ausnahmegesetze, trotz der gerechten und tiefen Erbitterung der Arbeiterklasse, trotz alles „Genies" des „Genialen" und trotz aller Millionen Welfenfonds, der Attentats-Rummel

niemals auf die Strümpfe zu bringen. Das einzige Attentat der zwölf Jahre, bei dem kein Polizei-Händchen mit thätig war, die Tödtung des Polizeiraths Rumpff, der sich eben im Leipziger Hochverraths-Prozesse als künstlicher Fabrikant von Verschwörungen hatte selbst enthüllen müssen, war eine blutige Kritik der unblutigen Attentats-Spielerei.

Alle diese so einfachen und klaren Zusammenhänge sind der Bourgeois-Presse natürlich ein Räthsel mit sieben Siegeln. Wer ihre unzähligen Leitartikel über das französische Bomben-Attentat und ihre daran geknüpften Nutzanwendungen für deutsche Verhältnisse lesen kann, ohne zu vomiren, der muß einen eisernen Magen besitzen. All der schmutzige Kehricht, von dem man hoffen durfte, daß er seit sechzig Jahren auf dem Kehrichthaufen der Geschichte verrottet wäre, wird da wieder aufgetischt als funkelnagelneue Entdeckung des „gebildeten" Deutschlands. Am anständigsten und vernünftigsten benimmt sich bisher noch die Regierungspresse. Wie sich Kaiser Wilhelm II. nach gut beglaubigten Nachrichten an dem Lockspitzel-Wesen des Sozialistengesetzes verekelt hat, so haben die Männer des neuen Kurses bisher die politische Fruktifizirung angeblicher oder wirklicher Attentate verschmäht, und ohne damit ihre Motive irgendwie verkleinern zu wollen, muß man doch sagen, daß sich auch in diesem Falle die ehrlichste Politik als die klügste bewährt hat.

Das Gewimmer und Gewinsel aber der deutschen Bourgeois-Presse über das französische Bomben-Attentat ist ein Zeichen mehr für ihren unaufhaltsam fortschreitenden Auflösungsprozeß. Doch ein näheres Eingehen darauf verbietet sich von selbst. Es ist längst nicht mehr zu unterscheiden, wo bei dieser Presse die Dummheit aufhört und die Nichtswürdigkeit anfängt, und so müssen auch wir diese unsichere Frage in der Schwebe lassen.

Moralische und unmoralische Spaziergänge.

Von **Ed. Bernstein.**

II. Recht und Gerechtigkeit.

Recht und Gerechtigkeit — wie oft werden diese Worte nicht gebraucht, und doch wie vieldeutig sind sie, und wie Wenige pflegen sich genauere Rechenschaft über ihren Inhalt zu geben! Vielleicht am wenigsten Diejenigen, die sie am öftesten gebrauchen. Man spricht vom Recht schlechtweg, wo man hier eine bloße Forderung anscheinender Billigkeit, dort einen aus dem positiven Recht geschöpften Anspruch im Auge hat, ob dieser Anspruch Anderen auch noch so unbillig erscheinen mag. Und wie Viele deklamiren nicht Goethe's, bezw. den von Goethe dem Mephisto in den Mund gelegten Satz:

„Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist, leider! nie die Frage" —

die, vor die Aufgabe gestellt, dieses mit uns geborene Recht, von dem — und „leider!" — nie die Frage sei, zu definiren, entweder selbst nichts Genaues darüber zu sagen wissen oder aber eine Vielheit von Forderungen aufzählen, die, so löblich sie immer erscheinen mögen, sich doch nicht als „Recht, das mit uns geboren ist", erweisen lassen. Fragen wir aber gar nach der Bedeutung des Wortes Gerechtigkeit, so werden die Meisten wiederum wohl auseinandersetzen, was sie in Bezug auf bestimmte Fragen für gerecht halten, aber bei genauerer Besichtigung wird sich ergeben, daß die Einen bei den verschiedenen

dieser Fragen ganz ungleiche Maßstäbe anlegen, Andere aber sich damit über die Schwierigkeit hinweghelfen, daß sie kurzweg den Begriff Gerechtigkeit auf den einer ganz mechanischen und darum zu sehr unsinnigen Konsequenzen leitenden Gleichheitsvorstellung zurückführen.

Diese bis zur Willkür gehende Mannigfaltigkeit der Auslegung der Begriffe hat auf der anderen Seite eine fast bis zur direkten Verneinung ihrer Anwendbarkeit führende skeptische Beurtheilung derselben hervorgerufen. Jeder Skeptizismus aber, der in bloße Verneinung ausläuft, ist unfruchtbar, die platte Verneinung ist in solchen Dingen ebenso willkürlich, wie die unkritische Bejahung. Zu sagen, es giebt kein Recht, das mit uns geboren ist, es giebt keine Gerechtigkeit, heißt die phrasenhafte Berufung auf die ewige Gerechtigkeit ꝛc. an Hohlheit noch überbieten, denn thatsächlich werden heute in den Kulturländern einem Jeden gewisse Rechte zuerkannt, und ist die Allgemeinheit der Rechts- oder Gerechtigkeitsvorstellungen schon ein Beweis, daß sie mehr sind als das Erzeugniß individueller Einbildungen.

Hier setzen nun Andere ein und sagen: „Daß die Rechtsvorstellungen und Gerechtigkeitsbegriffe nichts rein Individuelles sind, geben wir zu; sie sind soziale Erscheinungen und als solche Produkte historischer Entwicklung. Aber wie alle bisherige geschichtliche Entwicklung sich in und mittels Klassenkämpfen abgespielt hat, die Gesellschaft noch heute auf Klassenunterschieden beruht, so wurzeln auch die Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit in den gegebenen ökonomischen Bedingungen der verschiedenen Klassen in der Gesellschaft. Da diese Bedingungen für jede Klasse andere sind, so sind auch die Rechtsvorstellungen jeder Klasse andere. Es ist daher ein Unsinn, diese Begriffe anders denn als Ausdruck der Anschauungen und Forderungen einzelner Klassen zu gebrauchen."

Das klingt schon viel plausibler, und scheint durchaus mit den Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung übereinzustimmen, die ja auf der Erkenntniß von den Klassenkämpfen als der spezifischen Eigenthümlichkeit und treibenden Kraft der bisherigen geschichtlichen Entwicklung aufgebaut ist. Und bis zu einem gewissen Punkt entspricht es ihr auch durchaus. Nur darf man die Sache nicht gar zu schablonenhaft auffassen, sich nicht einbilden, daß wenn man das Wort Klasse oder Klassenkampf in den Mund nimmt, man schon Alles gesagt habe, was zu sagen ist, man sich jede weitere Untersuchung, jede Erklärung und Berücksichtigung der *besonderen* geschichtlichen Verhältnisse erspart. Vor einer solchen, allerdings sehr bequemen, aber zugleich auch sehr irreleitenden Anwendung der Theorie ist um so mehr zu warnen, je mehr die materialistische Geschichtsauffassung sich allgemein Geltung erobert. Die richtigste Theorie kann durch einseitige Interpretation ins greulich Falsche, zur sinnumnebelnden Phrase verzerrt und so auch auf diesem Gebiet Vernunft zu Unsinn werden. Der Klassenkampf ist eine unbestreitbare Thatsache, aber Klassenkampf und Klassenkampf ist zweierlei. Er ist verschieden je nach der Natur der Klassen, die selbst geschichtlicher Entwicklung unterworfen sind, er ist verschieden, d. h. er spielt sich in verschiedenen Formen ab, je nach der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, und er ist verschieden je nach dem Höhegrad der allgemeinen kulturellen Entwicklung.

Daß es eine solche giebt, daß die Geschichte der Menschheit kein sich im unveränderten Kreislauf abspielendes Kämpfen um Herrschaftsgebiete und Herrschaftsvorrechte darstellt, daß theils neben diesen Kämpfen, zum großen Theil aber auch durch sie bewirkt, eine allmälige geistige und moralische Entwicklung sich vollzogen hat, sowohl was die Erkenntniß der Gesetze der Natur und damit die steigende Unterwerfung der letzteren, als auch was die Erkenntniß der Gesetze

des gesellschaftlichen Daseins selbst anbetrifft; daß mit dieser Entwicklung auch die Formen des Verkehrs von Mensch zu Mensch sich entwickelt, und zwar im Ganzen fortschreitend entwickelt haben, so daß z. B., wenn die Zivilisation der ausgedehnten Solidarität entbehrt, die im Stamm der Wilden herrscht, sie dafür die Anerkennung gegenseitiger Rechte und Pflichten allmälig auf einen immer weiteren Kreis von Mitmenschen schlechtweg ausgedehnt und einer weit höheren Solidarität als der des Stammes den Weg geebnet hat — alles das kann kein verständiger Mensch leugnen, und jede Geschichtstheorie würde falsch sein, deren nothwendige Konsequenz die Leugnung dieser Entwicklung wäre. Wenn die Gegner dies von der materialistischen Geschichtsauffassung behaupten, so nur auf Grund falscher Interpretation derselben, und ebenso ist es falsche Interpretation, die moralischen und Rechtsbegriffe der Gegenwart ohne weiteres auf die in der heutigen Gesellschaft sich abspielenden Klassenkämpfe und Klassengegensätze zurückführen zu wollen. Richtig ist nur, daß diese Kämpfe in den verschiedensten Richtungen hin auf die überkommenen Rechtsanschauungen modifizirend eingewirkt haben, aber darüber ist nicht zu vergessen, daß sie selbst von jenen Rechtsanschauungen, den Produkten früherer Klassenkämpfe, beeinflußt sind. Ohne die Umwälzung der Produktion aus der handwerks- und manufakturmäßigen in die großindustrielle und bezw. die Unterwerfung der Rechte jener unter die Gesetze dieser wäre der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie einfach nicht denkbar. Aber wie die bürgerliche Gleichheitsidee der ideelle Niederschlag der vorerwähnten Umwälzung ist, so ist sie zugleich der ideelle Ausgangspunkt der revolutionären Kämpfe des modernen Proletariats. Und zwar sowohl dadurch, daß erst derjenige Arbeiter, der sie in sich aufgenommen, das konservative Standesgefühl, Angehöriger eines bestimmten gesonderten Berufs zu sein, mit dem viel weiteren, revolutionären Klassenbewußtsein vertauscht, als auch dadurch, daß nunmehr der bürgerlichen Gleichheit — der nominellen Gleichheit vor dem Gesetz — die ökonomische Ungleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber gestellt, aus ersterer die Forderung der Beseitigung der Wirkungen der letzteren, d. h. schließlich die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt in die sozialistische hergeleitet wird. Als geschichtliche Nothwendigkeit erkennen wir diese Umwälzung durch die Einsicht in das Walten der ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft, ökonomische That wird sie durch das bewußte Eingreifen des Proletariats, das einen seiner mächtigsten Antriebe durch den Vergleich der ökonomischen Position des Arbeiters mit seiner formal-rechtlichen Stellung in der Gesellschaft empfängt.

Mit anderen Worten: Die Rechtsbegriffe und Gerechtigkeitsvorstellungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft sind das Erzeugniß einer langen geschichtlichen Entwicklung und als solche im Großen und Ganzen denen früherer Gesellschaftszustände überlegen. Der Sozialismus steht ihnen zwar kritisirend gegenüber, aber im Sinne einer Weiterentwicklung, die der von ihm vertretenen ökonomischen Umwälzung entspricht. So lange diese Umwälzung nicht vollzogen ist, werden zwar gemäß der besonderen Klassenlage des Proletariats dessen praktische Schlüsse in Bezug auf das, was Recht und Gerechtigkeit erfordern, sehr erheblich von denen der bürgerlichen Klassen abweichen, trotzdem aber sich auf die schon gewonnenen vorgeschrittensten Rechtsvorstellungen beziehen. Insofern, und wenn man dies im Auge behält, ist also die Berufung auf Recht und Gerechtigkeit keine bloße Phrase.

Nehmen wir ein Beispiel. Das Recht zu leben ist in den verschiedenen Epochen der Geschichte sehr verschieden geachtet worden. Von der Zeit an, wo

dasselbe nur dem Stammesgenossen, und selbst diesem nicht unbedingt (Aussetzung schwächlicher Kinder, Tödtung der Altersschwachen) zuerkannt wurde, wo der außerhalb des Stammes Stehende vogelfrei war, bis zur Gegenwart der modernen Kulturstaaten stoßen wir auf die mannigfachsten Auffassungen des Rechts des Menschen auf das Ausleben seiner physischen Kräfte. Es herrscht auch heute nicht unbedingt. Es wird verletzt in der gesetzlichen Todesstrafe, in dem obligatorischen Kriegsdienst und der kriegsrechtlichen Bestrafung der Feigheit ꝛc., und es wird, soweit es überhaupt gesetzlich gewährleistet ist, keineswegs in der Praxis überall gleichmäßig geschützt. Klassengegensätze, nationale Vorurtheile, materielle Interessen und zeitweilig sich ausbreitende Idiosynkrasien werden häufig zur Ursache von Ausnahmen aller Art. Bürgerliche Geschworene haben Gutsbesitzer und Fabrikanten freigesprochen oder mit rein nominellen Strafen laufen lassen, die ihre Arbeiter getödtet, Geschworene oder Richter des einen Landes den an Angehörigen eines besonders verhaßten anderen Landes geübten Mord auch in Friedenszeiten ungesühnt durchgehen lassen. Europäische Abenteurer durften afrikanische Eingeborene schaarenweise morden, ohne von der Masse ihrer Landsleute als Mörder betrachtet zu werden, geschweige denn, daß sie ernsthaft zur Rechenschaft gezogen worden wären, und Ehemänner, die ihre der Untreue verdächtigen oder überführten Frauen getödtet haben, sind ebenso wie Frauen, die ihren Verführern dasselbe gethan, freigesprochen worden. Aber diese und andere Ausnahmen stoßen die Thatsache nicht um, daß im Allgemeinen heute die Anerkennung des Rechtes zu leben bis zu einer Höhe entwickelt ist, die keine frühere Zeit kannte. Und wenn man einzelnen Anwendungen dieses Prinzips nicht ungetheilten Beifall schenken kann, wenn die aus ihm gezogenen Konsequenzen sich in gewissen Fällen praktisch zur Verurtheilung zu leben gestalten können*, so ist es im Ganzen doch ein großer Fortschritt, an dessen Festhaltung die Arbeiterklasse durchaus nicht weniger interessirt ist als irgend eine andere Gesellschaftsklasse. Viele ihrer heutigen Forderungen fußen auf ihm — es sei nur an die Haftpflicht, die Fabriks- und sonstige Hygiene erinnert — und im Kampf für ihre weitergehenden Bestrebungen zieht sie aus ihm nicht geringe moralische Förderung. Das Recht auf Schutz der Gesundheit, das Recht auf ein mit Genuß verbundenes Leben sind schließlich nur weitere Folgerungen aus dem Recht zu leben, wie es bereits heute prinzipiell zugestanden, aber infolge des Klassencharakters der bestehenden Gesellschaft nur ungenügend verwirklicht wird. Unterdrückung und Ausbeutung hat es zu den verschiedensten Zeiten gegeben, und ebenso Gegenbestrebungen, aber nicht wo das Leben, die persönliche Freiheit ꝛc. des Menschen als Menschen am geringsten geschätzt und geschützt werden, sondern da, wo diese Rechte sich die weiteste Geltung erobert haben, ist der Sieg des Sozialismus am nächsten.

Deshalb ist es auch so thöricht, wenn Leute sich einbilden, die Ermordung politischer Gegner, die Veranstaltungen von Dynamitattentaten ꝛc. seien schlechtweg Beweise radikaler Gesinnung und unter allen Umständen revolutionäre Kampfmittel. Sie sind dies so wenig, daß überall da, wo nicht außergewöhnlicher Druck auf der anderen Seite vorangegangen, und sie also nur der Ausdruck sogenannter wilder Gerechtigkeit sind, die kein anderes Mittel zur wirksamen

* Nach § 216 des Reichsstrafgesetzbuchs würde selbst derjenige, der einen an den fürchterlichsten Schmerzen leidenden unheilbaren Kranken auf dessen ausdrückliches und ernstliches Verlangen tödtet, mit Gefängniß nicht unter drei Jahren bestraft. Denn, sagen die Motive zu diesem Paragraphen, der Grundsatz, daß das Leben ein nicht veräußerliches Gut ist, läßt eine milde Bestrafung nicht zu.

Geltendmachung ihres verletzten Rechtes besitzt, sie entweder auf die thatsächlichen Verhältnisse gar nicht oder aber nur verschlechternd einwirken können. Würde das Erschießen und in die Luftsprengen auf der einen, und das Köpfen oder Hängen auf der anderen Seite Gewohnheit werden, so wäre wohl die Chance da, auf einige Zeit dem Faustrecht ähnliche Zustände herbeizuführen, aber von der sozialistischen Gesellschaft wäre man alsdann nur um so weiter entfernt. Es ist einer der vielen Widersprüche des sogenannten Anarchismus, daß er, der in der Theorie die maßloseste Verherrlichung des Individuums predigt, in der Praxis auf die Reduzirung aller Rechte des Individuums auf eines, und zwar das zweifelhafteste von allen hinausführt, d. h. eben auf das Faustrecht.

(Schluß folgt.)

Ein sozialdemokratischer Katechismus.

Von **Karl Kautsky.**

I. Kritik.

Der rührige Verlag unseres Münchener Parteiorgans hat die gute Idee gehabt, einen sozialdemokratischen Katechismus herauszugeben.* Leider hat aber die gute Idee nicht die entsprechende Ausführung gefunden. Die Abfassung eines derartigen Katechismus ist eine höchst schwierige Aufgabe. Der Verfasser hat sich ihr in keiner Weise gewachsen gezeigt.

An eine Schrift wie die vorliegende darf man in Bezug auf die Genauigkeit des Ausdrucks keinen strengen wissenschaftlichen Maßstab anlegen. Wer populär schreiben will, muß von den Begriffen ausgehen, die seinen Lesern geläufig, muß sich der Ausdrücke bedienen, mit denen sie vertraut sind. Diese Begriffe und Ausdrücke sind die des gewöhnlichen Lebens, nicht der Wissenschaft. Man ist daher nicht blos berechtigt, sondern oft sogar gezwungen, in populären Schriften Ausdrücke und Wendungen zu gebrauchen, die, streng wissenschaftlich betrachtet, nicht genau sind. Fänden sich in vorliegender Schrift nur derartige Ungenauigkeiten, so würden wir das nicht bemängeln.

Aber was man von dem Verfasser einer populären Schrift ebenso gut verlangen kann wie von dem einer wissenschaftlichen, ist, daß er den Stoff beherrsche, daß er in dem Gebiet, das er behandelt, zu Hause sei. Beim Verfasser vorliegender Schrift ist das leider nicht der Fall. Wie unklar seine ökonomischen Anschauungen sind, davon nur ein Beispiel (wir könnten leicht zehn vorbringen). Die Fragen 25 und 26 mit ihren Beantwortungen (im ersten Kapitel, „Kapital und Arbeit") lauten:

„25. Wieso zieht der Kapitalist als Besitzer der Produktionsmittel einen unberechtigten Vortheil?

— Indem er die gekaufte Arbeitskraft länger benützt, als zur Wiedererstattung des dafür gezahlten Preises, zum Ersatz der abgenutzten Werkzeuge und zu einer Vergütung für seine eigene Thätigkeit nöthig ist.

„26. Erkläre mir dies durch ein Beispiel.

— Gern. Nehmen wir an, der Besitzer einer kleinen Schuhfabrik besäße ein Kapital von 50 000 Mark in Maschinen, Gebäuden, Werkzeugen, Rohmaterial und anderem Betriebsfond. Er beschäftigt 20 Arbeiter, denen er im Jahre

* L. Knorr, Sozialdemokratischer Katechismus für das arbeitende Volk. München, Verlag der „Münchener Post". 59 S. 15 Pf.

20 000 Mark Lohn ausbezahlt. Mit diesen 20 Arbeitern erzeugt er Stiefel, die er für 100 000 Mark verkauft hat oder verkaufen kann. Er hat also sein Kapital zweimal im Jahre umgesetzt. Er schlägt auf den Selbstkostenpreis der Stiefel den vierten Theil und hätte demnach 20 000 Mark Nutzen gehabt, wenn er alle Stiefel zu dem angesetzten Preise verkauft hätte. Durch außergewöhnliche Verluste, Spesen, Unkosten aller Art verringert sich sein Gewinn auf 7000 Mark. Eigentlich bleiben ihm nur 5000 Mark, da er 2000 Mark Zinsen auf sein Anlagekapital von 50 000 Mark rechnen muß. Um aus den vorhandenen Rohstoffen Stiefel im Werthe von 100 000 Mark zu erzeugen, mußten die 20 Arbeiter im Jahre 60 000 Stunden arbeiten (20 × 10 Stunden × 300 Tage). Sie reproduzirten also in 44 440 Stunden den erhaltenen Arbeitslohn von 20 000 Mark und in 15 560 Stunden den Kapitalgewinn von 7000 Mark. Oder mit anderen Worten: Jeder Arbeiter mußte täglich ca. **8 Stunden für sich** und ca. **2 Stunden für das Kapital** arbeiten. In diesen 2 Stunden erzeugte er den Mehrwerth, den Ueberschuß der Produktion, den Antheil des Kapitals."

In den Fragen 25 und 26 handelt es sich thatsächlich um die Frage: wie entsteht der Mehrwerth? Die Antwort des Verfassers darauf ist falsch. Der Werth der abgenützten Werkzeuge erscheint im Produkt wieder, er wird vom Arbeiter nicht neu geschaffen. Und was die Vergütung für die Thätigkeit des Kapitalisten anbelangt, so wird sie aus dem Mehrwerth genommen, wenn diese Thätigkeit keine werthschaffende ist; ist sie aber werthschaffend, dann erzeugt der Kapitalist selbst die „Vergütung" dafür, und nicht der Arbeiter, der für ihn arbeitet.

Also abgesehen von der schiefen Fassung der Frage 25, mußte die Antwort darauf einfach lauten: „Indem er die gekaufte Arbeitskraft länger benützt, als zur Wiedererstattung des dafür gezahlten Preises nöthig ist."

Wie erklärt aber Knorr die Mehrwerthbildung? Einfach und leichtfaßlich ist das von ihm vorgebrachte Beispiel sicher nicht, dafür beweist es das Gegentheil dessen, was es beweisen soll. Es ist ganz falsch. Denn der Verfasser läßt in diesem Beispiel den Mehrwerth nicht daraus entstehen, daß der Kapitalist seine Arbeiter über eine gewisse Zeit hinaus arbeiten läßt, sondern dadurch, daß er — „auf den Selbstkostenpreis der Stiefel den vierten Theil schlägt". Das ist die herkömmliche vulgärökonomische Manier, den Mehrwerth zu erklären, der danach nicht von den Arbeitern geschaffen wird, sondern beim Verkaufen durch einen Zuschlag auf den Preis entsteht. Von den 20 000 Mark Zuschlag werden dann wieder 13 000 Mark Unkosten abgerechnet und nun wird der Rest von 7000 Mark ganz einfach in ein Verhältniß zu den 20 000 Mark gebracht, die der Kapitalist als Lohn gezahlt hat, und daraus geschlossen, daß die Arbeiter acht Stunden täglich für sich und zwei für den Kapitalisten gearbeitet haben! Wäre der Kapitalist seinen Kunden gegenüber unverschämter und geschickter gewesen, hätte er statt 25 Prozent 50 Prozent auf den „Selbstkostenpreis" geschlagen und hätte er gar keinen Verlust beim Verkauf gehabt, dann hätte der Mehrwerth statt 7000 Mark 40 000 Mark betragen, ohne daß sich in der Arbeitszeit und den sonstigen Arbeitsbedingungen das Geringste geändert hätte. Knorr hätte dann gefunden, daß, bei gleichem Lohn und gleicher Intensität der Arbeit, die Arbeiter täglich nur 3⅓ Stunden für sich und 6⅔ Stunden für den Kapitalisten arbeiteten! Sein Beispiel bewiese, wenn es richtig wäre, daß die Größe des Mehrwerths nicht davon abhängt, wie lange der Kapitalist seine Lohnarbeiter beschäftigt, sondern davon, welchen Erfolg seine Pfiffigkeit und Energie auf dem Markte davonträgt! Die Vulgärökonomie kann sich zu Herrn Knorr gratuliren.

Und doch hatte Knorr es in diesem Falle sehr bequem. Im „Kapital“ fand er ein Beispiel für seinen Fall, das nicht nur etwas entsprechender, sondern auch leichter verständlich ist, als das seine. Ein Kapitalist, ein Spinner, miethet einen Arbeiter und zahlt ihm 3 Mark täglich. Der Arbeiter erzeugt in der Stunde einen Werth von 50 Pfennig. Nach 6 Stunden hat er so viel Werth erzeugt, als seine eigene Arbeitskraft kostete. Aber der Kapitalist läßt ihn länger arbeiten, und was er in dieser Ueberzeit schafft, ist Mehrwerth, der dem Kapitalisten zufällt. Wie dieser damit umgeht, ob er ihn durch dumme Spekulationen verliert, ob und wie viel er davon dem Grundbesitzer, dem Kaufmann ꝛc. ablassen muß, das ist für den Kapitalisten sehr wichtig, den Arbeiter und dessen Ausbeutung dagegen geht es direkt gar nichts an. Unter sonst gleichen Umständen wird der Mehrwerth um so größer sein, je länger die tägliche Arbeitszeit. Beträgt sie in unserem Falle 12 Stunden, so erzeugt der Arbeiter 3 Mark Mehrwerth für den Kapitalisten, wenn 10 Stunden, nur 2 Mark, wenn 14 Stunden 4 Mark.

Wir glauben, dieses Beispiel ist weniger komplizirt, als das des Herrn Knorr und zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen Mehrwerth und Arbeitszeit.

Aber nicht nur die Gesetze der Oekonomie, auch die der Natur finden bei unserem Autor eine recht verkehrte Darstellung. Nach einem Ausfall auf die Antisemiten stellt sein Gegenpart an ihn die Frage:

„55. So vertheidigst du die jüdische Rasse?“ und erhält darauf die Antwort:

„— Ich kenne keine Rasse, und in der modernen Gesellschaft giebt es keine Rasse. Es gab deren auf einer früheren Kulturstufe. Ich kenne nur Menschen, die ihre Pflicht als solche erfüllen, und andere, die es nicht thun.“

Also es giebt in der modernen Gesellschaft keine Juden mehr, seitdem diese den „Ariern“ juristisch gleichgestellt sind. Und als in den Vereinigten Staaten die Neger die gleichen Rechte mit den Weißen erhielten, hörten sie dadurch auf, Neger zu sein. Und da die Sozialdemokraten die juristische Gleichstellung von Mann und Frau verlangen, wird Knorr auf die Frage: „Wie denken Sie über die Emanzipation der Frau?“ antworten: „Ich kenne keine Frauen. In der sozialistischen Gesellschaft giebt es nicht zweierlei Geschlechter. Es gab deren auf früheren Kulturstufen“ ꝛc.

Die Beantwortung der 55. Frage zeigt uns übrigens eine neue Eigenthümlichkeit des Katechismus. Wenn er keine rechte Antwort auf die Frage weiß, die an ihn gestellt worden ist, klammert er sich an ein Wort dieser Frage und dreht es so, daß er etwas beantwortet, was gar nicht gefragt worden ist. Auf die Frage, ob er die Juden vertheidigt oder nicht, und das ist doch das Entscheidende dabei und nicht der Begriff der Rasse, bleibt er uns die Antwort schuldig.

Diese schlechte Manier befolgt er öfters. Der Katechismus lehrt unsere Genossen an vielen Stellen nicht, wie sie unseren Feinden mit sachlichen Gründen begegnen, sondern wie sie sich um eine Schwierigkeit mit Redensarten herumdrücken können.

Zu den Aufgaben eines solchen Katechismus gehört z. B. der Nachweis, daß keine der Parteien, außer der sozialdemokratischen, dem Proletariat helfen kann und will. Das hat Knorr auch empfunden, aber statt einer Darstellung und Kritik dieser Parteien giebt er uns schlechte Witze. Auf die Frage, ob er die Demokraten zu den Freunden des Volkes rechne, antwortet er:

„Nein, sie sind vorsündfluthliche Geschöpfe, die von der sozialdemokratischen Fluth weggespült werden.“

Und von den Konservativen heißt es: „Ein Konservativer ist ein verknöcherter alter Kerl, der sich schlecht konservirt hat."

Diese „Witze" sind Alles, was in dem Katechismus über die beiden Parteien gesagt wird! Und das nennt man unseren Genossen Materialien zur Bekämpfung der Gegner in die Hand geben.

Dabei wimmelt es von Widersprüchen. Wir nennen nur einen. Das erste Kapitel beginnt mit der Frage:

„Wer bist du?"
„Ich bin ein Arbeiter."
„Wer gehört zu den Arbeitern?"
„Die große Mehrzahl des Volkes, die arbeitet, um sich ihren Lebensunterhalt zu erringen."

Der Anfang des zweiten Kapitels dagegen lautet:

„Wer bist du?"
„Ich bin das Volk."
„Wer ist das Volk?"
„Die große Masse, bestehend aus Arbeitern aller Art, Handwerkern, Bauern, kleinen Beamten, Gewerbetreibenden und Angestellten. Alle, die arbeiten müssen, um sich den nothwendigsten Lebensunterhalt zu verschaffen, und die nichts erwerben und besitzen, um sich in der Noth und im Alter vor Hunger und Entbehrungen zu schützen, bilden das Volk."

Im ersten Kapitel sind also die Arbeiter die Mehrzahl des Volkes, das heißt, das Volk umfaßt außer den Arbeitern noch andere Schichten. Im zweiten Kapitel dagegen besteht das Volk zuerst blos aus den Arbeitern aller Art, als da sind Handwerker, Bauern u. s. w., dann aber gar nur aus jenen Arbeitern, die nichts erwerben und besitzen, um sich in der Noth und im Alter vor Hunger und Entbehrungen zu schützen, also aus den schlechtest gestellten Proletariern.

Die vierte Definition des Volkes: „Das Volk bin ich", schenken wir Herrn Knorr. Aber auch die anderen zeigen eine erstaunliche Verschwommenheit. Jeden Moment bedeutet das „Volk" für den Verfasser etwas Anderes. Ebenso verschwommen ist aber auch der Begriff des „Arbeiters" bei ihm. Von einer Definirung des Lohnarbeiters findet sich dagegen keine Spur in dem ganzen Katechismus.

Das scheint uns kein Zufall zu sein. Der ganze Katechismus zeigt sich in seiner Anlage und seiner Durchführung berechnet für die Propaganda unter den Kleinbürgern und Bauern. Es giebt aber zwei Arten, unter diesen Propaganda zu machen: Man kann ausgehen von dem proletarischen Charakter unserer Bewegung. Man erkennt dann an, daß das Proletariat stets das Rückgrat der Sozialdemokratie sein wird, daß Kleinbürger und Bauern zu uns nur kommen und unsere Bewegung nur dann durch ihr Mitthun kräftigen können, wenn sie sich als Proletarier fühlen. Unsere Propaganda unter diesen Schichten muß sich dann darauf richten, ihnen nachzuweisen, daß sie dem Proletariat unrettbar verfallen sind, daß sie nur durch dieses und mit ihm aus ihrer elenden Lage sich befreien können.

Diese Art der Agitation ist schwer, denn sie erfordert den Kampf gegen tiefgewurzelte Vorurtheile und gegen schwerwiegende Augenblicksinteressen der Klassen, an die man sich wendet. Sie kann auch nur in jenen Schichten derselben Erfolg haben, die ökonomisch bereits zerrüttet sind.

Leichter und anscheinend mehr versprechend ist es, die Agitation den Vorurtheilen und Augenblicksinteressen der Kleinbürger und Bauern anzupassen. Aber

dieses Aufgeben des eigenen Standpunktes ist nicht blos demoralisirend, sondern auch zwecklos. Denn sollte es dadurch gelingen, Elemente für uns zu gewinnen, die uns sonst fernblieben, so erreicht man dadurch nur die Einreihung höchst unsicherer Kantonisten in unsere Armee, die bei der ersten Kraftprobe, welche wir zu bestehen haben, ausreißen, vielleicht sogar uns in den Rücken fallen. Meist wird man aber gar nicht so weit kommen, solche Elemente zu gewinnen. Wenn wir es nicht selbst sagen, dann sagen unsere Gegner es den Bauern und Kleinbürgern, daß wir eine revolutionäre, proletarische Partei sind, und sie können dies aus den hervorragendsten Schriften unserer Literatur beweisen. Die Selbstkastration kann also nur dahin führen, Mißtrauen bei der indifferenten Masse gegen uns zu säen, uns den Vorwurf der Doppelzüngigkeit auf den Hals zu laden und den Schein zu erwecken, als glaubten wir selbst nicht an unsere Sache.

Zum Glück dürfen wir konstatiren, daß ein Versuch, eine derartige charakterlose Agitationsweise bewußt und planmäßig einzuführen, in unserer Partei bisher noch nicht gemacht worden ist und daß auch nicht das mindeste Anzeichen besteht, welches auf eine solche Absicht schließen läßt. Nichtsdestoweniger halten wir es nicht für überflüssig, auf das Gefährliche dieser Agitationsweise hinzuweisen. Unsere Partei ist jetzt so kraftvoll geworden, daß sie sich auf die Agitation unter den städtischen, industriellen Proletariern nicht beschränken kann. Sie muß versuchen, auch andere Volkskreise zu gewinnen. Jeder Agitator muß sich aber dem Begriffsvermögen und dem Anschauungskreise seiner Zuhörer anpassen, wenn er ihnen verständlich werden will. Und dieser Versuch einer formellen Anpassung führt leicht, ohne daß man es beabsichtigt und oft auch, ohne daß man es recht merkt, zu einer ideellen Anpassung, namentlich wenn man sich an den aussichtslosen Versuch macht, Elemente zu gewinnen, die mit den proletarischen Interessen und Anschauungen absolut nichts gemein haben. Das beweist natürlich nicht, daß wir unsere Agitation auf das Proletariat beschränken sollen, aus Furcht, wir könnten verdorben werden, wenn wir mit anderen Volkskreisen in Berührung kommen. Diese Furcht überlassen wir gern den „Unabhängigen", die allerdings allen Grund dazu haben mögen, da fast jeden Tag einer dieser strengen Hüter des unverfälschten proletarischen Standpunkts ins bürgerliche Lager überläuft. Das hier Gesagte beweist blos, daß wir, je mehr unsere Agitation an nichtproletarische Schichten sich wendet, um so sorgfältiger uns jede dieser Schichten, ehe wir an sie herantreten, ansehen müssen, ob sie geeignet sei, unsere Ideen aufzunehmen. Und um so sorgfältiger müssen wir auch darüber wachen, daß die nothwendige Anpassung der Agitation an ihre Formen des Denkens und Fühlens nicht zu einer Abschwächung oder Verspimpelung unserer Grundsätze wird.

Gerade eine Schrift, wie die vorliegende, die bestimmt ist, auf die großen Massen zu wirken, müssen wir uns daher doppelt genau ansehen. Und in diesem Falle finden wir leider in der That, daß der Verfasser, was bei seiner Unklarheit auch kein Wunder, in seinem Bestreben, unsere Bewegung den Nichtproletariern annehmbar zu machen, ihren proletarischen und revolutionären Charakter verwischt hat.

Davon, daß die Grundlage der Sozialdemokratie der Klassenkampf des Proletariats ist, davon ist in der ganzen Broschüre keine Rede. Die Sozialdemokratie ist nach Herrn Knorr keine Kampfespartei, sondern eine höchst harmlose Organisation.

Einige Fragen und Antworten mögen das beleuchten.

„16. Was können die Arbeiter thun, um die gesellschaftliche Produktion herbeizuführen und zu beschleunigen?

— Sie können sich auf diese soziale Umwälzung vorbereiten.

„17. Wodurch?
— Durch Zusammenschluß mit Klassengenossen, also durch Organisation und durch Erkenntniß ihrer Klassenlage. Hierdurch erwacht in ihnen das Klassenbewußtsein."

Daß die Arbeiter durch ihre Kämpfe sich nicht blos auf diese soziale Umwälzung vorzubereiten, sondern auch sie selbst vorzubereiten, zu beschleunigen und herbeizuführen haben, davon weiß Herr Knorr nichts. Allerdings, Knorr spricht vom Klassenbewußtsein der Arbeiter. Aber was versteht er darunter? Etwa das Bewußtsein der Solidarität der Proletarier untereinander und ihres unversöhnlichen Gegensatzes zu den sie ausbeutenden Klassen? Nein, er versteht darunter nur ein bischen ökonomische Bildung.

„Ich verstehe darunter", sagt er, „den Einblick in den wirthschaftlichen Zusammenhang aller politischen und sozialen Erscheinungen, wie z. B. den Zusammenhang von Armuth mit Verbrechen, Krankheit und Unwissenheit, den von Reichthum mit Herrschaft, Wissen und Gesundheit. Kurzum die Einsicht, daß alle politischen und sozialen Erscheinungen auf den Gegensatz zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Klassen zurückzuführen sind."

Zum Schluß dämmert ihm da eine Ahnung des richtigen Zusammenhanges auf, aber sie erscheint sofort in einer ganz verzerrten Form in der Behauptung, daß alle gesellschaftlichen Erscheinungen auf den Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden zurückzuführen sind.

Aber wenn die Arbeiter nicht kämpfen, sondern nur sich organisiren und bilden, da ist wohl die Frage erlaubt: „Durch welche Mittel wird die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel bewerkstelligt werden?" Als Antwort darauf erhalten wir nicht etwa den Hinweis auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, sondern die Vertröstung darauf, daß die Kapitalisten die Arbeit für uns besorgen werden. Diese Vergesellschaftlichung wird bewerkstelligt werden:

„Vor Allem durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst. Auf allen Gebieten drängt sich das Kapital in immer weniger Hände zusammen. Die Konkurrenz der Kapitalisten führt zu Monopolen, Trusts und Kartellen. . . . Hierdurch werden immer mehr Arbeiter brotlos, aber auch immer mehr mit Klassenbewußtsein erfüllt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung erscheint der Sozialismus als einziger Ausweg aus dieser Sackgasse des kapitalistischen Systems."

Das ist ja furchtbar bequem für uns. Uns hat das Wort von dem „Hineinwachsen in die sozialistische Gesellschaft" nie recht gefallen, obwohl es von seinem Urheber den Fragen nach dem „Zukunftsstaat" gegenüber unzweifelhaft richtig gemeint und in richtigem Sinne angewendet wurde. Aber unklare Leute wurden dadurch in der schon früher verbreiteten Ansicht bestärkt, wir ständen auf dem Standpunkte einer fatalistischen Theorie, die Alles von der ökonomischen Entwicklung allein erwartet. Und dieser Ansicht ist auch Herr Knorr zum Opfer gefallen.

Wohl bereitet die ökonomische Entwicklung die Bedingungen unseres Sieges vor, aber nur dadurch, daß „mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung wächst, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse" (Marx). In dieser wachsenden Empörung liegt die Sicherheit des Sieges der Sozial-

demokratie und nicht darin, daß die kapitalistische Gesellschaft sich in eine Sackgasse verrennt. Wie eine Gesellschaft endet, die sich in eine Sackgasse verrannt hat, zeigt uns die verwesende römische Gesellschaft der Kaiserzeit. Herr Knorr selbst sieht ein, daß es zu albern wäre, einzig auf die selbstthätige ökonomische Entwicklung zu bauen. Er fragt:

„37. Soll die Arbeiterklasse diesem Entwicklungsgange mit verschränkten Armen zusehen?" und antwortet:

„— Nein! ich sagte schon, sie müsse sich vorbereiten, ihre historische Mission zur rechten Zeit zu erfüllen. Außerdem kann sie durch ihre Haltung der Entwicklung eine bestimmte Richtung geben. Sie kann das Volk vor der sittlichen und körperlichen Entartung durch die kapitalistische Profitgier schützen. Dies ist das nächste Ziel der sozialdemokratischen Bewegung und deshalb verlange ich Arbeiterschutzgesetze."

Ueber diese beschauliche Rolle der Partei kommt er nicht hinaus.

Angesichts dieser Haltung darf man sich nicht wundern, wenn Knorr die Fragen, ob unsere Partei revolutionär und republikanisch sei, im vierten Kapitel abhandelt, welches die Ueberschrift trägt: „Was über die Sozialdemokratie gelogen wird". Die Antworten auf diese Fragen bilden einen würdigen Abschluß des Kapitels:

„120. Willst du sagen, daß die Sozialdemokratie das Volk zur Revolution aufstachelt?

— Dies Wort ist immer die letzte List unserer Gegner. Sie haben alle revolutionirt. Der Adel gegen die Fürsten, das Bürgerthum gegen beide. Die Revolution ist ein historischer Begriff und oft ein Mittel der Reaktion und nicht des Fortschritts. Die Sozialdemokratie versteht unter Revolution nicht einen Aufstand des Volkes gegen die Regierung, sondern eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse. Die größte Revolution hat die Dampfkraft vollbracht.

„121. Ist die Sozialdemokratie nicht antimonarchisch und republikanisch?

— Sie ist keins von beiden im landläufigen Sinne. Die Republik ist das Ideal des Kapitalismus, der in ihr die größte Bewegungsfreiheit findet. Monarchie und Republik sind Formen für verschiedenartige gesellschaftliche Zustände. Es giebt Republiken, die schlechter sind als Monarchien, wie Frankreich und England beweisen.

„122. Aber der Sozialismus muß doch in einer bestimmten Staatsform verwirklicht werden?

— Gewiß! aber die sozialistische Gesellschaft wird dieser Form einen so wesentlich anderen Inhalt geben, daß Republik und Monarchie, Begriffe der kapitalistischen Gesellschaft, ganz außer Betracht bleiben."

Ein erbaulicher Eiertanz, den der Verfasser da aufführt. Die Nationalliberalen haben alle Ursache, uns um Herrn Knorr zu beneiden. Er zeigt sich hier als Meister der Kunst, in der doch vornehmlich die Nationalliberalen exelliren, mit vielen Worten nichts zu sagen und auf eine unbequeme Anfrage gleich einen ganzen Schwall von Antworten zu ertheilen, von denen keine die Frage beantwortet.

Soll in der Anhäufung zusammenhangloser Behauptungen und Erklärungen, welche die Antworten auf die drei Fragen 120 bis 122 darstellen, ein Sinn stecken, dann kann es unseres Erachtens nur der sein: Wir Sozialdemokraten sind die bravsten Kinder von der Welt. Die Revolutionäre und Republikaner, sie sind nicht in unseren Reihen, sondern bei den Adeligen und Bourgeois zu

finden. Unsere Gegner — „sie haben alle revolutionirt"; „die Republik ist das Ideal des Kapitalismus"; wir dagegen, wir wollen nur eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse in der Weise, wie sie die Dampfkraft — soll wohl heißen die Dampfmaschine — vollbrachte. Wir sind weder antimonarchisch noch republikanisch im „landläufigen Sinn".

Einen Moment lang dämmert freilich auch Herrn Knorr die Erkenntniß auf, daß dieses Versteckenspiel doch gar zu lächerlich sei, und er wirft selbst die Frage auf: „Aber der Sozialismus muß doch in einer bestimmten Staatsform verwirklicht werden?"

„Gewiß!" ruft er mit Entschiedenheit, und nun hofft man, werde er endlich ein offenes Wörtlein sprechen — aber auf das „Gewiß" folgt ein „Aber" und ein kühner logischer Purzelbaum: „Gewiß! Aber es widerstrebt mir einmal, diese Staatsform zu nennen, da ich vor dem Wort „Republik" eine heilige Scheu habe, und so mache ich von der Staatsform, welche die Vorbedingung der sozialistischen Gesellschaft ist, gleich ein Saltomortale zur Gestalt, welche „diese Form" durch diese Gesellschaft erhalten wird, und ertheile bei der Gelegenheit der Republik noch einen letzten Fußtritt, indem ich sie einen „Begriff der kapitalistischen Gesellschaft" nenne. Das ist zwar unsinnig, denn Jedermann weiß, daß es Republiken schon lange vor der kapitalistischen Zeit gegeben hat, aber es klingt tiefsinnig (ebenso wie früher die Bemerkung, die Revolution sei ein „historischer Begriff") und enthebt mich der Pflicht, mich weiter damit abzugeben."

So ungefähr muß der Gedankengang des Herrn Knorr gewesen sein, als er die in Rede stehenden Zeilen verfaßte.

Wir wollen gerne zugeben, daß die Frage, wie wir uns zur Revolution und zur Republik stellen, sehr verfänglich und nicht so einfach zu beantworten ist. Wir hätten es Herrn Knorr auch nicht übel genommen, wenn er diese Fragen gar nicht aufs Tapet brachte. Stellte er sie aber einmal, dann durfte er sie nicht in einer Weise beantworten, die allen unseren Grundsätzen Hohn spricht und den Eindruck einer feigen Verleugnung derselben erweckt und erwecken muß.

Wir sind Revolutionäre, und zwar nicht blos in dem Sinne, in dem die Dampfmaschine ein Revolutionär ist. Die soziale Umwälzung, die wir anstreben, kann nur erreicht werden mittelst einer politischen Revolution, mittelst der Eroberung der politischen Macht durch das kämpfende Proletariat. Und die bestimmte Staatsform, in der allein der Sozialismus verwirklicht werden kann, ist die Republik, und zwar im landläufigsten Sinne des Wortes, nämlich die demokratische Republik.

Dies mußte unbedingt in einem sozialdemokratischen Katechismus gesagt werden, wenn die Sprache auf diese Punkte kam. Allerdings mußte noch mehr gesagt werden.

Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolutionen machende Partei. Wir wissen, daß unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, daß es ebenso wenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen. Und da die Revolution nicht von uns willkürlich gemacht werden kann, können wir auch nicht das Mindeste darüber sagen, wann, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen sie eintreten wird. Wir wissen, daß der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht enden wird, ehe nicht das letztere in den vollen Besitz der politischen Macht gelangt

ist, die es dazu benützen wird, die sozialistische Gesellschaft einzuführen. Wir wissen, daß dieser Klassenkampf immer ausgedehnter und intensiver werden muß; daß das Proletariat an Zahl und moralischer und ökonomischer Kraft immer mehr wächst, daß daher sein Sieg und die Niederlage des Kapitalismus unausbleiblich ist, aber wir können nur höchst vage Vermuthungen darüber haben, wann und wie die letzten entscheidenden Schlachten in diesem sozialen Krieg geschlagen werden.

Das Alles ist nichts Neues; das konnte Herr Knorr in den Reden und Schriften unserer Vorkämpfer oft genug ausgedrückt finden. Es ist das aber etwas ganz Anderes, als was er gesagt hat.

Da wir über die Entscheidungsschlachten des sozialen Krieges nichts wissen, können wir natürlich ebenso wenig sagen, ob sie blutige sein werden, ob die physische Gewalt eine bedeutende Rolle in ihnen spielen oder ob man sie ausschließlich mit den Mitteln ökonomischer, legislativer und moralischer Pression ausfechten wird.

Man kann aber wohl sagen, daß alle Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß in den revolutionären Kämpfen des Proletariats die Mittel letzterer Art über die der physischen, das heißt militärischen Gewalt mehr überwiegen werden, als dies in den revolutionären Kämpfen der Bourgeoisie der Fall war. Man gestatte uns auf diesen Punkt näher einzugehen, obwohl er mit der Kritik des Katechismus nichts mehr zu thun hat. (Schluß folgt.)

Skizzen zur Tabaksteuer.

Von Unus.

IV. Der Konsument.

(Schluß.)

Die Belastung.

Den weitaus größten Theil der Steuer wird der Konsument zu tragen haben — darin sind Alle einig, die Tabakinteressenten wie die Regierung.

Der Konsument wird aber mehr zu tragen haben, als nur den resp. Steuerbetrag. Wir wissen schon, daß der Fabrikant auf die Steuer wenigstens den Darlehenszins berechnet, insofern ihm der Steuerbetrag nicht auf eine ausreichende Frist gestundet wird. Miquel läßt zwar eine sechsmonatliche Stundung zu (der Bundesrath *kann's* bewilligen), allein der Fabrikant wird auch selbst dem Tabakhändler einen größeren Kredit gewähren müssen, besonders in der ersten Zeit wegen der Ungewißheit des Konsums, seiner absoluten Größe wie seiner inneren Gestaltung nach.

In Folge des Produktionsrückganges wird der Fabrikant im Fakturawerth einen größeren *Gewinnsatz* berechnen müssen. Da sich sein Umsatz verringern, das stehende Kapital aber dasselbe bleiben wird, so wird er die Verzinsung dieses letzteren auf eine geringere Produktenmenge berechnen müssen, freilich nur so lange es ihm nicht gelingt, seinem Betrieb auf Kosten Anderer den früheren Umfang zu geben. Dies trägt nun ebenfalls zur Vertheuerung des Produkts bei.

Auf diese gesammte Vertheuerung berechnet aber dann der *Detailliſt* seinen Gewinnsatz. Und da sein Umsatz sich ebenfalls verringert, so berechnet auch er einen *größeren* Gewinnsatz.

Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß der größere Gewinnsatz auch vom Händler nicht nur auf die Steuer allein, sondern auf den gesammten erhöhten *Fakturawerth*, inklusive Steuer, berechnet wird.

Aus all' diesen Gründen muß die Vertheuerung des Produkts, also die wirkliche Konsumentenbelastung eine viel größere werden, als die fiskalische Belastung des Produkts.

Dem entspricht die von uns früher ermittelte Thatsache, daß die Verminderung der Produktion nach 1879 eine größere war, als die fiskalische Mehrbelastung des Preises, ein Umstand, der nach unserer Berechnung auch jetzt eintreten dürfte.* Da wir unsere Berechnungen der Produktionsverminderung nicht unmittelbar aus der Vertheuerung folgerten, sondern aus den thatsächlichen Angaben über den Zustand, wie er sich seit 1879 ausbildete, so sind wir jetzt berechtigt, aus der Produktionsverminderung auf die Vertheuerung zu schließen. Die Produktionsverminderung entspricht offenbar der Fabrikatvertheuerung, dann aber auch jene dieser.

Wenn wir annehmen, daß die Fabrikatvertheuerung ebenso wie der Rückgang der Produktion 25 Prozent betragen wird, so ist dies wahrscheinlich noch ein zu niedriger Satz, denn da, wie dies schon früher erörtert wurde, nicht jeder Konsument seinen Verbrauch einschränken wird, so wird die Produktionsverminderung geringer sein, als die Vertheuerung der Produkte.

Diese Vertheuerung wird aber sehr ungleich sein für die verschiedenen Schichten der Konsumenten. Der Wohlhabende, der seine Zigarren pro Mille einkauft, bekommt die Waare selbstverständlich billiger. Für größere Quantitäten lassen sich auch mehr Preisabstufungen bilden. Für den Kleinverkauf existiren von vornherein ein- für allemal festgesetzte Preisabstufungen, die schon in Folge des Münzsystems nicht weiter gegliedert werden können. Die Preise: 2, 3, 4, 5, 6 Pfennig das Stück werden wahrscheinlich auch fernerhin keine Zwischenglieder erhalten, wie sie es auch nach 1879 nicht erhalten haben. Wenn nun die Vertheuerung auch nur einen Bruchtheil eines Pfennigs beträgt, so wird sie doch vom Kleinkrämer als ganzer Pfennig berechnet werden. Dazu kommt, daß dieser Kleinkrämer sich überhaupt einen größeren Gewinnsatz berechnen muß, auch kauft er theurer ein, als der Großhändler. Für den Arbeiter, der nicht im Stande ist, seinen Tabak oder seine Zigarren in größeren Partien einzukaufen, giebt es also überhaupt nur eine Vertheuerung von Pfennig zu Pfennig; für ihn heißt es gleich, von der 3 Pfennig- zur 4 Pfennig-, von der 4 Pfennig- zur 5 Pfennig-Zigarre ꝛc. überzugehen. Dies zeigt auch die Erfahrung seit 1879:

Zigarren-Preis per Stück	Verbrauch der einzelnen Sorten in Theilen des gesammten Zigarrenkonsums vor 1879	jetzt
Bis inklusive 4 Pfennig	42 Prozent	30,8 Prozent
5 = ...	40 =	46,1 =
6 = ...	9 =	13,1 =

Trotzdem die fiskalische Mehrbelastung viel geringer war, als 1 Pfennig pro Stück, zeigt doch die Tabelle deutlich, wie eine allgemeine Verschiebung des Konsums in Abstufungen von je 1 Pfennig stattgefunden hat.

---

* Wir ziehen dabei nur die Zigarren in Betracht. Der Rauchtabak bildet hier eine Ausnahme, aus Gründen, die sich leicht aus den Erörterungen der vorangehenden Skizze ergeben, die übrigens auch ihrerseits in diesem Umstande eine Bestätigung finden. Für Zigarren rechneten wir aus

	Mehrbelastung	Produktionsrückgang
1879	8,5 Prozent und 8,7 Prozent	12,5 Prozent
Künftighin	15,0 = = 15,5 =	25,0 =

Da aber diesmal vielfach die fiskalische Mehrbelastung allein ca. 1 Pfennig pro Stück beträgt, so hat der ärmere Konsument in solchen Fällen mit einem Aufschlag von zwei Pfennig zu rechnen.

Dies die Belastung des Konsumenten durch die Miquel'sche Steuer. Doch freilich, die offiziösen Blätter wie die offiziellen Vertreter der Regierung behaupten, dies sei eine Kleinigkeit. Sehen wir uns einmal die finanzpolitische Weisheit dieser berufenen und auserwählten Vertreter des Fiskus an.

Wie Finanzminister rechnen.

Es macht einen geradezu komischen Eindruck, wenn man sieht, welche sonderbaren Berechnungen die Regierungsvertreter anstellen, um die Tabaksteuer zu rechtfertigen. So wird von ihnen allen, vom bayerischen Finanzminister Riedel an bis auf Miquel und Caprivi, oder bis auf Caprivi und Miquel, darauf verwiesen, daß die Monopolstaaten einen größeren Ertrag vom Tabak pro Kopf der Bevölkerung erzielen als Deutschland.

Nichts falscher als dieser Vergleich. Dies schon aus dem Grunde, weil ein Staatsbetrieb ebenso gut wie jede kapitalistische Unternehmung doch auch den kapitalistischen Profit abwirft. Mehrwerth wird hier wie dort gebildet.* Wenn man vom Brutto-Ertrag (d. i. dem Verkaufswerth des Produkts) eines Tabakmonopols seinen Netto-Ertrag abzieht, so bleiben nur die Produktionskosten nebst einer ziemlich geringen Verschleißgebühr; zieht man aber vom Verkaufswerth des Tabaks in einem Lande, wo die Tabakfabrikation nicht monopolisirt ist, den Betrag der Steuer ab, so bleiben noch, außer den Produktionskosten, der sehr beträchliche Fabrikantengewinn und der noch größere Detaillistengewinn. Der Netto-Ertrag enthält also in sich weit mehr, als die bloße Steuer.

Nehmen wir z. B. Oesterreich, das Land, welches in Bezug auf den Tabak am besten sich zu einem Vergleich mit Deutschland eignet, weil die Zusammensetzung des Konsums sowie dessen Größe in diesen Ländern am ähnlichsten sind. In Oesterreich war im Jahre 1891 der Netto-Ertrag des Tabakmonopols 2,14 Gulden pro Kopf der Bevölkerung oder, den Gulden zu 1,7 Mark gerechnet, 3,64 Mark. In Deutschland betrug 1890/91 der Zoll- und Steuerertrag 1,10 Mark pro Kopf. Dies macht einen Unterschied zu Gunsten Deutschlands von 2,54 Mark. Also rechnen auch unsere, mit Respekt zu sagen, sachkundigen Herren Finanzminister. Wie steht es aber damit in der Wirklichkeit?

1891 war der Brutto-Ertrag der österreichischen Tabakregie 83 446 970 Gulden. Die Ausgaben betrugen in demselben Jahr 31 051 654 Gulden. Von dieser Summe gingen ab für Rohtabak-Einkauf, Arbeitslöhne, Gehälter und sonstige Fabrikationskosten, also für sämmtliche Produktionskosten 28,4 Millionen. Die von der Gesammtsumme der Ausgaben verbleibenden 2,6 Millionen Gulden sind als Verschleißkosten bezw. als Transportkosten der Fabrikate und Verschleißgebühr zu betrachten, d. i. 9,1 Prozent der Produktionskosten. In Deutschland aber werden auf die Produktionskosten gerechnet: 10 Prozent Fabrikantengewinn und 33⅓ Prozent Detaillistengewinn obendrein. Verfahren wir auf gleiche Weise mit den Ergebnissen der österreichischen Tabakregie, so erhalten

* Die österreichische Tabakregie beschäftigte im Jahre 1891 32 262 Arbeiter (hauptsächlich Arbeiterinnen). Sie gab in demselben Jahr 7 458 753 Gulden für Arbeitslöhne und sonstige Fabrikationskosten aus. Pro Arbeitskraft berechnet, macht dies 231 Gulden im Jahr oder, den Gulden gleich 1,7 Mark gesetzt, 352,7 Mark. Nicht einmal eine Mark pro Tag, und doch sind darin noch Fabrikationskosten enthalten. So versteht es die österreichische Regie, Mehrwerth zu bilden.

wir: Produktionskosten 28,4 Millionen Gulden. Dazu 0,3 Millionen Abschreibungen. Zusammen 28,7 Millionen Gulden.* Darauf 10 Prozent Fabrikantengewinn = 2,87 Millionen. Zweite Summa = 31,57 Millionen. Jetzt 33⅓ Prozent Detaillistengewinn = 10,52 Millionen. Summa summarum = 42,09 Millionen Gulden. Dies abgezogen vom Brutto-Ertrag 83,45 Millionen, bleibt 41,36 Millionen Gulden. Diese Summe pro Kopf der Bevölkerung vertheilt — 1891 betrug die Bevölkerung Oesterreichs 24,3 Millionen — macht 1,7 Gulden oder 2,89 Mark. Der Unterschied gegenüber Deutschland beträgt **1,79** Mark, statt, wie es nach den Berechnungen der Herren Finanzminister sein sollte, 2,54 Mark.

Miquel's Forderung beträgt, wie wir ausgerechnet haben, 137 Millionen Mark, d. i., bei einer Bevölkerungszahl von 50 Millionen, 2,74 Mark pro Kopf, fast genau so viel, als der eben berechnete Steuerertrag des österreichischen Monopols. Doch da die deutschen Raucher eine solche Last nicht sofort zu tragen vermögen, so erhält Miquel vorerst nur 104 Millionen, also 2,08 Mark pro Kopf, aber mehr als das — in der Zukunft.

Doch giebt auch die von uns gewonnene Zahl bei Weitem nicht das richtige Maß an für die relative Belastung des österreichischen Konsumenten gegenüber dem deutschen. Wir haben nämlich den Gewinn der Privatkapitalisten auf die Produktionskosten der *Monopolverwaltung* angerechnet. Die Produktionskosten der österreichischen Tabakregie sind aber nicht nur absolut, sondern auch relativ viel geringer, als die der deutschen Tabakfabrikation. Der Grund liegt darin, daß wir es in Oesterreich mit einem vollkommen konzentrirten Großbetrieb, in Deutschland mit einer unendlichen Verzweigung größerer und kleinerer Betriebe zu thun haben. In Oesterreich wurden in dem Quinquennium 1881 bis 1885 jährlich durchschnittlich 38 500 Tonnen fabrikationsreifen Tabaks verarbeitet, die sich auf 28 Etablissements vertheilten. Die Gesammtzahl der von der Tabakregie beschäftigten Personen betrug während derselben Zeit durchschnittlich 27 177. Daraus ergiebt sich eine Produktionsmenge pro Betrieb von **1380** Tonnen und pro Person von **1,4** Tonnen. Im Deutschen Reich wurden 1881/82 bis 1885/86 jährlich durchschnittlich 63 714 Tonnen verarbeitet. Nach der Berufszählung 1882 gab es aber im Deutschen Reich 16 375 Betriebe und 110 468 in denselben Beschäftigte. Demnach Produktion pro Betrieb nur **3,9** Tonnen und pro Person **0,58** Tonnen.

Der Gewinn der österreichischen Tabakregie fließt also aus drei Quellen: 1) der Steuer, 2) dem Kapitalgewinn bezw. dem Mehrwerth, 3) der Ersparniß an den Produktionskosten. Um die reine Steuerbelastung zu erhalten, müßte man also nicht nur den Kapitalgewinn, sondern auch die Kostenersparniß abrechnen.

Statt diese komplizirte und unsichere Rechnung zu machen, wollen wir aber auf eine andere Weise verfahren. Wir wollen den Verkaufspreis pro Gewichtseinheit Tabakfabrikate für Deutschland und für Oesterreich bestimmen und die auf diese Weise gewonnenen Zahlen vergleichen.

Gegen diesen Vergleich läßt sich einwenden, daß er den Unterschied der *Steuerbelastung* nicht angiebt, denn ein Unterschied des Durchschnittsverkaufspreises kann auch entstehen: erstens in Folge eines Unterschieds in der Qualität, zweitens in Folge eines Unterschieds in der Zusammensetzung des Konsums.

Was das Erste anbetrifft, so ist in Oesterreich die Durchschnittsqualität des verarbeiteten Tabaks, wie allgemein anerkannt wird, nicht geringer, als in

---

* Sämmtliche Berechnungen für Oesterreich (dies hier immer ohne Ungarn verstanden) nach den Angaben von Bratačewitsch in der „Statistischen Monatsschrift", Aprilheft 1893.

Deutschland. Dies ergiebt sich auch aus dem Einkaufspreis des Rohtabaks. Der für fabrikationsreifen Rohtabak gezahlte Durchschnittspreis betrug 1891 per 100 Kilogramm:

	Inländische Blätter	Ausländische Blätter
Oesterreich	48 Mark	228 Mark
Deutschland* (exklusive Steuer bezw. Zoll)	37 „	162 „

Also fällt hier diese Rücksicht weg. Der zweite Fehler läßt sich vermeiden, wenn man nicht nur den allgemeinen Durchschnittspreis, sondern auch den Durchschnittspreis einzelner Fabrikatarten vergleicht.

Dagegen hat das vorgeschlagene Verfahren entschiedene Vortheile.

Erstens kommt es doch für den Konsumenten nicht auf die Steuerlast allein, sondern auf die Gesammtkosten seines Gebrauchsobjekts, gleichsam auf die Konsumtionslast, an. Und auch fiskalisch giebt es hier einen Zusammenhang: wie die Steuerlast die Konsumtionsfähigkeit, die Kaufkraft, so beeinflußt auch die Kostspieligkeit des Produkts die Steuerkraft des Konsumenten.

Zweitens zeigt der Unterschied des Preises pro Gewichtseinheit viel deutlicher — denn er giebt eben gleich die Produktenvertheuerung an — um was es sich für den Konsumenten handelt, als die Berechnung pro Kopf der Bevölkerung, weil im letzteren Fall auch Nichtkonsumenten, Weiber und Kinder bis auf die Säuglinge, mitgerechnet werden.

Drittens sind besonders Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern in Bezug auf die Kosten des Tabakkonsums bei der Berechnung pro Kopf nicht gut möglich in Folge der Verschiedenheit der Gewohnheiten, der verschiedenen Geschlechtsgliederung und des verschiedenen Altersaufbaues der resp. Bevölkerungen. Gewiß, es werden von dem betreffenden Konsumenten durch seine Konsumtionsausgaben auch Alle, die von ihm wirthschaftlich abhängig sind, in Mitleidenschaft gezogen; aber vor Allem ist es er selbst, um den es sich handelt, und er kann eines seiner Bedürfnisse einschränken bezw. erweitern zu Gunsten oder zum Nachtheil seiner anderen Bedürfnisse.

Was nun die Berechnung der Durchschnittspreise anbetrifft, so besitzen wir in Bezug auf Oesterreich die ganz genauen Angaben der Tabakregie, die Bratacewitsch in der „Statist. Monatsschrift" mitgetheilt hat. Für Deutschland wollen wir von den Berechnungen der Tabak-Enquête-Kommission (nach Drucksache Nummer 37) ausgehen, wobei wir die Vertheuerung der Fabrikate seit 1879 gleich der unmittelbaren Produktionsverminderung, d. i. — 12,5 Prozent, setzen. Wir gelangen zu folgender Zusammenstellung:

Durchschnittspreis der Tabakfabrikate:

Land	Zigarren per Mille	Deutschland gegenüber Oesterreich — billiger + theurer	Rauchtabak per Kilogr.	Deutschland gegenüber Oesterreich — billiger + theurer	Tabakfabrikate im Allgemeinen per Kilogr.	Deutschland gegenüber Oesterreich — billiger + theurer
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Oesterreich (1891) . . .	61,2	—	2,09	—	2,62	—
Deutschland, jetzt . . .	58,5	— 2,7	1,6	— 0,49	4,3	+ 1,68
„ nach Miquel**	73,1	+ 11,9	2	— 0,09	5,37	+ 2,75

* Für Deutschland berechnet nach den Angaben des „Statistischen Jahrbuchs" einerseits über den Werth des dachreifen inländischen, andererseits über den Gesammtwerth des importirten Tabaks.

** Hier haben wir eine Vertheuerung von 25 Prozent angenommen, entsprechend ebenfalls der Produktionsverminderung.

Im allgemeinen Durchschnitt bezahlt der deutsche Raucher seinen Tabak auch jetzt schon theuerer, als der österreichische. Dieser Unterschied ist zwar durch den größeren Zigarrenkonsum Deutschlands bedingt, doch ist er auch für sich kennzeichnend. Denn wenn die Kosten des Konsums schon jetzt sehr hoch sind, so ist es desto schwieriger, diesen Konsum noch mehr zu belasten: der Konsument wird, wie schon mehrfach erwähnt, entweder zu einem billigeren Fabrikat greifen, oder seinen Konsum einschränken. Aber auch die größere Billigkeit der deutschen Fabrikate im Einzelnen ist heute schon nicht allzuerheblich. Nur der Rauchtabak ist in Deutschland um ein Beträchtliches billiger, als in Oesterreich, der durchschnittliche Zigarrenpreis ist hier wie dort ungefähr gleich.

Eine lehrreiche Zusammenstellung das! Sie zeigt uns, wie das Kameel der Mehrbelastung des österreichischen Rauchers, das die Herren Finanzminister hervorgezaubert haben, ganz bequem durch ein Nadelöhr hindurchgezogen werden kann.

Unsere Tabelle erlaubt uns aber auch einen Einblick in die Trübung des Bildes, die nach der Einführung der Miquel'schen Steuervorlage eintreten würde. Da zeigt es sich, daß dann den deutschen Raucher sein Tabak im allgemeinen Durchschnitt doppelt so viel kosten wird, als den österreichischen; seine Zigarren werden pro Mille um 19,5 Prozent theurer sein; nur der Rauchtabak erscheint um eine Kleinigkeit billiger. Auch das ist nur scheinbar. Da wir die gleiche Vertheuerung für beide Fabrikate angenommen haben, thatsächlich aber der Miquel'sche Steuersatz für Rauchtabak größer ist, als für Zigarren, so wird das wirkliche Verhältniß für den Rauchtabak ungünstiger sein, derselbe also ebenfalls in Deutschland theuerer sein, als in Oesterreich.

Doch waren wir noch allzu sehr bescheiden in unseren Berechnungen, denn es läßt sich nach den Angaben der Regierung selbst ausrechnen, daß der Tabakpreis in Deutschland viel höher sein wird, als wir es angenommen haben. Nach den Mittheilungen, die das „Hamburger Echo" aus der amtlichen Begründung des Tabak-Steuerentwurfes gemacht hat, rechnet die Regierung mit einer Gesammteinnahme an Steuern von 85,7 Millionen Mark (85 Millionen nach unserer Berechnung), die sich wie folgt vertheilt:

Zigarren 55,2, Zigaretten 1,9, Kautabak 4,6, Schnupftabak 2,9 und Rauchtabak 20,9 Millionen Mark. Auf Grund dieses läßt sich unter Benutzung der von der Tabak-Enquête-Kommission angenommenen Detaillistengewinnsätze ein künftiger Gesammtwerth im Detailverkauf der Tabakfabrikate von mindestens 392 Millionen Mark berechnen. Nehmen wir als Maßstab des jetzigen Tabakverbrauchs 80 000 Tonnen (diese Summe wurde im Jahre 1890/91 erreicht), so ergiebt sich bei 25 Prozent Konsumtionsrückgang ein künftiger Tabakverbrauch von 60 000 Tonnen. Dies ergiebt aber einen allgemeinen Durchschnittspreis von 6,5 Mark pro Kilogramm, und nicht 5,37 Mark, wie wir es ausgerechnet haben.

So steht es in Wirklichkeit mit den Tabakkonsumenten in Deutschland und in Oesterreich. Und unsere Herren Finanzminister? ... Es ist nicht nur ein Wunder, mit wie wenig Verstand, sondern auch mit wie wenig Sachkenntniß die kapitalistische Welt regiert wird.

Die ärmeren Volksschichten und die Steuer.

Die Unbemittelten werden schon deshalb von der Tabaksteuer am meisten getroffen, weil sie die Mehrzahl bilden in der kapitalistischen Gesellschaft, folglich auch die Mehrzahl der Raucher. Etwa 75 Prozent der Tabaksteuer werden vom arbeitenden Volk getragen. Es kommen aber noch andere Umstände hinzu.

Wir haben schon im Heft 9 dieser Zeitschrift gezeigt, daß unter Miquel's Zollsätzen die Einfuhr billiger Tabakfabrikate zu einer Unmöglichkeit wird. Gewiß, wenn er die Einfuhr freiließe, so wäre die Konkurrenz gesteigert und die Kleinindustrie würde sich nicht halten können. Aber geht denn die ganze Steuervorlage nicht darauf hinaus, das Kleingewerbe zu vernichten? Und was den einheimischen Tabakbau betrifft, so haben ihm weder die hohen Zölle seit 1879 besonders genützt, noch die niedrigen Zölle vor 1879 besonders geschadet. Die Folge der Abschaffung des Zolls wäre aber eine theilweise Verhinderung der Tabakvertheuerung — eine Entlastung des Konsumenten und Belastung des Großproduzenten. Jetzt aber wird der Großproduzent, nachdem die erste Zeit der Konsumschwankungen und der erhöhten Konkurrenz vorbei ist, noch an der Tabakvertheuerung seinen Profit machen.

Der ärmere Konsument leidet aber mehr als der reiche, nicht nur unter dem Fabrikatzoll, sondern auch unter dem Rohtabakzoll. Die künftige Belastung des Verkaufspreises durch Rohtabakzoll und Fabrikatsteuer ist:

Bei der 5 Pfennig-Zigarre 31,6 Prozent
" " 15 " " 27,5 "

Ein weiterer Unterschied entsteht dadurch, daß auf den Rauchtabak ein doppelt so großer Steuersatz gelegt wird, als auf Zigarren. Der Zigarrenkonsum ist unter den Reichen viel mehr verbreitet, als unter den Unbemittelten. Dann aber ist der Uebergang zur Pfeife der einzige Ausweg für den Arbeiter, wenn er trotz der Vertheuerung seinen Tabakkonsum nicht einschränken will. Und auch diesen Ausweg sucht ihm Herr Miquel in seiner fiskalischen Fürsorge zu sperren.

Wie wird es kommen?

Die Blößen der Miquel'schen Tabakfabrikatsteuer sind offenkundig. Spärlich sind ihre Vertheidiger, und nichts vermochten die Regierungsvertreter im Reichstage vorzubringen, außer — Rechenfehler und die Bismärckischen Vulgaritäten über indirekte Steuern in neuer Auflage. Käme es auf sozialpolitische Gründe an, hätte Miquel schon beim Eintritt in die erste Lesung mit dem Tscharudatta des Königs Sudraka sagen können: „Mit dem Oleanderblumengewinde um die eine Schulter, mit dem Pfahle auf der anderen, den Kummer im Herzen, gehe ich zur Schlachtbank wie ein Bock, um zum Opferfeste geschlachtet zu werden." Allein auf diese Gründe kommt es gar nicht an, sondern darauf, inwiefern es den bürgerlichen Parteien möglich ist, ihre Wähler zu nasführen.

Die Agrarier sind für Miquel, wie wir es erwartet haben. Entschieden dagegen haben sich aber die Freisinnigen Vereinigten und die Antisemiten erklärt. Nur unverzagt! Klappern gehört zum Handwerk. Wir wollen sehen, ob nicht die vereinigte bundesräthliche Eloquenz sie in den Kommissionen „überzeugen" wird.

Ein neuer Faktor kommt hinzu: die Abschaffung des Jesuitengesetzes, die jetzt in die Hände der Regierung gelegt ist. Wird das Zentrum diesmal der Retter des Vaterlandes sein? Aus den drei Möglichkeiten: der Bekehrung der Freisinnigen und Antisemiten, der Zustimmung des Zentrums, der Ablehnung der Steuervorlage, ist die letztere die unwahrscheinlichste.

Wie dem auch sein mag, den Nutzen davon wird die Sozialdemokratie haben. Aber kann denn der kapitalistische Staat überhaupt etwas beginnen, ohne daß die Sozialdemokratie daraus Nutzen zieht?

Zur Bewegung der Handlungsgehilfen.

Von **Alfons Borchardt.**

Der organisirte Klassenkampf der industriellen Arbeiter währte schon fast ein ganzes Menschenalter, als vor zirka elf Jahren zum ersten Male in Berlin eine Bewegung unter dem kaufmännischen Proletariat sich bemerkbar machte. Klein und unscheinbar war der Anfang dieser Bewegung, deren Organisirung nicht einmal ein Handlungsgehilfe, sondern bezeichnenderweise ein selbständiger Kaufmann in die Hand nehmen mußte. Die einzige Forderung, welche der sich bildende Verein „Die freie Organisation der Kaufleute" stellte, war das Verlangen nach einer gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe. Von allen Seiten wurden diese begeisterten Vorkämpfer einer neuen Idee mit Hohn und Spott übergossen, am gehässigsten verfolgt von denen um Richter, welche sich nicht scheuten, damals, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, diesen Verein als einen sozialdemokratischen zu denunziren. Trotz der Ungunst der Verhältnisse gelang es der Leitung nicht nur, den Verein mehrere Jahre über Wasser zu halten, sondern ihm auch eine gewisse Bedeutung zu verschaffen, trotzdem das ihr zur Verfügung stehende Material das denkbar ungünstigste war, denn es setzte sich zum größten Theil aus der ausgebeutetsten und proletarisirtesten Masse der Handelsangestellten zusammen, aus den Angestellten der Kolonialwaaren- und Tabak-Branche, die schon vermöge der in diesen Geschäften üblichen täglichen Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden und mehr, wenig Zeit und auch wenig Lust zu einer geistigen Fortbildung hatten. Die Zeit war noch nicht reif, die Entwicklung im Handelsgewerbe noch nicht vorgeschritten genug, als daß damals schon die bessergestellten Klassen der Gehilfen aus den anderen, namentlich Engros-Geschäften, zu einer wahren Erkenntniß ihrer Klassenlage hätten kommen können. So mußte sich denn die „Freie Organisation der Kaufleute", nachdem sie einige Jahre bestanden hatte, auflösen. Der Triumph der Gegner war groß, doch verfrüht. Ideen lassen sich eben nicht mit Polizei-Chikanen bekämpfen, man kann wohl einige, auch eine ganze Anzahl von Trägern neuer Ideen unschädlich machen, man kann Personen und Existenzen ruiniren, aber immer wenn die Herren geglaubt hatten, nun auch die Idee mit todtgeschlagen zu haben, erhob sie sich von Neuem mit um so größerer Macht. So ging es auch mit der kaufmännischen Bewegung. Der Verein war zersprengt, vernichtet, also existirte die Bewegung nicht, kalkulirten die Herren Richter und Genossen, und fuhren fort, die Handelsangestellten als die naturgemäß zu ihnen Gehörenden zu betrachten. Da auf einmal, es sind jetzt gerade vier Jahre her, entstand ein neuer kaufmännischer Verein, die „Freie Vereinigung der Kaufleute", welcher sich von vornherein auf den Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stellte, und dessen Zusammensetzung eine ganz andere war als die der „freien Organisation". Während diese aus den ausgebeutetsten Proletariern des Detail-Handels bestand, welche als verfrühte Pioniere des Kampfes ihrer Klasse zu Grunde gehen mußten, waren von vornherein in der „Vereinigung" die Angestellten des Engros-Handels dominirend. Das Gros der Mitglieder war nicht nur mit einem größeren Maße von Bildung ausgerüstet, sie befanden sich nicht nur im Durchschnitt in besser dotirten Stellungen, sie hatten auch vor allen Dingen eine kürzere Arbeitszeit, konnten also auf ihre fernere Ausbildung und auch auf die Agitation mehr Zeit verwenden. Es war dies keine zufällige Erscheinung, sondern eine Konsequenz der Verhältnisse. Der Kapitalismus hatte in der Zwischenzeit auch das Gebiet des Handels in seine Kreise gezogen und dadurch bewirkt, daß die Gehilfen immer mehr und mehr zu bloßen Lohnarbeitern herabgedrückt wurden, bei denen sich dadurch auch die Erkenntniß Bahn brach, daß der Gehilfenstand nicht mehr ein Durchgangsstadium für die Selbständigkeit sei, sondern ein Lebensberuf, aus dem man nur heraus kann, wenn man mit Kapital und zwar mit viel Kapital ausgerüstet ist.

Selbstverständlich war die erste und Hauptforderung wiederum die Sonntagsruhe, die aber nunmehr mit ganz anderem Erfolge verlangt wurde, denn trotz der heftigsten Gegenwehr der freisinnigen und verwandten Parteien trat am 1. Juli 1892 das Gesetz über die Sonntagsruhe in Kraft. — Es ist hier nicht der Platz, uns über

die Kämpfe um diese erste Errungenschaft der kaufmännischen Bewegung des Weiteren auszulassen, wir können in dieser allgemeinen Uebersicht nur die Thatsachen registriren, um den Lesern einen Ueberblick über den Stand und die Erfolge der Bewegung zu geben. — Diese Errungenschaft und Hand in Hand mit ihr die immer weiter fortschreitende Proletarisirung der Handlungsgehilfen, welche in ihrem Fache immer mehr und mehr zu Theilarbeitern herabsinken, gaben der Bewegung einen neuen Aufschwung. Jetzt war der Bestand der „Vereinigung" gesichert, sie hatte nicht mehr um ihre Existenz zu kämpfen, sie konnte agressiv vorgehen und die Ideen, die sie beseelten, in die Provinz tragen. Im August vorigen Jahres unternahm ein Kollege eine große Agitationstour nach Mittel- und Westdeutschland, als deren Folge am 11. September 1892 in Berlin eine Konferenz aller im Handelsgewerbe Angestellten stattfand, die von zehn Städten besucht war und welche eine einheitliche Organisation für Deutschland festsetzte. Diese Organisation ist basirt auf der Lokalorganisation; neben dem Verein besteht in jedem Ort ein Vertrauensmann und außerdem in Berlin eine Agitationskommission für ganz Deutschland, da naturgemäß in Berlin vor der Hand noch die meisten disponiblen Kräfte zur Verfügung stehen, welche von Zeit zu Zeit größere oder kleinere Agitationstouren zu machen in der Lage sind.

So gekräftigt und in sich gefestigt stand die Bewegung, als die Agitation zur Reichstagswahl in diesem Jahre begann. Hier zum ersten Male hatte sie die Probe ihres Könnens und ihrer Kraftentfaltung zu geben, und hat sie bestanden. In Berlin existiren zwei Wahlkreise, der dritte und der fünfte, in welchen die Handlungsgehilfen ein großes Kontingent der Wähler stellen, im dritten ca. 6000, im fünften ca. 8000. Diese beiden Wahlkreise, die im Innern der Stadt liegen, sind nicht expansionsfähig, im Gegentheil, da sie immer mehr und mehr Geschäftszentren werden, haben wir die eigenthümliche Erscheinung, daß z. B. im dritten die Zahl der Wähler um ca. 2000 herabgegangen ist, da die Arbeiter immer mehr nach der Peripherie und den Vororten verziehen. Hier mußte eine energische Agitation in Szene gesetzt werden, um die Massen der indifferenten kaufmännischen Wähler über ihre wahre Klassenlage aufzuklären; und diese Aufgabe, so schwer sie war, sie wurde glänzend erfüllt. Mit rastlosem, unermüdlichem Eifer ist gekämpft worden, und der Erfolg hat die Arbeit gekrönt; beide Wahlkreise sind in unseren Besitz gelangt, und zwar nur (? Die Red.) durch die Haltung der kaufmännischen Wähler, welche zum überaus größten Theil den Vertretern der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben. Dies war der zweite Erfolg der kaufmännischen Bewegung, ein Erfolg, der in ideeller Richtung von größerem Werthe ist, da er von uns allein durch unsere Kraft errungen ist, während wir den ersten nur indirekt auf unser Konto setzen können, da wir damals noch zu schwach waren, um selbständig etwas zu erreichen.

Die nächste Aufgabe, die sich die kaufmännische Bewegung gestellt hat, ist die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, und auch hierin ist schon ein Erfolg zu verzeichnen insofern, als der Minister Fragebogen verschickt hat, in welchen er die Frage nach dem Maximal-Arbeitstag stellt. Doch hierüber ein andermal mehr.

Aus diesem kurzen Abriß der kaufmännischen Bewegung sehen wir, wie dieselbe, aus kleinen Anfängen hervorgehend, zu einem Machtfaktor geworden ist, mit dem die Gegner zu rechnen haben; und die bisherigen Erfolge geben uns die Gewähr, daß diese Bewegung nur noch ein „Vorwärts", niemals mehr ein „Rückwärts" kennt.

Literarische Rundschau.

Otto Ernst, **Gedichte.** Zweite durchgesehene Auflage. Hamburg 1893. Verlag von Konrad Kloß. In demselben Verlage sind erschienen:

Otto Ernst, **Neue Gedichte.** Hamburg 1892.

Otto Ernst, **Aus verborgenen Tiefen.** Novellen und Skizzen. Hamburg 1891.

Unter den jüngeren Poeten in Deutschland mag Otto Ernst von diesem oder jenem an Talent übertroffen werden, aber er wird von keinem übertroffen an

frischer und klarer Gesundheit. Während so viele seiner Brüder in Apoll mit der Welt nichts anzufangen wissen, die ihrerseits auch mit diesen krankhaft piepsenden Hühnern nichts anzufangen weiß, kräht er keck und munter wie ein kampflustiger Hahn in das menschliche Getümmel hinein. Uns kommt dies Bild unwillkürlich in die Feder aus einem trefflichen Gedichte von Otto Ernst, das so lautet:

Die beiden Hähne.

Ein junges, keckes Hähnchen schrie
Hell in die Luft sein Kikriki.
Das klang so kräftig-wunderbar,
So herzerfrischend-morgenklar:
Tausend Nachtmützen, unerhört!
Wurden vom Kissen aufgestört.

Beschwichtigend rief ein alter Hahn:
Schlaft weiter! Ich hab' es nicht gethan,
Nicht ich, der amtliche Wächter im Hof,
Der besoldete Dünger-Philosoph.
Es war die Stimme des Dilettantismus,
Ein frecher Neuling war's, der schrie.
Es hat keine Ahnung, das gute Vieh,
Vom akademischen Kikerikismus.

Aber derselbe Poet, der so kräftig das Recht der Jugend gegen den aber weisen Dünkel des Alters wahrt, züchtigt nicht minder scharf die Jugend, die ihr Recht mißbraucht. Wir können von der köstlichen Satire „Aus meinem Tagebuche" nicht mehr als den Schluß hersetzen, aber er soll ja auch nur den Appetit der Leser nach dieser gesunden Kost anregen. Man höre:

Na? — — — —
Das nenn' ich 'n Gedicht, was?
Gedanken sind ja keine drin.
Das wäre noch schöner!
Gedankenlyrik machen
Wie der Idiot Schiller,
Der „Moraltrompeter von Säkkingen",
Wie ihn Nietzsche genannt hat,
Der Philosoph jenseits von Sinn und Unsinn —
Und Gefühl?
Na, in Jefühl machen wir schon lange nich,
Und was die Form anlangt,
So ist sie nichts als schandbare Schlamperei;
Aber ein Individuum bin ich,
Verdammt noch'n mal!
Und das will was heißen!
Individualitäten brauchen wir,
Wie Bismarck,
Dr. Langbehn,
Friedrich Nietzsche
Und mich.
Wir vier,
Wir reißen noch mal die Welt aus'm Dreck.
Und wenn nich,
Na, denn nich.
Die Hauptsache ist, daß wir Individuen sind.
Gedanken? Phh!
Gefühle? Phh, phh!
Welt? Menschheit?
Ist ja doch lächerlich!

Es ist, als ob man Hermann Bahr oder Otto Erich Hartleben oder sonst einen Schlottergeist der „Modernen" sein Sprüchlein herbeten hörte. Dies impotente Lallen, diese als Größenwahn sich geberdende Unfähigkeit läßt sich nicht beißender persifliren. Noch anerkennenswerther ist der Muth, womit Otto Ernst die preußischen Geschäftsdichter und Geschichtsfälscher annagelt; er geißelt die Dahn und Wildenbruch bis aufs Blut, mit einer Unumwundenheit, die auch vor den Gegenständen ihrer Götzenanbetung keineswegs ängstlich Halt macht. Man kann diese scharf geschliffenen und rasch befiederten Pfeile nicht schwirren sehen ohne ein Gefühl herzlicher Freude darüber, daß im „deutschen Dichterwalde" einmal wieder ein Mann über die Eunuchen gekommen ist.

Doch erschöpft die kräftige Satire nicht das Talent dieses Dichters. Otto Ernst ist auch ein Lyriker von durchgebildeter Form und wahrem Gefühl, ein Novellist von jenem echten Humor, der sich aufs Lachen und aufs Weinen der Massen gleich gut versteht. Er schöpft in seinen Novellen und Skizzen nicht immer aus der Tiefe; namentlich wo er die innere Fadheit und Hohlheit der „gebildeten Gesellschaft" schildert, streift er bei aller drastischen Komik mitunter die Karrikatur. Aber wie fein und tief und wahr weiß er das Leben der Armen zu schildern, so namentlich in den Aufzeichnungen eines kleinen Schulmeisterleins! Selten haben wir ein so treffendes Wort über Volkskunst gelesen, als wenn Otto Ernst schreibt: „Erst wer in wilden Leiden und wilden Freuden erkannt hat, daß die bunteste Welt nicht die schönste ist, erst der steigt gern in den engen, aber tiefen Brunnen der Volkskunst hinab, um Heilung zu schöpfen. Aus der Tiefe dieses Brunnens sieht er an einem dunklen Himmel die Sterne eines vergangenen Glücks. Darum muß viel empfunden und gedacht haben, muß einen Reichthum in sich tragen, wer unter der schlichten Hülle des Volksliedes einen Reichthum finden will." Aus dem Jungbrunnen der Massen ist Otto Ernst selbst heraufgekommen, und die Treue, die er seinem Ursprunge bewahrt, ist nicht die schwächste Wurzel seines Talents. Und so mögen sich die Hoffnungen erfüllen, zu denen seine literarischen Anfänge in so hohem Grade berechtigen.

F. M.

Notizen.

Ein letztes Wort. Der „Vorwärts" beharrt dabei, mir „Unterschiebungen" nachzusagen. Zu diesem Zwecke legt er meinen Satz: „Auch die allzu enge Befassung mit periodischen und nicht periodischen Schriften, die unter der hochtönenden, aber unfindbaren Flagge der ‚reinen Wissenschaft' sich dem ausdrücklichen Bekenntniß, sei es zur kapitalistischen, sei es zur sozialistischen Welt, entziehen, scheint uns für die Arbeitersache von sehr zweifelhaftem Werthe zu sein", dahin aus, daß ich damit — Schmoller's Jahrbuch gemeint haben soll. Nun mag dies Organ der bürgerlichen Oekonomie Fehler haben so viel es will, aber sicherlich hat es niemals ein sozialistisches Glaubensbekenntniß in die Tasche gesteckt, um gleichwohl freundnachbarlichen Vertrieb durch die sozialistische Partei und Presse zu beanspruchen, und so werde ich denn wohl eine andere „periodische Schrift" gemeint haben.

Da mich übrigens zahlreiche mündliche wie schriftliche Kundgebungen der Zustimmung dessen versichert haben, daß mein Artikel „Ein Typus" nirgends in der Partei so wunderbar mißverstanden worden ist, wie vom „Vorwärts", so verzichte ich nunmehr auf jeden weiteren Versuch, ihn des Irrthums zu überführen, dem er sich über meine „Unterschiebungen" hingiebt.

Der Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit".

Das langsame Tempo des Vordringens der Dampfmaschine in der Landwirthschaft, wie es u. A. von Dr. Rud. Meyer letzthin in dieser Zeitschrift konstatirt wurde, ist für diejenigen, welche keine Gelegenheit haben, sich mit den Dingen näher zu beschäftigen, ein schier unerklärliches Problem. Man vergißt zu leicht, mit wie viel größeren Schwierigkeiten als in der Industrie die Maschine in

der Landwirthschaft zu kämpfen hat. Einige derselben haben die Redaktion der „Neuen Zeit“ und Dr. Rud. Meyer bereits hervorgehoben und gezeigt, wie ungemein viel davon abhängt, ob es möglich ist, geistig rege Arbeiter, die im Stande sind, die betreffenden Maschinen zu bedienen, auf dem Lande zurückzuhalten oder, wo sie an Ort und Stelle nicht zu haben sind, aufs Land zu ziehen. Ein anderer Faktor ist kürzlich in England im landwirthschaftlichen Bericht einer der großen Londoner Tageszeitungen besprochen worden. Es ist Thatsache, daß seit Jahren schon in der englischen Landwirthschaft eine ziemlich starke Reaktion gegen den Gebrauch des Dampfpflugs eingesetzt hat. Nicht daß der Dampfpflug überhaupt unpraktikabel wäre. Aber er ist ein höchst kostspieliges Instrument und seine Verwendung zahlt sich nur auf sehr großen Gütern. Im Allgemeinen haben es die Landwirthe für billiger gefunden, sich der lebendigen Pferdekraft zu bedienen, nachdem die Zucht von Zugpferden seit einer Reihe von Jahren eine wesentliche Steigerung erfahren und der Preis derselben sich entsprechend verbilligt hat. Von 1877 bis 1891 ist die anbebaute Fläche für Getreide, Hack- und Grünfrucht im Vereinigten Königreich von 16 065 000 Acres auf 13 954 000 Acres zurückgegangen, dagegen der Bestand an Zug- und Zuchtpferden für die Landwirthschaft von 1 894 000 auf 2 026 000 gestiegen. Für die Bewirthschaftung einer um mehr als 2 000 000 Acres verminderten Bodenfläche wurden um 100 000 Pferde mehr verwendet.

Unsere Quelle giebt für diese Erscheinung keine Erklärung an, aber es liegt auf der Hand, daß es die überseeische Getreidekonkurrenz ist, der dieselbe hauptsächlich zugeschrieben werden muß. Indem sie zur Vermehrung des Weidelandes auf Kosten des Ackerlandes führte, gab sie zunächst den Anstoß, mit der Viehzucht überhaupt die Pferdezucht zu steigern, und führte sie weiterhin auch zur Verbilligung der Ernährung der Pferde. Damit mußte selbst für Landwirthe, die größere Güter bewirthschafteten, sich, so lange noch genügend Landarbeiter zu haben waren, die Frage erheben, ob es nicht rathsamer sei, statt der kostspieligen, eine spezielle Bedienung erfordernden und den größten Theil des Jahres eine todte Last darstellenden Maschine das Pferd zu wählen, resp. es nach wie vor bei ihm zu belassen. Und die Frage wurde zu Gunsten des Pferdes entschieden.

Ob dies der Steigerung der Produktivität des Bodens zum Vortheil oder Nachtheil gereichte, ist nicht so einfach zu beantworten. Die Frage hängt in der Landwirthschaft nicht so eng mit der Maschine zusammen, wie in der Industrie. Die Maschine spart wohl lebendige Arbeit beim Ackern, aber sie kann nicht bewirken, daß der von ihr beackerte Boden in kürzerer Zeit und mehr Frucht trägt, als der mit Hilfe von Zugvieh beackerte. Dies hängt, bei ursprünglich gleicher Beschaffenheit, von der Düngung und der Intensität der Durchwühlung des Bodens ab, und die letztere kann mit Pferden ebenso gründlich besorgt werden als durch die Maschine, während das Pferd für den Landwirth auch als Düngerproduzent in Betracht kommt.

Vor uns liegt eine Schrift „Thorough Cultivation“, deren Verfasser, ein Herr A. Cotton, behauptet, durch intensive Bewirthung — Tiefpflügung ꝛc. — auf Boden, der sonst 25 Bushel Weizen per Acre gab, 130 Bushel auf derselben Fläche erzielt zu haben. Er wirft den englischen Landwirthen vor, Schlafmützen zu sein, und behauptet, daß erst wenn sich Leute auf die Bodenbewirthung verlegen, die nichts von der heutigen Wirthschaftsart verstehen, d. h., wie er hinzufügt, „die nicht in den heute herrschenden Begriffen befangen sind“, die der Umwälzung in der Industrie entsprechende Revolution in der Ertragssteigerung des Bodens sich vollziehen wird. Ob alle seine Angaben stimmen, bleibe dahingestellt, bemerkenswerth für unsern Gegenstand ist, daß der Mann, der nicht etwa, wie Krapotkin, nur landwirthschaftliche Kleinbetriebe im Auge hat, sondern zugleich an kapitalistische Unternehmungen denkt, und auch wiederholt auf die Erfahrungen von Großgrundbesitzern verweist, mit keinem Wort der Dampfpflugmaschine erwähnt, sondern bei seinen Berechnungen immer nur Pferde als motorische Kraft beim Pflügen in Betracht zieht.

Maßgebend für die Anwendung der Maschine ist ihr Preis (der Kostenpreis und der Preis ihrer Unterhaltung und Behandlung) und sein Verhältniß zum Preis

der durch sie ersetzten lebendigen Arbeit. In dem Augenblick, wo die überseeische Getreidezufuhr stockt oder weniger billiges Korn liefert, Weideland in Kornland zurückverwandelt wird, größerer Bedarf an Landarbeitern eintritt, die Pferdezucht abnimmt und die Ernährung der Pferde sich theurer stellt, rückt der Dampfpflug wieder an seine Stelle. —eb.

Feuilleton.

Lebensbilder aus England.

Von Andreas Scheu.

II. In Regent Street.*

Es ist ein frostiger November-Nachmittag. Der dichte Nebel, der seit dem frühen Morgen über der Riesenstadt gehangen, hat sich noch immer nicht gänzlich gehoben, und schon senkt die Dunkelheit der Nacht sich langsam auf das Häusermeer herab. Die Straßenlampen, die den Morgennebel zerstreuen halfen und während des Tages eine ganze Stunde lang verlöscht gewesen, werden aufs Neue angezündet und die zahllosen Gasflammen der Schaufenster fangen an, ihr verschwenderisches Licht auf das Pflaster zu werfen, um die Vorübergehenden zum Stehenbleiben einzuladen.

Die breiten, glatten Fußwege von Regent Street sind dicht besät von schlenkernden, eilenden, schwätzenden und gaffenden Menschheits-Exemplaren aller Stände; und nicht minder belebt ist die breite Fahrstraße, auf welcher unzählbare Privatkarossen und Omnibusse, Cabs und Lohnkutscher, Schiebkarren und Velocipeds einander jagen, drängen und stoßen. Der Wagenverkehr ist so groß, daß die Gefährte fortwährend ins Stocken gerathen und der Knäuel manchmal unentwirrbar scheint. Besonders an den Ecken, wo Regent Street von Oxford Circus unterbrochen wird, stauen sich die endlosen Reihen der Omnibusse, die da von allen Quartieren der Weltstadt zusammentreffen, sich kreuzen, einander in die Rippen stoßen und sich gegenseitig den Rang und die Passagiere abzulaufen suchen.

Hier, an der südöstlichen Ecke von Oxford Circus und Regent Street, machen alle Omnibusse Halt, die von den nördlichen, westlichen und östlichen Stadttheilen südwärts traben. Aber sie halten kaum eine Minute, während welcher Passagiere aus- und eingeladen werden unter dem Konkurrenzgeschrei der Kondukteure, die ihre respektiven Routen mit einem Schall und einer Schnelligkeit zum Besten geben, die nichts weniger als unterrichtend ist. „Strand!“ — „Brompton!“ — „Bank!“ — „Piccadilly!“ — „Here you are!“** — „Victoria!“ — „Earls Court!“ — „Olympia!“ — „Exhibition!“ und zahllose andere Namen und Ausrufe, von denen immer nur eine Silbe, und diese nur dem Einheimischen, verständlich ist, durchschwirren die Luft und verblüffen den ungewandten Sucher nach einer Fahrgelegenheit. Mit Blitzesschnelle werden in diese Gesellschaftskarren Leute gebündelt, die, nachdem sie sich auf ihren Sitzen ausgeschnauft und von ihrer Betäubung erholt haben, erst erfahren, daß sie sich im falschen Wagen befinden und bei der nächsten Ecke wieder aussteigen müssen.

* Sprich: „Ridschent Striet“ (Regenten-Straße), die breite, fashionable Hauptverkehrsader im Westen Londons zwischen Oxford Street und Piccadilly.

** Da sind wir ja!“

Etwas weiter die Straße hinunter, wo das Gedränge weniger heftig ist wie an der Ecke, zwischen der Scylla des Fußweges und der Charybdis der Fahrstraße, im halbgefrorenen Kothe des Rinnsteines, steht eine Kette armer Menschen, die den Passanten allerlei Kleinigkeiten zum Verkauf anbieten. Da ist der Mann mit dem Bündel Schuhriemen in der Hand, der aber nie welche verkauft, sondern nur hie und da von einer mitleidigen (weil mitleidenden) Seele einen Penny in die Hand gedrückt bekommt. Er ist ein Gewohnheitsbettler und hält die Riemen nur zur Schau, weil das Betteln verboten, das „Handeln" aber erlaubt ist. Die Höker mit ihren Uhrschlüsseln, Kinderspielsachen, Fumigations-Papierstreifen und ähnlichen Penny-Artikeln sind schon echtere Muster duldender und gegen das Versinken kämpfender Armuth; sie wollen wirklich etwas verkaufen und thun es auch zuweilen, wenngleich nur zumeist an Solche, die wirthschaftlich eine kaum erhebliche Stufe über ihnen stehen. Sie hungern und frieren in ihren Lumpen; ihre kalten, in zerrissenem Schuhwerk steckenden Füße heben sich abwechselnd mechanisch aus dem Koth; ihre Hände zittern, ihre Zähne klappern und ihre Augen sind erblindete Spiegel verwahrloster und verkommender Seelen.

An ihnen vorüber, mit Augen, die nicht sehen und mit Herzen, die nicht empfinden, zieht der dichte Strom vornehmer und gewöhnlicher Müßiggänger: geputzter und geschminkter Damen, geschnürter und ausgestopfter Herren; blöder Jünglinge und raffinirter Mädchen, hoffnungsfreudiger Kinder und verzweiflungsgrimmiger Väter. Vor ihren Blicken bläht sich der prunkende Reichthum, stolzirt die satte Trägheit und reitet die rücksichtslose Roheit auf grobhufigem Vollblutroß. Und obgleich von einem Geschlecht, von einer Rasse, von einer Sprache und von einem Glauben, haben diese beiden Menschengruppen an bewußten Gefühlen nichts miteinander gemein, sind voneinander völlig „unabhängig": sind zwei himmelweit geschiedene Klassen einer und derselben irdischen „Gesellschaft".

Hier drängen sich die Damen um das Schaufenster eines fashionablen Modistengeschäfts, die neuesten Häubchen und Hütchen betrachtend und kritisirend. Das ist das Waarenlager der Lady X...., einer adeligen Dame, die sich durchaus nicht unter die Geschäftsleute herabgelassen hat, um aus dem Glanze ihres Namens Kapital zu schlagen, sondern blos aus aristokratischer Laune und zum Zeitvertreib sich mit dem Dekoriren dämlicher Häupter befaßt. Sie ist daher die „Rage"* der Saison und macht einen ganz unglaublichen Schnitt.

In der Nähe dieses Ladens steht ein Mann im Rinnstein, der von den Hökern seiner Umgebung sich sichtlich unterscheidet. Er ist hager und starkknochig, von mittlerem Alter und von reinlicher, obzwar ärmlicher Kleidung. Sein Gesicht ist fahl und abgemagert, seine Augen liegen tief in ihren Höhlen, schwarz, erloschenen Glanzes und von unsäglicher Traurigkeit. Man sieht ihm an, daß er ein Neuling ist in seiner Rolle. Vermuthlich ein Handwerker außer Arbeit, zu stolz zum Betteln, zu rechtschaffen zum Stehlen, zu tapfer zum Nichtsthun und Verzweifeln, entschlossen, mit letzter Kraft gegen seinen Untergang anzukämpfen. So hat er sich denn hier in den Rinnstein gestellt mit dem Deckel eines alten Holzkästchens vor sich, auf dem etliche kleine Porzellanpüppchen zum Verkauf ausgestellt sind. Es ist gut, daß er den umgestülpten und nun tassenförmigen Deckel mittels einer über seinen Hals gehenden Schnur vor sich auf der Brust befestigt hat, denn sein ganzer Körperbau schwankt wie ein Rohr im Winde und die rechte Hand, mit der er die Tasse hält, zittert so heftig, daß die

* „Die Wuth", sprich „Redsch".

kleinen Püppchen auf der Letzteren förmlich tanzen. An der Linken hält er einen kleinen Knaben mit goldrothem Haar und blauen, hungrigen Augen; und wenn der Vater, die Vorübergehenden fast flehend anblickend, mit schwacher Stimme ausruft: „Only one Penny each!“* Dann folgt wie ein zitterndes Echo der schwächere Ruf des Kindes: „Only one Penny!“

Plötzlich sieht der Mann zwei geputzte und warmgewickelte Damen vom Modeladen auf ihn zukommen. Sie blicken in seiner Richtung, schwätzend und lächelnd. Gewiß haben ihnen die Püppchen gefallen! Ein Hoffnungsstrahl schleicht über sein Gesicht und erhellt die matten, gramdurchfurchten Züge. Schon sind die Damen ganz nahe bei ihm ... jetzt hebt er eines der Püppchen auf und sagt: „Only one Penny....“ — da rauschen sie an ihm vorbei und auf seinen Nachbar im Rinnstein zu, der mit heiserer Stimme die „Matrimonial News“** feilbietet.

„Just for the fun of it!“*** sagt eine der Damen mit apologetischer Stimme, während sie ihren Penny gegen das genannte Blatt umtauscht; dann gehen sie beide kichernd weiter.

Oeffentliche Heirathsgesuche werden in England für so unanständig gehalten, daß kein „respektables“ Blatt sie in seinen Spalten aufnimmt. Für derlei Annoncen giebt es besondere Blätter, die sich ausschließlich mit dem Heirathsmarkte befassen, und die „Matrimonial News“ ist ein solches Organ. Hier kann man heirathslustige Männlein und Weiblein aller Größen, Farben und Altersstufen zur Auswahl finden.

Die Haar- und Gesichtsfarbe, die Haltung und Gemüthsverfassung, der Taillen- und Vermögensumfang der weiblichen Kandidaten sind hier eingehend beschrieben, während die Herrchen, deren Vermögensumfang gewöhnlich gleich Null ist, ihre Höhe, ihr Gewicht, ihre Stärke und Ausdauer, sowie ihre „gentle“-männliche Erscheinung ins grellste Licht des Marktes zu stellen suchen. Schnurr- und Backenbart, sowie geringeltes Haar verfügen über einen Raritätspreis und stehen in der Regel nur „Erbinnen“ zu Gebote. Der Kenntnisse und geistigen Begabungen wird weniger ausführlich erwähnt, wohl aber des Temparaments, das man in den meisten Fällen als höchst sanftmüthig und liebenswürdig beschrieben findet.

Die beiden geputzten Damen, die sich soeben die „Matrimonial News“ gekauft, haben es natürlich nicht nöthig, diesen „nicht mehr ungewöhnlichen Weg“ allen Ernstes zu betreten. Sie thaten es, wie fast Alles, was sie thun, „gerade nur des Spaßes wegen“. „Just for the fun of it“ dreht sich für dieses Volk die Welt! ...

* * *

Hier staut sich die lungernde Menge vor den Schaufenstern der „Stereoskopischen Gesellschaft“, dem Porträt-Ausstellungsplatz der zeitgenössischen Sensations-Persönlichkeiten aller Lebenskreise. Die Spiegelscheiben sind dicht besät mit Photographien sogenannter „Schönheiten“ der privilegirten Klassen, von Schauspielerinnen, Tänzerinnen, sowie von Priesterinnen der Venus „sans phrase“, d. h. von solchen, die keiner bestimmt anerkannten Profession zugehören. Dazwischen strahlen, nebst den Gliedern der fruchtbaren königlichen Familie, ausländische Kaiser, Kirchenfürsten und Prinzessinnen; Gelehrte, Dichter und Komponisten;

* „Blos zehn Pfennig das Stück!“

** „Eheliche Neuigkeiten“; sprich: „Matrimoniel Njus“.

*** „Gerade nur des Spaßes wegen!“

Akrobaten, Prediger und Hanswurste; Raubmörder, Weltumsegler, Entdecker und Ausbeuter; Missionäre, Komödianten, Wunderkinder und Arbeiterführer; Rennpferde und Tonkünstler, Preishunde, Boxer und Charlatane; Sportsmen, Scharfrichter und Journalisten; kurz, Alles, was auf der Oberfläche der Tagesgeschichte schwimmt, Skandal macht oder Neugierde erregt, ist hier in allen Stellungen und Lichteffekten en miniature zu haben. . . .

Der Gaffer sind viele; das Gedränge ist groß und die Detektives sind auf ihren Posten.

Die Gruppirung der Bilder ist von der größten Unbefangenheit. Da sind z. B. Papst Leo und Louise Michel hinter derselben Glasscheibe, ohne dieselbe zu zerbrechen. Nicht weit davon machen sich Minnie Palmer und William Morris ein vis-à-vis. Ein anderes Fenster zeigt uns Salvini neben Lottie Collins, und darunter den hochwürdigen Herrn Spurgeon nicht fern von dem nichtswürdigen Deeming; während der neuvermählte Herzog von York und der längstenthüllte Georg Shipton sich fast die Hände reichen.

Vor einem der Fenster, hinter dem eine Sammlung von Sängerinnen und eine andere von Preishunden ausgestellt ist, stehen zwei elegant gekleidete junge Männer, augenscheinlich Brüder, deren Bewunderung zwischen den zwei Bildergruppen gleichmäßig getheilt ist.

„Meinem Paddy gebührt doch die Palme!“ sagt der Jüngere von den Beiden, indem er mit fast zärtlichen Blicken das Porträt eines irischen Dachshundes betrachtet, das in der Mitte der Sammlung prangt, und unter dem geschrieben steht: „Zweiter Preis“. „Und es ist eine elende Schande, daß er nicht den ersten Preis bekommen hat!“

„Stimmt“, sagt der Aeltere, etwas zerstreut, da seine Aufmerksamkeit zu sehr von der Gruppe der Sängerinnen in Anspruch genommen ist; „geradeso, wie der Ethel Fairfax hier der erste Preis gebührt.“ Und er weist mit seinem silbernen Stockgriff nach dem Brustbild einer dekolletirten Schönen.

„Hast Recht“, sagt der Jüngere, von den Hunden nach den Sängerinnen hinaufblickend, „sie hat ein sehr distinguirtes Aussehen. . . . Und natürlich riesig geschmeichelt“, fügt er mit einem Seitenblick auf seinen Bruder hinzu.

„Nicht im Geringsten“, erwidert jener mit Wärme, „im Gegentheil; sie ist ein Objekt, das der größte Stümper von einem Photographen nicht verderben könnte!“

„Sehr gut, Charlie, mein Junge!“ läßt sich jetzt eine weibliche Stimme im Rücken der Beiden vernehmen. „Sehr gut! Man sieht halt, daß Du ein Kenner bist . . . in solchen Dingen!“

Die beiden Männer drehen sich um. „Sieh da, Ethel, wie geht's?“ sagt der Aeltere, indem er der Angeredeten nachlässig die Hand reicht. „Du kennst doch Jack?“ fährt er fort, seinen Bruder vorstellend.

„Und wie!“ sagt Ethel lachend, während sich die Drei durch die das Schaufenster belagernde Menge nach dem Fußweg wenden, „obgleich er den ‚Pavillion‘ nicht so oft beehrt, wie sein Bruder.“

„Oh, der geht noch öfter hin, wie ich“, sagt Charlie, „aber freilich nur in den Akt, wo Samson, der ‚stärkste Mann der Welt‘, auftritt. In den ist er vernarrt.“

Dem Bruder Jack behagt das Thema oder die Gesellschaft nicht. Er entschuldigt sich mit einem Engagement und läßt das Pärchen ungestört seinen Weg nach dem Süden fortsetzen. (Schluß folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 13. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Junkerliches.

⸗ Berlin, 20. Dezember 1893.

In dem Kampfe um die „kleinen Handelsverträge“ hat die Regierung einen Sieg erfochten, keinen glänzenden und überwältigenden Sieg, aber doch einen Sieg und nicht etwa blos einen Pyrrhussieg, wie die agrarische Presse behauptet. So bunt gemischt die Mehrheit war und so schnell sie bei der nächsten wichtigen Vorlage wieder auseinander fallen muß, so war sie doch eben eine Mehrheit, und das genügt für preußisch-deutsche Verhältnisse. Hier zu Lande haben von jeher die Minister die Mehrheiten genommen, wo sie sie bekamen, und es ist nicht recht abzusehen, weshalb bei Caprivi ein Pyrrhussieg sein soll, was bei Bismarck stets als ein glorreicher und großer Erfolg gefeiert zu werden pflegte.

Viel eher hätte man von einem Pyrrhussiege sprechen können, wenn die agrarischen Junker den rumänischen Handelsvertrag wirklich in der Versenkung hätten verschwinden lassen. Mit der Abwerfung internationaler Verträge ist nicht zu spaßen und der Regierung wäre dann nichts übrig geblieben als die Auflösung des Reichstags. Das heißt vom junkerlichen Standpunkt aus: ein Spiel mit sehr unvortheilhaften oder mindestens sehr zweifelhaften Chancen. Und der rumänische Handelsvertrag war kein Einsatz, um den sich ein solches Spiel verlohnt. Im vergangenen Sommer drängte die konservative Partei zur Auflösung des Reichstags, um die Einigung zwischen Caprivi und denen um Rickert zu hindern und von vornherein die Zugeständnisse zu hintertreiben, die den Liberalen um den Preis ihrer Zustimmung zur Militärvorlage hätten gemacht werden können. Aber in der Suppe der Wahlen fanden die Junker doch gar mancherlei Haare. Sie sind ganz zufrieden mit dem, womit sie gerade noch abgeschnitten haben, und wir halten sie nicht für so kurzsichtig oder leichtsinnig, daß sie sich abermals der Feuerprobe des allgemeinen Wahlrechts unterziehen möchten um eines verhältnißmäßig so unbedeutenden Objekts willen, wie der rumänische Handelsvertrag schließlich selbst für ihre Sonderinteressen ist.

Aber wie dann die fürchterliche Kanonade der Junker gegen Caprivi erklären? Je nun, Junker sind Junker, und man muß die Junker kennen, wenn man die Junkerpolitik verstehen will. Erstens gehört zur Junkerart ein naives, unverheucheltes und sozusagen waldursprüngliches Klassenbewußtsein; wie Lord

Melbourne vor fünfzig Jahren erklärte, unter den zahllosen Tollheiten, die er in seinem langen Leben gehört habe, sei die Aufhebung der Korngesetze das Tollste, so sehen unsere Junker in der geringsten Herabminderung der Getreidezölle ein unverzeihliches Attentat auf menschliche Weisheit und Erfahrung. Zweitens aber steht vielen kleinen Krautjunkern östlich der Elbe wirklich das Wasser bis an den Hals, und mit dem wilden Schrei des Ertrinkenden klammern sie sich an jeden Strohhalm, von dem sie hoffen, daß er sie noch retten kann. Und drittens endlich wissen unsere Junker zwar im Allgemeinen, daß viel Geschrei wenig Wolle ist, aber sie wissen auch im Besonderen, daß wo wenig Wolle ist, viel Geschrei am Ende auch etwas bedeuten kann. Sie hoffen mit dem entsetzlichen Spektakel über den rumänischen Handelsvertrag das System Caprivi so einzuschüchtern, daß es sich lieber erst auf gar keinen Handelsvertrag mit Rußland einläßt, der die agrarischen Interessen irgendwie schädigen könnte.

Das System Bismarck hatte in dem verblendeten Größenwahne seines Trägers den Bogen so überspannt, war so nahe an die Grenze des politischen und namentlich des moralischen Bankerotts gelangt, daß eine gewisse Reaktion sozusagen des bürgerlichen Anstandes nothwendig, nützlich und sogar unvermeidlich wurde, gerade im Interesse der herrschenden Klassen. Dieser Einsicht verschlossen sich auch die Junker nicht, so viel Liebes und Gutes ihnen Bismarck gethan hatte; praktische Leute wie sie sind, überließen sie die Wehklage um den gestürzten Hausmeier den sentimentalen Trauerweiden der großbürgerlichen Korruption. Aber um so schärfer paßten sie dem neuen Kurse auf die Finger, daß er nicht über die bescheidene Grenze hinausgreife, die ihm von Anfang an gezogen war. Das System Caprivi lebt nur unter der polizeilichen Aufsicht des Junkerthums, was sich äußerlich schon in der Thatsache darstellt, daß der preußische Ministerpräsident ein in der Wolle gefärbter Junker ist. Für das Junkerthum hat diese Vertheilung der Rollen mancherlei Vortheile. Ueber seinen Mangel an Beliebtheit bei den Massen giebt es sich schwerlich irgendwelchen Illusionen hin, und da ihm am Besitze der Macht Alles, an ihrem Scheine aber wenig gelegen ist, so ist es schon gerne damit einverstanden, daß auf dem Stuhle des Reichskanzlers ein achtbarer, braver, liebenswürdiger Mann sitzt, dessen Anblick dem Herzen des deutschen Philisters wohl thut, vorausgesetzt freilich, daß dieser Ehrenmann der junkerlichen Politik keine Steine in den Weg wirft. Wagt er das oder scheint er es auch nur zu wagen, so wird er so heftig zur Ordnung gerufen, wie augenblicklich Graf Caprivi durch den Bund der Landwirthe.

Man versteht nun aber, weshalb Graf Caprivi trotzdem nicht aufhört, seine Liebe den Junkern zu betheuern, weshalb ihn bei den Zärtlichkeiten der Liberalen, die ihn um so heftiger umschwirren, je mehr er von agrarischer Seite abgekanzelt wird, unheimliche Empfindungen überschleichen. So wie er als sogenannter „leitender Staatsmann" geht und steht, konnte er seine Handelspolitik gar nicht anders vertheidigen, als er sie vertheidigt hat, indem er von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Junker appellirte, indem er den Agrariern sagte: Aber so versteht doch nur, daß ich euer Interesse will und daß unsere ganze Meinungsverschiedenheit in nichts anderem besteht, als daß ich euer Interesse besser verstehe, als ihr selbst. Es ist wahrhaft herzbrechend, die Klagen der liberalen Blätter über diese „Räthsel" der reichskanzlerischen Politik zu lesen; girrend wie Turteltäubchen seufzen sie dem Grafen Caprivi zu, er möge doch an ihre Seite rücken, sie wollten ihm auch alles opfern, was sie besäßen, ihr Herz und ihre Unschuld und ihre Prinzipien, falls sie wirklich noch ein Prinzip haben sollten. Und sie wundern sich des Todes, wenn

ihnen der sonst so höfliche Mann in einem stummen Achselzucken mit aller Deutlichkeit antwortet: Was könnt ihr armen Teufel bieten?

Gerade die Debatten über die Handelsverträge haben von Neuem bekundet, wie wenig Staat mit der liberalen Politik zu machen ist. Die Rodomontade des Herrn Richter, Graf Kanitz könne froh sein, wenn er am Ende seines Lebens den zehnten Theil von dem wisse, womit er, nämlich der große Eugen, in die parlamentarische Laufbahn eingetreten sei, war eine Prahlerei, wie sie gleich albern kaum jemals schon im Reichstage laut geworden ist. Herr Richter könnte vielmehr selig sein, wenn er jemals noch so viel politischen Verstand erwerben sollte, wie der durchschnittliche ostelbische Junker von Kindesbeinen an in seinem noch so dicken Schädel zu beherbergen pflegt. Er würde dann nicht seit zwanzig Jahren seine Partei von einer Niederlage in die andere geführt haben. So lange Reden wie Herr Richter können die Junker freilich nicht halten, aber dafür wissen sie allemal, wo Barthel den Most holt, und selbst das geflügelte Junkerwort von den „grünen Jungen, die die Politik des Fürsten Bismarck korrigiren wollen", wiegt ein paar Bände der stenographischen Berichte auf, die Herr Richter geredet hat. Die Junker heucheln doch nur, wenn sie gehätschelt, aber die Liberalen heucheln auch noch, wenn sie getreten werden. Man kann, wie es von sozialistischer Seite geschehen ist, jenes Junkerwort als einen ergötzlichen Ausbruch rücksichtsloser Klassenselbstsucht festnageln, aber darüber in sittliche Entrüstung gerathen, das ist nur liberaler — Weisheit gegeben. Und was am schlimmsten ist, diese sittliche Entrüstung ist ganz ehrlich, sie ist althergebrachte liberale Politik. Als Bismarck tagtäglich die liberalen Parteien mit verächtlichen Fußtritten regalirte, küßten Herr Richter und seine Myrmidonen gleichwohl tagtäglich den Staub von den Stiefeln des alten Kaisers Wilhelm und vernahmen die paar Leute in ihrer eigenen Partei, die sich gegen diese politische Entwürdigung auflehnten, als frivole Hochverräther. Eine so blödsinnige Politik haben die Junker freilich niemals getrieben. Sonst wären sie auch nie dazu gelangt, die erste Geige im preußisch-deutschen Reiche zu spielen.

Graf Caprivi ist gewiß kein „genialer" Staatsmann und will es ja auch gar nicht sein, aber er thut sehr klug daran, wenn er sich weigert, in den lecken Nachen des Liberalismus zu steigen, wenn er sich nicht mit einem Leichnam verbünden will. Und es ist nun ganz erschrecklich anzusehen, wie dieser Leichnam sich selbst aufzurichten versucht und in seinen weißen Laken umgehend mit hohler Geisterstimme raunt: Seien wir bereit und kräftig genug, selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen; befolgen wir den guten Rath des alten Ziegler und erfüllen wir uns mit dem Selbstvertrauen, dem wilden Muthe des Junkerthums! So heute Morgen in dem Leibblatte des Berliner Fortschrittsphilisters zu lesen. Ach ja, der alte Ziegler! Als er siebenzig Jahre alt geworden war, veranstalteten die Fortschrittler ein Bankett zu seinen Ehren, und nachdem sie alter, lieber Gewohnheit gemäß hinter Braten und Wein Hymnen über nie erfochtene Siege angestimmt hatten, ermahnte sie Ziegler, doch nun endlich auch einmal mit den Siegen in Wirklichkeit einen Anfang zu machen und zu diesem Zweck ein bischen resolute Politik zu treiben wie die Junker. Seinen thatsächlichen Anlaß zu dieser Mahnung sprach Ziegler gleichzeitig zu sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten dahin aus: „Es ist ein Skandal, was diese Kerle machen. Es ist wahr, wir Alten taugen nichts mehr. Haut sie alle in die Pfanne und mich mit, und schafft frisches Blut hierher, denn es wird immer schlimmer." In seinem Toaste gab der alte Herr der bitteren Wahrheit eine höflichere Form, und das ist ihm übel genug bekommen. Wenn er sehen könnte, wie er heutzu-

tage als todter Cid aufs Roß gebunden wird, um den lebendigen Leichenzug des Liberalismus anzuführen, so würden alle Tiefen seiner urwüchsigen Grobheit nicht ausreichen, um seiner Entrüstung über die „Kerle“ den gebührenden Ausdruck zu geben.

Die Junker aber, wenn sie so sehen, wie Caprivi um ihre Gunst buhlt und wie die Liberalen um Caprivi's Gunst buhlen, mögen wohl glauben, das Heft in der Hand zu haben. Und wer etwa verneinen wollte, daß sie Caprivi je stürzen oder die Liberalen je noch einmal schlagen könnten, der würde mehr behaupten, als sich verantworten ließe. Aber die Junker haben deshalb doch kein Recht, von einem Pyrrhussiege ihrer Gegner zu sprechen. Sie übersehen, daß hinter den Liberalen auch noch Leute wohnen. Wenn sie sich einbilden, mit einem etwaigen Siege über Caprivi und die Liberalen sei Alles gethan, so ergeben sie sich einer jener Illusionen, womit untergehende Klassen ihren Todeskampf zu versüßen pflegen. Die Arbeiterpolitik hatte in erster Reihe das System Bismarck so ruppig gemacht, daß — sozusagen als verschönerndes Amendement — das System Caprivi nothwendig wurde. Und insofern hat Caprivi ganz recht, wenn er den Junkern sagt, so wie er ihre Politik treibe, sei sie nach Lage der Dinge einzig noch möglich. Rennen ihn die Junker über den Haufen, so rennen sie erst recht ins Verderben. Im Ganzen und Großen darf man den parlamentarischen Kampf um die Handelsverträge nicht überschätzen; als aufklärendes Vorpostengefecht für die große Entscheidungsschlacht zwischen Junkern und Proletariern hat er aber seine Bedeutung.

Aus unserem modernen Kunstleben.

Von **Fritz Kunert.***

Motto: Geist und Kunst — auf ihrem höchsten Gipfel —
Muthen alle Menschen an. Wolfgang Goethe.

Nicht nur die bürgerliche Schaubühne, wie im Besonderen wiederholt in diesen Heften nachgewiesen, sondern auch unsere ganze neuzeitliche Poesie, ja auch die Musik, sowie die bildenden Künste, also schlechthin die moderne Kunst und alle ihre Richtungen — soweit sie als ein wichtiger Theil, als schönste Zierde vielleicht zu dem Ueberbau des wirthschaftlichen Fundaments unserer Zeit und ihrer gesammten herrschenden Produktionsform gerechnet werden müssen — zeigen sich je länger je mehr von allen Grazien und Musen verlassen. — Es war der große Lebensirrthum in dem gewaltigen Schaffen eines Richard Wagner, daß er diesem allgemeinen Verfall einen Damm entgegenzustellen vermeinte in dem musikalischen Drama, das die Herrlichkeit der Gesammtkunst gleichsam in einem mächtig wirkenden Brennpunkte zusammenfassen sollte. Er scheiterte damit, aber der sterbenden künstlerischen Epoche sang er das Schwanenlied und in erschütternden, unsterblichen Akkorden wies er auf den kommenden Untergang der herrschenden Geschlechter und der angebeteten Tagesgötzen durch unhemmbar aufstrebende, neue Kräfte mit prophetischem Blicke in seiner „Götterdämmerung“ hin. Mit ihm schloß der letzte geniale Musiker, der letzte große Künstler der Gegenwart für immer die Augen.

Ein entartetes Epigonenthum macht sich heute mit wenig Talent und vielem Lärm auf allen Kunstgebieten breit. Es ist vielleicht bei dieser allgemeinen Ver-

---

* Wegen andauernden Raummangels erheblich verspätet. Die Redaktion.

wilderung und Herabgekommenheit nicht ganz leicht, zu zeigen, wo die Entartung sich am stärksten äußert; allein zweifellos dürfte es sein, daß auch z. B. der Verfall der bildenden Künste* in Deutschland ein beträchtlicher, ja ein erschreckender genannt werden muß. Die Beweise für die letztere Behauptung sollen die nachstehenden Ausführungen liefern.

* * *

Wer das seltene Glück hatte, die antiken Kunstschätze des Orients in Aegypten, Palästina, Syrien und Kleinasien u. s. w. oder die europäischen in Griechenland und Italien voll auf sich wirken lassen zu können, wer unter dem unverlöschlichen Kunsteindruck von Bulak, Athen, Neapel, Pompeji, Herkulanum, Rom, Florenz, Venedig, Mailand, sowie der Museen von Paris und London steht, der betrachtet den größten Theil der Hervorbringungen der deutschen bildenden Künste dann mit neuen, wennschon nicht sehr wohlwollenden Augen; denn fast überall begegnet er einer ausgesprochenen Unfähigkeit, reich und schön zu gestalten, einer verblüffenden Farblosigkeit und einem Scheinleben, dem der innige Zusammenhang mit der Natur fehlt. — Doch wozu in die Ferne zur Antike schweifen? Was zu beweisen ist, liegt ja ohnehin nahe genug. Je länger man auf deutschem Boden weilt, desto bescheidener wird man in Bezug auf die an die Kunst zu stellenden Anforderungen. Und daß man gute Ursache dazu hat, das bestätigt genügend das letzte Berliner Ausstellungsjahrzehnt, insbesondere die letzte, die diesjährige Ausstellung. Von ihr heißt es allerdings offiziell, daß sie „die erste große Berliner Kunstausstellung" gewesen sei, welche „auf Grund der von Seiner Majestät dem Kaiser und König allergnädigst genehmigten Satzungen nach einer Neuordnung ihrer inneren Verhältnisse" stattgefunden habe. Trotz der Neuordnung ihrer inneren Verhältnisse ist gerade diese Ausstellung leider zu einem eklatanten Zeugniß für den unaufhaltsamen Niedergang in der Malerei, der Bildhauerkunst und der Architektur geworden. Daß nicht ein einziges Gebilde, nicht ein einziger Entwurf höchsten ästhetischen Anforderungen in Bezug auf Vollendung der Form und Tiefe des Gedankeninhalts zu entsprechen vermochte, darf zunächst als charakteristisch gelten. Unter tausend und abertausend Produktionen keine beherrschend und faszinirend hervortretende Ausnahme!

Wenn man aber seine Erwartungen energisch herabgeschraubt hat, so findet man unter den Malern eine kleine Anzahl von Künstlern, welche das bei uns nun einmal übliche Mittelmaß in erfreulicher Weise mehr oder minder überragt. — Auf gut Glück seien davon einige und als erster bester Hans Dahl genannt. Ein gesunder Hauch weht durch sein Schaffen, seine ländlichen Schönen in „Reifes Gras", „Eine Frage" und „In hohen Wellen" erscheinen ebenso anmuthig wie kernhaft. — Von realistischer Kraft zeugt die „Lootsenstation auf den Lofoten" von Karl Böhme. — Eine ganz annehmbare Leistung ist die „Lesende Elsässerin" von Simon Glücklich. — Henseler hat in treuer Anlehnung an die Natur „Hoffmann von Fallersleben" in seinem Arbeitszimmer auf Schloß Corvey gemalt. — Eine lichtdurchfluthete Nil-Landschaft „Gebel-Issera" bietet Körner. — Stimmungsvoll ist der „Wintertag" von A. Schweitzer. — P. Iwanowitsch zeigt einen „Zweikampf in Albanien", dessen markige, an Wereschtschagin'schen Realismus erinnernde Mittelfiguren das Auge fesseln. — Recht anerkennenswerth sind die afrikanischen Landschaften und die Thierstücke von Wilhelm Kuhnert, von welchen letzteren besonders „Elefanten in

* Malerei, Plastik und Baukunst.

ihrem Element" und das „Löwenpaar auf dem Raubzuge" zu nennen wären. — Kleine Gedanken in ansprechender Form brachten G. Zaak im „Liebesbrief" und Duntze im „Wintermachmittag" zum Ausdruck. — Durch gesättigtes Lokalkolorit zeichnete sich das Gemälde von Alvarez „Familienfest in Sevilla" aus. — Treffliche deutsche und italienische Landschaften bringen Berninger und Achenbach. — Recht wohlgelungen sind von der Beek's „Neckerei" und Katsch's schlanke, nackte Frauenfigur im „Schutz der Weiden". — Goldmann zeigt uns „Am Orte der That" die Entrüstung und Ueberlegung von drei kostbaren Spießbürgern, denen ein Verbrecher entwischte. — „Die Philosophen" nennt Max sein Thierstück, das drei prächtig gemalte Schimpansen zeigt, von deren Seelen ihr Schöpfer annimmt, daß sie „gleich weit von gut und böse" entfernt seien. — In der Reflexlicht-Studie „Die Leserin" verfügt K. Dielitz über eine ungewöhnlich sichere Technik. — Papperitz' „Fischverkäuferin" ist eigentlich eine Art größeren Stilllebens unter Anlehnung an die alten niederländischen Meister und mit der Devise: Frische Fische, gute Fische. — Wenn auch zuletzt, so doch nicht als letzte seien noch einige Frauen in dieser Kategorie konkurrirender Künstler anerkennend erwähnt. Es sind dies Klara Gumpertz und Emilie Preyer, welche sich durch eine bewundernswerthe Sorgfalt ihrer „Stillleben" neben René Grinland's Meisterleistungen desselben Kunstgenres hervorthun. Sophie Koner's „Liegender Knabe", das Abbild ihres eigenen Kindes, ist gleichmäßig hervorragend in Zeichnung, Farbengebung und klassischer Einfachheit; es ist dieses Gemälde vielleicht die vollendetste Leistung, die reifste Gabe der ganzen Ausstellung. — Menzel war leider nicht vertreten.

Nunmehr gelangen wir in die breite Masse künstlerischer Produktionen von mittlerer Güte. Unbewußte Nachahmung des Alten, unverhüllte Ausnutzung klassischer Motive, Effekthascherei um jeden Preis und eine schier übergeschnappte Originalitätssucht laufen hier in fast unübersehbarem Gedränge nebeneinander her. — Als solides Mittelgut figuriren eine Menge hübscher Genrestücke und Landschaften, sowie schmucker Aquarelle und Pastelle. Diese gesunde Mittelrichtung ist auch bei dem allergrößten Theile der Düsseldorfer Sezession ganz ausgesprochen vorhanden. Auch an anderen geschätzten Vertretern dieser mittleren Regionen fehlt es nicht. Da ist z. B. Kleehaas mit seinem frischen „Prosit Schatz!" Viele farbenleuchtende Thier- und Jagdstücke lieferte der unermüdliche Lilienfors. — Kleinschmidt's „Bedenkliche Lage" bekundet einen höchst gesunden Realismus. — Eine volksthümliche, recht naturwahre Liebesszene führt Jacoby in den „Nachbarn" vor. — Wesentlich tiefer und ohne sichere Beherrschung der Technik steht Meckel da als Helllichtmaler, und zwar sowohl in seinem „Allegretto pastorale", dem „Tag der Todten" und anderen, als auch in seinen in der sogenannten freien Kunstausstellung zu Berlin untergebrachten orientalischen Landschaften, Aquarellen u. s. w. Man kann bei Beurtheilung Meckel's unmöglich in Betracht ziehen, was er vielleicht zukünftig einmal geleistet haben würde, da sich eine objektive Kritik nur auf gegenwärtig Vorhandenes stützen kann. Immerhin geht ein poetischer Zug durch Meckel's Schaffen, was sich von den Schöpfungen Strindberg's, „Auf offener See" und „Am Strande", welche die freie Ausstellung beherbergte, nicht behaupten läßt; sie sind in der That so armselig in der Erfindung, so glatt und nüchtern in der Ausführung, daß sie nicht zu erwähnen wären, wenn sie nicht die äußerste Grenze der Mittelmäßigkeit nach unten hin bezeichneten. Nun giebt es an dem Kunsthimmel der Mittelmäßigkeit nicht nur Fixsterne, Planeten und Trabanten, die ihren festen Stammsitz haben oder mit unwandelbarer Regelmäßigkeit ihre Bahn gehen, sondern es erscheinen

auch daran recht wunderliche Kometen mit einem mehr oder minder großen Schweif von blinden Verehrern und wahlverwandten Nachtretern; und wie schon angedeutet, haben wir es nicht mit Schweifsternen erster Größe, sondern nur mit Leuten wie Thoma, Klinger und Uhde zu thun, um nicht den „Künstler" — Franz Stuck hinzuzufügen; allein dieser Herr beansprucht eine gesonderte Betrachtung an anderer Stelle. Mit Recht darf man diese Maler als die Vertreter der „Neuen" betrachten, aber die Urtheilslosigkeit hat sie auch als die Aristokratie der Kunst, die Führer zu einer neuen Blüthe der Malerei bezeichnet. Da sie nun überdies mehr und mehr in Mode kommen und die Reklametrommel unaufhörlich und aufdringlich genug für sie gerührt wird, so dürfte es doch erforderlich sein, ihre Verdienste etwas näher auseinanderzusetzen.

Zunächst daher einen Blick auf Thoma. Ein langes und breites Oelgemälde mit ödem Hintergrunde füllt er mit zwei Figuren aus. Die eine Gestalt in theatralischer Pose, mit Toga, Lorbeerkranz und Sandalen bekleidet, ist man gewillt, für irgend einen römischen Imperator gelten zu lassen, für den ein „Schmieren"-Cäsar als Modell gedient zu haben scheint. Auge in Auge ihm gegenüber steht in jammerhafter Miene und Haltung ein orientalischer, bäuerlicher Idiot; rechts hinter ihm schwebt ein Vogel, dessen Art natürlich bei seinem naturalistischen Ursprung unbestimmbar ist. Rathlos greift man zum Katalog und erfährt nunmehr, daß man die „Versuchung Christi" vor sich hat. In dieser tristen Weise stellt also das lederne Machwerk den dramatischen Moment dar, in welchem Christus nach der Legende dem allgewaltigen Versucher das Wort in die Zähne schleudert: Hebe dich hinweg von mir, Satanas! — Eine Leistung also, an der sich höchstens Thoma selbst erbauen könnte. Nicht besser liegt es für diesen Maler mit seinem „Märchen", an dem der Titel das einzig Poetische ist; im Uebrigen nämlich muthet es an, wie ein schlecht vergrößerter Abklatsch einer Durchschnittsillustration zu irgend einem verstaubten und zerlesenen Ritter-, Geister- und Schauer-Roman einer kleinstädtischen Bibliothek. In der gleichen gesuchten und halb unfertigen Manier sind „Christus am Oelberge" und das „Kind" gehalten. Nachdem nun Thoma noch ein „Tannengeflüster" gemalt hat, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß er für die nächste Ausstellung einige Fugen, Sinfonien und Nokturnos von Bach, Beethoven und Chopin auf die Leinwand zaubern wird, um den augenscheinlichen Beweis zu erbringen, daß es für den großen Maler Grenzen seiner Kunst überhaupt nicht giebt. —

Ob nun Thoma oder Max Klinger der größere „Meister", das zu entscheiden überläßt man am besten ihren beiderseitigen Jüngern. Klinger's ganze Kunstanschauung kennzeichnet sich am treuesten in seinen beiden jüngsten Gemälden, in der „Pieta" und „L'heure bleue". Zudem hat er etwas Besseres als diese Bilder bisher der Oeffentlichkeit noch nicht übergeben. Vergebens aber wird man in beiden Werken nach einem ursprünglichen Stil, einer künstlerischen Eigenart suchen, man findet eben außer der Klinger'schen Mache nur die unzweifelhafte Anlehnung an ältere und neuere Vorbilder. Gewiß ist die „Pieta" kräftig modellirt und nicht ohne geistige Vertiefung, aber das Wirksamste an ihr ist dem Geist der sächsischen, fränkischen und schwäbischen Malerschulen entlehnt, ohne das Können der Kranach, Dürer und Holbein auch entfernt nur erreichen zu können; ja, dieses Werk macht fast den Eindruck bewußter Imitation von Glanzleistungen, nach welchen das fünfzehnte und sechzehnte Jahrhundert als eine Periode des Aufschwunges auch der deutschen Malerei bezeichnet wurde. — In „L'heure bleue" verläßt Klinger den etwas trockenen und alterthümelnden Ton und die ganze steifleinene Feierlichkeit seiner „Pieta". Hier strebt er nach

Beleuchtungseffekten und drastischer Naturwahrheit, wie sie die Italiener des siebzehnten Jahrhunderts erzielten. Aber wie weit bleibt er zurück hinter den Caravaggio, Rosa, Honthorst und anderen! In etwas erinnert auch „L'heure bleue" an die geniale Farbenphantasie Böcklin's „Meeresidyll", wenigstens in dem äußeren Arrangement, wennschon sich „L'heure bleue" zum „Meeresidyll" wie die bloße Stümperei zum wirklichen Meisterstück verhält. Und nun der Inhalt? Drei nackte Figuren im dolce far niente, und zwar in den denkbar häßlichsten, kauernden und gereckten Stellungen, starren in sich selbst, in den Himmel und in das Meer hinein. Wozu übrigens der ganze Kraftaufwand wegen eines solchen „blauen Montags"? Vielleicht wollte Klinger abschreckend wirken, und wenigstens dafür sollte man ihm dankbar sein. Die „Nymphe" und noch manche andere Klinger'sche Bedenklichkeit ersparen wir uns, um uns jetzt Fritz von Uhde zuwenden zu können.

Uhde kann man nicht ohne Weiteres mit Thoma und Klinger in einen Topf werfen. Denn er gebietet über eine Technik, die ihn höher als die Genannten stellt; er versteht es, lebendig und charakteristisch zu schildern und im Genre, sowie in den Porträts bewährt er oft eine ungewöhnliche, zeichnerische Tüchtigkeit. Ein frisches, wirkungsvolles Bildniß neuesten Datums ist dasjenige des seine Rolle studirenden Schauspielers Alois Wohlmuth aus München. Und so ließe sich noch manches andere „weltliche" Beispiel zu Gunsten Uhde's heranziehen. — Allein daneben läßt sich doch nicht übersehen, daß Uhde als Kolorist nicht hervorragt, daß er ferner in der aufdringlichen Modernisirung verschiedener Vorgänge aus der sogen. heiligen Geschichte immer mehr manierirt auftritt. Und doch scheint er ein solches Auftreten leider nöthig zu haben, eine Meinung, die sein Ausstellungsbild „In der heiligen Nacht" neuerdings wieder hinlänglich bestätigt. Uhde ist moderner Evangelienmaler und als solcher mit all den Mängeln und Schwächen behaftet, die ein Ergebniß seiner Kunstrichtung sind. Es ist daher thöricht, von seiner führenden Bedeutung für das gesammte moderne Kunstleben zu schwärmen, ihn mit Rembrandt in Parallele zu bringen und seine Kunstthätigkeit als die alleinseligmachende Bahnweiserin in das Seelische und Gemüthspoetische kritiklos zu preisen.

Was sagen denn die Hauptwerke dieses modernen Evangelienmalers dem modernen Menschen? — Sie verkünden: Wir selbst glauben so wenig als unser Meister an den Messias, den wir predigen; allein was thut das, da es doch so überaus poetisch ist — und nebenher recht einträglich — über diesen Glauben in aufgeklärter Art zu plaudern. — Zudem redet jedes einzelne Bild noch seine vernehmliche Sprache, und man hört daraus zum Beispiel, daß trotz aller Helllichtmalerei, trotz des entschiedensten Realismus und des modernsten Naturalismus sich bei der Evangelienmalerei „um des Glaubens liebstes Kind", um das Wunder, nicht herumkommen läßt. Im „Ostermorgen" erscheint Christus der Magdalena in weitem weißen Gewande und als „auferstanden von den Todten" nach der biblischen Tradition im „verklärten" Leibe. In der „Verkündigung der Hirten" tritt sogar der Engel des Herrn auf, und die Klarheit des Herrn umleuchtet die Menschen. In „Komm, Herr Jesu, sei unser Gast!" hat das Tischgebetlein das Wunder gewirkt, den leibhaftigen Heiland neunzehnhundert Jahre nach seiner Himmelfahrt in die Hütte armer Leute zu zitiren. Alles in Allem genommen, darf man dieses Bild als eine Segnung der Kärglichkeit, als eine Verherrlichung der verdammten Bedürfnißlosigkeit auffassen. Dagegen läßt „die heilige Nacht" die Wunderwesen noch viel mehr zu ihrem Recht kommen. Ganze Kompagnien geflügelter Engel und Engelchen marschiren auf,

und zu allem Ueberflusse ist Marias Haupt mit dem obligaten Heiligenschein versehen. — In „Lasset die Kindlein zu mir kommen" befindet sich Jesus im Rabbigewand unter deutschen Dorfbuben und Bauernmädchen. Ein solcher Anachronismus wirkt darum verletzend, weil er sorgfältig ausgeklügelt ist, während der naive Anachronismus der großen Italiener und Niederländer ohne jede Spur von Berechnung ist und schon darum auf unseren Beifall zählen kann. — Denselben Fehler, den viele Uhde'sche Evangelienbilder aufweisen, zeigt auch „Das Abendmahl", bei dem man sich denn doch einmal fragen muß, weshalb der Künstler sich nicht daran erinnerte, daß im Kloster Delle Grazie zu Mailand sich das Meisterwerk eines gewissen Leonardo da Vinci befindet. Würde sich Uhde das ausreichend vergegenwärtigt haben, so hätte er sich die Mühe mit seiner Abendmahls-Maskerade ersparen müssen. Weshalb alte, gute Gedanken noch einmal schlechter aussprechen? — Oder glaubt Uhde etwa, daß sein sanft eleganter Heiland dem Messias Leonardos auch nur bis an die Kniekehlen reicht? — Uhde's „Madonnen" sind zwar nicht sehr schön, aber dafür doch sehr, sehr erbarmungswürdig, kurz, sehr dürftig. Meinte der Künstler es aber durchaus ehrlich, nur die schwangere, entbehrende Proletarierfrau, nur sie auf ihrem Marterweg vor der Stunde der Entbindung darzustellen, sie, der nahezu Alles zur Pflege und Erhaltung fehlt, warum griff er da wieder zur heiligen Maske in dem „Gang nach Bethlehem", in dem Werk „Der heilige Abend"? Wäre Uhde der moderne Künstler, welcher er eben nicht ist, dann hätte er mit kräftigem Griff in das moderne Leben hineingepackt, statt Werke zu schaffen, die nicht uninteressant sind, die einen talentvollen Urheber haben, die aber nicht Fisch, nicht Fleisch, nicht Geist, nicht Leib, zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen Orient und Occident haltlos und wirkungslos herumschwanken. — Aus dieser künstlerischen Unwahrhaftigkeit und Charakterlosigkeit, mit einem Worte, aus dieser gähnenden Inhaltslosigkeit erwuchs trotz Fleiß und Talent jene Manierirtheit, die auch seiner Gesammtarbeit den Stempel des Mittelmäßigen aufprägte. —

Und wenn man die Wahl hat zwischen dem alten, soliden und dem neuen, gespreizten und prätentiösen Durchschnitt, dann kann es nicht zweifelhaft sein, wofür man sich entscheiden wird. Die „Modernen" kokettiren zwar gewaltig mit der Natur — beiläufig auch mit der schwieligen Faust und dem gefurchten Proletariergesicht — aber wer wird sich dadurch verblüffen lassen? Dergleichen Leute hat es schon vor den „Neuen" gegeben und der große Wolfgang war es, der sie abtrumpfte, wie folgt:

Was nützt die glühende Natur
Vor deinen Augen dir?
Was nützt dir das Gebildete
Der Kunst rings um dich her,
Wenn liebevolle Schöpfungskraft
Nicht deine Seele füllt
Und in den Fingerspitzen dir
Nicht wieder bildend wird?

Naturgemäß mußten wir der Mittelmäßigkeit viel Platz einräumen, weil sie in der Kunst eben jetzt das große Wort führt.

Auch mit künstlerisch ganz oder nahezu werthlosen Zusendungen war die Berliner Ausstellung überreich bedacht. Schwache und gänzlich verfehlte Arbeiten kommen bei solchen Gelegenheiten gewiß überall vor, sie laufen eben mit; aber das tief Erschreckende für den Beobachter erklärt sich diesmal daraus, daß hier der ästhetische Schund so dreist, in so breiten, unreinen Wellen und

in nie dagewesener Massenhaftigkeit auftrat. — Als verbindendes Mittelglied zwischen der Klasse des gewöhnlichen Durchschnitts und der einer absoluten Werthlosigkeit kann zum Beispiel ein Opus von Looschen, „Luna und der Abendstern", gelten. Das Bild zeigt eine Mondscheinlandschaft, die von dem albernsten Spuk, den eine krankhafte Phantasie auszubrüten vermag, belebt ist. — Diemer's „Gunttir der Geächtete vor dem Gottesgericht zu Drontheim vom Volke angegriffen" ist eine ungeschickte Dekorationsmalerei mit sehr viel Leinwandverschwendung. — Müller-Schönefeld's „Mystik" ist von einem aufdringlichen Wasserlinsenduft umwittert; und sein „Einsam Land, ein glücklich Land, abseits dieser Welt, mir und euch erträumt in stillen Stunden" wird keinen Auswanderer begeistern. Das ist eine mit den grellsten Effekten versuchte und mißlungene Farben- und Lichtstudie. — „Auf der Promenade" zeigt H. v. Heyden eine Herde wandelnder Schweine, die aber so grotesk, so säuisch gehalten sind, wie sie in Wirklichkeit nie und nirgendwo vorkommen. — Wie von Kinderhand gezeichnet und kolorirt präsentirt sich ein „Dekorativer Entwurf" von L. v. Hofmann. — Pape hat sich einen „Garten" geleistet, den man als solchen nur durch die Unterschrift zu erkennen vermag. — Eine geradezu stümperhafte, landschaftliche Anfängerstudie schickte Modersohn ein, mit dem auf diesem Gebiete mit mehr oder minder Erfolg Behrens, Wielandt, Hölzel, Olde, Vinnen, Bagge, Engel, Hummel, Basedow, Lipps, Normann, Langhammer, Vetter, Ankarkrona, Henry und viele Andere eifrigst konkurriren. Sehr häufig wurde auch sonst die Grenze des Unterwerthigen überschritten, so in „Carmen Habanera" von Klinkenberg, in „Susanna im Bade" und „Schwimmanstalt" von Corinth, in der „Zimmerecke" von Stremel, in dem „Topfbinder" von Neunzig, außerdem von Skarbina, Bombach, Kunz Meyer, Schmidt-Kosel u. s. w. u. s. w. Hendrich bedeckte seine Leinwand mit einem einzigen dicken, undurchdringlichen Schatten, innerhalb desselben entdeckt man bei emsigem Suchen einige noch dickere, kleine Schatten; das Ganze aber ist eine Kennzeichnung der Situation „Nach Siegfrieds Tode". — Dem Maler Edel gab der Genius ein, die „Hysterie" mit Glorienschein in die Erscheinung treten zu lassen; dieses Pastellbild zierte die freie Ausstellung. Sogar der Spiritismus ist hier vertreten. — E. Kämpffer beglückte die Stadt Erfurt in sieben Bildern mit einem „Luther-Zyklus", in welchem der biedere Gottesmann mit einer ausgesprochenen Verbrecher-Physiognomie bedacht wurde. Die ganze Anstrengung Kämpffer's zeitigte nur eine schablonenhafte Dutzendwaare. — Uebrigens zählen viele der bisher hier namhaft gemachten Maler zur Münchener Sezession, die nicht wenige Vertreter hat, deren Unvermögen nur durch ihr anspruchsvolles Auftreten überboten werden kann. Diese „Jungen" und „Jüngsten" sind zu wahren Schreckenskindern der Malerei geworden. Es seien nachträglich nur noch einige davon genannt, weil sie die Hauptströmung der Sezessionisten genügend kennzeichnen. — Exter bringt nicht weniger als neun total verzeichnete Bilder, wenn man diese Bezeichnung hier noch anwenden darf. Langhammer malte eine Art Vexirbild, vor dem sich ernste Leute fragen mußten: Wo ist die Katz? Man nimmt seine Zuflucht zum Katalog, und dort heißt es „Das Eichkatzl". Ermuthigt macht man sich nunmehr auf die Suche nach dem „Katzl", aber jede Mühe ist vergeblich; man entdeckt an einem Baumstamm nur ein ungestaltenes braunes Fleckchen. — Harrison stellte schülerhafte Studien aus, von denen eine — man darf darüber staunen — von der Dresdener Gallerie thatsächlich angekauft worden ist. — Der „Heilige Georg" Herterich's trägt an seiner hölzernen Lanze schwerer als der Titane Atlas am Himmelsgewölbe. Und — ohne die geringste Uebertreibung — seinen „Schimmel am Walde" kann man ebenso

gut für „eine sterbende Kuh“ halten. — Ein Anderer glaubt „Landschaften“ gemalt zu haben, aber mit dem gleichen Recht darf man diese Kunstgegenstände für ein Torfmoor, ein Kohlenbergwerk, für den Entwurf zu einem Storchnest oder einer beliebigen anderen Sache gelten lassen. Eine derartige Vielseitigkeit eines einfachen Kunstwerkes steht allerdings doch ziemlich vereinzelt da. — Volz hat sich sogar dazu entschlossen, ein schaudervolles, fünfstimmiges „Abendlied“ mit dem — Pinsel zu komponiren. Einige der Sezessionisten bezeichneten ihre Bilder einfach als „Bildnisse“; eine berechtigte Vorsicht, da das ahnungslose Publikum sonst angenommen hätte, es mit einer zufälligen Sammlung bunter Kleckse und größerer und kleinerer Oelfarben-Flecke zu thun zu haben. In diesen phantastisch heiteren Bahnen wallen auch die Cameron, Neuhaus, Moos und Schad in großer Gesellschaft; allein trotz seiner „Bildnisse“ darf man den Porträtmaler Trübner nicht zu dieser durch unfreiwilligen Humor ausgezeichneten Gruppe rechnen. Er ist ein „Künstler“, der seine Arbeit glatt und nüchtern anfaßt und rein handwerksmäßig im Hinblick auf die zahlungsfähige Kundschaft zu verrichten scheint.

Man sieht also, daß die Sezession wahre Orgien der Geschmacklosigkeit zu feiern beliebt; und das, was ein Mitglied verübt, überbietet im nächsten Moment schon ein anderes. Bei alledem fehlt es diesen Kunstjüngern an Witz, und die platteste Schrullenhaftigkeit dominirt. So ist zum Beispiel „Eine Exekution“ von Thomas Theodor Heine derartig in jeder Beziehung verschroben, daß keine Beschreibung dieses kindischen Machwerkes auch nur eine annähernde Vorstellung zu geben vermag von der geistigen Oede, welcher es entsprang. — Der eigentliche Typus der jüngsten Münchener indeß ist vielleicht der vorher schon erwähnte Franz Stuck, er ist einer der Modernsten der Modernen. Er gefällt sich in den gewagtesten Experimenten: durch das Kombiniren unmöglicher Farbentöne und Farbenstimmungen sucht er rein mechanisch Böcklin zu erreichen; er glaubt originell und geistreich zu sein, wenn er unvermittelt Licht, Schatten und Reflexwirkungen nebeneinander stellt; er meint seine Stoffe zu vertiefen, wenn er sie grell, grotesk und ohne eine Spur selbständiger innerer Regung behandelt; er jagt nach den tollsten Knalleffekten, ohne eine Ahnung von wirklich poetischem Empfinden zu besitzen. Die Weiber in der Stuck'schen Kunst sind Hetären, nichts als Hetären, und die Männer treten häufig in der Haltung eines Preisringers oder des Boxer-Karl auf: Nichts von wahrer Schönheit, wahrer Größe, wahrer Majestät, nicht im Leben und auch nicht im Tode. Das sind nicht Menschen, sondern widerwärtige, zerrbildliche Gliederpuppen. Welcher Mensch von normaler geistiger Beschaffenheit kann an irgend einem Stuck'schen Werk eine reine Kunstfreude haben, an seinem „Paradieses-Wächter“, seiner „Unschuld“, seinem „Sieger“, seiner „Sünde“? Beweisen nicht seine „Kreuzigung Christi“, „Der Mörder“, sein blauer Teufel, ja auch seine weidenden „Pferde“ und die „Muscheln“, sowie das „Meerweibchen“ und die „Studienköpfe“, daß ihm alles gesunde künstlerische Vermögen fehlt und er nur über einen unerschöpflichen Ueberfluß an Taktmangel verfügt? Läßt sich ein Kunstgebilde denken, das auch nur annähernd so häßlich wäre und so abstoßend wirkte als Stuck's „Faun und Nymphe“, nur eines, das uns so mit Ekel erfüllte und die Galle erregte? Das Bild gehört in eine Jahrmarktsbude, die Raritäten wie das siebenbeinige Kalb oder die einfüßige Sau u. s. w. zeigt. Dort steht es seinen Mann. Dabei ist es freilich nicht ausgeschlossen, daß wegen der germanisch-hysterischen Angstjungfrau und der teuflisch-jüdelnden Faunfratze das Gemälde noch von einem antisemitischen Klub für das Stammlokal angekauft wird. — In der „Versuchung“ steht der Boxer-Typus

der Hetäre unter Abwesenheit jeglichen Kostüms gegenüber. Die große Frage ist nun die: Wird er den Apfel, den sie ihm reicht, nehmen oder nicht? Alles spricht dafür, daß er mit allen zehn Fingern zugreifen wird. Die Gruppe wird vervollständigt durch einen mythischen, dicken Baum, eine entsprechend dicke Schlange, die ihn umschlingt und ein Dutzend hölzerner Paradiesesblümchen als Nothteppich. So also gestaltet sich ein allermodernster Fall erotischer Art. Welch ein Reichthum der Erfindung, der Phantasie und Gedanken! Was ist dagegen der biblische Sündenfall im Paradiese? Natürlich rein nichts; man wird auch kaum daran erinnert. Kurz, Stuck ist weder Vorbild noch Original, sondern nur ein Narr auf eigene Faust.

Nach alledem wäre es nicht erstaunlich gewesen, wenn die Jury der großen Ausstellung manches der genannten Bilder zurückgewiesen hätte; dies geschah nicht, wohl aber verletzte die „Hänge"-Kommission manchen tüchtigen Künstler, den sie zurücksetzte, um den Nullen Platz zu schaffen. So kam es, daß die Zurückgewiesenen, um sich gegen ein drohendes Kliquenwesen zu schützen, ein eigenes Obdach suchten. Es entstand hieraus die Improvisation der Freien Berliner Kunstausstellung, welche ein sehr schlechtes Geschäft machte, weil sie von der Konkurrenz der großen Ausstellung vollständig erdrückt wurde und obenein weder eingebürgert noch in Mode war. Was sonst über die freie Ausstellung zu berichten, geschieht in diesen Zeilen gelegentlich. Bemerkt sei hier nur noch, daß leider auch sie ihren Hauptzweck, die ästhetische Einwirkung auf den Besucher, verfehlen mußte, weil sie ein Uebermaß von grauenhaften, heftigen Augenschmerz verursachenden Gebilden in sich schloß. (Schluß folgt.)

Moralische und unmoralische Spaziergänge.

Von **Ed. Bernstein.**

(Schluß.)

Kehren wir nach der Abschweifung, die wir gemacht, zu unserem Gegenstand zurück. Was meinen wir, wenn wir — ohne dabei an bestimmte Paragraphen des positiven Rechts zu denken — uns auf Recht und Gerechtigkeit berufen?

Diese Frage wird in höchst anregender Weise in einer kleinen Schrift erörtert, die einen Lehrer der Rechtswissenschaft, Professor Ph. Lotmar in Bern, zum Verfasser hat.* Lotmar behandelt sie, wie der Titel der Schrift anzeigt, in zwei selbständigen Aufsätzen, die jedoch nicht erst durch die gemeinsame Publikation miteinander in Zusammenhang gebracht sind, sondern sich in Bezug auf die leitenden Grundgedanken durchaus ergänzen. Beide sind, wie Lotmar in einem kurzen Vorwort bemerkt, im Sinne des Rechtsphilosophen Ludwig Knapp auf „Sprengung eingebildeter Grundbegriffe" gerichtet.**

---

* Vom Rechte, das mit uns geboren ist. Die Gerechtigkeit. Zwei Vorträge. Bern, Schmid, Francke & Co., 1893.

** Knapp, dessen Andenken Lotmar in einer längeren Note den innigen Dank für die aus dessen „System der Rechtsphilosophie" geschöpfte Anregung zu den vorliegenden Aufsätzen abstattet, war ein Schüler Feuerbach's, der aber, wie Lotmar ausführt, in seinen Werken nicht blos von jenem empfangenes Licht ausstrahlte. Sein genanntes Hauptwerk, das 1857 erschien, sei von dem allmächtigen Bluntschli und anderen Fachgrößen der Zeit nach allen Regeln der Kunst heruntergerissen worden, und Knapp habe es denn auch nie

Im ersten Vortrag geht Lotmar von dem bekannten Ausspruch Mephisto's über die Rechtswissenschaft aus, dessen Schlußzeilen im Eingang dieses Artikels zitirt wurden. Die Streitfrage, ob Goethe dem Mephisto seine eigene Ansicht über die Jurisprudenz in den Mund gelegt habe, ihn gar plötzlich „mit schöner, kühner Inkonsequenz" (Vischer) den „lauteren Geist des Revolutionsjahrhunderts" offenbaren lasse, oder ob die fragliche Stelle lediglich als irreführende Spötterei zu betrachten sei, löst sich für Lotmar dahin, daß Mephisto als „Geselle, der reizt und wirkt", dem Schüler eben die Schattenseite der Rechtslehre zeigt, um ihn gegen diese einzunehmen, was denn auch erreicht wird, daß auch, soweit diese Schattenseite in Betracht kommt, Mephisto's Ausspruch durchaus wahr ist, daß aber der darin liegende Vorwurf die Rechtswissenschaft trotzdem nicht treffe. Denn diese habe gar nicht Recht zu schaffen, sondern habe nur zu erklären, was schon Recht sei. Das Recht, das mit uns geboren ist, das uns also nicht als Angehörigen eines bestimmten Staatsverbandes, dessen Rechtsordnung schon bei unserer Geburt existirt und uns aufgezwungen wird, sondern als Menschen schlechtweg zukommen soll, das als „Menschenrecht" zunächst noch gar keine oder nur ungenügende Geltung hat, keine eingesetzte Exekutive findet, die seine Verwirklichung erzwingt, dieses spekulative Recht erkämpft seine Geltung außerhalb der Jurisprudenz. In Revolutionen (Lotmar verweist auf die Münzer'sche Erhebung, den Abfall der Niederlande, die englische Revolution) taucht es in verschiedenen Gestalten auf und sucht sich Wirkung zu erkämpfen. Losgelöst von der Kritik der eigentlichen Rechtsgelehrsamkeit ist daher Mephisto's Ausspruch falsch. Vom Rechte, das mit uns geboren ist, war von jeher und ist immer noch die Frage. Es taucht schon auf in der griechischen Philosophie. Viel mehr aber, als die Theoretiker, hat es „die Politiker der Praxis, die Klassen und Stände, die Parteien und Völker" beschäftigt. Jedoch war der Inhalt dieses ideellen „Rechtes" keineswegs zu allen Zeiten der gleiche. Bedurfte schon der Gedanke eines solchen bestimmter historischer Voraussetzungen, so erwachsen auch seine einzelnen Anwendungen jedesmal unter bestimmten historischen Voraussetzungen. „Es kann z. B. Vorstellung und Begehrung des Rechtes auf Arbeit nicht in einer auf Sklaverei basirenden Gemeinschaft aufkommen, sie setzt vielmehr unsere bürgerliche, durch Lohnarbeit erhaltene Gesellschaft voraus.... Das natürliche Recht auf Eigenthum an der Erde kann nicht bei einer stationären Gesellschaft (Mir, Hauskommunion) erwachen, wo jedes Mitglied den seine Bedürfnisse befriedigenden Antheil am Boden unter den Händen hat." (S. 17.) Einige von der französischen Revolution proklamirte „Menschenrechte" wiederum haben direkten Bezug auf das soeben abgeschaffte „ancien regime", sollen, wie dies auch gerade heraus gesagt wird, dessen Nichtigkeit vor Augen stellen.

Lotmar theilt die „mitgeborenen Rechte" in zwei Gruppen ein: diejenigen, die wie das Recht auf Meinungsäußerung, das Recht auf freie Berufswahl, das — in der französischen Deklaration der Menschenrechte — ausgesprochene Recht auf Widerstand gegen gewaltsame Willkürakte, das Recht auf Revolution ꝛc. immer noch den Menschen als Staatsbürger ins Auge fassen, und die Gruppe der viel weiter- und tiefergreifenden Rechte, bei denen es sich unmittelbar um den Schutz des menschlichen Individuums als solchen handelt, und der Mensch meist ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit gedacht wird: das Recht zu leben, das

über den Privatdozenten gebracht. Erst in den letzten Jahrzehnten werde ihm sowohl von Rechtstheoretikern als auch namentlich von Philosophen mehr und mehr Beachtung geschenkt, sein Buch sei nur in den ökonomischen Partien überholt, sonst aber „jugendfrisch und einer bleibenden Wirkung sicher".

Recht auf Freiheit im Gegensatz zur Sklaverei, das Recht auf Arbeit und Existenz, das Mitrecht auf die Güter der Natur, das Recht auf Bildung, das Recht auf Muße und schließlich das Recht auf Glück als „Recht des Menschen auf eine solche Lage, daß er seine eigene Natur rein zu entwickeln und auszuleben vermag".

Die wenigsten dieser Rechte haben sich als „angeborene Menschenrechte" so weit Geltung erobert, daß sie in Verfassungen ausdrücklich anerkannt sind, und selbst für diese wenigen sind die zu ihrer Verwirklichung getroffenen Vorkehrungen mangelhaft, und ebenso ihre Durchdringung des positiven Rechts. So weit sie aber nicht in dieses übergegangen, — als absolutes Menschenrecht sind sie ebenso nur gedachte Rechte, wie die noch gar nicht anerkannten. Aber wenn sie auch in der Jurisprudenz keine Geltung haben, und wenn ebenso die Rechtsphilosophie das Dogma „vom Rechte, das mit uns geboren ist", nicht anerkennt, so ist die Auffassung eines solchen Rechts, resp. von einer Summe solcher Rechte, trotzdem von großem geschichtlichen und praktischen Werth. In ihr prägt sich der Höhegrad der sozialen Entwicklung der Völker aus, in ihr findet die Verfechtung praktischer Forderungen einen bedeutenden Rückhalt: eine Forderung, von der die Ueberzeugung vorhanden ist, daß sie in einem natürlichen Recht wurzelt, wird unter Umständen mit ganz anderer Kraft verfochten als eine solche, die nur als der Ausdruck eines Wunsches erscheint. Trotz seiner bloßen Gedachtheit ist das „mitgeborene Recht" darum auch nicht mit der Moral zu verwechseln, die an die Gewissen appellirt. Seine Sätze bilden „nach außen, an Andere gerichtete, nöthigenfalls durch Unterwerfung der Widerstrebenden zu erfüllende Ansprüche". (S. 23.) „Und als gedachtes Recht ist es zugleich keimendes Recht, dient es zur Verjüngung des geltenden Rechts, das alt wird, während die Welt vorwärts schreitet." (S. 34.)

Reicher an Inhalt als der erste ist der zweite, von der Gerechtigkeit handelnde Aufsatz. Die Berufung auf die Gerechtigkeit ist noch viel häufiger als die auf das Recht, namentlich wenn in Betracht gezogen wird, daß sehr oft Recht gesagt wird, wo Gerechtigkeit gemeint ist. Gerecht glaubt oder behauptet fast ein Jeder zu sein, Jeder erwartet oder verlangt Gerechtigkeit. Worin aber besteht die Gerechtigkeit, wo ist das Kriterium, das uns erkennen läßt, ob ein Urtheil, eine Maßregel, eine Forderung gerecht sei?

Lotmar tritt zunächst der Auffassung entgegen, wie sie u. A. in einem Ausspruch des berühmten römischen Juristen Ulpian Ausdruck gefunden, daß Gerechtigkeit und Rechtmäßigkeit zusammenfallen, die erstere also darin bestehe, Jedermann sein Recht zu gewähren. Wird Recht als Inbegriff der gesetzlich festgestellten Rechtssatzungen genommen, so wäre darnach jedes diesen entsprechende Urtheil ein gerechtes, und doch sind oft gerade solche Urtheile die höchste Ungerechtigkeit — summum jus summa injuria — gewesen, während Urtheile als gerecht gepriesen worden sind, welche dem gerade geltenden Recht widersprachen, und das kann kein Wunder nehmen, wenn man weiß, wie das positive Recht zu Stande gekommen ist. Indeß verläßt uns dieses Kriterium schon innerhalb der eigentlichen Rechtssphäre, sobald wir uns nur der Frage der Abmessung der Strafsätze ꝛc. zuwenden. Für die verschiedenen Vergehen und Verbrechen z. B. setzt das Gesetz wohl Strafminima und Strafmaxima fest — so z. B. für Betrug, Diebstahl ꝛc. Gefängniß von 1 Tag bis zu 1826 Tagen — innerhalb dieser Grenzen aber hat der Richter Freiheit der Bestimmung, handelt also gesetzmäßig, wenn er einen armen Teufel, der etwa ein Paar Stiefel gestohlen, zur gleichen Strafe verurtheilt, wie den Bankier, der anvertraute Depots unterschlagen hat. Wird er damit gerecht handeln? Oder wird er gerecht handeln, wenn er die

Höhe der Bestrafung von der Höhe der defraudirten Werthsumme abhängig macht, so daß also der Spekulant, der einen Geldmann durch übertriebene Darstellung der Gewinnchancen zur Betheiligung mit 100 000 Mark an einer Spekulation veranlaßt hat, hundertmal höher bestraft würde, wie der Heirathsschwindler, der einem armen Dienstmädchen 1000 Mark, die Ersparnisse eines halben Lebens, abschwatzt?* Aber die Anrufung der Gerechtigkeit wird bekanntlich gar nicht auf die Fälle beschränkt, die vor den Straf- oder Zivilrichter ꝛc. gelangen. Sie greift auch weiter als auf diese sammt den vor den Kunstrichter, den literarischen Rezensenten, den Historiker ꝛc. zur Beurtheilung gelangenden Fällen. Sie erfolgt auch bei der Abschätzung von Gunstbezeugungen, Geschenken ꝛc., von Verträgen, von objektiven Lebensverhältnissen u. s. w.

Bezeichnet man daher als Gerechtigkeit einfach die Zutheilung oder Zusprechung an Jeden, was ihm gebühre, gleichviel ob es sich um Anwendung von Rechtsnormen oder nicht handelt, womit alsdann der Gerechtigkeit eine weiter- und tiefergreifende Funktion zugewiesen wird, so erhebt sich die weitere Frage, ob denn überhaupt Jemand für sein Thun und Lassen schlechthin etwas verdient. Lotmar entwickelt in ebenso gedrungener wie anschaulicher Darstellung die Gründe, die gegen die Annahme eines freien Willens sprechen und die daher zur Verneinung der Frage führen. Wir können auf diese Darstellung, die wohl zu den trefflichsten Partien der Schrift gehört, nicht im Einzelnen eingehen und entnehmen ihr hier nur die in einer Note erfolgte Würdigung Shelley's als eines Denkers, der — in einer Anmerkung zur Königin Mab — mit das Bedeutendste gesagt habe, was über diese Frage je geäußert worden. Schopenhauer habe in seiner Preisschrift über die Freiheit des Willens bei der Aufzählung seiner Vorgänger Shelley nicht genannt, aber dieser übertreffe in der betreffenden Ausführung auch Schopenhauer, insofern er bei den Konsequenzen „keine Hinterthür ins Metaphysische eröffnet". (S. 89.) Viele derjenigen, die die Nothwendigkeit der menschlichen Handlungen anerkannt haben, scheuen eben nicht sowohl vor der Verneinung des Verdienstes, als vor der einer ursprünglichen — d. h. nicht erst menschlich statuirten — Verantwortlichkeit zurück und zerbrechen sich und Anderen den Kopf, eine solche doch herauszudeduziren, ein Problem, das, meint Lotmar, im Felde der Ethik nachgerade dieselbe Rolle spiele, wie die Quadratur des Kreises in der Mathematik und das Perpetuum mobile in der Mechanik.

Allein aus der Thatsache, daß die menschlichen Handlungen jedesmal mit Nothwendigkeit zu Stande kommen, folgere zwar, daß die ihrem Urheber als solchem zugeschobenen Vortheile oder Nachtheile nicht auf die Gerechtigkeit als Zutheilung des Gebührenden zurückgeführt, nicht aber, daß sie überhaupt nicht gerechtfertigt werden könnten. Recht und Moral seien weder rein natürliche, noch logische, sondern nur praktische Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit. Aus dem Begriff des Diebstahls folgt keineswegs die Bestrafung desselben, und daß der Mörder gestraft werde, sei keine Forderung der Gerechtigkeit. Der Rechtszwang sei nothwendig nur unter der Bedingung, daß ein bestimmter Zweck gesetzt ist, der erreicht werden soll und den zu erreichen er mehr als Anderes geeignet ist. Die Thatsache, daß auf irgend eine Handlung Strafe gesetzt ist,

* Ende des vorigen Jahrhunderts wurden in England Mord und Pferdediebstahl gleichmäßig mit dem Tode bedroht. In Fällen des letzteren sprachen die Geschworenen gewöhnlich die Angeklagten frei, selbst wenn die That unzweifelhaft feststand. Wenn sie es nicht thaten und Hinrichtung stattfand, war die öffentliche Meinung „beleidigt und empört", d. h. sie fand es für ungerecht, das Recht anzuwenden. (Lecky, Geschichte der Aufklärung in Europa.)

wirkt als ein Beweggrund, sie nicht zu begehen, und versagt nur, wo stärkere Gegenmotive ihr entgegenwirken, die in besonderer Nothlage, krankhafter Erregbarkeit ꝛc. oder auch darin bestehen können, daß die That für gerechter gehalten wird, als die auf sie gelegte Strafe. Aber die angedrohte Strafe ist nicht der einzige Beweggrund, der von der Begehung von verpönten Handlungen abhält. Gegen deren Begehung wirkt neben der Einsicht des Individuums selbst in die Verwerflichkeit der Handlung das Bewußtsein, daß die Allgemeinheit oder derjenige Theil derselben, auf dessen Urtheil das Individuum gerade Werth legt, sie für verwerflich hält, und diese Macht der öffentlichen Meinung ist heute schon — man könnte auch im Hinblick auf den Urkommunismus sagen: wieder — stark genug, vielleicht ebenso sehr Vergewaltigung, Uebervortheilung ꝛc. zu verhindern, als das Strafgesetzbuch. Sie würde aber noch weit Größeres ausrichten, wenn ihr nicht die Unsicherheit des Erwerbs, der wüthende Kampf ums Dasein und die Klassenunterschiede und Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft entgegenwirkten. Wie die Klassenunterschiede auf die Rechtspraxis differenzirend einwirken, so verhindern sie auch eine in allen Punkten übereinstimmende Ethik. Die herrschende Moral ist die Moral der herrschenden Klassen, resp. wo deren Herrschaft schon eine bedingte ist, die von diesen anerkannte Moral. Aus Recht und Moral, die angesichts praktischer Zwecke in jahrtausendelanger Entwicklung von der Menschheit ausgebildet worden sind, wird erst abgeleitet, was Jedem gebührt. Und selbst das, was die Moralvorschriften in dieser Hinsicht gebieten, wird keineswegs immer als Gerechtigkeit erscheinen. Die Vorschrift, Böses mit Gutem zu vergelten, mag für viele Fälle sehr empfehlenswerth sein, eine Forderung der Gerechtigkeit ist sie aber nicht.

Ist schon die Auffassung der Gerechtigkeit als Prinzip der Zutheilung des Jedem an und für sich Gebührenden nicht aufrecht zu erhalten, so ist es total unfruchtbar, den Begriff davon abhängig zu machen, was den interessirten Individuen oder Gruppen selbst als gerecht erscheint. Es giebt nur ein Merkmal, das Wesen der Gerechtigkeit zu erkennen, und dies besteht, wie schon von dem griechischen Denkriesen Aristoteles dargelegt worden, in der Gleichheit, die selbst freilich meist eine relative sein wird: verhältnißmäßige Gleichheit. Die Gerechtigkeit fordert nicht, daß die Tödtung menschlicher Wesen bestraft werde, aber wenn eine Gesellschaft es für zweckmäßig hält, sie zu bestrafen, so fordert die Gerechtigkeit, daß Alle bestraft werden, die sich derselben schuldig gemacht haben. Sie verbietet nicht, die Strafe abzustufen, je nach den Umständen, unter denen die Tödtung erfolgt, aber sie verlangt, daß diese Abstufungen bei Allen in Anwendung kommen. Und so auch in anderen Fragen, ob es sich um Zutheilung von Lasten oder Vortheilen handle. „Die Gerechtigkeit entscheidet nicht über das Daß und nicht über das Was der Zutheilung, sondern nur über das Wieviel, wenn bereits feststeht, daß und was zugewandt werden soll; sie ist nicht produktiv, sondern normativ, sie bildet also nicht eine Quelle, einen Motor des Rechts oder der Moral, sondern eine Richtschnur, einen Maßstab, eine Wage." (S. 74.)

Das mag Viele enttäuschen, und doch gewährt es wohl die einzige Möglichkeit, den Begriff der Gerechtigkeit der Willkür in der Auslegung und damit der Unwirksamkeit zu entreißen. Auch bedeutet die Beschränkung auf die relative Gleichheit der Behandlung keineswegs die Verewigung oder Gutheißung bestehender Ungleichheiten der persönlichen Verhältnisse. Diese Verhältnisse schweben nicht in der Luft und ziehen ihre Nahrung nicht aus überirdischen Quellen. Sie wurzeln selbst in Verhältnissen, die geschichtlicher Entwicklung unterworfen sind,

und mit deren Entwicklung verändert sich auch das Urtheil der Menschen über ihre Zweckmäßigkeit und über ihre Uebereinstimmung mit dem Prinzip relativer Gleichheit. „Wo die Gegenwart Gleichheit sieht und daher Gleichbehandlung fordert, hat die Vergangenheit Unterschiede erblickt, denen gemäß sie Unterschiede der Behandlung hat eintreten lassen." (S. 76.) Fr. Engels hat in „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft" im Abschnitt „Gleichheit", den Lotmar in anderem Zusammenhange zitirt, dessen Gedankengang hier aber beibehalten ist, gezeigt, wie die Gleichheitsvorstellung mit der Entwicklung der Produktionsweise schrittweise größeres Terrain erobert. Ein ebenfalls zu unserem Thema gehöriger Satz findet sich im Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Elend der Philosophie", und ich möchte Lotmar um so mehr auf denselben aufmerksam machen, als er geeignet ist, einen Vorbehalt zu zerstreuen, den Lotmar der materialistischen Geschichtsauffassung gegenüber nothwendig zu halten scheint. Er akzeptirt sie soweit, daß er — S. 17 — die rechtlichen und politischen Einrichtungen und die diesen entsprechende Denkweise „vornehmlich von dem wirthschaftlichen Getriebe der jeweiligen Gesellschaft" abhängen läßt, setzt aber in einer Note hinzu, nach der sogenannten (!) materialistischen Geschichtsauffassung sei dies „nicht blos vornehmlich, sondern ausschließlich der Fall". (S. 40.) Meint dies, daß dieselbe die Mitwirkung sittlicher Vorstellungen überhaupt nicht anerkenne, so ist es entschieden falsch; sie sagt nur, daß die Produktionsverhältnisse in letzter, entscheidender Instanz die rechtlichen 2c. Einrichtungen und Ideen bestimmen. Denn in den Produktionsverhältnissen selbst pflegen schon solche Einrichtungen und Ideen ausgedrückt zu sein — z. B. in der modernen Lohnarbeit andere als in der zünftigen Arbeit — die zum großen Theil Erzeugnisse vorhergegangener Entwicklung sind. Das Attribut „ausschließlich" wird von keinem Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung in diesem Zusammenhange gebraucht, freilich auch nicht das Wort „vornehmlich", weil dieses wieder das Verhältniß zu unbestimmt bezeichnet. So kann der Zusatz „sogenannte" nur insofern akzeptirt werden, als Lotmar selbst jene Geschichtsauffassung nicht ganz richtig beurtheilt. Hätte er sich mehr in sie hineingedacht, so würde er vielleicht seine Schrift um eine Betrachtung darüber bereichert haben, warum Aristoteles, trotzdem er das Prinzip richtig formulirte, doch wieder zu Anwendungen kam, deren Widersprüche er, Lotmar, so treffend bloslegte. Sollte nicht die Thatsache, daß Aristoteles in einer Zeit der Auflösung der griechischen, auf der Sklavenwirthschaft basirten Gesellschaft lebte, mit Ersterem, und die Thatsache, daß er keine andere Gesellschaftsform vor sich sah, mit Letzterem etwas zu thun haben?

Die vorerwähnte Differenz ist die einzig nennenswerthe, die uns von Lotmar trennt. Seinen weiteren Darlegungen, insbesondere seinen Anwendungen auf die die Gegenwart beschäftigenden Fragen — die Steuerfrage, die Frage der politischen Stellung der Frauen, die Frage der Einkommensvertheilung — resp. der Art, wie er nun diese Fragen stellt, können auch wir uns anschließen. Mit scharfer Logik jagt er hier die Anhänger des Privilegiums in die Enge. Die Berufung auf besondere Verdienste, Vorzüge 2c. fällt gerade mit dem absoluten „Jedem, was Jedem gebührt" dahin; inwieweit die Ungleichheiten heute noch zu respektiren sind, wird zu einer Frage der Zweckmäßigkeit, und Lotmar giebt deutlich zu erkennen, daß — welcher Beweis nicht mehr in den Rahmen seiner Abhandlung fällt — die ökonomischen Ungleichheiten der modernen Gesellschaft unzweckmäßig sind, sobald einmal als Zweck der Gesellschaft das Wohl Aller anerkannt wird. Obwohl die Reduzirung der Gerechtigkeit auf das Prinzip der verhältnißmäßigen Gleichheit wenig zu versprechen scheint, kommt es nur auf die

Verhältnisse an, daß es Alles hält. Wir befinden uns jedenfalls mit ihm auf sicherem Boden und wissen, was wir thun, wenn wir uns auf die Gerechtigkeit berufen.

Lotmar hat seinen Aufsätzen eine Fülle von Noten beigegeben, die theils der Erläuterung, theils der Kritik von Gegnern und halben Freunden dienen. Sie bilden als solche und als Quellenmaterial eine schätzbare Zugabe. Wir glauben Denjenigen, die sich über die behandelten Begriffe Klarheit zu verschaffen wünschen, seine Schrift bestens empfehlen zu können.

Ein sozialdemokratischer Katechismus.

Von **Karl Kautsky.**

(Schluß.)

II. Revolution und Anarchismus.

Der eine Grund, warum die kommenden revolutionären Kämpfe seltener durch militärische Mittel ausgefochten werden dürften, liegt, und das ist schon des Oefteren ausgeführt worden, in der kolossalen Ueberlegenheit der Bewaffnung der heutigen staatlichen Armeen über die Waffen, die dem „Zivil" zu Gebote stehen und die jeden Widerstand des letzteren in der Regel von vornherein aussichtslos machen.

Dagegen stehen heute den revolutionären Schichten bessere Waffen des ökonomischen, politischen und moralischen Widerstandes zu Gebote, als denen des vorigen Jahrhunderts. Nur Rußland macht davon eine Ausnahme.

Die Koalitionsfreiheit, die Preßfreiheit und das allgemeine Wahlrecht (unter Umständen auch die allgemeine Wehrpflicht) stellen aber nicht blos Waffen dar, die das Proletariat der modernen Staaten vor den Klassen voraus hat, welche die revolutionären Kämpfe der Bourgeoisie ausfochten; diese Einrichtungen verbreiten auch über die Machtverhältnisse der einzelnen Parteien und Klassen und über den Geist, der sie beseelt, ein Licht, welches zur Zeit des Absolutismus fehlte.

Damals tappten die herrschenden Klassen ebenso wie die revolutionären im Dunkeln herum. Da jede Aeußerung einer Opposition unmöglich gemacht war, konnten weder die Regierungen noch die Revolutionäre ihre Kräfte kennen. Jede der beiden Parteien war ebenso der Gefahr ausgesetzt, sich zu überschätzen, so lange sie sich nicht im Kampf mit dem Gegner gemessen hatte, wie sich zu unterschätzen, sobald sie eine einzige Niederlage erlitten hatte, und dann die Flinte ins Korn zu werfen. Dies ist wohl einer der wichtigsten Gründe, warum in die Zeit der revolutionären Bourgeoisie so viel Putsche fallen, die mit einem Schlag niedergeworfen, so viele Regierungen, die mit einem Schlag gestürzt wurden, daher die Aufeinanderfolge von Revolution und Contre-Revolution.

Ganz anders heute, wenigstens in Ländern mit einigermaßen demokratischen Institutionen. Man hat diese Institutionen das Sicherheitsventil der Gesellschaft genannt. Wenn man damit sagen will, daß das Proletariat in einer Demokratie aufhört, revolutionär zu sein, daß es sich damit zufrieden giebt, seiner Entrüstung und seinen Leiden öffentlich Ausdruck zu geben, und daß es auf die politische und soziale Revolution verzichtet, dann ist diese Benennung falsch. Die Demokratie kann die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft nicht beseitigen, und deren nothwendiges Endergebniß, den Umsturz dieser Gesellschaft, nicht aufhalten. Aber Eines kann sie: sie kann nicht die Revolution, aber sie kann manchen verfrühten, aussichtslosen Revolutionsversuch verhüten und

manche revolutionäre Erhebung überflüssig machen. Sie verschafft Klarheit über die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Parteien und Klassen; sie beseitigt nicht deren Gegensätze und verschiebt nicht deren Endziele, aber sie wirkt dahin, die aufstrebenden Klassen zu hindern, daß sie sich jeweilen an die Lösung von Aufgaben machen, denen sie noch nicht gewachsen sind, und sie wirkt auch dahin, die herrschenden Klassen davon abzuhalten, Konzessionen zu verweigern, zu deren Verweigerung sie nicht mehr die Kraft haben. Die Richtung der Entwicklung wird dadurch nicht geändert, aber ihr Gang wird stetiger, ruhiger. Das Vordringen des Proletariats in den Staaten mit einigermaßen demokratischen Institutionen wird nicht durch so auffallende Siege bezeichnet, wie das der Bourgeoisie in ihrer revolutionären Zeit, aber auch nicht durch so große Niederlagen. Seit dem Erwachen der modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren hat das europäische Proletariat nur eine große Niederlage erlebt, in der Pariser Kommune 1871. Damals litt Frankreich noch an den Folgen des Kaiserreichs, das dem Volke wahrhaft demokratische Institutionen vorenthalten hatte, das französische Proletariat war erst zum geringsten Theil zum Selbstbewußtsein gelangt, und der Aufstand war ihm aufgezwungen worden.

Die demokratisch-proletarische Methode des Kampfes mag langweiliger erscheinen, als die der Revolutionszeit der Bourgeoisie; sie ist sicher weniger dramatisch und effektvoll, aber sie erfordert auch weit weniger Opfer. Das mag einem schöngeistigen Literatenthum sehr gleichgültig sein, das in Sozialismus macht, um einen interessanten Sport und interessante Stoffe zu finden, nicht aber Jenen, die den Kampf wirklich zu führen haben.*

Diese sogenannte friedliche Methode des Klassenkampfes, die sich auf die unmilitärischen Mittel, Parlamentarismus, Strikes, Demonstrationen, Presse und ähnliche Pressionsmittel beschränkt, hat in jedem Lande um so mehr Aussicht, beibehalten zu werden, je wirksamer dort die demokratischen Institutionen sind, je größer die politische und ökonomische Einsicht und die Selbstbeherrschung der Bevölkerung.

Von zwei Gegnern wird jedoch unter sonst gleichen Umständen derjenige am ehesten kaltes Blut bewahren, der sich dem anderen überlegen fühlt. Wer dagegen an sich und seine Sache nicht glaubt, verliert nur zu leicht die Ruhe und die Selbstbeherrschung.

In allen Ländern der modernen Kultur ist aber das Proletariat diejenige Klasse, die am meisten an sich und an ihre Sache glaubt. Dazu braucht sie sich gar keinen Illusionen hinzugeben; sie braucht nur die Geschichte des letzten Menschenalters zu betrachten, um zu sehen, wie sie überall in ununterbrochenem Fortschreiten begriffen ist; und sie braucht nur die heutige Entwicklung zu verfolgen, um daraus die Gewißheit zu schöpfen, daß ihr Sieg unabwendbar ist. Es ist daher nicht zu erwarten, daß das Proletariat in einem der Länder, in denen es höher entwickelt ist, seine Ruhe und seine Selbstbeherrschung so leicht

* „Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Extase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen . . . kritisiren beständig sich selbst" ꝛc. (Marx, der 10. Brumaire, S. 4.) Bei der Vergleichung der bürgerlichen mit der proletarischen Revolution hat Marx 1852 natürlich den Einfluß der demokratischen Institutionen auf diese noch nicht in Betracht ziehen können.

verlieren und eine Politik der Abenteuer inauguriren wird. Um so weniger wird das zu erwarten sein, je größer gleichzeitig die Bildung, die Einsicht der Arbeiterklasse ist und je demokratischer der Staat.

Nicht dieselbe Zuversicht kann man dagegen den herrschenden Klassen entgegenbringen. Sie fühlen und sehen, daß sie von Tag zu Tag schwächer werden, sie werden immer nervöser und ängstlicher und daher auch unberechenbarer. Immer mehr und mehr gerathen sie in eine Stimmung, in der man darauf gefaßt sein muß, daß sie plötzlich ein Anfall von Tollwuth erfaßt, in dem sie voll blinder Raserei sich auf den Gegner stürzen, um ihn niederzuschlagen, unbekümmert um alle die Wunden, die sie dadurch der ganzen Gesellschaft und sich selbst zuziehen, und um alle die heillosen Verwüstungen, die sie anrichten.

Die politische Situation des Proletariats läßt erwarten, daß es so lange als möglich versuchen wird, mit der Anwendung der eben erwähnten „gesetzlichen" Methoden allein auszukommen. Die Gefahr, daß dies Streben durchkreuzt wird, liegt vornehmlich in der nervösen Stimmung der herrschenden Klassen.

Die Staatsmänner der herrschenden Klassen wünschen zumeist, daß ein derartiger Tobsuchtsanfall, womöglich nicht blos der herrschenden Klassen allein, sondern auch der gesammten indifferenten Massen, sich baldigst einstelle, ehe noch die Sozialdemokratie stark genug ist, ihm Widerstand zu leisten. Das bietet ihnen noch die einzige Aussicht, den Sieg der letzteren wenigstens um einige Jahre hinauszuschieben. Wohl spielen sie in diesem Fall va banque, denn wenn es der Bourgeoisie nicht gelingt, in diesem Wuthanfall das Proletariat niederzuwerfen, dann bricht sie nur um so schneller erschöpft zusammen und die Sozialdemokratie triumphirt um so früher. Aber die Politiker der herrschenden Klassen sind eben zum großen Theil schon in einer Stimmung, in der sie glauben, es bleibe ihnen nichts mehr übrig, als Alles auf eine Karte zu setzen. Sie wollen den Bürgerkrieg provoziren aus Angst vor der Revolution.

Die Sozialdemokratie dagegen hat nicht nur keine Ursache, sich zu einer solchen Politik der Verzweiflung zu bekennen, sie hat vielmehr alle Ursache, dafür zu sorgen, daß der Tobsuchtsanfall der Herrschenden, wenn er schon unvermeidlich sein sollte, wenigstens so weit als möglich hinausgeschoben wird, damit er erst eintritt, wenn das Proletariat kraftvoll genug geworden ist, den Rasenden ohne Weiteres niederzuschlagen und zu bändigen, so daß dieser Anfall der letzte ist, und die Verheerungen, die er anrichtet, die Opfer, die er kostet, möglichst gering sind.

Sie muß daher Alles vermeiden, ja bekämpfen, was eine zwecklose Provokation der herrschenden Klassen wäre, was deren Staatsmännern einen Anhaltspunkt gäbe, um die Bourgeoisie und deren Anhang in sozialistenfresserische Tollhäuslerei zu treiben. Wenn wir erklären, man könne Revolutionen nicht machen, wenn wir es für unsinnig, ja verderblich halten, eine Revolution anstiften zu wollen, und wenn wir dementsprechend handeln, so geschieht dies nicht den deutschen Staatsanwälten zu Liebe, sondern im Interesse des kämpfenden Proletariats. Und die deutsche Sozialdemokratie ist darin einig mit allen ihren Bruderparteien. Dank dieser Haltung ist es den Staatsmännern der herrschenden Klassen bisher nicht möglich geworden, gegen das kämpfende Proletariat so vorzugehen, wie sie gerne möchten.

So gering der politische Einfluß der Sozialdemokratie verhältnißmäßig noch ist, so ist sie doch schon in den modernen Staaten zu mächtig, als daß die bürgerlichen Politiker ganz nach Belieben mit ihr verfahren könnten. Kleine Maßregeln und Maßregelungen helfen ihnen nichts; sie erbittern blos die Be-

troffenen, ohne sie abzuschrecken oder ihre Kampffähigkeit zu verringern. Jeder Versuch aber, so einschneidende Maßregeln durchzuführen, daß das Proletariat dadurch kampfunfähig würde, beschwört die Gefahr eines Bürgerkrieges herauf, der, wie immer sein Ausgang sein mag, auf jeden Fall ungeheure Verheerungen mit sich bringt. Das weiß heute jeder einigermaßen Einsichtige. Und wie sehr auch die bürgerlichen *Politiker* Ursache haben mögen, zu wünschen, daß die Sozialdemokratie möglichst bald auf eine Kraftprobe gestellt werde, der sie heute vielleicht noch nicht gewachsen ist, die bürgerlichen *Geschäftsleute* wollen von einem Experimente, das jeden von ihnen ruiniren kann, nichts wissen, wenigstens so lange nicht, so lange sie nüchtern sind, so lange sie nicht der oben erwähnte Tobsuchtsanfall gepackt hat. Dann freilich ist der Bourgeois zu Allem zu haben, und je größer seine Angst, desto wilder wird er nach Blut schreien.

Die Interessen des Proletariats verlangen es heute gebieterischer als je, daß Alles vermieden werde, was geeignet wäre, die herrschenden Klassen zu einer Gewaltspolitik zwecklos zu provoziren. Dem entsprechend handelt auch die Sozialdemokratie.

Es giebt aber eine Richtung, die sich eine proletarische und sozialrevolutionäre nennt und die sich als ihre vornehmste Aufgabe neben der Bekämpfung der Sozialdemokratie die Provozirung einer Gewaltspolitik stellt. Das, was die Staatsmänner der herrschenden Klassen ersehnen und was allein noch geeignet sein könnte, den Siegeslauf des Proletariats aufzuhalten, das ist das Hauptgeschäft dieser Richtung, die sich denn auch der entschiedensten Gunst der Puttkamer und Konsorten erfreut. Die Anhänger dieser Richtung suchen nicht die Bourgeoisie zu *schwächen*, sondern sie *rasend* zu machen.

Die Niederlage der Pariser Kommune 1871 ist, wie schon erwähnt, die letzte große Niederlage des Proletariats gewesen. Seitdem ist es in den meisten Ländern stetig vorwärts geschritten, Dank seiner oben beschriebenen Methode, langsamer, als wir wünschen, aber sicherer, als je eine der früheren revolutionären Bewegungen vorwärts geschritten ist.

Nur in einigen Fällen seit 1871 hat die proletarische Bewegung größere Rückschläge zu erleiden gehabt, und jedesmal war die Schuld daran das Eingreifen einzelner Personen mit Mitteln, die man nach dem heutigen Sprachgebrauch als *anarchistische* bezeichnen kann, die der von der weitaus größten Mehrzahl der jetzigen Anarchisten gepredigten Taktik „der Propaganda der That" entsprechen. Auf den Schaden, den die Anarchisten der „Internationale" und der revolutionären Erhebung in Spanien 1873 zufügten, sei nur beiläufig hingewiesen. Fünf Jahre nach dieser Erhebung ereignete sich der Anfall von allgemeiner Tollwuth, den die Attentate von Hödel und Nobiling hervorriefen; ohne diese wäre es Bismarck kaum gelungen, das Sozialistengesetz durchzudrücken. Auf keinen Fall hätte es so rigoros gehandhabt werden können, wie es in den ersten Jahren seines Bestehens gehandhabt wurde, dem deutschen Proletariat wären riesige Opfer erspart geblieben, sein Siegeslauf wäre nicht für einen Moment gehemmt worden.

Der nächste Rückschlag, den die Arbeiterbewegung erlitt, trat in Oesterreich 1884 ein, in Folge der Gaunereien und Bestialitäten der *Kammerer, Stellmacher* und Konsorten. Die mächtig aufstrebende sozialistische Bewegung wurde dort mit einem Schlage niedergeworfen ohne auch nur eine Spur von Widerstand, erdrückt nicht von den Behörden, sondern von der allgemeinen Wuth der Bevölkerung, welche die Schuld an den Thaten der genannten Anarchisten dem Sozialismus in die Schuhe schob.

Daß sich ein größerer Theil des Proletariats an der Ausübung der „Propaganda der That", namentlich in ihrer gegenwärtigen Form, betheiligt, ist freilich von vornherein ausgeschlossen. Menschen mit normalen Sinnen thun dabei nicht mit. Auch unter den heutigen Anarchisten würde die weitaus größte Mehrzahl jede Zumuthung, selbst zu attentätern, entrüstet von sich weisen. Die meisten der Anarchisten sind überhaupt harmlose Gesellen, deren Anarchismus nur dem Bedürfniß entspringt, sich über die Trübseligkeit ihrer Lage durch einen Rausch hinwegzuhelfen, der länger dauert als ein Alkoholrausch. Sie berauschen sich in Phrasen, indeß dieser Rausch erweckt in ihnen wohl ein überschwängliches Kraftgefühl, aber keine Thatkraft; er äußert sich nicht in Thaten, sondern blos in sittlicher Entrüstung über die Thatlosigkeit — der Anderen.

Die direkte Aufforderung zu den „Thaten" geht in der Regel von den Lockspitzeln aus; Gauner und Narren sind deren Werkzeuge; die schreibenden und redenden und lärmenden Anarchisten thun dabei nichts, als daß sie den Anstiftern und ihren Werkzeugen Argumente und Redensarten und ein dankbares Publikum liefern. Unter der letzteren Sorte Anarchisten sind ganz brave Kerle, die, einmal ernüchtert, noch ganz Tüchtiges leisten können, und es thäte uns leid, wenn die jüngsten „Thaten", weil unter ihrer Firma verübt, auf ihr Konto geschrieben würden und ihnen Unannehmlichkeiten zuzögen.

Die heutigen schreibenden und redenden Anarchisten sind, wenigstens in Deutschland, meist von Stirner und Nietzsche durchseuchte Studenten und Literaten. Aber es hat auch Zeiten gegeben, wo größere Proletariermassen sich der anarchistischen Phrase hingaben, ebensowenig wie jene „geistigen Proletarier", in der Absicht, „Propaganda der That" zu treiben, sondern wie sie aus dem Bedürfniß, sich zu berauschen. Man hat die Religion das Morphium der Völker genannt. So kann man den Anarchismus ihren Alkohol nennen.

Die Aussichten, daß der Anarchismus wieder einmal irgendwo die Massen ergreift, sind heute jedoch geringer als je.

Die zwei wichtigsten Ursachen, welche sie für den Anarchismus empfänglich machten, waren der Mangel an Einsicht und die Hoffnungslosigkeit, namentlich die anscheinende Unmöglichkeit, auf politischem Wege auch nur die geringste Besserung zu erzielen.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als die Arbeiter Oesterreichs und der Vereinigten Staaten massenhaft von anarchistischen Schlagworten sich gefangen nehmen ließen, finden wir hier wie dort ein ungemein rasches Anwachsen der Arbeiterbewegung, — indeß gleichzeitig fast alle Führer mangeln. Die Arbeiterbataillone bestanden fast nur aus ungeschulten Rekruten ohne Wissen, ohne Erfahrung und ohne Offiziere. Und dazu kam noch die anscheinende Unmöglichkeit, durch politischen Kampf die Herrschaft des Kapitals zu erschüttern. In Oesterreich fehlte den Arbeitern das Wahlrecht und jede Hoffnung, es in absehbarer Zeit auf gesetzlichem Wege zu erlangen. In Amerika fehlte den Arbeitern die Hoffnung, mit der staatlichen Korruption auf politischem Wege fertig zu werden.*

* In einer der jüngsten Nummern unseres amerikanischen Bruderorgans „Vorwärts" finden wir einen Bericht aus einer Rede des kürzlich aus dem Gefängniß befreiten Michael Schwab, eines der Opfer der Bombenaffaire von 1886. Er erkannte an, daß die anarchistische Taktik verkehrt und thöricht sei. Aber er erklärte auch, wieso der Anarchismus in den achtziger Jahren in Chicago sich hatte ausbreiten können: „Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, daß diese (die anarchistische) Taktik in Chicago erst Boden gewann, nachdem ein Richter entschieden hatte, daß Kommunisten gegenüber das Fälschen von Stimm-

Aber nicht nur in diesen beiden Ländern, auch sonst ging in den Anfängen der achtziger Jahre ein pessimistischer Zug durch die Arbeiterbewegung.

Das ist heute überall anders und besser geworden.

In Oesterreich war es aber noch ein Umstand, der das Aufkommen des Anarchismus begünstigte: das Zutrauen zur Sozialdemokratie war den Massen abhanden gekommen. Als die politischen und ökonomischen Kampfesmittel — Organisationen und Presse — des deutschen Proletariats dem Sozialistengesetz erlagen, da wußte das damals auftauchende Anarchistenthum den Arbeitern Oesterreichs weiß zu machen, die mundtodt gemachte Partei habe die Flinte ins Korn geworfen und ihre revolutionären Grundsätze abgeschworen. Die österreichischen Sozialdemokraten, welche ihre deutschen Genossen vertheidigten, erreichten damit nicht deren Rehabilitirung in den Augen der Mehrheit der österreichischen Arbeiter, sondern nur die eigene Diskreditirung. Ein Staatsanwalt, Graf Lamezan, leistete den Anarchisten Vorschub, die ihm natürlich lieber waren, und erklärte verächtlich, die Sozialdemokraten seien nur „Revolutionäre im Schlafrock".

Auch heute ist es das eifrigste Bemühen der Anarchisten, den Arbeitern nachzuweisen, die Sozialdemokraten seien Revolutionäre im Schlafrock. Bisher haben sie keinen Erfolg damit gehabt. Aber wenn es je möglich wäre, daß in Deutschland eine anarchistische Bewegung von Belang aufkäme, dann könnte sie erzeugt werden nicht durch die Agitationen der „Unabhängigen", sondern nur entweder durch ein Vorgehen der herrschenden Klassen, welches in den arbeitenden Massen Hoffnungslosigkeit erzeugt und die Verbreitung von Einsicht unter ihnen aufs Aeußerste beeinträchtigt, oder aber durch Aeußerungen aus unserer Mitte, die den Anschein erweckten, als wollten wir unsere revolutionären Grundsätze verleugnen. Je „gemäßigter" wir würden, desto mehr würden wir Wasser auf die Mühle der Anarchisten leiten und so gerade jener Bewegung Vorschub leisten, die am meisten dahin wirkt, daß an Stelle der zivilisirten Formen des Kampfes dessen brutalste Formen treten. Man kann sagen, daß heute nur ein Moment die Massen des Proletariats veranlassen könnte, freiwillig von den oben auseinandergesetzten „friedlichen" Methoden des Kampfes abzugehen: das Schwinden des Glaubens an den revolutionären Charakter unserer Partei. Wir könnten die friedliche Entwicklung nur gefährden durch allzu große Friedlichkeit.

Wir brauchen nicht erst auszuführen, welches Unheil auch sonst jegliches Abwiegeln hervorrufen würde.

Die Gegnerschaft der Besitzenden würde dadurch nicht vermindert, und verläßliche Freunde würden dadurch auch nicht gewonnen. In unsere eigenen Reihen aber würde Verwirrung getragen, die Lauen würden noch lauer gemacht und die Thatkräftigen abgestoßen werden.

Der große Hebel unserer Erfolge ist der revolutionäre Enthusiasmus. Wir werden ihn in der Zukunft mehr brauchen, als je, denn das Schwerste liegt noch vor uns, nicht hinter uns. Um so schlimmer würde Alles wirken, was geeignet wäre, diesen Hebel zu lähmen.

zettein erlaubt sei. Die meisten von Ihnen erinnern sich der Wahl, welche Herrn Frank Stauber zum zweiten Mal in den Stadtrath berief. Das Resultat der Wahl wurde aufs Frechste von zwei Wahlrichtern gefälscht. Das wurde nachgewiesen durch die Eide von Polizisten und anderen Zeugen, sowie in der Schlußverhandlung, die man so lange wie möglich hinausgeschoben hatte, durch das trockene Eingeständniß der Angeklagten. Und der Richter sprach die Fälscher frei! Die Entrüstung unter den Arbeitern war allgemein und sie wollten nichts mehr von den Methoden wissen, die sie früher befolgt hatten. Seitdem haben viele von uns gelernt, daß man in der Politik sich nicht von bloßen Gefühlsaufwallungen leiten lassen darf."

Ein weiterer Rückschlag trat in Amerika ein im Jahre 1886. Dort hatte sich die Arbeiterbewegung damals rasch und mächtig entwickelt. Mit Riesenschritten ging sie vorwärts, so schnell, daß einige Beobachter es bereits für möglich hielten, sie werde binnen Kurzem die europäischen Bewegungen überflügeln und an deren Spitze treten. Im Frühjahr 1886 nahm die Arbeiterklasse der Union einen gewaltigen Anlauf, den Achtstundentag zu erobern. Die Arbeiterorganisationen schwollen zu kolossalem Umfang an, Strike folgte auf Strike, jubelnde Begeisterung herrschte in den Reihen der Arbeiter, und die Sozialisten, überall die ersten und eifrigsten, begannen die Führerschaft der Bewegung zu erlangen.

Da erfolgte in einem der zahlreichen Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitern, die damals stattfanden, am 4. Mai in Chicago der bekannte Bombenwurf. Heute noch ist es nicht festgestellt, wer der Thäter war. Die am 11. November wegen dieser That hingerichteten Anarchisten und ihre zu langen Kerkerstrafen verurtheilten Genossen sind das Opfer eines Justizmordes geworden. Aber die That hatte der Taktik entsprochen, welche die Anarchisten stets gepredigt hatten, sie entfachte die Wuth der gesammten Bourgeoisie Amerikas, verwirrte die Arbeiter und diskreditirte die Sozialdemokraten, welche man von den Anarchisten nicht zu unterscheiden wußte, vielfach auch nicht unterscheiden wollte. Der Kampf um den Achtstundentag endete mit einer Niederlage der Arbeiter, die Arbeiterbewegung brach zusammen und die Sozialdemokratie wurde zur Unbedeutendheit herabgedrückt. Nur langsam beginnt sie jetzt wieder in den Vereinigten Staaten emporzusteigen.

Die einzigen größeren Schädigungen, welche die Arbeiterbewegung seit zwanzig Jahren erfahren hat, sind durch Thaten veranlaßt worden, die von Anarchisten begangen wurden oder mindestens der von ihnen gepredigten Taktik entsprachen. Das Sozialistengesetz in Deutschland, die Ausnahmszustände in Oesterreich, der Justizmord in Chicago mit seinen Folgen, sie wurden nur dadurch ermöglicht.

Die Anarchisten glauben das Proletariat dadurch vorwärts, zum Siege zu treiben, daß sie den Bourgeois Gelegenheit geben, ihm in den Rücken zu fallen.

Gerade jetzt verspüren einige Anarchistenkreise wieder besonders lebhaft das Bedürfniß, die Sache des kämpfenden Proletariats bei der Masse der Bevölkerung zu diskreditiren und Unterdrückungsmaßregeln populär zu machen. Einige kleine Erfolge haben diese Herren auch schon erreicht. Ihnen ist es gelungen, was so manche kraftvolle Regierung vor ihnen vergeblich versucht hat, die französische Presse behördlicher Willkür zu unterwerfen und das Asylrecht und die Versammlungsfreiheit in England zu bedrohen, ohne daß ein ernsthafter Protest dagegen laut wird. Welch' revolutionäres Thun!

Indeß ist bisher noch nicht zu erwarten, daß der jetzige Anarchistenschrecken zu einer ähnlichen Schädigung der Arbeiterbewegung führen wird, wie die Schreckensperioden von 1878, 1884 und 1886.

Auf der einen Seite ist denn doch die Erkenntniß in zu weite Kreise gedrungen, daß die Partei des kämpfenden Proletariats, die Sozialdemokratie, mit den Anarchisten nichts gemein hat. Die bürgerliche Presse hat, wenigstens in Deutschland, selbst dafür gesorgt, den Gegensatz zwischen beiden Richtungen zu allgemeiner Kenntniß zu bringen, indem sie jede Beschimpfung der Sozialdemokratie durch Anarchisten mit Behagen registrirte und den Anarchisten ihre Argumente zur „geistigen" Bekämpfung der Sozialdemokratie entlehnte. Und so oft die Sozialdemokratie sich weigerte, mit den Anarchisten zusammen zu arbeiten, weil

der Gegensatz zwischen ihnen unüberbrückbar sei, war stets die bürgerliche Presse bei der Hand, dies in die Welt hinauszuschreien. Dieselbe Presse, die heute die Anarchisten am liebsten wie wilde Thiere niedergeschossen sehen möchte, konnte sich gelegentlich des Züricher Kongresses vor sittlicher Entrüstung nicht fassen über unsere „Intoleranz", weil wir die Anarchisten von der Mitarbeit mit uns ausschlossen.

Es ist heute aber auch deswegen schwerer möglich, dem kämpfenden Proletariat die anarchistischen Thaten an die Rockschöße zu hängen, weil der Charakter dieser Thaten sich geändert hat. So lange die Kluft zwischen dem kämpfenden Proletariat und dem Anarchismus noch nicht so groß war, wie heutzutage, so lange das Denken und Fühlen der Arbeiterklasse auf das Thun der Anarchisten bestimmend einwirkte, trug es immer einen gewissen idealen und auch einen politischen Charakter, so unangenehm auch das Wort „Politik" in anarchistischen Ohren klingen mag. Heute ist das Eine wie das Andere aus der „Propaganda der That" verschwunden. Sie besteht nur noch aus Gaunereien und sinnlosen Bestialitäten, von denen kein vernünftiger Mensch im Ernst wird behaupten wollen, daß sie der Ausfluß des Klassenkampfes des Proletariats seien und daß sie durch Unterdrückung dieses Klassenkampfes unmöglich gemacht würden. In diesem Sinne konnte noch die Bombe von Chicago fruktifizirt werden, aber nicht mehr Ravachol. An der „Propaganda der That", wie sie heute geübt wird, sind nur noch Lumpenproletarier betheiligt, gewöhnliche Gauner, welche die anarchistische Phrase benutzen, um sich interessant zu machen; dann Geisteskranke, Leute mit perversen Instinkten, die eine verkommende Gesellschaft zu Hunderten liefert — wir erinnern an die Neronen und Caligulas der römischen Kaiserzeit und an die näher liegenden Prostituirtenmörder, wie Jack the Ripper u. s. w. Von dieser Sorte sind jetzt die anarchistischen Attentäter, und das einzige politische Element in der „Propaganda der That" sind die — Lockspitzel der politischen Polizei.

Die letztere Thatsache ist ein weiteres Moment, welches erschwert, daß ein anarchistisches Attentat die Masse der Bevölkerung oder auch nur die Masse der Bourgeoisie in Tollwuth gegen das kämpfende Proletariat versetzt. Es giebt kaum ein Land der modernen Zivilisation, in dem nicht Agenten der politischen Polizei als Theilnehmer an anarchistischen oder fenischen Komplotten, sehr oft als deren direkte Urheber und Leiter entlarvt worden wären. Wer erinnert sich nicht der Schröder und Haupt, der Peukert und Pourbaix, der Andrieux und O'Donovan Rossa u. s. w. u. s. w.! Und in der That sind diejenigen Interessen, denen die politische Polizei dient, die einzigen, welche durch die „Propaganda der That" im anarchistischen Stil gefördert werden, und für einen eifrigen Diener der geheimen Polizei liegt die Versuchung nur zu nahe, die Gauner und Narren, mit denen er in engster Berührung ist, seinen Zwecken dienstbar zu machen. Und so ist es denn kein Wunder, wenn die erste Frage, die sich Einem bei der Nachricht von einem neuen Attentat aufdrängt, lautet: Wo ist der Lockspitzel?

Wenn aber diese Frage einmal allgemein gestellt wird, hört die „Propaganda der That" auf, das kämpfende Proletariat in den Augen der Indifferenten zu diskreditiren und diese zu einschneidenden Unterdrückungsmaßregeln geneigt zu machen.

Anders freilich würde sich die Sache gestalten, wenn ein größerer Theil des Proletariats sich von der anarchistischen Phrase gefangen nehmen ließe und ihr zustimmte, so daß es den Demagogen der herrschenden Klassen gelänge, den Klassenkampf des Proletariats für die „Propaganda der That" verantwortlich zu machen.

Im Jahre	Abgeurtheilten	Verurtheilten	Prozent der Freigesprochenen, bezw. solcher, gegen welche das Verfahren eingestellt wurde.
1882	403 604	329 968	18,2
1883	404 082	330 128	18,3
1884	424 892	345 977	18,6
1885	420 963	343 087	18,5
1886	432 807	353 000	18,4
1887	436 194	356 357	18,3
1888	430 355	350 665	18,5
1889	455 169	369 644	18,8
1890	472 300	381 450	19,3

Daß die unschuldig Angeklagten unter allen Verbrechergruppen stark vertreten waren, beweisen folgende Zahlen der in dem Zeitraum 1882—1890 zur Aburtheilung resp. Verurtheilung gelangten Personen.

Es wurden nämlich

	Abgeurtheilt	Verurtheilt	Freigesprochen resp. das Verfahren eingestellt	Prozent der Abgeurtheilten
Wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Person	1 478 710	1 166 967	311 743	= 21,1
Wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen . . .	1 783 910	1 452 142	331 768	= 18,7
Wegen Verbrechen und Vergehen im Amte	17 179	14 224	2 955	= 17,4
Wegen Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion	600 567	526 933	73 634	= 12,2
darunter:				
Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt	137 037	124 112	12 925	= 9,4
Wegen Majestätsbeleidigung .	5 151	4 068	1 083	= **21,0**
= Meineids	22 169	13 584	8 585	= **38,7**
= Hochverraths	351	159	192	= **54,7**

Ueber 700 000 unschuldig Angeklagter mußten also in diesem neunjährigen Zeitraum (1882—1890) freigesprochen werden.

Besonders interessant erscheinen dabei die namhaften Freisprechungen bei den wegen Majestätsbeleidigung, Meineids, Hochverraths ꝛc. Angeklagten, weil hier ein sehr großer Theil derselben in Untersuchungshaft gezogen wird.*

Auf was für eine Menge von Elend, gekränkten Ehrgefühls und zerstörten Familienglücks weisen diese stummen Zahlen hin! Dem deutschen Philister bleibt nicht einmal der Trost übrig, daß die Zahl unschuldig Angeklagter abnimmt, indem die von uns oben angegebenen relativen Zahlen deutlich genug beweisen, daß in den letzten Jahren der Prozentsatz unschuldig Angeklagter gewachsen ist.

Auf welche Ursachen sollen nun diese massenhaften Freisprechungen zurückgeführt werden? Wir meinen, daß eine der Hauptursachen dieser Erscheinung neben der berühmten Schneidigkeit und Verantwortungslosigkeit der deutschen Staatsanwälte und Untersuchungsrichter die bekannte Sparsucht ist, welche die deutsche Regierung bei allen Ausgaben für Kulturzwecke offenbart.

Die Anstellung einer ungenügenden Anzahl von Untersuchungsrichtern, über welche so oft geklagt wird, muß ohne Zweifel die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten seitens dieser unmöglich machen. Als Resultat erhalten wir dann auch, daß — um bei den Ausgaben für die Rechtspflege ein paar Millionen für den Militarismus zu ersparen — Wohlfahrt, Ehre und Familienglück von Hunderttausenden von Bürgern aufs Spiel gesetzt wird. J. S.

* Einen speziellen Nachweis der Zahl unschuldig Verhafteter, wie der Dauer ihrer Haft enthält die Deutsche Kriminalstatistik nicht.

Feuilleton.

Lebensbilder aus England.

Von **Andreas Scheu.**

(Schluß.)

Ethel Fairfax ist eine Soubrette der „Pavillion"-Singspielhalle und eben auf dem Wege dahin zur Abendvorstellung. Ein Mädchen von mittlerer Statur und regelmäßigen, hübschen Gesichtszügen, mit reichem, blonden Haar und hellblauen Augen, mag sie etwa 25 Jahre alt sein. Ihr Haar ist über die Stirne herunter in einen gekräuselten Bündel aufgebauscht, ihre Augenbrauen und Wimpern sind gewichst und ihre natürliche Hautfarbe ist mit Hafermehl und Schminke in verderblicher Weise „korrigirt". Ihr Wuchs fängt an, sich mehr zu runden, als ihrer Profession von Vortheil ist, und sie trägt daher einen weiten, tiefrothen Kaschmirmantel, der mit Pelz gefüttert und verbrämt ist. Auf dem Kopfe sitzt ihr ein schwarzblaues, weiches Filzhütchen, mit einer Perlhuhnfeder geschmückt. Charlie, der ihr zur Seite wandelt, ist hoch, mager und dunkelhaarig, blaß und angegriffen. Er ist mit echt schottischen Tweed-Hosen, einem weiten, dunkelblauen Ueberrock und einem glänzenden Zylinderhut angethan und hat einen weißseidenen „Comforter" um den Hals geschlungen.

„Du bist heute früh daran", sagt Charlie, auf seine Uhr blickend, „und hast wohl Zeit zu einer kleinen Erfrischung?"

„Freilich hab' ich das", erwidert Ethel, „und wenn man so was nicht hat, so nimmt man sich's. Mein Regisseur ist an dergleichen gewöhnt und setzt mich eine Nummer zurück, wenn er muß."

Charlie hat eine solche Antwort erwartet. Die Beiden wenden sich um die Ecke eines Seitengäßchens und treten nach wenigen Schritten in die mit „Private Bar"* bezeichnete Abtheilung eines pompös ausgestatteten öffentlichen Trinkhauses. Der Schenktisch hat hier die Form eines Hufeisens, dessen äußere räumliche Umgebung durch etwa zwei Meter hohe, holz- und glasgetäfelte Wände in verschiedene Abtheilungen (für verschiedenes Publikum) gefächert ist und in dessen innerem Zirkel sich das Buffet, die Trinkvorräthe und die Aufwärterinnen (Bar-maids) befinden. Die verschiedenen „Fächer" des Hauses sind wohlbesetzt; Geschwätz, Geschrei und Gelächter tönt von allen Seiten, und die Luft ist mit Tabakrauch gefüllt. Das Zentrum des Lokales ist hell erleuchtet und die Spiegelwand des Buffets, vor der die gefüllten Flaschen und die leeren Gläser stehen, erhöht den Lichteffekt der strahlenden Gasflammen.

Die „Privat"-Abtheilung ist indeß augenblicklich unbesetzt, und nachdem die beiden Eingetretenen von dem befohlenen Champagner je ein Glas geleert, nimmt Charlie die Gelegenheit des Alleinseins wahr und sagt mit gedämpfter Stimme: „Nun, hast Du Dich noch nicht entschlossen? . . . ich habe keine Antwort auf meinen Brief. . . ." Und er streichelt seinen Schnurrbart.

„Nein", sagt Ethel, ihr Glas auf die Barre stellend, „noch nicht. Es hat doch keine Eile?"

„Doch", erwidert Charlie, sich eine Zigarre anzündend . . . . „für mich wenigstens. Du weißt, ich zahle nicht gern die Musikanten . . . . damit Andere tanzen können."

---

* Sprich: „Preivet Bahr", von Barre, Schranke, der hohe, lange Schenktisch der englischen Trinkhäuser, der das Publikum vom Wirthe trennt.

„Das kannſt Du halten, wie's Dir paßt. Ich aber hab' keine Luſt, mit allen meinen Freunden auf einmal zu brechen."

„Iſt auch nicht nöthig. Brich mit Einem nach dem Anderen. Aber mach' einmal einen Anfang .... das heißt, wenn Dir an mir was liegt."

„Du thuſt ja, als ob Du mich heirathen wollteſt. ..."

„Heirathen oder nicht .... ich trage die Koſten Deines Hauſes und habe ein Recht, zu ſagen, wer dort aus- und eingehen ſoll."

Ethel bricht in ein Lachen aus. „Und ich ſoll wohl mit meinen Fingern ſpielen, bis es Dir einfällt, mich zu beſuchen? — Das wäre ſchön langweilig! ... Nein, fiel' mir im Traum nicht ein! ... Und wenn ich gewußt hätte, daß Du ſolche Anſprüche machſt ...." und ein bitterer Blick der Geringſchätzung fällt auf ihn.

„Anſprüche?! ... Aber Ethel, ſei doch vernünftig! ... Aufrichtig! hältſt Du den Major Smart wirklich für Deinen Freund?"

Bei dem Worte „Smart" iſt eine Geſellſchaft von drei weiblichen Geſtalten eingetreten, und Charlie ſpricht die letzten Worte mit gedämpfter Stimme. Ethel aber lacht laut und herzlich. „Auf den Major Smart biſt Du alſo eiferſüchtig? Ha, ha, ha!"

Charlie findet die Sache nichts weniger als komiſch. Er will etwas erwidern und beugt ſich zu ihr. Im ſelben Augenblick erklingen von der Straßenthüre her die Töne einer Geige, eines „Banjo"* und eines zweiſtimmigen Männergeſanges. Es ſind ſogenannte Minſtrels, fahrende Sänger mit geſchwärzten Geſichtern, die an den Thüren der Trinkhäuſer den Gäſten was aufſpielen.

„Pſt!" macht Ethel, „ſei kein Narr, Charlie, und hör' lieber zu!"

Charlie iſt ſichtlich irritirt und ſtreicht wiederholt ſeinen Schnurrbart. Dann füllt er die Gläſer aufs Neue, während von draußen her das Duett erklingt:

„Roſa, entzückende Roſa,
Dich nur allein will ich frei'n,
Meiner Inbrunſt Schmerzen ſind groß, ah,
Sag' meiner Werbung nicht nein! ..."

„Der Kerl hat keine ſchlechte Tenorſtimme", ſagt Ethel lachend, und ſelbſt Charlie, der Verletzte, verzieht ſeinen Mund zu einem Lächeln. Da plötzlich, während das Singen und Saitengeklimper weiterklingt, erſchallt der ohrenzerreißende Ton eines Flügelhorns, das in plärrendem Fortiſſimo und ohne alles Präludiren ſich in der Weiſe eines Gaſſenhauers ergeht. Der Lärm iſt greulich.

„Das iſt gemein!" ruft Ethel entrüſtet aus. „Da bläſt Einer vor der Thür des ‚Earl of March'.** Geh' doch, Charlie, gieb dem Kerl was und ſchicke ihn weg!"

Aber Charlie iſt entſchieden übler Laune. „Laß uns lieber gehn", ſagt er, die Gläſer füllend und mit einem Seitenblick auf die eben zugewachſenen Damen, „ich ſeh' Dich nach der Vorſtellung!"

„Geh' weiter", ſagt Ethel, „ſei nicht garſtig! Ich habe noch fünf Minuten Zeit. Die ſchwarzen Burſchen ſingen ganz nett; laß ſie was verdienen und ſchicke den beſoffenen Trompeter weg, daß wir das Ding ordentlich hören können!"

Charlie weiß wohl aus Erfahrung, daß Widerſtand ſie nur erpichter machen würde, und geht hinaus, ihren Willen zu thun.

Ethel betrachtet die Neuangekommenen, die ſich zu ihrer Rechten, auf der anderen Seite des Privat-Coupés, gruppirt haben. Ein junges Mädchen lehnt

---

* Eine amerikaniſche Trommelguitarre.

** Der Titel eines anderen öffentlichen Trinkhauſes in derſelben Straße. (Sprich: „Örl ov Martſch".)

in der Ecke gegen den Schenktisch, den Kopf zu Boden gesenkt und sich ein Taschentuch vor die Augen haltend. Ihre Kleider, nach der neuesten Mode, scheinen ihr nicht zu behagen; ihre Hände sind bar, als ob sie in der Eile ihre Handschuhe irgendwo vergessen hätte. Ihr gegenüber steht ein älteres, dickes Frauenzimmer in Federhut, Seidenmantel und Glacéhandschuhen, mit einem Gesichte, auf dessen loser, dunkelfleckiger Haut der Alkohol seine verwüstenden Spuren zurückgelassen. Sie spricht eindringlich und mit erregter, obgleich gedämpfter Stimme zu dem jungen Mädchen und wird dabei von dem dritten Frauenzimmer, einer bemalten und flitterbehängten Halbweltdame der niedrigsten Sorte, sekundirt. Die Letztere hält, gleich dem älteren Weibe, ein Glas Whisky in der Hand, das sie dem jungen Mädchen vergeblich zum Trinken bietet.

„Willst Du denn gar keine Vernunft annehmen, Du dickköpfiges, dummes Ding", sagt die Alte.

„Ein feineres Haus, wie das der Frau Cuppel, find'st in Deinem Leben nimmer!" setzt die Jüngere hinzu, einen Schluck aus dem Glase nehmend.

„Und auch keine so noble Behandlung", fährt die Alte fort. „Heimgehn!" (Dies mit einer weinerlichen Stimme, welche wahrscheinlich die des jungen Mädchens äffen soll.) „Die Idee! Als ob Du ein Heim hättest. Viel Prügel und nichts zu essen, das ist Alles, was Du dort kriegst .... und verdienst's auch, Du undankbares Ding! Schau' die schönen Kleider an, die wir Dir 'kauft haben, und das gute Essen und Trinken, das Dir die Frau Cuppel giebt! ..."

„Und die feinen Herrn", fügt die Jüngere hinzu, als der Aelteren der Athem ausbleibt, „die sich dort mit Dir abgeben. So eine Chance kriegst Du nimmer wieder, wenn'st jetzt davonlaufst!"

„Komm' und sei ein gutes Mädel", sagt die Alte besänftigend, „mach' mir keine Schand und komm' wieder zurück mit mir! Da, nimm einen Tropfen echt Irischen, der wird Dir gut thun .... und .... nach und nach werden Dir die Herrn schon gefallen!"

„D'Frau Tant' hat Recht", sagt die Jüngere, „ich hab' mich auch an die Herren gewöhnt .... und jetzt möcht' ich nichts mehr arbeiten, und wenn sie mich vergolden thäten! Komm', Lizzie, sei gescheidt und mach' kein'n Narren aus Dir!"

Aber alles Zureden scheint vergebens. Und als endlich die Alte ihr Glas auf den Schenktisch stellt und das Mädchen bei der Hand faßt, um es mit sich zu ziehen, da reißt sich dieses los wie von einer Tarantel gestochen, und stößt mit thränenerstickter Stimme die Worte hervor: „Nein, lieber will ich mich vom Vater erschlagen lassen .... aber mit Ihnen geh' ich nimmer!"

Jetzt kommt Charlie wieder zurück und die Alte läßt sich ihr Glas aufs Neue füllen, den Angriff auf später verschiebend.

„So", sagt Charlie, „jetzt kannst Du Dein Liedl hören; der Bläser hat sich gedrückt."

Die Minstrels haben inzwischen die ersten Zeilen des Couplets gesungen. Jetzt fahren sie fort:

„— — — — — — — Ah,
Sag' meiner Werbung nicht nein!
Zwar wird kein herrschaftlicher Wagen
Vierspännig zur Hochzeit uns tragen,
Doch reitest Du süß,
Das weiß ich gewiß,
Auf'm Fahrrad mit mir zu Zwei'n!"

„Hm, nicht übel!“ sagt Ethel, deren Humor durch die Szene unter den drei Frauen etwas herabgestimmt worden ist. Sie leert ihr Glas und schickt sich zum Gehen an. „Du kommst doch mit zur Vorstellung hinüber?“

„Später“, sagt Charlie, ebenfalls austrinkend; „keinesfalls bevor Lottie Collins an der Reihe ist. Den ‚Samson‘ hab' ich dick.“ Und die Beiden treten auf die Straße heraus, wo Charlie den Sängern ein Silberstück in den Hut wirft.

„Oh“, lacht Ethel, „und ich hab' den Samson so gern! Er ist ein feiner Kerl! Ich glaube wirklich, er ist der stärkste Mann der Welt!“

„Ich glaub's nicht“, sagt Charlie geringschätzend, „denn ich weiß es besser! Er mag stark aussehen .... aber .... und das weißt Du natürlich nicht .... er hat ein schwaches Herz!“

Jetzt lacht Ethel ganz ausgelassen. „‚Ein schwaches Herz‘ ist gut“, sagt sie. „Charlie, Du bist verrückt! ... Und was scheert mich sein Herz, so lange er starke Glieder hat!“

Es ist nun völlig dunkel geworden und die Beiden haben nahezu das südliche Ende von Regent Street erreicht. Als sie die letzte Gassenmündung überschreiten wollen, versperrt ihnen ein Menschenhaufen den Weg. In der Mitte desselben scheint etwas auf dem Boden zu liegen, und zwei Konstabler sind darüber hin beschäftigt. Charlie tritt näher, stellt sich auf die Zehenspitzen und blickt in den Kreis. Auf dem Pflaster liegt der Länge nach ein Mann mit geschlossenen Augen und kreideweißem Gesicht. Von einer Schnur um seinen Hals hängt ein tassenförmiges Brettchen und neben ihn hin sind kleine Porzellanpüppchen in den Koth gestreut. Ein kleiner rothlockiger Knabe steht an seiner Seite und schluchzt bitterlich. „Ein Betrunkener!“ sagt Charlie, Ethel gleichsam informirend und den Haufen zu umgehen suchend. Aber in der Menge ist plötzlich eine Lücke entstanden und Ethel wirft einen Blick in das Innere des Kreises, wo sie des hübschen, weinenden Knaben gewahr wird. Ihr Herz ist plötzlich tief ergriffen. „Charlie“, ruft sie, „einen Augenblick!“ Und sie drängt sich durch die Umstehenden an den lockigen Jungen. „Ist das Dein Vater?“ sagt sie, auf den Mann deutend, den die Konstabler eben von der Erde aufheben.

„Ja“, schluchzt der Kleine. „Wir haben nach Hause gehen wollen .... aber der Vater war so schwach .... wir haben heut noch nichts gegessen!“

Ethel hat ein großes Silberstück aus der Börse genommen und drückt es dem Knaben in die Hand. Dann windet sie sich wieder durch die Menge und setzt ihren Weg an der Seite Charlies fort.

„Es ist schrecklich“, sagt sie mit einem tiefen Seufzer, „was man hier manchmal für Sachen sieht! ... Einen ganzen Tag lang nichts zu essen!“

Charlie hört nicht, was sie sagt. Er denkt an andere Dinge. „Mit Bezug auf Samson“, sagt er plötzlich, „hat es aber seine Richtigkeit. Mein Freund, Doktor Philp, der ihn für eine Lebensversicherungs-Gesellschaft untersucht hat, sagte mir im Vertrauen, daß sein Herz nichts taugt. Eines Abends, wenn er bei elektrischer Beleuchtung gerade seine Muskelkraft produzirt, wird er zusammenschnappen wie ein Taschenfeitel. ....“

Jetzt sind die Beiden am feenhaft beleuchteten Portal des „Pavillion“ angekommen. Ethel bleibt lächelnd in der Halle stehen und reicht ihrem Verehrer die Hand.

„All right, Charlie“, sagt sie; „es ist doch gut, daß Du wenigstens ein starkes Herz hast!“

„Um zehn Uhr dreißig!“ sagt Charlie und dreht ihr, nachlässig grüßend, den Rücken.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 14. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Aus dem sogenannten Rechtsstaate.

↙ Berlin, 27. Dezember 1893.

Der Hinweis auf die ungeheuerliche und relativ immer noch wachsende Zahl unschuldig Angeklagter, den die „Neue Zeit“ in ihrer vorigen Nummer veröffentlichte, kam just zu gelegener Stunde. Neu ist die Thatsache ja nicht und vor nunmehr bald zehn Jahren hat sogar einmal ein sächsischer Oberstaatsanwalt, ein weißer Rabe unter seinesgleichen, öffentlich den Versuch gemacht, der leichtfertigen Erhebung von Anklagen entgegenzuwirken. Mit welchem Erfolge, zeigen die neulich mitgetheilten Ziffern.

Hätten wir eine gleiche Statistik der unschuldig Verhafteten und nun gar der unschuldig Verurtheilten, so würde das Bild noch viel trauriger sein. Wenn Niebuhr schon vor zwei Menschenaltern klagte: „Der alte, strenge Ernst ist aus den Tribunalen gewichen, deren Mitglieder größtentheils wie andere Geschäftsleute ihre Arbeiten nur nothdürftig abzumachen suchen und kein Gewissen dafür haben, daß sie das Recht verwalten sollen“, welche weit herberen Klagen über die armselige Routine, über die Macht der Schablone, über die gedankenlose Abspinnung des Pensums durch zahlreiche Berufsrichter stimmen nicht heute die ersten Sachkenner an! Wer einen Blick in die reiche Literatur über die Berufungsfrage geworfen hat, der findet Urtheile über die richterliche Beweiswiderlegung, über die Vernehmung, über die Protokollirung, über die Begründung, daß die Rufe nach Entschädigung und die wachsenden Klagen über gehäufte Justizmorde nur zu erklärlich werden. Wer jahraus, jahrein als Strafrichter wirkt, obendrein mit Geschäften überbürdet, der wird zum Handwerker einer zweifelhaften Abhörungsfertigkeit und zur Maschine gefühlloser Verurtheilung.

Es lohnt sich, daran zu erinnern, da augenblicklich wieder einmal eine kleine Hetze gegen die Schwurgerichte vorbereitet wird. Wir wissen uns frei von jeder unzeitigen Begeisterung für die heutigen Schwurgerichte, die, wie Bebel und Liebknecht nach dem Leipziger Hochverrathsprozeß im März 1872 erklärten, „ausschließlich aus der besitzenden Klasse gebildet, nichts sind, als Mittel der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung“. Die holden Illusionen, als ob mit Einführung der Schwurgerichte das Ideal der Rechtsprechung erreicht sei, liegen

meilenweit hinter uns. Aber deshalb bleiben die Schwurgerichte doch gegenüber der gelehrten Rechtsprechung ein relativer Fortschritt, ähnlich wie der bürgerliche Parlamentarismus trotz aller greulichen Auswüchse ein relativer Fortschritt ist gegen die gelehrte Bureaukratie. Die neueste Hetze gegen die Schwurgerichte, die bezeichnenderweise zuerst in der Bismärckischen Presse von den berufensten Rabulisten des hiesigen Barreaus angesponnen worden ist und für die nächste Zukunft „große Sensationen" verkündigt, knüpft an den Selbstmord eines Rechtsanwalts an, der von den hiesigen Geschworenen des wissentlichen Meineids schuldig gesprochen und vom Gerichtshofe zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war. In einem letzten Schreiben an seinen Vertheidiger hat er nochmals seine Unschuld betheuert, und nach Allem, was sich aus den Zeitungsberichten über die öffentliche Verhandlung des Falles abnehmen ließ, beruhte der Spruch der Geschworenen allerdings auf sehr schwankem Grunde. Aber was sie irregeführt zu haben scheint, sollte in den Klageliedern der bürgerlichen Presse über den traurigen Fall nicht ganz vergessen werden. Der Verurtheilte war seinem Titel nach zwar Rechtsanwalt, thatsächlich aber ein verwegener Grundstücks- und Häuserspekulant von strafrechtlich möglicherweise ganz unanfechtbarer, moralisch aber nicht erhebender Geschäftsgebahrung. Wer da weiß, welch tiefe und wahrlich sehr berechtigte Erbitterung die hiesige Grundstück- und Häuserspekulation in der Bevölkerung bis tief in die besitzende Klasse hinein seit Jahrzehnten herangezüchtet hat, der wird den Fehlspruch der Geschworenen, falls wirklich einer vorliegen sollte, deshalb nicht weniger verurtheilen, aber ihn als etwas Neues und Unerhörtes anzustaunen, wird ihm nicht möglich sein.

Die Geschworenen hätten in diesem Falle nur einen Fehlgriff begangen, den der sächsische Oberstaatsanwalt v. Held schon im Jahre 1885 als einen weit verbreiteten Mißgriff an den gelehrten Richtern und Staatsanwälten tadelte, indem er sagte: „Für einen Unschuldigen ist es schon ein Uebel, vor das öffentliche Gericht als Angeklagter gestellt zu werden. Das Uebel wird zu einer eminenten Gefahr, wenn das Gericht in Verkennung des wahren Wesens der freien Beweiswürdigung die durch Logik und Erfahrung dargebotenen, von der Wissenschaft verarbeiteten und festgestellten Grundsätze des Beweises zurücktreten läßt gegen Gefühlseindrücke, welche aus der Unmittelbarkeit des Verfahrens geschöpft und mehr oder weniger unzuverlässig sind." Diese Gefahr tritt bei den gelehrten Gerichten viel häufiger ein, als bei den Schwurgerichten, und wenn es wirklich zu der „großen Sensation" über den angeblichen oder thatsächlichen Fehlspruch der hiesigen Geschworenen kommen sollte, dann wird es ein Leichtes sein, aus den letzten zehn Jahren allein zehnmal so viel und zehnmal so arge Fehlsprüche gelehrter Gerichte beizubringen, die aus dem Mißbrauche der „freien Beweiswürdigung" entstanden sind. Der Unterschied ist einfach der, daß der Grundsatz der „freien Beweiswürdigung" bei den Schwurgerichten zu einer leichtfertigen Rechtsprechung *gelegentlich* führen *kann*, bei den gelehrten Gerichten *dauernd* führen *muß*. Das hatte schon der alte Justus Moeser erkannt. „Wenn den rechtsgelehrten Richterkollegien erlaubt ist", so schreibt er, „nach dem gewöhnlichen Ausdrucke mit Hintenansetzung unnöthiger Formalitäten zu entscheiden, wenn diese von dem dürren Buchstaben des Gesetzes auch nur ein Haar breit abweichen dürfen, so beruht Freiheit und Eigenthum einzig und allein auf der Gnade des Landesherrn, so kann er solche Leute zu Richtern verschreiben, die nach unverwerflichen Gründen darthun können, daß es vernünftiger sei, die Beinkleider als den Hut unter den Arm zu nehmen." Nun, an Urtheilen gelehrter Gerichte, die es mit dieser verwegenen Beweisführung allermeist auf-

nehmen können, hat es seit Einführung der neuen Strafprozeßordnung wahrlich nicht gefehlt.

Wir haben, wie gesagt, für die heutigen Schwurgerichte nicht besonders viel übrig, aber neben dem Mohren der gelehrten Rechtsprechung schimmern sie doch noch gar sehr ins Weißliche. Hätte sich der große Eisenbahnschaffner- und Viehhändler-Prozeß, der sich eben vor der Hamburger Strafkammer abgespielt hat, vielmehr vor den Hamburger Geschworenen abgespielt, so würde das Urtheil aller Voraussicht nach etwas befriedigender für das Rechtsbewußtsein der Massen ausgefallen sein. Es heißt gelehrten und vom Staat angestellten Richtern mehr zumuthen, als auch die besten Menschen leisten können, wenn sie das einzig zutreffende Urtheil über eine Praxis fällen sollen, die hungernde, vom Staate selbst mit ganz unzulänglichen Gehältern angestellte Beamte durch verkleidete Polizeibeamte mit Bestechungsversuchen bearbeiten läßt, um dann die der Versuchung Unterlegenen vor den Strafrichter zu schleppen. Einem noch so ungelehrten und selbst einem noch so klassenverbohrten Schwurgerichte wird niemals ganz das Bewußtsein abhanden kommen, daß die oberste praktische Aufgabe der Strafgesetzgebung der Schutz der gesellschaftlichen Freiheit gegen die im Verbrechen liegende Beeinträchtigung ist, daß das Strafrecht in erster Reihe Abwehr, nicht Verfolgung sein soll. Es wird nicht so leicht für die polizeilichen und staatsanwaltlichen Versuche zu haben sein, aus dem Paragraphen des Strafgesetzbuchs, der als ein Riegel der öffentlichen Ordnung gemeint war, eine Waffe gegen die individuelle Freiheit zu schmieden. Als Holtzendorff über die Reform der Staatsanwaltschaft schrieb, meinte er: „Höchst bezeichnend sprechen einzelne römische Kaiser in den uns erhaltenen Konstitutionen von ‚den Schlingen des Strafgesetzes', in denen sich der Uebelthäter fangen soll. Wer kann dafür einstehen, daß die Jagdpassion nicht einmal diese Schlingen auf den Fußpfad legt, den ehrliche Menschen zu wandeln gewohnt waren?" Nun, wenn Holtzendorff heute noch lebte, so hätte er im Hamburger Schaffnerprozeß diese „Jagdpassion" in ihrer Sünden Blüthe studiren können, und die Logik, womit die Hamburger Strafkammer über sie geurtheilt hat, erinnert in der That etwas stark an die Logik, die in vergangenen, von unserer aufgeklärten Zeit so tief verachteten Jahrhunderten feudale Richter zum Schutze feudaler Jagdpassionen anwandten.

Wir sind sogar so dreist zu behaupten, daß die Schwurgerichte vielleicht noch kleine Vorzüge haben vor der Militärgerichtsbarkeit, dieser höchsten Blüthe dessen, was im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte als unparteiische Rechtsprechung gefeiert wird. Man entsinnt sich des feigen Mordversuchs, den der General Kirchhoff vor ein paar Monaten gegen den Redakteur eines hiesigen bürgerlichen Blattes unternahm, das seiner, des Generals, Tochter, eine an und für sich noch durchaus nicht ehrenrührige Neigung für seinen, des Generals, Burschen nachgesagt hatte und dafür übrigens schon gerichtlich bestraft worden war. Welche Strafe dem General für sein Verbrechen von dem Militärgericht zudiktirt worden ist, hat die profane Welt nicht erfahren, dagegen ist von der Tagespresse, und zwar ohne daß bisher eine Berichtigung von irgend einer Seite erfolgt wäre, schon vor Wochen gemeldet worden, daß General Kirchhoff nach etwa achttägiger Festungshaft begnadigt worden sei. Wir wurden dadurch lebhaft an einen ähnlichen Fall erinnert, der sich vor etwa acht Jahren abspielte, ähnlich insofern, als es sich auch um die Ehre eines Mädchens, um einen Offizier, einen Mordversuch und um die Frage der Begnadigung handelte. Sonst freilich verlief die Sache damals ein wenig anders, und gerade der Unterschied, der neben aller Aehnlichkeit besteht, veranlaßt uns, etwas näher auf jenen früheren Fall einzu-

gehen. Immerhin werden wir uns mit Rücksicht auf die Dame, die in diesem Falle eine tragische Rolle zu spielen berufen war, auf Andeutungen beschränken, obschon uns alle aktenmäßigen Thatsachen selbst vorliegen.

Irgendwo in einer ostelbischen Provinzstadt hatte sich ein Leutnant in die schöne Tochter eines Bahnhofrestaurateurs verliebt. Beide waren arm, und die Ehe mit der Tochter eines Kneipwirths war für den Heldenjüngling nach den herrlichen Ehrbegriffen seiner Kaste auch nicht „standesgemäß". Nach langen stürmischen Bewerbungen und gegen das tausendfältige Versprechen, sie nie zu verlassen, ergab sich das Mädchen endlich in freier Liebe. Drei Kinder waren die Früchte der wilden Ehe. In der späteren gerichtlichen Verhandlung wurde festgestellt, daß die junge Dame ihre Ehre nicht um Geld verkauft hatte, daß sie mit ihrem Geliebten wie üblich Geschenke ausgetauscht, aber sonst in dem Geldpunkt von der peinlichsten Sauberkeit gewesen war. Als der Vater des Mädchens nach der Geburt des ersten Kindes von dem Leutnant eine Abfindungssumme verlangt und in Form eines Schuldscheins auch erhalten hatte, verschaffte sich das Mädchen das Dokument und gab es ihrem Geliebten mit dem Bemerken zurück, daß sie nichts verlange als Gegenliebe. Nach siebenjähriger Dauer des Verhältnisses wurde der nunmehr vom Leutnant zum Hauptmann aufgerückte Offizier an die Kriegsschule einer mitteldeutschen Stadt kommandirt. Mit den Aussichten auf eine höhere Karriere, die sich ihm eröffneten, erwachte sein legitimer Ehrgeiz; er bewarb sich mit Erfolg um irgend ein reiches Frauenzimmer und es kam ihm nun darauf an, die in der Heimath zurückgebliebene Geliebte abzuhalftern. In der gerichtlichen Verhandlung wurde festgestellt, daß er ihr durch einen Polizei-Kommissär, der sich zu dieser merkwürdigen Rolle hergab, unter allerlei Vorspiegelungen eine hohe Abfindungssumme anbieten ließ. Das Mädchen wies den Vorschlag verächtlich ab. Dann war der Offizier feige genug, ihr „Untreue" vorzuwerfen. Die gerichtliche Verhandlung ergab, daß diese Verleumdung durch nichts zu erweisen war. Inzwischen dämmerte dem Mädchen nach diesen Proben der Werth der Offiziersparole auf, der sie zum Opfer gefallen war. Sie reiste ihrem Geliebten nach und verlangte Auge in Auge die Fortsetzung des bisherigen Verhältnisses. Der Heldenjüngling antwortete ihr, er habe bereits die Polizei benachrichtigt und sie würde alsbald per Schub in ihre Heimath zurückgebracht werden. Nunmehr schoß das Mädchen erst auf ihn, dann auf sich. Er hatte schnell genug das Hasenpanier ergriffen, um mit einem leichten Streifschuß davonzukommen, sie war lebensgefährlich verwundet. Dennoch gelang es der Kunst der Aerzte, sie wiederherzustellen, und so kam sie wegen Mordversuchs vor das Schwurgericht. Englische und französische Geschworene würden sie ohne Umstände freigesprochen haben; die deutschen Geschworenen waren gewissenhafter oder pedantischer. Sie erkannten auf versuchten Todtschlag unter Annahme mildernder Umstände, worauf der Gerichtshof die Strafe auf anderthalb Jahre Gefängniß abmaß. Aber die Geschworenen sahen wohl den inneren Widersinn einer Rechtsprechung ein, die den ehrlosen Verführer frei ausgehen ließ, das zum Wahnsinn getriebene Opfer aber in den Kerker schickte. Sie richteten einstimmig ein Gnadengesuch für die Verurtheilte an die Krone. Indessen das Gnadengesuch wurde abschlägig beschieden. Verantwortlich für diesen Akt der Krone war natürlich der Kriegsminister. Es war damals wie heute ein Bronsart v. Schellendorff.

Ein Glück für den General Kirchhoff, daß der heutige Kriegsminister über Mordversuche humaner und gerechter denkt als der damalige! So konnte der blutdürstige Rächer seiner einer nicht standesgemäßen Neigung bezichtigten Tochter

nach einer Strafe, die kaum mehr war als eine angenehme Spazierfahrt nach Magdeburg, das Weihnachtsfest als gerechtfertigter Biedermann im Schatten seines Heldenmuths feiern! Und wie schön, daß mit dieser gerechten Milde doch auch wieder eine gerechte Strenge Hand in Hand geht! Gerade zur Feier des Weihnachtsfestes wurde ein lungenkranker Reichstagsabgeordneter, der den ehrenrührigen Angriff eines Staatsanwalts auf seine Partei mit einem für die freie Luft unseres freien Vaterlandes allzukräftigen Wort zurückgewiesen hat, in die, wie er selbst mit drastischem Humor schrieb, „mit Wanzen gepfefferte Raboisenwache" in Hamburg eingelocht. Ein preußischer Geheimrath, Minnigerode, schrieb vorlängst: „Es ist nur zu häufig wahr, daß die gesetzliche Bestimmung, wie schon die peinliche Gerichtsordnung Karls V., Art. 11 und 18 verordnet: ‚Die Gefengkniß sollen zu Behaltung, und nit zu schwerer geverlicher Peinigung der gefangen und eingelegten gemacht und zugericht seyn', nicht gehörig befolgt wird, sondern Einrichtung der Gefängnisse und Behandlung der Gefangenen eine wahrhafte Tortur werden". Und so hätte es am Ende doch sein Gutes, wenn Herr Mittelstädt, der ehemalige Staatsanwalt in Hamburg und gegenwärtiger Reichsgerichtsrath in Leipzig, das deutsche Strafrecht am liebsten auf den Standpunkt der Karolina zurückschrauben möchte. In mancher Beziehung wäre sie wirklich ein Fortschritt für unseren sogenannten Rechtsstaat.

Die „Red Van"-Agitation in England.*

Von C. Hugo.

Während in Deutschland der mittlere und kleine bäuerliche Besitz in weiter Ausdehnung sich erhalten hat, ist die Proletarisirung des landbesitzenden Bauern (yeoman) zum ländlichen Arbeiter in England schon lange vollendet. Neben dem städtischen, besser industriellen existirt das ländliche Proletariat in gleicher Ausdehnung; ihr Verhältniß zu einander ist dadurch charakterisirt, daß das letztere die Rekruten für das erste in großer Zahl liefert. Die Statistik der Besitzverhältnisse des Grund und Bodens in England und Wales, die wir Mullach's Dictionary of Statistics entnehmen, wird besser als jede Auseinandersetzung diese Thatsache in ihrer weittragenden sozialen Bedeutung hervorspringen lassen:

Größe des Besitzes	Zahl der Eigenthümer	Fläche in Acres	Prozent der Gesammtfläche
bis 50 Acres**	194 620	2 230 000	7,0
50—100 „	25 840	1 790 000	5,4
100—500 „	32 320	6 830 000	20,8
über 500 „	10 070	22 010 000	66,8
Total	262 850	32 860 000	100,0

Von den Besitzverhältnissen zur Bevölkerungsstatistik. Im Jahre 1881 gab es 977 städtische Sanitätsdistrikte (sanitary districts), im Jahre 1891, dem letzten Zensusjahre, bereits 1006. Der Schwerpunkt liegt aber in der durch folgende Tabelle*** veranschaulichten Verschiebung der Bevölkerung:

---

* Literatur: Die Reports der English Land Restoration League 1891 und 1892; „Red Van" News and Notes im Church Reformer, vol. XII, Nr. 5 ff., 1893; The Weekly Times and Echo 1893, Monat Mai ff.

** 1 Hektar = 2,471 Acres.

*** Nach „Journal of the Royal Statistical Society" 1891, S. 461.

Städtische Sanitätsdistrikte mit einer Bevölkerung von	Zahl der Distrikte 1891	Bevölkerungszahl 1881	Bevölkerungszahl 1891	Prozente des Anwachsens
250 000 und höher . .	6	5 843 406	6 375 645	9,1
100 000 bis 250 000 . .	18	2 345 356	2 793 625	19,1
50 000 = 100 000 . .	38	2 124 754	2 610 976	22,9
20 000 = 50 000 . .	120	2 984 074	3 655 025	22,5
10 000 = 20 000 . .	176	2 010 812	2 391 076	18,9
3 000 = 10 000 . .	453	2 379 940	2 609 141	9,6
unter 3 000 . .	195	357 832	367 282	2,6
Total . .	1006	18 046 174	20 802 770	15,3

Die Gesammtbevölkerung von England und Wales betrug 1891 29 001 018. Nicht weniger als 71,7 Prozent der Bevölkerung lebten also in den städtischen Sanitätsdistrikten, gegen 28,3 Prozent, die in ländlichen Distrikten lebten. Und während jene an Volkszahl um 15,3 Prozent zunahmen, wuchsen diese nur um 3,4 Prozent.*

Der letzte Zensusbericht, wie schon vorher der von 1881, hat unwiderleglich die Thatsache festgestellt, daß die ländlichen Distrikte von Jahr zu Jahr mehr ununterbrochen von ihrer Bevölkerung entblößt werden, die zu Hunderttausenden in die Städte zieht und die Arbeitsmärkte derselben in ständiger Plethora hält. Die Hauptgründe des Zuflusses sind rein ökonomische, wie Vortheile des Stadtlebens, nicht nur nominal, sondern auch real höherer Lohn (fast um das Doppelte für die „unskilled labour"); die Thatsache, daß viele von den städtischen Arbeiten von den in den Städten geborenen Arbeitern (townbred people) nicht ausreichend gethan werden können u. s. f. Die ländliche Bevölkerung, die zufließt, besteht der Hauptsache nach aus der Blüthe der Jugend, die meist sehr schnell gute und günstige Posten erhalten, während die städtischen Arbeitslosen dem größten Bestandtheil nach das am unteren Ende der Lohnskala sich ablagernde Sediment bilden.**

Mit dieser unaufhörlichen Wanderung des Landes in die Stadt gehen zwei Erscheinungen parallel, theils Folge, theils Ursache derselben: das stetige Abnehmen in der Produktion von Nahrungsmitteln und das Anwachsen der Importe einerseits, das verstärkte Anschwellen der städtischen Arbeitslosenarmee andererseits.

Was die erste Erscheinung angeht, so mögen auch hier einige Zahlen zur Beleuchtung dienen. Es betrug in Großbritannien die Fläche, die unter Kultur war, in Acres:

Jahr	Kornfrüchte	Andere Früchte	Ackerland	Dauernde Weide	Total
1871 . .	9 675 000	8 828 000	18 403 000	12 435 000	30 839 000
1881 . .	8 848 000	8 720 000	17 568 000	14 643 000	32 212 000
1891 . .	7 925 000	8 560 000	16 485 000	16 434 000	32 919 000

Die Importe wuchsen daher:

		1870	1880	1890
Weizen	Zentner	30 901 000	55 262 000	60 474 000
Mehl	=	4 804 000	10 558 000	15 773 000
Mais	=	16 757 000	37 225 000	43 438 000
Andere Kornfrüchte	=	21 640 000	31 128 000	35 935 000

* Vgl. „Neue Zeit", X, 1, S. 685.
** cfr. Ch. Booth, II, 445.

Wenden wir uns zur zweiten Erscheinung, dem Wachsen der Armee der Arbeitslosen. Die Aenderung in der durchschnittlichen Höhe der in den Londoner Docks gezahlten Wochenlöhne mag als Maßstab für dasselbe dienen. Während der Stundenlohn vor dem großen Strike von 1889 sich Jahrzehnte lang fast konstant auf der Höhe von 5 Pence (seit 1889 6 Pence) hielt, ist der durchschnittliche Wochenlohn von 25 Schilling auf 8 Schilling, d. h. um fast 70 Prozent gefallen, weil in Folge der ganz ungeheuer gestiegenen Zahl von „unskilled labourers" durchschnittlich nur zwei Tage Arbeit in der Woche für jeden Arbeiter vorhanden sind. Die enge Verbindung der Landfrage mit den industriellen Lohnkämpfen haben die städtischen Arbeiter oft genug am eigenen Leibe erfahren müssen. Das Fehlschlagen des Strikes der Süd-Londoner Gasarbeiter (1889/90), die fortgesetzten Schwierigkeiten, mit denen die Unionen der Dockarbeiter ꝛc. zu kämpfen haben, lehren nur zu deutlich, daß die Bestrebungen auf Erhöhung der Löhne der „unskilled labourer" immer wieder vereitelt werden, so lange der fortgesetzte Zufluß der Landarbeiter in die Städte den stärker degenerirten, resp. größere Ansprüche an Wohnung ꝛc. stellenden Städter aus seiner Arbeit zu verdrängen fortfährt. Es ergiebt sich somit die Nothwendigkeit einer Verbindung zwischen ländlichen und städtischen Arbeitern zwecks gemeinschaftlicher Aktion. Es genügte nicht mehr die Agitation in den Städten; es galt dieselbe auf das Land zu tragen, den ländlichen Arbeiter zu organisiren, seine Lohnsätze zu steigern, um ihn von dem verderblichen Wandern in die großen Städte abzuhalten.

Diesem Bedürfniß ist die English Land Restoration League in den letzten Jahren durch eine energische Agitation unter den ländlichen Arbeitern entgegengekommen. Bevor wir aber der Schilderung dieser selbst uns zuwenden, mögen einige Notizen über die Geschichte einiger Landarbeiter-Organisationen ihre Stelle finden.

Der erste Versuch einer Organisation ging von den Arbeitern selbst aus. Im Jahre 1834 bildeten ländliche Arbeiter in Dorsetshire eine Trade Union. Die Regierung aber ließ die sechs Anstifter vor die Assisen stellen und zu sieben Jahren Zuchthaus verurtheilen. Trotz des Ausbruches der Volksentrüstung wurden die Unglücklichen nach Van Diemensland transportirt. 38 Jahre vergingen, bevor 1872 in Süd-Warwickshire ein neuer, diesmal erfolgreicher Versuch der Gründung einer ländlichen Trade Union gemacht wurde. Am 14. Februar dieses Jahres vereinigten sich unter einer großen Kastanie zu Wellesbourne eine große Zahl ländlicher Arbeiter und gründeten unter der Führung von Joseph Arch die erste Trade Union, die schon nach einem Monat den ersten Lohnkampf organisirte. Am 11. März begann der berühmte Strike zu Wellesbourne, an dem 200 ländliche Arbeiter sich betheiligten. Es erging ein Appell an die anderen Trade Unions und das große Publikum zwecks Unterstützung, und mit Hilfe derselben wurde der Strike zum großen Theil erfolgreich durchgeführt. Im selben Jahre (1872) entstand noch die „Warwickshire Agricultural Labourers Union" und bald nachher die „National Union", als deren Aufgabe bezeichnet wurde:

1. die allgemeine Lage der ländlichen Arbeiter zu verbessern,
2. die Bildung von Zweig- und Distrikts-Unions zu ermuthigen,
3. Kooperation und Kommunikation zwischen den bereits bestehenden Unions zu befördern.

Eine Zeitung, „Labourers Union Chronicle", wurde begründet und erreichte schnell eine ziemlich bedeutende Zirkulation. Die „National Union" gewann bald an Ausdehnung und Mitgliederzahl; andere Unionen entstanden neben ihr, die aber im Ganzen doch nur eine kleine Minderheit der ländlichen Arbeiter umfassen,

und die bisher sämmtlich in den ausgetretenen Wegen des sogenannten alten Trades-Unionismus wandelten.

Einen neuen Anstoß und große Förderung hat die Organisirung der ländlichen Arbeiter nun durch die von der English Land Restoration League unternommene sogenannte „Red Van"-Agitation erhalten. Die Thätigkeit dieser, 1884 von Anhängern Henry George's gegründeten, aber in der Praxis bereits über ihre ursprünglichen Tendenzen hinaustreibenden Gesellschaft war in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens hauptsächlich auf die großen Städte, besonders London, beschränkt gewesen. Versuche, die Agitation auch auf das Land hinauszutragen, waren öfters gemacht worden; aber erst, seit — durch Stimmrechtsreform ꝛc. — dem ländlichen Arbeiter die Möglichkeit gegeben ist, seine Stimme in öffentlichen Angelegenheiten geltend zu machen, und er so fähig geworden ist, selbst für seine Emanzipation zu wirken, ist man der Frage wieder näher getreten und hat sich 1890 entschlossen, die erste wirkliche Kampagne zu unternehmen. Die Originalität dieses Feldzuges rechtfertigt ein näheres Eingehen auf denselben.

Eine der Hauptschwierigkeiten, die sich jeder Landagitation in den Weg stellt, ist der Umstand, daß gerade in den kleineren Dörfern, die aufgesucht werden müssen, will man den ländlichen Arbeiter fassen, entweder kein Lokal vorhanden ist oder einer gegen die Herrschaft der Grundherren gerichteten Agitation nicht zur Verfügung steht. Die Exekutive der League entschloß sich daher zur Anschaffung von mächtigen Wagen*, in denen zu gleicher Zeit eine große Quantität von Flugblättern untergebracht werden, der Agitator sich aufhalten und schlafen, und von denen herab er zu den Versammlungen sprechen kann. Die Erfahrung mehrerer Sommer hat die Zweckmäßigkeit dieses Entschlusses nach allen Richtungen hin bestätigt, und nach dem Zeugniß der Agitatoren ist der Wagen an Größe und Bequemlichkeit fast den meisten Wohn- und Schlafräumen eines Arbeiterhauses überlegen.

Durch diese Wagen war es nun möglich, selbst die kleinsten Dörfer zu erreichen, bis in die Hütten der Landarbeiter die Agitation zu tragen. Da man den Werth der Detailarbeit in der Agitation wohl erkannt hatte, sollte sich die Agitation zunächst auf eine Grafschaft beschränken. Die größten Schwierigkeiten aber bot die Frage: Wie sind die ländlichen Arbeiter, die für die Sache der Nationalisirung des Landes gewonnen sind, am besten zu organisiren? Denn ohne den Versuch einer den Versammlungen folgenden und bleibenden Organisation wäre der Eindruck der Agitation äußerst gering und schnell verschwindend gewesen. Ein Anschluß an die League selbst mit ihrem Hauptquartier in London erschien als zwecklos. Daher entschloß sich die League in Folge eines Anerbietens seitens der „Eastern Counties Labour Federation", den Wagen zum ersten Mal in die Grafschaft Suffolk zu schicken und die Arbeiter zum Anschluß an die Föderation, die zirka 2500 Mitglieder umfaßte und eine Reihe von Branchen in den Dörfern um Ipswich hatte, aufzufordern. Am 16. April begann die erste Red Van-Kampagne, die bis zum 20. Oktober dauerte. Nicht weniger als 165 Versammlungen wurden abgehalten und 156 Plätze besucht. 41 bereits existirende Zweigvereine der Labour Federation wurden besucht und 83 neue gegründet, so daß die Mitgliederzahl von 2500 auf fast 10000 sich erhöhte.

Wenn der „Rothe Wagen" in einem Dorfe ankam, meist früh am Vormittag, wurde er zunächst an einer möglichst allgemein sichtbaren Stelle aufgestellt. Seine rothe, von denen anderer Parteien abweichende Farbe machte ihn

* Red Van = der rothe Wagen. Darnach hat die Agitation ihren Namen erhalten.

bald zum Gegenstande der Neugier, und zwei Zeichnungen, welche das Grundherrenthum in Thätigkeit darstellten, verfehlten nicht, auch an das Verständniß des unerzogensten Passanten zu appelliren und ihn zu Fragen anzustacheln. Der nächste Schritt war der, die Hilfe der Schulkinder in Anspruch zu nehmen. Ein Flugblatt mit einem Bild und Anzeigen der Versammlungen wurde um Mittag an die Kinder vertheilt, wenn sie die Schule verließen, und ihnen mündlich der Platz und die Zeit des Meetings mitgetheilt. Während des Tages wurden andere Flugblätter an die Bewohner des Dorfes vertheilt; Fragen über die sozialen Verhältnisse, unter denen sie leben, erhoben; Freunde der Bewegung besucht und viel stille Propaganda-Arbeit gethan. Die Versammlungen fanden meist im Freien gegen acht Uhr Abends statt. Die Theilnahme war natürlich sehr verschieden, meist aber rege, und in manchen Fällen war die ganze Arbeiterbevölkerung nebst ihren Frauen zur Stelle. Der Agitator hielt gewöhnlich eine Rede von fast einer Stunde Dauer und versuchte dann, eine Diskussion zu Stande zu bringen. Lokale Beschwerden — Einschließung von Gemeindeland, Verwendung des Einkommens von Armenländereien für private Zwecke u. s. f. — boten oft den Ausgangspunkt für die Rede, die stets mit der Aufforderung schloß, sich an die Labour Federation anzuschließen, einmal um besseren Lohn, gesündere Wohnungen zu erhalten, besonders aber auch, um dadurch ihre Stimmen bei Wahlen wirksam zu machen und so auf die Abschaffung alles Grundherrenthums hinzuarbeiten. Nach Schluß des Meetings wurden die Namen Derer, die sich zum Anschluß an die Union erklärt hatten, aufgezeichnet; die Leute wählten dann sofort ihren Kassier und Sekretär und konstituirten die Zweig-Union. Diese bewährte Methode, die Dorf-Versammlungen zu arrangiren, wurde auch in den folgenden Jahren beibehalten mit der kleinen Abänderung, daß noch ein Flugblatt, „Red Van"-Lieder, zur Vertheilung kam und die Lieder auf den Meetings gesungen wurden.

Im folgenden Jahre 1892 war es möglich, fünf Wagen auszusenden, und wurde die eigentliche Kampagne durch eine Agitationsreise des Sekretärs der League, durch Vertheilung von Literatur u. s. f. im Frühjahr vorbereitet. Auch diesmal wurde die Agitation im Anschluß an die Eastern Counties Labour Federation betrieben; da dieselbe aber nur in Suffolk und Cambridgeshire Zweig-Unionen hatte, wurden im Frühjahr schon in den drei anderen Grafschaften, auf die ein Angriff geplant war, Cambridgeshire, Somersetshire, Herefordshire, Unionen gegründet, an die dann der Anschluß der Arbeiter im Sommer erfolgte. 436 Plätze wurden besucht, 458 Versammlungen abgehalten, 30 bereits bestehende Zweigvereine besucht, nicht weniger als 306 neue gegründet und 5729 Mitglieder neu aufgenommen. Von vorneherein war das Ziel der Kampagne, in den besuchten Grafschaften starke, sich durchaus selbstregierende Unionen von ländlichen Arbeitern zu gründen und ihnen als erste Pflicht zu predigen, daß sie ihre Geschäfte in den Zweigvereinen und der zentralen Exekutive *selbst* besorgen müssen. Die Organisation einer Trade Union wurde als die augenblicklich beste beibehalten. Von der oben erwähnten, 1872 von Joseph Arch gegründeten „National Union" unterscheiden sich diese neueren Unionen in manchen Punkten.

Ihr Wirkungsgebiet ist kleiner und stehen daher die Zweigvereine untereinander und mit dem Hauptquartier in enger Verbindung. Sie haben sich ferner nicht die Last einer Altersversicherung ihrer Mitglieder aufgeladen und können daher einen geringeren Beitrag erheben. Auch in ihrer Politik weichen sie ab. Die Unionen sollen nicht in erster Linie ein Kampfwerkzeug gegen die Farmer sein, da ihre Mitglieder von der Ansicht ausgehen, daß der Kampf nicht allein gegen den Farmer, der das Land gepachtet hat und bewirthschaftet, sondern

ebenso sehr gegen den, Farmer und Arbeiter in gleicher Weise plündernden Grundherrn zu führen sei. Immerhin hat sich die League gegen die Gründung solcher, von vielen Reformern in England empfohlenen Organisationen erklärt, die Arbeiter und Farmer gleichzeitig umfassen. Wenn auch bis zu einem gewissen Grade oder in gewissen Fällen beide der gemeinsame Gegensatz gegen den Landlord vereinigen könnte, sei thatsächlich der zwischen Arbeiter und Farmer selbst bestehende Interessengegensatz so verschärft worden, daß, wie die 1892 abgehaltene National Agricultural Conference zu London zeige, die letzteren ihre Interessen mit denen der Landlords für durchaus identisch hielten, durch Schutzzölle das Problem der „agricultural depression" lösen wollten und im Arbeiter ihren größten Feind erblickten. Es seien eben in ökonomischen Fragen die Farmer Englands noch viel unwissender, als die Arbeiter, von denen die tüchtigsten ihre Einsicht durch den Anschluß an die Unions bewiesen. —

Die Politik der neuen Unions wird also vielmehr dahin gehen, Strikes, wenn irgend möglich, zu vermeiden, und ihre Thätigkeit wird mehr darauf gerichtet sein, die Wähler unter den Arbeitern zum richtigen Gebrauch ihrer Stimmzettel zu erziehen, um dadurch die administrative und legislative Maschinerie des Landes in ihre Gewalt zu bringen, in der Absicht, durch Abschaffung des Grundherrnthums eine dauernde Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu schaffen.

Als ein Beispiel möge hier das Statut der Warwickshire Union folgen:

„Die Zwecke der Union sollen sein: den Geist der Brüderlichkeit, gegenseitigen Vertrauens unter den Arbeitern zu fördern; ihren Mitgliedern für die geleistete Arbeit einen anständigen Lohnsatz zu sichern; die Dauer der täglichen Arbeitszeit festzusetzen; für die Schaffung von Allotments (Landparzellen), sowie für bessere Häuser und Sanitätseinrichtungen zu sorgen; die Mitglieder während Lohnkämpfen und bei Auswanderung zu unterstützen und für Rechtsschutz zu sorgen u. s. f. Dann aber auch: die Wahl von solchen Abgeordneten, die sich zur Förderung der Zwecke der Union verpflichtet haben, in Gemeinderäthe, Lokalverwaltungen, Armenverwaltungen, Schulvorstände, Distrikts- und Grafschaftsräthe und das Parlament zu betreiben und zu diesem Behuf einen Geldfonds durch regelmäßige Abgaben von der Gesammtheit der Mitglieder zu sammeln."

Es ist nur zu natürlich, daß diese bis in das Herz der ländlichen Distrikte getragene, unermüdliche Detail-Agitation bei den Landlords keine Gegenliebe findet, daß diese vielmehr alles Mögliche thun, den „Rothen Wagen" und den Agitatoren der Bewegung Hindernisse in den Weg zu legen. Die gegen ihre unumschränkte Herrschaft über Leib und Geist ihrer Arbeitssklaven gerichteten Angriffe erregen bei ihnen den bittersten Haß gegen die Volksaufwiegler, die vor den heiligsten Rechten des Eigenthums und seiner Herrschaft nicht Halt machen. Nur zu gerne würden sie die Zustände, wie sie uns z. B. das Dorf Stanton St. Bernard typisch zeigt, bis zum jüngsten Gerichte verewigen. Stanton St. Bernard ist ein sogenanntes „geschlossenes" Dorf; der Earl of Pembroke ist der einzige Grundeigenthümer und Patronatsherr. Unter dem edlen Earl stehen zwei Farmer, die zusammen das ganze Land gepachtet haben. Nur mit deren Erlaubniß kann also ein Dorfbewohner Arbeit erhalten. Außerdem gehören den Farmern alle Häuser im Kirchspiel; sie sind ferner Armenvorsteher und Schulvorsteher. Einer von ihnen hat außerdem noch das Steuerregister zu führen. Die Arbeiter müssen also an einen dieser Farmer sich wenden, wenn sie für 10 Schilling die Woche Arbeit haben wollen, wenn sie ein Haus haben wollen, wenn sie, alt und schwach geworden, Armenunterstützung haben wollen, wenn sie ihre Kinder zur Schule schicken wollen ꝛc. Und wenn sie die Kühnheit haben

sollten, eine Versammlung ihrer Zweig-Union abhalten zu wollen, so haben sie ebenfalls für den einzig geeigneten Raum sich an die Farmer zu wenden. Der Terrorismus, den diese Grundmagnaten, meist in Verbindung mit den Pfarrern der Hochkirche, in den ihnen buchstäblich bis zum letzten Ziegel gehörenden Kirchspielen ausüben, ist grenzenlos. Einige Beispiele, die ich aus den diesjährigen und früheren Berichten gesammelt habe, werden dies zur Genüge beweisen.

Ein Fall von Boykott in Wilton (Wiltshire). Ein alter Arbeiter, vollständig blind, der lange Jahre in einer fast unbewohnbaren Hütte gelebt hatte, erhielt Kündigung, weil er den Arbeitern, die einen Zweigverein der Wiltshire General and Agricultural Labourers Union gegründet hatten, die Erlaubniß gegeben, in seiner Hütte sich zu versammeln und ihre Beiträge zu zahlen.

In Shobdon, wo das ganze Land und Dorf einem Lord Bateman gehörte, war es beim ersten Besuche dem „Red Van"-Agitator unmöglich, einen Versammlungsplatz zu finden, da allen Pächtern und Arbeitern bei Strafe der Kündigung es verboten war, ein Stück Land oder ein Lokal dafür herzugeben. Ein Versuch, auf unbebautem Land ebenso wie auf der Landstraße eine Versammlung abzuhalten, wurde von der Polizei, die auf Veranlassung des Grundherrn eingriff, verhindert. Beim zweiten Besuche wurde der Wagen direkt vor den Thoren des Herrensitzes aufgestellt, da diesmal der Agitator von der Exekutive der League den Auftrag erhalten hatte, die Sache auf jeden Fall durchzufechten. So wagte denn auch der Lord nicht einzuschreiten und die Polizei verhielt sich ruhig; aber so groß war die Furcht vor dem Feudaltyrannen, daß die Arbeiter nicht dazu zu veranlassen waren, eine Zweig-Union zu gründen. Ganz natürlich sind die Arbeiter da am furchtsamsten und am meisten versklavt, wo das ganze Land und die Wohnhäuser in den Händen ein und desselben Grundherrn sind. Der Arbeiter, der Gefahr läuft, durch achttägige Kündigung sowohl seine Arbeit, wie sein Heim zu verlieren, zögert, bevor er durch Anschluß an eine Union oder öffentliche Thätigkeit für eine solche sich zum Ziel der erbärmlichen Rache seines Arbeitgebers macht. In solchen Fällen tritt an die Stelle der öffentlichen die geheime Organisation. —

Daß die Thätigkeit der Agitatoren nicht ganz gefahrlos ist, beweisen eine ganze Zahl von Vorfällen, von denen ich nur einige hier herausgreife, die besonders anschaulich zeigen, wie die Stützen der Gesellschaft die unliebsamen Friedensstörer aus ihren Sklavenplantagen — das ist der richtige Name für die meisten Latifundien — zu verjagen bemüht sind.

In Theale (Berkshire) war es unmöglich, in einem Gasthaus Pferd und Wagen einzustellen. Grund: die gesammten Wirthschaften gehören einem reichen Brauereibesitzer. (Diese sind ihrer Mehrzahl nach Tories und spielen in England eine ähnliche Rolle, wie die deutschen Groß-Schnapsbrenner.) Da ein von der Dorfpolizei erlassenes Verbot der Benutzung des Gemeindelandes durch den „Red Van"-Agitator keinen Erfolg hatte, so veranlaßte ein Friedensrichter (Justice of the peace) einige von ihm abhängige jugendliche Arbeiter, zu gleicher Zeit mit dem Meeting ein Fußballspiel ins Werk zu setzen. Die so Aufgestachelten begnügten sich aber nicht damit, auf diese Weise die Versammlung zu stören; sie gingen sehr bald dazu über, ihren „jugendlichen Unwillen" über die revolutionären Ideen, die von dem „Rothen Wagen" herab verkündet wurden, in drastischerer Weise zu bekunden, indem sie die Redner statt mit Schimpfworten mit Steinen bombardirten. Kaum eine Grafschaft steht so vollständig unter der Herrschaft der Landlords wie Berkshire, und nirgends haben die „Klassen", d. h. die Besitzenden und ihr Troß, ihrem Unwillen über die „unverschämten" Agita-

toren handgreiflicheren Ausdruck gegeben, als hier. Gegen Arbeiter, welche verdächtig sind, der Union anzugehören, wird auf das Rücksichtsloseste der Boykott praktizirt. Grundherren, Pächter, Geistliche, kurz die ganze Autorität, erscheinen häufig auf den Versammlungen, um durch ihre Anwesenheit einen jeden Arbeiter daran zu erinnern, was ihm droht, wenn er so tollkühn sein sollte, sich einer Zweig-Union anzuschließen. Sehr oft versuchen diese Edelsten, durch rohe Späße und Unterbrechungen die Versammlungen zu stören oder ihre Arbeiter durch Geld zu Gewaltthätigkeiten gegen die Agitatoren anzustacheln. Unter dem Schutze der Nacht haben die Vertheidiger der Ordnung und Zivilisation die „Red Van"-Leute, wenn diese friedlich im Wagen schliefen, aufs Brutalste und Hinterlistigste angegriffen: zweimal hat man versucht, den Wagen nebst Insassen in einen Fluß zu stürzen, einmal, ihn einen steilen Hügel hinabzustoßen. Neben diesen heimtückischen Versuchen erscheinen die offenen Angriffe bezahlter und organisirter Strolche, an denen es nicht gefehlt hat, edel und ritterlich.

Daß natürlich die Grafschaftspolizei ihr Möglichstes gethan, den Fortgang der Agitation zu hindern und zu stören, bedarf kaum der Erwähnung. Abend für Abend wurden die Agitatoren mit gerichtlicher Verfolgung bedroht, weil sie ihre Versammlungen auf den offenen Plätzen der Dörfer abhielten, oder weil sie eine Verkehrsstockung durch ihren Wagen vor und nach den Versammlungen verursacht haben sollten. Meist aber blieb es bei Drohungen; der einzige Versuch, eine gerichtliche Verfolgung wegen Verkehrsstockung gegen einen Agitator durchzusetzen, schlug kläglich fehl und diente in Folge dessen nur dazu, die Stellung der Agitatoren zu befestigen.

So durch die Landlords von ihren Domänen, von den Gasthäusern durch die boykottirenden Torybrauer ausgeschlossen, denen die Häuser gehören; von der Polizei auf den Landstraßen und Dorfplätzen belästigt, ist das Werk der „Red Van"-Agitatoren kein Leichtes gewesen. Ihre unermüdliche und unerschrockene Thätigkeit fängt aber bereits an, ihre Früchte zu tragen. Der ländliche Arbeiter, abgeschlossen von der Außenwelt, mit der er fast nie in Berührung tritt, einsam dahinlebend, wie der französische Bauer vor der Revolution, geknechtet von den Gutsherren und ihren Dienern, den Farmern, Geistlichen und Agenten, verkommen durch das Leben in Schmutz und Elend, wird durch die „Red Van"-Agitation aus seiner lethargischen Ruhe aufgeweckt. Mit Gier nimmt er die neue Botschaft von der Gemeinsamkeit alles Grund und Bodens, die ihm gepredigt wird, auf. Es giebt für ihn keine andere Lehre, die er fester, mit seinem ganzen Wesen erfaßte, an die er sich als an den einzigen Retter aus seiner Knechtschaft und Noth mit all den Kräften seines verkümmerten Geistes und Willens fester klammerte — er, der arme Landproletarier, der keinen Zoll Land sein eigen nennt und dazu verdammt ist, sein Leben lang fremden Boden zu beackern.

Aus unserem modernen Kunstleben.

Von **Fritz Kunert.**

(Schluß.)

Auf unseren Ausstellungen fehlt es auch da und dort nicht an verschüchterten sozialen Anklängen. Gerade die Gegenwart ist reich an ernsten und gedankenreichen Stoffen, aber die künstlerische Behandlung vermag sie nicht recht zu erfassen und zu durchdringen; sie kehrt ihnen oft absichtlich den Rücken zu oder wagt sich nicht daran. Daher bemerkt man es auf einer Kunstausstellung am

wenigsten, daß wir in einer Zeit zugespitzter Klassengegensätze leben, und daß der Klassenkampf an allen Ecken und Enden der Welt in lohenden Flammen emporschlägt. Zwar macht hier und da ein Künstler den Versuch in seiner Art, der sozialen „Frage" näher zu treten. Aber wie? Ein Arbeiter, der die große Berliner Ausstellung besuchte, bemerkte hierzu recht treffend, daß diese Versuche meistens nur zeigen, wie lächerlich und wirr die soziale Frage in den Künstlerköpfen spukt. Man soll indeß auch bei Schätzung dieser Gruppe nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und wenigstens einige unter den freilich nicht sehr zahlreichen Ausnahmen gelten lassen. —

So ist z. B. Hans Meyer's „Steinklopfer" recht bemerkenswerth, eine Originalradirung aus dem Zyklus „Ein Todtentanz". Der Alte stirbt während der Arbeit auf seinem Steinhaufen. Die verwitterten Züge sind scharf umrissen, die Schutzbrille bedeckt die Augen; die linke Hand ist schlaff heruntergesunken, die rechte hält noch den Hammer fest. Die ganze Figur ist ergreifend aufgefaßt und prächtig in der Zeichnung. Hinter ihm steht der Tod in der denkbar mildesten und tröstlichsten Haltung. Er gebietet dem Arbeiterveteranen Feierabend mit den Worten:

Klopf und klopf,
Du armer Tropf,
Laß fallen jetzt den Hammer,
Leg' Dich zur Ruh
In meine Truh,
In Deine letzte Kammer!

Nachdem sich zu Arbeitsmühe und Arbeiterelend das hilflose Alter gesellt, bringt in den gesegneten Tagen der Sozialreform erst der Allherrscher Tod endliche Ruhe und Erlösung — das ist ein Theil des Inhaltes vom „Steinklopfer". — Andere Künstler entnahmen ihre Entwürfe der proletarischen Familie. Plühr führt uns in einen Stall, in dessen einem Theil ein armer Kutscher mit fünf Kindern und die Mutter auf dem Strohlager mit dem neugeborenen sechsten hausen. Das Bild scheint parodistisch „Ein Kind ist uns geboren" getauft worden zu sein. — Brunkal erweckt in „Heimathlos" das Mitleid für eine verlassene junge Proletarierin. — Leopold Braun, der die freie Ausstellung mit einer Porträtskizze „Graf Balleſtrem" und mit „Sodoms Ende" beschickte, war in der Hauptausstellung mit einem Gemälde vertreten, das in Bezug auf Kolorit und Zeichnung gleich tüchtig erscheint und im Katalog als „Fertig" bezeichnet ist. Eine dem kindlichen Alter kaum entwachsene Statistin oder Balletense hat eben die letzte Hand an ihre Toilette gelegt und so zeigt sie sich im kurzen Flitterröckchen, selbst hinlänglich befriedigt von dem Eindruck, den ihre kleine Person macht, ihren Angehörigen in einer großstädtischen Proletarierfamilie. Sie ist „fertig" — und das in mehr als einer Beziehung. Das Ganze regt zum Nachdenken an und wirkt in seinem Realismus überaus lebendig. — In „Hunger" und „Bei Schlafenszeit in der Herberge" giebt Jens Birkholm (Berlin) Szenen aus der Tragödie der Arbeitslosigkeit, die in ihrer Trostlosigkeit von erschütternder Wahrhaftigkeit sind. — Biedermann und Kobilca werfen ein Licht auf das traurige Loos städtischer und ländlicher Arbeiterinnen. — In „Der Weber" zeigt uns Szymanowsky einen weißen Sklaven mit gramdurchfurchten Zügen im Handwebestuhl bei harter, aufreibender Arbeit. — In „Mutterglück" stellt der Maler ein abgerackertes Weib dar, das ein elendes Kindchen säugt; das Bild ist ein Motiv aus dem „Teufelsmoor" von Mackensen. Der Name für das Werk kann nur ironisirend gewählt sein. — Auch Öhmichen schildert ein Stück Familienleben in

„Beim Großvater"; der alte, eisenfeste Schmied unterbricht für einen Augenblick seine schwere Arbeit, um mit seinem ihm zugetragenen Enkel in drollig-linkischer Art zu schäkern. — In „Politik" von Meyn unternimmt es ein jugendkräftiger Arbeiter, fünf kleinstädtischen Honoratioren, die am Stammtisch des „dreibeinigen Hasen" sitzen, in der Debatte über eine Zeitungsnachricht gehörig den Staar zu stechen. Meyn's Technik ist anerkannt bedeutend, während man sonst in diesem Genre zuweilen den guten Willen für die That nehmen muß; aber es giebt auch grelle und unschöne Schilderungen, die selbst der beste Inhalt nicht retten kann. Das erhellt aus dem großen Gemälde „Kampf ums Dasein" des Antwerpeners Henry Luyten. Er will eine Arbeiterrevolte veranschaulichen. Eine rothe Fahne ist aufgepflanzt und auf einer daneben gestellten Tafel liest man die Forderung der Aufständischen: Du pain! Darum gruppirt sich eine Schaar wildbewegter, blaubluſiger Arbeiter. Alles brüllt und wüthet sinnlos durcheinander. Am Boden liegen Verwundete, die nothdürftig verbunden sind. Nirgends ein sympathischer Zug, überall verthierte, grenzenlos gemeine Gesichter und Gestalten. So bringt das Bild die völlige Unfähigkeit des Malers, zu individualisiren und naturwahr zu charakterisiren, zu prägnantem Ausdruck; es erweckt den Anschein, als habe der Maler der Bourgeoisie aus der Seele sprechen wollen: das sind unsere Arbeiter, unsere Sozialisten und Revolutionäre. Hieraus erklärt es sich auch hinlänglich, weshalb die Jury das Bild nicht zurückwies: es sollte eben kompromittirend und abschreckend wirken.

Zum Schluß der detaillirten Würdigung der Malerei sei noch als letztes ein gedankenvolles, ernst stimmendes Bild erwähnt, die „Letzte Revue" von Franz Amling-Schleißheim. Hier hält der Tod große Heerschau über die Geister der Gefallenen nach den Schlachten und Gefechten der Jahre 1870/71. Tiefe Dämmerung liegt auf der Landschaft. Der endlose Zug des Todes schreitet vorüber. Mann an Mann nahen sie; Alles, reich und arm, hoch und gering, jung und alt hat das eine furchtbare Ziel im Auge; bunt durcheinander gewürfelt streben sie lautlos vorwärts. Alle Unterschiede der Nationalität und Lebensstellung sind gefallen: der gemeine Soldat und der Feldmarschall, Franzosen und Deutsche aller Waffengattungen eilen dicht aneinander gedrängt mit dem Ausdruck der Hoffnungslosigkeit in den bleichen Gesichtern zur letzten Revue. Es ist schon mancher „Todtentanz" gemalt worden, und zwar technisch vollendeter als die „Letzte Revue", aber keiner unter ihnen sprach einen so stillberedten, nachhaltigen Protest gegen den Völkermord aus, als der Amling'sche.

Die künstlerische Ausbeute auf sozialem Gebiete ist auffallend geringfügig. Nicht in einem einzigen, wahrhaft großen Kunstwerke wurde der eigentliche Kern des modernen Lebens, der Klassenkampf des um seine Befreiung ringenden Proletariats, — direkt als Kunstvorwurf ergriffen und frei und kühn gestaltet. Nicht einmal ein Anlauf dazu wurde irgendwo sichtbar. Das freilich hat seine guten Gründe, wie wir bald sehen werden.

* * *

Wie die heutige Malerei im Allgemeinen unfertig und unselbständig zwischen Altem und Neuem schwankt, so auch die Bildhauerei. Bei beiden bedingt die gehemmte Entwicklung den Rückschritt. Zwar sind Verirrung und Verfall in der Plastik nicht so augenscheinlich wie in der Malerei, trotzdem aber bleiben sie groß genug. Die Verwilderung des Geschmackes wird hier wohl schwerlich jemals den hohen Grad erreichen, den sie uns in der Malerei zeigte; denn nachdem einmal die plastische Kunst die ersten Anfänge gestaltloser Gedächtniß-

zeichen u. s. w. überwunden, nachdem die orientalische die klassische Bildnerei vorbereitet und ermöglicht hatte, nachdem die griechische, etruskische und römische Plastik ihre unvergänglichen Formen gefunden und der Nachwelt überliefert hatten, da hielt die Bildhauerkunst diese Errungenschaften nach bestem Vermögen fest. Durch das Studium des Systems der Antike wurde von Michel Angelo bis auf Canova und Thorwaldsen die Plastik immer von Neuem gefördert und vor Ausartung und drohendem Verfall geschützt. Auch die deutsche Bildnerei wurde noch in neuerer Zeit durch die Darlegungen Winckelmann's, Lessing's, Goethe's und anderer nicht erfolglos auf die alten Vorbilder verwiesen. Aber keine Kunst kann sich dauernd und ausschließlich von großen Vorbildern nähren, und so zeigten denn die Ausstellungen der letzten Jahre, daß der größte Theil unserer Bildhauer und Bildgießer im reinen Konventionalismus stecken geblieben war. Nur selten bemerkte man das ernste Bestreben, von der Schablone loszukommen, welches nicht immer ein so glückliches war, wie z. B. bei Begas. Auch das Endurtheil über die plastischen Kunstwerke der ersten großen Berliner Kunstausstellung kann daher kein sehr günstiges sein. —

Heibeck stellte in Kupfer und Silber getriebene Schaustücke aus, zierliche und äußerst sorgfältige Arbeiten, welche aber durch kleine, kaum tellergroße Reliefs von Max Wiese übertroffen werden. Der Künstler wandte für „Bacchus und Ariadne", „Musik und Dichtkunst", sowie „Amor und Psyche" die Pâte sur pâte-Manier mit glücklichstem Erfolge an. Die souveräne Beherrschung der Technik und der poetische Duft, der seine Figuren durchdringt, ihre Formen umfließt und das todte Material belebt, sind gleich bewundernswerth. — Ein geschmackvolles Brunnen-Modell lieferte C. v. Uchtritz, wennschon seine Arbeit keinen Vergleich aushält mit dem Brunnen im Hauptsaale des Ausstellungsgebäudes, dessen drolliger, wasserspritzender Faun mit Recht einige Aufmerksamkeit beansprucht. — Ueber das Mittelmaß ragt auch Schayer mit seinem ganz kolossalen „Blücher" nicht hinaus, dessen Sockel als Inschrift das variirte Goethe'sche Wort tragen sollte: Lang und dick, aber nicht groß, so riß er sich vom Künstler los. — Schilling's kleine „Schnitterin" ist annehmbarer als der Schayer'sche Koloß. — Sehr keck blickt Piger's „Junger Germane" aus der Urzeit in die Welt; dafür mag auch sein Modell ein echter Berliner Gamin gewesen sein. Piger's „Lampenträger" dagegen sind eine ganz anerkennenswerthe Leistung. — Der „Wurz'nsepp" ist nicht ohne urwüchsigen Humor von Dotti verkörpert. — Gustav Eberlein's „Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. für Elberfeld" ist in allen Hauptstücken rein konventionell gehalten; dasselbe gilt von seinen Gruppen für ein Mannheimer Denkmal, in welchem nebenher, und zwar mit unfreiwilligem Humor, das „Altersversorgungs-Gesetz" verewigt werden soll. — Eberlein's Wirken fehlt der eigentliche poetische Zug, der erst Leben verleiht, und daher greift dieser Bildhauer wiederholt zur Allegorie, wie z. B. in seinen Gruppen für das Stuttgarter Museum. — Ohmann entwarf eine ihr Opfer ergreifende „Harpyie"; jedoch erscheint auch hier die Auffassung als eine mehr allegorische, äußerliche. — Die Havel personifizirt Ernst Herter in der Gestalt einer sehr robusten, nackten Dame, durch welche allerdings die Schönheit der Havel und die landschaftlichen Reize der Potsdamer Umgebung unglücklich genug charakterisirt werden; die „Havel", eine etwas schwerfällige Sandsteingruppe, ist für die Lange Brücke in Potsdam bestimmt. — Da in Unger's „Europa und der Stier" die Situation eine recht bedenkliche ist, so sei es erlaubt, schleunigst darüber stillschweigend hinwegzueilen. — Eine bedeutende Zahl äußerst schwacher Werke mit zum Theil sehr großer Materialvergeudung rührt her von

Siemering („Haydn-Mozart-Beethoven-Denkmal"), Hundrieser mit dem gleichen Entwurf, von Antocolsky, Max Klein und vielen Anderen. Schließlich sei noch „Verarmt" von Riesch genannt, weil sein Werk gewissermaßen symbolisch für die geistige Bedürftigkeit der modernen deutschen Bildhauerei ist.

* * *

Für die neudeutsche Architektur ist es charakteristisch, daß sie seit dem Bestehen Jungdeutschlands auch nicht ein monumentales Baukunstwerk geschaffen hat. Nirgendwo in dieser jüngsten Epoche machte sich die Baukunst zum Träger einer wahrhaft großen Idee, die sie in abgeklärter, schöner Form veranschaulicht hätte. Zwar mancher mächtige und in Einzelheiten sehr ansprechende Bau wurde entworfen und vollendet, allein die Einheit und Anordnung des Ganzen als unlöslichen Organismus, die künstlerische Uebereinstimmung des Innern mit den Außenseiten unter Anwendung einer beseelenden, natürlichen Ornamentik wurde in neuester Zeit in keinem einzigen Falle erreicht. Wallot in seinem Reichstagsbau war vielleicht auf dem richtigen Wege dazu; inzwischen ist er längst durch die Knauserei und Kleinkrämerei des Reiches und höchstgestellter Personen daran verhindert worden, seine ursprünglichen Pläne durchzusetzen. Kurz, in dem vorher gekennzeichneten Sinne hat die deutsche Architektur der letzten Jahrzehnte den intimen Zusammenhang mit den schönen Künsten verloren. — An gründlicher Durchforschung und aufmerksamem Studium aller möglichen Grundformen der Bauarten, der verschiedenen Baustile, um Läuterung und Wiedergeburt herbeizuführen, hat es wohl nicht gefehlt. Und die architektonischen Entwürfe des letzten Dezenniums der Ausstellungen bezeugen den Fleiß und die Vielseitigkeit der vorgelegten Arbeiten. Sie zeigen Kirchen, Synagogen, Kranken- und Stadtwohnhäuser, Villen, Schulhäuser erster, zweiter und letzter Güte, Jagd- und Gartenhäuser, Hotels, Paläste, Landhäuser, Post- und andere Amtsgebäude, Museen, Rathhäuser, Apotheken, Theater, Geschäftshäuser, Phantasiebauten u. s. w. u. s. w. Alle denkbaren Stile finden da ihre Verwendung von dem entwicklungsunfähigen Flachbogen der neuesten Zeit und der russischen Zwiebel bis zurück zu der horizontalen Balken- und Plattendecke der Griechen und Aegypter. Dazwischen bringen sich Tonnengewölbe, Kuppel, Kreuzgewölbe, Hängewerk der Basilika, sowie romanischer Rund- und gothischer Spitzbogen so gut sie können zur Geltung. Noch Andere endlich wenden das arabische Hufeisen an und schrecken vor keinem noch so exotischen Motiv zurück, oder sie wenden sich der Abwechslung wegen dem Rokkoko und der Renaissance zu. Hierzu kommt nun noch der bedenklichste, weil willkürlichste Eklektizismus. — Vergegenwärtigt man sich nun, daß die Architektur als die älteste der bildenden Künste der getreueste, künstlerische Ausdruck des Volks- und Kulturlebens einer Epoche sein soll, dann sind die Kennzeichen des neudeutschen Zeitabschnittes Rathlosigkeit, Impotenz und Charakterlosigkeit. Wenigstens dürfte diese vielleicht etwas schroffe Kennzeichnung zutreffend sein für die architektonische Abtheilung der letzten Berliner Kunstausstellung, von der nur noch bemerkt sei, daß die Baumeister Schilling und Gräbner aus Dresden drei Tafeln und fünfzehn Lichtdrucke von Bauten eingesandt hatten, von welchen sich zwei Villen höchst vortheilhaft auszeichneten. Sonst ist nach dieser Richtung hin kein Wort weiter zu verlieren.

Nachträglich seien hier noch zwei Bemerkungen angefügt: Die Durchschnittsbetheiligung des Auslandes an den Ausstellungen der Produktionen der bildenden Künste hat bewiesen, daß der ausländische den deutschen Durchschnitt nicht überragt. Ueberall ungefähr das gleiche Mittelmaß, — wie ja auch die

wirthschaftlichen Ursachen dazu in den industriellen Ländern so ziemlich dieselben sind. — Ferner, es macht sich bei uns ein geradezu schäbiger und lächerlicher Byzantinismus immer breiter, so daß die Ausstellungsräume mehr und mehr den Charakter von Hohenzollern-Gallerien annehmen. Und welche fürchterlichen Karikaturen sieht man da! Die Herren Aussteller sollten doch bedenken, daß ihre „reine" Absicht sie vor Kollision mit dem Strafrichter absolut nicht schützt. Sie können in der That dem Geschick danken, daß die preußischen Staatsanwälte aus Mangel an Muße unsere Ausstellungs-Räumlichkeiten nicht zu betreten pflegen.

* * *

Die außerordentlich ernste Situation, in der unsere bildenden Künste sich befinden, dürften der Architekt und der Bildhauer weit weniger in Zweifel ziehen, als der Maler. Insbesondere sind es die Wortführer, Vertreter und Anhänger der „Modernen" in der Malerei, welche auf ihre Reformbemühungen und deren angebliche große Erfolge verweisen. Daher ist es nur billig, sie zu hören, ihr Programm kurz vorzuführen und zu prüfen und die Frage daraus zu beantworten: was wollen und was können sie? —

Sie berufen sich auf ihre neue, überlegene Technik, die unmittelbarer wirkt, die freier, kühner und reicher an Mitteln ist, als die der Alten. Das beweist allein schon ihre Frei- und Helllichtmalerei, die Malerei en plein-air im Gegensatz zum „veralteten" clair-obscur. Mit gutem Grunde führen sie auch den Namen Impressionisten oder Eindrucksmaler; denn sie wollen den Totaleindruck des Augenblicks ohne kleinliche Wiedergabe der Einzelheiten zum Bewußtsein bringen. Sie sind aber auch Realisten und Naturalisten, weshalb sie die Wirklichkeit ihrem Wesen nach erfassen, die Natur als größte Lehrmeisterin anerkennen und ihr frisch, fröhlich und naiv den höchsten Respekt erweisen. Darum erheben sie auch gegen den Konventionalismus das Sturmbanner des Naturalismus. Aus der Pietät für die Natur erwächst ihnen das Gefühl für die schlichte, schmucklose Schönheit, die von innen heraus wirkt. Aus dieser Empfindung heraus wollen sie den Sinn des Publikums wieder an Kraft und Einfachheit gewöhnen. Sie denken aber nicht daran, die Natur nur photographisch getreu wiederzugeben, sondern das Wesenhafte ihrer aufwärtsstrebenden Kunst ist „der Zug ins Seelische".* Das ist die starke und siegreiche Tendenz, aus der die Kunst der Seelenoffenbarung resultirt, welche alle Hindernisse überwinden wird, welche die Wiedergeburt der ganzen Kunst verbürgt, welche alle Menschen beglücken und als kirchliche Kunst insbesondere den Armen und Elenden aller Länder und aller Zeiten das Heil bringen will. —

Es fehlt also den Herren nicht an ausreichend edlen Absichten und genügendem Selbstvertrauen. Wie aber verhalten sich ihre Werke zu ihren Worten? Wir sahen vorher in detaillirter Darlegung — auch unter Würdigung der „Sterne" der Modernen — daß ihre Thaten ihre Theorien nicht nur auf den Kopf stellen, sondern sie geradezu zertreten.

Das individuelle Recht einer künstlerischen Persönlichkeit soll und darf nie verschränkt werden, mag sie sich also von der Konvention und jeder Schule ganz abwenden und dem eigensten Triebe folgen; aber sie erzähle nicht immer, was sie will, sondern zeige, was sie kann. Das starke persönliche Können giebt in der Kunst das Recht, jeden beliebigen Weg zu beschreiten, jede beliebige Technik anzuwenden. Wozu aber der Lärm, wenn es an überzeugenden Leistungen fehlt?

* Man vergleiche „Fritz von Uhde" von O. J. Bierbaum. München, Verlag von Albert & Comp.

Auch darf man sich in Bezug auf die „Ueberlegenheit“ der modernen Technik, die übrigens französischen Ursprungs ist, nicht blauen Dunst vormachen lassen. Sehr oft zeigen die Freilichtbilder einen so kreidigen und mehligen Ton, daß man nicht an die Wirksamkeit des Malers, sondern an die des Müllers gemahnt wird. Und ist es nicht ferner der Impressionalismus, der den ersten sinnlichen Eindruck als konturenlose Farbenkleckserei wiedergab, eine Technik, die an das Wunderliche, an das Verrückte streift? Und dann, welcher Mangel an Farbensinn, an Farbenschönheit! So macht z. B. das Grün und die grell lichte Beleuchtung der Wiesen, Felder und des Waldrandes einen höchst merkwürdigen Eindruck bei einigen der Jüngsten, der sich wohl ungefähr in das Wort Spinat zusammenfassen läßt. Spinat, und zwar Spinat mit Ei bei fahlgelben Lichteffekten. Und dazu welch eine Sorte von allgemeiner Färbung, welche Unmöglichkeiten der Schattengebung, welche kindlichen Schnitzer sogar in Anwendung der Perspektive! Die Herren könnten doch in der alten Schule noch viel lernen; jedenfalls müßten sie gehen können, bevor sie zu tanzen beginnen. — Bei alledem drängt der einseitig naturalistische Zug auch hier in das ewig Gemeine, in die Freude am Kleinlichen, an der Dürftigkeit, Brutalität und Häßlichkeit hinein. So entstehen denn Bilder, denen nicht nur die schöne Form, sondern auch jeder gesunde Gedanke mangelt. Wird nun auch dabei einmal die Wirklichkeit festgehalten, so kann man sicher sein, daß ihr der letzte Hauch von Poesie, von Geist ausgetrieben ist. Den Gestalten dieser Bilder fehlt die Blutwärme des Lebens; die Leinwand ist zwar äußerlich bemalt, aber das Werk ist inhaltlich „wüst und leer“. Leise, möglichst leise erhebt auch das gesellschaftliche Elend sein Haupt da und dort, aber das „neue Licht“ legt um die proletarischen Gestalten — wie z. B. bei dem Rittmeister a. D. v. Uhde — eine Gloriole der Armuth und ein Hoffnungsleuchten einer „höheren“ Versöhnung. — Schon aus diesen gelegentlichen Bemerkungen zeigt es sich, daß es nur Phrasendrescherei ist, wenn die Bewegung der Modernen als künstlerische Reformation oder gar als Kunstrevolution aufgebauscht wird. Dazu liegt wirklich kein Grund vor; denn unseren Künstlern fehlt es an großer Eigenart; die heutige Kunstepoche ist eben eine absteigende, die schließlich mit dürftigen Mitteln dürftige Wirkungen erzielt. Die „neue“ Kunst ist nicht „reich an Gehalt und schlicht an Gestalt“, sondern schwach an Gestalt und schwächer noch an Gehalt; sie kokettirt zwar ein wenig mit dem Proletariat, aber sie verkauft sich — wo sie nur irgend kann — mit Leib und Seele der Bourgeoisie. Und damit vereint es sich recht hübsch, daß sie das christliche Kunstgewerbe der „Alten“ zwar in neuer Façon,* aber in der früheren lukrativen Weise fortsetzt. Bei dieser entschieden praktischen Bethätigung läßt „die Moderne“, ohne sich dabei in die geringsten Unkosten zu stürzen, den Heilsruf für die Proletarier laut werden: Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken. Die Bourgeoisie ist gewiß damit sehr einverstanden, daß die religiösen Helllichtbildner zu wirksamen Faktoren des praktischen Christenthums, und daß die Proletarier durch die Vertiefung in den Anblick der Freilichtbilder von Kummer und Hunger durch ein allermodernstes Wunder befreit werden. Die Künstler- und Philisterseelen vergessen leider bei dieser Kalkulation, daß der

* Dabei ereignet sich freilich auch einmal ein kleines geschäftliches Malheur. So war unlängst Stuck's „Kreuzigung“ von einem kirchlichen Gönner und Kunstmäcen als Altargemälde der Berliner Luisenstädtischen Kirche zur Verfügung gestellt worden; allein die Gemeinde erklärte durch den Oberkonsistorialrath Noël, daß sie auch einem geschenkten Gaul in das Maul zu sehen pflege und die Stiftung eines solchen Kirchenschmuckes entschieden ablehnen müsse. Ein bedauerliches Pech für die Berliner und die Stuck'sche Fabrikation. Der Verf.

moderne Messias der Neuzeit, das moderne Proletariat, bereits leibhaftig aus dem Volke selbst heraufsteigt und daß von der künstlerischen Darstellung dieses Heilandes sich der junge Impressionalismus so wenig etwas träumen läßt, als der alte Konventionalismus.

Es sind also bei den Modernen viel guter Wille, aber wenig Kunstvermögen festzustellen; sie sind in der Lage der kreißenden Berge, die ein Mäuslein gebären.

* * *

Zum Schlusse sei hier nur noch der Erwartung entgegengetreten, daß Preußen-Deutschland ein neues künstlerisches Zeitalter — vielleicht schon in nächster Zukunft — heraufführen könnte. Zur Verwirklichung dieser Hoffnung fehlt bei uns nicht mehr wie Alles. Unter Anderem mangelt es uns an der erforderlichen Freiheit des Kunstgenius, ferner an der nöthigen hohen Durchschnittsbildung innerhalb des Volkes und damit an ästhetischer Schulung des Publikums, die große Kunst nachempfinden zu können, sowie schließlich — und das wäre das Haupterforderniß — an einer neuen wirthschaftlichen Grundlage unseres gesammten Volkslebens, welche die jetzt so verhängnißvoll wirkende, den Erfordernissen der Neuzeit entsprechend, zu ersetzen hätte. — Denn in erster Linie ist es die kapitalistische Basis der herrschenden Wirthschaftsweise, welche die freie Entfaltung der Kunst verhindert. Die überwiegende Mehrzahl aller Künstler liegt lebenslänglich an der Kette des Kapitalismus, der die künstlerischen Frohndienste dieser modernen Leibeigenen als etwas rein Selbstverständliches betrachtet. Ohne Ausnahme ist Jeder gezwungen, der die Kunst als Existenzmittel wählt, seinen Weg in der Zigeunerei, in der Boheme anzufangen, und früher oder später den stolzen Nacken unter das goldene Joch zu beugen. Beugt er sich aber nicht, so darf er sicher sein, aus der jämmerlichen Misere der Boheme niemals herauszukommen; auf die akademischen Jahre folgen dann die Hungerjahre und das Ende ist das Hospital oder die Morgue. Und je mehr er Enthusiast oder Idealist ist, desto schneller werden ihn die Zähne des gesellschaftlichen Räderwerkes zermalmen. Denn auch der größte Idealist kann von der heiligen Kunst an sich so wenig leben wie von dem Ding an sich oder der bloßen Luft; er braucht Speise und Trank, Wohnung und Kleidung u. s. w., kurz, er bedarf zuerst einer gesicherten materiellen Unterlage für seine eigenartige Individualität, um unbehindert künstlerisch schaffen zu können. Dazu gehört aber eine gesellschaftliche Neuorganisation, die den Kampf um das Einzeldasein verschwinden läßt; dazu ist diejenige Produktionsform erforderlich, welche jedem Gesellschaftsgliede seine ausreichende Existenz verbürgt. Wie nun von einer solchen materiellen Grundlage der gesammte geistige Lebensprozeß der Gesellschaft unerschöpflich ausstrahlt, so ist auch jedem Einzelnen damit Garantie geboten, sein geistiges Vermögen frei zu entwickeln und zu bethätigen.

Dann gehen die Künstler nicht — wie dies heute der Fall — hervor aus einem beschränkten Bruchtheil des Volkes, der höchstens nach Tausenden zählt, weil die arbeitenden Klassen außer Konkurrenz stehen; sondern das ganze millionenköpfige Volk kann seine besten, seine fähigsten Köpfe der ausübenden Kunst zur Verfügung stellen. Dann nimmt nicht nur der winzige Bruchtheil einer übersättigten Minorität in blasirter Weise passiven Theil an dem Kunstleben, sondern die ganze Nation, ja alle auf der gleichen materiellen Grundlage organisirten Völker, bis in die einzelnen Gesellschaftsmitglieder hinein, durchtränkt von hoher wissenschaftlicher und ästhetischer Bildung, sie alle nehmen intim und thatkräftig Antheil an den Hervorbringungen künstlerischer Erzeugnisse ihrer Epoche.

Unter diesen Voraussetzungen aber, nach denen neue Menschen, Vollmenschen, über die Weltbühne schreiten, kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die zukünftige „Moderne" auf allen Kunstgebieten nicht nur die Neuzeit und das Mittelalter, sondern selbst die Antike an Glanz und Heiterkeit, an origineller Leistungsfähigkeit und Schönheit weit überflügeln muß.

Und dann erst wird das kernige Goethe'sche Wort den Menschen zu Fleisch und Blut geworden sein:

Fassest du die Muse nur beim Zipfel,
Hast du wenig nur gethan;
Geist und Kunst, auf ihrem höchsten Gipfel,
Muthen alle Menschen an.

Paracelsus.

Der Kampf des bahnbrechenden Genies gegen die Routine — dieser, jedes Dichtergemüth packende und der poetischen Darstellung so würdige Vorgang ist der Gegenstand von Curti's neuestem Drama.* Dasselbe erscheint zur Feier des vierhundertjährigen Jubiläums der Geburt seines Helden, ist aber mehr als ein bloßes Gelegenheitsstück. Wie der merkwürdige Mann, den ein neuerer Schriftsteller nicht übel den „zur Wirklichkeit reduzirten Faust" genannt hat,** schon vor beinahe sechzig Jahren einem der hervorragendsten Dichter des neuzeitlichen England, Robert Browning, zu einem halb lyrisch-epischen, halb dramatischen Gedicht von großer Schönheit und philosophischer Tiefe dankbaren Stoff geboten hat, so wird er auch in der Gestalt, wie ihn Curti jetzt auf die Bühne bringt, auch ohne den im Titel angegebenen äußeren Anlaß stets das Interesse und die Sympathie jedes nur einigermaßen empfänglichen Auditoriums in hohem Grade in Anspruch nehmen. Der Kampf, den Paracelsus kämpft, wiederholt sich zu allen Zeiten und aller Orten, wo überhaupt Leben und fortschreitende Bewegung stattfindet, und während Curti's „Waldmann" darunter leidet, daß es eine Lokalgröße ist, deren tragischen Sturz der Dichter schildert, ist Paracelsus eine Persönlichkeit von internationaler Bedeutung, und die Sache, für die er zu Grunde geht, an keine nationalen oder lokalen Reminiszenzen gebunden.

Die geschichtliche Forschung hat das Bild des 1493 in dem Wallfahrtsort Einsiedeln im Kanton Schwyz geborenen und 1541 in Salzburg gestorbenen Arztes und philosophirenden Naturforschers Philippus Aurelius Theophrastus Paracelsus von Hohenheim von vielen Entstellungen gereinigt, mit denen es der Unverstand und die Mißgunst der Mehrheit seiner Zeitgenossen umgeben, und in der Geschichte der Medizin nimmt Paracelsus als derjenige, der zuerst radikal mit den Theorien der Alten gebrochen, Beobachtung und Erfahrung als die Grundprinzipien der Wissenschaft hingestellt, die Kenntniß der Heilmittel bedeutend erweitert und die Chemie in die Apotheken eingeführt hat, eine sehr hervorragende Stellung ein, gilt er als der Eröffner einer neuen Aera dieses Wissensgebietes. Er war ein origineller Kopf, ein Verächter der scholastischen Buch-Gelehrsamkeit, vor Allem darauf bedacht, aus dem Buch der Natur zu studiren, die er als einen großen, durch innere Gesetze regierten Organismus auffaßte, der keinen Stillstand kennt. Diese seine Ideen trug er mit dem Muth des von der Wahrheit seiner Sache durchdrungenen Neuerers vor, nicht ohne Ueberhebung und in einer oft mit Bildern überladenen Sprache, die ihm den

* Paracelsus. Ein Trauerspiel von Theodor Curti. Geschrieben 1893 zum vierhundertjährigen Jubiläum der Geburt des Theophrastus Paracelsus. Zürich, Verlags-Magazin (J. Schabelitz), 1894.

** Eugen Frey, Ein Essay über die Dramen Robert Browning's. Winterthur 1893. S. 7.

Beinamen Bombastus eintrug, während seine Ueberhebung und seine rücksichtslosen Angriffe auf die geheiligten Traditionen der Zunft ihm den Haß der Vertreter des Alten und die leidenschaftliche Verehrung eines großen Theils der studirenden Jugend erwarben.

In diese Situation führt uns Curti's Drama. Der Ruf der erfolgreichen Kuren des Paracelsus hat den Freunden desselben — darunter der Humanist und Kirchenreformator Oecolampadius — ermöglicht, seine Ernennung zum Stadtarzt und Professor der Medizin in Basel zu bewirken. Aber trotzdem er auch hier seine Tüchtigkeit als Arzt bewährt und sich in der ärmeren Bevölkerung durch billige oder unentgeltliche Kuren beliebt gemacht hat, ist seine Position doch eine unsichere. Die Masse seiner Kollegen in der Fakultät hassen ihn und nicht minder die Apotheker, deren Charlatanerie und Unwissenheit er geißelt. Dazu kommt, daß Paracelsus in Bezug auf die Religion Worte fallen läßt, die ihn sowohl Lutheranern wie Päpstlichen als Antichrist erscheinen lassen. Er ist eben kein Vermittler und versteht es nicht oder will es nicht verstehen, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Entgegen den Vorstellungen seiner Freunde verbrennt er auf öffentlichem Platze die Werke der beiden größten bisherigen medizinischen Autoritäten: des Kleinasiaten Galenos und des Arabers Avicenna. Durch diesen Akt und die zum Skandal der Zunft in deutscher Sprache gehaltene Begleitrede hilft er selbst der gegen ihn intriguirenden Partei, seine Vertreibung aus der Stadt beim Rath durchzusetzen, während die Fakultät der Universität ihn des Lehramts enthebt. Mehr noch, man will ihn auch des Aufruhrs anklagen, und so läßt sich Paracelsus bewegen, aus Basel zu entfliehen. Er nimmt ein ihm in dem unweit Basel gelegenen Rheinfelden gebotenes Quartier an, aber auch dorthin verfolgt ihn der Haß der in ihrer Eitelkeit und ihrer Erwerbsstellung gekränkten Brüderschaft der Aerzte und Apotheker. Mit Hilfe eines enttäuschten Schülers, der Paracelsus mißverstanden, werden unwissende Bauern gegen ihn aufgehetzt, die ihn im Kampf um einen Stock, in dessen Knauf gemäß einem falsch gedeuteten Wort des Paracelsus der Höllenzauber vermuthet wird, einen Felsen hinabwerfen. Dem Tode nahe vernimmt Paracelsus noch, daß es dem Eintreten seiner Freunde und eines großen Theils der Bürgerschaft für ihn gelungen ist, die Zurücknahme des Ausweisungsbeschlusses zu erwirken, und stirbt versöhnt.

Dieser Schluß stimmt nicht mit dem thatsächlichen Ende des Paracelsus, das erst vierzehn Jahre nach dessen Vertreibung aus Basel erfolgte und kein gewaltsames war. Aber der Dichter hat sich keiner Uebertreibung schuldig gemacht, indem er für vierzehn Jahre unstäten Lebens, getrübt durch das Gefühl, von der Mitwelt verkannt zu sein, die Verkürzung des Lebens durch die mißleitete Unwissenheit setzte, und die Geschlossenheit der Handlung des Dramas hat dadurch bedeutend gewonnen. Paracelsus selbst ist im Drama stark idealisirt, indeß auch hierin können wir Curti nicht Unrecht geben. Einmal ist es wohl schwer, zu unterscheiden, was von den Berichten über seinen angeblich wüsten Lebenswandel auf Wahrheit und was auf lügenhaftem Klatsch beruht — Trotz gegen das Philistervorurtheil und mangelnde Weltklugheit läßt oft Leute als Libertins erscheinen, die zehnmal sittlicher handeln als ihre wohlanständigen Ankläger — und zweitens kommt auf diese menschlichen Schwächen doch so unendlich wenig an, wo der Kämpfer und Reformator zu schildern war. Die Schwäche, die dessen tragisches Ende herbeigeführt, ist von Curti durchaus berücksichtigt und vortrefflich zur Anschauung gebracht worden. Das stürmende Genie, das sich über alle Rücksichten hinwegsetzt, das das Vorurtheil nicht blos bekämpft, sondern unnöthig provozirt, geht zu Grunde nicht ohne eigenes Verschulden, und dies macht das Ende seines Paracelsus zu einem echt tragischen. In dessen Schuld liegt aber zugleich ein Stück von dessen Größe. Er ragt über seine umsichtig-klugen Freunde hinaus, und wenn ihn auch die Mitwelt verkennt, die Bahn ist gebrochen, und er scheidet mit dem Bewußtsein, daß diejenigen seiner Schüler, die ihn verstanden, auf ihr weiter fortschreiten werden.

„Frei sind die Element': ich muß von dannen;
Ihr, meine Schüler, werdet neu sie bannen" —

sind seine letzten Worte.

Aber nicht nur der wissenschaftliche Streiter, auch der Mensch Paracelsus kommt bei Curti zu seinem Recht. Wir sehen ihn als Lehrer sich berufsfreudig seinen Schülern widmen, wir erfahren, wie er als Arzt die Armen und die Ausgestoßenen aufsucht, und obwohl ein Liebesverhältniß des Paracelsus zu der voller Verehrung zu ihm aufblickenden Nichte des stolzen Domherrn von Lichtenfels nur als Episode dem Drama eingefügt ist, bereichert es dasselbe doch u. A. um eine der denkbar anmuthigsten Szenen: Paracelsus führt seine Brigitte in die — im Mittelalter so seltene — verständniß- und liebevolle Betrachtung des Lebens und Webens in der Natur, in seine naturhistorisch-theosophische Weltbetrachtung ein.

Von anderen Personen des Dramas sind vor Allem die beiden Famuli Toxites und Oporinus zu nennen, die sehr gut den Gegensatz in der Anhängerschaft des Paracelsus veranschaulichen: der Eine begeisterter Jünger einer neuen Lehre und treuer Beistand des Meisters in der Stunde der Gefahr, der Andere der blos auf äußerliche Erfassung und lukrative Verwerthung ihrer Resultate bedachte Nachläufer, der zum Verräther wird, weil er sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Das gelehrtthuende Zopfthum erhält im „stupiden" Professor Stupanus, die um ihre bequem erlangten Sporteln besorgte Gevatterschaft von Doktor und Apotheker im Arzt Saponarius und im Apotheker Buochberg eine drastische Vertretung. Die Letztgenannten im Verein mit dem Famulus Oporinus sind es, die den Tod des Paracelsus herbeiführen. Die Patrizierschaft Basels wird durch den Domherrn von Lichtenfels, das Bürgerthum durch den für Paracelsus eintretenden Bäcker Läublin repräsentirt.

Der Szenenbau ist einfach, die Handlung lebendig und schreitet nach trefflicher Einführung in beständiger Steigerung der Katastrophe zu. Der zweite Akt schon, der die Verbrennung der Werke der alten Autoritäten bringt, muß bei einigermaßen guter Regie sich äußerst wirksam gestalten, der dritte bringt die Gegenagitation des Dreigespannes Fakultät, Aerzte und Apotheker mit dem vorläufigen Sieg wider Paracelsus. Wohl spielt sie selbst sich hinter der Szene ab, aber wechselnde und immer lebhafter einsetzende Berichterstattung, unterbrochen durch Eindringen der Feinde in das Studierzimmer des Paracelsus halten die Spannung im Fluß. Im vierten Akt sehen wir Paracelsus im Exil, aber während er sich in Sicherheit wähnt und dem neuen Aufenthalt die schönsten Seiten abzugewinnen sucht, wird, da in Basel sich der Umschwung vorbereitet, ein neuer Anschlag gegen ihn geschmiedet, diesmal gegen sein Leben. Der fünfte und letzte Akt bringt die Ausführung des Anschlags, und in einer zweiten Szene den Tod des Paracelsus.

Die Sprache ist markig und gedankenreich, sie lehnt sich an die Ausdrucksweise der Zeit an, ohne doch je an Verständlichkeit einzubüßen. In besonders bewegten Szenen bedient sich Curti der metrischen Redeform, und zwar, dem Gegenstand angemessen, des deutschen Reims. Durch dieses Mittel und durch die angeordneten Unterbrechungen beugt Curti auch geschickt der ermüdenden Wirkung vor, welche die lange Ansprache des Paracelsus im zweiten Akt etwa hätte bewirken können. Jetzt ist gerade diese Ansprache, die die Irrthümer der alten Medizin aufzählt und in die bedeutsamen Worte ausklingt:

„Mir nach und nicht ich euch! Mein ist die Zeit;
Philosophie ist jetzt Erfahrenheit —"

eine Perle des Dramas.

Wir hätten nur wenige Aussetzungen an demselben zu machen, und diese sind nicht wesentlicher Natur. Daß Curti den Gegensatz zwischen Paracelsus und den Zunftgelehrten kräftig markirte, war gewiß richtig; aber wenn Ersterem als Typus der Letzteren nur der Geck Stupanus und der unwissende Schuft Saponarius gegenübertreten, so fehlt uns der doch auch in Betracht kommende überzeugte pedantische Klauber am Alten. Und weiter hätten wir die wenigen Monologe des Dramas gern noch weiter reduzirt gesehen. Wir gehen nicht soweit, das Selbstgespräch ganz aus dem Drama verbannen zu wollen, aber seit Ibsen und Andere uns seine Entbehrlichkeit so trefflich „durch Erfahrenheit" haben erkennen lassen, stört er uns überall da, wo er nicht wirklich ein Hilfsmittel der Kunst ist, einem starken inneren

Leben Worte zu verleihen, das sich auf keine andere Weise zum vollen Verständniß bringen läßt. Das ist aber z. B. von dem Selbstgespräch des Apotheker Buochberg im vierten Akt kaum der Fall, im Gegentheil bringt gerade dieses Buochberg in etwas bedenkliche Verwandtschaft zum überwundenen Theaterbösewicht, was hätte vermieden werden können, wenn im Wechselgespräch mit einem gleichgesinnten Begleiter der Gedanke, die Bauern zum gewaltthätigen Angriff auf Paracelsus aufreizen zu lassen, in Buochberg vor dem geistigen Auge des Zuschauers erweckt und bis zum Entschluß gefördert wordert wäre. Der Anschlag selbst steht natürlich durchaus nicht im Widerspruch mit den Sitten der Epoche.

Ob der „Paracelsus" Curti's seinen Weg auf der offiziellen Bühne machen wird, muß abgewartet werden. Er behandelt einen Stoff, an dem das Bürgerthum einst selbst sich Begeisterung holte, und in der Medizin und den Naturwissenschaften mag man unter Umständen selbst heute noch den Neuerer gelten lassen. Bei der unbestreitbaren dramatischen Wirksamkeit des Stücks stünde also ein plausibles Hinderniß seiner Aufführung auf Stadt- und selbst Hoftheatern nicht im Wege. Aber selbst wenn es dort Eingang findet, ein seinem Geiste kongeniales Publikum wird es unseres Erachtens nur auf wirklichen Volksbühnen finden, bei einem Publikum, dem das Stück nicht nur eine wirksam veranschaulichte Reminiszenz, sondern lebendige Gegenwart, nicht nur das alte, sondern das neue Lied ist. Dort müßte es zünden, und in dieser Ueberzeugung sei es den Leitern derselben bestens empfohlen. —eb.

Notizen.

Die Arbeitsinspektoren in den Fabriken und Werkstätten.* Unter diesem Titel hat Dr. Cyr. van Overbergch ein Buch erscheinen lassen, in dem er die Arbeiterschutzgesetzgebung und das zu ihrer Ueberwachung eingerichtete Inspektorat in den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern: England, Deutschland, Frankreich, Oesterreich und die Schweiz, behandelt. Der Verfasser schöpfte seine Studien nicht blos aus der einschlägigen Literatur der verschiedenen Staaten, er hat auch auf mehrjährigen Reisen persönliche Beziehungen zu den auf diesem Gebiete vorzugsweise thätigen Persönlichkeiten angeknüpft und sich Belehrung und Aufklärung zu verschaffen gesucht.

Die Einleitung bildet ein kurzer historischer Ueberblick über die Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse seit dem dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert bis zur Erfindung der Dampfmaschine und der aus dieser resultirenden ökonomischen Umwälzung, welche das Bedürfniß der Arbeiterschutzgesetzgebung erzeugte. Auf eine Schilderung der Kämpfe, die in den verschiedenen Ländern schließlich zur Einführung einer Arbeiterschutzgesetzgebung führten, läßt sich der Verfasser nur nebenher ein. Der Leser, der eine solche Darlegung erwartet, wird sie nicht finden, sie würde auch erfordert haben, daß statt des einen Bandes mindestens zwei erschienen wären. Ebenso läßt der Verfasser die Schritte und Agitationen unberücksichtigt, die gemacht wurden, um zu weitergehenden Resultaten zu gelangen, als sie durch die bestehenden Gesetze erzielt wurden. Er beschränkt sich darauf, die fertigen Resultate, wie sie in den vom Gesetz anerkannten Arbeiterschutzbestimmungen der erwähnten Länder zum Ausdruck kamen, darzulegen. Im Weiteren giebt er eine Darlegung der Einrichtungen des Inspektorats in den einzelnen Ländern, das er auf seine Zulänglichkeit kritisirt und prüft.

Das günstigste Urtheil hat der Verfasser für die englische, dann für die österreichische, schließlich für die schweizerische Inspektion, ein Urtheil, dem wir uns

* Les inspecteurs du travail dans les fabriques et les ateliers, études d'économie sociale par Cyr. van Overbergch, Docteur en Droit, commissaire d'arrondissement a Courtray. Louvain et Paris 1893.

anschließen mit der Einschränkung, daß wir das Lob nicht theilen, das er dem österreichischen Zentralinspektor Migerka zollt. Nach unserer Meinung ist die Thätigkeit der österreichischen Bezirksinspektoren mehr zu loben, als jene des Zentralinspektors, der auf seine Untergebenen vielmehr einen gewissen kalmirenden Einfluß ausübt.

Die Schlußbetrachtungen in dem Buche enthalten allgemeine Auseinandersetzungen des Verfassers über die praktische Thätigkeit des Arbeitsinspektorats in seinen verschiedenen Beziehungen. Des Weiteren spricht sich der Verfasser für die Anstellung von intelligenten Arbeitern als Unterinspektoren, und in Betrieben, in denen ausschließlich oder überwiegend Frauen beschäftigt sind, für die Anstellung von weiblichen Inspektoren aus. Die Frage: ob die Vorschriften für die Ueberwachung der Betriebe durch die Gesetzgebung oder auf dem Verwaltungswege durch die Regierungen zu erlassen seien, beantwortet er dahin, daß der allgemeine Rahmen für die Thätigkeit der Inspektoren durch die Gesetzgebung vorgeschrieben werden solle, damit es den der Institution ungünstig gesinnten Ministern unmöglich gemacht werde, die Thätigkeit der Inspektoren einzuengen. Dagegen solle die Ausführung im Einzelnen, wie sie durch Zeit und Umstände und Veränderungen in der Produktionsform als nöthig sich herausstellten, der Machtvollkommenheit der betreffenden Ministerien überlassen bleiben. Die Hauptsache aber wird stets sein, daß erstens zum Inspektorat geeignete Persönlichkeiten ausgewählt werden, die sich ihrer Aufgabe voll bewußt sind; zweitens, daß die hauptsächlich dabei interessirte Arbeiterklasse durch ihre Organisationen und ihre Vertreter scharfe Wacht hält, wohlwollende Absichten der Inspektoren unterstützt, übelwollende oder laxe Thätigkeit derselben aber denunzirt und bekämpft. Nothwendig erscheint dem Verfasser auch eine Zentralisation der Inspektorenthätigkeit unter einer gemeinsamen Leitung, wie sie Oesterreich, nicht aber Deutschland besitzt; eine Anschauung, der ebenfalls zuzustimmen ist. Des Weiteren erkennt er als nothwendiges Erforderniß an, daß kein Inspektionsbeamter selbst Gewerbetreibender sei, noch in irgend einer persönlichen Beziehung zu einem gewerblichen Unternehmen stehe, damit auf seine Unparteilichkeit kein Makel falle.

Wenn Kardinal Manning das herannahende zwanzigste Jahrhundert als die Aera der Arbeiter bezeichnete, so glaubt van Overbergh das zu Ende gehende neunzehnte Jahrhundert als das Zeitalter der Arbeiterschutzgesetzgebung bezeichnen zu können. Nun wohl, „Arbeiterschutz" ist heute eines der Schlagworte, dem Jeder sich beugt, ein Begriff, für den einzutreten Jeder erklärt, der sich mit sozialen und ökonomischen Fragen beschäftigt. Das „warme Herz" für die Arbeiter spielt heute in den Diskussionen über soziale Fragen eine erhebliche Rolle, und es gilt als eine schwere Beleidigung, an dem „warmen Herzen" gewisser Leute für das Wohl der Arbeiter zu zweifeln. Es soll auch nicht bestritten werden, daß in Folge der fortgesetzten Agitationen, insbesondere in der Arbeiterklasse, die letzten Jahrzehnte eine Reihe von Fortschritten in der sozialen Gesetzgebung aufzeigen, die frühere Jahrzehnte nicht kannten, aber was geschah, ist wenig im Verhältniß zu dem, was geschehen müßte. Die Gesetzgebung trödelt weiter hinter dem Bedürfniß einher, und das „warme Herz" der Besitzenden und Herrschenden erweist sich mit jedem Tage unzulänglicher gegenüber dem Verlangen der Ausgebeuteten nach Hilfe und Gerechtigkeit.

Eine Arbeit wie die vorliegende ist auch von dem Standpunkt aus zu begrüßen, daß sie zeigt, wie viel noch zu thun übrig bleibt, um die bescheidensten Anforderungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Ueberwachung zu befriedigen. Hierin sieht es noch überall schlimm aus, am schlimmsten unter den großen Industriestaaten in Deutschland und Frankreich, jenen beiden Staaten, die auf einem anderen Gebiete, dem der immer stärkeren Vermehrung der stehenden Heere und der Vervollkommnung der Mordwerkzeuge, eine nie dagewesene Rivalität entfalten.

Nun, das neunzehnte Jahrhundert eilt seinem Ende entgegen. „Das Zeitalter der Aera der Arbeiter", um mit Kardinal Manning zu reden, dürfte eintreten, ehe noch das Zeitalter der Arbeiterschutzgesetzgebung seine Mission erfüllt hat.

A. Bebel.

Ein amerikanischer Gouverneur über die Behandlung der Arbeitslosen. L. D. Lewelling, der der amerikanischen Volkspartei angehörende Gouverneur von Kansas, hat folgenden Erlaß an alle Polizeibehörden seines Staates gerichtet:

An die Polizeikommissäre!

Während der Herrschaft der Königin Elisabeth waren die Heerstraßen des Landes mit großen Schaaren arbeitsloser Armen bevölkert, welche gehetzt und verfolgt, öfters in brutaler Weise durchgepeitscht, manchmal als „Vagabunden" summarisch gehängt wurden. Kurz vor der großen Revolution bestand in Frankreich für das Verbrechen, arm und arbeitslos zu sein, die Strafe bei der ersten Verurtheilung in einem Jahre Galeerendienst, beim zweiten Male in lebenslänglicher Galeerensklaverei. Hierzulande hat die Monopolisirung kraft- und arbeitsparender Maschinen und ihre Verwendung zur Förderung eigennütziger Zwecke statt zum gesellschaftlichen Nutzen, mehr und mehr Menschen überflüssig gemacht und eine stehende Armee Arbeitsloser geschaffen, die selbst in sogenannten guten Zeiten mindestens eine volle Million arbeitsfähiger Männer erreicht. Und trotzdem herrschte noch vor Kurzem die allgemeine Ansicht, und außer bei den Arbeitern selbst und anderen denkenden Menschen herrscht sie noch überall, daß jeder arbeitsfähige und arbeitswillige Mensch stets Arbeit finden könne, und Sektion 571 des allgemeinen Gesetzbuchs vom Jahre 1889 steht als beschämender Zeuge dafür, wie barbarisch selbst wir in Kansas die unglücklichsten unserer Brüder behandeln.

Der Mensch ohne Arbeit und Geld ist durch dieses Gesetz dem Gauner gleichgesetzt. Durch diese Bestimmungen und durch städtische Erlasse desselben Sinnes sind Tausende von Männern, deren einzige Schuld die Armuth, deren einziges Verbrechen das Suchen nach Arbeit war, in die Gefängnisse geworfen, oder als städtische Sklaven zum Steineklopfen verurtheilt worden, weil Unkenntniß der ökonomischen Gesetze die Grausamkeit in uns entwickelte. Die Armen und Unterdrückten waren die Opfer; für sie ist das Polizeigericht die letzte Instanz, denn sie können keine Bürgschaft stellen und appelliren. Die geschäftige Welt, die keine Zeit zum Besuche der Gefängnisse übrig hat, bekümmert sich nicht um sie. Sie sind zu arm, um mit ihren Unterdrückern einen Rechtsstreit zu beginnen, und daher ist noch niemals der Schmerzensschrei dieser Unterwelt menschlichen Elends dem Apellhof zu Ohren gedrungen, denn es ist Niemand seines Bruders Hüter.

Aber die erste und höchste Pflicht Jener, die in Amt und Ehren sitzen und die Gewalt in Händen haben, ist es, für die Armen und Unterdrückten zu sorgen. Die Pflicht der Regierung ist es, nach dem Schwachen zu sehen. Macht wird zur teuflischen Tyrannei, wenn sie dem Hilflosen keinen Schutz gewährt. Meine Pflicht ist es, darauf zu achten, daß die Gesetze befolgt werden, und unter diesen Gesetzen steht die Bestimmung oben an, daß keine Behörde des Staates irgend einer Person innerhalb des Bereiches ihrer Gewalt den Schutz der Gesetze versage.

Ist es vielleicht nothwendig zu betonen, daß dieser gleiche Schutz des Gesetzes da nicht vorhanden ist, wo dieses unmenschliche Landstreichergesetz durchgeführt wird? Es theilt die Menschen in zwei Klassen, die Armen und die Wohlhabenden, und stempelt jene zu Verbrechern. Nur die letzteren dürfen Anspruch erheben auf die Freiheit, welche die Konstitution garantirt. „Ohne sichtbare Subsistenzmittel oder legitime Beschäftigung" zu sein, ist gegenwärtig das unfreiwillige Loos von Millionen von Menschen, und im Namen des Gesetzes bestrafen wir sie, weil sie die Opfer der Verhältnisse sind, die wir, als Volk, ihnen aufgedrängt haben.

In Berichten von Polizeigerichten habe ich gelesen, daß „Schlafen in einem Güterwagen" eine der Formen jenes abscheulichen Verbrechens ist, welches Armuth heißt. Einige unserer Polizeirichter haben sich eine Macht angemaßt, welche den höchsten Beamten des Staates oder der Nation nicht zukommt, und diese Opfer industrieller Verhältnisse ohne Weiteres „aus der Stadt gewiesen".

Nach Belieben von Ort zu Ort zu ziehen, um Arbeit zu suchen oder auch nur um einer Laune zu huldigen, ist ein Theil jener persönlichen Freiheit, welche die Konstitution der Vereinigten Staaten jedem menschlichen Wesen auf amerikanischem

Boden gewährt. Selbst freiwilliger Müßiggang ist nicht verboten. Wenn ein Diogenes die Armuth suchte, wenn ein Kolumbus vorzog zu darben und eine neue Welt zu finden, statt eine „legitime Beschäftigung" zu suchen, kann ich nicht einsehen, wo eine Legislatur oder ein Stadtrath sich das Recht hernimmt, ihm zu verbieten, nach eigener Art glücklich zu werden, solange er nicht seinen Nebenmenschen Schaden zufügt. Begeht Jemand ein Unrecht, mag er verhaftet und bestraft werden, ob reich oder arm, aber die Armuth muß aufhören ein Verbrechen zu sein.

In einigen Städten ist es Brauch und Gesetz, daß, wenn die Geldstrafe nicht bezahlt werden kann, welche das Polizeigericht verhängt, der Schuldige als städtischer Sklave die Schuld abtragen muß durch Arbeit, und Steinhaufen und Viehhöfe werden angelegt, um dies durchzuführen. Es scheint mir demnach, daß diese Sklaverei nicht als Strafe auferlegt, sondern einfach zur Eintreibung von Schulden betrieben wird.

Solche städtische Gewaltmaßregeln stehen in flagrantem Widerspruch zu den konstitutionellen Verboten. Das Steineklopfen hätte niemals eingeführt werden dürfen, um den Armen und Verstoßenen auszubeuten.

Mögen diese Reliquien des vergangenen Zeitalters der Sklaverei in Zukunft nicht mehr die Städte Kansas' entwürdigen. Möge kein Weihnachtstag mehr sehen, wie Steineklopfen die Strafe für das Verbrechen ist, arm und heimathlos zu sein, und möge dieses Verbrechen selbst verschwinden.

Wir erwarten zuversichtlich, daß ihre eigene Achtung vor der konstitutionellen Freiheit und ihre eigenen menschlichen Gefühle die Polizeibeamten bestimmen werden, in Zukunft diese Aufforderung sowohl dem Geist wie dem Buchstaben nach zur Ausführung zu bringen. L. D. Lewelling, Gouverneur.

Zur Entwicklung der Presse. In der bekannten amerikanischen Revue „The Forum" veröffentlichte jüngst ein Herr J. Speed einen interessanten Artikel über die Verschlechterung der New Yorker Presse seit der Uebernahme der „New York World" durch den ungarischen Journalisten Pulitzer. Dieser gewandte Abkömmling aus dem Geschlechte der Schmock brachte durch Pflege und Ausbildung der Klatschrubriken das genannte Blatt vom Stadium chronischer Abonnentenschwindsucht zu ungeahnter finanzieller Blüthe, und die Konkurrenz, die Produzentin alles Guten, Schönen und Edlen, zwang die Redaktionen der anderen Zeitungen, es ihm nachzumachen. Herr Speed vergleicht, wie viel Kolumnen ihres Texttheils die hauptsächlichsten New Yorker Tageszeitungen am Sonntag den 17. April 1881 den verschiedenen Gegenständen der Informirung ihrer Leser widmeten, und wie viel am Sonntag den 16. April 1893, und erhält dabei folgende Ziffern:

Gegenstände	„Tribune"		„World"		„Times"		„Sun"	
	1871	1893	1871	1893	1871	1893	1871	1893
Leitartikel und redaktionelle Notizen . .	5	5	4,75	4	6	5	4	4
Wissenschaftliche Nachrichten	1	0,75	—	2	1	—	—	2,50
Politische Nachrichten .	3	3,75	—	10,50	1	4	1	3,50
Literarische Nachrichten	15	5	1	2	18	12	5,75	6
Persönlicher Klatsch .	**1**	**23**	**1**	**63,50**	**0,50**	**16,75**	**2**	**13**
Skandal	—	1,50	—	1,50	1	2,50	—	2
Verbrechen und Verbrecher	—	0,50	—	6	—	1	—	—
Sport	**1**	**6,50**	**2,50**	**16**	**3**	**10**	**0,50**	**17,50**
Geschichtliches . . .	2,50	2,50	2,75	4	2,50	1,50	4,25	14
Musik und Drama . .	2,50	4	1,50	11	4	7	—	3,50
Kunst	1	1	3	3	2	—	0,25	1,25
Romane, Erzählungen u. s. w.	—	7	1,50	6,50	1	1,50	—	11,50
Religion	2	—	0,75	—	1	—	0,50	1

Man beachte vor Allem den Aufschwung der Rubriken „Persönlicher Klatsch“ und „Sport“, dann der Rubriken „Musik und Drama“ und „Erzählungen“, und halte dagegen, wie in den beiden ernsthafteren Zeitungen „Tribune“ und „Times“ der Raum für literarische Notizen und Besprechungen zusammenschmilzt, wie gering seine Zunahme in „World“ und „Sun“, trotzdem die letztere ihren Texttheil um das Vierfache, die erstere den ihrigen sogar um das Siebenfache — von 18,75 Kolumnen auf 130 Kolumnen — erhöht haben.

In dieser Vermehrung des dem Volke gebotenen Lesestoffes erblicken die Optimisten die Entschädigung für die unleugbaren Schattenseiten der modernen Journalistik. Aber es kommt nicht darauf an, wie viel einer liest, sondern wie viel er geistig bewältigt, und da die meisten Leser zunächst die leichteren Rubriken durchzunehmen pflegen, ist ihr Aufnahmevermögen schon halb erschöpft, ehe sie dazu kommen, sich den besseren Unterhaltungsobjekten zuzuwenden. Den Zeitungen nur Schlechtes nachzusagen, kann keinem vernünftigen Menschen einfallen, aber das Gute, was sie in Bezug auf die Demokratisirung des geistigen Lebens leisten, wird durch so viel den Geist tödtende Beigaben, die Nahrung, die sie bieten, durch so viel überreizende und entnervende Gewürze verdorben, daß man kein Reaktionär zu sein braucht, um den Moment herbeizusehnen, wo dieser Fortschritt, der außerdem die Presse erst völlig zur Geldspekulation gemacht, an seinen eigenen Uebertreibungen zusammenbricht.

—eh.

Feuilleton.

Deutsche Geschichte.

Von **F. Mehring.**

Karl Lamprecht, **Deutsche Geschichte.** Erster Band 1891. Zweiter Band 1892. Berlin, R. Gärtner's Verlagsbuchhandlung, Hermann Heyfelder. Preis jedes Bandes 6 Mark.

I.

Für den aufmerksamen Beobachter ist es seit einiger Zeit nicht mehr zweifelhaft, daß sich in der bürgerlichen Geschichtschreibung eine gewisse Wendung zum Besseren vollzieht. Die Orgien der preußischen Geschichtsklitterung hatten in Treitschke und seinen Schülern einen Gipfel erklommen, der unmittelbar ins Reich der Narrheit reichte und die preußisch-reaktionären Interessen ernsthaft gefährdete. Gegen den Götzendienst, den Treitschke mit Friedrich Wilhelm III. trieb, einem der beschränktesten nicht nur, sondern auch einem der böswilligsten Menschen, die das neunzehnte Jahrhundert verunziert haben, empörte sich selbst Kaiser Friedrich — trotz seines hochgesteigerten hohenzollern'schen Selbstbewußtseins. In voller Höhe steht jener Gipfel nur noch in der rückständigsten Form der preußischen Geschichtsklitterung, in der Literarhistorie der Erich Schmidt, August Sauer, Otto Brahm und Konsorten. In der politischen Geschichtschreibung haben die jüngeren Borussen einen gewissen Rückmarsch angetreten, so beispielsweise Max Lehmann in seiner Biographie Scharnhorst's. Sie halten es nunmehr in Sachen der historischen Wahrheit mit dem, was nach einem bekannten Scherzwort die bayerischen Soldaten im Kriege von 1870 „moderirt Verwüschten“ genannt haben sollen.

Gewonnen ist damit freilich noch nichts, weder politisch noch wissenschaftlich, im Gegentheil eher etwas verloren insofern, als die preußische Geschichtsklitterung um so gefährlicher werden kann, je mehr sie sich äußerlich mit der Wahrheit auf einen erträglichen Fuß zu setzen versucht. Ganz anders aber steht es um die sogenannte „wirthschaftsgeschichtliche Schule“, deren namhaftester Vertreter der Geschichtsprofessor Karl Lamprecht in Leipzig ist. Sie in der That stellt einen

bedeutenden und bedeutsamen Fortschritt der bürgerlichen Geschichtschreibung dar. So fern sie auch noch grundsätzlich der materialistischen Geschichtsauffassung steht, so erkennt sie doch an, daß in jedem Zeitalter der Geschichte der Inhalt des Geisteslebens aus materiellen und sozialen Voraussetzungen bald in höherem, bald in geringerem Grade abgeleitet werden muß. Sie hat damit einen Standpunkt gewonnen, der eine wissenschaftliche Auffassung und Behandlung der Geschichte gestattet. Lamprecht's „Deutsche Geschichte" ist der erste wissenschaftliche Versuch, die historische Entwicklung unseres Vaterlandes in dem wirklichen Spiel ihrer Ursachen und Wirkungen darzustellen, und soweit die beiden ersten Bände des auf sieben Bände berechneten Werkes ein Urtheil gestatten, ist dieser Versuch in hohem Grade gelungen. Wir hätten es gern der bürgerlichen Presse überlassen, eine für ihre Klasse so ehrenvolle Leistung nach Gebühr hervorzuheben, aber soweit wir ihre Organe von der „Kreuzzeitung" bis zur „Nationalzeitung" und von der „Nationalzeitung" bis zur „Frankfurter Zeitung" verfolgt haben, beschränken sie sich darauf, Lamprecht's Werk mit der Handvoll banaler Lobesphrasen abzufertigen, die dem deutschen Professor von Rechtswegen gebühren. So wollen wir denn in dem „populären Organe der Marxisten" dem Werke gerecht zu werden suchen, auch auf die Gefahr hin, durch unsere „Voreiligkeiten" einmal wieder „viel Unheil" anzurichten.

Wir sagten schon, daß Lamprecht grundsätzlich der materialistischen Geschichtsauffassung noch fern steht, und manchmal baumelt ihm der idealistische Zopf wirklich etwas lang im Nacken. So gleich in der einleitenden Skizze „Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins", die wir gern vermissen würden, und nicht nur, weil sie die „Kriegsthaten Friedrichs des Großen" ganz nach Sybel-Treitschke mit den bürgerlichen Klassikern zusammenkoppelt. So wenn er im Werke selbst die Forderung der Cimbern und Teutonen nach Land als einen „Idealismus" feiert, „der späterhin den Parzival Wolfram's, den Typus des mittelalterlichen Menschen, ausgezeichnet habe und auch heute noch nicht auf deutscher Erde erstorben sei". So wenn er in den Gefolgschaften der germanischen Häuptlinge, den ersten Ansätzen zu jenem Landsknechtswesen, das später der Fluch und die Schmach Deutschlands werden sollte, „einen der großartigsten Züge spezifisch germanischer Lebensauffassung, den Zug der Treue" entdeckt. So wenn er, hieran anknüpfend, in kunterbunter Durcheinanderwürfelung der verschiedensten Dinge schreibt: „Die Treue war unseren Altvorderen nie eine besondere Tugend, sie war der Lebensodem alles Guten und Großen: auf ihr beruhte der Lehnsstaat des früheren, auf ihr das Genossenschaftswesen des späteren Mittelalters, und wer wollte sich die militärische Monarchie der Gegenwart denken ohne Treue?" So wenn er eine Aehnlichkeit zwischen den Kinnen Karls des Großen und Bismarck's entdeckt und diesen dabei kurzweg zum „Schöpfer der neudeutschen Einheit" ernennt.

Wir könnten noch eine ganze Reihe solcher idealistischer Sprünge anführen, doch sehen wir davon ab, da wir durch ihre Aufzählung nicht im Entferntesten von der Lektüre des Werkes abschrecken möchten. Wir heben sie vielmehr hervor, um die Schlußfolgerung daraus zu ziehen, daß sie Lamprecht's Arbeit nicht wesentlich schädigen. Der himmelweite Unterschied zwischen ihm und den preußisch-deutschen Geschichtsklitterern besteht darin, daß diese nach der Einbildung spezifisch germanischer oder spezifisch hohenzollern'scher Tugenden die Geschichte modeln oder gar fälschen, während bei Lamprecht die idealistischen Schrullen sozusagen rudimentäre Organe sind, nicht zwar nützliche, aber auch nicht weiter schädliche Ueberbleibsel einer von ihm in der Hauptsache schon überwundenen Entwicklung. Er ist ein viel zu ehrlicher und gewissenhafter Forscher, um davon seine that-

sächliche Darstellung beeinflussen zu lassen. Wenige Seiten nach dem „Schöpfer" Bismarck sagt er von dem Kaiser Karl: „Die Geschicke der Nationen, denen es überhaupt vergönnt ist, sich auszuwirken, gehen ihren eigenen Weg nach ihnen innewohnenden Gesetzen, und auch ihre hervorragendsten Söhne haben dem gegenüber nicht mehr Freiheit eigenen Wirkens, als etwa der Durchschnittsmensch Willensfreiheit besitzt gegenüber der kleinen Welt seiner Umgebung". Er weist dann auch an anderer Stelle nach, wie sich der Begriff der Treue je nach den Umwälzungen der wirthschaftlichen Zustände sehr verschieden gestaltete. In einem der vortrefflichsten Abschnitte seines Werkes deckt er den rein ökonomischen Ursprung des Lehnswesens auf und seine regelmäßige Wiederkehr unter den gleichen ökonomischen Voraussetzungen, nicht nur wo die „spezifisch germanische" Lebensauffassung herrscht, sondern auch im Makedonien Philipps und Alexanders, im sassanidischen Persien, im japanischen Reiche noch unseres Jahrhunderts. Und aus seiner Darstellung geht auch mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit hervor, daß wenn das Lehnswesen sich aus ökonomischer Grundlage entwickelte, sein ideologischer Ueberbau nicht die Treue, sondern die Untreue des Lehnsmanns gegen den Lehnsherrn war, daß es die Ansätze zu einer nationalen Monarchie nicht förderte, sondern immer wieder zerstörte. Genug: die wirthschaftsgeschichtliche Auffassung Lamprecht's beleuchtet seinen Weg zu klar, als daß die Irrlichter von idealistischen Mucken, die rechts und links auftauchen, irgend einen denkenden Leser in die Sümpfe locken könnten.

Was mit dieser Auffassung gerade auch für die deutsche Geschichte erreicht ist, zeigt ein Vergleich von Lamprecht's Werke mit Giesebrecht's deutscher Kaisergeschichte. Die Zeit bis zum Anfange der Staufer, zu deren Darstellung Giesebrecht vier dicke Folianten gebraucht, bewältigt Lamprecht in zwei schlanken Bänden, und mit welch ganz anderem Erfolge, mit welch ganz anderer Durchsichtigkeit und Klarheit! Eine end- und gliederlose Masse ewiger Prügeleien, ohne jede historische Perspektive, im Großen und Kleinen verfälscht durch das, sei es noch so redliche Bestreben, an der Hand bürgerlicher Begriffe von Gesellschaft, Kirche und Staat ein Verständniß für die gesellschaftlichen, kirchlichen und staatlichen Zustände des Feudalismus zu gewinnen: so wälzt sich die mittelalterliche Geschichte noch bei Giesebrecht und gar bei dessen Vorgängern dahin. Dagegen von dem wirthschaftsgeschichtlichen Standpunkte aus, den Lamprecht genommen hat, theilen sich die Massen leicht und sicher; wir gewinnen die historische Perspektive, die uns gestattet, jede einzelne Erscheinung an ihren richtigen Ort zu stellen; unter dem öden Einerlei des mittelalterlichen Mord und Todtschlags entdecken wir das Walten einer gesetzmäßigen und sehr lehrreichen Entwicklung. Weit entfernt auch, daß auf diesem Wege die blassen Schemen der mittelalterlichen Menschen, die in der ideologischen Historie umherspuken, vollends in Nebel zerfließen, werden sie vielmehr überhaupt erst zu erkennbaren Individualitäten.

Der erste Band Lamprecht's reicht von der germanischen Urzeit bis zur Karolingischen Periode. In der Schilderung der Urzeit steht Lamprecht vollständig auf dem Boden von Morgan's Forschungen; wenn er statt des Urzustandes regelloser Geschlechtsverkehrs, den Morgan annimmt, sich „als Keim aller späteren Bildungen nichts Anderes denken" kann, „als ein erstes Elternpaar", so ist das eben auch nur ein Ueberlebsel idealistisch-religiöser Auffassung, das Lamprecht dazu benutzt, dem bürgerlichen Philister die Blutsverwandtschaftsfamilie mundgerecht zu machen. In der That: um aus dem ersten Elternpaare „eine nationale Zukunft herbeizuführen, blieb nichts übrig, als geschlechtlicher Verkehr der Kinder untereinander". Abgesehen von dieser kleinen Schwäche,

untersucht Lamprecht an der Hand Morgan's mit logischer Konsequenz und umfassendem Wissen die germanische Vorzeit und gelangt dabei zu einer langen Reihe der interessantesten Ergebnisse. Wir können hier nicht näher darauf eingehen, sondern müssen auf das Buch selbst verweisen. Gegen manche Einzelheiten wird sich manches einwenden lassen, wie es bei den langwierigen, schwierigen und noch keineswegs abgeschlossenen Untersuchungen, die dabei mitspielen, nicht wohl anders sein kann. Aber im Ganzen und Großen giebt Lamprecht zum ersten Male ein anschauliches und anziehendes Bild der germanischen Vorzeit; hier steht er praktisch auf dem Boden des historischen Materialismus und entwickelt Recht, Sitte, Religion, Kriegs- und Staatsverfassung, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, aus der Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens.

In der Hundertschaft, von der Cäsar und Tazitus berichten, sieht Lamprecht die bereits vaterrechtlich organisirte Gens, in der Völkerschaft den gentilizischen Stamm. In den Jahrhunderten der Völkerwanderung erhalten sich beide vorwiegend als militärische Einheiten. Sobald die Hundertschaft sich aber auf ihrem Beuteantheil an Land seßhaft gemacht hat, entwickelt sie sich schnell als wirthschaftliche Einheit zur Markgenossenschaft mit weitgehenden ökonomischen Bestrebungen. Aus ihr sondern sich engere Wirthschaftsgemeinschaften aus; Familienhaushalte in sippenweiser Gruppirung, die in ihrer wirthschaftlichen Struktur ein genaues Abbild der Markgenossenschaft geben. Und aus diesen engeren Verbänden entstehen in Gegenden mit besonders intensiver Kultur noch kleinere Verbände, neue Dörfer und Siedlungen, in Verfassung und Recht genau den größeren Verbänden nachgebildet. So die Entwicklung im Mittelalter, und dieses dreifach abgestufte System der Landgemeinden hat sich, wenn auch vielfach umgeformt, bis nahe an die Gegenwart erhalten. Noch bestehen in manchen Gegenden die letzten Nachklänge hundertschaftlicher Markgemeinden in gemeinsamer Verwaltung alter Grenzwälder und fernab liegender Triften; noch weit zahlreicher erhalten blieben die Sippenmarkgemeinden, wie sie zumeist mehrere Dörfer umfaßten, mit ihrem gemeinsamen Wald-, Wasser- und Weide-, ja sogar Flurbesitz, und unter ihnen blühten vor der Einführung der modernen politischen Gemeinde noch allenthalben die Ortsgemeinden nach germanisch-markgenössischem Recht. Indem aber die Hundertschaft aus einer militärischen eine wirthschaftliche Einheit wurde, verfiel auch die ihr militärisch übergeordnete Völkerschaft mit ihren kleinen Heerkönigen, die, auf Krieg, Raub und Herdentrieb begründet, noch völlig nomadischen Zuständen entsprach. Je stärkere Theile der kriegerischen Kraft der Ackerbau an sich zog, um so nöthiger wurden völkerschaftliche Bündnisse, um die gewonnene Heimath zu vertheidigen oder eine neue zu begründen. Sie entstanden zuerst am Rhein, gegenüber der römischen Macht, anfangs lose geknüpft, nur für den Krieg berechnet. Aber das ständige Bedürfniß erfordert stetige Einrichtungen; diese Bündnisse werden immer selbstverständlicher; sie greifen bald über die gemeinsame Ordnung der Kriegsangelegenheiten hinaus. So entstehen neue Stämme, nicht mehr Geschlechts-, sondern Ortsverbände, keine Organisationen der Vergangenheit, sondern der Zukunft. Es war die naturalwirthschaftliche Staatsform der deutschen Nation bis zum Ausgange der salischen Kaiser, bis zum Aufkommen der Städte.

So im eigentlichen Deutschland, in dem römischen Germanien diesseits von Donau und Rhein. Anders wo germanische Völker ins römische Reich einbrachen, um auf den Trümmern der antiken Kultur sich neue Sitze zu gründen. Die Ostgothen in Italien, die Vandalen in Afrika, die Westgothen in Spanien, die Burgunden, später auch die Franken in Gallien standen vor der Aufgabe, mit den

einfachen Mitteln der Gentilverfassung eine Gesellschaft zu beherrschen, die auf einer ungleich höheren, wenn auch noch so verfallenen Produktionsweise beruhte. Sie ‚stürzten, wie Lamprecht sehr gut sagt, aus einem Zustande durchgehender Gemeinfreiheit und gering entwickelten Adels unmittelbar in einen Abgrund uralter gesellschaftlicher Zersetzung, und diese Kluft verschlang den noch auf kollektivistischer Wirthschaftsverfassung erwachsenen Stand der Freien. Die Auftheilung des beanspruchten Landes, in Italien ein Drittel, in Gallien und Spanien zwei Drittel des gesammten Bodens, geschah nach der Gentilverfassung; so sehr hielt der sippenhafte und an genossenschaftliches Leben gewöhnte Germane an dem Gedanken kollektiven Eigenthums fest, daß selbst im Westgothenreiche, wo sich das germanische Wesen am wenigsten dauernd erhielt, der zum Zweidrittelgut eingewiesene Germane und der römische Resteigenthümer des letzten Drittels nur die Aecker theilten, dagegen im Gemeineigen von Wald, Wasser und Weide blieben. Aber die verhältnißmäßig geringe Zahl der Eroberer führte zu ihrer räumlichen Zerstreuung über das ganze Reich, wobei noch sehr große Striche Landes unbesetzt blieben; der verwandtschaftliche Charakter der Gens lockerte sich mehr und mehr, und auch die Versammlung der Freien als die entscheidende Instanz in allen gemeinsamen Angelegenheiten wurde unmöglich. Dies war um so verhängnißvoller, als gleichzeitig der Schutz des neuen Reiches gegen auswärtige Feinde die schnelle Verwandlung des von der Volksversammlung ernannten Heerführers in einen König mit weitgehenden Befugnissen erheischte. Seine Organe fand das neue Königthum in seinem Kriegsgefolge, in den aristokratischen Elementen der unterworfenen Bevölkerung, deren Bildung und Kenntnisse ihm unentbehrlich waren, in den Sklaven und Freigelassenen seines Hofstaats. Es stattete sie aus mit den großen Strecken Landes, die bei der Vertheilung des Bodens unbesetzt geblieben waren. So entstand ein neuer, volksfremder Adel, der auf großem Grundbesitze beruhte und sehr bald durch seine ökonomische Macht aus einem Diener zu einem Herrn des Königs erwuchs. Je höher er aber stieg, um so tiefer sank die Masse der freien Bauern; als Kern des Heeres wurden sie durch die ewigen Bürger- und Eroberungskriege ruinirt, und bald suchten sie den Schutz, den sie beim Könige nicht fanden, bei den neuen Grundherren. Ihnen übertrugen sie ihr Eigenthum und erhielten es zurück als Zinsgut unter verschiedenen und wechselnden Formen, stets aber nur gegen Leistung von Abgaben und Diensten; aus dieser Abhängigkeit ergab sich nach und nach und meist sehr bald der Verlust der persönlichen Freiheit.

Es ist die Entstehung des mittelalterlichen Feudalismus, den wir hier in den allgemeinsten Umrissen gekennzeichnet haben. Für die Fülle der Einzelheiten müssen wir abermals auf Lamprecht's Werk verweisen, dessen betreffende Abschnitte es sich übrigens verlohnt, mit der Abhandlung von Engels über die Staatsbildung der Deutschen im „Ursprung der Familie ꝛc." zu vergleichen. Man wird daraus erkennen, daß die „wirthschaftsgeschichtliche Schule" doch noch ein gutes Stück Weges zur Klarheit und Konsequenz des historischen Materialismus hat. Namentlich der geschichtliche Fortschritt, der sich trotz alledem in diesen Jahrhunderten voll Blut und Elend und Jammer vollzog, scheint uns von Engels viel richtiger, weil viel tiefer erfaßt zu sein als von Lamprecht. An unserem Theile möchten wir hier noch einen Gesichtspunkt betonen, den Lamprecht, wir wollen nicht sagen vernachlässigt hat, denn alle nothwendigen Elemente der richtigen Auffassung finden sich in seiner Darstellung, die auch in dieser Beziehung einen beträchtlichen Fortschritt innerhalb der bürgerlichen Geschichtschreibung bedeutet, aber den er nicht genügend in den Mittelpunkt der historischen Entwicklung gerückt hat, in dem er thatsächlich steht: wir meinen die ökonomisch-soziale Machtstellung der

römischen Kirche im Mittelalter. Die Kirche blieb allein aufrecht in dem ungeheuren Zusammensturze der römischen Kultur, und was von der antiken Produktionsweise noch lebensfähig war, hielt sie in ihrer Hand. Die landläufige Auffassung, daß die Vandalen in Afrika, die Ostgothen in Italien ihr arianisches, d. h. antirömisches Bekenntniß mit dem gänzlichen Untergange gebüßt haben, ist ganz richtig, wenn sich die landläufige Auffassung nur darüber klar wäre, daß die Frage nach Jesu Gottgleichheit oder Gottähnlichkeit, die Streitfrage zwischen dem Arianismus und Romanismus, ebenso die ideologische Wiederspiegelung ökonomischer Gegensätze war, wie tausend Jahre später die Frage nach Jesu Gegenwart im Abendmahle, die Streitfrage zwischen der kalvinischen und der lutherischen Kirche. Der einzige deutsche Stamm, der gleich nach seinem Einbruch ins Römerreich sich zur römischen Kirche bekannte, die Franken, gedieh dagegen bis zur Gründung eines Universalreichs, das noch in seinem Zerfalle der europäischen Entwicklung auf ein halbes Jahrtausend die Bahnen wies. Die Franken genossen unter den deutschen Stämmen weitaus den schlimmsten Ruf und ihr König Chlodwig, der 496 zur römischen Kirche übertrat, war selbst nach den Begriffen seiner unverwöhnten Zeit ein bluttriefendes Scheusal; hatte er doch noch am eigenhändigen Meucheln eine ungetrübte Freude! Für seine Person war seine Taufe nichts als eine pfiffig-plumpe Spekulation auf die Sympathie der katholisch-keltoromanischen Unterthanen der arianisch-germanischen Burgunden und Westgothen, deren Reiche Chlodwig zu erobern gedachte. Aber er und seine Nachfolger gewannen an der Kirche einen Halt, der ihr Reich auch dann noch zusammenhielt, als sich in ihm greuel- und qualvoller als irgendwo anders geltend machte, was Lamprecht mit einem guten Worte „das Verderben der Gesellschaft“ nennt, „die aus dem brutalen Sieg einer jugendlich gebundenen Kultur über eine Zivilisation erstarrenden Alters hervorgeht“. Und als der Verfall des Frankenreichs nicht mehr aufzuhalten schien, da retteten es die Karolingischen Hausmeier der Merovingischen Könige noch einmal durch einen neuen und engeren Bund mit der Kirche.

Briefkasten.

Loge. Der Begriff des Sozialismus ist umfassender als der der Sozialdemokratie. Unter dem Namen des Sozialismus werden alle Bestrebungen zusammengefaßt, die an Stelle der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, die auf dem Privateigenthum an den Produktionsmitteln beruht, eine gesellschaftliche, auf dem Gemeineigenthum an den Produktionsmitteln begründete Produktionsweise setzen wollen. Die verschiedenen sozialistischen Richtungen unterscheiden sich namentlich durch die Art und Weise, wie sie dieses Ziel zu erreichen streben. Die Sozialdemokratie sieht in der politischen Herrschaft des Proletariats im demokratischen Staat das geeignete Mittel, das Privateigenthum an den Produktionsmitteln aufzuheben, und sie sieht in der Staatswirthschaft eines demokratischen, vom Proletariat beherrschten Staates den Ausgangspunkt zur Erreichung der sozialistischen Produktion. Andere sozialistische Richtungen, z. B. der Anarchismus, wollen andere Wege eingeschlagen wissen. — Eine empfehlenswerthe Geschichte des gesammten Sozialismus von seinen Anfängen bis in die neueste Zeit kennen wir nicht. Vielleicht wird Ihren Zwecken Dr. R. Meyer's „Emanzipationskampf des vierten Standes“ entsprechen, eine Geschichte der Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie bis 1874. Weiter geht, aber auch vorsichtiger zu benützen ist Laveleye's „Le socialisme contemporain“, deutsch unter dem Titel „Die sozialen Parteien der Gegenwart“ (1884). Laveleye ist nicht nur parteiisch, sondern verfährt auch mit den Thatsachen höchst ungenirt. Von Malon erschien: Histoire du socialisme depuis les temps les plus réculées jusqu'à nos jours. Paris 1882. Sie enthält viel Material.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 15. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Die Helden des Schillerpreises.

↙ Berlin, 3. Januar 1894.

Die Geberdenspäher und Geschichtenträger dessen, was sich ganz Berlin nennt, haben in den letzten Wochen eine reichliche Ernte einzuheimsen gehabt. Für diese Braven ist Politik auch in der arabesken- und anekdotenhaftesten Form noch eine viel zu ernsthafte Sache; ihrem Gaumen behagt vor Allem der Klatsch, zumal der Klatsch in seinen entwickeltsten Formen: Hofklatsch, Theaterklatsch, Universitätsklatsch. Und ein Ragout von allen dreien, das ist der leckere Schmaus, von dem sich augenblicklich die sogenannte „Gesellschaft von Berlin" nährt.

Der gegenwärtige Kaiser ist ein Mann von eigenen Ansichten und von eigenem Willen. Man braucht seine Ansichten nicht zu theilen, und man braucht sich seinem Willen nicht zu fügen, aber man kann ihn nicht ohne inneres Behagen sein Boot steuern sehen mitten durch die patriotischen Piraten, die ihn als eine konstitutionelle Puppe gar so gern in ihr Schlepptau nehmen möchten. Wie viele dieser enttäuschten Biedermänner sitzen nun schon auf der Sandbank und weinen ihre salzigen Thränen in die salzige Fluth! Mit wie vollen Harfenklängen hatten sie die „Wiederkehr der wilhelminischen Zeiten" begrüßt und wie ist ihnen Kaiser Friedrichs Sohn nun doch so viel verhängnißvoller geworden, als ihnen der gefürchtete und gehaßte Vater bei seinem weichen Wesen jemals geworden wäre!

Kaiser Wilhelm meint mit dem römischen Dichter, daß ihm nichts Menschliches fremd bleiben dürfe, und so interessirt er sich wie für andere Dinge auch für das Theater. Und es ist gewiß ein Zeichen guten Geschmacks, daß ihn das königliche, aber bodenlos langweilige Schauspielhaus nicht weiter anzieht. Er besucht gern die Theater, in denen der kleine Bürgersmann seine Erholung von des Tages Last und Mühen sucht. Und wo diese Theater in gar zu primitiven Räumen hausen, da läßt er die Truppe der Schauspieler in seine Paläste kommen, um ihm und seinem Hofe dieselben Stücke vorzuspielen, an denen sich sonst Gevatter Schneider und Handschuhmacher ergötzt. So spielt das Adolf-Ernst-Theater in einer Budike, die aller kaiserlichen Empfangsräume entbehrt. Flugs wurde die erlesenste Mannschaft dieses Theaters in das Neue Palais bei Potsdam befohlen, um „Charley's Tante", eine derbe, aus dem Englischen übersetzte Posse, dem Kaiser und seinen Gästen, irgend welchen englischen oder russischen Prinzen, vorzuführen. Seitdem ist „Charley's Tante" das größte Zugstück dieses Winters

geworden. Tagtäglich entspinnt sich ein wildes Handgemenge an der Kasse des Adolf-Ernst-Theaters und der schlechteste Platz der entlegenen Vorstadtbühne hat an der Billetbörse einen höheren Kurs, als der beste Platz des königlichen Schauspielhauses.

Aber so sehr es zum „guten Ton" gehört, „Charley's Tante" gesehen zu haben, so sehr gehört es zum „guten Ton", darüber spitze Glossen zu machen. Man erwäge, welches Gift einige Hundert berühmte Mimen und einige Dutzend noch berühmtere Direktoren, die allesammt nicht ins Neue Palais befohlen worden sind, in ihres Herzens gekränkter Eitelkeit ausbrüten können; man erwäge die Schnelligkeit, womit die gutmüthigen Scherze, die aus diesem harmlosen Untergrunde erwachsen sind, in einer durch und durch verklatschten Gesellschaft von Mund zu Munde laufen. Pathetische Gemüther beschwören nun gar den Schatten Voltaire's, für dessen Tragödien König Friedrich ehedem den Schauspielsaal des Neuen Palais erbaut hat. Aber wir glauben, daß der alte Spötter in sein allerherzhaftestes Gelächter ausgebrochen wäre, wenn er „Charley's Tante" da hätte ihre Mätzchen machen sehen, wo seine Merope und Semiramis ihre tragischen Gesten vollführten. Voltaire verstand Spaß und er hatte eine gar feine Nase für den historischen Humor, der historischen Weltwenden voranzugaukeln pflegt.

Das Berliner Theater des Herrn Barnay steht um einige Stufen über dem Adolf-Ernst-Theater. Es verarbeitet mit einem halben Dutzend guter und einer Legion mittelmäßiger Schauspieler Schiller und Shakespeare, wenn Noth am Mann ist, auch Ibsen; es besitzt eine kaiserliche Loge und der Kaiser zeichnet es häufig durch seinen Besuch aus. In diesem Winter namentlich bei der Aufführung eines historischen Schauspiels von Ernst Wichert: „Aus eigenem Recht" oder wie die Haupt- und Staatsaktion sonst hieß. Sie war nicht ein Zehntel so lustig, wie „Charley's Tante", aber dafür zehnmal so albern. Doch wollen wir damit nicht entfernt den Beifall des Kaisers kritisiren. Er machte kein Hehl daraus, daß ihm die Ehrenrettung, die Herr Wichert an seinem Ahn, dem sogenannten Großen Kurfürsten, in dem Schauspiele vornahm, recht gut gefiel, und er dekorirte den seligen Poeten auf der Stelle mit einem hohenzollernschen Hausorden. Das ist ein Standpunkt für sich, der sich als solcher der ästhetischen Kritik entzieht. Vom Standpunkt dieser Kritik aus läßt sich über das Machwerk des Herrn Wichert nicht anders urtheilen, als wir eben geurtheilt haben. Doch wollen wir mit dem ästhetischen nicht auch das historische Recht des Stückes anfechten. Es wäre schade, wenn dem Ende dieses Jahrhunderts der kleine Zug fehlen sollte, daß ein Mitglied des Kammergerichts, des höchsten preußischen Gerichtshofes, in seinen Mußestunden unter der Maske einer sogenannten Poesie die Geschichte so unbeschämt verf—abelt, wie Herr Wichert in diesem Schmarrn.

Inzwischen ließen die Lorbeeren der Herren Adolf Ernst und Barnay den Grafen Hochberg, den General-Intendanten der königlichen Schauspiele, nicht schlafen. Er setzte sich in behäbigen Trott, die glücklicheren Nebenbuhler einzuholen. Eine harmlose Posse, die mit ein paar Späßchen über das Sedansfest gewürzt war, flog nach einmaliger Aufführung trotz ziemlich günstigen Erfolges und entgegen aller Theatersitte demonstrativ in den Papierkorb. Der Heiland Jesus Christus in Gerhart Hauptmann's „Hannele" wurde ohne alle Zeremonie zu einem anonymen Engel mit weißen Flügeln degradirt. Kleist's „Prinz von Homburg", auch eine Verherrlichung des sogenannten Großen Kurfürsten, wurde schleunigst einstudirt. Aber es wollte Alles nicht flecken. Und der Wurm, wenn er getreten wird, krümmt sich am Ende auch. So empfahl denn die Kommission für Vertheilung des Schillerpreises, deren Vorsitzender Graf Hochberg ist, dem Kaiser einstimmig, den „Talisman" des Herrn Fulda mit dem Preise zu bedenken. Der Kaiser

aber zerriß das Votum und der Kultusminister schickte die Fetzen an den Schriftführer der Kommission, Herrn Professor Erich Schmidt, mit der höflichen Erklärung zurück, Herr Fulda sei zu jung für die ihm zugedachte Ehre. Herr Fulda ist beiläufig drei Jahre jünger als der Kaiser; er ist somit, wie eine leichte Rechnung ergiebt, drei Jahre älter, als der Kaiser bei seiner Thronbesteigung war.

Was nun den Schillerpreis anbetrifft, so erinnert er als altes Erbstück noch an die Zeit, da Preußen „moralische Eroberungen" in Deutschland zu machen gedachte. Er wurde zu Schiller's hundertjährigem Geburtstage gestiftet; er beläuft sich auf tausend Thaler und wird alle drei Jahre für das in diesem Zeitraum erschienene beste Drama vergeben. Die Entscheidung darüber, welches jeweilig dieses beste Drama sei, steht einer Kommission zu, die aus einigen Hoftheater-Intendanten, dramatischen Dichtern und Professoren der Geschichte oder Literatur gebildet wird. Gustav Freytag, Paul Heyse, Heinrich v. Treitschke sitzen seit lange darin. Die Entscheidung bedarf formell der königlichen Bestätigung, die bis auf diesen neuesten Fall niemals versagt worden ist, so daß der Praxis wie dem Sinne nach die Kommission bisher souverän entschied. Bei seiner ersten Vertheilung fiel der Preis für die „Nibelungen" dem sterbenden Hebbel zu, der die Nachricht auf dem Todtenbette mit dem resignirten Wort empfing: „Das ist Menschenloos. Bald fehlt uns der Wein, bald der Becher." Auch Anzengruber hat den Preis einmal erhalten. Im Allgemeinen wurde er an akademisch-korrekte Schultragödien vertheilt; irgend eine fördernde Einwirkung auf das deutsche Drama hat er natürlich niemals gehabt. Wohl aber hat er gelegentlich arges Unheil gestiftet: So durch die Auszeichnung Albert Lindner's, eines kleinen thüringischen Gymnasiallehrers, der ihn für eine schulgerechte Römertragödie erhielt und dadurch verlockt wurde, als dramatischer Dichter nach Berlin überzusiedeln, wo er elend untergegangen ist.

Da die Kommission zur Vertheilung des Schillerpreises hinter verschlossenen Thüren tagt, so ist man auf Vermuthungen angewiesen über die Gründe, die ihre Entschlüsse bestimmen. Aus sachlichen Gründen wäre nun schwerlich irgend wer auf die Annahme gekommen, daß diesmal Herrn Fulda's „Talisman" die Ehre haben würde. Das Stück ist eine hübsch gereimte Dramatisirung eines bekannten Märchens von Andersen, des Märchens von des Königs neuem Kleide, das Dumme und Schlechte nicht sehen können und das folglich alle Welt sah, einschließlich des Königs, der es trug, bis endlich ein unschuldig Kindlein rief: „Der König hat ja gar nichts an." Das Drama ist nach seiner ersten Aufführung in der „Neuen Zeit" — im vorigen Jahrgange Nr. 21 — besprochen worden; wir nannten es damals „ein buntes Nichts, eine hübsche Spielerei" mit einer versteckten, satirischen Spitze, welcher der vorsichtige Dichter gleich selbst die Spitze abbrach mit der Erklärung, er habe das Märchen schon vor sieben Jahren entworfen, also zu einer Zeit, wo er noch keinen Lorbeer und Kaiser Wilhelm noch keine Krone trug. Aber seinen großen Erfolg bei der satten Bourgeoisie verdankte das Stück neben seiner sozialen „Korrektheit", die einen in den Königspalast verzauberten Korbflechter zu seiner schmutzigen Hütte mit dem reuigen Bekenntnisse zurückkehren läßt, hier wohne allein das wahre Glück, doch dem leisen Murren gegen die eigenwilligen Könige, die nicht auf den Rath ihrer Allergetreuesten hören wollen, und so läßt sich nicht die Vermuthung abweisen, daß die Kommission zur Vertheilung des Schillerpreises auch wegen dieser löblichen Tendenz ein menschlich Rühren empfunden und deshalb den „Talisman" gekrönt habe, der selbst nach ihrem bisherigen bescheidenen Maßstabe auf eine so hohe Ehre keinen Anspruch hätte erheben können.

Seien wir auch gegen boruſſiſche Hoftheater-Intendanten und Literatur-Profeſſoren gerecht! Wir geben bereitwillig zu, daß weder „Charley's Tante" noch Wichert's „Aus eigenem Rechte" zu den Blüthepunkten der zeitgenöſſiſchen Dramatik gehören; wir können es auch verſtehen, daß loyal denkende Männer von dem ſchlecht unterrichteten an den beſſer zu unterrichtenden König appelliren möchten. Wollte die Kommiſſion zur Vertheilung des Schillerpreiſes ihren äſthetiſchen Gewiſſensbeklemmungen Luft machen, ſo war ihr gerade in dieſem Zeitpunkt die Sache ſehr leicht gemacht; ſie brauchte nur Hauptmann's „Weber" auszuzeichnen, und wenn dieſe Wahl die königliche Beſtätigung nicht fand, einfach ihr Amt niederzulegen. Das wäre vom bürgerlichen Standpunkt aus eine ehrliche und männliche Handlungsweiſe geweſen. Was die Kommiſſion jetzt gethan hat, iſt weder ehrlich noch männlich. Fulda's „Talisman" zu krönen, wenn Hauptmann's „Weber" vorlagen, das iſt ſchon an und für ſich eine äſthetiſche Blamage, wie ſie nur Herr Erich Schmidt fertig bekommt. Die Tatze des Löwen iſt doch am Ende zu unterſcheiden von den Löffeln, mit denen ein munteres Häslein ſeine luſtigen Kapriolen ſchneidet. Zudem aber — mit Kapriolenſchneiden legt man überhaupt keine grundſätzlichen Proteſte ein. Verſucht man es dennoch, ſo darf man ſich nicht wundern, wenn man bekommt, was man verdient: nämlich eine ſchallende Ohrfeige. Und ſteckt man die ruhig ein, ſo hat man obendrein zum Schaden noch ganz umſonſt den Spott.

Aus dieſem Dilemma ſucht die bürgerliche Preſſe ihre geliebten Preisrichter vergebens zu reißen, indem ſie ausführt, wenn die Kommiſſion nicht alle drei Jahre neu ernannt würde, ſondern etwa wie das Kapitel des bayeriſchen Maximiliansordens ſtets die gleiche bliebe, ſo würde wahrſcheinlich ein gemeinſames Geſuch um Enthebung von dem ſo bedeutungslos gewordenen preisrichterlichen Amte die Folge geweſen ſein. Das iſt die reine Wortklauberei. Denn mag die formelle Ernennung der Mitglieder alle drei Jahre von Neuem erfolgen oder nicht, worüber wir nicht näher unterrichtet ſind, ſo ſind es ſeit Jahrzehnten dieſelben Perſonen, die als Preisrichter fungiren, und ſie könnten ohne jede Anmaßung erklären: von nun an nicht mehr. Auf demſelben Wege, auf dem der Beſcheid des Kultusminiſters an Profeſſor Schmidt in die Preſſe gelangt iſt, hätte auch eine ſolche Erklärung in die Preſſe gelangen können. Und wir möchten ſogar faſt annehmen, daß jene Notiz dieſen Weg gewandert iſt. Nicht nur der heroiſche, aber mit wenn und wahrſcheinlich gebändigte Anlauf ſpricht dafür, ſondern noch mehr der darauf folgende Satz: „Möglich auch, daß die Einmüthigkeit für einen Geſammtproteſt einem ausdrücklichen kaiſerlichen Beſcheide gegenüber nicht zu erzielen geweſen wäre, da die amtliche Stellung es Dieſem oder Jenem hätte illoyal erſcheinen laſſen." Den Stil bei Seite, der wieder für Herrn Erich Schmidt ſpricht, aber das ſind doch noch mal Helden. Dem Publikum gegenüber renommiren ſie: wenn wir nur einen Degen hätten, wie wollten wir ihn führen! Und dem Kaiſer erklären ſie unterthänigſt: einem kaiſerlichen Beſcheide gegenüber ſtecken wir als loyale Männer den Degen ein.

Die Geſchichte paſſirt ja nicht zum erſten Male; bei künſtleriſchen Preisausſchreiben und Kunſtausſtellungen haben in den letzten Jahren wiederholt ähnliche Dinge geſpielt. Eben deshalb ſind ſie ſymptomatiſch für die heutige Bourgeoiſie und ihre geiſtigen Spitzen. Höchſtens zu einer heimlichen kleinen Wadenkneiferei ſchwingen ſich dieſe Leute einmal auf. Wenn ſie dafür aber eine öffentliche Züchtigung erhalten, ſo ſchweigen ſie und trollen ſich. Und dieſe Liliputer wollen an dem Narrenſeile ihrer „Bildung" den Rieſen Proletariat gängeln. Welch komiſche Anmaßung.

Rußlands landwirthschaftlicher Export.

Von Max Schippel.

In Mayr's „Allgemeinem Statistischen Archiv" ist eben eine größere Arbeit zum Abschluß gekommen,* auf die wir auch an dieser Stelle hinweisen möchten, weil sie ein fast überreiches Material enthält über die Produktions- und Transportverhältnisse in Rußland, über die technische Rückständigkeit des landwirthschaftlichen Betriebes, über die Noth und Auswucherung der Bauern und des Adels, über die Organisation und Zunahme der landwirthschaftlichen Ausfuhr, über die russische Handels- und Wirthschaftspolitik, speziell auch gegenüber dem letzten großen Nothstand. Gerade die sozialistische Presse und Literatur hat die ökonomische Entwicklung Rußlands in den letzten Jahren mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt; in den Untersuchungen von Dr. Mertens wird sie Vieles zur Bestätigung und Ergänzung ihrer Mittheilungen finden.

Wir beschränken uns heute auf die Hervorhebung einiger Thatsachen, die angesichts der Versuche Rußlands, durch Handelsverträge seinem landwirthschaftlichen Export Erleichterungen und eine gewisse Stetigkeit zu verschaffen, eine besondere Beachtung verdienen.

Es ist bekannt, wie beim russischen Getreideexport die Steigerung eine Zeit lang größer war, wie bei der Ausfuhr aus Nordamerika. Die exportirten Gesammtquantitäten stiegen von 77 645 000 Pud Getreide im Jahre 1859 auf 488 078 000 Pud im Jahre 1888, das heißt in dreißig Jahren um 529 Prozent. Mit Ausnahme der Jahre 1862, 1863 und 1864 war das Anwachsen ein stetiges.

Von den einzelnen Getreidearten wurden exportirt:

	1859		1888	
Weizen . . .	42 103 000	Pud	214 141 000	Pud
Roggen . . .	15 072 000	=	106 159 000	=
Gerste . . .	6 748 000	=	79 888 000	=
Hafer	13 722 000	=	87 890 000	=

England, Deutschland und Frankreich waren die größten Abnehmer dafür. Von dem Gesammtexport bezogen nämlich, in Prozenten ausgedrückt:

	England	Deutschland	Frankreich	Oesterreich	Holland
1859 . . .	38,7	13,4	11,9	4,9	8,6
1860 . . .	42,4	17,3	8,2	2,9	11,4
1869 . . .	61,3	13,4	14,1	0,6	0,9
1870 . . .	52,3	13,9	16,3	3,0	2,3
1873 . . .	34,1	25,9	8,8	10,7	8,7
1874 . . .	28,4	29,9	10,1	10,2	6,2
1877 . . .	28,2	36,3	4,5	9,3	8,7
1878 . . .	32,4	22,4	16,9	7,6	5,8
1879 . . .	29,9	26,0	16,5	4,3	7,5
1880 . . .	31,8	21,8	14,4	6,4	7,5
1881 . . .	32,1	23,9	14,1	5,2	6,9
1882 . . .	38,8	23,1	9,5	4,7	6,0
1883 . . .	39,7	20,3	7,5	3,2	10,1
1884 . . .	32,3	22,5	8,2	5,2	12,1
1885 . . .	37,0	17,7	8,0	4,2	9,5
1886 . . .	36,9	13,8	5,7	4,0	14,4
1887 . . .	38,1	14,4	7,4	2,7	13,2
1888 . . .	47,8	12,2	8,6	1,3	10,2

* Zweiter Jahrgang S. 153 bis 206 und 517 bis 614, dritter Jahrgang S. 217 bis 273: Rußlands Bedeutung für den Welt-Getreidemarkt. Von Dr. Oskar Mertens.

England bezog also von jeher weitaus das größte Getreidequantum, im Jahre 1869 sogar 61,3 Prozent der Gesammtausfuhr Rußlands; das Vordringen der amerikanischen Lebensmittelkonkurrenz bricht dann die Herrschaft des russischen Getreides auf dem großen englischen Markt. Mit dem Beginn der siebziger Jahre, in gleichem Schritt mit seinem industriellen Aufschwung, nimmt Deutschland immer größere Quantitäten in Anspruch. Die neuaufgerichtete Zollmauer staut dann den Zustrom wieder zurück. 1882 beginnt der Niedergang der Bezüge Deutschlands, der mit der Erhöhung der Zölle 1885 nochmals rapid zunimmt. England und Holland nehmen dann wieder größere Mengen auf. — Auch im Rückgang der französischen Einfuhren spiegelt sich wohl die Wirkung der französischen Getreidezölle wieder. Die Türkei hat ihren Bedarf für russisches Getreide ebenfalls nicht unwesentlich eingeschränkt, während Italien, Griechenland und Schweden in ihren Aufnahmen sich aufwärts bewegt haben. Es haben sich hiernach die Beziehungen der einzelnen Staaten Europas zu Rußland als Getreidelieferanten im Laufe der letzten dreißig Jahre wiederholt und recht wesentlich geändert; doch ist England, mit Ausnahme der Jahre 1874 und 1877, immer an erster Stelle geblieben.

England bezog besonders Weizen (1869 63,4 Prozent der gesammten russischen Weizenausfuhr, 1887 36,2 Prozent, 1888 51,3 Prozent), dann Hafer und Gerste;

Deutschland besonders Roggen (1864 77,8 Prozent der gesammten russischen Roggenausfuhr, 1871—79 durchschnittlich etwa die Hälfte, 1887—88 29,4 und 22,4 Prozent), weniger Weizen, Hafer;

Frankreich besonders Weizen (1878—80 immer über ein Viertel der gesammten Weizenausfuhr, 1887—88 11,6 und 12,3 Prozent), weniger Hafer, so gut wie gar keinen Roggen.

Holland ist namentlich in den letzten fünfzehn Jahren als Konsument von Roggen und Weizen, weniger von Gerste aufgetreten, Oesterreich als Konsument von Weizen, weniger Roggen, Italien erst in den letzten Jahren als Konsument von Weizen. Endlich kann noch Schweden genannt werden, das regelmäßig Roggen bezieht.

Beim russischen Weizen hat sich die Vertheilung auf die einzelnen Länder nicht allzu sehr verschoben. Anders steht die Sache mit dem Roggen. Rußland ist hier überhaupt in der ganzen Weltwirthschaft der bedeutendste Produzent und Deutschland wiederum war der bedeutendste Abnehmer, so daß die Nachfrage Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung für die Preisbildung beim Roggen sein mußte. Mit der Ablenkung des Roggenzustromes mehr nach Holland und England ist auch die ausschlaggebende Stellung der Berliner Roggenbörse für den Roggenweltmarkt wesentlich erschüttert worden — wie überhaupt unsere „nationale" Wirthschaftspolitik die Abhängigkeit Rußlands vom deutschen Markt, auch vom Geldmarkt, wesentlich verringert hat. Hat ja auch der Feldzug Bismarck's gegen die russischen Papiere, zunächst wenigstens, Rußland nur freier gemacht von dem Einfluß und den Launen der Berliner Finanz, die vor der Abwerfung der russischen Papiere den Kredit Rußlands vollständig in ihren Händen hatte.

Auf welcher tiefen Stufe die russische landwirthschaftliche Produktion im Allgemeinen noch steht, beweist die Thatsache, daß Rußland, von seinem Schnaps abgesehen, noch gar nicht dazu gelangt ist, die landwirthschaftlichen Produkte dem Weltmarkt in höher verarbeiteter Form zuzuführen. Die russische Mühlenindustrie — man vergleiche hiermit die Nordamerikas! — vermag noch kein

den Ansprüchen des Konsums entsprechendes Fabrikat zu liefern; das Mehl bleibt im Inland, seit 1866 ist der Export davon nicht gewachsen, nur die Kleie geht in immer größeren Quantitäten über die Grenze — weil die russische Viehzucht in ihrer jämmerlichen Rückständigkeit keine Verwendung dafür hat. Rußland wäre wie dazu berufen, Europa mit Fleisch zu versorgen, aber die fast durchweg herrschende Dreifelderwirthschaft bietet nicht genügend Futter. Perepelkin, der Sekretär der Moskauer landwirthschaftlichen Gesellschaft, behauptet, daß Rußland bezüglich der Viehzucht sich genau auf dem Kulturniveau befinde, wie Deutschland vor hundert Jahren; damals habe Deutschland die Dreifelderwirthschaft verlassen und mit dem Anbau von Futtergewächsen begonnen und habe dann seine Viehrassen durch Kreuzung veredelt; in Rußland verkümmere und degenerire das Vieh trotz der vielfachen Versuche, durch Kreuzung eine Aufbesserung der Rasse herbeizuführen. Das Rindvieh wird in dem größten Theil Rußlands „nur als eine Last mitgeschleppt, die getragen wird, um das Nothdürftigste an Milch zu gewinnen". Der Export von Rindvieh ist so nie groß gewesen und erreichte 1888 — dem letzten Jahre der Mertens'schen Tabellen — sogar den niedrigsten Stand, das eine Jahr 1883, das noch schlimmer war, ausgenommen. Das Gleiche gilt vom Export an Schweinen, nur daß der Schweine-Export in der zweiten Hälfte der siebziger und auch noch zu Anfang der achtziger Jahre ein blühender war, der vollkommen zu der Erwartung berechtigte, daß er sich weiter entwickeln würde. Aber schon in den Jahren 1883, 1884 und 1885 ging der Export Schritt vor Schritt zurück, bis derselbe endlich mit dem Jahre 1886 auf ein Minimum fiel; seitdem hat er sich auch nicht wieder gehoben. Das eben vom Schweine-Export Gesagte trifft großentheils auch auf die Ausfuhr von Kälbern, Schafen und Ziegen zu. Endlich der Fleisch-Export, der zwar eine wachsende Tendenz, aber doch verschwindend geringfügige Quantitäten aufweist gegenüber der Fleischeinfuhr der amerikanischen Union nach den europäischen Märkten.

„Die Märkte selbst, welche Rußland versorgt, resp. welche von Rußland bezogen, haben sich auch sehr wesentlich geändert. Während bis 1880 Deutschland, Oesterreich und in geringerem Maße die Türkei das zum Export freie Rindvieh abnahmen, beziehen die beiden ersteren seit 1880 nichts mehr, dagegen ist die Türkei in den Vordergrund getreten und außerdem noch Italien und Griechenland. Für Schweine ist seit 1887 Oesterreich als Konsument fortgefallen. Schafe importirt Deutschland seit 1885 nicht mehr, dagegen sind Frankreich, Italien und Griechenland aufgetreten. Hiernach sind die Märkte von Deutschland und Oesterreich ... schwer zugänglich, was wohl in einem direkten Zusammenhang stehen wird mit dem Einfuhrzoll und mit dem häufigen Schließen der Grenzen gegen die Einfuhr, aus Furcht vor Einschleppung der Viehseuche."

Der Molkereibetrieb und die Schafzucht haben dagegen immer noch einige Erfolge aufzuweisen, doch auch bei der russischen Wolle wird — wie bei fast allen russischen Produkten — über die ungleichmäßige Qualität und Zurichtung geklagt; das russische Erzeugniß muß sich darum mit noch viel elenderen Preisen begnügen, wie die konkurrirende Waare Südamerikas und Australiens. „Vom Getreide angefangen bis zum kleinsten Exportartikel hinab leidet der ganze Handel unter dieser Misere, die um so beklagenswerther ist, als die natürliche Beschaffenheit des Landes eine so reiche ist, daß bei einiger Gleichmäßigkeit in der Bearbeitung nicht nur ein zuverlässiges, sondern auch ein ausgezeichnetes Produkt geliefert werden könnte." Der russische Pferde-Export, besonders nach

Deutschland und Oesterreich, ist allerdings namhaft, ebenso, verhältnißmäßig, der von Geflügel und Eiern.

Und was besonders charakteristisch ist: Knochen, Knochenkohle und Knochenmehl exportirt Rußland massenhaft. Deutschland, England und Schweden düngen ihre Felder damit; für Rußland heißt es auch hier: propter vitam vivendi perdere causas, um der Existenz in der Gegenwart willen die nothwendigen Existenzgrundlagen der Zukunft preisgeben. Rußland giebt im Allgemeinen seinem Boden auch nicht zum kleinsten Theil wieder, was es ihm an produktiver Kraft entzogen hat. In einzelnen holzarmen Gebieten — und die Waldverwüstung ist in Rußland zu Hause — wird sogar der stark mit Stroh versetzte und dann zusammengepreßte Dünger als Brennmaterial benutzt, so daß weder das Stroh noch der wenige vorhandene Dünger ihrer sonst üblichen Bestimmung zugeführt werden. Künstliche Düngemittel aber kennt man in Rußland kaum, und nur in den entwickeltsten Distrikten, in Polen, den baltischen Provinzen und deren allernächster Umgebung.

Das Bild, das Mertens von den Landwegen, Wasserstraßen und Eisenbahnen in Rußland, von der gewöhnlichen Art der Getreideaufspeicherung, Versendung und Umladung entwirft, ist ebenfalls ein geradezu verblüffendes. Doch können wir uns dabei weiter nicht aufhalten, ebenso wenig bei der lehrreichen Schlußbetrachtung über die Folgen der letzten großen Agrarkrisis und der Ausfuhrverbote von 1891/92. Nach Mertens waren letztere das Verfehlteste, was die russische Regierung thun konnte. Sie hätte ruhig den Export weiter zulassen sollen, um die alten Absatzverbindungen nicht ganz abzuschneiden, die heute vielfach die Konkurrenz an sich gerissen hat — und sie hätte auf der anderen Seite energisch den Getreide-Import, besonders vom Nordwesten und Westen her, fördern sollen, wo er auf zahlreichen Land- und Wasser-Verkehrswegen in die Nothstandsgebiete hätte eindringen können, während die paar in Betracht kommenden Bahnen gar nicht im Stande waren, vom Kaukasus und Süden her die dort verfügbaren Ernteüberschüsse in das Innere zu schleppen.

„Im europäischen Rußland ist nach dem für das Jahr 1891 veröffentlichten Berichte des Departements für Ackerbau und ländliches Gewerbe die bestellte Ackerfläche zurückgegangen. Es ließ sich wohl auch kaum ein anderes Resultat erwarten, denn gerade der von der Mißernte betroffene Theil Rußlands gehört zu demjenigen Gebiete, das sehr große, ausgedehnte Flächen unter dem Pfluge hat und mit Getreide besät. Hier hat aber die Noth und der Hunger nicht nur das Saatkorn verringert, obgleich zu diesem Zwecke ganz besondere Mengen Getreide zur Vertheilung gelangten, sondern es fehlten wohl auch die menschlichen Kräfte und die Kräfte der Zugthiere. Waren die Menschen erschlafft durch den Hunger, so waren die Zugthiere zum Theil durch Mangel an Futter zu Grunde gegangen, zum Theil in größerem Maßstabe zur Ernährung der Bevölkerung verwandt worden, als dies unter normalen Verhältnissen geschehen wäre und geschehen durfte. . . . Andererseits hat aber die Mißernte die Mängel der primitiven Art der Bearbeitung des Bodens, die Folge der ungleichen Vertheilung des Landes und namentlich der Zerstückelung desselben, das Fehlen von Zugthieren, namentlich von Pferden, in den Bauernhöfen u. s. w. in ein grelles Licht gestellt. Ebenso hat die Mißernte mit ihren schweren Folgen die Schäden aufgedeckt oder wenigstens auf dieselben wiederum aufmerksam gemacht, welche dem Lande durch das Abholzen der Wälder, durch das Zusammenleben der ländlichen Bevölkerung in eng zusammengedrängten Dörfern, durch das Aussaugen . . . des Ackerbauers durch den Wucher . . . zugefügt worden sind.“ Mertens zitirt

dann zum Schluß aus dem Werke des heutigen Domänenministers Jermolow („Die Mißernte und das Volkselend", 1892) die Worte: „Unmöglich ist es, ruhig jenen Tag abzuwarten, an dem die fruchtreichsten und blühendsten Gebiete Rußlands zu einer wasserlosen, unfruchtbaren und sandigen Wüstenei herabgesunken sein werden. Unmöglich, dem ruhig zuzusehen, daß die früher so fruchtreiche Schwarzerde, die Fruchtbarkeit des russischen Bodens dahinsinkt in das Gebiet einer Ueberlieferung und damit zugleich auch der Reichthum des russischen Ackerbaues vernichtet werde." Herr Mertens setzt seine Hoffnungen auf den „Feuereifer" des Domänenministers. Er wird auch ohnmächtig sein gegen die schreienden Zustände, die aus der bestehenden ökonomischen und politischen Verfassung Rußlands naturnothwendig hervorwachsen.

Der Kapitalismus fin de siècle.

Von Karl Kautsky.

I. Konservativer Sozialismus.

Die Ueberschrift des vorliegenden Artikels bildet den Titel des jüngsten Buches unseres Herrn Mitarbeiters Dr. Rudolf Meyer,* eines Buches, das auf allgemeine Beachtung Anspruch erheben darf. Der Gegenstand desselben ist ein ungemein umfassender: es bietet eine Rückschau, eine Umschau und eine Vorschau von dem Standpunkt des Rodbertus'schen Staatssozialismus aus, den heutzutage nur noch Dr. Meyer konsequent vertritt.

Gleich seinem Lehrer Rodbertus zeigt auch er die seltene Verbindung des praktischen Landwirths mit dem Historiker und dem theoretischen Nationalökonomen. Diese Verbindung ermöglicht es ihm, Manches zu sehen, wovon die akademische Schulweisheit sich nichts träumen läßt, die sich aus dem Hörsaal nicht in die Wirklichkeit wagt und von dieser nur insoweit Notiz nimmt, als sie von Zeit zu Zeit den Kopf hinausstreckt, um zu sehen, woher der Wind weht.

Aber noch in anderer Beziehung erweist sich diese Verbindung als besonders fruchtbar.

Der echte Landwirth der alten konservativen Schule haßt aufs Herzlichste den Kapitalismus, der die Landwirthschaft so gründlich revolutionirt; aber wo eine tiefere theoretische Einsicht vorhanden ist, kann dieser Haß nicht dahin führen, daß man in der Rückkehr zur Vergangenheit einen Ausweg sucht. Auf der anderen Seite erleichtert es der Haß gegen den Kapitalismus, daß man, auch als Mitglied der besitzenden Klassen, eine aufrichtige Sympathie mit dessen Opfern und Gegnern hegt, den Proletariern. Auf diese Weise kann ein einsichtiger Theoretiker aus den Kreisen des konservativen Grundbesitzes zu einem Standpunkt gelangen, der hoch über dem des theoretischen Vertreters des Kapitals, des liberalen Oekonomen, steht.

So ist es Rodbertus gegangen, so ging es seinem Schüler Dr. R. Meyer. Aber keinem von beiden ist es gelungen, die letzte Schranke zu übersteigen, die sie vom kämpfenden Proletariat trennte. Trotz ihrer Sympathie für die Arbeiterklasse, trotz ihres Verständnisses für die Nothwendigkeit, ihr weitgehende Konzessionen zu machen, trotz ihrer theoretischen Anerkennung der Möglichkeit einer

---

* Dr. Rudolf Meyer, Der Kapitalismus fin de siècle. Wien, Leipzig, Verlagsbuchhandlung Austria. VIII, 487 S.

sozialistischen Produktion sind sie beide viel zu gute Konservative geblieben, als daß sie die Sache des revolutionären Proletariats zu der ihren hätten machen können. Was nur das Werk der Diktatur, d. h. der politischen Herrschaft, des Proletariats im Staat sein kann, erhoffen sie vom Staat an sich und zwar nicht vom demokratischen Staat, sondern von dem Staat, der über den Parteien steht, also im Grunde von der Gewalt der Bureaukratie und des Militarismus; denn ohne diese giebt es keine Staatsgewalt, die auch nur einen Moment daran denken könnte, über den Klasseninteressen und den Parteien zu stehen.

Hier liegt der schwächste Punkt ihrer Anschauungen. Man kann nicht die revolutionäre Wirksamkeit der kapitalistischen Produktionsweise begreifen und gleichzeitig konservativ bleiben, ohne wenigstens an einem Punkte blind zu sein gegenüber der Wirklichkeit und dort an Stelle der Erkenntniß eine Illusion zu setzen.

Man darf jedoch Herrn Dr. R. Meyer nicht verwechseln mit jenem Troß von Staatssozialisten, der Anfangs der achtziger Jahre in Rodbertusianismus machte. Diesen Herren war es nicht darum zu thun, die Rodbertus'schen Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Ihnen handelte es sich nur darum, den großen Raubzug der Agrarier und Großindustriellen, der damals vor sich ging, durch ein arbeiterfreundliches Mäntelchen zu maskiren; und zu ideenarm, ein solches aus eigenem Fabrikat herzustellen, stahlen sie von Rodbertus seine Argumente, namentlich gegen das Manchesterthum, und seine Redewendungen. Damals war Rodbertus der „Strebergott".

Aber die Maskirung hat nichts geholfen, die Arbeiter sind der „Sozialreform" nicht auf den Leim gegangen und die Rodbertus'schen Ausführungen haben angefangen, unbequem zu werden. Die Versprechungen und Forderungen, die sie enthielten, drohten die Begehrlichkeit der Massen zu wecken, statt sie einzulullen. So ist Rodbertus schneller noch, als er in die Mode gebracht worden war, wieder aus der Mode gekommen bei unserem akademischen Streberthum.

Dr. R. Meyer hat diese Wandlungen nicht mitgemacht. Er bekannte sich zum Rodbertus'schen Staatssozialismus zu einer Zeit, als in Deutschland noch die manchesterliche Lehre allmächtig war. Er ist dann gegen die Lebensmittelzölle aufgetreten, gerade damals, als das Streberthum sich der Rodbertus'schen Schlagworte bemächtigte, um Stimmung für diese Zölle zu machen. Und er vertheidigt jetzt die Rodbertus'sche Lehre mit demselben Eifer und derselben Kraft, wie vor zwanzig Jahren, obwohl er allein von ihren Vertretern übrig geblieben ist, gewissermaßen der letzte Ritter des Staatssozialismus.

Indeß, steht er auch allein, so giebt er seine Sache doch nicht völlig verloren. Daß die Zeit für eine Art sozialistischer Produktion kommt, das erkennt er heute deutlicher als je. Dafür spricht ihm auf der einen Seite das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie, auf der anderen die Entwicklung der industriellen Kartelle. Als Staatssozialist muß er natürlich wünschen, daß diesen Mächten ein Gegengewicht ersteht, welches die Diktatur des Kapitals beseitigt und der Diktatur des Proletariats vorbeugt. Seine Zuversicht, daß der preußische Staat und der preußische Großgrundbesitz dieser Aufgabe gewachsen seien, ist aber nicht mehr allzu groß; dafür sieht er zwei neue konservative Mächte auftauchen: auf der einen Seite glaubt er, daß der Katholizismus sich mit einem sozialen Inhalt erfüllen wird, der ihm die Gunst der Massen sichert, und auf der anderen Seite nimmt er an, daß eine Zeit des Rückgangs für den Großbetrieb in der Landwirthschaft kommt, daß eine Neubelebung der Bauernwirthschaft zu erwarten ist.

Die Ausführungen über diese Themata erscheinen uns die wichtigsten des Buches.

II. Die Krisis in der Landwirthschaft.

Auf die Frage des Rückganges der landwirthschaftlichen Großbetriebe brauchen wir kaum näher einzugehen. Dr. Meyer hat seine Anschauungen in diesen Blättern unseren Lesern selbst ausführlicher entwickelt und diese Anschauungen haben eine lebhafte Diskussion hervorgerufen. Wir wollen in dieselbe nicht eingreifen, da wir neues Material darüber nicht beizubringen haben. Aber selbst wenn Dr. Meyer's Beobachtungen wirklich, wie er behauptet, eine allgemeine Tendenz der heutigen landwirthschaftlichen Entwicklung anzeigen und nicht blos eine auf bestimmte Zeiten und Lokalitäten beschränkte Erscheinung betreffen sollten, ergiebt sich daraus kein großer Trost für die deutsche Bauernschaft.

Die Feldmaschinen sind es nach Dr. Meyer, welche die Ueberlegenheit des bäuerlichen Betriebs über den Latifundienbetrieb herbeiführen, weil jenem bessere, gewandtere Arbeiter zu Gebote stehen, als diesem. Aber für den *Kleinbetrieb* taugt die Maschine nicht. Von den Bauern kann sich höchstens der *Großbauer* ihrer mit Vortheil bedienen. Der Großbauern giebt es jedoch nur wenige in Deutschland, und auch denen fehlt meist das Kapital zum Ankauf dieser Maschinen. Und so viel wir wissen, liefert die großbäuerliche Wirthschaft in *Deutschland* gerade auch nicht die tauglichsten Arbeiter zur Bedienung von Maschinen. Auf der anderen Seite würde aber der Rückgang des Latifundien*betriebs* nicht zum Rückgang des Latifundien*besitzes* führen. Der Großgrundbesitzer würde nicht sein Gut verkaufen, sondern es in mehrere Wirthschaften theilen und diese an kapitalkräftige Landwirthe *verpachten*. Diese wären am besten im Stande, Feldmaschinen in die Landwirthschaft einzuführen. Die Feldmaschinen, welche die Kleinbauern expropriiren, würden sogar noch beitragen, den Latifundienbesitz zu vergrößern. Das Regime der Feldmaschine führt daher, wenn die von Dr. Meyer angegebenen Bedingungen zutreffen, nicht zur Neuschaffung einer Bauernschaft, sondern zu englischen Zuständen: Latifundien, deren jedes in verschiedene Wirthschaften zerfällt, die von kapitalkräftigen Pächtern betrieben werden.

Aber die ganze Frage scheint zu einer reinen Doktorfrage gemacht zu werden durch Ausführungen Dr. Meyer's — und diese gehören zu den wichtigsten und bedeutendsten seines Buches — in dem Kapitel „Evolution der Urproduktion von Nahrungsmitteln". Aus einer Reihe von Umständen, die er ausführlich behandelt — die Verbesserung der Verkehrsmittel und der landwirthschaftlichen Produktionsmittel, die Einbeziehung der Tropen in die Lebensmittelproduktion für Europa, endlich die Anwendung der Chemie in der Nahrungsmittelproduktion, namentlich bei der Herstellung einer für den Menschenmagen verdaulichen Form von Pflanzeneiweiß — aus allen diesen Umständen schließt er, daß die Grundrente in Europa und Nordamerika in den nächsten Jahrzehnten noch weiter fallen wird, „daß die europäische Grundrente heute noch vielleicht doppelt so hoch ist, als sie in zwanzig bis dreißig Jahren sein wird" (S. 347). Diese Entwicklung muß nothwendigerweise in einem Krach enden, der zur Bildung *riesenhafter Latifundien* und völliger Verknechtung der landwirthschaftlichen Bevölkerung führt, „wenn das jetzt herrschende kapitalistische System in Geltung bleibt, wie es ist.... Anders würde es sein, wenn Marx-Engels mit ihren Millionen Anhängern zum Siege kämen, denn dann wird vom Werth des Grundbesitzes keine Rede mehr sein. Aber das geht den konservativen Verfasser nichts an" (S. 350, 351).

Angesichts dessen hat es sicher nur akademische Bedeutung, wenn der Verfasser früher (so zum Beispiel S. 292) davon spricht, daß „das Unrentabelwerden der Latifundienwirthschaft dazu drängt, wieder Bauernwirthschaften einzurichten".

Die landwirthschaftliche Krisis, die Dr. Meyer kommen sieht, muß zu einer allgemeinen Krisis der ganzen Gesellschaft, zu einer sozialen Revolution führen, falls diese nicht schon früher eintritt. Diese soziale Revolution wird aber nicht die Neueinrichtung von Bauernwirthschaften, sondern die Grundlegung der sozialistischen Produktion bewirken.

III. Die Kartelle.

Ebenso wichtig wie die Ausführungen des Verfassers über die kommende landwirthschaftliche Krisis sind die über die industriellen Kartelle. Aber auch auf diesem Gebiete können wir ihm ebenso wenig unbedingt zustimmen, wie auf jenem.

Er sieht in den Kartellen den Beginn einer „kapitalistischen planmäßigen Produktion". „Das Kartell geht auf Stabilität der Produktion, damit Stabilität der Arbeiterschaft.... Die industrielle Reservearmee verschwindet allmälig.... Die ... großen Unternehmen richten sich durch Kartelle auf dem von ihnen unter sich vertheilten Markt friedlich ein. Der Kampf untereinander hat ein Ende, die einträchtige Ausbeutung der Konsumenten beginnt" (S. 294, 295).

Eine ähnliche Ansicht hat Prof. Lujo Brentano ausgesprochen. Wir können uns ihr nicht anschließen. Die Kartelle bedeuten nicht das Aufhören der wirthschaftlichen Kämpfe, sondern nur das Zusammenfassen der Kämpfenden in großen Massen. Der Konkurrenzkampf der Industriellen desselben Zweiges wird durch sie freilich aufgehoben — in der Regel auch nur innerhalb eines Landes und für eine gewisse Zeit; die internationalen, dauernden Kartelle sind noch dünn gesät. Aber die Kämpfe zwischen Produzenten und Konsumenten, die zwischen Unternehmern und Arbeitern, sowie endlich die zwischen verwandten Produktionszweigen, von denen einer den anderen zu verdrängen sucht, werden durch Kartelle nicht aufgehoben, sondern verschärft, und die beständige Revolutionirung der Technik wird durch sie auch nicht zum Stillstand gebracht, im Gegentheil, sie dürfte eher durch sie beschleunigt werden.

Die Krisen in Folge der Ueberproduktion mögen durch die Kartelle etwas eingedämmt werden; um so heftiger werden die Krisen sein, welche die Kämpfe zwischen Konsumenten und Produzenten — oft Kämpfe einzelner Kartelle untereinander, zum Beispiel Kämpfe zwischen einem Baumwollencorner und einem Spinnerkartell — und die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern hervorrufen. Die Kartellirung bewirkt nicht das Aufhören dieser Kämpfe, sie bewirkt vielmehr, daß jeder derselben eine wirthschaftliche Krisis für die gesammte Nation, mitunter für den gesammten Weltmarkt hervorruft.

Auch die Kämpfe der Produzenten untereinander werden durch die Kartelle nicht völlig beseitigt. Das Zustandekommen des Petroleumtrust zum Beispiel macht allerdings der Konkurrenz der Petroleumproduzenten untereinander ein Ende. Aber die Konkurrenz des Gas und der Elektrizität mit dem Petroleum als Lichtquelle und als Quelle motorischer Kraft wird dadurch nicht aufgehoben, sondern eher verschärft. Und irgend eine Erfindung, die etwa die Elektrizität spottbillig macht, kann für die Petroleumindustrie eine verderbliche Krisis herbeiführen, trotz aller Kartellirung.

So lange die heutigen wirthschaftlichen Gegensätze bestehen, wird es weder durch Kartelle noch durch eine andere Einrichtung gelingen, eine Stabilität der Produktion herbeizuführen.

Noch weniger werden sie die industrielle Reservearmee verschwinden machen. Im Gegentheil, ihre Tendenz geht auf Beschränkung der Produktion, nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit, sondern durch Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter, also auf Vermehrung der industriellen Reservearmee. (Fortsetzung folgt.)

Naturwissenschaftliches aus England und Deutschland.

Von Edward Aveling.

Was die letzte Jahresversammlung der „Britischen Assoziation für Förderung der Naturwissenschaften" für diese geleistet hat, war äußerst unbedeutend. Thatsache ist, daß diese Jahresversammlung mit dem hochtönenden Namen mit jedem Jahr mehr den Charakter eines Gelehrten-Picknicks annimmt. Die britische Assoziation hätte die berufene Wortführerin der zeitgenössischen Wissenschaft sein sollen, sie verwandelt sich in das auserwählte Land für Dilettanten.

Die Namen der berufensten Vertreter der englischen Wissenschaft glänzen Jahr für Jahr mehr durch ihre Abwesenheit. Geldbeiträge strömen reichlich und überreichlich herbei, aber der Reichthum macht seinen korrumpirenden Einfluß geltend auf dem Gebiet der Wissenschaft wie im sozialen Leben. Und die Betheiligung berühmter Gelehrten an den Vorträgen und Diskussionen der Assoziation vermindert sich mehr und mehr.

Das Gesammtergebniß der Verhandlungen der letzten Jahresversammlung stellt sich bei günstigster Beurtheilung als folgendes dar. 1) Wir sind bis jetzt noch nicht im Klaren über den Ursprung der lebendigen aus der leblosen Materie. 2) Man besitzt einige weitere Beweise dafür, daß es ein Kupferzeitalter gegeben hat, welches zwischen das neolithische oder spätere Steinzeitalter und das Bronzezeitalter fällt, welches auf die Steinzeit, aber offenbar nicht unmittelbar an sie anschließend, folgte. 3) Die Frage nach dem Alter der Erde ist entfernter von ihrer Lösung als je. 4) Die Richtigkeit des Satzes, für den Mehrere von uns seit Jahren eingetreten sind, ist erwiesen, nämlich daß die Explosionen in Kohlengruben ebenso oft durch äußerst feinen, überall hindringenden Kohlenstaub verursacht werden, als durch schlagende Wetter.*

Im Allgemeinen gilt die Ansprache des Vorsitzenden für das Hauptmoment der Jahresversammlung der britischen Assoziation. Dieses Jahr kann nicht behauptet werden, daß diese Ansprache uns etwas besonders Neues bot, sei es an Thatsachen, sei es an Theorien, sei es endlich an besonderen Anregungen für die Zukunft. Dennoch war sie ein fesselnder geschichtlicher Ueberblick, der für die Deutschen besonders interessant ist, da die meisten der darin erwähnten Namen die von deutschen Gelehrten sind. Auf Grund der betreffenden Aufzählungen erhält man eine Art grober Statistik über die Leistungen der Deutschen und der anderen Nationen auf dem Gebiete der Biologie. Selbst der angeborene Patriotismus eines englischen Bourgeois (und unsere britischen Gelehrten sind ihrem ganzen Wesen nach Bourgeois vom reinsten Wasser) muß auf Grund dieser Zusammenstellung und trotz der gelegentlichen Einflechtung der Namen von Aristoteles und Descartes zugeben, daß in dem angezogenen Ueberblick 24 deutsche Gelehrte erwähnt sind gegen 21 aller anderen Nationen zusammen.

Meinen folgenden Ausführungen liegt die Ansprache des Dr. J. B. Sanderson zu Grunde, der Professor der Physiologie an der Universität zu Oxford ist. Er begann mit einer bitteren Klage des englischen Gelehrtenthums, daß das reichste Land, England, dem die Fortschritte der Naturwissenschaften am meisten zu Gute gekommen sind, gar nicht daran denkt, bedeutende Geldmittel für naturwissenschaftliche Zwecke aufzuwenden. Wohl bessert sich das, aber immer noch müssen Englands Söhne behufs wirklich guter wissenschaftlicher Studien ins Ausland gehen, nach Berlin, München, Wien, Paris. Noch immer sind wir ein Krämervolk,

* Vgl. E. Aveling, Explosionen in Kohlenbergwerken. „Neue Zeit" 1885, S. 473 ff.

ruft Dr. Sanderson entrüstet aus, und er trifft den Kernpunkt der Frage und aller Zeitfragen überhaupt, indem er erklärt: „Wir haben gegen uns eine erdrückende Majorität, nicht nur von Unwissenden, sondern auch von allen Denen, die sich gebildet dünken, die aber die Wissenschaft nur insofern hochschätzen, als sie in Geld umgemünzt werden kann."

Die Ansprache des Vorsitzenden beschäftigte sich zunächst mit der Biologie, d. h. mit der Summe der bis jetzt über die lebendige Materie erlangten Kenntnisse. Das Wort, ebenso wie die damit bezeichnete Wissenschaft war bis 1802 ganz unbekannt. Wort und Wissenschaft verdanken wir Gottfried Reinhold Treviranus (1776—1837). Es sei mir gestattet, hier die geschichtlich wichtige Stelle wiederzugeben, in der Treviranus zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Definition der Biologie giebt: „Die Gegenstände unserer Nachforschungen werden die verschiedenen Formen und Erscheinungen des Lebens sein, die Bedingungen und Gesetze, unter welchen dieser Zustand stattfindet, und die Ursachen, durch welche derselbe bewirkt wird. Die Wissenschaft, die sich mit diesen Gegenständen beschäftigt, werden wir mit dem Namen Biologie oder Lebenslehre bezeichnen."

Dem nämlichen Treviranus verdanken wir das sehr unbestimmte Wort „Zweckmäßigkeit" zur Bezeichnung der Wirkung und Gegenwirkung zwischen dem lebendigen Organismus und seiner Umgebung. Die Gestalt von Treviranus ist für die Geschichte der Wissenschaft besonders interessant. Er wurde in Bremen geboren, studirte in Göttingen, wählte mit feinem Verständniß für seine Inaugural-Dissertation die Frage „De emendenda physiologia" (Ueber die Vervollkommnung der Physiologie) und wirkte als Professor der Mathematik und Medizin in Bremen. Die oben angeführte Definition der Biologie steht auf Seite 4 der Einleitung zum ersten Band seines klassischen Werkes: „Biologie oder Philosophie der lebenden Natur für Naturforscher und Aerzte" (ein sechs- und nicht siebenbändiges Werk, wie Dr. Sanderson irrthümlich behauptete), das nie vollendet wurde, und das in Göttingen 1802—1822 erschien. Sein zweites großes Werk, das in Bremen veröffentlicht wurde, war: „Die Erscheinungen und Gesetze des organischen Lebens". Die zwei Bände dieses Werks, das ein um viele Thatsachen bereicherter Auszug des erstgenannten ist, erschienen 1831—1833. Im Jahre 1833 veröffentlichte Treviranus über denselben Gegenstand drei Bände „Beiträge".

Treviranus fand keine Unterstützung durch die Botaniker, während diese heutzutage so viel für die Biologie thun. Zu seiner Zeit gingen sie vollständig darin auf, nach Art des großen Linné zu systematisiren. Thatsächlich war Treviranus fast ausschließlich auf sich selbst angewiesen. Von Anfang an verlangte er, daß die neue Wissenschaft nur als solche und um ihrer selbst willen kultivirt werden sollte. Er wollte durchaus nichts zu thun haben mit ihrer praktischen Verwerthung, falls eine solche möglich sei. Er betonte nachdrücklichst den Werth der Biologie als einer Disziplin des Geistes und das ihr innewohnende tiefe Interesse. „Um uns aber vor Einseitigkeit zu hüten, werden wir, wie schon einmal erinnert ist, in demselben keine Rücksicht auf die Anwendung nehmen, die sich von unseren Lehren auf Ackerbau und praktische Heilkunde machen lassen. Der Gesichtskreis desjenigen verengert sich, der alles nur in Beziehung auf körperliche Bedürfnisse betrachtet. Erhabene und große Wahrheiten zu finden, ist nur dem vorbehalten, der sich über die beschränkte Sphäre der alltäglichen Welt erhebt, und die Wahrheit nicht in Beziehung auf diese Sphäre, sondern ihrer selbst wegen aufsucht. Uebrigens kann auch die Wahrheit nie ohne Einfluß auf das Wohl der Menschen bleiben. Gelingt es uns, sie zu entdecken, so werden sich ihre Anwendungen ohne unser Zuthun ergeben."

Ehe wir von Treviranus scheiden, müssen wir noch bemerken, daß er wie Lamarck erkannt hatte, daß die Verwandtschaft zwischen Pflanzen und Thieren auf Grund ihrer Entwicklungsgeschichte beurtheilt werden müßte. Erst ein volles halbes Jahrhundert später formulirte Häckel das außerordentlich wichtige Gesetz: „Die Keimgeschichte ist ein Auszug der Stammesgeschichte." Mit anderen Worten, die Ontogenie (die Entwicklungsgeschichte des Einzelwesens) ist ein Auszug der Phylogenie (der Entwicklungsgeschichte des Stammes). Den Ausdruck Phylogenie verdanken wir Fritz Müller, welcher Engländern und Deutschen nur durch ein Werk bekannt ist: „Für Darwin". In diesem Meisterwerk von nur 91 Seiten wendet Fritz Müller streng die Darwin'sche Theorie auf eine bestimmte Thierklasse an, die Krustaceen (Schalthiere) und findet, daß diese Theorie vollkommen mit den anatomischen Thatsachen übereinstimmt. Das Gesetz ist ausführlicher entwickelt in der zwölften Vorlesung von Häckel's „Natürlicher Schöpfungsgeschichte" und im 23. Kapitel seiner „Generellen Morphologie".

Die Biologie zerfällt in drei Abtheilungen: die Physiologie, die Lehre von den inneren Thätigkeiten des Organismus; die Oekologie oder die Lehre von seiner äußerlichen Thätigkeit, von seinen Beziehungen zur Außenwelt, und endlich die Morphologie oder die Lehre vom Bau der Organe.

Da Dr. Sanderson Physiologe ist, so beschäftigte er sich in dem größten Theil seiner Rede mit der ersten dieser Wissenschaften. Die Physiologie kam vor Johannes Müller (1801—1858) kaum als Wissenschaft in Betracht. Dieser bedeutende Mann ist ebenso unzweifelhaft der Begründer der modernen Physiologie, wie Treviranus der Begründer der Biologie ist. Er wurde in Koblenz als Sohn eines Schuhmachers geboren. Ursprünglich wollte er Geistlicher werden, doch besann er sich später eines Besseren und ging im Alter von 18 Jahren nach Bonn, um zu studiren. Seine mittelbaren oder unmittelbaren Lehrer waren Plato, Bruno, Spinoza, Schelling und Hegel. Eine Zeit lang stand er unter Schelling's besonderem Einfluß und war daher Naturphilosoph. Aber wie Schelling, der ursprünglich Fichte folgte, mit diesem brach, so brach Johannes Müller mit Schelling und der Naturphilosophie. Und obgleich er wie Treviranus bis zu seinem Tode ein ausgesprochener Anhänger der Lehre von der „Lebenskraft" blieb und glaubte, daß dieser nicht unter die physischen Kräfte gerechnet werden könne, so war es doch ihm zu verdanken, daß die Leute gegen Mitte unseres Jahrhunderts vom Philosophiren über das Leben übergingen zur Beobachtung der lebenden Wesen.

Johannes Müller war ein bewunderungswürdiger Beobachter und ein großer Theoretiker; er übte während der 24 Jahre (1833—1857), die er als Professor verschiedener Fächer in Berlin wirkte, einen so großen Einfluß auf seine Schüler aus und die Wirkung seiner Leistungen auf dem Gebiete der Physiologie, und durch deren Vermittlung auf andere Wissenschaften, war so tief und nachhaltig, daß wir nicht umhin können, uns an dieser Stelle etwas mit seinen wichtigsten Werken zu beschäftigen. 1826 erschien in Koblenz: „Ueber die phantastischen Gesichtserscheinungen". Da Müller selbst Halluzinationen unterworfen war, so stellte er an sich selbst Beobachtungen und Experimente an, und durch logische Folgerungen aus diesen Beobachtungen und Experimenten gelangte er zu dem Schluß, daß die Gesichtshalluzinationen nicht einem besonderen Zustand des Geistes, sondern des Sehnervs entspringen. Durch diesen, schloß er weiter, werden Licht und Farbe erst produzirt. 1826 veröffentlichte er in Koblenz: „Zur vergleichenden Physiologie des Gesichtssinnes der Menschen und der Thiere." Dieses Werk kann, natürlich nur ganz im Allgemeinen, in folgende drei Sätze zusammengefaßt werden: 1) Jedes Sinnesorgan reagirt immer in der gleichen Weise

auf Reize der verschiedensten Art. 2) Wenn auf die verschiedenen Sinnesorgane der nämliche äußere Reiz einwirkt, so reagirt doch jedes auf seine ihm eigenthümliche Art. 3) Jedes Sinnesorgan kann auch ohne äußeren Reiz die ihm eigenthümliche besondere Empfindung hervorrufen: diese Empfindungen sind die Halluzinationen. Müller's Werk: „De glandularum secernentium structura penitiori" erschien 1830 in Leipzig. Dasselbe ist die Frucht eingehender Forschungen und weist die vollständige Einheitlichkeit nach, welche im Bau aller Absonderungsorgane der Menschen und aller anderen Thiere herrscht, von der einfachsten sekretorischen Hauteinsenkung an bis zu der komplizirten Leber und Niere des Menschen. 1830 veröffentlichte Müller seine „Bestätigung des Bell'schen Lehrsatzes". In diesem Werk berichtet er über eine Reihe klassischer Versuche, welche endgiltig die Frage lösten, die auch nach den Forschungen von Sir Charles Bell, dem berühmten englischen Anatomen, noch eine offene geblieben war, nämlich die über die Funktionen der beiden Wurzeln eines jeden Rückenmarksnerven; Dank der Untersuchungen Müller's ist es außer jedem Zweifel, daß die vordere Wurzel motorische (Bewegungs-) Nervenfasern enthält, die hintere dagegen sensible (Empfindungs-) Nervenfasern. In dem 1832 erschienenen Werk: „Beobachtungen zur Analyse der Lymphe, des Bluts und des Chylus", gelangt Müller zu dem Schluß, daß das Fibrin, das den größten Theil des Blutkuchens ausmacht, der sich bildet, sobald Blut aus dem Körper rinnt, grundverschieden ist von den Blutkörperchen. Müller war der Ansicht, das Fibrin befinde sich im gelösten Zustande im Serum, d. h. dem flüssigen Bestandtheile des Bluts. Dank der Untersuchungen von Alexander Schmidt wissen wir jetzt, daß das Fibrin als Fibrin sich nicht im lebendigen Blute befindet. Es entsteht im absterbenden Blute durch die Verbindung zweier lösbarer Stoffe, von denen der eine gewöhnlich im Serum, der andere in den Blutkörperchen enthalten ist. 1834 und 1840 erschien in Koblenz und Berlin das „Handbuch der Physiologie". Es ist dies das erste Buch über Physiologie, wo die Ergebnisse der Physik und Chemie auf diese Wissenschaft angewendet worden sind. 1838 veröffentlichte Müller in Berlin eine Arbeit über Pathologie, welche den thatsächlichen Ausgangspunkt bildete für Virchow's Untersuchungen über die Cellularpathologie. Sie führt den Titel: „Ueber den feineren Bau und die Formen der krankhaften Geschwülste." In seinen Werken hat sich Johannes Müller ein bleibendes Denkmal errichtet, und seine Leistungen sind um so bewunderungswürdiger, wenn man bedenkt, daß er im Alter von 57 Jahren starb.

Johannes Müller hatte das Pech, Rektor der Berliner Universität in stürmischen Tagen und Jahren zu sein, nämlich 1847 und 1848. Seinem ganzen Wesen nach ein ruhiger Gelehrter, war er durchaus ungeeignet, die Rolle eines Puffers zu spielen zwischen der Regierung einerseits und den Studenten und der Mehrzahl der Professoren mit „liberalen" Tendenzen andererseits. Wie es heißt, soll der seiner innersten Natur widerstrebende Kampf mit jener ihm unsympathischen Zeitströmung den Stubengelehrten derart gebrochen haben, daß er sich nie wieder ganz erholte.

Müller fand die Unterstützung der Botaniker, welche Treviranus nicht zu Theil geworden war. In dieser Hinsicht ist besonders zu erwähnen Theodor Schwann (1810—1882) aus Neuß, welcher in Bonn und Berlin Müller's Schüler war. Sonderbar genug leistete Schwann etwas Ernsthaftes nur in den vier Jahren, die er mit Müller in Berlin zusammen arbeitete. Aber seine damaligen Leistungen waren dafür außerordentliche! Der erste Gelehrte, welcher endgiltig mit dem Vitalismus brach (der Theorie, nach welcher die Lebenskraft

ein Ding für sich wäre und mit den physischen Kräften nichts gemein hätte), entdeckte Schwann in diesen vier Jahren: 1) die noch jetzt als weiße Schwann'sche Substanz bekannte unmittelbare Hülle des zentralen und wesentlichen Bestandtheils der Nerven, des Nervenaxenzylinders; 2) das Pepsin, den Gährungserreger der Magenverdauung; 3) das Grundgesetz des Gährungsprozesses, das lange von Liebig bekämpft wurde; 4) den Kern der Pflanzenzelle. Schließlich, angeregt durch eine Vermuthung, welche Schleiden beiläufig bei einem Mittagessen äußerte, stellte Schwann die Identität fest zwischen dem Kern der Pflanzenzelle und dem der Notochorda (Chorda dorsalis), d. h. des Urstabes von nicht differenzirtem Gewebe, der beim Embryo der Wirbelthiere die Grundlage für den Aufbau der Wirbelsäule liefert. Das Werk, in welchem die letztere, höchst wichtige Entdeckung niedergelegt ist, führt den Titel: „Mikroskopische Untersuchungen über die Uebereinstimmung in der Struktur und dem Wachsthum der Thiere und Pflanzen" (Berlin 1839).

Nicht weniger werthvoll als Schwann's Arbeiten über die Struktur der Pflanzen- und Thierzellen waren die ihnen verwandten Untersuchungen Hugo von Mohl's (1805—1872) über das Protoplasma. v. Mohl, der aus Stuttgart gebürtig war und als Professor der Botanik in Bern und dann in Tübingen wirkte, veröffentlichte seine meisten Arbeiten in der Form von Monographien in der „Botanischen Zeitung". Hervorzuheben sind von ihm zwei kleine Schriften: „Mikrographie" und seine epochemachenden „Grundzüge zur Anatomie und Physiologie der vegetabilischen Zelle". In dem letzteren Werk berichtet Mohl über die bewunderungswürdige, tiefeinschneidende Entdeckung des Protoplasmas.

Alle diese Arbeiten, besonders die von Schwann und Mohl, erinnern uns daran, daß in jener Zeit das Mikroskop als ein Hilfsmittel für biologische Untersuchungen eine Rolle zu spielen begann. In England begründete in der nämlichen Zeit Bowman die neue Wissenschaft der Histologie (das Studium der feinen Gewebe der Organe); Deutschland überflügelte später England, wie alle anderen Länder, auf diesem Gebiete.

Von nun an beginnt das Zeitalter des Spezialisirens. Johannes Müller hatte in Berlin gleichzeitig Vorlesungen gehalten über Medizin, Physiologie, vergleichende Anatomie und Pathologie. In den zehn Jahren von 1845—1855 begannen vier Deutsche und ein Franzose ihre Aufmerksamkeit Einzelfragen auf Einzelgebieten zuzuwenden. Es waren dies Brücke, Du Bois-Reymond, Helmholtz, Ludwig und Claude Bernard. Jeder von ihnen bekundete in seinen Arbeiten nicht nur große Denkkraft, sondern auch eine ganz spezielle Fähigkeit für schwierige Experimente und bis in die kleinste Einzelheit genaue Beobachtungen. Der leitende Gedanke, welcher sich durch alle ihre Arbeiten zieht, war der, daß alle Lebensprozesse sich in physische und chemische Prozesse theilen, die ihrerseits gemessen und durch Zahlen ausgedrückt werden können.

Diesen jungen Gelehrten kamen drei Umstände sehr zu statten. 1) Die große Entdeckung, zu welcher der verstorbene Professor Schorlemmer, Marx' und Engels' Freund, sehr viel beigetragen hat, daß die sogenannten organischen Verbindungen vom Chemiker künstlich im Laboratorium erzeugt werden können. Diese Entdeckung bedeutete einen der schwersten Streiche, welche der Vitalismus erhielt. 2) Das von dem verstorbenen Physiker und Richter Grove zuerst verkündigte große Gesetz von der Erhaltung der Energie. Stoff und Bewegung sind unschaffbar und unvernichtbar, aber die verschiedenen Formen der Materie können ineinander umgewandelt und die verschiedenen Formen der Bewegung ineinander übergeführt werden, so daß sich die Form verändert, ohne daß jedoch die geringste Veränderung

der Totalsumme des Stoffs oder der Totalsumme der Bewegung (kinetische oder potentielle) erfolgt. 3) Verbesserte Methoden der physischen Untersuchungen. Hierbei muß darauf hingewiesen werden, daß die Gelehrten der vierziger und fünfziger Jahre weder Mikroskope noch andere physikalische Instrumente zu Gebote hatten, welche heutigen Tags als Hilfsmittel wissenschaftlicher Forschungen eine so wichtige Rolle spielen.

Jeder der von uns genannten Gelehrten widmete seine Kraft speziell der Erforschung einer oder verschiedener Einzelfragen. Brücke beschäftigte sich mit dem Studium des Bluts und der Verdauung; Du Bois-Reymond mit dem der thierischen Elektrizität; Helmholtz mit der Messung des Zeitunterschieds, der zwischen dem Reiz und dem Eintreffen der Nerven- oder Muskelreaktion besteht, sowie mit dem Bau des Auges und Ohres; Ludwig mit dem Blutdrucke; Claude Bernard studirte die Nerventhätigkeit, das Glycogen der Leber und den Harnstoff der Nieren.

Thatsächlich wendete jeder dieser Gelehrten seine Aufmerksamkeit gewissen jener spezifischen Körperenergien zu, wie sich Johannes Müller ausdrückte, deren äußere Ursachen wir Reize nennen, und deren Auslösung die Vollziehung einer Funktion ist, die sich durch eine spezifische Thätigkeit bekundet, und deren normales Funktioniren zum Gedeihen des ganzen Organismus dient.

Der Geist ist eine dieser spezifischen Thätigkeiten. Hier berühren sich Physiologie und Psychologie. Die Physiologie ist nur eine Experimentalwissenschaft, welche sich mit den in Betracht kommenden Organen und Empfindungen befaßt. Die Psychologie beschäftigt sich mit Vorgängen, welche zwischen den Empfindungen und der aus ihnen folgernden Thätigkeit vermitteln. Wie nahe sich die beiden Wissenschaften in Wirklichkeit berühren, wie sie sogar nach der Meinung einiger Forscher in eins zusammenfließen, erhellt am deutlichsten aus dem Ausdruck: „psycho-physische Methoden". Das Wesen dieser Methoden, welche zuerst von F. H. Weber angewendet wurden, wird einigermaßen verständlich durch folgende erläuternde Stelle aus seinem Artikel in „Wagner's Handwörterbuch der Physiologie". Dieser Artikel ist betitelt: „Ueber die kleinsten Verschiedenheiten der Gewichte, die wir mit dem Tastsinn, der Länge der Linien, die wir mit dem Gesicht, und der Töne, die wir mit dem Gehör unterscheiden können." Die betreffende Stelle lautet: „Die kleinste Verschiedenheit zweier Gewichte, die wir noch mittelst des Gefühls der Anstrengung unserer Muskeln unterscheiden können, scheint nach meinen Versuchen die zu sein, wenn die beiden Gewichte sich ungefähr verhalten wie 39 : 40, d. h. wenn das eine ungefähr um ein Vierzigstel schwerer ist als das andere. Mittelst des Gefühls vom Drucke, den die beiden Gewichte auf unsere Haut ausüben, können wir nur noch einen Gewichtsunterschied entdecken, der ein Dreißigstel beträgt, so daß sich also die Gewichte verhalten wie 29 : 30.

„Wenn man eine Linie nach der anderen ansieht, so kann Jemand, der ein sehr ausgezeichnetes Augenmaß besitzt, nach meinen Versuchen einen Unterschied entdecken zwischen zwei Linien, deren Längen sich ungefähr wie 50 : 51 oder sogar wie 100 : 101 verhalten. Menschen, welche ein weniger feines Augenmaß haben, unterscheiden Linien, die um ein Fünfundzwanzigstel ihrer Länge von einander unterschieden sind. Die kleinste Verschiedenheit der Höhe zweier Töne (die nahe unisono sind), welche ein Künstler noch wahrnimmt, wenn er einen Ton nach dem anderen hört, ist nach Delezenne $^1/_4$ Komma $\left(\frac{80}{81}\right)^{1/4}$. Ein Liebhaber der Musik unterscheidet nach ihm nur etwa $^1/_2$ Komma $\left(\frac{80}{81}\right)^{1/2}$. Werden die Töne

gleichzeitig gehört, so kann man so geringe Tonunterschiede nach Delezenne's Versuchen nicht wahrnehmen, 1/4 Komma ist nahe das Verhältniß von 321 : 322, 1/2 Komma aber ist nahe das Verhältniß von 160 : 161."

Seit Weber haben Fechner und Wundt dessen Werk aufgenommen und fortgeführt. Leider hindert uns die Rücksicht auf den Raum, auf deren Arbeiten weiter einzugehen, so hochbedeutend sie auch sind.

Wir schließen unseren kurzen Rückblick mit dem Hinweis darauf, daß aller Grund vorhanden ist anzunehmen, daß nicht nur alle Lebenserscheinungen sich auf physiko-chemische Vorgänge zurückführen lassen, sondern daß auch schließlich alle Lebensthätigkeiten in mathematischen Formeln ausgedrückt werden können.

Die Statistik der Ehescheidungen.

Unter diesem Titel veröffentlichte in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik* Dr. S. Wernicke eine Abhandlung, die sich hauptsächlich auf die Arbeiten Bodio's und Bertillon's stützt. Der Verfasser bearbeitet die Ehescheidungen nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Hinsichtlich der Zu- oder Abnahme.
2. " des Einflusses der Religion oder der „religiösen Gewohnheiten".
3. " der Scheidung für Stadt und Land.
4. " " Ehescheidungsgründe.
5. " des Zusammenhanges zwischen der Häufigkeit der unehelichen Kinder und derjenigen der Ehetrennungen.
6. " " Standes der Geschiedenen.
7. " " Alters " "
8. " der Chancen der Wiederverheirathung.

Wir wollen alle diese Punkte der Reihe nach besprechen. In Bezug auf die Häufigkeit der Ehescheidungen gelangt der Verfasser zur Schlußfolgerung, daß dieselben in einer raschen Zunahme begriffen sind.

Aus den von Dr. Wernicke angeführten Tabellen entnehmen wir folgende interessante Zahlen:

	Auf 1000 Eheschließungen kommen Trennungen in		
	Belgien	Schweden	Frankreich
1836—40	—	4,8	2,1
1841—45	0,7	4,2	2,7
1846—50	0,9	4,4	2,8
1851—55	1,0	4,4	4,0
1856—60	1,4	4,3	4,9
1861—65	1,6	4,8	6,0
1866—70	1,9	5,0	7,6
1871—75	2,8	5,8	6,5
1876—80	4,2	7,1	9,0

Auch in Deutschland hat die Ehescheidungsfrequenz bedeutend zugenommen. Nach der von dem Verfasser zitirten Deutschen Justizstatistik fiel hier je eine rechtskräftig aufgelöste Ehe auf:

	Einwohner	Bestehende Ehen
1881—85	8410	1430
1886	7585	1283
1887	7261	1237
1888	6966	1179
1889	7155	1211

* Dritte Folge, VI. Band, 2. Heft.

Hinsichtlich des Einflusses der Religion gelangt Dr. Wernicke auf Grund einer Reihe von Zahlen, die wir wegen Mangel an Raum übergehen müssen, zum Schluß, daß in katholischen Ländern theilweise ein Rückgang, theilweise eine Zunahme, in protestantischen dagegen fast ausnahmslos eine rasche Zunahme der Ehescheidungen zu verzeichnen ist. Die Hauptursache des Rückgangs in katholischen Ländern ist ohne Zweifel die Erschwerung der Ehescheidungen durch die katholische Geistlichkeit.

Ueber die Häufigkeit der Ehetrennungen in den Städten und auf dem Lande geben folgende Zahlen Aufschluß:

	Ehetrennungen auf 1000 Eheschließungen in den Großstädten	im ganzen Lande
Budapest (1882—86)	6,0	5,8 (Ungarn)
Wien (1882—86)	32,0	4,0 (Oesterreich)
Hamburg (1882—86)	50,0	16,0 (Deutsches Reich)
Berlin (1882—86)	58,0	14,8 (Preußen)

Einen Gegensatz hierzu soll nur Christiania bilden, wo im Zeitraum 1864—72 auf 1000 Eheschließungen blos 1,7 Ehetrennungen kamen, während sich in ganz Norwegen als Durchschnittszahl 2,7 ergab.

Die unstreitig interessanteste und wichtigste Frage für die Ehescheidungsstatistik sind die Gründe der Trennungen. Ob aber die Klagegründe im Allgemeinen den wahren Thatbestand widerspiegeln, ist, wie der Verfasser richtig bemerkt, sehr fraglich.

Nach den von Klägern angegebenen Gründen vertheilen sich die Ehescheidungen (in Prozenten):

	Berlin 1881—84	Württemberg 1870—75	Sachsen 1872—74	Italien 1866—79	Frankreich 1867—80
Ehebruch des Mannes	52,0	46,0	37,17	13,0	2,51
= der Frau					4,78
Mißhandlungen	6,9	54,0	3,63	61,0	91,71
Böswilliges Verlassen .	41,1		32,24	26,0	—

Demnach weisen Berlin, wie überhaupt die deutschen Staaten, einen überraschend hohen Prozentsatz an Ehebrüchen auf, während Frankreich die günstigste Stelle einnimmt. Diese Thatsache wird wohl auch in Zukunft den deutschen Philister nicht hindern, über den Leichtsinn und die Unmoralität der Franzosen zu schimpfen!*

Sehr interessant sind ferner die Mittheilungen über die Ursachen der Ehetrennungen in Frankreich. Diese waren (in Prozent):

	1837-40	1841-45	1846-50	1851-55	1856-60	1861-65	1866-70	1871-75	1876-80
Ehebruch des Mannes	5,3	5,8	4,4	5,3	4,8	4,0	2,5	3,0	2,5
= der Frau .	4,0	4,6	4,9	6,2	6,4	6,2	4,5	5,0	4,8
Mißhandlungen . .	88,5	87,3	88,6	86,5	87,0	88,7	92,0	91,0	91,7
Infamirende Strafen	2,2	2,3	2,1	2,0	1,8	1,1	1,0	1,0	1,0

Die Zahl der Klagen wegen Ehebruchs verminderte sich also sehr bedeutend, dagegen stieg diejenige wegen Mißhandlungen.

Auf die Gründe der Vermehrung dieser letzteren geht der Verfasser leider nicht ein. Unserer Ansicht nach müssen hierzu viel die heutzutage so oft vorkommenden Geschäftsehen beitragen, worüber die Vertheilung der Ehetrennungen nach dem Alter der Geschiedenen näheren Aufschluß geben wird. Eine wichtige

* Der geringe Prozentsatz der Ehescheidungen in Folge eines Ehebruchs des Mannes in Frankreich ist wohl nicht der größeren Moralität der Franzosen, sondern ihrer die Frauen benachtheiligenden Gesetzgebung zuzuschreiben. Artikel 230 des code civil bestimmt: Die Frau kann die Trennung ihrer Ehe in Folge des Ehebruchs ihres Mannes nur dann verlangen, wenn dieser seine Konkubine in den ehelichen Haushalt eingeführt hat (lors qu'il aura tenu sa concubine dans la maison commune). Ein derartiger Ehebruch passirt natürlich selten. Die Redaktion.

Rolle wird dabei wohl auch die Entwicklung des Selbstbewußtseins und Ehrgefühls bei den Frauen spielen, welche sich heutzutage nicht so leicht wie früher Mißhandlungen gefallen lassen.

Ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Ehetrennungen und der der unehelichen Geburten soll nach Bertillon nicht (?) bestehen! Auch Dr. Wernicke glaubt auf Grund der von Bertillon angegebenen Zahlen dasselbe folgern zu müssen. Wir sind anderer Ansicht, wollen aber auf diesen Gegenstand ein anderes Mal zurückkommen.

In Bezug auf den Stand der Geschiedenen weist Bertillon für Frankreich, Wright für Amerika nach, daß der Bauernstand am geringsten, der Handelsstand am meisten bei den Ehetrennungen betheiligt ist, während die Arbeiter und die freien Berufsarten sich etwa die Wage halten.*

Nach Wright werden in Amerika die meisten Ehen im dritten bis siebenten Jahre ihres Bestehens getrennt. In Wien war 1874—79 die mittlere Dauer der durch Scheidung gelösten Ehen 8—9 Jahre (Dr. Löwy). In Frankreich betrug 1886 die Zahl der getrennten Ehen von 5—10jähriger Dauer 32 Prozent aller getrennten Ehen, in Sachsen 1872—74 31,10 Prozent.

Der Einfluß des Alters der sich Verheirathenden auf das Eheglück ist schon oft Gegenstand statistischer, physiologischer und sozialpolitischer Erörterungen gewesen. Man hat sogar von verschiedenen Seiten gewisse Altersnormen für beide Geschlechter aufgestellt und ist dabei fast übereinstimmend zu dem Resultate gelangt, daß bei der Verheirathung die Frau etwas jünger als der Mann sein soll.

Die schweizerische Statistik, die leider nur einen Zeitraum von vier Jahren umfaßt, bekräftigt die obige Schlußfolgerung.

Es kamen nämlich auf je 100 000 Paare in den Jahren 1877—80 Trennungen vor, wobei

	der Mann jünger war	die Frau jünger war
um 1 bis 10 Jahre	239	192
„ 11 „ 25 „	480	184
„ 25 und mehr „	1020	106

Je älter also die Frau gegenüber dem Mann war, desto häufiger war das Vorkommen der Trennungen. Bei den Frauen dagegen machte sich ein gerade entgegengesetzter Prozeß bemerkbar. Merkwürdigerweise geht der Verfasser auf diese interessante Erscheinung nicht näher ein. Auf Grund der oben angeführten Zahlen könnte man glauben, daß, je größer der Altersunterschied zwischen Mann und Frau ist, desto glücklicher sich die Ehen gestalten werden. Doch wäre diese Schlußfolgerung selbstverständlich durchaus verfehlt! Die Ursache dieser Erscheinung ist unserer Ansicht nach in der ökonomischen Abhängigkeit der Frau, d. h. in der Thatsache zu suchen, daß die Ehe von den Frauen als Versorgungsanstalt betrachtet wird.

Zum Schluß seiner Abhandlung bestätigt Dr. Wernicke noch die bekannte Thatsache, daß die geschiedenen Männer sich leichter als die geschiedenen Frauen wiederverheirathen.

Soviel über das Thatsachenmaterial der Abhandlung. Obwohl hie und da sehr wichtige Momente von dem Verfasser außer Acht gelassen wurden, kann man doch diesen Theil der Arbeit nicht uninteressant nennen. Leider können wir dies nicht von der ziemlich abgeschmackten Einleitung** des Verfassers behaupten.

„Selbst der sittlich indifferente Mensch wird die gerichtliche Auflösung einer Ehe als etwas der Natur Zuwiderhandelndes (?!) empfinden, denn die Ehe ist nun einmal die heiligste Burg des menschlichen irdischen Lebens (auch eine Geschäftsehe?!), so viel man auch gegen sie anstürmen mag" u. s. w. Schließlich nennt er die Leichtigkeit der Ehescheidung ein Unglück, weil sie Leichtsinn und Pflichtwidrigkeit

* Der Seitenhieb, den der Verfasser bei dieser Gelegenheit nach bekannten Mustern den Arbeitern versetzt wegen der bei ihnen **oft** vorkommenden „wilden Ehen", könnte zweifellos gespart werden.

** Wir denken hier selbstverständlich nicht an die Angaben der Quellen.

erzeugt. Wir erinnern dagegen nur an eine Thatsache. Bekanntlich ist die Ehescheidung unter der griechisch-katholischen Bevölkerung Rußlands außerordentlich selten. Als Gegenstück hierzu stellt Herr Foinitzki im sechsten Kapitel seiner Abhandlung „Das Weib als Verbrecherin", die sich im dritten Band des Jahrgangs 1893 der russischen Zeitschrift „Nordbote" befindet, die Thatsache fest, daß unter den verschiedenen Verbrechen — der Gattenmord bei den russischen Frauen eine der ersten Stellen einnimmt. J. S.

Literarische Rundschau.

Rosin, Dr. Heinrich, **Minoritätenvertretung und Proportionalwahlen.** Ein Ueberblick über deren Systeme, Verbreitung, Begründung. Berlin, J. Guttentag. 1892. 54 S. 8°.

Die Rekapitulation eines in der Gehe-Stiftung zu Dresden gehaltenen Vortrages über das im Titel angekündigte Thema. Zur Veranschaulichung der Ausführungen im Text giebt der Verfasser, der Professor des Staatsrechts an der Universität Freiburg ist, eine rechnerische Beilage als Anhang, deren einzelne Sektionen wir lieber den betreffenden Stellen des Textes selbst eingereiht gesehen hätten. Sonst ist der Vortrag recht geeignet, die prinzipiellen und technischen Gesichtspunkte, nach denen die verschiedenen Systeme der Ermittelung des wirklichen Meinungsbildes der Wahlkörper zu beurtheilen sind, sowie die theils nur erst als Projekt vorhandenen, theils aber hier und da schon praktisch verwirklichten Systeme selbst dem Verständniß näher zu führen. Die Quellenbelege am Schluß des Heftchens werden denen, die sich für den Gegenstand interessiren, ebenfalls sehr erwünscht sein.

In politischer Hinsicht beschränkt sich der Verfasser im Ganzen darauf, die Urtheile über die Zweckmäßigkeit der Berücksichtigung und eventuell Stärkung von Minoritäten objektiv wiederzugeben — wobei er allerdings nicht unterläßt, zu konstatiren, daß „Mancher Bedenken tragen dürfte, den Einfluß solcher Minderheiten zu stärken, welche die nationalen, politischen oder wirthschaftlichen Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung prinzipiell negiren". Er nennt nur Einen dieser „Mancher", aber es dürften ihrer sehr viele sein. Und gerade darum haben wir gegen die Anführung dieses Einwurfes nichts einzuwenden. Aber die Verbeugung gegen die Hofloge am Schlusse des Vortrages geht nicht nur über das, was der gute Geschmack verlangt, sondern auch über das, was das Thema erlaubt, hinaus und darf daher selbst einem ordentlichen Professor des deutschen Rechts nicht ungerügt hingehen. B.

Notizen.

Der Zug nach links. Frohlockend pflegen die rechts stehenden Parteien nach jeder Reichstagswahl auf die erfahrene Steigerung ihrer Stimmen hinzuweisen. Und sie haben damit nicht unrecht. Was die eine etwa eingebüßt, läßt sich mit Leichtigkeit bei der anderen von ihnen auffinden. Hatte doch schon ein Kartell den Grundsatz festgelegt, daß das „unter Kameraden ganz egal" sein solle. Diese Zunahme der Stimmen gilt indeß blos, wenn man einfach die Zahl der erhaltenen Stimmen in Betracht zieht, denn mit jeder Reichstagswahl wächst die Zahl der Wähler, und das kommt, wie sich von selbst versteht, auch den rückständigen Parteien zu statten. Eine weit größere Zunahme der Stimmen weisen jedoch die links stehenden Parteien auf. Und so stellt sich denn der Zug nach links, den man ja fast zum Greifen deutlich fühlt, zahlenmäßig erst recht in die Augen fallend dar, sobald man das Verhältniß betrachtet, in welchem die verschiedenen Parteien an dem Wahlergebniß betheiligt sind. Um hierfür eine Bestimmung zu finden, könnte man nachschauen, wieviel von je 1000 abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Parteien entfallen sind. Man betrachte darüber die beifolgend gegebene Uebersicht und Veranschaulichung.

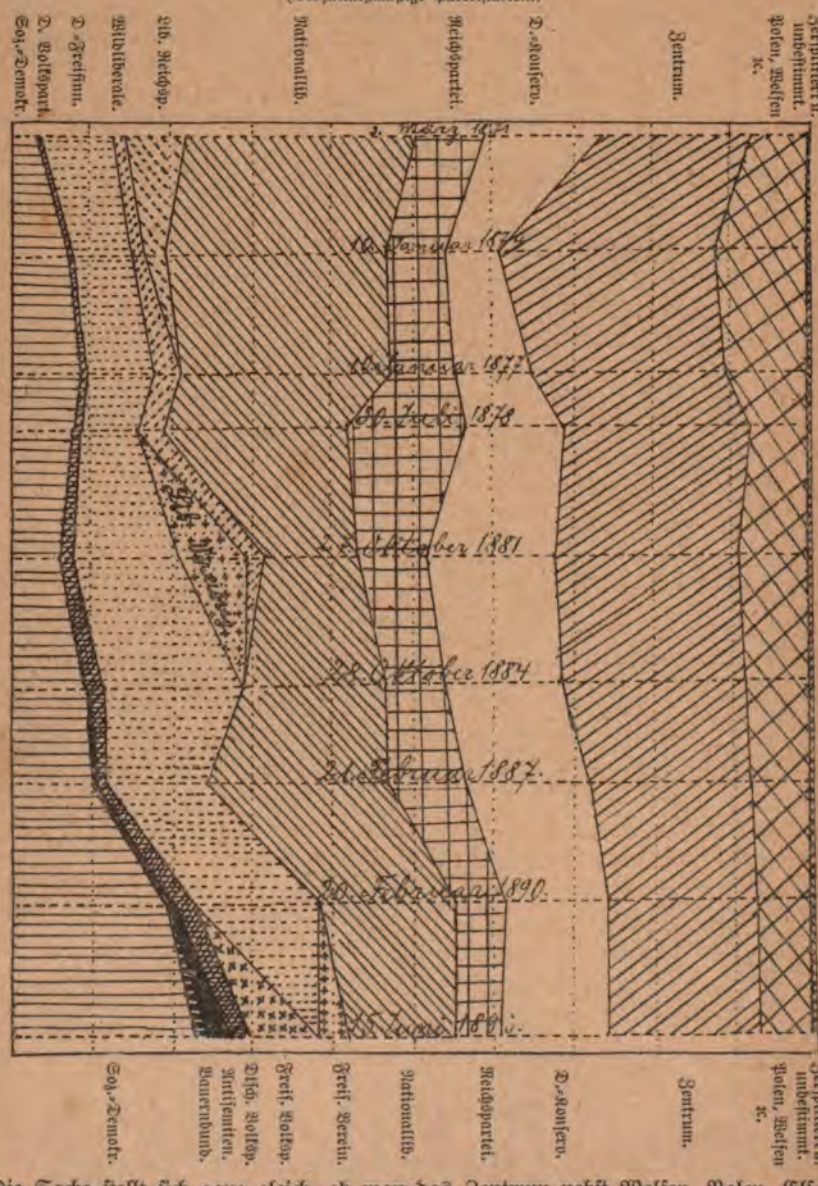
Uebersicht
der
Parteibewegung bei den deutschen Reichstagswahlen von 1871 bis 1893.

Erhaltene Stimmen:
a) überhaupt, in vollen Zehntausend, b) wie viel von je tausend abgegebenen Stimmen.

	1871		1874		1877		1878		1881		1884		1887		1890		1893	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
Zersplittert und unbestimmt . . .	2	5	2	4	2	4	2	4	3	6	4	7	5	7	5	7	5	7
Partikularisten, Welfen, Polen ꝛc. .	29	74	55	107	54	99	42	74	45	88	48	84	58	77	48	66	47	61
Zentrum	72	185	144	280	134	248	132	233	118	231	128	225	152	201	134	185	146	190
Deutschkonservative	55	142	36	69	52	96	74	130	83	163	86	150	115	152	90	124	104	135
Reichspartei (Freikonservative) . .	35	90	38	73	43	80	79	139	38	74	39	69	74	98	48	66	44	57
Nationalliberale	112	288	140	271	145	268	130	229	62	121	100	176	167	222	119	165	100	130
Liberale Reichspartei	28	72	10	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wildliberale	7	18	9	17	16	29	18	32	12	23	—	—	—	—	—	—	—	—
Liberale Vereinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	45	88	—	—	—	—	—	—	—	—
Freisinnige Vereinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	34
Deutschfreisinnige	35	90	46	88	42	77	39	70	65	127	100	176	98	129	117	161	—	—
Freisinnige Volkspartei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66	86
Deutsche Volkspartei	2	5	2	4	5	9	7	12	10	19	10	17	9	11	15	21	17	22
Antisemiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	6	8	27	35
Bauernbund	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	9
Sozialdemokraten	12	31	35	68	49	90	44	77	31	60	55	96	76	100	143	197	179	234
Ueberhaupt	389	1000	517	1000	542	1000	567	1000	512	1000	570	1000	756	1000	725	1000	768	1000

Veranschaulichung
der
Parteibewegung bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1871 bis 1893.

(Verhältnißmäßige Parteistärken.)



Die Sache stellt sich ganz gleich, ob man das Zentrum nebst Welfen, Polen, Elsaß-Lothringern zu den rückständigen Parteien rechnet oder nicht. Diese, die als klerikale und Adelsparteien von mir zu den rückständigen gezählt sind, weisen jedenfalls den Rückgang nicht minder auf, wie Nationalliberale, Reichspartei und Konservative. — Nachdem 1874 Elsaß-Lothringen zum erstenmal mit in die Wahl gezogen war, stieg

die Zahl der partikularistischen Stimmen bedeutend, und zugleich machte das Zentrum, dem der Kulturkampf Flügel lieh, mächtige Einfälle in die konservativen Hürden. Da die Kirchenpolitik das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft nicht erfolgreich genug von seinem Augenmerk ablenkte, so folgte 1878 ein Sozialistengesetz, das zunächst als Entwurf verworfen, seine Durchbringung einer Neuwahl mit bedeutender Entfaltung konservativer Macht verdankte, dann aber 1881 eine allgemeine Abschwächung der Wahlbetheiligung zur Folge hatte. Die 1878 von der freikonservativen Partei errungenen Vortheile gingen hierbei an die hochkonservative über. Die 1878er Wahl hat besonders dem Zentrum und seinem Anhang einen beträchtlichen Rückgang gebracht. Die Faschingswahl 1887 trug den immer mehr heruntergekommenen Nationalliberalen einen neuen Aufschwung ein auf Kosten des Freisinns. Seitdem geht es mit der ganzen Rechten, von Bennigsen und der Reichspartei bis zu den ultramontan-partikularistischen Adels- und Klerikalparteien unaufhaltsam bergab. Das Sozialistengesetz hat nur bei zwei Wahlen die Sozialdemokratie etwas zurückgedrängt; seit 1884 bewegt sie sich in kräftig ansteigender Linie. Eine mälige, aber ausdauernde Verbreiterung weist auch der schmale Streifen der deutschen Volkspartei auf. Heute stehen Partikularisten, Ultramontane, Deutschkonservative und Freisinn (ehemals Fortschritt, jetzt Freisinnige Volkspartei) ungefähr auf demselben verhältnißweisen Stande, wie 1871. Die verschiedennamigen liberalen Eigenbrödler von ehedem sind in der „Freisinnigen Vereinigung", arg geschwächt an Leib und Seele, wieder auferstanden. Bedeutend verloren haben Freikonservative und Nationalliberale, welch letztere nur noch den Mittagschatten einstiger Größe zeigen. In die entstandenen Lücken aber drängt es mächtig von unterwärts nach!

Was sich einstweilen als zweite Seite des Zuges nach links nicht zahlenmäßig und nicht durch Linien und schraffirte Felder darstellen läßt, das sind die demokratischen Unterströmungen, die von Anfang an im Zentrum besonders stark waren, wo sie in der gefalkten und gelutzten Kaplanokratie ihre schneidigen Anwälte und Vorkämpfer fanden. Windthorst's kluge Schaukelpolitik wußte die Geister zu beschwören und zu bannen, seine Lehrlinge aber haben den Spruch vergessen. Seitdem zeigen sich allüberall auf der Rechten jene fatalen Erscheinungen: die polnische „Hofpartei" hat ihre „Volkspartei", das Zentrum seinen Sigl und Fusangel, Herr v. Hammerstein seinen Ahlwardt, Böckel und v. Ploetz. Der schmale Streifen des Bauernbundes und der Antisemiten ist nur ein schwacher Abglanz von all dem. Auch die nationalliberalen Hennen scheinen ihren Hahn finden zu sollen. Die Herren bereiten, jeder in seiner Weise, das Feld, worauf wir ernten werden. Vincit veritas!

P. B.

Die Cholera und ihre Ursachen. Droht auch momentan keine Choleragefahr mehr, so dürfte es doch nicht uninteressant sein, einige etwas alte, trotzdem aber sehr werthvolle Aktenstücke über die Cholera und ihre Ursachen auszugraben. Die folgenden Mittheilungen sind der Abhandlung des königlichen Regierungs- und geheimen Medizinalraths Koch: „Die Cholera-Epidemie des Regierungsbezirks Merseburg im Jahre 1866" entnommen.*

Als nämlich im Jahre 1866 die Cholera in Preußen wüthete und zahlreiche Opfer hinraffte, wandte sich die königliche Regierung an 52 Aerzte des Regierungsbezirks Merseburg mit einer Aufforderung, sich über die damals sehr verbreitete Pettenkofer'sche Lehre von den Ursachen der Verbreitung und Entstehung der Cholera unbefangen und „auf Grund der gemachten Erfahrungen" zu äußern.

„Die Cholera", meinte Pettenkofer, „pflanzt sich nur durch ein Kontagium fort, welches hauptsächlich an den Magen- und Darmausleerungen Cholerakranker haftet und durch beschmutzte Wäsche, Utensilien, Krankenzimmer, Abtritte, Abtrittsgruben, durch den Untergrund der Gebäude, Wasser, Flüsse, Brunnen, wenn sie durch solche Ausleerungen verunreinigt sind, auf Andere übertragen werden kann, ohne daß diese mit dem Kranken selbst in Berührung gekommen sind.

---

* Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Bureaus, Jahr 1868, Seite 8.

„Das Kontagium gelangt erst dadurch zur vollen Wirksamkeit und Vervielfältigung, daß die mit ersterem imprägnirten organischen Stoffe in Zersetzung gerathen und als spezifisches Ferment in einem porösen Boden zu seiner massenhaften Wiedererzeugung wirken, vorausgesetzt, daß dieser Boden die erforderlichen Bedingungen hierzu darbietet. Im entgegengesetzten Falle geht das Ferment ohne Wirksamkeit zu Grunde.

„Zur Entwicklung einer Cholera-Epidemie seien demnach zwei Bedingungen erforderlich:

„1. Die Einschleppung des Cholerakeims;

„2. Ein zur Zeit der Einschleppung für sie empfänglicher Boden. Das letztere sei insbesondere von dem Zurückweichen des Grundwassers abhängig."

Die Urtheile der Aerzte über die Pettenkofer'sche Theorie gingen weit auseinander. Was aber von fast sämmtlichen Aerzten festgestellt wurde, war die äußerst wichtige Thatsache, daß die Haupturſachen der raschen Seuchenverbreitung in den schlechten Wohnungs- und Nahrungsverhältnissen wurzeln.

So schrieb zum Beispiel Dr. Kalkoff, Kreisphysikus in Kölleda: die Cholera „sei hauptsächlich eine Krankheit des Proletariats gewesen, und zwar um so verderblicher, je schlechter die Nahrungsverhältnisse, je größer die Ueberfüllung und Unreinlichkeit, je feuchter und enger die Wohnungen waren."*

Eben dasselbe berichteten die Aerzte Atenstädt zu Bitterfeld und Dr. Finsch zu Hohenmölsen.

Ersterer: „Die Cholera .... habe ausschließlich in dem Proletariat reichliche Nahrung gefunden",* Letzterer: „die bemittelten Einwohner seien ganz verschont geblieben."**

Derselben Ansicht waren Dr. Göring in Mücheln und Sanitätsrath Dr. Philipp in Mühlberg, indem Ersterer meinte, daß die Veranlassung zu der raschen Verbreitung der Seuche: „nicht im Wasser, sondern in den Schädlichkeiten eines unreinlichen Proletarierthums"* liege; Letzterer, daß die Haupturſache: „schlechte, überfüllte, unreinliche, feuchte Wohnungen mit einem schlecht genährten, rohen Proletariat seien", die aber nicht blos der Cholera: „sondern allen epidemischen und endemischen Krankheiten den stärksten Vorschub leisten."**

Wir könnten noch eine ganze Reihe ähnlicher Berichte anführen, wollen aber nur noch den des Dr. Heine,*** Kreisphysikus zu Bitterfeld, zitiren: „Die höheren Stände", schrieb er, „haben weniger gelitten als der Handwerkerstand, dieser noch viel weniger als die Arbeiter, zum Beweise, daß eine kräftige Ernährung und eine geregelte Lebensweise den besten Schutz gewähren."

„Fast sämmtliche Berichterstatter", schreibt in seinem Resumé der Regierungs- und geheime Medizinalrath Koch, „haben hervorgehoben, daß die Cholera vorzüglich, an vielen Orten sogar ausschließlich, den dürftig genährten, unreinlichen und in engen schmutzigen Wohnungen lebenden Arbeiterstand erfaßt und hier zahlreiche Opfer gefordert hat."†

Ein halbes Hundert Aerzte haben also, amtlich befragt, einstimmig als Haupturſache der raschen Seuchenverbreitung die elende Lage der Arbeiterklasse festgestellt. Seit jener Zeit ist schon mehr als ein Viertel-Jahrhundert verflossen. Jeder erneute Ausbruch der Cholera hat seitdem diese Beobachtung bestätigt. Trotzdem sind die Regierungen über Polizeimaßregeln zur Bekämpfung der Seuche nicht hinausgekommen.

J. S.

* Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Bureaus, S. 9.

** Ibid. S. 10.

*** Ibid. S. 12.

† Ibid. S. 4.

Feuilleton.

Deutsche Geschichte.

Von F. Mehring.

(Schluß.)

II.

Der zweite Band Lamprecht's reicht von der Entstehung des Karolingischen Weltreichs bis zum Ausgange der salischen Kaiser, bis zum Aufkommen der Städte. Es sind die Jahrhunderte des reinen Feudalismus, des gewaltig anwachsenden Papstthums, das am Ende dieser Periode in den Kreuzzügen den Höhe-, aber auch Wendepunkt seiner Macht erreichte. Wir deuteten schon an, daß Lamprecht die mittelalterliche Kirche etwas zu sehr aus ideologischem Gesichtspunkte betrachtet; ihre „idealen Faktoren" schlagen ihm allzu oft in den Nacken; auch ihre Missionen, mögen sie noch so gewaltsam mit Feuer und Schwert vollbracht sein, betrachtet er vorwiegend als religiöse Handlungen und namentlich weiß er sich auch nicht genügend von der hergebrachten Vorstellung des berühmten „Streites zwischen Kirche und Staat" frei zu machen.

Der Ausdruck ist nicht sowohl unwahr, als irreführend und schief. Das zeigt schon ein ganz äußerlicher und flüchtiger Blick auf die mittelalterlichen Träger von Kirche und Staat in den Augenblicken ihrer jeweilig höchsten Triumphe. Als Leo III. dem mächtigen Frankenkönig Karl, noch einem halben Barbaren, die Krone der Cäsaren aufs Haupt drückte, schnitt der so überschwänglich Geehrte ein saures Gesicht. Und ein nicht minder saures Gesicht schnitt Gregor VII., als der Kaiser Heinrich frierend im Burghofe von Canossa stand. Nicht um Ideen und Prinzipien handelte es sich, sondern um sehr reale Machtverhältnisse, zu denen sich Ideen und Prinzipien etwa verhielten, wie das Kleid zum Körper. Die römische Kirche war die Besitzerin und Hüterin der Kultur, die das Abendland befähigte, den Wettkampf mit Byzanz und dem Islam zu bestehen, den beiden anderen Weltmächten, die das Erbe der antiken Zivilisation angetreten hatten. Aber sie war in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung keine organisirte und zentralisirte Macht, so früh auch schon die Bischöfe von Rom autokratische Ansprüche erhoben. Sie standen unter byzantinischer Hoheit, wie denn Italien nominell dem oströmischen Reiche gehörte. Die germanischen Eroberer des westlichen Europas aber hielten am arianischen Glaubensbekenntniß fest, blieben in schroffem Gegensatze zu Rom, mit einziger Ausnahme der Franken. So wurden die Ostgothen in Italien durch byzantinische Feldherren vernichtet, die Westgothen in Spanien und Südfrankreich von den Arabern aufgerollt. An der Schwelle des fränkischen Reichs, des einzigen, das zu Rom hielt, mußte sich entscheiden, ob fortan eine abendländische Kultur bestehen solle. Wie bekannt, schlug der fränkische Hausmeier, Karl Martell, die Araber in der Schlacht bei Tours und Poitiers, Oktober 732, aufs Haupt. Sein Sohn Pippin, sein Enkel Karl befreiten den Papst dann von den in Italien eingedrungenen Langobarden, lösten ihn aus der byzantinischen Hoheit. Er wurde ein kleiner Territorialfürst unter fränkischem Schutze. Aber dennoch scheiterte die Hoffnung Karls auf einen Cäsaropapismus nach oströmischem Muster. Der schwache Papst Leo, der eben noch als Flüchtling am fränkischen Hofe gelebt hatte, setzte ihm unerwartet die Kaiserkrone auf, aus souveräner Machtvollkommenheit des geistlichen Amts, und Karl mußte sich fügen.

Er mußte sich fügen, weil seine weltliche Macht durchaus nur auf der Kirche beruhte. Nur durch die Kirche hatten die Karolingischen Hausmeier das

Frankenreich aus der feudalen Anarchie gerissen, in die es unter den Merovingern gesunken war. Nicht nur gebot die Kirche über alle Schätze der damaligen Zivilisation bis herab auf die einfachen Künste des Lesens und Schreibens, die sogar noch den ersten sächsischen Kaisern des zehnten Jahrhunderts fremd waren: sie allein konnte den sei es noch so einfachen, kunstlosen, weitmaschigen Organismus herstellen, der zur Verwaltung eines großen Reiches gehörte. Es lag im Wesen des rein natural-wirthschaftlichen Feudalismus, daß jeder weltliche Beamte, als solcher mit Land und Leuten dotirt, dem einzigen politischen Machtmittel der Zeit, sich als kleine öffentliche Gewalt eigenen Rechts aufthat. Das Lehnswesen in seiner typischen Ausbildung entstand im Karolingischen Reiche nur, um das Reich zu vernichten. Einzig die Kirche konnte der kaiserlichen Gewalt die nothwendigen Organe liefern. Zwar mußte auch sie sich feudalisiren, und es ist bekannt, wie bald sie die größte Grundbesitzerin wurde, aber sie hatte ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Kaiserthums als ihres weltlichen Arms, während die weltlichen Feudalherren kein dringenderes Interesse hatten, als die kaiserliche Hoheit zu zerstören. Die Krone war ein Spielball der geistlichen und weltlichen Großen. Vergebens suchte der Kaiser Karl eine nationale Bildung und Kultur als selbständigen Stützpunkt der Monarchie zu schaffen; nach Lage der Dinge verliefen diese Versuche, die Lamprecht allzu emphatisch „die Karolingische Renaissance“ nennt, im Sande. Vergebens suchte Karl durch unaufhörliche Eroberungs- und Raubkriege seine Macht zu stärken; je mehr Länder er christianisirte und feudalisirte, um so mehr stärkte er die Macht der geistlichen und weltlichen Großen. Nicht zum Wenigsten auch dadurch, daß diese ewigen Feldzüge die fränkischen Bauern in Grund und Boden ruinirten, die vor dem ihr letztes Mark aussaugenden Heerbefehle des Kaisers in den Schutz der geistlichen und weltlichen Feudalherren flüchteten. Wenn Lamprecht sagt, das Karolingische Königthum sei durch die Fürsorge für die mittleren und unteren Klassen „zum ersten Male in unserer Entwicklung eine soziale Macht“ geworden, „wie nur je eine Monarchie in späteren Zeiten“, so mag das insofern richtig sein, als das soziale Königthum Karls des Großen am Ende kein schlimmerer Humbug ist, als das soziale Königthum Friedrichs des Großen. Aber Lamprecht sollte dergleichen Redefloskeln, die auf seine eigene thatsächliche Darstellung passen, wie die Faust aufs Auge, doch lieber den Treitschke und Genossen in ungeschmälerter Erbpacht überlassen.

Im Hader der geistlichen und weltlichen Großen zerfiel das Karolingische Reich. Schon bei Lebzeiten Karls begann der Zusammenbruch; Normannen und Sarazenen drangen ungestraft in die fränkischen Grenzen. Unter seinem Sohne, Ludwig dem Frommen, wurde es noch weit ärger, am ärgsten aber, als das Reich unter die drei Söhne Ludwigs getheilt wurde. Ludwig selbst hatte sich der Kirche völlig in die Arme geworfen, allein sie konnte der weltlichen Großen nicht mehr oder noch nicht Herr werden. Theils war das Papstthum nicht kräftig genug erstarkt, theils stieß die Kirche in dem von Karl eroberten Ostfranken, namentlich seitdem es ein selbständiges Reich geworden war, in den Stammesherzögen auf weltliche Gegner, die einen ganz anderen Ursprung und eine ganz andere Kraft besaßen, als die westfränkischen Feudalherren. Wir haben schon gesehen, wie sich östlich des Rheins aus der Gentilverfassung die politische Stammesbildung entwickelte, und wenn mit diesem ersten Anfange des Staats auch herrschende Klassen zu entstehen begannen, so hatten sich doch in diesen Stämmen so viel Reste der Gentilverfassung erhalten, daß sie über eine schier unerschöpfliche Fülle naturwüchsiger Kraft geboten. Beweis dessen der

dreiunddreißigjährige Heldenkampf des Sachsenlandes gegen die Angriffe des Kaisers Karl. Die Sachsen waren, als Karl sie überfiel, eben zur Stammesbildung gelangt; sie waren noch nicht viel mehr als ein lose verknüpfter Bund von gentilizischen Völkerschaften; von Gau zu Gau mußte das fränkische Heer in verzweifelter Anstrengung vordringen, um jeden in Strömen von Blut niedergeworfenen Gau alsbald wieder in seinem Rücken erstehen zu sehen. Vergebens christianisirte und feudalisirte Karl das Sachsenland, indem er ganze Geviertmeilen an seine geistlichen und weltlichen Großen verschenkte; vergebens schleppte er den einheimischen Adel nach Frankreich mit; vergebens versuchte er, was er als „glorreicher Eroberer" nicht zu erreichen vermochte, als gemeiner Henker zu erreichen, indem er gefangenen Sachsen zu Tausenden die Köpfe abschlagen ließ. Er brachte es nur zu einer losen Oberherrschaft und wenig über hundert Jahre nach seinem letzten Sachsenkriege trat der Sachsenherzog das Erbe des fränkischen Weltherrschers an.

Im Jahre 843 war das Karolingische Reich in Westfranken, Burgund, Ostfranken getheilt worden; im Jahre 919 starb Konrad, der letzte König des ostfränkischen Reichs. Machtlos inmitten der furchtbaren Ungarstürme, die von Osten her über das Land flutheten, hatte er sich noch einmal der Kirche als der einzigen zentralen Macht blindlings in die Arme geworfen. Mit ihrer ganzen Macht war sie für ihn eingetreten, aber an dem Widerstande der Stammesgewalten gescheitert. Da zog der sterbende König die richtige Konsequenz aus dieser Lage und sandte durch seinen Bruder die Insignien der königlichen Gewalt an den Sachsenherzog Heinrich als den Herzog des mächtigsten Stammes. In festem kriegerischen, aber losem staatsrechtlichen Bündnisse mit den übrigen Stammesherzögen schlug der neue König die Ungarn, aber mit der äußeren Befriedung des Reiches schwand auch seine königliche Gewalt spurlos dahin. Um sie aufrecht zu halten, blieb ihm nichts — als ein Bündniß mit der Kirche. In feindlichem Gegensatze zu ihr war er zur Krone gelangt und hatte die kirchliche Weihe seines Königthums, die der Erzbischof von Mainz ihm anbot, stolz abgelehnt; nach siebzehnjähriger Herrschaft hinderte ihn nur der Tod an der beabsichtigten Fahrt nach Rom, um aus der Hand des Papstes die Kaiserkrone zu empfangen. Sein Sohn Otto I. versuchte es noch einmal, auf eigenen Füßen zu stehen, indem er die Stammesherzogthümer mit seinen Brüdern und Söhnen besetzte. Aber die einfache Folge war, daß seine Brüder und Söhne sich gegen ihn empörten; einzig ein neuer Einfall der Ungarn, den er im gemeinsamen Lebensinteresse aller Stämme zurückschlug, rettete ihm die Krone. Nun trat auch bei ihm der völlige Umschwung ein; nicht mehr die Herzogthümer, sondern die Bisthümer besetzte er mit seinen Verwandten. Aber wie er den letzten Versuch gemacht hatte, ohne die Kirche zu regieren, so machte er noch einen letzten Versuch, zugleich durch und über die Kirche zu herrschen. Noch immer war das Papstthum ein Spielball römischer Faktionen; von der Kurie selbst um Hilfe angerufen, erschien Otto I. in der ewigen Stadt, ließ sich zum Kaiser krönen, setzte Päpste ab und ein, wüthete unter den Römern mit Folter, Geißel und Henkerbeil. Alles das waren leichte Triumphe, die entscheidende Frage war der Besitz von Unteritalien, dem Treffpunkt und Zankapfel der mittelalterlichen Weltmächte im zehnten Jahrhundert. Hier lag der Schlüssel zu den Thoren Mitteleuropas, wie zu den byzantinischen Meeren, wie endlich zu den Ländern des Morgenlandes. Nicht mehr Otto I. selbst, aber sein junger Sohn Otto II. versuchte das Glück und verlor. Im Jahre 982 wurde er in einer furchtbaren Niederlage an der kalabrischen Küste von den verbündeten Griechen und Sarazenen

überwältigt. Es war ein entscheidender Schlag; das deutsche Kaiserthum konnte nie mehr an die Führung der abendländischen Kultur denken. Otto II. starb bald nach der Niederlage, und die spielerischen Versuche seines noch in den Jünglingsjahren verstorbenen Sohnes, Ottos III., als maskirter Römer die Weltherrschaft zu gewinnen, zählten überhaupt nicht mit.

Um so gewaltiger erhob sich nun das Papstthum. Nach jahrhundertelangen Anstrengungen gelang es ihm endlich, seine Macht zu organisiren und zu zentralisiren. Es geschah vornehmlich durch die streng monarchische Reorganisation des Klosterwesens, durch die Feudalisirung und gewissermaßen Kasernirung der Normannen in Unteritalien als einer päpstlichen Hausmacht, durch die Uebernahme der Führung in dem Kampfe der abendländischen Welt gegen die Sarazenen. Wir vermögen nicht die in der bürgerlichen Geschichtschreibung von Ranke bis einschließlich Lamprecht's herkömmliche Ansicht zu theilen, als ob das mittelalterliche Kaiserthum in der ersten Hälfte des elften Jahrhunderts den Höhepunkt seines Glanzes und seiner Macht erreicht habe. Die drei Kaiser dieser Periode, Heinrich II., der letzte Sachse, und die beiden ersten Salier, Konrad II. und Heinrich III., haben keinen besonderen politischen Scharfblick bewiesen. Am ehesten noch Heinrich II. Nach dem Fehlschlagen der Ottonischen Universalpolitik hatte er keine andere Wahl, als seine Gewalt auf die völlige Klerikalisirung der Reichsverwaltung zu stützen, wofür ihn die Kirche unter ihre Heiligen aufgenommen hat, aber er suchte die Bischöfe doch so scharf wie möglich im Zügel zu halten und wachte mit Eifersucht über seinem Rechte, sie zu ernennen. Konrad II. und Heinrich III. trieben dagegen eine ebenso kurzsichtige wie selbstmörderische Politik, indem sie die Ansiedelung der Normannen in Unteritalien und die „Kirchenreform", d. h. die Reorganisation des Kirchen- und Klosterwesens im Interesse der päpstlichen Monarchie förderten. Heinrich III. war nicht der Beherrscher, sondern das Werkzeug des zur Weltherrschaft sich rüstenden Papstthums, wenn die Kirche ihm gestattete, Päpste zu ernennen, die der „Kirchenreform" freundlich gesinnt waren. Und wie verblendet handelte Konrad II., als er 1037 in dem Kampfe des lombardischen Lehnsadels, der sogenannten Valvassoren, gegen die mächtige Stadt Mailand für den Lehnsadel mit dem Schwerte dreinschlug! Es ist gewiß zu verstehen, daß er aus der ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands heraus die ungleich entwickelteren italienischen Zustände nicht in ihrem sozialen Zusammenhange zu erkennen vermochte, aber eine städtefeindliche Politik des Kaiserthums war das gerade Gegentheil einer genialen Politik.

Werden diese drei Kaiser von der bürgerlichen Geschichtschreibung viel zu günstig beurtheilt, so wird der Kaiser, dessen Name die zweite Hälfte des elften Jahrhunderts beherrscht, Heinrich IV., der Mann von Canossa, viel zu sehr von ihr unterschätzt. Die Kirche hat es von jeher vortrefflich verstanden, das Andenken ihrer Gegner unter einer Last von Verleumdungen zu ersticken, und sie konnte es am erfolgreichsten im Mittelalter thun, als sie allein über die Mittel und die Möglichkeit der Geschichtschreibung gebot. Den Lügen der klerikalen Historiker über Heinrich IV. ist aber die bürgerliche Kritik lange nicht gründlich genug auf den Leib gegangen, weil es ihr wieder in den Kram paßte, die gewaltigen Erfolge des mittelalterlichen Papstthums den Fehlern und Schwächen Heinrichs anzukreiden. Die völlige Verkehrtheit dieser Auffassung liegt auf der Hand. Mit der energischen Zusammenfassung seiner Macht mußte das Papstthum auch zu dem Anspruche gelangen, die Bischöfe aus geistlicher Machtvollkommenheit zu ernennen, und zwar nicht um so weniger, sondern um so mehr, als es damit das Kaiserthum, dessen Macht in den Bisthümern konzentrirt war, „ins innerste

Mark" traf, wie Lamprecht sagt. Der Investitur-Streit mußte ausbrechen und wäre ausgebrochen, gleichviel wer die Kaiserkrone trug. Es ist aber auch unrichtig zu sagen, daß die Persönlichkeit Heinrichs IV. dem Papstthum den Kampf erleichtert hätte. Ganz im Gegentheil! Heinrich war weitaus der gescheidteste und sozusagen modernste aller bisherigen Kaiser, und man kann heute noch nicht ohne ein lebhaftes Gefühl menschlicher Theilnahme die Ausdauer und Tapferkeit verfolgen, womit er ein langes Leben hindurch unter hundert schweren Schicksalsschlägen einen von vornherein verlorenen Kampf führte. Man darf auch ihm wohl zubilligen, was Tacitus von dem Cherusker Armin sagte: in Schlachten oft geschlagen, im Kriege nie besiegt. Erst unter Heinrichs Sohne errang das Papstthum einen entscheidenden Sieg im Wormser Konkordat, dem ersten Interim, das den Schalk hinter ihm hatte.

Heinrichs persönliche Bedeutung liegt darin, daß er die ökonomische Entwicklung viel klarer erkannte und viel schärfer erfaßte, als irgend einer seiner Vorgänger. Indem er sich auf die Städte stützte und in den Ministerialen einen nur von der kaiserlichen Gewalt abhängigen Beamtenstand heranzuziehen suchte, verfolgte er den einzigen Weg, der zu einer selbstherrlichen Monarchie führen konnte und in späteren Jahrhunderten wirklich dazu geführt hat. Diese Politik war verfrüht; sie hetzte dem Kaiser nicht minder die Fürsten, als das Papstthum auf den Hals, aber seinem politischen Blicke macht sie deshalb nur um so größere Ehre. Nichts alberner daher, als wenn Bismarck sich mit seinem „berühmten" Canossa-Geschwätze über Heinrich IV. erheben wollte. Weder wäre Heinrich so erniedrigend vor dem Papstthum gekrochen, wie Bismarck schließlich vor ihm gekrochen ist, noch auch braucht der mittelalterliche Kaiser, der am Ende des elften Jahrhunderts die bürgerlich-monarchistische Entwicklung um Jahrhunderte voraussah, im Entferntesten zurückzutreten vor dem modernen Junker, der am Ende des neunzehnten Jahrhunderts noch nicht einmal den Liberalismus, geschweige denn den Sozialismus historisch zu begreifen vermag.

Der Canossa-Geschichte widmet Lamprecht nur wenige Zeilen, und mit Recht. Jede volksthümlich gewordene Vorstellung historischer Vorgänge pflegt einen richtigen Kern zu enthalten; wäre das Kaiserthum seiner historischen Entwicklung nach nicht von der Kirche abhängig gewesen und hätte es sich ihr nicht immer wieder unterwerfen müssen, so wäre Canossa unmöglich gewesen. Und da es doch möglich war, so kann man in der dramatischen Szene von Canossa die anschaulichste Verkörperung der Demüthigung finden, die das Kaiserthum immer vom Papstthum zu befahren hatte. Insofern hat der sprichwörtliche Canossagang seinen guten Sinn. Aber als historische Episode eines weltgeschichtlichen Zusammenhanges war Canossa ein Triumph nicht des Papstes, sondern des Kaisers. Indem Gregor VII. und die Fürsten ihre sehr weltlichen Pläne unter der ideologischen Heuchelei verbargen: daß sie den Kaiser um seiner angeblichen Frevel an seinem eigenen Seelenheil willen absetzen wollten, waren sie einfach mattgesetzt, als sich der Kaiser zur kirchlichen, ihm nach mittelalterlicher Vorstellung gar nicht zur Unehre gereichenden Buße für seine Sünden in Canossa einfand. Ein bischen von dieser Diplomatie, die den Feind an seinen eigenen ideologischen Spinnweben aufknüpft — und Bismarck wäre in dem weltberühmten „Kulturkampf" nicht so schrecklich übertölpelt worden. So hinfällig wie die liberale ist übrigens auch die ultramontane Canossa-Legende. Es hat gar keinen Sinn, von dem „Siege des waffenlosen Mönchs durch moralische Mittel" u. s. w. zu sprechen. Ganz abgesehen von dem „Siege", so war Gregor VII. weder „waffenlos", noch so unvorsichtig, sich auf die „moralischen Mittel" seiner Bann-

flüche allein zu verlassen. Ehe er zu seinem großen Schlage gegen das Kaiserthum ausholte, hatte er enge Bündnisse mit den Normannen in Unter-, mit der Gräfin Mathilde in Mittelitalien geschlossen, und wenn die oberitalienischen Städte dem städtefreundlichen Kaiser anhingen, so wußte der Papst gar trefflich den Pfahl zu spitzen, den die Städte-Patrizier in den Städte-Plebejern schon im Fleische hatten. Er schloß mit den Eidgenossenschaften der Pataria, des „Lumpengesindels", erst ein heimliches und dann auch ein offenes Bündniß.

Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, an einem köstlichen Beispiel aufzuzeigen, wie die sozialdemokratische Bewegung die bürgerliche Geschichtswissenschaft bis in die graue Vorzeit des Mittelalters hinauf umwälzt. In polizeilich-ordnungsstaatlicher Auffassung der Sachlage schildert Giesebrecht den vorhin erwähnten Kampf der Valvassoren gegen Mailand als „eine Bewegung von unten", als eine „planmäßige Erhebung der niederen Klassen gegen die höheren", und wenn der heutige patriotische Jargon zu seiner Zeit schon in der Mode gewesen wäre, so hätte er in dem Eintreten des Kaisers Konrad für den lombardischen Lehnsadel wohl gar den hehren Beruf der Monarchie gesehen, immer die Armen und Schwachen zu schützen. Dagegen faßt er die revolutionäre Erhebung der Städte-Plebejer, die Pataria, getäuscht durch die religiösen Denkformen, die jede proletarische Bewegung in dem kirchlichen Mittelalter annahm, als eine fromme, urchristliche Bewegung auf; er sieht in ihren Führern Arialb und Landulf beredte, unterrichtete, unerschrockene Männer. So Giesebrecht, der in den sechziger Jahren schrieb. Wie ganz anders Lamprecht, der in den neunziger Jahren schreibt! Ueber den Krieg der Valvassoren mit Mailand sagt er: „Die unabwendbar emportauchende Wandlung der naturalwirthschaftlichen Zustände in geldwirthschaftliche hatte zu einem nur durch Feuer und Schwert heilbaren Zwiespalt zwischen der ländlichen Bevölkerung und dem niederen Adel einerseits und den Städten und deren Herren, den Bischöfen vornehmlich, andererseits geführt: es kam zu Gewaltthat und Empörung allenthalben: eine soziale Revolution durchbrauste seit dem Jahre 1035 das Land." Aber der Genuß vom Apfel der Erkenntniß wirkt nun auch weiter, und Giesebrecht's fromme Urchristen von Patarenern sind bei Lamprecht eine „wüste proletarische Bewegung", „Maulhelden" und was sonst in das Bum-Bum bürgerlich-sittlicher Entrüstung gehört. So spiegeln sich im Geiste der Geschichtschreiber oft schärfer die Zeiten, in denen sie leben, als die Zeiten, welche sie schildern.

Doch trotz aller Schwächen bleibt Lamprecht's „Deutsche Geschichte" ein verdienstvolles Werk und wir empfehlen sie unseren Lesern um so mehr, als ihre Form durchaus ihrem Inhalt entspricht. Frei von dem aufgedonnerten Pathos der älteren und jüngeren Borussen gewinnt Lamprecht's Stil Farbe und Gestalt durch die plastische Herausarbeitung der Dinge selbst. Niemand wird diese beiden Bände ohne die vielfältigste Anregung und Belehrung aus der Hand legen. Auf die späteren Bände nach ihrem Erscheinen zurückzukommen, behalten wir uns vor.

Briefkasten.

Dr. N., Berlin. Von W. Roscher ist unseres Wissens in der sozialdemokratischen Presse schon lange nicht mehr die Rede gewesen. Sie hat überhaupt nie Ursache gehabt, sich viel mit ihm zu beschäftigen. Im ersten Band des „Kapital" von Marx wird mehrfach auf ihn Bezug genommen, so im dritten Abschnitt Note 30, im vierten Abschnitt Note 9 und 75. Diese charakterisiren den Herrn zur Genüge. — Ueber die Antisklaverei-Bewegung haben wir seit einiger Zeit nichts mehr gehört. Vielleicht erfahren Sie das Gewünschte aus der „Deutschen Kolonialzeitung".

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Nr. 16. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Großfinanz und Preßgewerbe.

↙ Berlin, 10. Januar 1894.

Der Bericht der Börsen-Enquete-Kommission, der jüngst dem Reichstage zugegangen ist, beschäftigt sich auch mit den Beziehungen zwischen Börse und Presse. Die bürgerlichen Blätter als zunächst oder vielmehr als allein Betheiligte schweigen entweder die betreffenden Abschnitte des Berichts todt oder theilen sie ausführlich mit Geberden des Entsetzens mit, als ob da der Himmel weiß welche neuen und unerhörten Dinge enthüllt seien. Das Schweigen ist wenigstens ein offenes Eingeständniß heimlicher Schuld, das Reden aber nichts als ein Ausfluß von Heuchelei, die im schlimmeren Fall einem abgebrühten Zynismus, im besseren Fall einer polizeiwidrigen Beschränktheit entspringt. Für den ehrlichen und kundigen Beurtheiler enthält der Bericht in sehr abgeschwächter und verdünnter Form einfach eine Bestätigung dessen, was seit Jahrzehnten offenkundig war.

Doch ein gewisses Interesse hat er trotz alledem. Der Generalkonsul Russell, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, erklärt mit dürren Worten: „Das Preßgewerbe ist an erster Stelle heute ein Gewerbe, ein kaufmännisches Unternehmen für den Unternehmer der Presse.“ Mit ein bischen anderen Worten haben das 1848 schon Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“, hat das 1863 schon Lassalle in seiner rheinischen Rede erklärt, alle drei umheult von den Stürmen sittlicher Entrüstung, die namentlich der anständige, gebildete, gemäßigte Liberalismus in besondere Pflege genommen hatte. Die Diskonto-Gesellschaft war von je die Kriegskasse dieses Liberalismus; Hansemann, Mathy, Miquel gehörten zu ihren Leitern. Und der Nachfolger dieser liberalen Gesinnungsleuchten gesteht nun ein, was sie selbst stets als umstürzlerische Irrlehre verdammt haben! Geheuchelt muß dabei freilich immer noch ein bischen werden, wie wäre der anständige, gebildete, gemäßigte Liberalismus ohne ein dickes Ende Heuchelei überhaupt denkbar! Herr Russell empfängt „nur“ Redakteure „anständiger“ Blätter, um ihnen „Mittheilungen zu machen“. „Anstand“ heißt in diesem Zusammenhange die Fähigkeit, die nackten Geldinteressen der großen Banken unter einer Fülle „gebildeter“ Redensarten zu verheucheln. Unter der Voraussetzung dieses „Anstandes“ findet Herr Russell „nichts Bedenkliches“ daran, wenn die Banken die Subjekte bezahlen, die lobende Artikel über ihre Spekulationsgeschäfte in den bürgerlichen Blättern veröffentlichen. Aber auf diese

Ehrlichkeit folgt nun gleich wieder ein tüchtiger Schuß Heuchelei: „Wenn es nämlich", fügt Herr Russell hinzu, „in den Grenzen einer ehrlichen und ordentlichen Leistung und Gegenleistung stattfindet." „Ehrlich und ordentlich", wie „anständig" und „gebildet"! Vermuthlich hält Herr Russell die von seinem Vorgänger Miquel juristisch eingerenkten Gründungen der Diskonto-Gesellschaft in der Schwindelperiode auch für eine „anständige" Sache, die in den „Grenzen einer ehrlichen und ordentlichen Leistung und Gegenleistung stattgefunden" habe.

Herrn Russell's Verdienst, das Kind nun doch einmal bei seinem richtigen Namen genannt zu haben, bleibt deshalb unbestritten. Als er im Jahre 1892 von der Börsen-Enquete-Kommission vernommen wurde, war just ein halbes Jahrhundert verflossen, seitdem irgend ein Hansemann auf dem sechsten rheinischen Provinziallandtage die Freiheit der Presse forderte, weil das Gewerbe der Presse nicht von der allgemeinen Freiheit der Gewerbe ausgeschlossen werden dürfe. Mit wundervoller Schärfe kritisirte der vierundzwanzigjährige Marx, damals noch ganz Hegelianer, diese bürgerliche Ideologie in der „Rheinischen Zeitung". Er schrieb: „Wir haben hier die Opposition des Bourgeois, nicht des Citoyen vor uns." Zwar findet er die Ansicht relativ richtig. „So originell die Betrachtungsweise des Redners auf den ersten Blick scheinen mag, so müssen wir ihr doch einen unbedingten Vorzug vor dem haltungslosen, nebelnden und schwebelnden Raisonnement jener deutschen Liberalen zuschreiben, welche die Freiheit zu ehren meinen, wenn sie dieselbe in den Sternenhimmel der Einbildung statt auf den soliden Boden der Wirklichkeit versetzen. Diesen Raisonneurs der Einbildung, diesen sentimentalen Enthusiasten, die jede Berührung ihres Ideals mit der Wirklichkeit als eine Profanation scheuen, verdanken wir Deutsche zum Theil, daß die Freiheit bis jetzt eine Einbildung und eine Sentimentalität geblieben ist." Aber so relativ richtig seine Ansicht sei, so falsch sei sie doch. „Der Schriftsteller muß allerdings erwerben, um existiren und schreiben zu können, aber er muß keineswegs existiren und schreiben, um zu erwerben. . . . Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein." Aus einer fünfzigjährigen Geschichte der bürgerlichen Presse lassen sich die Ursachen ihres Verfalls nicht epigrammatischer zusammenfassen, als sie Marx schon vor fünfzig Jahren vorausgesagt hat. Für die Russell's der vierziger Jahre war die Presse ein Gewerbe, um die Freiheit der Presse zu fordern; für die Hansemann's der neunziger Jahre ist sie ein Gewerbe, um die Ausbeutung des Volks durch gut bezahlte Inserate und Reklamen zu fördern. Die bürgerliche Preßfreiheit hat sich selbst ins Absurde geführt.

Aehnlich wie Herr Russell ließen sich der Kammergerichtsrath Keyßner und der Justizrath Winterfeldt als Sachverständige vor der Börsen-Enquete-Kommission aus. Wir gehen darüber hinweg und verweilen lieber noch etwas länger bei den Zeugen, die das bürgerliche Preßgewerbe selbst gestellt hatte. Mit einem gewissen Humor hatte die Kommission aus der wimmelnden Schaar der Börsenliteraten einen christlich-germanischen Müller und einen jüdisch-demokratischen zwar nicht Cohn, aber doch Cohnstädt herausgegriffen. Herr Müller ist Handelsredakteur der „Kreuz-Zeitung", Herr Cohnstädt bekleidet das gleiche Amt bei der „Frankfurter Zeitung". Ueber Herrn Cohnstädt ist nicht gar viel zu sagen. Er war ganz „Anstand", Mischung von Miquel und Sonnemann, ein Erzengel Gabriel, vor dessen schneeweiß leuchtendem Gewande alle Versucher entsetzt zurückprallen, und er wußte von gar nichts. Nicht einmal etwas davon, daß sein Vorgänger Bernhard Doktor sogar nach dem Urtheile eines Gerichtshofes, der die Preßbetheiligungen von Zeitungsunternehmen für eine ehrbare Sache hielt, ein tausendfach bestochenes Subjekt war. Höchstens davon, daß „untergeordnete Organe" von

den Emissions-Häusern bestochen würden, hatte Herr Cohnstädt läuten hören. Er meinte damit die armen Teufel, die, wie Kollege Friedenstein vom „Unabhängigen", der blinden Frau Justitia zufällig unter die Finger gerathen sind.

Wie es die reichen Teufel machen, um dieser Gefahr zu entgehen, das schilderte sehr drastisch und auch richtig Herr Müller von der „Kreuz-Zeitung". Er entwarf ein anschauliches Bild von dem ganzen System der Bestechungen, womit die Börse, wie Herr Müller sagte, „weitaus die Mehrzahl aller von einem wohlhabenden Publikum gelesenen Zeitungen" eingewickelt hat. Er folgerte richtig, daß Redakteure, die regelmäßige Gratifikationen, jährlich mehrere tausend Mark, von jeder großen Bank oder doch den meisten bezögen, über diese Institute und Firmen immer nur mit der Devotion eines Angestellten schreiben könnten und thatsächlich auch schrieben. Dennoch hat die Aussage des Herrn Müller nicht entfernt die Sache erschöpft. Wir glauben gern an seine anatomische Unschuld, aber ein Mann prahlt damit so wenig, wie eine Frau mit ihrer Keuschheit. Herr Müller sagte aus, daß er die Sache einmal in der „Kreuz-Zeitung" an die große Glocke gehängt habe, ohne daß irgend ein Echo in anderen Zeitungen entstanden wäre. Soweit es auf die sozialdemokratische Tagespresse ankommt, hat sie mit Recht schon gegen diese irrthümliche Behauptung protestirt. Sie gerade forderte Herrn Müller auf, mit greifbaren Einzelheiten herauszukommen, als er vor etwa anderthalb Jahren die Bestechung der Berliner Presse durch die Diskonto-Gesellschaft im Allgemeinen behauptete. Herr Müller erklärte damals, er habe nur einen Uebelstand geißeln, aber keine Personen verletzen wollen. Das war aber vom christlich-germanischen Standpunkt aus sehr inkonsequent. Als Jesus mit den Wechslern von Jerusalem etwas ins Reine zu bringen hatte, machte er nicht allgemeine Redensarten über eine dunkle Sache, sondern stieß den Wechslern die Tische um und trieb ihre Personen zum Tempel hinaus.

Jedoch ist der christlich-germanische Standpunkt überhaupt nicht geeignet, das Preßgewerbe in der kapitalistischen Gesellschaft richtig zu beurtheilen. Niemand kann einen Boden, auf dem er selber steht, aus den Angeln heben. Der christlich-germanische Standpunkt gehört ebenso zur bürgerlichen Gesellschaft wie der jüdisch-demokratische. Mögen ihre inneren Fehden noch so gehässig sein: die gemeinsame Nährmutter schützen beide mit gleichem Eifer, sobald sie gefährdet wird. Je nach den historischen Umständen mögen die Einen reinlicher, die Anderen unreinlicher erscheinen: im Ganzen und Großen wird sich da wohl ein ziemliches Gleichgewicht herstellen. Die „Germania" und die „Kreuz-Zeitung" halten sich rein vom Börsenschmutze, aber die konservativen und ultramontanen Organe in Frankreich und Oesterreich haben um so tiefer darin gewatet. Und wenn Herr Müller reine Hände hat, so giebt es auch in der liberalen und demokratischen Presse Leute mit reinen Händen. In der bürgerlichen Gesellschaft hat Keiner besonderen Anlaß zum Pharisäerthum über den Anderen.

Herr Müller ist ein zu guter Sachkenner, um nicht wenigstens eine Ahnung von diesem Zusammenhange zu haben. Er findet einerseits, daß die Großfinanz das Preßgewerbe nothwendig brauche, um ihre einzelnen Operationen mit Erfolg durchzuführen, und er findet andererseits, daß die Tintenkulis des Preßgewerbes zu schlecht entlohnt würden, um nicht gar leicht den Bestechungen der Banken zu unterliegen. Nun gut, aber wie soll dieser Zustand geändert werden, da Großfinanz und Preßgewerbe untrennbar zur kapitalistischen Gesellschaft gehören, deren Vorkämpfer Herr Müller gerade so gut ist, wie Herr Russell oder Herr Cohnstädt oder der erste beste Börsenwolf? Soll man der Großfinanz Moral predigen, damit sie auf ein nothwendiges Mittel zum Gelingen

ihrer Operationen verzichte? Mit derselben Wirkung könnte man dem Wolfe vorhalten, daß es unmoralisch sei, die Schafe zu fressen. Oder soll man an die Ehrenhaftigkeit des Preßgewerbes appelliren, daß es seine guten Dienste nicht leiste, wo sie gut bezahlt werden? Aber wozu wäre es dann, wie Herr Russell so schön sagt, ein kaufmännisches Unternehmen? Die schlechte Bezahlung der Tintenkulis ist eine sekundäre Frage, und weit eher Wirkung, als Ursache. Um eine „ehrliche und ordentliche Leistung" zu erhalten, sieht die Großfinanz auf eine „ehrliche und ordentliche Gegenleistung", und das Preßgewerbe sieht „nichts Bedenkliches" darin, den Lohn des Kulis in demselben Umfange zu drücken, in welchem er Spesen von der Großfinanz erhält oder erhalten kann. Wobei denn freilich noch für Großfinanz und Preßgewerbe der gemeinsame Vortheil abfallen mag, daß solch armes Kuligewissen in dieser Zwickmühle um so eher zermalmt wird.

Deshalb: so inkonsequent es vom christlich-germanischen Standpunkte aus ist, sich um die Personenfrage herumzudrücken, so inkonsequent wäre es vom sozialistischen Standpunkte, die Schuld der bürgerlichen Preßkorruption in den Personen zu suchen. Gesetzt den Fall, durch irgend eine geheimnißvolle Macht würden augenblicklich alle Schuldigen beseitigt und ihre Stellen durch lauter Persönlichkeiten von christlich-germanischer Gesinnung besetzt, so würden auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft binnen kürzester Frist dieselben Zustände bestehen wie heute. Mit Angriffen auf Personen wird nichts geholfen, ja nicht einmal etwas ausgerichtet, es sei denn, daß man die grundsätzliche Nichtswürdigkeit durch einzelne Beispiele deutlich machen will. Insoweit hat sich die sozialistische Presse niemals nehmen lassen und wird sich auch niemals nehmen lassen, bei passender Gelegenheit die Katze eine Katz' und Rolin einen Schelm zu nennen. Aber mit dem Versuche, das Uebel durch die Beseitigung der einzelnen Schuldigen zu beseitigen, rennt man sich stets nur den Kopf an der Mauer ein. Glagau und Perrot starben im Elend, während die von ihnen mit vollstem Recht angeklagten Hallunken mit allen Ehren in die Grube fuhren oder heute noch an der Spitze der kapitalistischen Gesellschaft glänzen. Und wenn Herr Müller gewagt hätte, seinen inkonsequenten Standpunkt wenigstens konsequent zu vertreten, so würde er bald das Schicksal von Glagau und Perrot erfahren haben. Namentlich wenn er die Sache einigermaßen im Großen angefaßt hätte. „Untergeordnete Organe", wie Herr Cohnstädt sagt, können wohl einmal in der kapitalistischen Gesellschaft schuldig befunden werden; man opfert sie unter Umständen sogar nicht ungern, weil dadurch der Glanz der „anständigen Organe" um so heller strahlt. Aber sobald irgend ein mächtiges Thier in Großfinanz oder Preßgewerbe angegriffen wird, steht die kapitalistische Gesellschaft Alle für Einen und Einer für Alle. Wie das gemacht wird, hat man in den letzten Jahrzehnten ja oft genug erlebt. Erst ein fürchterliches Lamento über „Skandalsucht", wobei gerade die persönlich unbescholtenen Kulis des Preßgewerbes die schmetterndsten Trompeten blasen müssen; dann die famosen „Ehrengerichte", wo ein hoher Gerichtshof der Mitschuldigen jeden Schuldigen für einen tadellosen Ehrenmann erklärt; im günstigsten, für den Ankläger günstigsten Falle eine Verhandlung vor den bürgerlichen Gerichten, bei der bebrillte Aktenmenschen alsbald in einen todten Winkel des großkapitalistischen Labyrinths zu gerathen und in ihrer juristischen Verlegenheit sich durch ein moralisches Kauderwelsch über die „professionsmäßige Verleumdung" der „angesehensten Männer" zu helfen pflegen. In diesen althergebrachten Lauf der Dinge will die Börsen-Enquete-Kommission nun noch eine harmlose Zwischenstation schieben, einen Börsendisziplinargerichtshof, der unter

Anderem ahnden soll „die Gewährung und Annahme von Geschenken in der Absicht, Aeußerungen in der Presse zu Gunsten oder zum Nachtheil gewisser Unternehmungen herbeizuführen oder zu unterdrücken“. Großfinanz und Preßgewerbe müßten viel dümmer sein, als wir sie taxiren, wenn sie sich über diese drakonische Reform nicht sofort mit einem lustigen Augenzwinkern einigen sollten.

Beide stehen und fallen mit der kapitalistischen Gesellschaft. Erst die sozialistische Gesellschaft entzieht ihnen den Boden. Deshalb haben auch die Organe der Arbeiterklasse von Anbeginn die erste Freiheit der Presse darin gesehen, kein Gewerbe zu sein.

Das Sinken der Preise auf dem Weltmarkt.

Seit einer Reihe von Jahren sinken in der ganzen Welt die Preise der Waaren. Es wird wenig Bodenprodukte und gewerbliche Erzeugnisse geben, welche von dem Preisniedergang nicht betroffen sind, und diese wenigen können, zumal es sich bei den Ausnahmen, wie wir weiter unten sehen werden, um für die Weltwirthschaft untergeordnete Erzeugnisse handelt, nur zur Bestätigung der Regel dienen. Hand in Hand mit dem Sinken der Preise geht eine rapide Abnahme in der Masse der Waarenbewegung; ob als Ursache oder Wirkung des Preisfalls der Waaren, ist für unsere Betrachtung irrelevant. Kein Land, selbst die große transatlantische Republik, welche sich im Bewußtsein ihrer üppigen Jugendkraft lange Zeit hindurch gefeit glaubte gegen die Krankheiten der alten Welt, ist frei von dieser Plage. Deutschland wie Frankreich, Australien wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien wie seine zahlreichen Kolonien, sie alle sind von diesem Uebel betroffen. Es ist eine regelrechte Weltkrisis, welche seit etwa einem Jahrzehnt mit ungeheurer Heftigkeit wüthet. Kurze Perioden scheinbaren Aufschwungs, wie zuletzt in den Jahren 1887 bis 1889, vermögen darüber nicht zu täuschen, daß wir es in der modernen Welthandelskrisis nicht mit einer vorübergehenden Krankheitserscheinung zu thun haben, mit einem jener periodischen Krankheitszustände, wie sie durch voraufgegangene wirthschaftliche Ausschreitungen verursacht werden, um nach dem Verschwinden der gewaltsamen Verkehrsstörungen dem früheren normalen Zustande Platz zu machen. Es hieße den Charakter der Krisis vollständig verkennen, wollte man sie, wie das von unserer wissenschaftlichen und gelehrten Nationalökonomie mit ihrem Anpassungsvermögen an herrschende Strömungen häufig genug geschieht, in die Rubrik „periodische Erschütterungen“ einreihen.

Durch alle Evolutionen des letzten Jahrzehnts hindurch hat sich das Sinken der Preise kontinuirlich behauptet und kurze Zwischenströmungen scheinbaren Aufschwungs der Weltwirthschaft dienten eben nur als Vorstufe zur weiteren Vertiefung der internationalen Handelskrisis. Wie ein rother Faden zieht sie sich durch alle Veränderungen im Haushalte der Nationen seit dem Jahre 1880.

Der Außenhandel aller Staaten befindet sich im Niedergang. Der erste Handelsstaat der Welt, Großbritannien, zeigt folgende Einfuhr- und Ausfuhr-Ziffern: Die Einfuhr des Vereinigten Königreichs sinkt in runden Zahlen von 389 1/2 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1884 auf 373 1/2 Millionen Pfund im Jahre 1885 und auf 347 1/2 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1891, also um 840 Millionen Mark innerhalb sieben Jahren. Die britische Ausfuhr sinkt von 296 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1884 auf 271 Millionen im Jahre 1885 und auf 247 Millionen Pfund im Jahre 1891, also um 980

Millionen Mark innerhalb eines siebenjährigen Zeitraumes. Dabei hat Großbritannien (außer ihm nur noch die drei nordischen Reiche und die Niederlande) das bestehende Systems des Freihandels, bei wenigen Finanzzöllen, noch unangetastet aufrecht erhalten, während der Osten und Westen Europas, jeder für sich, und die Dreibundstaaten untereinander, eine verstärkte Absperrung ihrer Grenzen zum „Schutze der nationalen Arbeit" vorgenommen haben. Mag auch das Herabgehen der Preise großen Antheil an dieser Verringerung des Waarenaustausches gehabt haben, so bleibt der Rückgang des Handels doch augenfällig.

Der Außenhandel der Länder mit schroffem Schutzzollsystem hingegen zeigt eine womöglich noch erheblichere Verlangsamung des Waarenaustausches, allen voran Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika. Das unter Napoleon III. geschaffene „System der westeuropäischen Verträge", das der Entwicklung des europäischen Handels so unschätzbare Verdienste geleistet hat, ist seit 1880 allenthalben der schutzzöllnerischen Strömung gewichen. Ueberall sehen wir den Einfluß der physiokratischen und Smith'schen Lehren schwinden, den Protektionismus triumphiren, die Nothwendigkeit des Fortbestandes eines ungehinderten Außenhandels leugnen.

Nachstehende Vergleichsziffern über Deutschlands Ein- und Ausfuhr in den letzten Jahren mögen die Lähmung aller Handelsthätigkeit bezeugen.

Es betrug Deutschlands Antheil* an der

			Einfuhr		Ausfuhr	
Großbritanniens	im Jahre	1888	26724000	Pfd. St.	27317000	Pfd. St.
	" "	1890	26084000	" "	19331000	" "
	" "	1891	27050000	" "	18860000	" "
Frankreichs . . .	" "	1887	322000000	Francs	300000000	Francs
	" "	1890	231000000	"	267000000	"
Oesterreich-Ungarns	" "	1888	454573000	Mark	320731000	Mark
	" "	1890	332400000	"	583500000	"
Rußlands** . . .	" "	1888	383860000	"	257510400	"
	" "	1890	522800000	"	183700000	"
der Schweiz*** . .	" "	1888	253770000 Francs = 30,68 Prozent der schweizer Gesammteinfuhr		164486000	Francs
	" "	1890	173300000	Francs	175500000	"
der Vereinigten Staaten von Nordamerika	im Jahre	1888	66570000	Dollars	81740000	Dollars
	" "	1890	101941000	"	93400000	"
	" "	1891	88631000	"	—	

Die in vorstehenden Ziffern sich ausdrückende Verlangsamung des Güterumlaufs würde das Bild einer Welthandelskrisis indeß nicht vollständig machen, wäre dieser Prozeß nicht auch von einem beständigen Preisfall aller Produkte begleitet gewesen. Das Sinken der Preise läßt sich an fast allen wichtigen Erzeugnissen des Massenkonsums nachweisen. Theilweise hat es den Charakter eines Verhängnisses angenommen.

Beginnen wir mit den Lebensmitteln. Der Doppelzentner Weizen kostete im Jahre 1873 in Paris 41½ Francs, heute ca. 17 Francs. In Deutschland

* Abzüglich der Edelmetalle.

** Nach russischen Angaben. Nach deutschen Berechnungen (Januarheft des Handels-Archivs 1890) hatte 1888 die russische Waareneinfuhr nach Deutschland einen Werth von 456492000 Mark, die Waarenausfuhr von 199626000 Mark.

*** Nach der Statistik des schweizerischen Zolldepartements.

zahlte man im Jahre 1873 für die Tonne Weizen über 300 Mark, für Roggen 250 Mark, Kartoffeln (pro 1200 Kilogramm) ca. 95 bis 100 Mark. Dagegen kosteten diese Artikel des Massenverzehrs im Jahresdurchschnitt der Jahre 1876 bis 1892 185 Mark die Tonne, resp. 160 Mark, resp. 50 Mark. Das sind Entwerthungen von 65 bis über 100 Prozent. Noch intensiver gestaltete sich der Preisfall des Eisens. Hier hat das Sinken sich fast ununterbrochen bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Der Preis des Eisens im Jahre 1873, allerdings einem durch wilde Spekulation für die Metallurgie abnormen Ausnahmejahr, noch 24 Mark, ist heute auf 6,50 Mark gesunken. Walzeisen, in den 70er Jahren noch 270 bis 280 Mark pro Tonne, ist heute auf 145 Mark gesunken. Ebenso Gußeisen und Schienen. Der Durchschnittswerth der Tonne Roheisen, im Jahre 1890 noch 57,44 Mark, betrug im Jahre 1892 nur noch 46,40 Mark. Im gleichen Zeitraum sank der Durchschnittswerth der Tonne Eisenerze in Deutschland von 4,19 Mark auf 3,28 Mark. Schottische Warrants,* die Mitte 1889 bis 68 Pence notirten, sind heute auf 41,5 Pence gesunken. Dementsprechend ermäßigte sich die britische Eisenausfuhr. Nach den Ausweisen des britischen Handelsamtes exportirte Großbritannien

	im Jahre **1880**	**1890**	**1892**
	Tonnen	Tonnen	Tonnen
nach Deutschland:			
an schottischem Roheisen	104 212	70 630	46 755
= englischem = ...	219 388	382 122	211 636
nach den Vereinigten Staaten von Amerika:			
an schottischem Roheisen	243 843	27 242	14 144
= englischem = ...	125 988	12 208	2 392

Hämatit-Eisen, das in der Preislage etwa dem Gießerei-Roheisen Nr. 1 entspricht, notirte an der Düsseldorfer Börse im Dezember 1889 noch 100 bis 102 Mark, während es gegenwärtig etwa 56,50 Mark gilt.

Kolossale Sprünge weist die Preisbewegung der Kohle auf. Westfälische Förderkohle, welche im Jahre 1890 mit 15 Mark pro Tonne bezahlt wurde, ist heute zu 7 Mark käuflich, Hochofenkoaks zu 10½ bis 11 Mark gegen 30 Mark im Jahre 1889. Hier vollzog sich der Rückgang trotz aller Kartellwirthschaft. (Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat kommandirt 35 Millionen Tonnen Kohlen im Werthe von 270 Millionen Mark, die Hälfte der gesammten deutschen Förderung.) Nach den Ermittlungen der Reichsstatistik betrug der Durchschnittspreis der Puddelkohle ab Werk Dortmund in den acht Jahren 1881 bis 1888 in maximo 6 Mark, 1889 7,43 Mark, 1890 sogar 9,92 Mark und gegenwärtig hat er wieder seinen Tiefstand von ca. 6 Mark erreicht. Der Durchschnittswerth der gesammten deutschen Steinkohlenförderung pro Tonne in den Jahren 1881 bis 1888 ca. 5,16 Mark, 1889 ca. 5,72 Mark, 1890 ca. 7,66 Mark, 1891 ca. 8 Mark, ist heute bereits wieder auf ca. 5,50 Mark gesunken. Englische Gaskohle ermäßigte ihren Preis in den Jahren 1890 bis 1892 von 16 auf 7 Schilling die Tonne.

Wenn von niedergehenden Preisen für die Massenbedarfsartikel des Weltmarktes die Rede ist, so wird stets auf das Zinn als auf ein Metall hingewiesen, das, neben anderen Ausnahmefällen, die Stichhaltigkeit der Behauptungen von einem allgemeinen Rückgang aller Preise zu erschüttern geeignet sei. In der That ist Zinn eines der wenigen Metalle, das seinen Weltmarktpreis ziemlich ohne Schwankungen meist aufrecht erhalten hat. Der Grund dieser Erscheinung

* Anweisungen auf in Glasgow lagerndes Roheisen, welche an Stelle der effektiven Waare im Handel kursiren (Lagerscheine).

liegt aber darin, daß Zinn ein Metall ist, dessen Vorkommen beschränkt ist, dessen Produktion also nicht beliebig erhöht werden kann, wie etwa diejenige von Kupfer und Eisen. Uebrigens hat auch der Preis des Zinns in dem letzten Jahrzehnt mehrfach Rückgänge von Bedeutung erfahren und ist oft unter den Normalpreis von 200 Mark pro 100 Kilogramm gesunken. Wieder andere Artikel, wie einzelne Erzeugnisse der Glasbläserei, namentlich Flaschen, ferner Seife, Kerzen, Felle u. a. m., welche bis in die 80er Jahre hinein noch eine rühmliche Ausnahme von den Preisermäßigungen machten, sind in dem letzten Jahrzehnt ebenfalls so stark im Preise gewichen, daß sie ihrer Ausnahmestellung längst verlustig gegangen sind. Ueberhaupt finden wir bei all den Artikeln, deren Produktion nicht gerade durch die Natur Schranken gezogen sind (wie beispielsweise bei Gold, Zinn, Pfeffer, Wein), in den letzten Jahren eine bis ins Wahnsinnige gehende Ausdehnung der Produktion. Die schrankenlose Konkurrenz im Verein mit der steten Revolutionirung der Technik läßt es nicht zu, daß irgend ein Artikel auf dem Erdenrund einen stabilen Preis behalte. Wo immer noch ein Profit lockt, da besorgt der Kapitalismus den Raubbau so gründlich, daß ein maßloses Sinken der Preise eintreten muß. Seife, bis zum Jahre 1885 noch eines der lohnendsten Fabrikate, hat heute einen Tiefstand erreicht, der nur noch den allergrößten Kapital-Assoziationen Nutzen läßt. Die Flaschen- und Spiegelglasfabrikation ist auch erst durch die gewaltige Ueberproduktion der letzten Jahre unlohnend geworden. Das Gleiche gilt von dem Artikel Blei, der unbekümmert um den Bedarf des Weltmarktes blind darauf los produzirt wird. Sein Preis ist noch niemals so tief gesunken gewesen wie gegenwärtig. Ebenso Rohzink. Allein die Vermehrung der amerikanischen Produktion, die vom Jahre 1890 von 60 127 Tonnen auf 74 375 Tonnen in 1892 anstieg, mußte hinreichen, den Preis von 50 Mark in 1890 auf 35 Mark in 1892, den niedrigst notirten seit Menschengedenken, zu werfen. Hat hier die amerikanische Spekulation das deutsche Kartell gesprengt, so fehlt es doch auch nicht an Beispielen, wo sich die deutschen Produzenten revanchirten. Brom z. B., das Jahre lang durch Konventionen hochgehalten wurde, in Folge starker amerikanischer Produktion aber nachzugeben begann, wird trotz des notorischen Verlustes, der jetzt auf dem Artikel ruht, von Staßfurter Fabriken unter Draufzahlung des nicht unbedeutenden amerikanischen Zolles nach der Union gesandt, um den unliebsamen Konkurrenten drüben das Handwerk zu legen. Solche Bosheiten zeitigt das System des Kapitalismus auf Schritt und Tritt. In welcher Weise Syndikate in Produkten beschränkten Vorkommens die Konsumenten auszuwuchern vermögen, möge uns die Preisbewegung des Chinins veranschaulichen. Dasselbe wurde bezahlt:

im Jahre	1822	mit	1370	Mark	pro	Pfund
" "	1870	"	200	"	"	"
" "	1874	"	300	"	"	"
" "	1879	"	400	"	"	"
" "	1892	"	**29**	"	"	"

Im Droguenhandel und in der chemischen Branche finden wir derartige Preisschwankungen vielfach, wenn auch nicht so rabiater Natur. Hier giebt es auch heute Präparate und Rohstoffe, welche von der allgemeinen Preisermäßigung nicht nur unberührt blieben, sondern noch starke Steigerungen erfahren haben. Freilich spricht hier die Mode ein gewichtiges Wort mit.

Eine scharf weichende Tendenz läßt sich bei der Papierbranche nachweisen. Zeitungsdruckpapier, das 1872 pro Pfund 37½ Pfennig werth war, kostet heute 11 Pfennig das Pfund; holzfreies Schreibpapier sank in demselben Zeitraum

von 50 auf 24 Pfennig das Pfund, holzfreies Druckpapier von 47 auf 22 Pfennig. Da zu dieser Fabrikation in wasser- und holzreichen Gegenden nur ein sehr geringes Anlagekapital gehört, so schossen die Holzschleifereien wie Pilze aus der Erde, wodurch die älteren Fabriken zu immer größerer Produktion angefeuert wurden, um solcherart den Vorsprung vor den kleinen Fabriken behaupten zu können. Die Folge dieses mörderischen Wettkampfes mußte naturgemäß das Hinübergleiten der Papierfabrikation in eine Massenfabrikation sein. Aehnliche Zustände finden wir in der Seidenindustrie. Alle Syndikatswirthschaft hat hier nicht vermocht, den Preisniedergang aufzuhalten. Der Durchschnittspreis der Krefelder Rohseide im Jahre 1891/92 betrug 46,25 Mark, in Havre sogar nur 50 Francs für das Kilo Organsin de France, ein Preis, wie er seit 1848 nur einmal gleich niedrig, und auch dann nur für einen Moment, gesehen wurde. Jetzt ist er normal und eingebürgert. Axminster-Teppiche, die bei ihrem Aufkommen pro Quadratmeter mit 22 bis 25 Mark bezahlt wurden, kosten jetzt 8,50 Mark und darunter. Baumwollgarn war gleichfalls seit 1848 nicht mehr auf einem solchen Tiefstand wie heute. Middling Orleans, im Jahre 1882/83 noch $6^3/_{16}$ Pence notirt, sank infolge des wachsenden Anbaues amerikanischer Pflanzer Ende 1891 auf $3^7/_8$ Pence. Aehnliche Preisniedergänge lassen sich für Gardinen, Leinenwaaren, Kammgarne und Jutefabrikate nachweisen. Die letztere Industrie ist speziell für Deutschland nicht unwichtig, da in derselben 4083 Webstühle mit 88 538 Spindeln in Betrieb sind. Von denjenigen Feinspinnereien, die Aktiengesellschaften sind ($^2/_3$ der Gesammtheit), arbeiten die ehedem so blühenden Gesellschaften folgendermaßen: 13 mit Unterbilanz, 11 ohne Gewinn und nur eine mit Gewinn. Hinterpommersche Schurwollen, welche 1880 noch mit 400 Mark pro 100 Kilogramm bezahlt wurden, standen Ende 1892 mit 240 Mark notirt; englische Cap-Wollen wichen in dem gleichen Zeitraum von 480 auf 300 Mark. Ein regelmäßiges Nachgeben der Preise läßt sich ferner bei einer Anzahl von Produkten der Farbenbranche konstatiren. Z. B. sinkt der Preis des Safrans von 140 Mark im Jahre 1889 auf 120 Mark in 1890, auf 90 Mark in 1891, und 85 Mark in 1892. Indigo hat einen fast panikartigen Rückgang in den letzten zehn Jahren durchgemacht.

Diesen Rückgängen stehen allerdings vereinzelte Preiserhöhungen gegenüber. Den Wein wollen wir bei Seite lassen, da das Vorkommen der Reblaus allein die Hausse dieses Produkts erklären würde. Aber das Bier, der Tabak, theilweise auch Eier*, Käse, Fleisch sind in den letzten dreißig Jahren im Preise gestiegen. Der Mittelpreis des Rindfleisches auf dem Londoner Markt pro Tonne (2000 Pfund) betrug in der Periode von 1841 bis 1850 56 Pfund Sterling gegen 59 Pfund Sterling in der Periode von 1871 bis 1880 und 85 Pfund Sterling in der Zeit von 1881 bis 1890. In Berlin berechneten sich die Jahresdurchschnittspreise im Jahresmittel für 50 Kilogramm 100 Pfund auf:

	1887 Mark	1888 Mark	1889 Mark	1890 Mark	1891 Mark	1892 Mark
Rindfleisch . . .	52,85	52,83	56,53	61,45	61,37	61,02
Schweinefleisch . .	45,13	44,65	57,62	59,45	52,88	56,82
Hammel	46,96	46,81	48,82	54,85	50,46	46,30
Lämmer	48,85	51,05	52,56	58,73	53,72	51,02

* In den letzten sechs Jahren nahmen die Eierpreise in Berlin folgende Entwicklung. Mittlerer Jahresdurchschnitt:

	1886	1887	1888	1889	1890	1891
Mark per Schock . .	2,85	2,63	2,84	2,95	3,15	3,27.

Die Fleischtheuerung, sowie diejenige des Bieres und Tabaks sind wohl auf verschiedene Umstände — Zunahme des Konsums, Steuergesetzgebung, Besonderheiten der Produktion ꝛc. — zurückzuführen. Eine ziemlich auffällige Preiserhöhung zeigen aber auch Pfeffer, Salz (dieses allerdings auf Grund künstlicher Eingriffe der Regierungen in die Produktion). Auch einige untergeordnete Artikel der Droguenbranche und der Gewürze haben Preiserhöhungen erfahren. Eine ziemlich regelmäßige Preisbildung finden wir ferner bei einem Metall, nämlich Quecksilber. Doch hängt diese Erscheinung mit Kartellbestrebungen zusammen, da wir es bei diesem Ring mit einem geschlossenen Unternehmerverband zu thun haben, der seit Jahrzehnten schon die Produktion genau dem Konsum entsprechend regelt und die Preise successive erhöht.

Wir könnten diese Liste beliebig fortsetzen. Die angeführten Beispiele aber werden bereits einen genügend sicheren Maßstab dafür liefern, daß die Tendenz zum Sinken der Preise eine radikale ist und daß die wenigen Ausnahmen demgegenüber nicht wichtig und zahlreich genug sind, um die Thatsache eines allgemeinen Sinkens der Preise auf dem Weltmarkte zu erschüttern.

Die Meinungen über den Ursprung des Preisfalls der Waaren auf dem Weltmarkte gehen weit auseinander. Die Einen schieben alle Schuld auf künstliche Eingriffe der Staaten, die Anderen sehen in dem Niedergang der Preise lediglich Krankheiten des Wachsthums, gewissermaßen eine Art Lösegeld für die Vervollkommnung, welche der moderne Mensch Dank den Fortschritten der Technik in das Wirthschaftsleben der Völker eingeführt haben soll. Noch Andere wollen die Veränderungen im Münzensystem für das Weichen der Preise und die immerwährenden Absatzstockungen verantwortlich machen. Wieder Andere erblicken in der plan- und ziellosen Zuvielerzeugung den Ursprung aller Krisen.

In allen diesen Anschauungen findet sich Zutreffendes mit Falschem vermischt. Wir können uns mit den divergirenden Meinungen hier nicht weiter beschäftigen, da wir den uns zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten müßten, wollten wir die Ansichten der einzelnen vorerwähnten Schulen auf ihre Berechtigung prüfen. Es kommt uns hier auch nur darauf an, zu diagnostiziren. So vielgestaltig nun aber auch die Meinungen über die Ursachen der Weltkrisis und ihren Charakter sein mögen, Niemand wird sich der Erkenntniß entziehen, daß zwischen dem Niedergang aller Preise und der Produktionsmethode ein inniger Zusammenhang besteht. Es ist unschwer nachzuweisen, wie sich innerhalb der letzten Dezennien die Produktionsbedingungen vollständig umgestaltet haben. Neue Maschinen und technische Errungenschaften haben auf industriellem und landwirthschaftlichem Gebiet die Produktivität der menschlichen Arbeit riesenhaft gesteigert, gleichzeitig hat aber die Produktion auch jeden Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Menschheit verloren. Hier einige Beispiele hierfür.

Die im Deutschen Reiche geförderte Steinkohlenmenge in dem Jahrzehnt 1881 bis 1890 ist in jedem der genannten Jahre — mit Ausnahme von 1886 — stetig angewachsen und zwar von 48 688 200 Tonnen in 1881 auf 70 237 800 Tonnen in 1890 und 73 640 618 Tonnen in 1892, d. i. ein Zuwachs von ca. 52 Prozent. Aehnlich ist die Zunahme der Steinkohlenproduktion in der ganzen Welt gewesen. Im Jahre 1842 betrug die gesammte Produktion der Welt 62 Millionen Tonnen. Im Jahre 1860 wurden schon 141 Millionen Tonnen Kohlen produzirt, 1880 bereits 344 Millionen Tonnen. Also in zwanzig Jahren eine Vermehrung von 145 Prozent. Heute fördert Großbritannien allein so viel Kohle wie die ganze Welt im Jahre 1864, nämlich ca. 182 Millionen Tonnen. Der Kohlenverbrauch pro Kopf der Be-

völkerung, der im Jahre 1881 bei uns 962 Kilogramm betrug, war 1890 bereits auf 1320 Kilogramm angeschwollen. Die Eisenproduktion ist nicht zurückgeblieben. Von 4 280 000 Tonnen im Jahre 1850 stieg sie auf 10 550 000 Tonnen im Jahre 1870, dann in den Jahren 1871 bis 1880, als zehnjähriges Mittel, auf 14 230 000 Tonnen. Im Jahre 1888 bereits war die Eisenproduktion auf 26 Millionen Tonnen gestiegen. Seitdem hat sie sich weiter erhöht. Produzirte doch Deutschland allein im Jahre 1891 10 600 000 Tonnen. Kupfer, ein am stärksten entwerthetes Metall, erhöhte seine Produktion in den Jahren 1850 bis 1880 von 45 250 Tonnen auf 120 000 Tonnen, Blei von 170 500 Tonnen im Jahre 1850 auf 380 000 im Jahre 1880. In Zink vermehrte sich allein die amerikanische Produktion in den zwei Jahren von 1890 bis 1892 um 14 000 Tonnen, nämlich von 60 127 auf 74 375 Tonnen. Am bezeichnendsten lehrt uns aber das Beispiel der Silberproduktion, wie eine bis ins Unsinnige gesteigerte Produktion zur Entwerthung eines Massenkonsumartikels führen kann. Seit 1870, bis zu welcher Zeit das klassische Verhältniß von 15½ Gramm geprägtem Silber gleich 1 Gramm Gold unangefochten Giltigkeit hatte, hat sich das ehedem für unverrückbar gegoltene Verhältniß des Goldes zum Silber von 15½ : 1 auf 30 : 1 verschoben. Das war selbstverständlich nur möglich durch eine kolossale Umwälzung in der Silberproduktion, mögen die Bimetallisten auch noch so eindringlich auf die Bekehrung zweier oder dreier Reiche zur Goldwährung die Schuld des Preisniedergangs abzuwälzen suchen. Die Produktion des weißen Metalls, welche in den Jahren 1851 bis 1856 als Jahresmittel-Ausbeute 886 115 Kilogramm ergab, stieg in den Jahren 1871 bis 1875 auf 1 969 000 Kilogramm, in der Zeit von 1876 bis 1880 auf 2 450 000 Kilogramm, um vier Jahre darauf bereits bei einer Ausbeute von 2 860 000 Kilogramm und endlich nach weiteren zehn Jahren bei einer solchen von 3 750 000 Kilogramm anzulangen.

Aehnliche Produktionserhöhungen lassen sich bei fast allen anderen Metallen und der Mehrzahl der Bedarfsartikel nachweisen. Baumwolle, deren Produktion im Jahre 1840 auf 1192 Millionen Pfund Gewicht und 1860 auf 2398 Millionen Pfund Gewicht geschätzt wurde, erfuhr bis 1880 schon eine Vermehrung der Produktion auf 4039 Millionen Pfund. Seitdem hat sich dies Verhältniß noch erweitert. Die Amerikanische Union, welche 1870 nur 3 080 000 Ballen Ernte hatte, produzirte 1885 schon 5 669 000 Ballen, 1890 7 313 000 Ballen und 1891 sogar 8 655 000 Ballen. Noch markanter ist das Anwachsen der Wollproduktion. In den drei Hauptproduktionsländern, Australien, dem Kap und La-Plata, erfuhr die Ausfuhr von Kolonialwollen eine Erhöhung von 458 000 Ballen im Jahre 1864 auf 879 000 Ballen im Jahre 1868, auf 1 272 000 Ballen im Jahre 1877, auf 1 880 000 Ballen im Jahre 1886, auf 2 335 000 Ballen im Jahre 1892, d. h. eine Verdoppelung innerhalb vier Jahren, eine Verfünffachung in achtundzwanzig Jahren. Ganz gewaltig ist auch die Produktionserhöhung in Oel, Rüböl und Petroleum.

Wenden wir uns nun den Nahrungs- und Genußmitteln zu, so finden wir dasselbe riesenhafte Anschwellen der Produktion. Die Getreidevorräthe haben innerhalb zwanzig Jahren eine staunenswerthe Vermehrung erfahren. Nach Mulhall* besaß Europa 1850 ungefähr 360 Millionen Acres Land unter Bebauung, 1884 aber bereits 482 Millionen Acres. Die bebaute Fläche ist also in fünfunddreißig Jahren um 34 Prozent angewachsen, in

* Mulhall, History of prices, pag. 79, 80, 96.

Amerika sogar von 55 Millionen Acres im Jahre 1850 auf 151 Millionen Acres im Jahre 1884 gestiegen. Aehnlich liegen die Dinge in Indien. Die Anbauflächen der Welt haben sich jedenfalls weit mehr und rascher vermehrt als die Bevölkerung, die in Europa, Canada, der Vereinigten Staaten und Südamerika von 279,2 Millionen im Jahre 1850 (nach Mulhall) auf 422,5 Millionen im Jahre 1885 anwuchs.

Nach einem englischen Fachblatte gestaltete sich das Ergebniß der Weizenernte (in Hektoliter) in den Jahren:

	1885—89	1890	1891
Europa	450 550 000	474 237 000	411 200 000
Außereuropäische Staaten .	326 810 000	300 527 000	380 915 000
Total	777 360 000	774 764 000	792 115 000

Die Gesammtheit der Einfuhr der Völker der Zivilisation an Zerealien und Mehl erreichte nach v. Neumann-Spallart 1869—70 nur 1636 Millionen Mark, sie erhöhte sich 1879—80 auf 3268 Millionen Mark.

Die Rohzuckerproduktion in der zivilisirten Welt schätzte v. Neumann-Spallart 1867 auf 16 750 000 Meter-Zentner, 1881/82 auf 25 Millionen Meter-Zentner; sie zeigte also ein Drittel Wachsthum in fünf Jahren. Die Produktion des Rübenzuckers steigt von 15 066 000 Meter-Zentner im Jahre 1879/80 auf 21 709 000 Meter-Zentner im Jahre 1882/83. Vermehrung also 40 Prozent in drei Jahren. Nach F. O. Licht, einem anerkannten Statistiker, betrug die Rübenzuckerproduktion bereits

	im Jahre 1888/89	1892/93	
in Deutschland . . .	19 812 000	24 200 000	Zentner
in Europa	55 076 800	68 040 000	"

Soweit das Auge reicht, überall sehen wir eine derartig rapide Produktionssteigerung, die sich den Teufel um die Konsumtion scheert. Losgelöst von allen Gesetzen der Logik und Vernunft produzirt das kapitalistische Unternehmerthum ins Blaue hinein. Nicht der Konsum, der Profit entscheidet.

Bedauerlich ist es nur, daß der Konsum aus diesen Preisniedergängen keinen Nutzen zieht, da der wirthschaftliche Organismus wohl zu keiner Zeit vorher mit einer solchen Menge überflüssigen Räderwerks belastet war. Ein Riesenheer von Zwischenträgern, Maklern, Agenten, Stellenvermittlern, Kaufleuten, Krämern und Wirthen hängt sich als todtes Gewicht in das Räderwerk des wirthschaftlichen Getriebes, seinen Gang hemmend. So kommt es, daß die Waaren wohl für den Produzenten, nicht aber für den Konsumenten im Preise herabgehen, wie nachfolgendes Beispiel illustriren mag.

Wir sahen, daß die Preise des Roggens in den Jahren 1887 bis 1891 im Ganzen stationär blieben. Gleichwohl wogen nach einer Ermittlung des Berliner Statistischen Bureaus in dieser Zeit 50-Pfennig-Roggenbrote, die aus 34 Berliner Bäckereien halbmonatlich entnommen wurden, durchschnittlich

2,42 Kilogramm im Jahre 1887
2,36 " " " 1888
2,02 " " " 1889
1,84 " " " 1890
1,55 " " " 1891

Das heißt, das einzelne Roggenbrot ist im Jahre 1891 durchschnittlich um $1\frac{3}{4}$ Pfund, im Jahre 1890 um $1\frac{1}{4}$ Pfund leichter gewesen, als im Jahre 1887.

Wie bei Zerealien, so läßt sich auf allen anderen Gebieten des Wirthschaftslebens der konsumwertheuernde Schmarotzerantheil des zwischen Produktion und Konsum eingekeilten Parasitenthums nachweisen.

Im Auftrage der Bourgeoisie, in deren Charakter es liegt, daß sie für ihre eigenen Sünden einen Prügelknaben sucht, müht sich die gelehrte Nationalökonomie unaufhörlich, für den Niedergang der Weltmarktspreise den oder jenen nebensächlichen Zufall verantwortlich zu machen. Zum Glück ist es den übereifrigen Forschern nicht möglich, die Begriffe über das Wesen der stattgehabten Preisbewegung gegenüber den Zahlen der Statistik zu verwirren. Diese Zahlen aber lehren, daß im Wirthschaftsleben der Völker eine neue Epoche angehoben hat — die Epoche der ewigen Krisis. —me.

Der Bericht der englischen Arbeitskommission über die Arbeiterfrage in Deutschland.

Von **Ed. Bernstein.**

Eine der letzten Thaten des abgetretenen Kabinets Salisbury war die Einsetzung einer königlichen Kommission zur Untersuchung der Arbeiterfrage. Der Kommission, die mit der Qualifikation als „königliche" schon erheblich weitergehende Vollmachten erhielt, als die der gewöhnlichen parlamentarischen Kommissionen — eine königliche Kommission darf den vorgeladenen Zeugen, resp. Sachverständigen den Eid abnehmen ꝛc. — wurden in Bezug auf die Ausdehnung der Untersuchung so gut wie gar keine Grenzen gesteckt, und so werthvoll auch an sich die Sammlung von zuverlässigem Material über die unter den Sammeltitel „Arbeiterfrage" fallenden Einzelfragen ist, so richtig es ferner ist, daß alle diese Fragen in mehr oder minder engem Konner stehen, so waren die Umstände, unter denen die Einsetzung der Kommission erfolgte, doch derart, daß gerade die Weite der gestellten Aufgabe um so größeres Mißtrauen in den mit ihr verbundenen Zweck erwecken mußte.

„Ihr durchstudirt die groß' und kleine Welt,
Um es am Ende gehn zu lassen,
Wie's Gott gefällt —"

schien ihr stillschweigendes Motto zu sein. Dementsprechend wurde die Kommission zusammengesetzt. Die übergroße Mehrheit ihrer Mitglieder sind, soweit nicht parteipolitisch, jedenfalls mit dem Vorsitzenden, dem Herzog von Devonshire, sozialpolitisch konservativ, und es heißt bereits, daß die paar vorgeschritteneren Mitglieder, die Anstands halber ihr beigegeben wurden, dem offiziellen Schlußbericht einen Minderheitsbericht gegenüberstellen wollen, der zu mehr positiven Vorschlägen als jener kommt. Das und der Erfolg dieses Minderheitsberichts bleibt abzuwarten, einstweilen hat das Publikum noch Gelegenheit, die Fülle von Einzelberichten, Protokollen und Auszügen aus Protokollen zu studiren, die die Kommission während der nun ins dritte Jahr gehenden Dauer ihrer Existenz nacheinander herausgegeben hat.

Unter diesen Publikationen befinden sich auch mehrere Berichte des Sekretärs der Kommission, Geoffrey Drage, über die Arbeiterfrage in verschiedenen fremden Ländern, und einer davon — der fünfte in der Serie der Auslandsberichte — behandelt die Arbeiterfrage in Deutschland. Es ist ein stattlicher, 110 Folio-

seiten umfassender Band, dem der Verfasser so viel des informirenden Materials über die Verhältnisse der Arbeiterklasse im Deutschen Reiche einverleibt hat, daß ihn auch derjenige mit Frucht und Interesse lesen wird, der nicht blos mit dem Wunsch an seine Lektüre geht, „zu sehn wie andern Menschen wir erscheinen" — ein Wunsch, der übrigens hier doppelt gerechtfertigt ist, weil nach Lage der Dinge das von Herrn Drage gelieferte Bild nicht wenige seiner Landsleute in Bezug auf ihre Stellungnahme zu praktischen Vorschlägen beeinflussen dürfte.

Eine übertrieben pessimistische Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland kann, bei der Rolle, die Deutschland heute auf dem Weltmarkt spielt, nicht anders wie ungünstig auf die Bestrebungen zur Hebung der Lage der Arbeiter in England zurückwirken, indem sie mindestens zeitweise dieselben lähmen oder falschen Vorschlägen Vorschub leisten würde. Hier würden Schutzzöllner aus ihr Kapital schlagen, dort Unternehmer sich auf sie berufen, um Lohnerhöhungen zu verweigern oder Lohnreduktionen zu erpressen. Maßregeln, die aus ganz bestimmten, nur dort wirkenden Gründen in Deutschland fehlgeschlagen sind, wären auch für England diskreditirt, wenn die bestimmten Gründe ihres Fehlschlags verschwiegen wurden, wie umgekehrt Manches sich als empfehlenswerth präsentirt für den, dem nur die Schauseite des Gegenstandes gezeigt wird.

Im Ganzen macht die Arbeit des Herrn Drage den Eindruck, daß sie von dem redlichen Willen diktirt ist, überall die objektive Wahrheit zum Ausdruck zu bringen, den Sachen so viel als möglich auf den Grund zu gehen. Aber dieser gute Wille hat es nicht verhindert, daß der Bericht nicht doch eine ganze Anzahl bedenklicher Fehler aufweist. Dafür ist in erster Reihe wohl nicht Herr Drage selbst, sondern sein Auftraggeber verantwortlich zu machen, der, oder, da es eine Vielheit ist, die ihm zumutheten, in ungefähr anderthalb Jahren über so und so viele Länder erschöpfende Berichte zusammenzustellen, von denen jeder einzelne diese Zeit reichlich erfordert hätte. Nun war freilich, aus früher publizirten Arbeiten des Herrn Drage zu schließen, demselben Deutschland auch vorher nicht unbekannt, aber ein vorübergehender Aufenthalt und das Studium von so und so viel zusammengerafften offiziellen und sonstigen Publikationen genügt doch nicht, die vielen Punkte, die bei Beurtheilung der Arbeiterverhältnisse in Deutschland in Betracht kommen, genügend zu würdigen und das aufgetriebene Material auch wirklich zu meistern.

Die Abhängigkeit des Herrn Drage von den ihm jedesmal vorliegenden Schriften verräth sich gleich im ersten Abschnitt seines Berichts, der von den gewerblichen Konflikten handelt. Herr Drage leitet denselben nach einigen allgemeinen Bemerkungen mit einem Kapitel über den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterbewegung ein und giebt bei dieser Gelegenheit auch einen Abriß der Geschichte des Sozialismus in Deutschland. Diese wimmelt von Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten. Ungenau sind vor Allem die Daten. Lassalle's „Arbeiterprogramm" — für Drage ein Arbeiterprogramm, in dem Lassalle Schulze-Delitzsch's Selbsthilferei widerlegt, das allgemeine Wahlrecht, die Ersetzung der indirekten durch direkte Steuern, Allgemeinheit des Unterrichts, staatlich unterstützte Produktivgenossenschaften fordert und das natürliche Recht der Arbeiter auf die Herrschaft im Staat erhebt — erscheint 1861, die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erfolgt 1862, und die der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Bebel und Liebknecht — 1865! Die deutschen Anarchisten unter Johann Most bildeten ursprünglich den linken Flügel der Sozialistischen Partei und wurden in Verbindung mit der Jura-Federation zwischen 1872 und 1876 (!) organisirt. Das sind indeß harmlose Fehlgriffe im Vergleich mit den

groben Unrichtigkeiten, die Herr Drage seinen professoralen und lexikographischen Quellen entnimmt. Darnach stimmen Marx und Lassalle „darin überein, die Arbeit als die einzige Quelle des stofflichen Reichthums (wealth) und den Arbeiter als berechtigt zu betrachten, das ganze Produkt seiner Arbeit und nicht blos den im Lohn dargestellten Theil desselben zu verlangen." Lassalle's „nationale und monarchische Tendenzen würden denselben, wie Fürst Bismarck von ihm sagte, eine wohlwollende Autokratie als ebenso verträglich mit seinen Produktivgenossenschaften haben betrachten lassen (wie die Demokratie)". Marx will „sowohl von allen Versuchen, Reformen im heutigen Staat durchzuführen, wie von einer so ungenügenden Darstellung seiner Lehre wie Lassalle's ‚ehernes Lohngesetz' nichts wissen". Die durch das Eisenacher Programm von 1869 repräsentirte Sozialdemokratie verwarf „alle Vorschläge, Reformen unter den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen herbeizuführen". Vom Kommunistenbund erzählt Drage, derselbe habe, nach der 1847 erfolgten Publizirung eines Manifests von Marx und Engels, die Einberufung eines internationalen Kongresses nach Brüssel und die Federation aller kommunistischen Vereine beschlossen, diese Idee aber in Folge der „vernichtenden Resultate der in Paris 1848 gemachten kommunistischen Versuche" aufgegeben. Auf dem Basler Kongreß von 1869 wird der bevorstehende deutsch-französische Krieg als ein Bürgerkrieg zu Gunsten Rußlands bezeichnet, und Proudhon beantwortet die in seiner Schrift „Was ist das Eigenthum?" aufgeworfene Frage mit dem später von Karl Marx aufgenommenen Satz „Das Eigenthum ist Diebstahl" u. s. w. u. s. w.

Andererseits hat dieser Theil des Drage'schen Berichts eine sehr sachliche und klare Darstellung der Entwicklung der Programme der deutschen Sozialdemokratie, und die Angaben über Wachsthum und Ausdehnung der Partei, ihre Stellung zum Anarchismus ꝛc. lassen wenig zu wünschen übrig. Das „Erfurter Programm" giebt Herr Drage in wörtlicher Uebersetzung, bei der ihm indeß der Lapsus passirt, daß er am Schluß die Forderung maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung der Arbeiterversicherung mit „a certain share of its administration" übersetzt.

Hin und wieder tritt Herr Drage in seinen Berichten aus der Rolle des trockenen Berichterstatters heraus und giebt seine eigene Meinung zum Besten. Das hat ihm, soweit der französische Bericht in Betracht kommt, daheim scharfe Angriffe zugetragen, er habe bei der Kritik französischer Politiker die Rücksichten, die seine offizielle Stellung ihm auferlegte, arg verletzt. Nun, in Bezug auf Deutschland werden seine beiläufigen Bemerkungen kaum zu solchen Rekriminationen Anlaß geben. Herr Drage erklärt, daß nach seiner Ansicht Bismarck's Sozialistengesetz seiner Zeit ebenso nothwendig gewesen sei, wie jetzt die liberalere Politik von Bismarck's Nachfolger, und er zieht aus der Stärke und Disziplin der deutschen Sozialdemokratie den Schluß, daß alle Nicht-Sozialisten in Deutschland sich zusammenschaaren müssen, und daß „hier wie anderswo der politische wie der soziale Kampf der Zukunft zwischen einer vereinigten konservativen oder nichtsozialistischen Partei auf der einen Seite und der sozialdemokratischen oder radikalen Partei auf der anderen Seite" stattfinden werde. „Soweit es bis jetzt möglich ist", fügt er hinzu, „die Unterströmungen der ökonomischen Entwicklung Deutschlands zu verfolgen, scheint es wahrscheinlich, daß die Organisation der Arbeiter in sozialistischer und zugleich nicht-revolutionärer (d. h. nicht gewaltthätiger) Richtung sich fortsetzen wird, daß aber der wachsende Einfluß des Sozialismus unter den deutschen Arbeitern der gegenwärtigen Zerfahrenheit der politischen und religiösen Parteien nothwendigerweise ein Ende machen wird" (S. 20).

Das ist sehr diplomatisch vorsichtig nach rückwärts und nach vorwärts geurtheilt, aber wenn uns Herr Drage Thatsachen angeben sollte, weshalb 1878 das Sozialistengesetz nothwendig gewesen sei, d. h. nicht nur nothwendig für Bismarck, so möchte das selbst einem englischen Konservativen, der er ist, etwas schwerer fallen, als die Vorhersagung der „einen reaktionären Masse", die, wenn nicht heute, ganz sicher morgen Wahrheit wird — in England wie in Preußen.*

Die Darstellung, die Herr Drage von der Gewerkschafts- resp. Gewerkvereins-Bewegung in Deutschland giebt, ist ebenfalls nicht frei von groben Schnitzern. Seine Klassifizirung der verschiedenartigen Organisationen ist durchaus irreleitend. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine sind ihm „trade unions", die unter sozialistischer Aegide ins Leben gerufenen Gewerkschaften dagegen nennt er „workmens associations", was auf den englischen Leser den Eindruck machen muß, als seien dieselben gemischte Arbeitervereine. Das trade war hier, wie auch bei der Uebersetzung des Worts Fachvereine durchaus beizubehalten, und wenn man nicht annehmen soll, es sei Herrn Drage selbst nicht recht klar, was die deutsche Gewerkschaftsbewegung bedeutet, oder er wünsche sie bei seinen Lesern aus der Arbeiterklasse in ein falsches Licht zu stellen, so ist es rein unbegreiflich, warum er nicht, wenn er einmal die Hirsch'schen Vereine „trade unions" nannte, die Gewerkschaften „trade associations" und die lokalen Fachvereine etwa „local trade societies" titulirte. Der Unterschied liegt doch nur im Geist und nicht in der Form der Verbindungen, ganz ebenso, wie der sogenannte neue vom alten englischen Trade-Unionismus sich nur durch den herrschenden Geist in den Unionen unterscheidet, so daß Unionen, die dem Datum nach ziemlich alt sind, jetzt zum neuen Unionismus gerechnet werden müssen, während manche der neuesten Unionen, und darunter eine der berühmtesten, bedenkliche Schwenkungen in der Richtung zum alten Unionismus machen.

Seiner — wir lassen dahingestellt, ob freiwilligen oder unfreiwilligen — Konfusion ist denn auch geschuldet, daß Herr Drage in ein und demselben Absatz seinen Lesern erst erzählt, daß noch vor der Gründung der Hirsch'schen Gewerkvereine der Lassalleaner Fritzsche zwei Trade Unions ins Leben gerufen habe: 1865 den Verband der Tabakarbeiter und — was beiläufig unrichtig — 1866 den Buchdruckerverband, knapp dreißig Zeilen später aber im Hirsch'schen Gewerkverein der Metallarbeiter Ende 1868 „die erste deutsche Trade Union" ins Leben treten läßt (S. 23). Indeß muß er doch zugeben, daß die Hirsch'schen Vereine mehr Hilfskassen und Bildungsvereine sind, als Organisationen zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gegen das Unternehmerthum, und er schreibt S. 24, daß die einzige gewerkschaftliche Verbindung in Deutschland, welche größere Aehnlichkeit mit den englischen Trade Unions hat, der Verband der Schriftsetzer sei — eine insofern anfechtbare Behauptung, als die englischen Unionen selbst die größte Mannigfaltigkeit aufweisen. Für die Gründe des Widerstandes der alten Lassalleaner gegen die Gewerkschaftsbewegung fehlt Herrn

* Allerdings hat Herr Drage hierfür Herrn Schäffle zum Gewährsmann, von dem er den Ausspruch anführt, daß das Sozialistengesetz sich dadurch wirksam erwiesen habe, daß es der vorher gepflegten aufreizenden Sprache und dem terroristischen Auftreten der Partei ein Ende gemacht habe. Schade, daß Herr Drage nicht weiß, daß eine gewisse schwäbische Exzellenz gerade um die Zeit, wo die Partei angeblich die Korrektur des Sozialistengesetzes nothwendig machte, Liebesblicke mit ihr austauschte und gemeinsam mit Most, Guillaume, Brousse und Anderen an der eher noch etwas links von der Partei stehenden „Neuen Gesellschaft" mitarbeitete.

Drage jede genügende Erklärung, er leitet ihn aus der Furcht her, daß jede Verbesserung der Lage der Arbeiter der Sozialdemokratie Schaden bringen könne, und läßt Schweitzer die 1866 gegründeten Gewerkschaften aus Furcht vor einem finanziellen Krach derselben auflösen. Die 1874 reorganisirten Berufsverbände läßt er auf die Autorität des Schmöle'schen Aufsatzes im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" schlechtweg Strikes entgegenwirken, und auf dieselbe Quelle beruft er sich mit der Behauptung, das langsame Wachsthum der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland sei der Abneigung der Organisationen zuzuschreiben, Strikes zum Zweck der Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu organisiren (S. 30). Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, den Satz bei Schmöle zu verifiziren, glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir ein arges Mißverständniß von Seiten Drage's annehmen.*

Ungenügend ist auch, was Drage über die katholischen Gesellenvereine sagt, d. h. er sagt eigentlich gar nichts über sie, sondern spricht nur von ihrer Gründung und giebt die statistischen Angaben über ihre Ausbreitung wieder. Eine Bemerkung über den Charakter derselben als bloßer Unterhaltungs- und Unterstützungsvereine hätte nichts geschadet.

Indeß genug der Ausstellungen, die übrigens auch immer weniger nothwendig werden, je mehr Drage das schlüpfrige Gebiet der Darstellung von Doktrinen verläßt und den festen Boden zahlenmäßiger Erhebungen, amtlicher Verfügungen, von Gesetzesakten ꝛc. unter den Füßen hat. In der Schilderung der Lage der Arbeiter in Deutschland, der Strikebewegung, des gesetzlichen Arbeiterschutzes, der Armenpflege, der Arbeitskolonien, der Arbeiterversicherungsgesetze, der ländlichen Arbeiterfrage und der Bevölkerungsbewegung stützt er sich zumeist auf offizielle Mittheilungen der verschiedenen statistischen Aemter, auf die Berichte von Fabrikinspektoren, auf die Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik, auf die größeren Aufsätze im Lexis'schen „Handwörterbuch" und im Braun'schen „Archiv". Auch das „Sozialpolitische Zentralblatt" wurde stark benutzt, ebenso diese Zeitschrift, sowie das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften" und andere Gewerkschaftsorgane. Es würde natürlich viel zu weit führen, auf alle die aufgeführten Materien im Einzelnen einzugehen, noch hätte es Sinn, auf dem Umweg über England Kritik an deutschen Schriftstellern und Behörden zu üben. Herr Drage nimmt die Mehrheit der Berichte in gutem Glauben hin, ihm ist ein Fabrikinspektor so zuverlässig wie der andere, in Deutschland aber weiß man, was von einigen der sächsischen und preußischen Fabrikinspektoren auf der einen und von verschiedenen süddeutschen Beamten auf der anderen Seite zu

* Bernstein's Vermuthung ist vollkommen richtig. Schmöle spricht in dem Artikel über die „Gewerkvereine" in Deutschland nicht davon, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften seit 1874 Strikes überhaupt entgegenwirkten; er sagt nur: „Die wenigen nach 1874 sich kräftig entwickelnden Gewerkschaften . . . dämpften bei ihren Mitgliedern das allgemein verbreitete Strikefieber", was denn doch etwas ganz Anderes ist. Und wenn Schmöle schreibt, daß das langsame Wachsen der gewerkschaftlichen Organisationen ihrer Abneigung zuzuschreiben sei, Strikes zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu organisiren, so spricht er nicht, wie Drage glaubt, von der Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen, sondern blos von den Gewerkvereinen des Dr. M. Hirsch. Womit nicht gesagt sein soll, daß nicht auch Schmöle sich in seiner Abhandlung mitunter ganz klassische Sätze leistet. So sagt er z. B.: „Die Gewerkschaften sind trotz ihres Ursprungs und trotzdem sie immer weitere Kreise für die Sozialdemokratie gewinnen halfen . . . dennoch von Wichtigkeit für unsere Arbeiter." Schmöle scheint noch immer keine Ahnung davon zu haben, daß sogar die Sozialdemokratie selbst schon „von Wichtigkeit" geworden ist, und nicht blos für die Arbeiter. D. Red.

halten ist. Uebrigens schadet es gar nichts, daß Herr Drage einige Lamentationen der Ersteren über die maßlosen Ansprüche und die Tyrannei der Arbeiter wiedergiebt — auf die englischen Gewerkschaftler und Sozialisten wird das seine Wirkung nicht verfehlen.

Im Ganzen stellt sich freilich nach den Lohnstatistiken ꝛc., die Herr Drage anführt, die Lage der deutschen Arbeiter als eine schlechtere dar, wie die ihrer englischen Kollegen. Indeß, daß die Löhne in Deutschland niedriger und die Arbeitszeit länger sind als in England, war schon früher bekannt, und so wenig die Zahlen Drage's als schönfärberisch zu bezeichnen sind, sind sie doch geeignet, die übertriebenen Vorstellungen, die sich manche englische Arbeiter von den Bedingungen ihrer festländischen Kollegen in dieser Hinsicht machen, zu rektifiziren. Es ist Thatsache, daß in einigen Industrien die Löhne in Deutschland absolut und relativ den in England gezahlten gleich sind, in anderen England sogar noch hinter Deutschland rangirt. Der Zusammenhang von Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung wird von Drage nur gelegentlich gestreift, aber keineswegs genügend gewürdigt.

Die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung imponirt ihm als Engländer natürlich nicht besonders, und auch die Versicherungsgesetze reißen ihn zu keinen überschwänglichen Lobeserhebungen hin, obwohl es ihm bei diesen entgangen ist oder von ihm nicht beachtet wird, einen wie hohen Antheil an der Unfallversicherung die Arbeiter in Form der Beiträge zu den Krankenkassen selbst zu tragen haben. „Diese Gesetzgebung", schreibt er auf S. 19, „ist die größte Hoffnung der neuen Bureaukratie, die vielleicht eine größere Neigung verräth, ihre Wohlthaten zu überschätzen und ihre mannigfaltigen Mängel zu unterschätzen, als von weniger interessirten Kritikern erwartet werden möchte." Und auf S. 83 ꝛc. läßt er es selbst an Anführung solcher Kritiken nicht fehlen. Doch fügt er an der zitirten Stelle begütigend hinzu, die gegenwärtige Politik der deutschen Regierung sei unverkennbar darauf gerichtet, den arbeitenden Klassen „ein mäßiges Quantum von Organisationsfreiheit zu lassen und von Zeit zu Zeit Wohlfahrtsmaßregeln zu ihren Gunsten durchzuführen".

Zu loben ist die gute systematische Eintheilung des Berichts und die mit wenigen Ausnahmen höchst übersichtliche Anordnung des Stoffes.

Obwohl Herr Drage für die Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokratie verschiedenes statistische Material anführt und, wie wir gesehen haben, nicht versäumt, die Rückwirkung derselben auf die bürgerlichen Parteien hervorzuheben, ist doch im Ganzen die politische Seite des Kampfes der Arbeiter in Deutschland bei ihm entschieden zu kurz gekommen. Für ihre politisch-rechtliche Stellung hat er kein Wort übrig, ihre Aktivität in den Landtagen und Munizipalitäten erwähnt er kaum, und so bekommt er es z. B. fertig, bei der Besprechung der Gemeindeverwaltung von Berlin zu sagen, daß trotz der bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommenen großen Fortschritte der Sozialdemokratie in Berlin, noch wenig von ihrem Einfluß auf die Gemeindeverwaltung zu verspüren sei. Kein Wort davon, daß sie längst Vertreter in derselben hat, und kein Wort, welches Gesetz der Geltendmachung ihres vollen Einflusses im Wege steht.

Diese geringe Beachtung der politisch-rechtlichen Stellung der Arbeiter ist indeß nur natürlich. Herr Drage ist ein wohlmeinender Bourgeois-Sozialpolitiker, ein Geistesverwandter der deutschen Katheder-sozialisten oder Evangelisch-Sozialen, denen er denn auch, und, wie wir zugeben, berechtigtermaßen ein Plätzchen in seinem Bericht gönnt. Aber er ist konservativ — in England deckt das auch seine politische Parteistellung, in Deutschland wäre er vielleicht nationalliberal

oder von denen um Rickert — und so ist ihm das selbständige politische Auftreten der Arbeiter als Klassenpartei eine vielleicht als unvermeidlich anerkannte, aber doch unerwünschte Erscheinung. Das festzustellen, ist um so nothwendiger, als selbst in radikalen Kreisen in Deutschland für Herrn Drage eine etwas überschwängliche Reklame gemacht worden ist. Nicht zum Vortheil des Objekts derselben. Denn sie weckt Erwartungen, die der Drage'sche Bericht trotz lobenswerther Einzelheiten nicht erfüllt.

Die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung in der Schweiz.

Von **Otto Lang** (Zürich).

Am 26. Oktober 1890 sprach sich das Schweizervolk in der Abstimmung über eine theilweise Revision der Bundesverfassung mit der großen Mehrheit von 283 228 gegen 92 200 Stimmen für die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung aus. Seither hat der Bundesrath durch Nationalrath Forrer einen sachbezüglichen Gesetzesentwurf ausarbeiten lassen, dessen einer, die Krankenversicherung beschlagender Theil von einer größeren Expertenkommission, in der auch Vertreter der Arbeiterschaft saßen, durchberathen worden ist. Mittlerweile haben nun verschiedene Interessentengruppen zu dem Projekt Stellung genommen. Vor Allem hat die Arbeiterschaft es sich angelegen sein lassen, die Ansprüche, die sie an die Versicherung stellt, zu formuliren und damit einen brauchbaren Maßstab für die Beurtheilung des bundesräthlichen Entwurfs zu gewinnen. — Nun erfüllt aber der letztere die Erwartungen nicht, zu denen wir berechtigt zu sein glauben. Die Arbeiterschaft hat deshalb mit großer Einmüthigkeit beschlossen, für ein Initiativbegehren, in welchem ihre Wünsche niedergelegt sind, die nöthige Zahl von Unterschriften zu sammeln, um dasselbe zur Volksabstimmung zu bringen. Sofern wenigstens 50 000 Bürger ein Initiativbegehren unterstützen, ist es dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen.

Wird von weniger Wichtigem abgesehen, so sind es namentlich zwei Punkte, an denen die Wege auseinander gehen. Der eine betrifft die Behandlung der zahlreichen bestehenden freiwilligen Krankenkassen; der andere die Vertheilung der Kosten der Versicherung.

Was zunächst den Streit um die Organisation der Krankenkassen anbelangt, so ist es um so weniger nöthig, an diesem Orte auf denselben näher einzugehen, als er nur eine Wiederholung der Kämpfe darstellt, welche die deutschen Arbeiter für die Selbständigkeit ihrer Kassen ausfochten. Im Gegensatz zum offiziellen Entwurf, der die Gemeindekrankenkassen in den Vordergrund stellt, wünschen die Arbeiter, daß der beruflichen Organisation in den Krankenkassen Vorschub geleistet und die Bildung von Berufs- oder Betriebskrankenkassen erleichtert wird. Ferner verlangen sie Selbstverwaltung der Krankenkassen, während nach dem Entwurf die Verwaltung Sache der Unternehmer und Arbeiter sein soll.

Die Heranziehung der ersteren zur Verwaltung der Krankenkassen findet im Entwurf eine sachliche Berechtigung in dem Umstande, daß die Kosten der Krankenversicherung von Arbeitern und Unternehmern gemeinsam, und zwar zu gleichen Theilen, getragen werden sollen. Wenn nun die Arbeiter schon deshalb eine andere Vertheilung der Lasten wünschen, damit den Unternehmern jeder

Rechtstitel, mit dem sie den Anspruch auf Mitwirkung an der Kassenverwaltung begründen könnten, abgehe, so stehen ihnen bei diesem Verlangen noch andere, triftigere Gründe zur Seite.

Nach dem offiziellen Entwurf haben die Unternehmer für die Kosten der Unfallversicherung aufzukommen und die Kosten der Krankenversicherung wenigstens zur Hälfte zu tragen. Gegen diesen Vorschlag ist der Einwand erhoben worden: er belaste nicht nur die Arbeiter zu sehr, sondern muthe auch den Bauern und Kleinhandwerkern Lasten zu, welche von ihnen auf die Dauer nicht ertragen werden könnten. Daher die Forderung der Arbeiterschaft, daß der Staat für einen Theil der Versicherungskosten aufkomme und nöthigenfalls durch Einführung eines Monopols die erforderlichen Mittel beschaffe.

Diese Wünsche fanden nach mehrfachen und eingehenden Berathungen an drei Delegirtentagen des schweizerischen Arbeiterbundes* präzisen Ausdruck in der Eingangs erwähnten Verfassungsinitiative, für welche gegenwärtig mit großem Eifer Unterschriften gesammelt werden. Wird sie vom Volke angenommen, so gestaltet sich die Vertheilung der Kosten der Versicherung folgendermaßen.

Die Unternehmer tragen die Lasten der Unfallversicherung. Die Krankenversicherung wird — soweit es sich um den Lohnausfall während der Heilungsdauer handelt — ausschließlich aus den Beiträgen der Arbeiter erhalten. Der Staat, als Dritter im Bunde, hat für unentgeltliche Krankenpflege zu sorgen.

Die unentgeltliche Krankenpflege schließt in sich: ärztlichen Rath und Beistand, Heilmittel, Spitalverpflegung, soweit die Art der Krankheit oder die Armuth des Patienten sie nöthig machen: sie soll Allen, das heißt dem ganzen Volke, zu Gute kommen, nicht nur den in die Kranken- und Unfallversicherung einbezogenen Personen.

Die Organisation der unentgeltlichen Krankenpflege dachte man sich so: daß Aerzte in einer nach Bedürfniß festzusetzenden Zahl als öffentliche Beamte angestellt und ausreichend besoldet werden (neben denen natürlich sich auch freie Aerzte etabliren dürfen). Sie werden vom Volke gewählt und finden in den periodisch wiederkehrenden Wahlen einen Antrieb zu gewissenhafter Pflichterfüllung, wenn sich diese nicht schon aus anderen Gründen von selbst versteht.

Die Kosten der unentgeltlichen Krankenpflege belaufen sich nach unseren Berechnungen auf ca. 20 Millionen Mark, von denen verwendet werden müssen: für Besoldung der Aerzte 6 Millionen, für Beschaffung der Heilmittel ꝛc. 3,5 Millionen, für Spitalverpflegung 9,5 Millionen, und für Verwaltung etwa 1 Million. Da nun gegenwärtig schon für die Spitäler ca. 8 Millionen Mark ausgegeben werden, so sind noch 12 Millionen Mark neu zu beschaffen. Zur Gewinnung dieser Summe wird das Tabakmonopol vorgeschlagen, dessen Erträgnisse sich auf den genannten Betrag belaufen dürften. Dabei wird nur auf den Zollertrag und den Fabrikations- und Handelsgewinn gerechnet, und etwa noch auf eine Besteuerung der theueren Tabaksorten. Um die Furcht davor, daß es dem Fiskus doch einfallen könnte, auch die vom Volk bevorzugten Tabake im Preis zu steigern, zu bannen, ist in den Initiativvorschlag die Bestimmung aufgenommen, daß die geringwerthigeren Tabak- und Zigarrensorten nicht vertheuert werden dürfen. Das Monopol ist als Fabrikations- und Handelsmonopol gedacht und würde sich selbst-

* Die auf das proletarische Klasseninteresse gegründete Organisation der verschiedensten Arbeitervereine, Krankenkassen ꝛc. (Siehe: Lux, Das schweizerische Arbeitersekretariat. „Neue Zeit", IX, 1, S. 401.)

verständlich auch auf die Tabakeinfuhr erstrecken. Nach der Berufsstatistik von 1888 sind in der Tabakindustrie 2257 Männer und 4158 Frauen beschäftigt, deren wirthschaftliche Lage eine bedauernswürdige ist. Nach den Angaben aargauischer Fabrikbesitzer beläuft sich der durchschnittliche Lohn eines Zigarrenmachers auf 1 Mark 60 Pfennig, derjenige einer Wickelmacherin auf 1 Mark 20 Pfennig. Da die Tabak-Krautjunker allen Versuchen, die gewerkschaftliche Bewegung in Fluß zu bringen, mit den brutalsten Mitteln entgegentreten, ist die Organisation unter den Tabakarbeitern noch jung und auf einige Orte beschränkt. Es ist aber kein Zweifel, daß die Verstaatlichung der Tabakindustrie nicht nur die ökonomische Besserstellung ihrer Arbeiter zur Folge hat, sondern auch für die politische und gewerkschaftliche Agitation viel günstigere Bedingungen schafft, als sie gegenwärtig der Privatbetrieb bietet. In dieser Hinsicht gestalten sich die Verhältnisse in der Schweiz aus naheliegenden Gründen ganz anders, als in Deutschland.

Allfällige Zweifel, ob die Verbindung von Tabakmonopol und unentgeltlicher Krankenpflege wirklich wünschenswerth sei, wurden durch die Erkenntniß beseitigt, daß die Einführung dieses Monopols in der Schweiz nur eine Frage der Zeit ist und daß, wenn wir seine Erträgnisse nicht für die unentgeltliche Krankenpflege — für welche die Mittel sonst auf keine andere Art zu beschaffen wären, — in Anspruch nehmen, sie für die heilige Dreieinigkeit der Infanterie, Kavallerie und Artillerie Verwendung finden würden.

Diesem kurzen Referate fügen wir den Wortlaut des mehrerwähnten Initiativbegehrens bei:

„Die unterzeichneten Stimmberechtigten stellen das Begehren, daß folgender Vorschlag zur Abänderung der Bundesverfassung dem Volke und den Kantonen zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werde:

„Artikel 34 der Bundesverfassung erhält folgenden Zusatz:

„Der Bund hat unter Mitwirkung der Kantone in der Organisation und Verwaltung und indem er hierfür den Reinertrag des Tabakmonopols verwendet, dafür zu sorgen, daß der Bevölkerung ärztlicher Rath und Beistand, sowie Heilmittel unentgeltlich zutheil werden, und er gewährt den Kantonen Beiträge für unentgeltliche Spitalpflege Unbemittelter und für Errichtung von Heilanstalten.

„Der Bund führt das Tabakmonopol ein, das in dem ausschließlichen Recht zur Tabakfabrikation und zur Einfuhr und dem Verkaufe von Tabak und Tabakfabrikaten besteht; auch kann derselbe gesetzliche Vorschriften über die Tabaksurrogate erlassen. Die geringwerthigen Tabak- und Zigarrensorten sollen hierbei nicht vertheuert werden.

„Die Bundesgesetzgebung begünstigt den Tabakbau und die Fabrikation im Inland; sie bestimmt, in welcher Weise die kantonalen Organe an der Verwaltung des Tabakmonopols mitzuwirken haben."

Nochmals Knorr's Katechismus.

I. Wider den Kritiker.

Habent sua fata libelli! Auch mein Büchelchen hat sein Schicksal gehabt! Es ist durch die Kritik der „Neuen Zeit" aus dem Staube, in welchem literarische Eintagsfliegen leben, in die reinen Höhen der Wissenschaft und des Prinzips versetzt worden. So viel Ehre könnte für den Verfasser beinahe schmeichelhaft erscheinen, wenn die Ursachen der ganz außergewöhnlichen Rangerhöhung durch die Kritik der

„Neuen Zeit" nicht auf einem Irrthum des Kritikers beruhen würden. Und noch dazu auf einem so fundamentalen! Daß Kautsky den für die Agitation bestimmten „Katechismus" auf ein wissenschaftliches Postament setzt, um ihn dann herunterzureißen, kann nur auf einem Irrthum, nicht auf Absicht beruhen. Unmöglich kann ich annehmen, daß der so scharfsinnige und dialektisch gewandte Kautsky nur einen Maßstab besitzt, mit dem er die Werke der Wissenschaft und die agitatorische Werktagsarbeit zu messen versteht. Er sagt zwar des Oefteren, wie schwierig es sei, einen derartigen Katechismus zu schreiben, er führt auch Entschuldigungsgründe für Zeitungsartikel, Reden ꝛc. an, denen er „gelegentliche Abweichungen" gestattet. Aber merkwürdigerweise übt er dem „Katechismus" gegenüber das Gegentheil der verkündeten Toleranz. Natürlich! Wer verlangte nicht von einem wissenschaftlichen Werke im Preise von 15 Pfennig strengste Logik, tiefste Gedankenarbeit und vor Allem Bewegung auf der „richtigen Linie". „Wer noch nie einen Irrthum begangen hat, möge da den ersten Stein werfen", nämlich wo es sich um „Abweichungen" in „rasch hingeworfenen Zeitungsartikeln oder Gelegenheitsschriften" handelt, ruft Kautsky aus und wirft gleich eine ganze Hand voll Steine gegen das arme Heftchen. Und warum? Weil wir es, wie Kautsky am Schlusse sagt, „mit einer Schrift zu thun haben, die anscheinend im Namen der Partei spricht". Hier finde ich den Schlüssel zu den Irrthümern der Kautsky'schen Kritik. Es wird nirgends gesagt, warum gerade dieses Schriftchen „anscheinend" im Namen der Partei sprechen soll, und ich habe vergebens darüber nachgedacht, an welchen geheimen Merkmalen Kautsky die supponirte Eigenschaft erkannt haben mag, da doch für alle Welt die Anspruchslosigkeit des Schriftchens offen zu Tage liegt. Ich bin wirklich begierig, zu erfahren, woran man erkennt, daß eine von einem unbekannten Autor stammende Agitationsschrift im Namen der Partei spricht.

Bis ich in dieses Geheimniß eingeweiht bin, muß ich annehmen, Kautsky habe seinen Artikeln diesen Schlußstein nur beigefügt, damit der ganzen Kritik die würdige und das Verständniß erleichternde Spitze nicht fehle. Aber auch das Fundament nicht! Denn als Zeitvergeudung schlimmster Art müßte es erscheinen, wenn Kautsky einer rein agitatorischen Privatarbeit solch ehrenvolle Aufmerksamkeit schenken wollte. Daher also die Rangerhöhung zum wissenschaftlichen Werke und zur anscheinend im Namen der Partei sprechenden Propagandaschrift.

So viel im Allgemeinen! Was das Besondere anbelangt, so will ich darüber kurz hinweggehen, da ich nicht Lust habe, mich in die Rolle des Katechumenen gegenüber dem Katecheten Kautsky zu schicken. Wer eine Schrift im Allgemeinen schief auffaßt, kann sie im Besonderen nicht mit geraden Augen ansehen. Wollte ich auf alle von Kautsky aufgestochenen Einzelheiten eingehen, so müßte ich zu der schon ver—schriebenen Tinte noch viel hinzuthun. Nur eins will ich betonen. Kautsky sucht den Anschein zu erwecken, als ob ich die Prinzipien der Partei verletzt hätte und von der „richtigen Linie" abgewichen wäre. Er sucht dies zu beweisen, indem er seine Ansichten über Reform, Revolution, Republik, Monarchie und über noch viele andere nicht dazu gehörige Dinge zum Besten giebt. Er spricht von vulgärökonomischen, unklaren Anschauungen, Eiertanz und Nationalliberalismus, dem ich zur Zierde gereichen würde.

Wenn man bald 25 Jahre in Reih und Glied der Partei steht, kann man sich über derlei Liebenswürdigkeiten, wie solche zum dialektischen Handwerkszeug gehören, nicht ärgern, wohl aber hält es schwer, sich des Lachens zu erwehren. Wenn ich auch Niemanden das Recht absprechen will, in vestalischer Keuschheit das reine Feuer des Prinzips zu hüten, so wird es doch noch gestattet sein, über die praktische Agitation, der mein Katechismus ausschließlich dienen soll, eigene Gedanken zu haben. Um so mehr sollte dies erlaubt sein, wenn das betreffende Agitationsschriftchen in keinem Punkte dem Programm und der Taktik der Partei widerspricht. Was Kautsky in taktischer Hinsicht an dem Katechismus aussetzt, trifft nicht dessen Verfasser, sondern die besten Schriften und Reden unserer hervorragendsten Genossen. Kautsky kennt unsere Agitationsliteratur, und so wird

er sich erinnern, daß dieselbe in ganz anderer Weise *seinen* Anschauungen zuwiderläuft, als dies bei dem Katechismus der Fall ist. Ich will und brauche nicht zu zitiren. Aber erwähnen muß ich dies, damit sich die Genossen durch doktrinäre Abschlachtungen nicht verhindern lassen, mit frischem und fröhlichem Muth praktische Agitation zu treiben. Der Theorie ihr Recht, aber sie soll sich nicht anmaßen, als *höchste* Instanz über die Erscheinungen des politischen Lebens abzuurtheilen und eine „richtige Linie" vorzuzeichnen, von der abzuweichen als ein neues Majestätsverbrechen gilt.

Ludwig Knorr.

II. Erwiderung.

Knorr meint, daß sein Büchlein ein eigenthümliches Schicksal habe. So verhält sich's auch mit seiner Entgegnung.

Am 26. vor. Mts. fragte er bei uns an, ob wir eine Erwiderung auf die Kritik seines „Katechismus" aufnehmen würden. Wir antworteten sofort und zwar bejahend. Ehe aber unsere Antwort eintreffen konnte, veröffentlichte schon Knorr eine Polemik gegen uns in der „Münchner Post" vom 28. vor. Mts. und sandte Abdrücke dieser Polemik an die Parteiblätter mit der Bitte, sie zu veröffentlichen.

Und unsere zustimmende Antwort erwiderte Knorr nicht blos mit der Einsendung einer weiteren Entgegnung, sondern auch mit einem Drohbrief, in welchem er erklärt, er würde sich gezwungen sehen, wenn wir nicht die Entgegnung in einer der nächsten Nummern unverkürzt aufnähmen, „der Sache eine größere Ausdehnung zu geben, als sie werth ist".

Dieser ebenso unmotivirte wie lächerliche Pressionsversuch machte uns einen Augenblick lang Lust, das Knorr'sche Manuskript ohne Weiteres ungelesen zu retourniren, um so mehr, da ja Knorr inzwischen die Publizität gegen uns bereits in so ausgedehntem Maße in Anspruch genommen hatte, daß von seiner Mundtodtmachung durch Zurückweisung seiner Erwiderung nicht mehr die Rede sein konnte.

Wir möchten jedoch selbst den Anschein vermeiden, als versuchten wir einen von uns Angegriffenen in seiner Vertheidigung zu beschränken.

Dies ist aber auch der einzige Grund, den wir für die Aufnahme der Knorr'schen Einsendung geltend machen können. Von einer Berichtigung oder einer Widerlegung des von dem Schreiber dieses gegen Knorr Vorgebrachten findet sich nicht die leiseste Spur darin. Das Ganze ist nichts als eine Wiederholung der Taktik, die wir schon im „Sozialdemokratischen Katechismus" gefunden haben, durch einen Schwall suffisanter und schnoddriger Redensarten sich um den Kern der Sache herumzudrücken.

Aber durch die Schnoddrigkeit blickt nur zu sehr die Verlegenheit durch. Seine Argumentation erinnert uns an die Falstaff's, wie dieser, von seinen Freunden in die Enge getrieben und gedrängt, seine Gründe mitzutheilen, ausruft: „Was, Gründe, mit Gewalt Gründe angeben! Wenn Gründe so gemein wären, wie Brombeeren, so sollte mir doch Keiner mit Gewalt einen Grund abnöthigen!" Ebenso stolz ist Knorr: Ich soll Gründe angeben? Fällt mir nicht ein, das ist unter meiner Würde, „da ich nicht Lust habe, mich in die Rolle des Katechumenen gegenüber dem Katecheten Kautsky zu schicken". Bald 25 Jahre steht Knorr schon in Reih und Glied, und er weiß noch immer nicht eine öffentliche Diskussion von einer Katechetenschule zu unterscheiden!

Einmal macht Knorr sogar den Versuch, den Spieß umzudrehen. Was wir an seinem „Katechismus" aussetzten, das, ruft er kühn, „trifft nicht dessen Verfasser, sondern die besten Schriften und Reden unserer hervorragendsten Genossen". Neugierig spitzen wir die Ohren, aber: „Ich will und brauche nicht zu zitiren", und wenn Zitate so billig wären, wie Brombeeren, Knorr hat ganz Recht. Er braucht ebenso wenig Gründe anzugeben, als Falstaff, aber dafür wird er uns auch erlauben müssen, daß wir die „hervorragendsten Genossen", die durch unsere Kritik seines „Katechismus" getroffen werden, zu derselben Sorte rechnen, der die Steifleinenen Falstaff's angehörten.

Und das ist Alles, thatsächlich Alles, was Knorr gegen unsere Kritik zu sagen hat! Nichts konnte ihre Berechtigung besser beweisen, als diese Erwiderung.

Die einzige Behauptung in derselben, die man ein Argument nennen könnte, besagt nicht, daß unsere Kritik falsch oder auch nur übertrieben sei, sie besagt blos, daß diese Kritik sehr deplacirt sei, denn es handle sich ja gar nicht um eine wissenschaftliche Leistung, sondern nur um eine Agitationsschrift, die, von einem unbekannten Autor stammend, weit davon entfernt sei, den Anschein zu erwecken, als spreche sie „im Namen der Partei", wie wir behauptet hatten, und „deren Anspruchslosigkeit für alle Welt offen zu Tage liegt".

Was von der Schrift am offensten für alle Welt zu Tage liegt, das ist ihr Titel: „Sozialdemokratischer Katechismus." Knorr muß eigenthümliche Ansichten von Anspruchslosigkeit haben, wenn er sie in diesem Titel entdeckt. Und eine Schrift mit einem solchen Titel, herausgegeben von einem sozialdemokratischen Verlag und von einem Theil unserer Parteipresse angelegentlich empfohlen, sollte nicht den Anschein erwecken, als spreche sie im Namen der Partei? Sollte Knorr nach seiner 25jährigen Parteithätigkeit noch so naiv sein, zu glauben, auch nur einer der 20000 Käufer, die das Büchelchen bereits gefunden haben soll, habe es erworben, um zu erfahren, was Knorr will, und nicht, um zu erfahren, was die Sozialdemokratie will?

Wer als ein harmloses Thierchen gelten und darnach behandelt sein will, darf sich nicht in eine Löwenhaut stecken. Und wer in einer solchen gefunden wird, muß sich's gefallen lassen, daß man annimmt, er wolle als Löwe gelten und nicht als das Thier, das darunter steckt.

Aber kann man denn mit einer derartigen Schrift sich überhaupt eingehender befassen? Es handelt sich ja **nur** um ein Agitationsbroschürchen! Knorr kann es nicht verstehen, daß man eine derartige Schrift ernsthaft nimmt!

Wir weisen Knorr nach, daß sein „Katechismus" eine Reihe der verworrensten und unsinnigsten Ausführungen enthält, wir verlangen von ihm, daß er klar denke und klar schreibe, keine faulen Redensarten mache und nirgends mit der Wahrheit hinter dem Berge halte — und je weiter wir in dieser Kritik fortschreiten, desto mehr muß Knorr über unsere Einfältigkeit lachen, daß wir seinen „Katechismus" auf ein so hohes „wissenschaftliches Postament setzen", er fühlt sich „fast geschmeichelt" durch „soviel Ehre", bis er herausplatzt und in eine homerische Lache ausbricht darüber, daß es einen Menschen geben kann, der von einer Agitationsschrift, man denke, von einer Agitationsschrift Logik, Klarheit und Genauigkeit verlangt, und noch dazu von einer Agitationsschrift um 15 Pfennig: „Wer verlangt nicht von einem wissenschaftlichen Werke im Preise von 15 Pfennig strengste Logik, tiefste Gedankenarbeit und vor Allem Bewegung auf der richtigen Linie?"

In der That, kann es etwas Lächerlicheres geben, als um 15 Pfennig Logik und Richtigkeit zu verlangen? O diese verbohrten Theoretiker, die so gar nicht einsehen können, daß Ignoranz und Knotenthum die Hauptgrundlagen jeder praktischen Agitation sind!

K. Kautsky.

Literarische Rundschau.

„Das Kapital, von Marx, drittes Buch: Der Gesammtprozeß der kapitalistischen Produktion" — wird nun, wie bereits im „Vorwärts" angezeigt, im nächsten Herbst erscheinen. Bekanntlich beschäftigte sich das erste Buch mit dem „Produktionsprozeß des Kapitals", während das zweite den „Zirkulationsprozeß des Kapitals" untersuchte. Das dritte Buch wird den „Gesammtprozeß der kapitalistischen Produktion" behandeln. Die besonderen Prozesse der Produktion und Zirkulation werden hier also nicht mehr jeder für sich, sondern in ihrem Zusammenhang, als Voraussetzungen und bloße Glieder des einheitlichen Gesammtbewegungsprozesses des Kapitals betrachtet. Indem jedes der beiden ersten Bücher sich nur mit einer der beiden Hauptseiten dieses Prozesses beschäftigte, wurde es dadurch dem Inhalt nach ergänzungsbedürftig, der Form nach einseitig und abstrakt. Dies zeigte sich namentlich darin, daß in

beiden der Mehrwerth nur untersucht werden konnte, soweit und solange er in der Hand seines ersten Aneigners, des industriellen Kapitalisten verblieb; es konnte nur im Allgemeinen darauf hingewiesen werden, daß dieser erste Aneigner nicht auch nothwendig oder selbst nur in der Regel sein letzter Eigenthümer ist. Es ist aber gerade die Vertheilung des Mehrwerths unter seine verschiedenen Mitinteressenten, Kaufleute, Geldverleiher, Grundeigenthümer ꝛc., worin die Gesammtbewegung des Kapitals am augenfälligsten und sozusagen auf der Oberfläche der Gesellschaft sich abspielt. Die Vertheilung des Mehrwerths, nachdem dieser die in den ersten beiden Büchern entwickelten Prozesse durchgemacht hat, bildet also den durchgehenden rothen Faden des dritten Buches. Die Gesetze dieser Vertheilung werden im Einzelnen nachgewiesen: Das Verhältniß der Mehrwerthsrate zur Profitrate; die Herstellung einer einheitlichen Durchschnitts-Profitrate; die Tendenz dieser Durchschnitts-Profitrate, im Verlauf der ökonomischen Entwicklung mehr und mehr zu fallen; die Abzweigung des kommerziellen Profits; die Intervention des Leihkapitals und die Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn; das auf Grundlage des Leihkapitals sich aufbauende Kreditsystem mit seinen Hauptträgern, den Banken, und seiner Schwindelblüthe, der Börse; die Entstehung von Surplusprofit und die Verwandlung dieses Surplusprofits, in gewissen Fällen, in Bodenrente; das Grundeigenthum, das diese Rente in Empfang nimmt; als Resultat die Gesammtvertheilung des durch die Arbeit neugeschaffenen Werthprodukts unter die drei Revenüe-Arten: Arbeitslohn, Profit (inkl. Zins), Grundrente; zum Schluß die Empfänger dieser drei Einkommensarten: Arbeiter, Kapitalisten, Grundbesitzer — die Klassen der heutigen Gesellschaft. Leider ist dieser letzte Abschnitt: die Klassen, von Marx nicht ausgearbeitet worden. — Diese kurze Uebersicht des Inhalts genügt aber wohl, um zu zeigen, daß die sämmtlichen zur Sache gehörenden Fragen, die in den beiden ersten Büchern des Werks nothwendig offen gelassen werden mußten, hier ihre Erledigung finden. —fe.

Die Geschichte der Fabrikgesetzgebung im Kanton Thurgau bis zum Jahre 1877. Eine Abhandlung von Dr. Emil Hofmann, Pfarrer in Stettfurt. Frauenfeld 1892. 102 Seiten.

Vom 23. März 1877 datirt das schweizerische Bundesgesetz, betr. die Arbeit in den Fabriken. Bis dahin, oder doch bis zur neuen Bundesverfassung von 1874, war der Arbeiterschutz den Kantonen überlassen, die ihre Aufgabe bald schlecht bald recht, meistens aber schlecht erfüllten. Der Kanton Thurgau gehörte zu den zurückgebliebenen, obwohl seine Textilindustrie schon frühzeitig alle Schäden der wild aufgeschossenen Kinder- und Frauenarbeit aufwies. Die Interessen der Fabrikanten, der Indifferentismus der nicht unmittelbar Betheiligten, ja sogar der Arbeiter, ließen immer und immer wieder alle Anregungen zu Fortschritten auf diesem Gebiete scheitern.

Die Schulverwaltung allein war es eigentlich, die durch ihre Maßnahmen zur Sicherung des Unterrichtes wenigstens den Kindern einige Stunden der Nichtausbeutung sicherte. So durch die Verordnung vom 22. des Christmonats 1815. Diese hat erst zu vielfachen Reibungen mit Fabrikanten und Eltern geführt, dann ist sie auf vierzig Jahre ganz in Vergessenheit gerathen. 1865 nimmt endlich die Gemeinnützige Gesellschaft die Sache wieder energischer in die Hand; das Departement für Handel und Gewerbe entwirft einen Gesetzesvorschlag. Der Regierungsrath beschloß denn auch, „das Departement für Handel und Gewerbe einzuladen, sich mit dem Gesetzesrevisor ins Vernehmen zu setzen." Der Gesetzesrevisor legte dann das ausgearbeitete Gesetz wieder dem Regierungsrathe zur Genehmigung vor, welcher auf Antrag des betreffenden Departements beschloß, dasselbe dem Großen Rathe zur Einsicht und zur Prüfung vorzulegen. Am 12. September 1866 kam nach allerlei Hin und Her der Entwurf im Großen Rath zur Verhandlung. Man beschloß, „den Gesetzentwurf an den Regierungsrath zurückzuweisen, vorzüglich zu dem Zwecke, zunächst das für die Lösung der obschwebenden Frage im Kanton zu Gebote stehende Material zu sammeln!" Der Regierungsrath gab das Projekt wieder an das Departement für Handel und Gewerbe, worauf thatsächlich eine Untersuchungskommission

zusammentrat. Erst am 30. Dezember 1868 wurde der ziemlich umfangreiche Bericht derselben dem Regierungsrathe übermittelt. Die Kommission machte ihrerseits Vorschläge. „Nachdem der Bericht der Fabrikkommission beim Regierungsrathe in Zirkulation gesetzt worden, wurde am 28. Januar 1869 beschlossen, das Material dem Großen Rathe zu übermitteln und demselben zu empfehlen, die Ausarbeitung eines neuen Gesetzesvorschlages anordnen zu wollen." Unterdeß war es gerade nicht ganz unwahrscheinlich geworden, der Bund werde sich mit einer einheitlichen Fabrikgesetzgebung für die ganze Schweiz „befassen", weshalb der Große Rath in seiner Sitzung vom 21. November 1869 nicht auf den Antrag des Regierungsrathes ... einzutreten beschloß", um „die Ergebnisse der Thätigkeit der Bundesbehörden vorab abzuwarten." Als dann freilich am 12. Mai 1872 der revidirte Verfassungsentwurf, der dem Bunde den Arbeiterschutz zuweisen wollte, durch das schweizerische Volk verworfen wurde, „kehrte die ganze Frage wieder zu ihrem Ausgangspunkte zurück." Darauf glaubte das Departement des Innern, „daß es in seiner Pflicht liege", diesen Gegenstand beim Regierungsrathe „wenigstens neu anzuregen, um so mehr, als anzunehmen sei, daß das Fabrikkapitel nicht so rasch der kantonalen Regelung enthoben werde. Dasselbe brachte einen neuen Gesetzentwurf ein.... Dieser Entwurf feierte auf dem Kanzleitische des Regierungsrathes ein beschauliches Dasein, ... bis endlich im Jahre 1874 diese Behörde folgenden Beschluß faßte: Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Erlaß eines Bundesgesetzes, betreffend das Fabrikwesen, wird der seiner Zeit vom Departement des Innern vorgelegte Entwurf eines Fabrikgesetzes dem Kanzleitische enthoben und zu den Akten gelegt, und ist dem Großen Rathe hiervon ... Kenntniß zu geben!"

Das ist ungefähr das Bild, das wir aus der Hofmann'schen Abhandlung gewinnen und wir bitten um Entschuldigung, wenn wir vielleicht irgend eine kantonale Behörde, die sich auch mit der Sache zu befassen hatte, oder irgend einen behördlichen Anlauf übersprungen haben sollten. Die „Geschichte der Fabrikgesetzgebung im Kanton Thurgau" ist also eigentlich eine Darlegung, warum es nie zu einer Fabrikgesetzgebung kam. Dabei fallen aber interessante Streiflichter auf die Produktionsverhältnisse und die sozialen Zustände im Thurgau und die ganze Abhandlung Dr. Hofmann's ruht durchweg auf fleißigem Studium der Schul- und Pfarrarchive, der Presse, der Regierungsakten. — ms.

Notizen.

Die Bierproduktion im Brausteuergebiet. Wie rasch in Deutschland die Konzentration der Betriebe fortschreitet, dafür sind die statistischen Nachweisungen über die Zahl der Brauereien im Brausteuergebiet und deren Bierproduktion sehr instruktiv.

	Es waren im Betriebe Brauereien		Dieselben produzirten 1000 Hektoliter	Auf die einzelne Brauerei entfallen Hektoliter
	überhaupt	darunter gewerbliche		
1872 . .	14 157	10 478	16 102,2	1132
1874 . .	13 030	10 695	20 494,9	1577
1876 . .	12 535	10 399	20 873,4	1670
1878/79 . .	11 867	10 117	20 371,9	1712
1880/81 . .	11 565	10 374	21 136,0	1822
1882/83 . .	10 921	9 797	22 113,2	2029
1884/85 . .	10 520	9 461	24 613,4	2346
1886/87 . .	9 708	8 690	26 565,5	2739
1888/89 . .	9 556	8 540	28 655,7	2985
1890/91 . .	8 969	8 054	32 279,5	3586
1892/93 . .	8 460	7 571	33 171,1	3903

Interessant ist zunächst die Thatsache, daß in den betrachteten zwanzig Jahren die Zahl der nicht gewerblichen Brauereien von 3679 im Jahre 1872 auf 889 im

Jahre 1892/93 zurückgegangen ist, oder mit anderen Worten, daß es immer weniger lohnend geworden ist, Bier zum Eigenbedarf zu brauen; dann weiter aber vor Allem, daß die Leistungsfähigkeit der einzelnen Brauerei im Durchschnitt um weit mehr als das Dreifache gestiegen ist. lx.

Die Unterwerfung der Natur durch den Menschen. Wie groß der Einfluß der Menschen auch auf die scheinbar der Natur am meisten unterliegenden Dinge ist, geht aus einer Notiz hervor, die in der „Einleitung zur Historie des Churfürstenthums Sachsen, von einem Liebhaber der Sächsischen Geschichte", Frankfurt und Leipzig 1714, in Band II, Seite 197 steht: „Daß sich viele wichtige (gewichtige) Stücke unter selbigen sich befinden (unter den Ochsen in Sachsen), ist aus dem einigen Exempel zu schließen, da sie An. 1564 in Marienberg 15 Ochsen geschlachtet, welche zusammen 72 und ein halben Centner gewogen." Offenbar gilt das noch zur Zeit des Verfassers als ein großes Gewicht für Ochsen. 15 Ochsen zusammen 72½ (Pfund-) Zentner, das macht auf einen nicht ganz 5 Pfundzentner oder 2½ Meterzentner. Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß die „Ochsen" Zuchtstiere oder Bullen sind. Diese wiegen heute bei den leichtesten Rassen 3 bis 5 Meterzentner, bei den schwersten 9½ bis 11 Meterzentner. Mastochsen erreichen sogar ein Gewicht von 15 Meterzentner. Diese merkwürdige Zunahme des Gewichts ist lediglich die Folge sorgfältiger Züchtung und besserer Wartung und Fütterung, also allein das Werk der Menschen. P. E.

Zur Geschichte der Körperstrafen in Rußland. Vor einigen Jahren wurde die öffentliche Meinung der Kulturwelt durch eine Reihe von Mißhandlungen weiblicher politischer Gefangenen, wobei mehrere derselben sich das Leben nahmen, aufgeregt. Die Entrüstung, die diese Ereignisse hervorriefen, war so groß, daß sogar die russische Regierung, die bekanntlich der öffentlichen Meinung sehr wenig Rechnung trägt, sich augenscheinlich veranlaßt sah, sich dieser Sache anzunehmen. Durch das Gesetz vom 29. März dieses Jahres wurde endlich die alte Bestimmung abgeschafft, nach welcher die körperliche Züchtigung der zur Verbannung verurtheilten Frauen gestattet war. Inwiefern diese neue Bestimmung vom russischen Beamtenthum, dessen krassester Willkürausbrüche unbestraft bleiben, berücksichtigt wird, ist selbstverständlich eine andere Sache, über welche ein neuer Kennan uns berichten mag.

Gelegentlich dieses neuen Gesetzes veröffentlichte die russische Zeitung „Nordbote"* einen interessanten geschichtlichen Rückblick über die Verhängung der Körperstrafen in Rußland. Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß die Körperstrafen daselbst verschiedenster Art waren. Die schlimmsten Verstümmelungen (Abhauen der Hand und der Nase, Abschneiden der Zunge 2c. 2c.) und grausamsten Züchtigungen waren ehedem im Schwange. Ihren Kulminationspunkt erreichten diese Schandthaten am Ende des 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Bald überzeugte man sich aber, daß die Wirkungen dieser Strafen keineswegs günstig waren, weshalb ihre Verhängung im Laufe der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts etwas eingeschränkt wurde. Am längsten erhielt sich das Ausreißen der Nasenflügel und das Tätowiren der Verbrecher,** welches letztere für die männlichen zur Minenarbeit Verurtheilten bis zum Jahre 1863 in Wirksamkeit blieb.

Bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts (1785) konnten die Körperstrafen über Mitglieder aller Stände verhängt werden. Eine Wendung trat erst um diese Zeit ein, indem allmälig der Adel, reiche Kaufleute, die höhere Geistlichkeit 2c. davon befreit wurden. Ein bedeutender Schritt nach vorwärts erfolgte durch das Gesetz

* „Nordbote", Juni 1893, S. 84 ff.

** Die Tätowirung vollzog man derart, daß dem Verbrecher mittelst einer mit zahlreichen kleinen Nadeln versehenen Maschine drei Buchstaben (auf der Stirn und beiden Backen) eingeprägt wurden. Die Wunden rieb man dann mit Schießpulver, Indigo und Tusche ein.

vom 24. Januar 1855. Dieses schützt alle Personen schwächlicher Konstitution vor den Züchtigungen. Ein weiterer Ukas vom 17. April 1863 bestimmte, daß die Frauen, die Kirchendiener und die ein öffentliches Amt bekleidenden Personen des Bauernstandes von den Körperstrafen ebenfalls verschont bleiben sollten.

Gegenwärtig bestehen noch Körperstrafen: 1. für den Bauernstand wegen solcher Vergehen, deren Ahndung den Wolostgerichten zusteht; 2. für solche Angehörige des aktiven Militärstandes, welche wegen Vergehen in Disziplinarbataillone versetzt wurden; 3. für die Verbannten männlichen Geschlechts (nach dem Reglement für die Verbannten); 4. für die unter besonderer Aufsicht stehenden Zuchthäusler.

Nach diesen soeben angeführten Bestimmungen bleiben also etwa vier Fünftel der männlichen Einwohnerschaft Rußlands den Körperstrafen ausgesetzt.*

Dies erscheint um so auffälliger, als sogar der russische Staatsrath, den wohl kein halbwegs vernünftiger Mensch revolutionärer Umtriebe bezichtigen wird, hierüber seine Meinung dahin äußerte, daß: „die Körperstrafen nicht als unschädlich anerkannt werden können, weil sie die Verrohung der Volkssitten fördern und die Entwicklung des Ehrgefühls und des sittlichen Pflichtbewußtseins hindern."

Was kümmert dies Alles die russische Regierung! Nur dort, wo das Volk die Züchtigungen sich nicht gefallen läßt, werden sie beseitigt. In solchen Gegenden Rußlands, wo das Volk sich gegen diese Bestrafungsart sträubte, hat sie aufgehört.

So in Polen seit dem Jahre 1864, in Turkestan seit den letzten Jahren.**

Hoffentlich wird auch das russische Volk bald den richtigen Weg zu ihrer Beseitigung betreten. J. S.

Feuilleton.

Winter.

(Nachdruck verboten.)

Novellette von Karl Larsen.

Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Brausewetter.

Er kam an einem Winterabend, an dem ein tüchtiger Schneesturm die Straßen entlang fegte, schnell seine Treppen hinaufgelaufen. Da stand draußen vor seiner Thüre ein junger Mensch, der betteln wollte und seinen Hut abnahm.

Der Kandidat ging eilig an ihm vorüber und warf die Thüre zu.

Drinnen war eine behagliche Wärme, und als er Schuhe und Strümpfe gewechselt hatte und seinen Hausrock angezogen, der am Kachelofen gewärmt war, befand er sich über alle Maßen wohl. Die Lampe stand angezündet mit ihrem Schirm rechts auf dem Schreibtisch, so daß er auf der Chaiselongue liegen und lesen konnte — nun würde er es gemüthlich haben mit einem Buch, während es draußen heulte.

Als er sich gerade niederlegen wollte, mußte er an den jungen Menschen denken, der draußen in dem gräßlichen Zug vor der Hausthüre gestanden hatte — es schwebte ihm so vor, als wenn er ein Holzbein gehabt hätte.

Ohne weiter darüber nachzudenken, was er that, öffnete er ein wenig die Thüre, um zu sehen, ob der Mensch noch draußen stände.

---

* Nach dem Erlaß des Gesetzes vom 12. Juli 1889, das die Verhängung der Körperstrafen durch Wolostgerichte (Art bäuerlicher Schöffengerichte) regelt, haben die Züchtigungen, wie von vielen Beobachtern konstatirt wird, rasch zugenommen.

** In den Ostseeprovinzen sind die Körperstrafen zulässig, müssen aber vom Gericht, falls der Verurtheilte dies wünscht, in andere Strafen umgewandelt werden.

Er war noch da. Ein paar Stufen höher saß er auf der kleinen Bank, die dort in der Ecke stand. Sogleich, als er den Herrn sah, erhob er sich — ja, er hatte ein Holzbein.

„Warum sitzen Sie denn da?"

Der Mensch lüftete wieder den Hut und fing an, die Stufen hinabzuhumpeln.

„Ich bitt' sehr um Entschuldigung, Herr", sagte er in ganz gewohnheitsmäßigem Ton, „ich bitt' sehr um Entschuldigung —" und er war bereits an ihm vorbei und auf dem Wege zur Parterre-Etage. Da rief ihn der Andere hinein.

Der junge Mensch nahm sofort seinen Hut ab und stand und sah mit matten Augen in das Zimmer hinein.

„Wer sind Sie?"

„Ich heiße Peter Emil Christoffersen. Ich bin Uhrmachergeselle."

„Setzen Sie sich."

Als der zerlumpte Rockschooß zur Seite glitt, konnte man den Mechanismus des Holzbeines erblicken und das bloße Leder über demselben, so zerrissen waren seine Beinkleider.

„Wie haben Sie Ihr Bein verloren?"

„Ja, ich wurde mit dem Fuße gestoßen."

„Mit dem Fuße gestoßen?"

„Es war damals, als ich droben in Jütland diente. Ich war vierzehn Jahre alt. Da stieß der Bauer mich mit dem Fuße — mehrere Male. Und eines Tages so lange, bis ich liegen blieb. Ich habe anderthalb Jahre im Krankenhaus gelegen. Die Entzündung ging ins Schenkelbein, sagte der Doktor Möller. Da nahmen sie es denn bis obenhin ab."

Er wies auf das Bein hin.

„Und dann wurden Sie Uhrmacher?"

„Ja, denn dann taugte ich ja zu keiner richtigen Arbeit mehr."

„Ja, aber sagen Sie mir — der Bauer wurde doch bestraft?"

„Nein, aber er sollte mir jährlich so und so viel bezahlen — das wurde so ein Uebereinkommen. Und sie gaben mir das Holzbein. So ein Holzbein ist theuer — es kostet 47 Kronen. Und die Gemeinde gab mir auch etwas. Aber dann ging er nach Amerika zu seinem Bruder, und die Gemeinde wollte auch nicht dauernd zahlen. Die Doktors gaben mir übrigens etwas. Aber im letzten Lehrjahre bekam ich nichts mehr."

„Na — und nun können Sie natürlicherweise keine Arbeit bekommen?"

„Nein", sagte er, „denn ich kann nicht wieder von Kopenhagen fortkommen — und hier sind zu viele."

Er strich mit der Hand das Haar zurück, welches auf die Stirn herabgeglitten war. Es war sehr lang. Das Gesicht war grau oder eher bläulich grau, von einer Farbe ähnlich der des Bleies. —

„Hören Sie", sagte der Kandidat und erhob sich. „Wollen Sie nicht einen Schluck Cognac haben, um sich ein wenig zu beleben — Essen habe ich keines zu Hause."

Der Bettler sah auf.

„Ja, ich bitte vielmals —"

„Sonst darf man dergleichen nicht trinken", sagte er, während der Andere aus der Flasche einschenkte — „denn die Leute geben einem nichts, wenn sie es riechen. Denn sonst ist er ja billiger als Essen: der Branntwein", fügte er hinzu. „Ja, das ist er."

Er wollte erst nur einen Schnaps nehmen, aber der Kandidat nöthigte ihn noch zu einem zweiten.

„Nun ist es gewiß am besten, wenn ich nicht mehr bekomme. — Er schmeckt übrigens schön."

Er schwieg ein wenig, und der Andere saß und starrte ihn an; dann begann der junge Mensch wieder:

„Ja, sehen Sie, Sie werden nun vielleicht glauben, daß ich Uhrmacher bin; aber es giebt Viele, welche das nicht glauben. Auch wenn ich Arbeit gesucht habe, haben sie zu mir gesagt: Sie sind Uhrmachergeselle? Aber dann sage ich nur, daß sie mich nach allen Theilen in einer Uhr fragen können. Wenn Sie mich nach allen Theilen in einer Uhr fragen wollen —"

Der Kandidat schüttelte abwehrend den Kopf.

„Ja, denn dann kann man sehen, daß ich Uhrmacher bin. — Aber in diesen Kleidern kann mich ja Niemand in der Werkstatt sitzen haben."

„Glauben Sie nun, es könnte Ihnen etwas helfen, wenn Sie von Kopenhagen fortkämen? Sie sagten, hier wären zu viele", fragte der Kandidat.

„Ja, ich habe ja noch einen Bruder am Leben, und er schrieb mir, es könnte vielleicht sein, daß dort in Hjörning etwas Arbeit für einen Uhrmacher wäre — er ist dort nämlich im Dienst. Aber er hatte kein Geld, um mir welches zu schicken. Aber zum Frühjahr könnte es vielleicht sein, daß er mir ein wenig Geld schicken kann. Es könnte ja sein. Aber ich muß mich hier so in Acht nehmen, denn sonst schicken sie mich heim. Und das möchte ich doch nicht gern."

Der Kandidat saß und überlegte, was er für den armen Menschen thun könnte. Wohl weiter nichts, als ihm Unterkunft für die Nacht schaffen.

„Wohnen Sie in den Herbergen?" fragte er.

„Ja, aber das kostet fünfundzwanzig Oere."

„Na, und wo sind Sie denn, wenn Sie die nicht haben?"

Es zog gleichsam ein Lächeln über das Gesicht des Uhrmachers, er sagte mit einem schwachen Klang des Vertrauens in der Stimme:

„Ja, da ist Fuhrhalter Sörensen's Platz draußen in der Falkoner Allee mit all den großen Arbeitswagen. Und dann hatte ich von einem anderen Manne gehört, daß man den Hund nur „Tyras" ruft, dann thäte er einem nichts. Der hat so einen ganzen Geräthschuppen, in dem er liegt, und dort ist es mit Stroh ausgestopft, so daß ich der Wärme wegen auch dort hineinkroch."

„Aber fürchteten Sie sich denn nicht vor so einem großen Hunde?"

„Ach, es war so kalt", sagte er nur.

„Solch ein Hund hat es gut", fügte er gleich darauf hinzu und nickte, „aber er nützt auch viel. Denn das sagte der Mann auch, sobald man etwas anrühren wolle, springe er auf einen los. — Der Wächter geht draußen auf und ab und bleibt zuweilen stehen. Aber er hat mich niemals gehört. — Und die Leute thun mir nichts. Eines Morgens war ich nicht so früh fortgekommen, und da sahen sie mich, als sie kamen, aber sie sagten nur: ‚Guten Morgen!' — Und der Aufseher rief mich zu sich und fragte, wer ich sei, aber da sagte ich, daß ich ein Uhrmacher wäre und so — und da gab er mir zehn Oere zu einer Tass' Kaffee. Und seitdem haben sie mich viele Male gesehen, und dann sagen sie nur: ‚Guten Morgen!' — und: ‚Hast Du gut bei Deiner Liebsten gelegen', sagte der Dicke eines Morgens."

Ein ganzes Lächeln leuchtete auf dem Gesicht auf, er war gleichsam auf dem Wege, in etwas hineinzukommen, was gutem Humor glich, in Folge der Wärme.

„Und da laufen Sie alle Abend den enormen Weg, und das mit einem Bein. Sie müssen ja schrecklich müde werden."

„Ja, aber dann denke ich, andererseits ist es ganz gut, daß ich das Holzbein habe, denn so macht es mir mehr Anstrengung, und da wird mir besser warm."

Der Mann aus der warmen Stube schauderte, er wußte nicht, wo er eingreifen und beginnen sollte, ein wenig all dem Elend abzuhelfen; vorläufig konnte er ja nicht mehr, als ihm die paar Kronen geben, die er entbehren konnte. Und die bekam er auch, mit dem Befehl, in eine der Herbergen zu gehen und etwas Ordentliches zu essen.

Der Mensch erhob sich, um zu gehen, und stand und dankte viele Male.

„Es ist dumm, daß ich meinen Gesellenbrief nicht habe, dann könnte ich Ihnen zeigen, daß ich Uhrmacher bin. Aber ich mußte ihn in der kleinen Königsstraße, in der ‚Granate', wie sie es nennen, in Pfand geben. Dort steht er für achtzehn Oere."

Der Kandidat schlug ihm leicht auf die Schulter:

„Na, Herrgott, dann gehen Sie doch hin und lösen ihn aus. Da haben Sie noch die achtzehn Oere. Und kommen Sie morgen Abend herauf — so um dieselbe Zeit. Ich wollte gerade sagen, ich würde wegen einiger alter Kleidungsstücke für Sie nachsehen, denn das geht ja nicht, so, wie Sie herumlaufen."

„Nein, das ist ja lumpig", sagte der Andere. „Und meistens glauben die Leute gleich das Allerschlimmste" — und dann humpelte er wieder in die Kälte hinaus.

Am nächsten Abend war der Uhrmacher sehr präzis da, und er hatte den Gesellenbrief in der Tasche.

„Nun können Sie sehen, daß es wahr ist, daß ich Uhrmacher bin. Es steht in vier Sprachen: Französisch, Deutsch, Englisch und Dänisch — so kann man durch die ganze Welt damit reisen, sagte der Altmeister."

Der Kandidat stand und dachte, daß das freilich eine sehr naheliegende Möglichkeit wäre — der Andere fuhr fort, das schmutzige Papier zu erklären.

Es hatten sich ein Rock, ein Paar Beinkleider, eine alte Weste und ein ganzes Paar Stiefel für ihn gefunden, und da er überdies einige Kronen Geld bekam, war er ganz verlegen und gerührt. Und er blieb noch lange sitzen und sprach davon, daß er nun wieder ausgehen und sich nach Arbeit umsehen wollte, da er so ordentliche Kleider bekommen hätte, und es könnte ja gut möglich sein, daß er welche fand, und er würde wohl hinaufkommen, wenn er dürfte, und erzählen, wie es ihm ging.

Man setzte dafür den Samstag der Woche, welche gerade begonnen hatte, fest.

Aber der Samstag kam, und kein Uhrmacher ließ sich sehen. Die Kälte nahm immer mehr zu, und wo man des Abends auch ging, wimmelte es von Bettlern — es war ganz unmöglich, all den verschiedenen fremden Gesichtern etwas zu geben; der Kandidat dachte bisweilen an seinen Uhrmacher. Aber es vergingen noch mehrere Tage, und er blieb fort.

Da kam der Kandidat eines Tages eine der kleinen Gassen entlang gegangen. Als er in der Nähe einer Ecke war, bemerkte er eine Gestalt, welche schnell in eine Seitengasse einbog — sie hatte ein Holzbein.

„Halloh, Uhrmacher! Wo wollen Sie hin?"

Der Uhrmacher humpelte mit seinem Holzbein von dannen, so schnell er konnte. Er hatte den alten, zerlumpten Rock und die zerrissenen Beinkleider an. Stiefel waren kaum auf seinen Füßen. Es war klar, daß er seinen Wohlthäter bemerkt hatte und davonlaufen wollte.

Aber dieser war bald an seiner Seite:

„Warum laufen Sie vor mir?“

Der junge Mensch blieb stehen. Er war ganz roth geworden im Gesicht. Als sie einander gegenüberstanden, merkte der Kandidat den Fuselduft bei ihm.

Der Arme sagte nichts, sondern war schnell wieder ebenso graublau im Gesicht geworden, als früher.

Der Kandidat wollte reden, bedachte sich aber und griff nur in die Tasche:

„Bitte, Uhrmacher. Da haben Sie fünfundzwanzig Oere zu Branntwein.“

Briefkasten.

F., Stuttgart. Sie bemängeln es, daß wir in unserem Briefkasten (Nr. 14) die Anarchisten zu den Sozialisten rechnen. Aber thatsächlich erstreben auch die Anarchisten, wenigstens jene, die für den Klassenkampf überhaupt in Frage kommen, die Ersetzung der kapitalistischen durch eine genossenschaftliche Produktionsweise, Aufhebung des Privateigenthums an den Produktionsmitteln und Ersetzung desselben durch das genossenschaftliche oder gesellschaftliche Eigenthum. Es giebt sogar Anarchisten, die sich Kommunisten nennen. Auf der anderen Seite ist das Endziel der Sozialdemokratie auch ein gesellschaftlicher Zustand, in dem das Gemeinwesen nicht mehr ein Staat, eine Organisation zu Herrschaftszwecken ist. Wohl sind die Ansichten der Sozialdemokraten über die sozialistische Gesellschaft vielfach andere, als die der Anarchisten, aber da wir auf keinen besonderen „Zukunftsstaat“ eingeschworen sind, brauchte uns das von ihnen einstweilen nicht zu trennen. Was eine unüberbrückbare Kluft zwischen Sozialdemokratie und Anarchisten bildet, sind nicht die letzten Ziele, sondern der Weg dahin, die Taktik. Diese ist es, die uns wie „Feuer und Wasser“ trennt. Daß die Anarchisten „Individualisten“ sind, beweist nichts gegen ihren Sozialismus. Unter dem Wort „Individualismus“ kann man sehr Vieles verstehen. In der verbreitetsten Anwendung bezeichnet es den philosophischen Standpunkt der Souveränetät des Individuums, und im weiteren Sinne alle Bestrebungen, die davon ausgehen und mit diesem Satz begründet werden. Der Grundsatz, daß das Wohl, oder die Freiheit, oder gar, wie einige Anarchisten meinen, schon das bloße Belieben des Individuums das höchste Gesetz sei, verträgt aber die mannigfachsten Auslegungen. Und es giebt keinen Gesellschaftszustand, keine Staatsform, deren Nothwendigkeit man nicht bereits mit diesem Grundsatz begründet hätte. Es hat sogar Leute gegeben, die behauptet haben, das „wahre“ Wohl des Individuums und seine „vernünftige“ Freiheit werde am besten in der Despotie gewahrt, die es vor der „Tyrannei der Menge“ schütze. So kann auch Professor Dietzel im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ es fertig bringen, zu erklären: „Nicht blos der Liberalismus, auch der Kommunismus in seinen verschiedenen Spielarten ist eine individualistische Theorie“ (IV, S. 564). Der „Individualismus“ der Anarchisten verträgt sich also auch mit ihrem Sozialismus. Am besten ist es, sich mit Kautschukbegriffen, wie dem „Individualismus“, gar nicht zu befassen.

Berichtigung. In dem Artikel „Aus unserem modernen Kunstleben“ zu den Nummern 13 und 14 der „Neuen Zeit“ muß es heißen: Seite 390 Grönland, nicht Grinland; S. 394 Grettir, nicht Gunttir; S. 394 Wasserleichen, nicht Wasserlinsen; S. 431 Piper, nicht Piger; S. 431 Schaper, nicht Schayer; S. 431 pâte sur pâte, nicht pâle sur pâle.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 17. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Deradence.

✓ Berlin, 17. Januar 1894.

In viertägiger Redeschlacht ist die Tabakfabrikatsteuer gefallen, und die Weinsteuer, deren erste Lesung morgen beginnt, wird ihr in das Reich der Schatten folgen. Herr Miquel ist sehr verstimmt, so verstimmt, daß er nicht einmal mehr öffentlich seine Verstimmung zu beherrschen vermag. Bei einem Festessen des deutschen Handelstages haben ihn einige scherzhafte Toastworte über seine Steuerpläne dermaßen gereizt, daß er sich beklagte, von der undankbaren Mitwelt mit „Dreck und Koth" beworfen zu werden. Wie undankbar auch von diesem nichtsnutzigen Volke, daß es sich die letzten Reste seines Fells selbst nicht einmal von der eleganten Hand des Herrn Miquel über die Ohren ziehen lassen will!

In seiner Noth wird Herr Miquel aber auch wieder gemüthlich und folgert mit der Logik des biederen Hausvaters und Spießbürgers: wer Schulden macht, muß auch Schulden zahlen. Herr Miquel thut so, als ob die deutsche Nation mit aller Gewalt Molochs letzte Bescherung herbeigesehnt habe und sich nun in einem unbegreiflichen Anfalle von Querköpfigkeit weigere, den Wechsel zu honoriren, den sie auf sich selbst gezogen hat. Herr Miquel weiß offenbar nicht, daß eine Mehrheit von anderthalb Millionen Wählern die Militärvorlage zurückgewiesen hat. Ist trotzdem der Wille der Minderheit Gesetz geworden, so mag auch die Minderheit für die Folgen aufkommen. Herrn Miquel's Logik kehrt ihre Spitze gegen ihn selbst und die besitzenden Klassen, deren Interessen er versicht. Müßten die neuen Militärkosten auf die Einzelstaaten umgelegt und beispielsweise in Preußen durch ein halb Dutzend Monatszuschläge zu der von den reichen und wohlhabenden Klassen gezahlten Einkommensteuer getragen werden, so käme die ausgleichende Gerechtigkeit in Militär- und Steuersachen auch einmal ein bischen zu ihrem Rechte, was ihr in unserem gesegneten Vaterlande eigentlich noch niemals passirt ist.

Ein so billig denkender Mann wie Herr Miquel sollte daran doch eigentlich seine Freude haben und nicht gar so schwer an dem gekränkten Stolze des Autors tragen, dessen geniales Steuerprogramm vom Reichstage allzu unehrerbietig zerzaust worden ist. Die armen Kerle, die da bockbeinig wurden, gehorchen am Ende doch auch mehr der Noth, als dem eigenen Triebe; ständen ihre Wähler

nicht drohend hinter ihnen, so würde sich wohl noch eine Mehrheit finden sowohl für die Tabakfabrikatsteuer, als auch für die Weinsteuer. Es giebt nur eine Partei im Reichstage, deren Schifflein in den Steuerfragen stets klar zum Gefechte liegt, und das ist die Sozialdemokratie. Herr Miquel ist gewiß ein kluger Mann, und es hat schon seinen guten Sinn, daß, während er im Reichstage die großen patriotischen Gesichtspunkte anruft, seine offiziösen Trommler und Pfeifer immer wieder die Monatsraten der preußischen Einkommensteuer abspielen, die fällig werden müssen, falls der Reichstag die auf die Ausblutung der Massen abzielenden Steuerpläne des preußischen Finanzministers verwirft. Das ist eine Arithmetik, deren zwingender Gewalt kein Junker- und kein Pfaffen-, kein nationalliberales Butter- und auch kein freisinniges Felsenherz widersteht. Aber diesmal muß der Bien, denn die Wähler haben allzu deutlich gezeigt, daß sie nicht weiter mit sich scherzen zu lassen gedenken, und wenn Herrn Miquel's erfindungsreicher Geist nicht noch zuletzt auf ein besonders verteufeltes Kompromiß verfällt, so hat er diesmal sein Spiel verloren.

Derweil mag ihn trösten, daß der Landtag zusammengetreten ist, in dem er gebettet liegt, wie in Abrahams Schooße. Etwas unwirsch that diese biedere Vertretung des Geldsacks freilich auch, als sie die mit lebhaften Accenten vom Kaiser vorgetragene Thronrede unter eisigem Schweigen anhörte, aber daran braucht sich Herr Miquel nicht zu stoßen. Er ist und bleibt der Liebling der Agrarier. Und wenn ihm diese Ehrenstellung auch gegenüber den Massen nichts hilft, so hilft sie ihm um so mehr in dem Schachspiele der besitzenden Klassen untereinander. Je dreister der Bund der Landwirthe mit der Faust auf den Tisch schlägt, um so mehr kommt die Regierung ihm entgegen. In einer Zeit, wo breite Schichten des Proletariats der furchtbarsten Noth erliegen, hat die preußische Thronrede nur ein Wort für den Nothstand des Junkerthums, und mit der Aufhebung des Identitätsnachweises sucht der Reichskanzler seinem trotzigsten Gegner ein halbes Lächeln abzugewinnen. So wahr ist die freisinnige Weisheit, daß die konservative Partei nichts sei ohne die Regierung. Herr Miquel ist in dieser Beziehung viel schlimmer als der Freisinn, der in seinem manchesterlichen Maulwurfsloche über den Gang der Welt räsonnirt, während Herr Miquel doch einmal sein Auge im sozialistischen Sonnenlichte gebadet und somit den Dingen selbst in Herz und Nieren zu schauen gelernt hat. Er weiß schon das Gleichgewicht der wirklichen Machtverhältnisse richtig zu taxiren, und es ist nur sein Pech, daß gerade da er nach dem Satze handelt: Was wirklich ist, das ist vernünftig, dieser Satz just in sein dialektisches Gegentheil umschlägt: Alles was besteht ist werth, daß es zu Grunde geht. Herr Miquel gleicht ein wenig gewissen Staatsmännern des zweiten Kaiserreichs, die als Saint-Simonisten begannen, als weitherzige Vorkämpfer des Bank- und Börsenmammonismus fortfuhren und als Minister mit den edelsten und erhabensten Grundsätzen endeten. Es ist eine sehr gescheidte und sehr glückliche Rasse — bis auf das kleine Malheur, daß sie immer schon, wenn sie endlich von hinten auf den Gaul geklettert sind, den Bankerott im Sattel findet.

Eine versinkende Welt, wie die herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft, darf sich überhaupt nicht mehr den Luxus origineller Charaktere gestatten. Durch die Wucht solcher Charaktere wird sie um so schneller in den Abgrund gerissen, und einen Monarchen von eigenem Charakter kann sie nun schon gar nicht ertragen. Der Tragikomödie des Schillerpreises, die wir jüngst an dieser Stelle geschildert haben, sind die Tragikomödien der Schloßplatzverbreiterung, des Verdunpreises und des Kaiser-Wilhelm-Denkmals auf dem

Fuße gefolgt. Wir haben nicht den entferntesten Anlaß und nicht die geringste Neigung, für den Geschmack des Kaisers in allen diesen Fragen eine Lanze zu brechen. Ein guter Geschmack bildet sich überhaupt nur in strenger Kritik, und dies ist der Grund, weshalb Fürsten, selbst wenn sie sich viel mit der Kunst zu beschäftigen pflegen, selten auch nur einen passablen Geschmack zu besitzen pflegen. Deß zum Zeichen starren die Plätze und Straßen Berlins, Münchens und anderer Residenzstädte von Geschmacklosigkeiten der bauenden und bildenden Kunst. Aber gleichviel, ob der Geschmack des Kaisers zu loben oder zu tadeln ist, jedenfalls ist es ein besonderer Geschmack, und dadurch, daß die bürgerlichen Instanzen, die ihn wirksam zu kritisiren veranlaßt und sogar verpflichtet wären, angstbebend in ihren Wadelstrümpfen zusammenschauern und höchstens die Faust in der Tasche ballen, sobald es zum Klappen kommt, wird dieser besondere Geschmack auch ein besonderer Stachel, die innere Abwirthschaftung der herrschenden Klassen voranzutreiben. Klassen, die sich nicht einmal mehr einen König erziehen können, sollen sich doch nicht einbilden, das Proletariat leiten zu können.

„Haben Sie Gnade mit sich und mit uns", das war der letzte Trumpf, den der Oberbürgermeister Zelle darauf setzte, als der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung die einstweilen noch unabzählbaren Millionen verlangte, die aus den Taschen der städtischen Steuerzahler aufgebracht werden müssen, um die Verbreiterung des Schloßplatzes durchzuführen. Die Forderung war so ungeheuerlich, daß sich die Angstphilister des Rothen Hauses wiederholt dagegen aufgelehnt hatten; aber Herr Zelle ist nicht der Mann, so leicht locker zu lassen, und als jüngst das Fegefeuer der fälligen Gemeindewahlen überstanden war, wobei nicht wenig mit dem Mannesmuthe geprahlt wurde, den die Stadtverordneten in der Frage der Schloßplatzverschönerung vor Königsthronen bewiesen haben sollten und scheinbar auch bewiesen hatten, fiel die nöthige Zahl von Biedermännern alsbald um. Sie hatten Erbarmen mit sich und mit Herrn Zelle. Und während die dem Oberbürgermeister verschwägerte „Vossische Zeitung" diese parlamentarisch gar nicht zu kennzeichnende Verschleuderung von vielen Millionen als eine herrliche Kulturthat ausposaunte, bekämpfte dasselbe Blatt den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, der den Achtstundentag bei den Arbeiten der städtischen Verwaltung einführen will, um die Beschäftigung von Arbeitern zu ermöglichen, die ohne ihre Schuld arbeitslos geworden sind, als eine thatsächliche Lohnerhöhung der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter mit dem Satze: „In Zeiten einer schlechten Konjunktur die Löhne erhöhen, heißt eine Verschwendung treiben, die in keiner Weise zu rechtfertigen ist." In der That — nichtswürdigere Lohnschreiber, als der freisinnige Klüngel von Berlin, hat der Welfenfonds am Ende auch nicht gezüchtet.

Harmloser ist die Tragikomödie des Verdunpreises, der 1843 bei der tausendjährigen Jahresfeier des Vertrages von Verdun gestiftet wurde und alle fünf Jahre an das beste, in diesem Zeitraume erschienene Geschichtswerk verliehen werden soll. Irren wir nicht, so beläuft er sich, wie der Schillerpreis, auf tausend Thaler. Die betreffende, aus Mitgliedern der Akademie und Professoren der Universität zusammengesetzte Kommission hatte diesmal Sybel's fünfbändiges Geschichtswerk über die Gründung des neudeutschen Reiches zur Krönung vorgeschlagen, aber der Kaiser hat seine Bestätigung versagt, obgleich Sybel als Direktor der Staatsarchive ein hoher Staatsbeamter ist. Man begreift die staubaufwirbelnde Wirkung dieses Schlages auf die akademischen Perücken. Da der Verdunpreis natürlich immer nur an gut borussische Historiker verliehen wird, so hat es kein sachliches Interesse, ob ihn der oder jener bekommt, aber

es ist spaßhaft zu sehen, wie sich die Byzantiner krümmen und wie sie zischeln, nächstens würden wohl nur noch Werke über das neudeutsche Reich Wohlgefallen erregen, in denen Bismarck's Name gar nicht vorkäme. Für das Byzantinerthum ist die Sache allerdings von höchster Bedeutung. Wenn die Wetterfahnen den Wind nicht einmal auf fünf Jahre vorausberechnen können, so geräth das ganze Geschäft auf eine höchst unsichere Basis. Vor fünf Jahren war Sybel ein so wohlgelittener Mann, daß er — entgegen allem sonstigen Brauche — die Archive bis auf das Jahr 1870 benutzen durfte; in grellem Gegensatz zu der von ihm selbst geübten Praxis, unabhängigen Historikern sogar die Akten des vorigen Jahrhunderts abzusperren. Und wie wohlgesinnt war erst sein Werk! Wie strich es alle die „Großen Männer" heraus, die das Deutsche Reich und damit einen Wendepunkt der Weltgeschichte „gemacht" hatten! Das Alles ist nun mit einem Federstriche kassirt. Ja, die Wetterfahnen sind sehr verlegen. Aber daß dergleichen nur Wetterfahnen passirt, ist ein Gedanke, der ihnen nicht kommt und am Ende auch nicht kommen kann.

Endlich die Tragikomödie des Kaiser-Wilhelm-Denkmals, deren Kosten leider wieder zu vielen Millionen aus den Taschen der Steuerzahler gezahlt werden sollen. Nach dem Tode des Kaisers Wilhelm I. beschloß der damalige Reichstag, ihm ein Denkmal zu errichten, und wie es immer sonst um diesen Beschluß bestellt gewesen sein mag: wollte der Reichstag ein solches Denkmal errichten, so mußte er sich auch das Recht sichern, bei der Art der Ausführung ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Statt dessen ließ er sich auch hier von Position zu Position drängen, so daß ihm nur die Bewilligung der Kosten verblieb, während der Kaiser alles Andere zu bestimmen hatte. Nun hat der vom Kaiser beauftragte Künstler, der ehedem geniale Reinhold Begas, der, seitdem er auf höfischen Bahnen wandelt, erschrecklich schnell heruntergekommen ist, ein Modell zu dem Denkmal ausgearbeitet, das zwar nur ein einziges, aber dafür seltenes Verdienst besitzt: das Verdienst nämlich, die denkbar verschiedensten Geschmacksrichtungen in dem einstimmigen Urtheile zu vereinen, daß es ein wahres Monstrum von Geschmacklosigkeit sei. Es fragt sich jetzt, ob die Reichstagsmehrheit die Kourage haben wird, ihrer Ueberzeugung zu folgen und die mehr als acht Millionen zu verweigern, die für die Ausführung dieses Denkmals gefordert werden. Ein erster kühner Anlauf, sie abzuschlagen, ist in der Budgetkommission auf halbem Wege eingestellt worden; man hat die Beschlußfassung „bis auf Weiteres" vertagt. Das sieht bedenklich nach altbekanntem Umfall aus, doch wir wollen den Tag nicht vor dem Abend tadeln und am Ende giebt es ein Maß von Demüthigung, das aus Hasen beinahe noch so etwas wie Helden macht.

Endete diese Tragikomödie aber doch wie alle ihre Vorgängerinnen, so ließe sich wenigstens ein mildernder Umstand geltend machen. Schade um die sündhafte Verschwendung des schönen Geldes, aber wenn das Kaiser-Denkmal des Herrn Begas sich inmitten der deutschen Hauptstadt erheben sollte, so hätte die Decadence, in welche die deutschen Geschicke seit Begründung des neudeutschen Reiches gerathen sind, einen in jeder Beziehung treffenden Ausdruck gefunden.

* * *

In dem Berliner Briefe vom 27. Dezember vor. Js. wurde im Gegensatze zu dem Fall Kirchhoff ein Fall geschildert, in welchem ein schändlich betrogenes Mädchen auf einen Offizier geschossen hatte und wegen Mordversuchs zu anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt worden war. Es wurde hinzugefügt,

daß die Geschworenen ein Gnadengesuch an die Krone gerichtet hätten und die Darstellung schloß dann mit den Worten: „Indessen das Gnadengesuch wurde abschläglich beschieden. Verantwortlich für diesen Akt der Krone war natürlich der Kriegsminister. Es war damals wie heute ein Bronsart von Schellendorf!"

Hierzu bemerkt eine amtliche Berichtigung des hiesigen „Reichs- und Staatsanzeigers": „Diese Ausführungen enthalten zwei thatsächliche Unrichtigkeiten. Erstens wurde das Gnadengesuch nicht abschläglich beschieden, sondern die Strafe wurde im Gnadenwege bis auf die Dauer von sechs Monaten ermäßigt, und zweitens gehörte die geschäftliche Behandlung des Gnadengesuches zur Kompetenz des Justizministers, nicht zu der des damaligen Kriegsministers Bronsart von Schellendorf."

Indem wir die amtliche Berichtigung an derselben Stelle wiedergeben, wo die angefochtenen Behauptungen veröffentlicht worden waren, bemerken wir, daß der zweite Theil der Berichtigung eine von uns gar nicht berührte Formfrage betrifft. Es ist zu selbstverständlich, daß die geschäftliche Behandlung eines von einem bürgerlichen Gerichtshofe gestellten Gnadengesuchs zur Kompetenz des Justizministers gehört, als daß wir uns darüber erst hätten verbreiten sollen. Abgesehen von der geschäftlichen Behandlung meinten wir, daß die materielle Verantwortlichkeit für die Entscheidung der Krone bei dem Kriegsminister gelegen habe, und die „Natürlichkeit" unserer Annahme stützte sich auf den historischen Geschäftsgang des preußischen Militärstaats in allen Dingen, die mittel- oder unmittelbar die Offizierskaste berühren.

Dagegen berichtigt der erste Theil der amtlichen Notiz in der That eine unserer thatsächlichen Angaben, die wir demgemäß einschränken. Wir fügen hinzu, daß der betreffende Fall viel ausführlicher und mit voller Nennung der Namen, aber inhaltlich ebenso und auch mit derselben Moral wie von uns 1885 von der damals demokratischen „Volks-Zeitung" mitgetheilt wurde, ohne daß eine Berichtigung der auch damals gemachten Angabe, daß die Krone das Gnadengesuch der Geschworenen abschläglich beschieden habe, von irgend einer Seite erfolgt wäre.

Die in dem berichtigten Artikel wiedergegebene Meldung der Tagespresse, daß der General Kirchhoff nach achttägiger leichter Festungshaft begnadigt worden sei, berichtigt der „Reichs- und Staatsanzeiger" nicht. Sollte dies Schweigen in bestätigendem Sinne zu deuten sein, so bliebe der Unterschied zwischen achttägiger Festungshaft und sechsmonatlicher Gefängnißstrafe groß genug, um unsere Ausführungen über den „sogenannten Rechtsstaat" vollkommen zu rechtfertigen — trotz jenes einen thatsächlichen Irrthums.

Der Kapitalismus fin de siècle.

Von **Karl Kautsky.**

IV. Die Zentralisation des Kapitals und die Gewerkschaften.

Mit der Vermehrung der industriellen Reservearmee, welche eine Folge der Kartelle sei, begründeten Manche die Ansicht, mit der Dr. R. Meyer übereinstimmt, daß die Kartelle „die einzige Waffe des Arbeiters, die Organisation und den Strike, wirkungslos" machen. „Thatsächlich", meint er, „enden seit einiger Zeit alle Strikes mit Niederlagen der Arbeiter. Die kartellirenden Unternehmen sind ökonomisch stärker, als die koalirten Arbeiter. Das hatte L. v. Stein in

geistreicher Weise schon vor Jahrzehnten gesagt: ‚Die Unternehmer müssen schließlich, bei vollkommener Kampfesorganisation beider Klassen, stärker sein als die Arbeiter, da sie Kapital und ihre persönliche Arbeitskraft besitzen, die Arbeiter nur letztere.' Und Rodbertus bestritt schon vor mehr als zwanzig Jahren in der ‚Berliner Revue', daß Strikes den Arbeitern nützen könnten. Damals hatte Verfasser noch Recht, jetzt giebt er Stein und Rodbertus Recht" (S. 298).

Die Frage ist wichtig, sie fällt im Wesentlichen zusammen mit der Frage, die heute in unseren Reihen so eifrig diskutirt wird, nach der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Wo das Striken unmöglich ist, werden auch die Gewerkschaften machtlos. Der Strike ist für sie die entscheidende Waffe. Hat Dr. Meyer Recht, dann wird die Gewerkschaftsbewegung in dem Maße immer mehr unmöglich werden, in dem die Zentralisation des Kapitals zunimmt. Die Frage verdient es daher, eingehend untersucht zu werden.

Zunächst müssen wir uns gegen den Satz L. v. Stein's wenden, daß die Kapitalisten schließlich stärker sein müßten, als die Arbeiter, weil diese nur ihre Arbeitskraft besäßen, jene aber Kapital und Arbeitskraft. Das konnte man von einem Handwerksmeister sagen, aber nicht von einem modernen Fabrikanten. Wenn dessen Arbeiter striken, kann er durch seine eigene Arbeitskraft den Betrieb auch nicht eine Minute länger fortführen. Dazu ist ein solcher Betrieb denn doch zu gewaltig. Nein, auf der Seite des Fabrikanten ist nur das Kapital und die gesammte Arbeitskraft ist auf der anderen Seite. Der Ausspruch v. Stein's mag sehr geistreich sein, richtig ist er nicht.

Untersuchen wir nun, wie die Kartellirung oder, allgemeiner gesagt, die Zentralisation des Kapitals auf die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter wirken wird. Die Verständigung der Kapitalisten jedes Industriezweiges untereinander wird immer leichter, je mehr die Zentralisation des Kapitals fortschreitet. Die Kartelle heben die Konkurrenz unter ihnen nach den meisten Richtungen hin völlig auf. Das ist sicher für die Kämpfe der Arbeiter mit den Kapitalisten nicht bedeutungslos, aber man muß sich hüten, diesem Punkt übertriebene Bedeutung zuzumessen. Die Hauptwirkung der Kartelle liegt namentlich in der Aufhebung der Konkurrenz unter den Kapitalisten den Konsumenten gegenüber. Den Arbeitern gegenüber haben sich die Unternehmer stets leicht verständigt. Das wußte schon der alte Adam Smith.* Würde diese Verständigung der Kapitalisten untereinander jeden Widerstand der Arbeiter unmöglich machen, dann würden wir kaum je etwas von einem gewonnenen Strike gehört haben. Durch die Kartelle wird in dieser Beziehung nicht allzu viel geändert.

Man darf aber auch nicht etwa glauben, daß die gesammte Produktion binnen Kurzem in den Händen von Kartellen sein wird. Bisher ist die Kartellirung in der Regel nur in Industrien geglückt, die eine Monopolstellung entweder von vornherein besaßen, wie z. B. viele Bergwerke, oder sie durch die ökonomische Entwicklung und staatliche Maßregeln — Schutzzölle, Steuergesetzgebung u. dgl. — erhalten haben.

In jenen Industriezweigen, die noch nicht zur Kartellirung gelangt sind, bewirkt aber die ökonomische Entwicklung nicht eine Abschwächung, sondern eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes: eine natürliche Folge der chronischen Ueber-

* „Die Herren (masters) sind geringer an Zahl, können sich daher viel leichter verbinden. . . . Die Herren bilden seit jeher eine Art stiller, aber ständiger und gleichmäßiger Verbindung zu dem Zweck, ein Steigen der Löhne nicht zuzulassen. . . . Wir hören selten von dieser Verbindung, weil sie der gewöhnliche, man kann sagen, der natürliche Zustand ist, von dem man nicht spricht." (Wealth of Nations, I, cap. 8.)

produktion. Dies äußert sich wohl zumeist nur den Konsumenten gegenüber, führt aber mitunter sogar dazu, das natürliche, seit jeher bestehende Unternehmerkartell zur Niederhaltung der Arbeiter zu sprengen. Gerade jetzt, im Zeitalter der Kartelle, begegnen wir am häufigsten der Erscheinung, daß die Kapitalisten sich uneiniger zeigen, als die Arbeiter; indeß diese bei Strikes so oft trotz Elend und Noth fest zusammenhalten bis auf den letzten Mann, weist fast jeder ausgedehntere Strike zahlreiche Deserteure aus den Reihen der Kapitalisten auf, welche die Arbeitsstockung benützen, um auf Kosten ihrer im Kampf stehenden Genossen Profite zu machen.

Aber es ist bekanntlich schon so weit gekommen, daß Fabrikanten die Arbeiter ersucht haben, zu striken, weil dies das einzige Mittel sei, eine Einschränkung der Produktion herbeizuführen; sie selbst, die Fabrikanten, seien zu uneinig und trauten einander zu wenig, als daß sie durch ihr Vorgehen die gewünschte Wirkung erzielen könnten.

Man darf also den Einfluß der mit der ökonomischen Entwicklung zunehmenden Zentralisation des Kapitals auf das Zusammenschließen der Kapitalisten nicht überschätzen. Neben den auf Zusammenschluß hinwirkenden Tendenzen erzeugt sie auch solche, die in entgegengesetzter Richtung wirken und die unter Umständen so stark werden können, daß sie die ersteren aufheben.

Sogar die Kartelle selbst dienen nicht blos dem Zusammenschluß der Kapitalisten. Sie dienen als Bindeglied, das einzelne derselben zusammenfaßt; gleichzeitig aber bilden sie auch einen Keil, der die Bourgeoisie spaltet.

Jedes Kartell stellt sich außerhalb des Getriebes der freien Konkurrenz, damit aber auch außerhalb der Solidarität der bürgerlichen Interessen. Denn diese beruht auf der Freiheit der Konkurrenz, auf der Möglichkeit, die jedem Besitzenden (wenigstens ideell) gegeben ist, sein Vermögen in jener Industrie anzulegen, wo es den meisten Profit verspricht; auf der Möglichkeit, an jedem Ausnahmsprofit dadurch theilzunehmen, daß man sich auf das Industriegebiet wirft, welches ihn liefert, und auf der Möglichkeit, ihn dadurch schließlich auch wieder auf das Durchschnittsniveau des Profits zu senken. Das Klasseninteresse des Kapitals duldet kein Privilegium, kein Monopol innerhalb der Kapitalistenklasse. Jedes Kartell bildet aber ein solches Monopol, ein solches Privilegium. Es grenzt ein bestimmtes Gebiet industrieller Thätigkeit als ausschließliches Privateigenthum einiger Wenigen ab, zu welchem der ganzen übrigen Kapitalistenklasse der Eintritt verwehrt wird, und läßt dort die verlockendsten goldenen Aepfel hoher Extraprofite gedeihen, indeß gleichzeitig die Holzäpfel des Durchschnittsprofits, welche außerhalb des eingehegten Industriegebiets wachsen, immer spärlicher und saurer werden. Das ist ein Zustand, der jedes ehrliche Kapitalistenherz revoltiren muß. Nicht in proletarischen, sondern in bürgerlichen Kreisen ist die Entrüstung über die Trusts und Kartelle am lebhaftesten laut geworden.

Bricht in einer derartig zu einem Privatmonopol gewordenen Industrie ein Kampf zwischen den Unternehmern und Arbeitern aus, dann kann unter Umständen das bürgerliche Publikum durch seine Gegnerschaft gegen das Monopol so weit getrieben werden, daß es seine Gegnerschaft gegen die Arbeiterklasse für einen Moment vergißt und mit den Arbeitern sympathisirt.

Am ehesten wird das natürlich bei Monopolen vorkommen, welche die große Masse des bürgerlichen Publikums als Konsumenten ausbeuten, jene Masse von „Kopfarbeitern“ wie Advokaten, Aerzten, Lehrern, Beamten, dann auch von Zwischenhändlern ꝛc. ꝛc., die durch ihren Besitz oder mindestens durch ihre Aspirationen und gesellschaftlichen Beziehungen zur Bourgeoisie gehören, aber

an der industriellen Ausbeutung direkt nicht oder nur wenig interessirt sind. Die Theilnahme dieser Elemente kann unter Umständen so stark werden, daß sie den Sieg zu Gunsten der Arbeiter entscheidet. Mächtig wirkte sie 1889 in den großen Londoner Strikes der Docker, Gasarbeiter, Pferdebahnbediensteten ꝛc. Wie sie im letzten großen englischen Kohlengräberstrike wirkte, darauf ist erst kürzlich in diesen Blättern von Bernstein hingewiesen worden. Die kontinentale Bourgeoisie ist schäbiger und feiger, als die englische. Aber auch sie hat mitunter Sympathien für strikende Arbeiter an den Tag gelegt, wenn es einem Monopol galt, welches das ganze Publikum ausbeutete. Wir erinnern z. B. an den Strike der Wiener Pferdebahnbediensteten von 1889. In der bürgerlichen Presse kommen diese Sympathien nur unvollkommen zum Ausdruck, weil sie von den Monopolisten leicht gekauft wird. Nur wer in den betreffenden Bevölkerungsschichten verkehrt, kann ihre Stimmung genügend beurtheilen.

Wenn also das Monopol — und das Kartell ist nur eine besondere Form des Monopols — dahin wirkt, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter zu verringern, so erzeugt es auch wieder Tendenzen, die unter Umständen geeignet sind, sie zu stärken.

Es ist aber ferner in Betracht zu ziehen, daß die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander nur einer der Faktoren und keineswegs der wichtigste ist, welche die ökonomische Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse bestimmen. Neben der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander kommen namentlich in Betracht das Verwerthungsbedürfniß des Kapitals und die Verhältnisse, die innerhalb der Arbeiterklasse herrschen.

Wie steht es mit dem Verwerthungsbedürfniß des Kapitals?

Je mehr die Konzentration des Kapitals fortschreitet, desto größer wird, im Verhältniß zur Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Masse des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals (Baulichkeiten, Maschinen, Rohmaterial u. s. w.). Jede Einstellung des Betriebes entwerthet dieses Kapital und zwar um so mehr, je länger die Arbeitseinstellung dauert. In einem Unternehmen, in dem relativ viel konstantes Kapital angelegt ist, bedeutet jede Betriebsunterbrechung nicht nur einen Gewinnverlust, sondern einen erheblichen positiven Schaden für den Kapitalisten. Dazu kommt ein anderer Umstand: die Abgaben, die der Unternehmer von seinem Mehrwerth abzugeben hat — Steuern, Grundrenten, Zinsen für geborgtes Kapital u. s. w. — müssen von ihm gezahlt werden, mag sein Betrieb im Gang sein und Mehrwerth schlucken oder nicht. Auch das drängt ihn, von jeder Betriebseinstellung möglichst abzusehen. Diese Abgaben haben aber im Allgemeinen die Tendenz, zu wachsen und daher das Verwerthungsbedürfniß des industriellen Kapitals zu steigern. Alle diese Umstände tragen wesentlich mit bei, den Drang nach Ueberproduktion zu fördern; sie wirken aber auch dahin, jeden ungelegenen Strike immer verlustvoller für den Kapitalisten und diesen immer geneigter zu machen, einem Strike, der ihn im Einsacken von Mehrwerth auch nur um Wochen oder Tage hindern könnte, durch Konzessionen vorzubeugen oder ihn dadurch möglichst rasch zu beenden.

Auf der anderen Seite ist freilich auch dafür gesorgt, daß die Bäume für die Arbeiter nicht in den Himmel wachsen. Das Verwerthungsbedürfniß eines bestimmten Kapitals ist nicht immer gleich groß. Bei ungünstigem Geschäftsgang kann der Schaden, den das Fortarbeiten für ein Unternehmen verursacht, weit größer werden, als der Schaden, den eine Arbeitseinstellung bewirkt. Eine solche kann dann als das kleinere Uebel den Kapitalisten oft willkommen sein. Gar mancher Strike ist von ihnen absichtlich provozirt worden.

Bei absteigendem Geschäftsgang wird unter solchen Umständen die beste Organisation und geschickteste Führung der Arbeiter nicht im Stande sein, dem Kapital Konzessionen abzuringen. Oft werden sie nicht einmal hindern können, daß das früher Errungene ganz oder zum Theil wieder verloren geht.

Nun befindet sich aber die kapitalistische Gesellschaft bereits in einem Zustand chronischer Ueberproduktion. Und Diejenigen, welche annehmen, die gewerkschaftliche Bewegung sei fortan zur Unfruchtbarkeit verurtheilt, sehen denn auch einen der Hauptgründe dafür neben der wachsenden Zentralisation des Kapitals in der Ausbreitung der chronischen Ueberproduktion. Indeß steht die Sache nicht so schlimm, als sie aussieht. Die chronische Ueberproduktion ist nicht so aufzufassen, als wenn fortan, so lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, immer der gleiche Zustand von Geschäftslosigkeit herrschen würde. Das widerspricht völlig dem Charakter dieser Produktionsweise. Nach wie vor bewegt sich das Geschäftsleben im Zyklus von Belebung, flotterem Geschäftsgang, Zusammenbruch, Hinsiechen und Wiederbelebung; der Unterschied gegen früher ist nur der, daß die Zeiträume des Siechthums immer länger werden, die Wiederbelebung immer schwerer und langsamer, die Zeiten des flotten Geschäftsganges immer kürzer, der Gewinn daraus immer unsicherer, der Zusammenbruch immer verheerender. Aber gerade je mehr das der Fall ist, desto sorgsamer muß der Unternehmer darauf achten, daß die Zeit der günstigen Konjunktur, die immer prekärer, deren Ausnützung aber immer nothwendiger wird, nicht durch Strikes verloren geht. Je mehr die chronische Ueberproduktion sich ausdehnt, um so härter trifft den Unternehmer jeder Strike in der Zeit des kümmerlichen Aufschwungs, der sich hier und da noch bemerkbar macht, desto eher ist er in einer solchen Zeit zu Konzessionen geneigt.

Die chronische Ueberproduktion macht also das Striken nicht aussichtslos, sie bewirkt blos, daß die Anforderungen an die beruflichen Organisationen der Arbeiter und an ihre Führer wachsen. Es wird jetzt immer nothwendiger, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, diesen aber dann rascheſt auszunützen; die Ausdauer, Geduld und Disziplin der Massen, ihre Einsicht in die wirthschaftlichen Verhältnisse und die Straffheit ihrer Organisationen müssen in demselben Maße zunehmen, in dem die chronische Ueberproduktion sich entwickelt, soll ihre Widerstandsfähigkeit durch diese nicht geschädigt werden.

Hier sind wir bei dem wichtigsten Faktor angelangt, der über die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse entscheidet, bei dieser selbst.

Wenn man blos die Veränderungen auf Seiten des Kapitals in Erwägung zieht, dagegen die Arbeiterklasse als eine stets auf gleichem Niveau sich befindende Bevölkerungsschicht betrachtet, dann freilich kann man zur Ansicht kommen, daß die ökonomische Entwicklung — die Zentralisation des Kapitals und die chronische Ueberproduktion — die ökonomische Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft immer mehr verringert.

Aber wenn die eine Seite ununterbrochenen Veränderungen unterworfen ist, so auch die andere Seite. Wie auf der Seite des Kapitals finden wir auch auf Seiten der Arbeiterschaft, daß die ökonomische Entwicklung eine Reihe der verschiedensten, einander oft kreuzenden und hemmenden Tendenzen erzeugt, Tendenzen, welche das Proletariat herabdrücken und schwächen und solche, welche es heben und stärken. Näher können wir auf diesen Punkt natürlich nicht eingehen, das würde uns zu weit von unserem Thema abführen. Aber der Gegenstand erscheint uns doch zu wichtig, daß wir ihn nicht wenigstens noch mit einigen Bemerkungen streifen sollten.

Am bedrohlichsten für die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter erscheint uns die Vermehrung der industriellen Reservearmee durch die bekannten Methoden, Einführung von arbeitsparenden Maschinen, Ersetzung gelernter durch ungelernte, starker durch schwache Arbeiter, die Heranziehung von Frauen und Kindern, sowie endlich von bedürfnißlosen Ausländern. Alles das wirkt darauf hin, die Widerstandskraft der Arbeiter zu schwächen und ihre gewerkschaftlichen Kämpfe zu erschweren, um so mehr, als die chronische Ueberproduktion die Zeiten der Geschäftsstille, der Arbeitslosigkeit besonders großer Massen, immer mehr ausdehnt. Die straffste Organisation, die bestgefüllte Kriegskasse, die umsichtigste Führerschaft, das Alles nützt den Arbeitern nichts bei einem Konflikt mit den Unternehmern, wenn diese auf dem Arbeitsmarkt genügend Hände finden, um die bisher Beschäftigten zu ersetzen. Aber die Gewerkschaften werden dadurch nicht zur Unfruchtbarkeit verurtheilt, es werden ihnen dadurch nur neue Aufgaben gestellt, neue Felder der Thätigkeit eröffnet und ihr Charakter dadurch geändert. Die ökonomische Entwicklung und das daraus folgende Wachsen der industriellen Reservearmee benimmt der gewerkschaftlichen Bewegung den letzten Rest von zünftiger Beschränktheit, den sie hie und da noch besessen; sie zeigt den Organisationen der gelernten männlichen Arbeiter — auf die allein die Gewerkschaften sich ursprünglich beschränkten — wie wichtig die Organisirung und Hebung der ungelernten Arbeiter, der Proletarierfrauen, der Landarbeiter, der rückständigen Arbeiter des Auslandes für sie ist. Sie drängt die Gewerkschafter, die Bewegungen dieser Arbeiterschichten thatkräftig zu unterstützen.

Hand in Hand mit dieser Veränderung im Charakter der Arbeiterbewegung geht aber noch eine, die wichtigste von allen, die daher besonderer Erwähnung bedarf: *der Schwerpunkt der Bewegung wird immer mehr auf das politische Gebiet verlegt*, auch in solchen Ländern, in denen die politischen und ökonomischen Bedingungen der Entwicklung der Gewerkschaften besonders günstig, der Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei besonders ungünstig sind.

Namentlich zwei Momente wirken in dieser Richtung: die wachsende Zentralisation des Kapitals macht es immer nothwendiger, daß die Widerstandsorganisationen der Arbeiter, wenn sie nicht unwirksam werden sollen, ihr Bereich immer mehr ausdehnen, aus lokalen zu nationalen und schließlich zu internationalen Organisationen werden. Aber in dem Maße, in dem sie ihr Gebiet erweitern, werden sie immer abhängiger vom Stand der Gesetzgebung und der Haltung der Behörden. Eine lokale Organisation kann zur Noth noch auf den persönlichen Zusammenhang aufgebaut werden; eine nationale oder gar internationale ist unmöglich ohne freies Vereinsrecht und ohne freie Presse. Je umfangreicher die Organisationen und ihre Kriegskassen werden, desto mehr bedürfen sie aber auch gesetzlicher Sicherung vor behördlicher Willkür und vor der Untreue der eigenen Beamten.

Die Gewerkschaftsbewegung bedarf zu ihrer Entwicklung nicht nur gewisser ökonomischer, sondern auch politischer Vorbedingungen. Wo diese fehlen, wird das Hauptinteresse des kämpfenden Proletariats naturgemäß der politischen Bewegung sich zuwenden, nicht, um über die Gewerkschaften zur Tagesordnung überzugehen, sondern um den Boden zu erobern, auf dem sie erst gedeihen können.

Der zweite Umstand, der das Wachsen des Interesses an der politischen Seite der Arbeiterbewegung fördert, ist die Zunahme der Konkurrenz unter den Arbeitern. Gerade diese erzeugt unter ihnen nicht Zersplitterung, sondern Solidarität, die Erkenntniß, daß die Bessergestellten nichts mehr erreichen können, wenn sie nicht auch den Schlechtergestellten vorwärts helfen. Die Interessen der

Gesammtarbeiterschaft treten in den Vordergrund, die Sonderinteressen der Arbeiter der einzelnen Berufe nehmen im Verhältniß dazu an Bedeutung ab. Die Organisation der Arbeiterschaft in ihrer Gesammtheit ist aber naturgemäß eine politische Organisation — eine Parteiorganisation. Und das wirksamste Mittel für die bessergestellten Arbeiterschichten, den schlechtergestellten vorwärts zu helfen und deren Konkurrenz abzuschwächen, besteht darin, die Gesetzgebung zu Arbeiterschutzgesetzen zu drängen, welche Arbeitsbedingungen schaffen, wie sie die schlechtergestellten Arbeiterschichten durch eigene Kraft kaum erringen könnten.

Dieses Ueberwiegen des politischen Interesses muß den Charakter der gewerkschaftlichen Bewegung aufs Tiefste beeinflussen; führt es aber nicht auch dahin, sie zu schädigen?

Es ist nicht zu leugnen, daß unter Umständen die politische Bewegung die gewerkschaftliche schädigen kann — ebenso gut ist freilich auch das Umgekehrte möglich! — indem sie ihr die nöthigen Kräfte entzieht. Die Arbeiterbewegung ist nicht überreich an Kräften, und wenn sie einseitig auf eines ihrer Gebiete ihre Kräfte konzentrirt, werden die anderen Gebiete darunter leiden. Ob aber das geschieht, das zu beurtheilen ist in jedem einzelnen Fall sehr schwer, und die Gewerkschaftler, diejenigen, denen bei der Arbeitstheilung in unserer Bewegung vorzugsweise die Thätigkeit in den Gewerkschaften zufällt, werden darüber anderer Meinung sein, als die Politiker, die vorzugsweise den politischen Kampf zu führen haben. Unseres Erachtens ist weder in Deutschland, noch sonstwo von einer einseitigen Konzentration unserer Kräfte auf politischem Gebiete etwas zu merken. Der Rückgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung, soweit von einem solchen die Rede sein kann, ist eine Folge der Krise und der politischen Machtlosigkeit des deutschen Proletariats, dem es noch nicht gelungen ist, genügenden Ellenbogenraum für seine Gewerkschaften zu erkämpfen, trotzdem sie dessen um so mehr bedürfen, je mehr das sich zentralisirende und immer strammer sich organisirende Kapital sie in die Enge treibt. Die Schwäche der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegt zum großen Theil begründet in der politischen Rückständigkeit Deutschlands. Wäre z. B. die Sozialdemokratie im preußischen Abgeordnetenhaus vertreten und genügend stark gewesen, um das Niedertreten des Ausstandes der Bergarbeiter im Saarrevier und die Zertrümmerung ihrer Organisation durch die Regierung zu hindern; wäre sie bereits im Stande gewesen, den zehnstündigen Normalarbeitstag und für die Frauen und die Landarbeiter volle Koalitionsfreiheit zu erkämpfen, dann würde die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ganz anders dastehen, als sie jetzt dasteht.

Die politische wie die gewerkschaftliche Seite der Arbeiterbewegung sind aber beide so nothwendige Lebensäußerungen des Proletariats und so innig miteinander verbunden, daß eine Verkümmerung der einen auf Kosten der anderen eine Abnormität ist, die nur abnormen Zuständen entspringen kann und die auf die Dauer nicht anhält. Ueberall drängt die Arbeiterklasse in gleicher Weise nach gewerkschaftlicher wie nach politischer Bethätigung.

Nichts irriger als die von anarchistischer Seite verbreitete Behauptung, die englischen Gewerkschafter, soweit sie nicht Sozialdemokraten seien, wollten von Politik nichts wissen, sie hätten alle ihre Erfolge erzielt, ohne sich um Politik zu kümmern. Die englischen Gewerkschafter haben *immer* Politik getrieben. Die Frage war für sie nur die, ob sie ihre politischen Ziele am besten erreichten vermittelst einer besonderen unabhängigen Arbeiterpartei oder durch Verkauf ihrer Stimmen gegen gewisse Konzessionen an eine der herrschenden Parteien. Nicht ob sie Politik treiben sollen, war und ist unter ihnen die Frage, sondern ob

diese Politik eine selbständige oder Schwanz- und Pressionspolitik sein solle. Die Antwort auf diese Frage hängt natürlich aufs Engste damit zusammen, welche Ziele die Arbeiter durch ihre Politik erreichen wollen. Doch das gehört nicht hierher.

Jede Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung muß schließlich auch zu einer Vermehrung der politischen Macht der Arbeiterklasse führen. Dies kommt freilich dort, wo die Arbeiter nicht selbständige, sondern Schwanzpolitik treiben, weniger ihnen, als vielmehr jenem Bruchtheil der herrschenden Klassen zu Gute, der sich ihrer zu bemächtigen weiß: aber man darf diese Erscheinung nicht dahin deuten, als entspringe sie politischer Ohnmacht der Arbeiter, als wäre es möglich, daß die Arbeiter gleichzeitig gewerkschaftlich stark und politisch kraftlos seien. Eine Arbeiterklasse kann eine starke gewerkschaftliche Organisation besitzen und dabei politisch einsichtslos und unselbständig, nie aber politisch einflußlos bleiben.

Aber umgekehrt wird auch eine Arbeiterklasse, so lange sie politisch einflußlos ist, nicht zu einer starken gewerkschaftlichen Organisation gelangen können. Denn die herrschenden Klassen verweigern überall, wo sie nur können, die Gewährung jener politischen Freiheiten, welche die Vorbedingungen des Entstehens und Gedeihens der Gewerkschaften sind; und wo sie sie gewähren müssen, suchen sie sie in der Praxis möglichst zu verkümmern. Sicherlich würden die englischen Arbeiter ohne ihre Gewerkschaften nicht die politische Macht bilden, die sie sind; aber ebenso sicher würden die englischen Gewerkschaften nicht auf ihre jetzige Höhe gelangt sein ohne den großen politischen Druck, den die Arbeiterklasse Englands, namentlich in der Chartistenbewegung, auf die herrschenden Klassen geübt hat. Wäre diese Bewegung wirklich gescheitert, wie die liberalen Professoren uns weiß machen möchten, hätte sie nicht ihre Ziele wenigstens zum Theil erreicht — Zehnstundentag und Gewährung des Wahlrechts an die Arbeiterklasse — dann würden die Gewerkschaften Englands heute ein viel bescheideneres Dasein führen.

Aber noch in anderer Weise fördern politische Bewegung und Gewerkschaftsbewegung einander. Seit jeher galt in der deutschen Sozialdemokratie der Grundsatz, daß die Gewerkschaften das Rekrutirungsgebiet für die Sozialdemokratie bilden, daß sie die Indifferenten heranziehen und für die Partei reif machen. Man vergesse jedoch nicht, daß auch das Umgekehrte stattfindet. Nicht alle Arbeiter sind im Stande, sich gewerkschaftlich zu organisiren. Nur die Bestgestellten vermögen das. Die Schichten, die so günstig gestellt waren, daß für sie eine gewerkschaftliche Organisation möglich wurde, waren auch diejenigen, aus denen sich die Partei in ihren Anfängen fast ausschließlich rekrutirte. Damals konnte man wohl sagen, daß, wer nicht einmal an der ihm so viel näher liegenden Gewerkschaftsbewegung ein Interesse habe, schon gar nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen sei, daß der Weg zu dieser durch jene gehe.

Heute ist die Sozialdemokratie weit über diesen ihren ursprünglichen Kreis hinausgewachsen, sie hat zahlreiche Arbeiterschichten erfaßt, die der Gewerkschaftsbewegung bisher unzugänglich gewesen sind. Wohl appellirt die letztere an die nächstliegenden Interessen und vermag dadurch die Indifferenten leichter zu gewinnen, als die Partei. Aber sie verlangt in der Regel auch größere Opfer, setzt mehr Kraft und mehr Selbstbewußtsein voraus. Einen Stimmzettel bei geheimer Wahl abzugeben und eine Zeitung zu lesen, ist meist leichter und gefahrloser, als einer Gewerkschaft anzugehören und bei einem Strike mitzuthun. Unsere Partei erhält denn auch jetzt bei jeder Wahl zahlreiche Stimmen aus Gegenden und Arbeiterschichten, in denen eine gewerkschaftliche Bewegung bisher nicht Fuß fassen konnte.

Ist aber die Gedankenlosigkeit und Furchtsamkeit eines indifferenten Arbeiters einmal so weit überwunden, daß er seine Stimme für den Kandidaten des Proletariats abgiebt, dann bleibt er dabei nicht stehen. Er ist zum Nachdenken erwacht, sein Selbstgefühl regt sich, er sucht den Zusammenschluß mit seinen Kameraden, er beginnt das Bedürfniß nach einer gewerkschaftlichen Organisation auf das Lebhafteste zu empfinden und gewinnt nun oft auch die Kraft, sich einer solchen anzuschließen.

Deutlich kann man das in England verfolgen, wo die Gewährung des Wahlrechts an die Landarbeiter diese aufgerüttelt und die gewerkschaftliche Bewegung unter ihnen sehr gefördert hat. Aber dieselbe Erscheinung ist ebenfalls in Deutschland, wenn auch nicht so auffallend, eingetreten. Jede Ausdehnung der politischen Bewegung bedeutet heute auch eine Erweiterung des Rekrutirungsgebiets der Gewerkschaften.

Noch ein Punkt ist hier in Betracht zu ziehen. Es giebt Leute, die annehmen, die Zeit für die Gewerkschaften sei vorbei. Was diese bisher für einzelne Arbeiterschichten geleistet, müsse nun vom Staat für die gesammte Arbeiterklasse geleistet werden. Jeder politische Sieg der Arbeiterklasse, z. B. jedes Arbeiterschutzgesetz, bedeute eine Einengung des Wirkungskreises der Gewerkschaften und habe die Tendenz, sie überflüssig zu machen.

Nichts irriger als das. Manche Aufgaben, z. B. die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfälle u. s. w., kann ja der Staat den Gewerkschaften abnehmen, aber eine Reihe wichtiger gewerkschaftlicher Funktionen wird er nie ausüben können. So wird z. B. der Kampf um den Lohn, so lange das Lohnsystem besteht, immer eine Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Die gesetzliche Feststellung eines Minimallohns ist eine Utopie; wohl aber sind Gewerkschaften mitunter im Stande, Minimallöhne festzusetzen und zu erzwingen.

Aber auch der Kampf um den Arbeitstag wird stets eine Sache der Gewerkschaften bleiben. Der gesetzlich festgesetzte Normalarbeitstag macht diesem Kampf nicht ein Ende, er fördert ihn vielmehr. Denn er ist nur ein Maximalarbeitstag; er hindert nicht die Arbeiter begünstigter Gewerbe in ihren Bestrebungen, weitere Verkürzungen ihrer Arbeitszeit auf gewerkschaftlichem Wege durchzusetzen, sondern gewährt ihnen eine Stütze dabei. Gerade der Normalarbeitstag hat sich in manchen Gewerben als das mächtigste Förderungsmittel der gewerkschaftlichen Organisation erwiesen.

Und wenn die Gesetzgebung den Gewerkschaften manche Aufgaben abnimmt, so erwachsen ihnen wieder neue, entweder aus der Gesetzgebung selbst — z. B. die Ueberwachung ihrer Durchführung — oder der ökonomischen Entwicklung im Allgemeinen, worauf wir schon hingewiesen.

Die „Politik" hat also keineswegs die Tendenz, die Gewerkschaften zu schädigen.

Resumiren wir das Gesagte: die Zusammenfassung der einzelnen Betriebe bestimmter Industriezweige durch Kartelle hat die Tendenz, die Widerstandskraft der Arbeiter im gewerkschaftlichen Kampf zu schwächen. Aber das besagt noch lange nicht, daß die Arbeiter dadurch thatsächlich widerstandsunfähig werden. Wenn die gesellschaftliche Entwicklung eine Reihe von Tendenzen erzeugt, die auf Verringerung der ökonomischen Widerstandskraft der Arbeiter abzielen, so erzeugt sie auch eine Reihe von Gegentendenzen, namentlich moralische, intellektuelle und politische Kräfte in der Arbeiterklasse, die in entgegengesetzter Richtung wirken. Die Zunahme oder Abnahme der Widerstandskraft der Arbeiter — sowohl der gesammten Arbeiterklasse wie jeder ihrer Schichten — ist also ein sehr komplizirter Prozeß, der von dem Zusammenwirken zahlreicher Faktoren bedingt wird, Faktoren, unter denen die Bildung der Kartelle keineswegs der bedeutendste ist.

Ginge das Wachsthum der die Widerstandskraft der Arbeiter schwächenden Faktoren — Verständigung der Kapitalisten untereinander, industrielle Reservearmee, Geschäftslosigkeit — rascher vor sich, als das der in entgegengesetzter Richtung thätigen Faktoren, der Solidarität und des Opfermuthes, der Intelligenz und der Erfahrung der Arbeiter, der Konkurrenzjagd der Kapitalisten untereinander, der Abneigung der Bourgeoisie gegen Monopole, endlich, last but not least, der politischen Macht der Arbeiterklasse, dann müßten allerdings die Gewerkschaften an Macht und Bedeutung abnehmen, dann würde der gewerkschaftliche Kampf, namentlich der Strike, immer unmöglicher werden. Wir haben aber die triftigsten Gründe, anzunehmen, daß dies in der Zukunft ebenso wenig der Fall sein wird, wie es bisher der Fall war, und daß auch in der Zukunft das Wort von Karl Marx gelten wird, das er 1847 aussprach, als er, im Gegensatz zu den liberalen Oekonomen wie zu den Sozialisten seiner Zeit, auf die Bedeutung der Gewerkschaften für den Klassenkampf hinwies und das heute ebenso gilt, wie vor einem halben Jahrhundert: „Trotz beider, trotz Handbücher und Utopien, haben die Arbeiterkoalitionen (Gewerkschaften) keinen Augenblick aufgehört, mit der Entwicklung und der Zunahme der modernen Industrie sich zu entwickeln und zu wachsen. Das ist heute so sehr der Fall, daß der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Lande genau den Rang bezeichnet, den dasselbe in der Hierarchie des Weltmarktes einnimmt. England, wo die Industrie am höchsten entwickelt ist, besitzt die umfangreichsten und bestorganisirten Koalitionen" („Elend der Philosophie", 2. Aufl., S. 160).

Die Gewerkschaftsbewegung wird auch weiterhin, ebenso wie bisher Hand in Hand mit der politischen Bewegung des Proletariats vorwärts schreiten. Freilich, relativ, im Verhältniß zur politischen Bewegung, wird sie wohl zurückgehen; der Schwerpunkt der Bewegung wird immer mehr auf das politische Gebiet hin sich verschieben; sie wird auch in Verschiedenem ihren Charakter erheblich ändern, wie sie ihn bisher schon geändert hat; die Lösung mancher Aufgabe wird sie der politischen Bewegung überlassen müssen, um dafür manche neue Aufgabe aus deren Erfolgen und dem Gang der ökonomischen Entwicklung zu schöpfen; aber wie immer sie sich auch gestalten mag, sie wird, wie das Proletariat selbst, an Ausdehnung und Bedeutung stetig wachsen. (Schluß folgt.)

Probenächte.

„Vergessen Sie nie, meine Herren, wenn Sie einst Richter sein werden, eine wie große Rolle das Geschlechtsleben in jenen Klassen der Bevölkerung spielt, denen infolge ihrer sozialen Verhältnisse fast alle anderen Freuden und Vergnügungen verschlossen sind."

Mit diesen Worten pflegt ein berühmter Strafrechtslehrer seine Hörer anzureden, wenn er in seiner Vorlesung zum dreizehnten Abschnitt des deutschen Strafgesetzbuches kommt.

Manche der Hörer schreiben den Satz eiligst nieder, um ihn getrost nach Hause tragen zu können, andere sehen einander an, vergegenwärtigen sich vergangene und zukünftige Liebesfreuden und denken dabei, daß nicht nur „in jenen Klassen der Bevölkerung" der Paarungstrieb eine sehr große Rolle spielt, sondern auch in — anderen.

Aber man braucht nicht erst solche Worte zu hören, man braucht nicht erst von Wirth, von Krafft-Ebing und Moll bis hinunter zum Mittelstädt

sich Raths zu erholen, in welchem Verhältniß hier Schuld und Strafe stehen, manchmal reden die Erkenntnisse der Gerichte eine Sprache, die Jedermann versteht.

Vor kurzer Zeit wurde in Berlin eine arme, unbescholtene Frau nach § 181,2 des Reichsstrafgesetzbuches zu Zuchthaus verurtheilt. Ihre Tochter hatte seit langer Zeit einen Bräutigam, die Verheirathung konnte jedoch noch nicht stattfinden, und da gestattete nun die Mutter, daß der Bräutigam die Nacht zuweilen in der Schlafkammer des Mädchens zubrachte. Aber, wer durch seine Vermittlung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der „Unzucht" Vorschub leistet, wird, falls er zu den Personen, welche die Unzucht getrieben haben, im Verhältniß von Eltern zu Kindern steht, mit Zuchthaus gestraft; selbst dann, wenn er weder gewohnheitsmäßig, noch aus Eigennutz gehandelt hat.*

Dies sagt das Strafgesetzbuch, die arme Frau wurde zu Zuchthausstrafe verurtheilt, und die Zeitungen konnten in ihrem Jargon von einem „Akt entsetzlicher Verkommenheit" berichten.

Und wie arg entsetzte sich auch der Philister im gestrickten Jäckchen am anderen Morgen beim Frühstückskaffee! Wie sorgsam entzog er das Blatt den Augen seines mehr oder minder keuschen Töchterleins, und wie arg entsetzten sich auch die übrigen Stützen der Gesellschaft, so daß Mancher, dem noch der Schädel brummte vom Fleischkauf der letzten Nacht, in edler Entrüstung ausrief: „Pfui, wie gemein!" — —

Die Frau wird nun ins Zuchthaus wandern, daran läßt sich nichts mehr ändern. Wer aus gewissen Zeitungen sich immer belehren läßt, daß der Aufenthalt in den Strafanstalten für Leute, die „draußen" mit Nahrungssorgen zu kämpfen haben, gar nicht so unangenehm ist, wird leichtherzig darüber hinweggehen; wer die Einrichtungen der Zuchthäuser kennt, wird zwar anders urtheilen, er wird zugeben, daß jeder Zuchthäusler recht nachdrücklich und für immer seiner Menschenwürde entkleidet wird, aber er wird achselzuckend sagen: Dura lex, sed lex.

* * *

Wohl über nichts in der Welt ist die Anschauung der Völker in den verschiedenen Ländern, ist die Anschauung desselben Volkes zu verschiedenen Zeiten eine so mannigfaltige, eine so wechselnde, ja eine so widersprechende, als über das, was Zucht und Sitte in geschlechtlichen Dingen erlaubt.

Die alten Könige des Orients hielten öffentlich bei ihren Frauen das Beilager, Perikles zeigte sich überall in Begleitung von Hetären und wollte sie überall geehrt wissen, eine Theodora selbst erregte als Kaiserin sehr wenig Anstoß. Der Kirgise bot jedem Fremden seine Gattin an und empfand eine Ablehnung als schwere Kränkung, die „Graugans", das uralte Rechtsbuch Islands, bestimmte, daß, wer einer Frau ihr Kind tödte, ihr beiliegen solle, bis sie sich wieder Mutter fühlen würde, der ungarische und der polnische Edelmann

* Jetzt geht wieder eine Notiz durch die Presse, welche aus Breslau mittheilt: „Wie der ‚Volkszeitung' berichtet wird, hatte die verwittwete Eisenbahnschaffner Auguste S. hierselbst im Hinblick auf das zwischen ihrer Tochter und dem Brauer Bruno Balzer fest beschlossene Eheverbündniß einen intimen Verkehr des Mädchens mit ihrem Bräutigam stillschweigend geduldet. Das Verlöbniß löste sich auf und der Bräutigam machte der Staatsanwaltschaft Anzeige von den Ereignissen jener verschwiegenen Stunden. Daraufhin wurde die verwittwete Frau Auguste S., eine sonst unbescholtene Frau, des Vergehens gegen § 181 Abs. 2 angeklagt und von der hiesigen Strafkammer zu der nach dem Gesetz zulässig niedrigsten Strafe von einem Jahr Zuchthaus verurtheilt." Die Redaktion.

hatte das Recht, jede hörige Frauensperson, die er traf, zu schänden, der deutsche Gutsherr übte wacker sein Jus primae noctis aus, und das, was der § 175 des deutschen Strafgesetzbuches mit Gefängniß von einem Tage an bestraft, und was die Karolina mit dem Feuertode sühnte, war in Kreta nicht nur erlaubt, sondern sogar gesetzlich empfohlen. Und so bestehen allerlei Verschiedenheiten auch heute noch. Den Sultan, dessen Stolz sein Harem ist, besuchen Könige und Königinnen und verkehren mit ihm auf der Stufe gleichen Rechts und gleicher Würde, der Vizekönig von Egypten reist mit seinen Frauen durch Europa, ein anderer großer Herr mit seinen Knaben.

Ländlich, sittlich! — —

Vor mehr als hundert Jahren schrieb Friedrich Christoph Jonathan Fischer ein lehrreiches Buch über „Die Probenächte der teutschen Bauermädchen" (Berlin und Leipzig, 1780). Er erzählt darin nicht nur, daß kein Bauernmädchen ohne Probenacht in den Ehestand trat, und daß sogar in vielen Gegenden immer erst dann zur Ehe geschritten wurde, wenn das Mädchen sich Mutter fühlte — denn nicht nur zu Zeiten des Tacitus galt Unfruchtbarkeit in Deutschland als Fluch —, sondern er berichtet in zahlreichen Anmerkungen noch allerlei Anderes über diesen Brauch. Es war nicht nur für das betreffende Mädchen eine Schande, wenn es keinen Bräutigam — in diesem nachdrücklichen Sinne — bekam, sondern die ganze Familie fühlte sich bedrückt, — denn für „Unzucht" hielt diese Sitte, die Immermann im „Oberhof" einen lieblichen Brauch nennt, Niemand.* Noch heute werden auf diese Weise in vielen Dörfern

* In seinem interessanten Buch beschreibt Fischer zunächst die Sitte, die zu seiner Zeit im Schwarzwald noch allgemein herrschte. Jedes Mädchen darf dort seinen Liebhaber Abends durchs Fenster zu sich kommen lassen. Anfangs, sagt er, liegt das Mädchen angekleidet im Bett „und ist gegen alle Verräthereien Amors wohlverwahrt". Das sind die „Kommnächte". Nach und nach werden die Unterhaltungen lebhafter. „Ja, in der Folge giebt die Dirne ihrem Buhler unter allerlei ländlichen Scherzen und Neckereien Gelegenheit, sich von ihren verborgenen Schönheiten eine anschauliche Schilderung zu erwerben; läßt sich überhaupt von ihm in leichterer Kleidung überraschen und gestattet ihm zuletzt Alles, womit ein Frauenzimmer die Sinnlichkeit einer Mannsperson befriedigen kann." Diese Zusammenkünfte heißen Probenächte. Sie dauern so lange, bis beide Theile sich von ihrer wechselseitigen physischen Tauglichkeit zur Ehe überzeugt haben oder das Mädchen schwanger wird. Selten wird ein geschwängertes Mädchen aufgegeben, da das den Mann in allgemeine Verachtung bringen würde. Dagegen kann das Mädchen ohne Gefahr für seinen Ruf nach einer oder mehreren Probenächten einen anderen Liebhaber sich suchen. Auch der Mann kann die Verlobung wieder rückgängig machen, so lange das Mädchen sich nicht schwanger fühlt, ohne dessen Ruf zu schädigen.

Fischer untersucht dann die Geschichte dieser Sitte. „Grupen hat schon lange beobachtet (De uxore theotisca, Göttingen 1748, II, 39), daß sich in älteren Zeiten alle deutschen Bräute vor der Hochzeit hätten beschlafen lassen. Wir treffen noch in den späteren Zeiten unter dem hohen Adel Beispiele an." Er bringt eine Reihe urkundlicher Belege dafür vor, unter Anderem die traurige Geschichte Johanns IV. von Habsburg, der 1378 sich mit Herzlinde von Rappoltstein verlobte, aber von ihr wieder entlassen wurde, als es sich bei den Probenächten herausstellte, daß er impotent sei, da er „mit Ir nie geborte in der Maßen, als ob er ein Mann were". Hans wandte sich an die berühmtesten Aerzte, aber es nützte Alles nichts: „vndt lag och by demselben Arzette lange zyt zu Straßburg, by Meister Heinrich von Sachsen, der der beste Meister ist, den man finden kann . . . vndt verfing alles nüt, daß sü imen vt gemachen konnten, daß er versengklich were zu Frowen."

Mit dem beginnenden Verfall der Sitten wurden die Probenächte ein Mittel, die Mädchen zu betrügen. Der Mann, der ein geschwängertes Mädchen sitzen ließ, hörte auf,

Bayerns und Württembergs alle Ehen eingeleitet. Daß der Bursch bei seinem Mädchen „fensterlt", das weiß Jedermann im Dorfe, Vater und Mutter des Mädchens wissen es natürlich auch und dulden es und fördern es sogar, wenn ihnen der Bräutigam zusagt.

Soll das, was in einem Theil des Geltungsgebietes des deutschen Strafgesetzbuches sich ungestört vor den Augen der Behörden abspielt, in einem anderen Theil dieses Gebietes mit Zuchthaus bestraft werden?

Soll es hier als ein „lieblicher Brauch" gelten, dort als „Kuppelei", hier als „naturwüchsiges Liebesleben", dort als „Unzucht"? —

Der Gutsbesitzer, der sich „gewohnheitsmäßig" wenig darum kümmert, ob die Schlafräume seiner Knechte und Mägde fein säuberlich voneinander getrennt sind; die Wirthin, die vertraulich grinsend am Morgen dem Bruder Studio den Kaffee „für zwei" durch die Thürspalte reicht; die Theatermama endlich, die alle Morgen einen anderen Cicisbeo bei ihrem Püppchen vorfindet — sie alle bleiben bei uns straflos und mögen es bleiben, aber dafür nenne man andererseits nicht „Unzucht", was keine Unzucht ist und wobei man also auch keine „Kuppelei" begehen kann.

Berlin. W. Allenstein.

Ein Konkurrent des Diamanten.

Von **Heinr. Vogel.**

Von dem großen Publikum wenig, von den Fachleuten desto mehr beachtet wurden auf der Columbischen Weltausstellung die von der Carborundum-Company in Monongahela-City in Pennsylvanien ausgestellten Carborundum-Fabrikate. An ihnen zeigt sich wieder einmal glänzend der Erfindungs- und Unternehmungsgeist der Amerikaner, die, wenn sie etwas Neues als wirklich leistungsfähige Verbesserung erkannt haben, damit im Handumdrehen eine großartige Industrie zu

---

als ehrlos zu gelten. Manche Dame wußte sich zwar zu helfen. Fischer theilt uns ein artiges Geschichtchen mit, wie die Gräfin Ludmilla von Bogen, die sehr schön, gottesfürchtig und weitberühmt durch ihre Tugend war, den Herzog Ludwig I. von Bayern (1174—1231) fesselte, als sie ihm eine Probenacht gewährte. „Der Herzog mußte ihr in der Probenacht vor drei Rittern, die sie auf den Vorhang ihres Bettes gemalt hatte, schwören, daß er sie zu seiner Gemahlin machen wolle. Er that es ohne Bedenken, weil er sich aller Ueberweisung sicher glaubte. Allein kaum hatte er sich dem Vergnügen hingegeben, so öffnete die Prinzessin die Gardinen, wo sich plötzlich drei leibhaftige Ritter zeigten, die den Herzog an Erfüllung seines Gelübdes erinnerten. Er bekannte sich überlistet und vollzog nach dem Herkommen die Ehe in Jahresfrist."

Indessen, nicht alle Mädchen waren so klug, wie diese durch ihre Tugend so hochberühmte Prinzessin, und somit wurde die Jungfräulichkeit ein Schatz, der dem Manne erst dann eröffnet wurde, nachdem man ihn auf das Festeste gebunden hatte. Die Forderung der Keuschheit vor der Ehe entsprang aus der wachsenden Sittenlosigkeit und Gewissenlosigkeit, namentlich der Männer.

Fischer verfolgte mit seiner Studie nicht blos wissenschaftliche, sondern auch praktische Zwecke. Er ist überzeugt, die Wiederbelebung der Probenächte wäre das beste Mittel, um dem Ueberhandnehmen der unglücklichen Ehen entgegenzuwirken. Und Fischer war nicht etwa ein obskurer Skribent, sondern ein hervorragender Gelehrter, von dessen zahlreichen Werken die „Geschichte des deutschen Handels" heute noch von Werth ist. Er starb 1797 zu Halle als Professor des Staatsrechts.

Wir möchten den deutschen Universitätsprofessor sehen, der es heute wagen würde, sich für die Probenächte zu begeistern — in der Theorie nämlich. Die Redaktion.

schaffen wissen, während die Europäer sich noch besinnen und zuschauen, was da los ist. Hier handelt es sich um ein chemisches Produkt, das zuerst eigentlich unabsichtlich statt eines anderen gewünschten erhalten wurde, ähnlich wie von dem Meißener Alchemisten Böttger bei seinem Bemühen Gold zu machen, an dessen Stelle Porzellan in seinem Tiegel gefunden wurde. Der Erfinder des Carborundum, der amerikanische Elektriker Atcheson, wollte zwar nicht Gold, aber etwas noch weit Werthvolleres künstlich herstellen, nämlich Diamanten. Er hatte erfahren, daß es französischen Chemikern gelungen sei, künstlich Edelsteine herzustellen, allerdings nur von mikroskopischer Kleinheit. Er glaubte, durch die hohen Hitzegrade, die man jetzt mittelst des elektrischen Stromes erreichen kann, von Diamanten auch größere Krystalle erhalten zu können. Aber statt der erhofften Diamanten erhielt er zahlreiche schimmernde Krystalle einer Substanz, die sich als eine Verbindung von Kohlenstoff mit Silicium oder Kieselstoff erwies, die jedoch an Härte dem Diamanten gleichkam, wenn nicht überlegen war; denn man konnte mit derselben Diamanten ritzen. Atcheson erkannte sofort, wenn er auch keine Diamanten erhalten, daß die neue Substanz sehr werthvolle Eigenschaften besitze und ein Schleifmaterial von einer Wirksamkeit darstelle, wie es die Welt in Wahrheit noch nicht gekannt hat. Denn wenn auch Diamantstaub von ähnlicher Wirksamkeit wäre, so ist doch für den allgemeinen Bedarf, der in einzelnen Betrieben viele Zentner im Jahre beträgt, der Diamant als Schleifmittel durch seinen Preis von vornherein von der allgemeinen Verwendung ausgeschlossen. Hier aber konnte man aus sehr billigem Rohmaterial durch eine einfache Prozedur eine Substanz erhalten, die genau dieselbe Schleifkraft besitzt, wie Diamantstaub. Das genügte, damit sich mit amerikanischer Geschwindigkeit sofort eine große Aktiengesellschaft bildete, um die fabrikmäßige Herstellung des neuen Produktes, das man sich schleunigst überall patentiren ließ, auf größter Stufe zu betreiben. Man nannte es Carborund, zusammengezogen aus Carbo, Kohle, und Corund, dem bisher härtesten Schleifmaterial.

Bei Gelegenheit der Columbischen Ausstellung hat dann die Gesellschaft über die Darstellung ihres Fabrikates zuerst ausführliche Mittheilungen gemacht. Herr A. Haller, Professor der Chemie an der Hochschule zu Nancy, wurde dadurch veranlaßt, die Fabrikation des neuen Präparats in Amerika genauer zu studiren, und veröffentlicht darüber in Olivier's Revue générale des sciences vom 30. September vorigen Jahres Näheres. Wir entnehmen seiner Arbeit die folgenden Angaben. Die ganze Anlage besteht aus einem leicht zu errichtenden elektrischen Ofen, in welchem das Carborundum in einem einzigen Prozeß aus, wie schon gesagt, sehr billigem Rohmaterial gewonnen wird. Dieser jedesmal für einen einzigen Prozeß dienende Ofen besteht aus einem trog- oder wannenförmigen Behälter aus feuerfesten Ziegeln, 1,83 Meter lang, 0,45 Meter breit und 0,3 Meter hoch. Man beschickt diesen Ofen mit 90 Kilogramm eines Gemisches von 45,5 Prozent Koksmehl, 36,5 Prozent thonfreiem Sand und 18 Prozent Seesalz, während zwischen beiden Elektroden ein Verbindungsstrang aus gröblich zerkleinertem Koks hergestellt wird, und erhält nach sieben- bis achtstündiger Einwirkung eines elektrischen Stromes von ca. 200 Volts nahezu den vierten Theil von dem Gewicht des nur wenig kostenden Rohstoffs an marktfähigem Carborundum. Die Verminderung der Ausbeute in mehrmals benutzten Oefen hat gezeigt, daß es am zweckmäßigsten ist, für jeden Prozeß einen neuen Ofen zu bauen. Die Steine der Wand bedecken sich nämlich mit einem schwer zu entfernenden, den Strom gut leitenden und deshalb ableitenden Material, so daß ihre Erneuerung ökonomischer ist, als ihre Wiederbenutzung.

Nachdem der Strom seine Schuldigkeit gethan, läßt man den Ofen erkalten und findet die Füllung in nachstehender Weise umgewandelt. Den leitenden Zentralkern umgiebt zunächst eine glänzend schwarze Hülle, in deren unmittelbarer Nachbarschaft man Graphitkrystalle findet. Die nächste Zone nach Außen besteht aus Graphit (66,29 Prozent) und Carborundum (33,71 Prozent), welch letzteres wenig über ein Prozent Verunreinigungen, Eisenoxyd und Kalk, enthält und durch einen Strom heißer Luft von dem Graphit getrennt wird. In dieser Zone findet man ferner Krystalle von reinem Carborundum, während die nächste Zone aus einer leicht zerreiblichen, weiß-grünlichen Masse besteht, welche zwar auch Carborundum enthält, aber so stark mit Eisenoxyd und Thonerde verunreinigt ist, über 5 Prozent, daß sie aller Härte ermangelt und für technische Zwecke unbrauchbar ist. Die äußerste Zone enthält unverändertes Rohmaterial.

Ursprünglich hatte man statt des Quarzsandes weiße Thonerde genommen und dabei ein sehr unreines, gelb- bis blaugrünes, stark durch Thonerde und andere Substanzen verunreinigtes Produkt erhalten. Jetzt, bei Anwendung reinen Quarzsandes, erhält man hellgrüne Krystallplättchen des rhomboedrischen Systems von höchstens drei Millimeter großem Durchmesser, die noch in feinster Vertheilung unter dem Mikroskop scharfe Spitzen zeigen und daher energisch schleifend wirken. Sie besitzen nach vollständiger Reinigung mit Salzsäure und Fluorwasserstoffsäure und nach Ausglühen im Sauerstoffgebläse ein spezifisches Gewicht von 3,123 und bestehen nach zwei von Otto Mühlhauser ausgeführten Analysen aus:

	I	II
Silicium	69,19 Prozent.	69,10 Prozent
Kohlenstoff	29,71 "	30,30 "
Eisenoxyd und Thonerde	0,39 "	0,49 "
Kalk	0,19 "	0,11 "
Magnesia	0,06 "	— "
Sauerstoff	0,47 "	— "

Während Carborundum in seiner Unschmelzbarkeit und Härte dem Diamanten gleichkommt, übertrifft es denselben durch seine Unverbrennlichkeit. Der heute sehr bekannte Versuch, bei welchem man einen Diamanten im Sauerstoffstrome erhitzt und in Brand setzt, um dadurch zu beweisen, daß er aus Kohlenstoff besteht und zu Kohlensäure verbrennt, läßt sich mit Carborundum nicht ausführen. Eine bis zur lebhaften Rothgluth im Sauerstoffstrome erhitzte Masse Carborundum verlor im Laufe einer Stunde nur 0,41 Prozent ihres Gewichts. Auch keine Säure greift ihn an. Anfänglich war er nur in grün oder blau gefärbten Krystallen erhalten worden, die auch noch Bor enthielten, weil die Kohlenspitzen des elektrischen Ofens mit Borsäure präparirt werden, um sie dauerhafter zu machen. Moissan hat in neuester Zeit die Verbindung nach verschiedenen Methoden, u. A. in farblosen, durchsichtigen, nadelförmigen Krystallen, hergestellt, indem er Siliciumdampf auf reinen Kohlenstoffdampf — denn es ist ihm vor Kurzem gelungen, auch Kohlenstoff zu verflüchtigen — einwirken ließ. Auch die kleinen dunklen Krystalle, die man vor Jahren in Paris bei ähnlichen Versuchen erhalten hat und die man Anfangs ihrer Härte wegen für schwarze Diamanten, sogenannte Carbonados, gehalten hatte, dürften nach Moissan's Ausführungen in der Sitzung der Pariser Akademie vom 25. September v. J. in der Mehrzahl der Fälle Carborundum gewesen sein, denn Silicium war ja bei solchen Prozessen immer zugegen.

Zuerst war die Wissenschaft am 16. Mai 1892 durch eine der Pariser Akademie von Schützenberger vorgelegte Arbeit (Recherches sur les composés

du carbone et du silicium) auf das Carborundum aufmerksam gemacht worden. Schützenberger und Colson untersuchten dann zunächst die chemischen Eigenschaften des neuen Körpers. Sie zeigten, daß er in reinem Zustande nur aus Kohlenstoff und Silicium besteht. Kohlenstoff und Silicium sind zwei so ähnliche Elemente, daß man eine große Anzahl sogenannter organischer Verbindungen, namentlich Aetherarten, hergestellt hat, die an Stelle des Kohlenstoffs Silicium enthalten, z. B. Silicium-Alkohol, Silicium-Chloroform ꝛc. Da beide Elemente vierwerthig sind, so erklärt sich vielleicht ihre innige Verkettung zu einem an Härte, Unschmelzbarkeit und Unverbrennlichkeit einzig dastehenden Körper. Die härtesten Körper, Diamant, Rubin und Chromstahl, werden von ihm geritzt. Aus Carborundum gefertigte Schleifräder schneiden, ohne sich merklich zu erwärmen oder abzunutzen, durch die härtesten englischen Feilen, als wären dieselben Gips oder Holz, und den gleichen Effekt, wenn auch etwas langsamer, zeigen sie gegenüber Schmirgelscheiben und massiven Korundkrystallen von Nord-Carolina. Atcheson hat, wie es heißt, auch schon vor bald zwei Jahren Carborundumkrystalle hergestellt; es ist also unentschieden, ob ihm oder Schützenberger die Priorität der Erfindung gebührt.

Für technische Zwecke braucht man natürlich nicht Produkte von vollständiger Reinheit; selbst Produkte, die bis zu 5 Prozent Beimischungen, namentlich Eisenoxyd und Thonerde, enthalten, können sehr wohl brauchbar sein, wenn sie nur hart genug krystallisirt sind. Was die Zubereitung des technischen Produktes betrifft, so wird das Carborundum zunächst ausgewaschen, um es von seinen löslichen Aschenbestandtheilen zu befreien; dann wird es in einem Behälter zerkleinert, in dem zwei schwere Eisenscheiben kreisen. Die kleinen Krystalle läßt man nun sieben Tage in Schwefelsäure liegen, um alles Eisen aus ihnen zu entfernen. Darauf werden sie durch Schlemmen in Wasser getrennt, so daß die Sorten nach der Zeit ihrer Suspendirung im Wasser gesondert und unterschieden werden. Die gröbsten Sorten haben sich schon nach einer Minute, die feinsten erst nach sechs Minuten abgelagert. Sie kommen in Büchsen von ¼ und 1 Kilogramm in den Handel. Man formt auch Schleifräder, Walzen und Schleifsteine von 12 bis 457 Millimeter Durchmesser bei einer Dicke von 3 bis 48 Millimeter, indem man 30 Prozent eines Bindemittels, Thon und Kieselerde, zufügt, die Scheiben, Walzen ꝛc. unter hydraulischen Pressen formt und 50 bis 60 Stunden lang in einem Töpferofen brennt. Diese Schleifscheiben und Walzen können 1350 bis 1800 Umdrehungen in der Minute machen.

Professor Haller führt bereits folgende industrielle Anwendungen an:

1. Die feinste Sorte des sechs Minuten im Wasser schwebenden Pulvers wird in der Steinschleiferei zur Politur der Diamanten und anderer Edelsteine gebraucht;

2. das Pulver von vier Minuten zum Glasschleifen;

3. macht man ein dem Schmirgelleinen ähnliches Carborundumgewebe;

4. in winzigen Rädchen und Scheibchen kleinsten Durchmessers dient Carborundum den Zahnärzten, um Zähne zu durchschneiden und gleich zu machen, was zur Annehmlichkeit der Patienten kaum die halbe Zeit gegen früher dauert;

5. die Westinghouse Gesellschaft für elektrische Beleuchtung braucht bereits im Monat mehrere Tausend dicker Scheiben von kleinem Durchmesser, um den Hals ihrer Glühlampen auszuschleifen;

6. Scheiben und Walzer aller Durchmesser und Stärken und Körnungen können für alle Zwecke angewendet werden, für die man sich bisher der Schmirgelscheiben und der Mississippisteine bediente, wobei das Wegschleifen mit so großer

Schnelligkeit erfolgt, daß die Stücke davon kaum heiß werden. Welcher Nutzen liegt darin auch für die Arbeiter! Bedenkt man, daß kein Jahr vergeht, in dem die Fabrikinspektoren, trotz aller Schutzvorrichtungen, nicht von großen Unglücksfällen zu berichten wissen, die in Schleifereien und Maschinenfabriken durch Zerspringen überhitzter Schmirgelscheiben verursacht werden, so muß man sich über jede Neuerung freuen, durch die solche Unglücksfälle doch weit seltener werden.

Man kann nicht daran zweifeln, daß diesem neuen Produkte der Chemie eine große Zukunft offen steht und daß es die alten Schleifmittel, Schmirgel, Oelstein, Mississippistein 2c., in vielen Industriezweigen ganz verdrängen wird. Im Februar 1893 ist das neue Schleifmittel patentirt worden, und es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, bis auch in Europa Carborundumfabriken entstehen. Es liegt aber hier auch eine Neuigkeit von größter Tragweite vor, die nicht nur in technischer, sondern auch in wissenschaftlicher und kulturhistorischer Beziehung Beachtung verdient; in wissenschaftlicher Beziehung: denn seit den Zeiten des Perikles bis in unsere Tage galt der Diamant als der härteste Körper, dem kein anderer gleich kam; daher sein griechischer Name ἀδαμας, der Unbezwingliche — das ist er nun nicht mehr, er ist vom Carborundum bezwungen; — auch in kulturhistorischer Beziehung: so unbedeutend der Gegenstand erscheint, denn je mehr ein Schleifmittel leistet, je leichter sich damit schleifen und poliren läßt, desto mehr wird polirt und gereinigt, und je mehr geputzt und gereinigt wird, desto mehr hebt sich der Sinn für Sauberkeit und Schönheit und das allgemeine Streben nach Verbesserung der Lebensbedingungen.

Nochmals zur Kritik des statistischen Materials im „Sozialpolitischen Handbuch" von Dr. Lux.*

Nur ungern ergreifen wir die Feder, um auf die in der Nummer 6 dieses Jahrganges der „Neuen Zeit" veröffentlichte Erwiderung des Genossen Dr. Lux zu antworten, die er unserer Kritik des statistischen Materials in seinem Handbuch folgen ließ. Ungern geschieht dies hauptsächlich deshalb, weil der Ton, den Dr. Lux in seiner Erwiderung angeschlagen hat, uns unwillkürlich zu einer schärferen Tonart drängte, als dies bei der Veröffentlichung der ersten Abhandlung in unserer Absicht lag.

In unserer Kritik schrieben wir („Neue Zeit" 1892/93, S. 721):

„Noch merkwürdiger ist aber der Fehler, den der Verfasser bei der Mittheilung der Zahl der Großbetriebe begeht!

Diese betrug nach seinen Angaben: 84 195 im Jahre 1875 und 97 162 im Jahre 1882. Woher Dr. Lux die Zahl der Großbetriebe für das Jahr 1875 entnommen hat, wissen wir nicht. Wir glauben aber kaum, daß er sie der Gewerbestatistik des Deutschen Reiches entnehmen konnte, denn in der letzteren sind folgende Zahlen angeführt:

Es betrug die Zahl der Großbetriebe in Deutschland: 69 550 im Jahre 1875 und 96 824 im Jahre 1882."

Wollte nun Dr. Lux die Richtigkeit dieser Angaben prüfen, so war es, unserer Ansicht nach, seine Pflicht und Schuldigkeit, die von uns genannte Quelle, die Gewerbestatistik des Deutschen Reiches, nachzuschlagen. Anstatt dessen begnügte er sich mit dem Hinweis darauf, daß „dieser Werth mit ziffer-

---

* Der chronische Raummangel hinderte uns, diese Einsendung früher abzudrucken. Deren Veröffentlichung bedeutet wohl den Abschluß der Diskussion über das Thema.

mäßiger Treue dem ‚Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich' 1880, Seite 45, entnommen ist". „Damit", meint er, „sind auch die an den angeblichen Fehler geknüpften Bemerkungen des Herrn J. S. S. 722 der ‚Neuen Zeit' hinfällig."

Nun muß aber Dr. Lux als Statistiker wissen, daß bei der Eile, mit welcher das „Statistische Jahrbuch", wie die meisten anderen ähnlichen Publikationen, hergestellt wird, zahlreiche Druckfehler unvermeidlich sind. Schon aus diesem Grunde konnte er also, als wir ihn auf seine Fehler aufmerksam machten, unter keinen Umständen sich mit dem Hinweis auf das „Statistische Jahrbuch" allein begnügen.

Uebrigens sind die von uns gerügten falschen Angaben, wie das unsere näheren Nachforschungen ergeben haben, weder ein Druck-, noch ein Rechen-, noch ein Abschreibfehler.

Der Fehler, den Dr. Lux hier beging, besteht darin, daß er für das Jahr 1875 die Summe der Haupt- **und** Nebenbetriebe mit mehr als fünf Gehilfen (sogen. Großbetriebe), dagegen für das Jahr 1882 blos die Zahl der Hauptbetriebe in Betracht zog.

Herr Dr. Lux kann sich von der Richtigkeit unserer Behauptungen an der Hand der „Gewerbestatistik des Deutschen Reiches" für das Jahr 1875, Band XXXIV, 2. Theil, S. 563, überzeugen.

Dieselben Zahlen, wie die von uns angeführten, findet er auch in der Einleitung zur „Gewerbestatistik des Deutschen Reiches" für das Jahr 1882, Neue Folge, Band VI, 1. Theil, Seite 106. Stehen Herrn Dr. Lux diese umfangreichen Werke nicht zur Verfügung, so erlauben wir uns, ihm das leicht zugängliche Buch von Dr. Engel: „Die deutsche Industrie 1875 und 1861", Berlin 1880, zu empfehlen. Auf Seite 142 findet er das Nöthige.

„Seite 258, Zeile 16 von oben", schreibt Dr. Lux weiter, „beziffere ich für die Textilindustrie den prozentualen Personenzuwachs pro Großbetrieb auf 22,7; Herr J. S. rechnet mir eine Abnahme von zirka 9 Prozent vor. Herr J. S. hat sich verrechnet und zwar recht gehörig, während auf meinen Theil nur ein sehr kleiner Irrthum fällt. Nach dem ‚Statistischen Jahrbuch' 1880, Seite 41, waren 1875 in der Textilindustrie 9532 Großbetriebe mit 413 748 Personen vorhanden, pro Betrieb also 43,4; 1882 dagegen 51,6 Personen pro Betrieb, da 9141 Großbetriebe mit 469 516 Personen vorhanden waren, das giebt aber einen thatsächlichen Zuwachs von 8,2 Personen pro Betrieb oder zirka 19 Prozent."

Hätte Dr. Lux die von uns ihm empfohlene „Gewerbestatistik des Deutschen Reiches" in die Hand genommen, so hätte er uns wie sich selber viel Zeit und Mühe erspart. Denn auch hier stellt Dr. Lux die Summe der Haupt- **und** Nebenbetriebe im Jahre 1875 der Zahl der Hauptbetriebe im Jahre 1882 gegenüber. Die richtigen Zahlen sind: 7344 Betriebe mit 415 440 Personen* im Jahre 1875 und 9141 Betriebe mit 469 516 Personen im Jahre 1882; pro Betrieb also 56,5 Personen im Jahre 1875, dagegen blos 51,3 im Jahre 1882, d. h. eine thatsächliche Abnahme von zirka 9 Prozent, wie wir dem Herrn Dr. Lux auch vorgerechnet haben.**

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nebenbei dem Dr. Lux das Geheimniß verrathen, weshalb wir eigentlich diese und andere für uns blos eine symptomatische Bedeutung besitzenden Rechenfehler erwähnt haben. Dies geschah aus dem sehr gewichtigen Grunde, daß fast sämmtliche seine Berechnungen in dem Kapitel „Vernichtung des Kleinbetriebs" mehr oder weniger falsch, resp. unbrauchbar sind. Da wir aber die Quelle, woher Dr. Lux seine Zahlen entnommen hat,

* Im Jahresdurchschnitt. Am 1. Dezember 1875 betrug die Zahl der in den Großbetrieben der Textilindustrie beschäftigten Personen blos 413 748.

** Vergl. Einleitung zur „Gewerbestatistik des Deutschen Reiches" für das Jahr 1882, Neue Folge, Band VI, 1. Theil, S. 106, dieselben Zahlen findet Dr. Lux auch in der Gewerbestatistik für das Jahr 1875, Band XXXIV, 2. Theil, S. 555, wie in dem oben zitirten Werk von Engel: „Die deutsche Industrie 1875 und 1861", S. 68.

nicht wissen konnten, so begnügten wir uns blos mit ein paar Beispielen, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit des Dr. Lux auf diesen Gegenstand zu lenken. Diesen Wink hat Dr. Lux leider nicht verstanden! Nachdem wir aber ihm jetzt die Quelle seiner Irrthümer eröffnet haben, wird es ihm wohl nicht schwer fallen, die falschen Zahlen durch die richtigen zu ersetzen. Damit wird auch das von uns verfolgte Ziel völlig erreicht.

Was nun unsere Ausführungen bezüglich des Kapitels „Das Verbrechen" anbelangt, so konstatirt Dr. Lux selbst, daß seine Ausdrucksweise „etwas lax" ist. Mehr wollten wir in unserer ersten Abhandlung auch nicht beweisen!

Wenn aber Dr. Lux meint, daß wir nicht die Zahl der „verurtheilten Personen", sondern die Zahl der zur „Verurtheilung gelangten verbrecherischen Handlungen" in den Vordergrund gestellt haben wollten, so befindet er sich in einem sehr großen Irrthum. Daß dies nicht der Fall war, beweist unser Schlußsatz auf Seite 719. „Uebrigens", schrieben wir daselbst, „weist die Zahl der verbrecherischen Handlungen keine so regelmäßige Abnahme auf, wie die Zahl der verurtheilten Personen!" Damit ist genügend klar unsere Meinung ausgesprochen, daß zum Beweise des Zusammenhanges zwischen den hohen Lebensmittelpreisen und der Kriminalität nicht die zur Verurtheilung gelangten verbrecherischen Handlungen, sondern die verurtheilten Personen in den Vordergrund gestellt werden müssen.

Unsere Ausführungen hatten blos das Ziel im Auge, dem Leserkreis des „Sozialpolitischen Handbuchs", der zum großen Theil aus Arbeitern, die in der Kriminalstatistik wenig bewandert sind, besteht, den Unterschied zwischen der Zahl der Verbrecher und derjenigen der verbrecherischen Handlungen recht scharf einzuprägen, weil dieser Unterschied in Folge der nicht nur „etwas", sondern „sehr laxen" Ausdrucksweise des „Handbuchs" dort völlig verwischt erscheint. Deshalb haben wir auch die Zahl der zur Verurtheilung gelangten verbrecherischen Handlungen angeführt.

Wir gehen nun zur Erwiderung des Dr. Lux bezüglich der Unfallshäufigkeit über. Was den hier von Dr. Lux begangenen Rechenfehler betrifft, so können wir versichern, daß wir seine Ausführungen sehr gut verstanden haben. Trotz alledem bestehen wir darauf, daß so, wie der von uns beanstandete Satz im „Handbuch" niedergeschrieben ist, nämlich: „In den betrachteten 13 Arbeitsstunden ereigneten sich aber nicht 8320 Unfälle, sondern 13 396, das sind 37,9 Prozent Unfälle mehr" .... es gar nicht darauf ankommt, zu welchem Zweck Dr. Lux seine Zahlen in späteren Zeiten verwenden will!

Je nach dem Zweck der Anwendung kann selbstverständlich in späteren Ausführungen eine andere Berechnungsweise angewandt werden. An diese Stelle gehört aber die von uns vorgeschlagene.

Was die Berufung auf Schippel anbelangt, so können wir dem Herrn Dr. Lux den Vorwurf nicht ersparen, daß er sich nicht einmal die Mühe gab, unsere Kritik aufmerksam zu lesen. Wir schrieben nämlich: „Uebrigens erscheint uns die ganze Berechnungsart durchaus verfehlt. Während der Zeit von 12 bis 1 Uhr Nachmittags wird in dem überwiegend größten Theile der Fabriken nicht gearbeitet. Dasselbe, wenn auch in geringerem Maße, gilt für die Zeit von 6 bis 7 Uhr Morgens, besonders im Winter. Wollte also der Verfasser einen den Titel ‚Normal' verdienenden Durchschnitt erhalten, so mußte er nicht die Zeit von 6 bis 8 Uhr Morgens und 12 bis 2 Uhr Nachmittags, sondern von 7 bis 8 Uhr Morgens und 1 bis 3 Uhr Nachmittags in Betracht ziehen."

Die Abwesenheit jedweder Berechnungen mußte dem Herrn Dr. Lux doch verständlich machen, daß es uns nicht darauf ankam, seinen Durchschnitt anzufechten, sondern, daß wir den Herrn Dr. Lux blos auf die Ungehörigkeit der Hineinziehung der Zeit zwischen 12 bis 1 Uhr Nachmittags aufmerksam machen wollten. Seine Berufung auf Schippel kann ihm nichts nützen, weil Schippel blos die Zeit von 6 bis 8 Uhr Morgens, nicht aber auch die von 12 bis

2 Uhr, wie das Dr. Lux thut, in Betracht zog, dazu aber noch die Bemerkung machte: „Wenn man weiter bedenkt, daß die erste Morgenstunde gerade in gefährlichen Betrieben eine der letzten Stunden der Nachtschicht ist und ihre Unfallszahl dadurch sicherlich gesteigert wird, so wird unsere Schätzung kaum als zu günstig erscheinen.“ Das Wort „kaum“ zeigt deutlich genug, daß Schippel die Möglichkeit gewisser Entgegnungen voraussah. Uebrigens haben wir in unserer Kritik nicht die Zeit von 6 bis 7 Uhr Morgens in den Vordergrund gestellt. Daß wir sie im Gegentheil nur nebenbei erwähnten, kann Dr. Lux sehr leicht aus dem Satz ersehen: „Dasselbe, wenn auch in geringerem Maße, gilt für die Zeit von 6 bis 7 Uhr Morgens, besonders im Winter.“

Wir hoffen, daß diese Klarlegung des Sachverhalts Herrn Dr. Lux genügen wird und daß unsere Ausführungen erreichen, was sie bezwecken, ihn zu veranlassen, das statistische Material und an manchen Stellen auch die statistische Methode in seinem „Handbuch“ einer strengen Kritik zu unterwerfen. J. S.

Literarische Rundschau.

Gabriel Finne, **„Die Eule“**; Schauspiel in einem Akt. Autorisirte, vom Verfasser durchgesehene Uebertragung aus dem Norwegischen von Ernst Brausewetter. 64 Seiten. München, Albert & Co.

Der dürftige Inhalt vorliegenden Schauspiels — unter Abwesenheit alles dessen, was zu einer interessanten, inneren Entwicklung oder einer fesselnden, stetig fortschreitenden Handlung gehört — wird durch die einförmige Oede von sieben Szenen geschleppt.

Eine gewisse Steigerung des matten Ganges vom Anfang bis zum Schlusse ist nicht zu verkennen; auch der Versuch ist da, den dramatischen Knoten an rechter Stelle zu schürzen. Der Dialog ist keineswegs sententiös, sondern oft natürlich und daher in der Wirkung zuweilen glücklich. Einzelne Gestalten sind sicher charakterisirt; und öfter ist das Seelenleben der handelnden Personen bis in die tiefsten Gründe klargelegt.

Trotzdem kann „Die Eule“ niemals — weder im Original, noch in der Uebertragung, die hier allerdings nur schlecht und recht ist, weil sie von gröblichen Verstößen gegen den Geist der deutschen Sprache nicht frei erscheint — einen durchschlagenden Bühnenerfolg haben. Im Mittelpunkt des Schauspiels steht ein seltsam veranlagter und organisirter Mensch von hypersensibler Natur, der Alles in Allem unendlich langweilig ist und dementsprechend auch auf sich und seine Umgebung einwirkt. Dazu kommt noch der ganz verunglückte Versuch, nur in der Phantasie der einen Figur des Schauspiels lebende Wahnwesen als wirkliche agirende Personen auftreten zu lassen. — Zu allem Malheur ist der Schluß der letzten Szene psychologisch unmöglich, weil der eigentliche Kern des Hauptgedankens überflüssig oder gar unwahr erscheint. Sagt er doch nicht weniger und nicht mehr, als daß der Mann keine Ursache habe, in geschlechtlichen Fragen übermäßig skrupulös zu sein, so skrupulös, wie es Niemand, selbst das liebende, das anbetende Weib von ihm nicht erwartet. — Heißt das nicht „Eulen“ nach Christiania tragen? Ist es nöthig, das vor der schüchternen Männerwelt Christianias besonders zu predigen, wo doch „dieser unheimliche, faulige, skandalduftende Ton, aber mit Blumen im Knopfloch“ herrscht? Es ist mindestens überflüssig in Christiania, wie auch in Berlin und Petersburg, in Paris und New York. F. K.

Notizen.

Die Druckerei der „Magdeburger Volksstimme". Erwiderung auf die „Richtigstellung" von Dr. H. Lux in Nr. 13, XII. Jahrgang, 1. Band, 1893/94, S. 400 der „Neuen Zeit".*

Es ist schwer, auf die „Richtigstellung" von Dr. H. Lux keine Satire vom Standpunkt des Arbeiterschutzes zu schreiben. Ich hatte mein und wahrscheinlich fast aller Leser der „Neuen Zeit" Befremden darüber ausgedrückt, daß die sozialdemokratische „Magdeburger Volksstimme" nach dem amtlichen Bericht des dortigen Gewerberathes als einzige aller Druckereien des ganzen Magdeburger Bezirkes sich auf die Frist von einem Jahr die Ausnahme von der neuen Bestimmung der Gewerbe-Ordnung hatte bewilligen lassen, Einlegerinnen und Falzerinnen Sonnabends über ½6 Uhr Abends beschäftigen zu dürfen. Hätte Dr. Lux hierzu nur die Bemerkung gemacht, daß die „Magdeburger Volksstimme" nicht in eigener Druckerei, sondern in der Druckerei eines Privatunternehmers hergestellt werde, so hätte man die „Richtigstellung" noch passiren lassen können. Dann wäre es Sache des Privatunternehmers gewesen, sich den Magdeburger Genossen gegenüber zu rechtfertigen, obgleich diese sicher schon früher im Interesse des Frauenschutzes sehr leicht, einen Druck auf ihn dahin hätten ausüben können, daß er sich nicht als einziger Drucker im ganzen Bezirk eine Ausnahme auf ein volles Jahr von der neuen Arbeitszeitbeschränkung für Frauen bewilligen ließ.

Aber Dr. Lux läßt es bei dieser „Richtigstellung" nicht bewenden, sondern nimmt den Raum der „Neuen Zeit" für eine ausführliche Vertheidigung des besagten Privatunternehmers in Anspruch. Dagegen möchte ich Verwahrung einlegen. Es ist wirklich eine weitgehende Zumuthung, wir sollten glauben, daß in Magdeburg für das Falzen und Einlegen „erwachsene männliche Arbeiter überhaupt nicht zu bekommen seien", während der Gewerberath von den anderen Druckereien berichtet, sie hätten zum Theil allerdings „Arbeiter an Stelle der Arbeiterinnen eingestellt". Ich würde Dr. Lux nicht rathen, seine Behauptung in einer der Arbeitslosenversammlungen zu wiederholen, die eben in Magdeburg stattfinden. Dr. Lux sagt sodann, daß die Arbeiterinnen in der Druckerei der „Volksstimme" einen Stundenlohn erhielten, der dem ihrer männlichen Berufsgenossen in anderen hiesigen Druckereien gleichkomme. Ich meine, daß der Ersatz der Frauen durch Männer erst recht keine Schwierigkeit machen dürfte, wenn die Lohnverhältnisse so liegen. Weshalb Dr. Lux den „Geist" des § 137 der alten Gewerbe-Ordnung heraufbeschwört, ist mir unerfindlich; es handelt sich um die Arbeitszeitbeschränkung der neuen Gewerbe-Ordnung, nicht um die alte, die eine solche noch gar nicht kannte, und es handelt sich gerade um die zeitige Anpassung an die winzig kleinen Fortschritte,

* Wir veröffentlichen vorliegende Erwiderung etwas verspätet, da wir uns zu ihrer Aufnahme erst entschließen konnten, nachdem uns eine wiederholte Korrespondenz gezeigt hatte, daß Dr. Quarck auf deren Veröffentlichung besonderen Werth legt. Wir persönlich nehmen die Angelegenheit der „Magdeburger Volksstimme" nicht so tragisch, wie unser Herr Mitarbeiter. Wir sind mit ihm der Ansicht, daß Unternehmungen, die zu der Partei in irgend einer Beziehung stehen, Alles vermeiden sollen, was auch nur im Entferntesten als eine Umgehung oder Abschwächung des ohnehin so geringfügigen gesetzlichen Arbeiterschutzes erscheinen könnte. Aber das Objekt, um das es sich hier handelt — Verlängerung einer Arbeitszeit von 3 Stunden auf 3½ Stunden einmal in der Woche — ist doch so unbedeutend und die Arbeiterinteressen so wenig berührend, daß man da unseres Erachtens nicht von einem Verstoß gegen unsere Grundsätze sprechen kann, sondern nur von einem Verstoß gegen den Schein, von einer Ungeschicklichkeit, die Dr. Lux wohl nur entschuldigen und begreiflich machen, aber nicht zur Nachahmung empfehlen wollte.

Daß das Zusammentreffen der beiden Entgegnungen gegen Genossen Lux in einer Nummer ein rein zufälliges, von uns nichts weniger als beabsichtigtes ist, brauchen wir nach dem Gesagten nicht erst besonders zu versichern. Die Redaktion.

welche die neue Gewerbe-Ordnung für den Arbeiterschutz brachte. Die Zeit der Drucklegung der „Volksstimme“ um eine halbe Stunde am Sonnabend zu verschieben, sei „nicht sofort durchführbar gewesen“. Dann müssen Druckerei, Redaktion und Expedition verdammt wenig guten Willen gehabt haben, den neuen Arbeiterschutz auch in ihrem Arbeitsbereich prompt zur Durchführung zu bringen. Eine Falzmaschine habe man im Interesse der Weiterbeschäftigung der Arbeiterinnen nicht anschaffen wollen. Das ist der einzige Punkt, in welchem sich Dr. Lux auf das Interesse der Arbeiterinnen beruft. Wären aber, wie in den anderen Druckereien, Männer für die Frauen eingestellt worden, so hätten die Frauen und Familien derselben ja mitprofitirt. Seit wann läßt man außerdem bei uns solche reaktionäre Argumente gegen technische Fortschritte gelten? Die Frankfurter „Volksstimme“ arbeitet längst mit einer Falzmaschine und vermeidet damit von vornherein jede Kollision mit dem Arbeiterschutz; es erneut sich hier die alte Wahrheit, daß derjenige Betrieb, welcher technische Fortschritte nicht mitmacht, einen Ausgleich in einer längeren Arbeitszeit suchen muß. Im Falle der „Magdeburger Volksstimme“ handelt es sich nur um eine Arbeitsverlängerung am Sonnabend; das ändert aber an der grundsätzlichen Beurtheilung der Frage nichts, und wenn Dr. Lux das Interesse der Arbeiterinnen ausspielt, so ist wohl die Gegenfrage erlaubt: Was wird aus den Arbeiterinnen, wenn das Jahr für die ausnahmsweise erlangte Ueberarbeit herum ist? Dr. Lux theilt schließlich mit, daß die Ausnahme von dem Privatunternehmer „nur in einem sehr bescheidenen Theil des genehmigten Umfanges ausgenutzt wurde“, und schlägt damit seine eigenen Argumente. Dann war also die Ueberzeit in der beantragten Ausdehnung gar nicht nöthig, und es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn die Genehmigung im beantragten Umfange durch den Reichskanzler bei dem sozialdemokratischen Charakter der Druckerei als Beweis für die Berechtigung der Ausnahme angeführt wird. Seit wann berufen wir uns für unsere praktische Sozialpolitik auf die Unternehmerfreundlichkeit des Reichskanzlers, die in diesem Falle allerdings wahrscheinlich mit ganz besonderem Vergnügen bewiesen worden ist, und seit wann sprechen wir von „unbeabsichtigten Härten“ eines Arbeiterschutzgesetzes, das so weit hinter unseren berechtigten Wünschen zurückgeblieben ist? Mit Gründen, wie sie Dr. Lux für den Magdeburger Privatunternehmer anführt, liefern wir ja einfach den kapitalistischen Gegnern jedes Arbeiterschutzes Waffen in die Hände.

Mit bewußter Schärfe trete ich deshalb der „Richtigstellung“ von Dr. Lux im Interesse unserer Arbeiterschutzbestrebungen entgegen. Es wäre meines Erachtens das Aergste, was uns zustoßen könnte, wenn seine Art bei uns irgendwelchen Anklang fände, die praktische Umgehung desjenigen auch nur für „Ausnahmen“ zu vertheidigen, was wir theoretisch fordern, nämlich eine fortschreitende Abkürzung der Arbeitszeit.

Frankfurt a. M., 2. Januar 1894. Dr. Max Quarck.

„Wohlthätig ist des Feuers Macht, wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht“, versichert Schiller's Glockengießer. Aber man kann, parlamentarisch zu reden, „hierüber verschiedener Ansicht sein“; diese „Macht“ kann geschäftlich auch sehr fördernd wirken, wo ihr kein Zwang angethan wird. Darüber belehrt uns schonenden Tons der Abschnitt „Italien“ in Ehrenzweig's „Assekuranz-Jahrbuch“ (Wien 1894).

„Die ökonomische Krise“, ist hier zu lesen, „erweist sich für die Feuerversicherung von schlimmen Folgen, da sie die Zahl der Brände stark vermehrt. Namentlich sind es die Brände industrieller Etablissements, welche häufiger und verderblicher als je zuvor waren. Beunruhigt durch diese Kalamität, bemühen sich die im Konkordat verbundenen Versicherungsgesellschaften um eine Prämien- und Riskenverbesserung. Leider nicht mit sonderlichem Erfolg, denn die großen Fabrikbrände wiederholen sich in geradezu allarmirender Weise. Die jüngste Konkordatskonferenz konstatirte die Steigerung der Schäden im Allgemeinen, bei den industriellen Risken im Besonderen und bei den Baumwollspinnereien haupt-

sächlich. Die Theilnehmer einigten sich dahin, daß die Tarife für die letzteren zu erhöhen seien."

Die Herren Fabrikanten, die zweifellos durch die Bank weg Patrioten erster Güte sind, setzen also, verstehen wir richtig, den rothen Hahn auf die Dächer ihrer Etablissements — „wohlthätig ist des Feuers Macht" — und die staatliche Ordnung nimmt kein Aergerniß daran, sie drückt die beiden schönen Augen zu und schickt Soldaten nach Sizilien, dessen Bewohner die ungeheuerliche Forderung erheben, sich satt essen zu wollen.

Wie läßt doch der Eingangs erwähnte Schiller seinen Franz Moor in den „Räubern" sprechen: „Ehrlicher Name! ... wahrhaftig eine reichhaltige Münze, mit der sich meisterlich schachern läßt, wer's versteht, sie gut auszugeben. Gewissen? ... O, ja freilich, ein tüchtiger Lumpenmann, Sperlinge von Kirschbäumen wegzuschrecken. Auch das ein gut geschriebener Wechselbrief, mit dem auch der Bankrottirer zur Noth noch hinauslangt." d. g.

Die Zahl der Aktiengesellschaften in England betrug nach dem „Monde Économique":

Am 1. April	Zahl der Gesellschaften	Eingezahltes Kapital in Mark (1 Pfd. Sterl. = 20 Mark)
1884	8 682	9 511 025 880
1885	9 344	9 898 197 240
1886	9 471	10 592 753 680
1887	10 494	11 830 173 840
1888	11 001	12 228 607 420
1889	11 968	13 437 403 680
1890	13 323	15 502 791 060
1891	14 873	17 830 082 240
1892	16 173	15 785 672 680
1893	17 653	20 262 387 000

Die Zahl der Aktiengesellschaften und die Menge ihres Kapitals hat sich also binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt. So schnell wird die Person des Kapitalisten überflüssig für die Produktion!

Die Roheisen-Gewinnung in Deutschland einschließlich Luxemburg. Die Roheisen-Produktion in Deutschland hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt, die Zahl der Hochöfen dagegen hat sich um mehr als ein Drittel vermindert, die Zahl der Arbeiter ist um einen geringen Prozentsatz zurückgegangen. Folgende Tabelle giebt einen Einblick darüber, in welchem Maße die Fortschritte der Technik die Roheisen-Gewinnung produktiver gemacht haben.

Jahr	Zahl der Hochöfen im Betriebe	Mittlere Belegschaft	Erzeugte Menge 1000 Tonnen	Durchschnitts-Jahresleistung eines Hochofens (52 Betriebswochen) Tonnen	Durchschnitts-Jahresleistung eines Arbeiters Tonnen
1872	348	26 111	1988	7 560	76,2
1874	339	24 342	1906	8 418	78,4
1876	236	18 556	1846	10 481	99,2
1878	212	16 202	2148	12 332	132,6
1880	246	21 117	2729	12 930	129,3
1882	261	23 015	3381	14 546	147,0
1884	252	23 114	3601	16 912	155,9
1886	215	21 470	3529	19 427	164,1
1888	211	23 046	4337	22 323	188,5
1890	222	24 846	4658	23 114	187,9
1892	?	24 325	4937	?	203,0

Sowohl die durchschnittliche Leistung pro Hochofen wie auch pro Arbeiter hat sich in den zwanzig Jahren beinahe verdreifacht, kein Wunder, daß die Durchschnittspreise pro Tonne in folgender rapider Weise abnehmen konnten:

1872	1874	1876	1878	1880	1882	1884	1886	1888	1890	1892	
111,82	84,52	62,20	53,35	59,87	57,89	47,95	40,32	44,11	57,44	46,44	Mk.

Der geringe Preisaufschwung in den letzten Jahren ist wohl in erster Linie kartellistischen Preiskonventionen in der Eisenindustrie selbst, vor Allem aber im Kohlenbergbau zuzuschreiben. lx.

Feuilleton.

Herwegh und die Pariser deutsche Legion.

I.

Ueber Entstehung, Ziel und Ausgang der deutschen demokratischen Legion aus Paris im April 1848 haben im Laufe der Zeit so viele Unwahrheiten Eingang in die Anekdotenbücher gefunden, welche der deutsche Philister irrthümlich als Geschichtschreibung gelten läßt, daß es angezeigt erscheint, den wahren Hergang dieses Unternehmens ohne jede Beschönigung, aber unter Berücksichtigung aller erst nachträglich erkannten Irrthümer der damaligen Zeit, der jüngeren Generation zur Warnung vor aussichtslosen, mit ungleichen Waffen begonnenen Aufstandsversuchen ins Gedächtniß zu rufen.

Die Pariser Februarschlacht war geschlagen und hatte dem Bourgeoiskönigthum ein unrühmliches Ende bereitet. Die in Paris zahlreich vertretenen fremden Nationen, Revolutionäre und Arbeiter aller Länder, beeilten sich, dem französischen Volke durch Adressen und Deputationen an die provisorische Regierung ihre Sympathie zu bezeugen. Auch die Deutschen, gegen 4000 an Zahl, hielten am 6. März eine Versammlung im großen Saal Valentino und nahmen einstimmig folgende von Herwegh verfaßte Adresse an:

An das französische Volk!

Der Sieg der Demokratie für ganz Europa ist entschieden. Gruß und Dank vor Allem Dir, französisches Volk! In drei großen Tagen hast Du mit der alten Zeit gebrochen und das Banner der neuen aufgepflanzt für alle Völker der Erde.

Du hast endlich den Funken der Freiheit zur Flamme angefacht, die Licht und Wärme bis in die letzte Hütte verbreiten soll.

Die Stimme des Volkes hat zu den Völkern gesprochen, und die Völker sehen der Zukunft freudig entgegen. Vereint auf einem Schlachtfeld treffen sie zusammen, zu kämpfen den letzten, unerbittlichen Kampf für die unveräußerlichen Rechte jedes Menschen.

Die Ideen der neuen französischen Revolution sind die Ideen aller Nationen, und das französische Volk hat das unsterbliche Verdienst, ihnen durch seine glorreiche Revolution die Weihe der That ertheilt zu haben. Ja, überall in Europa erwachen die demokratischen Ideen, überall stehen Millionen Männer bereit, dafür zu leben und zu sterben.

Während die Allmacht des Volkes Wunder wirkt, kommt die Ohnmacht sogenannter absoluter Mächte immer deutlicher zum Vorschein.

Unerschrocken und glücklich, hat die Schweiz ihrer koalirten Schwäche Trotz geboten, unerschrocken und glücklich schreitet Italien vorwärts.

Deutschland ist bereits in seinen tiefsten Tiefen erregt und wird und kann in dem begonnenen Kampfe nicht zurückbleiben, dem es längst durch den Gang seiner geistigen Entwicklung mit vorgearbeitet hat.

Die Freiheit bricht sich Bahn, und die Tyrannei selbst ist verdammt, ihr durch blinden Widerstand Bahn brechen zu helfen und ihr Verbündeter zu werden. —

Französisches Volk, wir gehen Hand in Hand mit Dir.

Wie groß und schwierig auch immer unsere Aufgabe ist, wir fühlen die Kraft mit der Arbeit wachsen.

Erhalte nur Du Deine Freiheit — das Einzige, was der Erhaltung werth ist.

Erhalte allen Deinen Kindern, was sie Alle erkämpften, und die einzige Hilfe, welche wir von Dir begehren, ist, daß Du standhaft bleibst und uns zujauchzest, wenn wir von den Zinnen des von deutschen Händen eroberten Deutschlands Dir zurufen:

Es lebe die Freiheit, die Gleichheit, die Bruderliebe!

Es lebe die Demokratie!

Es lebe die europäische Republik!

Wie man sieht, stellt sich Herwegh in dieser Adresse auf den rein demokratischen Standpunkt, obwohl schon damals es ihm und jedem Einsichtigen klar sein mußte, daß die Februartage nur der Anfang einer sozialen Bewegung waren, die nothwendig über kurz oder lang zu einer furchtbaren Katastrophe, einem Klassenkampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, führen mußte. Dies war der Grund, weshalb die von Marx und Engels geführten deutschen Kommunisten sich weder an der Adresse, noch an dem deutschen demokratischen Verein betheiligten, zu dessen Gründung die Adresse den Anlaß gegeben hatte.

Um diese der provisorischen Regierung zu überreichen, bildete sich am 8. März um die Mittagsstunde auf dem Carrousel-Platze ein Zug von ungefähr 6000 Deutschen und begab sich, an der Spitze die brüderlich verbundene französische und deutsche Fahne, vor das Stadthaus, wo die von ihrem Sprecher Herwegh geführte Deputation von der provisorischen Regierung empfangen wurde. Die feurige, begeisterte Ansprache Herwegh's erwiderte Crémieux, dankte in ebenso überschwänglicher Weise, wie die Adresse und Herwegh's Ansprache gehalten waren, und schloß mit den Worten: „Frankreich nimmt den lebhaftesten Antheil an den wichtigen Ereignissen, welche auf dem Boden Alt-Germaniens sich vorbereiten. Frankreich begrüßt mit Freude alle Freiheitsbestrebungen; die Freiheit ist es, welche die Völker einander nähert und sie vereinigt. Von dem Tage an, wo die Nationen wissen werden, daß sie Schwestern sind, wird es, wie Sie gesagt haben, nur noch eine einzige Republik auf der Erde geben, und wir werden Alle rufen können: Es lebe die Freiheit!“ (Allseitiger Beifall und Rufe: Es lebe die Freiheit!) Herwegh, indem er beide Fahnen überreichte, fügte hinzu: „Mögen die französische und die deutsche Fahne ewig vereint bleiben zum Heil der Welt!“ Worauf Crémieux erwiderte: „Wir nehmen diese Doppelfahne an, wie wir die französische und amerikanische Doppelfahne angenommen haben. So entstehen die Bündnisse der Völker.“ Ein begeistertes Lebehoch auf die französische Republik folgte den letzten Worten des Regierungsmannes. Nach Rückkehr seiner Deputation setzte sich der Zug wieder in Bewegung und marschirte nach dem Bastillenplatz. Dort am Fuß der Julisäule wurde noch der Universalrepublik ein Hoch dargebracht, und damit war die Zeremonie zu Ende.

Diese zwei großen Versammlungen und die täglich aus Deutschland über die Fortschritte der dortigen revolutionären Bewegung eintreffenden Nachrichten hatten jedoch in jedem Einzelnen den Wunsch nach wiederholten Zusammenkünften

angeregt, und Herwegh, der nach Deutschland zurückzukehren beabsichtigt hatte, um wie jeder andere Volksmann auch sein Wort in den neuen Verhältnissen mitzureden, ließ sich durch eine von dem vormaligen Redakteur der deutschen „Brüsseler Zeitung", Adalbert von Bornstedt, geführte Arbeiterdeputation bestimmen, den Vorsitz in dem neu gegründeten deutschen demokratischen Verein zu übernehmen, der zum weitaus größten Theil aus gewerblichen Arbeitern bestand. Unter diesen waren viele, die an der Seite ihrer französischen Brüder den Barrikadenkampf mitgekämpft, durch die nach errungenem Siege eingetretene Geschäftsstockung ihre Brotstellen eingebüßt hatten und nun, als die Nachrichten der Märzereignisse aus Wien, Berlin und aus Baden eintrafen, den sehr erklärlichen Thatendrang verspürten, die Republik, die sie in Frankreich mit-erkämpft hatten, so schnell als möglich auch in Deutschland mit durchsetzen zu helfen.

So bildete sich schnell aus kampfmuthigen, beschäftigungslosen deutschen Arbeitern die Pariser deutsche Legion, deren erste Kolonne, nachdem sie sich ihre militärischen Führer gewählt hatte, sich auf den Marsch nach Straßburg begab, noch ehe Herwegh ihr die nöthigen Marschrouten-Ausweise bei der provisorischen Regierung ausgewirkt hatte.

Marx und Engels traten auch diesem Unternehmen warnend entgegen. Sie riethen im kommunistischen deutschen Klub den ihrer Führung sich anvertrauenden Arbeitern, nicht in hellen Haufen, sondern einzeln nach Deutschland zurückzukehren. Ebenso machte sich Herwegh, dem nur die politische, keineswegs die militärische Leitung des ganzen Unternehmens oblag, durchaus keine Illusionen über den mehr als zweifelhaften Ausgang der Sache. Er gab vielmehr denen, die sich bei ihm zum Abmarsch meldeten und naiv fragten, was denn von Straßburg an die Bedingungen seien, zur Antwort: „Hunger und Kanonen, meine Freunde." Wer etwas Besseres hoffe, wer nicht aus eigenem, freiem Antriebe hinausgehe, der bleibe ja zurück, denn es seien viel mehr Chancen zu einer ersten Niederlage, als zu einem schnellen Siege da.

Der ersten Kolonne folgten sehr bald eine zweite und dritte, die sämmtlich auf Kosten der provisorischen Regierung bis Straßburg befördert wurden, — die Regierung war froh, sich so möglicherweise einige Tausend brotloser ausländischer Arbeiter vom Halse schaffen zu können, und Lamartine sorgte dafür, daß die deutschen Regierungen von Allem, was geschah, genügende Kenntniß erhielten, — die Theilnahme der Franzosen aber für diese jungen, kühnen Republikaner war so allgemein und steigerte sich dergestalt, daß täglich mehrere Hundert sich Herwegh zum Mitziehen anboten, und dieser die größte Mühe hatte, sie zurückzuweisen.

Doch schon heftete sich die Verleumdung an die Fersen des von jugendlicher Begeisterung getragenen Unternehmens. Der Verleumder war Jakob Venedey, der „Kobes von Köln", wie Heinrich Heine ihn spottweise nannte, der in „Nebelei und Schwebelei und etwas Burschenschaftlerei" befangene „Wehe-Venedey", wie Moritz Hartmann ihn treffend charakterisirte. Dieser Jakob Venedey, der nicht genug Aufhebens davon zu machen wußte, daß er ein sechzehnjähriges Exil hinter sich hatte und während dieser Zeit viel gelitten und viel gedarbt hatte, war bei der oben geschilderten Adressenbewegung Herwegh's Konkurrent gewesen, war aber mit seinem vom deutsch-nationalen Standpunkt ausgehenden Entwurf schmählich durchgefallen und rächte sich für diese Zurückweisung nun dadurch, daß er an die ihm zugänglichen deutschen Zeitungen Artikel über Artikel schrieb, deren Hauptzweck darin bestand, die anfangs ganz friedliche Wirk-

samkeit des demokratischen Vereins der Pariser Deutschen von vornherein als eine für Deutschland gefahrbringende hinzustellen, um alsdann, als die Legionsbildung seine Vorhersage gewissermaßen bestätigt hatte, die ausgezogenen deutschen Arbeiter als eine fremde Horde, als eine Räuberbande zu schildern, die, in Deutschland eingedrungen, sengen, brennen und plündern würde.

Von Herwegh's Seite war nichts versäumt worden, diesen unwahren Berichten ein Ziel zu setzen und dem leichtgläubigen Publikum die Augen zu öffnen, aber die Mehrzahl der Menschen glaubt ja viel lieber das Schlechte, und so hatten die von Herwegh ausgehenden, mit seinem Namen unterzeichneten berichtigenden Artikel, welche in liberalen Blättern, z. B. der „Mannheimer Volkszeitung", noch vor Antritt der Expedition erschienen waren, keinen Erfolg. Selbst Hecker, dem bei seinem Freischaarenzuge ein Zuzug aus Paris sehr willkommen sein mußte, ließ sich durch die unwahren, verleumderischen Zeitungsberichte dermaßen beeinflussen, daß er zu seinem eigenen Schaden jede Kooperation mit Herwegh und seinen Schaaren verschmähte.

Nachdem bereits mehrere Kolonnen sich auf den Marsch nach Straßburg begeben hatten und für die später nachkommenden die Marschrouten von der provisorischen Regierung besorgt waren, reiste auch Herwegh nach Straßburg ab, um die politische Leitung der Expedition zu übernehmen. Die militärischen Führer, Adalbert von Bornstedt, Reinhardt Schimmelpenning, Otto von Corvin, drei ehemalige preußische Offiziere, ferner Delaporte, Muschacke, von Löwenfels u. A., waren mit den verschiedenen Kolonnen schon voraufgezogen.

Wenige Tage nach seiner Ankunft in Straßburg erließ Herwegh folgende Proklamation:

Die Pariser deutsche demokratische Legion.

An unsere deutschen Mitkämpfer aus Frankreich und der Schweiz und an das deutsche Volk.

Die Pariser deutsche demokratische Legion ist an den Ufern des Rheins angekommen; sie hat hier deutsche Freiheitslegionen aus anderen Städten Frankreichs und der Schweiz gefunden, alle gekommen, um für die Freiheit des deutschen Volkes zu fechten.

Ehe wir vereint zur ersten entscheidenden That schreiten, sei ein offenes Wort an unsere Freunde und Mitkämpfer und an das ganze deutsche Volk gesprochen.

Wir sind keine Freischaaren!

Wir sind deutsche Demokraten, wollen Alles für das Volk, Alles durch das Volk! — Wir wollen die deutsche Republik mit dem Völker verbindenden Wahlspruche: Freiheit! Gleichheit! Bruderliebe!

Wir sind keine Freischaaren!

Wir sind ein wohlgerüstetes Hilfskorps im Dienste des deutschen Volkes, bereit für Deutschlands Größe und Freiheit zu fechten bis auf den letzten Mann, gegen innere und äußere Feinde.

Kampfgerüstet stehen wir am Rheine, und doch treibt uns nicht blinde, ungestüme Kampfeslust, — wir wünschen, daß unsere Mission eine friedliche sein könne, daß der Sieg ohne Blut, die Freiheit ohne Menschenopfer errungen werden möge.

Frei von persönlichem Ehrgeiz werden wir uns freuen, wenn das deutsche Volk ohne uns seine vollständige Freiheit erringt und diese unwiderruflich begründet, aber dreimal glücklich werden wir sein, wenn es uns vergönnt ist, an der Seite unserer Brüder in Deutschland für die Freiheit zu fechten und deren Sieg mit zu begründen.

Deutsche Brüder in der Heimath! Eure Brüder aus der Fremde, aus der Verbannung nahen, empfangt sie als Freunde! Wir gedachten niemals als Feinde auf deutschen Boden zu treten, niemals Euch die Freiheit aufzudringen, niemals Euren freien Willen zu beschränken, noch Euer Eigenthum anzutasten.

Wir sind Eure Freunde und Bundesgenossen. Wir kämpfen nur Eure Kämpfe, wollen nur Euren Sieg, mag dieser nun auf friedlichem Wege oder mit dem Schwerte erfochten werden.

Die Armeen der Fürsten umgeben Euch von allen Seiten; schätzt Euch glücklich, daß auch eine Armee der Freiheit in Eurer Nähe steht.

Sobald Ihr sie ruft, wird sie über den Rhein in Eure Mitte eilen und Eure Reihen verstärken; sie wird mit Ordnung und Mannszucht, mit Begeisterung und Freiheitsliebe den letzten entscheidenden Kampf für die Geschicke Deutschlands fechten helfen.

Wir erklären Euch aber auch zugleich, daß wir ungerufen nicht kommen, daß es ferne von uns liegt, gewaltsam in Deutschland einzudringen, und daß, falls Ihr unglücklicherweise Deutschland für die vollständigste Staatsform der Freiheit: die Republik, noch nicht reif wähnt, wir weit entfernt sind, Euch unsere Ueberzeugung aufzudringen, oder Euch zu zwingen, freie Republikaner zu werden, wenn Ihr Unterthanen bleiben wollt. — Darum aber bleiben wir Republikaner mit Leib und Seele und werden einzeln, jeder in seinem Kreise, die großen Grundsätze und Lehren der Revolution von 1848 mit Wort und That verbreiten. In diesem Falle aber befürchtet nur die propagandistische Gewalt unserer Grundsätze, aber nicht unserer Waffen.

Wir werden dann dem neu erwachenden Polen zu Hilfe eilen, gegen Rußland kämpfen oder für Schleswig-Holsteins deutsche Rechte in den Kampf ziehen; — als Freiheitsarmee des deutschen Volkes werden wir an der Weichsel oder an der Ostsee stets nur für Deutschlands Größe, Freiheit und Sicherheit fechten.

Dies ist unser Glaubensbekenntniß, dies unser offener, fester Wille; Niemand wird uns davon abbringen, und eher würden wir unsere Waffen zerbrechen und in die Verbannung zurückkehren, ehe wir uns bewegen lassen würden, sie gegen unsere deutschen Brüder zu richten und die Schrecken der Zerstörung über unser geliebtes Vaterland zu bringen.

Alles für das deutsche Volk! Mit dem deutschen Volke! — Gegen dessen Feinde und Unterdrücker.

Gruß und Bruderschaft!

Im Namen der deutschen demokratischen Legion von Paris

Das Komite.

Straßburg, den 15. April 1848. Georg Herwegh.

Es spiegelte sich in dieser Proklamation Herwegh's kosmopolitischer Charakter wieder, der ihn zu dem Wagniß der Expedition verleitet hatte. Würde er von vornherein die Stimmung des deutschen Philisteriums gekannt haben, welchem die Herstellung eines Scheinkonstitutionalismus nach Art des eben beseitigten französischen Bourgeoiskönigthums als höchstes erreichbares Ziel vorschwebte, so würde er niemals an den Rhein gezogen sein. Würden seine freiheitsbegeisterten deutschen Legionäre gewußt haben, daß man sie in Deutschland als heimathlose, des Heimathrechts durch ihren Aufenthalt in Frankreich verlustig gegangene Abenteurer betrachten und behandeln würde, keiner von ihnen würde sein Leben in die Schanze geschlagen haben, um, wie die Folge ergab, statt dem deutschen Volke die Freiheit zu bringen, den Sieg der Fürstenmacht und der Fürstenrache für erlittene Demüthigungen fördern zu helfen. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 18. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Seltsame Widersprüche.

↗ Berlin, 24. Januar 1894.

Die gefeierte Zivilisation der bürgerlichen Gesellschaft offenbart sich nirgends drastischer, als in der wachsenden Arbeitslosigkeit arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen, und demgemäß offenbart sich auch nirgends drastischer ihr böses Gewissen, als gegenüber der stummen und doch so beredten Anklage, die das bloße Dasein der frierenden und hungernden Massen erhebt. Die Polizei schlägt mit Gummischläuchen und Säbelklingen auf sie, wenn sie in allem Frieden ihre verfassungsmäßigen Rechte gebrauchen wollen, und die bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstags häufen auf diese Armen und Elenden Drohung, Hohn, Spott, im besten Fall moralische Gemeinplätze, gleich als wären die beklagenswertheften Märtyrer der modernen Kultur oder dessen, was sich so nennt, barbarische Gegner aller menschlichen Gesittung.

Die Szenen, die sich vor acht Tagen im Friedrichshain abgespielt haben, der brutale Ueberfall einer friedlichen Arbeitermasse, die auf gesetzlichem Wege nach Hilfe in ihrer schreienden Noth suchte, durch bewaffnete Polizisten, mußten nach den Berichten aller unbefangenen Beobachter jeden Blutstropfen denkender und fühlender Menschen aufstürmen. Und in der That, bis in die offiziösen Blätter hinein entsank der bürgerlichen Presse der Muth, diesen Ueberfall zu beschönigen. Einzelne ihrer Organe rafften sich sogar zu lebhaften Worten des Tadels auf. Um so erfreulicher läßt sich an der Haltung der mißhandelten Massen erkennen, wie weit schon die politische Erziehung der deutschen Arbeiterklasse gediehen ist. Indem sie auf das Recht der augenblicklichen Nothwehr verzichtete, das ihr sogar nach den Gesetzen des preußischen Staats zugestanden hätte, war sie gleich entfernt von der feigen Angst des Philisters vor dem hauenden Säbel und der schießenden Flinte, wie von der christlichen Gesinnung, die nach dem Schlage auf die eine Wange noch die andere Wange zum Schlage darbietet. Sie handelte aus dem klaren Bewußtsein heraus, daß der Tag der gründlichen Vergeltung nur hinausgeschoben würde durch eine That der vorläufigen Vergeltung. Und dies klare Bewußtsein ist für die bürgerliche Gesellschaft tausendmal gefährlicher, als tausend blutige Krawalle.

Ob der polizeiliche Ueberfall von langer Hand geplant worden ist, um Vorwände zu erzeugen, unter denen neue Ausnahmegesetze über die arbeitenden

Klassen verhängt werden können, das muß dahingestellt bleiben. Unter dem System Bismarck hätte die Wahrscheinlichkeit für die Bejahung dieser Frage gesprochen, unter dem System Caprivi muß man sie eher verneinen. Die dilettantische Politik des Neuen Kurses eignet sich so wenig für brutale Abenteuer, wie die persönliche Anständigkeit seiner Träger für verzweifelte Streiche günstig stimmen mag. Aber in milderem Lichte erscheint der polizeiliche Ueberfall der Arbeitslosen keineswegs, wenn er wirklich nur ein instinktiver Rückstoß des Polizeistaats auf die konvulsivischen Zuckungen der kapitalistischen Gesellschaft gewesen sein sollte. Er würde sich dadurch offenbaren als der einzig greifbare, als der einzig wahre Staatssozialismus, der im preußisch-deutschen Reiche überhaupt möglich ist. Alle berufenen Vertreter von Gesellschaft und Staat sagen: Wir können den Arbeitslosen nicht helfen; mögen sie verhungern zur höheren Ehre des Kapitalismus! Aber die Säbel der Polizei fliegen von selbst aus der Scheide, wenn die Verhungernden mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln sich dennoch ein Stück Brot zu verschaffen suchen, um sich vor dem Hungertode zu schützen. So offenbart der berühmte Kultur- und Rechtsstaat ganz von selbst sein inneres Wesen.

Und diese seine nothwendige Konsequenz wagten die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Mehrheitsparteien auch gar nicht zu verleugnen, als die sozialdemokratische Fraktion die Nothstands-Debatte im Reichstag veranlaßte. Ihre Redner allein hingen der Katze die Schelle an und nannten den polizeilichen Ueberfall mit den Namen, womit er von jedem Volksvertreter, dem es auch nur um den bürgerlichen Verfassungsstaat ein wenig Ernst ist, hätte genannt werden müssen. Mit preußisch-deutscher Suffisance erklärte der Minister von Boetticher, von dem polizeilichen Ueberfall überhaupt nichts zu wissen, da ihm nicht eine Beschwerde von den Ueberfallenen zugekommen sei. Wir sagen: mit preußisch-deutscher Suffisance, denn nur ein preußischer Bureaukrat kann so etwas leisten, und nur ein deutsches Parlament läßt sich so etwas bieten. In diesem gesegneten Staate, der am liebsten jede Maus administriren möchte, weiß ein leitender Minister nichts davon, wenn ein paar Kilometer von seinem Hotel, mitten in den Straßen der Hauptstadt, Tausende friedlicher und wehrloser Menschen niedergeritten und niedergeschlagen werden. Und damit ließen sich die bürgerlichen Mehrheitsparteien abspeisen. Die eine drehte ihren manchesterlichen Leierkasten, die andere schnappte nach einem neuen Sozialistengesetze, die dritte plärrte über christliche Moral, die vierte wollte wieder einmal wissen, wie es im Zukunftsstaat aussehen werde, und schließlich rannte die ganze Gesellschaft davon, als ihnen in einer sozialdemokratischen Rede das herrliche Bild ihrer famosen Kultur gar zu getreu entgegenleuchtete.

Ihr wehmüthiges Gejammer über die „nutz- und zwecklose Debatte" könnte die kapitalistische Presse sich aber sparen. Sie wird den Nutzen und Zweck der Verhandlungen, die der Arbeiterklasse die Hilflosigkeit und Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien offenbaren, bald genug am eigenen Leibe spüren. Man kann da nie genug thun. Und die diesjährige Nothstandsdebatte wird die politische Erkenntniß des Proletariats ebenso ein gutes Stück vorwärts bringen, wie es die vorjährige gethan hat. Solche Debatten sind der nothwendige Kommentar zu dem praktischen Lehrkurse, den die ökonomische Entwicklung den Massen der Nation ertheilt. Mehr noch als den klassenbewußten Arbeitern, die sich über die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise bereits klar sind, öffnen sie den versinkenden Schichten des Kleinbesitzes die Augen. Eine Gesellschaft, die sich gegenüber der immer wachsenden Arbeitslosigkeit arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen immer ohnmächtiger bekennen muß, gesteht damit immer offener ihren unaufhaltsamen

Bankerott ein. Das wissen die herrschenden Parteien auch recht gut, und deshalb sind sie, die im Reichs- wie im Landtage Wochen und Monate mit thörichtem Geschwätze vertrödeln, immer so besonders erbittert auf die „nutzlosen" Nothstandsdebatten, zu denen die parlamentarischen Vertreter des klassenbewußten Proletariats jahraus jahrein mit vollem Rechte zwingen.

Nachdem sie nun aber einmal wieder die schmerzliche Prüfung überstanden haben, stürzen sie sich, von dem feudalen Junkerthum bis zur bürgerlichen Demokratie, mit verdoppelter Gier in eine Orgie, wie sie ihnen lange nicht geboten worden ist. Mit schmetternden Stimmen und wilden Verrenkungen der Glieder begrüßen sie den Besuch, den Bismarck demnächst dem Kaiser abstatten soll. Wir verzichten ausdrücklich auf jeden Prophetenruhm, wenn wir sagen, daß Berlin, soweit es von Bureaukraten, Junkern, Pfaffen, Bourgeois, freisinnigen Spießbürgern und den verschiedenen Anhängseln dieser Schichten bevölkert ist, in der nächsten Woche ein großes Narrenhaus darstellen wird. Mit ihrer wunderbaren Begabung, die Dinge immer gerade umgekehrt zu sehen, wie sie wirklich sind, wird diese Gesellschaft das kaudinische Joch, durch das der Herkules des Jahrhunderts in das Schloß der Hohenzollern einzieht, als einen glorreichen Triumphbogen anstaunen. Als der Kaiser im vorigen Herbste die Günser Depesche an Bismarck richtete, haben wir an dieser Stelle bereits ausgeführt, daß und weshalb die preußische Monarchie, so lange sie noch etwas für sich bedeuten will, niemals wieder in die Hände eines größenwahnsinnigen Hausmeiers und seiner unfähigen Nepoten abdanken wird, und so viel Besinnung haben sich die pfiffigeren Organe der Bourgeoisie auch noch in ihrem Freudentaumel bewahrt, daß sie dem Besuche Bismarck's in Berlin jede politische Bedeutung absprechen. Als der Kaiser nach der ersten schweren Erkrankung Bismarck's dem Genesenden seine Schlösser zum Aufenthalt anbot, lehnte der Hausmeier a. D. trutziglich ab, weil er noch eine politische Macht spielen wollte. Da der Kaiser ihm nach seiner zweiten schweren Erkrankung, abermals aus persönlichen Empfindungen, welche die Oeffentlichkeit nichts angehen, eine Flasche alten Weines zur Stärkung sendet, erklärt sich die alte Raketenkiste bereit, zu ihrer ehrenvollen Beisetzung nach Berlin zu rollen. Mit anderen Worten: Bismarck giebt die Intrigue auf, die er nach seiner Entlassung begonnen hatte. Selbst wenn ihm die Geschmacklosigkeit zuzutrauen sein sollte, daß er nach seiner „Versöhnung" mit dem Kaiser noch einmal den Poltergeist im Sachsenwalde spielen möchte, so wird er dann nicht einmal mehr den zitternden Espenwald der Geldsacksinteressen bewegen, die in ihm ihren erfolgreichsten Vorkämpfer verehren und umjubeln.

Wie mag wohl dem alten Manne, der in seinem langen Leben nie eine großmüthige Regung empfunden, der immer jeden angeblichen oder wirklichen Gegner bis über das Grab hinaus mit unersättlicher Rachsucht verfolgt hat, das bittere Zuckerbrot der verzeihenden Gnade schmecken! Eben jetzt, da er zu Hofe fährt, um den König so ganz anders wiederzusehen, als er vor vier Jahren ihn wiederzusehen drohte, vertritt ihm ein Sohn den Weg und verlangt Rechenschaft dafür, daß Bismarck die Ehre seines Vaters mit allen Mitteln zu vernichten gesucht, ja neuestens noch, lange nach dem Tode seines Opfers, durch einen seiner literarischen Lakaien besudelt hat. Hans Blum hatte in einer Reklameschrift für seinen hohen Gönner dem Grafen Harry Arnim die Verleumdung nachgezetert, daß dieser als Botschafter in Paris die Staatsgeschäfte des Deutschen Reichs vernachlässigt habe, um dadurch als interessirter Theilnehmer an den Börsengeschäften des Baron Hirsch unlautere Gewinne einzustreichen. Aehnliche, wenn auch dunkle und ungreifbare Andeutungen hatte Bismarck selbst früher gemacht, und da Blum sich rühmte,

für sein Machwerk von Bismarck manche Fingerzeige erhalten zu haben, so hielt sich Graf Arnim-Schlagenthin mit Recht nicht an den beiläufigen Bedienten, sondern an den Herrn als den wirklichen Thäter. Er forderte für die das Andenken seines Vaters beschimpfenden Behauptungen Beweis oder Widerruf. Wie zu erwarten stand, hüllte sich der tapfere Mann von Friedrichsruh in tiefes Schweigen. Aber ein Gefühl der Scham scheint ihn doch angewandelt zu haben, denn seine anderen literarischen Bedienten mußten den allzu täppischen Lügen-Hans zurückpfeifen. Namentlich in einem Artikel der „Zukunft" wurde allerlei sentimentales Gerede über den sozusagen tragischen Konflikt zwischen Bismarck und Harry Arnim verbrochen, um freilich die Schlußfolgerung daran zu knüpfen, ein ehrloser Kerl sei Arnim am Ende doch gewesen, denn das hiesige Kammergericht habe ihn wegen Landesverraths zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Doch ist es nicht dies, was uns an der Sache interessirt. Die literarische Bedientenstube Bismarck's fabrizirt glücklicherweise noch nicht die Ehrbegriffe für anständige Leute, wie viel sie sonst immer fabriziren mag. Auch der Streit zwischen Bismarck und Harry Arnim hat kein unmittelbares Interesse für uns. Arnim war ein konservativer Legitimist, ein Verwandter der Hohenzollern, ein ungleich feinerer, geschmeidigerer und namentlich auch kenntnißreicherer Diplomat als Bismarck, aber diesem Krautjunker nicht gewachsen im brutalen Zuschlagen und im genialen Verständniß für die materiellen Interessen der zur Herrschaft gelangten Bourgeoisie. Es gehört wirklich zu Bismarck's bizarrsten Humoren, daß dieser Freund Bleichröder's den Grafen Arnim unlauterer Börsenspekulationen bezichtigt. Gerade die herzliche Abneigung, die Arnim gegen Thiers, den typischen Vertreter der profitwüthigen Bourgeoisie hegte, bildete den hauptsächlichsten Zankapfel zwischen ihm und Bismarck, der natürlich in dem Mörder der Kommune ein ihm selbst beinahe ebenbürtiges Genie bewunderte. Immerhin war Arnim nach Stellung und Talenten ein Mann, der für Bismarck gefährlich werden konnte, so lange dieser mit dem kapitalistischen Liberalismus mogelte und dadurch mächtige Elemente am Hofe und im Heere, in der Bureaukratie und im Großgrundbesitze gegen sich aufrief. Irgend ein Beweis dafür, daß Arnim auf Bismarck's Sturz hingearbeitet habe, ist niemals geführt worden; daß er als Botschafter in Paris die auswärtige Politik des Genialen nicht immer mit ungetheiltem Entzücken bewunderte, war am Ende verzeihlich, und selbst von dem beschränkten Standpunkte der preußischen Dienstpragmatik aus hat Arnim in diesem Betrachte nicht entfernt so viel gesündigt, als der Botschafter Bismarck seinerzeit gegen den auswärtigen Minister gesündigt hatte. Genug aber, Bismarck fürchtete den Grafen Arnim, und das genügte zu dem Entschlusse, ihn zu vernichten. Erst in seiner dienstlichen Stellung brüskirt, dann aus dem Vertrauen des Königs gedrängt, darauf aus dem Amte verabschiedet, nunmehr mit gerichtlichen Anklagen verfolgt, endlich zu langer Gefängnißstrafe verurtheilt, zu alledem noch von den Verleumdungen einer halb erkauften, halb freiwillig-servilen Presse überschüttet, floh Graf Arnim, der beiläufig ein schwer kranker Mann war, ins Ausland. Wer die Akten der ganzen Affaire studirt und dabei das Glück hat, dem Politiker Arnim so fern zu stehen, wie dem Politiker Bismarck, kann nur zu dem Schlusse kommen, daß Bismarck durchweg das Karnickel war, das anfing, mag dann auch Arnim in verzweifelter Nothwehr gegen einen übermächtigen Verfolger Manches gethan haben, was sich juridisch oder selbst moralisch nicht rechtfertigen ließ. Doch uns interessirt hier nur der Schlußpunkt. Nämlich Bismarck's Rachsucht war selbst dann noch nicht erloschen, als Arnim im Exile lebte, ein für den bemessenen Rest seiner Jahre ungefährlicher Mann

Noch besaß er seine bürgerliche Ehre und auch die sollte vernichtet werden. Als Ende 1875 in der Schweiz unter dem Titel „Pro Nihilo“ eine Schrift erschien, die Arnim's Vertheidigung gegen Bismarck's Verfolgung führte, da wurde die ganze Preßmeute gegen Arnim als angeblichen Verfasser losgelassen wegen Bismarck-Beleidigung, Landesverraths und sonstiger Schandthaten, die in der Schrift begangen sein sollten. Nunmehr erhob der Oberstaatsanwalt im März 1876 bei dem hiesigen Kammergerichte Anklage gegen den Grafen Arnim wegen Veröffentlichung dieser Schrift, und in Abwesenheit des Angeklagten wurde auf fünf Jahre Zuchthaus erkannt, womit denn Arnim gerichtlich zum ehrlosen und gemeinen Verbrecher gestempelt werden sollte und nach der unmaßgeblichen Ansicht der bismärckischen Bedientenstube auch gestempelt worden ist.

War nun Graf Arnim der Verfasser? Das Beweismaterial in der Anklageschrift des Oberstaatsanwalts beschränkt sich auf den einzigen Satz: „Es wird beantragt, zu der mündlichen Verhandlung als Belastungszeugen vorzuladen den Buchhandlungsgehilfen Ernst Matthiae in Berlin, Wilhelmstraße 43 b.“ Nun ist im Jahre 1887 bei Bernheim in Basel eine Schrift von Otto v. Loë erschienen, worin wir auf Seite 200 Folgendes lesen:

> Sowie „Pro Nihilo“ sich in den Schaufenstern der Berliner Buchläden gezeigt hatte, wurde es sofort mit Beschlag belegt und die geschicktesten Agenten der Berliner Kriminalpolizei wurden mit der Entdeckung desjenigen Beweismaterials beauftragt, welches erforderlich war, um den Grafen Arnim der Verfasserschaft zu überführen. Das Resultat ihrer Bemühungen bestand in der Auffindung eines Buchhandlungsgehilfen, Namens Matthiae, welcher bei dem Drucker von „Pro Nihilo“, Schabelitz in Zürich, beschäftigt gewesen war und welcher den falschen Eid ableistete, daß das Manuskript von der Hand Arnim's, dessen Handschrift ihm vorgelegt wurde, geschrieben gewesen sei, eine Aussage, für welche derselbe durch Anstellung in einem Konsularbureau belohnt wurde.
>
> In Wirklichkeit war aber nicht Graf Arnim, sondern ich der Verfasser von „Pro Nihilo“ und zwar war ich kriminalrechtlich als der einzig und allein verantwortliche Urheber dieser verbrecherischen Veröffentlichung um dessentwillen zu betrachten, weil ich nicht allein der Verfasser, sondern auch der Veröffentlicher dieser Schrift war, und zwar letzteres insofern, als ich den Auftrag zum Druck ertheilt hatte. Graf Arnim hielt sich jedoch nicht für verpflichtet, den wirklichen Verfasser zur Anzeige zu bringen. Wenn ich nicht schon während der gegen den Grafen Arnim schwebenden Untersuchung das reumüthige Geständniß abgelegt habe, in „Pro Nihilo“ die Wahrheit und nichts als die Wahrheit gesagt zu haben, so geschah es in der löblichen Absicht, dem Berliner Richter durch die Verurtheilung Arnim's auf Grund der Aussage eines einzigen und zwar eines falschen Zeugen den Ruf zu verschaffen, daß er in seinem Verlangen nach überzeugenden Beweisen für die Schuld eines von unserem Reichskanzler angeklagten Botschafters von einer musterhaften — Genügsamkeit sei. Arnim hingegen glaubte, daß die Aussage des genannten Ladengehilfen dem Berliner Richter nicht genügen würde, um seine Verfasserschaft als festgestellt zu erachten, nachdem die eidliche Versicherung des Züricher Druckers, Schabelitz, daß dieser Ladengehilfe das Manuskript von „Pro Nihilo“ niemals in Händen gehabt habe, dem Berliner Richter vorgelegt worden war. Arnim hatte die Genügsamkeit des Berliner Richters unterschätzt, wie seine nachträgliche Verurtheilung erwiesen hat.

So der Freiherr v. Loë in einer Schrift, die niemals die Ehre eines gerichtlichen Kontumazialverfahrens auf sich gezogen hat. Beiläufig wollen wir noch bemerken, daß mit der Entdeckung des Zeugen Matthiae derselbe Herr Krüger sein Gesellenstück machte, der dann durch so viele Meisterstücke in so vielen Sozialistenprozessen den Ruhm Stieber's verdunkelt hat.

Kehren wir nunmehr zum Grafen Arnim-Schlagenthin zurück, so sagt er in der neuesten Veröffentlichung, worin er von Bismarck Rechenschaft für die gemeuchelte Ehre seines Vaters fordert, am Schlusse Folgendes: „Wenn er (Bismarck) bei dieser Gelegenheit noch hinzufügen wollte, daß ihm seit 1876 bekannt ist, daß mein Vater nicht der Verfasser von „Pro Nihilo“ ist, so würde ihn nicht blos in der ihm ergebenen Presse, sondern in der ganzen Welt unendlicher Beifall lohnen.“ Graf Arnim-Schlagenthin spricht hier als Diplomat, indem er dem Verfolger seines Vaters den unendlichen Beifall der ganzen Welt für ein Eingeständniß verheißt, das diesem Herrn die unendliche Verachtung der ganzen Welt zuziehen müßte. Denn wenn Bismarck im Jahre 1876 gewußt hat, daß nicht Graf Arnim der Verfasser von „Pro Nihilo“ war, so hat er mit dem Landesverraths-Prozesse gegen Arnim eine so schmutzige Justiz-Farce aufgeführt, wie nur je die Annalen eines Volkes geschändet hat.

Hoffentlich setzt sich Fürst Bismarck mit dem Grafen Arnim-Schlagenthin auseinander, ehe er nach Berlin kommt. Bei seinem bewährten Patriotismus wird er ja einsehen, daß es die von ihm so heißgeliebte Hauptstadt des Deutschen Reiches in ein sonderbares Licht setzen würde, wenn zur selben Zeit, wo unschuldige Opfer der kapitalistischen Gesellschaft auf ihren Straßen niedergeschlagen werden, auf denselben Straßen die kapitalistische Welt in byzantinischem Jubel um einen Mann tobte, der sich von dem öffentlich erhobenen Vorwurfe der schwersten Frevelthaten entweder nicht reinigen kann oder nicht reinigen will. Das wären doch gar zu seltsame Widersprüche.

Der jüngste holländische Parteitag.

Von H. van Kol.

Zu Weihnachten vergangenen Jahres hat die sozialdemokratische Partei Hollands ihren Parteitag zu Groningen abgehalten.

Für die Zukunft der Partei wird dieser Kongreß sich sehr wichtig zeigen; auch für das Ausland ist er nicht ohne Interesse. Darum komme ich gern dem Wunsche der Redaktion nach, etwas darüber für die „Neue Zeit“ zu schreiben.

Mittags, 24. Dezember, eröffnete der Vorsitzende Rot die Sitzung mit einem Gruß an die 16 Genossen, die jetzt im Gefängniß sitzen; er bringt in Erinnerung, daß der sozialdemokratische Bund im letzten Jahre 1085 neue Mitglieder gewonnen hat.

Der Sekretär erwähnt die Vorkonferenz zu Brüssel, wobei er bedauert, daß man so weit gekommen sei, manche Arbeiter von dem Arbeiterkongreß zu Zürich auszuschließen. Er bringt in Erinnerung die vielen Verfolgungen des letzten Jahres, welche solche Ausdehnung annahmen, daß der Justizminister selbst in einem vertraulichen Rundschreiben den Eifer der Staatsanwälte zügeln mußte. Unser Bund wird jetzt in den Niederlanden als ein „verbotener“ Verein angesehen, doch ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Mitgliedschaft strafbar zu erklären. Der „Centrale Raad“ (Vorstand) hat sich bei der Organisation des Maifestes und bei dem Nationalkongreß zur Aufhebung des Privatbesitzes zu Heerenveen betheiligt. Er hat aber verweigert, der von der Regierung zusammengerufenen Kommission für Statistik Auskünfte zu geben, und ebenso wenig eine Petition zur ungeänderten Annahme des Tak'schen Wahlgesetzentwurfs unterstützen können.

Da dieser Bericht durchaus nicht sachlich gehalten war, sondern in parteiischer Weise die vielen Zwistigkeiten des letzten Jahres erwähnte, fing darüber

sogleich eine heftige Diskussion an, was nicht besser wurde, als später die Haltung des Partei-Organs „Recht voor Allen" besprochen wurde, und weiter eine Anklage über ein „Panama in der Partei" auftauchte, welche sich jedoch als ganz unbegründet zeigte. Weil alle diese persönlichen Zwistigkeiten ohne jeden Werth für das Ausland sind, und auch im Lande selbst von den meisten nur mit Widerwillen angehört wurden, gehe ich darüber hinweg und — obgleich selber in diese Kämpfe hineingezogen — werde ich die wesentlichen Verhandlungen des Kongresses so objektiv als möglich mittheilen und nicht von zu beschränktem Standpunkt urtheilen.

Der Kongreß von Groningen war besonders darum wichtig für unsere Bewegung, weil zum ersten Male die zwei Hauptströmungen unserer Taktik: die sogenannte „ökonomische" und die „politische", in Konflikt kamen. Schon lange gährte es in unserer Partei, aber auf diesem Parteitag brach der Zwist in hellen Flammen aus. Nicht ohne viele Mißverständnisse, was nun einmal bei jeder Diskussion unvermeidlich zu sein scheint. So war es ein Irrthum, immer von einer revolutionären im Gegensatz zu einer parlamentarischen Richtung zu sprechen. Denn gerade in Holland, wo die gewerkschaftliche Bewegung äußerst schwach ist, und in einer Zeit, wo der Kampf auf ökonomischem Boden sehr ungünstig steht, ist — so lange die Stunde des Waffenkampfes nicht gekommen ist — gerade die parlamentarische Taktik das kräftigste Mittel zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft, und daher das meist revolutionäre.

Auch hatte die Mehrheit früher nicht das Recht, sich selbst antiparlamentarisch zu nennen, so lange sie sich an den Wahlen für das Parlament betheiligen, Abgeordnete in dasselbe senden und selbst Gesetze im Parlament machen wollte, wenn auch unter demokratischer Kontrolle. Jetzt aber hat man endlich ehrlich Farbe bekannt und es braucht der „Sozialist" (11. Nov. 1893) sich nicht mehr zu ärgern über die „gedrechselten Wendungen", womit „die werthen Genossen von der Richtung Nieuwenhuis" das Wahlrecht in Schutz nehmen.

Bevor wir auf den Verlauf dieser wichtigen Debatte näher eingehen, müssen wir erst einen Blick werfen auf die holländischen Zustände, sowohl nach der ökonomischen wie nach der historischen und politischen Seite, und auf das engere Parteileben.

Die gewerkschaftliche Entwicklung ist in Holland schwächer wie in fast allen anderen kapitalistischen Ländern, das ist eine unbestreitbare Thatsache. Der Typographen- und der Zigarrenmacher-Bund sind am besten organisirt; der nächststärkste Verein war (jetzt macht er eine schwere Krisis durch) der Verein für Eisenbahn-Arbeiter, und dieser hat gerade dem Auftreten von Nieuwenhuis im Parlament sein Entstehen zu danken, er steht ganz auf politischem und sozialdemokratischem Boden.

Bis jetzt ließ das Zusammenwirken der Gewerkschaften mit dem sozialdemokratischen Bund manches zu wünschen übrig, man hofft das jetzt gut zu machen durch das Errichten von sogenannten „neutralen" Vereinen, worin man keine Politik treiben und nur die augenblicklichen Interessen der Arbeiter in Betracht nehmen will. Wenn das gelingt, so wird man diesen Arbeitervereinen die Seele, das Herz nehmen und ihnen, statt sie zu einem revolutionären Kampfmittel zu machen, ein reaktionäres Gepräge aufdrücken. Es ist erstaunlich, daß gerade die Sozialisten, welche das Monopol der revolutionären Gesinnung haben wollen, den Gewerkschaften den sozialistischen Sauerteig zu nehmen suchen. Nach beiden Richtungen soll man den sozialistischen Klassenkampf führen, dessen ökonomische Seite sich nicht trennen läßt von der politischen.

Vielleicht noch mehr als unsere Schwäche auf ökonomischem Gebiet, die wir mit den meisten Ländern des europäischen Festlandes gemein haben, ist unsere politische Machtlosigkeit zu bedauern, und dabei stehen wir weit zurück hinter den meisten Ländern, wo der Sozialismus Boden gefunden hat. Unser Wahlrecht ist noch immer ein vermummtes Zensus-System. Unter 4 700 000 Einwohnern sind 2 300 000 Männer und davon 1 200 000 über 23 Jahre, von denen nur 280 000 das Wahlrecht haben. Eine imposante Wahlrechtsbewegung war einmal in Fluß; die großartigsten Versammlungen, die unser Land je gesehen, forderten das Recht der Arbeiter, mit einzugreifen in die Staatsmacht, welche über ihr Wohl und Wehe, über ihre Pfennige und ihr Leben entscheidet. Man hat durch Ungeduld die ganze Bewegung verdorben und in andere Hände übergehen lassen. Schon 1885 hieß die Parole: „Wir verlangen nicht länger, wir werden es nehmen", und man drohte: „Das allgemeine Wahlrecht oder die gewaltsame Revolution!"

Wir schreiben jetzt 1894 und haben das erste noch nicht, während wir von der letzteren noch sehr weit entfernt sind! Eine energische, rastlose Agitation für das allgemeine Wahlrecht hätte viel Propaganda für den Sozialismus machen können, jetzt geschieht diese Agitation theilweise ohne uns. Die Geister sind aber erwacht, und die Regierung ward schon gezwungen, diesen Forderungen Gehör zu geben. Der Minister Tak van Poortvliet hat im Parlament einen Gesetzantrag eingebracht, wonach das Wahlrecht so weit ausgedehnt wird, wie die Konstitution es nur irgendwie zuläßt. Das „Kennzeichen des Besitzes", wovon unsere Verfassung spricht, wird zur „Nichtbedürftigkeit"; das „Kennzeichen der Intelligenz" wird reduzirt auf die einfache Fähigkeit, seinen Namen schreiben zu können. Die Anzahl der Wähler würde durch dieses Gesetz von 280 000 auf 800 000 Männer steigen; leider aber sind alle Frauen und die Soldaten ausgeschlossen. Ob unser Parlament diesen Antrag annehmen wird, ist schwer zu sagen; fast jede Partei hat sich in dieser Frage in einen linken und rechten Flügel gespalten, d. h. eine mehr demokratische oder mehr konservative Richtung. Man schreckt vor der Entscheidung zurück, da man den Eintritt des Sozialismus in das Parlament fürchtet, und hat muthwillig die Behandlung des Antrags mehr als ein volles Jahr lang durch allerlei Ausflüchte verschleppt. Doch die Liberalen, welche die Mehrheit haben, „werden den Muth nicht haben, es abzulehnen, weil sie fühlen, daß der Volksgeist auf Seite der Regierung steht", erklärte vorige Woche das Parlamentsmitglied Kerdyk in einer öffentlichen Versammlung.

Der Kampf über die politische Taktik, welchen auch Deutschland vor Jahrzehnten gekannt hat, welchen Belgien und Frankreich durchgemacht haben, der sich in England seiner Entscheidung nähert, der Oesterreich in Aufregung brachte, hat erst jetzt auch für uns eine praktische Bedeutung bekommen. Wenn im nächsten Jahre Holland ein erweitertes Wahlrecht bekommt, wird man aber bei der Ausübung dieses Rechtes einen festen Leitfaden annehmen müssen. Aber schon ehe der Bär erschossen war, haben wir die Haut vertheilt oder vielmehr sie abgelehnt; denn der Groninger Kongreß hat den Beschluß gefaßt, gar keinen Gebrauch vom Wahlrecht zu machen.

Von diesem Augenblick an sind wir denn auch eine antiparlamentarische Partei. Holland wird von jetzt an in der internationalen Arbeiterbewegung einen ganz absonderlichen Standpunkt einnehmen. Das darf uns aber nicht zu sehr wundern.

Schon R. Meyer erwartete in seinem „Emanzipationskampf des vierten Standes" (1872) eine eigenthümliche, etwa anarchistische Bewegung bei diesem

Volke, „that has ever been marked by one prevailing characteristic, one master-passion, — the love of liberty, the instinct of self-government“* (Motley, The Rise of the Dutch Republic). Der Freiheitsgeist, die Autonomie ist daher bei uns historisch entwickelt, und wird dem Klassenkampf (es sei zum Vortheil oder zum Nachtheil der Bewegung) einen pronouzirt individualistischen Charakter geben. Unser Kampf wird manchmal einen anderen Verlauf haben, wie z. B. in Deutschland mit seiner zielbewußten Disziplin und Organisation, wie in Frankreich mit seinem großmüthigen, leicht entflammbaren Heroismus, wie in England mit seinem praktischen Sinn und starken Rechtsgefühl. Weil weiter die Bevölkerung hauptsächlich aus Landarbeitern, Kleinbürgern, Handels- und Seeleuten besteht, und nur zu einem kleinen Theil aus Fabrikarbeitern, wird der Sozialismus eine andere Form annehmen als in den Ländern, wo Großindustrie und ungezügelter Kapitalismus herrschen. Gerade in den nördlichen Landbau-Distrikten ist der Sozialismus stark verbreitet; in allen industriellen Zentren des Landes ist er schwach, im finsteren katholischen Süden noch fast gar nicht durchgedrungen.

Die Unbill und die Tyrannei der regierenden und besitzenden Klassen hat den Kampf sehr verschärft. Die Machthaber blieben kalt und gefühllos für die berechtigtesten Forderungen der Arbeiter, machten ihnen das Finden von Lokalen, das Halten von Versammlungen, den Verkauf von Zeitungen gleich schwer. Manche ruhige Straßendemonstration hat man mit Gewalt auseinander gejagt, für die Arbeitslosen hatte man nur kalten Hohn und Säbelhiebe. Die Justiz stützte die Regierung in ihrem abscheulichen Auftreten, viele Arbeiter wurden zu schwerer Gefängnißstrafe verurtheilt, und die Verbitterung, der Haß gegen die Regierung ist allgemein geworden. Mit Mühe wird dieser Haß im Zaume gehalten, den die jahrelange Unbill der Regierung entzündet und angefeuert hat. Der Kampf ist dadurch erbitterter wie anderswo.

Am Ende wird die ökonomische Entwicklung, diese große Ausgleicherin, sich aber stärker zeigen als alle nationalen Tendenzen, und die Unterschiede in der Art und Weise des Kampfes in den verschiedenen Ländern werden fortwährend abnehmen. Dabei haben alle Parteien ihre Entwicklungsperioden durchzumachen, und unsere Partei, welche erst im Jahre 1884 einige Bedeutung erhielt, befindet sich noch in der Jugendzeit, wiewohl man das nicht gerne anerkennen will.

Mancherlei Wandlungen hat unsere Taktik (oder hat unser Führer) durchgemacht, und das unsichere Schwanken und Tasten hat erst jetzt ein Ende genommen, wie ich fürchte durch einen Fehltritt, wobei leider zu Viele dem Manne folgen, der nur allzu sehr unserer Partei sein persönliches Gepräge aufgedrückt hat. Genug, Domela Nieuwenhuis hat viel für die sozialistische Propaganda in Holland gethan, er hat lange Jahre fast allein für unsere Sache gestritten, aber der Dank dafür darf nicht so weit gehen, daß wir taktische Fehler mitmachen, wenn sie eine Gefahr für unsere ganze Bewegung werden können. . . .

Daß ein Jeder, welcher der Theorie nicht beistimmt, die im „Recht voor Allen“ (das, statt Partei-Organ zu sein, zu sehr Domela's Leib-Organ geblieben ist) vertreten wird, verketzert wurde, thut wenig zur Sache. Daß man selbst versucht, hier in Holland die Theorie „der schwieligen Faust“ einzuführen, womit der

* Uebersetzung: „das sich immer auszeichnete durch einen hervorragenden Charakterzug, eine Hauptleidenschaft: die Freiheitsliebe und den Instinkt der Selbst-Regierung“.

possibilistische Jesuit Brousse in Frankreich der guten Sache so viel geschadet hat, — und daß Jeder, der von der offiziellen Meinung abweicht, zu den „Herren mit Geld", „kleinbürgerlichen Reformern", „radikalen Bourgeois" und „gesättigten Philosophen" gerechnet wird, hat nur wenig Bedeutung, und ich erwähne es nur, weil es zur Psychologie unserer Partei gehört. Das Alles sind Uebel, welche man in allen Ländern durchmachte und welche ebenso wie anderswo von selbst verschwinden werden. Etwas Anderes ist dagegen die Annahme der Resolution Hoogezand-Sappemeer auf dem Groninger Kongreß. Dieser Fehler kann schwere Folgen haben und — wenn er keinen Widerspruch findet — der gegenwärtigen Partei Hollands den Todesstoß geben. Sie lautete:

„Der Kongreß beschließt, unter keinem Vorwand Theil zu nehmen an den Wahlen, selbst nicht als Agitationsmittel."

Durch diese Resolution haben wir die ganze parlamentarische Taktik feierlich abgeschworen, und haben wir den demokratischen Boden verlassen.

Die Debatte über diesen Beschluß, der eine Lebensfrage bedeutet, werde ich kurz mittheilen, und dazu so viel wie möglich die besten Zeitungsberichte übersetzen.

Drei Resolutionen gaben die verschiedenen Meinungen an, und (weil nur die afdulingen [Sektionen] Vorschläge machen können) rührten diese her von den Sektionen Hoogezand, Maastricht und Amsterdam.

Die erste, die „antiparlamentarische" Resolution, ist schon erwähnt, die „parlamentarische" Resolution Maastrichts folgt jetzt:

„1. In Erwägung, daß die sozialdemokratische Partei auf jedem Gebiet ihren Kampf zu führen hat, welcher die ökonomische Befreiung zum Zweck hat;

2. in Erwägung, daß das Theilnehmen an den Wahlen als Mittel zur Propaganda, das Entsenden von Abgeordneten als Interessen-Vertretern der Partei, und das Eingreifen in die Gesetzgebung mit strenger Handhabung der sozialistischen Prinzipien — unsere Streitkräfte stärken und die der Bourgeoisie schwächen wird;

3. beschließt der Kongreß: vorläufig auch auf politischem Boden den Klassenkampf zu führen und durch Eroberung eines Theils der Staatsmacht die soziale Revolution zu fördern."

Amsterdam hatte einen Mittelweg gewählt und wollte die Entscheidung der brennenden Frage bis zur Zusammenkunft eines außerordentlichen Kongresses verschieben, wenn das neue Wahlgesetz schon angenommen sein sollte.

Der Antrag Hoogezand kam als erster auf die Tagesordnung.

Utrecht (Trölstra) eröffnete das Feuer und erklärte die Nothwendigkeit der politischen Aktion. Der Bericht über den Züricher Kongreß habe erwiesen, daß sowohl in Europa, wie in Amerika und Australien die sozialistischen Arbeiter die Erfahrung gemacht haben, daß sie die ökonomische Macht nicht ohne politischen Kampf erobern können. Es ist unsere Pflicht als Sozialdemokraten, darüber zu wachen, daß die Bourgeoisparteien nicht durch ihr politisches Auftreten die Arbeiterbewegung in ihre feindlichen Hände nehmen.

Hoogezand (Luytjes) bewundert Trölstra's Muth, hier die politische Aktion noch zu vertheidigen, weil er wissen kann, daß es doch umsonst sein wird. Wir müssen einzig und allein für die Abschaffung des Privateigenthums propagiren, und das ist nicht durch einzelne Gesetze allmälig zu erreichen. Wir müssen unsere „fechtende" Partei so organisiren, daß wir einmal die Macht haben, dieses Ziel mit Gewalt zu erkämpfen.

Opsterland (Vitus Bruinsma) weist auf die vielen Anhänger hin, welche wir durch den Kampf für das allgemeine Wahlrecht schon bekommen haben, und ohne zu viel vom Parlament zu erwarten, kann man bei einem besseren Wahlrecht schon auf einige Resultate rechnen, wie man jetzt im Gemeinderath Opsterlands schon etwas für die Arbeitslosen hat leisten können.

Der Sekretär (Coltof) vertheidigt den Antrag Hoogezand, weil Gesetze, welche sich auf das Bestehende stützen, nie die Aufhebung des Privateigenthums bewirken werden.

Cornelissen mahnt zur Vorsicht. Die revolutionären Sozialisten wollen nicht auf dem Boden des gegenwärtigen Systems arbeiten, wie die parlamentarischen Sozialdemokraten. Im Parlament werden wir nie etwas thun können, weil die Bourgeoisie mit ihrem Gelde sich immer eine Mehrheit wird kaufen können.

Arnhem (van Emmenes) fragt, was man in denjenigen Ländern gewonnen hat, wo die politische Freiheit schon erobert ist? Ist denn da der ökonomische Zustand so viel besser? In England hat man mehr Freiheit wie in Deutschland, trotz der politischen Aktion in diesem Lande. Das Parlament ist immer gefährlich für Revolutionäre; selbst John Burns ist dort korrumpirt worden. Wir müssen daher immer nach ökonomischen Verbesserungen streben und nach nichts Anderem.

Groningen (Schaper) erklärt sich auf die Gefahr hin, ein „Halber" genannt zu werden, gegen Hoogezand. Er fürchtet für unser Land die Korruption nicht, wir sind genug gewarnt. Man soll den Sektionen Freiheit lassen in ihren Handlungen, weil man sonst auf die Dauer eine kleine Sekte bleiben wird.

Engwerden weist darauf hin, daß wir nie mehr Propaganda gemacht haben, als während der Jahre 1888 bis 1891, wo Nieuwenhuis im Parlament saß, und dieser ist dort doch auch nicht verdorben worden.

Einige Delegirte aus Limburg und Zeeland erklären, daß die Wahlen nothwendig sind für die Propaganda und um dem zunehmenden Einfluß der katholischen Volksbünde zu widerstehen. Läßt man diesen feindlichen Parteien dabei freies Spiel, so fürchten sie, daß dort einmal eine neue Vendée sich bilden wird.

Hengeloo (Benninck) versteht es nicht, warum früher Nieuwenhuis für das allgemeine Wahlrecht so kräftig agitirt und selbst ein Mandat aus den Händen der Bourgeoisie angenommen hat. Wir sind noch so klein, so ohnmächtig; die große Masse ist noch gleichgiltig uns gegenüber, und wo wir ein Mittel haben, um diese Masse anzuziehen, sollten wir es verwerfen?

Domela Nieuwenhuis gesteht, daß er, wenn er länger im Parlament geblieben wäre, vielleicht auch verwässert wäre. In allen Ländern entsteht eine antiparlamentarische Strömung. Allemane habe ihm erzählt, die Genossen, welche ins französische Parlament traten, hätten sich so sehr geändert, daß man ihrer mit Abscheu erwähne. Die parlamentarischen Sozialisten in unserer Mitte werden vielleicht die nächste Zukunft haben, aber die Zukunft gehört ihnen nicht. Wir wollen keine Krankenpfleger der kranken Gesellschaft sein.

Allmälig wird man die Abschaffung des Privateigenthums nur wie ein Aushängeschild beibehalten, aber man wird wirklich in den Staatssozialismus verfallen, da man sich immer im Rahmen der gegenwärtigen Gesetze bewegen muß. Da wir jetzt doch einmal einen Standpunkt einnehmen müssen, hält er den Vorschlag Hoogezands für konsequent, weil dieser den revolutionären Standpunkt beibehält.

Maastricht (van Kol) erwähnt zunächst die verletzende Weise, in welcher in Holland die parlamentarischen Sozialisten stets behandelt wurden. Er verneint, daß diese glauben, die soziale Frage würde im Parlament zu lösen sein. Man hat drei Mittel, um den Klassenkampf zu führen: die Arbeitseinstellungen, den Kampf der Waffen und das Parlament. Für den ökonomischen Kampf sind die Zustände sehr ungünstig, zum gewaltsamen Kampf sind wir viel zu schwach, und es soll doch etwas geschehen während der Zeit, daß wir dem Endziele zustreben.

Die Korruption kann überall sich geltend machen, nicht allein im Parlament, sondern ebenso sehr in unserem Parteileben, unseren Gewerkschaften und unserer Presse; es ist Aufgabe der Partei-Organisation, dagegen auf ihrer Hut zu sein. Wenn wir nicht einmal im Stande sind, ehrliche Abgeordnete in unseren Reihen zu finden, wie werden wir dann, wenn die Zeit des Kampfes mit den Waffen gekommen ist, ehrliche, unbestechliche Revolutionäre erwarten können? Ohne Hilfe des Staates werden die Arbeiter durch das Elend noch tiefer hinabsinken, und Hunger und Armuth werden sie aller Geisteskraft und Energie berauben. Wir sprechen jetzt nicht über die Taktik der Zukunft, sondern über die Taktik des heutigen Tages. Hoogezand bekennt ehrlich, daß es Gewalt und nur Gewalt will. Nun gut, aber dann mache man endlich Ernst mit den Vorbereitungen zum Kampf, dann waffne man sich und sei nicht zufrieden damit, über die Gewalt zu schwätzen. Aber man vergesse dabei nicht, daß Nieuwenhuis schon seit sieben Jahren die gewaltsame Revolution erwartet, und daß schließlich die Arbeiter den Muth sinken lassen werden, wenn sie sehen, daß die heiß ersehnte Stunde der Befreiung noch immer nicht kommt. Durch das Parlament haben wir ein wirksames Mittel, unsere Kräfte zu entwickeln, und ohne zu wünschen, daß man die anderen Mittel vernachlässige, möchte ich hier meiner innersten Ueberzeugung Ausdruck geben, daß jetzt die parlamentarische Taktik die mächtigste Waffe ist zur Zerschmetterung des Kapitalismus.

Hoogezand (Luytjes) fürchtet, daß man jetzt nicht den Muth haben werde, die alte Brücke abzubrechen. Aber das ist nöthig. Wir werden uns einmal spalten müssen in Parlamentarier und Antiparlamentarier. Unsere Wege gehen nicht parallel, sondern auseinander. Das Volk muß die Macht haben zur Eroberung seiner Rechte, und dafür allein sollen wir uns organisiren. Man wähle jetzt!

Der Antrag Hoogezand wurde angenommen mit 47 Stimmen gegen 40 und 14 Enthaltungen.

Jede Sektion hat eine Stimme für je 50 Mitglieder. Wenn man nur die Sektionen gezählt hätte, wären die Stimmen gerade gleich gewesen. Aber Amsterdam, das 8 Stimmen hat, enthielt sich der Abstimmung, weil seine Abgeordneten kein Mandat in dieser Sache hatten. Doch ist in dieser Stadt und Umgebung die große Mehrheit antiparlamentarisch. Das Referendum wird wahrscheinlich dem Beschluß des Kongresses zustimmen; jedenfalls wird die Mehrheit aber sehr gering sein.

Es lohnt die Mühe, zu zeigen, daß der Antiparlamentarismus begrenzt ist auf die Provinzen Groningen (östlicher Theil) = 24 Stimmen, Gelderland = 5 Stimmen und Holland = 10 Stimmen. In Friesland hat er noch 7 Stimmen (18 waren aber dagegen), doch in den sechs übrigen Provinzen des Landes zusammen nur eine Stimme! Es muß aber zugestanden werden, daß die Bewegung am kräftigsten im Norden ist (Friesland und Groningen), und daß unter den über das ganze Land verbreiteten Gegenstimmen, wozu die

meisten Propagandisten gehören, noch keineswegs Einheit herrscht über die politische Taktik, wenn sie auch alle die Annahme dieser Resolution bedauern.

Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, läßt es sich erklären, daß ein „Kampfprogramm", das fast nur politische Forderungen enthielt, nicht einmal mehr in Berathung kam. Wir haben jetzt nur eine Prinzipien-Erklärung, aber keinen praktischen Leitfaden im Kampfe.

Unsere „Beginselen-Verklaring" (Prinzipien-Erklärung) erkennt „die Ungleichheit und das Elend unserer Gesellschaft an". Diese sind nur möglich, weil die kapitalistische Klasse alle Arbeitsmittel besitzt. Das Proletariat wird diese in den Besitz der Gemeinschaft bringen. Der Klassenkampf, welcher zu diesem Zweck geführt wird, ist vor Allem ein ökonomischer Kampf, dem der Kampf um politische Rechte untergeordnet ist. In diesem Kampf werden die Arbeiter kämpfen müssen mit „allen ihnen zu Diensten stehenden gesetzlichen und ungesetzlichen, friedlichen und gewaltthätigen Mitteln". In diesem Kampf sollen die Sozialisten aller Länder sich solidarisch miteinander fühlen.

Das ist der kurze Sinn der „Erklärung", welche das Endziel unseres Bestrebens andeuten soll. Das Ziel ist also bekannt, nur die Mittel, es zu erreichen, wurden nicht angegeben, denn der Kongreß erklärte sich, auf Antrag Amsterdam, gegen jedes Kampfprogramm.

Jetzt werden wir noch einige beachtenswerthe Punkte der Tagesordnung erwähnen. Wir werden die Diskussion kurz zusammenfassen:

Internationale Verbindung. Zwolle hatte den Antrag eingebracht: „die Partei möge sich entscheiden, ob sie durch die Resolutionen der internationalen Kongresse gebunden ist".

Nieuwenhuis erhob Beschwerde gegen den Namen „Proletarier-Armee", welchen Trölstra gebrauchte. „Wir sind keine Armee, die Befehle von oben (vom Kongreß) empfängt, denn wo ist der Kommandant? Wir sind Föderalisten und werden nie Anderen, z. B. Berlin, gehorchen. In anderen Ländern bleibt man auch nicht den Kongreßbeschlüssen getreu; selbst Deutschland that es nicht bei der Maifeier. Und Liebknecht sagte einmal zu Paris: „Nous ne nous soumettons pas!" („Wir unterwerfen uns nicht.")

van Kol betonte das prinzipielle Gewicht dieser Resolution, welche eine Spaltung in die internationale Arbeiterpartei hineintragen wird, wenn wir uns nicht mehr durch die von der Mehrheit angenommenen Beschlüsse gebunden fühlen. Holland darf nie vergessen, daß wir ganz allein machtlos sind gegenüber dem Kapitalismus.

Benninck zeigt auf das Porträt Karl Marx' und die Unterschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Arnhem (van Emmenes) will keine Theilnahme an Kongressen, auf denen man bindende Beschlüsse faßt, und weil Nieuwenhuis erklärt, daß auf internationalen Kongressen keine bindenden Beschlüsse gefaßt werden, zieht Arnhem seinen Antrag, der alle Theilnahme an internationalen Kongressen widerräth, zurück. Zwolle thut dasselbe mit seinem Antrag.

Weiter wurde angenommen, daß der Sekretär des Zentralrathes zugleich internationaler Sekretär sein solle, und es wurde eine Summe von hundert Gulden der Redaktion des „Recht voor Allen" zur Unterstützung fremder Flüchtlinge bewilligt.

Bis jetzt war der „Centrale Raad" (Vorstand der Partei) durch eine Sektion gewählt worden, der der Kongreß diese Aufgabe zutheilte. Manche fanden das autokratisch und wollten, das ganze Land solle im Vorstand vertreten

sein, während ein Ausschuß von drei Personen die täglichen Geschäfte regeln sollte. Aus finanziellen Rücksichten wurde aber mit 52 gegen 51 Stimmen beschlossen, diese Verordnung ungeändert zu lassen, und Amsterdam als Sitz des nächsten Zentralrathes auserwählt.

Der Kongreß nahm dem Zentralrath das Recht, eine durch das Referendum gethane Wahl als stellvertretender Abgeordneter für einen internationalen Kongreß für ungiltig zu erklären. Hiermit hatte der Rath van Kol gedroht, weil dieser die parlamentarische Taktik vertheidigt hatte.

Früher hatte man die Errichtung einer Redner-Gruppe mit dem Zweck, neue Redner zu bilden und eine ausgedehntere Propaganda zu ermöglichen, gefürchtet, da diese Organisation gegenüber der Partei gefährlich werden könnte. Diese Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet, doch aus praktischen Gründen wurde beschlossen, keine solche Gruppe zu gründen.

Wiewohl viele Gegenden und gerade die Zentren der Industrie die Arbeitseinstellung am ersten Mai für unmöglich erachteten, wurde, — da Nieuwenhuis jetzt an den Beschluß des Züricher Kongresses erinnerte — folgende Resolution angenommen:

„Der sozialdemokratische Bund wird sich mit den verschiedenen Gewerkschafts- und anderen Arbeiter-Vereinen in Verbindung setzen, um den ersten Mai durch einen allgemeinen Ruhetag zu feiern."

Weiter wurde beschlossen: Sympathie auszudrücken mit der Bewegung der Arbeitslosen, aber die Riesen-Manifestation im Haag durchaus nicht zu unterstützen; sowie daß man zusammenwirken wolle mit Frauen- und Jünglings-Vereinen. Dies war voriges Jahr durch den Kongreß schon angenommen, aber durch das Referendum (wahrscheinlich in Folge eines Irrthums) verworfen worden.

Der Vorschlag Harlingen, daß „Milizpflichtige zum Protest sich aus ihren Wohnungen gewaltsam schleppen lassen", wurde von der Tagesordnung als unausführbar gestrichen.

Mit 69 gegen 33 Stimmen wurde die Oeffentlichkeit des jährlichen Parteitages aufgehoben; nur Mitglieder der Partei werden fortan zugelassen.

Noch mehrere kleine Sachen wurden besprochen und der Kongreß am 26. Dezember, Abends 4 Uhr, durch den Vorsitzenden geschlossen. In seinem Schlußwort erinnert dieser an die Annahme des Antrages Hoogezand, welcher wohl zur Säuberung der Partei und zum Ausschluß der Parlamentarier führen werde.

Kaum war der Kongreß beendet, so meldete ein Telegramm aus Amsterdam, daß die Polizei eine Manifestation von Arbeitslosen auseinander getrieben habe und zwei Komite-Mitglieder schwer verwundet seien. Eine Sammlung brachte mehr als 32 Gulden auf.

* * *

So war nach heftiger Debatte der dreitägige Parteikongreß beendet. Das Referendum hat noch alle angenommenen Resolutionen gutzuheißen oder abzulehnen. Einen Nutzen hat der Kongreß immerhin gehabt. Durch die Abstimmungen und die Diskussionen ist jetzt Klarheit geschaffen, Alle haben Farbe bekannt, und zwei ungefähr gleich starke Strömungen, die man am ehrlichsten die anarchistische und die sozialdemokratische Strömung nennen kann, stehen nebeneinander oder vielmehr einander gegenüber.

Eine Spaltung wollen die Vertheidiger der parlamentarischen Taktik nicht hervorrufen. Das elende Wahlsystem, das wir jetzt haben, ist ganz zwecklos für

unseren Kampf, aber wenn nächstens ein erweitertes Wahlrecht den Arbeitern Einfluß auf dem politischen Terrain geben dürfte, werden sie — ungeachtet aller Kongreßbeschlüsse — den Stimmzettel gebrauchen oder mißbrauchen. Wenn es gelingt, eine zielbewußte, gut organisirte Arbeitermasse in den Klassenkampf hineinzubringen, wird die politische Waffe mächtig beitragen zur Befreiung des Proletariats. Bleiben wir aber allen praktischen Forderungen abgeneigt und finden die Ideen, Wünsche und Bestrebungen der Arbeiter keinen Widerhall in der sozialistischen Partei, so werden wir nur eine theoretische Sekte bilden, welche viel über Gewalt und Revolution schwätzt, aber nichts thut und in Wirklichkeit die Revolution nur verzögern wird. Dann wird nach einer kränkelnden Existenz unsere Partei zu Grunde gehen, weil das leidende Proletariat Thaten will und nicht lange mit Worten zufrieden ist.

Es wäre zu wünschen, daß die jetzige Mehrheit diese ernste Gefahr bald einsehen lernt, und ganz hoffnungslos scheint uns dies nicht. In allen Ländern, in allen Parteien, auf vielen Kongressen hat man diesen selben Kampf schon durchgemacht. Im Grunde rührt die Meinungsverschiedenheit daher, daß die Einen glauben, je elender die Lage der Arbeiter sei, je größer ihre Armuth, desto näher der Befreiungskampf. Sie verwerfen denn auch jede Gesetzgebung, welche die Lage der Arbeiter verbessern könnte. Wenn sie konsequent wären, müßten ihnen Hungersnoth, Krisen und Epidemien herzlich willkommen sein.

Die Anhänger der parlamentarischen Taktik gehen von der entgegengesetzten Meinung aus. Sie fürchten durchaus nicht, daß durch kleine Verbesserungen die Unzufriedenheit verschwinden, der revolutionäre Geist aussterben wird. Kleine Vortheile im Krieg geben den Kämpfenden mehr Kraft und mehr Zutrauen in ihre Macht. Sie machen uns wehrhafter, energischer und widerstandsfähiger und kommen daher dem Sozialismus zu Gute.

Es ist ein Irrthum, daß das Elend, welches nur zwecklose Revolten hervorzurufen vermag, eine wirkliche Revolution zu Stande bringen könnte. Gewiß, eine scharfe Krisis kann den Funken ins Pulver werfen; aber eine gewaltige Kraft zur radikalen Umwälzung wird sich nicht ansammeln können bei einer im Elend verkommenen und durch Leiden entnervten Masse.

Bei solchen Fragen sind es weniger die Theorien, als die Thatsachen, welche entscheiden. Und was lehren diese uns?

Sind es die elendesten unter den Arbeitern, welche in unsere Reihen eintreten, ist es die tiefste Armuth, welche sich unter der rothen Fahne organisirt? Durchaus nicht! Gerade dort, wo die Arbeiter schon etwas errungen, wo sie schon einige Vortheile erobert haben, gerade dort ist der Sozialismus am stärksten und der Sieg am nächsten.

Und was lehrt uns die Geschichte? Umwälzungen kommen immer gerade dann, wenn die Regierungen anfangen müssen, zu reformiren. Man duldete die schwerste Unterdrückung ohne Klage und fast ohne sie zu fühlen, und griff erst dann zur Gewalt, wenn die Last leichter wurde. Die Uebel sind geringer geworden, aber man fühlt sie tiefer. Die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden nimmt zu, der Haß gegen das Veraltete wird größer, und gerade dann, wenn die Zustände sich etwas besserten, kam immer die Stunde des Kampfes.

Die soziale Frage ist eine Machtfrage. Die politische Aktion ist eine kräftige Waffe, um unsere Macht zu vergrößern, die Macht unserer Feinde zu schwächen. Früher oder später wird man das auch in Holland einsehen, wie eine ernste Erfahrung das die sozialistischen Parteien fast aller Länder schon gelehrt hat.

Was auch geschehen möge, die Minderheit der Sozialisten Hollands wird der Resolution über die parlamentarische Taktik, welche der Kongreß von Zürich fast einstimmig angenommen hat, treu bleiben. Wir werden „ohne jeden Kompromiß, mit rückhaltloser Kundgebung unserer Prinzipien, kämpfen für das revolutionäre Ziel der sozialistischen Bewegung", bis errungen ist der Sieg der internationalen Sozialdemokratie!

Brüssel, 18. Januar 1894.

Aufhebung des Identitäts-Nachweises.

Wenn ein Kaufmann eine Waare in ein Land einführt, die bei der Einfuhr mit Zoll belastet ist, den Zoll bezahlt, später aber dieselbe Waare wieder ausführt, so erhält er den Zoll zurück. Das ist ganz im Sinne des Zollverfahrens, das einen Zoll nur von solchen Waaren erheben will, die im zollgeschützten Lande konsumirt werden, nicht von solchen, welche nur sozusagen „durchreisen" und auf dem Transit irgendwo verweilen. Eine solche Rückvergütung des bezahlten Zolles auf importirtes Getreide, sofern es wieder exportirt wird, findet denn auch in Deutschland statt, sogar für Mehl, welches in Deutschland aus solchem Getreide hergestellt ist. Der deutsche Getreidehandel hat durch die Agrarzölle so schwer gelitten, daß man ihm diese kleine Erleichterung wohl gönnen kann.

Jetzt verlangt man plötzlich, daß für alles aus Deutschland exportirte Getreide dem Exporteur aus der Reichskasse so viel Geld pro Meterzentner gezahlt werden soll, als wenn er dieses Getreide vorher importirt und dabei dieselbe Summe als Zoll gezahlt hätte, auch wenn dies nicht der Fall ist. Die Theorie ist dabei die, daß für jeden Meterzentner, der exportirt wird, ein anderer importirt werden muß, weil Deutschland mehr Getreide konsumirt als produzirt, daß dieses Verfahren also die Reichskasse nicht schädige. Es handelt sich also nicht mehr darum, daß eine fremde Waare eingeführt werde, hier ihre Chance läuft, verkauft zu werden, eventuell auch, wie man sagt, „veredelt" zu werden, vermahlt oder etwa, wie zu bedruckender Kattun, „appretirt", also nicht um eine Maßregel, welche den Handel und die inländische Arbeit verdienstvoll fördert, ohne die Reichskasse zu belasten, sondern es handelt sich um den Export eines inländischen Produkts ins Ausland, dessen Produkt dem Reich jene Summe, die es nun beim Export verlangt, in keiner Weise bezahlt hat. Es ist also eine der Landwirthschaft gewährte Vergünstigung, und als solche ist die Maßregel geboren worden.

Sie ist entstanden als Preis für den Verrath des englischen Grundadels an der Dynastie Stuart im Jahre 1688. Bis dahin war es englische Politik durch die Jahrhunderte gewesen, daß Getreide bei Einfuhr wie bei Ausfuhr Zoll an die Staatskasse zahlen müsse. So war es noch unter Cromwell. Schon Karl II. hatte sich bei der Grundaristokratie als Dank für seine Rückberufung im Jahre 1663 durch die Aufhebung des Ausfuhrzolles auf englisches Getreide, das etwa nach Frankreich oder den Niederlanden ausgeführt wurde, „eingekauft". Als Wilhelm und Marie den letzten Stuart verdrängt hatten, machten sie der Grundaristokratie ihrerseits ein Cadeau, das jenes von Karl II. übertraf: sie gewährten auf jeden Scheffel ausgeführten englischen Getreides eine bestimmte Geldsumme aus der Staatskasse. Dabei blieb der Zoll auf importirtes Getreide bestehen. Die Engländer jener Zeit nannten das Kind, und ein sonderbares

Gesetzeskind war es doch, nun nicht fälschlich „Aufhebung des Identitäts-Nachweises", sondern „Bounty", d. h. Wohlthat, Gnadengeschenk. Eine Gnade, die Wilhelm III. dem mächtigen englischen Grundadel dafür erwies, daß dieser ihm seinen Schwiegervater Jakob II. hatte vom Throne stoßen helfen. Die Aufhebung des Identitäts-Nachweises, oder die Bounty, oder Exportprämie ist also ursprünglich ein Geschenk von Staatsgeld an Getreideproduzenten des eigenen Landes gewesen, welches Geschenk auf Kosten der Staatskasse, d. h. aller Steuerzahler, gemacht wurde, und welches außerdem die Wirkung hatte, auch das nicht exportirte Getreide, das in England konsumirte, theurer zu machen. Diese letztere „Reflexwirkung" war die Hauptsache, welche die dortigen wie die derzeitigen Agrarier erstrebten und welche sie auch erreichten. Hierauf hauptsächlich kommt es den deutschen Agrariern auch an, wenn sie diese „Exportprämie" verlangen. Es ist ein sehr effektvolles Mittel, den Inlandspreis des Getreides in Deutschland zu steigern.

Die englischen Agrarier, welche den Sohn Cromwell's pensionirten und Karl II. als König anerkannten, und ihre Söhne, welche Jakob II. vertrieben und seinen Schwiegersohn Wilhelm III. zum Könige machten, beherrschten das Parlament vollständig und hatten nicht nöthig, darin die Behauptung aufzustellen, daß die Aufhebung der Kornausfuhrzölle durch Karl II. dem Staate keine Einnahme entziehen und die Einführung der Exportprämie durch Wilhelm III. der Staatskasse keine Ausgaben verursachen würde. Sie dekretirten diese Maßregeln einfach. Sie wußten auch, daß der Staat Ersatz für jenen Einnahmeausfall und diese neue Ausgabe erlangen müsse und schufen den Ersatz sehr einfach durch Einführung neuer und Erhöhung alter indirekter Steuern, welche den Konsum der Volksmasse belasteten. Besonders mußte der Tabak bluten. Um das allgemeine Volksgetränk, das Bier, zu treffen, wurde 1703 eine Steuer von 6 Schilling vom Bushel Malz (37 Liter), über 100 Prozent vom Werth, erhoben. Kurz darauf wurde das Pfund Hopfen mit 1 Penny Steuer belastet. Der Branntwein wird sehr stark und der Wein etwas mäßiger herangezogen, weil der doch nicht gerade von der Masse hauptsächlich konsumirt wird. Kaffee, Thee, Zucker werden ebenfalls höher mit Zoll belegt und der Tabakbau in England verboten, damit ja kein Mensch eine Pfeife schlechten und billigen Tabaks rauchen könne.

Herr Miquel wird sich kaum darüber täuschen, daß die einzuführende Korn-Bounty Geld kostet und er hilft sich, als vorsichtiger Mann, bei Zeiten — indem er einfach die Finanzmaßregeln der Minister Karls II. und Wilhelms III. kopirt.

Allein er vergißt, daß jenes System in England sich als undurchführbar erwies! In dem schlechten Erntejahre 1698 mußte die Bounty auf ein Jahr suspendirt werden; 1709 mußte aus demselben Grunde aller Getreide-Export verboten werden; 1727 war das Volk über den Massen-Export von Getreide so empört, daß es die Kornexport-Magazine im Westen Englands plünderte und zerstörte; diese Aufstände dauerten fort und 1738 wurde Jeder wegen Felony (Kapitalverbrechen) bestraft, der dem Getreide-Export in irgend einer Weise Widerstand leistete; 1743 mußte der Export auf ein Jahr verboten werden. Doch das Murren und die Aufstände des Volkes würden nichts genützt haben. Ein anderer Umstand that es:

England hatte, als Wilhelm III. die Bounty einführte, viel mehr Getreide ein- als ausgeführt. Die Bounty stimulirte den Getreidebau und 1750 wurde fast 1 Million Quarters, ca. 2 Millionen Meterzentner Weizen exportirt, eine für die damalige Zeit unerhörte Masse! In den letzten 10 Jahren waren 1 575 000 Pfund Sterling für Bounty bezahlt worden, in einer Zeit, worin

das Jahresbudget von ganz England, Schottland, Wales und Irland nur ca. 5 Millionen Pfund ausmachte! Trotz aller Erhöhung der indirekten Steuern wurde die Ausgabe für Bounties unerträglich und 1753 konnte die Staatskasse sie nicht mehr in baarem Gelde leisten — sie war bankerott! Sie gab den Exporteuren kurzfristige Staatsschuldverschreibungen, Debentures! Die Exportprämie auf Getreide hat etwas bewirkt, was weder Pest noch Krieg bewirkt haben, sie hat den englischen Staat bankerott gemacht. So wurde 1756 durch ein Gesetz die Bounty abgeschafft! Das ist die Geschichte der Aufhebung des Identitäts-Nachweises in England, die zu lesen vielleicht für Abgeordnete unserer Tage lehrreich ist in diesem sozialdemokratischen Blatte, weil sie dieselbe in unseren akademischen sogenannten volkswirthschaftlichen Lehrbüchern nicht finden können; Adolf Wagner's 1889 erschienene englische Steuer- und Zollgeschichte enthält zum Beispiel nichts darüber. —r.

Ein Gewerkschafts-Kongreß in Oesterreich.

Von S. Kaff.

Während in England Gewerkschaften seit vielen Jahrzehnten thätig sind, können die wirthschaftlichen Verbände der deutschen und österreichischen Arbeiter nur auf eine relativ kurze Thätigkeitsdauer zurückblicken. Die Gründe hierfür liegen vor Allem in der ökonomischen und politischen Rückständigkeit Deutschlands und Oesterreichs gegenüber England. Der langsamen Entwicklung in ökonomischer Richtung entspricht in Oesterreich die Entwicklung der politischen Verhältnisse, die ein ungestörtes Dasein sozialwirthschaftlicher Arbeiterorganisationen unmöglich machen. Allein die ökonomischen Vorbedingungen für gewerkschaftliche Organisation waren Ende der sechziger Jahre gegeben und drängten immer heftiger zur Erfüllung. Diese ward etwas erleichtert durch das Koalitionsrecht, welches dem österreichischen Proletariat 1869 gegeben wurde, jedoch in so unvollkommener Weise, daß den staatlichen Verwaltungsorganen Mittel genug blieben, um unbequeme Versuche der Arbeiter zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen durch Strikes niederzudrücken. Dazu kommt die ungünstige Vereinsgesetzgebung und die noch schlimmere Handhabung derselben durch die politischen Behörden, Umstände, welche es zur Genüge erklären, wenn die Gewerkschaften nur langsam sich entwickelten und erst im Jahre 1893 ein Kongreß derselben zusammentreten konnte.

Die Gründung der meisten Fachvereinigungen fällt in die letzten Jahre. Die wenigen Gewerkschaften, welche mit dem Erwachen der politischen Arbeiterbewegung Ende der sechziger Jahre ins Leben traten, gingen theils durch die Krise des Jahres 1873 und die darauf folgende wirthschaftliche Depression, theils durch die ausnahmsgesetzlichen Schläge im Jahre 1884 zu Grunde. Einige ältere Arbeiterverbände überwanden Krise und politische Reaktion nur deshalb, weil sie der politischen Bewegung fernblieben und sich auf das Unterstützungswesen beschränkten.

So lagen die Dinge bis zum Wiedererwachen der Sozialdemokratie, welche auf dem Kongreß zu Hainfeld (Ende 1888) den Parteigenossen „allerorts, besonders aber in den Industriezentren, die Gründung von Gewerkvereinen mit möglichster Heranziehung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter" empfahl.

Zweieinhalb Jahre später konnte der Parteitag die erfreuliche Thatsache konstatiren, daß die auf dem Hainfelder Kongreß gegebene Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen war.

Die Zahl der Organisationen, speziell der gewerkschaftlichen, hatte sich bedeutend vermehrt, der Mitgliederstand der einzelnen Organisationen war allerdings nicht in gleichem Verhältniß gewachsen. Der Referent des zweiten Parteitages, abgehalten zu Wien Ende Juni 1891, über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich schätzte die Anzahl der 1891 vorhandenen Gewerkvereine auf zirka 300, welchen rund 60 000 Mitglieder angehörten. In einer ausführlichen Resolution wurden damals die Stellung und das Verhältniß der politischen Partei zur Gewerkschaftsorganisation, deren Aufbau und Ziele dargelegt. Mit besonderem Nachdruck wurde die Nothwendigkeit der Heranziehung des weiblichen Geschlechts betont.

„Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie vom Jahre 1891 erklärt, daß die Gewerkschaftsorganisation in Rücksicht auf die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse sowohl wie auch in Hinsicht auf die politischen Verhältnisse den Arbeitern in Oesterreich zu empfehlen ist, und empfiehlt daher den Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen.

„Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß die gewerkschaftliche Organisation einerseits erzieherisch und materiell bessernd zu wirken vermag, daß dieselbe, wenn sie im sozialdemokratischen Sinne gehandhabt wird, auf das politische Leben vorzubereiten im Stande ist. Doch erklärt der Parteitag ausdrücklich, daß durch die Gewerkschaftsorganisation die sozialdemokratische Bewegung in keiner Weise hintangesetzt werden darf.

„Die Gewerkschaften sollen sich über ganze Kronländer, womöglich über das ganze Reich erstrecken. Wo das nicht angeht, sind lokale Gewerkschaften zu gründen.

„Alle die Gewerkschaften haben die Verpflichtung, die Bildung eines, das ganze Reich umspannenden Verbandes anzustreben. So lange aber ein solcher Verband nicht gestattet wird, sollen von Zeit zu Zeit auf Delegirtentagen die allen Gewerkschaften gemeinsamen Angelegenheiten berathen werden.

„Jede Gewerkschaft muß die Unterstützung der Arbeitslosen sowohl am Orte, wie auf der Reise, die Ansammlung eines Widerstandsfonds in irgend einer Form, die Arbeitsvermittlung, sowie die Gewährung von Rechtsschutz in ihr Statut aufnehmen. Die einzelnen Gewerkschaften haben alle Angehörigen eines Industriezweiges, also auch die nicht qualifizirten Arbeiter und die in dem betreffenden Produktionszweige beschäftigten Frauenspersonen einzubeziehen. Die Genossen haben die Verpflichtung, ihr ganz besonderes Augenmerk auf die bisher indifferenten Arbeiter zu verwenden, um dieselben für die Gewerkschaftsorganisation und sohin für die Arbeiterbewegung überhaupt zu gewinnen.

„Die in den einzelnen Ländern und Reichen bestehenden Gewerkschaften gleicher Branchen haben unter sich Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, damit den Mitgliedern die an einem Orte des In- oder Auslandes erworbenen Rechte auch an anderen Orten, wo sich eine Gewerkschaft der betreffenden Branchen findet, gewahrt bleiben.

„Vor Allem werden die Gewerkschaften die Abkürzung der Arbeitszeit anzustreben haben, denn diese ist das einzige Mittel, um die noch vorhandene physische Kraft des arbeitenden Volkes zu erhalten. Da die Gewerkschaftsvereine eine klare Einsicht in die Lage des Arbeitsmarktes haben müssen, so ist eine umfassende Lohnstatistik und eine Statistik der Arbeitslosen nothwendig.

„Eine auf vernünftige Grundlage gestellte Gewerkschaftsorganisation wird den Strike in sehr vielen Fällen von vornherein überflüssig machen, weil die Arbeitgeber einer geschlossenen Organisation gegenüber eher zu Verhandlungen und zur Nachgiebigkeit geneigt sein werden; wo aber der Strike unvermeidlich erscheint, sollte er nie ohne vorgängiges Einvernehmen und Zustimmung der Zentralstelle der Organisation oder, so lange eine solche fehlt, der nächstliegenden lokalen Gewerkschaften unternommen werden. Arbeitseinstellungen, die ohne solche Zustimmung unternommen werden, ist die Unterstützung zu versagen.

„Die von den oder durch die Gewerkschaften begründeten Zeitungen sind so bald als möglich obligatorisch für die Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften einzuführen, da die fakultative Abnahme den Bestand der Blätter häufig in Frage stellt.

„Diese Grundzüge einer modernen Gewerkschaftsbewegung empfiehlt der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie 1891 den Genossen bei der ferneren Durchführung des Beschlusses: Allenthalben in Oesterreich Gewerkschaftsvereine zu gründen."

Der bestimmende Einfluß der politischen Partei ist in dieser flüchtig skizzirten Entwicklung nicht zu verkennen und scheint uns für die gewerkschaftliche Bewegung Oesterreichs ganz besonders charakteristisch zu sein. Es geht aus diesem historischen Werdeprozesse mit Deutlichkeit hervor, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich mehr als anderswo der Mauerbrecher für jede Form der Arbeiterbewegung ist, und daß schon aus diesem Grunde ein Gegensatz zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisationsthätigkeit nicht bestehen kann. Die österreichischen Gewerkschaften schwenken nicht wie die englischen ins sozialdemokratische Lager ein; sie befanden sich von allem Anfang an darin. —

Und wieder zweieinhalb Jahre später konnten die Kadres sich zu einer ansehnlichen Organisation zusammenschließen, deren Blößen und Schwächen zwar unleugbar sind, deren erster Schritt jedoch genügende Lebensenergie bekundet und deshalb zu der Erwartung berechtigt, daß das österreichische Proletariat nunmehr die verschiedenen Hemmnisse, die sich seiner gewerkschaftlichen Organisation entgegenstellen, in Zukunft mit größerem Glücke überwinden wird.

Wie sehr die herrschenden Gewalten auch in Oesterreich die wirthschaftlichen Verbände der Arbeiter fürchten, verräth deutlich der vor Kurzem von der Regierung unternommene Versuch, die gewerkschaftliche Bewegung in ein durch Paragraphen wohl eingedämmtes Bett zu leiten. Allein das Unternehmerthum brachte diesem „Experimente" einer k. k. Sozialpolitik großes Mißtrauen entgegen, es hatte vor den offiziellen Fabriksgenossenschaften einen unüberwindlichen Abscheu, da es nicht ohne Grund befürchtete, diese mit dem schwarzgelben Stempel versehenen Arbeiterorganisationen würden früher oder später das gleiche Schicksal erfahren, wie die Zwangsgenossenschaften des Kleingewerbes, die zum Aerger ihrer klerikalfeudalen Schöpfer brauchbare Nebenorganisationen der sozialdemokratischen Fachvereine wurden und als Agitationswerkzeuge manchen Dienst leisten.

Es ist kein geringer Erfolg des österreichischen Proletariats, wenn es durch die bisherige Ausdauer bei seiner schwierigen Organisationsarbeit den herrschenden Mächten die Ueberzeugung beigebracht hat, daß die gewerkschaftliche Bewegung sich weder gewaltsam unterdrücken noch fälschen läßt. Den besten Beweis hiefür liefern die zahlreichen im Laufe der Zeit abgehaltenen Branchenkongresse, lieferte vor allem der von den österreichischen Gewerkschaften während der Weihnachtsfeiertage 1893 abgehaltene Kongreß, dessen Zustandekommen durch das Vorgehen der englischen Trades-Unions beschleunigt wurde, die auf dem Glasgower Kongreß Herbst 1892 beschlossen hatten, mit Umgehung des vorher schon einberufenen Züricher Kongresses für 1893 einen internationalen Gewerkschaftskongreß nach London einzuberufen.

Die klassenbewußten Arbeiter Oesterreichs waren sich klar darüber, daß die Beschickung des von den Trades-Unions projektirten Kongresses ein verhängnißvoller Fehler wäre, unter dessen Folgen die Interessen der gesammten Arbeiterschaft zu leiden hätten. Die österreichischen Gewerkschaften entschieden sich daher für den Züricher Kongreß, durch welchen Beschluß sie ihre Solidarität mit dem

klassenbewußten Proletariat aller Länder unzweideutig dokumentirten. Gerade diese Vorgänge hatten aber die Nothwendigkeit einer Zusammenfassung der Gewerkschaften in einer einheitlichen Organisation gezeigt, und so wurde von den Wiener Vereinen beschlossen, durch Einsetzung einer eigenen Kommission diese Organisation anzubahnen, welchem Beschlusse die Provinzvereine zustimmten. Damit war der erste Schritt zur einheitlichen Zusammenfassung der wirthschaftlichen Organisationen gethan.

Nun galt es, sich über den Stand der österreichischen Gewerkschaften ein Bild zu verschaffen, was mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Immerhin hat das Ergebniß der Untersuchung zur Orientirung sehr viel beigetragen. Es wäre jedoch grundfalsch, die Intensität und Extensität der gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich einzig nach den auf dem Gewerkschaftskongreß vorgebrachten Ziffern zu beurtheilen. Wenn sich daher die kapitalistische Presse durch die ziffernmäßigen Angaben zu einer Unterschätzung der gewerkschaftlichen Bewegung verleiten ließ, so befolgt sie nur eine Vogel-Straußpolitik.

Im Jahre 1888 wurde der „Fachverein der Bäcker Wiens" hauptsächlich wegen Vornahme statistischer Erhebungen behördlich sistirt. In dem bezüglichen Dekrete hieß es bei der Anführung der Gründe, daß „der Verein durch die ausgesendeten Fragebogen sich eine Autorität in einem Zweige der Exekutivgewalt im Sinne des § 20 des Vereinsgesetzes . . . anzumaßen" versucht habe!*

Dieses Vorkommniß zeigt, daß in Oesterreich nun einmal Alles nach einem eigenen Maßstabe bemessen sein will — und daß gewerkschaftliche Statistiken bei uns noch ganz anderen Hindernissen begegnen als anderswo. Die von der Gewerkschaftskommission vorgenommene Untersuchung ergab, daß von 444 693 gewerblichen Arbeitern 31 522 = 7,1 Prozent in der Organisation stehen, welcher Prozentsatz in Wien auf 6,5 Prozent sinkt, während er in der Provinz auf 8,6 Prozent steigt. Außerdem erfahren wir, daß bei 65 Organisationen Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist, welch letztere sich im Jahre 1892 auf 26 760,42 Gulden belief, 105 Organisationen haben Rechtsschutz, 71 Arbeitsvermittlung eingeführt. 60 Vereine, welche ihre Thätigkeit über ganz Oesterreich erstrecken, besitzen 226 Ortsgruppen und Lesezimmer.

Gehen wir nun daran, die wichtigen Beschlüsse des Kongresses zu skizziren.

Es wurde beschlossen, daß die verschiedenen Gewerkschaften sich nach Industriegruppen zusammenthun sollen. Aus diesen Gruppen werden einzelne Personen gewählt, die zusammen die sogenannte Gewerkschaftskommission bilden sollen. Diese Kommission hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

Die Betreibung der Organisation und Agitation in denjenigen Industrien und Gruppen, deren Angehörige theilweise oder noch nicht organisirt sind, mit besonderer Berücksichtigung der Provinz.

Gründung von Widerstandsfonds.

---

* Dieser Paragraph lautet: „Von keinem Vereine dürfen Beschlüsse gefaßt oder Erlässe ausgefertigt werden, welche dem Strafgesetze zuwiderlaufen, oder wodurch nach Inhalt oder Form der Verein in einem Zweige der Gesetzgebung oder Exekutivgewalt sich eine Autorität anmaßt." Daß man schon dadurch, daß man fragt, sich „nach Inhalt oder Form" „eine Autorität anmaßt", das wäre selbst dem verrücktesten Anarchisten nicht eingefallen. Dazu bedurfte es eines österreichischen Polizisten. Indeß ist diese infame Dummheit kein Unikum, dergleichen behördliche Großthaten kann man in unserem tapferen Bruderorgan, der Wiener „Arbeiterzeitung", allwöchentlich zweimal in Dutzenden von Exemplaren angenagelt finden, wenn nicht der Staatsanwalt sie objektivirt und der Oeffentlichkeit entzogen hat.

Die Redaktion.

Die Statuten des Vereines, sowie der Verbände zu einem einheitlichen und praktischen zusammenzustellen.*

Das Unterstützungswesen, als: Rechtsschutz-, Reise-, Herbergs- und Vermittlungswesen 2c. zu zentralisiren durch Errichtung von Arbeiterbörsen.

Die von den einzelnen Vereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen zusammenzustellen, sowie statistische Aufzeichnungen über sämmtliche Strikes zu führen.

Verbände für zusammengehörende Industriegruppen, sowie einen Zentralverband aller Verbände zu bilden.

Veröffentlichung aller die gewerkschaftliche Organisation betreffenden Angelegenheiten durch das Korrespondenzblatt für die Vorstände und Vertrauensleute.

Regelung der Fachpresse.

Einen Gewerkschafts-Kongreß mit Zustimmung der Majorität der Organisationen einzuberufen.

Als Zweck der gewerkschaftlichen Organisation wird die Wahrung der wirthschaftlichen Interessen des Proletariats, das vor gänzlicher Degeneration geschützt werden soll, sowie die Beseitigung der Folgen der kapitalistischen Produktionsweise erklärt. Um dies zu ermöglichen, empfahl der Kongreß die Beobachtung folgender Grundsätze:

1. Um die schönen Worte von Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" zur Thatsache zu machen, um weiters eine allen Theilen schädliche Zersplitterung der Kräfte zu verhindern, organisiren sich die Arbeiter industrieweise zu großen, starken und umfangreichen Organisationen. Die Gründung von kleinen Organisationen für einzelne Branchen ist nur aus taktischen Gründen zu befürworten.

2. Alle verwandten Berufsorganisationen, welche auf Selbständigkeit beruhen, verbinden sich untereinander und bilden Verbände, welche sich über das ganze Reich erstrecken, wodurch sie ihrer Aufgabe bedeutend näher gebracht werden.

3. Die Verbände treten dann wieder in ein Gegenseitigkeitsverhältniß zusammen, demzufolge sie mit der Gewerkschaftskommission verbunden sind.

4. In kleinen Provinzorten vereinigen sich die einzelnen kleineren Berufe zu einer Gewerkschaftsgruppe und theilen sich eventuell in Sektionen.

5. Durch diese Verbindung werden dann die gemeinsamen Aufgaben, wie: Statistik, Arbeitsvermittlung, Reiseunterstützung und Errichtung von Herbergen 2c. 2c. nach Thunlichkeit, mit Berücksichtigung der einzelnen Interessenten, in einer für alle Theile zweckentsprechenden und vortheilhaften Weise durchgeführt.

6. Die Eintheilung der einzelnen Berufe in die Gruppen erfolgt nach eigener Wahl.

7. Die einzelnen Industrie- und Gewerbegruppen-Verbände regeln unter sich alle ihre internen Fachinteressen und sonstigen Angelegenheiten und haben fortwährend mit der Zentrale, der Kommission, in Verbindung zu stehen, sowie derselben von allem Wichtigen Bericht zu erstatten.

8. Diese konstante Verbindung der einzelnen Berufe durch die Kommission hat so lange vor sich zu gehen, bis sich die diversen Verbände gebildet haben.

Auch die Stellung zu Strikes und Boykotts präzisirte der Kongreß durch eine Resolution, die folgende Grundsätze enthält:

1. Jeder Strike — Werkstättenstrikes ausgenommen — müsse an die jeweilige Kronlands-Zentralleitung zur Anmeldung gelangen, welche unverzüglich die Gewerkschaftskommission hiervon zu verständigen hat.

---

* Dieser Passus soll wohl lauten: „Die Statuten der Vereine, sowie der Verbände zur Herstellung eines einheitlichen und praktischen Musterstatuts zusammenzustellen." D. Red.

Strikes, welche weder bei der Gewerkschaftskommission, noch bei der Kronlands-Zentralleitung angemeldet wurden, verlieren, wenn der Ausbruch des Strikes nicht ein unvorhergesehener und durch begründete Umstände bedingter ist, den Anspruch auf Unterstützung.

Wenn gegen den Beschluß der hierüber zu entscheidenden Leitungen die Arbeitseinstellung erfolgt, so begeben sich die in den Strike Tretenden des Anspruches auf Unterstützung. Der Gewerkschaftskommission, sowie den Kronlands-Zentralleitungen steht jedoch das Recht zu, Gelegenheit zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zu geben.

2. Die Unterstützung wird aufgebracht durch die von der Gewerkschaftskommission an sämmtliche Organisationen zur Verausgabung gelangenden Blocks, deren Detailbeträge vom Kongreß bestimmt werden.

Diese Blocks gelangen, sobald eine Arbeitseinstellung durch die Gewerkschaftskommission gutgeheißen wurde, über Auftrag derselben durch das Korrespondenzblatt, oder aber auch, wenn besondere Umstände es nothwendig machen, durch schriftliche Mittheilungen vom Tage des Bekanntgebens bis zur Beendigung des Strikes durch die Vertrauensmänner der Organisationen zur Verausgabung und müssen die hierfür erhaltenen Beträge je nach dem Orte, wo der Strike stattfindet, an die Gewerkschaftskommission oder an die Kronlands-Zentralleitung wöchentlich zur Abfuhr gelangen.

3. Die nach Beendigung des Strikes noch einlaufenden und nicht mehr zur Unterstützung nothwendigen Geldbeträge werden direkt an die Gewerkschaftskommission übersendet und bilden deren Reserve-Widerstandsfonds.

Der erste österreichische Gewerkschaftskongreß gab natürlich der kapitalistischen Presse Anlaß zu allerlei hämischen Glossen; triumphirend wies sie auf die Schwäche der Organisationen hin und mit Eifer bemühte sie sich, bei der Betonung wirthschaftlicher Forderungen einen aufklaffenden Spalt innerhalb der Arbeiterschaft zu erspähen, den Wunsch zum Vater des Gedankens machend.

Der Kongreß konstatirte es aber nicht nur ausdrücklich, sondern dokumentirte es durch seinen ganzen Verlauf, daß die österreichischen Gewerkschaften auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen. Die 270 Vertreter von 301 Gewerkvereinen — darunter 158 Delegirte für 84 Wiener Vereine — konnten deshalb der Presse des Unternehmerthums den mageren Trost, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung nicht gefahrdrohend sei und der Sozialdemokratie nur Abbruch thun werde, ruhig gönnen; wußten sie doch, daß der Zweifel über den Zusammenhang der gewerkschaftlichen mit der politischen Bewegung völlig müßig sei.

Wirthschaftliche Bewegung und politische Partei sind blos Zweige des einen Stammes: Klassenkampf des Proletariats.

Die Zigarrenarbeiter-Löhne 1878 und 1893.

Im Auftrage des Tabakarbeiter-Kongresses ist vor Kurzem eine Broschüre veröffentlicht worden über „Die soziale Lage der Tabakarbeiter Deutschlands". Die kleine, sehr fleißige Arbeit bringt, hauptsächlich in tabellarischer Form, eine Uebersicht der Mittheilungen, welche die Kongreßdelegirten über die ökonomische Lage der Tabakarbeiter ihrer Bezirke dem Kongreß gemacht haben.

Die Zusammenstellung ist freilich eine sehr lückenhafte, weil nicht immer sämmtliche Fragen beantwortet und vielfach ungenügende Antworten gegeben worden sind, — allein was die Beweisfähigkeit dieser statistischen Angaben wesentlich erhöht, ist ihre Uebereinstimmung, ihre Gleichartigkeit. Es ist dies ein Einerlei von Elend und Noth, das in sämmtlichen Berichten zum Ausdruck kommt und sicher ver-

muthen läßt, daß auch durch die noch fehlenden Angaben das Bild kaum verändert worden wäre. Kleine, ungesunde, überfüllte Wohnungen: ein Zimmer oder Zimmer und Küche für eine vielköpfige Familie; unzureichende, abwechslungsarme Kost: Kartoffeln, Kartoffeln und immerfort Kartoffeln, Brot, äußerst selten Fleisch, selbst Speck wird als Delikatesse betrachtet, — und als Grundlage des Ganzen äußerst geringe Löhne bei übermäßiger Arbeitszeit.

Die Tabakindustrie ist eines der gesundheitsschädlichsten Gewerbe. Nikotinvergiftung und Staubeinathmung verursachen eine Anzahl schwerer Erkrankungen, ein allmäliges Siechthum und einen frühzeitigen Tod; dabei gehört das Tabakgewerbe zu denjenigen, in welchen die geringsten Löhne gezahlt werden. Im Durchschnitt verdient eine Tabakarbeiter-Familie, wenn Mann und Frau thätig sind, 14 Mark bis 20 Mark pro Woche, und dies so ziemlich in allen Gegenden des Deutschen Reiches.

Der Grund der niedrigen Löhne ist hier nicht die Maschinenarbeit, vielmehr liegt er in der an sich einfachen Technik dieses Produktionsgebietes. Die komplizirteste Arbeit zum Beispiel bei der Zigarrenproduktion ist die des Rollers, allein auch diese läßt sich, je nach Geschick, in einer oder einigen Wochen soweit erlernen, daß man passable Waare liefern kann. Freilich, eine feine Zigarre erfordert auch eine besondere Handfertigkeit, allein die Masse der fabrizirten Waare ist ja ordinäres Gut.

Die einfache Technik, die weder große Geschicklichkeit, noch große Kraftentwicklung erfordert, macht den Druck der Reservearmee in dieser Branche unverhältnißmäßig stark. Es ist eine vielfach konstatirte Thatsache, daß Alles, was anderwärtig nicht unterkommen kann, Zigarrenarbeiter wird. Dies gilt besonders von der Hausindustrie, da selbst die geringsten Mittel ausreichen, in der Zigarrenindustrie schlecht oder recht einen eigenen Betrieb einzurichten. Aus gleichen Gründen nimmt hier auch die Frauen- und Kinderarbeit überhand, was einen weiteren Druck auf die Löhne ausübt. Andererseits führt die Möglichkeit der Frauen- und Kinderbeschäftigung ebenfalls zu einer Entwicklung der Hausindustrie. Die Ursache dieser Erscheinung liegt theilweise darin, daß die Frau schon von vornherein durch die Kinder ans Haus gebunden ist, die volle Ausnutzung ihrer Arbeitskraft aber vielfach nur dann möglich ist, wenn auch der Mann zu Hause arbeitet, zum Beispiel wenn die Frau Wickel macht und der Mann rollt; dann aber auch, weil die Leute durch eine über alles Maß, bis in die halbe Nacht hinein dauernde angestrengte Arbeit, unter Beihilfe selbst der fünf-, sechsjährigen Kinder, zu einem größeren Wochenverdienst kommen zu können glauben. Die gegenseitige Konkurrenz zwingt aber die Hausindustriellen gar bald, sich eine Reduktion der Akkordsätze gefallen zu lassen, und so gelangen sie schließlich dazu, daß sie, wie es nach den erwähnten Mittheilungen der Kongreßdelegirten jetzt thatsächlich der Fall ist, nunmehr bei achtzehnstündiger Tagesarbeit als Hausindustrielle soviel verdienen, wie der Fabrikarbeiter bei elfstündiger Arbeitszeit. Dadurch, daß sie zu niedrigeren Lohnsätzen arbeiten, drücken aber die Hausindustriellen auch die Löhne der Fabrikarbeiter. Schließlich ein weiterer Grund der Entwicklung der Hausindustrie im Tabakgewerbe ist die Möglichkeit des landwirthschaftlichen Nebenbetriebes. Und auch dies wirkt deprimirend auf die Löhne.

Die Lage der Tabakarbeiter verschlimmert sich fast von Jahr zu Jahr schon seit Dezennien. Einen besonders schroffen Wendepunkt in den Geschicken der Tabakarbeiter bildet aber das Jahr 1879. Dies ist sehr interessant, da ja die Ereignisse des Jahres 1879 sich nunmehr in vielfach erhöhter Potenz zu wiederholen drohen. Nach 1879 haben viele Arbeiterentlassungen stattgefunden und im Zusammenhang damit gewaltige Lohnreduktionen. Trotzdem seitdem der in Folge der 1879er Steuererhöhung eingetretene Konsumrückgang bis auf ein Geringes wieder eingebracht ist,*

* Nach den Berechnungen in Nr. 10 der „Neuen Zeit" S. 296 betrug die Produktions-Verminderung 1890/91 6,2 Prozent gegenüber 1877/78.

trotzdem der absolute Betrag der Produktion sich sogar vermehrt hat,* trotzdem es den Tabakfabrikanten gelang, einen Theil der Steuer am Rohtabakhändler, bezw. Produzenten haften zu lassen** und den größeren Theil auf den Konsumenten überzuwälzen,*** — stehen die Tabakarbeiter-Löhne auch jetzt noch hinter denen des Jahres 1878, also denen, die vor Einführung der Steuer galten, weit zurück. Die Veröffentlichungen des Tabakarbeiter-Kongresses geben uns nun die Möglichkeit, den statistischen Nachweis dieser Thatsache zu liefern.

Die Kongreßbroschüre giebt die Durchschnittslöhne an für das Jahr 1893. Material für die Tabakarbeiter-Löhne vor 1879, speziell im Jahre 1878, geben uns die Berichte der Bezirkskommissionen in der Tabak-Enquete. Stellen wir die Angaben für 1893 denen für 1878 gegenüber, so erhalten wir die weiter unten angeführte Tabelle. Zum besseren Verständniß derselben müssen wir ein paar Worte vorausschicken.

Die Broschüre der Tabakarbeiter giebt die Löhne an für eine große Anzahl einzelner Ortschaften. Die 1878er Bezirkskommissionen theilen nur die Lohnsätze mit, welche in dem ganzen Untersuchungsgebiet der betreffenden Kommission als Norm angenommen werden konnten. Es gab aber in ganz Deutschland, mit Ausnahme Luxemburgs, blos 24 Bezirkskommissionen und zwar: in Preußen 10, in Bayern 2, in Sachsen 1, Württemberg 1, Baden 2, in Hessen, Mecklenburg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Elsaß-Lothringen je 1. Es mußten also, um einen Vergleich zu ermöglichen, die Angaben für 1893, die übrigens, soweit es bei dem lückenhaften Material ging, schon von der Kongreßkommission nach Provinzen, bezw. nach der politischen Eintheilung Deutschlands gruppirt worden waren, zusammengezogen werden. Wir suchten die beiden großen Eintheilungen, die der Tabak-Enquete und jene der Kongreßkommission, einander anzupassen, und gewannen dadurch eine neue administrative politische Gruppirung.

Was nun die Zahlen selbst anbetrifft, so bringen wir Angaben nur für die Zigarrenindustrie, und zwar für die drei wichtigsten beruflichen Spezialisationen derselben: Roller, Wickelmacher und Sortirer. Von der Lage in der Zigarrenindustrie giebt dies zweifellos ein genaues Bild, unsere Ausbeute an vergleichbarem Material in anderen Berufsarten der Tabakindustrie war aber zu gering, um irgendwie verwerthet zu werden.

Die Löhne der Zigarrenarbeiter sind großen Schwankungen unterworfen, je nach der Feinheit der zu liefernden Waare und nach der Geschicklichkeit des Arbeiters. Es ist deshalb richtiger, den Wochenverdienst des Arbeiters zum Vergleich zu nehmen, als die Lohnsätze. Die Bezirkskommissionen geben auch durchwegs nur den Wochenverdienst an (in ein paar Fällen den Tagelohn), während die Kongreßkommission den Wochenverdienst und auch die Akkordsätze zur Darstellung bringt. Wir haben uns auf den Vergleich der Wochenverdienste beschränken müssen.

Die Zahlen der Kongreßkommission sind, wie von derselben speziell hervorgehoben wird, durchweg Durchschnittszahlen. Die Bezirkskommissionen haben manchmal überhaupt nur eine Durchschnittsangabe und vielfach wird auch hier erwähnt, daß es sich um Durchschnittsangaben handelt. Die „Minima" und „Maxima" der Tabelle sind also Durchschnitts-Minima und -Maxima. Daß eine einzelne Durchschnittsangabe nicht genügt, um den Zustand zu bezeichnen, ist selbstverständlich, denn eine solche Durchschnittszahl braucht ja nicht einmal die absolute Majorität der ausgelohnten Arbeiter hinter sich zu haben, die vielmehr durch die Summe der Minder- und Mehrbezahlten gebildet werden kann. Leider waren nicht immer Minimal- und Maximal-Angaben vorhanden.

Wie schon erwähnt, haben wir die einzelnen Angaben der Tabakarbeiter-Broschüre nach Gruppen zusammengefaßt. Wir thaten es auf die Weise, daß wir

* Siehe Nr. 10 der „Neuen Zeit".

** „Neue Zeit" Nr. 11, S. 325.

*** Siehe die Zusammenstellung über den Zigarrenkonsum 1878 und jetzt, „Neue Zeit" Nr. 12, S. 370.

immer als Minimum den geringsten in irgend einer Ortschaft der betreffenden Gegend angegebenen Lohn bezeichneten, und auf gleiche Weise ermittelten wir das Maximum.

Wo von einer Bezirkskommission mehrere Angaben gemacht worden sind für verschiedene einzelne Orte, da theilen wir sämmtliche Angaben mit und stellen, wo es möglich ist, ihnen die jetzigen Zahlen für dieselben Ortschaften gegenüber. Die Angaben der Bezirkskommissionen haben sonst, wie schon erwähnt, eine allgemeine Geltung für die ganze resp. Gegend, allein weil man doch annehmen muß, daß der Verdienst der Tabakarbeiter in den Orten, wo gerade der Sitz der bezüglichen Kommission war, nicht ohne besonderen Einfluß auf die Gestaltung der Durchschnittsangabe sein konnte, so haben wir diese Angaben nicht nur als allgemein giltig für die Provinz bezw. den Staat verwerthet, sondern wir verglichen sie auch im Einzelnen mit den Mittheilungen, die jetzt speziell über diese Ortschaften gemacht worden sind.

Für die Provinz Brandenburg und für das Königreich Bayern standen uns die Mittheilungen von je zwei Bezirkskommissionen zur Verfügung, die beide angeführt und im Endresultat zusammengefaßt sind. (Siehe nebenstehende Tabelle.)

Die Tabelle bringt den vollkommenen statistischen Beweis eines Lohnrückgangs. Dieser Rückgang ist ein allgemeiner. Die geringfügigen Ausnahmen (Burgdamm: Verdienst der Roller; Oldenburg: Minimumverdienst der Sortirer; Sachsen: Minimumverdienst der Roller) dürften sich wohl theilweise aus qualitativen Aenderungen der Arbeit, theilweise aus einem Unterschied in der Preisgliederung, z. B. ob beim Sortirer die Belöhnung der Packer, beim Roller die der Wickelmacher mitgerechnet ist oder nicht, erklären lassen. Im Uebrigen zeigt sich ein Rückgang des Verdienstes in allen Landestheilen und in allen einzelnen Ortschaften. Dieser Rückgang betrifft nicht etwa je eine oder die andere der angeführten Berufsarten, sondern durchweg sämmtliche drei: die Roller wie die Wickelmacher, wie auch die Sortirer, somit so ziemlich die gesammte Zigarrenindustrie. Er besteht weiter nicht etwa darin, daß nur die Minimalsätze oder nur die Maximalsätze ꝛc. sich verringert haben, sondern überall, in allen Rubriken sämmtlicher Zahlenreihen, wo nur das Jahr 1893 dem Jahr 1878 gegenübersteht, ist eine Verminderung des Verdienstes zu konstatiren. Was den quantitativen Betrag des Unterschieds anbetrifft, so ist derselbe sehr bedeutend. Der frühere Durchschnittssatz des Wochenverdienstes ist in einzelnen Fällen zum heutigen Maximalsatz geworden, der Minimalsatz wurde zum Durchschnittssatz, der heutige Maximalsatz ist an manchem Ort geringer als der frühere Durchschnittssatz, ja vielfach erreicht der heutige Maximalsatz nicht einmal die Höhe des früheren Minimalsatzes.

Die Steuererhöhung 1879 war ein schwerer Schlag für die Tabakindustrie. Allein der Tabakfabrikant hat ihn schließlich doch überwunden. Die Gewinnsätze, die jetzt von den Tabakinteressenten als durchschnittlich geltend angegeben werden (10 Prozent der Zigarrenfabrikant und 33⅓ Prozent der Zigarrenhändler), entsprechen genau denjenigen, welche die 1878er Tabakenquete anführt, und da der Umfang der Produktion sich absolut vermehrt hat, so hat sich der Umsatz der älteren Fabriken, denen es gelungen ist, nach 1879 das Feld zu behaupten, wenigstens nicht vermindert. Und auch der Tabakbauer hat es schließlich, wie die Zusammenstellung in Nr. 10, S. 325, der „Neuen Zeit" zeigt, selbst zu einem höheren Rohtabakpreis gebracht, als vor 1879. Nur der Konsument und noch mehr der Zigarrenarbeiter leiden bis auf diesen Tag unter der Wirkung der 1879er Schröpfung. Die ausgleichende Gerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die darin besteht, den Arbeiter zu belasten und den Kapitalisten zu entlasten, kam also hier in vollem Maße zur Geltung.

Diesmal, Anno 1894, ist es außer dem Konsumenten wieder hauptsächlich der Tabakarbeiter, der unter der Tabaksteuer leiden würde, nunmehr freilich in einem noch um das Vielfache erhöhten Grade, weil es sich um eine viel größere finanzielle Schröpfung handelt.

Wochenverdienst der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter.

Ortschaft	Im Jahre	Roller			Wickelmacher			Sortirer		
		Minimum	Maxim.	Durchschnitt	Minimum	Maxim.	Durchschnitt	Minimum	Maxim.	Durchschnitt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Berlin	1878	12	21	—	6	12	—	10	24	—
"	1893	—	—	15	—	—	9	13	20	—
Schwedt a. O.	1878	12	18	—	6	7,20	—	—	—	—
Pr. Brandenburg	1878	12	21	—	6	12	—	10	24	—
"	1893	8	16	—	4	10	—	9	20	—
Pr. Schlesien	1878	10	20	—	6	12	—	—	—	—
"	1893	7	13	—	4	8	—	—	—	—
Pr. Westfalen	1878	10	24	15	5	6	—	15	30	—
"	1893	8	16	—	4	8	5–6*	12	19	—
Hemelingen, Lüneburg, Celle, Münden	1878	—	—	15	—	—	—	—	—	—
Celle, Münden	1893	10	13	—	—	—	—	—	—	—
Burgdamm	1878	—	—	9	—	—	—	—	—	—
"	1893	—	—	14	—	—	—	—	—	—
Osnabrück	1878	—	—	13,50	—	—	—	—	—	—
"	1893	12	—	—	—	—	—	—	—	—
Pr. Hannover	1878	9	15	—	—	—	7,50	—	—	19
"	1893	9	15	—	4	10	6*	13	16,50	—
Nürnberg	1878	—	—	—	7	8	—	—	—	—
"	1893	—	—	—	6	8	—	—	—	—
Ludwigshafen	1878	—	—	—	3	12	—	—	—	—
Bayern	1878	—	25	15	3	12	—	10,80	15	—
"	1893	8	15	—	3,50	8	—	8	18	10*
Bremen	1878	—	—	16,50	11	12	11,67	—	—	19
"	1893	12	13	—	9	11	—	15	16	—
Braunschweig	1878	12	18	—	—	—	—	—	—	—
"	1893	—	—	12	—	—	—	—	—	—
Oldenburg	1878	15	20	—	6	9	—	6	18	—
"	1893	—	—	12	6	10	—	14	19	—
Mecklenburg-Schwerin	1878	15	25	—	—	—	—	—	—	—
"	1893	11	14	—	—	—	—	—	—	—
Hessen	1878	12	18	—	10	15	—	12	18	—
"	1893	9	12	—	4	6	—	12	14	—
Leipzig und Dresden	1878	10	20	—	5	12	—	14	27	
Dresden	1893	—	—	18	—	—	10	—	—	20
Leipzig	1893	9	10	—	—	—	—	—	—	—
In den Kleinstädten	1878	6,25	20	—	5	18	—	—	—	—
	1893	9	13	—	4,25	7	—	—	—	—
Sachsen	1878	6,25	20	—	5	18	—	—	—	—
"	1893	9	18	—	4,25	12	—	—	—	—
Thüringen	1878		20	—	—	—	10	—	—	—
"	1893	—	14	—	4	9	—	—	—	—
Hamburg	1878	—	—	—	—	—	—	20	35	—
"	1873	—	—	—	—	—	—	18	19	—

* Am häufigsten.

Nach den bis jetzt unwiderlegt gebliebenen Berechnungen in Nr. 10 der „Neuen Zeit“ ist als Folge der Einführung der Miquel'schen Fabrikatsteuer sicher eine unmittelbare Produktionsverminderung von 25 Prozent anzunehmen. Es würden also 30 000 bis 40 000 Arbeiter aufs Pflaster geworfen werden; dies macht, wenn man das Verhältniß der erwerbsthätigen zur Gesammtbevölkerung, entsprechend den Resultaten der Zählung von 1882, gleich 1 : 2,5 setzt, eine Volksmasse von 75 000 bis 90 000 Köpfen!*

Eine solche ungeheure und plötzliche Vermehrung der Reserve-Armee in der Tabakbranche muß aber unbedingt einen gewaltigen Druck auf die Löhne der Tabakarbeiter ausüben. Wird die Fabrikatsteuer eingeführt, so haben dieselbe vor Allem die Tabakarbeiter aus ihrem knappen Verdienst zu bezahlen.

Mit Recht hat Molkenbuhr im Reichstag hervorgehoben, die Löhne der Tabakarbeiter seien so gering, daß sie eigentlich nicht weiter reduzirt werden könnten. Dies ist vollkommen richtig — vom humanitären Standpunkte aus. Es ist aber ein großer Irrthum, anzunehmen, auch die Fabrikanten seien dieser Ueberzeugung und agitirten deshalb so sehr gegen die Steuererhöhung, weil sie nicht mehr darauf rechnen könnten, die Steuer auf ihre Arbeiter überzuwälzen. Im Gegentheil, die ganze geheuchelte Arbeiterfreundlichkeit der Herren Fabrikanten, die plötzlich so üppig in die Halme schießt, ist darauf berechnet, gleich nach Einführung der Fabrikatsteuer die Löhne zu reduziren. Dann wird es heißen: „Wir können nicht weiter schaffen. Wir stehen vor einem gänzlichen Ruin. Nur um euch, unsere lieben Arbeiter, nicht brotlos zu machen, wollen wir weiter produziren bei so und so viel Lohnreduktion.“ Und ein noch größerer Irrthum wäre es, anzunehmen, diese erneute Lohnreduktion sei ökonomisch unmöglich. Sind denn die Löhne der Tabakarbeiter nicht auch jetzt schon so gering, daß sie kein menschenwürdiges Dasein, nicht einmal eine gesunde menschliche Existenz mehr erlauben? Sie sind also auch jetzt schon so gering, daß sie eigentlich von vornherein, vom humanitären Standpunkt aus, als unmöglich erklärt werden müßten. Und trotzdem die Tabakarbeiter-Löhne so gering sind, giebt es in der kapitalistischen Gesellschaft doch noch geringere Löhne. Der Wochenverdienst einer Tabakarbeiter-Familie ist nach den Aufstellungen der Kongreßkommission im Durchschnitt 14—20 Mark, der durchschnittliche Wochenverdienst einer sächsischen Handweber-Familie ist 10 Mark! Aber innerhalb der Tabakbranche selbst zeigt die Lage der Hausindustriellen (worüber nachzulesen in der Tabakarbeiter-Broschüre), daß es leider keine Grenzen der Ausbeutung der Arbeiterschaft durch den Kapitalisten giebt.

Es handelt sich also bei der Miquel'schen Tabaksteuer nicht nur darum, daß so und so viele Tausende Arbeiter beschäftigungslos, folglich brotlos werden, sondern auch darum, daß die gesammte Tabakarbeiterklasse, d. i. eine Bevölkerung von 300 000 bis 400 000 Köpfen, zu völligem Verkommen verurtheilt wird.

Es ist deshalb eine sehr erfreuliche Thatsache, daß unter der Einwirkung der neuen Steuerpläne auch unter den Tabakarbeitern sich eine rege Agitation entwickelt. Der Tabakarbeiter-Kongreß wie auch die eben besprochene Broschüre legen u. A. Zeugniß dafür ab. Um in dem bevorstehenden Kampf den Fabrikanten widerstehen zu können, bedarf es einer kräftigen Organisation der Arbeiter. Auf dem Berliner Tabakarbeiter-Kongreß waren, wie die Kongreßbroschüre angiebt, 94 371 Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, davon waren aber nur 12 640, also etwa ein Fünftel, organisirt. Es ist also in dieser Beziehung noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten.

Auf jeden Fall ist zweifellos, wenn die Fabrikatsteuer eingeführt wird, die Situation der Tabakarbeiter eine äußerst schwierige. Es wird ihnen so recht deutlich ad oculos geführt werden, daß in der kapitalistischen Gesellschaft für die Arbeiter

* Es genügt u. A. nur diese einfache Rechnung anzustellen, um dem Minister Posadowsky, der sich bekanntlich im Reichstag auf die Berechnungen der „Neuen Zeit“ berufen hat, die ganze — Leichtherzigkeit seiner Bezugnahme aufzuweisen.

nicht nur kein Heil gewachsen ist, sondern daß es ihnen sogar ungemein schwer fällt, sich einer gänzlichen Vernichtung ihrer Existenz zu erwehren. Die soziale Revolution ist für das Proletariat nicht nur die Erfüllung eines Ideals, die Herbeiführung erwünschter gesellschaftlicher Zustände, sondern eine eherne Nothwendigkeit, soll es nicht völlig verkümmern und verkrüppeln. In dieser Beziehung kann also die Sozialdemokratie Herrn Miquel dankbar sein, denn er lehrt die Arbeiter die Bedeutung der Worte: „Organisation" und „Revolution", dieser zwei Grundpfeiler der sozialen Bewegung.

Feuilleton.

Herwegh und die Pariser deutsche Legion.

II.

Schon bei Ankunft Herwegh's in Straßburg und dem fast gleichzeitigen Eintreffen der ersten Kolonne, die zu ihrem Marsch 17 bis 18 Tage gebraucht hatte, hatte sich die Physiognomie von ganz Deutschland mit Ausnahme einiger Städte Badens auf eine Weise geändert, die wohl außerhalb der Berechnung Aller, selbst der Einsichtigsten, lag. Denn wem konnte es nur in den Sinn kommen, daß nach dem Sturm der Märztage in Wien und Berlin fast überall so bald eine völlige Windstille eintreten würde?

Herwegh, der diese traurigen Veränderungen, die ein augenblickliches Einschreiten in Deutschland unmöglich zu machen schienen, schon in Straßburg beobachtete, wollte auf etliche Tage nach Frankfurt reisen, um dort das Terrain zu rekognosziren und darnach den politischen Plan für die beabsichtigte Aktion zu entwerfen, die, wie aus der Proklamation ersichtlich, unter Umständen in einem bloßen Freischaarenzuge nach Schleswig-Holstein ausgelaufen wäre. Da erfuhr er, daß die badische Regierung Befehl ertheilt habe, ihn, falls er ihr Gebiet betreten sollte, unverzüglich zu verhaften. Somit war ihm auch dieser Weg des unmittelbaren Wirkens abgeschnitten und blieb ihm nur übrig, sich durch einen geeigneten Emissär mit den Anführern der badischen Republikaner in direkten Verkehr zu setzen.

Er übertrug diese Mission seiner Gattin, einer Berlinerin, Tochter eines Großhändlers, die er Anfangs der vierziger Jahre bei seinem damaligen Triumphzuge durch Deutschland kennen gelernt und geheirathet hatte. Frau Herwegh reiste unverzüglich nach Mannheim ab, um vor Allem den Aufenthalt Hecker's ausfindig zu machen. Von einem Freunde erfuhr sie, daß derselbe nach Konstanz abgereist sei und daß im badischen Seekreise sich etwas vorbereite, das in den nächsten Tagen zur Entscheidung kommen müsse. Infolge dieser Auskunft fuhr Frau Herwegh am 14. April Morgens nach Basel, wo sie alsbald erfuhr, Hecker habe am 13. April in Konstanz die Republik proklamirt, die monarchische Regierung des Seekreises ab- und eine neue provisorische unter Präsidentschaft des bisherigen Regierungsdirektors Peter eingesetzt. Auf diese Kunde hin fuhr Frau Herwegh noch an demselben Abend mit der Post nach Schaffhausen und von dort nach Engen, wo Hecker mit seiner 600 Mann starken Volkswehr eben im Abmarsch nach Donaueschingen begriffen war. Sie theilte ihm mit, daß der größte Theil der Pariser deutschen Legion in Straßburg versammelt sei, daß die noch fehlenden Kolonnen in den nächsten Tagen eintreffen müßten, und daß Alle vor Ungeduld brennten,

die Grenze zu überschreiten und sich ihren deutschen Brüdern anzuschließen. Herwegh habe die größte Mühe, sie von einem Handstreich zurückzuhalten und ihnen begreiflich zu machen, daß ihr nächstes Ziel die Vereinigung mit der Hecker'schen Streitmacht und daß jedes isolirte Vorgehen ein Verrath an der Volkssache sei. Hecker möge daher Ort, Tag und Stunde des Zusammentreffens bestimmen. Dies erklärte Hecker für unmöglich und verwies Frau Herwegh an Weishaar in Lottstetten und an den noch in der Schweiz befindlichen Johann Philipp Becker, die mit ihren Schaaren sich vereinigen und Herwegh den Rheinübergang möglich machen sollten. Wo der am leichtesten auszuführen sei, würden jene dann schon bestimmen und Herwegh die nöthigen Depeschen zukommen lassen. Hecker erkundigte sich dann noch nach der — wie sich von selbst versteht, sehr mangelhaften — Bewaffnung der deutschen Legion und zog hierauf mit seinem Korps Donaueschingen zu, während Frau Herwegh zunächst nach Lottstetten fuhr. Das Endresultat ihrer Mission war die insbesondere von Johann Philipp Becker ihr ertheilte Zusage, daß nach Vereinigung der noch in Bildung begriffenen bezw. anmarschirenden Korps Herwegh genaue Weisungen bezüglich des Rheinübergangs erhalten solle.

Mit diesem Bescheid trat Frau Herwegh ihre Rückreise nach Straßburg an. Dort waren inzwischen zwei Abgesandte des vom Frankfurter Vorparlament eingesetzten Fünfziger-Ausschusses, ein Herr Spatz aus Frankenthal und — der eben amnestirte Jakob Venedey, eingetroffen und hatten Herwegh ersucht, die deutsche Legion von dem bewaffneten Einfall in Deutschland abzuhalten; Allen, welche diese Mahnung beherzigen und sich bereit erklären, friedlich in ihre Heimath zurückzukehren oder nach Schleswig-Holstein zu ziehen, werde freies Geleit, Marschrouten und Amnestie für alle seither begangenen politischen Vergehen zugesichert. Der Fünfziger-Ausschuß, der mit diesem Amnestie-Versprechen eine Machtbefugniß usurpirt hatte, deren Behauptung, wenn es darauf angekommen wäre, überaus zweifelhaft war, hatte indeß nicht verhindern können, daß der badische Staatsminister Herr von Beck dem von ihm in Ausführung jenes Beschlusses erlassenen Dekret die einschränkende Klausel hinzugefügt hatte: „Nur die signalisirten Anstifter und Anführer können zur Durchreise nicht eingeladen werden und es ist, wenn sie sonst betreten werden, nach Vorschrift der Gesetze das Strafverfahren gegen sie einzuleiten." Es versteht sich von selbst, daß die Liebeswerbung des Fünfziger-Ausschusses bei den Arbeitern, aus denen die deutsche Legion zusammengesetzt war, kein Gehör fand.

Kaum waren die Herren Spatz und Venedey gegangen, als eine zweite Deputation sich anmeldete, zusammengesetzt aus Karlsruher Bürgern und Bankiers und eingeführt durch den Abgeordneten Zittel aus Karlsruhe. Sie boten jedem einzelnen Legionär, der sich zur unbewaffneten Rückkehr in seinen Heimathsort verstehen wollte, das dazu erforderliche Reisegeld an. Etwa zwanzig gingen auch wirklich darauf ein, die Uebrigen wiesen das Anerbieten zurück. Doch ließen die Herren eine beträchtliche Summe in Straßburg zurück für alle Diejenigen, die, später durch Entbehrungen mürbe gemacht, nachträglich auf den Köder anzubeißen Lust verspüren sollten.

Denn die Herwegh zur Verfügung stehenden Mittel wurden täglich schmäler, die verheißenen Depeschen der Hecker'schen Korps blieben aus, die Gastfreundschaft der Straßburger Behörde ging stark auf die Neige, man machte der Legion ihre Unthätigkeit zum Vorwurf, und gleichzeitig ging die Nachricht durch die Zeitungen, Lamartine habe auf Auflösung der Legion gedrungen. Daß Lamartine solchen Befehl in Bereitschaft hatte, stellte später sich als wahr heraus,

doch wurde derselbe trotz seines früheren Datums nicht eher veröffentlicht, als bis er gegenstandslos geworden und das Unternehmen gescheitert war. Wäre es geglückt, und mit Hilfe der deutschen Legion die Republik in Baden proklamirt worden, so würde Lamartine vielleicht ein anderes Papier zum Vorschein gebracht haben.

In dieser Zeit hatte Herwegh große Mühe, die Ungeduld seiner Leute zu zügeln. Er trat unter sie und stellte ihnen wiederum vor, was er schon häufig gethan hatte, daß es auf ein bloßes Sichschlagen nicht nur nicht ankomme, sondern daß er dagegen protestiren müsse und ein Fall eintreten könne, wo der Legion nichts übrig bleibe, als sich aufzulösen. Als man Paris verlassen habe, standen die Sachen in ganz Deutschland so, daß man glauben mußte, es bedürfe nur eines kleinen Anstoßes, um die Revolution zum vollen Ausbruch zu bringen. Jetzt sei die einzige übrig gebliebene Hoffnung die Insurrektion im badischen Seekreis; schreite diese vorwärts und könne die Legion sich ihr anschließen, dann sei es Zeit, zu marschiren; scheitere sie, dann bleibe auch der Legion keine Wahl, da die Mittel zu Ende gingen und die Straßburger Behörde schwerlich geneigt sein würde, die Legion noch länger zu beköstigen.

Um Erkundigung einzuziehen, woran es liege, daß Hecker nichts von sich hören lasse, wurde abermals Frau Emma Herwegh auf die Reise geschickt. Sie fuhr über Freiburg, wo sie von der Polizei auf Schritt und Tritt beobachtet wurde, nach Mühlheim, und von dort bei dem tüchtigsten Regenwetter, die noch beschneiten Gebirgspfade entlang, zu Fuß, zu Esel, zu Pferd, auf einem kleinen, offenen Bretterwagen, kurz auf alle mögliche Art, über Zell nach Kandern, wo sie in der Nacht zum Gründonnerstag, 20. April, dem Tage des verhängnißvollen Gefechts, welches die Auflösung der Hecker'schen Schaar zur Folge hatte, eintraf.

Hier erhielt sie nun endlich durch einen Stabsoffizier, an den Hecker sie verwies, Aufklärung über dessen ihr unbegreifliches Verhalten. „Sie müssen Hecker nicht mißverstehen, Frau Herwegh", sagte der Offizier. „Er wünscht nichts sehnlicher, als daß Sie alle so schnell als möglich kommen, aber er ist in einer fatalen Lage. Bis jetzt hofft er noch, das badische Militär für sich zu gewinnen; gelingt ihm das, dann ist in Baden Alles erreicht und das übrige Süddeutschland folgt nach. Sie wissen, wie unpopulär Ihre Sache, Dank der vielen lügenhaften Zeitungsberichte, hier geworden ist, daß die deutschen Arbeiter aus Paris überall als fremde Eindringlinge betrachtet werden. So abgeschmackt diese Gerüchte sind, sind sie dennoch ins Volk gedrungen, und ein einziger öffentlicher Aufruf an Sie würde jetzt, wo die Soldaten noch nicht auf unserer Seite sind, genügen, unser ganzes Unternehmen scheitern zu machen."

Schließlich wurde zwischen Frau Herwegh und drei Hecker'schen Stabsoffizieren vereinbart, die deutsche Legion solle sich marschfertig machen, um bis Samstag den 22. April früh in Banzenheim im Elsaß eintreffen zu können. Gehe es der Hecker'schen Schaar bis dahin gut, so stehe diese mit den Freiburger Turnern am diesseitigen Rheinufer zum Empfange der Legion bereit, und Alle zusammen würden in Freiburg einziehen. Gehe es schlecht, so werde Herwegh Depeschen erhalten, die ihm genau den Ort bezeichneten, wo er in kürzester Frist erwartet werde.

Nach dieser Abmachung hielt es Frau Herwegh keinen Augenblick länger in Kandern zurück, und gegen zwei Uhr Morgens fuhr sie in Begleitung eines für gut herzoglich gehaltenen Freiburgers, der von dem ersten, die badischen Vorposten befehligenden Landsmann, einem Freiburger Offizier, einen schriftlichen

Passierschein auswirkte, um auch an den übrigen Posten ungehindert vorüberfahren zu dürfen, nach Freiburg, und von dort mit der Bahn nach Straßburg zurück. Auf der Fahrt nach Freiburg sprengte ein Regiment nach dem anderen, hessische Dragoner in ihren weißen Mänteln, Artillerie mit ihren Geschützen, dann wieder Kavallerie, an ihrem Wagen vorbei, und unausgesetzt kam neue Verstärkung, die Eisenbahn ruhte während der ganzen Nacht nicht.

In Straßburg wurde die Nachricht des endlichen Abmarsches von der Legion mit Jubel aufgenommen. Sofort wurden an Stelle der bisher nur provisorisch ernannten Führer die definitiven Befehlshaber erwählt. Ein Herr Börnstein, der früher den polnischen Feldzug mitgemacht hatte, wurde zum General, Herr v. Corvin zum Chef des Generalstabes, Herr v. Löwenfels zum Chef des ersten Regiments, die Herren v. Bornstedt, Delaporte, Schimmelpenning, Muschacke zu Bataillonschefs ernannt. Am Morgen des 22. April, noch vor Sonnenaufgang, fuhr die Legion auf einem von der Behörde bewilligten Extrazug Banzenheim zu. Sie war damals gegen 800 Mann, wenige Tage später bei Niederdossenbach nur noch 650 Mann stark.

Wenige Stunden vor dem Abmarsch von Straßburg hatte Herwegh vom Oberst Sigel folgende Depesche erhalten: „Kommen Sie so schnell als möglich nach Todtnau, dort stehe ich mit 3000 Mann und erwarte Sie. Sobald unsere Legionen vereinigt sind, schließen wir uns dem Hecker'schen Korps an und ziehen zusammen vor Freiburg. — Waffen und Munition finden Sie bei uns." In Banzenheim angekommen, war Herwegh's erste Frage nach eingegangenen Depeschen, aber es war keine da. So verging der ganze Tag in vergeblichem Warten. Alles, was man der Legion mittheilen konnte, war, daß die deutschen Truppen, von der Ankunft der Legion in Banzenheim unterrichtet, am jenseitigen Rheinufer bei Neuenburg, gegenüber von Chalampe, sich in großen Massen zusammengezogen hätten und den Einfall dort erwarteten. Um die deutsche Heerführung in diesem Irrthum zu bestärken und der Legion durch die Zusammenziehung aller feindlichen Kräfte auf diesem einen Punkte den Uebergang an den übrigen frei zu machen, ordnete Corvin noch in selbiger Nacht einen Scheinangriff von der zwischen Chalampe und Neuenburg gelegenen Insel an. Diese Kriegslist glückte. (Schluß folgt.)

Briefkasten.

U. A., Hamburg. Eine zusammenfassende Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft oder, wie man gewöhnlich sagt, eine Kulturgeschichte, vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus, besteht noch nicht. Wir sind aber in der angenehmen Lage, Ihnen mittheilen zu können, daß der Verlag von J. H. W. Dietz die Herausgabe einer solchen Geschichte seit lange vorbereitet. Noch vor dieser Geschichte wird jedoch eine „Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung" im gleichen Verlag erscheinen, die auf vier Bände berechnet ist. Der erste Band soll den Zeitraum bis zur französischen Revolution, der zweite Band den vom Ausgang der großen Revolution bis zum Jahre 1848 und seinen Ausläufern umfassen. Der dritte Band bringt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis heute, der vierte die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung vom Anfang der sechziger Jahre bis heute außerhalb Deutschlands. Jeder Band wird ein Ganzes für sich bilden. Der erste Band, herausgegeben von Bernstein und Kautsky, erscheint noch im Laufe dieses Jahres, ebenso der dritte Band, verfaßt von F. Mehring.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 19. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Ein Volksfest der Volksseele.

↗ Berlin, 31. Januar 1894.

Früher, als vor acht Tagen gemeldet wurde, hat der ehemalige Reichskanzler seinen Besuch am Kaiserhofe abgestattet, und das „weltgeschichtliche Ereigniß", wie der Moniteur von Friedrichsruh in bekannter Bescheidenheit sagt, liegt heute schon um fünf Tage hinter uns. Die Bureaukraten und Höflinge, die Junker und Pfaffen, die Bankiers und Börsenwölfe, die Ordens- und Stellenjäger, die patriotischen Spießbürger und die antisemitischen Volkserretter, dazu allerlei anderes Gemenschel von Hurrahschreiern sind denn auch mit anerkennenswerther Pünktlichkeit dem erwarteten Paroxysmus verfallen. Eine Schaar edelster teutscher Frauen konnte nur mit Mühe abgehalten werden, den Wagen, worin Bismarck saß, in die Stadt zu ziehen, und die Organe der gebildeten Bourgeoisie erklären Jeden für beseligt, der nach stundenlangem Harren im eisigen Winterwinde einen Zipfel vom Mantel des Gefeierten im schnellen Vorüberfahren gesehen habe.

Jedoch macht sich unter diesen Ausbrüchen einer altbekannten Narrheit, vielleicht gerade deshalb, weil sie das gewohnte Maß fast noch überschreiten, hier und da ein schüchterner Anfang besserer Erkenntniß bemerkbar. Die „Kölnische Volkszeitung" veröffentlicht einen Brief aus Berlin, der sehr richtig bemerkt, der ganze Spektakel habe sich doch eigentlich auf den Straßenzug vom Lehrter Bahnhofe bis zum Schlosse beschränkt, und selbst diese für die hiesigen Bevölkerungsverhältnisse nicht allzu lange Kulisse sei nicht übermäßig besetzt gewesen. Sonst habe sich kein Mensch in Berlin um die ganze Geschichte gekümmert, und namentlich in den Arbeitervierteln sei von diesem „patriotischen Festtage" so wenig zu spüren gewesen, wie von irgend einem anderen „patriotischen Festtage" dort etwas gespürt zu werden pflege. Das ist recht gut beobachtet. Die „Volksfeste" von Berlin, über die der Telegraph spaltenlange Berichte an die einheimische und ausländische Presse übermittelt, sind die Scherze einer winzigen Minderheit. Es ist, um Lassalle's Worte zu gebrauchen, immer dieselbe lächerlich kleine Handvoll Menschen, die den Schein einer wunder wie großen Anzahl erregen, die nur an sich denken, nur von sich sprechen, die sich dünken die Welt zu sein, und indem sie allein über alle Zeitungen und alle Fabrikanstalten der öffentlichen Meinung verfügen, wahrhaftig sogar alle Anderen dahin bringen, es zu glauben und sich einreden zu lassen, daß sie die Welt sind. Treitschke schreibt einmal: „Der Jude besitzt

bekanntlich die räthselhafte Gabe, sich zu vervielfältigen; wer in einer engen Gasse zwanzig Juden vor der Thüre stehen sieht, schwört darauf, es müßten ihrer hundert sein." Der antisemitisch-preußische Historiograph verwechselt dabei den Juden mit seiner geliebten Bourgeoisie überhaupt, was ihm „bekanntlich" oft passirt. Bei der Bourgeoisie ist die Gabe der Vervielfältigung aber keineswegs räthselhaft, sondern sie gehört zu dem Humbug, womit die bürgerliche Klassenherrschaft aufrecht erhalten werden soll. Und gerade die Judenfresser haben bei dem Empfange Bismarck's diese Gabe so herrlich entfaltet, daß Treitschke gewiß darauf schwört, die Bevölkerung von Berlin habe dem Hausmeier a. D. einen festlichen Empfang bereitet.

Beachtenswerth ist in diesem Zusammenhange auch ein Aufsatz der „Grenzboten" über die „Selbsttäuschung der Herrschenden". Der Verfasser kann sich noch nicht auf den neuesten Bismarck-Rummel beziehen und vielleicht würde er es nach seinen sonstigen Gesinnungen auch nicht einmal thun; um so mehr sitzen seine ganz vortrefflichen Bemerkungen darüber, in welchem kolossalen Umfange sich die herrschenden Klassen über den wirklichen Hergang der Dinge in der geschichtlichen Entwicklung täuschen, diesem Spektakelstücke wie angegossen. Es ist durchaus richtig, daß Alles, was die gesammte Bourgeoispresse oder, wie der Mitarbeiter der „Grenzboten" sich ausdrückt, die „Millionärspresse" über öffentliche Dinge schreibt, auf bewußte oder unbewußte Täuschung ihrer Leser hinausläuft, und nicht minder richtig ist, daß die im engeren Sinn regierende Klasse, die Bureaukratie und der Heerbefehl, mehr und mehr die Fühlung mit den geschichtlichen Thatsachen verloren hat. Die „Grenzboten" irren nur darin, daß sie von ihrem bürgerlichen Standpunkte hoffen, neue Ziele und neue Wege entdecken zu können. Die herrschenden Klassen schlagen ja nicht in verstockter Verblendung einen Pflock in den Boden und sagen: Hier bleiben wir stehen, mag sich auch das ganze Erdreich fortbewegen. Sie wollen sich auch vorwärts bewegen, und in ihrer Art thun sie es auch; ihr Unglück ist nur, daß ihr beschränkter Klassenhorizont ihnen nicht gestattet, den wirklichen Kurs der historischen Triebkräfte zu erkennen. Und wer, wie die „Grenzboten", einige Spannen weiter sieht als die bürgerliche Masse, aber dennoch nicht von der bürgerlichen Scholle herunter will, der muß schließlich trotz allen Wehklagens mit. Hier heißt es einfach: Mitgefangen, mitgehangen!

Wie sehr gerade die bürgerliche Mittelklasse in Deutschland jeden sicheren Kompaß verloren hat, wie sehr ihr jene einfache Empfindung für Schicklichkeit und Takt abhanden gekommen ist, die sie in ihrer eigenen besseren Vergangenheit als ihr besonders eigenthümlich beanspruchte, das zeigen gerade die langathmigen Kommentare, in denen sich die bürgerlichen Blätter noch immer über die Bismarck-Episode ergehen. Der Standpunkt des, wie man ehedem zu sagen pflegte, bürgerlichen Schicklichkeits- und Taktgefühls ist bezeichnender Weise in Deutschland allein von der sozialdemokratischen Presse, im Auslande namentlich noch von den großen Organen der englischen Bourgeoisie vertreten worden. Bismarck hatte seit seiner Entlassung einen giftigen und hämischen Krieg keineswegs nur gegen die Politik, sondern auch gegen die Personen des Neuen Kurses geführt. Er hatte namentlich den Kaiser selbst in einer Weise angezapft, die zu bekannt ist, als daß wir uns darüber weiter auszulassen brauchten. Nun ist es vom Standpunkte des ehedem bürgerlichen Schicklichkeits- und Taktgefühls vollkommen begreiflich, daß der Kaiser trotzdem, im Hinblick einerseits auf Bismarck's hohes Alter und schwere Erkrankung, andererseits auf die Dienste, die Bismarck zwar nie der Nation, aber allerdings der Dynastie geleistet hat, zuerst die Hand zur Versöhnung

bot. Aber was von eben jenem Standpunkt aus unbegreiflich erscheinen muß, das ist Bismarck's Einschlagen in die dargebotene Hand. Er nahm damit eine verzeihende Gnade an und zerriß den letzten Schein von Würde, der seinem Krakehl etwa noch anhaften mochte oder wenigstens nach seiner und seiner Lohnschreiber Versicherung anhaften sollte, den Schein, als ob so etwas wie patriotische Sorge in seinen persönlichen Stänkereien mitgespielt habe. Man ertränkt eine politische Ueberzeugung doch nicht in einer Flasche alten Weins. Hätte Bismarck, etwa als Reichstagsabgeordneter, dem Neuen Kurse eine politische Opposition gemacht, so hinderte ihn gewiß nichts, bei Hofe zu erscheinen; zog er es aber vor, den persönlichen Heckenkrieg zu führen, den er thatsächlich seit vier Jahren geführt hat, so durfte er eine angeblich politische Ueberzeugung nicht einer thatsächlich persönlichen Gnade opfern.

Aber damit nicht genug! Wir leiden glücklicherweise an keiner verblendeten Begeisterung für Bismarck, und wir halten ihn unendlich vieler Dinge für fähig, die kein Mann von dem einfachsten Taktgefühle thun würde. Immerhin wagten wir vor acht Tagen nicht ohne Weiteres anzunehmen, daß er nach seinem Kanossagange an das kaiserliche Hoflager fortfahren würde, den Poltergeist im Sachsenwalde zu spielen. Wir ließen diese Frage dahingestellt und setzten nur als sicher voraus, daß er dann selbst in den korruptesten Schichten der Bourgeoisie kein Echo mehr finden würde. Aber da haben wir die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Während die englische Bourgeoispresse unsere Ansicht als ganz selbstverständlich behandelt, verwahrt sich die deutsche Bourgeoispresse feierlich gegen die Annahme, daß Bismarck nunmehr politisch abgedankt habe und sein lärmender Troß sich zur Ruhe begeben würde. Das thun nicht etwa blos dunkle Winkelblätter, nicht etwa blos die würdigen Organe, die bisher von dem Spektakel Bismarck's gegen den Kaiser und gegen den Neuen Kurs gelebt haben und die sich nunmehr in begreiflichem Nahrungstriebe an den Brotkorb klammern, der ihnen zu entgleiten droht, nein, die „bedeutendsten" Zeitungen der Bourgeoisie bis tief in die bürgerliche Demokratie hinein protestiren gegen die so gar nicht staatsmännische Voraussetzung, als könne Bismarck mit seinem Besuche beim Kaiser politisch abgedankt haben, und als würde der große Mann, falls er das alte Spiel wieder aufnehmen sollte, nun in bürgerlichen Kreisen keinen Anhang mehr finden. In all ihrem Staatsmannskoller ist dieser Art Presse jedes Gefühl für bürgerlichen Takt abhanden gekommen. Aber da sie ihresgleichen gewiß viel besser kennt, als wir, so müssen wir anerkennen, daß wir Bismarck vielleicht und die deutsche Bourgeoisie ganz gewiß in allzu schmeichelhaftem Lichte betrachtet haben.

Wären wir einer Politik aus „Bosheit" fähig, so würden wir nichts dringlicher wünschen, als daß der von Friedrichsruh genährte Skandal weiter ginge, wie bisher so fortan. Zwar nicht der Arbeiterklasse, die es glücklicherweise nicht nöthig hat, aber doch manchem braven Philister würden dadurch die Augen geöffnet werden über die „Volksfeste" der „Volksseele". Das angebliche Unrecht, das dem angeblichen Begründer des Deutschen Reichs bei seiner Entlassung widerfahren sein soll, war das letzte politische Kapitel, das Bismarck noch hier oder da in unaufgeklärten Volksmassen besitzen mochte; will er auch diesen kleinen Rest in die Masse seines politischen Bankerotts werfen, so haben wir weiter nichts dagegen einzuwenden. Und noch viel weniger hätten wir einzuwenden, wenn der Bund der Landwirthe und die große Bourgeoisie sich wieder um die Fahne des frondirenden Bismarck schaaren sollten. Je gründlicher der Beweis geführt wird, daß die nackte Profitgier in den herrschenden Klassen alle Rücksichten bürgerlichen Takts mit Füßen tritt, um so besser. Unter den heutigen

Zeitläuften giebt es wenig so verwünscht gescheidte Dinge, wie die „hohe“ und „staatsmännische“ Politik. Sie spielt stets va banque um kleiner Vortheile willen. Die „Volksseele“ ist ein mythisches Ding und ihre „Volksfeste“ sind es auch, aber wenn man einmal solche Haupt- und Staatsaktionen aufzuführen für gut befindet, so muß man auch ihre Konsequenzen in den Kauf nehmen. Geht der Hader schon wieder an, noch ehe die Lampen gelöscht und die Backen abgeschminkt sind, so muß nachgerade der blindeste Patriot über den Werth solcher prunkenden Schaustellungen auf ketzerische Gedanken kommen.

Je mehr die staatsmännischen Gelehrten der bürgerlichen Presse aber die Fortsetzung der Friedrichsruher Fronde als ganz selbstverständliche Möglichkeit betrachten, um so weniger Anlaß haben sie, sich über die angebliche Rohheit zu beklagen, womit die sozialdemokratischen Blätter Bismarck's höfische Fahrt besprochen haben sollen. Politischen Schwindel aufzudecken ist die Aufgabe jeder unabhängigen Presse, und so lange Bismarck eine politische Rolle spielen will, unterliegt er auch der politischen Kritik. Das ist einfach selbstverständlich; mit dem Larifari seiner sogenannten Verdienste um das Volk halten wir uns keinen Augenblick auf. Er ist von jeher ein Todfeind der arbeitenden Klassen gewesen, hat sie von jeher gemißhandelt und geplündert, hat Elend, Noth und Verderben Tausender von Arbeitern, von denen der geringste besser war und mehr für die Menschheit gethan hat als er, auf dem Gewissen. So lange er eine politische Rolle spielt, giebt es für ihn keinen Pardon von der Arbeiterklasse und denen, die auf ihrer Seite stehen. Erst wenn er sich als geschätzter Ehren- und Jubelgreis der ausbeutenden Klassen in den Schatten seiner Reichthümer zurückziehen will, kann man ihn laufen lassen.

Schlimm genug, daß die bürgerlichen Parteien, die doch auch, soweit sie jeweilig einen schwächlichen Anlauf zur Vertretung der bürgerlichen Freiheit genommen haben, von Bismarck genug malträtirt worden sind, für diese Haltung kein Verständniß mehr haben, daß sie sich dazu hergeben, die Statisten bei den Volksfesten der Volksseele zu spielen. Deshalb sind sie auch auf so wunderbare Höhen des Erfolges gelangt. Aber nachdem sie durch sentimentalen Dusel dahingekommen sind, wo sie jetzt stehen, sollten sie mit dem Vorwurfe roher Gesinnung gegen andere Leute, die sich besser auf Politik verstehen, etwas sparsamer umgehen.

Eine russische Konstitution.

I.

Die Legende von einer Konstitution, mit der Rußland beglückt werden sollte, und deren Zustandekommen nur durch das Attentat vom 13. März 1881 auf den Zaren Alexander II. vereitelt wurde, ist nicht viel jüngeren Datums, als das Attentat selbst, fand aber lange Zeit wenig Gläubige. Viele russische Revolutionäre erblickten in ihr nur ein unehrliches Kampfmittel gegen den Terrorismus, andere glaubten der Kunde von einer Konstitution für Rußland einfach deshalb nicht, weil man sich Rußland überhaupt kaum als einen konstitutionellen Staat vorstellen kann. Zudem schien es lächerlich, den Namen des Grafen Loris Melikoff, der damals Diktator Rußlands war, mit dem Begriff eines konstitutionellen Regimes zu verbinden.

Zwar hat dieser Armenier, der einer Familie von Verräthern an der Sache des Kaukasus angehörte, als er später in der Eigenschaft eines in Ungnade gefallenen Generals nach der Schweiz kam, das Liberalisiren gehörig verstanden

und an den Table d'hôtes durch die Ungezähmtheit seines politischen Radikalismus allen englischen Touristen Entsetzen eingeflößt. Aber das „Radikalisiren" ist eine bekannte Schwäche russischer Exzellenzen, wenn sie einmal im Auslande sind. In Rußland selbst hatte Melikoff sich nur den Ruhm eines beschränkten, aber bauernschlauen Abenteurers erworben. Sein famoser Schwindel, die russischen Assignaten aus den von der Pest heimgesuchten Gouvernements zu verbrennen, hat ihm nicht nur ein hübsches Vermögen, sondern auch ein gestempeltes Renommé verschafft,* es erschien daher ganz ausgeschlossen, diesen Mann als den Träger der politischen Reform in Rußland ernsthaft zu nehmen.

Mit der Zeit haben jedoch die erst nur gerüchtweise verbreiteten Erzählungen eine deutlichere Gestalt angenommen, und man sprach mit voller Bestimmtheit von einem konstitutionellen Manifest, das der verstorbene Kaiser eine Stunde vor dem Attentat unterzeichnet habe. Die terroristische Bewegung war bereits erloschen, die Gemüther waren niedergedrückt, und so war man eher geneigt, der Geschichte aus dem Jahre 1881 Ohr zu gewähren.

Heute unterliegt es keinem Zweifel, daß der Tod Alexander II. eine Stunde nach dem letzten und festen Beschluß heimgesucht hat, seinem Lande eine Scheinreform zu geben. Wir haben jetzt sogar den Entwurf der Melikoff'schen Konstitution in den Händen, und wir sind im Stande, nicht nur über das Dokument selbst, sondern auch über die Triebfedern der damaligen Ereignisse uns Klarheit zu verschaffen. Außer dem Hauptdokument, dem Entwurf der Konstitution, liegen nämlich noch eine Reihe von Gutachten vor, die der spätere Zar, Alexander III., bei so verschieden gestellten Personen, wie seinem Onkel, dem deutschen Kaiser Wilhelm I., und dem weiland Bakunisten und späteren Pariser Polizeipräfekten Andrieux eingeholt hat. Die Dokumente, gesammelt in vollen Abdrücken oder in Auszügen, sind in London unter dem Titel „Die Konstitution des Grafen Loris Melikoff" in russischer Sprache erschienen. Das kleine Büchlein ist in erster Linie eine Apologie des Genannten als russischer General. Wir werden aber den „großen Helden" des russisch-türkischen Krieges auf sich beruhen lassen und wollen nur bei dem „großen" Staatsmann, dem mißglückten neuen Peter dem Großen armenischer Herkunft verweilen.

Aber — ist die erste Frage — ist die Echtheit der Dokumente verbürgt? Im Ganzen genommen glauben wir die Frage bejahen zu können, obwohl in Bezug auf einzelne derselben Zweifel möglich sind. Unter den Gutachten finden wir zum Beispiel eines von dem „bekannten" Marquis Wielopolski. Nun ist der „bekannte" Wielopolski im Jahre 1877 verstorben und schon deswegen konnte er im Jahre 1881 kein Memorial schreiben. Es kann also nur die Rede sein von dem ganz unbekannten Wielopolski junior. So wechseln ferner in den Auszügen aus dem Gutachten Wilhelms I. ziemlich unmotivirt deutsche und französische technische Ausdrücke. Der Brief bildet ein wichtiges Dokument, warum hat der Verfasser ihn daher nicht vollinhaltlich abgedruckt? Trotzdem sind wir, wie gesagt, der Meinung, daß im Ganzen genommen die Dokumente Glauben verdienen, obwohl im Kommentar hier und da Fälschungen vorkommen. Der Verfasser will zeigen, daß Melikoff „der einzige Liberale" war, trotzdem er vom Westen und den Zapadniki (den Anhängern des Westens) ungünstig beeinflußt war; wir werden im Gegentheil sehen, daß man nur im Westen den russischen Konstitutionalismus ernst nahm.

* Im Jahre 1879 brach in Rußland eine große Pest aus. Melikoff war der Urheber der Maßregel, das Geldpapier, das von den verpesteten Orten kam, zu verbrennen.

Bevor wir zum Inhalt der Melikoff'schen Konstitution übergehen, müssen wir dem Leser die Verhältnisse Rußlands zu jener Zeit ins Gedächtniß zurückrufen. Dies ist um so wichtiger in einer sozialistischen Zeitschrift, als man hier vielleicht mehr wie in anderen Blättern geneigt ist, die damalige Opposition gegen Alexander II. mit der revolutionären Bewegung mehr oder weniger zu identifiziren. Wir werden später versuchen, festzustellen, was die terroristische Aktion seitens der „Narodnaja Wolja" zur Folge hatte und haben konnte. Vorerst müssen wir aber darauf aufmerksam machen, daß Ende der siebziger Jahre eine sogenannte „nationale" Opposition gegen den herrschenden Zaren ausgebrochen war, die gegen Alexander II. ganz rücksichtslos rebellirte. Diese nationale und zugleich panslavistische Opposition war aber weit entfernt, den Absolutismus, die Alleinherrschaft des Zaren, als Institution zu bekämpfen; sie richtete sich nur gegen die Person des gerade herrschenden Zaren, Alexander II.

Es war eben nach dem russisch-türkischen Krieg und nach der Niederlage Rußlands auf dem Berliner Kongreß. Die nationale Partei, die den Krieg zum Ausbruch gebracht, war entrüstet darüber, daß der Zar die Slaven „preisgegeben" habe. Während Oesterreich Bosnien und die Herzegowina okkupirte, mußte Rußland mit leeren Händen von Konstantinopel zurückgehen. Die Generäle, die „slavischen" Helden, die Tscherkawskis, die Skobeleffs, die Ignatieffs und Konsorten bis zu den slavisirten Melikoffs waren verstimmt — nicht nur aus „patriotischer" Entrüstung, sondern auch weil sie ihre Träume und Hoffnungen auf persönliches Emporkommen hatten aufgeben müssen.

Die Panslavisten und die Generäle wußten ganz gut, daß Europa die Annexion der Türkei nicht dulden werde. Man hoffte aber, daß „der Befreiung" der Slaven kein Hinderniß erwachsen werde. An der Spitze der Meute stand der slavische Demokrat und Föderalist Fürst Tscherkawski, einer der demagogischen Henker in Polen im Jahre 1863. Man träumte von slavischen Fürstenthümern, die man der Türkei abgewinnen werde und die in die Hände der Tscherkawski, der Skobeleff, der Ignatieff, der Melikoff ꝛc. fallen würden. Jeder von diesen Helden sah sich schon als den Begründer einer neuen Dynastie. Dies Alles hatte das faule Europa vereitelt, aber nicht ohne Mitschuld der Regierung, d. h. des Zaren, der übrigens schon längst bei den Herrschaften den traurigen Ruf eines Europäers genoß. Es war für die „slavischen Helden" eine zu schwere Aufgabe, sich von den so lang gehegten Träumen loszusagen; wir sehen noch später Ignatieff sich heimlich um die bulgarische Fürstenkrone bewerben, während der verbannte Melikoff, sein Nebenbuhler, von Nizza her intriguirt und überallhin Agenten schickt, die dafür arbeiten, ihn zu proklamiren. Die Undankbarkeit der Bulgaren spielte ihnen jedoch denselben Streich, wie früher die Eifersucht des verfaulten Europa.

Dies beiläufig. Kurz, der Berliner Kongreß hatte eine tolle Wuth der nationalen Elemente gegen den Zaren, den Mitschuldigen des „verrätherischen Westens", zur Folge. Wozu ist ein Zar nütze, wenn man trotz aller Aufopferungen, die man für die Befreiung der jüngeren Brüder gebracht, so schmählich von Konstantinopel zurückweichen muß? Nie war die Regierung in Rußland so diskreditirt, nie ward sie so verhöhnt, wie nach dem Jahre 1878. Aber es war nicht das politische System, es war nur die Person des Zaren, deren Ansehen untergraben wurde. Es spotteten der Regierung nicht nur die verhältnißmäßig kleine Schaar der „Aufwiegler" und der „Zapadniki" (der Anhänger des Westens), sondern auch, und vielleicht mit weit größerer Erbitterung, die „rein russischen" Seelen, die Nationalen. Katkoff, der einflußreichste Publizist derselben, beschuldigte den Zaren ganz offen des Hochverraths, ein Anhänger des Westens zu sein.

Aksakoff, ein anderer Führer der Panslavisten, erklärte öffentlich: „Wir haben keine Regierung, wir haben keinen Zaren!“ Das höhere und das niedere Beamtenthum athmete Verachtung für das Oberhaupt des Staats, den „Vater“ Rußlands. Als später, 1881, die Nachricht vom Attentat in Kasan eintraf, hielten die im Hause des Gouverneurs beim Kartenspiel versammelten höchsten Beamten der Provinz es nicht der Mühe werth, das „Jeu“ zu unterbrechen.

Der Zar fühlte diesen Haß und seine Ohnmacht dagegen. Er fing an, seine Gewalt zu zerbröckeln und das Reich in die Hände von General-Gouverneurs mit diktatorischen Vollmachten auszuliefern. Aber er hütete sich, einen populären General nach Petersburg zu nehmen; er fürchtete einen Skobeleff ebenso sehr wie eine nihilistische Bombe. Er entschloß sich für Gurko, weil derselbe zu den „beschränkten Soldaten“ zählte. Und als die Dummheit sich unfähig erwies, die Retterin des Staates zu werden, wählte man den Armenier Melikoff, da ein „Nichtrusse“ weniger zu fürchten war.

Aber erstens, was konnte dieser thun? Die „Gesellschaft“ war zu aufgebracht gegen den Zaren, um ihn vor Bomben- und anderen Attentaten zu schützen. Zweitens aber gehörte Melikoff ja selbst zu denen, die der Zar auf dem Berliner Kongreß betrogen hatte, resp. hatte betrügen lassen. So mußte Alexander II. für sein Verbrechen gegen das Slaventhum Sühne bringen, er mußte gedemüthigt werden. Aber in welcher Weise? Rußland hatte schon einmal eine ähnliche Situation erlebt. Es war zu der Zeit, als durch die Ernennung Gortschakoff's eine echte nationale Politik durchgeführt wurde. Damals war die Bedeutung des Beamtenthums eine ganz andere gewesen, und „zurück auf das Beamtenthum“ wurde die Parole des neuen Diktators; der Zar muß in die Hände der Beamten abdanken. Die nationale Opposition war im Prinzip mit der Idee, die schon früher — in den sechziger Jahren — das Regime Miljutin-Murawieff in Rußland eingeführt, ganz einverstanden; was aber Melikoff nicht begriff, war, daß die Nationalen ihm, dem „Fremden“, die Rolle des Lenkers des Beamtenthums nie gegönnt hätten.

Mit frohem Muth setzte sich Melikoff an die Arbeit, für Rußland eine Konstitution nach seinem Sinn auszuarbeiten. Am 1. März 1881 hatte der Zar die „Reform“ gutgeheißen und der Minister des Innern sollte nur noch schleunigst das Manifest redigiren. Am 13. März desselben Jahres um 12½ Uhr unterschrieb Alexander II. das Manifest, um den ewigen Ruhm des politischen Reformators Rußlands zu erwerben. Eine Stunde später brachte ihn die Bombe Gryniewicki's zur ewigen Ruhe.

II.

Alexander III., wie es sich für einen jungen Monarchen paßt, wollte nichts übereilen und suchte daher erst Rath einzuholen, was Angesichts der schwierigen inneren Lage, in der sich sein Reich befand, am besten wäre. Wir haben schon erwähnt, daß er Männer „verschiedener Schattirungen“ ersuchte, ihm ihre Meinung darüber kundzugeben. Melikoff wetteiferte in dieser Hinsicht mit dem Zaren; dieser General war auf seine Rolle als Konstitutionen-Fabrikant so stolz, daß er sogar von den bei der Polizei als verdächtig angeschriebenen Professoren zu wissen verlangte, was sie von „seinem“ Konstitutionalismus dächten. Wir wollen diese Gutachten hier wiedergeben, bevor wir den Inhalt der Melikoff'schen Konstitution selbst resumiren.

Die Majestäten voran. Es ist der deutsche Kaiser, der die russische Konstitution durchaus ernst nimmt. Als bewährter konstitutioneller Monarch ist er im Prinzip kein Gegner eines Repräsentativ-Systems. Sein Geschmack ist für eine

Repräsentation, die Alles, was die Regierung verlangt, bewilligt, und seine Erfahrung heißt ihn, im Voraus Garantien für die Rechte des Kaisers zu suchen. Daher warnt er seinen jüngeren, russischen Berufsgenossen vor den „Klippen, die bei der Verleihung einer Konstitution zu meiden nothwendig ist". In dieser Hinsicht sei es dem preußischen König besser gelungen, wie dem deutschen Kaiser. „Aber", sagt der erfahrene Kaiser weiter, „trotz dieser Umschiffung ist es für die preußische Regierung nicht leicht, mit den Schwierigkeiten des parlamentarischen Regimes zu kämpfen." Der greise kaiserliche Onkel möchte, daß es seinem Neffen besser ergehe und räth ihm, mit dem „Umschiffen" vorsichtiger zu sein, als seiner Zeit die Steuerleute in Preußen. Alexander III. solle vermeiden: 1) allgemeines Stimmrecht; 2) jährliches Budget; 3) Zivilliste und 4) Parlamentarismus überhaupt. Wilhelm I. befürwortete: 1) einen Zensus; 2) dreijähriges Budget mit der Rechtskräftigkeit des verflossenen Budgets, im Fall die Repräsentation ein neues Budget verweigern sollte; 3) die Beibehaltung der Domänen als kaiserliches Privateigenthum; 4) keine unbeschränkte Preß- und Lehrfreiheit; 5) Zweikammer-System.

Trotz dieser „Umschiffung" befindet sich im Briefe des deutschen Kaisers ein Prinzip, auf das sogar der radikale Melikoff nicht eingehen konnte: Gleichstellung aller Religionen. Der Verfasser der Broschüre, die wir besprechen, der Apologet des radikalen Grafen, scheint mit großer Liebe bei der deutschen Reaktion zu verweilen. Wir haben ebenfalls ganz andere Begriffe wie der deutsche Kaiser, aber wir werden sehen, daß der russische Konstitutionalismus das „Umschiffen" noch besser verstand, wie die Imagination eines deutschen Kaisers von so erfahrenem Alter.

Der Franzose Andrieux hat nichts von der deutschen „Gründlichkeit" Wilhelms I. Er erinnert sich der Zeiten, als er mit Bakunin in Lyon Manifeste schrieb, und giebt dem Zaren den Rath, auch ein Manifest zu schreiben, in welchem er dem Volke alle Freiheit und Reformen versprechen möge, ganz wie Andrieux seinen Wählern. Früher aber müsse man die Revolutionäre „ausrotten". Als pfiffiger Ex-Anarchist räth Andrieux, einen Nihilisten zu bestechen, der die anderen ausliefern werde. „Bei uns, in Frankreich" — sagt der offizielle Redakteur der anarchistischen „La revolution sociale" — „ist der Geheimfonds ziemlich groß."

Aber nicht nur Franzosen sind oberflächlich. Der unbekannte Wielopolski, der als polnischer Aristokrat auch französische Phrasen versteht, glaubt, „il faut frapper vite et fort" (man muß schnell und energisch handeln). Er verlangt eine Dezentralisation Rußlands. Trotz der traditionellen Reaktion, der ein Wielopolski huldigen muß, ist er der einzige der Romanoff'schen Unterthanen, der es wagt, von dem Ende der Alleinherrschaft in der Zukunft zu sprechen. Diese Alleinherrschaft muß bleiben, sagt er weiter, solange die verschiedenen Nationalitäten die Solidarität für eine gleichmäßige Aktion nicht gelernt haben. Diese Solidarität soll aber erlernt werden vermittels „freier Institutionen in den Grenzen der vorhandenen Provinzen". Um dies ins Deutsche zu übersetzen, verlangt der unbekannte Aristokrat die Autonomie der Provinzen; er fürchtet die Alleinherrschaft der Romanoffs weniger, wie die der Beamten und verspricht eine Solidarität der Provinzen für eine gemeinsame — versteht sich, slavische — Aktion, so wie es die polnischen Aristokraten immer geträumt haben.

Gehen wir jetzt über zu den russischen liberalen Rathgebern. Wir fangen an mit dem bekannten Professor Tschitscherin. In seinem Gutachten beklagt derselbe Diejenigen, die nach vollbrachten Attentaten von freiheitlichen Institutionen

sprechen. Es ist wahr, sagt er dann, daß „in der Gesellschaft sich eine Richtung entwickelt hat, die man eine konstitutionelle nennt. Dies Wort hat Vielen Schrecken eingeflößt. Es versteht sich von selbst, daß sich eine gegnerische Partei bilden mußte, die sich gegen jede Veränderung ausspricht.... Man spricht von der Unreife des russischen Volkes, von seiner Unfähigkeit zu repräsentativen Einrichtungen. Wäre von einer wirklichen Nationalrepräsentation heute die Rede, so könnte man diesen Einwurf gutheißen.... Aber die (in Rußland vorhandenen) Bestrebungen für repräsentative Körperschaften haben gar nicht den Zweck, die Alleinherrschaft zu beschränken. In Rußland sucht die Majorität weder größere persönliche Freiheit, noch Garantien gegen die Regierung; die bürgerliche Freiheit, die wir haben, ist ganz ausreichend." Alles, was man verlange, sei, zur Regierung als Rathgeber hinzugezogen zu werden. In welcher Form? „Die Regierung kann entweder durch die Landschaften* gewählte Sachverständige für einzelne Fragen berufen, oder gewählten Personen einen Antheil an den gesetzgebenden Arbeiten des Staatsraths geben." Der zweite Ausweg scheint dem liberalen Professor zu weitgehend zu sein, und deshalb glaubt er, man müsse mit Sachverständigen anfangen, um „mit der Zeit einen gesetzgebenden Körper zu schaffen, welcher im Stande wäre, die Regierung über die Lage des Landes zu unterrichten, nicht vermittels todter Rapporte, sondern vermittels lebendigen Meinungsaustausches zwischen der Administration und der Gesellschaft.... Diese Form (d. h. eine Versammlung Sachverständiger) könnte für eine lange Zeit genügen." Was unser Professor verlangt, ist: „der Puls des Volkslebens" soll gefühlt, aber „der alleinherrschende Wille des Zaren soll nicht beschränkt werden; er, als der höchste Träger der Geschicke Rußlands, soll das entscheidende Wort zu sagen haben".

Im Vergleich mit Tschitscherin war der Moskauer Professor Gradowski, der lange Zeit als Fürsprecher der ganzen liberalen russischen Opposition galt, bis dahin stets als Radikaler erschienen. Aber in dem kritischen Augenblick, von dem hier die Rede ist, verliert Gradowski jeden Muth. Was er verlangt, ist eine Enquete über die revolutionäre Bewegung. Er will gar nichts von Melikoff'schen Konstitutionen hören. „Ich weiß" — sagt er ganz erschrocken — „daß der Gedanke von der Abschlachtung der höheren Klassen bei Vielen Gefallen findet, aber ich weiß auch, daß wenn die Regierung auf dergleichen eingehen sollte, sie aufhören wird, eine Regierung zu sein, um ein elendes und blindes Werkzeug der losgelassenen Massen zu werden, ein Werkzeug, das nur den Instinkten der Menge dienen wird. Ich weiß auch, daß der Name des Zaren, für den das Volk sich erheben wird, nur ein Vorwand sein wird für die Gütervertheilung ꝛc. ꝛc."

Wir sehen hier eine Angst vor dem rothen Gespenst, die wir auf den ersten Blick kaum verstehen können. Aber diese Furcht, die Gradowski ausspricht, war keine individuelle Feigheit, sie war die Furcht aller liberalen Elemente.

Man denke: ein Zar durch eine Bombe weggeräumt, der andere, sein Nachfolger, unentschlossen, bereit, zu thun, was man von ihm verlangt. Die Administration zersplittert, die ganze Regierungsmaschine in Konfusion. Und in diesem Moment wird liberalerseits kein Schritt gethan, um die politische Lage auszunützen. Ja, wir sehen sogar das Gegentheil: die Liberalen wollen nicht

* Semstwos = Gouvernementsvertretungen. Die Großgrundbesitzer, die städtische Bourgeoisie, abgegrenzt durch einen Zensus, und die Landgemeinden, diese indirekt, wählen die Mitglieder der Kreislandversammlungen, diese wählen die Mitglieder der Gouvernementsversammlung. Die Redaktion.

einmal die ihren Idealen günstigen Pläne einiger Generäle unterstützen. Warum? Wie kommt das?

Bevor wir versuchen, die Frage zu beantworten, wollen wir nunmehr den Melikoff'schen Entwurf analysiren.

Nach demselben waren erstens zu schaffen diverse Vorbereitungskommissionen gemäß der Zahl der Ministerien. Die Aufgabe dieser Kommissionen sollte sein, „Material zu sammeln", hauptsächlich in Bezug auf Fragen der Lokalverwaltung, die Agrarfrage und die nationale Wirthschaft im Allgemeinen. Die Kommissionen sollten bestehen aus Beamten der betreffenden Ministerien, sowie auch aus anderen Personen — „im Dienst oder nicht" — die von der Regierung zu ernennen waren. Sobald genügend „Material gesammelt", sollten diese Kommissionen verschiedene Gesetzesentwürfe ausarbeiten in den Grenzen, die „der Allerhöchste Wille festsetzen wird". Die in solcher Art ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe werden mit „Allerhöchster Genehmigung" der Allgemeinen Kommission übersandt, welchen Namen das Sanktuarium des parlamentarischen Regimes à la Melikoff trägt. Die Allgemeine Kommission besteht: 1) aus „Allerhöchst speziell dazu ernannten" Mitgliedern der vorbereitenden Kommissionen, 2) aus den anderen Mitgliedern derselben Kommissionen, die aber, da der Allerhöchste Wille sie nicht speziell ernannt hat, nur in den betreffenden Angelegenheiten, die sie „bearbeitet" haben, stimmberechtigt sind, und 3) aus gewählten Mitgliedern. Diese letzte Kategorie sind also die Vertreter der Nation. Sie werden gewählt: a) durch die Landschaften in Zahl von 1 bis 2 von jedem Gouvernement; b) die beiden Hauptstädte ihrerseits wählen je 2 Abgeordnete, und zwar ruht das Wahlrecht bei den Gemeinderäthen; c) einige andere „bedeutendere" Städte sollen das Recht haben, je 1 Abgeordneten zu schicken. Der Gewählte muß Einwohner des ihn wählenden Gouvernements, bezw. der wählenden Stadt sein. Da aber im russischen Reiche nur in 35 Gouvernements Landschaften (Siemstwos) existiren, so wird die Regierung die Abgeordneten der Provinzen, wo es keine solchen Körperschaften giebt, selbst ernennen. Diese „Ausnahme" trifft das ganze westliche Rußland, also das sogenannte polnische Königreich, dann die Provinzen der ehemaligen polnischen Republik, die baltischen Provinzen und Finnland, mit einem Worte den oppositionellen Theil des russischen Reiches. Die Zahl der gewählten Abgeordneten würde etwa 62 betragen,* die der Ernannten wenigstens zwei- oder dreimal so viel. Indeß könnte sie auch zehn- oder zwanzig-, hundertmal so groß sein, da die Zahl der Mitglieder der Vorbereitungskommissionen unbeschränkt ist.

Auf diese Weise wäre die russische Verfassung eine Verfassung der Bureaukratie, der „Tschinowniks", geworden. Melikoff war nur ein Nachahmer — ein

---

* Wir nehmen an, daß die 35 Gouvernements 50 Abgeordnete stellen würden, die Städte Moskau und Petersburg je 2, etwa 6 bis 8 weitere bedeutendere Städte 6 bis 8 Vertreter, macht zusammen 62 — so indirekt wie nur möglich gewählte — „Kommissionsmitglieder". Nun die Zahl der ernannten Mitglieder: Königreich Polen mit den anderen früher polnischen Provinzen und seinen Städten mindestens 40 Vertreter des allerhöchsten Willens; baltische Provinzen 10, und da ohne Zweifel auch Sibirien die konstitutionelle Freiheit genießen möchte, von irgend einem Melikoff ernannte Abgeordnete zu haben, so würde schon ohne die Mitglieder der Vorbereitungskommissionen die Zahl der Ernannten die der Gewählten erheblich übersteigen.

Der Vollständigkeit halber sei auch die event. muthmaßliche Zahl der Wähler gegeben. Sie kann bei guter Schätzung auf bis zu 4000 — in Worten viertausend — normirt werden. Rußlands Bevölkerung betrug 1881 etwa 90 Millionen. Aber viertausend Wähler und ein Zar!

„konstitutioneller" Nachahmer der Miljutin'schen Koterie, die in den sechziger Jahren operirte. Aber wir sind mit der Urkunde noch nicht zu Ende.

Alle Beschlüsse oder genauer alle in der Generalkommission „debattirten Gesetzesentwürfe" gehen dann mit den selbständigen Anträgen des betreffenden Ministers in den Staatsrath über. Der Staatsrath bestimmt nach eigenem Ermessen, ebenso wie der Minister beantragt, was er will, und der Allerhöchste Wille seinerseits thut wieder, was er will; er kann die Meinung der Majorität oder die der Minorität sanktioniren.

Wie gesagt, das Attentat hat es verhindert, daß das von Melikoff vorbereitete Manifest „dem Volke" kundgegeben wurde. Der neue Zar, Alexander III., bezeichnete das Manifest erst als „sehr gut verfaßt" und äußerte seinem Bruder, dem Erzreaktionären Wladimir, er habe sich für die Reform entschieden und deswegen sei ihm so, als wäre ihm „ein Berg von den Schultern gefallen". Im Staatsrath hatte Melikoff triumphirt, die Majorität war für das Manifest gewesen. Auch der Großfürst Wladimir hatte mit der Majorität gestimmt. Dann aber ist der Berg plötzlich zurück auf die Schultern des Zaren gekrochen und Alexander III. entschied sich für die Meinung der Minorität. Er hat gehandelt gemäß dem konstitutionellen Prinzip des Grafen Loris Melikoff.

III.

Es ist kaum nöthig, zu zeigen, daß die russische Regierung das Geschäft der „Umschiffung" besser verstanden hat, wie die preußische. Damit ist den Fähigkeiten oder dem „guten Willen" der preußischen Regierung nichts Böses nachgesagt. Die Ursache ist die, daß die preußische Regierung mit ganz anderen Klippen zu thun hatte, als einer russischen nationalen oder liberalen Opposition. Damit kommen wir auf einige Fragen, die wir in diesem Aufsatze beantworten müssen.

Erstens, welche Elemente haben der Regierung, wenn auch auf kurze Dauer, die Idee einer Konzession aufgezwungen? Mag auch die Melikoff'sche Konstitution gewesen sein, wie sie will, sie trug die Idee einer Konzession in sich und war das Resultat einer für das Zarenthum schwierigen inneren politischen Lage. Von den drei Elementen, die die russische Opposition bilden, ist die nationale Partei von Hause aus eine reaktionäre und zwar eine international reaktionäre, die sich als Aufgabe stellt, nicht nur den freiheitlichen Keim in Rußland selbst zu ersticken, sondern auch den Krieg gegen Europa zu führen. Sogar die sentimentalen Elemente der national-slavischen Richtung, die stets so rührend und thränenreich von den slavischen Gemeinden und von dem „gemeinsamen Eigenthum" sprechen, haben als Hintergedanken stets die Idee, das europäische Eigenthum für ihren Vortheil „zu befreien". Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die nationale Partei nur gegen die Person des Zaren reagirte, nicht aber gegen die Institution des Zarenthums, die für ihre Zwecke sogar nothwendig ist.

Da die nationale Partei Alexander II. bekämpfte, war die revolutionäre „Narodnaja Wolja" im Stande, das durch die Nationalen geschürte Mißvergnügen für die Sache der Freiheit auszunützen. Die terroristische Aktion war gewissermaßen auch eine gegen Individuen gerichtete Aktion. Mit dem Moment, wo die Reaktion Alexander II. den Revolutionären preisgab, war der Kampf ein hoffnungsvoller. Und in der That bildete die terroristische Aktion in den Jahren 1878 bis 1881 eine glänzende Seite in der Geschichte Rußlands. Die sozialrevolutionäre Partei in Rußland schien eine kaum gehoffte Stärke zu erlangen, und wir glauben, daß ebenso in Rußland wie in Europa Alle die Hoffnung hegten, sie werde es zu positiven politischen Eroberungen bringen.

Sie hätte es dazu bringen können, aber sie war nicht im Stande, allein die politische Umwälzung durchzuführen. Die sozialistisch gesinnte „Narodnaja Wolja“ konnte nur sein, was sie in gewissem Sinne gewesen war: das Element der politischen Initiative, der spiritus movens der revolutionären Aktion. Sie hatte aber keinen Körper; diesen konnten nur die Liberalen bilden. Aber wir haben auch gesehen, in welchem Grade die Liberalen blutarm waren, wie unfähig zu jeder Aktion, wie sie sogar vor der Idee einer politischen Umwälzung in Rußland zurückzuschrecken schienen. Ohne den Terrorismus hätte sich Melikoff nie auf den Versuch mit den Kommissionen eingelassen, und so haben die Revolutionäre ihre Schuldigkeit gethan. Leider konnte die „Narodnaja Wolja“ nicht mehr thun: die Zukunft Rußlands lag in den Händen des liberalisirenden Bürgerthums. Das Zustandekommen einer politischen Reform für Rußland hängt bisher noch ab vom Bürgerthum, von den liberalen Elementen. Da diese Elemente den Revolutionären keine Unterstützung gaben, da sie keine Spur von Thatkraft hatten, so mußte das Melikoff'sche konstitutionelle Prinzip mit seinem: der „Allerhöchste Wille“ habe zu wählen und seinen Beschluß zu fassen, „sterbend siegen, siegend sterben“. Alexander III. war konstitutionell im Melikoff'schen Sinne. Hätte Alexander II. das Manifest veröffentlicht, so wäre in der Sache gar kein Unterschied gewesen. „Die Gesellschaft“ hätte vielleicht einige Monate oder länger liberalisirt — bis der Zar in *seinem* „Allerhöchsten Sinne“ liberal auftrat.

Wir kommen so auf eine andere Frage, nämlich: wie kommt es, daß das Attentat auf den Zaren gerade an dem Tage zu Stande kommt, an welchem er endlich das schon vorher gutgeheißene Manifest sanktionirt? Jeder wird gestehen, daß der Moment nicht der dazu geeignete war. Hatten denn die Terroristen, die mit den Liberalen gewisse Beziehungen haben mußten, keine Ahnung davon, was am Hofe vorging? Hatten sie keine Nachricht, daß im Prinzip der Zar schon am 27. Februar die neuen Maßregeln endgültig gebilligt und empfohlen hatte, das Manifest zu redigiren? Unserer Meinung nach haben die Liberalen ebenso wenig davon gewußt, wie die Terroristen. Die neue Maßregel war nicht in ihrem Sinne geplant. Graf Melikoff war nur ein abenteuernder russischer General, wie Skobeleff, wie der berüchtigte Ignatieff ꝛc. Diese Bande hatte nichts weniger im Auge, als eine politische Reform in Rußland durchzuführen. Was sie wollte, war, sich bei der Regierung ein aus Beamten- und Patriotenkomites bestehendes Instrument zu schaffen, um ein zweites Mal einen slavenbefreienden Krieg nicht „umsonst“ zu führen.

Wenn wir dies im Auge behalten, dann werden wir auch die grenzenlose Furcht der liberalen Professoren wie Gradowski verstehen. Die wußten gewiß, daß im Laufe des Monats März Alexander III. für die Melikoff'schen Reformen war. Warum also spricht Gradowski vom „Abschlachten der höheren Klassen“? Eben weil die Schaffung der Kommissionen aus der Initiative der „Nationalen“ hervorging. Wer hatte Aussicht, in die Kommissionen zu kommen? Gewiß nicht die liberalen, sondern nur zarisch-, d. h. zäsaristisch-demokratisch gesinnte Beamte und Abenteurer. Bisher hatte man diese Elemente gegen den „aristokratischen“ Polen, gegen den „feudalen“ Deutschen und gegen den „reaktionären“ Schweden gebraucht, um den Klassenkampf bei den annektirten Völkern im Interesse der russischen Macht auszunutzen. Würde man nun die Ignatieff, die Tscherkawski und die Melikoff auch in Rußland selbst an die Spitze von Kommissionen stellen, so wären die „höheren Klassen“ freilich vor keinem Abenteuer sicher, da fürchten die Gradowski, man werde im Namen des Zaren das Volk gegen die Besitzenden aufwiegeln. Und weil sie sich fürchten vor den Ignatieff, Skobeleff und Melikoff,

sprechen sie von der Nothwendigkeit der Autokratie für Rußland. Daher das sonderbare Schauspiel, daß in demselben Momente, wo der Autokratismus so sehr an sich irre geworden ist, daß er einen exbakuinistischen Polizeipräfekten um Rath bittet, die Liberalen zu politischen Reformen weniger geneigt sind, wie der Zar selbst. Wer die politische Lage Rußlands in der Zeit des polnischen Aufstandes von 1863 genauer kennt und den großen Einfluß der Tscherkawski, der Miljutin, der Murawieff, die Hand in Hand mit den Katkoff und den gläubigen Panslavisten gingen, für den ist es kein Wunder, daß 1881 die gut russischen Gradowski eine so heillose Furcht hatten.

In gewisser Hinsicht trägt hier auch die revolutionäre Partei einen Theil der Schuld. Wie oft hat sie nicht den Terrorismus als ein Kampfesmittel erklärt, das sie solange gegen die Regierung gebrauche, bis diese ihr die Bourgeoisie ausliefere. Wie oft hat sie sich nicht auf die russischen „Volksideale" berufen und so ihr politisches Programm kompromittirt. Die Gradowski, die das russische Volk auch etwas kannten und die wußten, daß der russische Bauer eine nichts weniger als demokratische Weltanschauung hat, sahen in ihrer Furcht schon ein Bündniß zwischen Anarchisten und den Melikoff'schen Kommissionen kommen, ein Bündniß, das in Rußland in gewissen Grenzen sogar seine Geschichte hat.

So blieben die großartigen Opfer, die die Terroristen der Sache der politischen Freiheit gebracht, ohne jedes positive Resultat.

Von jener Zeit her hat sich die innere politische Lage Rußlands nur verschlimmert. Die Reaktion ist gestärkt und die Hoffnungen auf den russischen Liberalismus sind fast ganz geschwunden. Die russische Bourgeoisie ist befriedigt. Heute braucht sie sogar noch weniger als das, was die Melikoff'schen Kommissionen an politischer Freiheit geben konnten.

Eine politische Umwälzung in Rußland kann heute nur durch eine Bewegung der demokratischen Volkselemente, insbesondere durch eine bewußte Arbeiterbewegung hervorgerufen werden oder durch einen auswärtigen Krieg, der anders ausfallen wird, wie die Melikoff es haben möchten.

Um nicht mißverstanden zu werden, will ich die zweite Eventualität nicht zu sehr betonen. Die russische sozialistische Bewegung aber wird mehr mit den westeuropäischen politischen Ideen rechnen, als mit den „Idealen des russischen Bauern".

Rezawa.

Der Kapitalismus fin de siècle.

Von **Karl Kautsky.**

(Schluß.)

V. Katholizismus und Sozialdemokratie.

Neben den Ausführungen über die landwirthschaftliche Krisis und die Kartelle interessiren uns in dem Buch des Dr. Meyer namentlich die Stellen, in denen er sich mit dem Katholizismus und der Sozialdemokratie beschäftigt. Aber was er über den Katholizismus sagt, gehört zu jenen Partien seines Buches, mit denen wir uns am wenigsten einverstanden erklären können.

So verlockend es wäre, so wollen wir doch nicht näher auf die historischen Ausführungen des Verfassers über die arbeiter- und armenfreundliche Thätigkeit der katholischen Kirche im Mittelalter eingehen. Unsere ohnehin schon recht lang gerathene Besprechung würde dadurch gar zu umfangreich werden. Wir wollen also blos bemerken, daß der Verfasser unseres Erachtens diese Thätigkeit weit

überschätzt in Folge des Bestrebens, darzuthun, daß dem Katholizismus seit jeher ein sozialistischer Zug innewohnte. Es erleichtert ihm das den Beweis dafür, daß neben der Sozialdemokratie der Katholizismus es ist, dem die Zukunft gehört, dem die Arbeitermassen zufallen werden, weil er ihre Interessen vertritt.

„Die Kirche ist wieder populär", schreibt er, „und wird es immer mehr, das heißt, sie wird immer mächtiger" (S. 213). Die Arbeiterenzyklika Leo XIII. beweist, „daß er sich im Kampf gegen die Regierungen auf die Arbeiter stützen will" (S. 214).

„Der Allmacht der Unternehmerkoalitionen gegenüber dem Lohn muß der Staat in seinem eigenen Interesse entgegentreten, schon weil er sonst in einen neuen Konflikt mit dem Papst geräth, der dies von ihm fordert, und der, wie Bismarck sich überzeugt hat, immer noch über Kanossa verfügt. . . . Außerdem wird sich vermuthlich aus dem Zentrum eine katholische Arbeiterpartei entwickeln, welcher dann das Gros der jetzigen Zentrumswähler angehören wird" (S. 428).

„Bis die nächsten Ziele erreicht sind, werden die katholischen Arbeiter und die Sozialdemokraten Hand in Hand gehen; der katholische Sozialismus und der demokratische sind zwar feindliche Brüder, aber es sind doch immer Brüder. Später, wenn der Staat einmal in die soziale Bahn eingelenkt hat, wird dann der Gegensatz beider zum Austrag kommen" (S. 430).

Man sieht, Dr. Meyer prophezeit dem katholischen Sozialismus eine stolze Zukunft. Daß aber dies Phantom Leben gewinne, dazu fehlt vorläufig noch Alles, außer den frommen Wünschen einiger arbeiterfreundlichen Katholiken und den kümmerlichen Ansätzen katholischer Arbeitervereine, und es ist nicht die mindeste Aussicht vorhanden, daß es anders wird.

Was in der katholischen Kirche offiziell in der Arbeiterfrage geschehen ist, geht nicht über Redensarten hinaus, und selbst diese halten sich mit all ihrer Arbeiterfreundlichkeit weit ab von der Grenze, bis zu der sich die heutige bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit bereits hat vorwagen müssen. Wenn der Papst in seiner „Arbeiterenzyklika" verlangt, die Arbeitszeit solle nicht länger dauern, als den Kräften des Arbeiters entspricht, und erklärt, die natürliche Gerechtigkeit erfordere es, daß der Lohn des Arbeiters zum Leben ausreiche, so ist das nichts weniger als kühn. Diese Forderungen dürfen der Zustimmung selbst des ärgsten Arbeiterschinders sicher sein: wenn man ihn zur Rede stellt, wird er uns erklären, seine Arbeiter könnten noch viel mehr arbeiten, als er von ihnen verlangt, wenn sie nur wollten, und ihr Lohn wäre mehr als ausreichend, wenn sie zu sparen wüßten.

Dagegen ist der heilige Vater noch nicht einmal so weit gekommen, sich mit Gewerkschaften und Strikes abzufinden. Er verwirft sie in seiner Enzyklika. Und von diesem Papstthum, dessen Arbeiterfreundlichkeit sich nicht einmal so weit versteigt wie die manches Liberalen, sollte man erwarten, daß es zu Gunsten der Arbeiter sich in einen Kampf mit den Staatsgewalten einlassen werde? Hier ist wohl allzu sehr der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

Es ist richtig, die katholische Kirche ist von unglaublicher Anpassungsfähigkeit. Sie hat sich in die verschiedensten Gesellschaftsformen seit bald zwei Jahrtausenden hineinzufinden gewußt. Aber bei allen diesen Umwandlungen hat sie stets ein und dasselbe Bestreben geleitet: das, ihren Besitz zu wahren und zu vergrößern. Die katholische Kirche hat seit dem vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung stets zu den Reichsten der Reichen gehört und stets deren Interessen vertreten. Auf diesem Reichthum beruhte und beruht — soweit er noch besteht —

ihre Macht, ihre Unabhängigkeit dem Staate gegenüber. Darauf beruhte für sie die Möglichkeit, zur Staatsgewalt in Opposition zu stehen. Soweit sie ihren Reichthum verloren hat, ist sie in Abhängigkeit von dieser gerathen, bilden ihre Diener nur einen Theil der staatlichen Bureaukratie, die „schwarze Gendarmerie", die den herrschenden Klassen zu dienen hat; soweit sie ihre Reichthümer bewahrt hat, muß sie als Mitglied der besitzenden Klassen jeder Art von Sozialismus, auch der zahmsten, mit größtem Mißtrauen, ja entschiedenster Feindseligkeit gegenüberstehen.

Wo soll da der katholische Sozialismus aufkommen können?

Sollte die katholische Kirche in den sozialen Kämpfen noch einmal zu wachsender Macht gelangen, dann würde sie nicht als Vorkämpferin der Arbeiter dazu kommen, sondern als Vorkämpferin der besitzenden Klassen gegen die Arbeiter. Die Kirche hat so manchen alten Libertin auf dem Todtenbette bekehrt. So mag auch die Kapitalistenklasse, wenn sie ihr letztes Stündlein kommen sieht, sich zum Katholizismus bekehren; einem Papstthum, das auf der Börse spekulirt, wird es nicht schwer fallen, sie zu absolviren.

Wer daran zweifelt, den verweisen wir auf die jetzigen Ereignisse in Italien. Italien ist der Bourgeoisstaat par excellence in Europa geworden, es ist selbst Belgien in dieser Beziehung über. In keinem modernen Lande finden wir eine so geduldige Arbeiterklasse, wie in Italien, nirgends findet die Bourgeoisie weniger Schranken als dort, ihren wahren Charakter zu entfalten, nirgends finden wir dem entsprechend die herrschenden Klassen so habgierig, grausam und verlottert, so infam in jeder Beziehung, wie in Italien. Jetzt scheint dieses Regiment zusammenbrechen zu sollen, leider weniger unter dem Ansturm der arbeitenden Klassen, die es umstürzen, um von der Herrschaft Besitz zu ergreifen, als vielmehr unter der eigenen Last, weil es in blinder Profitwuth alle seine Stützen selbst untergraben hat! Die römische Campagna, das ist das Vorbild der Zustände, zu denen die italienische Methode des Wirthschaftens führt.

Am krassesten dürften die Zustände in Sizilien sein. Dort ist die Empörung der arbeitenden Klassen Italiens bisher am kräftigsten zum Ausdruck gelangt. Freilich, an eine Erhebung mit sozialistischen Zielen darf man dabei nicht denken. Zu einer sozialistischen Produktion sind in Sizilien so gut wie gar keine Vorbedingungen vorhanden. Die Zustände ähneln am lebhaftesten denen in Irland: ein feudales Latifundiensystem mit veralteten, zwerghaften Produktionsmethoden, in das man die raffinirtesten Methoden kapitalistischer Ausbeutung eingeführt hat. Anderswo wurde die feudale Ausbeutung verdrängt durch die kapitalistische; in Sizilien hat man auf die Greuel feudalen Drucks noch die kapitalistischer Erpressung gepfropft.

Auf dieser Grundlage kann nicht eine sozialistische Bewegung im modernen Sinne des Wortes gedeihen, sondern nur eine Bewegung gleich der irischen. Welches immer die Absichten ihrer Führer sein mögen, sie könnte nichts anderes bezwecken, wenn es ihr gelänge, der Staatsgewalt ihren Willen aufzuzwingen, als die Zerschlagung der Latifundien und die Gründung einer freien Bauernschaft oder die Herstellung eines erträglicheren Pachtverhältnisses, als das heutige ist. Trotzdem haben die sizilianischen Landarbeiter einen sehr richtigen Instinkt bewiesen, wenn sie sich der sozialistischen Bewegung anschlossen, einen richtigeren, als ihre Brüder in gleicher Lage, die Irländer, die vom Sozialismus nichts wissen wollen und in Amerika sogar eines der größten Hindernisse seiner Verbreitung bilden. Die Sozialdemokratie ist heute die einzige Schützerin aller Ausgebeuteten und Unterdrückten geworden. Die Bewegung in Sizilien kann ihrem Inhalt nach ungefähr verglichen werden mit den Bewegungen der Bauern in den Anfängen der bürger-

lichen französischen Revolution von 1789. Aber die Bourgeoisie bekämpft heute jede Bewegung ausgebeuteter Volksklassen, selbst wenn deren Bestrebungen auf Wegräumung feudaler Ueberreste, auf Herstellung bürgerlicher Zustände gerichtet sind. Die Sozialdemokratie dagegen tritt für die Ausgebeuteten auch dort ein, wo die Verhältnisse diesen noch nicht erlauben, Ziele anzustreben, die jenseits der bürgerlichen Gesellschaft liegen. Die Internationale trat in den sechziger Jahren für die Negersklaven in den Vereinigten Staaten und für die Irländer ein, obgleich es sich hier wie dort nicht um Lohnarbeiter und nicht um sozialistische Ziele handelte. Und jetzt ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die aus vollem Herzen auf Seiten nicht blos der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern und Pächter in Sizilien getreten ist, trotzdem deren Bewegung zunächst noch kein Kampf um sozialistische Ziele sein kann. Und es ist ein ermuthigendes Zeichen, daß diese so rückständige, von der Kultur abgeschlossene Bevölkerung begriffen hat, die Sozialdemokratie sei ihr einziger Messias, die einzige Partei, die rückhaltlos für sie eintrete.

Welche Haltung hat hingegen das Papstthum in dieser Krise eingenommen? Das Königreich Italien wurde bisher vom Papstthum als sein größter Feind betrachtet und geschildert: Dieses Königreich war ja der Räuber des Kirchenstaates. Auf der anderen Seite waren die Landarbeiter Siziliens bisher nicht glaubenslos, wie die deutschen Sozialdemokraten; der religiöse Vorwand, den die Zentrumsleute in Deutschland bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie haben, gilt nicht für Sizilien. Es handelt sich dort auch, wie wir gesehen haben, gar nicht um eine Revolution im sozialdemokratischen Sinne; hätte sich die katholische Geistlichkeit auf die Seite der Ausgebeuteten gestellt, so hätte sie zwei große Erfolge errungen: sie hätte einerseits die Leitung der Bewegung in der Hand behalten und dem Sozialismus den Boden abgegraben, wie es der katholischen Geistlichkeit in Irland bisher gelungen ist, und sie hätte andererseits zur Erschütterung des Königreichs Italien, das den Papst gefangen hält, aufs Wirksamste beigetragen.

Aber Sizilien liegt näher bei Rom als Irland, und so hat sich der Papst rechtzeitig besonnen, daß sein Platz auf Seite der Besitzenden ist, auch wenn diese sich um die Dynastie Savoyen schaaren.* Seine kapitalistischen Bedürfnisse haben gesiegt über seine Abneigung gegen die italienische Monarchie, und so ist das erste praktische Ergebniß der sozialen Bewegungen in Italien die Annäherung des Vatikans an den Quirinal.

So sehr fürchtet und haßt das heutige Papstthum alle Bewegungen der Ausgebeuteten. Und da sollte man erwarten dürfen, daß Leo XIII. den Kampf für die Lohnarbeiter gegen Regierungen aufnehmen werde, die ihm viel freundlicher gegenüber stehen als die italienische?

* * *

Zum Schluß noch einige Worte über die Haltung des Verfassers gegenüber der Sozialdemokratie. Sie ist, wie man nach seinen früheren Schriften erwarten konnte, eine entschieden sympathische.

„Die sozialdemokratische Bewegung", sagt er, „ist bis jetzt durchaus kulturfördernd gewesen. Sie hat den Anstoß zu Reformbewegungen gegeben gegen Institutionen, die prinzipiell heute Niemand mehr vertheidigt" (S. 234). „Die einzige Partei, welche bis jetzt der Tendenz des allgemeinen Niedergangs bewußt entgegen-

* Uebrigens hat der Papst auch in der irischen Frage zeitweise mehr Sympathien mit den Landlords, die zwar Protestanten, aber reich sind, an den Tag gelegt, als mit den irischen Pächtern, die zwar gute Katholiken sind, aber auch arme Teufel.

arbeitet, und welche stark genug ist, das erfolgreich zu thun, ist die Sozialdemokratie. Wenn der gegenwärtige Staat einem wirklichen Selbsterhaltungstriebe gehorchen will, so darf er diese Partei nicht mit Gewalt unterdrücken und sich so als Klassenstaat mit der den Rückbildungsprozeß führenden Klasse solidarisch erklären. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes war deshalb eine weise Maßregel des Kaisers Wilhelm II., nur schade, daß sie nicht von den dazu gehörigen übrigen Maßregeln begleitet wurde" (S. 282). „Daß die sozialen Verhältnisse sich ändern, wie sich alle Verhältnisse ändern, ist wohl klar. Es giebt nichts Ewiges unter der Sonne. Es ist nur die Frage, wie diese Veränderung vor sich gehen soll. Bis jetzt hat es immer noch den Anschein, als ob sie sich nur auf dem revolutionären Wege machen werde, wie Marx sagt, durch eine Periode der Diktatur des revolutionären Proletariats.... Die sozialkonservative Partei wollte die Evolution auf friedlichem* Wege und unter Wahrung der bestehenden politischen Institutionen. Kommen wird sie, so oder so; und wenn sie als furchtbarer Sturm kommt, der alles Bestehende vernichtet, so ist das die Schuld der Leute, welche den Staat leiteten, aber die Zeichen der Zeit nicht verstanden.

„Bismarck hat die historische Bedeutung der Arbeiterklasse nicht verstanden und hat sie auf eine Linie mit den Steifleinenen gestellt, mit denen er umspringen konnte, wie er wollte. Die Steifleinenen waren die Leute der Vergangenheit, die Arbeiter sind die Leute der Zukunft" (S. 138, 139).

Das Ziel des Verfassers ist auch heute noch die Aussöhnung der herrschenden Gewalten mit der Sozialdemokratie. Er legt sie namentlich dem preußischen großen Generalstab warm ans Herz. Aber allem Anschein nach thut er das mehr, um sein sozialkonservatives Gewissen zu salviren, als weil er einen praktischen Erfolg davon erhofft.

Er schließt sein Buch mit den Worten: „Vor zwanzig Jahren empfahl ich im ‚Emanzipationskampf' der deutschen Regierung ein festes Bündniß mit der Lassalle'schen Partei, heute nur noch ein provisorisches Abkommen und Uebereinkommen über Einzelheiten mit der Sozialdemokratie bis zur Beendigung der Spannung mit Rußland, die doch endlich einmal erfolgen muß, sei es durch Krieg, sei es durch Allianz, denn diese jetzt bestehende Art feindlicher Nachbarschaft ist unhaltbar. Mehr als ein provisorisches Uebereinkommen wird von der selbstbewußten Stimmung der großen Arbeiterpartei jetzt nicht zu erlangen sein, die Herstellung eines solchen aber halte ich für eine rettende That" (S. 482).

Auch zu einem derartigen provisorischen Uebereinkommen wird man nie gelangen. Die deutsche Bourgeoisie würde sich lieber dem russischen Zaren mit Haut und Haaren verkaufen, als mit der Sozialdemokratie einen Waffenstillstand schließen. Und die Sozialdemokratie würde ihre Pflichten gegen das Proletariat gröblich vernachlässigen, wenn sie auch nur vorübergehend sich die Hände der Bourgeoisie gegenüber bände. Waffenstillstände sind nur möglich zwischen Armeen, die verschiedene Gebiete inne haben, nicht zwischen Armeen, die ein gemeinsames Gebiet okkupiren und täglich durch höhere Mächte — die ökonomischen Gesetze — gezwungen werden, um ihre Plätze zu kämpfen. Ein Waffenstillstand zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist ebenso wenig möglich, als etwa eine Festlegung der Börsenkurse für ein Jahrzehnt. Ohne diesen Waffenstillstand würde aber jedes Abkommen zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie nur eine Farce sein, die beide Theile diskreditirte.

* Im Original steht „feindlichem", offenbar ein Druckfehler.

Der Vorschlag kommt hier nur in Betracht als Zeugniß dafür, wie hoch Dr. R. Meyer die Sozialdemokratie anschlägt.

Um so mehr hat es uns befremdet, in dem Werke einen Passus zu finden, der mehr an Eugen Richter, als an Rudolf Meyer erinnert; einen Passus, der die Gedankenfreiheit im „Zukunftsstaat“ in den düstersten Farben schildert: „Wenn wir ein Buch aufschlagen, das vor hundert Jahren gedruckt wurde, so finden wir ein ‚allerhöchstes Privilegium‘, das den Druck erlaubt. Unsere Söhne und Enkel können Bücher lesen, welche mit ‚Privilegium der einen und internationalen Republik‘ gedruckt sind. Das ist durchaus wahrscheinlich. Alle Parteien, die unkorrumpirt, also überzeugt sind, behaupten und glauben, daß sie die Wahrheit haben und daß anders Schreibende gegen ihre bessere Ueberzeugung handeln und strafbar sind. Deren Bücher kommen auf den Index. Die Parteidoktrin muß rein gehalten werden. Die Ketzer sind durchaus unschädlich zu machen. Die katholische Kirche hat darin vorbildlich gewirkt. Die Mohammedaner haben doch nur profane Bücher verbrannt, da sie entweder enthielten, was im Koran steht, und somit überflüssig waren, oder Anderes enthielten und dann schädlich seien! Wir werden uns nicht täuschen, wenn wir annehmen, daß für die protestantischen und einige katholische Länder des Festlandes des Herrn Dr. Marx ‚Kapital‘ mehr und mehr eine koran- oder bibelhafte Bedeutung gewinnt — und also andere als Auslegungsliteratur entbehrlich macht. Ein sozialdemokratischer Verleger nimmt heute schon keine nichtorthodoxe Literatur in Verlag, und da im sozialdemokratischen Zukunftsstaat das Druck- und Verlagsgeschäft durch den Staat betrieben wird, so kann daselbst überhaupt keine andere als orthodox-sozialdemokratische Literatur erscheinen, wie in katholischen Staaten durch Jahrhunderte schwerlich andere als katholische erscheinen konnte, jedoch immer noch leichter, als im Zukunftsstaat, da doch der Verlag nicht Kirchenmonopol war“ (S. 174, 175).

Dieser Passus hat uns Anfangs sehr überrascht. Er scheint in Widerspruch zu stehen zu der günstigen Meinung, die Dr. Meyer sonst von der Sozialdemokratie hegt. Es kann auch kein persönliches Moment sein, das ihn zu diesen Ausführungen veranlaßte. Dr. R. Meyer hätte wohl am allerwenigsten Ursache, über Orthodoxie in der Sozialdemokratie zu klagen. Die Presse seiner Gesinnungsgenossen boykottet ihn, dagegen hat die „Neue Zeit“, also ein sozialdemokratisches Organ, seine Beiträge stets mit Vergnügen veröffentlicht, obwohl sie nichts weniger als „orthodox“ sind, und aus unserem Leserkreise ist uns bisher kein einziger Protest, wohl aber zahlreiche Erklärungen der Befriedigung über die Mitarbeiterschaft Dr. Meyer's zugekommen. Daß sozialdemokratische Verleger ihre Verlagsartikel in erster Linie nicht daraufhin prüfen, ob sie Profit versprechen, sondern daraufhin, ob sie geeignet sind, der Sache zu nützen, für die sie eintreten, wird Dr. Meyer jedenfalls nicht als „Orthodoxie“ bezeichnen wollen. Wir würden das Gegentheil davon nicht Toleranz, sondern Charakterlosigkeit nennen.

Worauf ist also die in dem fraglichen Passus entwickelte Anschauung zurückzuführen?

Sie kann unseres Erachtens nur erklärt werden durch jenes Moment, wodurch sich der Staatssozialismus, auch der wohlmeinendste und weitestgehende, von der Sozialdemokratie unterscheidet. Die Grundlage dieser bildet das feste Zutrauen zum Proletariat. Dies fehlt dem Staatssozialismus und darin berührt sich dieser mit dem Utopismus, von dem er ja einen Ausläufer bildet. Er glaubt zwar nicht mehr, daß durch kleine Kolonialgründungen und sonstige Experimente

hinter dem Rücken der Gesellschaft die sozialistische Gesellschaft herbeigeführt werden könnte, er weiß, daß nur die Staatsgewalt, nur der politische Weg zu ihr führt. Aber er fürchtet den proletarischen Staat, er mißtraut dem Proletariat, und klammert sich daher an die Hoffnung, daß der heutige Staat, das „Reich der Reichen", der Herrschaft der Reichen ein Ende machen werde.

In dem Mißtrauen gegen das Proletariat begegnen sich aber Staatssozialismus und Utopismus auch, so paradox das klingt, mit den Vernichtern des „Zukunftsstaates", mit den enragirtesten Vertheidigern der bestehenden Gesellschaft.

Worauf beruhen alle die bürgerlichen Prophezeiungen von den Schrecken, welche die sozialistische Gesellschaft mit sich bringen wird? Auf der wirklichen oder demagogisch erheuchelten Ueberzeugung von der Unfähigkeit des Proletariats, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen.

Wir Sozialdemokraten sagen: Die Ursache der Ausbeutung liegt darin, daß die Arbeiter nicht im Besitz der Produktionsmittel sind. Die Arbeiter einzeln in den Besitz der Produktionsmittel zu setzen, ist nicht durchführbar; nur die Arbeiterklasse in ihrer Gesammtheit kann der Ausbeutung ein Ende machen, wenn sie sich der Staatsgewalt bemächtigt und diese dazu benutzt, die Produktionsmittel an sich zu ziehen.

Das wollen die Sozialdemokraten, das ist unser Programm, und wir dächten, es sei ein recht positives. Wie die Arbeiterklasse die Produktionsmittel anwenden wird, darüber denken wir wohl gern nach, aber darüber können wir weder, noch wollen wir bindende Vorschriften erlassen; darüber haben die Einzelnen unter uns wohl Vorstellungen, aber darüber haben wir als Partei kein Programm und können keins haben. Aber da wir die festeste Zuversicht hegen, und zwar aus den triftigsten Gründen, daß dem Proletariat die Zukunft gehört, sind wir auch der Ueberzeugung, daß es von dem Besitz der Produktionsmittel den entsprechendsten Gebrauch machen wird. Zweifelten wir daran, dann müßten wir überhaupt an der Gesellschaft verzweifeln, denn die Verstaatlichung der Produktionsmittel durch den proletarischen Staat bietet die einzige Möglichkeit, aus der heutigen unhaltbar gewordenen zu einer höheren, den veränderten Produktionsbedingungen entsprechenden Gesellschaft zu gelangen.

Wenn nun die Richter, Bachem, Stumm, Gregorovius und Konsorten kommen und erklären, wenn das Proletariat zur Herrschaft gelange, müsse Alles drunter und drüber gehen und der größte Blödsinn Gesetz werden, so sagen sie damit nichts anderes, als daß die Proletarier Idioten seien. Diese Behauptung mag für die Herren Bourgeois sehr beruhigend sein, und wir begreifen, daß sie außer sich vor Entzücken sind über eine derartige „geistige" Niederwerfung der Sozialdemokratie. Aber man erwarte doch nicht, daß die Proletarier selber das glauben, mögen auch Herr Eugen Richter und seine Kumpane es noch so kraftvoll in die Welt hinausschreien, und mag auch diese frohe Botschaft unter den Proletariern in Hunderttausenden von Broschüren verbreitet werden. Aber auch bei den Bourgeois selbst verfliegt der Rausch des Entzückens darüber regelmäßig sehr bald, wenn das Proletariat wieder eine neue Probe seiner moralischen und intellektuellen Kraft ablegt.

Von der lächerlichen Verachtung des Proletariers, die dem Protzen eigen ist, ist Dr. Meyer natürlich weit entfernt. Er achtet die Proletarier, er sympathisirt mit ihnen, aber mitunter beschleicht ihn doch ein Gruseln vor der Gesellschaft, in die er da geräth. Er hält den „Zukunftsstaat" für durchführbar, aber es erscheint ihm doch recht zweifelhaft, ob die Proletarier es auch verstehen werden, ihn rationell einzurichten.

Das Bedenken, das Dr. R. Meyer hier geäußert hat, ist ein ziemlich verbreitetes. Wir wollen daher darauf etwas näher eingehen.

Was die Leute im „Zukunftsstaat" lesen werden, darüber können wir Herrn Dr. Meyer freilich keine Auskunft geben, dazu kennen wir die Literatur des „Zukunftsstaates" zu wenig. Aber wir glauben nicht, daß das „Kapital" so im Vordergrunde der Lektüre stehen wird, wie Dr. Meyer annimmt. Wie hoch er auch die bibelhafte Bedeutung des „Kapital" anschlagen mag, so wird er doch zugeben, daß es in einem sehr wesentlichen Punkte keine Bibel ist. Diese enthält Sentenzen, die für alle Zeiten und alle Völker gelten sollen. Das „Kapital" enthält den Schlüssel zum Verständniß einer besonderen, der kapitalistischen Produktionsweise. Je mehr diese überwunden und durch sozialistische Produktion ersetzt wird, desto mehr verliert es an Giltigkeit. In einer sozialistischen Gesellschaft wird es schließlich vielleicht nur noch in der Weise gelesen werden, wie man jetzt Aristoteles liest — oder, um weniger weit zurückzugreifen, wie Helvetius und Rousseau. Es wird nur von den Gelehrten gelesen werden, den Philosophen, welche die Entwicklung der Gesetze des Denkens und der Methoden des Forschens verfolgen, und den Historikern, welche sich über die verrückte Produktionsweise klar werden wollen, die der sozialistischen vorherging.

Die Annahme, daß im „Zukunftsstaat" nur sozialdemokratische Parteiliteratur gedruckt werden würde, wird schon dadurch hinfällig, daß es im „Zukunftsstaat" eine sozialdemokratische Partei nicht mehr geben wird, ebenso wenig wie eine andere Partei. Mit der Aufhebung der Klassen kommt es auch zu einer Aufhebung der politischen Parteien und zur Aufhebung jener tiefen materiellen Gegensätze in der Gesellschaft, welche bisher so viele literarische Richtungen zu Dienerinnen bestimmter Sonderinteressen und zu Gegnerinnen anderer Interessen machten.

Wenn wir alle die Versuche betrachten, die bisher bei den verschiedenen Völkern und zu verschiedenen Zeiten gemacht worden sind, fremde Meinungen mundtodt zu machen, sie gewaltsam zu unterdrücken, dann finden wir, daß dies stets nur geschah, wenn hinter den Meinungsverschiedenheiten sehr greifbare Interessengegensätze sich verbargen. Die katholische Kirche zum Beispiel, die Dr. Meyer erwähnt, hätte die Ketzereien nicht so grausam unterdrückt, wenn die Ketzer nur das „reine Wort Gottes" und nicht auch die Kirchengüter in Frage gestellt hätten.

In einer Gesellschaft ohne Klassengegensätze ist der wichtigste, ja vielleicht einzige Grund verschwunden, gegnerische Meinungen nicht zum Wort kommen zu lassen.

Trotzdem wollen wir Herrn Dr. Meyer zugeben, daß die Monopolisirung der Literatur durch den Staat sehr wohl geeignet wäre, höchst unerquickliche Zustände zu schaffen. Ja, wir wollen noch weiter gehen, als Dr. Meyer, und behaupten, die Verstaatlichung der Literatur müßte Zustände mit sich bringen, die für einen modernen Menschen geradezu unerträglich wären. Diese Behauptung bringt uns allerdings in eine sonderbare Gesellschaft, denn sie ist ein Lieblingsargument der die Sozialdemokratie tödtenden Blechschmiede. Indeß trennen wir uns sofort von dieser bedenklichen Gesellschaft. Diese behauptet, die Verstaatlichung der Literatur sei mit dem „Zukunftsstaat" naturnothwendig verbunden. Allein bisher hat sie den Beweis dafür nicht erbracht und wir sind daher der Ansicht, daß, wenn die Verstaatlichung der literarischen Produktion unerträglich ist, der „Zukunftsstaat" — nicht etwa darüber zu Grunde gehen, sondern blos genöthigt sein wird, einen anderen Publikationsmodus ausfindig zu machen.

Wie sich das Publikationsgeschäft in der sozialistischen Gesellschaft gestalten wird, läßt sich heute natürlich nicht voraussagen. Man könnte jetzt schon die

mannigfaltigsten Formen dafür ersinnen und wird noch andere Formen ausfindig machen, wenn einmal die Frage zu einer aktuellen geworden ist. Trotzdem möchten wir uns doch einige unmaßgebliche Bemerkungen darüber erlauben.

In der sozialistischen Gesellschaft wird es, wie schon oft ausgeführt worden, eine Staatsgewalt im heutigen Sinne des Wortes nicht geben. Der „Zukunftsstaat" wird ein sich selbst verwaltendes Gemeinwesen sein, das aus zahlreichen Genossenschaften und Vereinigungen territorialer Natur (Gemeinden, Bezirke, Provinzen ꝛc.) und beruflicher Natur (Produktivgenossenschaften, Gewerkschaften ꝛc.) besteht, die ebenfalls in hohem Grade autonom sind. Die Staatsgewalt wird schließlich reduzirt sein auf eine Verwaltungsstelle, welche die Beziehungen der verschiedenen Genossenschaften zu einander, ihr Produziren für einander und mit einander vermittelt und regelt. Nun erscheint es uns höchst wahrscheinlich, daß zu den nothwendigen Funktionen wenigstens der größeren Genossenschaften auch das Publiziren von Schriften — periodischen und nichtperiodischen — gehören wird, selbstverständlich nicht Schriften zum Verkauf, sondern zur Vertheilung an ihre Mitglieder, an die öffentlichen Bibliotheken und an sonstige Interessenten. Vielleicht wird die Pflege der technischen Literatur auf diese Weise vornehmlich den Berufsgenossenschaften zufallen, die des Zeitungswesens den territorialen Genossenschaften u. s. w. Man kann sich dann auch vorstellen, daß zu den nothwendigen Produktionsmitteln, deren eine jede größere Genossenschaft bedarf und die ihr vom Gemeinwesen geliefert werden, auch die entsprechenden Vervielfältigungsmittel gehören werden.

Es liegt aber auch nahe, anzunehmen, daß sich besondere Gesellschaften zur Förderung besonderer künstlerischer oder wissenschaftlicher Zwecke bilden werden, wie sie heute schon existiren — nur werden sie hoffentlich weniger langweilig und pedantisch sein, als unsere Akademien — und denen dabei die Unterstützung des gesammten Gemeinwesens oder einzelner Genossenschaften zu Theil wird. Zu den Aufgaben dieser Gesellschaften würde natürlich auch die Publizirung von Schriften gehören, die ihren Zwecken dienen.

Nehmen wir an, daß die literarische Produktion wirklich in dieser, mit dem Wesen einer sozialistischen Gesellschaft sehr wohl verträglichen Weise organisirt würde, so ist es offenbar, daß trotz der Nationalisirung der Produktionsmittel die verschiedensten Anschauungen und Richtungen in einem Gemeinwesen literarisch zum Wort kommen könnten. Selbst wenn jede einzelne Genossenschaft so intolerant wäre, nur jene Richtung zum Wort gelangen zu lassen, die in ihr die Mehrheit hat, würde keine Richtung mundtodt gemacht werden, außer solchen, die so bedeutungslos blieben, daß es ihnen nicht gelänge, auch nur eine der zahlreichen publizirenden Genossenschaften und Gesellschaften für sich zu interessiren.

Aber auch, wenn die Organisation des Publikationsgeschäftes eine andere werden sollte — und der Zukunftsstaat hat ja jedenfalls eine Reihe von Ueberraschungen in petto, von denen unsere Schulweisheit sich nichts träumen läßt —, das können wir getrost mit Bestimmtheit voraussagen: zu einem staatlichen Verlagsmonopol wird es nicht kommen. Das entspräche keineswegs dem Wesen einer sozialistischen Gesellschaft, es widerspräche ganz dem Charakter unserer Bewegung, ganz dem Geist, der im Proletariat sich regt, es widerspräche überhaupt dem Wesen des modernen Menschen. Man wird einen Modus der literarischen Produktion suchen und finden, der die volle Freiheit auch des gedruckten Wortes für jede Meinung von einiger Bedeutung gewährleistet.

Für ein System des Staatssozialismus, unter dem die einzig mögliche Form der Produktion die durch strammn zentralisirte, staatliche Monopolbetriebe

wäre, könnten die Bedenken des Herrn Dr. R. Meyer zutreffen, nicht für eine sozialdemokratische Gesellschaft.

Diese Bedenken vermindern jedoch nicht seine Zuversicht, daß der Sozialdemokratie die Zukunft gehört, ihr neben dem Katholizismus. Aber, so optimistisch er über die Aussichten des letzteren denkt, er fügt doch hinzu: „Augenblicklich hat die Sozialdemokratie die größeren Chancen. Das war vor zwanzig Jahren anders“ (S. 10).

Er entwirft in seinem Buch ein ausführliches Programm einer Sozialreform. Aber resignirt gesteht er: „Es steht schlecht um die Aussichten auf Reform, gut um jene auf radikale Aenderungen, um so mehr, als das ökonomische Programm des ‚Zukunftsstaates‘ doch viel einfacher ist, als jenes Reformprogramm, und auch unzweifelhaft geeignet ist, ausgeführt zu werden“ (S. 323).

Dr. R. Meyer ist durch und durch ein Konservativer. Er steht auf einem von der Sozialdemokratie grundsätzlich verschiedenen Boden und weicht von ihr in einer Reihe höchst wichtiger Punkte ab. Seine Gedanken über die gesellschaftliche Entwicklung gehen in ganz anderer Richtung, als die von Karl Marx. Um so bemerkenswerther ist es, daß er, wider Willen und mit höchstem Widerstreben, aber von dem Bedürfniß geleitet, nichts von dem zu verhüllen, was er erkannt hat, zu einem Resultat kommt, das sich nicht wesentlich von dem unterscheidet, zu dem Marx gelangt, zu der Einsicht, daß der Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft unaufhaltsam heranrückt.

Wohl kann er die Hoffnung noch immer nicht ganz aufgeben, daß der Staat und die besitzenden Klassen noch zu bewegen wären, eine gründliche Sozialreform zu unternehmen, wohl verzweifelt er noch nicht völlig daran, daß durch eine solche die besitzlosen Klassen befriedigt werden könnten, aber die Wahrscheinlichkeit des Gelingens erscheint ihm doch schon sehr gering, und sie schwindet immer mehr.

Ein Konservativer als Sturmvogel der Revolution. Das ist die Signatur des „Kapitalismus fin de siècle“.

Wesen und Entwicklung der Parteien in England.

Ein Ausblick auf die kommenden Wahlen.

Von **Ed. Bernstein.**

Dont prophesy until you know — prophezeie nicht, bevor du nicht weißt, was geschehen wird — diese vortreffliche Maxime für politische Wetterpropheten ist kaum irgendwo so angebracht, als gegenüber dem parlamentarischen Schaukelspiel in England. Man hat Oesterreich das Land der Unwahrscheinlichkeiten genannt und spricht von der politischen Neuerungssucht der Franzosen, aber wenn es darauf ankommt, so kann der auf seine heimischen Institutionen stolze Brite Franzosen und Oesterreichern den Beweis liefern, daß ihre vermeintlichen Spezialitäten in England in mindestens gleicher Stärke vertreten sind, als in ihren Heimathländern. Die Franzosen haben öfter die Aufschrift vertauscht als die Engländer, und ihre Methoden sind andere, aber in Bezug auf substantielle Veränderungen ist ihre politische Geschichte nicht reicher, als die englische. Plus ça change plus c'est la même chose, sagt der Franzose, und dieses Wort ist ein natürliches Produkt eines Landes, dessen Regierungssysteme öfter den Namen als die Natur gewechselt haben. In England aber liebt man es, die Aufschrift zu

behalten, selbst wenn man das Ding ändert, und die politische Entwicklung erscheint daher konservativer, als sie in Wirklichkeit ist.

England, worunter hier immer das Vereinigte Insel-Königreich gemeint ist, hat den Namen der Monarchie beibehalten, aber der Monarch hat in England weniger Einfluß auf die Regierung des Landes, als der Präsident der Republik in Frankreich und den Vereinigten Staaten. Ein Vorrecht nach dem anderen ist ihm genommen worden, so daß, als die Lords im vorigen Herbst die Homerule-Bill kurzerhand und mit möglichster Provozirung der Gemeinen verwarfen, die Königin Viktoria nicht einmal den Versuch wagte, das Kabinet zur Auflösung des Hauses der Gemeinen zu nöthigen, dasselbe vielmehr die Wahl des Zeitpunkts der Auflösung sich selbst vorbehält. Gladstone, der in der Frage der Fortzahlung von Ehestands-Apanagen an den auf den Thron von Koburg-Gotha gelangten Herzog von Edinburgh den Wünschen der Königin in einer Weise entgegenkam, die die radikale Gefolgschaft seiner Partei zu wüthenden Protesten veranlaßte, ist in der anderen Frage so bockbeinig wie der starrste Republikaner. „Solange ich in der gewählten Kammer eine Mehrheit habe", sagt er, „kann kein Monarch und kein Haus der Lords mich zwingen, früher aufzulösen, als ich es für angemessen halte."

Ebenso hat England noch immer seine beiden, abwechselnd die Regierung bekleidenden großen Rivalitäts-Parteien, die alle Sondergruppen absorbiren. Formell stehen die Dinge in dieser Hinsicht noch fast so, wie im vorigen Jahrhundert, aber die Entwicklung hat nur die Form unverändert gelassen, innerhalb dieser alten Formen dagegen haben sich Revolutionen über Revolutionen abgespielt und die überlieferten Namen haben ihre Bedeutung so und so oft geändert. Einst waren die Whigs Fanatiker des Protestantismus und Todfeinde der römischen Kirche, die Tories dagegen die Gönner der letzteren; aber schon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hatte sich das Verhältniß so geändert, daß Disraeli 1836 in seinem Pamphlet „Der Geist des Whigthums" die Whigs der verrätherischen Allianz mit dem römischen Stuhl zieh, und seitdem ist der Warnruf gegen Rom eine der beliebtesten Parolen der Tories geworden. Einst waren die Tories verbissene Gegner des Manchesterthums und unterstützten diesem zum Trotz die Zehnstundenagitation, heute sind sie die verbissensten Champione der „wirthschaftlichen Freiheit". Von den Whigs als Partei kann man heute nicht mehr reden, wo der größere Theil derselben sich mit den Tories alliirt hat, aber wenn wir nur die relativ kurze Spanne Zeit nehmen, seitdem liberale Whigs und Radikale vereint die liberale Partei bilden, so können wir nicht minder starke Wechsel in der prinzipiellen Stellungnahme dieser Partei verzeichnen, als deren jüngste ihre Bekehrung zu Homerule und neuerdings zum Achtstundengesetz für Bergarbeiter und dem Achtstundentag für die vom Staat beschäftigten Arbeiter genannt seien.

Nur in Ausnahmefällen sind diese Wandlungen in der Stellungnahme der Parteien von größeren Veränderungen in dem Personal ihrer Repräsentanten begleitet. So starke Spaltungen, wie sie Peel's Zustimmung zur Abschaffung der Kornzölle 1846 im Lager der Konservativen und Gladstone's Eingehen auf die Homerule-Forderung vierzig Jahre später im Lager der Liberalen verursachte, passiren wirklich nur in großen Zwischenräumen. Gewöhnlich fügt sich vielmehr die Masse der Partei dem Gebot der Führer, und nur eine kleine Minderheit Unzufriedener sondert sich ab, sei es, um für eine Weile die Unversöhnlichen zu spielen, sei es, um wirklich ins gegnerische Lager abzuschwenken. Das letztere ist die Ausnahme; es ist merkwürdig, wie selten die Personen im englischen Par-

lament wechseln im Verhältniß zur Häufigkeit der Frontveränderungen in Bezug auf bestimmte sachliche Fragen. In gewissen kontinentalen Blättern ist es Mode, von der Akkomodationsfähigkeit des alten Gladstone als von etwas denselben besonders Charakterisirenden zu sprechen,* aber solche Wandlungen, wie sie Gladstone vollzogen, sind die Regel bei den Führern der beiden großen bürgerlichen Parteien Englands. Stellen wir z. B. Gladstone seinen bedeutendsten Rivalen, den verstorbenen Disraeli, gegenüber. Derselbe beginnt als Radikaler, geht dann zu den Tories über und macht seinen ersten parlamentarischen Coup, indem er sich zum Wortführer der über Peel's „Verrath" in der Kornzollfrage erbitterten Agrarpartei der Tories aufwirft. In den bittersten Sarkasmen geißelt er unter dem Jubel der „Country Gentlemen" die Unbeständigkeit des Ministers, den er wenige Jahre zuvor als die Hoffnung des Landes bezeichnet, und hilft dessen Sturz herbeiführen. Auf den Schultern der konservativen Ultras gelangt er zur Stellung eines Parteiführers — natürlich ist es ihm als Minister nie eingefallen, die Kornzölle wieder ins Leben zu rufen. Als Gladstone 1866 seine Wahlreform-Vorlage einbringt, findet dieselbe in Disraeli den schärfsten Gegner. Die von ersterem vorgeschlagene Ausdehnung des Stimmrechts, die schon so vorsichtig abgemessen war, daß sie für die Theilmiether eine höhere Grenze statuirte, als für die Hausmiether — jene sollten erst bei 10 Pfund, diese aber schon bei 7 Pfund Jahresmiethe Wähler sein — wurde von Disraeli als das Betreten der schiefen Ebene denunzirt, die zum allgemeinen Stimmrecht, zu amerikanischen Zuständen, zur Anarchie führe. Mit Hilfe einer Gruppe ebenso urtheilender Whigs — der sogen. Adullamiten — wird Gladstone gestürzt und macht einem konservativen Koalitionsministerium Platz, in dem Disraeli zunächst Schatzsekretär und später Premierminister wird. Kaum im Sessel, bringt derselbe Disraeli eine Wahlreform-Bill ein, die in der Ausdehnung des Wahlrechts noch weiter geht, als die Gladstone'sche, während die gleichzeitig vorgeschlagenen Wahlprivilegien für die Besitzenden — z. B. Doppelstimmrecht für Besitzer eines gewissen Betrages in Staatspapieren ꝛc. — bei der Berathung eine nach der anderen der von Gladstone geführten Opposition preisgegeben werden. So kommt eine viel radikalere wie die ein Jahr vorher verworfene Stimmrechtsreform zu Stande. Das Ministerium Derby-Disraeli hatte die Whigs „abgetrumpft" („dished the whigs", wie das Wort ging) und es blieb einem kleinen Häuflein prinzipientreuer Tories überlassen, über Disraeli's Verrath ebenso entrüstet zu sein, wie dieser zwanzig Jahre vorher über den seines Vorgängers. Hatte Disraeli 1846 Robert Peel den Vorwurf entgegengeschleudert, er degradire die konservative Partei zu einer „organisirten Heuchelei", so gab ihm das jetzt ein Bruder des letzteren, der General Jonathan Peel, nicht übel zurück, indem er, als Disraeli wieder eine, ursprünglich für „vital" erklärte Sicherheitsvorschrift fallen ließ, sarkastisch bemerkte, es scheine, daß nichts so geringe Lebenskraft („vitality") habe, als ein vitaler Punkt, nichts so unsichere Existenz, als die in der Vorlage dargebotenen Sicherheiten; und daß nichts so elastisch sei, als das Gewissen eines Kabinetsministers. Ein anderer wüthender Tory erklärte bei der dritten Lesung der Bill, das Kabinet betreibe eine Politik der Gaukelei, der Verrath, den es begangen, stehe in den parlamentarischen Annalen des Landes ohne Gleichen da, er untergrabe das gegenseitige Vertrauen, das die Seele des englischen Parteilebens bilde, und auf dem

* In witzig sein sollender, aber thatsächlich sehr kretinistischer Weise geschah dies vor einiger Zeit durch Herrn A. Strindberg im „Magazin für die Literatur", der wohl das Bedürfniß hatte, zu zeigen, daß er nicht nur mit Bezug auf die Frauen und die Arbeiter urtheilsunfähig ist.

allein die Kraft und Freiheit der repräsentativen Einrichtungen Englands beruhe, „bis auf die Wurzel".

Der so sprach und die Größe seiner Empörung durch Austritt aus dem Ministerium und fast ein ganzes Jahr währendes Fernbleiben von der Partei bekräftigte, ist heute als Marquis von Salisbury der gefeierte Führer der englischen Konservativen, und wenn die Organe seiner Partei ihm ein ganz besonderes Lob ertheilen wollen, so nennen sie ihn den würdigen Nachfolger von Disraeli-Beaconsfield.*

Diese „Elastizität der Gewissen" der Parteiführer, die es erlaubt, Forderungen, die man früher verpönt hat, eines Tages ruhig zu den seinen zu machen, sobald irgend welche Rücksichten der Partei- oder der nationalen Politik es gebieten, diese traditionelle Herrschaft des Opportunismus in England muß man kennen, um sehr viele Erscheinungen des nichtoffiziellen Parteilebens zu begreifen. Opportunisten sind die Politiker auch in Ländern mit so differenzirter Parteibildung wie in Deutschland, aber sie geberden sich und halten sich wohl auch hier und da für etwas Besseres, in England sind es Parteigänger Gladstone's, die denselben „Grand Old Opportunist" getauft haben. Und in der That, nicht daß er Opportunist ist, sondern wie er es ist, kann hier nur in Frage kommen, ebenso wie bei dem Vorwurf der Heuchelei, der ihm oft gemacht worden ist und auf den ich vielleicht ein anderes Mal zurückkomme.

Der potenzirte Opportunismus der Parteiführer und der Parteien in England ist das nothwendige Ergebniß der Konstitution dieser Parteien. Die moderne Gesellschaft ist ein so komplizirter Organismus, daß keine politische Partei sich völlig mit einer bestimmten Klasse der Bevölkerung decken wird, selbst diejenigen nicht, die sich nach Klassen nennen. Immerhin überwiegen bei den differenzirten Parteien des Festlandes in jeder derselben gewisse Klasseninteressen und bilden das, ich möchte sagen, perennirende Element derselben. Wie ist es aber in England? Die zwei Parteien, die hier den politischen Kampf bisher monopolisirten, sind, je mehr das Stimmrecht ausgedehnt wurde, immer buntscheckiger geworden, der Schwerpunkt in jeder zur unbekannten und undefinirten Größe, und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß jede in sich ein ähnliches Bild aufweist, wie anderwärts ganze Parlamente. Und wie, je zerrissener die Parteien, um so größer unter normalen Verhältnissen die Macht der Exekutive, so liegt in England in der buntscheckigen Zusammensetzung der beiden Parteien das Geheimniß der Macht der Führer über dieselben, einer Macht, die etwa der des Monarchen oder seines Vertreters in halbkonstitutionellen Staaten entspricht. 1844 warf Disraeli Peel vor, er verdonnere jede Art der Sklaverei, nur nicht die der Mit-

* Lord Salisbury hat indeß bis jetzt nur kleinere Verräthchen auf dem Gewissen, bei denen er zudem mehr den zustimmenden als den agirenden Theil gespielt. Ja, wenn 1885 die Liberalen soviel Stimmen verloren hätten, daß Tories und Parnelliten zusammen eine Mehrheit hätten bilden können, dann würde Lord Salisbury wahrscheinlich den vollen Anspruch auf jenen Titel erworben haben. War es doch ein 1867 Mit-Entrüsteter, der Lord Carnarvon, der Parnell 1885 zur Kooperation gegen die Liberalen einlud und ihm dafür die Gewährung weitgehender Selbstverwaltungs-Gesetze für Irland anbot. Parnell hatte schon ein ähnliches Versprechen von Herrn Chamberlain in der Tasche und ließ sich auf keine bindenden Abmachungen ein, sondern sorgte nur dafür, die liberale Mehrheit so zu reduziren, daß die Entscheidung zwischen beiden Parteien bei den Irländern lag. Das gelang zwar nicht ganz, aber doch in genügendem Maße, um Gladstone zu veranlassen, selbst mit einer Homerule-Vorlage herauszurücken und den Tory-Führern und Herrn Chamberlain das Entrüstetsein zu überlassen.

glieder der ministeriellen Partei, und wir haben gesehen, wie schön er später selbst die von ihm geführte Partei in das „Sklavenjoch“ zu spannen wußte. Die Engländer haben denn auch das entsprechende Wort für diejenigen Parteibeamten, die die Aufgabe haben, die Mitglieder zur Disziplin anzuhalten. Sie nennen sie „Whips“ — Einpeitscher.

Die Frage ist nun, ob dieses Verhältniß, die Auffangung des politischen Lebens eines ganzen Reiches durch — resp. die Ableitung in — zwei Kanäle noch andauern kann, nachdem die Ausdehnung des Stimmrechts auf die arbeitenden Klassen diesen einen entscheidenden Einfluß auf die Wahlkämpfe eingeräumt und die wirthschaftliche Zersetzung so große Fortschritte gemacht hat.

Die wirthschaftlichen Gegensätze, die ehedem Tories und Whigs trennten, waren sehr unwesentlicher Natur. Es waren Fragen der Präponderanz gewisser Interessenkreise, aber keineswegs von Leben und Tod derselben. Auch der Kampf zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern war lange Zeit nichts von einem solchen, sondern höchstens ein Kampf um die Frage, wer das Fett von der Milch abschöpfen solle; die Milch selbst wollte man redlich theilen. Heute hat aber die Entwicklung der Dinge auf dem Weltmarkt, die Zuspitzung des Konkurrenzkampfes, das Sinken der Profite und der Rente, die Situation in England so gestaltet, daß der Kampf der Milch selbst gilt, und da hört nachgerade der Spaß auf.

Bis zu einem gewissen Grade hat die 1886er Sezession der „liberalen Unionisten“ aus dem liberalen ins konservative Lager dieser neuen ökonomischen Situation entsprochen. Die Frage Homerules, wie sie heute steht, ist nur noch eine Frage der Rente, alles Andere ist leerer Wind. Kein zurechnungsfähiger Mensch glaubt, daß nach Gewährung von Homerule die katholischen Irländer die Protestanten unterdrücken oder im Falle eines Krieges mit Frankreich oder den Vereinigten Staaten Landesverrath üben werden. Aber ob sie noch länger den Landlords zinsen werden, das ist allerdings fraglich. Wer Grund hat, für die Rente zu zittern, geht zu den Konservativen. Diese sind — zwar nicht die Partei der Rente, eine solche wäre im heutigen England zur hoffnungslosen Minderheit verurtheilt, wohl aber die Partei eines möglichst billigen Ausgleichs zwischen Profit und Rente, die Partei der Solidarität von Kapital und Grundbesitz. Dieses Verhältniß zeigt sich am klassischsten im Hause der Lords, wo ehedem Whigs und Tories beständig sich die Waage hielten, heute aber Konservative und Liberale wie 10:1 stehen, ein Umstand beiläufig, der meines Erachtens die Frage der privilegirten Kammer doch nicht zu einer so gleichgiltigen macht, als einige englische Sozialisten sie erscheinen lassen möchten.

Was die Liberalen anbetrifft, so sind sie — von allerhand Ideologen und zeitweiligen Alliirten abgesehen — die Partei, die bereit ist, die Rente soweit zu opfern, als nöthig, um den Profit zu retten. Unter Rente hier immer der Ueberschuß des Bodenertrages über Arbeitslohn und Durchschnittsprofit zu verstehen. Es wimmelt unter den Liberalen von Bödenreformern aller Art. Ehedem in der Partei kaum geduldet, spielen sie heute eine ziemlich einflußreiche Rolle in derselben, so daß z. B. in der jüngst berathenen Kirchspiel- und Distriktsvertretungs-Bill den zu schaffenden Vertretungskörpern auf dem Lande das Recht zwangsweiser Enteignung von Grundstücken behufs Verpachtung an Landarbeiter eingeräumt worden ist. So ist die Parlamentsmehrheit auf das Verlangen des Londoner Grafschaftsraths nach Extrabesteuerung der städtischen Grundbesitzer für Steigerung ihrer Grundwerthe durch städtische Verbesserungen eingegangen, so befürworteten neulich einige achtzig Liberale in einer Eingabe an den Schatzkanzler eine Reform der Erbschaftssteuer, die unter Anderem auf stärkere Besteuerung

des vererbten Grundbesitzes hinausläuft, sowie die Einstellung der Zuschüsse an die städtischen Gemeinden, welche Maßregel eine Reform des städtischen Steuerwesens nothwendig und damit die Frage der stärkeren Belastung des städtischen Grundbesitzes aktuell machen würde. Und andere Beispiele mehr.

Unzweifelhaft sind das Maßregeln, die, welches auch ihr schließlicher Werth, beim kleinbürgerlichen Publikum und auch vielfach bei Arbeitern populär sind. Die nicht-grundbesitzende Bourgeoisie als Klasse ist aber schwerlich für sie zu gewinnen und jedenfalls nicht so für sie zu entflammen, daß sie darüber ihre sonstigen Schmerzen vergessen könnte. Diese leiten sie in steigender Progression ins Lager der Konservativen, und wie stark diese Sezession ist, veranschaulichte jüngst recht drastisch der Schmerzensschrei eines liberalen Wahlagenten, daß in seinem Kreise — ich glaube, es war in Staffordshire — kein bemittelter Liberaler mehr zu finden sei. Man übertreibe sich das nicht. In einem Lande, wo die Familientraditionen eine so große Rolle spielen, und wo die „oberen Zehntausend" etliche Hunderttausend sind, braucht man deshalb noch nicht zu meinen, daß die Liberalen ihre reichen Parteigänger demnächst so ziemlich ganz werden verloren haben. Es ist vielmehr ihr Pech, daß das nicht geschieht, und sie deshalb auch nicht, wie sich einige Leute eingebildet, zu einer sozialdemokratischen Partei sich entwickeln können, so sehr sie bestrebt sind, ihr Programm den Arbeitern mundgerecht zu machen. Es geschieht nur in genügendem Maße, sie immer mehr von den Stimmen der Arbeiter abhängig zu machen. Und da ein großer Theil der Arbeiterklasse des Stimmrechts noch entbehrt, ist die Ausdehnung desselben, wie sie zunächst in der von der Regierung eingebrachten Wahlregistrirungs-Bill vorgeschlagen wird, mehr als bloßes Schaugericht. Sie entspricht einem wirklichen Bedürfniß der liberalen Partei, wenngleich dieselbe sicher ist, durch sie der ihr von links immer drohender entgegentretenden Sozialdemokratie eine Waffe zu liefern.

Die Liberalen vertrauen darauf, durch ihre Musterkarte von Reformen und gewisse, den Arbeitern günstige Maßnahmen, wie jetzt die Einführung des Achtstundentages in Staatswerkstätten, dem Einflusse der Sozialdemokratie auf die Arbeiter entgegenzuwirken, und wenn es auch die Fortschritte der sozialistischen Agitation nicht zu verhindern vermochte, so hat es doch, in Verbindung mit der Vorschrift der Hinterlegung der amtlichen Wahlkosten,* die Verdrängung liberaler Abgeordneten durch Sozialdemokraten bisher mit allenfalls ein bis zwei Ausnahmen verhindert und die Zunahme der sozialistischen Stimmen sehr verlangsamt. Aber die Liberalen sehen nicht oder wollen nicht sehen, daß alle ihre wirthschaftlichen Reformen nur Tropfen sind auf dem heißen Stein des Drucks, der auf der Arbeiterklasse lastet, daß keine derselben geeignet ist, die immer stärker sich geltend machenden Rückwirkungen der Produktionsanarchie von der Arbeiterklasse abzuwenden, während diejenigen Arbeiter, die zu dieser Erkenntniß gekommen sind, sich durch die Aussicht auf in ihren Wirkungen noch ziemlich problematische Steuerreformen ꝛc. nicht abhalten lassen, die wichtigeren und weitertragenden Forderungen ihrer Klasse zu bekunden. Die Liberalen vergessen, daß je stärker das Klassenbewußtsein des Proletariers, d. h. je mehr er den Sozialismus erfaßt, um so stärker auch sein Idealismus und um so geringer die Aussicht, ihn durch kleine materielle Geschenke zu beeinflussen. Sie vergessen, daß gerade weil sie mit ihren Palliativmitteln die Masse der Arbeiter vorläufig noch an ihren Wagen spannen, sie darum der kleinen, aber nicht zu unterschätzenden Schaar von Sozialdemokraten nur um so mehr als der Feind erscheinen.

* Die aber die liberale Wählerregistrirungs-Bill aufzuheben vorschlägt.

Die jetzige Form des Wahlrechts in England, die vorher geschilderte Erschwerung der Aufstellung von Kandidaten und die Entscheidung durch das relative Mehr ist der Sozialdemokratie sehr ungünstig. Die Natur der Dinge verweist sie auf Wahlkreise, wo die Liberalen stark sind, und wenn sie in einem solchen mit einem dritten Kandidaten anrücken, heißt es regelmäßig: Ihr wollt den Kreis den Tories in die Hände spielen. Das verfehlt dann selten die Wirkung auf die Massen, und selbst Sozialisten haben unter solchen Umständen lieber für den Liberalen als für den Sozialdemokraten gestimmt, wenn sie sahen, der letztere habe keine Aussicht, durchzukommen. Indeß jede Partei hat das Bedürfniß, ihre Macht in irgend einer Weise zu manifestiren, und die Sozialdemokratie um so mehr, weil sie zur Zeit im Parlament in gar keinem Verhältniß zur Ausbreitung des sozialistischen Gedankens vertreten ist.

Beschränkt an Mitteln wird sie, wenn inzwischen die Registrirungsbill nicht durchgeht, nur in einer kleinen Zahl von Wahlkreisen selbständig den Kampf aufnehmen können. Obwohl vielleicht schon der Herbst die Auflösung des Parlaments bringt, sind erst höchstens 15 bis 20 sozialdemokratische Kandidaturen bekannt. Die Mehrzahl davon entfällt auf Wahlkreise, die jetzt durch Liberale vertreten sind, und bei der geringen Mehrheit, die dieselben im Parlament besitzen, ist schon das keine geringe Gefahr für die Rückkehr des Kabinets Gladstone. Daneben aber herrscht unter den Sozialdemokraten die entschiedene Tendenz vor, überall, wo sie keine eigenen Kandidaten haben, nach Möglichkeit für Wahlenthaltung zu agitiren, was wiederum in erster Reihe die Liberalen bedroht.

Das mag als nicht sehr praktisch erscheinen, da, wie oben gezeigt, die Liberalen nothwendigerweise eine Reihe politischer Reformen, die auch den Sozialisten zu Gute kommen, werden durchführen müssen. Aber man ist es namentlich im Norden müde, seine Stimme an den Meistbietenden zu verkaufen, und eine dritte Form, als besondere Partei seinen Einfluß zu dokumentiren, giebt es nicht.

Zwei Nachwahlen, die in letzter Zeit stattgefunden, haben gezeigt, daß bei dem jetzigen Wahlsystem die Liberalen trotz ihrer Reformpolitik wenig Chancen haben, bei einer bald erfolgenden Neuwahl des Parlaments ihre Position zu verbessern. In Accrington, einem von Textilarbeitern bevölkerten Wahlkreis in Lancashire, wurde ihr Vertreter, der sein Mandat wegen Beförderung zu einer höheren Stelle hatte niederlegen müssen, zwar wiedergewählt, aber mit verminderter Stimmenzahl, und wenn die Differenz am Ende nicht groß war und durch Wegzug von Wählern — es wurde nach der vorjährigen Liste gewählt — erklärt werden mag, so ist es schon schlimm genug, daß die Liberalen keinen Stimmenzuwachs erzielen konnten. Eine zweite Nachwahl fand in einem ländlichen Wahlkreis in Lincolnshire statt. Und trotzdem gerade im Parlament die den Kleinfarmern und Landarbeitern günstige Distriktsvertretungs-Bill der Regierung berathen worden, unterlagen die Liberalen mit größerer Mehrheit als 1892. Natürlich fehlt es auch dafür nicht an Erklärungen — was in der Welt läßt sich nicht erklären? — aber die Thatsache bleibt, daß die Liberalen bei den Wählern nicht jene Begeisterung zu entfachen im Stande sind, die ihnen eine sichere Wiederwahl und eine weniger prekäre Mehrheit im neuen Parlament in Aussicht stellt.

Somit kann trotz alledem das Votum der englischen Sozialdemokratie den Ausgang der nächsten allgemeinen Wahl bestimmen. Zur Zeit haben die Konservativen und liberalen Unionisten zusammen etwa zwanzig Sitze weniger als Liberale, Arbeitervertreter, Sozialisten, Nationalisten und Parnelliten zusammen. Erobern sie nur fünfzehn davon, so ist ein Gladstone'sches Ministerium unmöglich. Sollen

um dieser Eventualität willen die Sozialdemokraten auf ihr Eintreten in den Kampf verzichten? Niemand kann ihnen das zumuthen. Auch haben die Liberalen es in der Hand, die ihnen durch dasselbe drohende Gefahr wesentlich zu vermindern. Von dem Moment an, wo die Entscheidung durch das relative Mehr beseitigt und dafür die Bedingung des absoluten Mehrs mit dem System der Stichwahl eingeführt wird, hört die sozialdemokratische Kandidatur auf, schon an sich irgend einer dritten Partei zu nützen. Das System der Stichwahlen würde unzweifelhaft dadurch, daß es klare Bahn schafft, den Sozialdemokraten die Aufstellung eigener Kandidaten erleichtern und ihre Aussichten verbessern, aber in der Hauptsache auf Kosten der Konservativen, die als die geschlossene Partei des Besitzes vom jetzigen Wahlsystem am meisten profitiren.

Freilich auf diesem System, das so erfolgreich die dritten Parteien bei Seite schiebt, beruht oder beruhte das kunstvolle Gebäude des englischen Parlamentarismus. Aber auch dieses letztere, mit seinem erblichen Haus der Lords, ist weder werth noch fähig, unverändert fortzuvegetiren.

Literarische Rundschau.

Handbuch des Sozialismus. Von Dr. C. Stegemann und Dr. C. Hugo. Zürich, Schabelitz. Erscheint in 7 bis 8 Lieferungen à 80 Pfg. Lieferung 1 und 2.

Dieselben Gründe, die das Bedürfniß nach dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften schufen, sprechen auch für die Herausgabe des vorliegenden Handbuchs, das man, wenn es auch völlig selbständig dasteht, doch in gewissem Sinn als eine Ergänzung des erstgenannten Handwörterbuchs bezeichnen kann, in dem der Sozialismus in auffallender Weise zu kurz kommt.

Wir erinnern, um nur ein Beispiel zu nennen, an John Bellers, von dem Marx sagt, er sei „ein wahres Phänomen in der Geschichte der politischen Oekonomie“ („Kapital“ I, 2. Aufl., S. 175). Das Handwörterbuch ignorirt Bellers vollständig. Das vorliegende „Handbuch des Sozialismus“ bringt dagegen auf vier Seiten eine ausführliche Darstellung seiner Lehren — unseres Wissens die erste, die überhaupt in deutscher Sprache erschienen ist.

Soweit wir nach den bisher erschienenen zwei Lieferungen urtheilen können, stehen wir nicht an, das „Handbuch des Sozialismus“ für eine fleißige, gewissenhafte und sehr zweckentsprechende Arbeit zu erklären. Nicht als ob wir Alles unterzeichnen wollten, was die Verfasser schreiben, und nicht als ob es keine Lücken und Ungleichmäßigkeiten in ihrem Werk gäbe. Aber letzteres ist die nothwendige Begleiterscheinung jedes Versuchs, ein Wissensgebiet nach einzelnen Schlagworten zu zertheilen und zu ordnen, und besonders unvermeidlich bei einem ersten Versuch. Und wenn uns manche Anschauung der Verfasser anfechtbar erscheint, so müssen wir doch bemerken, daß uns in den bisher veröffentlichten Lieferungen keine unrichtige thatsächliche Mittheilung aufgestoßen ist, und darauf kommt es doch an. Auch hüten sich die Verfasser so viel als möglich, uns subjektive Auffassungen zu geben. Wo ihr subjektiver Standpunkt zur Geltung kommt, zeigt er sich als kein unserer Partei feindlicher.

Als ein großer Mangel muß das Fehlen jeglicher Literaturangaben bezeichnet werden. Was man in einem Handbuch, wie dem vorliegenden, sucht, wenn man es über einen bestimmten Gegenstand nachschlägt, ist nicht blos die Angabe der Thatsachen, sondern auch der Nachweis der Literatur, die darüber existirt. Sollte es noch möglich sein, diesem Mangel in den folgenden Lieferungen abzuhelfen, dann würde das „Handbuch“ an Brauchbarkeit ungemein gewinnen. Wir gedenken noch einmal darauf zurückzukommen, sobald es vollständig vorliegt. K. K.

Feuilleton.

Herwegh und die Pariser deutsche Legion.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Als auch am Sonntag Morgen, den 23. April, weder Bote noch Brief kam, hielt Herwegh dies Ausbleiben der Depeschen für ein sicheres Zeichen, daß Hecker mit den Seinigen in Gefahr sei, und beschloß deshalb, auch ohne Signal von ihm, noch in nächster Nacht den Rheinübergang von Großknubs aus nach Krembs zu versuchen. Um 9 Uhr Abends wurde Generalmarsch geschlagen, um 1 Uhr Morgens erreichte die Legion Großknubs, wo sie Schiffer und Schiffe bereit fand, die Mannschaften aufs heimische Ufer zu führen. Es war eine milde, sternenhelle Nacht, und als Alle glücklich hinüber waren, dämmerte auch der Tag. Der kleine hessische Posten, der nahe dem Landungsplatz aufgestellt war, hatte sich geflüchtet, Grenzwächter ließen sich nicht blicken, und so zog die Legion früh am Morgen des 24. April ungehindert die Höhen hinan, dem nächsten Dorfe zu. Der Ruf: „Es lebe die Republik!“ wurde aber von Niemand erwidert. Die Bauern hätten die Republik wohl angenommen, wenn man sie ihnen ins Haus gebracht hätte, und zwar gern, wenn sie dabei Vortheil, eine Erleichterung der Abgaben, gefunden hätten. Aber etwas dafür zu wagen, fiel ihnen selbst im Traum nicht ein. Ehe heutzutage der Bauer sich entschließt, seinen Acker und sein Vieh zu verlassen, muß es ihm, um mit Hecker zu reden, „an die Speckseite“ gehen. Dagegen waren die Bauern sehr erfreut, als sie den Mundvorrath, den sie herbeischleppten, baar bezahlt erhielten. Die 55 000 Mann Bundestruppen, welche gegen die paar tausend Republikaner damals in Baden zusammengezogen wurden, sollen anders gehaust und dem nur ungenügend entschädigten Bauern von seinem Rauchfleisch wenig mehr als die Knochen übrig gelassen haben.

Gegen 2 Uhr Nachmittags erreichte die Legion Kandern. Dort erst, vier Tage nach dem Ereigniß — so schlecht war damals vor Einführung der elektrischen Telegraphie der Nachrichtendienst der Zeitungen bestellt — erhielt die Legion die erste Nachricht von dem traurigen Ausgange des Hecker'schen Unternehmens. Hecker selbst, hieß es, sei glücklich in die Schweiz entkommen, einige Trümmer seiner Schaar hätten sich wieder gesammelt und den Weg zu Struve und Sigel nach Todtnau eingeschlagen. Diese Nachricht veranlaßte die militärischen Befehlshaber der Legion zum sofortigen Weitermarsch. Die ganze Umgegend von Kandern war noch von hessischen, nassauischen und badischen Truppen besetzt, so daß die Legion ihren Weg entlang der noch beschneiten Gebirgskämme nehmen mußte, um ungesehen von den Bundestruppen bis nach Todtnau vordringen zu können. Erst mit einbrechender Nacht erreichte die Legion ihr Nachtquartier, die Schwarzwalddörfer Vogelbach und Marzell, und obwohl die Mannschaft von dem vierundzwanzigstündigen Marsch äußerst ermüdet war, wurde doch am Dienstag den 25. April mit dem ersten Morgenstrahl wieder aufgebrochen, um, wenn irgend möglich, Todtnau noch am nämlichen Tage bei guter Zeit zu erreichen.

Herr von Löwenfels, der seit Banzenheim sein Regiment keinen Augenblick verlassen hatte, hatte sich durch die übergroße Anstrengung wunde Füße zugezogen und war genöthigt, auf einem der Bagagewagen Platz zu nehmen, auf welchem Frau Herwegh großentheils dem Zuge folgte, und der abwechselnd einem Jeden

Asyl bot, der entweder wie Herwegh mit dem militärischen Kommando nichts zu schaffen hatte, oder einer kurzen Ruhe bedürftig war.

Am Mittag mußte in einem kleinen, tief im Thal gelegenen Schwarzwalddorfe eine mehrstündige Rast gemacht werden. Dadurch wurde es unmöglich, noch am selben Abend nach Todtnau zu gelangen, und mußte hoch oben im Schwarzwald, in dem einsamen Dorfe Midau, Nachtquartier gemacht werden. Den armen Bewohnern war es kaum möglich, der Legion das Nothwendige zu geben. Speck und Schwarzbrot sind fast die einzige Nahrung dieser Leute, und das war kaum genug, den ersten Hunger zu stillen. Mit der Aussicht, am nächsten Morgen Todtnau zu erreichen, beschwichtigte Jeder sich und seinen nur halb gefüllten Magen.

Doch keine Stunde war vergangen, da erhielt Herwegh durch den Zahlmeister des Sigel'schen Korps, der ihm die Reste der Sigel'schen Kriegskasse überbrachte, eine niederschmetternde Nachricht. Durch Mißverständnisse aller Art und Verzögerung von Depeschen hatten die beiden Korps von Sigel und Struve, statt die Ankunft der Legion in Todtnau abzuwarten und *dann* erst vor Freiburg zu ziehen, schon Tags vorher, am 24. April, den Angriff ohne die Legion gemacht und eine entscheidende Niederlage erlitten. Sämmtliche Waffen waren in die Hände der Bundestruppen gefallen, die 3000 Mann unter Sigel's Kommando bis auf 30 zusammengeschmolzen und alle Uebrigen entweder gefangen oder in die vier Winde zerstoben, um sich im glücklichsten Falle in der Schweiz wieder zu vereinigen.

Sofort wurde Kriegsrath gehalten. Wenn die Sachen *so* stehen, sagte Herwegh, bleibt auch *uns* mit unserer kleinen, schlechtbewaffneten Schaar nichts übrig, als an einen möglichst schnellen und ehrenvollen Rückzug in die Schweiz zu denken, um uns dort auf neutralem Gebiet mit den Trümmern der anderen Korps zu vereinigen und in einem günstigeren Moment die Grenze gemeinsam zu überschreiten. Sämmtliche Chefs stimmten zu, und als der zum schnellen Uebergang geeignetste und nächste Punkt wurde das schweizerische Städtchen Rheinfelden ausersehen. Es galt jetzt, ein Gefecht um jeden Preis zu vermeiden und sich ungesehen den Weg durch eine in der ganzen Gegend vertheilte Armee von 55 000 Mann hessischer, nassauischer, badischer und württembergischer Truppen mit zahlreicher Kavallerie zu bahnen.

III.

Bis hierher hatte die Legion wenigstens nicht über Verrath oder Feindseligkeit zu klagen gehabt. Das sollte sich jetzt ändern. Nach sehr kurzer Rast wurde, noch ehe es tagte, am Morgen des 26. April aufgebrochen und immer die höchsten Gebirgspfade entlang gezogen, wobei die Legion oft bis über die Knöchel durch Schnee- und Eisfelder waten mußte. Und zwar Alle, denn auch Frau Herwegh war an diesem Tage genöthigt, den kleinen Bretterwagen zu verlassen und den größten Theil des Weges zu Fuß, einige besonders schlechte Strecken auf einem ungesattelten Bauernpferde zurückzulegen. Nur Herr v. Löwenfels, der seines kranken Fußes wegen selbst das Reiten nicht vertragen konnte, mußte über die Berge getragen werden. Herwegh marschirte mit der Legion.

Nach achtzehnstündigem Marsche kam diese, halb todt vor Hunger und Müdigkeit (denn auf dem ganzen Marsche hatten die Einzelnen kaum hier und da ein Stück trocken Brot bekommen), in Zell an, in der Hoffnung, dort übernachten zu können. Aber kaum sahen die Bürger von Zell die Legion einrücken,

als sich in der Hauptstraße Thüren und Läden eilig schlossen, und es dauerte nicht lange, so trat der Bürgermeister an Herwegh heran und bat ihn thränenden Auges, seine Stadt zu verschonen. Im nahen Schopfheim nämlich, anderthalb Stunden von Zell, standen 1500 Mann Infanterie und Artillerie mit sechs Geschützen, sowie 200 Mann Kavallerie zum Empfang der Legion bereit, und diese Truppen konnten leicht binnen wenigen Stunden um das Zehnfache vermehrt werden.

Bei dieser Sachlage, an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln war, bestand Herwegh, obwohl er mit dem Kommando nichts zu thun hatte, doch darauf, daß die Legion noch in selbiger Nacht aufbreche und bis auf Schweizergebiet marschire. Herr von Bornstedt war derselben Meinung, der Oberbefehlshaber Börnstein und der Stabschef von Corvin ebenfalls, nur mit dem Unterschied, daß diese beiden den bequemen Thalweg dicht an den Bundestruppen vorbei, jene zwei aber der Sicherheit wegen lieber den beschwerlichen, aber kürzeren Gebirgspfad einschlagen wollten. Der Einzige, welcher sich wegen übergroßer Ermüdung der Mannschaft gegen beide Vorschläge erklärte, war Herr von Löwenfels, der in Zell zurückbleiben mußte, als um elf Uhr Nachts, nachdem die Mannschaft sich genügend ausgeruht und erquickt hatte, der Weitermarsch nach dem nur drei gute Stunden entfernten Rheinfelden, nach Herwegh's Vorschlag auf dem Gebirgspfad, angetreten wurde.

Es war sternenlose, finstere Nacht, so finster, daß man kaum seinen Vordermann, geschweige denn die Führer erkennen konnte, welche der Legion den nächsten Weg übers Gebirge zeigen sollten und schnell voran liefen. Man kam auf den unglücklichen Gedanken, Laternen mitzunehmen, und diese Lichter, die sich im Thal wie Flammen ausnahmen, wurden die Verräther. Sie entdeckten den unten lagernden Württembergern die Flucht und bezeichneten ihnen genau die Richtung, welche die Legion einschlug. Ueberdies erwiesen sich auch die Führer als Verräther, denn um den württembergischen Truppen den Vorsprung möglich zu machen, führten sie die Legion so geschickt kreuz und quer, daß dieselbe am nächsten Tage, den 27. April, statt um zwei Uhr Morgens in Rheinfelden, erst um zehn Uhr Vormittags in Niederdossenbach, einem kleinen Dorf drei Viertelstunden diesseits des Rheins, ankam.

Hier harrte der todtmüden und erschöpften Mannschaft ein neuer Verrath, und zwar in Gestalt von Speck und Schinken, den die Bauern mit überraschender Zuvorkommenheit in großen Körben herbeischafften, noch ehe überhaupt etwas verlangt war. Herwegh ahnte Unheil und beschwor die Mannschaft, den Hunger nur noch auf kurze Zeit zu überwinden und den Vorrath mit in den Wald zu nehmen. Aber da war alles Reden umsonst. Erst nachdem der Hunger wenigstens zum Theil gestillt war, ging der Marsch weiter. Frau Herwegh folgte auf einem requirirten Leiterwagen dem Zuge nach.

Obwohl, so viel man auch spähte, nirgends Bundestruppen zu erblicken waren, hatten doch Alle das Vorgefühl, daß sie nicht ohne Kampf die Schweizergrenze erreichen würden. Corvin gab deshalb den Befehl, den Wagen, auf dem Frau Herwegh saß, dem Zuge voranfahren zu lassen, da der Feind, wenn er angreife, die Legion nur im Rücken angreifen könne. Dieser richtigen Voraussicht hatte es Frau Herwegh zu danken, daß sie nicht kurz darauf in die Hände der Truppen fiel, denn ein zweiter Bagagewagen, welcher hinter dem Zuge zurückgeblieben war, war das Erste, was diese erbeuteten. (Schluß folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 20. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Des Neuen Kurses Freud' und Leid.

↙ Berlin, 7. Februar 1894.

So ist denn der Handelsvertrag mit Rußland geschlossen worden, hüben und drüben mehr erzwungen durch den unwiderstehlichen Druck der ökonomischen Entwicklung, als geschaffen durch die überlegene Einsicht der Regierenden, der jetzt schon die offiziösen Trompetenbläser ihre Serenaden darbringen. Ein Fortschritt ist der deutsch-russische Handelsvertrag ohne jeden Zweifel, ein Fortschritt auf dem Gebiete der Kultur, auf den Wegen friedlichen Verkehrs, ein Fortschritt auch in gewissem Grade für die Interessen der arbeitenden Klassen. Diese Lage der Dinge findet ihren treffenden Ausdruck darin, daß die deutsche Regierung im Reichstage die Genehmigung des Handelsvertrages nicht durchsetzen kann ohne die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie sie durchsetzen muß gegen den heftigen Widerstand der konservativen Stützen von Thron und Altar.

Spielen nicht etwa noch unberechenbare Zufälle mit, wie sie nun einmal zum Inventar des Neuen Kurses gehören, so darf man heute schon mit der Annahme des russischen Handelsvertrages durch den Reichstag als mit einer sicheren Thatsache rechnen. Und es ist auch für eine üppige Phantasie schwer auszudenken, woher diesmal unberechenbare Zufälle kommen sollen. Der Kaiser selbst hat sich mit einer Schärfe, die keinen Rückzug mehr gestattet, für den Vertrag ins Zeug gelegt, und sieht man auch davon ab, so sind bei einem internationalen Vertrage solche Ueberraschungen ausgeschlossen, wie wir sie bei dem preußischen Volksschulgesetze erlebt haben. Bis der russische Handelsvertrag unter Dach und Fach gebracht ist, steht das System Caprivi auf festen Füßen. Es hat die Ordre zur Auflösung des Reichstags für den schlimmsten Fall in der Tasche, doch ist heute gar nicht mehr mit irgend welcher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dieser schlimmste Fall eintreten wird.

Nicht zwar als ob wir der Ansicht wären, daß ein bloßes sic volo, sic jubeo der Regierung oder des Kaisers genügte, um die junkerliche Opposition zu Paaren zu treiben. Das Märlein von der absoluten Ohnmacht der konservativen Partei gegenüber einem entschiedenen Willen der Krone hat uns nie zu seinen Gläubigen gezählt. Die preußische Geschichte beweist, man kann ohne Uebertreibung sagen: auf jedem ihrer Blätter das gerade Gegentheil. Erfunden ist jenes Märlein von den Liberalen, die auch jetzt wieder auf den ollen Kamellen

von Anno dazumal herumreiten, auf der Junkerrebellion der Finckenstein und Marwitz gegen die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung, auf dem hochverrätherischen Proteste der Stände von Beeskow und Storkow, auf der Widerborstigkeit der priegnitzischen Junker, was alles durch die Energie freisinniger Staatsmänner und die gelben Reiter des Königs gebändigt worden sei. Das wäre recht schön und gut, wenn es mit dieser „Bändigung" nicht doch seinen besonderen Haken hätte. Man sehe sich das Regulirungs-Edikt von 1816 und das Ablösungs-Edikt von 1821 an, und man wird mit aktenmäßiger Trockenheit die Frage beantworten können, wer den Nutzen von der preußischen Bauernbefreiung gehabt hat: es waren die Junker, die Junker und abermals die Junker.

Genau so ging es 1848, wo nicht der König die Junker, sondern die Junker den König „strammten" zur Kontrerevolution. Genau so ging es 1866, wo nicht die Krone oder die Liberalen, sondern die Junker die deutsche Einheit machten, die denn auch darnach ausgefallen ist. Zwar in den Dutzend Jahren zwischen 1866 und 1878 entstand gerade jenes Märlein von der absoluten Ohnmacht der konservativen Partei gegenüber dem entschiedenen Willen der Regierung, und so viel ist schon richtig, daß es damals noch am ehesten einen gewissen Schein von Wahrheit gewinnen konnte. Die junkerliche Opposition gegen die „liberale" Regierung kam in jener Zeit nicht zu ihrem Ziele. Aber man darf doch nicht übersehen, daß sie nur einen Theil der Junker umfaßte und daß dieser Theil mehr aus ideologischer Schrullenhaftigkeit, als aus richtig verstandenen Klasseninteressen gegen die „liberale" Gesetzgebung rebellirte. Die Masse der Junker hat diese Gesetzgebung ruhig mitgemacht, die denn auch darnach ausgefallen ist. Sie wußte recht gut, daß Großpreußen nicht zu haben war ohne gewisse Zugeständnisse des Feudalismus an den Kapitalismus, und sie wußte noch viel besser, daß die freihändlerische Gesetzgebung den Interessen des Großgrundbesitzes mindestens ebenso entsprach wie den Interessen der Großindustrie. Sobald sich dies Verhältniß änderte, war das ganze Junkerthum wieder eine geschlossene Einheit, nach dessen Taktstock ein halbes Menschenalter im preußisch-deutschen Reiche musizirt worden ist.

Unbescheiden, wie der dreiste und gottesfürchtige Junker nun einmal ist, hat er dabei aber die Saiten allzu straff gespannt. Ein großer Industriestaat mit der geschlossensten und stärksten Arbeiterpartei, welche die Welt jemals gesehen hat, läßt sich nicht auf die Dauer wie der Kreis Schievelbein in Hinterpommern regieren. Deshalb löste der Neue Kurs das System Bismarck ab. Aber wenn die konservative Partei einfach nach der Pfeife der Regierung zu tanzen geneigt und gewohnt ist — wie dann erklären die vierjährigen Qualen des Systems Caprivi? Es hatte ja die Krone hinter sich und soweit es die allerreaktionärsten Auswüchse des Systems Bismarck beschränken wollte, auch die Mehrheit des Reichstags. Der gegenwärtige Reichskanzler brauchte also nur zu befehlen, und Alles wäre eine Herrlichkeit gewesen, vorausgesetzt nämlich, daß es mit der Ohnmacht der konservativen Partei gegenüber dem entschiedenen Willen der Regierung seine Richtigkeit hätte. Aber es hat damit eben nicht seine Richtigkeit, und vom Standpunkte der Arbeiterklasse, deren politische Erfolge nicht zuletzt darin wurzeln, daß sie die Macht ihrer Gegner zwar nicht fürchtet, aber gerade deshalb auch nicht unterschätzt, liegt gar kein Anlaß vor, die Legenden und Märchen zu pflegen, womit sich die liberalen Parteien über ihre Mißerfolge zu trösten suchen. Käme es auf lange und schöne Reden in den Parlamenten an, dann freilich wären die Liberalen den Konservativen weit überlegen. Aber den Junkern liegt weniger an den Lorbeeren parlamentarischer

Beredtsamkeit, als daran, daß sie das Heer und die Verwaltung in ihrer Hand haben, daß sie das ländliche Proletariat unter strammer Fuchtel halten, genug, daß sie reelle Machtmittel besitzen, womit sie jeder, ihren Interessen etwa widerspenstigen Regierung das Leben blutsauer machen können, wie sie das im gegebenen Fall bis auf diesen Tag gethan haben und auch weiterhin thun werden.

Es sind ganz andere Gründe, als ihre angebliche Abhängigkeit von der Regierung, welche die Genehmigung des russischen Handelsvertrags durch den Reichstag wahrscheinlich, um nicht zu sagen gewiß machen. Die Junker haben stets die gar nicht so unschlaue Taktik befolgt, bei jedem leisen Tritt auf ihre Hühneraugen gleich ein Geschrei zu erheben, als ob ihnen das Messer an der Kehle säße. Wir wiesen vor einigen Wochen darauf hin, daß der fürchterliche Lärm, den der Bund der Landwirthe gegen die „kleinen Handelsverträge" erhob, zum guten Theil darauf berechnet war, die Regierung für die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag einzuschüchtern. Nun der Vertrag doch geschlossen worden ist und selbst der russische Zar seinen herausfordernden Trotz gebeugt hat, werden die Junker — versteht sich, unter ungeschwächter Fortsetzung ihres ohrzerreißenden Geschreis — sehr nüchtern überlegen, wobei sie besser fahren, bei der Genehmigung oder Verwerfung des Vertrags. Ein Theil von ihnen, die großen Latifundienbesitzer, die neben den agrarischen meistens auch industrielle Interessen haben, erklärt sich bereits durch sein Organ, die „Post", für Genehmigung des Vertrags. Ein anderer Theil, die kleinen, halb bankerotten Krautjunker der ostelbischen Provinzen, wird sich an die Verwerfung des Vertrags klammern als an die letzte Planke, die ihn nach seiner Meinung noch über Wasser halten kann. Ein dritter Theil aber, und er dürfte aus dem bureaukratischen und militärischen Junkerthum bestehen, wird wohl zu der Schlußfolgerung kommen, daß dies Spiel die Kerze nicht lohnen würde, daß die geringe Kürzung der Getreidezölle bis auf einen noch immer hohen Betrag lange nicht so bedenklich sei, wie alle die bedenklichen Eventualitäten, die bei einer Auflösung des Reichstags eintreten können. Selbst also wenn ihre Hilfstruppen aus der nationalliberalen und ultramontanen Fraktion nicht versagen sollten, wie sie theilweise gewiß versagen werden, würde die konservative Partei schwerlich den Entschluß zur Abweisung des russischen Handelsvertrages finden. Daß sie ihm eine möglichst starke Minderheit entgegensetzen und sich selbst nach seiner Annahme als das duldende Opfer einer unheilvollen und verderblichen Politik aufspielen wird, versteht sich für diese vortrefflichen Politiker von selbst.

Der Reichskanzler braucht sich also über die junkerliche Fronde gegen den russischen Handelsvertrag nicht mehr viel den Kopf zu zerbrechen. Aber des Lebens ungemischte Freude wird keinem Sterblichen zu Theil, und die gepeitschten Weiber von Kamerun sind ein häßlicher Posten in dem Konto des Neuen Kurses. Wie auf anderen Gebieten, so hat Graf Caprivi auch in der Kolonialpolitik das Erbe seines Vorgängers nicht ohne Vorbehalte angetreten; aber obgleich er den kolonialen Humbug nicht als Vorspann für persönliche und politische Reklame benutzt hat, so hat er mit dem Trödel doch nicht so rücksichtslos aufgeräumt, wie es den Interessen der Nation mit Ausnahme einer kleinen Handvoll Großkapitalisten entsprochen hätte. Die Handelsprofite einiger deutscher Kaufleute sind wirklich sehr theuer bezahlt mit der Last von Lächerlichkeit und Verachtung, welche die über hilflosen Weibern geschwungene Peitsche des Kanzlers von Kamerun vor der ganzen Welt auf den deutschen Namen gewälzt hat. Wie es in tropischen Handelskolonien hergeht und nach ihren ganzen Existenzbedingungen hergehen muß, wußte seit lange Jedermann; selbst preußische Historiker sprachen sprich-

wörtlich von ihrer „rohen Habgier", ihrer „tiefen Unsittlichkeit", wenigstens so lange, bis es den Glückspilzen des neuen Deutschen Reichs einfiel, im dunklen Erdtheil an der Spitze der Zivilisation zu marschiren. Trotz der massenhaften Heuchelei, die der „nationale Gedanke" des Herrn v. Bennigsen und der „christliche Gedanke" des Herrn Windthorst mobil machten, war es selbstverständlich, daß es in den deutschen Handelskolonien nicht anders hergehen würde, als üblich. Nur damit konnte sich der moralische Patriot trösten, daß es der deutschen Industrie in ihrer fieberhaften Jagd nach neuen Absatzmärkten doch nur gelungen war, ein paar Sand- oder Sumpfflecken von der längst vertheilten Erde zu ergattern. Oder höchstens noch damit, daß der preußische Assessor und Premierlieutenant in diesen entlegenen Erdenwinkeln zwar allerlei Abderitenstreiche angeben können, was sie denn auch reichlich gethan haben, aber daß die Greuel der tropischen Kolonialpolitik sich in so zwerghaften Grenzen nicht entfalten könnten. Allein mit diesen Trostgründen war es nicht weit her. Die gepeitschten Weiber von Kamerun stehen ebenbürtig neben allen Scheußlichkeiten der englischen und holländischen Kolonialpolitik. Der Unterschied besteht allein darin, daß Deutschland solche Schmach nicht auf sich genommen hat um der Weltherrschaft oder unermeßlicher Reichthümer willen, sondern wegen kleiner Handelsprofite einiger Kaufleute und namentlich wegen der chauvinistischen Fanfaronaden, womit das Elend der hungernden und unterdrückten Massen im eigenen Lande übertäubt werden sollte.

Wäre die Sache nicht gar so schimpflich, man könnte den nunmehr veröffentlichten Bericht des Kanzlers Leist über die Meuterei in Kamerun nicht ohne Heiterkeit lesen. Der preußische Bureaukrat ist doch immer derselbe, mag er den kleinen Belagerungszustand über die Stadt Spremberg in der Neumark verhängen oder farbige Weiber auf der Joßplatte auspeitschen lassen. „Wie im Himmel hätten sich die Leute vorkommen müssen", klagt der würdige Kanzler Leist, nämlich die Dahomey-Soldaten, die entweder besoldet und dann „wegen ihrer hohen Löhnung häufiger mit Geldstrafen" oder aber nicht besoldet und dann immer „mit Prügelstrafen belegt wurden". Kann man sich eine größere Verruchtheit denken, als daß diesen schwarzen Kerlen jedes Verständniß für einen solchen Himmel deutscher Glückseligkeit fehlte? Und welch beispiellose Verworfenheit, daß sie gar revoltirten, als ihre Weiber wegen angeblich ungenügender Gartenarbeit vor ihren Augen ausgepeitscht wurden! Vor diesem Ueberschwange menschlicher Undankbarkeit steht der Kanzler Leist ganz rathlos, aber mit staatsmännischem Scharfsinn weiß er doch noch glücklich den Schlüssel des Räthsels zu ergattern. Er schreibt: „Leider fanden sich auch Personen, wie der in Deutschland erzogene Alfred Bell, welche die Unzufriedenheit der Dahomeer künstlich schürten und aus derselben Kapital schlugen." Ohne Zweifel hat Alfred Bell in Deutschland das Gift der Sozialdemokratie eingesogen; sonst wäre vollständig unerklärlich, wie irgend welche Unzufriedenheit in dem Kameruner Himmelreich hätte entstehen können.

Der Regierung muß es schwere Selbstüberwindung gekostet haben, den Bericht des Kanzlers Leist zu veröffentlichen. Bis dahin konnte man den Frauenpeitscher von Kamerun für eines jener besonders bösartigen und gewaltthätigen Individuen halten, die schließlich überall vorkommen und deshalb keiner besonderen Klasse zur Last fallen. Aber der Bericht des Kanzlers Leist zeigt ihn als einen vollkommen korrekten Bureaukraten.

Der Mann denkt und spricht ganz nach der preußischen Schablone, ganz so wie ein „pflichttreuer" Beamter, der geraden Wegs auf den rothen Adlerorden vierter oder gar dritter Klasse lossteuert. Er handelte ländlich sittlich, als er die schwarzen Arbeiter von Kamerun mit der Peitsche auf den Rücken

schlug. In Deutschland hätte er die weißen Arbeiter mit Stockschlägen auf den Magen getroffen. Was hat er denn Schlimmeres gethan, als die Bismarck und Puttkamer und Krüger und Ihring-Mahlow in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes gethan haben?

Wir vermögen deshalb kein besonderes Verdienst darin zu entdecken, daß manche bürgerlichen Blätter mit ungewohnter Energie die Bestrafung oder mindestens die Kassirung des Kanzlers Leist verlangen. Das hätte einen Sinn, wenn dieser Beamte aus persönlicher Heimtücke gehandelt hätte oder auch, wenn in den deutschen Kolonien sonst nie gepeitscht worden wäre. Aber in der deutschen Kolonie ist die eingeborene Bevölkerung vom ersten Tage an mit Christenthum, Schnaps und Peitschenhieben gesegnet gewesen, und der Kanzler Leist denkt, handelt, schreibt so korrekt, wie der Musterbureaukrat v. Puttkamer nur je gedacht, gehandelt, geschrieben hat. Sein Pech war blos, daß er gerade am Stiel der Peitsche stand, als der farbigen Bevölkerung endlich der Geduldsfaden riß, und wenn er wirklich über die Klinge springen müßte, so könnte er sich mit Recht beklagen, für treue Dienste mit schnödem Undank belohnt worden zu sein.

Die deutschen Kolonialfexe sollten doch nachgerade lernen, logisch zu denken. Entweder will man ernsthafte Kolonialpolitik, und dann muß man auch Greuel, wie die Frauenpeitscherei von Kamerun, als selbstverständlich hinnehmen. Oder man entrüstet sich über solche Greuel, und dann fege man den kolonialen Krempel zum Thore hinaus, wie die sozialdemokratische Partei von jeher verlangt hat.

Der Agrarier Noth und Glück.

Von Dr. **R. Meyer.***

Da die Agrarier zur Zeit auf die Gesetzgebung den mächtigsten und meiner Ansicht nach sogar für sie selbst, noch mehr aber für alle übrigen Deutschen, in erster Linie die Arbeiter, schädlichsten Einfluß üben, ist es mir vielleicht gestattet, einige Irrthümer über Agrarierforderungen in einem sonst lesenswerthen Artikel der „Frankfurter Zeitung" des 22. Januar von Dr. J. Zuns zu berichtigen.

Derselbe konstatirt, daß die heutigen Gelehrten, voran Professor von der Goltz, einfach Rodbertus nachbeten und noch etwas hinzu thun. Goltz sagt, wie Rodbertus, die Schulden der Gutsbesitzer entstehen hauptsächlich dadurch, daß sie bei Erbgängen und Käufen das Gut mit zu wenig eigenem Kapital bezahlen und es sofort mit zu viel Schulden übernehmen, und dann sagt er, die Nothlage der Landwirthe beruhe auch noch auf Arbeitermangel.

Diese letztere Angelegenheit habe ich schon in früheren Artikeln berührt und komme wohl noch darauf zurück. Um diesen kleinen Artikel ganz klar zu halten, will ich sie jetzt links liegen lassen. Dr. Zuns sagt dann weiter, die Gutskäufer und Erben verschulden das Gut nicht aus Unzurechnungsfähigkeit, sondern sie rechnen ganz richtig, daß ihnen ein großes verschuldetes Gut — oder die Pachtung eines großen Gutes — mehr einträgt, als wenn sie nur ein kleines Gut kauften, was sie mit ihrem eigenen Vermögen baar auszahlen und davon noch das nöthige Betriebskapital übrig behalten könnten. Und nun, da die Landwirthschaft schlecht rentirt, gehe die Sache schief und sie verlangen vom Staat allerhand Subven-

* Es dürfte hier der geeignetste Ort sein, mitzutheilen, daß Dr. Rudolf Meyer auch der Verfasser des Artikels über „Die Aufhebung des Identitätsnachweises" in Nr. 18 der „Neuen Zeit" ist. Durch ein Versehen unterblieb damals die Nennung des Autors.

Die Redaktion.

tionen (Zollschutz, Exportprämie für Zucker, Spiritus, Getreide, Grundsteuererlaß ꝛc.). Das ist Alles richtig. Aber Dr. Juns macht den jetzigen Gelehrten, die übrigens bei Rodbertus' Lebzeiten diesen bekämpft haben, und Rodbertus zwischen den Zeilen selbst, den Vorwurf, sie hätten jene, wie er sagt, egoistischen Motive der Gutsübernehmer nicht gekannt. Für die heutigen Gelehrten wird das wohl zutreffen. Für Rodbertus nicht, und sogar alle praktischen Landwirthe der Rodbertus'schen Zeit kannten diese egoistischen Motive so gut, daß Rodbertus gar nicht nöthig hatte, sie auch nur zu erwähnen. Wie landläufig sie waren und wie selbstverständlich, dafür will ich nur erwähnen, daß ich vor etwa zwanzig Jahren auf Jagetzow, dem pommerschen Gute des Dr. Rodbertus, mit ihm den schönen Aufsatz des Herrn L. de Lavergne in der „Revue des deux Mondes" vom Jahre 1853 über die englische Landwirthschaft besprach, nicht aus Grund der von Dr. Juns berührten Sache, sondern wegen der Verbesserungen des Betriebes in England, die er schildert, und die Rodbertus zum Theil zuerst in Pommern selbst anwandte, z. B. Drainage, zu der er die Drains aus England hatte kommen lassen. Dabei, also ganz nebensächlich, berührten wir auch die Mittheilung des Herrn v. Lavergne, daß kleine Grundbesitzer in England ihre Güter verkauften und ein großes Gut pachteten, denn, schrieb 1853 Herr von Lavergne, wer 3000 Francs Rente als Gutsbesitzer mit eigenem Kapital haben wolle, brauche dazu 100 000 Francs eigenes Kapital, auf einem großen Gut als Pächter aber nur 30 000 Francs, und daß derselbe Grund in Deutschland allgemein die Leute veranlasse, ein Gut von 3000 Morgen für 300 000 Thaler mit eigenem Kapital von 125 000 Thalern zu kaufen, wovon 100 000 Thaler angezahlt werden, 25 000 Thaler Betriebsfond bleiben und 200 000 Thaler als Schulden eingetragen werden, anstatt ein Gut von 1000 Morgen für 100 000 Thaler zu kaufen, baar auszuzahlen und 15 000 oder 25 000 Thaler Betriebskapital zu behalten. Je größer der Betrieb ist, desto vortheilhafter ist er — sofern Betriebe mit Lohnarbeit überhaupt noch rentiren — und das war damals der Fall. Ferner stieg seit 1840—1850 bis zur Zeit jener Unterhaltung, etwa 1873 oder 1874, der Grundwerth oder Preis beständig. Besaß der Mann also 3000 Morgen, die er pro Morgen für 100 Thaler gekauft hatte, und der Morgen stieg in 20 Jahren um 20 Thaler, so stieg sein Vermögen, hatte er ein Gut von 3000 Morgen gekauft, um 60 000 Thaler, besaß er nur eines von 1000 Morgen, nur um 20 000 Thaler. Rodbertus und ich diskutirten diese landläufige Handlungsweise nicht, aber wir waren einig darin, daß sie üble Folgen haben könne und daß ein Gesetz, welches Eintragung neuer Schulden bei Gutskäufen verbiete, nothwendig sei, um dem „Eigeninteresse" der Gutskäufer einen Riegel vorzuschieben, wobei sich der Meinungsunterschied zwischen uns herausstellte, daß Rodbertus noch an fortwährend steigende Grundrente dachte und ich daran damals schon zweifelte, wie ich das in der Vorrede zu der vor ein paar Wochen erschienenen zweiten Auflage von Rodbertus' Werk über die Kreditnoth der Grundbesitzer ausführlich mitgetheilt habe. Rodbertus wollte im Interesse der Nation das Eigeninteresse der Gutsannehmer zügeln, denn schon bei gleichmäßiger oder sogar langsam steigender Grundrente muß ein solches Verfahren, wenn der Gutsbesitzer, der nur ein Drittel des Kaufpreises besitzt, mehrere Kinder hat, zu einer Ueberschuldung des Standes der Gutsbesitzer bei Erbtheilungen und sogar zu einer Katastrophe führen, wie sie von jetzt bis Ende des Jahrhunderts erfolgen wird, wenn nicht Revolutionen und andere politische Ereignisse in Amerika und Indien die billige Kornproduktion und den Massenexport von Getreide von dort einschränken sollten.

Wenn Dr. Zuns also glaubt, Rodbertus und seine Freunde, z. B. ich, hätten vor zwanzig und mehr Jahren diese Sachen nicht gekannt, so läuft er eine offene Thür ein, die so groß ist wie ein Scheunthor.

Ich gehe viel weiter.

Er verlangt eine Enquete über die Grundbesitzverhältnisse. Das habe ich bezüglich der Schulden ja längst in diesen Blättern gethan. Auf Details bin ich nicht eingegangen. Aber da die Frage nun auch in der „Frankfurter Zeitung" aufgeworfen wird, will ich doch andeuten, daß man dabei unterscheiden sollte zwischen Schulden und Scheinschulden.

Jetzt laufe ich eine offene Thür ein für alle Praktiker und Großgrundbesitzer, aber eine verschlossene für viele Gelehrte, mit wenigen Ausnahmen, z. B. Conrad in Leipzig und Ruhland in München.

Die Regierung soll also alle wirklich hypothekarisch eingetragenen Schulden des Großgrundbesitzes z. B. der Provinz Pommern oder Brandenburg ermitteln, auch bei Amortisationsschulden den Betrag der schon gemachten Abzahlungen abziehen und z. B. finden, der Großgrundbesitz der Provinz, welcher bei der Kur- und Neumärkischen Ritterschafts-Landschaft hypothekarisch bis zu zwei Drittel des Taxwerths beleihbar ist, umfaßt 1 Million Morgen, die Taxe ist im Durchschnitt 120 Mark pro Morgen, so wird die Enquete ergeben, daß weit über 80 Millionen Mark, also weit über zwei Drittel des Taxwerths der Güter, Schulden auf dieser Million Morgen liegen. Es werden wahrscheinlich 150 Millionen Mark Schulden darauf lasten. Das überrascht keinen erfahrenen Großgrundbesitzer im Verein der Landwirthe, aber sie freuen sich und schweigen, wenn, wie der geistvolle frühere erfahrene Thebaner von Macard im Landwirthschafts-Ministerium sagte, die Gelehrten „beheulen das ungeheure (Großgrundbesitzer-) Elend".

Wie geht die Sache zu?

Wenn die Enquete sachverständig, das heißt von Leuten, die auch einen Ar Land und einen Halm Stroh ihr eigen nennen, und nicht von Bureaukraten gemacht würde, so würde der Enquete-Mann für einen Kreis im selben Kreise wohnen und sich mit dem Landrath und anderen Kreisgenossen zusammensetzen und sagen: „Wir wollen also die wirklichen Schulden der Grundbesitzer für die Regierung und das Parlament ehrlich für unseren Kreis ermitteln, damit sie die Lage und Noth vieler Großgrundbesitzer kennen lernen. Wir haben in unserem Kreise 50 000 Morgen, die Großgrundbesitzern gehören. Der Taxwerth der Landschaft ist 120 Mark pro Morgen, sie beleiht bis zu zwei Drittel, das macht 4 Millionen, die sie auf Verlangen leihen würde und, wie wir Alle wissen, auch geliehen hat. Wir finden aber 8 Millionen Mark eingetragene Schulden. Wenn wir die der Regierung als effektive, das heißt wirkliche Schulden des Großgrundbesitzes nach Berlin melden, täuschen wir sie. Davon werden wir also als ehrliche Leute die „Scheinschulden" abziehen. Da sind die drei Grafen A, B, C, die Herren von D, E, F, G, H, J, K, da die reichen Bürgerlichen von L bis Z und TZ, zusammen 15 Personen, von denen es bekannt ist, daß sie wohl eingetragene Hypothekenschulden, aber viel mehr Kapitalvermögen haben, das in Fonds oder Unternehmungen anderer Art als eigenem Grundbesitz angelegt ist. Sie besitzen von den 50 000 Morgen des Kreises rund 20 000 Morgen und haben natürlich darauf die volle Landschaftsschuld von 80 Mark pro Morgen, macht 1,6 Millionen Mark. Darüber hinaus haben einige vielleicht noch einige eingetragene Familienschulden, die sie nicht drücken, die lassen wir außer Betracht. Es sind rund 2 Millionen Mark.

Es blieben nun von den 8 Millionen auf 50 000 Morgen eingetragenen Schulden nur 6 Millionen Mark Schulden, welche auf 30 000 Morgen lasten. Nur mit diesen haben wir uns ernsthaft zu beschäftigen."

Ich schäme mich ordentlich, diese Platitüden hier zu erwähnen, die jeder, ja jeder Gutsbesitzer kennt; aber der deutschen Gelehrten wegen ist es doch leider nothwendig.

Warum haben die 15 Großgrundbesitzer 1,6 Millionen Mark Hypothekenschulden und mehr als 1,6 Millionen Mark Kapital in anderen Unternehmungen, Fonds oder sogar in Hypotheken angelegt? Einfach weil es ihnen viel Geld einbringt oder brachte.

Die „Landschaften" sind Hypothekar-Institute auf Gegenseitigkeit, von denen Friedrich der Große die ersten mit Staatshilfe gründete, indem er ihnen je einige 100 000 Thaler schenkte oder zu billigem Zins lieh. In der Agrarkrisis von 1820 bis 1830 unterstützte der Staat abermals einige; so erhielt die ostpreußische damals etwa eine Million Thaler geschenkt. Nun kamen gute Zeiten, und die Landschaften konnten ihre Pfandbriefe zu billigerem Zins verkaufen, als ihn die Grundbesitzer zahlten. Sie erwarben Reservefonds, die Zinsen brachten. Dann setzten sie die Zinsen der Grundbesitzer herab. Die Verwaltung besorgten sie umsonst aus den Zinsen des Reservefonds. Einige Pfandbriefe gingen irgendwo zu Grunde, so auch Coupons. Das Vermögen der Anstalten wuchs. Jetzt war ein Ueberschuß aus Zinsen des Reservefonds vorhanden, und den warfen sie in den Amortisationsfonds. Wenn ein Grundbesitzer also vor etwa 30 Jahren ein Kapital von der Landschaft lieh im Betrage von 100 000 Thalern, so zahlte er sage 4 Prozent Zinsen und ½ Prozent Amortisation, wodurch sich dies Kapital in etwa 60 Jahren amortisirt haben würde. Da aber die Landschaft aus Zinsen ihres eigenen Vermögens jährlich etwas in den gemeinsamen Amortisationsfonds zuschoß, so amortisirten sich die 100 000 Thaler schon, sage in 50 Jahren. Das ist in den einzelnen Provinzen verschieden, ich glaube, in den ältesten Landschaften von 1) Schlesien, 2) Brandenburg, 3) Pommern erfolgt die Amortisation schneller als in den anderen Provinzial-Landschaften. Also jener Gutsbesitzer lieh vor 30 Jahren 100 000 Thaler von der Landschaft und zahlte jährlich 4500 Thaler Zinsen und Amortisation. Nach 50 Jahren von da ab war die Schuld also getilgt. Der Zinsfuß war aber damals allgemein höher. Er kaufte eine Eisenbahnpriorität oder ein Staatspapier, oder er lieh die 100 000 Thaler kleinen Gutsbesitzern oder Bauern, die damals noch keine solche „Landschaften" hatten (seitdem hat man welche für sie gegründet), zu 5 Prozent, so erhielt er jährlich 5000 Thaler Zinsen, hatte also jährlich 500 Thaler Profit und nach 50 Jahren war seine Schuld von 100 000 Thalern getilgt und er besaß doch 100 000 Thaler ausgeliehenes Kapital, hatte aber inzwischen noch jährlich 500 Thaler, zusammen in 50 Jahren also 25 000 Thaler reinen Profit gehabt. Ohne die Zinsen und Zinseszinsen dieser einzelnen 500 Thaler-Jahreseinnahme zu rechnen, hatte die Aufnahme von 100 000 Thalern Schulden bei der Landschaft ihm oder seiner Familie, da er das Ende dieser Operation nicht erlebte, 125 000 Thaler eingebracht, und das Gut war nach 50 Jahren doch wieder schuldenfrei. Dies Schuldenmachen war und ist auch heute noch sehr profitabel.

Aber, und das weiß jeder Grundbesitzer, damit erschöpfte sich die Sache nicht. Ich will ein typisches Beispiel anführen, ohne den Namen zu nennen:

Ein Herr von X hatte um 1855 etwa drei Güter geerbt und eine reiche Frau geheirathet, er hatte also, sage 100 000 Thaler baares Kapital. Damals waren die Güter noch billig. Sage, er besaß schon 5000 Morgen, die damals

von der Landschaft mit 30 Thalern pro Morgen beliehen waren, er hatte also 150 000 Thaler Landschaftsschulden; da er der einzige Erbe war, war dies Geld, das bei der Landschaft an Zins und Amortisation noch ca. 5 Prozent kostete, in seinem Kasten und anderwärts zu mehr als 5½ Prozent angelegt, da es größtentheils in Berlin-Stettiner Eisenbahnaktien bestand, die seitdem sehr gestiegen sind. Seine Frau brachte ihm 100 000 Thaler zu. Er kaufte sofort ein Gut von, sage 3300 Morgen für 60 Thaler pro Morgen inklusive Betriebskapital, und zahlte dafür 200 000 Thaler, das heißt er zahlte baar die 100 000 Thaler, die er mit der Frau mitgeerbt hatte, und nahm 100 000 Thaler Pfandbriefschuld bei der pommerschen Landschaft auf. Das Gut war zum vollen Werth jener Zeit bezahlt und brachte 10 000 Thaler Reinertrag. Dadurch hatte er 5000 Thaler, womit er die Pfandbriefszinsen von 5 Prozent für 100 000 Thaler bezahlte, womit sich die Schuld in etwa — damals noch 55 Jahren amortisirte, und er hatte 5 Prozent vom Kapital seiner Frau. Zehn Jahre später war der Grundwerth pro Morgen um 15 Thaler gestiegen. Er besaß, alten und neuen Besitz zusammen gerechnet, 8300 Morgen, die Werthsteigerung betrug rund 125 000 Thaler. Schulden hatten vor zehn Jahren 250 000 Thaler darauf gelegen.

Davon waren in den zehn Jahren, sage 10 Prozent, also 25 000 Thaler amortisirt. Jetzt ließ er seinen gesammten Besitz von 8300 Morgen von der Landschaft neu taxiren. Darnach sagte die Landschaft: wir leihen dir jetzt 40 Thaler pro Morgen, das ist 332 000 Thaler; schuldig bist du uns 225 000 Thaler, also geben wir dir 107 000 Thaler und du stellst uns Hypothek von 332 000 Thaler, die, da nun unser Amortisationszuschuß-Fonds sich vergrößert hat, sich schon in 50 Jahren amortisirt haben werden.

Sofort nahm Herr von X die neuen 100 000 Thaler und kaufte ein neues Gut — ich will nicht mit kleinen Zahlen rechnen —, das seinen Grundbesitz auf 10 000 Morgen brachte und das in ähnlicher Weise mit, sage 100 000 Thalern Schulden belastet war. Er hatte also jetzt 10 000 Morgen, die zu 60 Thalern Taxwerth zu Buche standen und, sagen wir, rund mit 450 000 Thalern belastet waren.

Zehn Jahre später, also um 1875, hatte er davon, sage 10 Prozent amortisirt, also nur noch rund 400 000 Thaler Schulden. Da waren wir auf der Höhe der Grundrente und des Grundpreises, und der Herr von X zeigte sich der Zeit gewachsen, er verfolgte, aber er verbesserte auch seine Praxis: Er ließ seine 10 000 Morgen neu taxiren. Die sehr vorsichtige Landschaftstaxe ergab 90 Thaler Werth pro Morgen. Die Landschaft sagte also, wir leihen dir darauf zwei Drittel, d. h. auf 10 000 Morgen 600 000 Thaler; schuldig bist du uns 400 000 Thaler, also erhältst du baar 200 000 Thaler, die sich, da unser Vermögen sich vergrößert hat, in schon 50 Jahren amortisiren, und, da der Zinsfuß gefallen ist, so zahlst du uns jährlich anstatt bisher 5, nur 4½ Prozent Zinsen und Amortisation. Bene!

Wie liegt nun das Geschäft des Sohnes des Herrn von X, der jetzt die Herrschaft angetreten hat? Die Einnahmevermehrung der gekauften Grundstücke und der von seinem Vater geerbten lasse ich aus dem Spiele und nehme nur an, daß die Güter die Verzinsung nach dem Werth der Landschaftstaxen dauernd trugen und tragen. Thun sie es jetzt nicht mehr, so trugen sie früher mehr. Also 1875 besaß sein Vater 10 000 Morgen und 200 000 Thaler baar und hatte 600 000 Thaler Hypothekenschulden. Die 10 000 Morgen waren zu 900 000 Thaler Werth taxirt und hatten damals zweifellos viel mehr Werth; sie brachten und bringen 5 Prozent mindestens, das sind 45 000 Thaler. Davon gehen 4½ Prozent für 600 000 Thaler Hypothekenschulden ab, sind 27 000 Thaler;

blieben 18 000 Thaler; dazu kommen 5 Prozent von 200 000 Thalern Baargeld, und sie bringen faktisch mehr, viel mehr sogar, da der Vater klug investirte, macht jährlich 10 000 Thaler; die Einnahme des Sohnes des Herrn von X ist also 33 000 Thaler jährlich, dazu die 150 000 Thaler, die 1855 in Berlin-Stettiner Aktien angelegt waren. Der Sohn dieses Sohnes wird 50 Jahre nach 1875, also 1925, besitzen 10 000 Morgen vollkommen schuldenfrei, da die Landschaftsschuld sich inzwischen amortisirt hat, und 200 000 Thaler baares Kapital und die 150 000 Thaler Kapital seines Großvaters, also 10 000 Morgen und 350 000 Thaler. Inzwischen hat er ein hohes Einkommen jährlich bezogen. Sein Großvater besaß 1855 5000 Morgen und 100 000 Thaler Kapital von seiner Frau und 150 000 Thaler Schulden von der Landschaft, jedoch auch 150 000 Thaler baar, also in Summa 5000 Morgen und 100 000 Thaler Kapital. Hieraus sind in 70 Jahren 10 000 Morgen und 350 000 Thaler Kapital geworden — lediglich durch intelligentes — Schuldenmachen! Die sämmtlichen Hypothekarschulden des Herrn von X und seiner Nachfolger im Besitz waren und sind — Scheinschulden.

Wenn Herr Dr. Zuns glaubt, Rodbertus und seine wirklichen Schüler hätten diese Verhältnisse nicht gekannt, so — lächelt der letzte Rodbertusianer darüber.

Wenn übrigens Herr Dr. Zuns, gerade wie die anderen Gelehrten, die er mit Recht angreift, und die „Frankfurter Zeitung" mit ihm, die Nothlage der Grundbesitzer allein auf die bekannten Rodbertus'schen Verschuldungsgründe bei Erbtheilungen und Verkäufen zurückführt, so irrt er mit ihnen, aber das trifft Rodbertus nicht, der die zwei oder drei neuen Nothstandsgründe nicht mit erlebt hat.

Sie sind, abgesehen von denen, die immer mehr oder minder bestanden, Liederlichkeit, Unkenntniß, unverschuldete Unglücksfälle, erstens der Umstand, daß zu dem in Privatbesitz befindlichen, Monopolcharakter tragenden europäischen Grundbesitz, von dem die Theoretiker der Grundrente, ab Smith und Ricardo, sprachen, unokkupirter oder neu okkupirter Grundbesitz in überseeischen Ländern in Konkurrenz getreten ist, Dank der Verbesserung der Kommunikationswege, auf welchem Boden noch keine Grundrente abfällt; zweitens der Umstand, daß die maschinelle Instrumentation der europäischen Landwirthschaft hinter der amerikanischen zurückgeblieben ist, in Europa also, obschon Dank höherer Fruchtbarkeit des Bodens wegen besserer Düngung und vielfach besseren Klimas der Körnerertrag pro Hektar größer ist als in Amerika, die Herstellung der Produkteinheit an Getreide mehr Menschenarbeit kostet als in Amerika. Der Mann, der in Europa mit zwei Ochsen oder Pferden hinter dem Pflug geht, oder mit Sichel oder Sense Getreide schneidet oder mäht, setzt dem Produkt an Getreide mehr Menschenarbeit zu, als der Amerikaner, der auf einem von drei Pferden gezogenen Pflug sitzt und doppelt so schnell pflügt, fünfmal so viel Boden in einem Tage bearbeitet als sein europäischer Konkurrent, und jener Amerikaner, der auf der selbstbindenden Mähmaschine sitzt und mit drei Pferden die Arbeit von sieben oder mehr europäischen Mähern leistet. Die europäische Landwirthschaft mit ihrer schlechten maschinellen Einrichtung kämpft denselben vergeblichen Konkurrenzkampf gegen die „amerikanische Konkurrenz", wie seit 1815 die schlesische Handweberei gegen die Maschinenweberei der Welt. Darauf sollte Herr Dr. Zuns die deutschen Großgrundbesitzer verweisen.

Aber wollten sie die neuen und für den Konkurrenzkampf nöthigen Maschinen einführen, so würden sie nicht die dazu geschickten Arbeiter finden, denn sie haben ihren guten deutschen Arbeiterstand hinausgetrieben, in die Städte, nach Amerika, und nur das einheimische Ausschußmaterial behalten — ich spreche von Ost-

elbien — mit wenig Ausnahmen, von denen Herr Dr. Mehring gesprochen hat und die mir nicht unbekannt sind — ein mir nahe verwandter Grundbesitzer in Pommern wirthschaftet heute noch mit Enkeln von Tagelöhnern, die ich kannte, als ich sein Vormund war. — Mit diesen deutschen Landarbeitern und eingewanderten Polen und Russen kann man keine amerikanische Maschinenarbeit treiben.

Hier, in der Arbeiterfrage, kommen wir auf die wahre Erbsünde der Ostelbier! Und zwar eine Erbsünde, welche die heutigen Gutsbesitzer noch fortsetzen. Ich werde sie wohl überraschen: Seit es in England abwärts mit der Landwirthschaft geht und seit Mr. Arch dort die Organisation der Landarbeiter begann, das heißt seit 20 Jahren, hat sich der englische Landarbeiterstamm verbessert. Man hat die irländischen Saison- oder Gangarbeiter abgestoßen, das, was in Norddeutschland die Polen sind; man hat die ansässigen englischen Arbeiter besser bezahlt und deren Lebensmittel sind billiger geworden, ihre Lage hat sich also in doppelter Weise gebessert: Der Wochenlohn des Tagelöhners ohne Kost ist von 9 bis 10 Schilling auf 14 gestiegen, der Jahreslohn eines Knechtes mit Kost von 12 auf 20 Pfund Sterling, und der Weizenpreis ist von 56 bis 60 Schilling pro Quarter à 216 Kilo auf 25 bis 30 Schilling gefallen. Vor 50 Jahren betrug der Jahreslohn des ländlichen Tagelöhners den Werth der Weizenernte von 2 Acres, vor 40 Jahren noch von 3 Acres, jetzt von 7 Acres — aber in Amerika noch von 15 Acres, allerdings bei nur etwa zwei Drittel des Ertrages des englischen Acre Weizenland. Hat eine irgendwie annähernde Steigerung des Arbeitslohnes ländlicher Arbeiter — bei gleichzeitiger Reduktion der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden, wie in Amerika und England allgemein üblich, in Norddeutschland stattgefunden? Nein! Der englische Landarbeiterstand hat sich durch diese Reallohnerhöhung von 2 auf 3 und jetzt schon mehr als 7 Acres Weizenbruttoertrag und durch die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit wesentlich körperlich und geistig gebessert, und es ist Aussicht, daß die englischen Landwirthe allmälig sich von der jetzigen Krisis erholen werden, wenn und indem sie die amerikanische Maschinerie einführen. Sollte für die deutsche Landwirthschaft bei Großbetrieb, wie in England, überhaupt Besserung möglich sein, so kann das durch keinen Schutzzoll, durch keine Getreide-Exportprämie geschehen, sondern nur durch solche Besserung der materiellen Lage der Landarbeiter, die sie wieder feldmaschinenfähig macht.

Dennoch wird der Versuch gemacht werden, den maschinell zurückgebliebenen landwirthschaftlichen Großbetrieb mit der technisch besser ausgestatteten amerikanischen Landwirthschaft konkurrenzfähig zu halten, indem man sein Betriebsdefizit auf die Schultern aller Steuerzahler abwälzt. Da ich dies schreibe, am 25. Januar, hält der greise Fürst Bismarck seinen Triumpheinzug in Berlin. Er führt seinen Sohn Herbert wieder an die Stelle, wo er maßgebenden Einfluß üben wird. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Mittheilung dieses Einzuges unter das „Vermischte" gehört und war schon lange darauf gefaßt, da der neue Kurs augenscheinlich das Schiff auf eine Sandbank festgefahren hatte. Wen meine Ansicht hierüber interessirt, lese in dem Buch „Kapitalismus fin de siècle" von Seite 406 bis zu Ende. Graf Herbert Bismarck wird die Politik der Agrarier energisch durchführen, darum jubeln sie seinem zurückkehrenden Vater so freudig zu. Ihre Noth hat momentan ein Ende und der kurze Glücksrausch beginnt. Heute Abend knallen in 10 000 Rittergutsschlössern noch einmal die Champagnerpfropfen — zum letzten Male! Dann kriecht sie langsam, sicher, unerbittlich heran, die lange Zeit ohne Ende, in der es heißt: „Iß trockenes Brot, trink aus den Flüssen und lebe schlecht." Selbstbewußt reitet der kraft-

und jugendstrotzende Sohn neben der kaiserlichen Ehrenequipage, die den Vater in das Kaiserschloß zurückführt, ihn, den glücklichsten aller Junker! Aber niemand sieht, nur ich, der exilirte, kühle Beobachter, das kleine, graue Wesen, das — post equitem sedet atra cura — hinter Graf Herbert im Sattel sitzt und flüstert: „Reite nur zu, du muthiger Reiter, abwärts, immer schneller abwärts; je schneller du reitest, desto schneller wachse ich hinter dir und bald erdrücke ich dein Roß unter dir, ich — — das Defizit, das „Graue Elend!"

Die Aussichten des Sozialismus in Amerika.

Ein Vortrag, gehalten von **Ad. Hepner** in St. Louis.

Es kommt nicht selten vor, daß eine Frage, die unser heutiges Thema in sich begreift, an mich gestellt wird:

„Welches sind die Aussichten des Sozialismus in Amerika?"

Und ich darf wohl eine Beantwortung solcher Frage als in den Bereich meines Berufs gehörend betrachten.

Da ich von meinem Berufe rede, will ich gleich, um jedwedem Mißverständnisse vorzubeugen, meine Auffassung desselben genau definiren.

Ich habe schon manchmal zu meiner großen Belustigung einen Arbeiterzeitungs-Redakteur vergleichsweise „General" nennen hören, unter Bezugnahme auf die „Arbeiter-Armee".

Dieser Vergleich erscheint mir sehr ungeeignet. Ich denke mich vielmehr in Ausübung meines Berufes in die Position eines Lokomotivführers hinein, neben welchem ein Heizer steht.

Der Heizer ist der Agitator.

In der gewöhnlichen Sprache heißt der Heizer „Hetzer".

Nun, von einem Lokomotivführer ist zu verlangen, daß er die Wege und Stationen kenne, auf die Kurven und abschüssigen Stellen achte, immer die genaue Zeit wisse und anzugeben im Stande sei, wo wir uns befinden und — wie weit es noch vom Endziele.

Der Vergleich ließe sich noch weiter ausdehnen:

Der Lokomotivführer baut nicht und eignet nicht die Eisenbahn; er ist nur ihr Angestellter.

Der Lokomotivführer hat nicht über die Transportfähigkeit der Fracht zu bestimmen, sondern einfach den angehängten Waggon mitzunehmen — gleichviel ob es reife oder unreife Aepfel sind, reife oder unreife Strikes und Boykotts einen Theil des Frachtgutes bilden.

Dieser Hinweis allein genügt, um darzuthun, daß der Arbeiterzeitungs-Redakteur kein „General" und noch weniger ein Feldherr ist.

Das Einzige allenfalls, was ihn an den „General" erinnern könnte, wäre das Kriegsgericht — mit dem Unterschiede freilich, daß dasselbe, wenn unoffiziell, sich am liebsten in Permanenz erklärt.

Der Arbeiterzeitungs-Redakteur sollte sich, meiner Auffassung nach, lediglich bestreben, ein kompetenter Wegweiser und Zuglenker der Arbeiterbewegung zu sein, die Maschine intelligent zu leiten, die Signale zu geben mit der Dampfpfeife — wo es nöthig ist — und auf die seiner harrenden Halte- oder Schnellfahrtzeichen zu achten.

Vor Allem aber muß er die Strecke kennen, ihre Wendungen und Biegungen und Kreuzungen, und die Frage zu beantworten wissen: Wo sind wir?

Das ist nun der Inhalt unseres heutigen Themas:

„Wo sind wir? Und wie weit haben wir's noch?"

Nun, die Stationen, die wir bereits zurückgelegt, lassen sich noch mit bloßem Auge überblicken, aber zum Erkennen der Route, die vor uns liegt, bedarf es der Zuhilfenahme des Konjekturglases, und auch dieses reicht nicht aus, um die Endstation der Bahnlinie in unseren Gesichtswinkel zu bringen.

Wenn ich eine Auskunft allgemeiner Natur über „die Aussichten des Sozialismus in Amerika" zu geben hätte, würde ich sagen:

„Die sind weder trostlos noch verführerisch; weder die Pessimisten noch die Optimisten können wir als kompetente Beurtheiler gelten lassen."

Die Pessimisten unter uns besorgen, daß der Sozialismus hoffnungslos in Amerika sei. Warum? Die Erfolge der Agitation in Deutschland lassen ihnen einen Vergleich mit hier unmöglich erscheinen — wegen des Abstandes des hervorragend idealen Geistes der deutschen Nation von dem grob materialistischen der amerikanischen.

Diese an unserer Sache hier verzweifelnden Pessimisten in unseren Reihen harmoniren — wider ihren Willen — mit den sogenannten „praktischen Amerikanern", welchen der Idealismus im besten Falle nur ein mitleidiges Lächeln abgewinnen kann und denen die Frage nach der Opportunität oder der Möglichkeit des Sozialismus in diesem „gesegneten und freien Lande" als „außer Ordnung" gilt.

Die „praktischen Amerikaner" bestreiten, daß in diesem Lande Raum für den Sozialismus sei, und unsere sozialistischen Schwarzseher finden einen großen dunklen Raum, aber keine Menschen darin, um ihnen zu leuchten.

So begegnen sich diese beiden Antipoden in dem einen Punkte: daß es mit dem Sozialismus nichts sei in Amerika.

Ebenso extrem stehen die Optimisten, und in gleicher Weise ungerechtfertigt sind ihre Jubelprophezeiungen von der baldigen Ankunft des Erlösers, wie die wehmüthige Resignation der durch Mißerfolge Entmuthigten.

Die Optimisten hören den sozialistischen Volkssturm in Amerika schon in der Nähe brausen; sie haben viele Wahrzeichen vernommen, welche ihnen das so lange erhoffte Ereigniß mit aller Bestimmtheit ankündigten.

Diese Wahrzeichen sind:

Die rasend beschleunigte kapitalistische Entwicklung der Vereinigten Staaten; die fortschreitende Konzentrirung ungeheurer Reichthümer und Geschäftsanlagen in den Händen Weniger; die Verminderung des behäbigen, sorgenfreien Mittelstandes — einen zahlreichen Mittelstand giebt es zwar noch, aber er hat schwer zu kämpfen, um sich zu behaupten; die rasche Vermehrung des Proletariats und der wandernden Arbeitslosigkeit; die ungeheure Unzufriedenheit der Kleinfarmer und die in deren Verbänden allenthalben lebhaften Reform-Agitationen; die scharfen und anhaltenden Industriekrisen mit ihren demonstrativen Lektionen für die Betroffenen; die vielfachen umfangreichen Ausstände und Ausschlüsse der organisirten Arbeiter mit ihren lehrreichen Resultaten für die Unterdrückten, — den Resultatlehren nämlich, daß unter dem Privatproduktions-System kein Friede und kein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit dauernd möglich ist; ferner die immer weitere Ausdehnung der Arbeiterorganisationen mit ihrer das moralische Bewußtsein der Mitglieder hebenden Tendenz und ihrer Qualifikation als Vorschule des Sozialismus; endlich auch die gelegentlichen elementaren Zornesausbrüche der ihres Rechts auf die Lebensexistenz gewaltsam Beraubten — wie im Falle der Homesteader Striker Carnegie-Frick's und ihrer „Schlacht am

Monongahela" im Juli 1892, oder des bewaffneten Aufstandes der Tennesseer Miner, ihres Kampfes gegen die „Konvikt-Konkurrenzarbeit" und ihrer Niederbrennung der Zuchthausgefangenen-Stockaden in den Bergwerken im Sommer 1891.

Das sind zweifellos lauter Wahrzeichen, daß der Sozialismus eine Zukunft in Amerika hat, aber hinsichtlich des Zeitpunktes der Erlösung wolle man sich lieber keinen Illusionen hingeben, nicht den Propheten spielen, denn wir haben hier viele, viele Barrieren zu überwinden, welche eine lange sozialistische Geduldsprobe voraussetzen; wir begegnen in Amerika Hindernissen, die man in Deutschland und wohl in ganz Europa kaum kennt und im Allgemeinen nur schwer dort begreifen könnte.

Versuchen wir also, uns klar zu machen, worin die stärksten Hemmnisse sozialistischen Fortschritts in Amerika bisher bestanden und größtentheils noch bestehen.

Gelingt es uns zu zeigen, ob und inwiefern diejenigen anti-kulturellen Momente, welche der Entwicklung des Sozialismus hier im Wege stehen, in der Auflösung begriffen sind, durch den allgemeinen Fortschritt der Zeit und die progressive Entfaltung der Lebensverhältnisse der Zerstörung anheimfallen, so gewinnen wir auf diese Weise ein Bild, das uns die ungefähren „Aussichten des Sozialismus in Amerika" enthüllt.

Wir haben zu ermitteln, wie sich Kredit und Debet des Sozialismus in Amerika zu einander verhalten, die Argumente der Optimisten zu denen der Pessimisten — und namentlich zu untersuchen, ob die wesentlichsten Bestandtheile des Antisozialismus einen dauernden oder veränderungsfähigen Charakter haben.

Auf diese Weise werden wir der Wahrheit ziemlich nahe kommen und uns vor überschätzender Selbsttäuschung einerseits, wie vor grundlosem Verzweifeln am Erfolge möglichst bewahren.

Zunächst also die Frage: Was hinderte bislang einen rascheren Fortschritt des Sozialismus in Amerika? Was ist — amerikanisch gesprochen — unser „Drawback"?

Meine Antwort ist diese:

Amerika lebt allerdings wunderbar schnell, aber gewisse Vorurtheile sterben nirgends so langsam aus, wie in unserem Lande.

Ich erinnere Sie in dieser Beziehung an die Sabbathheiligung und die Kirchenfrömmigkeit im Allgemeinen, an den politischen Aberglauben der Masse, daß nur zwei Parteien, die alten zwei bürgerlichen Parteien, hier existenzfähig, beziehentlich in der Politik existenzberechtigt seien, ferner an die naive Tradition, daß Amerika ein „freies" Land sei und Jeder hier eine Chance habe, sein Glück zu finden.

Die erstaunliche Hartnäckigkeit, mit welcher sich diese drei der Grundelemente des amerikanischen Geistes- und Volkslebens fortbehaupten — und zwar unter Arm wie Reich — sollte eine Warnung sein für die Optimisten und Illusionisten, aus jedem Aufflackern einer kleinen Reform-Rakete gleich die bevorstehende Umwandlung der Volksgesinnung zu deuten und zu wahrsagen.

Wer die kulturgeschichtliche Entwicklung dieses Landes skizziren, beziehentlich ihre Diagnose stellen oder ihren weiteren Verlauf in Umrissen vorzeichnen will, muß die vorhin angedeuteten drei Charakteristika der amerikanischen Volksseele gebührend in Rechnung ziehen; andernfalls verliert er sich in Konjekturen, die aller thatsächlichen Grundlage entbehren.

Diese drei antisozialen Grundelemente der amerikanischen Volksseele sind also:

1) Der Religionshang und die Kirchenfrömmigkeit.

2) Der traditionelle Glaube, daß nur zwei politische Parteien existenzfähig, resp. existenzberechtigt sind.

3) Der Aberglaube, daß Amerika ein „freies" Land sei und Jeder hier eine „Chance" habe, glücklich zu werden.

Man wird mir vielleicht hier einwenden, daß ich nicht drei, sondern vier Hauptmomente als das Hinderniß schnelleren sozialistischen Fortschritts in Amerika bezeichnen sollte; das vierte sei die amerikanische, sprichwörtlich berüchtigte rücksichtslose „Jagd nach dem Dollar", welche den Idealismus ertödtet, die Humanität beleidigt, die Gesetzlosigkeit zur Herrscherin macht und den Verbrechenskeim züchtet.

Aber von jenen Menschen, welchen der Dollar über Alles geht, rede ich hier überhaupt nicht; diese sind für unsere gegenwärtige Betrachtung absolut unverwendbar, weil sie niemals für den Sozialismus gewonnen werden können, so lange derselbe der Verwirklichung noch fern steht. Die Geldmenschen bleiben es, bis der Besitzerwerb aufhört, mit der Grundlage von Freude und Glück gleichbedeutend zu sein.

Diese Menschenkategorie hatte ich also nicht im Auge, als ich vorhin mich darauf bezog, daß der Fortschritt unserer Sache in diesem Lande durch hartnäckige Vorurtheile verlangsamt wird — den religiösen Konservatismus, die blinde Zuneigung der Masse für eine der beiden kapitalistischen Parteien und den Aberglauben an den „Marschallstab im Tornister" eines Jeden.

Von diesen drei Vorurtheilen sind Millionen von Amerikanern befangen, die nicht unter die Dollarsjäger gezählt werden können; arme Leute und solche, die nur wenig eignen, Arbeiter und Bedienstete, Menschen, die sich ihr ganzes Leben lang, von frühester Kindheit auf, schwer zu plagen hatten und ein Dasein ohne hoffnungsvolle Aussichten führen — auch sie sind — millionenweise — unsere Gegner, wenn auch nicht böswillige Feinde.

Hätten wir nur mit den Habenden und den Habsüchtigen den Strauß auszufechten, wäre die Sache sehr einfach und leicht — aber die große Masse des Proletariats selber steht uns fremd gegenüber und unterstützt mit Bewußtsein, mit Eifer sogar, die Interessen der Bourgeoisie.

Die Proletarier füllen die Kirchen, welche von den Wohlhabenden erhalten werden; sie erwählen zu Beamten des Gemeinwesens die vom Kapital auserkorenen Subjekte, welche in der Verderbniß ihren Vortheil suchen; sie pflanzen in die Herzen ihrer Kinder die fatalistische Zuversicht, daß des Glückes Füllhorn an ihnen nicht unbemerkt vorüberziehen werde.

Sie vertrauen auf Gott, der sie in Sklaverei verkauft hat; sie jubeln über den Sieg ihrer Partei, deren gesetzliches Organ die Gatling-Kanonen gegen sie anrücken läßt, wenn sie im Ausstande unruhig werden; sie sind stolz auf den periodisch wiederkehrenden statistischen Nachweis von der „Vermehrung des Nationalwohlstandes", während sie zu grübeln haben, wie sie die letzte Doktorrechnung tilgen sollen und doch die Kinder zum Feiertag etwas Neues anziehen lassen.

Erfahren sie, daß ihr „Reverend" (Geistlicher) das Weib seines Nächsten geliebt hat, ehe er von dem Orte flüchten mußte, aus dem er zu ihnen gelangt ist, dann verzeihen sie ihm gern um deswillen, daß er dies Unheil wenigstens nicht unter ihnen, sondern anderwärts angerichtet hat.

Erläßt die Gesetzgebung oder die Exekutive des Geweinwesens eine Verfügung, deren Nachtheile für die besitzlose Klasse mit Händen zu greifen sind — oder unterläßt es die Volksvertretung, resp. die Behörde, gewisse, von den

Arbeitern gewünschte Maßregeln ins Leben zu rufen, dann findet der republikanische Proletarier — wenn die Demokraten am Ruder sind — eine Erklärung und Entschuldigung wie folgt:

„Es wäre Alles ganz anders, wenn meine Partei die Zügel der Regierung hätte."

Und der demokratische Proletarier erwidert:

„Der Regierung sind durch die Gegenpartei die Hände gebunden; die Republikaner hindern sie an jedem Reformwerk."

Und verlieren jene Menschen durch eine industrielle Krisis Arbeit und Brot, dann bedauern sie nicht nur sich selber und ihre Familien, sondern noch mehr den Unternehmer, der durch den Stillstand des Geschäftes so schreckliche Verluste erleidet.

(Schluß folgt.)

Die Einkommensverhältnisse in Preußen.

Von **Dr. H. Lux.**

Wie in fast allen Ländern, so ist auch in Preußen die Nachweisung der Einkommensteuer die einzige Quelle zur Beurtheilung der Einkommensverhältnisse. Da aber erst seit 1892 Selbsteinschätzung bei einem Einkommen über 3000 Mark gesetzlich vorgeschrieben ist, so war vorher der Steuer-Defraudation, die auch heute durchaus nicht selten ist, Thor und Thür geöffnet, und die Nachweisungen der Einkommensteuer boten nur ein gänzlich verzerrtes Bild von den wirklichen Einkommensverhältnissen. Zu den Steuerhinterziehungen traten aber noch eine ganze Reihe von sekundären Momenten — Verschiedenartigkeit in der Erhebung der Klassensteuer —, welche es nicht gestattet, für einen gewissen Zeitpunkt die Vertheilung des Einkommens mit Sicherheit festzustellen. Anders liegt es jedoch, wenn man nicht auf die absoluten Werthe Gewicht legt, sondern nur die Verschiebungen der Einkommensverhältnisse in Betracht zieht, die auch ein weit größeres sozialpolitisches Interesse haben, als die absoluten Werthe. In diesem Falle elimiren sich nämlich die meisten derjenigen Faktoren, welche die Unsicherheit der Abschätzung im Gefolge haben, und die Variationskurve ist dann ein sehr plastisches Bild der Veränderung in den Einkommensverhältnissen. Im Anhange einer Abhandlung über „Naturgesetz und Wirthschaftsgesetz" hat Fr. S. Neumann* die verdienstvolle Arbeit geleistet, die Veränderung der Einkommensverhältnisse in Preußen von 1852 bis 1890 zu untersuchen; in Folgendem geben wir ein Resumé dieser Arbeit. (Ausgeschieden sind die für Berlin geltenden Zahlen, weil diese das Gesammtresultat fälschen würden.)

Die Zahl Derjenigen, die einem Haushalt von .... Mark jährlichem Einkommen angehörten, betrug in den alten Provinzen Preußens im Durchschnitt der Jahre

	1852/54	1864/66	1876/78	1888/90	
unter 900 Mark . .	88,9	87,8	80,2	79,2	Prozent der Bevölkerung
900—1500 " . .	6,9	6,8	13,5	13,3	" " "
1500—3000 " . .	3,0	3,9	5,0	5,1	" " "
bis 3000 Mark . .	98,8	98,5	98,7	97,6	Prozent der Bevölkerung
über 3000 Mark . .	1,2	1,5	1,3	2,4	Prozent der Bevölkerung.

Mit diesen Zahlen wird nun immer und überall der bekannte Unfug verübt, daß man diejenigen Personen, welche ein Einkommen über 900 Mark bis 3000 Mark haben, zu dem Mittelstande rechnet und dann mit Leichtigkeit ein Aufsteigen der Proletarier in den Mittelstand konstatirt. Dabei aber wird außer Acht gelassen, daß

* „Zeitschrift für die gesammten Staatswissenschaften", Band 48. Tübingen 1892. Seite 468 ff.

sich von 1852 bis 1890 die Kaufkraft des Geldes ganz gewaltig vermindert hat, daß also Derjenige, der sich mit einem jährlichen Einkommen bis 3000 Mark in den fünfziger Jahren noch ein ganz behagliches Dasein schaffen konnte, heute mit demselben Einkommen* ein ganz jämmerliches Proletarierdasein führt, und daß ferner im Laufe der Jahre die Einschätzungen immer richtiger wurden und gerade in der Klasse von 1500 bis 3000 Mark die Defraudationen anfangen erheblich zu werden. Beachtet man dies aber, so kann es gar nicht zweifelhaft sein, daß seit 1852/54 bis 1888/90 die Proletarisirung der Massen ganz gewaltige Fortschritte gemacht hat, denn die Zahl der Angehörigen in Haushaltungen mit einem Einkommen unter 3000 Mark hat sich, relativ betrachtet, nur sehr wenig geändert; könnten wir die Kaufkraft des Geldes aber genau bestimmen, so würden wir finden, daß sich die Zahl Derer, die nur von der Hand in den Mund leben, horrend vermehrt hat. Dagegen hat sich der Prozentsatz Derjenigen mit einem auskömmlichen Einkommen (über 3000 Mark) geradezu verdoppelt, und wenn wir die einzelnen Einkommensklassen betrachten, sehen wir, daß „diese berauschende Vermehrung von Reichthum und Macht .... ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt ist" und daß diese Vermehrung progressiv mit der absoluten Größe des Einkommens zunimmt.

Im Durchschnitt stieg von 1852/54 bis 1888/90 die Zahl Jener mit einem Einkommen

von	3 000	bis	7 200	Mark	im Verhältniß	von	100	: 395,0
"	7 200	"	12 000	"	"	"	100	: 405,2
"	12 000	"	36 000	"	"	"	100	: 432,1
"	36 000	und	mehr	"	"	"	100	: 578,2

Was bedeutet es dieser riesenhaften Akkumulation des Kapitals gegenüber, daß sich die Zahl Derer mit weniger als 3000 Mark Einkommen um eine Kleinigkeit vermindert hat!

Von Interesse ist es noch, die Verschiebung der Einkommensverhältnisse in den einzelnen Provinzen zu betrachten.

In den einzelnen Einkommensklassen steigerte sich nämlich die Zahl der Einkommen im Verhältniß zu 100

	900—3000	3000—36 000	über 36 000 Mk.
in Ostpreußen	auf 174,4	auf 339,0	auf 518,2
" Westpreußen	" 180,9	" 329,2	" 512,2
" Posen	" 260,5	" 312,1	" 261,1
" Schlesien	" 228,4	" 445,4	" 479,6
" Pommern	" 179,9	" 262,5	" 321,2
" Brandenburg (ohne Berlin) .	" 241,4	" 441,0	" 602,9
" Sachsen	" 228,2	" 434,3	" 943,6

Auch hier wieder die Thatsache, daß die großen Einkommen stärker wachsen als die kleinen, am stärksten aber die größten Einkommen. In den industriereichen Provinzen ist das Wachsthum noch etwas beschleunigter als in den mehr landbautreibenden Provinzen, aber daß auch die Latifundienbesitzer wenig Grund und Ursache haben, über die Nothlage der Landwirthschaft zu klagen, zeigt Ost- und Westpreußen.

Eine Ausnahme von der allgemeinen Entwicklungstendenz macht nur Posen, aber auch dies nur scheinbar. Betrachtet man nämlich die einzelnen Regierungsbezirke getrennt, so sind die obiger Tabelle entsprechenden Zahlen

	I	II	III
für Regierungsbezirk Bromberg . .	100 : 224,5	: 320,2	: 400,0
" " Posen . . .	100 : 286,9	: 307,6	: 233,3

Neumann giebt selbst die Erklärung für die abweichende Entwicklung im industriearmen Regierungsbezirk Posen. „Ein Wachsthum der besonders großen Einkommen wäre hier vorzugsweise auf dem Lande zu finden gewesen. Dort aber

* Das Durchschnittseinkommen der Klassen bis 3000 Mark betrug 1892/93: 755 Mark.

konnte es sich nicht zeigen: erstens weil die Lage der Großbesitzer an sich keine gute ist, zweitens und insbesondere weil ein bedeutender Theil des dortigen Großbesitzes in deutsche Hände übergegangen ist, und die jetzigen deutschen Besitzer theils (z. B. als Standesherren 2c.) steuerfrei sind, theils doch nicht in der Provinz besteuert sind, da sie außerhalb derselben wohnen."

Die Betrachtung der einzelnen Provinzen hat überhaupt etwas Mißliches an sich, weil sich hierbei als neuer unkontrollirbarer Faktor der Domizilwechsel einschleicht, der auch Neumann zu falschen Schlüssen bei der Beurtheilung der Einkommensverschiebung in den westlichen Gegenden Preußens veranlaßt hat. Für die Rheinlande und Westphalen ergeben sich nämlich folgende Verschiebungen. Es hob sich

		die Klasse I 900—3000	Klasse II 3000—36 000	Klasse III 36 000 u. mehr Mk.
im Regierungsbezirk Koblenz	wie	100 : 289,3	: 315,1	: 387,5
" " Düsseldorf	"	100 : 448,1	: 458,5	: 641,0
" " Köln	"	100 : 455,6	: 465,0	: 984,6
" " Trier	"	100 : 266,1	: 323,5	: 350,0
" " Aachen	"	100 : 281,4	: 297,8	: 1400,0!
in den Rheinlanden	wie	100 : 363,5	: 404,7	: 746,0
im Regierungsbezirk Münster	wie	100 : 228,7	: 482,1	: 233,3
" " Minden	"	100 : 277,4	: 372,2	: 257,1
" " Arnsberg	"	100 : 500,8	: 633,5	: 561,5
in Westphalen	wie	100 : 334,8	: 512,6	: 360,0

Auffallend ist auf den ersten Blick die starke Vermehrung der geringeren Einkommen, und in einzelnen Regierungsbezirken die relativ schwächere Vermehrung der größten Einkommen im Vergleich zu den mittleren Einkommen, welche Erscheinung in Westphalen am auffallendsten ist. Die Erklärung hierfür ist aber sehr einfach. Rheinland und Westphalen als die Hauptindustrie-Gegenden Preußens weisen naturgemäß die bestbezahlten Industriearbeiter auf, der Zuzug von Arbeitern in die Industriebezirke vom Osten her ist sehr stark; selbstverständlich findet dann dort auch der kleine und mittlere Handel sein genügendes Auskommen, während für die Kapitalmagnaten und Schlotbarone nur einzelne Gegenden der Rheinlande, kaum aber Westphalen Anziehung bieten. — Wie Neumann ganz richtig bemerkt, haben auch die Krisen, besonders in Westphalen, bedeutende Verschiebungen in den Besitzverhältnissen zur Folge gehabt und das Kapital und damit auch die großen Einkommen nach anderen Gegenden gelenkt. —

Die Erscheinungen in den Rheinlanden und Westphalen fallen also ganz und gar nicht aus der allgemeinen Erscheinung heraus, sie sind vielmehr ursächlich bedingt gerade durch die allgemeine Entwicklungstendenz des Kapitalismus; — die Bemerkung, die Neumann an die Vorgänge in den westlichen Provinzen knüpft: „daß, obwohl im Allgemeinen die sehr großen Einkommen besonders stark wachsen, dieser Entwicklung bei entwickeltem Wohlstande andere Erscheinungen zur Seite gehen, die auf Tendenzen entgegengesetzter Art schließen lassen", erscheint uns demnach auch als total verfehlt. Man darf derartige Erscheinungen nicht isolirt betrachten, bei den innigen internationalen Beziehungen des Kapitals ist selbst Preußen insgesammt schon ein zu enges Beobachtungsfeld. Die industrielle Entwicklung hat überall ein absolut besitzloses Proletariat zur Voraussetzung, und die industrielle Hebung eines Landes oder eines Landstriches läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß in anderen Gegenden erwerbslose Proletariermassen in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen. Den Beweis für diese Behauptung liefern die für den gesammten preußischen Staat geltenden Zahlen, die noch erheblich eindrucksvoller wirken würden, wenn man die Einkommensverschiebungen in den thüringischen Staaten 2c. in die Betrachtung mit einbeziehen könnte.

Zur Lage der russischen Fabrikarbeiter.

Von Dr. B. Kritschewsky.

Die kürzlich erschienene Schrift von E. M. Dementjeff: „Die Fabrik — was sie der Bevölkerung giebt und was sie ihr nimmt", Moskau 1893, enthält eine Reihe werthvoller Mittheilungen über die Verhältnisse der russischen Fabrikarbeiter. Sie bildet eine Zusammenfassung der Ergebnisse der 1884—1885 stattgehabten Sanitätsuntersuchung der Fabriken in drei Kreisen des Moskauer Gouvernements.

Der Prozeß der Verwandlung des russischen Bauern in einen „freien" Fabrikproletarier macht im Allgemeinen drei Phasen durch: zunächst sieht sich der Eigenthümer des winzigen, erschöpften, mit Steuern überlasteten Landantheils gezwungen, zur Fabrikarbeit (resp. zur gewerblichen Lohnarbeit überhaupt) als zu einem Nebenverdienst seine Zuflucht zu nehmen; sodann wird für den Bauer, mit der fortschreitenden Verschlechterung der ländlichen Verhältnisse, die Fabrikarbeit zur Hauptbeschäftigung, der Ackerbau zur Nebenbeschäftigung; zuletzt giebt der Bauer den Ackerbau ganz auf, um sich ausschließlich der Fabrikarbeit zuzuwenden. — Die untersuchten Kreise des Moskauer Gouvernements gehören nun zu den industriellen Gegenden, wo die Fabrikarbeit für die große Masse der Arbeiter bereits zur ausschließlichen Beschäftigung geworden ist. Von 19616 befragten Arbeitern verlassen im Sommer die Fabrik, um auf dem Felde zu arbeiten, nur noch 18,4 Prozent der Erwachsenen und 16 Prozent der Minderjährigen (von 14 bis 18 Jahren).

In diesem Zahlenverhältniß spiegelt sich aber nicht blos die hochgradige Proletarisirung der Bauern der betreffenden Gegend wider. Dieses Zahlenverhältniß ist zugleich der Gradmesser der Erfolge der besonders von den großen Industriellen systematisch betriebenen Lohnarbeiter-Züchtung. Um nämlich ein ständiges Arbeiterpersonal zur Verfügung zu haben, greifen die russischen Fabrikanten zu verschiedenen Mitteln, als da sind: Erhöhung des Lohnes während des Sommers, Lohnabzug von 30 bis 50 Prozent im Falle des Verlassens der Fabrik im Sommer, kontraktliche Verpflichtung des die Fabrik verlassenden Arbeiters, einen Stellvertreter anzuwerben und dergleichen mehr.

Ueber die Länge des Arbeitstages findet man bei Dementjeff folgende Angaben: Unter 12 Stunden wird gearbeitet in 66 Fabriken (14,6 Prozent der Gesammtzahl der untersuchten 451 Etablissements), von 12 bis 13½ Stunden in 327 Fabriken (72,5 Prozent), 14 bis 16½ Stunden in 50 Fabriken (11,1 Prozent), 18 Stunden in 8 Mattenfabriken (1,8 Prozent).

Der durchschnittliche Arbeitstag beträgt 12 Stunden 39 Minuten; die durchschnittliche Zahl der Wochenstunden — unter Berücksichtigung des Sonnabends, wo die Arbeit früher eingestellt wird — 74 Stunden. — Dazu kommt aber noch die Ueberzeit, die häufig den durchschnittlichen Arbeitstag um 2 bis 4 Stunden, in den sogenannten „dringlichen" Fällen sogar um volle sieben bis neun Stunden verlängert, was einen Arbeitstag von 14½ bis 16½ resp. 19½ bis 21½ Stunden ergiebt! Die russischen Fabrikanten haben jedoch vom Baum der kapitalistischen Erkenntniß bereits so viel genossen, um zu wissen, daß, je länger der Arbeitstag, um so mehr die Intensität der Arbeit abnimmt. Sie suchen nun dem zu begegnen durch ein sinnreiches System der Schichtenarbeit. Am meisten verbreitet ist gerade das gesundheitsschädlichste System der sechsstündigen Schicht, das dem Arbeiter nur 3 bis 4 Stunden ununterbrochenen Schlaf übrig läßt.

Wie es mit der Sonntagsruhe im heiligen zarischen Rußland bestellt ist, erhellt daraus, daß z. B. in den Getreidemühlen ununterbrochen, Tag und Nacht, an Wochen- und an Feiertagen gearbeitet wird. In diesem Betriebszweig wird im Jahr 303 bis 339 Tage (genauer astronomische Tage!) gearbeitet, während in den Fabriken die Zahl der Arbeitstage im Jahr 268 bis 280, in den Manufakturen 249 bis 270 beträgt.

Und wie verhält es sich mit dem Arbeitslohn? — Da brauchen sich die russischen Fabrikanten vor ihren westeuropäischen Brüdern in Mammon wiederum

gar nicht zu schämen. Der Stücklohn, diese „der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns“ (Marx), herrscht entschieden vor: von 15 017 Männern arbeiten auf Stücklohn 7615, von 8676 Frauen 7569.

Die Höhe des Arbeitslohns wechselt mit der Lohnform und ist natürlich wieder verschieden für Männer und Frauen:

	Monatslohn der Männer	Monatslohn der Frauen
Stücklohn	12,45 Rubel	10,82 Rubel
Taglohn	16,21 „	7,22 „
Jahres- oder Saisonlohn .	14,25 „	7,05 „

Der verhältnißmäßig höhere Stücklohn der Frauen erklärt sich einfach aus der unverhältnißmäßig niedrigen Bezahlung der Frauenarbeit bei den beiden anderen Lohnformen.

Der durchschnittliche Monatslohn im ganzen Moskauer Gouvernement in allen Branchen, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, beträgt 11,89 Rubel = ca. 24 Mark, der durchschnittliche Stundenlohn 4,26 Kopeken = ca. 9 Pfennig!

Man darf jedoch nicht glauben, daß dieser elende nominelle Arbeitslohn sich in einen auskömmlichen reellen Arbeitslohn umsetze. Wie grundfalsch die landläufige Vorstellung von den billigen Lebensmitteln in Rußland, weist Dementjeff nach, indem er die Preise von zwölf nothwendigsten Lebensmitteln in Rußland, England und im Staate Massachusets zusammenstellt.

Den Arbeits- und Lohnbedingungen entsprechen naturgemäß die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter. — Die meisten der fraglichen Arbeiter (56,8 Prozent) — und das ist eine Eigenthümlichkeit des russischen Fabrikwesens überhaupt — wohnen (richtiger schlafen) in den Fabriklokalitäten selbst, und zwar ist das um so häufiger der Fall, je größer der Betrieb. Eigentliche Wohnräume giebt es jedoch keineswegs in allen Etablissements: in den Betrieben, wo die Handarbeit ausschließlich oder hauptsächlich zur Anwendung kommt, wohnen und schlafen die Arbeiter in den Arbeitsräumen selbst, mag dabei die Betriebsart auch noch so gesundheitsschädlich sein. Nicht viel besser steht es aber auch mit den eigentlichen Wohnräumen. Dieselben sind in den meisten Fabriken förmlich überfüllt, so daß auf den Einzelnen gewöhnlich kaum 2 Kubikmeter, häufig nur 1 Kubikmeter, oder auch gar nur $^1/_2$ bis $^2/_3$ Kubikmeter Raum entfallen. Die Wohnkasernen bestehen entweder aus einzelnen Kämmerchen oder aus größeren Schlafräumen. Jedes einzelne Kämmerchen wird von mehreren Familien bewohnt, und auch in den gemeinsamen Räumen schläft in den weitaus meisten Fällen Alles zusammen, ohne Unterschied des Geschlechts und Alters. Von geregelter Ventilation keine Spur; dafür wird aber in mehreren Fabriken, die keine Waschhäuser besitzen, die Leibwäsche in den Schlafräumen selbst gewaschen und getrocknet. Ebenso elend, ebenso gesundheitsschädlich sind endlich auch die von den Arbeitern außerhalb der Fabrik gemietheten Wohnungen.

Nach alledem ist es nicht zu verwundern, daß durch die von der Sanitätskommission vorgenommene anthropometrische Untersuchung durchweg die körperliche Verelendung der Fabrikarbeiter konstatirt wurde. Am schlimmsten sind die Textilarbeiter dran. Sie sind kleiner von Wuchs, zeigen eine mangelhaftere Entwicklung des Brustkastens und der Muskel, ein geringeres Körpergewicht als die übrigen Arbeiterkategorien. Die Analyse der Angaben über die Alterszusammensetzung der Arbeiter in den verschiedenen Arbeitszweigen hat ergeben, daß, je schlechter die Arbeitsbedingungen, desto relativ geringer die Zahl der über vierzig Jahre alten Arbeiter. Mit dem vierzigsten Lebensjahre ist der Arbeiter bereits ein todeskranker Invalide.

Der Verfasser, der sich durchweg an die ziffermäßigen Resultate der Untersuchung hält, bemerkt am Schluß: „Wer aber unsere Fabrikarbeiter selbst gesehen, aufmerksam beobachtet, wer, wie wir, Gelegenheit hatte, mit ihnen zu sprechen, das klägliche, blasse Aussehen des blutleeren, schläfrigen, ausdruckslosen Gesichts, die welke Haut und die kindischen Muskeln der Spinner, mechanischen Weber ꝛc. in Augenschein zu nehmen, wer das apathische Wesen, den dumpfen Indifferentismus gegen Alles und Jedes, den sozusagen unbeholfenen Geist derselben kennt, — der

wird zugeben müssen, daß wir, indem wir uns blos auf ziffermäßige, unwiderlegliche Beweise beschränken, die Wirklichkeit in allzu sehr blassen Farben schildern."

Die angeführten Angaben beziehen sich, wie Eingangs erwähnt, auf die Jahre 1884 bis 1885. Leider sind sie aber noch keineswegs veraltet. Sollte denn etwa das seitdem von der Regierung „gewährte" bischen Arbeiterschutz eine Besserung herbeigeführt haben? Dazu sind die paar Gesetze wirklich nicht angethan, auch dann nicht, wenn sie ebenso wirksam durchgeführt würden, wie sie thatsächlich mangelhaft durchgeführt werden. Die Absetzung der pflichttreuen, gewissenhaften Fabrikinspektoren, das gleich nach den ersten Proben erlassene Verbot, die Inspektionsberichte zu veröffentlichen, die äußerst ungenügende Zahl der Inspektoren überhaupt, die ängstliche Einschränkung ihrer Befugnisse, endlich die Verpönung der Arbeiterkoalitionen — all das zeigt hinlänglich, was vom Arbeiterschutz der zarischen Regierung zu halten ist.

Dementjeff's Schlußbemerkung gegenüber ist jedoch hervorzuheben, daß er lokale Verhältnisse in allzu pessimistischer Weise verallgemeinert. Gerade die Textilarbeiter, diese im Allgemeinen — nicht nur in Rußland — gedrückteste und rückständigste Arbeiterschicht, dürfen am wenigsten als Typus der gesammten Arbeiterschaft hingestellt werden. Und ebenso wenig darf das geistige Niveau der gesammten russischen Arbeiterschaft an dem „unbeholfenen Geist" der kleinstädtischen und ländlichen Fabrikarbeiter des Moskauer Gouvernements gemessen werden.

Eine Fülle von Thatsachen, die zum Theil auch in dieser Zeitschrift bereits beleuchtet wurden, spricht entschieden gegen Dementjeff's pessimistische Verallgemeinerung.

Ein Scherzspiel.

Berlin, 4. Februar 1894.

Im vorigen Jahre war das hiesige Theater arm an Erfolgen, in diesem ist es noch viel ärmer daran. Die Novitäten zwar jagen sich mit athembeklemmender Hast; manche große Bühne übt deren eine oder gar zwei in jeder Woche. Aber es ist Alles werthlose Fabrikwaare, hier und da mit ein bischen literarischem, nirgends mit irgend welchem dramatischen Talent aufgeputzt. Bezeichnend genug nehmen die Journalisten-Stücke überhand. Ein Schiller oder Shakespeare könnte vor den Pforten unserer heutigen Musentempel verhungern, aber wenn irgend ein Schmock der Bourgeoispresse sich herabläßt, ein Stück zu schmieren, wie er sonst die Stiefeln seines „Brotherrn" schmiert, so passirt es alle Klippen und Sandbänke der „feinsten" und „vornehmsten" Theater. So bringt es das Geschäft mit sich. Denn die Theaterdirektoren brauchen gar zu nothwendig die Schaumschlägereien der Schmocks.

In fünf Monaten haben die hiesigen Bühnen nicht einmal ebenso viele dramatische Werke vorgeführt, die einer Besprechung an dieser Stelle werth gewesen wären. Es sind im Grunde nicht mehr als zwei junge Dramatiker, an deren fernerer Entwicklung man mit einigem Interesse theilnehmen kann. In Nummer 32 des vorigen Jahrgangs der „Neuen Zeit" nannten wir Gerhart Hauptmann und Max Halbe junge Prinzen aus Genieland — nicht „Priester", wie damals ein unliebsamer Druckfehler sagte — und sprachen die Hoffnung aus, daß beide sich aus den Banden der Naturalistenklique Brahm-Schlenther befreien und bald die hohe See der sozialen Dramatik gewinnen würden, in der sie allein bisher, Hauptmann durch die „Weber", Halbe durch den „Eisgang", Erfolge erreicht haben, die ihnen eine große Zukunft zu verheißen scheinen. Ueber unsere Hoffnung selbst gaben wir uns freilich keinen großen Hoffnungen hin, und dies Theaterjahr hat sie einstweilen denn auch als eine verwegene Illusion offenbart. Hauptmann that im „Biberpelz" einen Schritt vorwärts, um im „Hannele" ein Dutzend Schritte rückwärts zu thun. Inzwischen ist dieser mystische Spuk glücklich von Hauptmann's Gönner, dem Herrn Paul Schlenther, in den „Preußischen Jahrbüchern" zu einem grotesken Ausfall gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet worden, wofür dann der große Naturalisten-

Häuptling vom „Vorwärts“ als literarischer Karl Buttervogel in einer ebenso unbarmherzigen wie verdienten Züchtigung enthüllt worden ist.

Größere Haltung, als Hauptmann, weiß Halbe zu bewahren, wie er denn überhaupt frei ist von der leeren Selbstbespiegelung, die sich in mehr als einer Arbeit Hauptmann's unangenehm genug bemerkbar macht. „Der Amerikafahrer“ nennt sich das Scherzspiel in drei Akten, das Halbe gestern zur Feier der Fastnacht im Neuen Theater aufführen ließ. Es ist eine Fastnachtsposse, die der Dichter geschrieben hat, offenbar angeregt durch die Fastnachtsspiele des fünfzehnten Jahrhunderts. Literarhistorisch hat Gervinus diese dramatische Gattung vortrefflich gekennzeichnet, wenn er sagt: „Oft nicht ohne eine gute und ernstere innere Bedeutung sind sie doch durchschnittlich aus der tollsten Laune geflossen und auf die derbste Lachlust berechnet durch das Verkehren alles Schicklichen; die Unanständigkeit ist die Seele dieser Stücke, wie sie die Ehre der Fastnacht ist, die der Quell und Ursprung dieses neueren Lustspiels war, wie die Bacchusfeste und phallischen Gesänge für das Lustspiel des Alterthums. . . . Freiwillig wie die ersten Komödienspieler des Alterthums sammelten sich wenige Leute, zogen in das Haus eines Bekannten und spielten ihm etwas vor, das seine freigebige Laune so zu steigern geeignet sein mußte, daß den Spielern eine gastliche Bewirthung zu Theil wurde. . . . Die Zoten und Unfläthigkeiten, die man sich erlaubte, reichen wohl an Alles, was der Art in unserer Literatur sich vorfindet, und vergleichen sich mit den ältesten italienischen Farcen, worin das über alle Begriffe geht.“ Hätte Gervinus, was freilich ganz außerhalb seines Gedankenkreises lag, die literarische Erscheinung auf ihren ökonomischen Zusammenhang zurückgeführt, so würde er gefunden haben, daß diese Festspiele das erste lebenslustige Aufschäumen der bürgerlichen Klasse bedeuteten, und daß sich in ihrer geschlechtlichen Ausgelassenheit die größere Freiheit wiederspiegelt, welche die Frauen namentlich der reichen Handelsstädte durch die neue Produktionsweise gewannen. Augsburg und besonders Nürnberg waren die klassischen Stätten der Fastnachtsspiele, die, immer getreu der ökonomischen Entwicklung, im sechzehnten Jahrhundert einen leidenschaftlichen, halb an Luther's konfessionelle Streitschriften, halb an Hutten's luzianische Gespräche anklingenden Ton gewannen und darnach in die Spießbürgerei des Meistergesanges verliefen.

Halbe hat sich nun in seinem „Amerikafahrer“ an die erste Gestalt des Fastnachtspiels gehalten, und das beweist einen recht guten Instinkt. Die erste Gestalt dieser Possen war ihre originellste und in gewissem Sinne revolutionärste. Halbe's Amerikafahrer ist ein alter häßlicher lahmer Nachtwächter, um dessen junges hübsches Weibchen sich zwei dörfliche Don Juans streiten. Der eifersüchtige Alte wird von seiner besseren Hälfte und ihren Bewerbern auf den Weg nach Amerika spedirt, kehrt aber unvermuthet und just noch zur rechten Zeit zurück, um die inzwischen arg bedrängte Tugend der Schönen zu retten, die sich von nun an mit ihrem ehelichen Glücke begnügen will. In dem Nichts von Handlung ist Halbe's Stück eine richtige Fastnachtsposse, aber keineswegs in der Ausspinnung dieses Nichts zu drei langen Akten. Ebenso ist es eine richtige Fastnachtsposse in dem kecken Antasten der bürgerlichen Ehe, aber keineswegs in dem lahmen und zahmen Ausgange dieses Anlaufs. Wollte der Dichter damit der guten Sitte der heutigen Bourgeoisie ein Zugeständniß machen, so hat er einen sehr schlechten Instinkt bewiesen. Nicht zwar, als ob wir behaupten möchten, daß es dem hiesigen Premierenpublikum besser gefallen hätte, wenn der wackere Nachtwächter wirklich ein paar Hörner davongetragen hätte; möglich, daß es dann noch entrüsteter gewesen wäre! Aber der Dichter hat ganz verkannt, daß die „Unanständigkeit“, von der Gervinus spricht, eben auch ein sehr verschiedener Begriff ist, je nachdem er sich im Kopfe eines aufstrebenden oder verkommenden Bürgerthums wiederspiegelt. Mit einem unbewußten, aber ganz unbezahlbaren Witze ließ die Direktion des Neuen Theaters dem Scherzspiele Halbe's ein französisches Lustspiel von Alexander Dumas vorangehen, den bekannten „Besuch nach der Hochzeit“, dessen Moral darin besteht, daß ein moderner Bourgeois Frau und Kind verläßt, um eine Frau zu entführen, von der er glaubt, daß sie als gemeine Dirne sich jedem Zahlungsfähigen preisgiebt, aber enttäuscht an seinen häuslichen

Herd zurückkehrt, als er entdeckt, daß die angebliche Dirne eine ihn leidenschaftlich liebende, ehrbare Frau ist. Dieses Vomitiv, das im Nürnberg des sechzehnten Jahrhunderts einfachen Ekel erregt hätte, schluckte das hiesige Premierenpublikum mit frenetischem Jauchzen, vielmaligen Hervorrufen der Darsteller u. s. w. hinunter. Dagegen wurde Halbe's Scherzspiel, das bei alledem anmuthig genug die Nürnberger Fastnachtsschwänke erneuert, in pöbelhafter Weise niedergehöhnt, niedergetrampelt, niedergezischt, und die Kritiker der Bourgeoispresse weisen mit ernst gerunzelter Stirn auf die paar sanften Zötlein hin, die Halbe dennoch gewagt hat.

Die Lynchjustiz, die das hiesige Premierenpublikum je länger je mehr über ihm mißfällige Stücke verhängt, offenbart so recht die Bestialität der modernen Bourgeoisie. Ihren ersten Anstoß hat sie allerdings wohl erhalten durch die dreiste Klaque, die von den Theaterdirektoren für neue Stücke organisirt zu werden pflegt und auch für Halbe's Scherzspiel organisirt worden war. Wenn sie sich darauf beschränkte, derb und kurz das Urtheil zurückzuweisen, das ihr durch die Klaque aufgedrängt werden soll, so wäre nichts dagegen einzuwenden. Aber so wie diese Lynchjustiz jetzt gehandhabt wird, ist sie nichts weniger als der Ausbruch einer ehrlichen, ästhetischen oder moralischen Entrüstung. Sie ist ein Jux, den sich der Pöbel in Seidenhüten machen will. In der Pause nach dem zweiten Akte wird unter der oberen Leitung der Schmocks das Urtheil in den Wandelgängen gemacht, und vom dritten Akt ab wird es exekutirt. Die Schauspieler werden genarrt und geneckt, als ob sie wilde Thiere wären, eine Rohheit unter allen Umständen, eine doppelte Rohheit, wenn die Schauspieler wie in Halbe's Stück ihr Bestes an die Sache setzen. In den minutenlangen Pausen, die durch das Gejohle des Publikums verursacht wurden, sah man die kleine Heldin des Stückes mit zornig zusammengezogenen Brauen auf ihre Partner einsprechen, anscheinend um sie zu irgend einer rebellischen That aufzustacheln, aber das stärkere Geschlecht auf der Bühne verhielt sich passiv, und es wußte auch wohl, warum.

Gelassener betrachten wir die Mißhandlung des Dichters. Denn auch er ist mißhandelt worden. Halbe's Arbeit steht immer noch bergehoch über dem landläufigen Theaterschund, und was ihr vor diesem Publikum das Genick brach, war nicht ihr wirklicher Fehler, war nicht der Versuch, den großen Fragen der Zeit auszuweichen durch die künstliche, aber deshalb keineswegs künstlerische Wiederbelebung historisch abgestorbener Dichtungsformen, sondern gerade die literarische Höhe, die das Scherzspiel einzuhalten sucht, der Verzicht auf die schlechten und verdorbenen Instinkte der Bourgeoisie, der Fleiß und das Talent, die der Dichter aufgewandt hat. Aber so ein junger Poet kann am Ende einen tüchtigen Puff vertragen, und je rücksichtsloser ihn die Lynchjustiz der Bourgeoisie von dem falschen Wege vertreibt, worauf er jetzt noch wandelt, um so eher mag er auf den richtigen Weg gelangen, auf dem er wirkliche Lorbeeren pflücken kann. F. Mehring.

Literarische Rundschau.

Socialism, its Growth & Outcome by William Morris and E. Belfort Bax. London, Swan Sonnenschein & Co. VI und 335 S.

Der Inhalt dieses Buches, das zwei der hervorragendsten literarischen Vertreter des zeitgenössischen englischen Sozialismus zu Verfassern hat, deckt sich nur zum Theil mit seinem Titel. Ueber das Aufkommen und Wachsthum des Sozialismus bietet es nur wenig mehr als sehr allgemeine Zusammenfassungen, die selbst da unmotivirte Lücken aufweisen, wo es sich um ein Gebiet aus der Geschichte des Sozialismus handelt, dem die Verfasser noch die meiste Aufmerksamkeit zuwenden: nämlich die Geschichte der sozialistischen Theorie und Praxis seit der großen französischen Revolution. Was aber die sehr interessante Geschichte des Sozialismus oder, wenn man will, Vorgeschichte des modernen Sozialismus betrifft, die von der

genannten Epoche bis zum Zeitalter der Auflösung der feudalen Gesellschaft im westlichen Europa — das sogen. Zeitalter der Reformation — zurückreicht, so wäre selbst der Ausdruck lückenhaft noch zu viel versprechend. Ein paar beiläufige Bemerkungen über den deutschen Bauernkrieg und die Wiedertäuferbewegung und noch beiläufigere über die englischen Bauernaufstände unter den Tudors sind Alles, was in dieser Hinsicht dargeboten wird. Thomas Morus würde ebenso wenig wie Campanella, Bellers, Godwin, Mably, Morelly u. A. Erwähnung gefunden haben, wenn er nicht im vorletzten Kapitel des Buches, zusammen mit den Utopisten dieses Jahrhunderts, als Beispiel für den erst durch den marxistischen Sozialismus überwundenen Gegensatz zwischen theoretischem, resp. spekulativem Sozialismus und praktischem Klassenkampf genannt würde,* und die Leveller der großen englischen Revolution werden nur als religiöse Enthusiasten aufgeführt, deren Doktrinen einen ähnlichen Kommunismus eingeschlossen hätten, wie der der Wiedertäufer des 16. Jahrhunderts. Hier stoßen wir sogar auf Schlimmeres als Unterlassung, hier haben wir es mit — bei Engländern geradezu unbegreiflicher — Verkennung einer Bewegung zu thun, die als erster Versuch, eine plebejisch-revolutionäre Erhebung im modernen Sinne mit einem ausgearbeiteten politisch-demokratischen Aktionsprogramm zustande zu bringen, sich so grundsätzlich von den Erhebungen des 16. Jahrhunderts unterscheidet, daß keine von den Parteien der fast 140 Jahre nach der Levellerbewegung eingetretenen großen französischen Revolution in dieser Hinsicht über sie hinausgegangen ist. Plebejische Revolutionäre waren Marat, die extremen Jakobiner, die Hebertisten, auch sie vertreten erst die Vorgänger des modernen Proletariats, nicht dieses selbst, und wenn die Verfasser dem Eingreifen jener, der „proletarischen Phase" der französischen Revolution, ein spezielles Kapitel widmeten, so wären einige Worte der genaueren Charakteristik der Rolle des entsprechenden Elements in der großen englischen Revolution sicher nicht zuviel gewesen.

Allerdings lag es augenscheinlich gar nicht in ihrer Absicht, einen Abriß der Geschichte des Sozialismus zu geben — so wenig als die Geschichte der sozialistischen Theorien, kommt die Geschichte der proletarischen Kämpfe bei ihnen zu ihrem Recht. Als was ihr Buch sich darstellt, ist vielmehr ein Abriß der großen, fundamental unterschiedenen Epochen in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit — eine Darstellung der Phasen, welche die Menschheit in ihrem Entwicklungsgange von den ursprünglichen kommunistischen Stammesverbindungen bis zur modernen bürgerlichen Gesellschaft als Vorläuferin und nothwendiger Vorarbeiterin der entwickelten kommunistischen Gesellschaft der Zukunft durchgemacht hat und durchmacht. Die materiellen Elemente dieser Entwicklung, ihre treibenden Kräfte, ihre wichtigsten geistigen Resultate zu schildern, nachzuweisen, warum und wie als letztes, resp. nächstes Glied in der Kette dieser Entwicklung die sozialistische Gesellschaft sich ankündigt, die auf ihre Verwirklichung hinarbeitenden sozialen und sozialistischen Kämpfe der Gegenwart, sowie die theoretischen Grundgedanken des modernen wissenschaftlichen Sozialismus zu skizziren und schließlich einige allgemeine Umrisse des Bildes zu geben, das sie persönlich von der voraussichtlichen Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft sich machen — das ist der leitende Plan ihres Buches. Daß, um eine so weit gesteckte Aufgabe im Umfange eines Buches zu lösen, das nur etliche 300 sehr splendid gedruckte Seiten ausfüllt, ephemere Erscheinungen nur ausnahmsweise als Beispiele berücksichtigt werden konnten, liegt auf der Hand, indeß in der Wahl und Behandlung der Ausnahmen wäre unseres Erachtens größere Systematik geboten gewesen, als sie die Verfasser beobachtet, und ferner erheischte gerade die summarische Darstellung um so strengere Prüfung in der Wahl der charakterisirenden Beiworte.

Unwillkürlich fällt uns hier Friedrich Engels ein, dessen „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" Morris-Bax verschiedentlich zitiren.

---

* Wie schon von anderer Seite bemerkt, in fast wörtlicher Uebereinstimmung mit den Ausführungen Kautsky's in „Thomas More und seine Utopie" über denselben Gegenstand. Vgl. Kautsky, S. 253.

Auf Seite 8 und 9 der vierten deutschen und Seite 4 und 5 der englischen Ausgabe der genannten Schrift ist ein Beispiel gegeben, wie man bei knappster Darstellung — auf noch nicht einer Druckseite — eine Jahrhunderte währende Entwicklung so skizziren kann, daß kein wichtiges Moment ungebührlich dabei zurückgesetzt wird.

Da wir nun einmal bei den Mängeln des uns zur Besprechung vorliegenden Buches sind, so sei ferner erwähnt, daß dasselbe auch in Bezug auf die allgemeine Geschichte manche ungerechtfertigte Lücken und Ungenauigkeiten enthält. Nur die sehr begreifliche Antipathie der Verfasser gegen den englischen Puritanismus kann es z. B. erklären, wenn sie die Bestrebungen der Tudors auf Festsetzung des absoluten Königthums von Gottes Gnaden als „theilweise das Produkt des puritanischen Kultus des alten Testaments mit seinen orientalisch-despotischen Prinzipien" erscheinen lassen. Nicht nur daß im alten Testament der monarchische Despotismus, um den es sich bei den Tudors handelt, im schäbigsten Lichte dargestellt wird, zog umgekehrt die Opposition gegen den monarchischen Absolutismus aus ihm einen großen Theil ihrer populärsten Argumente. — Die Bedeutung und Rückwirkung des Handels mit dem Orient auf die mittelalterliche Welt wird von den Verfassern sehr ungenügend gewürdigt, der in mancher Hinsicht überschätzten, aber doch immer wichtigen arabischen Epoche erwähnen sie mit keiner Silbe, und bei Schilderung der Wirkungen der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien leisten sie den fast unglaublichen Satz: „Die Städte Mitteleuropas — z. B. Augsburg, Nürnberg, München und die Hansestädte — theilten nunmehr (!) den Markt mit Venedig und Genua, den Kindern (!) Konstantinopels" (S. 90).

Selbst in Bezug auf die neueste Zeit unterlaufen solche Schnitzer. Es ist mindestens ungenau, zu sagen, daß der Sozialismus in Deutschland „seinen Ursprung" Lassalle und dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein verdankt, eher könnte man noch sagen, seine definitive Einbürgerung. Und nicht minder ungenau ist es, wenn es von Lassalle heißt: „Er begründete die Partei auf der Grundlage eines Staatssozialismus, der die Wiederaufnahme der Rechte des Volkes auf den Grund und Boden einschloß." Die geheimen sozialistischen Verschwörungen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die immerhin in der Geschichte des Sozialismus ihre Rolle gespielt, werden gar nicht erwähnt, außer den Utopisten Proudhon, Lamennais, Louis Blanc und Pierre Leroux nur noch Marx und Engels vorgeführt. Die Charakteristik Proudhon's als Sozialtheoretiker ist ziemlich dürftig, es ist den Verfassern entgangen, daß hinter all den krassen Widersprüchen in Proudhon's Schriften doch im Grunde ein und dieselbe prinzipielle Auffassung steht.

Mehr Raum als den übrigen Sozialisten zusammengenommen widmen die Verfasser im Abschnitt „Der wissenschaftliche Sozialismus" einem Auszug aus dem Marx'schen „Kapital", und im Ganzen ist derselbe auch als wohlgelungen zu bezeichnen. Aber hier fehlt gleichfalls die Exposition der leitenden Auffassung, die dem Werk zu Grunde liegt und ohne deren Darlegung der Ausdruck „wissenschaftlicher Sozialismus" unverständlich bleibt. Die Analyse des Mehrwerths und der Produktsformen im „Kapital" sind wissenschaftliche Leistungen ersten Ranges, aber nicht von ihnen ist die Bezeichnung „wissenschaftlicher Sozialismus" abzuleiten, sondern von der von Marx und Engels ausgearbeiteten Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, zu der jene Untersuchungen die Anwendung und erweiternde Begründung bilden. In diesem Sinne ist also das „Kapital" nur ein Appendix zum „Kommunistischen Manifest", und wer, wie unsere Verfasser, den „wissenschaftlichen Sozialismus" erklären will und über das „Kommunistische Manifest", die Vorrede von „Zur Kritik ꝛc." und die verschiedenen Schriften von Engels hinweg sich auf einige Auszüge aus dem „Kapital" beschränkt, giebt dem Leser bestenfalls nur einige Theile des zu charakterisirenden Dinges in die Hand, nicht aber zugleich „das geistige Band".

Indeß all diesen und hier nicht weiter zu erwähnenden anderen Unvollständigkeiten, die ja fast sämmtlich mehr oder minder auf das schon betonte Mißverhältniß zwischen dem Umfang des Morris-Bax'schen Buches und dem des zu bewältigenden Stoffes zurückzuführen sind, stehen ganz bedeutende Vorzüge gegenüber,

die dasselbe trotzdem zu einem höchst fesselnden und anregenden machen. Beide Verfasser sind Schriftsteller, die neben großen Kenntnissen Eigenart besitzen, und wenn auch bei der Kooperation jedem etwas von der seinen verloren gegangen sein mag, so ist doch immer noch genug geblieben, der Darstellung Farbe und Charakter zu verleihen. In der kritischen Behandlung des geschichtlichen Materials erkennen wir Bax, den Kenner der klassischen deutschen Philosophie und — dürfen wir hinzufügen — der Literatur des Sozialismus in Deutschland, und William Morris müßte nicht der hervorragende Dichter und Künstler sein, wenn nicht der Kunst der verschiedenen Epochen der menschlichen Geschichte eine Reihe höchst interessanter Betrachtungen gewidmet würden, die dem Buch einen ganz besonderen Reiz verleihen und es vor vielen anderen seiner Art auszeichnen. Im Allgemeinen ist die Kunst in der sozialistischen Literatur bisher ziemlich übel weggekommen. Denjenigen Sozialisten, die die Fähigkeit gehabt hätten, mehr als Gemeinplätze über sie zum Besten zu geben, fehlte über dringenderen Aufgaben die Zeit, sich mit ihr tiefer zu befassen, und diejenigen Sozialisten, die sich mit ihr befaßten, förderten wenig mehr als Allgemeinheiten zu Tage. Morris ist nun nicht nur ausübender Künstler, sondern auch Kunstforscher, und da er zugleich die fundamentalen Schriften der Theoretiker des Sozialismus kennt, kompetent wie Wenige, den Zusammenhang von Sozialismus und Kunst zu behandeln. Daß er dabei nicht immer ganz frei von Einseitigkeiten ist, z. B. wie das Mittelalter überhaupt, so auch die Kunst desselben vielleicht etwas zu hoch stellt, kann man ruhig in den Kauf nehmen; gegenüber dem vielen Treffenden, was er in Verbindung mit Bax über den Gegenstand sagt, fallen derartige kleine Mängel kaum ins Gewicht.

Hier nur ein Beispiel. Im Schlußkapitel „Der Sieg des Sozialismus" geben die Verfasser u. A. einen speziellen geschichtlichen Abriß über die Beziehungen von Kunst und Arbeit und legen dar, wie fast überall im sogenannten barbarischen Zeitalter die Arbeit die Tendenz aufweist, künstlerische Formen anzunehmen, mit der Mühe einen Genuß zu verbinden, während dagegen die Zivilisation hier wie auf allen anderen Gebieten den Dualismus schafft: die Kunst von der Arbeit trennt. Die von der Arbeit losgelöste, Selbstzweck gewordene Kunst nennen sie mit glücklicher Terminologie substantivisch, die mit der Arbeit verbundene, dieser Genuß gewährende adjektivisch. Bei den Griechen, führen sie dann aus, entwickelt sich zuerst mit der aufblühenden Zivilisation die substantivische Kunst zum Schaden der adjektivischen, und die Römer der Kaiserzeit treiben später die Entwicklung weiter bis zum trockenen Akademizismus. Aber nach dem Zusammenbruch des klassischen Römerreiches führt die Ueberfluthung desselben mit barbarischen Völkerschaften eine neue Epoche adjektivischer Kunst herbei, „so reich und mannigfaltig, daß sie die adjektivische Kunst der Vergangenheit völlig in den Schatten stellt und die durch das Verschwinden der substantivischen Kunst entstandene Lücke ausfüllt" (Seite 303). Sie erreicht ihren Zenith in der Mitte des 13. Jahrhunderts, wo sich eine neue substantivische Kunst entwickelt. Nachdem die Renaissance und die Reformation vorüber, ist die adjektivische Kunst fast ganz verschwunden und die subjektivische jeder bewußten Aufgaben außer der Entfaltung von Verstand und Handfertigkeit bar, und der alte, sich lang hinziehende Dualismus endete in reiner Nullität."

Die Verfasser schließen nun, daß der Sozialismus wiederum eine Epoche der Adjektivität der Kunst bringen wird. Der Gebrauch der Maschine werde so ziemlich das Gegentheil dessen sein, was er heute ist. Die abstoßendsten und schmutzigsten Arbeiten werden heute noch ohne Anwendung von Maschinen verrichtet, weil diese sich dafür nicht „zahlen". Die sozialistische Gesellschaft werde im Gegentheil die Maschinen in erster Reihe für alle abstoßende, bloße Plackerei bedeutende Arbeit verwenden, und damit immer mehr Zeit für die Kunst gewinnen, die das ganze Leben durchdringen und seinen Reiz erhöhen, aber immer mehr aufhören werde, Selbstzweck zu sein. Malerei und Skulptur werden zu Gehilfen der Architektur werden, die von Hause aus eine Kunst der Assoziation ist. Aehnlich auf anderen Gebieten. Die Romandichtung werde wahrscheinlich, und wir möchten ihnen darin

Recht geben, aus Mangel an Stoff aussterben,* die Musik dagegen wahrscheinlich neue Formen entwickeln und mit der Architektur von allen Kunstzweigen die meiste Beschäftigung in Anspruch nehmen.

Indeß es hieße den Rahmen dieser Besprechung zu weit ausspannen, wollten wir den Verfassern weiter in ihre Utopie folgen. Die gegebene Probe mag genügen. Sie zeigt bereits, wie dieselben auch hier sich bemühen, den Zusammenhang zwischen der ökonomischen Gesellschaft und dem ideologischen Ueberbau nicht aus dem Gesicht zu verlieren. Sie untersuchen möglichst genau die Natur des zu behandelnden Zweiges der Industrie, Kunst, Literatur ꝛc., verfolgen seine Geschichte zurück und schließen dann, welches seine voraussichtliche Gestaltung in einer sozialistischen Gesellschaft sein werde. Das schließt nicht aus, daß ihnen bei der Untersuchung selbst persönliche Voreingenommenheit nicht noch manchen Streich spielt, aber das Prinzip ihres Verfahrens ist das richtige, und so ist gerade das „utopische" Kapitel ihres Buches eines der interessantesten. Hier verlangen wir nicht Vollständigkeit, hier freuen wir uns der skizzenhaften Bemerkungen selbst dann noch, wenn sie nur einer Idiosynkrasie der Verfasser Ausdruck geben; denn was immer sie vorbringen, geschieht in einer Form, die geistige Anregung gewährt.

Dasselbe kann von dem dem letzten vorhergehenden Kapitel: „Der Kampf des Sozialismus" gesagt werden. Die Verfasser entwickeln da die Grundzüge des heute von den Sozialisten geführten Kampfes und die voraussichtlichen politischen Formen des Uebergangs zur sozialistischen Gesellschaft. Manches, was sie da sagen, können wir, und werden wohl mit uns auch sonst viele Sozialisten nicht unterschreiben — beispielsweise die Behauptung, daß zur Hebung der Lage der unqualifizirten Arbeiter in der heutigen Gesellschaft ein gesetzlicher Minimallohn, ergänzt durch ein gesetzliches Maximum für die Preise der nothwendigen Lebensmittel, ein geeignetes Mittel sei. Anderes dagegen ist ebenso trefflich aufgefaßt wie klar dargelegt.

Wir würden noch gern auf verschiedene Punkte in dem geschichtlichen Theil des Buches eingegangen sein, in Bezug auf die wir in der Auffassung von den Verfassern abweichen. Aber das läßt sich nicht gut in dem Rahmen einer literarischen Besprechung thun, und darum mag es an den obigen Andeutungen genügen.

E. Bernstein.

Notizen.

„Je mehr sich's ändert, desto mehr bleibt sich's gleich!" pflegen die Franzosen zu sagen, wenn sie auf ihre Politiker zu reden kommen, und sie haben recht; alle ihre Regierungen sind der Ansicht, daß Frankreich hinreichend Brot, nur nie genügend Polizei besitze. Die Promptheit, mit welcher jüngst die Regierung aus Vaillant's Bombe drei Ausnahmegesetze auf einmal herausgeklaubt, erinnerte sehr an die Zeiten der Juli-Monarchie, da noch keine Anarchisten blühten und „gute" Republikaner — so nennen sich heute bekanntlich auch die Panama-Säuglinge — die Sprengversuche besorgten. In den Jahren 1832 bis 1836 wurden nicht weniger als vierzehn Komplotte gegen Louis Philipp gesponnen, und vier gelangten zur Aus-

* Zu dieser Bemerkung möchten wir denn doch ein großes Fragezeichen machen. Sehr richtig erscheint uns, was in einer sehr ausführlichen und sachkundigen Kritik des Buches in „The Weekly Times an Echo" (30. Dezember 1893), darüber gesagt wird: „Den Satz, die Belletristik werde wegen Mangel an Stoff aussterben, durfte man erwarten in einem Buch, das bei der Behandlung der griechischen Kunst die griechischen Dramatiker mit keinem Wort erwähnt oder bei der Behandlung der Renaissance und Reformation die Schriftsteller des Zeitalters der Elisabeth ignorirt. Geburt und Leben und Tod und Pflicht — nicht in dem konventionellen Sinne von heutzutage, sondern in ihrem wahren Sinne, wie er kommen wird, eine Pflicht, die mehr als die heutige tragische Konflikte zwischen sich und ihren großen Gegnern, Neigung und Leidenschaft, erzeugen wird — sie werden immer bei uns sein. Es wird kein Mangel an Stoff sein." Die Redaktion.

führung. Zwei Tage bevor Fieschi seine Höllenmaschine spielen ließ, höhnte ein „gut" republikanisches Witzblatt: „Der Bürgerkönig ist gestern mit seiner herrlichen Familie in Paris eingetroffen, ohne irgendwie ermordet worden zu sein." Der greise Arbeiter Morey, ein dekorirter Julikämpfer, und der Pariser Kleinbürger Pepin hatten mitgewirkt. Die Beiden starben wie Märtyrer und wurden von den „guten" Republikanern auch als solche verehrt; 1848 tauchte der Vorschlag auf, den Kindern Pepin's ein „Ehrengehalt" auszusetzen.

Als die Kammer eine Woche nach dem Attentat zusammentrat, zog der Ministerpräsident, Herzog von Broglie, drei Gesetzentwürfe aus der Tasche. Der erste „verbesserte" das Geschworenen-Verfahren, der zweite erleichterte Staatsanwälten und Gerichten keckes Zugreifen, der dritte schlug mit schwerer Tatze auf die Preßfreiheit. Broglie und Guizot boten all' ihre Sophismen auf und riefen die heilige Opportunität für das Machwerk an und doch würde ihnen der Sieg, den sie nach vierzehn bewegten Sitzungen erst errangen, keineswegs geworden sein, hätte nicht Thiers durch seinen Einfluß das linke Zentrum mitgerissen.

„Je mehr sich's ändert, desto mehr bleibt sich's gleich" — und desto flinker hantirt die Reaktion. Das Regiment der „guten" Republikaner von 1893 brauchte nicht vierzehn Sitzungen, wie das monarchische Kabinet von 1835, um seine tollen Repressivmaßregeln durchzusetzen. Und was hatte das Letztere von seinem Erfolg? „Viele, die schon ausgesöhnt waren", schreibt Karl Hillebrand, dessen Zeugniß gerade hier ins Gewicht fällt, „wandten sich von Neuem ab; frische Kräfte, die man hätte gewinnen können, wurden abgeschreckt und die Dekrete blieben jahrelang, sind noch heute, im Munde des Volkes als eine Art Codex der Tyrannei, ein Zeughaus voll gefährlicher Waffen zur Verfügung der Willkür."

Scheiden wir nicht von diesem Ereigniß, ohne der Anekdote zu erwähnen, die sich daran knüpft. Ein orleanistischer Scharwenzler, der Marquis de Fleur, erzählt sie in seiner 1891 erschienenen pompösen Geschichte Louis Philipps. Aus zahlreichen Städten trafen damals Deputationen in Paris ein, dem König zu seiner Errettung vor dem Anschlag Glück zu wünschen. Bordeaux entsandte einige honette Nationalgardisten in Uniform. Einer derselben, seines Zeichens ein Großweinhändler, nahte sich, die Bärenmütze unterm Arm, der Majestät und richtete an sie die folgenden Worte:

„Sire, ich erkläre, ohne bescheiden zu sein, denn es ist die lautere Wahrheit, Niemand in Bordeaux vermag Sie zu bedienen wie ich. Ich kaufe immer das Gewächs der besten Lagen und zwar direkt. Kein Faß, keine Flasche kommt mir aus dem Keller ohne meine Marke. Ich werde Ihnen eine Probe schicken. Kosten Sie den Wein, es verpflichtet Sie zu nichts, aber er wird Ihnen konveniren, ich bin's gewiß. Zahlen mögen Sie nach Belieben, ich habe Vertrauen zu Ihnen. . . ."

Ein reizender, „guter" Bourgeois, der 1848 zweifellos auch ein „guter" Republikaner geworden ist. d. g.

Zur Steigerung des Bodenertrages. Darüber schreibt Dr. Clausen:* „Mit Recht bezeichnen wir ein gutes Saatgut als die erste Bedingung zur Erzielung einer kräftigen Pflanze. Es ist daher natürlich, wenn die landwirthschaftliche Literatur die Resultate zahlreicher Versuche aufzuweisen hat, welche vorgenommen sind, um den Einfluß der Korngröße resp. Kornschwere auf die Höhe der Ernteerträge kennen zu lernen. Fast ohne Ausnahme haben die bezüglichen Untersuchungen ergeben, daß das großkörnige Saatgut eine bedeutendere Ernte brachte als das kleinkörnige. Das Vorhandensein des großen Mehlkörpers in dem schweren Saatkorn, die relativ große Menge von Reservestoffen, welche die junge Pflanze in der ersten Zeit zu einer üppigen Ernährung befähigt, hat man fast allgemein als natürliche und bequeme Erklärung für genannte Erfahrungen angenommen. Daß eine reichliche Ernährung in der Jugend den Pflanzen von besonderem Vortheil ist, bezweifelt gewiß Keiner, daß aber diese allein es ist, welche die guten Erfolge der Anwendung großen Saat-

* Dr. Clausen, Untersuchungen über die Erblichkeit der größeren Produktionsfähigkeit beim Saatgetreide. Liebscher's Journal für Landwirthschaft, 39. Band, 2. Heft.

gutes bedingt, bedarf noch der Beweisführung. Man hat bis jetzt die Vererbung der Wüchsigkeit zu wenig berücksichtigt. Zwar haben die Untersuchungen bestätigt, daß sich die bedeutende Korngröße auch auf die Nachkommen vererbt, aber den Einfluß der Aehrengröße, welche doch zum Ausgangspunkt der meisten Hochzuchten gemacht ist, hat man so gut wie außer Acht gelassen. Auf die Wichtigkeit der Aehrenauswahl hat besonders Professor Liebscher aufmerksam gemacht und auch bewiesen, daß der erzielte Mehrertrag bei schwerem Saatgut nicht einzig und allein der Korngröße zuzuschreiben ist. Er war es auch, der mich veranlaßte, die nachfolgenden Versuche anzustellen, um den Einfluß der Aehrengröße auf die Nachkommen kennen zu lernen."

Die von Dr. Clausen in den Jahren 1889 und 1890 angestellten Versuche haben im Durchschnitt das Resultat ergeben, daß Körner großer Aehren mehr Ertrag liefern, als die gleich großen Körner kleiner Aehren, d. h. vorausgesetzt, daß die Mutterpflanzen unter gleichen Bedingungen gewachsen sind. Die Bedeutung seiner Schlußfolgerungen zeigen folgende Zahlen. Es betrug das Durchschnittsgewicht eines Kornes der Nachkommenschaft

	der großen Aehren	der kleinen Aehren
bei der Probsteier Gerste .	0,0487 Gramm	0,0396 Gramm
„ „ vierzeiligen Gerste .	0,0451 „	0,0377 „
„ „ Oregongerste . . .	0,0408 „	0,0332 „
„ dem Roggen (a) . . .	0,0334 „	0,0267 „
„ „ Weizen Square head	0,0512 „	0,0432 „
	2c. 2c.	2c.

Sollten nun die Clausen'schen Resultate von den neueren Untersuchungen bestätigt werden, so kann der Bodenertrag ohne Weiteres um etwa ein Viertel erhöht werden. J. S.

Feuilleton.

Herwegh und die Pariser deutsche Legion.

(Schluß.)

Gerade oberhalb Dossenbach liegt ein schöner Laubwald, den die Legion ersteigen mußte. Den Eingang des Waldes bildet ein großer, freier Platz, auf welchem sich die verschiedenen Abtheilungen zum Frühstück gelagert hatten, und etwa vierzig Schritt davon in einem schmalen Seitenweg ließ Frau Herwegh ihren Wagen halten. Plötzlich wurde, ohne irgend einen Versuch, zu parlamentiren, wie dies bisher den anderen Freischaaren gegenüber nie versäumt worden war, auf die Vorposten der Legion geschossen. Im selben Augenblick eilt auch schon ein Bote athemlos herbei, um zu melden, daß der die Vorposten befehligende Offizier Muschacke tödtlich verwundet sei. Bei dieser Nachricht erhebt sich die ganze Legion wie ein Mann, und Alle stürzen zum Wald hinaus, dem Feind entgegen, der am Abhang des waldigen Hügels hinter Steinhaufen verschanzt lag. Es war die erste Kompagnie des sechsten württembergischen Infanterieregiments, welche unter Führung des Hauptmanns Lipp den plötzlichen Ueberfall eines fast wehrlosen Gegners gemacht hatte, und der noch mehr Infanterie, sowie eine große Anzahl Ulanen und Artillerie zur Verstärkung auf dem Fuße folgten.

Wäre auch hier das damals zwischen Deutschen und Deutschen übliche Parlamentiren dem Angriff voraufgegangen, so wäre Herwegh mit Preisgebung seiner Person sicher auf Unterhandlungen eingegangen. Die Legion war, wie gesagt, nur noch 650 Mann stark, die Uebrigen hatten die Strapazen nicht zu bestehen vermocht und waren zurückgeblieben. Nur 250 Mann hatten Büchsen,

von denen nur die Hälfte zu gebrauchen war. Jeder Schütze besaß höchstens vier Patronen, von denen noch ein großer Theil durch den Regen untauglich geworden war. 150 Mann besaßen als einzige Waffe nur Sensen oder Piken, und die Uebrigen gar nur Säbel oder Pistolen. Ihnen gegenüber stand reguläres Militär in voller Kriegsausrüstung. Bei dieser Ungleichheit der Bewaffnung und bei der gänzlichen Erschöpfung der Mannschaft in Folge der angestrengten Märsche mußte Herwegh natürlich Alles daran gelegen sein, ein isolirtes Gefecht zu vermeiden.

Von irgend einem militärischen Kommando war in diesem verhängnißvollen Augenblick, dem einzigen während des ganzen Zuges, wo es unentbehrlich gewesen wäre, keine Rede. Der Herr General hatte den Kopf verloren und sah aus der Ferne gelassen mit an, daß die Mannschaften sich dem Feind entgegenwarfen, statt ihn in den Wald zu locken, wo das Ganze auf ein Tirailleurgefecht ausgelaufen wäre, in welchem die Legion, durch die bessere Stellung begünstigt, alle Vortheile auf ihrer Seite gehabt hätte.

Die Sensenmänner, angeführt vom wackeren Schimmelpenning, gingen zuerst ins Feuer und schlugen sich mit beispiellosem Muth. Die Württemberger hielten dem ungestümen Angriff nicht Stand und wichen zurück. Schimmelpenning verfolgte sie fast bis ins Thal, da trifft ihn eine Kugel in den Leib, er rafft sich auf, haut dem Hauptmann Lipp vier Finger der rechten Hand durch und stürzt, nachdem er sich wie ein Löwe vertheidigt, von mehreren Bajonnetstichen getroffen, entseelt zu Boden.

Mit dem Verlust des Führers steigert sich der Muth jedes Einzelnen aus seiner Mannschaft bis zur Verzweiflung. Sie wollen den Todten rächen und stürzen immer weiter den Hügel hinab, dem Feinde nach. Da heißt's: Sensenmänner zurück, erstes und zweites Schützenbataillon vor! Kaum hört Herwegh diesen Befehl, als er Alles, was nur an Kugeln und Pulver noch vorhanden war, vom geretteten Bagagewagen abpacken und den Kämpfenden zutragen läßt.

Bornstedt, als er beide Bataillone ohne Führer sieht, stellt sich selbst an ihre Spitze und führt sie ins Feuer. Hin und her wogt der Kampf, aber bald ist die letzte Patrone verschossen. Einige Schützen, die nicht wissen, daß Herwegh ihnen bereits sämmtlichen Munitionsvorrath zugesandt hat, verlassen die Reihen, um sich selbst ihre Munition zu holen. Das nehmen die Uebrigen für ein Signal zum allgemeinen Aufbruch und folgen nach. Auch die Württemberger ziehen sich zurück, und so löst sich das Gefecht ebenso grundlos, als es überhaupt angefangen war.

Jetzt, nachdem Alles vorüber, eilt Delaporte mit einem Theil seines Bataillons auf Herwegh zu und beschwört ihn, sich zu retten, da die Württemberger es augenscheinlich auf ihn abgesehen hätten. (Auf seinen Kopf nämlich war ein Preis von 4000 Gulden ausgesetzt worden.) Herwegh indeß wies entschieden jedes Geleit zurück und bat, daß Jeder nur für sich selbst sorgen möge. Wenn ihm die Rettung gelinge, so sei Rheinfelden der Ort des nächsten Zusammentreffens.

Nach beendigtem Kampf fing die Hetzjagd an. Während die Hessen, Nassauer und Badenser bei den Kämpfen gegen die Schaaren von Hecker, Struve und Sigel die Fliehenden nicht verfolgt und das Leben Derjenigen, welche sich nicht zur Wehr setzten, geschont hatten, verfuhren die Württemberger anders. Sie feuerten unablässig auf die in kleinen Trupps der Schweizergrenze zu flüchtenden Legionäre, die ihre Waffen weggeworfen hatten, und ihre Kavallerie, welche die weite vor dem Rhein gelegene Ebene durchstreifte, machte viele Gefangene, darunter Adalbert von Bornstedt, Otto aus Münster, den Legionsarzt Dr. Rode aus Stollberg, Karl von der Embden aus Kiel, Greve aus Mannheim u. A.

Das Hochwild aber waren Herwegh und seine in Männerkleidung ihn begleitende Frau, die ohne den Schutz des braven Delaporte gefangen worden

wären. Während beide sich mühsam durch Büsche und Gestrüpp den Weg thalwärts bahnten, hörten sie einen württembergischen Offizier auf der Höhe seinen Soldaten zurufen: „Holt mir doch die beiden feingekleideten Herren herauf", aber im selben Augenblick war auch schon Delaporte, der Herwegh mit 35 Mann, von ihm ungesehen, gefolgt war, an seiner Seite, rieth ihm, schnell immer geradaus über das Gebirge zu gehen, soweit er nur kommen könne, und machte dann mit seinen Leuten den Württembergern so viel zu schaffen, daß ihnen darüber der Hauptfang entging, und Herwegh und Frau die nöthige Zeit gewannen, sich zu retten. Beide liefen während mehrerer Stunden bergauf, bergab, bis sie endlich das kleine, drei Viertelstunden von Rheinfelden entfernte Dorf Karsau erreichten. Sie klopften an die erste Bauernhütte und baten um ein Asyl. „Wenn Ihr ein Schälchen Kaffee wollt", war die Antwort, „das können wir Euch geben, denn Ihr seid gewiß durstig, aber beherbergen können wir Euch nicht, Ihr müßt halt ins Saatfeld gehen."

Der Rath mußte befolgt werden. Während beide mitten im Korn versteckt lagen, sprengte ein Trupp Ulanen nach dem anderen immer dicht am Acker vorbei, um Herwegh ausfindig zu machen. „Wenn wir ihn finden, soll's ihm schlecht gehen, an dem anderen Lumpenpack ist uns nichts gelegen", fluchten dieselben vor sich hin. Endlich wurde es still, und als Frau Herwegh den Kopf ein wenig erhob, um zu sehen, ob ohne Gefahr der Weitermarsch angetreten werden könne, war zwar kein Militär mehr zu sehen, aber vor ihr lag eine weite, baumlose Ebene im herrlichsten Sonnenschein, die passirt werden mußte, um die Schweizergrenze zu erreichen. Und doch blieb nichts übrig, als dies Wagniß zu unternehmen.

Als Herwegh und Frau das Kornfeld verließen, kam ein Bauer auf sie zu und bot ihnen ein Obdach in seinem Hause an. Das gastliche Anerbieten wurde mit Dank angenommen und verabredet, daß beide auf dem Boden Bauernkleider anlegen und dann bis zum Abend im Felde arbeiten sollten. Eben waren sie im Begriff, die Kleider zu wechseln, als aus der Ferne Pferdegetrappel hörbar wurde. „Das sind die Württemberger", rief der Bauer. „Wenn die Euch hier finden, sind wir Alle verloren. Bleibt indeß ruhig hier und sucht Euch hinter den Fässern oder sonstwo zu verbergen."

Die Ulanen sprengten heran und riefen dem Bauern, der ganz unbefangen that und sie auf der Schwelle des Hauses erwartete, zu: „Wenn Ihr den Herwegh und sein verfluchtes Weib, das ihm in Mannskleidern folgt, bei Euch versteckt und wir finden sie, so werden sie auf der Stelle massakrirt, und Euch zünden wir das Haus über dem Kopfe an." Eine schöne Aussicht für die Beiden auf dem Boden, die jedes Wort hörten. Aber der Bauer blieb standhaft und protestirte so energisch gegen den Verdacht, als werde er sich dazu hergeben, Rebellen zu verstecken, daß die Ulanen gläubig weiter ritten. Herwegh ließ sich nun in aller Eile, um ganz unkenntlich zu werden, den Bart abnehmen und zog alte Bauernkleider an, Frau Herwegh fuhr ebenfalls in abgetragene, geflickte Kleider hinein, und so erreichten sie glücklich, jedes eine Heugabel auf der Schulter, das Feld des Bauern.

Drei volle Stunden arbeiteten sie dort, er an dem einen, sie am anderen Ende des Ackers. Während dessen nahm das Schießen im fernen Wald kein Ende. Es galt den Fliehenden, die in kleinen Rotten flüchteten, sich stundenlang unter dem Laub versteckt hielten, dann wieder plötzlich, von den Württembergern aufgescheucht, weiter gehetzt wurden. Die Gefühle Herwegh's und seiner Frau kann sich Jeder vorstellen. Bei jedem Schuß fuhren sie auf und blickten sich schweigend an. Sprechen durften sie nicht miteinander, um bei den Bauersleuten der benachbarten Aecker nicht Verdacht zu erregen oder die Aufmerksamkeit der

Kavallerie auf sich zu lenken, die während des ganzen Nachmittags immer durch die Felder sprengte, um, wie der württembergische Kommandeur später zu einem der Gefangenen sagte, „die verfluchte Bestie, den Herwegh aufzufinden". Diese Freude sollte den Verfolgern nicht werden. Nach Sonnenuntergang, als die Bauern heimzogen und es ringsum still wurde, brachte der gute Bauer Wein und Brot aufs Feld und hieß Herwegh und Frau ihm folgen, während er mit einem leeren, mit zwei Ochsen bespannten Wagen die Hauptstraße nach Rheinfelden zu langsam voranfuhr. Unterwegs gesellte sich noch ein zweiter Bauer hinzu, der ihm helfen sollte, die beiden Schützlinge an dem württembergischen Posten auf der Rheinfelder Brücke vorbeizuführen. Hätte man jene dort angehalten, so würden die beiden Bauern sie für Taglöhner ausgegeben haben. Aber die Schwaben merkten nichts, obwohl Herwegh und Frau mit ihren Heugabeln ihnen dicht an der Nase vorbeizogen, und so erreichten dieselben glücklich das Schweizergebiet, auf dem eine große Zahl der Legionäre, von denen mehrere bei Hüningen, andere anderswo herüber gekommen waren, schon viele Stunden vorher ein Asyl gefunden hatten.

Groß war die Wuth der Württemberger, als sie wenige Tage später, nachdem Alle, die sich retten konnten, gerettet waren, erfuhren, daß der kostbarste Fang ihnen unwiederbringlich entgangen war. Zwar wurde noch ein Versuch gemacht, um durch Bestechung das zu erlangen, was den Truppen mißglückt war, aber Herwegh's Rheinfelder Wirth war ein guter Schweizer, der trotz der 2000 Gulden, die man ihm bot, wenn er sich dazu verstehen wolle, Herwegh und seine Frau bei Nacht hinüberschaffen zu helfen, sich zu keinem Schurkenstreich gebrauchen ließ. Mit Entrüstung wies er dem Herrn, der ihm dies Anerbieten machte, die Thür. Im Fortgehen rief ihm derselbe noch zu: „Hätten wir Herwegh gefangen, so wäre er ohne Verhör füsilirt worden und die Frau zeitlebens an Ketten gekommen!" Möglich, daß das Erste geschehen wäre, mit dem Zweiten indeß wäre es wohl beim bloßen Wollen und Wünschen verblieben.

* * *

Verleumdung war der Pariser deutschen Legion voraufgezogen, Verleumdung sollte das Nachspiel ihres Abenteuers werden. Fast die gesammte deutsche Zeitungspresse beeiferte sich, Herwegh und seine Expedition mit Spott und Hohn zu überschütten. Man warf ihm vor, daß er eitel genug gewesen sei, sich einzubilden, mit einer schlechtbewaffneten Schaar von 650 Mann die Republik in Baden durchsetzen zu können, nachdem alle anderen Freikorps bereits geschlagen waren. Schriftlich und bildlich wurde seine glücklich gelungene Flucht so dargestellt, als ob er, während des Gefechts bei Dossenbach, feige unter dem „Spritzleder" einer Kalesche verborgen, von seiner Frau über die nahe Schweizergrenze sich habe kutschiren lassen. Bereitwilligst öffneten die deutschen Zeitungen und Witzblätter ihre Spalten Allem, was Herwegh's guten Ruf zu schänden geeignet war. Herwegh setzte allen Verdächtigungen, bei denen auch Herr Jakob Venedey redlich mitgewirkt haben soll, das Schweigen der Verachtung entgegen, und so ist es gekommen, daß die „Spritzleder"-Geschichte in manchen auf die „patriotische" Jugend berechneten, anekdotenhaft gehaltenen angeblichen Geschichtsbüchern bis auf den heutigen Tag sich erhalten hat. Und auch diese Geschichtsklitterung auf ihren Unwerth zurückzuführen, ist mit der Zweck vorstehender Darstellung. W. E.

Briefkasten.

W. Br., Offenbach a. M. Uns ist kein Brief von Ihnen zugegangen. Bitte uns Ihr Anliegen nochmals mitzutheilen.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 21. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Preußisch-deutsches Postwesen.

↗ Berlin, 14. Februar 1894.

In der Etatsberathung des Reichstags ist ein schweres Hagelwetter über die deutsche Postverwaltung und ihren verantwortlichen Träger hereingebrochen. In erster Reihe und mit der nachdrücklichsten Wucht hat die sozialdemokratische Fraktion den Vorstoß geführt, die Vertreter anderer Parteien haben sich ihr gern oder ungern angeschlossen, aus dem Hause selbst sind der angegriffenen Verwaltung nur sehr vereinzelte und sehr schwächliche Vertheidiger erstanden. Und ihre eigenen Vertreter am Tische des Bundesraths haben die Vertheidigung nicht viel kräftiger geführt; kaum den zehnten Theil der erhobenen Anklagen haben sie zu widerlegen versucht, kaum den hundertsten wirklich widerlegt.

Sie geben sich einer schweren Täuschung hin, wenn sie ihr erschüttertes Ansehen durch die Redensart aufrecht zu erhalten suchen, es habe sich bei den Angriffen gegen ihre Verwaltung um „sozialdemokratische Agitationsreden" gehandelt. Die Sozialdemokratie hat mit der Sache nicht mehr zu thun, als daß sie die Schäden der Postverwaltung mit einer Gründlichkeit aufdeckt, die unter den Rechten und Pflichten des bürgerlichen Parlamentarismus obenan steht oder wenigstens obenan stehen sollte. Die bürgerliche Welt sollte doch froh darüber sein, daß ihre eigenen Einrichtungen von den „Umstürzlern" mit so gutem Verständniß gehandhabt werden. Die sozialdemokratische Kritik der Postverwaltung entsprach dem Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus jedenfalls mehr, als wenn Herr Eugen Richter vor zwanzig Jahren einen sozialdemokratischen Antrag, die Hungerlöhne der Landbriefträger zu erhöhen, mit der Begründung bekämpfte, es widerspreche allem parlamentarischen Gebrauche, der Regierung höhere Ausgaben anzubieten, als sie selbst fordere. Es ist ja möglich, und es mag sogar gewiß sein, daß die Masse der Postbeamten an der sozialdemokratischen Auffassung des bürgerlichen Parlamentarismus größeren Geschmack findet, als an seiner freisinnigen oder gar an seiner amtlichen Auffassung, aber die „Agitation", die daraus entspringen mag, ist doch allein den Gegnern der Sozialdemokratie geschuldet, die ihr eigenes Schwert, eben den bürgerlichen Parlamentarismus, nicht zu handhaben verstehen.

Es kommt wenig darauf an, ob jeder einzelne sozialdemokratische Angriff auf die Postverwaltung so hieb- und stichfest war, wie ihre weit überwiegende

Mehrzahl. Daß der Generalpostmeister schlechte Verse macht, braucht ihn nicht zu hindern, ein vortrefflicher Beamter zu sein, und eine solche ästhetische Kritik war schon deshalb am unrechten Platze, weil sie leicht den Schein einer persönlichen Gehässigkeit hervorrufen kann. Diesen Schein nutzt dann die offiziöse Presse aus, unter wohlweislicher Verschweigung der Thatsache, daß die anfechtbare Beschwerde sich zu den unanfechtbaren verhält, wie eins zu hundert. Die Wucht des ganzen Angriffs wird dadurch nicht geschwächt, daß die eine oder die andere schwächere Hilfstruppe mitkämpft. Die Entwicklung der deutschen Post hat seit mehr als einem Jahrzehnt eine Richtung genommen, die sie vollständig auf den todten Strang führt. Sie ist ein fiskalischer Betrieb geworden, unter Preisgabe der Kulturaufgaben, an denen auch sie mitzuarbeiten hätte, ein fiskalischer Betrieb wie das erste beste kapitalistische Unternehmen, das nach engherziger Theorie des Profits und weitherziger Praxis der Ausbeutung geleitet wird. Die Feststellung dieser Thatsache ist nunmehr endgiltig erfolgt, und aller Kunst des Generalpostmeisters und seiner Berather wird es niemals wieder gelingen, den Schleier der Legende zu weben, der allzu lange das Wesen der deutschen und vor ihr der preußischen Post verhüllt hat.

Die preußische Post war von jeher ein fiskalischer Betrieb. Im vorigen Jahrhundert machte man auch gar kein Hehl daraus. Friedrich II. setzte in seinem Budget eine bestimmte Summe als Ertrag der Posten an und verordnete, daß, sobald in einem Monat nicht der entsprechende Theilbetrag dieser Summe einginge, die Portosätze erhöht werden sollten. Daneben war die Post ein Werkzeug des Despotismus, was sie auch bis auf die jüngste Vergangenheit, bis auf die Jahre des Sozialistengesetzes geblieben ist. Man mag hoffen, daß sie es nicht mehr ist, obgleich den zahlreichen urkundlichen Beweisen, daß es bis vor ein paar Jahren ein Schwarzes Kabinet in Preußen und je nachdem auch in Deutschland gegeben hat, noch kein urkundlicher Beweis dafür anzureihen ist, daß es ein solches Kabinet nicht mehr giebt. In seiner „Geschichte der preußischen Post“ erzählt der gegenwärtige Generalpostmeister mit großer Entrüstung, daß nach Jena unter der französischen Fremdherrschaft das berüchtigte Cabinet noir in Berlin täglich gegen 2000 Briefe eröffnet und durchgelesen habe, während er nichts davon weiß, daß nach Waterloo unter der glücklich wiederhergestellten einheimischen Despotenherrlichkeit in dem amtlichen Postgebäude der Königsstraße ein nicht minder berüchtigtes Schwarzes Kabinet in aller Form bestanden und in dem Erbrechen von Briefen politisch verdächtiger Persönlichkeiten eine nicht minder umfangreiche Thätigkeit entwickelt hat.

Noch ärger als Herr v. Stephan hat seine rechte Hand, der Geheime Rath Fischer, der neben ihm durch die parlamentarischen Spießruthen laufen mußte, gegen die historische Wahrheit verstoßen, wenn er im Handwörterbuch für Staatswissenschaften die kühne Behauptung aufstellt, in Preußen sei „das Briefgeheimniß von jeher besonders sorgfältig behütet“ worden. Es ist sehr zu bedauern, daß ein wissenschaftliches Nachschlagewerk sich solche preußischen Legenden aufbinden läßt. Herr Fischer hält es für angezeigt, auf die commission inquisitoriale des postes unter Ludwig XIV. und die napoleonische Postpolizei als dunkle Gegenstücke zu der heiligen Diskretion der preußischen Post hinzuweisen; sollte er wirklich nicht wissen, mit welcher staatsmännischen Ueberlegenheit der Generalpostmeister Nagler, der „Begründer des modernen Postwesens“, wie es im patriotischen Jargon heißt, in seinem Briefwechsel mit dem Staatsrath Kelchner über die „albernen Brieferöffnungsskrupel“ spottet, sollte er wirklich nicht wissen, daß unter Nagler, der von 1821 bis 1846 der oberste Leiter des preußischen

Postwesens war, das Schwarze Kabinet in höchster Blüthe gestanden hat? Und daß auch nach Nagler's Tode diese liebliche Institution weiter lebte, dafür ist ein klassischer Zeuge der preußische Gesandte v. Bismarck, der im Mai 1851 seiner Gemahlin schrieb: „Ueber Politik und einzelne Personen kann ich Dir nicht viel schreiben, weil die meisten Briefe geöffnet werden", und im Juli desselben Jahres: „Vergiß nicht, wenn Du mir schreibst, daß die Briefe nicht blos von mir, sondern von allerhand Postspionen gelesen werden." Wie dann unter dem Sozialistengesetze mit dem verfassungsmäßig verbürgten Briefgeheimniß umgesprungen worden ist, braucht an dieser Stelle nicht mehr weitläufig auseinandergesetzt zu werden.

So wenig wie mit der Moral, so wenig ist mit der Intelligenz des preußischen Postwesens besonderer Staat zu machen. Im vorigen Jahrhundert war das süddeutsche Postwesen dem preußischen weit überlegen; in diesem Jahrhundert humpelte die preußische Post der englischen, französischen und sogar der österreichischen gewöhnlich nach; das Einheitsporto beispielsweise wurde in England 1840, in Frankreich 1849, in Oesterreich 1861, in Preußen aber erst 1868 eingeführt, nach Gründung des norddeutschen Bundes, dem der preußische Staat um seiner Hegemonie willen einige Zugeständnisse an Handel und Verkehr machen mußte. Des berühmten Nagler's Nachruhm besteht in „Nagler's Verdruß", einer Sorte dünnen Briefpapiers, wodurch man seine hohen Portosätze umging; sonst war seine Hauptreform die Einführung von Schnellposten, um derentwillen er dann aber einen erbitterten Krieg gegen das „höchst beschränkte und untergeordnete Kommunikationsmittel der Eisenbahnen" führte. Nichts spaßhafter als die Denkschriften, worin er den beschränkten König vor dieser beschränkten Erfindung warnte! Und das geschah 1838, zu einer Zeit, als die Nürnberger und Leipziger Kaufleute schon Eisenbahnen bauten, als der rheinische Bourgeois Hansemann der preußischen Krone in einer beredten Denkschrift rieth, von Staatswegen den Bau von Eisenbahnen in die Hand zu nehmen. Daß Friedrich Wilhelm III., dem es höchst unanständig vorkam, mit den geliebten Unterthanen von Berlin in demselben Zuge nach Potsdam zu fahren, auf Nagler hörte und nicht auf Hansemann, das hat den preußischen Steuerzahlern, wie Herr v. Stephan dieser Tage im Reichstag sagte, 5000 Millionen Thaler gekostet. Aber wie gern zahlt man nicht solch bescheidenes Sümmchen für das Glück, von der landesväterlichen Einsicht eines Friedrich Wilhelm III. regiert zu werden!

Der preußische Staat hat nur einmal den Vorzug gehabt, an der Spitze des internationalen Postwesens zu marschiren, und dieser Vorzug knüpft sich allerdings an Herrn v. Stephan. Das soll ihm trotz alledem nicht vergessen werden. Er ist der erste Generalpostmeister, der sich von der Pike an heraufgedient hat. In allem anderen seinen Vorgängern überlegen, steht er ihnen freilich in dem einen Punkte nach, daß er solchen frischen und kräftigen Elementen aus dem Schooße der Massen, wie er selbst eins ist, den Zugang zu den höheren Postämtern versperrt hat. Er ist 1831 in der damals noch weit mehr als heute kleinen und weltentlegenen Stadt Stolp in Hinterpommern geboren als der Sohn eines mit zahlreichen Kindern gesegneten Schneidermeisters und späteren Schänkwirths. Wenn ihm seine offiziösen Biographen, so in Meyer's Konversations-Lexikon, eine „solide Gymnasialbildung" nachrühmen, so ist das einfach erfunden. Vermuthlich zur höheren Ehre der merkwürdigen Thatsache, daß Herr v. Stephan die sogenannte höhere Postlaufbahn vor allen Bewerbern hermetisch verschlossen hat, die nicht die Abgangsprüfung an einem Gymnasium, einem Realgymnasium oder einer Oberrealschule bestanden haben, obendrein noch mit

der Note: vorzüglich. Herr v. Stephan hat selbst nur die Bürgerschule in Stolp durchgemacht und an Schulunterricht nicht mehr genossen, als was jetzt für die sogenannte untere Postlaufbahn erfordert wird: „eine gute Elementarbildung mit einiger Kenntniß des Französischen und der Geographie“. Das Stolper Gymnasium ist erst Ende der fünfziger Jahre begründet worden. Wir heben diese Thatsache nicht zum Ruhme des Herrn v. Stephan hervor, so sehr sie ihm thatsächlich zum Ruhme gereicht, denn wenn er den Eifer und den Fleiß, womit er sich in jungen Jahren vorwärts gebracht hat, durch seine offiziösen Biographen verdunkeln lassen will, so ist das schließlich seine Sache. Aber wenn er dem echt preußischen Mandarinenthum, das arme Talente möglichst zu unterdrücken sucht, so bedeutende Zugeständnisse macht, so ist es erlaubt, seine Person gegen seine Prinzipien auszuspielen. Hätte einer seiner Vorgänger in diesem Punkte so gedacht wie er, so wäre er sein Lebtag nicht über den Postsekretär oder womit sonst die „untere Laufbahn“ schließen mag, hinausgekommen und würde dann allerdings wohl mit ebenso berechtigtem wie ingrimmigem Hasse auf die famose preußische Staatsordnung blicken.

In allem anderen aber hat sich Herr von Stephan seinen Vorgängern überlegen gezeigt, mochten sie nun aus dem hohen oder niederen Adel, aus dem preußischen Offiziersstande oder aus der studirten Bureaukratie an die Spitze des preußischen Postwesens gelangt sein. Er hatte das Glück, schon als junger Postbeamter aus den pommerschen Hinterwäldern nach Köln am Rhein zu kommen, wo er modernes Verkehrswesen studiren konnte und mit seinen ungewöhnlichen Gaben eifrig studirt hat. Das war der erste glückliche Zufall seiner Laufbahn. Ihr zweiter glücklicher Zufall aber war, daß Herr v. Stephan, schon Mitte der fünfziger Jahre, zunächst in subalterner Stellung, ins General-Postamt berufen wurde und sich hier eben zu einer höheren Stellung heraufgearbeitet hatte, als die Ereignisse von 1866 die Versöhnung der deutschen Bourgeoisie mit dem preußischen Staate herbeiführten und gerade auch auf dem Gebiete des vollständig eingerosteten Postwesens eine Reihe von Reformen nothwendig machten. Damals war Herr v. Stephan der rechte Mann am rechten Platze. Er gehört in dieselbe Reihe mit Camphausen, Delbrück, Michaelis und den sonstigen Vertrauensleuten der deutschen Bourgeoisie in der preußischen Bureaukratie, doch überragte er sie wohl alle an Talent, und jedenfalls hatte er viel freiere Hand, weil sich auf dem Gebiete der Post die bourgeoisen mit den feudal-militärischen Interessen nicht sowohl kreuzten als verschmolzen. Gleich die glänzende Organisation der Feldpost im deutsch-französischen Kriege sicherte dem neuen Generalpostmeister bei dem alten Kaiser für immer einen Stein im Brett. So konnte er ziemlich frei schalten und walten, und man muß anerkennen, daß er den alten preußischen Postzopf beträchtlich gekürzt hat. Natürlich war er nicht das freihändig aus dem eigenen Busen schöpfende Genie, das seine offiziösen Biographen in ihm preisen, aber er hatte einen klaren Blick für die Bedürfnisse des nationalen und internationalen Verkehrs auf der Höhe, die beide vor zwei Jahrzehnten erreicht hatten; er wußte auch energisch durchzugreifen und glücklich zu organisiren, und als kräftigster Förderer des Weltpostvereins hat er zeitweise eine leitende Stellung im Weltverkehr eingenommen.

So überdauerte er lange die Camphausen und Genossen, so durchwetterte er die ganze Aera Bismarck, deren Träger ihm keineswegs grün war. Herr v. Stephan lebte viel zu sehr im neunzehnten Jahrhundert, als daß er dem sogenannten Heros dieses Jahrhunderts nicht hätte verdächtig sein sollen. Er kannte diesen Danaer und seine Geschenke; er lehnte mit kluger Vorsicht ab, als

preußischer Finanzminister Camphausen's Erbschaft zu übernehmen, unterhält dann aber doch wieder durch solche kleine Gefälligkeiten, wie die Preisgabe des Briefgeheimnisses an das Sozialistengesetz, die Freundschaft. Und noch mehr: ob mit klarem Bewußtsein oder nicht, nach Bismarck's heftiger Absage an die liberale Bourgeoisie blieb der Generalpostmeister nur möglich durch die geschickte Anpassung an den ausbeuterischen und raffgierigen Despotismus, der nach gewaltsamer Knebelung der Arbeiterklasse von 1878 bis 1890 über dem Deutschen Reiche wüthete. Wir sagen: mit klarem Bewußtsein oder nicht, denn man darf bei Herrn v. Stephan nicht die schlechten und unlauteren Beweggründe voraussetzen, die bei Bismarck selbst vorlagen. Es ist vielmehr erfreulich zu sehen, daß dieser aus den Massen emporgekommene Mann sich stets von dem Prozent-Patriotismus frei gehalten hat, der die „Edelsten und Besten" des Adels und der Bourgeoisie beseelt. Aber wenn es sein Glück war, gewissermaßen die Instinkte der Bureaukratie und der Bourgeoisie in sich zu vereinen, so wurde es auch sein Verhängniß. Es war derselbe Mann, dessen besseres Theil sich in dem Jahrzwölft von 1866 bis 1878, dessen schlechteres Theil sich in dem Jahrzwölft von 1878 bis 1890 unter dem Drucke der allgemeinen Entwicklung entfaltete.

Was heute an der Postverwaltung mit vollem Rechte getadelt wird, das hängt unlöslich mit den Lichtseiten ihres obersten Leiters zusammen, und es bleibt ein Verdienst von Männern, wie Liebknecht und Bebel, im Reichstage auf diese dunkeln Flecken hingewiesen zu haben, als die bürgerliche Opposition und die liberale Presse Herrn v. Stephan unter Weihrauchwolken erstickte. Wenn er mit kräftiger Faust durchgreifen mußte, um das preußische Postwesen aus dem alten Schlendrian zu reißen, so gewöhnte er sich an eine despotische Behandlung seiner Untergebenen, denen er nur Pflichten, aber keine Rechte zubilligte. Er war noch nicht ein Jahr Generalpostmeister, als er mit der willkürlichen Strafversetzung von Postbeamten begann, die ihre verfassungsmäßigen Rechte als Staatsbürger benutzten. Damals witzelte Herr Bamberger aus der Seele der gemaßregelten Beamten heraus: Hunde sind wir ja doch! und im Uebrigen blieb Herr v. Stephan der gefeierte Mann des bürgerlichen Liberalismus. Ferner: wenn er vom Bourgeoisstandpunkt einen feinen Blick für die Bedürfnisse von Handel und Verkehr hatte, so hatte er vom gleichen Standpunkte die Tendenz der Plusmacherei, das Bestreben, die Ueberschüsse der Postverwaltung zu steigern durch die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskräfte und dann auch durch den Verzicht auf alle Reformen, die eine dauernde oder auch nur eine vorübergehende Verminderung der Ueberschüsse herbeiführen könnten. Mit welchen famosen Argumenten die freisinnigen Volkstribunen den rechtzeitigen, sozialdemokratischen Widerstand gegen diese Tendenz bekämpften, haben wir schon erwähnt. Einen großen Theil der Schuld daran, daß es mit Herrn v. Stephan dahin kommen mußte, wohin es nunmehr gekommen ist, trägt allerdings der bürgerliche Liberalismus. Er hatte dem schlechteren Theil des Generalpostmeisters so viel Spielraum gelassen, daß es 1878 vollkommen ausgereift war, in die neue Phase des Bismarckismus einzugehen. Wachsende Ueberschüsse der Postverwaltung für Molochs hungrigen Magen, despotische Behandlung und maßlose Ausbeutung der Postbeamten, Verzicht auf alle Verkehrsreformen, Preisgabe des Briefgeheimnisses an das Sozialistengesetz — mit diesem Programm konnte Bismarck ganz zufrieden sein.

Nun hat das Verhängniß den Generalpostmeister ereilt und bei allem Verständniß für das in gewissem Sinne tragische Schicksal des Mannes, muß man doch anerkennen, daß die Nemesis ihres Amtes gerecht gewaltet hat. Gerecht

auch darin, daß sie ihr Schwert sozialdemokratischen Händen anvertraut hat. Es wäre besser gewesen für Herrn v. Stephan, wenn er nicht, seines proletarischen Ursprungs vergessend, stets so hochmüthig auf die sozialdemokratische Opposition herabgeblickt hätte. Nun mag er mit Schmerz und Zorn die Postbeamten, die er mit allen seinen Maßregelungen doch nicht zu willenlosen Marionetten entseelt hat, in immer dichteren Schaaren dem sozialdemokratischen Lager zuströmen sehen; all sein Kummer erschöpft sich in dem einen Worte: Du hast's gewollt, Georges Dandin.

Die Aussichten des Sozialismus in Amerika.

Ein Vortrag, gehalten von **Ad. Hepner** in St. Louis.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Die große Masse der amerikanischen Proletarier ist geduldiger als Hiob, patriotischer als es die Konstitution verlangt, und läßt sich mißbrauchen wie die Null, die man neben die Eins setzt, um eine Zehn aus ihr zu machen und die dabei immer eine Null bleibt.

„Geduldiger als Hiob."

Denn dieser fromme Mann der Bibel-Legende rief aus, nachdem er Alles verloren hatte: „Der Herr hat gegeben, der Herr hat genommen; der Name des Herrn sei gepriesen!"

Dem Hiob also hatte Gott doch wenigstens einmal viel gegeben und Hiob hatte es genossen.

Der amerikanische Proletarier aber preist Gott, auch wenn dieser ihm niemals etwas gegeben, außer den Lasten, die er bis ans Ende seiner Tage zu schleppen hat.

„Patriotischer, als die Konstitution es verlangt."

Die Verfassung der Vereinigten Staaten verkündet in ihrer Einleitung als den Zweck dieser Republik: „Gerechtigkeit herzustellen" und „allgemeine Wohlfahrt zu fördern."

Aber wo findet der Arme „Gerechtigkeit" in Amerika, bei der Kostspieligkeit des Prozeßverfahrens, der gesetzlich gestatteten Halsabschneiderei der Rechtsanwälte, dem Unfug des Bürgschaftszwangs der Kriminalzeugen zur Vermeidung der Einsperrung, der politischen Interessenvertretung des Kapitals im Stande der Richter und Staatsanwälte?

Und wo ist die Förderung der „allgemeinen Wohlfahrt", wenn die Vereinigte Staaten-Gesetzgebung hartnäckig sich für inkompetent erklärt, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Armuth durch eine organisatorische Hilfethat zu steuern, und sogar wenn Feuer oder Wasser, Cyclon oder Erdbeben eine ganze Stadt oder einen großen Distrikt heimgesucht, die nothleidende Bevölkerung auf das allgemeine Mitleid, auf privates Almosensammeln verweist?

„Läßt sich mißbrauchen wie die Null, welche man neben die Eins setzt, um eine Zehn aus ihr zu machen, und welche doch immer eine Null bleibt."

Der amerikanische Proletarier, der auf seinen Lebensweg den Grundsatz „Hilf dir selbst!" mitbekommen hat, sieht nicht, wie die Vereinigte Staaten-Regierung, welche sich außer Stande und Befugniß erklärt, einen Maximal-Arbeitstag zu schaffen und überhaupt in die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit einzugreifen — der amerikanische Proletarier sieht nicht, wie dieselbe Regierung aus den Finanzquellen der Nation die Reichen bereicherte, indem sie

Eisenbahngründern Land zum Werthe von Hunderten von Millionen Dollars geschenkt und noch baare Darlehen gegeben hat, deren Rückerstattungsfrist demnächst abläuft, ohne daß Anstalten getroffen werden, das Gut der Nation zurückzunehmen.

Der amerikanische Proletarier ist unbändig-komisch-stolz auf seinen Wahlspruch „Hilf dir selbst". Die amerikanische Bourgeoisie, die der Staat ist, half sich auch selbst; sie dekretirte das „Nationalbanken"-Gesetz, welches jedem Kapitalisten-Concern, das unter gewissen leichten Modalitäten eine Bank gründet, 90 Prozent der Summe, die es bei der Regierung in Vereinigten Staaten-Bonds gegen gute Zinsen hinterlegt, unverzinslich in Banknoten zum Wuchergeschäft überläßt.

Der amerikanische Proletarier hilft sich aber dennoch selbst — trotz alle- und alledem, nämlich mit einer Erklärung für die schlechten Zeiten, für die Industriekrisis und seine Arbeitslosigkeit. Je nachdem er Republikaner oder Demokrat, ist an allem Unglück entweder der Ueberfluß an Silbergeld und der Mangel an Gold schuld, oder die Verschleppung der von den Farmern ersehnten Silberfreiprägungs-Maßregel und die Goldspekulation der Großfinanziers. Ein anderes Mal ist es der Schutzzoll oder der zum Freihandel führende niedrige Zolltarif — je nach dem Stichwort seiner Partei.

Das ist sein Trost, neben der Hoffnung auf Gott und seinen 25 Cents-Antheil an einem Loose der verbotenen Louisiana-Lotterie. Und wenn alle Stränge reißen, wenn er das „Home, sweet Home" —, das süße Heim, von dem ihm kein Ziegelstein und kein Brett gehört — aufgeben und verlassen muß, um wandernd oder trampend einen Erwerb zu suchen, behauptet er dennoch: „This is a free country" („Das ist ein freies Land"), wofern es ihm wenigstens gelungen ist, in einem offenen, leeren Lastwaggon eines Frachtzuges eine Strecke verstohlen mitzufahren.

So ist das Gros des amerikanischen Proletariats beschaffen, des eingebildeten, des halbgebildeten und des völlig ungebildeten.

Hierbei wollen Sie beachten, daß ich den Theil des Proletariats, welcher durch die häufig mit dauerndem Pauperismus verknüpfte Sittenverderbniß und Verwahrlosung allenthalben ein Hinderniß der kulturellen Arbeiterbewegung bildet, hier gänzlich außer Beachtung gelassen habe. In vorliegender Betrachtung hatten wir es nur mit denjenigen Kategorien unserer Gegner in den Reihen der proletarischen Klasse zu thun, welche wir zwar für geistig rückständig halten, aber in der Seele unverdorben; jenen Schaaren von Millionen, deren Sympathie zu erobern, deren Ueberzeugung zu korrigiren, der Zweck der sozialistischen Bewegung ist.

Ich habe versucht, diese Kategorien unserer proletarischen Gegner in Amerika durch einige charakteristische Momente zu kennzeichnen, um die Größe und die Schwierigkeit des Unternehmens anzudeuten, welchem die Sozialisten sich unterziehen, indem sie in diesem Lande den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung Bahn zu brechen suchen.

Prahlen und Großthun mit der Arbeiterbewegung in Amerika, so lange sie sich noch im Stadium solch mangelhafter Reife befindet, hat wirklich keinen Sinn. Ich habe es vorgezogen, zunächst zu bekennen, was wir nicht haben. Auf Grund dieser Methode wird es möglich sein, die Aussichten des Sozialismus in Amerika mit ziemlicher Klarheit, ohne Selbsttäuschung, zu erfassen.

Wir haben bis jetzt im Konto des „Sozialismus in Amerika" den Effektivbestand und das Debet berücksichtigt: wir zählten die „Wahrzeichen" auf, welche untrüglich auf die Zukunft des Sozialismus hindeuten: wir verschlossen uns aber auch nicht jenen verhängnißvollen Eigenthümlichkeiten des amerikanischen Volks-

charakters, wie den daraus resultirenden Schwäche-Erscheinungen, welche die sozialistische Propaganda hier so sehr erschweren.

Wenn sich der Status von Soll und Haben nur völlig deckte, stände es nicht gut um unsere Sache.

Glücklicherweise aber besitzen wir hohe und umfangreiche Außenstände, welche unser Haben um ein so Erkleckliches erhöhen, daß wir, auch wenn davon fünfzig Prozent aufs Verlustkonto kommen, immer noch einen recht guten Stand aufweisen können. Unsere Außenstände sind sogar von solcher Beschaffenheit, daß sie sich vornehmlich zur Tilgung des Debets verwenden lassen.

Ich meine: die voraussichtlich nächste Entwicklung der Dinge erscheint ganz dazu angethan, jene der Ausbreitung des Sozialismus in Amerika hinderlichen Faktoren im Wesen der amerikanischen Arbeiterschaft in ihren Wurzeln anzugreifen.

Meine Beweisführung für die Aussichten des Sozialismus in Amerika wird daher methodisch den Argumenten zu folgen haben, welche wir als die Ursachen der Fortschritts-Verzögerung bezeichneten. Und es wird meine Aufgabe sein, darzuthun, inwiefern jene Argumente, so stark sie auch bisher waren, mit der Zeit sich verflüchtigen müssen.

Wie Sie sich erinnern, waren unsere drei Hinderungsgeister:

1) Religion und Kirche.

2) Die alte Liebe zu den alten Parteien.

3) Der beseligende Glaube an die „Chance", den „Marschallsstab im Tornister".

Diese drei Geister stehen aber, bei Lichte betrachtet, auf thönernen Füßen und sind einer Zauberformel unterworfen, welche sie zu stürzen vermag.

ad 1) „Religion und Kirche".

Wahr ist, daß auch bei vielseitiger Bildung und hoher Gelehrsamkeit der Gottesglaube und die Gottesverehrung noch oft anzutreffen ist und sich mit der Logik sonst sehr geübter Denker sehr wohl zu vertragen weiß.

Aber im Allgemeinen haben Religion und Kirche das Gegentheil zur Voraussetzung: Volksunwissenheit oder mangelhafte Volksbildung und unlogische Denkweise. In der mangelhaften Bildung und Denkkraft beruht die Herzensunruhe ob der Unergründlichkeit des Anfanges alles Seins; die Angst oder Furcht vor dem Geheimniß des Endes aller Dinge; und damit wieder ist verbunden der Schrecken der Erwartung zerstörerischer Naturelemente, jeglichen körperlichen Ungemachs und der vielfachen Zufälle, die für das materielle Glück oder Unglück entscheidend sind.

Religion und Kirche blühen also in einem Lande, wo die Kenntnisse tieferer Wissenschaft begrenzt oder auf verhältnißmäßig Wenige beschränkt sind, und wo ferner die tonangebende Klasse, welche die Mode vorschreibt, nicht gleichzeitig die wissenschaftlich gebildetste ist.

Beachten Sie in dieser Beziehung den Unterschied zwischen europäischer und amerikanischer Aristokratie. Die hiesige besteht zum größten Theil aus sogenannten „self-made-men" oder deren Nachkommen erster Generation.

Von diesen Leuten sind nur sehr wenige an der Quelle höherer Bildung genährt; einige hatten gerade Zeit und Bedürfniß genug, auf dem Wege zum Reichwerden etliche Brosamen allgemeinen Wissens aufzulesen und einzustecken.

In Europa dagegen, wo sich altererbter Wohlstand mit Bildung vereinte, griff die Religionslosigkeit in einem beträchtlichen Theile der herrschenden Klasse schon vor Jahrzehnten um sich. Als wir noch jung waren, gehörte dort das Kirchengehen bereits nicht mehr zur Mode. Die studirende Welt — mit Ausnahme eines für gewisse Beamtenkarrieren bestimmten Theils — brauchte sich

daher keinen Zwang aufzuerlegen, als die moderne Philosophie ihr den anerzogenen Religionsglauben aus den Köpfen verscheuchte. Ich entsinne mich aus meinen Jugendjahren unter den vielen Aerzten in Deutschland, die ich kannte, nur eines einzigen, der an Gott glaubte.

Der Theil der Adels- und Beamten-Aristokratie draußen, welcher die Religion als ein geeignetes Mittel betrachtet, das Volk in Demuth und Unterwürfigkeit zu erhalten, besucht wohl noch zeitweilig die Kirche, um ein „gutes Beispiel zu geben". Aber im Allgemeinen ist der mit höherer Bildung vereinte Geldbesitz in den protestantischen großen Städten der Religion fremd geworden; diese hat in Folge dessen längst aufgehört, Mode zu sein, und so ward auch ein großer Prozentsatz der mindergebildeten Welt in Deutschland — besonders in den größeren Städten — der Religion entwöhnt, noch ehe der Sozialismus die Volksmasse zu logischerem Denken brachte und den Bildungstrieb so erfolgreich in ihr weckte und pflegte.

Sie sehen, wohin ich mit meiner Argumentirung steuere:

In Deutschland hat die herrschende Klasse, welche gleichzeitig die gebildete war, die Religionsmode abgeschafft; in Folge dessen wurde auch das Volk größtentheils unkirchlich.

In Amerika betreiben die ungebildeten und halbgebildeten reichgewordenen Parvenüs — welche hier die herrschende Klasse bilden — die Religion noch als Modesache; daher läuft die große Masse bis jetzt in die Kirche.

Die Mode ist eine Tyrannin, welcher nur über das Alltagsniveau hervorragende Menschen in gewissen Fällen ungestraft zu trotzen wagen.

Die Kirchenfrömmigkeit des Volkes wird hier nachlassen, sobald die Bourgeoisie in einer höheren Bildungssphäre aufgewachsen sein und einem feineren Geschmacke huldigen wird.

Bis jetzt hing die Bourgeoisie an der Kirche, weil dieselbe ihr zu drei ostensiblen Zwecken diente: den Männern zum Rendezvous mit der Damenwelt; der letzteren zur Ausstellung neuer, eleganter Kleider; und beiden Theilen als musikalische Unterhaltung, in welcher Jedermann seine eigene Gesangsstimme hören lassen darf, ohne unbescheiden zu sein oder verlacht zu werden.

Im Sommer wird, wie Sie wissen, die Kirche ergänzt durch Camp-Meetings, jene mit dem Aufenthalt in Lagerzelten verbundenen, oft sehr verdächtigen und vielfach anrüchigen Bet-Massenversammlungen im Freien von je acht- bis vierzehntägiger Dauer, die gerade ausreicht zur Anknüpfung eines „Match" (Liebesverhältnisses).

Ich sage nun: sobald die Bourgeoisie, die hier die Kirchen und ihre Heiligen bezahlt, im Laufe der geistigen Entwicklung bessere Unterhaltungen, schönere Vergnügungen gefunden haben wird, zeigt sie dem jetzt noch verhätschelten „Reverend" die kalte Schulter und die Kirchengängerei-Mode ist gefallen. Dann wird auch der Arbeiter der Religion gegenüber gleichgiltiger sein. Denn bei ihm ist das Kirchengehen ebenfalls vorwiegend Modesache, wenigstens bei seiner Frau oder seinen Kindern, welch letztere doch in Amerika das Haus kontrolliren, beherrschen und die Eltern zu folgsamen Menschen erziehen.

Der Sturz der amerikanischen Kirchenmode hängt also meines Erachtens von einer umfangreicheren Verbreitung nicht nur elementarer Schulkenntnisse ab, welche die Volksbildung ausmachen, sondern auch höherer Erziehung, gediegeneren Wissens, feineren Geschmackes.

Mit ziemlicher Gewißheit läßt sich nun sagen, daß die Vereinigten Staaten mit raschem Schritt in diese Epoche kultureller Vervollkommnung eintreten.

Seit zwanzig Jahren ist ungeheuer viel für das Schulwesen hier geschehen. Wenn die vor dem Kriege aufgewachsene Generation, die einen so starken Prozentsatz von „Illiteracy“ (von des Lesens und Schreibens Unkundigen, besonders in den ehemaligen Sklavenstaaten) liefert, ausgestorben sind, also in fünfundzwanzig Jahren, dann wird dieses Land — merken Sie wohl — an Bildung keinem anderen nachstehen, und zwar an einfacher, wie höherer.

Denn das Schulsystem hier vergrößert und verbessert sich von Jahr zu Jahr; und alle anderen Bildungsmittel — wie die Bibliotheken, die Zeitschriften — desgleichen.

Die amerikanische Volksschule war vor zwanzig Jahren schon besser, als die preußische, wie ich sie in meiner Jugend kannte; und im amerikanischen Kollege lernen die jungen Leute Vieles, was zu meiner Zeit dem Gymnasiasten in Preußen ein spanisches Dorf geblieben ist.

Ich erlaube mir über die jetzige Lehrkraft der deutschen Volksschule kein Urtheil. Denn aus dem auf der Chicagoer Weltausstellung gezeigten, ungeheuren materiellen Fortschritt des preußischen wie des französischen Unterrichtswesens seit 1870, vermuthe ich, daß die untere Volksschule in Deutschland, die früher so spottwenig geleistet hat, daß fast die gesammte, vor 1870 aufgewachsene Arbeiterklasse nicht orthographisch schreiben kann, heute größere Lehrwirkung besitzt, als in meiner Jugend.

In einem Aufsatze im Sonntags-„Tageblatt“ habe ich bei Besprechung der deutschen Unterrichtsabtheilung in der Chicagoer Weltausstellung die Ursachen auseinandergesetzt, welche — im Gegensatze zur deutschen Volksschule — die amerikanische so rasch gedeihen ließen.*

---

* Wir lassen die zum Verständniß des Obigen nöthigen Ausführungen Hepner's in gedachtem Artikel des „St. Louis Tageblatt“ hier folgen:

„. . . Voraussetzung unserer Bemerkung war die: daß Deutschlands Jugend seit einer Generation oder länger unter viel strengerem Schulzwang steht, als ihn andere Länder handhaben. In Amerika z. B. begrenzen selbst diejenigen Staaten, die ein Schulzwangsgesetz haben, den Minimalunterricht auf wenige Monate im Jahre, während in Deutschland nur die Erntezeit auf dem Lande hier und da eine halbe Ausnahme vom Schulbesuch bildet.

Unter dieser Voraussetzung nun, daß die Kinder in Deutschland — die wenigen Ferienwochen abgerechnet — das ganze Jahr hindurch in die Schule gehen müssen — nicht nur einige Monate, wie hier auf dem Lande — unter dieser Voraussetzung sagten wir, es sei auffällig, daß nach so fleißigem, langjährigem Schulbesuche die Kinder nicht einmal die Orthographie der Muttersprache mitzunehmen im Stande sind. Und hieraus schlossen wir, daß das deutsche Volksschulsystem an einem organischen Fehler leiden müsse.

Nun — dieser Fehler liegt wahrscheinlich in der vielen Zeitvertrödelung mit Religionsunterricht und Bibelstunde in der deutschen Volksschule, in der geistlosen Art, wie dort die ‚Vaterländische Geschichte‘ gelehrt wird, außerdem in dem Mangel anregender Jugendlektüre außerhalb der Schulstunden.

Ein weiteres Moment ist die Grobheit der deutschen Volksschullehrer gegen minderbegabte und besonders gegen arme, schlechtgekleidete Kinder, und endlich die Rücksichtslosigkeit im Prügeln wegen vermeintlicher oder wirklicher Unarten, wie für mangelhaftes Verständniß der Schulaufgaben. Wenn auch das schwere Prügeln, welches an Mißhandlung streift, nun vielfach kriminell am Lehrer bestraft wird, so ist doch die leichtere körperliche Züchtigung, welche keine bedenklichen Spuren hinterläßt, im Schulzimmer noch vielfach ein sehr beliebtes Erziehungsmittel, mit der Wirkung aber, daß sie den Kindern Abscheu vor der Schule und dem Lernen überhaupt einflößt.

Endlich ist der chronische deutsche Lehrermangel in Betracht zu ziehen — in Folge der erbärmlichen Gehälter in den kleinen Städten und auf dem Lande. Da giebt es Schulen, die für fünfzig Kinder aus den verschiedensten Jahrgängen nur einen Lehrer haben;

Dabei haben wir in vielen Staaten der Union noch keinen Schulzwang und kein Kinderarbeit-Verbot, jene zwei Voraussetzungen, um dem hiesigen Volksschulsystem einen allgemeinen glänzenden Erfolg zu sichern.

Dafür zeigt sich in immer mehreren Städten die Geneigtheit, dem alten Beispiele New Yorks zu folgen: der Einführung unentgeltlicher Lehrmittel in den Schulen.

Wie gesagt: daß in absehbar kurzer Frist das amerikanische Volk — von einer gewissen Kategorie europäischer Einwanderung abgesehen — mancher alten Nation den Bildungsrang ablaufen wird, halte ich für völlig sicher.

Denn jedes Jahr bringt uns neue, frohe Botschaft von der Erweiterung des Volksschulsystems, der Gründung neuer, höherer Lehrinstitute, und der vergrößerten Ausdehnung des öffentlichen Bibliothekwesens, der Zunahme des Buchhandels, der starken Zirkulation respektabler Zeitschriften, der Vergrößerung der Presse im Allgemeinen. Endlich ist auch die fortschreitende Veredlung des Geschmacks der Amerikaner und die Erweckung des Kunstsinns unter ihnen bezeugt durch eine Reihe ausgezeichneter Theatergesellschaften, die in jeder Saison das ganze Land durchreisen; durch methodische Pflege von Gesang und Musik unter Leitung vornehmlich deutscher Meister, durch Kunstschulen und Anfänge von Museumsgründungen.

Die Chicagoer Weltausstellung hat in dieser Beziehung die Vereinigten Staaten um eine beträchtliche Strecke weiter gebracht; ihr Einfluß auf den ästhetischen Sinn der Amerikaner ist ein durchaus unberechenbarer, unschätzbarer und wird sich in seiner erziehlichen Kraft vielfach unverkennbar dokumentiren.

Ich sage Ihnen: die neue amerikanische Generation wird etwas Besseres als die Bibel zu lesen wissen, und geschmackvollere Amüsements kennen, als Strawberry-Pikniks an Maiabenden in der Kirche.

---

natürlich kann er da jeder Altersklasse nur den vierten oder sechsten Theil der nöthigen Lehrzeit widmen.

Das Alles sind unbedingt Mißstände, unter welchen die Volksschule in Deutschland furchtbar leidet und zum Theil unwirksam bleibt.

Die amerikanische Public School steht in allen diesen Beziehungen um tausend Prozent höher als die deutsche. Die Zeit wird hier nicht mit Religion und Bibel vergeudet, die Kinder bekommen oft Bücher zur häuslichen Lektüre, und werden in der Regel gut behandelt, äußerst selten hart gestraft, noch seltener mißhandelt; dabei haben sie längere Ferien.

Daß der amerikanische Lehrer — gleichviel welchen Geschlechts — kein sprichwörtlicher ‚Hungerleider' ist, wie der deutschländische und eine geachtete soziale Stellung einnimmt, ist ebenfalls ein ganz gewaltiger Vorzug des amerikanischen Schulwesens vor dem deutschländischen.

Das wichtigste Moment aber ist die amerikanische Lehrerin, welcher bekanntlich unsere Volksschule fast ausnahmslos anvertraut ist; nur die Stelle des ‚Prinzipals' (des Direktors) wird meistentheils mit Männern besetzt.

Die Lehrerin versteht den Knaben weit richtiger zu behandeln, als der Lehrer; ihre Freundlichkeit weiß des Kindes Herz für die Schule und den Unterricht ganz anders zu gewinnen, als des deutschen Lehrers Härte und Strenge und Stock.

Die meisten unserer jungen Lehrerinnen leben in behaglichen Verhältnissen, viele im Kreise ihrer Angehörigen, und ein namhafter Prozentsatz ist auf den Erwerb nicht dringend angewiesen; nur wenige haben eine Familie zu versorgen.

Unsere Lehrerinnen sind daher meistentheils im Stande, ein heiteres Gemüth in die Schule mitzubringen. Wie wenigen der kärglich besoldeten deutschen Schullehrer ist das vergönnt!

Durch die Gesammtsumme aller dieser Umstände erklärt es sich, daß ein amerikanisches Kind in verhältnißmäßig kürzerer Zeit seine Muttersprache in der Schule richtig schreiben lernt, als ein deutschländisches."

Die Religion hört dann auf, Mode bei der herrschenden Klasse zu sein, und damit ist auch das Proletariat von der Herrschaft der Glaubensseligkeit befreit, von der Krankheit des Gottvertrauens, welches seine Energie lähmt, geheilt.

Mit einem religionsfreien Arbeiterstande, der sich vor der Hölle nicht ängstet und kein Jenseits erwartet, das ihn für die Leiden dieser Welt entschädigen soll — mit einem religionsfreien amerikanischen Arbeiterstande werden wir uns über den Sozialismus leichter verständigen, als dies heute möglich ist.

(Schluß folgt.)

Die deutsche Ausgabe einer Hauptschrift des Giordano Bruno.

Von **Ed. Bernstein.**

Ueber die wissenschaftliche und geschichtliche Bedeutung des Nolaners — wie Bruno mit Bezug auf seine Vaterstadt Nola oft genannt wird — ist so viel geschrieben worden, daß jeder weitere Beitrag als überflüssig erscheinen mag. Aber mit Ausnahme einer Schrift war das deutsche Lesepublikum lange Zeit in Bezug auf die Werke des kühnen Ex-Dominikaners auf Auszüge und Referate angewiesen. Die große Masse des Publikums lernte Bruno nur aus zweiter und dritter Hand kennen, und wer je in der Lage gewesen ist, solche Auszüge mit den Originalwerken großer Denker zu vergleichen, der weiß, wie viel selbst dann noch bei ihnen verloren geht, wenn sie von gewissenhaften und verständnißvollen Persönlichkeiten herrühren. Wie selten aber findet man diese Eigenschaften bei Popularisirern, wie selten sind hier guter Wille und Fähigkeit in ausreichendem Grade vereinigt! Gewöhnlich geschieht die Verarbeitung zu bestimmten Zwecken, was ihnen nicht entspricht, wird vernachlässigt oder ganz ignorirt, und es kommt ein höchst einseitiges und darum falsches Bild heraus. Der eigenartige Reiz aber, der den Werken wirklicher Meister des Gedankens innewohnt, geht dabei ganz verloren.

Das ist uns wieder so recht beim Lesen der vor Kurzem erschienenen deutschen Ausgabe von Bruno's Dialogen über die Unendlichkeit des Weltalls* zum Bewußtsein gekommen. Dieses Buch wird auch Diejenigen, die Bruno bisher nur durch Vermittlung kannten und die es nicht vorziehen, erst die schon 1873 deutsch erschienene Abhandlung Bruno's „Von der Ursache, dem Prinzip und dem Einen" zu lesen, wie eine Offenbarung wirken. Denn die Schrift „Von der Austreibung der triumphirenden Bestie", die Herr Dr. Kuhlenbeck 1889 in deutscher Uebersetzung hat erscheinen lassen, kann sich an Bedeutung nicht mit der jetzt von ihm gebotenen messen. Nur die vorgenannte Abhandlung macht neben derselben noch auf den Titel der Hauptschrift Bruno's Anspruch, wobei es unentschieden bleiben mag, welche von ihnen selbst höher steht, resp. ob es überhaupt angeht, sie in Konkurrenz zu stellen. Der Herausgeber glaubt die hier vorliegende Schrift als die wissenschaftliche Hauptschrift Bruno's bezeichnen zu sollen, für uns genügt es, daß in ihr der Genius Bruno's in nicht minder hellem Lichte strahlt, als in der anderen, und daß die Rangfrage sich mehr auf die behandelten Gegenstände, als auf die Meisterung derselben durch Bruno beziehen kann. Im Uebrigen ist die Erkenntniß der großen Welt, in der wir leben, ein so wichtiger

* Giordano Bruno's Dialoge vom Unendlichen, dem All und den Welten (de l'infinito universo e mondi) übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Dr. Ludwig Kuhlenbeck. Berlin, Hans Lüstenöder. 1893. XXXVI und 210 S. gr. 8°. 6 Mark.

Gegenstand und von so allgemeinem Interesse, und sind die Leistungen, die Bruno in dieser Hinsicht vollführt hat, so überwältigende, daß auf das größere Publikum diese Schrift auch die hinreißendste Wirkung ausüben dürfte.

Der Herausgeber hat sich, was wir ihm gern anerkennen, die redlichste Mühe gegeben, durch eine geschichtliche Einleitung und kommentirende Noten den Werth des Buches zu erhöhen und die wissenschaftliche Leistung Bruno's in ihrer vollen Größe und Bedeutung zur Anschauung zu bringen. Leider können wir jedoch dies Lob nicht durchgängig auf die Ausführung ausdehnen. So ist zunächst seine Widerlegung von Bruno's Unendlichkeitslehre — abgesehen davon, daß sie nach unserer Ansicht falsch ist — im höchsten Grade gequält und übersieht gerade die genialste Seite der Bruno'schen Beweisführung. Auf die Sache selbst wollen wir weiter unten eingehen, hier sei nur die Frage aufgeworfen, ob es denn überhaupt nöthig war, daß der Herausgeber seine eigene Ansicht nicht nur konstatirte, sondern auch Kritik an Bruno üben läßt, wo er selbst zugeben muß, daß die Erfahrung bisher immer nur neue Beweise für Bruno's Anschauung geliefert hat, die von ihm vertretene dagegen auf rein metaphysischer Spekulation beruht. Absolut tadelnswerth ist es dagegen, daß Herr Dr. Kuhlenbeck sich nicht enthalten hat, das dem Andenken eines Opfers bornirter Verfolgungswuth bestimmte Buch durch eingestreute Aeußerungen eines fanatischen Judenhasses zum Gegentheil dessen zu machen, was ein Buch, auf dem der Name Giordano Bruno steht, sein sollte. Wir sagen das nicht als Advokaten einer falschen Toleranz. Toleranz gegen Unrecht heißt Intoleranz gegen das Recht. Das Unrecht verfolgen heißt für das Recht streiten. Wir sagen also nicht, daß überhaupt keine Verfolgung sein dürfe. Aber so schwankend die Ansichten darüber sind, was im gegebenen Falle Recht und Unrecht ist, so kann keine Rabulistik darüber täuschen, daß aus dem Zufall der Geburt die Entziehung staatsbürgerlicher Rechte herleiten wollen, Unrecht im höchsten Grade ist.

Aber es handelt sich gar nicht einmal um die lebenden Juden, die man als Individuen nicht vorführen und darum um so leichter in Bausch und Bogen mit allen Verbrecher-Eigenschaften ausstatten kann. Der Jude, an dem Herr Kuhlenbeck in der vorliegenden Schrift vorwiegend sein Müthchen kühlt, ist über 200 Jahre todt, es ist ein Jude, dessen Lebenslauf genau bekannt ist und so wenig des Anstößigen darbietet, daß selbst der von Herrn Kuhlenbeck so hochgeschätzte Dühring in seiner „Kritischen Geschichte der Philosophie" von ihm schrieb, er biete ein Bild der „großartigsten philosophischen Gesinnung" (2. Aufl., S. 282).*

Hier hilft jedoch selbst ein so unverdächtiges Zeugniß nichts. Herr Kuhlenbeck verfolgt den „Hebräer Spinoza" sein ganzes Buch hindurch mit dem ganzen Haß eines fanatischen Glaubensinquisitors. Bruno's Richter können nicht gehässiger und parteiischer vorgegangen sein. Ihm ist der Mann, den Dühring a. a. O. als einen „hochsinnigen Denker" und „Denker ersten Ranges" bezeichnet, nur ein

* Freilich geschah das im Jahre 1873, als Dühring die Judenverketzerung noch nicht berufsmäßig betrieb. Aber Dühring war schon damals, wie ein Blick in seine Schriften lehrt, Judengegner, und wenn er seitdem sein Urtheil über Spinoza geändert hat, so ist dieser sicher nicht schuld daran. Spinoza ist heute noch so todt wie 1873, hat auch seit jenem Jahre keine Zeile geschrieben, die zu solchen Aenderungen des Urtheils über sein Wirken und seine Schriften den Vorwand liefern könnte, wie sie Dühring nach Erscheinen von Engels' Streitschrift in der „Kritischen Geschichte der Nationalökonomie" in Bezug auf Marx und „Das Kapital" für angebracht hielt, wo er z. B. das, was er in früheren Auflagen für „noch am besten" erklärt hatte, nun für „am wenigsten schlecht" erklärte.

gemeiner Plagiator, der sich auf „Unkosten Bruno's“ einen „Jahrhunderte langen Reklame-Ruhm“ erwarb, für Bruno's naturphilosophische Einsichten zwar nicht einmal empfänglich war, von demselben aber „einige philosophische Formeln ... in dem Stile seiner angestammten National-Eigenthümlichkeit zu seiner ‚Ethik‘ fruktifizirte“ (XII), wobei ihm noch das Pech widerfuhr, meist die Irrthümer Bruno's sich anzueignen, die aber dafür durch die „Trockenheit und Dürftigkeit“, die sie bei ihm annehmen, sich auch viel nackter in ihrer „Hohlheit“ als „metaphysische Tautologien“ offenbaren als bei Bruno (vergl. Note auf Seite 59). Wir wollen es an diesen beiden Proben genügen und Herrn Kuhlenbeck von Dühring antworten lassen: „Nur der Mangel an philosophischem Urtheil und das bloße Kramen in Aeußerlichkeiten der Notizengelehrsamkeit waren fähig (es ist von einem ähnlichen Vorwurf gegen Spinoza die Rede), die Ursprünglichkeit des schöpferischen Genies zu verkennen und mit den Nebenumständen seiner Bildung und Erscheinung zu verwechseln“ (a. a. O., S. 280).

Ein wahres Glück, daß Spinoza im siebzehnten Jahrhundert lebte und nicht zu Ende des neunzehnten. Diese Verehrer des auf dem Scheiterhaufen gemordeten Bruno möchten es noch ärger mit ihm treiben, wie die bornirt-fanatischen Juden der Amsterdamer Synagoge.

Abgesehen von diesen Antisemitereien verunzieren das Kuhlenbeck'sche Buch noch sonstige, gerade hier doppelt unangebrachte Voreingenommenheiten. Wir wollen von der Entrüstung absehen, in die Herr Kuhlenbeck geräth, weil der „Jude“ Falkson in einem — schrecklich! — dem „jüdischen Sozialdemokraten Johann Jacoby“ gewidmeten „jämmerlichen, flach materialistisch philosophirenden“ Roman Bruno ein Liebesverhältniß zu der Frau eines Gastfreundes angedichtet habe, da wir den Roman nicht kennen und nicht wissen, welcher Art das dort geschilderte Liebesverhältniß ist. Mehr als komisch aber ist die Art, wie Herr Kuhlenbeck sich darüber entrüstet, daß der berühmte Orientalist P. de Lagarde (sonst ein „lobenswerther Feind des hebräischen Orientalismus“), auf eine Stelle in den Bruno'schen Dialogen gestützt, von diesem sagt, er sei, bevor er ins Kloster trat, Hurenpostillon („postiglione delle putane“) gewesen. Wenn de Lagarde keine anderen Anhaltspunkte für seine Behauptung hatte, als die Herr Kuhlenbeck angiebt, so beruht sie freilich auf sehr schwachen Füßen und ist zurückzuweisen. Aber da Bruno mit 15 Jahren ins Kloster trat, ist der Vorwurf doch sehr unbedeutend und von einer „Besudlung“ der Ehre des „Mannes“ keine Rede. Was immer „Hurenpostillon“ im 16. Jahrhundert bedeutet haben könnte, es ist absurd, wie Herr Kuhlenbeck thut, den Begriff mit dem eines Berliner „Louis“ im 19. Jahrhundert zu identifiziren. Zweitens aber könnte es sich hierbei doch nur um einen niedrigen Broterwerb des Knaben handeln, der von armer Familie war. Aber — und dies ist das Bezeichnendste — selbst dieser letztere Gedanke ist Herrn Kuhlenbeck schrecklich, und er stellt mit Genugthuung fest, daß Bruno „nicht der Sohn eines Schneiders und Enkel eines Flickschusters, sondern (!!) auch äußerlich von anständiger (das Wort ist bei Kuhlenbeck unterstrichen) Herkunft war“. Sein Vater sei Soldat gewesen, „jedenfalls wohl Offizier“. Auch dies ist bei Kuhlenbeck selbst unterstrichen, und bei der Wichtigkeit, die die Sache unzweifelhaft hat, wird es erlaubt sein, der so trostreichen Vermuthung die noch trostreichere, erst einen ungetrübten Genuß der Bruno'schen Schriften sichernde hinzuzufügen, daß wo der Vater Offizier war und noble Bekanntschaften hatte, der Sohn, bevor er ins Kloster ging, „jedenfalls wohl“ erst den Reservelieutenant gemacht haben wird. ....

* * *

Herr Kuhlenbeck begründet die Uebersetzung des italienischen Titels der Schrift mit „Vom Unendlichen, dem All und den Welten“ damit, daß das mit einer Ausnahme durchgängige Fehlen des Komma zwischen infinito und universo kein Beweis für den adjektivischen Charakter des infinito sei, gegen den letzteren aber der Umstand spreche, daß im Italienischen die von Verbis gebildeten Adjektive in der Regel nach dem Hauptwort ständen. Das Erstere kann man gelten lassen, wie wenig stichhaltig das Andere, zeigt Manzoni's Titel „I promessi sposi“. Wir halten die Lesart „Vom unendlichen All und den Welten“ für die richtigere, da sie ungleich mehr dem Geist des Bruno'schen Werkes entspricht. Dasselbe hat keine andere Unendlichkeit im Auge, als die des Weltalls, und zwar eben die räumliche Unendlichkeit. Für die Ewigkeit des Schöpfers brauchte Bruno keine Feder in Bewegung zu setzen, die Ewigkeit des Weltalls aber begründet sich für ihn — und gerade diese tiefe Auffassung des Zusammenhanges läßt ihn zu so genialen Ausblicken kommen — aus der Unendlichkeit desselben. Die räumlich begrenzte Welt ist ihm auch zeitlich begrenzt, d. h. Bruno unterscheidet zwischen einzelnen Welten und dem Weltall, dem „Universum“. Unser Sonnensystem ist ihm eine Welt, die einen Anfang gehabt hat und vielleicht auch ein Ende haben wird, während das Universum, in dem es unzählig viele solcher Welten giebt, unendlich ist. So sagt er denn auch im Vorwort, wo er den Gedankengang der Schrift skizzirt, gleich im zweiten Satz (der erste handelt von der Unzuverlässigkeit der Sinneswahrnehmungen): „Die Beweisführung von der Unendlichkeit des Alls wird begonnen ꝛc. ꝛc.“ (S. 8). Nach der Uebersetzung, die Herr Kuhlenbeck dem Titel giebt, müßte dagegen ein Exkurs über die Unendlichkeit im Allgemeinen den Anfang machen. Und an einer anderen Stelle sagt Bruno von seinem Buch: „Was in diesem ‚vom All und den unzähligen Welten‘ ans Licht hervorbricht“ (S. 25), ein Satz, der gleichfalls gegen die Dreitheilung des Titels spricht. Wir legen auf die Frage deshalb Werth, weil es sich dabei um die Wahrung der außerordentlich präzisen Denkart und Ausdrucksweise Bruno's handelt. Das scheint uns ein besserer Tribut an sein Andenken, als wenn man, Dühring's Beispiel folgend, das Piedestal Bruno's dadurch zu erhöhen sucht, daß man seine zeitgenössischen Vorarbeiter herabsetzt und vom „Stillstand des kosmischen Wissens“ (S. II) zur Zeit Bruno's spricht. Zwischen Kopernikus und Bruno haben auch andere Männer gelebt und auf der von dem Ersteren gewonnenen Erkenntniß weiter gearbeitet. Nur daß keiner zu so großartigen Folgerungen gelangte, keiner mit so großer Kühnheit die letzten Konsequenzen aussprach, wie der Ex-Dominikaner aus Nola.

Kopernikus hatte nur erst für das Sonnensystem das Falsche der Ptolemäischen Himmelslehre nachgewiesen, die Anschauung, daß der Himmel der Fixsterne die Grenzsphäre des Universums sei, aber unangefochten gelassen. Bruno brach auch damit, und so radikal, daß er in genialer Vorwegnahme viele spätere Entdeckungen vorausbestimmte. So sprach schon er (vgl. S. 116 und 117) es als wahrscheinlich aus, daß jenseits des Saturn noch andere Planeten seien, die nur wegen ihrer großen Entfernung nicht wahrgenommen würden, deren Umlaufszeit um die Sonne im Verhältniß ihrer Entfernung eine längere, während ihre Axenbewegung eine entsprechend der größeren Entfernung von der Sonne immer kürzere sein müsse — Sätze, deren Richtigkeit seitdem empirisch festgestellt worden ist. Er sprach es aus, daß die Fixsterne Sonnen seien, um die Planeten kreisen, von Monden begleitet; daß auf jenen Gestirnen dieselben Stoffe wie auf der Erde anzutreffen sind, und dieselben Naturphänomene sich abspielen im Maßstabe ihres besonderen physikalischen Zustandes. „Dem Wesen

nach", schreibt er, „sind die Weltkörper vergänglich, aber es mag doch sein, daß sie, sei es aus innerer oder vermöge äußerer Kraft, doch ewig in derselben Weise bestehen, indem sie stets eine der Ausströmung gleiche Einströmung von Atomen erhalten" (S. 109). Dann wieder erklärt er, daß von der Erde losgelöste Körper, „wenn sie von gewissen Endpunkten und Entfernungen aus zu ihrem Zusammenhang zurückkehren, ihre Geschwindigkeit in dem Maße beschleunigen, in welchem sie sich nähern", und tritt entschieden der damals herrschenden Auffassung entgegen, als seien die Kometen von der Erde losgelöste Körper. Er entwickelt, daß sie eigene, von der Erde unabhängige Bewegung haben müssen, was unmöglich sei, wenn jene Auffassung richtig wäre. Kurz, überall treffen wir auf solche überraschende Einblicke in den wirklichen Zusammenhang der Dinge, und sie werden nicht etwa als kecke Gedankenblitze geboten, sondern als Ergebniß logischen Weiterfolgerns auf Grundlage festgestellter Thatsachen oder allgemein zugegebener Annahmen. Dabei ist der Dialog so frisch, so anregend, so frei von schulmeisterlicher Pedanterie einerseits und zweckloser Wortvergeudung andererseits, daß er an keiner Stelle langweilig oder ermüdend wirkt. Filoteo-Bruno entwickelt seine Theorien, und seine Hörer machen hier und da einen Einwand, entwickeln aber gewöhnlich den geäußerten Gedanken weiter, während Bruno den einzigen wirklichen Gegner Burchio schon am Schluß des dritten Dialogs — es sind im Ganzen deren fünf — unter Schimpfreden sich entfernen läßt.

* * *

Was nun das Hauptthema des Dialogs anbetrifft, den Nachweis der Unendlichkeit des Weltalls, so ist richtig, daß Bruno ihn theilweise auf Sätze stützt, die nach Analogie des ontologischen Beweises von der Existenz Gottes gebildet sind und von der Vollkommenheit des Schöpfers ausgehen. Bruno deduzirt, daß zur Vollkommenheit nicht nur die Macht gehört, das Vollkommene zu schaffen, sondern auch der Wille es zu thun. Gott wäre nicht vollkommen, wenn er nicht das Vollkommene wollte. Das ist aber, die Prämisse zugegeben, eine durchaus logische Deduktion, und ob sie Bruno nun selbst für beweiskräftig hält oder nur aufstellt, um den Gottesgläubigen die „Statthaftigkeit" seiner Idee nachzuweisen, hat nur für die uns hier nicht beschäftigende Frage Interesse, ob Bruno „Theist" oder „Pantheist" war. Herr Kuhlenbeck tritt lebhaft für Ersteres ein, wenn er dies aber u. A. damit beweisen will, daß Bruno „keine doppelte Buchführung kannte" (S. 48), so brauchte er nur vier Seiten von dem Blatt, wo er dies schreibt, weiter zu schlagen, um auf eine gar nicht mißzuverstehende Rechtfertigung „doppelter Buchführung" durch Bruno zu stoßen. Filoteo-Bruno erachtet es für zulässig, daß gewisse Theorien (es handelt sich da um Nothwendigkeit und Freiheit) dem „rohen Volk und ungebildeten Leuten" nicht mitgetheilt werden sollten, weil sie mißverstanden und so der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich werden könnten (S. 52—56), und damit ist er, wie gut auch seine Absicht, der doppelten Buchführung nur zu nahe. Dies beiläufig. Schließlich läuft auch diese Frage darauf hinaus, ob das Weltall als unendlich anzunehmen ist, weil dies die vollkommenste Auffassung desselben, d. h. die am meisten mit der Logik zu vereinbarende, den Verstand am meisten befriedigende ist. Und in dieser Hinsicht ist Bruno's Beweisführung so überzeugend, daß alle Einwände, Schimpfereien und Verdächtigungen, die Herr Kuhlenbeck dem Burchio-Dühring'schen Arsenal gegen sie entnimmt, an ihr abprallen. Gleich Dühring reitet Herr Kuhlenbeck mit Vorliebe darauf herum, daß die Unendlichkeitsvorstellung phantasievollen Mathematikern die Idee einer anti-euklidischen Mathematik des Unendlichen,

in der Parallelen sich schneiden, Kugelflächen Ebenen sind 2c. 2c., eingegeben hat. Aber was hat diese Begriffsspielerei, die beiläufig nicht schlimmer ist als das Dühring'sche „Gesetz der bestimmten Anzahl", mit der Annahme der Unendlichkeit des Weltalls zu thun? Welche Idee wäre noch nicht zu abgeschmackten Konstruktionen mißbraucht worden?

Bruno hat, weit entfernt, sich in „mystischen" Betrachtungen zu verlieren, die Unendlichkeit aller mystischen Beimischungen entkleidet, und der hat ihn schlecht verstanden, der von „der wüsten Indifferenz seiner Unendlichkeitsvorstellung" sprechen kann (S. 52). Wie schön ist schon seine Darlegung, daß das Leere, das nach Außen keine Schranke hat, aber nach Innen begrenzt ist, „viel schwieriger zu denken sei, als zu denken, das All sei unendlich" (S. 38). Das Erstere aber lehrte nicht nur Aristoteles, sondern ist auch der Standpunkt derer, die mit Dühring „im unendlichen Raum" eine „endliche Welt" annehmen. Für Bruno giebt es keinen leeren Raum, der Zwischenraum zwischen den Weltkörpern ist ihm mit Aether angefüllt, der nur insofern verschieden ist von dem, der die Erde durchdringt, als er „rein ist und keinen Theil der Zusammensetzung mehr bildet" (S. 194). Dem Einwand, den Dühring-Kuhlenbeck ihm entgegenhalten, daß bei der Annahme eines schrankenlosen Weltalls der Mittelpunkt „überall und nirgends sei" (S. XXX) begegnet Bruno vorwegnehmend vortrefflich mit der Erklärung, „daß es im ätherischen Gefilde keinen Punkt giebt, zu dem, als zu ihrem Mittelpunkte, sich alle schweren Dinge hinbewegten oder als zu ihrem Umfang alle leichten Dinge hinstrebten; im All ist weder Mitte noch Umkreis" (S. 168), denn, „das sind Beziehungen blos für jeden der einzelnen Weltkörper, die in ihm (dem All) sind, in der Weise, wie ich es zu wiederholten Malen erklärt habe" (S. 143).* Aber, wendet Kuhlenbeck weiter ein: „der Widerspruch ist nicht" und „die werthempfindende Vernunft" .. weist auch „das Denkbare ab, so lange es nur denkbar ist und nicht durch die innere Würde seines Inhalts zugleich die Anerkennung seiner Giltigkeit in der Welt erringt" (S. XXXII). Das sind aber Redensarten, mit denen die Burchios aller Zeiten ihnen nicht passende Theorien abgewiesen haben. Erstens ist die Endlichkeit des wirklichen Weltalls im unendlichen Raum ein Widerspruch, wie er größer nicht gedacht werden kann, und Herr Kuhlenbeck schlägt sich selbst, wenn er mit jenem Satz diese Frage entscheiden zu können glaubt. Was aber die Würde der Theorie anbetrifft, so hat sie, um auch auf diese ästhetisch-moralische Frage einzugehen, Bruno hinlänglich gewahrt, indem er jedes einzelne Weltsystem im Weltall als einen Kosmos, eine gesetzmäßig geordnete Welt hinstellte und die Gleichartigkeit der Naturgesetze im ganzen Weltall postulirte. Weiter haben es die Anhänger der Endlichkeitsvorstellung auch nicht gebracht, denn selbst wenn die Theorie von der Zentralsonne, um die unser Sonnensystem kreist, richtig ist, sind wir damit von der Zentralsonne oder dem Zentralpunkt des „endlichen Weltalls" noch immer hoffnungslos entfernt, und alles Theoretisiren darüber bleibt „wüste Spekulation".

Uebrigens ist es Bruno nicht eingefallen, eine Beziehung unseres Sonnensystems zu anderen Gestirnen prinzipiell zu bestreiten. Ein halbes Jahrhundert, bevor Kepler sein „Mysterium cosmographicum", Galilei seine „Discorsi" veröffentlichte, ein Jahrhundert, bevor Newton's Hauptwerk erschien, wäre mehr als die Behauptung, daß das Weltall aus unzähligen Zentralsonnen besteht, in der That Mystizismus gewesen. Zunächst war die innere Selbständigkeit des Sonnensystems festzustellen. Aber dafür stoßen wir bei Bruno auf Stellen wie:

* Nämlich daß es gewisse Mittelpunkte, Sonnen, Zentralfeuer gebe, um die alle ihre Planeten kreisen — „so viel Welten, als wir leuchtende Funken über uns sehen".

„Ich erachte es nicht für absurd und undenkbar, vielmehr für sehr denkbar und natürlich, daß jeder Gegenstand bestimmten Verwandlungen unterworfen ist, und daß auch Stofftheile der Erden die ätherische Region durchstreifen und im unendlichen Raum bald auf diesen, bald auf einen anderen Körper treffen; ebenso gut, wie wir dieselben Stofftheile, so lange sie noch hienieden in unserer Nähe weilen, ihre Oerter, ihre Anordnung und ihre Formen wechseln sehen. Wenn daher auch diese Erde ewig und an sich unveränderlich sein sollte, so wird sie das doch keineswegs vermöge Konsistenz ihrer eigenen Stofftheile und Untheilbarkeiten (Atome) sein können, sondern lediglich durch den Austausch solcher, die sie ausscheidet, und anderer, die an deren Stelle treten, in der Weise, daß bei derselben Seele und Organisation doch der Stoff sich allmälig ändert und erneut, wie sich dies ja auch bei allen anderen Körpern bestätigt, die sich auf keine andere Weise erhalten, als durch Nahrungsmittel, die sie aufnehmen, und Ausscheidungen, die sie von sich entfernen. . . . . Um also auf unseren Punkt zu kommen, so meine ich, dieses Stoffwechsels wegen sei die Behauptung nicht undenkbar, vielmehr sehr vernünftig, daß den letzten Theilen und Atomen ein unendlicher Fortschritt und unendliche Bewegung zukommt, unaufhörlicher Wechsel und endlose Aenderung sowohl ihrer Formen als ihrer Oerter. Undenkbar würde unendliche Bewegung eines Dinges nur sein mit Hinsicht auf sein nächstes Ziel räumlicher Bewegung oder Gestaltveränderung. . . . . Das geschaffene und gestaltete Subjekt also kann sich nur endlich bewegen; denn es nimmt leicht eine andere Gestalt an, wenn es den Ort wechselt. Aber das schaffende und gestaltende Prinzip bewegt sich unendlich sowohl im räumlichen Sinne wie nach Zahl der Gestaltungen, indessen die Elementartheilchen der Materie einströmen und fortströmen von diesem zu jenem in eine immer andere Lage, einen anderen Theil oder ein anderes Gesammtsystem“ (S. 90—92).

Nimmt man den Ausdruck Seele, den Bruno in Bezug auf die Erde braucht, im Sinne von Bewegungsbeziehung, so wird diese Ausführung bei keinem Naturhistoriker unserer Tage auf Widerspruch stoßen. Insbesondere hat die Idee eines Austauschs von Stofftheilchen von Weltkörper zu Weltkörper gerade neuerdings von Seiten hervorragender Astrophysiker lebhafte, auf sorgfältige Beobachtungen gegründete Unterstützung erfahren.

Höchst interessant und voller genialer Vorausblicke sind auch Bruno's Ausführungen über die Prinzipien der Gravitation, sowie die über die terrestrischen Revolutionen, die Veränderungen der Erdoberfläche. Indeß fehlt uns der Raum, auch hierauf noch einzugehen. Nur einige Sätze naturphilosophischen Charakters mögen noch folgen:

„In der Natur lebt der eine Gegensatz durch Vermittlung des anderen; indem er ihn umstimmt, verändert und sich assimilirt.“ . . . . „Wenn wir auch die Weltkörper einerseits in feurige und andererseits in wässerige, in Sonnen und Erden, eintheilen, so gehen wir doch nicht davon aus, daß jeder nur aus einem einfachen Element bestehe, sondern wollen damit sagen, daß eins in der Zusammensetzung vorwiegt.“ . . . . „Die Naturkraft bedarf der (außernatürlichen) Zeugung ebensowenig zur Herstellung der vollkommensten wie der unvollkommensten Wesen, wenn es sich um die Zerstörung und Neuschöpfung einer Welt handelt.“

Niemand wird sich heute Belehrung über die Natur von einem Denker holen, der Ende des 16. Jahrhunderts schrieb. Aber sein Buch zu lesen und zu sehen, wie dieser Mann zu einer Zeit, die keine Fernrohre kannte, wo die Chemie in den Windeln lag und das physikalische Wissen minim war, die Zusammenhänge der Welt gesetzmäßig zu erklären suchte und theilweise zu erklären

wußte, das wird jedem hohen Genuß bereiten, der sich für die geistige Geschichte der Menschheit interessirt. Und wenn nicht in Bezug auf Thatsachen, so kann doch in Bezug auf folgerichtiges Denken noch heute mancher von Bruno lernen.

Was den Uebersetzer und Herausgeber des Buches anbetrifft, so hätten wir ihm noch mancherlei entgegenzuhalten. Indeß mag es an dem Vorgebrachten genügen. Herr Dr. Kuhlenbeck hat sich schon in Bezug auf Kant von der Unzuverlässigkeit seiner Lieblings-Autorität überzeugt, und wird vielleicht noch einmal einsehen, wie abgeschmackt es ist, auf Kredit derselben Fichte, Schelling und Hegel „naturwissenschaftliche Bornirtheit und Ignoranz" nachzusagen. Diese Männer waren ja doch Arier.

Von einer Anzahl störender Druckfehler abgesehen, ist die Ausgabe sonst nur zu rühmen. Ob die Uebersetzung durchgängig korrekt ist, haben wir nicht feststellen können, aber in Bezug auf Stil und Sprache verdient sie das höchste Prädikat. Das Buch liest sich wie ein Originalwerk, und zwar wie ein gut geschriebenes Original. Durch eingestreute Uebersetzungen von Gedichten, die Bruno'schen Ideen Ausdruck geben, hat ihm Herr Dr. Kuhlenbeck eine schätzbare Bereicherung gegeben, und, wo sie nicht dazu herhalten müssen, seine Marotten und Schlimmeres an den Mann zu bringen, kann man dies auch von seinen kommentirenden Notizen sagen.

Das Buch ist einem Herrn O. Räuber gewidmet, wenn wir nicht irren, derselbe Herr, der neulich den Sozialdemokraten Glocke gerichtlich verfolgen ließ, weil dieser ihm in einer Volksversammlung zu opponiren gewagt und auf die Verweisung aus dem Lokal sich nicht schnell genug entfernt hatte. Es ist leichter, auf Bruno's Feinde zu schimpfen, als sie nicht nachzuahmen.

Die Entwicklung der Schuhmacherei.

Von **Dionys Zinner.**

Die Schuhmacherei gehört zu jenen Gewerben, welche durch die Umwälzungen in Verkehr und Technik bedeutende Veränderungen erfuhren. Die zahlreichen, alle Einzelheiten des Arbeitsprozesses erfassenden Maschinen haben bereits anläßlich der Dresdener Gewerbeausstellung von 1884 das zusammenfassende Wort vom „eisernen Schuhmacher" anwenden lassen. Neben der bedeutenden Schuh-Großindustrie hat das Handwerk noch eine große Ausdehnung; neben der großen, mit den besten Maschinen eingerichteten Schuhfabrik arbeitet noch der kleine Meister mit den seit Jahrhunderten üblichen primitiven Werkzeugen. Auch der hausindustrielle Betrieb ist verhältnißmäßig stark vertreten. Für die Beschuhung der Armee sind staatliche Schuhmachereibetriebe errichtet und auch in Strafanstalten wird die Schuhmacherei bevorzugt. Man findet also im Schuhmachergewerbe alle Betriebsformen vertreten. Das Nebeneinanderbestehen derselben, sowie die Abwicklung des Umwandlungsprozesses vor unseren Augen lassen die Schuhmacherei als ein interessantes Studienobjekt für den Sozialpolitiker erscheinen.

Es haben sich denn auch in den letzten Jahren zwei junge Gelehrte, Dr. Moritz Schöne in Dresden und Dr. Ernst Francke in München, mit der Untersuchung der Schuhmacherei beschäftigt. Der Erstere behandelt in seinem Buche neben der allgemeinen Entwicklung der Schuhmacherei die besondere Gestaltung dieses Gewerbes in Sachsen und der Andere diejenige in Bayern.*

---

* Die moderne Entwicklung des Schuhmachergewerbes in historischer, statistischer und technischer Hinsicht. Ein Beitrag zur Kenntniß unseres Gewerbelebens von Dr. Moritz Schöne. 1888. Verlag von Gustav Fischer in Jena. — Die Entwicklung der Schuhmacherei

Ein recht empfindlicher Mangel, an dem jedoch die Verfasser unschuldig sind, macht sich in beiden Schriften bemerkbar, nämlich der Mangel neuerer reichsstatistischer Daten. Noch immer muß sich der Sozialpolitiker mit den Zahlen der Berufsstatistik von 1882 behelfen, die namentlich in Bezug auf das seitdem eingetretene Verhältniß zwischen Handwerk und Großindustrie nur untergeordneten Werth noch haben, für einen Vergleich mit neueren Zahlen aber freilich großen Werth hätten.

Nach der Berufszählung von 1882 gab es im Deutschen Reiche 404 278 im Schuhmachergewerbe thätige Personen, wovon 245 600 Betriebseinhaber und 158 678 Gehilfen und Lehrlinge bei einer Bevölkerungszahl von 45 720 550. Im Jahre 1875 waren bei einer Bevölkerungszahl von 42 727 360 in der Schuhmacherei 374 203 Personen beschäftigt. Auf je 10 000 Einwohner entfielen 1875 88 und 1882 89 in der Schuhmacherei thätige Personen. An dem kleinen Wachsthum der Schuhmacherbevölkerung partizipiren jedoch nicht die Betriebsinhaber, welche im Gegentheil von 58 auf 54 auf je 10 000 Einwohner zurückgegangen sind, sondern die Gehilfen, die gegenüber der gleichen Einwohnerzahl von 30 auf 35 sich vermehrten.

Von den 1882 gezählten 247 779 Hauptbetrieben waren nicht weniger als 163 182 Alleinbetriebe (ohne Gehilfen) = 65,9 Prozent. Einigermaßen verbreitet ist daneben nur noch der mit einer Hilfskraft arbeitende Betrieb, während die Zahl der zwei und mehr Gehilfen beschäftigenden Betriebe eine sehr geringe ist. „Bedenkt man", sagt Schöne, „daß je nach dem Orte erst bei 2, 3 oder 4 Gehilfen der Betrieb anfängt, seinem Inhaber ein sorgenfreieres Dasein zu gewähren, so wird die Schuhmacherei den Gewerben beigezählt werden müssen, deren Angehörige die wenig bemittelten Gesellschaftsschichten bilden helfen."

Leider läßt das vorhandene statistische Material eine umfassende Vergleichung der Größenbewegung der einzelnen Betriebsgruppen von einer Gewerbezählung zur anderen nicht durchführen. Nur für Bayern und Oldenburg ist eine solche Zusammenstellung möglich und ergiebt dieselbe folgendes Bild.

		Anzahl aller Betriebe	Betriebe mit keinem Gehilfen	Betriebe mit 1—5 Gehilfen	Betriebe mit über 5 Gehilfen
Bayern	1875	30 759	19 172	11 459	128
„	1882	31 582	21 343	10 100	139
Oldenburg	1875	1 728	1 133	590	5
„	1882	1 798	1 025	767	6

In Sachsen gab es 1882 11 792 Alleinbetriebe, 3448 Betriebe mit je 1 Hilfsperson, 2378 mit je 2 bis 4, 129 mit je 5 und 164 Betriebe mit über 5 Hilfspersonen.

Die Statistik der Betriebe mit mehr als 5 Arbeitern zeigt folgende Entwicklung von 1875 bis 1882:

	Zahl der Betriebe mit Hilfspersonen: 6 bis 10		11 bis 50		51 bis 200		201 bis 1000		Durchschnittlich in 1 Betriebe besch. Personen	
	1875	1882	1875	1882	1875	1882	1875	1882	1875	1882
Preußen	625	900	190	265	11	24	—	2	11	13
Bayern	92	75	33	45	3	19	—	—	12	22
Sachsen	113	105	35	52	2	7	1	—	13	15
Württemberg	45	59	25	23	—	2	—	—	11	13
Baden	35	23	7	6	1	5	—	—	11	18
Deutsches Reich	1030	1319	348	449	30	68	1	3	12	14

in Bayern. Ein Beitrag zur Kenntniß unserer gewerblichen Betriebsformen von Dr. Ernst Francke. Stuttgart 1893. Verlag der Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger.

Oldenburg zeigt nach der ersteren Tabelle einen außergewöhnlichen Entwicklungsgang, der für das Handwerk sehr günstig ist. Dagegen zeigt Bayern die entgegengesetzte Entwicklungstendenz in der Verringerung des Umfangs der Kleinbetriebe und gleichzeitiger Vermehrung der Alleinbetriebe.

Die Ursache des Rückgangs des Handwerks liegt in der Entstehung und Entwicklung der Großindustrie, die, wie die zweite Tabelle zeigt, in der Periode von 1875 bis 1882 sich wesentlich erweiterte. Trotzdem kann man sagen, daß im Jahre 1882 die Schuhfabrikation in Deutschland noch im Anfangsstadium sich befand und daß sie seitdem bedeutende Fortschritte gemacht hat. Welchen Umfang heute der Großbetrieb in der Schuhmacherei in Deutschland hat, läßt sich ahnen, wenn man die Zahlen liest, welche Francke von der Berufsgenossenschaft der Bekleidungsindustrie erhalten hat. Darnach gab es in Bayern versicherungspflichtige Betriebe der Schuhindustrie:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
1875 . . .	128	1610	1889 . . .	125	5465
1882 . . .	139	3095	1890 . . .	148	5978
1886 . . .	105	3752	1891 . . .	157	6350
1887 . . .	104	4062	1892 . . .	175	6054
1888 . . .	118	5042			

Die Differenz in den Betriebszahlen von 1882 und 1886 dürfte in der verschiedenen Auffassung des Großbetriebs liegen. Bei der Berufszählung von 1882 galt jeder Betrieb mit mehr als 5 Arbeitern als Großbetrieb; mancher dieser Betriebe dürfte aber außer der Wirksamkeit des Unfallversicherungsgesetzes stehen. Im ganzen Deutschen Reiche waren 1882 ca. 20 000 Personen in den Schuhfabriken beschäftigt; wenn die Großindustrie allenthalben den gleichen Aufschwung erfahren hat, wie in Bayern, so wären heute in den deutschen Schuhfabriken etwa 33 000 bis 34 000 Personen beschäftigt. Zu den direkt in den Fabriken beschäftigten Arbeitern kommt aber noch eine größere Zahl hausindustrieller Arbeiter; man zählte deren 1882 18 774, wovon ein großer Theil für Fabriken arbeitet.

Dem Aufschwung der Schuh-Großindustrie dürfte ein weiterer Rückgang des Schuhmacherhandwerks auf der anderen Seite entsprechen; aber nicht ein Rückgang der Zahl der Kleinbetriebe — diese ist wahrscheinlich gewachsen — sondern eine Einbuße seiner wirthschaftlichen Bedeutung durch fortschreitende Verarmung, die ihren Ausdruck im Verschwinden der Mittelbetriebe, in der Vermehrung der Alleinbetriebe und Nebenbetriebe findet.

Die Ursachen dieser Veränderungen in der Schuhindustrie sind dieselben, welche das ganze wirthschaftliche Leben von Grund aus erschüttert und verändert haben und die in den Umwälzungen zu erblicken sind, welche Verkehr und Technik erfahren haben. „Diese Revolution durchbrach mit Naturnothwendigkeit die engen Schranken", sagt Francke, „in die das Zunftwesen oder ein bureaukratisches Konzessionssystem die Gewerbe gepfercht hatte. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind unausbleibliche, logische Konsequenzen des Umschwungs im Verkehr und erst dieser letztere konnte auch die Neugestaltung der Produktion vermittels technischer Erfindungen zur Entwicklung und vollen Reife bringen. Was hätte es der Großindustrie in der Schuhmacherei genutzt, wenn die vollkommensten Maschinen die Herstellung billiger und guter Massenartikel ermöglicht hätten und nun wären diese Massen in den Magazinen gelegen und vermodert, da keine Eisenbahnen und Dampfschiffe sie in jene Länder bringen konnten, deren Bevölkerung Begehr

nach Schuhzeug hatte, während die Standorte jener Großindustrie mit ihrem Verbrauch natürlich nicht entfernt an die Produktion heranreichten."

Die technische Umwälzung in der Schuhmacherei begann mit der bereits Ende der vierziger Jahre aus Amerika nach Deutschland eingeführten Nähmaschine. Vorausgegangen war derselben eine Erfindung, die Sohlen mit Metallstiften und in den dreißiger Jahren die weitere Erfindung, die Sohlen mit Holznägeln zu befestigen. Letztere Methode fand die weiteste Verbreitung und bedeutete eine große Erleichterung der bis dahin ausschließlich geübten Arbeitsweise des Nähens. Die Nähmaschine bedeutete eine große Erleichterung und Zeitersparniß in der Herstellung der Schuhe, die bis zu jenem Zeitpunkt ausschließlich mit der Hand zusammengenäht worden waren. Eine baldige Folge der Anwendung der Nähmaschine war die Entstehung eines neuen Gewerbezweiges, nämlich der Schäfteindustrie, die heute zum großen Theil das Kleingewerbe mit fertigen Schäften versorgt. Ebenso sind in der Fabrik Schäfte-Erzeugung und Bodenarbeit zwei vollständig getrennte Arbeitszweige. Zahlreiche Erfindungen weiterer Maschinen für die Schuhmacherei folgten; so solche zum Bügeln, Walken, zum Nageln mit Holz- und Metallstiften, zum Aufschrauben, zum Durchnähen, Wenden und Einstechen, zum Gelbdoppeln, Stanzen, Walzen, Fräsen der Absätze und der Sohlenschnitte, zum Ausputzen u. s. w. Neuestens scheint auch das Problem der Zwickmaschine gelöst zu sein.

Eine moderne Schuhfabrik ist ein wahres Arsenal von Arbeitsmaschinen. Die Arbeitstheilung ist soweit vorgeschritten, daß bei der Schäfteherstellung mindestens ein halbes Dutzend selbständige Arbeitsverrichtungen vorkommt und bei der Bodenarbeit die Zahl derselben das Dutzend erreicht. Schöne führt in einem Lohntarif einer Schuhfabrik Lohnsätze für 9 verschiedene Arbeiten in der Schäfte-Erzeugung und für 19 diverse Verrichtungen in der Bodenarbeit an. Darnach stellt sich der Gesammt-Arbeitslohn für 10 Paar Schäfte auf 3,36 Mark und für 10 Paar Böden auf 5,73 Mark, pro Paar 91 Pfennig.

Während bei langer Arbeitszeit die Anfertigung eines Paares Schuhe die Tagesleistung des Handarbeiters ist, beträgt dieselbe in der modernen Schuhfabrik 8 bis 10 Paar pro Arbeiter. Francke erzählt in seiner Schrift, daß ein Schuhfabrikant in Pirmasens vor seinen Augen ein Paar derbe Männer-Bottinen mit Gummizügen vom Zuschneiden bis zum Einschlagen der Fabrikmarke auf die Sohle in einer halben Stunde fertigstellen ließ. Angesichts der fortwährenden technischen Verbesserungen und Neuerungen ist die Grenze der Leistungsfähigkeit der mechanischen Schuhfabrik wohl noch lange nicht erreicht.

Hält man zu den technischen Vortheilen des mechanischen Fabrikbetriebs noch die wirthschaftlichen Vortheile des Großbetriebs hinzu, die aus der Anschaffung der Rohstoffe im Großen erwachsen, ferner die Vortheile der aus der Arbeitstheilung entspringenden niedrigen Entlohnung, die der Geringfügigkeit der allgemeinen Produktionskosten, die bei der Massenproduktion auf das einzelne Paar entfallen, so erhellt, daß der Kleinbetrieb unmöglich mit der Großindustrie konkurriren kann. Wo hier Vortheile, sind dort Nachtheile, was hier rationell, ist dort unrationell: die Arbeitsmethode, der Rohstoffeinkauf, die allgemeinen Betriebsunkosten und der Geschäftsgewinn. Der Arbeitslohn für das einzelne Paar ist im Handwerk viel höher, als in der Fabrik und trotzdem verdienen die Schuhmacher in den Fabriken mehr als im Kleingewerbe. Schöne konstatirte in Dresden auf Grund von Lohnbüchern, daß Handwerksgehilfen ein Jahreseinkommen hatten von 300, 325, 400, 403, 500, 593, 625, 643, 836 und in einem Ausnahmefalle 912 Mark. Dagegen betrug das Jahreseinkommen der

Arbeiter in einer Dresdener Schuhfabrik für den Zwicker 766, Absatzbauer 742, Näher 885 und Ausputzer 813 Mark. In gleicher Weise schildert Francke die Lohnverhältnisse in Handwerk und Fabrik in Bayern.

Schöne, der vom Befähigungsnachweis für die Kundenarbeit eine Befestigung des Handwerks, ja sogar eine Förderung des allgemeinen Wohls erwartet und damit auch der Sozialdemokratie entgegenwirken zu können glaubt, meint, daß das Handwerk ja gar nicht mit der Großindustrie zu konkurriren gedenkt. Diese erzeuge Schuhwaaren nach der Schablone, während der Handwerker Schuhe mache für entstellte und kranke Füße, ferner Spezialitäten und Luxusartikel und endlich Reparaturen besorge. Den Einwand, daß die große Masse die theure Kundenarbeit nicht bezahlen könne, da sie immer mehr verarme, nennt Schöne eine unerwiesene Hypothese und er hält sogar das Gegentheil für richtig. So gelangt er dazu, an die Zukunft des Handwerks zu glauben.

Im Gegensatz zu Schöne nennt Francke den Befähigungsnachweis ein verlebtes Hilfsmittel des Polizeistaats, das Betrieben mit rückständiger Technik gegenüber besteingerichteten Großbetrieben keinen Schutz gewähren könne. Aber ebenso wenig hält er die Genossenschaften im Sinne Schultze-Delitzsch's für geeignet zur Rettung des Handwerks. Und auch die Hoffnungen auf die Kleinmotoren und Aehnliches scheinen ihm aussichtslos zu sein zur Erhaltung des Handwerks, das mit der Einführung jener Maschinen übrigens zur Großindustrie überginge. Berufsbildung, Kampf gegen die Lehrlingszüchterei und die Schmutzkonkurrenz sind für Francke sympathische Erscheinungen, aber er ist sich vollständig darüber klar, daß sie gegen das siegreiche Vordringen der Großindustrie nicht zu schützen vermögen. Ueber das dem handwerksmäßigen Kleinbetrieb für die Zukunft verbleibende Arbeitsgebiet ist Francke mit Schöne insofern einig, als auch er auf das Luxusbedürfniß der oberen Zehntausend hinweist, und ferner auf die Beschuhung von Krüppelfüßen, wobei er aber die Versuche der Fabriken erwähnt, auch diesem Bedürfniß zu genügen; sodann erwartet er, daß mancher Handwerksmeister den jetzt schon begonnenen Uebergang zum Schuhwaarenhändler vollziehen, und endlich ist er der Meinung, daß sich, wie dies in Nordamerika schon der Fall ist, ein förmliches Gewerbe von Flickschustern herausbilden wird. In diesem Rahmen der Zukunft erscheint das Handwerk aber nicht neu befestigt, sondern an Zahl und Bedeutung sehr eingeschränkt.

Francke ist von dem Siege der Schuhwaarenfabrikation über den Kleinbetrieb überzeugt und findet diesen Sieg auch sehr wünschenswerth angesichts der wirthschaftlichen Nothlage des Handwerks und seiner Gehilfen. Es wurde bereits durch den Hinweis auf die Arbeitslöhne gezeigt, daß der Fabrikschuhmacher besser daran ist, als sein Kollege im Kleinbetrieb. Dasselbe ist der Fall mit der Arbeitszeit. In den Fabriken herrscht zehn- und elfstündige Arbeitszeit, eine solche von zwölf Stunden dürfte wohl nur Ausnahme sein. Im Kleinbetrieb dagegen ist die zwölfstündige Arbeitszeit sehr häufig und kommt nicht selten eine solche von dreizehn, vierzehn und noch mehr Stunden vor. Die Sonntagsarbeit ist im Handwerk Regel, in der Fabrik Ausnahme. Die Arbeits- und Unterkunftsräume im Handwerk spotten oft aller hygienischen Grundsätze, während es in den Fabriken, die von den Gewerbeinspektoren revidirt werden, in diesem Punkte zweifellos besser steht.

Es soll damit freilich nicht gesagt sein, daß in den Schuhfabriken befriedigende Zustände herrschen. Indem aber mit der weiteren Entwicklung der Großindustrie sich ihr auch immer mehr Kapital zuwendet und sie kapitalkräftiger wird, können die Arbeiter unausgesetzt auf Verbesserungen des ganzen

Arbeitsverhältnisses durch Vereinbarungen wie auch durch die Gesetzgebung bringen, während in beiden Richtungen bei dem verarmten Handwerk nichts oder nicht viel mehr zu erwarten ist. Unter diesen Umständen zwingt die Arbeiter ihr eigenes Interesse, für den wirthschaftlichen Fortschritt sich zu entscheiden.

Francke verlangt zum Schlusse seiner interessanten Schrift von der Regierungspolitik, daß sie sich auf den Boden der Entwicklung stelle und den natürlichen Gang der Dinge nicht zu meistern versuche. Er verlangt eine ausgiebige Arbeiterschutz-Gesetzgebung, namentlich auch gegenüber der Hausindustrie, ferner volle, thatsächliche Koalitions- und Versammlungsfreiheit und eine Wirthschaftspolitik, welche die Kaufkraft der Massen für Industrieprodukte und ihre ganze Lebenshaltung zu heben vermag.

Literarische Rundschau.

L'Ere nouvelle. Monatsschrift. Paris, 33 Rue des Ecoles. 1,50 Francs pro Nummer.

Seit dem 1. Juli 1893 erscheint in Paris eine neue sozialistische Zeitschrift, „L'Ere nouvelle", welche durchaus auf dem Boden der modernen wissenschaftlichen Anschauung steht, wie sie von Marx-Engels begründet worden ist. „L'Ere nouvelle" unterscheidet sich dadurch — und unseres Erachtens sehr zu ihrem Vortheil — von der von Malon ins Leben gerufenen „Revue socialiste", in welcher ein farbloser, dafür aber um so gefühlsreicherer Eklektizismus herrscht.

Der Charakter der „Revue socialiste" erklärt sich ja zum Theil durch die Individualität ihres Begründers, mehr aber noch aus der Zersplitterung des sozialistischen Parteilebens in Frankreich, durch die Buntscheckigkeit der sozialistischen Schulen und Schulchen, welche nebeneinander und leider nur zu oft gegeneinander existiren. Die „Revue socialiste" wollte offenbar durch ihren Eklektizismus versöhnend wirken. Ihre Seiten sollten gleichsam ein neutrales Terrain sein, auf dem sich die Sozialisten aller Schattirungen die Hände reichten, friedlich neben- und miteinander schafften. Aber im politischen Parteileben ist eine derartige Neutralität ein Ding der Unmöglichkeit. Hier gilt es Farbe bekennen, hier heißt es, wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Ein sozialpolitisches Organ, welches in olympischer Erhabenheit in den Wolken einer mit ihrer Philosophie, ihrer Wissenschaftlichkeit sich brüstenden Gerechtigkeitsmeierei thront, das Allem und Allen Rechnung tragen, wie eine Biene aus allen Blüthen Honig saugen will, das verurtheilt sich selbst im Kampfe der Parteien zur Unfruchtbarkeit. Der Eklektizismus führt zur Entmannung. Die „Revue socialiste" hatte alle sozialistischen Schulen versöhnen wollen, sie ließ alle gleicherweise unbefriedigt. Sie wollte sich in ihrer Haltung durch „keine enge Schulmeinung" beschränken lassen, aber sie verlor in der Folge jene Prinzipienfestigkeit, welche die unentbehrliche Grundlage jeder zielbewußten Taktik einer politischen Bewegung ist.

So ist es leicht erklärlich, daß die „Revue socialiste" ohne Einfluß auf die Entwicklung und innere Ausgestaltung der sozialistischen Bewegung in Frankreich geblieben ist. Wohl hat sie im Einzelnen gar manches Schätzenswerthe geboten, aber sie war nie das geistig führende und leitende Organ der Bewegung. Ihr Wirken hat nicht zur Klärung, nicht zur Vertiefung des französischen Parteilebens geführt. In keiner Frage von Bedeutung, in keiner schwierigen Situation konnten die im Kampfe stehenden Parteigenossen zu ihr emporblicken als zu ihrem Polarstern. Je mehr die sozialistische Bewegung Frankreichs den Charakter der philosophischen Sektirerei abstreifte, je entschiedener sich einzelne sozialistische Schulen zu politischen Parteien entwickelten, um so weniger konnte die „Revue socialiste" in ihrem Eklekti-

zismus der Aufgabe genügen, welche dem wissenschaftlichen Organ einer Bewegung zufällt, um so mehr verlor sie an Boden unter den kämpfenden Parteigenossen aller Schulen. Durch ihren Eklektizismus gewann sie dagegen Einfluß und Gefolgschaft in den bürgerlichen Kreisen, welche unter dem Drucke des Gefühls: „Es sind viel Dinge faul im Staate Dänemark" mehr oder weniger offen mit dem Sozialismus sympathisiren, diese und jene seiner Forderungen gelten lassen. Sie, denen es im Allgemeinen an Logik oder Muth gebricht, sich unumwunden zu dem konsequenten Sozialismus der marxistischen Schule zu bekennen und in Reih und Glied der kämpfenden sozialistischen Parteien zu treten, fanden in der „Revue socialiste", was sie bedurften, um sich mit sich selbst abzufinden, um ein Kompromiß herzustellen zwischen ihrer Kritik der bestehenden Gesellschaft und ihren hunderterlei Vorbehalten einem entschieden sozialistischen Programm gegenüber. Der „relativistische Sozialismus", der „integrale Sozialismus" der „Revue socialiste" war diesen Elementen gerade mundgerecht. Es paßte vortrefflich zu ihrem Abscheu vor einer „intoleranten, orthodoxen Schulmeinung", daß diese Revue den Begriff Sozialismus im weitesten Sinne faßte, daß sie aus den nichtssagendsten Reformchen noch ein Tröpfchen sozialistischen Inhalts herausdestillirte, daß sie einen weichen, süßen, „toleranten" Sozialismus predigte, welcher bei jeder Gelegenheit an Stelle des Klassenkampfes das Attentat auf die Thränendrüsen der Besitzenden setzte, an Stelle der mannhaften Empörung von unten das rührselige, herablassende Mitleid von oben. Die „Revue socialiste" ist, streng genommen, heute das Organ der Sozialistenfreunde und Sozialistengenossen vom Schlage unserer deutschen Ethiker.

Die hier gestreiften Umstände erklären, daß in Frankreich, dessen sozialistische Bewegung sich doch an Umfang und Kraft keineswegs mit dem deutschen Parteileben messen kann, das Erscheinen einer zweiten wissenschaftlichen sozialistischen Zeitschrift möglich war, ja daß es zur Nothwendigkeit wurde. Diese Umstände erklären aber auch gleichzeitig, von welcher Bedeutung für die Klärung und Vertiefung des französischen Parteilebens das Vorhandensein einer Zeitschrift ist, welche als Ganzes genommen streng auf dem Boden des modernen wissenschaftlichen Sozialismus steht.

Nicht als ob die „Ere nouvelle" untolerant ihre Spalten Jedem verschlösse, der sich nicht zur materialistischen Geschichtsauffassung bekennt oder der sich nicht auf das Programm und die Taktik der französischen „Arbeiterpartei" (Marxisten) eingeschworen hat. Wir finden unter ihren ständigen Mitarbeitern die Namen von Männern, wie Millerand, J. B. Clément, Longuet, Huysmans, Jaclard, Rubanowitsch ꝛc., von denen weder das Eine, noch das Andere gilt. Aber der weitaus größte Theil des Redaktionsstabs und der Mitarbeiter der Zeitschrift besteht aus entschiedenen Vertretern des modernen Sozialismus in Frankreich und im Auslande. Die Mitarbeiterschaft von Engels, Guesde, Lafargue, Deville, Plechanoff, Adler, Bebel, Kautsky, Gherea, Bonnier ꝛc. wird der „Ere nouvelle" ihren Charakter geben. So wird die Zeitschrift bei aller Freiheit der Meinung und Forschung für ihre einzelnen Mitarbeiter als Ganzes genommen ein streng marxistisches Organ sein. Sie soll und will es sein, wie aus der Prinzipienerklärung der Redaktion hervorgeht. Die Thatsache ist bedeutsam, sie spricht dafür, daß die marxistische Auffassung unter den französischen Sozialisten an Einfluß bedeutend gewonnen hat, daß sie in immer weiteren Kreisen festen Fuß faßt. In frischer, wagemuthiger Kampfeslust erklärt Diamandy im Namen der Redaktion: „Auf philosophischem und soziologischem Gebiete sind wir entschieden Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung und Kollektivisten. Wir werden Alles aufbieten, damit unsere Ideen in das Publikum dringen. . . . Unsere Haltung wird uns Vielen höchlich antipathisch machen, sie wird veranlassen, daß man über Zäsarismus, Despotismus und Diktatur zetert. Schwachköpfe werden uns ‚Sektirer' nachrufen, wie Feiglinge ‚der Wolf! der Wolf!' schreien. Wenn es den Sektirer ausmachen soll, daß man eine tiefinnerliche Ueberzeugung besitzt, welche man gegen Alle vertheidigt, und daß man den Sieg seiner Sache herbeiführen will, indem man Alles von ihr fern hält,

Ein recht empfindlicher Mangel, an dem jedoch die Verfasser unschuldig sind, macht sich in beiden Schriften bemerkbar, nämlich der Mangel neuerer reichsstatistischer Daten. Noch immer muß sich der Sozialpolitiker mit den Zahlen der Berufsstatistik von 1882 behelfen, die namentlich in Bezug auf das seitdem eingetretene Verhältniß zwischen Handwerk und Großindustrie nur untergeordneten Werth noch haben, für einen Vergleich mit neueren Zahlen aber freilich großen Werth hätten.

Nach der Berufszählung von 1882 gab es im Deutschen Reiche 404 278 im Schuhmachergewerbe thätige Personen, wovon 245 600 Betriebsinhaber und 158 678 Gehilfen und Lehrlinge bei einer Bevölkerungszahl von 45 720 550. Im Jahre 1875 waren bei einer Bevölkerungszahl von 42 727 360 in der Schuhmacherei 374 203 Personen beschäftigt. Auf je 10 000 Einwohner entfielen 1875 88 und 1882 89 in der Schuhmacherei thätige Personen. An dem kleinen Wachsthum der Schuhmacherbevölkerung partizipiren jedoch nicht die Betriebsinhaber, welche im Gegentheil von 58 auf 54 auf je 10 000 Einwohner zurückgegangen sind, sondern die Gehilfen, die gegenüber der gleichen Einwohnerzahl von 30 auf 35 sich vermehrten.

Von den 1882 gezählten 247 779 Hauptbetrieben waren nicht weniger als 163 182 Alleinbetriebe (ohne Gehilfen) = 65,9 Prozent. Einigermaßen verbreitet ist daneben nur noch der mit einer Hilfskraft arbeitende Betrieb, während die Zahl der zwei und mehr Gehilfen beschäftigenden Betriebe eine sehr geringe ist. „Bedenkt man", sagt Schöne, „daß je nach dem Orte erst bei 2, 3 oder 4 Gehilfen der Betrieb anfängt, seinem Inhaber ein sorgenfreieres Dasein zu gewähren, so wird die Schuhmacherei den Gewerben beigezählt werden müssen, deren Angehörige die wenig bemittelten Gesellschaftsschichten bilden helfen."

Leider läßt das vorhandene statistische Material eine umfassende Vergleichung der Größenbewegung der einzelnen Betriebsgruppen von einer Gewerbezählung zur anderen nicht durchführen. Nur für Bayern und Oldenburg ist eine solche Zusammenstellung möglich und ergiebt dieselbe folgendes Bild.

		Anzahl aller Betriebe	Betriebe mit keinem Gehilfen	Betriebe mit 1—5 Gehilfen	Betriebe mit über 5 Gehilfen
Bayern	1875	30 759	19 172	11 459	128
„	1882	31 582	21 343	10 100	139
Oldenburg	1875	1 728	1 133	590	5
„	1882	1 798	1 025	767	6

In Sachsen gab es 1882 11 792 Alleinbetriebe, 3448 Betriebe mit je 1 Hilfsperson, 2378 mit je 2 bis 4, 129 mit je 5 und 164 Betriebe mit über 5 Hilfspersonen.

Die Statistik der Betriebe mit mehr als 5 Arbeitern zeigt folgende Entwicklung von 1875 bis 1882:

	Zahl der Betriebe mit 6 bis 10 Hilfspersonen		11 bis 50		51 bis 200		201 bis 1000		Durchschnittlich in 1 Betriebe besch. Personen	
	1875	1882	1875	1882	1875	1882	1875	1882	1875	1882
Preußen	625	900	190	265	11	24	—	2	11	13
Bayern	92	75	33	45	3	19	—	—	12	22
Sachsen	113	105	35	52	2	7	1	—	13	15
Württemberg	45	59	25	23	—	2	—	—	11	13
Baden	35	23	7	6	1	5	—	—	11	18
Deutsches Reich	1030	1319	348	449	30	68	1	3	12	14

in Bayern. Ein Beitrag zur Kenntniß unserer gewerblichen Betriebsformen von Dr. Ernst Francke. Stuttgart 1893. Verlag der Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger.

Oldenburg zeigt nach der ersteren Tabelle einen außergewöhnlichen Entwicklungsgang, der für das Handwerk sehr günstig ist. Dagegen zeigt Bayern die entgegengesetzte Entwicklungstendenz in der Verringerung des Umfangs der Kleinbetriebe und gleichzeitiger Vermehrung der Alleinbetriebe.

Die Ursache des Rückgangs des Handwerks liegt in der Entstehung und Entwicklung der Großindustrie, die, wie die zweite Tabelle zeigt, in der Periode von 1875 bis 1882 sich wesentlich erweiterte. Trotzdem kann man sagen, daß im Jahre 1882 die Schuhfabrikation in Deutschland noch im Anfangsstadium sich befand und daß sie seitdem bedeutende Fortschritte gemacht hat. Welchen Umfang heute der Großbetrieb in der Schuhmacherei in Deutschland hat, läßt sich ahnen, wenn man die Zahlen liest, welche Francke von der Berufsgenossenschaft der Bekleidungsindustrie erhalten hat. Darnach gab es in Bayern versicherungspflichtige Betriebe der Schuhindustrie:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
1875	128	1610	1889	125	5465
1882	139	3095	1890	148	5978
1886	105	3752	1891	157	6350
1887	104	4062	1892	175	6054
1888	118	5042			

Die Differenz in den Betriebszahlen von 1882 und 1886 dürfte in der verschiedenen Auffassung des Großbetriebs liegen. Bei der Berufszählung von 1882 galt jeder Betrieb mit mehr als 5 Arbeitern als Großbetrieb; mancher dieser Betriebe dürfte aber außer der Wirksamkeit des Unfallversicherungsgesetzes stehen. Im ganzen Deutschen Reiche waren 1882 ca. 20 000 Personen in den Schuhfabriken beschäftigt; wenn die Großindustrie allenthalben den gleichen Aufschwung erfahren hat, wie in Bayern, so wären heute in den deutschen Schuhfabriken etwa 33 000 bis 34 000 Personen beschäftigt. Zu den direkt in den Fabriken beschäftigten Arbeitern kommt aber noch eine größere Zahl hausindustrieller Arbeiter; man zählte deren 1882 18 774, wovon ein großer Theil für Fabriken arbeitet.

Dem Aufschwung der Schuh-Großindustrie dürfte ein weiterer Rückgang des Schuhmacherhandwerks auf der anderen Seite entsprechen; aber nicht ein Rückgang der Zahl der Kleinbetriebe — diese ist wahrscheinlich gewachsen — sondern eine Einbuße seiner wirthschaftlichen Bedeutung durch fortschreitende Verarmung, die ihren Ausdruck im Verschwinden der Mittelbetriebe, in der Vermehrung der Alleinbetriebe und Nebenbetriebe findet.

Die Ursachen dieser Veränderungen in der Schuhindustrie sind dieselben, welche das ganze wirthschaftliche Leben von Grund aus erschüttert und verändert haben und die in den Umwälzungen zu erblicken sind, welche Verkehr und Technik erfahren haben. „Diese Revolution durchbrach mit Naturnothwendigkeit die engen Schranken", sagt Francke, „in die das Zunftwesen oder ein bureaukratisches Konzessionssystem die Gewerbe gepfercht hatte. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind unausbleibliche, logische Konsequenzen des Umschwungs im Verkehr und erst dieser letztere konnte auch die Neugestaltung der Produktion vermittels technischer Erfindungen zur Entwicklung und vollen Reife bringen. Was hätte es der Großindustrie in der Schuhmacherei genutzt, wenn die vollkommensten Maschinen die Herstellung billiger und guter Massenartikel ermöglicht hätten und nun wären diese Massen in den Magazinen gelegen und vermodert, da keine Eisenbahnen und Dampfschiffe sie in jene Länder bringen konnten, deren Bevölkerung Begehr

nach Schuhzeug hatte, während die Standorte jener Großinduſtrie mit ihrem Verbrauch natürlich nicht entfernt an die Produktion heranreichten."

Die techniſche Umwälzung in der Schuhmacherei begann mit der bereits Ende der vierziger Jahre aus Amerika nach Deutſchland eingeführten Nähmaſchine. Vorausgegangen war derſelben eine Erfindung, die Sohlen mit Metallſtiften und in den dreißiger Jahren die weitere Erfindung, die Sohlen mit Holznägeln zu befeſtigen. Letztere Methode fand die weiteſte Verbreitung und bedeutete eine große Erleichterung der bis dahin ausſchließlich geübten Arbeitsweiſe des Nähens. Die Nähmaſchine bedeutete eine große Erleichterung und Zeiterſparniß in der Herſtellung der Schuhe, die bis zu jenem Zeitpunkt ausſchließlich mit der Hand zuſammengenäht worden waren. Eine baldige Folge der Anwendung der Nähmaſchine war die Entſtehung eines neuen Gewerbezweiges, nämlich der Schäfteinduſtrie, die heute zum großen Theil das Kleingewerbe mit fertigen Schäften verſorgt. Ebenſo ſind in der Fabrik Schäfte-Erzeugung und Bodenarbeit zwei vollſtändig getrennte Arbeitszweige. Zahlreiche Erfindungen weiterer Maſchinen für die Schuhmacherei folgten; ſo ſolche zum Bügeln, Walken, zum Nageln mit Holz- und Metallſtiften, zum Aufſchrauben, zum Durchnähen, Wenden und Einſtechen, zum Gelbdoppeln, Stanzen, Walzen, Fräſen der Abſätze und der Sohlenſchnitte, zum Ausputzen u. ſ. w. Neueſtens ſcheint auch das Problem der Zwickmaſchine gelöſt zu ſein.

Eine moderne Schuhfabrik iſt ein wahres Arſenal von Arbeitsmaſchinen. Die Arbeitstheilung iſt ſoweit vorgeſchritten, daß bei der Schäfteherſtellung mindeſtens ein halbes Dutzend ſelbſtändige Arbeitsverrichtungen vorkommt und bei der Bodenarbeit die Zahl derſelben das Dutzend erreicht. Schöne führt in einem Lohntarif einer Schuhfabrik Lohnſätze für 9 verſchiedene Arbeiten in der Schäfte-Erzeugung und für 19 diverſe Verrichtungen in der Bodenarbeit an. Darnach ſtellt ſich der Geſammt-Arbeitslohn für 10 Paar Schäfte auf 3,36 Mark und für 10 Paar Böden auf 5,73 Mark, pro Paar 91 Pfennig.

Während bei langer Arbeitszeit die Anfertigung eines Paares Schuhe die Tagesleiſtung des Handarbeiters iſt, beträgt dieſelbe in der modernen Schuhfabrik 8 bis 10 Paar pro Arbeiter. Francke erzählt in ſeiner Schrift, daß ein Schuhfabrikant in Pirmaſens vor ſeinen Augen ein Paar derbe Männer-Bottinen mit Gummizügen vom Zuſchneiden bis zum Einſchlagen der Fabrikmarke auf die Sohle in einer halben Stunde fertigſtellen ließ. Angeſichts der fortwährenden techniſchen Verbeſſerungen und Neuerungen iſt die Grenze der Leiſtungsfähigkeit der mechaniſchen Schuhfabrik wohl noch lange nicht erreicht.

Hält man zu den techniſchen Vortheilen des mechaniſchen Fabrikbetriebs noch die wirthſchaftlichen Vortheile des Großbetriebs hinzu, die aus der Anſchaffung der Rohſtoffe im Großen erwachſen, ferner die Vortheile der aus der Arbeitstheilung entſpringenden niedrigen Entlohnung, die der Geringfügigkeit der allgemeinen Produktionskoſten, die bei der Maſſenproduktion auf das einzelne Paar entfallen, ſo erhellt, daß der Kleinbetrieb unmöglich mit der Großinduſtrie konkurriren kann. Wo hier Vortheile, ſind dort Nachtheile, was hier rationell, iſt dort unrationell: die Arbeitsmethode, der Rohſtoffeinkauf, die allgemeinen Betriebsunkoſten und der Geſchäftsgewinn. Der Arbeitslohn für das einzelne Paar iſt im Handwerk viel höher, als in der Fabrik und trotzdem verdienen die Schuhmacher in den Fabriken mehr als im Kleingewerbe. Schöne konſtatirte in Dresden auf Grund von Lohnbüchern, daß Handwerksgehilfen ein Jahreseinkommen hatten von 300, 325, 400, 403, 500, 593, 625, 643, 836 und in einem Ausnahmefalle 912 Mark. Dagegen betrug das Jahreseinkommen der

Arbeiter in einer Dresdener Schuhfabrik für den Zwicker 766, Absatzbauer 742, Näher 885 und Ausputzer 813 Mark. In gleicher Weise schildert Francke die Lohnverhältnisse in Handwerk und Fabrik in Bayern.

Schöne, der vom Befähigungsnachweis für die Kundenarbeit eine Befestigung des Handwerks, ja sogar eine Förderung des allgemeinen Wohls erwartet und damit auch der Sozialdemokratie entgegenwirken zu können glaubt, meint, daß das Handwerk ja gar nicht mit der Großindustrie zu konkurriren gedenkt. Diese erzeuge Schuhwaaren nach der Schablone, während der Handwerker Schuhe mache für entstellte und kranke Füße, ferner Spezialitäten und Luxusartikel und endlich Reparaturen besorge. Den Einwand, daß die große Masse die theure Kundenarbeit nicht bezahlen könne, da sie immer mehr verarme, nennt Schöne eine unerwiesene Hypothese und er hält sogar das Gegentheil für richtig. So gelangt er dazu, an die Zukunft des Handwerks zu glauben.

Im Gegensatz zu Schöne nennt Francke den Befähigungsnachweis ein verlebtes Hilfsmittel des Polizeistaats, das Betrieben mit rückständiger Technik gegenüber besteingerichteten Großbetrieben keinen Schutz gewähren könne. Aber ebenso wenig hält er die Genossenschaften im Sinne Schultze-Delitzsch's für geeignet zur Rettung des Handwerks. Und auch die Hoffnungen auf die Kleinmotoren und Aehnliches scheinen ihm aussichtslos zu sein zur Erhaltung des Handwerks, das mit der Einführung jener Maschinen übrigens zur Großindustrie überginge. Berufsbildung, Kampf gegen die Lehrlingszüchterei und die Schmutzkonkurrenz sind für Francke sympathische Erscheinungen, aber er ist sich vollständig darüber klar, daß sie gegen das siegreiche Vordringen der Großindustrie nicht zu schützen vermögen. Ueber das dem handwerksmäßigen Kleinbetrieb für die Zukunft verbleibende Arbeitsgebiet ist Francke mit Schöne insofern einig, als auch er auf das Luxusbedürfniß der oberen Zehntausend hinweist, und ferner auf die Beschuhung von Krüppelfüßen, wobei er aber die Versuche der Fabriken erwähnt, auch diesem Bedürfniß zu genügen; sodann erwartet er, daß mancher Handwerksmeister den jetzt schon begonnenen Uebergang zum Schuhwaarenhändler vollziehen, und endlich ist er der Meinung, daß sich, wie dies in Nordamerika schon der Fall ist, ein förmliches Gewerbe von Flickschustern herausbilden wird. In diesem Rahmen der Zukunft erscheint das Handwerk aber nicht neu befestigt, sondern an Zahl und Bedeutung sehr eingeschränkt.

Francke ist von dem Siege der Schuhwaarenfabrikation über den Kleinbetrieb überzeugt und findet diesen Sieg auch sehr wünschenswerth angesichts der wirthschaftlichen Nothlage des Handwerks und seiner Gehilfen. Es wurde bereits durch den Hinweis auf die Arbeitslöhne gezeigt, daß der Fabrikschuhmacher besser daran ist, als sein Kollege im Kleinbetrieb. Dasselbe ist der Fall mit der Arbeitszeit. In den Fabriken herrscht zehn- und elfstündige Arbeitszeit, eine solche von zwölf Stunden dürfte wohl nur Ausnahme sein. Im Kleinbetrieb dagegen ist die zwölfstündige Arbeitszeit sehr häufig und kommt nicht selten eine solche von dreizehn, vierzehn und noch mehr Stunden vor. Die Sonntagsarbeit ist im Handwerk Regel, in der Fabrik Ausnahme. Die Arbeits- und Unterkunftsräume im Handwerk spotten oft aller hygienischen Grundsätze, während es in den Fabriken, die von den Gewerbeinspektoren revidirt werden, in diesem Punkte zweifellos besser steht.

Es soll damit freilich nicht gesagt sein, daß in den Schuhfabriken befriedigende Zustände herrschen. Indem aber mit der weiteren Entwicklung der Großindustrie sich ihr auch immer mehr Kapital zuwendet und sie kapitalkräftiger wird, können die Arbeiter unausgesetzt auf Verbesserungen des ganzen

Arbeitsverhältnisses durch Vereinbarungen wie auch durch die Gesetzgebung bringen, während in beiden Richtungen bei dem verarmten Handwerk nichts oder nicht viel mehr zu erwarten ist. Unter diesen Umständen zwingt die Arbeiter ihr eigenes Interesse, für den wirthschaftlichen Fortschritt sich zu entscheiden.

Francke verlangt zum Schlusse seiner interessanten Schrift von der Regierungspolitik, daß sie sich auf den Boden der Entwicklung stelle und den natürlichen Gang der Dinge nicht zu meistern versuche. Er verlangt eine ausgiebige Arbeiterschutz-Gesetzgebung, namentlich auch gegenüber der Hausindustrie, ferner volle, thatsächliche Koalitions- und Versammlungsfreiheit und eine Wirthschaftspolitik, welche die Kaufkraft der Massen für Industrieprodukte und ihre ganze Lebenshaltung zu heben vermag.

Literarische Rundschau.

L'Ere nouvelle. Monatsschrift. Paris, 33 Rue des Ecoles. 1,50 Francs pro Nummer.

Seit dem 1. Juli 1893 erscheint in Paris eine neue sozialistische Zeitschrift, „L'Ere nouvelle", welche durchaus auf dem Boden der modernen wissenschaftlichen Anschauung steht, wie sie von Marx-Engels begründet worden ist. „L'Ere nouvelle" unterscheidet sich dadurch — und unseres Erachtens sehr zu ihrem Vortheil — von der von Malon ins Leben gerufenen „Revue socialiste", in welcher ein farbloser, dafür aber um so gefühlsreicherer Eklektizismus herrscht.

Der Charakter der „Revue socialiste" erklärt sich ja zum Theil durch die Individualität ihres Begründers, mehr aber noch aus der Zersplitterung des sozialistischen Parteilebens in Frankreich, durch die Buntscheckigkeit der sozialistischen Schulen und Schulchen, welche nebeneinander und leider nur zu oft gegeneinander existiren. Die „Revue socialiste" wollte offenbar durch ihren Eklektizismus versöhnend wirken. Ihre Seiten sollten gleichsam ein neutrales Terrain sein, auf dem sich die Sozialisten aller Schattirungen die Hände reichten, friedlich neben- und miteinander schafften. Aber im politischen Parteileben ist eine derartige Neutralität ein Ding der Unmöglichkeit. Hier gilt es Farbe bekennen, hier heißt es, wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Ein sozialpolitisches Organ, welches in olympischer Erhabenheit in den Wolken einer mit ihrer Philosophie, ihrer Wissenschaftlichkeit sich brüstenden Gerechtigkeitsmeierei thront, das Allem und Allen Rechnung tragen, wie eine Biene aus allen Blüthen Honig saugen will, das verurtheilt sich selbst im Kampfe der Parteien zur Unfruchtbarkeit. Der Eklektizismus führt zur Entmannung. Die „Revue socialiste" hatte alle sozialistischen Schulen versöhnen wollen, sie ließ alle gleicherweise unbefriedigt. Sie wollte sich in ihrer Haltung durch „keine enge Schulmeinung" beschränken lassen, aber sie verlor in der Folge jene Prinzipienfestigkeit, welche die unentbehrliche Grundlage jeder zielbewußten Taktik einer politischen Bewegung ist.

So ist es leicht erklärlich, daß die „Revue socialiste" ohne Einfluß auf die Entwicklung und innere Ausgestaltung der sozialistischen Bewegung in Frankreich geblieben ist. Wohl hat sie im Einzelnen gar manches Schätzenswerthe geboten, aber sie war nie das geistig führende und leitende Organ der Bewegung. Ihr Wirken hat nicht zur Klärung, nicht zur Vertiefung des französischen Parteilebens geführt. In keiner Frage von Bedeutung, in keiner schwierigen Situation konnten die im Kampfe stehenden Parteigenossen zu ihr emporblicken als zu ihrem Polarstern. Je mehr die sozialistische Bewegung Frankreichs den Charakter der philosophischen Sektirerei abstreifte, je entschiedener sich einzelne sozialistische Schulen zu politischen Parteien entwickelten, um so weniger konnte die „Revue socialiste" in ihrem Eklekti-

zismus der Aufgabe genügen, welche dem wissenschaftlichen Organ einer Bewegung zufällt, um so mehr verlor sie an Boden unter den kämpfenden Parteigenossen aller Schulen. Durch ihren Eklektizismus gewann sie dagegen Einfluß und Gefolgschaft in den bürgerlichen Kreisen, welche unter dem Drucke des Gefühls: „Es sind viel Dinge faul im Staate Dänemark" mehr oder weniger offen mit dem Sozialismus sympathisiren, diese und jene seiner Forderungen gelten lassen. Sie, denen es im Allgemeinen an Logik oder Muth gebricht, sich unumwunden zu dem konsequenten Sozialismus der marxistischen Schule zu bekennen und in Reih und Glied der kämpfenden sozialistischen Parteien zu treten, fanden in der „Revue socialiste", was sie bedurften, um sich mit sich selbst abzufinden, um ein Kompromiß herzustellen zwischen ihrer Kritik der bestehenden Gesellschaft und ihren hunderterlei Vorbehalten einem entschieden sozialistischen Programm gegenüber. Der „relativistische Sozialismus", der „integrale Sozialismus" der „Revue socialiste" war diesen Elementen gerade mundgerecht. Es paßte vortrefflich zu ihrem Abscheu vor einer „intoleranten, orthodoxen Schulmeinung", daß diese Revue den Begriff Sozialismus im weitesten Sinne faßte, daß sie aus den nichtssagendsten Reformchen noch ein Tröpfchen sozialistischen Inhalts herausdestillirte, daß sie einen weichen, süßen, „toleranten" Sozialismus predigte, welcher bei jeder Gelegenheit an Stelle des Klassenkampfes das Attentat auf die Thränendrüsen der Besitzenden setzte, an Stelle der mannhaften Empörung von unten das rührselige, herablassende Mitleid von oben. Die „Revue socialiste" ist, streng genommen, heute das Organ der Sozialistenfreunde und Sozialistengenossen vom Schlage unserer deutschen Ethiker.

Die hier gestreiften Umstände erklären, daß in Frankreich, dessen sozialistische Bewegung sich doch an Umfang und Kraft keineswegs mit dem deutschen Parteileben messen kann, das Erscheinen einer zweiten wissenschaftlichen sozialistischen Zeitschrift möglich war, ja daß es zur Nothwendigkeit wurde. Diese Umstände erklären aber auch gleichzeitig, von welcher Bedeutung für die Klärung und Vertiefung des französischen Parteilebens das Vorhandensein einer Zeitschrift ist, welche als Ganzes genommen streng auf dem Boden des modernen wissenschaftlichen Sozialismus steht.

Nicht als ob die „Ere nouvelle" untolerant ihre Spalten Jedem verschlösse, der sich nicht zur materialistischen Geschichtsauffassung bekennt oder der sich nicht auf das Programm und die Taktik der französischen „Arbeiterpartei" (Marxisten) eingeschworen hat. Wir finden unter ihren ständigen Mitarbeitern die Namen von Männern, wie Millerand, J. B. Clément, Longuet, Huysmans, Jaclard, Rubanowitsch ꝛc., von denen weder das Eine, noch das Andere gilt. Aber der weitaus größte Theil des Redaktionsstabs und der Mitarbeiter der Zeitschrift besteht aus entschiedenen Vertretern des modernen Sozialismus in Frankreich und im Auslande. Die Mitarbeiterschaft von Engels, Guesde, Lafargue, Deville, Plechanoff, Adler, Bebel, Kautsky, Gherea, Bonnier ꝛc. wird der „Ere nouvelle" ihren Charakter geben. So wird die Zeitschrift bei aller Freiheit der Meinung und Forschung für ihre einzelnen Mitarbeiter als Ganzes genommen ein streng marxistisches Organ sein. Sie soll und will es sein, wie aus der Prinzipienerklärung der Redaktion hervorgeht. Die Thatsache ist bedeutsam, sie spricht dafür, daß die marxistische Auffassung unter den französischen Sozialisten an Einfluß bedeutend gewonnen hat, daß sie in immer weiteren Kreisen festen Fuß faßt. In frischer, wagemuthiger Kampfeslust erklärt Diamandy im Namen der Redaktion: „Auf philosophischem und soziologischem Gebiete sind wir entschieden Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung und Kollektivisten. Wir werden Alles aufbieten, damit unsere Ideen in das Publikum dringen. . . . Unsere Haltung wird uns Vielen höchlich antipathisch machen, sie wird veranlassen, daß man über Zäsarismus, Despotismus und Diktatur zetert. Schwachköpfe werden uns ‚Sektirer' nachrufen, wie Feiglinge ‚der Wolf! der Wolf!' schreien. Wenn es den Sektirer ausmachen soll, daß man eine tiefinnerliche Ueberzeugung besitzt, welche man gegen Alle vertheidigt, und daß man den Sieg seiner Sache herbeiführen will, indem man Alles von ihr fern hält,

was sie farblos machen könnte, nun gut, dann bin ich ein Sektirer, und ich freue mich, es zu sein."

Die „Ere nouvelle" wird u. A. auch der schönen Literatur besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Auch auf diesem Gebiete will sie durch ihre Kritik die materialistische Geschichtsauffassung zur Geltung bringen. Der fruchtbaren Anregung, welche die französische Romanliteratur in den letzten Jahrzehnten besonders durch Taine, Zola und Hennequin erhalten hat, soll dadurch ein neues Element zugefügt werden. Außer dem Einfluß des natürlichen Milieus (Taine), den Gesetzen der Physiologie (Zola) und Psychologie (Hennequin) soll auch der Einfluß des sozialen Milieus auf den Menschen zu seinem vollen Recht gelangen. — Einen Charakterzug der „Ere nouvelle" wollen wir noch besonders hervorheben: ihre Internationalität. Dieselbe findet ihren Ausdruck nicht blos in der Mitarbeiterschaft der bekanntesten Vorkämpfer des Sozialismus in Deutschland, Oesterreich, England, Rußland, Italien 2c., in der Veröffentlichung hervorragender Abhandlungen aus der sozialistischen Literatur des Auslands, sondern vor Allem in der eingehenden Beachtung und Würdigung, welche die sozialpolitischen Verhältnisse und Erscheinungen, die sozialistische und Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder in der Zeitschrift erfahren. Diese Internationalität versteht sich ja bei einem marxistischen Organ von selbst. In Frankreich ist aber ihre Bethätigung von besonderer Bedeutung. Einmal als Gegenstück, bezw. Gegengift gegen den von den Besitzenden gelegentlich künstlich großgehätschelten Chauvinismus, die franko-russische Allianz inklusive. Dann aber auch und vor Allem, weil die sozialistischen Parteien Frankreichs — mit Ausnahme der Marxisten, deren konsequenter Internationalismus uneingeschränkt anerkannt werden muß — nur zu sehr dazu neigen, von der Tradition der glorreichen Anfänge der sozialistischen Bewegung in Frankreich zu zehren und den Blick abzuwenden von dem frisch und machtvoll pulsirenden sozialistischen Leben in anderen Ländern.

Die bis jetzt vorliegenden sieben Nummern der „Ere nouvelle" legen rühmliches Zeugniß davon ab, daß die Redaktion mit Ernst, Energie und Erfolg an der Erfüllung ihrer Aufgabe arbeitet. Ihr Inhalt ist reich, mannigfaltig und gediegen. Die veröffentlichten Abhandlungen von Engels („Barbarei und Zivilisation", „Ursprung des atheniſchen Staats"),* Kautsky („Untergang des Kleinbetriebs)** und Schönlank („Die englischen Kohlentrusts")*** sind in Deutschland wohl allgemein bekannt. Nicht so in Frankreich, und die Redaktion hat sich durch ihre Uebersetzung und Veröffentlichung Anspruch auf den Dank der französischen Parteigenossen erworben. Unter den Originalarbeiten werden auch die deutschen Leser vieles Interessante, Anregende, ja zum Theil Vorzügliche finden. So die geistreichen Arbeiten Lafargue's über „Idealismus und Realismus", „Das natürliche Milieu", „Das künstliche Milieu", die ruhig thatsächliche Abhandlung Deville's über: „Sozialismus, Revolution und Internationalismus", die Artikel von Dr. Manouvrier („Fähigkeiten und Handlungen"), Dr. Z. („Sexualismus und Sozialismus"), Bonnier („Herr Gladstone"), die verschiedenen Berichte über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern 2c. 2c. Ganz besondere Beachtung verdienen Lafargue's glänzende und fleißige Studie „Die französische Sprache vor und nach der Revolution",† und der Artikel Gherea's über „Max Stirner", der unseres Erachtens in seiner knappen Fassung zwar nicht das Erschöpfendste, wohl aber das Klarste und Präziseste ist, was wir über den großen Theoretiker des Anarchismus gelesen. Trefflich sind auch die literarischen Kritiken von Diamandy über „Zola's Doktor Pascal" und den „Feind der Gesetze" von Maurice Barrès.

Wenn es der „Ere nouvelle" gelingt, die großen materiellen Schwierigkeiten zu überwinden, welche Dank der Zersplitterung der sozialistischen Bewegung in

* Engels: „Ursprung der Familie, des Eigenthums und des Staats".

** Kautsky: „Das Erfurter Programm".

*** „Sozialpolitisches Zentralblatt."

† Wir werden dieselbe nächstens auch in der „Neuen Zeit" veröffentlichen.

Die Redaktion.

Frankreich eine Zeitschrift vom Schlage unserer neuen Kampfesgenossin erwarten, so wird sie ungemein viel dazu beitragen, dieser Bewegung einen einheitlichen, klaren geistigen und prinzipiellen Inhalt zu geben. Sie wird dadurch die Einigung der verschiedenen sozialistischen Parteien wesentlich fördern oder richtiger die allmälige Aufsaugung der Ueberlebsel der alten utopistischen und kleinbürgerlichen Schulen jeder Couleur — der gemäßigten wie der ultrarevolutionären — durch die kollektivistische Arbeiterpartei.

Wir empfehlen unseren deutschen, des Französischen kundigen Parteigenossen angelegentlich die Lektüre der trefflichen Zeitschrift und heißen den neuen, so zielbewußten und klaren Mitstreiter im guten Kampfe herzlich willkommen.

C. Zetkin.

Notizen.

Einige Illustrationen zur finanziellen Seite der Homerulefrage. Wie schon oft in dieser Zeitschrift dargelegt, ist die Homerulefrage eine ökonomische Frage. Wohl schwatzen die englischen Konservativen gern von der Gefahr, die ein sich selbst regierendes Irland im Falle eines Krieges für England bedeute, und sie finden auch genug Leute, die sich durch solche Gespenstermalerei schrecken lassen, aber die wenigsten von ihnen glauben, was sie sagen. Es ist auch zu absurd, anzunehmen, daß die Irländer im Besitz der erstrebten Selbstregierung größere Lust verspüren sollen, sich mit Englands Feinden zu verbünden, als solange sie von den Engländern als Unterworfene behandelt werden. Auch hat weder Parnell noch sonst ein anerkannter Führer der Irländer die Forderung von Homerule auf die auswärtige Politik resp. auf Kriegsfälle ausgedehnt. Aber was Homerule wirklich bedeutet, das ist das Aufhören der Schröpfung Irlands durch sich außerhalb Irlands herumtreibende („absentistische") Landlords und englische Stellenjäger, das ist das Aufhören der finanziellen Bedrückung, die die „Union" mit England für es zur Folge gehabt hat. Die englischen Konservativen verfehlen übrigens nicht, die letztere Seite von Homerule für ihre Zwecke zu fruktifiziren. Riesenplakate vor ihren Vereinslokalen machen dem passirenden Publikum mit Hilfe von drei abgebildeten Geldsäcken klar, daß Irland schon heute weit weniger in den Reichsschatz entrichte als es seiner Bevölkerungszahl nach eigentlich müßte, nach Gladstone's Plan aber unter Homerule noch viel weniger entrichten werde. Wider den Willen der Urheber verrathen aber die drei Geldsäcke nur die Thatsache der Ungerechtigkeit der heute Irland aufgebürdeten Steuerlast, und wie nahe dieselbe dem schlechtesten, man kann sagen, verworfensten Steuerprinzip: der Kopfsteuer, kommt.

Einige, dem diesjährigen Finanzreform-Almanach entnommene Zahlen mögen dies illustriren.

Irlands Bevölkerung beträgt nach dem Zensus von 1891 heute nicht ganz den achten Theil von der des gesammten vereinigten Königreichs, nämlich 12,2 Prozent, sein Beitrag zu den Reichseinnahmen dagegen beträgt jetzt nicht ganz den zwölften Theil, resp. 7,95 Prozent und soll nach Gladstone's Homerulebill mit Eintreten derselben nur noch etwa den achtundzwanzigsten Theil, nämlich 3,62 Prozent betragen. In runden Zahlen ausgedrückt, und das Budget von 1892/93 zu Grunde gelegt:

Proportionell der jetzigen Bevölkerungsziffer hätte Irland einen jährlichen Beitrag zu leisten von	12	Mill. Pfd. Sterling
Sein jetziger Beitrag beläuft sich auf	7,6	„ „ „
Und würde unter Homerule betragen	2,27	„ „ „

Dafür aber hätte Irland unter Homerule die Summen für die Rechtspflege, das Verwaltungs- und Unterrichtswesen, die heute aus dem Reichssäckel beigesteuert werden, von seinem eigenen Budget zu decken, und da dies rund 4½ Millionen

Pfund Sterling sind, so stellt sich die auf den vorstehenden Zahlen beruhende „graphische Darstellung" der Tories als der pursie Schwindel heraus. Das Reich verliert noch nicht eine Million Pfund Sterling jährlich.

Irlands Gewinn würde etwas höher sein. Für die Polizei in Irland soll nämlich so lange bis dieselbe als Reichspolizei zu existiren aufgehört und einer von den lokalen Behörden zu organisirenden Polizei Platz gemacht hat — wofür sechs Jahre angesetzt sind — nach Gladstone der Reichsschatz jährlich den dritten Theil, nämlich rund eine halbe Million Pfund Sterling zusteuern, die also dem irischen Budget noch zugute kämen. Das ist durchaus nicht zuviel, wenn man bedenkt, welche enorme Polizeimacht England heute in Irland stationirt hat.

Heute kommen an Ausgaben für die Polizei auf den Kopf der Bevölkerung:

In England und Wales	2	Schilling	11	Pence
= Schottland	2	=	1	=
= Irland	7	=	1	=

Und ebenso mit den Ausgaben für die Rechtspflege. Da kommen in England und Wales 11¾ Pence auf den Kopf der Bevölkerung, in Irland dagegen 2 Schilling 6 Pence. Auf England und Wales mit 29 Millionen Einwohnern kommen im letzten Reichsetat unter den Ausgaben für „Recht und Gesetz" 1 428 000 Pfund Sterling, auf Irland mit noch nicht 5 Millionen Einwohnern **über 2 Millionen Pfund Sterling!!**

Wie hoch man immer die leichtere Erregbarkeit der Irländer ansetzen mag — soviel darf man als sicher annehmen, daß sie von jenem Posten in Zukunft bedeutend mehr als die ihnen jetzt zugebilligte halbe Million sparen. Für Schottland mit 4 Millionen Einwohnern giebt das britische Reich jetzt nur 292 000 Pfund Sterling unter derselben Rubrik aus.

Die Ausgaben des britischen Reiches für eigentliche Reichszwecke betrugen im Etatsjahr 1892/93 rund 63 Millionen Pfund Sterling. Davon kamen 25 Millionen auf die Nationalschuld (Zinsen und Amortisation). Wem es zu wenig erscheint, daß Irland nur den 28. Theil dieser Ausgaben tragen soll, den erinnert der Finanzreform-Almanach, daß im Jahre der Union (1801) Irland mit ⅓ der damaligen Bevölkerung Großbritanniens eine Schuld von 28 Millionen Pfund Sterling, dieses letztere dagegen eine solche von 446 Millionen hatte, die durch den Antijakobinerkrieg ꝛc. noch nahezu verdoppelt wurde. Dazu aber weist er nach, daß Irland im Verhältniß zu seinem Nationaleinkommen eine Steuerlast trägt, die wenn im gleichen Verhältniß England aufgebürdet, dort den zahmsten Steuerzahler in einen Revolutionär verwandeln würde. Das Kapitalvermögen von Großbritannien (England, Schottland und Wales) betrug nach dem Statistiker Giffen im Jahre 1886 9600 Millionen Pfund, das Irlands 400 Millionen, d. h. den 24. Theil. Das Einkommen Großbritanniens schätzte derselbe auf 1200 Millionen Pfund, das Irlands auf 70 Millionen Pfund. Zieht man davon denjenigen Betrag, der als Mindestunterhalt pro Kopf der Bevölkerung steuerfrei sein sollte (Giffen setzt ihn auf 12 Pfund pro Kopf im Jahr an), so bleibt ein steuerbares Einkommen für Großbritannien von 800 Millionen Pfund Sterling. Für Irland von 15 Millionen. Für Reichs- und Lokalzwecke bringt Großbritannien jetzt 145 Millionen jährlich auf, d. h. zwischen 1/5 und 1/6 seines steuerbaren Einkommens, Irland dagegen muß gegen 11 Millionen aufbringen, d. h. über zwei Drittel seines steuerbaren Einkommens! Großbritannien im gleichen Verhältniß besteuert, würde 533 Millionen Pfund Sterling jährlich aufzubringen haben.

Wie aber ist es möglich, eine solche Summe aus Irland herauszuziehen? Nun, auf dieselbe Weise, wie die ärmeren Klassen überhaupt zu Steuerzahlern par excellence gemacht werden: durch das Mittel der indirekten Steuern. Die Einkommensteuer bringt in Irland nur den 25. Theil dessen ein, was sie im ganzen Reich einbringt, und auch das nur, weil sie nicht progressiv ist. Ebenso die Erbschafts-

steuer. Aber in Bezug auf Zölle und Akzisen zahlt Irland, trotz seines um soviel geringeren Einkommens, genau im Prozentverhältniß seiner Bevölkerung (5,5 Millionen von 49,7 Millionen). Ein Beitrag zum Thema von den indirekten Steuern, wie er klassischer kaum erbracht werden kann. -eb.

Frauenarbeit in Fabriken und Kindersterblichkeit. Dr. Tatham, der Chef der statistischen Abtheilung des britischen Zivilstandsamts, hat diese Frage einer erneuten Untersuchung unterzogen und theilt als Resultat derselben folgenden Vergleich mit zwischen der Sterblichkeit von Kindern unter einem Jahr in den drei Industriestädten Blackburn, Leicester und Preston und in den drei ländlichen Grafschaften Dorsetshire, Hertfordshire und Wiltshire. Es starben in den drei Jahren 1889, 1890, 1891 von je hunderttausend Kindern unter einem Jahre

	In den genannten Industriestädten	In den genannten Landdistrikten
Insgesammt	21803	9717
Davon an Krämpfen	3961	1381
" " Abzehrung	2734	1738
" " Durchfall ꝛc.	3961	480
" " Frühgeburt	2279	1381

Der Unterschied ist geradezu verblüffend. Es liegt nun nahe, ihn auf Rechnung der schlechten Wohnungsverhältnisse, der ungesunden Luft ꝛc. in den Städten zu schieben, und daß das Wohnen in engen Straßen und überfüllten Wohnungen viel zur Erhöhung der Sterblichkeitsrate beiträgt, wird Niemand bestreiten. Aber in England herrschen auch in Fabrikstädten die kleinen einstöckigen Häuser vor, so daß man mehr von Ueberfüllung in Wohnräumen, als von solchen in Wohndistrikten sprechen kann, und an der ersteren fehlt es auch in Landdistrikten nicht. Kurz, daß die städtische Luft ꝛc. nur zu einem Theil die kolossale Differenz erklärt, geht aus der Thatsache hervor, daß in einer dritten Klasse von Distrikten, nämlich der ländlichen Industriebezirke von Lancashire, Leicestershire ꝛc. die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre in dem entsprechenden Zeitraum immer noch 16 919, d. h. über 7000 mehr als in reinen Agrikulturbezirken betrug.

Dr. Tatham, der lange Jahre als Arzt der Sanitätsbehörde von Manchester vorstand, also in jeder Hinsicht Sachverständiger ist, kommt auf Grund seiner Untersuchung zu dem Schluß, daß das auf der Berliner Arbeiterschutz-Konferenz vereinbarte Verbot, Wöchnerinnen innerhalb vier Wochen nach der Entbindung in Fabriken zu beschäftigen, durchaus ungenügend ist. Die Mutter sollte eine viel längere Zeit aus der Fabrik bleiben, um ihr Kind genügend nähren und pflegen zu können. Denn neben den im ersten Jahr dahingerafften Kindern wachsen noch so und so viele als Schwächlinge, mit allerhand Leiden behaftet, heran, die bei weniger Anstrengung der Mutter während der Schwangerschaft und besserer Pflege in den ersten Monaten gesunde Mitglieder der Gemeinschaft geworden wären.

Freilich erhebt sich da wieder die Frage, wer denn die Mutter während der Zeit des erzwungenen Feierns erhalten soll, und die heutige Gesellschaft wird darauf immer nur eine ungenügende Antwort haben. Wie viel aber die Trennung von Mutter und Kind durch die Fabrikarbeit der Ersteren zur Verkümmerung des Letzteren beiträgt, erhellt aus der Thatsache, daß die Frau des Landarbeiters oft nicht minder schwer schaffen muß, als die angestrengteste Fabrikarbeiterin. Sie besorgt das Haus, beackert das zum Häuschen gehörige Feld und arbeitet oft genug nebenbei noch um Lohn. Aber wo sie arbeitet, hat sie ihren Säugling bei sich, und blos diese eine Thatsache bedeutet für Tausende der kleinen Wesen eine bessere körperliche Entwicklung. —eb.

Feuilleton.

Der Tod im Walde.

Von Nikolaus Krauß.

I.

Der alte Mann stellte Buckelkorb und Stock in die Ecke neben der Thür und ließ sich an dem langen, grüngestrichenen Tisch nieder, der schier die Hälfte der Stube für sich in Anspruch nahm. Einige Minuten brauchte er, um seine saftgeschwärzte, rauchgebeizte Holzpfeife in Ordnung zu bringen. Dann schlug er mit den Knöcheln auf den Tisch. Aber es rührte sich Niemand. Nur um den großen Kachelofen summten einige Fliegen und draußen zankte eine Henne, weil der Wind das Thürlein zum Hühnerstall zugeworfen, gerade als sie glaubte, jetzt wäre es Zeit, sich auf die Stange zu machen. Der Alte wurde ungeduldig. Er reckte sich, soweit es sein gekrümmter Rücken gestattete, nahm die Pfeife aus dem zahnlosen Mund, legte sie sorgsam neben sich auf die Bank und begann mit beiden Fäusten und aus allen Leibeskräften auf die Tischplatte loszutrommeln. Als auch das nichts half, riß er mit einem Ruck seine Otterfellmütze vom Kopfe und warf sie an die Thür. Mit einem Krach sprang diese auf und herein trat ein Weib, das trotz des warmen Augusttages ein dickes Wolltuch um das Gesicht gebunden hatte.

„Giebt's vielleicht was?" begann sie eilfertig und trocknete sich im Gehen die nackten, nassen Arme an der blauen Schürze. Als sie aber den Alten erblickte, sagte sie in ganz ruhigem Tone, in welchem eine gewisse Absichtlichkeit lag: „Ach, der Toni! Habt's was mitbracht? Han?"

„Ach, die Urschel!" echote es krähend zurück. . . . „'s Gewöhnliche: zwölf Packerln Tabak und ein Packl Zigari . . ."

„Wollt's was haben?"

„'s Gewöhnliche: Ein' Bittern."

„'s Gewöhnliche? Der Toni trinkt ja blos alle Samstag einen!"

„Und der Heger läßt sich jede Wochen etwas mitbringen. 's Gewöhnliche. Freilich, wenn ich die Urschel wär' und so einen dicken Backen hätt' und 's ganze Jahr Zahnweh dazu, und wenn jeder Pilzn einen Dukaten gelten thät' und mein Vater ein Graf gewesen wär', dann tränk' ich alle Tag' einen Bittern."

„Grobian!"

„Selbst die Sorten!"

Der Alte nahm das kleine Gläschen Enzian, welches ihm die Magd mit einem gutmüthigen Lächeln hinhielt, vorsichtig in die Hand und murmelte: „Ich sag's ja! Schon wieder schlecht eing'schenkt. Noch zehn Tropfen hätten Platz. So wird man ang'schmiert und darf net einmal was reden! Ich sag's ja und hab's g'sagt: Aerger sind sie wie die Maikäfer. Alles ruiniren sie — die Weiber!"

Nun kannte die Urschel die Maikäfer-Theorie des alten Toni schon so lange, als sie beim Heger Wirthschafterin war, trotzdem mußte sie auch diesmal wieder so lachen, daß ihr das dicke Tuch vom Gesicht rutschte. Sie erröthete darüber bis an die Haarwurzeln, weil sie „ihr Geheimniß" verrathen glaubte. Vom Zahnweh war sie schon seit Jahren nicht mehr geplagt worden. In ihrer Jugend war sie einem schneidelustigen Landdoktor in die Hände gefallen und der hatte sie so glücklich operirt, daß von der Zeit an die eine ihrer Wangen fast verschwunden, die andere aber unnatürlich aufgetrieben erschien. Seitdem trug

sie Tag und Nacht das dicke Tuch und jammerte unausgesetzt über ihre Zähne. Der Toni hatte von der Verlegenheit des alten Mädchens nicht das Geringste bemerkt, er war ganz mit seinem Gläschen beschäftigt. Noch immer hielt er es in der Hand und sog mit geblähten Nüstern gierig den Duft des Liqueurs. Erst nach einer geraumen Weile nahm er ein ganz kleines Schlückchen, leckte sich die schmalen Lippen und stellte dann das kleine Glas so weit von sich, als er nur konnte.

„Hm! Ja ... 's ist nichts mehr drin, seit sie die hohe Steuer d'rauf-g'legt haben ... Urschel!"

Deren Schritte verhallten schlürfend im Vorhaus, in der Thür erschien ein hagerer Mann mit spitz zulaufendem Kopf und Stelzbeinen. Er nickte dem Alten zu, setzte sich an den viereckigen Tisch, welcher seine Beine neben den Kachelofen spreizte, zog mit zwei raschen Bewegungen die Schaftstiefel zu den Knieen herauf und sagte: „Schon aus der Stadt zurück, Toni? Na, wie war heut 's G'schäft?"

Der Alte reckte sein spitzes Kinn über den Tischrand und stieß eine Wolke Tabakrauch aus dem einen Mundwinkel. „Mit'n G'schäft wird's schon aus. Alles will Champignons und Herbstlinge. Aber zu viel ärgern muß sich einer, das ist der Käs. Da ist gleich einmal die Polizei. Die schaut einen an, als wenn man was betteln wollt'. Ich bin kein Bettelmann, hab' ich ihnen schon hundertmal g'sagt, ich bin G'schäftsmann, ich verkauf' meine Schwämm'. Nutzt's was? Ewig geben die keine Ruh'. So oft ich hineinkomm', packen 's mich zusamm'.... Und erst die Weiber, die Madams und Herrschaften! Da wollt' jede, daß für sie ein Extraschwamm wachsen sollt'. Die will einen Herrenpilz haben so groß wie ein Bauernhut; die zweit' fragt mich jedesmal, warum ich den ‚Schmierlingen' die Haut abzieh. Die Frau Steuereinnehmerin stellt sich vor meiner hin, fahrt mit der Hand in mein' Korb 'rum und schmeißt Alles durch-einander. Dann schnarrt sie wie eine Misseldrossel: ‚Ach, lieber Mann, warum bringen Sie denn die ‚Herbstlinge' nicht gleich ‚eingelegt'? Das Zurichten macht so viel Arbeit!...' Und das Gehandel! Na, weißt es, Heger, die Gall' könnt' einem zerspringen vor lauter Zorn, wenn man noch eine hätt'."

Der Heger riß vor Vergnügen an beiden Enden seines Hängeschnurrbarts. „Ach was ärgern! Aergern muß sich ein jeder; wenn's nur Geld trägt."

„Net beschreien, Heger, ich bitt', net beschreien!... Alle Jahr' wird's schlechter. Vor zwei Jahren hab' ich noch was z'rücklegen können, voriges Jahr ist's auch noch so 'nausgangen. Aber heuer weiß ich schon heut net, was ich im Winter anfangen soll. In der Stadt verkaufen 's jetzt schon gedörrte Schwämm'; sie kommen in ganzen Kisten. Freilich sind Stengel und alles Mögliche drunterg'schnitten, aber die Kaufleut' verkaufen's noch einmal so billig, als ich's liefern kann. Heut hab' ich einen ganzen Korb frische 'neintragen. Und was hab' ich g'löst? Kaum drei Markln. Dadermit heißt's auskommen die ganze Wochen...." Der alte Schwämmesammler warf einen verlangenden Blick nach dem Enziangläschen, überwand sich aber und fuhr fort:

„Siehst, Heger, das ist das Eine. Aber 's wird auch noch auf einer anderen Seite schlechter. Wie ich vor zehn Jahren mit'n Holzhau'n und Stöcke-grab'n net mehr mitkonnt' und mein jetziges G'schäft ang'fangen hab', war ich da in der Gegend der einzige, der Schwämme g'sucht hat, Preißelbeeren, Ameisen-eier, Weihrauch und Johannisblumen. Schau' Dich jetzt um! Alles sucht. Die Weiber und Kinder von den Holzhauern und die Holzhauer selber, und von drunten kommen die Leut' herauf und Alle suchen. Früher hat mir der Förster

immer die Plätz' g'sagt, wo er Schwämme g'sehen hat, jetzt steckt er die schönsten selbst in sein' Büchsenranzen, und seine Magd nimmt's mit, wenn sie Milch in die Stadt tragt. Ich hab' ihm's net vorübel, heutz'tags muß ein jeder würgen. 's Brot wird immer kleiner und theurer, aber kein Mensch fragt einen, wo man 's Geld dazu hernimmt. Freilich, Du kannst lachen, Heger, Du hast ein schön's Dienstl . . ."

Jetzt lachte der Heger wirklich, aber es war ein grimmes Schnauben, wie das eines Dachses: „Schönes Dienstl? Ach ja, ein recht schönes Dienstl. Vierhundert Mark jährlich und ein paar Klafter Stock- und Prügelholz, Futter für eine Ziege und Luft, schöne, reine, frische Luft, so viel ich will."

„Und die zwei schön' Stuben, die rechnest Du natürlich für nichts? Und die Schankgerechtigkeit? Da schau' mich an. In der vorigen Woch' hat 's Kind von meiner Tochter die letzt' Fenstertafel ganz g'macht. Glaubst, ich kann mir eine neue kaufen? Ja, Schnecken! Zunageln muß ich's im Winter. Wenn's heuer wieder so viel Schnee giebt, wie 's letztemal, fallt mir 's ganz Vogelhäusl über'n Kopf zusamm'n. Na, und nachher?" — — —

Der Heger wurde von der Magd abgerufen und der Alte starrte wieder sinnend vor sich auf die Tischplatte. Plötzlich zog er sein ledernes Geldbeutelchen und begann eifrig zu zählen und zu rechnen. Es schien, als würden sich die kreuz und quer über das bartlose, nur aus Haut und Knochen bestehende Gesicht laufenden Furchen vertiefen, während der Toni vor sich hinmurmelte: „Brot . . . Salz . . . Mehl für Einbrenn . . . Schweineschmalz . . ." Auf einmal malte sich in dem zerwetterten Antlitz ein unsäglicher Schrecken. Die zitternden Finger stülpten das Beutelchen um, betasteten jede Münze wieder und wieder, fuhren in die Taschen und brachten endlich ein Päckchen schlechten Tabak zum Vorschein. Das in Rechnung zu stellen hatte der Alte vorhin vergessen; deshalb die Angst und der Schrecken. Er glaubte in der Stadt übervortheilt worden zu sein oder die paar Pfennige auf dem stundenlangen Heimwege verloren zu haben. Der Schwämmesammler athmete einigemal rasch hintereinander, als wäre ihm eine Zentnerlast vom Herzen gefallen. Mißtrauisch blickte er sich nach allen Seiten um, ob ihn nicht einer beobachtet hatte. Es war Niemand in der Stube. Durchs Fenster fiel ein breiter Strahl der sinkenden Sonne, ließ vorn beim Ofen einen Ziegel blutigroth aufflammen, machte die Sandkörner flimmern, mit welchen die Dielen bestreut waren, hob den Zacken eines Hirschgeweihes so scharf hervor, daß es schien, als hänge er frei in der Luft. Der Alte folgte mit den Augen den Sonnenstrahlen und blickte ins Freie. Vorn beim kleinen Hegerhaus lag der Sonnenglanz noch voll auf den Gräsern, Sträuchern und dem hellen Moos der Waldblöße, zwanzig Schritte weiter zogen die Schatten der hohen Fichten langsam näher und näher; unter ihrem kalten Hauche starben die Farben, verschwammen die Umrisse, ganz in der Ferne stieg's empor, zittrig wie ringender Nebel. Mit einem Seufzer erhob sich der ehemalige Holzknecht von der Bank, schlürfte und roch noch einmal am leeren Enziangläschen, nahm unter beständigem Aechzen und Brummen seinen Korb auf den Buckel und humpelte hastend heimwärts. (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

W. M., Barmen. Die Antwort auf Ihre zweite Frage finden Sie bereits in Nr. 19 der „Neuen Zeit" unter „Literarisches". Das Buch von M. existirt, ist aber nur noch antiquarisch zu haben. Es erschien 1877. Damals stand der Verfasser auf einem anderen Standpunkt als heute.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bahler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 22. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Bourgeois-Anarchistisches.

✓ Berlin, 21. Februar 1894.

Vor einigen Tagen wurde vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts eine bemerkens- und noch weit mehr beklagenswerthe Verhandlung gegen einen jungen, österreichischen Anarchisten geführt. Vom juristischen Standpunkt aus mag diese Ausdrucksweise verfehlt sein; die Gerichte sind nicht dazu da, gegen einen Angeklagten zu verhandeln, sondern unbefangen über ihn zu urtheilen. Aber thatsächlich ist der von uns gewählte Ausdruck allein zutreffend. Die Strafkammer, die das Vergehen des fünfundzwanzigjährigen Dr. Ladislaus Gumplowicz abzuurtheilen hatte, war nicht unbefangen. Versteht sich, nicht unbefangen in dem objektiven Sinne der Strafprozeßordnung. Die Mitglieder des Gerichtshofes haben gewiß keinerlei bösen Willen gegen den ihnen unbekannten Angeklagten gehabt, aber als Angehörige der bürgerlichen Klasse sind sie von objektiv völlig irrigen Voraussetzungen ausgegangen, als sie, weit über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß hinaus, eine Gefängnißstrafe von anderthalb Jahren verhängten, eine Strafe, die durch die Art der Behandlung politischer Gefangenen in Plötzensee noch wesentlich verschärft wird.

Der Thatbestand, über den die Strafkammer zu urtheilen hatte, ist weiteren Kreisen bekannt. In einer Arbeitslosen-Versammlung des hiesigen sechsten Wahlkreises, in der Liebknecht referirte, hatte Gumplowicz den Staat einen „Büttel der arbeitenden Klasse", eine „gesetzlich geschützte Räuberbande" genannt, und war deshalb sofort verhaftet worden, ohne daß beiläufig dadurch mehr als eine vorübergehende Störung der Versammlung verursacht worden wäre. Der Gerichtshof hat nun angenommen, daß durch solche aufreizende Reden in einer Versammlung von 2500 Arbeitslosen schwere Folgen hätten entstehen können. Die Unzulässigkeit dieser Annahme ergiebt sich schon aus dem thatsächlichen Verlaufe der Versammlung. Aber Liebknecht, der in solchen Dingen einen schärferen Blick hat, als sämmtliche deutschen Richter zusammengenommen, erklärt auch als Augen- und Ohrenzeuge, daß Gumplowicz gar keine aufreizende Absicht gehabt habe. Er habe den Eindruck eines unzurechnungsfähigen Menschen gemacht, der nicht gewußt habe, was er wollte. Er sei von dem Einflusse entweder sehr starker Spirituosen oder noch wahrscheinlicher von Morphium oder Haschisch beherrscht gewesen. Das blöde, verzückt lächelnde Auge habe keinen Zweifel über seinen Geisteszustand gelassen.

Ebenso wenig sein Benehmen nach seiner Verhaftung, das keinen leidenschaftlichen Zorn, sondern die Verdutztheit eines hilflosen Schwächlings verrathen habe, der sich des Todes verwundere, daß seine Hanswurstereien ernsthaft genommen würden.

Diese Auffassung Liebknecht's hat durch das Verhalten des Angeklagten in der gerichtlichen Verhandlung volle Bestätigung gefunden. Gumplowicz bekannte sich rückhaltlos zum Anarchismus, aber statt seinen Standpunkt mit Festigkeit und Klarheit zu vertreten, beschränkte er sich auf eine weinerliche Klage darüber, daß ein „gebildeter Mann", wie der Staatsanwalt, gegen ihn, den „Wehrlosen", einen Ausdruck gebraucht habe, dessen Geschmack wir natürlich nicht zu vertreten haben, aber dessen Kritik einen Revolutionär, der die kapitalistische Gesellschaft lieber heute als morgen zertrümmern möchte, nicht eine Sekunde auf seinem Wege aufhalten würde. Mit der „Konstatirung" der Thatsache, daß preußische Staatsanwälte Leute von mehr oder minder anfechtbarem Geschmack zu sein pflegen, kann man sich doch nicht schweigend in die Toga seiner revolutionären Würde hüllen. Vergleicht man das Verhalten des Angeklagten in der Arbeitslosen-Versammlung und sein Auftreten vor Gericht, so bleibt nur der eine Schluß übrig, daß er geistig erkrankt ist. Er gehört in eine Heilanstalt und nicht in das Gefängniß.

Gumplowicz zählt zu einer Gattung politischer Lebewesen, die Kautsky jüngst in diesen Blättern analysirt hat: im Allgemeinen zu den Geisteskranken und den Leuten mit perversen Instinkten, wie sie eine verkommende Gesellschaft zu Hunderten liefert, im Besonderen zu den von Nietzsche durchseuchten Studenten und Literaten, die in Rede und Schrift die anarchistische Propaganda betreiben. Kurz ehe Gumplowicz sein Debut in der Versammlung der Arbeitslosen machte, veröffentlichte er in der „Freien Bühne" einen wuthschnaubenden Aufsatz gegen die Partei der klassenbewußten Arbeiter, und just an demselben Tage, wo er verurtheilt wurde, erschien das neueste Heft der „Freien Bühne", das den abgerissenen Faden weiter spinnt. Wir rechnen dahin natürlich nicht eine kleine Schimpferei über die literarischen Mitarbeiter der „Neuen Zeit", über deren „unausgesetzte Blamage", „zornige Bornirtheit", „Pöbelton", „Spelunkenstil" und so weiter. Das erklärt sich theils aus der Enttäuschung verschmähten Liebeswerbens, theils aus berechtigtem Grimm darüber, daß die „Neue Zeit" und ihre literarischen Mitarbeiter an ihrem Theile mitgeholfen haben, den Leuten mit den perversen Instinkten den ach! so heiß gesuchten Weg in die Arbeiterklasse zu verlegen. Somit verdienen diese Liebenswürdigkeiten keine Beachtung.

Ob die „Freie Bühne" überhaupt irgend welche Beachtung verdient, ist allerdings auch nicht zweifelsfrei. Ihr Schicksal bestätigt die von Kautsky geäußerte Ansicht, daß der bourgeois-anarchistische Humbug in Deutschland aussichtsloser geworden ist, als er jemals früher war. Die „Freie Bühne" wäre längst eines sanften Todes verblichen, wenn ihr nicht ein „österreichischer Kavalier" durch baare Subventionen auf die lahmen Beine hülfe. Jedennoch was man vom literarischen oder politischen Standpunkte verneinen müßte, das kann man gezwungen sein, vom psychiatrischen Standpunkte zu bejahen. Das Bestreben, dem proletarischen Emanzipationskampfe Knüppel zwischen die Beine zu werfen, hat in der „That" des Herrn Gumplowicz eine gewisse Höhe erreicht, und seine harte Verurtheilung durch ein bürgerliches Gericht hat bewiesen, daß Hansnarrenstreiche eines kranken Menschen von bürgerlicher Seite noch immer nicht so richtig beurtheilt werden, wie von proletarischer. Es lohnt sich deshalb schon die genauere Untersuchung unserer heimischen Spielart von Bourgeois-Anarchismus an einem bestimmten Objekte. In einem Augenblicke, wo die „Freie Bühne" in die Welt hineinlügt, daß Engels die sozialistische Theorie zur Einlullung des großen

Lümmels Volk mißbrauche, und wo sie pomphaft einen „sehr interessanten Artikel“ von John Henry Mackay über die Seelenreinheit politischer Mörder ankündigt, verdient dies Organ des Herrn Gumplowicz eine kurze Kritik.

Trotz ihres wenig über vier Jahre zählenden Lebensalters hat die „Freie Bühne“ schon drei Phasen hinter sich, denen allerdings gemeinsam war die Verseuchung durch Nietzsche, das Kokettiren mit dem Anarchismus, das schmeichelnde Kitzeln aller korrupten Bourgeois-Instinkte und das bald offene, bald versteckte Kratzen des klassenbewußten Proletariats. In der ersten Phase waren die Herren Brehm und Schlenther die Macher. Ueber diese berühmten Männer ist indessen nicht mehr viel zu sagen, seitdem sich Herr Brehm auf die Leitung eines kapitalistischen Theaters zurückgezogen hat, das nach dem unverdächtigen Zeugniß des Oberverwaltungsgerichts ausschließlich von der ganz unverdächtigen Bourgeoisie besucht wird, und seitdem Herr Schlenther sich der Tante Voß gegen gute Verköstigung unter der Bedingung verdungen hat, innerhalb ihrer Spalten den ganzen, himmelstürmenden Naturalismus und Nietzscheanismus an den Nagel zu hängen.

In ihrer zweiten Phase wurde die „Freie Bühne“ von dem Musenhof am Müggelsee beherrscht. Es war trotzdem nicht ihre schlechteste Zeit. Herr Wilhelm Bölsche, der eigentliche Redakteur, besaß gediegene naturwissenschaftliche Kenntnisse und hatte mitunter auch ganz hübsche literarische Einsichten. In seinem Lehrer Häckel gewann die „Freie Bühne“ einen mit Recht berühmten Gelehrten zum Mitarbeiter. Leider kaprizirte sich Herr Häckel darauf, den Politikus zu spielen, was ihm nun einmal nicht gegeben ist! Als Kritiker des Sozialismus leistete er ungefähr dasselbe, was Herr Stöcker als Kritiker des Darwinismus leistet. Er mischte aus den abgelegten Redensarten der Freihandelshausirer einen ebenso unfehlbaren Sozialistentod, wie ihn Herr Bruno Wille aus Ibsen und Nietzsche in der „Philosophie des reinen Mittels“ zusammenbraute. Rührend war aber jedenfalls das Solidaritätsbewußtsein dieser sozialistentödterischen Phalanx. Herr Wilhelm Bölsche feierte Herrn Julius Hart, Herr Julius Hart feierte Herrn Bruno Wille, Herr Bruno Wille feierte Herrn Heinrich Hart, und Herr Heinrich Hart feierte Herrn Wilhelm Bölsche. Die Leser der „Freien Bühne“ konnten sich alle Abend schlafen legen in dem beruhigenden Bewußtsein: Welch reicher Himmel, Stern bei Stern!

Indessen als sie eines schönen Morgens erwachten, waren alle schönen Sterne verschwunden, und am Himmel der deutschen Gegenwart und Zukunft strahlte als einsame Sonne Herr Otto Julius Bierbaum. Zu unserer Schande müssen wir gestehen, daß wir sonst nichts von der Person und den gewiß unsterblichen Werken dieses Herrn wissen, als daß er nach den Auskünften der drei von ihm herausgegebenen Hefte der „Freien Bühne“ die Qualitäten mindestens von Dante, Shakespeare, Cervantes und Goethe, vielleicht auch noch von Homer, Sophokles und Pindar in sich vereinigen muß. Doch ein tieferes Studium dieser äußerst merkwürdigen „Individualität“ müssen wir uns versagen, da es uns hier nur darauf ankommt, die „politischen“ Leistungen der „Freien Bühne“ in ihrer dritten Phase zu beleuchten. Da schreibt nun Herr Otto Julius Bierbaum oder läßt einen gleichwerthigen Knownothing schreiben: „Der Marxismus ist eben doppeldeutig wie alles Hegelthum. . . . Marx und Lassalle handelten 1849 revolutionär, indem sie ihre Mitbürger zur bewaffneten Steuerverweigerung aufforderten, dagegen hat Friedrich Engels in seinen alten Tagen aus seiner und seines Freundes Lehre eine Beschwichtigungsdoktrin gemacht, eine neue Auflage des Eiapopeia, womit man einlullt, wenn es greint, das Volk, den großen Lümmel.“ Es erübrigt an dieser Stelle vollständig, dem blöden Geschwätz die Ehre einer Wider-

legung anzuthun; sehen wir zu, wie Herr Otto Julius Bierbaum seinerseits den „großen Lümmel“ behandeln will!

Er lügt zunächst in die Welt hinein, daß die „entrüsteten Leitartikel aller Parteien“ das Epitheton „Mordbube“ allen politischen Attentätern „wahllos verliehen“. Wir sagen: er lügt, denn da er die sozialdemokratische Presse zu kennen behauptet, muß er wissen, daß die gar nicht entrüsteten Leitartikel der größten Partei in Deutschland nicht einmal die Ravachol und Vaillant, geschweige denn „alle politischen Attentäter“ als „Mordbuben“ behandeln, sondern in den anarchistischen Verbrechen der Gegenwart, soweit sie von Polizeispitzeln angestiftet werden, die bewußten, soweit sie aber von Narren oder genasführten Tollköpfen verübt werden, die unbewußten Produkte einer gesellschaftlichen Korruption erblicken, wie es eben wieder der englische Dichter William Morris in vortrefflicher Weise dargelegt hat. Nun antwortet vielleicht das Organ des Herrn Gumplowicz: Das ist ja Hose wie Jacke, denn schmeichelhaft ist die Auffassung der sozialistischen Presse für die Personen der anarchistischen Verbrecher ja auch nicht. Nach Ansicht der „Freien Bühne“ ist aus diesen Verbrechen für „alle ruhig Urtheilenden“ vielmehr die Moral zu ziehen, daß „die politischen Morde, so fürchterlich sie auch sein mögen, keinesfalls ein sicheres Anzeichen für die Schändlichkeit dessen sind, der sie vollzieht, denn oftmals wird eine Blutthat von einem Individuum begangen, das außerhalb des Bannkreises der politischen Leidenschaften, durch die es verblendet wurde, nicht fähig wäre, auch nur ein Thier zu tödten“. Um diesen epochemachenden Gedanken zu gebären, gebraucht die „Freie Bühne“ noch den Bologneser Professor Ferrero als Geburtshelfer, und obendrein verspricht sie, „über dieses Thema einen sehr interessanten Artikel von John Henry Mackay“ zu veröffentlichen.

Vor solchen bourgeois-anarchistischen Denkriesen schrumpft die schwächliche „Beschwichtigungsdoktrin“ von Engels allerdings in ihr Nichts zusammen. Aus der sinnlichen Kutscherſprache des gewöhnlichen Lebens eine revolutionäre Theorie zu drehen, ist eine That von schwindelerregender Größe. Daß ein politischer Mörder kein gemeiner Mörder, und ein gemeiner Mörder kein politischer Mörder ist, sagt schon die Sprache. Aber damit nicht genug: Die „sehr interessante“ Entdeckung des Herrn John Henry Mackay ist ein Gemeinplatz, den sich die rückständigsten Historiker seit Jahrzehnten an den Schuhen abgelaufen haben. So schreibt Treitschke (Deutsche Geschichte 3, 754): „Der Fanatiker kann in allem Uebrigen ein unschuldiges Kind sein; nur für den einen Gedanken, der ihn wie eine fixe Idee beherrscht, tritt er jedes sittliche Gebot mit Füßen“. Ja, vor mehr als siebenzig Jahren war sich der deutsche Philister bis in seine ultramontane und sogar bis in seine lutherisch-theologische Spielart hierüber klar. Siehe die Urtheile von Görres und de Wette über Sand, den Mörder Kotzebue's! Sollten das die „gebildeten“ Geister der „Freien Bühne“ nicht wissen? O, sie werden es schon wissen, aber in einer Zeit, wo Vaillant's Kochtopf in Frankreich zu reaktionären Gewaltstreichen benutzt worden ist und die Halluzinationen des Herrn Gumplowicz in Deutschland als hochpolitische Aktion anerkannt werden, kann der abgedroschene Gemeinplatz lutherischer Theologen und preußischer Historiker gegenüber der sozialdemokratischen „Beschwichtigungsdoktrin“, die in Narrenstreichen keine Heldenthaten zu erblicken vermag, in „sehr interessanter“ Weise verwerthet werden. Das ist der Witz des Bourgeois-Anarchismus.

Doch diesem Witze würde die eigentliche Würze fehlen, wenn neben dem Beschwichtigungshofrath Engels und dem revolutionär wiedergeborenen Treitschke nicht noch der brünstige Götzendienst vor der Korruption der kapitalistischen Gesellschaft erschiene. So schreibt die „Freie Bühne“ über Bismarck's Fahrt nach

Kanossa: „Es zeigte sich wieder die gewaltige Suggestionskraft der großen Persönlichkeit. Wie Alles ihm entgegenbrandete in starker strömender Bewegung, dem stillen unbeweglich sitzenden hohen Alten, der so sonderbar unberührt dreinschaute." Das geht noch weit über die Leistungsfähigkeit der korrupten Börsenpresse hinaus. Die sah doch nur einen Zipfel von Bismarck's Mantel, und Bismarck selbst hat beklagt, daß er in der geschlossenen Kutsche, worin er gefahren sei, von seinem getreuen Mob nicht habe gesehen werden können. Aber die brennende Sehnsucht der „Freien Bühne" sieht die Kutschenwände durch und durch. Physikalische Gesetze scheinen dem entgegenzustehen, allein Herr Otto Julius Bierbaum wird mit seinem kleineren Vorläufer Goethe erklären: Hier ist ein Wunder, glaubet mir!

Ein Glück, daß ein nach eigener glaubwürdiger Versicherung so ausgezeichneter Dichter vor jedem Verdachte sicher ist! Sonst könnte man auf die Vermuthung verfallen, daß das Organ des Herrn Gumplowicz nicht blos für Geisteskranke und Leute mit perversen Instinkten, sondern — für ganz andere Zwecke geschrieben und herausgegeben wird.

Landwirthschaftliche Entwicklung und soziale Evolution.

Von Dr. **Paul Ernst.**

In einem Jahresbericht des landwirthschaftlichen Vereins Hoya aus den achtziger Jahren findet sich eine interessante Zusammenstellung der Haushaltsregister eines im Hoyaschen gelegenen Marschhofes aus den Jahren 1782 und 1882, welche wohl verdient, ausgegraben zu werden.

Der Hof war 1782 dem Grafen von Hoya als Gutsherrschaft weinpflichtig und dem Stift zu Bücken zehntpflichtig, und zwar theils direkt der Dekanei zu Bücken, theils indirekt einem der von dem Stift dependirenden Siebenmeierhöfe. Der Bestand war: 250 Morgen Marschland (Aecker, Wiesen, Weiden) und 60 Morgen Geestland (Aecker, wohl Roggenboden). Außerdem ein Viertel Antheil an 400 Morgen genossenschaftlich besessenen Haideweiden (werden jetzt in jener Gegend nur durch Plaggenhieb benutzt) und ein nicht ziffermäßig anzugebender Antheil an einem Komplex Bruchweiden, auf dem von dem betreffenden Hofe im Frühjahr und Sommer bis Jakobi 5 Füllen und 15 Stück Hornvieh geweidet werden konnten.

Gehalten wurden 12 Ackerpferde, 30 Stück Rindvieh, 4 Sauen und 250 Stück Schafe. Hiervon mußten 8 Pferde jede Woche einen Tag für die Gutsherrschaft arbeiten.

Es wurden geerntet:

1400	Hocken*	Weizen	445	Hocken	Wicken
677	"	Roggen	335	"	Hafer
300	"	Grauzeug	500	"	Gerste
800	"	Erbsen	20	"	Buchweizen.

* Ich kann nicht angeben, wie viel Garben eine Hocke enthält. Von Jemand, welcher die Gegend kennt, wird mir mitgetheilt, daß Hocke dasselbe sei, wie Stiege, das waren 20 Garben. Sonst enthält die Hocke 8 bis 10 Garben: um eine Garbe werden 6 bis 8 weitere Garben etwas abstehend aufgestellt, und mit einer anderen Garbe, deren Aehren auseinander gebreitet werden, trichterförmig bedeckt. Das letztere wird wohl richtig sein, da 8 bis 10 Garben per Hocke mit dem Erdrusch übereinstimmt.

Ausgemessen wurden:

81	Malter*	½	Himten	Weizen	1	Malter	3	Himten	Wicken
25	=	10	=	Roggen	26	=	—	=	Hafer
8	=	2	=	Grauzeug	22	=	—	=	Gerste
33	=	11	=	Erbsen	—	=	10	=	Buchweizen.

Verbraucht im Haushalt als Brotkorn ꝛc. wurden:

6 Malter Weizen
14 = Roggen
2 Himten Grauzeug
4 Malter Erbsen
4 = Hafer
3 Malter Gerste, und 2 Malter wurden verbraut
8 Himten Buchweizen
3 = Wicken (wohl für das Federvieh).

Verbraucht in der Wirthschaft:

Die Pferde erhielten: 14 Malter Hafer und 5 Malter Gerste.
Die Schafe: 3 Fuder Wicken (das Fuder rechnet man jetzt zu 5 Schock).
Das Hornvieh: 1 Malter Roggen.
Die Schweine: 5 Malter Grauzeug und 10 Himten Gerste.

Gesät wurden:

12	Malter	—	Himten	Weizen	1	Malter	—	Himten	Wicken
9	=	—	=	Roggen	6	=	6	=	Hafer
3	=	—	=	Grauzeug	6	=	—	=	Gerste
3	=	—	=	Erbsen	—	=	2	=	Buchweizen.

Die auffällig geringe Verwendung von Hafer für die Pferde erklärt sich aus dem Umstande, daß der Hofbesitzer kein Interesse daran hatte, seine zu einem großen Theil im Dienst der Gutsherrschaft zu verwendenden Pferde besonders leistungsfähig zu erhalten.

An Vorrath blieben:

10	Malter	½	Himten	Weizen	3	Malter	11	Himten	Erbsen
1	=	10	=	Roggen	2	=	—	=	Hafer.

Geldeinnahmen:

	Thaler	Sgr.**
Für 53 Malter Weizen . .	530	—
= 23 = Erbsen . .	230	—
= 6 = Gerste . .	36	—
Auf dem Lande wurde verkauft: Weizen	100	—
Roggen	200	—
Summa	1096	—
Für 860 Pfund Wolle . .	122	8
= 36 Stück Hammel . .	72	—
= 12 Stück Schaffelle .	2	—
= 3 Füllen	96	—
= 8 Schweine	40	—
Gesammtgeldeinnahme	1428	8

Geldausgaben:

	Thaler	Sgr.
Für Kontribution	168	—
= Lohn	90	—
= Tagelohn (daneben freie Kost)	76	—
= Schäferlohn (1/10 d. Einnahme a. d. Schäferei)	32	13
= Rademacherlohn . . .	30	—
= den Schmied	150	—
= = Sattler	30	—
= = Schuster	10	—
= = Dachdecker . . .	10	—
= = Pferdearzt . . .	5	—
= Faschinen an der Weser	80	—
= Schlachterlohn . . .	4	—
Gesammtgeldausgabe	685	13

Der baare Ueberschuß betrug demnach 742 Thaler 31 Mariengroschen.

* Ein Malter hat 12 Himten. Der alte hannoversche Himten ist 25 Liter.
** Der Mariengroschen hatte 8 Pfennige, 36 Mariengroschen gingen auf den Thaler.

In den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die Spanndienste in eine feste Geldrente umgewandelt und neuerdings mit allen sonstigen Abgaben durch eine Kapitalzahlung von 8825 Thalern abgelöst. Gleichzeitig wurde der Genossenschaftsbesitz getheilt und die Verkoppelung des Geestlandes bewirkt. (In der Marsch ist in diesen Gegenden meist nicht verkoppelt, da die Hecken, welche die kleinen Parzellen voneinander trennen, wegen der Weser-Ueberschwemmung nöthig sind.) Letzteres lag vor der Verkoppelung mit den Aeckern anderer Hofbesitzer vielfach in Gemenge, so daß die jetzt so ziemlich einheitlichen Flächen in etwa 47 kleine Parzellen zertheilt waren.

Der Bestand des Hofes ist nun nach Hinzukauf einiger anderen Ländereien gegenwärtig folgender: 300 Morgen Marschland (Aecker, Wiesen, Weide), 80 Morgen Geestland (Aecker), 80 Morgen Forst (Kiefern, 30jähriger Bestand; werden wohl auf der früheren Gemeinheit angepflanzt sein).

Gehalten werden jetzt: 6 Ackerpferde, 30 Stück Rindvieh, 12 Sauen, 250 Stück Schafe.

Es wurden geerntet 1882:

1200	Hocken Weizen	6	Fuder Wicken
1815	" Roggen	1067	Hocken Hafer
1750	" Bohnen	30	" Buchweizen
6	Fuder Erbsen (à 5 Schock)	200	" Gerste.

Ausgemessen wurden:

609	Himten Weizen	90	Himten Gerste
830	" Roggen	1500	" Kartoffeln
75	" Erbsen	35	Fuder Futterkohl und Runkelrüben
1110	" Hafer		
8	" Buchweizen	90	Schock Weißkohl.

Verbraucht im Haushalt:

52	Himten Weizen	5	Himten Buchweizen
150	" Roggen	12	" Gerste
12	" Erbsen	400	" Kartoffeln
25	" Hafer	20	Schock Weißkohl.

Verbraucht in der Wirthschaft:

Für die Pferde 120 Himten Roggen, 50 Himten Bohnen, 250 Himten Hafer

Für das Hornvieh .	60	Himten	Roggen	30	Fuder Futterkohl und Runkelrüben
	90	"	Bohnen		
	20	"	Erbsen	20	Schock Weißkohl
	20	"	Gerste		
Für die Schweine .	90	Himten	Roggen	600	Himten Kartoffeln
	50	"	Hafer	5	Fuder Futterkohl und Runkelrüben
	50	"	Bohnen		
Für die Schafe . .	24	Himten	Gerste	6	Fuder Wicken
Für das Federvieh .	2	Himten	Weizen	24	Himten Hafer
	3	"	Roggen	2	" Gerste
	2	"	Bohnen	24	" Kartoffeln
	1	"	Erbsen		
Gesät wurden . .	119	Himten	Weizen	217	Himten Hafer
	85	"	Roggen	1/2	" Buchweizen
	149	"	Bohnen	10	" Gerste
	20	"	Erbsen	92	" Kartoffeln
An Drescherlohn . .	38	Himten	Weizen	49	Himten Bohnen
	51	"	Roggen	69	" Hafer.

An Vorrath blieben:

98	Himten	Weizen	275	Himten	Hafer
161	"	Roggen	2½	"	Buchweizen
10	"	Bohnen	22	"	Gerste
18	"	Erbsen	184	"	Kartoffeln.

Geldeinnahmen:

	Mark
Für 300 Himten Weizen . . .	1500
" 110 " Roggen . . .	440
" 400 " Bohnen . . .	1800
" 200 " Hafer	400
" 200 " Kartoffeln . .	300
" 4 " Erbsen . . .	24
Auf dem Land verkauft:	
Für 68 Himtsaat Weizen . . .	2511
" 90 " Hafer	3276
" 5 " Bohnen . . .	144
" 72 " Gras	1350
Klee	198
Für Vieh eingenommen:	
Für 1 Pferd	540
" 3 Milchkühe	1075
" 7 Rinder	1636
" 1 fettes Schwein	156
" Ferkel	1876
" Federvieh	152
" 6 fette Schafe	162
" 72 Hammel	1620
" 1 Kalb	20
An „Insgemein" eingenommen:	
Für 810 Pfund Wolle	810
" 12 Stück Schaffelle	24
" verpachtete Weide	18
" verkauften Weidenbusch . .	90
" 4000 Eier	150
" 660 Pfund Butter	726
" 50 Schock Weißkohl . . .	200
" Obst und Viehbohnen . . .	110
" Hausmilch	30
" Diverses	90
Gesammtgeldeinnahme	21428

Geldausgaben:

	Mark
Kirchen- und Schulsteuer . . .	107
Grundsteuer	420
Nebenanlagebeitrag	48
Landstraßenbeitrag	120
Baare Gemeindeausgaben . . .	180
Deich- und Uferlasten	170
An den Schmied	209
" " Rademacher	58
" " Schuhmacher für Domestiken	15
" " Sattler	52
" " Schäfer (exkl. zwölf freie Schafe)	90
" die Domestiken	1280
" Tagelohn (exkl. freie Kost) .	336
" Feuerung	250
" Reparatur der Gebäude . .	380
" den Thierarzt	50
" " Schlachter (Lohn) . . .	27
" zugekaufte Wirthschaftsbedürfnisse	657
" den Holzaufseher	45
" zugepachtetes Land	620
" zugekauftes Vieh	375
" 20 Gänse	80
" Unterhaltung des Hachelwerks	120
" Malerarbeit	20
" zugekaufte 20 Himten Saatbohnen	225
Gesammtgeldausgabe	5934

Der baare Ueberschuß beträgt demnach 15494 Mark gegen 743 Thaler = 2229 Mark in 1782.

Wir können aus diesen Angaben eine Reihe lehrreicher Schlüsse ziehen. Zunächst hat sich der Reinertrag ungefähr versiebenfacht. Da außerdem zur Zeit der Zinsfuß nur etwa halb so hoch ist wie damals, so beträgt der Kaufpreis der Güter heute das Vierzehnfache von damals.

Auf den ersten Blick sieht man die Steigerung der Roherträge. Es wurde geerntet 1882 gegen 1782: Weizen —363 Himten, Roggen +560 Himten, Erbsen —332 Himten, Hafer +798 Himten, Gerste —214 Himten, Buchweizen —2 Himten, außerdem 1500 Himten Kartoffeln und bedeutend mehr Futterpflanzen. Diese Steigerung würde nicht so außerordentlich sein in Anbe-

tracht des vergrößerten Areals und des veränderten Feldsystems, welches mehr Fläche bebaubar macht. Aber der Posten dessen, was auf dem Halm verkauft ist, hat sich sehr vergrößert: 1782 für 300 Thaler, 1882 für 7479 Mark. Was an Ausgedroschenem verkauft ist, ist wohl so ziemlich gleich geblieben. Sehr stark sind die Einnahmen für verkauftes Vieh gestiegen. 1782 sind nur 3 Füllen und 8 Schweine und 36 Hammel verkauft worden, 1882 dagegen 1 Pferd, 3 Milchkühe, 7 Rinder, 1 fettes Schwein, ca. 150 Ferkel, sehr viel Federvieh, 6 fette Schafe, 72 Hammel und 1 Kalb. Aus dem Viehverkauf wurden 1782 208 Thaler gelöst, 1882 7237 Mark. Nun ist der Viehbestand derselbe geblieben, außer den Pferden, die uns hier nichts angehen, und den Sauen, deren jetzt 12 sind statt früher 4. Wenn nun auch das damalige Vieh sich nicht so rasch entwickelte und so früh schlachtreif wurde, wie die heutigen Rassen, so muß doch auf jeden Fall etwas abgesetzt worden sein; und da in den Einnahmeposten nichts erscheint, so mußte das Alles auf dem Hof verzehrt werden.

Auch sonst wurde mehr im Haushalt verbraucht; gegen 1782 wurden 1882 verbraucht: —20 Himten Weizen, —18 Himten Roggen, —36 Himten Erbsen, —23 Himten Hafer, —48 Himten Gerste, —3 Himten Buchweizen, und nur 400 Himten Kartoffeln werden mehr gebraucht.

Nun war allerdings damals das Personal größer. 12 Pferde erfordern 6 Knechte, jetzt sind nur noch 3 nöthig. Ein Tagelöhner scheint damals wie jetzt gehalten worden zu sein. Drei Personen sind also weniger. Indessen können diese drei doch nicht sämmtliche Rinder, Kälber und Kühe verzehrt haben, die geschlachtet wurden!

Von „Insgemein" an folgen fast lauter Einnahmen, die erst durch die steigende wirthschaftliche Entwicklung des Landes möglich werden: für Butter, Eier ꝛc. Auch Butter und Eier erscheinen nicht unter den Einnahmen von 1782, auch das wurde alles auf dem Hofe verzehrt. Das städtische Leben war damals noch unbedeutend, für Vieh, Butter, Eier ꝛc. war noch nicht der Absatz wie heute in den Städten vorhanden. Es mußte also schon von den Leuten selbst verzehrt werden. Heute kann man sehen, wie selbst noch wohlhabende Bauern sich nicht anders Fleisch gönnen, als wenn einmal ein Hammel „süchtig" wird und geschlachtet werden muß, und außerdem natürlich werden im Herbst ein paar Schweine geschlachtet. Alles andere wird verkauft.

Natürlich muß man auch die Veränderung des Geldwerthes berücksichtigen. Es kostete

	1782	1882
1 Malter Weizen	30.— Mark	56.— Mark
1 „ Erbsen	30.— „	72.— „
1 Pfund Wolle	—.42 „	1.— „
1 Hammel	6.— „	22.50 „
1 Schwein	15.— „	156.— „

Bei den Viehpreisen darf man natürlich nicht vergessen, daß die neueren Rassen vielleicht oft das doppelte bis dreifache Gewicht der damaligen haben.

Hoch gerechnet ist die Kaufkraft des Geldes um das Zweieinhalbfache gegen damals gefallen.

Stellen wir den Ueberschuß von 1782 dem von 1882 gegenüber, indem wir die erste Zahl mit $2\frac{1}{2}$ multipliziren, so erhalten wir immer noch 5572 Mark und 15494 Mark. Diese Differenz erklärt sich zum Theil aus der gesteigerten Produktivität, zum Theil aber auch daraus, daß die Lebenshaltung des Gesindes

und der Bauern selbst sehr stark zurückgegangen ist. Brot, Mehlspeisen, Milch, Butter, Eier, Erbsen, Fleisch, und das Alles offenbar sehr reichlich, war die Nahrung damals — heute wird fast alles Fleisch verkauft, Butter, Milch, Eier wandern in die Stadt, der Konsum von Brotfrüchten und Erbsen — ein ausgezeichnetes Nahrungsmittel! — ist stark eingeschränkt; dafür wird Margarine gekauft, wie ich das in einem wohlhabenden Bauerndorf in derselben Gegend, aus der diese Daten stammen, selbst gesehen habe, stark Branntwein konsumirt, und das Wesentliche der Kost macht die Kartoffel aus.

Ein kleiner Zug dient zur Charakterisirung. Es wird angegeben, daß 1782 2 Malter Gerste verbraut werden. Noch vor einer Generation war, wie ich mir habe erzählen lassen, das Brauen auf den Gütern und Höfen überall üblich. Hopfen und Gerste wuchsen ja; aus ihnen wurde eine Art Bier, „Kofent", gebraut. Das Faß stand im Keller, und am Feierabend wurde eine große „Schleife" voll heraufgeholt, aus der Jeder so viel trinken konnte, wie er wollte. Dabei saß der Bauer mit den Knechten an einem Tisch oder auf der Bank vor dem Hause. Heute wird wohl nirgends mehr in einem Haushalt gebraut. Am Sonntag geht der Bauer vielleicht in die Wirthschaft und trinkt ein oder zwei Glas Lagerbier, und der Knecht trinkt überhaupt nichts weiter wie Schnaps. Der Schnapsgenuß und die schlechtere Lebenshaltung wirken degenerirend auf die ländliche Arbeiterbevölkerung ein in einer Weise, die man kaum ahnt. Auf einem Gut in einer Gegend, von wo geringe Auswanderung und fast gar keine Abwanderung existirt, also nicht die besten von den Arbeitern ausgelesen werden, waren 6 Knechte; ich habe selbst gesehen, wie der kräftigste von ihnen nicht im Stande war, einen $1^1/_2$ Zentnersack die Bodentreppe hinaufzutragen, während früher die Knechte 2, ja $2^1/_2$ Zentnersäcke tragen mußten und trugen.

Justus Möser erzählt in der Abhandlung „Ist es gut, daß der Unterthanen jährlich nach Holland gehen?" von der aufsteigenden Klassenbewegung auf dem Lande zu seiner Zeit — und wenn er auch nur die Osnabrückischen Verhältnisse im Auge hat, so liegt doch kein Grund vor, weshalb man nicht seine Angaben auf weitere Distrikte mit ähnlichen Verhältnissen erweitern soll: „Wir haben keine besseren Rekruten für das Leibeigenthum, als die Heuerleute; diese allein sind im Stande, ihren Kindern etwas Erhebliches mitzugeben oder ein erledigtes Erbe mit voller Hand zu beweinkaufen; und so schimpflich es ehedem der leibeigene Landbauer hielt, seine Kinder unter ihrem Stande unangesessenen freien Leuten zu geben, so anständig ist es doch in den neueren Zeiten geworden, und wenn die Gutsherren so, wie der Eingang gemacht ist, fortfahren, den Stand des Leibeigenthums immer mehr einzuschränken, zu erniedrigen und zu beschimpfen, so dürfte sich bald der freie Heuersmann zu vornehm halten, sich oder sein Kind auf ein Erbe zu bringen. Was ist aber der erste Grund des Vermögens der Heuerleute? Sicher das Hollandsgehen, als wodurch sie zur Einsicht, Unternehmung und Handlung gelangen." Also damals konnte der Mann vom Tagelöhner zum Kleinpächter aufsteigen und seinen Kindern eine Bauernstelle erwerben. Wenn das nun auch nicht gerade ein so großer Hof gewesen sein wird, wie der, dessen Erträge wir betrachtet haben, so war es doch immer eine „Nahrung", denn etwas Anderes gab es damals noch nicht. Daß das möglich war, kam daher, daß der „Reinertrag" damals noch nicht so hoch war, daß so Vieles, was heute verkauft wird, von den Bauern selber gegessen werden mußte. Die sozialen Zustände auf dem Lande im vorigen Jahrhundert werden gewiß noch viel zu sehr durch die liberale Brille betrachtet. In Wirklichkeit müssen sie damals besser gewesen sein, wie jetzt.

Man könnte meinen, daß von der Steigerung des Reinertrags nun wenigstens die Bauern Vortheil gehabt hätten: sie haben doch auf jeden Fall erhöhte Geldeinnahmen. Aber mit den steigenden Reinerträgen und den damit steigenden Güterpreisen steigt auch die Verschuldung, und zwar dadurch, daß die Bauern mehr Kinder zeugen.

Die Bauern, auch die alten Handwerker der Zunftzeit, sind zu einem gewissen Malthusianismus gezwungen. Wenn eine begrenzte, bekannte Zahl von Nahrungen da ist, so wird die Bevölkerung diese Zahl nie übersteigen. So lange die Eltern das Gut haben, kann der Sohn nicht ans Heirathen denken, denn er ist nur Knecht und kann keine Frau ernähren. Wenn sich dann die Eltern zurückziehen, so ist er nicht mehr in der ersten Jugend, und die Ehe wird schon an sich nicht mehr sehr kinderreich werden. Als die Reinerträge stiegen, begann die Sitte, daß sich die Eltern früher auf den Altentheil begaben; sie „konnten es ja haben". Die Folge ist frühere Verheirathung des Sohnes und zahlreichere Nachkommenschaft. Außerdem war früher, bei den niedrigen Reinerträgen, die Kapitaleigenschaft des Bodens nicht so anerkannt; der ältere Sohn erbte das Gut, der jüngere mußte „etwas lernen", das heißt, er besuchte das Lehrerseminar ꝛc., und die Ansicht war, daß nunmehr beide Söhne ihre Nahrung hatten; auch diente der jüngere Sohn wohl als Knecht bei seinem Bruder. Mit den steigenden Reinerträgen beanspruchten die Erben aber auch noch eine Geldentschädigung, und das Gut wurde mit Hypotheken belastet. Diese Entwicklung erklärt es, daß in den Gegenden mit schlechtem Boden die Bauern stets viel wohlhabender sind als in den Gegenden mit gutem, namentlich in den Rübendistrikten.

So ist denn das Resultat: zur Bezahlung der Hypothekenzinsen muß alles das in die Stadt geschickt werden, was Bauer und Arbeiter sonst selbst konsumirten, und von der scheinbar so glänzenden Entwicklung der Landwirthschaft hat der, welcher die Arbeit thut, nur Schaden gehabt und der Vortheil ist lediglich dem müßiggehenden Zinsenverzehrer zugefallen.

Die Aussichten des Sozialismus in Amerika.

Ein Vortrag, gehalten von **Ad. Hepner** in St. Louis.

(Schluß.)

Gehen wir zum zweiten Punkt über: „Die alte Liebe zu den beiden alten Parteien"!

Im Laufe von dreißig Jahren ist hier eine ganze Anzahl dritter Parteien oder politischer Reformparteien aufgetaucht und in Bälde wieder von der Bildfläche verschwunden.

Was ihr Dasein so rasch beendete? Theils die logische Unzulänglichkeit ihres Programms, theils die Korruption der leitenden Persönlichkeiten, welche die neue Firma mit der vorbedachten Absicht gutbezahlten heimlichen „Ausverkaufs" gegründet hatten.

Dadurch sind neue, dritte Parteiformationen allgemach in Mißkredit gerathen. Auch diejenigen Arbeiter und Kleinbürger, welche nicht aus reiner Anhänglichkeit einer der beiden alten Parteien ihre Stimme geben, sondern lediglich, um — wie sie meinen — den schlechten Kandidaten nicht über den minder schlechten obsiegen zu lassen — auch sie sind schwer für eine dritte, eine Reformpartei zu gewinnen. Ihr Argument ist gewöhnlich dies:

„In Amerika können doch auf die Dauer nur zwei Parteien bestehen, die sich ungefähr die Waage halten. Alle dritten Parteien sind ebenso schnell untergegangen, wie sie auftauchten. So wird es auch eurer neuen Formation ergehen. Wenn ich nun für euch stimme, werfe ich sozusagen mein Votum weg. Denn ihr seid ja doch nicht von Dauer. Jetzt seid ihr Anfänger und könnt selbstverständlich noch nicht durchdringen; und in zwei, drei Jahren, zu welchem Termin ihr euch versprecht, konkurrenzfähig zu sein, existirt eure Partei überhaupt nicht mehr. Da ist es also besser, ich gebe meine Stimme dem Republikaner X, um den berüchtigten demokratischen Gegenkandidaten Z nicht ins Amt gelangen zu lassen. Ich bin zwar kein Republikaner — so wenig wie ein Demokrat — ich bin ein Arbeiter und ein guter Union-Mann und ich weiß, daß die beiden alten Parteien nichts taugen und für uns Arbeiter speziell nichts taugen, weil sie ausschließlich kapitalistische Interessen verfolgen und darnach die Gesetze einrichten. Aber als Bürger will ich mein Votum wenigstens so nützlich wie möglich verwenden, und das thue ich, indem ich den Republikaner X zum Governor wählen helfe und zur Niederlage des Demokraten Z mit beitrage. Denn von X hat man nichts Schlechtes gehört, er ist nur durch Spekulation reich geworden, aber Z ist durch Arbeiterschinderei in seiner Fabrik zu seinem Vermögen gelangt. Deshalb will ich ihn ‚schlagen'. Stimme ich aber für eure neue Partei, die doch vorläufig nur ein paar tausend Stimmen zusammenbringen kann, so werfe ich mein Votum weg."

Dies ist bekanntlich das Durchschnitts-Argument derjenigen Trades Union-Leute und liberalen Kleinbürger, welche die Arbeiterparteien bisher verrathen haben. Es fehlte ihnen der Glaube an die Zweckmäßigkeit des Arbeitervotums, weil sie die Existenzfähigkeit der jungen Partei in Abrede stellten.

Und die Ereignisse gaben ihnen immer Recht — nur einmal nicht. Denn eine kleine Partei, die sich vor Jahren aus ganz unscheinbaren Anfängen zu entwickeln begann und zumal in anderer als der Landessprache — die sozialistische Partei — ist auf dem Kampfplatze intakt geblieben, hat nicht nur alle kleinbürgerlichen Formationen überlebt und hinlänglich Beweise von ihrem organischen Wachsthum geliefert, sondern steht von allen Parteien in Amerika, deren Namen der Geschichte angehören, einzig und allein als die Partei da, gegen welche kein „Korruptions"-Trumpf jemals von Gegnern ausgespielt worden, resp. keiner erhoben werden konnte.

Dieses Faktum wird uns als Partei in wenigen Jahren sehr zu statten kommen, sobald die „Peoples party" (Volkspartei), das politische Gewand der Farmer-Allianz, sich abgenutzt haben wird.

Gegen die sozialistische Partei wird der Einwand Derjenigen, welche, in Ermangelung eines Besseren, mit den Republikanern und Demokraten gehen, nicht stichhaltig sein, „daß eine dritte Partei sich niemals länger als ein paar Jahre auf der Bildfläche halte"; denn unsere Partei tritt bereits auch in Amerika in das Alter der reiferen Jugend und beginnt die Werbung um die amerikanische Braut, durch Einzug in die politische Arena des Wahlkampfes.

Genau genommen stehen wir — angesichts unserer auf wenige Städte oder Distrikte vorläufig begrenzten politischen Wahlaktion, sowie angesichts unserer geringfügigen positiven Mitgliedschaften englischer Zunge und unserer schwachen Zeitungsliteratur in der Landessprache — ich sage: genau genommen stehen wir in Amerika erst auf der Stufe, welche der Sozialismus in Deutschland 1866 erreicht hatte. Aber — ist erst der Ball im Rollen, dann bedeuten in Amerika zehn Jahre so viel, wie in Europa fünfundzwanzig.

Von uns deutschen Sozialisten ist der Ruf: „Lostrennung der organisirten Arbeiter von den kapitalistischen politischen Parteien" ausgegangen und im Laufe einer Reihe von Jahren ist es gelungen, in einem beträchtlichen Theile der amerikanischen Trades Unionisten das Bewußtsein der Schmach hervorzurufen, welche diejenige amerikanische Arbeiterwelt bedeckt, die am Wahltage ihren schlimmsten Feinden Heeresdienste leistet.

Wenn ich bedenke, wie es in dieser Beziehung vor fünf Jahren in St. Louis zum Beispiel aussah, im ersten Jahre unseres „Tageblatt" — und jenen Zustand mit dem jetzigen in der „Trades and Labor Union" vergleiche — dann komme ich mir wie im Paradiese vor. Damals wimmelte es an allen Ecken und Enden der nichtdeutschen wie der halbamerikanischen Gewerkschaften von Kompromißlern, gefährlichen Pressionspolitikern und urtheilslosen Leuten, die in ihrer Unwissenheit mit Allem zufrieden waren, was die Politiker der alten Parteien mit ihnen machen wollten.

Nach fünfjähriger Aufklärungsarbeit der hiesigen Sozialisten in den öffentlichen Versammlungen und Gewerkschaften, wie in den Werkstätten, ist es doch endlich gelungen, die unlauteren Elemente — bis auf einige wenige — aus der Führung zu verdrängen und so wenigstens den Boden für die Ausbreitung unserer Ideen zu ebnen.

So haben wir jetzt, wenn auch noch nicht viele amerikanische Sozialisten, so doch eine große Schaar ehrlicher amerikanischen Trades Unionisten, die uns willig Gehör geben, da sie von dem unehrlichen Führer-Element befreit sind, das zwischen ihnen und uns stand.

In dieser Kategorie von Gewerkschaftern hat der Gedanke unabhängiger Arbeiterpolitik bereits deutliche Fortschritte aufzuweisen; er ist ohne Zweifel mitgenährt worden durch die Wahlkampagne der „Peoples Party", alias Farmers Partei, in einigen Staaten und deren ziemlich reichhaltige Wochenblatt-Literatur mit sozialismusstreifenden Tendenzen.

Früher dachte ich, die sozialistische Partei werde sich auf lange hinaus an eine kleinbürgerlich-tradesunionistisch-ländliche Partei lehnen müssen, wie wir es noch vor fünf Jahren zu thun hatten, ehe die „Union Labor Party" ihren „Ausverkauf" betrieb — jenen „Ausverkauf", als sie ihre zwölf Legislaturkandidaten von den alten Parteien unterstützen ließ.

Von diesem Gedanken — daß wir uns an eine dritte Partei anzulehnen hätten — kam ich zurück, seitdem ich mich überzeugt, daß keine Reformpartei solcher Art allgemeines Vertrauen in der großen Masse mehr findet, weil schon zu viele solcher Formationen durch Korruption oder unlogisches Programm in kurzer Zeit sich in Atome aufgelöst haben.

Ich glaubte dann, daß die Leiter der „Arbeitsritter" und der „American Federation of Labor" — der beiden Hauptorganisationen der Arbeiter dieses Landes — gemeinsam eine unabhängige politische Arbeiterpartei gründen würden, der wir sekundiren könnten.

Auch diese Ansicht habe ich längst aufgegeben. Jene Organisationen enthalten ein so vielfach gemischtes Element verschiedenartigster politischer Bildungsgrade, daß aus ihnen kaum eine einheitliche politische Partei formirt werden kann.

Es ist daher das Praktischste für uns, die sozialistische Partei als selbstständigen Faktor in die Politik einzuführen und aus den Gewerkschaften, wie aus der dem Untergang geweihten „Peoples Party" so viele Rekruten wie nur möglich zu ziehen.

Ist in jenen Reihen erst die Thatsache anerkannt, daß die sozialistische Partei nicht zu den Eintagsfliegen gehört, sondern eine Vergangenheit, Lehr- und Kampfjahre hinter sich hat, dann werden unsere Reihen sich in Amerika so rasch progressiv mehren, wie in Deutschland nach 1871.*

---

* Während obiger Vortrag gehalten wurde, tagte der Kongreß der „American Federation of Labor" (des Amerikanischen Gewerkschaften-Verbandes) in Chicago und auf demselben vollzog sich ein Schritt in der obgedachten Fortschrittsrichtung. Das Resolutionskomite, dessen Vorsitzender der altbekannte Chicagoer Sozialist (Schotte von Geburt) Thomas Morgan war, brachte folgenden Beschluß ein:

„In Erwägung, daß die Trades Unionisten von Großbritannien durch die jüngsten Erfahrungen und den Einfluß und die Macht der Verhältnisse sich veranlaßt fühlen, die Grundsätze der unabhängigen Arbeiterpolitik als nothwendig zur Ergänzung des ökonomischen Kampfes zu erklären;

In Erwägung, daß diese unabhängige Arbeiterpolitik die erfreulichsten Resultate zu Tage gefördert hat, und

In Erwägung, daß diese unabhängige Arbeiterpolitik Englands auf folgendem Programm basirt:

1) Direkte Gesetzgebung. 2) Schulzwang. 3) Sanitäre Inspektion von Fabriken, Bergwerken ꝛc. 4) Arbeiter-Haftpflichtgesetzgebung. 5) Abschaffung des Kontrakt-Systems. 6) Abschaffung des Schwitz-Systems. 7) Besitzergreifung von Straßenbahnen, Beleuchtungswesen ꝛc. durch die Gemeinde. 8) Nationalisirung des Telegraphen-, Telephon-, Eisenbahn- und Minenwesens. 9) Verstaatlichung aller Produktions- und Distributionsmittel.

Deshalb sei es

Beschlossen, daß diese Konvention der American Federation of Labor die politische Aktion unserer britischen Genossen gutheißt;

Beschlossen, daß dieses Programm, als Basis einer unabhängigen politischen Bewegung, allen Arbeiter-Organisationen des Landes zur günstigen Beschlußnahme empfohlen werde mit dem Ersuchen, alle Delegirten zur nächsten Jahreskonvention zu beauftragen, betreffs dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen."

Von den „Pressionspolitikern" (auch vulgär „Schwanzpolitiker" genannt, weil sie den Schweif der alten Parteien bilden; „Pressionspolitiker" heißen sie, weil sie Konzessionen von den alten Parteien durch die „Pression" des Arbeitervotums bei den Wahlen, durch den Druck der Drohung, ihnen das Arbeitervotum zu entziehen, erwarten) — also von den Pressionspolitikern wurde der Antrag gestellt, das Wort „günstig" im Schlußsatze der Resolution zu streichen.

Es stimmten über 50 Delegirte für die Resolution, wie sie von Morgan verlesen wird. Nur 35 stimmten dagegen.

Aber diese 35 Delegirten repräsentirten zusammen 1285 Stimmen, während die übrigen 50 Delegirten nur 1150 Stimmen repräsentirten.

Sodann kam die Resolution ohne das Wort „günstig" zur Abstimmung. Das Resultat war:

2368 Stimmen für die Resolution, 67 dagegen.

Das „St. Louis Tageblatt" schrieb darüber unterm 19. Dezember:

„Wenn alle amerikanischen Arbeiterkonventionen wenigstens, wie die vorwöchige der ‚American Federation of Labor' in Chicago, einen Schritt vorwärts thäten, könnte man sich's schon gefallen lassen.

„Der Fortschrittsgeist in dieser Delegirtenversammlung war, im Verhältniß zu den früheren Jahreskongressen der ‚American Federation of Labor', ganz unverkennbar; und das kam daher, daß die Organisationen im Laufe des Jahres und der Jahre in politischer Erkenntniß vorgeschritten sind und zielbewußtere Vertreter in die Konvention sandten, als sonst. Darunter waren Leute, welche sich mit dem Sozialismus eingehend oder doch insoweit befaßt haben, daß die alten Pressionspolitiker nicht mehr so dreist auftreten konnten, wie in früheren Tagen, und die biederen Nur-Gewerkschaftler — ob sie wollten oder nicht — in

ad 3) „Der Marschallstab im Tornister."

Dieser Aberglaube wird noch langsamer aussterben, als der religiöse und der politische — trotz der periodisch wiederkehrenden Geschäftsstockungen und Industriekrisen mit ihren Arbeiter-Massenentlassungen; trotz der unverkennbaren Einsicht der Meisten, daß bei der zunehmenden Konzentration des Kapitals kleinere Unternehmungen häufig ein verfehltes Dasein haben.

Denn Sie müssen bedenken: den Aberglauben vom „Marschallstab im Tornister" nehmen die Amerikaner nicht als Babies in sich auf — wie den religiösen — und nicht in der Reife — wie den politischen — sondern in dem Alter, in welchem er dem Gemüthe ungemein zuträglich ist: in den Jahren, in welchen die Kinder Bücher verschlingen, zumal die Bücher, welche von „Successful folks" erzählen, von „erfolgreichen Leuten", jenen Männern, die, aus der Armuth oder aus einfachsten Lebensverhältnissen hervorgegangen, an die Spitze der Gesellschaft gelangten, insbesondere reich, sehr reich geworden sind.

Die amerikanische Jugendschriften-Literatur enthält eine bedenklich große Anzahl solcher Bücher, und sie werden von geistig regsamen Jungen mit großer Vorliebe gelesen. Natürlich erfahren die Kinder aus diesen Schriften nicht, wie die großen Vermögensanhäufungen der Reichgewordenen sich gebildet haben, wie viel gesellschaftliche Arbeit im Gegensatz zur privaten des Besitzers darin verkörpert ist, wie viel direkter und indirekter Diebstahl und Raub am Gemeinwesen und an unzähligen Lohnarbeitern.

---

den sauren Apfel zu beißen hatten: der Diskussion reinpolitischer Resolutionen, insbesondere der über das Unabhängigwerden der Arbeiter in der Politik.

„Die Konvention hat ihren Konstituenten diese Beschlüsse zur Erwägung unterbreitet. Dies ist eine Thatsache von außerordentlicher Wichtigkeit — sie bringt den Ball ins Rollen.

„Uns Sozialisten wäre es freilich angenehmer gewesen, der Kongreß hätte auf das A das B folgen lassen und einen stärkeren Druck auf die Organisationen auszuüben versucht durch Annahme des ursprünglichen Komite-Antrages, die Resolution den Arbeitervereinigungen zur ‚günstigen' Beschlußfassung anzuempfehlen.

„Indeß: Reformer müssen unter den unbescheidenen Amerikanern Bescheidenheit üben und auch mit Wenigem zufrieden sein, wenn es, wie in diesem Falle, anständig hergeht und die Wahrscheinlichkeitsaussicht baldiger weiterer Fortschritte sich eröffnet."

Und das „Philadelphia Tageblatt" (Redakteur Louis Werner) schrieb unter demselben Datum:

„Voriges Jahr wurde bei der Konvention der ‚American Federation of Labor' ein sozialistischer Antrag des Delegirten Morgan noch mit großer Mehrheit verworfen. Dieses Jahr bedurfte es des ganzen Aufgebots der Pressionspolitiker und der politischen Korruptionisten, um mit knapper Noth einen Beschluß zu Gunsten selbständiger politischer Aktion auf Grund einer sozialistischen Plattform zu verhindern. Der Antrag, das Programm der britischen Gewerkschaften gutzuheißen, wurde von über 50 Delegirten gegen 35 angenommen. Aber diese 35 Delegirten repräsentiren zusammen 1285 Stimmen, während die übrigen 50 Delegirten nur 1150 Stimmen hatten. Einige der großen Gewerkschaften gaben den Ausschlag nach der reaktionären Seite hin.

„Während also die Konvention den Sozialismus und die selbständige politische Aktion nicht indossirte, hat sie die Fragen in formellster Weise auf die Tagesordnung der amerikanischen Arbeiterbewegung gestellt. Das ist der größte Triumph, welchen die Sozialisten, Dank ihrer opferfreudigen jahrelangen Wirksamkeit auf einem anscheinend hoffnungslosen Felde, zu verzeichnen haben.

„Wenn dieser erste Anlauf auch nicht zur Folge haben sollte, daß die Gewerkschaften geschlossen in die politische Aktion eintreten, so wird die Diskussion ohne Zweifel Sozialisten in Massen aus den Gewerkschaften und für die sozialistische Arbeiterpartei rekrutiren."

Nun ist es ja freilich wahr, daß es auch heute noch der Chancen, in Amerika „zu etwas zu kommen", ungleich mehr giebt, als in Europa, wenn auch lange nicht so viele, wie vor zwanzig Jahren.

Es ist ferner auch wahr, daß der amerikanische Arbeiter, trotz aller Drangsale und Unbeständigkeit der Existenz, besser lebt, ißt und trinkt, als der europäische, leichter einen Dollar ausgiebt, als draußen Einer eine Mark.

Es ist ferner auch wahr, daß sich das „Sparen" hier mehr verlohnt, als draußen, weil sich in den wachsenden Ortschaften reichlich Gelegenheit bietet, an Grundstück-Transaktionen schnelle Profite zu erzielen, und in Gegenden, die nicht von Großkaufmanns-Läden beherrscht sind, am kleinen Detailhandel ein recht erklecklicher Verdienst bleibt.

Trotzdem, sage ich Ihnen, wird der „Marschallstab im Tornister" einer nüchterneren Auffassung der Dinge im Volke weichen müssen, sobald die vorhin angedeutete Periode eingetreten sein wird: daß die Bourgeoisie identisch mit der höher gebildeten Klasse ist, wie in Europa.

Heute wird noch der arme Bureaujunge Kommis und der Kommis Geschäftsleiter der Firma, deren Inhaber eben auch nicht viel mehr als lesen und schreiben und eine halbwegs nette Unterhaltung führen kann, wie der Junge.

Die Thore werden dem armen Jungen aber vor der Nase geschlossen, sobald eine grundverschiedene Erziehung und Denkart ihn von der Elite der Bourgeoisie trennen; das „Emporkommen" beschränkt sich dann auf die Kinder der Mittelklasse, welche höhere Schulen besucht haben, und das Proletariat im großen Ganzen findet nur noch ausnahmsweise Ein- und Zulaß, wie in Europa.

Das wird der Zeitpunkt sein, da der amerikanische Proletariersohn, der heute seinen Vater geringschätzt, weil dieser es „zu nichts gebracht" hat, den „Marschallstab im Tornister" zerbrechen und wegwerfen und uns zuhören wird.

Ich komme nun zum Schluß.

Die Aussichten des Sozialismus in Amerika sind — wie ich gezeigt zu haben glaube — durchaus positiver Art.

Noch eine Generation — und Vieles, Vieles wird hier ganz anders sein.

Schon nach Verlauf der nächsten zehn Jahre wird sich in Amerika ein wunderbares Schauspiel vollziehen, die Aufhebung des riesigsten Monopols in der Welt, die Lösung der Eisenbahnfrage ohne Expropriation des (heute auf viel über zehntausend Millionen Dollars offiziell abgeschätzten) Eisenbahnvermögens.

Edward Bellamy hat durch sein „Nationalisirungs"-Losungswort die Eisenbahnfrage zu einer recht populären gemacht; viele sonst rückständige, organisirte Arbeiter und die Farmerverbände haben die Forderung der Nationalisirung der Verkehrsmittel sich rasch zu eigen gemacht. Die Agitation blieb aber am „Entschädigungs"-Haken stecken.

Zehntausend Millionen Dollars jenen Leuten zahlen, deren Hauptmatadore den dritten Theil gestohlen haben — das möchte Niemand dem Lande zumuthen.

„Konfiskation" — das wäre ja „Diebstahl" und unsere Gesetzgeber, die Vertreter der besitzenden Klasse, unterstützen nur, was ehrlich und redlich.

Doch die Sache wird sich machen lassen — ohne Konfiskation und ohne Entschädigung.

Die elektrische Eisenbahn ist in naher Sicht. In zwanzig oder dreißig Monden werden wir sie haben und in zehn Jahren in erhöhter Vollendung.

In weiteren zehn Jahren existirt sie im ganzen Lande.

Dann ist das Eisenbahnproblem gelöst. Denn das neue, das elektrische System, ist vom jetzigen so verschieden, daß vom alten Bahnkörper kein Stück

Eisen oder Holz übernommen werden kann. Die gesammten zehntausend Millionen Dollars der heutigen Bahnwerthe werden Makulatur.

Und der Kern des Volkes ist um jene Zeit genügend präparirt, um auf „nationalen Verkehrsmitteln" zu bestehen.

Mit der Nationalen Elektrischen Eisenbahn erreicht der Sozialismus in Amerika seine erste Hauptstation.

Wie die Reise weitergeht, das wird Ihnen dann der andere „Lokomotivführer" sagen, der mich dort abzulösen hat.

Der Strike als politisches Kampfmittel.

Von Ed. Bernstein.

Zu allen Zeiten ist der Streit um die Mittel fast eben so heftig, wenn nicht heftiger gewesen, als der Streit um die Zwecke. Und das ist erklärlich genug. Sind die Ziele weit und unbestimmt, in allgemeinen Ausdrücken formulirt, so erhalten sie erst durch die Natur der Mittel geschichtlichen Charakter, prägt sich in den Mitteln ihre Bedeutung für die Epoche aus, da „andrer Weg auch andres Ziel bedeutet". Je bestimmter, je mehr den Bedürfnissen gesonderter Bevölkerungstheile entsprechend wiederum die Ziele, um so mehr kommt es auf die Wahl der Mittel an, ob die betreffende Gruppe, Partei oder Klasse ein bestimmtes Postulat früher oder später durchsetzt.

Die Wahl der Mittel ist keine untergeordnete Sache. Die Anschauung, daß geschichtlich berechtigte Forderungen zur Verwirklichung gelangen, was auch hüben und drüben gefehlt werde, mag als guter Trost in Fällen von Rückschlägen und als Gegenargument gegen Anfälle von Entmuthigung am Platze sein, darf aber nicht zur fatalistischen Indifferenz in Bezug auf die Wahl der Mittel verleiten. Von selbst geschieht nichts in der Welt, und die Unterlassung der geeigneten Schritte im geeigneten Moment kann zum Mindesten zur Ursache großen Zeitverlustes und großer Kraftvergeudung werden. Kämpfe und Opfer aller Art müssen für eine Sache aufgewendet werden, die ohne sie zu erreichen war, und werden dadurch anderen Zwecken entzogen. In ähnlicher Weise schädlich wirkt die Benutzung falscher und die Beschränkung auf unzulängliche Mittel.

Die Revision der angewendeten Mittel ist daher keine unwichtige Beschäftigung für kämpfende Parteien. Die Verhältnisse, die Konstellation der äußeren Umstände sind Veränderungen unterworfen und mit ihnen die Wirksamkeit der verschiedenen Kampfmittel. Auf einseitige Erfahrungen aufgebaute Dogmen über die Zweckmäßigkeit bestimmter Mittel können ebenso schädlich wirken wie kritikloses Eingehen auf die Vorschläge abenteuernder Demagogen und Projektenmacher.

Das zeigt sich auch in der Frage der Benutzung der Waffe des Strikes zu politischen Zwecken.

Die Idee, durch Einstellung der Arbeit die Gewährung politischer Forderungen zu erzwingen, ist auf den ersten Blick eine so verlockende, daß man sich nicht wundern kann, sie in der Geschichte der modernen Demokratie immer wieder auftauchen zu sehen. Unter moderner Demokratie ist hier die Bewegung verstanden, die — im Gegensatz zu der auf der Sklaverei basirten Demokratie des Alterthums und der Bauern- und Handwerkerdemokratie des ausgehenden Mittelalters — die volle politische und soziale Emanzipation der arbeitenden Klassen erstrebt, in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts sich in verschiedenartigen Formen geltend machte und heute in den vorgeschrittensten Ländern um konstituirte sozial-

demokratische Parteien gravitirt. Wie diese Demokratie in ihrer Jugend vielfach ihre Beispiele aus den Kämpfen früherer Zeitalter nahm, so auch das für den politischen Strike. Der Auszug der Plebejer Roms auf den „heiligen Berg" im Jahre 494 vor unserer Zeitrechnung spielte in der Chartistenagitation eine große Rolle, nach ihm wurde der geplante Generalausstand „heiliger Monat" genannt. Das Beispiel war insofern nicht ungeschickt gewählt, als die Schaffung des Instituts der Volkstribunen in Rom, das sich später als eine so brauchbare Waffe gegen die Aristokratie erwies, von jenem Auszug her datirt wird. Sonst freilich war die Aehnlichkeit nur eine sehr äußerliche, aber um die Punkte, bei denen der Vergleich nicht stimmte, fragte man nicht weiter.

Der Gedanke, es mit einem „heiligen Monat" zu versuchen, schlug jedoch damals fehl, und dieser Fehlschlag wird vielfach als Beweis für die Verfehltheit des Mittels des politischen Strikes angeführt. Es ist begreiflich, daß die Anhänger der Idee sich durch den Hinweis auf ihn nicht überzeugen lassen, denn weder in dem Jahre, wo er ursprünglich hätte stattfinden sollen — 1839 — noch später haben die Chartisten einen wirklichen Versuch seiner Inswerksetzung unternommen. Im genannten Jahre wurde kurz vor dem in Aussicht genommenen Termin der betreffende Beschluß „wegen mangelnder Vorbereitung" zurückgezogen, und im August 1842 waren es nicht die Chartisten, sondern Fabrikanten, die — durch Ankündigung einer Lohnreduktion — das Zeichen zur allgemeinen Arbeitseinstellung gaben, d. h. den Versuch einer solchen in Lancashire provozirten. Ob in der Absicht, den Ausstand für die zur selben Zeit betriebene Antikornzollagitation zu verwerthen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls nahmen die Arbeiter eine solche Haltung ein, daß die Hoffnung darauf sich sehr bald als trügerisch herausstellte, und so ließen die Fabrikanten, die erst den Ausstand mit merkwürdiger Zurückhaltung mitangesehen, die Arbeiter mit Waffengewalt zu Paaren treiben, was um so leichter gelang, als unter den Arbeitern selbst Meinungsverschiedenheit darüber herrschte, ob der Ausstand der Volkscharte (d. h. im Wesentlichen dem allgemeinen Wahlrecht) oder der Lohnbewegung gelten solle.

Man kann nun sagen, darin, daß die Chartisten zur Zeit des Höhepunktes ihrer Agitation es auf einen Versuch der Benutzung des allgemeinen Strikes für die Volkscharte nicht ankommen, auch die günstigste Gelegenheit dazu unbenutzt verstreichen ließen, liege bereits der Beweis für die Unpraktizirbarkeit der Idee. Und soviel ist jedenfalls richtig, daß das Studium der Geschichte der Chartistenbewegung sehr geeignet ist, vor Illusionen über die Waffe des allgemeinen politischen Strikes zu bewahren, zu zeigen, wie sie nicht angewendet werden kann.

Alle Darstellungen der Bewegung stimmen darin überein, daß sie im Jahre 1842 eine gewaltige Ausdehnung erlangt hatte. Der radikale Abgeordnete Duncombe gab in seiner Rede zur Unterstützung der am 2. Mai 1842 überreichten Riesenpetition zu Gunsten der Volkscharte die Zahl der chartistischen Vereine auf 600 mit insgesammt 100 000 zahlenden erwachsenen und 50 000 sonstigen Mitgliedern an. Die Petition selbst trug über drei Millionen Unterschriften, und wenn man es auch mit denselben nicht allzu genau genommen haben mag, so muß sie jedenfalls einen großen Bruchtheil der Bevölkerung für sich gehabt haben. Die Unzufriedenheit war eine tiefgehende, eine intensive Geschäftskrisis lastete auf der Arbeiterklasse und rief an vielen Orten Unruhen, Plünderungen von Läden 2c. hervor. Dem standen auf der anderen Seite eine nicht übermäßig starke Besatzungsarmee und die Bürgerwehren gegenüber. Aber ein großer Theil des Bürgerthums war selbst oppositionell, und viele Chartisten waren im Besitz von Waffen. Wie kam es, daß die Bewegung trotzdem fehlschlug?

Es wäre verkehrt, eine einzelne Persönlichkeit ausschließlich dafür verantwortlich zu machen. Aber insofern kann man auf den einflußreichsten der damaligen Führer der Bewegung, Fergus O'Connor, exemplifiziren, als derselbe in seiner Person die verschiedenen Momente repräsentirte, die zur Ursache wurden, daß die Bewegung ohne irgend welchen nennenswerthen unmittelbaren Erfolg verlief. Die Chartisten waren meist Proletarier, aber sie waren keine rein proletarische Partei. Ihr Programm war politisch und daher auch für bürgerlich radikale Elemente annehmbar. Das wäre an sich kein Fehler gewesen, versprach im Gegentheil um so eher die Erreichung der als nächstes Ziel gesetzten Forderung. Aber neben dem sozialen Mischcharakter der Bewegung war noch ihr ideologischer, den man nicht einfach damit erledigt, daß man sagt, die bürgerlichen Elemente hätten die Bewegung zu verfälschen, abzuschwächen, in eine bürgerliche Reformbewegung umzumodeln, die proletarischen ihren revolutionären Charakter zu wahren gesucht. Diese Gegensätze waren da und machten sich geltend, aber sie wurden gekreuzt durch allerhand ideologische Schrullen hüben und drüben. So spielte z. B. die Währungsfrage sehr stark in die Bewegung hinein. Die erste (1839) dem Parlament überreichte Chartisten-Petition enthielt Sätze wie: „Gesetze .... die Geld selten und dadurch Arbeit billig machen, müssen abgeschafft werden", und der radikale Abgeordnete Attwood aus Birmingham, der die Petition überreichte, verlegte mehr Eifer darauf, die Geldtheorie, die seine Spezialität war, als das Allgemeine Stimmrecht zu vertheidigen. F. O'Connor vertrat mit Leidenschaft den proletarisch-radikalen Flügel der Bewegung, hatte aber auch, wie später sein Landplan zeigte, den Kopf voller kleinbürgerlicher Projekte. Nichts kennzeichnet den Mann vielleicht besser, als daß er sich in einen groben Anzug steckte, um seine Arbeitergesinnung zu dokumentiren. Er verstand es, die Massen zu elektrisiren, aber nicht nur seine Hörer, sondern auch sich selbst in Phrasen zu berauschen. Leichtfertig, mit jener Ueberschätzung der seiner Partei zu Gebote stehenden Machtmittel, die ein Erbstück demokratischer Politiker zu sein scheint, trieb er wiederholt die Dinge auf die Spitze, um in den entscheidenden Momenten vor den Konsequenzen seiner Uebertreibungen zurückzuschrecken. Er vor allen Dingen war es, der viele bürgerliche Elemente von der Bewegung abstieß — früher als es nothwendig gewesen wäre, und nicht ohne gleichzeitig, zwar nicht dem Verhältniß, aber doch der Zahl nach, doppelt und dreifach soviel Arbeiter abzustoßen.

„Es sind nicht eure Prinzipien, sondern eure Führer, die uns mißfallen", rief Ende 1842 ein Delegirter, der sich den bürgerlich-radikalen „Sturgiten" anschloß, den Chartisten zu, und das ging vor Allen auf O'Connor. Hatte der Versuch der genannten Gruppe, durch Aenderung des Namens die ganze Bewegung ins bürgerliche Fahrwasser zu lenken, für einen Moment den von Lovett geführten rechten Flügel der Chartisten zum Zusammenstehen mit dem kurz vorher von ihm bitter bekämpften O'Connor veranlaßt, so wußte der Letztere den Vortheil so wenig zu benutzen, daß unmittelbar darauf auch Lovett und Anhang sich zur Trennung veranlaßt sahen. Kurz, die Bewegung begann zu zerbröckeln, und die Freihandelsagitation bekam die Oberhand.

O'Connor war einer der Hauptvertreter der Idee des Generalstrikes. Ob er oder irgend ein anderer der damaligen Advokaten desselben sich einbildete, durch ihn die bürgerliche Gesellschaft aushungern, resp. durch den Hunger zur Nachgiebigkeit zwingen zu können, kann unerörtert bleiben, da diese Idee heute völlig aufgegeben ist. Heute sieht nachgerade Jeder ein, daß die Ersten, die bei einem Mangel an Lebensmitteln zu leiden hätten, die Arbeiter wären, und daß,

ehe das Hungern an die Bourgeois käme, das Proletariat verhungert, durch den Hunger zu Paaren getrieben wäre.

Es kann sich also bei dem politischen Strike nur um zwei Dinge handeln. Erstens in Zeiten einer politischen Krisis die Aktion der Arbeiterklasse sowohl in Bezug auf Umfang als auch in Bezug auf die Wucht des Auftretens nach Möglichkeit zu steigern, durch sie mittelbar auf weite Kreise der Bevölkerung zu wirken und Verwirrung und Rathlosigkeit in die Reihen der herrschenden Parteien zu tragen, oder aber zweitens durch den allgemeinen Strike eine Krise herbeizuführen in der Erwartung, daß die außer Arbeit und Erwerb gesetzten Arbeiter den weiteren Verlauf der Dinge nicht beschaulich abwarten, sondern alsbald Zusammenstöße mit der organisirten Gewalt herbeiführen, wobei sie als größere, immer wieder und überall sich erhebende Masse die Sieger bleiben werden.

Diese letztere Idee dürfte wohl bei den radikaleren Chartistenführern stillschweigende Voraussetzung gewesen sein, und die Gepflogenheiten der englischen Arbeiter jener Tage lassen es erklärlich genug erscheinen. Stillschweigendes Dulden gehörte nicht zu ihren Tugenden; schon jeder gewöhnliche Strike hatte Umzüge, Zerstörungen von Gebäuden und sonstige Racheakte, sowie blutige Zusammenstöße mit der Polizei zur Folge, und gelegentlich erlitt die letztere dabei mehr Verletzungen, als die Arbeiter. Die Chancen waren hier günstiger als irgendwo, zumal die gewaltdrohende Sprache der Whigs und der Radikalen aus der Zeit der Reformbewegung vor 1832 noch in Aller Gedächtniß war.*

Der schon erwähnte Ausstand des Sommers 1842 lieferte aber den Beweis, daß trotzdem das Exempel nicht stimmte. Denn es heißt sich selbst betrügen, wenn man heute noch das Verpuffen desselben damit entschuldigt, daß er ja gar nicht von den Revolutionären, sondern von den Bourgeois selbst hervorgerufen worden sei. Dies Mittel hat die Bourgeoisie immer in der Hand, und wenn eine Agitation, die von der obigen Voraussetzung ausgeht, bis zu einem gewissen Punkt gediehen ist, muß sie solche unvorhergesehene Vorkommnisse überwinden können, sonst ist sie von vornherein zum Scheitern verurtheilt. Der chartistischen Version, daß die liberalen Fabrikanten den Ausstand provozirt hätten, um ihn für die Anti-Kornzoll-Agitation zu verwerthen, stellen die liberalen Geschichtschreiber der Epoche die Version gegenüber, daß die Fabrikanten die Arbeiter, die von Fabrik zu Fabrik zogen, überall ihre Kameraden herausriefen und die Ventile ꝛc. von den Maschinen entfernten, deshalb mit verschränkten Armen gewähren ließen, damit dieselben sich von der Thorheit der Idee durch die Praxis überzeugten. Das mag nachträglich erdichtet sein, jedenfalls aber entspricht es dem Ausgang der Sache. Die Ausständischen, die nicht wußten, was beginnen, fingen an zu demoliren, und dies gab der bewaffneten Macht Gelegenheit, dreinzuschlagen und die Arbeiter auseinanderzutreiben. Worauf diese dann allmälig wieder an die Arbeit gingen. Wenn dies 1842 das Ende war, was würde erst heute geschehen,

---

* Daß es bei dieser „gemäßigten" Reformbewegung oft sehr ungemäßigt zuging, ist bekannt. Weniger bekannt ist, daß die Whigs, oder wenigstens sehr einflußreiche Leiter dieser Partei, eine Rebellion in echtem Stil vorhatten, falls die Lords und der König nicht nachgeben wollten. In der Lebensgeschichte des Generals Sir W. Napier ist zu lesen, wie man sich an diesen mit der Anfrage wandte, ob er geneigt sei, das Kommando über 50 000 zur Rebellion entschlossene Männer zu übernehmen. Das demokratische Wochenblatt „Poor Mans Guardian" stattete seine Nummer vom 11. April 1832 mit einer Beilage aus, die durch Illustrationen veranschaulichte präzise Anweisungen für den Straßenkampf, Barrikadenbau ꝛc. gab, und forderte seine Leser dazu auf, sich Waffen anzuschaffen, und wenn sie zu diesem Behuf ihre Kleider verkaufen müßten.

wo die bewaffnete Macht ganz anders organisirt ist und über ganz andere Waffen verfügt, als damals! Freilich, das Heer wird heute immer mehr Volksheer, aber wenn das für die Regierenden ein genügender Grund ist, einen Kampf mit dem Volke nicht muthwillig zu provoziren, so ist es für revolutionäre Parteien kein genügender Grund, ihrerseits auf gewaltthätige Zusammenstöße hinzuarbeiten. Ihnen gegenüber wird auch beim jetzigen „Volksheer" der Ton in der Regel auf der letzten Silbe zu liegen kommen. Wie es heute beschaffen ist, ist es zum Mindesten ein unberechenbarer Faktor.

Die andere Auffassung, daß der politische Strike eine latente Krisis zu einer für die Arbeiterklasse möglichst günstigen Entscheidung treiben soll, ist meines Erachtens nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen. Diese politische Krisis kann mit einer ökonomischen zusammenfallen, braucht es aber nicht, zumal die ökonomische Unsicherheit die Signatur unserer Epoche ist, die Bourgeoisie an sie gewohnt ist und gerade in schlechten Zeiten im allgemeinen Ausstand der Arbeiter oft mehr eine momentane Erlösung als ein unerwünschtes Ereigniß erblickt. Wie in Zeiten der Geschäftsstockung der Strike als Waffe für ökonomische Forderungen gewöhnlich unwirksam ist, würde er es auch für politische Zwecke sein, wenn man nur die einseitige ökonomische Wirkung auf das kapitalistische Unternehmerthum ins Auge faßt.

Es handelt sich aber nicht nur um dieses, so einflußreich es auch sein mag. Es handelt sich um die Wirkung auf das allgemeine Publikum, das zwischen Arbeitern und Unternehmern steht, und das in den meisten Ländern immer noch eine ziemlich erhebliche Rolle spielt. Dieses, das schon wiederholt bei rein ökonomischen Strikes den Arbeitern gegen das kapitalistische Unternehmerthum beigestanden, kann auch bei einem politischen Strike für ihre Sache gewonnen werden.

Dies ist namentlich da möglich, wo die Forderung der Arbeiter auch von einem Theil der genannten Klassen erhoben oder als wünschbar betrachtet wird. Man darf nie vergessen, daß der Klassenkampf die Gemeinsamkeit verschiedener Klassen in Bezug auf bestimmte Forderungen nicht ausschließt, und daß es die höchste Thorheit wäre, auf die Realisirung gewisser Postulate deshalb zu verzichten, weil andere aus anderen Motiven sie auch verlangen. An dieser Thorheit scheiterte meines Erachtens die Chartistenagitation der vierziger Jahre. Immer seiner persönlichen Leidenschaft nachgebend, begnügte sich O'Connor nicht damit, die Selbständigkeit der Bewegung den bürgerlichen Radikalen und Liberalen gegenüber aufrechtzuerhalten, sondern ließ seinen Haß auch da spielen, wo die Gelegenheit gegeben war, die Liberalen beim Wort zu nehmen und sie zu nöthigen, für die Sache der Chartisten einzutreten. Wenn er bei den Wahlen von 1841 alles aufbot, das Whigministerium zu stürzen und zu diesem Zweck vor der Unterstützung der Tories nicht zurückschreckte, so that er nur, was auch ein Theil der bürgerlichen Radikalen damals, und was später mit so großem Erfolg Parnell that. Aber nun es galt, vom Toryministerium das zu erzwingen, was das der Whigs versagt hatte, zeigte er sich der Situation nicht gewachsen. Statt den nichts als Freihändlern den Wind aus den Segeln zu nehmen, ließ er es geschehen, daß sie das ihm gegenüber thaten. Es ist mißlich, hinterher den Weisen zu spielen, aber so viel läßt sich wohl behaupten, daß, wenn wirklich die Liberalen den Ausstand vom August 1842 anfangs protegirten, eine andere Taktik als die von O'Connor beobachtete, möglich und aussichtsreicher war.

Wir haben seitdem einen politischen Strike gehabt, der ein ganz anderes Gesicht aufweist: den der belgischen Arbeiter im Frühjahr 1893. Er war nichts weniger als ein „Generalstrike", wie man sich denselben gewöhnlich vorstellt. Ich

habe keine genauen Zahlen zur Hand, aber nach verschiedenen Anhaltspunkten glaube ich nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß keine zehn Prozent von Belgiens Arbeitern wirklich im Ausstand waren. Für einen „Generalstrike" gegen die kapitalistische Gesellschaft, mit allen nicht proletarischen Klassen — der „einen reaktionären Masse" — gegen sich, wäre er danach ein lächerlicher Fehlschlag gewesen und hätte womöglich in einer blutigen Niederlage der Arbeiter einen tragischen Abschluß gefunden. Wie ihn die belgische Arbeiterpartei führte, war er ein unleugbarer Erfolg. Eine unablässige Agitation für das allgemeine Wahlrecht war vorausgegangen, sie hatte schließlich auch die bürgerlichen Klassen ergriffen, ein Flügel derselben stellte sich auf Seiten der Arbeiter, ein anderer schwankte, und nur eine kleine, wenn auch freilich bisher einflußreiche Minderheit, wollte von keiner radikalen Aenderung des Wahlrechts etwas wissen. Die Arbeiterpartei hatte genug Gründe, selbst dem erstgenannten Flügel, den Radikalen, nicht zu trauen, sie richtete aber ihr Hauptgeschütz gegen den letztgenannten, die kapitalistischen Liberalen und Ultramontanen, und — gewann. Sie hat noch nicht das allgemeine Wahlrecht so, wie sie es postulirt, durchgesetzt, aber so viel davon, als nöthig ist, um auch den Rest zu erzwingen.

Man wird sagen, das wäre, wie die Dinge in Belgien lagen, auch ohne den Strike geschehen. Indeß das läßt sich von jeder Sache hinterher behaupten. Unbestreitbar ist, daß der Strike die Sache zur Entscheidung gebracht, und wahrscheinlich, daß er weitergehende Konzessionen an die Arbeiterklasse zur Wirkung gehabt hat, als sonst bewilligt worden wären.

Und unter ähnlichen Verhältnissen, wie sie in Belgien gegeben waren, halte ich den Strike in der That für eine brauchbare Waffe auch des politischen Kampfes. Wie jeder Strike ist der politische Strike eine zweischneidige Waffe — er ist es in noch höherem Grade, weil er größere Massen der Arbeiterschaft in die Aktion ruft, weitere Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht. Er ist deshalb auch eine nur selten, nur in bestimmten Ausnahmefällen anzuwendende, die größte Umsicht, die kühlste Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse erheischende Waffe. Aber wenn es nöthig ist, sich aller Illusionen in Bezug auf seine Wunderkraft zu entschlagen, so ist es nicht minder nöthig, ihn nicht mit Argumenten a priori abzuweisen, die wohl auf diese Illusionen, nicht aber auf den Kern der Sache passen.

Als „Generalstrike" in dem Sinne, daß eines Tages alle Arbeiter den „Pflug" ꝛc. in die Ecke legen und dadurch der heutigen Gesellschaftsordnung ein rapides Ende bereiten, ist er ein poetischer Traum, eine Utopie. Als Mittel, die Arbeiter auf die Barrikade zu führen, ist er Wahnsinn, denn kein zurechnungsfähiger Mensch glaubt bei der heutigen Technik des in allen Ländern herrschenden Militarismus an nennenswerthe Chancen des Volks im offenen Kampf gegen das Heer.

Aber in allen Ländern treten Momente ein, wo die bisher herrschenden Klassen und Gewalten an sich selbst irre geworden sind, wo im Volk, sei es in Folge industrieller Krisen, sei es als Wirkung politischer Mißwirthschaft, tiefgehende Unzufriedenheit obwaltet, während oben Kopflosigkeit herrscht, Uneinigkeit und halbe Geneigtheit zu Konzessionen. Das sind Situationen, wo der politische Strike das bewirken kann, was einst der Barrikadenkampf leistete. Er stellt vielleicht noch größere Ansprüche als dieser. Er erfordert eine geschulte Arbeiterschaft, die sich dessen bewußt ist, daß für bankrotte Regierungen es kein besseres Lebens-Elixir giebt, als wenn sie „Retter der Gesellschaft" spielen können. Er erheischt ferner das Vorhandensein guter Arbeiterorganisationen, stark genug, um auf die unorganisirten Arbeiter bestimmenden Einfluß auszuüben.

Ein solcher Strike, umsichtig und energisch geleitet, kann im entscheidenden Moment den Ausschlag für die Arbeiterklasse geben. Auf die Wahl des richtigen Momentes kommt allerdings Alles an. Das ist den Arbeitern immer und immer wieder einzuprägen gegenüber der Vorstellung, daß man nur den Generalstrike zu wollen brauche, um ihn zu haben, und daß jede Provokation dazu recht sei. Nur wenn er im rechten Moment und mit der Wucht, die allerdings auch nur dieser möglich macht, eintritt, ist er geeignet, die schon verwirrten Gewalthaber zu denjenigen Zugeständnissen zu bewegen, zu denen dieselben sich bisher nicht entschließen konnten; nur dann stärkt er die Position der Fordernden und schwächt die der Verweigernden.

Der politische Strike kommt in erster Reihe für Länder in Betracht, wo die Arbeiter das Wahlrecht noch nicht oder nur in durchaus unzureichender Weise besitzen. Er kann aber auch in solchen Ländern erforderlich werden, wo ein ausgedehntes Wahlrecht bereits besteht. Auch dort werden die wichtigsten Entscheidungen oft genug von außerparlamentarischen Ereignissen bestimmt werden. Es ist deshalb keine verlorene Mühe, sich über die Mittel klar zu werden, die der Arbeiterklasse im außerparlamentarischen Kampf für die Erreichung politischer Zwecke zur Verfügung stehen.

Literarische Rundschau.

Otto Julius Bierbaum, **Fritz von Uhde.** Münchener Kunst- und Verlagsanstalt E. Albert & Co.

Der Verfasser tritt mit Begeisterung in dieser Monographie für den bekannten Helllichtmaler v. Uhde ein, und in den beiden Haupttheilen der Schrift findet man gewiß überall Kraft und Wärme poetischen Nachfühlens, sowie die Absicht, dem Stoffe gerecht zu werden. Allein ein Vollbild des Uhde'schen Wesens „nach jeder Richtung hin" erhält man nicht, weil dazu der scharfe, kritisch scheidende Blick fehlt. Visionär vielmehr blickt Bierbaum in die Uhde'schen Gemälde hinein; er sieht und hört daraus Dinge wie sonst Niemand, er vernimmt gleich einem Hypnotisirten dabei „mystische Laute aus tiefst verborgenem Ahnen", „Wirklichkeit und Wunder" werden ihm, ineinander verschwimmend, zu einem „neuen" Begriff, das Alltägliche wird zum „ganz Außergewöhnlichen", und „wundersam Tiefes steigt auf, wundersam Hohes begiebt sich herab" u. s. w. Die Bilder also, die er beurtheilen will, wirken auf den Verfasser suggestiv ein, der Kritiker wird zum Schwärmer; und es fehlt eigentlich nur noch das neueste Glaubenswort: Uhde ist groß und Bierbaum ist sein Prophet.

So überrascht es denn auch nicht, daß sich eine Anzahl von logisch unüberbrückbaren Widersprüchen durch das Werk zieht, von denen einige erwähnt seien.

Uhde ist im dogmatischen, im positiv christlichen Sinne ohne Glauben, und auch der Verfasser stellt den Künstler gelegentlich als nicht „christgläubig" hin. Daraus soll natürlich Beiden kein Vorwurf gemacht werden; jedoch ist es merkwürdig, daß der Evangelienmaler, ein Christ ohne „Heilsgewißheit" und „innige Gläubigkeit", als ein Typus „protestantisch-germanischen" Kunstgeistes den „katholisch-romanischen" Vertretern entgegengehalten wird, daß in dem Uhde'schen „Heilsstreben der wahrhaftige Hauch des Christenthums" dennoch zu verspüren, ja, daß der Maler „tief religiös" und seine Kunst „deutsch-religiös" schlechthin sei.

Oder wäre es ferner nicht widerspruchsvoll, daß sich einerseits für den Verfasser in Uhde „der erhabene Traum, der alte deutsche Traum" .... verkörpert, daß er „die Stärke des nationalen Gehaltes in der Uhde'schen Kunst" preist und daß er in dem Maler den Mann der „urdeutschen Tradition" rühmt —, während er andererseits Christus-Uhde aufgefaßt sehen will als den modernen internatio-

nalen Messias, der „nicht nur den Armen und Elenden in Galiläa und Judäa, nicht nur den Sklaven um die Wende der römisch-helleniſtiſchen Herrenmoral das Heil bringen will, ſondern Allen in allen Ländern und allen Zeiten“? Wer vermöchte es, eine ſo überſpannte Wendung ernſt zu nehmen?

An anderer Stelle werden Uhde's Bilder „Dokumente aus dem heutigen Leben des hart arbeitenden Volkes“ genannt, die „intereſſant, wahrhaftig und von unübertreffbarer Schärfe“ wären. Von dieſer Schärfe und Wahrhaftigkeit kann man ſich eine recht deutliche Vorſtellung machen, wenn man ſich vergegenwärtigt, daß Bierbaum Lafeneſtre nacherzählt, man könne angeſichts des Uhde'ſchen Abendmahls nicht gleichgiltig bleiben vor dieſen „ſozial niedrig ſtehenden Träumern“, dieſen „brutalen Köpfen reſignirter Proletarier“ — und vor dieſen „Dokumenten“ aus dem heutigen Leben des arbeitenden Volkes, erlauben wir uns beſcheiden hinzuzufügen; denn es handelt ſich auf dem Bilde nicht um paläſtinenſiſche, ſondern um deutſche Proletariergeſtalten. — Beſchwichtigend bemerkt hierzu gewiſſermaßen der Verfaſſer, daß von der „niederdrückenden Stimmung der Noth, vom Armeleutegeruch des Elendes“ auf dieſen Gemälden nichts zu merken ſei, vielmehr wäre ihnen ſtatt des „erkältenden“ ein „innerlichſt verſöhnender Zug“ eigenthümlich. — Alſo nicht auf die Erfaſſung und Aufhebung, ſondern auf die Verſöhnung, die Verſchleierung der Klaſſengegenſätze wird bei alledem abgezielt.

Alles in Allem giebt dieſe Schrift keine genügende Vorſtellung von dem Kunſtkreis, in dem Uhde ſich bewegt, weil ſie den Künſtler ganz einſeitig verherrlicht. Der ſchwerſte Vorwurf aber, der die Monographie trifft und den ſie nicht abſchütteln kann, iſt der, daß nirgends in ihr auch nur der Verſuch gewagt wurde, Uhde klar zu machen, daß der moderne Künſtler das moderne Leben ohne Maske und ohne Umſchweife zu erfaſſen und zu geſtalten hat, wenn er die befruchtende, innigſte Fühlung mit ſeiner Epoche nicht aufgeben will. Weshalb eine abgeſtorbene Welt galvaniſiren, wenn es gilt, eine neue zu erobern?

Was wir ſonſt dem Verfaſſer etwa in Bezug auf wichtige Einzelheiten oder auch grundſätzlich entgegenzuſtellen hätten, erledigten wir in dem Aufſatz „Aus unſerem modernen Kunſtleben“ in Nr. 13 und 14 des laufenden Jahrgangs der „Neuen Zeit“, worauf wir uns hiermit zurückbezogen haben wollen.* F. K.

Apolphe Tabarant, Petit Catéchisme Socialiste. Preis 10 Centimes. Paris 1893. 16 Seiten.

Von der vorſtehenden kleinen Schrift unſeres franzöſiſchen Genoſſen kann man ſich am beſten einen Begriff verſchaffen, wenn man das deutſche Seitenſtück zum Petit Catéchisme Socialiste: Herrn Ludwig Knorr's „Sozialdemokratiſchen Katechismus für das arbeitende Volk“ zur Hand nimmt. Nicht nur im Titel ähneln ſich die beiden Broſchüren, ſondern auch in der ganzen Anordnung des Stoffes, ſtellenweiſe ſogar in der Frageſtellung und in der Beantwortung der Fragen. Dieſe mitunter geradezu verblüffende Uebereinſtimmung könnte den Anſchein erwecken, als hätte Herr Tabarant ſich bei der Abfaſſung ſeines Catéchisme einer kühnen Ausnutzung fremden geiſtigen Eigenthums ſchuldig gemacht, wenn er ſeine Broſchüre nicht lange — vor der des Herrn Knorr veröffentlicht hätte, angeregt durch den Catéchisme du Peuple ſeines Freundes Defuiſſeaux, dem er ſein Büchlein gewidmet hat

Da der Knorr'ſche Katechismus in den Spalten dieſer Zeitſchrift eine eingehende Kritik erfahren hat, können wir auf eine ausführliche Beſprechung des Tabarant'ſchen Catéchisme füglich verzichten. Bemerkt ſei nur, daß er eine noch größere Fülle von Schiefheiten nnd Unklarheiten aufzuweiſen hat, als der Knorr's. Einige dieſer Mängel finden ſich in nahezu wörtlicher Uebereinſtimmung bei beiden Schriftſtellern. So ſind Taberant's „Witze“ über die bürgerlichen Parteien ebenſo ſchlecht wie die Knorr's. Es heißt nämlich

* Uns iſt eine Erwiderung auf dieſen Artikel zugegangen, die wir in der nächſten Nummer bringen werden. Die Redaktion.

bei Tabarant auf Seite 6:

24. Qu'est-ce qu'un conservateur?
C'est un vieux monsieur généralement très mal conservé.*

bei Knorr auf Seite 17:

53. So sind die Konservativen besser?
Ein Konservativer ist ein verknöcherter alter Kerl, der sich schlecht konservirt hat.

Seite 7:

34. Que sont les antisémites?
Ce sont des gens de loisir, qui combattent la juiverie, en s'étonnant que Drumont ressemble aussi extraordinairement à un juif.**

Seite 17:

54. Und die Antisemiten?
Sind tollgewordene Spießbürger. Sie hassen die krummen Nasen der Juden und wundern sich, wenn sie entdecken, daß einer der Ihrigen selbst eine hat.

Beide Verfasser lassen hierauf ihrem Gegenpart dieselbe Frage thun:

Tabarant auf Seite 7:

36. Défends-tu donc la race juive?***

Knorr auf Seite 17:

55. So vertheidigst Du die jüdische Race?

Und bei beiden drückt sich das „Volk" um die Beantwortung dieser kitzlichen Frage mit derselben faulen Ausrede herum,

bei Tabarant:

Pour le Peuple il n'y a pas de race. Il n'y a que des hommes, marchant tous vers un même but, la conquête du bonheur.†

bei Knorr:

Ich kenne keine Rasse, und in der modernen Gesellschaft giebt es keine Rasse. Ich kenne nur Menschen, die ihre Pflicht als solche erfüllen, und andere, die es nicht thun.

Auch über die Ultramontanen fällen beide Autoren das gleiche vernichtende Urtheil:

Tabarant auf Seite 7:

8. Les socialistes chrétiens sont d'honnêtes réactionnaires, qui consentent à reconnaître que le pain de l'âme, pour l'ouvrier, serait beaucoup plus substantiel avec du bifteck.††

Mit einer kleinen Abweichung heißt es bei Knorr auf Seite 17:

53. Die Ultramontanen sind verkappte Reaktionäre.... Sie wissen, daß das himmlische Mannah am besten schmeckt, wenn es zugleich mit einem Beefsteak genossen wird.

Knorr's unklare Definition des Begriffs „Volk" stimmt gleichfalls inhaltlich mit Tabarant überein.

So ließe sich noch eine ganze Reihe von Beispielen für die wunderbarste geistige Uebereinstimmung zweier durch viele, viele Meilen getrennter Schriftsteller verschiedener Nation anführen. Wenn gleich beide Verfasser augenscheinlich von demselben Geiste inspirirt worden sind, so war Knorr doch kein so ungeschickter Schriftsteller, als daß er seinen Stoff nicht nach guten Mustern ausgebaut und umgemodelt hätte. Das statistische Material, mit dem Knorr seinen „Katechismus" zum Schluß bereichert hat, fehlt bei Tabarant gänzlich, ebenso wie die „zehn Gebote des Kapitalismus".

Anzuerkennen ist ferner, daß Herr Knorr seinem Katechismus nicht alle Schnitzer des Tabarant'schen einverleibt hat. Dahin gehört z. B. die Antwort auf die Frage:

---

* 24. Was ist ein Konservativer? — Ein Konservativer ist ein alter Herr, der sich in der Regel sehr schlecht konservirt hat.

** 34. Was sind die Antisemiten? — Es sind Spießbürger, die das Judenthum bekämpfen, indem sie sich darüber wundern, daß Drumont selbst wie ein Jude aussieht.

*** So vertheidigst Du die jüdische Rasse?

† Für das Volk giebt es keine Rasse. Es kennt nur Menschen, die alle auf dasselbe Ziel, die Erringung des Glückes, zumarschiren.

†† Die christlichen Sozialisten sind ehrliche Reaktionäre, die zugestehen, daß das Mannah der Seele wesentlich kräftiger schmeckt, wenn man auch ein Beefsteak daneben hat.

Was ist ein Nationalökonom? „Ein einfältiger Bourgeois, der aber Ansehen genießt.“ (C'est un bourgeois imbécile, mais éminent.) Niemand glaubt, daß ein Arbeiter nach dieser erschöpfenden Definition weiß, was ein Nationalökonom ist.

Da nach alldem sowohl der französische als auch der deutsche Autor die zeitgemäße Idee eines sozialdemokratischen Katechismus nicht sehr glücklich gelöst haben, wäre es zu wünschen, daß ihre literarischen Nachfolger sich mit größerem wissenschaftlichen Ernst an diese Aufgabe machten. M. Kt.

Notizen.

Arbeiterkolonie Neu-Ulrichstein. Der Verein für das Großherzogthum Hessen und die Provinz Hessen-Nassau zur Beschäftigung Arbeitsloser hat soeben seinen Jahresbericht über die Arbeiterkolonie Neu-Ulrichstein veröffentlicht. Neu-Ulrichstein im Kreise Alsfeld (Oberhessen) ist vor acht Jahren von obengenanntem Verein errichtet worden und besteht aus einem Bauerngut, welches Eigenthum des hessischen Fiskus ist.

Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1892 bis Ende Juni 1893 und befaßt sich zunächst mit dem Resultat der Gutswirthschaft. Von der Schweinezucht wird erklärt: daß trotz der ausgebrochenen Seuche, der 26 Thiere zum Opfer fielen, das Erträgniß den Voranschlag um 2058 Mark überschritten habe. Das Gesammtergebniß ist allerdings in Folge der vorjährigen (1892er) mangelhaften Futterernte und der diesjährigen (1893er) gänzlich mißrathenen Heuernte, um 610 Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Zur 1892er Ernte wird gleichsam zur Illustrirung des Nothstandes der Landwirthschaft bemerkt, daß die Mehreinnahmen gegen den Voranschlag betragen haben:

Weizen	461	Mark	29	Pfennig
Roggen	2003	=	86	=
Gerste	987	=	88	=
Hafer	1664	=	07	=
Erbsen	230	=	57	=
Kartoffeln	621	=	96	=
Summa	5975	Mark	63	Pfennig.

Diesem Mehrerträgniß steht nur bei Klee- und Wiesenheu und Zuckerrüben eine Mindereinnahme von 1715 Mark 96 Pfennig gegenüber. Hierzu kommt noch der Mehrertrag des Rindviehstalles mit 679 Mark 91 Pfennig und der ebenbemerkte des Schweinestalles mit 2058 Mark 93 Pfennig, so daß das Gesammterträgniß aus den landwirthschaftlichen Produkten für 1892 ein Plus gegen den Voranschlag von 6998 Mark 51 Pfennig aufweist. Dieses günstige Resultat wird auch dadurch nicht getrübt, daß, wie angeführt, das Gesammtresultat ein Minus von 610 Mark aufweist. Denn diese 7000 Mark Mehrausgaben sind nur zum Theil (3000 Mark) auf Unterhaltung des Viehes verwendet worden. Die Restsumme wurde, nach den Angaben zu schließen, in der Hauptsache zu Verbesserungen, durch Anschaffung von Maschinen, Kunstdünger, Sämereien ꝛc. verwendet, wovon noch Vorräthe im Werthe von 2000 Mark vorhanden sind.

Die Frequenz der Kolonie hatte mit Ende des Geschäftsjahres ihren höchsten Stand seit ihrem Bestehen mit 79 Mann erreicht. Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 269 Mann und entlassen 267, davon auf eigenen Wunsch 191. Diese Zahl ist in die Augen springend, namentlich wenn man bedenkt, daß sechs Siebentel der Aufgenommenen ledigen Standes waren, und sie scheint darauf hinzuweisen, daß der Aufenthalt in der Kolonie nichts weniger als angenehm ist. Nicht gelernte Arbeiter haben die Kolonie aufgesucht 141, unter den gelernten Personen stellt der Kaufmannsstand mit 17 die höchste Ziffer. Die Bäcker waren mit 14, die Schuhmacher mit 13, die Schreiber mit 12 und die Schneider mit 11 Mann vertreten.

Die nächsthöchste Zahl weisen die Maschinenschlosser mit 8 Mann auf. Die Verpflegungskosten betrugen pro Kopf und Tag 46,95 oder rund 47 Pfennig, und der Lohn, den die Kolonisten erhielten, betrug nur 19,6 Pfennig pro Kopf und Tag, wovon noch zur Hälfte die Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung in Abzug gebracht werden. Unter den Gründen, die zur Entlassung aus der Kolonie veranlaßten, wurde nur bei 10 Arbeitsscheu angegeben. Ein gewiß unverdächtiger Beweis, daß die große Anzahl der auf der Landstraße befindlichen Proletarier keineswegs zum arbeitsscheuen Gesindel gehören. Auch ist in dem Bericht über die Tüchtigkeit der Arbeiter wörtlich gesagt: „daß mancher früher nicht ganz oder nicht regelrecht geschulte Handwerker jetzt ein tüchtiger Knecht ist". Ferner ist im Bericht über die Führung der Kolonisten bemerkt:

„Die Führung der Leute war auch in diesem Jahre eine recht gute; Unregelmäßigkeiten sind wenig vorgekommen."

„Wir möchten sogar behaupten, daß in jedem anderen Betriebe mehr Verstöße vorkommen als bei uns; dies wird auch von den Nachbarn gern anerkannt und sind unsere Leute stets zur aushilfsweisen Arbeit gesucht."

Diese Sätze lauten doch ganz anders als das übliche elende Geschimpf der Bourgeoisiepresse, die in diesen Elenden nicht ein Produkt der heutigen Wirthschaftsordnung, sondern nur böswillige Faullenzer sieht. Jöst.

Feuilleton.

Der Tod im Walde.

Von Nikolaus Krauß.

(Fortsetzung.)

Eine halbe Stunde später saßen an dem langen Tisch im Hegerhause ein Dutzend Männer beisammen. Ihre Gesichter waren von der Sonne verbrannt, ihre Kleider, über und über geflickt, hatten die Farbe verloren und zeigten ebenso wie die plumpen Stiefel Spuren trockener, lehmiger Erde. Es waren die Holzhauer des Reviers, welche, wie bei jedem Wochenschluß, nach dem Hegerhause gekommen waren, um vom Förster ihren verdienten Wochenlohn zu erhalten. Die Auszahlung war bereits vorüber, die Männer blickten mit verhaltenem Athem zu dem Förster hinüber, welcher mit dem Heger an dem Tische saß, der am Ofen stand. Der kleine, stämmige Mann that einen kräftigen Zug aus seinem Bierglas, fuhr mit der Hand über den buschigen, schlohweißen Schnauzbart und begann:

„Männer, ich muß, so schwer es mir auch fällt, Euch noch etwas sagen, weil ich dazu den Auftrag habe."

Am anderen Tisch scharrten stoßweise einige Stiefel über den gestreuten Sand und einige Holzhauer lehnten sich weit vor und legten die Hand hinters Ohr, damit ihnen kein Wort entgehe. Der Förster fuhr fort:

„Wie Ihr wißt, hat unser Baron die Herrschaft im Frühjahr verkauft und ist ins Ausland gegangen. Nun ja. Seit er das Heft in die Hände bekommen, war er auch nicht einmal auf seinem Besitzthum. Wie soll ihn da der Wald kümmern? Hat auch nichts verstanden. Nicht eine Ficht' von einer Tann' hat er unterscheiden können. Alsdann, die Herrschaft und der ganze Wald mit den vier Revieren gehört jetzt einem Anderen, einem reichen Porzellanfabrikanten. Im Sommer war er im Bad, jetzt wohnt er drunten im Schloß. Mit einem Wort, daß ich's gleich sag', dem kostet der Wald zu viel. . . . Er war kaum im Schloß, hat er sich schon die Rechnungen seit zehn Jahren geben

lassen. ‚Die reine Räuberbande!‘ hat er den Verwalter angeschrien. ‚Aber ich werde aufräumen! Der Wald trägt ja keine vier Prozent! Meine Fabrik bringt mir zwanzig, und ich brauche keinen Finger zu rühren.... Ich bin kein Herr Baron, aber mein Kapital will ich verzinst haben, und zwar anständig. Die Betriebskosten sind viel zu groß. Müssen verringert werden. Sofort!...‘ So hat er gesagt, der Herr — Fabrikant.... Alsdann: auch Ihr seid ihm zu theuer. Von der nächsten Woche an kriegt Ihr weniger Lohn!...“

Einen Augenblick herrschte am Tische der Holzhauer die Ruhe des höchsten Schreckens, dann brach der Sturm los. Alles schrie und fluchte durcheinander; der lange Baltes, an dessen braunem Halse die Adern fingerdick anschwollen, schmetterte die Faust auf die Platte, daß der ganze Tisch erkrachte. Aber scharf wie ein Rasirmesser fuhr die Stimme des Försters durch das Getümmel: „Ruhig, wann ich rede! Statt einer Mark kriegt ihr jetzt achtzig Pfennig und das Stockholz, das Ihr als Brennmaterial bisher umsonst bekommen habt, das könnt Ihr in Eurer freien Zeit weitergraben, aber Ihr müßt es fortan bezahlen wie jeder Andere.... Nun, was sagt Ihr dazu? Aber nur einer red't, verstanden? Baltes, was meinst Du?“

Der Angesprochene zog die Daumen in die Faust, daß es knackte und starrte nach den Kacheln des Ofens. „Hm! was ich meine? Ich mein', daß der Herr Fabrikant, unser neuer Herr, ein Lump ist, ein dreimal gesiebter, gepichter und gesalzener Haderlump, dem...“

Der Förster schnellte von seinem Stuhl empor, setzte sich aber gleich wieder nieder, als er die Augen des Sprechenden erblickte, die wie gefroren aussahen.

„Nichts für ungut, Herr Förster“, lenkte der Holzhauer ein, aber durch seine mit Gewalt niedergehaltene Stimme klang die verbissene Wuth. „Siebzehn Jahr' arbeit' ich jetzt im Revier, mein Vater war Holzhauer und mein Großvater auch. Den ein' hat der Baum erschlagen, heut noch steht das Marterl an der Lehn beim Grünhau. Mein Vater war jahrlang ein Krüppel, eh' er g'storben ist. Heben und legen haben wir ihn müssen. Bei den Anderen ist's grad so. Da schaut den Natz an; er hat nur ein Aug', den Seph reißt jeden Winter die Gicht z'samm', daß er ausschaut wie ein Taschenfeitl. Der Andres, 'n alten Toni sein Schwiegersohn, liegt schon drei Wochen, sein Bein ist kohlschwarz, und der Bader hat letzt g'meint, 's wird wahrscheinlich der Brand dazukommen. 'n ganzen Winter müssen wir unsre Kinder aus der Schul' z'Haus b'halten, weil sie keine Schuh' haben und keinen warmen Fetzen zum Anziehen. Und im Sommer müssen's mitverdien'n.... Schon zehnmal hat's g'heißen: Jetzt wird aufbessert. Wie 's Brot durch'n Zoll auf einmal so theuer worden ist, wie der alte Herr g'storben ist, wie der junge Herr Baron übernommen hat...“

Der lange Baltes fuhr mit der Hand in die Hosentasche und warf einige Silbermünzen auf den Tisch. Seine Stimme war heiser wie von verschluckten Thränen, als er weitersprach: „Da liegen die sieben Mark. Tausend Schweißtropfen und 's helle Geblüt picht dran. Aber ich kann mir's überlegen, wie ich will, langen thut's net. Net vorn und net hinten. Und jetzt soll noch abzogen werden?! Herr Förster, wenn es noch eine Gerechtigkeit giebt...“

Der Förster, der während der Rede des Holzhauers vornübergebeugt sinnend dagesessen, richtete sich jetzt straff auf seinem Stuhle empor. Seine von buschigen Brauen überdachten Augen funkelten von einem der Männer zum anderen. „Alsdann, Ihr seid mit der Lohnkürzung nicht zufrieden?“ Die Holzhauer nickten. „Ihr hätt' schon so kaum zu leben und Alles sei theurer geworden und man hätte Euch schon einigemal Aufbesserung versprochen.... Gut. Ich werde eine

Schrift aufsetzen und morgen vor'm Essen kommt Ihr zu mir 'rüber und unterschreibt, damit wir den Brief gleich ins Schloß hinunterschicken können. Ob's was helfen wird, Leute, weiß ich nicht. Ich glaub nicht. Aber gethan muß etwas werden. Wenigstens könnt Ihr mir dann keine Vorwürfe machen.... Alsdann gute Nacht alle miteinander, und vergeßt nicht, morgen vor'm Mittagessen!..."

„Gute Nacht, Herr Förster! Und wir danken auch schön im Voraus!"

Die Holzhauer erhoben sich und griffen nach ihren Aexten und Spitzhacken. Die leinenen Rucksäcke flogen über die Schultern und in ihnen erklangen die eisernen Keile, Wetzsteine und Dengelhämmer. In einem Haufen zusammengedrängt schritten die Männer schwerfällig dahin, mit emporstehenden Schultern und eng aneinander geschobenen Knieen, wie Mäher, deren Sense durchs hochstämmige, thauschwere Gras zischt. Als der letzte von ihnen die Thür zugedrückt, sprang auch der Förster auf. „So ein hergelaufener Dreckpatzer! Und dem kostet der Wald zu viel! Weißt, Steiner, lachen könnt' man wie ein Ringeltauber. Aber paß auf: heut die Arbeiter, morgen kommen wir dran, übermorgen der Wald. Gerade so geht's, wie droben beim Fürsten Wickenburg. Aber der Teufel soll mich stückweise holen, wenn ich mich diesmal nicht auf die Hinterfüß stelle!..."

Der Förster reichte dem Heger die Hand und verließ mit seinem schwarzen Dachshund die Stube. Langsam stieg er den Wald aufwärts. Ueber ein Menschenalter hatte er in ihm gelebt und ihn betreut, wie ein Vater sein Kind. Da, diese prächtig emportreibende Fichtenschonung hatte er gepflanzt, als noch die Haare sich ihm braun um die Stirn gelockt, das Stangenholz daneben stammte aus den Zeiten seines Vaters, der alte Samenbaum drüben hatte schon gerauscht, als sein Großvater noch Förster war in Amonsgrün. Er konnte sich nicht denken ohne seinen Wald. Ein Freund und treuer Berather war er ihm gewesen die langen Jahre hindurch, als Urquell reiner Luft und des segenspendenden Stoffes für die fruchtschweren Fluren der Niederung war er ihm erschienen, und er selbst hatte sich betrachtet als den Hüter all dieser Schätze. Und dies Alles sollte sich mit einem Male ändern? Ebenso sollte es werden wie weiter droben im Gebirge, wo man den Wald nicht mehr als Wald, den Baum nicht mehr als Baum betrachtete, sondern nach der Zahl schätzte, die er im Hauptbuche bedeutete; wo man jeden dürren Ast, jeden Moospolster und Hasenbalg in Rechnung stellte, wo man den sprießenden, treibenden, saftstrotzenden grünen Organismus gleichsetzte so und so viel Thonpatzen oder Fuhren Kies?

Der Förster wandte sich und blickte rückwärts. Unter ihm lag der Wald. In den Tiefen brodelten und quirlten die fahrigen Massen des Nebels. In Weltenferne stand der Mond und in Millionen von Perlenschnüren rieselte sein mildes Licht. Wie tiefe Schluchten zwischen schwarzen Mauern erschienen hellbeschienene Wege und Steige, wie mit Reif bestreut die Waldwiesen, und die zitternden Wasseradern erglänzten, als wären sie rinnendes Silber. Und wie aus weiter Ferne kam leise ein Ton, regelmäßig wiederkehrend wie das Athmen eines schlafenden Menschen.

II.

Es war am Sonntag Nachmittag. Der Förster Sichel hatte sein „Holzbuch" und die Lohnlisten der Waldarbeiter in Ordnung gebracht, hatte dann seinen Stuhl etwas vom Tisch zurückgeschoben und seinen Jüngsten, den fünfjährigen Karl, auf das linke Knie genommen, um mit ihm zu spielen. Und während der das Pferd vorstellende Schenkel regelmäßig auf- und niedersprang, sangen Vater und Sohn den alten Kinderreim:

Reiter zu Pferd!
Der Sattel ist leer.
Der Schwed ist kummen,
Hat Alles mitg'nummen,
Hat et Häuser verbrennt,
Und Alles umg'rennt,
Hat et Kinder derschossen —
Puhu—uh!"

Als der Förster beim letzten Worte, wie es das Spiel vorschrieb, den vor Lust krähenden Kleinen nach rückwärts überbog, fiel sein Blick zufällig durchs Fenster. Sofort ließ er seinen Sohn vorsichtig auf die Dielen gleiten und rief zu seiner Frau hinüber, welche am Hoffenster saß und mit zwei großen Holznadeln an einem grünen Jägerstrumpf strickte: „Marie, der Oberförster kommt. Koch' schnell einen guten Kaffee, es ist noch ein Fremder mit."

Während die kleine, wohlbeleibte Frau ihren Sohn an der Hand nahm, ihn ins Nebenzimmer führte und dort schnell eine frische Schürze vorband, war der Förster vor das Haus geeilt, um seinen Vorgesetzten zu empfangen. Der Oberförster war schon aus dem Jagdwagen gesprungen und löste, puterroth im Gesichte, die Stränge, mit welchen das Pferd an das Gefährt gefesselt war. Er erwiderte die Begrüßung Sichel's wie ein alter Bekannter und Gleichgestellter. Während der Förster mit seinem Vorgesetzten sprach, ruhte sein Auge unausgesetzt auf dem jungen, blassen Manne, der noch immer im Wagen saß, jetzt aber Anstalten traf, vorsichtig herabzuklettern. Dabei kam ein langgeschnäbelter Schuh zum Vorschein, und wie ein Wetterleuchten fuhr es über das braune Gesicht des alten Waldläufers. Mittlerweile hatte der Oberförster seinen Braunen vollends ausgeschirrt, ihn in der Schupfe angebunden und ihm einen Bündel Heu vorgeworfen; die drei Männer traten ins Haus. Die Försterin stand am Ofen, knixte, strich unablässig mit beiden Händen über ihre blühweiße Schürze und griff mit strahlendem Antlitz nach der Hand, welche ihr der Oberförster entgegenstreckte. Sichel gab seiner Frau einen Wink mit den Augen. Gleich hatte es der Oberförster bemerkt und sagte im jovialen Tone eines Hausfreundes: „Keine Umstände, Frau Försterin! Das muß ich mir ausbitten. Ein Glas Bier, ja. Meinetwegen. Aber dann ist auch Rest und Schluß. . . ." Die Frau nickte und ging aus dem Zimmer, um Bier, Brot und Butter zu bringen. Der Oberförster wandte sich an Sichel: „Ich muß Dir doch den Herrn vorstellen, den ich Dir mitgebracht habe: Herr Schweberle, der Neffe unseres neuen Herrn. Hat in Tharandt die Forstakademie absolvirt und soll nun auf Geheiß seines Oheims bei uns sich auch das Praktische aneignen. Ich habe ihn zu Dir hergebracht, weil er da was lernen kann. Dann hast Du auch jetzt keinen Adjunkten, es ist also Platz genug. Mach' einen ordentlichen Förster und Jäger aus ihm, sein Onkel will es so."

Der Förster blickte auf das fein ziselirte und schwer vergoldete Stichblatt des Hirschfängers, den der Fremde trug, und meinte: „Wenn der Herr mit der einfachen Kammer, die ich ihm bieten kann, vorlieb nimmt . . ."

„Ach was!" polterte der Oberförster drein. „Ein Hundsfott, der mehr giebt, als er hat. Die Sache ist abgemacht und erledigt. Gesiegelt und gefertigt, wie der Verwalter sagt. Herr Schweberle ist von heute an Volontär im Revier Amonsgrün und Förster Sichel ist sein Vorgesetzter. Reden wir von etwas Anderem."

Er griff nach einer der thönernen Bierflaschen, welche die Försterin auf den Tisch gestellt, und goß sich sein Glas voll. Nachdem er getrunken, fuhr er einigemal wie liebkosend über seinen mit grauen Fäden durchzogenen Spitzbart und fragte, zu Sichel gewandt: „Was sagen Deine Holzhauer zur Lohnkürzung? Sie sind nicht damit zufrieden? Was?"

Der Förster überlegte einen Augenblick, öffnete dann seinen Tischkasten und legte ein versiegeltes Schreiben vor den Oberförster hin. „Da drin steht die Antwort. Ich wollte den Brief morgen früh durch einen Boten ins Schloß hinunterschicken. . . . Sie haben mir ihre Gründe angegeben, weshalb sie nicht einverstanden sind und nicht einverstanden sein können, und ich hab' die Sache kurz aufgeschrieben. . . ."

„Hm!" machte der Oberförster und zog den Schnurrbart zwischen die Zähne.

Jetzt that auch Herr Schweberle, der bis dahin wortlos dagesessen und etwas mißtrauisch die geringe Einrichtung des Forsthauses betrachtet hatte, zum erstenmal den Mund auf und sprach: „Ich glaube, die Sache erledigt sich von selbst. Onkel hat bestimmt erklärt, nicht mehr zahlen zu können."

Die Stimme des Sprechers war für einen Mann etwas hoch, die Sprechweise langgezogen und jedes Wort betonend. Der Förster horchte auf und fuhr mit der Hand durch die Luft, als wollte er eine Fliege verscheuchen. „Um das Zahlenkönnen handelt es sich hier gar nicht. Es fragt sich nur, ob die Leute bei dem neuen Lohn auch bestehen können. Sie sagen, sie können es nicht; und ich bin überzeugt, daß sie die Wahrheit reden. Bis jetzt haben sie nichts gehabt, als Noth und Entbehrung, von nun an werden sie hungern."

„Das ist traurig, ja. Gewiß, ich gebe das zu. Aber die Leute hätten sich schon längst etwas Anderem zuwenden sollen. Die Regierung thut ja so viel für die Hausindustrie! Oder glauben Sie denn, Herr Förster, daß der Herr, der Besitzer, oder, wie wir es nennen, der Unternehmer, mit Verlust arbeiten soll?"

Der Förster sah den jungen Mann groß an. „Entschuldigen Sie, Herr Schweberle, eine Frage. Haben Sie, ehe Sie auf die hohe Schule gekommen, schon einmal, was man so sagt, praktizirt?"

„Nein."

„Na — also! Da haben wir's ja. Hausindustrie ist leicht gesagt, aber wie sieht's denn aus damit? Drüben in Pechgrün sitzen Schachtelmacher, in Wernersreuth giebt's Knopfdreher, in Neuhaus machen sie Spielwaaren. Und was verdienen die Leute? Kaum 's trockene Brot. Und nicht einmal das würden sie verdienen, wenn sie das Holz, das sie brauchen, nicht einfach stehlen würden. . . ."

„Dafür giebt es Gerichte."

„Stimmt auf ein Haar. Sie sind auch gleich bei der Hand mit dem Einsperren. In Pechgrün haben sie 's letztemal keinen Bürgermeister wählen können, weil es unter ihnen keinen majorennen Mann mehr gab, der nicht wegen Forstfrevels bestraft worden war. Viele arbeiten überhaupt nicht mehr. Sie wildern und verkaufen das Wildpret in die Kurstädte, sie thun sich in Banden zusammen und paschen. Man sagt allgemein, daß in — Dingskirchen ein reicher Kaufmann sei, der den Viehschmuggel aus dem Kaiserlichen herüber im Großen betreiben lasse. Sollen wir unsere Holzhauer auch dazu zwingen? . . ."

„Etwas derartiges würde Onkel unter keiner Bedingung dulden. Er steht sich sehr gut mit den Behörden . . ."

„Glaub' ich. . . . Aber das ist nur das Eine. Wenn wir unseren Arbeitern nicht so viel zahlen, daß sie davon leben können, müssen sie nebenbei etwas Anderes treiben. Daran werden sie bald Geschmack bekommen. Und wenn sie dann herausfinden, daß sie auf die Weis' mehr verdienen, dann lassen sie uns im Stich, wenn wir sie brauchen. Ich glaube nicht, daß dann die Herren vom Schlosse heraufkommen werden, um Bäume zu fällen, Stöcke zu graben und Gräben zu ziehen. . . ."

Herr Schweberle lachte ein blechernes Lachen. „Darüber braucht sich Niemand den Kopf zu zerbrechen. Wenn die Herren Holzhauer nicht wollen, lassen sie es einfach bleiben. Das kostet Onkel eine Annonce in irgend einer Zeitung, und er kriegt mehr Leute, als er brauchen kann. Und zwar zu jedem Lohn. Jawohl, zu jedem Lohn....“

Jetzt war es mit der Ueberlegung des Försters vorbei. Kirschbraun war er im Gesicht, als er aufschrie: „Also ausgehungert sollen sie werden, die armen Teufel?! Ja, wer ist denn mit die Ursach', daß der Wald heut so dasteht, daß jedem Forstmann das Herz im Leibe lacht? Wer hat denn die Pflanzen versetzt, die Entwässerungsgräben gezogen, die alten Haue ausgerodet? Ich mein', die Arbeiter. Ich hab' ihnen nur angeben können, wie sie es machen sollen. Manch' einer hat sein Leben, viele haben ihre geraden Glieder im Walde gelassen. Hat man ihnen etwas dafür gegeben? Mit einem wahren Schundlohn hat man sie abgefertigt, und vertröstet sind sie worden von einem Termin zum anderen. Und jetzt will man sie abdanken wie räudige Hunde?“

Der Forstakademiker zuckte die Achseln und blickte gelangweilt durchs Fenster nach den Pflaumenbäumen, welche den kleinen Garten von der Straße trennten.

„Herr!“ fuhr der Förster fort, „wer das thut, aus purem Eigensinn und reiner Geldgier, der ist in meinen Augen ein ...“

„Aber Vater!“ rief die Försterin, „Sichel!“ mahnte der Oberförster und legte ihm die Hand auf den Arm. „Was nützt denn das ganze Gerede? Können wir es anders machen? Den Brief werde ich mitnehmen und ihn an richtiger Stelle abliefern. Was folgt, ist nicht unsere Sache.... Herr Schweberle, wollen Sie nicht gleich Ihr neues Heim einmal in Augenschein nehmen? Die Frau Försterin wird gewiß die Güte haben, Ihnen Alles zu zeigen....“

Als der junge Mann und die Frau die Stube verlassen hatten, legte der Oberförster seine Hände auf die Schultern des noch immer Erregten, sah ihm scharf in die Augen und sprach: „Alter Hitzkopf übereinander, was hast Du denn da wieder angerichtet!? Dem Neffen gegenüber über den Onkel zu schimpfen! Weißt, wenn ich nicht mit Dir aufgewachsen wäre und Dich nicht kennen würde, wie mich selbst, ich müßte wirklich glauben, es sei nicht recht richtig in Deinem oberen Stockwerk ...“

„Habe ich vielleicht nicht recht?“

„Recht? Selbstverständlich hast Du recht. Aber sag' mir einmal, Menschenkind, was gehen denn Dich die Holzhauer an? Glaubst Du denn, damit setzest Du Dir beim neuen Herrn einen Stein ins Brett?...“

„Als ihr Förster habe ich die Pflicht, mich ihrer anzunehmen, sobald ich sehe, daß ihnen Unrecht geschieht. Ob es mir schadet oder nützt, ist eine andere Sache und gehört gar nicht hieher.“

„Gehört wohl hieher. Du bist Familienvater und hast unversorgte Kinder. Deine Pflicht ist es, dafür Sorge zu tragen, daß sie etwas Ordentliches lernen, damit sie einmal in der Welt ihr Fortkommen finden. Du bist Angestellter wie ich und hast zu gehorchen, wenn Dir etwas befohlen wird. Dafür erhältst Du Deinen Gehalt. Oder hast Du vielleicht Brief und Siegel darüber, daß Du in Amonsgrün als Förster absterben wirst?“ (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

K. M., Kassel. Nein. So wenig wie an irgend einem anderen bürgerlichen Blatt, arbeite ich an der „Gegenwart“ mit. Daß der Leitartikel in Nummer 7 dieser Wochenschrift eine Reihe von Sätzen aus meinem Artikel „Großfinanz und Preßgewerbe“ enthält, ohne die Quelle anzugeben, ist ein Plagiat des anonymen, mir unbekannten Verfassers. F. M.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Bassler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 23. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Die Sozialdemokratie und die Studentenschaft.

↗ Berlin, 28. Februar 1894.

Es hat einmal in der deutschen Geschichte eine Zeit gegeben, wo die akademische Jugend der Hochschulen im Vordergrunde des nationalen Lebens, im Vortreffen der nationalen Entwicklung stand. Das war in den Jahren und auch noch in den Jahrzehnten nach Waterloo. Wesentlich zwei Momente verschafften dem deutschen Studiosus diese ehrenvolle Stellung. Er kehrte aus einem siegreichen Kriege heim und lebte in der geistigen Atmosphäre der Denker und Dichter, in deren Werken das deutsche, politisch und sozial geknechtete Bürgerthum sein Sehnen und Trachten gewissermaßen zu Protokoll der Weltgeschichte gegeben hatte. Mindestens bis zu den Karlsbader Beschlüssen gab es eine gewisse revolutionäre Gährung in der deutschen Studentenschaft. Es lohnt sich schon, die Thatsache festzustellen, denn seitdem der deutsche Philister in die preußischen Bajonnette abgedankt hatte, gefiel er sich in der Ausbreitung des Märchens, als habe es sich in den kräftigen Jahren der deutschen Burschenschaft um allerlei harmlose Jugendeseleien gehandelt. Erst die fürstendienerische, preußische Geschichtschreibung hat mit diesem Märchen einigermaßen aufgeräumt, und dies Verdienst wollen wir ihr gern als kleines Gegengewicht gegen die Last ihrer zahllosen Sünden anrechnen. Um die verschiedenen Friedrich Wilhelme, die sich mit der scheußlichen Demagogenjagd über ihren schmählichen Wortbruch hinwegzuhelfen suchten, einigermaßen zu entlasten, hat sie ganz schlüssig bewiesen, daß sich in den alten Burschenschaften genug brave Kerle befanden, die mit den eidbrüchigen Landesvätern, hätten sie sie anders in ihre Gewalt bekommen, nicht eben viel Federlesens gemacht haben würden.

Aber nicht die Landesväter, sondern die Burschenschaften verloren das Spiel. Und wenn das nach der ganzen Lage der Dinge nicht anders sein konnte, so waren die Verlierenden doch auch nicht ohne Schuld an ihrer Niederlage. Erst in verhältnißmäßig kleinen Kreisen der deutschen Burschenschaft herrschte einige Klarheit darüber, daß politische Dinge ernsthaft traktirt sein wollen. Das Singen und Sagen von Kaiser und Reich that es auf die Dauer nicht; es verdarb den entschlosseneren Elementen vollends das Konzept. Nicht daß sich so viele ehemalige Burschenschafter zu den entschiedensten Vorkämpfern der Reaktion entwickelten, war das eigentlich Kompromittirende, sondern daß sich diese Leute, wie

der alte Leo in Halle, nicht ohne sehr plausiblen Schein darauf berufen konnten, sie seien bei ihrem reaktionären Treiben den sehnsüchtigen Träumen ihrer Jugend durchaus treu geblieben. Wir gestehen auch offen, auf die Gefahr hin, von dem entrüsteten Gründeutschland dafür abgekanzelt zu werden, daß wir das berühmteste dichterische Denkmal der Demagogenhetze nie ohne ein gewisses Mißbehagen gelesen haben. Doch hatte Franz Ziegler nicht durchweg recht, als er einmal schrieb: „An Fritz Reuter's ‚Festungstid' findet man am hübschesten, daß er ein so echter Deutscher ist, daß er über eine infame Rechtsverhöhnung scherzen kann." Gewiß, dieser Umstand mag das Glück des Buches bei der Bourgeoisie gemacht haben, aber statt: echter Deutscher hätte Ziegler sagen sollen: echter Kleinbürger. Ein proletarisches Opfer des Sozialistengesetzes, das seine Leidensgeschichte schriebe, würde niemals in den scherzenden Ton Reuter's verfallen. Und darin liegt ein gewaltiger Fortschritt, womit natürlich die etwaige dichterische Ueberlegenheit Reuter's nicht weiter angefochten werden soll.

Vielleicht schon in den dreißiger und ganz gewiß in den vierziger Jahren trat der deutsche Student hinter den deutschen Handwerksburschen zurück, soweit es auf die Betheiligung an den Befreiungskämpfen der Zeit ankam. Es genügt, den Namen Weitling zu nennen. Von den verfolgten Demagogen hat sich unseres Wissens nur Wilhelm Wolff zu einem sturmfesten Vorkämpfer des Sozialismus entwickelt. Andere kokettirten wohl ein wenig mit dem „wahren Sozialismus", wie A. v. Rochau, ein Führer des Frankfurter Hauptwachensturms, der studentischen Grand affaire der dreißiger Jahre, der unter dem Pseudonym Churoa Fourier übersetzte, dann unter die Gothaner und Nationalvereinler ging und schließlich als nationalliberale Mannesseele im deutschen Reichstage von 1871 mit einer heftigen Denunziation derjenigen bürgerlichen Organe debütirte, die sich in dem deutsch-französischen Kriege noch einige Nüchternheit bewahrt hatten. Die meisten akademischen Rebeller der dreißiger Jahre machten so vorbehaltlos ihren Frieden mit den herrschenden Gewalten, daß die preußischen Mandarinen, die nie vom Pfade des Rechten abgewichen waren, unter neidischem Schütteln ihrer Zöpfe das Witzchen erfanden, Niemand mache eine so schnelle Karriere, wie ein bekehrter Demagoge. Noch einmal spielte der deutsche Student dann in der revolutionären Bewegung von 1848 eine Rolle, doch keine so entscheidende, wie ihm von den landläufigen Geschichtschreibern im Guten oder Schlimmen nachgesagt worden ist. Aus seinen persönlichen Erfahrungen in der Reichsverfassungskampagne schreibt Engels: „Ueberhaupt zeigten sich die Studenten während des ganzen Feldzugs als malkontente, ängstliche, junge Herrchen, die immer in alle Operationspläne eingeweiht sein wollten, über wunde Füße klagten und murrten, wenn der Feldzug nicht alle Annehmlichkeiten einer Ferienreise bot. Unter diesen ‚Vertretern der Intelligenz' waren nur einige, die durch wirklich revolutionären Charakter und glänzenden Muth eine Ausnahme machten." In den Berliner Märztagen vollführten die Studenten bei dem komödiantischen Umritte des Königs durch die Straßen zwar einen gewaltigen Lärm mit Hurrahschreien und Waffenrasseln, aber unter den Todten des Friedrichshains finden sich kaum zwei oder drei Studenten zwischen ebenso viel hundert Arbeitern und Gesellen.

Mit dem Revolutionsjahre hörte die historische Rolle der deutschen Studentenschaft auf. Seit 1866 und namentlich seit 1870 machte sie sich aber wieder bemerkbar, wie bekannt in einer Weise, über die sich die Waterloo-Kämpfer der alten Burschenschaft noch im Grabe umdrehen konnten. Doch ist dies häßliche Sündenregister so oft aufgerollt worden, daß es hier nicht noch einmal durchblättert zu werden braucht. Was uns heute interessirt, ist die Reaktion einzelner

gesünderer und kräftigerer Elemente gegen die herrschende Schande der studentischen Masse. Sie trat schon in den siebziger Jahren hervor; in der letzten Zeit vor dem Sozialistengesetze konnte es manchmal scheinen, als fange der deutsche Studiosus an, sich zur Sozialdemokratie zu bekehren. Indessen der Schein trog, und soweit wir darüber unterrichtet sind, machte die Partei unter dem Ausnahmegesetze keine besonders guten Erfahrungen mit den akademischen Rekruten. Seit der Wiederherstellung gemeinrechtlicher Zustände hat die sozialdemokratische Bewegung auf den Universitäten von Neuem um sich gegriffen, und vorgestern war von den hiesigen sozialistischen Studenten eine große Versammlung einberufen worden, deren Zweck die Propaganda für die sozialdemokratischen Ziele unter der Studentenschaft sein sollte. Wie zu erwarten stand, hatte sich der antisemitisch-reaktionäre Verein der deutschen Studenten gleichfalls eingefunden, und es entspann sich eine jener Redeschlachten, bei denen erfahrungsgemäß nicht viel herauszukommen pflegt, und jedenfalls nicht mehr, als daß der eine Theil den anderen mehr oder minder witzig abtrumpft. Dieser Erfolg wurde mit spielender Leichtigkeit über die akademischen Stöckerlinge erreicht, die mit ihrer „Leibgarde der Hohenzollern" und worauf sie sich sonst hinausspielten, einem komischen Mißerfolge verfielen. Aber sie wurden matt gesetzt durch sozialdemokratische Arbeiter und Schriftsteller, nicht durch die sozialistischen Studenten, die sich jeder Theilnahme an der Debatte enthielten unter ausdrücklicher Bezugnahme darauf, daß ihnen andernfalls die Relegation bevorstände.

Die Thatsache selbst ist richtig; jedem Studenten, der sich an der sozialdemokratischen Propaganda betheiligte, stände an allen deutschen Universitäten die Relegation bevor. Und es wäre gewiß ungerecht, die Reserve, die sich die sozialistischen Studenten deshalb auferlegen, in denselben Topf zu werfen mit der Feigheit des Philisters, der seine Ueberzeugung verleugnet, um sein Aemtchen zu behalten oder seine Kundschaft nicht zu verscherzen. So überflüssig die Universitäten im Allgemeinen für die historischen Wissenschaften geworden sind, so unentbehrlich sind sie mit ihren wissenschaftlichen Instituten im Allgemeinen noch für die exakten Wissenschaften, und gerade unter Naturwissenschaftlern und Medizinern hat die Sozialdemokratie ihre eifrigsten studentischen Anhänger. Ein Student, der was davon erkannt und thöricht genug sein volles Herz nicht wahrte, hätte nicht eine ehrenvolle Armuth und Verfolgung, sondern die verbummelte und verkommene Halbheit einer gewaltsam deklassirten Existenz zu erwarten. Mit solchen Hilfstruppen wäre der Sozialdemokratie am allerwenigsten gedient, und deshalb hat die Zurückhaltung, die sich die sozialistischen Vertreter in ihrem öffentlichen Auftreten auferlegen, ihren guten Sinn. Was etwa Unschönes an einem solchen Zustande sein mag, das fällt mit aller Wucht auf den famosen modernen Kulturstaat zurück, der die von dem Gelde der Steuerzahler unterhaltenen Lehranstalten zu Werkzeugen der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung macht.

Etwas anders steht es um die Frage, ob bei solcher Lage der Dinge eine besondere sozialdemokratische Propaganda unter der Studentenschaft überhaupt nothwendig oder nützlich ist. Nach der vorgestrigen Versammlung würde sie auf eine geistige Vormundschaft der Hand- über die Kopfarbeit hinauslaufen, und darin mag man einen guten Witz der historischen Entwicklung sehen. Aber daraus würde sich auch schon ergeben, daß jeder Proletarier, der thatkräftig in den Emanzipationskampf seiner Klasse eingreift, für diesen Kampf werthvoller ist als ein Student. Und nicht nur daraus würde es sich ergeben: bei sonst gleichen Umständen kann man sagen, daß in Allem, worauf es bei dem heutigen

Befreiungskampf ankommt, der Proletarier dem Studenten ebenso überlegen ist, wie in den Jahren nach Waterloo in Allem, worauf es für den damaligen Befreiungskampf ankommen mochte, der Student dem Proletarier überlegen war. Wir sagen das keineswegs im Sinne der „schwieligen Faust", welcher Sinn unseres Erachtens ein Unsinn ist, sondern gerade von dem Gesichtspunkt aus, daß der Proletarier vermöge seiner Klassenlage eine geistige Klarheit und Schlagfertigkeit besitzt, die dem Studenten wegen seiner Klassenlage fehlt. Wohlgemerkt in Allem, worauf es für den Befreiungskampf der Zeit ankommt. Denn daß sonst der Student über eine Masse formalen Wissens gebietet, die der Proletarier sich unter den heutigen Verhältnissen niemals erwerben kann, ist selbstverständlich.

Eine Führerschaft des „geistigen Proletariats", wie sich die sozialistischen Studenten mit einem übrigens anfechtbaren Ausdruck zu nennen lieben, in dem proletarischen Emanzipationskampfe ist deshalb von vornherein ausgeschlossen. Der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Bewegung muß und wird immer in den Arbeitermassen liegen. Bedürften sie noch einer besonderen Aristokratie zur Berathung und Führung ihrer Angelegenheiten, so wäre damit bewiesen, daß sie für die Lösung ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe noch nicht reif seien. Sie haben daher mit sicherem Klassenbewußtsein alle literarischen und studentischen Elemente, die sich in ehrgeiziger Absicht an sie herandrängten, sehr kaltblütig abfallen lassen. Und die Geschwindigkeit, womit sich die enttäuschten Weltenstürmer auf die kapitalistischen Fleischtöpfe rückwärts zu konzentriren verstanden, hat auch noch allemal bewiesen, daß ihnen von den vorsichtigen Arbeitern kein Unrecht zugefügt worden war. Ohne Zweifel giebt es aber unter den sozialistischen Studenten auch sehr kräftige und tüchtige Elemente, junge Leute, die sich sehr wohl in die nothwendige Disziplin zu fügen wüßten und unter dieser Voraussetzung der Partei außerordentlich nützlich werden könnten. Sie sind in mancher Beziehung schlimmer daran, als junge Proletarier: sie haben mit einer Welt von Vorurtheilen aufzuräumen, Hunderte von Fäden zu zerreißen, die sie mit ihrer bürgerlichen Umgebung verknüpfen, schmerzliche Familienkonflikte durchzukämpfen, ehe sie in das Heer des kämpfenden Proletariats eintreten können. Und wenn sie dann obendrein noch mit Mißtrauen empfangen werden, nach so vielen Proben, die der junge Proletarier gar nicht erst abzulegen braucht, dann glauben sie wohl einigen Grund zu bitteren Empfindungen zu haben, und es ist nicht blos verletzte Eitelkeit gewesen, die manch junge Kraft aus der bürgerlichen Klasse der proletarischen Bewegung hat den Rücken kehren lassen.

Das sind Verhältnisse und Zustände, über die sich keineswegs mit dem einen oder anderen kurzen Schlagwort absprechen läßt. Dafür sind sie viel zu komplizirt. Jede weltgeschichtliche Bewegung, auch die berechtigtste, zertritt um ihrer großen Zwecke willen manches, was, gerade auch vom Standpunkt der Bewegung selbst aus, lieber gepflegt werden sollte. Wäre dem aber leicht abzuhelfen, so wäre ihm längst abgeholfen worden, und darnach liegt die Befürchtung nahe, daß mit der sozialistischen Propaganda unter der Studentenschaft nicht viel erreicht werden wird. Können die sozialistischen Studenten aus Gründen, die sich sehr wohl hören lassen, keine offene Agitation für ihre Sache treiben, wollen sie nicht als gebrochene Existenzen, sondern als fertige Männer in den proletarischen Emanzipationskampf treten, so sollten sie auf jeden Versuch verzichten, das Unmögliche dennoch möglich zu machen, und sich aus ihrer Zwangslage lieber dadurch retten, daß sie um so schneller fertige Männer werden. Raum und Zeit genug, ihre Thatenlust zu büßen, bleibt ihnen dann noch immer.

Es ist ganz undenkbar, daß die deutsche Studentenschaft als Klasse jemals wieder ins Vordertreffen der historischen Entwicklung gelangt. Die gänzliche Umgestaltung des heutigen, versteinerten und verzopften Universitätswesens wird zu den ersten Aufgaben des siegenden Proletariats gehören. Die einzelnen, triebkräftigen Elemente der Studentenschaft können und werden ihre Klasse nicht regeneriren. Sie gestehen es selbst ein mit dem Verzicht auf eine offene Propaganda für ihre sozialistische Ueberzeugung. Um so eher sollten sie es aufgeben, von hinten herum den stagnirenden Sumpf mit Ruthen zu peitschen, und vielmehr als Einzelne darnach trachten, schnell in das offene Meer zu gelangen, in dem ein tüchtiger Schwimmer trotz alledem nicht untergeht.

Glossen zu dem Aufsatz „Aus unserem modernen Kunstleben" von Fritz Kunert.

Von einem Maler.

Man liebt es, zu Neujahr Ueberraschungen zu bringen. Eine solche Ueberraschung war für uns der Artikel Kunert's in der „Neuen Zeit" Nr. 13 und 14 über den Verfall der bildenden Künste in Deutschland. Eingeleitet wird der Artikel mit einem Hinweis auf R. Wagner, als den letzten großen Künstler einer untergehenden Zeit, der noch einmal die Menschen hinzureißen verstand mit seiner gewaltigen Kunst. Eine Anerkennung, der wir uns ganz und voll anschließen. Aber wir möchten doch im Vorbeigehen die Frage aufwerfen, ob auch das größte Talent der bildenden Künste heutzutage eine so tiefgehende Wirkung hätte ausüben können wie Wagner. Eine Frage, die wir sofort verneinen. Die Zeit der Rafaele und Michelangelos ist vorbei, wo auf eine derber organisirte Menschheit Bilder wirkten wie Gottesdienst. Die heutige reflektirt vor der bildenden Kunst, und es brauchte die intensivere, unmittelbarer wirkende Macht der Musik, um die Menschen so in ihrem Innersten aufzurütteln und selbst Widerstrebende mitzureißen, wie Wagner es gethan.

Nach Wagner weist Kunert auf die Antike hin, die auch wir bewundern, wobei es uns jedoch sehr begreiflich erscheint, daß uns modernen, ganzgekleideten Menschen diese mächtige Anschauung der Form verloren gegangen ist, daß wir sie nicht mehr haben können, so wenig wie die nacktgewohnten, kraftvollen Alten unsere nervenvibrirende Musik haben konnten.

Von den großen Künstlern der Antike und denen des Mittelalters, lauter glücklichen Leuten, die inmitten einer vieljährigen, künstlerischen Tradition stehend für eine Umgebung schufen, die an sie glaubte, macht Herr Kunert einen sehr weiten Schritt, nämlich bis zur Berliner Kunstausstellung von 1893, und konstatirt an ihr den obenerwähnten Verfall der Kunst. Und zwar in einem mächtigen Angriff auf Leute wie Thoma, Klinger, v. Uhde u. s. w., in denen Andere die Zeichen der Besserung erblicken.

Ehe wir auf diesen Vorwurf näher eingehen, muß ein kurzer Rückblick gestattet sein auf die Entwicklung der deutschen bildenden Kunst in diesem Jahrhundert und zwar vorerst mit wenigen Worten über die Plastik.

Verfasser dieses kam als Schüler der Münchener Akademie gerade in jene Periode, in der man das Zeichnen nach der Antike bei Anfängern abschaffte und es vorgeschritteneren Schülern überließ, nach gründlichen Naturstudien auch der Antike näher zu treten. Hier im Kleinen der Prozeß, der in der plastischen

Kunst der letzten Jahrzehnte vor sich ging. Bis dahin blödes, äußerliches Nachahmen der Antike und als Ergebniß sehr wenige gute, wie z. B. Hähnel's Rafael, und dagegen sehr viele geringe, konventionelle Werke. Zum Beweis dafür genügt ein Spaziergang durch jede größere deutsche Stadt; man vergleiche beispielsweise Wagmüller's prächtiges Liebig-Denkmal mit den anderen Denkmälern in München.

Heute staunen wir die Formengröße der Antike an als etwas vielleicht Unerreichbares, wissen aber wohl, daß wir zu einer uns eigenen großen Auffassung der Form nur kommen können durch intensives Studium der Natur. Und in diesem Stadium befindet sich die Plastik von heute.

Die Architektur lassen wir Herrn Kunert gern als Schlachtopfer, sie steht im großen Ganzen unter dem Zeichen billig und schlecht und leidet fast noch mehr als die Plastik unter der Ungunst der Zeiten. Beide können nicht auf Risiko schaffen, aber für beide hat der heutige Militärstaat kein Geld. Auch scheint uns die Mutter aller bildenden Künste, die Architektur, ihrem inneren Wesen nach wenig geeignet zu dem künstlerischen Ausdruck einer so sensiblen Zeit wie der unserigen.

Und nun zum eigentlichen Schlachtfeld, zur Malerei, gegen die Herr Kunert das Schwergewicht seines Angriffs richtet. Auch hier ein kurzer Rückblick.

Fangen wir an mit der Lieblingsperiode aller deutschen Bildungsphilister, mit der Gedankenmalerei der Corneliusschüler, der Zeit, wo man weder malen noch zeichnen lernte, aber ganze Weltuntergänge malte in widerlichen Formen und Farben. Die wenigen, wahrhaft großen Künstler jener Zeit, z. B. Rethel und Schwind, wurden auf die Seite gedrängt und wenig gewürdigt. Gerade war man etwas müde geworden an diesen großen und so bläßlich kranken Gedanken, da kam der große Theatermaler Piloty und strich die ganze Geschichte neu an. Genau wie man ein verbrauchtes Ausstattungsstück neu einrichtet.

Mit ihm und seinen Schülern kam die Periode der theatralischen Historienbilder, der kostümirten Morithaten. Im Ganzen eine hohle äußerliche Kunst. Nur wenige seiner Schüler, Lenbach, Diez, Max, Makart u. e. a., meist im Kampf mit ihrem Herrn Lehrer stehend, waren frei von dieser Hohlheit.

Im Norden der einsame Menzel, im Süden die einsamen Feuerbach und Böcklin gingen ihre eigenen Wege.

Fast zugleich mit dieser Theatermalerei entstand der Kultus der Defregger, Knaus, Grützner und Vautiers mit ihren zahllosen Nachahmern. Es entstand die sogenannte Lederhosenkunst. Hundertweise tauchten nun Tyrolerbilder mit Dearndln und Buabn, Maßkrügen und Bauern auf; auch Großväter mit lachenden Enkeln auf dem Schooße und den Hanswurstel in der Hand erfreuten sich großer Beliebtheit. Dies wurde so arg, daß selbst Defregger einmal mit Schrecken ausrief: „Jetzt, wenn die Berliner sogar anfangen Bauern zu malen, nachher stecken wir's lieber auf."

Daneben noch die Butzenscheibenkunst der Löfftz- und Klaus Meyer-Schüler, die Interieursbilder, bestehend aus sehr ruhig sitzenden Holländerinnen, weißen Hauben, Butzenscheiben und sonnigen Reflexen.

In dieser Periode der aufgeputzten Genremalerei stecken wir im Grunde genommen heute noch, ihre Vertreter sind die Lieblinge der Bourgeois, der Kunstvereine und aller unserer illustrirten Blätter, und sie sind es, die die deutsche Kunst am meisten in Verruf gebracht haben. Aller Ideale bar, singen sie das hohe Lied des Geldsacks und suchen in ihrem eigenen Interesse die Geschmacklosigkeit des deutschen Publikums aufs sorgfältigste zu konserviren, des Publikums, dem durch hier nicht näher zu erörternde Verhältnisse im Laufe der Zeiten jede

künstlerische Tradition verloren gegangen ist. Auf sie geht das Wort des französischen Malers Roll gelegentlich eines Besuchs der Glaspalastausstellung in München: „Vous avez encore trop de marchandise", und gegen sie richtet sich hauptsächlich der Kampf unserer jungen Stürmer und Dränger von heute; gegen sie ist die Münchener Sezession entstanden.

Die französische Kunst hat denselben Kampf durchgemacht, er wurde nach langer Anfeindung der Kämpfer von damals — ganz wie bei uns — Ende der siebziger Jahre entschieden und liegt nun schon lange hinter ihr.

Damals waren es die großen französischen Landschaftsmaler von Fontainebleau, Rousseau, Corot, Diaz, Troyon, Daubigny u. a., dann Courbet und vor allem der große Meister von Barbizone, Jean François Millet, die der akademischen Malerei ein Ende machten, so daß sie nur noch in vereinzelten Exemplaren wie Bouguereau u. a. ein schattenhaftes Dasein führt. Durch ihre tiefe, innerliche Erfassung der Landschaft, jene echte, nicht nur äußerliche Liebe zur Natur haben die französischen Meister Kunstwerke geschaffen, die man in ihrer Intimität wohl als die feinste Blüthe der Malerei in diesem psychisch so überfeinerten Jahrhundert bezeichnen darf. Vor allem Millet, der uns näher steht, als Viele — in Deutschland wenigstens — ahnen. Man lese seine Briefe, man sehe seine Bilder. So schwer es ist, solche zu beschreiben, nur ein Versuch. „Auf seine Hacke gelehnt steht ein Bauer und schaut ins Weite. Um ihn her die warme, dampfende Erde, die er aufgewühlt, aus der er selbst emporgewachsen zu sein scheint. Wie ein Thier gedankenlos, verstiert glotzt er darein, ein Stück der Erde selbst, der niedrigste Arbeitssklave der Menschheit." Was aber dem Bild seinen elementaren Charakter giebt, der es weit über ein bloß naturalistisches Kunstwerk erhebt, das ist die große Seele dessen, der es geschaffen, das Mitleid des großen Menschen Millet.

Liebermann und v. Uhde waren es zuerst in Deutschland, die von Millet angeregt, der konventionellen Verkaufsmalerei den Krieg erklärten, die dem Naturalismus in Deutschland Bahn gebrochen haben.

Bleiben wir bei letzterem etwas stehen, da über ihn sich die volle Schale von Herrn Kunert's Zorn ergießt. Vor Allem hat's ihm Uhde's Christus angethan. Auf dem Bild „Lasset die Kindlein zu mir kommen" sitzt nun allerdings ein Christus. Wen das stört, der denke sich an die Stelle des Christus irgend einen wohlthätigen Menschen und widme sich ganz der Anschauung der Kinder.

Diese Kinder sind ergreifend gegeben. Halb schüchtern, halb zutraulich nahen sie dem fremden Manne. Das kleinste hat seinen Kopf geborgen in seinem Schooß und schaut in glücklicher Verlegenheit zu ihm empor, ein anderes reicht ihm die Hand. Das, worauf es Uhde wohl hauptsächlich ankam, den unerklärlichen Zauber des fremden Manns auf die Kindesseelen zu schildern, ist ihm herrlich gelungen.

Auch das Abendmahl findet nicht den Beifall Kunert's, der auf den großen Leonardo verweist, ohne zu bedenken, daß in unserer nervösen Zeit die Darstellung eines solchen Gegenstandes, wenn sie nicht, wie so vielfach, eine äußerliche ist, eine andere sein muß, als in dem Zeitalter der monumentalen Kunst. Und Uhde ist es auch hier gelungen, der alten, unendlich oft durch schlechte Bilder abgedroschenen Legende neues Leben einzuhauchen. Man sehe diese der niedersten Volksklasse entsprungenen Jünger, ihre brennenden Augen auf Christus gerichtet, der ihnen die Heilsbotschaft verkündet. Freilich, es fragt sich hier wiederum, was ist ein Heiligenbild, was kann es sein in heutiger Zeit, wenn es nämlich ein Kunstwerk sein soll? Erwartet man jene wohlfrisirten Heiligen in den

bekannten schönen blauen und rothen Gewändern, wie sie die Kirche und unser Landvolk so sehr liebten, ei! es giebt Maler genug, bei denen man solche nach berühmten Mustern arrangirte Wachsfiguren-Kabinette dutzendweis bestellen kann. Bei Uhde freilich nicht; was er darstellen wollte, war der glühende Fanatismus, die Todesfreudigkeit jener gedrückten Menschen, die für die große Idee des Meisters Alles einzusetzen bereit waren, selbst das Leben. Von den Todfeinden der Uhde'schen Kunst, den Ultramontanen in der bayerischen Kammer, wurde gerade dieses Bild aufs schärfste angegriffen und eine Versammlung fanatisirter Sozialdemokraten genannt. Nun, das wäre gerade kein Grund, der uns das Bild verleiden müßte.

Uhde's „Gang nach Bethlehem" ist in manchen Ausstellungen unter der einfacheren Bezeichnung „Heimkehr" ausgestellt worden. Das Bild ist dasselbe geblieben, ein armes, schwangeres Proletarierweib, das, auf seinen Mann gestützt, in der Dämmerung müde dahinwandelt. Hinten kleine Häuschen, matt erleuchtete Fenster, die Heimath. Das Ganze ein ergreifendes Bild.

Noch ein Werk von ihm wollen wir erwähnen, das wir vergangenes Jahr in München gesehen. Es war höchst einfach, ein derbes Proletarierkind, an seine Mutter gelehnt. Aber welch ein Kunstwerk, dieses Kindergesichtchen. Verlegen schaut es heraus, das Zünglein zwischen den Lippen. Alles gesehen und gemalt in jener Ursprünglichkeit, in der höchsten Spannung des Gehirns, wie sie nur in seltenen, gottbegnadeten Stunden über den Künstler kommt, wo Empfindung und Technik zusammenschmelzen in Eins.

Mache ihm das nach, wer kann. Und sie machen ihn ja nach, sogar in Frankreich, wo er Schule gemacht; freilich nur um zu zeigen, daß er nicht nachzuahmen ist. Wer bis jetzt noch nicht begriffen, was an ihm ist, der könnte es begreifen an den Werken seiner Nachahmer. Alles machen sie ihm nach, blos die Hauptsache nicht, sein Gefühl, seine tiefe Schilderung des rein Menschlichen.

Ueber Thoma und Max Klinger nur noch wenige Worte. Als vor einigen Jahren Thoma eine große Kollektiv-Ausstellung seiner Werke in München veranstaltete, hatte diese Ausstellung einen ungeheuren Erfolg. Endlich einmal wieder eine große künstlerische Individualität in dieser ausnivellirten Großproduktion von schulgemäßen Genrebildern und Landschaften. Diese begeisterte Anerkennung galt freilich weniger den allegorischen Darstellungen Thoma's, als seinen innigen, echt deutschen Landschaften. Sie galt vor Allem dem einsamen Künstler, der sich selbst so treu geblieben sein Leben lang, der uns durch sein Beispiel die alte Weisheit wieder einmal vor Augen führte, daß wahre Kunst unabhängig ist von allem Wechsel der Technik.

Unrichtig ist es, ihn einen Führer der Jungen zu nennen. Thoma ist gar kein moderner Maler, weit eher könnte man ihn Moritz Schwind und Ludwig Richter zugesellen. Aber gerade das ist das Merkwürdige, daß dieser alte Mann in der aufreibenden Hetzjagd nach koloristischer Verfeinerung uns Werke bringt, die so friedlich und ruhig sind wie ein Volkslied. Herr Kunert scheint die Landschaften Thoma's nicht zu kennen, so wenig wie die Radirungen Klinger's. Bei einer Kollektiv-Ausstellung des letzteren fanden freilich seine Gemälde trotz des ernsten Studiums der Form weit weniger Anklang, als seine Radirungen. Diese aber in ihrer erschütternden Darstellung von Menschenschuld und Menschenleid, wie in den Cyklen „Eine Liebe" und „Das Leben einer Dirne", haben ihn zu dem gemacht, was er ist, zu dem würdigen Nachfolger Alfred Rethel's. Und wenn Klinger blos das letztere Werk geschaffen, Verführung und Untergang des armen Proletarierkindes, so müßte ihn das allein uns werth machen.

Stuck scheint Herr Kunert ebenfalls wenig zu kennen, denn der flüchtigste Blick auf die von Talent sprühenden Zeichnungen Stuck's oder auf seine Statue „Der Athlet" hätte ihm sagen müssen, daß er es hier mit einem Künstler zu thun hat, der sehr ernst zu nehmen ist. Gerade Stuck könnte Anlaß zu mancher Betrachtung bieten. Was zu tadeln ist in heutiger Zeit, das ist die einseitige Pflege des Staffeleibildes; was uns fehlt, hat Franz Lenbach vor wenigen Wochen mit Recht betont. Er wünscht, daß künstlerische Auffassung Alles durchdringe, vom Kunstwerk an sich bis zum letzten Hausgeräth.

Gerade Stuck mit seinem vielseitigen, dekorativen Talent wäre berufen, hier Außerordentliches zu leisten, wenn, ja wenn man ihm solche Aufgaben stellen würde. Wenn er es nicht thut, wenn er sich der gangbarsten Form der heutigen Kunst, dem Staffeleibild zuwendet, für das er vielleicht weniger berufen ist, so ist hieran mehr als er unsere Zeit schuld, die Zeit und unsere lieben Regierungen, denen ein Lieutenant wichtiger ist als ein großer Künstler.

* * *

Die Zeit des rein äußerlichen Naturalismus scheint bereits vorüber zu sein, Alles strebt nach Eigenart, nach Subjektivität. Wir haben feiner sehen gelernt und wissen, daß die Individualität dem Werk den Charakter giebt. Von van Dyk, Jordaens gefallen uns die Bilder am besten, in denen sie sich freigemacht haben von den Traditionen der Schule Rubens'. Bilder, die nach einer ganz bestimmten Schule schmecken, mögen wir überhaupt nicht mehr sehen.

Jene obengenannten Künstler und noch einige andere sind bedeutende künstlerische Individualitäten, sprechen ihre eigene Sprache und geben sich voll und ganz. Neben ihnen suchen sich allerdings viele kleine Ichs bemerkbar zu machen, indem sie sich gegenseitig überbieten in den tollsten koloristischen Effekten, die aber — und das ist die Hauptsache — gewöhnlich nicht in ihren eigenen Köpfen gereift sind. Viele von ihnen hat Besnard, der geniale Franzose, auf dem Gewissen, und man möchte fast wünschen, sie wären beim Naturalismus verblieben, bei dem äußerlichen Nachahmen der Natur, indem ein solches immerhin noch gesünder erscheint, als dieser gewaltsame Subjektivismus. So wie sie sind, bedeuten diese jungen Künstler zwar eine naturgemäße Reaktion gegen die seitherige schulgemäße Produktion und damit auch eine Auflehnung gegen den Frohndienst für den Kapitalismus, indessen muß man von ihnen sagen, daß sie selbst nicht an das glauben, was sie machen, und es ist dem Laien oft nicht übel zu nehmen, wenn er von so viel Spreu den Weizen nicht zu sondern weiß. Dazu die ungeheure Konkurrenz so Vieler, die weder berufen und noch viel weniger auserwählt sich diesem Berufe widmen, nicht weil er seinen Mann nährt — wahrhaftig nicht —, sondern aus einem ganz anderen Grunde. Es ist die Verachtung, die der Arbeit heutzutage entgegengebracht wird, es ist das lächerliche Honoratiorenbewußtsein der deutschen Bourgeoisie, von dem angesteckt so mancher junge Mann eine nützliche, wenn auch geringer geschätzte Laufbahn verläßt, um einen Beruf zu ergreifen, der als interessant gilt. Dies wohl der Hauptgrund des wahnwitzigen Menschenandrangs in der Kunst, der durch die Ueberfüllung in allen Berufsarten allein nicht genügend erklärt wäre. Diese ungeheure Konkurrenz hat eine Ueberfülle von künstlerischer Produktion hervorgebracht, die in geradezu lächerlichem Verhältniß steht zur Nachfrage. Erdrückend für den Beschauer und erdrückend für das wenige Gute, das sie enthält. Auch Herr Kunert hat Gutes in der Berliner Ausstellung gefunden, aber gerade in diesem Punkte können wir ihm am wenigsten zustimmen. Er nennt uns Hans Dahl mit seinen

„Lächelnden Fischerinnen", Henseler, Papperitz, Kleehaas, die beiden Berninger und Achenbach und Andere mehr, Leute, die in der bildenden Kunst dieselbe Rolle spielen, wie die Verfasser der deutschen Familienromane unserer illustrirten Blätter in der Literatur.

Da stehen uns die Naturalisten, die Stürmer und Dränger unter den Jungen, doch viel näher, die sehnsuchtsvoll suchen nach einem neuen Ausdruck in der Kunst.

* * *

Der soziale Kampf, der die ganze gebildete Welt durchtost, hat seinen Widerhall auch in der Kunst gefunden. Wer tiefer zusieht, dem werden gewisse Beziehungen nicht verborgen bleiben. Allüberall, auf der ganzen Linie der Kulturmenschheit, wie wir sagen möchten, ist der Streit entbrannt für und wider die Herrschaft des hohlen Scheins.

Glaube, Patriotismus, scheinbar ewige Ideen, mit denen sich seither so hübsch regieren ließ, sind die Schlagworte der Besitzenden, diese Worte auf seinen Fahnen zieht der Kapitalismus ins Feld des sozialen Kampfes. Von Jahr zu Jahr nimmt dieser Kampf an Stärke zu, zugleich vereinfacht er sich aber.

Vielgestaltig von Beginn klärt er sich zum Streit zwischen zwei großen Lagern. „Hie arm — hie reich" ist ihr Feldgeschrei.

Gewaltige Parteien, in der Auflösung begriffen, sind mit der Kraft der Verzweiflung thätig, den Blick der Armen von dieser natürlichen Entwicklung abzulenken durch — Bilder der Konvention.

In der Form von religiösen Interessen sucht die eine verdunkelnde Wolken zu schieben zwischen die Armen und die sonnenhell brennende Frage von Sein oder Nichtsein auf dieser Erde. Auf der anderen Seite Steigerung der nationalen Gefühle bis zum wahnwitzigen Chauvinismus, der wiederum ablenken soll von der einzig wichtigen Frage der Existenz.

So wird der soziale Kampf zu einem Kampf um Wahrheit, um Ehrlichkeit in den Beziehungen der Menschen unter sich.

Der gleiche Kampf nach Ehrlichkeit, nach Wahrheit des Ausdrucks geht auch in der heutigen Kunst vor sich. Wir sind müde des hohlen Scheins der süß lächelnden Genremalerei, des falschen Pathos der Historienbilder, der schön arrangirten Landschaften. Die Zeit ist so bitter ernst und man hat uns mit Süßigkeiten gefüttert. Wir lieben auch keine schulgerechte Technik mehr, wie man sie seither in den Schulen lernen konnte. Die Empfindung ströme zum Pinsel, so entstehe aus ihrer Einheit ein Kunstwerk — ohne auswendig gelernte Handgriffe, ohne Mache. Ein Bauer Millet's mit seinem Erdgeruch wiegt uns ganze Säle jener aufgeputzten netten Genrebilder und „reich und schön gestalteten" Landschaften auf. Ueber all dies ist der Naturalismus wie ein Sturmwind hinweggebraust, der ehrliche große Naturalismus. Etwas zu stürmisch in Deutschland und für unsere Deutschen, die in knapp einem Jahrzehnt so viel verdauen sollten wie die Franzosen in dreien. Noch leben wir im Sturmwind und da ist schwer bauen. Wenn aber Herr Kunert der Kunst von heute die innere Ruhe und Harmonie abspricht, könnten da nicht die Künstler ihm erwidern: „Wie können wir ruhig schaffen, wenn Ihr die Welt mit Eurem Kampf erfüllt?" So wie es nun steht, sind uns trotz vielem Unklaren die Kämpfer des Naturalismus von heute näher, als die satte Behaglichkeit konventioneller Kunst. Der Naturalismus hat revolutionirend gewirkt auf die Empfindungsweise unserer Zeit; das kann ihn uns blos lieb und werth machen.

H. T.

Zur Lage der Bergarbeiter im nordwestlichen Böhmen.

Von Franz Lill.

In dem westlichen und nordwestlichen Böhmen ist neben der Porzellanindustrie der Braunkohlenbergbau der am stärksten vertretene Beruf. Stundenlang kann man in Distrikten dieses Landestheiles wandern, ohne die hoch aufgethürmten Haufen von Kohlenabfällen (Kohlenstaub, Lehm, Granit ꝛc.), sowie den widerlichen, aus den hoch emporragenden Schornsteinen aufsteigenden Qualm aus den Augen zu verlieren. Giebt es auch noch einzelne grünende Flächen, so gewinnt doch die ganze Gegend allmälig mehr das Bild einer öden, von schädlichen Miasmen verunreinigten Wüste.

Was die Verhältnisse unter den Bergarbeitern anbelangt, so sind dieselben nichts weniger als glänzend, insbesondere wenn man die zahllosen Gefahren, denen der Bergarbeiter im unterirdischen Betriebe ausgesetzt ist und die oft nur durch die Nachlässigkeit und Profitgier der Unternehmer heraufbeschworen werden, in Erwägung zieht. Nicht selten kommt es vor, daß in den ungeheuren Schachtstrecken der nöthige Ausbau, der das Zusammenstürzen der Kohlenwände verhindert, aus Ersparungsrücksichten vernachlässigt wird, und Unglücksfälle mit den weittragendsten Folgen sind daher auf den meisten Schächten an der Tagesordnung. Anderntheils aber werden derartige Vorkommnisse auch dadurch heraufbeschworen, daß die Förderstrecken nicht die durch das österreichische Berggesetz vorgeschriebene Breite besitzen, welche bei etwaiger Entgleisung der Hunde (Kohlenwagen) ein Entkommen der beschäftigten Bergknappen ermöglichen würde. In Folge dieses Mangels kommen oft Quetschungen und nicht selten sogar Tödtung von Arbeitern vor. Auch giebt es auf den meisten Werken nicht genügend Wetter (Ventilationen), und wo solche genügend sein könnten, giebt es wieder keine richtige Führung derselben, trotz der theoretisch gebildeten Direktoren, Ingenieure, Obersteiger ꝛc. Auch schlechte Einrichtung der Fahrten, Strecken und besonders der Bremsberge, sowie schlechte Ausdünstungen alter Brüche, die durch das Schließen der Fahr- oder Luftschächte noch erhöht werden, gefährden den Arbeiter. Maßregeln, welche es den Arbeitern ermöglichen, ihre Nothdurft zu verrichten, fehlen gleichfalls in den meisten Betrieben, so daß die Arbeiter gezwungen sind, in jeder beliebigen Strecke ihren Bedürfnissen zu genügen, wodurch die Wetter verunreinigt und verpestet werden.

In einzelnen Schächten des Brüx-Duxer Kohlenreviers ist die Hitze eine derartig hohe, daß die dort beschäftigten Arbeiter, den Oberkörper vollständig entblößt, nur mit leichten Hosen oder gar mit einer bloßen Schürzen bekleidet arbeiten müssen. Das in einer derartigen Atmosphäre unentbehrliche Trinkwasser müssen sie aus einem in Fäulniß übergegangenen Fasse, oder aus einem Blechgeschirre, welches nie gereinigt wird, also in einer vollständig verdorbenen Qualität, entnehmen.

Fehlen also die zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter nothwendigen Vorrichtungen theilweise oder vollständig, so wird die im Bergbau erwachsende Gefahr durch das auf den meisten Schächten bestehende Akkordsystem noch bedeutend erhöht. Auch werden für die Beamten und Aufsichtsorgane Prämien für ein bestimmtes Quantum von gelieferten Kohlen festgesetzt. Wie sich dann solche Antreiberseelen geberden und wie die armen Bergleute gemartert werden, ist leicht zu begreifen. Ein weiteres frevelhaftes Spiel mit dem Arbeiterleben treiben die Herren Bergbau-Unternehmer, indem sie bei Projektirung neuer Förderstrecken nicht selten Plätze, wo sich schon verfallene Strecken befinden, umschlagen lassen. Da nun derartige halb verschüttete Erdhöhlungen mit Wasser gefüllt sind, so kann es vorkommen, daß durch plötzlichen Wassereinsturz die Grube vollständig überschwemmt wird. So konnte sich z. B. auf den Montan-Industrial-Werken in Granesau vor zwei Jahren die gesammte Mannschaft nur mühsam vor dem Ertrinkungstode retten. Allerdings werden die Gruben von der Bergbehörde hin und wieder einer meist oberflächlichen Inspizirung unterzogen, aber diese erweist sich schon deshalb als zwecklos, weil sich die Behörde gewöhnlich mehrere Tage zuvor bei der Werkleitung meldet,

die nun schleunigst Alles säubert und in Ordnung bringt. Nach stattgehabter Untersuchung jedoch wird wieder in der alten Nachlässigkeit weiter gewirthschaftet. Auf zahlreichen Gruben haben aber auch die Arbeiter eine Inspektion noch nie zu Gesicht bekommen.

Was endlich die Arbeitszeit anbelangt, so ist dieselbe im Verhältniß zu der mühe- und gefahrvollen Beschäftigung als eine enorm lange zu bezeichnen, denn obwohl das österreichische Berggesetz einen elfstündigen Normalarbeitstag vorschreibt, lassen die Herren Unternehmer meist nach eigenem Belieben arbeiten, so daß eine Arbeitszeit von 12—14 Stunden im Durchschnitt anzunehmen ist.

Trauriger noch erscheint die Lage der nordwestböhmischen Kohlensklaven, wenn man die Lohnverhältnisse unter denselben in Erwägung zieht. Nach einer von den Vertrauensmännern der nordböhmischen Kohlengräber auf Grund von gesammelten Lohnlisten aufgestellten Statistik beträgt der Durchschnittslohn pro Tag bei zwölfstündiger, mit Einrechnung der Wege zum Schacht meist vierzehnstündiger Arbeitsdauer 1 fl. 39 kr., welches einen Jahresverdienst von 400 fl. 32 kr. ergiebt, vorausgesetzt, daß der Arbeiter niemals krank ist und ununterbrochen arbeiten kann! Diese 400 fl. 32 kr. sind aber noch keineswegs reiner Verdienst, sondern es gehen davon ab: für Grubenwerkzeuge 8 fl. 40 kr., für Brennöl in der Grube 23 fl. 10 kr. und für die Bruderlade 16 fl. 60 kr. Von den noch verbleibenden 353 fl. 60 kr. zahlt er: für Miethzins 40 fl., Brennmaterial 11 fl. 50 kr., Beleuchtung 3 fl. 50 kr. und für Schulgeld 2 fl. 75 kr. Mithin verbleiben auf Kleidung und Nahrung für eine ganze Familie 287 fl. 61 kr. pro Jahr oder 78 kr. täglich! Mißlicher noch sehen die Lohnverhältnisse in den Revieren des westlichen Böhmens aus. Der Durchschnittsverdienst eines Kohlenschiebers beträgt dort in 287 Tagen 338 fl. 41 kr.

Thatsächliche Hungerlöhne existirten bei den Kohlengräbern der Montan-Industrial-Werke vormals J. D. Stark in Kahr (Westböhmen), so daß die Arbeiter im Sommer vorigen Jahres bei Löhnen von 50 bis 90 Kreuzer pro Tag gezwungen waren, zum Strike zu greifen, der nach 13wöchentlicher Dauer wenigstens eine 25prozentige Lohnerhöhung und Abschaffung der bestehenden falschen Gewichte zur Folge hatte. Die Förderung dieser Kohlengräber wurde nämlich gewogen; zur Abwägung der fertig gestellten Kohlen hatte man fünf Bleigewichte, je fünf Kilo schwer. Von diesen Gewichten stimmte jedoch nur jenes, welches zur Abwägung der zum Verkaufe bestimmten Kohle benützt wurde, während die übrigen vier je ein halbes Pfund zu schwer waren. Diese Gewichte wurden im Jahre 1878 angeschafft und bis 1892 verwendet. Da nun der Betrag, um den auf diese Weise die Arbeiter betrogen wurden, im Durchschnitt pro Kopf 6 Kreuzer täglich ausmachte und durch 22 Jahre betrieben wurde, so ergiebt — da daselbst 40 Arbeiter beschäftigt waren — sich als Ergebniß des gesammten Raubes das nette Sümmchen von 16 000 Gulden!

Da den mißlichen Lohnverhältnissen gemäß die Ernährungsweise eine der denkbar schlechtesten ist und Brot, Semmel, Kaffee und Kartoffel die Hauptnahrung bilden, so ist es begreiflich, daß frühzeitige Invalidität die nothwendige Folge ist und der Kohlengräber ein Durchschnittsalter von nur 40 Jahren erreicht. Besonders schlecht gestalten sich die Verhältnisse, wenn der Arbeiter durch Krankheitsfälle oder Invalidität gezwungen ist, die Bruderladenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Bruderladen oder Knappschaftskassen, deren Verwaltung durch die Unternehmer besorgt wird, sind in der Weise organisirt, daß jede Firma eine derselben für eine oder mehrere ihrer Gewerkschaften zusammen besitzt, durch welchen Umstand die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Freizügigkeit der Arbeiter einen derben Klaps erhält. Tritt nämlich ein Arbeiter freiwillig aus dem Arbeitsverhältnisse aus, um bei einer anderen Firma sein Fortkommen zu suchen, so kann es, da die Bruderladenstatuten hierüber meistens keinerlei Bestimmungen enthalten, passiren, daß die früher eingezahlten Beiträge nicht in jene Werksbruderlade, zu der er mit seinem neuerlichen Arbeitsantritte überging, überschrieben werden — und er hat alsdann auf die gezahlten Beiträge jedes Anrecht verloren. Hierdurch sieht sich der Bergarbeiter vor die Alternative gestellt, entweder sich alle Vergewaltigungen durch das Unter-

nehmerthum gefallen zu lassen, oder seine sauer verdienten Groschen in die Schanze zu schlagen. Da die Bruderlade in zwei Theile, nämlich in eine Altersversorgungs- und in eine Krankenunterstützungskasse zerfällt, so müssen auch die Einzahlungen zweifach geleistet werden, und zwar gehen von jedem Gulden reinen Verdienstes 4 kr. für Altersversorgung ab; für Krankenunterstützung zahlt jeder 43 kr. pro Monat. Diesen sehr hohen Beiträgen gegenüber wird jedoch die Krankenunterstützung, die ohnehin blos 66 kr. pro Tag beträgt, nur durch zwanzig Wochen hindurch verabfolgt, und sind Frau und Kind des Bruderladenmitgliedes vollständig von der Unterstützung ausgeschlossen. Obzwar nun aus den Bruderladen auch Arzt und Apotheker mit einem jährlichen Pauschalbetrage besoldet werden, ist die ärztliche Hilfe aus Ersparungsrücksichten, um den von Unternehmern eingesetzten Bruderladenverwaltungen die Mißwirthschaft zum eigenen Nutzen besser zu ermöglichen, eine sehr mangelhafte. Die Hauptsache ist, daß nur möglichst billige Medikamente für die erkrankten oder verunglückten Arbeiter verwendet werden, weshalb es auch im Protokoll der am 17. Oktober 1892 abgehaltenen Bruderladenärzte-Konferenz für Brüx-Dux-Oberleutensdorf heißt:

„. . . . Wiederholte Bäderverordnungen an dieselbe Person in demselben Jahre, sowie Mehrverordnungen als höchstens 25 Bäder pro Jahr und Person unterliegen der Genehmigung des Vorstandes. Der Bädergebrauch ist auf die allernöthigsten Fälle einzuschränken. Wein darf nur als medizinisches Heilmittel, dagegen nie als Genußmittel zum regulären Gebrauche auf Kosten der Bruderlade verordnet werden. Auf Weinrezepten ist die zur Verschreibung Anlaß gebende Krankheit deutlich vorzumerken. — Bei Verordnung von Rezepten ist neben der Zweckmäßigkeit für den Kranken auch auf die Preise der einzelnen Rezeptbestandtheile Bedacht zu nehmen, insbesonders sind nur Arzneimittel zu wählen, welche in der Pharmazie vorkommen! Die ärztliche Instruktion ist hinsichtlich der Arzneienverordnung genauestens zu beachten. — Die Bruderladen-Verwaltung ist nach Statut und Normale gezwungen, jede über das Maß hinausgehende oder ohne Krankenzuweisung erfolgte Verordnung hinsichtlich der Kosten dem betreffenden Herrn Arzte zur Last zu bringen."

Daß trotz dieser den Arbeitern gegenüber an den Tag gelegten Sparsamkeit die Herren Verwaltungsräthe mit den ihnen anvertrauten Arbeitergroschen keineswegs ökonomisch umgehen, zeigt das Defizit von drei Millionen, welches sich im Sommer 1893 bei der Bruderlade der Montan-Industrialgewerkschaft herausstellte.

Was die Altersversorgung anbelangt, so kann dieselbe der Arbeiter erst dann beanspruchen, wenn er zwanzig Jahre Bruderladenmitglied gewesen ist, und sich seine Arbeitsunfähigkeit nach ärztlichem Gutachten herausstellt. Die Altersversorgung betrug nach den früheren Bruderladenvorschriften eine jährliche Rente von 72 Gulden, wovon nach dem Ableben des Mannes der hinterbliebenen Witwe die Hälfte des Betrages verblieb; seit dem Januar 1892 bestehen aber über diesen Punkt, der eine Aenderung erfahren hat, keine bestimmten Vorschriften, so daß der Arbeiter in schwankender Ungewißheit darüber lebt, was man ihm, nachdem er seine letzte Kraft im Dienste der Kohlenbarone verausgabt hat, gnädigst gewähren wird.

Es ist begreiflich, daß sich gegenüber derartigen Zuständen die Arbeiter gezwungen fühlen mußten, sich zu energischem Handeln aufzuraffen, wenn sie nicht einer vollständigen physischen und moralischen Verwahrlosung entgegengehen wollten. Die Zeit, in welcher der erste Organisationsgedanke bei den Kohlenarbeitern wach wurde, war das Jahr 1887, wo als Folge momentaner Begeisterung der große Bergarbeiterstrike ausbrach, der sich über die Kohlenreviere des westlichen und einige des nördlichen Böhmens ausdehnte. Daß der Strike, dessen Ziel die Erlangung der Achtstundenschicht und Zahlung eines Minimallohnes war, resultatlos im Sande verlief, ist hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß er ohne jede Vorbereitung ausbrach, so daß im nördlichen Böhmen zahlreiche Gruben arbeiteten und die industriellen Betriebe mit Kohlen versorgten. Wenn aber auch kein augenblicklicher Vortheil aus diesem Strike für die Arbeiter erwuchs, so haben die Vorgänge während dieser Zeit ungemein viel zur Festigung des sozialistischen Gedankens unter ihnen beigetragen.

Bald nach der auf den meisten Schächten des westlichen Böhmens erfolgten Arbeitseinstellung begab sich eine Deputation der Arbeiter zur Behörde, wo ihnen das Versprechen gegeben wurde, daß man hohen Orts zu ihren Gunsten interveniren werde; allein statt dessen gab es am folgenden Tage auf allen Schächten Militär zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, die vor und während des Ausstandes nicht im Geringsten gestört wurde. Gendarmerie und Militär wachten sorgsam, daß nicht die geringste Ansammlung an öffentlichen Plätzen stattfand, so daß in der Regel schon drei bis vier ruhig beieinander stehende Personen auseinander gejagt wurden. Verhaftungen wurden zahlreich vorgenommen; beispielsweise im Dorfe Neusattel an einem Tage neunzehn. Drastisch wird das Erscheinen des Militärs zu Gunsten des Unternehmerthums durch einen Vorfall bei einem Kohlenschachte in Neusattel illustrirt. Eine Menschenmenge von etwa 2000 Köpfen, meist aus Strikenden und deren Angehörigen bestehend, wohnte auf einem freien Platze der durch das gewählte Strikekomite mit dem Bezirkshauptmann gepflogenen Unterhandlung bei, als der politische Beamte die Frage an die Menge richtete, ob sie unter den alten Bedingungen weiterarbeiten wolle. Auf das tausendstimmig ertönende laute „Nein!" richtete sich der Führer der ringsherum postirten Infanterie, ein schneidiger Lieutenant, stramm auf und kommandirte: „Ladet!" — Ein Experiment, mit dem der Waffenheld den Arbeitern Furcht einjagen wollte. Wie gewöhnlich war es auch da nur der Wachsamkeit besonnener Arbeiter zuzuschreiben, daß ein Blutbad verhindert wurde. —

Als der Strike allmälig seinem Ende zuging und auf verschiedenen Schächten kleinliche Heuchler und Denunzianten zuerst zur Arbeit griffen, da jubelten die Unternehmer auf. Allein die Lohnreduzirungen und Chikanen, die es jetzt auf die Arbeiter niederhagelte, erzeugten schon im Jahre 1888 einen neuerlichen Ausstand, der sich aber nur über einzelne Schächte des westlichen Böhmens erstreckte und daher schon nach vierwöchentlicher Dauer endete, ohne die Forderung, zehnprozentige Lohnerhöhung, durchgesetzt zu haben. Besonders brutal benahm sich bei diesem Strike die Firma J. D. Stark. Da die bei derselben beschäftigten Kohlenarbeiter meistens unentgeltliche Werkswohnungen inne hatten, wurden ihnen dieselben sofort gekündigt, und als sie binnen der 14tägigen Frist keine andere Unterkunft fanden, wurde ihnen Hab und Gut auf die Gasse gestellt. Die Behörde unterstützte dieses brutale Vorgehen der Werkleitungen dadurch, daß sie die unterstandslosen Arbeiter, welche nicht in dem betreffenden Bezirk heimathszuständig waren, abschieben ließ.

Durch dieses Vorgehen mußten die Bergarbeiter die Ueberzeugung gewinnen, daß sie sich bei ihren Bestrebungen nach Erringung anderer Zustände einzig und allein auf eine stramme Organisation stützen könnten. Nach dem Mißlingen der beiden Strikes war das allseitige Auftauchen von Arbeiterbildungs-Vereinen die erste Folge, und als nach dem ersten Berg- und Hüttenarbeiterkongreß Oesterreichs, der am 7., 8. und 9. Dezember 1890 in Wien stattfand, das Fachblatt „Glück auf!" ins Leben trat, wurde die Gründung von Fachvereinen, die neben der geistigen Ausbildung auch den Zweck haben, die Mitglieder in unverschuldeten Nothfällen zu unterstützen, in Angriff genommen. Heute bestehen in fast allen Kohlengebieten des nordwestlichen Böhmens Bergarbeiterfachvereine, und die ca. 3000 Abnehmer, die das österreichische Berg- und Hüttenarbeiterfachblatt besitzt, vertheilen sich zum größten Theile auf Nordwestböhmen. Als gutes Bindemittel der Organisation hat sich das Vertrauensmännersystem bewährt, das auf dem letzten im Januar 1893 abgehaltenen Berg- und Hüttenarbeiter-Kongresse eingeführt wurde. Die Vertrauensmänner, die von den Arbeitern auf allen jenen Schächten, wo sich organisirte Arbeiter befinden, gewählt sind, haben dem Fachblatte über alle Vorkommnisse zu berichten, und wöchentlich einen Kreuzer Steuer für den Preßfonds des Organs einzuheben. Die Zahl der im nordwestlichen Böhmen gewerkschaftlich organisirten Kohlengräber kann rund auf dreitausend angenommen werden, was allerdings noch nicht den dritten Theil der ansässigen Bergknappen ergiebt. Der Kampf, den gegenwärtig die Organisation führt, gilt in erster Linie der Erringung des Achtstundentages, der Abschaffung der Akkordarbeit und der Festsetzung eines Minimallohnes, sowie der Reformirung der

Bruderladen in folgender Weise: Beseitigung der Werks- und Errichtung von Revierbruderladen, welche die Bergarbeiter selbst zu verwalten haben und deren Aufsicht und Oberleitung in einem Bruderladen-Reichsverband staatlich zentralisirt ist. Beim Austritte des Bergarbeiters aus der Arbeit und seinem Uebertritte zu einem andersartigen Erwerbe sollen seine an die Bruderladen geleisteten Einzahlungen derjenigen Pensionskasse überwiesen werden, welcher der betreffende Arbeiter seiner Beschäftigung nach angehört, vorausgesetzt, daß bei dem bezüglichen Unternehmen für den Arbeiter eben so günstige Einrichtungen bestehen, wie bei der Bruderlade. Bestehen sie aber nicht oder tritt der Betreffende in kein industrielles Unternehmen mehr als Arbeiter ein, so soll ihm die Summe seiner Einzahlungen baar eingehändigt werden. — Daß dieser in Nordwestböhmen sich entwickelnden Gewerkschaftsbewegung sowohl vom Unternehmerthum als von den Behörden Steine genug in den Weg geschleudert werden, ist begreiflich. Allein die Bewegung, welche bereits den Kinderschuhen entwachsen ist, nimmt ungestört ihren Fortgang und wird beweisen, daß die Kohlengräber Nordwestböhmens bereits eine wirthschaftliche Macht sind, mit der man rechnen muß.

Der Einfluß der Jahreszeit auf die Kriminalität.

Kürzlich erschien der 9. Jahrgang der Deutschen Kriminalstatistik, der die Mittheilungen über die Kriminalität im Jahre 1890 enthält. In dem neu erschienenen Bande sind nur kleine Veränderungen gegen das Vorjahr vorgenommen, wie dies aus den Vorbemerkungen auf der Seite I, 7 hervorgeht. Die wichtigste derselben ist wohl diejenige, daß die bisherige Spalte 39, in der sämmtliche Gefängnißstrafen unter 3 Monaten zusammengefaßt waren, jetzt in vier Spalten (36—39) zerlegt ist. Es werden also von dieser Zeit ab die Fälle unterschieden, in denen die Gefängnißstrafe 1 bis 3 Monate, 8 bis 30 Tage, 4 bis 8 Tage und weniger als 4 Tage betragen hat. Diese Zerlegung war durch das große Interesse hervorgerufen, welches in letzter Zeit den Gefängnißstrafen unter 3 Monaten (die drei Viertel bis vier Fünftel sämmtlicher Gefängnißstrafen ausmachen) gezollt wird, und kann selbstverständlich nur freudig begrüßt werden.

Indem wir die Besprechung der Tabellen I, II und IV, die den Ort der That, das Alter, Geschlecht, den Familienstand der Verurtheilten ꝛc. behandeln, uns für ein anderes Mal vorbehalten, wollen wir jetzt unsere Aufmerksamkeit der Tabelle III, die den Einfluß der Jahreszeit auf die Kriminalität bespricht, zuwenden.*

Es war schon oft konstatirt worden, daß gewiße Verbrechen ihre Maximal- und Minimalzahlen zu bestimmten Monaten und Jahreszeiten erreichen. Auch die deutsche Kriminalstatistik hat in den Einleitungen zu den Jahrgängen 1885 (Seite II, 9), 1886 (Seite II, 11) und besonders 1887 (Seite II, 16) darauf hingewiesen. Leider beschränkte sie sich dabei nur auf sehr kurze Bemerkungen. Von einer sorgfältigen Bearbeitung dieses so wichtigen Kapitels, von den Zusammenstellungen der Resultate der Beobachtungen für eine längere Reihe von Jahren und von graphischen Darstellungen hat sich das Statistische Amt sonderbarer Weise ganz zurückgehalten. Warum dies geschehen ist, wissen wir selbstverständlich nicht. Inwiefern aber die Kriminalstatistik des Deutschen Reiches durch sorgfältigere Bearbeitung dieses Kapitels an Interesse gewinnen könnte, dies wollen wir mit Hilfe einer Reihe von Zusammenstellungen zu beweisen versuchen.

---

* Die Tabelle III umfaßt die Seiten 302—305 des neuesten Bandes und ist fast vollständig gleich den entsprechenden Tabellen der Jahrgänge 1888 und 1889. Veränderungen gegen diese beiden Jahre sind nur insofern eingetreten, als die Zahl der einfachen und schweren Diebstähle, der Betrugsfälle ꝛc., die im wiederholten Rückfalle begangen wurden, im letzten Jahrgang getrennt angegeben sind. Gegen die Jahre 1882—87 sind bedeutendere Veränderungen eingetreten.

Wir beginnen mit den Verbrechen gegen die Sittlichkeit und speziell mit der Unzucht mit Gewalt an Bewußtlosen, an Kindern vollzogen, Nothzucht, Verleitung zum Beischlaf durch Täuschung ꝛc., alles Verbrechen, die hauptsächlich Naturtrieben und erregten Leidenschaften entspringen, und die infolge dessen die größten Schwankungen nach Jahreszeiten aufweisen. Die Zahl dieser Verbrechen betrug:*

Tabelle I.

Jahr	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	Zusammen
1883	**111**	134	168	230	306	**342**	303	297	195	214	122	132	2554
1884	180	**144**	207	247	302	325	**330**	256	220	204	158	162	2735
1885	138	**131**	197	241	306	342	**379**	306	267	215	197	159	2878
1886	157	**131**	168	245	296	335	**385**	351	255	223	174	165	2885
1887	158	165	163	261	318	336	**405**	292	229	196	**152**	153	2828
1888	198	**135**	151	261	325	324	**388**	284	264	215	168	174	2887
Summe	942	840	1054	1485	1853	2004	**2190**	1786	1430	1267	971	945	16767
Durchschnittl. Jahresprozent	5,6	5,0	6,3	8,8	11,0	12,0	**13,1**	10,6	8,6	7,6	5,8	5,7	100

Aus der Tabelle ist leicht ersichtlich, daß das Maximum fünf Jahre hindurch auf den Monat Juli und nur einmal auf den benachbarten Monat Juni gefallen ist. Das Minimum fiel viermal auf den Monat Februar, einmal auf den dem Februar benachbarten Januar und einmal auf den Monat November.**

Von sämmtlichen 1883—88 verübten Verbrechen dieser Art entfielen nur 5,6 Prozent auf den Januar, 5 Prozent auf den Februar, von da an stiegen sie stetig bis auf 13,1 Prozent im Juli, von wo an sie wieder auf 5,8 Prozent im November und 5,7 Prozent im Dezember herabsanken.

Um die Regelmäßigkeit der hier zu Tage tretenden Erscheinung noch mehr zu veranschaulichen, haben wir die Verbrechen, die zu dieser Art gehören, nach der Zeit ihrer Verübung in vier Quartale, die mehr oder weniger dem Winter, Frühling, Sommer und Herbst entsprechen, eingetheilt. Als Winter gelten die Monate November, Dezember und Januar, als Frühling Februar, März, April, als Sommer Mai, Juni, Juli, als Herbst August, September, Oktober.***

* Es werden hier selbstverständlich nur solche Fälle berücksichtigt, in Betreff deren es bestimmt nachgewiesen ist, daß sie sich in gewissen Monaten ereignet haben. Von übrigen Fällen, in Betreff deren bestimmte Nachweise fehlen, durfte angenommen werden, daß diese sich auf einzelne Monate ebenso wie die nachgewiesenen Fälle vertheilt haben. Vergl. Kriminalstatistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1887, Seite II, 16.

** Um die Resultate vergleichbarer zu machen, müßte eigentlich die Zahl der Verbrechen im Februar um etwa $^2/_{30} = {}^1/_{15}$ erhöht werden, da der Monat Februar nur 28 bezw. 29 Tage hat.

*** Die Statistik des Deutschen Reiches nimmt eine etwas verschiedene Eintheilung der Monate vor. Es gelten bei ihr: Dezember, Januar und Februar als Winter, März, April, Mai als Frühling, Juni, Juli, August als Sommer, September, Oktober, November als Herbst. Die Zahlen der Tabelle I zeigen zur Genüge, daß auch diese Eintheilung die Resultate nicht verändert hätte. Wenn wir trotz alledem bei unserer Eintheilung verblieben, so geschieht es nur deshalb, weil bei einer solchen Eintheilung unserer Ansicht nach nicht nur astronomisch-meteorologische, sondern auch wirthschaftliche Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden müssen. Denn bei der Vertheilung einiger Verbrechen, wie Diebstahl, Hehlerei ꝛc. kommt es hauptsächlich nicht auf die größere Kälte oder Hitze, sondern auf die größere oder geringere Arbeitslosigkeit an. Von diesem Gesichtspunkte aus gehört der Monat November eher als der Februar dem Winter an.

Es betrug unserer Eintheilung zufolge die Zahl der Sittlichkeitsverbrechen dieser Art pro Quartal:

Tabelle II.

Jahr	Winter		Frühling		Sommer		Herbst		Zusammen	
	Zahl der Verbrechen	Proz	Zahl der Verbrechen	Proz.	Zahl der Verbrechen	Proz.	Zahl der Verbrechen	Proz.	Zahl der Verbrechen	Proz.
1883/84	434	16,3	598	22,4	**957**	35,8	680	25,5	2669	100
1884/85	458	16,1	569	20,0	**1027**	36,3	788	27,6	2842	100
1885/86	513	17,6	544	18,7	**1016**	35,2	829	28,5	2902	100
1886/87	497	17,4	589	20,5	**1059**	37,0	717	25,1	2862	100
1887/88	503	17,6	547	19,3	**1037**	35,7	763	27,4	2850	100
Summe	2405	17,0	2847	20,2	**5096**	36,1	3777	26,7	14125	100

Demnach entfallen auf den Winter 16,3 bis 17,6 Prozent sämmtlicher jährlich begangenen Sittlichkeitsverbrechen dieser Art, auf den Frühling 18,7 bis 22,4 Prozent, auf den Sommer 35,2 bis 37,0 Prozent, auf den Herbst 25,1 bis 28,5 Prozent.

In geringerem Umfang und in umgekehrter Weise (Maximum im Winter, Minimum im Sommer), tritt der Einfluß der Jahreszeit bei den Verbrechen gegen das Eigenthum zu Tage. Wir wollen nur die einfachen Diebstähle betrachten. Die Zahl derselben (einfache Diebstähle im Rückfalle einbegriffen) betrug:

Tabelle III.

Jahr	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	Zusammen
1883	**9144**	8093	7904	6335	6294	**6045**	6373	6335	6299	7483	8329	9133	87 767
1884	**8585**	7910	7171	5821	6200	5882	**5820**	6279	6062	7257	7549	8559	83 095
1885	7825	7139	6659	**5310**	5852	5678	5761	6104	5803	6996	8065	**8556**	79 748
1886	**7757**	7082	6644	**5208**	5438	5574	5851	5991	5804	7151	7475	7516	77 491
1887	7114	6272	6351	**5262**	5535	5450	5675	5945	5872	6685	7212	**7596**	74 969
1888	6746	6286	5945	**5482**	5732	5614	5877	6148	5848	7041	8199	**8829**	77 847
Summe	47 171	42 782	40 674	33 418	35 051	34 243	35 357	36 802	35 688	42 613	46 829	50 189	480 937
Durchschnittl. Jahresprozent	9,8	8,9	8,4	6,9	7,3	7,2	7,3	7,6	7,4	8,9	9,7	10,5	100

Das Maximum fällt dreimal auf den Monat Dezember und dreimal auf den benachbarten Monat Januar. Das Minimum viermal auf den Monat April, einmal auf den Monat Juni und einmal auf den Juli.

Um das Bild zu vervollständigen, bleibt uns noch übrig die Bewegung der einfachen Diebstähle quartalsweise zu untersuchen. Einen Ueberblick darüber verschafft die folgende Tabelle:

Tabelle IV.

Jahr	Winter		Frühling		Sommer		Herbst		Zusammen	
	Zahl der Verbrechen	Proz.	Zahl der Verbrechen	Proz.	Zahl der Verbrechen	Proz.	Zahl der Verbrechen	Proz.	Zahl der Verbrechen	Proz.
1883/84	26 047	30,8	20 902	24,8	17 902	21,2	19 598	23,2	84 449	100
1884/85	23 933	30,2	19 108	24,1	17 291	21,8	18 903	23,9	79 234	100
1885/86	24 378	30,8	18 934	23,9	16 863	21,4	18 946	23,9	79 121	100
1886/87	22 135	29,4	17 885	23,8	16 660	22,2	18 502	24,6	75 182	100
1887/88	21 554	28,6	17 713	23,5	17 223	22,8	19 037	25,1	75 527	100
Summe	118 047	30,0	94 542	24,0	85 939	21,9	94 986	24,1	393 513	100

Auch hier nur unbedeutende Schwankungen zwischen 28,6 und 30,8 Prozent im Winter, 23,5 und 24,8 Prozent im Frühling, 21,2 und 22,8 Prozent im Sommer, 23,2 und 25,1 Prozent im Herbst. Diese Prozentzahlen zeigen eindringlich, wie viel Elend gerade in den Wintermonaten jahraus jahrein über die arbeitende Bevölkerung hereinbricht.

Die angeführten Zusammenstellungen der Sittlichkeitsverbrechen und Diebstähle für eine Reihe von Jahren, die mit Hilfe der einfachsten* Berechnungen konstruirt wurden, zeigen deutlich genug, daß es sich wohl der Mühe lohnte, wenn das Statistische Amt, welches genug Arbeitskräfte zur Verfügung hat, eine sorgfältigere Bearbeitung dieses Kapitels vornehmen wollte.

Leider mangelt es der Tabelle, die den Einfluß der Jahreszeit auf die Kriminalität behandelt, nicht blos an Erläuterungen. Es fehlt hier gänzlich eine Reihe von sehr wichtigen Zusammenstellungen über die Beziehungen zwischen der Jahreszeit und dem Geschlechte, dem Alter und dem Familienstand der Verbrecher, alles Fragen, die ohne jegliche Veränderungen der bisherigen Zählkarten leicht beantwortet werden könnten.

Was für wichtige sozialpolitische Schlußfolgerungen aus solchen Zusammenstellungen gezogen werden könnten, dies ist aus folgenden Fragen, die auf ihre Beantwortung harren, leicht ersichtlich. Diese Fragen sind:

1. Ob die Zahl der verheiratheten Personen, welche Sittlichkeits-, Eigenthums- oder sonstige Verbrechen begangen haben (bezw. die Zahl der von verheiratheten Personen begangenen Verbrechen), im Sommer ebenso rasch zu- resp. abgenommen hat, wie die Zahl der wegen derselben Verbrechen verurtheilten ledigen Personen (bezw. die Zahl der von ledigen Personen begangenen Verbrechen derselben Art)?

2. Ob die Zahl der wegen Diebstahls oder irgend anderer Verbrechen verurtheilten weiblichen Personen (bezw. die Zahl der von weiblichen Personen begangenen Verbrechen) im Winter ebenso rasch zu- resp. abgenommen hat, wie die Zahl der wegen derselben Verbrechen verurtheilten männlichen Personen (bezw. die Zahl der von männlichen Personen begangenen Verbrechen derselben Art)?

3. Ob die Zahl der wegen verschiedener Verbrechen verurtheilten jugendlichen Personen (bezw. die Zahl der von jugendlichen Personen verübten Verbrechen) im Winter ebenso rasch zu- resp. abgenommen hat, wie die Zahl der wegen derselben Verbrechen verurtheilten erwachsenen Personen (bezw. die Zahl der von erwachsenen Personen verübten Verbrechen)? ꝛc.

Wie interessant die Resultate solcher Untersuchungen sich gestalten können, dies erhellt zur Genüge zum Beispiel aus folgenden rein theoretischen Betrachtungen:

Es ist bekannt, daß die Arbeitslosigkeit die Hauptursache des raschen Anwachsens der Vermögensdelikte (Diebstahl, Betrug ꝛc.) bildet. Nun haben aber die jüngeren Frauen im Falle der Noth einen „legalen" Ausweg in der Prostitution. Es ist deshalb leicht vorauszusagen, daß im Winter die Zahl der wegen Diebstahls verurtheilten weiblichen Personen (besonders des zur Prostitution geeigneten Alters) langsamer als diejenige der männlichen Personen zunehmen muß.

Ob diese und ähnliche theoretische Betrachtungen zutreffend sind, dies kann man leider mit Hilfe der deutschen Kriminalstatistik nicht beantworten.

Um die Beantwortung zu ermöglichen, muß die Tabelle III in der von uns gekennzeichneten Weise vervollständigt werden. Da diese Vervollständigung weder Veränderungen der Zählkarten noch besonders großen Raum (10 Seiten werden wohl genügen) erfordert, so hegen wir die „kühne" Hoffnung, daß das Statistische Amt im Interesse der deutschen Kriminalstatistik unsere Vorschläge berücksichtigen wird.

J. S.

* Infolge Zeitmangels mußten wir uns auf die oben angeführte einfachste Berechnungsart, die unseren Zwecken vollständig genügt, beschränken, obwohl wir gar nicht zweifeln, daß es eine genauere Berechnungsmethode giebt.

Literarische Rundschau.

Robert H. Cowdrey, **Millionär und Vagabund.** Sozialer Roman; autorisirte Ausgabe, übersetzt von Leopold Katscher. 270 Seiten. Dresden und Leipzig, E. Pierson's Verlag.

Der Verfasser, angeblich im Jahre 1888 von irgend einer „vereinigten Arbeiterpartei" als Kandidat für die Präsidentschaft der nordamerikanischen Republik aufgestellt, wußte nach seiner ausdrücklichen Versicherung 1890 und 1891, als er sein Werk vollendete und herausgab, nichts von Hertzka's „Freiland". Cowdrey würde seinen Roman nach seiner ursprünglichen Absicht „Freeland" betitelt haben, wenn sein Verleger nicht bewirkt hätte, daß diese nicht genug packende Benennung in „A Tramp in Society" abgeändert wurde. — An die einschlägigen Werke von Bellamy, Donnelly, Hertzka u. s. w. schließt sich der Autor mit seinem „individualistischen Staatsromane" an, bei dessen Beurtheilung man zunächst das belletristische und das wirthschaftliche Element auseinander zu halten genöthigt ist. Gehen wir zuerst auf den Inhalt des belletristischen Theiles ein!

Das große Chicagoer Geschäftshaus Bartlett fallirt ohne die geringste persönliche Schuld des intelligenten Chefs. Bartlett verarmt völlig, er erkrankt und wird arbeitslos. In der drückendsten Nothlage wird er, um Weib und Kind nicht Hungers sterben zu sehen, zum Bettler. Der heruntergekommene Mann kann nunmehr die Konflikte mit Polizei und Gerichtsbarkeit nicht vermeiden; für Monate wandert er in das Gefängniß. Inzwischen wird seine Familie von dem Hauswirth exmittirt, seine Frau stirbt im Elend, seine beiden Kinder Käthe und Johnny sind verschollen und dem aus der Haft entlassenen Vagabunden ist es nicht möglich, auch nur eine Spur seiner Angehörigen in den Wogen und dem Schlamm der Weltstadt zu entdecken. Von moralischem und physischem Leid erdrückt, sinkt er schuldlos immer tiefer; als verlumpter „Tramp" verläßt er das Gefängniß nur noch für kleine Pausen. Der Verzweiflung folgt naturgemäß die fast völlige Abstumpfung. — Da, im Moment höchster Gefahr, erkennt Sears, ein früherer Geschäftsfreund Bartlett's, in dem Unglücklichen, der ihn anbettelt, den früher gefeierten Großkaufmann. Sears reicht ihm die rettende Hand, indem er ihm eine Summe von tausend Dollars leiht und ihm in Chicago ein Stück unbenutztes Land ohne Miethzins zum Aufbau eines kleinen Geschäftslokales überläßt. Bartlett fühlt sich wie von Neuem geboren; seiner Umsicht und seinem Glück dankt er bald außerordentliche Erfolge; er muß sein Unternehmen von Zeit zu Zeit vergrößern, und das Geld strömt in ungeahnter Geschwindigkeit in seine Kasse, so daß sein neuer kaufmännischer Ruf den Glanz seiner alten Firma sogar übertrifft. Allein noch einige furchtbare Schläge als Fluch der früheren Armuth treffen ihn. Er bringt nach Jahren in Erfahrung, daß sein geliebtes Weib in Entbehrung und Verzweiflung endete. Sein hoffnungsvoller Sohn Johnny, der Bergarbeiter wurde, fiel als Strikeführer nach Ausbruch des Bürgerkrieges im Bergwerk unter den Kugeln der Soldateska nach heldenmüthiger Gegenwehr. Seine Tochter, die schöne Käthe, war als Prostituirte verdorben und gestorben. Er sah seine Kinder vor deren Ableben nur noch einmal, um den sterbenden die Augen zum letzten Schlaf zu schließen. — Er erkennt, daß die Ursachen seines persönlichen Unglücks, sowie die des entsetzlichen Schicksals seiner Familie in den ihn umgebenden wirthschaftlichen Verhältnissen zu suchen sind. Allgemein glaubt er aber auch jetzt die Endursachen der wirthschaftlichen Stockungen und Krisen, der Armuth und Arbeitslosigkeit, welche die Menschen auf den Plätzen und Straßen Chicagos verhungern lassen, erkannt zu haben. Wie man dieser Ursache nicht entgegenwirkt, zeigen ihm die Wohlthätigkeitsbälle und die verschiedenen Mittel privater Mildthätigkeit; das zeigt ihm ferner der Versuch seines Freundes Sears, durch eine nicht einmal bedeutende, durchschnittliche Lohnerhöhung seinen Arbeitern und Angestellten zu helfen. Der mehrfache Millionär ruinirt sich vollständig dabei; er wird zahlungsunfähig, der Schlag rührt ihn und macht seinem Leben ein Ende, alle bei ihm Beschäftigten werden brotlos. — Nein, die wahre Ursache aller wirthschaftlichen

Kalamitäten, sagt er sich, liegt ausschließlich in der Unfreiheit von Grund und Boden. Weiß man das, dann hat man auch das einzige Mittel in der Hand, welches den ökonomischen Schwierigkeiten siegreich entgegenzustellen ist. Bartlett gründet nun einen Diskussionsklub, dessen Zweck es ist, Aufklärung zu schaffen über den Werth des Freilandismus, der im Gegensatz zum Crusoismus, dem Privatbesitz an Grund und Boden, steht. In dem Klub wird nämlich bewiesen, daß Robinson Crusoe nur darum den Freitag und seine anderen Diener, Gehilfen und Arbeiter und schließlich alle Bewohner der Insel ausbeuten konnte, weil er das Eigenthumsrecht auf den gesammten Grund und Boden der Insel besaß. — Da Bartlett aber kein Freund uferloser Debatten ist, so geht er zur Verwirklichung seiner Idee, zur That über, indem er in der Nähe von Chicago weite Prairiegründe, die zu einer verfallenen Farm gehören, verhältnißmäßig billig ankauft. Hier gründete er in schwerem Kampfe mit seinen kapitalistischen Widersachern die Kolonie „Freiland", welcher er bei Eintragung in die Grundbücher eine Marschroute gab, indem er die urkundlichen Worte vor seiner Namensunterschrift vermerkte: Diese Ländereien sollen auf ewig frei sein; Besetzung und Benutzung werden die einzigen Besitztitel bilden. — Sofort eilten nun Landwirthe, Handwerker, Kaufleute und Industrielle herbei. Manche hatten die Mittel zur Errichtung ihrer Häuser und Geschäftsbauten, Andere schafften sich „Kredit bei Abzahlung aus dem Gewinn" und erreichten so ihren Zweck. Bald herrschte allüberall ein gedeihlicher Zustand. Der Aufschwung wurde so groß, daß eine mächtige Stadt neben Chicago entstand, welche die Konkurrenz des In- und Auslandes überflügelte. Kurz, überall Glück und Wohlstand, und wenn Bartlett nicht gestorben, lebt er heute noch.

Der belletristische Theil darf als ein lebhafter Protest des Autors gegen die herrschende Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung gelten; er enthält manche interessante Einzelheit, wie zum Beispiel die Schilderung des Kohlengräberstrikes, sowie den Hinweis auf einen Versuch der Bodenreform, welcher vor zweihundert Jahren im Staate Massachusetts gesetzlich gemacht wurde. Wer darnach den Boden in drei Jahren nicht benutzte, verlor ihn; dagegen stand den Gerichten frei, solche Grundstücke Denjenigen zu schenken, welche sich zur Benutzung verpflichteten. — Nicht ohne Geschick und gelegentlich auch recht wirkungsvoll hat der Autor den hier angedeuteten Stoff gestaltet, aber wirkliche poetische Vertiefung und künstlerische Darstellung, sowie eine allgemein nachhaltige Wirkung fehlen dem Roman gänzlich. Die einfache Fabel ist ungemein auseinander gezerrt und wird von allem möglichen halbwissenschaftlichen, didaktischen und utopistischen Rankenwerk überwuchert, aus dem schließlich gähnende Langeweile den Leser anstarrt, der es ernstlich unternimmt, sich von der ersten bis zur letzten Seite gewissenhaft durchzuschlagen.

Wesentlich tiefer noch als der belletristische steht der ökonomische Theil der Schrift. Auf den Letzteren einzugehen erübrigt sich, weil er inhaltlich zu schwach ist; andererseits hieße es Eulen nach Athen tragen, wollte man bei solcher Gelegenheit allgemein und prinzipiell gegen den Freilandismus vor Lesern der „Neuen Zeit" mobil machen.

Die Hoffnung des Uebersetzers, daß die Verdeutschung des Werkes, welche im großen Ganzen als eine wohlgelungene bezeichnet werden muß, zur „Klärung der herrschenden Begriffsverwirrung in wirthschaftlichen Dingen" beitragen wird, vermögen wir so wenig zu theilen wie die Annahme, daß die deutsche Ausgabe „große Verbreitung und Anerkennung" finden wird; denn die Arbeit Cowdrey's ist ebenso wenig ein sozialpolitischer Roman als eine sozialpolitische Abhandlung, sie ist vielmehr ein ebenso unpoetisches wie unwissenschaftliches Zwitterding. F. K.

Dr. W. Rubens, **Das Talmudjudenthum**, nebst einem Anhang über den Talmud. Verlagsmagazin (J. Schabelitz), Zürich 1893.

Der Verfasser weist in seinem mit vieler Sachkenntniß geschriebenen Buche auf die abergläubischen und rückständigen Gebräuche im jüdischen Kultus hin; er wendet seine satirische Geißel gegen die Reaktionäre und Fanatiker im Judenthume

— und diese That verdient unsere Anerkennung. Aber man verlangt heute etwas mehr als eine bloße Feststellung beklagenswerther Erscheinungen. Man fragt auch, warum und unter welchen Bedingungen sind diese Produkte entstanden. Diese Frage hat sich der Verfasser nicht gestellt, ja, sie existirt für ihn nicht. Deshalb bleibt er vorläufig nur das, was wir einen ideologischen Aufklärer nennen. Das Ideal des Herrn Dr. R. ist ein geläutertes, ethisches Judenthum. „Wie", ruft er den freisinnigen Juden zu, „ihr wisset nicht, daß das Judenthum eben nichts weiter sein soll, als die Religion der Vernunft und Humanität ... Leset doch die Propheten, diese freisinnigen, hocherleuchteten Apostel des Rechts, der Vernunft und der Wahrheit, die heute gegen das Zeremonienwesen und Formelgebet ebenso eifern würden wie ehemals gegen Götzendienst und Opferwesen." Freilich, wüßte der Verfasser etwas mehr über die Entstehung der Propheten, so würde er sich nicht mit ihren Lehren an die jüdische Bourgeoisie wenden; denn die Propheten sind Vertreter einer ganz anderen Klasse und Weltanschauung. Auch die Klage des Verfassers, „daß die vor einigen Jahrzehnten entstandene freisinnige, läuternde Strömung in eine retrograde Bewegung umgeschlagen sei", findet ihre Erklärung in der wirthschaftlichen Entwicklung und nicht in „dem Mangel an religiöser Bildung". Diese reaktionäre Bewegung ist doch nicht im Judenthume allein zu beobachten. Auch die englische, französische und deutsche Bourgeoisie machte oder macht diese Rückentwicklung durch. Der englischen Bourgeoisie hat der Chartismus den religiösen Radikalismus ausgetrieben, in Frankreich und Deutschland besorgt dies die Sozialdemokratie. Und die jüdische Bourgeoisie fühlt sich außer vom Proletariat auch noch von Kleinmeistern und Kleinbauern bedroht; — das hat sie fromm gemacht. Die ökonomische Entwicklung kennt weder Juden noch Christen; sie kennt nur Individuen, deren Charakter sie formt. Die orthodoxen Juden würden unbedenklich für Konservative stimmen, wenn der preußische Konservatismus nicht antisemitisch wäre. Nur weil der Verfasser den Einfluß, den die Oekonomie auf unser Geistesleben ausübt, nicht kennt, konnte er die Behauptung aufstellen, „daß die Juden in moralischer Beziehung hervorragen würden, wenn ihr Kultus ein anderer wäre, wenn ihre Gebete und Lektionen verständlich (in deutscher Sprache) wären; denn die Juden ... sind für moralische Ideen sehr empfänglich". Es ist nicht nöthig, dem Leser dieser Wochenschrift erst auseinanderzusetzen, daß diese Behauptung und Begründung falsch sind. Aber auch Männer, die sich mit dem historischen Materialismus nicht befreunden können, müssen zugeben, „daß Glaube und Unglaube im Verhalten der Menschen im großen Ganzen ... keinen merkbaren Unterschied macht" (Fr. Alb. Lange). — Der Anhang über den Talmud giebt eine gute äußerliche Charakteristik dieses Schriftwerkes; die Frage, warum der Talmud, speziell in seinem juridischen Theile entstehen mußte, wird nicht berührt und der Rückschluß auf die soziale Struktur jener Zeit nicht versucht. -r.

Louis Bridel, Le droit des femmes et le mariage (Frauenrecht und Ehe). Paris 1893. 167 Seiten.

In der vorliegenden Schrift hat Herr Bridel, welcher eine Professur an der juristischen Fakultät zu Genf bekleidet, aus den Gesetzgebungen der verschiedenen Kulturnationen die auf das Eherecht bezüglichen Bestimmungen zusammengestellt und deren Konsequenzen für die soziale Stellung der Frau kritisch untersucht. Die große Sachkenntniß, mit der das Buch abgefaßt ist, macht die aufmerksame Lektüre desselben zu einer lehrreichen und interessanten Studie für alle diejenigen, welche sich mit den Problemen der Soziologie beschäftigen, in deren Rahmen die vergleichende Gesetzgebung einen wichtigen Platz einnimmt. Der Verfasser bespricht zunächst die Emanzipationsbestrebungen der Frauen im Allgemeinen und dann genauer die auf die eheliche Treue und den Ehebruch bezüglichen Bestimmungen, die juristische Unvermögendheit der verheiratheten Frau, das eheliche Güterrecht, das Recht der Frau auf ihr Arbeitsprodukt, das Erbrecht des überlebenden Gatten und die väterliche und mütterliche Gewalt; er macht auch zur Verbesserung des Zivilrechts eine Reihe positiver Vorschläge, welche darauf hinwirken sollen, „wahre Unbilligkeiten ver-

schwinden zu lassen und zahlreichen alten Trödelkram in den Schatten der Geschichte zurückzudrängen". So ist Herrn Bridel's Arbeit nicht nur eine wissenschaftliche Studie, sondern auch eine warme Propagandaschrift für die Frauenrechte. Dem Sozialismus bringt der Verfasser große Sympathie entgegen; er sieht in ihm den Haupthebel zur vollständigen Emanzipation des Weibes; namentlich der deutschen Sozialdemokratie spendet der Verfasser zu wiederholten Malen warmes Lob und stellt ihrer Thätigkeit auf sozialem Gebiete die Unzulänglichkeit und Unfruchtbarkeit der Arbeit gewisser französischer und schweizerischer Republikaner gegenüber, die sich nur mit rein politischen Angelegenheiten befassen. Jedoch hat Herr Bridel bei seinem Lob des Sozialismus im Grunde nur eine Seite der großen modernen Volksbewegung, die moralische, das Streben nach Gerechtigkeit, im Auge; und so braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß der Verfasser als kalvinistischer Genfer neben dem Sozialismus auf das Christenthum seine Hoffnung setzt, freilich nur auf das Christenthum, welches er meint, dem „Liebe und Liebeswerke über Fragen der Doktrin und theologische Diskussionen gehen". Es fehlt in dem Buche nicht an harten Worten gegen die Juristen, „welche allzu oft den Vorwurf verdient haben, daß sie nur den Mächtigen dieser Welt Gehör schenken und nur für denjenigen das Wort zu ergreifen wissen, welcher sie bezahlen kann". — Den Theoretiker wird am meisten die Frage interessiren, ob es möglich ist, in dem geschichtlichen Entwicklungsgang, den die Gesetzgebung auf diesem zivilrechtlichen Gebiete eingeschlagen hat, eine bestimmte Regel, ein einheitliches historisches Gesetz herauszufinden. Es dürfte dies nicht so einfach sein. Manche Staaten, welche politisch weit fortgeschritten sind, wie Frankreich und die Schweiz, weisen in vieler Beziehung der Frau eine so niedrige, rechtlose Stellung zu, daß monarchische und auch ökonomisch rückständige Länder wie Italien und Oesterreich jenen Republiken in der Anerkennung der Frauenrechte als Muster vorgehalten werden können. In den Hauptindustriestaaten wie in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika hat zwar die Emanzipationsbewegung der Frauen die meisten Fortschritte aufzuweisen; die Gesetzgebung ist dort dem weiblichen Geschlechte gegenüber am liberalsten. Aber noch vor kurzer Zeit befand sich in England die Frau in gänzlicher Abhängigkeit vom Manne; hier machte die Gesetzgebung einen plötzlichen großen Sprung aus dem Regime der Sklaverei in das der Freiheit; die englischen Gesetze von 1870 und 1882 bedeuten nach Herrn Bridel „eine wahre juristische Revolution". In anderen Ländern hat sich die Gesetzgebung langsamer und mehr schrittweise verbessert. Herr Bridel führt eine große Anzahl ähnlicher lehrreicher Thatsachen an. Dieselben konstatiren aufs Neue die Vielgestaltigkeit und Komplexität der sozialen Erscheinungen; an den praktischen Politiker richten sie die dringende Mahnung, kein einziges Gebiet des sozialen Lebens zu vernachlässigen und überall, wo ein Fortschritt möglich ist, auch wirklich vorwärts zu gehen, mag das erlangte Resultat auch manchmal klein erscheinen, und mögen auch seine Folgen sich nicht immer sofort bemerklich machen. P. Arndt.

Notizen.

Der russische Handelsvertrag und der Krieg. Dr. Rudolph Meyer schreibt uns darüber: Rußland baut so viel Roggen, daß es jährlich — abgesehen von Jahren gänzlicher Mißernte — 20 bis 24 Millionen Hektoliter davon zur Ausfuhr übrig behält, wovon vor Ausbruch der Kampfzollperiode 1/3 bis 1/2 nach Deutschland exportirt wurde. Dieser Export hat fast aufgehört und ein großer Theil des produzirten Roggens kann überhaupt nicht exportirt werden. Während Rußland 1891 64 Millionen Pud exportirte, konnte es 1893, bei ganz ähnlicher Ernte, nur 28 Millionen Pud Roggen im Auslande absetzen. Weizen wurden 1891 170 und 1893 152 Millionen Pud exportirt. Der ist also immer noch verkäuflich, ein großer Theil des produzirten Roggens aber überhaupt nicht. Derjenige aber, welcher noch Absatz findet, wird unerhört niedrig bezahlt, wie aus folgendem Vergleich hervorgeht. Im Jahre 1882 kostete 1 Meterzentner Roggen in Berlin ca. 15 Mark, Ende 1893 12 Mark, Preis-

fall 20 Prozent; im Jahre 1882 kostete 1 Meterzentner Roggen in Odessa 11⅛, Ende 1893 6¾ Mark, Preisfall **40** Prozent! Damals betrug der Zoll 1 Mark pro 100 Kilo in Deutschland. Als er 3 Mark betrug, im Jahre 1885, kostete Roggen in Berlin 14 Mark, Preisfall gegen 1882 7 Prozent; in Odessa kostete er 9 Mark, Preisfall gegen 1882 25 Prozent. — Im Jahre 1887 wurde der Zoll auf 5 Mark erhöht, der Roggen kostete in Berlin im Jahre 1888 13 Mark, Preisfall gegen 1882 13 Prozent, in Odessa 7 Mark, Preisfall gegen 1882 38 Prozent. Endlich folgen 1893 die Kampfzölle und der Roggenpreis fällt in Odessa um 40 Prozent gegen 1882, in Berlin nur um 20 Prozent. — Um aber zu vergleichen, wie sehr die russischen Kornbauer gegenüber ihren Konkurrenten auf dem deutschen Getreidemarkt geschädigt werden, muß man noch wissen, daß in Pest 1882 1 Meterzentner Roggen 15,3 und Ende 1893 12,1 Mark kostete. Der Preisfall betrug nur 21 Prozent gegen 40 in Odessa! Wenn Rußland ebenso behandelt würde wie Oesterreich-Ungarn, das ja mit Rußland sonst in Deutschland konkurrirte, so würde der Meterzentner Roggen Ende 1893 in Odessa 9 Mark Gold gekostet haben, anstatt 6¾. Nach Juraschek, Seite 42, betrugen im Durchschnitt die Handels- und Transportspesen in dem letzten von ihm berücksichtigten Jahre 1887 vom Innern des Landes in Rußland nach Odessa pro Meterzentner 2⅓ Mark Gold. Wäre Rußland nicht differentiell behandelt worden, so hätte der Meterzentner Roggen Ende 1893 in Odessa 9 Mark gekostet und der Bauer hätte dafür loco nächste Eisenbahn- oder Dampferstation erhalten 6⅔ Mark, anstatt dessen erhielt er nur 4⅔ Mark; das sind nur 28 Cents für den amerikanischen Bushel, und bei einem Preise von 43 Cents, wie er jetzt in Amerika etwa ist, kann Landwirthschaft mit Lohnarbeit nicht mehr betrieben werden, sondern nur noch durch Bauern, deren Familienmitglieder fast alle Arbeit allein leisten. — 4½ Mark für 100 Kilo, das sind 12½ Groschen pro alten preußischen Scheffel. Nun war vor 100 Jahren der Preis pro 1 Scheffel Roggen in Bütow in Hinterpommern 25, in Lauenburg 24, in Stolp 26, in Cammin 28, in Greifenberg 29, in Alt-Stettin auch 29 Gute Groschen, und der Roggenertrag pro Morgen war 3, 4 bis 4½, allenfalls 5 Scheffel vom Morgen auf Bauernacker, und in Rußland ist er jetzt ebenso, 4 bis 4½ Scheffel. Hiervon gehen 14 Metzen bis 1 Scheffel zur nächsten Aussaat ab, so bleiben dem russischen Bauer 3 bis 3½ Scheffel übrig, die ihm 37 bis 45 Silbergroschen, 1¼ bis 1½ Thaler Bruttogeldertrag von einem Morgen (¼ Hektar) Roggenland liefern! Richtig und vollkommen würdigen kann die Summe von Elend, welche hinter diesen 1½ Thalern stecken, nur, wer die Zeit von 1820—30 auf dem Lande in Norddeutschland verlebt hat, wie Fürst Bismarck, oder doch mindestens 1846—47—48, wie ich.

Wenn der Fürst Bismarck noch Reichskanzler wäre und dies läse, so würde er sagen: „Die Sache stimmt. Der russische Bauer befindet sich jetzt in einer schlechteren Lage, als der pommersche zu der Zeit, als ich ein Junge war, zwischen 1820 bis 1830, in welcher der Roggenpreis in Pommern zeitweise bis auf 19 und 20 Silbergroschen fiel. Das war zum Verzweifeln. Wie soll der russische Bauer heutzutage, der nicht mehr vom Morgen erntet, als damals der pommersche, existiren, wenn er für den Scheffel nur 12½ Markgroschen erhält! Nun begreife ich, daß die russische Volksmasse so sehr erbittert gegen Deutschland ist, weil dieser niedrige Preis nicht Folge von Naturereignissen oder wirthschaftlichen Evolutionen ist, sondern Folge der deutschen Politik, die erstens alles Getreide aller Länder mit Zoll, und darunter den Roggen mit einem solchen von über ⅓ des Werthes belastet, und uns Russen überdies mit einem Zuschlag, so daß der Zoll nun höher ist (7½ Mark insgesammt) als der Preis unseres Roggens in Odessa. Nun begreife ich, würde Fürst Bismarck sagen, daß sie, die russischen Bauern, ihren friedliebenden Zaren vor die grausame Alternative stellen werden, entweder sie als Rebellen niederzuschießen oder sie über die preußische Grenze zu führen. Sie haben dazu nicht nur mehr Grund, als der frühere Agrarierführer Markus Antonius Niendorff, welcher die amerikanische Union durch Krieg zum Freihandel zwingen wollte, und als die „Kreuzzeitung" unserer Tage, die droht, den 1892 mit dem politisch verbündeten

Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrag eventuell mit dem Schwert in der Hand abzuschaffen, sondern sie sind einfach dazu gezwungen: Lehnen wir den Handelsvertrag mit Rußland ab, so haben wir den Krieg, und da ich den nie wollte und auch heute noch nicht will, so werde ich die Agrarier zwingen, den Handelsvertrag anzunehmen, und thun sie das nicht, so löse ich den Reichstag auf und entsetze jeden Landrath und Regierungspräsidenten, der für die Agrarier seinen amtlichen Einfluß einsetzt, und weggeschwemmt werden sie sein, die Gutsbesitzer, die von ihren Arbeitern wahrlich nicht geliebt werden, eine rückwärtsgehende Industrie vertreten und lediglich auf ihren gesellschaftlichen Einfluß in der Hauptstadt angewiesen sind." — Der Drohung würden sie schwer widerstehen.

Vor Zuzug wird gewarnt! So schreiben heute die Arbeiterblätter, wenn sie von einem Strike ihrer Genossen berichten, von dessen Gelingen die Verbesserung der Lage vieler Armen und Elenden erhofft wird. Im Gefühle der Solidarität, von der die Riesenkraft erwartet wird, dereinst ihrer Aller Schicksal zu ändern, giebt eines dieser Blätter dem anderen die Losung weiter: „Vor Zuzug wird gewarnt".

Vor Zuzug wird gewarnt! so lesen wir heute in den medizinischen Fachblättern, in den großen und vornehmen vorläufig noch im Annoncentheil. Den arbeitsuchenden Arzt sich fernzuhalten, ruft in liebenswürdiger Kollegialität der beatus possidens den mit dem Proletarierloos Kämpfenden entgegen: „Collegae, cavete Kraehwinkulam!" — ein Stück alter Augurensprache im modernen Kampf ums Dasein, die keine Verwandtschaft mit den Zurufen der Arbeiter hat! Hier fordert ein einfaches Wort zur Solidarität der gemeinschaftlichen Interessen auf, dort will sich ein bedrängter, vielleicht den Anforderungen nicht genügender Arzt die drohende Konkurrenz fernhalten, und dabei bedient er sich der Sprache, die vom Mittelalter her das Band um die gelehrte Welt geschlungen hat.

Manche der für die Aerzte bestimmten Blätter behandeln die sogenannten Standesfragen in ihrem Haupttheil mit viel Weitschweifigkeit und in Zuschriften von allen Seiten, die nicht immer durch die Höhe des Standpunkts sich auszeichnen, den der durch seine Lage zum Schriftsteller gewordene Arzt einnimmt. Diese Zeitungen gehen auf solche Dinge gar gerne ein, berühren sie doch die Mehrzahl der Aerzte viel näher, als wissenschaftliche Abhandlungen, und auf die Leser einen geistigen Einfluß auszuüben, daran liegt ihnen weniger, als an der großen Zahl von Abonnenten, mit der sie in der Geschäftswelt um Annoncen werben. —

Die Arbeiter sind heute in einem ausgebildeten System die Arbeitgeber der Aerzte geworden. Diese Entwicklung der Dinge hatten die Aerzte nicht geahnt, als sie der Ausarbeitung des Krankenkassengesetzes so wenig Aufmerksamkeit schenkten, und auch die Bestimmungen der Krankenkasse zu beeinflussen, ist ihnen nicht gelungen, trotz der unterdessen eingesetzten Aerztekammern. Anfänglich hielt man es in ärztlichen Kreisen für ein nobile officium des Standes, der Entwicklung der Arbeiterversicherung keinen Widerstand entgegenzusetzen und unthätig den Einfluß abzuwarten, den diese Gesetze auf die Erwerbsverhältnisse der Aerzte ausüben würden. Heute ist der Kampf zwischen Krankenkassen und Aerzten schon nicht mehr immer nobel, wir sehen die Vertreter der einen mit denen der anderen um fünfzehn Pfennig Honorar mehr oder weniger pro Jahr und Mitglied handeln.

Dagegen sehen wir dann heute in gewaltiger Organisation dreimalhunderttausend Berliner Arbeiter Verbesserungen und Einrichtungen in den Krankenhäusern der Charité fordern, die die Wissenschaft längst hätte verlangen sollen. Die Krankenkassen wollen kein erkranktes Mitglied in die Charité mehr einweisen, bevor ihnen nicht eine Anzahl Forderungen an die Humanität der Verwaltung und der Aerzte bewilligt, bevor nicht eine Reihe von Verbesserungen in den Einrichtungen dieses veralteten Krankenhauses getroffen worden sind, an dem die preußischen Aerzte herangebildet werden. Der große Abgang am Budget und der noch größere am Krankenstand, der zugleich Lehrmaterial ist, werden die repressive Wirkung der Arbeiterforderungen kaum ausbleiben lassen.

Zehn Jahre hat es gedauert, bis die Arbeiter sich der Organisation bedienen lernten, die ihnen das Krankenkassengesetz gegeben hat. Schon wirkt sie an Kulturaufgaben mit und unterstützt die Forderungen der Wissenschaft, wo das Militärbudget Mittel und Interesse absorbirt. Jetzt beginnt auch schon die Fortentwicklung der Krankenkassen-Institution organisch aus sich selbst. Bisher lag das Gesetz auf den Kassen, die es hervorgerufen hatte, jetzt bilden sich die Gesetze aus den Lebensbedingungen der Krankenkassen heraus. Nicht länger dauernde Krankenunterstützung, nicht deren Erhöhung forderten die Versicherten zuerst, sondern die Freiheit für den Kranken, sich seinen Arzt zu wählen. Der Krankenkassenarzt war nur zu schnell Beamter geworden und als solcher seinem Patienten entgegengetreten. Hier bewegen sich die Forderungen der Arbeiter in derselben Richtung mit denen der Aerzte, deren Erwerbs- und Arbeitsfeld beträchtlich eingeengt worden war, seitdem die Novelle vollends jeden um Lohn Arbeitenden bis zu einem Einkommen von zweitausend Mark versicherungspflichtig macht. — Die Organisation der Arbeiter steht sonst derjenigen der Aerzte gegenüber wie der Arbeitgeber dem Arbeiter, und wollen die arbeitnehmenden Aerzte von ihrem Brotherrn etwas erreichen, so erklären sie den Strike, wie es neulich die Aerzte in Koblenz gethan haben. In den medizinischen Fachblättern stund dann in deutscher Sprache zu lesen ganz so wie es früher nur in den Arbeiterblättern gestanden hatte: „Vor Zuzug wird gewarnt!“ Nach einigen Wochen theilten dann die Koblenzer Aerzte ihren Kollegen im Reiche mit: Unser Strike war erfolgreich. Dank den Genossen für die Unterstützung.

Frankfurt a. M. Dr. J. Rosengart.

Die Profitgier unseres Unternehmerthums wird in ebenso drastischer wie naiver Weise durch einen Artikel des Bergassessors Sarter in „Conrad's Jahrbüchern“ (III. Folge, 7. Band, Heft 1) beleuchtet, in welchem der Autor die wirthschaftliche Nothwendigkeit des niederrheinisch-westfälischen Kohlensyndikats nachzuweisen versucht.

Die angeblich schlechte finanzielle Lage der niederrheinisch-westfälischen Kohlenindustrie soll nach Sarter

1. durch die allgemeine Erhöhung der Löhne (!),
2. durch die steigenden Kosten der Wetterführung, Förderung und Wasserhaltung bei zunehmender Teufe,
3. durch die den Werken in Folge der sozialpolitischen Gesetzgebung auferlegten größeren Lasten

verursacht sein. Zum Beweise dieser Behauptung stützt sich Herr Sarter auf die folgenden Berechnungen von Dr. Reismann-Grone im „Glückauf“ (1893, Nr. 3). Nach demselben betrug die Jahresförderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund für 1886 28 497 317 Tonnen, für 1891 37 398 561 Tonnen.

Die Ausgaben außer den reinen Produktionskosten betrugen:

	1886 Mark	1891 Mark
1. Bergwerksabgaben	2 203 897	5 000 000
2. Beiträge der Werkbesitzer zur Knappschaft	2 956 370	4 243 442
3. Beiträge der Werkbesitzer zur Alters- und Invaliden-Versicherung	—	921 544
4. Beiträge der Werkbesitzer zur Knappschafts-Berufsgenossenschaft	1 204 939	2 986 619
5. Kommunalabgaben	1 043 002	3 407 009
6. Sonstige öffentliche Abgaben	119 689	261 790
Zusammen	7 527 897	16 820 404

Das bedeutet in einem Zeitraum von sechs Jahren eine Steigerung der Ausgaben per Tonne um 67 Prozent! ruft Herr Sarter aus (von 27 Pf. auf 45 Pf.) und das Mitleid des Publikums mit den so arg ausgebeuteten Kohlenwerkbesitzern ist sofort gewonnen. Auf einen noch höheren Prozentsatz käme man freilich, wenn man auch noch die Ausgaben der Arbeiter für Knappschaft, Alters- und Invaliden-Versicherung auf das Konto der Werkbesitzer schreibt, wie dies thatsächlich auch Herr

Reismann thut. Herr Sarter acceptirt zwar allerdings ebenfalls die Auffassung, daß auch diese Ausgaben von den Werkbesitzern indirekt getragen würden, da sich nach diesen angeblich die Löhne richteten, obwohl auch Herrn Sarter bekannt sein dürfte, daß selbst die staatlichen Musterbetriebe zwar nicht auf die Unternehmerbeiträge zu den Versicherungsanstalten, wohl aber auf die Rentenbezüge Lohnkürzungen vornehmen. Aber bei der vorliegenden Berechnung sieht Herr Sarter doch gnädig von der Einbeziehung der Arbeiterbeiträge ab. —

Daß anläßlich der beiden letzten Bergarbeiter-Ausstände der unwiderlegliche Beweis für die nichts weniger als steigende Tendenz der Bergarbeiterlöhne erbracht worden ist, hindert Herrn Sarter freilich nicht, auch die Arbeitslöhne für den geringen Profit der Werkbesitzer verantwortlich zu machen. Köstlich ist auch die Einbeziehung der Kommunalabgaben, Bergwerksabgaben ꝛc. in die obige Zusammenstellung, um den Nachweis zu erbringen, daß die Ausgaben unverhältnißmäßig gewachsen seien. Bisher richteten sich die öffentlichen Abgaben nach dem Bruttowerth der Förderung der Bergwerke. Stiegen sie stärker als der Betrag der Förderung, so beweist dies nur, daß die Preise der Kohle unverhältnißmäßig gestiegen sind. — Nur die Positionen 2 bis 4 können mit einigem Recht von Herrn Sarter zum Beweise seiner Behauptung herangezogen werden. Aber dabei springt doch sofort die eigenthümliche Erscheinung in die Augen, daß nach der „Krönung des Gebäudes der sozialen Reform“ diese Ausgaben relativ geringer geworden sind, denn 1886 machten sie 55,2 Prozent; 1891 aber nur 48,4 Prozent der Ausgaben, die nicht reine Produktionsunkosten sind, aus. Die soziale Gesetzgebung ist es also nicht, welche an der ungünstigen finanziellen Lage des rheinisch-westfälischen Bergbaues Schuld tragen könnte. Ob aber die Klagen von der ungünstigen finanziellen Lage überhaupt berechtigt sind? Herr Sarter bringt selbst das Material zur Beurtheilung dieser Frage bei.

Die Selbstkosten pro Tonne betragen nämlich

1890 Bergwerke mit:	Zahl	Bruttoförderung	Zahl der Arbeiter	Effekt pro Mann und Schicht	Selbstkosten pro Tonne Mark
mehr als 300 Tonnen Effekt	32	12 750 909	36 980	344	5,6
260 bis 300 „ „	43	10 736 291	38 623	277	7,0
unter 260 „ „	100	11 982 990	52 192	221	8,4
	175	35 496 290	127 794	277	7,0

Der durchschnittliche Verkaufswerth betrug 1890/91: 8,79 Mark. Nach Sarter entfallen nun per Tonne Förderung an Kapitalanlage, einschließlich Hypothekenschulden, bei 5—6 Werken 10 Mark, bei den übrigen Werken im Durchschnitt der 18 Jahre 1873—1890: 20,09 Mark. Das ergiebt im Durchschnitt einen Reingewinn von 8,9 Prozent. Natürlich soll nicht bestritten werden, daß eine ganze Reihe von Bergwerken, die einer gewissenlosen Gründung ihren Ursprung verdanken, auch erheblich schlechter rentiren und selbst mit Verlust produziren. Dafür aber floriren andere Gruben um so mehr. Nach dem Börsenkalender der „Frankfurter Zeitung“ betrug die Dividende pro 1890 bei der Bochumer Bergbau- und Gußstahl-Aktiengesellschaft 10 Prozent; bei der Concordia 14 Prozent; Gelsenkirchener Bergbau-A.-G. 12 Prozent; Harpener Bergbau 20 Prozent; Hibernia 19 Prozent. Für ein echtes Kapitalistengemüth ist das natürlich etwas wenig, und es folgte daraus die zwingende Nothwendigkeit für die Schaffung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats. Mit dessen Hilfe können die Profite auf Kosten der Konsumenten um ein Erkleckliches in die Höhe geschraubt werden — — und man bekommt die Arbeiter noch fester in die Gewalt, als dies heute der Fall ist; dann kann der Faktor 1, der Arbeitslohn, so klein als nur irgend möglich gemacht werden, und es gelingt dann vielleicht auch, die fatalen Ausgaben, welche die soziale Gesetzgebung verursacht, fast vollständig zu eliminiren, indem man sie ganz und gar auf die Arbeiter abwälzt. lx.

Feuilleton.

Der Tod im Walde.

Von Nikolaus Krauß.

(Fortsetzung.)

Betroffen zuckte der Förster auf, brummte aber sofort: „Natürlich. Du hast Dich ja immer geduckt. Na, dafür bist auch Oberförster geworden ..."

„Herr Förster Sichel?"

„Herr Oberförster Werner?"

Wohl eine Minute lang sahen die beiden Männer einander in die Augen, aber keiner zuckte auch nur mit einer Wimper. Plötzlich wandte sich der Oberförster auf den Hacken, nahm wieder am Tische Platz, öffnete sein Notizbuch und sagte in völlig ruhigem Tone: „Förster Sichel, ich habe Ihnen dienstlich noch Folgendes mitzutheilen. Herr Schweberle hat in Erfahrung gebracht, daß im Revier Amonsgrün noch immer Jedem der Eintritt in den Wald gestattet ist. Das hat sofort aufzuhören. Wer nicht im Walde als Arbeiter oder Aufseher beschäftigt ist, dem ist der Eintritt verboten. Wird er trotzdem angetroffen, so ist er unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen, eventuell zu pfänden. Ferner ist es fortan Niemand, auch nicht den Holzhauern, gestattet, dürres Abfallreisig, Fichtenzapfen und Kienäpfel, Moos, Waldstreu und Gras zu sammeln und ohne Bezahlung fortzubringen. Wer dergleichen wünscht, hat es dem Förster zu melden. Die Gutsverwaltung bestimmt den Preis und das Quantum und erst wenn der Förster darüber einen Schein ausgestellt hat, ist es dem Betreffenden erlaubt, den Wald zu betreten."

„Weiter habt Ihr drunten nichts ausgekocht?" höhnte Sichel.

Der Oberförster überhörte die Frage und fuhr gleichmüthig fort: „Auch das unentgeltliche Schwämmesammeln muß aufhören und zwar sofort. Wer Pilze suchen und Beeren sammeln will, hat erst gegen Bezahlung einen Schein zu lösen. Wer ohne einen solchen im Revier betroffen wird, ist als Dieb dem Gerichte anzuzeigen.... Ausnahmen giebt es nicht.... Hier sind die Drucksorten und das Verzeichniß, was die einzelnen Scheine kosten...."

Für den ersten Augenblick war der Förster sprachlos. Dann stieß er hervor: „Also ganz wie droben beim Fürsten Wickenburg! Nun ja. Ich hätt' mir's ja denken können. Wenn die Schinderei einmal anfängt ... Aber auf eins habt Ihr vergessen. Wenn Ihr so wirthschaften wollt, dann braucht Ihr keine Förster mehr. Stellt Bettelvögte an, die passen dann wenigstens zum G'schäft und zu — Euch." Verächtlich spuckte er aus.

„Ja, die Förster", nahm Werner abermals das Wort, „bald hätte ich vergessen. Herr Schweberle hat erfahren, daß einige seiner Förster auch die Aufsicht über einzelne Bauernhölzer führen. Er hat sich sehr streng darüber ausgesprochen. Er meint, wen er bezahle, der müsse ihm auch seine Arbeitskraft voll und ganz zur Verfügung stellen. Das zu fordern sei sein Recht. Du wirst also gut thun, Deinen Bauern sobald wie möglich zu kündigen." — Der Sprecher zauderte einen Augenblick, dann klang auf einmal wieder ein warmer Ton durch seine Rede. „Was ich heute von Dir gehört habe, bleibt unter uns. Der alte Freund hat es vernommen, der Vorgesetzte weiß nichts davon. Aber das Eine sage ich Dir: Sichel, nimm Dich in Acht. Es weht eine scharfe Luft jetzt da drunten im Schloß. Und wo der Porzellanfabrikant hingreift, da giebt es

Scherben. Wir beide sind alt, und an ein Unterkommen wo anders ist nicht zu denken. Also heißt's aushalten um jeden Preis und unter jeder Bedingung. Es thäte mir leid, wenn ich gegen den Jugendfreund und Duzbruder vorgehen müßte. Aber ich müßte: Brot schmeckt süß.... Herr Schweberle bleibt gleich hier. Seine Sachen werden morgen oder übermorgen heraufgeschickt werden...."

Der Forstmeister schob einen Thaler unter die roth und weiß gewürfelte, mit springenden Hirschen und äsenden Rehen gezierte Tischdecke, hielt Sichel die Hand hin, in welche dieser etwas zagend einschlug, und verließ mit einem Abschiedswort die Stube. Und schon nach einigen Minuten hörte man den leichten Jagdwagen davonrasseln.

Als sich die Thür hinter dem Oberförster geschlossen, war Sichel wieder auf seinen Stuhl gesunken; es fehlte wenig und er hätte aufgeschrien vor Zorn und Wuth. So war denn der Schlag gefallen, den er gefürchtet, seitdem er erfahren, daß die Herrschaft in andere Hände übergegangen. Die früheren Herren waren ja auch nicht die besten. Luft war für sie jeder, der nicht zu ihrer Sippschaft gehörte. Aber sie ließen die armen Leute wenigstens leben, wenn sie — sich bückten. Ihre Vorfahren hatten die Holzhauer hier angesiedelt, sie mußten also gewissermaßen für sie sorgen, so wenig Herz sie sonst auch hatten. Aber dieser hergelaufene Porzellanaff, wer war er denn gewesen? Landkrämer in einem Dorf drunten. Als sie überall nach Kohle zu graben begannen, hatte er die Gelegenheit benützt und auf den Rath eines Bohrmeisters einige Joch Feld um einen Pappenstiel erworben. Einige Tage später stellte es sich heraus, daß unter dem Acker die schönste Porzellanerde liege. Dann hatte er die Fabrik gebaut und jetzt war er Herrschaftsbesitzer und ließ sich von seinen Leuten Herr Kommerzienrath nennen. Dabei war er dumm wie ein Palmesel. Aber das Zwacken und Schinden verstand er.

Der Förster griff nach der Liste, welche ihm sein Vorgesetzter dagelassen; das Papier zitterte in seiner Hand, als er die Zeilen überflog. Da stand ein wirthschaftliches Todesurtheil neben dem anderen. Der erste, der daran würde glauben müssen, das war der alte Toni. Er konnte sich ja heute schon nicht ernähren. Sichel wußte recht gut, daß seine Frau jeden Tag einen Topf Suppe nach der windschiefen Hütte schickte, in welcher der Alte mit den Seinen hauste. Dann kamen die beiden „Bauern" des Walddorfes. Mit was sollten diese künftighin ihre paar dürren, sandigen Felder düngen, wenn sie die Waldstreu und das Wassermoos fortan bezahlen sollten? Wenn die ihre Steuer entrichtet hatten, konnte man sie auf den Kopf stellen und es fiel kein Sechser heraus. Und erst die Holzhauer! Ein jeder hatte eine Ziege. Aber mit Luft konnte er sie doch nicht füttern. Die drei Beete Feld, die einige von der Herrschaft gepachtet hatten und deren Pachtzins sie abarbeiteten, wie weit reichte denn das? Kaum für einen hohlen Zahn langten die paar Kartoffeln. Und mußten sie nicht alle ihn als ihren Todfeind betrachten, wenn er nach den Befehlen handelte, die ihm von seinen Vorgesetzten zugekommen? Mit vielen von ihnen war er aufgewachsen; mit dem Streicher-Natz war er als Bub im Sommer ins nächste Dorf zur Schule gewandert, jeden Tag hatten sie auf dem Wege gerauft, aber immer hatten sie zusammengestanden wie Brüder, wenn die Dorfbuben über die beiden „Waldfinken" herfallen wollten....

Aber was nützte ihm denn das lange Ueberlegen und Simuliren? Es gab keinen Ausweg mehr für ihn, er mochte die Sache drehen und wenden, wie er wollte. Im Herbst hatte er seinen Aeltesten in die Stadt auf die Schule bringen wollen. Dafür waren die hundert Mark bestimmt, welche ihm die reichen Bauern im

Flachlande für die Beaufsichtigung ihres Waldes zahlten. Mit Neujahr fiel auch diese Einnahme weg. Und was sollte aus seinen anderen Kindern, seiner Frau und ihm selbst werden, wenn er jetzt einzig seinem Gewissen folgte? Vor einigen Wochen hatte ein alter vazirender Jäger bei ihm vorgesprochen. Zwei Tage hatte er ihn beherbergt, und beim Abschied hatte es sich herausgestellt, daß der Mann nicht einmal mehr Taschen in den Hosen hatte. Er mußte das Fünfzigpfennigstück, das der Förster ihm als obligates Geschenk gegeben, unter seinem schmierigen Filz verbergen, wenn er es nicht in der geballten Hand tragen wollte.... Ja, er mußte gehorchen. Bettel- und Straßenvogt; das war das Ende einer Laufbahn, die er sich so schön ausgemalt, da er als Knabe an der Hand seines Vaters dahin geschritten, an Waldbächen und Grenzgräben, durch Dickichte und auf Jägersteigen. — —

Mit einem Ruck stand der Förster auf den Füßen, griff nach Hut und Stock und stürmte hinaus. Er überschritt die Straße und wandte sich gegen Osten, wo auf der anderen Seite der Waldblöße, jenseits einer kleinen Thalsenkung, sich am Waldrand die Hütten der Holzhauer zusammendrängten wie Schafe bei einem Gewitter. Ueber die moosüberwachsenen Dächer spielte heller Sonnenschein, und die alten Holzhäuser hoben sich scharf von dem dunklen Hochwald ab, der hinter ihnen aufragte. Kein Laut drang aus der Siedelung, nur über einem Kiefergebüsch sang flatternd eine Haidelerche. Sichel wandte sich nach der Hütte des Schwämmesammlers. Das alte Balkengefüge lag zusammengesunken da wie ein Thier, dem man das Rückgrat gebrochen. Der gelbe Lehmanwurf, den man dem Blockhaus vor urdenklichen Zeiten gegeben, haftete nur noch an einzelnen Stellen, der Rauchfang war zur Hälfte herabgefallen und das Dach voller Schäden. Um das ganze Gebäude herum, selbst auf dem Hollunderbusch, der an dessen Stirnseite grünte, lagen auf kurzen Brettchen geschnittene Pilze zum Trocknen ausgebreitet. Der Förster öffnete die durch einen verstellbaren Pflock geschlossene Thür und trat in den kahlen Raum, in dem es roch wie in einer verlassenen Scheuer. Durch die einzige Fensteröffnung fiel ein breiter Sonnenstrahl auf den ausgetretenen Lehmestrich, durch die Lücken des Daches drängten zarte Sonnenfäden, machten die grauen Wespennester, welche am First hingen, flimmern wie Seide, beleuchteten die altersschwarzen Dachsparren. In einer großen Bettstelle, die nur mit etwas Stroh aufgefüllt war, lag ein junger Mann. Auf seinem kreideweißen Gesicht stand der Schweiß in hellen Tropfen und seine Augen waren starr nach aufwärts gerichtet. Am großen Lehmofen versuchte ein kleines Mädchen sich aufzurichten, aber immer wieder sank es zurück. Rechts von der Thür scharrten hinter einem Brett, das als Verschlag diente, einige Hühner, und eine alte, ganz schiefbeinige Ziege knapperte an dem Strick, mit welchem man sie angebunden. Hundertmal hatte Sichel schon bei dem Alten vorgesprochen, aber noch nie war ihm dessen Behausung so erbärmlich erschienen wie heute. Als der Toni den Förster in seiner Stube erblickte, hatte er die ungeschälten Weidenruthen aus der Hand gelegt und war aus dem halbfertigen großen Henkorb gekrochen, an dem er bis dahin geflickt.

„Wie steht's denn mit dem Andres?“ hub der Förster an. Der Alte zwinkerte mit den Augen, hob das kleine Mädchen auf den Arm und trat mit Sichel vor das Haus.

„Schlecht. Die ganze Nacht hat er kein Auge zugethan. Er phantasirt schon einige Tage. Heute wollte der Bader heraufkommen. Wir konnten ihn aber net bezahlen. Meine Tochter, die Anna, ist nach Pechgrün hinüber und will ihrer Mutter Schwester bitten, uns etwas zu borgen.“

„Meine Frau hat doch heute etwas geschickt?“

„Freilich! Versteht sich! Sie ist ja so viel gut. Ich dank' auch schön, Herr Förster. Wenn es eine Gerechtigkeit giebt . . .“

„Schon gut . . . habt's denn noch Kartoffel?“

„Viel net. Aber für zwei Mittagessen langt's schon noch. Dann müssen wir halt weiter schauen . . .“

„Die Kleine da ist doch gesund?“

„Und wie gesund, Herr Förster! Wie ein Eichelkern. Und den Appetit! . . .“

Sichel war während der letzten Worte dunkelroth geworden. Mit allen fünf Fingern der Rechten zerrte und rupfte er an seinem schwarzen Halstuche. Plötzlich stieß er hervor, seine Stimme klang, als käme sie aus einem gesprungenen Thontopf: „Toni, Ihr müßt von morgen an die Schwämme zahlen.“

Der Alte starrte den Sprecher mit offenem Munde an. „Zahlen? . . . Die Schwämme? Aber Herr Förster, die wachsen doch von selber und haben, so lange die Welt steht, noch nie einen Herrn gehabt. . . .“

„Es ist aber so. Der neue Herr hat's ang'schafft. Wer nicht zahlt und er wird erwischt, wird eing'sperrt.“

Der Alte begann in seiner Herzensangst zu kichern. „Der Herr Förster hat noch keinen einsperren lassen. Der Herr Förster hat nur seinen G'spaß mit mir. . . . Was soll es denn kosten? Ein' Dukaten jeder Pilzen? Und jeder Schmierling einen Preußenthaler?“

„Ich spaß' nicht, Toni. Wer Schwämme sammeln will, muß erst einen Schein lösen und der kostet eine Mark. 's Heidelbeersuchen kostet zwanzig Pfennig und für die Preißelbeeren müssen fünfzig Pfennig gezahlt werden. Schaut her, Toni, da auf dem Papier steht Alles schwarz auf weiß. Auch kein Moos und kein Gras giebt's mehr umsonst. Und Jeden, den ich antreffe, muß ich anzeigen, sonst komm' ich selbst ums Brot.“

Der alte Mann sprach lange kein Wort. Auf einmal begann es in seinem Auge aufzuglimmen wie ein gelber Funke. „Die armen Leut' sollen also mit G'walt zu Grund' g'richt't werden? . . . G'schieht ihnen schon recht, zu was sind sie denn auf der Welt, die Nothfinken? . . . Aber zahlen thu' ich net, Herr Förster. Ich kann net. Und ins Kriminal geh' ich auch net. Lieber häng' ich mich auf. Dann wird der neue Herr wohl z'frieden sein. . . .“ Der Schwämmesammler nahm sein Enkelkind, welches er vorhin im ersten Schrecken auf den Boden gestellt, wieder auf und ging in seine Stube.

Sichel aber eilte nach seinem Hause zurück, als brenne ihm der Boden unter den Füßen. In den Augen des Alten hatte er gelesen, daß es ihm mit seiner Drohung blutiger Ernst sei. Schon zwei der Brüder hatten zum Strick gegriffen. Sie waren ursprünglich ebenso lustig angelegt wie der Toni. Als sie aber in die Jahre gekommen und die ewigen Entbehrungen, Sorgen und Plagen niemals abrissen, hatten sie es auf einmal satt bekommen und das Leben hingeworfen, wie man eine Neige sauren Bieres ausschüttet. Den Einen hatte er selbst in der nahen Kiefernschonung abgeschnitten, der Andere hatte sich gar an dem Glockenstrick der kleinen Kapelle aufgeknüpft, die weiter oben im Grundthale ragte.

Der Förster stand vor seinem Hause. Wie wohl that das Gefühl, ein eigenes, wohnbares Heim und eine halbwegs gesicherte Existenz zu haben. Blauer Rauch stieg aus dem alten Forsthause, die weißen Schindeln glänzten, auf der mächtigen Eiche vor dem Erker schrie ein Häher, und von dem kleinen Garten her drang der Duft der blühenden, weißen Rosen.

III.

Die Bittschrift der Holzhauer hatte keinen Erfolg gehabt. Der Fuhrmann, welcher am Dienstag die Sachen des Volontärs heraufschaffte, hatte einen Zettel mitgebracht, auf welchem dem Förster befohlen wurde, die Holzhauer, welche mit dem neuen Lohn nicht zufrieden wären, sofort zu entlassen und nie wieder einzustellen. Das Weitere würde sich finden. Sichel hatte dies den Leuten mitgetheilt, und im ersten Zorn hatten alle geschworen, die Arbeit niederzulegen und erst, wenn wieder die alten Löhne gezahlt würden, sie aufzunehmen. Zwei Tage später hatten einige der Aelteren ihren Schwur brechen müssen; von den Anderen war ein Theil nach dem Flachlande hinuntergewandert, um den Bauern bei den Erntearbeiten zu helfen, der Rest hatte sich in die Hütten verkrochen und erwartete dumpf hindämmernd das Kommende. Nach einer Woche waren die wenigen Vorräthe trotz der größten Sparsamkeit und obwohl einer dem anderen aushalf, so lange er selbst noch etwas hatte, aufgezehrt und die gräßlichste Noth hielt ihren Einzug. Die Frauen weinten den ganzen Tag, die Kinder schrieen vor Hunger und die zum Feiern gezwungenen Männer begannen mit geballten Fäusten in den Stuben ruhelos auf- und abzuwandern wie Thiere in einem Käfig. Stundenlang standen die Frauen an den Fenstern und lauerten, bis der Förster in den Wald ging. Und kaum war er hinter den ersten Bäumen verschwunden, kamen aus allen Häusern Kinder hervor und eilten nach dem Forsthause. In allen Winkeln drückten sie sich dort herum, guckten in die Fenster, umdrängten die Thür und hockten auf der Ofenbank. Keines sprach ein Wort, aber die Försterin hätte blind sein und kein Herz in der Brust haben müssen, wenn sie nicht verstanden hätte, was all diese verlangenden Augen und abgezehrten Gesichter sagen wollten. Sie gab reichlich, so viel sie selbst entbehren konnte, aber dem vielen Elend gegenüber hatte es doch nur die Wirkung wie ein Tropfen Wasser, der auf einen heißen Stein fällt. Bald merkten die beiden Waldbauern, daß auf ihren Kartoffeläckern die Ernte begonnen hatte, bevor noch die Knollen reif geworden. Sie stellten während der Nacht Wachen aus und gaben Schreckschüsse ab. Jetzt wußten die Frauen sich gar nicht mehr zu helfen und geriethen in helle Verzweiflung. Sie schickten die größeren Kinder ihren Vätern nach, die drunten bei den Bauern Arbeit gefunden, die kräftigsten unter ihnen nahmen ihre Kleinen auf den Rücken und stiegen selbst in die Ebene hinab. Auf den abgeernteten Feldern krochen sie dahin und sammelten die liegengebliebenen Aehren, sie stahlen Obst und Kartoffeln und bettelten. Die ganze Gegend kam in Aufruhr. Und Alles schimpfte über den reichen Porzellanfabrikanten und Herrschaftsbesitzer, der seine Arbeiter von anderen Leuten, die sich selbst von früh bis spät plagen und schinden müßten, ernähren lasse.

Eines Tages bemerkte Sichel wenige Schritte hinter der Ansiedelung mitten im Hochwald auf einem Platze, der sonst über und über mit dürren Nadeln bedeckt war, einen frischgrünen Moosfleck. Er stieß seinen Stock hinein, das Moos löste sich ab und der noch frische Stock einer abgehauenen Kiefer kam zum Vorschein. Jetzt wußte der Förster, daß die Noth der ehemaligen Holzhauer auf das Aeußerste gestiegen: sie waren zu Holzdieben geworden. Bis jetzt war es ihm immer noch gelungen, ein Auge zuzudrücken, trotzdem der Volontär, den er für einen Aufpasser hielt, ihm nur selten von der Seite wich. Jeden Morgen hatte er an der Gabelung von Waldwegen, im Dickicht, frische Schwammspähne bemerkt, welche ihm anzeigten, daß der Toni noch immer den Wald absuchte, obwohl er keinen Erlaubnißschein gelöst; einigemal hatte er den Alten selbst und Frauen von Holzhauern gesehen, wie sie Schwämme und Beeren

sammelten, aber jedesmal war er ihnen schon von Weitem ausgewichen, um sie nicht zur Rede stellen und anzeigen zu müssen. Was er aber heute gesehen, das konnte er nicht mehr verbergen; das war aufgelegter Diebstahl, Großdiebstahl sogar, denn der Baum mußte wenigstens zwei Sägeklötze geben. Jetzt mußte er einschreiten, sonst gab er seinem Herrn das Recht in die Hand, ihn Knall und Fall davonzujagen. Die Föhre wurde bei der Haussuchung denn auch gefunden, völlig zerschnitten und schon marktfähig hergerichtet. Der Kiefer folgten mehrere und auf die erste Haussuchung kamen andere. Schon waren einige der früheren Holzhauer abgeurtheilt und saßen in der Stadt hinter Schloß und Riegel. Die im Walde Zurückgebliebenen schreckte das nicht. Seitdem die fressende Noth unter ihnen saß, hatte sie jedes Ehrgefühl verlassen. Als der Förster mit dem Gendarmen wieder einmal von Haus zu Haus ging, riß der lange Baltes das Fenster auf und schrie ihnen zu: „Habt schon recht! Nur einsperren! Sperrt uns alle ein, wenigstens haben wir dann was zu fressen. . . .“ —

Eines Abends, nachdem man abgegessen, sagte der Volontär, während er sich langsam eine Zigarette drehte, zum Förster, der allein noch am Tische saß: „Ich habe heute den alten Schwämmesammler getroffen.“

Sichel nickte wie mechanisch mit dem Kopfe und strich mit dem Daumennagel die Furche glatt, welche der Rand der Suppenschüssel in den Anstrich des Tisches gedrückt. Unbeirrt fuhr der Andere fort, indem er abwechselnd sprach und an seiner Papiros sog: „Ja . . . und er trug einen ganzen Sack voll schöner Steinpilze. . . . Auch zwei Trüffel waren darunter. . . . Aber Schein hatte er keinen bei sich . . .“

Mit einem Ruck hatte der Förster den Tischschub herausgerissen. „Der Toni hat schon lange einen gelöst. Der alte Mann hat nur vergessen, ihn mitzunehmen, wie er neulich da war und das Geld gebracht hat. Fragen Sie meine Frau . . .“

Von unten herauf traf den Sprecher ein kurzer, blitzschneller Blick, dann erklang die Antwort: „Es handelt sich nicht um den Alten allein. Auch seine Tochter war bei ihm. . . .“

„Die ist nicht recht im Kopf, seitdem der Andres, was ihr Mann war, gestorben. Das weiß ein Jeder.“

„Sie hat aber keinen Schein gehabt und ich habe sie aufgeschrieben.“

„Das unterschreib' ich nicht. Sollen wir auch die Weiber ins Kriminal bringen? Wer hat Ihnen das befohlen?“

„Meine Pflicht! Und Sie selbst, Herr Förster, haben mir aufgetragen . . .“

„Pflicht! Pflicht! Eine saubere Pflicht, seinen Nebenmenschen unglücklich zu machen fürs ganze Leben. Pflicht! Natürlich, bei dem Wort hört alles Denken auf. Da haben möcht' ich den Kerl, der das Wort erfunden hat. Es muß ein feiner Kund' gewesen sein! Ein feiger Marder war er, der 's warme Blut saugt. Und weil er eine so hinterlistige Kanaille war, hat er das Wort aufgebracht und als Schirm aufgestellt, um hinter ihm seine Schandthaten ausführen zu können.“

„Ich bitte um Entschuldigung, Herr Förster, wenn ich widerspreche. Ob ein Gesetz gut oder schlecht ist, darüber steht dem Beamten kein Entscheid zu. Er ist der Diener des Gesetzes, das Werkzeug des Rechtes, dem er Geltung zu verschaffen hat unter allen Umständen. Wohin käme es auch mit dem Staate, mit unserer ganzen bürgerlichen Gesellschaft, wenn der Beamte nur das thun wollte, was er für gut hält und was ihm gerade paßt? . . . Ich kann Sie versichern, Herr Förster, daß Onkel in dieser Beziehung genau so denkt wie ich.“ (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 24. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Faustrecht.

↙ Berlin, 7. März 1894.

Der Fall Kirchhoff, der an dieser Stelle wiederholt besprochen worden ist, hat im Reichstage noch ein Nachspiel gehabt: die Proklamirung des Faustrechts durch den Kriegsminister. Herr v. Bronsart verkündete, um mit einem nationalliberalen Blatte zu sprechen, die Selbsthilfe mit Revolver und Knüttel förmlich als Prinzip; er übernahm nach demselben Blatte die Verantwortung für die Herbeiführung von Zuständen, wie sie vor Jahrzehnten in Kalifornien und Texas bestanden haben. Zwar schien es einen Augenblick, als ob der Kriegsminister nach vierundzwanzig Stunden etwas einlenken wollte, aber kaum hatte die bürgerliche Presse ihre Befriedigung darüber ausgedrückt, als der redegewandte General nach abermals vierundzwanzig Stunden auch schon erklärte, er habe nichts abschwächen und mildern wollen; seine Ansichten über die Selbsthilfe mit Revolver und Knüttel seien ganz so schroff und ungemüthlich, wie sie ursprünglich der Welt erschienen seien.

An der Aufrichtigkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel gestattet; für den Kenner des preußischen Militarismus hat sie auch nichts Ueberraschendes. Das Einzige, was man dem Kriegsminister zum Vorwurf machen könnte, ist eine gewisse Lückenhaftigkeit seiner Theorie. Er hätte hinzusetzen sollen, daß sie ausschließlich von Offizieren, die unter dem Schutze der Militärgerichtsbarkeit stehen, straflos oder so gut wie straflos ins Leben gerufen werden könne. Er hatte zwar die Güte, den zivilen Volksvertretern zu sagen: „Das traue ich Ihnen denn doch zu, wenn Ihnen die Braut, die Frau, die Tochter beleidigt wird, Sie schlagen den Betreffenden nieder und Sie haben ein Recht dazu", aber wenn einer der also Haranguirten auf diese Brücke treten wollte, so könnte er üble Erfahrungen machen. Die Geschworenen nehmen Mordversuche nicht ganz so auf die leichte Achsel, wie der Kriegsminister ihnen zutraute, und die gelehrten Gerichte erst recht nicht. Und am wenigsten ist der Justizminister in solchen Fällen so schnell mit einem Antrage auf Begnadigung zur Hand, wie der Kriegsminister. Wir haben das erst kürzlich an einem Falle illustrirt, in welchem ein Mädchen, das tausendmal ärger von einem Offizier beschimpft worden war, als die Tochter des Generals Kirchhoff von dem „Berliner Tageblatt" beschimpft worden ist, zur Selbsthilfe mit dem Revolver gegriffen hatte. Die Geschworenen verurtheilten sie wegen Mordversuchs, das Gericht erkannte auf anderthalb Jahre Gefängniß

und die Krone ließ es trotz des einstimmigen Gnadengesuchs der Geschworenen bei einem halben Jahre Gefängniß bewenden, während der General Kirchhoff nach acht Tagen leichter Festungshaft begnadigt worden ist.

Der Kriegsminister ist ein geschickter Debatter und er kannte sein Publikum, als er den hohen Reichstag behandelte, als habe er eine Schaar ehrwürdiger Odoardo Galottis vor sich. Mann für Mann tappten die bürgerlichen Worthelden in die Falle, am stelzbeinigsten der freisinnige Abgeordnete Lenzmann, der vor acht Jahren am Grabe seines Freundes Phillips schwor, er werde das demokratische Banner „und sei es durch Ströme von Blut" bis ans Ende der Welt tragen, und der sich nunmehr unter den alltäglichsten Freisinn verkrümelt hat. Hoch und theuer versicherte Herr Lenzmann, drei Söhne habe er verloren, aber wer seiner einzigen Tochter etwas am Zeuge flicken wolle, den werde er niederschlagen oder durchpeitschen. Giebt es etwas Lächerlicheres, als diese Rodomontaden in einem Augenblicke, wo ein pflichttreuer Volksvertreter gar nichts Anderes zu thun hatte und gar nichts Wirksameres thun konnte, als im trockensten Tone festzustellen, daß alle rührseligen Redewendungen des Kriegsministers über die verletzten Vatergefühle des Generals Kirchhoff darauf abzielten, das Faustrecht als ein unantastbares Vorrecht der Offizierskaste auch in dem sogenannten Rechtsstaate zu erhalten? Hätte der General Kirchhoff auf handhafter That einen Beleidiger seiner Tochter niedergeschlagen, so läge die Sache gewiß anders, und er hätte dann gehandelt, wie ein normaler Zivilmensch unter gleichen Umständen zu handeln pflegt. Aber wenn er nach sehr umständlichen und weitläufigen Vorbereitungen von dem gerichtlich längst bestraften Beleidiger seiner Tochter ein entehrendes schriftliches Schuldbekenntniß mit dem Revolver in der Hand erzwingen wollte, so benutzte er das Faustrecht, das Seinesgleichen als ein besonderes Klassenvorrecht beansprucht, und angesichts dieses Thatbestandes ist alles sentimentale Geschwafel sehr am unrechten Orte.

Doch indem sie über den Stock sprangen, wollten die bürgerlichen Worthelden wenigstens noch ein wenig bellen, und man muß es dem Kriegsminister danken, daß er gegenüber diesen Versuchen, eine sehr klare Sachlage künstlich zu verdunkeln, auf alle taktischen Künste verzichtete und sich bündig zu dem Faustrechte bekannte. Was ihm zu thun noch übrig blieb, war die Beschränkung dieses Faustrechts auf die Offizierskaste. Wäre die Theorie des Kriegsministers in der Allgemeinheit gemeint gewesen, in der er sie aussprach, wäre nach seiner Ansicht Jeder, der die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft für unzureichend hält, um zu seinem Rechte zu kommen, dadurch befugt, sich gewaltsam das zu verschaffen, was er für sein Recht hält, so wäre die Bombe des Anarchisten im Wesen der Sache ebenso geheiligt, wie der Revolver des Generals. So hat es aber Herr v. Bronsart natürlich nicht gemeint; er würde der Erste sein, die blutigsten Kriegsartikel anzurufen, wenn einer der Soldaten, deren schauererregende Mißhandlungen der Erlaß des Herzogs Georg von Sachsen schildert, sich an seinen Peinigern so gerächt hätte, wie der General Kirchhoff an dem Redakteur des „Berliner Tageblattes". Deshalb hätte er seiner Proklamirung des Faustrechts hinzufügen sollen, daß sie nur gelte für die Offizierskaste und etwa noch die Gesellschaftsschichten, die mittel- oder unmittelbar mit dieser Kaste zusammenhängen. Dann hätte er ausgesprochen das was ist und sich ein bemerkenswerthes Verdienst um die Klarstellung des deutschen Kulturzustandes erworben. So aber überließ er dies Verdienst der sozialdemokratischen Fraktion, deren Redner die faustrechtlichen Theorien des Kriegsministers in den zwar nicht logischen, aber historischen Zusammenhang stellten, in den sie gehören.

Es ist ein eigenthümliches Ergebniß der historischen Dialektik, daß gerade im „Volke der Dichter und Denker“ ein Ueberlebsel der mittelalterlichen Barbarei, wie das Faustrecht, als kostbares Klassenvorrecht derjenigen Klassen gehütet wird, die in erster Reihe moderne Kultur und Zivilisation vertreten wollen. Um den Fall Kirchhoff und ähnliche Fälle handelt es sich dabei ja keineswegs allein, ein christlich-konservativer und christlich-sozialer Prediger vertheidigte im Reichstage gegen Bebel auch den Duellunfug der herrschenden Klassen. In diesem Punkte ist die katholische Kirche allerdings konsequenter als die protestantische: sie verwirft das Duell praktisch nach den theoretischen Lehren des Christenthums, katholische Offiziere haben wiederholt lieber ihr Offizierspatent an den Nagel gehängt, als daß sie sich zu privilegirten Raufbolden entwürdigen ließen, und auch im Reichstage lehnten die Vertreter des Zentrums jede Verantwortlichkeit für die Vertheidigung des Duells durch protestantische Geistliche ab. Aber wenn dies um der Gerechtigkeit willen anerkannt werden muß, so erklärt sich der Unterschied doch nur daraus, daß die katholische Kirche vermöge ihrer größeren Macht sich eher herausnehmen darf, etwas ideologische Politik gegenüber den Interessen der herrschenden Klassen zu treiben, als die protestantische. In dem preußisch-deutschen Militärstaate kämpft der Militarismus um sein Faustrecht wie um sein Haupt und Leben, und in der That ist dies Recht der klassische Ausdruck des feudalen Geistes, der sich bis ans Ende des neunzehnten Jahrhunderts gerettet hat. Eher könnte man dem Herkules seine Keule entwinden, als dem Militarismus dies barbarische Vorrecht. Erst mit dem Militarismus selbst wird es dahinsinken. In England, wo es keinen Militarismus giebt, wo der feudale Geist gründlich ausgerottet ist, wird das Duell allgemein als eine verächtliche Albernheit betrachtet, und ein christlicher Geistlicher, der es so vertheidigen wollte, wie es neulich der Pastor Schall im Reichstage vertheidigt hat, gewänne damit alle Anwartschaft auf einen Platz in einer, um uns höflich auszudrücken, Nervenheilanstalt.

In Deutschland sind aber die bürgerlichen Klassen niemals mit dem Feudalismus, niemals mit dem Militarismus fertig geworden, und hieraus erklärt sich die schwächliche Haltung der bürgerlichen Opposition gegenüber der Proklamirung des Faustrechts durch den Kriegsminister. Gewiß, sie ist ihnen mißfällig genug, wie ihnen auch der Feudalismus und der Militarismus mißfällig ist, wenigstens ihren kleinbürgerlichen Schichten, denn die große Bourgeoisie sucht sich nach der Art eitler Parvenus ja vielfach anzufeudalisiren und anzumilitarisiren. Aber sie wagen nicht den ehrlichen, den offenen, vor Allem nicht den grundsätzlichen Kampf, und wie sich Herr Lenzmann im Reichstage als eventueller Racheengel seines Töchterleins maskirte, so drücken sich die bürgerlichen Oppositionsblätter unter den wunderlichsten Ausflüchten um den eigentlichen Kern der Frage herum. Die „Freisinnige Zeitung“ schrieb schon früher, der Fall Kirchhoff ginge die Oeffentlichkeit gar nichts an, die „Vossische Zeitung“ behauptet, das Unglück des Generals sei zu erschütternd, als daß es gegen den Militarismus ausgebeutet werden dürfe, und das „Berliner Tageblatt“ tanzt in den grotesksten Sprüngen der Huldigung um den Mann herum, der einen Revolver auf seinen Redakteur abgedrückt hat. Und ebenso in der Duellfrage, obschon die liberalen Blätter hier doch in der glänzenden Diatribe Schopenhauer's gegen das Duell eine sehr brauchbare Vorlage entrüsteter Leitartikel hätten. Von seinem philiströs-beschränkten Standpunkte kam Schopenhauer freilich auch nur zu dem unfruchtbaren Endergebniß, das Duell sei eine unverständliche Narrheit; die historischen Bedingungen dieser historischen Erscheinung hat er nie begriffen. Aber er war geistreich genug,

um den Widersinn des Duells in einem bürgerlichen Zeitalter mit ätzender Kritik zu überschütten, um den blödsinnigen Begriff der „Satisfaktionsfähigkeit“ bis in seine letzte Faser zu zerreißen. Statt sich hieran zu halten, kommt das Leibblatt der hiesigen Bourgeoisie mit den Duellmandaten früherer preußischer Könige angezogen, zum trefflichen Beweise dafür, daß sich Geschichtsfälschungen ebenso benutzen lassen, um bürgerliche Feigheit zu beschönigen, als um feudalen Uebermuth zu verherrlichen.

Die Duellmandate nicht blos der preußischen Könige, sondern der absoluten Fürsten im siebzehnten und namentlich im achtzehnten Jahrhundert überhaupt hatten nicht im Entferntesten den Zweck, modern-bürgerlichen Anschauungen zum Siege zu verhelfen über mittelalterlich-feudale Anschauungen. Sie zielten einfach darauf ab, den feudalen Geist so weit zu bändigen, als für die Zwecke des aus der ökonomischen Entwicklung neu erwachsenden Absolutismus und seiner stehenden Heere nothwendig war. Mit der unerläßlichen Disziplin dieser Heere vertrug es sich nicht, daß sich die Offiziere tagtäglich mit dem Degen in der Faust rauften, und hiergegen richteten sich die fürstlichen Duellmandate. Hiergegen, und hiergegen allein. Soweit sich in dem Duell ein feudal-militärisches Vorrecht gegenüber dem gemeinen Rechte der bürgerlichen Roture verkörperte, haben es die absoluten Fürsten, und ganz besonders die preußischen Könige, ebenso gepflegt, wie in jener anderen Beziehung bekämpft. Friedrich Wilhelm I., der berufenste Militärkönig des vorigen Jahrhunderts, setzte die Todesstrafe für jeden Duellanten fest, aber wenn die Uebertreter seiner Duellmandate ins Ausland entkamen, empfahl er solche „braven Kerle“ der Gunst fremder Fürsten. Als er den Major v. Jürgaß mit einem unnennbaren Schimpfwort beehrte und der Beleidigte erwiderte: „Das sagt ein Hundsfott“, erklärte der König, er könne das nicht auf sich sitzen lassen und sei bereit, für die Beleidigung mit Schwert oder Pistolen Revanche zu nehmen. Als seine Offiziere protestirten, fragte er zornig, wie er denn sonst Genugthuung für seine beleidigte Ehre erhalten könnte. Man fand das Auskunftsmittel, daß sich der Oberstlieutenant v. Einsiedel, der des Königs Stelle beim Gardebataillon vertrat, statt seiner schlagen müsse. Das Duell ging vor sich, Einsiedel wurde am Arme verwundet, der König füllte ihm dafür einen Tornister mit Thalern und befahl ihm, die Last nach Hause zu tragen. In diesen naiven Widersprüchen offenbart sich treffend, was es mit den Duellmandaten der früheren preußischen Könige auf sich hatte.

Wer mit der „Vossischen Zeitung“ sich einbildet, daß in England nicht die bürgerliche Entwicklung, sondern — der Prinz-Gemahl Albert das Duell im Heere und damit auch in der bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet habe, der mag sich auch wohl einbilden, daß mit den Duellmandaten der alten Hohenzollern etwas ausgerichtet worden sei. Es gehört das rührende Gottvertrauen der protestantenvereinlichen Tante Voß dazu, um anzunehmen, daß sich die märkischen und pommerschen Junker von ihrer Raufsucht hätten bekehren lassen durch die fromme Mahnung, ihre von Christo erkaufte theure Seele nicht in augenscheinliche Gefahr zu bringen. Thatsächlich erstarb die feudal-zügellose Duellwuth in demselben Maße, in dem die Junkerklasse wachsenden Vortheil von dem stehenden Heere und dessen nothwendiger Disziplin zog. Aber in demselben Maße wuchs auch die Heiligsprechung des Duells als eines feudal-militärischen Vorrechts gegenüber der bürgerlichen Kanaille. Von königlichen Duellmandaten im neunzehnten Jahrhundert ist kaum noch zu erzählen. Ein Offizier, der sich duellirt, wird nicht mehr mit dem Tode bestraft. Die Militärgerichtsbarkeit verhängt eine winzige Strafe über ihn, und von dieser winzigen Strafe braucht er nur einen winzigen Theil abzusitzen, bis ihn die königliche Gnade erlöst, für deren Gebrauch,

versteht sich, der Kriegsminister verantwortlich ist. Das ist der regelmäßige, den bürgerlichen Oppositionsblättern genau bekannte Hergang. Sie kennen sehr gut das Rhodus, auf dem sie tanzen müßten, wenn sie dem Duell ernsthaft zu Leibe wollten. Aber statt auf diesen heißen Boden zu treten, fuchteln sie lieber mit den Duellmandaten des achtzehnten Jahrhunderts herum. Da loben wir uns noch den Pastor Schall, der ehrlich das Duell als ein Zubehör des christlichen Staates rühmt, so wie dieser Staat im Deutschen Reiche blüht.

Einzig und allein die sozialdemokratische Partei hat inner- und außerhalb des Reichstags gegenüber der Proklamirung des Faustrechts durch den Kriegsminister die moderne Kultur und Zivilisation mit der nothwendigen Konsequenz vertreten. Die Thatsache springt so in die Augen, daß die „Grenzboten" verwundert erklären, alles was im Reichstage von liberaler Seite gesagt werden müßte, werde jetzt von sozialdemokratischer Seite gesagt. In dieser naiven Verwunderung spiegelt sich unbewußt die Thatsache, daß der Liberalismus meilenweit vom Sozialismus überholt worden ist.

Aufhebung des Identitäts-Nachweises.

Von Dr. **Rudolph Meyer.***

Diese wichtige Vorlage muthet dem Parlament den Sprung ins Blaue zu. Die Motive sind das Dürftigste, was man sich denken kann. Keine zwei Seiten Text und dann ein halb Dutzend kleiner Tabellen. Daraufhin soll eine Maßregel beschlossen werden, deren Tragweite man gar nicht übersehen kann, die aber schon eine berüchtigte Geschichte in England gehabt hat.

Da es sich um Aushändigung einer Anweisung auf so viel Geld für Ausfuhr von Getreide handelt, wie der Zoll für dasselbe Quantum bei der Einfuhr beträgt, so hätte die Regierung einen Nachweis darüber liefern sollen, wie der Zoll bisher auf den inländischen Getreidepreis, verglichen mit dem ausländischen, gewirkt hat. Das hat sie aber nicht gethan.

Der frühere ungarische Unterstaatssekretär von Matlekovits hat 1891 ein werthvolles Buch, „Die Zollpolitik", veröffentlicht, worin er zu folgendem Resultat hierüber kommt. Die Preiserhöhung des Getreides durch den Zoll in Deutschland betrug — pro 1000 Kilo — bei einem Zoll von

	10 Mark	30 Mark	50 Mark
in den Jahren	1880—84	1885—87	1888—89
beim Weizen	7 Mark	20 Mark	40 Mark
„ Roggen	4,8 „	17,4 „	31,4 „

Mehreinfuhr in 1000 Meterzentner und 1000 Mark:

	Weizen	Vertheuerung	Zoll	Roggen	Vertheuerung	Zoll
1880—84 . .	4 924	3 446	4 924	7 227	3 468	7 222
1885—87 . .	4 559	9 118	13 677	6 543	11 384	19 629
1888—89 . .	4 272	17 088	21 360	8 540	26 815	42 700
		29 652	39 961		41 667	69 551

	Vertheuerung	Zoll betrugen von 1880—89
beim Weizen	29 652	39 961
„ Roggen	41 667	69 551
Summa	71 319 = 65%	109 512 = 100%

* Dieser Artikel wurde vor der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag geschrieben. Die Redaktion.

Aus den dürftigen Tabellen der Vorlage, die für Roggen keinen zollfreien Preis angiebt, habe ich die folgende Berechnung aufgestellt:

Weizenpreis pro 1000 Kilo und Mark in

	Danzig unverzollt	Stettin	Zollsatz	Berlin
1880	209	214	10	217
1881	210	221	10	219
1882	196	203	10	204
1883	181	187	10	186
1884	157	167	10	162
1885	143	159	30	160
1886	138	154	30	151
1887	141	163	30	164
1888	135	176	50	172
1890	145	191	50	195
1891	178	220	50	224
1892	158	181	50	176
Unverzollt	1991	2236	340	2230
Zoll	340			
	2331			
Stettin	2236			
	95			

Als der Zoll noch nicht existirte, im Jahre 1879, kostete Weizen in Berlin 1,6 Mark pro Tonne mehr als in Danzig; dies erscheint, so lange man Besseres nicht weiß, als die auf den Transport von Danzig nach Berlin entfallende natürliche Preisdifferenz. Auf 12 Jahre macht sie 19 Mark aus. Zieht man die vom Berliner Preise ab, so bleiben

in Berlin	2211
= Danzig	1991
in Berlin +	220 = 65% von 340.

Ich komme also hier wieder darauf, daß der Zoll von 1880 bis 1892 den Inlandspreis nur um 65 Prozent seines Betrages vertheuert hat, bei Weizen und Roggen *zusammen*. Für die einzelnen Perioden mit verschiedenen Zollsätzen stellt sich für beide Getreidesorten bei 10 Mark Zoll die Vertheuerung auf 57 Prozent, bei 30 Mark Zoll auf 62 Prozent, bei der letzten etwas höher, aber sie ist zu kurz und giebt kein abschließendes Urtheil. Immerhin folgt, daß das Korn im Inlande nicht zum vollen Betrage des Zolles vertheuert worden ist. Für das verflossene Jahr habe ich einige Berechnungen angestellt, die mich vermuthen lassen, daß bei einem jetzt geltenden Zoll von 35 Mark die Tonne nur mit 18 Mark im Inlande vertheuert wurde, und augenblicklich, in 1894, noch nicht annähernd um so viel. Der Zoll wirkt nämlich in Theuerungsjahren fast bis zu seiner ganzen Höhe vertheuernd und in Jahren des Ueberflusses *fast gar nicht*! Er ist also eine antisoziale Maßregel im höchsten Grade für die Konsumenten, denen er gerade in Jahren, in denen das Getreide überall theuer ist, dasselbe noch mehr vertheuert, und eine fast nutzlose für die Produzenten des Getreides *dann*, wenn sie ihn am nöthigsten hätten, nämlich in „billigen" Jahren, denn dann wirkt er nicht preiserhöhend. Mitte Februar 1894 kostete russischer Roggen, der mit 75 Mark Kampfzoll belastet ist, in Hamburg 88 bis 90 Mark pro 1000 Kilo unverzollt, mecklenburgischer, der besser ist, 128 bis 134 Mark, Differenz 40 resp. 44 Mark, die Vertheuerung betrug 56 Prozent des Zolles. In Stettin kostet der Roggen sogar nur 114 bis 119 Mark,

Differenz gegen den unverzollten russischen, 26 bis 29 Mark Vertheuerung, kaum 40 Prozent des Zolles. — Mitte Januar stand in Danzig inländischer 113, russischer 85, Differenz 28 Mark. — Während v. Matlekovits von 1880—89 noch einen Preisunterschied von 5 bis 31 Mark zwischen dem Exportort Pest und dem Importort Berlin konstatirt, kostet der Meterzentner Roggen heute am 20. Februar 1894 in Pest 127 Mark, also mehr als in Stettin!

Beim Weizen ist die Sache noch schlimmer, weil russischer gar nicht bei 75 Mark Zoll gekauft werden kann und amerikanischer und österreichischer nur 35 Mark Zoll trägt. Es kosteten in Danzig Mitte Januar 1000 Kilo Weizen unverzollt 125 Mark, inländischer 135 Mark, Differenz 10 Mark = 28 Prozent des Zolles.

Und in Hamburg ist die Sache noch viel schlimmer, weil der Weizentransport von Amerika dorthin billiger ist, als nach Danzig: Mitte Februar 1894 kosteten 1000 Kilo inländischer Weizen in Berlin Lieferungsqualität 141 Mark, in Stettin 133 bis 139 Mark, in Mannheim 148 Mark, in Hamburg 140 bis 143 Mark. In London, der Quarter zu 26 Schilling, oder 1000 Kilo 138 Mark. Inländischer Weizen stand also um 2 bis 5 Mark höher als der Weltmarktspreis Londons! In Danzig kostet der Weizen sogar nur 135 Mark, das heißt weniger als in London! Hier hat also der Zoll gar nicht einmal den Weltmarktspreis festhalten können!

Die Aufhebung des Identitätsnachweises wird, glaube ich, es in einigen Jahren dahin bringen, daß der Inlandspreis von Weizen und Roggen um den vollen Betrag des Zolles von 35 Mark minus Transportspesen von Danzig resp. Hamburg nach England gegenüber dem Weltmarktpreise vertheuert werden wird, die Agrarier, soweit sie im Großen produziren, werden sich also faktisch besser bei 35 Mark Zoll stehen, als sie sich vor Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich standen, als der Zoll 50 Mark betrug, aber doch das Getreide nur mit etwa 33 Mark vertheuerte! Das ist doch äußerst schlau erdacht!

Wie soll das bewirkt werden? Versetzen wir uns in das Komptoir eines Geschäftsmannes: Der Hamburger Kaufmann kalkulirt: In London kosten 1000 Kilo Weizen 138 Mark. Unkosten habe ich inklusive raisonnablem Profit sage 3 Mark, bleiben 135 Mark, Exportprämie bekomme ich 35 Mark, nehme also ein 170 Mark. Weizen kostet hier, deutscher, 143 Mark, mache ich Profit 27 Mark. Ich exportire also schnell Weizen. Natürlich steigt dadurch der Preis des inländischen Weizens zuerst in Hamburg und dann langsam überall in Deutschland, und — — natürlich fällt der Weizenpreis in London auch, wenn zu all dem anderen, der dort angeboten wird, noch viel deutscher kommt, aber es wird eine Weile dauern, bis die ganze Differenz von 27 Mark auf diese Weise hin ist. So lange exportire ich aus Deutschland und importire nichts dorthin. Und dasselbe sagen sich alle Hamburger Kornhändler. Deutschland wird also zuerst von Korn leer gepumpt und darnach, wenn der Preis hier ordentlich hoch ist, importirt man wieder. Es ist die reine Zwickmühle! Ein Danziger Kaufmann kalkulirt: Ich kaufe jetzt Weizen für 135, habe bis London Spesen 5, macht 140, erhalte in London 138, dazu Exportprämie 35, Summa 173 Mark, Profit über alle Spesen 33 Mark. Also nur schnell exportiren!

Allerdings wird nun der Weltmarktpreis nicht um 35 Mark fallen, vielleicht nur um 5 oder 10 Mark, aber der Inlandpreis wird (um 35 Mark minus Handels- und Transportspesen von Hamburg oder Danzig nach London) über den dann erniedrigten Weltmarktpreis steigen.

Verfolgen wir das für Danzig: Spesen 5 Mark; sage, der Weizenpreis in London sinkt durch diese forcirte Zufuhr um 8 Mark, auf 130, so wird inländischer Weizen in Danzig kosten 130+35 (Prämie) —5—8 = 152 Mark anstatt 135 Mark jetzt.

Erster Akt: Die deutsche Exportprämie hat den Inlandspreis zwar nicht um 35 Mark über den jetzigen, aber doch erheblich, von 135 auf 152 Mark, erhöht — und hat gleichzeitig den Weltmarktpreis etwas herabgedrückt, sage um 8 Mark, von 138 auf 130 Mark.

Jetzt sehen die „überseeischen" und anderen Konkurrenten auf dem Londoner Getreidemarkt den deutschen Agrariern das überaus einfache Kunststück ab, wie sie Bismarck nach 1879 seinen Hochschutzzoll abgelauscht und nachgemacht haben, und verlangen und erlangen von ihren Regierungen ähnliche oder noch größere Exportprämien für ihr exportirtes Getreide. Ob es sicher geschehen wird, weiß man nicht, die Wahrscheinlichkeit aber liegt auf der Hand. Indien, Südamerika, Australien brauchen auch dann noch keine Exportprämien, da diese Sommerländer billigere Produktionskosten haben, wohl aber Rußland und Nordamerika. Werden sie hier eingeführt, so ist es möglich, den Weltmarktpreis, das heißt den Preis in London, in Jahren normaler und noch mehr guter Ernten auf 90 bis 100 Mark pro 1000 Kilo, sage auf 95 Mark im Durchschnitt, dauernd hinabzudrücken. Dann würde der Inlandpreis in Hamburg sein (95 Mark Londoner Preis)+(35 Mark Exportprämie)—(3 Mark Spesen) = 127 Mark, während er dort heute noch 140 bis 143 Mark ist! In dieser Weise hat in den siebziger Jahren die besonders von Frankreich geübte Exportprämie den Eisenpreis herabgedrückt und drückt jetzt noch die Exportbonifikation den Zucker und Spiritus-preis des Weltmarktes unter jenen der Länder, in welchen Zucker und Spiritus erzeugt wird! Im Detailverkauf der englischen Konsumvereine kostete das Kilo Zucker im Januar 1874 nur 47 Pfennige! Spiritus kostete 1880 in Berlin 61 Mark, jetzt 37 Mark; Rohzucker in Magdeburg 1880 66 Mark, jetzt 25 Mark, glaube ich, doch ist inzwischen die Usance geändert. Jedenfalls liegt ein ganz anormaler Preisfall vor. Man hat ganz richtig gesagt, daß Exportprämien die Preise „demoralisiren", das heißt unter das „Werthniveau" dauernd herabdrücken, was die Spekulation stets nur für kurze Zeit thun kann.

Ist nun ein solches, an sich entschieden unraisonnables und unmoralisches Verfahren, das den Zweck bewußt oder unbewußt erreicht, den ausländischen Produzenten zu benachtheiligen, ihn um einen Theil der legitimen Frucht seiner Arbeit zu bringen, einmal von einem Staat eingeführt und von anderen auch adoptirt worden, so geht es immer so, wie in Goethe's Hexenmeister: Der erste Staat mag einsehen, daß er jetzt schlechter daran ist als zuvor und möchte gern den Fehler gut machen. Aber die Geister, die er rief, kann er nun nicht wieder los werden. Er kann freilich seine Exportprämie einstellen, aber er kann die Konkurrenten nicht zwingen, es gleichfalls zu thun, und stellt er sie ein, so macht er eine bisher prämiirte Industrie ganz konkurrenzunfähig.

Ich bin sicher, daß die intellektuellen Urheber dieses Projekts, die ganz augenscheinlich dem alten Kurs angehören, gar nicht ahnen, welche Gefahr sie dadurch über ihren eigenen Stand heraufbeschwören. Es ist dasselbe Verfahren, das sie unter Bismarck seit 1879 einschlugen, und sie haben vom Mißlingen desselben nichts gelernt. Denn das ist wohl klar, werden Exportprämien allgemein, so kann Deutschland sie nie so hoch geben, wie z. B. die finanziell weit leistungsfähigere nordamerikanische Union, die 1893 48 Millionen Mark Prämie an die amerikanischen Zuckerproduzenten zahlte und leicht die doppelte

Exportprämie für amerikanischen Weizen zahlen kann, als die deutsche für deutschen Weizen.

Ferner ist es unrichtig, daß diese Exportprämie der Reichskasse keine Mindereinnahme aus den Getreidezöllen verursachen werde, weil für jeden Meterzentner ausgeführtes Getreide 1 Meterzentner Getreide *mehr* eingeführt werden *müsse*, als bis jetzt.

Erstens: von Juraschek berechnet, bisher unwiderlegt, daß in Deutschland der Brotgetreidekonsum pro Kopf von 184,97 Kilo pro Jahr in 1880/81 bis 1884/85 auf 162,35 Kilo in 1889/90 gesunken sei. Er kann ja noch weiter sinken. Es ist durchaus anzunehmen, daß das Volk, sollte die Exportprämie den Getreidepreis erheblich steigern, den Schmachtriemen enger anziehen oder anstatt Weizenbrot, allgemeiner Roggenbrot, oder anstatt Brot, mehr Kartoffeln essen wird. Hier ist also das erste Loch in jener seichten Theorie.

Ferner und zweitens können die Großgrundbesitzer des Nordostens von Deutschland noch viel mehr *solches* Getreide bauen, was sie vortheilhaft exportiren werden, wenn sie die Exportprämie erhalten, als jetzt, nämlich Weizen anstatt Roggen oder Gerste oder Hafer.

Im Folgenden stelle ich, nach den Tabellen der Gesetzvorlage, die Einfuhr der wichtigsten Getreidearten nach Deutschland für die letzten Jahre fest. Die Ausfuhr ist so unbedeutend, daß sie gar nicht in Betracht kommt, wie Jeder sehen kann, der die paar Seiten der „Motive" durchliest. Darnach sind eingeführt worden in den vier Jahren 1889—92:

Weizen	33 925	Tausend Meterzentner
Roggen	33 305	" "
Hafer	6 524	" "
Gerste	26 959	" "
Summa	100 693	Tausend Meterzentner

Produzirt sind in denselben Jahren worden:

Weizen	107 001	Tausend Meterzentner
Roggen	228 419	" "
Hafer	191 330	" "
Gerste	91 599	" "
Summa	618 349	Tausend Meterzentner

Es sind in 4 Jahren in Deutschland produzirt worden an Brotgetreide, Weizen und Roggen 335 Millionen Meterzentner, dazu importirt 67 Millionen Meterzentner oder 20 Prozent der Produktion. — In England lege ich die Produktion von 1872 und 1892 zu Grunde und berechne, daß in 4 Jahren ganz England um 1872 124 Millionen Meterzentner Weizen produzirte und in 4 Jahren um 1892 herum nur 75 Millionen Meterzentner. Die Produktion von Weizen war vor 20 Jahren 65 Prozent größer als jetzt. Man sieht, um wie viel sich auf fast der gleichen Fläche die Produktion einer besonderen Fruchtgattung *steigern* oder *vermindern* läßt. Ich bin überzeugt, daß die großen Güter Norddeutschlands ihren Betrieb so einrichten können, daß sie den Bedarf Deutschlands an Getreide nicht nur decken, sondern *mehr exportiren* als importirt wird, will aber hierauf nicht näher eingehen, weil ich die Agrarpolitik unserer Tage auch nicht einmal mit einem Rath unterstützen will. Geschieht dies aber, so verliert das Deutsche Reich nicht nur alle Einnahmen aus den Getreidezöllen, sondern es muß sogar noch zuzahlen, und da bis dahin seine Finanzen noch bedeutend schlechter sein werden, als sie es jetzt schon sind, so wird es die

Zahlung von Exportprämien eines Tages aus demselben Grunde einstellen müssen, aus dem sie die englische Staatskasse um 1755 herum einstellte — weil sie kein Geld dazu haben wird. Alsdann werden die anderen Staatsregierungen vielleicht ihre Exportprämien ruhig weiterzahlen und die deutschen Agrarier werden erst recht niedrige Preise erhalten. Es ist übrigens geradezu verblüffend, wie bewußt die Vorlage jenen Zustand bereits ins Auge faßt, der eintreten wird, wenn Deutschland mehr Getreide exportirt als importirt. Es soll der Getreide-Exportschein auch als Zollzahlung für andere zollpflichtige Artikel als Getreide von den Reichszollkassen angenommen werden. Das heißt, das Reich tritt dann einen Theil seiner anderen Zolleinnahmen an die Agrarier ab und dieser Theil wird um so größer, je mehr sie ihre Produktion — — für das Ausland vermehren. Es ist staunenerregend, was die norddeutschen Agrarier zu fordern die Stirn haben — und mit welchem Geschick sie dem neuen Kurs dies ungeheure Kukuksei ins Nest gelegt haben — ohne daß der es merkt, was er ausbrüten soll.

Auf dem letzten Agrarierkongreß zu Berlin im Februar 1894 hat Herr von Graß-Klanin wiederum die Erbauung großer Getreidespeicher nach amerikanischem Muster empfohlen. Darin soll das in den östlichen Theilen Deutschlands produzirte Getreide aufgestapelt werden und so lange liegen bleiben, bis Verkauf oder Export lohnt. Sie sollen also die Lagerhäuser für Getreide-corners werden.

Die Regierungsvorlage über Errichtung von Landwirthschaftskammern sieht als Aufgabe derselben auch den Bau von Lagerhäusern vor. Diese Kammern würden also die Elevatoren bauen. Mit was für Kapital? Die Landwirthschaftskammer besteuert alle Grundbesitzer ihres Kreises nach Maßgabe der Grundsteuer. Auch die kleinen und kleinsten, welche ihr angehören, nur die allerkleinsten nicht, die überhaupt nicht wahlberechtigt sind. Auch diese kleinsten Wahlberechtigten, die etwa nur ein Pferd oder zwei Ochsen besitzen, dadurch aber noch kammerwahlberechtigt sind, werden unter Umständen gezwungen werden können, das Geld zum Bau von Getreidemagazinen mit aufzubringen, in denen sie niemals ein Kilo Getreide lagern werden, die Großgrundbesitzer aber tausende.

Wir haben es da mit einem umfassenden Projekt so ungeheuerlicher Anmaßung zu thun, wie sie dem alten Kurse eigen war, der glaubte, sich Alles erlauben zu können und sich thatsächlich Alles erlaubte und dann an der Unsinnigkeit seiner eigenen Unternehmungen scheiterte. Graf Caprivi ist nicht der Mann, diese fein angelegten Pläne zu durchschauen. Unbewußt dem Steuermann des neuen Kurses drehen die Männer des alten schon unter dem Wasser am Steuerruder. Wenn der Altreichskanzler auch von Berlin nach Friedrichsruh zurückkehrte, Jung-Herbert blieb zurück. Und nun die prächtige Bonhomie, mit welcher der alte Makler und Kartellschmied die Agrarier in seiner Hamburger Zeitung väterlich ermahnt, sie sollen mit Bewußtsein sich „opfern“ und den Handelsvertrag mit Rußland annehmen — während die lächelnden Agrarauguren recht gut wissen, daß sie vielmehr durch „Aufhebung des Identitäts-Nachweises“ vorläufig mehr gewinnen werden, als sie die Aufhebung des Differentialzolles gegen Rußland kostet.

Nun, die Enttäuschungen werden nicht ausbleiben.

Einige Vortheile wird die Sache für die Bodenkultur haben, indem man den Weizenanbau auf Kosten des Roggenanbaues ausdehnen wird, und für den Handel ganz besonders, da der Exporthandel durch den Schutzzoll wirklich vernichtet worden ist, jener Exporthandel, von dem die Handelsstädte der Ostsee

durch mehr als ein halbes Jahrtausend einen großen Theil ihres Wohlstandes gezogen haben. Im Jahre 1872 wurden von Deutschland noch 7 Millionen Meterzentner Getreide exportirt und 1889 nur noch 300 000 Meterzentner.

Die Sache kann aber die Agrarier auch enttäuschen. Die Russen können, bevor das Eis ihre Häfen und Flüsse schließt, große Massen Getreide nach Deutschland bringen, den Importzoll zahlen und nun von hier über die eisfreien deutschen Häfen während des kommenden Winters und Frühjahrs ihren Weizen aus Deutschland nach England, den Roggen nach Schweden oder Holland exportiren, wobei sie den gezahlten Zoll rückerstattet erhalten. Das würde den deutschen Agrariern nicht schaden. Aber die Spekulation der Händler mit russischem Getreide kann fehlschlagen. Die Preise können in England und Skandinavien durch irgend welche Ursache, während des Winters, z. B. durch eine gute Ernte auf der südlichen Hemisphäre, so heruntergehen, daß der Export des russischen, in Deutschland lagernden Getreides trotz Rückzahlung des Zolles nicht lohnt und dasselbe nun in Deutschland verkauft werden muß. Wenn nun gleichzeitig auch noch eine Anzahl großer Grundbesitzer in den Elevatoren Getreide für bessere Preise gehalten haben sollten — so wird natürlich eine sehr starke Baisse eintreten. Der Reiz, in Deutschland ein Getreidespekulationslager zu haben, von wo man das Getreide werfen kann, wohin es gerade rentirt und wann es rentirt, und stets sicher ist, über ein Drittel seines Werthes, 35 Mark pro 1000 Kilo baar, gleich nach der Ausfuhr von einer vorläufig noch solventen Regierung zu erhalten, muß die Spekulation in Getreide außerordentlich steigern. Bei solchen Spekulationen pflegen aber die Grundbesitzer in der Regel „reinzufallen", da sie den gewohnheitsmäßigen Spekulanten doch nicht gewachsen sind.

Endlich, und das ist doch eine Hauptsache, wird die Exportprämie mindestens zu 90 Prozent den Großgrundbesitzern Nordostdeutschlands zu Gute kommen. Denn wie wenig Getreide wird vergleichsweise hierzu von Bayern oder Württemberg, etwa nach der Schweiz, exportirt? Da Südwestdeutschland überwiegend kleine Grundbesitzer hat, welche verhältnißmäßig wenig Getreide verkaufen, werden die dortigen Grundbesitzer auch wenig von der allgemeinen Preiserhöhung profitiren. Weil aber Südwestdeutschland viel dichter bevölkert ist als Nordostdeutschland, so wird die Einführung der Exportprämie und die Getreidevertheuerung viel schwerer auf Südwestdeutschland fallen als auf Nordwestdeutschland, und das wird einen neuen Keil zwischen beide Reichstheile treiben, deren ersterer schon längst sich von dem zweiten wirthschaftlich benachtheiligt glaubt. Was das Schwert Moltke's und Wilhelms I. zusammengeschweißt hat — das wird eine Wirthschaftspolitik schließlich lockern, welche in dem bevölkerteren und wohlhabenderen, also wirthschaftlich stärkeren Südwestdeutschland die Ueberzeugung festigen sollte, daß es mit Hilfe der Reichsgewalt einer verhältnißmäßig kleinen Anzahl nordöstlicher Großgrundbesitzer gelingt, von dem südwestlichen Theile Deutschlands eine Art indirekter Steuer oder Tribut zu erheben.

Nachtrag. Nachdem der vorstehende Artikel schon in die Druckerei gesandt war, erhielt ich eine Nummer der „Vossischen Zeitung" mit einem älteren Brief des Grafen Udo zu Stolberg, Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, den ich hier folgen lasse; er ist an einen unbekannten Großgrundbesitzer seiner Provinz gerichtet:

„Königsberg, 23. Dezember 1893. Euer Hoch .... erlaube ich mir, anliegend eine Berechnung über den Vortheil zu überreichen, welchen uns die Aufhebung des Identitätsnachweises voraussichtlich gewähren würde. Im

Westen Deutschlands, in welchem mehr Getreide konsumirt als produzirt wird, kommt, wie aus den dortigen Preisnotizen zu ersehen ist, der ganze Zoll zum Ausdruck. Dieses für die Landwirthschaft günstige Verhältniß fängt diesseits der Elbe an abzunehmen und steht bei uns, bezw. in Westpreußen am ungünstigsten. Wenn der Identitätsnachweis aufgehoben werden sollte, würde auch bei uns das inländische Getreide um den vollen Zollbetrag über dem ausländischen stehen, denn wenn alsdann inländisches Getreide ausgeführt wird, erhält der Verkäufer den Weltmarktpreis zuzüglich des dem Zollbetrage gleich stehenden Aus- bezw. Einfuhrscheines. Aus der anliegenden Berechnung wollen Ew. Hoch .... ersehen, daß wir, abgesehen von dem Differentialzoll von 5 Mark bezw. 7,50 Mark, dem ich allerdings eine Wirkung nie zugeschrieben habe, nicht einmal in der Lage gewesen sind, den Konventionalzoll von 3,50 Mark auch nur bis zur Hälfte thatsächlich auszunutzen. Der Weizen steht zur Zeit bei einem Zolle von 75 Mark nur 12 Mark über dem russischen. Laut anliegender Berechnung würde der Vortheil sich für den Scheffel bei Weizen auf 60 Pfennig und bei Roggen auf 72 Pfennig belaufen. Wenn man hiervon den Verdienst des Zwischenhandels mit 10 Prozent abzieht (welcher Satz bei der scharfen Konkurrenz ein ziemlich hoher ist), so würden für Weizen 54 Pfennig und für Roggen 65 Pfennig übrig bleiben. Wenn ich diese Beträge nach unten auf 50 Pfennig abrunde und wenn ich diese 50 Pfennig mit der Anzahl der Scheffel von Weizen und Roggen multiplizire, die in meiner hiesigen Wirthschaft im Durchschnitt der letzten Jahre verkauft worden sind, so erhalte ich eine Summe, welche doppelt so hoch ist, als die Kosten sind, welche mir aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz erwachsen, und möchte ich annehmen, daß die Rechnung sich in Euer Hoch .... Wirthschaft annähernd ebenso stellen wird. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist mithin als ein sehr erhebliches Kompensationsobjekt zu betrachten, welches den Vortheil des nach Annahme des rumänischen Handelsvertrages völlig durchlöcherten Differentialzolles mehr als aufwiegt. Wie Euer Hoch .... bekannt sein wird, beabsichtigt die Reichsregierung, dem Reichstage zugleich mit dem russischen Handelsvertrage einen die Aufhebung des Identitätsnachweises bezweckenden Gesetzentwurf vorzulegen. ... Euer Hoch .... werden mit mir darin übereinstimmen, daß, wenn diese Gelegenheit, vom Identitätsnachweis befreit zu werden, versäumt wird, alle späteren dahinzielenden Versuche erfolglos sein würden."

Die „Vossische Zeitung" sagt dazu:

„In der Anlage wird dann gezeigt, daß seit dem September 1892 bis zum November 1893 der Unterschied zwischen ausländischem und inländischem Getreide im Durchschnitt für Roggen 20,8 Mark, für Weizen 16,9 Mark betrug. Es sei also bei Aufhebung des Identitätsnachweises bei Roggen ein Gewinn von 18,1 Mark, bei Weizen von 14,2 Mark zu erwarten. Der Brief zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, worauf es bei der Aufhebung des Identitätsnachweises abgesehen ist."

Der Graf Stolberg sagt, daß im Durchschnitt von September 1892 bis November 1893 bei einem Zoll von 35 Mark für Roggen und Weizen der Preis nur um 18,8 Mark versteuert wurde, ich hatte 18 Mark von Mitte 1892 bis Anfangs 1894 gesagt. Er behauptet, daß durch Aufhebung des Identitätsnachweises der Zoll um den vollen Betrag von 35 Mark erhöht werde, geht also darin viel weiter als ich, da ich erstens glaube, er werde auch in der nächsten Zukunft nur um diesen Betrag abzüglich der Transportspesen von Preußen nach England vertheuert werden, zweitens aber auseinandergesetzt habe,

daß auch diese Freude nur kurze Zeit dauern wird, sofern andere Staaten auch Exportprämien einführen.

Der Brief enthält aber einen Irrthum, welcher auch sonst schon ausgesprochen wurde, den nämlich, daß der Zoll bisher im Westen ganz, d. h. zu seiner vollen Höhe, preisvertheuernd gewirkt habe, im Nordosten aber nur zum Theil. Genau das Gegentheil ist Thatsache, der Zoll hat weniger preisvertheuernd im Westen gewirkt als im Nordosten!

Briefe aus England.

London, den 5. März 1894.

Die jüngst in diesen Blättern besprochene französische sozialistische Revue „Ere Nouvelle" enthielt in ihrer Nummer vom Dezember 1893 einen mit großer Kraft geschriebenen Aufsatz Ch. Bonnier's: „Monsieur Gladstone". Bonnier hat den Artikel öffentlich dem Schreiber dieser Briefe dedizirt, und da der soeben erfolgte Rücktritt Gladstone's mir ohnehin die Pflicht auferlegt, mich mit der Person des Letzteren zu beschäftigen, mag es gerechtfertigt sein, auch dem Artikel Bonnier's einige Worte zu widmen, der überdies dem Urtheil sehr vieler englischer und kontinentaler Sozialisten über Gladstone und dessen Rivalen Disraeli-Beaconsfield entspricht.

Am liebsten würde ich damit beginnen, Bonnier's Ausführungen vollinhaltlich hier zu reproduziren, denn wenn auch der Aufsatz mich von meinem abweichenden Urtheil in keiner Weise zurückgebracht hat, enthält er doch so viel treffende Bemerkungen, so hübsche Vergleiche, daß ihn selbst der mit Vergnügen lesen wird, der mit mir der Ansicht ist, daß Bonnier's wegwerfendes Urtheil über Gladstone ebenso neben das Ziel trifft wie seine Glorifizirung Disraeli's. Indeß verbietet mir das die Oekonomie dieses Briefes, und so will ich mich auf einige wenige Auszüge beschränken, die übrigens allein genügen werden, mich in Nachtheil zu versetzen. Nie werde ich die Verve des Stils meines Gegners erreichen.

„Man wird Herr Gladstone sagen, wie man Herr Thiers gesagt hat: das Herr klebt ihnen als unauslöschliches Mal des Bourgeoisthums an", beginnt Bonnier. „Aber", fährt er fort, „während bei Thiers, dem Original von Balzac's Rastignac, hinter dem übertünchten Grabe ein verzweifelter Kampf um das Emporkommen steckte, ist die Existenz Gladstone's im Inneren wie im Aeußeren nackt — nackt wie die Mauer einer Kirche, und zwar, was noch schlimmer ist, einer anglikanischen Kirche, der nacktesten aller Kirchen. . . . Es giebt in England sowohl in der Landschaft wie in der Bevölkerung mannigfache Charaktere. Neben dem energischen und brutalen Fabrikanten oder Arbeiter Yorkshires, der düsteren und rauhen Provinz des Nordens, haben wir den ‚Squire' (den Gutsherrn) und den Bauer des Südens mit heiteren Landschaften und biegsamen Charakteren. Zwischen beiden befindet sich das ‚Midland', flaches Land mit unbedeutenden Hügeln, mageren Baumstrecken und einer Temperatur, die so fade ist wie eine anglikanische Kirchenzeremonie oder der Stil der George Eliot. Herr Gladstone ist das ‚Midland'. . . .

„Das verhindert ihn übrigens nicht, ein interessantes Studienobjekt für den Psychologen zu sein. Wenn er ‚die Kunst, hundert Jahre zu leben' repräsentirt, wird er den künftigen Generationen auch das Rezept des ‚Freihaltens von Erregungen' und besonders des ‚Enthaltens von Genie' hinterlassen können. Und in der That hat Gladstone seit seinem Eintritt ins Parlament, und das ist

lange her, den stürmischsten Szenen, die es in der englischen Politik gegeben, beigewohnt; er hat die Chartistenbewegung, den Krimkrieg, die zweite Reformbill, die irische Frage und endlich die sozialistische und Arbeiterbewegung erlebt — während die Peel, die Russel, die Palmerston, die Disraeli um ihn herum fielen, ist er als das einzige Ueberbleibsel vergangener Generationen erhalten geblieben. Und diese Konservirung verdankt er der Schmiegsamkeit seines Charakters, die stets zur Zeit nachzugeben wußte und nie an einer Idee festgehalten hat, die die Mehrheit gegen sich hatte. . . .

„Sohn eines Freundes von Canning, der sein Vermögen im Handel mit Ebenholz — mit anderen Worten im Handel mit Schwarzen gemacht, ist der tugendhafte Gladstone der logische Abkömmling der frommen Kaufleute von Liverpool und Bristol, die mit dem aus ihren Plantagen Westindiens gezogenen Geld Kirchen errichteten. — Sein ganzes Leben hindurch hat er sich zum Anwalt der Leiden der Bulgaren oder der Armenier gemacht — er, der zwei Schritte von der elenden Bevölkerung Lancashires entfernt wohnt. Noch heute scheint ihm das Massacre von Featherstone in Yorkshire nichts im Verhältniß mit der Schießerei von Mitchelstown in Irland. Er ist Menschenfreund in die Ferne. . . .

„Wohlan, seit der Chartistenbewegung, deren Gegner er war, während sein Rivale Disraeli klarblickend genug war, ihre Bedeutung zu erkennen, seit dem Antritt seiner Laufbahn hat es nicht eine Maßregel zu Gunsten der arbeitenden Klassen gegeben, gegen die Gladstone nicht gestimmt hätte. Kaum heute erkennt er die Achtstundenbill an, und das Ende seiner Laufbahn ist aufs Glänzendste durch die Abschlachtung von Featherstone gekrönt worden.

„Andererseits geschieht es nur, wenn er in die Enge gejagt ist, daß er ein Arbeitergesetz, wie z. B. das Achtstundengesetz, durchgehen läßt, und er hat nicht einmal den Muth, wie John Morley, seine Meinung kundzugeben und dazu zu stehen, sondern hilft sich mit dem Ausweg, den Effekt des Gesetzes so viel wie er kann abzuschwächen. Und man würde sich täuschen, wenn man bei ihm eine besondere Doppelzüngigkeit voraussetzte, denn das hieße ihm größere Tiefe an Ideen beimessen, als er in Wirklichkeit besitzt. Er repräsentirt im höchsten Maße einen der Charakterzüge des englischen Geistes, den wir den Mangel der zweiten Anschauung oder, psychologisch gesprochen, den Mangel an Dialektik nennen wollen. . . .

„Marx hat es zuerst ausgesprochen: „Die Engländer betrachten gern die erste empirische Erscheinungsform einer Sache als ihren Grund", d. h. sie halten sich an ihr erstes Erscheinen — wohlgemerkt, nicht an ihr erstes Auftreten, sondern wie sie sie beim ersten Mal gesehen. Nehmen wir z. B. die Arbeiterbewegung in England. Ihr erstes Auftreten, nicht auf sozialem Gebiet, wo sie immer existirt hat, sondern als erste Bewegung der Klasse auf politischem Gebiet, datirt von der Chartistenbewegung.

„In jenem Moment publizirte Disraeli, ein Mann von Phantasie, dem der zur Zusammenstellung eines Budgets erforderliche Sinn für das Solide fehlte, sein ‚Sybil', worin er den englischen Bourgeois die Existenz der ‚zwei Nationen' anzeigte, und wo man, wenn man genau liest, alle Arbeiterforderungen ausgesprochen oder vorgeahnt findet. ‚Sybil' datirt von 1845. Wohlan, 1893 verkündet Gladstone von der Tribüne des Hauses der Gemeinen die Existenz der zwei Klassen und, was noch trauriger zu konstatiren, sozialistische Blätter haben ihm zu seinem klaren Blick gratulirt.

„Und doch, wenn Gladstone als politischer Barometer einen Werth hat, so besteht er darin, einen Temperaturwechsel anzuzeigen, wenn alle Welt müde

geworden, ihn zu konstatiren. Dies giebt seinen Vorhersagungen zuweilen einen Anschein von Frische und Originalität. . . . ."

„Die englische Bourgeoisie hatte in ihrem Niedergang einen Disraeli und hat ihn über sich ergehen lassen müssen, aber Gladstone war ihr stets der Liebere. Denn er zeigt besser die charakteristischen Züge und die Erschöpfung der Rasse."

* * *

Es ist ein scharfes Urtheil, das Bonnier da fällt, aber ich bedauere hinzufügen zu müssen, ein sehr einseitiges Urtheil. Einseitig in Bezug auf Disraeli, einseitig in Bezug auf Gladstone.

Was den Ersteren anbetrifft, dessen Genie Bonnier noch eine hier nicht abgedruckte Verherrlichung angedeihen läßt, so kann ich weder den sozialen Propheten, noch den sozialen Politiker Disraeli als phänomenale Erscheinungen betrachten. Es gehörte nicht so sehr viel dazu, 1845 „Sybil" zu schreiben, nachdem, von den französischen sozialisirenden Romantikern gar nicht zu reden, 1843 Carlyle „Past and Present" geschrieben, und nachdem die sozialistische und chartistische Agitation schon fast ein Jahrzehnt England in Bewegung gesetzt hatte. Und das einzige größere Reformgesetz, das Disraeli's Namen trägt — die Wahlreform von 1867 — ist mindestens ebenso sehr Gladstone's Werk als Disraeli's. Ich habe die Verhältnisse, unter denen das Gesetz zu Stande kam, in meinem vorigen Brief (vergl. S. 600) bereits gekennzeichnet, und will hier noch hinzufügen, daß, wenn Disraeli die von Gladstone im März 1866 eingebrachte Reformbill als „Einleitung zum allgemeinen Stimmrecht" bekämpfte und mit Hilfe von Ueberläufern aus den Reihen der Whigs auch zu Fall brachte und damit das Ministerium Russel-Gladstone stürzte, Gladstone seinerseits, als Disraeli unter dem Druck der großen Reformmeetings seine Reformbill einbrachte, als Führer der Opposition nicht Gleiches mit Gleichem vergalt, wozu er bei der Wuth der Tory-Intransigenten hinlänglich Gelegenheit gehabt hätte, sondern nur dafür sorgte, Disraeli eine Reihe von Verbesserungszusätzen aufzuzwingen, respektive alle reaktionären „Sicherheitsvorschriften" aus der Bill zu entfernen. Die Wahlen nach dem neuen Gesetz brachten denn auch nicht Disraeli, dessen Namen es trägt, sondern Gladstone eine Mehrheit, und zwar eine solche von über hundert Stimmen.

Es ist überhaupt auffällig — aber wenn man die Geschichte der letzten fünfzig Jahre genauer ansieht, durchaus nicht wunderbar — wie wenig populär der Name Disraeli in englischen Arbeiterkreisen ist. Dagegen hat der Name Gladstone noch bei einem sehr großen Theil der englischen Arbeiter, und nicht zum geringen Theil gerade im Norden Englands, einen guten Klang. Es sind die Grafschaften des Nordens, die Gladstone'sche Mehrheiten liefern, die Midlands sind getheilt, und der Süden überwiegend konservativ. Die Popularität ist gewiß ein unzuverlässiger Maßstab für den Werth eines Politikers, aber wenn es richtig wäre, daß es „nicht eine Maßregel zu Gunsten der arbeitenden Klassen gegeben, gegen die Gladstone nicht gestimmt", so müßten die Arbeiter, deren Anhängerschaft an Gladstone die sozialistische Propaganda lange Jahre fast hoffnungslos erscheinen ließ, doch wirklich aus unheilbaren Idioten bestehen, daß sie gerade in diesem Mann einen der arbeiterfreundlichsten Minister aus den Kreisen der Bourgeoisie erblicken konnten.

Indeß es ist nicht richtig, so wenig es richtig ist, was Bonnier an anderer Stelle schreibt, daß Gladstone sein ganzes Leben hindurch „ein Feind der irischen Nation" gewesen sei und bis 1885 „alle Zwangsgesetze gegen dieselbe" bewilligt habe. Die englischen Arbeiter sind in ihrer großen Mehrheit starke Opportu-

nisten, aber wenn der Name Gladstone's nicht mit einer ganzen Anzahl von Reformen verknüpft wäre, die für sie Werth haben, so würden die schönsten Reden des Mannes ihren Effekt auf sie verfehlt haben. Und ebenso hat Gladstone auch vor 1885 zu manchen den Irländern vortheilhaften Reformen die thätige Hand geliehen oder selbst die Initiative ergriffen. Es sei nur an die irischen Landakte von 1870 und die Landbill von 1881 erinnert. Daß Gladstone 1884, als bei der Ausdehnung des Stimmrechts die Neueintheilung der Wahlkreise diskutirt wurde, entschieden dafür eintrat, Irland trotz des Rückganges seiner Bevölkerung die frühere Zahl der Vertreter zu lassen, läßt ihn auch nicht als besonders erpichten „Feind der irischen Nation" erscheinen. Denn es handelte sich dabei gerade um die in höchster nationaler Gährung begriffenen drei südlichen Provinzen, denen die Konservativen gar zu gern ein Dutzend Sitze genommen hätten.

Kurz, die zitirten Sätze, zu denen auch wohl nur der Widerwille gegen Gladstone's biedermeierliche, bibelfromme Bourgeois-Respektabilität Bonnier hingerissen hat, sind arge Uebertreibungen, die vor der näheren Prüfung nicht Stand halten.

Es ist auch meiner Ansicht nach unrichtig, von Gladstone zu sagen, daß er immer nur mit dem Strom geschwommen sei. Seine Biographie weist verschiedene Fälle auf, wo er sich in Gegensatz gegen die Masse seiner Partei setzte und weil er nicht durchdrang, zeitweilig, sei es von der Führerschaft, sei es von der politischen Thätigkeit überhaupt, sich zurückzog.

Trotzdem ist das hervorragendste Charakteristikum des Politikers Gladstone in der That sein potenzirter Opportunismus. Potenzirt vor allen Dingen auch in Bezug auf die Qualität.

Es giebt Opportunismus und Opportunismus. In gewissem Sinne ist jeder zurechnungsfähige Mensch Opportunist. Für eine beabsichtigte Maßregel den geeignetsten Zeitpunkt abzuwarten, nicht Kräfte für eine Sache aufzuwenden, für deren Durchführung die Vorbedingungen fehlen, ist schließlich nur ein sich von selbst empfehlendes Gebot der Klugheit. Aber es ist ein anderes, ob man das Eintreten des geeigneten Moments gemächlich abwartet, oder ob man wenigstens alles Mögliche thut, die Vorbedingungen selbst herbeizuführen resp. herbeiführen zu helfen. Nur auf das Erstere kann das Wort Opportunismus in seinem abfälligen Sinne angewendet werden, und bei führenden Politikern weiterhin dann, wenn sie, statt eine wirklich schöpferische Initiative auszuüben, nur sich an solche Aufgaben machen, die ohnehin reif oder gar überreif sind.

Unbestreitbar kann man von vielen gesetzgeberischen Thaten Gladstone's behaupten, daß sie zur letzteren Kategorie gehören und daß auf ihn eigentlich nur das nicht übermäßige Verdienst entfällt, dabei die reife Frucht vom Baum geschüttelt zu haben. Es giebt freilich Staatsmänner, denen sogar das Schütteln in solchem Falle noch zu viel ist, und die ihre Aufgabe vielmehr darin sehen, das Herabfallen selbst reifer Früchte zu verhindern, und gegen solche wäre dann Gladstone immer noch ein Riese der Initiative. Indeß wenn derselbe oft genug sich mit Abschütteln reifer Früchte billige Erfolge verschaffte, so hat er doch auch oft genug mehr gethan und wirkliche Initiative ausgeübt. Nur daß er im Gegensatz zu anderen Staatsmännern in der Regel sorglich bemüht war, den Eindruck der planmäßigen, tiefgreifenden Aktion zu vermeiden und noch da als Opportunist gewöhnlichen Schlages zu erscheinen suchte, wo er meines Erachtens in Wirklichkeit Besseres war.

Ich möchte sagen, Gladstone war oder ist mehr theoretischer als praktischer Opportunist. Der Opportunismus ist ihm politisches Prinzip, Dogma, kategorischer

Imperativ. Daher auch seine gewundenen, verklausulirten Reden. Es steckt mehr Pedanterie als Heuchelei in ihnen; die Furcht, in irgend einer Richtung hin mehr zu sagen, als der Moment rechtfertigt, verleiht ihnen oft jene Fadheit, die Bonnier mit Recht geißelt. Aber daß Gladstone nicht weiter dächte, als er in dieser Art Reden zu erkennen gegeben, daß er sich auch innerlich vom Moment beherrschen, von den Ereignissen schieben ließ, dagegen sprechen doch sehr viele Thatsachen und auch sehr viele andere Reden Gladstone's.

Man nehme nur das eine Beispiel, das ich theilweise schon herangezogen: das von Gladstone's irischer Politik. 1884, während die von Parnell geleitete nationalistische Agitation in hohen Wogen geht, führt Gladstone eine tiefgreifende Wahlreform durch, und statt die Gelegenheit zu benutzen, die Vertretung der Irländer unter dem schicklichen Vorwand der Anpassung an die Bevölkerungszahlen zu reduziren, ist er es, der für ihre Beibehaltung sich ins Zeug legt.

„Ich gebe die Hoffnung nicht auf", sagte er in der Sitzung vom 7. April 1884, „daß Irland von der Position, die es verloren, etwas zurückerobern mag. Angesichts der Thatsache, daß eine Frage wie diese (die Neueintheilung der Sitze) nur einmal in fünfzig Jahren verhandelt worden ist, möchte ich sicherlich nicht die Andauer dieses fortgesetzten Rückganges in der Zahl des irischen Volkes unterstellen. Und ferner möchte ich dies sagen: diejenigen, die in früheren Zeiten geknausert haben, die in früheren Zeiten ungerecht gewesen sind, sollten etwas vorsichtig sein, wenn sie in ihrem Interesse die strikteste Anwendung von Gesetzen verlangen, auf deren strikteste Anwendung sie doch nur Anspruch hätten, wenn sie selbst nie von ihnen abgewichen wären."

Möglich, daß Gladstone den Iren die Zahl der Sitze deshalb sichern wollte, weil er hoffte, in allen entscheidenden Fragen doch die Stimmen der Iren gegen die Konservativen in die Wagschale werfen zu können. Aber wenn er, der erfahrene Parlamentarier, auch Parnell's 1885 ausgeführten Schachzug nicht einmal in der Möglichkeit vorausgesehen haben sollte, so kannte er den Mann und dessen Partei doch jedenfalls gut genug, um zu wissen, daß deren Bundesgenossenschaft nicht ohne neue Konzessionen zu haben war. Und wenn er sich nicht schon mit solchen Konzessionen getragen, so hätte Parnell's Schachzug ihn auch kaum zur Einbringung der Homerule-Vorlage zu bewegen vermocht. Bei der Konstellation, wie sie die 1885er Wahlen hervorbrachten: 331 Liberale, 249 Konservative und 86 irische Nationalisten konnte ein Bündniß der letzteren beiden Gruppen die Konservativen nicht lange im Amt halten. Es ist übertrieben, zu sagen, daß Gladstone ohne Parnell's Wahlmanöver „nie" die Nothwendigkeit von Homerule für Irland eingesehen hätte, dasselbe bewirkte nur schnelleres und radikaleres Eingehen auf die Idee, als Gladstone geplant.

Gladstone brachte seine Homerule-Bill ein, und die Chamberlain und Bright, die bis dahin mit Homerule geliebäugelt, wurden aus Pikirtheit Anti-Homeruler und halfen Gladstone stürzen. Der Staatsmann Chamberlain ist auch Gegner der Bill von 1892, obwohl diese den Fehler der 1886er — die Ausschließung der Irländer aus dem Parlament von Westminster — vermeidet.

Diese neue Homerulebill, mit der Amendirung, die sie bei der Durchberathung erfahren, ist und kann nur sein die Vorläuferin einer allgemeinen Dezentralisation der Legislative. Die Welschen und die Schotten verlangen schon längst für sich Homerule, und wie es ihnen verweigern, wenn 103 irische Abgeordnete in Westminster mitberathen, aber das Reichsparlament in spezifisch irischen Landesangelegenheiten nichts mehr dreinzureden hat? Als aber in vorvoriger Woche ein schottischer Abgeordneter im Parlament die Frage stellte, ob

Westen Deutschlands, in welchem mehr Getreide konsumirt als produzirt wird, kommt, wie aus den dortigen Preisnotizen zu ersehen ist, der ganze Zoll zum Ausdruck. Dieses für die Landwirthschaft günstige Verhältniß fängt diesseits der Elbe an abzunehmen und steht bei uns, bezw. in Westpreußen am ungünstigsten. Wenn der Identitätsnachweis aufgehoben werden sollte, würde auch bei uns das inländische Getreide um den vollen Zollbetrag über dem ausländischen stehen, denn wenn alsdann inländisches Getreide ausgeführt wird, erhält der Verkäufer den Weltmarktpreis zusätzlich des dem Zollbetrage gleich stehenden Aus- bezw. Einfuhrscheines. Aus der anliegenden Berechnung wollen Ew. Hoch .... ersehen, daß wir, abgesehen von dem Differentialzoll von 5 Mark bezw. 7,50 Mark, dem ich allerdings eine Wirkung nie zugeschrieben habe, nicht einmal in der Lage gewesen sind, den Konventionalzoll von 3,50 Mark auch nur bis zur Hälfte thatsächlich auszunutzen. Der Weizen steht zur Zeit bei einem Zolle von 75 Mark nur 12 Mark über dem russischen. Laut anliegender Berechnung würde der Vortheil sich für den Scheffel bei Weizen auf 60 Pfennig und bei Roggen auf 72 Pfennig belaufen. Wenn man hiervon den Verdienst des Zwischenhandels mit 10 Prozent abzieht (welcher Satz bei der scharfen Konkurrenz ein ziemlich hoher ist), so würden für Weizen 54 Pfennig und für Roggen 65 Pfennig übrig bleiben. Wenn ich diese Beträge nach unten auf 50 Pfennig abrunde und wenn ich diese 50 Pfennig mit der Anzahl der Scheffel von Weizen und Roggen multiplizire, die in meiner hiesigen Wirthschaft im Durchschnitt der letzten Jahre verkauft worden sind, so erhalte ich eine Summe, welche doppelt so hoch ist, als die Kosten sind, welche mir aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz erwachsen, und möchte ich annehmen, daß die Rechnung sich in Euer Hoch .... Wirthschaft annähernd ebenso stellen wird. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist mithin als ein sehr erhebliches Kompensationsobjekt zu betrachten, welches den Vortheil des nach Annahme des rumänischen Handelsvertrages völlig durchlöcherten Differentialzolles mehr als aufwiegt. Wie Euer Hoch .... bekannt sein wird, beabsichtigt die Reichsregierung, dem Reichstage zugleich mit dem russischen Handelsvertrage einen die Aufhebung des Identitätsnachweises bezweckenden Gesetzentwurf vorzulegen. ... Euer Hoch .... werden mit mir darin übereinstimmen, daß, wenn diese Gelegenheit, vom Identitätsnachweis befreit zu werden, versäumt wird, alle späteren dahinzielenden Versuche erfolglos sein würden."

Die „Vossische Zeitung" sagt dazu:

„In der Anlage wird dann gezeigt, daß seit dem September 1892 bis zum November 1893 der Unterschied zwischen ausländischem und inländischem Getreide im Durchschnitt für Roggen 20,8 Mark, für Weizen 16,9 Mark betrug. Es sei also bei Aufhebung des Identitätsnachweises bei Roggen ein Gewinn von 18,1 Mark, bei Weizen von 14,2 Mark zu erwarten. Der Brief zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, worauf es bei der Aufhebung des Identitätsnachweises abgesehen ist."

Der Graf Stolberg sagt, daß im Durchschnitt von September 1892 bis November 1893 bei einem Zoll von 35 Mark für Roggen und Weizen der Preis nur um 18,8 Mark versteuert wurde, ich hatte 18 Mark von Mitte 1892 bis Anfangs 1894 gesagt. Er behauptet, daß durch Aufhebung des Identitätsnachweises der Zoll um den vollen Betrag von 35 Mark erhöht werde, geht also darin viel weiter als ich, da ich erstens glaube, er werde auch in der nächsten Zukunft nur um diesen Betrag abzüglich der Transportspesen von Preußen nach England vertheuert werden, zweitens aber auseinandergesetzt habe,

daß auch diese Freude nur kurze Zeit dauern wird, sofern andere Staaten auch Exportprämien einführen.

Der Brief enthält aber einen Irrthum, welcher auch sonst schon ausgesprochen wurde, den nämlich, daß der Zoll bisher im Westen ganz, d. h. zu seiner vollen Höhe, preisvertheuernd gewirkt habe, im Nordosten aber nur zum Theil. Genau das Gegentheil ist Thatsache, der Zoll hat weniger preisvertheuernd im Westen gewirkt als im Nordosten!

Briefe aus England.

London, den 5. März 1894.

Die jüngst in diesen Blättern besprochene französische sozialistische Revue „Ere Nouvelle" enthielt in ihrer Nummer vom Dezember 1893 einen mit großer Kraft geschriebenen Aufsatz Ch. Bonnier's: „Monsieur Gladstone". Bonnier hat den Artikel öffentlich dem Schreiber dieser Briefe dedizirt, und da der soeben erfolgte Rücktritt Gladstone's mir ohnehin die Pflicht auferlegt, mich mit der Person des Letzteren zu beschäftigen, mag es gerechtfertigt sein, auch dem Artikel Bonnier's einige Worte zu widmen, der überdies dem Urtheil sehr vieler englischer und kontinentaler Sozialisten über Gladstone und dessen Rivalen Disraeli-Beaconsfield entspricht.

Am liebsten würde ich damit beginnen, Bonnier's Ausführungen vollinhaltlich hier zu reproduziren, denn wenn auch der Aufsatz mich von meinem abweichenden Urtheil in keiner Weise zurückgebracht hat, enthält er doch so viel treffende Bemerkungen, so hübsche Vergleiche, daß ihn selbst der mit Vergnügen lesen wird, der mit mir der Ansicht ist, daß Bonnier's wegwerfendes Urtheil über Gladstone ebenso neben das Ziel trifft wie seine Glorifizirung Disraeli's. Indeß verbietet mir das die Oekonomie dieses Briefes, und so will ich mich auf einige wenige Auszüge beschränken, die übrigens allein genügen werden, mich in Nachtheil zu versetzen. Nie werde ich die Verve des Stils meines Gegners erreichen.

„Man wird Herr Gladstone sagen, wie man Herr Thiers gesagt hat: das Herr klebt ihnen als unauslöschliches Mal des Bourgeoisthums an", beginnt Bonnier. „Aber", fährt er fort, „während bei Thiers, dem Original von Balzac's Rastignac, hinter dem übertünchten Grabe ein verzweifelter Kampf um das Emporkommen steckte, ist die Existenz Gladstone's im Inneren wie im Aeußeren nackt — nackt wie die Mauer einer Kirche, und zwar, was noch schlimmer ist, einer anglikanischen Kirche, der nackteſten aller Kirchen. . . . Es giebt in England sowohl in der Landschaft wie in der Bevölkerung mannigfache Charaktere. Neben dem energischen und brutalen Fabrikanten oder Arbeiter Yorkshires, der düsteren und rauhen Provinz des Nordens, haben wir den ‚Squire' (den Gutsherrn) und den Bauer des Südens mit heiteren Landschaften und biegsamen Charakteren. Zwischen beiden befindet sich das ‚Midland', flaches Land mit unbedeutenden Hügeln, mageren Baumstrecken und einer Temperatur, die so fade ist wie eine anglikanische Kirchenzeremonie oder der Stil der George Eliot. Herr Gladstone ist das ‚Midland'. . . .

„Das verhindert ihn übrigens nicht, ein interessantes Studienobjekt für den Psychologen zu sein. Wenn er ‚die Kunst, hundert Jahre zu leben' repräsentirt, wird er den künftigen Generationen auch das Rezept des ‚Freihaltens von Erregungen' und besonders des ‚Enthaltens von Genie' hinterlassen können. Und in der That hat Gladstone seit seinem Eintritt ins Parlament, und das ist

Der Mannheimer Bankkrach.

Eine Betrachtung über Kredit- und Wechselwesen.

Von L. Gottfried.

Am 29. Januar dieses Jahres war die in der ganzen Geschäftswelt auf das Beste akkreditirte Bankfirma Salomon Maas in Mannheim genöthigt, ihre Zahlungen einzustellen und ihren Konkurs anzumelden. Seit dem Zusammenbruch der Leipziger Diskontogesellschaft hat wohl kein anderes Ereigniß dieser Art eine so tiefgehende Bestürzung in weiten Kreisen des Handelsstandes hervorgerufen wie die Thatsache, daß eine Firma, die auf eine mehr als sechzigjährige Thätigkeit zurückblicken konnte, die allgemein als gut fundirt galt und dementsprechend ein uneingeschränktes, von Niemandem angezweifeltes Vertrauen genoß, lange Jahre hindurch ganz falsch hatte beurtheilt werden können. Salomon Maas galt auf dem Wechselmarkte als feinste Adresse und seine Accepte fanden überall, auch bei dem kritischsten Käufer, Rothschild, willige Abnahme. Nun sah man plötzlich, daß dem auf dreizehn Millionen bezifferten Trattenumlauf der Firma jeglicher Untergrund in Gestalt liquider Mittel mangelte, und hierzu trat auch die begründete Besorgniß, daß ein großer Theil der Wechselaussteller nicht in der Lage wäre, den übernommenen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Bevor wir an der Hand dieses Falles eine Betrachtung über die heute herrschenden Kreditverhältnisse zu unternehmen beginnen können, müssen wir den Ursachen auf den Grund gehen, die die Zahlungseinstellung der Firma Maas hervorgerufen haben. Als solche ist in erster Linie die Spekulation zu betrachten, sowohl die für eigene Rechnung, als auch die im Auftrage der Kundschaft. Es wurde zwar versichert, daß die Firma als solche keine Spekulationsgeschäfte eingegangen sei, allein, selbst wenn man dem Begriffe „Firma“ im kapitalistischen Sinne Rechnung trägt, kann man nicht zu der Auffassung gelangen, den Inhaber der Firma als Kunden derselben zu betrachten, und der Inhaber, Wilhelm Maas, hat spekulirt und dabei den größeren Theil des Geschäftsvermögens eingebüßt. Unter den Spekulationskunden nahmen die Angestellten des Bankhauses einen hervorragenden Antheil. Es ruhen auf den Kontis derselben Verluste bis zu 600 000 Mark im Maximum und 40 000 Mark im Minimum. Als Hauptspekulant und als direkte Ursache des Bankerotts ist aber der gleich dem Firmeninhaber gefänglich eingezogene Mannheimer Tabakhändler Richard Traumann zu betrachten. Dieser brachte es fertig, im Laufe der Zeit bei Maas eine Verlustdifferenz von ungefähr einer Million zu erzielen.

Es ist nun klar, daß die für eigene und fremde Rechnung zu bezahlenden Differenzen die Firma Maas in arge Geldnoth gebracht hätten, wenn es ihr nicht gelungen wäre, auf anderem Wege die Geldknappheit zu beseitigen. Sie ließ, um flüssige Geldmittel in die Hand zu bekommen, vor Allem ihren Hauptspekulanten, Traumann, für den Betrag seiner Schuld Wechsel entnehmen, die sie acceptirte und versilbern ließ, sie veranlaßte aber auch ihre Kreditkunden, weit über den ihnen eingeräumten Kredit hinaus Tratten herauszuschreiben und deren Erlös ihrer Kasse zuzuführen. Auf diese Art ist es Maas gelungen, lange Zeit hindurch eine Position in der Geschäftswelt einzunehmen, die ihm auf Grund seines Status längst nicht mehr zugekommen wäre.

Und wie kam es endlich doch zum Krach? Traumann spekulirte nicht nur bei Salomon Maas, er, der anerkanntermaßen Millionär war, hatte auch bei anderen Häusern, nicht nur der Bankbranche, sondern auch des Waarengeschäftes, bereitwillige Uebernahme seiner Spekulations-Engagements gefunden und wirthschaftete nun frisch darauf los, bis er an allen Ecken und Enden Schulden hatte. Er „arbeitete“ nicht nur in Effekten, sondern auch in Kaffee, Getreide und Anderem. Endlich stellten sich die lästigen Mahner seiner Schulden ein. Es wurde ihm, nachdem er besonders in amerikanischen Eisenbahn-Shares einen bedeutenden Verlust

erlitten hatte, von einem seiner Bankiers die Auflage gemacht, eine größere Baareinzahlung zu leisten, ein Verlangen, welches er nicht befriedigen konnte. Die Folge davon war die Zwangsabwicklung seiner Engagements und die Drohung mit gerichtlicher Betreibung. Traumann, welcher nun wohl oder übel einsehen mußte, daß seine Rolle als reicher Mann und Großspekulant ausgespielt sei, sobald er in eine Klage verwickelt war, wollte, wenn er nun doch einmal seinem Schicksal nicht entgehen konnte, dann wenigstens auch seine anderen Spekulationsschulden, vor Allem die bei Salomon Maas, vom Halse haben und er verweigerte denn auch dem Letzteren die Erneuerung der laufenden Tratten.

Damit war auch das Schicksal der Firma Salomon Maas besiegelt.

Wer jenen 29. Januar und die folgenden Tage in Mannheim miterlebt hat, wird sie nicht so leicht vergessen. Die ganze Stadt zeigte ein anderes Gepräge als sonst. Ueberall Schrecken und Aufregung! Schrecken bei allen Jenen, welche bis dahin Salomon Maas als Bankier par excellence betrachtet und ihm ruhig ihre Ersparnisse anvertraut hatten, Aufregung in der gesammten Geschäftswelt, namentlich unter den Kreditkunden der falliten Firma, den Agenten, bei welchen Maas in Getreide spekulirt hatte, und den Bankiers, in deren Portefeuille sich Maas'sche Wechsel befanden.

Am meisten jammerte die Kreditkundschaft. Wie schon erwähnt, hatte Maas dieselbe planmäßig dazu veranlaßt, mehr zu trassiren, als ihre Kreditschuld betrug. Der Betrag dieser Uebertrassirungen bildete eine Verbindlichkeit, für welche eine Gegenleistung niemals geboten worden war, er mußte also als effektiver Verlust betrachtet werden, als ein Verlust, der besonderes hart drückte in einer Zeit, da das ganze Fruchtgeschäft darniederliegt, wie noch niemals in einer anderen, und die meisten der Betheiligten sind ja Fruchthändler. Der Betrag der Mehrtrassirungen geht in die Millionen und es sind nur Wenige, die nicht daran betheiligt sind, er übersteigt bei Vielen die Höhe des eigenen Vermögens. Es gab eine ganze Anzahl von Geschäftsleuten, die nicht wußten, ob nicht auch sie in ein paar Tagen den Weg nach dem Amtsgerichte anzutreten hatten, um auch ihren Konkurs anzusagen. Auf welche Weise dieses vorerst verhindert wurde, werden wir später sehen.

* * *

Unser ganzes Wirthschaftssystem ist auf dem Kreditwesen aufgebaut. Die Beschränktheit unserer baaren Umlaufsmittel zwingt mit Nothwendigkeit dazu, an Stelle des Metalls andere, zu jeder Zeit nach Maßgabe des Bedürfnisses zu schaffende „Werthe", Geldeswerthe, zu setzen. Unter der Kontrolle der Staatsgewalt werden Banknoten herausgegeben, deren Betrag nur zu einem gewissen Theile durch Metall gedeckt ist, aber auch diese würden nicht ausreichen, wenn man nicht zu einem anderen Hilfsmittel seine Zuflucht nehmen würde, dem Wechsel. Der Wechsel kann nur dann die Stelle der Baarzahlung vertreten, wenn das allgemeine Vertrauen ihn als Zahlungsmittel möglich macht. Die kapitalistische Gesellschaft, die den Wechsel unbedingt braucht, hat deswegen ein Wechselrecht geschaffen, welches dem Vertrauen eine materielle Grundlage schafft, indem die sämmtlichen Wechselverpflichteten solidarisch für den Wechselbetrag mit ihrem gesammten Vermögen zu haften haben.

Ohne die Einrichtung des Wechselwesens wäre unser heutiges Kreditsystem nicht möglich und ohne das letztere nicht die Produktionsweise der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer heutigen Form. Wenn auf Amerika verwiesen wird, welches Land den Wechsel nur in geringem, für die Produktion kaum in Betracht kommenden Umfange kennt,* so muß dagegen geltend gemacht werden, daß Amerika unter ganz anderen Voraussetzungen wie die anderen Länder arbeitet, vor Allem, daß

* Uns ist über diese auffallende Erscheinung nichts Näheres bekannt, wir müssen daher die Verantwortung für diese Mittheilung unserem Herrn Mitarbeiter überlassen. Manche Zweige des Kreditsystems sind gerade in Amerika hochentwickelt. Wir erinnern uns hier eines Satzes von M. Chevalier, der sagte, ein Kaufmann mit einem Vermögen von 200000 Fr. könne in New York leichter 1½ Millionen Kredit bekommen, als in Paris ½ Million.

Die Redaktion.

die baaren Umlaufsmittel in weit höherem Maße als bei uns vorhanden sind, daß dieselben also nicht durch den Wechsel ersetzt zu werden brauchen. Es muß aber auch betont werden, daß in Amerika die Produktion bereits auf dem Punkte angelangt ist, und zwar als nothwendige Folge der gegebenen Vorbedingungen, daß dort dieselbe nur von dem thatsächlichen Kapitalbesitzer betrieben werden kann, in Wirklichkeit also von dem „Kapitalisten", während bei uns in Folge des herrschenden Kreditsystems Viele in die Klasse der Kapitalisten sich einzuschmuggeln vermögen, die ohne dasselbe der Klasse der Arbeiter zuzuzählen wären.

So interessant es wäre, es ist hier nicht der Ort, näher darauf einzugehen. Kehren wir zu unserem eigentlichen Thema zurück. Den an ihn herantretenden Ansprüchen um Gewährung von Krediten kann der Bankier nicht in baarem Gelde genügen. Selbst wenn er auf größeren Gewinn verzichten würde, den er durch den häufigeren Umsatz seiner Kapitalien erzielen kann, selbst wenn er sich also mit der Rolle des Geldverleihers begnügen wollte, seine Mittel würden dem Kreditbedürfniß gegenüber nicht ausreichen. Er gewährt daher mit dem Kredit dem Kunden in der Regel nur das Recht, auf ihn zu trassiren, das heißt Wechsel zu entnehmen. Diese Wechsel verkauft der Kreditkunde und verwendet deren Erlös für seine geschäftlichen Zwecke. Sind die Wechsel fällig, so schreibt der Kunde neue heraus, diskontirt dieselben und bringt deren Betrag dem Bankier, welcher mit diesem Gelde die ersten Wechsel einlöst. Man sieht also, daß der Bankier für diese Art von Geschäften, wenn sie ordnungsmäßig verlaufen, keinen Pfennig Baargeld aus seiner Kasse zu entnehmen braucht. Wer nimmt nun also in Wirklichkeit Kredit in Anspruch, der Kunde oder der Bankier? Der Kunde, der aus einem Formular mit ein paar Federstrichen einen Wechsel macht? Ja, der Wechsel würde ein unnützes Stück Papier sein und bleiben, wenn ihn Niemand kaufen würde, Geldeswerth gewinnt er erst dadurch, daß man ihn auf dem Wechselmarkte an den Mann bringen kann, und warum kann man das? Weil die Wechselnehmer das Vertrauen haben, daß der acceptirende Bankier für die von ihm eingegangene Verbindlichkeit gut ist. Es ist also der Kredit, welchen die Geschäftswelt dem Bankier einräumt, der aus einem Stück Papier baares Geld macht. Der Bankier überträgt also auf seinen Kunden nur einen Theil des Kredits, den er selbst auf dem Wechselmarkte genießt und durch seine Kunden in Anspruch nehmen läßt.

Es geht hieraus zur Genüge hervor, daß wir es bei dem Accept-Kreditwesen mit einer Einrichtung zu thun haben, die über die Maßen mißbraucht werden kann und auch thatsächlich mißbraucht wird, wie nicht nur der Fall Maas beweist. Die Diskontkäufer haben bei der Hereinnahme von Wechseln auf Privatbankiers (im Gegensatze zu den Aktienbanken, die alljährlich ihre Bilanz veröffentlichen müssen) keine Anhaltspunkte, nach welchen sie die Höhe des Trattenumlaufes und des demselben gegenüberstehenden Aktivvermögens kontrolliren können. Der Privatbankier kann deswegen Acceptkredite gewähren, so viel er will, es ist Niemand in der Lage nachzuweisen, daß sein Status ein ungesunder ist. Die deutsche Reichsbank, die ja in der Handelswelt eine Machtstellung einnimmt, hat, um wenigstens einen Ueberblick über die Trattenzirkulation ihrer Girokonto-Inhaber zu erlangen, von diesen verlangt, daß sie alle ihre Accepte bei ihr domiziliren, aber was nutzt das und wem nutzt das? Was nutzt die Kenntniß der Trattenhöhe, wenn man bezüglich der Hauptsache, des Vermögens, im Unklaren sich befindet und fast immer anzunehmen geneigt sein muß, ein altes Haus für ein gutes, vertrauenswürdiges Haus anzusehen, und selbst, wenn es etwas nutzen würde, es würde nur der Reichsbank zu Gute kommen, die nicht das Recht hat, Andere zu warnen. Aber auch wenn man Einblick in die Bilanz des bezogenen Bankiers erhalten würde, wer bürgt dafür, daß nicht unter den Debitoren durchaus faule Zahler enthalten sind, die nicht das Geld haben, um so viele Knöpfe zu kaufen, als sie Mark schuldig sind? Salomon Maas hat noch pro 31. Dezember vorigen Jahres eine Bilanz aufgestellt, die ein aktives Vermögen aufwies, da er die Schulden seiner Spekulationskunden, darunter auch die seiner Angestellten, für voll aufnahm.

Betrachtet man nun aber einmal die Bilanzen unserer Aktienbanken, so wird man zu der Erkenntniß kommen, daß eine sehr große Zahl derselben, namentlich jene an großen Industrie- und Handelsplätzen, ein sehr hohes Trattenkonto aufzuweisen haben, so hoch, daß es oft die Höhe des gesammten Aktienkapitals nahezu erreicht, wohl auch manchmal übersteigen mag. Nun kann aber gewiß Niemand in Abrede stellen, daß die Gelder einer Gesellschaft niemals so flüssig gehalten werden können, daß sie im Falle einer Krisis zur Deckung der Accepte sofort verwendbar sind, es muß aber auch andererseits zugegeben werden, daß bei Eintritt einer solchen die Manipulation der Trattenerneuerung ganz von selbst unmöglich gemacht wird, indem eben der Kapitalbesitzer sein Geld zurückhält und nicht in Wechseln anlegt. So ist mit Sicherheit vorauszusagen, daß bei einem gewaltigen kritischen Ereigniß, einer Kriegserklärung oder etwas Aehnlichem, eine Katastrophe unvermeidlich ist, weil sie im Kerne unserer ganzen Wirthschaftsordnung begründet liegt, die durch und durch ungesund ist. Der Erwägung wird sich doch Keiner verschließen, daß, wenn selbst jene Gesellschaften, die sich den Augen der Oeffentlichkeit darbieten müssen, es nicht zu scheuen brauchen, offen zu erklären, daß sie im Wesentlichen auf die Trattenerneuerung angewiesen, also im Grunde gezwungen sind, von der Hand in den Mund zu leben, daß dann die Verhältnisse im Privat-Bankgeschäft, das die Oeffentlichkeit nicht über seinen Stand aufzuklären genöthigt ist, noch viel ungesunder sind. Wer dieses Alles bedenkt, muß zu dem Schlusse gelangen, daß eine große Katastrophe genügen kann, um die ganze kapitalistische Herrlichkeit hinwegzufegen. Die große wirthschaftliche Zwickmühle der bürgerlichen Gesellschaft wird nicht blos in Unordnung gebracht, nein, das ganze Spielbrett wird durch die Wucht der Ereignisse zerschlagen werden.

* * *

Als Salomon Maas seinen Konkurs angemeldet hatte, wurde es bekannt, daß trotz seiner großen Ueberschuldung dreizehn Millionen seiner Wechsel als prima Bankaccept in Umlauf gesetzt worden waren. In erster Linie mußten natürlich die Aussteller der Wechsel für die Beträge derselben einstehen. Darob eine große Panik, denn die meisten hatten, durch Maas, der Geld brauchte, veranlaßt, viel mehr trassirt, als sie schuldig waren. Die Möglichkeit, eine Bank zu finden, welche an Stelle von Maas eine Kreditverbindung mit ihnen einging, bildete für viele, namentlich die kleineren Geschäftsleute, eine Existenzfrage. Man erwartete allgemein eine größere Anzahl von Zahlungseinstellungen. Es ist bis jetzt nur eine einzige erfolgt, wenn man von dem Konkurse des Bankhauses Gebrüder Nadenheim absieht, für welchen der Fall Maas nur eine indirekte Ursache abgab. Die bürgerlichen Blätter und Lokalpatrioten sehen darin ein Zeugniß für die starke Position des Mannheimer Platzes und jubeln über dieselbe. Ob sie Grund dazu haben? Sehen wir einmal zu, wie die Sache gemacht wurde.

Die Mannheimer Banken haben natürlich alle Ursache, die Folgen des Maas'schen Konkurses möglichst abzuschwächen. Sie ließen deswegen bezüglich der Eintreibung der Wechsel bei den Ausstellern eine gewisse Rücksicht walten; wie weit dieselbe ging, wird sich erst bis nach drei Monaten, vom Tage des Konkurses an gerechnet, ganz ermessen lassen. Sie bewilligten einer Anzahl von Firmen, welche sie dessen für würdig hielten, Moratorien von längerer Dauer, anderen räumten sie Kredite ein. Jene, welchen die Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten prolongirt wurde, werden angesichts der schlechten Geschäftslage alle Mühe haben, denselben nachzukommen und für Viele wird der Zusammenbruch nur aufgeschoben, nicht aufgehoben sein. So namentlich für Jene, welchen ein Kredit eingeräumt ist mit der Bedingung der Rückzahlung innerhalb einer gewissen Frist. Nach Ablauf derselben werden sie sich mit all ihren Kräften bemüht haben, das drohende Schicksal von sich abzuwenden und dann doch sagen müssen: non possumus. Sie werden nicht nur selber wirthschaftlich ruinirt sein, sondern auch ihre Verwandten und Freunde, die sich für sie verbürgt hatten, mit ins Verderben reißen, denn so menschenfreundlich sind unsere Banken doch nicht, daß sie ohne Garantie dem Sinkenden Halt und Stütze gewähren.

Alle aber, die an dem Konkurse Maas in Mitleidenschaft gezogen sind, werden auf eine andere Art ihren Verlust wieder hereinzubringen bestrebt sein müssen. Wie anders aber könnten sie das versuchen, als auf dem Wege größerer Ausbeutung ihrer Arbeiter, oder der Unsolidität ihres Geschäftsgebahrens und der Spekulation mit ihren wechselvollen Glückschancen?

Wie aber stehen Jene da, für welche es nach Art ihrer Geschäfte mit Salomon Maas weder ein Moratorium noch einen Kredit giebt? Jene Agenten, durch deren Vermittlung Maas spekulirte und die ihren Häusern gegenüber das Delkredere übernommen hatten, was sie bei einer so angesehenen Firma wie Salomon Maas leicht thun zu können glaubten? Wie verhält es sich mit Jenen, die ihre Ersparnisse Maas anvertraut hatten? Aus dem angenehmen Gefühle des Reichthums oder der Wohlhabenheit herausgerissen, werden sie das Leben von einer weniger erfreulichen Seite betrachten müssen. Und wie ist es mit den Spekulanten, die an die Maas'sche Konkursmasse theilweise ganz enorme Summen schulden, die sie in ihrem Leben nicht abtragen können? Ihnen sind gerichtliche Betreibungen unausbleiblich und sie werden, gleich ihrem Hauptmatador Traumann, von der Höhe ihres Lebens hinabgestoßen werden und der Mißachtung ihrer ehemaligen Klassengenossen anheimfallen.

Und nun noch eine Hauptfrage. Wie steht es mit den Kredit gewährenden Banken, bei welchen die ehemaligen Kunden der Firma Maas nach dem Krache Unterkunft fanden? Ein Urtheil zu fällen ist uns blos möglich bezüglich jener Banken, die gesetzlich gezwungen sind, ihre Bilanzen zu veröffentlichen, also der Aktiengesellschaften. Von diesen ist es in erster Linie die Rheinische Kreditbank in Mannheim, welche, als angesehenste der Banken Mannheims und Badens überhaupt, mehr Kunden von Maas übernahm, als alle ihre anderen Konkurrentinnen. Der Trattenumlauf der Kreditbank bezifferte sich Ende 1891 auf 15 073 905 Mark, Ende 1892 auf 14 846 414 Mark bei einem *Aktienkapital* von 15 Millionen. Man sollte also nun wirklich meinen, dieses Institut könnte daran genug haben, jedenfalls erscheint es unerfindlich, wie es seine Acceptkredite so bedeutend vermehren konnte. Wohl hat es seinen neuen Kunden eine Vorschrift gemacht, nach welcher diese nur bis zur Hälfte des Kredits trassiren dürfen, allein das ändert im Grunde an der Thatsache nicht das Geringste, daß seine Mittel in einer kritischen Zeit den Anforderungen der Wechselinhaber nicht gewachsen sein würden, denn die andere Hälfte des Kredits wird ja in *baar* behoben, wodurch der Kasse erst recht flüssige Mittel entzogen werden.

Allein noch ein Anderes muß beachtet werden. Nach dem Falle Maas sind die Diskontnehmer vorsichtiger geworden und mancher derselben, der früher in ungemessenen Beträgen als prima geltende Adressen hereingenommen hat, *limitirt* sich sein einzugehendes Obligo. Dadurch ist die Gefahr näher gerückt, daß eines schönen Tages der Austausch der Wechsel nicht mehr so glatt von statten geht wie früher, wenn nämlich einmal, was nur eine Frage der Zeit ist, ähnliche Fälle wie Maas sich mehren. Es muß dabei bemerkt werden, daß die Zahl jener Geldmänner und Geldinstitute, welche Wechsel kaufen, um sie bis zum Verfall an sich zu behalten, eine ziemlich geringe ist. Wenn auch beinahe jeder Bankier Diskonten kauft, so verkauft er sie doch häufig wieder am gleichen Tage an der Börse oder an Notenbanken, die zu billigem Satze Diskonten nehmen, um ihre Noten in den Verkehr zu bringen. Sobald es aber einmal beginnt zu kriseln, verhält sich Alles, was Geld hat, sehr zugeknöpft, und bei einer verringerten Möglichkeit, die durch das Kreditwesen geschaffenen Geldersatzwerthe in Umlauf zu bringen, geräth das System selbst in Stockung. Man schaue nach Italien und man wird das bestätigt finden.

Durch bürgerliche Gesellschaftsverbesserer wurde schon manchmal der Vorschlag gemacht, durch Gesetz zu verfügen, daß auch die Privatbankiers gezwungen werden, von Zeit zu Zeit ihren Trattenumlauf zu veröffentlichen. Kurzsichtige Menschen, die ihr selbst das Nächstliegende nicht sehen könnt! Uns, die wir für ein anderes Gesellschaftsideal kämpfen als ihr, könnte es ja recht sein, aber ihr, ihr merkt nicht, daß mit einer solchen Maßregel eurer Gesellschaft der Strick gedreht, daß damit

gerade das bezweckt würde, was ihr wünschen müßtet vermieden zu sehen, nämlich die Kreditstockung, die dadurch hervorgerufen würde, daß in der Schaffung der Geldersatzmittel eine Beschränkung eintreten würde. Diktirt ihr eine solche, dann stoßt ihr die überwiegende Mehrheit der Eurigen in das Proletariat hinab und entäußert euch selbst eurer gewaltigsten Machtmittel.

Gleichviel aber, ob ihr euch neue Gesetze geben oder an den alten festhalten wollt, eurem Schicksal entgeht ihr nicht, nur die Art eures Unterganges könntet ihr ändern, den Untergang selbst aber nicht aufhalten. Die Menschheitsentwicklung ist so gewaltig vorangeschritten, daß mit eurer Gesellschaftsform dem Menschen nicht mehr gedient ist, daß er sie vielmehr als eine Zwangsjacke betrachtet, die ihn in seiner freien Bewegung hemmt. Recken und strecken wird er sich und die Zwangsjacke wird in allen Nähten platzen und zerreißen, auf daß er als freier Mensch seine Glieder rühren und arbeiten kann zu seinem eigenen Wohle und zu dem seiner Brüder.

Literarische Rundschau.

V. Burenin, **Das Todtenbein**; ein absonderlich-mysteriöser Kriminalfall. Nach der 4. Auflage des russischen Originals übersetzt, mit Anmerkungen und Einleitung versehen von Wilh. Henkel. 100 Seiten. München, Albert u. Comp.

Auch die Satire verlangt gebieterisch eine künstlerische Behandlung des Stoffes, aus dem sie geformt wird. Wer Gefallen an der niedrigen Komik, an burlesker Gemeinheit findet, der greife nicht zur Satire, sondern zu dem untersten Genre der Posse. Wendet aber die Satire die Mittel der Posse an, so bringt sie sich selbst um allen dauernden und tiefgehenden Erfolg. Zweifellos darf sie das Vergrößerungsglas benutzen, um ein Bild der Korruption gesellschaftlicher Zustände zu geben, aber sie darf nicht maßlos übertreiben, nicht im innersten Kern unwahr werden; denn ist auch die Anwendung der Karikatur sogar berechtigt und zuweilen geboten, so geben dem Anwender doch nur die Wirklichkeit und der eigene Takt den Maßstab für sein Werk in die Hand.

Das „Todtenbein" ist durch und durch possenhaft, und gleichsam nur aus Versehen kleidete es sich in das Gewand der Satire. Daß die Zustände der russischen Justiz, Beamtenwelt und Gesellschaft mehr als bedenkliche sind, steht außer Frage. Mag also die Kritik scharf sein — je schärfer, desto besser — aber sie verliere bei ihrem Auftreten nicht die Haltung, die allein ihr eine ihr zukommende Einwirkung sichert. Wir meinen eine Einwirkung, wie sie die geistreichen Satiriker der russischen Literatur von Gogol und Turgenjeff bis auf Saltykow-Schtschedrin geübt haben. Während beispielsweise Schtschedrin die Schäden des gerichtlichen Verfahrens aufdeckt und Abhilfe verlangt, hat Burenin scheinbar die gleichen, in Wirklichkeit entgegengesetzten Absichten und Ziele. Schtschedrin zeigt in einem Kapitel der „Golowljew", wie man in Samowarow Zeugen ganze vier Monate festhielt, um sie nach Schluß der Verhandlung und furchtbarer Seelenfolter ohne jede Entschädigung zu entlassen. Bei endlichem Beginn der verschleppten Verhandlung war der Angeklagte, ein berüchtigter Lebemann, in der Darstellung seiner geschlechtlichen Beziehungen frech bis zum Ekelerregen. Es war durchaus kein Grund vorhanden, bis auf die kleinsten Einzelheiten einzugehen, aber augenscheinlich wollte er vor den Damen wichtig thun und erzählte haarklein. Der Prokurator und der Staatsanwalt, beide noch junge Männer, waren beflissen, der Damenwelt ein Vergnügen zu verschaffen; sie benützten die schöne Gelegenheit, um dem Prozeß einen unterhaltenden Anstrich zu geben. Die eine Zeugin, die frühere Geliebte des Angeklagten, fiel mehrmals in Ohnmacht, aber natürlich kehrte man sich gar nicht daran, sondern fuhr fort, unermüdlich Frage auf Frage zu stellen. Dem Hauptschurken aber wurden schließlich mildernde Umstände zuerkannt und seine Strafe war eine gelinde. Die Zeugen kamen durch den langen, unfreiwilligen Aufenthalt an den Bettelstab; von ihrem Geld, den Werthsachen und

Papieren, die auf Verlangen des Staatsanwalts mit Beschlag belegt worden waren, ließ sich nichts mehr hören noch sehen u. s. w. So schildert Schtschedrin, und die Konsequenzen liegen nahe. Ganz anders tritt Burenin auf. Er will nicht die Schäden bloslegen, um die Heilung anzubahnen, sondern er schießt — nicht etwa plump — sondern mit vollster Absicht über dieses Ziel hinaus; denn sein Kampf richtet sich direkt gegen den Bestand des Schwurgerichts und gegen das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren überhaupt. Er wünscht, daß man zurückkehre zu dem alten Schlendrian der russischen Rechtspflege, wie sie vor der Reform durch Alexander II. geübt wurde. Sein Zweck ist also der, das neue Gerichtsverfahren, das immerhin einen Schritt nach vorwärts bedeutet, um jeden Preis zu diskreditiren und der Verachtung preiszugeben. — Nun gehört zu solchem Vorgehen in Rußland, wo heute die slavophile, reaktionäre Richtung das Heft in Händen hat, wirklich nicht viel moralischer Muth. Denn die Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und deren Ersetzung durch öffentlich und mündlich verhandelnde Schwurgerichte, namentlich für alle politischen und Preßvergehen, ist eine Forderung, welche die revolutionären Bewegungen Europas von 1789 bis zu diesem Tage hochgehalten haben; und daß sie und ihre theilweise Verwirklichung nicht nur einem Alexander III. und den herrschenden russischen Kreisen verhaßt ist, das zeigt allein schon genügend das Vorhandensein der mittelalterlichen Militärjustiz in fast allen europäischen Staaten. Mithin dürfte Burenin's Schrift auch dem verbissensten Reaktionär keineswegs unangenehm oder unzeitgemäß erscheinen, und zwar das um so weniger, als der Verfasser unverkennbar ein Talent ist, dessen Schilderung in urtheilslosen und gouvernementalen Kreisen seines eigenen Landes reichen Beifall gefunden hat. — Die Mängel und offenkundigen Unvollkommenheiten des schwurgerichtlichen Verfahrens sollen nicht geleugnet werden, sie werden so lange bestehen wie die Klassengegensätze eines Volkes, — allein Burenin geht zu weit, wenn er dem panslavistischen Absolutismus zu liebe das Kind mit dem Bade ausschüttet, indem er den Glauben erwecken will, daß das Volk für das öffentliche Verfahren noch vollständig unreif sei. Und gerade darauf kommt es ihm in erster Linie an. Burenin folgt nicht zufällig dem dunkeln Drange eigenster Inspiration, sondern er handelt mit vollem Bewußtsein des Zieles und nicht ohne Uebereinstimmung mit den höheren Regionen maßgebender russischer Regierungsmänner. Mit dem gleichen Erfolg könnte er auch für völlige Knebelung der Presse und gänzlicher Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes u. s. w. u. s. w. eintreten.

Zum Schlusse sei noch die Arbeit des Uebersetzers anerkannt. Dagegen sind wir nicht in der Lage, uns mit den seicht liberalen Grundgedanken seiner Einleitung zum „Todtenbein" befreunden zu können, die obenein noch von ganz haltlosen Verdächtigungen und unmotivirten Ausfällen gegen die russischen Nihilisten, die Sozialisten, Kommunisten „und andere Weltverbesserer" voll ist. F. K.

Notizen.

Kann Deutschland ohne Getreidezufuhr vom Auslande existiren? Einer der Hauptgründe, den die „edle" und „patriotische" deutsche Junkerschaft zur Rechtfertigung der Getreidezölle angeführt hat, war bekanntlich, neben dem Schutze der „heimischen Landwirthschaft" (lies Junkerschaft!), der: „Deutschland in Bezug auf die Volksernährung von dem Auslande unabhängig zu machen."

Wie frech die Junkerschaft gelogen hat, als sie dieses „Unabhängigmachen des Vaterlandes" in den Vordergrund der Agitation stellte, das wollen wir mit Hilfe folgender Zahlen, die dem neuesten Band des statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich entnommen sind, beweisen. Den Mittheilungen dieses amtlichen Quellenwerkes zufolge betrug in Tonnen:

	die Einfuhr an				die Ausfuhr an		
Im Jahre	Gerste	Roggen	Weizen*	Im Jahre	Gerste	Roggen	Weizen*
1883	321 507	777 046	641 910	1883	82 824	12 134	80 758
1884	440 080	961 560	754 512	1884	37 265	6 286	36 193
1885	438 036	769 701	572 423	1885	24 706	4 021	14 080
1886	353 896	565 265	273 280	1886	58 080	3 198	8 294
1887	511 526	638 544	547 255	1887	20 748	3 138	2 840
1888	444 781	652 811	339 767	1888	23 245	2 262	1 112
1889	651 422	1059 731	516 887	1889	22 113	608	758
1890	735 292	879 903	672 587	1890	6 425	119	206
1891	725 510	842 652	905 332	1891	3 899	134	337
1892	583 297	548 599	1 296 213	1892**	—	—	—
Gesammtsummen:				Gesammtsummen:			
1883/87	2 065 045	3 712 116	2 789 380	1883/87	223 623	28 777	142 165
1888/92	3 140 311	3 983 698	3 730 786	1888/91***	55 682	3 123	2 413

Demnach betrug der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr in Tonnen:

In den Jahren	Gerste	Roggen	Weizen
1883/87	1 841 422	3 683 339	2 647 215
1888/92	3 084 629	3 980 575	3 728 373
Zunahme	71%	8%	41%

Diese Zahlen zeigen deutlich genug, daß die Erhöhung der Getreidezölle von 3 auf 5 Mark pro Doppelzentner Roggen und Weizen keine Verminderung der Einfuhr bewirkt hat, weil Deutschland, dem Wachsthum der Bevölkerung entsprechend, heutzutage noch mehr als früher zur Befriedigung seines Getreidebedarfs auf das Ausland angewiesen ist. Die Milliarden, die im Verlauf von 14 Jahren das von den Junkern ausgeplünderte deutsche Volk zur vermeintlichen „Sicherstellung des Vaterlandes im Kriegsfalle“ aufgebracht hat, sind, wie das die amtliche Statistik beweist, unnütz vergeudet worden. Ob unter solchen Umständen das Weiterbestehen der Getreidezölle als eine patriotische Maßnahme gelten darf, erscheint selbstverständlich sehr zweifelhaft! J. S.

Armuth und Krankheit. Es ist zwar allgemein bekannt, daß die Erkrankungsgefahr um so größer ist, in je elenderen Verhältnissen der Mensch lebt; aber noch nie ist diese Thatsache so drastisch in Erscheinung getreten wie anläßlich der großen Cholera-Epidemie in Hamburg vom Jahre 1892, über welche jetzt endlich authentische Zahlen vorliegen.

Die Cholera-Epidemie dauerte vom 16. August bis 12. November. Es erkrankten in dieser Zeit 16 965 und starben 8605 Personen. Nach dem Einkommen vertheilen sich die Cholerafälle folgendermaßen:

Einkommen			Erkrankt	Gestorben
von	600— 800	Mark	1575	873
„	800— 1000	„	3264	1772
„	1000— 2000	„	4396	2425
„	2000— 3500	„	685	389
„	3500— 5000	„	243	135
„	5000—10 000	„	175	88
„	10 000—25 000	„	60	32
„	25 000—50 000	„	20	13
	über 50 000	„	5	4

* Ohne Buchweizen.

** Nicht angegeben; muß aber außerordentlich gering sein.

*** Das Jahr 1892 konnte bei der Ausfuhr nicht berücksichtigt werden. Vergl. vorstehende Anmerkung.

Von den Erkrankten hatten ferner 3347, von den Gestorbenen 1648 ein Einkommen von unter 600 Mark, während für 3168 bezw. 1226 das Einkommen unbekannt war.

An sich lehren die Zahlen noch nicht viel, so lange man nicht weiß, wie viel in den einzelnen Einkommenklassen Censiten bezw. Köpfe vorhanden sind. Im Finanzarchiv, 3. Band, finden wir aber eine diesbezügliche Nachweisung für 1883, die wenigstens eine schätzungsweise Zusammenstellung ermöglicht. Die nachstehende kleine Tabelle giebt die absolute und prozentuale Vertheilung der Steuerzahler; in der letzten Spalte ist die prozentuale Vertheilung der Cholera-Erkrankungsfälle nachgewiesen.

Einkommen	Steuerzahler	Prozent	An Cholera erkrankt pro Tausend der Steuerzahler der betr. Einkommensklasse
600— 800 Mark	40 676	40,38	38,7
800— 1000 "	15 662	15,55	207,8
1000— 2000 "	24 263	24,09	180,9
2000— 3500 "	8645	8,58	79,7
3500— 5000 "	4013	3,98	60,5
5000—10 000 "	3958	3,93	43,8
10 000—25 000 "	2231	2,22	27,3
25 000—50 000 "	766	0,76	25,9
über 50 000 "	513	0,51	9,8

Das sind sehr lehrreiche Zahlen, die auch dann nichts an Werth verlieren, wenn man beachtet, daß die Steuerzahler mit geringerem Einkommen die größere Kinderzahl besitzen, wodurch die Zahlen der letzten Reihe etwas zu Gunsten der ärmeren Censiten verringert werden. Aus der Tabelle ist nämlich ohne Weiteres abzulesen, daß sich die Zahl der Erkrankten mit dem Steigen des Durchschnittseinkommens verringert. Je geringer das Einkommen, desto größer war die Wahrscheinlichkeit, von der tödtlichen Seuche befallen zu werden. Eine Ausnahme machten allerdings die Censiten mit geringstem Einkommen (600—800 Mark); aber doch nur eine scheinbare: der Fehler, den wir mit der Gegenüberstellung von Steuerzahlern und Choleraerkrankungsfällen machten, wird nämlich hier am größten. Strenggenommen dürfte man nur die Zahl der Angehörigen der einzelnen Steuerklassen, nicht aber die Censiten allein zur Vergleichung heranziehen. Die sich hieraus ergebenden Differenzen fallen aber weit weniger ins Gewicht bei den Steuerklassen *über* 800 Mark, als bei denen unter 800 Mark. Hier finden sich weit mehr Unverheirathete als in den anderen Klassen. Denn diese Klasse wird hauptsächlich aus jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, soweit sie nicht bei ihren Eltern in Kost und Wohnung sind, Dienstboten ꝛc. gebildet, während hinter der Mehrzahl der Censiten in höheren Klassen eine Familie steht. Die genauen Verhältnisse werden in unserer Quelle leider nicht nachgewiesen. Den 40 000 Censiten von 600—800 Mark entspricht vielleicht eine Bevölkerung von 60 000; den rund 40 000 Censiten von 800—2000 Mark aber vielleicht eine Bevölkerung von 120 000 (aus dem Verhältniß der Gesammtzahl der Censiten zur Gesammtbevölkerung geschätzt). Daraus allein ergiebt sich aber schon, daß die Klasse 600—800 Mark mit den übrigen Steuerklassen nicht vergleichbar ist. Dazu kommt aber noch, daß den an Cholera Erkrankten der niedersten Klasse der Hauptantheil derer zuzuzählen sein wird, deren Einkommen nicht ermittelt worden ist, und zwar deshalb nicht ermittelt werden konnte, weil sich Niemand um sie kümmerte; denn es ist ja klar, daß es gerade die Allerärmsten der Proletarier in erster Linie gewesen sind, welche unrekognoszirt in die Cholerabaraken aufgenommen und in die Massengräber versenkt wurden. — Aus diesen Gründen muß die erste Steuerklasse aus der Betrachtung ausgeschieden werden. — Bei den übrigen Schichten der Bevölkerung kann man dagegen mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß hier die Zahl der Censiten in ungefähr gleichem Verhältniß zur Bevölkerung steht; sind die wohlhabenden Familien auch meist kleiner als die proletarischen, so bleiben ihre Kinder

dafür um so länger ökonomisch abhängig von der Familie, gehören also steuertechnisch zu ihr. Unter diesen Erwägungen haben unsere Zahlen volle Beweiskraft. Sie beweisen, daß die mörderischen Seuchen nicht ohne Weiteres eine Geißel der ganzen Menschheit sind, daß vielmehr eine halbwegs auskömmliche Lebenshaltung der beste Arzt ist, und daß Noth und Elend, Armuth und Siechthum nothwendig mit einander verbundene Erscheinungsformen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung sind. Das ist zwar eine recht abgedroschene Behauptung, aber es thut doch gut, immer wieder mit markanten Thatsachen darauf hinzuweisen. lx.

Feuilleton.

Der Tod im Walde.

Von Nikolaus Krauß.

(Fortsetzung.)

Sichel war verstummt. Eine Zeitlang hörte man nichts als das summende Singen der einfachen Petroleumlampe, die von der Decke hing. Dann begann Herr Schweberle junior abermals, während er sich einige Aschenreste vom Jägerrock stäubte, dessen feines Tuch und eleganter Schnitt dem Förster bei jedem Anblick die Galle ins Blut trieben: „Der junge ehemalige Holzhauer, den sie ‚den Soldaten' nennen — wahrscheinlich ist er der einzige von dem Kroppzeug, der des Königs Rock getragen — wurde in der Stadt betroffen, als er eine Rehdecke verkaufen wollte. Er hat sich zwar auf die Neudorfer Bauern hinausgeredet, die, wie ich gehört habe, dem Fürsten Wickenburg zum Trotz, ihre Waldjagd selbst gepachtet haben, aber das ist selbstverständlich erlogen. Der Mann ist ein Wilderer, wie er im Buche steht. Wie ich bemerkt habe, wird übrigens in den Waldhäusern schon seit einiger Zeit Wildpret gegessen. Man riecht es ordentlich, wenn man vorbeigeht. . . . Ich glaube, man müßte da ein Exempel statuiren . . ."

„Ich habe noch nichts gesehen. Hm! Der starke Kreuzbock, der sonst immer im Grünhau seinen Stand hatte, fehlt mir schon lange, auch mit einigen Schmalthieren scheint es mir nicht richtig zu sein. Sollten vielleicht die Pechgrüner wieder ihre Hand im Spiele haben? . . . Selbstverständlich giebt es da kein Bedenken. Sie kennen ja die Instruktion: Anruf, und wie die Flinte nicht allsogleich auf den Boden fliegt, hinbrennen. Aber nehmen Sie sich in Acht, daß Sie so einen Kerl nicht von rückwärts treffen, Sie machen sich sonst strafffällig. . . . Haben Sie etwa noch etwas auf dem Herzen?"

„Herr Förster, ich glaube, der ganze Hochwald an der Ostseite des Langenhaues ist überständig."

„Lassen Sie sich nicht auslachen, die Fichten sind ja kaum siebzig Jahr alt. Hat doch die Pflanzen erst mein Großvater ausgesetzt", meinte der Förster auf einmal wieder gut gelaunt, weil er seinen „Lehrling" auf einer Dummheit ertappt zu haben glaubte.

„Aber der Nadelfall ist ein ungeheurer. Einige Bäume sind auch schon wipfeldürr. Und unsere Professoren haben stets behauptet . . ."

„Die Nadeln fallen jedes Jahr, besonders wenn so ein trockener Sommer war wie heuer. Am Langenhau kommt noch der kiesige Boden hinzu. Uebrigens, die Gescheidtheit der Herren Professoren in allen Ehren, aber von der Praxis haben sie keinen Dunst."

„Ich habe das auch nur so nebenbei bemerkt. Das Stück wird noch in diesem Jahr abgetrieben. Onkel hat es schon verkauft. Als ich unlängst im Schlosse war, habe ich die Holzhändler getroffen."

„Aber das ist ja der reine Mord! Und von so etwas erfährt der Förster zu allerletzt? Da soll doch gleich ein dreimal geschwefeltes . . ."

„Die Herren haben auch einige Hundert Schock Hopfenstangen gekauft."

„Das giebt's nicht!" schrie Sichel und sprang auf. „So lange ich Förster bin, habe ich im Revier Amonsgrün auch noch nicht eine hauen lassen."

„Warum? So etwas trägt für den Förster doch schönes Anweisgeld."

„Darum, Herr! Unser Stangenholz steht so schon schütter. In jedem Winter dreht uns der Schneedruck so und so viel Hundert Stämme zusammen. Soll ich wegen der paar Groschen mir von meinen Kollegen nachsagen lassen, ich hätte den Wald verhauen, um zu Gelde zu kommen? Wenn Sie das glauben, dann kennen Sie den Sichel noch lange nicht. . . . Wer soll denn übrigens das Holz schlagen? Wir haben ja so gut wie keine Holzhauer. Oder sollen vielleicht die Abgedankten allergnädigst wieder angenommen werden?"

„Kein Gedanke! Die Holzhändler sind Großunternehmer in ihrer Branche und arbeiten mit Millionen. Sie haben jahraus, jahrein mehrere Holzschläge in Betrieb, in Deutschland, Oesterreich und Rußland. Sie kaufen ganze Herrschaften und lassen den Wald von ihren Arbeitern, die sie das ganze Jahr, bald im Süden, bald im Norden beschäftigen, abtreiben. Sie sind auch die erste Firma im Handel mit Eisenbahnschwellen. . . . Sie werden sehen, Herr Förster. Nicht einen Mann brauchen wir einzustellen und in längstens sechs Wochen ist die Arbeit trotzdem gethan. . . ."

Sichel gab keine Antwort. Er war ans Fenster getreten, starrte ins Dunkle und trommelte an die Scheiben, wobei er von Zeit zu Zeit einen pfeifenden Ton durch die zusammengezogenen Lippen stieß. Der Volontär entledigte sich seiner langen Jägerstiefel, ergriff ein Licht und stieg mit einem Gute Nacht-Gruß in sein Erkerzimmer hinauf.

Mitte September wurde es im Walde lebendig. Ueber ein halbes Hundert fremde Holzhauer waren mit einemmale angerückt gekommen. Auf einer Waldblöße hatten sie eine lange Baracke aufgestellt, darin wohnten und schliefen sie; jeden Sonntag gingen sie zu Hauf' in ein anderes der umliegenden Dörfer, tranken und sangen, prügelten die Einheimischen durch und warfen sie auf die Straße. Es waren lauter kräftige Männer in der Blüthe ihrer Jahre, mit stählernen Muskeln; die meisten sprachen einen ganz anderen Dialekt als den, der in der Gegend gebräuchlich war, manch einer konnte das Deutsch kaum radebrechen. Um völlig unabhängig zu sein, hatten sie eine Frau mitgebracht, welche gegen Lohn an einem freistehenden Herde für sie kochte. Die ganze Woche arbeiteten sie vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang. Der Wald widerhallte von dem ächzenden Kreischen der Sägen, den Schlägen der Aexte, den Rufen der Holzhauer und Fuhrleute, dem Prasseln und Sausen der stürzenden Stämme. Am meisten wunderten sich die paar einheimischen Holzhauer über die kleine Dampfmaschine, welche die Fremden mitgebracht und aufgestellt hatten, die den ganzen Tag pustete wie ein Schwerkranker, und doch in wenigen Minuten die stärksten kiefernen Doppelschwellen fertig schnitt.

Sichel ging herum wie im Fieber. Noch vor wenigen Wochen hatten die im Schloß drunten ihn zu einem Bettelvogt machen wollen, und es hätte Noth gethan, er hätte jedes dürre Reisigästchen verrechnet; jetzt thaten die fremden Gesellen im Walde, was sie wollten. Ganz schöne Eichen und Espen hieben sie

um, gebrauchten sie als Hebel beim Aufladen oder flickten damit die Wagen der Fuhrleute. Die fremde Frau nahm ganze Scheite von der aufgeschichteten Klafter und warf sie unter ihren Herd. Einmal hatte er auch eine Lohnliste in die Hand bekommen. Die Fremden verdienten ja dreimal mehr, als seine Holzhauer noch unter dem alten Herrn erhalten hatten! Und diese hatte man davongejagt, weil sie zu theuer waren? Warum konnten die Holzhändler mehr zahlen? Der Förster wußte nicht mehr, was er denken sollte, und der Aerger wuchs ihm zum Halse heraus. Gleich im Anfange war er zwar einigemal dreingefahren, als die fremden Arbeiter sich alles Mögliche erlaubten, aber die Leute hatten ihn einfach ausgelacht; er hätte ihnen gar nichts zu befehlen, ihre Herren seien die Holzhändler. Nun hatte er einen zornschnaubenden Bericht nach dem Schlosse geschickt. Als darauf nichts Anderes kam als ein gewaltiger Rüffel für ihn, der nicht zu wissen scheine, was eine Geschäftsverbindung sei, hatte er die Dinge gehen lassen, wie sie mochten. Sein Beruf machte ihm schon lange keine Freude mehr, er that seinen Dienst, weil er mußte, um mit seiner Familie leben zu können.

Anfang November, wie es der Volontär vorausgesagt hatte, war die Riesenarbeit gethan, die fremden Arbeiter verschwanden, wie sie gekommen waren. Aber wie sah der Wald jetzt aus! Die Wege waren grundlos, alle zehn Schritte klaffte ein Loch, in welches man wie zum Hohn einige Steine und Prügel geworfen. Mitten durch die schönsten dreijährigen Kulturen zogen sich tiefe Räderspuren. Im Stangenholz lagen ganze Haufen trockener Rinde, welche man von den Hopfenstangen geschält, hier war eine junge Fichte angefahren, daß sie geknickt überhing, dort an jenen alten Föhren mußten die Fremden die Schärfe ihrer Aexte probirt haben, das Holz war blosgelegt und das hervorgequollene Harz floß in langen, gelben Strähnen bis auf den Boden. Auf dem weiten Schlage ragte hier und da noch ein einzelner Tännling. Aber die Kronen waren von den stürzenden Stämmen weggeschlagen, die Aeste geknickt, feuerroth leuchteten die Büsche von ferne. Auf der ganzen um und um gewühlten Fläche sproßte nichts Grünes mehr als ab und zu ein Schopf Hafer, der die Stelle bezeichnete, wo die Fuhrleute ihre Pferde gefüttert.

Kurz vor Weihnacht machte der Förster Sichel spät am Abend noch einen Waldgang. Seit Oktober hatte im Revier Amonsgrün die Wilddieberei reißend überhand genommen. Sichel hatte das Treiben ursprünglich für das Werk „reisender Wildschützen“ gehalten, jener Leute, welche beinahe das ganze Jahr von einem Forst zum anderen wandern, Alles niederknallen, was ihnen vor die Stockflinte kommt, und in manchen Händlern der Kurstädte willige Abnehmer finden. Als aber die Geschichte länger als einen Monat dauerte, als er auf Wildwechseln, von welchen er glaubte, daß nur er allein sie kenne, im ersten Flutterschnee halbverwischte Spuren von plumpen Stiefeln bemerkte, da wußte der Förster, daß er die Wilderer in seiner Nähe hatte. Aber all seine Aufmerksamkeit und all sein Eifer waren erfolglos geblieben. Es hatte auch nichts genützt, als der Herrschaftsbesitzer öffentlich jedem eine Belohnung von hundert Mark versprach, der ihm einen Wilddieb so angeben würde, daß er überführt werden könnte.

Langsam schritt der Förster dahin, der fußhohe Schnee, der wie ein weites, weißes Leichentuch den Wald umfing, machte seine Schritte unhörbar. Kein Laut rührte sich unter dem hohen Gewölbe des Hochwaldes, kein Laut auf den weiten Hauen, wo jeder Busch, jeder Strauch eine weiße Mütze aufgesetzt hatte und aussah wie ein Schneemann. Am Himmel stießen sich graue Wolken, nur

für Augenblicke drang der Mond durch, verschwand aber sofort wieder wie ein Blitzlicht. Das Rauschen der Grundbachwässer verklang unter der starken Eis- und Schneedecke zu einem verwehten Raunen. An der Kapelle, welche sich ober dem Grundthale am Wege erhob, machte Sichel für einen Augenblick Halt, um zu verschnaufen; der weite Aufstieg hatte ihm warm gemacht. Wie ein zusammengeducktes Thier lag der alte Holzbau unter der Schneelast da, beim Eingang ragte unter dem Vordach ein ganzer Haufen zusammengeworfener Krücken, innen an der Wand hingen ein paar Kerkerfesseln. Vor urdenklichen Zeiten hatte sie Einer hier aufgehangen, aber Niemand wußte mehr, wer er gewesen. Mit einer gewissen Befriedigung strich sich der Förster den Schweiß von der Stirn. Drüben, um die Ecke, lief über die Bergwiese an einer Quelle vorbei, die selbst im strengsten Winter kaum zufror, der Haupt-Wildwechsel zu den Forsten des Wickenburger hinauf. Wenn er dort Niemand traf, konnte er beruhigt nach Hause gehen. Noch stand der Förster und blickte zu der alten Kapelle hinüber, zu der im Sommer alte Mütterchen und junge Mädchen weither aus dem Flachlande zu wallfahren pflegten, da donnerte durch den schweigenden Bergwald ein Schuß. Der Schütze konnte kaum hundert Schritte entfernt sein. Mit einem Griff hatte Sichel sein Gewehr in der Rechten und sprang aufwärts. Auf der Wiese, da wo der Wald wie ein Keil sich einschob, kniete im Schatten einiger Jungtannen ein Mann und beschäftigte sich mit einem dunklen Etwas, das ihm zu Füßen lag. Schon hatte Sichel hinter einem Baume Schutz gefunden und schrie zu dem Manne hinüber, der vor Schreck aufsprang wie ein Hirsch: „Hände auf! Oder — —“ Weiter kam er nicht. Plötzlich ließ er seine Büchse fallen, fuhr mit der Hand nach der rechten Brust, machte einen Sprung und fiel aufs Antlitz. Durch die Fichten wehte eine Wolke Pulverdampf, und das Echo eines Schusses hallte an der Wand des Grundthales wider.

Es mochte wohl eine halbe Stunde verflossen sein, da traten zwei Männer, deren Gesichter mit Ofenruß geschwärzt waren, zu dem regungslos im Schnee Liegenden. Der Rucksack des einen stand vollgefüllt nach rückwärts. Der kleinere, jüngere wandte sich zu dem Liegenden. Plötzlich aber stieß er durch die Zähne: „Verflucht, der Förster! Schad' um ihn! Nein, so hab' ich's nicht gewollt. Ich hab' geglaubt, ich hätt' das junge Storchbein vor'm Loch, das uns immer nachsteigt . . .“

„Was nützt das Gewimmer?“ brummte sein Begleiter, ein langer, hagerer Mann. „Der ist todt, das siehst Du ja. . . . Er oder wir. . . . Schau'n wir, daß wir weiter kommen! . . .“

Die beiden Wilderer wandten sich und gingen mit schnellen Schritten, ein jeder nach einer anderen Richtung, in den Wald hinein. (Schluß folgt.)

Briefkasten.

Mittheilung. Der Verfasser der in Nr. 23 dieser Zeitschrift besprochenen Schrift „Das Talmudjudenthum“ theilt uns mit, daß dieselbe eine vom Verleger veranstaltete Titelauflage seiner Schrift „Der alte und der neue Glaube im Judenthum“ ist, die 1878 erschien, zu einer Zeit, da ihm die materialistische Geschichtsauffassung noch unbekannt und er in der That nur „ideologischer Aufklärer“ war. Inzwischen hat er dieselbe gründlich studirt und theilt heute vollständig den Standpunkt seines Kritikers in der „Neuen Zeit“.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 25. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Mancherlei Drähte.

↗ Berlin, 14. März 1894.

Göttliches Recht, historische Tradition und theologische Phrasen müssen sich zähneknirschend unter eine Position des Tarifs beugen — so schrieb Lothar Bucher einmal, als er noch ein geistreicher und unabhängiger Mann war, und durch die nunmehr zwar noch nicht formell, aber doch thatsächlich erfolgte Ratifikation des russischen Handelsvertrags wird man unwillkürlich an dies Wort erinnert. Der Vertrag ist das Kind einer ökonomischen Nothwendigkeit, das durch die schwersten Hindernisse hindurch ans Licht des Tages drängte. Nicht die selbstschöpferische Einsicht der Parteien und der Staatsmänner hat ihn gemacht, sondern die nüchterne Thatsache, daß die deutsche Industrie den russischen Markt braucht und das russische Getreide die deutschen Käufer.

Eine nüchterne Thatsache will nüchtern beurtheilt sein, und so haben weder die recht, die in dem russischen Handelsvertrag die Morgenröthe einer neuen Zeit sehen, noch auch die, welche ihn als Anfangsstation eines langen Leidensweges betrachten. Er ist ein Fortschritt, weil er modernen Verkehrsverhältnissen besser entspricht als der Zollkrieg, aber er ist kein Heilmittel gegen die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise. Man muß den Humbug der Junker aufdecken, die den Handelsvertrag bekämpfen, weil er ihre eigensüchtigen Brotwertheuerungs-Interessen schädigt, aber man darf auch die Illusionen der Bourgeoisie nicht schonen, die von der Eröffnung eines neuen Absatzmarktes für ihre Produkte ein goldenes Zeitalter datiren möchten. Das Schlachtfeld, auf dem um den Vertrag gekämpft wurde, ist bergehoch mit Scherben von ideologischen Redensarten bedeckt, doch all der Kehricht kann ein sozialistisch geschultes Auge nicht einen Augenblick blenden.

Das Sonderinteresse des Junkerthums ergab dabei die Nothwendigkeit, unausgesetzt den nationalen Nerv gegen russische Vergewaltigungsgelüste anzustacheln. Im geraden Widerspruche mit seiner historischen Tradition, die in dem despotischen Väterchen den Vater des Vaterlandes zu verehren gebot. Darüber spotteten die liberalen Organe der Bourgeoisie weiblich, aber sie hatten allen Anlaß, vor der eigenen Thür zu kehren. Auch ihre historische Tradition mußte sich, frohlockend oder zähneknirschend, unter die Positionen dieses Tarifs beugen, und ihr Gequalme von Weihrauch vor den Russen und dem Russenthum war

gleichfalls nicht schön. Die Einen haben den Anderen nichts vorzuwerfen. Bei aller schrillen Disharmonie ihrer Melodien pfiffen sie aus demselben Loche: beide wurden durch das eigensüchtigste Klasseninteresse bestimmt, und der berühmte nationale Gedanke spielte dabei die Rolle der wächsernen Nase, die je nach Bedürfniß bald so, bald so geknetet wurde.

Dieselbe Bewandtniß hat es mit den zornigen Anklagen, die von dieser, und den heißen Liebeserklärungen, die von jener Seite an die Adresse des Neuen Kurses gerichtet werden. Man mag willig anerkennen, daß Graf Caprivi und seine Gehilfen einen schärferen Blick für die Bedürfnisse des heutigen Weltverkehrs haben, als Bismarck je bekundet hat, daß alle Lobsprüche, die je auf eine diplomatische Aktion des Genialen gehäuft worden sind, mit demselben oder sogar mit besserem Rechte den deutschen Unterhändlern des russischen Handelsvertrags gebühren. Aber dieses überschwängliche Lobpreisen von Ministern dafür, daß sie mit leidlich verständigem Blick erkannt haben, was zu thun ihnen nach dem Zwange der ökonomischen Entwicklung oblag, ist für vernünftige Leute längst kein Standpunkt mehr. Welch seltsame Schmeichelei für deutsche Minister, daß ihnen zum Ruhme gereichen soll, so viel begriffen zu haben, wie die härteren Thatsachen sogar dem harten Schädel eines russischen Zaren eingebläut haben! Nicht ganz so wild wie die Bourgeoisie mit ihren heißen Liebeserklärungen geht das Junkerthum mit seinen zornigen Anklagen gegen den Neuen Kurs ins Zeug. Die Junker spielen die tief Beleidigten, Gekränkten, Verletzten; sie sagen alles mögliche Unheil voraus, aber sie werfen die Flinte nicht ins Korn, und wie sollten sie auch? Hat ihnen doch der gescheidteste Mann des Neuen Kurses während der ganzen Krisis, die um den russischen Handelsvertrag tobte, unaufhörlich in die Ohren geflüstert, sie sollten sich nicht bange machen lassen, sondern den Kopf oben behalten und den Nacken steif.

Hätten sich die deutschen Liberalen nicht allzu lange daran gewöhnt, über den flüchtigsten Erfolgen des Augenblicks ihre dauernden Interessen zu vergessen, so hätte die Haltung ihres ehemaligen Parteigenossen Miquel in den letzten Wochen sie mitten in ihren gewaltigen Schlacht- und Siegesgesängen stutzig machen müssen. Herr Miquel strömte von Komplimenten an dasselbe Junkerthum über, das seinem Kollegen-Reichskanzler die erbittertste Opposition machte. Zu den Vorwürfen, die man dem preußischen Finanzminister machen kann, gehört aber nicht der, sinn- und zwecklose Handlungen zu begehen. Wenn er den Draht, der ihn mit dem Junkerthum verbindet, in all den Stürmen um den russischen Handelsvertrag so sorgfältig behütete, wenn er sich zu der ungeheuerlichen Behauptung verstieg, nach dreißigjähriger Pflege des Handels und der Industrie schulde die deutsche Gesetzgebung für die nächsten dreißig Jahre den Interessen der Landwirthschaft, d. h. den junkerlichen Klasseninteressen, eine besondere Pflege, so ist damit neben anderen Beweisen, die sich auf die Person des Herrn Miquel beziehen und an dieser Stelle zunächst nicht weiter beleuchtet zu werden brauchen, politisch der Beweis geliefert, daß in der neu-deutschen Reichsherrlichkeit das Junkerthum nach wie vor und trotz des russischen Handelsvertrags die erste Geige spielen wird. So lange natürlich, als die neu-deutsche Reichsherrlichkeit überhaupt dauert und das Junkerthum überhaupt eine Geige spielen kann. Wäre Herr Miquel vierzig Jahre jünger, so hätte der Kommunismus vermuthlich die Ehre, ihn dauernd zu den Seinen zu zählen, aber mit seinen fünfundsechzig Jahren mag er denken: mich hält's noch aus, und seine Komplimente an die Adresse des Junkerthums beleuchten die nächste Zukunft schärfer, als der endlose Lobgesang der liberalen Presse auf den russischen Handelsvertrag sie beleuchtet.

Aehnlich wie Herr Miquel flüstert der Mann von Friedrichsruh den Junkern süßen Trost in die Ohren. Es gereicht uns zur Genugthuung, daß wir den alten braven Herrn richtiger taxirt haben, als alle die „staatsmännischen“ Organe, die ihm nachredeten, er würde nach seiner Kanossafahrt zu Hofe ebenso weiter toben, wie vorher. Bismarck hat sich seitdem ganz ruhig verhalten und den Heckenkrieg aufgegeben, den er bis dahin gegen den Kaiser und den neuen Kurs führte. Was er jetzt, ein siebenmal gesiebter Junker, seinen Klassengenossen als trockensten politischen Rath darbietet, hat ungleich mehr Hand und Fuß, als all das „geniale“ Gerede, womit er in seines Zornes Wuth vor Interviewern und Hurrah-Patrioten paradirte. Er sagt ihnen in den „Hamburger Nachrichten“ etwa: Euer Getobe gegen den russischen Handelsvertrag war ganz am rechten Platze, so lange es sich um Annehmen oder Ablehnen handelte. Jetzt wo die Entscheidung gefallen ist, verhaltet euch aber ganz ruhig. Je geduldiger ihr wartet, um so eher kommt ihr wieder an die Reihe, um so eher kommt der Augenblick, wo die Regierung froh ist, sich im Kampfe gegen die Handelsvertrags-Mehrheit auf eine feste Junkerpartei stützen zu können. Vom junkerlichen Standpunkt aus läßt sich den Junkern schwerlich ein besserer Rath geben, und die liberalen Blätter, die darin nur ohnmächtigen Verdruß über den Gang der deutschen Politik erkennen wollen, werden ihr blaues Wunder erleben, wenn nur erst der Aufschwung, den der russische Handelsvertrag der deutschen Industrie geben wird, in die periodisch wiederkehrende Krisis ausgelaufen sein wird. Und das dürfte früher geschehen, als die wonneseligen Liberalen sich heute träumen lassen.

Hat Bismarck selbst sich dem russischen Handelsvertrage gegenüber in Würde gefaßt, so kann man nicht das Gleiche sagen von seiner dienstwilligen Presse, die nach alter Landsknechtsart und aus gleichen Gründen weiter marodiren muß, nachdem der Herr und Gebieter abgerüstet hat. Die „Zukunft“ denunzirt den Neuen Kurs der Ungnade Väterchens, weil er die polnischen Bewohner von Posen, Oberschlesien und Westpreußen nicht mehr so mißhandelt, wie es unter Bismarck geheiligte nationale Tradition war. Mag sein, daß die „Zukunft“ recht hat, wenn sie die vernünftigere Polenpolitik des Grafen Caprivi auf die Gewinnung der polnischen Reichstagsfraktion für allerlei gouvernementale Zwecke zurückführt, daß auch diese historische Tradition sich unter die Positionen des russischen Handelsvertrags hat beugen müssen. Aber eine solche do-ut-des-Politik ist von Bismarck selbst oft als der ganze Witz genialer Diplomatie gepriesen worden. Wenn Bismarck sich 1863 zum Henkersdienste an dem polnischen Aufstand drängte, um Väterchens Gunst für seine Blut- und Eisenpläne zu erlangen, Caprivi aber die preußischen Polen als sozusagen auch Menschen behandelt, um die Stimmen der polnischen Reichstagsfraktion für ein Panzerschiff oder den russischen Handelsvertrag zu gewinnen, so wird dadurch einfach die alte Thatsache bestätigt, daß Alter und Neuer Kurs im Grunde dieselben sind und sich nur insoweit unterscheiden, als das System Caprivi um Einiges anständiger, einsichtiger und menschlicher ist als das System Bismarck. Gewiß ein Unterschied, der Väterchens Unwillen in hohem Grade zu erwecken geeignet ist. Aber wenn Väterchen den Zweck will, nämlich den Handelsvertrag, so muß er wohl oder übel auch das Mittel wollen, nämlich die polenfreundliche Politik des Neuen Kurses. Die Logik der „Zukunft“, jenes „freien Blattes“, das nach seiner Ankündigung „für freie und frohe Europäer von Nichthörigen geschrieben sein soll“, ist etwas verzwickt. Indem Caprivi durch den Handelsvertrag einen neuen Draht zwischen Deutschland und Rußland herzustellen sucht, soll er vielmehr jeden Draht zwischen Deutschland und Rußland durch seine polenfreundliche Taktik zerrissen haben. Doch da die „Zukunft“ über die ver-

muthlich sehr verzwickten Stimmungen Väterchens ungleich besser unterrichtet sein wird, als wir, so wagen wir in diese Geheimnisse hoher Politik nicht tiefer einzudringen.

Wohl aber müssen wir der russischen Egeria der „Zukunft" das aufrichtige Kompliment machen, daß sie verstanden hat, den Neuen Kurs gründlich aufs Glatteis zu führen. Diese Egeria ist eine ehemalige Schauspielerin russischen Adels, die vor einigen Jahren von dem damaligen Literatursultan der hiesigen Bourgeoisie und seinen Helfershelfern in schamloser Weise brutalisirt und nicht um ihrer Person, sondern um des in dieser Person mißhandelten Prinzips willen aus dem über sie verhängten Boykott befreit wurde. Sie schrieb damals ein Schauspiel „Nothwehr", das die Soldatenmißhandlungen im deutschen Heere drastisch schilderte und von der Verfasserin der Freien Volksbühne eingereicht, von dieser aber wegen seiner literarischen Werthlosigkeit abgelehnt wurde. Inzwischen hatte das Schicksal dieser russischen Dame Aufsehen genug erregt, um die Aufmerksamkeit der russischen Botschaft auf sie zu lenken; die nothwendigen Beziehungen waren bald geknüpft, und in erfrischender Fülle entfaltete sich das lange verkannte Talent der Korrespondentin der „Nowoje Wremja", als Egeria der „Zukunft", die an schmelzender Bewunderung für die russische Knute bald mehr leistete, als seit den Tagen des etwas plötzlich, aber hoffentlich selig verstorbenen Kotzebue jemals in Deutschland geleistet worden ist, und auch als dramatische Dichterin.

Aus einem grob und plump zugehauenen sozialistischen Tendenzstücke wurde die „Nothwehr" bei gleicher literarischer Werthlosigkeit ein feines Stück geriebener Diplomatie. In den deutschen Kasernen ist der „Vorwärts" die Lieblingslektüre der Rekruten; der mißhandelnde Unteroffizier ist keine typische Gestalt, wie sie in allen stehenden Heeren wiederkehrt, sondern ein spezifisch deutsches Gewächs; der Sozialdemokrat aber, der in dem Stück auftritt, muß den unverfälschten Troddel spielen; geborener Pole und russischer Unterthan, ist er in Deutschland von sozialistischem Gift infizirt worden, schließt aber durch eine sinnige Fügung der Dichterin das Stück mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser!" Genug, die beiden sehr verschiedenen Zwecke, einerseits die Sozialdemokratie als eine alberne und vertroddelte Rotte, die herrschenden Klassen aber als lauter Engel voll Liebe und Güte, andererseits das deutsche Heer als einen sozialistisch unterminirten Organismus darzustellen, in dem tagtäglich Mord und Todschlag zwischen Gemeinen und Unteroffizieren herrscht, sind in dem Stücke ausgezeichnet vereinigt worden. Es ist ein gefundenes Fressen für französische Bourgeois und russische Knutenschwinger, die am liebsten zu jedem Frühstück alle Deutschen und alle Sozialisten zugleich verspeisen möchten, und so haben sich denn auch das kaiserliche Hoftheater in Petersburg und das Théâtre libre des Herrn Antoine in Paris beeilt, den dramatischen Kolportageroman anzunehmen.

Die preußische Polizei aber, genial wie immer, verbietet einem hiesigen Vorstadttheater die Aufführung des Schauspiels, und der Bezirksausschuß hat diese Entscheidung bestätigt. Das böse Gewissen, das sie Alle wegen der scheußlichen Soldatenmißhandlungen haben, mag als mildernder Umstand eine so polizeiwidrige — Weisheit erklären helfen; Polizei wie Bezirksausschuß täuschen sich aber gewaltig, wenn sie den Abscheu und den Haß der Massen, vor Allem der klassenbewußten Arbeiter, gegen die Soldatenmißhandlungen für so wohlfeile Waare halten, daß dieser Abscheu und dieser Haß durch die „Nothwehr" irgendwie aufgereizt werden könnten. Ueber melodramatische Sentimentalitäten, die Bourgeoisnerven kitzeln sollen, geht das Massenpublikum mit geringschätzigem

Lächeln zur Tagesordnung über. In welchen Hinterwäldern die preußische Theaterzensur noch lebt, zeigt am klarsten die Thatsache, daß sie aus staatsretterischen Gründen zu vernichten sucht, was die Freie Volksbühne aus ästhetischen Gründen längst abgelehnt hat. Aber übertroffen wird die Polizei noch vom Bezirksausschusse, der das Verbot des Stückes aufrecht erhält, obgleich er weiß, daß es in Paris und Petersburg demnächst aufgeführt werden wird. Das ist nicht in Abdera passirt, sondern in Berlin, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Die Verfasserin der „Nothwehr" kann man aber jetzt schon zu ihren außerordentlichen Leistungen beglückwünschen. Sie hat es verstanden, die hochwohllöbliche Polizei selbst für den Erfolg ihrer dramatischen Scharteke in Paris und Petersburg mobil zu machen, und mit nicht minder geschickter Hand hat sie dieselben kapitalistischen Tintenkulis, welche sie selbst vor ein paar Jahren mit den unnennbarsten Titeln überhäuften, vor ihren Triumphwagen zu schirren gewußt. Alle sind Feuer und Flamme über die Schädigung der Kunst, die durch das Verbot der „Nothwehr" verursacht sein soll, wie die Polizei Feuer und Flamme ist über die Schädigung des Staates, die durch die Freigabe der „Nothwehr" veranlaßt werden würde. Mancherlei Drähte laufen zwischen Berlin und Petersburg, und an dem geringsten tanzen die ernsthaftesten Puppen noch so lustig, daß wir uns allzu nagender Sorge über das Abreißen des Drahtes zwischen Deutschland und Rußland wohl noch nicht hinzugeben brauchen.

Bäuerliche Produktiv-Genossenschaften.

I.

Die Entwicklung des Kapitalismus führt durch die Konkurrenz des Weltmarktes, Konkurrenz des rationellen landwirthschaftlichen Großbetriebs, Vereinigung von Industrie und Landwirthschaft zu einer neuen, höheren Produktionsform, durch Geldsteuern und die atomisirende Wirkung des Erbrechts auf das kleine Eigenthum zum Ruin der Bauernwirthschaft. Es entsteht ein Auflösungsprozeß auf der ganzen Linie: Klassenspaltung, Schichtenbildung innerhalb des Bauernthums, kolossal anwachsende Verschuldung der Masse, Zersplitterung des Grundbesitzes, Unsicherheit des Erwerbs, Verdrängen des Ackerbaues durch landwirthschaftliche Nebenbetriebe, Durchdringen der reinen Landwirthschaft durch Handel und Gewerbe, Vordringen des Geldkapitals als des dirigirenden Faktors. Es gährt im Bauernthum, und die Agrarfragen drängen sich in den Vordergrund der Gesellschaft.

So sehr diese Erscheinung ihrem Wesen nach den bürgerlichen Oekonomen unbegreiflich geblieben ist, unbegreiflich bleiben muß, so hat sie doch, besonders durch die allgemeine europäische Agrarkrisis Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre deren Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Eine bedeutende Literatur entstand, vielfach unterstützt oder veranlaßt durch amtliche Erhebungen. Der fortwährende Druck der amerikanischen Getreideproduktion auf den Weltmarkt bewirkte ein weiteres Wachsthum dieser Literatur bis auf den heutigen Tag.

Was nun alle diese mehr oder weniger gelehrten Unternehmungen allgemein kennzeichnet, ist, wie schon erwähnt, daß sie vollkommen außer Stande sind, die Erscheinung in ihrem prinzipiellen Zusammenhange mit der gesammten kapitalistischen Entwicklung zu erfassen. Sie begreifen wohl die Statik der Erscheinung, verstehen aber nicht ihre Dynamik. Sie greifen eine Menge Einzelheiten auf, ohne

ihre grundsätzliche Verbindung zu kennen, und dementsprechend kommen sie auch zur Annahme, durch einzelne Maßregeln diesen Zersetzungs- und Vernichtungsprozeß innerhalb des Bauernthums aufhalten zu können. Man könnte wohl mehrere Dutzend solcher Verbesserungsvorschläge aufzählen, sämmtliche — sehr „praktisch", weil vom Standpunkte der Einzelerscheinung wirklich das Beste, was gethan werden kann, doch unwirksam, weil sie die Grundlage der ganzen Entwicklung unberührt lassen. Mit den harmlosen Rathschlägen einer genauen Buchführung und einer strengen Sparsamkeit beginnend, gehen diese Vorschläge durch eine große Menge technischer Aenderungen, Betriebsänderungen und juristischer Erleichterungen und Sicherungen hindurch bis hinauf zu großen Kreditoperationen, Steuerreformen und zur Bildung von Assoziationen der verschiedensten Arten.

Mit solchen Palliativmaßregeln hat der wissenschaftliche Sozialismus nichts zu thun. Der wissenschaftliche Sozialismus kennt die Genesis der Zerrüttung der Bauernverhältnisse und weiß deshalb auch, daß das Schicksal des Bauernthums innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besiegelt ist.

Allein die internationale Sozialdemokratie, insofern sie in Berührung kommt mit dem Bauernthum, stößt unwillkürlich auf die Aufgabe, der Bauernbevölkerung innerhalb der heutigen Gesellschaft praktische Erleichterungen zu schaffen. Obwohl die Sozialdemokratie entschieden Front macht gegen den Kapitalismus, kann sie doch ihren grundsätzlichen Kampf nur führen auf dem Boden der praktischen Wirklichkeit. Nicht abstrakte Zukunftswünsche, sondern die positiven Gegenwartsinteressen allein sind im Stande, die Massen in Bewegung zu bringen. Jedoch gerade bei der Aufstellung eines praktischen Bauernprogramms liegt die Gefahr nur zu nahe, daß man nach einem von den bürgerlichen Gesellschaftsrettern ausgeklügelten Maßregelchen greift, das, mag es noch so sehr auf eine anscheinend revolutionäre Spitze getrieben werden, nichts Anderes ist als ein Rückwärtsschiebenwollen der ökonomischen Entwicklung.

Während die Sozialdemokratie aller Länder sich schon ziemlich geeinigt hat darüber, welche Forderungen die industriellen Proletarier an die kapitalistische Gesellschaft zu stellen haben, ist dies noch nicht der Fall in Bezug auf die Bauern. Es ist ja überhaupt nur eine kurze Spanne Zeit, seitdem die Sozialdemokratie in die Lage gekommen ist, mit einer sozialistischen Bewegung auch auf dem flachen Lande rechnen zu können. Nichtsdestoweniger giebt es jetzt schon einige Ansätze zu einem Bauernprogramm: bekanntlich haben die französischen Genossen 1892 auf dem Parteitag in Marseille sogar den Versuch gemacht, ein selbständiges und abgeschlossenes Bauernprogramm aufzustellen, desgleichen die Rumänen auf dem Bukarester Kongreß. Es kann nun selbstverständlich für die Sache nur fördernd sein, wenn diese Versuche zur allgemeinen Diskussion gebracht werden. Einen Beitrag in dieser Richtung wollen wir durch diese Arbeit liefern.

Von den Forderungen, welche von der Sozialdemokratie zu Gunsten des Bauernthums aufgestellt worden sind, wollen wir diesmal eine kritisch beleuchten, und zwar weil wir sie für vollkommen *verfehlt* erachten. Es ist dies der Vorschlag, den Bauern auf Staats- oder Gemeindekosten Land zuzutheilen zum Zwecke der gemeinsamen Bodenbebauung durch *bäuerliche Produktiv-Genossenschaften*.

So erklären die Rumänen als den Hauptsatz ihres Bauernprogramms Folgendes:

„Stufenweiser *Aufkauf* durch den Staat der großen privaten Besitzthümer, die zusammen mit den Gütern der öffentlichen Armenpflege ein unveräußerliches Domanium bilden sollen; Zutheilung dieses Landes an die Bauern zur einfachen

Nutznießung, unter besonderer Begünstigung der pachtweisen Bewirthschaftung durch die Dorfgemeinschaften." Das Land, das jetzt schon im Besitze des Staates ist, soll ebenfalls womöglich an Assoziationen vergeben werden.

Die Franzosen fordern im Marseiller Programm:

„Artikel 3. Den Gemeinden werde verboten, die im Gemeinbesitz befindlichen Ländereien zu veräußern; der Staat verpachte die Ländereien der Domänen-, der Marineverwaltung und des übrigen jetzt unkultivirten Landes an die Gemeinden; die Ueberschüsse der Gemeindebudgets sollen zur Vergrößerung des Landbesitzes der Gemeinde verwendet werden.

„Artikel 4. Die Gemeinde soll die Ländereien, die ihr der Staat abgetreten hat, die sie bereits besitzt oder neu hinzugekauft hat, den unvermögenden Familien zuweisen, die untereinander assoziirt sind und das Land nur zur Nutznießung erhalten, unter dem Verbot, Lohnarbeiter zu beschäftigen, und mit der Verpflichtung, eine Abgabe zu Gunsten der kommunalen Armenpflege zu leisten."

Auch auf dem Züricher Kongreß kam die Sache in der Agrarkommission zur Verhandlung, wobei sich die Ackerbau-Genossenschaften einer besonders begeisterten Fürsprache der Belgier erfreuten. Die Belgier denken sich die Uebernahme des privaten Großgrundbesitzes durch den Staat als einfache Konfiskation — unentgeltliche Expropriation.

Wir sehen, daß man über die Durchführungsart und im Zusammenhang damit über den Umfang, welchen diese Maßregel annehmen soll, nicht ganz einig ist. Die verschiedenen Modalitäten lassen sich folgenderweise zusammenfassen. Es wird gefordert:

Daß der Staat den Großgrundbesitz ohne Entschädigung expropriiren und die dadurch gewonnenen Ländereien den Dorfgemeinden zutheilen soll, oder auch daß der Staat zu diesem Zweck Ländereien aufkauft; daß der Staat seinen Domänenbesitz unter die einzelnen Dorfschaften zur gemeinsamen Benutzung vertheile; schließlich, daß die Gemeinden mit den Budgetüberschüssen Land aufkaufen und Assoziationen bilden; manche machen noch die Beschränkung, daß die auf solche Weise gebildeten Assoziationen keine Lohnarbeiter beschäftigen dürfen, die anderen sehen von dieser Beschränkung ab.

Von ihren sämmtlichen Verfechtern wird nun diese Forderung in das praktische Programm verwiesen, und so wollen auch wir sie vom Standpunkte des praktischen Programms einer Kritik unterwerfen. Zunächst aber müssen wir ein paar Worte über das praktische Programm selbst vorausschicken.

Daß das praktische Programm der Sozialdemokratie keineswegs einfach ein Sammelsurium von Forderungen ist, die mit dem Sozialismus nichts gemein haben, wird wohl von Niemandem bestritten werden. Unser praktisches Programm hat vor Allem folgenden zwei Bedingungen zu entsprechen: erstens muß es Maßregeln enthalten, deren Verwirklichung mit der ökonomischen Struktur des Kapitalismus vollkommen vereinbar ist, zweitens müssen es Maßregeln sein, deren Zustandekommen auf die soziale Entwicklung, im Besonderen auf die soziale Bewegung fördernd einwirken würde. Diese Auffassung des praktischen Programms soll die Grundlage unserer weiteren Untersuchung bilden.

* * *

I. Primum, mit der Verwirklichung dieser wohlgemeinten Maßregel steht es sehr schlimm. Zunächst genügt die einfache Zuweisung von Land an die Gemeinden nicht, um ackerbautreibende Produktiv-Assoziationen in Funktion zu setzen. Denn der Ackerbau erfordert außer Land noch manches Andere, nämlich:

1) einen düngerspendenden Viehstand, der gleichzeitig als Arbeitsvieh dient,
2) Maschinen und Bauten,
3) flüssiges Kapital, scilicet — Geld.

Was ist nun mit alledem zu beginnen? Ist dies auch zu „vergesellschaften“? Allein schon der Viehbesitz wird in dieser Beziehung große Schwierigkeiten machen. Wenn der Bauer auch nichts dagegen hat, daß ihm von Staatswegen Land zugetheilt werde, mag es auch in der Gestalt gemeinsamer Nutzung sein, so ist es doch etwas ganz Anderes, den Bauer zu veranlassen, sein Eigenthum in Gemeinbesitz zu verwandeln. Man bedenke außerdem, welche große Bedeutung der Viehbesitz für den Bauern hat. Das Vieh ist für ihn nicht nur ein unentbehrliches Arbeitsmittel beim Ackerbau, es wird allmälig im kapitalistischen Auflösungsprozeß der Bauernwirthschaft zur Hauptstütze seiner Existenz. Die entwickelten Transportmittel und die wachsenden Großstädte schaffen Absatz für Milch und Butter, währenddem dieselben Transportmittel im Weltverkehr den Brotpreis hinunterdrücken, den Getreideabsatz des heimischen Bauern beschränken. Besonders im Umkreis der Großstädte — und dieser Umkreis ist jetzt sehr groß — werden die Produkte der Viehzucht zu einer wichtigen Geld-Einnahmequelle für den Bauern, überall aber ist die Milch für ihn ein wichtiges Nahrungsmittel. Selbst ein nur oberflächlicher Blick in die Bauernbudgets, z. B. in die Anfangs der achtziger Jahre publizirte Agrarenquete für das Großherzogthum Baden, zeigt dies sinnenklar. Aus der Milch schöpft der Bauer vorwiegend das Eiweiß seiner Nahrung, die Milch bildet den vierten Theil der Wärmezufuhr seines Organismus — ohne Milch kann er nicht leben. Daß der Bauer unter solchen Umständen mit Leib und Seele an seiner Kuh hängt, ist wohl begreiflich, sowie auch, daß es keine leichte Aufgabe ist, den Viehbestand der Kleinbauern in Gemeinbesitz zu nehmen. Oder soll der Bauer das Privateigenthum an diesem Produktionsmittel behalten und nur verpflichtet sein, den Dünger und das Arbeitsvieh bei der gemeinsamen Bodenbebauung zu verwenden? Allein da der Viehbesitz und auch der Dünger, je nachdem, quantitativ und qualitativ verschieden sind, so wird der Bauer nicht ohne Weiteres auf eine solche Vergemeinschaftlichung eingehen, sondern er wird sich ausbedingen, daß er den vollen Ertrag erhalte von jenem Stück Land, das er gedüngt und bearbeitet hat — dadurch wird aber der kollektivistische Charakter der Produktion zu nichte, und die ganze Operation löst sich auf in einfache Landeszutheilung an die Bauern, je nach ihrem jetzigen Vermögensbestande.*

Dann die Maschinen und Bauten. Es ist klar, daß ein ausgiebiger Staatskredit eröffnet werden müßte, um die ländlichen Assoziationen mit Maschinen zu versorgen. Wenn schon, denn schon: soll kollektivistische Produktion in der Landwirthschaft eingerichtet werden, so darf man doch die Technik des Großbetriebs nicht unberücksichtigt lassen. Ausgedehnte Wirthschaftsgebäude müssen ebenfalls errichtet werden: Maschinenschuppen, Speicher, Scheunen, Ställe ꝛc. Dies giebt den kleinlichen Einrichtungen des Bauernhofes den Gnadenstoß. Ein solcher maschinenmäßiger Großbetrieb ist übrigens auch nicht im Mindesten dazu befähigt, den Mist des einzelnen Bauernhofes qualitativ und quantitativ nach Gebühr zu schätzen.

* Die Frage der Düngung war eins der schwersten Hindernisse, auf die die russischen „Volksthümler“ stießen, als sie an den russischen Bauern, der ja noch bis jetzt sein Land in Gemeineigenthum hat, mit weiteren Sozialisirungsvorschlägen traten. „Ich“, sagte z. B. ein Bauer, „habe Geflügelmist, mein Nachbar aber Kuhmist — da giebt es doch einen Unterschied“, oder: „Ich habe einen Viehstand von drei Kühen, ein Anderer hat 'nen Viehstand von einem Hahn, wie können wir zusammengehen?“ Eine treffliche Kritik dieser Sozialisirungsversuche enthält das Buch von G. Plechanow: „Unsere Kontroversen“ (russisch).

Und außer dem Kredit für Maschinen und Bauten muß überhaupt in den Händen der Bauern Kapital flüssig gemacht werden, denn auch die Landwirthschaft benöthigt heutzutage vielfach Geld: zum Ankauf von Kunstdünger, zur Instandhaltung des todten und lebenden Inventars u. a. m.

Ferner, was soll mit dem Stück Land geschehen, welches dem Bauern *jetzt schon* gehört? Es ist unmöglich, daß der Bauer auf die Dauer gleichzeitig eine private und eine kollektivistische Wirthschaft führt, daß sein Vieh und seine Utensilien gleichzeitig Privateigenthum und Gemeineigenthum seien ꝛc. Es bleibt also nur der Ausweg, das Land der Bauern in Gemeineigenthum überzuführen.

Wir sehen, wie allmälig unter unseren Händen ein stolzes, aber auch gewaltiges und komplizirtes Gebäude aufwächst. Um aber den Bauern selbst für diese großartigen Betriebsumänderungen geeignet zu machen, wird man Agrikulturschulen in ausgiebiger Zahl einrichten, dem landwirthschaftlichen Unterricht eine viel weitere Basis geben müssen.

Die gemeinschaftliche Bodenbebauung, so harmlos praktisch diese Maßregel auch auf den ersten Blick erscheint, unterstellt, wie wir gezeigt haben, eine gründliche Umgestaltung der Bauernwirthschaft, eine vollkommene Sozialisirung der Landwirthschaft. Wenn aber die Sozialdemokratie einmal so weit ist, wenn die Bauern so weit sind, daß sich so etwas machen läßt, — dann ist es überhaupt aus mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dann braucht man sich nicht hinter Produktiv-Assoziationen zu verbergen, braucht man sich nicht auf die Landwirthschaft zu beschränken, dann ist überhaupt damit nichts Neues gesagt, sondern nur der kardinale Programmsatz *tautologirt*. *Praktisch* im Sinne des *innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft* zu Verwirklichenden ist dies auf jeden Fall nicht.

Thatsächlich denkt Niemand daran, den Sozialismus unter den Bauern sogleich einzuführen. Was man will, ist einfach, die Lage des Bauern in etwas zu heben. Aber man macht sich die Sache zu leicht. Soll durch diese gemeinsame Bodenbewirthschaftung etwas mehr erreicht werden, als eine bloße Spielerei für den Bauern in seinen Mußestunden, so müssen solche Assoziationen im großen Maßstabe angelegt und allgemein durchgeführt werden. Sie kämen aber dabei in Konflikt mit dem Privatbesitz der Bauern, der sich auflösen, bezw. von dem Gemeineigenthum aufgesaugt werden muß, soll dieses Letztere bestehen bleiben. Sie bedeuten dann eine Umgestaltung der ganzen Gesellschaft. Sagt man nun: wir wollen diese Assoziation erst allmälig, einzelweise, gleichsam brockenweise einführen, so ist das nichts Anderes, als eine Wiederaufwärmung der altbekannten Produktiv-Assoziationen, die aber in der Agrikultur sich noch weniger halten können wie in der Industrie, und zwar schon aus dem Grunde, weil sie hier nicht nur mit der Konkurrenz des Großkapitals, sondern auch mit der Uebermacht der besseren Boden- und klimatischen Verhältnisse des Auslandes zu kämpfen haben.

Dieser letztere Umstand ist von so großer Wichtigkeit, daß er sogar für sich allein eine vollkommene Sozialisirung des Ackerbaues, geschweige denn die Existenz von Einzel-Assoziationen, zur ökonomischen Unmöglichkeit macht, so lange die übrigen Produktionszweige ihren Waarencharakter beibehalten.

Es ist klar, daß die Einführung von Ackerbau-Genossenschaften eine leichtere wäre, wenn man die Produktionstechnik unberührt lassen wollte, wenn man also den Bauern auch in der Gemeinschaft auf seine alte Weise wirthschaften ließe. Allein dann sind diese Produktivgemeinschaften selbstverständlich noch weniger konkurrenzfähig. Sieht man hier von der Einführung einer entwickelteren Technik

ab, so nimmt man der Assoziation ihre sämmtlichen produktiven Vorzüge. Denn, obzwar der besitzlose Arbeiter in der Assoziation fleißiger arbeitet als in der kapitalistischen Unternehmung, so wird doch der Kleinbauer auf seinem eigenen kleinen Gute intensiver arbeiten als in der Gemeinschaft, weil sein persönliches Interesse im ersten Falle viel mehr in den Vordergrund tritt. Ueberhaupt muß dem Bauern eine solche Produktivgemeinschaft nur als lästige Bürde erscheinen, als wundersames Anhängsel zum zugetheilten Lande, das von den unkundigen Stadtleuten aus reiner Laune ihm zum Aerger gemacht wurde, während dieses Land doch so gut zur Vergrößerung seines Parzellenackers gebraucht werden könnte.

Sollten solche Assoziationen zu Stande gebracht werden, so werden die meisten sehr schnell zu Grunde gehen, die wenigen überlebenden aber werden, gerade so wie die industriellen Produktiv-Assoziationen, kapitalistisch ausarten. Es ist nicht schwer, das Entwicklungsschema einer Bodenbebauungs-Assoziation darzustellen. Sie wird gegründet und trägt schon bei ihrer Gründung eine Ungleichheit in sich, indem sie aus Kleinbauern besteht, deren Besitzthum, folglich auch deren Antheilnahme an der Assoziation verschieden ist; oder, wenn dies künstlich vermieden wird dadurch etwa, daß man jeden mit einem gleichen Beitrag in die Gemeinschaft eintreten läßt, so bleibt doch eine wirthschaftliche Ungleichheit bestehen, wenn auch außerhalb der Assoziation, so doch aber unter ihren Mitgliedern. Waarenproduzirend ist die Assoziation von vornherein; daher unterliegt sie den Gesetzen der Konkurrenz, folglich auch den Schwankungen des kapitalistischen Erwerbs. Es giebt gute Zeiten und schlimme Zeiten, in der Landwirthschaft bekanntlich noch viel mehr als in anderen Produktionszweigen, weil der Produktionsertrag, die Ernte, von den Witterungsverhältnissen abhängt (dabei kommt nicht nur die *eigene* Ernte in Betracht, sondern der Ernteausfall der ganzen Welt). Die Wirkung der guten und schlechten Zeiten wird nun ungleich sein gegenüber den wirthschaftlich ungleich situirten Mitgliedern der Assoziation. Während aber die guten Zeiten nur ungleich bereichern, werden die schlimmen Zeiten das weniger besitzende bezw. mehr verschuldete Mitglied unserer Produktivgemeinschaft zum Ruin führen, während sich der Stärkere noch aufrecht hält. Ein Theil der Mitglieder wird also bei jedem solchen Fall ausscheiden, d. h. in unserer Produktiv-Assoziation wird die kapitalistische Tendenz der Massenproletarisirung sich ebenso gut geltend machen, wie in der Bauernschaft im Allgemeinen. Es verbleibt ein Häuflein von ökonomisch Stärkeren, die jetzt freilich desto mehr Spielraum zur weiteren Entwicklung erhalten. Gehen die Geschäfte ferner gut, so werden diese glücklichen Wenigen die Produktion erweitern: sie werden nunmehr aus den eigenen Mitteln der Assoziation Land aufkaufen, Maschinen und eine bessere Betriebstechnik einführen, sie werden schließlich an den reinen Ackerbau die übrigen Produktionsarten der Landwirthschaft anknüpfen, sogar industrielle Nebenbetriebe einrichten. Das Alles werden sie thun *müssen* — unter dem Einfluß der Konkurrenz, unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktionsentwicklung. Mit dem allmäligen Wachsthum ihrer produktiven Thätigkeit reichen aber auch ihre persönlichen Arbeitskräfte nicht mehr aus, folglich werden *Lohnarbeiter* eingeführt, und mit der Lohnarbeit hält die reine Mehrwerthsaneignung ihren Einzug — finis Poloniae.

Man glaubt dieser Ausbeutungstendenz entgegenwirken zu können, indem man den Assoziationen verbietet, Lohnarbeiter zu beschäftigen. Allein diese Maßregel gehört bestenfalls in das Gebiet der frommen Wünsche.

Wenn die kapitalistische Unternehmung überhaupt keineswegs regelmäßig arbeitet, sondern, man möchte fast sagen in einer Wellenbewegung produzirt, des-

halb fortwährende Anziehung und Abstoßung von Arbeitskräften bedingt (Reservearmee), so ist dies um so mehr der Fall in der Landwirthschaft, in der sich die Arbeiten zu einer bestimmten Jahreszeit besonders stark zusammenballen, worauf dann stets eine längere Periode einer geringen Produktionsthätigkeit folgt. Es ist bekannt, daß kein landwirthschaftlicher Betrieb eine für die Erntezeit ausreichende Zahl von ständigen Arbeitern unterhalten kann, und daß für diese Zeit immer Taglöhner gemiethet werden müssen. Und eine Gemeinschaft kann auch nicht mehr Mitglieder haben, als wirklich das Jahr hindurch beschäftigt werden können — wenn sie sich rentiren soll; sie kann keinen Ballast von Mitgliedern mitschleppen. Und so wird sie zur Erntezeit zu demselben probaten Mittel der Lohnarbeit greifen müssen, wie jede kapitalistische Unternehmung, oder eine Rangstufe von zeitweiligen Mitgliedern mit beschränkten Rechten aufstellen müssen, was auf dasselbe hinauskommt. Man bedenke außerdem, wie der Ausfall der Ernte auf Zufluß und Abfluß von Arbeitskräften einwirken muß.

Und wie soll sich die Assoziation weiter entwickeln? Durch Aufnahme von neuen Mitgliedern? Allein, selbst in einer Assoziation von proletarischen Habenichtsen kann nur zu Anfang freie Mitgliederaufnahme stattfinden. Mit der Entwicklung der Assoziation entwickelt sich innerhalb derselben auch ein Vermögenstock, und mit Recht sagen dann die Mitglieder: „Unser Einkommen wird nunmehr nicht blos durch unsere Arbeit bedingt, sondern auch durch unser Vermögen, welches uns Arbeit gekostet hat. Wir fordern daher von jedem Neueintretenden, daß er nicht nur seine leeren Arbeitshände, sondern auch Vermögen mitbringt, wenn er an unserem Gewinn theilnehmen will, sonst möge er sich mit einem angemessenen Arbeitslohn begnügen. Dies ist nicht mehr als billig, zumal wenn man bedenkt, daß wir es waren, welche durch Energie und Ausdauer in der schlimmsten Zeit das Unternehmen aufrecht erhalten haben.“ Sic transit gloria mundi — aus einer Arbeitsvereinigung wird eine kapitalistische Unternehmung; angesammeltes Vermögen wird zu Kapital nach dem Gesetz der kapitalistischen Produktion.

Was kann unter solchen Umständen eine juristische Floskel helfen? Die Geschäftswelt kennt keine Ideologie. In dem Moment, wo die Assoziation die Möglichkeit erhält, sich durch Mehrwerthaneignung zu bereichern, wird sie es thun, und steht ihr irgend ein Paragraph ihrer Statuten dabei im Wege, so wird sie ihn ändern, und hindert sie irgend ein Staatsgesetz, so wird sie es umgehen, in unserem Falle z. B. dadurch, daß sie „Mitglieder“ aufnimmt unter besonderen Bedingungen. Man kann nicht auf rein juristischem Wege ökonomische Thatsachen bezw. die ökonomische Entwicklung annulliren.

So steht es mit der gemeinschaftlichen Bodenbebauung. Sie ist eine Unmöglichkeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wenn man an eine wirklich rationelle, allgemeine Durchführung derselben denkt; es ist aber auch unmöglich, dieselbe in Einzelfällen und bei der höchsten Anpassung an die gegebenen Verhältnisse in einem nur einigermaßen bedeutenden Umfange durchzuführen, und wo dies ausnahmsweise gelingt, schlägt der Kollektivismus in sein Gegentheil um, d. i. in kapitalistischen Privatbetrieb.

Wenn man aber von der gemeinschaftlichen Bodenbebauung absieht, so bleibt aus der ganzen Maßregel nur das Einzige übrig: Landeszutheilung an die einzelnen Bauernhöfe. Daß dieses zugetheilte Land im Gemeineigenthum gehalten werden soll, ändert nicht viel an der Sache. Wohl eröffnet das Gemeineigenthum die juristische Möglichkeit, das vertheilte Land wieder einzuziehen; allein wenn der Bauer einmal dieses Land eine Zeit lang in seinem Privatbesitz gehabt, wenn

er darauf gearbeitet, wenn er das Feld Jahre lang auf eigene Kosten gedüngt hat, wenn es zu einem unentbehrlichen Bestandtheil seiner Wirthschaft geworden ist, — dann wird die Wiedereinziehung des Landes, wenn auch juristisch noch vollkommen möglich, auf einen harten ökonomischen Widerstand stoßen.*

Wir sehen, die ganze Sache reduzirt sich auf einen ziemlich vulgären Vorschlag der bürgerlichen Oekonomie, auf den nur sozialistische Schminke dick aufgetragen worden ist.

Doch ist die Maßregel in dieser Gestalt wenigstens ökonomisch denkbar innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wenn auch die Frage übrig bleibt — cui bono? Wer hat den Vortheil davon? Besonders sozialistisch — cui bono?

Die Untersuchung dieser Frage gehört aber zu Punkt 2 unserer Betrachtungen, zu dem wir nunmehr übergehen. (Schluß folgt.)

Die Diamanten-Industrie in Amsterdam.

Von H. Polak.

Ueber Amsterdams und ganz gewiß über Hollands Grenzen hinaus ist von der Industrie, deren Name an der Spitze dieses Aufsatzes steht, sehr wenig bekannt. In Amsterdam selbst haben diejenigen, die nicht in irgend einer Weise mit der Sache in Zusammenhang stehen, kaum einen Begriff von der Thatsache, daß die Wohlfahrt der Stadt in hohem Maße von der Diamanten-Industrie abhängt, daß letztere ein hochwichtiger Faktor für die schon lange abnehmende Prosperität des „nordischen Venedig" ist und daß ihr Fall derselben den Todesstoß versetzen würde. Diese Unwissenheit herrscht auch bei den städtischen Behörden und der holländischen Regierung wie unter den repräsentativen Handelskörperschaften, Handelskammern ꝛc., was durch den vollständigen Mangel jeder Vorbeugungsmaßregel gegen den Verfall der Diamanten-Industrie Amsterdams erwiesen wird. Und doch ist diese Katastrophe, die seit einigen Jahren wie ein modernes Damoklesschwert über den 16 000 Diamantarbeitern geschwebt hat, im Begriff, hereinzubrechen. Den 100 000 Menschen, deren Existenz von dem Diamantenhandel abhängt, droht der Ruin; der Hunger starrt dieser Masse ganzer oder halber Proletarier ins Gesicht; Elend und Noth steigen drohend am Horizont auf.

Noch vor zwanzig Jahren konnte ein gewöhnlicher Arbeiter in der Diamanten-Industrie reich werden; noch vor sechs bis sieben Jahren gewährte dieser Industriezweig den meisten, wenn auch nicht allen seinen Arbeitern anständigen Lohn und eine behagliche Existenz. Und jetzt ... Armuth, Mangel, Elend, das Armenhaus und ein Armengrab, das ist Alles, was ihrer wartet.

---

* „In dem Falle, daß unsere Reformen verwirklicht werden sollten, so scheint es uns, daß dieser neugeschaffene Zustand die endgiltige sozialistische Umgestaltung mehr erleichtern würde, als der ländliche Kleinbesitz von heute" (Bericht der Sozialdemokratie Rumäniens an den Züricher Kongreß).

Das ist eben die Frage, ob es gelingen würde, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einen solchen neuen Zustand, d. h. kollektivistische Bewirthschaftung in der Gestalt von Ackerbau-Genossenschaften, zu schaffen? Die Reform, die verwirklicht werden kann, ist nur die Landeszutheilung, und diese würde keinen neuen Zustand schaffen, sondern im Gegentheil das stärkere Umsichgreifen und die zeitweilige Befestigung des Kleinbesitzes bedingen.

Wie konnte eine so große, so furchtbare Veränderung sich in einer verhältnißmäßig so kurzen Zeit vollziehen?

Folgende Zeilen werden, hoffe ich, auf diese Frage eine volle Antwort geben.

* * *

Ein kurzer Rückblick ist nothwendig, um zum richtigen Verständniß des gegenwärtigen Zustandes zu gelangen.

Jahrhunderte lang war Indien das einzige Land, wo Diamanten gefunden und geschliffen wurden. Um das Ende des siebzehnten Jahrhunderts wurden ungeschliffene Diamanten durch Kaufleute nach Brügge (Belgien) gebracht und die Kunst des Schleifens dort eingeführt. Lange Zeit hindurch wurde das Diamantenschleifen dort betrieben, aber als Brügge allmälig seinen Handel und seine Industrie verlor, die größtentheils auf Amsterdam übergingen, zog sich die Diamanten-Industrie ebenfalls dorthin. Am Anfang unseres Jahrhunderts war die Diamanten-Industrie in Amsterdam ziemlich blühend und lag merkwürdiger Weise gänzlich in den Händen der Juden. Damals gab es weder Manufakturen noch Mühlen dafür; die Arbeit wurde in Dachkammern der Privathäuser besorgt, die Triebkraft, die die Scheibe in Bewegung setzte, auf welcher der Diamant geschliffen wird, war ein Mensch, der ein großes Schwungrad drehte, und das muß eine furchtbare Arbeit gewesen sein, denn der Arbeiter, der dies zu besorgen hatte, mußte in Zeiten, wo es viel zu thun gab, achtzehn bis zwanzig Stunden das Rad drehen, ohne Unterbrechung. Um 1835 wurden einige sehr kleine Manufakturen errichtet, deren Maschinen durch Pferde angetrieben wurden, die im Kreise in einer Tretmühle herumgingen. Der erste Dampfbetrieb wurde 1847 errichtet und ihm folgten bald andere; in Folge dessen verschwanden die Dachkammerwerkstätten rasch und nach ihnen die durch Pferdekraft getriebenen Mühlen. Gegenwärtig existiren in Amsterdam 54 Dampfbetriebe, von denen mehrere 600—700 Arbeiter beschäftigen können, und die alle mit den neuesten technischen Hilfsmitteln ausgestattet sind.

Soviel über technische Einzelheiten, wir wollen jetzt die ökonomische Seite der Industrie näher ins Auge fassen.

Vom Beginn des vorigen Jahrhunderts an bis zum Jahre 1871 wurden in Brasilien ziemlich bedeutende Mengen Diamanten gefunden, dagegen nur noch kleinere Mengen in Britisch-Indien. Ungefähr 1860 fingen die Zufuhren aus Brasilien an, rapide abzunehmen, und Indien produzirte überhaupt keine Diamanten mehr. Die Folge war ein starker Niedergang der Amsterdamer Industrie, und der Zustand wurde immer schlimmer, als durch den Einfluß des amerikanischen Bürgerkrieges und der Kriege von 1864 und 1866 in Dänemark und Deutschland die Nachfrage nach Diamanten unter Null sank. Die meisten Diamantarbeiter wurden sechs Monate von zwölf arbeitslos; nur die allergeschicktesten konnten noch Arbeit finden, und selbst diese litten sehr unter der Arbeitslosigkeit. Schaaren von Diamantarbeitern verließen ihren Beruf und suchten auf andere Weise ihr Brot zu verdienen; es fanden sich keine Lehrlinge mehr dafür und es sah aus, als wäre die Diamantschleiferei ganz dem Untergang geweiht. Der deutsch-französische Krieg 1870 schien ihr den Gnadenstoß geben zu sollen. Aber als 1871 die Sache am schlimmsten stand, als die wenigen Diamantschleifer, die sich bei der Industrie gehalten hatten, geradezu am Verhungern waren, veränderte sich die Sachlage wie durch einen Zauberschlag. Der Handel mit Diamanten stieg wie ein Phönix aus der Asche, ein neuer Lebenshauch durchdrang den beinahe todten Körper und die Industrie stieg zu unerreichter Höhe empor. Die

Ursache dieses plötzlichen und unerwarteten Aufschwungs war die Entdeckung der wunderbar reichen Gruben in Griqualand-West in der Kapkolonie in Südafrika. Man hatte schon 1867 dort Diamanten gefunden, und sie waren auf der Pariser Weltausstellung desselben Jahres zu sehen gewesen. In Folge dessen gingen Hunderte von Abenteurern an das Kap der guten Hoffnung und machten sich an die Arbeit, um Reichthümer zu gewinnen; aber das Ergebniß dieses unwissenschaftlichen Grabens im Schlamm an den Ufern des Vaal- und Orange-Flusses blieb sehr dürftig. Im November 1870 wurden nun aber die Kimberley- und De Beer-Gruben entdeckt, und das Produkt derselben mit demjenigen später entdeckter Gruben war so enorm, daß die Menge der in Amsterdam geschliffenen Diamanten, die vor 1871 80 000 Karat (4800 Karat = 1 Kilogr.) im Jahr niemals überschritten hatte, in wenigen Jahren 4 000 000 Karat jährlich erreichte. Diese Fluthwelle von Edelsteinen brachte allen feiernden Arbeitskräften der Diamanten-Industrie Amsterdams Beschäftigung. Schon im Winter 1871 und Frühling 1872 hatte man genug zu thun, aber als die Welt nach der Erschütterung des deutsch-französischen Krieges wieder ins Gleichgewicht gekommen war, entstand, namentlich in Amerika und Rußland, eine lebhafte Nachfrage nach Diamanten. Das Rohmaterial war reichlich genug vorhanden, aber die Arbeitskräfte für das Spalten, Zersägen und Schleifen fehlten. Zu jener Zeit fand das so seltene ökonomische Wunder einer das Angebot um das Zehnfache übersteigenden Nachfrage nach Arbeitern in Amsterdam statt. Es gab Arbeit für genau zehnmal soviel Arbeiter als vorhanden waren. Die Arbeiter bemerkten rasch ihren Vortheil und gedachten des Sprichworts: „Man muß das Heu einfahren, so lange die Sonne scheint"; sie erhöhten daher ihre Lohnforderungen von Woche zu Woche, bis dieselben eine wahrhaft fabelhafte Höhe erreicht hatten. Die Unternehmer aber waren gezwungen, diese unglaublichen Löhne zu zahlen, wenn sie ihr Material überhaupt bearbeitet haben wollten. Es kam sogar häufig vor, daß Unternehmer ihren Arbeitern Geldgeschenke boten, auch Wein und andere Dinge, damit sie *ihre* Arbeit vor derjenigen anderer Fabrikanten ausführen möchten. Es muß nämlich bemerkt werden, daß Diamantschleifer häufig für mehrere Fabrikanten zugleich arbeiten. Wochenlöhne von 600—700 Gulden für Schleifer und Zersäger und 1000 Gulden für Spalter waren damals, so seltsam es den Lesern der „Neuen Zeit" auch erscheinen mag, durchaus nichts ungewöhnliches, sondern ganz alltäglich.

Es kann nicht überraschen, wenn man erfährt, daß diese Leute, die sich urplötzlich von einem Goldregen überfluthet sahen, nachdem sie Entbehrung und Noth aller Art erduldet hatten, nun anfingen, dies leicht verdiente Gut in leichtsinnigster Weise zu verschwenden. Sie setzten die besten Schneider, Schneiderinnen und Putzmacherinnen der Stadt in Nahrung, wurden „Habitués" der Oper und des Schauspiels, kauften Alles, was ihnen gefiel, zu fabelhaften Preisen und dachten keinen Augenblick daran, daß ihr Wohlstand einmal abnehmen, ja ganz aufhören könne.

Jene früheren Diamantarbeiter, die in den schlechten Zeiten andere Arbeit gesucht hatten, kehrten jetzt eiligst zurück wie der verlorene Sohn. Sie wußten ja, daß das gemästete Kalb ihrer harrte, ein Bewußtsein, das sie vor ihrem Vorgänger im Gleichniß voraus hatten. Kinder, kaum so alt, daß sie die Elementarschule verlassen konnten, wurden zu Hunderten auf einmal ins Handwerk gesteckt, und selbst Erwachsene verschmähten es häufig nicht, sich bei Diamantarbeitern in die Lehre zu geben.

Durch diese Verhältnisse war die Zahl der Diamantarbeiter, namentlich der Schleifer, bedeutend angewachsen, wenn auch noch nicht so, daß dadurch ein

Fallen der Löhne bewirkt worden wäre. Nun dachten aber die meisten Arbeiter in ihrem wahnsinnigen Taumel nicht an die Gefahr, welche ihnen aus dieser fortwährenden Zunahme der Diamantarbeiter unabweislich erwachsen mußte. Indessen fanden sich in der Menge doch einige vorsorgliche Männer, die es klar vor Augen sahen, was kommen mußte, wenn es nicht gelang, der Sorglosigkeit ein Ende zu machen. Sie vereinigten sich also, um eine Gewerkschaft zu organisiren, und nach bedeutenden Schwierigkeiten gelang es auch, eine solche auf die Beine zu bringen. Der Verein umfaßte beinahe alle damaligen Schleifer (die Zersäger hatten eine gesonderte Organisation und die Spalter organisirten sich überhaupt nicht), er traf verschiedene Maßregeln, um zu verhindern, daß Kinder und Erwachsene ins Handwerk aufgenommen würden (welche Maßregeln sich als nutzlos erwiesen) und untersagte seinen Mitgliedern, für geringere Löhne, als vom Verein bestimmt waren, zu arbeiten. So richtig dies Alles schien, nützte es dennoch nichts. Die Einschränkungsbestimmungen für Lehrlinge wurden umgangen, und war Einer auf einen Anderen eifersüchtig, der vielleicht zehn Gulden wöchentlich mehr verdiente, dann ging er zum Unternehmer und erbot sich, die Arbeit für etwas geringeren Lohn zu thun. Da inzwischen die Arbeitskräfte genügend zahlreich geworden waren, gingen die Unternehmer gern darauf ein, und so wurde der erste Schritt zur Vernichtung der Gewerkschaft gethan. Es wurde schlimmer und schlimmer. Hunderte und Hunderte ergriffen jährlich den Beruf, die Löhne sanken immer mehr, boten aber noch eine annehmbare Existenz, bis 1889 der erste „Krach" eintrat, dem mehrere andere folgten. Seitdem wurden die Aussichten jener Industrie immer düsterer, und heute scheint es, als sollte sie gänzlich aus Amsterdam verschwinden. Und dieser traurige Zustand kommt nicht — wenigstens nicht direkt — von dem Mangel an Solidarität der Arbeiter, sondern von jenem finanziellen, kommerziellen und industriellen Raubmechanismus, der ein so hervorragendes Merkmal unserer Zeit ist und der den langsamen, aber sicheren Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise anzeigt: dem Kartell. Unserer einst so blühenden Industrie wird der Lebenssaft von einem dieser modernen Vampyre ausgesogen, von der „De Beers Diamond Mining Company" (De Beers Diamantgruben-Gesellschaft).

* * *

Wir haben oben gesehen, daß nach der Entdeckung von Diamanten im Boden Südafrikas das Graben nach jenen kostbaren Steinen eine Zeit lang ganz ungeordnet und ohne technische Kenntnisse ausgeführt wurde. Dieser Zustand der Anarchie dauerte von 1867 bis 1874. In jenem Jahre wurden drei Gesellschaften zur Ausbeutung ebensovieler Gruben konstituirt, nämlich der „Du Toits Pan"-, „De Beers"- und „Kimberley"-Gruben. Die Gruben von „Bultfontein" wurden ebenfalls einer Gesellschaft übertragen. Im Laufe der folgenden Jahre wurden noch mehrere Gesellschaften gegründet, die alle die Gruben der Privatunternehmer übernahmen. Die bedeutendste dieser Gesellschaften wurde die „De Beers", die ursprünglich nur den Grund und Boden eines Farmers De Beer in Besitz hatte, daher der Name der Kompagnie. Die Direktoren derselben waren praktische, schlaue und arbeitsame Männer (vielleicht hatten sie auch noch andere, weniger lobenswerthe Eigenschaften), daher brachten sie sehr bald andere Gruben in ihren Besitz, theils durch Kauf, theils durch Pacht oder Kontrakte für deren alleinige Ausbeutung.

Bevor wir untersuchen, wie die „De Beers Company" ihre Macht aufrecht hält, müssen wir einen Blick auf den Umfang dieses mächtigen Syndikats werfen.

ab, so nimmt man der Assoziation ihre sämmtlichen produktiven Vorzüge. Denn, obzwar der besitzlose Arbeiter in der Assoziation fleißiger arbeitet als in der kapitalistischen Unternehmung, so wird doch der Kleinbauer auf seinem eigenen kleinen Gute intensiver arbeiten als in der Gemeinschaft, weil sein persönliches Interesse im ersten Falle viel mehr in den Vordergrund tritt. Ueberhaupt muß dem Bauern eine solche Produktivgemeinschaft nur als lästige Bürde erscheinen, als wunderſames Anhängsel zum zugetheilten Lande, das von den unkundigen Stadtleuten aus reiner Laune ihm zum Aerger gemacht wurde, währenddem dieses Land doch so gut zur Vergrößerung seines Parzellenackers gebraucht werden könnte.

Sollten solche Assoziationen zu Stande gebracht werden, so werden die meisten sehr schnell zu Grunde gehen, die wenigen überlebenden aber werden, gerade so wie die industriellen Produktiv-Assoziationen, kapitalistisch ausarten. Es ist nicht schwer, das Entwicklungsschema einer Bodenbebauungs-Assoziation darzustellen. Sie wird gegründet und trägt schon bei ihrer Gründung eine Ungleichheit in sich, indem sie aus Kleinbauern besteht, deren Besitzthum, folglich auch deren Antheilnahme an der Assoziation verschieden ist; oder, wenn dies künstlich vermieden wird dadurch etwa, daß man jeden mit einem gleichen Beitrag in die Gemeinschaft eintreten läßt, so bleibt doch eine wirthschaftliche Ungleichheit bestehen, wenn auch außerhalb der Assoziation, so doch aber unter ihren Mitgliedern. Waarenproduzirend ist die Assoziation von vornherein; daher unterliegt sie den Gesetzen der Konkurrenz, folglich auch den Schwankungen des kapitalistischen Erwerbs. Es giebt gute Zeiten und schlimme Zeiten, in der Landwirthschaft bekanntlich noch viel mehr als in anderen Produktionszweigen, weil der Produktionsertrag, die Ernte, von den Witterungsverhältnissen abhängt (dabei kommt nicht nur die eigene Ernte in Betracht, sondern der Ernteausfall der ganzen Welt). Die Wirkung der guten und schlechten Zeiten wird nun ungleich sein gegenüber den wirthschaftlich ungleich situirten Mitgliedern der Assoziation. Während aber die guten Zeiten nur ungleich bereichern, werden die schlimmen Zeiten das weniger besitzende bezw. mehr verschuldete Mitglied unserer Produktivgemeinschaft zum Ruin führen, während sich der Stärkere noch aufrecht hält. Ein Theil der Mitglieder wird also bei jedem solchen Fall ausscheiden, d. h. in unserer Produktiv-Assoziation wird die kapitalistische Tendenz der Massenproletarisirung sich ebenso gut geltend machen, wie in der Bauernschaft im Allgemeinen. Es verbleibt ein Häuflein von ökonomisch Stärkeren, die jetzt freilich desto mehr Spielraum zur weiteren Entwicklung erhalten. Gehen die Geschäfte ferner gut, so werden diese glücklichen Wenigen die Produktion erweitern: sie werden nunmehr aus den eigenen Mitteln der Assoziation Land aufkaufen, Maschinen und eine bessere Betriebstechnik einführen, sie werden schließlich an den reinen Ackerbau die übrigen Produktionsarten der Landwirthschaft anknüpfen, sogar industrielle Nebenbetriebe einrichten. Das Alles werden sie thun müssen — unter dem Einfluß der Konkurrenz, unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktionsentwicklung. Mit dem allmäligen Wachsthum ihrer produktiven Thätigkeit reichen aber auch ihre persönlichen Arbeitskräfte nicht mehr aus, folglich werden Lohnarbeiter eingeführt, und mit der Lohnarbeit hält die reine Mehrwerthsaneignung ihren Einzug — finis Poloniae.

Man glaubt dieser Ausbeutungstendenz entgegenwirken zu können, indem man den Assoziationen verbietet, Lohnarbeiter zu beschäftigen. Allein diese Maßregel gehört bestenfalls in das Gebiet der frommen Wünsche.

Wenn die kapitalistische Unternehmung überhaupt keineswegs regelmäßig arbeitet, sondern, man möchte fast sagen in einer Wellenbewegung produzirt, des-

begannen die Folgen des Krachs zu schwinden und das Geschäft begann wieder aufzuleben. Die „De Beers Company" aber traf sofort Maßregeln, um einer Wiederkehr der Katastrophe von 1889 vorzubeugen. Diese Maßregeln waren folgende:

1) Die Gruben „Bultfontein" und „Du Toits Pan" zu schließen und in den „Wesselton"- und „Koffifontein"-Gruben mit der Hälfte der gewöhnlichen Arbeiterzahl zu arbeiten, um den Vorrath an Rohdiamanten auf die Hälfte der sonstigen Menge zu reduziren und dadurch im Stande zu sein, die Preise hoch zu erhalten.

2) Die Regierung der Kapkolonie zu ersuchen, den Strafgefangenen zu gestatten, in den Gruben zu arbeiten. (Welche Bitte natürlich gewährt wurde.)

Diese Maßregeln machten die sofortige Entlassung von mehr als der Hälfte der in den Gruben, Komptoirs u. s. w. beschäftigten Leute nothwendig, und als nun die Zuchthäusler kamen, um die Arbeit der „freien" Männer zu thun, wurde auch noch der übrige Rest fast ganz entlassen. Wie die Dinge in Kimberley aussahen, kann man sich vorstellen. Allgemeines Elend herrschte in der Stadt, die wenige Monate früher in blühenden Verhältnissen gewesen war und jetzt ein Bild der Armuth, Vernachlässigung und Verzweiflung bot. Der Gemeinderath von Kimberley, der nicht mehr aus noch ein wußte und vollständig außer Stande war, der in erschreckendem Maße zunehmenden Noth zu steuern, sandte eine Bittschrift an die Kolonialregierung, worin folgende Maßregeln erbeten wurden:

1) Die Regierung möge die „Wesselton"-Grube ankaufen und ausbeuten.

2) Die Regierung möge die „De Beers Company" zwingen, die „Bultfontein"- und „Du Toits Pan"-Gruben wieder in Betrieb zu setzen.

3) Die Gefangenenarbeit möge aufhören und die Gruben wieder von freien Arbeitern bearbeitet werden.

Die Antwort der Regierung auf diese vernünftigen Bitten ist charakteristisch. Sie lautet wie folgt:

In Betreff des ersten Punktes: Die Kaufsumme für die „Wesselton"-Grube wird eine sehr hohe sein, und wenn die Regierung dieselbe kaufen und betreiben sollte, würde sie sich gegen die schärfste Konkurrenz der anderen Grubenbesitzer zu halten haben, und die Grube würde wahrscheinlich nicht genug abwerfen, um die Betriebskosten zu decken.

In Betreff des zweiten Punktes: Wenn die „De Beers Company" gezwungen würde, die „Bultfontein"- und „Du Toits Pan"-Gruben wieder in Betrieb zu setzen, würde sie dadurch schweren Verlust erleiden, vielleicht vollständigem Ruin entgegengehen.

In Betreff des dritten Punktes: Wenn die Regierung die Arbeit der Gefangenen in den Gruben untersagen sollte, so würde dies für das Staatsbudget einen Verlust von 25 000 Pfund Sterling jährlich bedeuten. (Dies ist die Summe, welche die „De Beers Company" jährlich zahlt.)

Die innigen Beziehungen zwischen dem Staat und dem Kapital, wenn es sich darum handelt, Riesenprofite auf Kosten von Tausenden von Arbeitern zu machen, könnten nicht besser mit kurzen Worten ausgesprochen werden als in dieser Antwort der Kapregierung an die Gemeinde Kimberley. Diese Antwort ist typisch für die Macht, welche das Großkapital über alle Dinge ausübt. Die Regierung weigert sich, eine große Summe für den Ankauf einer Grube zum allgemeinen Wohl auszugeben, aber keine einzige Regierung zögert auch nur einen Augenblick, Millionen über Millionen für Heere, Marine, Festungswerke auszugeben, die Keinem zum Wohl, aber Allen zum Ruin verhelfen.

Und so herrscht „De Beers Company" unumschränkt; Armuth und Tod bringt sie Südafrika sowohl wie Amsterdam und ebenso allen Orten, wo Diamanten geschliffen werden. Sie hat die Zufuhr von Rohdiamanten auf die Hälfte der Menge reduzirt, die bisher produzirt wurde.

Dadurch hat natürlich die Hälfte der Diamantschleifer ihre Arbeit völlig verloren, und das sind in Amsterdam allein 8000 Mann, die nie wieder gebraucht werden. Die andere Hälfte ist aber zum großen Theil arbeitslos und zwar

1) durch den unheilvollen Einfluß des Mißerfolges der Chicagoer Ausstellung;
2) durch den traurigen Zustand der südamerikanischen Republiken, namentlich Brasilien und Argentinien; und endlich
3) besonders durch die Silberkrisis in den Vereinigten Staaten.

Diese Verhältnisse zusammen sind die Ursache, weshalb zwei Drittel der noch übrigen 8000 Diamantschleifer sieben bis acht Monate feiern mußten, ohne die leiseste Hoffnung, auch nur in fernerer Zukunft wieder Arbeit zu bekommen. Diese Verhältnisse haben auch den Ruin einer Menge Fabrikanten verursacht, namentlich der kleineren Unternehmer, sowie einen allgemeinen Niedergang des Handels in Amsterdam, unter dem Jeder zu leiden hat, der die Bevölkerung mit den nothwendigen Lebensmitteln oder Luxusprodukten versorgt.

Und jetzt steigt noch die schwerste Wolke an dem schon so düsteren Horizont der Diamantarbeiter herauf. Dies ist der Gesetzesvorschlag, der jetzt dem Kongreß der Vereinigten Staaten vorliegt und der vorschlägt, den Zoll auf geschliffene Diamanten von 10 Prozent auf 30 Prozent ihres Werthes zu erhöhen. Die Vereinigten Staaten sind der bedeutendste Käufer auf dem Amsterdamer Markt. Die amerikanischen Händler kommen ganz regelmäßig dahin, um ihre Einkäufe zu machen; allein wenn dieser Gesetzentwurf beim Kongreß und Senat durchgeht, wird es diesen Kaufleuten unmöglich gemacht, Diamanten aus Holland zu importiren; sie werden ihre Waaren in ihrem eigenen Lande bearbeiten müssen, was selbstverständlich das Ende jener Industrie in Amsterdam bedeuten würde. Die holländischen Arbeiter indessen werden nicht nach Amerika auswandern können, denn dort braucht man sie nicht; wenigstens nicht in irgend nennenswerthem Maß, denn vor Kurzem ist eine Maschine erfunden worden, die augenblicklich schon verbessert wird und welche die ganze Arbeit des Sägens und mehr als die Hälfte der Arbeit des Schleifens besorgt.

In dieser Lage befindet sich jetzt die Diamanten-Industrie Amsterdams. Tausende von hohlwangigen, hohläugigen, abgemagerten Männern wandern täglich durch die Straßen; verzweifelnde Frauen sitzen in den einst freundlichen Häusern; halb verhungerte Kinder irren in den schmutzigen Gassen herum. Aus Tausenden hagerer Gesichter starren Verzweiflung, Noth und Elend, und die Bourgeoisie ist total unfähig, irgend etwas gegen diesen entsetzlichen Zustand zu thun, den sie selbst geschaffen hat; sie kann nur einige dürftige Almosen geben, die nicht für den zwanzigsten Theil der nothleidenden Familien ausreichen. Was daraus werden soll, weiß Niemand.

Allein wir Sozialdemokraten, wir fürchten einen verfrühten Ausbruch der rachedurstigen Leidenschaften, die in den Herzen jener elenden Menschen schlummern. Aber gleichzeitig sehen wir in diesen Verhältnissen einen neuen Beweis dafür, mit welch unfehlbarer Sicherheit die kapitalistische Produktionsweise ihrem Untergang entgegengeht und wie machtlos die herrschenden Mächte diesem Zersetzungsprozeß gegenüber sind.

Lewis H. Morgan.*

Lewis Henry Morgan wurde am 21. November 1818 in der Ortschaft Aurora, New York, geboren. Seines Vaters Ahnen stammten in direkter Linie durch acht Generationen von James Morgan ab, welcher sich 1646 in Roxbury, Massachusetts, niederließ, und seine Mutter führte ihre Abkunft auf John Steel zurück, der sich 1641 in Newton, jetzt Cambridge, ansiedelte. Die Familie hat mehr als zwei Jahrhunderte in den New England Staaten gelebt.

Im Jahre 1840, als er 21 Jahre alt war, absolvirte der junge Morgan das Union College und dann studirte er vier Jahre lang Jurisprudenz. Während dieser Zeit schrieb er gelegentlich Artikel für den „Knickerbocker" und andere Zeitschriften. Als er von der Universität nach Aurora zurückgekehrt war, schloß er sich einer geheimen Organisation junger Männer an, welcher Umstand auf seine spätere Laufbahn von großem Einfluß gewesen ist. Diese Organisation hatte keinerlei bestimmten Zweck und der junge Morgan konnte ihr, so wie sie war, kein Interesse abgewinnen, aber er sann, nachdem er sich angeschlossen hatte, auf Mittel, um ihr eine größere Ausdehnung und größeren Einfluß zu verschaffen. Er erreichte das durch eine Reorganisirung und Neubildung einer Vereinigung, welche „The Grand Order of Iroquois" genannt wurde. Dieselbe war dem Vorbild der Indianerstämme nachgeahmt, sollte sich über das gesammte Gebiet der Irokesen, der Ureinwohner jener Gegend, erstrecken und war eingetheilt in Nationen und letztere wiederum in Gentes oder Stämme. Um der neuen Organisation dieselbe Form zu geben, wie der Irokesen-Bund sie hatte, begab sich der junge Morgan unter die Indianer des Staates New York, um deren Regierung und soziale Organisation zu studiren und bald waren er und viele andere Gründer des neuen Ordens mit diesem Studium eifrig beschäftigt. Eine Anzahl der Männer, welche sich an der Gründung des Ordens betheiligten, haben sich späterhin zu hervorragenden Stellungen im amerikanischen Volke emporgeschwungen, wie denn auch Morgan 1861 in die New Yorker Assembly und sieben Jahre später in den Senat desselben Staates gewählt wurde.

Der Orden, dem Morgan und seine Kameraden angehörten, scheint eine Zeitlang westlich vom Hudson River florirt zu haben und ist sehr populär gewesen. Seine Zeremonien waren bilderreich und anziehend. Die Versammlungen des Ordens wurden „Councils" genannt und fanden in den Wäldern statt. Der Grand Council wurde nächtlicher Weile in einem Walde nahe Aurora beim Schein großer Holzfeuer abgehalten, und die Sachems und Häuptlinge trugen Indianerkleider und Adlerfedern. Es war eine Art wilder Sport, welchem die jungen Leute sich mit großem Vergnügen ergaben.

Aber als Morgan und seine jungen Genossen älter wurden, sahen sie ein, daß die Organisation, welche sie gegründet hatten, einfach eine Spielerei sei und sie lösten sie deshalb auf. Die Entdeckungen, welche Morgan bei Beobachtung der Indianer gemacht hatte, waren jedoch von solcher Wichtigkeit und von solchem Interesse, daß er in seinen Untersuchungen fortfuhr und, um eine genaue Kenntniß

* Wir entnehmen diese Biographie des großen amerikanischen Gelehrten, der unabhängig von Marx und auf anderem Wege als dieser die materialistische Geschichtsauffassung entdeckte und der Erforschung der Urgeschichte der Gesellschaft eine neue Bahn eröffnete (vergl. die Vorrede von F. Engels zu dessen „Ursprung der Familie" ꝛc.), dem trefflich redigirten „Pionier", dem im Verlage der „New Yorker Volkszeitung" erschienenen Volkskalender für 1894. Es ist unseres Wissens die einzige Biographie Morgan's, die bisher erschienen ist.

des häuslichen Lebens und der Sitten und Gebräuche der Indianer und ihrer sozialen und politischen Organisation zu erhalten, lebte er längere Zeit unter ihnen und wurde mit ihnen so vertraut, daß eine Gens der Senecas ihn förmlich adoptirte.

Im Jahre 1847 veröffentlichte Morgan unter dem Namen Skenandoah eine Reihe Artikel in der „North American Review" über die Irokesen (Letters on the Iroquois by Skenandoah).

Seine Untersuchungen nahmen ihn indessen so sehr in Anspruch, daß er darüber seine Praxis als Rechtsanwalt, die er gleichzeitig betrieb, vernachlässigte. Er beschloß deshalb, das gesammelte Material, welches er zu einem größeren Werk verarbeiten wollte, zu veröffentlichen und dann seine Praxis ernstlich wieder aufzunehmen. „Die Liga der Irokesen" (The Ligue of the Iroquois) wurde 1851 von ihm veröffentlicht, eine Arbeit, die eine sorgfältige und erschöpfende Beschreibung der sozialen Organisation und Regierung dieses wunderbaren Bundes giebt. Das Buch enthält die erste wissenschaftliche Beschreibung eines Indianerstammes, außerdem interessante Berichte über das tägliche Leben, die Gebräuche und den Aberglauben dieser Indianer.

Dieses Werk hat das Verdienst, zuerst auf die organischen Einheiten hingewiesen zu haben, aus denen die Regierung und Organisation der Irokesen bestand, obwohl er noch ihre Konföderation eine „Liga", den Stamm eine „Nation" und die Gens einen „Stamm" nannte. In gleicher Weise erkannte er in der Verwandtschaftlichkeit das Band des sozialen Zusammenlebens.

Im Jahre 1856 wohnte Morgan in Albany einer Konvention der American Association for the Advancement of Science bei und hielt dabei einen Vortrag über das „Gesetz der Abstammung bei den Irokesen". Der Vortrag erregte großes Interesse für diesen Gegenstand und mehrere hervorragende Mitglieder der Assoziation drangen in Morgan, er solle seine Studien auf diesem Gebiet fortsetzen. Besonders waren es die Professoren Henry und Agassiz, welche Morgan die Wichtigkeit der Sache vorstellten, und so ließ er sich denn bewegen, weitere Studien auf diesem Gebiete zu machen, jedoch so, daß sie ihn in seinem Broterwerb nicht hinderten.

Im Jahre 1858 befand er sich in Marquette, wo ein Anzahl Ojibwa-Indianer ihre Zelte aufgeschlagen hatten. Er begab sich zu ihnen und einer der Männer machte ihm detaillirte Angaben über das Verwandtschaftssystem der Ojibwa, theilte ihm eine Liste der Gentes mit und setzte ihm die Organisation des Stammes auseinander, welche nahezu identisch mit derjenigen der Irokesen war. Das war eine Ueberraschung für Morgan, denn bis dahin hatte er geglaubt, daß der Irokesenbund eine alleinstehende Anomalie bilde. Aber hier waren Gesellschaft und Verwaltung in derselben Weise gegliedert, obwohl die sprachlichen Bezeichnungen durchaus verschieden waren. Er hatte also die charakteristischen Merkmale der Stammesorganisation bei zwei durchaus verschiedenen Indianerstämmen Nordamerikas entdeckt und da er hieraus schloß, daß das System sich noch weiter erstrecken werde, machte er sich daran, seine Forschungen bei anderen Stämmen fortzusetzen.

Bei seiner Rückkehr nach Rochester, wo er sich niedergelassen, fand er in „Rigg's Dakota Grammatik und Wörterbuch", das soeben vom Smithsonian Institut veröffentlicht worden war, in den Definitionen der Beziehungen für das Verwandtschaftssystem Beweise für die Identität desselben in verschiedenen Stämmen. Deshalb verglich er das englische und römische System, wie Blackstone und die Pandekten des Justinian dieselben beschreiben und entwarf Fragebogen über die Verwandtschaftssysteme, die unter Missionäre, Lehrer, Jäger, Händler und Andere

welche mit Wilden zu verkehren pflegen, vertheilt, von ihnen ausgefüllt und an Morgan zurückgesandt werden sollten.

Zu jener Zeit begann Professor Henry sich für die Arbeiten Morgan's lebhaft zu interessiren, besonders für seine Fragebogen, welche mit Hilfe des Smithsonian Institut und des damaligen Staatssekretärs, des Generals Caß, in der ganzen Welt verbreitet worden waren.

Anfänglich war Morgan sehr enttäuscht von den geringen Resultaten, die das Aussenden seiner Fragebogen ergab. Die Sache war neu und kam den Leuten, welche die in den Formularen gestellten Fragen beantworten sollten, ungewohnt vor. Sie waren sich der Tragweite und des Werthes dieser Untersuchung nicht bewußt. Er beschloß deshalb, persönliche Nachforschungen anzustellen, und so machte er denn im Jahre 1859 eine Reise durch Kansas und Nebraska. Im nächsten Jahre wiederholte er dieselbe und kam den Missouri River weit hinauf. Dann unternahm er 1861 eine Expedition nach der Hudson-Bay und dem Winnipegsee, und besuchte 1862 Fort Benton und das Felsengebirge. Allenthalben erkundigte er sich bei den Indianern durch zuverlässige Dolmetscher nach ihren Gebräuchen und Ueberlieferungen und sammelte auf diese Weise wissenschaftlich und anthropologisch höchst werthvolles Material.

Dann aber trafen auch aus allen Erdtheilen ausgefüllte Formulare bei ihm ein und seine Korrespondenz wuchs zu außerordentlichen Dimensionen an. Er brauchte Jahre, um dieses Material zu sichten und systematisch zusammenzustellen, bis es vom Smithsonian Institut unter dem Titel „Systeme der Blutsverwandtschaft und Wahlverwandtschaft der menschlichen Familie" (The Systems of consanguinity and affinity of the human family) in Washington 1871 veröffentlicht wurde. Das Buch umfaßt 600 Seiten und kann als ein Muster sorgfältigen Studiums und erschöpfender Arbeit gelten. Die Verwandtschafts-Systeme von 80 nordamerikanischen Stämmen, sowie die einer großen Anzahl der hauptsächlichsten Nationen und Stämme der alten Welt und der Inselgruppen Polynesiens werden durch die Morgan'schen Tabellen eingehend dargestellt.

Das Buch bezeichnet den Beginn einer wichtigen Epoche der anthropologischen Forschungen. „Indem Morgan, von den Verwandtschafts-Systemen ausgehend, die ihnen entsprechenden Familienformen wieder konstruirte, eröffnete er einen neuen Forschungsweg und weiter reichenden Rückblick in die Vorgeschichte der Menschheit, als er bis dahin bestanden" (Engels, a. a. O., 4. Aufl., S. XIX).

Während der ersten Jahre, in welchen Morgan an dem Werke „Systeme der Blutsverwandtschaft und Wahlverwandtschaft" arbeitete, hatte er nicht nur eine ausgedehnte Advokatenpraxis, sondern er beschäftigte sich auch mit Eisenbahnunternehmungen in Michigan. Die letzteren nöthigten ihn häufig, die Urwälder am Lake Superior zu besuchen, wo er sich vorübergehend mit einer Beobachtung des Lebens und der Gewohnheiten des Bibers beschäftigte. Er veröffentlichte in Folge dessen ein Buch, betitelt „Der amerikanische Biber und seine Arbeiten" (The american beaver and his works).* In der Vorrede zu diesem Buche beschreibt Morgan die Umstände, unter welchen er diesen Beobachtungen oblag, folgendermaßen:

„Als einer der ersten Begründer dieses Unternehmens und als Direktor und Aktionär der Eisenbahngesellschaft kam ich zuerst im Jahre 1855 nach Marquette und dann fast jeden Sommer, bis zur gegenwärtigen Zeit. Als die Bahn bis zu den Eisenminen vollendet war, konnte ich der Versuchung des

* Es erschien, wenn wir nicht irren, 1865. Die Redaktion der „Neuen Zeit".

Forellenfanges nicht widerstehen, zu welchem die vielen in dortiger Gegend befindlichen Gewässer vielfache Gelegenheit boten. Mein Freund Gilbert D. Johnson, Superintendent der Lake Superior Mine, hatte am Carp und Esconauba River Bootstationen etablirt, und ihm verdanke ich nicht nur denkwürdige Erfahrungen im Forellenfang, sondern auch die Beobachtung der Arbeiten des Bibers, welche diese Gewässer bevölkerten und dieselben mit ihren Dämmen durchzogen, über welche wir unsere Boote heben mußten, um vorwärts kommen zu können. Die große Anzahl und ihre gewaltigen Dimensionen konnten nicht verfehlen, das Interesse eines jeden Beobachters zu fesseln. In der Einsamkeit der Wildniß aufgebaut, hatten sie gewiß seit Jahrhunderten existirt und der Landschaft ein charakteristisches Gepräge gegeben. Sie erinnerten lebhaft an die fleißige und unermüdliche Arbeit der Menschen. An den Ufern der Gewässer befanden sich allenthalben Biberwiesen, gebildet durch die Ueberfluthungen, welche die Dämme verursacht hatten. Die von den Thieren vernichteten Bäume, welche allenthalben umherlagen, die ausgegrabenen Kanäle, Löcher und Höhlen boten einen in jeder Beziehung fesselnden Anblick, so daß ich mich mit ihrem Studium bald mehr beschäftigte, als mit dem Forellenfang. Im Jahre 1861 hatte ich die Red River Ansiedelung im Territorium der Hudson Bay zu besuchen und 1862 befand ich mich am Missouri River und im Felsengebirge, wobei ich Gelegenheit hatte, die Arbeit des Bibers jener Gegenden mit derjenigen des Bibers vom Lake Superior zu vergleichen. Anfangs hatte ich nicht beabsichtigt, den Gegenstand weiter zu verfolgen, aber mein Interesse war erwacht und ich fuhr fort, Material zu sammeln, bis ich dasselbe für vollständig genug hielt, um es zu veröffentlichen. Ich mag mich in dieser Annahme getäuscht haben, aber ich weiß so viel, daß kein anderes Thier mich jemals wieder so fesseln wird, wie es der Biber gethan hat. Meine ungezügelte Neugier hat mich übrigens eine Menge Zeit und Arbeit gekostet."

Morgan's Forschungen unter den nordamerikanischen Indianerstämmen dehnten sich überhaupt auf eine Menge von Gegenständen aus, welche in dem vom Smithsonian Institut veröffentlichten Werke nicht erwähnt sind. Sie wurden indessen in einer Artikelreihe der „North American Review" publizirt. Der erste dieser Artikel, welcher 1869 erschien, war „Die sieben Städte von Cibola" betitelt und führte aus, daß die Ruinen von Chaco in Neu-Mexiko die Ueberbleibsel der von den alten spanischen Reisenden beschriebenen sogenannten Städte sind. Nebenbei enthält der Artikel auch eine sorgfältige Beschreibung der Architektur der Pueblo-Indianer, sowie ihrer Beziehungen zum Leben der Wilden und einen Vergleich mit der Architektur der Mexikaner; es wird darin auch gesagt, daß die in Mexiko von den Spaniern entdeckten Gebäude thatsächlich nichts Anderes als Pueblos oder gemeinschaftliche Wohnhäuser waren, aber für Paläste von Kaisern, bewohnt von ihrem Hofstaat und ihren Sklaven, gehalten wurden. Der Artikel schließt folgendermaßen:

„Wenn den romantischen Beschreibungen der Entdeckung und Eroberung Mexikos, welche einen so tiefen Eindruck auf die Schriftsteller des 16. und 17. Jahrhunderts gemacht und noch jetzt ihren Einfluß nicht verloren haben, erst einmal von unserer sich fortwährend mehrenden Kenntniß des Charakters, der Kunst und der Einrichtungen der Indianer, ihr sagenhaftes Kleid abgestreift sein wird, werden wir im Stande sein, aus dem existirenden Material eine rationelle Geschichte dieses interessanten Volkes zu rekonstruiren. Und wenn der Verfasser des Buches, wer immer er auch sein mag, sein Werk „Geschichte der aztekischen Föderation" betiteln und, nach einer Erläuterung der politischen Beziehungen der drei Nationen, aus welchen sie bestand, und der Funktionen des sie regierenden

Konziliums, Montezuma als den Oberhäuptling der Azteken, eines der drei verbündeten Völker, darstellen will, wird der Leser mit einem einigermaßen klaren Eindruck die Lektüre des Buches beginnen können. Er wird der Wahrheit keinen Zwang anthun, wenn die großen Herrscher mit vielen Vasallen und großen Erbgütern und die kleinen Fürstchen mit wenig Vasallen und geringem Territorium als einfache Indianerhäuptlinge dargestellt werden, die vom Herrschen und von Vasallen überhaupt keine Ahnung hatten. Außerdem ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Paläste und die meisten Tempel sich schließlich in einfache, kommunistische Wohnungen verwandeln, gleich denjenigen, welche noch jetzt in dem pittoresken und wunderlieblichen Chaco-Thal sich befinden, allerdings ohne Dächer und von ihren ehemaligen Bewohnern verlassen. Mit Hilfe dieser und einer Anzahl ähnlicher Verwandlungen wird der zukünftige Forscher beim Studium der Geschichte der Ureinwohner Amerikas durch unpassende Bezeichnungen nicht zu Trugschlüssen veranlaßt werden. Solch eine Geschichtsdarstellung sind wir den Azteken und einer richtigen Beurtheilung der Familie der Indianerstämme schuldig."

Dieser Artikel ist die Einleitung zu einer Rekonstruktion der mexikanischen und zentralamerikanischen Kulturgeschichte, welche jetzt schnelle Fortschritte macht. Alle frühere Geschichtschreibung darüber war nichts als eine glänzende Uebertreibung des Indianerlebens mit seinen Sprachen, Künsten, seiner Religion, seinen sozialen und Regierungs-Einrichtungen gewesen — ein Bild, entworfen nach den Erzählungen prahlerischer und verlogener Reisenden.

Gegen Ende des Jahres 1869 erschien in derselben Zeitschrift ein zweiter Artikel über die Wanderungen der Indianer, gefolgt von einem dritten über denselben Gegenstand im Jahre 1870. Dieser Artikel hatte den Zweck, nachzuweisen, daß die Indianerstämme ursprünglich durch eine allgemeine Auseinandersprengung veranlaßt worden waren, das Gebiet des Columbia River zu verlassen.

Der vierte Artikel, betitelt „Montezuma's Mahl", erschien 1876. Derselbe gab eine allgemeine Charakterisirung der in Mexiko und Zentralamerika entdeckten Kulturüberreste, nebst historischen Beweisen, welche in satirischer Weise die übertriebenen Erzählungen spanischer Reisenden und Priester, ausgesponnen und verschönert von modernen Schriftstellern, blosstellten.

In demselben Jahre erschien ein fünfter Artikel über die „Wohnungen der Mound Builders".

Das große Hauptwerk Morgan's aber war damals noch nicht veröffentlicht. Er faßte das reichhaltige, von ihm gesammelte Material zusammen, welches er 1877 unter dem Titel „Ancient Society" drucken ließ. (1891 erschien eine deutsche Uebersetzung unter dem Titel „Die Urgesellschaft", Stuttgart, J. H. W. Dietz.)*

Es ist hervorzuheben, daß der Verfasser von „Ancient Society" nach Erscheinen dieses Buches noch eine weitere Schrift über das häusliche Leben und die Wohnungen der Indianer (Houses and Houselife of the American Aborigines) erscheinen ließ. Dieses Buch, das 1881 in prächtiger Ausstattung von der Regierung der Union als vierter Band der „Contributions to North American Ethnology" herausgegeben wurde, war von Morgan ursprünglich bestimmt, den fünften Theil von „Ancient Society" zu bilden, später

* Die Inhaltsangabe des Werkes, welche der Artikel bringt, brauchen wir wohl den Lesern der „Neuen Zeit" nicht mitzutheilen. Wer sich dafür interessirt und nicht das Werk selbst studiren will, den verweisen wir auf die schon erwähnte Schrift von Engels über den „Ursprung der Familie". Die Redaktion der „Neuen Zeit".

schied er diesen Theil indeß aus. Die Schrift enthält eine weitere reichhaltige Sammlung von Materialien aus dem Leben und der Geschichte der Indianer, durch welche die Gedanken und Ausführungen seines Hauptwerkes gestützt werden.

Wie alle bedeutenden Männer, die eine Wahrheit entdecken, welche dem Bestehenden gefährlich ist, so wurde auch Morgan lange Zeit wenig anerkannt, und die offizielle Wissenschaft, besonders in England, bemühte sich, ihn durch Todtschweigen unschädlich zu machen. „Ancient Society" ist, wie Engels hervorhebt, „in der Originalausgabe vergriffen, in Amerika ist für so etwas kein lohnender Absatz; in England wurde das Buch, scheint es, systematisch unterdrückt, und die einzige Ausgabe dieses epochemachenden Werkes, die noch im Buchhandel existirt, ist die deutsche Uebersetzung". Es ist bezeichnend für die „Wissenschaftlichkeit" der Vertreter der offiziellen Wissenschaft, daß sie es den Sozialisten überließen, die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung Morgan's zu lenken. Marx und Engels waren es, die zuerst die Verdienste des Verfassers von „Ancient Society" um die Geschichte der Menschheit hervorhoben und deutsche Sozialisten waren es, die die Uebersetzung und Herausgabe seines Werkes in deutscher Sprache bewirkten.

Die langjährige Arbeit, häusliche Sorgen und Krankheiten haben das charakteristische Leben dieses interessanten Mannes abgekürzt. Als er der Versammlung der American Association for the Advancement of Science zum letzten Mal beiwohnte, war er körperlich bereits gebrochen, aber seine geistige Kraft dauerte noch Jahre lang fort und setzte ihn in den Stand, das schon erwähnte Werk „Häusliches Leben und Architektur der Indianer" kurz vor seinem frühzeitigen Tode zu vollenden, welcher am 17. Dezember 1881 erfolgte.

Wir können unsere Skizze nicht besser schließen, als mit einigen Sätzen, in denen Morgan sein Urtheil über die moderne Zivilisation abgiebt. Es heißt da: „Seit dem Eintritt der Zivilisation ist das Wachsthum des Reichthums so ungeheuer geworden, seine Formen so verschiedenartig, seine Anwendung so umfassend, und seine Verwaltung so geschickt im Interesse der Eigenthümer, daß dieser Reichthum, dem Volke gegenüber, eine nicht zu bewältigende Macht geworden ist. Der menschliche Geist steht rathlos und gebannt da vor seiner eigenen Schöpfung. Aber dennoch wird die Zeit kommen, wo die menschliche Vernunft erstarken wird zur Herrschaft über den Reichthum, wo sie feststellen wird sowohl das Verhältniß des Staates zu dem Eigenthum, das es schützt, wie die Grenzen der Rechte der Eigenthümer. Die Interessen der Gesellschaft gehen den Einzelinteressen absolut vor und beide müssen in ein gerechtes harmonisches Verhältniß gebracht werden. Die bloße Jagd nach Reichthum ist nicht die Endbestimmung der Menschheit, wenn anders der Fortschritt das Gesetz der Zukunft bleibt, wie er es war für die Vergangenheit. Die seit Anbruch der Zivilisation verflossene Zeit ist nur ein kleiner Bruchtheil der verflossenen Lebenszeit der Menschheit, nur ein kleiner Bruchtheil der ihr noch bevorstehenden. Die Auflösung der Gesellschaft steht drohend vor uns als Abschluß einer geschichtlichen Laufbahn, deren einziges Endziel der Reichthum ist; denn eine solche Laufbahn enthält die Elemente ihrer eigenen Vernichtung. Demokratie in der Verwaltung, Brüderlichkeit in der Gesellschaft, Gleichheit der Rechte, allgemeine Erziehung werden die nächste höhere Stufe der Gesellschaft einweihen, zu der Erfahrung, Vernunft und Wissenschaft stetig hinarbeiten. Sie wird eine Wiederbelebung sein — aber in höherer Form — der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der alten Gentes."*

* Urgesellschaft. Deutsche Ausgabe S. 474.

Literarische Rundschau.

Friedrich Freiherr von Khaynach, **Germania und ihre Kinder.** Eine Satire. Zürich, Schabelitz. 142 Seiten.

Daß von der jungdeutschen Frau Germania und ihren lieben Kindern nicht übermäßig viel zu halten sei, sucht der Verfasser unter Hinweis auf die neuesten Erscheinungen in Dichtung, Politik und in den gesellschaftlichen Zuständen plausibel zu machen. Die ganze Satire besteht aus drei Gesängen. In dem ersten geht der Autor der bürgerlichen Dichtung zu Leibe, der er wenig Schmeichelhaftes zu sagen hat; in dem anderen durchwandert er frei nach Dante Himmel, Fegfeuer und Hölle; im letzten bleibt er in der Hölle, nämlich in Berlin, hängen. Das Feuer der Reinigung durchmißt er auf den unbeschreiblich schlechten preußischen Landwegen und Berliner Chausseen. Den Himmel aber suchte er auf, um seine sozialpolitischen und sonstigen Kenntnisse aufzufrischen und zu erweitern im Verkehr mit den Geistern verstorbener deutscher Dichter. Es scheint also, als hätte es Khaynach an ebenso praktischen wie tiefgehenden und umfassenden Studien für seinen Zweck nicht fehlen lassen.

Und nun die Resultate! —

In den drei Gesängen findet man ab und zu eine und die andere Strophe, besonders im Schluß des letzten Gesanges, welche darauf schließen läßt, daß Khaynach echte dichterische Begabung besitzt. Auch der Anhang des zweiten Gesanges, die „Memoiren" eines Höllenkindes, ist seinem satirischen Inhalt nach als sehr gelungen zu betrachten. Der Werth desselben steht ohne Frage höher als der des gesammten übrigen Opus. Leider wird dieser Anhang durch den übrigen Schwulst fast verdeckt. Der Prolog ist vielverheißend; jedoch hält er nicht, was er verspricht. — Das ungefähr sind die wenigen Lichtblicke, die neben den unangenehmen Schattenseiten des Werkes kaum zur Geltung gelangen können.

Wie jede wirkliche Künstlernatur, so legt auch Khaynach mit vollstem Recht ein großes Gewicht auf die Erzielung der schönen Form. Er selbst wünscht, daß schlechte Reimereien unbarmherzig gerügt werden und meint:

„Wo allzu frei der Vers, zu kühn mein Reim,
So zahlt mit Zinsen es dem Sänger heim."

Man kann von den Zinsen gern absehen. Allein welche Lizenz gestattet Khaynach Reimwendungen wie „schon kann er" auf „Indianer" (Seite 21, Strophe 25), „verdünnter Thee" auf „formvollendete" (S. 29, Str. 57), oder Gleichklänge in „E. A. König" auf „ein König" oder „der andere König" (S. 30, Str. 59), „sehn" auf „Ansehn" (S. 106, Str. 220), „eine Kurkraft" auf „keine Spur Kraft" (S. 73, Str. 88), „grusig" auf „zu sich" (S. 34, Str. 78), „dieser Mensch" sogar auf „vaterländ'sch" (S. 123, Str. 41), „nennt dich" auf „unbändig" (S. 11, Str. 16), „traurig und schaurig" auf „laurig" (S. 42, Str. 110), „genug . . . Phrasenflug" auf — „Wildenbruch" (S. 26, Str. 45), „über jene" auf „ohne gêne" (S. 45, Str. 119), auch schließlich noch „fashionable" auf — „Tadel" und ähnliche kleine Kühnheiten in Menge.

Als geborener Poet haßt Khaynach Deutschland; denn es ist ihm das Land,

„Wo man sich über Versen Beine bricht."

Die Khaynach'schen indeß sind ausdrücklich ausgenommen, und der Autor giebt deshalb Herrn Bleibtreu, dem die „Germania" verehrungsvoll zugeeignet ist, die beruhigende Versicherung:

„Mein großer Freund, kein schlechter Vers dich kränkt,
Und dem du dankst, der diese Verse schenkt."

Jedenfalls wird der „große" Karl Bleibtreu sein blaues Wunder an den fünffüßigen Jamben sehen, die ihm Khaynach z. B. auf Seite 22, Strophe 27 naiv genug vorsetzt. Auch für die Versstoppelei Seite 28, Strophe 51 wird Khaynach von Niemand Dank begehren können. — Paul Heyse schleudert er die furchtbaren Verse an den Kopf:

„Ein Novellist, Dramatiker, Epiker, Lyriker,
Ein wahrer Hochgenuß für den Satiriker."

Fast ebenso formsicher ruft er an anderer Stelle:

„Vorbei Wiesbaden, aber halt und sieh,
Das ist der treffliche Mirza Schaffy."

u. s. w., u. s. w.

Höchst merkwürdig ist es, daß Khaynach die stolze Stanze durchgehend für seine Satire verwendete. Es hätte ihm einfallen müssen, daß sich der konzentrirte Inhalt von Gassenhauern für die edle Form der vollklingenden Ottaverime nicht ungestraft verwenden lassen würde. Freilich meint er es bei alledem gut mit der Menschheit und ruft so seinen dichtenden Kollegen ermuthigend zu:

„Singt, wie ihr wollt, doch was ihr singt, sei gut!"

Wie er dieses Gutsingen gehandhabt wissen will, zeigt er z. B. in zwei Strophen der Ottava, die das „Trara" des „Liedes der Menschheit" von Heinrich Hart übertrumpfen sollen. Khaynach singt zu diesem Zwecke, wie folgt:

„Gewölkumflattert, kühlungträufelnd fluthet
In schlummerfriedenabendsänftlichsäuselndem
Gedüft der Abend; glanzsprühleuchtend gluthet
Die Riesensonnenknosp' in dem sich kräuselndem
Gemeere — Hei, wie Tul sich mächtig sputet,
Er kratzet sich im Haar, dem schmachtlockläuselndem,
Des Weibes schmierigen Klebeleib umschranzt er,
Darauf im Schwindeltaumeltanze tanzt er.

Hei, wie der Hunger wühlt, er brüllt's und schnalzt,
Dreht seine wölfischglühendrollende
Augenkugel, wirft sich hin und walzt
Sich recht im Dreck und dann die lüsternschmollende
Nahila schrecklichzorndurchprügelnd qualzt
Sein dicker Bauch, er frißt das fettumquoll'ne
Sauvieh hinunter sammt den Mastkraftknochen
Und hat sich — keine Zähne dran zerbrochen."

Gesegnete Mahlzeit! —

Alles in Allem kann der Dichter Germanias Kindern und seinen lieben Bourgeois-Brüdern kein sehr gutes Ende vorhersagen. So prophezeit er denn

„So lange sündigt, bis die rothen Henker
Bei Schnaps und Bier mit Königsköpfen kegeln,
Und euch, die bleicher, müder noch und kränker,
Einst niederknallen nach berühmten Regeln, —
Bis einst der Rache haßdurchglühte Lenker
Das rothe Meer von eurem Blut durchsegeln;
Das wird des Schicksals und der Zeiten Wende
Und Sodoms und Gomorrhas sel'ges Ende."

Amen! —

F. K.

Notizen.

Was eine Parlamentswahl in England kostet. Ein jüngst ausgegebenes Blaubuch über die 1892er Wahlen zum Parlament giebt den Gesammtbetrag der Kosten dieser Wahlen auf rund 960 000 Pfund Sterling für das Vereinigte Königreich an, d. h. über 19 Millionen Mark. Der Betrag, der die Kosten der amtlichen Wahlkommissare einschließt, erscheint nicht übermäßig groß, wenn man bedenkt, daß er sich auf gegen 670 Wahlkreise vertheilt, und wenn man ihn mit den Summen vergleicht, die in der guten alten Zeit des beschränkten Wahlrechts die Wahlen kosteten. Damals kaufte man sich seinen Parlamentssitz, und der Besitz des Stimmrechts war unter Umständen ein kleines Kapitälchen werth. Als Lord Chesterfield in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einem biedern Geschäftsmann,

der in Wahlkreisen handelte, 2500 Pfund Sterling für einen unbestrittenen Wahlkreis bot, erhielt er die Antwort, daß unter 3000 Pfund Sterling kein Sitz zu haben sei, und im Jahre 1768 kostete nach dem Genannten in dem Flecken Northhampton die Wahl die beiden konkurrirenden Parteien mindestens 60 000 Pfund Sterling — das meiste davon natürlich Bestechungsgelder. Das Mandat für den aus nur ein paar verfallenen Häusern bestehenden Burgflecken Gatton wurde bei den Wahlen von 1774 für die enorme Summe von 75 000 Pfund Sterling — anderthalb Millionen Mark! — verkauft. Das Wahlrecht gehörte Familien, von denen die meisten längst nicht mehr im Kreise wohnten.

Es dauerte lange, bis die Herren Gesetzgeber dazu bewegt werden konnten, Gegenmaßregeln gegen diesen Skandal zu treffen, und lange genug begnügte man sich mit homöopathischen Dosen. Erst die grundsätzlichen Wahlreformen von 1832, 1867 und 1884, in Verbindung mit der 1872 eingeführten geheimen Stimmabgabe (Ballot) und dem 1883 geschaffenen Gesetz gegen korrupte Wahlpraktiken, haben hierin gründlichen Wandel geschaffen. Sowohl dem Stimmenkauf wie der Beeinflussung der Wähler durch andere Mittel als die der Ueberredung sind heute in England stärkere Riegel vorgeschoben als in den meisten Staaten des Festlandes.

Das Gesetz über die korrumpirenden Wahlpraktiken hat erhöhte Strafen für Bestechung und Traktirung von Wählern eingeführt; es schreibt vor, daß jeder Kandidat einen Agenten ernennen muß, der die Flugblätter drucken und verbreiten läßt, die Versammlungslokale miethet ꝛc. und der Oeffentlichkeit über seine Ausgaben Rechenschaft abzulegen hat, und es bestimmt genau, wie viel die Ausgaben der Agenten für jede Zahl von Wählern im Höchstfalle betragen dürfen. Auf Grund der Berichte dieser Agenten und der Wahlkommissare nun ist es möglich, festzustellen, was die verschiedenen Wahlen an direkten Wahlausgaben kosten — von den unoffiziellen Kosten der Wahlkämpfe, was Freunde der Kandidaten, freie Interessengruppen ꝛc. für Bearbeitung der Wähler aufwenden, schweigt freilich des Sängers Höflichkeit; dagegen sind die persönlichen Ausgaben der Kandidaten für Eisenbahnfahrt und sonstige Beförderungsmittel, Gasthausrechnungen ꝛc. in den Rechnungen der Agenten eingeschlossen.

Es ist nun interessant, zu sehen, wie die Eingangs genannte Summe der Gesammtkosten der 1892er Parlamentswahl sich vertheilt.

Zunächst sind da die — in England noch von den Kandidaten zu bestreitenden — Kosten der amtlichen Wahlkommissare. Dieselben setzen sich zusammen aus:

Ausgaben für Wahlverschläge	36 975	Pfd.	Strl.
„ „ Wahlurnen, Stempel, Papier und Druck	33 435	„	„
„ „ Wahlleiter und Schreiber	86 718	„	„
„ „ die Kommissare selbst	23 174	„	„
„ „ kleinere Unkosten	19 178	„	„
Zusammen	199 490	Pfd.	Strl.

Rund 4 Millionen Mark, dies der Betrag, den die von der Gladstone'schen Regierung eingebrachte Wahlregistrirungsvorlage in Zukunft vom Staat gedeckt wissen wollte.

Neben diesen obligatorischen Kosten wurden verausgabt:

Für die Wahlagenten und Unteragenten	192 853	Pfd.	Strl.
„ Schreiber und Ausläufer	98 977	„	„
„ Drucker, Annoncen, Schreibmaterialien, Porti . . .	310 358	„	„
„ Miethe von Versammlungslokalen und Wahlbureaus .	49 295	„	„
„ Gasthausrechnungen und Fahrkosten für die Kandidaten	49 415	„	„
„ Vermischte Unkosten	60 012	„	„
Dazu die obigen	199 490	„	„
Gesammtbetrag	960 400	Pfd.	Strl.

Die Wahlkosten sind, wie leicht begreiflich, in den ländlichen Wahlkreisen größer als in den städtischen. In England, Schottland und Wales stellen sich die Kosten im Durchschnitt für jede abgegebene Stimme ziemlich gleich. Sie betragen:

	England	Schottland	Wales
In ländlichen Wahlkreisen	5 Schilling 3 Pence	5 Sch. 6¼ P.	5 Sch. — P.
= städtischen =	3 = — =	3 = 7¼ =	3 = 3 =

Bedeutend niedriger sind die Kosten in Irland. Dort stellte sich im Durchschnitt die ländliche Wahlstimme auf 2 Schilling 9¾ Pence, die städtische auf 1 Schilling 8 Pence. In einer großen Anzahl irischer Wahlkreise findet so gut wie gar kein Wahlkampf statt, der nationalistische Kandidat wird ohne nennenswerthe Opposition gewählt. Die höchste Wahlrechnung hatte der — übrigens unterlegene — liberale Kandidat für den Wahlkreis Handsworth in Staffordshire zu bezahlen, nämlich 1968 Pfund Sterling 15 Schilling, die kleinste der nationalistische Abgeordnete für Tullamore (Irland), nämlich gerade 20 Pfund Sterling. Nach den erlangten Stimmen berechnet, stellte sich am theuersten die Kandidatur eines Herrn John Leighton in North St. Pancras (London), der zum so und so vielten Male versuchte, gegen den liberalen und den konservativen als lokaler Kandidat durchzudringen. Von den 35 Stimmen, die er erhielt, kostete ihm jede 12 Pfund Sterling 18 Schilling 10 Pence. Nicht viel besser erging es einem Londoner Sozialisten, A. K. Donald, der im Wahlkreis Hoxton (Nord-Ost London) kandidirte und 19 Stimmen erhielt, von denen jede einzelne ihm 11 Pfund Sterling 5 Schilling 8 Pence kostete. Es ist jedoch hierbei zu bemerken, daß Donald's Kandidatur erst wenige Tage vor der Wahl proklamirt wurde und von keiner bekannteren sozialistischen Organisation ausging.

Noch einmal, die hier gegebenen Zahlen beziehen sich auf die speziell anerkannten und während der eigentlichen Wahlzeit gemachten Ausgaben. Außerhalb derselben stehen jedoch dem Kandidaten, wenn er über einen langen Geldbeutel verfügt, immer noch genug Wege offen, sich Freunde zu werben, die für seine Wahl „arbeiten". Nur die gröbsten Formen der Bestechung können unter den heutigen Verhältnissen gesetzgeberisch unterdrückt werden, ebenso wie immer Fälle von Wahlbeeinflussung durch Geltendmachung der ökonomischen Uebermacht stattfinden. Aber sie sind in England sehr viel seltener als in Deutschland, und Wahlunregelmäßigkeiten irgend welcher Art werden ungleich schneller rektifizirt. —eb.

Armuth und Krankheit. Unter diesem Titel veröffentlichte Dr. Lux in dem letzten Heft der „Neuen Zeit" eine Abhandlung über die Wirkungen der letzten Cholera-Epidemie in Hamburg. Die von ihm mitgetheilten Zahlen veranlaßten uns, daraus das Verhältniß der Zahl der Gestorbenen zu derjenigen der Erkrankten zu berechnen, da sie auf das Vorhandensein einer gewissen Gesetzmäßigkeit hinwiesen. Wir kamen zu dem Resultat, daß die Cholerafälle sich nach dem Einkommen folgendermaßen vertheilten:

Einkommensklasse	Erkrankt	Gestorben	Prozentsatz der Gestorbenen	
unter 600 Mark . . .	3347	1648	49,3	
von 600— 800 = . . .	1575	873	55,4	
= 800— 1000 = . . .	3264	1772	54,3	
= 1000— 2000 = . . .	4396	2425	55,2	
= 2000— 3500 = . . .	685	389	56,8	
= 3500— 5000 = . . .	243	135	55,5	
= 5000—10000 = . . .	175	88	50,3	
= 10000—25000 = . . .	60	32	53,3	
= 25000—50000 = . . .	20	13	65,0	= 52,7
= über 50000 = . . .	5	4	80,0	

Diese überraschende Konstantheit des Verhältnisses der Zahl der Gestorbenen zu derjenigen der Erkrankten weist unserer Ansicht nach auf die überaus wichtige Thatsache hin, daß die Verschiedenheit der Behandlung **nach der Erkrankung keinen wesentlichen Einfluß** auf die Sterblichkeit ausübt. Inwiefern diese unsere Ansicht richtig ist, darüber zu urtheilen überlassen wir den Medizinern. J. S.

Feuilleton.

Der Tod im Walde.

Von Nikolaus Krauß.

(Schluß.)

Ein Vierteljahr lang lag Sichel auf den Tod krank darnieder. Am Morgen nach jener Dezembernacht hatte der Heger ihn vor der Kapelle aufgefunden. Er mußte in der Nacht herabgekrochen sein, hatte sich an den Krückenhaufen gelehnt, um wenigstens etwas geschützt zu sein, und die Besinnung verloren. Wäre nicht in der Nacht ein Witterungsumschlag eingetreten, er wäre zusammengefroren wie eine Krautstaude. Die Gerichtskommission, welche bald nach dem Geschehniß im Forsthause erschien, mußte unverrichteter Dinge abziehen, der Todwunde war nicht vernehmungsfähig. Von dem Thäter zeigte sich keine Spur, so oft und so laut auch der Volontär schwur, er würde den Galgenvogel herausbekommen und müßte er den ganzen Wald umkehren.

Mitte März, als die ersten Thaustürme in den Fichten sangen und in den Föhren brausten, hatte sich Sichel wieder soweit erholt, daß er zeitweise im Bette aufsitzen konnte. Da erhielt er sein Kündigungsschreiben. Grund war keiner angegeben. Zum ersten Oktober sollte er das Forsthaus räumen. In der Nacht darauf bekam er einen Blutsturz und sein Zustand wurde wieder so gefahrdrohend wie gleich nach der Verwundung. Hatte schon vorher der Volontär die Stelle des Försters vertreten, so fiel ihm jetzt das ganze Regiment über das Revier zu. Er befahl und kommandirte, wie er es in seinen Büchern gelernt, die Wirkung seines Thuns konnte er nicht berechnen. Zu Winters Ausgang war noch einmal starker Schnee gekommen und gleich darauf Sturm. Tagelang knatterte, prasselte und krachte es im Walde, und als der aufwirbelnde Schneestaub sich verzogen hatte, da boten die Flächen, welche mit Stangen- und älterem Jungholz bestanden waren, den Anblick eines Schlachtfeldes; zu zehn und zwölf waren die Büsche in einem unlösbaren Wirbel zusammengedreht, und besonders dort, wo man im Herbste viele Hopfenstangen gehauen hatte, lagen die dreißigjährigen Fichten, in Manneshöhe abgebrochen, in ganzen Linien, wie die Todten nach einem Sturm auf eine Festung. Der Volontär hatte freilich gleich angeordnet, daß die Wind- und Schneebrüche so schnell als möglich sollten entfernt werden. Aber wer sollte denn die Arbeit thun? Von den ehemaligen Holzhauern war ein Theil nach den Dörfern des Flachlandes verzogen, die anderen der Abgelegten hatten mit den Bauern, welche Wald besaßen, ein Kompagniegeschäft unternommen in der Weise, daß die Bauern das Holz lieferten, die Arbeiter es klein machten, nach der Stadt auf den Markt brachten und es dort verkauften. Der Erlös wurde getheilt. Die paar Alten, welche man im Walde weiter beschäftigt hatte, waren wenig leistungsfähig, außerdem verdroß sie das hochnäsige Gebahren und ewige Kommandiren des jungen Volontärs. So wurden denn nur die stärkeren Stämme, welche einen gewissen Werth hatten, entfernt, das gesammte Reisig und alles Andere blieb liegen und faulte in den Dickichten mit den dürren Aesten, dem Moos und den dürren Nadeln vom vorigen Jahr. Der Heger kratzte sich ein um das andere Mal hinter dem Ohr, wenn er die Wirthschaft betrachtete, er getraute sich aber dem Volontär gegenüber nichts zu sagen; dieser war auf sein Oberkommando höchst eifersüchtig und schnauzte jeden, der ihm dreinreden wollte, gleich an wie einen Dachshund.

Anfang Mai verbreitete sich in der Waldgegend die Kunde, droben beim Fürsten Wickenburg sei ein Wurm in den Wald gekommen und fresse Alles zusammen. Hunderte von Joch seien schon vernichtet. Als auch der Heger davon erfuhr, horchte er auf. Schon seit einiger Zeit war es ihm vorgekommen, als würde der Wald lebendig. Im hinteren Theil des Reviers hatte er an rissigen Stämmen kleine Klumpen bemerkt, die aussahen, als bestänben sie aus winzigen schwarzen Perlen. Er hatte dem Volontär davon Mittheilung gemacht, der aber hatte gesagt, das sei nichts, das komme öfter vor, und ihm befohlen, um jeden Baum, an welchem er solche „Nester" bemerkt, unten mit Theer einen Ring zu ziehen. Nach einigen Tagen glaubte der Heger, als er im Hochwald dahinschritt, es fange plötzlich an, Fichtennadeln zu schneien. Er hob eine auf, sie war noch ganz grün, dort aber, wo sie am Zweig gesessen, angefressen; er sah näher hin und bemerkte, daß der ganze Boden wimmelte von braungrünen, mit blauen und rothen Warzen bedeckten Raupen. Jetzt wußte der Heger, daß der „Wurm" auch in seinem Revier sei. Er lief zum Forsthause und wollte mit dem Förster reden; die Försterin aber ließ ihn nicht ins Krankenzimmer, Sichel sei noch zu schwach. Nun führte er mit dem Volontär die hitzigsten Debatten, wo er ihn nur traf und schimpfte ganz mörderlich über Alles, was Forstschule und Professor heißt. „Am ganzen Unglück", schrie er ein über das andere Mal, „ist nur diese neumodische Filzigkeit schuld. Ich hab's drunten gesehen im Böhmerwald. Da haben sie auch jahrelang keine Moosflecke, kein dürres Astel, keine Dangel herausschaffen lassen. Auf einmal war der Borkenkäfer drin und hat Alles zusammengefressen."

Der Volontär lächelte mitleidig. „Borkenkäfer? ... Keine Idee ... die Sache ist nicht so schlimm. Wenn es im Walde keine Raupen geben soll, wo denn sonst?"

Und der junge Mann schien Recht zu behalten. Den ganzen Juni hindurch hielt das Fallen der Nadeln an, auf einmal aber waren die Raupen verschwunden. Manche Bäume boten einen Anblick wie Besenstauden, welchen man die Blätter von den Zweigen gestrichen; aber der Volontär schob das auf die Sommerhitze. Manche Fichten sahen ganz roth aus, aber die waren natürlich überständig.

Einige Tage war der Heger nicht in den hinteren Theil des Reviers gekommen. Eine Kommission mit einem Geometer an der Spitze war im Walde erschienen, die Herren hatten bei den Waldhäusern hin- und hergemessen, in die mitgebrachten Karten und Pläne geguckt, sich miteinander berathen und wieder gemessen; schließlich hatte es sich herausgestellt, daß die Hütte des Schwämmesammlers und noch zwei Holzhauerhäuser auf herrschaftlichem Grund stünden. Der Alte mußte wohl von den Reden der Herren, in welchen immer wieder die Worte „Prozeß" und „selbstverständlich austreiben" wiederkehrten, etwas aufgeschnappt haben, denn kaum hatten sich die Fremden entfernt, so ging er hin, nahm den Strick, mit welchem er früher seine Ziege, die aber schon längst aufgegessen war, zu fesseln pflegte, und hing sich an dem Pflock auf, mit dem er sonst seine Thür schloß. Dem abergläubischen Heger war darüber der Schreck so in die Glieder gefahren, daß er sich einige Tage nicht aus seinem Rindenhause getraute. Dann aber hatte er aus Furcht vor dem Spott und Hohn des Volontärs seine gewohnten Dienstgänge wieder aufgenommen. Es war einige Tage nach Mitte Juli, als er an einem sonndurchglühten Nachmittag auf den Langenhau heraustrat. Er glaubte kaum seinen Augen zu trauen, als er die gegenüberliegende Lehne erblickte; der ganze Hochwald schwärmte wie ein Bienenstock. Der Heger wischte sich die Augen, riß sie auf, so weit er konnte, schüttelte den Kopf und rannte über den kahlen Schlag.

„Hat denn der Teufel die Feuerfalken der ganzen Welt hier zusammengetrieben?“ Da saßen ihm die Schmetterlinge schon zu Dutzenden auf Rock und Hut. Den ersten, den er erhaschte, zerdrückte er zu Brei. Beim zweiten sah er näher zu. „Sehen bald aus wie Kohlweißlinge“, murmelte er, „sind aber doch keine. Die sind auf den Vorderflügeln nicht so schwarz und weiß gestreift. Auch nicht schwarz und roth geringelt sind sie am Leib.“ Plötzlich glaubte Steiner einen brandigen Geruch in der Nase zu spüren. Er blickte nach dem mächtigen Gebirgsstock, der schier zum Greifen deutlich vor ihm lag. Da kam's das lange, lange Waldthal herab wie eine schwarze Wetterwolke. Mit der rechten Hand haschte er einige der Schmetterlinge und schob sie unter seinen Hut, und im Sprunge sich drehend lief er nach dem Forsthause.

Seit einigen Tagen hatte der Förster Sichel das Bett verlassen können. Als der Heger in die Stube stürmte, saß er in seinem Lehnstuhl, vollständig angezogen wie immer. Er wandte das verfallene Gesicht, in dem jetzt die sechzig Jahre deutlich zu lesen standen, seinem alten Bekannten zu und sah ihn fragend an mit seinen mattglimmenden Augen. „Die Preußen sind im Walde!“ schrie die lebendige Hopfenstange, riß den Hut vom Kopfe und schüttelte die Schmetterlinge dem Förster in den Schoß. Der warf einen Blick auf die schier leblosen Dinger. „Fichtenspinner! . . . Nonnen!“ murmelte er und schon stand er auf den Füßen und in seinen Augen loderte die alte Thatkraft. „Steiner, Du springst sofort nach dem Schlosse! Nimm im nächsten Dorf einen Wagen. Bring' ihn mir herauf, den neunmal gescheidten Porzellanherrn! Verstehst Du, heute noch! Er soll selbst die Bescheerung sich ansehen, die er angerichtet mit seiner Waldstreu, seinem Moos und dürren Aesten. . . . Na, wird's!?“ Er faßte den vollständig verblüfften Heger und schob ihn zur Thür hinaus. Kopfschüttelnd folgte die Försterin den Männern. Auf dem freien Platz zwischen Schuppe und Haus, wo die Wasserpumpe ihren Platz hatte, warf Sichel mit einem Male schnuppernd den Kopf in die Höhe. Sein Blick richtete sich auf den Wald. Da stand wie eine Riesenpinie eine Rauchwolke über den Wipfeln, tiefschwarz und scheinbar unbeweglich.

„Ja, mir ist es auch schon so vorgekommen, Herr Förster“, wollte der Heger anheben.

„Der Wald brennt!“ schrie der Förster, und in dem Ton, mit welchem er das rief, lag die volle Verzweiflung. „Steiner! . . . Nach den Waldhäusern! . . . Laß den dummen Kerl laufen! Sag' den Leuten . . . Alle heraus! Was eine Schaufel tragen kann. . . . Am Hinterhau treffen wir uns. . . . Was stehst Du noch? . . . Marie, meinen Stock! . . .“

„Aber Sichel! . . . Vorgestern bist Du erst aufgestanden. . . . Der Herr, der Schweberle . . .“

„Meinen Stock, sag' ich!“

Die Frau, der die Thränen in Kugeln über die Wangen strömten, brachte Hut und Stock, und die beiden Männer eilten in verschiedener Richtung dem Walde zu.

Bis ungefähr tausend Schritte hinter dem Hegerhause gewahrte Sichel keine Veränderung an dem Walde. Wie mit hängenden Flügeln standen die Fichten da, leise wiegten sich die Wipfel im aufspringenden Südost. Wenn er einen Augenblick stillstand und Athem holte, vernahm er nichts als ein leises Singen und Klingen, das Piepsen der Meisen, die unruhig von Ast zu Ast schossen, und ein rasselndes Geräusch, das aus seiner eigenen Brust kam. Die Szenerie änderte sich aber wie mit einem Schlage, als der Förster den Höhenrücken erklommen, der das Revier in zwei ungefähr gleiche Theile schied. Vor einem Jahre war er an derselben Stelle gestanden, zu seinen Füßen hatte der Wald gelegen im

milden Scheine des Vollmondes, vor Gesundheit strotzend und leise athmend wie ein kräftiger Mensch. Und heute? War Alles verloren. Rostrothe Wipfel, so weit das Auge blickte; von den kahlen Aesten und Zweigen hingen wie Riesenflechten schmutzig-weiße Fetzen, jedes Grün war verschwunden; als wäre ein riesiger Kalkpinsel über den Wald gefahren, erschien es dem Förster. Und über all den Baumleichen und Sterbenden flog, schwirrte, tänzelte, stieg auf und nieder wie ein Mückenschwarm, der in der Sonne spielt, die unermeßliche Wolke der Schmetterlinge. Vom Boden, der sich zu bewegen schien, drang ein infernalischer Gestank wie von faulenden Aesern. Und jetzt kam's das Thal herab, vom immer stärker einsetzenden Winde dahergejagt, prasselnd, knatternd und zischend, als würden tausend Raketen auf einmal losgelassen, und die Rauchwolke, welche sich voranwälzte, wogte hin und her wie Wellenschlag.

Wenn der Höhenrücken gehalten werden konnte, war der untere Theil des Waldes gerettet. Ganz oben war ein weiter Hau mit saftigem Graswuchs, da war nichts zu befürchten; aber gleich darunter griff der Hochwald über den Kamm der Bodenwelle. Hier mußte das Rettungswerk einsetzen. Mit einem Blick hatte das der Förster gesehen und mit zitternden Knieen stieg er aufwärts. Da tönten von unten die Stimmen der Amonsgrüner Holzhauer und fast gleichzeitig rief's von oben: „Hoiho! Die Pechgrüner! Ist der Förster da?" Wie ein Jüngling flog Sichel den Hang hinauf. So waren sie Alle gekommen, freiwillig, ohne daß ihnen Jemand etwas versprochen hatte, die Leute, mit welchen er ein ganzes Menschenalter zusammen gearbeitet, und die man unter dem nichtigsten Vorwande davongejagt und dem Hungertode hatte preisgeben wollen. Ohne ein Wort des Grolles und der Klage hatten sie sich, Männer und Frauen, ihrem früheren Vorgesetzten zur Verfügung gestellt, als sie vernommen, daß das lohende Verderben rase im Walde, der so lange auch ihr Wald gewesen. Auch die Fremden, von welchen er nicht einmal alle vom Ansehen kannte, waren erschienen, als wäre das etwas Selbstverständliches.

Blitzschnell waren die Furchen gezogen, welche die Breite des Grabens bestimmten, der ausgehoben werden sollte, um das Uebergreifen des Feuers zu hindern. Die Spitzhauen sausten, die Schaufeln knirschten, und rechts und links flogen in mächtigem Schwunge dürre Nadeln, trockene Humuserde, Steine und Geröll. In Strömen floß den Männern der Schweiß. Das Knattern und Pfauchen kam näher. Aber das Feuergeprassel, das Klirren der Werkzeuge übertönte die Stimme des Försters, der einige Holzhauer als Reserve zurückbehalten hatte und kommandirte: „Eins ... zwei ... drei ... die Fichten müssen nieder! Werft sie nach dem Hegerhaus zu! ... Haut das Unterholz weg! ... Schnell! Tummelt Euch, Leute! ..."

Der drei Meter breite Graben war nahezu fertig. Jetzt mußte er die Probe bestehen, das Feuer war ganz nahe. Sichel verließ seinen bisherigen Stand und sprang in den Graben hinab, um auf die geschütztere Seite zu gelangen. Als er nicht gleich wieder zum Vorschein kam, eilten einige Arbeiter herbei. Sie fanden einen Röchelnden, dessen Brust ganz mit Blut überschwemmt war. In demselben Augenblick kam es dahergefahren wie der Gluthauch einer Esse. Die Arbeiter nahmen den Sterbenden auf und flohen schreiend aufwärts.

Hinter dem Letzten schlug eine brennende Fichte über den Graben; wie eine Pulvermine flog's auf, und tausend feurige Schlangen stürzten sich auf den Wald jenseits des Grabens. Bis zum Himmel stieg die lohende Gluth und ihr Widerschein malte sich in den brechenden Augen des Försters.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.

Die Neue Zeit.

Nr. 26. XII. Jahrgang, I. Band. 1893-94.

Der gerettete Miquel.

↙ Berlin, 20. März 1894.

Sechs Tage lang hat sich das hiesige Landgericht mit einer Anklage beschäftigt, die wegen Beleidigung des preußischen Finanzministers Miquel gegen zwei antisemitische Spektakelmacher erhoben worden war. Die Angeklagten sind zu schwerer Gefängnißstrafe verurtheilt worden, und außer ihren engeren Gesinnungsgenossen werden nicht viele Leute finden, daß ihnen besonderes Unrecht geschehen sei. Der eine von ihnen, der berüchtigte Herr Schweinhagen, war von jeher ein anrüchiges Subjekt, und nach den Spitzeldiensten, die er der Polizei gegen die Sozialdemokratie geleistet hat, ist die Annahme, daß es ihm bei seinen unwahren Angriffen gegen Herrn Miquel um unlautere Verleumdungszwecke zu thun gewesen sei, vollkommen glaubhaft. Eher machte der andere Angeklagte, ein Herr Plack, in seinem Auftreten vor Gericht den Eindruck, als ob er in dem ehrlichen Bestreben, den ganzen tollen Wahnsinn der kapitalistischen Geldwirthschaft zu begreifen, selbst toll geworden, und in seinem düsteren Drange, die kapitalistischen Auswüchse zu beseitigen, ohne den Boden der kapitalistischen Gesellschaft zu verlassen, auf den verwegenen Einfall gerathen sei, in so höchst korrekten Männern wie den Herren v. Hansemann, Miquel und so weiter Pharisäer und Heuchler zu erblicken. Sollte dem so sein, so könnte man ihm gewisse mildernde Umstände zubilligen, obgleich der Gerichtshof sie ihm versagte. Hoffentlich lernt er dann in den Mauern von Plötzensee begreifen, daß mit antisemitischem Radau gegen einzelne Träger des Kapitalismus der kapitalistischen Mißwirthschaft noch nicht ein Haar gekrümmt wird.

An diesen Bemerkungen über den ganzen Prozeß könnten wir uns genügen lassen, wenn nicht die Verhandlungen im Allgemeinen und die Verurtheilung der Angeklagten im Besonderen von gewisser Seite zu ganz unzulässigen Reklamen für jene Mißwirthschaft ausgebeutet würde. Wir haben dabei nicht eigentlich im Auge, daß der Erste Staatsanwalt am hiesigen Landgericht in seinem Plaidoyer behauptete, Herr Miquel sei als ein schneeweiß leuchtendes Muster von Unschuld aus den Verhandlungen hervorgegangen. Dergleichen günstige Voraussetzungen für amtirende Minister zu hegen, ist althergebrachte Gewohnheit der Staatsanwälte, die glücklicherweise für Niemanden sonst maßgebend zu sein braucht.

Aber die bürgerliche Presse erklärt mit weithin schallender Stimme, nun sei endlich die seit zwanzig Jahren umherschleichende Verleumdung niedergeschlagen worden, und diesen Humbug wollen wir uns doch lieber nicht bieten lassen. Und zwar um so weniger, als Herr Miquel selbst als Zeuge andeutete, ähnliche Vorwürfe, wie ihm die Angeklagten Plack und Schweinhagen machten, seien ihm schon früher gemacht worden, aber jetzt wolle er einmal ein Exempel statuiren, denn er halte das mehr und mehr aufkommende System der gewerbsmäßigen Verleumdung nach geschäftlichen Rücksichten für überaus gefährlich. Wir zweifeln nicht an der Richtigkeit dieser Aussage, denn es ist sehr wohl möglich, daß früher schon aus irgend einem obskuren Winkel her Herrn Miquel vorgeworfen worden ist, er habe einen Meineid geleistet, er stamme von portugiesischen Juden ab und ähnlicher Quatsch mehr. Dagegen was Herrn Miquel in den siebziger Jahren von achtbaren und gebildeten Schriftstellern vorgeworfen wurde, das ist durch diesen Prozeß keineswegs widerlegt, sondern vielmehr bestätigt worden, und nicht zum Wenigsten durch Herrn Miquel selbst.

So berechnete Glagau 1877, Herr Miquel habe als Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft von 1869 bis 1873 jährlich 225 000 Mark bezogen, und fügt hinzu (Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland 2, 534): „Da Herr Miquel aber auch zugleich Direktor der Provinzial-Diskonto-Gesellschaft und außerdem noch sechs- bis achtfacher Aufsichtsrath war, so wird sein damaliges Jahreseinkommen auf weit über 100 000 Thaler zu veranschlagen sein.“ Deshalb sollte nach einer Behauptung, welche die „Freisinnige Zeitung“ und die „Vossische Zeitung“ — vorsichtigerweise erst nach Glagau's Tode — aufzustellen sich erlaubten, dieser Schriftsteller liberale Parlamentarier „fälschlicherweise“ der Theilnahme an schlimmen Gründungen bezichtigt und „unliebsame Erfahrungen“ vor den Gerichten gemacht haben. Indessen wenn Glagau bei Lebzeiten überhaupt keine Erfahrungen vor den Gerichten gemacht hat, da die „fälschlicherweise“ beschuldigten liberalen Parlamentarier sich sehr wohl hüteten, ihm ein Stelldichein in Moabit zu geben, so macht er nach seinem Tode sogar recht erfreuliche Erfahrungen vor dem hiesigen Landgerichte. Herr Miquel sagte als Zeuge in dem Prozesse Plack-Schweinhagen aus, er habe als Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft vom 15. November 1869 bis zum 31. Oktober 1873 1 338 730 Mark und 10 Pfennig bezogen. Also weit über 100 000 Thaler fürs Jahr. Man sieht: die Rechnung Glagau's stimmt bis auf den Nickel.

Für die schlimmen Gründungen der Diskonto-Gesellschaft in dem angegebenen Zeitraum ist Herr Miquel nach seiner Aussage als Zeuge nicht verantwortlich gewesen. Gleichzeitig mit den bisherigen Prokuristen Hecker und Salomonsohn als Geschäftsinhaber eingetreten, hat er sich hauptsächlich mit der juristischen Seite der Geschäfte beschäftigt, Verträge verfaßt und begutachtet u. s. w. Haben nun etwa seine früheren „Verleumder“ etwas Anderes behauptet? O Gott behüte! So schreibt Rudolf Meyer 1877 (Politische Gründer, 30):

> Herr Miquel hat thatsächlich als Geschäftsinhaber keinen irgendwie nennenswerthen Einfluß auf den Gang der Geschäfte geübt, er so wenig wie seine Mitdirektoren Hecker und Salomonsohn. Er war sogar in der Direktion selbst vollkommen überflüssig, denn die Leitung des Ganzen behielt Hansemann, die Börse Hecker und das juristische Fach besorgte der Hauptsache nach Rechtsanwalt a. D. Salomonsohn, der auf dem Gebiete der Juristerei, welche Finanziers gebrauchen, sehr viel gescheidter ist, als Miquel es je werden wird. Da man einen „Geschäftsinhaber“ indeß doch auch pro forma im Bankgebäude zuweilen beschäftigen muß und man ihn doch auch nicht mit Bücherliniiren und Briefkopiren, der Leute wegen, beauftragen konnte, so sind ihm freilich unbedeutendere juristische Arbeiten

anvertraut worden. Aber es hätten sich Hunderte von auf diesem Gebiet viel erfahreneren Juristen, als der im Kommunaldienst bisher beschäftigte Oberbürgermeister, für den zehnten Theil seines Einkommens engagiren lassen.

Herr Meyer taxirte also 1877 die Thätigkeit des Herrn Miquel genau so harmlos ein, als Herr Miquel sie 1894 beeidigt hat. Und dadurch sollen die früheren „Verleumder" des preußischen Finanzministers niedergeschmettert worden sein? Merkwürdig, höchst merkwürdig!

Doch Glagau und Rudolf Meyer waren politische Gegner des Herrn Miquel. Hören wir nun, was sein Parteigenosse Lasker am 4. März 1874 zu Herrn v. Diest gesagt haben will: „Ich sprach mein Bedauern darüber aus, daß immer mehr Abgeordnete in geschäftliche Stellungen sich begeben, welche sie bei der Förderung von Gesetzen als betheiligt erscheinen lassen. Möglich, sogar sehr wahrscheinlich ist, daß ich dabei auf die 1870 im Reichstage geführten Verhandlungen über die Zulassung von Prämien-Anleihen und die preußische Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft exemplifizirt habe, weil ich mich dessen auch erinnere, mein Bedauern darüber ausgesprochen zu haben, daß in dem Verwaltungsrathe dieser Gesellschaft eine erhebliche Anzahl von Reichstagsmitgliedern verschiedener Parteien saßen; ich bedauerte ferner, daß einzelne dieser Mitglieder den Antrag, die Ausgabe von Prämien-Anleihen unter gewissen Normativ-Bedingungen zuzulassen, in den Reichstag einbrachten oder unterstützten, während in öffentlichen Blättern mitgetheilt war, daß jene Gesellschaft mit dem Plane umginge, eine Prämien-Anleihe auszugeben. Ferner möglich ist, daß ich außerdem im Verlaufe der langen Unterhaltung eine Aeußerung gethan, daß die ‚Hydra' immer mehr auch in die Parlamente hineinzudringen versuche." So Lasker, dessen kauderwälsches Deutsch wir noch dahin erläutern wollen, daß er unter „dieser Gesellschaft" die Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft, unter „jener Gesellschaft" aber die Diskonto-Gesellschaft verstand. Die Diskonto-Gesellschaft beabsichtigte eine Prämien-Anleihe auszugeben, was trotz des von Lasker beklagten Bemühens ihrer parlamentarischen Affiliirten durch einen Beschluß des Norddeutschen Reichstags verhindert wurde, während im Verwaltungsrathe der Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft, einer Gründung der Diskonto-Gesellschaft, eine Unzahl Parlamentarier saß.

Oder hören wir ein großes, nationalliberales Parteiblatt an der Hand der Geschäftsberichte der Diskonto-Gesellschaft beklagen,

> welche Riesensummen einzelne Gründer und zwar Leute, die durch Erziehung oder Beruf am allerwenigsten auf finanzielle Spekulationen angewiesen waren, auf Kosten derer gewonnen haben, die sich durch die Ueberschriften der Prospekte und die künstlichen Kurstreibereien täuschen ließen.... Wenn der Gewinn dabei in riesenhaften Summen zuströmt, die vernünftiger Weise absolut nicht mehr als ein Aequivalent für die materielle oder intellektuelle Leistung angesehen werden können, wenn sich gar noch herausstellte, daß den in dieser Weise von Einzelnen im Fluge aufgehäuften Millionen andererseits ebenso viele, sogar erheblich mehr Millionen an Verlust gegenüber stehen, die sich aus der Habe von Witwen und Waisen, aus den Sparpfennigen der Bürger und Bauern zusammensetzen, dann erscheint zweifellos die Frage berechtigt, ob die Männer, deren Namen die glänzenden Prospekte deckten, wirklich zu den Edelsten und Besten gehören, denen einzig das Wort im Parlamente gebührt.

So die früheren „Verleumder" des Herrn Miquel aus seiner eigenen Partei. Sind sie nun etwa durch den Prozeß Black-Schweinhagen niedergeschlagen worden? Aber auch nicht im Entferntesten. Herr Miquel erklärte vielmehr als

Zeuge, er sei Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft geworden, um seine parlamentarische Thätigkeit fortführen zu können, die er als Oberbürgermeister von Osnabrück hätte aufgeben müssen.

Und wenn die früheren „Verleumder" des Herrn Miquel behaupteten, weil Herr Miquel ein einflußreicher Parlamentarier gewesen sei, habe ihn Herr v. Hansemann als Geschäftsinhaber in die Diskonto-Gesellschaft aufgenommen, so ist diese „Verleumdung" ganz gewiß nicht durch die zeugeneidliche Aussage des Herrn Miquel widerlegt worden, daß er nur Verträge abgefaßt und begutachtet, genug, nur eine Thätigkeit entfaltet habe, die der erste beste Assessor oder Rechtsanwalt für ein Jahresgehalt von ein paar Tausend Mark ebenso gut besorgt hätte. Herr v. Hansemann ist sonst nicht dafür berufen, mir nichts dir nichts Millionen aus dem Fenster zu werfen. Hat er dennoch die so beiläufige Thätigkeit des Herrn Miquel in der Diskonto-Gesellschaft mit einem fürstlichen Einkommen belohnt, so wird er wohl seine besonderen Gründe dazu gehabt haben. Seine besonderen Gründe, von denen der harmlose und vollkommen korrekte Herr Miquel natürlich nichts geahnt hat.

Genug, die Behauptung, daß mit der Verurtheilung der Plack und Schweinhagen auch diejenigen niedergeschlagen worden seien, die nach der Thätigkeit des Herrn Miquel in der Diskonto-Gesellschaft diesem Herrn die Qualifikation zum Abgeordneten und Minister abgesprochen haben, trifft sehr daneben. Die prinzipiellen Gegner der kapitalistischen Mißwirthschaft haben nie behauptet, daß Herr Miquel silberne Löffel stehle oder Meineide leiste oder gesetzlich verbotene Gründergewinne mache oder auch nur einen etwaigen portugiesisch-jüdischen Urahn zu verleugnen fähig sei. Giebt es dumme oder schlechte Kerle, die Herrn Miquel so etwas nachgeredet haben, und fühlt sich Herr Miquel durch derartige Nachreden in seiner Ehre gekränkt, so mag er die Sühne bei dem Injurienrichter suchen, wo er sie ja auch in reichem Maße gefunden hat. Aber man verschone uns mit der lächerlichen Zumuthung, in einem Bagatell-Injurienprozesse eine politische Haupt- und Staatsaktion sehen zu sollen! Die früheren „Verleumder" des Herrn Miquel haben durch den Prozeß Plack-Schweinhagen vielmehr eine glänzende Genugthuung erhalten. Die heutige Bourgeoisie mag in den Aussagen des Zeugen Miquel eine glorreiche Rechtfertigung sehen. Sie stellt sich dadurch noch tief unter den blutigen Gründer Strousberg, der schon vor achtzehn Jahren in seinen Denkwürdigkeiten schrieb: „Man kann solchen Vertrauensposten nicht von sich auf Andere übertragen und muß dann darauf verzichten, einer Verwaltung oder Gesellschaft, deren Thätigkeit man nicht leiten und verfolgen kann, den Lüstre seines Namens zu geben." Das Anstands-, Ehr- und Taktgefühl der heutigen Bourgeoispresse ist noch unter — strousbergisch.

Der Vorsitzende der Strafkammer, die über Plack und Schweinhagen zu urtheilen hatte, behandelte die Sache vollkommen logischer Weise als einen Bagatell-Injurienprozeß; bei allem Spielraum, den er der Vertheidigung ließ, hielt er doch grundsätzlich daran fest, daß nur über die konkreten, von den Angeklagten dem preußischen Finanzminister zugefügten Injurien verhandelt werden dürfe. So wurden viele Dinge, die von früheren „Verleumdern" dem Herrn Miquel vorgeworfen worden waren, zwar gestreift, aber keineswegs gründlich erhellt. Zum Beispiel nicht Herrn Miquel's etwaige Thätigkeit bei Gründung der Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft, bei der ihm nicht blos von antisemitischen Spektakelmachern, sondern auch von einem Manne wie Rodbertus Uebles nachgesagt worden war. Die Aussage des Herrn v. Hansemann, der beiläufig durch sein Auftreten vor Gericht den ihm von der Börse zuertheilten Spitznamen des „gebildeten Haus-

knechts" als besonders glücklich erwählt erscheinen läßt, also die Aussage dieses Herrn, daß die Statuten vom Zentral-Boden-Kredit schon vor dem Eintritt des Herrn Miquel von der Diskonto-Gesellschaft der Staatsregierung zur Genehmigung eingereicht worden seien, beweist um so weniger, als die Statuten erst mehrere Monate nach dem Eintritt des Herrn Miquel genehmigt worden sind und ihre Genehmigung — wegen der ganz ungewöhnlichen und theilweise formell gesetzwidrigen Privilegien, die der Gesellschaft ertheilt wurden — harte Kämpfe in der Regierung verursacht hatte. Doch ist wohl anzunehmen, daß Herr Miquel mit nachtwandlerischer Sicherheit auch in diesem Falle über dem Sumpf geschwebt ist, in dem sein Kollege v. Hansemann bis an die Knie, wenn nicht bis an die Achseln watete.

So hat er auch erst nachträglich von dem Millionen-Darlehen erfahren, womit Camphausen-Delbrück aus Reichsmitteln der Diskonto-Gesellschaft bei der rumänischen Gründerei unter die Arme griffen. Nachträglich findet Herr Miquel allerdings „nichts Besonderes" dabei. Und wie sollte er auch! Wie könnte der Finanzminister, der durch sein noch immer aufrecht erhaltenes Tabaksteuer-Gesetz die Reichsfinanzen stärken will, indem er Zehntausenden von Tabakarbeitern das letzte Stück Brot aus der Hand schlägt, etwas „Besonderes" darin finden, daß aus denselben Finanzen berufenen Gründerfirmen eine kleine Hand voll Millionen zur Förderung berufener Gründungen dargeliehen worden ist. Auch davon hat Herr Miquel nichts erfahren, daß bei der rumänischen Gründung nach dem Zeugnisse ihres Direktors Ottermann ein umfassendes System von Preß- und sonstigen Bestechungen durchgeführt worden ist. Kurzum, Herr Miquel hat als Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft gar nichts von den bedenklichen, zweifelhaften und für das Publikum mit den ungeheuersten Verlusten verknüpften Geschäften dieses Geldpolypen gewußt. Er hat blos Verträge abgefaßt und begutachtet u. s. w. Dafür bezog er aus dem Ertrage der Geschäfte jährlich das niedliche Einkommen von mehr als 300 000 Mark, das ihm Herr v. Hansemann, dem es eine wahre Wollust ist, Millionen aus dem Fenster zu werfen, ohne Weiteres einräumte. Wer an der idyllischen Reinheit und Schönheit dieses Verhältnisses zweifelt, ist ein „Verleumder". . . .

Indem wir diese Zeilen schreiben, lesen wir in einem manchmal gut unterrichteten ultramontanen Blatte, daß Herr Miquel auf dem Sprunge stehe, als Nachfolger des Grafen Caprivi in das Palais des Reichskanzlers einzuziehen. Ob die Dinge thatsächlich schon so weit gediehen sind und ob Herr Miquel überhaupt jemals anders denn als Faiseur irgend einer junkerlichen Null an die erste Stelle im Reiche gelangen wird, das wollen wir dahingestellt sein lassen. Aber wenn die ultramontane Nachricht nicht richtig sein sollte, so wäre sie noch immer gut erfunden. Bei der heutigen Höhe der kapitalistischen Entwicklung ist ein Reichskanzler, der kein Ar und keinen Halm besitzt und mit seinem Namen noch niemals einen Gründungsprospekt geschmückt hat, in der That ein scheußlicher Anachronismus. Erst wenn Herr Miquel, der Liebling der Agrarier, Herr Miquel von der Diskonto-Gesellschaft, der gerettete Miquel des Prozesses Plack-Schweinhagen, die politische Leitung in Reich und Staat erhält, darf sich das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte rühmen, würdig auf der Höhe der kapitalistischen Gesellschaft zu stehen, die es politisch repräsentirt.

Ein neuer Reformer des „Rechts der Geschlechter.“*

Wer Dickens' „Copperfield“ gelesen, wird sich der dort geschilderten freundlichen Persönlichkeit erinnern, der bei Allem, was sie schrieb, der Kopf Karls I. in die Feder lief. Der Verfasser des vorliegenden Buches ist in der gleichen Lage wie „Master Dick“. Auch er kann den Gedanken an ein gekröntes Haupt nicht los werden. Nur daß das Haupt das einer ganzen Gattung ist und die Krone aus einem Hirschgeweih besteht: ihn plagt und beherrscht der Gedanke an das bedauernswerthe Geschlecht der — Hahnreie.

Obwohl Herr Schröder nicht nur den Schutz der betrogenen Ehemänner zum Gegenstand seiner Untersuchungen und Reformvorschläge macht, dieselben vielmehr das ganze Gebiet der Beziehungen des männlichen und weiblichen Geschlechts zu einander umfassen, ist doch ganz unverkennbar das Mitleid mit den armen Teufeln, die Hörner tragen, aber weder Pferdefuß noch Bocksschwanz aufweisen, das Leitmotiv seines Buches. Der Menschheit ganzer Jammer faßt ihn an, wenn er daran denkt, daß mindestens die Hälfte der Unglückseligen, die allen warnenden Beispielen zum Trotz ein Weib auf Lebenszeit heimführen, sicher sind, mit Menelaus dem Guten singen zu müssen:

„Mir wird ganz grauslich zu Muthe,
Grauslich zu Muthe,
Betrogen ward ich ja, betrogen ward ich ja.“

„Ich glaube und bin überzeugt“, sagt er, „daß ich allgemeine Zustimmung finde, es wäre viel zu viel, wollte man 50 Prozent aller Ehefrauen als solche bezeichnen, die die Ehe auch nicht einmal gebrochen haben“ (S. 144). Vor Allem florirt nach ihm der Ehebruch im Bürgerthum, wo die Frau vom Mann genug Hausstandsgeld erhält, um nicht selbst arbeiten zu müssen, aber nicht genug, um den Geist, Gemüth und Körper in Anspruch nehmenden Passionen der Damen der Aristokratie fröhnen zu können. Müßiggang ist aller Laster und so auch des Ehebruchs Anfang. Je nachdem wird zu diesem Behufe ein Zimmerherr in Aftermiethe genommen, ein Verwandter, Freund des Mannes, Lehrer der Kinder eingeladen, ein Handwerker geholt, „um das oder jenes zu repariren“, oder der Briefträger, der Arzt, der Rauchfangkehrer (!) oder ein sonst von Berufswegen unauffällig ins Haus gelangendes Individuum in Anspruch genommen. Mit teuflischem Raffinement wählt die Ehebrecherin im Hinblick auf etwaige Kinder gern solche Individuen aus, die ihrem Gatten und Ernährer ähnlich sehen, und geht dem Auserkorenen gerade so weit entgegen, als nöthig ist, sein Begehren hervorzurufen; ist das gelungen, weiß sie sich so zu stellen, daß „sie als die Verführte, die Bezwungene erscheint, auch wenn sie es selber war, die verführt hat“. Kommen Kinder, so muß der arme Ehemann sie als die seinigen betrachten, obwohl der ehebrecherische Beischlaf nach Herrn Schröder von wegen des größeren Reizes mit viel stärkerer Wahrscheinlichkeit zu einer Befruchtung führt als der im regelrechten Ehebett; und holt die Frau sich von irgend einem Galan Syphilis und steckt den Ehemann an, so wird vor der Welt dieser als der Sünder hingestellt, der die arme Frau mit der üblen Krankheit behaftet habe. Beiläufig weiß Herr Schröder ganz genau, daß 99 Prozent der Aerzte die Syphilis falsch beurtheilen und falsch behandeln. Sie ist nur eine örtliche Erkrankung mit gewissen Begleiterscheinungen, aber niemals eine konstitutionelle Krankheit, die

* Eduard August Schröder, Das Recht in der geschlechtlichen Ordnung. Kritisch, systematisch und kodifizirt. Sozialwissenschaftliche Rechtsuntersuchungen. Berlin, Emil Felber. 1893. X und 390 Seiten gr. 8°. 12 Mark.

vielmehr nur durch die Behandlung mit Quecksilber hervorgerufen wird, weshalb denn auch die Anwendung von Quecksilber gegen Syphilis strafgesetzlich verboten, respektive geahndet werden muß. Bei richtiger Behandlung vergeht die Syphilis bald und ohne Rückwirkungen, so daß Männer, die sich blos aus Furcht vor ihr lieber verheirathen, als zu Prostituirten zu gehen, Opfer eines bedauernswerthen Irrthums sind. Noch schlimmer, die grundfalsche Furcht vor der Syphilis „läßt die Prostitution nicht zur Entfaltung ihrer natürlichen Funktionen gelangen und schädigt somit den ganzen sozialen Bau" (S. 269). „Könnte die Prostitution unbeeinflußt von der Irrlehre der konstitutionellen Syphilis ihre natürlichen Funktionen entfalten, so würden sich Schändungen, Nothzuchts- und Ehebruchsfälle um einen starken Theil vermindern" (S. 270). Probatum est, sagt Doktor Eisenbart.

Eine fernere erbauliche Entdeckung unseres Autors ist, daß wenn sekundäre Krankheitsstoffe — nicht der Syphilis, denn die kennt deren nicht, wohl aber der Quecksilbervergiftung — sich an Neugeborenen zeigen, die Schuld dafür immer bei der Mutter zu suchen ist. „Es ist unmöglich, daß durch das eine Sperma, welches die Befruchtung des weiblichen Eies bewerkstelligt, der Krankheitsstoff in das künftige Lebewesen eingeführt wird." Derselbe müsse aus dem Ei der Mutter stammen oder bei der vierzigwöchentlichen Ernährung durch die Mutter aus dem Blut derselben vom Embryo aufgesogen sein. Kinder gesunder Mütter zeigten niemals Neigung zur Skrophulose, auch wenn der Vater Syphilitikus und Quecksilberpatient war!! Wie eine Frau gesund bleibt, wenn der sie befruchtende Mann syphilitisch ist und Quecksilber im Blute hat, erzählt Herr Schröder leider nicht.

Das Weib ist in neunundneunzig von hundert Fällen der Verbrecher, aber das Gesetz und die Rechtspraxis bewirken, daß in noch nicht einem von hundert Fällen die Schuldige zur Rechenschaft gezogen wird. „Die Freiheit der Weiber ist in geschlechtlicher Beziehung größer als die der Männer" (S. 124). Die armen Männer tragen ihr Kreuz, tragen ihre Hörner und alimentiren die Kinder, die ihnen ihre Weiber oder Geliebten aufoktroyiren, während diese sich ins Fäustchen lachen und unbeeinträchtigt weiter betrügen. Die Frauen vergnügen sich unter heutigen Verhältnissen nach Herzenslust und die armen Männer dulden.

Ist keine Hilfe gegen solchen Drang? O gewiß, es gilt nur, das Uebel richtig zu erkennen und die Gesetzgebung entsprechend zu reformiren. Man erleichtere das Beweisverfahren gegen ungetreue Ehefrauen, belege den Ehebruch mit strengen Strafen, und ein großer Schritt zum Besseren ist geschehen. Ehebruch kann nämlich nur die Frau begehen, huldigt der Ehemann mit einem anderen weiblichen Individuum dem Gott der Liebe, so macht er sich höchstens einer Vernachlässigung der ehelichen Pflichten schuldig, was aber ganz etwas anderes ist als Ehebruch, sintemalen er auf keine Weise Mutter werden kann. Nur wenn er so unklug ist, in der gemeinschaftlichen Ehewohnung sich ein Schätzchen zu halten, können er und seine „Buhle" nach dem von Herrn Schröder entworfenen Kodex bis zu sechs Wochen Kerker aufgebrummt erhalten, was er außer dem Hause treibt, geht der Frau nichts an. Drum ein galanter Ehemann klopf' stets an fremden Thüren an ꝛc. ꝛc.

Ist's die Frau eines Anderen, die irgend ein verheiratheter oder nicht verheiratheter Herr der Schöpfung begnadet hat, so ist das seinerseits je nachdem Mitschuld am Ehebruch, aber das Verbrechen selbst begeht nur die betreffende Frau. Dementsprechend die Strafnormirung. Maximalstrafe für den Galan — sechs Monate, für die pflichtvergessene Gattin — zwei Jahre Kerker.

Ein ideales Rechtsprinzip, fürwahr. Indeß, die Eifersucht verlangt ihr Recht. Herr Schröder schwärmt für die Eifersucht — natürlich die „männliche", will sagen, die der Männer. Die Eifersucht der Frauen ist im besten Falle eine edlere Form des Neides, meist aber — merkt's euch, kluge Evastöchter — „ein verdächtiges Anzeichen", das „auf Untreue schließen läßt". Es ist „eine erquickliche Erscheinung" — sehr erquicklich! —, „daß treue Gattinnen den Gatten nur selten mit Eifersucht quälen", in einer „reinen Seele" kommt eben der Gedanke, daß der geliebte Mann sich auf Abwege begeben könne, überhaupt nicht auf (S. 146). Beim Mann dagegen hat das von der Schöpfung dem Menschen verliehene Gefühl der Eifersucht den Zweck „der Ueberwachung desjenigen Weibes, welches uns unsere und keine fremden Kinder gebären soll". Du sollst keine andere Götter haben neben mir.

Herr Schröder, der nicht nur Teleologe ist und fortwährend von einem Willen der Schöpfung spricht, über den er so genau Bescheid weiß wie die Theologen der Offenbarungsreligionen über den „unerforschlichen" Willen Gottes, weiß uns auch sehr Genaues über die Entstehung der Eifersucht und der Prostitution zu erzählen, die er beide in die ersten Anfänge der menschheitlichen Entwicklung zurückverlegt. Nachdem er es fertig bekommen, die Menschheit „wenigstens auf verschiedenen Kontinenten" von einem Paar abstammen zu lassen, von dem sich direkt die auf regellosen Geschlechtsverkehr aller Angehörigen bestehende „Urfamilie" ableitet, läßt er diese ersten Menschen instinktiv danach streben, „die kostbare, nun erreichte Stufe der Menschheitlichkeit zu bewahren" und jede Vermischung mit anderen Gattungswesen streng verpönen. „So entstand die erste natürliche Eifersucht des Menschen, und ich habe besonders den Mann vor Augen" (S. 22). Soll Letzteres heißen, daß die Urväter der Menschheit zwar in der Vorahnung des glorreichen Berufes der kommenden Geschlechter „die fremde Gattung . . . vom geschlechtlichen Verkehr mit den ersten Menschenweibern auszuschließen" (S. 22/23) energisch bestrebt waren, aber höchstselbst es nicht verschmähten, gelegentlich bei einer weitläufig verwandten Aeffin Hausfreund zu spielen? Es muß wohl so sein, da sonst der Nachsatz keinen Zweck hätte, und die spezifische Eifersucht des intelligenten Urmenschen, die Herr Schröder zur Glorifizirung der Eifersucht der Ehemänner unserer Tage vorführt, entpuppt sich als die Beschränkung einer auch bei den Thieren verbreiteten Tendenz auf oder gegen das eine der beiden Geschlechter.

Aus der „Urfamilie", die Herr Schröder gegen „Morgan und dessen Epigonen Engels" statt der Horde an den Anfang der menschheitlichen Entwicklung stellt, läßt er dann später Individuen oder Paare sich ablösen. Solche losgelöste Individuen mögen theils verkommen sein, theils sich mit anderen „zu gegenseitigem Schutze vereinigt" und so neben der oder den Urfamilien Horden sich gebildet haben. Sie mögen aber auch sich über die Schranken, an die die Mitglieder der Urfamilie sittlich gebunden waren, sich hinweggesetzt, Fremde, nicht blutsverwandte Personen zum geschlechtlichen Verkehr zugelassen haben, und so entstand — „die erste Prostitution!" (S. 24).

Das nennen wir Urgeschichte schreiben! So erklärt man soziale Erscheinungen der höheren Stufen menschheitlicher Entwicklung, indem man einen Zustand austiftelt, der eine schwache formelle Aehnlichkeit mit ihnen hat und auf ihn den für sie geltenden Namen aufklebt. Was in der Welt hat dies Eingehen des Geschlechtsverkehrs mit Fremden mit der Prostitution zu thun? Oder meint Herr Schröder, daß die Horden oder Individuen im Urwald, in einer Bergkluft oder an der Meeresküste so ein kleines Urbordellchen „Zum blauen

Affen" oder „Zur turanischen Minna" für Durchreisende etablirt hätten? Bei der Unwissenheit, in der er uns mit Bezug auf die Lebensverhältnisse seiner Urmenschen beläßt, sind wir stark geneigt, solches zu vermuthen.

Uebrigens, wenn schon einmal die Urprostitution an den Anfang der Menschheitsgeschichte verlegt werden soll, warum nicht eine Stufe zurückgehen und sie in den obenerwähnten Gastrollen des Urmannes bei seinen zurückgebliebenen Verwandten weiblichen Geschlechts suchen? Freilich, das hätte einen bösen Nebenklang — Ursodomie — und paßte schlecht zur Tendenz dieses Exkurses in die urgeschlechtliche Zeit. Die Sodomie verabscheut Herr Schröder, und wo er für die Gegenwart von ihr spricht, geberdet er sich deshalb auch so, als sei sie nur von Frauen denkbar — aber die Prostitution liebt er, und darum präsentirt er sie in einem schöneren Gewande. Sie ist nur die Alternative der freien Liebe, die in der Urfamilie dadurch aufkommt, daß ein Pärchen, dem das connubium omnium cum omnibus nicht paßt, sich seitwärts in die Büsche schlägt und für sich allein schnäbelt, tändelt, herzt und küßt, bis eine neue Urfamilie da ist oder einer von beiden resp. beide dem Hunger oder den Bestien erliegen.

Auf diese höchst einfache Weise werden „die drei Arten geschlechtlichen Verkehrs": durch Sittengesetz gebundene Ehe, freie Liebe und Prostitution in den Uranfängen der Menschheit entdeckt, auf jeder weiteren Stufe der Entwicklung vorgefunden, und als Etwas, was sich von Alters her bewährt, was ewig war, für alle Ewigkeit sanktionirt. Sie bilden die heilige Dreieinigkeit des „Rechts in der geschlechtlichen Ordnung", die fundamentalen Grundlagen, denen das positive Recht dieser Materie entsprechend den jeweiligen Wirthschafts- und Kulturverhältnissen Rechnung zu tragen hat.

Das thut nun das heutige positive Recht in höchst mangelhafter, aller Logik und Gerechtigkeit Hohn sprechenden Weise. An der Hand der einschlägigen Gesetzgebungen tritt Herr Schröder den Beweis dafür an, und es ist nicht zu leugnen, daß, wo oder soweit nicht seine im Vorentwickelten charakterisirten Schrullen seinen Blick trüben, die Beweisführung in hohem Grade gelungen ist. Dieser Theil ist entschieden der beste seines Buches. Er ist mit großem Fleiß und guter Systematik ausgearbeitet. Ueberhaupt ist sein Buch ein merkwürdiges Beispiel, wie gut sich Verranntheit nach einer bestimmten Richtung hin mit scharfer Logik in anderen Dingen verträgt. Es ist am Ende nicht schwer, die Widersprüche und Ungerechtigkeiten des heutigen positiven Rechts und der offiziellen Moral in Bezug auf die Stellung und Rechte der Geschlechter nachzuweisen, sie liegen so offen zu Tage, daß fast Jeder darüber stolpert, aber die Wenigsten haben den Muth, die Konsequenzen des Erkannten zu ziehen. Herr Schröder aber hat diesen Muth, er scheut vor keiner Konsequenz seiner Feststellungen zurück, ob sie nun zu so reaktionären Vorschlägen wie die oben gekennzeichneten oder zur radikalsten Proklamirung des Rechts der freien Liebe und der Forderung führen, die Prostituirten als Wohlthäterinnen des Menschengeschlechts zu ehren und vor Ausbeutung zu schützen.

In der That, selbst in den reaktionären Vorschlägen liegt Logik und Methode. Es ist ja unleugbar, daß das heutige Eherecht oft genug seine Spitze gegen den Mann richtet, daß der schwache Schutz, den die Gesetzgebung der Frau zusichert als Ausgleich für die ihr im Allgemeinen angewiesene inferiore Stellung, in bestimmten Fällen zur Qual, zur positiven Ungerechtigkeit gegen den Mann werden kann. Die heutige Ehe ist geschichtlich der Ausläufer der patriarchalischen, vaterrechtlichen Familie, aber während die Rechte, die einst der Gatte über die Frau hatte, theils durch die Gesetzgebung, theils durch die auf dem

Boden der veränderten sozialen Verhältnisse erwachsene Sitte immer mehr verkürzt wurden, hat die Erleichterung der Pflichten damit nicht gleichen Schritt gehalten. Wer mit den Sozialisten von einer Weiterentwicklung der Gesellschaft in der Richtung einer steigenden Gleichstellung der Geschlechter wie der Individuen überhaupt überzeugt ist, wird die Aufhebung jener Anomalien von dieser Entwicklung, resp. von Reformen in der Richtung derselben, erwarten und erstreben. Herr Schröder vermag aber den Boden der heutigen Bourgeoisgesellschaft nicht zu verlassen, nicht über sie hinaus nach vorwärts zu denken, und so weiß er kein Mittel, die Anomalien der heutigen Ehe zu bekämpfen, als indem er das Rad rückwärts zu schrauben und die Ehe auf die Basis zu stellen vorschlägt, die sie etwa Ausgangs des Mittelalters hatte. Alles aus purer Gerechtigkeit, denn nur der Gedanke, daß es ungerecht sei, dem Mann die Sorge für Kinder aufzuhalsen, die er nicht gezeugt, läßt ihn die lächerliche Strafskala gegen den Ehebruch empfehlen. Wo kein Betrug im Spiel, soll den weiblichen Individuen die Ausübung des geschlechtlichen Verkehrs so frei stehen wie den Männern. Indeß was Ausgangs des Mittelalters als gerecht erscheinen mochte, weil es den Produktions- und Wirthschaftsverhältnissen der Epoche entsprach, ist darum noch lange nicht heute gerecht, und solange Erwerbsverhältnisse bestehen, die der Frau die Eingehung einer Ehe als das kleinere Uebel erscheinen lassen, wird dieselbe diese mit all ihrem Betrug der freien Liebe vorziehen. Uebrigens würde diese bei der Kultivirung der Prostitution, die Herr Schröder erstrebt, nur eine Vorstufe der letzteren bilden, die Werthschätzung der Prostitution in die Erniedrigung der ganzen weiblichen Hälfte der Menschheit umschlagen. Selbst seine scheinbar radikalen Vorschläge haben in Wirklichkeit eine reaktionäre Tendenz.

Seine kläglichen Ausführungen über die allgemeine Untreue der heutigen Ehefrauen, über die Schlechtigkeit gefallener Mädchen aus den niederen Volksklassen, ihre von Liebhabern aus der eigenen Klasse empfangenen Kinder wohlhabenden Liebhabern anzuhängen, seine Forderung des Beweises der Aehnlichkeit mit dem behaupteten Vater bei Vaterschaftsklagen ꝛc., sind nur Ausdrücke des schlechten Gewissens der heutigen Männerwelt. Wenn Eifersucht bei der Frau für ihn ein verdächtiges Anzeichen in Bezug auf deren eigene Treue ist, so weiß man längst, daß es keine eifersüchtigeren Ehemänner giebt als Libertins a. D. und z. D. Ebenso ist Herr Schröder, wenn er die Erhebung der Prostitution zum legitimen „Gewerbe des weiblichen Geschlechts" und die Konzessionirung von Bordellen verlangt, nur das Mundstück des reaktionärsten Elements der Männerwelt unserer Tage. Sicherlich optima fide, wie wir auch fest davon überzeugt sind, daß er an die Schlechtigkeiten, die er den Ehefrauen seiner Mitbürger nachsagt, aufrichtig glaubt, resp. sie bei so ziemlich Allen voraussetzt.

Auf alle Punkte seines Kodex des Geschlechtsverkehrs einzugehen, fehlt uns sowohl der Raum als auch die Neigung. Nach dem Gezeigten kann man sich auch leicht eine Vorstellung davon machen. Herr Schröder ist in Bezug auf die Stellung der Geschlechter, was der Altliberale in Bezug auf die Stellung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu einander. Er postulirt und proklamirt die formelle Gleichheit und Gleichberechtigung, ohne sich an der Fortdauer oder Steigerung der thatsächlichen Ungleichheit zu stoßen oder sich behindert zu fühlen, dieselbe durch die Ausführungsbestimmungen seines „demokratischen" Grundgesetzes noch zu potenziren. Seine Gleichheit ist nicht bestimmt, die Frau zu heben, sondern den Mann zu entlasten. Oder sagen wir, da wir seine Absichten nicht verdächtigen wollen, nicht geeignet, die Stellung der Frau zu verbessern, sondern nur, dem Mann den Geschlechtsgenuß zu verbilligen. Dabei ist es denn auch

nur logisch, wenn Herr Schröder die Selbstbefriedigung, deren Wirkungen er ebenso übertreibt, wie er die der Syphilis hinwegzudisputiren sucht, mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft wissen will. Weniger einleuchtend aber ist, wie er sich in solchen Fällen das Beweisverfahren denkt. An der Vorzüglichkeit des Mittels wagen wir natürlich nicht im Entferntesten zu zweifeln. Similia similibus.

Ed. Bernstein.

Unterm heiligen Napoleon.

„Wenn unter dem ersten Kaiserreich das Land wieder ein Stück Fleisch hergeben sollte, um die Löcher zu stopfen, welche die feindlichen Kanonen gerissen, so trug mancher brave Junge keine Lust, dem Appell zu gehorchen. Was hatte er davon, daß die Schwingen unserer Adler über die Erde hinrauschten? Was lag ihm daran, ob man in Wien oder Berlin, im Kreml oder im Vatikan einzog? Der Wind wehte die Wolken des Ruhmes und des Pulverrauches nicht bis zu seiner am Bergeshang klebenden oder im Thalgrund verborgenen Hütte. Er liebte die grünen Wiesen und goldenen Aehrenfelder; dem Baume gleich hielt er fest an der Scholle, auf der er gewachsen, und verfluchte die Hand, die ihn von dieser riß. Er hatte kein Verständniß für die Gesetze, welche ihn der Freiheit beraubten, ihn zum Helden pressen wollten. Nicht daß er zitterte, wenn man von den Kämpfen erzählte; ihm bangte vor dem elenden Leben in der Kaserne, nicht vor dem Tode. Mehr als der Siegeszug durch die Welt gefiel das einsame Streifen im heimathlichen Revier. Noch ehe am Morgen des zum Abmarsch der Konskribirten bestimmten Tages die Sonne den Morgenhimmel röthete, schnürte der Bursche sein Bündel und langte die alte, über dem Kamin hängende Flinte herunter. Der Vater reichte ihm einige Patronen, die Mutter steckte ihm einen Laib Brot in den Sack. Dann küßten die Eltern den Sohn, der jetzt nach dem Stalle sich wandte, ein letztes Mal die Ochsen zu schauen, rasch davoneilte und in der Ferne verschwand. Er war jetzt ein Ausreißer, ein Rebell."

An diese Worte, mit welchen Jules Vallès sein Buch „Le réfractaire" einleitete — es kam im Jahre 1866 heraus — fühle ich mich erinnert, seitdem in Paris aufs Neue zum „großen Kaiser" gebetet wird und eine Legende wieder erwacht, die in der entsetzlichen Lache von Sedan erstickt zu sein schien. Man feiert abermals sein Genie, sein Herz und seine Gaunereien in dicken Büchern, bringt ihn aufs Theater und scharrt nach Reliquien. Von dem Bewußtsein durchdrungen, daß an ihr nichts mehr zu verderben, wünscht sich die französische Bourgeoisie einen Meister, einen Soldaten, der, wenn er nicht Gloire jenseits der Grenze zu holen vermag, doch bereit zur Vornahme eines jener Aderlässe wäre, bei denen das heiße Arbeiterblut in mächtigem Bogen aufspritzt, wie's 1848 und 1871 geschah. . . .

In Frankreich giebt es, wie überall, zwar auch ein Häuflein von Freunden des Friedens, die gerne den Krieg ausrotten — und dessen Wurzeln pietätvoll schonen möchten. Sie meinen es zweifellos ehrlich und irren sich nur in der Thüre, die aus dem Wirrsal führt; stets kommen sie wieder zur anderen herein. Es zählt zu diesem Kreise auch der greise Frédéric Passy. Er hat im vorigen Jahre der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften in einer bemerkenswerthen Studie auseinandergesetzt, welche Honorare Frankreich für die Erfolge seines Heros erlegte. Die Presse sprach kaum davon — der Patriotismus wohnt mit der Wahrheit nicht gerne zusammen.

D'Hargenvilliers, der Direktor der Konskription unter Napoleon I., setzte die Zahl der Todten, die Frankreich allein in den Kriegen des zehnjährigen Kaiserreiches hatte, auf 1750000 an. Dazu kamen die Opfer der Alliirten, die niemals geschont, vielmehr wo es nur anging, zur ärgsten Metzelei aufgespart wurden, und endlich die der Ueberwundenen. Zu hoch ist es nicht gegriffen, wenn man die Gesammtzahl aller Erschlagenen auf volle 6000000 schätzt. Doch ist diese Ziffer nur die sichtbarste, brutal sich vordrängende Seite des Ungemachs. Wie in Frankreich von einem Ende zum anderen das öffentliche Leben Zuchthausformen annahm, wie Präfekt und Büttel und Spione die Menschenheerden aufbrachten und weite Striche verheert und entvölkert wurden, — dies Alles ist in zahlreichen Werken zerstreut erwähnt; das große Buch der Schande aber — die konzentrirte Darstellung, für die ein übermächtiges Material sich böte —, es ist noch ungeschrieben. Die es schreiben möchten und den Muth besäßen, hineinzuzünden in die historische Lügenkammer, sie können es vorerst nicht, — sie stehen im heißen Gefecht mit der Gegenwart. Die Anderen verspüren, vorzüglich bezahlt und gefüttert, nicht Antrieb dazu, oder sie sind durch die sozialistischen „Zeichen an der Wand" schon so verwirrt, daß die Verbrechen der Vergangenheit ehrwürdigen Schimmer für sie haben.

Was allein die Departements Puy de Dome, Cantal und Haute Loire auszustehen hatten, ist von einem glaubwürdigen Augenzeugen, Doniol, geschildert worden, der seine Aufzeichnungen schon 1867 Herrn Passy aushändigte; die Veröffentlichung ist somit keine überstürzte.

Napoleon, schreibt Doniol, begnügte sich nicht, einem Vater einen seiner Söhne nach dem anderen zu rauben, er leerte ihm obendrein auch die Tasche; dem reichen durch die enorme, bis zu 12000 Francs aufsteigende Loskaufssumme — Doniol entrichtete selber 8000 im Jahre 1808 —, dem minder begüterten durch offene Plünderung. Ein jeder Kanton stellte sein bestimmtes Kontingent. Brachte sich ein Rekrut durch Bestechung, für welche eine bestimmte Skala diente, frei, war er geborgen, bis Nachschub verlangt wurde. Um wiederum unter betrügerischem Vorwand ausgemustert zu werden, bedurfte es eines zweiten Trinkgeldes von 800 bis 1500 Francs, und weil der Soldaten nie genug waren, galt es ein drittes und viertes Mal mit harten Thalern die Revision zu korrigiren. Aus diesen verschont gebliebenen Söhnen des Reichthums wurde eine berittene Truppe, eine sogenannte lokale Ehrenwache formirt; die Ausrüstung hatte der Gardist selber zu bestreiten; sie belief sich immerhin auf 1500 Francs. Schließlich blieben nur die Verheiratheten zu Hause, um für den Nachwuchs zu sorgen; nach der Katastrophe in Rußland mußten auch sie zu den Fahnen.

Die Mitglieder der Rekrutirungskommission, welche in dieser Periode funktionirten, machten nicht üble Beute. Einer derselben, ein General, erstand aus seinem Antheil für 300000 Francs eine der schönsten Besitzungen der Auvergne; sie repräsentirt heute einen Werth von 600000 Francs und gehört seinem Enkel, der eine Stütze der letzten parlamentarischen Regierung war!

Zu Beginn des Jahres 1811 verordnete eine unbarmherzige allgemeine Instruktion, daß außer den Eltern, Geschwistern und Schwägern flüchtiger Konskribirter auch Diejenigen büßten, die nachweisbar einen Gehetzten beherbergt, ihm auch nur Nahrung gereicht hatten. Die ganze Gemeinde verfiel sogar der Züchtigung. Detachements der kaiserlichen Garde, „mobile Kolonnen", welchen die Bauern den Namen „höllische Kolonnen" gaben, wurden auf die Suche ausgeschickt. Fehlte in einem Kanton auch nur ein Stellungspflichtiger, wurden dreißig Bärenmützen hinbeordert; sie brachen bei den Angehörigen des Ausgerissenen ein, räumten

Erntevorräthe, Vieh und Möbel aus, demolirten wohl auch die Gehöfte und steckten sie in Brand. Gelang es nach fünf Tagen nicht, das Wild zu erwischen, wurde der Familie eine Kontribution von 5000 Francs auferlegt, und der gesammte Ort hatte für den Betrag zu haften. „Ich selber", fügt Doniol bei, „war als Kommissär bei einem solchen Akt zugegen; die fünfzig Oesterreicher, welche nach der Schlacht bei Waterloo bei uns im Quartier lagen, quälten uns erheblich weniger." Die verzweifelten Bewohner der Gemeinde Bumble entwaffneten eine mobile Kolonne, die eben ein Haus anzünden wollte, und scheuchten sie mit Steinwürfen hinweg. Am nächsten Morgen sühnten sie, um nicht ein Strafbataillon auf den Hals zu bekommen, die Verwegenheit mit einer Spende von 3000 Francs.

So wurde auf Jünglinge gepirscht, welche die heimische Scholle liebten, welche zu leben und nicht nutzlos zu sterben wünschten. Wie dann damals die bürgerlichen Gewalten verfahren mußten, sagt folgender Brief des Unterpräfekten zu Melle an den Steuereinnehmer d'Aubigné:

„Mein Herr, die von meinem Arrondissement geforderten Requisitionen sind so dringlich, daß Sie im Voraus ein Fünftel der von den Gemeinden Ihres Kreises zu entrichtenden Abgaben erheben werden. Die zehn Höchstbesteuerten haben den Vorschuß zu leisten, spätestens auf den 28. dieses Monats. Ich erkläre Sie persönlich verantwortlich für den pünktlichen Vollzug der Maßregel. Zaudern Sie nicht, mein Herr. Wenn das Heil des Vaterlandes in Frage steht, darf man nicht schlafen; auch nur die geringste Nachlässigkeit bei Ihrer Aufgabe könnte Ihnen den Posten, vielleicht sogar den Kopf kosten. Es sind dies keine leeren Drohungen; Seine Exzellenz der Kriegsminister hat sie ausgesprochen. Ueberlegen Sie also wohl. Ich habe die Ehre, Sie zu grüßen. . . ."

Taine spricht im ersten Bande über „Das moderne Regime" summarisch von diesen Vorgängen. 160 000 Refraktäre irrten nach seinen Quellen im Jahre 1806 herum und ihre Verwandten wurden dafür um 170 000 000 Francs gebrandschatzt. Am meisten Arbeit hatten die Spürhunde in den Gebieten an der Grenze; man begegnete dort auf allen Wegen unglücklichen Gefangenen, die gefesselt, oft mit Daumenschrauben, einherwankten. Mitleiden gab es auch für Todtkranke nicht. Auf die russische Kampagne hin begann man erst recht zu stöbern; 60 000 Unglückliche wurden in Haufen der Küste entlang getrieben, bis zum Niemen hin, wo sie freilich auch in Haufen sogleich desertirten. „Was wollen Sie?" sagte der große Schlächtermeister zu Metternich; „ich bin im Feldlager aufgewachsen und unsereiner scheert sich den Teufel um eine Million Soldaten."

Frankreich war abgehetzt, todtmüde und wand sich in Schmerzen; die ländliche Bevölkerung versank in stumpfe Resignation. Der Klerus aber schwang das Weihrauchfaß, der dritte Stand, der „etwas sein" und Alles haben wollte, fand seine Rechnung und Lieferanten und Spekulanten rieben sich schmunzelnd die diebischen Finger.

Den Tribut an Menschen, welchen die Alliirten zu entrichten hatten, schlägt Taine etwas geringer an als Frédéric Passy. Ob mit Recht, ist kaum noch festzustellen. Erinnere man sich indessen blos, wie Napoleon die Schweiz ausquetschte. Auf Grund einer von ihm diktirten Militärkapitulation sollte Frankreich gestattet sein, bis auf 16 000 Mann in der kleinen Alpenrepublik zu werben. Er legte eigenmächtig den Vertrag dahin aus, daß dieses Kontingent stets unvermindert in gleicher Stärke zu stellen sei. Heute diesen Söldnern Lob für ihre Bravour spendend, morgen ungnädig die Stirn runzelnd und zu harten Drohungen übergehend, mahnte er die schweizerischen Regenten unausgesetzt, Bedacht zu nehmen, daß die Lücken ausgefüllt würden — und zwar mit Kerlen echter Rasse. Söhne von Neuschweizern lehnte man ab und ließ es halb und halb zu einer Ahnen-

probe kommen. Die Regierungen einzelner Kantone zwangen ihre Unterbeamten, die Werber in jeder Weise zu unterstützen, sogar zu prämiiren, Rekruten über ihr Handgeld hinaus Beträge bis auf 50 Francs zuzusichern; denn die schweizerische Jugend war sehr kriegsunlustig, und die Selbstverstümmelung häufig geworden. Oberamtmänner, welche die Werbung favorisirten, wurden belobt, die lauen verwarnt. Mit landesväterlicher Bewilligung fanden in den Schenken wahre Orgien statt; dem Berauschten steckte man die Cocarde zu und er war verkauft. Lange noch erhielt sich im Volk einzelner Gauen die Tradition von all dem Schändlichen, das geschah.

Kein Staat des Rheinbundes, klagte die Obrigkeit von Bern, wird so gepeinigt wie wir. Doch man gehorchte feig; den Enkeln Wilhelm Tell's gebrach die Kraft des Trotzes, das Schildwachstehen vor fremden Thronen hatte ihn gebändigt.... „Jedes Individuum ohne Unterschied", dekretirte 1807 der Kleine Rath von Luzern, „das sich Meldungen zu verbreiten erlaubt, welche Entmuthigung, Angst oder Verwirrung zu erregen geeignet sind; wer direkt oder indirekt Gerüchte ausstreut, die darauf zielen, Mißtrauen gegen den erlauchten und ersten Alliirten der Schweiz, den Kaiser der Franzosen, zu pflanzen, oder Zweifel über den glücklichen Fortgang seiner Waffen zu veranlassen, soll angehalten werden, während vier Jahren in einem der vier Regimenter zu dienen. Starke und gesunde Männer, welche vermögens- oder arbeitslos sind, werden gleichfalls auf dieselbe Dauer dort untergebracht." Und zähe in der Beflissenheit verfügte derselbe Stand im Jahre 1811, daß Müßiggänger, Schwelger, Väter unehelicher Kinder und Nachtschwärmer — natürlich soweit sie außerhalb einer hochlöblichen Bürgerschaft sproßten — auf sechs bis acht Jahre zu den französischen Fahnen abgeschoben werden dürfen. Endlich erklärte ein Artikel, daß die durch die Flucht der Anwendung dieses Gesetzes sich Entziehenden ihrer heimathlichen Rechte verlustig gingen. Wer einem Ausreißer Beistand lieh, hatte Ersatz zu schaffen oder selber in den rothen Rock zu schlüpfen.

Die Schweiz war eine französische Provinz; französische Flüchtlinge, welche thöricht Schutz in ihren Bergen zu finden hofften, wurden ausgeliefert, ein Asyl gab es nicht mehr.

* * *

Barbarei, verkuppelt mit Elend und Korruption, das war die Signatur der Epoche. Sie zu verhüllen, erstanden pompöse Trophäen, vor denen die zünftigen Historiker noch heute salutiren. Taine freilich thut nicht mit, allein er ist ein blindwüthiger Berserker, dessen Keule Unheil anrichtet; er sieht scharf, nur nicht tief genug.

Daß das ranzig gewordene Republikanerthum — Jules Simon voran — der Prozession sich anschließt, ist logisch: neben den Altar des heiligen Zaren gehört auch einer für den heiligen Napoleon. Vor beiden kniet die gleiche Andacht, abwechselnd von Säbel und Knute träumend. d. g.

Bäuerliche Produktiv-Genossenschaften.

(Schluß.)

II. Secundum, welchen Nutzen hätte diese Operation für die Gesellschaft, und besonders für die soziale Bewegung?

Es würde uns zu weit führen und wir halten es auch für überflüssig, hier des Näheren auseinanderzusetzen, daß nicht der Mangel an Land die Grundursache des Ruins der Bauernwirthschaft ist. Statt dessen wollen wir eine kleine

Rechnung aufstellen, die hoffentlich deutlich genug zeigen wird, wie minim die Wirkung selbst der ausgedehntesten Landeszutheilung an die Bauernhöfe auf die Hebung der Bauernwirthschaft sein müßte.

Wenn man die gesammte landwirthschaftlich benutzte Fläche eines Landes unter die gegenwärtig in demselben vorhandenen landwirthschaftlichen Betriebe gleichmäßig vertheilt, also den Kleinbesitz so sehr verstärkt, als wie es nur möglich ist, so erhält man für die verschiedenen Länder folgende Einheitsgröße des Betriebes:*

Preußen	6,9 Hektar	Hessen	3,4 Hektar
Bayern	6,3 „	Deutsches Reich	6,0 „
Sachsen	5,2 „	Frankreich ca. . .	6,0 „
Württemberg . .	3,7 „	Belgien kaum über	2,0 „
Baden	3,2 „		

Und auf dieselbe Weise berechnet, entfallen von der mit Grundsteuer belegten Fläche (also Waldungen ꝛc. mit inbegriffen, die reine landwirthschaftliche Fläche war nicht zu ermitteln) auf den Durchschnittsbetrieb:

Italien . .	ca. 8,0 Hektar	Oesterreich . .	ca. 6,0 Hektar
Ungarn . .	ca. 10,0 „		

Wir sehen, daß keine Vertheilungen und Zutheilungen den Bauern über eine sehr beschränkte Norm des Kleinbesitzes hinwegbringen können. Dies ist sehr begreiflich: der Auflösungsprozeß der Bauernwirthschaft hat zu einer Bodenzersplitterung geführt, die jede Gegenwirkung illusorisch macht. So betrug in Belgien nach der Aufnahme von 1888 die Zahl der Besitzer, die jeder weniger als 5 Hektar Land besaßen, 90,1 Prozent der Gesammtzahl, davon besaßen aber 78 Prozent nur je unter 2 Hektar, dagegen bildeten die Landgüter von über 50 Hektar nur 0,4 Prozent der Betriebe. Im Deutschen Reich gab es nach der Zählung von 1882: 76,6 Prozent der Betriebe unter 5 Hektar, 58 Prozent unter 2 Hektar (in Preußen sogar 77,6 bezw. 61,4 Prozent, Württemberg 79,9 bezw. 53,6 Prozent, Baden 83 bezw. 54,4 Prozent). Die Entwicklung dieses Verhältnisses läßt sich am besten an dem Beispiel Belgiens klarlegen. Man beachte folgende Zusammenstellung:

Prozentverhältniß der landwirthschaftlichen Betriebe in Belgien

	1846	1880	Unterschied
Unter 5 Hektar	81,5 Prozent	90,1 Prozent	+ 8,6 Prozent
Unter 2 Hektar	66,9 „	78,0 „	+11,1 „
50 Hektar und darüber . .	0,8 „	0,4 „	— 0,4 „

Während also nach obenhin eine Konzentration der Betriebe stattfindet, schreitet nach unten die Besitzestheilung rüstig fort. Man sieht dies auch an der Entwicklung der absoluten Zahlen. Von 1846 auf 1880 hat sich in Belgien die absolute Zahl der Betriebe von unter 2 Hektar um 77 Prozent vermehrt, jene der Betriebe von 2 bis 5 Hektar um 24 Prozent vermehrt, die Zahl aber der Betriebe von 50 Hektar und darüber um 21 Prozent vermindert.

* Die statistischen Angaben sind meistens Conrad's „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" entnommen.

Dasselbe Verhältniß und dieselbe Entwicklung kann für sämmtliche anderen oben angeführte Länder, wenn auch nicht mit derselben Genauigkeit, erwiesen werden.

Ein anderes Bild zeigt uns ein Land, das den übrigen in der kapitalistischen Entwicklung weit vorangegangen ist. Wenn man für Großbritannien dieselbe Rechnung macht wie oben für Deutschland ꝛc., so erhält man pro Durchschnittsbetrieb 24 Hektar Land. Das ist schon eine ganz andere Quantität — hervorgebracht auf einem Boden, der vom Kleinbauernthum gesäubert wurde durch die große kapitalistische Unternehmung.

Was folgt nun aus alledem? Es folgt daraus, daß erstens in den meisten Ländern wenn auch kein fester mehr, so doch ein sehr breiter Bauernstand besteht, daß zweitens innerhalb der heutigen Gesellschaft für diesen Bauernstand sich keine ernsten Reformen in der Landwirthschaft durchführen lassen, daß es diesem Bauernstand deshalb schlimmer und schlimmer ergehen wird bis zu seiner gänzlichen Vernichtung oder zur sozialistischen Reorganisation der Gesellschaft.

Der Sozialismus wird die landwirthschaftliche Produktion konzentriren, wenn dies nicht schon vorher durch den Kapitalismus geschehen ist, er wird die Landwirthschaft von überflüssigen Arbeitskräften befreien, die er dann selbstverständlich in der Industrie wird verwenden müssen.

Dem Bauern wird also durch die vorgeschlagene Reform nicht genützt, wem sonst?

Hier müssen wir die verschiedenen Durchführungsarten der gekennzeichneten Maßregel, die sich für uns ja nunmehr auf einfache Landeszutheilung reduzirt, einer Analyse unterwerfen.

Das Einfachste ist die Konfiskation des Großgrundbesitzes. Allein dies ist selbstverständlich leichter gesagt als gethan. Die Großgrundbesitzer* mögen eine sehr unnützige Gesellschaftsschicht sein, aber eine gesellschaftliche Macht sind sie doch, und zwar eine der größten unter den herrschenden. Und dann, sind sie denn nicht aufs Engste, schon in Folge der Kreditverhältnisse, mit der ganzen übrigen kapitalistischen Sippschaft verknüpft? Konfiszirt den Großgrundbesitz, und es giebt sogleich einen finanziellen Krach und ihm auf den Fersen folgend einen industriellen Krach. Und ist denn die Heiligkeit des Privateigenthums nicht der Kardinalsatz des kapitalistischen Evangeliums? ... Fürwahr, den Großgrundbesitz konfisziren heißt der ganzen kapitalistischen Gesellschaft einen Stoß ins Herz versetzen.** So sehr wir nun dafür sind, daß dieser Schlag geführt werde, so sehr müssen wir vor einer Illusion warnen, die eigentlich in nichts Anderem als in dem paradoxen Satze gipfelt: man könne den Kapitalismus vernichten, ohne seine Existenz zu stören. Innerhalb der heutigen Gesellschaft ist dieser Schritt nicht zu machen.

Sieht man von der unentgeltlichen Verstaatlichung ab, so bleibt der Ankauf des Landes durch den Staat, um dieses Land dem Bauern zuzutheilen, also eine ähnliche Operation, wie sie in den meisten Ländern bei der Bauernbefreiung stattgefunden hat. Es entsteht dabei eine Staatsschuld im Betrage der Kaufsumme.

---

* Wie dies sich aus den oben angeführten Zahlen ergiebt, müßte es sich übrigens um eine unentgeltliche Verstaatlichung nicht nur des Großgrundbesitzes, sondern selbst des größeren bäuerlichen Besitzes handeln.

** In Belgien ist der Großgrundbesitz äußerst minim. Es ist deshalb erklärlich, wenn gerade unter den Belgiern sich manche die Sache der Konfiszirung des Großgrundbesitzes sehr leicht vorstellen, — um so sonderbarer aber ist es, wenn sie von dieser Maßregel vieles für die Bauernschaft erwarten.

Diese Summe muß entweder auf die Bauern übergewälzt oder auf eine andere Weise aufgebracht werden. Im ersten Falle ist es genau so, als ob der Bauer selbst das Land gekauft hätte, der Staat spielt nur den Vermittler. Mit der Vermehrung seines Landes vermehren sich also auch die Schulden des Bauern, und zwar ist jetzt das Verhältniß ein ungünstigeres, denn das Land des Bauern ist im Durchschnitt noch nicht bis zu seinem vollen Werth verschuldet, währenddem das neu hinzukommende Land eine Schuld im vollen Betrage seines Werthes auf sich trägt (z. B. der Bauer hat jetzt 60 Prozent Schulden. Nun bekommt er ein Stück Land zugetheilt, das 60 Prozent seines früheren Besitzes ausmacht, verschuldet mit 100 Prozent. Er hat jetzt Schulden: auf je 100 Geldwerth des alten Bodens 60, auf 60, die zu jenen 100 hinzukommen, 60, zusammen auf 160 Vermögen 120 Schulden, macht 75 Prozent). Der Bauer ist nicht im Stande, Land zu kaufen, sonst thäte er es selbst. Die Lage des Bauern würde sich also dadurch nicht nur nicht verbessern, sondern verschlimmern. Uebrigens ließe sich doch in solchem Fall die ganze Prozedur viel besser durch Kreditinstitute bewerkstelligen. Aber wenn nicht die Bauern, die Masse muß es doch sein, die zahlt, in der kapitalistischen Gesellschaft. Es bleiben die Arbeiter. Die Arbeiter werden die Schuldenlast tragen müssen. Der Staat wird die gemachte Schuld sammt Zinsen durch Verbrauchssteuern aufzubringen suchen. Insofern erscheint dann die ganze Operation nur als ein Geschenk an die Bauern auf Kosten der Arbeiter.

Harmloser erscheint der Vorschlag, die staatlichen Landgüter (Domänen) unter die Dorfgemeinden zu vertheilen. Der Domänenbesitz spielt in den modernen Industriestaaten eine geringe Rolle. Der preußische Staat z. B. hat den größten landwirthschaftlichen Grundbesitz in Westeuropa — 340 556 Hektar landwirthschaftlich benutzter Fläche; dasselbe Preußen weist aber allein 2 337 531 bäuerliche Kleinbetriebe unter 5 Hektar auf, — darnach beurtheile man, inwiefern der Domänenbesitz ausreicht, um das Bauernthum zu stützen. Für Oesterreich-Ungarn werden zwar 1 021 311 Hektar Domänenbesitz angegeben, allein diese „Domänen" bestehen zu 62 Prozent aus Forsten, zu 30 Prozent aus unproduktivem Boden, 2,7 Prozent aus Gewässern und nur 53 360 Hektar sind landwirthschaftlicher Grund und Boden; hierzu können noch 53 813 Hektar landwirthschaftlicher Fläche des Religionsfondsbesitzes hinzugerechnet werden, macht zusammen 107 173 Hektar.

Frankreich hatte im Jahre 1874 von seinen Domänengütern einen Ertrag von nicht einmal einer Million Francs (938 377 Francs — in Preußen betrug 1890 der Pachtzins allein über 14 Millionen Mark). Belgien hat im Besitz des Staates so gut wie gar keinen landwirthschaftlichen Grund und Boden. Sein Domanialbesitz von 39 289 Hektar enthält 26 000 Hektar Wald, während vom Rest der größte Theil von Dünen, Weiden, Bauplätzen, Verwaltungsgebäuden ꝛc. absorbirt wird.

Läßt sich mit den Domänen schon ihrer relativ geringen Ausdehnung wegen in dem angegebenen Sinne nicht viel ausrichten, so müssen dabei noch einige andere, sehr wichtige Erwägungen berücksichtigt werden. Diese Staatsgüter befinden sich ja auch jetzt schon im landwirthschaftlichen Betriebe. Insofern nun dieser Betrieb rationeller Großbetrieb ist, wird die Uebergabe der Domänen an die Bauern ein Zurückgreifen von einer technisch entwickelteren Betriebsart zu einer rückständigen, einen Rückgang in der Produktion bedeuten. Wir überlassen es dem Leser, zu entscheiden, inwiefern dies zweckmäßig ist, wollen aber gleichzeitig hinzufügen, daß dies ein Umstand sei, der sich auch bei der eben besprochenen Operation des Aufkaufens des Großgrundbesitzes vielfach geltend machen würde.

In Bezug auf jenen Theil der Domänen, der an Kleinbauern verpachtet ist, entsteht aber die Frage: was soll mit diesen geschehen? Offenbar kann es sich in diesem Falle nur darum handeln, diese Pächter zu Eigenthümern des von ihnen gepachteten Landes zu machen. Dies mag sehr schön sein, und den Pächtern wird es sicher gefallen, vorausgesetzt, daß ihnen das Land billig und unter günstigen Bedingungen abgetreten wird, allein — dann bildet sich ein Ausfall in den Einnahmen des Staates, der doch wieder durch Steuern von der Volksmasse eingebracht werden muß. So gerathen wir auch hier in denselben finanziellen circulum vitiosum, wie bei der Aufkaufsoperation.

Wir haben bei der Betrachtung des Domänenvorschlages den Waldbesitz des Staates außer Betracht gelassen. Nun wird vielleicht Mancher sagen: gerade darauf komme es an, gerade das sei das springende Moment, daß der unkultivirte Boden (dies ist in Westeuropa fast ausschließlich der Wald, wofern von kulturfähigem Boden die Rede, was selbstverständlich ist) dem Bauern zur Kultur übergeben werde. Zweifelsohne ist der Besitz der Staaten an Wald viel bedeutender, als ihr Besitz an Landgütern, jedoch es wäre sehr leichtfertig, sich mit dieser Erkenntniß allein zu begnügen und darauf zu bauen. Abgesehen davon, daß die Urbarmachung des Waldbodens besonders für den Kleinbauern eine sehr schwierige Aufgabe ist, kommen hier noch andere Umstände in Betracht. Nicht nur, daß die gesellschaftliche Produktion doch auch einen ständigen Bedarf an Nutzholz hat, so spielen ja, wie bekannt, gerade bei der Waldfrage Erwägungen von einer viel größeren Tragweite eine Rolle: die klimatischen Einwirkungen des Waldes und seine Einwirkungen auf die Bodenbefestigung und als Schutz gegen Ueberschwemmungen einerseits, Versandungen andererseits. Oder befindet sich die Erdoberfläche Europas wirklich noch in einem Zustande des Urwaldes? Wie sonderbar erscheint es doch, jetzt, wo schließlich nach den vielen Klagen über Ausraubung des Waldes die Staaten, einer nach dem anderen, mehr oder weniger wirksame Gesetze zum Schutze der Wälder eingeführt haben, jetzt, wo man sogar staatlich die Aufforstungen, also die Erzeugung von neuem Wald, begünstigt (Frankreich giebt nunmehr zu diesem Zwecke drei Millionen Francs jährlich aus), das Heil des Bauernthums in weiterer Rodung der Waldungen zu sehen?!

Außer diesen soll es noch ein Mittel geben, wodurch man dem Bauern Land verschaffen könnte: die Ueberschüsse in den Gemeindebudgets sollen zum Ankauf von Land verwendet werden.

„Ueberschüsse" — vor Allem, wenn es solche giebt. Die Franzosen haben diese Forderung in das programme agricole aufgenommen — wir fragen zunächst: sind denn die Budgets der französischen Gemeinden wirklich so günstig? Die Gemeindeschulden, besonders ihr stetes Anwachsen, zeigen das Gegentheil. Im Jahre 1878 gab es in Frankreich 17 979 verschuldete Gemeinden außer Paris. Die Gesammtschuld derselben betrug 757 477 783 Francs. Den größten Theil davon bilden freilich die Schulden der Städte, allein, wenn man auch sämmtliche Gemeinden mit 100 000 Francs und mehr Einnahmen abzieht, so bleibt für die übrigen kleineren Gemeinden noch die sehr respektable Summe von 192 588 263, also fast 200 Millionen Francs Schulden! 1869 betrug die Gemeindeschuld Frankreichs, wieder mit Ausnahme von Paris, 524 029 471 Francs — während des einen Dezenniums (1869—1878) eine Steigerung von über 40 Prozent! Ein Anwachsen der Gemeindeschulden läßt sich auch für Italien nachweisen. In Italien betrug die Zunahme der Schulden allein der Landgemeinden: 1878 gegenüber 1877 3 477 929 Lire, im Durchschnitt der beiden Jahre 1879—80

jährlich 13 488 377 Lire. Die Landgemeinden in Preußen haben jährlich ungefähr 8 Millionen Mark an Zinsen und zur Tilgung ihrer Schulden zu zahlen.

Aber wenn es auch Ueberschüsse geben sollte, so ist dies sogar ein sehr schlimmes Zeichen, ein Zeichen des Mangels an Ordnung in den Finanzen und eines hohen Steuerdruckes. Dieser Steuerdruck ist übrigens wirklich sehr bedeutend. Im Jahre 1888 betrugen in Frankreich die Lokalsteuern 713 800 000 Francs, gegenüber dem gleichzeitigen Betrag der Staatssteuern ein starkes Drittheil. Die Lokalzuschläge zu den direkten Staatssteuern sind in Frankreich von 1803 bis 1877 um 540 Prozent gewachsen, und in den 14 Jahren von 1864 bis 1877 allein um nahezu 50 Prozent!* Zu bemerken ist noch, daß Frankreich keine selbständigen direkten Gemeindesteuern kennt, sondern das Steuersystem der Gemeinden besteht hier theilweise aus Verbrauchssteuern und zu einem anderen Theil aus Zuschlägen zu den direkten Staatssteuern. Hierbei kommt zunächst die Grund- und Mobiliarsteuer in Betracht und erst, wenn diese nicht ausreicht, wird zu den anderen direkten Steuern gegriffen. Dieses Steuersystem enthält also in sich einen beweglichen Faktor, der es möglich macht, die Deckung dem Bedarf genauer anzupassen. Dies wirft ein besonders grelles Licht auf die etwaigen „Ueberschüsse".

Dann weiter, erfüllen denn die Gemeinden die Aufgaben, welche an sie jetzt schon gestellt werden, auf eine so vortreffliche Weise, daß nichts mehr weiter in dieser Beziehung zu wünschen bleibt? Die Gemeindeausgaben bestehen z. B. zu einem großen Theile in Verwendungen für Schulzwecke und für Armenpflege — wer wird behaupten, daß in dieser Richtung schon das Bestmögliche geschieht?! Wie kann man sich denn unter solchen Umständen in die gewagte und kostspielige und, wie wir jetzt wissen, schließlich auch unnütze Operation des Landankaufs einlassen?

Statt sich darüber den Kopf zu zerbrechen, was mit den Ueberschüssen in den Gemeindebudgets geschehen soll, würde es besser sein, dafür Sorge zu tragen, daß keine Ueberschüsse entstehen, daß die Finanzwirthschaft der Gemeinden geregelt wird (z. B. in Frankreich durch Abschaffung der Oktrois, die den Lebensunterhalt in den großen Städten so sehr vertheuern und auch auf die Bauern ungünstig wirken), daß der Steuerdruck vermindert werde und daß die jetzigen Aufgaben der Gemeinden zweckentsprechender erfüllt werden.

So ist es auch mit diesem Plane nichts, und der Segen, den man davon erwartet, würde sicher zu einem Fluche werden, zu einem Fluche zunächst für den Bauer selbst, der die Gemeindeabgaben aufzubringen hat.

Wenn wir die Resultate unserer Analyse ad 2 zusammenfassen, so kommen wir zum Schlusse:

daß die Vertheilung von Grund und Boden, ob mit oder ohne Produktiv-Assoziationen, selbst im größten Maßstabe durchgeführt, dem Bauernthum auf die Dauer nicht helfen kann;

daß sie aber einen ökonomischen Rückgang bedeutet, der selbstverständlich seine Wirkung auch auf die übrigen Zweige der gesellschaftlichen Produktion haben muß;

daß die Durchführung dieser Maßregel entweder mit einer großartigen Kreditoperation des Staates verbunden ist, deren Hauptdruck die Arbeiterschaft belasten, also die ökonomische Lage der Arbeiter verschlimmern muß;

* Desgleichen in Preußen. „Die Gemeindeabgaben sind von 1876 auf 1880/81 um 19¾ Millionen Mark gestiegen. Diese Steigerung trifft vorzugsweise die Stadtgemeinden ... im geringeren Grade die Landgemeinden, in welchen sich dieselbe von 1876 auf 1880/81 und von 1880/81 auf 1883/84 auf je 4 Millionen Mark (6,8 Prozent) belief." (L. Herrfurth im „Finanzarchiv", Band I.)

oder daß, wie dies bei den anderen Durchführungsarten der Fall, ihr Wirkungskreis sehr beschränkt und dadurch ihre Bedeutung gänzlich illusorisch gemacht wird, ohne daß auf diese Weise die eben erwähnten Mißstände beseitigt würden.

Summa Summarum, die ganze Sache läuft auf ein Rückwärtsschiebenwollen der ökonomischen Entwicklung hinaus. Es läßt sich aber dem Bauernthum, wie auch jeder anderen Gesellschaftsschicht, nicht in der Richtung nach rückwärts helfen, durch Wiederherstellung eines Zustandes, aus dem es eben die ökonomische Entwicklung herausgebracht hat, sondern das Heil des Bauernthums, ebenso wie des Proletariats liegt nach vorwärts, in dem Entwicklungs- und Auflösungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, als dessen Resultat die sozialistische Gesellschaft entstehen muß.

Vielleicht wird aber noch Mancher sagen, wir nähmen die Sache zu tragisch; selbstverständlich lasse sich die ökonomische Entwicklung nicht aufhalten, an eine allgemeine „Verbäuerlichung" der Landwirthschaft könne nicht gedacht werden ꝛc., aber es handle sich nur darum, die Lage des Bauernthums vorläufig wenigstens einigermaßen zu heben. Allein wir haben die Sache in allen ihren Schattirungen, groß und klein angeschlagen, untersucht und sind überall zu demselben Ergebniß gekommen. Schließlich stellen wir die allgemeine Frage: wenn man auf diese Weise selbst unter der Anwendung der gewaltigsten Mittel nichts erreichen kann, wie kann man denn der Meinung sein, hier im Kleinen etwas ausrichten zu können?

Soweit über den ökonomischen Nutzen, bezw. die ökonomischen Ergebnisse des Vorschlages. Betrachten wir jetzt seine Wirkung auf die soziale Bewegung.

* * *

Gewiß, so etwas würde dem Bauern gefallen, würde das Bauernthum ergreifen und würde es in die Reihen der Sozialdemokratie führen, so lange es sich um die Erkämpfung dieser Staatshilfe handelt. Jedoch, man täusche sich nicht: was den Bauern an der ganzen Sache interessirt, ist einfach die Landeszutheilung. Der Bauer denkt sich: „Man gebe mir nur mehr Land, und was das Uebrige anbetrifft, so weiß ich selbst am besten, wie ich meinen Boden bewirthschafte, mit diesen Genossenschaften, oder wie sie heißen, werde ich schon fertig." Und der Bauer hat auch recht — er wird schon damit fertig innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft! Nur die sozialistische Gesellschaftsordnung, in der die gesammte Produktion kollektivistisch eingerichtet ist, kann durch das Ineinandergreifen sämmtlicher Produktionszweige, durch die ganze neue ökonomische Struktur der Gesellschaft, welche Waarenproduktion, Kleinbetrieb und Privateigenthum an den Produktionsmitteln nicht aufkommen läßt, den privateigenthümlichen Gelüsten des Kleinbauern einen Damm setzen.

Wenn aber der Bauer Land zugetheilt bekommt, so wird er sich erst recht mit Händen, Füßen, Zähnen und Nägeln an sein Stück Land anklammern, wird kämpfen und ringen, um es festzuhalten, und wenn Jemand ein Wort dazwischen reden wollte etwa über Sozialismus und Sozialdemokratie, so wird er ihn nur anglotzen und anbrüllen, und wenn man zudringlicher werden wollte, so wird er zur Heugabel greifen. Dies das Ende vom Liede. Man würde abwarten müssen, bis die Bauernverhältnisse abermals so zerrüttet würden, wie sie gewesen, daß er wieder zur Besinnung käme, was freilich nicht lange auf sich warten ließe — aber wie lächerlich ist doch eine solche Taktik? Sie gestaltete sich ungefähr so:

Man spricht zum Bauer: „Du, Bauer, wie geht's?" — Bauer: „Schlecht, lieber Herr, sehr schlecht." — „Mußt den Sozialismus einführen, Bauer!" —

„Ach, lieber Herr, ich denk', 's Land ist zu wenig. Wenn wir mehr Land hätten?!" (Ein tiefer Seufzer.) — „Na, meinetwegen! Hier hast Du Land, aber nur zur gemeinschaftlichen Bebauung. Und daß Du mir an den Sozialismus denkst, Bauer!" Der Bauer nimmt das Land und verwirft die Genossenschaftlichkeit. Nach einer Weile: „Bauer, wie geht's?" — „Schlimm, lieber Herr, immer schlimmer!" — „Siehst Du? Die genossenschaftliche Bodenbebauung hast Du verworfen, Du mußt unbedingt den Sozialismus einführen, Bauer." — „Ach, lieber Herr, warum denn uns immer gleich so gruselig machen? Wir wollen es jetzt mit den Bodenbebauungs-Assoziationen versuchen." — „Na, wenn Du es willst, George Dandin!" Nach einer Weile: „Wie steht's, Bauer?" — „Schlimmer denn je, Ew. Gnaden. Es ist wohl nichts zu machen. Ich sehe ein, wir werden halt leider doch den Sozialismus einführen müssen." — „Also, in Gottes Namen!" Wie langwierig und langweilig und lächerlich und utopistisch ist doch eine solche Taktik!

Noch vor Kurzem war der Bauer der Sozialdemokratie gänzlich unzugänglich — warum? Weil er noch auf seinem Stückchen Land eine leidliche Existenz führen konnte. Nur indem der Landbesitz des Bauern sich verringert, und seine Schulden wachsen, und seine Existenz immer unsicherer wird, wird ihm allmälig der „Segen" des Privateigenthums klar, wird er revolutionär und den sozialistischen Ideen zugänglich. So weit ist er jetzt — die Sozialdemokratie muß die Situation ausnützen. Dies kann sie aber nur, indem sie seine Negation der herrschenden Verhältnisse *verstärkt*. Nicht an die Anhänglichkeit des Bauern zu seinem Kleinbesitz, nicht an seine privateigenthümlichen Gefühle hat die Sozialdemokratie zu appelliren, sondern umgekehrt an seine unter der steigenden Zerrüttung der Bauernverhältnisse immer mehr aufkommende Enttäuschung.*

Das Kennzeichnendste ist, daß man mit allen diesen Maßregeln fast ausschließlich auf den Kleinbauern abzielt. Aber wie, denkt man, würde sich denn der ländliche Proletarier verhalten, wenn unter den Kleinbauern eine mächtige Bewegung zu Gunsten der Landeszutheilung bezw. der Bodenbebauungs-Assoziationen

* Die rumänischen Genossen erzählen in ihrem Bericht: „Als die Sozialisten in Jassy die Bauern, die gefordert hatten, daß ihnen Landparzellen in Privateigenthum zugetheilt würden, durch Petitionen in den Repräsentantenhäusern unterstützten, haben sie ihnen immerfort klargelegt, weshalb, auch wenn sie in den Besitz noch einer Parzelle kämen, dies nur ein unbedeutendes Palliativmittel sei und daß sie ihre volle Befreiung in ganz anderer Richtung suchen müßten. *Und die Sozialisten waren ganz überrascht durch das Verständniß, welches der Bauer zeigte.*" Soweit ging es also vortrefflich, aber ... „Aber einmal nach seinem Dorf zurückgekehrt, vergaß der Bauer leicht den Kollektivismus; das, was ihm am Herzen lag, was seinem unmittelbaren Bedürfniß entsprach, war der Wunsch, Land zu erhalten, dieses Land individuell zu besitzen." Und weil dies der Fall, so meinen die Rumänen Folgendes: „Unser Programm ist auch darauf gerichtet, den Bauern Land zu verschaffen, aber die Form, in der sie es erhalten werden, steht mehr in einem logischen Zusammenhang mit dem Sozialismus, derart, daß es eine mehr organische Verbindung zwischen der Forderung des Bauern und dem Sozialismus geben wird, mithin kann auch die Propaganda nicht anders als viel ersprießlicher ausfallen."

Der Bauer soll also in den Ackerbau-Genossenschaften einen Vorgeschmack des Sozialismus erhalten — wir befürchten sehr, daß dieser Vorgeschmack ihm den ganzen Appetit gründlich verderben wird. Denn die Ackerbau-Genossenschaften bedeuten, wie wir gezeigt haben, nur eine Zutheilung von „Landparzellen" in umschriebener, daher schädlicherweise komplizirter Form, und die Sozialisten Rumäniens wissen, daß „dies nur ein unbedeutendes Palliativmittel ist". Als solches wird es auch der Bauer kennen lernen. Soll aber dem Bauern die Ackerbau-Genossenschaft als ein Stück Sozialismus angegeben werden, so wird er seine unvermeidliche Enttäuschung an derselben auch auf den Sozialismus übertragen.

erweckt würde? Wird er blos zusehen und im Uebrigen sich mit seiner mehr revolutionären Stellung begnügen, oder wird er auch zugreifen wollen?! Und was wird man ihm sagen müssen? Ihn braucht man doch schon sicher nicht auf Assoziationen zu verweisen? Hier ist ja die Sache schon abgethan, der ökonomische Zersetzungsprozeß beendet. Wird man hier damit anfangen, ein selbständiges Bauernthum neu zu schaffen, oder wie? Wie wird man sich aus diesem taktischen Widerspruch herauswinden?

Aber selbst auf die große Arbeiterbewegung würde es eine schädliche Wirkung haben, wenn unter den Bauern wirklich eine Bewegung zu Gunsten von Produktiv-Assoziationen in Fluß gebracht würde.

Solcherart würde diese Maßregel Verwirrung in die Reihen der Sozialdemokratie bringen und die soziale Bewegung lähmen.

Was sollen wir noch weiter darüber sagen? Es ist ein Traum, aber nicht einmal ein schöner, sondern vielmehr ein sehr verderblicher Traum. Es würde dadurch die Sozialdemokratie von den Bahnen abgelenkt, in denen sie sich jetzt bewegt, von dem geraden Wege zur sozialen Revolution.

* * *

Wir sind am Ende, und doch müssen wir hier noch eine kleine Auseinandersetzung anknüpfen. Diese betrifft eine Ansicht, die vielleicht bei Niemandem klare Gestalt gefunden hat, doch in manchem Kopfe spukt und bei der Beurtheilung der Sachlage störend wirkt.

Man kann sich nämlich sagen: diese Maßregel ist undurchführbar, folglich brauchen wir keine Sorge zu tragen, daß wir in die geschilderten Unzulänglichkeiten gerathen, — aber dem Bauern gefällt sie, sie „zieht" beim Bauern, folglich wollen wir sie agitatorisch ausnützen.

Nichts verderblicher als das.

Zunächst, was die Durchführung anbetrifft, so ist sie gar nicht so illusorisch. Illusorisch sind die Bodenbebauungs-Assoziationen, illusorisch ist die Annahme, daß man dadurch dem Bauern helfen kann, illusorisch auch die Hoffnung, dadurch den Bauern dem Kapitalismus abspenstig zu machen, — aber der Bodenankauf durch den Staat, bezw. die Landeszutheilung, die sind gar nicht illusorisch. Warum sollen die Großgrundbesitzer ihr Land nicht verkaufen? In der kapitalistischen Gesellschaft ist Alles verkäuflich, wenn man gut zahlt. Und die Grund- und Bodenpreise drohen zu sinken in Folge der überseeischen Konkurrenz, warum also nicht verkaufen, so lange die Preise hoch stehen, und ein profitables Geschäft machen? Ist doch der Revers der Landesaufkaufs-Operation durch den Staat dieser: jeder verschuldete Großgrundbesitzer kann sein Land zu einem guten Preise los werden! Darum sagen auch die Rumänen: „Was den Ankauf der Privatgüter durch den Staat anbetrifft, so ist dies eine so leicht realisirbare Reform, daß mehrere bürgerliche Parteien, wie z. B. die liberale Partei, die mächtigste in Rumänien, sie in ihr Programm aufgenommen haben", und sie setzen noch in einer Anmerkung auseinander, der Bodenwerth sei in der letzten Zeit sehr hoch gestiegen, so daß „der Verkauf dieser Ländereien an den Staat ein brillantes Geschäft bilde",* nämlich für die Großgrundbesitzer.

Aber auch abgesehen davon, ist dieser Ansicht Folgendes zu entgegnen:

Die Sozialdemokratie braucht keinen Köder, um die Massen einzufangen. Steht denn unsere Sache so schlecht, daß wir nach imaginären Werthen suchen müssen, um sie zur Geltung zu bringen? Nicht durch Luftspiegelungen schweißt

* Siehe den Bericht der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens an den Züricher Kongreß.

man die Massen zusammen, sondern durch Aufdeckung ihrer wirklichen Interessen. Dies ist aber der Unterschied zwischen Demagogie und Demokratie: daß die eine dem Volke ein buntes Bild vormalt, aber auch ein lügenhaftes Bild, berechnet, zu blenden und nicht zu erhellen, — während die andere die thatsächlichen Interessen des Volkes erforscht, diese vertritt und über diese das Volk aufklärt. Darum ist auch die Demagogie kurzlebig, obwohl sie anfangs in hellen Flammen auflodert, — und die Demokratie hat anfangs schwer zu kämpfen, sie entwickelt sich allmälig, dauert aber auch so lange, bis sie die Sache ausgefochten hat, für die sie kämpft.

Die Sozialdemokratie verficht nichts Falsches. Und sollte sie es, so würden die Gegner schon dafür sorgen, das Volk darüber aufzuklären.

Man betrachte doch das Arbeiterprogramm. Wo ist hier eine Forderung, die nicht wissenschaftlich vollkommen gerechtfertigt wäre? Und doch könnten politische „Blasen" hier ebenso hoch und ebenso bunt getrieben werden, wie sonstwo.

Und zeigte denn nicht sinnenklar der Züricher Kongreß, daß die Sozialdemokratie nicht willens sei, sich etwas aufbinden zu lassen, dessen Durchführung sie nicht auch für möglich hält?!

Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden der Thatsachen, der Wirklichkeit. Auf diesem Boden führt sie die revolutionäre Armee des organisirten Proletariats zum Kampf, auf diesem Boden werden sich um den proletarischen Kern auch die übrigen Schichten des arbeitenden Volkes als revolutionäre Hilfstruppen schaaren, auf diesem Boden wird der entscheidende Kampf ausgekämpft werden! J. H.

Literarische Rundschau.

Bruno Schönlank, **Soziale Kämpfe vor dreihundert Jahren.** Altnürnbergische Studien. Leipzig, Duncker & Humblot. XII und 212 Seiten. 4 Mark.

Vorliegende Schrift bildet eine werthvolle Bereicherung unserer Literatur über die Verhältnisse der Gesellen des deutschen Handwerks während seiner Blüthezeit. Es ist nur zu bedauern, daß der Verfasser, wie er es schon im Titel des Buches anzeigte, sich auf bloße Studien beschränkte, daß er nur einige Seiten des Gesellenthums schilderte, entweder solche, für die er neues Material fand oder die ihn besonders interessirten, daß er sich nicht zur Aufgabe stellte, alle wesentlichen Seiten seines Themas zu behandeln und so an einem typischen Fall ein umfassendes Bild des Gesellenwesens zu geben.

Allerdings hätte Nürnberg kaum einen typischen Fall geliefert. Die Handwerksverhältnisse Nürnbergs sind ganz abnorme gewesen. So sind z. B. in keiner anderen deutschen Stadt die Handwerker gegenüber den „Geschlechtern", den Patriziern, so politisch einflußlos geblieben wie in Nürnberg, und in keiner anderen Stadt finden wir (wenigstens in nennenswerthem Maße) die Einrichtung der Sperre gewisser Handwerke, das heißt des Verbots für die Gesellen dieser Handwerke, zu wandern.* Es ist klar, daß derartige Ausnahmsverhältnisse den Kämpfen der Gesellen einen ganz eigenartigen Charakter verleihen mußten. Dem schreiben wir es auch zu, daß in dem Schönlank'schen Buche fast ausschließlich die Kämpfe zwischen den Gesellen und dem Rath behandelt werden, von Kämpfen zwischen den Gesellen und den Meistern nur wenig die Rede ist.

* Gesperrte Handwerke hießen diejenigen, in denen das Wandern verboten war. Sie finden sich wesentlich in Nürnberg und zwar sehr früh, während sie an anderen Orten überhaupt nicht oder doch wenigstens nur auf einer geringen Stufe der Entwicklung vorkommen. (Vergl. Stahl, Das deutsche Handwerk. I. S. 355.)

Schönlank hat vornehmlich solche Seiten des Gesellenthums behandelt, die es mit dem modernen Lohnproletariat gemein hat. Dagegen hat er von der Darstellung jener Seiten desselben, die es von diesem unterscheiden, gänzlich abgesehen; wir sehen bei ihm z. B. nicht, wie es den organisirten Gesellen gelingt, sich zu einer privilegirten Kaste zu erheben, die allerdings die unterste Stufe der Privilegirten bildet, aber doch über der Masse des übrigen Proletariats steht; wir sehen bei ihm auch nicht, wie innerhalb der Gesellenschaft selbst der Berufsegoismus sich breit macht; wir erfahren nicht, daß die „sozialen Kämpfe vor dreihundert Jahren" nicht wie die Kämpfe der heutigen Lohnarbeiterschaft auf die Hebung des gesammten Proletariats abzielten, ja daß sie nicht einmal Kämpfe für die Interessen der gesammten Gesellenschaft darstellten, sondern ausschließlich Kämpfe einzelner Gesellenschichten für ihre Sonderinteressen und Sondervorrechte waren, die sie nicht nur den Meistern und dem Rathe, sondern auch den anderen Gesellen gegenüber auf das Eifersüchtigste vertheidigten, wie dies z. B. der bekannte Streik der Kolmarer Bäckerknechte beweist, den diese zehn Jahre lang (1495—1505) mit aller Zähigkeit aushielten und auch gewannen, und dessen Anlaß die große Frage war, ob die Bäckerknechte und nicht andere Gesellen das Recht haben sollten, am Fronleichnamstag unmittelbar vor und nach dem heiligen Sakrament zu gehen. Es entwickelte sich damals bei den Gesellen eine eigene „Standesehre", die fast ebenso gebrechlich und leicht verletzlich war wie heute die der Herren Offiziere und Korpsstudenten — welche bekanntlich auf so schwachen Füßen ruht, daß schon ein schiefer Blick sie umwerfen und gefährden kann.

Unseres Erachtens ist es bei der Charakterisirung einer historischen sozialen Erscheinung, die manche Aehnlichkeiten mit modernen gesellschaftlichen Erscheinungen aufweist, viel wichtiger, ihre Unterschiede von dieser als ihre Uebereinstimmungen mit derselben hervorzuheben, da jeder Beschauer von vornherein geneigt ist, die Vergangenheit mit dem Maßstab der Gegenwart zu messen und auf einige Aehnlichkeiten hin bereits die Identität zweier geschichtlich weit auseinander liegenden Erscheinungen anzunehmen; ein Fehler, in den selbst bedeutende Geschichtsforscher in Bezug auf antike und moderne Demokratie, antiken und modernen Cäsarismus, mittelalterliche und moderne Kämpfe zwischen Papst und Staat u. s. w. verfallen sind. So liegt es auch nahe, die Bewegungen der Handwerksgesellen in demselben Lichte zu sehen wie die der heutigen Proletarier, und doch weisen sie fundamentale Unterschiede auf. Die Unterlassung des Hinweises auf diese Unterschiede überraschte uns gerade in dem Buche eines Sozialdemokraten, der sich naturgemäß die Frage vorlegen mußte, woran es liege, daß die Gesellenbewegung trotz ihrer zeitweiligen Ausdehnung und Macht so ganz spurlos im Sande verlaufen ist.

Darauf giebt uns die Schönlank'sche Schrift keine Antwort. — Der schließliche Hinweis darauf, daß die Gesellenbewegung der Entwicklung des Handwerks folgte und mit diesem verkam, ist richtig, aber gerade er beweist, wie ganz anders der Charakter dieser Bewegung war als der der heutigen Arbeiterbewegung, die nicht mit der kapitalistischen Produktionsweise verfällt, sondern die Kraft gewinnt, an deren Stelle eine neue, höhere Produktionsweise zu setzen.

Schönlank's Arbeit, so werthvoll sie auch an sich ist, hätte an Nützlichkeit und Bedeutung sehr gewonnen, wenn er sie etwas umfassender angelegt hätte, und das wäre für ihn kaum allzu schwer gewesen, da er den Gegenstand beherrscht wie Wenige unter uns.

Hat man sich aber einmal mit der Thatsache befreundet, daß Schönlank uns keine allseitige Schilderung geben wollte, dann wird man seiner Schrift nur entschiedenes Lob zollen können. Höchstens kann man ihm einwenden, daß er hier und da etwas zu apodiktisch spricht oder übertreibt. So möchten wir z. B. die Behauptung nicht unterschreiben, daß im 17. und 18. Jahrhundert an Stelle des Handwerks die kapitalistische Manufaktur getreten sei (S. 145). In dieser Allgemeinheit ist das nicht richtig. „Die eigentliche Manufakturperiode", sagt Marx, der das Verhältniß der verschiedenen Produktionsepochen der neueren Zeit zu einander am gründlichsten untersucht und am genauesten dargestellt hat, „bringt es zu keiner radikalen Um-

gestaltung. Man erinnert sich, daß sie sich der nationalen Produktion nur sehr stückweise bemächtigt und immer auf städtischem Handwerk und häuslich-ländlicher Nebenindustrie als breitem Hintergrunde ruht" (Kapital I, 2. Aufl., S. 779). Die Manufaktur entsteht neben dem Handwerk; sie verdrängt dieses nur in einzelnen Arbeitszweigen, schafft ihm aber dafür auch neue Arbeitsgelegenheiten. Erst seit dem Aufkommen der mechanischen Großindustrie beginnt die rasche Verdrängung des Handwerks durch kapitalistische Produktion.

Auch mit der Terminologie Schönlank's können wir uns nicht immer einverstanden erklären, so z. B. wenn er davon spricht, daß das mittelalterliche Handwerk den Kampf mit der „bürgerlichen Wirthschaftsweise" auszufechten hatte (S. 45). Dieser Ausdruck kehrt öfters im Buch wieder. Er soll offenbar dem Zusammenhang nach nicht die Waarenproduktion im Gegensatz zur Naturalwirthschaft, auch nicht die städtische Produktion im Gegensatz zur ländlichen bezeichnen — an und für sich könnte er das eine so gut wie das andere —, sondern die kapitalistische Produktion; warum Schönlank aber stellenweise diesen bereits bestehenden und eingebürgerten präzisen Ausdruck durch einen so verschwommenen und wenig passenden ersetzt, ist uns nicht recht einleuchtend. Doch nicht des Wohllautes willen?

Im Ganzen und Großen und namentlich in den wichtigsten Partien ist jedoch die Ausführung der Arbeit eine völlig einwandfreie und wohlgelungene zu nennen. Schönlank hat ein reiches Material verwendet, darunter viele bisher noch ungedruckte Schriftstücke aus den Nürnberger Archiven, durch deren Veröffentlichung das Buch für den Forscher seinen vornehmsten Werth erhält. Das Material ist trefflich verarbeitet, Anlage und Darstellung sind klar und übersichtlich. Niemand, der das deutsche Gesellenwesen studiren will, wird an dieser Schrift vorübergehen können. Dabei ist die Behandlung des Stoffes eine derartige, daß auch das große Publikum, soweit es sich überhaupt für soziale Kämpfe der Vergangenheit interessirt, namentlich die Arbeiter selbst, das Buch mit Interesse und Vergnügen lesen werden. Aber freilich läßt uns gerade der Umstand, daß es nicht blos für die Gelehrten, sondern auch für das große Publikum berechnet ist, am meisten bedauern, daß Schönlank nur eine einseitige Darstellung gegeben hat, und eine Darstellung, die den unkundigen Leser nicht einmal ahnen läßt, daß sehr wesentliche Seiten außer Betracht geblieben sind. K. Kautsky.

Friedrich Althaus hat die **„Römischen Tagebücher"** von **Ferdinand Gregorovius** (umfassend den Zeitraum von 1852—1874) herausgegeben; die zweite Auflage ist der ersten rasch gefolgt. Viel Notizenkram, aber darunter viel feingeschliffene Urtheile und bedeutsame Angaben, die sich mit Gewinn lesen. Auch auf seiner kurzen Reise nach der Heimath machte Gregorovius seine Einträge; so schreibt er 1867 in Heidelberg:

„Ich sah mehrere Fackelzüge und Fahrten der Studenten. Das altfränkische zopfige Wesen hat sich in den Korps noch erhalten. Für jeden Nichtdeutschen muß es ganz unbegreiflich sein, wie eine intelligente Jugend so viel Kraft, edles Gefühl und Begeisterung an so absurde Nichtigkeiten verschwenden kann. Die sinnlosen Formen, welche sie in ihren schönsten Jahren beschäftigt und die sich noch in das spätere Lebensalter hinausziehen, sind ohne alle Frage mit Schuld daran, daß sich die politische Reife unserer Nation so lange verspätet hat. Ich äußerte dies zu Gervinus, welcher es vollkommen bestätigte."

Gregorovius hat es noch erlebt, daß diese „absurden Nichtigkeiten" später erst recht zu floriren anfingen; sie werden auch zweifelsohne den neuen Kurs überdauern. Und wenn ein künftiger Kulturhistoriker den Charakter unseres bierzünftigen Studententhums feststellen will, so blättere er nur einige Jahrgänge der Münchener „Fliegenden Blätter" durch; gewisse Bildchen sagen ihm Alles. . . .

Berthold Auerbach, den Gregorovius in Stuttgart traf, schwärmte entsetzlich für Preußen; Stuttgart würde „viel schöner" sein, meinte er, „wenn jeder dritte Mensch darin ein Preuße wäre". Der gute „Auerbächle" fand nachmals doch wieder seine

Schwaben schön genug! Drei Jahre darauf weilt Gregorovius wieder in der schwäbischen Residenz; auf französischem Boden waren gerade die entscheidenden Schlachten geschlagen worden. Er besuchte Freiligrath und bemerkte dazu: „Frau Freiligrath ist ganz Patriotin; sie will nichts von Sozialdemokratie wissen und fordert sogar die Annexion von Elsaß-Lothringen. Er schweigt dazu.“ Da hat man den kurzen, präzisen Aufschluß über die Macht, welche den weichherzigen Poeten von seinen Exilgenossen entfremdete. Er schwieg, da der Chauvinismus an seinem Tische dominirte; vielleicht hat er heimlich geseufzt. . . .

Wer aber hörte jemals davon, daß Victor Scheffel, der erzfeucht-fröhliche Dichter, 1870 eine scharf oppositionelle Anwandlung hatte? „Er empfing mich“, lesen wir bei Gregorovius, „mit den Manieren eines Wilden, brüllte mir ganz irrsinniges, zusammenhangloses Zeug über die Weltereignisse vor, wobei er sich als Sozialdemokrat geberdete — ich war erschreckt, glaubte einen Wahnsinnigen oder Betrunkenen vor mir zu sehen und ließ ihn toben. Er schrie, mit den Fäusten auf den Tisch schlagend, daß er auswandern wolle in ein Land, wo man nicht Republikaner, wie jetzt in Frankreich, todtschlage.

„Ich begriff, daß Scheffel auch jetzt noch Studentenlieder dichten kann. Da er mir anmerkte, was ich dachte, schrie er einmal: ‚Sie können mich jetzt verachten!‘ — ich erwiderte ruhig: ‚Bitte, denken Sie nur, daß ich ein stiller Beobachter der Menschen bin.‘ Leute solchen Schlages sah ich schon zu anderen Stunden mit Ordensbändern im Knopfloch fromm und still im Vorzimmer großer Herren warten.“

Wir möchten vermuthen, Scheffel habe unter dem Druck einer galligen Laune gesprochen; auch dauerte diese Stimmung nicht an, „es wär' zu schön gewesen“. Er steckte die ihm gespendeten Orden klaglos ein, ebenso den Adel, machte 1878 Hieronymus Lorm wegen eines harmlosen Scherzes über diese Nobilisirung den Prozeß und polterte einmal nach Noten gegen den „Klassenhaß“.

Auch Andere sind sehr anders geworden. Als Gregorovius 1863 die Schweiz durchstreift hatte, waren die Bahnhöfe und Straßen zu Ehren des Schützenfestes in Chaux-de-fonds geschmückt; er sah die deutschen Farben und irgendwo die Inschrift:

Freiheit den Völkern und ihrem Verkehr,
Keine Despoten und Zollschranken mehr.

Heute geht es den Despoten ausgezeichnet. Die Republikaner lüften vor ihnen höflich die rothe Mütze, zähmen die Freiheit durch Ausnahmegesetze und ärgern sich ob der Zollschranken nicht über Gebühr. d. g.

W. Mühlpfordt, **Preis und Einkommen in der privatkapitalistischen Gesellschaft.** Inaugural-Dissertation. Königsberg 1898.

Nach dem uns vorliegenden Schriftchen zu urtheilen, scheint es für den Gesinnungstüchtigen nicht sehr schwierig, in Königsberg Doktor durch eine nationalökonomische Arbeit zu werden. Was uns der Verfasser über Preis und Einkommen zu sagen hat, enthält durchaus nichts Neues, noch zeichnet es sich durch Klarheit der Darstellung oder Schönheit des Stils aus. Der in der Einleitung angeschlagene selbstbewußte Ton — „Habe ich mich demzufolge auf die Ausführung einiger grundlegender Sätze beschränkt, so hege ich daher das Bewußtsein, daß fast ein jeder derselben eine weite Perspektive auf neue Forschungen eröffnet“ — steht in einem geradezu komischen Kontrast mit der vollbrachten Leistung.

Der erste Theil der Schrift (S. 1—29) behandelt die Theorie des Preises, in der der Verfasser einmal „die Produktionskosten- und die Arbeitswerththeorie in Einklang brachte, andererseits die von jener nicht erwähnten, mehr psychologischen und zumeist in neuerer Zeit betonten Momente mehr berücksichtigte“. Diese psychologischen Momente spielen denn auch eine große Rolle in dem Kapitel „über den Marktpreis“, in dem die Güterbewegung auf dem Weltmarkt sich in der gleichen Weise wie die in der Hökerei und Krumerei eines ostpreußischen Posemuckel vollzieht. Die Waaren haben nämlich nach Ansicht des Verfassers für den Käufer den Zweck, „durch sich selbst je die verschiedenartigsten Bedürfnisse zu befriedigen, für den Ver-

käufer nur eine Bedeutung, Geld zu erlangen". Welches Bedürfniß wohl ein Birminghamer Großkaufmann befriedigt, wenn er tausend Ballen Baumwolle kauft? Ein genaueres Eingehen auf Herrn Mühlpfordt's psychologische Momente schenken wir ihm und uns und begnügen uns nur noch, seine Erklärung dafür anzuführen, „in welcher Weise und Gestalt wir uns den Einfluß des Kostenaufwandes auf die Bildung des ‚Normalpreises' vorzustellen haben". Nichts einfacher als das! Die Aufklärung giebt der in der „privatkapitalistischen Gesellschaft übliche Produktionsprozeß", den uns der Verfasser in zehn Zeilen darstellt. „Eine Person von Vermögen (!) legt einen Theil desselben in der Produktion an, indem sie die zu einem bestimmten Zweige gehörigen Arbeitsmittel (Werkzeuge und Rohstoffe) kauft, sowie die betreffenden Arbeiter (was betreffend?) in Lohn nimmt. Aus dem Erlös der hergestellten Produkte bestreitet sie die Kosten der verbrauchten Arbeitsmittel und die bezüglichen Löhne (das sogenannte Kapital der Unternehmung), den eventuellen Rest behält sie als Profit ein. Dieser ist um so größer, je geringer die Preise der Löhne und Arbeitsmittel sind." Nachdem wir diese Glanzleistung gebührend bewundert haben, nehmen wir von Herrn Mühlpfordt als einer Person von bedeutendem ökonomischem Wissen Abschied, um uns noch einen Augenblick mit ihm als Person von Gesinnung zu beschäftigen. Gerne stellen wir ihm das Zeugniß aus, daß dieselbe „tüchtig" ist. Wer im Stande ist, zu behaupten, daß die Thätigkeit des Unternehmers, auch wenn derselbe nicht als Leiter thätig ist, immer unersetzlich bleibt, verspricht eine zuverlässige Stütze unserer heutigen Gesellschaftsordnung zu werden, und wer es zuwege bringt, zu schreiben, daß für den ungelernten, den „niederen" Arbeiter, wie ihn der Verfasser nennt, die Befriedigung des Fortpflanzungstriebes neben dem Alkoholgenuß den Hauptgenuß bildet, der ist bereits ein wackerer Kämpe im Kampf mit geistigen Waffen. —ch.

Notizen.

Englands landwirthschaftliche Statistik weist für das soeben abgelaufene Jahr außerordentlich ungünstige Zahlen auf.

Die Weizenernte ist im eigentlichen England von 55 Millionen Bushel im Jahre 1892 auf 41½ Millionen Bushel zurückgegangen. Die Anbaufläche für Weizen betrug 1893 1 798 869 Acres gegen 2 102 969 im Jahre 1892, was einen Rückgang im Ertrag auf 47 Millionen Bushel rechtfertigen würde, so daß ein Netto-Ausfall von 5½ Millionen Bushel bleibt. Dies gegen 1892, dessen Ernte selbst schon weit unter dem Durchschnitt der letzten Jahre geblieben war. Indeß die abnorme Dürre während der Sommermonate 1893 läßt den Ausfall nur zu natürlich erscheinen. Außergewöhnlich und durch keinen Naturfaktor daheim bedingt ist aber der Rückgang in der Anbaufläche. Seit zehn Jahren ist eine gleich große Abnahme des Weizenbaues in England nicht zu verzeichnen gewesen. Nur im vorhergehenden Dezennium, von 1875 auf 1876, 1878 auf 1879 und 1882 auf 1883, haben gleiche Sprünge stattgefunden. Im Jahre 1870 wurden in England noch 3 247 973 Acres Land mit Weizen bebaut, beinahe vier Fünftel mehr als jetzt: 1 798 869. Für Großbritannien (England, Schottland und Wales) ist das Verhältniß nicht günstiger. Dem Durchschnitt von 3 737 140 Acres in den Jahren 1871/75 stehen 1 955 213 Acres für 1893 gegenüber. Diejenigen, die geglaubt hatten, daß die überseeische Zufuhr nicht lange vorhalten werde, haben sich getäuscht. Trotz dieses großen Ausfalls ist der Weizenpreis niedriger als je.

Von anderen Getreidesorten hat Gerste bei einer kleinen Zunahme der Anbaufläche (+ 42 000 Acres) einen Mindererertrag von 10½ Millionen Bushel, und Hafer bei ebenfalls einer Zunahme der Anbaufläche (+ 148 900 Acres) einen Mindererertrag von sechs Millionen Bushel geliefert. Der Roggenbau in England ist unbedeutend. Legen wir die Preise am Ende des Jahres zu Grunde, so repräsentiren die Mindererträge in den drei Hauptgetreidesorten in runden Zahlen:

Weizen . . .	13½	Mill.	Bushel	à	3	Sh.	3½	Pence	2 230 000 Pfd. Sterl.
Gerste . . .	10½	=	=	=	3	=	7½	=	1 914 000 = =
Hafer . . .	6	=	=	=	2	=	3	=	675 000 = =

Zusammen 4 819 000 Pfund Sterling oder 96 Millionen Mark. Etwas reduzirt wird dies Verhältniß durch die Zahlen für Schottland, das für Gerste und Hafer relative und absolute, für Weizen bei einem erheblichen Rückgang des Areals immer noch relative Mehrerträge geliefert hat. Wales dagegen stellt sich ähnlich wie England, so daß im Ganzen Großbritannien eine Mindereinnahme für Kornfrucht von mindestens 90 Millionen Mark aufweist.

Auch der Viehbestand im britischen Reich ist im abgelaufenen Jahre erheblich zurückgegangen, um mehr als zwei Millionen Stück (gegen 1 900 000 Schafe und 300 000 Rinder, bei ganz winziger Zunahme des Pferde- und Schweine-Bestandes).

Ob auch die Industrie — im engeren Sinne, d. h. ohne Ackerbau — gelitten hat, läßt sich noch nicht mit Sicherheit feststellen. Aber die Ausweise des Ein- und Ausfuhrhandels erlauben einige Rückschlüsse. Dieser betrug 1893 insgesammt 623½ Millionen Pfund Sterling, 27½ Millionen weniger als 1892: für 18½ Millionen Pfund Sterling wurden weniger importirt und für 9 Millionen Pfund Sterling weniger exportirt. Der Hauptantheil an diesem Rückgang entfällt auf die Textilindustrie: es wurden für rund 10 Millionen Pfund Sterling weniger Rohstoffe für dieselbe eingeführt, während für 3½ Millionen Pfund Sterling weniger Textilfabrikate exportirt wurden. Die Ausfuhr an Erzeugnissen der Bekleidungsindustrie ging um eine Million Pfund Sterling und die an Erzeugnissen der Eisenindustrie um über eine Million Pfund Sterling im Werth zurück.

Drücken die zuletzt aufgeführten Zahlen, weil sie nur die Werthe, aber nicht die Mengen angeben, auch nicht das genaue Verhältniß der Produktionsbewegung aus, so lassen sie doch deutlich erkennen, daß das Jahr 1893 auch für die englische Industrie ein schlechtes war. Dies wird auch durch die Beschäftigungsstatistik der englischen Gewerkschaften bestätigt, die bei alledem nur die Bessersituirten der qualifizirten Arbeiter umfaßt. Und doch sind viele Anzeichen vorhanden, daß die rückläufige Bewegung ihr Ende noch nicht erreicht hat, daß der Ausfall der Ernten noch nachträglich die Industrie in Mitleidenschaft ziehen wird.

Die hier gegebenen Zahlen liefern das Material zur Erklärung der Arbeitslosenbewegung und des Aufschwungs der sozialistischen Agitation in England während des Jahres 1893, ein Aufschwung, der sich nicht in Zahlen anzeigen läßt, wohl aber in dem Einfluß des sozialistischen Gedankens auf die Massen und rückwirkend durch diese auf die Gesetzgeber.

Feuilleton.

Ein denkwürdiger Tag.

Von **Renato Fucini.** Autorisirte Uebersetzung von **J. Häny.**

Auf der Tagesordnung waren auch folgende drei Anträge: Eine Vergütung von fünfzig Franken an den Arzt für seine außergewöhnlichen Dienstleistungen in der Cholerazeit zu gewähren; dem Fuhrmann des Findelhauses, Ferdinando, umsonst die Milch für seine Familie zu liefern und der Gesellschaft von Santo Stefano hundert Franken für das Feuerwerk am Namenstag des Heiligen auszuzahlen. Die Gesellschaft von Santo Stefano kam zu ihrer Sache, aber der Arzt und Nando konnten leer abziehen.

Diese Entscheidung des Gemeinderaths gefiel zwar nicht Allen, aber wie es so geht, am folgenden Tage sprach man nicht mehr davon. Wer sich geärgert, konnte seinen Zorn hinunterschlucken, wer gute Gründe gehabt, hatte sie schon

angebracht, und Alle schauten nur verstohlen den Arzt an, der auf diesen Entscheid hin ein deutliches „Kanaille!“ vor sich hinbrummte. Hinter seinem Fenster stand Nando mit drohender Faust, als der hohe Rath das Rathhaus verließ. Alle wiederholten die Ansichten des Herrn Bürgermeisters, eines ehemaligen Oelhändlers, der aber in allen Dingen zuerst Kaufmann war. Er ließ nur Andeutungen fallen, wie sonderbar es sei, daß alle Kranken, die ein gewisses Mittel genommen, gestorben seien, und dann ereiferte er sich plötzlich und schimpfte über die Charlatane. Die armen Leute haben sich auch gut beklagen, warum setzen sie so viele Hungerleider in die Welt, wie dieser Nando, das sind die reinen Kaninchen. So sprach er da und dort, im Rath selbst hatte er mit deutlichen Zahlen bewiesen, daß man sich durchaus keine außergewöhnlichen Ausgaben erlauben dürfe, es wäre ein schreiendes Unrecht, den Steuerzahlern, die geradezu unerhört in Anspruch genommen würden, auch nur noch einen Centesimo mehr abzunehmen.

Diese letzte Bemerkung wurde namentlich äußerst richtig gefunden und es waren nur die gewöhnlichen vier oder fünf Schreier, die weiter brummten. Der Arzt suchte an diesem Tag eifrig in der Zeitung nach einer vakanten Stelle, und Nando machte mit einem Bauern aus, daß er ihm im März so und so viele Fuhren Dünger führen werde, wenn dieser ihm bis dahin für das Kleinste Milch liefere.

So war ja Alles in Ordnung und man dachte nur noch an die kommenden Feste und fürchtete sich vor der Kälte. Kein Mensch war auf der Straße zu sehen, Alle verkrochen sich in die Häuser und Wirthschaften, denn die ältesten Leute erinnerten sich nicht, solch eine Kälte erlebt zu haben.

Diese Monotonie wurde nun eines Tages unterbrochen. Am äußersten Ende der Straße erscheint, kühn vorwärts wandernd, ein Dreigestirn: ein Mann, eine Frau und ein junger Bursche. Er (später erfuhr man, daß er Herr Fabio hieß) linkisch, dürr, lang, mit hoch erhobenem Kopf, der mit einem Strohhut bedeckt ist, ein abgegriffenes Handköfferchen in der Rechten, ist in ganz helle Leinwand gekleidet, die nach allen Seiten geweht wird. Er scheint der verkörperte Zephyr. Rechts geht sein Sohn Clementino, ebenfalls eine Art Hopfenstange, ebenfalls ganz licht angezogen, er ist ganz grün im Gesicht vor Frieren, die Augen sind eingesunken und matt. Mitten drin wandelt die dicke Frau Mathilde, an einem Fuß trägt sie einen Stiefel, am anderen einen Schlappschuh, und so hinkt sie immer einen Schritt hinter den beiden Männern her. Ihre schwammige Persönlichkeit ist in einen zerfetzten Shawl gehüllt, unter welchem bis zu den gelben Strümpfen ein kothiger Rock hervorschaut.

Man konnte trotz des elenden Anblicks das Lachen kaum zurückhalten. Doch die drei waren seelenvergnügt, sie kamen daher, als hätten sie überhaupt nie solch eine Hitze erlebt, wie eben jetzt. Auf dem großen Platz hielten sie einen Augenblick an, schauten sich um und traten dann in ein Kaffeehaus. Einzelne Müßiggänger folgten ihnen bald unter dem und jenem Vorwand, um sie näher zu sehen, und auch ich konnte der Versuchung nicht widerstehen. Ich kam eben dazu, wie Herr Fabio den Kellner anfuhr, daß keine Butter zu haben sei.*

„Das ist ein Hundeland, die reinste Barbarei!“ schrie er wüthend.

Ihm selbst wäre es schließlich gleichgiltig gewesen, aber Madame war so sehr an ihre Frühstücksbutter gewöhnt, sie konnte einfach nicht ohne dieselbe sein. Und er schlug auf den Tisch, als wollte er ihn entzwei brechen.

„Ich habe Magenleiden, verstehen Sie?“ sagte lächelnd Frau Mathilde zu dem Kellner mit der tiefsten Baßstimme.

* In den italienischen Kaffeehäusern werden durchaus keine Speisen verabreicht.

„Ja, was kann ich thun, meine Herrschaften?“ bemerkte Gianni, mich ansehend. „Wenn Sie Kaffee wollen, das habe ich schon. Auch sind Brötchen und Biskuits da. Wünschen Sie Punsch oder ein Gläschen Liqueur? Wir haben alle feineren Sorten . . .“

„Könnten wir ein Beefsteak oder Braten bekommen?“ fuhr Herr Fabio fort.

„Fleisch, nein, wirklich nicht, bis Samstag schlachtet man im Städtchen nicht mehr und übrigens sind hier keine Speisen zu haben.“

„Gute, frische Eier auch nicht?“

„Nein, nein, Fabio, Du weißt ja, die sind mir viel zu hitzig“, brummte liebevoll Frau Mathilde.

„Kellner!“

„Zu Befehl!“

„Ein Gläschen Gemischtes, Branntwein und Rum!“

„Zu fünf oder zehn Centesimi?“

„Zu fünf!“

Dann fing er mit uns zu sprechen an. Er grüßte jeden einzeln, wollte unsere Namen und Adressen wissen, war entzückt über die Schönheit der Umgebung, erkundigte sich nach der Landwirthschaft, der Industrie und nach den Bevölkerungsverhältnissen unserer Gegend. Hierauf erzählte er seine Geschichte. Sie gingen nach der Romagna, um dort auf ihren Besitzungen selbst nachzusehen; in einer Wirthschaft hatte man ihnen das Geld und die Kleider gestohlen, sie reisten zum Vergnügen zu Fuß und fragten, ob wenigstens ein Theater im Ort sei, damit man den Abend todtschlagen könne. Wenn es keines gebe, so gingen sie gleich weiter.

Unterdessen hatte Madame ein Stück Brot aus der Tasche gezogen und gab die Hälfte davon Clementino, indem sie verlangend nach dem Glas des Gemahls schaute. Sie waren alle drei erkältet und steckten sich beständig unter dem Tisch ihr einziges Taschentuch zu. Hier und da ersparte sich Clementino die Unbequemlichkeit des Herüberreichens, indem er sich eines Shawlzipfels seiner Mutter bediente.

Nach dem sogenannten Frühstück bat Fabio uns um eine Zigarre, weil er unglücklicherweise den Schlüssel zum Handkoffer verloren. Es wurde ihm eine solche gegeben, er schnitt sie entzwei, — eine ganze zog nicht gut genug — dann fing er ganz behaglich zu rauchen an und verlangte von Gianni ein Kartenspiel.

„Suche mir die Pique sieben!“

Gianni suchte und suchte und fand diese Sieben nicht.

„Ah, Spitzbube, Du gabst mir ein unvollständiges Kartenspiel. Da sehen Sie, wohin der Schelm die Karte versteckt!“ — Und er gab ihm einen Stoß, so daß ihm die Kappe abflog und darinnen fand sich die Karte.

Alle lachten und Gianni war ganz bestürzt; man drängte sich näher um den Tisch und fragte ihn, wie er das fertig gebracht, und ersuchte ihn um andere Kunststücke.

Herr Fabio ließ sich nicht lange bitten. Aus einem Brotkügelchen machte er sechs, er zog seinem Sohn einen Zahn aus, ließ ein Messer verschwinden und einen Löffel, die sich in der Tasche des Tabakhändlers Bandoni wiederfanden, er verschlang Zündhölzchen und spie Feuer, zog sich Bänder aus dem Mund und schließlich entfernte er einen Korkpfropf aus der Nase von Madame, die sitzend eingeschlafen war und schnarchte wie ein Brummbaß.

Von allen Seiten strömten die Leute herbei, die Bewunderer des Künstlers waren auf die Bänke und die Tische gestiegen zum großen Aerger von Gianni, der fürchtete, daß etwas demolirt werde.

„Still, seht Ihr nicht, er liest!“

Herr Fabio las bei gespanntester Aufmerksamkeit der Zuhörer einzelne Abschnitte aus einem Wunderbuch, das von ihm verfaßt war. Er reinigte alle Kleider der Umstehenden mit einer Flüssigkeit, die er in der Tasche hatte, und machte sämmtliche Löffel und Gabeln von Gianni wieder silberglänzend mit einem Pulver, das er mit sich führte.

Die erstaunten Blicke, das halb ungläubige Kopfschütteln bewiesen zur Genüge, daß es auf der Welt keinen Zweiten gab, der solche Wunder verrichten konnte. Man hatte auch schon derartige Dinge gesehen, aber dieses war einfach einzig.

Nach und nach waren auch einige große Häupter im Laden erschienen, die Beifallsbezeugungen wurden immer stürmischer und das Verlangen nach mehr immer lebhafter. Herr Fabio hatte sich schon ganz heiser gesprochen, man ließ ihm, seiner Frau und Clementino je ein Gläschen Branntwein mit Rum vorsetzen; Madame zog aber vor, Rum allein zu trinken, der Branntwein war ihr zu hitzig. Jetzt konnte Herr Fabio sich nicht mehr losmachen. Die schönsten Kunststücke wurden wiederholt, der Applaus, die Begeisterung, die Bewunderung erreichten einen solchen Grad, daß Mittags um zwölf Uhr Herr Fabio, Frau Mathilde und Clementino als hochgeachtete Gäste am Tische des Bürgermeisters saßen.

Sie aßen wie Wölfe, auch hitzige Dinge. Aber nach dem Essen fühlten sich Clementino und seine Frau Mama unwohl. Sie hatte eine ihrer gewöhnlichen Indigestionen, und Clementino fühlte sich schwindelig, was, wie Herr Fabio versicherte, jedesmal geschah, wenn er mehr als die alltäglichen drei Gänge aß.

Der Professor dagegen war das reine Quecksilber. Er hatte keinen Fünfer mehr in der Tasche und mußte sich Alles diesen Abend verdienen; es gelang ihm, ohne daß er sich stark anzustrengen brauchte.

„Sie müssen mir einen Gefallen thun, Herr Professor“, sagte der Bürgermeister zu ihm und nahm ihn auf die Seite.

„Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung.“

„Sagen Sie, bitte, nicht nein.“

„Ich wiederhole, Herr Kavalier, befehlen Sie nur.“

„Also hören Sie. Der Herr Präsident hat seit drei Jahren eine kranke Schwester. Sie hat ein Geschwür im Unterleib. Von allen Seiten sind Professoren gekommen, die haben nichts herausgebracht. Seien Sie so gut, sie zu besuchen, Sie sollen's nicht umsonst thun . . .“

„Ach, sprechen Sie doch nicht davon.“

„Nehmen Sie's nicht übel, aber das Verdienst muß gehörig gewürdigt werden und ich weiß aus Erfahrung, daß, wenn man etwas erreichen will, die bloße Wissenschaft nicht genügt, sondern daß man auch ordentlich Geld braucht.“

„Ja, Herr Girolamo“, antwortete der Professor, „Sie haben, ohne es zu wollen, meinen schwachen Punkt getroffen. Dem Nächsten helfen, so viel in unseren Kräften steht, das ist der Wahlspruch auf meiner Fahne. Und jetzt, bevor wir zum Herrn Präsidenten gehen, ersuche ich Sie um eine Gefälligkeit. Um den Tag gut anzuwenden und einige Konsultationen zu geben, brauche ich ein Zimmer . . .“

„Sie können das Sitzungszimmer haben, ich lasse gleich die Schlüssel holen.“

„Danke sehr. Heute Abend möchte ich gern die guten Leute hier und die vornehmen Herrschaften ein wenig unterhalten . . .“

„Wollen Sie den großen Saal? Natürlich, versteht sich. Es ist Alles in Ordnung. Jetzt gehen wir aber."

Sie erkundigten sich nach Frau Mathilde, die sich besser befand, und nach Clementino, der draußen Luft schöpfte, und begaben sich dann zum Präsidenten.

Vor Nacht hatte der Professor schon die halbe Bevölkerung gerupft, er verkaufte über hundert Fläschchen von seinem Fleckenwasser, ebenso viele Päckchen Putzpulver, etwa fünfzig Exemplare seines Wunderbuches zum bescheidenen Preis von einem Franken oder einem halben, dazu gab Frau Mathilde noch Jedem ein Lotterieloos gratis, der sich etwas kaufte oder sich einen Zahn reißen ließ.

Als er ein Geschwür herausschneiden wollte, verletzte er einem Bauern eine Arterie derart, daß der gutmüthige Arzt sofort zu Hilfe kommen mußte, um sie zu verbinden; später gingen Alle zum Präsidenten, der Herr Professor und Frau Mathilde waren von hinreißender Lustigkeit, und höchst vergnügt ging man zum Bürgermeister, wo die Vorstellung stattfinden sollte.

Und es war wirklich ein denkwürdiger Abend für den Herrn Bürgermeister und seine Familie, ja für das ganze Städtchen. Zuerst Kunststücke, in denen der Professor einfach unübertrefflich war. Dann wurden Erfrischungen herumgereicht und Geld eingesammelt zu Gunsten des Herrn Fabio; er sagte, daß dies für seine ärmsten Bauern gesammelt sei. Hierauf folgten Spiele und Clementino glänzte durch die Gewandtheit, mit der er Alles anordnete. Trotz ihrer Erkältung sang Frau Mathilde: „Addio, mia bella, addio" mit so viel Ausdruck, daß Alle weinten, wie im Jahr 59. Zum Schluß wurde getanzt und Herr Fabio spielte Klavier, wie überhaupt noch Niemand gespielt.

Kurz, es dauerte bis ein Uhr Nachts und Niemand wollte glauben, daß es mehr als zehn Uhr sei.

„O wie schade, daß die Herrschaften so bald fortgehen müssen", sagte Herr Girolamo, als er zu Bett ging. Das ist wirklich eine Familie, die sich hier niederlassen sollte. Welch ein prächtiger Mann! Dieser Kopf! Hast Du gehört, Carlotta, er nannte mich zwei- oder dreimal Kavalier? Wer weiß, ob nicht etwas in der Luft liegt, er hat ja so gute Freunde in Rom!"

„Frage ihn morgen", bemerkte seine Frau.

„Ja, ja, das will ich thun, es muß etwas dahinter stecken ... Hast Du ihnen auch die guten Betten gegeben?"

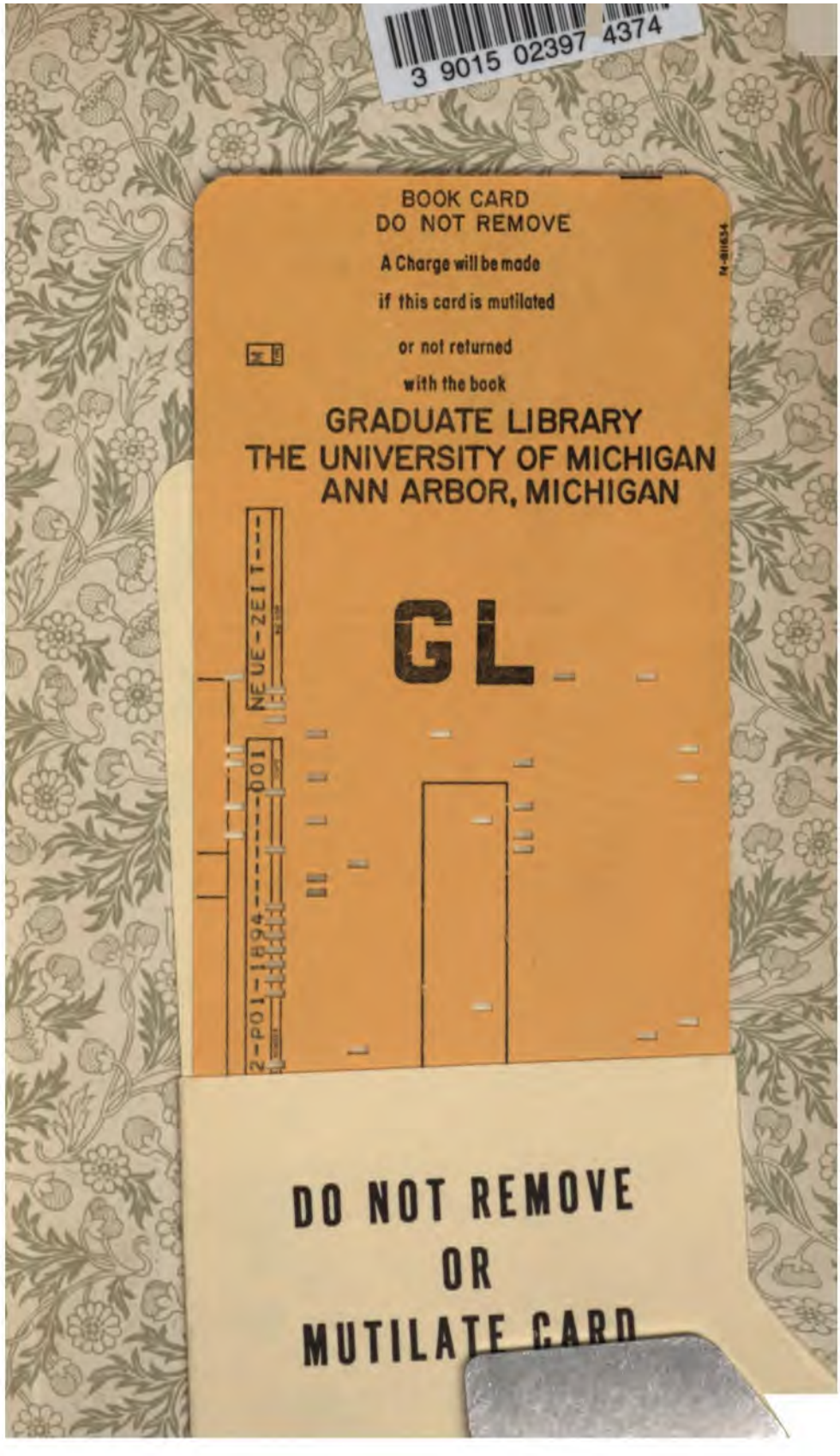
Am Morgen gingen die Drei weiter trotz aller Anstrengungen, die man machte, um sie zurückzuhalten. Der Präsident winkte ihnen vom Fenster aus, zahlreiche Bewunderer begrüßten sie auf dem Hauptplatz, einzelne umarmten sie. Am Mittag saßen die drei beweinten Gäste vergnügt auf dem Steingeländer einer Brücke, aßen Salame, tranken feinen Wein und freuten sich über den guten, so ganz unerwarteten Fang.

Kaum war der Salame fertig, so machte der Professor seine Rechnung in sein schmutziges Notizbuch; ohne die Geschenke an Kleidern ꝛc. hatten sie 179 Francs 25 Cents in ihrer Kasse.

Es erhob sich ein Triumphgeschrei, beinahe wäre Frau Mathilde unter die Brücke gefallen, Clementino gähnte behaglich und der Professor schleuderte die leere Weinflasche in die Luft und rief: „Tod dem Geiz!"

Ganz genau zur selben Stunde studirte der Arzt wieder die Zeitung, um eine freie Stelle zu finden, und Nando vergaß den Hunger, indem er sein Kleinstes auf den Armen wiegte, das ihm entgegenlachte.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.


3 9015 02397 4374
BOOK CARD
DO NOT REMOVE
A Charge will be made
if this card is mutilated
or not returned
with the book
GRADUATE LIBRARY
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
ANN ARBOR, MICHIGAN
GL
NEUE-ZEIT---
2-POI-1894-------DOI
DO NOT REMOVE
OR
MUTILATE CARD